ÖSTERREICH-UNGARNS AUSSENPOLITIK

VON DER BOSNISCHEN KRISE 1908 BIS ZUM KRIEGSAUSBRUCH 1914

DIPLOMATISCHE AKTENSTÜCKE DES ÖSTERREICHISCH-UNGARISCHEN MINISTERIUMS DES ÄUSSERN

SIEBENTER BAND

ÖSTERREICHISCHER BUNDESVERLAG
FÜR UNTERRICHT, WISSENSCHAFT UND KUNST
WIEN LEIPZIG

v.7
JACKSON LIBRARY-UNCG
3 0510 10014270

The Woman's College
University of North Carolina

The LIBRARY

DB
46
A5
1930
v.7

This book must
not be taken
from the building

VERÖFFENTLICHUNGEN
DER KOMMISSION FÜR NEUERE GESCHICHTE ÖSTERREICHS
25.

ÖSTERREICH-UNGARNS AUSSENPOLITIK

VON DER BOSNISCHEN KRISE 1908 BIS ZUM KRIEGSAUSBRUCH 1914

DIPLOMATISCHE AKTENSTÜCKE
DES ÖSTERREICHISCH-UNGARISCHEN MINISTERIUMS
DES ÄUSSERN

AUSGEWÄHLT VON
LUDWIG BITTNER, ALFRED FRANCIS PRIBRAM,
HEINRICH SRBIK UND HANS UEBERSBERGER

BEARBEITET VON
LUDWIG BITTNER UND HANS UEBERSBERGER

Austro-Hungarian Monarchy. Ministerium des
K. und K. Hauses und des äussern.

ÖSTERREICHISCHER BUNDESVERLAG
FÜR UNTERRICHT, WISSENSCHAFT UND KUNST
WIEN UND LEIPZIG
1930

COPYRIGHT 1930 BY
ÖSTERREICHISCHER BUNDESVERLAG
FÜR UNTERRICHT, WISSENSCHAFT UND KUNST
WIEN UND LEIPZIG

ALLE RECHTE VORBEHALTEN

DB
46
A5
1930
v.7

DRUCK DER OSTERREICHISCHEN STAATSDRUCKEREI IN WIEN

DIPLOMATISCHE AKTENSTÜCKE DES ÖSTERREICHISCH-UNGARISCHEN MINISTERIUMS DES ÄUSSERN

7. BAND

1. AUGUST 1913 BIS 30. APRIL 1914

Nr. 8156. Tel. nach Berlin, 1. Aug. 1913 Nr. 561 (chiffr. 12 U. 30 M. p. m.).[a]) Konz. (S. Matscheko; V. u. G. Berchtold).

Der an Euer Exzellenz mit Depeschenkasten heute abgehende Erlass Nr. 3685 eignet sich seinem Inhalte nach nur zur mündlichen Mitteilung an die deutsche Regierung. Euer Exzellenz sind daher zwar ermächtigt, diese Instruction an zuständiger Stelle ganz oder teilweise vorzulesen, gegebenenfalls auch gegen die Notierung der Hauptpunkte keine Einwendungen zu erheben, eine schriftliche Ausfertigung wollen Hochdieselben aber im Auswärtigen Amt nicht hinterlassen und auch zur Anfertigung einer Kopie nicht die Hand bieten. Einem etwaigen diesbezüglichen Ansinnen gegenüber wollen Hochdieselben sich mit der Motivierung ablehnend verhalten, dass die vorliegende Instruction ihrer ganzen Fassung nach nur als Grundlage eines mündlichen und streng vertraulichen Gedankenaustausches zu dienen hat. Bei Besprechung unserer künftigen Beziehungen zu Griechenland, von denen in dem citierten Erlass gleichfalls die Rede ist, können Euer Exzellenz betonen, dass ich durchaus nicht die Absicht habe, eventuelle griechische Annäherungsversuche zurückzuweisen, dass ich aber nicht in der Lage wäre, einem etwaigen Einvernehmen mit Griechenland die Möglichkeit, Bulgarien zu gewinnen, zum Opfer zu bringen. Wenn die griechische Regierung den ehrlichen Wunsch hat, sich an die Monarchie anzuschliessen, so müsste sie daher sich vor Augen halten, daß ein Modus vivendi auch ihrerseits mit Bulgarien herzustellen wäre. Berchtold.

[a]) Vgl. n. 8157, 8196.

Nr. 8157. Erlaß nach Berlin, 1. Aug. 1913 Nr. 3685.[a]) Konz. (S. Schreibmaschine; G. Berchtold).

Geheim. Ich habe im Laufe des letzten Halbjahres in einem wiederholten Gedankenaustausch dem Berliner Kabinette die Richtlinien unserer Orientpolitik dargelegt und versucht, auch in dieser Hinsicht das dem Geiste unseres Bundesverhältnisses entsprechende volle Einverständnis mit der deutschen Regierung herzustellen. Die höchst bedeutsame Phase, in die die Balkankrise nunmehr getreten ist, macht es mir zur Pflicht, auf meine seinerzeitigen Eröffnungen zurückzukommen, von dem Wunsche geleitet, ein übereinstimmendes Vorgehen der beiden Kaisermächte auf diesem Gebiete anzubahnen. Von allen Balkanproblemen ist die südslavische oder, besser gesagt, die serbische Frage diejenige, die für die Monarchie die größte Bedeutung besitzt. Sie tangiert am nächsten unsere vitalen Interessen, ihre

277859

Lösung im großserbischen Sinne wäre geeignet, unsere Existenzbedingungen in Frage zu stellen. Aus verschiedenen Anzeichen habe ich die Impression erhalten, daß man in Berlin geneigt zu sein scheint, das Wesen dieser Frage zu verkennen, ihre Tragweite zu unterschätzen und unsere Absichten Serbien gegenüber mißverständlich zu interpretieren. Das Wesen des Gegensatzes zwischen uns und Serbien besteht darin, daß die serbische Politik, seitdem die radikale Partei zur Macht gelangt ist und unter fremdem Einfluß die großserbische Idee zum leitenden politischen Gedanken erhoben hat, als letztes Ziel die Vereinigung aller Serben im Schoße des serbischen Nationalstaates und somit die Loslösung der von Serben bewohnten Gebiete von der Monarchie anstrebt. Dieser Gegensatz ist ein dauernder und unüberbrückbarer, da die Verwirklichung der großserbischen Idee, die Serbien zugleich den ersehnten und für seine weitere Entwicklung erforderlichen territorialen Zugang zum Meere verschaffen würde, heute nicht mehr das Programm einer Partei darstellt, sondern zum nationalen Ideal des ganzen serbischen Volkes geworden ist, und da sie andererseits einen siegreichen Konflikt mit der Monarchie zur Vorbedingung hat. Es zeugt von einer Verkennung dieser fundamentalen Interessenkollision, wenn man uns in Berlin als Arcanum zur Sanierung unseres Verhältnisses zu Serbien wohlwollendes Entgegenkommen in politischer Hinsicht und eine Annäherung auf wirtschaftlichem Gebiete anpreist. Eine derartige Politik unsererseits wäre Serbien gegenüber erst dann am Platz, wenn es uns auf irgend eine Weise, eventuell durch einen siegreichen Feldzug, gelungen wäre, das serbische Volk von der Irrealisierbarkeit seiner großserbischen Träume zu überzeugen und zur loyalen Anlehnung an Oesterreich-Ungarn zu veranlassen. Unter den gegenwärtigen Verhältnissen würde Serbien eine solche Haltung der Monarchie, solange ihm dies angezeigt und vorteilhaft erscheint, zwar sicherlich akzeptieren, sie aber lediglich zu seiner Erstarkung benützen und an den Zielen seiner gegen uns gerichteten Politik unverrückt festhalten. Was nun die Tragweite dieser serbischen Pläne anbelangt, so wäre sie gewiß eine relativ geringe und wir könnten uns darüber hinwegsetzen, wenn es sich tatsächlich nur um Aspirationen eines isolierten Kleinstaates handeln würde. In Wirklichkeit ist dies aber nicht der Fall. Serbien würde nicht mit jener Hartnäckigkeit und Zuversicht, die aus jeder Zeile der serbischen Presse und unzähligen anderen Indizien zu ersehen ist, auf die Realisierung seiner Zukunftspläne hinwirken, wenn es sich nur auf seine eigene Kraft angewiesen sehen würde und nicht mit Recht erwarten könnte, daß die mächtige panslavistische Strömung in Rußland, die auf die offizielle russische Politik auch dann oft entscheidenden Einfluß nimmt, wenn russische Interessen nicht direkt und in greifbarer Weise im Spiel sind, Zar und Regierung nötigenfalls zwingen werde, dem Königreiche in dem Kampf um die großserbische Idee beizuspringen. Andererseits ergibt sich aus dieser Sachlage, daß Serbien, eben weil es auf die Unterstützung Rußlands angewiesen ist, für absehbare Zeit völlig dem russischen Einflusse unterworfen bleiben wird und daß wir unbedingt mit einer Aggression von seiner Seite zu rechnen haben, falls wir aus anderen Gründen mit Rußland in Konflikt geraten sollten. Die Monarchie muß somit die Eventualität, ja die hohe

Wahrscheinlichkeit einer russisch-serbischen Kooperation in ihr Kalkul einstellen, ein Moment, das umsomehr ins Gewicht fällt, als Serbien uns gegenüber eine strategische Flankenstellung einnimmt. Ich bin mir natürlich darüber vollkommen klar, daß wir nicht unmittelbar vor einer serbischen Aggression stehen. Jedenfalls ist aber diese Eventualität durch den Zusammenbruch der europäischen Türkei bedeutend näher gerückt. Solange sich serbische Konnationale unter türkischer Herrschaft befanden, war die Politik Serbiens nach dem Grundsatze des punctum minoris resistentiae naturgemäß zunächst auf die Befreiung dieser Stammesgenossen gerichtet. Durch den letzten Krieg wurde dieses Ziel erreicht. Sobald die neuerworbenen Gebiete dem serbischen Staatskörper organisch eingegliedert sind, werden die serbischen Aspirationen nach dem Westen hin akute Formen annehmen und eine auf die Dauer unhaltbare Situation herbeiführen. Es kann daher heute schon vorausgesehen werden, daß die serbische Frage in nicht zu ferner Zeit einer gewaltsamen Entscheidung zudrängen wird. Die Monarchie verfolgt Serbien gegenüber, wie sie es zur Evidenz bewiesen hat, keine aggressiven Absichten und strebt auch an sich die Erwerbung serbischen Territoriums schon deshalb nicht an, weil ein solcher territorialer Gewinn sich in den bestehenden Rahmen nur schwer einfügen ließe und nicht unbedingt eine Stärkung bedeuten würde. Ich zweifle nicht daran, daß unsere Verbündeten und speziell das deutsche Kabinett diesen defensiven Charakter unserer Politik Serbien gegenüber auch dann voll würdigen werden, wenn sich die Situation infolge der großserbischen Treibereien in der eben geschilderten Weise zuspitzen und uns ein Konflikt aufgedrängt werden sollte, in dem wir uns, gleichgiltig von welcher Seite der letzte Schritt zur kriegerischen Entscheidung ausginge, der Natur der Sache nach in der Rolle des Angegriffenen befinden und nur das eine Ziel verfolgen würden, die territoriale Integrität der Monarchie vor Angriffen zu schützen und uns vor fortgesetzter Beunruhigung zu bewahren. Gerade weil wir einen Konflikt mit Serbien nicht anstreben, muß eine vorausblickende Politik Oesterreich-Ungarns diese Eventualität fortgesetzt im Auge behalten und es sich heute schon zur Aufgabe machen, die aggressiven Pläne Serbiens und des russischen Panslavismus möglichst zu durchkreuzen und für den Fall des Konfliktes die günstigsten Vorbedingungen zu schaffen. Sie muß daher darauf gerichtet sein, den Macht- und Gebietszuwachs Serbiens, der sich aus dem Zerfall der Türkei ergibt, möglichst einzuschränken und jedenfalls in den durch die bestehenden ethnographischen Verhältnisse gegebenen Grenzen zu halten. Aus diesem Grunde mußten wir gegen die Erweiterung Serbiens bis an die Adria, die wir überdies wegen der Störung des maritimen Gleichgewichtes und der zu befürchtenden erhöhten Attraktionskraft Serbiens auf unsere Südslaven nicht zugeben konnten, kategorischen Einspruch erheben und uns für die Kreierung eines selbständigen albanesischen Staatswesens energisch einsetzen, ebendeshalb sind wir auch gegenwärtig bemüht, eine übermäßige Vergrößerung Serbiens in Mazedonien zu verhindern. Dies allein wäre jedoch kein ausreichender Schutz unserer Interessen angesichts der Tatsache, daß Serbien infolge seiner Siege sein bisheriges Territorium nahezu verdoppeln

wird. Wir konnten die friedliche Haltung, die wir seit dem Herbste vorigen Jahres beobachtet haben und der die Erhaltung des europäischen Friedens zu danken ist, nur in der Erwartung einnehmen, daß es uns gelingen wird, am Balkan eine Konfiguration herbeizuführen, die Serbien verhindert, sich mit ganzer Kraft und ungestörter Aufmerksamkeit der Verfolgung seiner großserbischen Pläne hinzugeben und die uns für den Konfliktsfall natürliche Bundesgenossen als Gegengewicht gegen die Erstarkung Serbiens sichert. Wir sind von allem Anfange von der Voraussetzung ausgegangen, daß wir infolge des Parallelismus unserer Interessen sowohl Rußland als Serbien gegenüber in Bulgarien dieses Gegengewicht und diesen natürlichen Bundesgenossen finden werden und ich kann wohl trotz des für Bulgarien unglücklichen Ausganges des zweiten Balkankrieges die Behauptung aufstellen, daß uns die tatsächliche Entwicklung Recht gegeben hat. Die Ereignisse der letzten Wochen, der völlige Zusammenbruch der Politik des russophilen Kabinettes Danew, haben in Bulgarien nicht nur den Sturz dieser Regierung herbeigeführt, sondern auch bei den maßgebenden Faktoren wie in der öffentlichen Meinung einen grundlegenden Wandel der Anschauungen hervorgerufen. Es ist die Überzeugung vorherrschend geworden, daß Bulgarien mit der politique de balançoire zwischen uns und Rußland brechen und einen ehrlichen Anschluß an die Monarchie suchen müsse. Dieser Umschwung ist in markanter Weise in einem Schritte zum Ausdruck gekommen, den der bulgarische Minister des Aeußern vor einigen Tagen bei Grafen Tarnowski unternommen hat. Herr Ghenadiew hat an den k. u. k. Gesandten im Namen der bulgarischen Regierung und mit Genehmigung König Ferdinands die formelle Anfrage gerichtet, ob unsere wohlwollenden Dispositionen gegenüber Bulgarien noch unverändert fortbestehen und ob wir geneigt wären, den günstigen Moment zu einer engeren Ausgestaltung unseres gegenseitigen Verhältnisses zu benützen. Der Minister betonte hiebei wiederholt, die bulgarische Regierung denke an eine dauernde, durch Staatsvertrag festgelegte neue Orientierung der bulgarischen Politik, die in einer Allianz mit Oesterreich-Ungarn und Rumänien bestehen würde.*b)* Ich habe der bulgarischen Regierung durch Grafen Tarnowski vorläufig antworten lassen, daß ich diesem Gedanken nicht unsympathisch gegenüberstünde. Vereinbarungen von solcher Tragweite könnten aber nicht überstürzt werden und jedenfalls müßte ich vorerst mit den verbündeten Kabinetten von Berlin und Rom hierüber in einen Gedankenaustausch treten. Für alle Fälle könnte es für die künftigen Beziehungen Bulgariens zur Monarchie aber nur förderlich sein, wenn Bulgarien sobald als möglich zu einem vollen Akkord mit Rumänien gelangen würde, für den nach den mir vorliegenden Meldungen in Bukarest nicht ungünstige Vorbedingungen bestünden.*c)* Ich habe mich bei dieser vorläufigen Antwort von der Erwägung leiten lassen, daß wir die für uns günstige Entwicklung zunichte machen und Bulgarien zur reuigen Rückkehr unter den Schutz Rußlands geradezu nötigen würden, wenn wir das Königreich in seiner gegenwärtigen bedrohten Situation ganz im Stiche ließen und ihm auch für die Zukunft keine Unterstützung in Aussicht stellen wollten. Aus diesen Gründen beabsichtige ich auch nachdrücklich dafür einzutreten,

daß Bulgarien in seinen berechtigten nationalen Ansprüchen und seinen Lebensbedingungen bei dem bevorstehenden Friedensschlusse nicht allzusehr beeinträchtigt werde. (Ueber meinen diesbezüglichen Standpunkt geht Euer Exzellenz gleichzeitig ein besonderer Erlaß zu.) Ich würde jedoch den allergrößten Wert darauf legen, wenn ich mich in dieser Politik mit der deutschen Regierung begegnen würde und wenn man in Berlin die Einwendungen fallen ließe, die man dort seit etwa einem halben Jahre gegen eine Unterstützung Bulgariens erhoben hat. Diese Einwendungen gipfelten im wesentlichen in zwei Punkten: in dem Hinweise auf die Unverläßlichkeit der bulgarischen Politik, die sich von der Bevormundung Rußlands, mit dem vermutlich geheime Abmachungen bestünden, niemals ganz befreien könnte und in der Befürchtung, durch die Begünstigung Bulgariens zu Rumänien in Gegensatz zu geraten und dieses zur Abschwenkung vom Dreibund zur Triple-Entente zu veranlassen. Ich habe diese Bedenken niemals als begründet angesehen und heute scheinen sie mir durch die Ereignisse vollends widerlegt zu sein. Das Bestehen eines russisch-bulgarischen Geheimvertrages ist angesichts der formellen Erklärung der bulgarischen Regierung, mit der Monarchie ein Abkommen schließen zu wollen, wie auch angesichts der Tatsache, daß Rußland bisher nicht Miene gemacht, zugunsten Bulgariens zu intervenieren, wohl als ausgeschlossen zu betrachten. Falls die deutsche Regierung dessenungeachtet bei ihrer gegenteiligen Ansicht verbleiben sollte, würde es mich lebhaft interessieren, die konkreten Anhaltspunkte kennen zu lernen, die sie für diese Annahme besitzt. Jedenfalls ist aber die Abwendung der bulgarischen Oeffentlichkeit von Rußland und ihre Abneigung gegen eine Fortsetzung der unheilvollen russophilen Politik nach allen mir vorliegenden Meldungen eine völlige und tiefgehende und sie wird auch eine dauernde sein, unter der Voraussetzung, daß Bulgarien sich nicht umsonst um Unterstützung an uns gewendet hat. Was Rumänien anbelangt, so hat man sich in Bukarest zur Einsicht bekehrt, daß unsere Politik bei allem Wohlwollen für Bulgarien doch auf die berechtigten Interessen Rumäniens volle und loyale Rücksicht genommen hat. Die Furcht vor einem Uebermächtigwerden Bulgariens ist geschwunden und da man in Sofia bereits in die Abtretung des verlangten Gebietes sowie in die Erfüllung der sonstigen rumänischen Bedingungen eingewilligt hat, ja in ein engeres Vertragsverhältnis zu Rumänien zu treten wünscht, so ist die Regierung König Carols sogar nicht abgeneigt, als Beschützer und Retter Bulgariens aufzutreten. Ich sehe sonach keinen Grund, der das Berliner Kabinett veranlassen könnte, vom Standpunkte der Interessen Deutschlands aus einer bulgarophilen Politik zu opponieren oder sich von ihr auszuschließen, einer Politik, die für die verbündete Monarchie nach allem früher Gesagten ein Gebot der Staatsraison ist. Ich komme im Gegenteil, auch wenn ich den ganzen Komplex der Balkanfragen vom spezifisch deutschen Gesichtspunkte aus überblicke, zu dem Resultat, daß eine Politik, welche auf ein enges Verhältnis zwischen Rumänien und Bulgarien sowie auf die Heranziehung des letzteren an die Dreibundgruppe hinausläuft, Deutschland nur Vorteile bieten kann. In der gegenwärtigen europäischen Konstellation, in der sich Deutschland im Falle eines

allgemeinen Konfliktes auf der Seite Oesterreich-Ungarns, Serbien aber im gegnerischen Lager befände, übt die militärische Erstarkung Serbiens auch eine Rückwirkung auf das allgemeine Kräfteverhältnis, und zwar zu ungunsten Deutschlands, aus. In richtiger Erkenntnis dieser Sachlage hat sich das Deutsche Reich auch zu einer erheblichen Verstärkung seiner Wehrmacht entschlossen, die im Reichstage durch den ausdrücklichen Hinweis auf die Konsequenzen der Erfolge der Balkanstaaten begründet wurde. Deutschland hat daher allen Grund, gleich uns einem übermäßigen Machtzuwachs Serbiens entgegenzutreten, das Deutsche Reich hat aber weiters auch ein eminentes Interesse daran, daß Bulgarien trotz der jüngsten Niederlagen, von denen es sich nach fachmännischem Urteil bald erholen dürfte, noch immer der militärisch tüchtigste und mächtigste der Balkanstaaten, aus einem eventuellen Gegner ein Freund wird. Besonders schlagend tritt der Wert einer Gewinnung Bulgariens für die Dreibundgruppe hervor, wenn man sich die Rolle vergegenwärtigt, zu der Rumänien im Falle einer europäischen Konflagration berufen ist. Erst ein enges Verhältnis zu Bulgarien würde es Rumänien ermöglichen, tatsächlich als äußerster Flügel des Dreibundes gegen die linke Flanke Rußlands vorzugehen. Von einem feindlichen Bulgarien im Rücken bedroht, wäre Rumänien dagegen trotz aller Vertragsverpflichtungen kaum in der Lage, seine Verbündeten ernstlich zu unterstützen. Sollte Griechenland einem solchen Groupement angegliedert werden können, wäre dies natürlich die für uns günstigste Lösung. Hiezu müßte aber, wie immer die Aufteilung zwischen Griechenland und Bulgarien ausfällt, viel guter Wille sowohl in Athen wie in Sofia vorhanden sein und an den Tag gelegt werden, was bei der gegenwärtigen Stimmung kaum erwartet werden kann. Wenn diese, wie gesagt, für uns vorteilhafte Lösung außer Betracht bliebe, würde sich die Frage ergeben, ob es eventuell angezeigt wäre, an Stelle der oben angeführten bulgarischen Orientierung einer Angliederung Griechenlands an den Dreibund die Wege zu ebnen. Die bulgarischerseits offiziell gestellten Anbote a limine abzulehnen und dadurch Bulgarien dem gegnerischen Groupement auszuliefern, um dafür Griechenland als alleinigen Stützpunkt am Balkan zu erhalten, schiene mir vom Standpunkte der Wahrung unserer Lebensinteressen äußerst bedenklich. In diesem Falle würde bei einem österreichisch-ungarisch-russischen Kriege, wie bereits vorhin angedeutet, ein beträchtlicher Teil der rumänischen Streitkräfte durch Bulgarien lahmgelegt, für uns als Flankenschutz in Wegfall kommen, Serbien hätte von Bulgarien her freie Hand, uns im Rücken mit einer wohlorganisierten Armee anzufallen, indes Griechenland, selbst wenn es wollte, nicht im Stande wäre, die beiden slavischen Nachbarstaaten im Schach zu halten. Abgesehen hievon wäre zu bedenken, daß, was wir von Bulgarien verlangen müssen, — Freundschaft mit Rumänien und Gegnerschaft zu Serbien — ebenso klar in seinem Interesse gelegen ist, wie das, was wir ihm hiefür zu bieten haben werden, Schutz gegen eine russische Aggression, unseren eigenen Interessen entspricht. Griechenland dagegen dürfte, wenn es überhaupt mit positiven Vorschlägen an uns herantreten sollte, Forderungen stellen, welche uns in uns ferne liegenden Fragen engagieren müßten (Schutz der griechischen

Küsten gegen die Flotten der Entente-Mächte, Rückendeckung gegen einen eventuellen bulgarischen Revanchekrieg, Vertretung und Förderung panhellenischer Interessen in Kleinasien), während es wohl kaum geneigt wäre, uns im Falle einer Konflagration aktiv, zum Beispiel gegen das heute mit ihm verbündete Serbien, zu unterstützen. Dazu kommt, daß wir und Italien uns in unserer albanesischen Politik mit Bulgarien begegnen, mit Griechenland dagegen in Gegensatz befinden, indem letzteres den serbischen Aspirationen, an die Adria zu gelangen, Vorschub leistet, um dadurch selbst zum gleichen Ziele zu gelangen. Die vorstehenden Ausführungen möchte ich dahin resümieren, daß ich es im eminentesten Interesse sowohl der Monarchie als Deutschlands gelegen ansehe, die uns durch die Entwicklung am Balkan gebotene Möglichkeit nicht von vorneherein zurückzuweisen, Bulgarien dauernd dem russischen Einflusse zu entziehen. Hiebei denke ich vorläufig nicht an den Abschluß eines förmlichen Bündnisvertrages, wofür der gegenwärtige Moment gewiß nicht der geeignetste wäre, wohl aber halte ich es für unerläßlich, daß wir im Vereine mit den Verbündeten dafür eintreten, daß Bulgarien nicht der Früchte seiner Siege gegen die Türkei ganz beraubt und völlig niedergeworfen werde. Ebenso wäre in Bukarest unter Ausnützung der heute schon bestehenden, nicht ungünstigen Dispositionen auf die Herstellung des von Bulgarien angestrebten engeren Einvernehmens hinzuwirken, das eventuell die Basis für spätere Abmachungen zwischen dem Dreibund und Bulgarien bilden könnte. Ich ersuche Euer Exzellenz, sich im Sinne des Vorstehenden Herrn von Jagow sowie dem Herrn Reichskanzler gegenüber mit dem Ersuchen um strengste Geheimhaltung auszusprechen und mir über die Aufnahme, die Ihre Ausführungen gefunden haben, der Dringlichkeit der Sache halber telegraphisch berichten zu wollen.

[a]) Dieselben Gesichtspunkte wurden auszugsweise unter Weglassung der meisten kritischen Bemerkungen über die Haltung der deutschen Regierung nochmals in einer Notiz für den deutschen Botschafter vom 3. Aug. 1913 Nr. 3733 (Konz. mit eigh. Verbess. Berchtolds) zusammengefaßt. Vgl. n. 8156, 8158, 8159, 8189, 8196, 8197, 8198, 8209, 8231, 8271, 8279, 8382. — [b]) n. 7937. — [c]) n. 7964.

Nr. 8158. Erlaß nach Berlin, 1. Aug. 1913 Nr. 3702.[a]) Konz. (S. Matscheko; G. Nemes).

Geheim. ... *wie n. 8016 von „Im gegenwärtigen Augenblicke" bis „Herrn von Jagows beziehungsweise des Herrn Reichskanzlers bringen"* ... *weiters von „Unsere leitenden Gesichtspunkte sind" bis „von Salonik entsprechende Garantien geboten werden"* ... Euer Exzellenz wollen hinzufügen, daß wir, was den Intentionen des Berliner Kabinettes ja entspricht, über die künftige Gestaltung der Verhältnisse am Balkan in einen Gedankenaustausch mit Petersburg getreten sind, der zwar noch nicht ganz abgeschlossen ist, aber heute schon zu einer prinzipiellen Uebereinstimmung darüber geführt hat, daß Kavalla bei Bulgarien belassen und an der Grenze Enos-Midia im allgemeinen festgehalten werden müßte. Euer Exzellenz wollen abschließend der Erwartung Ausdruck geben, daß das deutsche Kabinett im Hinblick auf die in meinem gleichzeitigen Erlasse Nr. 3685 enthaltenen Darlegungen bereit sein werde, unsere Bemühungen

zu unterstützen, Bulgarien bei der definitiven Regelung der territorialen Fragen vor allzugroßer Schädigung zu bewahren.

a) Vgl. n. 8157, 8189, 8196, 8197, 8198, 8226, 8231, 8382.

Nr. 8159. Privatschreiben nach Berlin, 1. Aug. 1913.a) Eigh. Ausfert.b)

Meiner heutigen Expedition nach Berlin will ich noch diese Zeilen beifügen, um Dich auf die hohe Wichtigkeit der in der Instruction c) behandelten Angelegenheit aufmerksam zu machen. Der bedauerliche Zustand, dass nun schon seit geraumer Zeit in der Wilhelmstrasse eine Balkanpolitik getrieben wird, die mit der Unserigen absolut nicht im Einklange steht, erscheint, je länger sich dieser Zwiespalt bethätigt, desto unhaltbarer. Gegenwärtig, wo die Aufteilung des Balkans die Mächte zu einer concreten Stellungnahme zwingt, tritt diese Discrepanz besonders fühlbar zu Tage und nötigt uns, an das Berliner Cabinet mit einer eingehenden Darstellung und Begründung der von uns ins Auge gefassten und consequent verfolgten Richtlinien heranzutreten. Es war stets stillschweigend zugestanden, dass die Politik auf dem für uns von vitaler Bedeutung anerkannten Balkangebiete in Wien gemacht wird und sich Berlin — als blos indirekt interessirt — unserer diesfälligen Orientirung anzupassen hat. Erst in letzter Zeit ist man von diesem Grundsatze abgekommen und glaubt in Fragen, die für uns von eminenter Wichtigkeit sind, über unsere Einwendungen hinweg Politik nach eigenem Belieben machen zu müssen, was den doppelten Nachtheil hat: 1) unsere diplomatische Stellung am Balkan zu gefährden und 2) das Auftreten des Dreibundes auf der internationalen Arena lahmzulegen. — Es würde zu lange Zeit beanspruchen, auf die diesfälligen Wahrnehmungen, welche uns bereits wiederholt diplomatischen und politischen Schaden eingebracht haben, hier en détail einzugehen. Nur so viel soll gesagt sein, dass es dringend notwendig erscheint, rasche und gründliche Abhilfe zu schaffen, wozu — mir scheint — der Weg einer offenen Aussprache über die von uns angestrebten Ziele am Besten indicirt ist. Diesem Zwecke soll die obenerwähnte Instruction c) dienen, welche alle wesentlichen Punkte enthält, die für die Herstellung engerer Beziehungen zu Bulgarien sprechen. Wenn uns gegenwärtig die Möglichkeit geboten ist, Bulgarien zu gewinnen und wir nach einem einfachen Rechnungsexempel mit Sicherheit annehmen können, in absehbarer Zeit in eine sehr prekäre Lage zu gerathen, wenn wir Bulgarien abstossen, so ergibt sich die durch elementare Staatsraison eingegebene kathegorische Verpflichtung, unseren Kurs demgemäss einzurichten. Für Deutschland aber kann es nicht in Frage kommen, uns bei dieser Orientierung nicht in die Arme zu fallen, beziehungsweise unsere diesfalls als angezeigt oder notwendig befundenen diplomatischen Aktionen nicht zu durchkreuzen. Es wäre dies ein Verbrechen nicht nur gegen den Verbündeten sondern auch an der eigenen Sache. Diese Considerationen sind natürlich nur für Dich bestimmt; sie sollen Dir jedoch zeigen, welch' hohen Werth wir darauf legen, in Berlin richtig verstanden zu werden und von welch' besonderer Bedeutung es ist, an diesem historischen Wendepunkte volle Harmonie zwischen den beiderseitigen Standpunkten herzustellen. Ich lege die Durchführung dieser

Mission vertrauensvoll in Deine Hände und bitte Dich, Deinen bewährten Einfluss an massgebender Stelle zur Geltung zu bringen, um für die von uns als richtig erkannte Politik auf der Balkanhalbinsel auch die Unterstützung der deutschen Regierung zu sichern. Berchtold.

[a]) Vgl. n. 8226, 8347. — [b]) Aus dem Botschaftsarchiv Berlin. — [c]) n. 8157.

Nr. 8160. Tel. nach Bukarest, 1. Aug. 1913 Nr. 386 (chiffr. 10 U. 15 M. p. m.). Konz. (S. Berger; G. Berchtold).

Erhalten Euer Durchlaucht Telegramm Nr. 276 von gestern. Ich billige vollkommen die von Euer Durchlaucht Herrn Tontcheff gegenüber geführte Sprache. Es würde mich interessieren, über jene Mitteilungen telegraphisch informiert zu werden, welche Herr Majoresco Euer Durchlaucht eventuell über die russische Linie (letztes Alinea Euer Durchlaucht eingangs zitierten Telegrammes)[a]) machen sollte. Berchtold.

[a]) Letztes Alinea von n. 8140 beginnt mit „Werde heute Herrn Majorescu".

Nr. 8161. Tel. aus Bukarest, 1. Aug. 1913 Nr. 279 (eing. 4 U. 15 M. p. m.).[a]) Entziff.

Bezug auf Telegramm Nr. 277 von gestern, Cavalla betreffend. Nach neuerlicher Rücksprache mit Minister des Äußern und meinen Kollegen kamen wir zur Ansicht, daß in obzitiertem hieramtlichen Telegramme skizzierte Anregung in vieler Hinsicht zu kompliziert und langwierig. Es würde zu einem rascheren Friedensschlusse wesentlich beitragen, wenn im Laufe der Konferenz Herr Majoresco im Momente, in dem es ihm nützlich erscheint, ermächtigt werden könnte, im Namen einzelner oder aller Großmächte zu erklären, daß dieselben sich, mag Entscheidung über Cavalla wie immer ausfallen, das Recht vorbehalten, speziell diesen Punkt einer Revision zu unterziehen, ohne selbstverständlich sich des Rechtes zu begeben, den gesamten Vertrag zu überprüfen. Dadurch würde Bulgarien den Vertrag unterfertigen können, in der Hoffnung, daß speziell in der Cavalla-Frage diejenigen Großmächte, die obige Erklärungen abgeben ließen, bei eingetretener Revision auf seiner Seite stehen würden. Ich ersuche daher, mich anzuweisen, Herrn Majoresco zu ermächtigen, im Namen österreichisch-ungarischer Regierung eine Erklärung im obigen Sinne abgeben zu können. Bisher haben englischer, deutscher und russischer Kollege analog an ihre Regierungen telegraphiert. Da in rumänischer Armee seit drei Tagen Cholera heftig ausbrach, die große Dimensionen annehmen zu wollen scheint, so wird hier Forderung nach möglichst raschem Abschluß Friedensverhandlungen immer dringender. Ich befürchte daher, daß rumänische Regierung, um so rasch als möglich zu einem Abschlusse zu gelangen, auf den Teil, der den geringsten Widerstand leisten kann, das ist Bulgarien, Druck ausüben wird. K. E. Fürstenberg.

[a]) Oe. U. Balkan 388 Nr. 772. Vgl. n. 8163, 8177, 8179, 8185, 8207.

Nr. 8162. Tel. aus Bukarest, 1. Aug. 1913 Nr. 280 (eing. 6 U. 15 M. p. m.).[a]) Entziff.

Antwort auf Telegramm Nr. 375 vom 30. v. M., russischen Standpunkt betreffend. Soviel ich aus übereinstimmenden Mitteilungen hiesiger

Regierung und russischen Kollegen entnehme, sind russische Instruktionen betreffs der Grenzfragen ausnehmend vage gehalten. Herr Schebeko hat nur Auftrag, hier mitzuteilen, daß beide Vardarufer samt Ištib zu Serbien zu fallen hätten, Bulgarien jedoch aus Zentralmazedonien nicht ganz verdrängt werden könne. Über Kočana und Strumica besitzt keine Weisung. Bezüglich Cavallas, daß, falls eine Einigung nicht erzielbar, Rußland sich Überprüfungsbeschluß vorbehalten. Eine gestern stattgefundene Besprechung zwischen mir, mit Regelung Grenzfragen betrautem Minister Take Jonesco und Schebeko betreffs der serbisch-bulgarischen Grenze ergab folgendes: Serbische Ansprüche: Wasserscheide zwischen Struma und oberes Bregalnicatal bis zirka Hadji-Beylik an der Bahn westlich von Demirhissar gelegen. Rumänischer Gegenvorschlag: Wasserscheide Höhenzug Plana Belasica, Wasserscheide zwischen Vardar und Strumica, vor Ištib nordwestlich abweichend bis gegen Spitze Kozbranjas, von dort direkt nördlich oberen Bregalnica-Lauf übersetzend an alter bulgarischer Grenze. Ich insistierte auf Morihovo-Gebiet, was als gänzlich ausgeschlossen erklärt wurde, ebenso sei Ištib aus strategischen Gründen für Serbien unbedingt notwendig. Herr Take Jonesco versprach, auf Kočana zu bestehen. Russischer Kollege, der zu Beginn der Besprechung erklärte, seine Regierung nehme kein lebhaftes Interesse an Aufteilung der Gebiete unter Kriegführenden, verhielt sich während Diskussion sehr passiv. K. E. Fürstenberg.

[a]) Vgl. n. 8176, 8210.

Nr. 8163. Tel. aus Bukarest, 1. Aug. 1913 Nr. 281 (eing. 10 U. p. m.).[a]) Entziff.

Im Nachhange zu hieramtlichem Telegramme Nr. 279 von heute. Italienischer und französischer Kollege haben in gleicher Weise wie ich und übrige Vertreter der Großmächte von ihren respektiven Regierungen Weisungen erbeten, um individuell Herrn Majoresco zu ermächtigen, [die] im obzitierten Telegramme dargestellten Erklärungen, wenn notwendig, in Konferenz abzugeben. Die Abgabe derselben hätte den Vorteil, daß Griechenland oder Bulgarien, in dieser Frage nachgebend, sich zur Deckung gegen ihre öffentliche Meinung auf diese im Sitzungsprotokoll eingetragene spezielle Erklärung berufen können. Herr Blondel glaubt wohl, entsprechende Weisung zu erhalten, vermutet aber, daß man in Paris für griechisches Cavalla sei. Für sehr wichtig und maßgebend würde ich es halten, wenn Deutschland rumänischer Regierung wissen ließe, daß es für Anheimfall Cavallas an Bulgarien ist, da darüber starker Zweifel herrscht. K. E. Fürstenberg.

[a]) Vgl. n. 8177, 8187.

Nr. 8164. Tel. aus Konstantinopel-Jeniköj, 1. Aug. 1913 Nr. 394 (eing. 7 U. p. m.).[a]) Entziff.

Erhalten Euer Exzellenz Telegramm Nr. 365 von gestern. Identischer Schritt kann vorläufig nicht ausgeführt werden, da der englische Vertreter noch ohne Instruktionen. Pallavicini.

[a]) Vgl. n. 8182, 8219.

Nr. 8165. Tel. nach London Nr. 653 (1) und Rom Nr. 885 (2), 1. Aug. 1913 (chiffr. 2. Aug. 1 U. 30 M. a. m.).[a] *Konz. (S. Egger; V. Rappaport u. Berchtold; G. Berchtold).*

1. Erhalten Euer Exzellenz Telegramm Nr. 583 vom 31. v. M.

2. Fortsetzung meines Telegrammes Nr. 884 vom heutigen Tage. Ich antworte Graf Mensdorff wie folgt:

1. u. 2. Zu dem Einigungsvorschlage Sir Edward Greys habe ich Folgendes zu bemerken. Obwohl wir es selbstverständlich in erster Linie Italien überlassen müssen, sich hinsichtlich der von ihm besetzten Inseln zu entscheiden, so wollen Euer Exzellenz doch nicht ermangeln, die Haltung Ihres italienischen Kollegen durch die Erklärung zu unterstützen, daß auch wir der Ansicht sind, daß eine Einbeziehung des Lausanner Friedens nicht zu den Aufgaben der Londoner Réunion gehört. Was die albanesische Süd- und Südostgrenze selbst betrifft, so bin ich zwar mit den von Euer Exzellenz vorgebrachten und von Sir Edward Grey akzeptierten Einwürfen, wonach die Insel Saseno Albanien zugesprochen und der Kanal von Corfu neutralisiert werden müßte, einverstanden, muß aber hinsichtlich der Tätigkeit der internationalen Grenz-Kommission doch noch einige weitere Garantien verlangen. Nach der von Sir Edward Grey aufgestellten Basis wäre es nämlich denkbar, daß nur die Küste bis Phtelia bei Albanien bleibe, hingegen deren gesammtes Hinterland mit den Städten Delvino, Argyrocastro, ja vielleicht sogar Permet und Tepelen Griechenland zugesprochen würde, was natürlich ethnographisch und politisch unzulässig erschiene; auch enthält der Vorschlag Sir Edward Greys weder eine Gewähr gegen eine Verschleppung der Kommissionsarbeiten, noch auch eine Bestimmung über die Evakuierung Südalbaniens durch die Griechen. Alle diese Punkte sind nun in den, in meinem Telegramme vom 29. Juni Nr. 536 aufgestellten Bedingungen (insbesondere 2, 4, 5 und 6) entsprechend formuliert worden und wenn wir auch behufs Zustandebringung eines Beschlusses auf der wörtlichen Aufnahme der eben zitierten Bedingungen in die betreffende Resolution nicht bestehen wollen, so lege ich doch Wert darauf, daß das faktische Resultat sich nicht verändere und daher im Beschlusse ein entsprechender Ersatz für die von uns vorgeschlagene Formulierung Platz finde. Was unser Petit betrifft, daß der Réunion, in welcher die Entscheidung über die Pinduswalachen getroffen wird, ein Vertreter Rumäniens zugezogen werde, so will ich zwar die Einwendung,[b] dass Rumänien gegenwärtig ein kriegführender Staat ist, gelten lassen, kann aber nicht umhin, darauf zu bestehen, daß ein Vorbehalt zu Gunsten Rumäniens ausgesprochen werde, dahingehend, daß es die Interessen seiner Konnationalen im Epirus wahrnehmen könne.

2. Vorstehendes zur Mitteilung an Marquis di San Giuliano.

Berchtold.

[a]) Vgl. n. 8171, 8184, 8205, 8214, 8230, 8294. — [b]) Vgl. n. 8102.

Nr. 8166. Tel. aus London, 1. Aug. 1913 Nr. 586 (eing. 2. Aug. 7 U. a. m.).[a] *Entziff.*

Réunion d'aujourd'hui. Grey exprime l'avis qu'une entente pourrait s'établir sur les points suivants: 1° Une commission internationale procédera

à la délimitation de la frontière sud et sud-est de l'Albanie avec instruction de laisser à l'Albanie Koritza, Stylos et l'île de Saseno. 2° Neutralisation du canal de Corfou. 3° La Grèce restera sous certaines conditions de neutralité en possession des îles habitées en majorité par une population grecque et occupées actuellement par les forces helléniques, à l'exception de Tenedos, Imbros et Thasos. 4° L'Italie déclarerait qu'aussitôt, conformément à l'article II du traité de Lausanne, les troupes et l'artillerie ottomanes auront abandonné la Cyrénaïque, elle évacuera les îles qu'elle occupe et les restituera à la Turquie. 5° Au moment du réglement final les Puissances décideront du sort de ces îles. — Le prince Lichnowsky suggère à titre personnel de subordonner le règlement de la question des îles à restituer à la Turquie à l'obtention de certains avantages tels que par exemple l'évacuation d'Andrinople. Grey reconnaît qu'un règlement conforme aux cinq points susénoncés modifiera les vues précédemment exprimées par quelques gouvernements, mais il émet l'espoir d'arriver à un accord avant l'ajournement de la réunion à la fin de la semaine prochaine. Il pense que certains changements dans la situation et notamment l'occupation d'Andrinople par les Turcs peuvent autoriser les Puissances à réserver leur décision relativement à la destination future des îles occupées par l'Italie après leur restitution à la Turquie. Mensdorff.

a) Oe. U. Balkan 387 Nr. 771. Vgl. n. 8167, 8170, 8184, 8190, 8288.

Nr. 8167. Tel. aus London, 1. Aug. 1913 Nr. 587 (eing. 2. Aug. 8 U. a. m.).a) Entziff.

Im Nachhange zu meinem heutigen Telegramme Nr. 586, betreffend Reunion. Sir E. Grey war der Ansicht, daß wir doch heute etwas über die Südgrenze zur Vorlage an unsere Regierungen aufsetzen sollten, da wir sonst unmöglich anfangs nächster Woche im Besitz von Instruktionen sein könnten. Marquis Imperiali vertrat den bekannten italienischen Standpunkt, daß über die Inseln, welche von Italien okkupiert sind, nicht diskutiert werden könnte. Er wiederholte, daß diese von Italien kraft des Vertrages von Lausanne der Türkei zurückgegeben werden müßten und er wiederholte auch die Erklärung seiner Regierung, daß Italien keinerlei Absicht habe, irgendeine Insel für sich zu behalten und an dem Grundsatze festhalte, daß keine Macht aus den jetzigen Wirren territoriale Vorteile für sich ziehen solle. Herr Cambon erklärte, der Standpunkt seiner Regierung sei bisher immer der gewesen, daß Korica und Kap Stylos nur dann Albanien zugesprochen werden können, wenn sämtliche Inseln, inklusive der von Italien okkupierten, Griechenland zuerkannt werden. Graf Benckendorff meinte, dies wäre auch der Standpunkt seiner Regierung gewesen, Lichnowsky sprach viel von den veränderten Verhältnissen durch die jüngsten Kriegsereignisse, die Besetzung von Adrianopel etc. Sir E. Grey anerkannte, daß darin einiges richtig sei und schlug schließlich die fünf Punkte vor, welche in den Resolutionsbeschluß inkorporiert wurden. Er sagte dabei, er hoffe, daß die k. u. k. Regierung auf ihre Forderungen bezüglich der Kutzowalachen unter den veränderten Verhältnissen verzichten werde, da es jetzt ganz unmöglich sei, rumänischen Vertreter zu hören und nicht auch

den griechischen. Nachher sagte er mir dasselbe privat und fügte hinzu: Er habe es auf sich genommen, die heutigen Vorschläge zu machen, obwohl weder Herr Cambon noch Graf Benckendorff Instruktionen hätten und die französische und russische Regierung, falls sie sie annehmen, ihren bisherigen Standpunkt wesentlich verändern müßten. Unter diesen Umständen hoffe er auch, daß Euer Exzellenz nicht auf allen den Bedingungen bestehen würden, welche Hochdieselben an die Zustimmung zur Grenzbestimmungskommission geknüpft hatten. So sei es zum Beispiel ...[b], die vorherige Evakuation Koricas durch Griechenland zu erlangen. Griechenland würde ohne Zweifel dies mit Forderungen über Kavalla oder dergleichen verquicken und wir kämen nicht weiter. Ich glaube unvorgreiflich, daß, wenn der von Sir E. Grey schon neulich vertretene Standpunkt angenommen wird, daß alle von den Mächten sanktionierten Beschlüsse bei der definitiven Regelung aller territorialen Veränderungen als ein Ganzes unbedingt durchgeführt werden müssen, dies auch auf die albanesische Grenzbestimmung Anwendung haben muß. Es müßte somit die Evakuation der Albanien zugesprochenen Gebiete seinerzeit von allen Mächten gefordert werden, was wohl wirkungsvoller wäre als ein Verlangen der Evakuation durch die Griechen vor Ankunft Grenzbestimmungskommission, was sehr schwer durchzusetzen und durchzuführen wäre. Ich bitte um Instruktionen vor nächster Sitzung, die Dienstag stattfindet. Wenn erforderlich, wird nächste Woche noch zweite Reunion stattfinden, dann keine mehr. Mensdorff.

[a]) Vgl. n. 8102, 8144, 8186. — [b]) Chiffre fehlt.

Nr. 8168. Tel. aus London, 1. Aug. 1913 Nr. 588 (eing. 2. Aug. 6 U. a. m.).[a]) Entziff.

Gendarmerie. Bei heutiger Reunion wurde Ablehnung Schwedens besprochen und diskutiert, an welchen Kleinstaat man sich wenden sollte, um Offiziere für die albanesische Gendarmerie zu erlangen. Sir E. Grey resumierte die ausgesprochenen Ansichten dahin, daß man sich in erster Linie an Holland, im Verweigerungsfalle an Dänemark und in dritter Linie an die Schweiz wenden sollte. Mensdorff.

[a]) Oe. U. Balkan 386 Nr. 768. Vgl. n. 8145, 8188.

Nr. 8169. Bericht aus London, 1. Aug. 1913 Nr. 70 A (eing. 4. Aug.). Ausfert.

Die Botschafterréunion vom vorigen Dienstag den 29. Juli hat das erfreuliche Resultat ergeben, dass über das Statut Albaniens eine Einigung erzielt wurde und endlich nach langwierigen Verhandlungen die Wiederholung der Bestimmung wegen des Minoritätenschutzes mit der daran geknüpften Interpretation, sowie die Wiederholung des wirtschaftlichen accès Serbiens an die Adria und die damit verbundene Wiederholung des Verlangens zur Evacuirung Albaniens durch serbische Truppen festgesetzt wurde. Die lästigen und complizierten Verhandlungen, um bezüglich Interpretation des Minoritätenschutzes sowie Interpretation des accès commercial Serbiens an die Adria eine Verständigung zwischen unserem

und dem russischen Standpunkt zu erzielen, sind somit endlich in befriedigender Weise zum Abschlusse gelangt. Mit unserer letzten Sitzung sind somit drei der schwierigsten und unangenehmsten Fragen bereinigt worden, über welche wir schon häufig verzweifelt hatten, eine Verständigung zu erzielen. Wenn man sich jetzt noch über die Frage der Südgrenze Albaniens und die Inseln im Ägäischen-Meere in den nächsten Tagen einigen könnte, so wären unsere beinahe acht monatlichen Botschafterverhandlungen nicht erfolglos geblieben. Allerdings stehen wir da noch vor einem der schwersten Probleme und die Entscheidung darüber liegt in den Händen der italienischen Regierung. Von unserem Standpunkte betrachtet, kann man nach aller Mühe, Verschleppungen und Gegensätze,*a)* welche die Konferenz mit sich brachte, doch auf gewisse, nicht unbedeutende Resultate blicken. Als wir Mitte December unsere Besprechungen begannen, erklärte Sir E. Grey wiederholt meinem deutschen und italienischen Kollegen, die davon sehr impressioniert waren, dass er in der Skutarifrage sich auf Seite Russlands stellen müsste, nachdem er bezüglich der Frage der Territorialfestsetzung Serbiens an der Adria den österreichisch-ungarischen Standpunkt unterstützt und verfochten habe. Die Ansichten des Staatssekretärs modifizierten sich glücklicher Weise im Laufe der Verhandlungen und in der allerkritischesten Zeit der Skutarifrage hat er seinen ganzen Einfluss aufgeboten, um auf Russland und Frankreich einzuwirken und die Flottendemonstration zustande zu bringen. In kurzem resumiert kann man wohl sagen, dass unser Standpunkt ausser in der Frage des serbischen Hafens an der Adria und die Zugehörigkeit*a)* Skutaris zu Albanien noch in folgenden Punkten durchgedrungen ist: Aufhebung der Suzerenität des Sultans über Albanien, an welcher Russland zu Beginn durchaus festhalten wollte und sogar von „suzeraineté ou souveraineté du Sultan" sprach; Anerkennung des Prinzipes, dass Albanien ein erbliches Fürstentum werde, obwohl Mr. Cambon zuerst kategorisch erklärt hatte, man solle nur einen Oberkommissär bestellen; Organisation der Gendarmerie durch Offiziere eines Kleinstaates und nicht, wie Mr. Cambon vorgeschlagen hatte, durch Offiziere der Grossmächte; Reduzierung des Provisoriums auf ein Minimum, im Gegensatze zu dem von Mr. Cambon verfochtenen Prinzipe, erst nach einigen Jahren ein definitives Régime einzuführen; endlich Wiederholung der Bestimmung über den Minoritätenschutz im Texte des ursprünglichen Réunionsbeschlusses, obwohl Herr Hartwig und mit ihm die Gesandten Englands und Frankreichs die diesbezügliche Mitteilung bei der serbischen Regierung in veränderter Form gemacht hatten. Es liegt mir ferne, die Wichtigkeit dieser Errungenschaften übertreiben zu wollen. Angesichts der Kritiken aber, die sich ohne Zweifel geltend machen werden, verlohnt es sich immerhin, auf die positiven Ergebnisse hinzuweisen, welche die Politik Eurer Excellenz im Laufe der Botschafterverhandlungen erzielt hat. Dass dies nicht ohne gewisse Konzessionen unsererseits geschehen konnte, ist klar. Ich habe bei jeder Gelegenheit darauf hingewiesen, dass unser Fallenlassen der Forderung über die Zugehörigkeit Djakovas zu Albanien an die ausdrückliche Bedingung geknüpft war, dass Albanien evacuiert und der Minoritätenschutz garantiert werden müsse. Sir E. Grey sowie Sir A. Nicolson haben

dies auch stets anerkannt. Mein Standpunkt war immer: „these questions are part and parcel of our agreement about Djakowa and we must insist on them. Otherwise it would open up all the questions which have been settled".

Mensdorff.

a) So!

Nr. 8170. Bericht aus London, 1. Aug. 1913 Nr. 70 C (eing. 4. Aug.).a) Ausfert.

Mit meinem gestrigen Telegramme Nr. 583 habe ich Eurer Excellenz über die Konversation gemeldet, die Sir E. Grey gestern betreffend die Südgrenze Albaniens mit Imperiali und mit mir hatte. Der Staatssekretär steht auf dem Standpunkte, dass er bei anderen Mächten — vor allem Frankreich — die Einbeziehung von Koritza und Cap Stylos in Albanien nicht durchsetzen könnte, wenn nicht bezüglich der Inseln im Ägäischen Meere gewisse Zusicherungen gegeben werden. Er habe erwogen, wie man zu einer Verständigung gelangen könnte und habe einige Punkte zusammengefasst (die er auch Mr. Cambon und Graf Benckendorff mitgeteilt hat, ohne noch die Antworten der russischen und französischen Regierungen zu kennen), von welchen er uns nun Kenntnis gebe. Sein Vorschlag geht, wie telegraphisch gemeldet, dahin, dass eine internationale Kommission die Süd- und Südostgrenze Albaniens bestimmen solle, wobei diese Kommission instruiert werden würde, dass Koritza und Cap Stylos Albanien zugesprochen werden müsse. Daran wäre die Bedingung geknüpft, dass die von Griechenland occupierten Inseln mit Ausnahme von Tenedos, Imbros und Thasos bei der endgültigen Entscheidung Griechenland belassen werden. Ferner, dass, wenn Koritza und Cap Stylos unter die albanesische Regierung gestellt worden sind, Italien die von ihr[b]) occupierten Inseln der Türkei zurückgebe. Mein italienischer Kollege erklärte sofort, dies sei unmöglich ausser wenn man zu mindest beifügt „und wenn die Bestimmungen des Vertrages von Lausanne erfüllt sind". Imperiali meinte, die italienische Regierung könnte eine derartige Bedingung nicht annehmen, wodurch sie ihr einziges Pfand für Erfüllung der Bestimmungen des Lausanner-Friedens aus der Hand gebe. Man müsse doch den positiven Erklärungen seiner Regierung Glauben schenken, dass Italien keine der Inseln für sich behalten wolle; Italien stehe auf dem Standpunkte seines Vertrages mit der Türkei, der dem Balkankriege „antérieur" sei. Imperiali sprach viel von der besonderen Empfindlichkeit der öffentlichen Meinung Italiens in allen Fragen, welche Tripolis und Cyrenaika betreffen und war ziemlich aufgeregt. Er bat auch den Staatssekretär, die Angelegenheit bei unserer heutigen Réunion nicht zur Sprache zu bringen, da er bis dahin keine Instruktion aus Rom erhalten könne. Die wichtigste Frage scheint mir nun, wie eine Formel gefunden werden kann, die für Italien annehmbar ist und trotzdem den hier und namentlich in Paris herrschenden Empfindlichkeiten Rechnung trägt. Denn es wäre im höchsten Grade bedauerlich, wenn die Frage der Südgrenze offen bliebe und wir ohne Lösung derselben die Réunion vertagen müssten. Sir E. Grey meinte, eine Erfüllung der Bestimmungen des Lausanner-Vertrages dürfte, da man es mit der Türkei zu tun habe, noch

sehr lange dauern. Es handle sich darum, die Inselfrage ins Reine zu bringen, Italien selbst habe früher die von ihm besetzten Inseln als Compensationsobjekte bezeichnet. Jetzt habe es von den Inseln gesprochen, als ein Mittel um auf die Türkei einen Druck auszuüben, zum Beispiel in der Frage von Adrianopel. Letzteres könnte am besten geschehen, wenn man die endgültige Entscheidung über die von Italien besetzten Inseln den Mächten überlasse. Die Konversation ergab kein positives Resultat. Mein italienischer Kollege muss vor allem in Rom Instruktionen einholen. Er sagte mir aber nachher, dies sei die schwierigste und „delikateste" aller Fragen, die jede italienische Regierung im Parlamente zu Falle bringen könnte. Von der Umgebung Sir E. Greys höre ich streng vertraulich, dass das Misstrauen gegen eventuelle italienische Pläne auf die Inseln in Paris sehr stark sein soll. Es komme nicht von hier. Nur müsse das Foreign Office auch auf die Admiralität etwas Rücksicht nehmen, die in der Frage, ob Inseln an eine Grossmacht fallen könnten, empfindlich sei. Man möchte hier vor allem vermeiden, dass „a general scramble for the islands" stattfinde. Man scheint hier auch dem Marquis San Giuliano mehr als allen anderen italienischen Staatsmännern „Weltpolitiksvelleitäten" zuzumuten, die hier nicht besonders sympatisch berühren. Mensdorff.

[a]) Vgl. n. 8166. — [b]) So!

Nr. 8171. Tel. nach Rom, 1. Aug. 1913 Nr. 884 (chiffr. 10 U. 45 M. p. m.).[a]) Konz. (S. Egger; G. Nemes).

Im Gegenstande meines Telegrammes vom 29. Juni l. J. Nr. 722 telegraphiert mir Graf Mensdorff wie folgt: ... *wie n. 8144 in extenso.* ...

Berchtold.

[a]) Vgl. n. 8165.

Tel. nach Rom, 1. Aug. 1913 Nr. 885 (chiffr. 2. Aug. 1 U. 30 M. a. m.). Siehe n. 8165.

Nr. 8172. Bericht aus St. Petersburg, 19. Juli/1. Aug. 1913 Nr. 29 A (eing. 4. Aug.).[a]) Ausfert.

Geheim. Mit meinem gestrigen Telegramme Nr. 261 habe ich die Ehre gehabt, Euer Exzellenz in Kürze den ersten Eindruck zu schildern, den meine Mitteilung über die Euer Exzellenz bezüglich der Lösung der Territorialfragen auf dem Balkan vorschwebenden Prinzipien auf Herrn Sazonow gemacht hatten. Im Nachstehenden möchte ich mir erlauben, diese erste kurze Meldung etwas näher zu präzisieren, wobei ich mir hervorzuheben gestatte, dass Herr Sazonow mir eine bestimmte Antwort erst nach näherem Studium unserer Vorschläge in Aussicht stellte, so dass auch die Bemerkungen, die er mir unter dem frischen Eindrucke derselben machte, nach erfolgter Rücksprache mit seinen Ratgebern, möglicherweise eine gewisse Modifizierung erleiden könnten. Zunächst äusserte der Herr Minister seine lebhafte Befriedigung darüber, dass Euer Exzellenz so bereitwillig darauf eingegangen seien, über die Regelung der Territorialfragen auf dem Balkan in einen Meinungsaustausch mit ihm einzugehen, und bezeichnete er es als einen sehr erfreulichen Fortschritt, dass die Kabinette

von Wien und St. Petersburg in eine freundschaftliche Konversation über diesen Gegenstand eintreten. Was die allgemeinen Prinzipien anbelangt, welche Euer Exzellenz hiebei vorschweben, so fand der Punkt I seine uneingeschränkte Zustimmung, da auch Russland nichts sehnlicher wünsche, als am Balkan möglichst stabile Zustände zu schaffen, welche eine Gewähr für eine lange Friedensaera bieten. Was das Bestreben betrifft, die territorialen Grenzen tunlichst den ethnographischen Verhältnissen anzupassen, so meinte Herr Sazonow, dass dies zwar im Prinzipe sehr richtig sei, in der Praxis aber im gegenwärtigen Falle wohl nur mit grossen Einschränkungen durchführbar sein werde, denn sonst müsste zum Beispiel das ganze Littorale an Griechenland fallen! Zu Punkt II — das Gleichgewicht am Balkan erheische, dass Serbien über den im 1. Balkankriege unbestritten erreichten Gebietszuwachs hinaus nicht allzusehr vergrössert werde — meinte Herr Sazonow, dass angesichts der gegen Bulgarien im 2. Kriege erreichten Erfolge, doch mit einer wesentlichen Vermehrung der serbischen Ansprüche gerechnet werden müsse. Zu Punkt III machte er keine Bemerkung. Ich gestatte mir nun auf die Besprechung der Detailpunkte der Delimitation Bulgariens überzugehen.

1. Im Westen: Herr Sazonow wollte nicht gelten lassen, dass der vor dem Türkenkriege abgeschlossene serbisch-bulgarische Vertrag zur Beurteilung der nun beiden Ländern zufallen sollenden Anteile herangezogen werde, da dieser Vertrag durch den neuen Krieg zerrissen worden sei. Ich erwiderte, es handele sich auch durchaus nicht darum, diesen Vertrag wieder aufleben zu lassen, sondern er solle nur dazu dienen, über die ethnographischen Verhältnisse, wie sie von den jetzigen Gegnern seinerzeit selbst anerkannt worden seien, Anhaltspunkte [zu] liefern. Mit grosser Entschiedenheit sprach sich Herr Sazonow dagegen aus, dass Bulgarien auch noch am rechten Vardarufer gelegene Territorien zugewiesen werden. Dies sei einerseits nicht im Einklang mit der jetzigen militärischen Lage und würde er, selbst wenn die Mächte einen diesbezüglichen Beschluss fassen sollten, es für ganz ausgeschlossen halten, Serbien ohne Anwendung von Gewalt zur Annahme eines solchen Beschlusses zu bewegen. Aus diesem Grunde müsse er sich ganz entschieden gegen die Zuweisung des Gebietes von Morihovo an Bulgarien aussprechen. Vom serbischen Standpunkte wäre es vielleicht klüger, wenn es auf diese von Bulgaren bewohnten Gebiete gar nicht reflektieren würde, da es dort eine harte Nuss zu knacken gäbe und es langer Arbeit bedürfen werde, dieses Gebiet zu pazifizieren und zu organisieren. Das sei aber schliesslich die Sache der Serben. Wenn er, Sazonow, versuche, sich in unseren Standpunkt hineinzudenken, so sollte er meinen, dass es der Monarchie nicht unangenehm sein könnte, Serbien dort mit einer so schwierigen und langwierigen Arbeit, die auf Jahrzehnte hinaus einen grossen Teil seiner Kräfte absorbieren müsse, beschäftigt zu sehen. Dass Monastir zu Serbien und Florina zu Griechenland fallen solle, ist auch Herrn Sazonows Ansicht. Was das Bregalnitza-Tal anbelangt, so teilt der Herr Minister die Ansicht Euer Exzellenz, dass es — allerdings nach seiner Meinung nur in seinem oberen Teile, aber einschliesslich Kočana, etwa bis zum Zusammenfluss mit der Zletowska — Bulgarien zufallen solle.

Hingegen müsste nach seiner Auffassung Ištib unbedingt Serbien zugesprochen werden.

2. Im Süden: Auch Herr Sazonow ist dafür, dass das Struma- und Strumitza-Tal — letzteres aber nicht ganz bis zum Vardar — Bulgarien erhalten bleibe, ebenso wie das ganze Gebiet, von Kavalla inclusive, bis zur neuen Grenze gegen die Türkei. Die Abgrenzung gegen Griechenland wünscht Herr Sazonow aber etwas nördlicher gezogen zu sehen, als dies nach dem Projekte Euer Exzellenz der Fall wäre, wonach nur das Gebiet südlich des Angista-Flusses und der Bahn bis zum Vardar Griechenland überlassen würde. Herr Sazonow würde sich diesen Teil der Grenze so denken, dass sie westlich Kavalla, etwa bei Eski-Kavalla, an der Küste beginne, sodann zunächst gerade gegen Norden verlaufe, so dass Bulgarien noch auf eigenem Territorium eine Verbindung zwischen der erwähnten Hafenstadt und der „Jonction Linie" herstellen könnte. Dann hätte die Grenzlinie die Bahn zu überschreiten und erst in der Weise nach Westen abzuschwenken, dass Drama und Serres noch zu Griechenland kämen. Es werde, so meinte der Herr Minister, schon schwer genug sein, die Griechen zur Aufgabe von Kavalla zu bewegen; zu erreichen, dass sie auch auf Drama und Serres verzichten, halte er geradezu für ausgeschlossen.

3. Im Osten: Diesbezüglich ist Herr Sazonow vollkommen der gleichen Ansicht wie Euer Exzellenz. Er präzisierte mir die der Türkei eventuell zu gewährende günstigere Tracierung der Linie Enos—Midia dahin, dass dieselbe nunmehr längs des Ergeneflusses laufen könnte, was immer noch jener Grenzlinie entspräche, welche Bulgarien zu Anfang der Londoner Friedensverhandlungen bereits akzeptiert hatte.

Zum Schlusse wiederholte ich Herrn Sazonow unsere Reserve, wonach wir unsere Zustimmung zur Neuordnung der Territorial-Fragen auf dem Balkan an die Bedingung knüpfen, dass uns für die Wahrung unserer wirtschaftlichen Interessen, namentlich jener an der Orient-Bahn, der Bahn Salonichi-Monastir, sowie am Hafen von Salonichi entsprechende Garantien geboten würden, worauf Herr Sazonow erwiderte, qu'il supposait que cela ne ferait pas de difficultés. Indem ich mir zum Schlusse nochmals ergebenst darauf hinzuweisen gestatte, dass obige Ausführungen Herrn Sazonows, der sich eine offizielle Antwort erst nach eingehenderem Studium der Frage vorbehalten hat, nicht als verbindlich aufzufassen sind und noch einer Modifizierung zufolge Beeinflussung durch Herrn Neratow oder seine Ministerkollegen unterworfen sein könnten, behalte ich mir vor, sobald mir die in Aussicht gestellte Antwort zugekommen sein wird, Euer Exzellenz hierüber Bericht zu erstatten. Die Geheimhaltung meiner Mitteilungen bis auf weiteres sagte mir Herr Sazonow zu.[1] Thurn.

[1] Conversation fortsetzen?

[a] Vgl. n. 8088, 8220.

Nr. 8173. Bericht aus St. Petersburg, 19. Juli/1. Aug. 1913 Nr. 29 C (eing. 4. Aug.).[a] Ausfert.

Obwohl bisher wohl kaum ernstlich davon gesprochen werden kann, dass die Türkei beginne, sich den Wünschen der Mächte gefügiger zu zeigen

und auch die von Herrn Sazonow zu Ende der vorigen Woche lancierte Idee von gemeinsam durch die Mächte zu ergreifenden Koerzitivmassregeln, insbesondere aber jene einer internationalen Flottendemonstration, keinerlei Fortschritte gemacht hat, ist der Herr russische Minister des Äussern mir gegenüber weder auf die Flottendemonstration, noch auch auf die Eventualität eines selbstständigen russischen Eingreifens zurückgekommen. Diese Zurückhaltung Herrn Sazonows ist der sehr energischen Sprache gegenüber, welche er diesbezüglich zu Anfang führte, einigermassen bemerkenswert. Während er mir noch vergangenen Samstag mit dem grössten Nachdruck auseinandersetzte, Russland werde unter keinen Umständen dem Verbleiben der Türken in Adrianopel zustimmen, und er mit aller Deutlichkeit durchblicken liess, dass, wenn gemeinsame diplomatische Schritte nicht fruchten und eine gemeinsame Pression nicht zu Stande kommen sollte, Russland genötigt sein würde, zur Erreichung des vorgesteckten Zieles eventuell auch selbstständig vorzugehen, war seine Sprache gelegentlich unserer letzten, gestrigen, Unterredung bedeutend vorsichtiger. Er betonte zwar auch diesmal, dass Russland im Einklange mit der gegenständlichen Auffassung aller anderen Grossmächte unbedingt darauf bestehen müsse, dass die Türkei sich dem Willen Europas füge. Er legte aber diesmal das Schwergewicht auf einen gemeinsamen diplomatischen Druck der Mächte und erwähnte mit keinem Worte der Eventualität, Russland könnte unter Umständen sich auch zu einem selbstständigen Vorgehen veranlasst sehen. Er betonte, dass man auch bezüglich des Vorgehens gegenüber der Türkei „beim Anfang beginnen" müsse, als welchen er zunächst eine gemeinsame diplomatische Démarche in Konstantinopel bezeichnete; habe diese nicht die gewünschte Wirkung, so bleibe zunächst noch der Weg einer finanziellen Aushungerung übrig, welcher die Türkei auf die Dauer kaum würde widerstehen können. Die Eventualität, dass auch dieses Mittel seine Wirkung versagen könnte, zog Herr Sazonow diesmal ebenso wenig in Erwägung als die Massregeln, die in diesem Falle zur Durchsetzung des Willens der Mächte zu ergreifen wären. Er gab sich im Gegenteile den Anschein, als seien in letzter Zeit gewisse Anzeichen dafür zu Tage getreten, dass in Konstantinopel eine etwas konziliantere Stimmung sich durchzuringen beginne. Aus dieser gegen früher entschieden stark gemilderten Sprache, sowie aus der günstigen Aufnahme, welche bei ihm der Gedanke gefunden hatte, dass Rumänien vielleicht ein europäisches Mandat der Türkei gegenüber annehmen könnte, ist wohl der Schluss gestattet, dass die russische Regierung es zum mindesten nicht herbeiwünscht, zu einer Separataktion gegen die Türkei genötigt zu werden, und dass sie gewiss nicht blos nach einem Vorwande zu einer derartigen Expedition sucht. Ich glaube vielmehr, man kann es als feststehend annehmen, dass das Kabinett von St. Petersburg es momentan sehr gerne sehen würde, wenn es gelingen sollte, die Türkei zum Nachgeben zu veranlassen, ohne dass Russland zu einer aus dem Rahmen des europäischen Konzertes heraustretenden Separataktion schreiten müsste. Ob man von Anfang an in allen hiesigen massgebenden Kreisen dieser Ansicht war, und ob man nicht vielleicht an manchen Stellen eine günstige Gelegenheit, welche die Aufnahme einer aktiven Politik gegen die Türkei und namentlich

die Aufrollung der armenischen Frage gerechtfertigt hätte, eher mit Freude begrüsst hätte, möchte ich dahingestellt lassen. Es sprechen jedenfalls manche Anzeichen dafür, dass man sich wenigstens in Kreisen der Armeeleitung mit diesem Gedanken befasst und auch gewisse Vorbereitungen für alle Fälle getroffen habe. Die entschiedene Dämpfung, welche aber die russische Unternehmungslust, wenn anders sie, ausser in Militärkreisen, überhaupt bestanden hat, in der letzten Zeit erfahren zu haben scheint, dürfte wohl in erster Linie auf die Haltung der beiden anderen Ententemächte zurückzuführen sein, denen beiden — vor allem aber England — der Gedanke einer russischen Aktion in Kleinasien durchaus nicht sympathisch zu sein scheint; auch die Perspektive, dass sich in einem solchen Fall auch die Monarchie die Aktionsfreiheit reserviert hat, dürfte eine einigermassen kalmierende Wirkung ausgeübt haben. Ob bei dieser Gelegenheit auch einzelne Meinungsverschiedenheiten zwischen dem Minister des Äussern und dem Ministerpräsidenten zu Tage getreten sind, wie von gewisser Seite behauptet wird, vermag ich derzeit noch nicht zu beurteilen. Jedenfalls aber sprechen alle Anzeichen dafür, dass jetzt die Eventualität einer russischen Separataktion wieder mehr in den Hintergrund getreten sein dürfte. Thurn.

[a]) Vgl. n. 8108.

Nr. 8174. Tel. aus Sofia, 1. Aug. 1913 Nr. 905 (eing. 10 U. p. m.).[a]) *Entziff.*

Minister des Äußern las mir Telegramm ersten bulgarischen Delegierten vor, wonach Herr Venizelos spontan auf Cavalla-Frage mit ihm zu sprechen gekommen wäre und gesagt hätte, es sei absolut unmöglich, daß König Konstantin oder griechische Regierung auf Cavalla verzichten; sollte aber Konferenz der Großmächte Cavalla Bulgarien zusprechen, so würde sich Griechenland einer solchen Entscheidung fügen. Minister des Äußern las mir auch weitere Telegramme vor, laut welchen Sir Edward Grey bulgarischem Gesandten versprochen hätte, Griechenland Mäßigung energisch zu raten, und italienischer Unterstaatssekretär bulgarischem Vertreter angedeutet hätte, daß Italien bezüglich Cavallas selben Standpunkt haben würde wie wir. Tarnowski.

[a]) Oe. U. Balkan 387 Nr. 770. Vgl. n. 8117, 8177.

Nr. 8175. Privatschreiben aus Athen, 2. Aug. 1913. Ausfert.

Streng vertraulich. Wie Euer Exzellenz — unter anderem auch aus meiner Berichterstattung — bekannt, hat die Politik Deutschlands seit dem Thronwechsel in Griechenland einen entschieden griechenfreundlicheren Charakter angenommen. Diese Tendenz hat sich — man konnte dies hier deutlich wahrnehmen — besonders seit dem Ausbruch des zweiten Balkankrieges schrittweise noch mehr akzentuiert. Sie wird griechischerseits durch vertrauensvollstes Entgegenkommen honoriert. Der deutsche Gesandte Graf Quadt, wenn er auch für die Griechen persönlich keine besonderen Sympathien empfindet, ist dennoch ein eifriger Verfechter einerseits der

graecophilen Politik seiner Regierung, andrerseits einer zukünftigen Anlehnung Griechenlands an den Dreibund. Mit dieser politischen Richtung steht unsere Haltung insoferne im Gegensatz, als wir — um es besonders mild auszudrücken — Bulgarien mehr protegieren als Griechenland. Wir — und in gewisser Beziehung jetzt auch Italien, obwohl die gegenwärtige griechisch-italienische Verstimmung voraussichtlich keine andauernde sein und dem beiderseitigen traditionellen Freundschaftsverhältnis wieder Platz machen wird — stellen somit ein Hindernis dar für diese eventuelle Neuorientierung der von Deutschland gerne gesehenen Politik Griechenlands. Dieses Thema hat Graf Quadt, mit dem ich besonders vertrauensvolle Beziehungen unterhalte, mir gegenüber wiederholt zur Sprache gebracht und es namentlich auch beklagt, dass wir das so unzuverlässige slavische Bulgarien, das schliesslich doch zu Russland gravitieren werde, dermassen unterstützen, während er es doch in unserem Interesse gelegen glaube, uns die nichtslavischen Balkanstaaten, Rumänien und Griechenland, zu unbedingten Freunden zu machen. Wenn Österreich-Ungarn in seiner Griechenland so wenig freundlichen Politik fortfahre, werde dieses schliesslich der Tripleentente geradezu in die Arme getrieben. Ich habe in diesen ganz vertraulichen Gesprächen bisher stets die rein persönliche Auffassung vertreten, dass Österreich-Ungarn eben, trotz allem, ein ungleich grösseres Interesse an guten Beziehungen zu Bulgarien als an solchen zu Griechenland habe, was aber natürlich nicht ausschliesse, dass wir auch mit Griechenland gut stehen. Im übrigen glaubte ich, dass die wiederholten Versicherungen Herrn Venizelos', Griechenland wolle freie Hand behalten und sich keiner der beiden grossen Mächtegruppen gegenüber in ein bindendes Verhältnis begeben, aufrichtig gemeint seien und tatsächlich eingehalten werden würden. Wenn man aber trotzdem die Frage eines näheren Verhältnisses Griechenlands zum Dreibund ins Auge fassen wolle, so sei ich der Ansicht, dass da nicht viel zu machen sein werde, da die Tripleententemächte in dieser Beziehung einen bedeutenden Vorsprung gegenüber den Dreibundmächten hätten, und da au fond und à la longue der Grieche, auch in seiner Politik, sich stets mehr zum Franzosen und Engländer als zum Deutschen und Österreicher hingezogen fühle und daher eher für Paris und London als für Berlin und Wien optieren werde. Es hat mich nun frappiert, dass mir, als ich dieser Tage dies und ähnliches ihm gegenüber wieder äusserte, Graf Quadt mit eigentümlicher Betonung erwiderte: „Ich glaube, Sie täten gut daran, diesen Standpunkt in Ihrer Berichterstattung nicht zu sehr hervorzuheben und sich da nicht zu stark festzulegen." Und er wiederholte diesen Rat zweimal in derselben geheimnisvollen Art. Es wäre ja immerhin möglich, dass er darüber mehr weiss, als er mir sagen will oder darf. Dass König Konstantin die Franzosen nicht mag, dass Seiner Majestät namentlich auch die französische Militärmission ein Dorn im Auge ist, die Er umso lieber über Bord werfen würde, als sie sich Verdienste um den Erfolg der griechischen Waffen in den Balkanfeldzügen vindiziert, die der König rundweg bestreitet, ist ja ebenso bekannt, wie dass der neue König von Griechenland Sich zu Deutschland, dessen Kaiser ja Sein Schwager ist, hingezogen fühlt. Genügt das aber allein und unbedingt zu einer Neuorientierung der Politik Griechenlands?

Es erübrigt mir noch im Interesse der Aufrechterhaltung meiner vertrauensvollen Beziehungen zu Grafen Quadt, Euer Exzellenz angelegentlichst zu bitten, von vorstehenden Ausführungen nur einen ganz vertraulichen Gebrauch, namentlich auch nach Berlin hin, machen zu wollen. Braun.

Tel. nach Berlin, 2. Aug. 1913 Nr. 563 (chiffr. 8 U. p. m.). Siehe n. 8177.

Nr. 8176. Tel. nach Bukarest, 2. Aug. 1913 Nr. 387 (chiffr. 4 U. p. m.).[a] Konz. (S. Egger; V. Nemes u. Berchtold; G. Berchtold).

Erhalten Euer Durchlaucht Telegramm vom 1. d. M. Nr. 280. Der rumänische Gegenvorschlag trägt in keiner Weise den von uns ausgesprochenen Wünschen Rechnung, während er sich mit jenen Rußlands, so weit dieselben bekannt sind, deckt. Wir hätten von Rumänien erwartet, daß, wenn es unseren Standpunkt schon nicht voll vertritt, es wenigstens den Kompromißweg zwischen unserem und dem russischen Projekte einschlage und sich diesbezüglich unseres Einverständnisses vergewissere. Der Umstand, daß dies nicht geschehen ist, bringt die für uns und Rumänien gleich unangenehme Lage mit sich, daß das allgemeine Überprüfungsrecht über den Vertrag, das wir uns unter allen Umständen vorbehalten, auch auf solche Punkte in Anwendung kommen könnte, welche über Initiative Rumäniens in das Vertragsinstrument aufgenommen sein werden. Sollten bei Euer Durchlaucht Besprechungen mit den rumänischen Delegierten Detailfragen zur Sprache kommen, so wollen Euer Durchlaucht Herrn Majorescu dafür zu gewinnen trachten, daß unseren Wünschen in größerem Maße Rechnung getragen werde, als dies seitens Herrn Take Jonescos im Gespräche mit Euer Durchlaucht und Herrn Schebeko der Fall war. Berchtold.

[a] Vgl. n. 8200.

Nr. 8177. Tel. nach Bukarest Nr. 388 (1), Berlin Nr. 563 (2) und Rom Nr. 887 (3), 2. Aug. 1913 (chiffr. 8 U. p. m.).[a] Konz. (S. Berger; G. Berchtold).

1. Erhalten Euer Durchlaucht Telegramme Nr. 279 und 281 von gestern. Auch ich hielte Erklärungen Herrn Majorescos im Sinne zweiten Alineas[b] erstbezogenen Telegrammes für nützlich. Ich möchte nur vermeiden, daß die Monarchie als einzige Macht eine bezügliche Reserve vorbringen läßt. Sollte aber einer Ihrer Kollegen von den Großmächten beauftragt werden, eine derartige Enunziazion seiner Regierung durch Herrn Majoresco abgeben zu lassen, so wollen Euer Durchlaucht den Herrn Minister ermächtigen, in unserem Namen zu sagen, „daß wir uns — mag die Entscheidung über Kawalla wie immer ausfallen — das Recht vorbehielten, auch diesen Punkt einer Revision zu unterziehen, nachdem derselbe zu dem Komplexe jener Fragen gehöre, hinsichtlich deren wir uns ein Überprüfungsrecht vorbehalten hätten."

2.—3. Prinz Fürstenberg telegrafiert unterm 1. d. M. wie folgt: ... *wie n. 8161 von „Es würde" bis „telegraphiert" und n. 8163 mit Abänderungen* ... Über die Frage von Kawalla telegrafiert mir noch Graf Tarnowski unterm gestrigen: ... *wie n. 8174 mit Abänderungen* ... Ich

telegrafiere an den k. u. k. Gesandten in Bukarest wie folgt: (Inseratur Telegramm sub 1. von „Auch ich hielte Erklärungen“ bis zum Schlusse.)

2. Euer Exzellenz wollen Vorstehendes mit Herrn von Jagow besprechen und ihm sagen, ich hoffte, daß die kaiserlich deutsche Regierung, welche einem einvernehmlichen Vorgehen der Monarchie und Rußlands in der Balkankrise das Wort gesprochen habe, uns in unseren Bemühungen, die Zugehörigkeit Kawallas zu Bulgarien zu erreichen, umsomehr unterstützen werde, als es für uns wohl kaum möglich wäre, in der Frage dieses Hafens eine andere Stellung als Rußland einzunehmen. Wenn das Berliner Kabinet im gegenwärtigen Momente unsere durch die Lage gebotenen Interessen nicht zu den eigenen machen wollte, könnte es sich nur zu leicht ereignen daß wir und Italien uns vereint mit Rußland und getrennt von Deutschland befänden, was gewiß nicht im Interesse des Dreibundes gelegen wäre, dessen einheitliches Vorgehen selbst mit Opfern zu erreichen, ich in allen Phasen der Krise bemüht war.

3 .Vorstehendes zur Mittheilung an Marquis di San Giuliano. Euer Exzellenz wollen beifügen, daß ich darauf rechne, daß uns Italien in der Frage der Zugehörigkeit Kawallas zu Bulgarien auch weiterhin seine diplomatische Unterstützung gewähren werde und daß ich daher für eine entsprechende Instruierung des königlich italienischen Gesandten in Bukarest sehr verbunden wäre.

a) Oe. U. Balkan 390 Nr. 778. Vgl. n. 8199, 8204, 8217, 8247, 8302, 8308, 8319, 8371. — *b)* Eigentlich drittes Alinea. Drittes Alinea von n. 8161 reicht von „Es würde“ bis „stehen würden“.

Nr. 8178. Tel. aus Bukarest, 2. Aug. 1913 Nr. 282 (eing. 8 U. 30 M. p. m.).[a] Entziff.

Gestern abends 10 Uhr begannen direkte Verhandlungen zwischen bulgarischen und serbischen Delegierten; heute früh treten bulgarische und griechische zusammen. Wie ich vernehme, haben Serben und Griechen eine Globalforderung aufgestellt und zwar Abtretung des Küstengebietes, beginnend bei Makry, dann Seres, Drama, beide Ufer des unteren Strumalaufes begreifend, diesen Fluß zirka bei Bresnica schneidend und auf Wasserscheide zwischen Bregalnica und Strumatal gegen Alt-Bulgarien verlaufend. Russischer Kollege bezeichnet diese Forderung als einen lächerlichen, unwürdigen Bazar-Handel, eine Meinung, welche hiesige maßgebende Faktoren teilen. K. E. Fürstenberg.

a) Oe. U. Balkan 389 Nr. 774.

Nr. 8179. Tel. aus Bukarest, 2. Aug. 1913 Nr. 284 (eing. 7 U. 45 M. p. m.).[a] Entziff.

Da vermutlich zwischen heute und Montag Entscheidung über verschiedene Grenzansprüche fallen dürfte, suchte ich Minister Take Jonesco auf, den dahin informiert, er müsse in seiner Berechnung der aus den bulgarisch-serbischen Ansprüchen resultierenden Linie unbedingt einsetzen, dass Österreich-Ungarn eine Verdrängung Bulgariens aus Zentralmacedonien nicht zugeben werde. Daher müsse ich darauf bestehen, dass Strumica,

Radovište, Ištib und Kotschana zu Bulgarien fallen. Mitredner glaubt, serbischen Delegierten zur Aufgabe der zwei erstgenannten Städte bewegen zu können; was die zwei anderen anbelangt, glaubt er auf allergrösste Schwierigkeiten zu stossen. Stelle ergebenstes Ersuchen, mich baldmöglichst zur Abgabe der in meinem gestrigen Telegramme Nr. 279 vorgeschlagenen Erklärung zu ermächtigen. K. E. Fürstenberg.

[a]) Vgl. n. 8200.

Nr. 8180. Tel. aus Konstantinopel-Jeniköj, 2. Aug. 1913 Nr. 395 (eing. 3. Aug. 5 U. a. m.). Entziff.

Seine Majestät der Sultan empfing mich heute in Audienz, um meinen Dank für die mir anläßlich meines glücklich überstandenen Unfalles übermittelten Glückwünsche entgegenzunehmen. Nach einigen einleitenden Phrasen brachte Seine Majestät mit einer Lebhaftigkeit, die ich bei Höchstdemselben bisher noch niemals wahrnehmen konnte, die Frage von Adrianopel zur Sprache. Der Sultan führte in längerer Rede die Gründe aus, welche die Türkei veranlaßten, nach Adrianopel vorzurücken und sprach die Hoffnung aus, daß die Mächte die Gerechtigkeit der türkischen Sache würdigen werden. Ich erwiderte Seiner Majestät, daß die Mächte auf dem Standpunkt des Londoner Vertrages stehen und von der Türkei dessen Respektierung verlangen müssen. Ich wies auf die Gefahr hin, welche dem Reiche drohen könnte, wenn die türkische Regierung den Ratschlägen der Mächte keine Folge leisten sollte. Schließlich empfahl ich Seiner Majestät dem Sultan, den Ratschlägen der Mächte Folge zu leisten, um sich das (Wohlwollen)[a]) derselben zu sichern. Ich bemerkte hiebei, daß die Türkei bei der Trassierung der Grenze auf diese Art ihren Standpunkt besser wahren könnte. Unter allen Umständen müsse aber dem Londoner Vertrage Rechnung getragen werden. Seine Majestät replizierte hierauf in einer längeren Ausführung, wie sehr er bestrebt sei, dem Willen des europäischen Konzertes nachzukommen und daß ihm fernstehe, irgend etwas zu tun, um die Mächte zu entzweien. Die Türkei könne aber Adrianopel mit seiner vorwiegend mohammedanischen Bevölkerung und auch mit Rücksicht darauf, daß der Besitz dieser Stadt für die Sicherheit der Hauptstadt notwendig sei, nicht aufgeben. Er hob ganz besonders hervor, daß die Bevölkerung Adrianopels nicht wünsche, unter bulgarische Herrschaft zu kommen. Nachdem ich nochmals meinen Standpunkt klar und deutlich bestimmt hatte, entließ mich Seine Majestät huldvollst, indem er mir sagte, wie immer die Sache sei, setze er seine Hoffnung in den Gerechtigkeitssinn unseres Allergnädigsten Herrn. Pallavicini.

[a]) Chiffre fehlt.

Nr. 8181. Bericht aus Konstantinopel-Jeniköj, 2. Aug. 1913 Nr. 43 B (eing. 5. Aug.). Ausfert.

Vertraulich. Unter den vielen interessanten abschriftlichen Mitteilungen, die Euer Exzellenz die grosse Güte hatten, mir mit der letzten Kurierexpedition zu senden, fiel mir besonders der Bericht des k. u. k.

Konsuls Urbas ddto. Wien, 16. Juli[a]) auf. Der genannte Konsul führt in diesem Berichte aus, dass Russland in der letzten Zeit seine Politik mit Bezug auf den Mohammedanismus bis zu einem gewissen Grade geändert habe. Bisher hätte es immer die Rolle des Christenbefreiers gespielt, nunmehr aber, wo es dahin trachtet, dem grossen russischen Reiche nach der eventuellen Zertrümmerung der Türkei in Asien Gebiete anzugliedern, die zum grössten Teile von Mohammedanern bewohnt sind, ist es gezwungen, diese seine geschichtliche Rolle einigermaßen zu modifizieren. Konsul Urbas kommt im weiteren Verfolge seines Berichtes zu dem Schlusse, dass speziell die armenische Frage für Russland nur eine Etappe wäre, die zur späteren Beherrschung des ganzen iranischen Hochplateaus führen könnte. Obige Ausführungen stimmen in ihrem Endresultate mit dem überein, was ich mir von hier aus wiederholt zu berichten erlaubt habe, nämlich dass Russland von Armenien aus trachten werde, gegen Westen vorzudringen und dass das letzte Ziel auf diesem Wege Konstantinopel sei. Von diesem Gesichtspunkte aus erscheinen etwaige Pläne, die man in Deutschland haben könnte und deren Konsul Urbas in seinem Berichte gleichfalls Erwähnung tut, wenig aussichtsvoll zu sein. Wenn Russland der Herr des iranischen Hochplateaus ist, so ist es überhaupt der Herr von Kleinasien. Russland ist heute schon eine grosse mohammedanische Macht, es könnte daher im Falle der Zertrümmerung des türkischen Reiches viel leichter an dessen Stelle treten als irgendeine andere europäische Grossmacht. Mein deutscher Kollege, zu dem ich — wie Euer Exzellenz bekannt — in sehr freundschaftlichen Beziehungen stehe, ist ein überzeugter Anhänger der Politik, dass die Türkei im deutschen Interesse erhalten bleiben müsse. Aus manchen vertraulichen Äusserungen, die er mir gegenüber des öftern im Gespräche fallen lässt, entnehme ich aber, dass einflussreiche Kreise in Deutschland sich der Hoffnung hingeben, das deutsche Reich könnte auch bei der eventuellen Aufteilung der asiatischen Türkei auf seine Rechnung kommen. Meiner Ansicht nach geben sich diese Kreise Hoffnungen hin, die mit der Zeit zu grossen Enttäuschungen führen müssten. Die natürliche Entwicklung der Dinge, wenn die Türkei in Asien zu existieren aufhören sollte, würde sein, dass die beiden Mächte, die bereits heute über den grössten Teil der islamitischen Welt herrschen, nämlich Russland und England, auch die Erbschaft des türkischen Reiches in Asien antreten würden. Es ist meines Erachtens schwer denkbar, dass sich zwischen den in Zukunft so erweiterten Gebieten dieser beiden Grossmächte eine deutsche Kolonie auf längere Zeit halten könnte. Unter allen Umständen würde der Prozess der Auflösung des türkischen Reiches in Asien ein noch viel schwierigerer sein als jener, der sich heute auf der Balkanhalbinsel vollzieht. Die Rolle, die hier die kleinen Balkanstaaten spielen, würde dort den Großmächten zufallen. Es erscheint also kaum denkbar, dass dies ohne eine allgemeine Verwicklung in Europa vor sich gehen könnte. In diesem Lichte betrachtet, ist das, was jetzt Russland in Armenien vorhat, von der grössten Wichtigkeit. Wir müssen darin sozusagen den ersten Akt zu den weitgehenden und die Ruhe Europas ernstlich bedrohenden Plänen Russlands erblicken. Pallavicini.

a) Liegt nicht bei den Akten.

Nr. 8182. Bericht aus Konstantinopel-Jeniköj, 2. Aug. 1913 Nr. 43 C (eing. 5. Aug.).[a] Ausfert.

Mittelst meines Telegrammes von gestern Nr. 394 habe ich Euer Excellenz gemeldet, dass der identische Schritt bei der Pforte in der Adrianopler Frage noch nicht stattfinden konnte, weil der englische Geschäftsträger noch ohne Instructionen war. Mr. Marling hat vor einigen Tagen eine analoge Démarche beim Grossvezier unternommen, wie ich dies auf Grund des telegraphischen Auftrages vom 3.[b] d. M. Nr. 365 zu tun in der Lage war. Der englische Geschäftsträger sagt mir, dass ihm Said Halim Pascha bei dieser Gelegenheit eigentlich gar keine Antwort gegeben und das Gespräch mit den Worten abgebrochen habe, „er müsse sich zur Bahn begeben, um den Thronfolger, welcher nach Adrianopel reist, zu begrüssen." Mr. Marling erblickte hierin eine indirekte Antwort auf seinen Schritt. Seitdem hat der englische Geschäftsträger keine weiteren Instructionen im Gegenstande erhalten, speziell keine solchen, welche sich auf den von Russland angeregten identischen Schritt beziehen würden. Ich war von Anfang an der Überzeugung, dass die türkische Regierung in der Frage der Räumung Adrianopels nur dann nachgeben werde, wenn man sie hiezu zwingt oder wenn man ihr solche Vorteile bietet, die den Verlust Adrianopels zu compensieren geeignet wären. Allerdings hat man sich hier in den letzten Tagen durch die Reise des Thronfolgers und des Sohnes des Sultans nach Adrianopel soweit engagiert, dass es der Regierung schwer fallen würde, irgendeine Transaction zu acceptieren. Es bliebe also nur die erstere Alternative, um die Frage zu lösen, nämlich die Frage von Gewaltmassregeln. Solche Zwangsmassregeln könnten von Seite Russlands erfolgen, sei es durch Besetzung der armenischen Vilajete, sei es durch eine unmittelbare russische Action in Thrazien. Es ist sehr fraglich, ob die Türkei, wenn Russland in Armenien einrücken sollte, deshalb Adrianopel räumen würde. Eine russische Action in Thrazien hingegen dürfte aller Wahrscheinlichkeit nach sofort zum Ziele führen. Ob aber eine solche Action vom allgemeinen europäischen Standpunkt aus wünschenswert wäre, möchte ich dahingestellt sein lassen. Ein drittes Mittel, um die Türkei zum Nachgeben zu zwingen, wäre eine Action der Balkanländer mit Rumänien an der Spitze gegen die Türkei. Wie ich dies heute an einer anderen Stelle[c] erwähne, wäre dies das Mittel, welches mein russischer Kollege als das geeigneteste betrachtet. Herr von Giers würde hierin offenbar die Wiedergeburt des Balkanbundes und zwar verstärkt mit Rumänien erblicken. Meines Wissens hat er auch schon wiederholt mit dieser Action dem Grossvezier gedroht. Wenn auch die Annahme sonderbar erscheint, dass Rumänien einen Krieg riskieren würde, um Bulgarien Adrianopel zu verschaffen, so glaube ich doch, dass eine solche Eventualität nicht ganz ausserhalb des Bereiches der Möglichkeit läge. König Carol, wie ich ihn kenne, würde sich vielleicht in der Rolle gefallen, dem ohnmächtigen Europa beizustehen und etwas durchzuführen, was es selbst zu thun nicht im Stande war. Bei der grossen Animosität, die zwischen den Serben und Griechen einerseits und den Bulgaren andererseits in diesem Augenblicke herrscht, kann man wohl schwer annehmen, dass sie morgen wieder Alliierte werden könnten; aber auch dies ist nicht

ganz unmöglich, denn auf die Balkanvölker passt das Wort „Pack schlägt sich, Pack verträgt sich". Im Laufe dieser Krisis haben wir übrigens so viel Überraschendes erlebt, dass man auf alles gefasst sein muss, selbst auf die Möglichkeit der Wiedergeburt des Balkanbundes mit Rumänien an dessen Spitze. Pallavicini.

a) Oe. U. Balkan 388 Nr. 773. Vgl. n. 9516. — b) Richtig 30. Juli = n. 8119. — c) Im Berichte Nr. 43 A, 2. Aug. 1913 (eing. 5. Aug.), in welchem Pallavicini ausführliche Erörterungen über die wahrscheinliche territoriale Aufteilung der eroberten Gebiete anstellt. Wurde nicht abgedruckt.

Nr. 8183. Bericht aus Konstantinopel-Jeniköj, 2. Aug. 1913 Nr. 43 E (eing. 5. Aug.). Ausfert.

Der schwedische Gesandte teilte mir mit, dass die türkische Regierung sich vor einiger Zeit in offizieller Weise an die schwedische Regierung mit der Bitte gewendet hätte, ihr dortige Fachleute für die Posten der technischen Inspektoren für den syrischen Inspektions-Sektor zur Verfügung zu stellen. Herr von Ankersvaerd ist nun von seiner Regierung beauftragt worden, sich durch eine Umfrage bei den hiesigen Botschaftern zu vergewissern, wie die Grossmächte über die Entsendung von schwedischen technischen Inspektoren nach Syrien denken. Der russische Botschafter, bei welchem der schwedische Gesandte zuerst vorsprach, sagte ihm, dass die türkische Regierung mit den angekündigten Reformen nie ernst machen und dass aus der ganzen Reformaktion nichts werden würde; er glaube daher, dass es nicht opportun wäre, auf die türkischen Anträge einzugehen. Ich erwiderte Herrn von Ankersvaerd auf seine Anfrage, dass meiner Ansicht nach die jetzige Regierung von den besten Absichten beseelt sei und tatsächlich an die Ernennung der Generalinspektoren und die Durchführung der Reformen schreiten werde. Natürlich benötige die Türkei dabei die finanzielle Hilfe und auch sonstige Unterstützung der europäischen Großmächte und müsse man daher, meiner Ansicht nach, auf die Bitten der Pforte, ihr technische Inspektoren zur Verfügung zu stellen, bereitwilligst eingehen. Eine rasche und gedeihliche Durchführung des Reformwerkes in Anatolien ist nur denkbar, wenn ausser gewissen Generalinspektoren möglichst viele fremde Fachleute engagiert und an die Spitze der einzelnen Verwaltungszweige in den einzelnen Inspektions-Sektoren gestellt werden. In diesem Bestreben muss jede Macht, welche an der Entwicklung und Reorganisierung der asiatischen Türkei ein Interesse hat, die Türkei unterstützen. Die Antwort Herrn von Giers an den schwedischen Gesandten ist für die wirklichen russischen Absichten gegen die Türkei bezeichnend. Mein russischer Kollege scheint geradezu zu fürchten, dass es der Regierung gelingen könnte, die Reformen durchzuführen und dadurch die weitere friedliche Entwicklung der asiatischen Türkei zu sichern. Da er in dem Engagement fremder Generalinspektoren und europäischer technischer Inspektoren mit Recht das beste Mittel sieht, die Reformen tatsächlich durchzuführen, möchte er selbstredend mit allen Mitteln die Türkei daran verhindern, fremde Fachleute zu engagieren. Der Fortbestand ungeordneter Verhältnisse in Anatolien liegt eben in Russlands Interesse und Herr von Giers versteht es schlecht, die destruktiven Tendenzen der russischen Politik gegen die Türkei zu verbergen. Pallavicini.

Nr. 8184. Tel. nach London Nr. 655 (1) und Rom Nr. 888 (2), 2. Aug. 1913 (chiffr. 11 U. 20 M. p. m.). Konz. (S. Rappaport; G. Berchtold).

1. Erhalten Euer Exzellenz Telegramm Nr. 586 vom 1. d. Meine gestrige telegraphische Instruktion Nr. 653 bleibt aufrecht.

2. Graf Mensdorff telegrafirt unterm 1. d. M. wie folgt: ... *wie n. 8166 in extenso* ... Ich antworte Grafen Mensdorff, daß die in meinem gestrigen Telegramm Nr. 885 wiedergegebene Instruktion aufrecht bleibt. Vorstehendes zur Mittheilung an Marquis di San Giuliano. Berchtold.

Tel. nach London, 2. Aug. 1913 Nr. 656 (chiffr. 10 U. 15 M. p. m.). Siehe n. 8188.

Nr. 8185. Tel. aus London, 2. Aug. 1913 Nr. 590 (eing. 6 U. p. m.).[a] Entziff.

Bei Schluss der gestrigen Sitzung erhielt Sir E. Grey Telegramm aus Bukarest betreffend Vorschlag, dass die Mächte sich vorbehalten, die Bestimmung über Kawalla zu überprüfen. Staatssekretär sagte uns, er werde den englischen Gesandten beauftragen, zuzustimmen — si omnes — und unter der Voraussetzung, dass damit der Überprüfung sämtlicher Friedensbestimmungen durch die Mächte nicht präjudiziert wird. Mensdorff.

[a] Oe. U. Balkan 390 Nr. 777. Vgl. n. 8161.

Nr. 8186. Tel. aus London, 2. Aug. 1913 Nr. 591 (eing. 11 U. 45 M. p. m.).[a] Entziff.

Im Nachhange zu meinem gestrigen Telegramme Nr. 587. Ich berufe mich am Ende des Telegrammes auf den von Sir E. Grey unlängst eingenommenen Standpunkt, dass bei der definitiven Regelung aller territorialen Veränderungen als ein Ganzes die von den Mächten sanktionierten Beschlüsse unbedingt durchgeführt werden müssen. In meinem Telegramme Nr. 556 vom 24. v. M. hatte ich gemeldet, dass Grey die Ansicht vertrat, es wäre unmöglich, Koërzitivmassregeln gegen den einen, nicht aber gegen den andern Staat anzuwenden. Es werde sich bei den grossen Veränderungen in Thracien und Macedonien vielleicht Notwendigkeit ergeben, die Entscheidung der Mächte einzelnen Staaten aufzuzwingen. Diese Entscheidungen müssten bei allen in Frage kommenden Staaten (Türkei und Balkanstaaten) in gleicher Weise durchgesetzt werden. Der Gedanke des Herrn Staatssekretärs scheint mir der zu sein, dass bei Adoptierung dieses Prinzips es I° keiner Macht möglich wäre, Koërzitivmassregeln gegen den einen Staat zuzustimmen, gegen einen andern jedoch zu verweigern und II° es für die kleinen Staaten weniger demütigend wäre, sich den Entscheidungen der Mächte zu unterwerfen, falls dieselben allen Staaten gegenüber in gleicher Weise gewissermassen executiert werden würden. Ich glaube, dass, wenn dieser Grundsatz sich durchsetzt, er auch der Delimitierung der Südgrenze von Albanien, wenn sie einmal bestimmt ist, zu Gute kommen müsste und deshalb weniger Bedenken bestünden, einige Bedingungen fallen zu lassen, welche Euer Exzellenz an Hochderen Zustimmung zur Einsetzung der Grenzbestimmungskommission geknüpft haben.[b] Eine solche wäre zum Beispiel die Forderung zur vorherigen

Evakuierung der Küste und Koritzas durch die Griechen, auch die, dass jede Zone des zu delimitierenden Gebietes, die Albanien zugesprochen wird, von den Griechen sofort zu evakuieren ist. Nach eingehender Besprechung mit Sektionschef Ippen scheint es uns, dass diese zwei Evakuationsforderungen vereinzelt nicht durchführbar wären, und dass eine Evakuierung en bloc zu fordern wäre nach Feststellung der Grenzlinie. Die Bedingung auf Kompensation im ägäischen Archipel für die Konzessionen an Griechenland in Albanien müsste unter den gegenwärtigen Verhältnissen wohl auch fallen gelassen werden. Was die Pindus-Wallachen betrifft, so würde sich wohl empfehlen, in Bukarest anzuregen, dass sich Rumänien nunmehr direkt mit Griechenland darüber verständige. Mensdorff.

[a]) Vgl. n. 8205. — [b]) Vgl. n. 7548.

Nr. 8187. Tel. aus Paris, 2. Aug. 1913 Nr. 150 (eing. 11 U. p. m.).[a]) Entziff.

Französischer Gesandter in Bukarest telegraphierte, dass Herr Majoresco ihm und seinen Kollegen gesagt hätte, eine Einigung betreffs Kavalla dürfte nicht zustandekommen. Um daher Bukarester Verhandlungen vor Scheitern zu bewahren, müsste diese Frage ausgeschieden und dem Schiedsspruche der Mächte unterbreitet werden. Herr Pichon hat geantwortet, dass er ein direktes Eingreifen der Grossmächte in diese Frage nicht für erwünscht halte, weil die Durchführung eines solchen Schiedsspruches, über den sich die Mächte wahrscheinlich sehr schwer einigen würden, sicher auf Schwierigkeiten stossen würde. Er rate daher dringend, die Balkanstaaten mögen sich über Kawalla direkt verständigen. Da er aber grösstes Gewicht auf Aufrechterhaltung des europäischen Konzerts lege, würde Frankreich, wenn alle anderen Grossmächte sich an solcher schiedsrichterlichen Aktion beteiligen, auch daran teilnehmen, vorausgesetzt, dass die interessierten Balkanstaaten bereit seien, sich einem solchen Schiedsspruche zu unterwerfen. Szécsen.

[a]) Oe. U. Balkan 389 Nr. 776. Vgl. n. 8163.

Tel. nach Rom, 2. Aug. 1913 Nr. 887 (chiffr. 8 U. p. m.). Siehe n. 8177.

Tel. nach Rom, 2. Aug. 1913 Nr. 888 (chiffr. 11 U. 20 M. p. m.). Siehe n. 8184.

Nr. 8188. Tel. nach Rom Nr. 889 (1) und London Nr. 656 (2), 2. Aug. 1913 (chiffr. 10 U. 15 M. p. m.).[a]) Konz. (S. Rappaport; G. Berchtold).

1. Graf Mensdorff telegraphiert unterm 1. d. M. wie folgt: ... *wie n. 8168 in extenso* ... Vorstehendes zur Besprechung mit Marquis di San Giuliano. Meiner Ansicht nach wäre Dänemark auszuschließen und erscheint auch die Verwendung schweizerischer Offiziere mit Rücksicht auf die für Albanien beschlossene monarchische Regierungsform nicht wünschenswert. Vielleicht könnte durch eine Sondierung der beiderseitigen Vertreter im Haag festgestellt werden, ob die Niederlande geneigt sind, die in Rede stehenden Offiziere beizustellen; verneinendenfalls könnte ein Versuch bei der norwegischen Regierung unternommen werden.

2. Ich theile Euer Exzellenz Telegramm Nr. 588 vom 1. d. M. mit folgendem Auftrage nach Rom mit: (Inseratur Telegramm sub 1. von „Vorstehendes zur“ bis zum Schluß.) Vorstehendes zu Euer Exzellenz vertraulicher Orientierung und Regelung Ihrer Sprache gegenüber Marquis Imperiali. Berchtold.

a) Vgl. n. 8218.

Nr. 8189. Erlass nach Rom, 2. Aug. 1913 Nr. 3728.a) Konz. (S. Berger; V. u. G. Berchtold).

Geheim. Ich beehre mich, Euer Exzellenz in der Anlage die Abschrift eines geheimen Erlasses zu übermitteln, welchen ich gestern an Grafen Szögyényb) richtete und der den Zweck hat, das Berliner Kabinett bei nochmaliger eingehender Informierung über unsere Orientpolitik für dieselbe zu gewinnen. Mit Rücksicht auf den mir von Euer Exzellenz gemeldeten Umstand, daß Marquis di San Giuliano am 5. d. M. nur für einen Tag nach Rom kommt, mußte ich die Absicht fallen lassen, Hochdenselben meine bezüglichen Konsiderationen in einer für den Quirinal angepaßten Redaktion bekanntzugeben und mich darauf beschränken, Euer Exzellenz die für die Wilhelmsstraße verfaßte Textierung zu übersenden. Nachdem ich aber auch die königlich italienische Regierung in der gleichen Richtung wie die kaiserlich deutsche Regierung möglichst bald informieren will, muß ich es der bewährten Geschicklichkeit Euer Exzellenz überlassen, die in dem Erlasse an Grafen Szögyény enthaltenen Konsiderationen und Argumente, die übrigens fast in ihrer Gänze auch auf Italien zutreffen, in einer den spezifischen Interessen des Königreiches angepaßten Form bei Marquis di San Giuliano vorzubringen. Zu Euer Exzellenz Information füge ich noch bei, daß ich Grafen Szögyény angewiesen habe, von der Zurücklassung einer schriftlichen Aufzeichnung bei Herrn von Jagow abzusehen, weshalb ich auch Euer Exzellenz ersuche, sich beim königlich italienischen Minister des Aeußern auf eine mündliche, streng geheime Mitteilung des Inhaltes zu beschränken. Gleichzeitig übermittle ich Euer Exzellenz die Kopie eines weiteren Erlasses an den k. u. k. Botschafter in Berlin von gleichem Datum,c) worin die Gesichtspunkte enthalten sind, welche uns bei der Frage der Regelung der territorialen Veränderungen am Balkan leiten. Auch der Inhalt dieses geheimen Erlasses ist zur streng vertraulichen, mündlichen Mitteilung an Marquis di San Giuliano bestimmt.

a) Vgl. n. 8209, 8231, 8271, 8382. — b) n. 8157. — c) n. 8158.

Nr. 8190. Tel. aus Rom, 2. Aug. 1913 Nr. 493 (eing. 3. Aug. 6 U. a. m.).a) Entziff.

In der Consulta kennt man noch nicht die Antwort, welche Marquis di San Giuliano in Fiuggi auf die in gestriger Londoner Reunion vorgebrachte Proposition Sir E. Greys in der Delimitations- und Inselfrageb) erteilen wird. Man betrachtet diesen Vorschlag aber als ganz indiskutierbar und rechnet daher mit der Eventualität, daß die Reunion auseinandergehen wird, ohne ihre wichtigste Aufgabe: die Abgrenzung Albaniens, gelöst zu haben. Mérey.

a) Vgl. n. 8215. — b) Vgl. n. 8166.

Nr. 8191. Tel. aus Sofia, 2. Aug. 1913 Nr. 908 (eing. 8 U. 40 M. p. m.).[a] *Entziff.*

Minister des Äussern besuchte mich und sagte Serben und Griechen hätten ihre Ansprüche bekanntgegeben. Serbien verlange Kočana und Ištib, Griechenland Kawalla und Küste bis Makri. Rumänen, die sich Anfangs sehr entgegenkommend gezeigt, wiesen seit Ankunft der Serben und Griechen eine gewisse Gêne im Verkehre mit bulgarischen Delegierten auf. Die rumänischen Prätensionen stiegen indessen beständig und nunmehr verlangte Rumänien, dass Grenze ungefähr neun Kilometer westlich von Tutrakan beginne und zehn Kilometer südlich von Balčik endige. So drückend diese Forderungen, müsse sie Bulgarien erfüllen. Mitredner besprach des längeren Zwangslage, in der Bulgarien mit Rücksicht auf rumänische Okkupation und Türkei an Fortsetzung des Krieges mit Serbien und Griechenland nicht denken könnte. Frage, ob es zur europäischen Konferenz kommen werde, die gewisse für Bulgarien zu harte Bestimmungen Bukarester Friedens revidieren würde, präokkupierte Minister sehr. Minister hofft, dass eine Konferenz schon deswegen zusammentreten dürfte, um thracische Frage zu lösen und türkisch-bulgarische Grenze zu bestimmen. Bulgarien könnte in Bukarest Unterhandlung nicht verweigern, würde sich aber bezüglich Ištib, Kočana und Kawalla Appel an Mächte vorbehalten. Wenn vor Wahl gestellt, würde Bulgarien eher auf Ištib und Kočana als auf Kawalla und Seres verzichten. Zum Schlusse ersuchte Mitredner, ich möge Euer Exzellenz um Rat bitten, wie sich Bulgarien verhalten solle; sollen bulgarische Delegierte alles vorbehaltlos unterzeichnen, oder sollen sie betreffend Ištib, Kočana und Kawalla Reserven machen, dass darüber Mächte entscheiden?

Tarnowski.

[a]) Oe. U. Balkan 389 Nr. 775. Vgl. n. 8222, 8224.

Nr. 8192. Tel. aus Sofia, 2. Aug. 1913 Nr. 909 (eing. 11 U. p. m.). Entziff.

Inhalt Euer Exzellenz Telegrammes Nr. 425 vom 31. v. M. habe Ministerpräsidenten, Minister des Äußern und Dobrovič gegenüber entsprechend verwertet. Hiebei — da dies guten Eindruck machte — habe ich, wie ich das in Konversationen mit bulgarischen Staatsmännern über Fehler voriger Regierung und über jetzige Lage, in der wir Bulgarien nicht mehr in von uns gewünschtem Maße helfen könnten, zu tun pflegte, Gedanken zum Ausdruck gebracht, daß Herr Geschoff und Herr Danew dadurch, daß sie Chancen Bulgariens kompromittiert, auch unsere eigensten mit Schaffung großen Bulgariens verknüpften Interessen in Mitleidenschaft gezogen. Minister des Äußern antwortete mir in Gegenwart Ministerpräsidenten, daß bulgarische Regierung unsere Unterstützung zu schätzen wisse, daß sie es begreife, wir könnten nicht wieder alles gutmachen und daß ihr ganz ferne liege, jede territoriale Einbuße auf unsere Standarte schreiben zu wollen. Bulgarische Regierung sei von Aufrichtigkeit unserer Intentionen und Bemühungen wie auch davon überzeugt, daß sie freundliche Haltung Rumäniens uns zu verdanken habe. Herr Ghenadieff lege Wert darauf, mir zu versichern, daß Regierung — was selbstverständlich — nicht verfehlen werde,

nach Abschaffung Kriegszustandes und Zensur das Notwendige zu veranlassen, um öffentliche Meinung von Vorteilen der politischen Orientierung des gegenwärtigen Kabinetts zu überzeugen. Minister des Äußern fügte hinzu, ganz leicht würde dies nicht sein, da Allgemeinheit die so plötzlich zu Ungunsten Bulgariens eingetretene Änderung in politischer Lage nicht erfassen könne und nicht begreifen würde, warum jetzt Kabinett mit Hilfe Österreich-Ungarns nur so wenig gerettet haben werde. Wie immer sich Stimmung hiesiger öffentlicher Meinung nach endgültiger Lösung Krise gestalten wird, ist sie im gegenwärtigen Moment laut meiner Wahrnehmung so, daß Rußland für alles Unglück verantwortlich gemacht wird und daß zugleich die Hoffnungen, die an von Monarchie erwartete Rettung geknüpft würden, der Enttäuschung Platz machen. Tarnowski.

Nr. 8193. Tel. aus Sofia, 2. Aug. 1913 Nr. 911 (eing. 3. Aug. 4 U. a. m.).[a] *Entziff.*

Es sprachen bei mir heute einige Führer der bulgarisch-nationalen Bewegung in Mazedonien vor. Schilderten Trostlosigkeit der Lage und Ruin der Aspirationen, für die seit 30 Jahren gekämpft worden. Sprachen von Autonomie als von anzustrebendem Ideal. Sehen Rettung nur in Monarchie, wenn nicht jetzt, zumindest in Zukunft. Griechen und noch mehr Serben würden Ausrottungspolitik gegen Bulgaren führen. Mazedobulgaren seien entschlossen, auf ihre Nationalität nicht zu verzichten. Monarchie könnte sich für ihre Interessen ihrer bedienen und ihnen zugleich helfen. Lieber als serbisches und griechisches Joch wäre ihnen Annexion durch Österreich-Ungarn oder Angliederung an Albanien. Sie baten, Vorstehendes Wiener Kabinett anzuzeigen und vertraulich [zu] melden, dass mazedobulgarische Bevölkerung — um unseren Schutz zu haben — bereit, zum Katholizismus überzutreten. Mazedobulgaren würden sogar nicht zögern, sich Richtung von Sofia nicht diktieren zu lassen, sondern ihre Ziele selbständig verfolgen. Tarnowski.

[a] Vgl. n. 8275.

Nr. 8194. Tel. nach Belgrad Nr. 238 (1), London Nr. 659 (2), Rom Nr. 890 (3) und Berlin Nr. 563 (4), 3. Aug. 1913 (chiffr. 5 U. 30 M.p. m.).[a] *Konz. (S. Berger; G. Macchio).*

1.—4. Generalkonsulat Skutari telegraphiert unterm 1. d. M.: „Rückberufung serbischer Truppen aus Albanien ist noch immer nicht erfolgt und was das Schlimmste an der Sache: es wird seitens der Kommandanten der serbischen Detachements in der Mirdita konsequent verlautbart, daß sie sich dort auf serbischem Territorium befinden, beziehungsweise daß die von den Serben besetzten Punkte am linken Ufer des Schwarzen Drin die richtige serbische Westgrenze gegen Albanien markieren. Räumung der Sommerresidenz Monsignore Docchis in Oroschi hat nicht stattgefunden, dieselbe ist nach wie vor okkupiert und soll Absicht bestehen, nunmehr auch eigentliche Residenz des Erzabts in Oroschi mit serbischen Truppen zu belegen. Bevölkerung in Mirdita und Puka ist in höchstem Grade gegen Serben erregt."

1. Euer Hochwohlgeboren wollen vorstehende Meldung neuerlich in eindringlicher Form vorbringen.

2.—4. Vorstehendes zur Mittheilung an

2. Sir E. Grey.

3. Marquis di San Giuliano.

4. Herrn von Jagow. Berchtold.

a) Oe. U. Balkan 392 Nr. 782. Vgl. n. 8205, 8238.

Nr. 8195. Bericht aus Belgrad, 3. Aug. 1913 Nr. 158 A (eing. 4. Aug.). Ausfert.

Im Nachhange zu meinem ergebenen Bericht vom 22. v. M. Nr. 155 beehre ich mich Euer Exzellenz zu melden, dass Sir Ralph Paget, der morgen Belgrad mit Urlaub verlässt, um nicht mehr hieher zurückzukehren, mir erzählt hat, er habe vor drei Jahren auf seinem Münchener Posten, den er vor Belgrad inne hatte, durch seine deutschfreundlichen Tendenzen, die besonders vom jetzigen Wiener Botschafter Sir F. L. Cartwright lebhaft bekämpft worden sind, den Unwillen des Foreign Office sich zugezogen gehabt und wurde aus diesem Grunde nach kurzer Tätigkeit in München nach Belgrad versetzt. Dass er jetzt als Unterstaatssekretär nach London berufen wird, will er als ein Zeichen ansehen, dass im Foreign Office Deutschland gegenüber ein anhaltend freundlicher Kurs eingeschlagen werden soll. Übrigens glaubt Sir Ralph, dass auch Sir. F. L. Cartwright nicht mehr lang auf seinem Posten belassen werden dürfte. Wer hier sein Nachfolger sein wird, ist noch nicht bekannt. Von unserm Standpunkte wäre es sehr angenehm, wenn der zukünftige englische Gesandte dem Dreibunde ebenso sympathisch gegenüber stehen würde, wie es Sir Ralph tut und nicht willenlos von Herrn von Hartwig ins Schlepptau genommen werden würde, wie dies mit dem französischen Gesandten der Fall ist.

Ugron.

Tel. nach Berlin, 3. Aug. 1913 Nr. 563 (chiffr. 5 U. 30 M. p. m.). Siehe n. 8194.

Nr. 8196. Tel. aus Berlin, 3. Aug. 1913 Nr. 362 (eing. 2 U. 50 M. p. m.).a) Entziff.

Geheim. Mit Bezug auf Euer Exzellenz Telegramm Nr. 561 vom 1. d. M. und geheime Erlässe Zahl 3702 und 3685. Staatssekretär ersucht mich, ihm einige Notizen über den Inhalt beider Erlässe ehestens zukommen zu lassen. Eine Abschrift des Erlasses Nr. 3702 werde ich ihm übergeben. Da er aber dringend bittet, ihm zum Zwecke der Berichterstattung an Kaiser Wilhelm und den ebenfalls abwesenden Reichskanzler auch über den Inhalt des Erlasses Nr. 3685 wenigstens einige Schlagworte zur Verfügung zu stellen, erbitte ich mir eine gütige ehetunlichste Instruktion. Ueber die gehabte Unterredung und prealable Antwort des Staatssekretärs folgt anschließend telegraphischer Bericht. Szögyény.

a) Vgl. n. 8197, 8198.

Nr. 8197. Tel. aus Berlin, 3. Aug. 1913 Nr. 363 (eing. 9 U. p. m.).[a]) *Entziff.*

Geheim. Im Laufe einer langen Unterredung, die ich gestern mit dem Staatssekretär hatte, habe ich ihm Inhalt der hohen Erlässe vom 1. d. M. Nr. 3685 und 3702 zur Kenntnis gebracht. Herr von Jagow bittet mich, Euer Exzellenz zu melden, daß deutsche Regierung mit der entgegenkommenden Antwort, die Hochdieselben bulgarischer Regierung erteilen ließen, einverstanden sei. Die Einwendungen gegen eine Unterstützung Bulgariens seien deutscherseits zu jener Zeit erhoben worden, wo Herr Danew mit voller Zustimmung seines Königs die bulgarische Politik in russophilem, dem Dreibund feindlichen Sinne leitete; nun scheine in Sofia ein entschiedener Umschwung eingetreten zu sein, dem auch Deutschland Rechnung tragen wolle. An eine Mitwirkung zur Erdrosselung Bulgariens habe Deutschland auch früher nicht gedacht, doch habe man deutscherseits es für notwendig erachtet, das Wiener Kabinett vor der Unverläßlichkeit König Ferdinands und seiner damaligen Ratgeber zu warnen. Hoffentlich handle es sich jetzt um eine bleibende Neuorientierung der Politik Bulgariens, wobei allerdings nicht zu vergessen sei, daß Bulgarien sich heute in der Lage des Ertrinkenden befindet und sich in seiner höchsten Not an uns wendet. Deutsche Regierung sei ganz bereit, im Einvernehmen mit Oesterreich-Ungarn diesem Hilferuf zu entsprechen; trotzdem könne sie Kavalla betreffend den Standpunkt Oesterreich-Ungarns nicht teilen. Von der Absicht des Wiener Kabinetts, Kavalla Bulgarien zuzuweisen, habe er — Jagow — erst jetzt Kenntnis erhalten und er müsse mir offen gestehen, es habe ihn peinlich berührt, erst nachträglich erfahren zu haben, daß zwischen Wien und Petersburg eine prinzipielle Verständigung darüber zustande gekommen sei, Kavalla bei Bulgarien zu belassen. Den Intentionen des Berliner Kabinettes entspreche es vollkommen, daß Euer Exzellenz mit der Petersburger Regierung über die künftige Gestaltung der Verhältnisse am Balkan in vertrauliche Verhandlungen eingetreten seien. Nunmehr sei aber, insbesondere Kavalla betreffend, deutsche Regierung vor ein fait accompli gestellt worden, dem beizupflichten ihr schon aus dem Grunde schwer fallen würde, da sie, in Unkenntnis über gegenteilige Absichten Oesterreich-Ungarns, wiederholt der griechischen Regierung erklärt habe, daß — soweit hier bekannt — die österreichisch-ungarische Regierung keine Einwendungen gegen die Einverleibung von Kavalla an Griechenland erheben würde. Was die Zustimmung der k. u. k. Regierung zur Neuordnung der Gebietsgrenzen auf dem Balkan betreffe, welche Hochdieselben an die Bedingung zu knüpfen entschlossen seien, daß Oesterreich-Ungarn für die Wahrung seiner wirtschaftlichen Interessen, namentlich jene an der Orientbahn, an der Bahn Salonik—Monastir sowie am Hafen von Salonik entsprechende Garantien geboten werden, so zweifelt Staatssekretär nicht daran, daß Griechenland alle diesbezüglichen Garantien bieten würde. Fortsetzung folgt. Szögyény.

[a]) Vgl. n. 8196, 8198, 8209, 8226, 8271, 8279.

Nr. 8198. Tel. aus Berlin, 3. Aug. 1913 Nr. 364 (eing. 11 U. p. m.).[a]) *Entziff.*

Fortsetzung des Telegrammes Nr. 363. Bezüglich des Wunsches Griechenlands, sich an den Dreibund anzuschließen, wiederholte mir Herr

von Jagow, was er seinerzeit durch Herrn von Tschirschky Euer Exzellenz vertraulich zur Kenntnis hatte bringen lassen, dass Herr Theotokis, als er behufs Notifizierung der Thronbesteigung König Konstantins in Berlin weilte, in Höchstdessen Auftrag direkte Vorschläge gemacht habe in Betreff des Anschlusses Griechenlands an den Dreibund. Es sei ihm damals geantwortet worden, dass diese Vorschläge hier mit aufrichtiger Genugtuung begrüsst würden, dass aber mit Rücksicht auf die gegenwärtigen Verhältnisse am Balkan mit der Erledigung dieser Angelegenheit noch einige Zeit zugewartet werden müsse. Selbstverständlich halte er — Jagow — es für unbedingt notwendig, dass vorerst die Bereinigung des Verhältnisses von Griechenland zu Bulgarien zustandekomme und dass wenigstens ein entsprechender modus vivendi zwischen diesen beiden hergestellt werde. Auf die Kavallafrage zurückkommend, gestand mir Staatssekretär streng vertraulich, dass er diesbezüglich mit der Auffassung Kaiser Wilhelms rechnen müsse, Höchstwelcher sich in dieser Frage zugunsten Griechenlands schon stark engagiert habe. Da der Staatssekretär noch gestern abends sich auf einen etwa vierzehntägigen Urlaub begeben hat, werde ich die Notizen (mein heutiges Telegramm Nr. 362), falls Euer Exzellenz mir hiezu Ermächtigung erteilen, Unterstaatssekretär übergeben behufs Verwertung im Vortrage an Kaiser Wilhelm und den ebenfalls von hier abwesenden Reichskanzler. Szögyény.

a) Vgl. n. 8157, 8158, 8209, 8226, 8279.

Nr. 8199. Tel. aus Berlin, 3. Aug. 1913 Nr. 365 (eing. 11 U. p. m.).a) Entziff.

Streng vertraulich. Antwort auf Telegramm vom 2. d. M. Nr. 563 in Betreff einer abzugebenden Erklärung Herrn Majorescos in der Kavallafrage. In Abwesenheit des Staatssekretärs habe ich Inhalt obzitierten Telegrammes zur Kenntnis des Unterstaatssekretärs gebracht. Herr Zimmermann bat mich, Euer Exzellenz zu melden, dass er deutschem Gesandten in Bukarest Auftrag erteilt, — si omnes — rumänischen Ministerpräsidenten zu ermächtigen, auch im Namen deutscher Regierung die in Rede stehende Erklärung abzugeben; hiebei soll deutscher Gesandter ausdrücklich betonen, dass auch Deutschland sich das Recht vorbehalte, wie auch immer Entscheidung über Kavalla ausfalle, auch diesen Punkt einer Revision zu unterziehen. Russischer Geschäftsträger hat heute beim Unterstaatssekretär wegen der Ermächtigung Majorescos das gleiche Ansuchen vorgebracht. Des weiteren sagte mir Herr Zimmermann, dass deutsche Regierung nicht in der Lage wäre, rumänische Regierung wissen zu machen, wie dies Prinz Fürstenberg angeregt hatte, dass es mit der Zuweisung von Kavalla an Bulgarien einverstanden sei. Es würde allerdings für Deutschland sehr peinlich sein, sich in dieser Frage von den Bundesgenossen trennen zu müssen und mit Frankreich, welches nach den neuesten Nachrichten aus Paris Kavalla den Griechen zusprechen möchte, zusammen zu gehen. Hauptsächlich infolge der entschiedenen Stellungnahme Kaiser Wilhelms könne aber deutsche Regierung nicht anders handeln. Szögyény.

a) Oe. U. Balkan 391 Nr. 779.

Nr. 8200. Tel. aus Bukarest, 3. Aug. 1913 Nr. 285 (eing. 5 U. p. m.).[a] Entziff.

Erhalten Euer Exzellenz Telegramm Nr. 387 von gestern, serbisch-bulgarische Grenzlinie betreffend. Aus meinem gestrigen Telegramme Nr. 284 werden Euer Exzellenz entnommen haben, daß bereits in gewünschtem Sinne bei Minister Take Jonesco interveniert hatte. Bei heutiger Konversation mit Ministerpräsidenten ersuchte ich denselben in eindringlichster Form, bei der Formulierung rumänischer Kompromißlinie unseren Gesichtspunkten Rechnung zu tragen, da wir sonst gezwungen wären, auch die von Rumänien gezogene Grenze einer Revision zu unterziehen. Ministerpräsident sagte, daß vorderhand in den Sitzungen über die meritorischen Fragen nicht diskutiert wird, um den Parteien Zeit zu geben, in Besprechungen untereinander zu einem möglichst unbeeinflußten Resultat zu gelangen. Da bisher diese Einzelverhandlungen zu keinem positiven Ergebnis führten, so habe Rumänien auch noch keine abschließende Resultierende ziehen können. Erst wenn die Verhandlungen der Delegierten untereinander auf einem toten Punkt angelangt sein werden, wird Rumänien eingreifen. Er stellte mir in Aussicht, unsere Ansichten möglichst in Rechnung zu ziehen. Meiner Ansicht nach dürfte es vielleicht erreichbar sein, daß Serbien auf Kočana verzichtet; was Ištib anbelangt, ist ein Nachgeben nicht zu erwarten, da Rußland in diesem Belange offen auf serbischer Seite steht und dies serbische Position ungemein stärkt. Es wird sich daraus vermutlich ein analoger Fall wie mit Cavalla ergeben, nämlich, (daß)[b], wenn Österreich-Ungarn auf Ištib besteht und Bulgarien deshalb nicht nachgibt, eine europäische Revision notwendig sein wird. Nur wird es schwerer sein, eine Lösung zu finden, nachdem die Monarchie und Rußland nicht wie bei Cavalla auf demselben Standpunkte stehen. K. E. Fürstenberg.

[a] Vgl. n. 8210. — [b] Chiffre fehlt.

Nr. 8201. Tel. aus Bukarest, 3. Aug. 1913 Nr. 286 (eing. 7 U. p. m.).[a] Entziff.

Im Auftrage Seiner Majestät des Königs teilt mir Herr Majoresco mit, daß Höchstderselbe sich Herrn Spalajković gegenüber in einer Audienz nachstehend hätte vernehmen lassen: Österreich-Ungarn habe in der letzten Krise Rumänien so werktätig unterstützt, daß auch Serbien bedeutenden Nutzen aus dieser Haltung der Monarchie gezogen hat. Es sei daher an Serbien, seine Politik gegenüber der Monarchie vollkommen zu ändern. Serbien müsse jede Agitation in den von Serben bewohnten Gebieten der österreichisch-ungarischen Monarchie ein für allemal einstellen, auch die von gewissen Seiten unterstützten großserbischen Aspirationen aufgeben; Serbien wird sich seinen großen ihm harrenden Aufgaben nicht mit Ruhe widmen können, insolange es mit dem mächtigen Nachbarn in schlechtem Verhältnisse lebt. Einen Beweis seiner Sinnesänderung könnte Serbien nur geben, wenn es jetzt in wirtschaftlicher Hinsicht Österreich-Ungarn das größte Entgegenkommen beweise. Er (der König) sei bereit, falls Serbien obige Richtungslinie befolgen werde, welche in dessen Interesse liege, dazu

behilflich zu sein. Es befänden sich drei Millionen Rumänen in Österreich-Ungarn und nie habe Rumänien seine äußere Politik durch diesen Umstand beeinflussen lassen. Herr Spalajković habe die Richtigkeit seiner Ausführungen anerkannt und bekräftigt, daß eine freundschaftliche Orientierung der serbischen Politik gegen Österreich-Ungarn für die Zukunft unentbehrlich ist. K. E. Fürstenberg

a) Vgl. n. 8240.

Nr. 8202. Tel. aus Bukarest, 3. Aug. 1913 Nr. 288 (eing. 6 U. 30 M. p. m.). Entziff.

Herr Pašić suchte mich eben auf. Ich verfehlte nicht, demselben Standpunkt der Monarchie klarzulegen und darauf hinzuweisen, daß bei einer uns nicht billig erscheinenden Lösung schwebender Fragen Österreich-Ungarn eine ausgiebige Überprüfung der getroffenen Vereinbarungen vornehmen werde. K. E. Fürstenberg.

Nr. 8203. Tel. aus Bukarest, 3. Aug. 1913 Nr. 289 (eing. 6 U. 30 M. p. m.).a) Entziff.

Zwischen Rumänien und Bulgarien wurde heute vollkommene Einigung erzielt und diesbezügliches Abkommen paraphiert. K. E. Fürstenberg.

a) Oe. U. Balkan 391 Nr. 781.

Nr. 8204. Tel. aus Bukarest, 3. Aug. 1913 Nr. 290 (eing. 4. Aug. 8 U. a. m.).a) Entziff.

Gestern nachmittags, 2. d. M., fand gemeinsame Sitzung bulgarischer, serbischer und griechischer Delegierter statt. Serbische Delegierte halten Prätensionen auf die vier Städte Kočana, Ištib, Radonica und Strumica unbedingt aufrecht. Über die zwei erstgenannten ließen sie keine Diskussion zu, wegen der letztgenannten sollen sie sich um Instruktionen nach Belgrad gewendet haben. Griechen sind bis La(gos) ...b) zurückgegangen. Alliierte drohen, falls bulgarische Vertreter nicht nachgeben wollen, Dienstag mittags ablaufende Waffenruhe nicht zu erneuern. Rumänische Regierung wird jedoch auf jeden Fall auf einer dreitägigen Verlängerung bestehen. Bis Freitag muss aber unbedingt zu einem abschließenden Ergebnis gelangt werden. Aus meinem Gespräche, das ich nach gestriger Sitzung abends mit Herrn Toncheff hatte, glaube ich schließen zu können, dass bulgarische Delegierte um jeden Preis zu einem Resultate gelangen wollen und sich im Notfalle mit Strumica und Radonica begnügen würden. Sollte eine Einigung unter den Delegierten nicht zustande gebracht werden, so dürfte Herr Majoresco eine Linie vorschlagen und in energischester Weise auf allseitige Annahme drängen, da Krone und Regierung, abgesehen vom Standpunkte des eigenen Interesses der baldigen Demobilisierung, es als mit der Würde und dem Ansehen Rumäniens für unvereinbar halten, wenn die Konferenz resultatlos verliefe oder das Ergebnis ein solches wäre, dass dasselbe eine Überprüfung seitens der Großmächte geradezu herausfordern würde. Telegramm Euer Exzellenz Nr. 388 von gestern erhalten. Ich werde heute Ermächtigung zur Abgabe Erklärung Minister des Äussern über-

mitteln, nachdem englischer Kollege gleichlautende Weisung erhielt und französischer Kollege nicht dem Wortlaut, aber dem Sinne nach ähnlichen Auftrag bereits ausgeführt hat. Russischer Kollege dürfte ebenfalls gleichlautenden Auftrag heute ausführen. Wie ich von zuverlässiger Seite erfahre, vertritt bulgarischer Generalstabschef und Delegierter, General Fitcheff, Ansicht, dass baldigst, auch unter großen Opfern, Friede geschlossen werden muss. In heutiger Plenarsitzung dürften Diskussionen beginnen. K. E. Fürstenberg.

[a]) Vgl. n. 8223, 8249. — [b]) Chiffre verstümmelt.

Tel. nach London, 3. Aug. 1913 Nr. 659 (chiffr. 5 U. 30 M. p. m.). Siehe n. 8194.

Nr. 8205. Tel. nach London, 3. Aug. 1913 Nr. 660 (chiffr. 6 U. p. m.).[a]) Konz. (S. Berger; V. Rappaport; G. Macchio).

Erhalten Euer Exzellenz Telegramm Nr. 591 von gestern. Aus dem Inhalte dieser Relation muß ich folgern, daß Euer Exzellenz bei Absendung derselben noch nicht im Besitze meines Telegrammes Nr. 653 vom 2. d. Mts. waren, nachdem letzteres Euer Exzellenz Bedenken bereits in mehreren von Hochderselben erwähnten Punkten Rechnung getragen hat. Daß dies bezüglich der Frage der Evakuierung Albaniens nicht möglich ist, hängt mit der Erfahrung zusammen, daß eine Einigung über Räumungsbeschlüsse schon an und für sich große Schwierigkeiten bereitet. Es hat sich sogar gezeigt (mein Telegramm von heute Nr. 659), daß selbst gefaßte Evakuierungsbeschlüsse nach Monaten nicht zur Ausführung gelangen. Wir müssen daher darauf bestehen, daß der Räumungsbeschluß in den Delimitierungsbeschluß aufgenommen werde, und zwar in der Weise, daß Griechenland sofort aufgefordert wird, jene Gebiete zu verlassen, deren Zugehörigkeit zu Albanien schon in der Réunion definiert wurde und die übrigen Punkte — à fur et à mesure die Abgrenzungskommission darüber entscheidet — zu räumen. Da ich aus Euer Exzellenz Eingangs zitiertem Telegramme den Eindruck gewonnen habe, daß Hochdieselben der Ansicht sind, daß wir darauf bestehen, daß die Evakuierung der ersteren Gebiete bereits vor dem Zusammentritt der Delimitierungskommission erfolgen solle, bemerke ich, daß wir den Zusammentritt dieser Kommission nicht von der vorherigen Räumung dieser Punkte abhängig machen. Ein weitergehendes Hinausschieben der Evakuierung Albaniens könnten wir auch schon darum nicht akzeptieren, weil nach sicheren Quellen Griechenland Saseno befestigt und auch sonst durch Waffenvertheilung und Bandenbildung längs der Küste einen Widerstand gegen das freie Albanien vorbereitet, gleichwie Serbien sich anschickt, sich auf unbestritten albanischem Territorium häuslich einzurichten. Was die Frage der Pinduswalachen anlangt, so ist Euer Exzellenz Bedenken ohnehin durch mein Eingangs zitiertes Telegramm Rechnung getragen. Auch werden Euer Exzellenz dieser Weisung entnommen haben, daß ich auf die Frage der Kompensationen im ägäischen Archipel keinen besonderen Werth lege. Berchtold.

[a]) Vgl. n. 8212, 8230.

Tel. nach Rom, 3. Aug. 1913 Nr. 890 (chiffr. 5 U. 30 M. p. m.). Siehe n. 8194.

Nr. 8206. Privatschreiben des russ. Botschafters, 3. Aug. 1913 (eing. 3. Aug.).[a]) Eigh. Ausfert.

Urgent. Mr. Sazonow me charge de Vous prier d'accélerer les instructions à donner à Votre Ambassadeur à Constantinople pour accomplir la démarche collective des Grandes Puissances ayant pour objet d'engager la Sublime Porte de se soumettre à la décision des Puissances dans la question de la délimitation avec la Bulgarie, en appuyant sur le refus de tout soutien financier. D'après l'avis de Mr. Sazonoff il serait opportun de charger les Ambassadeurs à Constantinople de s'entendre le plutôt possible sur la démarche à faire. Je serais particulièrement reconnaissant à Votre Excellence de me mettre à même de répondre aussi promptement que possible à Mr. Sazonow et dans un sens que je souhaiterais, affirmatif. Giers.

[a]) Vgl. n. 8219.

Nr. 8207. Privatschreiben des russ. Botschafters an Sektionschef Karl Freiherrn von Macchio, 3. Aug. 1913 (eing. 3. Aug.).[a]) Eigh. Ausfert.

Confidentielle. Vous êtes mille fois aimable de m'avoir communiqué les instructions données au Prince Fürstenberg. Permettez moi d'abuser encore de Votre grande obligeance, en Vous priant de soumettre au Ministre le texte que Mr. Sazonow me charge de proposer au Gouvernement Impérial et Royal. Je le transcris à la troisième page. Giers.

P. S. Vous me ferez connaître, je Vous prie, le sentiment du Comte de Berchtold. Mr. Sazonow propose de charger les Représentants à Bucarest d'une communication à la Conférence ainsi conçue: „Le Gouvernement de... ayant appris que question Cavalla risque compromettre succès des travaux de la Conférence, déclare qu'il se réserve liberté de reviser conjointement avec les autres Puissances les décisions qui seront prises par la Conférence."

[a]) Vgl. n. 8161, 8219.

Nr. 8208. Tagesbericht über eine Unterredung mit dem deutschen Botschafter, 4. Aug. 1913 Nr. 3772. Konz. (S. Berger; V. u. G. Berchtold).

Herr von Tschirschky machte mir heute folgende Mittheilung. Laut Berichtes des Freiherrn von Wangenheim hätte Ali Haidar Pascha, Sohn des Midhat Pascha, unter Betonung, daß er mit Wissen und Zustimmung des Großveziers handle, sich zum kaiserlich deutschen Botschafter in nachstehendem Sinne geäußert. Die Türkei wäre eventuell unter folgenden Bedingungen bereit auf den Besitz Adrianopels zu verzichten: 1. Die Ergene-Linie als Grenze, 2. eine 4% Zollerhöhung, 3. Verhandlungen über die Kapitulationsfrage, 4. Bestellung eines Müdirs für Adrianopel. — Ali Haidar Pascha machte noch darauf aufmerksam, daß es nicht genüge, diese Bedingungen zu erfüllen, sondern daß man noch einen starken Druck auf die türkische Regierung ausüben müßte, auf welchen sich diese ihrer Öffentlichkeit gegenüber berufen könnte. Der kaiserlich deutsche Botschafter

fügte seinen Eröffnungen bei, Herr von Jagow sei der Ansicht, daß diese türkische Proposition jedenfalls ernstlich in Betracht gezogen werden könnte und bemerkte ferner, Rußland und England hätten bereits zugestimmt, daß die Türkei von der Leistung einer Kriegsentschädigung befreit bleibe und hätten auch gegen die Zollerhöhung nichts einzuwenden.

Nr. 8209. Erlaß nach Berlin, 4. Aug. 1913 Nr. 3763.[a]) Konz. (S. Egger; V. Nemes u. Berchtold; G. Berchtold).

Geheim. Ich habe heute Herrn von Tschirschky, dem ich bereits vorher von dem Inhalte des sub Nr. 3685 an Euer Exzellenz gerichteten Erlasses Kenntnis gegeben hatte, über sein Ersuchen eine in Schlagworten zusammengefaßte Aufzeichnung über denselben Gegenstand eingehändigt. Ich übermittle anverwahrt Euer Exzellenz eine Abschrift dieser Notiz,[b]) welche Hochdieselben im Sinne Ihrer telegraphischen Anfrage Herrn von Jagow zur Verfügung zu stellen ermächtigt sind. Ich benütze diese Gelegenheit, um auf Euer Exzellenz gegenständliche telegraphische Berichterstattung[c]) kurz zu reflektieren. Ich möchte hiebei vor allem hervorheben, daß es sich betreffs der zukünftigen Aufteilung der Gebiete am Balkan zwischen dem Wiener und St. Petersburger Kabinett nicht um eine „prinzipielle Verständigung" handelt, sondern um eine Aussprache, wobei bezüglich Kavallas sich eine Übereinstimmung der Auffassungen ergeben hat. Meinen Informationen zufolge legt die bulgarische Regierung größten Wert darauf, wenigstens Ištib und Kočana einerseits und Kavalla andererseits für sich zu retten. Es wäre mir mit Rücksicht darauf, daß Bulgarien von dem Verhalten Rußlands bitter enttäuscht ist, sehr wünschenswert, wenn die Erwartungen, welche die bulgarischen Staatsmänner nach der Neuorientierung der bulgarischen Politik hinsichtlich der Unterstützung Österreich-Ungarns hegten, sich nicht als vollkommen unbegründet erweisen würden. Aus diesem Grunde würde ich Wert darauf legen, daß den bulgarischen Wünschen zum mindesten in einem der beiden ebenerwähnten Punkte Rechnung getragen würde. Da Rußland bezüglich der Zuerkennung Ištibs zu Serbien unnachgiebig zu sein scheint, so muß ich umsomehr wünschen, daß Kavalla — wo Rußland mit uns übereinstimmt — für Bulgarien erhalten bleibe. Bezüglich der Bemerkung Herrn von Jagows, es habe ihn „peinlich berührt", erst nachträglich erfahren zu haben, daß zwischen Wien und St. Petersburg eine „prinzipielle Verständigung" betreffs Kavallas zustande gekommen sei, wollen Euer Exzellenz — abgesehen vom oberwähnten Umstande, daß es sich nur um eine Übereinstimmung der Auffassungen handle — hervorheben, daß es mir nicht verständlich ist, wieso die deutsche Regierung, ohne eine spezielle Anfrage bei uns zu stellen, der griechischen Regierung wiederholt zu erklären Veranlassung nehmen konnte, „daß, soweit ihr bekannt sei, die österreichisch-ungarische Regierung keine Einwendung gegen die Einverleibung der mehrgenannten Stadt in Griechenland erheben würde." Bezüglich Kavallas wollen Euer Exzellenz dem Herrn Staatssekretär noch bemerken, daß mir die Belassung dieser Stadt bei Bulgarien schon aus dem Grunde nur natürlich erscheint, wenn die diesem Hafen vorgelagerte Insel Thasos bulgarisch wird. In letzterer Hinsicht haben sich

in der Sitzung vom 7. Jänner 1913 der Londoner Botschafterréunion die Vertreter Frankreichs, Rußlands, Italiens und Deutschlands sowie Sir E. Grey dahin ausgesprochen, daß ihre Regierungen keine Einwendung dagegen erheben, daß diese Insel bulgarisch werde. Dieser Erklärung hat sich einige Tage darnach auch Graf Mensdorff im Namen der k. u. k. Regierung angeschlossen.

[a]) Vgl. n. 8189, 8225, 8226. — [b]) Wurde nicht aufgenommen, da sie nur einen Auszug aus n. 8157 darstellt. Vgl. Anm. a zu n. 8157. — [c]) n. 8197, 8198.

Nr. 8210. Tel. nach Bukarest, 4. Aug. 1913 Nr. 392 (chiffr. 5. Aug. 12 U. 45 M. a. m.).[a]) Konz. (S. Szápáry; G. Berchtold).

Serbisch-bulgarische Grenzlinie. Im Sinne Euer Durchlaucht Telegrammes Nr. 280 vom 1. d. M. mußte ich annehmen, daß Rumänien den serbisch-griechischen Vorschlägen gegenüber einen Gegenvorschlag gemacht hat, welcher sich nach den mir vorliegenden Meldungen des Grafen Thurn[b]) genau mit der Proposition Rußlands deckt. Laut Euer Durchlaucht Telegramm Nr. 285 vom 3. d. M. scheint dies auf einem Mißverständnis zu beruhen und Rumänien den Verhandlungen der Kriegführenden einstweilen freien Lauf zu lassen. Ich ersuche Euer Durchlaucht, Herrn Majoresco in meinem Namen zu sagen, daß ich von seiner Mittheilung, er habe bisher in die Verhandlungen nicht eingegriffen, Akt nehme, jedoch bemerken müsse, daß durch das vorläufige Desinteressement Rumäniens an den Verhandlungen der Kriegführenden das widerstandsunfähige Bulgarien genötigt sein werde, sich den Bedingungen seiner Gegner zu fügen, so daß das Anlangen auf einem toten Punkt, bei welchem Rumänien eingreifen könnte, nicht zu gewärtigen ist. Rumänien werde dann jedoch nicht mehr in der Lage sein, die bereits gemachten Konzessionen Bulgariens im Sinne unserer Wünsche zu modifiziren. Aus diesem Grunde würden wir es für angezeigt halten, wenn Rumänien schon jetzt in die Verhandlungen mit einem im Sinne unserer Auffassung formulirten Abgrenzungsvorschlage eingreifen würde, da wir durch eine solche Vorgangsweise allein der Notwendigkeit einer weitergehenden Modifikation der Bukarester Abmachungen enthoben werden könnten. Zu Euer Durchlaucht persönlicher Information: Obwohl Herr Majoresco sich bisher eines Eingreifens enthalten haben will, gewinne ich aus Euer Durchlaucht Berichterstattung dennoch den Eindruck, daß rumänischerseits die Verhandlungen in dem Sinne beeinflußt werden, daß als Kompromiß zwischen dem österreichisch-ungarischen und serbischen Vorschlage die russische Linie sich als resultirende ergebe. Selbstverständlich wäre ein Kompromiß für uns nur akzeptabel, wenn es sich als Mittellinie zwischen unserem und dem russischen Standpunkte darstellen würde. Berchtold.

[a]) Vgl. n. 8227. — [b]) n. 8150.

Nr. 8211. Tel. aus Bukarest, 4. Aug. 1913 Nr. 293 (eing. 11 U. p. m.). Entziff.

Dreitägige Waffenruhe bis Freitag Mittag angenommen. Minister des Äußern beabsichtigt, falls bis morgen früh keine Einigung unter Delegierten eintritt, serbische und griechische Delegierte zu sich zu bitten und

ihnen die von Rumänien tracierte Grenzlinie vorzulegen, sie einladend, sie anzunehmen. Im Falle dezidierter Ablehnung dürfte dann Minister des Äußern Alliierten zu verstehen geben, dass Rumänien seine Pflicht erfüllt habe und weitere Konsequenzen auf Alliierte fallen. Versuchte Ministerpräsident zu suggerieren, Kompromißlinie vorerst Bulgaren zu zeigen, hatte jedoch keinen Erfolg, da er sich mehr Eindruck von seiner Vorgangsweise erwartet. Insistierte nochmals wegen Ištib und Kotschana.

K. E. Fürstenberg.

Nr. 8212. Tel. nach London, 4. Aug. 1913 Nr. 661 (chiffr. 10 U. p. m.).[a] *Konz. (S. Berger; G. Berchtold).*

In meinem gestrigen Telegramme Nr. 660 habe ich über die Verschleppungen Klage geführt, welche die Aus-, beziehungsweise Durchführung bereits gefaßter Réunionsbeschlüsse zu erfahren pflegt. Ein Telegramm Herrn von Ugrons vom 3. d. Mts. bestätigt nur neuerlich unsere diesbezüglichen schlechten Erfahrungen. Wie mir nämlich der k. und k. Gesandte meldet, ist er der einzige Vertreter der Großmächte in Belgrad, welcher entsprechende Instruktionen hinsichtlich der von der Réunion in ihrer vorletzten Sitzung beschlossenen, bei der serbischen Regierung zu machenden Démarchen erhalten hat. Es sind dies die Démarchen wegen Einstellung der Feindseligkeiten (mein Telegramm Nr. 640 vom 30. v. Mts.), wegen Minoritätenschutzes (mein Telegramm Nr. 646 vom gleichen Datum) und wegen der Evakuierung Albaniens und des accès commercial Serbiens an die Adria (mein Telegramm Nr. 647 vom 30. v. Mts.). Nur der kaiserlich deutsche Gesandte in Belgrad hat gleichfalls den Auftrag erhalten, den einen in London gefaßten Beschluß, betreffend die Einstellung der Feindseligkeiten, auszuführen. Euer Exzellenz wollen Vorstehendes bei Sir E. Grey zur Sprache bringen und ihn ersuchen, auf eine umgehende Ausführung der erwähnten Réunionsbeschlüsse zu dringen. Berchtold.

[a]) Oe. U. Balkan 393 Nr. 785. Vgl. n. 8219, 8244, 8287.

Nr. 8213. Tel. nach London Nr. 663 (1) und Rom Nr. 894 (2), 4. Aug. 1913 (chiffr. 9 U. 30 M. p. m.).[a] *Konz. (S. Nemes; G. Berchtold).*

1. Herzog Avarna teilt mir auftragsgemäß mit, daß laut einer Marquis di San Giuliano zugekommenen Meldung die Insel Castelorizzo von Griechenland besetzt worden ist. Da Besitz dieser Insel für Schutz der Küste unbedingt notwendig ist, wünscht italienische Regierung diese Insel bei der Türkei belassen zu sehen. Wenn Marquis Imperiali in der Réunion beantragt, daß die genannte Insel speziell als bei der Türkei zu belassend angeführt werden soll, wollen Euer Exzellenz diesen Antrag unterstützen.

2. Ich telegraphiere unter dem heutigen an Grafen Mensdorff wie folgt: (Inseratur aus Telegramm sub 1. in extenso.) Vorstehendes zu Euer Exzellenz Information. Berchtold.

[a]) Oe. U. Balkan 394 Nr. 787.

Tel. nach Rom, 4. Aug. 1913 Nr. 894 (chiffr. 9 U. 30 M. p. m.). Siehe n. 8213.

Nr. 8214. Tel. aus Rom, 4. Aug. 1913 Nr. 495 (eing. 3 U. p. m.). Entziff.

Mit Bezug auf Euer Exzellenz Telegramm Nr. 885 vom 1. d. Mts. Abgrenzung Albaniens. Marquis di San Giuliano, welcher mit Euer Exzellenz einschlägiger Ansicht übereinstimmt, weist den Botschafter in London an, unsere Anträge zu unterstützen, wonach die Essenz unserer seinerzeitigen Bedingungen der Tätigkeit der internationalen Grenzkommission in die betreffende Resolution aufzunehmen und bezüglich der Pindus-Walachen ein Vorbehalt zugunsten Rumäniens zu machen wäre. Mérey.-

Nr. 8215. Tel. aus Rom, 4. Aug. 1913 Nr. 496 (eing. 3 U. p. m.).[a] Entziff.

Im Verfolge meines Telegrammes Nr. 493 vom 2. d. Mts. Hiesige Regierung nimmt zwar die auf die Inseln bezügliche Formulierung der Punkte 4 und 5 des letzten Vorschlages Sir E. Greys nicht an, wird aber, um Entente über diese und Grenzfrage nicht zu vereiteln, eine dieser Formel nahekommende Erklärung abgeben, welche nur das italienische Pfandrecht auf die Inseln, die Notwendigkeit einer seinerzeitigen einstimmigen Verfügung der Mächte über dieselben und — im Zusammenhange hiemit — die Rücksicht auf die Erhaltung der asiatischen Türkei stärker betonen wird. Gegen Punkt 3 des englischen Vorschlages hat man keine Einwendung. Mérey.

[a] Vgl. n. 8216.

Nr. 8216. Tel. aus Rom, 4. Aug. 1913 Nr. 499 (eing. 5. Aug. 5 U. a. m.). Entziff.

Inselfrage. Die in meinem heutigen Telegramm Nr. 496 besprochene Erklärung wird über Wunsch Herrn Giolittis noch kürzer und etwas weniger entgegenkommend ausfallen und sich nur auf den Vertrag von Lausanne berufen, sowie Bereitwilligkeit Italiens ausdrücken, sich seinerzeit an der Entscheidung der Mächte über das Los dieser 12 Inseln zu beteiligen. Marquis di San Giuliano hofft, dass die neuerliche ausdrückliche Erklärung seinerzeitiger Rückgabe der Inseln den einschlägigen Verdacht der Tripleentente und besonders Frankreichs zerstreuen wird. Mérey.

Nr. 8217. Tel. aus Rom, 4. Aug. 1913 Nr. 500 (eing. 5. Aug. 4 U. 30 M. a. m.).[a] Entziff.

Italienischer Gesandter in Bukarest erhielt Ermächtigung, die im hohen Telegramm vom 2. d. M. Nr. 887 erörterte Erklärung bezüglich Cavallas im Namen Italiens durch Herrn Majoresco abgeben zu lassen. Mérey.

[a] Oe. U. Balkan 392 Nr. 783. Vgl. n. 8293.

Nr. 8218. Tel. aus Rom, 4. Aug. 1913 Nr. 501 (eing. 5. Aug. 5 U. a. m.). Entziff.

Rücksprache mit dem Minister des Äussern auf Grund des hohen Telegrammes vom 2. d. M. Nr. 889 über Gendarmerieoffiziere für Albanien ergab Zustimmung zur gemeinsamen Sondierung im Haag und, für den Fall der Ablehnung, zu einem analogen Versuch in Christiania. Gegen

schweizerische Offiziere ist Marquis di San Giuliano wegen ihres plumpen, taktlosen Wesens eingenommen. Bezüglich Dänemarks und Norwegens releviert er nur die geringe Entwicklung dieser kleinen Armeen. Mérey.

Nr. 8219. Privatschreiben des Sektionschefs Karl Freiherrn von Macchio an den russ. Botschafter, 4. Aug. 1913. Konz. (S. Hohenlohe; V. u. G. Macchio).

En réponse à Votre lettre confidentielle d'hier matin[a] j'ai l'honneur de Vous informer que les instructions que le Prince C. E. de Fürstenberg a reçues au sujet de la déclaration concernant Cavalle et que je me suis permis de Vous faire connaître ne différant dans le fond guère de celles proposées par M. Sazonow et reproduites dans Votre lettre précitée, le Comte Berchtold ne croit pas devoir revenir sur les instructions du Ministre I. et R. à Bucarest. Je me permets en outre de Vous répondre en même temps ainsi qu'il suit à Votre lettre adressée le 3 de ce mois au Comte Berchtold.[b] L'Ambassadeur Impérial et Royal à Constantinople a déjà été chargé il y a quelques jours de faire auprès de la Sublime Porte — si omnes — une démarche ayant pour objet d'engager le Gouvernement Ottoman à se soumettre à la décision des Grandes Puissances dans la question de la délimitation de la frontière turco-bulgare, en appuyant sur le refus de tout soutien financier.[c] Je crois devoir observer qu'en même temps les représentants austro-hongrois à Belgrade et à Athènes ont été munis des instructions prévues.[c] Cependant, d'après une dépêche de notre Ministre à Belgrade,[d] la démarche en question n'a pas pu être exécutée en cette capitale, parceque le Ministre de Russie n'aurait pas reçu d'ordre à ce sujet. Quant à la démarche à Constantinople le Marquis Pallavicini télégraphie[e] qu'elle non plus a pu être faite le représentant anglais n'ayant pas d'instructions.

[a] n. 8207. — [b] n. 8206. — [c] n. 8119. — [d] Vgl. n. 8212. — [e] n. 8164.

Nr. 8220. Tel. aus St. Petersburg, 4. Aug. 1913 Nr. 265 (eing. 5. Aug. 7 U. a. m.).[a] Entziff.

Territoriale Fragen am Balkan. Zu meinem Telegramm Nr. 261 vom 31. v. M. Herr Sazonow übersendete mir heute in Aussicht gestellte schriftliche Aufzeichnung,[b] in welcher Standpunkt russischer Regierung den territorialen Fragen am Balkan und in erster Linie der bulgarischen Delimitation gegenüber präzisiert erscheint. Nachdem nochmals Übereinstimmung mit der Auffassung der k. und k. Regierung hervorgehoben wird, was das Grundprinzip, das heißt Schaffung stabiler Verhältnisse und Vermeidung einer allzu starken Einschränkung oder einer Demütigung Bulgariens anbelangt, betont in Rede stehendes vertrauliches Promemoria, dass nach russischer Ansicht der frühere serbisch-bulgarische Vertrag nicht mehr als Basis für die jetzige Verteilung angesehen werden könne. Aufgabe der Mächte und insbesondere der zwei meistinteressierten erblickt Petersburger Kabinett vor Allem in einer in Athen und Belgrad vorzunehmenden mäßigenden Pression. Hiesige Regierung habe sich schon wiederholt in diesem Sinne an den in Betracht kommenden Stellen vernehmen lassen und zwar, wie sie hoffe, wenigstens in Belgrad nicht ganz ohne Erfolg.

Es erscheint aber derselben nicht gut möglich, Serbien zuzumuten, auf eine direkte Bahnverbindung mit Salonik, das heißt eine solche, die nicht über bulgarisches Gebiet führen würde, zu verzichten. Aus diesem Grunde hält Minister dafür, dass das Vardartal den Serben jedenfalls verbleiben müsste. Russische Regierung bedauere, dass mäßigende Ratschläge bisher in Athen keinen Erfolg gehabt haben, hofft aber, dass ein einmütiger Druck aller Mächte oder ein solcher Oesterreich-Ungarns und Russlands Griechenland zum Verzicht auf Cavalla vermögen werde, das für Bulgarien eine Notwendigkeit wäre, während es für Griechenland nicht die gleiche Bedeutung hätte. Ehebaldigster Friedensschluss könnte nach hiesiger Ansicht auch günstigen Einfluss auf Lösung der Frage Adrianopel ausüben, dessen Räumung durch die Türken der russischen Regierung ebenso notwendig erscheint wie jener der Monarchie. Auf weitere Details geht die vertrauliche Notiz nicht ein. Ich erlaube mir dieselbe mit nächster Post vorzulegen. Thurn.

[a]) Oe. U. Balkan 392 Nr. 784. Vgl. n. 8172. — [b]) Vgl. n. 8221.

Nr. 8221. Bericht aus St. Petersburg, 22. Juli/4. Aug. 1913 Nr. 30 (eing. 8. Aug.).[a]) Ausfert.

Unter ergebenster Bezugnahme auf meine einschlägige telegraphische Berichterstattung habe ich die Ehre, Euer Exzellenz die mir soeben seitens des hiesigen Auswärtigen Amtes zugekommene vertrauliche Notiz[b]) zu unterbreiten, in welcher der Standpunkt der kaiserlich russischen Regierung den gegenwärtig pendenten Territorialfragen am Balkan gegenüber präzisiert erscheint. Thurn.

[a]) Vgl. n. 8150, 8220, 8270, 8299, 8356. — [b]) Beilage.

Beilage zu n. 8221. Notiz des russischen Ministeriums des Äußern; St. Petersburg, 20. Juli (2. Aug.) 1913. Ausfert.

Par une notice confidentielle en date du 17/30 juillet année courante, l'Ambassade Impériale et Royale a bien voulu faire part au Ministère Impérial des affaires étrangères du point de vue du Cabinet de Vienne sur la question de la délimitation de la Bulgarie.

Persuadé de l'opportunité d'un échange de vues préalable entre les deux Gouvernements, les plus intéressés dans les affaires des Balkans, le Ministère Impérial croit devoir, à son tour, répondre avec la même franchise aux questions exposées dans la notice sus-mentionnée.

Tout d'abord, le Ministère Impérial partage entièrement l'idée, „qu'il est dans l'intérêt général de créer dans les Balkans une situation aussi stable que possible qui porterait en elle-même la garantie d'une longue période de paix."

D'accord aussi avec le Cabinet de Vienne, le Gouvernement Impérial ne saurait rester indifférent à un trop grand amoindrissement, ainsi qu'à une humiliation de la Bulgarie. C'est une question autant d'intérêt que de tradition pour la politique russe, dont elle ne saurait se départir.

En partant de ce principe général, le Gouvernement Impérial croit toutefois devoir attirer l'attention du Cabinet de Vienne sur certaines considérations qu'il n'a pas manqué non plus de faire connaître à plusieurs

occasions aux Représentants bulgares, à savoir que le traité serbo-bulgare de 1912 ne saurait être invoqué à l'heure présente comme point de départ pour une délimitation entre les deux pays. Il ne s'agit pas, croyons nous, de décider jusqu'à quel point telles ou autres prévisions de ce traité étaient rationnelles et basées sur le principe éthnographique. Avant la dernière guerre, le Gouvernement Impérial dont l'arbitrage était prévu par le traité sus-mentionné, était fermément décidé de remplir le rôle pénible d'arbitre en stricte conformité avec l'esprit de ce traité.

Le motif, ainsi que le résultat, les plus incontestables de la lutte sanglante entre les pays balkaniques, ont été de déchirer toutes les obligations mutuelles entre eux. Dès lors il serait peut-être téméraire de se baser sur des considérations d'ordre éthnographique ou autre pour établir la frontière entre la Bulgarie et la Serbie.

Le rôle des Grandes Puissances et surtout celui des deux Gouvernements, les plus intéressés et solidaires pour le fond de la question serait, d'après l'avis du Ministère Impérial, d'exercer à Belgrade et Athène une pression modératrice dans le but de leur faire diminuer des prétentions manifestement exagérées. Le Gouvernement Impérial n'a cessé de donner des conseils dans ce sens dans les deux capitales et il se plaît à espérer qu'ils ne sont pas restés sans résultat. Notamment le Gouvernement serbe aurait promis de rester dans les limites d'une sage modération. Il nous paraît cependant difficile d'imposer à la Serbie de renoncer à l'idée d'une communication directe par le chemin de fer avec Salonique, sans traverser le territoire bulgare. Par conséquent, la vallée du Vardar ne saurait ne pas rester aux Serbes. Le Gouvernement Impérial regrette que nos conseils de modération n'aient pas trouvé à Athènes le même accueil. Le Gouvernement grec ne paraît pas, jusqu'à présent, être enclin à céder dans la question de Kavalla, la plus importante pour la Bulgarie, car ce port est indispensable pour le développement économique de ce pays, tandis qu'il est loin d'avoir la même valeur pour la Grèce, qui possède de nombreux débouchés sur la Mer Égée.

Le Gouvernement Impérial croit cependant qu'une pression unanime de toutes les Puissances ou bien celle des Gouvernements russe et austro-hongrois sur le Cabinet d'Athènes pourrait être efficace pour faire attribuer Kavalla à la Bulgarie.

La conclusion, aussi prompte que possible de la paix, pourrait aussi, d'après l'avis du Gouvernement Impérial, exercer une bonne influence sur la question d'Andrinople, dont l'évacuation paraît au Gouvernement Impérial tout autant nécessaire qu'au Cabinet de Vienne.

Nr. 8222. Tel. nach Sofia, 4. Aug. 1913 Nr. 434 (chiffr. 11 U. 5 M. p. m.).[a] Konz. (S. Egger; G. Berchtold).

Im letzten Alinea[b]) Euer Hochgeboren Telegrammes vom 2. d. M. Nr. 908 haben mir Euer Hochgeboren den Wunsch Herrn Ghenadieffs übermittelt, ihm über das weitere Verhalten Bulgariens einen Rat zu erteilen, namentlich in der Hinsicht, ob die bulgarischen Delegierten alles vorbehaltlos unterzeichnen oder ob sie betreffend Ištip, Kočana und Kawalla die Reserve

machen sollen, daß darüber die Mächte zu entscheiden hätten. In dem gegenwärtigen für Bulgarien so kritischen Momente scheint es mir nicht zweckmäßig, der bulgarischen Regierung irgend welche Ratschläge zu erteilen und auf diese Weise gewissermaßen eine Garantie für das damit zu erreichende Ziel zu übernehmen. Euer Hochgeboren wollen sich daher darauf beschränken, Herrn Ghenadieff zu sagen, daß wir fortfahren, in Bukarest für die Zusprechung der in Betracht kommenden Städte an Bulgarien tätig zu sein, daß wir aber dort auf mancherlei Widerstände stoßen und ganz speziell in Betreff Ištips, für dessen Angliederung an Serbien Rußland sich in Bukarest ausgesprochen habe. Berchtold.

[a]) Vgl. n. 8232, 8233. — [b]) Letztes Alinea von n. 8191 beginnt mit „Zum Schlusse ersuchte ...“.

Nr. 8223. Tel. nach Sofia, 4. Aug. 1913 Nr. 435 (chiffr. 11 U. 45 M. p. m.).[a]) Konz. (S. Szápáry; G. Berchtold).

Prinz Fürstenberg telegraphiert unterm 3. d. M.: ... *wie n. 8204 von „Aus meinem Gespräche“ bis „begnügen würden“ und von „Wie ich“ bis „werden muß“* ... Diese auch durch heutige Zeitungsmeldungen bestätigte Nachricht läßt es dringend erwünscht erscheinen, daß bulgarische Unterhändler Instruction erhalten, jedweden Verzicht nur mit dem Vorbehalte der nachträglichen Zustimmung der interessirten Mächte auszusprechen. Berchtold.

[a]) Vgl. n. 8232, 8233.

Nr. 8224. Tel. aus Sofia, 4. Aug. 1913 Nr. 916 (eing. 11 U. 45 M. p. m.).[a]) Entziff.

Hatte soeben Besuch Ministers des Äußern, der mir Reihe von Telegrammen aus Bukarest und Hauptstädten vorgelesen. Zuerst Telegramm Tontchefs, demzufolge rumänisch-bulgarischer Akkord unterzeichnet, wonach bulgarische Delegierte an rumänische Regierung Ersuchen Evakuation und Freigabe Eisenbahnen gerichtet. Früheren Versprechen entgegen, wonach rumänische Truppen nach Perfektionierung Verständigung zurückgezogen werden würden, habe Take Jonesco geantwortet, rumänische Truppen würden erst nach Friedensschluß evakuieren und punkto Eisenbahnen habe sich Majoresco beschränkt zu antworten, er werde Befehle Seiner Majestät des Königs Carol einholen. Rumänische Regierung habe in keiner ihrer Forderungen nachgegeben und bulgarische Delegierte hätten alles erfüllt in Erwartung, daß sie sich hiedurch sofortige Evakuierung erkaufen würden, was für Stellung Kabinetts Radoslawow, das bis jetzt nur Opfer gebracht und keinen einzigen Erfolg aufweisen könne, so unendlich wichtig wäre. Auch erschwere es politische Richtung Kabinetts, wenn Rumänien ohne Grund fortfahre, Bulgarien derart zu demütigen, da empfindlichster Punkt hiesiger öffentlicher Meinung eben rumänische Okkupation wäre. Ich wendete ein, Rumänien befürchte vielleicht bei Zurückziehung Truppen Fortsetzung der Feindseligkeiten seitens Bulgariens, worauf Minister des Äußern erwiderte, dies sei mit Rücksicht auf allgemeine Lage und auch darauf ausgeschlossen, daß im Falle Wiederaufnahme Kämpfe Türkei sofort

wieder aktiv vorgehen würde. Minister ersuchte dringend, wir möchten im Sinne sofortiger Evakuierung in Bukarest einwirken; Rumänien könne ja Beginn Evakuierung durch zwei bis drei Tage verzögern, wenn es nur diesbezüglich befriedigende Erklärung abgebe, die hier Kabinett Rückgrat stärken würde. Weiter teilte mir Mitredner mit, daß König Carol und Vertreter der Großmächte zu sofortiger Unterzeichnung Friedens stärkste Pression ausüben, was wohl — wie Minister hinzufügte — erfreulich wäre, wenn nur Griechenland und Serbien sich nicht so absolut intransigent zeigten. Griechen bestanden aber auf Cavalla und Serben auf Ištib, Kotschana, Struma und so weiter. Rumänien habe zwar Großmächten Revision Bukarester Vertrages durch europäische Konferenz ganz oder bezüglich Cavallas vorgeschlagen, was ersten Freundschaftsdienst Rumäniens gegenüber Bulgarien darstelle; alle Mächte aber hätten Vorschlag bis jetzt nicht angenommen. Minister des Äußern bemerkte: „La Russie nous conseille de signer tout à Bucarest et d'attendre que la conférence européenne nous aide, tandis que Monsieur Pichon et Monsieur Delcassé disent qu'il n'y aura probablement pas de conférence. C'est bien la politique russe de renvoyer la Bulgarie à la conférence et de se servir de la France pour empêcher que celle-la ait lieu". Minister des Äußern richtete an mich selbe Bitte um Rat Euer Exzellenz, wie laut meines Telegrammes Nr. 908 vom 2. d. Mts. Sollte Bulgarien alles vorbehaltlos unterzeichnen, soll es nur bezüglich Cavallas oder auch bezüglich Ištibs, Kotschanas und so weiter Reserve machen und soll es definitiver Frieden oder nur Friedenspräliminarien sein? Machte Minister des Äußern aufmerksam, daß ich seine analoge Bitte bereits vorgestern Euer Exzellenz übermittelt und noch keine Antwort erhalten. Er ersuchte um Erneuerung seiner Bitte. Tarnowski.

[a]) Vgl. n. 8234.

Nr. 8225. Tel. nach Berlin, 5. Aug. 1913 Nr. 567 (chiffr. 11 U. 50 M. p. m.). Konz. (S. Szápáry; G. Berchtold).

Zu dem Euer Exzellenz heute zugekommenen geheimen Erlaß Nr. 3763 vom 4. d. M. Der letzte Satz des dritten Alineas[a]) dieses Erlasses könnte zur mißverständlichen Interpretation Anlaß geben, daß wir auf jene von uns Bulgarien zugedachten Ortschaften und Gebiete, deren Zuerkennung Rußland Schwierigkeiten bereitet, von vornherein verzichten. Auch könnte aus der Fassung dieses Satzes der irrige Schluß gezogen werden, daß wir bereit wären, der Überlassung Kavallas an Griechenland zuzustimmen, wenn Kočana und Ištib Bulgarien zugesprochen würde. Demgegenüber muß ich zur Regelung Euer Exzellenz Sprache nachdrücklich betonen, daß wir auf die Zuweisung sämtlicher unsererseits für Bulgarien reklamierten mazedonischen Land- und Küstenstriche bestehen müssen und die Überlassung Kavallas an Griechenland wohl nur dann ins Auge fassen könnten, wenn eine darüber hinausgehende Kompensation im Inneren Mazedoniens — wie etwa Monastir — für Bulgarien erlangt werden könnte und von letzterem akzeptiert würde. Berchtold.

[a]) Der letzte Satz des dritten Alineas von n. 8209 reicht von „Da Rußland bezüglich" bis „erhalten bleibe".

Nr. 8226. Privatschreiben aus Berlin, 5. Aug. 1913 (eing. 8. Aug.).a) Ausfert.

Eine Abschrift Euer Excellenz' geheimen Erlasses Nr. 3702 vom 1. d. M. sowie eine Abschrift der Notiz, welche Hochdieselben Herrn von Tschirschky eingehändigt, habe ich ebenfalls im Sinne des hohen Erlasses vom 4. l. M. Nr. 3763 Unterstaatssekretär Zimmermann zur Verfügung gestellt. Da der Staatssekretär, wie Euer Excellenz bekannt, sich auf Urlaub befindet, und auch der Reichskanzler seit längerer Zeit von Berlin abwesend ist, habe ich diese Schriftstücke, wie ich dies mit Herrn von Jagow kurz vor seiner Abreise vereinbart hatte, zur weiteren Veranlassung dem Unterstaatssekretär übergeben. In der Kavalla-Frage, die momentan den springenden Punkt unserer Differenz bildet, wird wohl ein Eingehen deutscherseits auf unsere Wünsche kaum zu erreichen sein. In meiner telegrafischen Berichterstattung hatte ich schon darauf hingewiesen, dass die entschiedene Stellungnahme Kaiser Wilhelms dem Reichskanzler und Staatssekretär ein Nachgeben in dieser Angelegenheit schwer oder beinahe unmöglich macht. Noch gestern wiederholte mir Herr Zimmermann streng vertraulich, er bedauere aufrichtig, dass durch die vorschnelle Stellungnahme Kaiser Wilhelms eine Situation geschaffen sei, aus der für die deutsche Regierung ein, dem österreichisch-ungarischen Standpunkte gerecht werdender Ausweg schwer zu finden sei; doch müsse er mir gestehen, dass nach seiner Überzeugung der Wert Kavallas für Bulgarien stark übertrieben werde. Nach vertraulichen Meldungen, die Kaiser Wilhelm zugekommen seien, unterstütze Russland die Zuweisung Kavallas an Bulgarien mit dem Hintergedanken, aus diesem Hafen dereinst einen russischen Kriegshafen zu machen. Ob geheime Abmachungen zwischen Russland und Bulgarien bestehen, wolle er dahin gestellt sein lassen, doch halte er es für seine Pflicht, immer wieder darauf hinzuweisen, dass Bulgarien gegenüber ganz besondere Vorsicht am Platze sei und dass immer damit gerechnet werden müsse, dass trotz der freundschaftlichen Versicherungen der neuen bulgarischen Regierung König Ferdinand die erste Gelegenheit benützen werde, mit fliegenden Fahnen ins russische Lager wieder zurückzukehren. Nichtsdestoweniger wäre es auch nach seiner Ansicht ein grosser Fehler, sich den bulgarischen Annäherungsversuchen gegenüber ablehnend zu verhalten. Die deutsche Regierung werde in dieser Beziehung der österreichisch-ungarischen Politik nicht nur keine Schwierigkeiten machen, sondern dieselbe aufrichtig unterstützen. Wie es Euer Excellenz in Hochdero eigenhändigem Privatbrief vom 1. d. so richtig hervorheben, war deutscherseits stets stillschweigend zugestanden, dass die Politik auf dem für uns von vitaler Bedeutung anerkannten Balkangebiete in Wien gemacht werde und dass Berlin, als blos indirect interessiert, sich unserer diesfälligen Orientierung anzupassen habe. Ich erinnere mich ganz genau, dass zur Zeit als Freiherr von Griesinger zum deutschen Gesandten in Belgrad ernannt wurde, der damalige Staatssekretär, Herr von Kiderlen, mich versicherte, er habe ihm die Instruction mitgegeben, auf seinem neuen Posten nur österreichische Politik zu machen und in allen politischen Fragen sich den Aufträgen seines österreichisch-ungarischen Kollegen zu unterordnen. Dies wurde mir auch von Seite Baron Griesingers

bestätigt. Seither, dies will ich nicht leugnen, hat sich die Haltung Deutschlands in Betreff unserer Balkanpolitik in mancher Hinsicht geändert. Die fortwährenden Ausfälle Kaiser Wilhelms gegen König Ferdinand und Bulgarien sind zwar gewiss nicht à la lettre zu nehmen und eine Änderung in Höchstdessen diesbezüglichen Auffassungen durchaus nicht unmöglich, dagegen glaube ich kaum, dass bei der Protectorrolle, die Seine Majestät Sich Griechenland gegenüber vindiziert, in dieser Beziehung eine objectivere Beurteilung der Sachlage Platz greifen werde. Mit Bezug auf Kavalla sagte Herr Zimmermann, dass nicht nur Frankreich und England mit der Zuweisung dieses Hafens an Griechenland einverstanden seien, sondern dass auch, nach den neuesten Nachrichten aus Rom, Anzeichen vorhanden wären, dass auch Marquis San Giuliano nicht darauf bestehen würde, dass diese Hafenstadt Bulgarien zugesprochen würde. Das Allerhöchste Geburtsfest Seiner kaiserl. und königl. Apostolischen Majestät wird heuer voraussichtlich nicht in Wilhelmshöhe, sondern in Bad Homburg gefeiert werden. Bei diesem Anlasse werde ich wohl Gelegenheit haben, diese Frage und alle damit zusammenhängenden Fragen mit Seiner Majestät Kaiser Wilhelm zu besprechen. Ob es mir gelingen wird, Höchstdenselben von der Richtigkeit unseres Standpunktes zu überzeugen, scheint mir leider sehr zweifelhaft. Ich habe nicht versäumt, Herrn Zimmermann darauf aufmerksam zu machen, dass zwischen Wien und St. Petersburg keine „prinzipielle Verständigung" betreffs Kavallas zustande gekommen sei, sondern dass es sich hiebei nur um eine „Übereinstimmung der Auffassungen" handle. Auch habe ich hervorgehoben, dass bezüglich Kavallas die Belassung dieser Stadt bei Bulgarien schon aus dem Grunde natürlich erscheine, als die diesem Hafen vorgelagerte Insel Thasos zufolge des Beschlusses der Londoner Botschafterreunion vom 7. Januar laufenden Jahres bulgarisch zu werden habe. ... *Privatangelegenheiten.* ... Szögyény.

a) Vgl. n. 8197, 8198, 8279.

Nr. 8227. Tel. aus Bukarest, 5. Aug. 1913 Nr. 294 (eing. 11 U. 45 M. p. m.).a) Entziff.

Erhalten Euer Exzellenz Telegramm Nr. 392 von heute. Minister des Äußern hatte bereits gestern abends mit griechischem und serbischem Delegierten längere Auseinandersetzung, in der er mit größtem Nachdrucke auf Zession Cavallas und der vier bewußten, im serbischen Besitze befindlichen Städte hinwirkte. Herr Venizelos stellte in Aussicht, nach Einholung Erlaubnis Königs der Hellenen bis Mündung Karasu zurückgehen zu können, aufrechterhaltend weitere Grenzlinie bei Caharlu-Flußlauf schneidend bis Höhe Kusdir, von dort direkt westlichen Höhenzug bis Struma-Tal. Herr Pašić versprach bis heute abends Entscheidung, ob Serbien auf Strumitza und Radovište verzichten könne. Weitere Konzessionen lehnte er auf das Entschiedenste ab. Bei heutiger Unterredung mit Ministerpräsidenten erklärte ich kategorisch, wir müßten darauf dringen, daß Rumänien eine aus unseren und russischen Forderungen resultierende Kompromißlinie in Vorschlag brächte und legte ihm nahe, diese Linie nicht in privaten Besprechungen, sondern in Plenarsitzung vorzubringen und auf Annahme zu bestehen, was

jedenfalls als Pressionsmittel wirken würde. Minister versprach sich nicht viel von dieser Vorgangsweise, da sowohl Serbien als Griechenland sogar weit hinter russischer Auffassung stünden und er bezweifelt, daß man diese werde zur Annahme bringen können. Er schien auch zu scheuen, sich in offener Sitzung seitens der Alliierten einem Refus aussetzen zu wollen. Majorescos Ansicht ist, daß es hier unbedingt zu einem Abschluß kommen müsse, da sonst Feindseligkeiten wieder beginnen würden, was unbedingt vermieden werden müsse. Er glaubt, daß mit Hinblick auf Unnachgiebigkeit Gegner Bulgariens Überprüfung seitens der Großmächte sich als notwendig erweisen wird. Russischer Kollege sagte mir eben, daß er Instruktionen erhalten habe, auf Kotschana zu beharren. Ich würde es für ausnehmend nützlich halten, wenn eine (Übereinstimmung)[b] der österreichisch-ungarischen und russischen Auffassung hier ins Treffen geführt werden könnte, da serbische Delegierte jedenfalls aus der Differenz in derselben Kapital schlagen wollen. Nachdem Russland sich Kotschana zu eigen gemacht, würde Verzicht auf Ištib, was ohnehin aussichtslos, beantragen. Herr Pašić, den eben aufsuchte und nochmals auf ernste Folgen überspannter Prätensionen aufmerksam machte und Revision des ganzen Vertrages in Aussicht stellte, falls nicht halbwegs ...[c] Ausgleich zustande käme, was wiederum auf unser wechselseitiges Verhältnis nachteilig wirken müßte, sagte, er könne nur die Hälfte des Strumitza-Tales ohne Städte zedieren, dafür aber biete er obersten Lauf Bregalnitza mit Pečova. Seinen Ausführungen zufolge haben bulgarische Delegierte bereits auf Ištib und Kotschana ausdrücklich verzichtet und glaubt er durch oberwähnte Konzessionen auch den Verzicht auf die beiden anderen Städte zu erreichen. Ich beharrte auf Anschauung, daß serbische Konzessionen vollkommen ungenügend wären. Aus meinem Gespräch mit Tontcheff und Fitcheff habe ich Eindruck gewonnen, daß sie sich mit höchst geringen Konzessionen begnügen werden. Resumiere Situation dahin, daß Rumänien, hauptsächlich wegen der Choleragefahr, von heftigstem Wunsche nach Frieden erfüllt, auf Bulgarien mehr Druck ausüben wird, als anfänglich beabsichtigt und daß Bulgarien bei Verminderung dieser Unterstützung genötigt sein werde, auch um diesen Preis sich zu unterwerfen. Es unterliegt keinem Zweifel, daß Rumänien, um eventuelle Velleitäten Bulgariens, neuerlich Krieg zu beginnen, zu unterdrücken, trotz Abschluß der Verhandlungen mit Bulgarien, gegen dieses militärisch vorzugehen in Aussicht stellen wird. Rumänische Drohung gegen Alliierte, sich bei Kriegsbeginn eventuell neutral zu verhalten, dürfte daher von diesen nicht ernst genommen werden. Morgen dürfte Entscheidung unbedingt fallen. K. E. Fürstenberg.

[a] Vgl. n. 8239, 8240, 8241, 8250. — [b] Chiffre fehlt. — [c] Chiffre verstümmelt.

Nr. 8228. Bericht des Generalkonsuls Rudolf Weinzetl aus Cetinje, 5. Aug. 1913 Nr. 73 (eing. 8. Aug.).[a] Ausfert.

Geheim. Der königlich montenegrinische Hofkapellmeister und gelegentliche Correspondent der „Neuen Freien Presse“ und der „Narodni Listy“, Herr Wimmer, ein Vertrauensmann des Prinzen Mirko, hat mich kürzlich aufgesucht und mir, offenbar im Auftrage des Prinzen, Mitteilungen

über ein Gespräch mit demselben gemacht. Der Zweck seines Besuches war, mir die Gefahr einer Vereinigung Montenegros mit Serbien, welche der Prinz und auch mein Mitredner für imminent hielten, vor Augen zu führen und gleichzeitig den Prinzen als einzige Persönlichkeit hinzustellen, welche das Zeug habe, diese Vereinigung zu hintertreiben. Der Gospodar wäre — nach einer Anspielung des Prinzen auf höchstdessen dichterische Tätigkeit — möglicherweise imstande, in einer Anwandlung poetischer Inspiration einer solchen Vereinigung zuzustimmen; was den Kronprinzen — bekanntlich ein Todfeind des Prinzen Mirko — anbelange, so sei er kinderlos und stehe infolge dessen und auch seiner ganzen Veranlagung nach den Ereignissen apathisch gegenüber; dagegen habe Prinz Mirko als montenegrinischer Patriot und Vater zweier Söhne alles Interesse daran, die Absorption Montenegros durch Serbien zu verhindern. Als einziges wirksames Gegenmittel erscheine dem Prinzen die Schaffung eines Keiles im Sandjak durch die Monarchie. Dies könnte auf Kosten Montenegros gegen eine kleine Kompensation in Albanien geschehen. Ich erwiderte Herrn Wimmer, dass mir die Nähe der Gefahr einer Vereinigung der beiden Königreiche stark übertrieben zu sein scheine. Es sei ferner unleugbar, dass Seine Majestät der König, trotz seiner poetischen Veranlagung, bisher den Beweis erbracht habe, dass er die Interessen seiner Dynastie ausgezeichnet zu wahren wisse. Es könne des Weiteren nicht angehen, dem Kronprinzen, weil er keine Nachkommen habe oder etwa weil er in kritischer Zeit im Auslande sich aufhalte, Gleichgiltigkeit gegen seine höchsten Interessen und die Unabhängigkeit Montenegros zuzumuten. Was den Prinzen Mirko betreffe, so könne ich nur mit Befriedigung zur Kenntnis nehmen, dass er ein so ausgesprochener Gegner der Union Serbiens und Montenegros sei. Ich gäbe zu, dass die Schaffung eines Keiles an und für sich ein sehr wirksames Gegenmittel wäre, doch scheine mir die angeführte Voraussetzung seiner Schaffung zu utopistisch, als daß sie einer auch nur akademischen Erörterung unterzogen werden könnte. Ich hätte dieses Gespräch mit dem Vertrauten des Prinzen Mirko Euer Exzellenz nicht einberichtet, wenn mir nicht gelegentlich einer Soirée bei Hofe Seine Königliche Hoheit in analogem Sinne gesprochen hätte. Auch dieses Gespräch verfolgte den Zweck, in mir den Glauben zu erwecken, als sei er das einzige Mitglied der Familie, dem es ehrlich um die Aufrechterhaltung eines unabhängigen Montenegro zu tun wäre. Der Prinz führte aus, dass es mit Ausnahme der Bewohner der Kreise von Cetinje und Rjeka seiner Ansicht nach keine Montenegriner mehr gebe. Alle übrigen wären entschieden serbisch gesinnt. Den gleichen Tendenzen huldigten die Generale, die Regierung und die meisten Gebildeten. Eine rühmliche Ausnahme mache der General Martinovič. Prinz Mirko führte, auf seinen königlichen Vater zu sprechen kommend, zwar diesmals nicht höchstdessen Dichternatur ins Treffen, meinte jedoch, dass der Gospodar völlig unter dem Einflusse seiner Regierung stehe und man bei seinem hohen Alter auf mancherlei gefasst sein müsse. Ich erwiderte dem Prinzen, dass ich seine diesfällige Ansicht nicht teilen könne und gab ihm zu verstehen, dass nach dem Urteil ausgezeichneter Kenner des Landes, der König nach wie vor seine Regierung ganz in der Hand habe und dass bei dem ganzen Calcul die

fast abgöttische Verehrung, deren sich der Gospodar bei den niederen Volksklassen erfreue, ausser Rechnung gesetzt sei. Prinz Mirko, dessen Abneigung gegen die serbische Königsfamilie teilweise auf den unversöhnlichen Gegensatz der Familie seiner Frau (Constantinovich) zu den Karageorgjević zurückzuführen ist, liess sich jedoch nicht abschrecken und, nachdem er noch in derselben Weise, wie dies sein Vertrauensmann getan, den Thronfolger sträflicher Gleichgiltigkeit geziehen hatte, betonte er das hohe Interesse, welches er als Patriot und Vater zweier Söhne an der Unabhängigkeit Montenegros hätte, und bemerkte schliesslich, das einzige Mittel, die bevorstehende Union der beiden Königreiche zu hintertreiben, sei die Schaffung eines „paravent" im Sandjak auf Kosten Montenegros, welches dafür in Nordalbanien zu entschädigen wäre. Ich beschränkte mich, darauf zu erwidern, dass die Akten über Nordalbanien durch internationale Vereinbarungen geschlossen wären. Da der Prinz merkte, dass seine Ausführungen nicht auf fruchtbaren Boden fielen, vermied er es offenbar, aus denselben die auf der Hand liegende Schlussfolgerung zu ziehen. Nachdem er mir aber zu verstehen gab, dass er nach einer Gelegenheit suchen wolle, mich ungestört unter vier Augen zu sprechen, so ist wahrscheinlich, dass er demnächst auf die Gelegenheit ausführlicher zurückkommen wird und möchte ich in Voraussicht dieser Eventualität Euer Exzellenz ergebenst um eine hochgeneigte Instruktion bitten, ob ich Seiner Hoheit in der bisherigen reservierten und ablehnenden Weise begegnen soll. Weinzetl.

[a]) Vgl. n. 8285, 8354, 8468.

Nr. 8229. Tel. aus London, 5. Aug. 1913 Nr. 594 (eing. 6. Aug. 7 U. 50 M. a. m.).[a]) Entziff.

Réunion d'aujourd'hui:

„Sir Edward Grey demande aux ambassadeurs s'ils ont reçu des réponses de leurs gouvernements au sujet des cinq points qu'il a formulés dans la dernière séance.

L'ambassadeur de France répond que son gouvernement est disposé à donner son assentiment à une délimitation sud de l'Albanie ayant son point de départ au Cap Stylos et aboutissant à Korica à condition que toutes les îles de la Mer Egée à l'exception d'Imbros et de Tenedos et y compris celles occupées actuellement par l'Italie après leur évacuation soient attribuées à la Grèce.

L'ambassadeur d'Italie fait observer que ce point de vue n'est pas conforme aux vues de son gouvernement. Il se borne à la déclaration suivante qui ne constitue aucun engagement relatif à l'abandon éventuel à la Grèce des îles occupées par l'Italie ni la reconnaissance d'une connexité entre la question de ces îles et celle de la délimitation de l'Albanie." Déclaration italienne: „Le gouvernement de Sa Majesté considère que la question des îles du Dodecanèse laquelle doit son origine à la guerre italo-turque, est juridiquement réglée par les dispositions du traité de Lausanne. Cela étant, le gouvernement italien répète qu'il rendra ces îles à la Turquie dès que le gouvernement ottoman aura de son côté exécuté intégralement les obligations qui lui incombent en vertu de l'article 2 du traité de Lausanne. Lorsque la

restitution des îles à la Turquie aura lieu, il va sans dire que le gouvernement italien prendra part avec les autres grandes Puissances aux décisions unanimes qui seront éventuellement discutées et adoptées sur le sort définitif des îles susdites en correlation avec le réglement général de toutes les questions pendantes en tenant compte de l'intérêt général de l'Europe à l'intégrité et à la sécurité de la Turquie asiatique".

Les ambassadeurs d'Autriche-Hongrie et d'Allemagne appuient la déclaration de l'ambassadeur d'Italie.

L'ambassadeur de Russie dit que son gouvernement est prêt à adhérer aux cinq points si toutes les Puissances y donnent leur assentiment, mais sous réserve d'une observation relative à l'île de Saseno qui appartient à la Grèce et dont l'annexion à l'Albanie pourrait donner lieu de la part de la Grèce à une demande de compensation.

Le Marquis Imperiali fait remarquer que les droits de la Grèce sur l'île de Saseno sont contestables, que cette île doit être considérée comme une dépendance de la baie de Valona et par conséquence suivre le sort de cette baie. Le Comte Mensdorff et le Prince Lichnowsky appuient l'observation du Marquis Imperiali relative à Saseno.

Le Prince Lichnowsky a pour instruction de demander le maintien sous l'autorité ottomane de la petite île de Castelorica qui touche au littoral sud de l'Asie Mineure entre Rhodes et le Cap Kalidona.

Les ambassadeurs d'Autriche-Hongrie et d'Italie appuient cette proposition à laquelle la réunion ne croit pas devoir formuler d'objection, vu la peu d'importance de cet îlot et proximité au littoral.

L'ambassadeur d'Allemagne dit que son gouvernement adhère aux cinq points.

L'ambassadeur d'Autriche-Hongrie dit que son gouvernement est prêt à y adhérer également sous les réserves suivantes:

Le cabinet de Vienne désire une définition plus précise de la ligne à établir entre Stylos et Korica.

Relativement aux Coutzovalaques il réclame l'insertion dans la résolution à prendre d'une disposition reconnaissant à la Roumanie la possibilité de sauvegarder les droits et intérêts des Coutzovalaques en Epire.

Le cabinet de Vienne considère en outre comme indispensable que les points suivants soient établis:

I° Date précise pour l'ouverture et la clôture des travaux de la commission de délimitation.

II° Pour la conduite de ces travaux la commission divisera en sections le territoire à délimiter.

III° La délimitation devra être faite sur des bases ethnographiques et géographiques.

IV° Il serait désirable que la réunion tombât d'accord sur la nécessité d'inviter immédiatement la Grèce à évacuer de suite les territoires attribués à l'Albanie et à évacuer les autres régions au fur et à mesure qu'elles seront attribuéees à l'Albanie par la commission de délimitation.

Le Marquis Imperiali et le Prince Lichnowsky appuient ces propositions.

Sur le premier paragraphe des propositions austro-hongroises, Sir Edward Grey fait observer qu'il appartient à la commission de définir la frontière entre Stylos et Korica et qu'il serait très difficile d'arriver à un accord sur une définition plus détaillée et plus précise, la réunion ne possédant pas les éléments nécessaires.

Les ambassadeurs de France, de Russie et d'Allemagne partagent cet avis, les ambassadeurs d'Autriche-Hongrie et d'Italie se réservent le soumettre à leurs gouvernements.

Sur le deuxième alinéa Sir Edward Grey fait observer que la Roumanie et la Grèce étant alliées, il leur appartient de s'entendre sur les garanties à donner aux Coutzovalaques dans les territoires annexés à la Grèce et sans que les Puissances aient à prendre d'initiative.

Les ambassadeur de France, de Russie et d'Allemagne pensent que cette opinion sera partagée par leurs gouvernements, les ambassadeurs d'Autriche-Hongrie et d'Italie se réservent de la soumettre à leurs gouvernements.

Sur le troisième alinéa,

point 1er), la réunion est d'accord sur l'utilité des dates précises pour l'ouverture et la clôture des travaux de la commission de délimitation et elle suggère les dates 1er septembre et 30 novembre,

au point 2), la réunion ne voit pas d'objection à diviser en sections les territoires à délimiter,

au point 3), la réunion admet que la délimitation doit être faite sur des bases ethnographiques et géographiques,

au point 4), Sir Edward Grey et les ambassadeurs de France et de Russie sont d'avis qu'une fois la délimitation terminée, la Grèce devra être mise en demeure d'évacuer les territoires incorporés à l'Albanie. Grey dit que dans le cas que les gouvernements austro-hongrois et italien accepteraient cette rédaction, on pourrait s'entendre pour enjoindre à la Grèce de s'abstenir de tout acte intimidant sur les populations des territoires qu'elle occupe.

Les ambassadeurs de France et de Russie partagent cet avis. Les ambassadeurs d'Allemagne, d'Autriche-Hongrie et d'Italie se réservent de saisir leurs gouvernements des modifications proposées à l'alinéa 3 des propositions austro-hongroises. Mensdorff.

a) Vgl. n. 8230, 8246, 8264, 8265, 8281 Anm. a.

Nr. 8230. Tel. aus London, 5. Aug. 1913 Nr. 595 (eing. 6. Aug. 7 U. 50 M. a. m.).a) Entziff.

In Ergänzung meines heutigen Telegrammes Nr. 594 über Reunion. In Gemäßheit der mir mit Telegrammen Nr. 653 vom 2. d. Mts. und 660 vom 3. d. Mts. erteilten Weisungen habe ich vor der Reunion Sir E. Grey mitgeteilt, auf welchen Punkten wir bei Einsetzung der Grenzbestimmungskommission bestehen müßten. Bezüglich einer näheren Definition der Grenzlinie zwischen Kap Stylos und Koritza sagte mir Staatssekretär, es scheine ihm nicht möglich, eine Einigung zu erzielen, wenn wir auf diesen Punkten bestünden. Vertraulich teilte er mir mit, daß Frankreich zuerst seine Zustimmung zur Linie Stylos—Koritza davon abhängig machen wollte, daß

Argyrokastro ausdrücklich Griechenland zuerkannt werde. Es habe ihn viel Mühe gekostet, französische Regierung hievon abzubringen. Wenn wir jetzt eine detaillierte Grenzlinie im voraus bestimmen wollten, würden allerhand Gegenforderungen von Frankreich und Russland aufgeworfen werden und eine Verständigung erschiene aussichtslos. Ich hatte Staatssekretär die von Sektionschef Ippen gemachten Entwürfe über den Küstenbezirk und jenen von Koritza mitgeteilt. Bei der Reunion kam Angelegenheit zur Sprache und ich entwickelte unseren Standpunkt viel detaillierter als es in der Resolution aufgenommen erscheint. Meine Kollegen, namentlich Herr Cambon und Graf Benckendorff erklärten, wir könnten nicht die Ausarbeitung der Grenze übernehmen; dies sei Sache der Grenzbestimmungskommission, welche ja ebensoviel Vollmacht besitze wie wir, nachdem jede Linie noch die Sanktion unserer Regierungen erhalten müsse. Wenn aber auf unserer Reunion konstatiert werden sollte, daß man sich nicht verständigen könne, so müsse das eine viel ernstere Bedeutung haben als Meinungsverschiedenheit in der Grenzkommission, über die man sich ja hoffentlich schließlich doch verständigen werde. Jedenfalls würden allerlei Einwendungen und Gegenvorschläge von Petersburg und Paris kommen, wenn wir auf näherer Bestimmung der Grenze bestehen. Bezüglich unseres Verlangens, Griechenland zur sofortigen Evakuierung der Albanien zugesprochenen Gebiete aufzufordern, sowie der sukzessiven Evakuation der von der Kommission zugesprochenen Territorien, stieß ich ebenfalls auf unüberwindlichen Widerstand. Es sei nicht durchführbar, wie solle es in Griechenland durchgesetzt werden etc. Als Vorschlag brachte man in den Reunionsbeschluß die Bestimmung, daß nach Fertigstellung der Grenzbestimmung eine mise en demeure zur Evakuierung an Griechenland gerichtet werden soll. Ich fürchte, daß wir in den gedachten zwei Punkten den Widerstand Frankreichs und Russlands nicht überwinden können, uns allerlei unbequemen Gegenforderungen aussetzen und jedenfalls Reunion auseinandergehen müßte, ohne eine Verständigung über die Südgrenze erzielt zu haben, was höchst bedauerlich wäre. Sektionschef Ippen wird Euer Exzellenz sagen können, wie schwierig es ist, diese Opposition zu bekämpfen. In den übrigen Punkten hat man uns, wie Euer Exzellenz aus der Resolution entnehmen wollen, Entgegenkommen gezeigt. Standpunkt Frankreichs in der Inselfrage ist mit jenem Italiens noch unvereinbar, doch glaube ich, daß man darüber irgend eine Verständigung erzielen wird. Die Reserve Graf Benckendorffs über die Insel Saseno war nur eine Bemerkung und ich glaube nicht, daß sie viel Bedeutung hat. Sir E. Grey möchte Freitag abschließen, ist aber bereit, wenn notwendig, noch Montag eine Schlußsitzung abzuhalten, um dann in seiner Erklärung im Parlament Dienstag eine Darstellung über die Arbeiten und den vorläufigen Schluß der Botschafterreunion abzugeben statt jeden Communiqués in der Presse. Bezüglich der Zeitdauer der Arbeit der Grenzbestimmungskommission, deren Zusammenkunft für 1. September vorgeschlagen wurde wollte ich nur wenige Wochen bestimmen. Alle anderen schienen aber zu glauben, daß sie mindestens drei Monate brauchen würde. Wie dem auch sei, schiene es mir jedenfalls sehr erwünscht, daß die Kommission sich tatsächlich am 1. September versammle, um ihre Arbeit vor

dem Winter abzuschließen. Ich bitte um Weisung vor Freitag, ob es möglich ist, die in der heutigen Reunion ausgesprochene Ansicht mit dem Standpunkt der k. und k. Regierung in Einklang zu bringen. Mensdorff.

a) Vgl. n. 8264, 8281 Anm. b.

Nr. 8231. Tel. aus Rom, 5. Aug. 1913 Nr. 507 (eing. 6. Aug. 4 U. 30 M. a. m.).a) Entziff.

Geheim. Unsere Balkanpolitik. Soeben hatte ich eine lange Aussprache mit Marquis di San Giuliano auf Grund des hohen Erlasses vom 2. d. M. Nr. 3728. Dem Gedankengange des hohen Erlasses Nr. 3685 nach Berlin stimmt der Minister mit einigen unwesentlichen Nuancen im Ganzen aus voller Überzeugung zu. Die Nuancen betrafen die Frage, ob nicht doch wenigstens auf längere Jahre hinaus ein modus vivendi mit Serbien möglich sei, und eine gewisse Skepsis hinsichtlich des Ernstes der Verlässlichkeit und Dauer des jetzigen bulgarischen Wunsches eines Anschlusses an die Monarchie. Hinsichtlich unseres Standpunktes bezüglich der Regelung der territorialen Fragen (hoher Erlass nach Berlin Nr. 3702) glaubt Minister, dass zwischen demselben und dem Ergebnis der Bukarester Verhandlungen kaum ein wesentlicher Unterschied sein werde. Zweifelhaft erscheine ihm nur, ob Bulgarien Cavalla erhalten werde. Ferner hält er Konzessionen an die Türkei über die Linie Enos—Midia hinaus — aber ohne Adrianopel — für unvermeidlich. Mérey.

a) Vgl. n. 8271, 8382.

Nr. 8232. Tel. nach Sofia, 5. Aug. 1913 Nr. 437 (chiffr. 6. Aug. 12 U. 50 M. a. m.).a) Konz. (S. Matscheko; V. u. G. Berchtold).

Euer Hochgeboren Telegramm Nr. 918 vom 5. d. M. erhalten. Zur Aufklärung des zwischen meinem Telegramme Nr. 434 und dem letzten Alinea b) meines Telegrammes Nr. 435 anscheinend bestehenden Widerspruches bemerke ich folgendes: Welchen Konzessionen die bulgarischen Unterhändler in Bukarest zuzustimmen hätten, darüber muß man in Sofia auf Grund der Beurteilung der militärischen Situation allein entscheiden. Ich kann der bulgarischen Regierung diese Aufgabe nicht abnehmen. Ich habe mich daher nicht bereit gefunden, ihr zu konkreten Konzessionen unter gleichzeitigem Vorbehalt hinsichtlich der Überprüfung durch die Mächte zu raten, weil ein solcher Rat in Sofia den Eindruck hätte hervorrufen können, daß wir für eine Korrectur der Bukarester Vereinbarungen zu Gunsten Bulgariens gewissermaßen eine Garantie übernehmen. Dies hätte dazu führen können, daß die bulgarische Regierung von der sicheren Erwartung einer späteren Modifikation ausgehend, in Bukarest um jeden Preis Frieden schließen würde. Wir halten zwar an dem Prinzip der Überprüfung der Bukarester Vereinbarungen in toto durch die Mächte fest und werden auch den Versuch machen, nebst Kavalla samt Hinterland auch Ištip und Kočana, eventuell auch mehr für Bulgarien zu retten. Eine Garantie für das Ergebnis der Überprüfung durch die Mächte können wir aber deshalb nicht übernehmen, weil dieses nicht allein von uns, sondern auch von der Haltung

der anderen Mächte und dem Maß des Widerstandes abhängen wird, welchem unsere Forderungen begegnen werden. Euer Hochgeboren wollen sich im Sinne des Vorstehenden zu Herrn Ghenadieff aussprechen und, wenn es Ihnen gelungen ist, denselben zu einer richtigen Einschätzung der Chancen einer späteren Modifikation der Bukarester Abmachungen zu bringen, ihn darauf aufmerksam machen, wie sehr eine vorbehaltlose Annahme der von den Verbündeten gestellten Bedingungen es uns erschweren würde, späterhin, im Rahmen unseres oben skizzierten Programmes, eine Revision zu Gunsten Bulgariens durchzusetzen. Von diesen Erwägungen geleitet, habe ich, da mir vorliegende Meldungen eine solche Vorgangsweise Bulgariens besorgen ließen, es in meinem Telegramm Nr. 435 als wünschenswert bezeichnet, daß Bulgarien nur unter Vorbehalt der Überprüfung durch die Mächte in die geforderten Gebietsabtretungen einwilligen sollte. Berchtold.

[a]) Oe. U. Balkan 395 Nr. 788. Vgl. n. 8233, 8253. — [b]) Letztes Alinea von n. 8223 beginnt mit „Diese auch durch ...“

Nr. 8233. Tel. aus Sofia, 5. Aug. 1913 Nr. 918 (eing. 3 U. 45 M. p. m.).[a]) Entziff.

Mit hohem Telegramm Nr. 434 von heute nachts habe Instruktion erhalten, da Euer Exzellenz keine Ratschläge erteilen wollen, mich bloß darauf zu beschränken, Herrn Ghenadieff zu versichern, dass wir in Bukarest zugunsten Bulgariens tätig sind und so weiter. Mit hohem Telegramm Nr. 435 wird mir unter Anführungszeichen eine Meldung Prinzen Fürstenbergs mitgeteilt, worauf im besonderen letzten Alinea[b]) ohne Anführungszeichen gesagt wird, dass es dringend erwünscht erschien, dass bulgarische Unterhändler Instruktion erhalten, Verzicht nur mit Vorbehalt nachträglicher Zustimmung interessierter Mächte auszusprechen. Ist letzteres ein Auftrag, und wenn ja, erbitte Weisung, ob meine Sprache nach Telegramm Nr. 434 oder 435 richten soll? Tarnowski.

[a]) Vgl. n. 8232. — [b]) Vgl. n. 8232 Anm. b.

Nr. 8234. Tel. aus Sofia, 5. Aug. 1913 Nr. 919 (eing. 6 U. 30 M. p. m.).[a]) Entziff.

Als Bulgarien seine Delegierten nach Bukarest entsandte, hatte es Plan, Separatabkommen mit Rumänien zu schließen, freie Hand gegen Serbien und Griechenland zu bekommen und Krieg fortzusetzen. Bulgarische Regierung hat sich seither überzeugt, daß Rumänien dafür nicht zu haben ist, und will, wie mich davon die Minister versichern, zumal Bulgarien auch mit Türkei rechnen müsse, die Absicht weiteren Krieges aufgegeben haben. Wenn ich auch keinen greifbaren Grund habe zu vermuten, daß Kabinett Radoslawow sich der Illusion hingibt, daß es noch in die Lage versetzt werden kann, Krieg gegen Serbien und Griechenland weiterzuführen, habe ich doch heute auf vertraulichem Wege sichere Anzeichen dafür gewonnen, daß im Geheimen eine starke Pression auf Regierung geübt wird, serbische und griechische Bedingungen nicht anzunehmen und Krieg à outrance fortzusetzen. In einer geheimen, gestern bei Herrn Danew

abgehaltenen Beratung seiner und Herrn Geschoffs Parteimänner soll ein Beschluß in diesem Sinne gefaßt worden sein, was darauf abziele, Stand der Regierung zu erschweren. Auch in militärischen Kreisen, speziell unter höheren Militärs mazedonischer Abstammung, soll kriegerische Tendenz bestehen und zugleich ist damit zu rechnen, daß es in Bulgarien ungefähr 150.000 mazedonische Flüchtlinge gibt. Es wird mir vertraulich versichert, daß unter dieselben viele Waffen verteilt werden. Wenn es auch für Stärkung jetziger Regierung, die wir jedes Interesse haben zu unterstützen, von entscheidender Bedeutung[1]) wäre, Krieg mit Serben und Griechen siegreich zu beendigen, so würde anderseits Bulgarien — hätte es auch, wie man hier behauptet, gute militärische Aussichten, Griechenland und Serbien zu schlagen — durch Wiederausbruch der Feindseligkeiten in eine derart kritische Lage kommen, daß dies im höheren Interesse Bulgariens um jeden Preis verhindert werden soll.[2]) Besteht eine solche Gefahr wirklich, so kann derselben nur Rumänien dadurch vorbeugen, daß es trotz allfälliger, von Herrn Ghenadieff laut meines Telegrammes Nr. 916 von gestern gewünschter Erklärung Okkupation faktisch noch fortsetzt und Abschluß eventuellen Separatabkommens bis nach Demobilisierung hinausschiebt. Tarnowski.

[1]) ? — [2]) Entschieden abraten.

[a]) Vgl. n. 8235, 8250.

Nr. 8235. Tel. aus Sofia, 5. Aug. 1913 Nr. 921 (eing. 9 U. 45 M. p. m.).[a]) Entziff.

Im Verfolge meines Telegrammes Nr. 919 von heute. Minister des Äußern bestätigt im allgemeinen Richtigkeit meiner Informationen über Intriguen russophiler Partei und über kriegerische Velleitäten militärischer Kreise, sagt aber, daß Regierung absolut entschlossen, Frieden zu unterzeichnen. Regierung möchte bezüglich bewußter Punkte, in welchen Serben und Griechen nicht nachgeben, Reserve machen, nur sei es unsicher, ob serbischer- und griechischerseits Unterzeichnung des Friedens mit solcher Reserve nicht verweigert werde. Minister des Äußern sei sich türkischer Gefahr bewußt und sei — zumal Druck Rumäniens immer stärker — entschlossen, vor Ablauf der Waffenruhe unter allen Umständen Frieden unterzeichnen zu lassen. Tarnowski.

[a]) Oe. U. Balkan 395 Nr. 789.

Nr. 8236. Tel. aus Sofia, 5. Aug. 1913 Nr. 922 (eing. 6. Aug. 1 U. a. m.).[a]) Entziff.

Minister des Äussern sagte mir, Großvezier hätte russischem und vielleicht auch anderen Botschaftern gesagt, bulgarische Regierung wäre bereit, auf Adrianopel zu verzichten und mit Türkei Entente zu schließen und nur Großmächte durch ihre Haltung hinderten es daran. Obwohl diese Erfindung ganz unglaubwürdig, möchte sie Minister des Äussern schon aus dem Grunde dementieren, da er aus Petersburg bereits Nachricht habe, dass dortiges Kabinett Neigung zeige, Bulgarien direkte Verständigung mit Türkei zu empfehlen, selbstredend in einer für Bulgarien unfreundlichen Absicht und um Vorwand zu haben, sich aus der Sache herauszuziehen. Minister

sagt mir weiter, Herr Natchovitch telegraphiere aus Konstantinopel, Großvezier hätte ihm von Inkursion bulgarischer Truppen und Einäscherung eines türkischen Dorfes gesprochen. Minister sagt, dass dies selbstverständlich Lüge sei und offenbar darauf berechnet, Prätext zu Konflikt zu finden. Er nehme türkische Gefahr sehr ernst und ersuchte mich dringend, Euer Exzellenz letzteres zu melden. Tarnowski.

[a]) Vgl. n. 8251, 8272.

Nr. 8237. Tel. aus Sofia, 5. Aug. 1913 Nr. 924 (eing. 11 U. 45 M. p. m.).[a]) Entziff.

Englischer Kollege, der — wie er mir versichert und wie mir Minister des Äußern bestätigt — sich punkto Cavalla sehr warm zugunsten Bulgariens einsetzte, sagt mir, er habe ein Telegramm aus Bukarest, laut dessen dortiger russischer Vertreter bezüglich Cavallas sich zugunsten Bulgariens aussprechen würde, und ein zweites Telegramm aus Athen, wonach dortiger russischer Gesandter griechischer Regierung versichere, daß Rußland sich in fraglichem Belange zugunsten Griechenlands verwende. Tarnowski.

[a]) Vgl. n. 8257.

Nr. 8238. Tel. aus Belgrad, 6. Aug. 1913 Nr. 534 (eing. 8 U. 45 M. p. m.).[a]) Entziff.

Evakuation Albaniens. Ad Telegramm Nr. 238 vom 3. d. Mts. Da einzelne Kollegen noch immer nicht analoge Instruktion erhalten haben, konnte ich Demarche im Sinne der Telegramme Nr. 229, 230 und 231 nicht vornehmen, habe aber Inhalt Depesche Nr. 238 heute nachdrücklichst zur Sprache gebracht. Generalsekretär erwiderte, daß das Generalkommando unlängst serbischer Regierung mitgeteilt hätte, daß kein einziger serbischer Soldat mehr sich auf albanesischem Boden befinde, was ich aber energisch bestritten habe. Generalsekretär versprach mir, sofort meine Demarche dem Ministerpräsidenten zur Kenntnis zu bringen, gleichzeitig frug er mich, ob auch die übrigen Grossmächte einen analogen Schritt tun werden; ich erwiderte, dass ich diesmal nur im Auftrage meiner eigenen Regierung vorstellig geworden bin, es sei aber möglich, dass wir demnächst auch kollektiv Einsprache gegen das widerrechtliche Verweilen der serbischen Truppen auf albanesischem Gebiet erheben werden. Englischer und italienischer Kollege haben — wie bereits gemeldet — Weisungen nur im Sinne der Telegramme Nr. 229 und 231 erhalten, ohne beauftragt zu sein, Mitteilungen im Sinne des Telegrammes Nr. 230 zu machen, nichtsdestoweniger glaube ich meinerseits im Falle, dass die Kollektivdemarche zustande kommt, auch dem mit diesem Telegramme mir ...[b]) nachkommen zu sollen. Ugron.

[a]) Vgl. n. 8287, 8344. — [b]) Chiffres fehlen.

Nr. 8239. Tel. nach Bukarest, 6. Aug. 1913 Nr. 397 (chiffr. 11 U. 45 M. p. m.).[a]) Konz. (S. Schreibmaschine u. Egger; V. Szápáry; G. Berchtold).

Erhalten Euer Durchlaucht Telegramm vom 5. l. M. Nr. 294. Selbstverständlich würde die Durchsetzung zugunsten Bulgariens aufgestellter

Forderungen wesentlich erleichtert, wenn Österreich-Ungarn und Rußland diesbezüglich einen völlig übereinstimmenden Standpunkt einnehmen würden. Ich hoffe jedoch, sowohl für Bulgarien als für unsere Politik ein günstigeres Resultat zu erzielen, indem wir die Zwangslage Rußlands ausnützend, dieses überbieten und möglichst zwingen, uns im Interesse Bulgariens und gegen das Interesse Serbiens Gefolgschaft zu leisten und Bulgarien womöglich über das russische Programm hinaus oder selbst gegen Rußlands Widerspruch einen wenn auch noch so geringen Vorteil verschaffen. Wenn Rumänien, von dem Wunsche nach Frieden erfüllt, auf Bulgarien einen Druck ausüben würde, so käme dies darauf hinaus, daß man sich in Bukarest, entgegen den früheren Zusicherungen, zum Vorkämpfer der russischen und nicht der österreichisch-ungarischen Politik machen würde. Euer Durchlaucht wollen über diese meine Auffassung gegebenenfalls Herrn Majoresco keinen Zweifel lassen und, wenn dieser mit dem in Euer Durchlaucht obzitiertem Telegramme erwähnten Argumente hervortreten sollte, daß eine Drohung Rumäniens gegen die Alliierten, sich bei Kriegsbeginn eventuell neutral zu verhalten, von diesen nicht ernst genommen werden würde, hätten Euer Durchlaucht zu bemerken, daß wir nach dem bulgarischerseits gezeigten Entgegenkommen von der rumänischen Regierung angesichts der übertriebenen Forderungen der Alliierten eine viel weitgehendere Drohung erwartet hätten.

Berchtold.

[a]) Vgl. n. 8250.

Nr. 8240. Tel. nach Bukarest, 6. Aug. 1913 Nr. 398 (chiffr. 7. Aug. 1 U. a. m.).[a]) Konz. (S. Matscheko; V. u. G. Berchtold).

Zu Euer Durchlaucht Telegramm Nr. 286 vom 3. l. M. Euer Durchlaucht wollen Herrn Majoresco für seine Mitteilungen über die Aussprache König Carols zu Herrn Spalajković danken und sich sodann mit dem Ersuchen um strenge Geheimhaltung Ihrer Mitteilungen folgendermaßen aussprechen: Die Bemühungen Seiner Majestät, Serbien zu einer freundlichen Haltung uns gegenüber zu bekehren, kann ich nur dankbar anerkennen, muß mich aber, was den Erfolg dieses Schrittes anbelangt, der allergrößten Skepsis hingeben. Der Gegensatz zwischen der Monarchie und Serbien ist in der Tatsache begründet, daß das serbische Volk sich mit der Annexion der bosnischen Provinzen nicht abzufinden vermag und die serbische Politik als letztes unverrückbares Ziel die Loslösung dieser Gebiete von der Monarchie und ihre Vereinigung mit Serbien anstrebt. An diesem dauernden und unüberbrückbaren Gegensatze können auch die bestgemeinten Ratschläge an die Adresse der serbischen Regierung nichts ändern, die angesichts der allgemeinen Volksstimmung diese Pläne vielleicht zeitweise in den Hintergrund treten lassen, ihnen aber nicht ganz entsagen kann. Andererseits würden wir einen verhängnisvollen Fehler begehen, wenn wir uns durch ein Temporisieren Serbiens oder durch ein eventuelles Entgegenkommen des Königreiches auf wirtschaftlichem Gebiete über die wahre Sachlage täuschen ließen und davon abgingen, in Serbien einen

hartnäckigen und zielbewußten Gegner zu erblicken. In Erkenntnis dieses Gegensatzes war unsere Politik seit langem, wie wir dies auch in Bukarest zu wiederholten Malen betont und dargelegt haben, darauf gerichtet, den zwischen unseren und den bulgarischen Interessen bestehenden natürlichen Parallelismus praktisch wirksam zu machen und uns in Bulgarien am Balkan selbst ein Gegengewicht gegen Serbien zu sichern. Die jüngste Entwicklung hat die Erwartungen, von denen wir in dieser Hinsicht ausgegangen sind, bestätigt. In Bulgarien ist ein vollkommener Umschwung eingetreten, die öffentliche Meinung hat sich von der durch Herrn Danew repräsentierten Politik durchaus abgewendet und es war eine der ersten Aktionen der gegenwärtigen bulgarischen Regierung, dem k. u. k. Gesandten zu erklären, daß sie eine neue Orientierung der bulgarischen Politik vorhabe, die in einem engen, durch Staatsvertrag dauernd festgelegten Anschlusse an die Monarchie und an Rumänien bestünde.*b)* Da sich solche Verhandlungen nicht überstürzen lassen, habe ich diese Anregung dilatorisch, jedoch nicht ablehnend beantwortet, namentlich aber die Sofioter Regierung in der Auffassung bestärkt, daß es für eine künftige Annäherung Bulgariens an die Monarchie von ausschlaggebender Bedeutung wäre, wenn ein voller Akkord mit Rumänien zustande käme. Damit aber die heute in Sofia bestehenden Dispositionen fortdauern und zu konkreten Ergebnissen führen, ist es notwendig, daß Bulgarien in der heutigen Krise nicht völlig der momentanen Uebermacht Serbiens und Griechenlands ausgeliefert werde und daß andererseits sein Wunsch nach einer dauernden Verständigung mit Rumänien in Bukarest freundliches Gehör finde. Es scheint mir der Augenblick gekommen zu sein, wo Rumänien das Programm Herrn Majorescos: Befriedigung der rumänischen Ansprüche, sodann Akkord mit Bulgarien, zu verwirklichen hätte. Ganz abgesehen davon, daß Rumänien durch die Realisierung dieses Programmes — im Gegensatze zu einem Favorisieren Serbiens — seine bisherige Bündnispolitik konsequent fortsetzen würde, kann es den eigensten Interessen Rumäniens nur förderlich sein, wenn man sich in Bukarest nunmehr, da ein sehr bedeutender territorialer Gewinn gesichert und die Gefahr einer Uebermacht Bulgariens ausgeschlossen ist, dieses letztere durch kluges Vorgehen dauernd zum Freund machen würde. Ich hätte es daher gerade vom rumänischen Standpunkte aus für zweckmäßig und vorteilhaft gehalten, wenn Rumänien seine dominierende Stellung in der letzten Krise voll ausgenützt und es nicht zugelassen hätte, daß die Verbündeten die augenblickliche Hilflosigkeit Bulgariens dazu mißbrauchen, um es der Früchte seiner Siege über die Türkei fast gänzlich zu berauben. Dadurch wäre vermieden worden, was nach den letzten Meldungen Euer Durchlaucht (Telegramm Nr. 294 vom 5. d. M.) zu befürchten ist, daß nämlich in Bukarest unter aktiver Mitwirkung Rumäniens ein Abkommen geschlossen wird, welches Bulgarien bloß einen geringfügigen Teil der ägäischen Küste und im übrigen nur ein so gut wie wertloses Gebirgsland läßt. Wenn sich an diesem Resultate und an dem ungünstigen Eindrucke auch vielleicht nichts mehr ändern läßt, der hiedurch, wie immer die Ueberprüfung durch die Großmächte verlaufen mag, in Sofia hervorgerufen werden dürfte, so möchte ich es der rumänischen Regierung doch nachdrücklich

empfehlen, den in den Erklärungen Herrn Ghenadieffs gegenüber Grafen Tarnowski zum Ausdruck gebrachten Wunsch Bulgariens nach einer dauernden Verständigung nicht zurückzuweisen. Ich würde großen Wert darauf legen, über die Intentionen Rumäniens in dieser Hinsicht informiert zu werden und wäre auch gerne bereit, falls dies in Bukarest für angezeigt erachtet würde, die Anknüpfung eines diesbezüglichen Gedankenaustausches mit Sofia zu vermitteln. Berchtold.

[a]) Vgl. n. 8271, 8282, 8301, 8327, 8329, 8407. — [b]) Änderung siehe n. 8301.

Nr. 8241. Tel. aus Bukarest, 6. Aug. 1913 Nr. 295 (eing. 4 U. 15 M. p. m.). Entziff.

Im Nachhange zu meinem gestrigen Telegramme Nr. 294. Die Drohung mit einer kompletten Revision des hier geschlossenen Vertrages macht bei allen Kriegführenden nur einen höchst geringen Eindruck, da alle Beteiligten von der Überzeugung durchdrungen sind, daß sich die Großmächte niemals über die Vorgangsweise der Revision, die zu revidierenden Punkte und die Revision selbst einigen werden. Bestärkt wird diese Ansicht durch die energielose Haltung der Mächte gegen die Türkei und durch den Umstand, daß sogar in der Angelegenheit der in der Cavalla-Frage hier abzugebenden Deklaration keine Übereinstimmung der Mächte erzielt werden konnte, nachdem deutscher Gesandter noch keine Ermächtigung erhielt und italienischer Kollege dieselbe nur si omnes abgeben kann. Auch englischer Kollege, der Erklärung bereits abgegeben hatte, zog sie gestern wieder mit der Begründung zurück, daß dieselbe nur „si omnes" Geltung habe. Anderseits erschwert diese vollkommene Ohnmacht der Großmächte Bulgaren die Annahme eines Vertrages, weil durch diese ihnen die letzte Hoffnung geraubt wird, eine Besserung der ihnen hier aufgezwungenen Grenzen in Zukunft durch Einwirkung der Großmächte zu erreichen. K. E. Fürstenberg.

Nr. 8242. Tel. aus Bukarest, 6. Aug. 1913 Nr. 296 (eing. 7. Aug. 5 U. a. m.).[a]) Entziff.

Unmittelbar nach Schluss heutiger Sitzung erschienen bulgarische Delegierte bei mir, mitteilend, dass sie unter dem Drucke der Lage Bulgariens und mit Hinblick auf rumänischer Regierung ...[b]), trotz geschlossenen Abkommens, sich weiteren militärischen Maßnahmen Alliierter anschließen zu müssen, wenn Friede bis Freitag nicht perfekt werde, sich gezwungen sehen, gebrochenen Herzens gestellte Bedingungen anzunehmen und Vertrag morgen unterzeichnen werden. Delegierte dankten mir für werktätige Unterstützung österreichisch-ungarischer Regierung, der sie jedenfalls serbische Konzession des Strumitzatales samt gleichnamiger Stadt verdanken. Sie anerkannten auch Bemühungen Rumäniens, Unnachgiebigkeit Alliierter zu vermindern, schienen aber von dieser Seite mehr Energie erwartet zu haben. Sie beklagten sich hauptsächlich über Intransigenz griechischer Delegierter, die ihnen Grenze aufgezwungen, die weder strategisch, noch geographisch die mindeste Berechtigung habe. Ihre letzte

Hoffnung, auf die sich Alles konzentriere, sei Vertragsrevision seitens Großmächte. Bei morgiger Schlussitzung wird Minister des Äussern österreichisch-ungarische und russische Äußerung betreffs Cavallas vorbringen, worauf anschließend bulgarischer Delegierter Erklärung abgeben wird, dass Bulgarien der Notwendigkeit gehorchend unterfertige, jedoch Wunsch und Hoffnung ausdrücke, dass Großmächte Vertrag einer Überprüfung unterziehen werden. In einem einstimmig gefassten Konferenzbeschluss wird dann Appell an Signatarmächte gerichtet, worin dieselben seitens der fünf Staaten ersucht werden, Zurückziehung der Türkei auf Linie Enos-Midia zu bewirken. Bestimmungen über künftige bulgarisch-griechisch-serbische Grenzen: Ab Mündung Karasu den Flusslauf entlang bis Eisenbahn, diese überschreitend direkt nördlich bis Madzura, im rechten Winkel westlich bis Struma, am rechten Ufer Vardars entlang Wasserscheide der Belagica Planina, Strumitza mit Stadt umfassend, dann nordwestlich auf Höhenzug Males Planina und Blagus Planina bis an alte bulgarische Grenze. Radovište, Ištib und Kočana bleiben serbisch. K. E. Fürstenberg.

[a]) Oe. U. Balkan 397 Nr. 793. Vgl. n. 8259. — [b]) Chiffre fehlt.

Nr. 8243. Tel. aus Konstantinopel-Jeniköj, 6. Aug. 1913 Nr. 400 (eing. 7. Aug. 5 U. a. m.).[a]) Entziff.

Evakuierung Adrianopels. Nachdem englischer Geschäftsträger heute Instruktion erhalten, lud ich Kollegen zu Reunion ein. Es wurde beschlossen, identischen Schritt morgen beim Großvezier zu machen und zwar jeder einzeln und mündlich. Damit die Demarche vollkommen gleichlautend erfolge, wurde ein Text festgestellt, der mit der Resolution der Londoner Konferenz[b]) fast wörtlich übereinstimmt. Nach den Euer Exzellenz gemeldeten Äußerungen des Großveziers[c]) scheint es mir ausgeschlossen zu sein, daß die Demarche irgend einen Erfolg haben wird. Dreibundkollegen sind derselben Ansicht und glauben, daß es Russland hauptsächlich darum zu tun sei, die anderen Mächte soviel als möglich zu engagieren und dann schließlich als Mandatar Europas gegen die Türkei auftreten zu können. Wie ich höre, werden hier weitere militärische Vorkehrungen gemacht, um in Thrazien eine möglichst große Armee zusammenzuziehen. Schon heute steht dort ein größeres Heer, wie dies vor Kriegsausbruch im letzten Herbst der Fall war. Pallavicini.

[a]) Vgl. n. 8261, 8306. — [b]) n. 7993. — [c]) n. 8096.

Nr. 8244. Tel. aus London, 6. Aug. 1913 Nr. 596 (eing. 11 U. 30 M. p. m.). Entziff.

Bezug auf Telegramm Nr. 661 vom 5. d. M. betreffend Durchführung der Reunionsbeschlüsse. Ich sagte Sir E. Grey, dass nach unseren Informationen kein Vertreter der Großmächte in Belgrad am 3. d. M. Instruktion erhalten hatte betreffs der Demarche wegen Minoritätenschutz, Evakuierung und accès commercial. Staatssekretär ließ im Foreign Office nachforschen und konstatierte, dass Instruktionen bereits am 30. v. M. an englische Gesandtschaft in Belgrad ergingen. Mensdorff.

Nr. 8245. Privatschreiben nach Rom, 6. Aug. 1913.[a] Konz. (S. Berchtold).

Streng geheim. In Form eines Postscriptums zu einem Deiner letzten Berichte[b] hast Du auf Deine Unorientiertheit bezüglich des im Zuge befindlichen Mittelmeerabkommens zwischen Oesterreich-Ungarn und Italien verwiesen und die Misslichkeit betont, einschlägigen Anwürfen des Marchese di San Giuliano gegenüber Dich passiv verhalten zu müssen. Ich möchte Dich im Nachstehenden im Allgemeinen gegenständlich informiren, muß jedoch vorausschicken, daß die Angelegenheit streng geheim geführt wird — (nach den neuesten Dispositionen sollen nicht einmal die beiderseitigen Marine-Attachés — Wien und Rom — eingeweiht werden) —, wesshalb ich Dich auch bitten muß, in Deinen Berichten keinerlei Erwähnung über dieses Thema machen zu wollen und nur in ausschließlich zu meiner persönlichen Eröffnung bestimmten Privatbriefen — (wenn Du es für gut befindest) — darauf zurückzukommen. Durch das projektirte — aber noch nicht finalisirte — Uebereinkommen soll das bisher in Geltung gestandene Abkommen vom 5. Dezember 1900[a] außer Kraft gesetzt werden. Letzteres hatte — wie bekannt — den Kriegsflotten Österreich-Ungarns und Italiens gewisse Operations-Zonen bestimmt, innerhalb deren sie allein gegen den Feind vorzugehen hatten. Dieses System setzte die beiden Marinen der Gefahr aus, einzeln von einem überlegenen Gegner geschlagen zu werden, wogegen es nun als richtiger erkannt wurde, im Ernstfalle mit vereinter Kraft dem Feinde die Stirne zu bieten. Dem neuen Abkommen zufolge hätte sich unsere Flotte nach dem Sicilianischen Hafen Augusta zu begeben, indess die italienische Flotte in Messina concentrirt würde. Die im Mittelmeere zur Verfügung stehenden deutschen Kreuzer würden sich in Gaëta bereit zu halten haben. Im Verlaufe der kriegerischen Operationen käme der Hafen von Maddalena an der Nordküste Sardiniens für unsere und die deutschen Kriegsfahrzeuge als Stützpunkt in Betracht, wogegen Spezia als Flottenbasis für Italien zu dienen hätte. Vorsorge wird getroffen für die Durchführung der Bewachung der Zugänge des Mittelmeeres (Dardanellen, Suezkanal, Straße von Gibraltar), wie für den Schutz der Adria. Was den Oberbefehl anbelangt, soll derselbe entweder einem österreichisch-ungarischen oder einem italienischen Marinecommandanten zufallen. In einer Durchführungsbestimmung wurde festgesetzt, daß Admiral Haus, welcher höher im Range steht als sein italienischer College, das Commando zu übernehmen hätte. Da aber unsere Marine im tyrrhenischen Meere weniger ortskundig ist als die italienische, hätte ihm hiebei ein Stabsoffizier der italienischen Marine beigestellt zu werden. Weiters werden in dem Uebereinkommen besondere Bestimmungen getroffen für den engeren Verkehr der beiderseitigen Marinen — wie wechselseitige Commandirungen von Seeoffizieren — sowie für die zur Anwendung zu gelangenden Verständigungsmittel, Signalapparate, Triple-Codex. Selbstverständlich ist auch der Frage der Heranziehung von Handelsfahrzeugen zur Unterstützung der Operationen der Flotte gedacht, wofür drei Kategorien: Hilfskreuzer, Transportschiffe für Truppenverschiffungen und Trossfahrzeuge normirt werden. Ein specielles Augenmerk wird der Aufgabe zugewendet, die den beiden Marinen im Ernstfalle zufallen dürfte, die französischen Truppentransporte aus Nordafrika und

Frankreich zu verhindern und werden diesfalls zu treffende Maßnahmen in den Grundzügen festgelegt. Dies wären die wesentlichsten Punkte des in Ausarbeitung befindlichen Marine-Uebereinkommens, zu welchem die Monarchen Oesterreich-Ungarns, Deutschlands und Italiens bereits ihre principielle Zustimmung gegeben haben. Wie mir der Stellvertreter des Marinecommandanten mittheilt, können die diesfalls gefaßten Beschlüsse noch nicht finalisirt werden, da die an der Ausarbeitung betheiligten Marineoffiziere Deutschlands und Italiens sich derzeit auf Urlaub befinden. Es stehe aber zu erwarten, daß im kommenden Monate die Verhandlungen fortgesetzt und zum Abschlusse gebracht werden können. Indem ich mir vorbehalte, Dir weitere Mittheilungen zukommen zu lassen, wenn der letzte Schritt in dieser für unsere Besprechungen gewiß sehr erfreulichen Angelegenheit gethan sein wird, möchte ich noch beifügen, daß sich nach Aussage unserer mit den Verhandlungen betrauten Marineoffiziere die Auseinandersetzungen bisher in wohlthuendem, entgegenkommenden Geiste abgespielt haben und in letzter Zeit kein Anlaß versäumt wird, gegenseitige Sympathiebezeugungen auszutauschen — ein état d'âme, der ein vollkommenes Novum in den Annalen unseres Bundesverhältnisses bildet. Berchtold.

[a]) Vgl. A. F. Pribram a. a. O. I S. 214 Anm. 175. Vgl. auch n. 6832, 8384, 8833. — [b]) Nr. 43 vom 12. Juli = n. 7748.

Nr. 8246. Tel. aus Rom, 6. Aug. 1913 Nr. 509 (eing. 7. Aug. 5 U. a. m.). Entziff.

Kabinettchef des heute Früh nach Vallombrosa abgereisten Ministers des Äussern sagte mir, dass letzterer den französischen Standpunkt in der Inselfrage, wie er in gestriger Sitzung in Londoner Reunion zum Ausdrucke gekommen ist,[a]) absolut nicht akzeptiert. Marquis Imperiali wurde hievon bereits mit der Weisung verständigt, sich in dieser Frage an seine bisherigen Instruktionen zu halten. In der Consulta ist man über die Haltung Frankreichs, welche man auf die Person Herrn Poincarés zurückführt, empört. Zwischen einem großen Teil der französischen und der gesamten italienischen Presse besteht aus diesem Anlasse seit einer Woche eine Campagne, wie sie in dieser Schärfe seit langen Jahren nicht bemerkbar war. Mérey.

[a]) Vgl. n. 8229.

Nr. 8247. Tel. aus Rom, 6. Aug. 1913 Nr. 510 (eing. 7. Aug. 7 U. a. m.). Entziff.

In der Consulta fragte man mich heute, ob unsere in Bukarest hinsichtlich Kavallas abgegebene Erklärung (hohes Telegramm vom 2. d. M. Nr. 887) die Revision dieses Punktes seitens der Mächte bloß für den Fall des Nichtzustandekommens einer bezüglichen Einigung zwischen Griechenland und Bulgarien oder auch für den Fall einer Erledigung dieser Frage in Bukarest selbst vindiziert. Veranlaßt ist diese Anfrage dadurch, daß in der korrespondierenden Erklärung Russlands das Revisionsverlangen mit der Schwierigkeit motiviert wird, daß sich Griechenland und Bulgarien über diese Frage einigen. Ich antwortete, daß wir uns die Revision dieses Punktes unter allen Umständen vorbehalten. Mérey.

Nr. 8248. Tel. aus St. Petersburg, 6. Aug. 1913 Nr. 269 (eing. 7. Aug. 2 U. a. m.).[a] Entziff.

Streng vertraulich. Mit Bericht vom 1. d. M. Nr. 29 E[b] hatte ich die Ehre, von dem voraussichtlich in nicht ferner Zeit bevorstehenden Personenwechsel am russischen Botschafterposten in Wien Meldung zu erstatten. Heute teilte mir Herr Sazonow vorläufig streng vertraulich mit, daß Herr von Giers gegen Ende Oktober alten Stiles von seinem Posten zurücktreten werde. Zu dessen Nachfolger sei der derzeitige Gesandte in Bukarest, Schebeko, in Aussicht genommen. Wenn vorstehende Mitteilung auch nicht als ein formelles Agrémentansuchen zu betrachten sei, so würde Herr Sazonow doch Wert darauf legen, schon jetzt zu erfahren, ob die getroffene Wahl der k. u. k. Regierung genehm wäre. Thurn.

[a]) Vgl. n. 6598. — [b]) Mit Bericht Nr. 29 E vom 1. Aug. 1913 (eing. 4. Aug.) wurde eine Meldung des Legationssekretärs Grafen Strassoldo über eine Unterredung mit einem untergeordneten Beamten des russischen Außenamtes mitgeteilt, worin letzterer die Überzeugung aussprach, daß Sazonow amtsmüde den Botschafterposten in Wien anstreben dürfte.

Nr. 8249. Tel. aus St. Petersburg, 6. Aug. 1913 Nr. 270 (eing. 7. Aug. 2 U. a. m.). Entziff.

Gelegentlich heutiger Unterredung erwähnte Herr Sazonow mir gegenüber des seitens des k. u. k. und des englischen Gesandten in Bukarest unternommenen Schrittes, in welchem diese den Teilnehmern an den Friedensverhandlungen notifiziert hätten,[a]) daß ihre Regierungen sich Revision der Bestimmungen des eventuellen Friedensvertrages vorbehalten, speziell was die Zugehörigkeit Kavallas anbelangt. Herr Sazonow fügte hinzu, er verstehe nicht, warum Herr Schebeko, der eine gleiche Instruktion gehabt habe, nicht sich auch diesem Schritte angeschlossen habe. Er habe daher an den russischen Gesandten ungesäumt telegraphiert, dies gleich nachzuholen. Da mir über diesen Schritt nichts außer durch die Blätter bekannt war, habe ich mich enthalten, auf diese Bemerkung Herrn Sazonows näher einzugehen. Thurn.

[a]) Vgl. n. 8204.

Nr. 8250. Tel. nach Sofia, 6. Aug. 1913 Nr. 441 (chiffr. 11 U. p. m.).[a]) Konz. (S. Schreibmaschine u. Egger; V. Matscheko, Nemes u. Szápáry; G. Berchtold).

Erhalten Euer Hochgeboren Telegramm vom 5. l. M. Nr. 919. Die letzten mir aus Bukarest zukommenden Nachrichten[b]) bestätigen die Annahme, daß die daselbst befindlichen bulgarischen Delegierten bereit sind, sich eventuell mit sehr geringen Konzessionen zu begnügen. Damit stehen die Euer Hochgeboren auf vertraulichem Wege zugekommenen Gerüchte nicht im Widerspruche, daß seitens gewisser Kreise eine starke Pression auf die bulgarische Regierung ausgeübt werde, die serbisch-griechischen Bedingungen nicht anzunehmen und den Krieg fortzusetzen. Dies erklärt sich daraus, daß es einerseits natürlich ist, daß das in Bulgarien stark vertretene mazedonische Element sich mit dem sozusagen gänzlichen Verzichte

auf Mazedonien nicht wird befreunden wollen und andererseits, daß die russophile Partei alles Interesse daran hat, der gegenwärtigen Regierung Schwierigkeiten zu bereiten und die Unzufriedenheit mit dem von letzterer Erreichten zu schüren. Sollte Bulgarien sich verleiten lassen, das Kriegsglück nochmals zu versuchen, würde es damit rechnen müssen, daß in Rumänien, welches auch heute das bulgarische Interesse zu fördern, trotz des von uns aufgewendeten Hochdruckes kaum zu bewegen ist, die Eifersucht wieder auflebt und die Befürchtung die Oberhand gewinnt, Bulgarien könnte durch einen Sieg seiner Waffen eine moralische und effektive Superiorität am Balkan gewinnen, welche im weiteren Verlaufe die Macht seines nördlichen Nachbars in den Schatten stellen würde. Vorstehendes zu Euer Hochgeboren vertraulicher Information und allfälliger Verwerthung bei den bulgarischen Staatsmännen. Zu Euer Hochgeboren rein persönlicher Kenntnisnahme: Ich teile Euer Hochgeboren Ansicht, daß wir jedes Interesse haben, die Stellung der jetzigen Regierung in Sofia zu stärken, müssen uns jedoch darauf beschränken, dies im diplomatischen Wege anzustreben, ... *wie n. 8239 von „indem wir die Zwangslage" bis „Vorteil verschaffen"....*

Berchtold.

[a]) Vgl. n. 8276, 8298. — [b]) Vgl. n. 8227.

Nr. 8251. Tel. aus Sofia, 6. Aug. 1913 Nr. 925 (eing. 5 U. 30 M. p. m.). Entziff.

Bezug auf letztes Alinea[a]) meines Telegrammes Nr. 922 von gestern. Minister des Äußern fragte mich gestern abends, ob ich nicht glaubte, daß, wenn einmal Frieden in Bukarest unterzeichnet, Bulgarien sich von Seite der Türkei sicher fühlen können würde? Abgesehen von der Sorge, wie und wann Europa schließlich thrazische Angelegenheit lösen und ob es Türken zur Räumung Adrianopels veranlassen werde, müsse sich auch bulgarische Regierung fragen, wie Demobilisierung hier möglich sein soll, solange türkische Armee in Adrianopel und an bulgarischer Grenze? Ermöglichung sofortiger Demobilisierung nach Friedensschluß, wie mir vielfach versichert wird, auch aus inneren Rücksichten von großer Wichtigkeit. Regierung — um auf Armee kein ungünstiges Licht zu werfen — spricht zwar von solcher Gefahr nicht, von ernster Seite höre ich aber Befürchtung aussprechen, daß bedenkliche Ausschreitungen unvermeidlich sein würden, wenn Armee nicht dort, wo sie sich befinde, aufgelöst und Mannschaft nicht in kleinen Gruppen nach Hause geschickt würde.

Tarnowski.

[a]) Letztes Alinea von n. 8236 beginnt mit „Minister sagte mir weiter ..."

Nr. 8252. Tel. aus Sofia, 6. Aug. 1913 Nr. 926 (eing. 4 U. p. m.).[a]) Entziff.

Minister des Äußern sagte mir, er habe Delegierte beauftragt, nur mit Vorbehalt zu unterzeichnen und Herr Majoresco habe Toncheff mitgeteilt, daß er von einigen Mächten Erklärung erhalten, daß sie sich, sei es in toto oder bezüglich Kavallas Revision vorbehielten und daß rumänische Regierung eine Klausel über diese Reserve der Mächte in Friedensbestimmungen oder in einen Annex aufnehmen würde. Herr Majoresco und auch

König Karl hätten bulgarischen Delegierten gesagt, daß sie nach einer Formel, in der dies geschehen könnte, suchten. Herr Ghenadieff bemerkte, es handle sich jetzt darum, daß rumänische Regierung ihr Versprechen halte und daß Reserven der Mächte und Bulgariens tatsächlich in Friedensoperat aufgenommen werden. Er ersuchte, Euer Exzellenz zu bitten, dafür sorgen zu lassen, daß Notwendiges in dieser Hinsicht geschehe. Tarnowski.

a) Oe. U. Balkan 397 Nr. 792. Vgl. n. 8253.

Nr. 8253. Tel. aus Sofia, 6. Aug. 1913 Nr. 927 (eing. 5 U. 45 M. p. m.). Entziff.

Ich bitte Euer Exzellenz, für hohes Telegramm Nr. 437 vom 6. d. M. meinen ergebensten Dank zu genehmigen. Es war mir peinlich, Minister des Äußern, der sich in seiner Bedrängnis beständig vertrauensvoll an mich wendet und der mich schon vorgestern und gestern wiederholt gefragt, ob ich von Euer Exzellenz keine Antwort hätte, nichts oder nur wenig sagen zu können. Inhalt des obzitierten hohen Telegrammes habe ich Herrn Ghenadieff gegenüber, der mich soeben besuchte, entsprechend verwertet und ausgeführt. Er hat in unsere Intentionen und, was nicht ganz ohne Bedeutung, auch in meine persönlichen bulgarophilen Dispositionen volles Vertrauen und versteht unseren „gewissenhaften" Standpunkt vollkommen, wie er auch Chancen späterer Modifizierung Bukarester Abmachungen ganz richtig einschätzt. Dass er Friedensbedingungen nicht vorbehaltlos annehmen will, haben Euer Exzellenz bereits aus meinem heutigen Telegramme Nr. 926 erfahren. Tarnowski.

Nr. 8254. Tel. aus Sofia, 6. Aug. 1913 Nr. 930 (eing. 7. Aug. 12 U. 30 M. a. m.).a) Entziff.

Habe Minister des Aeußern gefragt, ob er Absicht habe, nach Unterzeichnung Friedens Pourparlers mit Rumänien fortzusetzen. Herr Ghenadieff antwortete, daß solche Verhandlungen zum Zwecke einer bulgarisch-rumänischen Annäherung seinen Absichten entsprechen würden und er hätte bereits Majoresco leise sondiert, indem er ihn durch Toncheff fragen ließ, ob Rumänien in einer europäischen Konferenz mit Bulgarien gehen würde. Antwort Majorescos sei gewesen, daß Rumänien nicht abgeneigt, daß es aber Bulgarien nicht öffentlich, sondern nur ganz im geheimen unterstützen könnte. Ghenadieff bemerkte, daß es vermutlich so zu keiner Konferenz kommen und Rumänien auch dieses Dienstes an Bulgarien enthoben würde, obwohl Rumänien auch ohne Konferenz, wenn Ueberprüfung nur im Wege Meinungsaustausches der Kabinette stattfinden sollte, Bulgarien diplomatisch beistehen könnte. Minister des Aeußern erwähnte, er denke daran, sich selbst nach Bukarest zu begeben, um mit Rumänen persönlich zu sprechen. Mitredner machte auch Bemerkung, „que la Russie cajole la Roumanie, ce qui ne reste certainement pas sans influence sur la politique roumaine". Mein Eindruck ist, daß man hier Annäherung an Rumänien braucht und wünscht, daß man aber davon, daß in Bukarest gute Dispositionen dazu wirklich vorhanden, nicht überzeugt ist. Minister des Aeußern fragte um meine Ansicht und ich konnte nur antworten, ich hätte keine. Da wir auf Allianzvorschlag Bulgariens geantwortet, daß Bulgarien sich zuerst

mit Rumänien verständige, kann es schwerlich unbegründet erscheinen, daß man hier dieses Thema mit mir berührt und würde es sich vielleicht empfehlen, daß ich in Lage bin, derartigen Meinungsaustausch aufzunehmen. Tarnowski.

a) Vgl. n. 8271.

Nr. 8255. Tel. aus Sofia, 6. Aug. 1913 Nr. 931 (eing. 7. Aug. 12 U. 30 M. a. m.). Entziff.

Minister des Äußern kam auch heute spontan auf Türkei zu sprechen, betonend, daß Europa gegen Okkupation Thraziens nichts unternehme. Dann besprach Herr Ghenadieff Stellung der Mächte in Bulgarien tangierende Fragen und deutete an, daß Deutschland am meisten antibulgarisch. Deutschland verhindere Aktion gegen Türkei und Deutschland sei auch gegen Bulgarien bezüglich Kavallas. Es wäre doch, meinte Mitredner, im Interesse des Dreibundes, Thrazien Bulgarien zurückzugeben, Türkei durch Rektifikation der Grenze zu kompensieren und dann türkisch-bulgarische Annäherung herbeizuführen, die Bulgarien wünscht und die Aussicht auf Dauerhaftigkeit hätte. Ohne Kavalla würde sich Bulgarien nicht erholen können und wäre nicht lebensfähig. Tarnowski.

Nr. 8256. Tel. aus Sofia, 6. Aug. 1913 Nr. 932 (eing. 7. Aug. 8 U. a. m.).[1]) Entziff.

Geheim. Es wird hier wieder mehr von steigender Erregung in breiten Volksschichten und von Erbitterung gegen König und frühere Regierung und im Zusammenhange damit von Möglichkeit innerer Unruhen gesprochen. Ich befragte diesbezüglich Herrn Ghenadieff, der unter gewissen Voraussetzungen eher optimistisch, und zwar wenn rumänische Okkupation ohne Zwischenfälle baldiges Ende nehme, wenn türkische Gefahr gänzlich beseitigt, was rasche Demobilisierung bulgarischer Armee gestatten würde, und wenn zugleich Rückgrat der Regierung durch befriedigende Lösung thrazischer Frage und Erfolge bezüglich Teilung (speziell Kavalla) gestärkt [würde]. Sollten sich Umstände in obigen Punkten gegen Regierung wenden, so könnte sie kaum innerem Chaos vorbeugen; sonst glaubt Minister, daß Kabinett trotz enormer Schwierigkeiten Herr der Situation bleiben und größere Unruhen jedenfalls verhindern können werde. Vor allem müßte Verwaltung, die noch in Händen Kreaturen voriger Regierung, geändert werden. Kliquen Herrn Geschoffs und Herrn Danews, die in schlechter Haut steckten, würden alles versuchen, um jetziger Regierung Boden zu untergraben. Diese Intriguen fingen bereits an und Öffentlichkeit werde schon durch tendenziöse Schilderungen getäuscht, wie die, daß von Österreich-Ungarn unterstütztes Kabinett Radoslawow nicht einmal das erreiche, was Herr Danew punkto Teilung Mazedoniens vor seiner Demission anzunehmen verweigerte. (Ich muß leider konstatieren, daß oberflächlich urteilendes Publikum obigem Raisonnement vielfach aufsitzt.) Herr Ghenadieff sagt aber, Regierung brauche russophile Intriguen nicht zu fürchten und werde Waffen gegen Danewisten finden. Übrigens sei jetzt Haß und Erbitterung gegen Russland und alles, was russophil, so stark und allgemein,

daß Regierung nichts zu fürchten habe, zumal auch Armee mit ihr sympathisiere. Vielleicht noch mehr als gegen russophile Regierung sei man — meinte Minister — gegen König erbittert, dem man Schuld für alles zuschreibt. Regierung sei entschlossen, König in Schutz zu nehmen, weniger wegen Person König Ferdinands als Erhaltung der Dynastie halber. Unter vier Augen zögerte Mitredner nicht, offen zu reden und sagte, König hat auswärtige Politik in Hand gehabt und verdient, für begangene Fehler verantwortlich gemacht zu werden. Minister warf König grenzenlose Eitelkeit, Leichtsinn, Finasserien und krankhafte Angst vor Russland vor. Es sei König, der sich besonders seit Einnahme Salonikis durch Griechen in Gedanken Eroberung Konstantinopels verbissen hätte; König Ferdinand sei dafür verantwortlich, daß gegen Rat Armeekommandos zweiter Krieg gegen Türkei geführt. Hiebei sei König Ferdinand so kurzsichtig gewesen, daß er, während er einerseits Interessen Russlands mißachtete, sich anderseits auf Russland stützen wollte und russischer Regierung traute. Erwartung, die Land in politische Klugheit König Ferdinands gesetzt, sei enttäuscht und nicht einmal durch seine Beziehungen zu fremden Höfen habe König, der nirgends Freunde hätte, genützt. Tarnowski.

[1]) *Am Kopfe des Telegramms:* Wenn Ferdinand vertrieben oder ermordet wird, haben die Bulgaren die letzten Sympathien verscherzt. Berchtold.

Nr. 8257. Tel. aus Athen, 7. Aug. 1913 Nr. 622 (eing. 8. Aug. 3 U. p. m.).[a]) *Entziff.*

Revision Bukarester Vertrages. Streng vertraulich. Russischer Gesandter äußerte heute im Wartezimmer des Ministers des Äußern gelegentlich dessen Diplomatenempfanges mehreren Kollegen, darunter mir gegenüber sein Bedauern, daß seine Regierung es nicht Österreich-Ungarn allein überlassen habe, am Revisionsstandpunkt in der beschlossenen Form (Annex zum Bukarester Protokoll) festzuhalten. Braun.

[a]) Vgl. n. 8237.

Nr. 8258. Tel. aus Athen, 7. Aug. 1913 Nr. 623 (eing. 8. Aug. 3 U. a. m.). Entziff.

Ich erfahre zuverlässig, daß griechischerseits in Petersburg alle Hebel, unter anderem auch Hofeinflüsse, in Bewegung gesetzt wurden, um die russische Regierung den griechischen Wünschen geneigt zu machen. Braun.

Tel. nach Berlin, 7. Aug. 1913 Nr. 570 (chiffr. 7 U. p. m.). Siehe n. 8264.

Tel. nach Bukarest, 7. Aug. 1913 Nr. 399 (chiffr. 7 U. p. m.). Siehe n. 8264.

Nr. 8259. Tel. aus Bukarest, 7. Aug. 1913 Nr. 297 (eing. 5 U. 35 M. p. m.).[a]) *Entziff.*

Minister des Äussern bestätigt mir heute Richtigkeit der gestern mit hieramtlichem Telegramm Nr. 296 auf Grund der Mitteilung Herrn Tontcheffs einberichteten Vereinbarungen. Allgemeine Demobilisierung dürfte heute angeordnet werden. Herr Majoresco hob hervor, dass er sich die

grösste Mühe gegeben habe, im Laufe gestriger Plenarsitzung Herrn Venizelos für ...[b]) Bedingungen für Bulgarien zu gewinnen, dieser hätte sich aber stets hinter Person seines Monarchen verschanzt. Diskussionen über Forderungen von Kriegsentschädigung wurden von hiesiger Regierung a limine abgewiesen; eventuell werden Schadenersatzansprüche in geringerem Masse heute noch von den Griechen und Serben erhoben werden. Gegenseitige Zusicherung für Autonomie Schulen etc. zwischen Bulgaren und Griechen wurde ebenfalls erzielt; letztere lehnten jedoch Autonomie und Episcopat für Exarchat ab. Vertraulich. Aus Aussprüchen kompetenter rumänischer Faktoren und Preßstimmen kann entnommen werden, dass eventuelle Überprüfung hiesigen Friedenstraktates seitens der Grossmächte oder offizieller diesbezüglicher Antrag hier nicht geringe Verstimmung hervorbringen würde und jedenfalls Gegner der Regierung Gelegenheit zu weitgehenden Angriffen böte. Für die Stellung der Monarchie wäre es daher angezeigt, — wenn eine Revision überhaupt nicht zu umgehen ist — dass Anregung zu derselben nicht von Wien, sondern von Petersburg ausgehe. K. E. Fürstenberg.

[a]) Vgl. n. 8283. — [b]) Chiffre fehlt.

Nr. 8260. Tel. nach Konstantinopel, 7. Aug. 1913 Nr. 377 (chiffr. 9 U. p. m.).[a]) Konz. (S. Egger; V. Nemes; G. Berchtold).

Erhalten Euer Exzellenz Telegramm vom 6. d. M. Nr. 999.[b]) Der Herr italienische Botschafter hat im Auftrage seiner Regierung die Idee bei mir zur Sprache gebracht, daß die in Konstantinopel akkreditierten Botschafter nach Vornahme der Kollektivdemarche bei der Pforte das Einvernehmen untereinander darüber pflegen sollten, welche Schritte zu machen wären, falls diese Demarche resultatlos verlaufen sollte. Auch wäre es nach Ansicht der italienischen Regierung wünschenswert, wenn die Botschafter sodann mit Anträgen an ihre respektiven Regierungen herantreten würden. Ich ermächtige Euer Exzellenz, in einen solchen Gedankenaustausch mit Ihren Kollegen einzutreten, dessen Ergebnis Euer Exzellenz mir einberichten wollen. Berchtold.

[a]) Vgl. n. 8307. — [b]) Liegt nicht bei den Akten.

Nr. 8261. Tel. aus Konstantinopel-Jeniköj, 7. Aug. 1913 Nr. 401 (eing. 8 U. 30 M. p. m.).[a]) Entziff.

Identischer Schritt. Meine Kollegen und ich wurden soeben vom Großvezier empfangen. Ich trat als Erster ein und verlas Said Halim Pascha die in meinem Telegramm von gestern[b]) erwähnte Notiz. Ich fügte hinzu, ich sei beauftragt, türkische Regierung darauf aufmerksam zu machen, dass die Pforte, falls es in der Adrianopler Frage zu keinem Einvernehmen kommen sollte, auf die in Aussicht gestellte finanzielle Unterstützung nicht zu rechnen hätte. Großvezier antwortete, er werde den seitens der Mächte zum Ausdruck gebrachten Wunsch dem Ministerrat unterbreiten und mir in zwei bis drei Tagen eine Antwort zukommen lassen. Demarche hat augenscheinlich auf den Großvezier Eindruck gemacht. Dieselbe erfolgte in

einem psychologisch wichtigen Moment, nämlich gleichzeitig mit dem Eintreffen der Nachricht, dass es gestern in Bukarest zu einer Verständigung gekommen ist. Dieses Ereignis dürfte meines Erachtens von größerem Einflusse auf die türkische Regierung sein als unser heutiger Schritt. Pallavicini.

a) Oe. U. Balkan 399 Nr. 796. Vgl. n. 8262, 8306. — b) n. 8243.

Nr. 8262. Tel. aus Konstantinopel-Jeniköj, 7. Aug. 1913 Nr. 402 (eing. 8. Aug. 7 U. 45 M. a. m.).a) Entziff.

Herr von Giers sagte mir, er habe anläßlich des heute erfolgten identischen Schrittes eine sehr ernste Sprache dem Großvezier gegenüber geführt und ihn nochmals auf die Gefahren aufmerksam gemacht, welchen sich die Pforte durch einen längeren Widerstand aussetzen würde. Anderseits habe er ihm gesagt, daß die Türkei, wenn sie auf Adrianopel verzichten würde, eine sehr günstige Grenze und andere Vorteile erreichen könnte. Großvezier gab ihm dieselbe Antwort wie mir. Mein russischer Kollege ist hocherfreut über die ihm aus Bukarest zugekommene Nachricht, daß die fünf Balkanstaaten die Erklärung abgegeben haben, die Türkei müsse sich hinter die ihr von Europa angewiesene Linie zurückziehen. Leider wäre ihm diese Meldung erst nach der gemachten Demarche zugekommen, sonst hätte er sie dem Großvezier gegenüber verwerten können. Herr von Giers ist der Überzeugung, daß diese Deklaration einen viel größeren Eindruck auf die Türkei machen werde als der Schritt der Großmächte. Ich teile vollkommen diese Ansicht. Anläßlich obiger Mitteilungen sprach sich der russische Botschafter mir gegenüber auch dahin aus, er müsse befürchten, daß sich des russischen Volkes, welches über die in Bukarest erreichte Einigung der Balkanstaaten Genugtuung empfinden werde, große Erregung bemächtigen dürfte, wenn die Türken länger in Adrianopel bleiben sollten. Pallavicini.

a) Vgl. n. 8261.

Nr. 8263. Tel. nach London Nr. 669 (1) und Rom Nr. 906 (2), 7. Aug. 1913 (chiffr. 8 U. 30 M. p. m.).a) Konz. (S. Egger; V. Nemes u. Berchtold; G. Berchtold).

1.—2. Herzog von Avarna hat mir am 6. d. M. ein Telegramm des Marquis di San Giuliano vorgelesen in Betreff einer an Letzteren gelangten Meldung Herrn Tittonis. Danach habe die Greysche Formel bezüglich der „îles du Dodecanèse“ weder den Widerspruch Herrn Cambons erregt, noch sei sie in der französischen Presse abfällig beurteilt worden. Herr Tittoni sei aber von einer sehr autorisierten französischen Quelle darauf aufmerksam gemacht worden, daß die Absicht bestehe, — und zwar von Herrn Poincaré ausgehend — Herrn Cambon dahin zu instruieren, daß er eine Erklärung abzugeben haben werde, „que l'Italie doit s'engager à ne pas élever d'objections à l'attribution de toutes les îles du Dodecanèse à la Grèce, au moment où elle devra les remettre à la Turquie.“ Herr Tittoni habe hinzugefügt, seiner Ansicht nach solle Italien die Greysche Formel sofort annehmen, um auf diese Weise das Projekt Poincarés Schiffbruch leiden zu machen. In seiner Antwort beauftragt Marquis di San Giuliano den italienischen Botschafter in Paris zu eröffnen, daß Italien sich weigere, eine Verbindlichkeit

dahin zu übernehmen, im gegebenen Momente sich der Zuweisung der Dodekanesos-Inseln an Griechenland nicht zu widersetzen. Auf alle Fälle, heißt es weiter in dieser Instruction, werde Griechenland niemals eine Grenze mit Albanien bekommen, welche den Interessen Österreich-Ungarns und Italiens nicht entsprechen würde. Schließlich wird Herr Tittoni noch angewiesen, sein Bedauern über die Haltung Frankreichs auszusprechen, das auf berechtigte Wünsche Italiens keine Rücksicht zu nehmen scheine Vorstehendes zu Euer Exzellenz streng vertraulicher Information.

Berchtold.

a) Vgl. n. 8267.

Nr. 8264. Tel. nach London Nr. 670 (1), Berlin Nr. 570 (2), Rom Nr. 907 (3) und Bukarest Nr. 399 (4), 7. Aug. 1913 (chiffr. 7 U. p. m.).a) Konz. (S. Rappaport; V. u. G. Berchtold).

1. Erhalten Euer Exzellenz Telegramme Nr. 594 und 595 von gestern. Ich ersuche Euer Exzellenz, auf der nächsten Réunion in der Frage der südalbanesischen Grenze nachstehenden Standpunkt einzunehmen: Le Gouvernement I. et R. fait dépendre son assentiment à la nomination d'une commission internationale à laquelle la délimitation de la frontière du Sud de l'Albanie serait confiée des points suivants: 1. Le territoire sur lequel s'étendront les travaux de la commission, ne peut rester indéterminé. Les limites seront à l'ouest les montagnes séparant la région cotière, attribuée à l'Albanie jusqu'à Phtelia, de la vallée d'Argyrokastro. Au nord-est la ligne frontière de l'ancien Kaza ottoman de Koritza. Entre ces deux régions la ligne indiquée dans le mémorandum présenté par M. Venizelos à la réunion formera la limite septentrionale des travaux de la commission tandisqu'au sud et sud-est ceux-ci s'etendront jusqu'à la ligne proposée par l'Autriche-Hongrie. 2. Il est dès à présent établi que la région cotière jusqu'à Phtelia, y compris l'île de Sasseno, la région située au nord de la ligne grecque ainsi que l'ancien Kaza ottoman de Koritza avec la rive ouest et sud du lac d'Ohrida, s'étendant du village de Lin jusqu'au monastère de Sveti Naoum font intégralement partie de l'Albanie. 3. La commission commencera ses travaux le 1-er septembre et les terminera le 30 novembre 1913. 4. Pour la conduite de ses travaux la commission procédera par sections en tenant compte de la conformation naturelle des vallées. 5. La délimitation sera faite sur des bases éthnographiques et géographiques; pour les constatations éthnographiques on établira la langue maternelle de la population, savoir la langue parlée dans les familles; la commission ne tiendra aucun compte de tentatives de plebiscite ou d'autres manifestations politiques. 6. Quant aux districts habités par des Valaques la commission aura à constater leur nationalité. La question de l'attribution soit à l'Albanie soit à la Grèce formera l'objet d'une entente directe entre la Grèce et la Roumanie. 7. Un mois au plus tard après la clôture des travaux de commission aura lieu l'évacuation par les troupes grecques des territoires attribués à l'Albanie. — Euer Exzellenz wollen hievon schon vor der Réunion Sir Edward Grey mit dem Bemerken Mittheilung machen, daß die Zugeständnisse, die wir mit dieser Formulirung (insbesondere durch Fallenlassen der Forderung nach sofortiger

Evacuirung) [machen], das äußerste Maß von Koncessionen darstellen, welches von unserem Standpunkte aus möglich erscheint. Sollte die Réunion unserem Standpunkte auch jetzt noch keine Rechnung tragen, so wären wir zu unserem Bedauern nicht in der Lage, der Delimitirungskommission zuzustimmen. Hinsichtlich der Inselfrage hätten Hochdieselben zu bemerken, daß auch Thasos, dessen Zuweisung an Bulgarien seinerzeit in der Réunion zustimmend aufgenommen wurde, zu den nicht an Griechenland fallenden Inseln gehöre. Bezüglich der Neutralisierung des Kanals von Corfu bleiben die früheren Instruktionen[b]) aufrecht.

2.—4. Fortsetzung meines gestrigen Telegrammes Nr. 569[c]) (905, [c]) 396).[c]) Ich antworte Graf Mensdorff wie folgt: (Inseratur aus Telegramm sub 1. von „Ich ersuche Euer Exzellenz" bis zum Schluß).

2.—3. Vorstehendes zur Mittheilung an die dortige Regierung.

4. Vorstehendes zu Euer Durchlaucht streng vertraulicher Information. Der dortigen Regierung gegenüber wollen Euer Durchlaucht sich auf eine vertrauliche Mittheilung über den Stand der Kutzowalachenfrage beschränken. Berchtold.

[a]) Vgl. n. 8281, 8288, 8289, 8353. — [b]) n. 7829. — [c]) Mit diesen Telegrammen vom 6. Aug. 1913 (chiffr. 7. Aug. 12 U. 20 M. a. m.) wurde n. 8230 mitgeteilt.

Nr. 8265. Tel. nach London, 7. Aug. 1913 Nr. 671 (chiffr. 9 U. 30 M. p. m.). Konz. (S. Egger; G. Berchtold).

Laut Mitteilung des Herzogs von Avarna wird Marquis Imperiali bei der morgigen Sitzung der Botschafterréunion die in Euer Exzellenz Telegramm vom 5. d. M. Nr. 594 wiedergegebene Erklärung betreffs der von Italien besetzten Inseln wiederholen. Euer Exzellenz wollen auch bei dieser Gelegenheit Ihren italienischen Kollegen nachdrücklichst unterstützen. Berchtold.

Nr. 8266. Tel. nach London, 7. Aug. 1913 Nr. 672 (chiffr. 10 U. p. m.).[a]) Konz. (S. Rappaport; V. Nemes; G. Berchtold).

Wie ich durch Herrn von Tschirschky erfahre, ist Fürst Lichnowsky beauftragt, auf der morgigen Réunion einen Antrag einzubringen, wonach die Türkei gegen folgende fünf Zugeständnisse zur Räumung des Gebietes von Adrianopel veranlaßt werden soll: 1. Bewilligung der Ergene—Linie; 2 Verzicht der alliirten Balkanstaaten auf ihre Kriegsentschädigungsansprüche an die Pforte; 3. Zustimmung der Mächte zur 4%igen Zollerhöhung; 4. Zulassung eines geistlichen Vertreters mit privilegierter Stellung in Adrianopel; 5. Zugeständnisse an die Türkei in der Frage der Kapitulationen. — Euer Exzellenz wollen in dieser Angelegenheit im Einvernehmen mit Ihren Dreibundkollegen vorgehen und den Antrag Fürsten Lichnowskys unterstützen. Berchtold.

[a]) Vgl. n. 8096, 8269, 8292, 8331, 8343, 8379.

Nr. 8267. Tel. aus Paris, 7. Aug. 1913 Nr. 154 (eing. 7 U. 10 M. p. m.).[a]) Entziff.

Albanesische Südgrenze. Herr Tittoni ist besorgt über Haltung hiesiger Regierung, die Vorschlag Sir E. Greys betreffs internationale Delimitations-

kommission angeblich Schwierigkeiten bereite. Nachdem Herr Pichon vor wenigen Tagen der englischen Proposition zuzustimmen schien, schreibt italienischer Botschafter Umschwung dem Einfluß Herrn Poincarés zu. Herr Pichon behauptet wieder, dass Italien Standpunkt in Inselfrage geändert habe. Bei heutigem Diplomatenempfang hat Minister des Äussern Herrn Tittoni gesagt, Frankreich wäre bereit, Delimitierung im Sinne Sir E. Grey'scher Formel zu akzeptieren, wenn ...[b]) Erklärung in nachstehendem Sinne abgibt: „L'Italie s'engage à ne pas s'opposer à une décision unanime des grandes Puissances concernant le sort des îles." Einstimmigkeit würde sich in diesem Fall auf Grossmächte mit Ausnahme Italiens beziehen. Herr Tittoni befürwortet diesen Vorschlag in Rom unter Hinweis darauf, dass für Italien inacceptable Entscheidung stets durch Einspruch seiner Alliierten verhindert werden könnte. Hier scheint unter Einfluß öffentlicher Meinung griechenfreundliche Richtung entschieden Oberhand zu gewinnen. Herr Pichon sagte mir, nach seiner Ansicht sei Anspruch Griechenlands auf Kawalla durch bulgarischen Angriff, empörende Grausamkeiten und Sieg Griechenlands wohl begründet. Auch Herr Iswolsky äusserte sich sehr abfällig über Vorgehen Bulgariens und scheint griechische Prätention zu unterstützen. Szécsen.

[a]) Vgl. n. 8263, 8268. — [b]) Chiffre fehlt.

Tel. nach Rom, 7. Aug. 1913 Nr. 906 (chiffr. 8 U. 30 M. p. m.). Siehe n. 8263.

Tel. nach Rom, 7. Aug. 1913 Nr. 907 (chiffr. 7 U. p. m.). Siehe n. 8264.

Nr. 8268. Tel. aus Rom, 7. Aug. 1913 Nr. 513 (eing. 8. Aug. 6 U. a. m.).[a]) Entziff.

Inselfrage. Streng vertraulich teilt man mir in der Consulta mit, daß französische Regierung durch Herrn Tittoni hier eine von Marquis Imperiali in der morgigen Reunionssitzung abzugebende Erklärung vorgeschlagen hat. Erster Teil würde, aus dem Lausanner Frieden resultierend, Verpflichtung Italiens konstatieren, die Inseln seinerzeit der Türkei zurückzustellen. Zweiter Teil enthielte die Anerkennung der Mächte, seinerzeit über das Schicksal dieser Inseln zu entscheiden. Dritter Teil würde Italien verpflichten, seinerseits dieser Entscheidung keine Hindernisse zu bereiten. Hiesige Regierung lehnt diese Erklärung ab, da sie zwar nicht gegen die zwei ersten, wohl aber gegen den dritten Teil die Einwendung erhebe, daß Italien hiedurch von der seinerzeitigen Beratung und Entscheidung der Mächte über jene Inseln sozusagen ausgeschlossen wäre und dem Standpunkt der anderen Mächte einfach zustimmen müßte. Es bleibt also für morgige Reunion bei den bisherigen Instruktionen Marquis Imperialis. Persönlich habe ich den Eindruck, daß die — allerdings vorläufig erfolglosen — Bemühungen Frankreichs, eine für Italien akzeptable Formel zu finden, immerhin beweisen, daß man auch in Paris in dieser Frage zu einer Einigung gelangen will. Mérey.

[a]) Vgl. n. 8267, 8312.

Nr. 8269. Tel. aus St. Petersburg, 7. Aug. 1913 Nr. 271 (eing. 8. Aug. 8 U. 35 M. a. m.).[a] Entziff.

Herr Sazonow stand heute ganz unter dem Eindruck einer soeben vom türkischen Botschafter gemachten offiziellen Mitteilung, welche angeblich auch bereits in Wien erfolgte und laut welcher Türkei, die als Befreierin in Adrianopel eingezogen sei, entschlossen wäre, auf den Besitz dieser Stadt nicht zu verzichten. Der Minister des Äußern sagte, er habe Turkhan Pascha keinen Zweifel darüber gelassen, daß, was immer Europa beschließe, Russland diesen Entschluß der Türkei unter keinen Umständen akzeptieren werde. Er habe eine sehr entschiedene Sprache geführt und dem türkischen Botschafter unter anderem Einsicht in einen russischen Konsularbericht aus Rodosto gewährt, worin die türkischen Grausamkeiten der letzten Wochen in Thrazien in grellen Farben geschildert erscheinen. Mein deutscher Kollege hat heute auftraggemäß bei Herrn Sazonow Ersuchen gestellt, dem russischen Botschafter in London vor morgiger Reunion die Instruktion zu erteilen, sich dem Vorschlag der deutschen Regierung anzuschließen, wonach der Türkei für den Verzicht auf Adrianopel gewisse in fünf Punkten zusammengefasste Begünstigungen zugesichert würden. Dieselben umfassen nebst Grenzberichtigung Fluß Ergene—San Stefano, den Entfall der Kriegskontribution, Zollerhöhung, Mudir für Adrianopel und Kapitulationserleichterungen.[b] Wie Herr Sazonow sagte, habe er diesem deutschen Wunsche sofort stattgegeben und russischem Botschafter in London telegraphiert, betreffs Zollerhöhung gewisse Bedingungen zu formulieren, die vier übrigen Punkte aber ohne weiters anzunehmen. Minister des Äußern ist der Ansicht, daß die geplante Kollektivdemarche in Konstantinopel jetzt nach derjenigen der Türkei bei den Kabinetten, welche ersterer vorbeugen sollte, umso energischer und rascher zur Ausführung kommen müsste. Mein deutscher Kollege sagte Herrn Sazonow[c] überdies, er habe Turkhan Pascha darauf aufmerksam gemacht, daß anläßlich des Besuches des bulgarischen Generals Radko Dimitrieff im letzten Winter dieser hier den Vorschlag gemacht habe, Bulgarien würde sich gegen Zusicherung der Tschataldja-Grenze verpflichten, Konstantinopel einzunehmen und es an Russland zu zedieren. Dies sei damals von der russischen Regierung abgelehnt worden, da ihr der jetzige Zustand betreffs Konstantinopel besser konveniere. Durch diese Entscheidung habe Russland die Türkei gerettet und hiefür erwarte es Einlenken in der Frage Adrianopels.

Thurn.

[a] Vgl. n. 8307, 8337. — [b] Vgl. n. 8266. — [c] Augenscheinlich Entzifferungsfehler statt „Meinem deutschen Kollegen sagte Herr Sazonow".

Nr. 8270. Tel. aus St. Petersburg, 7. Aug. 1913 Nr. 272 (eing. 8. Aug. 7 U. a. m.).[a] Entziff.

Herr Sazonow war heute noch nicht über alle Details der Bukarester Friedensbestimmungen informiert, doch sprach er von dem Schicksal Kavallas, welches nach den Bukarester Abmachungen an Griechenland fallen solle. Der Minister des Äussern steht nach wie vor auf dem Standpunkt, dass die Entscheidung bezüglich dieses Hafens bei den Mächten

liege. Russland beharre bei seinem Entschlusse, ihn bulgarisch werden zu sehen, und Herr Sazonow hoffe sich diesfalls in Übereinstimmung mit Euer Exzellenz, was ich auf Grund meiner Instruktionen bejahen konnte. Frankreich habe sich nunmehr auch dem hiesigen Standpunkt angeschlossen, so dass, England inbegriffen, vier Mächte nach dieser Richtung wirken. Eine andere Frage werde es sein, wie man die Griechen aus Kavalla delogieren würde. Russland könne schon deshalb an keine Koerzitivmaßregeln denken, weil es keine Seestreitkräfte im Mittelmeer besitze, doch würde es sich einer Aktion einer oder mehrerer anderer Mächte natürlich nicht widersetzen (wie mir schien, eine solche sogar nicht ungern sehen). Ein anderes Mittel sei der finanzielle Boykott, welcher umso wirksamer wäre, als Griechenland dringend und viel Geld brauche (der Minister sprach von 300 Millionen Francs). Dem deutschen Botschafter gegenüber sagte Herr Sazonow, die Bukarester serbisch-bulgarischen Abmachungen entsprächen zwar wahrscheinlich nicht dem Wiener Standpunkt, doch hätten die Serben immerhin gewisse Konzessionen gemacht (Strumitza) und er hoffe, wir würden das diesbezügliche Arrangement akzeptieren. Thurn.

[a]) Vgl. n. 8221, 8295, 8299.

Nr. 8271. Tel. nach Sofia, 7. Aug. 1913 Nr. 445 (chiffr. 11 U. 20 M. p. m.).[a]) Konz. (S. Matscheko; G. Berchtold).

Geheim. Im Verfolge meines heutigen Telegrammes Nr. 442[b]) und mit Bezug auf Euer Hochgeboren Telegramm Nr. 930 vom 6. d. M. Euer Hochgeboren wollen sich zu Herrn Ghenadieff streng vertraulich in folgendem Sinne aussprechen: Ich habe in Ausführung meiner in Sofia bekannten Intention die Kabinette von Berlin[c]) und Rom[d]) mit dem Ersuchen um strenge Geheimhaltung von dem Wunsche der bulgarischen Regierung in Kenntnis gesetzt, in ein engeres vertragsmäßiges Verhältnis zu Rumänien und zur Monarchie zu treten. Diese vorläufige Fühlungnahme hat ergeben, daß die beiden verbündeten Regierungen diesem Gedanken keineswegs ablehnend gegenüberstehen,[e]) ohne daß jedoch die Angelegenheit, was bei ihrer Tragweite begreiflich ist, über das Stadium der Vorberatung hinausgediehen wäre. Allerdings hat man in Berlin geltend gemacht, daß es dem deutschen Kabinette infolge einer früheren Zusage Griechenland gegenüber schwer fallen würde, speziell in der Frage von Kawalla für die bulgarischen Interessen einzutreten. Ich habe ferner Prinzen Fürstenberg beauftragt,[f]) die rumänische Regierung, gleichfalls in streng vertraulicher Weise, von den Erklärungen Herrn Ghenadieffs hinsichtlich der künftigen rumänisch-bulgarischen Beziehungen zu informieren, hiebei darauf hinzuweisen, daß nun der Augenblick zur Verwirklichung der von Herrn Majoresco stets betonten günstigen Dispositionen Rumäniens Bulgarien gegenüber gekommen sei, und dem Minister vor Augen zu führen, welche großen Vorteile eine solche Politik des engen Zusammengehens mit Bulgarien böte. Prinz Fürstenberg wurde weiters angewiesen, um die Bekanntgabe der Auffassung der rumänischen Regierung zu ersuchen und unsere Bereitwilligkeit auszusprechen, zum Zustandekommen eines solchen Akkords vermittelnd beizutragen. Eine Meldung über das Resultat dieser Aussprache ist noch

ausständig. Was die Frage von Adrianopel anbelangt, so stimmen die Mächte darin überein, daß an den Bestimmungen des Londoner Friedens festgehalten werden müsse, und es sind gegenwärtig darüber noch Verhandlungen im Zuge, wie die Türkei dazu zu veranlassen wäre, diesem Standpunkte Rechnung zu tragen. Berchtold.

[a]) Vgl. n. 8297, 8301, 8339, 8423. — [b]) Mit Tel. Nr. 442, 7. Aug. 1913 (chiffr. 8 U. p. m.) wurde n. 8240 nach Sofia mitgeteilt. — [c]) n. 8157. — [d]) n. 8189. — [e]) Vgl. n. 8197, 8231. — [f]) Vgl. n. 8240.

Nr. 8272. Tel. aus Sofia, 7. Aug. 1913 Nr. 934 (eing. 8 U. 50 M. p. m.).[a]) Entziff.

Herr Dobrovich besuchte mich im Auftrage des Königs und Ministers des Äussern und sagte, dass Haltung der Türkei höchst beunruhigend. Türkei suche offenbar nach Vorwand zu einem Konflikt und fahre fort, Geschichten über Inkursionen bulgarischer Truppen zu erfinden (mein Telegramm Nr. 922 vom 5. d. Mts.) wie auch bulgarische Massacres türkischer Kriegsgefangener, was auch Erfindung. Türkische Truppen an Grenze werden verstärkt und besetzen neue Punkte (Mustafa Pascha). Türkei habe offenbar gehofft, dass in Bukarest kein Friede geschlossen würde; nachdem sie in dieser Erwartung enttäuscht, stehe sehr zu befürchten, dass sie Krieg hervorrufen und in Bulgarien einrücken werde. Bulgarien sei hilflos und bitte um Schutz. Tarnowski.

[a]) Oe. U. Balkan 398 Nr. 794. Vgl. n. 8273, 8274.

Nr. 8273. Tel. aus Sofia, 7. Aug. 1913 Nr. 935 (eing. 8 U. 15 M. p. m.).[a]) Entziff.

Im Verfolge meines Telegrammes Nr. 934 von heute erlaube ich mir hervorzuheben, dass Ernst türkischer Gefahr mit Rücksicht auf grosse Anzahl im Lande befindlicher Kriegsgefangenen (ca. 100.000) wesentlich erhöht wird. Nachrichten über türkische Inkursionen wirken aufregend auf schwachbewachte Kriegsgefangene, welche bereits Versuche zu Revolten gemacht (so in Stara-Zagora), die, um Ordnung aufrecht zu erhalten, strenge unterdrückt werden müssen. Es ist zu befürchten, dass Türkei auch hierin Prätext für Kriegserklärung suchen könnte. Tarnowski.

[a]) Vgl. n. 8274.

Nr. 8274. Tel. aus Sofia, 7. Aug. 1913 Nr. 939 (eing. 8. Aug. 8 U. 45 M. a. m.). Entziff.

Im Verfolge meiner Telegramme Nr. 934 und 935 von heute. Auch Ministerpräsident lenkte äußerst besorgt meine Aufmerksamkeit auf von Türkei drohende Gefahr und ersuchte dringend, meine Regierung um Schutz zu bitten. Tarnowski.

Nr. 8275. Tel. aus Sofia, 7. Aug. 1913 Nr. 940 (eing. 11 U. 30 M. p. m.).[a]) Entziff.

Bezug auf mein Telegramm Nr. 911 vom 2. d. M., betreffend beabsichtigten Übertritt der Mazedo-Bulgaren zum Katholizismus. Einige weitere Vertreter mazedo-bulgarischer Intelligenz, darunter Th. Pavlow, gewesener Deputierter für Üsküb im ottomanischen Parlament und

gewesenes Mitglied Laienrats Exarchats, sprachen bei mir vor und unter Anführung ähnlicher Gründe wie im obzitierten Telegramm erklärten sie, einziges Mittel, bulgarische Nationalität unter künftiger griechischer und serbischer Herrschaft zu retten, scheine ihnen Übertritt zum Katholizismus. Dies sei öffentlich ohne Schutz vor griechischen und serbischen Repressalien unmöglich; deshalb fragen sie bei mir an, inwieweit wir als natürliche Protektoren des Katholizismus im Orient (Albanien) ihnen bei Ausführung Übertrittes und nachher uniatischer Bevölkerung unseren Schutz angedeihen lassen könnten. Unter Betonung, dass ich nur ganz privat und persönlich spreche, fragte ich, ob irgend ein offizielles Organ ihre Bestrebungen billige. Mitredner antworteten, auch Mitglieder hohen Klerus in Mazedonien teilten dieselben. Sie hätten auch Grund anzunehmen, dass Exarch Bestrebungen unterstütze; da aber ohne Verbindungsmöglichkeit mit Konstantinopel, könnten sie sich mit Exarchat nicht verständigen, die k. und k. Regierung könnte aber leicht bei Exarchen Authentisches erfahren. Auf meine weitere ganz unverbindlich vorgebrachte Frage, wie sich bulgarische Regierung Übertrittsbestrebungen gegenüber verhalte, erwiderte Deputation, sie wüsste es nicht, glaubte aber, dass Regierung offiziell sich mit Frage, da es sich um Angehörige fremder Staaten handeln werde, nicht befassen könnte; nur Eines sei sicher, dass welche Regierung immer jede Bewegung gutheissen müsse, die auf Erhaltung bulgarischer Nationalität in Mazedonien gerichtet. Mitredner meinen, dass unser Protektorat über neue mazedonische Uniaten umso leichter zu erhalten, als im Gebiete künftigen Serbiens viele Tausend katholische Albanesen leben würden, über die wir, als sie noch unter türkischer Herrschaft, de facto Protektorat ausgeübt. Deputation glaubt, dass wir bei definitiver Regelung der Balkanfragen dieses Protektorat über Albanesen uns garantieren lassen und auf diesem Wege auch Protektorat über mehr als 500.000 neue mazedo-bulgarische Uniaten ausüben könnten. Mitredner erbaten zum Schluss, sie, wenn irgend möglich, vertraulich wissen zu lassen, wie k. u. k. Regierung ihre Bestrebungen beurteile und ob sie denselben Interesse entgegenbringe. Die in Frage stehende Bewegung scheint um sich zu greifen, da mir von derselben hier von verschiedenen Seiten gesprochen wird. Tarnowski.

[a]) Vgl. n. 8340.

Nr. 8276. Tel. aus Sofia, 7. Aug. 1913 Nr. 945 (eing. 8. Aug. 5 U. 45 M. a. m.). Entziff.

Bezug auf Euer Exzellenz Telegramm Nr. 441 von heute. Minister des Äußern sagte mir gesprächsweise, Tontcheff hätte aus Bukarest gemeldet, Majoresco habe ihm vorgestern erklärt, daß, wenn Kämpfe am Freitag wieder aufgenommen werden sollten, rumänische Armee am Samstag in Sofia sein würde. Tarnowski.

Nr. 8277. Tel. nach Belgrad, 8. Aug. 1913 Nr. 240 (chiffr. 10 U. 40 M. p. m.). Konz. (S. Egger; G. Berchtold).

Antwort auf Euer Hochwohlgeboren Telegramm Nr. 536 vom 8. d. M. Falls Herr Pašić Euer Hochwohlgeboren gegenüber die Frage der Revision

des Bukarester Friedens zur Sprache bringen sollte, so wollen Sie dem Herrn Ministerpräsidenten sagen, daß Ihnen zwar keine einschlägigen Instruktionen zugekommen seien, daß jedoch Ihrer persönlichen Auffassung nach manche Punkte der vereinbarten Grenzen mit der Auffassung des Wiener Kabinettes kaum vereinbar erscheinen und daher wohl als überprüfungsbedürftig anzusehen wären. Berchtold.

Nr. 8278. Tel. aus Belgrad, 8. Aug. 1913 Nr. 536 (eing. 3 U. 30 M. p. m.).[a] Entziff.

Bukarester Frieden. Nachricht über gestrigen Friedensschluß hat hier einstweilen keine besondere Erregung hervorgerufen. In der Stadt kein Jubel und keine Freudensmanifestationen. Auch die Sprache der Zeitungen ist derzeit noch ganz gemäßigt und sehr reserviert; man erwartet weitere und genauere Details. Ich werde allseits befragt, ob wir Abmachungen anerkennen oder Korrekturen verlangen werden. Bitte dringend um Instruktionen wegen Regelung meiner Sprache, namentlich Pašić gegenüber nach seiner Rückkehr. Einzelne Kollegen wollten ihm telegraphisch gratulieren, wovon ich nachdrücklich abriet, respektive erklärte, mich daran nicht beteiligen zu können. Ugron.

[a] Vgl. n. 8040, 8277.

Nr. 8279. Privatschreiben nach Berlin, 8. Aug. 1913.[a] Konz. (S. u. G. Berchtold).

... Ablehnende Beantwortung des Urlaubsansuchens Szögyénys.... Derzeit lässt sich trotz Bukarester Friedens beziehungsweise infolge Bukarester Friedens das Ende der Krise noch lange nicht voraussehen. Dein Rückäusserungstelegramm[b] auf unsere Mittheilung an den Staatssekretär bezüglich unserer Balkanpolitik hat mir eine Bestätigung für die in letzter Zeit wiederholt gemachte Wahrnehmung gebracht, dass eine zwiespältige Politik in Berlin verfolgt wird, von welcher die eine mit der Unserigen bedauerlicher Weise nicht in Einklang steht. In der Frage von Kawalla tritt diese Discrepanz gegenwärtig besonders deutlich in Erscheinung, was gewiss zu bedauern ist. Wenn wir mit dem St. Petersburger Cabinet in der Frage der Auftheilung des Balkans Fühlung genommen haben, so entsprach dies nur dem wiederholt ausgesprochenen Wunsch des Berliner Cabinetes, dass wir uns mit Russland verständigen sollen. Seitens Kaiser Wilhelms scheinen Versprechungen an Griechenland wegen Kawallas gemacht worden zu sein, ohne dass uns hievon Kenntnis gegeben worden wäre. Nachträglich verlangt nun das Berliner Cabinet, dass wir unsere Politik diesem Seitensprunge anpassen. Ich glaube nicht, dass wir es verantworten könnten, als Meistinteressierte am Balkan unsere dortige Politik deshalb zu modificiren und zu compromittiren. Um unsere Beziehungen nicht unnötig zu envenimieren, hielte ich es für empfehlenswerth, wenn Du ohne zwingenden Grund nicht wieder auf dieses Thema (Kavalla) zurückkommen würdest. Dagegen möchte ich wünschen, wenn Du keine Gelegenheit versäumen würdest, es Dir angelegen sein zu lassen, auf die Führung der

Politik in der Wilhelmstrasse in Bezug auf den nahen Orient thunlichst im Sinne jener Instruction[c]) Einfluss zu nehmen, welche Dir kürzlich zugekommen ist. Ein dauerndes Fortbestehen eines grundlegenden Gegensatzes zwischen unserer und der deutschen Auffassung erscheint praktisch unhaltbar. Es könnte dies zu den schwerwiegendsten Konsequenzen führen, einerseits die Wahrung unserer vitalen Interessen am Balkan unmöglich machen, andererseits das Bundesverhältnis ernstlichen Erschütterungen aussetzen. Es wäre vielleicht ganz nützlich, wenn Du gelegentlich den Herren in der Wilhelmstrasse das Memorandum in Erinnerung bringen wolltest, welches Du mit Bericht vom 9. Dezember 1912 Nr. 50 A vorgelegt hattest. Ich habe dasselbe dieser Tage Tschirschky vorgelesen, welcher natürlich der schlagenden Beweiskraft der Beldimanschen Ausführungen für die Richtigkeit der von uns verfolgten Politik nicht viel entgegenhalten konnte. Berchtold.

[a]) Vgl. n. 8226, 8347. — [b]) Vgl. n. 8197, 8198. — [c]) n. 8157.

Nr. 8280. Tel. aus Berlin, 8. Aug. 1913 Nr. 368 (eing. 11 U. 30 M. p. m.).[a]) Entziff.

Vertraulich. Unterstaatssekretär erzählte mir vertraulich, dass König Karl ein Telegramm an Kaiser Wilhelm gerichtet habe, in welchem er Seiner Majestät mit grosser Genugtuung den erfolgten Friedensschluss, den er als Definitivum betrachte, mitteilt. König Karl gibt in diesem Telegramm seiner Erwartung Ausdruck, dass die Grossmächte den Vertrag einer Revision nicht unterziehen werden. Szögyény.

[a]) Vgl. n. 8325.

Nr. 8281. Tel. aus Berlin, 8. Aug. 1913 Nr. 369 (eing. 11 U. 30 M. p. m.). Entziff.

Erhalten Euer Exzellenz Telegramme Nr. 568[a]) und 569[b]) vom 6. d. M. und von gestern Nr. 570. Hiesiger englischer Geschäftsträger hat — wie mir Unterstaatssekretär erzählt — heute im Auftrage seiner Regierung hier ersucht, auf das Wiener Kabinett einzuwirken, damit dasselbe nicht auf einer näheren Definierung der Grenzlinie Albaniens zwischen Kap Stylos und Koritza bestehe, da sonst in dieser Frage eine Einigung in der Reunion nicht zustandekommen könne. Herr Zimmermann hat Herrn von Tschirschky entsprechenden Auftrag erteilt. Szögyény.

[a]) Mit Tel. Nr. 568, 6. Aug. 1913 (chiffr. 7. Aug. 12 U. 20 M. a. m.) wurde n. 8229 nach Berlin mitgeteilt. — [b]) Mit Tel. Nr. 569, 6. Aug. 1913 (chiffr. 7. Aug. 12 U. 20 M. a. m.) wurde n. 8230 nach Berlin mitgeteilt.

Nr. 8282. Tel. aus Bukarest, 8. Aug. 1913 Nr. 298 (eing. 7 U. 30 M. p. m.).[a]) Entziff.

Erhalten Euer Exzellenz Telegramm[a]) von gestern, betreffend Stellung Serbien gegenüber. Ich ersuche Euer Exzellenz um Ermächtigung, Inhalt obzitierten Telegrammes Seiner Majestät dem Könige nur allein zur Kenntnis zu bringen, da ich befürchten muß, daß Ministerpräsident, welcher in

letzter Zeit von seinen Ministerkollegen gezwungen wurde, ihnen politische Mitteilungen fremder Vertreter nicht mehr vorzuenthalten, sich trotz Versprechens der Geheimhaltung veranlaßt sehen könnte, doch mindestens Herrn Take Jonesco davon zu informieren, daß Bulgarien der Monarchie einen Staatsvertrag antrug. Bei der notorischen Indiskretion dieses Ministers würde Obiges in kurzem stadtbekannt werden. Bei der heutigen, in den Gemütern aller Politiker und Bevölkerungsschichten noch heftig nachzitternden Erregung gegen Bulgarien, welche auch durch Bulgariens Entgegenkommen bei den jetzigen Verhandlungen fast keine Abschwächung gefunden, und bei dem tiefgewurzelten Mißtrauen gegen diesen Nachbar, scheint mir vorderhand jedes Drängen zu einem Akkord mit Bulgarien hier vollkommen aussichtslos. Auch das gegen die Monarchie bestandene, mühsam zurückgedrängte Mißtrauen und die Mißachtung, welche nicht nur in der Öffentlichkeit, sondern auch in gewissen Regierungskreisen nachbesteht, würden neue Nahrung finden, wenn es bekannt würde, daß wir auf eine baldige Schließung eines Akkords dringen. Wie mir Herr Toncheff vertraulich mitteilte, legte er in seiner ersten Aussprache mit Herrn Majoresco dar, daß Bulgarien eine Allianz mit Rumänien suche; er fand Verständnis, doch wurde er auf eine spätere Zeit vertröstet. Es unterliegt keinem Zweifel, daß, wenn Majoresco diese Frage jetzt aufs Tapet bringen wollte, er im Schoße seiner Regierung, insbesondere bei den Kabinettsmitgliedern seiner eigenen Partei auf größten Widerstand stoßen würde. Ebenso würde liberale Partei, der eine solche Aktion nicht verheimlicht werden könnte, dagegen auf das heftigste Stellung nehmen. Der Versuch, eine dauernde Vereinbarung zwischen diesen beiden Nationen, die wohl keine Interessen-, aber umso größere Rassengegensätze trennen, herzustellen, an deren Erfolg ich die stärksten Zweifel hege, könnte nur mit gewissen Chancen gemacht werden, wenn im Laufe des nächsten Monats sich hier die lang aufgestapelte Erregung beruhigt und das langjährige Mißtrauen durch eine loyale bulgarische Haltung sich gemindert hat. Es wird aber immer damit zu rechnen sein, daß, wenn auch momentan die akute Angst vor der Balkansuprematie Bulgariens durch dessen Niederlage teilweise gebannt würde, die latente Angst vor dem vitalsten Machtfaktor im Südosten stets weiterbestehen wird. Ein rumänisch-bulgarisches Abkommen, welches naturgemäß eine Stärkung des letzteren nach sich ziehen müßte, wird hier stets höchst unpopulär bleiben, weil niemand seinen Vorteil erfassen wird. Rumänien dürfte fortan mit Eifersucht seine jetzt mit viel Glück erworbene und fest fundierte Stellung als Primus inter pares zu wahren trachten und sich hüten, diese Stellung durch eine Verbindung mit irgend einem Balkanstaate zu kompromittieren. Das Ansehen des Königs im Lande hat durch die letzten Ereignisse, welche den Triumph seiner Politik darstellen, ungemein gewonnen, wodurch die feste, unverrückbare Anlehnung an den Dreibund auf Jahre hinaus gesichert erscheint. Von dem bulgarischen Gespenst wenigstens auf einige Jahre befreit, wird wohl die Rückendeckung durch die Zentralmächte dem Höchsten Herrn genügen und er keine weitere Allianz für notwendig erachten, hauptsächlich weil er auch in Zukunft sicher darauf rechnen kann, von Russland weiter um-

worben zu werden. Der faule Friede, der hier geschlossen wurde und der den Keim kommender Zwiste in sich trägt, wird Rumänien stets gestatten, ein entscheidendes Wort zur Wahrung seiner Interessen in die Wagschale zu werfen. K. E. Fürstenberg.

[a]) Vgl. n. 8240, 8301.

Nr. 8283. Tel. aus Bukarest, 8. Aug. 1913 Nr. 299 (eing. 2 U. 30 M. p. m.).[a]) Entziff.

Entnehme Äusserungen russischen Kollegen, dass er auch der Ansicht ist, dass ein Verlangen nach Revision hiesigen Friedenstraktates hier deplorablen Eindruck hervorrufen würde und einen Schlag gegen Krone und Regierung bedeute. Vermute, dass er seine Regierung vor einer solchen Absicht warnen wird. K. E. Fürstenberg.

[a]) Vgl. n. 8259.

Nr. 8284. Tel. aus Bukarest, 8. Aug. 1913 Nr. 300 (eing. 5 U. 15 M. p. m.). Entziff.

Grenzdelimitationsprotokolle wurden gestern unterfertigt; sonstige Detailverhandlungen nehmen günstigen Fortgang. Schwierigkeit ergibt sich darin, dass Serbien die bulgarischen Forderungen nach Autonomie von Schulen und Exarchatskirchen im Reziprozitätswege nicht anerkennen will und Griechenland Gewährung seiner Konzessionen auf diesem Gebiete von diesbezüglichem serbisch-bulgarischen Übereinkommen abhängig macht. Minister des Äussern beabsichtigt zu beantragen, dass Verhandlungen über dieses Thema aus der Konferenz ausgeschaltet und respektive Regierungen untereinander darüber nach hiesigem Friedensschlusse zu einer Vereinbarung gelangen sollen. K. E. Fürstenberg.

Nr. 8285. Tel. an Generalkonsul Rudolf Weinzetl in Cetinje, 8. Aug. 1913 Nr. 199 (chiffr. 10 U. 45 M. p. m.).[a]) Konz. (S. Rappaport; G. Berchtold).

Antwort auf Euer Hochwohlgeboren Bericht Nr. 73 vom 5. d. M. Ich bin mit der von Euer Hochwohlgeboren Herrn Wimmer und Prinz Mirko gegenüber geführten Sprache einverstanden und ersuche Euer Hochwohlgeboren sich, falls Letzterer auf das Thema zurückkommen sollte, neuerdings im ablehnenden Sinne auszusprechen. Berchtold.

[a]) Vgl. n. 8354.

Nr. 8286. Aide-Mémoire überreicht vom türkischen Botschafter, s. d. (eing. 8. Aug. 1913). Ausfert.

Il revient à la Sublime Porte que le Gouvernement français fait des démarches pressantes auprès du Cabinet de Rome en vue d'obtenir de lui une déclaration pouvant favoriser l'abandon à la Grèce des îles détenues par l'Italie. La France aurait également entrepris des démarches auprès des autres Cabinets pour les amener à adopter le même point de vue. La Sublime Porte croit devoir déclarer, en cette circonstance, que l'Italie détient

les îles en question en vertu du Traité de Lausanne, et qu'elle est tenue de par ce Traité à restituer ces îles à la Turquie aussitôt que cette dernière aura rempli certains engagements consignés dans le même traité. De plus, l'Italie n'étant que dépositaire de ces îles, ne peut prendre aucun engagement à leur sujet sans le consentement préalable de la Sublime Porte. Autrement, l'Italie s'exposerait à la dénonciation de la part de la Turquie du Traité de Lausanne et à la revendication de nos droits sur la Cyrénaique. Dans ces conditions, il est évident que ni les Cabinets, ni la Conférence des Ambassadeurs ne sauraient décider de cette question qui est liée aux dispositions d'un Traité solennel conclu antérieurement au conflit actuel et qui, par conséquent, ne peut avoir aucune corrélation avec les questions soulevées par la guerre balkanique.

Nr. 8287. Tel. nach London, 8. Aug. 1913 Nr. 673 (chiffr. 11 U. 40 M. p. m.).[a] Konz. (S. Egger u. Rappaport; G. Berchtold).

Verfolg meines Telegrammes vom 4. l. M. Nr. 661. Herr von Ugron telegraphiert mir unter dem 6. l. M.,[b] daß bisher nur der englische und der italienische Vertreter von ihren respektiven Regierungen Weisungen im Sinne der hierortigen Telegramme vom 30. v. M. Nr. 646 und 647 erhalten haben, ohne jedoch beauftragt zu sein, Mitteilungen im Sinne der Deklaration der Botschafterréunion vom 1. Juli und des „Memorandum interprétatif" vom selben Datum zu machen. Euer Exzellenz wollen Vorstehendes Sir E. Grey mit dem Bemerken mittheilen, daß es für Hochdieselben recht peinlich wäre, wenn Sie in der nächsten Réunion den Umstand zur Sprache bringen müßten, daß die jüngst beschlossenen Demarchen noch immer nicht zur Ausführung gelangt sind. Berchtold.

[a]) Vgl. n. 8310, 8335. — [b]) Nr. 534 = n. 8238.

Nr. 8288. Tel. aus London, 8. Aug. 1913 Nr. 598 (eing. 9. Aug. 7 U. a. m.).[a] Entziff.

L'Ambassadeur de France rend compte à la Réunion d'un entretien entre Monsieur Pichon et l'Ambassadeur d'Italie à Paris en date du 6 mois courant d'où il resulte que le Ministre des affaires étrangères de France est prêt à donner son assentiment à l'article 5 de la formule proposée par Grey le 1er août[b]) et disant qu'au moment du réglement final les Puissances décideront du sort des îles occupées par l'Italie. Cet assentiment serait donné à condition que l'Italie laisse aux Puissances le soin de se prononcer sur l'attribution du Dodekanés sans élever d'objection contre la décision prise d'un commun accord entre les six Puissances. L'Ambassadeur d'Italie dit qu'il est sans instructions et ne peut se prononcer à ce sujet. Le Comte Mensdorff fait la communication suivante: (suit le texte français communiqué dans le télégramme de Votre Excellence Nr. 670 du 7 de ce mois). Le Marquis Imperiali et le Prince Lichnowsky appuyent cette communication. L'Ambassadeur de France et l'Ambassadeur de Russie se réservent de consulter leurs gouvernements sur cette communication. Sur l'article 6 Grey fait observer qu'il enlève aux Puissances la délimitation de la région habitée par les Koutzowalaques et la remet à la Grèce et la Roumanie. Si, comme

il l'a déjà proposé, on peut laisser ces deux Puissances s'entendre directement sur les garanties à donner aux populations de cette région, il convient de laisser la question de la délimitation territoriale entre les mains des Puissances. Il propose en conséquence pour l'article 6 la rédaction suivante: „Quant au district habité par des Koutzowalaques la commission aura à constater leur nationalité. L'attribution soit à l'Albanie soit à la Grèce appartiendra à la décision des Puissances après examen du rapport de la commission internationale. Quant aux garanties à donner aux populations koutzowalaques elles feront l'objet d'une entente directe entre la Grèce et la Roumanie." Mensdorff.

[a]) Vgl. n. 8289, 8290, 8309, 8312, 8332, 8333. — [b]) Vgl. n. 8166.

Nr. 8289. Tel. aus London, 8. Aug. 1913 Nr. 599 (eing. 9. Aug. 4 U. a. m.).[a]) Entziff.

Im Nachhange zu meinem heutigen Telegramm Nr. 598 über Reunion. Ich habe heute vormittags Sir E. Grey Inhalt Telegrammes Nr. 670 von gestern mitgeteilt. Er sprach vor der Sitzung mit Herrn Cambon und Grafen Benckendorff und sagte mir dann, er werde sein Möglichstes tun, auf die russische und französische Regierung einzuwirken, unseren Vorschlag anzunehmen, wenn wir in dem Artikel über die Kutzowalachen einer kleinen Modifikation zustimmen. Er sei dafür, die Frage des Schutzes dieser Bevölkerung einer Verständigung zwischen Rumänien und Griechenland zu ...[b]) nicht aber die Bestimmung territorialer Zugehörigkeit, welche den Mächten zustehe. Bei der Reunion wurde dies besprochen. Herr Cambon und Graf Benckendorff erhoben starke Einwendungen gegen Einführung einer Bestimmung, wodurch rumänische Regierung über eine territoriale Bestimmung in der albanesisch-griechischen Grenzfrage mitzureden hätte. Ich machte geltend, dass von Anfang an es ausgemacht war, dass Rumänien über das künftige Los der Kutzowalachen gehört werden soll. Marquis Imperiali und Fürst Lichnowsky unterstützten mich dabei. Nach langer Diskussion ersuchte man mich schließlich, die in der Reunionsresolution vorgeschlagene Redaktion Euer Exzellenz vorzulegen. Ich erklärte wiederholt, meine heute gemachten Mitteilungen bedeuten das letzte Wort unserer Konzessionen und ich könnte die vorgeschlagene Redaktion nur dann meiner Regierung unterbreiten, wenn ich gleichzeitig berichten darf, dass alle anderen angenommen sind. Mein französischer und russischer Kollege erklärten, sie müssten unsere ganze Kommunikation ihren Regierungen unterbreiten und könnten sich heute nicht aussprechen. (Sir E. Grey macht bezüglich unserer anderen Punkte keine Schwierigkeiten.) Mensdorff.

[a]) Vgl. n. 8309. — [b]) Chiffre fehlt.

Nr. 8290. Tel. aus London, 8. Aug. 1913 Nr. 600 (eing. 9. Aug. 2 U. 30 M. a. m.). Entziff.

Im Nachhange zu meinem heutigen Telegramme Nr. 598 über Reunion. Sir E. Grey und Herr Cambon hatten Nachricht über Konversation zwischen Herrn Pichon und Herrn Tittoni, wonach man sich zwischen französischer

und italienischer Regierung bezüglich der Formel über die Inseln geeinigt hätte. Marquis Imperiali war noch ohne Instruktion. Nach der Darstellung Herrn Cambons scheint es höchst wahrscheinlich, daß eine Verständigung erzielt wurde. Mensdorff.

Nr. 8291. Tel. aus London, 8. Aug. 1913 Nr. 601 (eing. 9. Aug. 7 U. 15 M. p. m.).[a] Entziff.

Réunion d'aujourd'hui. Le Comte Benckendorff et le Comte Mensdorff font remarquer que l'omission de Thasos dans l'avis émis à la dernière réunion ne signifie pas que cette île est ipso facto abandonnée à la Grèce. Grey rappelle qu'au mois de décembre dernier Thasos a été attribuée à la Bulgarie, mais pour le cas où les Puissances auraient à s'occuper du sort de Kavalla, il fait observer qu'il y aurait lieu considérer à nouveau la situation de cette île. Ambassadeur de France dit que son gouvernement est d'avis que la possession de Thasos dépend de celle de Kavalla. Mensdorff.

[a] Vgl. n. 8322.

Nr. 8292. Tel. aus London, 8. Aug. 1913 Nr. 602 (eing. 9. Aug. 8 U. a. m.).[a] Entziff.

Bezug auf Telegramm Nr. 602[b] von heute, betreffend deutschen Antrag wegen fünf Zugeständnissen an die Türkei gegen Räumung Adrianopels. Fürst Lichnowsky hat Antrag nicht eingebracht und sagte mir, seine Regierung halte es nicht für opportun, ihn jetzt vor die Reunion zu bringen. Sir E. Grey will, wie mir scheint, auch die Adrianopel-Frage nicht in der Reunion diskutieren. Er sagte uns aber, er habe Nachrichten von weiterem türkischen Vormarsch. Er wolle englischem Vertreter in Konstantinopel Instruktion erteilen, sich mit seinen Kollegen zu besprechen. Staatssekretär macht Unterschied, ob es sich nur um Besetzung von Adrianopel oder weiteres Vorrücken handelt. In letzterem Falle scheint er schärfere Warnungen an die Türkei zu befürworten. Mensdorff.

[a] Vgl. n. 8307. — [b] Richtig 672 = n. 8266.

Nr. 8293. Tel. aus Rom, 8. Aug. 1913 Nr. 516 (eing. 9. Aug. 5 U. 30 M. a. m.). Entziff.

Kavallafrage. Da mir in hiesiger Presse auffällt, dass immer nur von unserer und russischer Reserve hinsichtlich Kavallas die Rede ist, habe ich in der Consulta mich um die italienische Reserve (vide mein Telegramm vom 4. d. M. Nr. 500) erkundigt. Ich konstatierte hiebei, dass bezüglicher seinerzeitiger Auftrag an italienischen Gesandten in Bukarest den Vorbehalt si omnes enthielt, was mir Marquis di San Giuliano nicht ausdrücklich gesagt hatte. Mérey.

Nr. 8294. Tel. aus Rom, 8. Aug. 1913 Nr. 517 (eing. 9. Aug. 12 U. a. m.).[a] Entziff.

Vertraulich. Englischer Botschafter sagte mir, er ersehe aus Mitteilungen Sir Edward Greys, daß derselbe hoffe, Montag die Reunion nach Erledigung der Grenzfrage schließen zu können. Er bemühe sich in Paris zu Gunsten

der Beseitigung der französisch-italienischen Differenzen in der Inselfrage und sei diesbezüglich optimistisch, da es sich im Grunde nur um eine Formulierung handle. Dagegen hänge Schicksal der Reunion jetzt von uns ab, da wir im letzten Moment die Frage von Argyrokastro etc. aufgeworfen hätten, statt dies der Delimitierungskommission zu überlassen. Sir Edward Grey habe alle Mühe gehabt, Herrn Cambon davon abzubringen, bezüglich Argyrokastro einen Gegenantrag zu stellen. Ich unterließ nicht, meinen englischen Kollegen über die einschlägige Situation entsprechend aufzuklären. Mérey.

a) Vgl. n. 8165.

Nr. 8295. Tel. nach St. Petersburg, 8. Aug. 1913 Nr. 455 (chiffr. 11 U. 20 M. p. m.).a) Konz. (S. Egger; G. Berchtold).

Erhalten Euer Exzellenz Telegramm Nr. 272 vom 7. d. M. Ich würde Wert darauf legen, wenn Hochdieselben bei der nächsten sich ergebenden Gelegenheit Herrn Sazonow zu verstehen geben wollten, daß wir zwar bezüglich der Zugehörigkeit Kawallas nach wie vor einen übereinstimmenden Standpunkt mit dem Petersburger Kabinette einnehmen, daß sich aber für uns die Revisionsfrage nicht nur auf Kawalla beschränkt. Es bringt dies mit sich, daß wir uns bisher weniger mit den speziell für die Regelung der Kawalla-Frage in Betracht kommenden Modalitäten als mit den Anträgen auf andere uns notwendig erscheinende Modifikationen befaßt haben, über welche Euer Exzellenz demnächst ein ausführliches Aide-mémoire[a]) zugemittelt werden soll. Berchtold.

a) Vgl. n. 8336, 8356.

Nr. 8296. Tel. aus Sofia, 8. Aug. 1913 Nr. 947 (eing. 5 U. p. m.).a) Entziff.

Minister des Äußern teilt mir Telegramm ersten bulgarischen Delegierten über gestrige Sitzung mit. Daraus, was mir Herr Ghenadieff sagt, geht hervor, daß er unsere Reserven als entscheidend betrachtet. „Le cabinet de Vienne n'aurait pas déclaré officiellement et par écrit qu'il se réserve la révision in toto s'il n'était pas sûr de son affaire." Ich betonte, wir würden gewiß möglichstes tun, Resultat hinge aber nicht von uns allein, sondern auch von fünf anderen Mächten ab. Minister erwähnte, daß auch Rußland schriftlich Reserven eingebracht, jedoch nur bezüglich Cavallas. Ich bemerkte, daß wir durch unsere Haltung Rußland zwingen, auch etwas für Bulgarien zu tun, und Mitredner zeigte volles Verständnis für diese Wirkung unserer Politik. Offizielle schriftliche Ankündigung unserer Reserven bezüglich Vertrages in toto macht hier sehr guten Eindruck und es sprachen mir auch bereits davon mit Befriedigung Ministerpräsident und Dobrovič. Tarnowski.

a) Vgl. n. 8302.

Nr. 8297. Tel. aus Sofia, 8. Aug. 1913 Nr. 949 (eing. 9. Aug. 3 U. a. m.). Entziff.

Geheim. Euer Exzellenz Telegramm Nr. 445 vom 8. d. Mts., geheim, erhalten und Inhalt Minister des Äußern, der bei mir vorgesprochen, mit-

geteilt. Er hörte mit gespannter Aufmerksamkeit zu und sagte dann, vor allem wolle er betonen, daß bulgarische Regierung ihre Intentionen selbstredend nicht geändert und an dem Wunsche engsten Anschlusses an uns und Rumänien festhalte. Herr Ghenadieff begrüßte mit Befriedigung, daß Deutschland und Italien Gedanken nicht ablehnend gegenüber stehen. Er hoffe, daß Kabinette von Berlin und Rom nach näherer Durchberatung der Proposition sie endgiltig akzeptieren würden und Minister werde weitere Mitteilungen im Gegenstande von mir erwarten, wonach bulgarische Regierung jederzeit zum formellen Abschluß bereit. Standpunkt Deutschlands bezüglich Cavallas empfand Mitredner sehr hart. Es sei zwar ausgeschlossen,— meinte er — daß sich Kaiser Wilhelm bewegen lasse, sein Versprechen an Griechenland zurückzunehmen, für eine Aktion unserseits in Berlin gebe es aber doch Raum und Möglichkeit, nur zu erlangen, daß sich Deutschland bloß auf Abgabe Stimme für Griechenland beschränke, ohne zugunsten Griechenlands zu agitieren und seinen Einfluß gegen Bulgarien geltend zu machen. Was Rumänien anbelange, so seien dortige Dispositionen noch nicht sicher bekannt und müsse Antwort rumänischer Regierung auf unsere vertrauliche Mitteilung abgewartet werden. Nach bisheriger Haltung Rumäniens zu urteilen, scheine Stimmung dort weniger gut, als zu wünschen wäre. Rumänien hätte, nachdem es Krieg durch Einmarsch in Bulgarien aufgehalten und Frieden gesichert habe, sich für Bulgarien freundlicher zeigen und ihm zur Erlangung weniger harter Friedensbedingungen helfen können. Offenbar sei Rumänien von russischer Avance suggestioniert und unter Einfluß Russlands zumindest noch schwankend, ob es zu Serbien oder Bulgarien halten solle. Für Rumänien wäre Entente mit Bulgarien, sowohl politisch als wirtschaftlich, so unvergleichlich günstiger, daß Mitredner nicht zweifeln könne, man werde in Bukarest allmählich richtiges Verständnis dafür haben. In ökonomischer Hinsicht könnte Rumänien von Bulgarien die weitgehendsten Konzessionen erhalten. Wenn Rausch nach leichtem Erfolg vergangen, dürfte man in Bukarest vernünftigeren Urteiles fähig sein. Einige Zeit werde vielleicht dazu nötig sein. Bulgarische Regierung werde an Annäherung arbeiten, wir würden ja auch unserseits einwirken und Herr Ghenadieff möchte sich eventuell auch selbst nach Bukarest begeben, um mit dortigen Staatsmännern direkt in Kontakt zu treten. Sollte sich Verständigung mit Rumänien länger hinausziehen, könnte vielleicht Entente mit Monarchie schon früher formell erledigt und geschlossen werden, sagte zum Schlusse der Unterredung Herr Ghenadieff. Tarnowski.

Nr. 8298. Tel. aus Sofia, 8. Aug. 1913 Nr. 950 (eing. 9. Aug. 8 U. 30 M. a. m.). Entziff.

Minister des Äussern sprach mir von den Bulgarien in Bukarest aufgedrungenen, in den Friedensvertrag aufzunehmenden Grenzen und zeigte mir auf Karte deren Linie, wobei er sich, wie begreiflich, sehr entmutigt über so ungünstigen Ausgang aussprach. Minister sagte auch, dass man hier darüber konsterniert und nur auf Korrektur durch uns hoffe. Nur frage sich Herr Ghenadieff, wie wir eine solche gegen Widerstand respektive unaufrichtige Unterstützung anderer Mächte durchsetzen können würden.

Der alte Radoslawoff ist weniger pessimistisch und rechnet sicher, — wie er mir sagte — dass Österreich-Ungarn eine derartige Strangulierung Bulgariens nicht gestatten werde. Ich bitte Euer Exzellenz, zu gestatten, meiner Ansicht dahin Ausdruck zu geben, dass es nicht nur für Stellung gegenwärtigen Kabinetts und für unsere hiesige Politik äusserst erwünscht, sondern auch an und für sich materiell für Bulgarien von allergrösster Wichtigkeit wäre, dass es uns gelinge, im möglichst weiten Masse die Bukarester Friedensbestimmungen zu Gunsten Bulgariens zu ändern. Nachdem sich Politik Rumäniens in so eigentümlichem Lichte anlässlich Friedensschlusses gezeigt, scheint mir unser Interesse daran, dass Bulgarien der Lebens- und Entwicklungsfähigkeit nicht beraubt wird, wesentlichst gestiegen. Haltung Rumäniens war mir seit längerer Zeit nicht mehr klar, doch glaube ich, wir könnten darauf rechnen, dass sich Bukarester Kabinett bei Verfolgung seiner spezifisch rumänischen Interessen nicht bis zu solchem Grad von Richtlinie unserer Politik entfernen würde. Ich hoffe, dass sich meine Befürchtung als unbegründet erweisen wird und dass sich Rumänien von Serbien trennen und Bulgarien Hand zu dauernder Freundschaft reichen wird; wie aber Dinge heute aussehen (Euer Exzellenz Telegramme Nr. 441 und 442[a]) vom 7. und 8. d. M.), muss ich mich fragen, ob Bulgarien nicht vielleicht wesentlichster Faktor am Balkan, auf den und auf dessen Antagonismus gegen Serbien wir rechnen können. Unter allen Umständen notwendige Revision Friedensvertrages würde sich im letzteren Falle ganz besonders dringend und umso gründlicher empfehlen. Von den in Betracht kommenden Gebieten und zwar Cavalla, Ištib, Kočana, Radovište wäre vom Gesichtspunkte materieller Lebensfähigkeit Bulgariens Cavalla mit Hinterland das wichtigste. Sollten alle übrigen Gebiete nicht zu erlangen sein, so schiene zumindest erwünscht, einerseits Berücksichtigung strategischer Konsiderationen beim Ziehen der Grenzen und anderseits vom Standpunkt unserer Politik, dass wir Bulgarien irgend etwas verschaffen, was Russland notorisch für Serbien bestimmt. Tarnowski.

[a]) Vgl. n. 8271 Anm. b.

Nr. 8299. Amtsaufzeichnung, 8. Aug. 1913.[a]) Konz. (S. Szápáry; V. Berchtold).

Das russische Aide-mémoire[a]) und noch mehr das heute eingetroffene Petersburger Telegramm Nr. 272[b]) bestätigen vollauf den hier von Anfang an gehegten Verdacht, dass die russischerseits angeregte Konversation über Bulgarien nur den Zweck verfolgt, uns gegen Griechenland auszuspielen, den Serben aber womöglich alle ihre Eroberungen zu lassen. Beide pièces kulminiren in einer Erörterung über die Unzulässigkeit des Verbleibes von Kavalla bei Griechenland, während von Serbien nicht die Rede ist, beziehungsweise im letzten Telegramme einfach die Anerkennung der serbischen Grenzlinie befürwortet wird. Demgegenüber wäre dem russischen Kabinett folgender Gedankengang entgegenzuhalten: Das Wiener Kabinett nimmt mit Befriedigung Akt davon, daß die rußische Regierung mit den von der österreichisch-ungarischen Regierung ausgesprochenen Grundsätzen „qu'il est dans l'interêt général de créer dans les Balkans une situation aussi stable

que possible qui porterait en elle-même la garantie d'une longue période de paix" und daß Bulgarien „un trop grand amoindrissement ainsi qu'une humiliation" nicht erleiden dürfe, übereinstimmt. Die russische Regierung glaubt im Eingange ihres Aide-mémoire darauf verweisen zu sollen, daß eine Anrufung des serbisch-bulgarischen Vertrages von 1912 heute nicht mehr statthaft sei und daß nach den kriegerischen Ereignissen, welche alle gegenseitigen Verpflichtungen der Balkanstaaten zerrissen haben, es verwegen erscheinen müßte, nunmehr noch auf ethnographische Momente zurückgreifen zu wollen. Abgesehen davon, daß das Wiener Kabinett auf die Bestimmungen des Vertrages vom 1912 nur hingewiesen hatte, um damit den von Serbien selbst gegebenen Umfang des unzweifelhaft bulgarischen Territoriums zu charakterisiren, bedarf der Mangel an Logik der russischen Argumentation keiner weiteren Erörterung. Auf Grund welcher Quellen immer man zur Feststellung der ethnographischen Grenzen am Balkan gelange, jedenfalls involvirt der erste gemeinschaftliche Grundsatz der Schaffung einer halbwegs stabilen Ordnung, ebenso wie der zweite, insbesondere soweit dieser die Schonung des nationalen Selbstgefühls in Betracht zieht, daß eine den ethnographischen Momenten in keiner Weise Rechnung tragende geographische Abgrenzung am Balkan nicht vorgenommen werde. Weiterhin beschäftigt sich das russische Aide-mémoire mit den Modalitäten, welche die beiden Regierungen zur Durchsetzung ihrer Principien anzuwenden hätten. Diese hätten nunmehr, nach Abschluß der Bukarester Verhandlungen in einer entsprechend abgestuften, aber auch vor Zwangs-Mitteln nicht zurückschreckenden Aktion in Belgrad und Athen zu bestehen, durch welche diese beiden Regierungen veranlaßt würden, auf jene ihnen in Bukarest zugesprochenen Territorien zugunsten Bulgariens zu verzichten, welche die in Betracht kommenden Mächte als unbedingt Bulgarien zu überlassende ansehen. Wenn die rußische Regierung sich veranlaßt sieht, zwischen der Nachgiebigkeit Serbiens und der Halsstarrigkeit Griechenlands anläßlich der diesen Staaten schon früher ertheilten Ratschläge hinzuweisen, so bedauert das Wiener Kabinett hervorheben zu müssen, dass nach seiner Ansicht Serbien zwar viel weitergehende Ansprüche erhoben und durchgesetzt hat als Griechenland, da ersteres weder von Serben bewohnte, noch von Serbien jemals militärisch besetzte Gebiete reklamirt und in Bukarest erhalten hat, während Griechenland von dem von seiner Armee besetzten Territorien immerhin etwas abgetreten hat und zum Theile doch Konsiderationen ethnographischer Natur zu seinen Gunsten anzuführen in der Lage ist. In gleichem Grade masslos sind jedenfalls beide Staaten in strategischer Hinsicht vorgegangen, indem die serbische Erwerbung von Ištip, Kočana und Radovište, sowie das griechische Durchschneiden des Karasu-Thales anscheinend ausschließlich die Verhinderung einer Revanche Bulgariens zum Zwecke haben und eine solche von Seiten Bulgariens geradezu herausfordern. Was speziell die serbischen Stellungen im Gebiete der Bregalnitza anbelangt, bilden diese eine stete Bedrohung Sofias und muss deren Belassung bei Serbien vom Gesichtspunkte beider, den Ausgangspunkt der Konversation bildenden Principien als inadmissibel bezeichnet werden. Auch der Argumentation des rußischen Aide-mémoires

bezüglich der sogenannten „direkten" Kommunikation Serbiens mit Salonik bedauert das Wiener Kabinett nicht beipflichten zu können, da im Hinblick auf den Umstand, daß sich Salonik im griechischen Besitze befindet, diese Kommunikation auf keinen Fall eine direkte wäre und die Verkehrsmöglichkeiten auch nicht von politischen Grenzen sondern von handelspolitischen Abmachungen abhängig sind, denen sehr wohl ein dauernder Charakter gegeben werden kann. Solche Abmachungen bestehen heute zur Zufriedenheit Aller auf der in Rede stehenden Eisenbahnlinie, und die Monarchie genoss auf derselben in einer der zukünftigen Lage Serbiens für den Fall einer bulgarischen Ausdehnung über den Vardar ganz analogen Situation die vollste Verkehrssicherheit und Verkehrsmöglichkeit durch die „Convention à quatre", an welcher Serbien beteiligt ist, und welche den Verkehr der Linie Belgrad—Salonik auch weiterhin zu regeln bestimmt ist. Bezüglich Kavallas stimmt das Wiener Kabinett mit der russischen Auffassung vollkommen überein, muß aber bemerken, daß die Zuteilung dieses Hafens von der entsprechenden Abgrenzung des Hinterlandes begleitet sein müßte. Die im Aide-mémoire an letzter Stelle erwähnte Adrianopler Angelegenheit ist nunmehr durch die jüngsten Ereignisse wieder stark in den Vordergrund getreten. Österreich-Ungarn gibt sich der Hoffnung hin, daß die im Zuge befindliche internationale Aktion Erfolg haben werde, besteht aber unter allen Umständen auf Respektirung des Londoner Vertrages. Es ist nach wie vor bereit an allen ihm zweckentsprechend und den Erfolg verbürgenden Massnahmen theilzunehmen, welche alle oder einzelne Mächte zur Erzwingung dieser Respektirung ins Auge fassen sollten. Resümirend muss das Wiener Kabinett bemerken, daß es im Hinblick auf die obenangeführten Gründe genötigt ist, die für die bulgarisch-serbische beziehungsweise bulgarisch-griechische Grenze ins Auge gefasste Linie aufrechtzuerhalten, ebenso wie es selbstverständlich auf der Durchsetzung der bulgarisch-türkischen Grenze im Sinne des Londoner Vertrages bestehen muß.

[a]) Vgl. n. 8221. — [b]) n. 8270.

Tel. nach Athen, 9. Aug. 1913 Nr. 168 (chiffr. 11 U. p. m.). Siehe n. 8308.

Tel. nach Belgrad, 9. Aug. 1913 Nr. 241 (chiffr. 11 U. p. m.). Siehe n. 8308.

Nr. 8300. Bericht aus Belgrad, 9. Aug. 1913 Nr. 163 (eing. 11. Aug.). Ausfert.

Streng vertraulich. Die Frage der Revision der Bukarester Abmachungen wird hier mit grosser Leidenschaftlichkeit erörtert. Die heutige „Samouprawa" behauptet, dass nur die Monarchie allein für dieselbe ein Interesse zeige und will durch diese Behauptung Russland in Schutz nehmen, da die Nachricht, dass das Petersburger Cabinett mit uns sich für eine Revision ausgesprochen hätte, hier sehr schlechten Eindruck gemacht hat. Die hiesige russische Gesandtschaft sucht ihrerseits die aufgeregte öffentliche Meinung zu beruhigen und Herr von Hartwig soll erklärt haben, dass, wenn Russland eine Correctur des Bukarester Friedensvertrages wirklich verlangen sollte, so könne sich dieses Verlangen nur auf Kawalla beziehen. Auf diese Weise

soll das ganze Odium auf uns abgewälzt werden, falls auch gegen die serbisch-bulgarische Grenze eine Einsprache erhoben werden wird. Ich halte es für meine Pflicht, Euer Excellenz Aufmerksamkeit auf den Umstand zu lenken, dass durch das Verlangen einer Abänderung der in Bukarest festgesetzten Grenzen zu Ungunsten Serbiens hier eine geradezu leidenschaftliche Erregung hervorgerufen werden wird, die gewiss nicht weniger anhaltend sein dürfte, wie jene nach der Annexion Bosniens gewesen ist. Damals sah sich das Land im Gefühl seiner Schwäche und Ohnmacht gezwungen, seinen Zorn zu verbeissen und musste bedingungslos nachgeben; heute nach einem siegreichen Feldzug, aus dem es auch moralisch sehr gekräftigt hervorgeht, würde es sich — trotz der momentanen hochgradigen Erschöpfung seiner Armee — zur Nachgiebigkeit viel weniger geneigt zeigen. Wir müssten dann auf viele Jahre hinaus jede Hoffnung auf eine Besserung unserer Beziehungen aufgeben. Die Verstimmung würde gegen uns solche Dimensionen annehmen, dass die Folgen davon sich nicht nur in unseren politischen, sondern auch in den wirtschaftlichen Beziehungen äusserst fühlbar machen würden. Man muss aber eventuell auch damit rechnen, dass die Serben in ihrem Unwillen und in ihrer Gehässigkeit sich so weit vergessen werden, dass wir gezwungen werden könnten, sie mit Waffengewalt zur Vernunft zu bringen und so endlich mit ihnen klaren Tisch zu machen. Wollen wir aber die serbische Frage schon jetzt einer definitiven, wenn auch gewaltsamen Lösung entgegenführen, so ist der Zeitpunkt hiezu momentan allerdings ganz besonders geeignet und kann dies durch das Verlangen der Revision leicht erreicht werden. Wenn wir aber weiter die friedliche Entwirrung der südslawischen Frage und die Besserung der Beziehungen zu Serbien uns vor Augen halten, so würde — nach meiner ganz unmassgeblichen Ansicht — das Verlangen der Abänderung der serbisch-bulgarischen Grenze zu Ungunsten Serbiens, uns fast unüberwindliche Schwierigkeiten in den Weg legen. Dabei ist es fast belanglos, ob wir nur einen kleinen Streifen oder ein grosses Territorium vom eroberten Gebiet zu Gunsten Bulgariens abtrennen wollen. Der Unwille würde in beiden Fällen, sobald es sich nicht mehr lediglich um Grenzregulirungen handelt, mit derselben elementaren Gewalt ausbrechen. Andererseits dürfte wohl der Besitz Kawallas für die zukünftige Machtstellung Bulgariens ausschlaggebend sein, was von einem macedonischen Gebietsstreifen, der eventuell in Betracht kommen könnte, kaum gesagt werden kann. Bulgarien wird sich mit oder ohne Revision des Friedensvertrages mit den Gebietsverlusten in Macedonien doch nicht abfinden wollen. Nach einigen Jahren, sobald es sich militärisch erholt und gekräftigt haben wird, wird die macedonische Frage bestimmt wieder aufgeworfen werden. Bis dahin können wir aber mit Serbien nur dann ein gutes Einvernehmen pflegen, wenn wir — nachdem wir ihm schon den Adriahafen weggenommen und nicht zugelassen haben, dass es in Albanien festen Fuss fasse — diesmal nicht wieder an dasselbe herantreten und verlangen, dass es auf ein Gebiet, das es durch die Waffen erobert hat, Verzicht leiste. Wird die macedonische Frage nach einigen Jahren wieder aufgerollt werden, dann können wir uns entscheiden, auf welche Seite wir uns stellen wollen. Beide Staaten hätten in der Zwischenzeit ein Interesse, sich unser Wohlwollen zu sichern. Meiner

unmassgeblichen Ansicht nach sollte demnach jetzt jeder neuere Conflict mit Serbien vermieden werden und nur ein zu prononcirtes, einseitiges Auftreten Russlands zu Gunsten Bulgariens sollte uns veranlassen, die Revision auch unsererseits mit Nachdruck zu verlangen, damit das Petersburger Cabinett nicht in die Lage versetzt werde, sich den Anschein zu geben, dass es für bulgarische Interessen lebhafter eintrete wie wir. Wir dürfen aber wohl nicht ausser Acht lassen, dass Serbien nach diesem Kriege, aus dem es mit doppelt so grossem Gebiete hervorgeht, auch in seiner auswärtigen Politik neue Orientierung suchen dürfte. Ich glaube allerdings kaum, dass es sich leicht der selbst angelegten russischen Fesseln entledigen wird, — besonders dürfte dies kaum der Fall sein, solange Herr Pašić hier das grosse Wort zu sprechen hat — und so nehme ich auch die Symptome, die momentan für eine wirkliche Annäherung zur Monarchie sprechen würden, nicht zu ernst. Aber ich glaube dennoch, dass man nicht von vorneherein durch ein sehr schroffes Auftreten in der Revisionsfrage jede Annäherungstendenz — wenn sie auch derzeit noch sehr schwach auftritt — im Keime ersticken sollte. Alle Bedenken, die ich gegen eine Correctur der Friedensabmachungen einzuwenden mir erlaubt habe, beziehen sich selbstverständlich nur auf die serbisch-bulgarische Grenze und tangiren keineswegs die Kawallafrage, deren Beurteilung ausserhalb meiner Competenz liegt. Ugron.

Nr. 8301. Tel. nach Bukarest, 9. Aug. 1913 Nr. 401 (chiffr. 11 U. p. m.).[a] Konz. (S. Matscheko; G. Macchio).

Euer Durchlaucht Telegramm Nr. 298 vom 8. l. M. erhalten. Ich bin geneigt, den von Euer Durchlaucht geltend gemachten Bedenken insoferne Rechnung zu tragen, als ich vorläufig davon absehen will, in Bukarest von dem Wunsche Bulgariens nach einem vertragsmäßigen Verhältnis zur Monarchie Mitteilung zu machen und König Carol nur davon informieren möchte, daß Bulgarien in ein näheres Verhältnis zu Rumänien zu treten wünscht. Dementsprechend hätte mein Telegramm Nr. 398 vom 6. l. M. folgendermaßen abgeändert zu werden: Schluß des 8. Alineas:[b] „dauernd festgelegten Anschlusse an Rumänien bestünde." 9. Alinea[c] hätte zu lauten: „Da ein rumänisch-bulgarischer Akkord die Grundlage für eine Annäherung Bulgariens an die Monarchie und die Dreibundgruppe bilden würde, habe ich die bulgarische Regierung in dieser Absicht bestärkt." — Ich bin weiters damit einverstanden, daß Euer Durchlaucht sich — unter Berücksichtigung obiger Modifikationen — im Sinne meines Telegrammes Nr. 398 zu König Carol, statt zu Herrn Majoresco aussprechen. Hiebei wollen Euer Durchlaucht besonders betonen, daß ich auf strengste Geheimhaltung unserer Mitteilungen den größten Wert legen muß. Berchtold.

[a] Vgl. n. 8271, 8329, 8339. — [b] Vgl. n. 8240 Anm. b. — [c] n. 8240 von „Da sich solche Verhandlungen" bis „mit Rumänien zustande käme."

Nr. 8302. Tel. nach Bukarest, 9. Aug. 1913 Nr. 403 (chiffr. 10 U. 50 M. p. m.).[a] Konz. (S. Matscheko; G. Macchio).

Wie mir Graf Tarnowski unterm gestrigen telegraphiert, hat sich Herr Ghenadieff ihm gegenüber über unseren in Bukarest gemachten Vorbehalt

folgendermaßen ausgesprochen: ... *wie n. 8296 von „Le cabinet de Vienne" bis „sûr de son affaire"*. ... Ich lege Wert darauf, den Wortlaut der von Euer Durchlaucht im Sinne meines Telegrammes Nr. 388 vom 2. d. M. Herrn Majoresco gemachten Mitteilung kennen zu lernen, sowie, wenn möglich, zu erfahren, wie die analoge russische Erklärung gelautet hat und in welcher Weise beide von Herrn Majoresco enuntiert wurden. Ersuche um telegrafischen Bericht. Berchtold.

[a]) Vgl. n. 8319.

Nr. 8303. Tel. aus Bukarest, 9. Aug. 1913 Nr. 302 (eing. 1 U. p. m.). Entziff.

Minister des Äussern teilt mir mit, dass es ihm gelungen, in gestriger Sitzung die ganze Entschädigungsfrage, auf der griechische Delegierte entschieden bestanden, aus der Welt zu schaffen, so dass dieselbe ganz fallen gelassen wurde. Bis heute Mittag soll die Frage des Grundeigentumsrechtes von Schulen und Kirchen geregelt werden, sollte man aber zu einer Einigung nicht gelangen, so dürfte dieselbe ebenso wie die Kirchen- und Schulen-Autonomiefrage aus den hiesigen Verhandlungen ausgeschaltet werden. Minister besteht darauf, dass morgen, Sonntag, Friedensprotokoll Vormittag unbedingt unterfertigt wird. Heute soll auch Militärkommission zum Abschluss gelangen, welche dahin übereinkommen dürfte, dass Demobilisierung sogleich nach Unterzeichnung Protokolles beginnen soll; die Evakuierung nach vierzehn Tagen, in welcher Frist Ratifizierung zu erfolgen habe. Für letztere wird wegen der Choleragefahr ein Zeitraum von acht Wochen gefordert. K. E. Fürstenberg.

Nr. 8304. Tel. aus Bukarest, 9. Aug. 1913 Nr. 304 (eing. 2 U. p. m.).[a]) Entziff.

Wie ich vernehme, haben mehrere Regierungen der hiesigen Regierung zum glücklichen Abschluss der Friedenskonferenz offiziellen Glückwunsch ausgesprochen. Ich erlaube mir ergebenst anzuregen, ob Euer Exzellenz mich nicht mit gleichem Auftrag betrauen könnten. K. E. Fürstenberg.

[a]) Vgl. n. 8318.

Nr. 8305. Tel. aus Bukarest, 9. Aug. 1913 Nr. 305 (eing. 4 U. 50 M. p. m.). Entziff.

Im Gegensatze zu hier umlaufenden Gerüchten, dass Rumänien in der Pindusfrage sich jetzt mit Griechenland geeinigt hätte, versichert mir Herr Majoresco ausdrücklich, dass über Pindus-Walachen mit griechischen Delegierten kein Wort gewechselt wurde. K. E. Fürstenberg.

Tel. nach Cetinje, 9. Aug. 1913 Nr. 200 (chiffr. 11 U. p. m.). Siehe n. 8308.

Tel. nach Konstantinopel, 9. Aug. 1913 Nr. 379 (chiffr. 11 U. p. m.). Siehe n. 8308.

Nr. 8306. Tel. aus Konstantinopel, 9. Aug. 1913 Nr. 404 (eing. 8 U. 15 M. p. m.).[a]) Entziff.

Französischer Botschafter, der gestern wieder hieher zurückgekehrt ist, hat heute früh mit dem Grossvezir gesprochen. Letzterer sagte, er werde

nächsten Montag den Botschaftern eine mündliche Antwort auf identischen Schritt erteilen. Hiebei werde er ganz dieselbe Vorgangsweise befolgen, wie die Botschafter bei der Vornahme des gemeinsamen Schrittes; er wird nämlich den Vertretern der Grossmächte einzeln die Antwort vorlesen und nur [mir] als Doyen eine Kopie des Textes überlassen. Grossvezir machte Herrn Bompard gegenüber kein Hehl daraus, dass die Antwort negativ sein werde. Er sagte ihm nämlich, Europa verlange von der Pforte etwas, was sie selbst nicht im Stande wäre zu tun, da die Armee, wenn man sie nicht mit Gewalt dazu zwinge, Adrianopel nicht verlassen würde. Pallavicini.

a) Vgl. n. 8243, 8261, 8331.

Nr. 8307. Tel. aus Konstantinopel-Jeniköj, 9. Aug. 1913 Nr. 406 (eing. 10. Aug. 3 U. a. m.).a) Entziff.

Intervention wegen Adrianopel. In Befolgung Euer Exzellenz Telegrammes Nr. 377 vom 8. d. M. habe ich mit meinen Kollegen Rücksprache gepflogen. Herr von Giers zeigte mir ein Telegramm seiner Regierung, laut welchem deutscher Botschafter in Petersburg dort mitgeteilt habe, Fürst Lichnowsky werde in der nächsten Botschafterréunion in London Antrag stellen, einen neuerlichen energischen Kollektivschritt in Konstantinopel zu unternehmen, gleichzeitig aber die Euer Exzellenz aus meinem Telegramme Nr. 390 vom 29. vorigen Monats bekannten Anträge in konkreter Form der Pforte mitzuteilen. Herr Sazonow hat Grafen Benckendorff beauftragt, diesen Antrag zu unterstützen. Mein russischer Kollege glaubt also, dass dies die zweite Etappe der Intervention bei der Pforte bilden werde. Russischer Botschafter ist ferner der Meinung, dass, falls auch dieser Schritt erfolglos bleiben sollte, eine Flottendemonstration und zwar von russischer Seite im Schwarzen Meer, von den anderen im Ägäischen Meer oder Mittelmeer mit gleichzeitiger Androhung eventueller Truppenlandung ins Auge gefasst werden sollte. Baron Wangenheim weiss von dem oberwähnten deutschen Vorschlag nichts; er glaubt sogar, dass derselbe bereits überholt sein dürfte, da seinen letzten Informationen nach deutsche Regierung nicht gewillt ist, in der Sache noch weiter etwas zu tun. Die Vertreter Italiens, Frankreichs und Englands wollten sich nicht darüber aussprechen, was ihrer Meinung nach im Falle eines Refus der Pforte zu tun wäre. Pallavicini.

a) Vgl. n. 8269, 8292.

Nr. 8308. Tel. nach London Nr. 676 (1), Paris Nr. 401 (2), St. Petersburg Nr. 457 (3), Konstantinopel Nr. 379 (4), Sofia Nr. 449 (5), Belgrad Nr. 241 (6), Athen Nr. 168 (7) und Cetinje Nr. 200 (8), 9. Aug. 1913 (chiffr. 11 U. p. m.). Konz. (S. Hohenlohe; V. u. G. Macchio).

An alle. Obzwar ich betreffs der Frage der Überprüfung des Bukarester Friedensvertrages noch nicht endgiltig schlüssig geworden bin, teile ich Euer etc. in Anbetracht der diesbezüglich auch in der Presse kursierenden Gerüchte zur eventuellen Regelung Ihrer Sprache mit, daß ich Prinzen Fürstenberg am 2. d. M. beauftragt hatte, den Herrn rumänischen Minister-

präsidenten zu ermächtigen, bei der Friedenskonferenz in unserem Namen zu erklären, . . . *wie n. 8177 sub 1. von „dass wir uns" bis „vorbehalten hätten"*. . . .

Nr. 8309. Tel. aus London, 9. Aug. 1913 Nr. 604 (eing. 5 U. 50 M. p. m.).[a] Entziff.

In Ergänzung meiner gestrigen Telegramme Nr. 598 und 599, betreffend Réunion. Sir E. Grey hat gestern abends nach Petersburg und Paris telegraphiert, um dortige Regierungen aufzufordern, gestriger Resolution der Réunion zuzustimmen. Ich bitte um Weisung noch vor montägiger Réunion, ob ich Greysche Redaktion des Punktes sechs unseres Vorschlages über Kutzowalachen annehmen darf? Mensdorff.

[a]) Vgl. n. 8332.

Nr. 8310. Tel. aus London, 9. Aug. 1913 Nr. 605 (eing. 9 U. 20 M. p. m.). Entziff.

Erhalten Euer Exzellenz Telegramm Nr. 673 von heute betreffs der in Belgrad zu machenden Mitteilungen. Sir E. Grey bis Montag auf dem Lande. Werde ihn Montag vor der Réunion aufsuchen und ihm nahelegen, dass er, wenn möglich, in der Réunion die Notwendigkeit betone, dass unsere Réunionsbeschlüsse betreffs Minoritätenschutz sowie accès commercial und Evakuation ehetunlichst in Belgrad ausgeführt werden. Mensdorff.

Tel. nach Paris, 9. Aug. 1913 Nr. 401 (chiffr. 11 U. p. m.). Siehe n. 8308.

Nr. 8311. Tel. aus Paris, 9. Aug. 1913 Nr. 157 (eing. 10 U. p. m.).[a] Entziff.

Die Nachricht, dass Österreich-Ungarn und Russland Revision des Bukarester Friedensvertrages verlangen, hat hier in der Öffentlichkeit arge Mißstimmung hervorgerufen. Heutiger Temps bringt vehementen antirussischen Leitartikel. Zeitungen bezeichnen allgemein Versuch einer Revision als aussichtslos, da Grossmächte sich darüber nie einig werden und selbst wenn solche Einigung erzielt würde, Coercitivmassregeln ausgeschlossen seien. Herr Pichon wiederholte mir, dass er entschieden gegen jede Einmengung der Mächte sei. Sollte Europa mit der Frage doch befasst werden, so werde er aus Solidaritätsgefühl sich nicht weigern, an Besprechung teilzunehmen. Er könne mir aber schon jetzt sagen, dass er mit aller Entschiedenheit für unveränderte Anerkennung der Bukarester Beschlüsse eintreten werde und Grund habe zu glauben, dass jedenfalls Grossmächte seine diesbezüglichen Ansichten teilen. Die französische Regierung müsse mit der sehr entschieden auftretenden öffentlichen Meinung rechnen, dieselbe frage nicht viel, ob der Vertrag gut oder schlecht sei, sie wolle nur endlich Abschluss der Krise. Szécsen.

[a]) Oe. U. Balkan 400 Nr. 798. Vgl. n. 8370.

Nr. 8312. Tel. aus Rom, 9. Aug. 1913 Nr. 519 (eing. 10. Aug. 4 U. a. m.). Entziff.

Französisch-italienische Differenz in der Inselfrage steht vorläufig auf dem gleichen Punkte. In gestriger Réunion eingebrachter Vorschlag Herrn

Cambons[a]) ist mit dem in meinem Telegramme Nr. 513 vom 7. d. M. skizzierten identisch. Marquis Imperiali hat denselben nur deshalb nicht sofort abgelehnt, weil ihm betreffende Instruktion nicht rechtzeitig zugekommen war. Falls Frankreich auch am Montag darauf beharrt, daß Italien sich zu verpflichten hätte, sich der seinerzeitigen Entscheidung der Mächte nicht zu widersetzen, also mit anderen Worten, sich selbst von dieser Entscheidung auszuschalten, wird Marquis Imperiali dies nicht akzeptieren und an seinen bisherigen Instruktionen festhalten. Mérey.

[a]) Vgl. n. 8288.

Tel. nach St. Petersburg, 9. Aug. 1913 Nr. 457 (chiffr. 11 U. p. m.). Siehe n. 8308.

Tel. nach Sofia, 9. Aug. 1913 Nr. 449 (chiffr. 11 U. p. m.). Siehe n. 8308.

Nr. 8313. Tel. aus Sofia, 9. Aug. 1913 Nr. 951 (eing. 7 U. 35 M. p. m.). Entziff.

Minister des Äussern sagte mir, Bulgarien möchte sofort demobilisieren, habe aber mit Türken zu rechnen. Russische Regierung rate von Demobilisierung ab, um Türken nicht zu ermutigen. Herr Ghenadieff wisse nicht, ob russischer Rat gut oder schlecht, bulgarische Soldaten können aber nicht weiter unter Fahnen gehalten werden und Rücksichten innerer Ruhe machen sofortige Demobilisierung unvermeidlich. Es könnten bloss zwei Jahrgänge oder etwas darüber zum Schutze der Grenze gegen Türken zurückbehalten, alles übrige müsse entlassen werden. Seine alte Grenze zu schützen sei noch Bulgarien im Stande, die Türken aus Thracien hinausjagen könne es gegenwärtig nicht. Europa habe Entfernung der Türken zugesagt und Bulgarien müsse sich darauf verlassen. Minister des Äussern wolle Kabinette Absicht bulgarischer Regierung sofortiger Demobilisierung bekanntgeben und um Garantie gegen Angriff Türkei bitten. Ghenadieff ersuchte mich, Euer Exzellenz Vorstehendes mit Bitte zu melden, dass wir uns für Gewährung solcher Garantie Europas verwenden. Tarnowski.

Nr. 8314. Tel. aus Sofia, 9. Aug. 1913 Nr. 952 (eing. 6 U. 10 M. p. m.). Entziff.

Minister des Äussern sprach mit mir über serbisch-bulgarische Grenze und meint, von entscheidender Wichtigkeit wäre, dass Bulgarien an irgendeinem Punkte bis an Vardar reiche. Das würde genügen, um Erhaltung Nationalbewusstseins bei Bulgaren jenseits des Vardar zu sichern und Serbisierung unmöglich zu machen. Ghenadiew ersuchte, Euer Exzellenz Vorstehendes zu melden. Tarnowski.

Nr. 8315. Tel. aus Sofia, 9. Aug. 1913 Nr. 953 (eing. 10. Aug. 4 U. a. m.). Entziff.

Minister des Äussern erzählte mir vertraulich, König Ferdinand habe ein direkt an ihn adressiertes Telegramm Herrn Salabacheffs über Gespräch mit Herrn von Tschirschky erhalten. Deutscher Botschafter hätte ungefähr

gesagt, Bulgarien könne, solange es Schaukelpolitik treibe und Regierungen habe, wie die Herrn Geschoffs und Herrn Danews, auf Unterstützung Deutschlands nicht rechnen. Würde aber Bulgarien mit Österreich-Ungarn Bündnis schließen, so wäre ihm Unterstützung Deutschlands und überhaupt Dreibundes gesichert, da es Österreich-Ungarn sei, das für Dreibund Politik am Balkan mache. Herr Ghenadiew war über dieses Telegramm, das auf König Ferdinand starken Eindruck gemacht, sehr erfreut. König hätte diese Depesche Ministerpräsidenten und Minister des Äussern gezeigt und um ihre Meinung gefragt. Die Minister hätten erklärt, dass Bündnis mit Österreich-Ungarn Ziel ihrer Politik und König habe sich damit vorbehaltlos einverstanden erklärt. Herr Ghenadiew hofft, dass deutscher Botschafter Herrn Salabacheff nicht in Details eingeweiht und bittet um weitere Reserve bulgarischem Gesandten gegenüber (mein Telegramm Nr. 840 vom 23. v. M.). König Ferdinand weiss auch davon, dass bulgarische Regierung uns bereits konkreten Allianzvorschlag gemacht, noch nichts und Herr Ghenadiew ersuchte mich, mit König und Dobrovič davon noch nicht zu sprechen, da er an Seine Majestät mit fertiger Sache heranzutreten wünsche. Tarnowski.

Nr. 8316. Tel. aus Sofia, 9. Aug. 1913 Nr. 954 (eing. 10. Aug. 8 U. a. m.). Entziff.

Minister des Äussern kam gesprächsweise auf Haltung Rumäniens zu reden und meinte, es sei günstiges Zeichen, dass rumänische Regierung Wunsch ausgesprochen, diplomatische Beziehungen mit Bulgarien sofort anzuknüpfen. Um diesem Wunsche zu entsprechen, werde bulgarische Regierung den Delegierten Herrn Radeff in Bukarest belassen, der bis zur definitiven Wiederbesetzung Gesandtenpostens Bulgarien dort vertreten wird. Als weniger günstiges Symptom für dermalige Ziele rumänischer Politik erwähnte Herr Ghenadiew, König Karl habe einem der bulgarischen Delegierten Befriedigung darüber ausgesprochen, dass Bulgarien zugleich mit Österreich-Ungarn und Russland gut zu stehen trachte. Seine Majestät habe bemerkt, er würde sich bemühen, die Verstimmung zwischen König Ferdinand und Kaiser von Russland zu beheben und Annäherung zwischen diesen beiden Monarchen herbeizuführen. Tarnowski.

Nr. 8317. Tel. aus Athen, 10. Aug. 1913 Nr. 630 (eing. 11. Aug. 2 U. a. m.). Entziff.

Wie ich streng vertraulich indirekt erfahre, strebt griechische Regierung eine Verquickung der südalbanesischen Grenzfrage mit jener der Inseln an und möchte deren Regelung hinausgeschoben sehen. Braun.

Nr. 8318. Tel. nach Bukarest, 10. Aug. 1913 Nr. 405 (chiffr. 11 U. p. m.).[a] Konz. (S. Berger; V. u. G. Macchio).

Zu Euer Durchlaucht Telegramm Nr. 403 von gestern. Ich habe nur die Unterzeichnung des Friedensinstrumentes abgewartet, um Euer Durchlaucht zu ermächtigen, dem dortigen Kabinette die Glückwünsche der k. u. k. Regierung zum glücklichen Abschluß der Konferenz auszusprechen.

Ich ersuche daher, Euer Durchlaucht, sich nunmehr zu Herrn Majoresco zu begeben und sich bei ihm, wie folgt, vernehmen zu lassen: „Das Geschick und die politische Klugheit, welche das Bukarester Kabinet bei den soeben beendeten Pourparlers an den Tag gelegt hat, hätte die k. u. k. Regierung, die von allem Anfang an in Bukarest den geeignetsten Verhandlungsort erblickt hätte, mit besonderer Genugtuung erfüllt. Ich möchte daher Herrn Majoresco, dem hervorragenden Leiter dieser Verhandlungen, die wärmsten Glückwünsche der k. u. k. Regierung zur raschen Herbeiführung dieses vorläufigen Ausgleiches zwischen den Kriegführenden übermitteln. Rumänien hätte damit in dankenswerter Weise dem von ganz Europa gehegten Wunsche nach Beendigung des blutigen Ringens am Balkan entsprochen." Berchtold.

[a]) Vgl. n. 8349.

Nr. 8319. Tel. aus Bukarest, 10. Aug. 1913 Nr. 307 (eing. 4 U. 30 M. p. m.). Entziff.

Antwort auf Telegramm Nr. 403 von heute, österreichisch-ungarische und russische Deklaration betreffend. Vorbehalt des Überprüfungsrechtes des Wiener Kabinettes in toto, habe ich in Ausführung Euer Exzellenz Telegrammes Nr. 356 vom 23. v. Mts. sogleich hiesiger Regierung bekanntgegeben. Den im hohen Telegramme Nr. 388 vom 2. d. Mts. enthaltenen Text habe ich Herrn Majoresco wortgetreu schriftlich übermittelt, welchen er auf die in meinem Telegramme Nr. 308 von heute angegebene Art integral bei Konferenzsitzung vorlas. Russischen Text werde ich nach Erhalt mitteilen. Ausspruch Herrn Ghenadieffs ist mir gänzlich unverständlich und durch nichts begründet. K. E. Fürstenberg.

Nr. 8320. Tel. aus Bukarest, 10. Aug. 1913 Nr. 308 (eing. 5 U. 45 M. p. m.).[a]) Entziff.

Friedensprotokoll wird heute 10 Uhr unterzeichnet, worauf feierliches Tedeum; abends Hofdiner für sämtliche Delegierte; morgen Ausflug nach Sinaia, Dienstag Abreise Delegierter. Inhalt Protokolles: Die ersten fünf Paragraphen enthalten Bestimmungen über die künftigen Grenzen. Paragraph 6 bestimmt, dass Demobilisierung Montag 11. d. Mts. beginnt und hat bulgarische Armee anzufangen. Paragraph 7. Evakuation erfolgt nach Durchführung bulgarischer Demobilisierung innerhalb 15 Tagen. Paragraphen 8 und 9 handeln von Requisition und Gefangenen-Austausch. Paragraph 10 Ratifikation innerhalb 15 Tagen nach Unterfertigung. Die folgenden Deklarationen wurden nicht in ein Annex zum Protokoll, wie ursprünglich beabsichtigt, sondern nur in das Sitzungsprotokoll aufgenommen. I.) Bulgarische Deklaration hebt hervor, dass ein gerechter Friede nur auf Grund des Nationalitätenprinzipes zu schliessen ist, Bulgarien sich jedoch den Friedenswünschen der Grossmächte und der faktischen Lage unterwirft. Sie schliesst mit den Worten: „Les délégués bulgares expriment l'espoir que la Bulgarie trouvera auprès des Grandes Puissances un appui propice à améliorer sa situation conformément aux sacrifices faits par elle et aux nécessités de son développement économique et national.") II.) De-

klaration der Alliierten hebt hervor, dass der Friede gerecht und endet: „Elles sont convaincues que les paroles qui viennent d'être prononcées ne sauraient infirmer en rien la valeur juridique du traité". III.) Rumänische Deklaration. „Monsieur Maioresco estime qu'il croit être l'interprète de l'opinion unanime des membres de la conférence en disant que, quelles que soient les déclarations et les réserves qui ont pu être faites, le traité de paix de Bucarest conservera entièrement sa force et sa valeur juridique." Bulgarische Delegierte hatten bereits vorgestern nach Vorlesung österreichisch-ungarischer und russischer Deklaration betreffs Überprüfungsrechtes in das Sitzungsprotokoll aufnehmen lassen, dass Bulgarien nur auf Grund der obigen, ihrer Regierung zugekommenen Mitteilung der betreffenden Regierungen auf ihre weiteren Prätensionen verzichtet hat. Der in Aussicht genommene Appell sämtlicher Teilnehmer an die Grossmächte betreffs der Zurückziehung der Türkei auf Linie Londoner Protokolles fiel weg, nachdem Herrn Majoresco Bedenken aufgestiegen waren, ob eine derartige Ennunziation nicht eine Überschreitung der Kompetenzsphäre der Konferenz darstellen würde und die Alliierten überhaupt wenig Geneigtheit zeigten, einen nur im Interesse Bulgariens gelegenen Schritt zu unternehmen. K. E. Fürstenberg.

[a]) Oe. U. Balkan 400 Nr. 800. Vgl. n. 8319, 8338.

Nr. 8321. Tel. des Generalkonsuls Rudolf Weinzetl aus Cetinje, 10. Aug. 1913 Nr. 253 (eing. 6 U. p. m.).[a]) Entziff.

Bezug auf Telegramm Nr. 195 vom 31. v. M., Minoritätenschutz. Demarche bisher nicht unternommen, da italienischer und französischer Vertreter noch ohne Instruktion. Weinzetl.

[a]) Vgl. n. 8447 Anm. b.

Nr. 8322. Tel. nach London Nr. 679 (1) und Rom Nr. 919 (2), 10. Aug. 1913 (chiffr. 11 U. p. m.). Konz. (S. Rappaport; G. Macchio).

1. Erhalten Euer Exzellenz Telegramm Nr. 601 vom 8. d. M. Ich erhebe keinen Einwand dagegen, das Schicksal der Insel Thasos von jenem Kavallas abhängig zu machen.

2. Graf Mensdorff telegraphiert unterm 8. d. M., wie folgt: (Inseratur Tel. Nr. 601 aus London in extenso). Ich antworte Grafen Mensdorff wie folgt: (Inseratur sub 1. von „Ich erhebe" bis zum Schluß). Vorstehendes zur Mittheilung an Marquis di San Giuliano. Berchtold.

Tel. nach Rom, 10. Aug. 1913 Nr. 919 (chiffr. 11 U. p. m.). Siehe n. 8322.

Nr. 8323. Tel. aus Athen, 11. Aug. 1913 Nr. 632 (eing. 6 U. p. m.).[a]) Entziff.

Im Schoße der epirotischen Vereine Griechenlands bereitet sich eine Bewegung vor zwecks Teilnahme an den Kämpfen, welche eventuell entbrennen werden, falls die Epirusfrage gegen die Wünsche der Epiroten entschieden werden sollte. Braun.

[a]) Vgl. n. 8403 Anm. b, 8409.

Nr. 8324. Tel. nach Berlin, 11. Aug. 1913 Nr. 572 (chiffr. 12. Aug. 12 U. 20 M. a. m.).[a] Konz. (S. Szápáry; G. Berchtold).

Der weitaus größte Teil der deutschen Presse, darunter als offiziös bekannte Organe, kommentieren den von Österreich-Ungarn ausgesprochenen Vorbehalt der Überprüfung des Bukarester Friedens in ablehnender, zum Theile sogar abfälliger Weise. Wir vermöchten nicht anzunehmen, daß diese Kritiken unserer Politik auf ein der Presse ertheiltes mot d'ordre zurückzuführen seien und sind geneigt, dieselben auf die völlige Unkenntnis zurückzuführen, in welcher sich die deutsche Öffentlichkeit in Betreff unserer vitalen Interessen in dieser Österreich-Ungarn in erster Reihe berührenden Frage befindet. Da diese Sprache der deutschen Blätter die Wirkung haben muß, die Gegner Österreich-Ungarns zu ermutigen und zum Widerstand gegen seine Forderungen aufzureizen, ein Widerstand, welcher für die Monarchie und für Europa sehr ernste Folgen nach sich ziehen könnte, glauben wir, daß es auch im deutschen Interesse gelegen wäre, wenn das Auswärtige Amt dem Erscheinen solcher Kommentare tunlichst vorbeugen würde. Wir sind zwar bestrebt, der durch diese Stellungnahme der deutschen Presse bei uns hervorgerufenen öffentlichen Mißstimmung tunlichst entgegenzuwirken, fürchten aber, daß im Falle andauernder feindseliger Ausfälle diese Bemühungen erfolglos bleiben könnten. Euer Exzellenz wollen sich dem Herrn Staatssekretär gegenüber genau im obigen Sinne mit allem Nachdrucke aussprechen. Berchtold.

[a] Vgl. n. 8345, 8346, 8347.

Nr. 8325. Tel. aus Berlin, 11. Aug. 1913 Nr. 371 (eing. 4 U. 15 M. p. m.).[a] Entziff.

Vertraulich. Mit Bezug auf von den Zeitungen veröffentlichten Depeschenwechsel zwischen Kaiser Wilhelm und König Karl sagte mir gestern Unterstaatssekretär (Reichskanzler und Staatssekretär sind noch immer von Berlin abwesend), dass die Worte im Telegramme des Königs von Rumänien: „Dank Dir ist der Abschluss des Friedens gesichert" und die darauf bezugnehmende Phrase im Antwortstelegramm Kaiser Wilhelms: „Es ist mir eine grosse Genugtuung, dass ich zu dem jetzt Erreichten habe beitragen können", sich auf ein Telegramm Kaiser Wilhelms an den König von Griechenland beziehen, welches zur Folge hatte, dass Griechenland auf einen Teil des Hinterlandes von Cavalla verzichtete. Herr Zimmermann versichert mir, von diesem Telegramm erst nachträglich Kenntnis erhalten zu haben. Dass Kaiser Wilhelm auch an König Ferdinand eine Depesche gerichtet und ihm ebenfalls zur Nachgiebigkeit geraten hätte, ist dem Unterstaatssekretär, wie er mir versicherte, nicht bekannt. Im weiteren Verlaufe unserer Unterredung sprach Herr Zimmermann seine Hoffnung aus, Euer Exzellenz würden auf die Revision abgeschlossenen Friedens nicht bestehen. Den Nachrichten, die ihm aus Bukarest zukämen, entnehme er, dass König Karl es als ihn persönlich tangierend betrachten würde, wenn auf einer Revision bestanden würde. Deutscher Gesandter in Bukarest meldet, dass der König und die rumänische Regierung sehr unangenehm

impressioniert seien über die diesbezügliche Haltung Österreich-Ungarns. „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" schreibt in ihrer letzten Wochenrundschau, dass Rumäniens Bemühungen, den Frieden herbeizuführen, deutscherseits von Anfang an mit Zustimmung begleitet worden seien und dass Deutschland sich des glücklich vollendeten Werkes freue, das der klugen und energischen Staatsskunst des Königs von Rumänien und seiner Ratgeber vor ganz Europa Ruhm und Anerkennung einbringen werde. Szögyény.

a) Vgl. n. 8280, 8391, 8682.

Nr. 8326. Tel. aus Bukarest, 11. Aug. 1913 Nr. 311 (eing. 3 U. 30 M. p. m.).a) Entziff.

Herr Majoresco gab mir Einblick in eine Depesche Herrn Sazonows, in welcher derselbe dem Ministerpräsidenten seine persönliche Gratulation zur glücklichen Beendigung der hiesigen „Pourparlers" ausspricht. Herr Majoresco war über die bestimmt beabsichtigte Wahl obigen Ausdruckes sichtlich sehr verstimmt und bemerkte, er habe dem russischen Minister des Äussern für seine „zum Abschluss des Friedens" ausgedrückten Wünsche gedankt. K. E. Fürstenberg.

a) Vgl. n. 8328.

Nr. 8327. Tel. aus Bukarest, 11. Aug. 1913 Nr. 312 (eing. 9 U. p. m.).a) Entziff.

Ich sprach heute Ministerpräsidenten den Dank Euer Exzellenz für Uebermittlung des Gespräches Seiner Majestät des Königs mit Spalajković aus und entwickelte ihm in großen Zügen die Gedanken Euer Exzellenz Telegrammes Nr. 398 vom 6. d. M. über künftiges Verhältnis zu Serbien und Bulgarien, ohne auf Einzelheiten einzugehen. Ich setzte auseinander, daß eine eingreifende Besserung des Verhältnisses der Monarchie zu Serbien in Zukunft nicht zu erwarten sei, dagegen eine Kursänderung in Bulgarien eingetreten wäre, deren ausnehmend wünschenswerte Verwertung seitens Oesterreich-Ungarns davon abhänge, wie sich Rumänien zu Bulgarien in Zukunft stellen werde. Mitredner vertrat die Ansicht, daß es ihm nicht ausgeschlossen erscheine, daß auch in Serbien eine Richtungsänderung eintreten werde, nachdem seine Wahrnehmungen dahin gingen, daß Serbien die russische Tutel abstreifen wolle. Als Beweis führte er an, daß er wisse, man wolle sich dort vor allem Herrn von Hartwigs entledigen. Jedenfalls stehe aber Rumänien auf dem Standpunkte, daß es sich jeder Vereinbarung mit Serbien gegenüber ablehnend verhalten werde; er vermute, daß ein derartiger Antrag gestellt werden wird, da Herr Pašić eine Unterredung unter vier Augen für morgen verlangte. Sollte etwas derartiges erfolgen, so werde seine Antwort höflich aber negativ sein. Was Bulgarien anbelange, so müsse vorerst die heutige Stimmung verrauchen, was in einigen Monaten der Fall sein werde; vorher sei ein Versuch, politische Vereinbarungen mit dem südlichen Nachbarn zu treffen, nur schädlich, da eine Zustimmung bei den maßgebenden hiesigen Politikern nicht durchzusetzen wäre. Auf handelspolitischem Gebiete sei man zu jeder Konzession bereit; er habe auch Herrn Toncheff mitgeteilt, daß Rumänien dort eine Donaubrücke bauen werde,

wo es Bulgarien wünschen werde. Auf diesem Gebiete könne eine spätere Entente vorbereitet werden. Ministerpräsident schloß seine Ausführungen mit der formellen Versicherung, daß der altbewährte Kurs der rumänischen Politik derselbe bleiben werde. Ich vermute, daß Ministerpräsident, der trotz seiner Erfolge seinen Rücktritt in wenigen Monaten für möglich hält, sich in keiner irgendwie gearteten Weise wird noch die Hände binden wollen, ehe er nicht über das Schicksal seiner Regierung im reinen ist, was nicht vor dem Herbste der Fall sein dürfte. Herr Radeff bleibt vorderhand als bulgarischer Bevollmächtigter in Bukarest. K. E. Fürstenberg.

[a]) Vgl. n. 8366.

Nr. 8328. Tel. aus Bukarest, 11. Aug. 1913 Nr. 313 (eing. 12. Aug. 12 U. 15 M. a. m.).[a]) Entziff.

Bei heutiger Audienz betonte Seine Majestät der König, dass er von den meisten Souveränen Glückwunschdepeschen zum Friedensschluss erhalten habe und wies besonders auf ein Telegramm Seiner Majestät des Zaren hin, in welchem im Gegensatze zu der Depesche Herrn Sazonows an Herrn Majoresco (hieramtliches Telegramm Nr. 311 von heute) Höchstderselbe in wärmsten Worten ihm seine Glückwünsche zum erfolgreichen Abschlusse der Friedensverhandlungen ausspricht. Seine Majestät der König gab mir in unzweideutiger Weise zu verstehen, dass ihn eine ähnliche Enunziation unseres Allergnädigsten Herrn ungemein erfreuen würde und ihm Gelegenheit böte, der Öffentlichkeit gegenüber darauf hinzuweisen, dass der Kaiser und mit ihm die ganze Monarchie an dem Erfolge Rumäniens teilnehmen. Ich glaube, dass das Ausbleiben einer derartigen Allerhöchsten Depesche hier Verwunderung erregen und zu Kommentaren Anlass geben würde. K. E. Fürstenberg.

[a]) Vgl. n. 8329, 8364.

Nr. 8329. Tel. aus Bukarest, 11. Aug. 1913 Nr. 314 (eing. 12. Aug. 6 U. a. m.).[a]) Entziff.

Fortsetzung des Telegrammes Nr. 313 von heute. König Carol scheint besonderen Wert darauf zu legen, daß hiesiges Friedenswerk ein definitives bleibe. Er äußerte sich dahin, daß wohl Ueberprüfung, respektive Durchbesprechung des Vertrages durch die Mächte stattfinden werde, welcher jedoch keine Koërzitivmaßregeln folgen würden, da Mächte weder über das zu Revidierende sich einigen würden, noch über Mittel, die eventuellen Beschlüsse durchzusetzen. Er wisse übrigens, daß weder Deutschland noch Frankreich für Revision stimmen würden. Ich las König Carol Euer Exzellenz Telegramm Nr. 398 mit entsprechenden Aenderungen vor (Telegramm Euer Exzellenz Nr. 401), verschwieg jedoch Seiner Majestät dem König nicht, daß bulgarische Regierung weitgehende Anträge eines Anschlusses an Oesterreich-Ungarn und Dreibund gemacht habe und bat um strengste Geheimhaltung. König von Rumänien nahm mit größtem Interesse von Inhalt Kenntnis und führte dann aus, daß Serbien bestimmt sein Augenmerk werde ausschließlich auf Mazedonien richten müssen. 20 bis 30 Jahre werde es dadurch gefesselt sein und von allen Utopien abgelenkt werden.

An Stabilität der neuen bulgarischen Richtlinie könne er nicht glauben, sein Mißtrauen gegen die Politiker dieses Landes sei ein zu tief gewurzeltes. Er sei überzeugt, daß sobald nur geringes Interesse Bulgariens es erheische, dort sogleich eine neue Orientierung eintreten werde, wenn auch Stambulovisten am Ruder seien, welche ihm seinerzeit Personalunion antrugen. Herr Danew sei wohl abgetan, aber eine zweite Garnitur ähnlicher Leute am Lager, um im Bedarfsfalle einzuspringen. Seine Majestät der König wies Gedanken eines Akkords mit Bulgarien, welcher es diesem ermöglichen würde, sich dem Dreibund anzuschließen, nicht ab, brachte aber auch ernste Bedenken betreffs Stellung König Ferdinands vor, die jedenfalls in Hinkunft ungemein reduziert sein werde. Weiters verwies Höchstderselbe auf tiefen Groll, der ganze hiesige Oeffentlichkeit noch immer gegen Bulgarien erfülle. König Carol resumierte dahin, daß ehe Frage einer politischen Abmachung mit Sofia nähergetreten werden könnte, abgewartet werden müsse, daß hiesige Mißstimmung sich beruhige und in Sofia Friedensvertrag in Sobranje ohne zu große Perturbationen angenommen werde, Regierung ihre Stabilität bewiesen habe und Stellung Königs durch Krise nicht zu stark erschüttert sei. Seine Majestät der König verurteilte im Laufe der Konversation mit schärfsten Worten anti-österreichisch-ungarische Demonstrationen und teilte mir mit, Herr Bratiano habe sich ihm gegenüber geäußert, daß er mehr denn je nach der jetzigen Krise der Ansicht sei, daß Rumänien nur Dreibundpolitik machen könne. K. E. Fürstenberg.

[a]) Vgl. n. 8407.

Nr. 8330. Tel. nach Konstantinopel, 11. Aug. 1913 Nr. 380 (chiffr. 11 U. p. m.). Konz. (S. Berger; G. Berchtold).

Hiesige belgische Gesandtschaft hat mitgeteilt, daß kaiserlich ottomanische Regierung, deren kleinasiatisches Reformprogramm bekanntlich Schaffung von 6 Generalinspektoraten vorsieht, die belgische Regierung um Überlassung von drei dem Generalinspektorat von Smyrna zuzuteilenden belgischen Funktionären (für Justiz, Ackerbau und öffentliche Arbeiten) ersucht hat. Genannte Gesandtschaft hat am Schlusse ihrer Mitteilung angefragt, ob k. und k. Regierung gegen dieses Projekt Einwand erhebt. Gleichzeitig hat hiesige englische Botschaft mitgeteilt, daß der belgische Gesandte in London beim dortigen Foreign Office den gleichen Schritt unternommen habe und daß die englische Regierung wissen möchte, wie wir uns zu dieser Anfrage verhielten. Dem königlich belgischen Gesandten wurde erwidert, daß die k. und k. Regierung gegen die Entsendung dieser belgischen Funktionäre nichts einzuwenden hat. Der königlich englische Botschafter wurde von dieser Antwort verständigt. Ich ersuche Euer Exzellenz, Vorstehendes bei der Pforte zur Sprache zu bringen. Euer Exzellenz wollen beifügen, daß wir zwar für diesmal unsere Zustimmung nicht versagt haben, dieselbe aber in Hinkunft von der Zahl und Wichtigkeit der unseren Staatsangehörigen eingeräumten Fachberaterstellen abhängig machen müßten und daß wir konkrete Vorschläge der Pforte in dieser Richtung erwarten. Berchtold.

Nr. 8331. Tel. aus Konstantinopel-Jeniköj, 11. Aug. 1913 Nr. 409 (eing. 12. Aug. 6 U. 45 M. a. m.).[a] Entziff.

Adrianopeler Frage. Grossvezier hat mir soeben Antwort auf die identischen Schritte vorgelesen und deren Text überlassen. Derselbe lautet: „En réponse à la déclaration que Votre Excellence a bien voulu me faire au nom de son gouvernement, je m'empresse de l'assurer que gouvernement Impérial s'est constamment efforcé, indépendamment de toute considération, à se conformer aux principes posés par le traité de Londres. Néanmoins, si la disposition relative à la ligne Enos—Midia n'a pu être respectée par lui à l'instar des autres dispositions du traité en question, c'est que le gouvernement Impérial s'est trouvé dans l'impérieuse et pressante obligation d'intervenir pour empêcher l'extermination systématique des populations dont le seul tort était de se trouver au delà de la ligne Enos—Midia. Il se trouvait en outre dans l'obligation non-moins impérieuse de s'assurer une ligne de frontière pourvoyant de garantir la sécurité de sa capitale et celle des détroits et conséquemment permettant l'établissement de rapports normaux et durables entre les Etats voisins. C'est avec une vive reconnaissance que je constate que dans sa déclaration Votre Excellence admet cette dernière nécessité, car je me permets d'y voir une justification de la ligne de conduite suivie par le gouvernement Impérial. Confiant à leur esprit de haute justice et d'équité, j'espère fermément que les Grandes Puissances voudront bien admettre aussitôt, que la ligne de frontière que le gouvernement Impérial s'est tracée par sa communication du 19 juillet 1913 est la seule qui puisse remplir les conditions voulues de sécurité et de durabilité." Ich habe Grossvezir erwidert, dass ich die Antwort der Pforte meiner Regierung unterbreiten werde. Weiter fügte ich hinzu, dieselbe mache auf mich den Eindruck, dass die türkische Regierung in der Frage von Adrianopel die Diskussion nicht abbrechen wolle; ich fragte den Grossvezir, ob diese Impression die beabsichtigte sei, worauf ich eine ausweichende Antwort erhielt, aus welcher ich jedoch schliesse, dass die Türkei wird mit sich reden lassen. Ich sagte ferner, dass ich in der Antwort der Pforte zwei Argumente finde, nämlich, dass die Türkei genötigt war, Linie Enos—Midia zu übersteigen, um die dort lebende mohammedanische Bevölkerung zu schützen, und zweitens, um sich eine Grenze zu verschaffen, welche die Sicherheit der Hauptstadt gewährleiste. Über beide Punkte liesse sich reden, indem man für die mohammedanische Bevölkerung Garantien finden, anderseits aber Grenze feststellen könnte, welche auch ohne Adrianopel die Sicherheit der Hauptstadt garantieren würde. Ausserdem wäre es vielleicht auch möglich, andere Kompensationen der Türkei zu verschaffen. Grossvezier verhielt sich diesen Ausführungen gegenüber nicht vollkommen ablehnend, so dass ich den Moment für günstig erachten würde, die Konversation mit der Pforte auf Grund deutscherseits vorgeschlagener Zugeständnisse[b] fortzusetzen. Meiner persönlichen Meinung nach würde es sich vielleicht empfehlen, hiebei auch die Frage der Inseln als Pressionsmittel zu benützen. Meine Kollegen von Deutschland, Russland und, ich glaube, auch England teilen diese Ansicht. Pallavicini.

[a]) Oe. U. Balkan 402 Nr. 804. Vgl. n. 8306, 8369. — [b]) Vgl. n. 8266.

Nr. 8332. Tel. aus London, 11. Aug. 1913 Nr. 607 (eing. 11 U. 15 M. p. m.).[a] Entziff.

Réunion d'aujourd'hui. Comte Mensdorff fait savoir à la réunion que l'amendement proposé par Sir E. Grey à l'article VI des propositions austro-hongroises relatives à la commission internationale de délimitation du sud de l'Albanie est adopté par son gouvernement à condition que le reste de la proposition soit admis. Tous les ambassadeurs étant autorisés par leurs gouvernements à accepter la proposition austro-hongroise avec l'amendement à l'article VI présenté par Sir E. Grey à la séance du 8 août, la réunion est unanimement d'avis qu'il y a lieu d'adhérer à cette proposition. Mensdorff.

[a] Vgl. n. 8264, 8288, 8309, 8351, 8353.

Nr. 8333. Tel. aus London, 11. Aug. 1913 Nr. 608 (eing. 12. Aug. 12 U. 15 M. a. m.).[a] Entziff.

Réunion d'aujourd'hui: „Sir Edward Grey demande à l'Ambassadeur d'Italie s'il a reçu une réponse de son gouvernement au sujet de la formule proposée à la dernière séance par l'Ambassadeur de France relativement aux îles actuellement occupées par l'Italie.[b]" Le Marquis Imperiali répond que cette formule semble à son gouvernement contenir quelques contradictions et pour faire suite à la première partie de sa déclaration du 5 août il propose la rédaction suivante qui, dans la pensée du gouvernement italien, est conforme aux vues exprimées par le gouvernement français: Lorsque conformément aux premières parties de la déclaration italienne du 5 août l'article 2 du traité de Lausanne aura été intégralement executé par les deux parties contractantes, les six Grandes Puissances décideront à l'unanimité sur le sort final des îles du Dodécanèse en tenant compte de l'intérêt de l'Europe à l'intégrité et la sécurité de la Turquie d'Asie. „Sir Edward Grey fait observer que si l'on mentionne la Turquie, il conviendra de ...[c] la Grèce; il est d'avis de supprimer le dernier membre de la phrase „en tenant compte etc." Sans être autorisé à consentir à cette suppression, l'Ambassadeur d'Italie, pour faciliter l'accord, déclare y adhérer à titre personnel et la proposera à son gouvernement. L'Ambassadeur de France n'est pas autorisé à accepter une autre formule que celle dont il a donné communication à la réunion à la dernière séance. Il fera connaître à son gouvernement la rédaction proposée par le gouvernement italien avec la suppression à laquelle adhère le Marquis Imperiali sous réserve de consulter son gouvernement. Sir Edward Grey suggère la rédaction suivante qui lui semble de nature à répondre aux vues des deux gouvernements: „Lorsque etc., les six Grandes Puissances se prononceront sur l'attribution du Dodécanèse et prendront d'un commun accord entre elles la décision à ce sujet." Les Ambassadeurs de France et d'Italie transmettront à leurs gouvernements cette suggestion. Mensdorff.

[a] Oe. U. Balkan 401 Nr. 802. Vgl. n. 8334, 8351. — [b] Vgl. n. 8288. — [c] Chiffre fehlt.

Nr. 8334. Tel. aus London, 11. Aug. 1913 Nr. 609 (eing. 11 U. 50 M. p. m.). Entziff.

In Ergänzung meines heutigen Telegrammes Nr. 608. Bei heutiger Reunion zeigte sich betreffs Inseln noch nicht vollständige Einigung zwischen französischem und italienischem Standpunkte. Herr Cambon muß nach Paris telegraphieren, rechnet sicher darauf, morgen früh befriedigende Antwort zu erhalten. Herr Cambon und Marquis Imperiali werden um zwölf Uhr zu Sir Edward Grey gehen, und wenn, wie zu erwarten, Einigung erzielt wird, wird Sir Edward Grey morgen nachmittags im Unterhaus eine Erklärung abgeben. Weitere Sitzung der Reunion findet nicht statt. Sir Edward Grey will Donnerstag oder Freitag ...[a] Lichnowsky tritt Urlaub an, Herr Cambon wahrscheinlich ebenfalls. Mensdorff.

[a] Chiffre fehlt.

Nr. 8335. Tel. aus London, 11. Aug. 1913 Nr. 611 (eing. 11 U. 45 M. p. m.).[a] Entziff.

Unter Bezugnahme auf Telegramm Nr. 673 vom 9. d. M., betreffend Durchführung der Reunionsbeschlüsse in Belgrad. Sir E. Grey hat bei Reunion auf die Notwendigkeit hingewiesen, daß die Reunionsbeschlüsse betreffs Minoritätenschutzes, accès commercial und Evakuation sowie die von uns festgestellten Interpretationen in Belgrad mitgeteilt werden und forderte meine Kollegen auf, ihren Regierungen nahezulegen, den Vertretern in Belgrad Instruktionen zur Ausführung der Beschlüsse zu erteilen, nachdem bisher nur der österreichisch-ungarische, englische und italienische mit Weisungen versehen waren. Mensdorff.

[a] Oe. U. Balkan 401 Nr. 801.

Nr. 8336. Tel. aus St. Petersburg, 11. Aug. 1913 Nr. 276 (eing. 12. Aug. 1 U. a. m.).[a] Entziff.

Zur Revision des Friedensvertrages. Euer Exzellenz Telegramm Nr. 455 vom 9. d. M. erhalten. Ich nahm heute die Gelegenheit wahr, Herrn Sazonow zu verstehen zu geben, daß es sich für uns in der Revisionsfrage nicht bloß um Cavalla handle, bezüglich dessen wir zwar nach wie vor auf gleichem Standpunkte stehen, sondern auch um die übrige Grenzlinie, namentlich jene gegen Serbien. Herr Minister erwiderte, er fürchte, wir werden überhaupt mit unserem beiderseitigen Wunsche nach Revision schwerlich durchdringen, da bei den meisten anderen Kabinetten eine immer stärker werdende Abneigung gegen jede weitere Einmischung zum Durchbruche zu kommen scheine. Was Cavalla anbelangt, so bleibe er bei seiner Ansicht, daß dieses, wenn irgend möglich, Bulgarien zugewiesen werden sollte, und könnten wir diesbezüglich auf die diplomatische Mitwirkung Rußlands zählen. Was aber eine Revision der serbisch-bulgarischen Grenze anbelangt, so könne er sich damit unter keinen Umständen einverstanden erklären. Ich wies Herrn Sazonow gegenüber darauf hin, daß dieser Standpunkt doch mit dem auch von ihm früher akzeptierten Prinzip unvereinbar scheine, wonach auch die russische Regierung stabile Verhält-

nisse am Balkan zu schaffen wünsche und eine völlige Niederwerfung Bulgariens nicht zugeben könne. Die Bukarester Delimitierung aber trage den sicheren Keim späterer Konflikte in sich. Obwohl Herr Sazonow auf diese Einwendung keine rechte Entgegnung fand und sogar die Wahrscheinlichkeit eines seinerzeitigen bulgarischen Revanchekrieges zugab, blieb er doch bei seiner ablehnenden Haltung jeder Einschränkung der serbischen Eroberung gegenüber. Thurn.

[a]) Oe. U. Balkan 401 Nr. 803. Vgl. n. 8357, 8371.

Nr. 8337. Tel. aus St. Petersburg, 11. Aug. 1913 Nr. 277 (eing. 12. Aug. 3 U. a. m.).[a]) Entziff.

Betreffend Adrianopel. Herr Sazonow äusserte sich mir gegenüber heute abermals sehr besorgt über die Adrianopel-Frage und beklagt es, dass Europa sich auch hier, wo doch im Prinzipe alle Mächte einig seien, zu keiner energischen Haltung aufrichten könne. Er sagte, russischer Botschafter in Konstantinopel habe berichtet, er habe feste Überzeugung, dass, wenn alle Mächte in einer wirklich einigen und nachdrücklichen Weise Rückzug der Türkei aus Adrianopel kategorisch forderten, das jungtürkische Komitee sich vor einer solchen force majeur beugen würde. Leider scheine aber Europa auch in dieser Frage vollkommen zu versagen. Er betonte neuerdings, dass Russland aber unter allen Umständen darauf bestehen müsse, dass in diesem Falle Wille der Mächte zur Geltung komme. Er hoffe, dass es russischer Regierung gelingen werde, den französischen Alliierten zu einem finanziellen Boykott der Türkei zu bewegen, eine Massregel, welche, wenn radikal durchgeführt, vielleicht doch zum Ziele führen könnte. Von der Möglichkeit einer separaten isolierten Aktion Russlands sprach Herr Minister nur insoweit, als er dieselbe als eine höchst unerwünschte Eventualität bezeichnete, die man, wenn irgend möglich, vermeiden müsste. Der einzige Ort, wo eine solche einsetzen könnte, wäre wohl Armenien, welches an sich ein wenig anstrebenswertes Angriffsobjekt sei, wobei es überdies noch zweifelhaft erscheine, ob ein Einmarsch russischer Truppen daselbst auch wirklich die Räumung Adrianopels zur unmittelbaren Folge hätte. Eine dauernde Okkupierung oder gar Besitzergreifung dieses Landes, welches er als ein „giganteskes Sandschak" bezeichnete, könne aber vom russischen Standpunkt schon gar nicht erwünscht sein. Wenn ich auch nicht ganz von der Aufrichtigkeit dieses letzten Satzes überzeugt bin und es sich da wohl vielleicht um „zu sauere Trauben" handelt, so geht doch aus der Sprache Ministers hervor, dass Russland zwar unbedingt auf der Räumung Adrianopels besteht, aber in nicht geringer Verlegenheit ist, wie dieser Forderung Rechnung getragen werden könnte. Thurn.

[a]) Vgl. n. 8269, 8397.

Nr. 8338. Tel. nach Sofia, 11. Aug. 1913 Nr. 451 (chiffr. 9 U. 45 M. p. m.).[a]) Konz. (S. Matscheko; V. Nemes u. Szápáry; G. Berchtold).

Da die Ergreifung der Initiative in der Revisionsangelegenheit auf Schwierigkeiten stoßen und Rußland seinen Standpunkt verlassen könnte,

wenn es nicht durch einen Appell Bulgariens vor der Öffentlichkeit gezwungen würde, Farbe zu bekennen, würde ich es als im Interesse Bulgariens gelegen betrachten, daß Bulgarien den Großmächten die Bedingungen des Friedensschlusses offiziell bekanntgibt, mit einem Beisatz, der analog mit der in Bukarest abgegebenen Erklärung[b]) der bulgarischen Delegierten zu besagen hätte, daß der Bukarester Friede Bulgarien in seiner wirtschaftlichen und nationalen Entwicklung beeinträchtigen müßte und daß es schon im Hinblicke auf die großen Opfer, die es gebracht hat, von einem Beschlusse der Großmächte eine Verbesserung seiner Situation erhofft. Ich überlasse es Euer Hochgeboren, mit den Ihnen geeignet erscheinenden Mitteln dahin zu wirken, daß ein solcher Appell bulgarischerseits erfolge, wobei Euer Hochgeboren es jedoch vermeiden wollen, sich auf einen Auftrag zu berufen. Berchtold.

[a]) Vgl. n. 8359. — [b]) Vgl. n. 8320.

Nr. 8339. Tel. nach Sofia, 11. Aug. 1913 Nr. 452 (chiffr. 10 M. p. m.).[a]) Konz. (S. Matscheko; G. Berchtold).

Geheim. Im Verfolge meines Telegrammes Nr. 445 vom 7. d. ersuche ich Euer Hochgeboren, Herrn Ghenadieff gelegentlich darauf aufmerksam zu machen, dass wir die rumänische Regierung von der bulgarischen Anregung eines eventuellen Allianzverhältnisses mit der Monarchie vorläufig nicht informiert haben, und dass es daher wünschenswert wäre, wenn bei einem etwaigen direkten Gedankenaustausch mit Bukarest hievon von bulgarischer Seite nichts erwähnt würde. Berchtold.

[a]) Vgl. n. 8301, 8360, 8407.

Nr. 8340. Tel. nach Sofia, 11. Aug. 1913 Nr. 453 (chiffr. 10 U. 45 M. p. m.). Konz. (S. Schreibmaschine u. Egger; V. Nemes; G. Berchtold).

Erhalten Euer Hochgeboren Telegramm vom 7. l. M. Nr. 940. Die Modalitäten der Herstellung einer Union zwischen der katholischen Kirche und den mazedonischen Bulgaren ist formell und materiell eine rein religiöse Angelegenheit, welche nur durch direkte Aussprache zwischen den beiderseitigen geistlichen Faktoren in die Wege geleitet werden könnte. In diesem Stadium ist eine Intervention unsererseits untunlich und müssen wir daher uns auf die Andeutung beschränken, daß die gegenwärtig in Mazedonien gegen eine solche Übertrittsbewegung bestehenden Hindernisse wohl nur durch Entsendung einer Deputation des mazedonischen Klerus nach Rom umgangen werden könnten. Wir können uns nur mit der Situation befassen, welche nach vollzogener Union entstünde und gilt in dieser Hinsicht das Prinzip, daß bezüglich unseres Kultusprotektorates der status quo ante unter der türkischen Herrschaft das Maximum dessen darstellt, was wir den neuen christlichen Machthabern gegenüber allenfalls erreichen könnten. Es hat dies auch in territorialer Hinsicht eine Bedeutung, weil sich unser Kultusprotektorat auf das Vilajet Kossowo beschränkt hat, während dasselbe in den Vilajeten Monastir und Salonik Frankreich zustand. Hieraus ergibt sich, daß im Falle der Union höchstens die im Vilajet Kossowo

wohnenden mazedo-bulgarischen Uniaten auf jenes Maß von Kultusschutz unsererseits Anspruch erheben könnten, welches die dortigen lateinischen Katholiken unter den neuen Verhältnissen genießen werden, während für die übrigen Frankreich in Betracht käme, wie dies tatsächlich bereits bei der bulgarisch-unierten Erzdiözese von Kilkisch (Salonik) der Fall ist. Vorstehendes zur Regelung Ihrer Sprache. Berchtold.

Nr. 8341. Tel. aus Sofia, 11. Aug. 1913 Nr. 958 (eing. 11 U. 15 M. p. m.).[a] Entziff.

Bezug auf mein Telegramm Nr. 956[b] von heute. Minister des Äussern sagte mir, er sei — wie er aus heutigen Meldungen Toncheffs ersehe — gestern über Bestimmungen des Friedens falsch informiert gewesen. Bestimmung bezüglich Demobilisierung sei noch unerträglicher, als Mitredner geglaubt habe. Minister werde mir darüber noch heute Notiz mit der Bitte geben, sie Euer Exzellenz telegraphisch vorzulegen. Tarnowski.

[a]) Vgl. n. 8342. — [b]) Mit Tel. Nr. 956, 10. Aug. 1913 (eing. 11. Aug. 7 U. a. m.) wurde aus Sofia gemeldet, daß bei der in Bukarest festgesetzten fünfzehntägigen Frist für Rückzug der Truppen aus fremden Gebieten Gefahr von Zusammenstößen zwischen Rumänen und den in die Heimat entlassenen bulgarischen Truppen vorhanden, weshalb Bulgarien seine Demobilisierung hinausschieben müßte. Graf Berchtold möge die rumänische Regierung auf diese Komplikation aufmerksam machen und auf möglichst raschen Rückzug rumänischer Truppen aus Bulgarien drängen.

Nr. 8342. Tel. aus Sofia, 11. Aug. 1913 Nr. 959 (eing. 12. Aug. 9 U. a. m.).[a] Entziff.

Zu meinem Telegramm Nr. 958 von heute. Minister des Äußern gibt mir folgende Notiz über die zu befürchtenden Unzukömmlichkeiten, wenn sich Rumänien an den Buchstaben der Dispositionen bezüglich Demobilisierung und Evakuierung halten sollte: „D'après le traité de Bucarest la démobilisation de l'armée bulgare doit commencer le lendemain de la signature du traité, donc aujourd'hui. Suivant l'article 7 du même traité l'évacuation des troupes roumaines se fera dans un délai de 15 jours après la démobilisation bulgare. L'article 6 prévoit que les troupes dont le siège se trouve dans les parties occupées par les Roumains devront être dirigées sur d'autres localités et ne pourront gagner leurs sièges de garnison qu'après l'évacuation. Voici les inconvénients qui peuvent en résulter si l'on ne procède pas d'après les règles que commande la nécessité de tous rapports de voisinage. Les réservistes démobilisés trouveront leurs habillements au siège de leurs garnisons. Vraca et Plevna sont des centres de divisions et le nombre important de soldats qui devront s'y rendre sera obligé d'attendre ailleurs, à Tirnovo, à Philippoli par exemple, que les Roumains aient quitté Vraca et Plevna. Si ces soldats restent en armes 15 jours loin de leurs foyers sachant que les Roumains sont dans leurs villages, des désordres pourraient éclater avec des conséquences incalculables; si on les laisse partir désarmés mais en tenue militaire, puisque leurs vêtements sont dans les dépôts en pouvoir des Roumains, des rixes sanglantes avec les troupes roumaines sont à craindre lorsque ces soldates auront vu de

leurs yeux les dégâts et abus que des soldats roumains ont commis. Il n'y aurait qu'une solution sage et juste: que les Roumains commencent l'évacuation tout de suite et s'éloignent du moins de Vraca et Plevna en reculant vers le Danube. Les autorités militaires roumaines ont demandé à l'administration de Levetch, ville natale de Monsieur Radoslavow, de préparer l'installation d'un hôpital de 2000 lits. Si c'est à cause du choléra, on pourrait installer cet hôpital au bord du Danube, à Silistrie, à Toutracan, mais pourquoi dans les passes des Balcans? Donner la possibilité aux troupes bulgares de regagner leurs foyers au plus vite pour éviter la surexcitation et éviter la rencontre de soldats bulgares et roumains voilà le problème très facile à résoudre avec un peu de bonne volonté." Minister des Äußern ersuchte mich, Vorstehendes zu Euer Exzellenz Kenntnis zu bringen mit Bitte um Einwirkung in Bukarest. Es herrscht hier bereits Erbitterung wegen allerhand argen Unfuges rumänischer Truppen, von dem Bevölkerung zu leiden hat. In Bestimmungen betreffend Demobilisierung und Evakuierung erblickt man gewollte Schikanen und Rücksichtslosigkeit, die noch mehr verstimmen. Tarnowski.

[a]) Vgl. n. 8374.

Nr. 8343. Denkschrift des ungarischen Ministerpräsidenten, 11. Aug. 1913.[a]) Abschrift (von der Hand des Kabinettsdirektors des Kaisers von Schießl).[b])

Der Bukarester Friede ist über alle Erwartung schlecht für Bulgarien ausgefallen und die zukünftige Stellung der Monarchie würde die Durchsetzung einer ausgiebigen Revision desselben zu Gunsten Bulgariens erheischen. Eine noch wichtigere Lebensfrage für Bulgarien und folglich dringend notwendige Aufgabe für die Monarchie wäre die Entfernung der türkischen Armee aus den im Londoner Frieden Bulgarien zugesprochenen thrazischen Gebieten. Wenn wir auf dem bisherigen Wege weiter diesem Ziele zustreben, so sind die Aussichten eines Erfolges sehr ungünstig. Einer Revision der bulgarisch-griechischen Grenze steht Deutschland, der bulgarisch-serbischen hingegen Russland im Wege und bei der täglich wachsenden Ungeduld, mit welcher die westeuropäischen Staaten die definitive Herstellung des Friedens wünschen, würde bei jeder konkreten Frage derjenige Staat auf ihre Unterstützng rechnen können, welcher sich auf den Standpunkt des Bucarester Friedens stellt. Die einzige Möglichkeit wäre, gegen Annahme des auf Kavalla bezüglichen deutschen Standpunktes die energische Unterstützung Deutschlands in der serbischen Grenzfrage zu sichern und auf diese Weise die Beseitigung der absurden und für Bulgarien demütigenden Führung der griechisch-bulgarischen Grenze nördlich Kavalla und eine Besserung der serbischen Grenze bei Ištib, Kotschana etc. zu erstreben, was jedenfalls eine unsichere, mit viel Kampf, Mühe und Unannehmlichkeiten verbundene Aufgabe wäre und eine Verschärfung der Beziehungen zwischen Dreibund und Triple Entente nach sich zöge. Was aber unter solchen Verhältnissen aus Adrianopel werden würde, ist gar nicht abzusehen. Bevor wir uns also auf diesen Vorgang entschliessen, wäre der Versuch zu machen, über die jetzt schwebenden Fragen ein Einvernehmen

mit Russland zu bewerkstelligen. Die wiederholten Avancen Russlands bieten uns hiezu eine sehr willkommene Gelegenheit. Aus diesen können wir konstatieren dass: 1) unsere Auffassung über die griechisch-bulgarische Grenze in Uebereinstimmung mit der russischen ist, 2) eine Meinungsverschiedenheit bezüglich der serbisch-bulgarischen Grenze zwischen uns besteht, 3) Russland nötigenfalls die Türkei auf eigene Hand aus Adrianopel verdrängen möchte, sich aber durch unsere diesbezügliche, sehr geschickte Antwort beunruhigt fühlt. — Es wäre der Hebel bei diesem Punkte einzusetzen und die Conversation mit Russland in einer Weise weiter zu spinnen, dass wir es ihm zu verstehen geben, dass wir geneigt wären, uns über ein durchgreifendes Vorgehen gegen die Türkei zu verständigen, wenn Russland in eine Modification der serbischen Grenze einwilligen würde. Es wäre jedenfalls gründlich zu überlegen, ob wir nicht ein einseitiges Vorgehen Russlands gegen die Türkei (natürlich unter im vorhinein besprochenen Modalitäten und Zusicherungen) erlauben sollten, denn in diesem Falle wäre — glaube ich — das Einvernehmen mit Russland sofort hergestellt und das Maximum des Erreichbaren für Bulgarien gesichert. Meiner Ueberzeugung nach müssen wir jedoch eine Cooperation mit Russland gegen die Türkei verlangen. Tun wir es nicht, so ist Russland wieder die einzige Grossmacht, welche, wenn es darauf ankommt, Gut und Blut für die Christen am Balkan opfert und selbst das ungehorsame Bulgarien grossmütig von der türkischen Gefahr rettet. Man kann dann reden, was man will, die Stellung Russlands als Schutzmacht ist durch diese Tatsache auf lange Zeit zur lebenden Wahrheit geworden. Eben deshalb wird unsere Teilnahme an dieser Action keineswegs angenehm für Russland sein. Ich glaube aber mit ziemlicher Wahrscheinlichkeit annehmen zu dürfen, dass es doch darauf eingehen wird. Es wird nämlich wahrscheinlich von zwei Uebeln: einer Lösung der thrazischen Frage mit uns, oder einer Impotenz der Türkei gegenüber das Kleinere wählen und lieber mit uns als gar nicht vorgehen wollen. In diesem Falle müssten wir beide ein energisches Vorgehen (Flotten-Demonstration, Besetzung von Pfandobjecten etc.) den anderen Grossmächten vorschlagen und, falls sie nicht geneigt sind, eine solche Collectivaction zu bewerkstelligen, ein europäisches Mandat für uns in Anspruch nehmen. Auf Basis dieses Mandats hätten wir dann eine bündige Aufforderung an die Türkei wegen Räumung der im Londoner Vertrage abgetretenen Gebiete bis zu einem kurzen Präclusivtermine zu richten und zu erklären, dass wir diese Gebiete nötigenfalls mit Gewalt besetzen werden. Natürlich wäre damit die Gewährung der im deutschen Vorschlage enthaltenen 5 Punkte *c)* zu verbinden, falls die Türkei sofort nachgeben würde. Sollte sich die Türkei unserer Aufforderung widersetzen, so bliebe nichts anders übrig, als mit bewaffneter Hand vorzugehen. Wir hätten dann mit einer ansehnlichen Heeresmacht an der militärischen Operation teilzunehmen, mit diesem Risico ist jedenfalls zu rechnen. Nun ist aber die Wahrscheinlichkeit, dass sich die Türkei den zwei nächst liegenden Grossmächten widersetze und dadurch auf die Vorteile der deutschen 5 Punkte verzichte, eine äusserst minimale, andererseits aber in diesem äussersten Falle der rasche und vollständige Erfolg einer österreichisch-

ungarisch-russischen und bulgarischen Armee absolut sicher, so dass die mehr akademische Möglichkeit einer solchen Kriegsgefahr die grossen Vorteile dieser Politik nicht aufwiegen kann. Diese wären: 1) Die Erwirkung des maximalen Erfolges, auf den Bulgarien nach den verübten Fehlern noch überhaupt denken kann, 2) das Einlenken Russlands in unsere Bahnen, 3) ein paritätisches Vorgehen Russlands mit uns und hiedurch 4) eine Detente in der allgemeinen Situation, welche wenigstens auf ein paar Jahre ruhigere politische und bessere finanzielle Verhältnisse zur Folge hätte und uns Zeit liesse, die jetzige besorgniserregende Lage unserer Artillerie und Infanterie zu sanieren. — Gelingt es nicht, mit Russland das Einvernehmen herzustellen, so haben wir nichts verloren und können auf dem anderen Wege mit um so grösserer Berechtigung weitergehen, da wir alle Möglichkeiten einer Lösung der Situation mit Russland erschöpft haben. Es handelt sich nur um eine geschickte Benutzung der von Russland angeregten Conversation und der psychologischen Stimmung, in welcher sich Russland zu befinden scheint. Die Zeit drängt aber und wenn wir rechtzeitig zu einem Ergebnisse kommen wollen, so sollten wir diesen Versuch machen und zielbewusst und consequent zu Ende führen. Auf den Einfluss, den es auf unsere Stellung im Dreibunde haben würde, wenn es uns gelänge, eine unseren Anschauungen entsprechende Entwirrung zu erreichen, ohne die Unterstützung unserer Verbündeten in Anspruch nehmen zu müssen, soll nur hingewiesen werden. Tisza.

a) Vgl. n. 8376, 8474. — *b)* Aus dem Archive der Kabinettskanzlei. Das Original der Denkschrift ist laut Amtsvermerk auf n. 8376 niemals in das Politische Archiv des Ministeriums des Äußern gelangt. — *c)* Vgl. n. 8266.

Tel. nach Athen, 12. Aug. 1913 Nr. 171 (chiffr. 13. Aug. 2 U. 30 M. a. m.). Siehe n. 8353.

Tel. nach Belgrad, 12. Aug. 1913 Nr. 246 (chiffr. 13. Aug. 2 U. 30 M. a. m.). Siehe n. 8353.

Nr. 8344. Tel. aus Belgrad, 12. Aug. 1913 Nr. 539 (eing. 7 U. 10 M. p. m.).[a] Entziff.

Demarche wegen Evacuierung Albaniens. Im Nachhange zu Telegramm Nr. 534 vom 6. d. Mts. Alle Kollegen haben analoge Instruktionen erhalten wie ich mit Telegramme Nr. 229 und 231. Auf Anfrage, wann Demarche vorgenommen werden kann, wurde Wunsch geäussert, Rückkehr des Herrn Pašić — die für übermorgen gewärtigt wird — abzuwarten, da ohne ihn keine Antwort erteilt werden könnte. Ugron.

a) Vgl. n. 8410.

Nr. 8345. Tagesbericht über eine Unterredung mit dem deutschen Botschafter, 12. Aug. 1913 Nr. 3923.[a] Konz. (S. Berchtold; G. Hoyos).

Der deutsche Botschafter brachte mir am 12. August eine lange Depesche seiner Regierung zur Verlesung, welche sich mit der Revisionsfrage befaßt. In diesem Elaborate wird die Thatsache erörtert, daß von allen Berliner Signatarmächten bloß Österreich-Ungarn und Rußland den Vorbehalt

einer Revision des Bukarester Friedensvertrages zur Anwendung gebracht haben. Deutschland und Italien hätten diese Reserve an die Voraussetzung si omnes geknüpft und seien bei Nichtzustandekommen einer Übereinstimmung der Mächte in diesem Belange von der Geltendmachung derselben abgegangen. Das Berliner Cabinet sei übrigens von Bukarest darüber informiert, daß Seine Majestät König Carol einen besonderen Werth auf die unveränderte Annahme des Bukarester Friedenstraktates seitens der Großmächte lege. Der höchste Herr betrachte dieses Pacificirungsinstrument als sein Werk, für welches er sich sozusagen haftbar fühle. Aus diesem Grunde könnte die deutsche Regierung einer Revision des Bukarester Friedenstraktates nicht zustimmen und betrachte diese Abmachungen als definitiv. Auch die anderen Mächte stünden auf diesem Standpunkte, selbst Rußland wolle — nach den aus St. Petersburg eingetroffenen Meldungen — nicht weiter auf der Zuweisung Kawallas an Bulgarien beharren. Man hoffe in Berlin, daß das Wiener Cabinet dieser Sachlage Rechnung tragen und den Vorbehalt der Revidirung einiger Vertragspunkte nicht aufrechthalten werde. In meiner Antwort führte ich aus, daß der Bukarester Frieden unsere Interessen in keiner Weise berücksichtigt habe. Es sei dadurch an unserer Südgrenze ein Großserbien geschaffen worden, welches weit über die ethnischen Grenzen des Serbenthums hinausreiche. Rumänien habe von unserem Auftheilungsmodus Kenntnis erhalten, sei jedoch bei den Verhandlungen über denselben hinweggegangen, obwohl Herr Majoresco in Aussicht gestellt hatte, unseren Wünschen so viel als möglich zum Durchbruch zu verhelfen. Es sei bedauerlich, daß auch die deutsche Diplomatie einem solchen Zwecke Vorschub geleistet habe, statt es zu verhindern. Man verschließe sich offenbar in Berlin den Gefahren, welche dadurch an unserer Südgrenze großgezogen werden, Gefahren, die sich eines Tages für Deutschland ebenso fühlbar machen werden, wie für uns. Herr von Tschirschky stellte dies nicht in Abrede, meinte aber, daß eine Remedur schwer denkbar wäre ohne Kriegführung, da weder Serbien noch Griechenland die ihnen durch den Frieden zufallenden Territorien freiwillig verlassen werden. Er frage mich, ob die Zuweisung Ištips und Kočanas an Bulgarien wichtig genug sei, um einen europäischen Krieg heraufzubeschwören. Ich verwahrte mich gegen die Auffassung, als könnte die Forderung nach einer Abgrenzung, die Rußland vor 14 Tagen selbst gutgeheißen hatte, ein kriegerisches Eingreifen Rußlands zur Folge haben. Im übrigen handle es sich gegenwärtig darum, den Russen nicht die Möglichkeit zu geben, sich in Bulgarien als die alleinigen Schutzherren aufzuspielen, sondern womöglich in Sofia festzustellen, daß nicht wir Bulgarien im Stiche lassen, sondern Rußland. Wir seien auf bestem Wege hiezu. Abgesehen davon sei es in unserem Interesse, diese Angelegenheit dilatorisch zu behandeln, um für den Fall des Eintretens Rußlands gegen die Türkei zugunsten Bulgariens unsererseits auf dem uns interessierenden Gebiete eine Parallelaktion machen zu können. Schließlich würde uns durch vorzeitigen Verzicht auf die Revidirung des Friedensvertrages jedes Mittel genommen werden, in Belgrad unser wirtschaftspolitisches Programm, das von größter Bedeutung für unsere Volkswirtschaft ist, durchzubringen. Daß unsere ohnehin sehr schwierige diplo-

matische Position hinsichtlich dieser verschiedenen Eventualitäten durch das laute Auftreten der deutschen Presse gegen die Revision[b]) außerordentlich erschwert werde, konnte Herr von Tschirschky nicht in Abrede stellen.

[a]) Vgl. n. 8346. — [b]) Vgl. n. 8324.

Nr. 8346. Tel. aus Berlin, 12. Aug. 1913 Nr. 372 (eing. 13. Aug. 2 U. a. m.).[a]) Entziff.

Noch vor Empfang Euer Exzellenz Telegrammes Nr. 572 von gestern, betreffend deutsche Presstimmen, habe ich nicht ermangelt, Unterstaatssekretär auf die uns gegenüber unfreundliche Sprache mehrerer hiesiger Blätter in eindringlichster Weise aufmerksam zu machen. Heute habe ich ihm obzitiertes Telegramm vorgelesen. Herr Zimmermann versicherte mir, dass er sich grösste Mühe gebe — insoferne ihm eine Einwirkung auf die hiesige Presse tunlich erscheine —, eine solche im Sinne Euer Exzellenz Telegrammes auszuüben. Er werde seine Bemühungen fortsetzen und gebe sich der Hoffnung hin, dass auch Euer Exzellenz wegen einer entsprechenden Haltung der Wiener und Budapester Presse auf dieselbe einwirken werden. Bei diesem Anlasse teilte mir Unterstaatssekretär mit, dass Herr von Tschirschky Auftrag erhalten habe, Euer Exzellenz vertraulich zu erklären, dass die deutsche Regierung es für sehr wünschenswert erachte, dass Euer Exzellenz in der Revisionsfrage keinen allzu schroffen Standpunkt einnehmen. Kaiser Wilhelm und seine Regierung wären absolut nicht in der Lage, der Revision des Bukarester Friedens zuzustimmen. Auch Italien sei nach den soeben eingetroffenen Meldungen aus Rom entschieden abgeneigt, einer Aktion zur Revision des Friedensvertrages beizutreten. Nach Äusserungen hiesigen russischen Geschäftsträgers werde Russland, insbesondere Serbien betreffend, einer Rektifizierung des abgeschlossenen Friedensvertrages nicht zustimmen. Privatschreiben[b]) folgt mit morgigem Kurier. Szögyény.

[a]) Vgl. n. 8345. — [b]) Vom 12. Aug. = n. 8347.

Nr. 8347. Privatschreiben aus Berlin, 12. Aug. 1913.[a]) Konz. (S. Flotow; G. Szögyény).[b])

Mit verbindlichstem Danke habe ich Deine liebenswürdigen Schreiben vom 1. und 8. d. zu erhalten die Ehre gehabt. Ich brauche Dich wohl nicht zu versichern, dass ich mir die grösste Mühe gegeben habe, Deine Instruktionen mit gehörigem Nachdrucke auszuführen. Da der Reichskanzler und der Staatssekretär, letzterer in ziemlich auffälliger Weise, gerade jetzt von Berlin abwesend sind, war meine Aufgabe sehr erschwert. Wenn ich mir die Frage stelle, wer jetzt eigentlich die Auswärtige deutsche Politik leitet, so kann ich mir nur die Antwort geben, dass weder Herr von Bethmann Hollweg noch Herr von Jagow sondern Kaiser Wilhelm selbst die Leitung der Auswärtigen Politik in Händen hat, und dass in dieser Beziehung der Reichskanzler und der Staatssekretär nicht in der Lage sind, auf Seine Majestät einen entsprechenden Einfluss auszuüben. Da Kaiser Wilhelm seit Ende Juni fortwährend von Berlin abwesend ist, kann auch Sein Verkehr

mit Seinen Ratgebern kein ununterbrochener sein. So konnte ich zum Beispiel constatiren, dass der Depeschenwechsel mit König Carol anlässlich des Friedensschlusses, die hohen Auszeichnungen, die dem König von Griechenland und dem rumänischen Ministerpräsidenten aus dem gleichen Anlasse zu Theil wurden, erst nachträglich zur Kenntnis des Auswärtigen Amtes gelangt sind. Dass die Friedensconferenz für Bukarest anberaumt wurde, war nach meiner Ansicht ein grosser Fehler. Herr Zimmermann sagt mir, dass dieser Gedanke auf Kaiser Wilhelm zurückzuführen sei, er wurde von Herrn von Jagow aufgegriffen und, wie Du Dich erinnerst, sehr unterstützt. Bewusst oder unbewusst ist auf diese Art die Stellung Rumäniens sehr erhöht worden, und ich befürchte sehr, dass nunmehr Rumänien in den Balkanfragen eine derartig präpotente Stellung einnehmen wird, dass sie auch für unsere Politik von Nachtheil sein könnte. Deine Politik, Bulgarien an uns heranzuziehen, wird zwar von Herrn von Jagow gewürdigt, und in dieser Beziehung befürchte ich auch keine Schwierigkeiten, die uns deutscherseits gemacht werden, obwohl der Staatssekretär und auch jüngstens der Unterstaatssekretär mir gegenüber immer wieder darauf hinweisen, dass neben der Unverlässlichkeit König Ferdinands und seiner Ratgeber damit gerechnet werden müsse, dass Bulgarien für absehbare, lange Zeit absolut aktionsunfähig sei. Hinzu komme noch der Umstand, dass Bulgarien die lange Periode, der es bedürfen werde, um sich gehörig zu erholen, zweifellos dazu benützen dürfte, um die bestandenen und bestehenden Fäden, die es mit Russland verbinden, fortzuspinnen. Auf diese Art würde aber ein vertrauliches Verhältniss zu uns und zum Dreibunde illusorisch werden. Herr von Jagow drückte diese Idee noch vor Kurzem mir gegenüber in Form einer boutade aus, indem er meinte: „Bulgarien eignet sich nicht als Objekt, mit dem Österreich-Ungarn ein Schutz und Trutzbündnis eingehen kann!“ In Betreff der Überprüfung des Bukarester Friedens steht die deutsche Regierung ganz entschieden auf dem Standpunkt, dass derselbe von den Grossmächten lediglich zur Kenntnis genommen werden müsse. Herr Zimmermann sagte mir, dies sei thatsächlich der Standpunkt der deutschen Regierung; selbst wenn aber dies nicht der Fall wäre, wäre es eine reine Unmöglichkeit, Kaiser Wilhelm von diesem Standpunkte abzubringen. Selbstverständlich werde dieser Friedensvertrag den Mächten vorgelegt werden müssen. Italien hat hier schon erklären lassen, dass unter den gegebenen Umständen nichts anderes übrig bleibe, als den Friedensvertrag zur Kenntnis zu nehmen. Frankreich und England haben sich, wie mir der Unterstaatssekretär versichert, auch in dieser Richtung festgelegt. Russland spiele wie immer eine zweideutige Rolle; anfangs habe es sich für die Zuweisung Kawalas an Bulgarien ausgesprochen, nachträglich sei es hievon wieder abgegangen, und was die bedeutende Vergrösserung Serbiens betreffe, so liege es auf der Hand, dass Russland sich ganz mit den diesbezüglichen Stipulationen des Friedensschlusses einverstanden erklären werde. Wie mir Herr Zimmermann sagt, habe der serbische Geschäftsträger heute bei ihm vorgesprochen und im Auftrage seiner Regierung erklärt, dass Serbien fest entschlossen sei, mit Anspannung aller seiner Kräfte, auch mit den Waffen in der Hand, für die Durchführung des Bukarester Friedens

einzutreten. Sollten wir thatsächlich gewillt sein, eine Abänderung des Bukarester Friedens in einem oder dem anderen Punkte durchzusetzen, so befürchtet der Unterstaatssekretär, dass eine solche Aktion entschieden zum Kriege führen müsse. Ein kriegerischer Vorstoss gegen Serbien, um welchen es sich hiebei handeln könnte, müsste nach der Überzeugung Herrn Zimmermanns ein sofortiges Eingreifen Russlands zur Folge haben. Die Balkanstaaten, mit der einzigen Ausnahme der gerade momentan kriegsunfähigen Bulgaren, würden gewiss nicht auf unserer Seite stehen und nach seiner Meinung würden wir auch auf Rumänien trotz seines Vertragsverhältnisses zum Dreibunde kaum rechnen können. Es sind dies Alles, wie ich nicht daran zweifle, übertriebene Beängstigungen, doch scheinen sie mir aus dem Grunde begreiflich, als bei einer weiteren Verwicklung nicht nur unsere eigenen vitalen Interessen sondern auch jene Deutschlands entsprechend berücksichtigt werden müssten. Deutschland würde auch in diesem äussersten Falle, dessen bin ich ganz sicher, nicht nur infolge des bestehenden Bundesverhältnisses sondern auch im höchsteigenen Interesse uns thatkräftig unterstützen. Aber dieser Entschluss würde Deutschland nicht leicht fallen. Nachdem Kaiser Wilhelm sich in Angelegenheit der Nicht-Revision des Friedens so sehr festgefahren hat, schiene es mir nicht ganz unmöglich, dass bei der Impetuosität Seiner Majestät höchstderselbe in einem direkten Telegramm an Seine k. u. k. Apostolische Majestät, unseren Allergnädigsten Herrn, für die Zustimmung zum Bukarester Friedensvertrage eine Lanze brechen werde. Noch vor Eintreffen Deines gestrigen Telegrammes[c]) habe ich dem Unterstaatssekretär die unfreundliche Commentirung unserer Stellungnahme zum Bukarester Frieden durch die deutsche Presse vorgehalten. Heute habe ich dies wiederholt. Wie ich Dir telegraphirte,[a]) versicherte mich Herr Zimmermann, dass er auch weiterhin sich bemühen werde, seinen Einfluss auf die hiesige Presse in der Richtung auszuüben, dass dieselbe die Politik des mit Deutschland eng verbündeten Österreich-Ungarns nicht weiter angreife. Er wiederholte mir, wie dies mir im Auswärtigen Amte bei so vielen Anlässen schon entgegengehalten wurde, dass der Einfluss dieses Amtes auf die deutsche Publizistik ein sehr begrenzter sei. Sogar die „Kölnische Zeitung", die ab und zu zu offiziellen Mittheilungen benützt werde, lasse sich nicht immer entsprechend beeinflussen und habe auch speziell in letzter Zeit wieder Artikel und sogenannte Berliner Telegramme gebracht, die ganz und gar nicht den Intentionen der deutschen Regierung entsprochen hätten. Auch auf andere hervorragende hiesige Blätter, wie zum Beispiel die „Vossische Zeitung", „Die Post" und die „National Zeitung" habe das Auswärtige Amt sehr geringen Einfluss; das „Berliner Tageblatt" stehe in gar keiner Fühlung mit der Wilhelmstrasse. Szögyény.

[a]) Vgl. n. 8346. — [b]) Aus dem Botschaftsarchiv Berlin. — [c]) n. 8324.

Nr. 8348. Tel. nach Bukarest, 12. Aug. 1913 Nr. 407 (chiffr. 11 U. 20 M. p. m.).[a]) Konz. (S. Berger; G. Berchtold).

Erhalten Euer Durchlaucht Telegramm Nr. 316 vom 12. d. M. Ich theile vollkommen die Ansicht Herrn Majorescos, daß ein Recht der Groß-

mächte zur Überprüfung der Bukarester Beschlüsse nicht in gleicher Weise abgeleitet werden kann, wie anläßlich des Berliner Kongresses das Recht zur Prüfung der Beschlüsse des Pariser Kongresses deduziert wurde. Ich meine jedoch, daß die einvernehmliche, den Bukarester Verhandlungen vorangehende Willensäußerung der Großmächte in London nicht übersehen werden darf, welche sich ausnahmslos die Prüfung und Approbierung der getroffenen Abmachungen vorbehalten haben, Vorstehendes zur gesprächsweisen Verwerthung gegenüber Herrn Majoresco. Berchtold.

[a]) Vgl. n. 8349, 8367, 8392, 8400.

Nr. 8349. Tel. aus Bukarest, 12. Aug. 1913 Nr. 316 (eing. 5 U. 30 M. p. m.).[a]) Entziff.

Erhalten Euer Exzellenz Telegramm Nr. 405 von gestern und Inhalt Herrn Majoresco zur Kenntnis gebracht. Derselbe ersuchte mich, seinen verbindlichsten und wärmsten Dank für den Glückwunsch Euer Exzellenz zum Ausdruck zu bringen, welcher ihm, als von der k. und k. Regierung ausgehend, von besonders grossem Werte ist. Er fügte seinen Ausführungen bei, dass er den hiesigen Friedensverhandlungen einen bindenden und dauernden Charakter zusprechen müsse, nachdem seiner Ansicht nach es sich in den hiesigen Verhandlungen ausschliesslich um die Verteilung eines Gebietes handelte, welches bereits von der Türkei rechtlich abgetreten war. Es fehle daher die Voraussetzung, welche im Pariser Kongress ausgesprochen wurde und dem Berliner Kongress zur Basis einer Revision diente, dass es sich um Gebiete handelt, welche türkischen Besitzstand bilden. Den Grossmächten, als solchen, würde daher eigentlich keine Berechtigung mehr zustehen, sich de jure ein Eingreifen in das hiesige Traktat vorzubehalten.

K. E. Fürstenberg.

[a]) Vgl. n. 8348.

Tel. nach Durazzo, 12. Aug. 1913 Nr. 83 (chiffr. 13. Aug. 2 U. 30 M. a. m.). Siehe n. 8353.

Tel. nach Konstantinopel, 12. Aug. 1913 Nr. 383 (chiffr. 13. Aug. 2 U. 30 M. a. m.). Siehe n. 8353.

Nr. 8350. Tel. nach London, 12. Aug. 1913 Nr. 680 (chiffr. 10 U. 30 M. p. m.).[a]) Konz. (S. Hoyos; G. Berchtold).

Anläßlich des vorläufigen Abschlusses der Botschafterconferenz ersuche ich Euer Exzellenz, Sir Edward Grey in meinem Namen zu den bisher erzielten Resultaten wärmstens zu beglückwünschen und ihm gleichzeitig für die werthvolle Unterstützung, welche er uns während des ganzen Verlaufes der Beratungen zuteil werden ließ, meinen verbindlichsten Dank schriftlich zu übermitteln. Mit Vergnügen benütze ich diesen Anlaß, um auch Euer Exzellenz für Hochderen erfolgreiche Thätigkeit auf der Conferenz meinen Dank und meine volle Anerkennung auszusprechen.

Berchtold.

[a]) Vgl. n. 8378.

Nr. 8351. Tel. aus London, 12. Aug. 1913 Nr. 618 (eing. 11 U. p. m.).[a] *Entziff.*

Im Nachhange zu meinem Telegramme Nr. 608 von gestern betreffs Südgrenze und Inseln. Französischer und italienischer Botschafter haben heute Sir E. Grey mitgeteilt, daß ihre Regierungen die in gestriger Reunion von ihm proponierte Formulierung betreffend Dodekanes (letztes Alinea[b] meines zitierten Telegrammes) annehmen. Somit ist Reunion nach Herstellung vollständigen Einvernehmens über südalbanesische Grenze[c] und Inselfrage geschlossen. Mensdorff.

[a] Oe. U. Balkan 404 Nr. 808. Vgl. n. 8355. — [b] Eigentlich vorletztes Alinea von n. 8333; reicht von „Lorsque etc." bis „à ce sujet". — [c] Vgl. n. 8332.

Nr. 8352. Tel. aus London, 12. Aug. 1913 Nr. 619 (eing. 13. Aug. 3 U. 45 M. a. m.). Entziff.

Ich hatte Inhalt Euer Exzellenz Telegrammes Nr. 640 vom 1. d. Mts.[a] betreffs serbischer Besatzungen in Albanien und Verhalten der Serben in den noch okkupierten Gebieten mit Staatssekretär besprochen. Sir E. Grey teilte mir mit, daß englischer Geschäftsträger in Belgrad beauftragt wurde, serbische Regierung zu ersuchen, Truppen von Vezier-Brücke, von der Kammlinie des Bastric und dem Paß Cafa-Morins zurückzuziehen sowie den Albanesen freien und bedingungslosen Zutritt zum Markte in Djakova zu gestatten. Englischer Geschäftsträger hat Auftrag, Demarche zu machen, sobald Vertreter der anderen Großmächte gleiche Instruktionen. Mensdorff.

[a] Richtig Nr. 647 vom 30. Juli = n. 8113.

Nr. 8353. Tel. nach Paris Nr. 405 (1), St. Petersburg Nr. 463 (2), Konstantinopel Nr. 383 (3), Athen Nr. 171 (4), Belgrad Nr. 246 (5), Sofia Nr. 455 (6), Durazzo Nr. 83 (7), Skutari Nr. 120 (8) und Valona Nr. 64 (9), 12. Aug. 1913 (chiffr. 13. Aug. 2 U. 30 M. a. m.).[a] *Konz. (S. Berger; G. Nemes).*

1.—9. In gestriger Réunion[b] wurde völliges Einvernehmen über die Südgrenze Albaniens erzielt, indem deren Festlegung einer internationalen Kommission unter folgenden Modalitäten übertragen wurde: „1° Le territoire sur lequel s'étendront les travaux de la commission, ne peut rester indéterminé. Les limites seront à l'ouest les montagnes séparant la région cotière, attribuée à l'Albanie jusqu'à Phtelia, de la vallée d'Argyrocastro. Au nord-est la ligne-frontière de l'ancien kaza ottoman de Koritza. Entre ces deux régions la ligne indiquée dans le mémorandum présenté par M. Venizelos à la réunion formera la limite septentrionale des travaux de la commission tandis qu'au sud et sud-est ceux-ci s'étendront jusqu'à la ligne proposée par l'Autriche-Hongrie et l'Italie. 2° Il est dès à présent établi que la région cotière jusqu'à Phtelia, y compris l'île de Sasseno, la région située au nord de la ligne grecque ainsi que l'ancien kaza ottoman de Koritza avec la rive ouest et sud du lac d'Ohrida, s'étendant du village de Lin jusqu'au monastère de Sveti Naoum font intégralement partie de l'Albanie. 3° La commission commencera ses travaux le premier septembre et les terminera le 30 novembre 1913. 4° Pour

la conduite de ses travaux la commission procédera par sections en tenant compte de la conformation naturelle des vallées. 5° La délimitation sera faite sur des bases éthnographiques et géographiques; pour les constatations éthnographiques on établira la langue maternelle de la population, savoir la langue parlée dans les familles; la commission ne tiendra aucun compte de tentatives de plebiscite ou d'autres manifestations politiques. 6° Quant au district habité par des Koutzowalaques la commission aura à constater leur nationalité. L'attribution soit à l'Albanie soit à la Grèce appartiendra à la décision des Puissances après examen du rapport de la commission internationale. Quant aux garanties à donner aux populations koutzowalaques elles feront l'objet d'une entente directe entre la Grèce et la Roumanie. 7° Un mois au plus tard après la clôture des travaux de commission aura lieu l'évacuation par les troupes grecques des territoires attribués à l'Albanie." Vorstehendes zu Euer etc. Information

9. und streng vertraulicher Mitteilung an Ismail Kemal. Berchtold.

a) Oe. U. Balkan 404 Nr. 809. Vgl. n. 8408, 8413, 8530, 8538, 8941, 8950. — *b)* Vgl. n. 8264, 8332, 8355.

Nr. 8354. Erlass nach Rom Nr. 3871 (1) und St. Petersburg Nr. 3872 (2), 12. Aug. 1913.a) Konz. (S. Berger; G. Nemes).

1.—2. Ich beehre mich, Euer Exzellenz in der Anlage zwei Pièces zu übermitteln, welche die Frage der Vereinigung Serbiens und Montenegros zum Gegenstande haben.*b)*

Diese Stücke sind

1. zur streng vertraulichen Mitteilung an Marquis di San Giuliano

2. zu Euer Exzellenz streng vertraulicher Information und eventueller Regelung Ihrer Sprache

1. und 2. bestimmt.

a) Vgl. n. 8527. — *b)* n. 8228 und n. 8285.

Nr. 8355. Tel. aus Rom, 12. Aug. 1913 Nr. 522 (eing. 13. Aug. 5 U. 45 M. a. m.).a) Entziff.

In der Consulta zeigt man sich über Erledigung der Grenz- und der Inselfrage sehr erfreut. Meine Bemerkung, daß man in letzterer Hinsicht dem französischen Standpunkt schließlich doch stark entgegengekommen sei, wurde dahin erwidert, daß man nur in Wort nachgegeben, die Substanz aber gerettet habe. Mérey.

a) Vgl. n. 8351, 8353.

Nr. 8356. Tel. nach St. Petersburg, 12. Aug. 1913 Nr. 460 (chiffr. 13. Aug. 2 U. 10 M. a. m.).a) Konz. (S. Nemes; V. Szápáry; G. Berchtold).

An Stelle des mit meinem Telegramme Nr. 455 vom 8. l. M. in Aussicht gestellten Aide-Mémoires erhalten Euer Exzellenz im Nachstehenden eine Aufstellung jener Gesichtspunkte, welche ich zum Zwecke der Weiterspinnung der Konversation mit dem Petersburger Kabinette verwerthet sehen möchte und welche gleichfalls in die Form einer Notice confidentielle

gekleidet zur Beantwortung der Beilage Euer Exzellenz Berichtes Nr. 30 vom 4. l. M. zu dienen hätten. Vor allem wäre die in den Alineas 3, 4 und 9 zutage tretende Übereinstimmung der Anschauungen festzulegen und zu begrüßen. Sodann wäre auf die auch von uns geteilte Ansicht des russischen Kabinettes — Alinea 7 — zu reflektieren, derzufolge eine Pression in Athen und Belgrad zwecks Herabminderung der Ansprüche auszuüben gewesen wäre, wobei zu konstatiren wäre, daß die bezüglichen Demarchen bedauerlicherweise so gut wie erfolglos geblieben sind. Nicht einmal die im Alinea 8 ausgesprochene Hoffnung, Kavalla bei Bulgarien zu belassen, habe sich bisher erfüllt. Bezüglich des im fünften Alinea der russischen Notice ausgesprochenen Gedankens wäre zu bemerken, daß wir den serbisch-bulgarischen Vertrag von 1912 nicht als Ausgangspunkt der anzustrebenden Abgrenzung vorgeschlagen haben, sondern uns desselben nur bedienen wollten, um den Umfang jenes Gebietes zu charakterisiren, das auch von serbischer Seite als rein bulgarisch anerkannt wurde und damit einen sicheren Anhaltspunkt über jene Teile Macedoniens zu gewinnen, aus welchen Bulgarien — behufs Erreichung des von uns und Rußland verfolgten Zieles, dauernde Verhältnisse am Balkan zu schaffen — nicht gänzlich verdrängt werden sollte. Die Bestimmungen des Bukarester Vertrages sind unserer Ansicht nach durchaus nicht geeignet, eine längere Periode des Friedens zu gewährleisten und tragen deutlich den Stempel einer Demütigung Bulgariens an sich, dessen Grenzen weit über das Maß dessen eingeschränkt wurden, was das Königreich mit Rücksicht auf seine Erfolge im Kriege gegen die Türkei und auf Grund der Stammesverwandtschaft mit der in den befreiten Gebieten lebenden Bevölkerung beanspruchen darf. Die in Bukarest in Aussicht genommene serbisch-bulgarische Grenze erscheint uns schon aus dem Grunde inakzeptabel, weil deren Verlauf eine stete Bedrohung Sofias involvirt und der größte Teil der in Macedonien lebenden Bulgaren Serbien inkorporirt würde. Wenn auch mit Rücksicht auf den Ausgang des letzten Krieges die Zuerkennung des größten und wertvollsten Teiles Macedoniens an Serbien gerechtfertigt erscheint, können wir es im Hinblick auf die zukünftige friedliche Entwicklung der Dinge am Balkan nicht gutheißen, daß Bulgarien aus Macedonien gänzlich hinausgedrängt werde und nicht einmal das Gebiet von Morihovo behalten könne. Die Argumente des Petersburger Kabinettes, wonach das ganze Vardartal bei Serbien belassen werden müsse, um die Verbindung mit Salonik zu sichern, scheinen mir von relativ untergeordneter Bedeutung im Vergleiche zu der Gefahr, welche aus der Einverleibung einer übergroßen Anzahl bulgarischer Elemente in Serbien entspringen müßte, und wäre auch zu bemerken, daß bei Belassung eines Teiles des rechten Vardarufers bei Bulgarien der Ausbau einer Bahn auf serbisch-griechischem Gebiete nach Salonik noch immer möglich wäre. Bezüglich der bulgarisch-griechischen Grenze wäre zu konstatiren, daß Bulgarien in Bukarest nicht einmal der Besitz des Mestatales ganz zugesprochen wurde. Die Konstruktion eines über diesen Fluß in das bulgarische Gebiet hineinreichenden griechischen Dreieckes ist eine ganz unnatürliche und kann nur dem Zwecke dienen, Bulgarien an der Entwicklung seines Handels durch Unterbindung eines Verkehrsweges zum Ägäischen Meer zu hindern, sowie

Griechenland eine Philippopel bedrohende strategische Position zu geben. Gelegentlich der Überreichung der Notice an Herrn Sazonow hätten Euer Exzellenz darauf hinzuweisen, daß es uns nützlich schiene, wenn das Wiener und Petersburger Kabinett mit einem identischen Revisionsbegehren hervortreten könnten, ein Vorgang, welcher von den übrigen Mächten gewiß begrüßt werden würde und seitens der Mitunterzeichner des Bukarester Vertrages wohl kaum ernstlichem Widerstand begegnen würde. Zu diesem Behufe wünschen wir die Konversation mit Petersburg weiterzuführen und hätten Euer Exzellenz zunächst auf den in meinem Telegramme Nr. 437 vom 28. v. M. skizzirten Grenzen zu bestehen und einen konkreten russischen Gegenvorschlag zu provociren. Hiebei wollen Euer Exzellenz in der Ihnen geeignet erscheinenden Weise dem Minister zu verstehen geben, daß ebenso wie Rußland wegen Adrianopel auch wir an unserem ursprünglichen Programm zugunsten Bulgariens festhalten würden, selbst wenn eine Einigung mit Rußland über ein gemeinsames Programm nicht erzielt werden könnte. Berchtold.

a) Oe. U. Balkan 403 Nr. 806. Vgl. 8357, 8371, 8386, Beilage zu n. 8406.

Nr. 8357. Tel. nach St. Petersburg, 12. Aug. 1913 Nr. 461 (chiffr. 10 U. 45 M. p. m.).a) Konz. (S. Matscheko; V. Szápáry; G. Berchtold).

Nach Abgang meines heutigen Telegrammes Nr. 460 erhalten Euer Exzellenz Telegramm Nr. 276 vom 11. d. M. Trotz der wenig befriedigenden Äußerungen Herrn Sazonows wollen Euer Exzellenz ihm die im obigen Telegramme skizzierte Notice confidentielle dennoch übergeben, da es mir daran gelegen ist, falls Rußland zu einer energischen Stellungnahme zugunsten Bulgariens nicht bereit wäre, hierüber eine schriftliche Aufzeichnung zu besitzen. Hierauf würde ich auch deshalb Wert legen, weil das Petersburger Kabinett genötigt wäre, in seiner Antwort die Einwendungen zu widerlegen, die unserer Ansicht nach gegen die unveränderte Aufrechterhaltung des Bukarester Friedens sprechen — was Herr Sazonow in seiner letzten Unterredung mit Euer Exzellenz zu tun nicht in der Lage war. Was die Befürchtung Herrn Sazonows anbelangt, daß wir mit unseren beiderseitigen Wünschen nach Revision wegen der Haltung der anderen Mächte schwerlich durchdringen dürften, so wollen Euer Exzellenz bemerken, daß ich das Hauptbestreben der Großmächte darin erblicke, zu verhüten, daß der europäische Friede durch eine Sonderaktion gestört werde. Sollte es aber zu einem vollen Einverständnis zwischen Rußland und Österreich-Ungarn bezüglich des Umfanges und der Durchführung des Revisionsbegehrens kommen, so wäre zu erwarten, daß die anderen Mächte uns keine Schwierigkeiten in den Weg legen und die in Frage kommenden Mitunterzeichner des Bukarester Vertrages einer energischen Willensäußerung Österreich-Ungarns und Rußlands Folge geben werden. Von einer diplomatischen Aktion, die nur auf die Erhaltung Kavallas für Bulgarien abzielen würde und die Herr Sazonow unterstützen zu wollen erklärt, vermag ich mir keinen Erfolg zu versprechen. Berchtold.

a) Vgl. n. 8386.

Tel. nach St. Petersburg, 12. Aug. 1913 Nr. 463 (chiffr. 13. Aug. 2 U. 30 M. a. m.). Siehe n. 8353.

Erlaß nach St. Petersburg, 12. Aug. 1913 Nr. 3872. Siehe n. 8354.

Tel. nach Skutari, 12. Aug. 1913 Nr. 120 (chiffr. 13. Aug. 2 U. 30 M. a. m.). Siehe n. 8353.

Tel. nach Sofia, 12. Aug. 1913 Nr. 455 (chiffr. 13. Aug. 2 U. 30 M. a. m.). Siehe n. 8353.

Nr. 8358. Tel. aus Sofia, 12. Aug. 1913 Nr. 960 (eing. 13. Aug. 8 U. 30 M. a. m.).[a] Entziff.

Anläßlich Besuches, den mir Ministerpräsident vorgestern abstattete, erzählte er unter anderem, Herr Danew hätte kürzlich versucht, Regierung für Gedanken zu gewinnen, daß Bulgarien, um sich russische Unterstützung zu sichern, Russland Kohlenstation oder Flottenbasis in Cavalla oder auf Insel Thasos in Aussicht stellen sollte. Ministerpräsident sprach natürlich von Idee Danews als von nicht ernst zu nehmendem Kuriosum. Unterredung hatte privaten Charakter und ich ließ unverbindlich Bemerkung fallen, daß Herr Radoslawoff wohl — wenn überhaupt — ein Recht, wie Danew Russland zuerkennen wollte, nur uns, respektive durch uns Dreibund anbieten würde. Mitredner erwiderte, daß ihm dies nicht unmöglich schiene und vielleicht sogar gutes Mittel wäre, um alle Dreibundmächte dafür zu interessieren, daß Cavalla bulgarisch wird. Als ich dann Minister des Äußern vorgestern sah, sprach er mir — wie jetzt beständig — von Cavalla, erwähnte Ansinnen Herrn Danews unter Berufung auf ein Gespräch, das ich mit Ghenadieff kürzlich im selben Gegenstand hatte (mein Telegramm Nr. 904 vom 31. v. M.), und bezeichnete Gedanken, den ich Ministerpräsidenten gegenüber erwähnte, als beachtenswert. Auch anläßlich heutiger Unterredung mit Minister des Äußern beschäftigte ihn wieder vornehmlich Cavallafrage und er sagte, er sei nach reiflicher Überlegung zur Überzeugung gekommen, daß es nicht nur möglich, sondern für Bulgarien sogar von hohem Wert wäre, dem Dreibund in oder bei Cavalla gewisse strategische Rechte einzuräumen. Das würde, wie Regierung es wünsche, dazu beitragen, Bulgarien dauernd an Dreibund zu fesseln. Er glaube, daß es sich nicht um Kohlenstation, sondern nur um Flottenoperationsbasis im Falle eines Krieges handeln könnte. Es schwebe ihm zugleich vor, daß Cavalla mit unserer und Deutschlands Hilfe zum Kriegshafen ausgebaut und durch mit unserem und deutschem Kapital zu erbauende Bahnen mit Sofia und so weiter verbunden werden würde. Er bitte mich, Euer Exzellenz unverbindlich und vertraulich Gedanken zu unterbreiten und zu fragen, was Hochdieselben davon meinten und ob Euer Exzellenz glaubten, daß Sache für Deutschland verlockend wäre und es veranlassen würde, Standpunkt in Cavallafrage zu ändern. Vielleicht könnten Euer Exzellenz — meinte Mitredner — Berlin vorsichtig sondieren; nur bitte er um Geheimhaltung, da, wenn Russland Wind bekäme, es Bulgarien im gegenwärtigen Momente seine Mißstimmung sofort empfindlich fühlen lassen könnte. Tarnowski.

[a]) Vgl. n. 8387.

Nr. 8359. Tel. aus Sofia, 12. Aug. 1913 Nr. 961 (eing. 13. Aug. 6 U. a. m.).[a] Entziff.

Euer Exzellenz Telegramm Nr. 451 vom 12. d. Mts. erhalten. Anlässlich heutiger Unterredung mit Minister des Äussern sprach er mir von seinen ...[b] bezüglich Chancen Revision, las mir verschiedene ihm zugegangene Telegramme vor und bei der vertrauensvollen Art, in der wir verkehren, war es mir leicht, bei entsprechender Begründung Bemerkung fallen zu lassen, dass es meiner persönlichen Ansicht nach gut wäre, wenn er bewussten Appell an Mächte richten würde. Mitredner antwortete, er freue sich, dass ich dieser Anschauung — die auch die seinige wäre — sei. Er sammle bereits Material für ein Mémoire, das er an Mächte richten wolle. Nach der Erklärung, die Bulgarien in Bukarest abgegeben, sei ein solcher Schritt absolut geboten. Wolle Rückkehr Tontcheffs abwarten, der ihm noch nötige Indikationen bringen würde, und in drei oder vier Tagen werde Appell an Kabinette abgehen. Tarnowski.

[a] Vgl. n. 8429. — [b] Chiffre verstümmelt.

Nr. 8360. Tel. aus Sofia, 12. Aug. 1913 Nr. 962 (eing. 13. Aug. 6 U. a. m.). Entziff.

Euer Exzellenz Telegramm Nr. 452 vom 12. d. Mts. erhalten. Minister des Äußern sagte mir, Herr Tontcheff sei sich Notwendigkeit Geheimhaltung der Pourparlers zwischen uns und Bulgarien bewußt, er habe keine Instruktionen erhalten, rumänischer Regierung davon etwas mitzuteilen, und Minister des Äußern müsse annehmen, daß keine Indiskretion begangen worden. Tarnowski.

Nr. 8361. Tel. aus Sofia, 12. Aug. 1913 Nr. 963 (eing. 13. Aug. 8 U. a. m.). Entziff.

Minister des Äussern las mir ein Telegramm bulgarischen Gesandten in Petersburg vor, in dem unter anderem stand, in russischen offiziellen Kreisen erkläre man Haltung Deutschlands in Cavalla-Frage durch dessen Wunsch, zu beweisen, dass deutsche Politik mit jener Österreich-Ungarns nicht vollständig gleich. Minister bemerkte, dies sei wohl rein russische Interpretation und er glaube, fragliche Haltung Deutschlands habe keinen anderen Grund als Kaiser Wilhelms Rücksicht auf Schwager. Tarnowski.

Nr. 8362. Tel. aus Sofia, 12. Aug. 1913 Nr. 964 (eing. 13. Aug. 7 U. 50 M. a. m.).[a] Entziff.

In einem Telegramme des bulgarischen Gesandten in Petersburg, das mir Minister des Äussern vorgelesen, hiess es, russische Militärkreise behaupten, dass Russland, wenn Türkei Adrianopel nicht räume, aktiv vorgehen würde. Bulgarischer Gesandter fügte hinzu, er glaube daran nicht. Tarnowski.

[a] Vgl. n. 8372.

Nr. 8363. Tel. aus Sofia, 12. Aug. 1913 Nr. 965 (eing. 13. Aug. 7 U. 50 M. a. m.). Entziff.

Minister des Äussern sagte mir, russischer Gesandter habe heute gesprächsweise bemerkt, Russland sei im eigenen Interesse — mit Rücksicht auf Dardanellen — dagegen, dass Cavalla griechisch bleibe. Tarnowski.

Tel. nach Valona, 12. Aug. 1913 Nr. 64 (chiffr. 13. Aug. 2 U. 30 M. a. m.). Siehe n. 8353.

Nr. 8364. Tel. an den Kabinettsdirektor des Kaisers in Bad Ischl, 12. Aug. 1913 (chiffr. 2 U. p. m.).[a] Konz. (S. Berchtold u. Hoyos; G. Hoyos).

Nachstehend der Euer Exzellenz bereits telefonisch angekündigte Entwurf eines Allerhöchsten Glückwunschtelegrammes an König von Rumänien. „Ich bitte Dich, meine herzlichsten Glückwünsche anlässlich des unter Deiner (weisen)[b] Leitung zu Stande gebrachten Pazificirungswerkes entgegenzunehmen, welches dem Blutvergiessen am Balkan ein Ende bereitet und Deinem Lande den Frieden gesichert hat. Wie bisher nehme ich auch fernerhin den lebhaftesten Antheil an Allem, was Dir und dem Wohlergehen Deines Landes zu Gute kommt." Falls Seine Majestät diesem Telegramme allergnädigst zustimmen sollten, so würde ich Euer Exzellenz bitten, dasselbe direkt aus Ischl zu expediren und mir eine gefällige Mittheilung über die erfolgte Absendung zukommen zu lassen.

[a] Vgl. n. 8328. — [b] „weisen" von K. Franz Josef gestrichen; vgl. n. 8365.

Nr. 8365. Tel. des Kabinettsdirektors des Kaisers; Bad Ischl, 12. Aug. 1913 (eing. 13. Aug. 11 U. 30 M. a. m.).[a] Entziff.

Beantragtes Telegramm an den König von Rumänien wurde expediert, doch haben Seine Majestät der Kaiser vor dem Worte „Leitung" das Wort „weise" gestrichen. Schießl.

[a] Vgl. n. 8364.

Nr. 8366. Tel. des Legationsrates Franz Freiherrn von Haymerle aus Bukarest, 13. Aug. 1913 Nr. 319 (eing. 6 U. p. m.). Entziff.

Heute erteilte Herr Majoresco dem hiesigen Vertreter der „Frankfurter Zeitung" Auftrag, Nachstehendes als von ihm (Ministerpräsidenten) kommend in seiner Zeitung zu publizieren: „Zwischen Rumänien, Serbien und Griechenland sind keine speziellen Vereinbarungen zustandegekommen, auch hat Rumänien die Notwendigkeit für eine solche Verständigung nicht gefühlt. Rumänien bleibt bei seinen alten Beziehungen; neu hinzugekommen ist nur ein rumänischerseits freundlicheres Verhältnis zu Rußland und Frankreich, ohne den früheren und eingelebten Beziehungen zum Dreibund Abbruch zu tun. Speziell haben sich die Beziehungen zwischen Kaiser Wilhelm und König Karl ausgestaltet." Der Herr Ministerpräsident erklärte mir bezüglich seiner gestrigen Unterredung mit Herrn Pašić (hieramtliches

Telegramm Nr. 312 vom 11. d. M.), dergleichen gleite von ihm ab „wie die Tropfen von einem Regenmantel". Es sei gar nichts Positives besprochen worden, nur habe er erklärt, daß Rumänien unbedingt bei der eventuell zu erbauenden Adriabahn finanziell beteiligt sein müsse. Über die Bahn selbst, die betreffende Donaubrücke etc. sei aber, so versicherte mir der Herr Ministerpräsident, noch gar nichts beschlossen worden. Haymerle.

Nr. 8367. Tel. des Legationsrates Franz Freiherrn von Haymerle aus Bukarest, 13. Aug. 1913 Nr. 320 (eing. 14. Aug. 8 U. a. m.). Entziff.

Ministerpräsident erklärte heute dem Vertreter des k. k. Korrespondenzbureau, Herrn Wolanka, dass, wenn alle Grossmächte Überprüfung Bukarester Friedens verlangen würden, Rumänien dies natürlich hinnehmen müsse, sollten aber nur einzelne oder sogar nur eine einzelne Macht Überprüfung verlangen, so würde rumänische Regierung dies direkt als gegen Rumänien gerichteten unfreundlichen Akt auffassen und seine künftige politische Richtlinie darnach einrichten müssen. Dagegen leugnete Herr Majoresco, den ich heute noch vor Erhalt Euer Exzellenz Telegrammes Nr. 407 von heute sah, mir gegenüber nur im allgemeinen das Überprüfungsrecht der Grossmächte, äusserte sich aber in keiner Weise über die eventuelle Überprüfung durch eine einzelne Macht. Eingangs erwähnte Äusserungen des Ministerpräsidenten dürften auch kaum in ihrem ganzen Umfang als eventuelles Regierungsprogramm aufgefasst und mehr der Angst und dem Bestreben nach Vermeidung einer Überprüfung entsprungen sein.

Haymerle.

Nr. 8368. Tagesbericht über eine Unterredung mit dem türkischen Botschafter, 13. Aug. 1913 Nr. 3915.[a]) Konz. (S. Berger; V. u. G. Macchio).

Der kaiserlich ottomanische Botschafter hat hier mitgetheilt, daß nach einer Meldung des Generalissimus Izzet Pascha die Stimmung unter der griechischen und türkischen Bevölkerung am westlichen Maritzaufer aus Furcht vor bulgarischen Massakers eine überaus erregte sei und daß der Oberkommandierende von Adrianopel von diesen Leuten bestürmt werde, auch das Gebiet westlich der Maritza und westlich Adrianopel zu besetzen. Eine solche Besetzung hätte nun — wie Hilmi Pascha bemerkte — bisher nicht stattgefunden. Sollte sich eine solche aber infolge der Insistenz der dortigen Bevölkerung oder neuerlicher bulgarischer Massakers als unvermeidlich erweisen, so wolle er auftraggemäß schon heute darauf aufmerksam machen, daß die Okkupation dieser Gebiete von den Mächten nur als eine rein provisorische und temporäre Schutzmaßregel im Interesse der muhamedanischen Bevölkerungselemente aufzufassen wäre und keineswegs im Widerspruche mit der von der Pforte früher kundgegebenen Absicht stehe, die Maritzalinie nicht zu überschreiten. Diese Ausführungen des Herrn Botschafters wurden zur Kenntnis genommen.

[a]) Vgl. n. 8372, 8377, 8393.

Nr. 8369. Tel. aus Konstantinopel-Jeniköj, 13. Aug. 1913 Nr. 413 (eing. 14. Aug. 4 U. a. m.). Entziff.

Ich habe heute Unterredung mit Talaat Bey gehabt. Minister des Innern spielt bekanntlich führende Rolle im Komitée und im Kabinett und ist Wiederbesetzung Adrianopels eigentlich sein Werk. Nachdem ich Angelegenheit, die mich ins Ministerium des Innern führte, besprochen hatte, fragte mich Talaat Bey, wie es mit Adrianopel stehe. Ich antwortete ihm, ich würde, wenn ich türkischer Staatsmann wäre, die Gelegenheit benützen, um für Adrianopel soviel als möglich herauszuschlagen. Ich sagte ferner, die Türkei müsse mit der Möglichkeit rechnen, daß russische Truppen in Varna oder Burgas landen und die türkische Armee aus Adrianopel hinausdrängen könnten. Talaat Bey meinte, dies würden die anderen Mächte nicht erlauben, worauf ich ihm erwiderte, es sei eine schlechte Politik, sich auf Andere zu verlassen. Meine Ausführungen machten auf den Minister Eindruck, was ich aus dem Umstand ersehen konnte, daß er mir schließlich sagte, die größte Schwierigkeit würde darin bestehen, die türkischen Truppen zum Verlassen Adrianopels zu bewegen. Wie ich bereits an anderer Stelle[a]) angedeutet habe, schiene mir jetziger Moment günstig, mit konkreten Vorschlägen, welche genügende Kompensation für Adrianopel böten, an die Pforte heranzutreten. Pallavicini.

[a]) Vgl. n. 8331.

Nr. 8370. Tel. aus Paris, 13. Aug. 1913 Nr. 158 (eing. 6 U. 50 M. p. m.).[a]) Entziff.

Russischer Botschafter hat hier mitgeteilt, dass seine Regierung nur auf Zuerkennung Cavallas an Bulgarien Gewicht lege, eine Revision der serbisch-bulgarischen Grenze in Mazedonien aber unterstützen werde.[b]) Trotz griechischer Sympathien scheint französische Regierung, falls alle anderen Grossmächte dem russischen Wunsche zustimmen, nicht allein opponieren zu wollen. Man hofft aber hier, dass einige Mächte, speziell Deutschland und England, sich überhaupt gegen Revision aussprechen werden. Offiziöse Note der „Agence Havas" von gestern abends erklärte, dass „kleines Missverständnis" wegen Cavalla beigelegt ist und dass übrigens Revisionsfrage bereits in negativem Sinne entschieden ist. Szécsen.

[a]) Vgl. n. 8311. — [b]) So! Richtig wohl „nicht unterstützen werde."

Nr. 8371. Tel. nach Sofia, 13. Aug. 1913 Nr. 458 (chiffr. 11 U. 15 M. p. m.).[a]) Konz. (S. Matscheko; V. Nemes; G. Berchtold).

Euer Hochgeboren wollen sich zu Herrn Ghenadieff im folgenden Sinn aussprechen: Wir haben seinerzeit der rumänischen Regierung bekanntgegeben,[b]) wir müßten großen Wert darauf legen, daß bei der Bestimmung der neuen Grenzen die wirtschaftlichen und nationalen Lebensinteressen Bulgariens gewahrt werden und daß dieses daher weder aus Zentralmazedonien ganz verdrängt noch vom Ägäischen Meer (Kavalla samt Hinterland und Verbindung mit dem Innern) abgeschnitten werde. Wir haben versucht, durch den Einfluß Rumäniens bei den Bukarester Verhandlungen eine

diesen Gesichtspunkten entsprechende Delimitierung zu erreichen, dies ist aber an der Intransigenz Serbiens und Griechenlands gescheitert. In Voraussicht eines eventuellen unbefriedigenden Ergebnisses der Friedensverhandlungen haben wir die rumänische Regierung zu der bekannten Erklärung in unserem Namen ermächtigt, daß wir uns, wie immer über Kavalla entschieden werden möge, das Überprüfungsrecht vorbehielten.[c] Eine ähnliche Erklärung hat auch das Petersburger Kabinet abgegeben. Wir sind auch mit dem russischen Kabinet in einen Gedankenaustausch über die für Bulgarien anzustrebenden Grenzen getreten, in dem wir anfänglich eine gewisse Übereinstimmung konstatieren konnten, wenn Rußland auch seine Forderungen in einem weit engeren Rahmen hielt. Nun aber, nach der Unterzeichnung des Friedens, hat Herr Sazonow dem Grafen Thurn erklärt, daß das Petersburger Kabinet sich gegenüber einer Revision der serbisch-bulgarischen Grenze unbedingt ablehnend verhalten müßte und auch eine Action bezüglich Kavallas nur diplomatisch unterstützen könnte.[d] Dessenungeachtet setzen wir unsere Bemühungen, Bulgarien bessere Grenzen zu verschaffen, fort und wirken in Petersburg durch Fortsetzung der Konversation[e] darauf hin, daß auch das dortige Kabinet seinen Widerstand gegen eine Revision der serbisch-bulgarischen Grenze fallen lasse. Berchtold.

[a] Vgl. n. 8387, 8388, 8412. — [b] n. 8016. — [c] n. 8177. — [d] n. 8336. — [e] n. 8356.

Nr. 8372. Tel. aus Sofia, 13. Aug. 1913 Nr. 966 (eing. 7 U. p. m.).[a] Entziff.

Erhalte Euer Exzellenz Telegramm Nr. 454[b] von heute soeben. Ich weiss nicht, inwiefern denkbar, dass Russland eventuell allein aktiv gegen Türkei vorgehe, respektive Bulgarien beschütze (mein Telegramm Nr. 964 von heute). Jedenfalls würde russische Regierung dadurch beste Aussicht haben, hier verlorenes Terrain wieder zu gewinnen, selbstredend auf unsere Kosten. Bei einer gemeinsamen Aktion der Mächte, insofern sie nicht durch Russland hervorgerufen wäre, würde selbstverständlich oberwähnte Folge nicht eintreten. Tarnowski.

[a] Vgl. n. 8377, 8424, 8471. — [b] Mit Tel. Nr. 454, 12. Aug. 1913 (chiffr. 11 U. p. m.) wurde eine in Wien überreichte türkische Verbalnote über Massakrierung der türkischen Bevölkerung und Kriegsgefangenen, welche die türkische Regierung zwingen könnte, Bulgarien den Krieg zu erklären, nach Sofia zur Warnung der bulgarischen Regierung mitgeteilt. Vgl. n. 8368, 8373.

Nr. 8373. Tel. aus Sofia, 13. Aug. 1913 Nr. 969 (eing. 14. Aug. 7 U. a. m.).[a] Entziff.

Euer Exzellenz Telegramm Nr. 454[b] von heute nachts über Absicht der Türkei, Bulgarien eventuell Krieg zu erklären, erhalten und Minister des Äussern entsprechend gewarnt. Er war sehr impressioniert. Massakers türkischer Bevölkerung und Kriegsgefangener bezeichnete er als reine Erfindung. Abgesehen von einem einzigen bekannten Fall, der Revolte der Gefangenen in Stara Zagora, sei nirgends Ruhe gestört worden und türkische Bevölkerung wie Kriegsgefangene leben so unbelästigt als Bulgaren selbst. Türkei wolle Krieg und erfundene Massakers seien Prätext. Bulgarien sei so erschöpft, dass Gedanke an dritten Krieg gegen Türkei geradezu

schrecklich. Ausserdem müsse ja Bulgarien demobilisieren, was bereits begonnen. Wenn angegriffen, werde sich Bulgarien dennoch verteidigen müssen. Würden aber Mächte ruhig zusehen, dass Türkei Bulgarien überfalle? Türkei wolle offenbar Abtretung Adrianopels erzwingen und jedes Mittel sei ihr dazu gut. Gefahr sei gross, Minister wisse nicht recht, was anfangen, da er bereits an Mächte appelliert habe. Er werde es aber noch einmal und zwar noch heute tun und mich ersuchte er, Euer Exzellenz ausserdem zu bitten, Initiative zu einer unverzüglichen energischen Demarche in Konstantinopel zu ergreifen. Mitredner schiene es sehr zweckmäßig, dass wir Deutschland bewegen, ernste Ratschläge in Konstantinopel zu erteilen. Er bemerkte auch, dass viele Botschafter in Konstantinopel, wie er höre, für Türkei sehr sympathisch gestimmt, was kaum energisches Auftreten ihrerseits verspreche. Tarnowski.

[a]) Oe. U. Balkan 406 Nr. 811. Vgl. n. 8377. — [b]) Vgl. n. 8372 Anm. b.

Nr. 8374. Tel. aus Sofia, 13. Aug. 1913 Nr. 970 (eing. 14. Aug. 7 U. a. m.). Entziff.

Bezug auf mein Telegramm Nr. 959 vom 12. d. M. Minister des Äussern sagte mir, er habe aus Bukarest Nachricht, Rumänien werde infolge Vorstellung Herrn Toncheffs Evakuation sofort beginnen. Minister sei von rumänischer Antwort befriedigt. Tarnowski.

Nr. 8375. Tel. aus Sofia, 13. Aug. 1913 Nr. 971 (eing. 14. Aug. 7 U. a. m.). Entziff.

Italienischer Kollege hat mir in letzter Zeit wiederholt freundschaftlich von Misstrauen gesprochen, mit dem er Haltung Rumäniens betrachte. Seiner Überzeugung nach lasse sich Rumänien von unaufrichtigen Absichten Österreich-Ungarn gegenüber leiten; die rumänische Politik stehe unter Einfluss Russlands und sei gegen uns und Italien gerichtet. Tarnowski.

Nr. 8376. Vortrag an den Kaiser, 13. Aug. 1913.[a]) Konz. (S. Hoyos; V. Berchtold; G. Hoyos).

Der königlich ungarische Ministerpräsident hat mir gestern eine eigenhändig gefertigte Denkschrift[b]) übersendet und mich gleichzeitig ersucht, dieselbe für den Fall, als ich nicht all den darin enthaltenen Ausführungen beipflichten könnte, Euer Majestät zu unterbreiten, da Graf Tisza angesichts der hohen Bedeutung der in seiner Denkschrift behandelten Fragen für die Zukunft der Monarchie den grössten Wert darauf legen würde, dass seine Auffassungen über die gegenwärtige Situation von Euer kaiserlichen und königlich Apostolischen Majestät Allergnädigst zur Kenntnis genommen werden. Ich nehme mir die ehrerbietige Freiheit, dem an mich gerichteten Ansuchen des Grafen Tisza zu entsprechen, und Euer Majestät in der Anlage dessen Denkschrift alleruntertänigst zu unterbreiten. Was den Inhalt derselben anbelangt, so glaube ich bemerken zu dürfen, dass meine Auffassung der Lage sich mit jener des königlich ungarischen Ministerpräsidenten in den Hauptzügen vollkommen deckt und dass die

von ihm befürwortete Vorgangsweise mit unseren einschlägigen Dispositionen in Einklang steht. Ich möchte nur bezüglich des vom Grafen Tisza erörterten Planes einer Kooperation mit Russland gegen die Türkei in Thrazien eine Ausnahme machen, indem ich in diesem Belange die bereits in mündlichem alleruntertänigsten Vortrage Euer Majestät ehrerbietigst auseinandergesetzten Bedenken aufrechthalten muss. Ein Eingehen auf den Gedanken einer solchen combinirten Aktion schiene mir nur in dem Falle erwägenswert, wenn eine Parallelaktion unsererseits in dem uns nächstgelegenen serbischen Interessengebiete am Balkan nicht tunlich wäre und nach der gegebenen Sachlage eine Sonderaktion Russlands gegen die Türkei zu der Wiederherstellung des präponderierenden russischen Einflusses am Balkan führen müsste. Um über die militärische Durchführbarkeit der von Grafen Tisza aufgeworfenen Idee Orientierung zu gewinnen, habe ich übrigens den Chef des Generalstabes ersucht, mir ein schriftliches Gutachten über eine solche Kooperation auszuarbeiten.

[a]) Vgl. n. 8390, 8474, 8498. — [b]) n. 8343.

Nr. 8377. Tel. nach Berlin Nr. 579 (1), Rom Nr. 936 (2), St. Petersburg Nr. 467 (3), London Nr. 684 (4), Paris Nr. 408 (5), Konstantinopel Nr. 388 (6), Bukarest Nr. 411 (7) und Sofia Nr. 459 (8), 14. Aug. 1913 (chiffr. 10 U. 30 M. p. m.).[a]) Konz. (S. Schreibmaschine und Egger; V. Rappaport; G. Berchtold).

1.—7. In einer vorgestern übergebenen „Note verbale"[b]) lenkt die hiesige türkische Botschaft meine Aufmerksamkeit auf die angeblichen Massakers, welche in Bulgarien an der mohammedanischen Bevölkerung und den türkischen Kriegsgefangenen verübt worden seien. Die Note schließt mit der Drohung, daß die Fortsetzung solcher Metzeleien die Pforte zur Kriegserklärung an Bulgarien nötigen würde.

1.—5. Da durch diesen türkischen Schritt die Gefahr näher gerückt erscheint, daß der kaum wieder hergestellte Balkanfriede neuerdings durch eine türkisch-bulgarische Konflagration gestört werden könnte, hielte ich es für angezeigt, daß die Kabinette der Großmächte in einen Meinungsaustausch darüber eintreten, wie diese neuerliche Kriegsgefahr zu beschwören sei. Ich ersuche Euer Exzellenz, sich im vorstehenden Sinne der dortigen Regierung gegenüber zu äußern und mir über die Aufnahme telegraphisch zu berichten. Ein gleichlautendes Telegramm ergeht an die Botschafter bei den anderen Signatarmächten.

6. u. 7. Aus diesem Anlasse instruiere ich unter einem die Botschafter in Berlin, Rom, Petersburg, London und Paris telegraphisch, wie folgt: (Inseratur aus Telegramm sub 1.—5. von „Da durch" bis „zu berichten.") Vorstehendes zur Mitteilung an die dortige Regierung.

8. Erhalten Euer Hochgeboren Telegramme vom 13. d. M. Nr. 966 und 969. Ich beauftrage unter einem die Botschafter bei den Signatarmächten, meine Anregung bezüglich eines Meinungsaustausches unter den Mächten behufs Verhütung einer türkisch-bulgarischen Konflagration vorzubringen. Vorstehendes zur Mitteilung an die bulgarische Regierung. Berchtold.

[a]) Oe. U. Balkan 407 Nr. 813. Vgl. n. 8396, 8401, 8452. — [b]) n. 8372 Anm. b, 8373.

Tel. nach Bukarest, 14. Aug. 1913 Nr. 411 (chiffr. 10 U. 30 M. p. m.). Siehe n. 8377.

Tel. nach Konstantinopel, 14. Aug. 1913 Nr. 388 (chiffr. 10 U. 30 M. p. m.). Siehe n. 8377.

Tel. nach London, 14. Aug. 1913 Nr. 684 (chiffr. 10 U. 30 M. p. m.). Siehe n. 8377.

Nr. 8378. Tel. aus London, 14. Aug. 1913 Nr. 620 (eing. 11 U. 30 M. p. m.). Entziff.

Erhalten Euer Exzellenz Telegramm Nr. 680 vom 13. d. M. Ich habe Sir E. Grey schriftlich und mündlich die Glückwünsche und den Dank Euer Exzellenz anlässlich des Abschlusses der Botschafterreunion ausgesprochen. Staatssekretär war durch diese Aufmerksamkeit sehr erfreut, versicherte mir, dass er sie hoch zu würdigen wisse und bat mich, Euer Exzellenz seinen wärmsten Dank auszusprechen. Ich bitte Euer Exzellenz, den Ausdruck meines tiefgefühlten Dankes für die gütige Anerkennung meiner Tätigkeit bei der Konferenz genehmigen zu wollen. Mensdorff.

Nr. 8379. Tel. aus London, 14. Aug. 1913 Nr. 621 (eing. 11 U. 30 M. p. m.). Entziff.

Während meines heutigen Abschiedsbesuches bei Sir E. Grey, der heute abends London verlässt, sagte mir Staatssekretär, die schwierigste Frage sei heute diejenige Adrianopels. Er habe eingehend Hakki Pascha zugeredet, dass jetzt der Moment sei, um für die Türkei günstige Bedingungen zu erwirken bezüglich Details der Grenzlinie, Sultangräber, eventuell Demolierung der Fortifikationen von Adrianopel, vorausgesetzt, dass Adrianopel evakuiert werde. Hakki Pascha erwiderte, keine türkische Regierung könne es auf sich nehmen, Adrianopel aufzugeben. Sir E. Grey ist sich noch gar nicht klar, wie diese Frage gelöst werden kann. Er hat durch Fürsten Lichnowsky der deutschen Regierung sagen lassen, er hielte es für opportun, wenn Deutschland seine Proposition (fünf Zugeständnisse an die Türkei gegen Räumung Adrianopels, Euer Exzellenz Telegramm Nr. 672 vom 8. d. M.) aufrechthielte. Dadurch würde der Anschein verhütet werden, als ob einzelne Mächte sich mit der dauernden Okkupation Adrianopels durch die Türkei abgefunden hätten und Russland würde sich nicht genötigt sehen, selbständig vorzugehen. Deutscher Botschafter schien zu glauben, seine Regierung habe diesen Vorschlag fallen gelassen, was Staatssekretär bedauern würde. Mensdorff.

Nr. 8380. Tel. aus London, 14. Aug. 1913 Nr. 622 (eing. 11 U. 45 M. p. m.). Entziff.

Im Laufe meiner allgemeinen Konversation mit Sir E. Grey heute nachmittags sagte er mir, er kenne weder Euer Exzellenz noch Herrn Sazonows definitive Stellungnahme betreffs Kavalla. Nachdem man aber griechischerseits bereits wegen Koritzas an ihn herangetreten sei, — was er ignoriere — habe er der deutschen Regierung, die auf Griechenland Einfluss zu haben

scheint, suggeriert, in Athen wissen zu lassen, dass, wenn dortige Regierung sich bezüglich Delimitation Albaniens und Evakuation widersetzlich zeige, sie darauf gefasst sein muss, dass die eine oder die andere Macht bezüglich Kavallas eine schroffere Stellung einnehmen würde. Als wir von seiner vorgestrigen Rede im Unterhause[a]) sprachen, bestätigte mir Sir E. Grey, dass seine Bemerkungen, dass „die Provokation so stark sein könnte, dass eine Macht einschreiten müsste und die anderen Mächte die Berechtigung des Einschreitens anerkennen würden" als eine Warnung an die Adresse der Türkei und Griechenlands gemeint waren. (Vorletzter Abschnitt des Berichtes der Times vom 13. d. Mts.). Mensdorff.

[a]) Pol. Chron. d. ö.-u. Mon. 1913, 331.

Tel. nach Paris, 14. Aug. 1913 Nr. 408 (chiffr. 10 U. 30 M. p. m.). Siehe n. 8377.

Tel. nach Rom, 14. Aug. 1913 Nr. 936 (chiffr. 10 U. 30 M. p. m.). Siehe n. 8377.

Nr. 8381. Tel. aus Rom, 14. Aug. 1913 Nr. 530 (eing. 15. Aug. 3 U. 45 M. a. m.). Entziff.

Vertraulich. Kabinettschef des (Ministers des Äussern)[a]) sagte mir, serbischer Geschäftsträger habe ihn zwar in akademischer Form, aber mit auffälliger Insistenz um die voraussichtliche Haltung Italiens gegenüber einer eventuell von irgend einer Seite gemachten Proposition befragt, wonach die Türkei, da sie — wie sich gezeigt habe — doch nicht verteidigungsfähig und ganz verschuldet sei, neutralisiert und unter die Garantie der sechs Grossmächte gestellt werden sollte. Hiedurch würde die Türkei der bedeutenden militärischen Auslagen ledig und könnte die betreffenden Mittel für die innere Konsolidierung, Reformen etc. verwenden. Herr Garbasso erwiderte dem Geschäftsträger, dass ihm dieser Gedanke ganz neu sei und er sich darüber nicht aussprechen könne. Um meine Meinung befragt, äusserte ich als persönliche Ansicht, dass es sich vielleicht um eine russische Idee handeln könnte, da Russland an der Schwächung der Türkei Interesse habe. Die von den Mächten garantierte Neutralisierung der Türkei würde nämlich dieselbe einerseits militärisch schwächen, anderseits aber ihr kaum weniger problematische Vorteile bieten als die ihr seit Dezennien vertragsmässig von den Mächten garantierte Integrität ihres Besitzstandes.

Mérey.

[a]) Chiffre fehlt.

Nr. 8382. Bericht aus Rom, 14. Aug. 1913 Nr. 46 A (eing. 16. Aug.). Ausfert.

Geheim. Der hohe Erlass vom 2. l. M. Nr. 3728, unsere Balkanpolitik betreffend, ist mir am 5. l. M. zugekommen, was mich in die Lage versetzte, denselben sofort bei dem gerade an diesem Tage hier befindlichen Minister des Äussern unter Betonung des geheimen Karakters meiner Mitteilungen zu verwerten. Als ich mich auf diese Unterredung vorbereitete und mir eine entsprechende Appretur des hohen Erlasses an den k. und k.

Botschafter in Berlin vom 1. l. M. Nr. 3685 für den hiesigen Gebrauch zurechtlegte, hatte ich anfangs gewisse Bedenken, der hiesigen Regierung den formellen bulgarischen Allianzantrag mitzuteilen. Ich liess aber schliesslich diese Skrupel fallen, da ich mir sagte, dass aller Wahrscheinlichkeit nach Marchese di San Giuliano diese Nachricht, wenn nicht aus Sofia, so doch aus Berlin bekommen würde. Wie ich mit meinem Telegramme vom 5. l. M. Nr. 507 zu melden die Ehre hatte, hat der Minister des Aeussern auch diesmal dem ihm von mir verdolmetschten Gedankengange Euerer Exzellenz im Grossen und Ganzen vollständig zugestimmt. Ich war besonders bemüht, die sehr überzeugenden Ausführungen über den zwischen uns und Serbien bestehenden Gegensatz und unsere Haltung gegenüber diesem Lande dem Minister eindringlich und mit den sich aufdrängenden Nebenbemerkungen über die Serbofilie Italiens darzulegen und habe den Eindruck, dass der Minister mehr als anlässlich der früheren Unterredungen sich diesen Konsiderationen zugänglich erwies. Voller Zustimmung begegnete auch diesmal jener Teil der Auseinandersetzungen Euerer Exzellenz, welcher einer näheren Heranziehung Bulgariens an den Dreibund das Wort redet und dieser Eventualität gegenüber der deutscherseits patronisierten Begünstigung Griechenlands den Vorzug gibt. Die einzigen nuancirenden Gegenbemerkungen des Marchese di San Giuliano betrafen einerseits den Umstand, dass nach seiner Ansicht die eventuell gegen unseren Besitzstand gerichteten Aspirationen Serbiens sich doch nicht in nahe absehbarer Zeit verwirklichen könnten, der Versuch eines modus vivendi für die nächste Zeit also doch der Mühe wert wäre, andererseits gewisse Zweifel darüber, ob die bulgarische Démarche im vollen Umfange ernst gemeint sei, und gegebenen Falles die Allianz wirklich abgeschlossen und loyal eingehalten würde, oder ob es sich nicht, sei es um ein Manöver der captatio benevolentiae, sei es um einen aus der Verzweiflung des Momentes entsprungenen und keine Dauer versprechenden Entschluss handle. In ersterer Hinsicht wies ich darauf hin, dass Serbien ein vorübergehendes gutes Verhältnis mit uns nur zu seiner Konsolidierung und zur ruhigen Vorbereitung seiner Zukunftspläne benützen würde. In letzterer Hinsicht betonte ich, dass Euer Exzellenz ohnedies fürs erste die Allianz-Idee noch nicht aufgegriffen, sondern zunächst nur indirekt die Annäherung Bulgariens an den Dreibund im Wege eines möglichst vollständigen Einvernehmens mit Rumänien suggeriert haben, welch' letzterer Gedanke von dem Minister des Äussern als ebenso richtig wie voraussichtlich auch realisierbar betrachtet wird. Im weiteren Laufe der Unterredung teilte ich auch dem Minister die in dem hohen Erlasse an den k. u. k. Botschafter in Berlin vom 1. l. M. Nr. 3702 entwickelten Gesichtspunkte Euerer Exzellenz hinsichtlich der Regelung der territorialen Fragen auf dem Balkan mit. Dieselben waren dem Marchese di San Giuliano schon aus einem Telegramme des Herzogs von Avarna bekannt und hatte er sich sogar auf einer Karte die von Euerer Exzellenz proponierten Grenzlinien einzeichnen lassen. Eine detaillierte Besprechung derselben war in Folge der vorgerückten Zeit — am folgenden Morgen fuhr Minister nach Vallombrosa — nicht mehr möglich. Marchese di San Giuliano beschränkte sich auf die etwas vage Äusserung, er glaube, dass

zwischen unserem Standpunkte und dem Resultate der Bukarester Verhandlungen sich kaum ein wesentlicher Unterschied ergeben werde, allenfalls mit Ausnahme von Kavalla, das schliesslich doch Griechenland zugewiesen zu werden scheine. Hinsichtlich der Ostgrenze Bulgariens bemerkte der Minister, dass man ohne Konzessionen an die Türkei über die Grenze Enos—Midia hinaus — wenn auch ohne Adrianopel — nicht durchkommen werde. Ich könnte hier den Bericht über diese Unterredung abschliessen, glaube aber doch hervorheben zu müssen, dass dieselbe am 5. l. M. stattfand, und dass sich seither so Manches — Wichtiges und teilweise Unvorhergesehenes — ereignet hat, was vermutlich heute die Auffassung des Marchese di San Giuliano in mehrfacher Hinsicht modifizieren dürfte. Ich denke hiebei zunächst an den Verlauf und Abschluss der Bukarester Verhandlungen, an das vollständige Nachgeben Bulgariens in allen Punkten, an die daraus gleichsam widerspruchslos resultierende Erfüllung fast aller von den Alliierten am Beginne der Verhandlungen gestellten Forderungen, an die von Rumänien bis zuletzt festgehaltene Solidarität mit Serbien und Griechenland, an die zunehmende Festsetzung der Türkei in Adrianopel, an die blosse Zuschauerrolle, auf welche sich die Mächte beschränkten, und endlich an die gegen die Idee einer Revision des Vertrages seitens Europas nicht nur in Belgrad, Athen, Cetinje und Bukarest, sondern auch in Paris, Berlin und Rom laut gewordenen Verwahrungen, wobei besonders das Auftreten des deutschen Kaisers sensationell wirkte. Wenn es daher — wofür vorläufig der Anschein spricht — zu keiner Revision des Vertrages in unserem Sinne kommt, ist ein grosser Teil der obigen Unterredung gegenstandslos geworden. Bulgarien bleibt dann niedergeschmettert und erhält nicht die von uns ihm zugedachten Grenzen, Serbien und Griechenland erlangen eine übermässige Vergrösserung und unsere Balkan-Geographie ist graue Theorie geblieben. Was hiebei auf Marchese di San Giuliano wohl am meisten wirken dürfte, ist die Haltung Deutschlands. Ich habe schon öfters zu erwähnen Anlass gehabt, dass seit einiger Zeit das Verhältnis zwischen Rom und Berlin ein besonders intimes ist. Hiezu dürfte mein ziemlich insignifianter Kollege von Flotow am wenigsten beitragen, mehr schon der sehr tüchtige und mit Herrn von Jagow persönlich befreundete italienische Botschafter in Berlin und am meisten Herr von Jagow selbst, dem seine Vertrautheit mit den hiesigen Verhältnissen und seine langjährige Bekanntschaft mit Marchese di San Giuliano hiebei zu statten kommen. Bei Letzterem wirkt, ausser seiner übereinstimmend mit dem Könige und dem Ministerpräsidenten Giolitti stets bekundeten überzeugten Freundschaft für Deutschland, wohl auch die sympathische und schmeichelhafte Aufnahme mit, welche er in den letzten Jahren in Berlin, in Venedig und in Kiel, seitens des deutschen Kaisers und der deutschen Staatsmänner gefunden hat. Insolange das Verhältnis zwischen uns und Deutschland ein rückhaltslos freundschaftliches war, kam die günstige Stimmung zwischen Berlin und Rom uns nur zu Gute. Wenn aber, wie es jetzt den Anschein hat, sich die Orientpolitik Deutschlands von der unsrigen so merklich differenziert, und dies nicht nur in der Presse, sondern in verschiedenen demonstrativen, von dem Auslande als gegen uns gemünzt beurteilten

Emanationen des deutschen Kaisers so grell in die Erscheinung tritt, dann wird allmälig, da sich innerhalb des Dreibundes doch nicht drei verschiedene Balkanpolitiken machen lassen, Italien vor eine Option gestellt sein, welche aus vielen keiner näheren Ausführung bedürftigen Gründen kaum zu unseren Gunsten ausfallen dürfte. Mérey.

Nr. 8383. Bericht aus Rom, 14. Aug. 1913 Nr. 46 G (eing. 16. Aug.). Ausfert.

Vertraulich. Da das hohe Telegramm vom 3. l. M. Nr. 891*a)* am 4. l. M. hier eintraf, an welchem ich den Minister des Äussern sah, nahm ich keinen Anstand, demselben in vertraulicher und freundschaftlicher Weise auf jene in Albanien wahrnehmbaren Symptome aufmerksam zu machen, wornach sich dortige Notabilitäten teils auf die österreichisch-ungarische, teils auf die italienische Seite schlagen zu wollen scheinen, wobei in letzterer Zeit ein gewisser inopportuner Übereifer einzelner italienischer Konsular-Funktionäre zu Gunsten solcher Parteiungen bemerkbar sei. Ich wies auf die durchaus korrekten Instruktionen, welche unsere Konsuln besässen, hin und legte dem Marchese di San Giuliano nahe, in dem gleichen Sinne auf seine Organe zu wirken. Der Minister versicherte mich, dass dies ohnedies im vollsten Umfange geschehe. Tatsächlich sei ja auch dermalen das Verhältnis unserer respektiven Konsuln in Albanien zu einander ein viel besseres, als es je früher gewesen. Gelegentliche vorübergehende Wechsel in der Leitung der Konsulate, welche ich auch releviert hatte, seien aber unvermeidlich. So habe der Konsul in Valona, welcher an Fieber litt, zeitweise beurlaubt werden müssen. Die Gewinnung spezieller Anhänger an Italien in Albanien oder gar die Bildung einer italofilen Partei liege ihm ganz ferne, von allem anderen abgesehen schon deshalb, weil er Albanien viel zu gut kenne, um nicht zu wissen, dass der Albanese bereitwillig von uns oder von Italien — am liebsten von beiden — Geld nehme, aber keine Dankbarkeit, keine Anhänglichkeit kenne. Es gebe eigentlich keine austrofilen und keine italofilen, sondern nur chrysophile Albanesen. Viel eher könne man von uns behaupten, dass wir uns eine Partei im Lande bilden, da wir seit langen Jahren den gesamten katholischen Klerus subventionirten. Auch sei bekannt, dass früher Prenk Bib Doda, dermalen Ismail Kemal Bey, Sureya Bey Vlora, dessen Sohn Ekrem Bey, Faik Bey Konitza und so manche Andere als nicht gerade uneigennützige Parteigänger der Monarchie gelten. Solange das Land in seinem jetzigen rudimentären Zustande sei, solange die spärliche albanesische Intelligenz nicht zur Einsicht gebracht sei, dass sie und ihre Heimat auf eigenen Füssen stehen und sich, statt vom Auslande zu leben, selbst erhalten müssen, solange werde es immer Pseudo-Austrofile und Pseudo-Italofile Albanesen geben und von denselben auf die vermeintliche Rivalität zwischen uns und Italien spekuliert werden. In dieser Beziehung sei der jetzige „Paritäts-"Standpunkt für die Albanesen besonders vorteilhaft, da sie, sobald zum Beispiel Wien ihnen eine gewisse Summe gebe, von Rom ein alterum tantum erhielten. Jeder Franc Subvention verdopple sich also. Für den Moment sei dies vielleicht unvermeidlich, aber auf die Dauer könne dieser absurde Zustand doch nicht anhalten,

que si l'Italie éternuait en Albanie l'Autriche serait obligée de se moucher. Ähnlich sprach mir bei einem anderen Anlasse der Generalsekretär de Martino. Derselbe vertraute mir an, die Regierung habe unlängst mehrere sehr ernste und tüchtige Leute nach verschiedenen Teilen Albaniens geschickt, um die politische Situation im Lande, die Stimmung der Bevölkerung und auch die Stellung und den Einfluss Österreich-Ungarns zu studieren. Diese Personen hätten nun übereinstimmend, aber ganz unabhängig von einander berichtet, dass die Monarchie zwar seit langen Jahren unvergleichlich mehr Geld ausgebe als Italien, dass aber trotzdem ihre Stellung in Albanien eine schwächere sei als jene Italiens. Wenn ich auch den Ausführungen des Marchese di San Giuliano und des Herrn de Martino einen grossen Grad von Aufrichtigkeit zubilligen will, so gehe ich dabei doch nicht so weit, zu glauben, dass sie nicht auch in ihrer Art — ähnlich wie wir im Wege des Klerus und der Katholiken — bestrebt seien, im Wege der Gewinnung von Persönlichkeiten die Sympathien für Italien zu fördern. Eine vollkommene Korrektheit in dieser Beziehung wird kaum von der Regierung, noch weniger von den Konsuln und am wenigsten von den Albanesen selbst zu erwarten sein. Mérey.

a) Mit Tel. Nr. 891, 3. Aug. 1913 (chiffr. 11 U. 30 M. p. m.) wurde eine Konsularmeldung aus Valona über Intriguen Mufid Beys gegen Ismail Kemal Bey innerhalb der provisorischen Regierung Albaniens weitergegeben und daran die geheime Mitteilung geknüpft, daß auch nach anderen Meldungen die einen Albanesenchefs nach Rom, die anderen nach Wien gravitieren. Berchtold habe den Eindruck, daß hieran sehr viel der Übereifer der in letzter Zeit so häufig wechselnden italienischen Vertreter in Valona schuld sei, die anstatt der ohnehin bei den Albanesen vorhandenen Tendenz zur Parteibildung entgegenzutreten, dieselbe in der Hoffnung fördern, eine spezifisch italienische Partei zu bilden. Er stehe auch heute in seinen „Instruktionen an die k. und k. Konsuln auf dem Standpunkte, daß dieselben den Albanesenführern zur Eintracht und Versöhnlichkeit raten und dahin wirken sollen, daß sich deren Sympathien weder ausschließlich Österreich-Ungarn oder Italien, sondern der albanesischen Sache und beiden für dieselbe eintretenden Mächten zuwenden sollen."

Nr. 8384. Privatschreiben aus Rom, 14. Aug. 1913.a) Ausfert.

Streng geheim. Meine kürzliche Bemerkung in einem Postscriptum zu einem Berichte, dass mich meine Unorientirtheit über unsere neue Marine-Konvention mit Italien schon mehrmals in Verlegenheit brachte, war dadurch veranlaßt, dass mich in letzterer Zeit sowohl der Generaladjutant Brusati als auch der Minister des Äußern auf diesen Gegenstand angesprochen hatten. Mit Deinem Schreiben vom 6. l. M. hattest Du nun die Güte, mich über den Inhalt dieses Abkommens ausführlich zu informiren. Ich bin hiefür sehr dankbar und bedauere nur, dass Du Dir — was ich bei meiner seinerzeitigen Bemerkung nicht voraussetzen konnte — selbst diese Mühe auferlegt hast. Ich vermute, dass das Abkommen über Anregung und unter der Aegide Deutschlands zu Stande kam, bin aber davon überzeugt, dass es der hiesigen Regierung sehr willkommen ist. Dass König Victor Emanuel damit sehr einverstanden ist, entnahm ich aus einer Bemerkung des Generaladjutanten Brusati. Schon vor mehr als einem Jahre hatte mir Marchese di San Giuliano erwähnt, er lasse in den geheimen Acten Nachforschungen

nach der zwischen den Dreibundstaaten bestehenden Marine-Konvention anstellen, man könne dieselbe aber merkwürdigerweise nicht finden. Und doch wisse er ganz genau, dass sie existire, da er sich erinnere, in dieselbe zur Zeit seiner ersten Ministerschaft Einsicht genommen zu haben. Er entsinne sich sogar, die Konvention damals scharf kritisert und als „l'organisation de la défaite" bezeichnet zu haben, da sie gegen alle strategischen Grundprinzipien das getrennte Operiren der drei alliirten Flotten stipulirte. Wie ich Deinem Schreiben entnehme, wird in dem neuen Abkommen dieser Übelstand beseitigt werden. Eines sehe ich allerdings voraus: dass, da der stark vorwärts drängende Herzog der Abruzzen hier bald den Oberbefehl über die Flotte erhalten wird, im Ernstfalle er, wenn auch jünger im Range als Admiral Haus, sich als königlicher Prinz, als Kommandant der gesammten italienischen Kriegsflotte und — notabene — als sehr tüchtiger und ambitioser See-Offizier kaum gerne unter einen fremden Oberbefehl stellen dürfte. Übrigens, wer weiß, wann jener Ernstfall eintritt und wer dann an der Spitze der beiderseitigen Marinen steht! Erfreulich, wenn auch für mich nicht überraschend, ist der von Dir belobte, unserem Bundesverhältnisse entsprechende Geist, in welchem sich die einschlägigen Verhandlungen abgespielt haben. Die Prosa des Vizeadmirals von Chiari, welche hier in den letzten Jahren so böses Blut machte, erscheint nachgerade als ein Anachronismus. Mérey.

[a]) Vgl. n. 8833.

Nr. 8385. Bericht des Gesandten Grafen Moritz Pálffy aus Rom-Vatikan, 14. Aug. 1913 Nr. 26 A (eing. 16. Aug.).[a]) Ausfert.

Streng vertraulich. Vorgestern liess mich Kardinal Agliardi zu sich bitten, da er mit mir über eine Frage zu konversiren wünsche. Ich war einigermaßen neugierig, was diese ungewohnte Einladung in das Palazzo der Cancelleria bedeuten sollte, und mein Erstaunen wuchs, als ich sehr bald darauf Gelegenheit fand, die Mitteilungen des Kardinals entgegenzunehmen. „Ich möchte mit Ihnen ein wenig über Albanien sprechen," begann Seine Eminenz, „denn das Schicksal dieses Landes interessiert nicht nur den Heiligen Stuhl, sondern auch mich ganz persönlich auf das Lebhafteste, habe ich doch dort rege Verbindungen, die ebenso weit zurückreichen, als sie weit verzweigt sind. Auch der Heilige Vater zeigt für dieses Land die wohlwollendste Teilnahme und nachdem ich erst kürzlich mit Ihm über Albanien gesprochen, möchte ich Sie zunächst fragen: Will Österreich-Ungarn sein Protektorat dort aufrechterhalten, oder wäre es möglich, dass es an einen Verzicht denken könnte?" Hierauf gab ich Seiner Eminenz ohne Weiteres folgende Antwort: Ich könne mich nicht erinnern, seit den grossen Umwälzungen, die auf der Balkanhalbinsel seit fast Jahresfrist stattgefunden hätten, eine Instruktion erhalten zu haben, die es mir ermöglichen würde, diese Frage im Namen meiner Regierung klipp und klar zu beantworten. Wenn ich aber an die Entstehung und schrittweise Entwickelung unseres Kultusprotektorates denke, wenn ich mir vor Augen halte, mit welcher Uneigennützigkeit wir die größten materiellen Opfer gebracht und an den Früchten derselben uns stets erfreut haben, so glaube ich Seine Eminenz

durchaus beruhigen und ihn persönlich versichern zu können, dass Österreich-Ungarn an ein Fallenlassen seines Kultusprotektorates in Albanien wohl nicht denke. Der Kardinal zeigte sich über diese Eröffnung höchst befriedigt, und fuhr dann in seiner Rede fast wörtlich folgendermaßen fort: „Ja, bewahren Sie das Protektorat in Albanien unter allen Umständen, denn es ist ein Juwel in der Krone Ihres Kaisers und ein Glück für die katholische Kirche, der es so unendlich viel Nutzen gebracht hat. Aber Albanien steht vor einem grossen Umwandlungsprozess, es wird eine neue Staatsform erhalten, und die Frage, wer es dereinst beherrschen soll, ist von grösster Wichtigkeit dafür, ob und in welchem Ausmasse Ihr Kultusprotektorat auch in der Zukunft wird bestehen können. Von diesem Standpunkte betrachtet, bringt der Heilige Stuhl der Wahl des künftigen Fürsten das lebhafteste Interesse entgegen. Es ist natürlich, dass wir (die Kurie) in erster Linie einen Katholiken am Tron Albaniens zu sehen wünschen. Leider aber ist die Kurie durch den Zwang der Umstände genötigt, diesen Wunsch fallen zu lassen, denn fürs Erste steht kein geeigneter Kandidat zur Verfügung, und zweitens würde Italien einen Katholiken nicht akzeptieren." „Österreich-Ungarn", fuhr der Kardinal fort, „hat sich mit Italien in jüngster Zeit über eine gleichmässige Behandlung albanesischer Fragen wohl einigen können, aber glauben Sie ja nicht, dass dies einem Herzensbedürfnisse des Quirinals entspricht. Die Notwendigkeit der Realpolitik hat ihn dazu gezwungen; trotz dieses Accords wird aber Italien die Ausübung Ihres Kultusprotektorates stets mit Eifersucht überwachen, und Konstellationen zu schaffen suchen, bei denen dieses Protektorat virtuell in Brüche gehen könnte. Daher die Zurückweisung eines katholischen Fürstenkandidaten. Dieser könnte Anlehnung an den Heiligen Stuhl suchen und dadurch Albanien in einen Gegensatz zu Italien bringen, der den teilweise noch vorhandenen Einfluss dieses Landes lahmlegen würde. Der umgekehrte Fall dürfte eintreten, wenn man sich auf einen Protestanten einigen würde, darum die Vorliebe Italiens für diese Lösung. „Ma questo sarebbe un vero disastro", rief der Kardinal ganz bewegt aus. (In diesen Worten konnte ich einen Zusammenhang mit der im hohen Erlasse vom 26. Juli l. J. Zl. 3578*b*) signalisierten Démarche Monsignor Kaccioris feststellen.) Katholiken und Mohammedaner würden sich gegen einen protestantischen Fürsten gleichmässig auflehnen, das Land würde durch innere kirchenpolitische Differenzen unterwühlt werden, bei denen nur eine Sache Gewinn ziehen könnte, die „protestantische Propaganda". Hier fügte Kardinal Agliardi bei, dass er Nachrichten habe, wonach jetzt schon, in Eskomptierung eines protestantischen Fürsten, amerikanisches Geld das propagandistische Terrain vorbereite. Dann fuhr Seine Eminenz folgendermaßen fort: „In einem protestantischen Fürsten erblicken wir also nach jeder Richtung hin das grösste Unglück, und müssen daher dringend wünschen, dass eine solche Kombination nicht verwirklicht werde." Nach dem Vorhergesagten sieht die Kurie die einzig mögliche Lösung in der Berufung eines Mohammedaners. „Die Auswahl in dieser Gruppe ist nicht gross; Essad Pascha hat sich durch seinen Verrat unmöglich gemacht, und andere Personen, die von Konstantinopel unabhängig wären und auch sonst als Familie und Bildung

Qualifikationen besässen, sind nicht vorhanden ausser einem, den ich Ihrer Regierung hiemit warm anempfehlen möchte, nämlich Fuad Pascha. Kennen Sie ihn?" „Persönlich nicht", erwiderte ich, „aber gehört habe ich über ihn so manches." Nun begann Kardinal Agliardi ein Loblied auf seinen Kandidaten zu singen, pries dessen Bildung, Gesichtskreis und Liberalität und fügte schließlich bei, dass Fuad Pascha, mit dem er in Verbindung stehe, bereit wäre, eine solenne schriftliche Erklärung abzugeben, worin er sich verpflichten würde, das Kultusprotektorat Österreich-Ungarns in Albanien rückhaltslos anzuerkennen und dessen Ausübung in keiner Weise zu beeinträchtigen. Der Kardinal bot sich bei dieser Mitteilung ganz offen dazu an, den ehrlichen Makler für die Erlangung dieser Garantieschrift abzugeben. Im übrigen hätte er sichere Nachrichten darüber, dass Fuad Pascha nicht nur den muselmanischen Albanesen genehm wäre, sondern selbst von den katholischen Stämmen „con applauso" aufgenommen werden würde. „Das ist also der Mann, auf den sich die Aufmerksamkeit der Monarchie konzentrieren sollte, im eigenen Interesse und im Interesse der katholischen Sache," schloss Kardinal Agliardi seinen langen, wohldurchdachten Vortrag, von dem ich nur das Wesentliche wiedergebe. Euer Excellenz haben in weiser Voraussicht der Möglichkeit, dass die Kurie die Prätendentenfrage berühren könnte, unter dem 26. Juli l. Js. Zl. 3578*b)* einen hohen Erlass an mich gerichtet, der zur Regelung meiner Sprache dienen sollte. Hiebei wurde vorausgesetzt, dass die Argumente, die zur Entkräftung der von Monsignor Kacciori hinsichtlich der Wahl eines protestantischen Fürsten erhobenen Bedenken dienen sollen, mir vollkommen geläufig sind. Ich fürchte, dass das hohe Ministerium meine Orientiertheit in dieser Frage insoferne überschätzt hat, als ich über die laufenden Verhandlungen in diesem Belange nur wenig orientirt bin und dem Kardinal daher nur mit jenen Argumenten entgegentreten konnte, die sich aus einer allgemeinen Kenntnis der Verhältnisse ergeben. Ich liess also Seine Eminenz ausreden und erklärte ihm sodann, auf einige Punkte sogleich reflektiren zu wollen. Meine Antwort auf seine Frage hinsichtlich unserer Absichten betreffend das Kultusprotektorat hatte ich bereits die Ehre Euer Exzellenz Eingangs zu referiren. Ich hoffe, dass dieselbe Hochderen Billigung finden wird. Persönlich zweifle ich ja nicht, dass wir keineswegs daran denken, unsere säculären Protektoratsrechte in Albanien jetzt aufzugeben, aber das Alinea 6 des bereits erwähnten hohen Erlasses — in welchem eine so präcise Frage nicht vorausgesehen werden konnte — lässt diesen Schluss doch nur ganz indirekt zu; ebenso enthalten die hohen gegenständlichen Weisungen, die zu Anfang dieses Jahres herabgelangt sind, nichts, was mich zu einer entschiedeneren Antwort ermächtigt hätte, zumal sich in der Beilage des hohen Reskriptes Nr. 88*c)* vom 7. Januar l. J. der Satz vorfindet: „dass mit Aufhebung der Kapitulationen auch das Kultusprotektorat seine Existenz einbüssen würde, sehe ich nicht als sicher an." Dementsprechend glaubte ich meine Erwiderung zustutzen zu sollen. Der zweite Punkt, auf den ich replizirte, betraf die Gravamina gegen einen protestantischen Fürsten. Ich trachtete Kardinal Agliardi zunächst davon zu überzeugen, dass das Gespenst einer protestantischen Propaganda in Albanien doch wohl nur

in der Phantasie einzelner ängstlicher, für ihren religiösen Besitzstand besorgter Personen existiren dürfte, denn es sei wirklich schwer sich vorzustellen, wie es ein Fürst anpacken sollte, inmitten der äusserst schwierigen politischen und sozialen Aufgaben, die seiner harren, Zeit und Lust zu finden, religiöse Experimente zu machen. Dazu dürfte auch jeder Boden fehlen. Und was die Besorgnis davor betreffe, dass ein protestantischer Fürst durch seine Konfession in einen Gegensatz zum Vatikan gelangen und die katholische Bevölkerung dadurch natürlicherweise in das Fahrwasser des Quirinals treiben müsste, sei wohl auch diese unbegründet, denn die absolute Freiheit des katholischen Kultus könnte dem bisherigen Zustande gegenüber doch nur gewinnen und fände jedenfalls nach wie vor im Protektorate der Österreichisch-Ungarischen Monarchie einen sicheren Schirm und Hort. Und ob endlich die Inthronisirung eines Protestanten wirklich eine so scharfe Opposition in allen albanesischen Lagern auslösen würde, wie die Kurie es voraussieht, das könne doch nur die Zukunft beweisen. Jedenfalls sei es aber unendlich viel wahrscheinlicher, dass eine Gesammtopposition gegen den Träger einer neutralen Religion sich viel zahmer und unbedenklicher gestalten würde, als die Angriffe, denen der Vertreter einer in Albanien verbreiteten Religionsgesellschaft und seine Correligionäre mit ihm seitens der Andersgläubigen ausgesetzt wäre. Albanien habe uns bisher viele traurige Schauspiele geliefert, aber von religiösen Kämpfen sei das Land bisher verschont geblieben. Dieses Schauspiel könnten wir uns aber gar zu leicht schaffen, wenn wir durch Bevorzugung einer Gruppe die andere in Opposition brächten. Was ich dem Kardinal gerne gesagt hätte, aber doch verschweigen zu sollen glaubte, ist meine Überzeugung, dass die Wahl eines Katholiken sehr leicht zu einer grossangelegten katholisch-propagandistischen Bewegung führen könnte, die auf unsere Beziehungen zu Italien stark reflektiren dürfte. Kardinal Agliardi hörte meine Erwiderungen sehr aufmerksam an, aber ich kann mit gutem Gewissen sagen, dass ich ihn gar nicht überzeugt habe. „Un Protestante è un disastro e rimane un disastro", dies blieb sein Schlussaccord. Die obengeschilderte Démarche Kardinal Agliardis drängt mir zwei Fragen auf, bei deren Beantwortung ich mich freilich auf Vermutungen und Hypothesen beschränken muss. Welchen wahren Zweck verfolgt die Kurie mit diesem Schritte und warum hat ihn ein der Staatssekretarie fernstehender Kardinal unternommen? So viel ich weiss, ist der Name Fuad Paschas unter den albanesischen Thronprätendenten schon vor längerer Zeit aufgetaucht, aber auch bald wieder von der Bildfläche verschwunden, denn der Genannte scheint kein besonders empfehlenswerter Gentleman zu sein. Dafür aber prononcirt italianophil. Sollte also vielleicht die Kurie oder Kardinal Agliardi pro persona die Hoffnung hegen, mit ihm zwei Eisen ins Feuer zu bekommen, eines für das Österreichisch-Ungarische Kultusprotektorat, das andere für national-italienische Tendenzen? Es ist nicht unmöglich, denn der alte Herr ist sehr selbstständig und gewiss auch italienischer Patriot. Oder sollte vielleicht gar der Quirinal selbst dahinter stecken, zu dem sicherlich so manche zarte Fäden seitens einzelner Purpurträger hinübergesponnen sind? Das vermag ich nicht zu beurteilen. Fast wahrscheinlicher scheint

mir, dass die warme Anempfehlung des Mohammedaners Fuad eine Finte sein könnte, um — in sicherer Voraussicht, dass dieser nie agréirt werden wird — die Verhandlungen von den protestantischen Kandidaten, die der Vatikan gewiss ehrlich perhorreszirt, abzulenken und so die Mächte mit einem Umweg wieder zu einer katholischen Persönlichkeit zurückzugeleiten. Was die Frage anbelangt, warum gerade Kardinal Agliardi sich berufen fühlte, die erwähnten Eröffnungen zu machen, so ist sie mir vorläufig auch ein Rätsel. Bei meiner Verabschiedung sagte er diesbezüglich spontan: „sono delle cose che si trattano meglio in fuori della Segretaria di Stato." Sicher ist, dass er vorausgehend mit Monsignore Sereggi sich beraten hat. Ob er dann auf eigene Faust vorging oder vom Staatssekretär vorgeschoben wurde, um den Aspekt der Imparzialität der offiziellen vatikanischen Stelle zu wahren, das dürfte ich nie erfahren. Zum Schlusse bedeutete mir Kardinal Agliardi in nicht misszuverstehender Weise, dass er auf eine Antwort rechne, denn er bemerkte, dass er bald nach Albano führe, aber auch dort zu finden sei. Ich brauche wohl nicht hervorzuheben, dass ich mich den Ausführungen Seiner Eminenz gegenüber, ausser dort, wo eine Replik am Platze schien, absolut rezeptiv verhalten habe und ihm auch bezüglich der gewünschten Antwort keine Zusage gemacht habe. Was ich ausser dem bereits Gemeldeten in merito noch erwidert habe, beschränkt sich auf die wenigen Worte: „Ich bitte Euer Eminenz, sich gütigst stets vor Augen zu halten, dass nicht Österreich-Ungarn den künftigen Fürsten von Albanien bestimmt, sondern die sechs Grossmächte. Da jede von ihnen dabei Interessen zu wahren hat, müssen Sie sich schon heute mit einem Kompromissfürsten vertraut machen." Pálffy.

a) Vgl. n. 8820. — *b)* Mit Erlass Nr. 3578 vom 26. Juli 1913 nach Rom-Vatikan wurden anläßlich der Reise des Monsignore Kaciorri zur Kurie (im Auftrage des Erzbischofs Bianchi zur Verhinderung eines protestantischen Fürsten für Albanien) Argumente zur Widerlegung der Vorwürfe Kaciorris gegen Österreich-Ungarn bei der Kurie mitgeteilt. Vor allem solle dabei der Irrtum Kaciorris gebührend zurückgewiesen werden, daß die Monarchie an der Kandidatur eines protestantischen Prinzen darum ein Interesse hätte, weil bei einem katholischen Herrscher das Kultusprotektorat in Wegfall käme. — *c)* Mit Erlass Nr. 88 vom 7. Jan. 1913 nach Rom-Vatikan erfolgte eine Weisung, die sich gegen die Betrachtungen des Vatikanischen Berichterstatters des „Corriere della Sera" richtete, der behauptet hatte, mit der Verselbständigung Albaniens könne das Kultusprotektorat Österreich-Ungarns nicht fortdauern, übrigens habe grundsätzlich auch Frankreich — bei den Mirditen auch praktisch — Protektoratsrechte in Albanien.

Tel. nach St. Petersburg, 14. Aug. 1913 Nr. 467 (chiffr. 10 U. 30 M. p. m.). Siehe n. 8377.

Nr. 8386. Tel. aus St. Petersburg, 14. Aug. 1913 Nr. 278 (eing. 15. Aug. 6 U. a. m.).[a] Entziff.

Revisionsfrage. Erhalten Euer Exzellenz Telegramme Nr. 460 und 461 vom 13. d. Mts. Ich habe heute Herrn Sazonow die mir aufgetragene notice confidentielle überreicht und mich hiebei im Sinne der oberwähnten hohen Weisung vernehmen lassen. Ich fand den Herrn Minister jedem Revisionsgedanken gegenüber womöglich noch abgeneigter als bei meiner letzten Unterredung und scheint derselbe jetzt nicht einmal mehr bezüglich

Kavallas an eine Aenderung der Bukarester (Beschlüsse)[b] zu denken. Er betonte, daß keine der anderen Mächte die geringste Geneigtheit zu einer Revision zeige und daß wir daher, selbst wenn wir uns einigen könnten, damit nicht durchdringen würden. Auf meine Bemerkung, daß die Abneigung der Mächte wohl in erster Linie von der Besorgnis diktiert sei, daß der europäische Friede nicht durch eine Sonderaktion gestört werde, eine solche aber bei einem Einverständnisse zwischen Oesterreich-Ungarn und Russland nicht zu befürchten wäre, daher auch für die anderen Mächte der Grund zu einer gegen ein Revisionsbegehren ablehnenden Haltung entfallen würde, erwiderte mir Herr Sazonow, daß dies, wenigstens was Frankreich und England anbelangt, nicht der Fall sei und daß diese beiden Mächte unter allen Umständen gegen jede Revision seien. Selbst in der Kavalla-Frage, wo doch ein direktes Interesse Russlands berührt sei, dem es nicht angenehm sein könne, das ganze Aegäische Meer zu einem griechischen Binnensee verwandelt zu sehen, habe Frankreich ernste Einwendung gemacht. Das französische Kabinett habe zwar schließlich erklärt, daß, wenn Russland auf dieser Frage bestehe, Frankreich aus Rücksichten für seinen Alliierten seinen eigenen Standpunkt zurückstellen würde, habe aber deutlich durchblicken lassen, daß dies nicht ohne eine gewisse Verstimmung in weiten Kreisen Frankreichs abgehen würde. Unter diesen Umständen hielte es das russische Kabinett für besser, auch auf einer Revision der Kavalla-Frage nicht weiter zu bestehen. Es sei bei allen Mächten ein solches Ruhebedürfnis vorhanden, daß es wohl am besten sei, von jedem Revisionsgedanken ganz abzusehen. Der Friede, wie er vorliegt, sei gewiß kein idealer, aber schließlich sei doch unter den Balkanstaaten ein ziemliches Gleichgewicht hergestellt, auch seien alle so erschöpft, daß man, wenn auch zweifellos noch arge Rancunen zurückgeblieben sind, doch auf eine Periode der Ruhe am Balkan hoffen dürfe. Das Vorbringen eines identischen Revisionsbegehrens seitens Oesterreich-Ungarns und Russlands aber wäre übrigens doch nicht zu erreichen gewesen, da unsere beiderseitigen bezüglichen Standpunkte doch zu verschieden wären. Der Herr Minister sagte mir schließlich zu, mir in einigen Tagen eine Antwort auf meine notice confidentielle zukommen zu lassen, bemerkte jedoch, er fürchte, diese werde nicht viel anders lauten können wie seine gegenwärtigen mündlichen Ausführungen. Thurn.

[a] Vgl. n. 8405, 8412. — [b] Chiffre fehlt.

Tel. nach Sofia, 14. Aug. 1913 Nr. 459 (chiffr. 10 U. 30 M. p. m.). Siehe n. 8377.

Nr. 8387. Tel. nach Sofia, 14. Aug. 1913 Nr. 460 (chiffr. 11 U. p. m.). Konz. (S. Nemes; G. Berchtold).

Wie Euer Hochgeboren meinem gestrigen Telegramme Nr. 458 entnommen haben werden, sind wir auch weiters bemüht, etwas zugunsten Bulgariens zu erreichen. Euer Hochgeboren wollen bei Beantwortung der in Euer Hochgeboren Telegramme Nr. 960 vom 12. d. M. wiedergegebenen Anfrage Herrn Ghenadieffs dies neuerlich betonen, jedoch bemerken, daß

ich es für wenig aussichtsvoll hielte, an das deutsche Kabinett bezüglich Kawallas in dem von ihm gewünschten Sinne heranzutreten. Meiner Ansicht nach würde Deutschland um keinen — auch noch so verlockend aussehenden — Preis von seiner Stellungnahme bezüglich Kawallas abzubringen sein und müßte unser Bestreben darauf beschränkt bleiben, Deutschland zu bewegen, angesichts einer eventuell zu erreichenden Meinungsübereinstimmung der übrigen Kabinette, von seinem bisherigen Widerstande abzusehen. Erst wenn es uns gelungen sein sollte, auf diese Weise Bulgarien den Besitz Kawallas zu verschaffen, wäre der Augenblick gekommen, wo man in Sofia versuchen sollte, Deutschlands weiteres Wohlwollen durch Einräumung strategischer Rechte im genannten Hafen an den Dreibund zu gewinnen. Zu Euer Hochgeboren rein persönlicher Information füge ich bei, daß der Gedanke, Kawalla als Kohlenstation oder Flottenstützpunkt einer dritten Macht zur Verfügung zu stellen, nur geeignet wäre, das Berliner Kabinett, welches noch immer von Mißtrauen in die Stetigkeit und Verläßlichkeit der bulgarischen Politik erfüllt ist, in seinem Widerstande gegen die Zusprechung dieses Hafens an Bulgarien zu bestärken. Berchtold.

Nr. 8388. Tel. aus Sofia, 14. Aug. 1913 Nr. 972 (eing. 6 U. p. m.). Entziff.

Euer Exzellenz Telegramm Nr. 458 von heute nachts Minister des Äussern mitgeteilt. Er dankt Euer Exzellenz vielmals, speziell dafür, dass Euer Exzellenz Bemühungen fortsetzen und in Petersburg weiter wirken wollen, um dortiges Kabinett zum Fallenlassen Widerstandes gegen Revision serbisch-bulgarischer Grenze zu bewegen. Es sei zu befürchten, dass letzteres nicht gelingen werde, dadurch aber, dass wir nicht nur bezüglich Kavallas, sondern auch bezüglich serbisch-bulgarischer Grenze auf Revision hinarbeiten werden, werde Russland eher dazu bewogen, zumindest punkto Kavalla Interessen Bulgariens Rechnung zu tragen. Je mehr Euer Exzellenz verlangen werden, desto mehr Aussicht, dass sich etwas erlangen lassen werde. Im Verlaufe der Konversation bemerkte Minister, er habe neue Beweise, dass Bulgarien nur auf Monarchie rechnen könne. Tarnowski.

Nr. 8389. Tel. aus Sofia, 14. Aug. 1913 Nr. 975 (eing. 7 U. 50 M. p. m.). Entziff.

Vertraulich. Minister des Aeussern hat mir Telegramm des bulgarischen Militärattachés in Berlin vorgelesen, in dem es hiess, gewesener rumänischer Ministerpräsident Herr Sturdza hätte sich in einem Brief an Baronin Kretschmann (Schriftstellerin) dahin ausgesprochen, dass Rumänien bis zum Tod König Karls bei Dreibund bleiben, dann aber sich an Russland und Frankreich anlehnen würde. Gewisse, vom rumänischen Hof ausgehende Einflüsse (speziell Kronprinzessin) bereiten bereits Boden in obiger Hinsicht vor. Russische Diplomatie bemühe sich, die erwähnte Neuorientierung der rumänischen Politik herbeizuführen und zugleich enges Verhältnis zwischen Rumänien und Serbien herzustellen, um diese beiden in Oesterreich-Ungarn nationale Interessen habenden Staaten gegen Monarchie auszu-

spielen. Für den Fall österreichisch-ungarisch-russischen Kriegs würde Russland dafür sorgen, eine Aktion Bulgariens gegen Serbien und Rumänien zu paralysieren. Brief Herrn Sturdzas sagt noch, dass Dobrutscha immer rumänisch bleiben und das rumänisch-bulgarische Verhältnis so wie jenes zwischen Frankreich und Deutschland sein würde. Minister des Aeußern bemerkte, österreichisch-ungarische Regierung sei wohl am besten über rumänische Politik informiert, ihm falle nur auf, daß russischer Gesandter ihn, da Russland bulgaro-rumänische Verständigung um jeden Preis verhindern wolle, konsequent gegen Rumänien zu hetzen trachte. Für Bulgarien, welches mit Serbien und Griechenland nur in Feindschaft leben könne, gebe es bloß einen Weg und zwar Anschluß an Dreibund und Verständigung mit Rumänien und allmählich mit Türkei. Tarnowski.

Nr. 8390. Tel. des ungarischen Ministerpräsidenten Grafen Stephan Tisza aus Geszt, 14. Aug. 1913 (eing. 8 U. 35 M. p. m.).[a] Entziff.

Geheim. Halte unsere Konversation mit Russland für ganz aussichtslos, wenn wir unsere Bereitwilligkeit, eventuell auch gegen die Türkei gemeinsam vorzugehen, nicht baldigst zu verstehen geben. Tisza.

[a] Vgl. n. 8376.

Nr. 8391. Tel. aus Berlin, 15. Aug. 1913 Nr. 375 (eing. 5 U. 30 M. p. m.).[a] Entziff.

Vertraulich. Auf den Depeschenwechsel zwischen Kaiser Wilhelm und König Karl von Rumänien zurückkommend, versicherte mir Unterstaatssekretär heute neuerdings, dass Reichskanzler und Auswärtiges Amt von diesem Depeschenwechsel erst nachträglich Kenntnis erhalten hätten. Die in Rede stehenden Telegramme seien noch vor Eintreffen Kaiser Wilhelms von seiner Nordlandsfahrt in Swinemünde an Bord „Hohenzollern" aufgenommen respektive abgesandt worden. Die Publizierung derselben sei auf ein Manöver des Königs von Rumänien zurückzuführen, Höchstwelcher es verstanden hätte, die sich ihm bietende günstige Gelegenheit im eigenen Interesse auszunützen. Die Zeitungsnachrichten von weiteren Depeschen des Kaisers an den König von Griechenland seien — wie es Herr Zimmermann als ganz bestimmt annimmt — nichts weiter als sensationelle journalistische Erfindungen. Szögyény.

[a] Vgl. n. 8325, 8682.

Nr. 8392. Tel. an den Legationsrat Franz Freiherrn von Haymerle in Bukarest, 15. Aug. 1913 Nr. 412 (chiffr. 5 U. p. m.).[a] Konz. (S. Rappaport; G. Berchtold).

Ich ersuche Euer Hochwohlgeboren um telegraphische Meldung, ob die im zweiten Alinea[b] meines Telegrammes Nr. 407 vom 12. d. M. enthaltene Mittheilung, daß ich die Ansicht des rumänischen Ministerpräsidenten theile, daß ein Recht der Großmächte zur Überprüfung der Bukarester Beschlüsse nicht aus dem Berliner Vertrage abgeleitet werden kann, bereits Herrn Majoresco gegenüber verwerthet wurde. Sollte eine solche Verwerthung bisher noch nicht erfolgt sein, so wollen Euer Hochwohlgeboren

von derselben Abstand nehmen. Auf alle Fälle wollen Euer Hochwohlgeboren, falls man rumänischerseits Ihnen gegenüber auf den Gegenstand zurückkommen sollte, folgenden Standpunkt einnehmen: Nach dem Pariser Vertrag (Art. 7) wurde der Territorialbestand des ottomanischen Reiches unter die gemeinschaftliche Garantie der Großmächte gestellt und bestimmt, daß jeder denselben berührende Akt als eine Frage des allgemeinen Interesses anzusehen sei. Hieraus läßt sich ableiten, daß jede Veränderung, welche türkisches Territorium zum Gegenstande hat, als Frage des allgemeinen Interesses der Großmächte, deren Genehmigung bedarf. Da aber jede Territorialveränderung sich als Abtrennung von einem Staate und Angliederung an einen anderen darstellt, kann dieses Genehmigungsrecht im gegebenen Fall nicht bloß für en bloc-Gebietsabtrennung von der Türkei, sondern auch für die Auftheilung des abgetretenen Gesamtgebietes unter die einzelnen Balkanstaaten in Anspruch genommen werden. Berchtold.

a) Vgl. n. 8400, 8411. — b) Zweites Alinea von n. 8348 reicht von „Ich theile vollkommen" bis „deduziert wurde."

Nr. 8393. Tel. aus Konstantinopel-Jeniköj, 15. Aug. 1913 Nr. 415 (eing. 16. Aug. 12 U. 30 M. a. m.).a) Entziff.

Ich brachte vorgestern Grossvezier gegenüber den Umstand zur Sprache, dass türkische Truppen auch über die Maritza vorgegangen seien. Grossvezier gab dies zu, erklärte aber, dass dies an dem den Mächten bekanntgegebenen Standpunkt nichts ändere, dass sich also die territorialen Aspirationen der Pforte nicht über die Maritza hinaus erstrecken. Die früheren Erklärungen der Pforte, nicht über Enos—Midia hinaus zu gehen, lassen den Wert auch dieser Zusicherungen problematisch erscheinen. Schutz der Bahnverbindung kann die Anwesenheit türkischer Truppen jenseits der Maritza teilweise motivieren, dem Vernehmen nach sollen sie aber auf Distanz von zirka 40 Kilometern vorgegangen sein. Pallavicini.

a) Oe. U. Balkan 407 Nr. 814. Vgl. n. 8368, 8439.

Nr. 8394. Bericht aus London, 15. Aug. 1913 Nr. 73 B (eing. 18. Aug.). Ausfert.

Die Botschafterréunions, die seit Mitte Dezember gedauert haben, sind nunmehr — jedenfalls vorläufig — zum Abschlusse gelangt. Ich glaube nicht, dass Sir E. Grey einen Wiederzusammentritt unserer Konferenz wünscht. Er würde uns nur dann wieder versammeln, wenn alle Cabinete den Wunsch dazu aussprechen würden. Mein französischer Kollege scheint jedoch eine Fortdauer unserer Besprechungen zu erwarten oder doch jedenfalls zu wünschen. Er sagte vor seiner Abreise dem italienischen Botschafter: „Mais nous n'avons pas fini! Il y a encore tant de questions de détail à règler que nous devrons discuter etc." Ich glaube unvorgreiflich, — und Marquis Imperiali stimmt darin vollkommen mit mir überein — dass wir vermeiden sollten, dem Wunsche Mr. Cambons Folge zu geben. Seine Absicht ist offenbar, eine Botschafter-Réunion in London als oberste Instanz aller albanesischen Fragen weiter zu erhalten. Bei den bekannten philhellenischen Tendenzen unseres ehrwürdigen Doyens würde ich mir davon kein günstiges

Resultat versprechen. Viel Discussion, viel Zeitverlust und eine Behinderung der Funktionen der albanesischen Administration dürften die wahrscheinlichen Folgen der Realisierung der Cambon'schen Ideen sein. Unsere Konferenz, welche in Greys Absicht dazu bestimmt war, den Frieden zwischen den Grossmächten zu erhalten und diejenigen Fragen zu regeln, welche den Grossmächten reserviert waren, hat soweit, Gottlob, im grossen und ganzen ihren Zweck erfüllt. Es ist kein Konflikt zwischen den Grossmächten ausgebrochen und man hat sich endlich über die Grenzen und die Organisation Albaniens, sowie über das künftige Los der Ägäischen Inseln geeinigt. Den grössten Vorwurf, den man uns machen kann und der wird uns auch nicht erspart werden, ist die dilatorische Art der Verhandlungen. Die Schuld daran trifft während des ersten Teiles unserer Beratungen die russische Regierung, während der letzten Periode die französische Regierung, respective meinen russischen und französischen Kollegen. Wenn man russischerseits in der Skutarifrage rechtzeitig nachgegeben hätte und wenn Frankreich bezüglich Albaniens nicht so hartnäckig hostil gewesen wäre, hätten unsere Beratungen schon viel früher zum Abschlusse gebracht werden können. Mr. Cambon persönlich trifft da ohne Zweifel ein guter Teil der Verantwortung, denn er war durchwegs viel intransigenter, als es seine Regierung gewesen sein soll. Wie es scheint, hatte mein französischer Kollege sich Herrn Skouloudis gegenüber engagiert, dass Koritza unter allen Umständen griechisch werden würde. Seine persönliche Eitelkeit war im Spiele und er wollte nicht nachgeben, schien auch zu glauben, dass die Deferenz, welche Sir E. Grey seinem hohen Alter und seiner Erfahrung zollt, so weit gehen würde, dass sich der Staatssekretär von ihm leiten lassen würde. Darin hat er sich getäuscht. Sir E. Grey war durchwegs absolut unparteiisch und seine Schuld war es nicht, wenn unsere Beratungen nicht früher beendet werden konnten. Man muss dem Staatssekretär die Gerechtigkeit widerfahren lassen, dass er uns in allen grossen und wichtigen Fragen tatkräftig unterstützt hat, wenn auch manchmal in sehr diskreter Weise, um nicht den Anschein zu erwecken, als trenne er sich von den zwei anderen Ententemächten. Odios waren ihm die langen Discussionen über Détailfragen. Ich bin auch heute noch der Ansicht, dass, wenn der Plan, der Grey und mir sympatisch war, — Einsetzung einer Subkommission von Experten zur Ausarbeitung von Détailfragen, namentlich über Albanien — durchgeführt worden wäre, viel Zeit und Mühe hätte erspart werden können. Ein nicht zu unterschätzendes Resultat der Krise, welche wir in den letzten Monaten durchgemacht haben, ist die Annäherung zwischen England und Deutschland. Diese Détente hat grosse Fortschritte gemacht und es ist zu hoffen, dass sie dauernd bleiben wird, vorausgesetzt, dass nicht eine neue Flottennovelle in Deutschland alles bisher erreichte wieder zunichte macht. Mensdorff.

Nr. 8395. Tel. nach Rom, 15. Aug. 1913 Nr. 939 (chiffr. 9 U. p. m.).[a] Konz. (S. Rappaport; G. Macchio).

Herzog Avarna machte mir heute Mittheilung von Meldungen, welche der italienischen Regierung über griechische Waffensendungen nach dem Epirus sowie über andere Maßnahmen der Athener Regierung zukommen

und offenbar die Vorbereitung eines bewaffneten Widerstandes gegen die seinerzeitige Durchführung der Beschlüsse der Londoner Réunion, beziehungsweise der südalbanesischen Grenzkommission zum Ziele haben. Da auch uns ähnliche Nachrichten, insbesondere seitens des k. u. k. Militärattachés in Athen, zukommen, würde ich Werth darauf legen, mit dem italienischen Kabinete eine gemeinsame Stellungnahme gegenüber diesen griechischen Machenschaften zu vereinbaren. Zu diesem Zwecke könnte entweder der Weg gemeinsamer Vorstellungen in Athen gewählt oder ein Collektivschritt der Mächte bei der hellenischen Regierung angestrebt werden. Vorstehendes zur Besprechung mit Marquis di San Giuliano. Berchtold.

[a]) Vgl. n. 8403.

Nr. 8396. Tel. aus Rom, 15. Aug. 1913 Nr. 532 (eing. 16. Aug. 5 U. a. m.).[a]) Entziff.

Die in dem hohen Telegramme Nr. 936 vom 14. d. M. besprochene türkische Demarche wurde auch hier, allerdings nur mündlich, gemacht. Minister des Äussern hat darauf einerseits durch Botschafter in Konstantinopel die (Pforte)[b]) vor einem so weitgehenden Beschluss warnen, anderseits in Sofia entsprechende Ratschläge geben lassen. Vorschlag Euer Exzellenz bezüglich eines einschlägigen Meinungsaustausches zwischen den Kabinetten wird Marquis di San Giuliano nach Vallombrosa mitgeteilt. Mérey.

[a]) Vgl. n. 8402. — [b]) Chiffre fehlt.

Nr. 8397. Bericht aus St. Petersburg, 2./15. Aug. 1913 Nr. 31 B (eing. 18. Aug.).[a]) Ausfert.

Bei unserer gestrigen Unterredung kam Herr Sazonow auch auf die Adrianopel-Frage zu sprechen, die ihn sichtlich sehr präoccupiert. Einerseits betonte er neuerdings, dass Russland unter keinen Umständen zugeben könnte, dass diese Stadt jetzt dauernd türkisch bleibe, andererseits kam in seinen Ausführungen auch wieder sehr deutlich die Abneigung zu Tage, welche jetzt hier gegen ein einseitiges aktives Eingreifen in dieser Frage besteht. Der Herr Minister betonte, es wäre an und für sich für die russischen Interessen so ziemlich gleichgiltig, wem Adrianopel gehöre — jetzt aber, nachdem ganz Europa sich kathegorisch gegen das Verbleiben der Türken in Adrianopel ausgesprochen habe, sei diese Angelegenheit zu einer Frage des Prestiges Europas gegenüber den Orientalen geworden. Aus diesem Grunde sei es ganz undenkbar, von dem einmal gefassten und feierlich verkündeten Beschlusse wieder zurückzutreten und werde Russland wenigstens dies unter keinen Umständen tun. Herr Sazonow liess sich dann des weiteren über die zur Durchsetzung des Willens Europas anzuwendenden Pressionsmittel des Längeren aus, welche er zunächst in einem regelrechten finanziellen Boykott erblickt. Damit dieser aber wirksam sei, müsse er von allen Mächten aufrichtig und energisch unterstützt werden. Er habe daher bei den Kabinetten der Grossmächte erst vor einigen Tagen Schritte unternommen, um sie um eine energische Unterstützung zu bitten. Es müsse der Türkei jeder finanzielle Zufluss nach Möglichkeit unterbunden werden,

und hiefür rechne er auf die Einflussnahme der Regierungen auf die Banken der in Betracht kommenden Länder. Werde es vielleicht auch nicht gelingen zu verhindern, dass von obscureren Privatbanquiers ab und zu einige Millionen der Türkei zu Wucherzinsen zur Verfügung gestellt werden, so wäre dies zwar bedauerlich, aber von keiner grossen Bedeutung angesichts des totalen Geldmangels, der in der Türkei herrsche und den grossen Summen (er sprach von 800 Millionen Francs), die die Pforte in nächster Zeit benötigen würde. Frankreich habe bereits seine volle Unterstützung zugesagt. Indes sei kurz vor der Wiederaufnahme der türkischen Offensive gegen Adrianopel anlässlich der Erneuerung des Tabakregie-Vertrages eine grössere Avance gemacht worden. Er, Sazonow, habe dem französischen Alliirten diesbezüglich Vorwürfe gemacht, aber die Antwort erhalten, dass dies, um die Konzession nicht zu verlieren, unvermeidlich gewesen sei, dass übrigens die Tabakregie nur zu $^1/_3$ in französischen, zu $^2/_3$ aber in österreichischen und deutschen Händen sei. Hieran anknüpfend bat mich Herr Sazonow, die Aufmerksamkeit Euer Exzellenz darauf zu lenken, wie bedauerlich es für das gesteckte Ziel wäre, wenn nun die Auszahlung der demnächst fälligen zweiten Rate den Türken ein neues finanzielles Respiro verschaffen würde, und ob es nicht möglich wäre, durch eine entsprechende Einflussnahme kompetenten Orts die Flüssigmachung dieser zweiten Rate zu retardieren. Über das, was geschehen sollte, wenn dieser finanzielle Druck nicht zum Ziele führen würde, sprach sich Herr Sazonow nur sehr zurückhaltend und vorsichtig aus, und betonte, wie schon wiederholt, dass Russland zu einem isolierten Vorgehen nur äusserst ungerne greifen würde, auch breitete er sich mir gegenüber abermals über die Antipathie aus, die er gegen eine Aktion in Armenien habe, welche er als eine ganz besonders undankbare schilderte. Dass aber, wenn auch vielleicht nicht im Schosse der Regierung, so doch in massgebenden militärischen Kreisen mit der Möglichkeit einer Aktion in Armenien gerechnet wird, dafür sprechen die mir von verschiedenen Seiten immer wieder zukommenden, allerdings vorläufig unkontrollierbaren Gerüchte, die über allerlei militärische Vorbereitungen im Süden Russlands zu erzählen wissen. Thurn.

a) Vgl. n. 8337, 8398, 8421.

Nr. 8398. Bericht aus St. Petersburg, 2./15. Aug. 1913 Nr. 31 C (eing. 18. Aug.).a) Ausfert.

Es war gestern nicht zum ersten Male, dass sich Herr Sazonow in den letzten Tagen in höchst absprechender Weise über Griechenland, sowie auch über König Konstantin geäussert hat. Schon vor Abschluss des Bukarester Friedens sprach sich der Herr Minister sehr abfällig über die Intransigenz und die übertriebenen Forderungen der Griechen aus, und insbesondere die Antwort, welche der König auf die seinerzeitige, die Einstellung der Feindseligkeiten fordernde russische Demarche gegeben hatte und die Herr Sazonow geradezu als impertinent bezeichnete, hatte hier sehr verstimmt. Bei meiner letzten Unterredung nun erhob Herr Sazonow gegen die Griechen den direkten Vorwurf, dass nicht nur sie es gewesen seien, welche die Türken zum Vorgehen auf Adrianopel aufgestachelt hätten, sondern dass sie auch jetzt noch

dieselben zum Festhalten an dieser Stadt anspornen und überhaupt mit ihnen unter einer Decke stecken. Er habe hiefür verschiedene, sehr stichhältige Anhaltspunkte. Es sei geradezu empörend, dass ein christlicher Staat die Hand dazu biete, dass bereits einmal vom türkischen Joche — noch dazu unter eigener Mitwirkung dieses selben Staates — befreite Länder neuerdings unter islamitische Herrschaft kommen. Herr Sazonow, der seiner Empörung über dieses Vorgehen in den schärfsten Worten Ausdruck verlieh, liess durchblicken, dass hiebei auch die Zukunftspläne der Griechen zum Ausdrucke kämen, die offenbar deshalb wünschen, dass jetzt Adrianopel und ein möglichst grosser Teil Thraziens bei der Türkei bleibe, weil sie darauf rechnen, bei einer späteren Gelegenheit diese Gegenden für sich selbst zu erobern. Diese Ambitionen kämen auch in dem Armeebefehl des Königs von Griechenland zum Ausdrucke, der ganz offen davon sprach, dass die Aufgabe Griechenlands noch nicht beendet sei. Dass derartige Aspirationen Griechenlands, das wohl nun auch ein begehrendes Auge auf Konstantinopel selbst werfen dürfte, nicht nach dem Geschmacke Russlands sein können, kann wohl nicht Wunder nehmen! Thurn.

[a]) Vgl. n. 8397.

Nr. 8399. Tel. aus Sofia, 15. Aug. 1913 Nr. 977 (eing. 11 U. 45 M. p. m.). Entziff.

Streng vertraulich. Zu dem im Schlußalinea[a]) Euer Exzellenz Telegrammes Nr. 460 von heute besprochenen Mißtrauen Deutschlands in die Verläßlichkeit der bulgarischen Politik dürfte in hohem Maße die Berichterstattung meines deutschen Kollegen beitragen, auf dessen blinde Bulgarophobie ich in meiner Berichterstattung bereits wiederholt hingewiesen. Es ist mir bekannt, daß es zwischen Herrn von Below und deutschem Militärattaché sogar zu Meinungsverschiedenheiten aus dem Grunde gekommen, da letzterer, von Lebenskraft und militärischer Tüchtigkeit der Bulgaren überzeugt, dementsprechend berichtet. Die mit einer fanatischen Türkenliebe Hand in Hand gehende Abneigung des deutschen Gesandten gegen alles Bulgarische, welcher in oft nicht gerade taktvoller Weise seinem Bulgarenhaß Ausdruck verleiht, ist hier allgemein bekannt und haben mir von demselben auch wiederholt Seine Majestät der König und Regierungsmitglieder gesprochen. Ich habe öfter versucht, Herrn von Below, mit dem ich in guten Beziehungen stehe, umzustimmen, habe mich aber überzeugt, daß dies vergebens und er, wie ich bestimmt weiß, obwohl von mir über meine sehr guten Beziehungen zu jetziger Regierung informiert, in Berlin gegen Bulgarien Stimmung zu machen fortfährt. Tarnowski.

[a]) Schlußalinea von n. 8387 beginnt mit „Zu Euer Hochgeboren rein persönlicher Information".

Tel. nach Berlin, 16. Aug. 1913 Nr. 581 (chiffr. 11 U. 30 M. p. m.). Siehe n. 8404.

Tel. nach Bukarest, 16. Aug. 1913 Nr. 413 (chiffr. 11 U. 30 M. p. m.). Siehe n. 8404.

Nr. 8400. Tel. des Legationsrates Franz Freiherrn von Haymerle aus Bukarest, 16. Aug. 1913 Nr. 322 (eing. 6 U. 40 M. p. m.).[a] Entziff.

Antwort auf Telegramm Nr. 412 von gestern. Ich habe Herrn Majoresco bereits 13. d. Mts. in mündlicher Form Mitteilung des Inhaltes zweiten Alineas[b] Euer Exzellenz Telegrammes Nr. 407 vom 12. d. Mts. gemacht. Werde heute, spätestens morgen Gelegenheit haben, Ministerpräsidenten zu sehen und werde trachten, meine damalige Mitteilung in dem von Euer Exzellenz im Eingang bezogenen Telegramm gewünschten Sinne zu erläutern. Haymerle.

[a]) Vgl. n. 8411. — [b]) Vgl. n. 8392 Anm. b.

Tel. nach Konstantinopel, 16. Aug. 1913 Nr. 391 (chiffr. 11 U. 30 M. p. m.). Siehe n. 8404.

Tel. nach London, 16. Aug. 1913 Nr. 685 (chiffr. 11 U. 30 M. p. m.). Siehe n. 8404.

Tel. nach Paris, 16. Aug. 1913 Nr. 410 (chiffr. 11 U. 30 M. p. m.). Siehe n. 8404.

Nr. 8401. Tel. aus Paris, 16. Aug. 1913 Nr. 161 (eing. 5 U. p. m.).[a] Entziff.

Bezug auf Euer Exzellenz Telegramm Nr. 408 vom 15. d. M. Türkische Drohungen. Türkischer Botschafter hat hier ähnliche Verbalnote übergeben wie in Wien, doch war selbe nicht so scharf gehalten. Von Kriegserklärung an Bulgarien war nicht die Rede, nur von ernsten Konsequenzen. Herr Pichon ist gern bereit, an einem Meinungsaustausch der Kabinette teilzunehmen, welche Schritte man angesichts der türkischen Drohungen unternehmen könnte. Herr Sazonow hat hiesige Regierung verständigt, dass russischer Botschafter in Konstantinopel beauftragt wurde, türkische Regierung auf die Gefahren solcher Drohungen ernstlich aufmerksam zu machen. Europa würde einen neuen Krieg zwischen der Türkei und Bulgarien keinesfalls dulden. Französischer Botschafter in Konstantinopel wurde daraufhin angewiesen, sich in gleichem Sinne zu äußern. Szécsen.

[a]) Oe. U. Balkan 409 Nr. 817.

Tel. nach Rom, 16. Aug. 1913 Nr. 944 (chiffr. 11 U. 30 M. p. m.). Siehe n. 8404.

Nr. 8402. Tel. aus Rom, 16. Aug. 1913 Nr. 535 (eing. 17. Aug. 6 U. a. m.).[a] Entziff.

Im Verfolge meines Telegrammes vom 15. d. Mts. Nr. 532. Türkisch-bulgarischer Konflikt. Heute hier mitgeteiltes Zirkulartelegramm russischer Regierung nimmt türkische Drohung der Kriegserklärung an Bulgarien sehr ernst und proponiert Kollektivpression der Mächte in Konstantinopel als einziges Mittel, „um isolierte Aktion einer Macht (lies Russland) zu verhindern“. Marquis di San Giuliano dürfte mit der Reserve si omnes zustimmen. Mérey.

[a]) Oe. U. Balkan 411 Nr. 820.

Nr. 8403. Tel. aus Rom, 16. Aug. 1913 Nr. 536 (eing. 17. Aug. 6 U. a. m.).[a] Entziff.

Mit Beziehung auf die hohen Telegramme vom 12. d. Mts. Nr. 921[b] und vom 15. d. Mts. Nr. 939. Griechische Machenschaften im Epirus. Man zweifelt hier an dem raschen Zustandekommen und einer energischen Durchführung einer Kollektivdemarche in Athen und gibt daher gemeinsamen Vorstellungen unserer beiden Gesandten den Vorzug. Conte Bosdari erhält Instruktion hiezu schon jetzt. Mérey.

[a] Vgl. n. 8409. — [b] Mit Tel. Nr. 921, 12. Aug. 1913 (chiffr. 13. Aug. 12 U. 20 M. a. m.) wurde n. 8323 nach Rom mitgeteilt.

Nr. 8404. Tel. nach St. Petersburg Nr. 470 (1), Berlin Nr. 581 (2), Rom Nr. 944 (3), London Nr. 685 (4), Paris Nr. 410 (5), Konstantinopel Nr. 391 (6), Bukarest-Sinaia Nr. 413 (7) und Sofia Nr. 463 (8), 16. Aug. 1913 (chiffr. 11 U. 30 M. p. m.).[a] Konz. (S. Berger; V. u. G. Macchio).

1.—8. Im Verfolge meines Telegrammes vom 14. d. M. Nr.
1. 467.
2. 579.
3. 936.
4. 684.
5. 408.
6. 388.
7. 411.
8. 459.

1. Der russische Geschäftsträger hat heute auftraggemäß das Vordringen der türkischen Truppen über die Maritza-Linie hinaus zur Sprache gebracht und hieran folgende, schriftlich formulierte Anfrage geknüpft: „Le Gouvernement Impérial et Royal serait-il disposé à attirer l'attention de la Sublime Porte, par le canal de l'Ambassadeur d'Autriche-Hongrie à Constantinople, sur le fait que le Gouvernement ottoman ne se borne plus à violer les stipulations de Londres? Il viole ses propres déclarations contenues dans sa circulaire du 1er août dernier par laquelle il s'était engagé de ne faire passer en aucun cas la Maritza par les troupes turques. Les assurances les plus formelles de la Sublime Porte cessent d'inspirer confiance. Il devient manifeste qu'elle ne se soumettra qu'à une pression collective catégorique des Puissances." Prinz Kudascheff fügte bei, daß es nach Herrn Sazonows Ansicht ein politisches und zwei finanzielle Mittel gebe, um einen wirksameren Druck auf die Pforte auszuüben. Das Erstere bestünde in einem energischen Kollektivschritt der Mächte in obigem Sinne; die finanzielle Einwirkung 1. in einer Aktion der Mächte bei der ottomanischen Tabakregie, damit letztere die in ungefähr einem Monate fälligen bedeutenden Zahlungen an die Pforte bis zur Beilegung der in Rede stehenden Differenzen aufschiebe; 2. darin, daß die Mächte durch eine öffentliche Erklärung, in welcher auf die durch die neueste Politik der Pforte hervorgerufene Gefährdung des ottomanischen Staatskredites hingewiesen würde, das europäische Kapital davon abhalten, der Türkei weiter die zur Fortsetzung ihres

Widerstandes gegen den Willen Europas nötigen Geldmittel zu liefern. — Euer Exzellenz wollen Herrn Sazonow sagen, daß sich seine Absicht, die Mächte zu einem Kollektivschritt in Konstantinopel zu veranlassen, in erfreulicher Weise mit meiner Anregung eines Meinungsaustausches über die Vermeidung eines neuerlichen Krieges zwischen der Türkei und Bulgarien begegnet hat. Ich wäre bereit, an dem von Rußland proponierten Schritte auch in der Form einer Kollektivdemarche theilzunehmen, vorausgesetzt, daß auch die anderen Mächte demselben zustimmen und instruiere daher Markgrafen Pallavicini in diesem Sinne. Was die von Herrn Sazonow angeregten finanziellen Pressionsmittel anlangt, so muß ich meine Stellungnahme noch von dem Urtheile finanztechnischer Experten abhängig machen, welche diese Fragen einem Studium unterziehen werden.

2.—8. Ich telegrafiere an Grafen Thurn: (Inseratur ex Telegramm sub 1. von „Der russische Geschäftsträger" bis „Studium unterziehen werden.")

2. u. 3. Vorstehendes zur Mittheilung an die dortige Regierung.

4., 5. und 8. Vorstehendes zur Regelung Ihrer Sprache.

6. Euer Exzellenz sind ermächtigt, den russischerseits angeregten Schritt bei der dortigen Regierung — si omnes — mitzumachen.

7. Vorstehendes zur vertraulichen Mittheilung an die dortige Regierung. Berchtold.

a) Oe. U. Balkan 409 Nr. 818. Vgl. n. 8421, 8427, 8438, 8452, 9487.

Nr. 8405. Tel. aus St. Petersburg, 16. Aug. 1913 Nr. 284 (eing. 11 U. 30 M. p. m.).a) Entziff.

Revisionsfrage. Ich erhalte soeben die mir durch Herrn Sazonow in Aussicht gestellte Antwort auf meine Notice confidentielle (vide mein Telegramm Nr. 278 von vorgestern). .... *folgt Auszug der Beilage zu n. 8406* ... Auf die Details der unserseits vorgeschlagenen Revision der serbischen Grenzlinie sowie auf die für dieselbe ins Treffen geführten Argumente geht das aide-mémoire nicht ein. Ich erlaube mir dasselbe im Original mit heutigem Kurier Euer Exzellenz vorzulegen. Thurn.

a) Oe. U. Balkan 408 Nr. 815.

Nr. 8406. Bericht aus St. Petersburg, 3./16. Aug. 1913 Nr. 32 (eing. 18. Aug.).a) Ausfert.

Mit Bezug auf die hohen telegraphischen Weisungen und im Verfolge meiner ergebensten telegraphischen Berichterstattung beehre ich mich, Euer Exzellenz in der Anlage ein mir soeben zugekommenes vertrauliches Aide-Mémoireb) gehorsamst zu unterbreiten, in dem das hiesige Auswärtige Amt den Standpunkt präzisiert, den es in der Frage der Revision des Bukarester Friedens einnimmt. Thurn.

a) Vgl. n. 8405. — b) Beilage.

Beilage zu n. 8406. Aide-mémoire der russ. Regierung; St. Petersburg, 2./15. Aug. 1913. Ausfert.

Confidentiel. Le Ministère Impérial s'empresse d'accuser réception de la notice confidentielle de l'Ambassade Impériale et Royale en date du

1/14 Août a. c.,[a]) faisant suite à la correspondance précédente concernant la délimitation de la Bulgarie. Le Ministère Impérial se plait tout d'abord à constater la solidarité qui existe entre les points de départ des deux Gouvernements dans la dernière phase des évènements aux Balkans. D'après nous, il serait de l'intérêt des deux Monarchies voisines de continuer à entretenir un échange de vues sur les questions pendantes, ce qui leur permettra de prévenir autant que possible de nouvelles complications et de travailler d'accord au maintien de la paix dans les Balkans. L'Ambassade Impériale et Royale n'ignore certainement pas que certaines stipulations de la paix de Bucarest ne trouvent pas notre approbation. La Russie aurait voulu d'une autre paix qui aurait garanti davantage les intérêts économiques et politiques de la Bulgarie. Parmi les points qui répondent le moins à cette idée, l'attribution de Kavalla à la Grèce est, d'après l'avis du Gouvernement Impérial, le point le plus important, celui pour lequel le Ministre Impérial à Bucarest a été chargé de réserver pour la Russie la liberté de revision conjointement avec les autres Puissances. La Russie a cru devoir signaler seulement ce point pour les raisons suivantes. Tout d'abord, parce que de tous pour la Bulgarie il est certainement celui qui représente la plus grande importance. D'autre part, en répondant aux désirs exprimés par la Russie et l'Autriche-Hongrie, la Serbie a fait certaines concessions dont celle de Stroumitza à nos yeux est d'une importance incontestable. D'après le Gouvernement Impérial, on ne saurait ne pas tenir compte de cette circonstance. Quant à la question de Kavalla, le Gouvernement Impérial continue à maintenir son point de vue. Nous serions prêts à reviser ce point du traité de Bucarest, si les autres Gouvernements donnaient leur consentement à cette revision. Seulement le Gouvernement Impérial ne saurait ne pas poser la question, si l'unanimité des Puissances peut être obtenue non seulement pour le principe de la revision, mais aussi pour le moyen de faire respecter la décision qui sera prise. Or, nous avons plutôt l'impression que les Grandes Puissances sont loin d'être unanimes ni sur le fond de la question de Kavalla, ni encore moins sur le mode de procédé. Dans ces circonstances, une politique d'action présenterait des dangers de nouvelles complications que le Gouvernement Austro-Hongrois est sans doute tout aussi désireux d'éviter que le Gouvernement Russe. En cherchant le moyen de soulager autant que possible la situation pénible de la Bulgarie, tout en tenant compte des conditions d'ordre général, le Gouvernement Impérial croit qu'il serait opportun de concentrer tous les efforts des Puissances pour faire respecter leur décision concernant Andrinople. Cette question, ayant rallié toutes les Puissances, ne saurait mettre en danger le maintien du concert européen. La Bulgarie étant en train de démobiliser son armée qui, du reste, ne serait pas capable d'opposer une résistance sérieuse à la Turquie, il s'agit de prévenir le danger imminent non seulement de la consolidation du régime turc à Andrinople, mais d'une guerre éventuelle que la Turquie aurait l'intention de déclarer à la Bulgarie. Une pression solidaire et énergique des Puissances à Constantinople dans le sens indiqué pourrait, d'après l'avis du Gouvernement Impérial, obvier à ce danger et prévenir l'éventualité d'une action isolée.

[a]) Vgl. n. 8356.

Tel. nach Sofia, 16. Aug. 1913 Nr. 463 (chiffr. 11 U. 30 M. p. m.). Siehe n. 8404.

Nr. 8407. Tel. aus Sofia, 16. Aug. 1913 Nr. 978 (eing. 7 U. 30 M. p. m.).[a] Entziff.

Es sprach bei mir aus Bukarest zurückgekehrter Herr Toncheff vor und erzählte ausführlich Verlauf der Verhandlungen und Eindrücke, wobei er mit Anerkennung von Bemühungen Prinzen Fürstenbergs für bulgarische Sache sprach. Auf meine (im Sinne Euer Exzellenz Telegrammes Nr. 452 vom 11. d. M.) an ihn gerichtete Frage, versicherte Toncheff, dass er, außer mit k. und k. Gesandten, mit gar Niemandem in Rumänien vom bulgarischen Allianzvorschlag an uns gesprochen. Prinz Fürstenberg hätte Auftrag erhalten,[b] König Karol über Möglichkeit Zustandekommens Annäherung zwischen Oesterreich-Ungarn und Bulgarien unter Betonung zu informieren, dass Hand in Hand damit Entente zwischen Rumänien und Bulgarien geschlossen werden sollte. Anfangs dieser Woche hätte Prinz Fürstenberg Auftrag ausgeführt und von König Karol Antwort erhalten,[c] dass Seine Majestät Gedanken rumänisch-bulgarischer Annäherung sympathisch gegenüberstehe, jedoch, da liberales Kabinett im Herbst ans Ruder kommen würde, Perfektionierung Entente dieser neuen Regierung zu überlassen wünsche, und bis dahin würde sich öffentliche Meinung beruhigt und Seine Majestät Zeit haben, Herrn Bratiano mit Idee Annäherung an Bulgarien zu befreunden. Prinz Fürstenberg sei gleich nach Audienz bei König Karol auf Urlaub abgereist und seither habe in Bukarest zwischen serbischen und griechischen Delegierten, einem türkischen Abgesandten und Ministern eine Beratung stattgefunden, in der ein Bündnis dieser vier Staaten erwogen. Am wärmsten hätten sich für dasselbe Herr Venizelos und Herr Spalajković eingesetzt. Rumänische Minister hätten erklärt, dass solches Bündnis für Rumänien nicht nur von keinem Vorteil, sondern sogar bedenklich sein würde, da in diesem Falle Bulgarien sich in Arme Oesterreich-Ungarns werfen würde und Lage Rumäniens zwischen Monarchie und Bulgarien schwierig wäre. Analoge Erklärung soll Herr Pašić für Serbien abgegeben haben, die Herr Spalajković lebhaft bekämpft hätte. Nach oberwähnter ablehnender Antwort rumänischer Minister habe Herr Venizelos mit Herrn Bratiano, der speziell zu diesem Zwecke nach Bukarest gekommen, konferiert. Herr Toncheff habe vor seiner Abreise nach Sofia nicht mehr in Erfahrung bringen können, was Resultat der Entrevue Herrn Venizelos' mit Herrn Bratiano gewesen. Er hoffe, darüber noch neue Informationen zu erhalten und würde sie mir mitteilen; seinerseits bitte er, dass ich auf Vorstehendes — da es sich nach Abreise des Prinzen Fürstenberg zugetragen — Euer Exzellenz Aufmerksamkeit lenke und falls wir darüber Positives erfahren würden, ihm bekanntzugeben. Ohne vollkommen zuversichtlich zu sein, sehe Herr Toncheff einige Chancen, dass sich Rumänien zur Entente mit Bulgarien entschließe; an Aufrichtigkeit Absichten König Karols sei nicht zu zweifeln und handle es sich nur darum, ob Politik Seiner Majestät tatsächlich durchdringen werde; dass sich Kabinett Majoresco gegen Allianz mit Serbien, Griechenland und Türkei ausgesprochen, sei

günstiges Zeichen, jedoch nicht ausschlaggebend, da diese Regierung im Herbst gestürzt werde; Entscheidung werde von Herrn Bratiano abhängen, den Herr Toncheff nicht habe sehen können, bloß nur mit Bratiano befreundeten, gewesenen liberalen Finanzminister Constantinesco habe er gesprochen, welch Letzterer Anhänger Entente mit Bulgarien. An günstigen Anzeichen fehle es nicht, gewisse Eindrücke, die Toncheff in Bukarest empfangen, stimmen ihn aber misstrauisch. So habe er es sehr bezeichnend gefunden, dass Herr Majoresco in offiziellen Ansprachen wiederholt Notwendigkeit Zusammengehens aller Balkanstaaten („selbstverständlich ohne Bulgarien") betonte, wodurch ein neuer Machtfaktor in Europa entstehen würde. Rumänischer Premierminister hätte auch gesprächsweise einem Delegierten gegenüber bemerkt, „vous voyez que déjà aujourd'hui l'Autriche-Hongrie ne peut plus dicter la politique à la Roumanie, mais elle doit se conformer à celle qui convient à la Roumanie". Herr Toncheff habe auch gehört, dass Prinz Ferdinand von Rumänien heuer nach Livadia gehen würde. Mitredner wolle Symptomen keine größere Bedeutung beimessen, als sie es verdienen mögen, glaube immerhin, dass sie Aufmerksamkeit erfordern. Tarnowski.

[a]) Vgl. n. 8423. — [b]) Vgl. n. 8240. — [c]) Vgl. n. 8329.

Nr. 8408. Tel. des Konsuls Wenzel Lejhanec aus Valona, 16. Aug. 1913 Nr. 95 (eing. 17. Aug. 6 U. a. m.).[a]) Entziff.

Bezugnahme auf hohes Telegramm Nr. 64 vom 12. d. M.: Nachricht von der Einverleibung Koritzas in Albanien hat hier große Befriedigung, hingegen jene von der Gefährdung Argyrocastros nahezu Bestürzung hervorgerufen. Die hier in großer Zahl befindlichen Leute von Argyrocastro, welche bisher an die sichere Angliederung ihres Sandjaks an Albanien fest glaubten, sehen sich nun bitter enttäuscht und beschlossen gestern, eine Kommission nach Rom und Wien zu entsenden, um die Hilfe der beiden verbündeten Regierungen zur Errettung ihrer Heimat aus der Gefahr und zur Sicherung einer natürlichen Verbindung zwischen Argyrocastro und dem Meere zu erbitten. Der Kommission werden sich zwei aus Argyrocastro gebürtige Minister, Mufid Bey und Poga, anschließen. Dieselbe dürfte morgen via Brindisi abreisen. Ismail Kemal, der die Situation weniger pessimistisch beurteilt, bittet, um auf seine Landsleute beruhigend einwirken zu können, Euer Exzellenz um gütige Bekanntgabe der nördlichen und womöglich auch der südlichen Grenze der strittigen Zone. Lejhanec.

[a]) Vgl. n. 8416, 8425.

Nr. 8409. Tel. nach Athen Nr. 174 (1) und Rom Nr. 947 (2), 17. Aug. 1913 (chiffr. 5 U. 30 M. p. m.).[a]) Konz. (S. Berger; V. u. G. Macchio).

1. Zu Euer Exzellenz Telegramm Nr. 632 vom 11. d. Mts. Euer Exzellenz wollen im Einvernehmen mit Ihrem italienischen Kollegen, der eine analoge Instruktion erhält, bei der dortigen Regierung nachdrückliche Vorstellungen gegen die Maßnahmen Griechenlands im Epirus erheben, welche nur den Zweck haben können, einen bewaffneten Widerstand gegen die seinerzeitige Durchführung der Beschlüsse der Londoner Réunion,

beziehungsweise der südalbanischen Grenzkommission vorzubereiten. Als solche Machinationen müßten unter anderen angesehen werden: der Transport von Geschützen nach Sti. Quaranta, die Verteilung von Waffen an die epirotische Bevölkerung und die Kreierung von territorialen Milizformationen unter derselben.

2. Erhalten Euer Exzellenz Telegramm Nr. 536 von gestern und telegraphiere ich an Freiherrn von Braun: (Inseratur aus Telegramm sub 1. von „Euer Exzellenz wollen" bis „unter derselben.") Vorstehendes zur Mittheilung an die dortige Regierung. Berchtold.

[a]) Oe. U. Balkan 413 Nr. 824. Vgl. n. 8418, 8436, 8462.

Nr. 8410. Tel. aus Belgrad, 17. Aug. 1913 Nr. 550 (eing. 18. Aug. 1 U. a. m.).[a]) Entziff.

Kollektivdemarchen. Die mit Telegrammen Nr. 229 und 231 vom 31. v. M. aufgetragenen Kollektivdemarchen bezüglich Evakuation Albaniens und Minoritätenschutz sind heute von allen Vertretern der Großmächte vorgenommen worden. Da italienischer Geschäftsträger noch nicht zurückgekehrt, habe ich Demarche auch in seinem Namen angemeldet. Ich habe ferner im Sinne des Telegrammes Nr. 230 vom 31. v. M. die Deklaration der Botschafterreunion vom 1. v. M. und das mémorandum interprétatif schriftlich und mündlich Herrn Pašić mitgeteilt und bin schließlich im Sinne der Telegramme Nr. 233[b]) vom 1. d. M. und 235[c]) vom 2. d. M. vorstellig geworden. Herr Pašić erklärte, dass für den Schutz der Albanesen schon durch die serbische Konstitution genügend gesorgt ist, da dieselbe einem jeden Staatsbürger volle persönliche, auch sprachliche und religiöse Freiheit sichert. Übrigens liege es im Interesse der Serben, mit dem benachbarten Albanien auf gutem Fuße zu leben, weshalb sie mit den auf serbischem Territorium lebenden Albanesen gutes Einvernehmen pflegen wollen. Bezüglich Evakuation Albaniens will Ministerpräsident unserem Verlangen nachkommen und wird sich sofort diesbezüglich mit General Putnik ins Einvernehmen setzen. Er hofft, dass dadurch alle Reibungen aufhören werden. Ugron.

[a]) Oe. U. Balkan 412 Nr. 822. Vgl. n. 8344, 8456, 8457. — [b]) Mit Tel. Nr. 233, 31. Juli 1913 (chiffr. 11 U. p. m.) wurde Ugron angewiesen, bei Ausführung der laut n. 8114 aufgetragenen Kollektivdemarche auch Inhalt eines Chiffreberichtes aus Prisren Nr. 55, der nicht bei den Akten liegt, nachdrücklich zur Sprache zu bringen. — [c]) Mitteilung eines Tel. des Konsulats Durazzo vom 31. Juli 1913, daß es den aus der Dibragegend nach Tirana geflüchteten Albanesenhäuptlingen, welche erklärten, 2000 serbische Soldaten aus dem Raum Selište—Jablanica vertreiben zu können, geraten habe, sich ruhig zu verhalten.

Nr. 8411. Tel. des Legationsrates Franz Freiherrn von Haymerle aus Bukarest, 17. Aug. 1913 Nr. 327 (eing. 18. Aug. 7 U. a. m.). Entziff.

Im Nachhange zu meinem Telegramm Nr. 322 von gestern. Habe Herrn Majoresco Konsiderationen Euer Exzellenz Telegrammes Nr. 412 vom 15. d. M. mitgeteilt. Ministerpräsident beharrt auf seinem Standpunkt, dass ein Recht der kollektiven Überprüfung des Bukarester Friedens durch die Großmächte aus früheren Verträgen nicht abzuleiten sei. Dies sei übrigens nur eine theoretische Frage, denn die Überprüfung durch

eine einzelne Macht sei natürlich durch deren eigenste Interessen bedingt. Ich fügte dann von mir persönlich hinzu, dass es aber doch ungerecht sei, dass man eben dieses Recht, das wir uns zur eventuellen Überprüfung vorbehalten, hier allgemein, anscheinend selbst auch von Seiner Majestät dem König, als gegen Rumänien gerichtet hinstelle. Wir hätten doch nicht mehr tun können, als vom Anfange an zu erklären, dass Alles, was das Verhältnis Rumäniens zu Bulgarien betreffe, von uns nicht einer Revision unterzogen würde; unsere Interessen betreffs der bulgarisch-serbisch-griechischen Abmachungen hätten wir aber doch geradeso das Recht zu wahren, wie Rumänien die seinigen, ohne dass daraus ein unfreundlicher Akt Rumänien gegenüber abgeleitet werden könne. Majoresco versicherte mir, er selbst habe auch nie eine andere Absicht gehabt; er werde diese meine Auseinandersetzungen nochmals bei Seiner Majestät dem König vorbringen und werde, da dies auch der Öffentlichkeit gesagt werden müsse, es in seinem offiziösen Blatt, dem „Conservatorul" veröffentlichen, mit dem Beifügen, dass Österreich-Ungarn Rumänien während dieser schweren Zeit immer „mit Rat und auch Tat" beigestanden habe. Auch versichert mir der Herr Ministerpräsident, er werde gleich im Anfange der herbstlichen Kammersession eine derartige, mit Aktenbeweisen belegte Deklaration über unsere Unterstützung vom Ministertisch aus abgeben. Haymerle.

Tel. nach Rom, 17. Aug. 1913 Nr. 947 (chiffr. 5 U. 30 M. p. m.). Siehe n. 8409.

Nr. 8412. Tel. nach Sofia, 17. Aug. 1913 Nr. 466 (chiffr. 5 U. p. m.).[a] Konz. (S. Matscheko; G. Macchio).

Im Verfolge meines Telegrammes Nr. 458 vom 13. d. M. Graf Thurn telegraphiert mir unterm 14. d. M. wie folgt: ... *wie n. 8386* ... Vorstehendes zu Euer Hochgeboren persönlicher Information. Einzelne geeignet erscheinende Passagen vorstehender Meldung können Euer Hochgeboren jedoch bei Herrn Ghenadieff verwerten, um ihn darüber zu informieren, daß die russische Regierung nunmehr beginnt, von ihrem von vorneherein sehr eingeschränkt revisionistischen Standpunkte auch bezüglich Kavallas abzugehen. Berchtold.

[a] Vgl. n. 8424.

Nr. 8413. Tel. des Konsuls Wenzel Lejhanec aus Valona, 17. Aug. 1913 Nr. 96 (eing. 18. Aug. 5 U. a. m.).[a] Entziff.

Ismail Kemal Bey ersuchte heute unter Berufung auf hohes Telegramm Nr. 64 vom 12. d. Mts. meinen italienischen Kollegen und mich, unsere Regierungen zu bitten, sich dafür einzusetzen, dass die Albanien schon jetzt als unstreitig zugesprochenen Gebiete und zwar der Kaza Koritza, die Küstenländer bis Bucht Phtelia und alles Land nördlich der strittigen Zone, ehebaldig seitens der griechischen Truppen geräumt werden, damit die zahlreichen Flüchtlinge in ihre Heimat zurückkehren können. Er hält diese Forderung nicht nur für gerecht und begründet, sondern auch für eminent wichtig, da durch deren Erfüllung die Albanesen der strittigen Gegend Mut fassen und sich tatsächlich als Albanesen bekennen würden. Wir

versprachen seinem Wunsche zu willfahren, obzwar uns wenig Hoffnung auf dessen Erfüllung zu bestehen scheint. Lejhanec.

a) Vgl. n. 8417.

Nr. 8414. Tel. des Berliner Botschafters; Bad Homburg, 18. Aug. 1913 Nr. 2 (eing. 19. Aug. 5 U. a. m.).a) Entziff.

Fortsetzung zu meinem Telegramme Nr. 1b) von heute. Vor und während des Diners im königlichen Schlosse sowie auch nach der Tafel zog mich Kaiser Wilhelm in längere Unterredungen. Seine Majestät begann damit, in sehr bekümmertem Tone mir zu sagen, er entnehme aus Zeitungsnachrichten und auch aus der Berichterstattung des deutschen Botschafters in Wien, daß infolge der jüngsten Ereignisse zwischen den Kabinetten von Berlin und Wien Mißverständnisse und Unstimmigkeiten bestehen, über deren Grund er sich, wie er mir offen gestehen müsse, nicht ganz im Klaren sei. Ich erwiderte dem Kaiser, daß meines Erachtens, abgesehen von manchen bedauernswerten Differenzen in der Orientierung der österreichisch-ungarischen und deutschen Politik am Balkan, der Anlaß zu diesen Mißverständnissen in der überraschenden Publizierung des Depeschenwechsels zwischen Höchstdemselben und König Carol zu suchen sei. Seine Majestät griff diese meine Bemerkung sofort auf und versicherte mir, daß er selbst von dem Telegramme des Königs von Rumänien, welches er an Bord „Hohenzollern" erhalten habe, am meisten überrascht gewesen sei. Unbeantwortet hätte er das Telegramm nicht lassen können, doch habe er sich in seiner Antwort darauf beschränkt, für die liebenswürdigen Worte König Carols zu danken; von einem definitiven Frieden habe er darin nichts erwähnt. Die Anspielung des Königs von Rumänien auf seine — Kaiser Wilhelms — Verdienste an dem Zustandekommen des Friedens könne sich nur darauf beziehen, daß er allerdings wiederholt in Briefen und Telegrammen an seine Schwester und an König Konstantin Nachgiebigkeit und Mäßigung bei der Aufstellung der Friedensbedingungen warm empfohlen habe. Mehr habe er nicht getan und er gebe sich der Hoffnung hin, daß dies auch im Interesse Österreich-Ungarns lag. Er und seine Regierung hätten überhaupt die Interessen Österreich-Ungarns während der ganzen Krise überzeugungstreu vertreten, so in der albanesischen Frage, Skutari und Durazzo betreffend, in der Frage des accès commercial Serbiens an die Adria, der Differenzen zwischen Rumänien und Bulgarien und so weiter. Wenn er, insbesonders was Bulgarien anbelangt, uns immer auf die Unverläßlichkeit des Königs Ferdinand und dessen Ratgeber aufmerksam machte, habe er dies seinem Pflichtgefühl entsprechend getan, da ja — wie auch in Wien bekannt sein dürfte — König Ferdinand kurz vor Beendigung des ersten Balkankrieges einen Vertrauensmann nach Petersburg entsendete, um Russland zur Besetzung Konstantinopels aufzufordern, was der König auch in Paris und bei ihm — Kaiser Wilhelm — bekanntgeben ließ. Die frühere Politik Bulgariens gegenüber Rumänien spotte jeder Beschreibung. Die von Rumänien gemachten Anerbieten seien von Bulgarien verschleppt und der größte Teil gar nicht beantwortet worden; nunmehr sei in Bulgarien, der Not gehorchend, ein Umschwung eingetreten und er — Kaiser Wilhelm —

wünsche aufrichtig, daß dieser dauerhaft bleibe. Allerdings beurteile König Carol, wie er sich dessen neuestens überzeugen konnte, König Ferdinand nach wie vor möglichst abfällig und mute ihm auch heute noch geheime Verhandlungen mit Petersburg zu. Er (Kaiser Wilhelm) selbst denke über diesen Fürsten nicht anders und würde im höchsten Grade bedauern, wenn in der Frage der Behandlung König Ferdinands und Bulgariens eine Diskrepanz zwischen Österreich-Ungarn und Deutschland andauern würde. An der unbedingten Bundestreue Deutschlands werde wohl ebenso wie in Deutschland auch in Sofia nicht der geringste (Zweifel)[c] bestehen. Seinerseits habe er ein ganz ruhiges Gewissen und auch heute noch stehe er auf demselben Standpunkt, den er bei der letzten Jagd in Springe gegenüber Seiner kaiserlichen Hoheit Erzherzog Franz Ferdinand zum Ausdruck gebracht habe, daß, falls es zu einer kriegerischen Entwicklung käme, Österreich-Ungarn in der positivsten Weise auf das Schwert Deutschlands rechnen könne. Mich und die Herren der Botschaft, deren jedem einzeln Seine Majestät zuzutrinken die Gnade hatte, behandelten beide Majestäten in der auszeichnendsten Weise und ersuchten mich Höchstdieselben, ihre innigsten Glückwünsche Seiner k. und k. Apostolischen Majestät nochmals zu Füssen zu legen. Szögyény.

[a] Vgl. n. 8419. — [b] Bringt lediglich den Trinkspruch Kaiser Wilhelms anläßlich des Geburtstages Kaiser Franz Josef I. — [c] Chiffre fehlt.

Tel. nach Rom, 18. Aug. 1913 Nr. 953 (chiffr. 11 U. 50 M. p. m.). Siehe n. 8417.

Nr. 8415. Tel. aus Rom, 18. Aug. 1913 Nr. 543 (eing. 19. Aug. 4 U. a. m.).[a] Entziff.

Vertraulich. Mit Bezug auf hohes Telegramm Nr. 948[b] vom 17. d. M. Wie ich vor einigen Tagen in der Consulta hörte, war italienischer Geschäftsträger in Belgrad tatsächlich in Rom. Da man serbischerseits über die Haltung Italiens, dessen Teilnahme an energischer Demarche in Belgrad etz. Vorwürfe erhoben hatte, welche hier unliebsam empfunden wurden, dürfte vielleicht die Berufung Herrn Rinellas auch den Zweck verfolgt haben, die jetzige Kollektivdemarche wegen Evakuation Albaniens und Minoritätenschutz nicht mitzumachen. Mérey.

[a] Vgl. n. 8456. — [b] Mit Tel. Nr. 948, 17. Aug. 1913 (chiffr. 4 U. 15 M. p. m.) wurde nach Rom mitgeteilt, daß laut einer Belgrader Meldung vom 16. August nach der Berufung des italienischen Geschäftsträgers nach Rom die Geschäfte auf der italienischen Gesandtschaft in Belgrad, da Rinella seit mehr als Jahresfrist der einzige diplomatische Beamte dortselbst ist, nur von einem Dragoman geführt werden.

Nr. 8416. Tel. an den Konsul Wenzel Lejhanec in Valona, 18. Aug. 1913 Nr. 65 (chiffr. 10 U. 15 M. p. m.). Konz. (S. Berger; G. Berchtold).

Zu Euer Wohlgeboren Telegramm Nr. 95 vom 16. d. Mts. Euer Wohlgeboren erhalten demnächst eine graphische Darstellung der von der Londoner Réunion in der Frage der Südgrenze Albaniens gefaßten Beschlüsse. Damit wird es Euer Wohlgeboren möglich sein, Ismail Kémal die von ihm in dieser Richtung erbetenen Auskünfte zu erteilen. Berchtold.

Nr. 8417. Tel. nach Valona Nr. 66 (1) und Rom Nr. 953 (2), 18. Aug. 1913 (chiffr. 11 U. 50 M. p. m.).[a] *Konz. (S. Berger; G. Berchtold.)*

1. Antwort auf Euer Wohlgeboren Telegramm Nr. 96 von gestern. Ein Einsetzen von uns und Italien in dem von Ismaïl Kémal gewünschten Sinne erscheint derzeit im Hinblick auf die den letzten Beschlüssen der Londoner Réunion vorangegangenen Verhandlungen nicht möglich. Jedoch haben wir und die königlich italienische Regierung unsere Vertreter in Athen beauftragt, bei der dortigen Regierung Vorstellungen gegen jene griechischen Maßregeln im Epirus zu erheben (Transport von Geschützen nach Santi Quaranta, Vertheilung von Waffen unter der epirotischen Bevölkerung, Bildung einer territorialen Miliz), welche das Entstehen eines bewaffneten Widerstandes gegen die Durchführung der Londoner Beschlüsse, beziehungsweise der Entscheidungen der südalbanischen Grenzdelimitierungskommission zur Folge haben können. Vorstehendes zur Mittheilung an Ismail Kemal.

2. K. und k. Konsulat Valona telegraphiert unterm 17. d. M. ... *wie n. 8413 auszugsweise* ... Ich antworte dem k. und k. Konsul: (Inseratur aus Telegramm sub 1. von „Ein Einsetzen" bis Schluß.) Vorstehendes zur Mittheilung an Marquis di San Giuliano. Berchtold.

[a] Vgl. n. 8420.

Nr. 8418. Tel. des Legationssekretärs Prinzen Emil Fürstenberg aus Athen, 19. Aug. 1913 Nr. 639 (eing. 9 U. p. m.). Entziff.

Griechische Machinationen im Epirus. Bezug auf Euer Exzellenz Telegramm Nr. 174 vom 17. d. Mts. Italienischer Gesandter wurde lediglich angewiesen, Aufmerksamkeit der griechischen Regierung auf subversive Tätigkeit der „Association épirote" zu lenken und Athener Kabinett auf bedenkliche Folgen einer derartigen Handlungsweise aufmerksam zu machen. Unter diesen Umständen sah sich Graf Bosdari, nachdem ich denselben vom Inhalt obzitierter Depesche in Kenntnis gesetzt und wir Divergenz unserer einschlägigen Weisungen konstatiert hatten, veranlasst, Instruktionen seiner Regierung zu erbitten. Gemeinsame Démarche bleibt demnach bis zum Eintreffen der Antwort aus Rom in suspenso. Streng vertraulich. Italienischer Gesandter brachte in Erfahrung, dass Seine Majestät Entwaffnung gesamter Bevölkerung in den eroberten Territorien ausser im Epirus angeordnet hat. Zur Ablieferung gelangte Waffen werden nach letzterem Gebiete geschafft. Ferner würden in griechischer Armee dienende Offiziere epirotischen Ursprunges zeitlich aus dem Heeresverband entlassen, um Banden in ihrer Heimat zu organisieren. Emil Fürstenberg.

Nr. 8419. Tel. des Berliner Botschafters; Bad Homburg, 19. Aug. 1913 Nr. 3 (eing. 8 U. p. m.).[a] *Entziff.*

Vertraulich. Zu meinem Telegramme Nr. 2. Kaiser Wilhelm hat den Gesandten von Treutler, dem während der Reisen des Kaisers die Vertretung des Auswärtigen Amtes bei Höchstdemselben übertragen ist, mit dem Auftrage zu mir geschickt, um mir einen Erlass, welchen Seine

Majestät am 16. d. Mts. an das Auswärtige Amt gelangen liess, vertraulich vorzulesen. In diesem Erlasse erläutert Seine Majestät die gegenwärtige politische Situation und führt aus, dass während des ersten Balkankrieges es sich für die Grossmächte um Aufrechterhaltung des europäischen Friedens handelte, daher sei die Hauptaufgabe der deutschen Politik gewesen, zwischen Wien und Petersburg ausgleichend zu wirken. Im Interesse seiner Verbündeten und auch im eigenen Interesse hätte Deutschland, wenn auch manchmal ohne Begeisterung, die Postulate von Österreich-Ungarn und Italien warm vertreten. Beim Ausbruch des zweiten Krieges erschien zweifellos, dass der Friede unter den Grossmächten gesichert sei, demzufolge musste die Hauptaufgabe der Dreibundpolitik darauf gerichtet sein, dass die Neugestaltung der Dinge am Balkan den Interessen des Dreibundes zu statten komme. In dieser Beziehung kam plötzlich die Gefahr zum Vorschein, dass durch die bulgarophile Politik Österreich-Ungarns Rumänien vor den Kopf gestossen und in die weitgeöffneten Arme von Russland und Frankreich gedrängt würde. Letzteres müsste im eminentesten Interesse des Dreibundes verhindert werden und aus diesem Anlasse habe er sich grösste Mühe gegeben, Rumänien an der Seite des Dreibundes zu erhalten. Was Griechenland betreffe, habe er nicht aus verwandtschaftlichen Rücksichten für dasselbe Partei ergriffen, sondern er wolle eben diese verwandtschaftlichen Beziehungen dazu ausnützen, um ein aufstrebendes tüchtiges Volk an den Dreibund heranzuziehen. Mit Rücksicht auf die Dispositionen seiner Bundesgenossen hätte er getrachtet, eine Stärkung der Seemachtstellung von Griechenland in der Adria zu vermeiden, dies sei aber nur möglich gewesen, wenn man es dafür am ägäischen Meere entschädige (Kawalla). Den ganzen Erlass durchzieht der Bündnisgedanke als die unverrückbare Basis deutscher Politik. Zu meinem Telegramme Nr. 2 möchte ich noch bemerken, dass Kaiser Wilhelm mir gestern sagte, dass die Verleihung der Feldmarschallwürde an König von Griechenland nicht aus politischen, sondern aus rein militärischen Gründen erfolgt sei, da der König tatsächlich während des abgelaufenen Krieges Hervorragendes als Feldherr geleistet habe. Szögyény.

[a]) Vgl. n. 8446, 8477, 8479.

Nr. 8420. Tel. aus Rom, 19. Aug. 1913 Nr. 549 (eing. 20. Aug. 5 U. a. m.). Entziff.

Evakuierung Südalbaniens. Hiesige Regierung wird Ismail Kemal Bey eine analoge Antwort wie die ihm laut des hohen Telegrammes Nr. 953 vom 18. d. Mts. von Euer Exzellenz erteilte zukommen lassen. Mérey.

Nr. 8421. Tel. nach St. Petersburg, 19. Aug. 1913 Nr. 475 (chiffr. 11 U. p. m.)[a]) Konz. (S. Steiger?; V. u. G. Ippen).

Bezug auf Bericht vom 15. d. Mts. Nr. 31 B und im Verfolge meines Telegrammes vom 16. d. Mts. Nr. 470. Das von Herrn Sazonow angeregte finanzielle Pressionsmittel, wonach die Tabakregiegesellschaft veranlasst werden soll, dem türkischen Finanzministerium die anfangs September fällige Schlussrate von 500.000 Ltqs. vorzuenthalten, begegnet dem schwer-

wiegenden Bedenken, dass Tabakregie durch derartiges Vorgehen definitiven vertraglich übernommenen Verpflichtungen untreu würde und allen Consequenzen dieses Vertragsbruches ausgesetzt wäre, ein Gefahrsmoment, das Regie ohne entsprechende Schadloshaltung durch die betreffenden Regierungen nicht übernehmen würde und dessen finanzielle Grösse in keinem Verhältnis zu dem aus Vorenthaltung der Schlussrate zu erwartenden Effekt steht, umsomehr als bereits eine Million Ltqs. flüssig gemacht wurde. Frankreichs Einwendungen gegen russische Vorwürfe treffen insoferne zu, als Concessionserneuerung ohne gleichzeitiges Vorschussgeschäft nicht gelungen wäre. Unrichtig ist aber die angeführte Drittelverteilung. Wir und Deutschland participiren zwar mit Frankreich zu dritt, die finanzielle Majorität ist aber bei Frankreich; ebenso ist die Geschäftsleitung in französischen Händen und die Verhandlungen mit der Türkei sind durch Paris geführt worden. Aus diesen Gründen steht die Initiative bei angeregter Retardirung der vertragsmässigen Schlussrate nicht uns zu, sondern Frankreich. Euer Exzellenz wollen diesen letzteren Umstand Herrn Sazonow gegenüber besonders betonen. Ganz unbedenklich vermögen wir uns aber dem anderen Schritte anzuschliessen, unser Capital durch öffentliche Erklärung davon abzuhalten, (Türkei)[b] zur Fortsetzung ihres Widerstandes gegen Europa weitere Geldmittel zu liefern. Da unsere Banken bei türkischen Geschäften stets einvernehmlich mit deutschen Bankgruppen vorzugehen pflegen, erachte ich ein Einvernehmen mit Deutschland für empfehlenswert und wird Graf Szögyény diesbezüglich unter Einem beauftragt. Diese Beeinflussung unserer Banken kann sich nur auf Vorschuss- oder Anlehensgeschäfte im eigentlichen Sinne beziehen und nicht auch eine Verhinderung unsrer Industrien involviren, an Türkei eventuell Lieferungen auf Kredit zu effektuieren.

[a] Vgl. n. 8443, 8458. — [b] Fehlt im Konzepte.

Nr. 8422. Tel. aus St. Petersburg, 19. Aug. 1913 Nr. 285 (eing. 6 U. p. m.). Entziff.

Anlässlich des Allerhöchsten Geburtsfestes Seiner k. und k. Apostolischen Majestät war ich gestern abends mit dem gesamten Personale der k. und k. Botschaft zum Diner nach Peterhof geladen, bei welchem Seine Majestät Kaiser Nikolaus einen Toast auf das Wohl unseres Allergnädigsten Herrn ausbrachte. Während des Diners und nach demselben unterhielt sich der Zar in der gnädigsten Weise mit mir. Zunächst wiederholte er mir seine Seiner k. und k. Apostolischen Majestät bereits telegraphisch übermittelten herzlichsten Glückwünsche und erkundigte sich angelegentlich nach Allerhöchstdessen Befinden. Auf das politische Gebiet übergehend äusserte Seine Majestät zunächst seine Befriedigung darüber, dass das Blutvergiessen am Balkan endlich aufgehört habe, sprach aber die ernsteste Besorgnis über die Tournure aus, welche die Angelegenheiten am Balkan zufolge des unverantwortlichen Vorgehens der Türken zu nehmen drohen, welches er in den schärfsten Worten brandmarkte. Man könne sich doch unmöglich gefallen lassen, dass die Türken sich über den klar ausgesprochenen Willen ganz Europas hinwegsetzen, dies wäre auch für die Zukunft ein

zu gefährliches Präcedens. Leider schiene aber die Mehrzahl der Mächte nicht ernstlich auf ihrem Standpunkt bestehen zu wollen. Es sei erfreulich, dass wenigstens Österreich-Ungarn und Russland in dieser Beziehung übereinstimmen. Trotz der entschiedenen Sprache des Kaisers konnte ich nicht den Eindruck gewinnen, dass Höchstderselbe ernsthaft an irgendwelche energische Massregeln zur Durchsetzung dieses Standpunktes denke. Seine Majestät sprach mir nur von finanziellen Pressionsmitteln und drückte die Hoffnung aus, dass, wenn es gelinge, alle Mächte zu einer ernstlichen Anwendung derselben zu bewegen, die Türkei doch mit der Zeit zum Nachgeben genötigt sein werde. Kaiser Nikolaus sprach mir auch vom Bukarester Friedensschluss, den er als wenig befriedigend bezeichnete, weil er in Bulgarien den Wunsch nach einer Revanche wach erhalten werde, und erwähnte in diesem Zusammenhange insbesonders Kawalla. Ich erwiderte, dass auch die k. u. k. Regierung, welche mit Rücksicht auf die Nachbarschaft des Balkans ein ganz besonderes Interesse hätte, dort stabile Verhältnisse eintreten zu sehen, ganz dieselbe Überzeugung hege. Es bestehe jedoch insoferne eine Divergenz gegenüber dem Standpunkte der russischen Regierung, dass erstere auch den Wunsch hätte, wenigstens einen Teil der fast ausschliesslich von Bulgaren bewohnten Gebiete Mazedoniens, die in serbischem Besitz zu einem Hauptherd von Unruhen werden dürften, an Bulgarien komme.[a] Kaiser Nikolaus schien sich zwar diesen Argumenten nicht ganz zu verschliessen, bemerkte jedoch, dass angesichts des lebhaften Widerspruches der übrigen Mächte eine Revision doch nicht durchführbar wäre. Zum Schluss sagte mir der Kaiser, dass er sich morgen mit der kaiserlichen Familie zu längerem Sejour in die Krim begebe, von welchem Aufenthalt er sich einen guten Erfolg für die Gesundheit des Thronfolgers erhoffe, dessen Befinden in der letzten Zeit erfreuliche Fortschritte gemacht habe. Thurn.

[a] So!

Nr. 8423. Tel. nach Sofia, 19. Aug. 1913 Nr. 469 (chiffr. 11 U. 20 M. p. m.).[a] Konz. (S. Berger; V. u. G. Berchtold).

Erhalten Euer Hochgeboren Telegramm Nr. 978 vom 16. l. M. Prinz Fürstenberg, welchen ich beauftragt habe, die königlich rumänische Regierung von den Erklärungen Herrn Ghenadieffs hinsichtlich der künftigen bulgarisch-rumänischen Beziehungen zu informieren und die diesbezügliche Auffassung der Bukarester leitenden Kreise zu sondieren (mein Telegramm Nr. 445 vom 7. l. M.), hat mir übereinstimmend mit den Nachrichten Herrn Tontscheffs gemeldet,[b] daß König Carol, welchen er Gelegenheit hatte, im Gegenstande zu sprechen, dem Gedanken eines Akkords mit Bulgarien nicht unsympathisch gegenüberstehe. Seine Majestät ist jedoch der Ansicht, man müsse, ehe man der Frage einer politischen Abmachung mit Sofia nähertreten könne, abwarten, daß in der Stimmung in Bukarest ein entsprechender Umschwung eingetreten sei, ferner daß in Sofia der Friedensvertrag in der Sobranje ohne zu große Perturbationen angenommen werde und endlich, daß die jetzige bulgarische Regierung ihre Stabilität bewiesen habe. Vorstehendes zur streng vertraulichen Mitteilung an Herrn Ghena-

dieff und eventuell auch an Herrn Dobrovič, wobei Euer Hochgeboren betonen können, daß wir nach wie vor zur Herstellung enger Beziehungen Bulgariens zu Rumänien nach Möglichkeit beitragen wollen. Berchtold.

[a]) Vgl. n. 8472, 8569. — [b]) Vgl. n. 8407.

Nr. 8424. Tel. aus Sofia, 19. Aug. 1913 Nr. 994 (eing. 20. Aug. 1 U. a. m.). Entziff.

Regierungs-, politische und Armeekreise und ganze öffentliche Meinung sind bei aller Aktualität türkischer Gefahr doch vornehmlich durch Frage der Revision Bukarester Traktats im Banne gehalten. Gedanken, dass Bestimmungen dieses Vertrages unabgeändert bleiben, kann hier niemand fassen. Öffentliche Meinung rechnet sicher auf Revision, die Österreich-Ungarn unbedingt herbeiführen werde. Politiker sehen in gewissem Masse Schwierigkeiten ein, bauen aber Hoffnung auf Argumentation, dass Österreich-Ungarn durch Erklärungen Grafen Tiszas[a]) und in Bukarest engagiert, dass es übermässige Vergrösserung Serbiens und Schwächung Bulgariens im eigensten Interesse nicht zugeben könne und dass es, wenn es wirklich gewollt, — wie mit Skutari — auch Mittel gefunden habe, seinen Willen durchzusetzen. Auch die Regierung, obwohl sie seit dem Bukarester Frieden viel von ihren Illusionen verloren, hat dennoch bis heute die Erwartung zumindest teilweiser Revision nicht aufgegeben und gänzliche Enttäuschung in diesem Belange würde für sie unendlich schweren Schlag bilden. Die Minister, Personen aus Hofkreisen und politische Freunde der Regierung wenden sich an mich und suchen bei mir Beruhigung; meine Antworten bewegen sich dahin, dass wir für Bulgarien Möglichstes tun wollen und auch tätig sind, dass aber sonst bei Mächten keine genügende oder gar keine Neigung zur Revision, was Chancen verderbe. Minister des Äussern selbst, der informiert und Lage nüchtern beurteilt, scheint sich auch mit Gedanken, dass Revision ganz ausbleiben könnte, nicht versöhnen zu können und hofft noch immer. Einige Andeutungen, die ich ihm im Sinne Euer Exzellenz Telegrammes Nr. 466 vom 17. d. M. gemacht, wirkten auf ihn sichtlich sehr deprimierend, er schien aber auch nach dieser wenig ermutigenden Information die schlimmste Alternative nicht in Betracht ziehen zu wollen. Ob gänzliches Ausbleiben Revision für Regierung unmittelbare Folgen haben wird, ist mir unmöglich heute zu beurteilen; Herr Danew und seine politischen Freunde sprechen zwar bereits davon, dass Kabinett Radoslawow vom Dreibund im Stiche gelassen und Rückkehr russophiler Richtung daher unausbleiblich, dies könnte aber bloss frommer Wunsch sein, da doch fraglich, ob bei veränderter internationaler Lage am Balkan eine russophile Regierung überhaupt möglich. Wenn es auch zu gar keiner Revision kommt, wird sich vielleicht liberales Kabinett, obwohl im Rückgrat geschwächt, erhalten; unvermeidlich wäre aber in diesem Falle Verminderung unseres Prestiges vor öffentlicher Meinung, die mit wahrem Elan jetzt zu uns neigt und auf uns hofft. Bleibt auch jetzige Regierung trotz Mangels an der Öffentlichkeit verständlichen Erfolgen am Ruder und realisiert sie ihr politisches Programm, so wird ausgebliebene Revision zumindest hindern, dass austrophiler Kurs volkstümlich wird und sollte

ausserdem Bulgarien wirklich oder nur scheinbar Grund haben, Russland für eventuelle befriedigende Lösung thrazischer und Adrianopel-Frage dankbar zu sein, so würde dies selbstredend (mein Telegramm Nr. 966 vom 13. d. M.) unserer Popularität noch abträglicher sein. Tarnowski.

a) Wohl Parlament. Chron. d. ö.-u. Mon. 1913, 390 (19. Juni).

Nr. 8425. Tel. des Konsuls Wenzel Lejhanec aus Valona, 19. Aug. 1913 Nr. 97 (eing. 20. Aug. 7 U. a. m.). Entziff.

Im Nachhange zu hieramtlichen Telegramm Nr. 95 vom 16. d. M. Fragliche Kommission in der Angelegenheit Argyrokastro, bestehend aus den Ministern Mufid Bey und Poga Bey, zwei mohammedanischen und zwei christlichen Notablen, Sonntag abends von hier nach Rom abgereist, wo sich ihr angeblich noch weitere Delegierte anschließen werden. Die beiden Minister reisen auf Staatskosten, die übrigen Mitglieder auf eigene Kosten, da die provisorische Regierung ihre Reise nicht für unbedingt notwendig hält. Bericht folgt. Lejhanec.

Nr. 8426. Tel. des Legationssekretärs Prinzen Emil Fürstenberg aus Athen, 20. Aug. 1913 Nr. 642 (eing. 21. Aug. 6 U. a. m.). Entziff.

Räumung Thraziens durch griechische Truppen. Vertraulich. Deutscher Gesandter fragte gelegentlich gestriger Audienz Seine Majestät den König unter Hinweis auf gewisse Gerüchte, denen zufolge Seine Majestät Absicht habe, Dedeagatsch der Türkei zu übergeben, nach Höchstdessen diesfälliger Auffassung. Der König antwortete: „Nein, aber lieber wäre es mir, wenn die Türken dort einziehen würden, anstatt der Bulgaren!“ Auf analogen Anwurf Grafen Quadts Herrn Venizelos gegenüber, äusserte sich Ministerpräsident in viel dezidierterem Tone als sein königlicher Herr, die griechische Regierung denke nicht daran, sondern sei fest entschlossen, sich loyal an die Bukarester Friedensbedingungen zu halten. Im Sinne des letzteren Passus hat sich Venizelos heute auch mir gegenüber vernehmen lassen. Englischer Vizekonsul in Dedeagatsch meldet, dortige Bevölkerung sei von Panik ergriffen und fliehe. Emil Fürstenberg.

Nr. 8427. Tel. des Gesandten Ludwig Freiherrn von Flotow aus Berlin, 20. Aug. 1913 Nr. 382 (eing. 21. Aug. 6 U. a. m.).[a] Entziff.

Vertraulich. Im Verfolge des gestrigen Telegrammes Nr. 4[b] aus Homburg betreffend russische Demarche. Staatssekretär teilt mir mit, türkischer Botschafter hätte heute bei ihm vorgesprochen und ihm im Namen seiner Regierung die bündigste Versicherung gegeben, daß die türkische Armee nicht über die Maritza hinaus vordringen werde; Besetzung einzelner Punkte jenseits derselben durch kleinere Detachements sei lediglich als militärische Sicherheitsmaßregel zu betrachten und würden dieselben seinerzeit wieder evakuiert werden. Wie Staatssekretär hiezu bemerkte, stimmen die hier vorliegenden Nachrichten aus Konstantinopel hiemit überein. Herr von Jagow behandelt, wie er mir sagte, russische Demarche vorderhand dilatorisch, da er hofft, daß ihr das Substrat mittlerweile entzogen würde. Bezüglich einer Aktion der Mächte bei der ottomanischen Tabak-

regie hat in Abwesenheit des Staatssekretärs Unterstaatssekretär dem russischen Geschäftsträger geantwortet: Die Tabakregie sei ein ottomanisches Institut, das weder der Judikatur noch der Aufsicht der deutschen Regierung unterliege, die auch deren Verträge mit der türkischen Regierung nicht kenne. Die deutsche Beteiligung sei eine geringe. Hauptbeteiligter sei Frankreich, in zweiter Linie England und Österreich-Ungarn; wenn diese Mächte sich übereinstimmend für die Aktion aussprechen würden, so würde deutsche Regierung die Frage noch einmal der Erwägung unterziehen, doch schienen ihr prinzipielle Bedenken gegen dieselbe zu bestehen. Bezüglich der Abhaltung des deutschen Kapitals, der Türkei gegenwärtig Geldmittel zu liefern, antwortete Unterstaatssekretär dem russischen Geschäftsträger, die großen deutschen Banken seien in diesem Sinne von der deutschen Regierung beeinflußt worden, auf private könne sich allerdings dieser Einfluß nicht erstrecken. In Betreff des russischerseits ins Auge gefaßten Kollektivschrittes der Mächte in Konstantinopel bat mich Staatssekretär, Euer Exzellenz die Frage vorzulegen, ob Hochdieselben selbst einen besonderen Wert auf dessen Ausführung legen und welche weiteren Schritte im Falle der Notwendigkeit Euer Exzellenz etwa vorschweben würden; er hege gegen einen solchen Kollektivschritt die schwerwiegendsten Bedenken, ein solcher käme einem Ultimatum gleich und einem Ultimatum müßte, wenn es das gewollte Resultat nicht herbeiführe, eine weitere Aktion folgen, die Deutschland keinesfalls mitmachen würde. In letzterem Sinne hätte er sich heute dem russischen Geschäftsträger gegenüber ausgesprochen, der den Kollektivschritt als eine möglicherweise première étape bezeichnete.

Flotow.

[a]) Vgl. n. 8404, 8438, 8458. — [b]) Mit Tel. Nr. 4, Bad Homburg 19. Aug. 1913 (eing. 8 U. 50 M. p. m.) meldet Graf Szögyény, daß dem Reichskanzler und dem Staatssekretär bei ihrer Abreise aus Berlin Inhalt der russischen Demarche (vgl. n. 8404) noch nicht bekannt war und daß sie erst nach ihrer Rückkehr dorthin Baron Flotow die gewünschte Antwort erteilen werden.

Nr. 8428. Tagesbericht über einen Besuch des ital. Botschafters, 20. Aug. 1913 Nr. 4006.[a]) Konz. (S. Rappaport; G. Berchtold).

Geheim. Herzog Avarna hat mir heute die Ansichten Marquis di San Giulianos betreffs eines Anschlusses Griechenlands an den Dreibund in folgendem Sinne dargelegt: Es erschiene dem Herrn Minister opportun, wenn seitens der Dreibundmächte, sei es im Wege der Presse, sei es in anderer Weise, Griechenland darüber aufgeklärt würde, daß die Angliederung der zwölf Inseln an Griechenland zweifelhaft sei, daß die drei Mächte sich seinerzeit für jene Lösung dieser Frage einsetzen werden, die ihren Interessen entspreche und daß auf keinen Fall eine Entscheidung im Gegenstande durch die Triple-Entente-Mächte allein, ohne die Zustimmung des Dreibundes, möglich erscheint. Die Notwendigkeit einer solchen Aufklärung der griechischen Regierung ergibt sich nach Marquis di San Giuliano aus dem Umstande, daß Frankreich das Athener Kabinett glauben machen wolle, daß der „Dodekanesos" bereits Griechenland zugesprochen sei. Es sei aber nötig, den Griechen klar vor Augen zu führen, daß es der Triple-Entente nicht gelungen ist, weder in der albanesischen Grenz- noch in der

Inselfrage den hellenischen Aspirationen zum Durchbruche zu verhelfen. Man müsse in Athen einsehen und werde es in Zukunft mit Rücksicht auf die ausgedehnte Landgrenze zwischen Griechenland und seinen Balkannachbarn, insbesondere Bulgarien, wohl noch mehr begreifen, daß man weit mehr des Schutzes des Dreibundes, denn der Triple-Entente bedürfe. Marquis di San Giuliano betrachte die Frage des Anschlusses Griechenlands an den Dreibund von diesem Gesichtspunkte; im übrigen halte er zwar vorläufig an seinem bisherigen Skeptizismus in diesem Belange fest, gebe jedoch zu, daß der in Rede stehende Anschluß von einigen Vorteilen begleitet sein könnte.

a) Vgl. n. 7502, 8433.

Nr. 8429. Tel. aus Sofia, 20. Aug. 1913 Nr. 1004 (eing. 21. Aug. 2 U. a. m.). Entziff.

Bezug auf mein Telegramm Nr. 961 vom 3.a) d. M., betreffend Appell bulgarischer Regierung an Mächte um Revision Bukarester Friedens. Minister des Äussern sagt mir gesprächsweise, er habe Appell noch nicht abgeschickt, da er Kabinetten nicht mit zuviel Fragen auf einmal kommen wolle. Die aktuellste und dringendste Angelegenheit, in der sich Bulgarien an Mächte gewendet, seien jetzt Schwierigkeiten mit Griechenland respektive Türkei. Sobald ruhige Okkupation durch bulgarische Truppen der von Griechen zu räumenden Gebiete gesichert, werde Minister Memorandum bezüglich Revision an Mächte abschicken. Tarnowski.

a) Richtig 12., beziehungsweise 13. Aug., da erst an diesem Tage 2 U. a. m. aufgegeben = n. 8359.

Nr. 8430. Tel. aus Sofia, 20. Aug. 1913 Nr. 1005 (eing. 21. Aug. 2 U. a. m.). Entziff.

Im Verlaufe langen Besuches, den mir Minister des Äussern heute abgestattet, sprachen wir auch freundschaftlich viel von König Ferdinand. Mitredner sagte, König sei jetzt sehr kleinlaut und in gestriger Unterredung mit Ghenadiew habe er — es war unter vier Augen — Schuld für alle politischen Fehler auf sich genommen. Zum Schlusse dieser Beichte hätte Seine Majestät bemerkt, das einzig Gute an dem Geschehenen sei, dass Vertrag mit Serbien zerrissen, in welchem König Verpflichtungen zu aktiver Kooperation gegen „seinen Cousin" (womit Seine k. u. k. Apostolische Majestät gemeint waren) übernommen hätte, welches Engagements sich König Ferdinand habe beständig schämen müssen und auch jetzt nicht begriffen, wie er seine Unterschrift habe darunter setzen können. Minister will seinem königlichen Herrn geantwortet haben, dass es nicht nur für Ruhe Höchstdessen Gewissens, sondern auch für Bulgarien besser gewesen wäre, den Vertrag mit Serbien nicht zu unterzeichnen. Tarnowski.

Nr. 8431. Tel. aus Sofia, 20. Aug. 1913 Nr. 1006 (eing. 21. Aug. 7 U. 30 M. a. m.).a) Entziff.

Minister des Äußern suchte mich auf und las mir Telegramm Herrn Radeffs aus Bukarest vom 18. d. M. vor, in dem Letzterer berichtet, Herr

Majoresco habe ihm gesagt, rumänischer Gesandter in Paris hätte gemeldet, daß Frankreich gerne sehen würde, wenn Österreich-Ungarn Vorschlag mache, daß Russland europäisches Mandat zur Entfernung der Türken aus Thrazien bekäme. Herr Majoresco hätte dies Prinzen Fürstenberg mitgeteilt, der geantwortet, daß k. u. k. Botschafter in Paris (geeignet),[b] fragliche Mitteilung französischer Regierung entgegenzunehmen. Minister des Äußern las mir auch Telegramm bulgarischen Gesandten in Petersburg vom 19. d. M. vor, der unmittelbar nach Besuch im Auswärtigen Amte wörtlich meldete: „Russland sei bereit, sich an jeder energischesten diplomatischen Aktion in Konstantinopel zu beteiligen, und außerdem, wenn Österreich-Ungarn Koerzitivmaßregeln oder Intervention vorschlagen würde, diese Proposition von russischer Regierung mit Empressement angenommen werden würde." Mein Mitredner meinte, daß er nicht in der Lage, zu beurteilen, ob und welche Konklusionen daraus gezogen werden könnten, jedenfalls aber großen Wert darauf lege, daß ich Vorstehendes zu Euer Exzellenz Kenntnis bringe. Tarnowski.

[a] Vgl. n. 8452. — [b] Amtsvermerk: Unter Annahme eines Fehlers „ermächtigt".

Nr. 8432. Tel. aus Sofia, 20. Aug. 1913 Nr. 1008 (eing. 9 U. 50 M. a. m.). Entziff.

Minister des Äussern las mir Depesche bulgarischen Militärattachés in Berlin vor, in der es wörtlich heißt, „rumänischer Militärattaché habe sich in heftigster und gehässigster Weise über Österreich-Ungarn geäussert und ausdrücklich erklärt, daß Rumänien nicht mit Monarchie, sondern wegen seiner nationalen Interessen in Siebenbürgen mit Russland gehen werde." Tarnowski.

Nr. 8433. Tel. an den Legationssekretär Prinzen Emil Fürstenberg in Athen, 21. Aug. 1913 Nr. 179 (chiffr. 24. Aug. 8 U. p. m.).[a] Konz. (S. Rappaport; G. Berchtold).

Geheim. ... *wie n. 8428* ... Was die an die griechische Adresse zu richtenden Aufklärungen anbelangt, so habe ich mich mit denselben einverstanden erklärt, jedoch eine Verwendung der Presse zu diesem Zwecke abgelehnt. Hingegen ermächtige ich Euer Durchlaucht, sich bei einer passenden Gelegenheit — jedoch ohne Berufung auf einen Auftrag — zu Herrn Coromilas in dem oben erwähnten aufklärenden Sinne zu äußern. Berchtold.

[a] Mit Erlaß vom 2. Sept. 1913 nach Berlin (Nr. 4157) und Rom (Nr. 4158) mitgeteilt. Vgl. n. 8509.

Nr. 8434. Tel. des Legationsseketärs Prinzen Emil Fürstenberg aus Athen, 21. Aug. 1913 Nr. 644 (eing. 10 U. p. m.).[a] Entziff.

Aus gestrigem Gespräch des deutschen Gesandten mit Herrn Venizelos. Streng vertraulich. Ministerpräsident sagte, das Bündnis mit Serbien sei allerdings seinerzeit ad hoc geschlossen worden (vergleiche hieramtliches Telegramm Nr. 379 vom 9. Juni l. J.) und lediglich als eine temporäre Massnahme gedacht gewesen. Jetzt aber hätte sich Situation derart geändert,

dass es in Griechenlands Interesse gelegen sei, die bestehenden intimen Beziehungen zu Serbien auch für die Zukunft in ihrer Gänze aufrechtzuerhalten. Diese Politik involviere jedoch durchaus keine Spitze gegen Österreich-Ungarn, im Gegenteile werde Griechenland stets darauf bedacht sein, auf Serbien in mässigendem Sinne einzuwirken und dasselbe von einer jeden aggressiven Politik der Monarchie gegenüber abzuhalten. Auf eine Bemerkung Grafen Quadts, dass trotz allem ein derartiger dauernder Zusammenschluss Griechenlands und Serbiens in Wien verstimmen könnte, erklärte Herr Venizelos, er sei ganz bereit, die k. und k. Regierung über alle einschlägigen Vereinbarungen der beiden Staaten auf dem Laufenden zu erhalten, damit ja kein Missverständnis aufkomme. In Bukarest hat Herr Venizelos alle zwischen Griechenland und Rumänien obschwebenden Fragen erschöpfend besprochen und eine sehr weitgehende Übereinstimmung in bezüglichen Auffassungen konstatiert. Ein sehr gutes Verhältnis zu Rumänien sei angebahnt; die Hoffnung sei berechtigt, dass es sich in Zukunft zu einem noch innigeren werde ausgestalten lassen. Schriftliche Abmachungen seien ausser einer Postkonvention nicht getroffen worden. Herr Venizelos hat in diesem Zusammenhange das Wort „Allianz" beziehungsweise „Bündnis" nicht fallen lassen, liess aber durchblicken, dass seine Bestrebungen in einer Defensivallianz zunächst zwischen Griechenland, Serbien und Rumänien zur Garantierung des status quo gipfeln. In Bukarest wurde auch der eventuelle Anschluss der Türkei an obige Gruppe ventiliert und ein solcher übereinstimmend als wünschenswert bezeichnet. Eine Annäherung an dieselbe sei aber vorderhand nicht tunlich, solange die Frage Adrianopels nicht bereinigt wäre, da sonst die Aufgabe der Mächte erschwert würde und neue Komplikationen entstehen könnten. Sei aber letzteres Problem einmal gelöst, so stünde der Herstellung eines vertrauensvollen Verhältnisses zu der Pforte nichts mehr im Wege. Herr Venizelos fügte hinzu, man hätte sich in Bukarest dahin geeinigt, gegebenenfalls der Türkei sogar ihren europäischen Besitzstand zu garantieren. Sollte sie aber einmal aus Europa ganz verdrängt werden, so wäre man übereingekommen, die Neutralisierung Konstantinopels und der Meerengen unter einer internationalen Kommission anzustreben, in welcher Rumänien und Griechenland vertreten sein müssten. Bulgarien bleibe vorläufig isoliert, solange es seinen Revancheideen nachhänge, es sei jedoch zu hoffen, dass es sich mit der Zeit eines Besseren besinnen und an die übrigen Balkanstaaten anschliessen werde. Emil Fürstenberg.

a) Vgl. n. 8445, 8455, 8511.

Nr. 8435. Tel. des Legationssekretärs Prinzen Emil Fürstenberg aus Athen, 21. Aug. 1913 Nr. 645 (eing. 10 U. 15 M. p. m.). Entziff.

Vorgestrige Audienz des deutschen Gesandten bei Seiner Majestät dem König. Vertraulich. Seine Majestät gab zunächst in warmen Worten Höchstseiner Dankbarkeit über die Haltung Ausdruck, welche Deutschland während des letzten Krieges sowie während der Friedensverhandlungen Griechenland gegenüber beobachtet habe. Auf eine Bemerkung Grafen Quadts über die Revanchegelüste Bulgariens sagte der König, er hätte

ursprünglich den Plan gehabt, die griechische Armee in verhältnismässig kurzer Zeit auf einen Kriegsstand von 250.000 Mann zu bringen. Jetzt aber, nach einem sorgfältig aufgestellten Calcul über die bulgarischen Streitkräfte, hätte er sich entschlossen, Höchstseine Armee derartig auszubauen, dass Griechenland binnen fünf Jahren im Stande sein werde, 450.000 zu mobilisieren. Seine Majestät äusserte sich abfällig über Russland. Kaiser Nikolaus habe ihm durch Prinzen Nikolaus von Griechenland seinerzeit sagen lassen, er solle sich vor einem Krieg mit Bulgarien hüten, denn er — König Konstantin — laufe Gefahr, Salonik zu verlieren. Jetzt habe Russland Kawalla den Griechen streitig gemacht. Wer hätte sich aber für Griechenland eingesetzt, wenn letzteres unterlegen wäre?! Emil Fürstenberg.

Nr. 8436. Tel. des Legationssekretärs Prinzen Emil Fürstenberg aus Athen, 21. Aug. 1913 Nr. 647 (eing. 22. Aug. 3 U. a. m.).[a] Entziff.

Machinationen Griechenlands im Epirus. Mein deutscher Kollege (Gesandter begab sich gestern auf Urlaub) wurde angewiesen, hier wegen Bandenbildung im Epirus, die angeblichen Widerstand gegen Grenzkommission bezwecke, vorstellig zu werden und Regierung freundschaftlichen Rat zu erteilen, sich jeder Begünstigung des Bandenwesens zu enthalten. Graf Bassewitz entledigte sich heute bei Minister des Äußern Auftrages, der auf eine Anregung des Kabinettes von Rom zurückzuführen ist. Herr Coromilas leugnete, daß Regierung mit Banden etwas zu tun habe, betonend, Griechenland brauche nicht zu derartigen Mitteln zu greifen. Falls von Kommission eine ihm nicht genehme Grenze fixiert würde, könne Regierung sich einfach weigern, das strittige Territorium zu räumen!

Emil Fürstenberg.

[a] Vgl. n. 8409, 8467.

Nr. 8437. Bericht aus Belgrad, 21. Aug. 1913 Nr. 171 A (eing. 22. Aug.).[a] Ausfert.

Wiederholt habe ich Euer Excellenz über Annäherungstendenzen zu berichten die Ehre gehabt, die in letzter Zeit von nationalistischer Seite auszugehen scheinen. Kürzlich ist nun ein nationalistischer Parteimann an eine Mittelsperson herangetreten und hat ein förmliches Programm entwickelt. Die Nationalisten werden ihm zufolge nach dem Friedensschlusse den schon jetzt gegen die Altradikalen geführten scharfen Kampf in weitaus energischerer Weise fortsetzen und ihre Anstrengungen besonders auf die Provinz richten, wo sie bekanntlich noch jetzt bei der Intelligenz und bei den vermögenden Bauern einen grossen Anhang haben. Man hoffe diesmal mit mehr Erfolg gegen die Radikalen abschneiden zu können, die, wie übrigens auch von anderen Seiten vielfach betont wird, im Volke viel an Boden verloren haben. Im Kampfe gegen die Radikalen wolle man vor Allem für eine Besserung der Beziehungen zu Oesterreich-Ungarn eintreten und stets darauf hinweisen, dass bei einer anderen Stellungnahme von Seiten Serbiens auch die Haltung der Monarchie sich von selbst gründlich ändern werde. Den Nationalisten käme es daher sehr viel darauf an, dass sie bei Oesterreich-Ungarn gute Dispositionen finden, dass sie, wenn

sie zur Herrschaft gelangen sollten, sofort auf einen energischen Umschwung in der Haltung der Monarchie rechnen können, der sich anfänglich etwa in einer günstigeren Stimmung der Presse, in der Beseitigung der verschiedenen „Chicanen" und Aehnlichem auf einen Wechsel hindeutenden Anzeichen aeussern könnte. Das Parteiorgan, die „Srbska Zastava", werde nach wie vor in heftiger Weise den Kampf gegen das altradikale Régime und besonders gegen Pašić fortsetzen. Man plane aber, noch ein anderes Organ herauszugeben, das besonders für die Provinz und die breiten Massen bestimmt wäre, das in noch rücksichtsloserer Weise gegen die altradikale Wirtschaft Front machen würde und der „Srbska Zastava" nicht nur secundieren, sondern sie noch überbieten würde. Dazu wären natürlich grössere Geldmittel erforderlich, zu welchem Behufe man eventuell auf eine Beisteuerung auch von jenseits der Donau rechnet. Mein Mittelsmann nahm diese Eröffnungen einfach zur Kenntnis, ohne sich darüber auszusprechen, ob er sie weitergeben würde oder nicht. Vor einigen Tagen wurde er von dem erwähnten Politiker nochmals aufgesucht, der ihm nahelegte, die Sache weiterzuleiten, wobei er bemerkte, dass die Parteiführer Voja Veliković und Ribarac bereit wären, in Wien nähere Verhandlungen zu pflegen. Pflichtgemäss erlaube ich mir, Vorstehendes Euer Excellenz gehorsamst einzuberichten. Ich möchte aber betonen, dass die Nationalisten ein ziemlich unverlässliches Element bilden und dass man zu ihnen nur wenig Vertrauen haben kann. Bis jetzt waren sie die Fahnenträger in der Agitation gegen die Monarchie. Wenn sie jetzt andere Töne anschlagen, so geschieht dies nur, weil sie mit unserer eventuellen Unterstützung den Kampf gegen die Altradikalen erfolgreicher aufnehmen zu können hoffen. Gelingt es ihnen, momentan Herrn Pašić und seine Partei zu verdrängen, so wird das Land lange Zeit hindurch von wildem Parteigetriebe und Parteihader heimgesucht werden und Serbien wird sich die nötige Musse zur Erholung nach dem schweren Kampfe noch lange Zeit hindurch nicht gönnen können. Wenn es also in unserem Interesse liegen sollte, zu verhindern, dass hier geordnete Zustände und Ruhe eintreten, so könnten wir die Bestrebungen der Nationalisten unterstützen und der von Ribarac und Veliković aufgeworfenen Frage eventuell nähertreten. Wenn wir aber an unserer Südgrenze Ruhe haben wollen, so müssen wir die Erstarkung und das Verbleiben des altradikalen Régimes wünschen, umsomehr als einem Vertrauensmann eine im Vordergrunde des hiesigen wirtschaftspolitischen Lebens stehende Persönlichkeit, die ausserhalb des Parteigetriebes ist, kürzlich im Laufe eines langen Gespräches mitgeteilt hat, dass Herr Pašić eine Anlehnung bei uns suche und dass auch die Altradikalen sich zu einem Ausgleiche bereit finden würden; selbst Herr Protić[b]) würde mit sich reden lassen. Diese Haltung des Herrn Pašić entspricht vollkommen den von mir gemachten Beobachtungen, worüber ich schon wiederholt berichtet habe. Es wäre aber ein Neues, dass auch der intransigente Herr Protić sich nunmehr zu diesen Ansichten bekehren will. Dies würde für die Gestaltung unserer Beziehungen von grossem Interesse sein, da er bis jetzt das chauvinistischeste Mitglied des Cabinettes war, das aus seiner Abneigung gegen die Monarchie kein Hehl gemacht hat. Es ist immerhin möglich, dass die Altradikalen ihre Position

im Inlande momentan trotz der Siege eher für schwach halten, da sie, deren Politik doch seit jeher auf dem Gegensatze zur Monarchie aufgebaut war, jetzt trachten, ein zweites Eisen im Feuer zu halten. In Kürze, besonders bei den Verhandlungen über die Handelsbeziehungen wird das altradikale Kabinet doch entschieden Farbe bekennen müssen. Ugron.

[a]) Hiezu liegen Äußerungen des politischen Referates I (Orient) vom 28. Aug. 1913, das sich für eine Unterstützung der serbischen Oppositionsparteien ausspricht, und des Referates V (Politische Informationen) vom 19. Sept. 1913, das die Durchführbarkeit dieses Unternehmens bezweifelt, vor. Es ist nicht zu ermitteln, ob die vom Belgrader Gesandten mitgeteilten Anregungen tatsächlich Beachtung gefunden haben. In diesen Zusammenhang gehört wohl auch folgende undatierte, nicht unterzeichnete Aufzeichnung (Schreibmaschine):

„Von Serbien zu leistende Garantien für sein künftiges freundliches Verhalten.

I. Das Staatsgrundgesetz Serbiens wird durch eine Gesetzesbestimmung ergänzt werden, durch welche die königliche Regierung ermächtigt wird, sobald sich in dem Königreiche eine gegen die Ehre, die äußere und innere Sicherheit oder die territoriale Integrität eines Nachbarstaates gerichtete Bewegung kundgibt und hiedurch die freundschaftlichen Beziehungen zu diesem Nachbarstaate gefährdet erscheinen, einzelne Bestimmungen des Straf-, Strafprozeß-, Preß- und Vereinsgesetzes zu suspendieren und durch Ausnahmsverfügungen zu ersetzen, welche geeignet erscheinen, die in Rede stehende Bewegung zu unterdrücken.

II. Die Anerkennung der Souveränität Serbiens über die neuerworbenen bisher türkischen Provinzen und die Abschaffung der dort geltenden Kapitulationen wird seitens Österreich-Ungarns ausgesprochen werden, sobald die sub 1 erwähnte Novelle zum serbischen Staatsgrundgesetze Rechtskraft erlangt.

III. Die königlich serbische Regierung verpflichtet sich, die auf Grund der sub 1 erwähnten Novelle zum serbischen Staatsgrundgesetze zu erlassenden Suspendierungen von Gesetzbestimmungen und Ausnahmsverfügungen unverzüglich in Kraft zu setzen, sobald ihr ein diesbezügliches motiviertes Verlangen der k. u. k. österreichisch-ungarischen Regierung vorliegen wird."

[b]) In der Ausfert. „Pašić", im Konz. (Gesandtschaftsarchiv Belgrad) „Protić".

Nr. 8438. Tel. an den Gesandten Ludwig Freiherrn von Flotow in Berlin, 21. Aug. 1913 Nr. 587 (chiffr. 10 U. 50 M. p. m.).[a]) Konz. (S. Berger; G. Berchtold).

Im vorletzten Alinea[b]) Euer Hochwohlgeboren Telegrammes Nr. 382 vom 20. d. M. bemerken Euer Hochwohlgeboren, daß Herr von Jagow darüber informiert sein möchte, ob ich auf die russischerseits ins Auge gefaßte Ausführung des Kollektivschrittes in Konstantinopel einen besonderen Werth lege. Wie Euer Hochwohlgeboren aus meinem Telegramme Nr. 581 vom 16. d. M. bekannt, habe ich mich bereit erklärt, Markgrafen Pallavicini an dieser Demarche teilnehmen zu lassen, vorausgesetzt, daß auch die anderen Großmächte ihre Botschafter hiezu ermächtigen. Für meine Haltung in dieser Frage war die Erwägung maßgebend, daß es sich bei der gegenwärtigen Situation vor allem darum handelt, das Konzert der Großmächte ungestört aufrechtzuerhalten und so Rußland die Möglichkeit einer Sonderaktion zu benehmen, worin ich — wie ich glaube in Übereinstimmung mit dem deutschen Kabinete — die größte Gefahr für weitere Komplikationen erblicken müßte. Diese Gefahr scheint mir aber mit der Intransigenz der Pforte zu wachsen. In diesem Zusammenhange möchte ich eine mir zugekommene Nachricht erwähnen, welche dahin lautet, que le baron Wangenheim quoique sans instructions officielles dans ce sens

soutient à présent les Turcs. Ich würde eine solche Haltung des deutschen Vertreters in Konstantinopel bedauern, nachdem dieselbe nur geeignet wäre, bei der Pforte die Hoffnung zu erwecken, daß sie in ihrem, die Londoner Beschlüsse mißachtenden Vorgehen Rückhalt und Unterstützung finden wird. Würde aber eine solche Vorstellung einmal in Konstantinopel Platz greifen, so würde es kaum möglich sein, die türkische Regierung wieder zur Raison zu bringen. Die oben erwähnte Gefahr eines russischen Separatvorgehens würde sodann an Wahrscheinlichkeit gewinnen. Vorstehendes zur vertraulichen Besprechung mit Herrn von Jagow.

a) Vgl. n. 8458. — *b)* Vorletztes Alinea von n. 8427 reicht von „In Betreff" bis „mitmachen würde".

Nr. 8439. Tel. aus Konstantinopel-Jeniköj, 21. Aug. 1913 Nr. 428 (eing. 8 U. p. m.).a) Entziff.

Mit Bezug auf mein Telegramm Nr. 424*b)* vom 19. d. Mts. Adrianopeler Frage. Grossvezir sagte mir, er habe Herrn von Giers erklärt, dass die türkischen Truppen, welche sich jenseits der Maritza befinden, zurückgezogen werden würden. Er hätte jedoch ausdrücklich hinzugefügt, dass gewisse Punkte, welche sozusagen aus technischen Gründen, wie zum Beispiel wegen Sicherung der am rechten (Maritzaufer)*c)* gelegenen Eisenbahn besetzt wurden, auch ferner besetzt bleiben müssten. Grossvezir sagte mir auch bei dieser Gelegenheit, Türkei werde sich genau an ihre Erklärungen halten, es sei ihr aber mit Rücksicht auf die Armee nicht möglich, die Sache verschleppen zu lassen. Der Moment werde also bald eintreten, wo sich die Türkei gezwungen sehen wird, sich in irgendeiner Weise mit Bulgarien auseinanderzusetzen. Ich habe den Eindruck, dass der in Aussicht genommene Kollektivschritt der Mächte dem Grossvezir gelegen kommen würde, damit die Angelegenheit nicht versumpfe. Wahrscheinlich würde dann die Pforte in ihrer Antwort an die Mächte ihren Standpunkt folgendermassen präzisieren: Die türkische Grenze würde die Maritza bilden, Adrianopel und Kirkkilisse inbegriffen. Hingegen würde die Türkei die Gegend von Tirnowo, welche grösstenteils von Bulgaren bewohnt ist, Bulgarien abtreten. Wegen Sicherung der Eisenbahnlinie Konstantinopel-Adrianopel, welche zum Teile am rechten Maritzaufer führt, wird die Pforte gewisse strategisch wichtige Punkte beanspruchen, deren Feststellung der europäischen Delimitierungskommission überlassen bliebe. Pallavicini.

a) Oe. U. Balkan 414 Nr. 827. Vgl. n. 8393, 8444. — *b)* Mit Tel. Nr. 424, 19. Aug. 1913 (eing. 11 U. 40 M. p. m.) wurde aus Konstantinopel gemeldet, Kriegsminister habe am 18. August dem k. u. k. Militärattaché gesagt, türkische Armee befinde sich mit Ausnahme von Detachements für die Sicherung der Bahnverbindung nach Adrianopel diesseits der Maritza. — *c)* Chiffre fehlt.

Nr. 8440. Tel. aus Konstantinopel-Jenikőj, 21. Aug. 1913 Nr. 429 (eing. 23. Aug. 5 U. a. m.).a) Entziff.

Herr Natschowitsch hat mich soeben besucht und mir folgende Mitteilung gemacht: Über Auftrag seiner Regierung sei er in Konstantinopel geblieben und stehe in Verbindung mit den Ministern, indirekt auch mit

dem Großvezier. Resultat seiner bisherigen Bemühungen sei, daß die türkische Regierung sich bereit erklärt hätte, einen der Minister (Bostandji Effendi) nach Sofia zu entsenden, um direkt mit bulgarischer Regierung zu verhandeln. Herr Natschowitsch hat dies seiner Regierung berichtet und die telegraphische Antwort erhalten, daß man in Sofia bereit wäre, zu verhandeln, man fürchte aber, die Großmächte könnten in diesem Falle Bulgarien beschuldigen, selbst den Londoner Frieden fallen gelassen zu haben. Herr Natschowitsch wurde daher beauftragt, der türkischen Regierung zu sagen, sie solle Mittel und Wege finden, um auf indirektem Wege mit Bulgarien zu verhandeln. Der bulgarische Staatsmann knüpfte an obige Mitteilung die Bitte, ich möchte Euer Exzellenz telegraphieren und Hochdenselben anheimstellen, der bulgarischen Regierung in dieser ernsten Situation einen Rat zu geben und eventuell sie rücksichtlich der obgedachten Befürchtung zu beruhigen. Man müßte auch, meinte Natschowitsch, seitens der Großmächte die Versicherung geben, daß, falls die Verhandlungen mit der Türkei, welche selbstverständlich nur auf der Basis des bulgarischen Verzichtes auf Adrianopel geführt werden könnten, resultatlos bleiben würden, der jetzige status quo, nämlich die Bestimmung des Londoner Vertrages, aufrecht erhalten bliebe. Herr Natschowitsch hat mich auch ersucht, Euer Exzellenz zu melden, daß er aus seiner Besprechung mit den türkischen Ministern den Eindruck gewonnen hat, daß die türkische Regierung nur noch einige Tage warten, dann aber einen ernsten Entschluß fassen wird. Ich glaube, man würde in Sofia wünschen, daß das Wiener Kabinett ...[b] zwischen Bulgarien und der Türkei übernehme. Pallavicini.

[a] Oe. U. Balkan 415 Nr. 828. Vgl. n. 7709, 7753, 8449, 8465, 8466. — [b] Chiffre fehlt.

Nr. 8441. Bericht aus Konstantinopel-Jeniköj, 21. Aug. 1913 Nr. 48 A (eing. 23. Aug.).[a] Ausfert.

Vertraulich. Im Laufe einer Unterredung, die ich gestern mit meinem russischen Kollegen hatte, kam derselbe unter Anderem auch auf die Politik Russlands dem osmanischen Reiche gegenüber zu reden. Herr von Giers sagte mir, es sei ein Irrtum, vorauszusetzen, dass Russland nach dem Besitze der armenischen Vilajete strebe. „Ce qu'il nous faut, c'est Constantinople", sagte er ausdrücklich, fügte aber sofort hinzu, Russland wolle auch Konstantinopel nicht politisch beherrschen, es müsste jedoch die Meerengen-Frage in einem seinen Interessen entsprechenden Sinne lösen. Unter keiner Bedingung, setzte mein russischer Kollege fort, könne Russland zugeben, dass sich irgend eine andere Macht in Konstantinopel festsetze, hingegen sei es ein russisches Interesse, dass die Türken möglichst lange hier bleiben. Herr von Giers setzte mir dann auseinander, wie es im Interesse Russlands gelegen sei, dass sich das Türkische Reich in Asien möglichst lange erhalte. In dieser Hinsicht, betonte er, hätte Russland ganz dieselben Interessen wie Österreich-Ungarn. Alle anderen Grossmächte, namentlich aber Deutschland, England und Frankreich trachten dahin, bei der eventuellen Auflösung des Türkischen Reiches möglichst viel für sich zu gewinnen. Die Frucht sei wohl jetzt noch nicht reif, aber die Politik der genannten Mächte

verfolge jenes Ziel und dies sei die wahre Gefahr für die Türkei. Russland sei gross genug und wolle keine weitere Ausdehnung seines Reiches; wenn es aber zur Auflösung der Türkei kommen sollte, so müsste sich dasselbe selbstverständlich hiebei beteiligen. Mein russischer Kollege sprach dann seine Ansicht über die Entwicklung der Dinge in der nächsten Zukunft aus. Er sagte, seiner Überzeugung nach könnte die Türkei noch lange leben, wenn man sie in Ruhe liesse; die Gefahr käme nicht so sehr von Innen, als vielmehr von Aussen und liege eben in der Politik jener Grossmächte, die dahin streben, ein möglichst grosses Stück des Erbes sich zu sichern. Auf diese Art werde, vielleicht auch unbewusst, das Ende dieses Reiches beschleunigt und deshalb glaube er, dass das Ende der Türkei nicht mehr ferne ist. Österreich-Ungarn und Russland hätten jedoch das gemeinsame Interesse, den Zerfall der Türkei möglichst hinauszuschieben. Ob und inwieferne die obigen Ausführungen meines russischen Kollegen aufrichtig gemeint sind, möchte ich dahingestellt lassen. Immerhin sind sie interessant und glaubte ich daher, dieselben Euer Exzellenz einberichten zu sollen. Was Herr von Giers über die Zukunft des Osmanischen Reiches sagt, stimmt vollkommen mit der in meiner Berichterstattung wiederholt niedergelegten Ansicht überein, dass die Türkei noch lange leben könnte, wenn nicht die Grossmächte oder wenigstens ein Teil derselben sich die Aufteilung dieses Reiches zum Ziele setzen würden. Da nun aber Letzteres mehr oder weniger der Fall zu sein scheint, so glaube ich, dass auch der asiatische Besitz der Türkei in nicht langer Zeit zur Auflösung kommen dürfte. Die Auslassungen Herrn von Giers' bestätigen ausserdem die in meiner Berichterstattung des Öftern zum Ausdruck gebrachte Ansicht, dass das Bestreben Russlands eigentlich dahin geht, die Herrschaft des Sultans in Konstantinopel möglichst lang aufrechtzuerhalten, jedoch aus demselben einen Vasallen Russlands zu machen. Es liegt dies übrigens in den Traditionen der russischen Politik, welche schon seit Langem dieses Ziel verfolgt. Russland kann nicht zugeben, wie Herr v. Giers sagt, dass die Meerengen in den Besitz irgendeiner anderen Macht kommen. Es ist aber meiner Ansicht nach falsch, vorauszusetzen, wie dies häufig geschieht, dass Russland sich in dieser Hinsicht vor Bulgarien fürchtet. Der einzige Balkanstaat, der in Bezug auf Konstantinopel gefährlich werden könnte, ist Griechenland. Russland wird daher Alles daran setzen, damit der griechische Besitz am Aegäischen Meere sich nicht zu sehr Konstantinopel nähere und dass Bulgarien zwischen der Türkei und Griechenland eingeschoben bleibe. Pallavicini.

[a]) Vgl. n. 8531.

Nr. 8442. Tel. aus Rom, 21. Aug. 1913 Nr. 556 (eing. 22. Aug. 6 U. a. m.).[a]) Entziff.

Streng vertraulich. Herr Garbasso las mir heute ganz konfidentiell langes und interessantes Telegramm des Gesandten in Sofia, welcher in der Consulta sehr geschätzt wird, über dortige Situation vor. Hienach sei Depression und Entmutigung angesichts allgemeiner Situation und speziell türkischer Aktion in steter Zunahme. Russland und russophile Politiker

machten sich diese Situation geschickt zu nutze. Enttäuschung über Mangel Hilfe seitens der Monarchie und des Dreibundes und daher Angriffe gegen die dermaligen austrophilen Minister steigern sich. Besonders in den unteren Volksschichten, aber auch in den höheren Klassen breitet sich die Ansicht aus, daß Bulgarien besonders gegen die Türkei nur von Russland Hilfe erwarten könne. Zur Beschwichtigung der Stimmung in den unteren Klassen werde vielleicht ein demokratisch-sozialistisches Kabinett, mit Herrn Malinow an der Spitze, gebildet werden. Aber auch Umschwung in das russische Fahrwasser sei möglich, welcher dann voraussichtlich sehr weitgehend (wäre)[b] und aus Bulgarien ein vollständig von Russland abhängiges Land machen würde. In diesem Falle dürfte König Ferdinand, in welchen Russland kein Vertrauen mehr habe, abdanken müssen und Russland es mit dem Kronprinzen Boris, welcher dann eine russische Großfürstin (heiraten würde)[c], versuchen. Mérey.

[a] Vgl. n. 8471 Anm. b. — [b] Chiffre fehlt. — [c] Chiffres verstümmelt.

Nr. 8443. Tel. aus St. Petersburg, 21. Aug. 1913 Nr. 289 (eing. 5 U. 35 M. p. m.). Entziff.

Finanzielle Pressionsmittel. Nachdem Herr Sazonow heute nicht in Petersburg war und Herr Neratow sich auf Urlaub befindet, konnte ich den Inhalt Euer Exzellenz Telegrammes Nr. 475 von gestern nur dem Referenten für orientalische Angelegenheiten mitteilen. Derselbe sagte, es wäre sehr bedauerlich, wenn der Pforte jetzt auf dem Weg der Tabakregie Geld zuflöße, welches, wenn der Betrag auch nicht allzu bedeutend sei, doch derselben wenigstens für einige Zeit die Mittel zum Widerstand verschaffen würde, und warf die Frage auf, ob die Schwierigkeiten nicht auf die Weise umgangen werden könnten, daß die Regierungen der Tabakregie-Gesellschaft Schadloshaltung für den Fall garantieren würden, als dieselbe durch Retardierung der jetzt fälligen Rate zu Schaden käme. Da dies eine alle Mächte interessierende Frage sei, könnte seiner Meinung nach vielleicht erreicht werden, daß auch die an der Tabakregie nicht direkt beteiligten Mächte sich dieser Garantie anschlössen. Was die von den Mächten abzugebende öffentliche Warnung an die Bankinstitute anbelangt, so würde sich der Herr Referent dieselbe etwa so denken, daß die Regierungen übereinstimmend zum Beispiel durch ihre offiziösen Preßorgane erklären, daß die sechs Großmächte übereingekommen seien, für Verluste, die ihren respektiven Staatsangehörigen aus Geldgeschäften erwachsen würden, die sie im jetzigen Zeitpunkte, das heißt vor Lösung des Konfliktes, mit der Türkei abschließen würden, sich in keiner Weise einzusetzen. Eine solche Erklärung würde nach Ansicht meines Gewährsmannes wohl genügen, um die Kapitalisten von Geldgeschäften mit der Türkei abzuschrecken. Vorstehendes sei übrigens seine persönliche Ansicht, die er dem Minister erst vortragen werde. Sollte Herr Sazonow seine bezügliche Auffassung teilen, so würden die russischen Vertreter entsprechende Instruktionen erhalten, um bei den Regierungen, bei denen sie beglaubigt sind, entsprechende Vorschläge im obigen Sinne zu machen. Thurn.

Nr. 8444. Tel. aus St. Petersburg, 21. Aug. 1913 Nr. 290 (eing. 5 U. p. m.).[a]) Entziff.

Wie mir im hiesigen Auswärtigen Amte mitgeteilt wird, hat der russische Botschafter in Konstantinopel gemeldet, der Großvezir habe ihm erklärt, daß die Gerüchte, die Türkei wolle bulgarisches Gebiet oder Dedeagatsch besetzen, jeder Grundlage entbehren. Die Überschreitung der Maritza sei bloß aus strategischen Gründen erfolgt und sei dem Armeekommandanten der Auftrag erteilt worden, die Truppen wieder über diesen Fluß zurückzuziehen. Auf die Bemerkung des Botschafters, dies sei zwar recht schön aber durchaus noch nicht genügend, da auch Adrianopel geräumt werden müsse, habe der Großvezir erklärt, dies sei der Regierung selbst beim besten Willen nicht möglich, da die Armee einem solchen Befehle keine Folge leisten würde. Trotzdem äußerte Herr von Giers die Überzeugung, daß die Türken auch Adrianopel räumen werden, wenn die Großmächte dies einmütig verlangen würden und die Pforte den Eindruck hätte, daß sie im Bedarfsfalle auch zum Handeln entschlossen wären. Wäre diese Überzeugung in Konstantinopel vorhanden, so würde nach der Meinung Herrn von Giers' dieser Entschluß allein genügen. Thurn.

[a]) Vgl. n. 8439.

Nr. 8445. Tel. an den Gesandten Ludwig Freiherrn von Flotow in Berlin, 22. Aug. 1913 Nr. 590 (chiffr. 10 U. p. m.).[a]) Konz. (S. Berger; G. Berchtold).

Der k. u. k. Geschäftsträger in Athen telegraphiert unterm gestrigen wie folgt: ... *wie n. 8434 in extenso* ... Vorstehendes zu Euer Hochwohlgeboren streng vertraulicher Information. Falls Herr von Jagow Euer Hochwohlgeboren gegenüber von dieser Konversation des Grafen Quadt mit Herrn Venizelos Erwähnung thun sollte, so wollen Euer Hochwohlgeboren darauf hinweisen, daß das Athener Kabinet durch ein entsprechendes Verhalten bei der Räumung der Albanien zugesprochenen Gebiete Gelegenheit haben werde zu zeigen, daß es ihm damit ernst sei, das Wohlwollen der k. u. k. Regierung zu erringen. Da Herrn Venizelos auch bekannt sei, daß die Herstellung intimer Beziehungen zwischen Athen und Belgrad geeignet sei, bei uns berechtigtes Mißtrauen gegen die Politik Griechenlands auszulösen, so wäre es von diesem jedenfalls klug gehandelt, wenn es uns in offener Aussprache von dem Umfange und der Tragweite seiner Verabredungen mit Serbien in Kenntnis setzen und auch späterhin fallweise im Laufenden erhalten würde. Berchtold.

[a]) Vgl. n. 8477.

Nr. 8446. Tagesbericht über eine Unterredung mit dem deutschen Botschafter, 22. Aug. 1913 Nr. 4048. Konz. (S. Schreibmaschine; G. Berchtold).

Geheim. Der deutsche Botschafter hat mir heute auftraggemäß eine von Homburg datierte und unter dem Diktate Seiner Majestät Kaisers Wilhelm entstandene streng vertrauliche Pièce mitgeteilt, deren Inhalt sich mit dem in Graf Szögyénys Telegramme aus Homburg vom 19. d. M. Nr. 3 wiedergegebenen Erlasse deckt und zum Schlusse noch folgendes ausführt:

Was die Türkei anbelange, sollte dieselbe in Ruhe gelassen werden und den Türken die Möglichkeit geboten sein, selbständig darüber zu entscheiden, ob sie in Adrianopel bleiben wollen oder nicht. Jede Ingerenz würde mit einem Refus enden; das einzige Mittel wäre eine finanzielle Pression und diese müßte von Frankreich ausgehen.

Nr. 8447. Bericht aus Cetinje, 22. Aug. 1913 Nr. 77 A (eing. 25. Aug.).[a] *Ausfert.*

Im Verfolge des Telegrammes Nr. 255[b] vom 17. d. M., betreffend die Minoritätenschutzdémarche, beehre ich mich Euerer Exzellenz die Antwort der montenegrinischen Regierung, welche dem Doyen des diplomatischen Corps in Form einer Notiz zugekommen ist, in der Anlage[c] vorzulegen. Giesl.

[a] Oe. U. Balkan 416 Nr. 831. — [b] Mit Tel. Nr. 255 aus Cetinje, 17. Aug. 1913 (eing. 8 U. 55 M. p. m.) wurde die Ausführung der Kollektivdemarche vom 16. Aug. gemeldet. Vgl. n. 8321. — [c] Beilage.

Beilage zu n. 8447.

Réponse à la communication verbale des représentants des Grandes Puissances à Cettigné.

Les minorités musulmanes et catholiques dans les nouveaux territoires conquis par le Monténégro jouiront de tous les droits et auront les mêmes devoirs que les autres citoyens serbes-orthodoxes du Royaume. Ces droits leur sont garantis par la Constitution du pays, qui prévoit en même temps les mêmes devoirs pour tous les citoyens sans distinction de race et de religion. De tout temps le Monténégro a montré qu'il était un des pays les plus tolérants de l'Europe envers les minorités et il ne démentira jamais son beau passé.

Nr. 8448. Tagesbericht über einen Besuch des türkischen Botschafters, 22. Aug. 1913 Nr. 4045. Konz. (S. Schreibmaschine; V. u. G. Berchtold).

Hilmi Pascha hat mich heute aufgesucht und mir erzählt, ein Diplomat der Triple-Entente hätte sich zu einem der türkischen Botschafter dahin ausgesprochen, daß die Pforte am besten täte, direkt mit Bulgarien zu verhandeln und zwar auf der Basis, daß die Türkei Adrianopel behalten, dafür aber auf die Geltendmachung des ihr völkerrechtlich zustehenden Rechtes, einen aliquoten Teil ihrer Staatsschuld auf Bulgarien zu überwälzen, verzichten solle. Einem solchen Arrangement würde auch die russische Regierung zustimmen können. Hilmi Pascha bemerkte hiezu, er glaube, daß ein solches Abkommen auch in Wien gebilligt werden würde, da man ja auch hier ein Zusammengehen Rumäniens und Bulgariens mit der Türkei anstrebe. Die Türkei wolle mit Griechenland und mit Serbien nichts zu tun haben und würde sich nie zu einer Allianz mit Griechenland hergeben, da sie sich dessen wohl bewußt sei, daß letzteres ihr gefährlichster Feind sei. Ich habe dem türkischen Botschafter erwidert, daß man in Sofia sich vielleicht bereit finden könnte, direkt mit der Türkei zu verhandeln, aber keinesfalls auf der Basis des Verzichtes auf Adrianopel, wofür nach unseren Informationen bei der bulgarischen Regierung nicht die geringste Geneigtheit bestehe.

Nr. 8449. Tel. aus Konstantinopel-Jeniköj, 22. Aug. 1913 Nr. 431 (eing. 5 U. p. m.). Entziff.

In Ergänzung meines Telegrammes Nr. 429 von gestern. Aus den Äußerungen Herrn Natschovitsch' erhielt ich den Eindruck, daß Bulgarien wünschen würde, durch die Großmächte zum Verzicht auf Adrianopel gedrängt zu werden, weil die Regierung eine Rückendeckung gegen eventuelle spätere Angriffe der Opposition benötigt. Ich habe Natschovitsch gefragt, ob er bei meinem russischen Kollegen denselben Schritt gemacht habe wie bei mir. Der bulgarische Staatsmann verneinte dies, indem er hinzufügte, Herr von Giers sei in der Adrianopel-Frage vollkommen intransigent. Letzteres stimmt auch mit meiner Wahrnehmung. Russischer Botschafter würde in dem bulgarischen Verzicht auf Adrianopel einen Echec der russischen Politik und einen Mißerfolg seiner persönlichen Bemühungen erblicken. Pallavicini.

Nr. 8450. Tel. aus Konstantinopel-Jeniköj, 22. Aug. 1913 Nr. 433 (eing. 23. Aug. 1 U. 30 M. a. m.).[a] Entziff.

Mein russischer Kollege hat von seiner Regierung den Auftrag erhalten, den Großvezier aufzufordern, sich nochmals in bündiger Weise bezüglich der Zurückziehung der ottomanischen Truppen vom jenseitigen Maritzaufer auszusprechen. Großvezier hat hierauf Herrn von Giers erklärt, die Ordre sei bereits ergangen, alle Truppen aus jenen Orten zurückzuziehen, welche nach dem 20. v. M., also nach dem Tage der Notifizierung des Pfortenzirkulars an die Großmächte, besetzt wurden. Herr von Giers findet diese Antwort wohl befriedigend, glaubt jedoch, daß die Kollektivdemarche stattfinden sollte, um die Pforte zu einer formellen Erklärung zu bewegen. Russischer Botschafter sagte mir ferner, seiner Ansicht nach sollten sich die Kabinette untereinander verständigen, was in der Adrianopler Frage zu geschehen hätte. Seiner Meinung nach müßte vor allem festgestellt werden, ob alle Großmächte unbedingt auf die Rückgabe Adrianopels bestehen wollen und welche Zwangsmittel man zur Erreichung dieses Zweckes anzuwenden gewillt wäre. Sollte aber eine Einigung sonst nicht erzielt werden können, so müßte seines Erachtens eine andere Lösung dieser Frage ins Auge gefaßt werden. Pallavicini.

[a] Oe. U. Balkan 415 Nr. 830. Vgl. n. 8464.

Nr. 8451. Tel. aus St. Petersburg, 22. Aug. 1913 Nr. 293 (eing. 11 U. 55 M. p. m.). Entziff.

Ich frug heute Herrn Sazonow, ob die Zeitungsmeldungen auf Wahrheit beruhen, daß die russische Regierung für den Fall eines weiteren Vorgehens der Türken mit dem Abbruch der Beziehungen in Konstantinopel gedroht habe. Der Herr Minister entgegnete mir, dies sei in dieser Form nicht richtig. Hingegen habe er allerdings dem hiesigen türkischen Botschafter zu verstehen gegeben, daß es überflüssig wäre, mit der Pforte einen diplomatischen Verkehr aufrechtzuerhalten, wenn diese fortfahre, ihre in feierlichster Form gegebenen Erklärungen und Versicherungen nicht

einzuhalten. Diese an ...[a] energisch gerichtete Warnung bezieht sich aber offenbar nur auf die Überschreitung der Maritza, welche erfolgt war, trotzdem gegenteilige Versicherungen der Pforte vorlagen. Bezüglich der Adrianopler Frage denkt hier jetzt niemand mehr ernstlich an energische Zwangsmaßregeln und hat mein deutscher Kollege diesbezüglich ausdrücklich gesagt, Russland wolle sich zunächst mit den bekannten gemeinsam anzuwendenden finanziellen Druckmitteln begnügen. Daß man hier keine besonderen Unternehmungen plant, dürfte schon daraus hervorgehen, daß Herr Sazonow, wie er mir heute sagte, beabsichtigt, übermorgen einen sechswöchentlichen Urlaub anzutreten, dessen erste Hälfte er auf seinem Landgute und dessen Rest er in Vichy verbringen wolle. Thurn.

[a] Chiffre fehlt.

Nr. 8452. Tel. nach Sofia, 22. Aug. 1913 Nr. 478 (chiffr. 23. Aug. 12 U. 20 M. a. m.).[a] Konz. (S. Nemes; V. u. G. Berchtold).

Erhalten Euer Hochgeboren Telegramm Nr. 1006 vom 20. l. M. Euer Hochgeboren wollen Herrn Ghenadiew für seine Mitteilungen danken und sich hiebei im Sinne Nachstehendens aussprechen. Wie Euer Hochgeboren aus meinem Telegramme Nr. 459 vom 14. d. M. bekannt, haben wir die Initiative zu einem Gedankenaustausche der Großmächte ergriffen, um die Bulgarien von der Türkei drohende Kriegsgefahr abzuwenden. Auf eine darauffolgende russische Anregung einer Kollektivdemarche in Konstantinopel habe ich (mein Telegramm Nr. 463 vom 16. l. M.) Markgrafen Pallavicini sofort angewiesen, an einer solchen — si omnes — teilzunehmen. Wenn dieselbe bis heute nicht erfolgt ist, trifft die Schuld keineswegs Österreich-Ungarn. Aus naheliegenden Gründen sucht Rußland die Schuld an dem Unterbleiben einer energischeren Pression in Konstantinopel uns in die Schuhe zu schieben. Diesem Zwecke dient offenbar auch die angebliche französische Anregung, von welcher wir aber bisher nur auf dem Umwege von Bukarest und Sofia durch Euer Hochgeboren eingangscitiertes Telegramm Kenntnis erhalten haben, während es doch viel natürlicher gewesen wäre, wenn die französische Regierung direkt an uns herangetreten wäre. Es wird zur Stunde wohl auch der bulgarischen Regierung klar geworden sein, daß Rußland sich selbst vor einer energischeren Aktion scheut, welche in der Folge zu einem aktiven Eingreifen führen müßte und sich nur in der Rolle gefällt, als Retter Bulgariens auftreten zu wollen, in der Ausführung seines Vorhabens aber durch andere Mächte behindert zu sein. Sollte es Rußland ernst damit meinen, Bulgarien in Thracien zu Hilfe zu kommen, so ist es ihm wohl bekannt, daß nicht Österreich-Ungarn die Macht ist, welche es daran hindern wird. Berchtold.

[a] Vgl. n. 8460.

Nr. 8453. Tel. aus Sofia, 22. Aug. 1913 Nr. 1013 (eing. 11 U. p. m.).[a] Entziff.

Minister des Äußern besuchte mich soeben und las folgendes Telegramm Herrn Natschewitsch' aus Konstantinopel vor: „Italienischer Botschafter hätte Herrn Natschewitsch gesagt, er habe aus Gespräch mit

Großvezier Eindruck, daß sich Türkei vorbereite, Bulgarien zu überfallen, Land zu verheeren und vor Mächten als Entschuldigung anzuführen, daß Armee nicht habe zurückhalten können. Italienischer Botschafter habe direkte Pforte Verständigung mit Türkei geraten. Großvezier hätte englischem Geschäftsträger gesagt, daß, wenn sich Bulgarien weigern sollte, mit Pforte direkt zu verhandeln, Türkei Konsequenzen daraus ziehen würde. Frage englischen Geschäftsträgers, ob Pforte Bulgarien Krieg erklären würde, habe Großvezier ohne Antwort gelassen. Markgraf Pallavicini hätte Herrn Natschewitsch gesagt, Bulgarien könne seitens keiner Macht ersprießlichen Beistand gegen Türkei erwarten." — Minister des Äußern zeigte sich durch vorstehendes Telegramm sehr beunruhigt und fragte, was bulgarische Regierung machen solle. Türkei scheine Bulgarien zu direkten Pourparlers zwingen zu wollen und habe offenbar einzelne Botschafter — wie italienischen — für diesen Gedanken bereits gewonnen. Bulgarische Regierung könne sich aber in direkte Verhandlungen unmöglich einlassen, da sie sich dadurch Türkei ausliefern und von Europa zugleich verlassen werden würde. Herr Ghenadieff war von Äußerung Markgrafen Pallavicinis sehr präokkupiert und wußte nicht, wie dieselbe zu verstehen. Mitredner erwähnte den von Euer Exzellenz zur Verhinderung des Konfliktes angeregten Meinungsaustausch der Kabinette und erkundigte sich, ob mir nicht bekannt, ob und was Mächte zum Schutze Bulgariens unternehmen. Tarnowski.

[a]) Vgl. n. 8454, 8460, 8466 Anm. b.

Nr. 8454. Tel. aus Sofia, 22. Aug. 1913 Nr. 1015 (eing. 23. Aug. 7 U. a. m.).[a]) Entziff.

Im Verfolge meines Telegrammes Nr. 1013 von heute. Minister des Äußern kam auch heute abends auf Haltung der Türkei zurück und ersuchte mich, Euer Exzellenz zu melden, daß laut soeben eingetroffener Nachricht Türken Kirdjali, weit westlich von Maritza und nahe alter bulgarischer Grenze, besetzt haben. Auf diese Weise kämen Türken allmählich in Gegend, die bulgarische Truppen, welche von Griechen zu räumende Gebiete zu besetzen haben werden, passieren müßten. Türkei wolle Konflikt hervorrufen und suche Bulgarien zu direkten Verhandlungen zu zwingen, was bulgarische Regierung um jeden Preis vermeiden müsse. Wenn Türkei Bedingungen stellen wolle, solle sie es durch Vermittlung der Mächte tun; Bulgarien sei ja bereit, Türken weitgehendste religiöse Rechte in Adrianopel einzuräumen, alle Garantien für muselmanische Bevölkerung zu geben und in eine wesentliche, für Türkei strategisch günstige Rektifikation der in London fixierten Grenze einzuwilligen. Tarnowski.

[a]) Oe. U. Balkan 415 Nr. 829. Vgl. n. 8466 Anm. b.

Nr. 8455. Bericht des Legationssekretärs Prinzen Emil Fürstenberg aus Athen, 23. Aug. 1913 Nr. 39 C (eing. 30. Aug.).[a]) Ausfert.

Vertraulich. Es mag heute, wenige Tage nach dem Bukarester Friedensschluss, noch zu früh erscheinen, ein Gesamtbild der politischen Konstellation des Balkans zu entwerfen, doch treten bereits jetzt schon einzelne Konturen desselben mit genügender Deutlichkeit hervor, um,

wenigstens soweit Griechenland in Betracht kommt, gewisse Schlüsse auf die Zukunft zu gestatten. Wie Euer Excellenz erinnerlich, glaubte die griechische Regierung nach Abschluss des ersten Balkankrieges, ihr Heil in einer Annäherung an die Türkei zu erblicken. Herr Venizelos hatte bekanntlich vor, sich nach erfolgtem Friedensschluss mit der Pforte sofort nach Konstantinopel zu begeben, um daselbst die Basis für eine dauernde Entente zu legen. Dies hat sich aber jetzt geändert, nachdem für eine solche zur Zeit wenigstens die nötigen Premissen fehlen. Griechenland will unter allen Umständen seine Unterschrift auf dem Londoner Friedensprotokoll honorieren, welches die Türkei durch ihren Vormarsch in Thrazien zu zerreissen für gut befand. Darin liegt eine prinzipielle Meinungsverschiedenheit, die, weitgehende Konsequenzen nach sich ziehend, vorderhand nicht zu überbrücken ist. Daran könnte nicht einmal die Tatsache etwas ändern, dass zwischen Athen und Konstantinopel heute oder morgen eine Konvention abgeschlossen wird, durch die dem derzeit herrschenden undefinierbaren Zustand ein Ende bereitet und ein modus vivendi für die beiden Länder hergestellt wird. Herr Venizelos hat aber sein politisches Konzept auch in anderer Hinsicht einer wesentlichen Modifikation unterzogen. Hatte er vor Ausbruch des zweiten Balkankrieges ganz besonders den Umstand betont, dass das Bündnis mit Serbien lediglich in Hinblick auf Bulgariens agressive Tendenzen ad hoc geschlossen sei, was vernünftigerweise zur Folge gehabt hätte, dass dasselbe nach dem Kriege seine Existenzberechtigung verliert, so klingt die Sprache des leitenden griechischen Staatsmannes heute, nach seiner Rückkehr von Bukarest, wesentlich anders. Er hat sich mit nicht misszuverstehender Deutlichkeit vor wenigen Tagen dem deutschen Gesandten im Vertrauen dahin geäussert, dass intimere Beziehungen zwischen diesen beiden Staaten auch in der Zukunft aufrechterhalten bleiben würden, eine Note, die übrigens auch in letzter Zeit wiederholt bei offiziellen Anlässen, in Telegrammen, Tischreden und dergleichen mehr, durchklang. Es ist ja wahr, dass abgesehen von anderen Erwägungen Herrn Venizelos das Zusammengehen mit einem slavischen Staate nicht besonders sympathisch erschien. Eine derartige Orientierung wurde ihm jedoch, wie der Bukarester Friede die Dinge liess, durch die Macht der Tatsachen geradezu aufgedrängt, was ich nicht zur Entschuldigung, sondern zur Erklärung der venizelistischen Politik, wie sie sich vom hiesigen Gesichtswinkel aus darstellt, anführen möchte. Beide Staaten fühlen sich in gleicher Weise durch die bulgarische Revancheidee bedroht und müssen sich dagegen schützen. Der eine wie der andere ist durch die Schaffung eines unabhängigen Albaniens wesentlich tangiert. Ihre vitalen Interessen decken sich in Bezug auf diese beiden Probleme und es ist daher naheliegend, dass ihr Bestreben darauf gerichtet ist, einen zentralen Block am Balkan zu bilden, der im Stande wäre, je nach Bedarf seinen Schwerpunkt nach Osten oder Westen zu verlegen und seine Macht nach einer dieser beiden Richtungen hin fühlen zu lassen. Dass auch im Interesse eines derartigen Zusammengehens beiderseits Opfer gebracht werden müssen, liegt auf der Hand. Griechenland ging in dieser Hinsicht mit gutem Beispiel voran, als Herr Venizelos jüngst bei seiner Durchreise in Monastir erklärte, dass von nun an alle hellenischen Aspirationen auf

dieses Gebiet ein für alle mal begraben seien, während man gleichzeitig hier bestrebt ist, alles zu vermeiden, was die Erinnerung an die so überaus peinlichen Episoden von Carevo-selo und Gevgheli wachrufen könnte. Andrerseits ist es klar, dass eine Allianz mit Serbien nur so lange bestehen kann, als es seinen „Drang nach dem ägäischen Meer" zurückstellt. Wenn nun nach der Heimkehr des Premiers von seiner Friedensreise das Verhältnis Griechenlands zu Serbien ziemlich klar zu Tage tritt, so ist dies, was Rumänien anbelangt, in viel geringerem Masse der Fall. Noch während der Bukarester Verhandlungen und besonders nach Friedensschluss tauchten immer wieder mit Insistenz Gerüchte über die Bildung eines neuen Balkanbundes unter Führung Rumäniens, natürlich mit Ausschluss Bulgariens, auf. In allen Variationen wurde dieses Thema besprochen und die mannigfachen Vorteile, die eine derartige Kombination für Griechenland repräsentierte, hervorgehoben. Dabei kam insbesondere der Gedanke zum Ausdruck, dass in Rumänien eine ebenso grosse Geneigtheit zu einer solchen Neuorientierung bestehe als hier. Charakteristisch hiefür ist der Umstand, dass sogar die der Regierung nahestehende Presse den Ausdruck „Allianz" und die „Alliierten", worunter alle Signatare des Bukarester Friedens, ausser Bulgarien, verstanden sind, in ihr Vokabular aufgenommen hat. Im Widerspruch mit obiger Auffassung der Sachlage standen bis zu einem gewissen Grade mehr oder weniger authentische Meldungen aus der rumänischen Hauptstadt, aus denen gewiss nicht auf ein so weitgehendes Rapprochement geschlossen werden konnte, vor allem anderen die Gratulationsdepesche König Carols an den König von Griechenland, die in wesentlich kühlerem Tone gehalten war, als das Antworttelegramm König Konstantins. Umso überraschender war es, als sich herausstellte, dass der Tenor, den Herr Venizelos in seiner bereits erwähnten Konversation mit Grafen Quadt bei Besprechung der Beziehungen Griechenlands zu Rumänien anschlug, eher eine Kongruenz mit den einschlägigen oberwähnten Pressenunziationen aufwies, aber doch wieder nicht prägnant genug war, um heute schon von einem neuen Balkanbund in irgendeiner Form reden zu können. Man kann jedoch annehmen, dass der Premierminister an einem solchen arbeiten und sich nicht durch die bitteren Erfahrungen abschrecken lassen wird, die er mit der ersten Balkanallianz seligen Angedenkens machte, an welcher derselbe mit unerschütterlichem Optimismus auch dann noch festhielt, als sie bereits in allen Fugen krachte. Emil Fürstenberg.

[a] Vgl. n. 8434.

Nr. 8456. Tel. des Legationsrates Wilhelm Ritter von Storck aus Belgrad, 23. Aug. 1913 Nr. 554 (eing. 8 U. p. m.).[a] Entziff.

Zur Kollektivdemarche betreffend Evacuation Albaniens. Italienischer Geschäftsträger hat Demarche für sich nachgeholt. Herr Pašić antwortete: „Ordre a été donné d'évacuer Oroshi. Les troupes serbes se retireront au delà du partage des eaux (Drin?). La frontière de l'Albanie sera strictement respectée dès qu'elle sera fixée." Generalsekretär versicherte mir angeblich bereits erfolgte (?) Evacuierung von Oroshi. Storck.

[a] Oe. U. Balkan 416 Nr. 832. Vgl. n. 8410, 8415, 8488 Anm. a.

Nr. 8457. Bericht des Legationsrates Wilhelm Ritter von Storck aus Belgrad, 23. Aug. 1913 Nr. 172 B (eing. 25. Aug.). Ausfert.

Die Kollektivdémarche der Mächte in Belgrad, welche den Minoritätenschutz zum Gegenstand hatte (Telegramm vom 17. August l. Js. Nr. 550), hat die serbische Regierung in der „Samouprava" zu beiläufig folgenden Ausführungen veranlaßt: Obgleich Serbien ohnehin als liberalstes Land Europas gelten könne, werde es im Interesse des Fortschrittes seiner Bürger die Wünsche der Großmächte in vollem Maße erfüllen. Es müsse aber mit Bedauern konstatieren, daß jene Nationalitäten, welche noch über keine Schriftsprache und über kein Alphabet verfügen, sich nicht sogleich aller der Rechte in vollem Maße werden bedienen können, welche das serbische Gesetz ihnen im weitesten Sinne zugestehen wird. Indem Serbien die Ratschläge der Mächte befolgt, hoffe es aber, daß es damit sein Bewenden haben werde, und daß diese Ratschläge nicht etwa die Grundlage zu weiteren Einmengungen in die internen Angelegenheiten Serbiens schaffen sollen. Serbien würde es diesfalls unbedingt ablehnen, sich als Minderjähriger behandeln zu lassen, zumal es Großmächte gäbe, welche sich an den staatlichen Einrichtungen Serbiens ein Beispiel nehmen könnten! — Vorstehende Auslassungen des Regierungsblattes enthalten, wie ersichtlich, neben der ironischen Anspielung auf unsere „Schützlinge" die „analphabeten" Albaner sowie einer Verwahrung dagegen, daß aus dieser Démarche, respective aus dem diesmaligen Nachgeben Serbiens ein Präjudiz pro futuro abgeleitet werden könnte, einen unzweideutigen Angriff auf uns, den die „Pravda" vom selben Tage, brutal wie gewöhnlich, dahin ausdrückt, daß es eine „beispiellose Unverschämtheit" Österreich-Ungarns wäre, von Serbien den Schutz der Minoritäten zu verlangen, während wir selbst die serbische Kirchenautonomie bei uns abgeschafft hätten. Ich berichte über die vorerwähnten Auslassungen des Regierungsorganes, weil mir aus ihnen, trotz der konzilianten Sprache, die die „Samouprava" gerade derzeit an anderer Stelle anzuschlagen weiß, der feste Wille hervorzugehen scheint, unser katholisches Kultusprotektorat mit der Zeit abzuschütteln oder doch durch die Praxis illusorisch zu machen. Damit soll nicht gesagt sein, daß Serbien die Katholiken, soweit sie nicht auch ihre nichtslavische Nationalität betonen sollten, wegen ihres Religionsbekenntnisses schlecht behandeln oder unterdrücken wird. Ein Serbe in angesehener sozialer Stellung, der mit der Regierung vielfache Berührungspunkte hat, sagte mir ganz richtig, daß die Serben selbst an nichts glauben und daher Andersgläubige wegen ihres Glaubens allein niemals verfolgen würden. Die neuen Katholiken würden aber schon aus Rücksichtnahme auf die mit dem Königreiche sympathisierenden Kroaten, deren katholischen Gefühle die serbische Regierung stets geschont hätte, in reinen Kultusangelegenheiten gewiß eher gehegt als verfolgt werden. Als sicherstes Mittel, das Kultusprotektorat illusorisch zu machen, schwebt Serbien offenbar der Abschluß eines Konkordates mit dem päpstlichen Stuhle vor. Ich darf daher vielleicht zum Beschluß erwähnen, daß mir gegenüber der Generalsekretär des Auswärtigen, Herr Stefanović, als vor Monaten ganz zufällig das Gespräch auf die dem Königreiche zugewachsene zahlreiche katholische Bevölkerung kam und hiesige

Zeitungen die Nachricht von dem angeblich bald bevorstehenden Abschluß eines Konkordates gebracht hatten, zwar rundweg ableugnete, daß Serbien sich in Rom in der angedeuteten Richtung überhaupt bemühe, einem meiner Bekannten aber kurz darnach in bestimmtester Form das Gegenteil versichert hat. Storck.

Nr. 8458. Tel. des Gesandten Ludwig Freiherrn von Flotow aus Berlin, 23. Aug. 1913 Nr. 384 (eing. 5 U. p. m.).[a] Entziff.

Streng vertraulich. Die Ausführungen Euer Exzellenz Telegrammes Nr. 587 vom 21. d. Mts. betreffend russische Demarche, Kollektivschritt in Konstantinopel, konnte ich gestern abends mit Staatssekretär vertraulich besprechen, der mich bat, Euer Exzellenz für die freundschaftlichen Aufklärungen seinen besten Dank zu vermitteln. Herr von Jagow teilt auch Euer Exzellenz Ansicht, dass einer Sonderaktion Russlands möglichst vorgebeugt werden müsse. Darauf bezüglich lägen ihm nun heute zwei Nachrichten vor, die ihn hoffen liessen, dass, wenn nicht türkischerseits ganz grobe Fehler gemacht würden, diese Gefahr einer russischen Sonderaktion stark im Schwinden sei. 1° Graf Pourtalès melde aus Petersburg, russischer Botschafter in Konstantinopel telegraphiere an seine Regierung, Grossvezir habe ihm die Erklärung gegeben, Türkei werde weder Dedeagatsch besetzen, noch sich überhaupt rechts der Maritza festsetzen. Herr Sazonow habe die deutsche Regierung ersuchen lassen, auch durch ihren Botschafter in Konstantinopel den Grossvezir auf diese Erklärung festzulegen. Er — Staatssekretär — sei diesem Ersuchen sogleich nachgekommen. In Parenthesis bemerkte er hiezu, dass der hiesige türkische Botschafter ihm heute eine Note zusandte, in der er die neulich gegebenen Versicherungen (vide mein Telegramm Nr. 382)[b] wiederholt. Herr Sazonow hege nun, wie der deutsche Botschafter in Petersburg des weiteren telegraphiere, selbst die Hoffnung, dass das Vorrücken der Türken über die Maritza eingestellt werde. Bezüglich der Räumung Adrianopels hätte Herr Sazonow Grafen Pourtalès gegenüber sich dahin geäussert, er hoffe, der von den Grossmächten übereinstimmend angenommene finanzielle Boykott werde bei den Türken das gewünschte Resultat erzielen, sollte der Erfolg aber ausbleiben, so würde sich Russland allerdings zu einer militärischen Aktion gezwungen sehen, doch würde es vorher die Versicherung abgeben, kein besetztes Gebiet zu behalten. 11° Aus Paris liege Meldung vor, Herr Paléologue habe Herrn von Radowitz vertraulich gesagt, Russland sei nicht in der Lage, eine militärische Aktion gegen die Türkei in Europa zu unternehmen, eine Aktion gegen das von türkischen Truppen entblösste Armenien würde aber Frankreich nicht zulassen; die Adrianopler Frage werde daher nach und nach einschlafen. Staatssekretär ist der Ansicht, dass die Adrianopler Frage durch direkte Verhandlungen zwischen der Türkei und Bulgarien am besten zu regeln wäre. Die Unterredung, die Herr Natschowitsch diesbezüglich mit Markgrafen Pallavicini hatte und über die heute Baron Wangenheim streng vertraulich berichtete, bestärke den Staatssekretär in dieser Annahme. Auf Euer Exzellenz Bemerkung bezüglich Freiherrn von Wangenheim reflektierend sagte mir Staatssekretär mit der Bitte um strenge

Diskretion, die bisherige Tätigkeit des Botschafters böte ihm leider nicht die erwünschte Handhabe, um die Euer Exzellenz zugekommene Nachricht rektifizieren zu können, Botschafter habe ihm durch eigenmächtiges Vorgehen schon wiederholt zu energischen Zurechtweisungen Anlass gegeben. Er — Jagow — könne mich nur versichern, dass er an Freiherrn von Wangenheim die schärfsten Weisungen habe ergehen lassen, die Pforte über die Stellungnahme der deutschen Regierung nicht im Unklaren zu lassen. Über Euer Exzellenz Standpunkt hinsichtlich der von Russland ins Auge gefassten finanziellen Pressionsmittel[c]) war Staatssekretär bereits durch die Berichterstattung Herrn von Tschirschkys informiert; er konstatierte mit Befriedigung, dass die deutsche Auffassung sich mit Euer Exzellenz Standpunkt vollkommen decke. Flotow.

[a]) Vgl. n. 8463, 8470, 8476. — [b]) Vom 20. Aug. = n. 8427. — [c]) Vgl. n. 8421.

Nr. 8459. Tel. aus Sofia, 23. Aug. 1913 Nr. 1016 (eing. 7 U. 35 M. p. m.).[a]) Entziff.

Vertreter der mazedonisch-bulgarischen Intelligenz fragen an, ob es nicht möglich wäre, daß einzelne mazedonische Bulgaren, die in dem den Serben und Griechen zugefallenen Gebiete wohnen, die österreichische oder die ungarische Staatsbürgerschaft erlangen. Dieselben seien noch immer, bis der Friede zwischen den Balkanstaaten und der Türkei nicht definitiv ratifiziert, türkische Untertanen und möchten eben diese Zwischenzeit, in welcher das Aufgeben ihrer gegenwärtigen türkischen Staatsangehörigkeit mit Rücksicht auf die faktischen Verhältnisse nach Ansicht Deputation keine Schwierigkeiten bieten würde, dazu ausnützen, um die österreichische oder ungarische Staatsangehörigkeit zu erlangen. Es würde sich selbstverständlich um einzelne und nicht kollektive Übertritte handeln. Habe Deputation geantwortet, daß Sache mir nicht ganz einfach erscheine, daß keine konkludente Antwort geben könnte und daß Deputation nicht Illusion kapitulationsähnlichen Schutzes sich hingeben soll. Deputation bat, ihr Anliegen zur Kenntnis hoher Regierung zu bringen. Tarnowski.

[a]) Vgl. n. 8497 u. Beilage.

Nr. 8460. Tel. aus Sofia, 23. Aug. 1913 Nr. 1021 (eing. 24. Aug. 8 U. 30 M. a. m.).[a]) Entziff.

Habe mich im Sinne Euer Exzellenz Telegrammes Nr. 478 vom 23. d. M., betreffend unsere Haltung in thrazischer Frage, Herrn Ghenadieff gegenüber ausgesprochen und getrachtet, damit möglichst guten Eindruck hervorzurufen. Besonders günstig konnte Impression nicht sein, da die so lange andauernde Krise mit Türkei hier viel zu ernste Sorgen verursacht, als daß Mitteilungen, die in unsichere Lage keine Klärung bringen oder zumindest keine Aussicht eröffnen, daß Abhilfe schließlich kommen wird, Aufmerksamkeit bulgarischer Staatsmänner jetzt sehr in Anspruch nehmen könnten. Nach Bemerkungen zu urteilen, die Minister zu meinen Ausführungen gemacht, verdächtigt er uns durchaus nicht eines Doppelspieles, sondern bedauert nur, daß wir nicht im Stande, für Bulgarien wirksamer

einzutreten. Die Regierung ist enttäuscht in Erwartungen, die sie an unsere, und vollkommen desillusioniert in Hoffnungen, die sie an Unterstützung Dreibundes geknüpft hat, ihr Vertrauen in aufrichtige Intentionen Wiener Kabinettes hat sie aber bis jetzt nicht verloren. Minister sagte unter anderem, er sehe sehr gut ein, daß Österreich-Ungarn überhaupt als Dreibundmacht und speziell mit Rücksicht auf Deutschland unmöglich Erteilung Mandats an Russland zur bewaffneten Aktion gegen Türkei anregen könnte. Übrigens wäre Russland für eine solche Aktion nicht zu haben. Russischer Gesandter habe hier erklärt, daß seine Regierung zu jeder schärfsten diplomatischen Aktion bereit, daß sie aber keinen Krieg führen könnte, um Türken aus Thrazien zu verjagen. Mitredner bemerkte auch, Umstand, daß italienischer Botschafter Herrn Natschowitsch direkte Verhandlungen mit Türkei so nachdrücklich empfohlen (mein Telegramm Nr. 1013 vom 22. d. M.), beweise, daß italienische Regierung der Pforte wahrscheinlich wegen ägäischer Inseln angenehm sein wolle. Tarnowski.

a) Vgl. n. 8473.

Nr. 8461. Bericht der Statthalterei in Zara (Dalmatien) an das österr. Ministerium des Innern, 23. Aug. 1913 Nr. 4143 mit einer am 10. Sept. eingelaufenen Einsichtsbemerkung des österr. Ministeriums des Innern vom 5. Sept. 1913 Nr. 9863. Auszug.

Die in Spalato erscheinende Zeitung „Sloboda" brachte eine am 14. 8. l. J. beginnende Artikelserie, welche unter dem Titel „Wer hat das heutige Serbien geschaffen" eine Darstellung der Entwicklung der reichsserbischen Organisation „Narodna Odbrana" enthält. In dieser Darstellung wird ausgeführt, daß die „Narodna Odbrana" bald nach der Annexion Bosniens und der Hercegovina, Anfangs Oktober 1908, gegründet wurde und sich die „Militarisierung des ganzen Volkes" und die Verbreitung kriegsfreudiger Stimmung zur Aufgabe stellte. Die Zwecke der „Narodna Odbrana" waren: 1. die Hebung des Nationalbewußtseins, 2. die Sammlung von Freiwilligen, 3. Ausbildung und Ausrüstung von Freiwilligenformationen, 4. Organisation von freiwilligen Geldsammlungen, 5. Organisation, Ausrüstung und Ausbildung von besonderen Banden von Aufständischen (Komitatschis) für selbständige und besondere Kriegsoperationen, 6. Entfaltung einer Aktion auf allen sonstigen Gebieten nationaler Verteidigung. Der Artikel sagt, daß ganz Serbien in 20 Tagen nach diesem Muster in 500 Komitees organisiert war. Die Parole galt, wer Serbe ist, muß Soldat sein und für das Serbentum und die Heimat Alles opfern; wer nicht kämpfen kann, steuere Geld bei. Im Zusammenhange damit gieng aus dem Vereine „Trezvenost" eine starke Antialkoholbewegung durchs Volk. Zur Zeit der Annexion aber waren die Kriegsmittel noch nicht vorhanden und Serbien mußte die Annexion anerkennen. Die Arbeit der „Narodna Odbrana" begann aber nach der Annexion und seit dieser Zeit ist sie unablässig tätig, ein Großserbien zu schaffen. Das Ministerium des Innern bemerkt zum Berichte, daß die „Narodna Odbrana" den ersten Teil ihres Programmes die Eroberung der von Serben bewohnten Gebiete der Türkei durchgeführt hat und ihre Tätigkeit mit verdoppelter Kraft nach Österreich-

Ungarn verlegen dürfte. Es wäre sehr wünschenswert, über die gegenwärtigen Ziele und die Tätigkeit der „Narodna Odbrana" authentische Daten zu erlangen, in welcher Richtung das k. u. k. Ministerium des Äußern nochmals zu begrüssen wäre.[a] Der Statthalterei in Zara erscheint es naheliegend, daß Oskar Tartaglia, der Redakteur der „Sloboda", gelegentlich seiner Belgrader Reise im Juli l. J. mit der genannten Vereinigung in direkte Fühlung getreten ist.[b]

[a] Randbemerkung Oppenheimers: Ich habe in diesem Belange mündlich das staatspolizeiliche Departement im Ministerium des Innern (Polizeirat Dr. Nowak) aufmerksam gemacht, daß die k. u. k. Gesandtschaft in Belgrad resp. unsere Vertretungsbehörden in Serbien nicht in der Lage sind, diesbezügliche authentische Informationen zu beschaffen. 16. 9. 1913. Oppenheimer. — [b] Amtsvermerk: Das Einsichtsstück wurde mit hieramtlichem Visum versehen sub Nr. 4417 am 16./9. 1913 zurückgeleitet.

Nr. 8462. Tel. des Legationssekretärs Prinzen Emil Fürstenberg aus Athen, 24. Aug. 1913 Nr. 652 (eing. 25. Aug. 4 U. a. m.).[a] Entziff.

Griechische Machinationen im Epirus. Bezug auf Euer Exzellenz Telegramm Nr. 177[b] vom 22. d. Mts. Nachdem nunmehr Graf Bosdari ermächtigt wurde, sich meinen Instruktionen anzuschliessen, habe ich Auftrag Euer Exzellenz Telegrammes vom 17. d. Mts. Nr. 174 im Einvernehmen mit analog vorgegangenem italienischen Gesandten sowohl bei Ministerpräsidenten als bei Minister des Äussern — bei letzterem unter Hinterlassung kurzen aide-mémoires — ausgeführt. Herr Venizelos protestierte mit aller Entschiedenheit gegen von uns erhobene Vorwürfe, die ganz ungerechtfertigt seien. Er negierte, dass Bevölkerung bewaffnet würde, hinzufügend, griechische Regierung wolle nichts mit Komitatschis zu tun haben. Griechenland würde wohl unter Umständen sich der Ausführung der Beschlüsse der Mächte widersetzen, aber dann „ouvertement et loyalement", eventuell durch Weigerung, strittige Gebiete zu räumen. Hinsendung von Geschützen und Aufstellung von Milizformationen seien Massnahmen, die Griechenland als Okkupationsmacht jederzeit schon im Interesse der Aufrechterhaltung der Ordnung zu ergreifen befugt sei. Die Verantwortung für künftige Unruhen, die hiesiger Presse nach unserer Auffassung zur Last falle, müsse er schon jetzt entschieden ablehnen, wobei Herr Venizelos darauf anspielte, dass derartige Umtriebe wohl von „anderer Seite" Unterstützung fänden. Herr Coromilas, der ungefähr analoge Sprache führte, betonte, Waffenverteilung hätte nur dann einen Sinn, wenn Griechenland Teile des okkupierten Territoriums eventuell zu räumen beabsichtige, was durchaus nicht der Fall sei, liess aber doch Geneigtheit zum Verhandeln mit Mächten durchblicken. Er bemerkte ausserdem, es erscheine ihm befremdlich, dass wir uns auf Beschlüsse Londoner Réunion beriefen, von denen griechische Regierung bisher keine offizielle Kenntnis habe, und wies darauf hin, dass eigentlich vorstehender Schritt, wenn überhaupt, so von allen sechs Mächten und nicht von Österreich-Ungarn und Italien allein hätte unternommen werden sollen. Minister des Äussern schloss mit Mitteilung, Demarche werde im Ministerkonseil zur Sprache gebracht, und stellte mir Antwort in Aussicht, was von Herrn Venizelos bestätigt wurde. Dem italienischen Gesandten äusserten

sich griechische Staatsmänner in ähnlichem Sinne wie mir. Herr Venizelos polemisierte überdies gegen die Politik Marquis di San Giulianos, dessen graecophobe Haltung er bedauere, und warf Italien vor, es habe sein Wort gebrochen, indem es versprochenes Junktim zwischen Epirus- und Inselfrage fallen liess. Emil Fürstenberg.

[a]) Oe. U. Balkan 417 Nr. 835. Vgl. n. 8529. — [b]) Mit Tel. Nr. 177, 22. Aug. 1913 (chiffr. 10 U. 30 M. p. m.) wurde Athen verständigt, daß Conte Bosdari von Rom Auftrag erhalten habe, sich Instruktionen Fürstenbergs anzuschließen.

Nr. 8463. Tel. nach Konstantinopel, 24. Aug. 1913 Nr. 404 (chiffr. 11 U. 45 M. p. m.). Konz. (S. Berger; G. Berchtold).

Baron Flotow telegraphiert unterm gestrigen: ... *wie n. 8458 von „Herr von Jagow teilt" bis „Annahme"* ... Vorstehendes zu Euer Exzellenz vertraulicher Information, wobei ich zur eventuellen Regelung Ihrer Sprache bemerke, daß ich alles vermieden sehen möchte, was die Pforte in der Intransigenz ihrer Haltung bestärken könnte. Rein persönlich: Baron Flotow hatte auch Gelegenheit, in sein Gespräch mit Herrn von Jagow ein Wort über die den türkischen Widerstand bestärkende Haltung Baron Wangenheims einzuflechten, worauf der Herr Staatssekretär in konfidentieller Weise bemerkte, das eigenmächtige Vorgehen dieses Botschafters hätte schon wiederholt zu energischen Zurechtweisungen Anlaß gegeben. Herr von Jagow könne aber Baron Flotow versichern, ... *wie n. 8458 von „daß er an Freiherrn" bis „im Unklaren zu lassen."* ... Berchtold.

Nr. 8464. Tel. aus Konstantinopel-Jeniköj, 24. Aug. 1913 Nr. 437 (eing. 10 U. p. m.).[a]) Entziff.

Deutscher Botschafter hat von seiner Regierung telegraphische Mitteilung erhalten, daß die Türken Kirdjali besetzt haben sollen. Baron Wangenheim wurde beauftragt, hier ernste Vorstellungen zu machen. Großvezier erklärte ihm hierauf, er könne an die Richtigkeit dieser Nachricht nicht glauben, da er noch gestern Izzet Pascha gesprochen, der ihm davon nichts gesagt hätte. Großvezier wiederholte auch bei dieser Gelegenheit, die türkische Armee werde nur jene Orte, welche bereits am 20. v. M. von ihr okkupiert waren, auch weiter besetzt halten. Er wolle, fügte er hinzu, kein Doppelspiel spielen. Wenn sich die türkische Regierung jedoch überzeugen sollte, daß man die Sache in die Länge ziehen wolle, oder wenn Europa beabsichtigen würde, Türkei finanziell zu boykottieren, dann wäre die Pforte allerdings gezwungen, andere Maßnahmen ins Auge zu fassen. In diesem Falle würde er aber die Mächte in loyaler Weise früher verständigen.

Pallavicini.

[a]) Vgl. n. 8450, 8483 Anm. c.

Nr. 8465. Tel. aus Konstantinopel-Jeniköj, 24. Aug. 1913 Nr. 438 (eing. 10 U. 30 M. p. m.).[a]) Entziff.

Grossvezir sagte heute deutschem Botschafter, dass die nichtoffiziellen Verhandlungen mit Herrn Natschowitsch fortgesetzt werden. Es ist auch vorgestern der bulgarische Legationssekretär Dobreff hier angekommen.

Grossvezir sagte meinem deutschen Kollegen, Natschowitsch hätte ihn ersucht, seine Telegramme nach Sofia direkt aufgeben zu können, weil er vermeiden möchte, dieselben, wie bisher, durch die russische Botschaft abzusenden. Streng vertraulich. Italienischer Botschafter hatte deutschen Botschafter gefragt, ob er nicht dem Grossvezir suggerieren könnte, sich der Vermittlung Italiens bei den Verhandlungen mit Bulgarien zu bedienen. Mein deutscher Kollege antwortete ihm, dass Natschowitsch sich, wie er wisse, an mich gewendet hat. Ich habe Grund anzunehmen, dass Italien diese Gelegenheit benützen möchte, um seine Stellung in der Türkei zu verbessern und für sich möglichst viel Nutzen aus der Situation zu schlagen.

Pallavicini.

[a]) Oe. U. Balkan 418 Nr. 836. Vgl. n. 8440, 8483 Anm. c, 8487.

Nr. 8466. Tel. aus Konstantinopel-Jeniköj, 24. Aug. 1913 Nr. 439 (eing. 25. Aug. 5 U. 30 M. a. m.).[a]) Entziff.

Euer Exzellenz Telegramm vom 24. d. M. Nr. 403[b]) erhalten. Herr Natschowitsch hat mich soeben besucht und mir gesagt, er habe von seiner Regierung telegraphische Weisung erhalten, sich in keine direkten Verhandlungen mit der Pforte einzulassen. Es könnte dies nur auf indirektem Wege geschehen. Dieser Auftrag hat Herrn Natschowitsch unangenehm überrascht. Er sagte mir, es scheine, daß man sich in Sofia über den Ernst der Lage nicht genügend Rechenschaft gebe. Er bat mich nochmals, Euer Exzellenz zu telegraphieren, durch unseren Vertreter in Sofia den bulgarischen Staatsmännern die Augen zu öffnen und ihnen zu sagen, daß große Gefahr drohe. Russischer Botschafter hätte geantwortet, wenn Mächte einig sind, glaube er, daß Adrianopel Bulgarien erhalten werden könnte. Die Frage, ob die Mächte in diesem Punkte einig sind, mußte Herr von Giers verneinend beantworten. Die meisten meiner Kollegen sind der Ansicht, daß Gefahr im Verzuge ist und daß Türkei die Sache nicht in die Länge wird ziehen lassen. Meines Erachtens ...[c]) Bulgarien auf einen Druck der Mächte. Verhandlungen mit der Pforte könnten, glaube ich, nur auf Basis des Verzichtes auf Adrianopel Erfolg haben. Unter den heutigen Verhältnissen wird sich Türkei mit den weitestgehenden Konzessionen für die muselmännische Bevölkerung Adrianopels nicht begnügen. Herr Natschowitsch scheint sich noch der Hoffnung hinzugeben, daß vielleicht Kirkilisse für Bulgarien zu retten wäre.

Pallavicini.

[a]) Vgl. n. 8440, 8469, 8482, 8483 Anm. b. — [b]) Mit Tel. Nr. 403, 23. Aug. 1913 (chiffr. 9 U. 40 M. p. m.) wurde n. 8453 auszugsweise und n. 8454 nach Konstantinopel mitgeteilt. — [c]) Chiffre fehlt.

Nr. 8467. Tel. des Legationssekretärs Prinzen Emil Fürstenberg aus Athen, 25. Aug. 1913 Nr. 656 (eing. 10 U. p. m.).[a]) Entziff.

Griechische Machinationen im Epirus. In dem Telegramme meines deutschen Kollegen, durch welches er angewiesen wurde, die mit meinem Telegramme Nr. 647 vom 21. d. M. gemeldete Demarche auszuführen, wurde ihm unter anderem zu seiner Information mitgeteilt, Marquis San Giuliano habe sich dem deutschen Botschafter in Rom dahin ausgesprochen:

„Österreich-Ungarn und Italien seien entschlossen, den Beschlüssen der Londoner Réunion unter Umständen mit Waffengewalt Geltung zu verschaffen." Italienischer Gesandter, der Vorstehendes seiner Regierung meldete, erhielt nunmehr Auftrag, dahin zu wirken, daß Graf Bassewitz auch obigen Passus bei griechischer Regierung verwerte. Deutscher Geschäftsträger lehnte Insinuation ab, telegraphierte jedoch um Ermächtigung hiezu nach Berlin. Antwort ausständig. Emil Fürstenberg.

a) Vgl. n. 8475.

Nr. 8468. Bericht aus Cetinje, 25. Aug. 1913 Nr. 78 A (eing. 30. Aug.).[a] *Ausfert.*

Geheim. Die politische Lage des Königreiches in seinen Beziehungen zu den Mächten und zur innerpolitischen Situation ist eine ungeklärte und wenig günstige. Sie lässt sich genügend prägnant dahin charakterisieren, dass mit Russland, welches sich von Montenegro dermalen vollkommen abgekehrt hat, sehr gespannte, mit Österreich-Ungarn aber noch nicht normale und freundschaftliche Beziehungen bestehen — in den Kassen kein Geld für die dringenden Bedürfnisse ist und das Land vor den Verhandlungen mit Serbien steht, welche für den König und die Dynastie möglicherweise folgenschwere Entschlüsse und Konsequenzen bringen werden. Der Bruch mit Russland ist dermalen vollzogen, dieses hat seine schützende Hand von Montenegro abgezogen und die Zahlungen für die Armee seit Jahresfrist eingestellt. Der russische Gesandte hat seit seiner Rückkunft nur einmal den König gesehen und dabei kein Wort von Politik gesprochen, seither sind seine Beziehungen zur Regierung auf die kurrenten Angelegenheiten beschränkt. Vor einigen Wochen schon hat König Nikolaus in einem Handschreiben an die Kaiserin-Mutter die Aufhebung des hiesigen russischen Institutes gefordert, dessen er sich noch beim Jubiläum als einer blühenden Pflanzstätte slavischer Kultur rühmte. Wie mir Herr von Giers sagte, der jetzt durch mehrere Wochen im Ministerium an der Sängerbrücke arbeitete, hat er die Instruktion mitgebracht, sich vollkommen reserviert und passiv zu verhalten und keinerlei Initiative zu ergreifen. Die Forderung nach Aufhebung des russischen Erziehungsinstitutes wurde noch keiner Antwort gewürdigt, dürfte aber seinerzeit auch die Aufhebung des Nikolai-Kadettenkorps zur Folge haben Das Wohlwollen Russlands ist in vollem Ausmasse Serbien zugewendet; Russland unterstützt in Belgrad und hier die auf eine enge Union zwischen Serbien und Montenegro abzielenden Bestrebungen, respektive die Dynastie Karagjorgjević gegen die Dynastie Petrović-Njeguš, damit rechnend, dass das viel kleinere, arme, schlecht organisierte und administrierte Land der ökonomischen und politischen Absorbierung durch Serbien mit Naturnotwendigkeit und binnen kürzester Zeit anheimfallen müsse. In diesen Tagen werden in Belgrad die Verhandlungen zwischen der serbischen Regierung und dem montenegrinischen Ministerpräsidenten, General Janko Vukotić, beginnen, in welchen das künftige Verhältnis zwischen den beiden serbischen Königreichen geregelt werden soll, dessen Bestimmungen und Ziele von hoher Wichtigkeit auch für die Monarchie sein müssen. Bestimmte Abmachungen sind noch nicht getroffen und General

Vukotić hat keinerlei Vollmacht, bindende Erklärungen abzugeben, er hat die serbischen Vorschläge nur ad referendum zu nehmen, hieher zu melden, und die Gegenvorschläge der serbischen Regierung zur Kenntnis zu bringen. Was die territoriale Abgrenzung des an Montenegro fallenden Gebietes betrifft, glaubt man hier, dass bedeutende Schwierigkeiten nicht zu überwinden sein werden und Serbien sich im Interesse der Annäherung beider Länder nicht intransigent zeigen wird. Montenegro beansprucht nach meinen Informationen circa $^2/_3$ des Sandschak mit Plevlje und Bijelopolje, das ganze Gebiet von Ipek (Metohija) und jenes von Djakova. Serbien will angeblich nur $^1/_3$ des Sandschak, das Gebiet von Ipek und von Djakova nur das Stadtgebiet bewilligen. Forderung und Gegenvorschlag sind zum Handeln eingerichtet und würde Montenegro, wenn ihm an Gebiet weniger gegeben würde, Kompensationen auf ökonomischem Gebiete fordern. Anderseits verlautet, dass Serbien die Gelegenheit benützen und gegen grossmütige Zuwendung des von Montenegro beanspruchten Gebietes, dieses wirtschaftlich und politisch so enge an sich zu ziehen und zu fesseln trachten wird, um es über kurz oder lang seiner Selbständigkeit zu berauben. Wie ich bestimmt höre, wird Serbien Garantien fordern, dass der Antagonismus des montenegrinischen Königshauses gegen die serbische Dynastie unschädlich gemacht werde. „Srbobran", ein Organ, welches die Belgrader Wünsche und Stimmungen der südslavischen Welt übermittelt, bringt Artikel, welche beweisen, dass man in Belgrad an die Niederlegung der Grenzen zwischen Serbien und Montenegro und an die Zollunion zwischen beiden Ländern denkt. Die serbischen Aspirationen gehen aber — wohl im geheimen, aber energisch von Russland unterstützt — noch weiter und zielen auf eine gemeinsame äussere Politik und die Instruktion und Reorganisation der montenegrinischen Armee durch serbische Instruktoren nach Abzug der Russen. Russland zieht offenkundig seine Hand von Montenegro ab, um auf dem kürzeren und sichereren Wege über Belgrad zu seinem Ziele zu gelangen. Diese Bewegung, für welche hier die ganze Regierung und die ganze Intelligenz, dann vielleicht, mit Ausnahme der Bezirke nächst Cetinje, auch das Land gewonnen scheint, setzt ihre Kräfte so von beiden Seiten an und nimmt König und die Dynastie in die Mitte. Die Schwärmerei und Verhimmelung Serbiens kennt kaum eine Grenze und die montenegrinischen Politiker, welche noch zum Könige halten und sich einer Real-Union mit Serbien widersetzen, sind an den Fingern einer Hand zu zählen. In der Regierung ist die Idee, die Unabhängigkeit Montenegros gegen die serbischen Lockungen zu verteidigen, höchstens in der Person des General Vukotić vertreten und Manche zweifeln auch an seiner Überzeugungstreue. Sollten die Grenzen zwischen Serbien und Montenegro de facto als solche nicht bestehen, dann wird die wirtschaftliche und politische Einheit beider Staaten sich noch rascher zum Durchbruche bringen. Montenegro mit seinen geringen Mitteln wird niemals mit den serbischen Fortschritten bezüglich Strassen- und Eisenbahnbau, Schulen, industriellen Unternehmungen etc. auch nur annähernd gleichen Schritt halten können und wird, wenn es nicht eifersüchtig auf seine volle Unabhängigkeit bedacht ist, wirtschaftlich und politisch bald in volle Abhängigkeit von Serbien geraten. Der König,

welcher von einzelnen Getreuen, wie von dem alten Vojvoden Plamenac, eindringlich auf die Gefahr aufmerksam gemacht und aufgefordert wurde, die Regierung wegzujagen und sich auf die Stämme zu stützen, die noch unbedingt zu ihm halten, wird den Kampf um die Existenz der Dynastie — denn um diesen wird es sich handeln — gewiss aufnehmen und die serbischen Insinuationen zurückweisen. Die Frage ist aber, ob er die Kraft haben wird, den Kampf siegreich durchzufechten und ob, wenn er ein starkes Hindernis für die Union bilden sollte, man nicht mit radikalen Mitteln gegen ihn einschreiten wird. Anzeichen für solche Absichten sind auch vorhanden und mir sind Briefe und Personen genannt worden, welche auf enge Verbindungen zwischen Belgrad und den hiesigen Emigranten hinweisen, deren Ziel ganz offen die Beseitigung der Dynastie Petrović-Njeguš ist. Nicht der Verlust Skutaris bedeutete eine Gefahr für die montenegrinische Dynastie, sondern der ungeahnte Erfolg Serbiens, welcher den Vergleich zu ungunsten der kleinen Schwesternation geradezu provoziert. An seiner gegenwärtigen Regierung findet der König ebenso wenig Halt, wie an der Stimmung im Volke, welches grössten Teiles für Serbien gewonnen ist, — in der eigenen Familie tobt der Zwist und tödtlicher Bruderhass — die Situation ist für den König weder leicht noch beneidenswert. Allerdings muss angenommen werden, dass die serbischen Staatsmänner so klug sein werden, um nicht schon jetzt durch wirtschaftliche und politische Knebelung Montenegros dessen Dynastie zum Kampfe um ihre Existenz und die Nachbarmonarchie zu einem energischen Veto herauszufordern. Es liegt aber doch im Bereiche der Möglichkeit, wenn nicht Wahrscheinlichkeit, dass schon jetzt einleitende und grundlegende Abmachungen getroffen werden, deren natürliche Entwicklung die Erreichung des angestrebten Zieles gewährleistet. Der Erbprinz weilte die letzten Monate ausser Landes, nachdem er in 37 Kisten den wertvollen Teil seines Privateigentums mitgenommen. Dieser Tage zurückgekehrt, scheint er sich — vielleicht aus Furcht — bezüglich der Geschicke des Landes vollständig zu desinteressieren, und hat — nach einem heftigen Auftritte mit dem Könige — die Absicht, alsbald wieder abzureisen. Der jüngere Bruder, Prinz Mirko, der den Vorteil männlicher Nachkommenschaft vor dem Erbprinzen hat, wäre zweifellos jeden Moment bereit, Vater und Bruder zu opfern, um seinen ehrgeizigen Plänen Vorschub zu leisten. Sein Hass gegen die Serben und die Dynastie Karagjorgjević lässt ihn natürlich gegen die serbische Anschlussbewegung Front machen — er könnte aber, wenn es einmal so weit wäre, gleich seinem Vater und Bruder weggefegt werden. Prinz Mirko äusserte sich mir dieser Tage, dass er auf lange, sehr lange, das Land zu verlassen gedenke und am Vorabende seiner Abreise mir Einiges anzuvertrauen wünsche. Ich erlaube mir diesbezüglich, Eure Exzellenz an einen Bericht[b]) des Legationsrat Weinzetl über eine Unterredung mit Prinz Mirko ergebenst zu erinnern, in welcher der letztere die Besetzung eines Teiles des Sandschak durch Österreich-Ungarn befürwortet, als das einzige Mittel, um einen Keil zwischen die beiden Länder, deren Union unabwendbar scheint, zu treiben. Der König sieht wohl die Gefahr, tut aber anscheinend nichts, um sie abzuwenden, — vielleicht hält er sie noch nicht für imminent, vielleicht bringt er auch nicht mehr die

Energie auf, radikal einzuschreiten. Österreich-Ungarn, welches die reale Vereinigung der beiden serbischen Königreiche — auf welche hingearbeitet wird — kaum wird dulden können, weil es sonst seine bisherige Politik verleugnen und um die Früchte der Wintercampagne kommen würde, indem es Serbien mit Russland unter anderem Namen an der Adria begegnete, hat allen Grund, die Verhandlungen in Belgrad, die serbischen Anwürfe und die Aufnahme, welche dieselben in Montenegro finden, mit der grössten Aufmerksamkeit zu verfolgen und zu prüfen. Die Monarchie wird schon jetzt über ihre Haltung für den Fall schlüssig werden müssen, als sich die Ereignisse, wie dies am Balkan fast zur Regel geworden, rascher entwickeln, als man annehmen konnte, und darüber, in wie weit Montenegro, oder richtiger gesagt, seinem Könige, falls derselbe zur Verteidigung seiner Selbständigkeit Hilfe und Stütze bei Österreich-Ungarn suchen sollte, dieselben gewährt werden sollen. Über die Anzeichen, welche den Versuch einer Annäherung an die Monarchie durch den König voraussehen lassen, berichte ich Hochdenselben an besonderer Stelle.[c] Giesl.

[a] Vgl. n. 8481, 8560, 8748. — [b] n. 8228. — [c] n. 8481.

Nr. 8469. Tel. aus Konstantinopel-Jeniköj, 25. Aug. 1913 Nr. 440 (eing. 9 U. p. m.).[a] Entziff.

Im Nachhange zu meinem Telegramme Nr. 439. Herr Natschowitsch hat mir bei unserer gestrigen Unterredung unter anderem auch folgendes gesagt: „Das Volk und die Armee in Bulgarien wollen von einem dritten Kriege nichts wissen, umsomehr, als ein Widerstand gegen die Türkei ganz aussichtslos wäre. Unsere Minister werden dieselben Fehler wie Herr Danew begehen. Letzterer hat die Rumänen ins Land gebracht; Radoslawow und Ghenadieff werden die Invasion der Türken provozieren. Diese wäre aber viel gefährlicher, da sie wahrscheinlich eine allgemeine Revolution nach sich ziehen würde. Das Volk könnte sogar den König und die Dynastie samt allen Politikern, die Bulgarien ins Unglück gestürzt haben, verjagen und die Russen rufen, damit sie das Land von den Türken säubern und selbst die Regierung in die Hand nehmen." Pallavicini.

[a] Vgl. n. 8490 Anm. b.

Nr. 8470. Tel. aus Rom, 25. Aug. 1913 Nr. 563 (eing. 5 U. p. m.).[a] Entziff.

Adrianopel. Russischer Botschafter hat hier einen Schritt in Berlin angeregt, damit deutscher Botschafter in Konstantinopel, welcher allein noch ohne Instruktionen bezüglich der Kollektivdémarche ist, Ermächtigung zu letzterer erhalte. Ferner hat Herr Krupensky vorgeschlagen, angesichts der Nachricht von der Besetzung Gümülginas durch die Türken sollten die Mächte von der Pforte eine klare und bestimmte Auskunft über die Stellung der türkischen Armee in Thrazien verlangen. In der Consulta nimmt man an, daß direkte türkisch-bulgarische Verhandlungen in wenigen Tagen beginnen werden. Mérey.

[a] Vgl. n. 8458, 8476 Anm. b.

Nr. 8471. Tel. aus Sofia, 25. Aug. 1913 Nr. 1024 (eing. 9 U. p. m.).[a] Entziff.

Hohes Telegramm Nr. 480[b] vom 23. d. M. erhalten. Der Euer Exzellenz durch Herrn von Mérey auszugsweise gemeldete telegraphische Situationsbericht meines italienischen Kollegen enthält einige richtige Betrachtungen, sonst aber Übertreibungen und falsche Konklusionen. Das, was Herr Cucchi Boasso über wachsende Depression sagt, ist wahr und habe auch ich über hiesige gedrückte Stimmung des öfteren berichtet. Wahr ist auch und wohl begreiflich, daß Enttäuschung über Mangel an Hilfe seitens Monarchie und Dreibundes zunimmt, und zwar — wie ich hinzufügen möchte — speziell bei Regierung und ihren Anhängern. Ebenfalls teile ich Ansicht italienischen Kollegen darin, daß Rußland und russophile Partei sich Situation, speziell thrazische Frage, zu Nutzen zu machen trachten, wovon in meiner Berichterstattung längst (gehorsames Telegramm Nr. 966 vom 13. d M.) und seither wiederholt die Rede war. Unrichtig ist Schilderung italienischen Gesandten, laut der es hier eine Stimmung geben würde, die dringend Beschwichtigung bedürfen möchte. Stimmung ist deprimiert, sonst aber abgespannt und derzeit durchaus nicht erregt und beschwichtigungsbedürftig. Unrichtig ist auch Behauptung Herrn Cucchi Boassos, daß sich hier jetzt schon allgemeine Unzufriedenheit und Angriffe gegen liberales Kabinett richten. Bis heute kann bloß von Versuch russophiler Partei gesprochen werden, Kabinett zu diskreditieren. Die Verantwortung für Unglücke, die Land getroffen, wird nur Herrn Danew und seinen Mitarbeitern zugeschrieben und Haß und Angriffe richten sich gegen ihn und König, keinesfalls aber, wenigstens bis jetzt, gegen Kabinett Radoslawow. Für vollkommen unbegründet halte ich Supposition des italienischen Gesandten, daß ein Regierungswechsel respektive Berufung Malinoffs oder Russophiler bevorstehe. Die Symptome und Informationen, auf welche italienischer Kollege diese Supposition gestützt hat, sind mir bekannt, habe sie geprüft und bin absolut sicher, daß sie falsch interpretiert, beziehungsweise nicht ernst. Noch weniger ernst zu nehmen ist die Herrn Cucchi — ich weiß durch wen — soufflierte Geschichte darüber, daß sich Bulgarien in russische Knechtschaft begeben, König unter Druck Rußlands abdizieren würde und dergleichen mehr. Italienischer Kollege sprach mir von diesen, auch mir durch dieselbe Person gegebenen Versionen und ich machte ihn aufmerksam, Übertreibungen nicht aufzusitzen. Seitdem jetziges Kabinett am Ruder, habe ich nicht aufgehört, auf Notwendigkeit der Unterstützung dieser Regierung beständig hinzuweisen, und ich freue mich, daß von hiesigen Vertretern der Dreibundmächte wenigstens auch Italiener Aufmerksamkeit seiner Regierung auf diesen Punkt lenkt. So dankbar ich ihm bin, muß ich dennoch sagen, daß er in Argumentation über Schnur gehaut. Die gegenwärtige und die nächst zu erwartende Lage ist so, wie in meiner fortlaufenden Berichterstattung geschildert. Sollte es auch zu gar keiner Revision kommen und Adrianopel für Bulgarien verloren gehen und Regierung über diesen Mißerfolg fallen, glaube nicht an so weitgehende Folgen, wie sie italienischer Kollege ins Auge gefaßt. Nur wenn Rußland mit Waffen Türken aus Thrazien hinaustreiben und Land Bulgarien übergeben würde, könnte Russophilismus

in bedenklicher Weise mit allen Konsequenzen Oberhand gewinnen. Sonst befürchte ich derzeit, wenn keine Revision und kein Adrianopel, nur eventuell nicht gutzumachende Schwächung und bedeutende Erschwerung des austrophilen Kabinetts, was aber schon für unsere Politik äußerst bedenklich wäre, da, wenn sich diese Regierung nicht genug lang halten und nicht genug starkes Rückgrat haben sollte, um ihr Programm durchzuführen, dies für uns dem definitiven Verluste der einzigen Gelegenheit, Bulgarien an uns zu fesseln, gleichkommen würde. Tarnowski.

[a]) Vgl. n. 8472, 8490. — [b]) Mit Tel. Nr. 480, 22. Aug. 1913 (chiffr. 23. Aug. 1 U. 15 M. a. m.) wurde n. 8442 nach Sofia mitgeteilt.

Nr. 8472. Tel. aus Sofia, 25. Aug. 1913 Nr. 1027 (eing. 11 U. p. m.). Entziff.

Ich hatte Unterredung mit Dobrovič und habe ihm auch Inhalt Euer Exzellenz Telegrammes Nr 469 vom 20. d. M. mitgeteilt, wobei ich nicht verfehlte, Wichtigkeit „Stabilität" Kabinetts zu betonen. Bei diesem Anlasse kam ich auf hier kürzlich in Umlauf gewesene falsche Gerüchte (mein Telegramm Nr. 1024 von heute), wonach König an Berufung anderer Regierung dächte, zu sprechen, welche Dobrovič in befriedigender Weise erklärte und entkräftete und bemerkte, König müsste von Sinnen sein, um sich von jetziger Regierung zu trennen, was ganz ausgeschlossen. Ich hob hervor, dass schon Entstehung solcher Version bedauerlich, da, wenn Kabinetten im Ausland zu Ohren kommt, höchst ungünstiger Eindruck unvermeidlich; auch fügte ich hinzu, dass Regierungswechsel im gegenwärtigen Moment für mich Beweis wäre, dass mit Bulgarien Politik überhaupt unmöglich und würde ich Euer Exzellenz um Urlaub und Versetzung bitten. Ministerpräsident und Minister des Äußern, die mit mir stets ganz offen über König Ferdinand sprechen, haben mir, obwohl sie absolut sicher, dass König in ihrem Fahrwasser und nicht ausbrechen werde, für obige Äußerung an Dobrovič, die König jedenfalls wiederholt worden, sehr gedankt. Tarnowski.

Nr. 8473. Tel. aus Sofia, 25. Aug. 1913 Nr. 1029 (eing. 26. Aug. 8 U. a. m.).[a]) Entziff.

Minister des Äussern las mir einige Telegramme bulgarischer Gesandten vor, worin von Ratschlägen die Rede, welche ihnen im Sinne direkter Verständigung mit Türkei, insbesonders durch Staatssekretär in Berlin und russischen Geschäftsträger in Wien, erteilt worden. Minister betonte, bulgarische Regierung könne Standpunkt, dass thrazische Frage Sache der Mächte, unter keiner Bedingung verlassen und würde nie anders als nur durch Vermittlung der Kabinette mit Türkei verhandeln. Es sei ihm unverständlich, wie Fabel, dass Bulgarien zu direkten Pourparlers mit Türkei bereit, entstanden. Mitredner befürchtet, dass Herr Natschowitsch, dessen Rolle allerdings nicht leicht, irgend ein unvorsichtiges und instruktionswidriges Wort fallen ließ, wodurch dieser falsche Eindruck hervorgerufen. Indessen seien Instruktionen, mit denen Herr Natschowitsch versehen, formell und kategorisch: Ohne Türkei, mit welcher Bulgarien in Zukunft gute Beziehungen wünsche, zu brüskieren, soll er Standpunkt Londoner

Friedens nicht verlassen und Pourparlers nur durch Vermittlung der Mächte als zulässig bezeichnen Minister des Äussern meinte, momentan wäre es aussichtslos, von Türken Räumung Adrianopels zu verlangen, er gebe aber Hoffnung nicht auf, wenn Europa finanziellen Boykott anwende, dass Türkei nachgeben würde, nur würde es einiger Monate bedürfen, um sie mürbe zu machen. Bulgarien könne warten, wenn nur Türkei das den Mächten gegebene Versprechen, rechtes Maritzaufer zu räumen, erfüllen würde. Bis jetzt hielten aber die Türken nicht nur einige Punkte nahe an der Maritza besetzt, sondern räumen sie auch Kirdjali nicht, welches 80 Kilometer westlich von erwähntem Fluss gelegen. Dies mache Situation für Bulgarien unhaltbar und Minister ersuchte wiederholt eindringlich, dass wir und Mächte gänzliche, sofortige Räumung des rechten Maritzaufers verlangen. Minister des Äussern bemerkte, Türken würden sich wahrscheinlich damit ausreden, dass sie in Kirdjali keine regulären Truppen hätten. Es scheint tatsächlich, dass Türken, nachdem sie dortige muselmannische Bevölkerung bewaffnet und militärisch organisiert, nur wenige reguläre Truppen dort gelassen. Tarnowski.

a) Vgl. n. 8460, 8483, 8484.

Nr. 8474. Denkschrift des ungarischen Ministerpräsidenten Grafen Stephan Tisza; Dresden, 25. Aug. 1913.a) Ausfert.

Der Versuch einer Cooperation mit Russland ist nicht auf die einzige Art gemacht worden, auf welcher er Aussicht auf Erfolg gehabt hätte und jedenfalls wichtige Consequenzen gehabt hätte b) Andererseits ist eine öffentliche Stellungnahme Deutschlands erfolgt, welche die Hoffnung, bei Berücksichtigung der dortigen Grecophilie, im Einvernehmen mit Deutschland etwas für Bulgarien erreichen zu können im Vorhinein zugrunde richteten. Nicht nur ist die Revision des Bukarester Friedens zur Unmöglichkeit geworden; wir sind auch gezwungen, ohnmächtige Zuschauer der Besetzung Adrianopels von der Türkei zu sein. Was die Revisionsfrage betrifft, so ist unsere Haltung mit stichhältigen Gründen zu rechtfertigen. Unsere Bedenken gegen die Bukarester Abmachungen sind wohlgegründet. Durch die schonungslose Behandlung Bulgariens und die Überweisung bedeutender Länderstriche mit compacter bulgarischer Bevölkerung an Serbien tragen dieselben den Keim späterer Verwickelungen in sich, deren Eliminierung im gleichmässigen Interesse der erspriesslichen Entwickelung der Balkanvölker, wie auch des europäischen Friedens gelegen wäre. Unter Betonung dieser Auffassung müssten wir hinzufügen, dass dies kein Sonderinteresse der Monarchie, sondern ein allgemein europäisches Interesse wäre, dessen Wahrung die Aufgabe aller Grossmächte sei. Ist bei ihnen der Wunsch nach sofortigem Abschlusse der Balkanverhandlungen so ungeduldig, dass sie die Interessen der Zukunft dieser momentanen Erleichterung opfern wollen, so können wir allein die Aufgabe Europas nicht auf uns nehmen. Die Verantwortlichkeit für die Folgen haben freilich die Anderen zu tragen. Dieses Vorgehen liesse sich nicht nur vor der europäischen öffentlichen Meinung rechtfertigen, sie wird hoffentlich — trotz aller Enttäuschung und Erbitterung — auch bei den besonneneren Kreisen in Sofia auf Verständnis

rechnen können. Viel schwerer wird es sein, den nachtheiligen Eindruck wettzumachen, den unsere Unthätigkeit dem türkischen Vormarsch gegenüber in Bulgarien hervorrufen muss. Vielleicht ist es umso schlimmer für uns, dass man unseren guten Willen nicht in Frage zieht. Denn fehlt uns bei allen unseren guten Absichten die Kraft, sie gegen eine Agression zu schützen, welche sich über den feierlichen Urtheilsspruch Europas keck hinwegsetzt und wo Russland uns keine Hindernisse in den Weg stellen könnte, so muss ihnen diese Erfahrung jede Neigung nehmen, sich an uns anzulehnen und bei dem wechselvollen Ereignissen der Zukunft auf unsere Macht zu bauen. Unser einziges Glück ist die bisherige Haltung Russlands, welches allem Anscheine nach nur den Glauben zu erwecken sucht, dass es gern energisch vorgehen würde, aber von uns daran gehindert werde. Dieser Einstellung der Sachlage kann unsererseits entgegengetreten werden; bleibt es also dabei, so wird zwar die Schlappe, die unsere Stellung in Sofia erleidet nicht geringer, wenigstens aber kommt unser Verlust an Ansehen nicht Russland zu Gute. Das Prestige der Grossmächte überhaupt geht zu Grunde. Es wird ein neuer, vielleicht der schlagendste Beweis geliefert, dass die Balkanstaaten von den Grossmächten weder viel zu fürchten, noch viel zu erwarten haben. Erspriesslich für uns ist dies gewiss nicht. Wenigstens aber kommen wir nicht in eine inferiore Stellung Russland gegenüber. Es sind aber zwei Fälle denkbar, in welchen es meines Erachtens ganz unmöglich wäre, weiter unthätig zu bleiben: 1. Sollte Russland sich doch entschliessen, gegen die Türkei vorzugehen, so müssten wir gemeinsam mit Russland gehen. 2. Sollte die Türkei weitere agressive Schritte gegen Bulgarien vornehmen, so müssten wir mit der Proposition an Russland herantreten, gemeinsam gegen die Türkei vorzugehen. — Geht Russland auf diesen Vorschlag nicht ein, so können wir allein freilich nicht vorgehen, und einen beträchtlichen Teil unseres Heeres im Südosten festlegen, mit einem offenkundig malveillanten Russland im Rücken. Im Bejahungsfalle hingegen wäre eine gemeinsame Sommation an die Türkei zu richten und — falls dieselbe erfolglos bliebe — eine combinierte Bulgarische, Öst.-ungarische und Russische Armee ins Feld zu führen. Auf die Einwendungen des Chefs des Generalstabes muss ich bemerken, dass ich diese militärische Aufgabe keineswegs für eine angenehme halte. Ich würde sie gewiss nicht für uns aussuchen; wird sie aber durch die Ereignisse aufgezwungen, so müssen wir sie lösen. Wovon handelt es sich? Ganz abgesehen davon, dass höchstens eine Chance von Hundert dafür spricht, dass wir thatsächlich zu militärischen Maassnahmen greifen müssen werden, auch in diesem höchst unwahrscheinlich schlimmsten Falle hätten wir unsere Aufgabe mit Russland zu lösen. Eine Kriegsgefahr seitens Russland wäre also einstweilen ausgeschlossen Andererseits hätte Russland einen aliquoten Theil seiner Streitmächte ebenfalls am Balkan einzusetzen und auf einen grossen Krieg mit einem anderen Gegner hätten wir gewiss nicht zu denken. Um die bulgarische Armee auf die Maximalziffer von 500.000 Mann zu bringen, hätten sowohl Russland wie wir 120—150.000 Mann (3—4 Armeekorps, mit den entsprechenden Landwehrdivisionen) aufzustellen und könnten wir unser Kontingent im Donauthale und dann auf rumänischen oder serbischen Boden auf den Kriegs-

schauplatz senden. (Bei einer gemeinsamen Aktion mit Russland wäre ja eine feindliche Haltung Serbiens kaum denkbar. Würde dies wider Erwartung doch eintreffen, so wäre das die von militärischer Seite so oft herbeigewünschte Gelegenheit einer gründlichen Abrechnung.) Es ist nicht denkbar, dass unsere Heeresleitung diese Aufgabe als militärisch unmöglich hinstellen könnte. Wäre dies der Fall, so bliebe uns nichts Anderes übrig, als auf den Wahn, eine Grossmacht zu sein, sofort zu verzichten und uns unter den Schutz der wirklichen Grossmächte zu stellen. Sind wir nicht im Stande mit Russland gegen die Türkei auftreten zu können, so fehlt jede reale Voraussetzung unserer activen Theilnahme an der europäischen Politik. Dann haben wir uns als den kränkeren Mann Europas selbst gestempelt. Um auf die, vom Chef des Generalstabes angeregte, gewiss nicht militärische sondern rein politische Frage einzugehen, inwiefern der Schutz Bulgariens gegen einen türkischen Angriff ein ernstes Lebensinteresse der Monarchie wäre, muss ich betonen, dass unsere Balkanpolitik seit 40 Jahren zielbewusst und consequent getrachtet hat, den Beweis zu führen, dass wir die wahren Beschützer der Unabhängigkeit und der freien Entwicklung der Balkanvölker sind. Wir thaten dies gewiss nicht aus Don Quichotterie, sondern aus richtiger staatsmännischer Einsicht unserer reellen Interessen, denn nur auf diesem Wege können wir der gegen uns gerichteten panslavistischen Propaganda erfolgreich die Stirn bieten. Jetzt, bei der veränderten Situation am Balkan, heisst es, die Consequenzen dieser Politik zu ziehen und den praktischen Beweis zu führen, dass wir die Absicht, die Willenskraft und die phisische Macht besitzen, unsere Freunde am Balkan zu beschützen. Nur auf diesem Wege können wir es verhüten, dass sich alle Balkanstaaten nolens-volens Russland in die Arme werfen; eine Entwicklung, welche nicht nur die Monarchie gefährden, sondern den Dreibund in dauernd bedrängte Lage der Entente gegenüber versetzen würde. Unsere Lahmlegung am Balkan ist also nicht nur nachtheilig für uns, sondern birgt schwere Gefahren für Deutschland in ihrem Schosse. Das jetzige Vorgehen Deutschlands in der Balkanpolitik ist also nicht nur von unserem Standpunkte misslich, sondern sie compromittirt die zukünftige Sicherheit des deutschen Reiches. Diesem ganz unhaltbar gewordenen Zustande muss baldigst abgeholfen werden. Es müsste unser Verzicht auf die Revision des Bukarester Friedens Deutschland gegenüber als ein Verdienst verwerthet und diese Gelegenheit zu einer gründlichen Aussprache benützt werden. Deutschland hat grosse Interessen in der Türkei, deren wir Rechnung tragen müssten, andererseits sind wir viel unmittelbarer am Balkan interessiert als Deutschland, können also die Berücksichtigung und loyale Unterstützung unserer dortigen Politik mit Recht von Deutschland erwarten. Wir müssen uns darüber verständigen, in wie weit die Türkei aus der jetzigen Situation Vortheile ziehen könne und ihr Deutschland zu Liebe Concessionen machen, Deutschland hingegen seinen Einfluss in Konstantinopel einsetzen, um die türkischen Wünsche auf dieses Maass herabzusetzen, hauptsächlich aber unsere Bestrebungen, eine Annäherung zwischen Rumänien und Bulgarien herbeizuführen, mit ganzer Kraft in Bukarest unterstützen. Es ist unser Lebensinteresse eine ständige Grupirung von Rumänien mit Serbien und Griechenland gegen

Bulgarien hintanzuhalten, und der Erfolg unserer diesbezüglichen Aktion hängt hauptsächlich von Deutschlands Haltung in Bukarest ab. Überhaupt sollte alles Mögliche versucht werden, um eine intime Cooperation mit Deutschland am Balkan herbeizuführen, denn die jetzigen Zustände führen über Kurz oder Lang zur Compromission, Niederlage und Auflösung des Dreibundes. Bei Gelegenheit des in unserer Berliner Botschaft eintretenden Wechsels sollten wir unsere beste Kraft dahin senden, andererseits Graf Berchtold möglichst regen persönlichen Verkehr mit den Leitern der deutschen Politik pflegen und nach Thunlichkeit das grosse persönliche Gewicht unseres Allerhöchsten Herrn in die Wagschale geworfen werden. Der deutsche Kaiser sollte aufgeklärt werden, dass temperamentvolle Trinksprüche und die Zusicherung seines Schwertes allerdings sehr werthvolle und von uns vollwerthig eingeschätzte Güter seien, jedoch ein harmonisches Zusammengehen im alltäglichen Wandel der auswärtigen Politik nicht ersetzen könnten. Tisza.

[a]) Vgl. n. 8498, 8521, 9482. — [b]) Vgl. n. 8343.

Nr. 8475. Tel. des Legationssekretärs Prinzen Emil Fürstenberg aus Athen, 26. Aug. 1913 Nr. 658 (eing. 27. Aug. 3 U. a. m.).[a]) Entziff.

Griechische Machinationen im Epirus. Bezug auf mein Telegramm Nr. 656 vom 25. d. M. Mein deutscher Kollege erhält soeben nachstehende Antwort aus Berlin: „Ersuche, auch fernerhin griechischer Regierung freundschaftlich von Widerstand gegen Beschlüsse der Grenzkommission abzuraten, da sonst Folgen unabsehbar." Emil Fürstenberg.

[a]) Vgl. n. 8514 Anm. a.

Nr. 8476. Bericht des Gesandten Ludwig Freiherrn von Flotow aus Berlin, 26. Aug. 1913 Nr. 27 A (eing. 28. Aug.).[a]) Ausfert.

Streng vertraulich. Herr von Jagow versichert mir, es vergehe kein Tag, an dem er nicht Freiherrn von Wangenheim die energischesten Vorstellungen bei der Pforte anbringen lasse wegen Zurückziehung der türkischen Truppen vom rechten Maritza-Ufer. In gleicher eindringlicher Weise spreche er sich hier dem türkischen Botschafter gegenüber aus. Trotz aller Versicherungen des Grossveziers und Izzet Paschas, von denen der deutsche Botschafter in Konstantinopel zu melden wisse, sei die Situation ganz unklar. Die Türkei wolle mit Bulgarien direkt verhandeln, dies scheine auch ihm, dem Staatssekretär, der richtigste Weg. Wie Herr von Below aber heute aus Sofia telegraphiere, hätte die bulgarische Regierung beschlossen, ihre Truppen bis hinter die alte bulgarische Grenze zurückzuziehen und den Grossmächten die Sorge zu überlassen, die Stipulationen des Londoner Friedens zur Ausführung zu bringen. Herr von Jagow sieht hierin einen geschickten, aber für Bulgarien selbst sehr gefährlichen Schachzug der Sofioter Regierung. Die Grossmächte hätten zwar als Schiedsrichter die bulgarisch-türkische Grenze festgesetzt, sich aber keinesfalls verpflichtet, manu militari für deren Einhaltung einzutreten. Der Friede sei nie ratifiziert worden und juristisch scheine ihm die Position der Türkei die stärkere,

da tatsächlich die Bulgaren es waren, die die Stipulationen des Friedens nicht durchführten, indem sie Rodosto und so weiter besetzt hielten. Die Nachricht, dass die Türken Gümülgina besetzt hätten, scheine ihm von bulgarischer Seite nur lanciert zu werden, um den Entschluss der Sofioter Regierung zu rechtfertigen. Der Grossvezier hätte sämtlichen Botschaftern mündlich und schriftlich die Erklärung abgegeben, dass die Türken diesen Ort nicht besetzt hätten. Die Kontrolle dieser Erklärung, die dadurch möglich gewesen wäre, wenn die fremden Militärattachés die bulgarischen Truppen auf ihrem Einmarsch in die von den Griechen vertragsmässig geräumten Gebiete begleitet hätten, käme nun in Wegfall. Es sei zu befürchten, dass nun in den von allen Truppen entblössten Ortschaften (die Griechen räumen dieselben bekanntlich am 28. d. Mts.) wieder Massacres angerichtet werden. Der türkische Botschafter hätte ihm mitgeteilt, die Mohamedaner, denen jegliche Waffe abgenommen wurde, hätten sich bereits um Waffen zur Selbstverteidigung nach Konstantinopel gewandt. Herr von Jagow, dem ich auftragsgemäss vom Inhalte Euer Exzellenz hohen Telegramms Nr. 594*b)* vom 25. d. M. Kenntnis gab, wiederholte mir die bekannten Gründe, die ihn bestimmten, an einer Kollektivdémarche in Konstantinopel nicht teilzunehmen. Baron Wangenheim hätte — so fügte der Staatssekretär hinzu — vor einigen Tagen die Ansicht geäussert, der in Aussicht genommene Kollektivschritt würde dem Grossvezier gelegen kommen. Daraufhin hätte er — Jagow — den Botschafter umgehend aufgefordert, bekanntzugeben, auf welche Momente sich dieser Eindruck stütze. Die Antwort sei sehr vague ausgefallen und wäre einer Begründung der ursprünglich geäusserten Ansicht eher ausgewichen. Dem ihm durch den russischen Geschäftsträger vorgebrachten Wunsche der Petersburger Regierung, von der Pforte eine klare und bestimmte Auskunft über die Stellung der türkischen Armee in Thrazien zu verlangen und den Begriff „strategisch wichtige Punkte" näher zu umschreiben, hätte er sofort entsprochen. Der Staatssekretär sagte mir, für die deutsche Regierung handle es sich gegenwärtig nur darum, wie man die Türkei dazu bringen könne, ihre Truppen vom rechten Maritza-Ufer zurückzuziehen, die Frage Adrianopels lasse er unerörtert, sie sei auch russischerseits in der letzten Zeit nur sehr vorsichtig berührt worden. Dass die Türkei die selten günstige Gelegenheit ergriffen habe, sich wieder in den Besitz von Adrianopel zu setzen, sei menschlich wohl erklärlich. Die deutsche Regierung habe aber die Pforte seinerzeit eindringlich davor gewarnt. Er halte die Wiederbesetzung Adrianopels durch die Türkei für einen Fehler; die Türkei hätte sich auf Kleinasien zurückziehen und versuchen sollen, sich dort zu konsolidieren. Nun müsse sie ein grosses schlagfertiges Heer in Europa halten und jeden Tag gewärtig sein, in die Händel der Balkanstaaten hineingezogen zu werden, sehr zum Nachteil der grossen wirtschaftlichen und administrativen Aufgaben, die ihrer in Asien harren. Von der Wirkung des finanziellen Boykotts scheint man sich hier nicht viel zu versprechen. Herr von Jagow erzählt mir, er habe dem russischen Geschäftsträger, als er mit Insistenz auf diesen Punkt zurückkam, offen erklärt, mehr als er bereits versprochen, sei er faktisch nicht in der Lage zu tun. Der russischen Regierung, so habe er

meinem russischen Kollegen scherzweise vorgehalten, sei die Partie recht leicht gemacht, nachdem Russland keine finanziellen Interessen in der Türkei habe; das Petersburger Kabinett möge doch die französische Regierung zu einer Initiative überreden, dann könnte die ganze Frage ein anderes Bild bekommen. Wenn auch nach Ansicht Herrn von Jagows die Gefahr einer russischen Sonderaktion sehr geschwunden ist, ja nach seiner innersten Überzeugung nicht besteht, so wäre es doch, wie er meint, ein Fehler, sie aus jedem Calcul einfach auszuscheiden. Retrospektiv die Frage behandelnd, führte der Staatssekretär aus, es hätte einen Moment den Anschein gehabt, als würde Russland in Trapezunt landen wollen; man sei sich aber in Petersburg doch noch rechtzeitig klar darüber geworden, welches Risiko ein solches Unternehmen für Russland bedeutet hätte, das dadurch einen in seinen Folgen unberechenbaren Gegensatz zu Deutschland, England und Frankreich heraufbeschworen hätte. Deutscherseits seien zu jener Zeit sehr ernste Vorstellungen in Petersburg erhoben worden, die allem Anschein nach nicht ohne Nachwirkung geblieben seien. Herr Sazonow hätte damals zugesichert, dass, wenn er sich zu einer Aktion entschliessen würde, er es vorher anzeigen und er im vorhinein die Erklärung abgeben würde, dass Russland die besetzten Gebiete unbedingt wieder herausgeben würde. Seither scheine aber der Einfluss Herrn Kokowzeffs wieder durchgedrungen zu sein, der Russlands uferlose Expansionspolitik bekämpfend das Heil des Reiches in einer inneren Konsolidierung und Konzentrierung der Kräfte erblicke und daher ebensowenig von Mobilisierung wie von Krieg hören wolle. Tatsächlich habe Russland auch in der Adrianopelfrage bereits viel Wasser in seinen Wein geschüttet und die Perspektive auf eine mögliche kriegerische Aktion, die neulich Herr Sazonow dem Grafen Pourtalès wieder eröffnete (siehe mein Telegramm Nr. 384 vom 23. d. Mts.), sei recht farblos und blass ausgefallen. Herr von Jagow findet, die Behandlung dieser Frage durch Russland weise auf eine arge Ohnmacht hin. Russlands Einfluss auf den Balkan sei ohnehin schon sehr geschwächt. Man könne ruhig konstatieren, dass die Triple-Entente in der Balkankrise bisher schlecht abgeschnitten habe. Flotow.

[a]) Vgl. n. 8500. — [b]) Mit Tel. Nr. 594, 25. Aug. 1913 (chiffr. 10 U. p. m.) wurde n. 8470 nach Berlin mit dem Beifügen mitgeteilt, daß russischer Geschäftsträger in Wien analogen Schritt gemacht habe.

Nr. 8477. Bericht des Gesandten Ludwig Freiherrn von Flotow aus Berlin, 26. Aug. 1913 Nr. 27 B (eing. 28. Aug.). Ausfert.

Streng vertraulich. Der Staatssekretär erwähnte mir heute, Euer Excellenz hätten Herrn von Tschirschky gegenüber das Gespräch des deutschen Gesandten in Athen mit Herrn Venizelos berührt, von dem das mir gütigst übersandte hohe Telegramm Nr. 590 vom 22. d. M. handelt. Herr von Jagow bittet Euer Excellenz, Sich versichert zu halten, dass er in der eindringlichsten Weise bei der griechischen Regierung darauf hingewiesen habe, dass sie sich durch ein entsprechendes Verhalten bei der Räumung des Albanien zugesprochenen Gebietes das Wohlwollen der k. u. k. Regierung erringen sollte. Aus dem, dem Herrn Botschafter durch

Herrn von Treutler in Homburg vorgelesenen Erlasse Kaiser Wilhelms[a] gehe schon hervor, dass die deutsche Regierung für eine Erweiterung des Besitzes Griechenlands am ägäischen Meere gerade aus dem Grunde eingetreten sei, um die Realisierung der Wünsche Österreich-Ungarns und Italiens in Bezug auf die Südgrenze Albaniens durchzusetzen. Der deutschen Regierung liege daher eine glatte Abwicklung dieser Angelegenheit sehr am Herzen. Ebenso habe er sich in Athen in sehr nachdrücklicher Weise dahin vernehmen lassen, die griechische Regierung möge das Wiener Cabinet in offener Aussprache über seine jeweiligen Verabredungen mit Serbien in Kenntnis setzen. Er brauche wohl kaum hervorzuheben, welch grosses Interesse auch die deutsche Regierung daran habe. Flotow.

[a] Vgl. n. 8419.

Nr. 8478. Bericht des Gesandten Ludwig Freiherrn von Flotow aus Berlin, 26. Aug. 1913 Nr. 27 C (eing. 28. Aug.). Ausfert.

Streng vertraulich. Gelegentlich einer Unterredung, die ich unlängst mit dem türkischen Botschafter hatte, entwickelte er mir seine Ansichten über die Politik, die Bulgarien der Türkei gegenüber einschlagen sollte. Treuherzig meinte er, wenn die Bulgaren nicht alle „Danews" wären, so müssten sie erkennen, dass die Lösung der Adrianopelfrage als Ausgangspunkt für die Gestaltung eines innigen politischen Verhältnisses Bulgariens zur Türkei ein Gebot grösster Staatsklugheit wäre. Die Zukunft Bulgariens liege nicht in der Bekriegung der Türkei, sondern in der Wiedereroberung Kavallas und Monastirs. Eine verständige bulgarische Politik würde also vor Allem eine Aussöhnung mit der Türkei anstreben. Denn auch für die Türkei werde sich Griechenland als der am meisten zu fürchtende Gegner entwickeln. Die Dreadnoughts, die Griechenland baue, liessen die Türkei nicht ohne Sorge. Durch den griechischen ökumenischen Patriarchen in Constantinopel werde sich Griechenland eine Art Protectorrolle über die Griechen in der asiatischen Türkei vindicieren, und die zahlreichen Griechen an der kleinasiatischen Küste würden ebensoviele Emissäre der Propaganda für Gross-Griechenland sein. Es liege daher nahe, dass die Türkei Kavalla lieber in den Händen der Bulgaren als der Griechen sehen würde. Mahmud Mukhtar Pascha ist der Meinung, dass der Friede zwischen den Balkanstaaten nicht lange andauern könne. Wenn Bulgarien sich Macedonien retten wolle, müsse es spätestens in 4—5 Jahren darum Krieg führen. In 10 Jahren würde es in Macedonien keine Bulgaren mehr geben! Die Einen würden auswandern, die Andern den Übertritt zum Patriarchat vollziehen. Den bulgarischen Banden gegenüber würden die Griechen ein System anwenden, das anzuwenden den Türken mit Rücksicht auf die Mächte versagt war. Sie würden jene Dörfer, in denen die bulgarischen Banden Zuflucht fänden, einfach vernichten! Wie ich gesprächsweise feststellen konnte, hat sich der türkische Botschafter dem Staatssekretär gegenüber im gleichen Sinne ausgesprochen. Herr von Jagow meinte mir gegenüber, die politischen Ansichten des Botschafters hätten für ihn nicht viel Überzeugendes. Er könne sich ebensogut ein türkisches Interesse vorstellen, welches den Anschluss Griechenlands an die Türkei verfolge. Flotow.

Nr. 8479. Privatschreiben des Gesandten Ludwig Freiherrn von Flotow aus Berlin, 26. Aug. 1913 Nr. 2 (eing. 28. Aug.). Ausfert.

Streng vertraulich. Die Haltung der deutschen Regierung in der Adrianopel-Frage wird ganz klar, wenn man die Direktive kennt, die Seine Majestät Kaiser Wilhelm diesbezüglich dem Auswärtigen Amt gegeben hat. Aus ganz sicherer Quelle ist sie mir bekannt geworden, und erlaube ich mir, die darin aufgeführten Gesichtspunkte mit der ergebensten Bitte um strenge Geheimhaltung im Nachstehenden — aus dem Gedächtnisse — wiederzugeben: „Wir haben der Pforte den Rat gegeben, von Adrianopel zu lassen. Wenn die Türkei glaubt, dass sie es nicht tun kann, so möge sie darüber entscheiden. Wir haben keinen Grund, die Moslems zu etwas zwingen zu wollen, was ihnen gegen ihre Interessen zu gehen scheint. Es steht Mir auch nicht an, Mich noch einmal dem auszusetzen, dass Mein Rat in Konstantinopel in die Winde geschlagen wird. Ich glaube, die Türkei wird sich schliesslich mit Bulgarien direkt verständigen. Wenn man annimmt, durch eine Entziehung finanzieller Unterstützung auf die Türkei einwirken zu können, so bin Ich bereit mitzutun, sobald Frankreich den Anfang macht." Diese Art kaiserlicher Kundgebungen an einzelne Ressorts ist hier nicht neu. Ich glaube aber nicht, dass in den letzten Jahren je Seine Majestät so direkt auf die Leitung der äusseren Politik Einfluss genommen hat. Der Erlass an das Auswärtige Amt, von dem das Telegramm des Herrn Botschafters aus Homburg Nr. 3[a]) handelte, war von Kaiser Wilhelm dem Gesandten von Treutler diktiert, kam chiffriert an das Auswärtige Amt und wurde hier am 17. August dem auf der Durchreise nach Homburg befindlichen Reichskanzler vorgelegt. Dieser Vorgang wirft ein kräftiges Schlaglicht auf die hiesige Situation. Der Dirigent der politischen Abteilung im Auswärtigen Amt, Gesandter von Stumm, erzählte mir unlängst, Herr Sazonow habe dem Grafen Pourtalès gegenüber erwähnt, der russische Botschafter in Wien hätte während der letzten Krise vollkommen versagt und es würde Herrn von Giers in Herrn Schebeko einen Nachfolger gegeben. Herr von Stumm äusserte hiebei mir gegenüber seine Verwunderung über diese Wahl, indem er hinzufügte, Herr Schebeko hätte hier als russischer Geschäftsträger durchaus nicht den Eindruck eines sehr fähigen Diplomaten gemacht und das Lob seiner eigenen Kollegen hätte darin gegipfelt, dass er ein sehr tüchtiger Kanzleileiter sei! Flotow.

[a]) Vom 19. Aug. = n. 8419.

Nr. 8480. Privatschreiben des Legationsrates Franz Freiherrn von Haymerle aus Bukarest-Sinaia, 26. Aug. 1913. Ausfert.

Geheim. In der letzten Zeit verdichtet sich das Gerücht immer mehr, dass Seine Königliche Hoheit Prinz Carol von Rumänien eine Tochter Seiner Majestät des Czaren heiraten werde. Wirklich Positives konnte ich darüber bisher noch nicht in Erfahrung bringen. Es scheint aber ziemlich sicher zu sein, dass Großfürst Nikolai Mihailowitsch bei Höchstdessen Besuch in Bukarest anläßlich der Überreichung des russischen Marschallstabes an Seine Majestät den König bereits beim hiesigen Hofe dieses Heirats-

projekt angeregt hat und Ihre Majestäten und das kronprinzliche Paar im Namen Seiner Majestät des Czaren für diesen Herbst nach Livadia eingeladen hat. ... *Privates* ... Was das eingangserwähnte Hohe Heiratsprojekt betrifft, so soll Seine Majestät der König und besonders Ihre Majestät die Königin eher dagegen eingenommen sein und eine westeuropäische Prinzessin vorziehen. Jedenfalls soll Seine Majestät aber nicht wünschen, dass dasselbe sich so schnell realisiere, wie Ihre königliche Hoheit die Kronprinzessin es zu wünschen scheint; es soll dabei bei Seiner Majestät dem König besonders das Bedenken obwalten, im Falle dieser Heirat mit einer Tochter Seiner Majestät des Czaren nicht noch länger vor Russland die engen Bande geheimhalten zu können, die Rumänien an den Dreibund knüpfen, und wie Euer Excellenz aus der hieramtlichen Berichterstattung bekannt, sträubt Sich Seine Majestät auf das Energischeste dagegen, dass dieses Bündnis auch in dem anderen Lager bekannt werde. Wenn ich aber auch leider bisher nicht in der Lage war, Positives über das rumänisch-russische Heiratsprojekt in Erfahrung zu bringen, so dürfte aus dem Vorgeschilderten doch hervorgehen, dass dasselbe nicht nur ein leeres Zeitungsgerücht, ja dass dasselbe sogar schon ziemlich weit aus dem Rahmen des einfach möglichen herausgetreten ist. Der königlich rumänische Minister des Innern hat übrigens schon vor einigen Monaten behauptet, dass die Heirat des einstigen Königs von Rumänien mit einer Czarentochter eine ausgemachte Sache sei; doch liebt Herr Take Jonescu durch Erzählung innerer Hofangelegenheiten, eine Intimität mit dem königlichen Hofe zu markieren, die er vielleicht nicht ganz in diesem Maaße besitzt. Wie weit eine solche Heirat des zukünftigen Königs von Rumänien mit einer Tochter Seiner Majestät des Czaren unser Verhältnis zu Rumänien beeinflussen würde, wage ich nicht zu beurteilen, auf eine aktive Hilfe Rumäniens im Falle eines kriegerischen Konfliktes mit Russland dürften wir aber dann wohl kaum mehr rechnen können. Haymerle.

Nr. 8481. Bericht aus Cetinje, 26. Aug. 1913 Nr. 79 (eing. 30. Aug.).[a] Ausfert.

Geheim. Bald nach meiner Rückkehr auf meinen Posten erhielt ich den Besuch des Hofmarschall Gregović, welcher im eingestandenen Auftrage des Königs kam, um mich über die erhaltenen Instruktionen und die von der Monarchie gegenüber Montenegro einzunehmende Haltung auszuforschen. Mein Mitredner frug mich, wie ich die politische Situation in Montenegro gefunden. Ich erwiderte: Ungünstig und für die nächste Zukunft nicht unbedenklich. Russland ist heute ein Feind, oder zum wenigsten nicht freundlich, und Österreich-Ungarn hat die montenegrinische Politik und Unverlässlichkeit in eine abwartende Haltung gedrängt, die Finanznot ist aufs äusserste gewachsen, — die nächsten Tage werden die Verhandlungen mit Serbien bringen, in welchen mir manche Gefahr für die wirtschaftliche und politische Selbständigkeit Montenegros verborgen scheint. Herr Gregović bestätigte, dass ich die Situation richtig beurteile, — die Lage sei aber nach seiner Auffassung noch schlechter, die serbische Gefahr imminent und der König, von Russland und Österreich-Ungarn

verlassen, könne gezwungen werden, sich entweder Serbien bedingungslos auszuliefern, oder das Feld zu räumen. Er werde gewiss kämpfen, doch fehle ihm die Unterstützung der Regierung und des Landes, er sei auch nicht mehr im Besitze der einstigen Willenskraft und habe vor den kommenden Ereignissen und Serbien Angst. Ohne Unterstützung Österreich-Ungarns werde er die Partie verlieren. Obwohl die Äusserungen Gregović' nach meiner Kenntnis der Wahrheit ziemlich nahe kommen, blieb ich kühl, da die Tendenz zu durchsichtig war. Mein Mitredner wurde darauf wärmer und präziser und meinte, ein enger Anschluss Montenegros an Österreich-Ungarn sei der einzige Ausweg aus der Krise. Es läge im Interesse der Monarchie, die Selbständigkeit Montenegros zu schützen. Ich gab dies ohneweiters zu, aber auch Herrn Gregović zu bedenken, dass die montenegrinische Politik schon zu oft ihre Direktion gewechselt habe, um unsererseits auf Vertrauen rechnen zu können, und dass die Haltung des Königs und seiner Regierung, die im abgelaufenen Jahre Österreich-Ungarn zu Rüstungen gezwungen habe, um seine vitalen Interessen zu schützen, noch in zu frischer Erinnerung sei. Die Lage sei noch immer nicht ganz geklärt und die k. u. k. Regierung habe während der langen Dauer der Krise erstaunliche Mässigung und Wohlwollen gezeigt, sie warte noch immer, dass dasselbe von Montenegro durch spontanes Entgegenkommen und sichtbare Zeichen des guten Willens erwidert werde. Den Moment zu wählen, ob, wann und in welcher Weise Österreich-Ungarn für Montenegro eintreten würde, möge man beruhigt der Entschliessung der k. u. k. Regierung überlassen. Sehr enttäuscht schien Herr Gregović, als ich ihm erklärte, dass ich und meine Kollegen noch keine Weisung hätten, der montenegrinischen Regierung das mehrbesprochene Anlehen anzubieten, und frug mich dann ziemlich unvermittelt, was die Monarchie Montenegro versprechen könnte, wenn dieses durch die Tat seinen Anschluss an Österreich-Ungarn und seinen Entschluss, mit demselben in den freundschaftlichsten Beziehungen zu leben, manifestieren würde. Der Hofmarschall erklärte diese Äusserung mit dem Hinweis auf eine uns günstige Regelung der schwebenden Fragen, vor allem der Angelegenheit des Dampfers „Liqeni". Ich erwiderte, dass eine solche Entscheidung, wenn sie auch sehr verspätet komme, in Wien gewiss guten Eindruck machen und das Eintreten in freundschaftlichere Beziehungen erleichtern würde. Darüber hinaus könnte ich aber kein Versprechen geben und nur nochmals wiederholen, dass die österreichisch-ungarische Politik auch bisher von Wohlwollen für die Balkanstaaten und, speziell in den letzten Jahren, von weitgehendem Entgegenkommen für Montenegro inspiriert war. Mein Mitredner bat sodann direkte um die Unterstützung der k. u. k. Regierung in der Frage der Grenzrektifikation an der nordalbanischen Grenze bezüglich eines Terrainaustausches im Gebiete der Stämme Klementi und Hoti, um eine Strasse von Gusinje nach Podgorica führen zu können, und frug, ob eine Grenzregulierung, welche den Tarabosch und das rechte Bojanaufer an Montenegro zediere, ganz ausgeschlossen sei. Ich entgegnete, dass von den Wünschen Montenegros bezüglich der Rektifikation am Zem-Flusse die k. u. k. Regierung bereits durch den Geschäftsträger informiert sei, — betreffs einer so einschneidenden Korrektur, wie es die an der Bojana

und am Tarabosch wäre, schiene mir aber jede Anregung nutzlos, da die Akten darüber längst geschlossen seien und man auf festgelegte Beschlüsse umsoweniger zurückkommen könne, da, wie übrigens auch in Bezug auf die Delimitation am Zem, nicht nur Österreich-Ungarn und die Grossmächte, sondern auch Albanien mitzureden hätten. Meiner Ansicht nach sollte Montenegro diesbezügliche Illusionen für immer aufgeben. Herr Gregović sprach mir sein Bedauern aus, dass in diesen Fragen Montenegro so geringe Aussichten auf ein Reussieren habe, betonte nochmals die Absicht des Königs, die Beziehungen zur Monarchie herzlicher zu gestalten und bat um das Wohlwollen der k. u. k. Regierung in den Krisen, die sich in der Zukunft ergeben könnten. Er erwähnte, dass der König die Intentionen der gegenwärtigen Regierung kenne und derselben weder Vertrauen noch Sympathie entgegenbringe. Meine Antwort war natürlich die, dass es an dem Könige sei, jene Männer zu wählen, welche getreue Interpreten seiner Absichten und Politik wären. Ich könne ihm natürlich nicht verhehlen, dass die Wahl der beiden letzten Kabinette nicht darnach war, um in Wien Vertrauen zu erwecken. Ich habe den bestimmten Eindruck, dass der Besuch des Herrn Gregović nur der Beginn einer Reihe von Versuchen war, das Wohlwollen der Monarchie wieder zu gewinnen, — vorläufig wohl aus ausgesprochen egoistischen Gründen, und nur der Not geho chend und nicht dem eigenen Triebe — in erster Linie, um womöglich noch eine günstigere Grenze zu erhalten und baldmöglichst in die Verfügung über die Anleihe zu gelangen. In diesen beiden Fragen sucht Montenegro seinen Vorteil sicherzustellen, vorläufig ohne eine Garantie dafür zu bieten, dass es die für die Monarchie weit wichtigere Angelegenheit seines Verhältnisses zu Serbien nicht nur im eigensten Interesse seiner Unabhängigkeit, sondern auch mit Rücksichtnahme auf die bekannten Postulate der österreichisch-ungarischen Politik, welche mit jenen der montenegrinischen Dynastie und Selbständigkeit parallel laufen, lösen wird. Die gegenwärtige Regierung sucht nur die Gunst des grossen Nachbars, um dessen Einsprache gegen die Überlassung der Bojana zu beseitigen, scheint aber bereit, die Dynastie und Selbständigkeit Montenegros der Union mit Serbien zu opfern. Diesen Tendenzen gegenüber scheint auch in der nahen Zukunft Misstrauen und eine abwartende Haltung am Platze und dies wenigstens so lange, ehe nicht unzweifelhaft feststeht, dass unsere Interessen, welche ein freies, wirtschaftlich und politisch unabhängiges Montenegro erheischen, durch Abmachungen gekreuzt werden, deren Tragweite sich erst fühlbar machen könnten, wenn es zur Einsprache schon zu spät wäre. Giesl.

[a]) Vgl. n. 8468, 8560.

Nr. 8482. Tel. aus Konstantinopel-Jeniköj, 26. Aug. 1913 Nr. 405 recte 441 (eing. 10 U. p. m.).[a]) Entziff.

Herr Natschowitsch, den ich heute zufällig wieder begegnete, sagt mir, die türkischen Staatsmänner zeigten sich ihm gegenüber nach wie vor entgegenkommend und hätten geäußert, die türkische Regierung wolle noch einige Tage zuwarten. Pallavicini.

[a]) Vgl. n. 8466.

Nr. 8483. Tel. aus Sofia, 26. Aug. 1913 Nr. 1031 (eing. 27. Aug. 1 U. a. m.).[a] Entziff.

Hatte soeben lange Unterredung mit Minister des Äussern über türkische Frage, der mir sagte, russischer Gesandter habe ihm heute Telegramm Herrn Sazonows vorgelesen, worin direkte Verhandlungen Bulgariens mit Türkei, in welchen Russland Bulgarien unterstützen würde, als beste Lösung bezeichnet worden sei, da wirksame Durchführung finanziellen Boykotts unsicher und Russland sonst keine anderen Mittel anwenden könnte als diplomatische. Im selben Sinne hätte sich auch Herr Sazonow laut Meldung bulgarischen Gesandten in Petersburg zum letzteren ausgesprochen. Herr Ghenadiew meinte, dass Russland Schicksal Bulgariens gleichgiltig und es, von der türkischen Frage gelangweilt, dieselbe auf Kosten Bulgariens raschest gelöst sehen möchte. Mitredner hätte russischem Gesandten dasselbe geantwortet, was er laut meines Telegrammes Nr. 1029 von heute nachts mir gestern abends gesagt, wobei er betont habe, dass sich Bulgarien, welches jetzt keinen Krieg führen könne, Türkei, welche kriegsbereit, direkt ausliefern würde, wenn bulgarische Regierung Standpunkt Londoner Friedens, an dem alle Mächte wenigstens theoretisch festhielten, verlassen und ohne Vermittlung der Mächte direkt mit Pforte verhandeln würde. Der einzige Trumpf, den Bulgarien im Spiel hätte, sei Umstand, dass Türkei mit Mächten zu rechnen habe, was Pforte zur Mäßigung in ihrer Haltung zwinge, und dies würde sich sofort ändern, wenn Bulgarien direkte Pourparlers annehmen würde. Herr Ghenadiew habe russischen Gesandten ersucht im obigen Sinne nach Petersburg zu berichten und darauf zu insistieren, dass Türkei veranlasst werde, rechtes Maritzaufer sofort gänzlich zu räumen. Ich informierte dann Mitredner vertraulich im Sinne Euer Exzellenz Telegramme Nr. 490[b] und 491[c] vom 26. d. M., woran sich längere unverbindliche Konversation knüpfte, im Laufe welcher Minister mir unter Siegel der Verschwiegenheit Intimstes seiner Gedanken bezüglich eventueller Lösung thrazischer Frage anvertraute, um meinen Rat fragte und Gegenstand mit mir vertrauensvoll diskutierte. Aus seinen Äußerungen ging unter anderem hervor, dass eine Beilegung des Streites mit Türkei in der Weise, dass Bulgarien auf Teil Thraziens verzichten sollte, Revision Bukarester Friedens im Sinne einer territorialen Kompensation für Bulgarien in Mazedonien involvieren würde, welche Lösung, die ich als wenig wahrscheinlich bezeichnete, bulgarischer Regierung willkommen wäre. Minister kam zu keiner endgiltigen Konklusion, sondern wollte Ministerrat konsultieren, wonach er mich heute abends besuchen werde. Er ersuchte, dass ich Euer Exzellenz vorläufig nur Bitte wiederhole, dass Türkei zur Räumung des rechten Maritzaufers veranlasst werde. Tarnowski.

[a] Vgl. n. 8484, 8485, 8489. — [b] Mit Tel. Nr. 490, 25. Aug. 1913 (chiffr. 9 U. 30 M. p. m.) wurde n. 8466 mit Korrekturen nach Sofia mitgeteilt. — [c] Mit Tel. Nr. 491, 25. Aug. 1913 (chiffr. 10 U. p. m.) wurde n. 8464 vom Anfang bis „nichts gesagt hätte" und n. 8465 auszugsweise nach Sofia mitgeteilt.

Nr. 8484. Tel. aus Sofia, 26. Aug. 1913 Nr. 1033 (eing. 27. Aug. 7 U. a. m.).[a] Entziff.

Im Verfolge meines Telegrammes Nr. 1031 vom 26. d. Mts. Minister des Äußern suchte mich abends auf und sagte mir, er komme aus dem

Ministerrate, der sich eingehend mit türkischer Frage beschäftigt hätte. Nach den Mitteilungen, die laut obzitierten Telegrammes russischer Gesandter dem Minister des Äussern gemacht und nach anderen Mitteilungen, die ihm über Haltung der Mächte zugegangen (mein Telegramm Nr. 1029 vom 26. d. Mts.), sei Ministerrat, da nunmehr von allen Seiten von unvermeidlicher Zession Adrianopels und direkter Verständigung mit Türkei gesprochen werde, zur Ansicht gelangt, Bulgarien sei von Mächten aufgegeben und der Türkei hilflos ausgeliefert und dies nicht nur in Adrianopler und in thrazischer Frage, sondern auch in jener der Räumung des rechten Maritza-Ufers. Regierung habe ein Telegramm eines Offiziers erhalten, der Renkontre mit Türken bei Kučuk-Kavak, über das bis jetzt nichts Näheres bekannt gewesen, mitgemacht; von dem bulgarischen Detachement seien von 360 Mann 215 und ein Offizier getötet oder gefangen und die übrigen lebendig verbrannt worden. So würde es auch geschehen, wenn die Bulgaren, solange die Türken rechtes Maritza-Ufer und namentlich Gegend von Kirdjali, durch die einziger Weg nach Süden führe, besetzt hielten, versuchen würden, die Bulgarien durch Bukarester Frieden zugesprochenen Territorien zu besetzen: Die paar Tausend bulgarischen Soldaten würden massakriert werden und außerdem würden — worauf russischer Gesandter heute Minister des Äußern offen aufmerksam gemacht hätte — Zusammenstöße von Türken benützt werden, Bulgarien Krieg zu erklären. Die Regierung sei daher, solange Türkei ihre Zusage, sich auf linkes Maritza-Ufer zurückzuziehen, — wobei bulgarische Regierung wegen unmittelbar am rechten Ufer gelegener strategischer Punkte nicht chikanieren wolle —, nicht erfülle, in absoluter Unmöglichkeit, die ihr in Bukarest zugesprochenen Gebiete in Besitz zu nehmen. Dies müsse — darüber sein kein Wort zu verlieren — Regierung vor dem Lande unmöglich machen; seitdem sie am Ruder, habe sie nicht einen einzigen Erfolg zu verzeichnen; werde ihr Besetzung der von Griechen zu räumenden Gebiete auch noch unmöglich gemacht, so müsse sie in ihrer kompleten Impotenz Demission geben. Denn dann wäre sie schutzlos Angriffen ihrer Gegner ausgesetzt, die behaupten würden, daß, falls keine austrophile Regierung am Ruder, die nicht einmal bei Dreibund Hilfe gefunden, Russland andere Haltung gegen Türkei eingenommen hätte, was — fügte Minister hinzu — seiner Überzeugung nach, nicht wahr sei. Fortsetzung folgt. Tarnowski.

a) Vgl. n. 8485, 8486, 8489, 8491, 8492, 8506.

Nr. 8485. Tel. aus Sofia, 26. Aug. 1913 Nr. 1034 (eing. 27. Aug. 8 U. 45 M. a. m.).a) Entziff.

Fortsetzung des Telegrammes Nr. 1033. Auf meine Frage, ob Regierung, falls Türken rechtes Maritza-Ufer sofort räumen würden, bleiben wird, antwortete Minister, daß, wenn binnen wenigen Tagen Okkupation nicht durchführbar, Demission unvermeidlich, wenn aber Türken rechtes Maritza-Ufer sofort räumen und ruhige Besitzergreifung gesichert, Kabinett bleiben könne. Denn dann sei unter Voraussetzung, daß Bulgarien nicht türkischen Provokationen ausgesetzt, zur Regelung der Adrianopler und thrazischen Frage Zeit gewonnen. Lösung derselben stelle sich Minister

so vor, daß, da direkte Verhandlungen mit Türkei aus von ihm mir oft entwickelten Gründen (zuletzt mein Telegramm Nr. 1031 vom 26. d. Mts.) ausgeschlossen, Bulgarien von Europa oder einer oder mehreren befreundeten Mächten im Namen desselben mitgeteilt werde, ob und welche Opfer zur friedlichen Regelung türkischer Frage nötig. Opfer müssten dann Bulgarien von Mächten aufgezwungen werden und dieses durch Kompensationen, sei es am linken Maritza-Ufer bei Mündung, sei es in Mazedonien entschädigt werden. Kompensationen müßten von Maß der Opfer abhängen; sollte Europa Türkei schon von Mahmud Schefket Pascha verlangtes Maximum, nämlich Dreieck Midia—Adrianopel—Maritza zusprechen und Bulgarien keine Kompensationen geben, wäre dies für Regierung ein derartiger neuer Mißerfolg, daß sie sich dann schwerlich halten könnte. Auffassung des Kabinetts, daß es demissionieren muß, wenn nach allen erfahrenen Echecs auch nicht einmal Möglichkeit haben soll, in die in Bukarest Bulgarien zugesprochenen Gebiete zu gelangen, — welchen Fall ich in Beurteilung der Situation als undenkbar überhaupt gar nicht in Betracht ziehen konnte — ist so einleuchtend, daß dieser Standpunkt der Regierung nicht des geringsten Kommentars bedarf. Es würde sich in erster Linie bloß darum handeln, Türkei zu zwingen, ihre Europa formell abgegebene Erklärung, Maritza nicht zu überschreiten, einzuhalten. Wenn dies nicht geschieht, muß im Lande Popularität und Armee für sich habendes austrophiles Kabinett, das sich Fesselung Bulgariens an Monarchie zum Ziel genommen, vom Schauplatz verschwinden. Betrachtungen, die mir diese Gefahr aufdrängen, sind Euer Exzellenz aus meiner Berichterstattung nur zu bekannt. Eine energische Geste, die diese uns ergebene Regierung retten könnte, schwebt mir prinzipiell vor; ob eine solche möglich, geht über das mir zustehende Urteil hinaus. Tarnowski.

[a]) Vgl. n. 8489, 8490, 8491, 8492, 8506.

*Nr. **8486.** Tel. nach Berlin Nr. 602 (1), Rom Nr. 980 (2), Paris Nr. 418 (3), St. Petersburg Nr. 482 (4), London Nr. 692 (5), Konstantinopel Nr. 412 (6), Bukarest Nr. 420 (7) und Sofia Nr. 499 (8), 27. Aug. 1913 (chiffr. 11 U. 10 M. p. m.).[a]) Konz. (S. Schreibmaschine u. Berger; V. Nemes; G. Berchtold).*

1.—7. Graf Tarnowski telegraphiert unterm gestrigen: ... *wie n. 8484 auszugsweise* ...

1.—5. Euer etc. wollen vorstehende Meldung aus Sofia zur Kenntnis der dortigen Regierung bringen und beifügen, daß nach unserer Ansicht die Mächte, der Lage der bulgarischen Regierung und nicht zumindest dem Interesse des Friedens Rechnung tragend, das Zustandekommen eines vorläufigen modus vivendi zwischen Türkei und Bulgarien fördern sollten. Es käme hiebei darauf an, daß den Zusicherungen der Pforte gemäß das rechte Maritza-Ufer von den Türken geräumt, weitere Provokationen vermieden und den Bulgaren die rechtzeitige Besitzergreifung der von den Griechen geräumten Gebiete gesichert werde. Durch die Schaffung eines solchen modus vivendi würde für die spätere endgiltige Regelung der Adrianopler und thrazischen Frage Zeit gewonnen werden.

8. Ich teile Auszug aus Euer Hochgeboren Telegramm Nr. 1033 von gestern den k. u. k. Botschaften in Berlin, Rom, Paris, Petersburg und London mit und füge bei:

6.—7. Ich teile Vorstehendes den k. u. k. Botschaften in Berlin, Rom, Paris, Petersburg und London mit und füge bei:

6.—8. (Inseratur Telegramm sub 1. von „Euer Hochwohlgeboren wollen vorstehende Meldung" bis „Zeit gewonnen werden.")

6. u. 7. Vorstehendes zu Euer etc. streng vertraulicher Information

7. und Mittheilung an König Carol.

8. Fortsetzung folgt.

Berchtold.

a) Oe. U. Balkan 424 Nr. 841. Vgl. n. 8489, 8500.

Tel. nach Bukarest, 27. Aug. 1913 Nr. 420 (chiffr. 11 U. 10 M. p. m.). Siehe n. 8486.

Tel. nach Konstantinopel, 27. Aug. 1913 Nr. 410 (chiffr. 10 U. 30 M. p. m.). Siehe n. 8487.

Tel. nach Konstantinopel, 27. Aug. 1913 Nr. 412 (chiffr. 11 U. 10 M. p. m.). Siehe n. 8486.

Tel. nach London, 27. Aug. 1913 Nr. 692 (chiffr. 11 U. 10 M. p. m.). Siehe n. 8486.

Tel. nach Paris, 27. Aug. 1913 Nr. 418 (chiffr. 11 U. 10 M. p. m.). Siehe n. 8486.

Nr. 8487. Tel. nach Rom Nr. 976 (1), Konstantinopel Nr. 410 (2) und Sofia Nr. 501 (3), 27. Aug. 1913 (chiffr. 10 U. 30 M. p. m.).a) Konz. (S. Matscheko; G. Berchtold).

1.—3. Herzog Avarna hat mir heute auftraggemäß mitgeteilt, daß der italienische Botschafter in Konstantinopel folgendes gemeldet habe: Herr Natchovitch habe ihn aufgesucht und ihm erzählt, der türkische Handelsminister hätte ihn (Natchovitch) gefragt, ob Bulgarien die Vermittlung Italiens in der Kontroverse mit der Türkei annehmen würde, was Natchovitch bejahend beantwortet habe. Auf eine bezügliche Frage des bulgarischen Unterhändlers habe Marquis Garroni als persönliche Ansicht erwidert, Italien würde eine solche Vermittlung übernehmen, vorausgesetzt, daß die anderen Mächte sich damit einverstanden erklären und daß die vorangegangenen Diskussionen zwischen den beiden Streitteilen das Zustande kommen eines Akkords als gesichert erscheinen lassen. Die italienische Regierung werde sich nämlich einem Mißerfolg wol nicht aussetzen wollen. Herzog Avarna frug mich, wie ich mich zu einer solchen Aktion Italiens verhalten würde. Ich erwiderte, daß ich, wenn die anderen Kabinette zustimmen, gleichfalls keine Einwendung erheben würde, jedoch bezweifeln müsse, ob Bulgarien auf Grund des Verzichtes auf Adrianopel eine Vermittlung annehmen werde.

1. Vorstehendes zu Euer Exzellenz vertraulicher Information und Regelung Ihrer Sprache.

2. u. 3. Vorstehendes zu Euer etc. streng vertraulicher Information.

Berchtold.

a) Vgl. n. 8465, 8498, 8508, 8519.

Tel. nach Rom, 27. Aug. 1913 Nr. 980 (chiffr. 11 U. 10 M. p. m.). Siehe n. 8486.

Tel. nach St. Petersburg, 27. Aug. 1913 Nr. 482 (chiffr. 11 U. 10 M. p. m.). Siehe n. 8486.

Nr. 8488. Tel. des Vizekonsuls Walter von Mayrhauser aus Skutari, 27. Aug. 1913 Nr. 256 (eing. 28. Aug. 11 U. 50 M. a. m.). Entziff.

Zu Euer Exzellenz Telegramm Nr. 131[a]) vom 24. d. M. Admiralsrat hat in heutiger Sitzung Absendung folgender Depesche nach London beschlossen: „La commission internationale étant informée que les Serbes sont toujours a l'ouest du Drin noir décide que chacun des membres télégraphiera à son gouvernement pour demander que les Serbes se retirent de l'autre côté du Drin parceque dans leurs positions actuelles ils sont une menace constante pour les Albanais." Mayrhauser.

[a]) Mit Tel. Nr. 131, 24. Aug. 1913 (chiffr. 6 U. p. m.) wurde n. 8456 nach Skutari mitgeteilt.

Tel. nach Sofia, 27. Aug. 1913 Nr. 499 (chiffr. 11 U. 10 M. p. m.). Siehe n. 8486.

Nr. 8489. Tel. nach Sofia, 27. Aug. 1913 Nr. 500 (chiffr. 11 U. 50 M. p. m.).[a]) Konz. (S. Nemes; G. Berchtold).

Fortsetzung meines heutigen Telegrammes Nr. 499. Das in Euer Hochgeboren Telegrammen Nr. 1031, 1033 und 1034 vom 26. l. M. hervorgehobene Interesse Österreich-Ungarns an dem Verbleib des austrophilen bulgarischen Kabinettes ist tatsächlich vorhanden. Hiebei darf jedoch die Tatsache nicht übersehen werden, daß zur Zeit der bulgarischen Hoffnungen und Erfolge russophile Minister am Ruder waren, während erst mit Eintritt der Depression Herr Radoslawow zur Regierung kam. Alles, was wir gegenwärtig für Bulgarien tun (obiger Schritt bei den Mächten, Bemühungen um die Anleihe), muß im Lichte vorstehender Konsideration beurteilt werden. Das heißt, daß wir bemüht sind, den Wünschen des austrophilen Kabinettes tunlichst entgegenzukommen, um dessen Position zu stärken, daß wir uns aber mit dem unter so ungünstigen Bedingungen zur Regierung gelangten Ministerium nicht identificiren können. Ich nehme an, daß es Euer Hochgeboren bewährtem Geschicke gelingen wird, obige Momente in Ihren Unterredungen mit den bulgarischen Staatsmännern entsprechend durchblicken zu lassen. Berchtold.

[a]) Vgl. n. 8505.

Tel. nach Sofia, 27. Aug. 1913 Nr. 501 (chiffr. 10 U. 30 M. p. m.). Siehe n. 8487.

Nr. 8490. Tel. aus Sofia, 27. Aug. 1913 Nr. 1036 (eing. 28. Aug. 1 U. a. m.).[a]) Entziff.

Wenn Ereignisse, die ich, ohne von Unglaublichem zu phantasieren, nicht in Rechnung stellen durfte, eintreten, wird sich daraus auch Situation ergeben können oder müssen, die sonst unmöglich gewesen wäre. Wenn

gar keine ernste Hilfe kommt, sondern Bulgarien auf Gnade und Ungnade Türken ausgeliefert wird, so ist selbstredend Rückwirkung hierzulande unberechenbar und alle jene Folgen möglich, die ich unter Voraussetzung, daß wir dieses Kabinett halten würden, gar nicht in Betracht ziehen konnte. Regierung hat Anhang und Sympathien im Lande und Armee und hat mir noch gestern mittags Ministerpräsident in Anwesenheit mehrerer Minister von seiner auf gründliche Festigung Kabinetts abzielenden inneren Politik gesprochen, ohne an Demission im allerentferntesten zu denken. In äußerer Politik wäre bis jetzt von uns und Dreibund nicht verwöhnte Regierung mäßig und transigent in allem und jedem, wenn man ihr ihre Stellung nur halbwegs ermöglichen würde: jetzt Möglichkeit, von Griechen zu evakuierende Gebiete zu besetzen, und dann, falls Adrianopel türkisch sein muß, geringe Kompensation würden genügen. Wenn wir nicht helfen können und Entente erfährt, daß Chancen Demission austrophilen Kabinetts vorhanden, wird russischerseits gewiß nichts unterlassen werden, um durch entsprechende Haltung in türkischer Frage dieses zum Abgang zu zwingen. Daß dann mehr oder minder russophiles Kabinett kommen muß, ist selbstverständlich, da es außer der am Ruder befindlichen (und allenfalls Sozialisten) keine anderen als russophile Parteien im Lande gibt. In Russophilie Herrn Danews, Herrn Geschoffs oder Malinows gibt es nur Nuancen — mit keinem von ihnen ist uns Politik zu machen möglich. Wenn einmal Lage obgedachte Wendung nehmen wird, sind auch bezüglich weiterer Folgen alle Suppositionen gestattet. In dem heute absolut ruhigen Lande kann es, wenn zur Verzweiflung getrieben, auch zu Revolution und Kataklysmen kommen und wann degoutierter König Land verlassen wird und ob mit heiler Haut, ist unberechenbar. Bei Eintritt vorgeschilderter Voraussetzungen können sich weitestgehende Vermutungen meines italienischen Kollegen (mein Telegramm Nr. 1024 vom 25. d. M.) wie auch alles, was Herr Natschowitsch befürchtet (Euer Exzellenz Telegramm Nr. 492[b]) vom 27. d. M.), bewahrheiten. Tarnowski.

[a]) Vgl. n. 8485, 8491. — [b]) Mit Tel. Nr. 492, 26. Aug. 1913 (chiffr. 11 U. p. m.) wurde n. 8469 nach Sofia mitgeteilt.

*Nr. **8491.** Tel. aus Sofia, 27. Aug. 1913 Nr. 1038 (eing. 11 U. 30 M. p. m.). Entziff.*

Im Verfolge meiner Telegramme Nr. 1033, 1034 und 1036 von heute. Soeben Ministerpräsident gesprochen, der mir gestrigen Ministerratsbeschluss bestätigte, dass Regierung im Falle der Unmöglichkeit, Gebiet im Süden zu besetzen, demissionieren wird. Türken versperren einzigen Weg und zwar nicht mit Irregulären, sondern stünden in Gegend Kirdjali Nizams mit Artillerie, Ballonpark und so fort. Griechen hätten bereits mit Evakuation stellenweise angefangen, in zwei Tagen würden sie ganz räumen und Bulgarien könne Okkupation nicht durchführen; wahrscheinliche Folge davon Unruhen und türkische Besetzung auch Küstengebietes, so dass einziges Resultat Krieges und Bukarester Friedens für Bulgarien Verlust Dobrudscha. Lage sei absolut unhaltbar und, wenn binnen kürzester Zeit keine Abhilfe, müsse Regierung gehen. König, dem Beschluss Kabinetts heute nachts mitgeteilt worden, sei — meinte Ministerpräsident — sehr besorgt und mit

Recht, dass sich seine Lage durch Abgang dieser Regierung schwierig gestalten könnte. Wenn Land Echec sehr populären Kabinetts erfahren und alle Hoffnung aufgeben werde, könne es nach Demission auch zu inneren Unruhen kommen. Mitredner meinte wie ich, dass eventuelle Notwendigkeit Kabinetts zu demissionieren vor Ententemächten geheim gehalten werden sollte, da Russland sonst Regierung Fuss stellen werde. Tarnowski.

Nr. 8492. Tel. aus Sofia, 27. Aug. 1913 Nr. 1039 (eing. 28. Aug. 4 U. a. m.). Entziff.

Zu den laut Euer Exzellenz Telegrammes Nr. 492[a]) von heute durch Herrn Natschewitsch gemachten Äußerungen, insbesondere Hinweis, dass bulgarische Regierung Krieg mit Türkei nie ins Auge gefasst, sondern ganz ausschließe. Bulgarische Regierung würde verhandeln, nur glaubt sie, erstens aus bekannten Gründen keine direkten Pourparlers annehmen und zweitens mit Rücksicht auf ihre Stellung vor dem Land, auch keine Initiative zu indirekten Negoziationen ergreifen zu können. Wenn eine oder mehrere Mächte sich dazwischen stellen und im Namen Europas bulgarische Regierung auf Notwendigkeit Revision Londoner Vertrages aufmerksam machen und Mediation aufoktroyieren würden, wäre, wie aus Äußerungen Ministers des Äußern (meine heutigen Telegramme Nr. 1033 und 1034) erhellt, insoferne Bulgarien in Betracht kommt, Neigung zum Ausgleich vorhanden. Müsste Bulgarien auf Adrianopel und Thrazien ohne Kompensationen verzichten, schiene mir angezeigt, dass wir Vermittlerrolle nicht übernehmen; sollte es sich nur um Verlust Adrianopels mit schmalem Landstreifen handeln und eine, wenn auch geringe territoriale Kompensation zu erreichen sein, würde ich unsere Dazwischenkunft nicht perhorreszieren, wenn nur Bulgarien vorerst in Lage versetzt, von Gebiet westlich Maritza gleich Besitz zu ergreifen. Wenn nach zweiterwähntem Ausgleich in Konstantinopel Neigung zur Annäherung an Bulgarien vorhanden wäre, würde sie bei jetzigem Kabinett sympathisches Echo finden. Tarnowski.

[a]) Vgl. n. 8490 Anm. b.

Nr. 8493. Tel. aus Sofia, 27. Aug. 1913 Nr. 1043 (eing. 28. Aug. 11 U. 50 M. a. m.). Entziff.

In einer kürzlichen Unterredung mit Minister des Äußern erzählte er mir, Miljukoff hätte bulgarischem Gesandten in Petersburg gesagt, daß es Momente gegeben, wo Herr Sazonow an Koerzitivmaßregeln gegen Türkei, und zwar Besetzung Erzerums, gedacht, habe aber mit diesem Gedanken gegen Kokowzew, der über diplomatische Mittel nicht hinausgehen wollte, in Ministerrat nicht durchdringen können. Tarnowski.

Nr. 8494. Tel. aus Sofia, 27. Aug. 1913 Nr. 1044 (eing. 28. Aug. 11 U. 50 M. a. m.).[a]) Entziff.

Minister des Äussern las mir Telegramm Herrn Radeffs über Unterredung mit serbischem Gesandten in Bukarest vor, der gesagt hätte, dass zwischen Serbien und Bulgarien das Geschehene in vier oder fünf Jahren vergessen werden würde, da beide Interesse hätten, sich zu vereinigen, um

Griechen aus Mazedonien ...[b]) Minister des Äussern meinte, aus diesen Worten spräche Angst Serbiens vor Verständigung Bulgariens mit Rumänien.

Tarnowski.

[a]) Vgl. n. 8558. — [b]) Chiffre fehlt.

Nr. 8495. Vortrag an den Kaiser, 27. Aug. 1913 Nr. 514/C. d. M. Konz. (S. Hoyos; G. Berchtold) und Ausfert.

Ich nehme mir die ehrerbietigste Freiheit, Euer Majestät alleruntertänigst zu melden, daß der kaiserlich deutsche Botschafter am 25. August bei mir vorgesprochen[a]) und in „ganz privater Weise" auf den peinlichen Eindruck hingewiesen hat, den die Nachricht von der Nichtbeteiligung des Chefs des Generalstabes, Generals der Infanterie Freiherrn Conrad von Hötzendorf, an den deutschen Manövern in Berlin hervorgerufen habe. Herr von Tschirschky sprach sich dahin aus, unter den gegebenen Verhältnissen, wo die inneren und äußeren Feinde des Dreibundes einen Riß in demselben konstatieren und hieraus politisches Kapital zu schlagen suchten, wäre es höchst bedauerlich, wenn bloß der italienische Chef des Generalstabes als Ehrengast an den Manövern teilnehmen würde, umsomehr als dies den Anschein erwecken müßte, als würde von den höchsten militärischen Autoritäten der österreichisch-ungarischen Monarchie ein Zusammentreffen mit dem Vertreter der italienischen bewaffneten Macht gemieden werden.[1]) Der deutsche Botschafter bemerkte noch, daß seiner Ansicht nach auch Seine Majestät der deutsche Kaiser hiedurch auf das unangenehmste impressioniert werden würde. Ich habe dem Botschafter erwidert, daß die Absage des Freiherrn Conrad von Hötzendorf auf dienstliche Motive zurückzuführen sei, indem einerseits dessen Anwesenheit im Inlande zu jener Zeit wegen der Vorbereitung zu den böhmischen Manövern notwendig erscheine und andererseits die noch nicht geklärte Lage im nahen Oriente für den Augenblick eine meritorische Aussprache der beiderseitigen Generalstabschefs verfrüht erscheinen lasse. Seit dieser Unterredung ist mir das in der Anlage alleruntertänigst unterbreitete Schreiben des deutschen Botschafters[b]) zugekommen, in dem mir Herr von Tschirschky mitteilt, dass er im Höchsten Auftrage Seiner Majestät Kaiser Wilhelms eine erneuerte Einladung an den Chef des Generalstabes gerichtet habe, wenigstens bei der am 2. September in Berlin stattfindenden Herbstparade zu erscheinen. Der deutsche Botschafter macht in seinem Schreiben an mich noch den Vorschlag, daß, falls Baron Conrad am 2. September absolut nicht abkömmlich sein sollte, sich seine Anwesenheit bei den Manövern zwischen 8. und 10. September wenigstens auf einen Tag vielleicht doch noch ermöglichen ließe. Angesichts der besonderen Bedeutung, welche Seine Majestät der deutsche Kaiser sowie alle maßgebenden Kreise in Berlin einer Begegnung des Chefs des Generalstabes mit seinem deutschen und italienischen Kollegen beizumessen scheinen, befürchte ich, daß eine neuerliche Absage Baron Conrads auf die an ihn gerichtete zweite Einladung Seiner Majestät Kaiser Wilhelms von Höchstdemselben als eine persönliche Kränkung aufgefaßt werden und auf die Beziehungen der beiden Reiche ungünstig zurückwirken müßte. Es wäre bedauerlich, wenn das intime Verhältnis, welches sich in

den letzten Jahren zwischen dem österreichisch-ungarischen und deutschen Generalstabe herausgebildet hat, durch diesen Zwischenfall eine Trübung erfahren würde, zumal die deutsche Armee im Gegensatze zu gewissen politischen Kreisen in Deutschland für unsere spezifischen Interessen auf auswärtigem Gebiete lebhafte Sympathien bekundet. Angesichts der ungeklärten Verhältnisse am Balkan werden wir nach wie vor bei der Regelung der noch ungelösten Fragen auf die Unterstützung unserer Bundesgenossen angewiesen sein und ich muß daher vom Standpunkte meines Ressorts bestrebt sein, die Unstimmigkeiten, welche in der letzten Zeit wahrnehmbar waren, nach Tunlichkeit auszugleichen. Aus diesem Grunde würde ich es begrüßen, wenn General Conrad doch nach Berlin reisen könnte,[2)] da diese Gelegenheit dazu benützt werden könnte, um Seine Majestät den deutschen Kaiser eingehend über unsere Auffassung der politischen Lage am Balkan zu informieren und Höchstderselbe hiedurch möglicherweise veranlaßt werden könnte, Seine Politik im nahen Oriente in Hinkunft der unsrigen anzupassen. Ich wage es, Euer Majestät diese politischen Beweggründe, welche für die Annahme der Einladung des deutschen Kaisers durch den Chef des Generalstabes sprechen, alleruntertänigst zu unterbreiten und Euer Majestät zu bitten, Allerhöchstderen Entschließung dem General der Infanterie Freiherrn Conrad von Hötzendorf durch die Militärkanzlei Euer Majestät bekanntgeben und letztere Allergnädigst beauftragen zu wollen, mich von der gegenständlichen Allerhöchsten Entscheidung zu informieren.[c)] Berchtold.

Auf der vom Kaiser zurückgelangten Ausfertigung: [1)] Dem italienischen Botschafter Befriedigung zum Ausdrucke bringen über Begegnung! — [2)] Missverständnisse aufklären.

[a)] Ein Tagesbericht hierüber liegt nicht vor. — [b)] Vom 27. August 1913. Ausfert. Nicht aufgenommen, weil der wesentliche Inhalt oben wiedergegeben ist. — [c)] Vgl. Conrad III 430.

Nr. 8496. Tel. des Vizekonsuls Walter von Mayrhauser aus Skutari, 28. Aug. 1913 Nr. 259 (eing. 29. Aug. 11 U. a. m.).[a)] Entziff.

Admiralsrat hat Absendung folgender Depesche an die fünf Regierungen beschlossen: La commission internationale émet l'avis que, si une partie des territoires des Hoti et des Gruda est cédée au Monténégro, il y aura des combats sanglants et inutiles entre les deux peuples. Elle décide qu'il est indispensable d'exposer aux gouvernements de l'Europe la nécessité absolue de faire de nouveaux arrangements avec le Monténégro en ce qui concerne les territoires Hoti et Gruda. Si d'autre compensation territoriale ne peut pas être donnée au Monténégro, il y a lieu d'envisager un arrangement financier et de faire tout ce qui est possible pour garder la paix entre l'Albanie et le Monténégro. Mayrhauser.

[a)] Vgl. n. 8516.

Nr. 8497. Erlaß nach Sofia, 28. Aug. 1913 Nr. 4114. Konz. (S. Rappaport; G. Berchtold).

Vertraulich. Mittels des Telegrammes Nr. 1016 vom 23. d. M. hatten Euer Hochgeboren über Bitte einer mazedo-bulgarischen Deputation die

Frage aufgeworfen, wie wir uns zu den eventuellen Einbürgerungsansuchen von Mazedo-Bulgaren zu verhalten hätten. Wie Euer Hochgeboren aus dem abschriftlich anverwahrten Gutachten des hierortigen völker- und staatsrechtlichen Departements[a]) ersehen werden, hat die von Ihnen der Deputation ertheilte vorläufige Antwort, daß die Sache Ihnen nicht ganz einfach erscheine und man sich Illusionen hinsichtlich eines kapitulationsähnlichen Schutzes nicht hingeben solle, der Sachlage durchaus entsprochen. Ich stelle es Euer Hochgeboren Ermessen anheim, aus der Beilage jene Argumente, welche Ihnen hiezu geeignet erscheinen, zu verwerthen, um die Unthunlichkeit des in Rede stehenden Projektes darzutun, falls von mazedobulgarischer Seite auf dasselbe zurückgekommen werden sollte.

[a]) Beilage.

Beilage zu n. 8497. Äußerung des Departements 7, 25. Aug. 1913. Ausfert. (Zum Telegramm aus Sofia vom 23. Aug. 1913.)[a])

Soweit das Departement 7 orientiert ist, enthält der Londoner Präliminarfrieden im Artikel VII die Bestimmung: „Les questions concernant les ... nationalités ... seront réglées par des conventions spéciales", doch sind derartige Abkommen bisher nicht geschlossen worden und ist auch der Londoner Friede selbst nicht ratifiziert. Hieraus würde sich — vorausgesetzt, daß obige Daten stimmen — ergeben, daß die ottomanischen Einwohner der von der Türkei den Balkanstaaten abgetretenen Gebiete auch heute noch türkische Untertanen sind, daß über ihre künftige Staatsbürgerschaft nichts vereinbart ist und daß theoretisch ihre Einbürgerung in Österreich oder Ungarn unter jenen erleichterten Bedingungen möglich wäre, welche bei der Naturalisierung der Saloniker Kaufleute ottomanischer Nationalität beobachtet wurden, und daß diese Möglichkeit so lange bestünde, bis es zur Ratifizierung des Londoner Friedens, beziehungsweise des dort vorgesehenen Spezialabkommens über die Staatsbürgerschaftsfrage kommt. Hiezu kommt aber folgendes zu bemerken: a) Die besprochene Einbürgerungsaktion der Saloniker Kaufleute begegnet immerhin gewissen juristischen Bedenken, da die Naturalisierungen ohne Entlassung aus dem ottomanischen Staatsverbande erfolgten, daher vom ottomanischen Rechte aus gesehen, ungiltig sind. Unter Verwertung dieser Situation könnten die seinerzeitigen Rechtsnachfolger der Türkei in den abgetretenen Territorien diese Einbürgerungen allerdings anfechten. b) Dieses Bedenken konnte aber immerhin zurückgestellt werden, da es sich um unpolitische, bloß kommerzielle Motive bei diesen Einbürgerungen handelte und deshalb nicht anzunehmen war, daß sich aus dieser Aktion eine größere Kontroverse ergeben würde. Trotzdem wurde aber mit dem Abschlusse des Bukarester Friedens diese Einbürgerungsaktion eingestellt, da von dem Momente der Aufteilung des abgetretenen Gebietes unter den Balkanstaaten die rechtliche Situation in dieser Frage für uns wesentlich ungünstiger geworden war, indem speziell unsere „bona fides" hinsichtlich der künftigen Staatszugehörigkeit der einzelnen Gebiete und ihrer Einwohner seither stark herabgemindert ist. c) Die Saloniker Einbürgerungsaktion fand in Österreich eine von handelspolitischen Tendenzen ausgehende wesentliche Förderung

seitens der Regierung, welche sich im Hinblicke auf die regen Handelsbeziehungen der Einzubürgernden mit der Monarchie entschloß, hier ausnahmsweise von dem Grundsatze abzuweichen, daß der Einzubürgernde seinen Wohnort in Österreich haben müsse. Eine Ausnahme von diesem Postulate ist aber nur zulässig, wenn wichtige Gründe hiefür sprechen. Da die etwa einzubürgernden Mazedo-Bulgaren kommerziell für Österreich kein Interesse bieten (Ungarn verhält sich diesen Aktionen gegenüber durchaus ablehnend), müßte der österreichischen Regierung die Wichtigkeit der Naturalisierung dieser Leute vom außenpolitischen Standpunkte aus derart begründet werden, daß sie in der Lage wäre, bezüglich derselben von obigem Grundsatze abzuweichen. Sollte aber auch eine solche für die k. k. Regierung entscheidende Motivierung möglich sein, so wäre immerhin noch zu bedenken, daß diese Einbürgerungen, wie oben bereits bemerkt, juristisch anfechtbar wären und daß Serbien und Griechenland zweifellos trachten würden, diese Naturalisierungen, die ihnen aus politischen Gründen gewiß unbequem wären, als rechtswidrig zu bekämpfen. Wiesner.

[a]) n. 8459.

Nr. 8498. Vortrag an den Kaiser, 28. Aug. 1913.[a]) Konz. (S. Berchtold u. Hoyos; V. Hoyos u. Berchtold; G. Berchtold).

Der königlich ungarische Ministerpräsident hat mir eine Denkschrift über die aktuelle Frage der Stellungnahme der Monarchie zur weiteren Entwicklung des türkisch-bulgarischen Problemes[a]) zugemittelt und daran das Ersuchen geknüpft, dass dieselbe Euerer Majestät unterbreitet werden möge. Ich nehme mir die ehrerbietigste Freiheit dem Wunsche des Grafen Tisza nachzukommen, indem ich seine Denkschrift in der Anlage alleruntertänigst in Vorlage bringe, und möchte mir erlauben den Ausführungen dieses Memorandums vom Standpunkte meines Ressorts nachstehende Bemerkungen beizufügen. Es ist vollkommen richtig, daß — aus den Gründen, welche ich in meinem alleruntertänigsten Vortrage am 13. d. Mts.[b]) zu entwickeln mir treugehorsamst erlaubt habe[c]) — die Revision des Bukarester Friedens zur Unmöglichkeit geworden ist. Wir haben uns entschließen müssen, die von uns beanspruchte Überprüfung dieses Vertrages in suspenso zu lassen, trotzdem der Inhalt wie die Nebenerscheinungen desselben (Vergrößerung Serbiens, Entwicklung einer Serbisch-rumänischen Interessengemeinschaft, vorerst gegen Bulgarien, nachher eventuell gegen uns, mangelnde Cohärenz des Dreibundes in diesen Fragen und so weiter) gewichtige Interessen der Monarchie tangirt. In der Adrianopler und überhaupt der bulgarisch-türkischen Frage ist das weit weniger der Fall, indem hier unsere Interessen stark in den Hintergrund treten. Es ist kaum denkbar, für die verhältnismäßig ferneliegende thrazische Frage zu den activsten militärischen Maßnahmen zu schreiten. Die weitesten Kreise in der Monarchie, welche nach den Mobilisierungen, finanziellen Aufwendungen und Aufregungen der letzten 10 Monate äußerst ruhebedürftig sind, würden unser Auftreten mit großer Unruhe und wenig Beifall begrüßen. Daß wir statt gegen den verhaßten südlichen Nachbar und Feind gegen die Türkei, welche in der Monarchie und speziell in Ungarn viel Sympathie genießt

und welche von großer handelspolitischer Bedeutung ist, losgehen, würde kaum verstanden werden. Selbst für Bulgarien wäre dies unerwartet, da Bulgarien, als es, ringsum von Feinden umgeben und geschlagen, von Rußland verlassen und beinahe verraten, den Versuch unternahm, sich uns in die Arme zu werfen, dies nicht wegen der Türkei — der türkische Vormarsch war damals kaum begonnen —, sondern in der Hoffnung tat, daß wir es gegen Serbien und Griechenland schützen, respektive einen besseren Frieden erwirken würden. Dies konnten wir leider nicht, aber daraus kann ich nicht auf die Notwendigkeit schließen, von der Monarchie beinahe unmögliche Opfer im nunmehrigen Streite gegen die Türkei zu fordern. Wir waren und sind Bulgarien gegenüber zu nichts verpflichtet, sosehr wir auch dessen für uns gewiß nicht erwünschte Zurückdrängung bedauern. Allerdings war — wie es auch im Memorandum betont wird — die Unabhängigkeit und selbständige Entwicklung der Balkanstaaten ein wesentlicher Bestandteil unseres wohl erwogenen orientalischen Programms. Dies richtete sich aber nicht gegen die Türkei, deren tunlichst lange Erhaltung gleichfalls eine Richtlinie unserer Politik bildete, sondern gegen die Immixtion einer fremden Großmacht, in erster Linie gegen jeden Versuch Rußlands, auf dem Balkan als Protektoratsmacht Fuß zu fassen. Diplomatische Konversationen und Schritte im Interesse Bulgariens sind selbstverständlich nach Möglichkeit zu machen, auch Drohungen gegen die Türkei, soweit Rußland an denselben teilnimmt. Falls Rußland tatsächlich, wozu es gegenwärtig nicht die geringste Lust zu haben scheint, militärische Maßnahmen ergreifen würde, wären allerdings auch solche unsererseits zu erwägen und eine Kooperation vielleicht anzuregen. Doch sollten sich unsere Operationen wohl auf eine Flottendemonstration, Besetzung eines thrazischen Hafens zum Beispiel Dedeagatsch oder Lagos und so weiter beschränken. Eine Konversation über militärische Maßnahmen schon jetzt würde sicherlich zur Kenntnis der Bulgaren gelangen und sie vielleicht zu einer für sie noch verhängnisvolleren Intransigenz gegen die Türkei verleiten, während es für sie von größter Wichtigkeit wäre, je früher mit der Türkei zu verhandeln, um wenigstens das rechte Mariza-Ufer und eine möglichst günstige Grenze zu retten. Zu dem militärischen Teile des Memorandums sei nur bemerkt, daß es überhaupt bezweifelt werden muß, ob Bulgarien finanziell und moralisch jetzt schnell eine starke Armee mobilisieren und aufstellen könnte. Die österreichisch-ungarischen und russischen Hilfstruppen kämen eventuell zu spät, um ein Debacle aufzuhalten. Der folgende Feldzug wäre dann äußerst kostspielig und könnte uns nur teuer erkauftes Prestige und die zweifelhafte, mit Rußland noch zu teilende Dankbarkeit Bulgariens einbringen. Die Konsequenzen des vollständigen türkischen Zusammenbruches und unserer Kooperation mit Rußland gegen die sehr bedeutenden Interessen Deutschlands an der Erhaltung der Türkei wären unabsehbar. Im Gegensatze zu diesen Eventualitäten schiene es ungleich vortheilhafter, wenn die von Natchevics angestrebten direkten Pourparlers zwischen Bulgarien und der Türkei — eventuell unter Dazwischenkunft Italiens — zu einem Resultate führen würden, und sollte diesen Bemühungen unsererseits keine Hindernisse in den Weg gelegt werden.*d)* Den allgemeinen politischen

Betrachtungen des Memorandums, speziell betreffs unseres Verhältnisses zu Deutschland, der deutschen Balkanpolitik, Haltung Rußlands und so weiter kann vollinhaltlich beigepflichtet werden.

[a]) Vgl. n. 8376, 8474, 8521. — [b]) Das Konzept ist hier undeutlich geschrieben. Die Ziffer kann „13" oder „17" bedeuten. Ein Vortrag vom 13. Aug. 1913 liegt vor (n. 8376), ein Vortrag vom 17. Aug. nicht, doch wäre immerhin die Erstattung eines mündlichen Vortrags an diesem Tage möglich. — [c]) n. 8376 enthält darüber nichts. Vielleicht wurden die Einwände in dem dort erwähnten mündlichen Vortrag vorgebracht. — [d]) Vgl. n. 8487.

Nr. 8499. Tel. des Legationssekretärs Prinzen Emil Fürstenberg aus Athen, 29. Aug. 1913 Nr. 663 (eing. 30. Aug. 3 U. a. m.).[a]) Entziff.

Streng vertraulich. Äußerungen Seiner Majestät des Königs. Seine Majestät der König, Höchstwelcher mich heute in längerer Audienz empfing und dabei eingehend über Epirusfrage sprach, sagte, er könne unter keinen Umständen bezüglich Koritzas nachgeben. Auf meinen Einwurf, es liege diesbezüglich ein Beschluß der Mächte vor, entgegnete Seine Majestät, er ließe sich hiedurch nicht beirren, schon deshalb, weil er seinem Volke gegenüber dafür verantwortlich sei, daß diese Stadt griechisch bleibe. Außerdem wäre er persönlich von der Gerechtigkeit seiner Sache durchdrungen. Erfahrungsgemäß sei Einigkeit der Mächte beim Zustandekommen eines Beschlusses nicht gleichbedeutend mit Einigkeit in der Durchführung desselben. Kein Mittel würde Seine Majestät unversucht lassen, solange noch ein Funken Hoffnung bestände, Koritza für Griechenland zu retten. Er werde es selbst auf Koerzitivmaßregeln, Blockade oder Einmarsch im Epirus ankommen lassen. Dagegen lege er auf die Zugehörigkeit anderer Teile des Okkupationsgebietes zu Griechenland, so zum Beispiel Argyrokastro, Premeti und Frascheri, weniger Gewicht. Darüber ließe sich reden! König Konstantin fügte hinzu, er wisse wohl, daß seine Regierung in der Epirusfrage im allgemeinen nicht im selben Maße intransigent sei wie er. Seine Majestät verhehle mir nicht, daß er persönlich ein warmer Anhänger eines Anschlusses Griechenlands an den Dreibund sei. Dies wäre ihm aber unter diesen Umständen erschwert. Deutschland habe ihm viele Freundschaftsbeweise gegeben wie Ernennung zum Feldmarschall, anderseits verstehe er, daß es sich von seinen Verbündeten nicht trennen könne. Seine Majestät legte mir nahe, Vorstehendes als ein ganz im Vertrauen geführtes Privatgespräch zu behandeln, umsomehr, als Höchstderselbe mit italienischem Gesandten, den er gestern empfing, nicht über Politik sprach. Königspaar begibt sich anfangs nächster Woche nach Deutschland. Zusammenkunft des Königs mit Kaiser Wilhelm demnächst bevorstehend.

Emil Fürstenberg.

[a]) Vgl. n. 8510, 8955.

Nr. 8500. Tel. des Gesandten Ludwig Freiherrn von Flotow aus Berlin, 29. Aug. 1913 Nr. 388 (eing. 6 U. 30 M. p. m.).[a]) Entziff.

Bezugnehmend auf Euer Exzellenz Telegramm vom 27. d. M. Nr. 602, betreffend türkisch-bulgarischen modus vivendi. Staatssekretär bittet mich,

Euer Exzellenz für die interessante Mitteilung seinen besten Dank zu übermitteln; er stimme mit Euer Exzellenz vollkommen darin überein, daß das Zustandekommen eines vorläufigen modus vivendi zwischen der Türkei und Bulgarien gefördert werden solle; die gleiche Auffassung hätte er seinerseits dem deutschen Gesandten in Sofia bereits informativ bekanntgegeben. Baron Wangenheim telegraphiere, Großvezier hätte ihm neuerdings versichert, es befänden sich keine regulären türkischen Truppen in Kirdjali; dagegen bereiten sich die dortigen Mohammedaner und Griechen vor, die Bulgaren bei der Besetzung des Landes zu bekämpfen. Auf die Frage des deutschen Botschafters, ob die Pforte nicht durch die Geistlichkeit auf die mohammedanischen Bewohner jener Gebiete beruhigend einwirken könnte, hätte Großvezier erwidert, die Pforte würde diesen Einfluß geltend zu machen suchen, sobald Bulgarien mit ihr in Verhandlungen eintreten würde. In Beantwortung des auf Wunsch der russischen Regierung auch von Deutschland unterstützten, beim Großvezier vorgebrachten Verlangens, eine bestimmte Auskunft über die Stellung der türkischen Truppen in Thrazien und eine nähere Bezeichnung der strategisch wichtigen Punkte zu geben (siehe meinen Bericht vom 26. d. M. Nr. 27 A), erklärte Großvezier, er werde genau feststellen lassen, welche Punkte am 20. d. M. in Thrazien von den türkischen Truppen besetzt waren, er werde dort Grenzzeichen anbringen lassen und diese Grenze als die Grenze des Reiches erklären, die kein türkischer Soldat werde überschreiten dürfen. Staatssekretär befürchtet, daß bei dieser Grenzdelimitation die „strategisch wichtigen Punkte" etwas weit vorgeschoben erscheinen würden und macht sich auf energische Proteste Rußlands gefaßt. Staatssekretär erwähnte, daß außer der bulgarischen und der russischen auch die türkische Regierung hier das Ersuchen gestellt hatte, deutschen Militärattaché in Sofia zu ermächtigen, den Einmarsch der Bulgaren in die von den Griechen geräumten Gebiete zu begleiten. Die Anwesenheit der fremden Militärattachés würde, nach seiner Ansicht, den Bulgaren eine Garantie geboten haben, daß sie von türkischen Truppen nicht angegriffen würden. Zum Schlusse bemerkte Herr von Jagow, er wäre gerne bereit, wenn Euer Exzellenz einen konkreten Vorschlag hinsichtlich einer Demarche in Sofia in der von Euer Exzellenz angegebenen Richtung machen würden, dieselbe zu unterstützen. Flotow.

a) Oe. U. Balkan 425 Nr. 843.

Nr. 8501. Tel. aus Konstantinopel-Jeniköj, 29. Aug. 1913 Nr. 408 recte 444 (eing. 30. Aug. 6 U. a. m.).a) Entziff.

Adrianopler Frage. Streng vertraulich. Mein russischer Kollege sagte mir heute, seine Regierung stehe nach wie vor in der Adrianopler Frage auf ihrem bekannten Standpunkt, seine rein persönliche Anschauung gehe aber dahin, daß es am besten wäre, wenn sich Bulgarien mit der Türkei in dieser Frage so schnell als möglich einigen würde. Die Hauptsache sei, daß sich nicht diese beiden Staaten Krieg erklären. Letzteres würde die schwersten Folgen nach sich ziehen, da dann Russland unmöglich passiv bleiben könnte. Herr von Giers sieht jetzt nicht mehr, wie er dies noch vor einigen Tagen getan hat, in der finanziellen Boykottierung der Türkei

ein wirksames Mittel, um dieselbe zum Nachgeben zu zwingen. Er glaubt überhaupt nicht, daß es zu einem finanziellen Boykott kommen würde, da die Mächte nicht einig seien. Diese Uneinigkeit sei auch der Grund des wahrscheinlichen Mißerfolges in der Adrianopler Frage. Pallavicini.

a) Vgl. n. 8506.

Nr. 8502. Tel. aus St. Petersburg, 29. Aug. 1913 Nr. 297 (eing. 11 U. p. m.). Entziff.

Mein italienischer Kollege teilt mir mit, er sei beauftragt, die Aufmerksamkeit hiesiger Regierung darauf zu lenken, daß Griechenland von den Londoner Beschlüssen bezüglich südlicher Delimitation Albaniens noch nicht offiziell verständigt wurde und dies zum Vorwand unerwünschter Maßnahmen benützen könnte. Italienisches Kabinett schlägt daher vor, daß Inhalt erwähnter Beschlüsse durch die Gesandten der Großmächte in Athen nunmehr offiziell mitgeteilt werde. Herr Neratow, den ich unmittelbar nach Marquis Carlotti sprach, sagte mir, er könne dieser italienischen Anregung gegenüber nicht sofort Stellung nehmen, da er erst überlegen müsse, ob ein solches Vorgehen mit dem bezüglich der nördlichen Delimitation seinerzeit eingeschlagenen konform wäre. Thurn.

Nr. 8503. Bericht aus St. Petersburg, 16./29. Aug. 1913 Nr. 33 B (eing. 1. Sept.).a) Ausfert.

Vertraulich. Gelegentlich einer Unterredung, die ich vor einigen Tagen mit dem Herrn Ministerpräsidenten hatte, äusserte sich dieser in recht deprimiertem und resigniertem Tone über die gegenwärtige äussere politische Lage. Er sei wohl stets Optimist gewesen und habe auch insoferne Recht behalten, als der europäische Friede zwischen den Grossmächten bisher aufrecht erhalten wurde und nun wohl auch in keiner Gefahr mehr schwebe. Im Übrigen aber könne man sich angesichts des Ganges der Ereignisse in der letzten Zeit einer tiefen Beschämung nicht erwehren. Das berühmte Concert der Mächte sei in eine Kakophonie ausgeartet und Europa habe den letzten Rest seines Prestiges bei den orientalischen Völkerschaften eingebüsst. Selbst in Fragen, wo eine prinzipielle Einigkeit der Mächte erzielt werden konnte, wie bezüglich Adrianopels, habe das Concert sofort versagt, sobald es sich um praktische Anwendung der gemeinsam verkündeten Prinzipien gehandelt habe. Als die Türken ihren Vormarsch auf Adrianopel angetreten haben, war alle Welt darüber einig, dass dies nicht geduldet werden könne und dass die Londoner Vereinbarungen, die unter dem Patronate der Mächte zu Stande gekommen seien und für welche diese daher eine Art moralischer Garantie übernommen hätten, respektiert werden müssten. Als es sich aber darum handelte, die einstimmig geteilte Willensmeinung durch gemeinsame Massregeln durchzusetzen, habe sich sofort wieder die ganze Schwäche des Concertes gezeigt, da von allen Seiten Separatinteressen, sei es politischer Natur wie in Deutschland und England, sei es privat finanziellen Charakters wie in Frankreich, die Regierungen vor jedem energischen Schritte zurückschrecken liessen. Hier flocht der

Herr Minister eine Bemerkung über die befriedigende Wendung ein, welche in letzter Zeit die Beziehungen zwischen Russland und der Monarchie genommen haben, indem er hervorhob, dass in dieser letzten Phase gerade jene beiden Mächte, deren Standpunkte zu Beginn der Krise oft recht entgegengesetzte gewesen seien, noch am besten übereingestimmt hätten. Hierauf kam Herr Kokowzow wieder auf seinen unterbrochenen Gedankengang zurück und sagte: Mache aber eine einzelne Macht Miene, auf eigene Faust dem Willen Europas Geltung zu verschaffen, so werde ihr von allen Seiten in den Arm gefallen und man beschwöre sie, ja um Gottes Willen nichts zu unternehmen, weil dadurch die grössten Komplikationen hervorgerufen werden könnten. Der Herr Minister knüpfte an diese Äusserung einige recht bittere Bemerkungen über das bezügliche Verhalten der eigenen Freunde, aus denen ich deutlich entnehmen konnte, dass er mit obiger Klage hauptsächlich Frankreich und England gemeint hatte. Auch mit dem Verhalten des französischen Alliirten in der Frage des als einziges Pressionsmittel übrig bleibenden finanziellen Boykots der Türkei scheint der Herr Ministerpräsident durchaus nicht zufrieden zu sein und giebt sich demgemäß auch über die Wirksamkeit desselben keinen Illusionen hin. Er erzählte mir, er habe vor einigen Tagen den Besuch eines hervorragenden französischen Financiers gehabt, der an ihn die Frage richtete, was er, der Ministerpräsident, von den Chancen des finanziellen Boykots halte. Herr Kokowzow erwiderte seinem Mitredner, er könnte mit viel mehr Berechtigung diesen fragen, was er davon halte, da die Wirksamkeit des Boykots doch in erster Linie von der Haltung der französischen Finanzkreise abhänge. Die Antwort des Financiers lautete, wie mir Herr Kokowzow sagte, sehr wenig encourageant, da dieser vor allem darauf hinwies, dass eine finanzielle Erdrosselung der Türkei in allererster Linie den Gläubigern derselben Schaden bringen werde und man den französischen Financiers, die unter den Gläubigern der Türkei an erster Stelle stehen, doch schwer zumuten könne, dass sie eine Art Harikiri an sich selbst vornehmen sollten. „Wie wollen Sie", so fuhr der Ministerpräsident in seinen Ausführungen mir gegenüber fort, „das bei solchen Dispositionen der sogenannte Boykott auf die Türkei, die über die Differenzen zwischen den Mächten sehr genau informiert ist, irgend einen Eindruck mache?" Übrigens habe ja die Türkei von ihrem Standpunkte aus vollkommen recht, wenn sie sich über das uneinige Europa einfach hinwegsetze und ein fait accompli schaffe, von dem sie erwarten dürfe, dass es schliesslich doch durch die Mächte nicht mehr rückgängig gemacht werden könne. Die in den Zeitungen verbreiteten Nachrichten über ein weiteres Vorgehen der Türkei über die Maritza-Linie hinaus bezeichnete der Herr Ministerpräsident als unglaubwürdig und meinte, dass es sich nur um vereinzelte Vorstösse einzelner Détachements oder noch wahrscheinlicher türkisch-griechischer Banden handeln dürfte, da einerseits die bündigsten gegenteiligen Erklärungen des Grossveziers vorlägen und er anderseits nicht glauben könnte, dass die Pforte ihre gegenwärtig so ausserordentlich günstige Situation durch ein allzustarkes Überspannen des Bogens kompromittieren werde. Thurn.

[a]) Vgl. n. 8612.

Nr. 8504. Bericht aus St. Petersburg, 16./29. Aug. 1913 Nr. 33 C (eing. 1. Sept.).[a] Ausfert.

Vertraulich. Wie ich vertraulich erfahre, bestand seitens der Pforte die Absicht den bisherigen türkischen Botschafter am hiesigen Hofe durch Hakki Pascha zu ersetzen. Herr Sazonow, der gegen Hakki Pascha, den er als jungtürkischen Agitator und Chauvin bezeichnete, eine besondere Abneigung zu haben scheint und dem auch das zu remuante Wesen dieses ottomanischen Staatsmannes nicht genehm wäre, hat in Konstantinopel in der nachdrücklichsten Weise gegen die geplante Ernennung desselben zum Botschafter in St. Petersburg Einspruch erhoben, worauf, wie es scheint, von einem Wechsel in der Person des hiesigen Titulärs überhaupt Abstand genommen wurde. Thurn.

[a]) Vgl. n. 9530.

Nr. 8505. Tel. aus Sofia, 29. Aug. 1913 Nr. 1046 (eing. 4 U. 45 M. p. m.).[a] Entziff.

Bezug auf Euer Exzellenz Telegramm Nr. 500 von heute nachts. Bei der ersten Begrüßung der Mitglieder des jetzigen, nicht durch unser Zutun, sondern durch Umstände ans Ruder gelangten Kabinetts, wie auch schon in Audienz, die ich damals anläßlich Regierungswechsels bei König Ferdinand gehabt, habe ich gleich den gewünschten Ton angeschlagen und seither unaufhörlich in tagtäglichen Unterredungen mit Minister des Äußern und auch mit anderen Ministern und Bulgaren betonte ich, daß uns sympathische austrophile Regierung leider zu spät gekommen, als daß sie bei trostloser Lage, in die Herr Geschoff und Herr Danew Land hineinritten, ersprießliche Hilfe von uns erwarten könnte. Wenn wir seit Jahren trotz Unaufrichtigkeit voriger Regierungen Bulgarien stets unseren Beistand geliehen, so seien wir dazu, nachdem Kabinett am Ruder, zu dem wir Vertrauen hätten, gewiß noch viel eher bereit, nur müsse nicht aus den Augen gelassen werden, daß, bevor jetzige Regierung ans Ruder gelangte, durch Bulgariens Verschulden und, da es unsere Ratschläge nicht beachtete, derartige Umstände eingetreten, die es uns unmöglich machten, für Interesse Bulgariens jetzt mit Erfolg einzutreten. Wenn sich die Minister, wie beständig der Fall, mit Bitte an mich wenden, in der oder jener Frage mich warm in Wien einzusetzen, verfehle ich nicht, ihnen zu versichern, daß man am Ballplatz überzeugt bulgarophil und meine Fürsprachen dort sympathische Echos fänden, daß es aber außer Monarchie noch fünf andere Großmächte gäbe. Obwohl Regierung die Hoffnungen, die sie anfangs bezüglich aktueller Fragen auf uns gebaut, zumeist aufgeben mußte und obwohl ihre Stellung so schwierig, hat das Kabinett doch Glauben in unser prinzipielles Wohlwollen und Aufrichtigkeit unserer Absichten nicht verloren. Die Regierung hätte selbstredend erfolgreiche Hilfe von uns gewünscht und war es ihr schwer, sich mit Gedanken zu befreunden, daß dieselbe unter obwaltenden Umständen nicht gewährt werden könne, allmählich hat sie aber tatsächliche Situation eingesehen. Obwohl ich den Ministern so häufig nichts mehr als gute Worte bieten kann, wenden sie sich an mich und ausschließlich nur

an mich stets mit demselben Vertrauen und dem Glauben, daß wir, was möglich, für sie tun werden. Durch meinen Verkehr mit dem Kabinett Radoslawow glaube ich, dazu beigetragen zu haben, daß es von uns Unmögliches nicht mehr erwartet, daß es für seine Echecs nicht uns, sondern Rußland und dessen Werkzeuge, die unrettbare Lage verschuldet, verantwortlich macht und nur uns als wahre Freunde Bulgariens betrachtet.

Tarnowski.

a) Vgl. n. 8517, 8537.

Nr. 8506. Tel. aus Sofia, 29. Aug. 1913 Nr. 1049 (eing. 11 U. 50 M. a. m.).a) Entziff.

Minister des Äußern besuchte mich spät nachts und sagte, er habe schlechte Nachrichten. Er las mir Telegramm aus Petersburg vor, wonach deutscher Geschäftsträger dort mitgeteilt hätte, Deutschland sei bereit, Bulgarien in thrazischer Frage zu unterstützen, dass aber Türkei auf ihren Forderungen bestehe und wenn Bulgarien nicht direkt verhandle, sich auf Angriff gegen Bulgarien vorbereite; Großmächte würden von dieser neuen Haltung der Pforte informiert werden. Bulgarischer Gesandter wäre im Petersburger Auswärtigen Amt von obiger Mitteilung deutschen Geschäftsträgers informiert und zugleich gewarnt worden, Türken wären auch im Stande, ohne vorherige Verständigung der Mächte Bulgarien zu attakieren, daher rate man zu sofortigen direkten Pourparlers, da es in zwei bis drei Tagen zu spät sein könnte. Denselben Rat hat — wie mir Minister aus weiteren Depeschen aus Konstantinopel vorlas — russischer Botschafter Herrn Natschewitsch gegeben, welch letzterer unter Appell an Patriotismus bulgarische Regierung beschwöre, sofort direkte Pourparlers mit Türkei aufzunehmen; russischer Botschafter hätte ihm gesagt, Einigkeit unter Großmächten sei bezüglich Verhaltens gegenüber Türkei nicht zu erzielen; Türkei wisse dies und werde es, ohne länger zu warten, zu Angriff auf Bulgarien ausnützen. Aus (Äußerungen)b) hiesigen russischen Gesandten habe Minister des Äußern Eindruck, dass Russland auf direkte Pourparlers Einfluss nehmen und sich dabei Vermittlerrolle arrogieren möchte; das wolle aber Regierung unbedingt vermeiden, da sie Russland in höchstem Maße misstraue und befürchte, Russland würde seine Vermittlerrolle dazu benützen, um Verhandlungen für Bulgarien unerwünschte Wendung zu geben und insbesonders Annäherung zwischen Bulgarien und Türkei, welche jetzige Regierung dringend wünsche, zu vereiteln. Auch wäre Türkei zu Annäherung mit einem sich von Russland patronisieren lassenden Bulgarien nie zu haben. Minister hätte gewünscht, uns und Deutschland um Vermittlung zu bitten; doch fürchte er, dass Lage so kritisch, dass nicht mehr Zeit, die ihm vorgestern noch vorschwebende Idee zu realisieren (meine Telegramme Nr. 1033 und 1034 vom 27. d. M.), Adrianopel- und thrazische Frage von jener Räumung durch Türken rechten Maritzaufers zu trennen. Heute abends hätten Minister des Äussern und Ministerpräsident Audienz bei König gehabt und über Situation berichtet. König teile Ansicht Regierung bezüglich Vermeidung russischer Einmischung in Verhandlungen und sei mit Rücksicht auf imminente Gefahr für sofortigen

Beginn der Pourparlers mit Türkei. Seine Majestät habe auch Regierung ersucht, unter allen Umständen im Amte zu verbleiben, wozu sich Kabinett mit Rücksicht auf ernste Gefahr entschlossen. Im Ministerrat, der dann stattgefunden, sei sofortige Absendung Telegrammes an Pforte mit Proposition beschlossen worden, direkte Pourparlers ohne Verzug einzuleiten, zu welchem Zwecke sich bulgarische Unterhändler nach Konstantinopel begeben würden. Minister stelle an mich in dem Moment, wo Regierung sich unter Zwang der Verhältnisse diesen schweren Entschluss abgerungen, dringendste Bitte, wir mögen Bulgarien bei bevorstehenden Verhandlungen in Konstantinopel unterstützen, welche Bitte bulgarische Regierung durch uns auch an Berliner Kabinett richte. Bulgarien wisse zwar, dass Deutschland für Türkei große Sympathien habe, hoffe aber, dass es unserem Einflusse in Berlin gelingen wird, Deutschland wohlwollend für Bulgarien zu stimmen, welches seine Politik im Sinne des Dreibundes orientieren und Annäherung, wenn möglich Allianz mit Türkei anstrebe, die doch Deutschland erwünscht sein müsse Tarnowski.

[a]) Vgl. n. 8501, 8507, 8508, 8522 Anm. b. — [b]) Chiffre verstümmelt.

Nr. 8507. Tel. aus Sofia, 29. Aug. 1913 Nr. 1050 (eing. 10 U. p. m.). Entziff.

Im Verlaufe der Unterredung, die heute nachts mit Minister des Äußern hatte (mein Telegramm Nr. 1049), sagte er, auch russischer Gesandter habe ihm von eventueller Teilung Adrianopels gesprochen, so daß Teil am rechten Maritzaufer bulgarisch bliebe. Mitredner führte auch aus, daß Rußland Doppelspiel treibe; die lärmende, nach außen hin energische Haltung, die Rußland Türkei gegenüber anfangs eingenommen, sei Komödie gewesen und Rußland habe wie mit Kawalla, so mit Adrianopel nie daran gedacht, diese Städte Bulgarien zu verschaffen. Es sei hauptsächlich wegen Rußland, dessen Attitude Türkei ermutigen müsse, daß bulgarische Regierung Gefahr so ernst nehme. Russischer Botschafter habe, obwohl darum gar nicht ersucht, Großvezier bezüglich türkischer Prätentionen sondiert und direkte Verhandlungen einzuleiten gesucht, so daß Rußland dabei hineinreden könnte. Da bulgarische Regierung dies unbedingt vermeiden wolle und anderseits fürchten müsse, daß Rußland, wenn seine bons offices abgelehnt würden, Türkei zu sofortigem Krieg direkt anstiften würde, müsse Bulgarien in direkte Verhandlungen unverzüglich eintreten. Vertraulich. Minister des Äußern wollte sich gar nicht an deutschen Kollegen, da er bulgarophob, wenden, sondern nur durch uns im Sinne meines obzitierten Telegrammes an Deutschland herantreten. Über meinen Rat wird Minister des Äußern deutschen Gesandten besuchen und, ohne ganz offen mit ihm zu sprechen, um Unterstützung Deutschlands bitten. Tarnowski.

Nr. 8508. Tel. aus Sofia, 29. Aug. 1913 Nr. 1053 (eing. 30. Aug. 9 U. 50 M. a. m.).[a]) Entziff.

Minister des Äußern sagte mir, Proposition Entsendung von drei Unterhändlern nach Konstantinopel zwecks Aufnahme direkter Verhand-

lungen (mein gestriges Telegramm Nr. 1049 vom 29. d. M.) sei abgegangen. Zugleich sei Herr Natschowitsch beauftragt worden, an Großvezier Ersuchen zu richten, daß, sobald Vorschlag von Türkei angenommen, türkische Truppen rechtes Maritzaufer, die strategischen Punkte inbegriffen, räumen. Minister wolle hoffen, daß, nachdem Bulgarien Entgegenkommen gezeigt, auch Pforte diesen freundlichen Akt nicht verweigern würde. Für bulgarische Regierung sei dies sehr wichtig, da sie gleich mit einem gewissen Erfolg sich vor öffentlicher Meinung ausweisen würde. Er ersuchte, daß wir in Konstantinopel, wenn nötig, einwirken. Als Unterhändler werden General Sawow, gewesener bulgarischer Gesandter in Belgrad, Toscheff, und Herr Kaltscheff geschickt. Basis, auf welcher Bulgaren verhandeln werden, habe Minister bulgarischen Vertretern bei Großmächten bekanntgegeben: Zwischen Küste des Schwarzen Meeres und Adrianopel Grenze laut Frieden von San Stefano; Teil Adrianopels am rechten Ufer bliebe bulgarisch; Adrianopler Forts würden entweder beiderseits abgetragen oder beiderseits behalten; als Kompensation für Adrianopel möchte Bulgarien schmalen Streifen auf benachbartem Maritzaufer bekommen, um Fluß schiffbar zu machen und fruchtbares Land zu gewinnen. Heute früh habe Minister russischem Gesandten mitgeteilt, daß Regierung, dem Rate Russlands folgend, Vorschlag direkter Verhandlungen nach Konstantinopel geschickt. Es habe sich darum gehandelt, Russland, ohne es zu verstimmen, vor fait accompli zu stellen und ihm keine Gelegenheit zur Einmischung zu geben. Französischer Gesandter habe Minister des Äußern heute verständigt, Italien hätte in Paris wissen lassen, daß Pforte italienische Regierung um Vermittlung offiziell ersuchte. Minister habe geantwortet, daß bereits zu spät. Er bemerkte, Vermittlung Italiens hätte ihm nicht konveniert, da italienische Regierung bulgarische Interessen für einige Inseln verschachert hatte. Tarnowski.

[a]) Vgl. n. 8487, 8513.

Nr. 8509. Tel. des Legationssekretärs Prinzen Emil Fürstenberg aus Athen, 30. Aug. 1913 Nr. 666 (eing. 7 U. p. m.).[a]) Entziff.

Geheim. Dodekanesos. Habe mich gestern zu Herrn Coromilas im Sinne Euer Exzellenz Telegrammes Nr. 179 vom 24. d. M.[b]) geäußert. Minister des Aeußern meinte, Union der zwölf Inseln mit Griechenland sei nach der zwischen Herrn Tittoni und Herrn Pichon kürzlich vereinbarten Formel nicht mehr zweifelhaft. Er sehe nicht ein, welches Interesse Dreibund daran haben könne, sich Vereinigung zu widersetzen. Coromilas sagte mir schließlich: „Also Sie wollen uns den Dodekanesos verkaufen. Was verlangen Sie dafür?“ Eine Anlehnung Griechenlands an eine der beiden Mächtegruppen ist er ebenso abgeneigt wie Herr Venizelos, welcher kürzlich mir gegenüber derartige Orientierung mit Rücksicht auf lange Seegrenze Griechenlands als den griechischen Interessen nicht entsprechend bezeichnete. Emil Fürstenberg.

[a]) Mit Erlaß vom 2. Sept. 1913 nach Berlin (Nr. 4157) und Rom (Nr. 4158) mitgeteilt. Vgl. n. 8545, 8582 Anm. a, 8591, 8633. — [b]) Richtig 21 = 8433.

Nr. 8510. Bericht des Legationssekretärs Prinzen Emil Fürstenberg aus Athen, 30. Aug. 1913 Nr. 40 B (eing. 5. Sept.). Ausfert.

Streng vertraulich.... *im wesentlichen gleichen Inhalts wie n. 8499* ... König Konstantin machte auch mir gegenüber die Beziehungen der Monarchie zu Griechenland zum Gegenstand eingehender Erörterungen. Höchstderselbe zählte mir die verschiedenen Euer Exzellenz schon bekannten Gravamina gegen unsere Politik auf, drückte aber gleichzeitig Seine aufrichtige Freude darüber aus, dass Seine Majestät unser Allerhöchster Herr Sich Herrn Zaimis gegenüber dahin geäussert habe,[a] der Platz Griechenlands wäre an der Seite des Dreibundes. König Konstantin gab mir die Versicherung, Er persönlich sei auch ganz dieser Ansicht und Er werde in dieser Richtung arbeiten. Aber wie solle Er dies anstellen, wenn Österreich-Ungarn und Italien immer und überall die Interessen Griechenlands unberücksichtigt liessen. ... *im wesentlichen gleichen Inhalts wie n. 8499.* ... Emil Fürstenberg.

[a] Vgl. n. 7459, 7512, 7513.

Nr. 8511. Bericht des Legationssekretärs Prinzen Emil Fürstenberg aus Athen, 30. Aug. 1913 Nr. 40 C (eing. 5. Sept.).[a] *Ausfert.*

Vertraulich. Gelegentlich einer längeren Konversation, die ich vor wenigen Tagen mit Herrn Venizelos hatte, frug mich der Herr Minister warum denn eigentlich Österreich-Ungarn eine Politik befolge, die sich immer und überall den griechischen Wünschen und Bestrebungen widersetze und nie denselben Rechnung trage. Ich antwortete Herrn Venizelos vor allem, es sei ein Irrtum zu glauben, dass hierin eine Animosität gegen Griechenland gelegen sei, bat ihn aber gleichzeitig nicht zu vergessen, dass letzteres ein Alliierter Serbiens sei, dessen Verhältnis zur Monarchie nicht ohne Einfluss auf unsere Beziehungen zu Griechenland bleiben könne. Venizelos warf ein, das sei ganz richtig, aber ich müsse einsehen, dass ihm vor dem zweiten Balkankriege kein anderer Weg offen stand als der Anschluss an Serbien, wenn Griechenland nicht gänzlich isoliert bleiben und sich einer Zertrümmerung durch Bulgarien aussetzen wollte. Er habe ja in einem gegebenen Momente eine Anlehnung an Rumänien gesucht, was ihm bedeutend homogener gewesen wäre, er sei aber damals in Bukarest geschlossenen Türen begegnet. Ich betonte Venizelos gegenüber, ich wolle ihm keinen Vorwurf aus seinem Zusammengehen mit Serbien machen, sondern nur das Faktum konstatieren und für die Monarchie das Recht vindizieren, die Konsequenzen daraus zu ziehen. Ich fügte hinzu, ohne die Mitwirkung Griechenlands hätte sich Serbien nicht um das Doppelte vergrössern können, was heute der Fall sei — ein Umstand, der bei den bekannten Tendenzen dieses Landes uns zumindest nicht bequem sein könne. Auf meine Bemerkung, es scheine, dass er, Venizelos, gesonnen sei, den innigen Kontakt mit Serbien auch für die Zukunft aufrechtzuerhalten, sagte letzterer: Ja, sicher, warum denn auch nicht? Es wäre absolut kein Grund für Österreich-Ungarn vorhanden, daran Anstoss zu nehmen. Er hoffte, die Beziehungen der Monarchie zu seinem kleinen Nachbarn würden nunmehr

auch bessere werden, wenn nur wir einiges Entgegenkommen zeigten. Hier glaubte ich meinem Mitredner ins Wort fallen und darauf hinweisen zu sollen, dass wir seit Jahr und Tag bemüht seien, mit Serbien ein freundnachbarliches Verhältnis herzustellen, aber leider erfolglos, was seinen Grund darin habe, dass es seit dem Verschwinden der Dynastie Obrenowitsch eine Politik eingeschlagen habe und mit Persistenz verfolge, welche in diametralem Gegensatze zu unseren Interessen und im Widerspruch mit unserer territorialen Integrität stünde. Zweimal in fünf Jahren seien wir Serbiens wegen genötigt gewesen, zu mobilisieren und hätten durch wirtschaftliche Krisen unübersehbaren Schaden gelitten. Ein drittes Mal ginge das nicht an. Und dann könne ich ihn versichern, dass man bei uns die ewige Chantage mit russischer Rückendeckung, wie sie bei jeder Gelegenheit uns gegenüber in Belgrad praktiziert wurde, nachgerade satt habe. Die öffentliche Meinung bei uns empfinde eine solche Vorgangsweise als verletzend. Herr Venizelos, der sichtlich bemüht war, mich davon zu überzeugen, dass dies alles der Vergangenheit angehöre und einer rosigen Zukunft Platz machen werde, sagte, Serbien, das vor allem an seiner inneren Konsolidierung arbeiten müsse, sei am besten Wege, eine seinen wohlverstandenen Interessen entsprechende Politik, mit anderen Worten eine Annäherung an die Monarchie, einzuschlagen. „Glauben Sie mir", dies seine Worte, „ich habe jetzt in Belgrad lange mit Pašić darüber gesprochen; er ist ganz dafür, sich mit Ihnen auf einen vertrauensvollen Fuss zu stellen und auch ich meinerseits habe ihm dies dringend nahegelegt. Niemand wird ihm in Serbien in dieser Hinsicht Opposition machen, denn man ist dort saturiert und will Ruhe haben." Auf seinen Séjour in Bukarest übergehend sprach mir der Premierminister von der ihm vorschwebenden neuen Balkanallianz, die zunächst aus Griechenland, Serbien und Rumänien — wobei er, nebenbei gesagt, die Nennung Montenegros als einer quantité négligeable geflissentlich unterliess — zu bestehen hätte. Er entwickelte mir hiebei ungefähr denselben Gedankengang, wie er es Grafen Quadt gegenüber kürzlich getan hatte (vide mein ergebenstes streng vertrauliches Telegramm vom 21. d. M. Nr. 644) und verwies auf die grossen Vorteile, welche eine solche Kombination nicht nur für die daran Beteiligten bedeuten würde. Auf meine Frage, welches das gemeinsame Band sei, das diese Länder zusammenschliesse, und welches Ziel dieses Bündnis verfolgen würde, erwiderte Venizelos, die Entente würde auf einer breiten wirtschaftlichen Basis stehen und rein defensiven Zwecken zur Erhaltung des Bestehenden dienen. Niemand könne darin auch nur im Entferntesten eine Spitze gegen sich erblicken. Sie solle nach dem Muster des Dreibundes als Defensivallianz geschlossen werden und ebenso wie letzterer diesen Charakter stets bewahren und den Frieden erhalten. Auf mein Bedenken, es könne möglicher Weise der Fall eintreten, dass dieser ökonomische Bund mit den wirtschaftlichen Interessen der Monarchie in Kollision geraten könnte, bemerkte Venizelos, derartige Unstimmigkeiten würden sich gewiss ohne Schwierigkeiten regeln lassen. Venizelos betonte, es bestehe durchaus kein Hindernis, dass sich andere Balkanfaktoren obiger Gruppe in Zukunft anschliessen. Die Möglichkeit einer Angliederung der Türkei sei in Bukarest auch bereits eskomptiert

worden und man habe sich dazu verstanden, ihr bei dieser Gelegenheit die Integrität ihres europäischen Besitzstandes zu garantieren. Dem deutschen Gesandten vis à vis ging Venizelos noch weiter, indem er die Eventualität ins Auge fasste, dass die Türkei aus Europa verschwinde und daran die Bemerkung knüpfte, dass in diesem Falle — wie es in Bukarest übereinstimmend als wünschenswert bezeichnet wurde — eine Internationalisierung Konstantinopels und der Meerengen unter Mitwirkung Griechenlands und Rumäniens anzustreben sei. Was Bulgarien anbelange, so meinte Venizelos, in obiger Gruppierung werde immer ein Platz für dieses offen bleiben, den es einnehmen könne, sobald es ihm genehm sei. Dass Bulgarien dies tun würde, halte er für keineswegs ausgeschlossen, und da ich aus meinem Skeptizismus in diesem Belange keinen Hehl machte, rief mein Mitredner aus: „Ja, ich weiss wohl, man wirft mir allzugrossen Optimismus vor, ich lasse mich aber durch nichts beirren und will an demselben festhalten!" Ich habe den Eindruck gewonnen, dass der leitende griechische Staatsmann, abgesehen von jenen sehr wichtigen Problemen, die noch der Lösung harren, im allgemeinen mit einem gewissen Gefühl der Zuversicht in die Zukunft blickt, und konnte insbesondere konstatieren, dass hiebei die Besserung der Beziehungen zu Rumänien eine keineswegs untergeordnete Rolle spielt. Er scheint sich sehr gut mit den dortigen massgebenden Faktoren gesprochen zu haben, was sich auch schon daraus schliessen lässt, dass er die sichere Erwartung aussprach, die Frage der Kutzowalachen würde zur vollen Zufriedenheit aller Teile eine baldige Bereinigung erfahren. Von anderer, nicht griechischer Seite höre ich ausserdem, dass Venizelos einen geradezu faszinierenden Eindruck auf die rumänischen Staatsmänner gemacht habe und sie dessen hervorragende Talente nicht hoch genug einschätzen könnten. Aus den Ausführungen des Premiers geht hervor, dass die Idee eines Balkanbundes in irgendeiner Form nach wie vor sein Sinnen und Trachten beherrscht. Dieser Gedanke ist der rote Faden, der seine Politik durchzieht und ohne den er sich die Zukunft Griechenlands nicht vorstellen kann. Er gebrauchte sogar einmal den Ausdruck „Konföderation", korrigierte sich aber sofort wieder, indem er hinzufügte, dies sei mit der Souveränität der Balkanstaaten unvereinbar. Dagegen will Herr Venizelos von einer eventuellen Anlehnung Griechenlands an eine der beiden europäischen Mächtegruppen nichts wissen. Wie schon öfters bei früheren Anlässen erklärte er auch diesmal mir gegenüber in bündigster Form, eine derartige Orientierung berge für Griechenland zu beträchtliche Gefahren in sich. Denselben wäre es mit Rücksicht auf seine reiche Küstenentwicklung vor allem dann ausgesetzt, wenn ein europäischer Krieg ausbrechen sollte, der das Mittelmeer zum Schauplatz hätte. Eine strikte Neutralität würde in diesem Falle seinen Interessen unvergleichlich besser entsprechen. Emil Fürstenberg.

a) Vgl. n. 8545, 8572.

Nr. 8512. Tel. aus Cetinje, 30. Aug. 1913 Nr. 257 (eing. 6 U. 30 M. p. m.).a) Entziff.

Es verlautet, daß Verhandlungen in Belgrad über serbisch-montenegrinische Grenze Schwierigkeiten begegnen. König ließ mir heute, wahr-

scheinlich in der Absicht eine Annäherung an Österreich-Ungarn zu (versuchen),[b] mitteilen, daß er über Gang der Belgrader Verhandlungen sehr aufgebracht sei. Giesl.

[a] Vgl. n. 8524. — [b] Chiffre fehlt.

Nr. 8513. Tel. nach Konstantinopel Nr. 416 (1) und Sofia Nr. 511 (2), 30. Aug. 1913 (chiffr. 11 U. p. m.).[a] Konz. (S. Berger; G. Macchio).

1. Graf Tarnowski telegrafiert mir unterm gestrigen: ... *wie n. 8508 vom Anfang bis „zu spät“* ... Vorstehendes zu Euer Exzellenz vertraulicher Information. Auch ersuche ich Hochdieselben, auf die Pforte in dem bulgarischerseits erbetenen Sinne einzuwirken.

2. Ich theile Inhalt Euer Hochgeboren Telegramm Nr. 1053 von gestern Markgrafen Pallavicini mit und ersuche ihn, auf die Pforte in dem bulgarischerseits gewünschten Sinne einzuwirken. Vorstehendes zur Verwerthung bei der dortigen Regierung. Berchtold.

[a] Oe. U. Balkan 426 Nr. 844. Vgl. n. 8518.

Nr. 8514. Tel. des Legationsrates Grafen Ludwig Ambrózy aus Rom, 30. Aug. 1913 Nr. 576 (eing. 10 U. p. m.). Entziff.

Epirus. Mit Bezug auf Euer Exzellenz Telegramm vom 27. d. M. Nr. 974.[a] Herzog Avarna erhält den Auftrag, Euer Exzellenz zu erklären, daß nach Ansicht Marquis San Giulianos, um zu verhindern, daß Griechenland fortfahre, sich in eine den Londoner Beschlüssen widerprechende Richtung zu verrennen, alle Mächte sich darüber klar werden müßten, daß Österreich-Ungarn und Italien gegebenenfalls entschlossen sind, auch allein vorzugehen, um Durchsetzung der Beschlüsse zu erzwingen. Ambrózy.

[a] Mit Tel. Nr. 974, 27. Aug. 1913 (chiffr. 8 U. p. m.) wurde n. 8475 nach Rom mitgeteilt.

Nr. 8515. Tel. des Vizekonsuls Walter von Mayrhauser aus Skutari, 30. Aug. 1913 Nr. 263 (eing. 31. Aug. 9 U. 50 M. a. m.).[a] Entziff.

Der Präsident des englischen albanesischen Komitees, Parlamentsmitglied Aubrey Herbert, der seit einigen Tagen hier weilt, hat einige Notable zu sich gerufen und ihre Ansicht in der Hoti- und Grudafrage eingeholt. Heute ist Herbert nach Hoti abgegangen. Sein Auftreten erweckt allgemein Aufregung an der nordalbanesischen Grenze. Bericht folgt.

Mayrhauser.

[a] Vgl. n. 8516, 8542.

Nr. 8516. Bericht des Vizekonsuls Walter von Mayrhauser aus Skutari, 30. Aug. 1913 Nr. 126 (eing. 3. Sept.).[a] Ausfert.

Während noch vor einem Monate ausser einer kleinen Anzahl von Patrioten in ganz Skutari — und insbesondere unter den fremden Offizieren — niemand daran dachte, dass die Hoti- und Grudafrage noch je einer Revision unterzogen werden könnte, geht heute die allgemeine, nahezu ausnahmslose Überzeugung dahin, dass diese beiden Stämme vom selbstständigen Albanien

unmöglich zu trennen seien, und sind vor dieser Frage die zwischen Dreibund- und Ententevertretern sonst bestehenden Gegensätze zeitweilig in den Hintergrund getreten. Den Umschwung in der Stimmung Sir Cecil Burneys gegenüber den Albanesen und ihrem Interesse an der Erhaltung der Malzija dürfte die in letzterer Zeit auf ihn immer mehr Einfluss gewinnende Miss Edith Durham herbeigeführt haben, welche mit aller Energie für die Revision der Grenzfrage agitiert, wobei sie bei dem englischen Vizeadmiral das Terrain insoferne vorbereitet fand, als die nähere Bekanntschaft mit montenegrinischen Umtrieben in Nordalbanien dessen ursprüngliche Sympathieen für dieses Volk starkabgekühlt hat. Trotzdem hätte sich vielleicht Sir Cecil Burney nicht entschlossen, die Initiative zu der mit aller Schärfe formulierten Kundgebung des Admiralsrates zugunsten einer Revision der Grenzfrage (hieramtliches Chiffretelegramm vom 28. l. M. Nr. 259) zu ergreifen, wenn nicht der seit einigen Tagen hier weilende Präsident des englischen Albanienkomités, Parlamentsmitglied Aubrey Herbert, dem Probleme mit rücksichtsloser Offenheit nähergetreten wäre und dadurch unter den albanischen Patrioten und den Malzoren neue Hoffnungen in dieser Hinsicht geweckt hätte. Der Genannte lud eine Anzahl von Notabeln und Klubmitgliedern zu sich ein und befragte sie über die Möglichkeit und Opportunität von Kompensationen an Montenegro. Ein Teil der zu Rate gezogenen Personen sprach sich für das — hier inzwischen von montenegrinischer Seite lancierte — Kelmendi-Kompensationsprojekt aus, welches, beiläufig gesagt, von den hiesigen katholischen Kreisen, falls es nur die Weiden und nicht auch das Dorf Selce selbst zum Gegenstande hätte, der Abtretung von Hoti und Gruda bei Weitem vorgezogen würde; andere stimmten für eine finanzielle Entschädigung, welch' letzterer Ansicht Mr. Herbert selbst beitrat; meiner Vermutung nach war auch er es, der Sir Cecil die Aufnahme dieses Vorschlages in den Entwurf der Kommissionsdepesche suggeriert hatte. Herbert ist heute in die grosse Malcija abgegangen, um morgen dem im ganzen Berglande und besonders in Hoti gefeierten St. Johannsfeste in Rapsha beizuwohnen. Nicht uninteressant ist der Umstand, dass Sir Cecil den Malzoren im Geheimen sagen liess, sie sollten dem „Lord" überall in energischer Weise erklären, dass sie in die kampflose Abtretung der Montenegro zugesprochenen Stämme niemals willigen würden, — da von ihm vielleicht eine Änderung bewirkt werden könnte. Aubrey Herbert gedenkt nach seiner Rückkehr aus der Malcija sogleich nach England abzureisen und dort — wie er mir selbst mitteilte — seinen ganzen Einfluss aufzubieten, um eine Revision der Nordwestgrenze Albaniens herbeizuführen. Ohne mir über die Möglichkeit einer Reassumierung der Reunionsbeschlüsse ein Urteil zu erlauben, glaube ich konstatieren zu müssen, dass schon der Versuch einer solchen Aktion den Einfluss und das Ansehen der Engländer — welche in letzter Zeit hier an Sympathieen stark eingebüsst haben — in ungeahnter Weise zu heben geeignet wäre. Mayrhauser.

a) Vgl. n. 8515, 8615.

Tel. nach Sofia, 30. Aug. 1913 Nr. 511 (chiffr. 11 U. p. m.). Siehe n. 8513.

Nr. 8517. Tel. aus Sofia, 30. Aug. 1913 Nr. 1056 (eing. 10 U. p. m.). Entziff.

Im vorletzten Alinea[a]) meines Telegrammes Nr. 1046 vom 28.[b]) d. M. habe ich in Eile meinen Gedanken nicht verständig ausgedrückt. Ich wollte selbstredend nicht sagen, daß bulgarische Regierung sich in Fragen, in denen sie Hilfe braucht, nur an mich und an keinen anderen Vertreter der Großmächte wendet, was falsche Behauptung wäre, sondern meinte ich, daß Regierung nur zu uns Vertrauen hat und ihre Wünsche ausschließlich nur bei mir mit Glauben, aufrichtige Intentionen zu finden, vorbringt.

Tarnowski.

[a]) Vorletztes Alinea von n. 8505 reicht von „Obwohl ich" bis „für sie tun werden". — [b]) Richtig 29.

Nr. 8518. Tel. aus Konstantinopel-Jeniköj, 31. Aug. 1913 Nr. 449 (eing. 1. Sept. 6 U. a. m.).[a]) Entziff.

Erhalten Euer Exzellenz Telegramm vom 30. d. M. Nr. 416. Großvezier sagte mir anläßlich unserer gestrigen Unterredung, daß er sich mit den bulgarischen Unterhändlern nur auf der von den Türken den Mächten bekanntgegebenen Basis in Verhandlungen einlassen werde. Von einer Teilung Adrianopels, respektive Schleifung der Festung könne keine Rede sein. Ich werde bulgarischen Standpunkt auftraggemäß unterstützen, verspreche mir aber keinen Erfolg, da die türkische Regierung entschlossen zu sein scheint, es auf einen neuerlichen Krieg ankommen zu lassen. Aus den Telegrammen des Grafen Tarnowski vom 28. d. M. und vom 30. d. M. habe ich den Eindruck gewonnen, daß die bulgarische Regierung zwischen uns und Russland ein Doppelspiel spielt. Der eigentliche Vermittler scheint mir doch Russland zu sein.

Pallavicini.

[a]) Oe. U. Balkan 426 Nr. 845.

Nr. 8519. Tel. aus Sofia, 31. Aug. 1913 Nr. 1059 (eing. 1. Sept. 6 U. a. m.).[a]) Entziff.

Minister des Äußern besprach mit mir gestern abends türkische Frage und zeigte sich, obwohl ich vor Illusionen warnte, eher optimistisch. Er meinte, daß alle Mächte Ruhe und baldigstes Ende Krise wünschen und daß außerdem neben Bulgarien auch Türkei nicht weniger ruhebedürftig wäre, weswegen Hoffnung gerechtfertigt, daß Pforte — wenn nur Bulgarien auf Adrianopel verzichte — Forderungen nicht überspannen werde und Mächte ihrerseits in Konstantinopel mäßigend wirken würden. Heute abends traf ich im Ministerrate Ministerpräsidenten, Minister des Äußern und Kriegsminister. Umstand, daß die schon gestern abends erwartete Antwort der Pforte auf bulgarische Proposition noch immer nicht eingetroffen, präokkupierte die Minister und besonders deprimierend wirkten auf sie Informationen (aus Berlin und Konstantinopel), wonach Türkei auf die Bahnstrecke am rechten Maritzaufer nicht verzichten und Adrianopel mit Kirkilisse als Festungen verlangen würde. Zuerst ließen sich die Minister, speziell Kriegsminister, dahin vernehmen, daß Bulgarien, obwohl erschöpft

und von Europa ganz verlassen, wenn in Verzweiflung getrieben, sich von Türken nicht drangsalieren lassen, sondern ganze männliche Bevölkerung Landes sich erheben würde. Ich mahnte zur ruhigen Auffassung und in nachgefolgter Konversation mit Minister des Äußern allein meinte er, daß Eisenbahnfrage, wenn nicht anders, im Wege Transaktion geregelt werden müßte; eventuell würde Bulgarien den Türken von Adrianopel nach dem Süden eine Bahn auf linkem Maritzaufer bauen. Was Erhaltung Adrianopels als Festung anbelangt, so bestünden Türken darauf deswegen, da sie im Falle russisch-türkischen Krieges Bulgarien auf Seite Russlands zu finden fürchteten. Pforte müßte über diesen Irrtum aufgeklärt werden. Minister erzählte weiter, russischer Gesandter habe ihm Telegramm Herrn Neratows vorgelesen, worin neben Zusicherung, daß Russland Bulgarien in Verhandlungen mit Türkei unterstützen würde, Bemerkung enthalten, man sei in Petersburg befremdet, daß bulgarische Regierung italienische Mediation angerufen. Mitredner sprach sehr ungehalten von Italien, welches mit seiner Vermittlung so zudringlich. Bulgarien habe es um dieselbe nie ersucht; italienischer Gesandter hätte hier diesfalls einmal sondiert und Herr Ghenadiew hätte klar abgewinkt. Im Verlaufe der Unterredung habe ich Gelegenheit gehabt, einiges, was mir durch Major von Fischer über bulgarophile Haltung (Demarchen) MarkgrafenPallavicinis bekannt geworden, zu plazieren. Tarnowski.

a) Vgl. n. 8487.

Nr. 8520. Tel. aus Sofia, 31. Aug. 1913 Nr. 1060 (eing. 1. Sept. 6 U. a. m.).a) Entziff.

Minister des Äussern telephoniert mir spät nachts, er habe soeben Telegramm Herrn Natschowitschs erhalten, wonach bulgarische Proposition direkter Verhandlungen in diplomatischen und hohen türkischen Kreisen allerbesten Eindruck gemacht und bulgarische Delegierte freundlichster Aufnahme sicher wären. Minister sagte mir, Delegierte würden morgen abreisen. Wahrscheinlich würde er Kalčew nicht entsenden, da dieser nur alttürkische Attachen habe. Neben General Savow und Herrn Toschew würde Herr Natschowitsch als dritter Unterhändler fungieren und, wenn notwendig, werde später Minister des Äußern selbst Konstantinopel fahren.
Tarnowski.

a) Vgl. n. 8528, 8532.

Nr. 8521. Privatschreiben des Kabinettsdirektors des Kaisers; Bad Ischl, 31. Aug. 1913. Ausfert.

Im Allerhöchsten Auftrage beehre ich mich, zu dem Immediatvortrage vom 28. d. Euerer Exzellenz mitzuteilen, dass Seine Majestät Sich vorbehalten, die Situation, wie sie sich mit Rücksicht auf die neuerliche Denkschrift[a] des Grafen Tisza darstellt, mit Euerer Exzellenz in Wien zu besprechen. Seine Majestät sind noch immer der Anschauung, dass das Projekt, im Einvernehmen mit Russland vorzugehen, aus militärischen wie aus politischen Gründen complett unausführbar erscheint. Die Denkschrift erlaube ich mir hier mit dem Ersuchen zurückzusenden, es möge Euerer Exzellenz

gefällig sein, eine Abschrift davon für Seine Majestät anfertigen zu lassen, so daß Allerhöchstdieselben sie in Wien zur Verfügung haben. Der Immediatvortrag bleibt auf Allerhöchste Anordnung hier. Schießl.

[a]) n. 8474.

Nr. 8522. Tel. des Gesandten Ludwig Freiherrn von Flotow aus Berlin, 1. Sept. 1913 Nr. 392 (eing. 11 U. 30 M. p. m.).[a]) Entziff.

Vertraulich. Antwort auf Telegramm Nr. 609[b]) vom 30. v. M. Bulgarisch-türkische Verhandlungen. Staatssekretär teilt mir mit, bulgarischer Minister des Äussern habe sich deutschem Gesandten in Sofia gegenüber auch dahin ausgesprochen, dass er gewünscht hätte, Österreich-Ungarn und Deutschland um Vermittlung zu ersuchen. Er bäte nun deutsche Regierung, Bulgarien bei den bevorstehenden Verhandlungen in Konstantinopel zu unterstützen, wobei er auch auf dessen Wunsch hinwies, womöglich zu einer Allianz mit der Türkei zu kommen. Staatssekretär habe der bulgarischen Regierung antworten lassen, er hätte einer Verständigung Bulgariens mit der Türkei durch direkte Verhandlungen stets das Wort gesprochen; er könne die bulgarische Regierung des Wohlwollens der deutschen Regierung versichern, er rate ihr aber, vorderhand ihr Hauptaugenmerk auf die Erlangung wirtschaftlicher Vorteile von der Türkei zu richten; für eine Allianz scheine ihm — dies sei sein persönlicher Eindruck — in Konstantinopel zur Zeit noch nicht die Stimmung vorhanden, da die Erbitterung über die Greueltaten der Bulgaren bei den Türken gegenwärtig noch zu sehr nachhalte. Staatssekretär meint, über die territorialen Fragen werde nach orientalischer Art hin und her geschachert werden, in diese Frage wolle er sich nicht einmischen. Die Pforte habe nun schon erklärt, von der Bekanntmachung der „strategisch wichtigen Punkte" absehen zu wollen, um nicht ihre Position bei den Verhandlungen zu schwächen. Herr von Jagow fügte streng vertraulich hinzu, Griechenland verhandle gegenwärtig mit der Türkei wegen einer politischen Annäherung, durch die auch die Inselfrage zwischen beiden Staaten geregelt werden soll (deren Bereinigung auf diese Art ihm — nebenbei bemerkt — ein großer Gewinn schiene). Wieweit diese griechisch-türkischen Verhandlungen gediehen seien, wisse er nicht, er meine aber, bevor sie nicht zum Abschluss gekommen seien, werde es schwer halten, dass Bulgaren zu einer Allianz mit der Türkei kommen. Die kompetente Beurteilung überlasse er übrigens Baron Wangenheim. Flotow.

[a]) Vgl. n. 8528, 8533. — [b]) Mit Tel. Nr. 609, 30. Aug. 1913 (chiffr. 7 U. p. m.) wurde n. 8506 zur befürwortenden Mitteilung an deutsche Regierung nach Berlin übermittelt.

Nr. 8523. Bericht des Gesandten Ludwig Freiherrn von Flotow aus Berlin, 1. Sept. 1913 Nr. 29 B (eing. 4. Sept.).[a]) Ausfert.

Vertraulich. Herr von Jagow, dem ich den Inhalt Euer Excellenz Telegrammes vom 29. v. M. Nr. 606[b]) zur Kenntnis brachte, war über die Nachricht, dass durch ein königliches Dekret eine griechische Division mit der Stabsstation in Korica aufgestellt wird, sichtlich peinlich betroffen und er wiederholte öfters: „Das ist allerdings ein starkes Stück!" Er bedauere,

so äusserte sich der Staatssekretär, nicht in die Lage zu kommen, dem Könige von Griechenland gegenüber den Fall zu erwähnen, er werde aber Seine Majestät, Höchstdessen Anwesenheit sich auf zwei Tage im Manövergelände beschränken werde, gar nicht sehen. Herr von Jagow gab mir zu, dass ein derartiges Vorgehen von griechischer Seite nicht geeignet sei, Griechenland unser Wohlwollen zu gewinnen. Er machte mich aber darauf aufmerksam, dass — wie er erst unlängst konstatiert habe — der Beschluss der Londoner Botschafterréunion über die Südgrenze Albaniens dem Athener Kabinette bisher noch nicht formell mitgeteilt wurde. Dies zu bestimmen, sei allem Anscheine nach von der Réunion im Drange des Abschieds übersehen worden. Er selbst wolle den ersten Anstoss in der Sache nicht geben, würde es aber sehr begreiflich finden, wenn die Initiative von Österreich-Ungarn oder Italien oder von beiden ergriffen würde. Wie der Staatssekretär des Weiteren erwähnte, hat Major Thierry, der deutsche Delegirte in der Kommission für die Abgrenzung Südalbaniens, die Instruktion erhalten, nach Aussen hin nur ethnographische Gesichtspunkte zur Richtschnur zu nehmen, pro foro interno aber in enger Fühlung mit den beiden Verbündeten zu bleiben und sie bestens zu unterstützen. Nebenbei erzählte mir der Staatssekretär, er habe eine mit zahllosen Unterschriften versehene griechische Zuschrift aus Janina erhalten, in der die Zusammensetzung der Delimitirungskommission mit Rücksicht darauf heftig angegriffen würde, dass der österreichisch-ungarische und der italienische Konsul in Janina, deren Griechenfeindlichkeit als eine notorische hingestellt werde, ihr angehören. Flotow.

[a]) Vgl. n. 8573. — [b]) Mit Tel. Nr. 606 nach Berlin (1), Nr. 986 nach Rom (2), 29. Aug. 1913 (chiffr. 8 U. 10 M. p. m.) wurde Telegramm Nr. 660 aus Athen (eing. 28. Aug. 7 U. p. m.) über die Aufstellung des dritten griechischen Armeekorps in Janina, von dessen drei Divisionen eine ihre Stabsstation in Koritza habe, mitgeteilt.

Nr. 8524. Tel. aus Cetinje, 1. Sept. 1913 Nr. 259 (eing. 6 U. p. m.).[a]) Entziff.

Nach Mitteilung Königs Grenzabkommen mit Serbien perfekt, soll heute gezeichnet werden. Montenegro erhält $^2/_3$ Sandschaks mit Plevlje, Bielopolje, dann Distrikte Rozaj, Ipek und Diakova. König heuchelt Unzufriedenheit, weil Prisren nicht erhalten, ist aber de facto sehr befriedigt. Territoriale Vergrößerung beträgt 8248 km², Bevölkerung wird mehr als verdoppelt. Giesl.

[a]) Vgl. n. 8512.

Nr. 8525. Tel. aus Konstantinopel-Jeniköj, 1. Sept. 1913 Nr. 450 (eing. 2. Sept. 7 U. a. m.).[a]) Entziff.

Großvezier sagte mir heute, er erwarte morgen die bulgarischen Delegierten, welche via Adrianopel ankommen. Großvezier kennt weder die Namen der Bevollmächtigten, noch ist ihm etwas über die Vorschläge bekannt, welche sie der Pforte machen werden. Er sagte mir, er fürchte, die Bulgaren würden unmögliche Forderungen stellen, so zum Beispiel Teilung Adrianopels und Schleifung der Festung. Er betonte, dass er auf seinem bekannten Standpunkt bezüglich Abgrenzung bleiben müsse, in allen anderen Fragen

aber sei er entschlossen, das größte Entgegenkommen an den Tag zu legen. Namentlich was wirtschaftliche Fragen anbelange, so zum Beispiel Schiffahrt auf der Maritza etc. Ich vermied es, jetzt noch auf eine nähere Besprechung des Gegenstandes einzugehen, weil ja Verhandlungen noch nicht begonnen haben, immerhin habe ich schon heute versucht, den Großvezier in Bezug auf die Eventualität der Teilung Adrianopels umzustimmen, indem ich darauf hinwies, dass dieser Vorschlag von Mahmud Schefket Pascha selbst ausgegangen sei. Said Halim Pascha erwiderte mir, dass die Verhältnisse sich seither ganz geändert hätten und dass die türkischen Militärs den Besitz Adrianopels für die Sicherung der Hauptstadt als absolut notwendig hinstellen. Im Übrigen versicherte er mir, dass er alles daran setzen werde, um die Verhandlungen zu einem möglichst schnellen Ende zu bringen.

Pallavicini.

a) Oe. U. Balkan 428 Nr. 848.

Nr. 8526. Tel. des Legationsrates Grafen Ludwig Ambrózy aus Rom, 1. Sept. 1913 Nr. 577 (eing. 11 U. p. m.).a) Entziff.

Epirus. Antwort auf Euer Exzellenz Telegramm Nr. 986b) vom 29. v. M. Minister des Äussern meint, es sei vor allem unbedingt nötig und äußerst dringend zu erreichen, dass der Réunionsbeschluss, welcher Phtelia und Korica Albanien zuweist, Griechenland durch die Vertreter aller Großmächte in Athen notifiziert werde. Dortiger italienischer Gesandter ist mit dem Vorbehalte si omnes schon in diesem Sinne instruiert. Ferner ist Marquis di San Giuliano der Ansicht, dass, um zu vermeiden, dass Österreich-Ungarn und Italien gezwungen werden, gegen Griechenland militärisch vorzugehen, Athener Kabinett durch eine gemeinsam befreundete Macht, also vor allem durch Deutschland, auf den Ernst der Gefahr aufmerksam gemacht werden müsste, in welche es sich durch Nichtbeachtung der Beschlüsse der Großmächte begeben würde.

Ambrózy.

a) Vgl. n. 8530. — b) Vgl. n. 8523 Anm. b.

Nr. 8527. Tel. des Legationsrates Grafen Ludwig Ambrózy aus Rom, 1. Sept. 1913 Nr. 582 (eing. 11 U. p. m.). Entziff.

Streng vertraulich. Marquis di San Giuliano, welchem Herr von Mérey vom hohen Erlass vom 12. v. Mts. Nr. 3871 streng vertraulich Kenntnis gegeben hatte, lässt mich ersuchen, Euer Exzellenz seinen Dank für diese sehr interessante Mitteilung zu unterbreiten. Der Herr Minister hält es für richtig, dass Euer Exzellenz Legationsrat Weinzetl instruiert haben, sich gegenüber Herrn Wimmer und Prinzen Mirko neuerdings in ablehnendem Sinne auszusprechen, falls dieselben auf das Thema der Notwendigkeit der Schaffung eines „Paravent" zwischen Serbien und Montenegro zu sprechen kommen sollten.

Ambrózy.

Nr. 8528. Tel. aus Sofia, 1. Sept. 1913 Nr. 1063 (eing. 2. Sept. 7 U. a. m.).a) Entziff.

Kaum wurde durch das Telegramm Herrn Natschowitschs (mein Telegramm Nr. 1060 von heute nachts) Stimmung der Regierung ein wenig

gehoben, als sie Nachricht von Besetzung Gümüldjinas und Xanthis durch Türken erhielt und fand ich heute abends Ministerpräsidenten und Minister des Äußern wieder ganz demoralisiert. Ich versuchte sie durch Hinweis darauf zu beruhigen, daß diese Bewegungen türkischer Truppen vor Einlangen in Konstantinopel bulgarischer Proposition betreffs direkte Verhandlungen angeordnet worden und daß Pforte nunmehr Haltung ändern dürfte. Den Minister des Äußern präokkupiert es sehr, wie sich Deutschland verhalten werde, und er überschüttet mich mit diesbezüglichen Fragen. Außer dem Ersuchen, das er an mich gerichtet, daß wir Deutschland für Bulgarien wohlwollend stimmen, wandte er sich — wie mir dies auch Herr von Below bestätigt — an den letzteren direkt und betonte Wunsch bulgarischer Regierung nach Annäherung an Türkei, woran er — um gute Dispositionen hervorzurufen — Bitte um Rat knüpfte, ob Berliner Kabinett der Ansicht, daß gegenwärtiger Moment für weitergehende Pourparlers mit Türkei geeignet. Herr von Below sagt mir, er habe Ersuchen Herrn Ghenadieffs telegraphisch gemeldet und befürwortet, habe aber noch keine Antwort. Auch sei er überzeugt, daß Türkei Forderungen nicht überspannen würde, und sollte sie es tun, würde Deutschland gewiß mäßigend wirken. Adrianopel müßten Türken haben und, wenn sie es bekommen, sollten sie sich damit begnügen. Festung — so meinte mein turcophiler deutscher Kollege — brauche Türkei in Adrianopel keine. Tarnowski.

[a]) Vgl. n. 8522, 8532.

Tel. nach Athen, 2. Sept. 1913 Nr. 183 (chiffr. 3. Sept. 1 U. a. m.). Siehe n. 8530.

Nr. 8529. Tel. des Legationssekretärs Prinzen Emil Fürstenberg aus Athen, 2. Sept. 1913 Nr. 673 (eing. 10 U. p. m.). Entziff.

Griechische Machinationen im Epirus. Bei Besprechung Delimitationsfrage äußerte sich gestern Herr Panas dem ihm von Sofia her befreundeten italienischen Gesandten gegenüber im allgemeinen weniger schroff als sein Amtsvorgänger. Von Graf Bosdari, der auf einschlägige herausfordernde Sprache (mein Telegramm Nr. 652 vom 24. v. M.) Herrn Coromilas' verwies, in die Enge getrieben, ließ Minister des Äußern es nicht gelten, daß griechische Armee im Epirus Bestimmung hätte, sich eventuell Beschlüssen der Mächte zu widersetzen und berief sich im übrigen darauf, daß er „noch nicht genügend au courant speziell vorstehender Frage sei!" Graf Bosdari morgen auf Urlaub gehend, trifft demnächst mit Marquis di San Giuliano zusammen. Emil Fürstenberg.

Nr. 8530. Tel. nach Berlin Nr. 613 (1), Athen Nr. 183 (2) und Rom Nr. 995 (3), 2. Sept. 1913 (chiffr. 3. Sept. 1 U. a. m.).[a]) Konz. (S. Egger u. Nemes; V. u. G. Berchtold).

1. Im Gegenstande meines Telegrammes vom 29. v. M. Nr. 606[b]) berichtet mir Graf Ambrózy unter dem 1. d. M., wie folgt:

2. Im Gegenstande Euer Durchlaucht Telegrammes vom 28. v. M. Nr. 660[b]) berichtet mir Graf Ambrózy, dem dessen Inhalt mitgeteilt wurde, wie folgt:

1. u. 2. ... *wie n. 8526* ...

1. Vorstehendes zur Besprechung mit Herrn von Jagow,

2. Vorstehendes zu Euer Durchlaucht streng vertraulicher Information unter Bezug auf das mit meinem Telegramme vom 12. v. M. Nr. 171 diesamtlich Eröffnete. Euer Durchlaucht sind ermächtigt, die Notifikation des Réunionsbeschlusses, welcher Phtelia und Koritza Albanien zuweist — si omnes — bei dortiger Regierung vorzunehmen.

1. wobei Euer Hochwohlgeboren demselben mitteilen wollen, daß ich die Ansicht Marquis di San Giulianos teile, daß es im Interesse einer gedeihlichen Entwicklung der in Rede stehenden Angelegenheit läge, wenn Griechenland durch eine gemeinsam befreundete Macht, als welche wohl nur Deutschland in Betracht kommen könnte, auf die für dasselbe aus einer Ignorierung der Londoner Réunionsbeschlüsse eventuell sich ergebenden Gefahren aufmerksam gemacht würde. Ferner wollen Euer Hochwohlgeboren erwähnen, daß der k. und k. Geschäftsträger in Athen unter Einem ermächtigt wird, die von Marquis di San Giuliano vorgeschlagene Notifikation — si omnes — bei der griechischen Regierung vorzunehmen.

3. Erhalten Euer Hochgeboren Telegramm Nr. 577 vom 1. l. Mts. Ich beauftrage Baron Flotow bei Mitteilung obzitirten Telegrammes, dessen Inhalt zur Kenntnis Herrn von Jagows zu bringen, und telegrafire an den k. und k. Geschäftsträger weiters, wie folgt: „Euer Hochwohlgeboren wollen Herrn von Jagow mitteilen, (inseratur aus Telegramm sub 1. von „daß ich die Ansicht“ bis zum Schluß.)“ Berchtold.

a) Oe. U. Balkan 429 Nr. 851. Vgl. n. 8534, 8538, 8539. — *b)* Vgl. n. 8523 Anm. b.

Nr. 8531. Bericht aus Konstantinopel-Jeniköj, 2. Sept. 1913 Nr. 50 B (eing. 4. Sept.).[a] Ausfert.

Streng vertraulich. Ich erfahre aus guter Quelle, dass die hiesige deutsche Botschaft vor Kurzem ein Schriftstück erhalten hat, dessen Verfasser der deutsche Kaiser selbst sein soll.[b] Seine Majestät legt in diesem Memoire seine Ansichten über die gegenwärtige Lage und über die von Deutschland zu befolgende Politik nieder. Mein Gewährsmann hat mir einige Andeutungen über den Inhalt dieses Elaborates gemacht und hiebei drei Punkte hervorgehoben, welche in demselben unter Anderem behandelt werden. Der Kaiser tritt vor Allem der Beschuldigung entgegen, dass er Familienpolitik treibe. Seine Majestät sagt, er verwerte seine Familienbeziehungen im Interesse des Deutschen Reiches. Er liesse sich aber keineswegs durch die Interessen seiner Verwandten, die Souveräne anderer Staaten sind, beeinflussen. Der zweite Punkt bezieht sich auf Rumänien. In diesem Belange sagt der Kaiser, dass kürzlich die Gefahr bestand, Rumänien könnte dem Dreibund untreu werden. Er wäre daher, selbst auf die Gefahr hin, momentan in Wien zu verstimmen, persönlich einzugreifen gezwungen gewesen. Er hätte auf diese Weise Rumänien für den Dreibund gerettet. Der dritte Punkt, der nach Angabe meines Gewährsmannes in dem Schriftstücke enthalten ist, bezieht sich auf das Verhältnis Deutschlands zur Türkei. In dieser Hinsicht spricht sich seine Majestät dahin aus, dass die Politik des Deutschen Reiches nach wie vor trachten müsse, die Türkei zu erhalten

und dass sie daher eine durchaus türkenfreundliche zu sein hätte. Soweit mein Gewährsmann über den Inhalt des kaiserlichen Elaborates. Was der Kaiser über die Politik des Deutschen Reiches gegenüber der Türkei sagt, stimmt vollkommen mit der Haltung, die sein Botschafter in Constantinopel während der ganzen letzten Krise einnahm. Baron Wangenheim ist ein impetuoser Charakter. Sein Temperament geht ihm manchesmal etwas durch, so dass es Momente gab, wo er in seiner Türkenfreundlichkeit vielleicht weiter gieng als dies im Auswärtigen Amte in Berlin erwünscht gewesen sein mag. Immerhin stimmte der Grundton mit dem von seinem Kaiserlichen Herrn aufgestellten Prinzipe überein, dass die Politik Deutschlands nach wie vor türkenfreundlich sein müsse. Mein deutscher Kollege, der mit mir, wie Euer Exzellenz bekannt, eng befreundet ist, spricht sich mir gegenüber in dieser Beziehung mit grösster Offenheit aus. Er sagte mir erst kürzlich, er würde auf seinem hiesigen Posten keinen Augenblick bleiben, wenn er von Berlin die Weisung bekäme, hier mit der Faust auf den Tisch zu schlagen. Eine solche Politik wäre seiner Ansicht nach eine ganz verfehlte. Deutschland habe nicht, wie andere Mächte, wie zum Beispiel Russland und England und wie auch Österreich-Ungarn, vor der letzten Krise, infolge der geographischen Lage die Möglichkeit, direkt auf die Türkei einzuwirken. Es habe auch nicht so wie Frankreich in finanzieller Beziehung die Türkei in der Hand. Die einzige Art, wie Deutschland seinen Einfluss hier erhalten kann, ist, in der Türkei das Gefühl wach zu erhalten, dass sie in Deutschland eine starke Stütze findet. Diese Politik sei bisher mit grossem Erfolge befolgt worden und müsse auch in Zukunft die Politik Deutschlands bleiben. Im entgegengesetzten Falle würde Deutschland seiner Ansicht nach in der Türkei keine grössere Rolle spielen als etwa Nord-Amerika. Diese Ausführungen Baron Wangenheims scheinen mir zutreffend zu sein. Denn obwohl Deutschland über keine Pressionsmittel gegenüber der Türkei verfügt, ist der deutsche Einfluss hier nach wie vor ein massgebender und die Stellung, die Baron Wangenheim hier einnimmt, ist eine ebenso starke wie jene war, die seinerzeit Baron Marschall inne hatte. Unter allen Botschaftern ist er zweifellos derjenige, der bei der Pforte am meisten durchsetzen kann. Dies verdankt er ausschliesslich der klugen und praktischen Politik, die Deutschland seit Jahren der Türkei gegenüber befolgt. Der deutsche Botschafter hat mir schon wiederholt gesagt, seiner Ansicht nach müsste Deutschland sogar soweit gehen, wenn die Existenz der Türkei in Frage käme, eventuell selbst mit Waffengewalt für dieselbe einzutreten. Dies wäre aber nur dann am Platze, wenn es mit Aussicht auf Erfolg geschehen könnte. Wenn hingegen die übrigen Mächte, namentlich England, auf den Ruin dieses Reiches ausgehen und dessen Aufteilung ins Auge fassen sollten, dann könnte allerdings Deutschland dies nicht aufhalten und müsste in diesem Falle als Anwärter auf das Erbe auftreten. Das Deutsche Reich würde dann einen möglichst grossen Erbteil fordern und denselben mit seiner ganzen Kraft zu verteidigen wissen. Baron Wangenheim lässt keine Gelegenheit unbenützt, um dies ganz offen zu erklären, um namentlich meinen Collegen von Russland und Frankreich keinen Zweifel darüber zu lassen. Diese Taktik hat auch ihre Früchte getragen. Der russische Botschafter hat, wie ich schon berichtet

habe,c) in der letzten Zeit wiederholt mir gegenüber der Ansicht Ausdruck gegeben, dass es nicht im Interesse Russlands gelegen sei, die Aufteilung der asiatischen Türkei anzustreben. Noch kürzlich sagte er mir wieder, für Russland sei es viel besser die Türken als Nachbarn zu haben als etwa Deutsche oder Engländer. Auch mein französischer College spricht sich jetzt in Bezug auf die Zukunft der Türkei ganz anders aus, als noch vor wenigen Monaten. Wie es scheint, kommt man also langsam zur Überzeugung, dass die Aufteilung des türkischen Reiches doch nicht etwas so einfaches wäre und dass dann vielleicht Zustände eintreten würden, die eine totale Umwälzung der jetzigen Machtverhältnisse der europäischen Staaten nach sich ziehen könnten. Von unserem Standpunkte aus scheint mir dies, glaube ich, von ganz besonderer Bedeutung. Denn abgesehen davon, dass wir bei einer eventuellen Aufteilung der Türkei wahrscheinlich leer ausgehen dürften, könnte diese Umwälzung eine solche Verschiebung aller Machtverhältnisse mit sich bringen, dass unsere Stellung als Grossmacht in Europa eventuell gefährdet werden würde. Schon von diesem Gesichtspunkte aus müssten wir meiner Meinung nach Alles tun, damit es nicht zur Aufteilung des türkischen Reiches komme. Um dies zu verhindern, muss der Türkei meines Erachtens vor Allem der Besitz Constantinopels gesichert bleiben. Ohne Constantinopel, namentlich ohne den Besitz der Meerengen, ist es nicht denkbar, dass sich das türkische Reich in Anatolien halten könnte. Um aber Constantinopel gegen eventuelle Angriffe schützen zu können, braucht die Türkei nach Ansicht aller militärischen Fachleute eine gute natürliche Grenze in Thrazien. Zur Verteidigung Constantinopels würde allerdings eine solche Grenze auch ohne die Festungen Adrianopel und Kirkkilisse genügen. Wenn aber die Türkei auch künftighin ein militärischer Machtfaktor in Europa bleiben soll, dann müsste sie, nach Ansicht jener militärischen Fachleute, auch die besagten Festungen behalten. Betrachten wir diese Frage vom Standpunkte unserer eigenen Interessen, so müssen wir, glaube ich, zu dem Schlusse kommen, dass es für uns vorteilhafter ist, wenn zu den drei Factoren, welche infolge der letzten Krise auf der Balkanhalbinsel zu grösserer Bedeutung als bisher gelangt sind, noch ein vierter Faktor hinzukäme. Auf diese Art würde sich wahrscheinlich die Situation auf der Balkanhalbinsel leichter zu unseren Gunsten gestalten lassen, da es unserer Politik in Zukunft unschwer gelingen dürfte, die Türkei für uns zu gewinnen. Auch von einem anderen Standpunkte halte ich es für wichtig, dass die Türkei auch fernerhin als militärischer Factor auf der Balkanhalbinsel erhalten werde. Die Rolle, welche Rumänien in der letzten Phase der Balkankrise gespielt hat, gibt meiner Ansicht nach zum Nachdenken Anlass. Wenn die Türkei auf der Balkanhalbinsel auch zukünftig noch als Machtfactor zählen würde, dann könnte Rumänien nicht so leicht dieselbe Rolle spielen, wie dies vor Kurzem der Fall war. Obwohl die Frage von Thrazien noch nicht definitiv entschieden ist, so sieht man schon jetzt, dass sich die einzelnen Balkanstaaten um die Freundschaft der Türkei eifrigst bewerben werden. Die hier weilenden Bevollmächtigten dieser Staaten sprechen sich alle dahin aus, dass sie in Zukunft die besten Beziehungen zur Türkei wünschen. Die türkischen

Staatsmänner sind, wie ich sehe, vorläufig noch sehr zurückhaltend, sie rechnen aber ohne Zweifel darauf, dass es in nicht ferner Zeit abermals zwischen ihren früheren Gegnern zu Auseinandersetzungen kommen werde. So sagte mir kürzlich der Grossvezier, er zweifle nicht daran, dass schon in einigen Monaten wenigstens der Bandenkrieg einsetzen werde. Momentan ist allerdings der Hass gegen Bulgarien überwiegend, ich kann aber schon jetzt constatieren, dass sich die türkischen Staatsmänner darüber klar sind, dass in Zukunft der Türkei unter den Balkanstaaten nur von Seite Griechenlands Gefahren drohen können. Die Möglichkeit eines engen Anschlusses dieses Reiches an Bulgarien scheint mir daher nicht ausgeschlossen zu sein.

Pallavicini.

[a]) Vgl. n. 9068. — [b]) Vgl. n. 8544. — [c]) n. 8441.

Tel. nach Rom, 2. Sept. 1913 Nr. 995 (chiffr. 3. Sept. 1 U. a. m.). Siehe n. 8530.

Nr. 8532. Tel. aus Sofia, 2. Sept. 1913 Nr. 1066 (eing. 10 U. 45 M. p. m.).[a]) Entziff.

Minister des Äußern sagte mir, bulgarische Delegierte reisen heute via Adrianopel nach Konstantinopel ab. Erste Angelegenheit, die sie zu regeln haben werden, werde die sein, bezüglich Okkupation rechten Maritza-Ufers durch die Türken ins Reine zu kommen. Minister habe daran gedacht, Militärattachés der Mächte, die zur Begleitung der Truppen ermächtigt, zu ersuchen, sich mit kleinem Detachement in südliche Gebiete zu begeben und türkische Okkupation festzustellen, er wolle aber jede Verstimmung in Konstantinopel vermeiden und versuchen, Angelegenheit durch Delegierte gütlich mit der Pforte zu regeln. Wie gestern (mein heutiges Telegramm Nr. 1063 von heute nachts) hat mich Minister des Äußern auch heute wieder gefragt, ob keine Nachricht, wie Ersuchen Bulgariens um Unterstützung in Berlin aufgenommen.

Tarnowski.

[a]) Oe. U. Balkan 429 Nr. 849. Vgl. n. 8520, 8533.

Nr. 8533. Tel. aus Sofia, 2. Sept. 1913 Nr. 1069 (eing. 3. Sept. 6 U. a. m.).[a]) Entziff.

Minister des Äußern las mir Telegramm bulgarischen Gesandten in Berlin vor, dem Staatssekretär gesagt, daß Bulgarien sehr richtig gehandelt, direkte Verhandlungen mit Türkei vorzuschlagen, und deutscher Botschafter hätte bereits Instruktion, der Pforte zu Konzessionen zu raten. Im übrigen würde Baron Wangenheim Markgrafen Pallavicini, der jedenfalls mit präziseren und weitergehenden Instruktionen versehen, in allem unterstützen. Herr Ghenadieff hatte von diesem Telegramme günstigen Eindruck und dankte mir sehr für meine Verwendung bei Euer Exzellenz, da günstige Dispositionen in Berlin nur uns zu verdanken. — Er erzählte weiter, russischer Gesandter habe ihm heute eindringlich zugeredet, verschiedene wegen ihrer Russophilie bekannte ...[b]) (unter anderem Herrn Sarafow) als Delegierte nach Konstantinopel zu senden. Minister habe unter verschiedenen Ausflüchten diese Ratschläge abgelehnt, um aber Russland nicht gar zu mißtrauisch zu stimmen, attachiere er den Delegierten als Beirat

Oberst Papadopoff (mit einer Russin verheiratet), der politische Null und in nichts eingeweiht werden werde. Minister besorgt, Russland werde in Konstantinopel intriguieren, da es türkisch-bulgarische Annäherung bereits befürchtet. Mitredner bittet mich, Markgrafen Pallavicini und BaronWangenheim wissen zu lassen, ganz offen könnten sie nur mit Herrn Toscheff sprechen, der alter ego Ministers des Äußern. Im Verlaufe Konversation sprach Minister wiederholt von Entente mit Türkei, die Bulgarien so dringend brauche. Tarnowski.

[a]) Vgl. n. 8522, 8532, 8536, 8540 Anm. b. — [b]) Chiffre fehlt.

Nr. 8534. Tel. nach Berlin Nr. 616 (1) und Rom Nr. 999 (2), 3. Sept. 1913 (chiffr. 11 U. 20 M. p. m.).[a]) Konz. (S. Schreibmaschine u. Egger; G. Berchtold).

1. Herzog Avarna hat mich gestern aufgesucht und mir auftraggemäß einige ihm übermittelte Telegramme vorgelesen, in welchen die unzukömmliche Haltung der griechischen Regierung bezüglich ihrer Stellungnahme zu den Beschlüssen der Londoner-Réunion und zu den bevorstehenden Arbeiten der mit der südlichen Abgrenzung Albaniens betrauten Kommission beleuchtet wird. Nach Ansicht der italienischen Regierung müßte verhindert werden, daß Griechenland sich in dieser Richtung noch weiter engagiere. Zu diesem Behufe erschiene es Marquis di San Giuliano wünschenswert, zu einem Einvernehmen zu gelangen, wie Österreich-Ungarn und Italien sich der provozierenden Haltung Griechenlands gegenüber verhalten sollen, da dieselbe der Würde der beiden Großmächte nahetrete. Ich habe Herzog Avarna erwidert, es schiene mir nicht angezeigt, jetzt eine direkte Demarche in Athen vorzunehmen, da eine solche verfrüht wäre. Ich hielte es vielmehr für nützlich, unsere Vertreter in Berlin dahin zu instruieren, bei dem dortigen Kabinette anzuregen, bei der griechischen Regierung die Stellungnahme Griechenlands zu den Beschlüssen der Londoner-Réunion und zu den bevorstehenden Arbeiten der mit der südlichen Abgrenzung Albaniens betrauten Kommission zur Sprache zu bringen, sowie auf die Gefahr zu verweisen, welcher es sich eventuell von Seite Italiens und Österreich-Ungarns aussetzen könnte, wenn es darin verharren würde, die oberwähnten Beschlüsse nicht respektieren zu wollen. Euer Hochwohlgeboren wollen demnach unter Benützung der gegenwärtigen Mitteilungen bei Herrn von Jagow ein dem Eben-Gesagten entsprechendes Ersuchen stellen.

2. Im Verfolge meines Telegrammes vom 2. d. M. Nr. 995. Ich telegrafiere nach Berlin wie folgt: (Inseratur Telegramm sub 1. in extenso.) Vorstehendes zu Euer Hochgeboren Information und Regelung Ihrer Sprache gegenüber Marquis di San Giuliano. Berchtold.

[a]) Vgl. n. 8535, 8543.

Nr. 8535. Tel. nach Berlin Nr. 617 (1) und Rom Nr. 1000 (2), 3. Sept. 1913 (chiffr. 10 U. p. m.).[a]) Konz. (S. Schreibmaschine u. Egger; V. u. G. Berchtold).

1. Streng vertraulich. Herzog Avarna hat mir streng vertraulich von einem Telegramme Kenntnis gegeben, mit welchem seine Regierung den

italienischen Botschafter in Berlin beauftragt, bei Herrn von Jagow beziehungsweise dem Reichskanzler anzuregen, Kaiser Wilhelm möge bei seinem Schwager König Konstantin dahin wirken, daß derselbe seinen Widerstand gegen die Durchführung der Beschlüsse der Londoner Réunion aufgebe. Bei diesem Anlasse hätte der italienische Botschafter in Berlin durchblicken zu lassen, daß die Bestrebungen Griechenlands, sich dem Dreibunde zu nähern, jedenfalls scheitern müßten, wenn durch eine intransigente Stellungnahme der griechischen Regierung Italien und Österreich-Ungarn sich gezwungen sehen würden, ihren Willen in der albanesischen Frage mit solchen Mitteln durchzusetzen, welche in Griechenland eine anhaltende Verstimmung hervorrufen müßten. Vorstehendes zu Euer Hochwohlgeboren rein persönlicher Kenntnisnahme. Euer Hochwohlgeboren wollen sich Herrn von Jagow gegenüber dahin aussprechen, daß es uns wünschenswert scheinen würde, wenn Kaiser Wilhelm direkt auf seinen königlichen Schwager in mäßigendem Sinne einwirken wollte. Der Widerstand Griechenlands in der Epirusfrage dürfte zum größten Teile auf den persönlichen Willen König Konstantins zurückzuführen sein und schiene es mir im Interesse der jetzigen und der zukünftigen Beziehungen zu Griechenland von größtem Werte, daß Kaiser Wilhelm Höchstseinem Schwager eine nachgiebigere Haltung anempfehle.

2. Ich telegrafiere unter Einem an Baron Flotow wie folgt: (Inseratur Telegramm sub 1. in extenso.) Vorstehendes zu Euer Hochgeboren streng vertraulicher Information und eventueller Regelung Ihrer Sprache, falls Marquis di San Giuliano Euer Hochgeboren gegenüber auf diese Angelegenheit zu sprechen kommen sollte. Berchtold.

a) Vgl. n. 8534, 8543.

Tel. nach Rom, 3. Sept. 1913 Nr. 999 (chiffr. 11 U. 20 M. p. m.). Siehe n. 8534.

Tel. nach Rom, 3. Sept. 1913 Nr. 1000 (chiffr. 10 U. p. m.). Siehe n. 8535.

Nr. 8536. Tel. aus Sofia, 3. Sept. 1913 Nr. 1070 (eing. 8 U. 10 M. p. m.). Entziff.

Vertraulich. Im Verlaufe der gestrigen, mit meinem Telegramm Nr. 1069 von heute nachts geschilderten Unterredung mit Minister des Äussern sagte er auch, Bulgarien werde in der Zukunft der natürliche Freund der Türkei werden. Nach Besitz Adrianopels, welches bald zu einem Dorf herabsinken würde, und überhaupt nach dem Osten werde Bulgarien nie streben, sondern werden sich seine Aspirationen nur nach Westen richten. Minister des Äussern erwähnte auch vertraulich, die bulgarischen Delegierten in Konstantinopel hätten Instruktion, dem russischen Botschafter Hof zu machen; Markgrafen Pallavicini möge dies nicht irreführen. Tarnowski.

Nr. 8537. Tel. aus Sofia, 3. Sept. 1913 Nr. 1072 (eing. 4. Sept. 7 U. a. m.). Entziff.

Daß Ausgang türkischer Frage, wie ich in meiner Berichterstattung wiederholt betonte, für Stellung Kabinetts von Wichtigkeit, beweist deutlich

Umstand, daß Regierung, bevor sie sich zu direkten Verhandlungen mit der Pforte entschlossen, alle Parteiführer eingeladen, Stand der Lage vor ihnen entwickelt und ihre Ansicht eingeholt hat. Dieses Faktum bezeugt auch, daß Regierung andere Parteien nicht ignorieren zu können glaubt. Von der Wühlarbeit der Geschowisten und Danewisten sprach mir dieser Tage Ministerpräsident. Als ich bemerkte, daß er doch in Archiv Auswärtigen Amtes Mittel finden würde, um Gegner zum Schweigen zu bringen, antwortete Konseilspräsident, daß ihm um Zukunft nicht bange, jetzt aber Lage Kabinetts, wenn es mit Türken schlecht abschneiden würde, sich schwierig gestalten könnte. Ähnlich äußerte sich Dobrovič, als er mich heute besuchte, um mich um unsere Unterstützung in türkischer Frage zu bitten und mir im Auftrage König Ferdinands für Beistand, den ich der Regierung stets zu leisten bemüht wäre, Dank auszusprechen. Dobrovič präokkupiert es hauptsächlich, daß Mitglieder früherer Kabinette Schuld auf Seine Majestät abwälzen und behaupten, es sei König, der gegen Willen damaligen Ministeriums zweiten Krieg mit Türkei gewünscht und Angriff gegen Serben angeordnet. Dobrovič befürchtet, diese Agitation werde, wenn Zensur abgeschafft, größere Proportionen annehmen. Wenn Dobrovič soviel davon spricht, so ist dies Zeichen, daß König Ferdinand (der mir übrigens selbst gestanden, daß er Befehl zur Schlacht bei Kumanova gegeben) in Ängsten Mitredner hob Wichtigkeit halbwegs günstiger Lösung türkischer Frage für Stellung Königs und Regierung hervor: „Wenigstens das Stück Land nördlich und östlich von Adrianopel (bis Midia) und ganzes rechtes Maritzaufer". Was immer König Ferdinand meinen mag, ging aus Sprache Dobrovič jedenfalls hervor, daß wie (laut meines Telegrammes Nr. 1046 vom 28.*a)* v. M.) Regierung — so auch Hof Unmögliches von uns nicht erwartet und auf Grund der Information, die er von Minister des Äußern erhält, von unseren aufrichtigen Bemühungen zugunsten Bulgariens überzeugt ist. Tarnowski.

a) Richtig 29 = n. 8505.

Nr. 8538. Tel. des Legationssekretärs Prinzen Emil Fürstenberg aus Athen, 4. Sept. 1913 Nr. 677 (eing. 10 U. p. m.). Entziff.

Delimitation Südalbaniens. Bezug auf Euer Exzellenz Telegramm Nr. 183 vom 2. d. M. Italienischer Geschäftsträger ist angewiesen, Reunionsbeschluß über Abgrenzung Südalbaniens, dessen Text ihm aber nicht mitgeteilt wurde, hier zu notifizieren. Er telegraphierte daher um genaue Instruktionen nach Rom. Englischer Gesandter beauftragt, alle sieben in Euer Exzellenz Telegramm Nr. 171 vom 12. v. M. enthaltenen Punkte griechischer Regierung si omnes bekanntzugeben. Französischer Vertreter noch ohne Weisung. Russischer schließt sich seinen Ententekollegen an. Deutscher kann in was immer für Form Schritt mitmachen. Mit Rücksicht darauf, daß ich durch eingangszitiertes Telegramm lediglich ermächtigt bin, Reunionsbeschluß, welcher Phtelia und Korica Albanien zuweist, griechischem Kabinett zu notifizieren, bitte ich um Weisung.

Emil Fürstenberg.

Tel. nach Belgrad, 4. Sept. 1913 Nr. 262 (chiffr. 6 U. 20 M. p. m.). Siehe n. 8541.

Tel. nach Berlin, 4. Sept. 1913 Nr. 619 (chiffr. 6 U. 20 M. p. m.). Siehe n. 8541.

Nr. 8539. Tel. des Gesandten Ludwig Freiherrn von Flotow aus Berlin, 4. Sept. 1913 Nr. 395 (eing. 4 U. 15 M. p. m.).[a] Entziff.

Hohes Telegramm Nr. 613 vom 2. d. M., betreffend Südgrenze Albaniens und Notifizierung Londoner Reunionsbeschlusses an Griechenland, erhalten und Inhalt mit Staatssekretär besprochen, der mir sagt, deutscher Geschäftsträger in Athen sei bereits angewiesen, die von Marquis San Giuliano vorgeschlagene Notifikation si omnes bei der griechischen Regierung zu machen. Herr von Jagow versicherte mir, er habe neuerdings dem griechischen Geschäftsträger aufs eindringlichste Vorstellungen gemacht und habe auf die ernste Gefahr hingewiesen, der sich Griechenland durch Nichtbeachtung der Londoner Beschlüsse aussetzen würde. Er habe den Geschäftsträger ersucht, von seinen in sehr ernstem Tone gehaltenen Ausführungen direkt Herrn Venizelos brieflich Kenntnis zu geben, er hätte diesen Weg deshalb gewählt, weil der griechische Ministerpräsident gegenwärtig von Athen abwesend sei und eine Mitteilung an diesen ihm wichtiger erscheine als an den neuernannten Minister des Äußern. Schließlich bemerkte Staatssekretär, er höre leider, daß König Konstantin sich auf Koritza versteife, weil dieser Ort angeblich die einzig mögliche militärische Verbindung zwischen Janina und Salonik darstelle. Flotow.

[a] Vgl. n. 8543.

Nr. 8540. Tel. aus Konstantinopel-Jeniköj, 4. Sept. 1913 Nr. 456 (eing. 5. Sept. 6 U. a. m.).[a] Entziff.

Die bulgarischen Delegierten, General Savoff, Herr Tontscheff[b] und Herr Natschowitsch, haben mich soeben aufgesucht. Nachdem sie in Begleitung türkischen Offiziers kamen, konnte man sich bei dieser ersten Begegnung nicht frei aussprechen. General Savoff sagte mir, daß er von heutiger erster Besprechung mit Großvezier guten Eindruck habe. Er hoffe, bald zu einem günstigen Resultat zu kommen. Herr Natschowitsch meinte, es wäre nicht ausgeschlossen, daß die am Samstag beginnenden Verhandlungen im Laufe von 24 Stunden zum Abschlusse kämen. Alle drei bulgarischen Delegierten versicherten mir, daß sie entschlossen seien, sich in jeder Beziehung möglichst entgegenkommend zu zeigen; sie würden sich von dem Grundsatz leiten lassen, daß die Anbahnung freundschaftlicher und inniger Beziehungen zwischen Bulgarien und der Türkei die Hauptsache sei; diesen Standpunkt teilen heute, wie sie sagten, der König, die Regierung und alle maßgebenden Politiker in Bulgarien. Am Schlusse erbaten sie meine Unterstützung, welche ich ihnen natürlich zusagte. Der in Euer Exzellenz gestrigem Telegramme Nr. 421[c] genannte Oberst Papadopoff hat mir keinen Besuch gemacht. Pallavicini.

[a] Oe. U. Balkan 431 Nr. 856. Vgl. n. 8549. — [b] Wohl Toschew. — [c] Mit Tel. Nr. 421, 3. Sept. 1913 wurde n. 8533 nach Konstantinopel mitgeteilt.

Tel. nach London, 4. Sept. 1913 Nr. 698 (chiffr. 6 U. 20 M. p. m.). Siehe n. 8541.

Tel. nach Paris, 4. Sept. 1913 Nr. 424 (chiffr. 6 U. 20 M. p. m.). Siehe n. 8541.

Nr. 8541. Tel. nach Rom Nr. 1004 (1), Berlin Nr. 619 (2), London Nr. 698 (3), Paris Nr. 424 (4), St. Petersburg Nr. 488 (5) und Belgrad Nr. 262 (6), 4. Sept. 1913 (chiffr. 6 U. 20 M. p. m.).[a] Konz. (S. Schreibmaschine u. Egger; G. Macchio).

1.—5. Nach einer dem k. u. k. Generalkonsulate Skutari aus zuverlässiger Quelle zugekommenen Mitteilung standen die Serben am 30. v. M. noch in Oroshi (Hauptort der Landschaft Mirdita), ohne Vorbereitungen zum Abmarsch zu treffen. Da sohin die wiederholten Evakuierungsdemarchen in Belgrad erfolglos geblieben sind, hielte ich es für angezeigt, daß die Kabinette nochmals durch die Belgrader Gesandten die serbische Regierung eindringlichst einladen lassen, ihre Truppen hinter die in London fixierte Nordostgrenze Albaniens zurückzuziehen. Euer etc. wollen sich in vorstehendem Sinne bei der dortigen Regierung vernehmen lassen. Ein gleichlautendes Telegramm ergeht an die Botschaften bei den anderen Signatarmächten.

6. Ich telegraphiere an die k. u. k. Botschaften bei den Signatarmächten wie folgt: (Inseratur Text sub 1. in extenso.) Sobald Ihre Kollegen im Besitze der in Rede stehenden Instruktionen sein werden, wollen Euer Hochwohlgeboren diese Demarche mitmachen. Berchtold.

[a] Oe. U. Balkan 431 Nr. 855. Vgl. n. 8552, 8553, 8557, 8559, 8564, 8571, 8583, 8596, 8610, 8634, 8649.

Tel. nach St. Petersburg, 4. Sept. 1913 Nr. 488 (chiffr. 6 U. 20 M. p. m.). Siehe n. 8541.

Nr. 8542. Tel. des Vizekonsuls Walter von Mayrhauser aus Skutari, 4. Sept. 1913 Nr. 286 (eing. 6 U. p. m.). Entziff.

Im Nachhange zu Telegramm Nr. 263 vom 30. v. M. Aubrey Herbert nach Vornahme einer Art von Plebiszit, welches einstimmige Ablehnung der Abtretung Hotis und Grudas an Montenegro ergeben hat, nach Skutari zurückgekehrt. Herbert erklärte Malissoren ausdrücklich, daß er Aktion nicht als Emissär der englischen Regierung, sondern als Privatmann einleite. Mayrhauser.

Nr. 8543. Tel. des Gesandten Ludwig Freiherrn von Flotow aus Berlin, 5. Sept. 1913 Nr. 397 (eing. 11 U. 45 M. p. m.).[a] Entziff.

Streng vertraulich. Erhalten Euer Exzellenz Telegramm Nr. 616 und das folgende Telegramm[b] vom 3. d. Mts., betreffend Südgrenze Albaniens, Haltung Griechenlands. Italienischer Botschafter teilte mir gestern mit, daß er die mir inzwischen durch Euer Exzellenz Telegramm bekanntgewordene Demarche beim Staatssekretär unternommen hätte. Botschafter sagte mir, Herr von Jagow hätte es abgelehnt, an Kaiser Wilhelm mit der

Anregung heranzutreten, auf König von Griechenland im angegebenen Sinne einzuwirken und hätte es offen gelassen, ob er bei der Begegnung, die er — infolge der geänderten Dispositionen über den Besuch des Königs von Griechenland — mit Höchstdemselben haben würde, persönlich in der Lage sein würde, dem Könige gegenüber die Angelegenheit zu berühren. Als ich mich der mir erteilten Aufträge dem Staatssekretär gegenüber entledigte, äußerte er mir gegenüber ebenfalls, daß es ihm nicht möglich wäre, seinen Allergnädigsten Herrn in die Frage hereinzuziehen. Er wüßte nicht, ob er selbst mit Seiner Majestät dem König würde auf das Thema zu sprechen kommen. Deutsche Regierung hätte schon wiederholt der griechischen Regierung auf das eindringlichste Nachgiebigkeit gegenüber Beschlüssen der Londoner Reunion empfohlen und sie auf die Gefahr aufmerksam gemacht, der sie sich im Falle der Nichtbeachtung jener Beschlüsse von seiten Österreich-Ungarns und Italiens aussetzte. Er verwies diesbezüglich auf die ernsten Vorstellungen, die er erst wieder kürzlich durch den hiesigen Geschäftsträger in seinem Namen an Herrn Venizelos richten ließ (vide mein Telegramm Nr. 395 vom 4. d. Mts.) und die der Geschäftsträger, wie er ihm heute mitteilte, dem griechischen Ministerpräsidenten übermittelt hätte. Deutsche Regierung werde auch fernerhin ihre Bemühungen in diesem Sinne fortsetzen. Staatssekretär bemerkte zum Schlusse, unter den italienischerseits vorgebrachten Gravamina befinde sich auch jenes, daß die Griechen die Insel Saseno mit Kanonen versehen hätten. Griechischer Geschäftsträger hätte ihm nun die positive Versicherung der griechischen Regierung überbracht, daß dies nicht richtig sei. Herr von Jagow hat den Eindruck, daß die Insel Saseno griechischerseits als Tauschobjekt betrachtet würde; der wundeste Punkt sei Koritza. König von Griechenland trifft mit dem Kronprinzen morgen früh zu Privatbesuch bei den deutschen Majestäten in Potsdam ein und fährt Sonntag mittags mit Kaiser Wilhelm ins Manöver.

Flotow.

a) Vgl. n. 8547. — *b)* Nr. 617 = n. 8535.

Nr. 8544. Tel. aus Konstantinopel-Jeniköj, 5. Sept. 1913 Nr. 457 (eing. 11 U. p. m.). Entziff.

Zu meinem gestern in Wien eingetroffenen Bericht Nr. 50 B vom 2. d. Mts. Aus einer gleichfalls verlässlichen Quelle erfahre ich, daß das der hiesigen deutschen Botschaft zugekommene Schriftstück von Seiner Majestät dem deutschen Kaiser gefertigt und vom Reichskanzler gegengezeichnet wurde. Dasselbe wurde auch an die anderen deutschen Missionen in den Balkanstaaten gerichtet und hat den Charakter einer kaiserlichen Instruktion an die betreffenden deutschen Vertreter. Der Passus in betreff der Haltung des deutschen Kaisers in der rumänischen Frage hebt ausdrücklich hervor, daß diese Haltung keineswegs die innigen Beziehungen Deutschlands zur Monarchie, auf welche Seine Majestät den allergrößten Wert lege, irgendwie nachteilig beeinflusst hätte. Aus der kaiserlichen Instruktion scheint ferner hervorzugehen, daß man momentan in Berlin eine Annäherung Griechenlands an die Türkei gerne sehen würde.

Pallavicini.

Nr. 8545. Bericht des Legationssekretärs Prinzen Emil Fürstenberg aus Athen, 6. Sept. 1913 Nr. 41 A (eing. 13. Sept.). Ausfert.

Geheim. Im Lichte der durch den Frieden von Bukarest geschaffenen Situation war es vorauszusehen, dass die Frage eines Anschlusses Griechenlands an eine der beiden europäischen Mächtegruppen an Aktualität gewinnen würde. Auch hier wurde bereits dieses Problem von den massgebenden Faktoren erwogen und, wie ich konstatieren konnte, wenigstens von dem zur Zeit am Ruder befindlichen Kabinett und, sofern unter dem Begriff „Anschluss" eine Parteinahme Griechenlands in einem europäischen Konflikte zu verstehen ist, im negativen Sinne beantwortet. Sowohl Herr Venizelos als Herr Coromilas — Euer Exzellenz ist das aus meiner gehorsamsten Berichterstattung[a)] bekannt — liessen mir keinen Zweifel darüber, dass es nicht in den Intentionen der griechischen Regierung liege, sich nach einer der beiden Richtungen hin dauernd zu binden und zwar in der nicht unrichtigen Erkenntnis, dass die in maritimer Hinsicht exponierte geographische Lage Griechenlands eine derartige Orientierung nicht opportun erscheinen lasse. Die hiesigen Staatsmänner sind eben der Auffassung — und selbst der so chauvinistische und von der Grösse seines Heimatlandes so eingenommene Coromilas musste mir dies zugestehen —, dass angesichts der in einem Seekrieg der Grossmächte im Mittelmeer in Betracht kommenden Streitkräfte Griechenland doch nur eine verschwindend kleine Rolle spielen und schliesslich zermalmt werden würde, während seine Neutralität bei einem solchen Zusammenstosse ihm doch gewisse Garantieen biete. Mit der Ansicht Seiner Minister in diesem Belange steht allerdings jene König Konstantins keineswegs im Einklange. Höchstseine bekannten, in Familienbanden wurzelnden und durch andere Konsiderationen vertieften persönlichen Neigungen zu Deutschland lassen Ihm eine Anlehnung Griechenlands an den Dreibund als erstrebenswert erscheinen. Doch mag Sich Seine Majestät hiebei noch nicht in vollem Masse darüber Rechenschaft gegeben haben, welch' namhafte Hindernisse der Durchführung eines solchen Programms im Wege stehen. Denn abgesehen von dem momentan noch zwischen Griechenland und der Triple-Allianz angehäuften Konfliktsstoff, wäre an Anschluss an letztere nur unter der Voraussetzung denkbar, dass der Dreibund Griechenland seine Kassen öffnet und die Rolle Frankreichs als stets bereite Geldgeberin übernimmt. Bei dem jetzt gesteigerten Geldbedürfnisse Griechenlands ist es für dasselbe eine Lebensfrage, sich jenen Markt offen zu halten, der zu jeder Zeit im Stande ist, ihm die zur Regeneration des Landes dringend notwendigen Barmittel zur Verfügung zu stellen. Eben dieser Gesichtspunkt ist bis zu einem gewissen Grade für die das hiesige Milieu derzeit beherrschende deutsch-französische politische Rivalität ausschlaggebend, bei welcher Deutschland den agressiven und Frankreich, das hier bekanntermassen seit Jahr und Tag festen Fuss gefasst hatte, den defensiven Teil darstellt. Ersteres erblickt jedoch in der systematisch betriebenen Kaptivierung Griechenlands lediglich einen Teil einer der deutschen Diplomatie vorschwebenden neuen Balkangruppierung. Wie oft konnte ich aus dem Munde des hiesigen deutschen Gesandten die Theorie vernehmen, dass ein neuer, aus Griechenland, Rumänien und der

Türkei bestehender Balkanbund unter Anlehnung an die Zentralmächte auch für die Monarchie die beste Gewähr gegen eine Vorherrschaft des Panslavismus am Balkan bilden würde. Graf Quadt, der wie manche andere seiner deutschen Kollegen von der Gefahr des Panslavismus immer noch hypnotisiert zu sein scheint, verfocht diese seine Lieblingsidee bei jeder Gelegenheit mit solcher Wärme, dass er, wie ich annehmen darf, auch den hiesigen Machthabern gegenüber kein Mittel unversucht liess, um sie in vorstehendem Sinne zu beeinflussen, wobei er sicher nicht ganz tauben Ohren gepredigt haben mag, da ja zum Teil, wenigstens für obige Idee hier nicht ungünstige Dispositionen bereits wahrgenommen werden konnten. Mögen auch panhellenistische Träume bei den hiesigen verantwortlichen Faktoren seit den letzten griechischen Siegen zu neuem Leben erwacht sein, so muss doch die auswärtige Politik des Kabinetts Venizelos zunächst darauf gerichtet sein, Griechenland tunlichst Garantieen für seine territoriale Integrität und für seine ruhige Entwicklung innerhalb seiner neuen Grenzen zu verschaffen. Nach Auffassung desselben ist dieses Ziel nur durch Erhaltung des Gleichgewichtes am Balkan nach griechischem Rezept, respektive durch ein Allianzsystem auf der Balkanhalbinsel erreichbar, welches Griechenland, gestützt auf eine schlagfertige, numerisch starke Armee, gegen jede Aggression auf seinen Besitzstand am Festlande sichert. Als Korrelat hiezu bedarf es andererseits einer genügend starken Flotte, um jederzeit die einmal errungene Seeherrschaft dem osmanischen Reiche gegenüber auch in Zukunft aufrechterhalten zu können. Unter diesen Umständen kann die Frage einer Angliederung Griechenlands an eine der beiden europäischen Mächtegruppen vorderhand wenigstens zurückgestellt werden, würde jedoch eventuell in dem Augenblicke aktuell werden, wo Griechenland im Falle eines neuerlichen Zusammenstosses am Balkan zur Überzeugung gelangt, dass Triple-Allianz oder Triple-Entente bereit ist, auch über platonische Sympathiekundgebungen hinaus für jene Partei am Balkan einzutreten, der Griechenland angehört. Mit anderen Worten ein Anschluss Griechenlands an eines der vorgenannten europäischen Systeme dürfte immer von der Vorfrage abhängen, welche Stellung dasselbe sich innerhalb des Balkanrahmens geschaffen hat, respektive in welcher Weise es sich den anderen Balkanländern vis à vis orientiert hat. Marquis di San Giuliano hat kürzlich Euer Exzellenz gegenüber die Frage der Orientierung Griechenlands zu den Großmächten aufgerollt und hiebei der Auffassung Ausdruck verliehen, dass ein Anschluss Griechenlands an den Dreibund anzustreben wäre. Der Herr italienische Minister des Aeussern hat dabei auch die Mittel und Wege bezeichnet, die seiner Ansicht nach zum Ziele führen könnten. Seine Exzellenz erblickt sie in der vorteilhaften Situation, in der sich Italien derzeit Griechenland gegenüber durch die Okkupation des Dodekanesos befindet und welche der Herr Minister zu obigem Ende auszunützen gedenkt. Marquis di San Giuliano möchte aber nicht erst den Zeitpunkt abwarten, wo alle aus der letzten, fast einjährigen Krise auf die Tagesordnung gesetzten Fragen bereinigt sind, sondern ist gesonnen, sogleich den Hebel anzusetzen. Bei meiner letzten Besprechung mit Herrn Coromilas, in deren Verlauf ich den Dodekanesos und den damit im

Zusammenhang stehenden Fragenkomplex auftragsgemäß zur Sprache brachte, musste ich zur Erkenntnis gelangen, wie gering das Verständnis erschien, welches er dem von mir ihm gegenüber entwickelten Gedankengang entgegenbrachte. Dass auch Herr Venizelos sich nicht anders verhalten hätte, habe ich umso eher Grund anzunehmen, als die Marquis di San Giuliano vorschwebende Idee sich nur schwer mit den jetzt von der griechischen Regierung befolgten politischen Direktion vereinbaren liesse. Dem Herrn italienischen Minister des Aeussern, aus dessen zunehmender Nervosität bei Behandlung des Verhältnisses zu Griechenland mir auch Graf Bosdari kein Hehl machte, scheint es eben sehr daran gelegen zu sein, möglichst rasch den derzeit bestehenden gespannten italienisch-griechischen Beziehungen ihre Schärfe zu nehmen. Dass dies aber gelingen könnte, ehe eine endgiltige Bereinigung des pendenten Problems der südalbanesischen Grenzen eintritt, welches hier Regierung und öffentliche Meinung in gleicher Weise in die tiefste Erregung versetzt und selbst Seiner Majestät dem König persönlich so nahe geht, ist sehr zu bezweifeln! Emil Fürstenberg.

a) n. 8509, 8511.

Nr. 8546. Bericht des Legationsrates Wilhelm Ritter von Storck aus Belgrad, 6. Sept. 1913 Nr. 182 A (eing. 9. Sept.). Ausfert.

Die Meldung, daß Oroschi noch immer nicht von den Serben evakuiert sei, desgleichen wie die mit dem auch Euer Exzellenz vorliegenden Telegramme aus Prisren vom 5-ten dieses Nr. 47*a)* geschilderten Vorgänge bei Djakova, haben mich bewogen, nicht länger zu zögern, sondern ohne Rücksicht auf frühere Vorkommnisse oder eine spätere offizielle Démarche Herrn Spalajković aufzusuchen, und mich unter Vorschützung einer politischen Aussprache allgemeiner Natur (worüber ich an anderer Stelle berichte) vorläufig einmal offiziös über die Haltung Serbiens dem autonomen Albanien gegenüber entsprechend vernehmen zu lassen. Herr Spalajković, der der Komödiant geblieben ist, als den ich ihn vor 7 Jahren kennen gelernt habe, empfing mich als lieben alten Freund mit Empressement und der Versicherung, daß er jederzeit zu meinen Diensten stünde. Bezüglich Albaniens behauptete er im Verlaufe des Gespräches noch nicht ganz auf dem Laufenden zu sein. Er hätte nur gestern eine Depesche bekommen, derzufolge unter der Grenzbevölkerung des autonomen Albaniens — ganz im Gegensatz zu den überaus friedlichen und zufriedenen Albanern des serbischen Gebietes — sich Unruhe und aggressive Tendenzen zeigen sollen.*1)* Der als Referent und Nothelfer berufene Dr. Šainović heuchelte das größte Erstaunen darüber, daß die serbischen Truppen noch immer in Oroschi stehen sollten, und beteuerte das Gegenteil. Er verplapperte sich aber gleich darauf dahin, daß ihm auch schon der englische Vertreter eine ähnliche Bemerkung gemacht hätte, worauf ich nur bemerken konnte, daß er daraus ersehen könne, daß der Engländer unabhängig von mir ganz dieselben Informationen haben müßte wie ich. Was aber die eben erwähnte Bewegung an der albanischen Grenze betrifft, so lasse sie sich, wie ich weiters beifügte, nach den mir zugegangenen Berichten offenbar sehr einfach damit erklären,

daß das serbische Militär harmlose Marktbesucher von Djakova auf das albanische Territorium zurückeskortieren und dort füsilieren lasse. Dr. Šainović stotterte daraufhin etwas von einer vermutlichen Privatrache, einen Einwand, auf den ich einfach nicht weiter reagierte, sondern nur abermals auf dem Thema Oroschi insistierte, dessen Evakuierung nicht vielleicht uns allein, sondern den Vertretern aller Mächte, auf Grund einer offiziellen Kollektivdémarche in diesem Hause ausdrücklich zugesagt worden ist, meinen Informationen zufolge aber am 30. v. Mts. noch immer nicht erfolgt wäre. Herr Spalajković ließ die beschwichtigende Bemerkung fallen, daß die noch immer nicht vorgenommene Tracierung der Grenze zwischen dem autonomen Albanien und Serbien, respektive Montenegro, vielleicht die Ursache aller dieser Vorkommnisse wäre, einen Einwurf, dessen Stichhältigkeit ich mit den Worten negierte, daß Oroschi nicht an der Grenze, sondern im Zentrum der Mirdita liege. Ich fügte bei, ich würde übrigens den Wunsch Serbiens nach einer möglichst raschen Grenzbestimmung zur Kenntnis nehmen und der k. und k. Regierung sofort mitteilen. Schon gestern habe ich meinem italienischen Kollegen von der im Gegensatze zu den Zusicherungen Herrn Pašić' noch immer nicht erfolgten Räumung von Oroschi Mitteilung gemacht und ihm meine Überzeugung dahin ausgesprochen, daß seine Regierung jetzt gewiß ein ebenso energisches Auftreten seinerseits gewärtigen wird, wie Euer Exzellenz von mir; denn die Vorgangsweise der Serben in diesem Falle verfolge augenscheinlich kein anderes Ziel, als eine systematische Herabminderung unseres Prestiges in Albanien. Storck.

1) !

a) Nicht aufgenommen.

Nr. 8547. Tel. des Gesandten Ludwig Freiherrn von Flotow aus Berlin, 6. Sept. 1913 Nr. 398 (eing. 7. Sept. 7 U. a. m.).a) Entziff.

Streng vertraulich. Wie mir Gesandter von Stumm eben streng vertraulich mitteilt, hat Seine Majestät Kaiser Wilhelm bereits heute morgens auf der Fahrt im Automobil von Berlin nach Potsdam dem König von Griechenland lang und sehr eindringlich zugesprochen, im Interesse der Beziehungen Griechenlands zu den Dreibundmächten in der Epirusfrage nachgiebig zu sein. Über die Erwiderung des Königs Konstantin war meinem Gewährsmanne noch nichts bekannt. Da Staatssekretär heute Nachmittag vom König in Audienz empfangen wurde, ist sicher anzunehmen, daß auch er das Thema mit Seiner Majestät dem König erörtern konnte. Flotow.

a) Vgl. n. 8543, 8570, 8573.

Nr. 8548. Tel. aus Cetinje, 6. Sept. 1913 Nr. 263 (eing. 11 U. p. m.).a) Entziff.

König ließ mich heute zu sich bitten, empfing mich sehr ungnädig und hielt mir feindselige Haltung Österreich-Ungarns gegen Montenegro vor. Das Land sei natürlich gegen uns aufgebracht, er wolle aber der Monarchie Gelegenheit geben, diesen Hass abzuschwächen, indem wir die Fachleute[b]) bewilligen und die Bojana als Grenze geben. Ich entgegnete im Sinne meiner bezüglichen Berichte an Euer Exzellenz mit aller Ruhe,

aber ohne Seiner Majestät eine Antwort schuldig zu bleiben. Ich konstatierte, daß der König, entgegen der mir von deutschem Kollegen gemachten Mitteilung, die Grenzberichtigung nicht als eine Bedingung für die Berufung der Fachleute, sondern als spezielles Geschenk der k. u. k. Regierung auffasst, welche die Beziehungen zu freundschaftlichen machen würde. König Nikolaus schloß mit dem Satz, daß Österreich-Ungarn noch einmal Gelegenheit habe, sich Montenegro zum ...[c] und dankbaren Freund zu machen, andernfalls werde es gezwungen sein, sich dem Erstbesten anzuschließen. Giesl.

[a] Vgl. n. 8560. — [b] Es handelte sich um vorläufig 12 österr. Gerichts- und Verwaltungsbeamte, sowie einen höheren Offizier für die Umwandlung der montenegrinischen Armee (laut Bericht Nr. 84 aus Cetinje, 8. Sept. 1913 [eing. 13. Sept.], der eine ausführliche Wiederholung vorliegenden Telegrammes ist). — [c] Chiffre fehlt.

Nr. 8549. Tel. nach Konstantinopel Nr. 424 (1) und Sofia Nr. 517 (2), 6. Sept. 1913 (chiffr. 7. Sept. 12 U. 40 M. a. m.).[a] Konz. (S. Egger u. Schreibmaschine; V. Rappaport; G. Berchtold).

1. Erhalten Euer Exzellenz Telegramm Nr. 456 vom 4. d. M. Ich würde Wert darauf legen, daß Euer Exzellenz, sowohl direkt, als auch durch Einflußnahme auf Baron Wangenheim, sich bei der Pforte für einen baldigen Abschluß der Verhandlungen mit Bulgarien einsetzen. Bei Ausführung dieses Auftrages wird es selbstverständlich nicht darauf ankommen, daß wir uns in die in vielen Fällen undurchführbaren Detaildiskussionen der einzelnen Punkte des Abkommens einlassen, was auch im Hinblicke auf die dem deutschen Botschafter in diesem Belange von seiner Regierung gesetzte Schranke kaum möglich wäre. Was die von Euer Exzellenz zu diesem Behufe zu verwertenden Argumente betrifft, so halte ich es angesichts der reichen Erfahrung, über welche Hochdieselben über die Art einer wirksamen Beeinflußung der türkischen Staatsmänner verfügen, für überflüssig, detaillierte Instruktionen zu erteilen und ziehe es vor, Euer Exzellenz diesbezüglich freie Hand zu lassen. Nur das Eine möchte ich erwähnen, daß es angesichts des uns türkischerseits gemachten Vorwurfes der Bulgarophilie wohl angezeigt wäre, die in Rede stehenden Ratschläge ausschließlich mit solchen Argumenten zu begründen, welche unser Interesse nicht an Bulgarien, sondern an der Türkei zu dokumentieren geeignet erscheinen. Hiezu würde beispielsweise der Hinweis darauf gehören, daß — laut einer Meldung des k. u. k. Geschäftsträgers in Athen — der griechische Minister des Äußern demselben am 4. d. M. ausdrücklich sagte, daß die Inkraftsetzung des bereits unterzeichneten Demobilisierungsdekretes mit Rücksicht auf die durch den türkischen Vormarsch geschaffene Situation vertagt wurde und zwar wahrscheinlich bis nach Abschluß einer griechisch-bulgarischen Konvention. Diese zuwartende Haltung Griechenlands in der Demobilisierungsfrage dürfte speziell in den Augen der Pforte ein sehr schwerwiegendes Argument dafür bilden, die momentan in Sofia herrschende konziliante Stimmung nicht unbenützt verstreichen zu lassen.

2. Markgraf Pallavicini telegrafiert mir unter dem 4. d. M. wie folgt: ... *wie n. 8540 in extenso* ... Euer Hochgeboren wollen Vorstehendes zur

streng vertraulichen Kenntnis Herrn Ghenadieffs bringen und bemerken, daß ich Markgrafen Pallavicini mit eingehenden Instruktionen zu dem Zwecke versehen habe, damit er sowohl direkt als auch durch Baron Wangenheim bei der Pforte auf den Abschluß des Abkommens mit Bulgarien hinwirke und hiebei insbesondere darauf hinweise, daß es im Interesse der Türkei gelegen sei, die momentane konziliante Stimmung in Sofia nicht unbenutzt verstreichen zu lassen. Ich möchte jedoch auf alle Fälle bemerken, daß ich bloß aus taktischen Gründen der Pforte gegenüber den momentanen Charakter der conciliantenStimmung inSofia hervorhebenlasse, während meiner Ansicht nach die Fortdauer dieser versöhnlichen Haltung der bulgarischen Regierung die unerläßliche Vorbedingung für das Zustandekommen des Abkommens mit der Türkei darstellt und Euer Hochgeboren sich daher zu bemühen hätten, die dortige Regierung in den von ihr selbst beschlossenen, entgegenkommenden Dispositionen zu bestärken. Berchtold.

a) Oe. U. Balkan 432 Nr. 858. Vgl. n. 8556, 8558, 8561, 8562, 8565.

Nr. 8550. Tel. aus Konstantinopel-Jeniköj, 6. Sept. 1913 Nr. 458 (eing. 7 U. 45 M. p. m.).a) Entziff.

Streng vertraulich. Einer Unterredung, die ich soeben mit dem Großvezir hatte, entnehme ich, daß die Situation an einen höchst wichtigen Wendepunkt gelangt ist. Es handelt sich heute nicht darum, ob Bulgarien oder die Türkei den einen oder den anderen Ort am rechten Maritza-Ufer behalte oder verliere, sondern um die Wendung, welche die Dinge überhaupt in der nächsten Zukunft nehmen werden. Es ist mir klar, daß sich einerseits Bulgarien hauptsächlich durch die Idee leiten lässt, wie es den Bukarester Frieden in seinem Interesse abändern könnte, anderseits, daß es den Türken darum zu tun ist, wenigstens einen Teil der Inseln zu behalten. Said Pascha sagte mir heute: „Wir müssen wenigstens die vier großen Inseln an der asiatischen Küste haben, sonst sind wir gezwungen, weiter Krieg zu führen". Aus seinen Äußerungen entnehme ich auch, daß er jetzt auf Griechenland schlecht zu sprechen ist, hingegen das Verhalten Bulgariens, welches eine zahlreiche Mission hieher geschickt hat, lobend hervorhob. Unter diesen Umständen scheint es mir nicht ausgeschlossen zu sein, daß die Einigung zwischen der Türkei und Bulgarien sehr rasch zustande kommen könnte. Dies würde die baldige Revision des Bukarester Friedens bedeuten, gleichzeitig aber den Londoner Frieden mit Ausnahme der auf Albanien bezüglichen Bestimmungen hinfällig machen. Meinen deutschen Kollegen, welchem gegenüber Großvezir in gleichem Sinne gesprochen, scheint die voraussichtliche Annäherung der Türkei an Bulgarien insoferne unangenehm zu berühren, da diese dem bekannten Standpunkt Kaiser Wilhelms in Bezug auf Griechenland zuwiderlaufen würde. Baron Wangenheim sagte mir, seiner Ansicht nach müsste sich die deutsche Politik der neuen Situation anpassen, da ja für Deutschland die Türkei ungleich wichtiger sei als Griechenland, welches durch seine Erfolge berauscht, nunmehr eine ganz falsche Politik einzuschlagen beginne. Pallavicini.

a) Vgl. n. 8551.

Nr. 8551. Tel. aus Konstantinopel-Jeniköj, 6. Sept. 1913 Nr. 459 (eing. 7 U. 50 M. p. m.).[a] Entziff.

Vertraulich. Bei der in meinem Telegramme Nr. 458 von heute erwähnten Unterredung mit dem Großvezir sagte mir derselbe, der türkische Standpunkt in Betreff der bevorstehenden türkisch-bulgarischen Verhandlungen sei ein ganz klarer und unverrückbarer. „Wir bleiben, sagte er, dort wo wir sind, nämlich an der Linie Suffili—Ortaköj. Über diesen Punkt werden wir uns überhaupt in keine Diskussion einlassen. Was hingegen die Benützung der Eisenbahn anbelangt, wollen wir das größte Entgegenkommen an den Tag legen". Said Pascha fügte hinzu, er sei überzeugt, daß die Eisenbahn nach Dedeagatsch in der Zukunft für Bulgarien keine besondere Bedeutung haben werde, da dasselbe unbedingt Cavalla brauche. Obgleich ich die Überzeugung habe, daß der türkische Standpunkt bezüglich der Grenze ein unabänderlicher ist, habe ich doch im Sinne meiner Instruktionen auf den Großvezir dahin einzuwirken getrachtet, bei den Verhandlungen mit Bulgarien möglichstes Entgegenkommen zu zeigen. Er versicherte wiederholt, daß er entschlossen sei, im Rahmen der oben angedeuteten Voraussetzungen alles zu tun, was eine baldige Verständigung herbeizuführen geeignet ist. Die türkischen Vertreter bei den Verhandlungen sind Talaat Bey sowie der Marineminister Mahmud Pascha. Die Wahl Talaats scheint mir eine glückliche zu sein, da er, wie ich weiß, eine endgiltige Annäherung der Türkei an Bulgarien wünscht. Pallavicini.

[a] Oe. U. Balkan 432 Nr. 857. Vgl. n. 8565 Anm. b, 8574.

Nr. 8552. Tel. des Legationsrates Grafen Karl Trauttmansdorff aus London, 6. Sept. 1913 Nr. 637 (eing. 5 U. p. m.). Entziff.

Antwort auf Telegramm vom 5. d. M. Nr. 698. Sir Nicolson versprach mir, englischen Vertreter in Belgrad zu instruieren, serbische Regierung nochmals eindringlichst einzuladen, ihre Truppen hinter die in London fixierte Nordostgrenze Albaniens zurückzuziehen, falls alle seine Kollegen der Großmächte gleiche Instruktionen erhalten. Trauttmansdorff.

Nr. 8553. Tel. des Gesandten Grafen Josef Somssich aus Paris, 6. Sept. 1913 Nr. 172 (eing. 5 U. p. m.).[a] Entziff.

Antwort auf Telegramm Nr. 424.[b] Evakuierung Albaniens durch Serbien. Politischer Direktor versprach, unverweilt entsprechende Instruktion an die französische Gesandtschaft in Belgrad ergehen zu lassen, wobei er allerdings über die Richtigkeit der Meldung, daß sich Serben noch in Oroschi befinden, einige Zweifel äußerte. Somssich.

[a] Vgl. n. 8583, 8595. — [b] Vom 4. Sept. = n. 8541.

Tel. nach Sofia, 6. Sept. 1913 Nr. 517 (chiffr. 7. Sept. 12 U. 40 M. a. m.). Siehe n. 8549.

Nr. 8554. Tel. aus Sofia, 6. Sept. 1913 Nr. 1081 (eing. 7. Sept. 8 U. a. m.). Entziff.

Vertraulich. Minister des Äussern teilt mir mit, er habe Meldung des bulgarischen Gesandten in Berlin erhalten, wonach k. und k. Geschäfts-

träger mit ihm Frage der Annäherung zwischen Bulgarien und Türkei besprochen. Minister des Äussern habe zum bulgarischen Gesandten in Berlin kein Vertrauen und befürchte Indiskretion seitens desselben Russen gegenüber. Herr Ghenadiew bittet, von Vorstehendem k. u. k. Geschäftsträger zu verständigen und denselben zu ersuchen, Herrn Geschow gegenüber größte Vorsicht zu beobachten. Tarnowski.

Nr. 8555. Tel. aus Sofia, 6. Sept. 1913 Nr. 1082 (eing. 7. Sept. 8 U. a. m.). Entziff.

Italienischer Kollege teilt mir mit, er habe von italienischem Generalkonsul in Salonik Nachricht, daß Baschibozuks und Abteilungen türkischer Kavallerie Mesta überschritten. Minister des Äußern, ohne Näheres darüber zu wissen, sprach mir hievon heute abends. Er glaubt, Türken dürften, um Druck auf Griechenland in Insel- und Kapitulationen-Frage auszuüben, Pfand in Hand bekommen wollen (Kavalla). Es schwebe Minister vor, daß Konflikt zwischen Griechenland und Türkei Bulgarien zugute kommen könnte, da Türken sich für diesen Fall mit denselben gut stellen müssten. Ich gab dies theoretisch zu, warnte aber unverbindlich Minister des Äußern, daß unvorsichtiges Encouragieren der Türken durch bulgarische Delegierte in Konstantinopel Bulgarien im jetzigen Momente, wo es Unterstützung aller Mächte so sehr brauche, bei gewissen Kabinetten, die mit Griechenland sympathisieren, leicht schaden könnte. Tarnowski.

Nr. 8556. Tel. aus Konstantinopel-Jeniköj, 7. Sept. 1913 Nr. 462 (eing. 8. Sept. 9 U. p. m.).[a] Entziff.

Vertraulich. General Savow hat mich heute besucht und mir als Minimum der bulgarischen Wünsche folgende Grenze angegeben: Maritzafluss bis zu einem Punkte nördlich Dimotika, dann gegen Westen abbiegend, jedoch Ortaköj bei Bulgarien belassend; von da würde die Grenze gegen Mustafa Pascha gehen, welches Bulgarien bliebe. Von diesem Punkt an nach Osten, südlich von Kirkilisse, sodann nordöstlich führen, etwa bei Ajos Stefanos das Schwarze Meer erreichen. Auf diese Weise bliebe Adrianopel als Festung mit einem Rayon von etwa 20 Kilometern beim rechten Maritzaufer den Türken, Kirkkilisse hingegen würde den Bulgaren zufallen. General Savow meint, dass wenigstens dieser kleine Erfolg für Bulgarien, namentlich für die Armee erreicht werden müsste, wenn man sich nicht der Gefahr aussetzen wollte, dass in Bulgarien eine Revolution ausbrechen würde oder dass Bulgarien gezwungen wäre, wieder eine Allianz mit Griechenland und Serbien einzugehen. Der bulgarische Bevollmächtigte bat mich, seinen Standpunkt der Pforte gegenüber zu unterstützen. Ich erwiderte, dass ich im Sinne meiner Instruktionen mein Möglichstes tun würde, jedoch unter den gegebenen Verhältnissen mit größter Vorsicht vorgehen und den richtigen Moment für meine Vermittlung wahrnehmen müsse, um nicht eventuell die Situation für Bulgarien noch ungünstiger zu gestalten. General Savow dankte mir und sagte, er werde mich über die Verhandlungen am Laufenden halten. Soeben erhalte ich Euer Exzellenz Telegramm Nr. 456.[b] Ich werde im Sinne dieser Instruktion die türkischen Staatsmänner für einen baldigen

Abschluss zu beeinflussen trachten. Ich glaube übrigens, dass man hier gleichfalls den Wunsch hegt, die Dinge je früher zur Entscheidung zu bringen. Nach einer Äußerung Herrn Natschowitschs meinem deutschen Kollegen gegenüber scheint man schon jetzt bulgarischerseits bereit zu sein, auch auf Kirkkilisse zu verzichten. Das hauptsächlichste Ziel Bulgariens ist, wie auch Baron Wangenheim sagte, mit der Türkei für die Zukunft zu einer Entente zu gelangen. Pallavicini.

[a]) Vgl. n. 8561. — [b]) Richtig 424 = n. 8549; Irrtum, weil dort am Beginn Berufung auf Tel. Nr. 456 aus Konstantinopel.

Nr. 8557. Tel. des Legationsrates Grafen Ludwig Ambrózy aus Rom, 7. Sept. 1913 Nr. 602 (eing. 8 U. p. m.). Entziff.

Evakuierung von Oroschi. Antwort auf Telegramm Nr. 1004.[a]) Italienische Regierung instruiert ihre Vertreter bei den Signatarmächten, unseren Schritt wegen Beauftragung der Gesandten in Belgrad zu einer eindringlichen Demarche in Betreff der Zurückziehung der serbischen Truppen hinter die in London fixierte Nordgrenze zu unterstützen. Sie erteilt auch ihrem Geschäftsträger in Belgrad Auftrag, analoge Demarche zu machen „et de donner au gouvernement serbe des conseils de sagesse". Ambrózy.

[a]) Vom 4. Sept. = n. 8541.

Nr. 8558. Tel. aus Sofia, 7. Sept. 1913 Nr. 1084 (eing. 8. Sept. 9 U. a. m.).[a]) Entziff.

Geheim. Hatte Unterredung mit Minister des Äußern. Habe ihm die mir mit hohen Telegrammen Nr. 518[b]) und 519[b]) vom 7. d. M. mitgeteilte türkische Note vorgelesen, wofür er umso dankbarer, als er von Salabacheff Text noch nicht erhalten. Ich informierte auch Mitredner im Sinne Euer Exzellenz Telegrammes Nr. 517 vom 7. d. M. Er sagte, daß erste Sitzung der Delegierten erst heute stattfinden sollte und ihm türkische Forderungen noch unbekannt; Versöhnlichkeit werde er jedenfalls fortgesetzt üben, da er Verständigung mit Türkei unbedingt erzielen wolle. Neben Entente mit Rumänien bilde auch jene mit Türkei Grundlage und Vorbedingung der Hebung Kabinetts. Schon stambulowistisches Kabinett Petkoff, dem Mitredner angehört habe, hätte Krieg gegen Türkei mit Absicht vorbereitet, um nachmals Allianz mit Türken zu schließen. Als nach dem vorjährigen Kriege Waffenstillstandsverhandlungen über Wunsch der Türkei eröffnet worden, habe Herr Ghenadieff Herrn Geschoff und Herrn Danew sofortigen Abschluß des Friedens und Bündnisses, wozu Türkei bereit gewesen, dringendst geraten. Damals habe Bulgarien Wahl gehabt, sich mit Türken zu verständigen oder nicht; jetzt habe es keine, sondern müsse es unbedingt trachten, sich türkische Freundschaft zu sichern. Im Verlaufe der weiteren Konversation ließ sich Minister folgendermaßen vernehmen: Durch das Abkommen, das Bulgarien jetzt mit Pforte treffen werde, werde thrazische und Adrianopler-Frage bleibend geregelt; darüber, was einmal bei endgiltiger Liquidierung des türkischen Reiches geschehen werde, wäre verfrüht, heute zu spekulieren. Jedenfalls würden sich Aspirationen Bulgariens

nie nach Thrazien, sondern ausschließlich nur nach Mazedonien richten, da kein Bulgare sich mit Gedanken versöhnen könne, daß Bukarester Friede Definitivum geschaffen. Es werde zur Abrechnung kommen und zwar spätestens binnen zehn Jahren, da Bulgaren in (Mazedonien)[c] Serbisierung und Gräcisierung ausgesetzt. Ob es zur Revanche gegen Griechenland und Serbien zugleich oder abgesondert komme, brauche Bulgarien unbedingt, wenn nicht Bündnis, so zumindest Neutralitätsabkommen mit Türkei und Rumänien. Eine andere Politik gäbe es für Bulgarien nicht, es wäre denn, daß es sich zu der von Russland präkonisierten Richtung entschlösse, die in Versöhnung mit Serbien und darin zu bestehen hätte, daß Serben den von ihnen annektierten Teil Mazedoniens behielten und außerdem mit Hilfe Bulgariens Südmazedonien mit ägäischer Meerküste und Salonik Griechenland wegnehmen würden, wobei Bulgarien durch Cavalla abgespeist wäre. Dies sei Programm Russlands, welches Serbien Zutritt zu Ägäischem Meer unbedingt verschaffen möchte; Serben in ihrer Megalomanie seien für diese Richtung von vorneherein gewonnen und serbischer Gesandter in Bukarest hätte bereits Anspielungen in diesem Sinne gemacht (mein Telegramm Nr. 1044 vom 28. v. M.). Für Bulgarien sei selbstredend Politik, die Serbien Hegemonie am Balkan sichern würde, ausgeschlossen; Bulgarien könne nur ein Ziel haben, und zwar Mazedonien von Serben und Griechen zu befreien. Auf eine einschlägige Bemerkung, die ich fallen ließ, erwiderte Mitredner, er sei sich Schwierigkeit weitergehender Verständigung mit Rumänien bewußt; es würde viel Zeit und Mühe kosten, sich Rumänien zu nähern und schon gar positive, geschriebene Zusage von Rumänien zu erhalten; über kurz oder lang werde es gewiß zu agrarischen Unruhen in Rumänien kommen und dann werde es rumänischer Regierung angenehm sein, auf bulgarische Freundschaft rechnen zu können; daß Ziel Bulgariens Revanche gegen Serbien und Griechenland, dürfe nicht verraten werden; Bulgarien müsse sich vorbereiten, zugleich aber Eindruck Friedensliebe geben; mit Notwendigkeit, Rumänien Kompensationen für den Fall aktiver Politik Bulgariens zu sichern, müßte selbstredend gerechnet werden. Minister betonte, er spreche mit mir so rückhaltlos, da er meiner Gesinnung und Diskretion absolut sicher. Tarnowski.

[a] Vgl. n. 8569. — [b] Mit Tel. Nr. 518 u. 519, 6. Sept. 1913 (chiffr. 8 U. 40 M. p. m.) wurde n. 7894 nach Sofia mitgeteilt. — [c] Chiffre verstümmelt.

Nr. 8559. Tel. des Legationsrates Wilhelm Ritter von Storck aus Belgrad, 8. Sept. 1913 Nr. 584 (eing. 6 U. p. m.).[a] Entziff.

Wiederholung der Demarche betreffs Evakuierung von Oroschi. Italiener und Engländer haben bereits einschlägige Instruktion und gleich mir auch schon spontan vorläufig offiziöse Schritte unternommen. Meinem italienischen Kollegen wurde mitgeteilt, daß die serbischen Truppen sich nach Episko ...[b]ja (?) zurückgezogen hätten (?). Storck.

[a] Vgl. n. 8541, 8567, 8568. — [b] Chiffre verstümmelt.

Tel. nach Berlin, 8. Sept. 1913 Nr. 626 (chiffr. 9 U. p. m.). Siehe n. 8563.

Nr. 8560. Tel. nach Cetinje, 8. Sept. 1913 Nr. 218 (chiffr. 5 U. p. m.). Konz. (S. Egger; G. Forgách).

In vorläufiger Erledigung Ihres Telegrammes vom 6. d. M. Nr. 263 und Ihrer einschlägigen Berichte[a] teile ich Euer Hochwohlgeboren mit, daß ich mit der von Ihnen beobachteten reservierten Haltung einverstanden bin. Berchtold.

[a] n. 8468, 8481.

Nr. 8561. Tel. aus Konstantinopel-Jeniköj, 8. Sept. 1913 Nr. 463 (eing. 11 U. 18 M. p. m.).[a] Entziff.

Mit Bezug auf Euer Exzellenz Telegramm Nr. 424 von gestern, betreffend türkisch-bulgarische Verhandlungen. Ich glaube, im Sinne Euer Exzellenz Instruktionen vorzugehen, wenn ich mich bei der aufgetragenen Einwirkung auf die türkischen Staatsmänner hauptsächlich von folgenden Gesichtspunkten leiten lasse: 1. Daß die Verständigung mit Bulgarien raschestens erfolge und 2. Daß eine Basis für eine weitergehende Entente zwischen den beiden Teilen geschaffen werde. Die Dispositionen hiezu sind beiderseits gute. Eine solche Lösung der Balkankrise wäre, glaube ich, vom Standpunkte unserer Interessen eine höchst glückliche. Es wären dann auf dem Balkan drei Faktoren: die Türkei, Bulgarien und Albanien, die eine Situation schaffen könnten, welche, wenn gut ausgenützt, unseren Einfluß am Balkan sichern müßte. Ich werde mich also bei meiner Aktion so wenig als möglich in Details einlassen, sondern vor allem das hauptsächlichste Ziel ins Auge fassen. Baron Wangenheim ist auch für diese Auffassung gewonnen, obwohl man in Berlin noch immer eine Annäherung der Türkei an Griechenland zu wünschen scheint. Meine gestrige Unterredung mit General Savow[b] hat mich in der Überzeugung bestärkt, daß man bulgarischerseits zwischen uns und Rußland ein Doppelspiel treiben möchte. Der General wollte mir nämlich glauben machen, daß Rußland dahin strebe, Kirkkilisse den Türken zu lassen. Ich weiß aber ganz sicher, daß das gerade Gegenteil der Fall ist. Ich sagte dies meinem Mitredner, der hierauf etwas verlegen wurde und mir nichts zu antworten wußte. Die mir gegenüber von General Savow vorgebrachte Drohung, daß der Balkanbund wieder auferstehen könnte, glaube ich, wenigstens in diesem Augenblicke, nicht ernst nehmen zu sollen. Immerhin werde ich mich dieses Arguments den türkischen Staatsmännern gegenüber bedienen, ebenso auch der Nachricht, daß Griechenland noch nicht demobilisiert. Letzteres wird gewiß Eindruck machen. „Tanin" agitiert sehr stark gegen eine Annäherung an Bulgarien und bringt jeden Tag sehr gehässige Artikel gegen dieses Land. Pallavicini.

[a] Vgl. n. 8574. — [b] n. 8556.

Nr. 8562. Tel. aus Konstantinopel-Jeniköj, 8. Sept. 1913 Nr. 464 (eing. 9. Sept. 3 U. p. m.).[a] Entziff.

Heute hat die erste Sitzung der türkisch-bulgarischen Friedenskommission stattgefunden. Türkischerseits wurde hiebei den Bulgaren die beanspruchte Grenzlinie offiziell mitgeteilt und zwar Maritzalinie bis Suffuli,

dann westlich von Ortaköj, von da nach Mustafa Pascha und alte türkisch-bulgarische Grenze bis zum Schwarzen Meer. Heute wurde noch nicht in eine Diskussion eingegangen. In den nächsten Tagen werden nichtformelle Besprechungen abgehalten werden und erst wenn man zu einem positiven Resultat gekommen sein wird, soll eine neuerliche offizielle Sitzung stattfinden. Ich hatte Gelegenheit, heute nach der Sitzung mit den bulgarischen Unterhändlern zu sprechen. Sie schienen mir etwas gedrückt. Herr Toscheff meinte, die Verhandlungen könnten vielleicht sogar einen Monat dauern. Ich warnte die Herren, die Sache so lange hinauszuschieben, da die Türken ungeduldig werden könnten, was die Situation noch verschlimmern würde. Es scheint mir übrigens, daß sich die bulgarischen Delegierten bereits darüber im klaren sind, Kirkkilisse werde nicht zu retten sein. Sie dürften sich daher darauf beschränken, daß das am rechten Maritzaufer den Türken verbleibende Territorium möglichst klein bemessen werde und daß Mustafa Pascha sowie ein Streifen östlich von Kirkkilisse den Bulgaren zufalle. Speziell Herr Toscheff sprach mir gegenüber seine Ansicht dahin aus, es sei die Hauptsache, für die Zukunft ein möglichst gutes Verhältnis mit der Türkei herzustellen. Herr Natschowitsch, mit welchem ich einen Augenblick allein sprach, sagte mir, es wäre gut, wenn Graf Tarnowski zur Nachgiebigkeit raten würde. Ich hatte heute auch mit dem Großvezier eine längere Unterredung und trachtete, auf ihn im Sinne Euer Exzellenz Instruktionen einzuwirken. Said Pascha sagte mir, er sehe ein, daß die Türkei großes Interesse an einer baldigen Verständigung mit Bulgarien habe. Die Nachricht, daß Griechenland nicht demobilisiere, machte aber auf ihn keinen Eindruck. Er behauptete zu wissen, daß die griechische Armee vollständig erschöpft sei. „Übrigens würden sich die militärischen Vorkehrungen Griechenlands, sagte er, nur gegen Bulgarien richten." Said Pascha zeigte sich im übrigen den von mir vorgebrachten Argumenten zugänglich und sagte, er werde an den großen Linien dieses Standpunktes festhalten, sich aber in den Details entgegenkommend erweisen. Pallavicini.

[a]) Oe. U. Balkan 432 Nr. 859. Vgl. n. 8549.

Nr. 8563. Tel. nach London Nr. 701 (1), Paris Nr. 429 (2), Berlin Nr. 626 (3), St. Petersburg Nr. 491 (4) und Rom Nr. 1022 (5), 8. Sept. 1913 (chiffr. 9 U. p. m.).[a]) Konz. (S. Hohenlohe; V. Rappaport; G. Forgách).

1.—4. Generalkonsulat Salonik telegraphiert unterm 3. d. M.: „Nach Korča, Janina und Argyrokastro soll je eine griechische Division gehen. Auch scheinen die Griechen besonders in Korča einen lokalen Widerstand der griechischen Partei gegen die Einverleibung in Albanien organisieren zu wollen." Euer etc. wollen, sobald Ihr italienischer Kollege eine analoge Instruction erhält, von Vorstehendem die dortige Regierung verständigen und dieselbe auf Gefahren aufmerksam machen, welchen Griechenland sich aussetzen würde, wenn es bei seinem Widerstande gegen die Réunionsbeschlüsse beharre. Gleichzeitig wollen Euer etc. die Hoffnung aussprechen, daß die Großmächte auf Griechenland mässigend einwirken werden.

5. Erhalten Euer Hochgeboren Telegramm Nr. 603[b]) vom 7. d. M. Ich verständige die Botschaft in London, Paris, Berlin, Petersburg vom

Inhalte der Meldung des Generalkonsulates Salonik vom 3. d. M. und füge bei, ... *wie sub 1. von „Euer etc. wollen" bis „einwirken werden"* ... Vorstehendes zur Mitteilung an Marquis di San Giuliano mit dem Bemerken, daß ich voraussetze, daß die italienischen Botschaften eine analoge Instruktion erhalten. Berchtold.

[a]) Oe. U. Balkan 433 Nr. 860. Vgl. n. 8576, 8577, 8594, 8598. — [b]) Mit diesem Tel. (eing. 8 U. p. m.) wird mitgeteilt, San Giuliano empfehle, alle Signatarmächte auf die Gefahren aufmerksam zu machen, „welchen sich Griechenland aussetzen würde, wenn es bei seinem Widerstand gegen die Reunionsbeschlüsse beharre."

Tel. nach Paris, 8. Sept. 1913 Nr. 429 (chiffr. 9 U. p. m.). Siehe n. 8563.

Tel. nach Rom, 8. Sept. 1913 Nr. 1022 (chiffr. 9 U. p. m.). Siehe n. 8563.

Tel. nach St. Petersburg, 8. Sept. 1913 Nr. 491 (chiffr. 9 U. p. m.). Siehe n. 8563.

Nr. 8564. Tel. aus St. Petersburg, 8. Sept. 1913 Nr. 301 (eing. 6 U. p. m.).[a]) Entziff.

Serbische Truppen in Albanien. Erhalten Euer Exzellenz Telegramm Nr. 448[b]) vom 5. d. Mts. Herr Neratow, den ich auf die Notwendigkeit einer neuerlichen, auf die Räumung des albanesischen Gebietes innerhalb der durch die Mächte bereits definitiv statuierten Grenzen hinzielenden Demarche in Belgrad aufmerksam machte, wollte anfangs die Notwendigkeit eines solchen Schrittes nicht zugeben, da, wie er meinte, die serbischen Truppen nur deshalb noch in den von ihnen besetzten Gebieten verbleiben, weil dort kein anderes Organ der öffentlichen Ordnung bestehe und daher nach dem Abzug der serbischen Truppen Unruhen zu befürchten wären. Ich wies dem gegenüber darauf hin, daß die provisorische albanesische Regierung auch an den übrigen von Serben nicht besetzten Punkten Ruhe und Ordnung aufrechtzuerhalten verstanden habe, dies wohl daher auch in Oroschi und den sonstigen noch in Betracht kommenden Orten treffen werde. Herr Neratow erklärte schließlich, gegen eine neuerliche Aufforderung an Serbien im Sinne Euer Exzellenz Anregung keine Einwendung erheben zu wollen, und versprach, den russischen Vertreter in Belgrad anzuweisen, sich mit seinen Kollegen diesbezüglich ins Einvernehmen zu setzen und einen Schritt im angedeuteten Sinne si omnes mitzumachen. Thurn.

[a]) Vgl. n. 8583. — [b]) Richtig 488 = n. 8541.

Nr. 8565. Tel. aus Sofia, 8. Sept. 1913 Nr. 1085 (eing. 11 U. 45 M. p. m.).[a]) Entziff.

Inhalt Euer Exzellenz Telegrammes Nr. 522[b]) vom 8. d. Mts. Minister des Äußern vertraulich mitgeteilt. Er wolle hoffen, daß Türken punkto Linie Sufli—Ortaköj doch noch mit sich sprechen lassen würden. Bulgarien müsse trachten, Pforte zum Nachgeben zu bewegen, da es sonst ohne Bahn nach Dedeagatsch bleiben und überhaupt gar keine Verbindung mit Ägäischer Meeresküste haben würde. Bezeichnend sei, — meinte Mitredner — daß

weder in türkischer Note vom 21. Juli[c]) noch in Konversation des Großvezirs mit Markgrafen Pallavicini davon die Rede, was Türkei nördlich und östlich von Adrianopel verlange. Beansprucht Türkei nur Gebiet bis zu Linie Midia—Adrianopel oder bis alte bulgarisch-türkische Grenze oder bis zu einer Linie dazwischen? Für Bulgarien wäre es von Wichtigkeit, über Kirkkilisse oder ein Stück thrazischer Küste am Schwarzen Meere zu verfügen, was als Kompensationsobjekt an Türken benützt werden könnte, um dafür Maritza-Grenze zu bekommen. Im Sinne des letzten Alineas[d]) Euer Exzellenz Telegrammes Nr. 517 vom 7. d. Mts. habe ich Hoffnung ausgesprochen, daß bulgarische Regierung von konzilianter Haltung nicht abweichen und in keinem Falle, also auch dann nicht, wenn Türkei auf Linie Sufli—Ortaköj nicht verzichten wollte, den Wahnsinn begehen würde, Verhandlungen abzubrechen. Mitredner antwortete, bulgarische Regierung werde sich gegen steigenden türkischen Anspruch wieder wehren, so gut sie können werde, zu einer Verständigung würde sie aber trachten unter allen Umständen zu gelangen. Zwangslage gebiete dies. Tarnowski.

[a]) Vgl. n. 8574, 8578, 8586. — [b]) Mit Tel. Nr. 522, 7. Sept. 1913 (chiffr. 10 U. 20 M. p. m.) wurde n. 8551 nach Sofia mitgeteilt. — [c]) n. 7894. — [d]) Letztes Alinea von n. 8549 beginnt mit „Euer Hochgeboren wollen Vorstehendes ...".

Nr. 8566. Tel. aus Sofia, 8. Sept. 1913 Nr. 1091 (eing. 9. Sept. 11 U. a. m.). Entziff.

Als ich Minister des Äußern gestern besuchte, fand ich ihn bei Lektüre alter Telegramme aus der Zeit Kabinetts Geschoff. Er las mir einige Depeschen Geschoffs und Danews vor, die auf Verhandlungen des letzteren mit Herrn Mişu und Take Jonesco in London Bezug hatten und aus denen hervorging, daß — was mit meiner in meinem Telegramme Nr. 736 vom 13. Juli d. J. ausgesprochenen Ansicht übereinstimmt — es hauptsächlich Herr Geschoff war, der gar kein Verständnis für Notwendigkeit, sich mit Rumänien zu einigen, hatte. Beim Blättern in Depeschen stieß Herr Ghenadiew auf ein vom Finanzminister Theodorow am 13. Jänner d. J. aus Petersburg an Herrn Geschoff gerichtetes Telegramm, welches Meldung enthielt, daß Herr Theodorow Herrn Sazonow besucht und letzterer ihm gesagt, er wisse von Majoresco, daß, wenn bulgarische Regierung Silistria und Küste bis Kavarna abtreten würde, Rumänien mit Bulgarien eine Defensiv- und Offensivallianz schließen und sich vom Dreibund entfernen würde. Minister Theodorow war, wie aus meinen Telegrammen (Nr. 13[a]) und 28 vom 9. und 14. Jänner d. J.) hervorgeht, am 13. Jänner tatsächlich in Petersburg. Ich glaube, mir seine Depeschen auf diese Weise erklären zu sollen, daß Herr Sazonow sich hypothetisch geäußert und vom Abschwenken Rumänien als von einer erwünschten Möglichkeit gesprochen haben dürfte und Theodorow, der immer alles übertreibt, den Worten des russischen Ministers des Äußern positiven Sinn gegeben hat. Die Beziehungen zwischen Bulgarien und Rumänien waren eben um diese Zeit sehr gespannt (meine Telegramme Nr. 11 vom 8. Jänner, Nr. 18 vom 10. Jänner und einige folgende). Tarnowski.

[a]) Vgl. n. 5353 Anm. a.

Nr. 8567. Tel. an den Legationsrat Wilhelm Ritter von Storck in Belgrad, 9. Sept. 1913 Nr. 268 (chiffr. 10. Sept. 12 U. 10 M. a. m.).[a] Konz. (S. Berger; G. Forgách).

Erhalten Euer Hochwohlgeboren Telegramm Nr. 584 von gestern. Zur Regelung Ihrer Sprache gegenüber der königlich serbischen Regierung und Ihren Kollegen bemerke ich, daß es sich uns nicht darum handelt, daß die Serben, wie sie es schon öfters getan haben, ihre Truppen von irgendeinem Punkte zurückziehen, um sie dann doch wieder vorzuschieben, sondern daß wir auf die endliche Ausführung des Londoner Evakuierungsbeschlusses Werth legen, nach welchem das ganze, Albanien unstrittig zugesprochene Gebiet geräumt zu werden hat. Berchtold.

[a] Vgl. n. 8568, 8579.

Nr. 8568. Tel. des Legationsrates Wilhelm Ritter von Storck aus Belgrad, 9. Sept. 1913 Nr. 586 (eing. 6 U. p. m.).[a] Entziff.

Demarche wegen Evakuierung Oroschis. Russischer, deutscher und französischer Kollege besitzen noch keine Instruktionen. Storck.

[a] Vgl. n. 8559, 8567, 8583.

Nr. 8569. Tel. an den Gesandten Ludwig Freiherrn von Flotow in Berlin, 9. Sept. 1913 Nr. 629 (chiffr. 10. Sept. 12 U. 30 M. a. m.).[a] Konz. (S. Berger; G. Forgách).

Aus streng geheimer, aber verläßlicher Quelle erfahre ich, daß Rußland gegenwärtig bestrebt ist, Bulgarien eine Politik zu suggerieren, die in Versöhnung mit Serbien und darin zu bestehen hätte, daß Serben den von ihnen annektierten Teil Mazedoniens behielten und außerdem mit Hilfe Bulgariens Südmazedonien mit ägäischer Meeresküste und Salonik Griechenland wegnehmen würden, wobei Bulgarien durch Kawalla abgespeist wäre.[b] Rußland wolle Serbien Zutritt zu ägäischem Meere unbedingt verschaffen. Serben seien für diese Richtung von vorneherein gewonnen und wären von serbischer Seite bereits Anspielungen in diesem Sinne gemacht worden. Vorstehendes zur streng vertraulichen Mitteilung an Herrn von Jagow.
Berchtold.

[a] Vgl. n. 8423, 8683. — [b] Vgl. n. 8558.

Nr. 8570. Tel. des Gesandten Ludwig Freiherrn von Flotow aus Berlin, 9. Sept. 1913 Nr. 400 (eing. 11 U. 50 M. p. m.).[a] Entziff.

Geheim. Im Verfolge meines Telegrammes Nr. 398 vom 6. d. M. Staatssekretär bestätigt mir, daß Kaiser Wilhelm eindringlich im angegebenen Sinne auf König Konstantin einzuwirken suchte. Auch ihm — Staatssekretär — war es möglich, im Laufe eines längeren politischen Gespräches, welches er mit Seiner Majestät dem König hatte, Höchstdemselben hinsichtlich der Respektierung der Beschlüsse der Londoner Reunion in Betreff der Südgrenze Albaniens ganz offen seine Meinung zu sagen. Herr von Jagow konstatierte, wie er mir sagt, beim König die besten Dispositionen bezüglich der Orientierung der Politik Griechenlands im Sinne des Drei-

bundes; selbst in der albanesischen Grenzfrage hätte Seine Majestät ein gewisses Entgegenkommen durchblicken lassen, nur in der Frage Koricas behaupte er, nicht nachgeben zu können, da er sich diesbezüglich persönlich seiner Armee, der dortigen Bevölkerung und ganz Griechenland gegenüber verpflichtet fühle. Anderseits hätte Seine Majestät der König aber anerkannt, daß auch die Großmächte nicht gut nachgeben könnten. Staatssekretär hat den Eindruck, der König würde wohl nur einem Druck nachgeben können. Bericht[b]) folgt durch morgigen Kurier. Flotow.

[a]) Vgl. n. 8573. — [b]) Vgl. n. 8572.

Nr. 8571. Tel. des Gesandten Ludwig Freiherrn von Flotow aus Berlin, 9. Sept. 1913 Nr. 402 (eing. 11 U. 50 M. p. m.). Entziff.

Antwort auf Telegramm Nr. 619 vom 4. d. M., betreffend Evakuation von Oroschi. Staatssekretär wird deutschen Vertreter in Belgrad anweisen, angeregte Demarche bei der serbischen Regierung mitzumachen. Flotow.

Nr. 8572. Bericht des Gesandten Ludwig Freiherrn von Flotow aus Berlin, 9. Sept. 1913 Nr. 32 (eing. 11. Sept.).[a]) Ausfert.

Geheim. In Entsprechung des mir mit dem hohen Erlass vom 2. d. Mts. Nr. 4157, Geheim[b]) erteilten Auftrages habe ich Herrn von Jagow streng vertraulich Kenntnis vom Inhalte der beiden mir gütigst übermittelten, auf die Frage des Dodekanes bezughabenden Piècen gegeben. Der Staatssekretär bat mich, Euer Exzellenz seinen aufrichtigsten Dank für diese hochinteressante freundschaftliche Mitteilung zu vermitteln, und bemerkte hiebei, italienischerseits sei man in dieser Sache an ihn nicht herangetreten. Er könne die Befürchtung nicht ganz unterdrücken, dass Marquis di San Giuliano bezüglich des Dodekanes nun doch wieder irgend einen, vorderhand noch heimlichen Plan hege. Denn der Zusammenhang zwischen dem Schicksal der zwölf Inseln und der Idee des Anschlusses Griechenlands an den Dreibund wolle ihm umsoweniger einleuchten, als Italien sich in der Inselfrage Frankreich und England gegenüber — allerdings seiner (Jagows) Ansicht nach ganz überflüssiger Weise — nun doch bereits festgelegt habe. Marquis di San Giuliano habe seinerzeit seine — Jagows — Vermittlung in der Frage des Dodekanes angerufen, er habe eine solche direkt abgelehnt und immer den Standpunkt vertreten, Italien solle keine Versicherungen abgeben. Der italienische Minister des Äussern habe aber hoch und teuer geschworen, Italien wolle keine der Inseln behalten, und dies nicht nur in seinem, sondern auch in Herrn Giolittis Namen beteuert. Daher überrasche ihn — Jagow — nun diese neueste Äusserung des italienischen Ministers, die in ihm den Eindruck erwecke, als tue es Marquis di San Giuliano nun doch leid, sich in der Inselfrage moralisch gebunden zu haben, und als ob er nach einem neuen Auswege suche. Es sei aber ausgeschlossen, dass die Triple-Entente Italien zugestehen würde, auch nur eine der Inseln zu behalten. Der Staatssekretär versicherte aber, mir auch nicht andeutungsweise sagen zu können, nach welcher Richtung hin etwa der Plan Marquis di San Giulianos gestellt sein könnte. Ich möchte hier einfügen, dass der Herr italienische Botschafter mir vorgestern sagte, er glaube in den Konversationen zwischen König

Konstantin und Kaiser Wilhelm, beziehungsweise Herrn v. Jagow hätte man sich deutscherseits für die Angliederung des Dodekanes an Griechenland engagiert. Herr Bollati meinte, schliesslich würden die zwölf Inseln auch sicher an Griechenland fallen, denn die Triple-Entente sei dafür und — wie er nicht zweifle — auch Deutschland; eine Opposition seitens Österreich-Ungarns würde bei dieser Sachlage kaum eintreten. Italien habe übrigens auf Grund des Lausanner Friedens es in der Hand, die Rückgabe der Inseln noch jahrelang hinauszuziehen, denn sozusagen alle Tage träfen zum Beispiel die italienischen Truppen bei ihren Gefechten in der Cyrenaika auf türkische Offiziere und Soldaten, und wenn diese Offiziere und Soldaten auch von der türkischen Regierung verleugnet würden, so könnten diese Vorfälle der italienischen Regierung doch immer wieder einen im obigen Sinne erwünschten Prätext bieten. Was nun die Antwort betrifft, die dem k. u. k. Geschäftsträger in Athen von Herrn Coromilas erteilt wurde und wonach dieser seine Abneigung gegen eine Anlehnung Griechenlands an eine der beiden Mächtegruppen zum Ausdruck brachte, womit er — wie Prinz Emil Fürstenberg hinzusetzt — sich in Übereinstimmung mit dem griechischen Ministerpräsidenten zeigte, so äusserte sich Herr v. Jagow dahin, dass der Gedanke des Anschlusses Griechenlands an den Dreibund bisher streng geheim nur unter den Souveränen und unter den leitenden Ministern der Dreibundmächte erörtert wurde; die Äusserung Herrn Venizelos' dem Prinzen Fürstenberg[c]) gegenüber lasse sich daher aus der delikaten Natur des Gegenstandes leicht erklären. König Konstantin sei ein überzeugter Anhänger dieser Idee und auch Herr Venizelos sei innerlich von ihrer politischen Richtigkeit durchdrungen. Letzterer habe aber aus Opportunitätsrücksichten sowohl der französischen wie der russischen Regierung die Erklärung abgegeben, Griechenland werde sich an keine der bestehenden Mächtegruppen anlehnen. Der griechische Ministerpräsident habe daher in sehr loyaler und patriotischer Weise Seiner Majestät dem Könige angetragen, er werde seine Demission geben und die dreibundfreundliche Politik des Königs in der Kammer mit seiner ganzen Partei unterstützen. König Konstantin habe dies abgelehnt und wolle nun nur die Zeit abwarten, bis es gelungen sei, für Griechenland die nötige finanzielle Hilfe zu finden. Der König habe Herrn v. Jagow gefragt, ob die deutschen Banken in der Lage wären, Griechenland die erforderliche Anleihe zu gewähren. Der Staatssekretär habe, wie er mir sagt, geantwortet, dass er Seiner Majestät darüber nicht Bescheid geben könne. Ich habe den Eindruck, dass man hier sehr dafür ist, dass Griechenland seine Geldgeschäfte mit Frankreich in Ordnung bringe. Herr v. Jagow versichert mich, in Paris hätte man keine Ahnung davon, dass man sich griechischerseits in der Frage der Annäherung an den Dreibund schon so weit engagiert habe. Er schien mir die nachträglich anbefohlene Publizierung der Ansprache des Kaisers und der Antwort des Königs von Griechenland aus Anlass der Überreichung des Feldmarschallstabes an Seine Majestät den König mit Rücksicht auf das eben Gesagte zu bedauern und erzählte mir, er hätte sich sehr gewundert, als er den von der Hand des Kaisers geschriebenen Vermerk las: Ist mit Zustimmung Seiner Majestät des Königs von Griechen-

land zu veröffentlichen! Der Herr italienische Botschafter erzählte mir, übereinstimmend mit den obigen Äusserungen des Staatssekretärs, Herr v. Jagow hätte ihm mitgeteilt, Seine Majestät der König von Griechenland hätte den dringenden Wunsch geäussert, sein Land an den Dreibund anzuschliessen, sobald die finanziellen Fragen mit Frankreich geregelt seien. Herr Bollati fügte aber noch hinzu, Griechenland wolle zuerst mit Rumänien einen Allianzvertrag schliessen und durch Rumänien dann dem Dreibund sich angliedern. Der italienische Botschafter zeigte sich für die Idee des Anschlusses Griechenlands an den Dreibund sehr eingenommen und meinte, das Übergewicht im Mittelmeere werde unbestritten jener Mächtegruppe zufallen, an deren Seite sich das aufstrebende und an maritimer Bedeutung immer mehr zunehmende Griechenland befinden werde. Flotow.

[a]) Vgl. n. 8570, 8682. — [b]) Vgl. n. 8433 Anm. a, 8509 Anm. a. — [c]) n. 8511.

Nr. 8573. Privatschreiben des Gesandten Ludwig Freiherrn von Flotow aus Berlin, 9. Sept. 1913 (eing. 11. Sept.).[a]) Ausfert.

Geheim. Herr von Jagow, der am letzten Samstag von S. M. dem Könige von Griechenland in einstündiger Audienz empfangen wurde, erzählt mir, der König habe ihm einen ausgezeichneten Eindruck gemacht. Er wolle nicht behaupten, dass Seine Majestät den Eindruck einer sehr bedeutenden Persönlichkeit mache, aber das einfache natürliche Gehaben des Königs, dem jede Pose des sieggekrönten Feldherrn fernliege, die vornehme Gesinnung, die in seinen Worten zum Ausdruck käme, die vernünftige Art, in der Seine Majestät die einzelnen Fragen erörterte, hätten ihn — Jagow — sehr captivirt. Seine Majestät hätte ganz unverhohlen Seinen Wunsch zum Ausdruck gebracht, Griechenland dem Dreibunde anzugliedern. Der Staatssekretär hätte daraufhin alle ihm zur Verfügung stehenden Argumente vorgebracht, um den König davon zu überzeugen, dass eine Unnachgiebigkeit Griechenlands in der südalbanesischen Grenzfrage nicht dazu geeignet wäre, Griechenland das Wohlwollen der beiden Bundesgenossen Deutschlands zu gewinnen. Er hätte dem Könige unter anderm vor Augen gehalten, dass die Gründung eines lebensfähigen selbstständigen Albanien für Griechenland von grösster Wichtigkeit sei, denn ohne dieses neue Staatsgebilde würde sich Griechenland entweder von slavischen Reichen umfasst sehen oder eine Grossmacht auf dem Halse haben. Seine Majestät hätte sich den Ihm vorgebrachten Darlegungen im allgemeinen zugängig gezeigt, nur bezüglich Koricas hätte Er erklärt nicht nachgeben zu können. Der König sei die einzelnen Orte und Gegenden im Grenzgebiete durchgegangen und hätte anscheinend mit grosser Sachkenntnis die darin überwiegende Nationalität festgestellt. So hätte Er zugegeben, dass Argyrokastro zu Albanien gerechnet werden könnte, auch bezüglich der von den Kutzowallachen am Pindus bewohnten Gegend liess Er durchblicken, dass sich Griechenland dem Machtspruche der Großmächte unterwerfen würde, obwohl, wie Seine Majestät hervorhob, die Kutzowallachen sich bis vor einigen Jahren stets der griechischen Sprache bedienten und sich als Griechen fühlten. Von Korica aber behauptete der hohe Herr, dass es unbedingt griechisch sei. Der Staatssekretär erlaubte sich, wie er mir des weiteren

mitteilte, einzuwerfen, er erhielte an einem Tag zehn Zuschriften, in denen betheuert würde, dass die Stadt griechisch sei, und am darauffolgenden Tage zwanzig, die besagten, dass sie albanisch sei! Seine Majestät verblieb aber dabei, dass Er Korica nicht aufgeben könnte; Er fühle sich der Armee, der dortigen Bevölkerung, ganz Griechenland gegenüber dazu verpflichtet. Er würde eher, so hätte der König geäussert, auf den Dodekanes als auf Korica verzichten können! Seine Majestät hätte aber in Seiner loyalen Art zugegeben, dass es für die Grossmächte auch nicht leicht möglich wäre, in der Frage nachzugeben. König Constantin hätte schliesslich einen Appell an die deutsche Regierung gerichtet, wegen Koricas zwischen den Verbündeten und Griechenland zu vermitteln. Herr von Jagow hätte dies aber entschieden abgelehnt. Der Staatssekretär hatte, wie er mich versichert, den Eindruck, der König würde nur gezwungen von Seinem Standpunkte abgehen können. Wie mir Herr von Jagow des weiteren mitteilte, hätte S. M. der König sich bitter beklagt über die unfreundliche Behandlung die Griechenland seitens Österreich-Ungarns und Italiens zuteil würde und hätte es als höchst bedauerlich bezeichnet, dass zwei so wenig unparteiische Herren, wie die Janinaer Konsuln Bilinski und Labia in die Delimitirungskommission ernannt worden seien.[b] Der italienische Botschafter, der anlässlich des Besuches Seiner Königlichen Hoheit des Herzogs der Abruzzen am hiesigen Hofe Gelegenheit hatte, mit S. M. Kaiser Wilhelm zu sprechen, machte, wie er mir erzählt, Seine Majestät unter anderm darauf aufmerksam, dass bezüglich der Südgrenze Albaniens ein gemeinsamer Beschluss der Mächte vorliege, dem auch die deutsche Regierung beigetreten sei. Kaiser Wilhelm hätte darauf lachend eingeworfen: „Und Adrianopel?". Herr Bollati fand übrigens bei Seiner Majestät die besten Dispositionen vor, Seinem königlichen Schwager in der Frage der Südgrenze Albaniens Nachgiebigkeit ans Herz zu legen. Tatsächlich hat auch, wie mir der Staatssekretär versichert, und wie ich bereits telegraphisch[c] zu berichten die Ehre hatte, Kaiser Wilhelm S. M. dem König von Griechenland in diesem Sinne lange und eindringlich zugesprochen. Flotow.

[a] Vgl. n. 8570, 8603. — [b] Vgl. n. 8523. — [c] Vgl. n. 8547.

Unterredung mit dem rumänischen Minister des Innern Take Jonescu, 9. Sept. 1913. Siehe n. 8619.

Nr. 8574. Tel. nach Konstantinopel, 9. Sept. 1913 Nr. 428 (chiffr. 10. Sept. 12 U. 50 M. a. m.).[a] Konz. (S. Berger; G. Berchtold).

Die in Euer Exzellenz Telegramm Nr. 463 von gestern zum Ausdruck gebrachten Gesichtspunkte, von welchen sich Hochdieselben bei Ihrer Einwirkung auf die türkischen Staatsmänner leiten lassen, stimmen mit meinen Absichten durchaus überein und finden meine volle Billigung. Ich ersuche daher Euer Exzellenz, Ihre Bemühungen bei der Pforte in diesem Sinne fortzusetzen und bin ich überzeugt, daß dieselben zu dem von uns gewünschten Erfolge, dem Zustandebringen eines türkisch-bulgarischen Übereinkommens führen werden. In dieser Hoffnung werde ich insbesondere durch nachstehende Meldung Grafen Tarnowskis von gestern bestärkt,

welche ich Hochdenselben, selbstverständlich nur zur streng vertraulichen Orientierung und rein persönlichen Kenntnis, mittheile. Der k. u. k. Gesandte in Sofia, dem ich von dem Inhalte Euer Exzellenz Telegrammes Nr. 459 vom 6. d. M. zur vertraulichen Mittheilung an Herrn Ghenadieff Kenntnis gegeben hatte,[b] telegraphiert nämlich wie folgt: ... *wie n. 8565*....

Berchtold.

[a] Vgl. n. 8592. — [b] Vgl. n. 8565 Anm. b.

Nr. 8575. Tel. aus Konstantinopel-Jeniköj, 9. Sept. 1913 Nr. 465 (eing. 10. Sept. 6 U. a. m.).[a] Entziff.

In einem an alle hiesigen Botschafter gerichteten Telegramme erklärt die mohammedanische Bevölkerung von Westthrazien, nämlich von Kirdjali, Gümüldjina und Xanthi, sie hätte angesichts der während der kurzen bulgarischen Okkupation gegen sie begangenen zahlreichen Greueltaten zwecks Verhinderung der Rückkunft bulgarischer Herrschaft beschlossen, die Einwohner samt ihrer Lokalmiliz zum bewaffneten Widerstand vorzubereiten und eine Lokalregierung zu organisieren. In dem besagten Telegramm wird weiter ausgeführt, daß die Vertreibung aller bulgarischen Kmeten veranlaßt, jedoch für Schulen der griechischen Bevölkerung vorgesorgt würde. Die Petenten erklären schließlich, sie würden sich an die ganze zivilisierte Welt um Hilfe wenden, in erster Linie aber von der ottomanischen Regierung Schutz erbitten. Die heutigen Zeitungen melden die Ankunft einer mohammedanischen und einer griechischen Deputation. Erstere werde sich an die Pforte, letztere an das Patriarchat wenden. Diese Kundgebung verdient meiner Ansicht nach umsomehr Beachtung, als der Großvezier mir gegenüber kürzlich die Bemerkung fallen ließ, die Regierung hätte die thrazischen Mohammedaner in der Hand und könne ihnen nötigenfalls Halt gebieten. In diesem Zusammenhange schiene es mir nicht ausgeschlossen, daß die Pforte, wenn die Verhandlungen mit Bulgarien nicht bald zu einem positiven Resultat führen sollten, auch Westthrazien besetzen und ihre Ansprüche auf dasselbe ausdehnen könnte. Wie ich höre, soll die thrazische Miliz von türkischen und griechischen Offizieren organisiert und geleitet werden.

Pallavicini.

[a] Vgl. n. 8585, 8593.

Nr. 8576. Tel. des Gesandten Grafen Josef Somssich aus Paris, 9. Sept. 1913 Nr. 177 (eing. 7 U. 20 M. p. m.). Entziff.

Antwort auf Telegramm Nr. 429. Griechen im Süden Albaniens. Mein italienischer Kollege teilt mir mit, dass er gegenständliche Demarche gestern hier ausgeführt habe. Man habe ihm im Ministerium des Äussern geantwortet, dass die französische Regierung nicht aufgehört habe, Griechenland Ratschläge zur Mässigung und zur Respektierung der Londoner Beschlüsse zu erteilen. Man sei übrigens überzeugt, dass Griechenland einlenken werde. Ich habe die mir aufgetragene Demarche heute ausgeführt. Da ich in Abwesenheit beider politischer Direktoren nur mit untergeordnetem Beamten sprechen konnte, ist mir keine Antwort zuteil geworden.

Somssich.

Nr. 8577. Tel. des Legationsrates Grafen Ludwig Ambrózy aus Rom, 9. Sept. 1913 Nr. 610 (eing. 10. Sept. 6 U. a. m.). Entziff.

Zu Euer Exzellenz Telegramm vom 8. d. M. Nr. 1022. Analoge Instruktion ist an die italienischen Vertreter bei den Großmächten vorgestern abgegangen. Ambrózy.

Nr. 8578. Tel. nach Sofia, 9. Sept. 1913 Nr. 525 (chiffr. 10. Sept. 1 U. a. m.). Konz. (S. Berger; G. Berchtold).

Erhalten Euer Hochgeboren Telegramm Nr. 1085 von gestern. Mit der von Euer Hochgeboren Herrn Ghenadieff gegenüber geführten Sprache bin ich durchaus einverstanden und ersuche Sie, auch weiter dahin zu wirken, daß die bulgarische Regierung in ihrem eigenen wohlverstandenen Interesse von ihrer bisherigen konzilianten Haltung nicht abgehe, sondern auch fernerhin trachte, unter allen Umständen zu einer Verständigung mit der Pforte zu gelangen. Berchtold.

Nr. 8579. Tel. des Legationsrates Wilhelm Ritter von Storck aus Belgrad, 10. Sept. 1913 Nr. 590 (eing. 11 U. 50 M. p. m.).[a] Entziff.

Demarche wegen Evakuierung Albaniens. Russischer Kollege angeblich ohne alle Instruktionen. Französischer Geschäftsträger hat bezüglichen Auftrag erhalten, der sich indes nur auf die Evakuierung des Ortes Oroshi erstreckt. Ich habe ihm plausibel zu machen versucht, daß uns damit nicht gedient ist, weil es sich selbstredend nicht um Räumung einzelner Punkte, sondern des ganzen Gebietes des autonomen Albanien handelt; meine Bemühungen scheiterten indes an seiner angeblich auf Oroshi limitierten Weisung. Er behauptete, daß unser Geschäftsträger in Paris auch nicht mehr verlangt hätte (?). Storck.

[a]) Vgl. n. 8567, 8596, 8617.

Nr. 8580. Bericht des Legationsrates Franz Freiherrn von Haymerle aus Bukarest-Sinaia, 10. Sept. 1913 Nr. 69 B (eing. 12. Sept.).[a] Ausfert.

Vertraulich. Als ich vor einigen Tagen Herrn Maioresco zu sprechen die Ehre hatte, kam der Herr Ministerpräsident auch auf das hier, wie Euer Excellenz aus der Berichterstattung des Herrn Gesandten Prinzen Fürstenberg bekannt, so beliebte Thema der Anbahnung eines besseren Verhältnisses der Monarchie zu Serbien. Der Herr Ministerpräsident gieng auf diese Angelegenheit mit der Bemerkung über, er wolle einmal mit mir in rein persönlicher Form über eine Sache reden, die sehr prekärer Natur sei, ihn auch eigentlich nichts angehe, ich solle es auch ja nicht als Mangel an Delikatesse auffassen, dass er davon spreche. Wie ich wüßte, läge Seiner Majestät dem König sehr am Herzen, daß unser Verhältnis zu Serbien sich besser gestalten würde, und glaube auch er, Maioresco, daß dies vielleicht doch zu erreichen sei, es lägen doch gar keine Hindernisse vor, besonders jetzt, wo Serbien, wie ihm alle serbischen Delegierten anläßlich der Bukarester Konferenz versichert hätten, kein anderes Bestreben hätte, als sich eben mit der mächtigen Nachbarmonarchie aufs Beste zu stellen, und so weiter. Ich

erlaubte mir darauf dem Herrn Ministerpräsidenten unter Betonung, daß dies meine rein persönliche Ansicht sei, Nachstehendes zu erwidern: Wir haben gar nichts gegen Serbien, uns wird es nie einfallen, gegen Serbien vorzugehen, wenn Serbien uns nicht durch sein hostiles Benehmen einmal dazu zwingen sollte. Wir haben genug Südslaven bei uns und wünschen gar nicht eine Vergrößerung unseres südslavischen Elementes. Serbien dagegen hat immer und besonders in den letzten Jahren unverblümt seinen Aspirationen auf unsere südslavischen Provinzen Ausdruck gegeben. Die große Aufregung in Serbien anläßlich der Annexion Bosniens und der Herzegowina sei nur der Ausdruck der nationalen Enttäuschung gewesen, diese Provinzen jetzt wohl auf immer verloren zu haben; dies habe mir unter anderm der einstige Ministerpräsident Novaković, der ein ruhig und nicht chauvinistisch denkender Serbe sei, gesagt, als ich ihn bei meinem Abschiedsbesuch vor zwei Jahren um den eigentlichen Grund der Aufregung zur Zeit der Annexionskrise befragte. Solange nun Serbien nicht als Endziel seiner Politik die Angliederung unserer südslavischen Provinzen an das Königreich aus seinem politischen Brevier ehrlich und offen, nicht nur durch Worte, streiche, solange sei es für uns doch unmöglich, an die Freundschaft des serbischen Nachbars zu glauben. Solange könnten wir auch nicht an der Macht und Konsolidierung Serbiens aktiv mitarbeiten. Man könne doch nicht von uns verlangen, daß wir jemand, von dem wir wüßten, daß er unsere Brieftasche will, einen Revolver in die Hand drücken, damit er zuerst seinen Gegner unschädlich mache, sich aber dann mit der ihm von uns gegebenen Waffe gegen uns selbst wende. Solange Serbien nicht offen und ehrlich dem Wunsche entsage, seine Hand in unsere Tasche zu stecken, solange könnte doch ein wahrhaft gutes Verhältnis zwischen uns beiden nicht angebahnt werden. Die jetzigen Versicherungen der serbischen Staatsmänner und der serbischen Presse seien für uns keine genügende Gewähr, daß es seinen politischen Kurs ändern wolle; so hätte Serbien immer gesprochen, sobald es Ruhe von Seite des Auslandes für seine innere Konsolidierung gebraucht hätte; so, nachdem die Russen König Alexander und Königin Draga sitzen gelassen hätten, so nach dem Königsmord, so nach dem Verlaufe der Annexionskrise, und so, wie ich schon als direkt nach dem Krieg eintretend vor Monaten vorausgesagt hätte, wieder jetzt. Sobald aber Serbien wieder konsolidiert gewesen sei, habe es sofort seine Agitation gegen uns wieder begonnen, im Innern bei uns, wie nach Außen hin, und habe dann nie eine Gelegenheit verstreichen lassen, um uns Unannehmlichkeiten zu bereiten. Was die Serben sagten, daß wir sie immer von oben herab behandeln, daß wir sie nicht als gleichberechtigten Faktor anerkennen, das seien leere Schlagworte. Ich sei selbst $4^1/_2$ Jahre in Belgrad gewesen, sei selbst am grünen Tisch bei den letzten Handelsvertragsverhandlungen gesessen und könne ihm versichern, daß da gar kein Unterschied in der Behandlung gewesen sei. Jeder Serbe könne sich frei in der Monarchie bewegen; ich und wohl kaum ein Österreicher oder Ungar hätten aber je in Serbien unbeobachtet oder durch Chikanen nicht behindert reisen können. Dies alles seien Gründe, warum wir nicht gleich jetzt nach den ersten neuerlichen Liebesbeteuerungen Serbiens sofort Alles vergessen könnten, was Serbien immer gegen uns im

Schilde geführt hätte. Man müße zuerst eine gewisse Zeit verstreichen lassen, — was aber allerdings bereits frühere Anbahnung näherer Handelsbeziehungen nicht ausschließen würde — sehe man dann durch die ganze Art, wie die serbische Regierung, bei der Erziehung der serbischen Jugend beginnend bis hinauf zur Presse und der Ausschließung jeglicher agitatorischer Tätigkeit auf ihre serbischen Konnationalen bei uns, energisch und erfolgreich gegen den gegen uns gerichteten Chauvinismus arbeite, dann würden wir jedenfalls die allerersten sein, die, uns darüber freuend, ein möglichst gutes, sogar inniges Verhältnis mit Serbien anbahnen würden. Daß ein solcher Verzicht auf gleichnationale Provinzen möglich sei und dann die besten Beziehungen zwischen den beiden Nachbarstaaten eintreten könnten, dafür liefere doch Rumänien selbst den besten Beweis. Meine Ausführungen, die ich ergebenst hoffe im Sinne Euer Excellenz gegeben zu haben, machten auf den Herrn königlich rumänischen Ministerpräsidenten entschieden einen gewissen Eindruck; denn er dankte mir dafür und versicherte mir, „wenn wir (Rumänien) nur wissen, daß die Monarchie die Anbahnung guter Beziehungen zu Serbien nur von der entsprechenden Haltung Serbiens selbst abhängen läßt, so muß es eben unsere (Rumäniens) Aufgabe sein, auf Serbien so zu drücken, dass es bei sich diese Vorbedingungen schafft. Daß Sie nicht sofort jetzt auf die serbischen Propositionen eingehen können, begreife ich nach dem eben Ausgeführten vollkommen". Indem ich die hohe Entschuldigung Euer Excellenz erbitte, Hochdero Zeit solange mit meinen eigenen Ausführungen in Anspruch genommen zu haben, möchte ich noch hinzufügen, daß ich glaube, daß diese von Herrn Maioresco versuchte Einflußnahme auf den derzeit hier auf Urlaub weilenden königlich rumänischen Gesandten in Belgrad zurückzuführen ist, der kurz vorher auch mir beweisen wollte, daß unsere Politik Serbien gegenüber eine ungerechte sei, und wahrscheinlich auch in diesem Sinne seinen Chef, den Herrn Ministerpräsidenten, zu beeinflußen suchte. Diese Vermutung findet in dem mir gütigst übermittelten Bericht der k. und k. Gesandtschaft in Belgrad vom 23. vorigen Monats Nr. 172 A—C[b]) über die Stellung Herrn Filalitys zu unserer Politik eine gewisse Bestätigung. Auch ich weiß von meiner Belgrader Zeit her, daß der genannte Herr königlich rumänische Gesandte immer Serbien in sehr einseitiger Weise als den leidtragenden Teil bei Diskussionen über das österreichisch-ungarisch-serbische Verhältnis hingestellt hat. Haymerle.

[a]) Vgl. n. 8636, 8658, 8725. — [b]) In dem Berichte Nr. 172 A vom 23. Aug. 1913 aus Belgrad (eing. 25. Aug.) meldete Legationsrat Wilhelm Ritter von Storck die serbenfreundliche Schwenkung des rumänischen Gesandten Filality, der diesen Frontwechsel mit recht wenig Takt vollzogen und von heute auf morgen der österr.-ungarischen Gesandtschaft die Freundschaft gekündigt habe und ins Lager des Herrn von Hartwig übergelaufen sei.

Nr. 8581. Tel. aus Konstantinopel-Jeniköj, 10. Sept. 1913 Nr. 469 (eing. 11. Sept. 12 U. 5 M. a. m.).[a]) Entziff.

Herr Natschowitsch suchte mich soeben auf, um meine Vermittlung zu dem Ende in Anspruch zu nehmen, der bulgarischen Regierung nahezulegen, sich in allen Punkten nachsichtig zu zeigen und keine Zeit zu verlieren. Herr Natschowitsch ist durch die Vorgänge in Westthrazien sehr

beunruhigt und fürchtet, daß dieselben gefährliche Dimensionen annehmen könnten. Er wünscht daher, daß bulgarische Regierung ihren hiesigen Delegierten carte blanche geben könnte. Sie würden unter allen Umständen trachten, so viel als nur möglich für Bulgarien zu retten. Vorläufig ist einige Hoffnung vorhanden, daß die Türkei in Bezug auf Dimotika, vielleicht auch auf Ortaköj nachgibt und sich mit einem kleineren Territorium am rechten Maritzaufer begnügt. Herr Natschowitsch glaubt, wenn den bulgarischen Unterhändlern von Sofia aus ganz freie Hand gelassen wird, Samstag, spätestens Montag, fertig zu werden. Pallavicini.

[a]) Vgl. n. 8599.

Tel. nach Paris, 10. Sept. 1913 Nr. 433 (chiffr. 11 U. p. m.). Siehe n. 8583.

Nr. 8582. Bericht des Legationsrates Grafen Ludwig Ambrózy aus Rom, 10. Sept. 1913 Nr. 53 C (eing. 12. Sept.). Ausfert.

Dem mir mit dem hohen Erlasse vom 2. September l. J. Nr. 4158[a]) erteilten Auftrage Folge leistend, habe ich Marquis San Giuliano von den dieser Weisung beigeschlossenen, auf die Frage des Dodekanes bezughabenden Pièces durch Vermittlung des Cabinets-Chefs Garbasso streng vertraulich Kenntnis gegeben. Wie mir Letzterer in Beantwortung dieser Mitteilung sagte, habe Marquis San Giuliano den italienischen Geschäftsträger in Athen telegraphisch beauftragt, Herrn Panas gelegentlich zu erklären, es sei nicht wahr, dass zwischen Herrn Pichon und Herrn Tittoni eine Formel über eine Union der zwölf Inseln mit Griechenland discutiert worden sei. Griechenland befinde sich in einem Irrtum, wenn es hieran glaube. Das definitive Schicksal der Inseln sei nicht entschieden und könne ohne Zustimmung der Dreibundmächte nicht entschieden werden. Herr Garbasso teilte mir gleichzeitig mit, dass Marquis San Giuliano es dankbar begrüssen würde, wenn der k. u. k. Geschäftsträger in Athen mit Bezug auf das mit seinem Telegramme vom 30. v. M. Nr. 666 gemeldete Gespräch angewiesen würde, gelegentlich eine analoge Sprache zu führen und dabei speziell auch der Behauptung entgegenzutreten, dass die Union des Dodekanes mit Griechenland zwischen den Herren Tittoni und Pichon vereinbart worden sei. Ambrózy.

P. S. Die italienische Regierung ist auch mit dem anruhenden Communiqué der Agenzia Stefani[b]) der Behauptung entgegengetreten, dass sie eine Verpflichtung eingegangen habe, die Inseln Griechenland zu übergeben. Ambrózy.

[a]) Vgl. n. 8433 Anm. a, 8509 Anm. a. — [b]) Vom 7. Sept. 1913. Wurde nicht aufgenommen.

Nr. 8583. Tel. nach St. Petersburg Nr. 494 (1) und Paris Nr. 433 (2), 10. Sept. 1913 (chiffr. 11 U. p. m.).[a]) Konz. (S. Berger; V. Rappaport; G. Forgách).

1. u. 2. Demarche wegen Evakuierung Albaniens durch die Serben. Nach einer telegrafischen Meldung des k. und k. Geschäftsträgers in Belgrad von gestern[b]) hat sein dortiger

1. kaiserlich russischer
2. französischer
1. u. 2. Kollege die laut Euer Hochgeboren Telegramm Nr.
1. 301
2. 172
vom
1. 8.
2. 6.
1. u. 2. d. Mts. von der dortigen Regierung in Aussicht gestellten Instruktionen noch nicht erhalten. Euer Hochgeboren wollen Vorstehendes bei dortiger Regierung neuerlich in dringender Form zur Sprache bringen und ehebaldige Absendung des bezüglichen Auftrages an
1. russischen
2. französischen
1. u. 2. Vertreter in Belgrad erbitten. Berchtold.

[a]) Vgl. n. 8541, 8595, 8597. — [b]) n. 8568.

Nr. 8584. Tel. des Legationsrates Grafen Otto Czernin aus St. Petersburg, 10. Sept. 1913 Nr. 305 (eing. 4 U. 40 M. p. m.).[a]) Entziff.

Mein deutscher Kollege, der gestern den Ministerpräsidenten sprach, erzählte mir, dass derselbe durch den Artikel der „Reichspost" vom 5. d. M., in welchem die russische Politik Bulgarien gegenüber scharf kritisiert wird, sehr unangenehm impressioniert sei. Eine so heftige Sprache gerade dieses Blattes habe ihn im jetzigen Moment überrascht und verstimmt. Er habe geplant, in der „Rossija" eine Entgegnung zu veröffentlichen, sei aber auf Abraten Herrn Neratows dann davon abgestanden. Ich halte es nicht für ausgeschlossen, dass der deutsche Geschäftsträger mir die Sache absichtlich in etwas greller Farbe schilderte, jedoch für wahrscheinlich, dass der fragliche Artikel den Ministerpräsidenten, der Pressenunziationen ziemliche Bedeutung beilegt, tatsächlich verstimmt hat. Otto Czernin.

[a]) Vgl. n. 8612.

Nr. 8585. Tel. nach Sofia, 10. Sept. 1913 Nr. 528 (chiffr. 11 U. 40 M. p. m.).[a]) Konz. (S. Berger; G. Berchtold).

Markgraf Pallavicini telegrafiert unterm gestrigen: ... *wie n. 8575 in extenso* ... Indem ich die Verwerthung vorstehender Meldung Euer Hochgeboren Ermessen anheimstelle, bemerke ich, daß mir die Besorgnis des k. u. k. Botschafters in Konstantinopel, Bulgarien könnte bei weiterem Zuwarten auch Westthrazien verlieren, sehr beherzigenswert erscheint. Berchtold.

[a]) Vgl. n. 8600.

Nr. 8586. Tel. aus Sofia, 10. Sept. 1913 Nr. 1093 (eing. 11 U. 45 M. a. m.).[a]) Entziff.

Hatte heute nachts lange Unterredung mit Minister des Äußern. Er sagte mir, er habe Bericht der Delegierten erhalten, wonach Türkei Forderungen formuliere, die exorbitant: Türkei verlange Sufli, Demotika, Ortaköj

und am linken Maritzaufer alte bulgarisch-türkische Grenze. Bulgarische Delegierte, deroutiert einerseits durch türkische Prätensionen und anderseits dadurch, dass Botschafter auf die Pforte gar keine Pression üben und bloß bulgarischen Delegierten Rat wiederholen, Verständigung mit der Türkei, die nicht nachgeben werde, um jeden Preis zu suchen, hätten um formelle Instruktionen ersucht. Minister des Äussern habe laut Ministerratsbeschlusses Delegierte beauftragt, auf oberwähnte Punkte am rechten Maritzaufer und auf Kirkkilisse nicht zu verzichten. Ich bemerkte, dass dies wohl nur taktisch, dass aber Bulgarien allmählich bezüglich obiger türkischer Forderungen transigieren würde. Mitredner erwiderte, Bulgarien könne nicht in allem und jedem nachgeben; bulgarische Delegierte seien mit versöhnlichen Instruktionen nach Konstantinopel gegangen und hätten Ermächtigung, auf Adrianopel nicht nur als Stadt, sondern als Festung mit Vorterrain auch auf rechtem Maritzaufer zu verzichten. Außer Adrianopel auch Kirkkilisse herzugeben sei unmöglich; durch Besitz dieser beiden Festungen würde Bulgarien stets bedroht und müsste dann südliche Grenze mit enormen Kosten befestigen. Wie könnte dann von Entente gesprochen werden? Bulgarien wünsche aufrichtig Verständigung und Freundschaft mit Türkei, letztere solle aber auch Wunsch nach guten Beziehungen beweisen. Verständigung könne unmöglich darin bestehen, dass ein Teil bedrohliche Stellung einnehme und der andere sich ganz ausliefere. Durch Besitz Festung Adrianopel werde Türkei genügend gesichert und sie könne auch Eisenbahn von dort nach Konstantinopel haben. Bulgarien — da es seinerseits auf Möglichkeit Eisenbahnverbindung mit Dedeagatsch nicht Verzicht leisten könne — könne Gebiet Sufli-Demotika-Ortaköj nicht abtreten; Bulgarien würde neben Hauptbahn von einem Punkte nordwestlich von Adrianopel direkte Bahnverbindung nach Demotika bauen, was für Türkei unbedenklich, da diese Strecke im Bereiche der türkischen Kanonen wäre. Im Verlaufe der Ausführungen Mitredners, die ich nur im Wesentlichen wiedergebe, drückte ich wiederholt Befremden über nicht vernünftige Sprache des Ministers aus und mahnte, mit Realität der Dinge zu rechnen. Mitredner argumentierte seinen Standpunkt und wies darauf hin, dass Nachgiebigkeit Grenzen haben müsse, da Regierung sonst nicht nur ihre Existenz, sondern auch Zukunft Landes aufs Spiel setzen würde. Regierung wolle Freundschaft Türkei bezahlen, könne aber nicht Lage schaffen, in der Bulgarien statt Entente mit der Türkei zu haben, permanent türkischer Gefahr ausgesetzt wäre. Ich insistierte, wie sehr mich Sprache Ministers befremde, der noch gestern, wie auch Finanzminister heute, Nichtzustandekommen Verständigung ausschloss und betonte, ich könne Abbruch Verhandlungen, was Katastrophe wäre, gar nicht in Betracht ziehen Minister erwiderte, er wolle diesen Gedanken auch nicht zugeben, anderseits wäre Nachgeben Bulgariens in allen Punkten ebenso Katastrophe und würde Politik der Regierung mit ihr zusammen begraben. Mitredner gebe Hoffnung Verzichtes Türkei auf Kirkkilisse und genannte Punkte nicht auf, jedoch bedürfe es hiezu energischerer Ratschläge, hauptsächlich seitens deutschen Botschafters. Minister erwähnte auch erregt, dass Türken Vormarsch in Rodopegebiet fortsetzen, wo größere bulgarische Kräfte stünden

und Zusammenstösse möglich. Ich verabschiedete mich vom Minister des Äußern, indem ich meine Mahnung zur Versöhnlichkeit nachdrücklichst wiederholte. Tarnowski.

a) Vgl. n. 8565, 8587, 8588, 8589, 8590.

Nr. 8587. Tel. aus Sofia, 10. Sept. 1913 Nr. 1095 (eing. 11 U. 50 M. p. m.).a) Entziff.

Im Verlaufe mit meinem Telegramme Nr. 1093 von heute wiedergegebener Konversation mit Minister des Äußern sagte er auch, er hätte von mir gehört, daß Markgraf Pallavicini mit ausführlichen Instruktionen versehen und von anderer Seite wisse er, daß deutscher und italienischer Botschafter Auftrag hätten, den unsrigen zu unterstützen. Wenn Botschafter ihre Instruktionen ausführen würden, würden Türken gewiß in fraglichen Punkten nachgeben; Minister des Äußern habe aber Eindruck, daß die Herren Botschafter sich in ihrer Turkophilie ihrer Aufträge äußerst flau entledigen. Ich wendete ein, daß Markgraf Pallavicini Ratschläge dem Großvezier und türkischen Staatsmännern erteile und daß dies alles, was er unter gegebenen Umständen tun könne. Das Wichtigste sei, meinte Mitredner, ob der deutsche Botschafter mit den Türken deutsch rede und bis zu welcher Grenze er ihnen ihre Forderungen anzuspannen gestatte, ohne zusammen mit österreichisch-ungarischem Kollegen energisch aufzutreten. Wenn die Botschafter, speziell der deutsche, entschlossen, in keinem Falle energische Mahnungen an Pforte zu richten und zu jeder türkischen Forderung — wie Kirkkilisse, Suffli, Ortaköj — nur nicken, worin besteht dann ihre Unterstützung? Es wäre dann besser, daß Botschafter Delegierten gleich offen sagen, daß sie für bulgarische Sache nichts tun könnten. Werde Ministerpräsidenten und Minister des Äußern heute sehen und Mahnungen zur Vernunft ernstest wiederholen. Nach dieser Konversation hoffe, mir Meinung bilden zu können, ob Sprache, die Minister des Äußern heute nachts geführt, nur darauf berechnet, uns zu impressionieren und auf diese Weise wirksamere Instruktionen für k. u. k. Botschafter in Konstantinopel hervorzurufen, oder aber, ob bulgarische Regierung wirklich glaubt, auf Kirkkilisse, Suffli, Dimotika, Ortaköj unter keiner Bedingung verzichten zu können. Tarnowski.

a) Vgl. n. 8588, 8599, 8620 Anm. b.

Nr. 8588. Tel. aus Sofia, 10. Sept. 1913 Nr. 1097 (eing. 11. Sept. 10 U. 30 M. a. m.).a) Entziff.

Im Verfolge meines Telegrammes Nr. 1095 von gestern.b) Ich besuchte Ministerpräsidenten, konstatierte, daß Forderungen der Türken groß, daß Lage bulgarischer Regierung, was wir sehr bedauern, schwierig, daß meine größte Sorge aber die, daß Kabinett, Situation richtig einschätzend, das kleinere Übel zu wählen wisse und aus Angst vor inneren Schwierigkeiten sich nicht zu unvernünftigen Schritten hinreißen lasse, die das vielgeprüfte Land endgiltig zu Grunde richten müßten. Ministerpräsident zeigte sich zuerst ganz unempfänglich für meine Argumente und sprach sich ungefähr

so aus, wie laut meiner Telegramme Nr. 1093 und Nr. 1095 von gestern Minister des Äußern. Auch meinte er, Mächte täten für Bulgarien nichts, ließen Türken Bedingungen bulgarischen Delegierten diktieren, die unakzeptabel und die, wenn von Regierung angenommen, zur Folge haben würden, daß sich Land gegen König und Regierung erheben und Chaos entstehen würde, dem Dynastie und politische Selbstständigkeit Landes zum Opfer fallen würden. Ich könne doch Regierung nicht Haltung empfehlen, die derartige Folgen nach sich ziehen würde. Entweder werden Türken vernünftige Konzessionen machen oder werde es zum Äußersten kommen. Ich erwiderte, eine solche Auffassung sei Selbsttäuschung und Existenz Landes aufs Spiel setzen, um Popularität Königs oder Regierung nicht zu kompromittieren, ein Verbrechen. Es sei eine undankbare Rolle, die ich auf mich genommen, Ministerpräsidenten ganze Wahrheit zu sagen, es sei Rolle, die sonst kein Diplomat übernehmen würde, zu der aber ich als österreichisch-ungarischer Vertreter, dem Schicksal Bulgariens teuer, mich verpflichtet fühle. Von äußerster Eventualität, das heißt von Krieg mit Türkei, zu reden, sei lächerlicher Bluff, da jeder wisse, daß bulgarische Armee jetzt so gut wie nicht existiere. Herr Radoslawoff möge nicht in Fehler seiner Vorgänger verfallen und ihr Vernichtungswerk an Bulgarien vollenden. Wenn Mitredner gegen Europa klage und es mit Recht beschuldige, Bulgarien im Stiche zu lassen, so solle er auch mit dieser Attitüde Europas als mit einer Tatsache rechnen und sich sagen, daß das kleine Bulgarien in seiner verzweifelten Lage dagegen nichts könne und daß wir, die wir alles Interesse haben, Bulgarien zu helfen, uns auch in Unmöglichkeit befinden, Türkei, welche Uneinigkeit Europas und Schwäche Bulgariens klar sehe und sich ihrer derzeitigen Macht bewußt sei, zum Nachgeben zu zwingen. Was möglich sei, tue unsere Diplomatie in Konstantinopel; die Pflicht bulgarischer Regierung sei aber, mit Realität zu rechnen und den Delegierten solche Instruktionen zu geben, die Abbruch der Verhandlungen ausschließen würden. Es sei Wahnsinn, sich auf gewisse Punkte zu kaprizieren und Allüren nehmen, als ob man Pourparlers abbrechen würde, wenn man gerade Kirkkilisse oder ein anderes ähnliches Nest nicht bekäme. Türkei und speziell türkische Armee (300.000 Mann) warteten nur darauf, daß Bulgarien solchen Fehler begehe. Auch erwähnte ich, wenn unsere Finanzkreise von Politik bulgarischer Regierung Kenntnis bekommen, werde sie keine Macht der Welt dazu bringen, auch nur einen Kreuzer Bulgarien zu leihen. Mitredner fing an, allmählich für meine Argumentation Verständnis zu zeigen, bemerkte aber doch wieder, daß Bulgarien unmöglich allen Bedingungen Türkei ohneweiters zustimmen könne. Türken stellten nach orientalischer Sitte große Forderungen, um dann davon im Handel nachzugeben. Ich erwiderte, daß ich das Handeln mit Türken und Trachten, Reduktion Forderungen erlangen, nicht abrate, daß man sich aber unter keinen Bedingungen in gewisse Punkte verbeißen solle und es besser wäre, sogar alles, was Türken verlangen, herzugeben, als Pforte zu reizen. Mitredner meinte, Bulgarien wolle letzteres vermeiden und wünsche baldigste Verständigung, dieselbe sei aber ohne wirkliche Unterstützung der Botschafter und speziell des deutschen Botschafters nicht möglich. Ministerpräsident hat sich zwar nicht deutlich

darüber ausgesprochen, mit welchen Konzessionen sich Bulgarien begnügen würde, ich habe aber aus seinen weiteren Äußerungen Eindruck, daß, wenn Türkei nur einen Teil des von ihr am rechten Maritzaufer geforderten Gebietes Bulgarien lassen und wenn östlich von Adrianopel Grenze so gezogen würde, daß Malko-Tirnowa Bulgarien zufiele, Verständigung zustande kommen würde. Tarnowski.

a) Vgl. n. 8589, 8599. — b) Nr. 1097 wurde erst am 11. Sept. 1913, 3 U. a. m. aufgegeben.

Nr. 8589. Tel. aus Sofia, 10. Sept. 1913 Nr. 1098 (eing. 11. Sept. 9 U. 30 M. a. m.).a) Entziff.

Da aus meinen Unterredungen mit Ministern (meine Telegramme Nr. 1093 vom 10. d. M. und 1097b) von heute) Eindruck gewonnen, daß Seine Majestät der König intransigenter Haltung Regierung nicht fern steht, ließ ich Dobrovič — um durch ihn auf König zu wirken — sagen, ich wünsche ihm zu begegnen, worauf er mich besuchte. Er besprach in gereiztem Ton Haltung Türkei, äußerte sich im großen und ganzen wie die Minister und insistierte dabei besonders auf Gefahr für König und Dynastie, wobei er bemerkte, es sei Russland, welches auf Untergang Königs ausgehe. Ich antwortete im wesentlichen wie den Ministern, speziell Dobrovič gegenüber betonte ich, daß ich Argument betreffend Gefährdung Königs auch schon früher gehört, doch sei ich überzeugt, daß Seine Majestät mit Hilfe jetzt ihm ergebener Regierung allfälliger Bewegung im Lande Herr werden könnte; Abbruch der Verhandlungen aber sei gleichbedeutend mit Ende Bulgariens. Man möge doch nicht denselben Fehler wie vor kurzem begehen und innerpolitischer Konsiderationen halber Existenz Landes aufs Spiel setzen. Ich bitte Herrn Dobrovič, Seiner Majestät dem König, dem doch meiner Regierung Bulgarien wohlwollende Gesinnung wie auch meine guten Absichten bekannt seien, unser Gespräch zu melden. Dobrovič, von meinen Äußerungen sichtlich impressioniert, versprach, König Ferdinand von unserer Unterredung sofort Kenntnis zu geben. Tarnowski.

a) Vgl. n. 8599. — b) Vgl. n. 8588 Anm. b; vorliegendes Tel. Nr. 1098 wurde gleichfalls erst am 11. Sept. 2 U. 30 M. a. m. aufgegeben.

Nr. 8590. Tel. aus Sofia, 10. Sept. 1913 Nr. 1099 (eing. 11. Sept. 10 U. a. m.).a) Entziff.

Geheim. Habe Minister des Äußern, der tagsüber bei Seiner Majestät dem König am Lande geweilt, erst spät abends gesehen. Er hatte keine neuen Nachrichten außer der, daß Türken Vormarsch im Rodopegebiet fortsetzen und bulgarische Bevölkerung flüchte. Ich knüpfte an gestrige Unterredung an (mein Telegramm Nr. 1093), bemerkte, daß mich Sprache Herrn Ghenadieffs mit ernster Sorge erfüllt habe und bearbeitete ihn dann lange, dahin konkludierend, daß baldigste Verständigung ratsam und weitestgehende Opfer, selbst Erfüllung aller türkischer Forderungen, dem Abbruch der Verhandlungen vorzuziehen. Im wesentlichsten reassumiert lauteten Ausführungen Mitredners wie folgt: Er sei nicht leichtsinnig und übersehe Gefahr nicht; was solle er aber tun? Das Hinziehen Verhandlungen sei

bedenklich, da erstens Türken Vormarsch westlich Maritza fortsetzen, was Situation stündlich verschlechtere und da außerdem Handel mit Türken ohne Unterstützung der Botschafter und speziell des deutschen Botschafters aussichtslos. Sofortige Verständigung sei auch unmöglich, da Regierung — so sehr sie baldigsten Abschluß wünsche — maximale Forderungen der Türken nicht annehmen könne. Die Situation wäre sehr dadurch vereinfacht, wenn der jetzigen Ungewißheit ein Ende gemacht würde und Minister endlich erfahren könnte, ob der k. u. k. und deutscher Botschafter in der Lage seien und in welchem Maße die Türkei zur Reduktion ihrer Forderungen zu bewegen. Der deutsche Botschafter habe bulgarischen Delegierten gesagt, daß Türkei auf Kirkkilisse nicht verzichten würde; was sei aber mit dem großen Stück Land nördlich von Kirkkilisse und was anderseits mit der von Türkei verlangten Linie Sufli—Ortaköj, wo die einzige Gegend, um Eisenbahnverbindung mit Küste herzustellen. Wenn nur Klarheit darin geschaffen, daß unser und deutscher Botschafter in obigen Punkten Türkei zu einer gewissen Konzession bewegen können, werde Verständigung binnen 24 Stunden zustande kommen und bulgarische Delegierte seien auch ermächtigt, Bündnis mit Türkei zu unterzeichnen. Auch wenn Dreibundbotschafter für Bulgarien nichts tun können, bitte Minister, ihm diese traurige Nachricht baldigst zu verschaffen. Welche Konklusion er daraus ziehen würde, wollte er nicht klar sagen, bat mich nur sehr, Euer Exzellenz zu ersuchen, in Berlin einzuwirken, daß deutscher Botschafter, von dem alles abhinge, für Bulgarien — als für künftigen Verbündeten Dreibunds, der auch mit Türkei Allianz schließen wolle — doch etwas tue. Tarnowski.

[a] Vgl. n. 8599.

Nr. 8591. Tel. an den Legationssekretär Prinzen Emil Fürstenberg in Athen, 11. Sept. 1913 Nr. 193 (chiffr. 10 U. 30 M. p. m.).[a] Konz. (S. Berger; G. Berchtold).

Von Inhalt Euer Durchlaucht Telegrammes Nr. 686[b] vom 30. v. M. wurde durch k. u. k. Botschaft Rom der Consulta vertraulich Kenntnis gegeben. Herzog Avarna hat nun diese Meldung Euer Durchlaucht mir gegenüber zur Sprache gebracht und im Auftrage seiner Regierung mitgeteilt, daß eine Vereinbarung Tittonis und Pichons (3. Alinea[c] eingangs zitierten Telegrammes) über das Schicksal des Dodekanes nicht vorliegt. Der Herr Botschafter hat gleichzeitig auftragsgemäß gebeten, Euer Durchlaucht mögen angewiesen werden, Herrn Coromilas bei Gelegenheit darüber aufzuklären, que c'est une erreur que le Dodécanèse ira à la Grèce; le sort de ces îles n'est pas décidé et ne peut l'être sans le consentement de la Triple-Alliance. Ich ersuche Euer Durchlaucht, vorstehendem italienischen Wunsche in der geeigneten Weise zu entsprechen.

[a] Vgl. n. 8633. — [b] Wohl Nr. 666 = n. 8509. — [c] Drittes Alinea von n. 8509 reicht von „Minister des Äußern meinte“ bis „zu widersetzen“.

Tel. nach Belgrad, 11. Sept. 1913 Nr. 271 (chiffr. 11 U. 45 M. p. m.). Siehe n. 8596.

Tel. nach Berlin, 11. Sept. 1913 Nr. 632 (chiffr. 11 U. 30 M. p. m.). Siehe n. 8599.

Tel. nach Berlin, 11. Sept. 1913 Nr. 633 (chiffr. 11 U. 45 M. p. m.). Siehe n. 8596.

Tel. nach Konstantinopel, 11. Sept. 1913 Nr. 434 (chiffr. 11 U. 30 M. p. m.). Siehe n. 8599.

Nr. 8592. Tel. aus Konstantinopel-Jeniköj, 11. Sept. 1913 Nr. 470 (eing. 10 U. p. m.).[a] Entziff.

Streng vertraulich. Einwirkung auf türkisch-bulgarische Verhandlungen. Ich habe soeben eine längere Unterredung mit dem Großvezier gehabt. Er sagte mir, daß er, was die hauptsächlichsten Punkte anbelangt, nämlich Adrianopel und Kirkkilisse, an seinem Standpunkte festhalten werde, hingegen wolle er sowohl in Betreff des Ausmaßes des Territoriums jenseits der Maritza sowie auch in Bezug auf den nordöstlichen Teil Thraziens (Kreis Tirnowo) sehr entgegenkommend sein. Die Hauptsache sei seiner Ansicht nach, daß bulgarischerseits die Tendenz des Feilschens je eher aufgegeben werde, was auch deshalb von größter Bedeutung für die zukünftigen Beziehungen beider Staaten wäre, da hiedurch die hiesige öffentliche Meinung günstig beeinflußt werden würde. Ich ließ mich dann in Bezug auf den letzten Punkt dem Großvezier gegenüber noch eingehender als bisher aus und konnte konstatieren, daß er für eine Annäherung an Bulgarien so ziemlich gewonnen sein dürfte. Er begreift nunmehr vollkommen, daß (es für)[b] Stellung der Türkei auf der Balkanhalbinsel von großer Bedeutung wäre, wenn sie mit Bulgarien in eine engere Entente eintrete und daß auf diese Weise der (Wert)[c] des türkischen Reiches selbst wesentlich steigen würde. Er sieht auch ein, daß jetzt unter den Balkanstaaten nur Griechenland in einem tatsächlichen Interessengegensatz zur Türkei steht. Said Pascha sprach sich auch bei dieser Gelegenheit entschieden dahin aus, daß die Türkei, was immer die Großmächte in Betreff der Inseln bestimmen würden, nicht zugeben könne, daß die der asiatischen Küste naheliegenden Inseln an Griechenland fallen. Er fügte hinzu, die Türkei werde wenn nötig der Inseln wegen mit Griechenland einen neuen Krieg führen. Pallavicini.

[a] Oe. U. Balkan 434 Nr. 863. Vgl. n. 8574, 8624 Anm. a. — [b] Chiffres fehlen. — [c] Chiffre verstümmelt.

Nr. 8593. Tel. aus Konstantinopel-Jeniköj, 11. Sept. 1913 Nr. 471 (eing. 10 U. 50 M. p. m.).[a] Entziff.

Im Laufe meiner heutigen Unterredung mit dem Großvezier kam auch die westthrazische Bewegung zur Sprache. Said Pascha sagte mir, er hoffe, wenn die Verständigung mit Bulgarien bald zustande komme, dieser Bewegung Herr zu werden und die Bevölkerung zu beschwichtigen. Allerdings dürften sich die Dinge nicht zu lange hinausziehen, denn sonst könnte die Situation bedenklich werden. Pallavicini.

[a] Vgl. n. 8575.

Tel. nach London, 11. Sept. 1913 Nr. 704 (chiffr. 11 U. 45 M. p. m.). Siehe n. 8596.

Nr. 8594. Tel. des Legationsrates Grafen Karl Trauttmansdorff aus London, 11. Sept. 1913 Nr. 638 (eing. 12. Sept. 6 U. a. m.). Entziff.

Nachdem italienischer Geschäftsträger in den letzten Tagen eine Anzahl von Informationen über griechische Organisierung ernsten Widerstandes gegen seinerzeitige Durchführung der albanesischen Südgrenze hier mitgeteilt und hiebei auftraggemäß auf Gefahren, welchen sich Griechenland aussetzen würde, aufmerksam gemacht hat, habe ich mich heute des mir mit Telegramm Nr. 701 vom 8. d. M. erteilten Auftrages beim Unterstaatssekretär entledigt. Sir A. Nicolson will diese Nachrichten nicht zu hoch aufnehmen und meinte, es sei mit ziemlicher Sicherheit zu erwarten, dass, wenn die ganze Südgrenze einmal bestimmt und Griechenland notifiziert sein werde, dieses sich den Beschlüssen und dem Willen der Mächte fügen werde, deren Wohlwollen es nicht verscherzen könne. Sir A. Nicolson meinte, dass aus diesem Grunde die möglichst rasche Entsendung der Delimitationskommission an Ort und Stelle sowie baldigste Regelung Grenzfrage dringend erwünscht wäre. Als ich Hoffnung aussprach, dass die Großmächte auf Griechenland mäßigend einwirken werden, sagte Unterstaatssekretär, dass dies vielleicht gemacht werden könnte, fügte aber hinzu, dass, soviel er wisse, k. und k. und italienische Regierung sich mit einem solchen Ansuchen an deutsche Regierung gewendet hätten und dass diese, die zu einem solchen Ratschlag am Besten berufen wäre, auch dem Ansuchen entsprochen hätte. Trauttmansdorff.

Tel. nach Paris, 11. Sept. 1913 Nr. 435 (chiffr. 11 U. 45 M. p. m.). Siehe n. 8596.

Nr. 8595. Tel. des Gesandten Grafen Josef Somssich aus Paris, 11. Sept. 1913 Nr. 181 (eing. 11 U. p. m.).[a]) Entziff.

Antwort auf Telegramm Nr. 433. Evakuierung Albaniens. Zweiter politischer Direktor teilt mir mit, daß die in meinem Telegramme Nr. 172 vom 6. d. Mts. signalisierte Instruktion an französischen Vertreter in Belgrad tatsächlich ergangen ist. Er las mir ein gestern eingelaufenes Telegramm desselben vor, laut welchem sein russischer Kollege noch nicht im Besitze bezüglicher Instruktionen wäre. Zur Sache selbst meldet französischer Geschäftsträger, daß nach einer ihm im serbischen Ministerium des Äußern gegebenen Auskunft die serbische Regierung den Befehl zur Evakuierung von Oroschi bereits erteilt hätte und dieser Befehl auch schon vollzogen wäre.
Somssich.

[a]) Vgl. n. 8609.

Nr. 8596. Tel. nach Rom Nr. 1041 (1), Berlin Nr. 633 (2), London Nr. 704 (3), Paris Nr. 435 (4), St. Petersburg Nr. 496 (5) und Belgrad Nr. 271 (6), 11. Sept. 1913 (chiffr. 11 U. 45 M. p. m.).[a]) Konz. (S. Egger; V. Rappaport; G. Forgách).

1.—6. Wie ich
1.—5. einer Meldung des k. und k. Geschäftsträgers in Belgrad

6. Euer Hochwohlgeboren Telegramm vom 10. d. M. Nr. 590
1.—6. entnehme, ist die in meinem Telegramme vom 4. l. M. Nr
1. 1004
2. 619
3. 698
4. 424
5. 488
6. 262
1.—6. angeregte Démarche in Belgrad theilweise,
5. insbesondere in Paris,
1.—6. irrtümlich dahin aufgefaßt worden, daß es sich bloß um die Evakuierung des Ortes Oroshi, nicht aber darum handle, daß die serbische Regierung nunmehr endlich eingeladen werde, ihre Truppen hinter die in London fixierte Nordost-Grenze Albaniens zurückzuziehen und so das Gebiet des autonomen Albanien endlich zu räumen.
1.—5. Ich ersuche Euer etc.,
6. Ich ersuche unter Einem die k und k. Botschafter bei den Signatarmächten,
1.—6. dieses in den Instruktionen nach Belgrad unterlaufene Mißverständnis richtig stellen zu lassen und darauf hinzuweisen, daß die Zurückziehung der Truppen hinter die Londoner Grenze umsoweniger einem Anstande begegnen kann, als in der heute hier überreichten Note der serbischen Gesandtschaft über den Annexions-Ukas König Peters die Londoner Grenze als vorläufige Demarkationslinie gegen Albanien bezeichnet wird.

Berchtold.

a) Oe. U. Balkan 434 Nr. 864. Vgl. n. 8604, 8608, 8609, 8610, 8611, 8634, 8649.

Tel. nach St. Petersburg, 11. Sept. 1913 Nr. 496 (chiffr. 11 U. 45 M. p. m.). Siehe n. 8596.

Nr. 8597. Tel. des Legationsrates Grafen Otto Czernin aus St. Petersburg, 11. Sept. 1913 Nr. 307 (eing. 12. Sept. 6 U. a. m.).a) Entziff.

Evakuierung Albaniens durch die Serben. In Befolgung der telegraphischen Weisung von heute Nr. 494 teilte ich Herrn Neratow mit, dass laut Meldung der k. und k. Gesandtschaft in Belgrad die in Aussicht gestellte Instruktion an den dortigen russischen Geschäftsträger noch nicht ergangen sei und ersuchte um die Einlösung seines Versprechens. Neratow versicherte mir, dass die fragliche Weisung bereits nach Belgrad abgegangen sei und zweifellos heute schon ausgeführt sein dürfte. Otto Czernin.

a) Vgl. n. 8611.

Nr. 8598. Tel. des Legationsrates Grafen Otto Czernin aus St. Petersburg, 11. Sept. 1913 Nr. 308 (eing. 11 U. 45 M. p. m.). Entziff.

Südgrenze Albaniens. Bezug auf telegraphische Weisung vom 8. d. M. Nr. 491. Habe mich heute, nachdem mein italienischer Kollege gestern analoge Instruktion ausgeführt hat, Herrn Neratow gegenüber im anbefohlenen Sinne ausgesprochen. Es wurde mir geantwortet, russischerseits

gebe man sich der Erwartung hin, daß den Londoner Beschlüssen bezüglich der Südgrenze Albaniens seitens Griechenlands kein ernstlicher Widerstand entgegengesetzt werden würde. Die Kollektivdémarche der Mächte in Athen sei durch die dortige Regierung nicht beantwortet, also zur Kenntnis genommen worden und außerdem habe griechische Regierung durch das Ansuchen, in der Delimitationskommission vertreten zu sein, eo ipso die Londoner Beschlüsse akzeptiert. Sollte es wider hiesige Erwartung zu einer griechischen Widerstandsaktion kommen, wäre russische Regierung bereit, hierüber in diplomatische Konversation zwischen den Mächten einzutreten. Ministerpräsident, dem gegenüber ich bei einer heutigen Unterredung gleichfalls das Thema streifte, zeigte sich weniger reserviert, sprach sich in abfälliger Form über die maßlosen griechischen Prätensionen aus und meinte, Russland würde auf alle Fälle eventuellen Pressionsmitteln anderer Mächte gegen Griechenland keine Hindernisse bereiten. Otto Czernin.

Nr. 8599. Tel. nach Sofia Nr. 530 (1), Berlin Nr. 632 (2) und Konstantinopel Nr. 434 (3), 11. Sept. 1913 (chiffr. 11 U. 30 M. p. m.).[a] *Konz. (S. Berger; V. Forgách; G. Berchtold).*

1. Erhalten Euer Hochgeboren Telegramme Nr. 1095, 1097, 1098 und 1099. Ich bin mit der von Euer Hochgeboren gegenüber den bulgarischen Staatsmännern geführten eindringlichen Sprache vollkommen einverstanden, deren Berechtigung auch aus nachstehender Meldung Markgrafen Pallavicinis vom 10. d. M. hervorgeht, welche ich Euer Hochgeboren zur entsprechenden Verwertung mitteile. Der k. u. k. Botschafter in Konstantinopel telegrafiert: ... *wie n. 8581 in extenso* ... Dem Wunsche Herrn Radoslawoffs und Herrn Ghenadieffs nach einer Einwirkung in Berlin komme ich unter einem durch Erteilung einer entsprechenden Instruktion an Markgrafen Pallavicini und Baron Flotow nach. Zu Euer Hochgeboren rein persönlicher Orientierung bemerke ich jedoch, daß ich mir wenig Hoffnung mache, das deutsche Kabinett dazu zu bestimmen, bezüglich Unterstützung der bulgarischen Wünsche über eine mehr als allgemein gehaltene Instruktion an Baron Wangenheim, die derselbe bereits besitzt, hinauszugehen.

2.—3. Graf Tarnowski, welcher mehrere Unterredungen mit den leitenden bulgarischen Staatsmännern über die gegenwärtigen Verhandlungen mit der Pforte hatte, résumiert unterm 10. d. M. die bezüglichen Ausführungen Herrn Ghenadieffs wie folgt: ... *wie n. 8590 von „Er sei nicht" bis Schluß* ...

2. Vorstehendes wollen Euer Hochwohlgeboren Herrn von Jagow streng vertraulich mittheilen und sich dafür verwenden, daß durch Ertheilung entsprechender Instruktionen an Baron Wangenheim den Wünschen der bulgarischen Regierung thunlichst Rechnung getragen werde.

3. Bei Mittheilung dieser Meldung an Baron Flotow füge ich bei: (Inseratur ex Telegramm sub 2. von „Vorstehendes wollen" bis zum Schluß.) Vorstehendes zu Euer Exzellenz vertraulicher Information und Regelung Ihrer Sprache gegenüber Ihrem deutschen Kollegen. Berchtold.

[a] Vgl. n. 8605, 8606, 8616, 8620.

Nr. 8600. Tel. aus Sofia, 11. Sept. 1913 Nr. 1100 (eing. 6 U. 30 M. p. m.).[a] Entziff.

Urgent. Regierung hatte bereits gestern Nachrichten über mohammedanische Bewegung in Thrazien infolge einer Meldung bulgarischen Delegierten aus Konstantinopel über bezügliche Adresse an die Pforte und Botschafter. Sowohl die Minister wie Dobrovič sprachen mir davon gestern und ich unterließ nicht, auf diese neue große Gefahr hinzuweisen mit dem Bemerken, daß Bulgarien sich in kürzester Zeit vor fait accompli einer türkisch-griechischen Grenze längs des Mesta befinden könnte. Als ich heute früh Ministerpräsidenten besuchte, brachte ich Meldung Markgrafen Pallavicinis laut hohen Telegrammes Nr. 528 vom 11. d. Mts. zur Sprache, betonte Gefahr, von der Herr Botschafter meldete und empfahl eindringlichst sofortige Verständigung mit der Türkei um jeden Preis, was ich gestern noch nicht tun zu sollen glaubte, da ich nicht Eindruck hervorrufen wollte, als ob wir hier Pression zugunsten der Türkei ausüben. Auch bemerkte ich, es müsse bei Kabinetten, vor allem in Wien, Eindruck raschestens verwischt werden, als ob bulgarische Regierung wahnsinnig genug wäre, an Abbruch der Verhandlungen überhaupt nur zu denken. Ich sprach Erwartung aus, Ministerpräsident werde mich in Lage setzen, Euer Exzellenz Versicherung zu geben, daß ein unvernünftiger Schritt seitens bulgarischer Regierung ausgeschlossen. Ministerpräsident versicherte mich, ich könne dies tun; er habe nach Unterredung, die er gestern mit mir gehabt, seine Ministerkollegen dazu gebracht, Instruktionen, in welchen Bestehen auf gewissen Punkten (Kirkkilisse und so weiter) enthalten war, durch neue zu ersetzen. Auf meine Frage, wie diese neuen Instruktionen lauten würden und ob Delegierte auch ermächtigt, alle in erster Sitzung formulierten türkischen Petita zu unterzeichnen, antwortete Ministerpräsident, Delegierte würden natürlich Auftrag haben, — und hiebei erbittet Ministerpräsident dringend Beistand unseres und deutschen Botschafters — wenn möglich irgend etwas Türken abzuhandeln, wenn aber absolut notwendig, würden Delegierte auch alle türkischen Forderungen annehmen. Jedenfalls sei Ministerpräsident — so fügte er hinzu — entschlossen, binnen zwei bis drei Tagen Akkord mit Türken unter allen Umständen zu unterzeichnen. Sowohl meinen gestrigen als heutigen Schritt bei ihm hat Ministerpräsident als freundschaftlichen Akt meinerseits aufgefasst. Möchte nicht unerwähnt lassen, daß es mir höchst erwünscht schiene, Bulgarien durch unsere und Deutschlands Unterstützung eine, wenn auch nur geringe Reduktion türkischer Forderungen zu verschaffen. Tarnowski.

[a] Vgl. n. 8601, 8606.

Nr. 8601. Tel. aus Sofia, 11. Sept. 1913 Nr. 1101 (eing. 12. Sept. 8 U. a. m.).[a] Entziff.

Die mit meinem Telegramm Nr. 1100 von heute gemeldeten Zusagen, die mir Ministerpräsident bezüglich der den Delegierten im Sinne meiner Ratschläge zu erteilenden neuen Instruktionen gemacht, lauteten zwar ganz positiv, de facto mussten sie aber noch vom Ministerrat formell beschlossen werden. Mit Rücksicht darauf hielt ich es für geboten, wie

auf den Konseilspräsidenten auch noch auf Minister des Äussern und Herrn Dobrovič entsprechend einzuwirken, was ich im Wege längerer Gespräche, die ich mit beiden heute nachmittags gepflogen, zu tun bemüht war. Für Gedanken, dass in Verhandlungen mit Türken auf bestimmte Punkte nicht insistiert werde, sondern dass man sich nach Möglichkeit auf Erlangung einiger Konzessionen beschränken soll, waren meine Mitredner schon seit gestern abends so gut wie gewonnen. Mit der Auffassung aber, zu der ich Konseilspräsidenten gebracht, nämlich, dass auch dann, wenn Türkei ihre Forderungen gar nicht reduzieren sollte, Akkord ohne Zeitverlust unterzeichnet werden müsse, wollten sich Minister des Äussern und Dobrovič nicht gleich befreunden. Nach vieler Mühe gelang es mir, Dobrovič zu impressionieren, so dass er endlich zugab, dass, wenn nicht anders möglich, auch alle türkischen Bedingungen angenommen werden müssen, da Bulgarien leider nur einen einzigen wahren Freund habe und zwar Österreich-Ungarn, welches aber allein bei Unaufrichtigkeit anderer Mächte die gewünschten Resultate in Konstantinopel nicht erzielen könne. Dobrovič versprach, sich bei Seiner Majestät und Ministern entsprechend zu verwenden. Noch schwieriger war es mit Minister des Äussern, der aber endlich auch unmittelbar drohende Gefahr, dass Türkei ein fait accompli in Westthrazien schaffen könnte, einsah und mir formell versprach, dass neue Instruktionen an Delegierte — wie ich sie empfahl — noch heute nachts abgehen würden. Er wollte nur nicht claris verbis aussprechen, dass Delegierte schon jetzt Ermächtigung erhalten würden, eventuell auch alle türkischen Bedingungen zu akzeptieren und binnen wenigen Tagen unter allen Umständen Akkord zu unterzeichnen. Dies ist offenbar nur taktisch, da er der Gefahr, die im Verzug, bewusst und mir Versprechen abgab, dass zu Abbruch kommen würde.[b] Ministerrat findet abends statt und gleich nachher werde ich noch Minister des Äussern sehen und fraglische Instruktion erfahren. Tarnowski.

[a] Vgl. n. 8602, 8606. — [b] Amtsvermerk: sic!

Nr. 8602. Tel. aus Sofia, 11. Sept. 1913 Nr. 1102 (eing. 12. Sept. 8 U. a. m.).[a] Entziff.

Im Verfolge meines Telegrammes Nr. 1101 von heute. Spät nachts nach Beendigung Ministerrates und Audienz bei König sagte mir Minister des Äußern, Instruktionen seien nach Konstantinopel abgegangen: Delegierte erhielten Auftrag zu trachten, Möglichstes zu erreichen, sich aber an nichts anzuklammern. Auf Adrianopel und Kirkkilisse könnten sie formell verzichten und dafür sollen sie verlangen in Ost-Thrazien Streifen Landes mit Malko-Tirnowa und westlich Maritza was erreichbar und zumindest Gebietsstreifen, wo Bulgarien Zweigbahnverbindung zur Strecke nach Dedeagatsch herstellen könnte. Bezüglich Garantien für mohammedanische Bevölkerung seien Delegierte ermächtigt, politische Gleichstellung mit Bulgaren und in Nationalitäts- und Religionsfragen weitgehendste Privilegien zu gewähren. Auch haben Delegierte zuerst auf rascheste Regelung Grenzfragen zu dringen und im Zusammenhange damit dann tatsächliche Evakuierung der Bulgarien zufallenden Gebiete zu fordern. Sobald Grenzfragen geregelt, sind Delegierte ermächtigt — wenn Pforte wünscht —

sofort in Verhandlungen über ökonomische und politische Beziehungen einzutreten und haben Vollmacht, auch Allianz abzuschliessen. Ich beglückwünschte Minister des Äußern zu diesen Instruktionen, fragte aber, welche Verhaltungsdirektiven Delegierten erteilt worden, für den Fall, daß Türken von territorialen Forderungen gar nichts nachlassen würden. Herr Ghenadieff antwortete, er sage es mir vertraulich, qu'il a délié les mains aux délégués; ils feront ce qu'ils pourront, ils ont le plein pouvoir de signer de toute façon. Minister richtete an mich erneuertes Ersuchen um Unterstützung und ich versicherte ihn, daß er darum nicht bitten brauche, da wir für Bulgarien gewiß Möglichstes tun würden und wenn Markgraf Pallavicini nichts erreichen sollte, so dürfe kein Bulgare zweifeln, daß dies nicht menschenmöglich gewesen. Ich kann nicht genug betonen, wie sehr es erwünscht wäre, daß es uns gelinge, etwas Positives für diese Regierung zu erreichen. Tarnowski.

a) Oe. U. Balkan 434 Nr. 862.

Tel. des Banus von Kroatien; Agram, 11. Sept. 1913 Nr. 331 res. Siehe Erste Beilage zu n. 8666.

Tel. nach Berlin, 12. Sept. 1913 Nr. 634 (chiffr. 7 U. 30 M. p. m.). Siehe n. 8606.

Nr. 8603. Tagesbericht über einen Besuch des deutschen Geschäftsträgers, 12. Sept. 1913 Nr. 4342.a) Konz. (S. Berchtold).

Der deutsche Geschäftsträger Prinz Stolberg hat mir heute eine Depesche Herrn von Jagows zur Verlesung gebracht, worin der Staatssekretär über den Verlauf seiner Unterredung mit Seiner Majestät dem König von Griechenland vertraulich Mitteilung macht. ... *inhaltlich gleich n. 8573* ... König Konstantin habe neuerdings versichert, den Wunsch zu hegen, sich dem Dreibunde zu nähern. Griechenland sei zwar ein kleiner Staat, werde aber in wenigen Jahren eine Armee von 500.000 Mann aufstellen können. Er hielte es nicht für ratsam, die Sache zu überstürzen, insbesondere da Griechenland angewiesen sei, jetzt bei Frankreich ein Anleihen zu kontrahieren. Im ganzen werden 500 Millionen erforderlich sein, um die Bedürfnisse des Landes zu decken. Vorläufig wolle man die Hälfte dieses Betrages aufnehmen, wobei der höchste Herr Wert darauf legen würde, einen Teilbetrag von Deutschland zu beziehen, um nicht in ein ausschließlich finanzielles Abhängigkeitsverhältnis von Frankreich zu geraten. Diesen Eröffnungen des Königs gegenüber habe Herr von Jagow konstatiert, daß sich dieselben mit den Intentionen der deutschen Regierung vollkommen decken. Gerade von Berlin sei seinerzeit, als die Idee eines Anschlusses Griechenlands an den Dreibund von griechischer Seite angeregt worden war, geltend gemacht worden, daß, so sympathisch eine solche Orientierung in Berlin aufgenommen würde, doch gewisse Umstände in Rechnung gezogen werden müßten, die es wünschenswert erscheinen ließen, vorläufig noch etwas zuzuwarten, bis die Verhältnisse am Balkan eine dauernde Klärung erfahren haben werden. Bezüglich der Frage der Kontrahierung eines Teiles der in Aussicht genommenen Anleihe in Deutschland würde es trotz der fühlbaren Geldknappheit doch möglich sein, dem Wunsche Griechenlands Rechnung zu tragen. Im weiteren Verlaufe der Unterredung hätte König Konstantin seinem Wunsche Ausdruck geliehen, mit Rumänien

eine Militärkonvention zu schließen. Von Berlin wolle sich der höchste Herr nach Paris begeben und eventuell von da auch nach London. Streng vertraulich ließe mir Herr von Jagow sagen, daß König Konstantin auf seiner Rückreise nach Griechenland — „etwa Ende Oktober" — auch Wien berühren möchte, um sich Seiner Majestät unserem Allergnädigsten Herrn vorzustellen, wie es sein Vater stets getan. Mit Rücksicht auf Empfindlichkeiten, die dadurch in Italien ausgelöst werden könnten, möchte ich jedoch von dieser Mitteilung bis auf weiteres keinerlei Gebrauch machen. Resumierend hätte Herr von Jagow bemerkt, daß Seine Majestät der König Konstantin in Berlin einen sehr guten Eindruck hervorgerufen habe und man sich der Hoffnung hingebe, die demselben nicht nur von Herrn von Jagow sondern auch von Seiner Majestät dem Kaiser Wilhelm erteilten Ratschläge werden nicht wirkungslos bleiben. Indem ich dem Prinzen Stolberg für seine Mitteilung dankte und ihn bat, auch dem Staatssekretär meine Erkenntlichkeit für seine Eröffnungen zum Ausdrucke zu bringen, verwahrte ich mich gegen die in Athen verbreitete Anschauung, als sei unsere Politik Griechenland gegenüber irgendwie voreingenommen. Wenn wir in der Frage der südalbanesischen Delimitation mit den Ansprüchen Griechenlands in Kollision kommen, so geschehe dies nur, weil wir uns der zwingenden Notwendigkeit bewußt seien, gewisse Gebiete für Albanien zu retten, widrigenfalls dieses unglückliche Land, das bereits im Norden so stark zugestutzt wurde, nicht leben könnte. Die betreffenden Gebiete seien aber nach den Aussagen aller unparteiischen Lokalkundigen albanesisch und nur zu geringem Teile von versprengten griechischen Kolonisten besiedelt. Erst kürzlich habe mir der rumänische Minister des Innern, Herr Take Jonescu, bestätigt, daß ohne Korica und dessen Gebiet Albanien undenkbar sei, indes dieses Territorium für Griechenland geringe Bedeutung habe. Herr Take Jonescu habe seine Anschauungen über die südalbanesische Delimitation in einem Memorandum zusammengefaßt und Seiner Majestät König Carol unterbreitet, welcher dasselbe nach Berlin weitergeleitet haben dürfte.*a)* Wir seien in dieser Frage somit nicht nur mit Italien sondern auch mit Rumänien solidarisch, welches ein spezielles Interesse an den Tag lege, daß Albanien lebensfähig gestaltet werde. Was den Generalkonsul Biliński anbelange, könne ich Herrn von Jagow versichern, daß die von griechischer Seite gegen denselben vorgebrachten Verdächtigungen unbegründet seien. Generalkonsul Biliński sei aus dem Grunde als unser Vertreter in die Delimitierungskommission designiert worden, weil er der einzige derzeit zur Verfügung stehende Konsularbeamte ist, welcher die nötigen Lokal- und Sprachkenntnisse hat, um die äußerst schwierige Aufgabe zu lösen, die sich aus den Gegensätzen in den Dispositionen der Mächte zur Abgrenzungsfrage ergeben dürfte.

a) Vgl. n. 8619, 8639.

Nr. 8604. Tel. des Gesandten Ludwig Freiherrn von Flotow aus Berlin, 12. Sept. 1913 Nr. 404 (eing. 13. Sept. 6 U. a. m.). Entziff.

Antwort auf Telegramm Nr. 633 von gestern, betreffend Evakuierung Albaniens durch die Serben. Staatssekretär sagte mir, seine Instruktionen

an den deutschen Vertreter in Belgrad hätten gelautet, er solle sich der Demarche wegen Zurückziehung serbischer Truppen hinter in London fixierte Nordostgrenze Albaniens anschließen. Als gestern serbischer Geschäftsträger ihm eine Note über den Annexionsukas König Peters überbrachte, hätte er, ohne von der Note vorderhand Kenntnis zu nehmen, den Geschäftsträger ersucht, seiner Regierung zu berichten, daß man vor allem hier erwarte, die serbischen Truppen würden endlich den Befehl erhalten, Albanien zu evakuieren. Flotow.

Nr. 8605. Tel. des Gesandten Ludwig Freiherrn von Flotow aus Berlin, 12. Sept. 1913 Nr. 406 (eing. 13. Sept. 6 U. a. m.).[a] Entziff.

Inhalt Euer Exzellenz Telegrammes Nr. 632 von gestern betreffend bulgarisch-türkische Verhandlungen habe ich mit Staatssekretär eingehend besprochen. Derselbe bemerkte, an eine Fortsetzung des Vormarsches der Türkei über die Maritza könne er nicht glauben. Er habe erst kürzlich wieder deutschen Botschafter in Konstantinopel beauftragt, dem Großvezir gegenüber diesbezüglich eine sehr energische Sprache zu führen. Baron Wangenheim hätte gemeldet, der Großvezir hätte beteuert, daß seit Wochen die türkische Armee keine Vorwärtsbewegung über die Maritza gemacht hätte, dies hätte am folgenden Tage der Generalissimus dem Botschafter wiederholt. Deutsche Regierung wünsche selbstverständlich auch baldigsten Abschluß der Verhandlungen. In deren Details könne sie aber schon deshalb nicht eingehen, weil ihr über den Stand der Verhandlungen authentische Mitteilungen fehlen. Staatssekretär werde Baron Wangenheim aber anweisen, der Pforte den eindringlichen Rat zu geben, den Bogen nicht zu überspannen und ihn beauftragen, sich mit Markgrafen Pallavicini ins Einvernehmen zu setzen, um zu sehen, nach welcher Richtung hin er unserem Botschafter sekundieren könne. Flotow.

[a] Vgl. n. 8631 Anm. b.

Nr. 8606. Tel. nach Konstantinopel Nr. 436 (1), Berlin Nr. 634 (2) und Sofia Nr. 531 (3), 12. Sept. 1913 (chiffr. 7 U. 30 M. p. m.).[a] Konz. (S. Rappaport; V. Forgách; G. Berchtold).

1. Im Verfolge meines Telegrammes Nr. 434 von gestern. Aus weiteren Meldungen Grafen Tarnowskis, welcher sich bei der bulgarischen Regierung in der eindringlichsten Weise für das Zustandekommen des Abkommens mit der Pforte eingesetzt hat, gewinne ich den Eindruck, daß die energische Sprache unseres Vertreters nicht ohne Wirkung geblieben ist und es nur noch einer geringen Reduction der türkischen Forderungen bedarf, um in der kürzesten Zeit die Unterzeichnung des Accords zu erreichen. Graf Tarnowski telegrafirt, daß der bulgarische Ministerrath neue in conciliantestem Sinne gehaltene Instruktionen an die in Konstantinopel weilenden Delegirten erlassen hat. Es wäre mir im Interesse des künftigen Verhältnisses Bulgariens zu Österreich-Ungarn sehr erwünscht, wenn wir das Verdienst für uns revindiciren könnten, die Pforte zu einer kleinen Reduction ihrer Forderungen veranlaßt zu haben. Ich lege daher auf eine in diesem Sinne gehaltene Einwirkung Euer Exzellenz auf die ottomanische Regierung

beziehungsweise auf Baron Wangenheim den allergrößten Werth. Ich zweifle nicht daran, daß es der Pforte ohne weiters möglich sein wird, ihre Forderungen etwas zu reduciren, nachdem einer solchen unbedeutenden türkischen Konzession so ansehnliche Opfer Bulgariens gegenüberstehen; hiezu kommt, daß die in Rede stehende Reduction geeignet erscheint, zum baldigsten Abschlusse des Accords zu führen und auch die künftigen Beziehungen zwischen Sofia und Konstantinopel in der günstigsten Weise zu beeinflussen.

2. Ich telegrafire an Markgrafen Pallavicini wie folgt: (Inseratur aus Telegramm sub 1. von „Aus weiteren Meldungen" bis „zum baldigsten Abschlusse des Akkords zu führen"). Vorstehendes zur Verwerthung bei oder im Anschlusse an die Ausführung meines telegrafischen Auftrages Nr. 632 von gestern.

3. Erhalten Euer Hochgeboren gestrige Telegramme Nr. 1100 und 1101. Ich weise unter einem Markgraf Pallavicini an, sich bei der Pforte und bei Baron Wangenheim im Sinne des letzten Alineas[b] Ihres erstcitirten Telegrammes zu verwenden und richte auch nach Berlin eine analoge Weisung. Berchtold.

[a] Vgl. n. 8620, 8624, 8685. — [b] Letztes Alinea von n. 8600 beginnt mit „Möchte nicht unerwähnt lassen".

Nr. 8607. Tel. aus Konstantinopel-Jeniköj, 12. Sept. 1913 Nr. 573 recte 473 (eing. 13. Sept. 6 U. a. m.).[a] Entziff.

Streng vertraulich. Ich habe gestern Gelegenheit gehabt, mit Talaat Bey zu sprechen. Er sagte mir, daß die Verhandlungen mit Bulgarien in kürzester Zeit abgeschlossen werden dürften. Wir sprachen sodann über die zukünftigen Beziehungen der Türkei zu Bulgarien. Minister des Innern stimmte mir zu, daß es im Interesse der Türkei liege, dieselben möglichst innig zu gestalten. Im Laufe Gespräches ließ Talaat Bey die Worte fallen: „Wir werden vielleicht mit der Zeit ...[b] wieder beherrschen". Auf meine Frage, wie er das meine, antwortete er: „Nicht gegen Bulgarien, sondern mit Bulgarien. Wir werden ihnen aber dann helfen, Üsküb zu erobern." Diese Worte scheinen mir für die augenblicklich im Komitee herrschende Auffassung bezeichnend zu sein. In Betreff der Inselfrage sprach sich Talaat Bey mit großer Entschiedenheit dahin aus, daß dieselbe eine Lebensfrage für die Türkei bilde. Pallavicini.

[a] Vgl. n. 8631 Anm. a. — [b] Chiffre fehlt.

Nr. 8608. Tel. des Legationsrates Grafen Karl Trauttmansdorff aus London, 12. Sept. 1913 Nr. 640 (eing. 13. Sept. 6 U. a. m.). Entziff.

Antwort auf Telegramm Nr. 704 von heute, betreffend Evakuierung. Im Foreign Office wurde mir versprochen, englischen Geschäftsträger in Belgrad neuerlich anzuweisen, sich betreffs Erneuerung der Demarche mit seinen Kollegen ins Einvernehmen zu setzen und denselben[a] nicht im unklaren zu lassen, dass es sich um Zurückziehung der serbischen Truppen hinter die durch Botschafterreunion festgesetzte Grenzlinie und nicht bloß um Evakuierung von Oroshi handelt. Trauttmansdorff.

[a] So!

Nr. 8609. Tel. des Gesandten Grafen Josef Somssich aus Paris, 12. Sept. 1913 Nr. 185 (eing. 11 U. p. m.).[a] Entziff.

Antwort auf Telegramm Nr. 435 vom 12. d. Mts. Evakuierung Albaniens durch Serben. Aufgetragene Demarche ausgeführt. Zweiter politischer Direktor versprach zur Beseitigung jedweden Mißverständnisses eine zweite Instruktion an französischen Vertreter in Belgrad in dem von uns gewünschten Sinne unverweilt ergehen zu lassen. Somssich.

[a] Vgl. n. 8595, 8634.

Nr. 8610. Tel. des Legationsrates Grafen Ludwig Ambrózy aus Rom, 12. Sept. 1913 Nr. 625 (eing. 6 U. a. m.).[a] Entziff.

Zu Euer Exzellenz Telegramm vom 11. d. Mts. Nr. 1041. Ich habe in der Consulta konstatiert, daß ich den mit hohem Telegramme Nr. 1004 vom 4. d. Mts. erhaltenen Auftrag richtig ausgeführt habe und daß Marquis di San Giuliano angeordnet hat, daß an die italienischen Geschäftsträger bei den Großmächten und in Belgrad analoge Instruktionen abgehen wie an unsere Vertreter. Instruktion an italienischen Geschäftsträger sollte noch vermeldeten Zusatz enthalten. Herr Garbasso sagte mir, er würde mir an italienischen Geschäftsträger in Belgrad expediertes Telegramm morgen zeigen und sodann entsprechende Vorkehrungen veranlassen.

Ambrózy.

[a] Vgl. n. 8622.

Nr. 8611. Tel. des Legationsrates Grafen Otto Czernin aus St. Petersburg, 12. Sept. 1913 Nr. 310 (eing. 9 U. p. m.).[a] Entziff.

Evakuierung Nord-Albaniens durch die serbischen Truppen. In Befolgung heutigen Telegrammes Nr. 496 sprach ich soeben Herrn Neratow, welcher mir mitteilte, die Instruktionen an die russische Gesandtschaft in Belgrad haben sich tatsächlich, wie es Euer Exzellenz vorschwebt, auf die Zurückziehung der serbischen Truppen hinter die in der Londoner Reunion fixierte Grenze und nicht bloß auf einzelne Orte bezogen. Er zweifle nicht, daß dies serbischerseits auch anstandslos geschehen werde und bisher nur durch Gründe „technischer Natur" verzögert wurde. Bei der Gelegenheit fragte ich, ob denn schon eine Meldung über den Vollzug der aufgetragenen Demarche eingelangt sei, worauf Neratow etwas befangen erwiderte, es sei seines Wissens noch keine diesfällige Meldung eingetroffen, doch werde selbstverständlich der kaiserlich russische Geschäftsträger die nächste Gelegenheit einer Unterredung mit dem Leiter des serbischen Auswärtigen Amtes hiezu benützen. Ich betonte, daß es sehr wünschenswert wäre, daß die fragliche Demarche nun bald zur Durchführung gelange. Otto Czernin.

[a] Vgl. n. 8597, 8646, 8648.

Nr. 8612. Bericht des Legationsrates Grafen Otto Czernin aus St. Petersburg, 30. Aug./12. Sept. 1913 Nr. 34 A (eing. 15. Sept.).[a] Ausfert.

Ich hatte gestern eine Unterredung mit Herrn Kokowzow. Der Herr Ministerpräsident sprach vor Allem sein Bedauern über den bevorstehenden Abgang Seiner Exzellenz des Herrn Botschafters aus, da die häufigen Wechsel

der Tituläre im Allgemeinen als bedauerlich zu bezeichnen seien. Auf die politische Lage übergehend sagte Herr Kokowzow, was in der Türkei vorgehe, geplant sei und wer darüber entscheide, wisse man wohl bei uns ebenso wenig wie hier. Es sei aber Zeit, dass man in der Türkei sich darüber klar werde, dass man den Bogen nicht zu straff anspannen dürfe und ein Ende mache mit der kopflosen Enver Bey-Politik. Meine Entgegnung, dass in Ermanglung eines Widerstandes der wachsende türkische Appetit begreiflich sei, provozierte die Antwort des Herrn Ministerpräsidenten, dass hierin die Hauptschuld auf Deutschland falle. Die russische und meine hohe Regierung seien ja diesfalls in Übereinstimmung gewesen und von Seiten Englands und Frankreichs wäre der Widerstand gegen unser einmütiges Vorgehen auch nicht ein ausgesprochener gewesen, hingegen sei jegliche Aktion an dem Unwillen Deutschlands gescheitert. Adrianopel bezeichnete der Herr Ministerpräsident als auf alle Fälle für die Bulgaren verloren, übrigens hätten sie sich hierin schon gefügt. Wenn man bedenkt, wie energisch und zähneknirschend Herr Sazonow noch vor wenigen Wochen von der Adrianopler Frage sprach und wie theoretisch-mild die heutigen antitürkischen Phrasen Herrn Kokowzows klangen, so kann man wohl kaum darüber im Zweifel sein, dass der Umschwung weniger Deutschland als den eigenen Alliierten zuliebe erfolgte. Viel mag auch die Befürchtung mitgespielt haben, die Monarchie könnte eine russische Sonderaktion dazu benützen, um auch ihrerseits aktiv vorzugehen. Herr Kokowzow sprach dann die Befürchtung aus, der Friede auf dem Balkan werde, wenn einmal der türkisch-bulgarische Akkord perfekt sei, kaum mehr als ein paar Jahre anhalten und Albanien werde Europa noch manche Sorge bereiten. Was die erste Befürchtung anlangt, so wies ich darauf hin, dass dies ja bei uns zuerst und am klarsten gesehen wurde, weshalb Euer Exzellenz stets der möglichsten Berücksichtigung der ethnographischen Verhältnisse und der Erhaltung eines gerechten Gleichgewichtes das Wort redeten, während Albanien wohl auch nur im Verhältnis seiner unvollkommenen ethnographischen Grenzen zu weiteren Beunruhigungen Anlass geben werde, da es sich ja jetzt genügend gezeigt hat, dass eine Entnationalisierung albanesischer Minoritäten selbst an den rücksichtslosesten Versuchen gescheitert sei. In diesem Zusammenhange — führte ich aus — sähen Euer Exzellenz auch in dem Widerstande, der griechischerseits gegen die südalbanesische Delimitierung vorbereitet zu werden scheine, nicht zu übersehende Gefahren. Der Herr Ministerpräsident antwortete hierauf, dass die griechischen Aspirationen durch Anhäufung wohlfeiler Lorbeeren ins Masslose zu wachsen scheinen und dass Russland gewiss, falls es bis zur Pression einiger Mächte gegen Griechenland kommen sollte, nicht hindernd auftreten würde. Wie ich Euer Exzellenz mit meinem gehorsamsten Telegramm Nr. 305 vom 10. d. M. zu melden die Ehre hatte, war mir seitens des kaiserlich deutschen Geschäftsträgers mitgeteilt worden, Herr Kokowzow sei durch den Artikel der „Reichspost“ vom 5. d. M., worin an der russischen Politik Bulgarien gegenüber eine scharfe Kritik geübt wird, in hohem Masse verstimmt worden. Ich hatte gleich damals die Vermutung ausgesprochen, dass mein deutscher Kollege etwas grell gemalt habe und wurde hierin heute durch den Umstand

bestärkt, dass der Herr Ministerpräsident mir gegenüber die fragliche Presstimme auch nicht im Entferntesten streifte. Da übrigens seither das Interwiew, welches Herr Kokowzow dem hiesigen Vertreter des k. k. Korrespondenzbureaus gewährte, gerade von der „Reichspost" in sympathischer Weise besprochen wurde, mag auch dies beruhigend gewirkt haben. Nicht ohne Zusammenhang mit dem Artikel des genannten Wiener Blattes mag es gewesen sein, dass der Herr Ministerpräsident mir heute in langer Ausführung die genesis des zweiten Balkankrieges und die durchwegs kalmierende russische Politik auseinandersetzte. Hiebei überschüttete er Herrn Danew mit Tadel und gab dem König Ferdinand insoferne einen Teil der Mitschuld, als er Ihm vorwarf, infolge persönlicher Furchtsamkeit nicht die Energie gefunden zu haben, einer verrannten öffentlichen Meinung entgegenzutreten. Schon im September v. J. habe der damalige bulgarische Minister des Innern Herr Ludskanow erklärt, Bulgarien könne durch 3—4 Monate unerreichte Kriegstaten leisten, werde es aber nicht länger aushalten. Als Herr Kokowzow diesen Ausspruch dem hiesigen Gesandten vor Beginn des serbischen Krieges vorhielt, habe er kein Verständnis gefunden. Ebenso sei das Telegramm Kaiser Nikolaus' unbeachtet geblieben. Die historische Darstellung des Herrn Ministerpräsidenten wäre vollständiger gewesen, wenn er auch die Politik Russlands zur Zeit der rumänischen Mobilisierung erwähnt hätte, was er jedoch unterliess. Nicht unerwähnt will ich lassen, dass Herr Kokowzow zum Schlusse bemerkte, mit der hiesigen bulgarischen Gesandschaft sei er seit längerer Zeit nicht in Berührung gekommen, übrigens höre er, dass Herr Bobtschew in Kürze von hier scheiden werde. Otto Czernin.

a) Vgl. n. 8503.

Nr. 8613. Bericht des Legationsrates Grafen Otto Czernin aus St. Petersburg, 30. Aug./12. Sept. 1913 Nr. 34G (eing. 15. Sept.) Ausfert.

Wie ich vernehme hat König Ferdinand von Bulgarien Verhandlungen mit russischen Banken angeknüpft, um für seine persönlichen Bedürfnisse eine Anleihe abzuschliessen, deren Höhe ich nicht in Erfahrung bringen konnte. Auf Seiten der hiesigen Financiers habe der König bisher wenig Bereitwilligkeit gefunden, hingegen trachte die russische Regierung ihren Einfluss aufzubieten, um die Banken dem Wunsche Seiner Majestät des Königs gefügig zu machen. Es beweist dies, dass man hier durch persönliche Gefälligkeit für die Wünsche des bulgarischen Herrschers die letzten Fehler der russischen Politik zu mildern trachtet. Otto Czernin.

Nr. 8614. Bericht des Legationsrates Grafen Otto Czernin aus St. Petersburg, 30. Aug./12. Sept. 1913 Nr. 34 H (eing. 15. Sept.).a) Ausfert.

Vertraulich. Die Öffentlichkeit ganz Europas hat sich mit dem französischen Botschafter Herrn Delcassé im letzten Halbjahre viel, jetzt am Schlusse seiner Petersburger Mission, könnte man sagen, zu viel beschäftigt. Meiner unmassgeblichen Meinung nach ist die politische Situation durch den kurzen Aufenthalt dieser markanten Persönlichkeit auf alle Fälle nicht in dem Masse beeinflusst worden, als es die einen fürchteten, die anderen

hofften. Wenn Herr Delcassé in Bälde von hier definitiv scheidet, — und hiefür dürfte wohl die innere politische Situation Frankreichs am ausschlaggebendsten sein — so wird er als Aktiv-Posten das enge Zusammengehen Frankreichs mit Russland in dem türkischen Kriege und den vorübergehenden Erfolg zu verzeichnen haben, den er in der hiesigen Botschafterkonferenz erzielte, auf die negative Seite ist die — wenn auch kurze — Abkühlung im Gefolge der Kavala- und Adrianopelfrage zu buchen, so wie das Faktum, dass Herr Delcassé, der in der hiesigen Gesellschaft nicht recht Fuss fassen konnte, mit der Überzeugung scheiden dürfte, dass man hier für französische Revanchegelüste wenig übrig hat. Wie ich aus guter Quelle höre, hat Herr Kokowzow erst kürzlich in einem allgemein gehaltenen Gespräch mit einem hiesigen Finanzmann, der sein Vertrauen geniesst, die Äusserung getan, ein französisch-deutscher Konflikt würde durchaus nicht automatisch das Eingreifen Russlands nach sich ziehen. Russlands politische Situation und namentlich die innere sei so gestaltet, dass es einen Krieg — der ja jetzt nicht im Bereiche der Wahrscheinlichkeit liege — vermeiden müsse. Im Falle eines deutsch-französischen Konfliktes würde Russland daher womöglich die Rolle des Zuschauers übernehmen und auf alle Fälle vorerst die Entwicklung der Dinge abwarten. Der Mitredner Herrn Kokowzows hatte den Eindruck, als würde hiebei die Gefahr innerer Unruhen für Russland eine nicht unwillkommene Rolle spielen. Auf der hiesigen deutschen Botschaft, wohin die Äusserung Herrn Kokowzows ebenfalls gedrungen ist, hat dieselbe begreiflicher Weise einen sehr starken Eindruck gemacht. Man hat dort seit jeher in Herrn Kokowzow den nüchternen Finanzmann geschätzt, der für chauvinistische Abenteuer kein Verständnis hat; seine letzte Äusserung — vorausgesetzt, dass sie mir vollkommen ungefärbt zuging — ist geeignet, diese Beurteilung zu rechtfertigen. Otto Czernin.

a) Vgl. n. 8914, 8916.

Nr. 8615. Tel. des Vizekonsuls Walter von Mayrhauser aus Skutari, 12. Sept. 1913 Nr. 317 (eing. 14. Sept. 8 U. a. m.).a) Entziff.

Katholische und mohammedanische Dorfbewohner der Ebene von Tuzi haben sich in die ...*b)* geflüchtet; Hoti und Gruda — die von ganz Malzia Zuzüge bekommen — halten Übergänge und Einbruchstellen besetzt. Admiral Burney hat seinen Dragoman in die große Malzia entsendet, um zu beruhigen und zu diesem Zwecke Malissoren versprochen, energische Schritte in Cetinje gegen eventuelles Vorrücken Montenegriner in Gebieten von Hoti und Gruda zu unternehmen. Zweifellos hat das unvorsichtige Auftreten Aubrey Herberts (hieramtlicher Bericht vom 30. v. M. Nr. 126) — welcher, wie ich nunmehr erfahre, geradezu zum Kampf geraten hat — viel zu dieser kritischen Entwicklung der Situation beigetragen. Auch Admiral Barry äußerte sich in einem Privatgespräch heute dahin, dass seiner Überzeugung nach Montenegro gegen eine Geldentschädigung (eine Million Francs) auf Hoti und Gruda verzichten werde, eine Ansicht, welche, falls sie bekannt wird, der Idee des bewaffneten Widerstandes neue Anhänger zuführen muss. Mayrhauser.

a) Vgl. n. 8623. — *b)* Chiffre fehlt.

Tel. nach Sofia, 12. Sept. 1913 Nr. 531 (chiffr. 7 U. 30 M. p. m.). Siehe n. 8606.

Nr. 8616. Tel. aus Sofia, 12. Sept. 1913 Nr. 1104 (eing. 13. Sept. 6 U. a. m.). Entziff.

Euer Exzellenz Telegramm Nr. 530 vom 12. d. M. erhalten. Die Gefahr, die Herrn Natschowitsch wegen Vorgänge in Westthrazien vorschwebt, habe ich bereits vorgestern und gestern den Ministern und Dobrovič aus eigener Imagination in möglichst drastischen Farben geschildert und sie dadurch mit Erfolg zu impressionieren getrachtet. Inhalt obbezogenen hohen Telegrammes habe ich Minister des Äußern heute dennoch mitgeteilt, um ihm zu beweisen, daß nicht nur Markgraf Pallavicini und ich fragliche Gefahr als ernst betrachten. Tarnowski.

Nr. 8617. Tel. des Legationsrates Wilhelm Ritter von Storck aus Belgrad, 13. Sept. 1913 Nr. 594 (eing. 11 U. 55 M. p. m.).[a] Entziff.

Demarche wegen Evakuierung Albaniens. Es haben nunmehr alle Vertreter einschlägige Weisungen bis auf den Russen, dessen Instruktion angeblich dahin gelautet hat, den Serben freundschaftlich nahezulegen, das autonome Albanien zu räumen. Diesen Ratschlag hat er der serbischen Regierung unabhängig von uns auch schon erteilt und angeblich die Antwort erhalten, daß die serbischen Truppen die Höhen und Defilés zum Schutze der albanesischen Angriffe besetzt halten müssten, bis eine albanesische Gendarmerie errichtet und die Ordnung hergestellt sein würde. Angesichts des Umstandes, daß der russische Vertreter demnach eine Kollektivdemarche nicht mehr mitmachen will und der französische Geschäftsträger lediglich Instruktionen wegen Oroschi hat, will nun auch der englische Kollege, dessen Instruktionen auf „si omnes" lauten, die Demarche solange nicht unternehmen, als nicht der russische und französische Geschäftsträger die gleichen Weisungen haben wie wir, respektive sich diesem Kollektivschritt anzuschließen bereit sind. Storck.

[a]) Vgl. n. 8579, 8634.

Nr. 8618. Bericht des Legationsrates Wilhelm Ritter von Storck aus Belgrad, 13. Sept. 1913 Nr. 186 A (eing. 16. Sept.).[a] Ausfert.

Bezüglich des Kollektivschrittes zur Räumung des autonomen Albaniens von serbischen Truppen haben jetzt alle meine Kollegen wenigstens irgend welche Weisungen erhalten. Wir beabsichtigten auch heute die Démarche auszuführen. Der Deutsche und Italiener und, bis 11 Uhr a. m. auch der Engländer, waren dazu bereit. Der russische Geschäftsträger hatte mich vorher aufgesucht, um mir mitzuteilen, daß er schon gestern amicale Schritte unternommen hätte, um Serbien zur Räumung von Albanien zu vermögen. Von einer Beteiligung an einem Kollektivschritte hätten seine Instruktionen allerdings nichts enthalten. Da der Franzose wenigstens für die Räumung Oroschis Instruktionen hatte, während der Italiener und Deutsche durch keine Klausel „si omnes" gebunden sind, wäre ja schließlich eine Art von Kollektivdémarche zustandegekommen, die dem Morden

in Albanien vielleicht Einhalt zu tun geeignet gewesen wäre. Der Engländer war aber von der Sprache, die er dann bei einem Besuche im hiesigen auswärtigen Amte zu hören bekam, so impressioniert, daß er Bedenken erhob und die Démarche verschoben wissen will, bis der russische und französische Vertreter seinen ganz identische Weisungen erhalten. Die Sprache über die der Engländer so erstaunt war, habe dann auch ich zu hören bekommen. Herr Spalajković, den ich in einer laufenden Angelegenheit aufsuchen mußte, bezichtigte uns, daß die projektierte Démarche zur Räumung Albaniens allein auf unsere Initiative zurückzuführen wäre. Wir bestünden auf die Evakuierung, obwohl uns ganz genau bekannt sei, daß Serbien die Höhenzüge und Defiliéen besetzt halten müsste, um seine Grenzen vor den, wie alle Zeitungen zu berichten wüßten, von unseren Agenten aufgehetzten albanischen Briganten schützen zu können. Wir insistierten auf der Evakuierung, obwohl im Schoße des Dreibundes selbst schon wegen unserer Intransigenz ein Zwiespalt herrsche etc. etc. Er hoffe, daß wir von unserer feindseligen Haltung ablassen würden, damit er die schon wegen der Djakovaer und Dibraer Markt-Démarche[b]) aufgereizte Öffentlichkeit zu beruhigen und Angriffe der Presse hintanzuhalten vermöge. Wir hätten selbst Millionen von Serben bei uns, nähmen aber gegen die Brüder dieser hochkultivierten Nation Albanesen in Schutz. Die Verhältnisse in Dibra und Djakova seien tatsächlich unhaltbare und hätten erwiesen, daß das Hinterland von Djakova und Dibra, das am grünen Tisch zum autonomen Albanien geschlagen worden wäre, Serbien zufallen müßte.[1]) Was nochmals die Evakuierung anbetreffe, so hoffe er von mir, daß es mir gelingen würde, die k. und k. Regierung zu überzeugen, daß Serbien seine Truppen wirklich nicht früher zurückziehen könne, als bis es in Albanien geordneteVerhältnisse und eine Gendarmerie gäbe. Ich erwiderte Herrn Spalajković, der jedesmal ausdrücklich hinzufügte, daß er nicht offiziell, sondern als Mr. Spalajković dem Mr. de Storck einmal sein Herz en toute franchise ausschütten müsse, daß die Räumung Albaniens auf einem Beschlusse der Londoner Konferenz beruhe, und ich im Gegenstande absolut jede Intervention ablehnen müßte. Serbien habe ja seine eigenen auswärtigen Vertreter. Ich könne ihm jedoch sagen, daß die Mächte nicht pour les beaux yeux de l'Autriche-Hongrie, sondern aus übereinstimmender innerer Überzeugung auf der Ausführung ihrer Beschlüsse beharren und beharren würden etc. etc. Wenn sich die Albanesen revoltieren, so sei der einleuchtende Grund offenbar darin zu suchen, daß serbische Truppen ein Territorium besetzt halten, welches zum autonomen Albanien gehört, et où les troupes serbes n'ont rien à chercher. Es hieße den Spies umdrehen, wollte man noch ein Hinterland zu Dibra und Djakova zuschlagen, anstatt sich zu sagen, daß diese beiden albanesischen Städte von ihrem Hinterland „abgerissen" wurden. Albanien wäre schon zu klein geworden, um noch Grenzrektifizierungen, wie solche Serbien auf albanische Kosten zu wünschen scheine, zu vertragen. Ich ließ auch noch eine Reihe anderer naheliegender Wahrheiten ungeschminkt einfließen, mit deren Wiedergabe ich Euer Exzellenz kostbare Zeit nicht in Anspruch nehmen darf. Ich kann mir die Sprache Herrn Spalajković', die er mutatis mutandis auch dem Italiener gegenüber

gehalten hat, nur damit erklären, daß mein russischer Kollege das auswärtige Amt über die mühseligen Fortschritte, die das Zustandekommen eines Kollektivschrittes macht, sowie darüber informiert hat, daß der deutsche Vertreter keine Weisungen erhalten hätte. (Diese sind tatsächlich erst heute eingetroffen.) Auch dürften die griechischen Demonstrationen gegen die Monarchie wegen der Südgrenze Albaniens Herrn Spalajković die Courage haben finden lassen, sich in so wenig diplomatischer Weise auszusprechen. Wenn auch nicht alles so heiß gegessen, wie gekocht wird, so kann ich mir doch nicht verhehlen, daß es große Mühe kosten dürfte, die Serben, die sich jenseits der Grenze anscheinend bereits ganz häuslich niedergelassen haben, zu einem raschen Rückzug hinter die in London fixierten Grenzen des autonomen Albaniens zu bewegen. Storck.

[1]) !

[a]) Vgl. n. 8641. — [b]) Es handelt sich um den ungehinderten Marktbesuch der Bevölkerung des Hinterlandes von Dibra und Diakowa, das bekanntlich durch die Überlassung dieser Orte an Serbien von seinem natürlichen Handelszentrum abgeschnitten wurde.

Nr. 8619. Aufzeichnung über eine am 9. Sept. geführte Unterredung mit dem rumänischen Minister des Innern Take Jonescu, 13. Sept. 1913.[a]) Konz. (S. u. G. Berchtold).

Der rumänische Minister des Innern, Herr Take Jonescu, hat mich am 9. September aufgesucht und im Laufe einer fünfviertelstündigen Unterredung die Situation am Balkan wie die Beziehungen zwischen Oesterreich-Ungarn und Rumänien erörtert. Ich benützte diesen Anlaß, um dem rumänischen Staatsmann mein Erstaunen darüber zum Ausdruck zu bringen, daß an verschiedenen Stellen die Legende großgezogen werden konnte, es sei eine Erkaltung in unseren Beziehungen zu Rumänien eingetreten. Er wisse wohl, daß hiezu unsererseits kein Anlaß gegeben worden sei. Wir seien militärisch hinter Rumänien gestanden, als die Konfliktsmöglichkeit mit Bulgarien und Serbien nahegerückt schien. Wir seien diplomatisch auf der Konferenz in St. Petersburg für Rumänien eingetreten, als es sich darum handelte, Kompensationen in friedlichem Wege für dasselbe der Tripelentente gegenüber durchzubringen. Schließlich hätten wir Rumänien volle Bewegungsfreiheit auch dann gelassen, als von unserem Standpunkte gewisse politische Bedenken hätten geltend gemacht werden können. Es sei durchaus ungerechtfertigt, wenn angesichts dieser beredten Tatsachen unsere Politik rumänischerseits Anfeindungen und Verdächtigungen ausgesetzt worden sei. Herr Take Jonescu stimmte dieser Auffassung bei, betonend, daß kein ernst denkender Politiker Rumäniens auf ein solches Spiel hereinfallen werde. Die Beziehungen des Königreiches zur Monarchie werden in der Zukunft dieselben bleiben wie in der Vergangenheit und auch ein Wechsel in der Regierung werde hierin keinen Wandel eintreten lassen. Im Frühjahre dürfte die liberale Partei mit Herrn Bratianu ans Ruder kommen und ein Programm radikaler Reformen aufstellen, „mais pour la politique étrangère ce sera la même chose, car eux aussi ne pensent pas à un changement d'orientation." Auf das Verhältnis Rumäniens zu Bulgarien übergehend, betonte mein Mitredner, daß man in Bukarest den Wert

guter Beziehungen zum südlichen Nachbarstaate wohl einzuschätzen wisse und den diesbezüglichen Bemühungen des Wiener Kabinettes aufrichtiges Verständnis entgegengebracht habe. Wenn es trotzdem zum Bruche gekommen sei, könne die Schuld ausschließlich nur der Halsstarrigkeit Bulgariens und namentlich der unseligen Politik Herrn Daneffs zugeschrieben werden. Ich brachte sodann das Gespräch auf Albanien, dessen zukünftige Entwicklung mir, wie er sich denken könne, sehr am Herzen gelegen sei. Man bringe — so führte ich aus — dem albanischen Probleme vielfach nicht das richtige Verständnis entgegen. Diejenigen, die in die albanischen Fragen hineinreden wollen, dabei aber vom Gedanken ausgehen, das neugeschaffene Staatswesen sei nicht lebensfähig oder soll nicht lebensfähig gemacht werden, übersehen die großen Gefahren, die die Anwendung dieses Prinzipes zum Gefolge hätte. Sie verschließen sich der Tatsache, daß Albanien eine politische Notwendigkeit geworden ist, daß die Kräfteverschiebung, die bei Wegfall Albaniens eintreten würde, zwei Großmächte in Mitleidenschaft ziehen müßte. Wenn wir an gewissen Minimalforderungen bezüglich der Südgrenze Albaniens festhalten, so geschähe dies gewiß nicht aus Sentimentalität oder Starrsinn, sondern im Bewußtsein, daß das albanesische Problem anders nicht gelöst werden könne. Der rumänische Staatsmann pflichtete dieser Darlegung rückhaltslos bei. Er wisse die hohe politische Bedeutung des neukreierten Balkanstaates voll einzuschätzen und habe auch nicht geringe Summen zur Ermöglichung dieser Schaffung gespendet. Sowohl dem Zustandekommen des Triester wie des Valonaer Albanesenkongresses habe er sein Augenmerk gewidmet, für letzteren allein 60.000 Francs ausgelegt. Hinsichtlich der Südgrenze sei er überzeugt, daß die von Griechenland streitig gemachten Gebiete von Korica und Argyrocastro für Albanien eine Lebensnotwendigkeit bilden. Was Albanien an Kultur und Intelligenz besitze, konzentriere sich auf diese Gebiete. Auch seien dieselben die einzigen einen gewissen Wohlstand aufweisenden, von der Natur gesegneten Territorien, die nach Wegfall der Metoja für Albanien erhalten werden können. Er habe diese Gesichtspunkte in einem Memorandum seinem königlichen Herrn unterbreitet mit der Bitte, die Denkschrift noch vor Ankunft König Konstantins in Berlin an Seine Majestät den Kaiser Wilhelm gelangen zu lassen. König Carol habe dies zu tun in Aussicht gestellt, um auf solchem Wege König Konstantin im Sinne des Abstehens von dessen weitgehenden ungerechtfertigten Ansprüchen zu beeinflussen. Die Wichtigkeit der baldigen Lösung der Fürstenfrage betonend, tat ich der Kandidatur des Prinzen Wilhelm von Wied Erwähnung, welche mir seinerzeit im höchsten Auftrage Ihrer Majestät der Königin Elisabeth von Rumänien anempfohlen worden war. Indem ich hervorhob, daß wir und Italien uns mit dieser Kandidatur einverstanden erklärt hätten, frug ich den Minister, wie sich derzeit Seine Majestät König Carol hiezu stelle. Herr Take Jonescu bestätigte mir das Interesse, welches Königin Elisabeth an der Kandidatur höchstihres Neffen nehme, sowie die Bereitwilligkeit König Carols dem letzteren seine Unterstützung zuteil werden zu lassen. Der Prinz werde anfangs Oktober in Sinaia erwartet und beabsichtige der König, ihm nicht nur gute Ratschläge zu geben, sondern auch, soweit es

seine vielfach überschätzten Mittel zulassen, finanzielle Beihilfe in Aussicht zu stellen. Indem ich meiner Befriedigung darüber Ausdruck gab, daß das albanesische Problem geeignet erscheine, einen Boden vollen Einvernehmens zwischen uns und Rumänien abzugeben, sprach ich dem Minister mein Bedauern darüber aus, über diese Angelegenheit wie über andere Fragen vom hiesigen rumänischen Gesandten nicht im Laufenden gehalten worden zu sein. Auch habe ich es unangenehm empfinden müssen, daß Rumänien während der abgelaufenen kritischen Zeiten hier durch einen Gesandten vertreten gewesen sei, der über die Grundelemente unseres Verhältnisses zum Königreiche, nämlich über die bestehenden Abmachungen und deren erfolgte Erneuerung und zeitliche Erstreckung nicht orientiert sei und dem gegenüber ich daher in meinen Konversationen zu großer Reserve genötigt war. Auch könne ich nicht verschweigen, daß Herrn Mavrocordato, für dessen Persönlichkeit ich im übrigen die größte Hochschätzung habe, äußerst geringes Interesse für die Politik an den Tag lege, was einer ersprießlichen diplomatischen Arbeitsleistung nicht förderlich sei. Herr Take Jonescu versicherte mich, darüber nicht im Unklaren zu sein, daß Herr Mavrocordato, der kein politischer Kopf sei, nicht auf der Höhe seiner Aufgabe stehe. Leider fehle es in der diplomatischen Carrière seines Landes an Kapazitäten und die wenigen, die als solche bezeichnet werden können, — wie der Gesandte in Berlin — seien auf ihren gegenwärtigen Posten nicht zu ersetzen. Mit dem Regierungswechsel im kommenden Frühjahre dürfte aber eine Aenderung auf dem hiesigen Gesandtschaftsposten eintreten. Zum Schlusse unserer Unterredung sprach mir Herr Take Jonescu die Absicht aus, im Winter wieder durch Wien zu kommen und mich bei dieser Gelegenheit neuerlich besuchen zu wollen.

a) Vgl. n. 8603.

Nr. 8620. Tel. aus Konstantinopel-Jeniköj, 13. Sept. 1913 Nr. 478 (eing. 14. Sept. 6 U. a. m.).[a] Entziff.

Vertraulich. Erhalten Euer Exzellenz Telegramme Nr. 432,[b] 434 und 436 vom 11. und vom 12. d. M. Noch vor Erhalt des letztgenannten Telegrammes habe ich heute früh Großvezier aufgesucht und in dem von Euer Exzellenz gewünschten Sinne auf denselben einzuwirken getrachtet. Said Pascha sagte mir ganz kategorisch, daß von einem Verzicht auf Kirkkilisse unter keiner Bedingung die Rede sein könne. Ich versuchte daher Konzessionen in Bezug auf das an dem rechten Maritzaufer der Türkei verbleibende Territorium zu erwirken. Nachdem ich den Großvezier eindringlich auf die Notwendigkeit der Finalisierung der Verhandlungen, namentlich aber im Interesse der zukünftigen Beziehungen der Türkei zu Bulgarien aufmerksam gemacht hatte, gab er zu, daß sich die beiderseitigen Delegierten über diesen Punkt verständigen könnten. Man gibt sich, wie ich sehe, in Sofia dem Irrtum hin, daß die Ratschläge der Botschafter den Mangel an Macht auf bulgarischer Seite ersetzen könnten. Ich habe übrigens konstatiert, daß sich die bulgarischen Delegierten, namentlich General Sawov, mehr an den (russischen)[c] als an die Botschafter der Dreibundmächte wenden. Herr von Giers bemüht sich, in der Frage von

Kirkkilisse auf den Großvezier einzuwirken. Es scheint mir sogar, daß er bis zu einem gewissen Grade Drohungen ins Treffen führt. Ich bezweifle aber, daß er in diesem Punkte irgendeinen Erfolg erzielen wird, es sei denn, daß russischer Botschafter in der Lage wäre, mit ganz konkreten Pressionsmitteln zu drohen. Mein deutscher Kollege hat, wie mir scheint, in der letzten Zeit aus Berlin Instruktion erhalten, die Türkei für eine Entente mit Griechenland zu gewinnen. Meine Aktion erscheint daher auch von dieser Seite einigermaßen erschwert, nichtsdestoweniger habe ich heute konstatieren können, daß der Großvezier, obwohl er unmittelbar vor mir meinen deutschen Kollegen empfangen hatte, der sich, wie mir scheint, für Griechenland eingesetzt haben dürfte, vollkommen für einen engeren Anschluß der Türkei an Bulgarien gewonnen ist. Wenn Bulgarien in Bezug auf Kirkkilisse nachgibt, könnten die Verhandlungen bis Montag abgeschlossen sein. Mein russischer Kollege sagte mir, Bulgarien habe die Absicht, die Besetzung Westthraziens schon jetzt vorzunehmen. Ich hielte es für sehr gefährlich, wenn dies geschehen sollte, bevor die Verständigung mit der Türkei perfekt ist. Es sollen in diesen Teilen Thraziens zirka 30.000 Insurgenten stehen. Wenn es nun zwischen der bulgarischen Armee und den letzteren zu Kämpfen kommen sollte, so müßte mit der Gefahr gerechnet werden, daß dann auch die türkische Armee eingreifen würde. Pallavicini.

[a] Oe. U. Balkan 435 Nr. 865. Vgl. n. 8628. — [b] Mit Tel. Nr. 432, 11. Sept. 1913 (chiffr. 12. Sept. 12 U. 40 M. a. m.) wurde n. 8587 vom Anfang bis „ernstest wiederholen" nach Konstantinopel mitgeteilt. — [c] Chiffre fehlt.

Nr. 8621. Tel. aus Konstantinopel-Jeniköj, 13. Sept. 1913 Nr. 479 (eing. 14. Sept. 6 U. a. m.). Entziff.

Türkisch-bulgarische Verhandlungen betreffend. Talaat Bey äußerte sich heute zu einem Mitglied des diplomatischen Korps, daß, wenn die Verhandlungen nicht in einigen Tagen abgeschlossen seien, die Armee sich nicht mehr zurückhalten lassen werde. Die Pforte gedenkt diesfalls eine Note an die Mächte zu richten, worin sie erklären würde, daß sie keine weitergehenden territorialen Ansprüche als bisherige stelle, sich jedoch in militärische Aktion zu treten bemüßigt sehe. Pallavicini.

Nr. 8622. Tel. des Legationsrates Grafen Ludwig Ambrózy aus Rom, 13. Sept. 1913 Nr. 627 (eing. 11 U. 50 M. p. m.). Entziff.

Evakuierung Nord-Albaniens. Im Nachhange zu meinem Telegramme Nr. 625 vom 12. d. Mts. Dem italienischen Geschäftsträger ist vermeldeter Auftrag am 7. d. Mts. erteilt worden. Er antwortete am 9. d. Mts., daß bis dahin nur k. u. k. und englischer Geschäftsträger analoge Instruktionen erhalten hätten, Kollektivdemarche noch nicht stattfinden könne. Da er aber von seinem österreichisch-ungarischen Kollegen erfahren habe, daß dieser eine Information über Verzögerung der Evakuierung von Oroschi zum Anlaß von Vorstellungen bei der serbischen Regierung genommen habe, so sei auch er auf diesen Gegenstand gegenüber Generalsekretär in freundschaftlicher Weise zu sprechen gekommen. Herr Stefanović habe ihm beruhigende — aber von Herrn Rinella als unaufrichtig angesehene — Zusicherung erteilt. Ambrózy.

Nr. 8623. Tel. des Vizekonsuls Walter von Mayrhauser aus Skutari, 13. Sept. 1913 Nr. 322 (eing. 15. Sept. 11 U. a. m.). Entziff.

Streng vertraulich. Zum letzten Alinea[a]) hieramtlichen Telegrammes von gestern Nr. 317. Herr Krajewski hat Erzbischof Sereggi erklärt, daß er es für ausgeschlossen halte, daß Hoti und Gruda an Montenegro fallen und daß dieses Gebiet sicher durch eine Geldentschädigung abgelöst werde. Er fügte hinzu, daß General Potapoff derselben Ansicht sei. Falls wirklich Reassumierung des bezüglichen Botschafter-Reunionsbeschlusses zu gewärtigen, bitte ich um geneigte Eröffnung, um Versuch der Tripleentente-Vertreter, aus derselben politisches Kapital zu schlagen, rechtzeitig begegnen zu können. Mayrhauser.

[a]) Letztes Alinea von n. 8615 beginnt mit „Auch Admiral Barry ...".

Nr. 8624. Tel. aus Sofia, 13. Sept. 1913 Nr. 1106 (eing. 11 U. 50 M. p. m.). Entziff.

Euer Exzellenz Telegramme Nr. 531 und 532[a]) erhalten und beim Ministerpräsidenten und Minister des Äußern verwertet, wobei ich meine Sprache so gedreht habe, um Eindruck zu geben, daß es dank Tätigkeit Markgrafen Pallavicini sei, daß Großvezier sich in Betreff des Ausmaßes des Territoriums westlich Maritza und im nordöstlichen Thrazien entgegenkommend zeigen will. Bemerkung Pallavicinis, daß er Großvezier für Annäherung an Bulgarien gewonnen zu haben glaubt, befriedigte auch meine Mitredner und sie konnten mir nicht genug danken für erste gute Nachricht. Nun insistierte ich, daß bulgarische Regierung ihrerseits alles tue, um sympathische Stimmung in Konstantinopel hervorzurufen und in diesem Sinne jedes Feilschen und auch bei Besetzung südlicher Gebiete Blutvergießen und Racheakte vermeide und zur glatten Abwicklung der Okkupation mit Türkei Fühlung suche und in Fühlung bleibe. Die Minister versicherten mir, sie teilten ganz meine Meinung; Delegierte hätten ja bereits entsprechende Instruktionen und, was Okkupation anbelange, werde Regierung alles aufbieten, damit es zu keinen Reibungen komme. Die Minister zeigten volles Verständnis für Gedanken, auf den ich ihnen gegenüber stets insistiere, daß Schaffung sympathischer Atmosphäre zwischen Konstantinopel und Sofia von ausschlaggebender Wichtigkeit, da dadurch erste Basis für politisches Programm des Kabinetts geschaffen wird. Jetzt handelt es sich darum, daß Türkei wirklich einige Konzessionen westlich Maritza und im nordöstlichen Thrazien (Malko—Tirnowa) macht, da dies zur Kräftigung der Stellung der uns so ergebenen Regierung absolut notwendig. Tarnowski.

[a]) Mit Tel. Nr. 532, 12. Sept. 1913 (chiffr. 11 U. 30 M. p. m.) wurde n. 8592 vom Anfang bis „gewonnen sein dürfte" mit Korrekturen nach Sofia mitgeteilt.

Nr. 8625. Tel. aus Sofia, 13. Sept. 1913 Nr. 1107 (eing. 14. Sept. 10 U. a. m.). Entziff.

Minister des Äussern liest mir ein Telegramm Herrn Natschowitschs vor mit Meldung, letzterer hätte in einer Botschaft gehört, demokratische Partei in Sofia, speziell gewesenes Mitglied Kabinetts Malinoff, Herr

Liaptscheff, möchte mit Russland Militärkonvention schließen, wofür Bulgarien Adrianopel bekommen würde. Natschowitsch spricht in seinem Telegramm Hoffnung aus, dass bulgarische Regierung nicht in Fehler verfallen werde, sich in Netz Intriguen Russlands fangen zu lassen. Minister des Äussern sagte mir, Ansicht Liaptscheffs habe gar keine Bedeutung; er dürfte etwas geschwätzt haben und jemand, der von hier nach Konstantinopel gefahren, dürfte dort Anschauungen Liaptscheffs erzählt und Regierung damit in Verbindung gebracht haben. Russland verfolge keinen anderen Zweck, als Akkord mit Türkei zu verschleppen und Bulgarien in noch schlechtere Lage zu bringen. Daran, Adrianopel Bulgarien zu verschaffen, denke Russland gar nicht und könnte es auch nicht. Könnte aber auch Russland Bulgarien Adrianopel geben, würde Kabinett darauf verzichten, um sich ja nur mit Russland nicht einzulassen. Tarnowski.

Nr. 8626. Tel. nach Konstantinopel Nr. 438 (1) und Sofia Nr. 536 (2), 14. Sept. 1913 (chiffr. 8 U. 20 M. p. m.).[a] *Konz. (S. Forgách; G. Berchtold).*

Geheim. Betreffs der uns erwünschten intimen Annäherung zwischen Bulgarien und der Türkei erscheint auch in Gesprächen mit Ihrem deutschen Collegen eine gewisse Reserve geboten, da deutscherseits ein etwas abweichender Standpunkt eingenommen wird und alle bezüglichen Mittheilungen verwerthet werden, um die in Berlin sehr erwünschten griechisch-türkischen Allianzbestrebungen zu fördern. Berchtold.

[a] Vgl. n. 8643.

Nr. 8627. Tel. aus Konstantinopel-Jeniköj, 14. Sept. 1913 Nr. 480 (eing. 10 U. p. m.).[a] *Entziff.*

Vertraulich. Mein deutscher Kollege hat von seiner Regierung gleichfalls den Auftrag erhalten, auf den Großvezier in dem Sinne einzuwirken, daß die Verständigung mit Bulgarien je eher zustande komme. Baron Wangenheim hat sich heute, ohne aber in Details einzugehen, dieses Auftrages entledigt. Said Pascha antwortete ihm, die Pforte nehme gern Ratschläge der Botschafter befreundeter Mächte entgegen, sie könne sich aber in Fragen, welche ihrer Ansicht nach Lebensinteressen der Türkei berühren, nicht beeinflussen lassen. Großvezier wiederholte dem deutschen Botschafter auch bei diesem Anlasse, daß die Türkei in Betreff von Kirkkilisse nicht nachgeben könne. Baron Wangenheim erhielt jedoch, sowie ich gestern, den Eindruck, daß die Pforte vielleicht bezüglich Dimotikas wird mit sich reden lassen. Die gestrige Sitzung der Delegierten verlief resultatlos, Großvezier scheint jedoch optimistisch zu sein. Pallavicini.

[a] Vgl. n. 8629.

Nr. 8628. Tel. aus Konstantinopel-Jeniköj, 14. Sept. 1913 Nr. 481 (eing. 11 U. p. m.). Entziff.

Streng vertraulich. Im Laufe eines vertraulichen Gespräches, welches mit meinem deutschen Kollegen hatte, ließ derselbe die Bemerkung fallen, daß König von Rumänien von einer Annäherung an Bulgarien absolut nichts

wissen wolle. Ich schließe daraus, daß man dies in Berlin als ein Argument für die griechenfreundliche Haltung der deutschen Regierung und für die Tendenz, eine Annäherung der Türkei an Griechenland vorzubereiten, hinstellen dürfte. Obige Äußerung deutschen Botschafters bestärkt mich in der in meinem Telegramme Nr. 478 vom 13. d. M. ausgesprochenen Annahme, daß Wangenheim neuerlich Instruktion erhalten haben dürfte, die Pforte für eine Annäherung an Griechenland zu gewinnen. Diese Bemühungen könnten meiner Ansicht nach nur in dem Falle von Erfolg begleitet sein, wenn die Verhandlungen mit Bulgarien nächster Tage zu keinem befriedigenden Resultat führen sollten. Pallavicini.

Nr. 8629. Tel. aus Konstantinopel-Jeniköj, 14. Sept. 1913 Nr. 482 (eing. 15. Sept. 6 U. a. m.).[a] Entziff.

General Sawoff hat mich soeben aufgesucht, um mich zu bitten, auf den Großvezier einzuwirken, um in Bezug auf Dimotika nachzugeben. Auf Kirkkilisse bestehen die Bulgaren nicht mehr. Ich werde mein Möglichstes tun, habe aber geringe Hoffnung. Sollte türkischerseits Dimotika geopfert werden, so könnten schon morgen Verhandlungen wenigstens in der Hauptsache zum Abschlusse gelangen. Im entgegengesetzten Falle würde sich die Sache bis zu Ende der Woche hinausziehen, da Bulgaren schließlich auch Dimotika aufgeben dürften. Pallavicini.

[a] Vgl. n. 8627, 8637.

Nr. 8630. Tel. aus Konstantinopel-Jeniköj, 14. Sept. 1913 Nr. 483 (eing. 15. Sept. 6 U. a. m.).[a] Entziff.

Geheim. General Sawoff sagt mir, er sei von seiner Regierung ermächtigt, falls es zwischen der Türkei und Bulgarien zum Frieden kommen sollte, auch ein geheimes politisches Abkommen für die Zukunft abzuschließen. Pallavicini.

[a] Vgl. n. 8645.

Tel. nach Sofia, 14. Sept. 1913 Nr. 536 (chiffr. 8 U. 20 M. p. m.). Siehe n. 8626.

Nr. 8631. Tel. aus Sofia, 14. Sept. 1913 Nr. 1109 (eing. 15. Sept. 6 U. a. m.). Entziff.

Euer Exzellenz Telegramm Nr. 535[a] vom 13. d. M. erhalten. Ohne durch Talaat Bey vor Markgrafen Pallavicini gemachte Äußerungen zu zitieren, habe ich Minister des Äussern nur im allgemeinen gesagt, aus einer Konversation, die türkischer Minister des Innern mit unserem Botschafter gehabt, gehe hervor, dass er dezidierter Anhänger intimer Annäherung an Bulgarien. Minister des Äussern, der von Anfang an an Ernennung Talaats zum Delegierten Erwartungen geknüpft hatte, war sehr befriedigt, eine Bestätigung zu erhalten, dass er sich nicht getäuscht. Ich verwertete auch Euer Exzellenz Telegramm Nr. 534[b] vom 14. d. M. und Minister ersuchte, unseren und deutschen Botschafter wissen zu lassen, dass für Eindruck, den Verständigung mit Türkei hierzulande machen werde, wichtig wäre, den

Türken Städte wie Ortaköj, Dimotika, Sufli, Mustafa Pascha, Tirnowo abzuhandeln, was den Kabinetten[c]) zugute käme. Ich versprach, dies zur Kenntnis Euer Exzellenz zu bringen, empfahl aber zugleich, Feilschen zu vermeiden und ehebaldigst abzuschließen, worauf Mitredner antwortete, er telegraphiere an Delegierte, womöglich schon in morgiger Sitzung territoriale Frage endgiltig zu regeln. Tarnowski.

[a]) Mit Tel. Nr. 535, 13. Sept. 1913 (chiffr. 10 U. 30 M. p. m.) wurde n. 8607 nach Sofia mitgeteilt. — [b]) Mit Tel. Nr. 534, 13. Sept. 1913 (chiffr. 7 U. 30 M. p. m.) wurde n. 8605 mit Korrektur nach Sofia mitgeteilt. — [c]) So!

Nr. 8632. Tel. aus Sofia, 14. Sept. 1913 Nr. 1111 (eing. 15. Sept. 7 U. a. m.).[a]) Entziff.

Minister des Äussern sagte mir heute abends, Verhandlungen bezüglich territorialer Abgrenzung nehmen befriedigenden Verlauf. Auf (Tirnowo),[b]) Sufli und Ortaköj hätten Türken bereits verzichtet; bezüglich Mustafa Pascha und Dimotika sei man noch nicht schlüssig, Delegierte erwarten aber keine Schwierigkeiten wegen dieser Städte, bitten bloß um Unterstützung Markgrafen Pallavicinis und deutschen Botschafters. Talaat Bey dränge auf baldigste Regelung territorialer Fragen und, da bulgarische Delegierte ähnliche Instruktionen hätten, hoffe Minister des Äussern, dass in zwei bis drei Tagen Abgrenzung perfekt sein werde. Talaat habe sich Herrn Tocheff gegenüber direkt für Allianz mit Bulgarien ausgesprochen und betont, Frage müsste äußerst geheim behandelt werden; er habe geraten, dass Savoff darüber mit Großvezier spreche; andere türkische Minister dürften derzeit nicht eingeweiht werden. Tarnowski.

[a]) Oe. U. Balkan 435 Nr. 866. Vgl. n. 8647. — [b]) Chiffre verstümmelt.

Nr. 8633. Tel. des Legationssekretärs Prinzen Emil Fürstenberg aus Athen, 15. Sept. 1913 Nr. 693 (eing. 9 U. p. m.). Entziff.

Geheim. Dodekanesos. Bezug auf Euer Exzellenz Telegramm Nr. 193 vom 11. d. M. Gegenstand heute gesprächsweise bei Minister des Äussern berührt. Herr Panas ist der Auffassung, „que la question du Dodekanèse se trouvera entre les mains de toutes les puissances et que celles-ci se prononceront sur le sort des douze îles d'un commun accord. Il n'y a pas par conséquent lieu de supposer que cette question est d'ores et déjà tranchée ou que l'union des douze îles à la Grèce soit certaine." Seinerzeitige Bemerkung Herrn Coromilas' über angebliche Vereinbarung zwischen Herrn Tittoni und Herrn Pichon (mein Telegramm Nr. 666 vom 30. v. M.) dürfte sich, wie ich später erst kombinierte, auf irrige Interpretation des einschlägigen zwischen Italien und Frankreich anfangs August hergestellten Akkords bezogen haben, der späterem Reunionsbeschluss als Basis diente.
Emil Fürstenberg.

Nr. 8634. Tel. nach Belgrad Nr. 274 (1) und St. Petersburg Nr. 499 (2), 15. Sept. 1913 (chiffr. 10 U. 50 M. p. m.).[a]) Konz. (S. Berger; G. Rappaport).

1. Erhalten Euer Hochwohlgeboren Telegramm Nr. 594 vom 13. d. Mts. Laut telegrafischer Meldung Grafen Somssich vom 12. d. Mts.[b]) wird Ihr

französischer Kollege neue Instruktion im Sinne meines Telegrammes Nr. 271 vom 11. d. M. erhalten. Hindernis für die Ausführung der Kollektivdemarche bildet dann vorläufig nur mehr abweichende Instruktion des russischen Vertreters, um dessen analoge Instruierung mit seinen anderen Kollegen von den Großmächten ich das Petersburger Kabinett unter Einem ersuchen lasse.

2. Démarche wegen Evakuierung Albaniens. Laut Telegrammes k. u. k. Geschäftsträgers in Belgrad vom 13. d. Mts.[c]) lautet die dortigem russischen Vertreter ertheilte Instruktion nicht auf Theilnahme an dem von mir angeregten Kollektivschritte, sondern enthält lediglich Auftrag, den Serben freundschaftlich nahezulegen, das autonome Albanien zu räumen. Nachdem Ausführung des in Rede stehenden Kollektivschrittes einzig und allein durch diesen von den Instruktionen der Vertreter der übrigen Großmächte abweichenden Auftrag des russischen Vertreters aufgehalten erscheint, ersuche ich Euer Hochgeboren, sich bei dortiger Regierung für Erlassung einer Weisung an russischen Vertreter in Belgrad im Sinne meiner Telegramme Nr. 488 und 496 dringend zu verwenden und über Erfolg Ihres Schrittes telegrafisch zu berichten. Berchtold.

[a]) Vgl. n. 8646. — [b]) Nr. 185 = n. 8609. — [c]) Nr. 594 = n. 8617.

Nr. 8635. Tel. des Legationsrates Wilhelm Ritter von Storck aus Belgrad, 15. Sept. 1913 Nr. 595 (eing. 11 U. p. m.).[a]) Entziff.

Evakuierung Albaniens. Dem italienischen und russischen Geschäftsträger ist soeben im Auswärtigen Amte mitgeteilt worden, daß die serbischen Truppen Befehl zum Rückzug hinter die in London fixierten Grenzen erhalten hätten. Obwohl ähnliche Befehle auch schon früher angeblich gegeben wurden, ohne von Folge begleitet gewesen zu sein, nimmt man doch an, daß es der serbischen Regierung angesichts der drohenden Kollektivdemarche diesmal ernst sein könnte. Storck.

[a]) Oe. U. Balkan 436 Nr. 867. Vgl. n. 8640, 8641.

Nr. 8636. Erlaß an den Legationsrat Franz Freiherrn von Haymerle in Bukarest, 15. Sept. 1913 Nr. 4402. Konz. (S. Hohenlohe; V. Rappaport u. Forgách; G. Forgách).

Vertraulich. Den Bericht Euer Hochwohlgeboren vom 10. d. M. Nr. 69 B betreffend ein Gespräch mit Herrn Maioresco über das Verhältnis der Monarchie zu Serbien habe ich mit Interesse zur Kenntnis genommen. Ich billige vollständig die Sprache, die Euer Hochwohlgeboren dem Herrn rumänischen Ministerpräsidenten gegenüber geführt haben, und spreche ich Demselben aus diesem Anlasse meine volle Anerkennung aus.

Nr. 8637. Tel. aus Konstantinopel-Jeniköj, 15. Sept. 1913 Nr. 484 (eing. 16. Sept. 6 U. a. m.).[a]) Entziff.

Türkisch-bulgarische Friedensverhandlungen. Bezug auf mein gestriges Telegramm Nr. 482. Ich habe soeben eine lange Unterredung mit dem Großvezier gehabt und hiebei alle mir zur Verfügung stehenden Argumente verwendet, um ihn zu bewegen, in der Frage von Dimotika nachzugeben. Insbesondere habe ich Said Pascha vorgehalten, dass die Pforte in ihrer Note

vom 19. Juli l. J. sich verpflichtet hat, die Maritza als Grenzlinie zu respektieren. Ich erinnerte ihn auch daran, dass er mir persönlich zu wiederholtenmalen dieselbe Versicherung gegeben hat. Die Großmächte seien bisher, fuhr ich fort, allerdings über diese Versprechung der Pforte hinweggegangen, sie könnten daher mit umso größerem Rechte von der Türkei erwarten, dass sie sich wenigstens in diesem einen Punkte nachgiebig zeige. Diese Ausführungen verfehlten nicht, glaube ich, auf den Großvezier Eindruck zu machen. Er versprach mir, insoferne es von ihm abhinge, dem bulgarischen Wunsche entgegenzukommen, fügte aber hinzu, er müsse vorerst den hier weilenden Generalissimus befragen, ob die Sache vom militärischen Standpunkte möglich sei. Was die den Bulgaren in Ostthrazien zu machenden Konzessionen anbelange, würde türkischerseits, sagte mir mein Mitredner, das größte Entgegenkommen an den Tag gelegt werden. In Bezug auf Okkupierung Westthraziens durch die Bulgaren, meinte Großvezier, sei die Pforte bereit, nach dem Zustandekommen des Friedens eine Kommission an Ort und Stelle zu entsenden, um die Bevölkerung zu beschwichtigen und die bulgarische Okkupation vorzubereiten. Said Pascha ist überzeugt, dass die bulgarischen Behörden sich auf diese Art in aller Ruhe in Thrazien werden installieren können, ohne dass es notwendig wäre, größere militärische Kräfte in Anwendung zu bringen. Letzteres könnte nach Ansicht des Großveziers eventuell unangenehme Folgen nach sich ziehen und sollte daher vermieden werden. General Savoff ist, wie mir scheint, anderer Meinung, da er mir gestern sagte, er werde seiner Regierung anraten, Westthrazien mit einer Armee von wenigstens 30.000 Mann zu okkupieren. In Betreff der zukünftigen Beziehungen zu Bulgarien sprach sich heute Großvezier mir gegenüber in sehr befriedigter Weise aus, hingegen scheint derselbe, was Griechenland anbelangt, nunmehr schlecht gestimmt.

Pallavicini.

[a]) Vgl. n. 8638.

Nr. 8638. Tel. aus Konstantinopel-Jeniköj, 15. Sept. 1913 Nr. 485 (eing. 16. Sept. 10 U. a. m.).[a]) Entziff.

Türkisch-bulgarische Friedensverhandlungen. Im Verfolge meines heutigen Telegrammes Nr. 484. Ich habe heute Oberst Pomiankowski ersucht, mit Izzet Pascha in Rede stehende Frage von Dimotika vom militärischen Standpunkte zu besprechen. Der Kriegsminister antwortete, er könne es nicht verantworten, diese Position aufzugeben. Er müsse vom militärischen Standpunkt dafür eintreten, dass die Grenze in dem Punkte zwischen Dimotika und Suffli gegen Westen ausbiege. Izzet Pascha hat hingegen dem Militärattaché mitgeteilt, dass die Pforte heute in Bezug auf Ortaköj und Mustafa Pascha den bulgarischen Wünschen nachgekommen ist. Außerdem würden die Bulgaren ein bedeutendes Stück in Nordostthrazien erhalten. Unter diesen Umständen dürften die Verhandlungen erst in einigen Tagen zum Abschluss gelangen, da General Savoff mir gestern sagte, falls die Türken in der Frage von Dimotika nicht nachgeben, müsse er neue Instruktionen aus Sofia erbitten. Pallavicini.

[a]) Vgl. n. 8642.

Nr. 8639. Tel. an den Legationsrat Grafen Ludwig Ambrózy in Rom, 15. Sept. 1913 Nr. 1056 (chiffr. 10 U. p. m.).[a] Konz. (S. Rappaport; V. u. G. Macchio).

Laut einer streng vertraulichen Mittheilung, welche das Berliner Kabinett heute durch Prinzen Stolberg anher gelangen ließ, wurde während der Anwesenheit des Königs von Griechenland bei den deutschen Manövern der Versuch gemacht, dessen Haltung in der südalbanesischen Grenzfrage im mäßigenden Sinne zu beeinflussen. Es sei hiebei dem dem Zivilkabinete Seiner Majestät des Deutschen Kaisers zugetheilten Gesandten von Treutler, welcher eingehende Besprechungen über diesen Gegenstand mit König Konstantin hatte, gelungen, Höchstdenselben dazu zu bringen, sich dem Standpunkte Österreich-Ungarns und Italiens bedeutend zu nähern. Der König habe jedoch an seine Zugeständnisse die Reserve der Zustimmung Herrn Venizelos geknüpft. In der letzten Unterredung sei ihm sogar die Bemerkung entschlüpft, er fürchte, daß Koritza für Griechenland nicht zu haben sein werde. Vorstehendes zur streng vertraulichen Mittheilung an Marquis di San Giuliano. Berchtold.

[a] Vgl. n. 8603.

Tel. nach St. Petersburg, 15. Sept. 1913 Nr. 499 (chiffr. 10 U. 50 M. p. m.). Siehe n. 8634.

Nr. 8640. Tel. des Legationsrates Wilhelm Ritter von Storck aus Belgrad, 16. Sept. 1913 Nr. 596 (eing. 6 U. p. m.).[a] Entziff.

Evakuierung Albaniens. Im Nachhange zu meinem gestrigen Telegramme Nr. 595. Herr Spalajković erklärte mir heute, daß gestern Befehl zur Zurückziehung der serbischen Truppen erteilt worden sei. Er autorisierte mich auch, dies Euer Exzellenz zu melden. Kurz darauf sprach ich den englischen Kollegen, dem Spalajkovič gesagt hatte, daß die Truppen hinter den schwarzen Drin zurückgezogen werden würden. Durch diese Mitteilung mißtrauisch geworden, habe ich sofort ins Ministerium geschickt, um den Text meiner amtlichen Meldung nach Wien verifizieren zu lassen. Dabei stellte sich heraus, daß der Befehl tatsächlich nur auf Rückziehung hinter den Drin lautete. Mein italienischer Kollege ist daher gestern angelogen worden, mich hat man wissentlich in Irrtum zu führen versucht und nur der Russe dürfte von der beschränkten Tragweite des angeblichen Evakuationsbefehles in Kenntnis gewesen sein. Storck.

[a] Oe. U. Balkan 436 Nr. 868. Vgl. n. 8641, Beilage zu n. 8707.

Nr. 8641. Bericht des Legationsrates Wilhelm Ritter von Storck aus Belgrad, 16. Sept. 1913 Nr. 188 (eing. 18. Sept.). Ausfert.

Der Gegensatz zwischen den Tiraden des Herrn Spalajković, mit denen er die Unmöglichkeit einer rascheren Evakuierung Albaniens (mein ergebenster Bericht vom 13. l. Mts., Nr. 186 A) dartun wollte, und zwischen der tags darauf schon wieder abgegebenen Erklärung, daß Serbien bereits Befehl zur Zurückziehung der Truppen hinter die Londoner Grenzen Albaniens gegeben hätte (mein Telegramm vom 15. d. Mts. Nr. 595), kann

auch in Wien nicht mehr frappieren, als er dies hier getan hat. Mein italienischer Kollege war bei seinem Gange ins Ministerium unserem sonst nicht gerade mitteilsamen russischen Kollegen begegnet, der ihn diesmal, sehr expansiv, von der geänderten Situation, beziehungsweise dem Nachgeben Serbiens sofort in Kenntnis setzte. Aus diesem Umstande, sowie jenem, daß Herr von Strandtman an zwei aufeinanderfolgenden Tagen im Ministerium vorsprach und dann Herr Spalajković das erste Mal mir und anderen gegenüber den Entrüsteten spielte und auf Uneinigkeiten im Schoße der Mächte selbst hinweisen zu dürfen glaubte, während er tags darauf die, wenn sie sich bewahrheitet hätte, zufriedenstellende Erklärung abgab, dass der Zurückziehungsbefehl schon erteilt worden sei, glaubte mein italienischer Kollege den Schluß ziehen zu können, daß der russische Geschäftsträger nach dem Einlangen der Instruktionen an alle Vertreter der Mächte zur Einsicht kam, daß es ernst werde, und der serbischen Regierung unter Hinweis auf den drohenden Kollektivschritt dringend nahegelegt haben mag, besser schon vorher nachzugeben. Alle diese Kombinationen sind jetzt ziemlich hinfällig und belanglos geworden, da der sogenannte Rückziehungsbefehl, unter der Lupe betrachtet (vide mein Telegramm Nr. 596 von heute), nicht die Evakuierung Albaniens bedeutet, sondern sich lediglich als ein Befehl auf Zurückziehung der serbischen Truppen hinter den schwarzen Drin entpuppt. Es hätte mich auch über die Maßen gewundert, wenn Serbien ohne den Versuch weiterer Mätzchen und ohne Pression sich entschlossen hätte, Albanien zu räumen. Unter solchen Umständen wird allerdings tatsächlich nichts anderes erübrigen, als den Kollektivschritt in aller Form auszuführen. Storck.

Nr. 8642. Tel. aus Konstantinopel-Jeniköj, 16. Sept. 1913 Nr. 489 (eing. 10 U. 30 M. p. m.).[a] Entziff.

Großvezier sagte mir vorläufig vertraulich, daß man sich gestern im Prinzipe über die Friedensbedingungen geeinigt hat. Dimotika bleibt türkisch, hingegen werden Ortaköj, Mustafa Pascha und das Gebiet von Tirnowa Bulgarien abgetreten. Die Konzession betreffend Ortaköj wurde, wie ich höre, türkischerseits gestern im letzten Moment gemacht. Der Friede dürfte Donnerstag unterfertigt werden. Auch über die anderen Punkte hat man sich im Prinzipe verständigt, dieselben werden aber erst später, wenn die normalen Beziehungen zwischen den beiden Staaten wieder aufgenommen sein werden, definitiv geregelt. Said Pascha sagte mir ferner, daß nach Friedensschluß zu Ehren der bulgarischen Delegierten von Seiner Majestät dem Sultan ein Diner gegeben werden wird, worauf sie Konstantinopel verlassen werden. Pallavicini.

[a] Oe. U. Balkan 437 Nr. 870. Vgl. n. 8638, 8644.

Nr. 8643. Tel. aus Konstantinopel-Jeniköj, 16. Sept. 1913 Nr. 490 (eing. 10 U. p. m.).[a] Entziff.

Geheim. Großvezier sagte mir heute, er sei von der Notwendigkeit eines näheren Anschlusses an Bulgarien überzeugt, vorläufig könne man

sich aber über die Sache nur ganz im allgemeinen verständigen. Ein konkretes Übereinkommen zwischen beiden Staaten verlange ein ernstes Studium und daher Zeit. Man müsse jetzt noch abwarten, bis die normalen Beziehungen zwischen den Staaten wiederhergestellt sein werden, und dann werde sich die Sache seiner Überzeugung nach in Angriff nehmen lassen. Es wäre auch nicht gut, fuhr er fort, wenn man diese Angelegenheit forcieren wollte. Es würden sich dann Schwierigkeiten sowohl im Innern des Landes als auch von außen geltend machen. Man müsse daher wenigstens einige Monate zuwarten und über diesen Gegenstand vorläufig nicht viel reden. Meinen Informationen nach scheint man französischerseits gegen die fragliche Annäherung zu intriguieren, dies namentlich bei den Bulgaren. Ich glaube aber, daß man momentan auch auf Opposition von deutscher Seite stoßen würde. Aus diesem Grunde war ich auch in der letzten Zeit in Betreff dieser Frage meinem deutschen Kollegen gegenüber sehr zurückhaltend. Pallavicini.

a) Vgl. n. 8626, 8651, 8653.

Nr. 8644. Tel. aus Konstantinopel-Jeniköj, 16. Sept. 1913 Nr. 492 (eing. 17. Sept. 6 U. a. m.).a) Entziff.

Herr Toscheff sagte mir, daß die Grenzfrage auch formell schon morgen geregelt sein wird. Türkischerseits wolle man aber in den zu unterzeichnenden Vertrag auch einige andere Punkte aufnehmen, die jedoch nach Ansicht der bulgarischen Delegierten späteren Verhandlungen überlassen werden sollen. Unter anderem wollen die Türken die Nationalitätenfrage in den von Bulgarien annektierten Provinzen in einer für Bulgarien unannehmbaren Weise lösen. Die nichtbulgarische Bevölkerung soll nämlich nach dem türkischen Vorschlag fünf Jahre das Optionsrecht in der Weise genießen, daß sie für die ottomanische Staatsbürgerschaft optieren, trotzdem aber im Lande verbleiben könne. Die bulgarischen Unterhändler sind durch Aufwerfen dieser Frage in größter Verlegenheit und bitten mich, ihnen behilflich zu sein. Ich werde morgen vormittags Großvezier aufsuchen und auf ihn einzuwirken trachten, da sonst Unterhandlungen noch im letzten Moment scheitern könnten. Pallavicini.

a) Vgl. n. 8642, 8651, 8652, 8659, 8665 Anm. b, 8667.

Nr. 8645. Tel. aus Konstantinopel-Jeniköj, 16. Sept. 1913 Nr. 493 (eing. 17. Sept. 7 U. a. m.).a) Entziff.

Herr Toscheff fragte mich heute um meine Meinung in Bezug auf das Vorgehen in der Frage der Entente zwischen Bulgarien und der Türkei. Ich antwortete dem bulgarischen Delegierten, meines Erachtens könnte General Sawoff dem Großvezier von der Frage sprechen, ohne aber etwa zu insistieren, daß schon jetzt etwas Positives abgeschlossen werde. Dies könnte die Sache verderben. Ich gab außerdem den Rat, Angelegenheit sehr geheim zu behandeln und auch mit hiesigen Diplomaten nicht darüber zu reden. Pallavicini.

a) Vgl. n. 8630, 8651, 8653, 8660.

Nr. 8646. Tel. des Legationsrates Grafen Otto Czernin aus St. Petersburg, 16. Sept. 1913 Nr. 311 (eing. 17. Sept. 7 U. a. m.).a) Entziff.

Evakuierung Albaniens durch serbische Truppen. Ich habe soeben Herrn Neratow gesprochen und mich im Sinne telegraphischer Weisung von heute Nr. 499 dringend dahin verwendet, die russische Gesandtschaft in Belgrad zwecks Teilnahme an der geplanten Kollektivdemarche mit Instruktionen zu versehen. Der Leiter des Ministeriums des Äußern antwortete mir, er habe soeben eine telegraphische Meldung des dortigen russischen Geschäftsträgers erhalten, wonach er bereits offiziell einen einschlägigen Schritt bei der serbischen Regierung ausgeführt habe und zwar allein und nicht in Form einer Kollektivdemarche, da der Anlaß ein verhältnismäßig geringfügiger und eine formelle Kollektivdemarche in Belgrad bisher überhaupt nicht üblich war. Der russische Geschäftsträger habe aber eine dringliche Sprache geführt und inhaltlich habe sich seine Demarche mit den Instruktionen seiner Kollegen gedeckt. Serbischerseits sei dem russischen Vertreter erwidert worden, die Zurückziehung der Truppen sei bisher infolge Befürchtung von Unruhen in den besetzten Gebieten verzögert worden. Die eindringliche Sprache des russischen Geschäftsträgers habe immerhin den Erfolg gehabt, daß sich der serbische Ministerrat angeblich unverzüglich mit der Möglichkeit der Evakuierung nochmals befassen werde. Herr Neratow behauptet, Nachrichten zu haben, wonach es wahrscheinlich wäre, daß der serbische Ministerratsbeschluß im Sinne der Evakuierung ausfallen dürfte. Mit Rücksicht hierauf könne russischer Vertreter jetzt nicht sofort eine neuerliche Demarche in kollektiver Form unternehmen, sondern man wolle hier Resultat des Ministerbeschlusses abwarten. Ich erwiderte, daß es trotzdem sehr wünschenswert wäre, wenn der russische Vertreter schon jetzt den Auftrag bekäme, an einer Kollektivdemarche seiner Kollegen teilzunehmen, da diese ja im Falle der tatsächlichen Zurückziehung der serbischen Truppen ohnehin hinfällig würde, im entgegengesetzten Falle aber umso notwendiger würde. Neratow antwortete, er werde gewiß im Falle der Aufrechterhaltung der Besetzung neuerliche Instruktionen nach Belgrad ergehen lassen und wäre in diesem Falle auch bereit, an einer „démarche concertée" teilzunehmen, wobei die Vertreter der Mächte nach Einigung über die zu haltende Sprache getrennt bei der serbischen Regierung vorstellig werden könnten. Für eine gemeinsam zu unternehmende Kollektivdemarche, ein in Belgrad angeblich bisher noch nicht beobachteter Vorgang, schiene ihm der Anlaß nicht genügend bedeutungsvoll. Demgegenüber hob ich hervor, daß der Aufschub der Evakuierung durch die Serben parallel mit den aus Südalbanien kommenden Nachrichten über griechische Umtriebe mir nicht so unbedenklich erschiene und daß es somit umso notwendiger sei, die serbische Regierung zur Annahme des einmütigen Wunsches aller Kabinette zu veranlassen. Herr Neratow schien sich dem nicht zu verschließen und wiederholte, daß er im Falle einer, wie er nochmals sagte, unwahrscheinlichen ablehnenden Entscheidung des serbischen Ministerrates unverzüglich neue Instruktionen nach Belgrad erlassen werde. Otto Czernin.

a) Vgl. n. 8611.

Nr. 8647. Bericht aus Sofia, 16. Sept. 1913 Nr. 56 (eing. 20. Sept.).[a] Entziff.

Geheim. Die so harten Debuts der jetzigen Regierung haben nicht aufgehört, mich zu präokkupieren, und als sich vor ihr immer neue Schwierigkeiten auftürmten, war ich mitunter von Angst ergriffen, daß sich die Minister nicht entmutigen und sich nicht sagen, daß ihr politisches Programm undurchführbar. Ich war schon wiederholt daran, Euer Exzellenz meine Bedenken zu melden, vermied es aber, da ich nicht falschen Eindruck liefern wollte, als ob ich Vertrauen in Regierung verlieren würde, wodurch ich schaden hätte können. Statt meine Befürchtungen zu Euer Exzellenz Kenntnis zu bringen, zog ich vor, die Minister zu ermutigen, ihr Vertrauen zu uns zu vertiefen und zu trachten, sie mit Gedanken zu versöhnen, daß Bulgarien nach allem, was es an sich selbst verbrochen und nach all' dem Mißtrauen, was es durch seine „nichtbulgarische" Politik hervorgerufen, nicht ungeduldig sein dürfe. Ohne Ursache gehabt zu haben, der Regierung zu mißtrauen, war ich dennoch nicht immer ruhig, da ich, als ich mich in die Lage des Kabinetts hineindachte, mir sagen mußte, daß dieses Grund genug hätte, sich desorientiert zu fühlen. Gleich nach ihrer Berufung hat die jetzige Regierung sich uns entschlossen zugewendet. Auf ihren formellen Allianzvorschlag erhielt sie von uns Antwort, daß wir zwar Gedanken prinzipiell sympathisch betrachten, unsere Verbündeten aber konsultieren müssten und daß Bulgarien zuerst Annäherung an Rumänien machen solle. Bulgarien wandte sich sofort mit Avancen an Rumänien, die damit beantwortet wurden, daß rumänische Regierung in separate Verhandlungen mit Bulgarien einzutreten verweigerte, Okkupation Bulgariens fortsetzte und in Gemeinschaft mit Serbien und Griechenland Bedingungen Bukarester Friedens diktierte, ohne daß wir daran etwas zu ändern und für Bulgarien mehr zu tun vermocht hätten, als uns Revision vorzubehalten, was hier große Hoffnungen erweckte, die allmählich tiefer Enttäuschung Platz machten. Bis jetzt ist es der bulgarischen Regierung nicht gelungen, sich Sicherheit darüber zu verschaffen, ob Rumänien für eine Entente zu haben sein wird, und was (Aufnahme)[b] anbelangte, die uns von Bulgarien gemachte Allianzvorschläge bei unseren Verbündeten gefunden, so haben wir bulgarischer Regierung bloß mitteilen können, daß Deutschland und Italien dem Gedanken nicht ablehnend gegenüber stünden. Bulgarische Regierung befindet sich, speziell wegen unklarer Haltung Rumäniens, immer noch in Unwissenheit, ob ihr Wunsch nach Bündnis mit der Monarchie und Anlehnung an Dreibund überhaupt je verwirklicht wird, und diese Unsicherheit konnte durch die Haltung Deutschlands und Italiens, seitdem diese Mächte von der Richtung, in der Bulgarien seine Politik zu orientieren wünsche, Kenntnis erhalten haben, kaum vermindert werden. Unter diesen Umständen könnte es wirklich nicht verwundern, wenn sich das außerdem noch unter türkischer Gefahr stehende Kabinett Radoslavoff entmutigt und desorientiert gefühlt hätte. Es hat auch — ich habe Anzeichen dafür gehabt — Momente gegeben, wo sich Regierung in dieser Verfassung befunden hat, und ich bin überzeugt, daß es die Politik Euer Exzellenz war, die dadurch, daß sie mir gestattet hat, die Kabinettsmitglieder unser Interesse für die bulgarische Sache und unser

konsequentes Wohlwollen unaufhörlich fühlen zu lassen, wovon sie Eindruck hatten, an uns herangezogen zu werden, ihnen über die kritische Stunde hinweggeholfen hat. Große Gefahr drohte letzter Tage von türkischer Frage, da — von einer Brouille, die ganz unberechenbare Konsequenzen haben würde, nicht zu reden — auch schon geringste Spannung oder Kühle, die türkisch-bulgarischen Verhandlungen folgen würde, hiesige Regierung der Möglichkeit, ihr politisches Programm zu betätigen, vollkommen berauben und sie in bedenklichster Weise desorientieren müßte. Deswegen halte ich die Neigung, die Markgraf Pallavicini bei Großvezir und in höherem Maße bei Talaat Bey für intime Annäherung an Bulgarien gefunden und vertieft hat, und welche bereits auch bulgarische Delegierte konstatieren konnten, für ungemein wichtig und erfreulich und kann nur hoffen, daß es weder Deutschland, noch anderer Macht gelingen wird zu hindern, daß Konstantinopler Pourparlers, wenn nicht mit einem formellen Bündnis endigen, so doch zumindest eine ausgesprochen freundliche Athmosphäre zwischen Türkei und Bulgarien schaffen. Davon wird es abhängen, ob austrophiles Kabinett an seinem Programm wird festhalten können und wenn einmal die türkische Frage in solcher günstiger Weise gelöst, wäre es vielleicht auch erwünscht, daß wir hier eine Erklärung abgeben, die geeignet wäre, die Regierung in Hoffnung zu bestärken, daß sie sich ihrem Ziele, nämlich dem Anschluß an Monarchie, allmählich nähere. Ich weiß es nicht, glaube aber annehmen zu sollen, daß Euer Exzellenz noch nicht geneigt sein werden, gegenwärtig Konversation mit bulgarischer Regierung betreffend ihren Allianzvorschlag[c]) in konkreter Weise wieder aufzunehmen. In diesem Falle ließen sich, glaube ich, doch einige allgemein gehaltene Worte, die ich hier im Auftrage Euer Exzellenz sagen würde, finden. Daß sie nicht überflüssig sein würden, beweist auch der Umstand, daß mich Konseilspräsident unlängst gesprächsweise gefragt, wie bulgarische Allianzproposition erledigt wird, wenn alle Versuche Bulgariens, sich Rumänien zu nähern, vergeblich bleiben sollten. Tarnowski.

[a]) Vgl. n. 8632, 8665, 8669, 8688. — [b]) Chiffre fehlt. — [c]) n. 7937.

Tel. nach Belgrad, 17. Sept. 1913 Nr. 275 (chiffr. 11 U. 30 M. p. m.). Siehe n. 8649.

Nr. 8648. Bericht des Legationsrates Wilhelm Ritter von Storck aus Belgrad, 17. Sept. 1913 Nr. 190 A (eing. 20. Sept.).[a]) Ausfert.

Ich habe soeben die mir abschriftlich mitgeteilten Telegramme der k. und k. Vertreter bei den Mächten in betreff der Evakuierung Albaniens, resp. der Zurückziehung der serbischen Truppen hinter die auf der Londoner Botschafterreunion fixierten Nord- und Nordostgrenzen des autonomen Albaniens mit verbindlichstem Danke erhalten und werde morgen Früh wiederum meine sämtlichen in Betracht kommenden Kollegen abgehen, um sie zur womöglich sofortigen Vornahme der Démarche zu veranlassen. So klar die Antworten fast aller Kabinette auf unser Anlangen lauten, so ist in der Antwort Herrn Neratows doch auch sofort der Pferdefuß zu erkennen. „Der kaiserlich russische Geschäftsträger wird die nächste Gelegenheit einer

Unterredung mit dem Leiter des serbischen auswärtigen Amtes hiezu (zur Ausführung eines Kollektivschrittes??) benützen."[b] Darin liegt es ja eben, daß der russische Vertreter sich auf Grund seiner angeblichen Instruktionen einer Kollektivdémarche nicht anschließen will, sondern behauptet, die Weisung seiner Regierung wäre an ihn nur dahin ergangen, daß er für sich allein und nur freundschaftliche Vorstellungen wegen der Evakuierung Albaniens zu erheben hätte. Die serbische Regierung hat angesichts des so mühselig zustandekommenden und noch immer nicht erfolgten Kollektivschrittes jetzt Zeit und Muße gefunden, in der heutigen „Samouprava" das Präveniere zu spielen und die Sache so darzustellen, als ob die Démarche bereits erfolgt wäre. Unter Signalisierung der Zwischenfälle an der albanesischen Grenze wird auch mit der Möglichkeit ernsterer Komplikationen gedroht, für welchen Fall Serbien sich freie Hand vorbehalten zu müssen erklärt. Diese Zwischenfälle, bei denen die von den Serben gereizten Albanesen gewiß auch ein Verschulden treffen mag, benützt ein anderes Blatt, die „Politika", um unseren und den italienischen Agenten die Schuld für die Grenzzusammenstöße in die Schuhe zu schieben und über das Eintreffen von angeblich 40 bei diesen Scharmützeln Verwundeten zu melden. Ein drittes Blatt, die „Štampa", meldet nach einer ziemlich phantastischen Einleitung, daß die serbische Regierung angesichts der Grenzkonflikte den Marktverkehr für Albanesen in Dibra und Djakovica sperren mußte und die dortigen serbischen Platzkommanden auch schon in diesem Sinne angewiesen hätte. Storck.

[a] Vgl. n. 8656. — [b] Vgl. n. 8611.

Nr. 8649. Tel. nach Berlin Nr. 639 (1), Rom Nr. 1061 (2), London Nr. 709 (3), Paris Nr. 440 (4), St. Petersburg Nr. 500 (5) und Belgrad Nr. 275 (6), 17. Sept. 1913 (chiffr. 11 U. 30 M. p. m.).[a] Konz. (S. Berger; V. Rappaport; G. Forgách).

1.—5. Laut einer in der Belgrader Presse publizierten Verordnung des serbischen Finanzministers treten demnächst an den Grenzen des von Serbien erworbenen Gebietes eine Reihe neuer Zollämter ins Leben. Unter denselben befinden sich auch jene von Podgradatz (am Wege von Korča nach Struga), Bruti (am Zusammenfluß des schwarzen und weißen Drin), Okenstun, auch genannt Okšoteny, (am Wege von Elbassan nach Dibra) und Muri (westlich vom schwarzen Drin gegenüber Dibra), Orte, welche insgesamt unzweifelhaft auf dem von der Londoner Réunion Albanien zugesprochenen Territorium liegen. Die Zurückziehung dieser Zollämter wäre daher in die in meinen Telegrammen Nr.

1. 619 und 633
2. 1004 und 1041
3. 698 und 704
4. 424 und 435
5. 488 und 496

1.—5. behandelte Evakuierungsdémarche aufzunehmen und wollen Euer etc. entsprechendes Ersuchen an die dortige Regierung richten.

6. Ich richte nachstehendes Telegramm an die k. u. k. Geschäftsträger in Berlin, Rom, London, Paris und Petersburg: (Inseratur Telegramm sub 1. bis 5. von „Laut einer in der Belgrader Presse" bis „Territorium liegen.") Die Zurückziehung dieser Zollämter wäre daher in die auszuführende Evakuierungsdémarche aufzunehmen und wollen Euer Hochwohlgeboren entsprechendes Ersuchen an die dortige Regierung richten." Vorstehendes vorläufig zu Euer Hochwohlgeboren vertraulicher Information mit Bezug auf Euer Hochwohlgeboren Bericht Nr. 185 D[b]) vom 10. d. M.

Berchtold.

[a]) Vgl. n. 8655, 8657, 8661, 8663, 8664, 8668. — [b]) In diesem Bericht werden serbische Pressestimmen zur Abberufung des deutschen Konsuls Schlieben mitgeteilt. Wurde nicht aufgenommen.

Nr. 8650. Tel. an den Gesandten Ludwig Freiherrn von Flotow in Berlin, 17. Sept. 1913 Nr. 640 (chiffr. 18. Sept. 12 U. 10 M. a. m.). Konz. (S. Berger; V. u. G. Forgách).

Streng vertraulich. Unter Bezug auf Euer Hochwohlgeboren Privatbrief[a]) vom 1. d. M. ersuche ich Dieselben, auf Prinz Wied womöglich einzuwirken, damit derselbe seinen Besuch in Bukarest beziehungsweise seine Entscheidung in der Frage des albanischen Fürstenthrones thunlichst beschleunige. Zu Euer Hochwohlgeboren streng vertraulicher Information füge ich bei, daß mich zu dieser Urgenz alarmierende Nachrichten aus Albanien veranlassen, denen zufolge innerhalb der provisorischen Regierung Spaltungen auszubrechen drohen, welche die Schaffung einer definitiven Zentralgewalt und somit die Einsetzung eines Fürsten als immer dringlicher erscheinen lassen.

Berchtold.

[a]) Flotow teilte in seinem Privatschreiben vom 1. Sept. 1913 (eing. 2. Sept.) mit, daß Prinz zu Wied seinen Besuch in Wien nicht schon jetzt machen könne, weil König Karol ihn erst Anfang Oktober in Sinaia empfangen und er erst von dort aus nach Wien kommen könne. Staatssekretär von Jagow, der die Vermögensverhältnisse des Prinzen kenne, habe ihm gegenüber betont, daß der Prinz ohne beträchtliche finanzielle Unterstützung den albanesischen Fürstenthron nicht einnehmen könnte. Die Bedenken des Prinzen, ob seine Kandidatur von allen Mächten acceptiert wurde, habe er durch seine bejahende Versicherung zu zerstreuen gesucht.

Nr. 8651. Tel. nach Konstantinopel, 17. Sept. 1913 Nr. 446 (chiffr. 11 U. p. m.). Konz. (S. Berger; V. u. G. Forgách).

Erhalten Euer Exzellenz Telegramme von gestern, Nr. 490, 492 und 493. Ich habe Grafen Tarnowski verständigt,[a]) daß ich Euer Exzellenz Ansicht teile, wonach es sich nicht empfehlen würde, bulgarischerseits die Herstellung einer Entente mit der Türkei zu forcieren. Im übrigen bin ich mit der Sprache, die Euer Exzellenz sowohl der Pforte als auch den bulgarischen Delegierten gegenüber geführt haben, durchaus einverstanden und ersuche Euer Exzellenz, Hochderen dankenswerte Bemühungen um das Zustandekommen einer türkisch-bulgarischen Verständigung fortzusetzen.

Berchtold.

[a]) n. 8653.

Nr. 8652. Tel. aus Konstantinopel-Jeniköj, 17. Sept. 1913 Nr. 494 (eing. 18. Sept. 7 U. a. m.).[a] Entziff.

Türkisch-bulgarische Verhandlungen. Im Verfolge meines Telegrammes Nr. 492 vom 16. d. M. Ich habe Großvezier darauf aufmerksam gemacht, daß die türkische Forderung, betreffend Optionsrecht der Bevölkerung in den von Bulgarien annektierten Provinzen, den Abschluß des Friedensvertrages noch in letzter Stunde in Frage stellen könnte. Ich machte ihm ferner begreiflich, daß die türkische Forderung von keinem Staat angenommen werden könnte und namentlich mit Rücksicht auf die Verhältnisse in Thrazien einen ganz unmöglichen Zustand schaffen würde. Großvezier schien dies zu begreifen und antwortete mir, er werde dafür Sorge tragen, daß das Friedenswerk an dieser Frage nicht scheitere. Er fügte hinzu, daß der Vertrag möglicherweise heute, spätestens morgen unterfertigt werden dürfte. Pallavicini.

[a] Vgl. n. 8659, 8672.

Tel. nach London, 17. Sept. 1913 Nr. 709 (chiffr. 11 U. 30 M. p. m.). Siehe n. 8649.

Tel. nach Paris, 17. Sept. 1913 Nr. 440 (chiffr. 11 U. 30 M. p. m.). Siehe n. 8649.

Tel. nach Rom, 17. Sept. 1913 Nr. 1061 (chiffr. 11 U. 30 M. p. m.). Siehe n. 8649.

Tel. nach St. Petersburg, 17. Sept. 1913 Nr. 500 (chiffr. 11 U. 30 M. p. m.). Siehe n. 8649.

Nr. 8653. Tel. nach Sofia, 17. Sept. 1913 Nr. 548 (chiffr. 11 U. 20 M. p. m.).[a] Konz. (S. Berger; G. Forgách).

Markgraf Pallavicini telegraphiert unterm 16. d. M.: ... *wie n. 8643 in extenso* ... Der k. und k. Botschafter in Konstantinopel telegraphiert noch unterm gleichen Datum: ... *wie n. 8645 in extenso* ... Vorstehendes zu Euer Hochgeboren streng vertraulicher Information mit dem Beifügen, daß ich die Ansicht Markgrafen Pallavicinis theile, wonach es sich nicht empfehlen würde, bulgarischerseits die Herstellung einer Entente mit der Türkei zu forcieren. Berchtold.

[a] Vgl. n. 8651, 8665.

Nr. 8654. Tel. aus Sofia, 17. Sept. 1913 Nr. 1115 (eing. 8 U. p. m.).[a] Entziff.

Minister des Äussern sagt mir, auf Grund Instruktionen, die er Delegierten gestern geschickt, dürfte Akkord bezüglich Territorialfragen heute unterzeichnet werden, es wäre denn, dass türkischerseits neue Schwierigkeiten erhoben würden. Gestern abends sei Minister Meldung Delegierter zugegangen, wonach sie von Türken eine Reihe von Entwürfen von Spezialabkommen erhalten hätten, deren Annahme Pforte verlange. Diese Abkommen betreffen Garantien für nichtbulgarische Bevölkerung, Religions- und Schulfragen, Respektierung Staatsgüter und Besitzungen türkisch kaiserlicher Familie. Es wären dies verschiedene komplizierte Fragen, darunter

einzelne unannehmbar, wie Garantien für politische Rechte nichtbulgarischer Bevölkerung, unter die auch Griechen fallen würden. Auch Begriff „Staatsgüter" müsste bei seiner, nach türkischer Auffassung ungemein weiter Ausdehnung näher präzisiert werden. Jedenfalls sei unmöglich, diese Frage in einer Sitzung ungeprüft zu erledigen. Minister hoffe, dass Türkei definitive Regelung territorialer Abgrenzung, die heute unterzeichnet werden könnte, nicht von Abschluss obiger Abkommen abhängig machen würde. Er sei so entgegenkommend gewesen, dass er Delegierten zu allgemeiner Erklärung in heutiger Sitzung ermächtigt, bulgarische Regierung würde in Rede stehende Abkommen annehmen. Türken hätten auch von Bulgarien verlangt, es solle für Kosten Unterhaltes türkischer Kriegsgefangener aufkommen; obwohl dies gegen Haager Konvention und schwere Last, hätte Minister Delegierte instruiert, auch in dieser Frage, wenn notwendig, sich nachgiebig zu zeigen. Delegierte hätten gemeldet, dass sie über diese neuen Prätensionen der Türkei mit Markgraf Pallavicini gesprochen hätten.

Tarnowski.

a) Oe. U. Balkan 437 Nr. 871.

Tel. nach Belgrad, 18. Sept. 1913 Nr. 277 (chiffr. 19. Sept. 12 U. 20 M. a. m.). Siehe n. 8657.

Nr. 8655. Tel. des Legationsrates Wilhelm Ritter von Storck aus Belgrad, 18. Sept. 1913 Nr. 598 (eing. 6 U. p. m.).a) Entziff.

Ad Telegramm Nr. 275 vom 18. d. Mts. Heutiges, um 11 Uhr vormittags erschienenes Amtsblatt Nr. 193 publiziert die mit Erlaß des serbischen Finanzministeriums vom 16. d. Mts. Zahl 12534 erfolgte Errichtung von Grenzzollämtern in Prisren und Dibra. Mit dem gleichen Erlaß wird die Eröffnung der Zollämter in Muri, Bruti und Okenstun, deren Errichtung mit Erlaß vom 4. d. Mts. Nr. 10301 verfügt worden war, mit dem Bemerken storniert, daß diese nunmehr aufgelassenen Zollämter noch nicht zu funktionieren begonnen hätten.

Storck.

a) Vgl. n. 8657.

Nr. 8656. Tel. des Legationsrates Wilhelm Ritter von Storck aus Belgrad, 18. Sept. 1913 Nr. 600 (eing. 9 U. 30 M. p. m.). Entziff.

In Ergänzung meines unterwegs befindlichen Berichtes vom Gestrigen Nr. 190 A, Evakuierungsdemarche betreffend. Russischer Kollege hat, wie er mich auf das feierlichste versichert, bis dato keine Instruktion, sich einem Kollektivschritt anzuschließen. Nach der mir gütigst mitgeteilten Auskunft des Herrn Neratow an den k. u. k. Geschäftsträger scheint man in Petersburg auch gar nicht die Absicht zu haben, ihm analoge Weisungen geben zu wollen, wie die mir und meinen Kollegen erteilten. Solange russischer Geschäftsträger nicht ganz identische Aufträge erhält, weigert sich Engländer und Franzose unter Hinweis auf die Klausel „si omnes" Demarche mitzumachen. Mein russischer Kollege will, wie er mir sagt, von Herrn Spalajković die bestimmte Zusicherung erhalten haben, daß der Befehl auf „Evakuierung Albaniens" und nicht auf „bloße Zurückziehung der serbischen

Truppen" gelautet hätte. Er sei sehr erstaunt, daß nunmehr bloß das letztere angeordnet worden wäre. Er würde sofort Aufklärung verlangen. Ich habe aber in unzweifelhafter Weise festgestellt, daß, bis gestern wenigstens, die Evakuierung nicht angeordnet worden ist, und vermögen daran auch die irreführenden Elubrukationen der „Samouprava" nichts zu ändern. Storck.

Nr. 8657. Tel. nach Berlin Nr. 643 (1), Rom Nr. 1068 (2), London Nr. 712 (3), Paris Nr. 443 (4), St. Petersburg Nr. 502 (5) und Belgrad Nr. 277 (6), 18. Sept. 1913 (chiffr. 19. Sept. 12 U. 20 M. a. m.).[a] Konz. (S. Berger; G. Forgách).

1.—5. Laut heutigen Telegrammes k. und k. Gesandtschaft Belgrad publiziert serbisches Amtsblatt einen Erlaß, womit Eröffnung der Zollämter in Muri, Bruti und Okenstun storniert wird. Infolgedessen reduziert sich der meinem telegrafischen Auftrage vom 17. d. Mts. Nr.

1. 639
2. 1061
3. 709
4. 440
5. 500

1.—5. zugrunde liegende Thatbestand auf die Errichtung des Zollamtes in Podgradatz und würde es daher genügen, daß Euer etc. statt eine förmliche Démarche auszuführen, die Aufmerksamkeit der dortigen Regierung auf den Umstand lenken, daß letztere Zollamtserrichtung mit dem Londoner Beschluß über die Südgrenze im Widerspruche steht. Sollte die in Rede stehende Démarche bereits ausgeführt worden sein, so wollen Euer etc. der dortigen Regierung gegenüber unserer Befriedigung Ausdruck verleihen, daß die Belgrader Regierung — wie aus obigem Erlasse des serbischen Finanzministers und einer gleichzeitigen Publikation der „Samouprava" hervorgehe — in der albanischen Grenzfrage wenigstens allmählig und theilweise zu der erfreulichen Einsicht gelangt, daß die Londoner Beschlüsse respektiert werden müssen.

6. Ich theile den Inhalt Euer Hochwohlgeboren Telegrammes Nr. 598 von heute den k. und k. Geschäftsträgern in Berlin, Rom, London, Paris und Petersburg mit folgendem Zusatze mit: (Inseratur aus Telegramm sub 1.—5. von „Infolgedessen" bis Schluß.) Vorstehendes zu Euer Hochwohlgeboren vertraulicher Information und eventueller Regelung Ihrer Sprache. Berchtold.

[a] Vgl. n. 8668, 8722, 8756, 8809.

Nr. 8658. Privatschreiben des Legationsrates Franz Freiherrn von Haymerle aus Bukarest-Sinaia, 18. Sept. 1913 (eing. 21. Sept.).[a] Ausfert.

Um dem mir mit streng vertraulichem Privatschreiben[b] vom 6-ten laufenden Monats gewordenen Auftrag zu entsprechen, mich bei Seiner Majestät König Carol dafür zu verwenden, damit der Prinz Wilhelm von Wied sich zur Annahme der albanesischen Fürstenwürde raschestens entschließe, nahm ich die Allerhöchste Verleihung des Großkreuzes des Elisabeth-Ordens an Ihre königliche Hoheit die Frau Kronprinzessin von Rumänien

zum Vorwand, um eine Audienz bei Seiner Majestät zu erbitten. Dieselbe wurde mir auch gestern allergnädigst gewährt. Nachdem ich Seiner Majestät den Auftrag Euer Excellenz ausgerichtet hatte, hatte Höchstderselbe die Gnade, mir nachstehende Eröffnungen zu machen: Er sei mit der Annahme der albanesischen Fürstenwürde durch den Prinzen von Wied vollkommen einverstanden, doch habe Er demselben gesagt, er müsse zuerst seine Bedingungen stellen; denn habe er einmal diese Würde angenommen, so wäre es zu spät dazu. Vor Allem müsste die Südgrenze Albaniens feststehen. Solange darüber keine Einigkeit der Mächte und die Zustimmung Griechenlands erlangt sei, laufe er sonst die Gefahr, sofort bei Beginn seiner Regierung in einen Krieg mit Griechenland verwickelt zu werden. Des Weiteren halte Er, der König, die Beistellung einer fremdländischen Armee (?), man habe an Holländer oder Schweden gedacht, für falsch. Die fremden militärischen Instruktionsmissionen hätten sich nie bewährt. Auf die anderen Bedingungen, die der Prinz vor der Annahme der Fürstenwürde zu stellen hätte, gieng Seine Majestät nicht weiter ein. Bezüglich des ersten Punktes wiederholte ich die aufgetragene Einwendung, daß Gefahr vorhanden sei, daß durch die Übernahme des Trones durch einen uns nicht genehmen Prätendenten wir uns vor ein fait accompli gestellt sehen könnten.[1]) Seine Majestät erwiderte darauf, daß diese Gefahr absolut nicht bestehe; erstens sei niemand da und zweitens könnte nie eine Persönlichkeit den albanesischen Tron besteigen, die nicht sowohl der Monarchie als auch Italien genehm sei. Auf meine weitere Bemerkung, daß die Kandidatur des Prinzen von Wied, soviel ich zu wissen glaube, ja von allen Mächten angenommen worden sei, meinte Seine Majestät, dies sei nicht ganz so. Nur Österreich-Ungarn und Italien hätten direkt zugestimmt; Seine Majestät der Kaiser von Deutschland halte sich noch zuwartend zurück. Auf meine Einwendung, Herr von Jagow sei aber doch vollkommen damit einverstanden, antwortete Seine Majestät: „Jagow ja, der Kaiser hat sich aber noch nicht ausgesprochen." Frankreich scheine aber überhaupt gegen die Kandidatur des Prinzen zu sein. Da aber Seine Majestät hinzufügte, Er glaube übrigens Selbst, daß der Prinz zu Wied zum Schluße von allen Mächten akzeptiert würde, gestattete ich mir die ergebenste Bemerkung, daß es doch dann für die definitive Regelung der Südgrenze und für die Herstellung der Ruhe in Albanien besonders vorteilhaft sein würde, wenn die Regentenfrage endlich gelöst werde, umso mehr man in Albanien auf eine rasche Wahl eines Fürsten dränge, was letzteres Seine Majestät bestätigte, jedoch beifügend, daß gerade dann der Guerillakrieg, ja selbst eventuell der Krieg mit Griechenland wegen der Südgrenze ausbrechen könne, wenn Albanien einmal definitif konstituiert sei; bisher hielten sich beide Parteien noch zurück, da sie nicht recht wüßten, gegen wen sie losschlagen sollten. Vor Allem müße jedenfalls die Südgrenze durch die Mächte festgesetzt sein, doch gab Seine Majestät noch so weit nach, als Schlußwort hinzuzufügen, „oder muß dieselbe wenigstens durch einen Notenaustausch der Mächte im Prinzipe geregelt sein". Im Laufe des Gespräches erwähnte noch Seine Majestät, „es müsse Alles versucht werden, um die dortigen Arumänen zu Albanien zu schlagen, denn würden sie bei Griechenland bleiben, so würde dasselbe, trotz seinen

Versprechungen, alles unternehmen, auch vor der Gewalt nicht zurückschrecken, um dieselben zu grecisieren; diese Überzeugungen habe Er leider in der letzten Zeit gewonnen, und lauteten auch die Berichte Seines Athener Gesandten darüber sehr pessimistisch. Deutschland würde sich aber in der Frage der Zugehörigkeit der Arumänen jedenfalls mit Frankreich zusammen auf die Seite Griechenlands stellen. Wobei Seine Majestät hinzufügte, die letzten militärischen Reden des deutschen Kaisers und die Erwiderung König Constantins gehörten in die Kategorie der Bemühungen Deutschlands, Griechenland jetzt an sich zu ziehen, seien aber ein Fehler gewesen, da sie den König in einen Gegensatz zu seiner Regierung und auch in gewissem Maße zu seinem Lande gebracht hätten und er nun in Paris doppelt liebenswürdig sein müsse. Solche Stimmungswechsel müßten langsam vorbereitet und nicht in so brüsker Weise, die Opposition notwendig hervorrufend, durchgeführt werden. Des Weiteren ließ Sich Seine Majestät im Laufe der über eine Stunde dauernden, gnädigst gewährten Audienz in der Euer Excellenz bereits bekannten Richtung über das Verhältnis der Monarchie zu Serbien aus, wobei ich mir untertänigst einzuflechten erlaubte, daß der Herr Gesandte Prinz Fürstenberg mir geschrieben habe, Seine Majestät mein Allergnädigster Herr hätte Sich dem Herrn Gesandten gegenüber, als er auftraggemäß die Ansichten König Carols Seiner Majestät gemeldet habe, eher etwas besorgt wegen einer Annäherung Rumäniens an Serbien gezeigt[1] und gemeint, daß diese wohl jetzt, nachdem die allzu große Ausbreitung Bulgariens nicht mehr zu befürchten sei, überflüssig wäre. Prinz Fürstenberg hätte Seine Majestät aber in dieser Hinsicht mit dem Hinweis, daß sich Rumänien jetzt, wo es eine solch dominierende Stellung gewonnen habe, sicherlich nach keiner Seite hin binden würde, beruhigt. Seine Majestät König Carol erklärte, daß diese Interpretation des Prinzen Fürstenberg vollkommen richtig sei und daß von irgendwelchen Abmachungen Rumäniens mit Serbien absolut nicht die Rede sei. Nur wolle Er mit Serbien gut stehen, da auf Bulgarien, — und dies versicherte Seine Majestät mit einer gewissen Emphase — absolut kein Verlaß sei,[2] doch seien demselben nunmehr „die Flügel an allen Seiten gestutzt" worden und daher die bulgarische Gefahr beseitigt, was Er sich zum ganz speziellen Verdienst anrechne. Wie nötig dies übrigens gewesen sei, beweise ein Ausspruch König Ferdinands Selbst an den dortigen deutschen Militärattaché Herrn von Massow: „Diese Lektion war für meine Bulgaren nötig, sonst wäre mit ihnen überhaupt kein Auskommen mehr möglich gewesen."[2] Auf die hohen Ausführungen Seiner Majestät über das von uns nun anzustrebende bessere Verhältnis zu Serbien glaubte ich mit denselben Erläuterungen antworten zu sollen, die ich Herrn Maioresco (vide ergebensten Bericht Nr. 69 B, vertraulich, vom 10-ten laufenden Monats) gegenüber gebrauchte, mir noch die Freiheit nehmend, hinzuzufügen, daß, da keine Animosität bei uns gegen Serbien, solange es diese nicht erzwinge, existiere, der rumänische Druck eher auf Serbien als auf uns ausgeübt werden sollte, worauf Seine Majestät zu erklären die Gnade hatte, Er hätte auch dem serbischen Delegierten Spalaiković direkt gesagt, Er wisse, daß er (Spalaiković) ein „Österreicherfresser" sei, dies „müsse" aber aufhören und

Serbien müsse Alles tun, um sich mit der Monarchie gut zu stellen, und Er schmeichle Sich, dass Sein Wort in entscheidenden Momenten immer in Serbien gehört worden sei. Zum Schluße dieser wohl zu lang ausgefallenen Ausführungen möchte ich mir noch hinzuzufügen erlauben, daß Seine Majestät Sich in den wärmsten Dankesworten über die der Frau Kronprinzessin zuteil gewordene Allerhöchste Auszeichnung, die Höchstdieselbe auch wirklich durch größte Aufopferung verdient habe, aussprach, freudigst hinzufügend, daß Seine Majestät der Kaiser und König Ihm auch direkt diesen Gnadenakt telegraphiert habe, Er Seiner Majestät geantwortet und darauf nochmals ein Telegramm Seiner Majestät erhalten hätte. Haymerle.

1) ? — 2) !

a) Vgl. n. 8671, 8684, 8709. — b) Mit dem Privatschreiben an Haymerle wurde die Abschrift des Privatschreibens Flotows aus Berlin vom 1. Sept. 1913 (vgl. n. 8650 Anm. a) mit der Weisung mitgeteilt, bei König Karol und bei einer Begegnung mit dem Prinzen zu Wied sich dafür zu verwenden, daß der Prinz sich zur Annahme des albanischen Fürstenthrones raschestens entschließe, da sonst damit gerechnet werden müßte, daß ein dem Ballplatze nicht genehmer Prätendent diesen Thron einnehme.

Nr. 8659. Tel. aus Konstantinopel-Jeniköj, 18. Sept. 1913 Nr. 496 (eing. 10 U. p. m.).a) Entziff.

Großvezier sagte mir, daß der Friedensvertrag zwischen der Türkei und Bulgarien heute unterschrieben werden wird. Der Text des Instrumentes sei bereits abgefaßt und wenn man sich auch über einige unwesentliche Punkte noch nicht vollkommen geeinigt hat, so werde doch das Friedenswerk ohne Zweifel noch heute perfekt werden. Said Pascha fügte ausdrücklich hinzu, daß die Optionsfrage keinerlei Schwierigkeiten mehr machen könne, da er entschlossen sei, diese Forderung in der von der Pforte vorgeschlagenen Form fallen zu lassen. Wie mir Großvezier schon gestern versicherte, wird die Armee, sobald der Friede perfekt sein wird, sofort demobilisiert werden.

Pallavicini.

a) Vgl. n. 8644, 8652.

Nr. 8660. Tel. aus Konstantinopel-Jeniköj, 18. Sept. 1913 Nr. 501 (eing. 19. Sept. 11 U. 15 M. p. m.).a) Entziff.

Talaat Bey sagte mir heute, er persönlich sei dafür, daß schon jetzt mit Bulgarien ein geheimes Abkommen getroffen werde. Bisher wurde diese Frage nur im Prinzipe berührt. Meritorische Verhandlungen fanden noch nicht statt. Aus einer Bemerkung Talaats entnahm ich, daß man sich hier mit Rücksicht auf griechenfreundliche Haltung Deutschlands in dieser Frage etwas gehindert fühle. Ich habe Talaat zu verstehen gegeben, man solle sich durch die momentane Haltung Deutschlands nicht beirren lassen, da meines Erachtens mit der Zeit auch Deutschland den natürlichen Erfordernissen der Situation werde Rechnung tragen müssen. Minister des Innern bemerkte auch, es sei ihm sehr daran gelegen, daß das jetzige Ministerium in Sofia sich am Ruder erhalte.

Pallavicini.

a) Vgl. n. 8645, 8676, 8685.

Tel. nach London, 18. Sept. 1913 Nr. 712 (chiffr. 19. Sept. 12 U. 20 M. a. m.). Siehe n. 8657.

Nr. 8661. Tel. des Legationsrates Grafen Karl Trauttmansdorff aus London, 18. Sept. 1913 Nr. 643 (eing. 10 U. 40 M. p. m.). Entziff.

Antwort auf Telegramm Nr. 709 von gestern, betreffs Errichtung serbischer Grenzzollämter. Sir Eyre Crowe versprach mir, englischen Vertreter in Belgrad telegraphisch anzuweisen, Frage der Zurückziehung der fraglichen vier Zollämter im Einvernehmen mit seinen Kollegen in die Evakuierungsdemarche aufzunehmen. Sollte sie mittlerweise bereits ausgeführt sein, so ist englischer Vertreter ermächtigt, sich betreffs Separatschrittes bei serbischer Regierung mit seinen Kollegen ins Einvernehmen zu setzen. Auch für diese Frage sei, so fügte Crowe hinzu, eheste Tracierung der Grenze das beste Mittel. Trauttmansdorff.

Nr. 8662. Tel. des Legationsrates Grafen Karl Trauttmansdorff aus London, 18. Sept. 1913 Nr. 644 (eing. 9 U. 45 M. p. m.). Entziff.

Italienischer Geschäftsträger hat vor zwei Tagen hiesige Regierung auftragsgemäß eingeladen, sich an einem gemeinsamen Schritt der Mächte in Athen zu beteiligen, mit welchem griechische Regierung aufgefordert würde, die durch die Botschafterreunion Albanien zugesprochenen Gebiete zu evakuieren. Englische Regierung hat, wie mir im Foreign Office gesagt wird, ihren Vertreter in Athen beauftragt, keine Initiative in der Angelegenheit zu ergreifen oder selbständig vorzugehen; sollten alle seine Kollegen der Großmächte jedoch zu dem fraglichen Schritte autorisiert sein, so sei auch er ermächtigt, Demarche mitzumachen. Sir Eyre Crowe hat heute griechischen Gesandten, welcher Zulassung eines griechischen Delegierten zur Delimitationskommission urgierte, eindringlich darauf aufmerksam gemacht, daß gewisse Gebiete, welche durch die Botschafterreunion von der Entscheidung durch Delimitationskommission ausgenommen worden sind, seitens der Mächte endgiltig Albanien zugesprochen wurden, und ihm Fügung unter den Willen der Mächte empfohlen. Trauttmansdorff.

Tel. nach Paris, 18. Sept. 1913 Nr. 443 (chiffr. 19. Sept. 12 U. 20 M. a. m.). Siehe n. 8657.

Tel. nach Rom, 18. Sept. 1913 Nr. 1068 (chiffr. 19. Sept. 12 U. 20 M. a. m.). Siehe n. 8657.

Nr. 8663. Tel. des Legationsrates Grafen Ludwig Ambrózy aus Rom, 18. Sept. 1913 Nr. 644 (eing. 11 U. p. m.). Entziff.

Serbische Zollämter in Albanien. Erhalten Euer Exzellenz Telegramm Nr. 1061 vom 17. d. Mts. und Demarche ausgeführt. Consulta hatte schon vor einigen Tagen Telegramme italienischen Geschäftsträgers erhalten, wonach laut einer Mitteilung des serbischen Ministeriums des Äußern das von Londoner Reunion Albanien zugewiesene Territorium schon von serbischen Truppen evakuiert sei. Herr Rinella habe Meinung ausgesprochen, daß dieser Entschluß auf russischen Druck zurückzuführen sei. Herr Garbasso wird Befehle Marquis di San Giulianos über den Rinella angesichts divergierender Informationen zu erteilenden Auftrag einholen. Ambrózy.

Tel. nach St. Petersburg, 18. Sept. 1913 Nr. 502 (chiffr. 19. Sept. 12 U. 20 M. a. m.). Siehe n. 8657.

Nr. 8664. Tel. des Legationsrates Grafen Otto Czernin aus St. Petersburg, 18. Sept. 1913 Nr. 314 (eing. 19. Sept. 12 U. 15 M. a. m). Entziff.

Serbische Zollämter auf albanesischem Gebiete. Habe früh Herrn Neratow aufgesucht und mich im Sinne telegraphischer Weisung von heute Nr. 500 ausgesprochen. Der Leiter des Ministeriums des Äußern wollte der Nachricht von der geplanten Errichtung serbischer Zollämter auf albanesischem Gebiete, welche ihm bisher nicht zugekommen sei, anfangs jede Bedeutung absprechen, da es ja keinem Zweifel unterliege, daß sich Serbien den Entscheidungen der Delimitationskommission fügen werde. Übrigens habe der russische Geschäftsträger in Belgrad telegraphiert, daß nunmehr aus Äußerungen kompetenter serbischer Persönlichkeiten mit Sicherheit zu entnehmen sei, daß die Zurückziehung der Truppen hinter die in London festgesetzte Grenze tatsächlich beschlossen wäre. Nachdem ich demgegenüber Herrn Neratow vorhielt, daß das Projekt, auf zweifellos albanesischen Punkten Zollämter zu errichten, doch auf alle Fälle die seinerzeitigen Ausführungen der Beschlüsse der Grenzkommission — nicht zuletzt für Serbien selbst — nur erschweren könnte und die ohne allseitigen Widerspruch erfolgte Errichtung der fraglichen Ämter serbischerseits eventuell auch zu weiteren Komplikationen ausgenützt werden könnte, versprach mir Neratow, meine Mitteilung an die Belgrader russische Gesandtschaft leiten und sie anweisen zu wollen, vorerst in freundschaftlicher Form bei der serbischen Regierung anzufragen, wie die geplante Maßregel mit den in Belgrad offiziell mitgeteilten Beschlüssen der Londoner Reunion in Einklang zu bringen sei. Eine schärfere Tonart anzuschlagen schiene ihm verfrüht, und erfahrungsgemäß hätten freundschaftliche Konversationen in Belgrad meist bessere Erfolge. Otto Czernin.

Nr. 8665. Tel. aus Sofia, 18. Sept. 1913 Nr. 1118 (eing. 9 U. 45 M. p. m.).[a] Entziff.

Hatte Besuch des Ministers des Äußern, der mir sagte, territoriale Frage sei gestern endgiltig geregelt worden, wobei Demotika Türkei verbleibe. Es seien zugleich andere Fragen, wie die der Nationalitäten, der Erhaltungskosten der Kriegsgefangenen und so weiter behandelt und die erstere (dieselbe, von der in Euer Exzellenz Telegramm Nr. 547[b]) vom 18. d. Mts. die Rede) für Bulgarien befriedigend gelöst worden. In der letzteren werde heute Entscheidung fallen und bulgarische Delegierte hätten Instruktion, eventuell nachzugeben. Aus Telegrammen der Delegierten gehe nicht mit Sicherheit hervor, ob heute Unterzeichnung zu erwarten, jedenfalls stehe aber Minister des Äußern unter günstigem Eindrucke, daß heikelster Teil Aufgabe gelöst. Minister erzählte weiter, Tocheff hätte mit Markgrafen Pallavicini Frage türkisch-bulgarischer Entente besprochen und Ratschläge erhalten, wie in Euer Exzellenz Telegramm Nr. 548 vom 18. d. Mts. Herrn Ghenadieff leuchte es vollkommen ein, daß bulgarischerseits nicht auf sofortigem Abschluß Bündnisses insistiert werden soll und es konveniere

ihm, daß Türken darauf nicht bestehen. Jetzt solle bloß möglichst freundliche Athmosphäre geschaffen werden — wofür bulgarische Regierung ihrerseits sorgen werde — und für Bulgarien werde es günstiger sein, Verhandlungen bezüglich politischer Annäherung später zu eröffnen, wenn es schon im Besitze neuer Territorien sein und mit Türkei d'égal à égal sprechen können werde. Ich betonte einerseits Notwendigkeit Geheimhaltung diesfälliger Absichten Regierung und anderseits Wichtigkeit reibungsloser Durchführung der Okkupation West-Thraziens und baldigster Entsendung tüchtigen Gesandtens nach Konstantinopel. Mitredner meinte, die Okkupation würde glatt vor sich gehen und werde dieselbe Ministerpräsident persönlich leiten, wobei auf muselmännische Bevölkerung alle Rücksichten genommen würden. Minister denke daran, Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen sofort vorzuschlagen; vielleicht werde er Tocheff, den er ursprünglich für Wien bestimmt hätte, in Konstantinopel lassen, entschlossen sei er aber noch nicht. Daß größte Vorsicht in Behandlung Frage Entente geboten, wisse Mitredner, da Russland mit Frankreich jedenfalls alles tun werde, um zu hintertreiben. Markgraf Pallavicini hätte Delegierten gesagt, daß Deutschland nicht dafür, daß sofortige Entente formell angestrebt werde. Mitredner verstehe dies so, daß Deutschland wünsche, Türkei möge freie Hand behalten. Dieser Standpunkt Deutschlands scheint Herrn Ghenadieff zu präokkupieren, er sprach mir länger (und schon nicht zum ersten Male) von Neigung Deutschlands zu Griechenland, welch' letzteres aber — nach Überzeugung Ministers — sich von Frankreich nicht trennen würde. Glaubte ich nicht, daß man das in Berlin einsehen und bald zu der Balkanpolitik der Monarchie übergehen werde? Ich gab als Antwort bezüglich Deutschlands bloß rein persönliche Anschauungen und was Ansichten bulgarisch-türkischer Entente anbelangt, so betonte ich, daß Großvezir und Talaat Bey entschieden dafür gewonnen zu sein schienen, welchen Eindruck, wie auch bezüglich Djemal Beys, Mitredner vollkommen teilt. Als mir Minister von Hellenophilie Deutschlands sprach, dachte ich unwillkürlich an Ausführungen meines unterwegs befindlichen Chiffreberichtes Nr. 56 vom 16. d. Mts. Tarnowski.

a) Vgl. n. 8685 Anm. b. — *b)* Mit Tel. Nr. 547, 17. Sept. 1913 (chiffr. 11 U. p. m.) wurde n. 8644 nach Sofia mitgeteilt.

Nr. 8666. Erlaß an den Legationsrat Wilhelm Ritter von Storck in Belgrad, 19. Sept. 1913 Nr. 4463.a) Konz. (S. Hohenlohe; V. u. G. Macchio).

In der Anlage erhalten Euer Hochwohlgeboren die Abschriften eines Telegrammes *b)* des königlichen Kommissärs, Baron Skerlecz, sowie eine mit einer Beilage versehene Note *c)* desselben, welche Piècen in Zimony gemachte Äußerungen des Prinzen Georg von Serbien zum Gegenstande haben. Euer Hochwohlgeboren wollen diese Äußerungen bei Herrn Spalajković in mündlicher und vertraulicher Form zur Sprache bringen, ohne hiebei eine förmliche Demarche zu unternehmen. Euer Hochwohlgeboren wollen auch bemerken, daß ich übrigens die Auslassungen Seiner königlichen Hoheit nicht besonders ernst nehme.

a) Vgl. n. 8675. — *b)* Erste Beilage. — *c)* Zweite und dritte Beilage.

*Erste Beilage zu n. **8666**. Tel. des Banus von Kroatien; Agram, 11. Sept. 1913 Nr. 331 res. (eing. 3 U. p. m.). Entziff.*

Wie Polizeichef von Semlin telegraphisch meldet, soll Prinz Georg von Serbien, der sich auf der Durchreise am dortigen Bahnhof aufhielt, dem dortigen Bahnbeamten gesagt haben: „Das alles wird in acht Jahren serbisch."

Skerlecz.

*Zweite Beilage zu n. **8666**. Note des Banus von Kroatien; Agram, 13. Sept. 1913 Nr. 336 res. Abschrift.*

Im Nachhange zu meiner telegraphischen Mitteilung vom 11. d. M., Z. 331 res. beehre ich mich, beiliegend Euer Exzellenz die deutsche Übersetzung des mit dem Bahnbeamten Puhović über die am Semliner Bahnhofe gemachten Äußerungen des Prinzen Georg von Serbien aufgenommenen Protokolles, zur hochgeneigten weiteren Verfügung höflichst zu übermitteln.

Skerlecz.

*Dritte Beilage zu n. **8666**.*

Protokoll vom 10. September 1913, aufgenommen beim königlichen Polizeikommissariate in Semlin. Übersetzung aus dem Kroatischen. Die Anwesenden: unterfertigt.

Es tritt vor der vorgeladene Beamte der kgl. ung. Staatsbahnen, Martin Puhović, und sagt folgendes aus: Heute früh ereignete sich anläßlich der Durchreise des serb. Prinzen Georg folgender Vorfall: Als Prinz Georg über mein Ersuchen die erste Klasse bestieg und mir für das Entgegenkommen dankte, fügte er folgendes hinzu: „Dies alles, was Ihr sehet, wird, so Gott gibt, in acht Jahren unser sein." Dabei zeigte er mit dem Finger auf die Umgebung. Sein Begleiter, der serbische Hauptmann Mreajlović, stellte ihn zur Rede, er möge nicht so sprechen, da ich ein österr.-ung. Untertan sei, worauf ihm der Prinz erwiderte: „Aber lasse dies, er ist ja ein Serbe." Als ich bemerkte, ich sei ein Kroate, antwortete der Prinz: „Das sind ja unsere Brüder." Sonst vernahm ich von Prinz Georg nichts, als daß er nach Wien und von dort wahrscheinlich nach Paris reise. Martin Puhović m. p. Bahnbeamter. Geschlossen und gefertigt: Vuković m. p. Sekretär. Žutić m. p. Akzessist. Für die richtige Übersetzung: D. Havliček m. p.

*Nr. **8667**. Tel. aus Konstantinopel-Jeniköj, 19. Sept. 1913 Nr. 500 (eing. 20. Sept. 12 U. 45 M. a. m.).[a] Entziff.*

Türkisch-bulgarische Verhandlungen. Talaat Bey hat mich soeben aufgesucht und mir gesagt, dass der Vertrag mit Bulgarien unter allen Umständen Montag perfekt werden wird. Die Einigung bezüglich der Grenze sowie der Nationalitätenfrage ist bereits zustande gekommen, in letzterer Beziehung wurde bestimmt, dass die Mohammedaner in den von Bulgarien annektierten Provinzen während vier Jahren das Optionsrecht geniessen und während dieser Zeit weder zum Militärdienste noch zur Zahlung von Militärtaxen herangezogen werden dürfen. Im übrigen werden sie sofort alle den bulgarischen Staatsangehörigen zukommenden Rechte geniessen.

Ferner werden den Mohammedanern alle natürlichen Menschenrechte gesichert und denjenigen, welche zwangsweise zum Christentum bekehrt worden sind, Rückkehr zum Mohammedanismus gestattet werden. Talaat glaubt, dass die Bevölkerung von Thrazien sich durch diese Zugeständnisse beruhigen lassen werde; jedenfalls beabsichtigt türkische Regierung, derselben klar zu machen, dass sie in keiner Weise auf ihre Hilfe rechnen dürfe. Es bleiben nur noch einige Fragen bezüglich der Vakuf-Güter und der Muftis in Schwebe, welche, wenn sie nicht bis Montag geregelt werden können, Gegenstand späterer Verhandlungen bilden würden. Pallavicini.

a) Vgl. n. 8644, 8672.

Nr. 8668. Tel. des Gesandten Grafen Josef Somssich aus Paris, 19. Sept. 1913 Nr. 188 (eing. 5 U. 15 M. p. m.). Entziff.

Antwort auf Telegramm Nr. 440 vom 17. d. M. Serbische Zollämter. Auf meine gestrige Demarche erhalte ich soeben die Antwort, dass französischer Vertreter in Belgrad zur gegenständlichen Berichterstattung aufgefordert wird und, falls sich Information als zutreffend herausstellt, unserem Wunsche entsprechend instruiert werden wird. Erhalten Euer Exzellenz Telegramm Nr. 443. Ich werde mich noch heute im Auswärtigen Amte im gewünschten Sinne aussprechen. Somssich.

Nr. 8669. Tel. aus Sofia, 19. Sept. 1913 Nr. 1119 (eing. 20. Sept. 11 U. a. m.).a) Entziff.

Ministerpräsident stattete mir heute Nachmittag nach vorheriger Ansage offiziellen Besuch ab. Er erwähnte Unterzeichnung Akkordes mit Türkei betreffend territoriale Abgrenzung und Nationalitätenfrage und drückte formell seinen und Regierung Dank für unsere Unterstützung aus mit Bitte, diesen Ausdruck Dankbarkeit Bulgariens zu Euer Exzellenz Kenntnis zu bringen. Was gerettet habe werden können, sei mit unserer Hilfe gerettet worden, meinte er, und Regierung — die an dem, was verloren worden unschuldig — könne mit dem Erlangten zufrieden sein. Mitredner sei überzeugt, dass die noch zu lösenden Fragen mit Pforte leicht geregelt würden und dass Okkupation neuer Territorien zu keinen Reibungen führe, werde er selbst sorgen. Konseilspräsident werde persönlich mit Kriegsminister Okkupation an Ort und Stelle leiten. Durch Lösung der Kontroverse mit Türkei sei Stellung der Regierung gesichert und werde sie — nachdem sie bis jetzt nur um die Existenz des Landes gekämpft — nunmehr sich Verwirklichung ihres politischen Programmes widmen können. Ministerpräsident erwähnte (wörtlich), er glaube, jetzt werde man sich auch mit Entente zwischen Monarchie und Bulgarien, bezüglich der wir uns bisher bloß im Prinzipe geäußert hätten, beschäftigen können. Diese letztere Bemerkung, auf die ich, da sie nicht Form Frage hatte, keine direkte Antwort geben musste, beweist, dass ich mich in meinem Bericht vom 16. d. M. Nr. 56 in Beurteilung Psychologie Kabinetts nicht geirrt und dass eine Erklärung, wie sie mir vorschwebt und welche Regierung Beruhigung geben wird, dass unser Interesse für Anschluss Bulgariens an uns nicht er-

schlafft ist, im gegenwärtigen Momente absolut notwendig. Ministerpräsident blieb bei mir recht lange und wir besprachen vertraulich seine innere Politik, die Haltung Seiner Majestät des Königs, über die er sich nicht zu beklagen habe etz. Aus Aeusserungen Mitredners — und diesen Eindruck habe ich auch sonst — ging hervor, dass Regierung ihrer Sache sicher und dass sie sich für lange einrichtet. Ueber Beziehungen zu Russland sagte Konseilspräsident, sie seien kühl, aber korrekt und Regierung bemühe sich, Russland nicht zu verstimmen. Ueber Rumänien könne sich Mitredner kein rechtes Urteil bilden; Rumänien scheine zwischen uns und Russland zu lavieren und es sei unmöglich vorauszusehen, ob es sich nach irgend einer Seite binden und ob es schließlich zu Serbien und Griechenland oder zu Bulgarien neigen werde. Zum Schlusse dankte mir Herr Radoslawow herzlich für meine Bemühungen und sagte, das, was wir in türkischer Frage getan, werde austrophiler Richtung zugute kommen. Die Regierung werde wissen, daraus Stimmung in öffentlicher Meinung zu machen. Tarnowski.

a) Oe. U. Balkan 438 Nr. 873. Vgl. n. 8688.

Nr. 8670. Tel. des Legationssekretärs Prinzen Emil Fürstenberg aus Athen, 20. Sept. 1913 Nr. 701 (eing. 10 U. p. m.). Entziff.

Abgrenzung Südalbaniens. Mein deutscher Kollege hat gestern auftraggemäß nachdrücklichen Schritt bei Ministerpräsidenten unternommen, um griechische Regierung zur Aufgabe Widerstandes gegen Mächtebeschlüsse zu veranlassen. Gründung Albaniens, welche vor allem gegen Serbien erfolgt wäre, sei nach Auffassung der deutschen Regierung auch im Interesse Griechenlands gelegen, da sonst dieser slavische Staat zu mächtig geworden wäre. Griechenland müsse trachten, seine Herrschaft im Osten zu befestigen und bedürfe daher Rückendeckung im Westen ebenso wie es auch angesichts Möglichkeit eines Konfliktes mit Bulgarien in Zukunft auf das Wohlwollen Österreich-Ungarns und Italiens angewiesen sei. Herr Venizelos machte Graf Bassewitz darauf aufmerksam, dass die ganz ungerechtfertigte Inkorporierung von nahezu 250.000 Griechen in Albanien Verhältnis Griechenlands zu Italien, welches seine Entstehung Nationalitätsprinzip verdanke, derart vergiften würde, dass dies dauernde Entfremdung zwischen beiden Ländern zur Folge haben müsse. Hiesige öffentliche Meinung würde auf Moment passen, um sich für Unbill zu rächen. Wesentlich anders liege der Fall mit der Monarchie. Die Beziehungen zu Österreich-Ungarn seien immer kühl gewesen und Öffentlichkeit werde sich diesfalls weniger echauffieren. Was Deutschland anbelange, so verstehe Venizelos, dass es sich mit seinen Verbündeten solidarisch erkläre. Auf Bemerkung Bassewitz', dass griechische Regierung umso eher nachgeben könne, als sie durch Beschlüsse Europas dem Land gegenüber gedeckt sei, erwiderte Premier, wenn er etwas für richtig halte, so finde er Mittel und Wege, um seinen Willen durchzusetzen. Es kann immerhin als ein gewisser Fortschritt bezeichnet werden, dass Herr Venizelos diesmal nicht davon sprach, dass Griechenland nur der Gewalt weichen würde. Emil Fürstenberg.

Nr. 8671. Tel. des Legationsrates Franz Freiherrn von Haymerle aus Bukarest-Sinaia, 20. September 1913 Nr. 345 (eing. 21. Sept. 7 U. 45 M. a. m.).[a] Entziff.

Streng vertraulich. Nachhang zu Privatschreiben vom 18. d. Mts. Wieds Kandidatur. Minister des Äußern sagte mir, König habe ihm meinen Auftrag über Kandidatur des Prinzen Wied mitgeteilt. Prinz kommt in ungefähr zehn Tagen. Wiederholte Minister des Äußern mir erteilte hohe Weisung und Argumente. Ministerpräsident meinte, daß es vor allem sehr erfreulich, daraus zu erfahren, daß Österreich-Ungarn sich für ihn einsetze. Schien auch der Ansicht, daß baldigste Stabilisierung der Verhältnisse Albaniens durch Prinzenwahl notwendig sei, da jetzige Regierung ein Unding. König Carol zögere aber noch etwas, da Sache sehr heikel und er nicht sein Prestige für etwas einsetzen wolle, was nicht sicher von Erfolg begleitet sei. Man fürchte hier auch, daß Prinz sofort in Interessengegensatz Dreibunds zu Triple-Entente kommen würde. Wüßte man wenigstens, daß eine Macht der letzteren Gruppe unbedingt für Wied sei! Die diesbezügliche Ungewißheit teilte mir auch Seine Majestät der König mit und konnte ich beide Male nur erwähnen, daß Baron Flotow dem Prinzen gegenüber sich, jedenfalls mit hoher Ermächtigung, dahin geäußert habe, daß er wohl von allen Mächten akzeptiert werden würde (Privatschreiben Baron Flotows vom 1. d. Mts.)[b]. Diesbezüglich hierorts vorzubringende Erläuterung wäre vielleicht angezeigt, da, wenn richtig, sehr beruhigend und für Euer Exzellenz Intentionen günstig wirken würde. Seine Majestät erwähnte auch bei Audienz, er (König) habe sich immer viel mit Albanien befasst, kenne einschlägige Literatur, zum Beispiel Werk Generalkonsuls von Hahn. Erlaubte mir zu bemerken, hiesiger Konsul Baron Bornemisza sei ein gründlicher Kenner Albaniens und könne jedenfalls interessante Details über dieses Land mitteilen. König war über diese Nachricht sichtlich erfreut und meinte: „Dann werde ich ihn bitten, zu mir zu kommen, wenn der Prinz Wied hier, und uns über Albanien Aufklärungen zu geben." Gestattete mir, die nachträgliche hohe Zustimmung Euer Exzellenz erhoffend, Seine Majestät den König in dieser Hinsicht zu bestärken. Da ich dachte, daß es doch nur vorteilhaft sein könnte, wenn König und Thronkandidat von einem unserer Funktionäre ihre Nachrichten über Albanien schöpfen würden und man dabei vielleicht gewisse Ideen imputieren könnte, so glaubte ich auch Ministerpräsidenten Gedanken einer Unterredung mit Konsul wiederholen zu sollen. Ministerpräsident fand Idee sehr gut und notierte sich Namen Konsuls, um König daran zu erinnern. Wenn Euer Exzellenz vorstehenden Gedanken aufzugreifen für richtig finden, wäre vielleicht Bornemisza baldigst über eventuelle Berufung zu verständigen, da auf Urlaub in Siebenbürgen. Meinem Gefühle nach bildet Unsicherheit über Stellungnahme deutschen Kaisers zu Kandidatur Wied zusammen mit pekuniären Momenten einen der Hauptgründe der Unschlüssigkeit König Carols. Wie Minister des Äußern meinte, müßte sich ...[c] Wied für Zuspruch der Pinduswalachen an Albanien einsetzen, während deutscher Kaiser aus Rücksicht für seine Schwester dieselben Griechenland erwerben möchte, was, wenn der Verwandte hiesigen Königshauses Thron besteigen würde,

dann auch zu einem höfischen Interessengegensatz mit hier führen würde. Haymerle.

[a]) Vgl. n. 8684, 8709. — [b]) Vgl. n. 8650 Anm. a. — [c]) Zwei Chiffres verstümmelt.

Nr. 8672. Tel. aus Konstantinopel-Jeniköj, 20. Sept. 1913 Nr. 503 (eing. 10 U. p. m.). Entziff.

Türkisch-bulgarische Verhandlungen. Zu meinem Telegramme Nr. 500 vom 19. d. M. In der Nationalitätenfrage haben bulgarische Delegierte insoferne ihr Ziel erreicht, als die von der türkischen Regierung aufgestellte Forderung, daß die Nichtbulgaren, falls sie für die ottomanische Staatsangehörigkeit optieren, das Recht behalten sollen, unter allen Umständen in den von Bulgarien annektierten Provinzen zu bleiben, fallen gelassen wurde. Wie Euer Exzellenz aus meinem Telegramme Nr. 494 erinnerlich sein dürfte, habe ich in dieser Sache beim Großvezier interveniert. Pallavicini.

Nr. 8673. Tel. aus Sofia, 20. Sept. 1913 Nr. 1120 (eing. 10 U. p. m.). Entziff.

Vertraulich. Hatte Besuch Herrn Dobrovič' und wir besprachen unverbindlich Lage aus Anlaß der Unterzeichnung Akkordes mit Türkei, wobei ich Unterstützung des Markgrafen Pallavicini auf Grund der einschlägigen Telegramme hervorstrich. Im Verlaufe der Konversation richtete Mitredner spontan Frage an mich, ob ich nicht glaubte, dass sich Europa — jetzt, wo Bulgarien Gebiete, die bei Abschluß Bukarester Friedens als bulgarisches Eigentum in Rechnung gestellt worden, endgiltig verloren — für Revision (Kavalla) gewinnen ließe. Unter Betonung, dass eigene Ansicht ausspreche, äußerte ich mich skeptisch und erwähnte, dass unser Standpunkt von niemand geteilt, dass Russland ausgespannt, dass Europa die Balkankrisen satt und dass mir Durchführung Revision ohne Krieg, zu dem Bulgarien jetzt unfähig, nicht vorstellen könne. Mitredner insistierte nicht, sondern meinte, Bulgarien müsse sich fünf oder sechs Jahre gedulden und erholen und dann werde es Mazedonien zurücknehmen. Wenn Dobrovič von Revision spricht, so beweist dies, dass König Ferdinand, Höchstwelcher Misserfolge seiner Politik nicht verdauen kann, an dem Gedanken noch laboriert. König — das geht aus Äußerungen Dobrovič' und der Minister hervor — fürchtet Verantwortung vor dem Lande wegen begangener Fehler und kann verlorenen Nimbus klugen Regenten nicht verschmerzen. Dobrovič kommt gesprächsweise immer wieder darauf zurück, dass Seine Majestät unschuldig und nur Herr Geschoff und Herr Danew alle Fehler begangen. Ich stimme eifrigst zu und betone, — was gerne gehört wird — König soll sich hinter konstitutionelle Ministerverantwortlichkeit verstecken und, wenn Land Rechenschaft verlangen wird, mit Hilfe jetziger Regierung Schuld und Odium auf Russophile ablenken. Minister des Äussern erzählte vertraulich, „que le Roi pleurniche tout le temps et répète qu'il a tout perdu, qu'il est devenu la risée du monde entier et qu'il n'ose plus se montrer en Europe". Letztere Sorge, wie auch die, dass König jetzt durch Serbien nicht recht zu reisen wage, seien — meinte Herr Ghenadieff — besonders akut, da Seine Majestät bereits sehr ungeduldig, sich ins Ausland zu begeben.
Tarnowski.

Nr. 8674. Tel. des Legationsrates Wilhelm Ritter von Storck aus Belgrad, 21. Sept. 1913 Nr. 602 (eing. 6 U. p. m.).[a] Entziff.

Sogenannte Evakuation Albaniens. Mein englischer Kollege erfährt aus allerdings privater, aber, wie er sagt, sehr verlässlicher Quelle, dass die Serben alle strategischen Punkte in Albanien, die kürzlich geräumt worden waren, wieder besetzt hätten. Er telegraphiert nach London und meint, dass es angesichts der Lage in absehbarer Zeit zu einer neuen Sitzung der Botschafter werde kommen müssen. Er besprach auch die Haltung des russischen Kollegen und ist der Ansicht, dass dieser der serbischen Regierung jede Kollektivdémarche seitens der Mächte ersparen möchte, von den Serben aber selbst an der Nase herumgeführt werde. Storck.

[a]) Oe. U. Balkan 438 Nr. 874. Vgl. n. 8691.

Nr. 8675. Bericht des Legationsrates Wilhelm Ritter von Storck aus Belgrad, 22. Sept. 1913 Nr. 194 C (eing. 24. Sept.). Ausfert.

Über den hohen Erlaß vom 19. l. Mts. Zahl 4463 habe ich nicht verfehlt, im Auswärtigen Amte der unvorsichtigen Äusserungen des Exkronprinzen Georg über die serbischerseits erhofften künftigen territorialen Erwerbungen gesprächsweise Erwähnung zu tun und die seitens Seiner Königlichen Hoheit gefallenen Aussprüche im Gegenstande wortwörtlich zu zitieren. Über die nur kurze Frist von 8 Jahren, innerhalb welcher Prinz Georg den Anfall Kroatiens und Slavoniens gewärtigen zu dürfen glaubt, war Dr. Šajnović' — dem gegenüber ich infolge der Abwesenheit Herrn Spalajković' meine einschlägigen Bemerkungen fallen ließ — einigermaßen selbst überrascht. Allerdings nur darüber; denn daß ein Aufgehen unserer südslavischen Provinzen im Königreiche Serbien nur in der natürlichen Entwicklung der Dinge gelegen und eine Frage der Zeit sein könne, bezweifelt in seinem Innersten hier kein Mensch oder doch kein Serbe (!). Dr. Šajnović zeigte sich aber immerhin sehr empressiert, mir seine Entrüstung über besagte Aussprüche des Prinzen zu dokumentieren und mich zu bitten, denselben keine weitere Bedeutung beizumessen. Im Sinne meiner Instruktionen beruhigte ich ihn auch in dieser Hinsicht vollständig und ging ohne weiters auf ein anderes, weniger heikles Gesprächsthema über.

Storck.

Nr. 8676. Tel. aus Konstantinopel-Jeniköj, 22. Sept. 1913 Nr. 508 (eing. 23. Sept. 7 U. a. m.).[a] Entziff.

Geheim. Ich habe heute mit Großvezier eine streng vertrauliche Unterredung in Betreff der Entente mit Bulgarien gehabt. Said Pascha sagte mir anfangs, er hätte hierüber noch nicht mit General Savow gesprochen. Aus den weiteren Äußerungen meines Mitredners konnte ich jedoch entnehmen, dass dies nicht ganz richtig sein dürfte. Großvezier sagte mir nämlich im Laufe des Gespräches, wenn er einen solchen Vertrag mit Bulgarien abschließen sollte, so würde er dies ganz geheim und ausschließlich auf seine eigene Verantwortung machen, ohne einem anderen Minister etwas davon zu sagen, da man bei den hiesigen Verhältnissen auf

eine Wahrung des Geheimnisses nicht rechnen könne. Ich konnte aus den Äußerungen Großveziers ferner konstatieren, dass er noch gewisse Bedenken wegen Rumäniens und auch wegen Deutschlands habe. In beiden Belangen suchte ich ihn zu beruhigen und wie mir scheint, hatten die von mir vorgebrachten Argumente den gewünschten Erfolg. Namentlich was Deutschland anbelangt, sagte ich dem Großvezier, dass das Berliner Kabinett meines Erachtens, wenn einmal das fait accompli besteht, sich ohne Zweifel veranlasst sehen werde, seine momentane griechenfreundliche Politik aufzugeben. Ebenso werde Rumänien mit der Tatsache rechnen müssen, dass die Türkei im Vereine mit Bulgarien eine Armee von 1,000.000 Soldaten jederzeit werde aufstellen können. Ich habe nach dieser Unterredung den bestimmten Eindruck, dass jedenfalls ein greifbares Resultat in dieser Richtung erzielt werden wird, noch bevor die bulgarischen Delegierten Konstantinopel verlassen haben werden. Pallavicini.

[a]) Vgl. n. 8660, 8685.

Nr. 8677. Tel. aus Sofia, 22. Sept. 1913 Nr. 1123 (eing. 23. Sept. 11 U. 30 M. a. m.).[a]) Entziff.

Laut Telegrammes, das mir Minister des Äußern vorlas, hätte Djemal Bey mit General Savow über zwischen der Türkei und Bulgarien zu schließende Allianz lange gesprochen und gesagt, Zweck derselben wäre Vernichtung Griechenlands; Türkei würde Dedeagatsch, Gümüldjina und Ägäische Inseln ohne nähere Bezeichnung annektieren, Bulgarien Kavalla, Seres und Salonik nehmen. Djemal Bey hätte erwähnt, es sollte getrachtet werden, Serbien in dieses Bündnis aufzunehmen. General Savow telegraphiert, sein Eindruck von Äußerungen Djemal Beys sei kein günstiger, da Türken offenbar unentschlossen, und wenn ihnen Griechenland gewünschte Inseln geben werde, würden sie sich Südwest-Thrazien nehmen und sich mit Griechenland verständigen, wofür sich Frankreich, dessen Einfluß in Konstantinopel im Wachsen, verwende. Herrn Ghenadieff stimmte Telegramm General Savows nachdenklich. Tarnowski.

[a]) Vgl. n. 8701.

Nr. 8678. Bericht des Majors Fischer von Ledenice aus Sofia, 22. Sept. 1913 Nr. 17 (eing. als Einsichtsstück des Chefs des Generalstabs vom 2. Okt. Nr. 4273 am 20. Okt.).[a]) Abschrift.

Der deutsche Militärattaché, Major von Massow, welcher früher durch längere Zeit auch Attaché für Rumänien gewesen, ist, einer Einladung König Carols folgend, vor einigen Tagen in Sinaia von Seiner Majestät empfangen worden; knapp vor seiner Abreise wurde er von König Ferdinand, der von dieser Einladung Kenntnis bekommen hatte, zur Audienz befohlen. Major von Massow teilt mir über diese beiden Audienzen folgendes mit: Seine Majestät König Ferdinand besprach den Verlauf des Kriegsjahres, der Tenor der Ausführungen war, Er (der König) hätte wohl das Richtige gewollt, aber man hätte ihm nicht gefolgt. Er hätte schon nach dem Rückzuge der Türken an den Karagac Dere zum Abschlusse eines Waffenstillstandes geraten, aber

Sawow und die anderen Generale hätten vorwärts gedrängt und seien unersättlich gewesen. Auch den Krieg gegen die Verbündeten hätte Er nicht gewollt, er sei Ihm durch das Volk aufgezwungen worden. Er hätte versucht, sich mit den Griechen zu verständigen. Im übrigen wäre auch dieser Krieg zu einem glücklichen Ende geführt worden, wenn nicht Danew hinter Seinem Rücken den Befehl zum Rückzuge gegeben hätte, dadurch sei bei der Armeegruppe Iwanow vorübergehend die Ordnung verloren gegangen. Der König sprach über die Notwendigkeit einer dauernden Verständigung mit der Türkei, um sich künftig vor Überraschungen von dieser Seite sicherzustellen. Einer aufrichtigen Verständigung mit Rumänien stünde allerdings dessen Bündnis mit Serbien und Griechenland entgegen (!). Seine Majestät beklagte sich bitter über das „Doppelspiel" der russischen Politik und die gehässigen Angriffe, die Er in der französischen Presse erfahren. Man habe Ihn zur Abdankung zwingen wollen. Er wisse, dass an höchster Stelle in Petersburg das Wort gefallen sei: Il faut l'écraser, ce Prince de Cobourg! Was die Armee betreffe, so habe Er trotz aller Missgeschicke das Vertrauen in Seine braven Soldaten, die sich glänzend geschlagen und die grössten Strapazen gehorsam ertragen hätten, nicht verloren, nur mit den höheren Führern sei es schlecht bestellt, da müsse eine durchgreifende Änderung erfolgen. (Hat inzwischen schon begonnen.) Der König sprach herb über den General Fitscheff. Er sei ein Zauderer, er sei Schuld daran, dass nach der Schlacht bei Kirkkilisse die Türken nicht energisch verfolgt worden seien, er hätte immer auf Meldungen gewartet, welche viel zu spät gekommen seien. Der König fügte bei, Er beabsichtige, die Leitung des Generalstabes in fähigere Hände zu legen, Fitscheff würde möglicherweise einen Gesandtenposten erhalten, ebenso General Radko Dimitrieff, der mehr Russe als Bulgare sei und die Politik in die Armee trage. Im ganzen erhielt Herr von Massow den Eindruck, dass der König furchtbar deprimiert sei. Ich bin nicht geschaffen, Missgeschicke zu ertragen. Seine Worte! Beim rumänischen Königspaare schien meinem Gewährsmanne eine Stimmung herzlicher Teilnahme für das hiesige Königshaus zu herrschen, insbesonders wurde sich voll Interesse und Sympathie nach dem Prinzen Boris erkundigt. Seine Majestät König Carol sieht die Annäherung Bulgariens an die Türkei mit Sympathie und findet sie sehr vernünftig; an ein dauerndes Bündnis mit Serbien und Griechenland mit gegen Bulgarien gerichteter Spitze denke Er nicht. „Sie können das dem König (von Bulgarien) sagen!" Von einem näheren Anschlusse Bulgariens an Rumänien könne aber allerdings in „absehbarer Zeit" keine Rede sein! Major von Massow hat aber nicht den Eindruck gewonnen, dass der König dieser Idee im Prinzipe unsympathisch gegenüberstände. Seine Majestät erwähnte, Er habe im Verlaufe der letzten Ereignisse immer retardierend einzuwirken gesucht, zu dem Vorgehen gegen Bulgarien sei Er gezwungen gewesen, sonst hätte Er Seine Armee gegen Unruhen im eigenen Lande marschieren lassen müssen. Er hätte auch gewünscht, dass die Armee nicht so weit vorrücke; auf die Nachricht von Unruhen in Bulgarien hätte Er sofort den Vormarsch einstellen lassen, doch seien Seine Befehle nicht so schnell „durchgedrungen", als Er es gewünscht, einzelne Kommandanten seien geradezu durchgegangen. Die in der Öffent-

lichkeit zirkulierenden Gerüchte über eine Neuorientierung der rumänischen auswärtigen Politik bezeichnete der König als „Geschwätz", der Kurs des Königreiches bleibe der alte. Major von Massow berichtete dem König, dass die hiesigen Militärattachés bei Besichtigung der den Griechen gegenübergestandenen Armeegruppe unmittelbar nach Abschluss des Waffenstillstandes die Impression gewonnen hatten, dass die griechische Armee sich operativ in keiner günstigen Situation befinde und ein Rückschlag zu ihren Ungunsten wahrscheinlich sehr nahe bevorgestanden hätte. Seine Majestät war hierüber bereits orientiert und erwähnte, Er hätte eines Abends eine Depesche des Königs von Griechenland erhalten, in der dieser, der bis dahin immer den Frieden nur auf dem Schlachtfelde oder in Sofia schliessen wollte, das dringende Ersuchen stellte, mit den Bulgaren um jeden Preis sofort abzuschliessen. Auch die Serben wären, wie Ihm Seine im serbischen Hauptquartier kommandiert gewesenen Offiziere berichtet hätten, bei Abschluss des Waffenstillstandes kaum mehr aktionsfähig gewesen. König Carol sprach auch über die Kawallafrage und zitierte dabei den Text des Telegrammes, welches Er diesbezüglich von Seiner Majestät dem deutschen Kaiser erhalten habe: „Meine Schwester, die Königin von Griechenland, bittet mich, bei Dir dafür einzutreten, dass — falls es mit Deinen Plänen vereinbar ist — Kawalla griechisch werde." Betreffs der Durchführung der Operationen gegen Bulgarien machte der König unter anderem einige Bemerkungen über das Funktionieren des Verpflegs- und des Intendanzdienstes, welche die vielfachen Gerüchte, dass hierin durchaus nicht alles geklappt habe, bestätigen. Fischer.

a) Vgl. n. 8699.

Nr. 8679. Notiz der serbischen Gesandtschaft, 23. Sept. 1913 (eing. 23. Sept.).a) Ausfert.

Serbien hat begonnen, seine noch in Albanien befindlichen Truppen zurückzuziehen. Diese Truppen wurden nur aus dem Grunde bisher in Albanien belassen, um sicherer und erfolgreicher Einfälle von Albanern auf serbisches Gebiet zu verhindern, bis sich die Behörden in Albanien nicht organisiert haben. Nun ereignet es sich, daß bewaffnete Albaner in großer Zahl serbische Truppenteile und die serbischen Behörden überfallen. Die königlich serbische Regierung hat ferner in Erfahrung gebracht, daß ein organisierter und ernstlicher Einfall albanischer Banden auf serbisches Gebiet vorbereitet wird und daß gleichzeitig aus Albanien Versuche unternommen werden, für den sich vorbereitenden Aufstand auch die albanische Bevölkerung, die auf serbischem Gebiete lebt und sich bisher ruhig verhalten hat, zu gewinnen. Die königlich serbische Regierung kann eine solche Agitation nicht dulden, die von Albanien aus geschürt wird und sich täglich fühlbarer macht. Die königlich serbische Regierung findet es daher begründet, den Albanern aus Albanien den Zutritt zu serbischen Märkten und serbisches Gebiet überhaupt gänzlich zu untersagen, insolange die Albaner ihr feindseliges Verhalten den serbischen Grenzbehörden gegenüber nicht aufgeben. Sollten sich die bewaffneten Überfälle wiederholen, so wird sich Serbien bemüssigt sehen, solche Überfälle mit Waffengewalt zurückzuweisen.

Und sollten die Unruhen an der Grenze in ernsterem Maasse auftreten, so werden die serbischen Truppen den Befehl erhalten, gewisse strategische Punkte auf albanischem Gebiete zur unumgänglichen Sicherung der serbischen Grenzen neuerlich zu besetzen. Für die aus einer solchen Aktion sich ergebenden Schäden und materiellen Auslagen müsste die königlich serbische Regierung von Albanien Schadenersatz fordern.

a) Vgl. n. 8680, 8681.

Nr. 8680. Tel. nach Berlin Nr. 648 (1), Rom Nr. 1087 (2), London Nr. 716 (3), St. Petersburg Nr. 505 (4) und Paris Nr. 446 (5), 23. Sept. 1913 (chiffr. 9 U. p. m.).a) Konz. (S. Berger; V. Rappaport; G. Forgách.)

1.—5. Der hiesige königlich serbische Geschäftsträger hat mir heute eine Notiz übergeben, welche im Auszuge folgendes besagt: ... *wie n. 8679, auszugsweise* ... Nachdem mir nun bereits vor mehreren Tagen Nachrichten über Vorfälle in den serbisch-albanischen Grenzgebieten zugekommen waren, habe ich schon am 20. d. M. unsere in Betracht kommenden Konsularämter zur telegraphischen Berichterstattung über die diesen Nachrichten zugrunde liegenden Thatsachen eingeladen. Es kommt mir hiebei insbesondere darauf an, die nach den bisher eingelangten Konsularmeldungen unwahrscheinlich klingende Behauptung zu controliren, daß es sich nicht bloß um vereinzelte Tumulte auf dem Serbien zugesprochenen Gebiete handle, sondern um eine vom autonomen Albanien ausgehende systematische Action. Da mir aber eine diesbezügliche Antwort noch nicht zugekommen ist, muß ich mich vorläufig darauf beschränken, diese Berichte zu urgieren und muß meine Stellungnahme zu der serbischen Erklärung von dem Inhalte der von mir erwarteten Konsularmeldungen abhängig machen. Vorstehendes zur Regelung Ihrer Sprache. Berchtold.

a) Oe. U. Balkan 440 Nr. 878. Vgl. n. 8696, 8698, 8727.

Nr. 8681. Bericht des Gesandten Ludwig Freiherrn von Flotow aus Berlin, 23. Sept. 1913 Nr. 33 E (eing. 25. Sept.).a) Ausfert.

Der Herr Staatssekretär teilte mir heute mit, der serbische Geschäftsträger hätte bei ihm vorgesprochen und im Namen seiner Regierung auf die Unruhen an der albanesischen Grenze hingewiesen, welche die serbische Regierung zwingen könnten, den serbischen Truppen den Befehl zu geben, gewisse strategische Punkte auf albanesischem Gebiete zur Sicherung der serbischen Grenze wieder zu besetzen. Herr v. Jagow hat — wie er mir sagt — Herrn Boghitschewitsch geantwortet, er könne der serbischen Regierung nur den eindringlichen Rat geben, von jedweder Wiederbesetzung albanesischen Gebietes abzulassen; es könnten aus einem solchen Vorgehen Serbiens sehr ernste Komplikationen entstehen. Verbürgte Nachrichten über die Vorfälle in Albanien scheint der Staatssekretär nicht zu haben, er meinte aber, es kämen ihm von allen Seiten Mitteilungen zu, wonach die Zustände im Lande gegenwärtig recht trostlos erschienen. Flotow.

a) Oe. U. Balkan 439 Nr. 877. Vgl. n. 8679.

Nr. 8682. Privatschreiben des Gesandten Ludwig Freiherrn von Flotow aus Berlin, 23. Sept. 1913 Nr. 1 (eing. 25. Sept.).[a] Ausfert.

Geheim. Mein griechischer Kollege, Herr Théotoky (Sohn des bekannten griechischen Staatsmannes), ein kluger geschickter Diplomat, der sich hier während seiner zweijährigen Amtstätigkeit eine ausgezeichnete Stellung zu machen wusste, ist — gleich seinem Vater — ein überzeugter Anhänger des Gedankens, dass sein Vaterland den engsten Anschluss an den Dreibund anstreben müsse. Seinem königlichen Herrn in Begeisterung zugetan, äusserte er mir gegenüber in intimem Gespräch sein Bedauern über die Veröffentlichung der bekannten Reden Kaiser Wilhelms und König Konstantins. Er meinte die Publizierung wäre schliesslich nicht nur für den König und Griechenland peinlich geworden, sondern hätte auch für Deutschland recht unerwünschte Folgen gehabt. Denn in Anbetracht des auch deutscherseits bestehenden Wunsches, Griechenland dem Dreibund anzugliedern, wäre es weit vorteilhafter gewesen, seinem Vaterlande es zu ermöglichen, seine Geldbedürfnisse unter günstigen Bedingungen in Frankreich glatt zu regeln. Abgesehen davon, dass die Franzosen nun auch politisch misstrauisch gemacht worden seien, werde Griechenland diese Publizierung der Worte des Königs wohl mit etlichen Prozenten bezahlen müssen und erscheine es nun überhaupt fraglich, ob es seinen ganzen Geldbedarf werde in Paris decken können. Den Hergang selbst erzählte mir mein Mitredner, wie folgt: Seine Majestät der König wusste nichts von der Ehrung, die Sein kaiserlicher Schwager Ihm zugedacht hatte; zum Beweis dessen diene, dass Er Sich einen Marschallstab hatte Höchstselbst anfertigen lassen. Nachdem die beiden Monarchen nach der Begrüssung auf dem Bahnhofe die Ehrenkompagnie hatten defilieren lassen, traten die Majestäten in den Fürstensalon ein, in den ausschliesslich die anwesenden preussischen Generale befohlen wurden. Er — Théotoky —, der Staatssekretär von Jagow und unter Anderen der russische General à la suite des Kaisers Tatischew blieben auf dem Perron. Seine Majestät der König war, wie Er nachträglich dem Geschäftsträger mitteilte, von der Zeremonie und den Worten Kaiser Wilhelms tief ergriffen und antwortete aus dem Stegreif. Der König sagte ihm, Er hätte Seine volle Überzeugung zum Ausdruck gebracht und würde kein Wort davon zurücknehmen. Die Reden wurden bekanntlich am Morgen des 6. September gehalten und nachträglich, am 8. September abends, von der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung" veröffentlicht, also zu einer Zeit, da die beiden Majestäten Sich bereits im Manövergelände befanden. (Herr von Jagow sagte mir streng vertraulich, wenn Seine Majestät der Kaiser noch in Potsdam gewesen wäre, hätte er versucht, die Publizierung zu inhibieren.) Seine Majestät Kaiser Wilhelm, inmitten Seiner Generale, umgeben von militärischem Gepränge, sah in der Veröffentlichung der Worte des Königs nur die glänzende Rechtfertigung der deutschen Taktik gegenüber den Angriffen auf den Generalfeldmarschall von der Goltz und die deutschen Instruktoren im türkischen Heere. (Ähnlich lag es mit der Veröffentlichung des Telegrammwechsels zwischen Seiner Majestät dem Kaiser und König Carol. Herr von Jagow wiederholte mir neulich, dass das Auswärtige Amt keine vorherige Kenntnis davon hatte.)[b] Herr Théotoky

versicherte mich, die Franzosen machten fausse route, wenn sie glaubten, das Land vom Könige trennen zu können. Seine Majestät der König hätte ganz andere Charaktereigenschaften als der verstorbene König Georg; und mit dem Prestige des sieggekrönten Feldherrn habe Er das ganze Land hinter sich. Seine Majestät habe der Regierung, die sich allerdings in unwürdiger Weise vor Frankreich erniedrigt habe, klipp und klar erklärt, ein Missverständnis liege für Ihn nicht vor, und am Schlusse der an Herrn Venizelos gerichteten Depesche habe Seine Majestät ausgedrückt, Er gebe der Regierung zu bedenken, ob nicht die Beobachtung von mehr Würde Frankreich gegenüber am Platze gewesen wäre. Auf die Charaktereigenschaften König Konstantins zurückkommend, meinte der griechische Geschäftsträger, Seine Majestät hätte einen sehr starken Willen, den Er auch durchzusetzen wüsste. Herr Venizelos würde dem Könige bei Seinen Bemühungen, Griechenland dem Dreibunde anzugliedern, keine Schwierigkeiten bereiten. Er wiederholte mir (was mir neulich Herr v. Jagow mitgeteilt hatte), dass der Ministerpräsident sich persönlich den Triple-Entente-Mächten gegenüber insofern verpflichtet hätte, als er erklärt habe, Griechenland werde sich keiner der bestehenden Mächtegruppen anschliessen; Herr Venizelos habe aber dem Könige angetragen, eine dreibundfreundliche Politik mit seiner Partei in der Kammer zu unterstützen. Es wäre seiner (Théotoky's) Ansicht nach ein Irrtum zu glauben, dass in Griechenland festgewurzelte französische Sympathien vorherrschten; ein solcher Eindruck würde lediglich dadurch erweckt, dass seine gebildeten Landsleute nur — mehr oder weniger schlecht — französisch verstünden und daher ihre Weisheit gezwungenermassen mehr aus der französischen Presse schöpften. Herr Théotoky bestätigte mir, dass Seine Majestät Kaiser Wilhelm in der eindringlichsten Weise dem Könige wiederholt vorgehalten habe, ein Anschluss an Deutschland sei ausgeschlossen, solange Griechenland sich nicht das Wohlwollen der beiden anderen Bundesgenossen erworben habe. Herr v. Jagow hätte auf König Konstantin den denkbar besten Eindruck gemacht. Gerade die offene Art, mit der der Staatssekretär dem Könige so manches Nichtangenehme gesagt, hätte Seiner Majestät sehr gefallen. Auch der griechische Geschäftsträger ist der Ansicht, dass noch ein bis zwei Jahre vergehen müssten, bis sich die Lage genügend geklärt hätte, um den Lieblingsgedanken des Königs, Griechenland an den Dreibund anzuschliessen, realisieren zu können. Mein griechischer Kollege sagte mir, Seine Majestät der König hätte den lebhaften Wunsch, treu den Traditionen Höchstseines verstorbenen Vaters auf der Rückreise nach Athen, anfangs Oktober, Seiner k. u. k. Apostolischen Majestät, unserm Allergnädigsten Herrn, Seine Aufwartung zu machen. Herr Streit habe den Auftrag, diesbezüglich die Allerhöchsten Befehle einzuholen und gleichzeitig Erkundigungen einzuziehen, ob Seine Majestät König Konstantin bei diesem Anlasse auch Gelegenheit hätte, Seiner k. u. k. Hoheit dem durchlauchtigsten Herrn Erzherzog Franz Ferdinand einen Besuch abzustatten. Aus Hofkreisen höre ich, dass Seine Majestät der König der Hellenen und Seine Königliche Hoheit der Kronprinz von Griechenland Sich über die Tätigkeit des Generals Eydoux und seiner französischen Offiziere in ziemlich wegwerfender Weise geäussert hätten. Flotow.

[a]) Vgl. n. 8572, 8708. — [b]) Vgl. n. 8325, 8391.

Nr. 8683. Privatschreiben des Gesandten Ludwig Freiherrn von Flotow aus Berlin, 23. Sept. 1913 Nr. 2. Ausfert.

Ich habe seinerzeit nicht verfehlt, dem Herrn Staatssekretär streng vertraulich Kenntnis vom Inhalte Euer Exzellenz Telegrammes Nr. 629 vom 9. d. M. zu geben. Diese Mitteilung schien auf Herrn von Jagow Eindruck zu machen. Er meinte, er halte es durchaus nicht für unmöglich, dass Russland bestrebt sei, Bulgarien eine Politik zu suggerieren, die in einer Versöhnung mit Serbien bestehe, indem es beiden die Richtung nach dem ägäischen Meer weise. Wenn aber Serbien sich darauf einliesse, so wäre es einfach eidbrüchig, denn noch stünde es in Verpflichtungen zu Griechenland zur Aufrechterhaltung des Bukarester Friedens. Anschliessend daran erzählte mir Herr von Jagow, Griechenland hätte schon einmal die Frage erhoben, ob Serbien nicht ein Couloir ans ägäische Meer bewilligt werden sollte. Er entwickelte dann die hier so beliebte These, dass die Monarchie durch Entgegenkommen in wirtschaftlichen Fragen Serbien nach und nach an sich ziehen könnte. Auch König Konstantin hätte bei seiner letzten Begegnung mit dem serbischen Kronprinzen diesem gesagt, Serbien müsse eine Verständigung mit Österreich-Ungarn finden. Der Kronprinz hätte zustimmend geantwortet, aber hinzugefügt: „Mais dites-moi comment?" Mein Mitredner flocht bei dieser Gelegenheit ein, er habe Seiner Majestät dem Könige von Griechenland auch hinsichtlich Salonik sehr zugeredet, unseren Wünschen im weitesten Masse Rechnung zu tragen. Bezüglich einer intimeren Gestaltung unserer Beziehungen zu Bulgarien behauptet der Staatssekretär noch immer, das grösste Hindernis in Rumänien zu erblicken. Seine Majestät König Carol hätte ihm erst unlängst wieder sagen lassen, Er wolle im Interesse des Friedens mit Bulgarien gut nachbarliche Beziehungen unterhalten; es liege Ihm aber fern, in ein vertrauensvolleres Verhältnis zu Bulgarien zu treten. Nur im Unglücke komme Bulgarien zu uns und wenn es wieder Oberwasser habe, werde es sich nach Russland wenden. Er könne Bulgarien und König Ferdinand kein Vertrauen entgegenbringen. Seine Majestät hätte hiebei wieder erklärt, dass Er nach wie vor treu am Dreibunde festhalte. An die Möglichkeit des Abschlusses eines Bündnisses zwischen der Türkei und Bulgarien will Herr von Jagow nicht glauben. Die von den Bulgaren verübten Greuel — dies werde von unparteiischen Augenzeugen bestätigt — seien so haarsträubende gewesen, dass der unter den Türken herrschende Hass vorderhand noch eine unüberbrückbare Kluft zwischen den beiden Ländern bilde. Er hält es vielmehr für wahrscheinlich, dass die Pforte das Spiel, das sie einst mit den Grossmächten getrieben, nun mit den Balkanstaaten fortsetzen werde. Sollte es aber doch zum Abschluss dieses Bündnisses kommen, so würde dies einen neuen Krieg bedeuten. Herr von Jagow vertritt gern die Ansicht, dass ein Bündnis der Türkei mit Griechenland für erstere weit wichtiger wäre als ein Bündnis mit Bulgarien. Schon mit Rücksicht auf die vielen Griechen, die die kleinasiatische Küste bevölkern, drohe der Türkei — falls es sich mit Griechenland nicht gut stelle — von dieser Seite eine viel grössere Gefahr als von Seite Bulgariens. Von Athen aus hätte man seinerzeit versucht, Deutschland als Vermittler zwischen Griechenland und der Türkei zu

gewinnen. Er hätte es aber wohlweislich abgelehnt, diese Rolle zu übernehmen. Anlässlich seiner Unterredung mit dem Könige von Griechenland hätte er aber Seiner Majestät ernstlich zu bedenken gegeben, dass Griechenland ohne das Opfer einiger Inseln an der asiatischen Küste zu seinem Ziele mit der Türkei nicht kommen werde. Der Staatssekretär schien mir heute zum erstenmale hinsichtlich der Zukunft Griechenlands nicht so sicher wie früher, und die Frage des eventuellen Anschlusses Griechenlands an den Dreibund streifend meinte er, er sei selbstredend durchaus gegen jede Überstürzung, für die Verbündeten werde diese Frage wohl noch längere Zeit nicht akut werden; es sei gar nicht ausgeschlossen, dass es noch in nicht zu ferner Zeit zu einem Kriege zwischen Griechenland und der Türkei kommen würde. Flotow.

Nr. 8684. Tel. an den Legationsrat Franz Freiherrn von Haymerle in Bukarest-Sinaia, 23. Sept. 1913 Nr. 431 (chiffr. 1 U. 45 M. p. m.).[a] Konz. (S. Berger; V. Rappaport; G. Forgách).

Erhalten Euer Hochwohlgeboren Telegramm Nr. 345 vom 20. d. M. Ich bin mit Ihrer Anregung, die Informierung König Carols und Prinzen Wieds durch Baron Bornemisza besorgen zu lassen, vollkommen einverstanden und werde den genannten k. und k. Konsul anweisen, sich zur Zeit der Ankunft des Prinzen nach Bukarest zu begeben, jedoch noch vorher behufs Entgegennahme von Instruktionen hierorts vorzusprechen. Zu diesem Zwecke ersuche ich um dringende telegraphische Bekanntgabe der beim Bukarester k. und k. Konsulate zu erfragenden gegenwärtigen Urlaubsadresse Bornemiszas. Im Gegenstande des übrigen Inhaltes Ihres eingangszitierten Telegrammes, sowie Ihres Privatschreibens vom 18. d. M. wird Euer Hochwohlgeboren demnächst ein streng vertrauliches Schreiben zukommen. Berchtold.

[a] Vgl. n. 8709.

Nr. 8685. Bericht aus Konstantinopel-Jeniköj, 23. Sept. 1913 Nr. 55 A (eing. 26. Sept.).[a] Ausfert.

Geheim. Ich habe mich schon seit Langem bemüht, die türkischen Staatsmänner für die Idee einer Annäherung an Bulgarien zu gewinnen. Mahmud Schevket Pascha zeigte sich von Anfang an diesen Ratschlägen zugänglich. Bei seinem Nachfolger war dies jedoch nicht der Fall. Als Said Halim Pascha das Grossvezierat übernahm, war er ein entschiedener Gegner Bulgariens und neigte eher Griechenland zu. Ich gab jedoch die Hoffnung nicht auf, ihn für meine Anschauung zu gewinnen und wurde hierin von meinem deutschen Collegen unterstützt. Baron Wangenheim teilte vollkommen meine Ansicht, dass es im Interesse des Dreibundes läge, wenn die Türkei in ein näheres Verhältnis zu Bulgarien treten würde. Später musste ich leider auf die Unterstützung meines deutschen Collegen verzichten, da er gegen seine bessere Überzeugung nunmehr gezwungen zu sein scheint, im Sinne seiner Instructionen für eine Annäherung der Türkei an Griechenland zu wirken. In der letzten Zeit, namentlich seitdem mir Euer Excellenz mittelst hohen Telegrammes Nr. 436 ausdrückliche Instructionen haben

zukommen lassen, verdoppelte ich meine Bemühungen und trachtete auch in demselben Sinne auf die hier weilenden bulgarischen Delegierten einzuwirken. Was den Grossvezier anbelangt, kann constatiert werden, dass derselbe schon seit einiger Zeit seine Voreingenommenheit gegen Bulgarien aufgegeben hat und dass er nun vollkommen zu der Ansicht bekehrt ist, dass die Türkei, wenn sie sich überhaupt einem der Balkanstaaten anschliessen will, nur eine Annäherung an Bulgarien suchen könne. Zu diesem Umschwunge in der Gesinnung des Grossveziers hat übrigens ohne Zweifel auch die correcte und massvolle Haltung der bulgarischen Delegierten sowie der Umstand beigetragen, dass man sich in Athen gerade in der letzten Zeit der Türkei gegenüber wenig entgegenkommend gezeigt hat. Trotz dieser guten Dispositionen des Grossveziers glaube ich kaum, dass man bereits in der nächsten Zeit zu einer positiven Abmachung wird kommen können. Es ist natürlich, dass in der türkischen Armee noch ein gewisser Groll gegen Bulgarien vorhanden ist; man muss daher auch von diesem Standpunkte aus abwarten, bis sich die Gemüter etwas beruhigt haben. Ausserdem wird von gewisser Seite, namentlich in dem Organ der früheren Entente libérale „Ikdam", eine ziemlich heftige Campagne gegen die Idee einer Annäherung an Bulgarien geführt. Ich glaube nicht fehlzugehen, wenn ich voraussetze, dass französische und englische, vielleicht auch russische Einflüsse dahinterstecken dürften. Said Halim Pascha, dessen staatsmännische Befähigung sich besonders bei den Verhandlungen mit Bulgarien zeigte, wird also auf die vorerwähnten Umstände Rücksicht nehmen müssen, er wird aber auch in der Frage der Allianz mit Bulgarien zielbewusst und mit Energie vorgehen. Das von mir im Laufe unserer Besprechungen des Gegenstandes vorgebrachte Argument, dass durch die Annäherung der Türkei an einen christlichen Balkanstaat so zu sagen die Mauer niedergerissen würde, die bisher das osmanische Reich von den christlichen Staaten trennte, und dass auf diese Art auch der Weg zu einer Anlehnung des türkischen Reiches an eine der grossen Mächtegruppen geebnet werden würde, machte auf den Grossvezier sichtlichen Eindruck. Andererseits war es nicht schwer, ihn davon zu überzeugen, dass unter den gegenwärtigen Verhältnissen von allen Balkanstaaten in der Zukunft nur Griechenland für die Türkei gefährlich werden könnte, und dass daher Bulgarien, welches ein Antagonist Griechenlands und des mit Letzterem verbündeten Serbiens ist, als der natürlichste Alliierte der Türkei in Betracht kommen müsste. Wie der Grossvezier ist auch Talaat Bey, mit welchem ich in der letzten Zeit über diese Fragen öfters sprach, für die Idee einer Entente mit Bulgarien. Wie Euer Excellenz aus meinem Telegramm vom 19. l. M. Nr. 501 entnommen haben werden, möchte aber der Minister des Innern ein rascheres Tempo als der Grossvezier in der Sache einschlagen. Talaat Bey ist nämlich der Meinung, dass man schon jetzt ein streng geheim zu haltendes Abkommen mit Bulgarien abschliessen sollte. Ob und inwieferne der Minister des Innern mit den bulgarischen Delegierten diesbezüglich in einen Ideenaustausch getreten sein mag, ist mir nicht näher bekannt, ich weiss bloss, dass General Savow die Absicht hat, die Sache nach Abschluss des Friedensvertrages mit dem Grossvezier zu besprechen. Aus der mir mit hohem Telegramm vom 19. d. M.

Nr. 453[b]) mitgeteilten Meldung des Grafen Tarnowski ersehe ich, dass man in Sofia den Wunsch hegt, der Frage der Entente erst in einem späteren Zeitpunkte näher zu treten. Von bulgarischem Standpunkte aus finde ich dies ganz begreiflich, umsomehr als man, wie mir General Savow sagte, erst nach Ablauf von 4 bis 5 Jahren an eine Action Bulgariens gegen Serbien respective Griechenland denken könne. Der bulgarische General sagte mir nämlich: „Wir müssen längstens in vier Jahren Serbien respective Griechenland angreifen, früher dürfte es uns kaum möglich sein, länger können wir aber unter keiner Bedingung warten, denn dann wäre es bereits zu spät."

Pallavicini.

[a]) Vgl. n. 8676, 8758, 8773. — [b]) Mit Tel. Nr. 453, 19. Sept. 1913 (chiffr. 9 U. p. m.) wurde n. 8665 auszugsweise nach Konstantinopel mitgeteilt.

Tel. nach London, 23. Sept. 1913 Nr. 716 (chiffr. 9 U. p. m.). Siehe n. 8680.

Tel. nach Paris, 23. Sept. 1913 Nr. 446 (chiffr. 9 U. p. m.). Siehe n. 8680.

Tel. nach Rom, 23. Sept. 1913 Nr. 1087 (chiffr. 9 U. p. m.). Siehe n. 8680.

Nr. 8686. Tagesbericht über eine Unterredung mit dem ital. Botschafter, 23. Sept. 1913 Nr. 4544. Konz. (S. Schreibmaschine; V. u. G. Berchtold).

Wie mir Herzog Avarna heute mitteilte, hatte der italienische Geschäftsträger in Berlin über die Frage der Insel Saseno kürzlich eine Unterredung mit Herrn von Jagow, bei welcher Gelegenheit sich der Herr Staatssekretär in folgendem Sinne äußerte: Die Griechen hätten keinerlei Geschütze auf Saseno, sondern lediglich eine Besatzung von 10 Mann. Übrigens gehöre diese Insel unzweifelhaft zu Griechenland und sei die Londoner Réunion nicht berechtigt gewesen, über Saseno zu disponieren, beziehungsweise die Insel den Griechen wegzunehmen. Herzog Avarna, welcher beifügte, daß Marquis di San Giuliano meine Ansicht in diesem Gegenstande kennen lernen möchte, äußerte seine persönliche Auffassung dahin, daß man die Frage von Saseno in den Komplex der noch ungelösten Probleme aufnehmen und dieselbe eventuell gegen Compensation Albanien zusprechen könnte. Ich erwiderte, daß die Großmächte diese Insel Albanien in unzweifelhafter Weise zuerkannt hätten. Es wäre nach meiner Ansicht ein bedenkliches Präcedens, von einer Entscheidung der Londoner Réunion einseitig abzugehen. Was die rechtlichen Ansprüche Griechenlands an die Insel anbelangt, müßte ich mich vorerst diesbezüglich orientiren. Sollte die Zugehörigkeit Sasenos zu Griechenland nachträglich von allen Mächten anerkannt werden, ließe sich vielleicht der seinerzeitige Botschafterbeschluß dahin modificiren, daß die Insel unter der Bedingung der Neutralisirung Griechenland zu überlassen wäre. Die Aufwerfung der Frage in der vom italienischen Botschafter angedeuteten Form: Reclamirung der Insel für Albanien gegen Compensirung, schiene mir derzeit, wo wir eben daran sind, die für Albanien sehr prekäre Frage der südlichen Delimitirung zu diskutiren, recht bedenklich.

Nr. 8687. Tagesbericht über eine Unterredung mit dem ital. Botschafter, 23. Sept. 1913 Nr. 4545. Konz. (S. Schreibmaschine; V. u. G. Berchtold).

Herzog Avarna sprach mir heute von der angeblichen Absicht der griechischen Regierung, ein Dekret über die Annexion der occupirten Gebiete zu publiciren, welches sich möglicherweise auch auf das Kaza Koritza und die Insel Castelloritzo erstrecken würde, Gebiete, die bekanntlich von der Londoner Réunion Griechenland abgesprochen worden seien. Ich kam mit dem Herrn Botschafter dahin überein, daß, falls Koritza beziehungsweise Castelloritzo als annektierte Gebiete erklärt werden sollten, die Kabinette von Wien und Rom sich an die anderen Mächte wenden und dieselben einladen sollten, in Athen daran zu erinnern, daß die Annexion dieser Gebiete sich in Widerspruch mit der einstimmig in London kundgegebenen Willensäußerung der Großmächte befinde.

Tel. nach St. Petersburg, 23. Sept. 1913 Nr. 505 (chiffr. 9 U. p. m.). Siehe n. 8680.

Nr. 8688. Tel. nach Sofia, 23. Sept. 1913 Nr. 565 (chiffr. 11 U. p. m.).[a] Konz. (S. Berger; V. Forgách; G. Berchtold).

Erhalten Euer Hochgeboren Telegramm Nr. 1119 vom 19. d. M. Ich ersuche Euer Hochgeboren, dem Herrn Ministerpräsidenten meinen verbindlichsten Dank für die freundlichen Worte auszusprechen, mit welchen er der Unterstützung gedacht hat, die wir der bulgarischen Regierung anläßlich der Verhandlungen in Konstantinopel gewährt haben. Euer Hochgeboren wollen den Herrn Minister noch versichern, daß auch wir eine lebhafte Befriedigung darüber empfänden, daß das Kabinett Radoslawoff, welches sich bei diesen Verhandlungen eine weise Mäßigung und Selbstüberwindung auferlegen mußte, hiebei zu dem Erfolge eines wenigstens nicht ganz ungünstigen Abschlusses gelangen dürfte. Ich kann diese Gelegenheit nicht vorübergehen lassen, ohne Euer Hochgeboren meine Anerkennung für Ihre Bemühungen um die Herbeiführung einer uns günstigen Athmosphäre in Sofia auszusprechen und Euer Hochgeboren zu den erzielten Erfolgen zu beglückwünschen. Geheim. Was die Frage einer Entente zwischen der Monarchie und dem Königreiche anlangt, so wird der seitens Euer Hochgeboren wohl demnächst anzutretende Urlaub mir Gelegenheit zu einer mündlichen Rücksprache mit Euer Hochgeboren geben, eine Rücksprache, die mir für die weitere Behandlung dieser Angelegenheit von wesentlicher Wichtigkeit erscheint. Da man bulgarischerseits auf diesen Gegenstand zurückgekommen ist und Euer Hochgeboren in Ihrem Berichte Nr. 56[b] eine die bulgarische Regierung in ihrer politischen Richtung bestärkende Konversation für wünschenswert erachten, sind Euer Hochgeboren ermächtigt, die bulgarischen Staatsmänner zu versichern, daß ihre Wünsche eines Anschlusses an die Monarchie nach wie vor den wärmsten Sympathien unsererseits begegnen und wir der Frage tätiges Interesse zuwenden. Unsere von der bulgarischen Regierung gewürdigten Bemühungen in Konstantinopel seien bereits ein Beweis unserer Auffassung der Parallelität unserer und der

bulgarischen Politik. Wir hegen auch lebhaftes Interesse für die weitere Entwicklung der Beziehungen Bulgariens einerseits zu Rumänien, andererseits zur Türkei und wären dem Kabinette von Sofia sehr verbunden, wenn es uns auch fernerhin über diese beiden Themata im Laufenden erhalten würde. Wir unsererseits werden in diesen Belangen auch die fortgesetzte Fühlung mit Sofia aufrechterhalten.

a) Vgl. n. 8702. — b) Vom 16. Sept. = n. 8647.

Nr. 8689. Tel. aus Sofia, 23. Sept. 1913 Nr. 1125 (eing. 11 U. p. m.)a). Entziff.

Minister des Äußern sagt mir, General Savow telegraphierte, es gehen immer weitere bedeutende Truppenverstärkungen von Konstantinopel nach Thrazien. Auf meine Frage, ob dies nur Gerücht oder sichere Nachricht, antwortete Minister, General Savow drücke sich ganz positiv aus. Herr Ghenadieff könne an irgend welche schlechte Absichten gegen Bulgarien seitens der Pforte nicht glauben, anderseits sei ihm unverständlich, warum Türkei ihre Armee noch verstärke. Über Verhandlungen meinte Mitredner, daß noch einige Fragen nicht gelöst. Die Prätensionen der Türken bezüglich der Muftis, der nicht-bulgarischen (sohin griechischen) Kirchen seien nicht gerechtfertigt und sehr unangenehm. Die Forderung bezüglich türkischer Staatsgüter, die als Privateigentum zu betrachten seien, sei äußerst hart. Ich sagte, die Delegierten wenden sich vermutlich an Markgrafen Pallavicini, der im bulgarischen Interesse gewiß Möglichstes tut. Minister des Äußern hofft, daß Donnerstag Rest der Fragen geregelt werden dürfte. Tarnowski.

a) Vgl. n. 8700.

Nr. 8690. Erlaß an den Legationsrat Wilhelm Ritter von Storck in Belgrad, 24. Sept. 1913 Nr. 4542.a) Konz. (S. Hohenlohe; V. u. G. Forgách).

In der Anlage erhalten Euer Hochwohlgeboren die Abschrift der Note,b) mit welcher mir der hiesige serbische Gesandte den Annexions-Ukas notificirt hat, sowie eine Notizc) meiner auf diese Notifikation bezüglichen Aussprache mit Herrn Jovanović, welch letzterem diese Aufzeichnung auch schriftlich übergeben wurde. Beide Pièces sind zur vorläufigen Regelung Euer Hochwohlgeboren Sprache bestimmt. Zu Euer Hochwohlgeboren streng vertraulicher Information füge ich bei, daß ich vom Gesichtspunkte ausgehe, daß wir uns dem durch die Annexions-Notifikation geschaffenen Zustande weder auf die Dauer widersetzen könnten noch sollten, falls dies nicht seitens anderer Mächte erfolgt und daß insbesondere die mit dem Kapitulations-Princip zusammenhängende Wahrung unserer in der oberwähnten Notiz erwähnten Interessen in der Praxis schwer haltbar erscheint. Unser Bestreben muß daher darauf gerichtet sein, Serbien dazu zu bewegen, über die einvernehmliche Regelung aller jener Fragen in eine sachliche Konversation mit uns einzutreten. Ich habe daher meine Unterredung mit Herrn Jovanović dazu benützt, um die Einleitung einer solchen Aussprache vorzubereiten. Die beste Gelegenheit zu letzterer wäre der mir auch seitens Euer Hochwohlgeboren in Aussicht gestellte Besuch des Herrn Pasitch und möchte ich diesbezüglich noch erwähnen, daß ich den

Herrn serbischen Gesandten versichert habe, daß mir der Besuch des königlich serbischen Ministerpräsidenten willkommen ist.

[a]) Vgl. n. 8708. — [b]) Erste Beilage. — [c]) Zweite Beilage.

Erste Beilage zu n. ***8690.*** *Note des serbischen Gesandten, 10. Sept. 1913 Nr. 821. Ausfert.*

Gemäß Auftrages der königlich serbischen Regierung beehrt sich die königliche Gesandtschaft, das kaiserliche und königliche Ministerium des Äußern in Kenntnis zu setzen, daß mit Proklamation Seiner Majestät des Königs von Serbien vom 25. August/7. September laufenden Jahres die Annexion der eroberten Gebiete an das Königreich Serbien proklamiert wurde, und zwar in den Grenzen, welche bestimmt wurden: gegenüber dem Königreiche von Bulgarien durch den Vertrag von Bukarest; gegenüber dem Königreiche von Griechenland durch die serbisch-griechische Verständigung; gegenüber Albanien durch die mit Beschlüssen der Botschafterkonferenz in London bestimmte provisorische Demarkationslinie, bis die internationale Kommission die Abgrenzung vollzogen haben wird; gegenüber dem Königreiche von Montenegro durch die provisorische Demarkationslinie der militärischen Okkupation bis zur endgiltigen Abgrenzung; gegenüber Bosnien-Herzegowina verbleibt die bisherige Grenze. Jovan M. Jovanović.

Zweite Beilage zu n. ***8690.*** *Notiz. Amtl. Niederschrift.*

Der königlich serbische Gesandte in Wien hat dem k. und k. Ministerium des Äußern mit Note vom 28. August/10. September 1913 Nr. 821 notifiziert, „daß mit Proklamation Seiner Majestät des Königs von Serbien vom 25. August/7. September l. J. die Annexion der eroberten Gebiete an das Königreich Serbien proklamiert wurde". Der k. und k. Minister des Äußern hat in einer Unterredung mit dem königlich serbischen Gesandten, den Empfang der Notifikation vorläufig bestätigend, bei diesem Anlasse die Aufmerksamkeit der königlich serbischen Regierung darauf gelenkt, daß die Monarchie in den ehemals türkischen Gebieten zahlreiche, wichtige Interessen besitzt, welche einer Regelung harren, Interessen, welche sich auf die Rechte der Nationalen der Monarchie, auf die katholische Kirche, sowie insbesondere auch auf wirtschaftliche Angelegenheiten beziehen. Graf Berchtold hat die Hoffnung ausgesprochen, daß ein freundschaftliches Einvernehmen über die diesbezüglichen Fragen seitens der königlich serbischen Regierung ehestens ermöglicht werden wird.

Nr. ***8691.*** *Tel. des Legationsrates Wilhelm Ritter von Storck aus Belgrad, 24. Sept. 1913 Nr. 610 (eing. 25. Sept. 12 U. 45 M. a. m.).*[a]) *Entziff.*

Mein englischer Kollege sieht die Situation sehr schwarz. Er behauptet, daß, wenn einmal größere serbische Truppenmassen in Albanien stehen würden, Serbien nicht mehr zur Evakuierung der in Albanien besetzten strategischen Positionen zu bewegen sein wird. In ein paar Wochen würden wir daher wieder vor die Alternative gestellt sein, wegen der Autonomie Albaniens einen Krieg führen zu müssen oder Serbien nachzugeben. England würde uns wohl nach Kräften unterstützen, die in London unter

seiner Ägide zustande gekommenen Beschlüsse der Botschafter aufrecht zu erhalten; falls aber wegen Albanien ein Weltkrieg drohen sollte, glaubt er nicht, daß wir Europa an unserer Seite finden würden. Dem deutschen Gesandten, der diese pessimistische Auffassung nicht teilt und eher an ein Nachgeben Serbiens glaubt, hat Herr Spalajković unter einer lügenhaften Darstellung des ganzen Sachverhaltes heute die Bemerkung hingeworfen, „que l'Europe devra donner à la Serbie la frontière du Drin." Wenn es nicht schlechter wird, respektive Komplikationen eintreten, glaube auch ich, daß man derzeit und vorläufig noch bloß die Dringrenze ins Auge gefasst hat. Die große Gefahr liegt aber darin, „que l'appétit vient en mangeant". Storck.

a) Vgl. n. 8674, 8692, 8721.

Nr. 8692. Bericht des Legationsrates Wilhelm Ritter von Storck aus Belgrad, 24. Sept. 1913 Nr. 197 A (eing. 26. Sept.).a) Ausfert.

Streng vertraulich. Mit meinem ergebensten Chiffretelegramm vom heutigen Tage Nr. 610 glaube ich eine wichtigere Meldung in betreff der möglichen zukünftigen Entwicklung der sogenannten „Repressivmassregeln" Serbiens gegen das autonome Albanien gemacht zu haben. Schon seit Wochen habe ich dem Verhältnisse Serbiens zu dem benachbarten albanesischen Fürstentume meine fast ausschliessliche Aufmerksamkeit zugewendet; um sicher zu gehen, auch alle einschlägigen, sowohl politischen als auch militärischen Informationen selbst und persönlich eingezogen und Euer Exzellenz kostbare Zeit mit meiner detaillierten Berichterstattung über die Gebühr in Anspruch genommen. Wenn ich in der angedeuteten Richtung unbescheiden war, so bitte ich Euer Exzellenz mich damit gnädigst zu entschuldigen, dass ein Krieg gegen Albanien fast einen Krieg gegen uns oder doch gegen unser Prestige in- und ausserhalb Albaniens bedeuten würde. Ich hoffe sagen zu können, dass die k. und k. Vertretung von den Ereignissen nicht überrascht wurde und die militärische Aktion als zwingende Folge des ganzen Gehabens Serbiens, Albanien gegenüber, erkannt und kommen gesehen hat. Dies hindert nicht, dass die Frage der weiteren Entwicklung eine durchaus ungelöste ist, und wir ohne eine dritte Mobilisierung — vielleicht einen Krieg — keine Sicherheiten besitzen, unseren, den Mächten in London nur mit schwerer Mühe abgerungenen Standpunkt ohne weitere Unterstützung Europas aufrechterhalten zu können. Obwohl ich persönlich noch immer glauben möchte, dass ein unanimes, wirklich geeignetes, ernstes Vorgehen der Mächte Serbien rasch zur Vernunft bringen müsste, wage ich es dennoch nicht zu behaupten, dass die Frage der „Dringrenze" nicht heute schon auf dem Tapet liegt und es unserer ganzen Energie bedürfen wird, um die Mächte bei der Stange ihrer eigensten Beschlüsse erhalten zu können. Es hat in Cetinje einer Kriegsdrohung und einer effektiven Blokade bedurft, um die Montenegriner zur Räumung Skutaris zu veranlassen; dass die Serben, die seit der Gründung Albaniens besetzt gehaltenen strategischen Stellungen jetzt — gerade jetzt (!) — ohne weiteres wieder räumen sollten, erscheint mir daher zweifelhaft. Storck.

a) Vgl. n. 8744, 8882.

Nr. 8693. Bericht des Legationsrates Wilhelm Ritter von Storck aus Belgrad, 24. Sept. 1913 Nr. 197 B (eing. 26. Sept.).[a] *Ausfert.*

Geheim. ... *Kapitulationen und Kultusprotektorat in den ehemals türkischen, nunmehr serbischen Gebieten* ... Gegen Serbien gäbe es derzeit nur ein radikales Mittel, und das wäre der Krieg. Ich käme somit nach drei Monaten dahin, wo Herr von Ugron nach 3jährigem Bemühen angelangt war. Nachdem wir derzeit einen Krieg wegen der Ungunst der Weltlage entweder nicht führen können oder wollen, so werden wir lernen müssen, die serbischen Unverschämtheiten hinunterzuschlucken. Ich würde diesen Satz Fremden gegenüber niemals auszusprechen wagen oder Andere auch nur ahnen lassen, wie ich darüber denke; ich darf aber nicht unterlassen, Euer Exzellenz gegenüber dieser, meiner innersten Ueberzeugung entspringenden Ansicht klaren Ausdruck zu verleihen. Vielleicht wird es unserer Staatskunst einmal gelingen, Serbien in unseren Interessenkreis zu ziehen; und ich möchte mich auch durchaus nicht in dieser Hinsicht präjudizieren. Für die nächste Zukunft mag eine Besserung immerhin möglich sein. Einmal wird es aber doch zur ultima ratio kommen müssen, die schon seit mehreren Jahren in der Luft liegt, und darum gibt es meiner ganz unvorgreiflichen Ansicht nach für uns nur 2 Dinge: die möglichste Zufriedenstellung unserer Serben in der Monarchie und in unseren Reichslanden und eine zielbewusste Verstärkung unserer Wehrmacht. Storck.

[a] Vgl. n. 8744.

Nr. 8694. Bericht des Militärattachés in Belgrad an den Chef des Generalstabs, 24. Sept. 1913 Res. Nr. 299 (eing. als Einsichtsstück des Chefs des Generalstabs vom 27. Sept. 1913 Nr. 4203 am 9. Okt.). Abschrift.

Aus einer längeren Unterredung mit dem ersten Sektionschef im Kriegsministerium habe ich den bestimmten Eindruck gewonnen, daß Serbien sich jetzt nicht damit begnügen wird, die in serbisches Territorium eingebrochenen Albanesen zurückzuwerfen, sondern daß man mit den 6 mobilisierten Regimentern der Morava-Division eine Offensiv-Operation in albanesisches Gebiet beabsichtigt, einen neuen Eroberungszug unter dem Titel einer Straf-Expedition. Oberst Stefanović betonte mehrmals, man werde den Angriff der Albanesen derart zurückschlagen, daß ihnen auf Jahre hinaus die Lust zu ähnlichen Unternehmungen wie die jetzigen vergehen wird. Nach den bisherigen Erfahrungen über die serbische Art der Kriegführung, insbesondere gegenüber den Albanesen, ist ein blutiger Zerstörungskrieg mit allen Greueln der letzten Balkankämpfe mit Bestimmtheit vorauszusehen. Eine europäische Kontrolle der serbischen Operationen, falls sie nicht zu verhindern sind, wäre schon aus humanitären Gründen dringend geboten. Spricht ja selbst das serbische Regierungsorgan in seinem heutigen Leitartikel davon, „daß alle Maßnahmen getroffen werden, welche eine Gefährdung des serbischen Gebietes in Hinkunft ausschließen und den Albanesen zu jeder Wiederholung die Lust benehmen werden; daß sie übrigens für ihre Verbrechen jene Ahndung erfahren werden, wie sie Verbrechern zukommt.“ In Übereinstimmung mit dem Regierungs-

organ erwähnte Oberst Stefanović auch, daß Serbien für die Verluste und Kosten der jetzigen Kampagne Ersatzansprüche stellen werde. Diese könnten natürlich nur in territorialem Gewinne bestehen. In diesem Sinne äußert sich auch die „Samouprava": „Die Großmächte ihrerseits mögen aber erwägen, ob es nicht am Platze wäre, angesichts dieser Vorfälle die fehlerhaften Entscheidungen der Londoner Botschafter-Réunion einer ernsthaften Revision zu unterziehen, umso mehr, als es heute selbst die Schöpfer des autonomen Albanien zugeben müssen, daß diese Idee eine deplacierte war und daß das Nationalitätenprinzip nicht so weit gehen kann, daß auf dessen Kosten andere Staaten zu schwerem Schaden kommen." Nach den bisher vorliegenden Daten haben die Albanesen ihre Vorrückung über Dibra-Galičnik fortgesetzt und Mavrovo erreicht; eine andere Kolonne soll von Elbassan gegen Resna vorgehen und Ochrida bereits genommen haben. Auch von Djakova werden ernste Kämpfe gemeldet. In Niš sind zuverlässig bereits 70 serbische Verwundete eingetroffen, in Belgrad angeblich ebensoviele. Gellinek.

Tel. nach Berlin, 24. Sept. 1913 Nr. 650 (chiffr. 11 U. 45 M. p. m.). Siehe n. 8696.

*Nr. **8695**. Tel. aus Konstantinopel-Jeniköj, 24. Sept. 1913 Nr. 513 (eing. 7 U. p. m.). Entziff.*

Großvezier sagte mir soeben, dass der Friede abends, längstens morgen unterschrieben werden dürfte. Er fügte hinzu, dass er den Eindruck habe, bulgarische Unterhändler hätten bisher getrachtet, die Verhandlungen in die Länge zu ziehen, um in der öffentlichen Meinung Bulgariens die Impression zu erwecken, dass sie alles aufgeboten haben, um so viel als möglich für Bulgarien zu erreichen. Die in Athen gehegten Befürchtungen, dass die Türkei mit Bulgarien wegen eventuellen Durchzuges der Truppen durch Westthrazien ein Abkommen getroffen hätte, seien grundlos. Der beste Beweis hiefür liege in der Tatsache, dass Armee gleich nach Abschluss des Friedens mit Bulgarien demobilisiert werden würde. — Im Übrigen sprach sich aber Said Pascha bezüglich Verständigung mit Griechenland pessimistisch aus. Pallavicini.

Tel. nach London, 24. Sept. 1913 Nr. 718 (chiffr. 11 U. 45 M. p. m.). Siehe n. 8696.

Tel. nach Paris, 24. Sept. 1913 Nr. 449 (chiffr. 11 U. 45 M. p. m.). Siehe n. 8696.

*Nr. **8696**. Tel. nach Rom Nr. 1092 (1), Berlin Nr. 650 (2), London Nr. 718 (3), St. Petersburg Nr. 507 (4) und Paris Nr. 449 (5), 24. Sept. 1913 (chiffr. 11 U. 45 M. p. m.).[a]) Konz. (S. Berger u. Schreibmaschine; G. Macchio).*

1. Im Verfolge meines Telegrammes Nr. 1087 vom 23. d. M. Übereinstimmenden Nachrichten aus Belgrad zufolge hat man dort den Eindruck, daß die serbischerseits getroffenen militärischen Maßnahmen so bedeutende Dimensionen annehmen, daß sie sich nur durch die Absicht

einer größeren Aktion gegen das autonome Albanien erklären lassen. Den uns unterdessen zugekommenen Konsularmeldungen entnehme ich, daß der Albanesenaufstand auf den Serbien zugesprochenen Landesteilen seinen Ursprung hat und durch Härten der serbischen Behörden provoziert wurde. Eine Beteiligung von Albanesen aus dem autonomen Albanien scheint nur insoweit vorzuliegen, als es sich um Gebiete handelt, welche von den Serben im Gegensatze zu den Londoner Beschlüssen widerrechtlich besetzt wurden oder deren Bevölkerung infolge der serbischerseits verfügten Sperrung der Märkte von Dibra und Djakova die Lebensmittelzufuhr abgeschnitten wurde. Unter diesen Umständen wäre ich der Ansicht, daß durch eine entsprechende Demarche der Vertreter Österreich-Ungarns und Italiens in Belgrad die serbische Regierung dazu verhalten werden sollte, die Londoner Beschlüsse bezüglich der Grenzen und der Neutralität des autonomen Albaniens sowie der Freihaltung der oben genannten Märkte für die albanesischen Anrainer zu respektieren. Euer Hochgeboren wollen Vorstehendes zum Gegenstande einer Besprechung mit Marquis di San Giuliano machen und für den Fall, als der Herr Minister einen vorherigen Schritt unserer Botschafter bei den anderen Mächten vorschlagen sollte, bemerken, daß wir zwar auch dieser Alternative zustimmen, jedoch auf die schlechten Erfahrungen hinweisen möchten, die in der jüngsten Zeit mit Kollektivdemarchen dieser Art in Belgrad gemacht worden sind.

2.—5. Im Verfolge meines Telegrammes vom 23. d. M. Nr. 648 (beziehungsweise 716, 505, 446). Ich telegraphiere an Grafen Ambrózy wie folgt: (Inseratur Telegramm sub 1. in extenso.) Vorstehendes ist vorläufig zu Ihrer streng vertraulichen Orientierung bestimmt.

a) Oe. U. Balkan 441 Nr. 881. Vgl. n. 8711, 8712, 8714, 8717, 8718, 8724 Anm. b, 8766.

Nr. 8697. Bericht des Legationsrates Grafen Ludwig Ambrózy aus Rom, 24. Sept. 1913 Nr. 56 C (eing. 26. Sept.). Ausfert.

Der rumänische Minister des Innern Take Jonescu, hat sich kürzlich hier aufgehalten und mit Marquis San Giuliano in Fiuggi eine längere Unterredung gehabt. Es ist anzunehmen, dass ein Teil dieses Gespräches den Pindus-Walachen gegolten habe. Bekanntlich hat der hiesige Minister des Äussern zu den Instructionen, die wir unserem Delegierten in der Commission für die albanesische Südgrenze erteilt haben, Reserven gemacht. Die letzteren haben — wie mir Conte Manzoni sagte — ihren Grund darin, dass letzterer noch nicht die Zeit gefunden hatte, sich mit der Frage der albanesischen Grenze im Pindusgebiete zu befassen. Es liegt also ein rumänisches Interesse darin, die Erlassung von Instructionen an den italienischen Delegierten hervorzurufen, die der Erhaltung der nationalen Eigenart der Pinduswalachen entsprechen. Dass zwei so geistreiche und ambitiöse Politiker wie Marquis San Giuliano und Herr Take Jonescu die sich ihnen darbietende Gelegenheit nicht unbenützt lassen dürften, um die allgemeine europäische Lage zu besprechen und die beiden lateinischen Schwesternationen gemeinsame Verschlechterung ihrer Beziehungen zu Österreich-Ungarn in den Kreis ihrer Erörterungen einzubeziehen, ist

naheliegend. Den genaueren Inhalt dieser Conversationen wird mir Marquis San Giuliano wohl nicht erzählen. Ich glaube aber in der Annahme nicht fehlzugehen, dass in dem Gespräche der gegenseitige Wunsch nach weiterer Festigung der italienisch-rumänischen Freundschaft das Hauptthema war. Es darf nicht Wunder nehmen, dass unsere Freunde in dem Masse, als sie sich der Abnahme unserer Freundschaft bewusst werden — mögen sie selbst oder unsere innere Politik an dieser Abnahme schuld sein — versuchen, sich enger an einander zu schliessen. Die für den Augenblick wohl noch nicht actuelle Gefahr solcher engerer Zusammenschlüsse liegt darin, dass dieselben, wenn es nicht gelingt, die eingetretenen Verstimmungen zu beseitigen, in einer ferneren Zukunft ihre Spitze auch gegen uns kehren könnten. Ambrózy.

Tel. nach St. Petersburg, 24. Sept. 1913 Nr. 507 (chiffr. 11 U. 45 M. p. m.). Siehe n. 8696.

*Nr. **8698**. Tel. des Legationsrates Grafen Otto Czernin aus St. Petersburg, 24. Sept. 1913 Nr. 317 (eing. 25. Sept. 7 U. a. m.).[a] Entziff.*

Albanesisch-serbischer Grenzkonflikt. Herr Neratow lenkte bei meiner heutigen Unterredung das Gespräch auf obiges Thema. Aus Belgrad sei die Meldung von der Einnahme Dibras durch die Albanesen unter Issa Boletinac eingelangt. Obwohl er sonst noch keine direkten Nachrichten über die dortigen Vorfälle habe, scheine ihm die Lage infolge Mangels an Autorität in Albanien ernst und es sei die Evakuierung doch zu früh erfolgt. Ich antwortete, Euer Exzellenz stünden noch in Erwartung der abverlangten detaillierten Konsularberichte und seien daher vorläufig noch nicht in der Lage, zu beurteilen, ob es sich, wie Herr Neratow zu fürchten scheint, um eine systematische Bewegung aus Albanien heraus oder lediglich um Tumulte auf serbischem Territorium handle. Demgegenüber wendete mein Mitredner ein, falls sich die Führung Boletinac' bewahrheite, sei wohl das erstere anzunehmen. Ich betonte, daß Euer Exzellenz, wie ich ihm an anderer Stelle sagte, im Hinblicke auf die allgemeine Beruhigung in Albanien das größte Gewicht auf die baldigste Gendarmerieorganisierung legten und daß, falls dieser Wunsch Euer Exzellenz diesmal von allen Mächten mit etwas mehr Promptheit unterstützt würde, die sicherste Garantie gefunden wäre. In diesem Punkte können wir, wie ich glaube, auf russisches Verständnis rechnen. Herr Neratow bat mich noch, Euer Exzellenz Aufmerksamkeit darauf zu lenken, daß ihm vor allem auch die rascheste Konstituierung der internationalen Kontrollkommission von größter Wichtigkeit scheine; der russische Delegierte sei schon in Aussicht genommen und könne in längstens zwei Wochen am Sitze der Kommission, der seines Wissens übrigens noch nicht festgesetzt sei, eintreffen. Otto Czernin.

[a] Vgl. n. 8680, 8706, 8729, 8762.

*Nr. **8699**. Tel. aus Sofia, 24. Sept. 1913 Nr. 1129 (eing. 11 U. 50 M. p. m.).[a] Entziff.*

Streng vertraulich. Hiesiger deutscher Militärattaché hat sich kürzlich, von seiner Frau begleitet, für einige Tage nach Rumänien begeben und

König Ferdinand hat Herrn von Massow, der am Bukarester Hofe gut bekannt, eine mündliche Message für König Karl gegeben. Massow erzählte mir vertraulich, er sei vom König von Rumänien in Sinaia empfangen worden, Höchstwelcher in interessanter Weise über Balkankrise und Bukarester Frieden gesprochen hätte. Über König Ferdinand, ohne ihm allerdings gewisse Kritik zu ersparen, hätte sich König Karl freundlich geäussert und beide Majestäten hätten mit grosser Sympathie vom Kronprinzen Boris gesprochen. Seine Majestät hätte Massow ermächtigt, König Ferdinand zu sagen, dass Rumänien mit Serbien und Griechenland kein Bündnis habe und keines schliessen werde, dass aber anderseits von einer Allianz Rumäniens mit Bulgarien in absehbarer Zeit auch keine Rede sein könnte. Nach dem, was vorgefallen, könne König Karl jetzt keine Entente mit Bulgarien seinem Volke zumuten. Die Politik Bulgariens, die zum Ziel hat, sich Türkei zu nähern, halte König für sehr richtig. Was Rumänien anbelangt, so hätte Seine Majestät bemerkt, dass es sich jetzt nach keiner Seite zu engagieren brauche, vielmehr in seiner Politik selbständig bleiben könnte. Zugleich will auch Herr von Massow die Äusserung von König Karl gehört haben, wonach Höchstderselbe seinem bisherigen Verhältnis zum Dreibund treu bleiben würde und was Abneigung gegen Entente mit Bulgarien anbelangt, so wäre dieselbe — laut Eindruckes des Militärattachés — nicht prinzipiell, sondern bezöge sich bloss auf die Gegenwart. Es sei meinem Mitredner aufgefallen, dass bulgarischer Gesandter Radeff am rumänischen Hof beliebt. Massow erzählte weiter, er habe mit verschiedenen Leuten in Bukarest gesprochen, auch mit Politikern, und sei von dem Grad, in dem dortige Stimmung gegen Österreich-Ungarn hostil geworden, überrascht gewesen. Wie er das Land von früher her, als er dort Militärattaché gewesen, gekannt, hätte er einen derartigen Umschwung nicht für möglich gehalten. Rumänen, die in Deutschland erzogen, mit ausgesprochenen Dreibundsympathien und ernst, hätten ihm gesagt, dass sie selbst von Evolution, die sich vollzogen, frappiert. Er sagte, Herr Blondel und Herr Schebeko hätten öffentliche Meinung zu kaptivieren verstanden und es dürfte nicht leicht sein, deren Dispositionen zu ändern. In massgebenden Kreisen und bei Hof sei man in keiner Weise gegen Prinzen Fürstenberg, — sagte Massow — sondern nur gegen unsere Politik verstimmt. Tarnowski.

[a]) Vgl. n. 8678.

Nr. 8700. Tel. aus Sofia, 24. Sept. 1913 Nr. 1130 (eing. 25. Sept. 4 U. 15 M. a. m.).[a]) Entziff.

Minister des Äussern liest mir ein Telegramm General Sawoffs vor, worin dieser in Anbetracht neuer Forderungen der Pforte bezügliche Vakufs um Instruktion bittet. Minister des Äussern sagt, schon erste diesfällige Prätension der Türken sei sehr unangenehm gewesen, die neue wäre aber noch viel lästiger. Türken klammern sich an diese Forderungen, die nichts anderes wären als Mittel, Bulgarien Geld herauszulocken, wogegen sich armes Land wehren müsse. Pforte verlange Kapitalisierung der Einkünfte der Vakufs in neuem Territorium und ausserdem noch Indemnität für alle nicht geregelten Kontestationen bezüglich Vakufs im alten Bulgarien, welche

Frage von einer binnen drei Monaten zusammenzutretenden Kommission spätestens in einem Jahre zu lösen wäre. Minister des Äussern ersuchte um unsere Dazwischenkunft, damit Türken auf dieser Forderung nicht bestehen. Ich bemerkte, dass Markgraf Pallavicini kaum mehr Zeit haben dürfte, um sich zu verwenden, worauf Mitredner erwiderte, dass wegen immer neuer Verlangen der Pforte Unterzeichnung nicht vor Samstag stattfinden würde. Er bat, Euer Excellenz vorstehendes Ersuchen telegrafisch zu unterbreiten.

Tarnowski.

[a]) Vgl. n. 8689, 8726 Anm. a.

Nr. 8701. Tel. aus Sofia, 24. Sept. 1913 Nr. 1131 (eing. 25. Sept. 7 U. a. m.).[a]) Entziff.

Geheim. Minister des Äußern sagte mir, Djemal Bey sei offiziell ermächtigt worden, im Namen des Großveziers mit General Savoff über Frage politischer Annäherung zu verhandeln. Die erste Konversation seit offizieller Delegierung Djemal Beys sollte heute stattfinden, worüber Minister noch keine Meldung erhalten. Auf meine Frage, ob, falls Türkei sofort Bündnis schließen wollte, General Savoff zu konkreten Pourparlers ermächtigt, antwortete Mitredner bejahend.

Tarnowski.

[a]) Vgl. n. 8677, 8713, 8719.

Nr. 8702. Tel. aus Sofia, 24. Sept. 1913 Nr. 1134 (eing. 25. Sept. 7 U. a. m.).[a]) Entziff.

Geheim. Euer Exzellenz Telegramm Nr. 565 vom 24. d. M. erhalten und Message laut Alinea 2[b]) und 3[b]) Konseilspräsidenten mitgeteilt, die ihn äußerst angenehm berührte. Er war unverkennbar gespannt, ob und in welcher Weise ich auf seine kürzliche Anspielung auf Frage Anschlusses Bulgariens an Monarchie antworten würde, und nachdem ich letztes Alinea[b]) hohen Telegrammes entsprechend verwertet, schien er befriedigt. Die Wendung, wonach „Wunsch bulgarischer Regierung nach wie vor den wärmsten Sympathien unsererseits begegne und wir der Frage tätiges Interesse zuwenden", ersuchte mich Mitredner, ihm zweites Mal zu wiederholen und schien an dieser Versicherung Gefallen zu finden. Im Verlaufe nachgefolgter Konversation sagte Ministerpräsident, es wäre sehr wichtig für Verhältnis beider Staaten und auch für Stellung Regierung und ihrer ganzen Politik, daß baldigst etwas Schriftliches zustande komme. Als ich abends Minister des Aeußern sprach, machte ich ihm auch Mitteilung im Sinne obzitierten hohen Telegrammes und auch er zeigte sich zufrieden und dankte mir mit Bemerken, „c'est rassurant pour nous, car cela veut dire qu'on désire la chose à Vienne et qu'on s'occupe à préparer le terrain". Ich bitte Euer Exzellenz, für die so gütigen Worte der Anerkennung, mit welchen mich Hochdieselben auszuzeichnen die Gnade hatten, meinen ergebensten und innigsten Dank genehmigen zu wollen. Bezüglich meines Urlaubes gestatte ich mir hinzuzufügen, daß ich nur auf gänzliche Klärung in türkischer Frage warte, um Euer Exzellenz um Erlaubnis zur Abreise zu bitten. Ministerpräsident hat mir vor einigen Tagen erwähnt, er hätte König nahegelegt, mich vor meinem Urlaub zu empfangen und bin ich gespannt, ob ich Audienz haben

und welche Message ich von Seiner Majestät vor Abreise nach Wien bekommen werde. Tarnowski.

[a]) Vgl. n. 8735. — [b]) Alinea 2 von n. 8688 beginnt mit „Ich ersuche", Alinea 3 reicht von „Euer Hochwohlgeboren wollen" bis „gelangen dürfte", und letztes Alinea beginnt mit „Da man bulgarischerseits".

Nr. 8703. Tel. des Legationssekretärs Prinzen Emil Fürstenberg aus Athen, 25. Sept. 1913 Nr. 714 (eing. 26. Sept. 7 U. 45 M. a. m.). Entziff.

Griechisch-türkische Spannung. Hiesige Regierung ist durch vollkommene Stockung in den griechisch-türkischen Verhandlungen, durch aggressive Sprache der jungtürkischen Presse und vor allem durch die fortgesetzten türkischen Truppenkonzentrierungen in Thrazien sowie Mobilisierung der Reserve in asiatischen Provinzen, die jetzt nach Abschluss jüngsten Akkords nicht mehr gegen Bulgarien gerichtet sein können, äusserst alarmiert. Minister des Äussern sagte mir soeben, er habe Montag Pforte dringend ersuchen lassen, falls Rechid Bey anderweitig benötigt werde, baldmöglichst anderen Delegierten herzusenden im Hinblicke darauf, dass weiteres Hinhalten auf hiesige öffentliche Meinung, die ohnehin schon erregt sei, allerschlechtesten Eindruck machen müsse. Sogenannte Baschibozuks in Gümüldschina sind verkleidete reguläre Truppen, von Offizieren aus Tripolis befehligt. Herr Panas bat mich, vorstehendes Bild der Situation Euer Excellenz mit dem Beifügen zu melden, dass Griechenland unter diesen Umständen natürlich alle Massnahmen zu treffen genötigt sei, um sich gegen eine Überraschung türkischerseits zu schützen. Er bedauere sehr, dass Konvention mit Pforte noch nicht abgeschlossen, da Türkei, wie Sachen stehen, Angriff gegen Griechenland unternehmen könne, ohne neuen Krieg zu beginnen. Herr Venizelos, der sehr pessimistisch, hat Kretareise vertagt und gestern Leitung Kriegsministeriums wieder übernommen. Von Demobilisierung vorläufig keine Rede mehr. Regierungskreise sind eher der Ansicht, dass noch kein gegen Griechenland gerichteter türkisch-bulgarischer Akkord bestehe. Über eventuelle Haltung Serbiens will Herr Panas angeblich nichts wissen. Habe Impression, dass griechische Regierung auch deshalb nervös, weil durch andauernde Erhaltung der Armee auf Kriegsfuss hiesige finanzielle Lage kritisch werden könnte. Emil Fürstenberg.

Nr. 8704. Privatschreiben des Ersten Sektionschefs Karl Freiherrn von Macchio an den serbischen Gesandten Jovanović, 25. Sept. 1913. Konz. (S. Berger; V. Rappaport u. Macchio; G. Macchio).

En me rapportant à notre entretien de hier, je m'empresse de Vous informer qu'il appert de nos rapports consulaires que l'effervescence actuelle parmi les Albanais aurait pris origine hors des territoires attribués à l'Albanie par la Réunion de Londres. Elle y serait provoquée par les mesures intempestives de l'un ou l'autre des employés locaux serbes. Quant à la part que prendrait la population de l'Etat albanais aux incidents en question, elle se limiterait aux territoires attribués à l'Albanie, mais non-évacués jusqu'ici par les troupes serbes, ainsi qu'aux tribus auxquels l'accès aux marchés de Dibra et de Djakova a été interdit et qui, par conséquent, ont été privés de la faculté de se ravitailler.

Nr. 8705. Tel. des Legationsrates Wilhelm Ritter von Storck aus Belgrad, 25. Sept. 1913 Nr. 614 (eing. 5 U. 30 M. p. m.).[a] *Entziff.*

Doktor Schainović erklärt mir soeben, daß die Mobilmachung zirka 50.000 Mann betragen werde. Storck.

[a] Vgl. n. 8707, 8710.

Nr. 8706. Tel. des Legationsrates Wilhelm Ritter von Storck aus Belgrad, 25. Sept. 1913 Nr. 615 (eing. 11 U. 30 M. p. m.).[a] *Entziff.*

Albanien betreffend. Im Auswärtigen Amt gibt man sich noch immer sehr erregt. Doktor Schainović, in Vertretung des Herrn Spalajković, der gerade eine lange Konferenz mit einer griechischen Kommission hatte (?), teilt mir mit, daß die Arnauten unter Issa Boletinac und geführt von bulgarischen Offizieren, die aus Durazzo gekommen waren, in zwei Kolonnen gegen den Ochridasee und gegen Kičevo respektive Galičnik—Mavrova erfolgreich vorrücken. Die Albanesen würden es schwer zu büßen haben und Serbien werde auch den Mächten eine entsprechende Rechnung präsentieren. Die bulgarischen Offiziere hätten unter den Augen der Konsuln in Durazzo mit dem bulgarischen Generalstab korrespondiert und den Einfall von langer Hand vorbereitet. Es sei auch merkwürdig, daß der Angriff gerade dann erfolgt sei, als Serbien, dem Drängen der Mächte gehorchend, die Defilés und anderen strategischen Punkte geräumt hätte. Ich benützte den Anlaß, um meinem Mitredner eine Bemerkung über die selbst für serbische Verhältnisse dermalen unerhörte Sprache der Belgrader Presse zu machen und ihm zu erklären, daß in Belgrad kein Mensch wirklich an die sogenannten österreichischen Agenten in Albanien glaube. Er (mein Mitredner) am allerwenigsten. Er gab dies unumwunden zu, meinte aber doch, daß die obenerwähnte zeitliche Koinzidenz zu den in der Presse zutage tretenden Anschauungen Veranlassung gegeben haben müsse. Storck.

[a] Vgl. n. 8698, 8707, 8714.

Nr. 8707. Bericht des Legationsrates Wilhelm Ritter von Storck aus Belgrad, 25. Sept. 1913 Nr. 198 A (eing. 28. Sept.).[a] *Ausfert.*

Ich habe heute wieder im Auswärtigen Amte vorgesprochen, um Erkundigungen über den Stand der Dinge in den albanischen Grenzgebieten einzuholen. Die wichtigsten Punkte meiner Unterredung habe ich bereits mit dem gleichzeitigen Telegramme Nr. 615 gemeldet. Da die Sprache der serbischen Presse, inklusive dem offiziösen Organ, maßloser denn je zu werden beginnt, die heutige „Samouprava" die Prohaskaaffaire aufwärmt und der „Balkan" den Gedanken an einen Besuch Pašić' in Wien als eine Beleidigung des Andenkens der jetzt durch österreichisches Blei in Albanien fallenden Serben erklärt, habe ich den Anlaß auch dazu benützt, um auf diese bedauerlichen und der Anbahnung besserer Beziehungen zum Königreiche jedenfalls sehr abträglichen Erscheinungen aufmerksam zu machen. Im Gegensatze hiezu habe ich auf die gewiß maßvolle Sprache unserer Presse verwiesen. Der stellvertretende Generalsekretär Dr. Šajnović, der an die

„österreichischen Agenten", die die Albanesen zum Aufstand aufgereizt haben sollen, natürlich selbst nicht glaubt, vermeinte mir sagen zu dürfen, daß die merkwürdige Coincidenz des Losbruches des Aufstandes mit dem Zeitpunkte des angeblichen Räumungsbefehles Albaniens der öffentlichen Meinung den Glauben aufgedrängt haben müsse, daß nur fremder Einfluß die bis dahin friedlichen Bergstämme zum Losschlagen bewogen haben könne. Die Mächte, wir an der Spitze, hätten die Evakuierung Albaniens aber fort und fort betrieben. Ich erklärte meinem Mitredner, daß erstens ein Befehl zur Räumung Albaniens serbischerseits überhaupt nie gegeben worden sei, daß zweitens die österreichisch-ungarische Gesandtschaft die Démarche wegen der Evakuierung noch gar nicht gemacht hätte, wohl aber Rußland und anscheinend auch Frankreich und England der serbischen Regierung den weisen Rat erteilt haben dürften, das fremde Gebiet von serbischen Truppen zu evakuieren, um nicht noch mehr Zündstoff unter der albanischen Bevölkerung anzusammeln. Er und die serbische Regierung kenne die Albanesen mindestens eben so gut wie ich und müsste sich schon seit langem gesagt haben, daß dieses Naturvolk die Okkupation durch fremdes Militär des ihnen von den Mächten zugesicherten Territoriums auf die Dauer nicht dulden würde. Wenn man einem serbischen Bauer auch nur in sein Feld träte, so riskierte man von ihm mit Steinen beworfen zu werden. Naturvölker wären eben etwas energisch in der Wahrung ihres Hausrechtes. Er wisse ferners eben so genau wie ich, daß es in Albanien eine Einrichtung der Blutrache gäbe, eines der wenigen Gesetze, welches in ganz Albanien Geltung hätte. Angesichts dieser Einrichtung wäre es direkt unnatürlich gewesen, wenn die Leichen der serbischerseits füsilierten harmlosen Marktbesucher Djakovas oder Dibras keine Racheakte im Gefolge gehabt hätten. Nur natürlich sei es daher gewesen, daß sich diese Morde nach dem Schneeballensysteme vermehrt und schließlich zu einem Rachezuge geführt hätten. Er spräche mir immer von einem sogenannten Evakuierungsbefehle Albaniens, der wie er (Dr. Šajnović) Legationssekretär Baron Biegeleben selbst erklärt habe, niemals erteilt worden sei. Die hier zuliegenden Aufzeichnungen *b)* Baron Biegelebens, die ich als Ergänzung meines ergebensten Telegrammes vom 16. September 1913 Nr. 596 Euer Exzellenz ergebenst betrachten zu wollen bitte, geben darüber aktenmäßigen Aufschluß. Herr Šajnović nahm diese Erwiderungen alle ziemlich widerspruchslos hin und machte mir den Eindruck, als ob er in der inneren Freude über den gelungenen Coup des Feldzuges gegen Albanien diese Wahrheiten ruhig mit in Kauf nehmen könne. Auf meine Bemerkung, daß Serbien sich einen dritten Balkankrieg wohl ersparen hätte können, meinte er, daß die Serben an den Krieg gewöhnt und heute auch im Stande wären, einen vierten Krieg zu führen. Nachdem die „Pravda" bereits in einem ihrer Artikel davon spricht, daß, wenn die Mächte die Monarchie nicht dazu zwingen könnten, ihre Umtriebe in Albanien einzustellen, diese Pflicht Serbien obliegen werde, so schloß ich meine heutige Unterredung im Auswärtigen Amte mit dem Ausdruck der Hoffnung, daß dieser vierte Krieg nicht „der" Krieg (gegen uns) sein werde. Die heute erschienenen Mobilisierungsukase *c)* des Königs liegen in der Falte bei. Herr Dr. Šajnovic beziffert die Zahl der gegen die

Albanesenstämme aufgebotenen Kräfte mit zirka 50.000 Mann. Das dürfte wohl etwas hochgegriffen sein; und da er wiederholt von der Rechnung sprach, die Serbien den Mächten präsentieren werde, so könnte diese Ziffer auch blos en vue der letzteren so hoch angegeben worden sein. Storck.

P. S. Als Ergänzung der Mobilisierungsukase wäre zu bemerken, daß man jetzt auch von einer Mobilmachung der Drina- und Donau-Division spricht; mit der Moravadivision wären dann drei Truppendivisionen auf Kriegsfuß. In der Stadt zirkuliert das Gerücht von der angeblichen Demission des Kriegsministers und der für morgen bevorstehenden Rückkehr des Ministerpräsidenten Pašić. Storck.

a) Vgl. n. 8705, 8744. — *b)* Beilage. — *c)* Wurden wegen Raummangels nicht aufgenommen.

Beilage zu n. 8707. Aufzeichnung des Legationssekretärs Otto Freiherrn von Biegeleben. Ausfert.

Am 16. September 11 Uhr Vormittags kam Herr von Storck aus dem Ministerium zurück, wo er von Herrn Spalajković die feierliche Versicherung erhalten hatte, daß der Befehl an die serbischen Truppen ergangen sei, Albanien unter Zugrundelegung der in London fixierten Grenzen zu räumen. Herr Spalajković autorisierte Herrn von Storck gleichzeitig, diese Tatsache zur Kenntnis der k. und k. Regierung zu bringen. Noch bevor die bezügliche Depesche *a)* chiffriert war, kam Mr. Crakanthorpe auf die k. und k. Gesandtschaft, der Herrn von Storck streng vertraulich und unter ausdrücklicher Bitte, ihn Niemand als Quelle namhaft zu machen, anvertraute, daß Herr Spalajković am Vorabende bei einem Diner beim russischen Geschäftsträger die Äusserung hätte fallen lassen, daß der fragliche Befehl an die serbischen Truppen lediglich auf „ein Zurückziehen bis zum Drin" laute. Herr von Storck sandte mich daraufhin in das Ministerium des Äußern mit dem Auftrage, für alle Fälle nochmals anzufragen, ob er, wie Herr Spalajković ihm vor 15 Minuten erklärt hätte, der k. und k. Regierung melden könne, daß tatsächlich ein Befehl auf die Zurückziehung der serbischen Truppen hinter die Londoner Grenzen erteilt worden ist. Der gegenwärtig mit den Funktionen des Generalsekretärs betraute Dr. Šainović erklärte auf meine bezügliche Frage, die ich in die Form gekleidet hatte, daß Herr von Storck vor Absendung dieser wichtigen Depesche ganz sicher gehen und jedes Mißverständnis vermeiden wolle, daß er (Dr. Šainović) im Gegenstande nicht orientiert sei und erst mit Herrn Spalajković Rücksprache nehmen müsse. Er begab sich daraufhin zu diesem, kehrte erst nach längerer Zeit zurück und teilte mir dann mit, daß der Befehl an die Truppen allerdings nur auf Zurückziehung hinter den Drin gelautet habe. Einen Befehl, „sich genau hinter die in London fixierten Grenzen zurückzuziehen, könne die Regierung nicht erteilen, denn es müsse den Kommandanten die Entscheidung überlassen werden, an welchen Punkten sie ihre Truppen vom strategischen Standpunkt aus am besten aufstellen wollten." Biegeleben.

a) Vgl. n. 8640.

Nr. 8708. Aufzeichnung des zur Dienstleistung im Ministerium des Äußern einberufenen Grafen Johann Forgách über seine in Berlin am 25. Sept. 1913 mit dem Staatssekretär des deutschen Auswärtigen Amtes von Jagow geführten Unterredungen.[a]) Ausfert.

Der Staats-Sekretär empfing mich mit der Versicherung, daß es ihm ein Bedürfnis sei, sich mit mir, als einem alten Freunde, freimütig über die politische Lage auszusprechen und über die Ansichten am Ballplatze informiert zu werden. Seine erste Frage war, welche Absichten wir gegenüber Serbien hätten. Er habe die serbische Annexionsnote[a]) angenommen, aber gar keine Erklärung abgegeben, um eventuell noch Reserven formulieren zu können. Ich erwiderte, daß Seine Excellenz Graf Berchtold bei vollem Bewußtsein der unüberbrückbaren Gegensätze, welche uns von Serbien trennen, und der Feindschaften und Aspirationen dieses Landes, doch die Absicht hege, neuerlich eine wenigstens vorläufige freundschaftliche Verständigung mit Serbien über alle pendenten Fragen zu versuchen. Der Herr Minister habe daher mündlich und vorläufig den Empfang der Annexionsnote bestätigt, bei diesem Anlasse die Aufmerksamkeit des serbischen Gesandten auf unsere Interessen — Staatsangehörige, katholische Kirche, wirtschaftliche Interessen und so weiter — im ehemals türkischen Gebiete gelenkt und die Hoffnung ausgesprochen, daß die serbische Regierung eine einvernehmliche, freundschaftliche Einigung über diese Fragen ermöglichen werde. Auch sei unsererseits der von Serbien angekündigte Besuch Herrn Pašić's als willkommen bezeichnet worden. Der Staats-Sekretär schien über unsere Absicht einer freundschaftlichen Aussprache mit Serbien sehr befriedigt und meinte, unser Hauptinteresse wäre wohl die Sicherung des Transites nach Salonich und entsprechender Tarife. Die Erwerbung der Orientbahnaktien unsererseits sei wohlbedacht gewesen. Ich bemerkte, daß voraussichtlich gerade die Orientbahnen respektive die Erhaltung ihres Betriebes die größte Schwierigkeit bei den Verhandlungen bilden würde. Serbischerseits werde vom guten Willen einer Verständigung mit uns viel gesprochen, aber Beweise desselben lägen keine vor. Der Staats-Sekretär behauptet, der Schwierigkeiten des österr.-ungar.-serbischen Verhältnisses bewußt zu sein, und schien zu bedauern, daß wir im Jahr 1909 oder jetzt keine dauernde, gewaltsame Lösung vorgenommen hätten. Bei der anknüpfenden, eingehenden Besprechung der letzten Krise versuchte Herr von Jagow jeden möglichen Vorwurf abzulehnen, als ob Deutschland nicht uns möglichst unterstützt und nicht den vollsten Kontact mit uns aufrecht erhalten hätte. Nur in der Politik gegenüber Bulgarien und Rumänien, welche dann in der Revisionsfrage gipfelte, sei eine stärkere Differenz zu Tage getreten. Doch beteuerte er, daran unschuldig zu sein, da er fortwährend und wiederholt teils durch Grafen Szögyény, teils durch Herrn von Tschirschky das Wiener Kabinett zu überzeugen versuchte, daß die von uns präkonisierte bulgarisch-rumänische Verständigung ausgeschlossen sei, da einerseits König Carl und Rumänien nichts davon wissen wollten und durch Insistiren nur in das russische Fahrwasser getrieben würden, und da andererseits Bulgarien ganz unaufrichtig war, Herr Daneff die ihm von Wien gemachten Eröffnungen sofort nach Petersburg verriet und sich

dessen rühmte, uns hinters Licht zu führen. Die bezügliche, sehr ausführliche Verteidigung des Herrn Staats-Sekretärs war durch meine Bemerkungen veranlaßt, daß sowohl in Deutschland als in der Monarchie zahlreiche Stimmen auf die mangelnde Concordanz in unserer Politik verwiesen und daß wir, welche an allen Punkten der Welt Deutschlands Interessen beinahe wie die unsrigen betrachten, doch verlangen können, am Balkan — unserer bedeutendsten Interessensphäre — auf Deutschlands tätige und sichere Mitarbeit rechnen zu können. Selbst ein felsenfestes Bündnis gewinne nichts durch gegenseitige Verärgerung. Der Staats-Sekretär versicherte mich, wir könnten in allen albanischen und serbischen Fragen auf die volle Unterstützung Deutschlands rechnen. Auf einige Zwischenfälle in jüngster Zeit, zum Beispiel die Vorgänge im Admiralitätsrat in Skutari, die Haltung des deutschen Admirals, das mangelnde Entgegenkommen in Berlin bei Besprechung unseres Protestes hinweisend, meinte ich, daß auch hiebei von einem vollständigen Zusammengehen leider nicht gesprochen werden könne. Diese Bemerkungen schienen Herrn von Jagow sehr unangenehm und er sagte, wir sollten uns nicht mit solchen Formalitäten befassen, er habe Rücksicht nehmen müssen auf die englische Empfindlichkeit. Es sei sein Verdienst gewesen, in einem kritischen Momente die Engländer nach Skutari gebracht zu haben, und durch unser Vorgehen riskierten wir, sie zur Zurückziehung ihres Admirals und ihrer Détachements aus Skutari zu veranlassen. Ich erwiderte, daß ich die Abberufung der Admirale jetzt als kein Unglück ansehen könnte. Auf die Besprechung der pendenten politischen Fragen übergehend, fanden wir uns in voller Übereinstimmung darüber, daß eine gemeinsame Haltung der Monarchie und Deutschlands in denselben anzustreben und äußerst wünschenswert wäre. Dieselbe sei auch durch eine rückhaltlose Aussprache vielleicht zu erreichen. Ich erwähnte, daß Graf Berchtold mich besonders ermächtigt habe zu erklären, daß eine gleichmäßige Orientierung unserer Politik gegenüber den Balkanstaaten ihm notwendig scheine und äußerst willkommen wäre. Bezüglich Rumäniens herrsche keine Differenz in unseren Zielen, da wir beiderseits wünschen, daß das Königreich sich mit voller Wärme an uns anlehne. Herr von Jagow sprach sich diesbezüglich optimistisch aus; er glaubt, daß, so lange König Carl lebt und weiter auf die Dauer des verlängerten Vertrages, keine Gefahr bestehe, daß Rumänien vom Dreibund abschwenke. Alle namhaften Politiker des Landes seien diesbezüglich eines Sinnes und wären sich der Gefahr einer slawischen Umklammerung durch Rußland und Bulgarien voll bewußt. Ich erwiderte, daß diese Ansicht durch unseren Gesandten in Bucarest, Prinzen Fürstenberg, geteilt werde; ich persönlich sehe leider schwärzer. Hoffentlich irre ich mich, aber man müsse doch mit der Möglichkeit rechnen, daß eine Welle des sich immer steigernden rumänischen Chauvinismus über die Köpfe der leitenden Staatsmänner steige und sie trotz der slawischen Gefahr ihre Blicke auf Siebenbürgen richten lasse. Dann würde der vom König doch auffallend sorgsam so geheim gehaltene Vertrag „ein wertloser Fetzen Papier werden", wie es Seine Majestät Selbst einmal bemerkte. Nach Verwirklichung der Heiratsprojekte des jungen Prinzen Carl mit einer Czaren-

tochter auf eine aktive Cooperation Rumäniens gegen Rußland zu zählen, schiene mir beinahe eine Utopie. Diese Erwägungen stimmten Herrn von Jagow nachdenklich. Er betrachte das leider beinahe sichere Heiratsprojekt als ein Unglück, sowohl wegen der Politik als auch wegen der nahen Verwandtschaft des eventuellen hohen Ehepaares. Ich bemerkte noch, daß gegen spätere mögliche rumänische Velleitäten ein gutes Verhältnis der Monarchie zu Bulgarien von großer Bedeutung wäre. Dies führte zur Besprechung der Beziehungen des Dreibundes zu den Anschluß suchenden Königreichen Bulgarien und Griechenland. Der Staats-Sekretär, welcher in Folge der jüngsten Vorgänge die plötzliche Gräcophilie der Berliner leitenden Kreise etwas abgestreift zu haben scheint, erzählte mir, König Constantin habe zuerst ein förmliches Allianzangebot gestellt und versichert, daß Er Sich dazu im geheimen die Zustimmung des Herrn Venizelos gesichert habe. Derselbe würde zwar demissionieren, aber habe versprochen, in der Opposition die äußere Politik des Königs zu unterstützen. Seine Majestät habe auch Höchstseiner Einsicht Ausdruck gegeben daß wegen der französischen Geldquelle der Vertrag geheim bleiben müßte und daß Sein Land vorläufig dem Dreibunde wenig bieten könne; mit der Zeit würde Er allerdings 500000 Mann aufstellen können. Deutscherseits sei das Allianzangebot, nach reiflicher Überlegung und in Anbetracht der ungeklärten Lage (Herr von Jagow dachte wohl hauptsächlich an die von ihm als beinahe wahrscheinlich bezeichnete griechisch-türkische Kriegsgefahr), abgelehnt worden. Doch müsse man irgendwie den Anschluß Griechenlands an den Dreibund, am Besten, wie es dem Könige jetzt vorschwebe, durch eine Militär-Convention mit Rumänien, im Auge behalten, um es nicht zur Triple-Entente zu treiben und dadurch das Übergewicht Frankreichs, welches leider über Spanien eigentlich schon verfüge, im Mittelmeere zu verstärken. Ich führte dem Staats-Sekretär gegenüber aus, daß ich selbst diese eingeschränkte Anlehnung für schwer durchführbar halte. Die Monarchie hätte keine direkten Interessengegensätze mit Griechenland, da der momentane Streit wegen der albanischen Südgrenze wohl friedlich enden werde (diesbezüglich meinte Herr von Jagow, der König sei schon innerlich bereit nachzugeben und wolle Seines Landes und Seiner Versprechungen wegen nur dazu irgendwie „gezwungen" werden). König Constantin's Besuch in Wien sei Seiner Majestät, meinem Allerhöchsten Herrn, und dem Grafen Berchtold sehr willkommen, um eine möglichst freundliche Atmosphäre zwischen der Monarchie und Griechenland zu schaffen. Was seien aber des Königreiches Bestrebungen bei einem förmlichen Anschlusse an eine Mächtegruppe: I.) Der Schutz seiner ausgedehnten Küste; diesen können wir ihm gegen Frankreich, geschweige gegen England kaum bieten. II.) Die Befriedigung seiner finanziellen Bedürfnisse; dieselbe sei nur in Frankreich möglich. III.) Förderung der panhellenischen Bestrebungen auf den Inseln und in Kleinasien; dies verstoße direkt gegen die deutsch-türkischen Interessen. IV.) Eine Rückendeckung gegen Bulgarien; hierzu habe aber Griechenland bereits ein Schutz- und Trutzbündnis mit Serbien, also unserem Todfeinde, abgeschlossen.

Von diesen meinen Bemerkungen wollte Herr von Jagow nur die ersten zwei Punkte acceptieren. Das griechisch-serbische Bündnis sei nur ad hoc geschlossen und würde bald in Brüche gehen; bei einer vernünftigen Politik in Constantinopel und Athen wäre eine griechisch-türkische Einigung leicht zu erreichen. Doch war der Staats-Sekretär über die griechische Frage eher kleinlaut und besorgt. Ohne Anwurf meinerseits erklärte er die verbreiteten Nachrichten, als ob Seine Majestät Kaiser Wilhelm aus verwandtschaftlichen Rücksichten ganz hellenophil wäre, für grundlos, beschwerte sich bitter über die Londoner Réunion, welche in ihrer Hast auseinanderzugehen vergessen hätte, über die Inseln einen Beschluß zu fassen, und bezeichnete einen türkisch-griechischen neuerlichen Krieg, bei der Unvernunft, welche in Constantinopel herrsche, als leider beinahe wahrscheinlich. Jedenfalls dürfe man wegen der Mittelmeer-Interessen, welche Italien und wir hätten und welche Deutschland in Kleinasien mit der Zeit auch haben werde, Griechenland nicht unterschätzen und in die Arme Frankreichs treiben. Vorläufig sei eine Klärung abzuwarten. Ich sagte, daß dies sicherlich auch der Standpunkt des k. u. k. Ministers des Äußern sei und teilte auftragsgemäß die neuerlichen, seitens Bulgariens uns gemachten Allianzangebote sowie unsere freundliche, aber dilatorische Antwort mit. Unsere ursprüngliche Idee sei gewesen, Bulgarien über die rumänische Brücke dem Dreibunde anzugliedern. Diese Brücke sei nun nicht gangbar, doch würden wir es für einen Fehler betrachten, Bulgarien zurückzustoßen und dadurch notgedrungen wiederum vollständig Rußland zu überliefern. Russischerseits würde dann mit der Zeit doch die Versöhnung mit Serbien und ein neuer uns feindlicher Bund der zwei slawischen Balkanstaaten durchgesetzt werden. Herr von Jagow brachte die gewohnten Bedenken gegen König Ferdinand, Unverläßlichkeit der Bulgaren, Unsicherheit des gegenwärtigen Liquidationsministeriums und so weiter vor, stimmte mir aber bei, daß die freundschaftliche Behandlung Bulgariens am Platze sei und diesbezüglich auch eine Klärung abzuwarten wäre. An eine aufrichtige türkisch-bulgarische Entente will der Staatssekretär nicht glauben. Mit der Türkei sei nach wie vor an kein formelles Bündnis seitens des Dreibundes zu denken wegen der eventuellen unerwünschten akuten Gegensätze zur russischen Politik. Über das Ottomanische Reich sprach sich der Staatssekretär sehr abfällig aus und sagte, er teile durchaus nicht Baron Wangenheims Vertrauen in die Kraft der Türkei. Innerhalb von 30 Jahren würde der Zerfall und die Verteilung Kleinasiens erfolgen. Er verhandle soeben mit den französischen und deutschen Banken wegen der mit der Bagdadbahn zusammenhängenden Fragen und sei mit den Fortschritten nicht sehr zufrieden; das französische Kapital sei übermächtig und sich dessen bewußt. Auch mit England sei Deutschland bezüglich der Bagdadbahn noch in pourparlers. Eine vollständige Einigung sei noch nicht erzielt. Die wirtschaftliche Interessensphäre Deutschlands in Kleinasien sei aber außer nach Norden nunmehr fest abgegrenzt. Für den Fall, als wir — wie Graf Berchtold ihm im Mai sagte — uns auch eine Einflußsphäre daselbst schaffen wollten, seien eigentlich nur mehr das südliche Knie — die Teile gegenüber Rhodus — frei. Die Concessionen in Adalia

dürften Italien leicht in Gegensatz zu England bringen, welches für diese Gegenden auch bereits türkische Zusicherungen hatte. Mit großem Pessimismus äußerte sich Herr von Jagow über Albanien, welches Gebilde er für nicht lebensfähig hält. Der Aufstand Essad Paschas, die Kämpfe an der serbischen und montenegrinischen Grenze sind ihm nur Beweise eines unhaltbaren Zustandes. Meine auf das Detail dieser Fragen eingehenden Ausführungen und Erläuterungen schienen ihn wenig zu überzeugen. Doch wiederholte er, daß Deutschland unbedingt unsere albanische Politik unterstützen werde. Daher habe er — gegen seine bessere Überzeugung und vielleicht auch gegen den Wunsch Kaiser Wilhelms — dem Prinzen Wied zugeredet, er solle den albanischen Thron annehmen. Doch müsse er mich aufmerksam machen, daß der Prinz zwar ein äußerst ehrenhafter, tüchtiger Prinz und Offizier, aber eher unbedeutend und in keiner Weise — auch nicht finanziell — für das schwierige Abenteuer geeignet sei. Der Prinz habe auch gar keine Lust hiezu und es würde wohl vielen Zuredens und starker Mithilfe seitens König Karls bedürfen, um den Prinzen doch noch zu dem schweren Entschlusse zu bewegen; wahrscheinlich werde derselbe schließlich seine Berufung nach Albanien doch ablehnen. Nach Albanien passe nur ein zweifelhafter Abenteurer wie Prinz Achmed Fuad, welcher verschlagen, ambitiös und reich sei. Seine angeblichen italianophilen Gefühle seien kaum aufrichtig und faute de mieux könnten wir ihn acceptieren. Bezüglich Montenegros erhält der Staats-Sekretär auch besorgniserregende, die zunehmende Neigung zur Vertreibung der Dynastie und zur Vereinigung mit Serbien meldende Berichte. Ich drückte meine persönliche Meinung dahin aus, daß wir für diese Eventualität bereits jetzt Conversationen mit Italien einleiten und eine gemeinsame Stellungnahme versuchen sollten; dies fand die volle Zustimmung Herrn von Jagows. Sehr bedauerte der Staats-Sekretär die wegen der Triester Erlässe in Italien entstandene, starke Mißstimmung gegen die Monarchie. Fortwährend werde er italienischerseits um eine freundschaftliche Intervention ersucht; er habe kategorisch abgelehnt, da es sich um eine innere österreichische Angelegenheit handle. Ich setzte dem Staats-Sekretär detaillirt auseinander, daß die Triester Erlässe zwar leider unzeitgemäß, aber inhaltlich ebenso berechtigt als notwendig waren; sie seien übrigens selbst von den österreichischen Italienern gebilligt worden. In warmer Weise sprach Herr von Jagow über das gebesserte Verhältnis zu England. Dies sei sein ernstestes Bestreben gewesen seit dem ersten Tage seines Amtsantrittes. Er hoffe es noch zu erreichen, daß an eine englische descente in Belgien, behufs bewaffneter Cooperierung mit Frankreich, auch hypothetisch nicht mehr gedacht werde. Im Laufe der langen Besprechungen wiederholte der Staats-Sekretär öfters, daß das jetzige Ergebnis der Balkankrise für die Monarchie als durchaus nicht allzu ungünstig betrachtet werden könnte. Am schlechtesten habe die russische Politik abgeschnitten, welche allerdings mit unglaublicher Unverfrorenheit alle erlittenen Mißerfolge einfach abschüttle und unvermittelt neue Kurse einschlage. Die Macht Rußlands werde übrigens in jeder Beziehung überschätzt und das Verhalten zum Beispiel in der Adrianopler Frage sei doch ein Beweis vollständiger Ohnmacht. Schließlich dankte Herr von Jagow

mir sehr für meinen Besuch und die ihn erfreuende Aussprache und ersuchte mich, Seiner Excellenz dem Grafen Berchtold seine wärmsten Grüße zu vermelden. Forgách.

a) Vgl. n. 8682, erste Beilage zu n. 8690.

Nr. 8709. Privatschreiben an Legationsrat Franz Freiherrn von Haymerle in Bukarest, 25. Sept. 1913 Nr. 4549. Konz. (S. Berger; V. Rappaport u. Berchtold; G. Berchtold).

Wie Euer Hochwohlgeboren aus meinem Telegramme vom 23. d. M. Nr. 431 ersehen haben werden, habe ich Ihre Anregung, König Carol und Prinzen Wied durch Baron Bornemisza über die Verhältnisse in Albanien eingehender informieren zu lassen, aufgegriffen und verspreche mir von einer in dem von uns gewünschten Sinne erfolgenden Aufklärung der beiden Fürstlichkeiten durch den genannten k. u. k. Konsularfunktionär einen gewissen Erfolg. Ich würde aber auch Wert darauf legen, daß Euer Hochwohlgeboren Ihrerseits Ihre Bemühungen fortsetzen und sowohl auf Seine Majestät wie auf den Prinzen Wied nach seiner Ankunft in Bukarest dahin einzuwirken trachten, daß Letzterer sich sobald als nur möglich für die Annahme der albanischen Fürstenwürde entscheide. Der gegenwärtige Zustand in Albanien ohne Landesherrn ist auf die Dauer unhaltbar und birgt die Gefahr in sich, daß die latente Kampfesstimmung zwischen den einzelnen Partheien und Fraktionen eines Tages zum Schaden des Landes und gegen das Interesse der Albanien wohlwollend gesinnten Dreibundmächte zum offenen Ausbruch gelange. Diesem Zustande kann aber nur durch eine je früher erfolgende Wahl des Prinzen Wied zum Fürsten von Albanien ein Ende bereitet werden und will ich daher in Nachstehendem Euer Hochwohlgeboren jene Argumente an die Hand geben, welche es Ihnen ermöglichen sollen, die mir aus Euer Hochwohlgeboren Telegramme Nr. 345 vom 20. d. M. und Euer Hochwohlgeboren Privatbriefe vom 18. d. M. bekannten Bedenken König Carols zu zerstreuen. Seine Majestät ist zwar völlig im Recht, wenn Er sagt, daß bis jetzt eine Übereinstimmung aller Mächte über die Person des Prinzen Wied nicht vorliegt. Die Äußerung Baron Flotows, daß Prinz Wied von allen Mächten akzeptiert werden würde,a) dürfte auf einem Mißverständnisse des Herrn Gesandten oder vielleicht auch des Prinzen selbst beruhen. Doch kann man ruhig annehmen, daß mit Rücksicht auf die bereits vorhandene Zustimmung Österreich-Ungarns und Italiens sowie auf die zu gewärtigende Genehmigung Deutschlands die einmal erfolgte Wahl des Prinzen von Wied nicht auf einen dauernden Widerstand bei den anderen Großmächten stoßen wird. Wollte man sich aber auf vorherige Pourparlers mit den einzelnen Kabinetten einlassen, so würde man bald auf die Unmöglichkeit stoßen, alle Regierungen unter ein Dach zu bringen. Die von König Carol hinsichtlich der Südgrenzenfrage geäußerten Bedenken sind leicht mit dem Hinweise auf den Termin zu zerstreuen, welchen die Londoner Réunion den Arbeiten der Delimitierungskommission im Süden gesetzt hat. Ende November muß diese Frage nämlich bereits bereinigt sein. Die Abneigung Seiner Majestät gegen die Heranziehung fremder militärischer Instruktoren finden auch wir gewiß

begründet. Leider haben aber die Verhandlungen in London einen solchen Verlauf genommen, daß wir diese Klausel akzeptieren mußten. Vielleicht liegt aber gerade in dieser Bestimmung ein Moment mehr für die Opportunität eines ehestbaldigen Regierungsantrittes des Prinzen Wied. Wenn die fremden Instruktoren sich bereits vor der Ankunft des Fürsten von selbst eine gewisse Autorität erwerben sollten, so scheint mir dies für den künftigen Regenten nur günstiger zu sein, als wenn er gleichzeitig oder fast gleichzeitig mit ihnen eintrifft und so die Instruktoren gleichsam in seinem Gefolge im Lande erscheinen. Was schließlich die Frage der Pindus-Walachen anlangt und das damit im Zusammenhange stehende Bedenken König Carols wegen eines eventuellen höfischen Gegensatzes zwischen Berlin und Bukarest können wir darauf hinweisen, daß dem neuen Fürsten jede Gelegenheit fehlen dürfte, in dieser für ihn allerdings heiklen Frage hervorzutreten. Nach den Londoner Beschlüssen obliegt nämlich die bezügliche Entscheidung teils der Kommission, teils den Kabineten und dürfte dieselbe jedenfalls zu dem Zeitpunkte schon getroffen sein, zu welchem Prinz Wied infolge Anerkennung seiner Wahl eventuell Gelegenheit hätte, in diesem Belange den einzelnen Regierungen gegenüber Stellung zu nehmen.

a) Vgl. n. 8650 Anm. a.

Nr. 8710. Tel. des Generalkonsuls Rudolf Weinzetl aus Cetinje, 25. Sept. 1913 Nr. 268 (eing. 11 U. 40 M. p. m.).a) Entziff.

Hiesiger englischer Gesandter teilt mir vertraulich ein Telegramm des englischen Geschäftsträgers in Belgrad mit, demzufolge Serbien außer der Moravadivision noch insgeheim zwei weitere Divisionen mobilisiere.

Weinzetl.

a) Vgl. n. 8705, 8745.

Nr. 8711. Tel. des Gesandten Grafen Josef Somssich aus Paris, 25. Sept. 1913 Nr. 196 (eing. 11 U. p. m.). Entziff.

Erhalten Euer Exzellenz Telegramm Nr. 449 vom 25. d. M. betreffs serbisch-albanesischer Kämpfe. Der Ansicht Euer Exzellenz über die Wirksamkeit einer in Belgrad zu unternehmenden eventuellen Kollektivdemarche der Mächte kann ich vom hierortigen Standpunkte nur beipflichten. Die französische Regierung würde eine solche Demarche — si omnes — vielleicht mittun, hiebei jedoch gewiss nicht die Energie entfalten, die zum Erfolge unumgänglich notwendig. Meine gestrige Unterredung mit erstem politischen Direktor ließ mir keinen Zweifel darüber, dass die hiesigen Sympathien im gegenwärtigen Konflikte ganz auf serbischer Seite sind. Ich gewann sogar die Impression, als ob man hier die Verantwortlichkeit für die Zustände in den albanesisch-serbischen Grenzgebieten bis zu einem (gewissen)a) Grade uns in die Schuhe schieben und insbesonders dem Umstande zuschreiben wollte, dass die Kontrollkommission in Skutari noch nicht funktioniert. Herr Paléologue erwähnte, dass die englische Regierung sich mit dem Plane trage, ihren dortigen Delegierten zurückzuberufen und ließ durchblicken, dass eine solche Maßnahme auch von hier aus nachfolgen könnte, wenn nicht bald österreichisch-ungarischer

Delegierter in Skutari eintrifft. Ich wäre Euer Exzellenz für Instruktionen dankbar für den Fall, als Paléologue dieses Thema wieder anschneiden sollte. Im Übrigen habe ich nicht verfehlt, dem politischen Direktor gegenüber meiner dahingehenden Überzeugung Ausdruck zu geben, dass die albanesischen Feindseligkeiten sich als eine leider unvermeidliche Folge der serbischen Ungerechtigkeiten und Grausamkeiten, keineswegs aber als ein planmäßiger Feldzug darstellen. Somssich.

a) Chiffre fehlt.

Nr. 8712. Tel. des Legationsrates Grafen Ludwig Ambrózy aus Rom, 25. Sept. 1913 Nr. 675 (eing. 26. Sept. 6 U. a. m.).a) Entziff.

Albanesische Revolte. Im hohen Telegramme vom 24. d. M. Nr. 1092 erhaltenen Auftrag ausgeführt. Herr Garbasso versprach, Euer Exzellenz Vorschlag Marquis di San Giuliano vorzulegen. Er meinte, daß, wenn Zeitungsnachrichten, daß Albanesen Dibra eingenommen, wahr seien, dies kaum ohne Anteilnahme von Einwohnern des autonomen Albanien habe stattfinden können. Ambrózy.

a) Vgl. n. 8717.

Nr. 8713. Tel. aus Sofia, 25. Sept. 1913 Nr. 1138 (eing. 26. Sept. 6 U. a. m.).a) Entziff.

Minister des Äußern, den ich nachts einen Moment sprach, sagte, er hat sehr gute Nachrichten aus Konstantinopel. Verhandlungen bezüglich türkischer Forderungen dürften keinen Schwierigkeiten begegnen und Konversation betreffend Entente habe konkrete vielversprechende Wendung genommen. Unterzeichnung wäre erst Montag zu erwarten. Tarnowski.

a) Vgl. n. 8701, 8719.

Nr. 8714. Tel. an den Legationsrat Wilhelm Ritter von Storck in Belgrad, 26. Sept. 1913 Nr. 281 (chiffr. 8 U. 45 M. p. m.).a) Konz. (S. Berger; V. Rappaport; G. Macchio).

Ich billige die Sprache, die Euer Hochwohlgeboren Herrn Schainović gegenüber geführt haben. Im übrigen wollen Euer Hochwohlgeboren vorläufig weitere Aussprachen über dieses Thema mit den Serben vermeiden, bis Ihnen eine Instruktion im Gegenstande des Euer Hochwohlgeboren abschriftlich zugemittelten Telegrammes Nr. 1092 vom 24. d. M. nach Rom zukommt. Berchtold.

a) Vgl. n. 8706.

Tel. nach Durazzo, 26. Sept. 1913 Nr. 100 (chiffr. 2 U. 45 M. p. m.). Siehe n. 8716.

Nr. 8715. Bericht des Legationsrates Grafen Karl Trauttmansdorff aus London, 26. Sept. 1913 Nr. 80 C (eing. 29. Sept.). Ausfert.

Über die englisch-deutschen Verhandlungen betreffs die Bagdadbahn, über welche Angelegenheit ich am 29. August l. J. sub Nr. 76 A[a])

zu berichten die Ehre hatte, bin ich nicht in der Lage, Eurer Exzellenz weitere Détails zu melden. Die Verhandlungen nehmen, wie ich von meinem deutschen Kollegen höre, ihren ruhigen, glatten Fortgang; bis zum wirklichen Abschlusse derselben wird es aber noch seine Weile haben. Der Abschluss der türkisch-englischen Verhandlungen ist kürzlich durch eine Enuntiation des Vizekönigs von Indien der Allgemeinheit bekannt geworden. Hingegen sind die deutsch-französischen Verhandlungen noch nicht zu Ende gekommen, und ausserdem stehen so manche financielle Fragen mit den seinerzeitigen Ergebnissen der internationalen Pariser Finanzkommission in Verbindung. Die allem Anscheine nach sehr freundschaftlich geführten Pourparlers zwischen London und Berlin sind aber zweifellos eine sehr gute Gelegenheit zur intimeren Gestaltung der Beziehungen zwischen Deutschland und England, da es sich bei denselben nicht um einen Ausgleich von Interessengegensätzen, sondern in den grossen Zügen um eine Auseinanderteilung der deutschen Interessen an der Bagdadbahn einerseits und der englischen Interessen am persischen Golfe handelt. England hat heute keinen Grund mehr, dem Ausbau und der lukrativen Entwicklung der Bagdadbahn Schwierigkeiten zu machen, und ebensowenig hat Deutschland heute mehr die Absicht, die Befestigung und Ausdehnung englischer Vorrechte am persischen Golfe zu erschweren. Die Beziehungen zwischen London und Berlin haben sich im Laufe des heurigen Winters und Frühjahres sehr gebessert und sind heute vielleicht so gute wie schon lange nicht. Mehr ist es aber auch nicht. Die Ereignisse des vergangenen Herbstes am Balkan und die infolge dessen eingetretene Spannung haben das politische Interesse der Kabinette und der öffentlichen Meinungen auf den Balkan und die von England und Deutschland in gleicher Weise perhorrescierte Gefahr europäischer Complicationen concentriert. Es war dadurch von selbst ein gemeinsames höheres Interesse geschaffen, und bei den Verhandlungen im Zusammenhange mit der Londoner Botschafter-Konferenz haben sich das Berliner und Londoner Kabinett mehr als einmal, als die am Balkan und an dortigen Détailfragen weniger direkt interessierten Mächte unbeabsichtigt und ohne ihr Zutun in Übereinstimmung befunden. Es ist nicht ein diplomatisches Kunststück auf der einen oder anderen Seite gewesen, welches die Verbesserung der Beziehungen hergestellt hat, sondern meiner unmassgeblichen Meinung nach ausschliesslich der Lauf der Ereignisse und die praktische Anwendung des Prinzipes, dass sich die Beziehungen zwischen Deutschland und England bessern, je weniger von denselben gesprochen wird. Die Balkankrise war in dieser Beziehung die beste Ablenkung gewesen, die oft kleinlichen, in der Angst vor der Konkurrenz begründeten Zänkereien waren in den Hintergrund gedrängt. Es ist möglich, dass wir jetzt wieder eine Periode englisch-deutscher relativer Intimität haben werden, welche andauern wird, bis eines schönen Tages, wie schon so oft, sei es infolge eines tatsächlichen Interessen-Gegensatzes, sei es infolge eines an sich unbedeutenderen Zwischenfalles das gegenseitige Misstrauen wieder die Oberhand gewinnt.

Trauttmansdorff.

a) Irrtümlich für Bericht 76 B, der nicht bei den Akten liegt.

Nr. 8716. Tel. nach Rom Nr. 1098 (1), Valona Nr. 102 (2) und Durazzo Nr. 100 (3), 26. Sept. 1913 (chiffr. 2 U. 45 M. p. m.). Konz. (S. Rappaport; G. Berchtold).

Fortsetzung meines heutigen Telegrammes Nr. 1097.*a)* Euer Hochgeboren wollen Vorstehendes zur Kenntnis Marquis di San Giulianos bringen und beifügen, daß sich meiner Auffassung nach die Erlassung einer im nachstehenden Sinne gehaltenen identischen Instruction an die Konsularvertreter Österreich-Ungarns und Italiens in Valona und Durazzo empfehlen würde. Dieselben wären telegraphisch anzuweisen, bei der provisorischen Regierung beziehungsweise Essad Pascha folgende Sprache zu führen: Die Kabinete von Wien und Rom stünden in einem Meinungsaustausch zu dem Zwecke, um die Respectirung der Londoner Beschlüsse bezüglich der Grenzen und der Neutralität Albaniens und der Freihaltung der Märkte von Djakova und Dibra für die albanesischen Anrainer gegenüber dem Vorgehen Serbiens zu erreichen. Albanischerseits könnten diese Bemühungen der beiden Kabinete am besten dadurch unterstützt werden, daß gegenüber den von feindlicher Seite aufgestellten Behauptungen von der angeblichen Anarchie im Lande die Ordnung gewahrt und durch Zusammengehen aller Patrioten das Vorhandensein der nationalen Einheit dargetan werde. Die rascheste Beilegung des Konfliktes zwischen der provisorischen Regierung und Essad Pascha durch gegenseitige Konzessionen sei daher dringendst geboten. Weiters müsse albanischerseits alles vermieden werden, was serbischerseits dahin ausgelegt werden könnte, als hätten die Albanesen selbst die Neutralität ihres Landes verletzt und hiedurch eine serbische Gegenaction verschuldet. Albanien habe noch keine Zeit zur Ausbildung und Organisation einer regelmäßigen Wehrmacht gehabt. Jeder Versuch, dieselbe durch Irreguläre zu ersetzen, berge aber (ganz abgesehen von der Aussichtslosigkeit eines dauernden Erfolges) auch die Gefahr einer Neutralitätsverletzung in sich, welche in der heutigen Situation unabsehbare Folgen nach sich ziehen könnte. Ich telegrafire Vorstehendes an die k. u. k. Konsularvertreter in Valona und Durazzo mit dem Auftrage, mit der Ausführung der obenskizzierten Demarche bis zum eventuellen Einlangen ähnlicher Instructionen an ihre italienischen Kollegen zuzuwarten.

2.—3. Fortsetzung meines heutigen Telegrammes

2. Nr. 101.*b)*

3. Nr. 99.*a)*

2.—3. Ich teile obige Meldung, sowie Euer Wohlgeboren Telegramm

2. Nr. 116*a)*

3. Nr. 187 und 188*b)*

2.—3. an Grafen Ambrózy mit folgendem Auftrage mit: (Inseratur Telegramm sub 1. von „Euer Hochgeboren wollen Vorstehendes" bis inklusive „nach sich ziehen könnte.") Euer Wohlgeboren wollen den oben skizzierten Schritt bei

2. der provisorischen Regierung

3. Essad Pascha

2.—3. erst ausführen, bis Ihr italienischer Kollege eine analoge Instruktion erhält. Eine entsprechende Weisung ergeht auch nach

2. Durazzo.
3. Valona.

Berchtold.

a) Mit Tel. Nr. 1097 nach Rom (1), Nr. 99 nach Durazzo (2), 26. Sept. 1913 (chiffr. 11 U. 10 M. p. m.) wurde eine Konsularmeldung vom 24. Sept. (Nr. 116) aus Valona über die Einnahme der Stadt Dibra seitens der Albanesen, sowie die Bemerkung des Ackerbauministers Hassan Bey Priština, daß ein ähnlicher Überfall in allernächster Zeit auf die Stadt Djakova erfolgen werde, mitgeteilt. — b) Mit Tel. Nr. 101, 26. Sept. 1913 (chiffr. 5 U. 45 M. p. m.) wurden Konsularmeldungen vom 24. u. 25. Sept. (Nr. 187 und 188) aus Durazzo, Mitteilungen Essad Paschas über den Hergang der Kämpfe um Dibra nach Valona mitgeteilt: „... Serbische Soldaten griffen einige Hirten an, worauf sich die Albanesen mit Waffen zur Wehr setzten; die Serben nahmen 48 Albanesen, unter diesen mehrere Notable trotz heftigsten bewaffneten Widerstandes der Bevölkerung gefangen. Dabei fielen mehrere Männer und Frauen; die gesamte Bevölkerung von Dibra und Umgebung erhob sich gegen die serbischen Truppen, die nach schweren, hitzigem Kampfe von den Albanesen verfolgt, bis über die Radika (neun Stunden von Dibra entfernt) zurückwichen, indem sie die Stadt den Albanesen überließen ..."

Nr. 8717. Tel. an den Legationsrat Grafen Ludwig Ambrózy in Rom, 26. Sept. 1913 Nr. 1101 (chiffr. 10 U. p. m.).a) Konz. (S. Berger; G. Macchio).

Zu Euer Hochgeboren Telegramm Nr. 675 von gestern. Euer Hochgeboren wollen Herrn Garbasso gegenüber betonen, daß eine Betheiligung von Albanesen aus dem autonomen Albanien an den Unruhen bei Dibra nur insoweit vorzuliegen scheint, als (mein Telegramm vom 24. d. M. Nr. 1092) es sich um Gebiete handelt, welche von den Serben im Gegensatze zu den Londoner Beschlüssen widerrechtlich besetzt wurden oder deren Bevölkerung infolge der serbischerseits verfügten Sperrung der Märkte von Dibra und Djakova die Lebensmittelzufuhr abgeschnitten wurde.

Berchtold.

a) Vgl. n. 8728.

Nr. 8718. Tel. des Legationsrates Grafen Ludwig Ambrózy aus Rom, 26. Sept. 1913 Nr. 678 (eing. 27. Sept. 6 U. a. m.).a) Entziff.

Revolte in Albanien. Antwort auf Euer Exzellenz Telegramm Nr. 1092 vom 24. d. Mts. Herzog von Avarna erhält den Auftrag, Euer Exzellenz folgenden Gedankengang zu entwickeln: Marquis di San Giuliano sei der Meinung, daß Serbien nicht die Absicht habe, das autonome Albanien anzugreifen. Die bisherigen Gefechte hätten in den von Londoner Reunion Serbien zugewiesenen Territorien stattgefunden. Es scheint ihm daher opportun, Serbien in freundschaftlicher Weise aufmerksam zu machen und es durch die Großmächte daran erinnern zu lassen, „que l'Europe unanimément désire que les déliberations de la réunion de Londres soient respectées et exécutées." Minister des Äußern wird Stellungnahme Euer Exzellenz zu diesem Vorschlag abwarten, bevor er Zirkulartelegramme an italienische Vertreter bei Großmächten abgehen lässt. Sympathie der italienischen Presse auf der Seite Albaniens.

Ambrózy.

a) Oe. U. Balkan 442 Nr. 882. Vgl. n. 8724.

Nr. 8719. Tel. aus Sofia, 26. Sept. 1913 Nr. 1141 (eing. 11 U. p. m.).[a] *Entziff.*

Geheim. Bezug auf mein Telegramm Nr. 1138 von heute nachts. Anknüpfend an unser Gespräch von heute nachts sagte mir Minister des Äußern, Verhandlungen über türkisch-bulgarische Allianz gingen gut und fassten vorläufig für nächste 4 Jahre Defensivbündnis ins Auge. Betreffend Allianzverhältnisses nach Ablauf dieses Zeitraumes spräche man auch schon von Eventualität gemeinsamen Angriffes gegen Griechenland und Serbien, sohin ziehe man Offensivbündnis in Betracht. Tarnowski.

[a]) Vgl. n. 8701, 8733, 8801.

Nr. 8720. Bericht aus Sofia, 26. Sept. 1913 Nr. 60 (eing. 29. Sept.). Entziff.

Bulgarischer Gesandter in Bukarest, der gestern Sofia eingetroffen, frühstückte bei mir heute mit Minister des Äussern und lernte ich Herrn Radew als intelligenten und ruhigen Menschen kennen. Er erzählte mir seine Bukarester Eindrücke, die im Wesentlichen resumiere: Majoresco habe sich unmittelbar vor Abreise Mitredners über Politik Rumäniens dahin geäussert, Rumänien werde sich weder Entente noch Dreibund infeodieren lassen, es werde feste Beziehungen zu Russland unterhalten, zugleich aber mit Monarchie, deren Freundschaft natürlich notwendig für Rumänien, ein intimeres Verhältnis haben als mit Russland. Majoresco gebe Bulgarien Rat, sich auch mit Dreibund und Entente möglichst gut stellen, keinem groupement aber anschliessen. Mit Serbien riet Majoresco gute Beziehungen pflegen. Er habe zwar betont, dass Rumänien weder mit Serbien und noch viel weniger mit Griechenland Abmachungen habe, doch habe Radew aus Majorescos und anderen rumänischen Politikern Äusserungen Eindruck, dass Rumänien sich Serbien für alle Fälle „warm halten" möchte. Dagegen habe er bulgarische Aspirationen direkt auf griechische Erwerbungen verwiesen, sagend, dass jetziger Zustand unleidlich und unhaltbar. In spätestens fünf bis sechs Jahren müsse Kavalla bulgarisch sein und möglichst grosse Ausdehnung Bulgariens am Ägäischen Meere liege im rumänischen Interesse, schon wegen neuer Handelsstrassen. Die ökonomischen Beziehungen seien auch Weg, auf dem Annäherung zwischen beiden Ländern vorerst zu sichern sei. Erst wenn Bulgarien wieder kräftig gesammelt, könne man Frage politischer Abmachungen nähertreten. Jetzt sei Volksstimmung gegen letztere Idee. Verhältnis Rumäniens zu Österreich-Ungarn besprechend, habe Majoresco gesagt, er halte Moment Agitation gegen Monarchie und feindselige Stimmung in Öffentlichkeit nur für vorübergehend, Rumänien werde nie antiösterreichische Politik machen, diesbezügliche chauvinistische Ideen seien Phantastereien. Radew meinte, dass Russland und Frankreich systematisch anti-österreichische Stimmung durch Presskampagne nähren und sagte wiederholt, es sei bedauerlich, dass k. u. k. Mission in Bukarest punkto Einflussnahme auf Presse zu wenig aktiv. Rumänische Armeekreise bezeichnet Mitredner als direkt österreichfeindlich, hält es auch nicht für ausgeschlossen, dass zwischen serbischem und rumänischem Generalstab intimere Beziehungen bestehen, die durch projektierten Besuch Kronprinzen Serbiens in Bukarest gefestigt werden könnten. Serbische Diplomaten (Herr Spalajković, Ristić)

hätten sich zu Radew dahin geäussert, dass in längstens fünf bis sechs Jahren Monarchie, in grossen Krieg verwickelt, zerfallen werde. Serbischer Gesandter Ristić habe diese Eventualität vor Radew ganz offen entwickelt und gemeint, Bulgarien solle wie Serbien slavische Politik treiben; für Neutralität Bulgariens in Krieg mit Österreich-Ungarn könne es Vardargrenze, für aktive Mithilfe auch Monastir bekommen. Radew ist Ansicht, Annäherung Bulgariens an Rumänien könne nur schrittweise und ganz langsam erfolgen, Empressement könnte alles verderben. Seine Majestät König Karl hätte Radew gegenüber einige Äusserungen über rumänische Politik gemacht, die sich mit jenen Majorescos decken. Herr Majoresco habe auch gesagt, im Dezember zu gewärtigende liberale Regierung werde an auswärtiger Politik nichts ändern, da Seine Majestät der König deren Richtung bestimme. Radew erwähnte auch, Kronprinz stünde unter Einfluss Generalstabes, der austrophob. Für seine regen Beziehungen zu unserer Bukarester Vertretung ist Radew äusserst dankbar. Tarnowski.

Tel. nach Valona, 26. Sept. 1913 Nr. 102 (chiffr. 2 U. 45 M. p. m.). *Siehe n. 8716.*

Nr. 8721. Tel. des Legationsrates Wilhelm Ritter von Storck aus Belgrad, 27. Sept. 1913 Nr. 620 (eing. 6 U. p. m.).[a] Entziff.

Geheim. Serbisch-albanesisches. Englischer Geschäftsträger hatte heute im Ministerium des Äussern eine Unterredung mit Dr. Schainović. Dieser sagte ihm unter anderem, dass größere militärische Ereignisse erst in vier bis fünf Tagen, das heißt bis zur vollständigen Mobilisierung zu gewärtigen sein dürften. Mein englischer Kollege meint, dass die serbische Regierung ihrer Sache sicher zu sein scheine oder sich wenigstens so gebärde. Wie Russland und Frankreich denken, wisse nicht „bloß" Serbien. Gegen Bulgarien, dessen Haltung hier beunruhigt, hoffe man durch Rumänien gedeckt zu sein. Die Griechen wären allem Anscheine nach im Einverständnis mit Serbien, rechnen darauf, dass Deutschland uns in Albanien nicht halten würde. Die Situation wäre daher für Serbien eine überaus günstige. Alle Augen vermutlich daher wieder auf Wien gerichtet, ob dort nicht vielleicht doch noch Konzessionen gemacht werden könnten. Er (mein Mitredner) meine zwar, dass Österreich-Ungarn ohnehin seit langem „nichts anderes als Konzessionen mache", und er wüsste faktisch nicht, ob unsere Regierung weitere Konzessionen vor den Delegationen überhaupt würde vertreten können (!), er meine aber, dass zur Vermeidung von schweren europäischen Komplikationen nichts anderes erübrigen dürfte. Ich berichte darüber, weil mein englischer Kollege seine Regierung offenbar so ähnlich informieren wird. Ich kann nur hoffen, dass der englische Vertreter zu schwarz sieht und seine Regierung diesen Pessimismus nicht teilt. Storck.

a) Vgl. n. 8691, 8723, 8745.

Nr. 8722. Tel. des Legationsrates Wilhelm Ritter von Storck aus Belgrad, 27. Sept. 1913 Nr. 621 (eing. 5 U. 30 M. p. m.).[a] Entziff.

Serbische Grenzzollämter in Albanien. Dr. Schainović erklärte gestern dem deutschen Gesandten bezüglich Podgradac, dass dieser Ort wegen der

noch nicht fixierten oder Serbien doch noch nicht mitgeteilten Südgrenzen Albaniens hier nicht als albanesisches Territorium angesehen zu werden vermöchte. Storck.

[a]) Vgl. n. 8657.

Nr. 8723. Tel. des Legationsrates Wilhelm Ritter von Storck aus Belgrad, 27. Sept. 1913 Nr. 624 (eing. 28. Sept. 10 U. a. m.).[a]) Entziff.

Im Nachhange zu Telegramm Nr. 620 von heute. Herr Schainović erklärte meinem englischen Kollegen in dezidierter Weise, daß Serbien einen Einspruch der Mächte wegen Albanien nicht zu besorgen hat, da das serbische Vorgehen die volle Billigung Russlands gefunden hätte. Italienischer Geschäftsträger beantragt bei seiner Regierung, die Mächte dazu zu bewegen, Serbien in ernster Form zu notifizieren, daß es ein für allemal bei den Beschlüssen der Botschafterreunion verbleibt und es müßig wäre, an eine Änderung der Grenzen Albaniens zu denken. Weiters will italienischer Geschäftsträger die sofortige Etablierung einer Gendarmerie, eventuell unter Heranziehung internationaler Truppen beantragt haben. Frankreich, welches für seine Geldinteressen in Serbien zu fürchten scheine, dürfte seiner Ansicht nach diesmal nicht ganz mit Russland gehen, sondern für Vorschläge der Mächte zu haben sein. Storck.

[a]) Vgl. n. 8736.

Nr. 8724. Tel. nach Berlin Nr. 656 (1), London Nr. 724 (2), St. Petersburg Nr. 513 (3), Paris Nr. 452 (4), Rom Nr. 1109 (5) und Bukarest-Sinaia Nr. 433 (6), 27. Sept. 1913 (chiffr. 28. Sept. 12 U. 10 M. a. m.).[a]) Konz. (S. Schreibmaschine; G. Berchtold).

1.—4. Graf Ambrózy telegraphiert unterm gestrigen: ... *wie n. 8718 von Anfang bis „exécutées“* ... Ich ermächtige Euer etc., sich, sobald Ihr italienischer Kollege eine analoge Instruktion erhalten haben wird, bei der dortigen Regierung in dem von Marquis di San Giuliano vorgeschlagenen Sinne vernehmen zu lassen.

1. Fortsetzung folgt.

5. Ich teile Inhalt Euer Hochgeboren Telegrammes Nr. 678 von gestern den k. u. k. Geschäftsträgern in Berlin, London, Petersburg und Paris mit und füge bei: (Inseratur ex Telegramm sub 1.—4. von „Ich ermächtige“ bis zum Schlusse.) Fortsetzung folgt.

6. Fortsetzung zu meinem heutigen Telegramme Nr. 432.[b]) Graf Ambrózy antwortete unterm gestrigen: ... *wie n. 8718 vom Anfang bis „exécutées“* ... Daraufhin telegraphiere ich an die k. u. k. Geschäftsträger in London, Berlin, Petersburg und Paris: (Inseratur ex Telegramm sub 1.—4. von „Ich ermächtige“ bis zum Schlusse.) Fortsetzung folgt.

[a]) Vgl. n. 8727, 8739, 8747, 8749, 8757, 8759, 8762, 8763. — [b]) Mit Tel. Nr. 432, 27. Sept. 1913 (chiffr. 10 U. 40 M. p. m.) wurde n. 8696 von „Übereinstimmenden“ bis „gemacht worden sind“ nach Bukarest-Sinaia mitgeteilt.

Tel. nach Berlin, 27. Sept. 1913 Nr. 657 (chiffr. 11 U. 15 M. p. m.). Siehe n. 8727.

Tel. nach Bukarest-Sinaia, 27. Sept. 1913 Nr. 433 (chiffr. 28. Sept. 12 U. 10 M. a. m.). Siehe n. 8724.

Tel. nach Bukarest-Sinaia, 27. Sept. 1913 Nr. 434 (chiffr. 11 U. 15 M. p. m.). Siehe n. 8727.

Nr. 8725. Bericht des Legationsrates Franz Freiherrn von Haymerle aus Bukarest-Sinaia, 27. Sept. 1913 Nr. 75 A (eing. 29. Sept.). Ausfert.

Streng vertraulich. Der Herr königlich rumänische Ministerpräsident erzählte mir soeben in streng vertraulicher Form, Herr Bratianu — der Chef der liberalen Partei und voraussichtliche zukünftige Ministerpräsident — habe vor vier oder fünf Wochen Seiner Majestät dem König ein geheimes Memorandum über seine auswärtige Politik überreicht, in dem er als dessen Basis das unentwegte Festhalten Rumäniens an der bisher befolgten Dreibund-Politik bezeichnet; dazu freundliche Beziehungen zu Serbien, die aber nicht so weit gehen dürften, daß dadurch die guten Beziehungen zur Monarchie tangiert würden. „Diese Erklärungen Bratianus", meinte Herr Maioresco, „sind für uns eine große Beruhigung; denn sie verbürgen uns die Stabilität unserer äußeren Politik. Auch in seiner Anschauung über die Politik Rumäniens Serbien gegenüber, über die ich mich letzthin lange mit Ihnen unterhalten habe (vide meinen gehorsamsten Bericht Nr. 69 B vom 10. September 1913), hat er ganz recht. Übrigens was geht uns eigentlich das Verhältnis Österreich-Ungarns zu Serbien an?", setzte der Herr Ministerpräsident noch hinzu, eine Wahrheit, die leider hier, und ich fürchte auch beim Herrn Ministerpräsidenten selbst, noch nicht so recht durchgedrungen ist. Haymerle.

Nr. 8726. Tel. aus Konstantinopel-Jeniköj, 27. Sept. 1913 Nr. 522 (eing. 10 U. 45 M. p. m.). Entziff.

Türkisch-bulgarische Verhandlungen. Mit Bezug auf Euer Exzellenz gestriges Telegramm Nr. 466.[a]) Großvezir versichert mich, daß sich bei den Verhandlungen mit Bulgarien auch in Bezug auf Vakuf-Frage keine größeren Schwierigkeiten mehr ergeben und daß dieselben unbedingt in den ersten Tagen der nächsten Woche zum Abschlusse gelangen werden. Said Pascha sprach sich auch bei diesem Anlasse sehr anerkennend über das Entgegenkommen der bulgarischen Delegierten aus. Pallavicini.

[a]) Mit Tel. Nr. 466, 25. Sept. 1913 (chiffr. 11 U. 30 M. p. m.) wurde n. 8700 mit dem Beifügen nach Konstantinopel mitgeteilt, Vakufangelegenheit „in bulgarischerseits gewünschtem Sinne bei der Pforte befürwortend zur Sprache zu bringen".

Tel. nach London, 27. Sept. 1913 Nr. 724 (chiffr. 28. Sept. 12 U. 10 M. a. m.). Siehe n. 8724.

Tel. nach Paris, 27. Sept. 1913 Nr. 452 (chiffr. 28. Sept. 12 U. 10 M. a. m.). Siehe n. 8724.

Tel. nach Rom, 27. Sept. 1913 Nr. 1109 (chiffr. 28. Sept. 12 U. 10 M. a. m.). Siehe n. 8724.

Nr. 8727. Tel. nach Rom Nr. 1110 (1), Berlin Nr. 657 (2) und Bukarest-Sinaia Nr. 434 (3), 27. Sept. 1913 (chiffr. 11 U. 15 M. p. m.).a) Konz. (S. Berger; V. Rappaport, Forgách u. Berchtold; G. Berchtold).

1.—3. Fortsetzung zu meinem heutigen Telegramme Nr. 1109 (beziehungsweise 656, 433).

1. Euer Hochgeboren wollen Inhalt meines Eingangs zitierten Telegrammes zur Kenntnis Marquis di San Giulianos bringen und beifügen, daß ich zwar seinem Wunsche nach einer Demarche bei den Mächten Rechnung trage, aber nicht umhin kann, nochmals darauf hinzuweisen, daß die immer größere Dimensionen annehmenden militärischen Vorbereitungen Serbiens die in Belgrad übrigens ganz offen angekündigte Absicht darthun, den sich bisher auf das Serbien zugesprochene Gebiet von Dibra beschränkenden Aufstand zum Vorwand zu nehmen, um in das autonome Albanien einzudringen und dortselbst ohne Rücksicht auf die Londoner Beschlüsse die bis vor kurzem okkupierte strategische Linie neuerlich zu besetzen. Die Okkupierung dieser Linie würde aber nach meiner Auffassung für uns und Italien weit mehr als die Verletzung der Londoner Beschlüsse, nämlich die ständige Bedrohung der albanischen Adriaküste und insbesondere jene von Durazzo bedeuten. Die Absicht der ständigen Besetzung der mehrfach erwähnten Linie geht übrigens auch aus der vom hiesigen serbischen Gesandten überreichten Notiz hervor (mein Telegramm Nr. 1087 vom 23. d. M.), in welcher überdies noch Schadenersatzansprüche gegen Albanien angemeldet werden, was sich doch nur in Gestalt einer Gebietserweiterung effektuieren ließe. Da ich nun mit Rücksicht auf die bei den letzten Kollektivdemarchen in Belgrad gemachten Erfahrungen kaum annehmen kann, daß der von den beiden verbündeten Regierungen angeregte neuerliche Kollektivschritt rechtzeitig und in genügend energischer Form erfolgen wird, um Serbien von seiner geplanten Aktion abzuhalten, hielte ich es für dringend geboten, daß die Belgrader Regierung unabhängig von diesem Schritte und ohne Zeitverlust vor den Folgen des von ihr intendierten Vorstoßes gegen die Londoner Beschlüsse gewarnt werde. Es wäre dies schon deshalb angezeigt, damit sich Serbien nicht nachträglich darauf berufen könnte, daß es uns seine Absicht angezeigt habe und durch unser Stillschweigen in seinem Vorgehen bestärkt worden sei. Ich beabsichtige daher, den k. u. k. Geschäftsträger in Belgrad zu beauftragen, eine diesbezügliche freundschaftliche, aber eindringliche Demarche bei der dortigen Regierung zu machen und wäre Marquis di San Giuliano zu besonderem Danke verpflichtet, wenn er durch eine entsprechende Instruierung des italienischen Vertreters die einvernehmliche Ausführung dieser Demarche durch beide ermöglichen würde. Zu Euer Hochgeboren streng vertraulicher Information füge ich bei, daß ich in der ersten Hälfte nächster Woche Herrn von Storck den oben erwähnten Auftrag zu erteilen gedenke, weshalb ich Euer Hochgeboren ersuche, mir die Gegenäußerung Marquis di San Giulianos umgehend zu telegrafiren.

2.—3. Ich telegrafiere an Grafen Ambrózy wie folgt: Euer Hochgeboren wollen Marquis di San Giuliano sagen, (inseratur ex Telegramm sub 1. von „daß ich zwar seinem Wunsche“ bis zum Schlusse.)

2. Vorstehendes zur Mittheilung an Herrn von Jagow. Euer Hochwohlgeboren wollen beifügen, daß ich für eine Instruierung des deutschen Vertreters in Belgrad, welche es ihm ermöglichen würde, auch den zweiten (Separat-) Schritt seiner beiden Dreibundkollegen mitzumachen, sehr verbunden wäre.

3. Euer Hochwohlgeboren wollen Vorstehendes Herrn Majoresco mitteilen und beifügen: Rumänien habe sich eine führende Rolle am Balkan gesichert und sei an der Erhaltung des Friedens auf dieser Halbinsel in erster Linie interessiert. Ich würde daher besonderen Werth darauf legen, wenn das Königreich gleichfalls seinen Einfluß geltend machen wollte, die durch die neuerliche serbische Aktion drohenden Gefahren zu beschwören, indem es durch seinen Vertreter in Belgrad die dortige Regierung schon jetzt vor den Folgen einer offenkundigen Verletzung der Londoner Beschlüsse warnen ließe. Berchtold.

a) Oe. U. Balkan 443 Nr. 885. Vgl. n. 8738, 8743, 8747, 8757.

Nr. 8728. Tel. des Legationsrates Grafen Ludwig Ambrózy aus Rom, 27. Sept. 1913 Nr. 681 (eing. 28. Sept. 9 U. a. m.). Entziff.

Albanesischer Aufstand. Auf eine im Sinne des hohen Telegrammes Nr. 1101 vom 26. d. Mts. gemachte Bemerkung sagte mir definitiv nach Rom zurückgekehrter Minister des Äußern, es werde wohl schwer sein, unwiderleglich festzustellen, ob an der albanesischen Revolte nicht auch solche Elemente teilnehmen, welche weder aus dem von Serbien widerrechtlich besetzt gehaltenen Gebietsteile stammen, noch an der zugesprochenen Marktfreiheit behindert wurden. Ambrózy.

Tel. nach St. Petersburg, 27. Sept. 1913 Nr. 513 (chiffr. 28. Sept. 12 U. 10 M. a. m.). Siehe n. 8724.

Nr. 8729. Bericht des Legationsrates Grafen Otto Czernin aus St. Petersburg, 14./27. Sept. 1913 Nr. 35 C (eing. 29. Sept.). Ausfert.

Im Nachhange zu meinem gehorsamsten Telegramme vom 24. l. M. Nr. 317, in welchem ich über ein Gespräch mit Herrn Neratow, betreffend die Lage in Albanien, berichtete, erlaube ich mir noch ganz besonders hervorzuheben, dass der provisorische Leiter des Ministeriums des Äussern auf die baldigste Konstituierung der internationalen Kontroll-Kommission anscheinend ein noch grösseres Gewicht legt, als auf die der international organisierten Gendarmerie, respektive, dass er sich letztere nicht ohne erstere vorstellen zu können behauptet. Herr Neratow macht sich von der inneren Lage in Albanien einen Eindruck, der sich eigentlich mit völliger Anarchie deckt. Wer dort massgebend sei, könne momentan kaum präcisiert werden, Ismail Kemal Bey, Essad Pascha oder jetzt auch noch Issa Boletinaz? Auf meinen Einwurf, ob denn hier offiziell detaillierte Meldungen vorlägen, welche eine gar so pessimistische Auffassung rechtfertigen, musste der Herr Minister-Gehilfe zugestehen, dass er bisher meist noch auf Zeitungsnachrichten oder serbische Beschwerden angewiesen sei. Ich gab der Hoffnung Ausdruck, dass sich die Lage nach eingetretener Klärung durch beiderseitige Darstellung vielleicht weniger schwarz präsentieren dürfte. Teilweise, sagte ich, seien meiner persönlichen Meinung nach die Unruhen gewiss auf das

Loos der inkorporierten Albanesen zurückzuführen, und dass dieses schwer zu assimilierende Element seinen neuen Herren manche harte Nuss zu knacken geben dürfte, sei ja von Euer Exzellenz im Laufe der albanesischen Geburtswehen nicht nur einmal betont worden. Vielleicht würde eine albanesische Grenze, die sich mehr unserem seinerzeitigen Standpunkte näherte, weniger von Tumulten umbrandet sein. Hierüber glitt Herr Neratow möglichst schnell hinweg. Auf alle von Euer Exzellenz in Bezug auf die beschleunigte Aktivierung der Gendarmerie ins Auge gefassten Massregeln dürfte die russische Regierung, wie bereits telegraphisch gemeldet, bereitwilligst eingehen. Otto Czernin.

Nr. 8730. Bericht des Legationsrates Grafen Otto Czernin aus St. Petersburg, 14./27. Sept. 1913 Nr. 35 D (eing. 29. Sept.).[a] Ausfert.

Der hiesige bulgarische Gesandte Herr Bobtschew wird durch General Ratko Dimitrieff ersetzt. Die hiesigen Blätter bezeichnen ihn als einen der (noch übrig gebliebenen) Russophilen Bulgariens und eine Zeitung brachte allen Ernstes die Nachricht, der neue Gesandte habe die Mission, die Revision des Bukarester Friedens durch Russland durchzusetzen. Das heutige Russland, das den Widerstand Bulgariens bestärkt, Rumänien zur Mobilisierung getrieben, dann das falsche Spiel bei der Wiedereroberung Adrianopels gespielt hat, ist wohl die letzte Macht, von der heute ein ernster bulgarischer Politiker Hilfe erwarten kann. Von dem Momente, wo die Entwickelung der Dinge Bulgarien aus dem panslavistischen Ring verdrängt hat und dieser Staat seinen Wert als panslavistisches Werkzeug verloren hat, ist mit einem Schlage das Interesse der hiesigen Öffentlichkeit an dem Schicksal dieses Landes gewichen. Das offizielle Russland hat die Niederlage Bulgariens gegenüber seinen Verbündeten und in noch auffallenderer Weise gegenüber der Türkei trotz der anfänglichen entgegengesetzten Erklärungen ruhig mitangesehen und hat keinen Finger gerührt, und selbst die nationalistische Presse findet sich mit dem Wieder-Vordringen des Halbmondes apathisch ab. Mit umso grösserer Aufmerksamkeit wird der weitere Erfolg des russischen Werbens um Rumänien zu beobachten sein, und hierin dürfte der Angelpunkt der europäischen Politik Russlands in den nächsten Jahren liegen. Als vor dem Balkankriege die Ernennung König Karls zum russischen Feldmarschall erfolgte, bezweckte diese Avance wohl in erster Linie einen Schutz der slavischen Sache im Allgemeinen, da ja das Eingreifen Rumäniens mittelbar auch das serbische Lieblingskind um die erhofften Früchte seiner kriegerischen Anstrengungen gebracht hätte. Immerhin kam die Ausschaltung der rumänischen Korps damals auch Bulgarien zustatten. Als aber Bulgarien die Hauptarbeit im türkischen Kriege vollbracht hatte und Serbien hiedurch die erwünschte Stärkung gesichert war, da fiel hier die Maske und es wurde alles in die serbische Wagschale geworfen. Für den russischen Nationalisten, der die serbischen Zukunftsträume nährt, der die orthodoxe Propaganda in Galizien schürt, ist Rumänien heute ein wichtiger Faktor, um den Ring um die Monarchie immer fester zu gestalten. Die von Herrn Schebeko mit unschuldig-liebenswürdiger Miene und zweifellosem Geschicke in Bukarest geleistete Arbeit wird zweifellos auf allen Gebieten politisch

und wenn möglich durch dynastische Annäherung fortgesetzt werden. Die Politik Herrn Schebekos wäre übrigens zweifellos weniger erfolgreich gewesen, wenn er nicht durch einen für ihn glücklichen Zufall in dem derzeitigen Personal der hiesigen rumänischen Gesandtschaft eine Stütze gefunden hätte. Von allen rumänischen Staatsmännern, die mir bekannt sind, ist leider der hiesige rumänische Gesandte Herr Nano einer der schwächsten und ein Mann, der gänzlich unter dem Einfluss des ersten Sekretärs der Gesandtschaft Prinzen A. Bibesco steht. Dieser Diplomat, der wie so viele Rumänen die offizielle Dreibund-Politik nur widerwillig mitmacht, hat meiner Überzeugung nach das Hauptverdienst daran, wenn noch heute in leitenden rumänischen Kreisen eine vollständig verzerrte und lügenhafte Beurteilung unserer Politik Rumänien gegenüber und speziell unserer Stellungnahme in der hiesigen Botschafterkonferenz eingenistet ist. Auf der französischen Botschaft, mit der sie in engster Berührung steht, hat die so zusammengesetzte rumänische Gesandtschaft ihre Weisheit geschöpft und die einflussreichen Verbindungen Bibescos in Bukarest sind durch seine Darstellungen irregeführt worden. Bei diesem Anlasse erlaube ich mir auf die in der „Reichspost" (Nachmittags-Ausgabe) vom 20. l. M. gebrachte Nachricht aufmerksam zu machen, wonach den Rumänen in Bessarabien das ihnen genommene Recht, den Gottesdienst in ihrer Muttersprache zu verrichten, wieder eingeräumt worden wäre. Diese Massregel wäre zweifellos ein wichtiger Schritt in der angedeuteten Richtung. Ich habe unlängst dem Herrn Ministerpräsidenten gegenüber in unauffälliger Weise das Gespräch hierauf gewendet. Herr Kokowzow verneinte in bestimmter Form die Richtigkeit obiger Nachricht. Otto Czernin.

a) Vgl. n. 8731.

Nr. 8731. Bericht des Legationsrates Grafen Otto Czernin aus St. Petersburg, 14./27. Sept. 1913 Nr. 35 G (eing. 29. Sept.).a) Ausfert.

Der bulgarische Gesandte Herr Bobtschew, der Montag definitiv von hier scheidet, suchte mich heute auf und sprach sich sehr eingehend über die Ereignisse der letzten Monate und über die ihm vorschwebenden künftigen Ziele der bulgarischen Politik aus. Wie alle Welt, sieht er in Danew das bulgarische National-Übel. Was die Vorgeschichte des Bruderkrieges anlange, werde das in einigen Tagen erscheinende Grünbuch darüber Klarheit bringen. Namentlich werde die Veröffentlichung seiner Depeschen nach Sofia erweisen, dass er bis zum letzten Augenblicke die Wichtigkeit einer Verständigung mit Rumänien immer wieder betont habe. Herr Danew habe in unglaublicher Blindheit ihm darauf noch wenige Tage vor Ausbruch des Krieges geantwortet: „Ne vous inquiétez pas de la Roumanie, il n'y a pas de danger de ce côté". Dies sei umso unfasslicher, als die russische Regierung ihm — wie er eingestehen müsse — stets offen erklärt habe, sie werde Rumänien nicht zurückhalten können. Trotzdem sei Danew in seiner blinden Russophilie nicht von der Überzeugung abzubringen gewesen, dass Russland einen rumänischen Einmarsch nicht zugeben werde. Es liesse sich hieraus der Schluss ziehen, dass auch in Sofia, wie auf anderen Posten, eine Sonder-Politik der russischen Gesandtschaft existierte, von der Herr

Danew hinters Licht geführt wurde. Hingegen sagte Herr Bobtschew, dass die Aufmunterung zur rumänischen Mobilisierung zweifellos von Russland und Frankreich erfolgte und dass man in Petersburg zu spät die unerwarteten und dann unerwünschten, zu weitgehenden Folgen dieses Rates eingesehen habe. Die anti-russische Stimmung in ganz Bulgarien habe daher begreiflicher Weise auch einen nie dagewesenen Grad erreicht. Was die künftige Politik Bulgariens anlange, so sagte mir der Herr Gesandte vertraulich, er glaube, man werde sich dort vorerst zum Schein mit der heutigen Sachlage abfinden und das Wort „Revanche" streng vermeiden; wenn in einigen Jahren die nötige Erstarkung erfolgt sei, werde es an der Zeit sein, zu handeln. Was man in Sofia am meisten fürchte, sei ein rumänisch-griechisch-serbischer Block, und diesen zu verhindern, sei vorerst die Hauptaufgabe der bulgarischen Politik. Eine Verständigung mit Rumänien sei die beste Vorbereitung für die Zukunft, vorausgesetzt, dass eine solche nicht — wie man in Sofia fürchte — um zu teuren Preis zu haben wäre. Der Nachfolger Herrn Bobtschews, General Ratko Dimitrieff, soll in den nächsten Tagen hier eintreffen. Seine Aufgabe sei vor Allem, das durch Herrn Danew geschädigte bulgarische Ansehen hier wieder zu stärken. Der neue Gesandte habe zwar zahlreiche Verbindungen im russischen Heere, doch keine diplomatischen Anlagen. Die Wahl sei der Initiative des Königs Ferdinand entsprungen, welcher hiedurch eine Neubelebung der russisch-bulgarischen Beziehungen erhofft. Otto Czernin.

[a]) Vgl. n. 8730.

Nr. 8732. Bericht des Legationsrates Grafen Otto Czernin aus St. Petersburg, 14./27. Sept. 1913 Nr. 35 L (eing. 29. Sept.). Ausfert.

Wie ich erfahre, soll es jetzt feststehen, dass der bisherige serbische Gesandte Herr Popovic nicht mehr auf seinen Posten zurückkehrt und durch den derzeitigen Gerenten des serbischen Ministeriums des Äussern Herrn Spalaiković ersetzt wird. Das Agrément scheint bereits vor längerer Zeit erbeten, doch bisher geheim gehalten worden zu sein. Otto Czernin.

Nr. 8733. Tel. aus Sofia, 27. Sept. 1913 Nr. 1145 (eing. 28. Sept. 8 U. a. m.).[a]) Entziff.

Minister des Äußern sagte mir, man werde in Konstantinopel Defensivallianz unterzeichnen. Konversationen bezüglich Entente würden fortgesetzt werden und er hoffe, daß auch diesbezüglich vor Abreise Delegierter konkretes Resultat erzielt werde. Er erwähnte Möglichkeit, daß Deputation türkischer Bevölkerung aus Gümüldjina, die jetzt in Konstantinopel, nach Sofia komme. Tarnowski.

[a]) Vgl. n. 8719, 8752.

Nr. 8734. Tel. aus Sofia, 27. Sept. 1913 Nr. 1147 (eing. 28. Sept. 8 U. a. m.).[a]) Entziff.

Es besuchte mich Dobrović und wir unterhielten uns lange über verschiedene politische Fragen, speziell Bedeutung Bündnisses mit Türkei für Bulgarien, auch über Rumänien, Griechenland und Mitredner zeigte

auch lebhaftes Interesse für albanesische Bewegung, die Serbien Verlegenheit bereite, welche gute Gelegenheit aber Bulgarien leider nicht in der Lage, auszunützen. Dobrović meinte, es sei wichtig, mit Türkei baldigst [ab]zuschließen, da außer uns alle Mächte, speziell Frankreich und Deutschland, dagegen arbeiten. Er betonte, Markgraf Pallavicini hätte für Bulgarien sehr viel getan. Mitredner sagte, Seine Majestät der König wünsche, mich vor meinem Abgang auf Urlaub zu empfangen. Tarnowski.

[a]) Vgl. n. 8735, 8786.

Nr. 8735. Tel. aus Sofia, 27. Sept. 1913 Nr. 1148 (eing. 28. Sept. 11 U. 30 M. a. m.).[a]) Entziff.

Geheim. Habe Ministerpräsidenten und Minister des Aeussern erwähnt, König hätte Wunsch geäußert, mich zu empfangen. Minister sagten, sie hätten Seiner Majestät nahegelegt, dass er mich sehe. Aus Aeußerungen Minister geht hervor, dass sie daran sind, beim König, der noch in Unkenntnis, dass Regierung uns formellen Allianzvorschlag[b]) gemacht, Terrain für Konversation mit mir vorzubereiten. Sie legen nämlich, wie sie mir sagen, Wert darauf, dass ich nach Wien formelle Bestätigung mitnehmen kann, dass König mit Politik Kabinetts ganz solidarisch. Die Minister werden mir noch vor Audienz genau sagen, inwieweit sie König, mit dem sie methodisch allmählich vorgehen müssen, eingeweiht hätten. Ministerpräsident meinte heute wieder, — wie bereits laut Telegrammes Nr. 1134 vom 24. d. M. — dass Perfektionierung Entente mit Monarchie nicht länger hinausgeschoben werden dürfte. Es sei für bulgarische Regierung von größter Wichtigkeit, in auswärtiger Politik sicheren Boden zu bekommen und politische Richtung endgiltig zu bestimmen, damit unheilvollem Schaukeln ein für allemal Riegel vorgeschoben werde. Tarnowski.

[a]) Vgl. n. 8734, 8751, 8775. — [b]) Vgl. n. 7937.

Nr. 8736. Tel. des Legationsrates Wilhelm Ritter v. Storck aus Belgrad, 28. Sept. 1913 Nr. 626 (eing. 29. Sept. 11 U. 40 M. a. m.).[a]) Entziff.

Erklärung der serbischen Regierung in Betreff Albaniens. Die Einstellung der französischen Geldsendungen, Besorgnisse vor Bulgarien, der schleppende Gang der Mobilmachung und das zögernde Einrücken der Reservisten, vielleicht auch Warnungen, die Herr Pašić mit Bezug auf die optimistischen Hoffnungen auf Divergenzen zwischen den Mächten hieher gelangen ließ, haben Herrn Spalajković anscheinend wider Erwarten rasch zur Besinnung kommen lassen. Gestern noch in der schärfsten Tonart perorierend, hat er heute meinem, von dem plötzlichen Stimmungswechsel ganz betroffenen italienischen Kollegen die Erklärung abgegeben, „que la Serbie n'entreprendra qu'une action défensive contre les aggresseurs albanais, qu'elle fera preuve de sa grande modération, qu'elle ne pense pas à s'emparer des territoires albanais et qu'elle est fermement décidée à respecter les décisions des puissances". Wie ich aus Bankkreisen erfahre, wird die zweite Anlehensrate allerdings dringendst gebraucht. Alle Geschäfte stocken vollkommen. Storck.

[a]) Oe. U. Balkan 444 Nr. 886. Vgl. n. 8723, 8750, 8764.

Nr. 8737. Tel. aus Konstantinopel-Jeniköj, 28. Sept. 1913 Nr. 525 (eing. 29. Sept. 7 U. a. m.).[a] Entziff.

Türkisch-bulgarische Verhandlungen wurden gestern abgeschlossen. Türkische Regierung wird nunmehr ihren Unterhändler nach Athen entsenden und der griechischen Regierung vorschlagen, die schwebenden Fragen, wie die der Nationalitäten, Vakufgüter etc., nach denselben Prinzipien zu lösen, wie dies mit Bulgarien geschehen ist. Falls griechische Regierung auf diesen Vorschlag eingehen sollte, könnte der Frieden auch mit Griechenland bald zustande kommen. Im entgegengesetzten Falle hingegen muß mit Eventualität des Abbruches der Verhandlungen respektive ernster[b]) gerechnet werden. Pallavicini.

[a]) Vgl. n. 8758. — [b]) So!

Nr. 8738. Tel. des Legationsrates Grafen Ludwig Ambrózy aus Rom, 28. Sept. 1913 Nr. 688 (eing. 29. Sept. 7 U. a. m.).[a] Entziff.

Militärische Vorbereitungen Serbiens. Zu Euer Exzellenz Telegramm Nr. 1110 vom 27. d. M. Marquis di San Giuliano sagte mir, er werde italienischem Geschäftsträger in Belgrad analoge freundschaftliche, aber nachdrückliche Démarche auftragen, obwohl er an die Absicht Serbiens, strategische Linie dauernd zu (besetzen)[b]) nicht glaubt. Ambrózy.

[a]) Vgl. n. 8740, 8743. — [b]) Chiffre fehlt.

Nr. 8739. Tel. des Legationsrates Grafen Ludwig Ambrózy aus Rom, 28. Sept. 1913 Nr. 689 (eing. 29. Sept. 7 U a. m.).[a] Entziff.

Militärische Vorbereitungen Serbiens. Zu Euer Exzellenz Telegramm Nr. 1109 vom 28. d. M. bemerkte mir Marquis di San Giuliano, er würde es für dringend nötig halten, analoge Démarche, die er in Paris, London und Berlin ausführen lassen werde, auch in Petersburg vorzunehmen. Seiner Ansicht nach würde ein Wort Russlands — wo sich ungünstige Einflüsse Hartwigs jetzt geltend machen — genügen, um Serbien zum Maßhalten zu bringen. Aus einem Telegramm des italienischen Geschäftsträgers in Petersburg ersehe er, dass die Aussichten der Aufnahme einer derartigen Démarche trotzdem nicht schlecht wären. Im Zusammenhange hiemit sprach der Minister vom Wunsch aller Mächte nach Erhaltung des Friedens. Die Konklusion seines Raisonnements, dass es nützlich wäre, eine Démarche aller Mächte in Petersburg anzuregen, damit Russland ernsten Rat in Belgrad erteilen lasse, hat er aber nicht gezogen. Ambrózy.

[a]) Vgl. n. 8740, 8749.

Nr. 8740. Tel. des Legationsrates Grafen Ludwig Ambrózy aus Rom, 28. Sept. 1913 Nr. 695 (eing. 29. Sept. 3 U. 30 M. p. m.).[a] Entziff.

Militärische Vorbereitungen Serbiens. Minister des Äußern schreibt mir, er habe soeben Telegramm des italienischen Geschäftsträgers in Belgrad erhalten, laut dessen serbisches Ministerium des Äußern Herrn Rinella erklärt habe, daß Serbien Beschlüsse Londoner Botschafterkonferenz respektieren werde. Marquis di San Giuliano meint, daß es ihm unter diesen

Umständen richtiger schiene, unsere Démarche à deux (mein gestriges[b]) Telegramm Nr. 688) wenigstens zu verschieben, dagegen Schritte bei den anderen Mächten (mein gestriges[b]) Telegramm Nr. 689) zu beschleunigen, um serbische Regierung in „ihren weisen Dispositionen zu bestärken".

Ambrózy.

[a]) Vgl. n. 8750. — [b]) „Gestrig", weil vorliegendes Tel. erst am 29. Sept. 2 U. 13 M. a. m. aufgegeben.

Nr. 8741. Tel. des Konsuls Wenzel Lejhanec aus Valona, 28. Sept. 1913 Nr. 118 (eing. 29. Sept. 3 U. p. m.).[a]) Entziff.

Provisorische Regierung erhielt vorgestern und gestern weitere Nachrichten über albanesische Erfolge in der Gegend von Dibra, so namentlich über die Einnahme von Gostivar und Struga, über günstigen Stand der Operationen gegen Kruschevo und Ochrida, Erbeutung einer grossen Menge von Waffen sowie Munition (darunter zirka 17 Gebirgsgeschütze), Gefangennahme von ungefähr 200 serbischen Soldaten. Unverbürgte Nachrichten aus Rom via Skutari sagen, daß auch Djakova von den Albanesen eingenommen und Prisren zerniert wäre. So sehr diese Erfolge die hiesigen offiziellen Kreise erfreut und bei ihnen Hoffnung auf eine günstigere Regelung Grenzfrage wachrufen, erfüllt sie die provisorische Regierung[b]) dennoch mit schwerer Sorge, wie sie sich verhalten soll, besonders in Frage der Kriegsbeute, der Gefangenen, und wie sie blutige Repressalien seitens der Serben gegen die Aufständischen abwenden könnte. Sie beschloß daher von allen sechs Großmächten Hilfe anzurufen zur Schlichtung des Konfliktes, zur Vermeidung von Blutvergießen und die ehetunlichste Absteckung der Grenze unter möglichster Berücksichtigung der Wünsche der Bevölkerung zu empfehlen. Ismail Kemal bittet vor allem die Regierungen von Österreich-Ungarn und Italien, Interessen der albanesischen Nation zu schützen. Italienischer Kollege telegraphiert analog. Lejhanec.

[a]) Vgl. n. 8760 Anm. b, 8763 Anm. c. — [b]) So!

Nr. 8742. Tel. des Legationssekretärs Prinzen Emil Fürstenberg aus Athen, 29. Sept. 1913 Nr. 723 (eing. 7 U. p. m.).[a]) Entziff.

Herr Venizelos glaubt, wie ich höre, darauf rechnen zu dürfen, daß, falls Bulgarien an der Seite der Türkei aktiv an einem Balkankrieg teilnehmen sollte, Rumänien nicht neutral bleiben würde. Emil Fürstenberg.

[a]) Vgl. n. 8770 Anm. b.

Nr. 8743. Tel. an den Legationsrat Wilhelm Ritter von Storck in Belgrad, 29. Sept. 1913 Nr. 285 (chiffr. 9 U. p. m.).[a]) Konz. (S. Berger; G. Berchtold).

Mit heutiger Post ist Euer Hochwohlgeboren unter anderem die Abschrift des Telegrammes an Grafen Ambrózy Nr. 1110 vom 27. d. M.[b]) zugekommen. Nachdem ich einer telegrafischen Meldung des k. u. k. Geschäftsträgers am königlich italienischen Hofe von gestern[c]) entnehme, daß der italienische Vertreter die gewünschte Instruktion erhalten wird,

ersuche ich Euer Hochwohlgeboren, die in dem vorzitierten Telegramme erwähnte Démarche ohne Zeitverlust auszuführen, sobald Ihr italienischer Kollege im Besitze des bezüglichen Auftrages seiner Regierung sein wird. Sollte dieser Auftrag bis spätestens Mittwoch nicht einlangen, so wollen Euer Hochwohlgeboren den in Rede stehenden Schritt allein unternehmen. Euer Hochwohlgeboren hätten hiebei einen freundschaftlichen Ton anzuschlagen, der königlich serbischen Regierung aber bei Vermeidung jeder komminatorischen Haltung in eindringlicher Weise zu verstehen zu geben, daß sich die aus einer eventuellen Aktion gegen Albanien nothwendigerweise zu erwartenden ernsten Folgen durch eine entsprechende Rücksichtnahme Serbiens auf die Beschlüsse der Mächte vermeiden ließen. Berchtold.

a) Oe. U. Balkan 445 Nr. 888. Vgl. n. 8750, 8753, 8755, 8764, 8765, 8766. — b) Nach Rom = n. 8727. — c) n. 8738.

Tel. nach Belgrad, 29. Sept. 1913 Nr. 286 (chiffr. 10 U. 20 M. p. m.). Siehe n. 8750.

Nr. 8744. Erlaß an den Legationsrat Wilhelm Ritter von Storck in Belgrad, 29. Sept. 1913 Nr. 4613. Konz. (S. Berger; G. Forgách).

Euer Hochwohlgeboren jüngste Berichte[a]) über unser Verhältnis zu Serbien und die albanische Frage habe ich mit Interesse zur Kenntnis genommen. Die darin entwickelten Ansichten haben hier volle Würdigung gefunden und spreche ich Euer Hochwohlgeboren sowohl für Ihre Haltung wie auch für Ihre Berichterstattung meine Anerkennung aus.

a) n. 8692, 8693, 8707.

Nr. 8745. Tel. des Legationsrates Wilhelm Ritter von Storck aus Belgrad, 29. Sept. 1913 Nr. 627 (eing. 30. Sept. 7 U. a. m.).[a]) Entziff.

Die Haltung Deutschlands zu dem serbisch-albanesischen Konflikt. Deutscher Gesandter sagte mir, er habe Herrn Spalajković erklärt, dass Serbien innerhalb seiner Grenzen mit den Albanesen machen könne, was ihm gut dünke. Er warne aber vor Vorstössen oder Verfolgungen über die Grenze des autonomen Albaniens, da die Mächte unentwegt auf dem Standpunkte der Londoner Beschlüsse stünden. Woher man im hiesigen Auswärtigen Amt die Überzeugung hergenommen haben will, dass Deutschland nicht auf diesem Standpunkte stehe (die in meinem Telegramm Nr. 620 vom 27. d. M. erwähnte und dem englischen Kollegen gegenüber gemachte Bemerkung), ist daher unerfindlich. Die großen militärischen Vorbereitungen Serbiens sucht Herr Spalajković jetzt mit der Besorgnis vor einem bulgarischen Angriff zu motivieren und erklärt, dass die dritte mobilisierte Truppendivision zum Schutze der Grenze gegen Bulgarien aufgeboten wurde und auch im Ovče polje konzentriert werden wird. Storck.

a) Oe. U. Balkan 445 Nr. 889. Vgl. n. 8710.

Nr. 8746. Tel. des Legationsrates Wilhelm Ritter von Storck aus Belgrad, 29. Sept. 1913 Nr. 628 (eing. 11 U. 40 M. p. m.).[a]) Entziff.

Zur veränderten Situation in Belgrad. Da ich schon seit einiger Zeit Herrn Spalajković nicht mehr aufgesucht hatte, begab ich mich heute zu

ihm, um mich über den Stand der Grenzkämpfe zu informieren. Ich bemerke ausdrücklich, dass ich mich bei dem ganzen Besuch rein rezeptiv verhalten habe. Herr Spalajković erklärte nach einer allerdings ziemlich langen Tirade über „die âme du peuple serbe" und die furchtbare Erbitterung, welche die Arnauteneinfälle hier ausgelöst hätten, dass Serbien auf dem Standpunkte der Londoner Botschafterbeschlüsse stünde und nicht beabsichtige, neue territoriale Erwerbungen auf Kosten des autonomen Albaniens zu machen. Die Zurückschlagung der Albanesen, die übrigens keine Fortschritte mehr machen, würde zwar vielleicht serbischerseits eine kleine Überschreitung der Grenzen im Gefolge haben, was eintretendenfalls jedoch nur aus rein militärisch-taktischen Gründen erfolgen würde. Im Verlaufe der Konversation gab mein Mitredner auch zu, dass eine vollständige Evakuierung des autonomen Albaniens von serbischen Truppen tatsächlich niemals erfolgt war. Herr Spalajković, der heute ganz auf Moll gestimmt war, polemisierte sodann gegen die dem serbischen Gesandten in Wien erteilte Antwort, wonach der Aufstand unter den Albanesen des serbischen Territoriums begonnen hätte, und bezichtigte Bulgarien, denselben inszeniert zu haben. Auf meine Frage, wie es mit den militärischen Vorbereitungen stünde, behauptete er, dass derzeit nur zwei Truppendivisionen mobilisiert seien, von denen auch nur eine gegen Albanien Verwendung finden würde. (Dies deckt sich nicht ganz mit seinen Erklärungen Herrn Rinella gegenüber.) Meine Frage, wann Herr Pašić zurückkommt, beantwortete er mit der Mitteilung, dass nach einem eben eingelangten Telegramm der Ministerpräsident in Paris angekommen wäre und vermutlich sofort nach Belgrad weiterreisen dürfte. Er hoffe aber immer noch, dass Herr Pašić sich wenigstens für ein paar Stunden in Wien aufhalte, um mit Euer Exzellenz Rücksprache zu pflegen. Er habe mir schon seinerzeit mitgeteilt, dass Pašić diese Absicht hat, und zwar habe er mir diese Eröffnung auf Grund eines Briefes des Ministerpräsidenten an Herrn Paču gemacht, in welchem ausdrücklich zu lesen gewesen wäre, dass Herr Pašić nach Wien zu Euer Exzellenz zu kommen beabsichtige. Ich berichtete über vorstehende Erklärungen ausführlicher, weil mir mein Mitredner in sichtlich gedrückter Stimmung heute geneigter schien, sich mehr an die Wahrheit zu halten, als dies sonst der Fall ist. Storck.

[a] Vgl. n. 8753, 8761.

Nr. 8747. Tel. des Legationsrates Franz Freiherrn von Haymerle aus Bukarest-Sinaia, 29. Sept. 1913 Nr. 353 (eing. 4 U. 30 M. p. m.).[a] Entziff.

Serbisch-albanesischer Konflikt. Habe in Euer Exzellenz Telegramm Nr. ...[b] bis 435[c] erteilte Aufträge bei Minister des Äußern ausgeführt. Derselbe schien ebenfalls Ansicht zu teilen, daß von hier aus Druck auf Serbien ausgeübt werden soll. Hiesiger Einfluß auf Serbien sei nicht unbedeutend. Minister des Äußern verspricht sich von Rückkehr Herrn Pašić' nach Belgrad Beschwichtigung, Herr Spalajković sei ein Hitzkopf, Ministerpräsident wird noch heute um Audienz bei Seiner Majestät dem König

einkommen, um Höchstdemselben Euer Exzellenz Wunsch vorzutragen. Versprach mir, Resultat der in allernächsten Tagen erfolgenden Audienz sofort bekanntzugeben. Haymerle.

a) Vgl. n. 8757 Anm. b, 8759 Anm. a, 8767. — b) Chiffres fehlen. Vermutlich Nr. 433 = n. 8724. — c) Mit Tel. Nr. 435, 27. Sept. 1913 (chiffr. 11 U. 30 M. p. m.) wurde eine Konsularmeldung aus Prizren vom 26. Sept. dahingehend, daß die in der Presse lancierten Nachrichten über größere Grenzzusammenstöße bei Djakova und Prizren falsch und diese Übertreibungen und Entstellungen wohl nur dazu bestimmt seien, das Verlangen der Serben nach einer sogenannten strategischen Grenze zu motivieren, nach Bukarest mitgeteilt.

Nr. 8748. Bericht des Generalkonsuls Rudolf Weinzetl aus Cetinje, 29. Sept. 1913 Nr. 92 A (eing. 2. Okt.). Ausfert.

Geheim. Dieser Tage erschien im hiesigen Amtsblatte eine Kundmachung, mittelst welcher die kaiserlich russische Gesandtschaft in Cetinje die Schliessung des unter dem Protektorate Ihrer Majestät der Kaiserin-Mutter von Russland stehenden Instituts zur Erziehung montenegrinischer Mädchen ankündigt. Wie Eurer Exzellenz bekannt (vergl. hieramtlichen Bericht Nr. 78 A, geheim, vom 25. August d. J.), hat Seine Majestät König Nikolaus vor einiger Zeit sich in einem Handschreiben an Ihre Majestät die Czarin-Mutter mit der Erklärung gewendet, dass Montenegro dieses aus russischen Mitteln erhaltenen Institutes nicht mehr bedürfe. Wie mir Herr von Giers unlängst sagte, ist dieses Schreiben, das in russischen Hofkreisen den allerschlechtesten Eindruck hervorgerufen hätte, ohne Erwiderung geblieben und habe man an höchster Stelle das durch die russische Gesandtschaft veröffentlichte Avis im „Glas Crnogorca" für die passendste Antwort gehalten. Herr von Giers bemerkte hiebei, dass dieser Entschluss des Gospodars, sowie auch der Tenor des erwähnten Schreibens, ihn an der gesunden Urteilskraft des Souveräns zweifeln liessen. In Cetinje wird die Sache lebhaft kommentiert als Anzeichen des sich mit Russland vorbereitenden vollkommenen Bruches und merkwürdigerweise auch als eine intendierte Gefälligkeit an die Adresse Österreich-Ungarns angesehen. Über die Beweggründe dieses Schrittes lassen sich vorläufig nur Vermutungen aufstellen. Möglich ist, dass Seine Majestät der König durch die Zurückhaltung der russischen Subvention (am 1. September war es 1 Jahr, dass sie zuletzt ausbezahlt wurde) und durch die abweisende Haltung des russischen Gesandten aufs tiefste gekränkt, jenen Brief in der stillen Hoffnung schrieb, dass man am russischen Hofe sein Zürnen nunmehr als echt ansehen und Ihn auffordern würde, von diesem Schritte abzustehen und in den Schoss Russlands zurückzukehren. Der Gospodar hat aber offenbar schlecht kalkuliert und sein Entschluss erscheint umso unbegreiflicher, wenn in Erwägung gezogen wird, dass trotz Einstellung der Heeressubvention (1.200.000 K) der König und der Kronprinz noch immer im Genusse einer jährlichen Gratifikation des Czaren von 250.000, beziehungsweise 60.000 Kronen stehen, mit welchen ihre bescheidene Hofhaltung bestritten wird. Ich bin der unmassgeblichen Meinung, dass es in Petersburg nur willkommen sein kann, wenn der Gospodar mit eigener Hand Fäden zerschneidet, deren Bestehen seit einiger Zeit von Russland als lästig empfunden

werden mag, wo man sich der Erwartung hingibt, dass Montenegro auf diese Weise unauffällig, aber unaufhaltsam Serbien in die Arme getrieben werde. Weinzetl.

Nr. 8749. Tel. nach Rom Nr. 1123 (1) und St. Petersburg Nr. 518 (2), 29. Sept. 1913 (chiffr. 7 U. 40 M. p. m.). Konz. (S. Berger; G. Forgách).

1. Erhalten Euer Hochgeboren Telegramm Nr. 689 von gestern. Zur Mittheilung an Marquis di San Giuliano: K. und k. Geschäftsträger in St. Petersburg ist bereits entsprechend instruiert.

2. Zu Euer Hochgeboren Information: Im Gegenstande meines Telegrammes Nr. 513 vom 27. d. M. telegrafiert Graf Ambrózy unterm gestrigen: ... *wie n. 8739 vom Anfang bis „schlecht wären“* ... Ich antworte, daß Euer Hochgeboren bereits eine entsprechende Instruktion besitzen. Berchtold.

Nr. 8750. Tel. nach Rom Nr. 1124 (1) und Belgrad Nr. 286 (2), 29. Sept. 1913 (chiffr. 10 U. 20 M. p. m.).[a] Konz. (S. Berger u. Rappaport; V. Rappaport; G. Forgách).

1. Erhalten Euer Hochgeboren Telegramm Nr. 695 von gestern. Euer Hochgeboren wollen Marquis di San Giuliano sagen, daß der Auftrag an den k. u. k. Geschäftsträger in Belgrad bereits abgegangen ist. Was die im serbischen Ministerium des Äußern Herrn Rinella gegenüber geführte Sprache anlangt, so sei dieselbe mit dem hochtrabenden Tone eines heute hier übergebenen serbischen Promemorias kaum vereinbar. Solange die Belgrader Regierung sich nicht unserem Geschäftsträger gegenüber in derselben Weise wie zu Herrn Rinella ausspricht, müssen wir uns eben an die bisherigen Enunciationen des Belgrader Kabinetes halten und können daher unsererseits von der beabsichtigten Demarche bei derselben nicht absehen. Bezüglich der bei den Kabineten der anderen Großmächte zu unternehmenden Schritte seien die k. u. k. Botschaften bereits seit dem 28. d. M. mit entsprechenden Instruktionen versehen.

2. Einem Telegramme Grafen Ambrózys entnehme ich, dass dem italienischen Kabinete eine Meldung Herrn Rinellas über die in Euer Hochwohlgeboren Telegramm Nr. 626 vom 28. d. M. wiedergegebenen Äusserungen Herrn Spalajković' zugekommen ist. Marquis di San Giuliano bemerkte hiezu, ... *wie n. 8740 von „daß es ihm“ bis Schluß* ... Ich antworte Grafen Ambrózy wie folgt: (Inseratur aus Telegramm sub 1. von „Euer Hochgeboren wollen“ bis zum Schluß.) Infolgedessen bleibt mein heutiges Telegramm Nr. 285 aufrecht. Berchtold.

[a] Vgl. n. 8761.

Tel. nach St. Petersburg, 29. Sept. 1913 Nr. 518 (chiffr. 7 U. 40 M. p. m.). Siehe n. 8749.

Nr. 8751. Tel. aus Sofia, 29. Sept. 1913 Nr. 1154 (eing. 30. Sept. 7 U. a. m.).[a] Entziff.

Wiederholung des Telegrammes Nr. 1151. Geheim. Habe Besuch Finanzministers gehabt, der als selbständiger Parteiführer neben Radoslavoff

und Ghenadieff wichtigstes Mitglied Kabinetts. Im Verlaufe der politischen Konversation fing er spontan von der uns durch bulgarische Regierung proponierten Allianz zu sprechen an, erkundigte sich eingehend nach Disposition in Wien, nach dem Zeitpunkt, wann es zum formellen Abschluss kommen wird und — wie Ministerpräsident bereits wiederholt — sprach auch er Erwartung aus, dass wir Bulgarien jetzt nicht mehr lange zappeln lassen würden. Herrn Toncheff präokkupiert unter anderem Gedanke, dass die beiden Staaten, wenn einmal Entente geschlossen, durch möglichst viele Bande, speziell durch ökonomische Interessen aneinander bleibend gekettet werden. Es schwebe ihm auch vor, ob nicht ein Abkommen getroffen werden könnte, auf Grund dessen, da Bulgarien ohne Handelsausfuhr, unsere Handelsschiffahrtsgesellschaften Dienst der bulgarischen Hafen- und Küstenschiffahrt übernehmen würden. Tarnowski.

[a]) Vgl. n. 8735, 8775.

Nr. 8752. Tel. aus Sofia, 29. Sept. 1913 Nr. 1155 (eing. 30. Sept. 7 U. a. m.).[a]) Entziff.

Wiederholung des Telegrammes Nr. 1152.[b]) Geheim. Minister des Äussern sagte mir soeben, Friedensverhandlungen in Konstantinopel seien beendigt und morgen werde unterzeichnet werden. Um die Konversation betreffend Allianz fortzusetzen, werde General Savow unter Prätext Erholung in Prinkipo und Herr Toschew als Delegierter für Handelsvertragsverhandlungen in Konstantinopel bleiben. Sie hätten sich mit Talaat und Djemal verabredet, sich in Prinkipo und bei T....[c]) zu begegnen. Die Türken schienen so entschlossen und wünschten so ernst, baldigst zu einem Resultat zu gelangen, dass Herr Ghenadiew in einigen Tagen den Entwurf der Entente zu erhalten hoffe. Die Delegierten der provisorischen Regierung von Gümüldjina hätten bei Botschaften vorgesprochen und erzählten dann, Markgraf Pallavicini habe sie ernstest gemahnt, sich Bulgarien zu unterwerfen; russische Botschaft aber hätte ihnen empfohlen, an autonomistischen Forderungen festzuhalten. Was die Okkupation Westthraziens anbelangt, so hätte Türkei zur Evakuierung zehn Tage nach Unterzeichnung und werde Vormarsch bulgarischer Truppen je nach Maßgabe, als sich türkische Reguläre zurückgezogen haben werden, stattfinden können. Tarnowski.

[a]) Vgl. n. 8733, 8769. — [b]) Dürfte als verstümmelt eingelangt durch Tel. Nr. 1155 ersetzt worden sein; bei den Akten nicht vorhanden. — [c]) Amtsvermerk: Kürzung eines wiederholten Namens.

Nr. 8753. Tel. an den Legationsrat Wilhelm Ritter von Storck in Belgrad, 30. Sept. 1913 Nr. 289 (chiffr. 8 U. 30 M. p. m.). Konz. (S. Berger; G. Forgách).

Zu Euer Hochwohlgeboren Telegramm Nr. 628 von gestern. Da ich Werth darauf lege, daß Serbien bezüglich seines Vorgehens gegen Albanien auch von uns gewarnt werde, bleibt meine gestrige Instruktion (Tel. Nr. 285) aufrecht. Berchtold.

Nr. 8754. Tel. des Legationsrates Wilhelm Ritter von Storck aus Belgrad, 30. Sept. 1913 Nr. 630 (eing. 6 U. p. m.).[a] Entziff.

Demarche wegen Albanien. Deutscher Gesandter teilt mir mit, Instruktion erhalten zu haben, sich der Demarche wegen Albanien seiner Dreibundkollegen anzuschließen. Seine Instruktion lautet dahin, der serbischen Regierung zu verstehen zu geben, die Beschlüsse der Londoner Reunion zu respektieren und kein albanesisches Territorium zu okkupieren. Italienischer Kollege, der ohne Sekretär ist, kann die lange ihm zugekommene Depesche erst bis Nachmittag dechiffrieren, wird mir dann aber sofort Mitteilung machen. Storck.

[a] Vgl. n. 8755.

Nr. 8755. Tel. des Legationsrates Wilhelm Ritter von Storck aus Belgrad, 30. Sept. 1913 Nr. 632 (eing. 11 U. 45 M. p. m.). Entziff.

Im Nachhange zu heutigem Telegramme Nr. 630. Die Ziffern-Telegramme, die Herr Rinella heute bekommen hat, enthielten keine Instruktionen zu einer gemeinsamen Demarche mit mir. Soviel mein italienischer Kollege mir mitteilt, verhandle Marquis di San Giuliano mit Wien noch immer wegen einer von „allen" Mächten zu unternehmenden Demarche. Falls Herr Rinella bis morgen Mittwoch 11 Uhr vormittags keine Weisungen erhält, werde ich im Sinne der erhaltenen Instruktionen[a] den anbefohlenen Schritt bei Herrn Spalajković allein unternehmen. Storck.

[a] n. 8743.

Nr. 8756. Erlaß nach Berlin Nr. 4636 (1), Rom Nr. 4637 (2), London Nr. 4638 (3), St. Petersburg Nr. 4639 (4) und Paris Nr. 4640 (5), 30. Sept. 1913.[a] Konz. (S. Berger; V. Rappaport; G. Forgách).

1.—5. Mit meinem Telegramme vom 18. d. M. Nr. (ad 1) 643, (ad 2) 1068, (ad 3) 712, (ad 4) 502, (ad 5) 443

1.—5. hatte ich Euer etc. davon in Kenntnis gesetzt, daß die königlich serbische Regierung zwar die Eröffnung der geplanten Zollämter in Muri, Bruti und Okenstun storniert, jene des Zollamtes in Podgradatz aber aufrecht erhalten habe. Die Errichtung dieses Zollamtes steht aber mit den Londoner Beschlüssen über die Südgrenze des Fürstentumes Albanien im Widerspruch. Der genannte Ort liegt in einem Gebiete, welches durch die Botschafterréunion in unzweifelhafter Weise dem neuen Staate zuerkannt wurde und dessen Westgrenze folgendermaßen definiert wurde: La frontière partirait de la rive occidentale du lac d'Okhrida près du village Lin et en traversant le lac elle se dirigerait vers sa rive méridionale sur un point situé entre le couvent de St. Naoum qui resterait hors de l'Albanie et le bourg de Starova. Laut einer Meldung der k. u. k. Gesandtschaft in Belgrad hat sich nun Dr. Schainović dahin geäußert, daß die in Rede stehende Ortschaft in Belgrad nicht als albanisches Gebiet angesehen zu werden vermöchte, da die Süd- und Südostgrenze Albaniens Serbien nicht mitgetheilt worden sei. Um eine klare Situation zu schaffen und der königlich serbischen Regierung die Möglichkeit weiterer Ausflüchte zu benehmen, beehre ich mich, Euer etc.

zu ersuchen, die Notifikation der in London beschlossenen Südgrenze Albaniens an das Belgrader Kabinett bei der dortigen Regierung anregen zu wollen. Bei der Ausführung dieses Notifikationsschrittes wäre nach meiner Auffassung auch darauf hinzuweisen, daß die Errichtung eines Zollamtes in Podgradatz den betreffenden Londoner Beschlüssen widerspricht. Ich richte einen gleichen Erlaß an die k. u. k. Geschäftsträger bei den anderen Großmächten. Indem ich einer Berichterstattung über die Aufnahme dieser Anregung bei der dortigen Regierung entgegensehe, erneuere ich etc.

[a]) Vgl. n. 8798.

Nr. 8757. Tel. des Gesandten Ludwig Freiherrn von Flotow aus Berlin, 30. Sept. 1913 Nr. 420 (eing. 4 U. p. m.).[a]) Entziff.

Telegramm Nr. 656 und die beiden folgenden Telegramme[b]) vom 27. d. M. betreffend serbisch-albanesischen Konflikt erhalten. Staatssekretär erklärte sich gerne bereit, deutschen Vertreter in Belgrad anzuweisen, mit seinen Dreibundkollegen serbische Regierung freundschaftlich, aber eindringlich vor einer Verletzung der Londoner Beschlüsse zu warnen. Herr von Jagow bemerkte hiebei, daß er erst kürzlich in diesem Sinne sich dem serbischen Geschäftsträger gegenüber sehr ernst geäußert. Flotow.

[a]) Oe. U. Balkan 446 Nr. 890. Vgl. n. 8764 Anm. b. — [b]) Vgl. n. 8727. Mit Tel. Nr. 658, 27. Sept. 1913 (chiffr. 11 U. 30 M. p. m.) wurde eine Konsularmeldung aus Prizren (vgl. n. 8747 Anm. c) nach Berlin mitgeteilt.

Nr. 8758. Tel. aus Konstantinopel-Jeniköj, 30. Sept. 1913 Nr. 527 (eing. 5 U. p. m.).[a]) Entziff.

Türkisch-bulgarische Verhandlungen. Ich besuchte heute nachmittags die bulgarischen Delegierten, knapp bevor sie sich auf die Pforte begaben, um den Friedensvertrag zu unterzeichnen. Sowohl General Savoff als auch Herr Toscheff dankten mir für meine Unterstützung, speziell in der Nationalitätenfrage. Geheim. Bulgarische Delegierte sagten mir, daß auch die Verhandlungen betreffs des geheimen Vertrages weit vorgeschritten seien; türkischerseits seien nur Talaat Bey und Djemal Bey im Geheimnis. General Savoff sagte, daß die Türkei jetzt Griechenland gegenüber auf Annahme „gewisser Punkte" (hinsichtlich der Nationalitäten, Vakuf etc.) bestehen und gleichzeitig auch auf Lösung der Inselfrage dringen werde. Er glaubt, daß Griechenland sofort nachgeben werde, da es zu militärischem Widerstand nicht fähig wäre. Schon die 120.000 aus der Kriegsgefangenschaft zurückkehrenden türkischen Soldaten wären genug, die griechische Armee lahm zu legen. Auf meine Frage, wie die türkische Armee bei Neutralität Bulgariens durch bulgarisches Gebiet gegen Griechenland vorgehen könnte, meinte General Savoff, ein Durchmarsch ließe sich leicht bewerkstelligen, da Bulgarien Westthrazien vorderhand nicht ganz besetzen werde, sondern nur einzelne Punkte. Er erwähnte auch, daß thrazische Milizen bereits Demir Hissar und Seres besetzt hätten; Griechen hätten sich zurückgezogen. Der General bemerkte auch, daß Bulgarien die Revision des Bukarester Friedens verlangen werde und zwar dahin, daß Kavalla und Drama bulgarisch werden. Herr Natschowitsch gedenkt 4. Oktober abzureisen, übrige Vertreter einige

Tage später. Ich schließe daraus, daß bezüglich des geheimen Vertrages noch nicht alles perfekt ist. Pallavicini.

[a] Vgl. n. 8685, 8737, 8773.

Erlaß nach London, 30. Sept. 1913 Nr. 4638. Siehe n. 8756.

Erlaß nach Paris, 30. Sept. 1913 Nr. 4640. Siehe n. 8756.

Nr. 8759. Tel. des Gesandten Grafen Josef Somssich aus Paris, 30. Sept. 1913 Nr. 204 (eing. 6 U. p. m.). Entziff.

Mittelst Telegrammen Nr. 453[a] und 452 vom 28. d. M. angeordnete Demarche betreffs an serbische Regierung zu erteilender freundschaftlicher Ratschläge in gewünschter Form ausgeführt. Politischer Direktor teilte mir mit, daß dem Wunsche Marquis di San Giulianos bereits gestern entsprochen worden sei, indem der Präsident der Republik sich Herrn Pašić gegenüber anläßlich eines in Rambouillet gegebenen Dejeuners vor ihm (Herrn Paléologue) und dem Gesandten Vesnich ganz in dem vom Herrn italienischen Minister vorgeschlagenen Sinne ausgesprochen habe. Eine gleiche Antwort erhielt mein italienischer Kollege. Was die Berichte der k. u. k. Konsularämter über die Lage betrifft, so bemerkte Paléologue, daß er an der Glaubwürdigkeit derselben keinen Zweifel hegen wolle, jedoch ...[b] des Herrn Pašić eine entgegengesetzte sei und auf planmäßigen Überfall seitens der Albanesen schließen lasse. Herr Pašić habe sich übrigens in recht gemäßigter Weise ausgesprochen und beabsichtige, auf seiner Rückreise Euer Exzellenz in Wien aufzusuchen. Ich glaube nicht fehlzugehen in der Annahme, daß die Anwesenheit des Herrn Pašić mit der Angelegenheit der serbischen Anleihe in Zusammenhang zu bringen ist und daß der ihm erteilte Ratschlag zur Mäßigung mit Argumenten finanzieller Natur unterstützt wurde.

Somssich.

[a] Mit Tel. Nr. 453, 27. Sept. 1913 (chiffr. 11 U. 30 M. p. m.) wurde eine Konsularmeldung aus Prizren (vgl. n. 8747 Anm. c) als die Absichten Serbiens illustrierende Meldung nach Paris mitgeteilt. — [b] Chiffre verstümmelt.

Erlaß nach Rom, 30. Sept. 1913 Nr. 4637. Siehe n. 8756.

Nr. 8760. Tel. des Legationsrates Grafen Ludwig Ambrózy aus Rom, 30. Sept. 1913 Nr. 702 (eing. 1. Okt. 6 U. a. m.).[a] Entziff.

Albanesischer Aufstand. Zum hohen Telegramm vom 29. d. Mts. Nr. 1129[b] sagte mir Marquis di San Giuliano, er sei gerne bereit, Bitte Albanesen um Hilfe zwecks Vermeidung von Blutvergiessen und Schlichtung des Konfliktes bei den Großmächten zu unterstützen. Albanesische Regierung habe aber durch Duldung der Unterstützung ihrer aufständischen Stammesgenossen eine gewisse Verantwortung übernommen. Es schiene ihm daher nötig, auf albanesische Staatsmänner dahin einwirken zu lassen, daß sie aufhören, der Unterstützung des Aufstandes Vorschub zu leisten und daß sie Serbien jeglichen Vorwand benehmen, die albanesische Grenze zu überschreiten. Auch halte er Beschleunigung Zusammentrittes der Kontroll-

und Beginn der Arbeiten der Grenzkommission sowie tunlichst baldige Entsendung des holländischen Offiziers und Lösung der Fürstenfrage für die geeignetsten Mittel, Zweck zu erreichen. Ambrózy.

a) Vgl. n. 8768. — b) Mit Tel. Nr. 1129, 30. Sept. 1913 (chiffr. 10 U. 30 M. p. m.) wurde n. 8741 auszugsweise nach Rom mitgeteilt.

Nr. 8761. Tel. des Legationsrates Grafen Ludwig Ambrózy aus Rom, 30. Sept. 1913 Nr. 703 (eing. 1. Okt. 6 U. a. m.).a) Entziff.

Militärische Maßnahmen Serbiens. Anläßlich der Mitteilung des Inhaltes des hohen Telegrammes Nr. 1124 vom 29. d. Mts. las mir Minister des Äußern heute eingetroffenes Telegramm des italienischen Geschäftsträgers vor, laut dessen serbischer Minister des Äußern freundschaftliche Vorstellungen Rinellas folgendermassen beantwortet habe: „Serbien denke nicht, sich in Abenteuer einzulassen und werde bei der Verfolgung seiner Angreifer sich den Bedürfnissen der Situation anpassen. Wenn auch vielleicht militärische Aktion serbische Truppen bis zur albanesischen Grenze führen werde, gebe der Minister formellste Erklärung ab, daß serbische Regierung nicht beabsichtigt, auch das kleinste Stück des Territoriums Albaniens zu annektieren und fest entschlossen sei, Beschlüsse der Großmächte zu respektieren." Im gleichen Sinne habe sich serbischer Minister gestern Herrn von Storck gegenüber ausgesprochen, welcher — wie Rinella beifügt — über diesen Wechsel der Stimmung sehr überrascht gewesen sei.
Ambrózy.

a) Vgl. n. 8746.

Erlaß nach St. Petersburg, 30. Sept. 1913 Nr. 4639. Siehe n. 8756.

Nr. 8762. Tel. des Legationsrates Grafen Otto Czernin aus St. Petersburg, 30. Sept. 1913 Nr. 320 (eing. 4 U. 30 M. p. m.).a) Entziff.

Albanesisch-serbischer Grenzkonflikt. Mein italienischer Kollege teilt mir mit, der italienische Vertreter in Belgrad habe seiner Regierung berichtet, in maßgebenden serbischen Kreisen scheine Ansicht zu herrschen, Serbien könne auf weitgehendste russische Unterstützung rechnen. In seiner gestrigen Unterredung mit Herrn Neratow hat der italienische Geschäftsträger ohne speziellen Auftrag hierauf aufmerksam gemacht. Neratow habe erwidert, Nachricht sei unbegründet, er habe im Gegenteil erst in den letzten Tagen dem hiesigen serbischen Geschäftsträger eindringlich nahegelegt, serbische Regierung müsse sich vor abenteuerlicher Politik hüten und streng auf die Defensive beschränken. Im weiteren Verlaufe des Gespräches hätte der Leiter des Ministeriums des Äußern hingegen gesagt, es scheine ihm, ohne einen Vorschlag zu formulieren, allerdings billig, daß Serbien für die letzten Opfer eine Kompensation in Form einer Grenzrektifikation gegenüber Albanien und speziell zum Schutze Dibras erhielte. Dem Hinweis des italienischen Geschäftsträgers auf die Londoner Beschlüsse habe Herr Neratow entgegnet, es würde sich ja nicht um eine Änderung der Beschlüsse, sondern um eine bloß strategische Rektifikation handeln. Sollte Herr Neratow mir gegenüber eine ähnliche Bemerkung machen, würde ich eine solche Möglich-

keit natürlich als vom Standpunkt Euer Exzellenz als ganz unannehmbar bezeichnen und darauf hinweisen, daß nebst allen anderen Gründen eine noch so geringfügige weitere Beschneidung des albanesischen Territoriums die Konfliktsursachen überdies nur vermehren müßte. Unter diesen Umständen erschiene Ausführung des mit telegraphischer Weisung vom 28. d. M. Nr. 513 aufgetragenen Befehles umso notwendiger. Da aber mein italienischer Kollege bis gestern abends die betreffenden Instruktionen nicht erhalten hatte, konnte ich denselben bisher nicht ausführen. Otto Czernin.

[a]) Vgl. n. 8698, 8763.

Nr. 8763. Tel. des Legationsrates Grafen Otto Czernin aus St. Petersburg, 30. Sept. 1913 Nr. 322 (eing. 1. Okt. 6 U. a. m.).[a]) Entziff.

Demarche in Belgrad bezüglich Londoner Beschlüsse. Nachdem mein italienischer Kollege heute analoge Instruktionen erhalten, habe ich mich soeben im Sinne telegraphischer Weisung vom 28. d. Mts. Nr. 513 bei Herrn Neratow ausgesprochen. Derselbe begann gleich damit, italienischer Geschäftsträger habe dieselbe Anregung vorgebracht und er habe ihm geantwortet, er sei der Ansicht, daß serbisches Verhalten bisher nicht genügenden Anlaß gegeben habe, um eine „Demonstration" in Belgrad zu machen, und daß man hier der Überzeugung sei, eine solche würde dort den dem gewünschten Ziele gegenteiligen Effekt erzielen. Es entspann sich zwischen Herrn Neratow und mir eine sehr lange Diskussion, im Verlaufe welcher er allerdings teilweise seine dem italienischen Geschäftsträger geäußerte Idee stark verwässerte, aber doch bei seiner Ansicht blieb, daß eine Demarche in Belgrad, wie die angeregte, ihm nicht geeignet erscheine. Herr Neratow begann damit, festzustellen, daß den Serben das Recht der Verteidigung nicht abgesprochen werden könne. Ich: Davon sei auch (nicht) [b]) die Rede, im Gegenteile handle es sich darum, die Aktion auf die Defensive zu beschränken und ein Vordringen über die Grenze zu verhindern. Neratow: Es scheine ihm nur natürlich, daß die serbischen Truppen zur Wahrung ihres Gebietes auch strategische Punkte jenseits der Grenze besetzen — allerdings nur provisorisch und solange, als Gefahr bestehe. Ich: Daraus würden zweifellos neue Komplikationen entstehen, da es ja schwer festzustellen wäre, wann eine solche Gefahr nach serbischer Ansicht beseitigt wäre. Herr Neratow: Nach dem, was vorgefallen, scheine es ihm nur billig, daß Serbien Anspruch auf irgend eine Kompensation, sei es territorialer oder anderer Natur, erhielte. Es sei von dem „neutralen Staate" Albanien angefallen worden, die Mächte könnten sich einem eventuellen serbischen Verlangen auf Kompensationen daher auch kaum ganz verschließen, obgleich er natürlich dafür sorgen werde, daß die Idee in Belgrad nicht suggeriert werde (?). Ich: Meiner Ansicht nach sei die eventuelle Frage von Kompensationen vom Standpunkte meiner hohen Regierung gänzlich undiskutierbar. Bewegung sei teilweise durch die entgegen Euer Exzellenz Warnungen in London bestimmte Grenze, teilweise durch das serbische Marktverbot, durch die lange und drückende Okkupation albanesischer Orte und durch die feindselige Stimmung entstanden, die Serbien bei allen Albanesen erzeugt

habe. Ich könne daher auch rein theoretisch nicht die leiseste Begründung eines solchen eventuellen Wunsches sehen, der hoffentlich nie ernstlich gestellt werden würde. Was den Angriff des „albanesischen Staates" anlange, so könne hievon, sagte ich, kaum die Rede sein, da der Staat in seiner von den Mächten vorgesehenen Form noch nicht konstituiert sei. Weder Fürst noch Gendarmerie etc. Der aufrichtige Wunsch der albanesischen provisorischen Regierung (Telegramm Nr. 519[c]) von heute), den Konflikt beizulegen, beweise, daß es sich um keinen Staatsangriff, sondern um unbedeutende Angriffe einer verzweifelten Grenzbevölkerung handle. Auf alle Fälle könne wohl an der Aufrechterhaltung der Londoner Beschlüsse auf keiner Seite gezweifelt werden. Herr Neratow: Er sei gewiß auch der Meinung, daß die Reunionsbeschlüsse nicht abzuändern seien, obwohl ja der bulgarisch-türkische Friede ein Beweis sei, daß auch europäische Beschlüsse nicht immer definitiv bleiben. Er wolle also auch das Wort strategische Rektifikation nicht als Abänderung präzisieren, sondern es schwebe ihm lediglich vor, daß vielleicht die Grenzkommission bei ihrer Arbeit auf gewisse Unterschiede zwischen Karte und Realität stossen werde und dass in diesen strittigen Fällen die Kommission den Mächten eine Entscheidung im proserbischen Sinne vorschlagen könnte. Ich: Die Abänderung der Beschlüsse in Bezug auf die bulgarische Grenze sei kaum ganz analog mit dem vorliegenden Fall, da dort die Hauptakteure außerhalb des europäischen Konzertes zu finden waren, während es sich hier um eine Schöpfung Europas handle. Daß die Kommission in der Lage wäre, den serbischen Wünschen auf Grund seiner Voraussetzung Rechnung zu tragen, schiene mir höchst unwahrscheinlich, da ja die Nordgrenze Albaniens so ziemlich genau feststehe. Herr Neratow betonte mehrmals nachdrücklich, es bestehe zwischen unseren Standpunkten keine prinzipielle Divergenz und alle Kabinette verfolgen dasselbe Ziel, nämlich Ruhe in jenen Gegenden, nur sei er kein Anhänger von Demonstrationen in Belgrad und wisse sich darin eines Sinnes mit dem Minister, den er vertrete. Er rate täglich zur Mässigung in Belgrad und, falls dies nicht fruchten und Serbien nach Sicherung seiner Grenze die Truppen nicht zurückziehen sollte, wäre er auch bereit, in einen neuerlichen Meinungsaustausch einzutreten. Auch sei Herr Pašić abwesend und Herr Spalajković, qui a une tête chaude et que je préfère voir déjà ici qu'à Belgrade, werde durch eine „Demonstration" nur störrisch werden. Ich kann die Details der langen Unterredung nicht insgesamt wiedergeben, ohne diese Meldung noch mehr auszudehnen und möchte daher meinen Haupteindruck wie folgt zusammenfassen: Befürchtung, die serbische Empfindlichkeit zu tangieren und Wunsch, eine Hintertüre offen zu halten, um womöglich doch das serbische Verlangen auf „strategische Grenze" später noch zu unterstützen. Immerhin hat Herr Neratow seine dem italienischen Kollegen gegenüber geäußerte allgemeine Kompensationsabsicht mir vis-à-vis ziemlich abgeschwächt und trachtete mich zu überzeugen, daß er dasselbe Ziel wie Euer Exzellenz mit anderen Mitteln anstrebe.

Otto Czernin.

[a]) Vgl. n. 8762, 8857. — [b]) Chiffre fehlt. — [c]) Mit Tel. Nr. 519, 29. Sept. 1913 (chiffr. 10 U. 30 M. p. m.) wurde n. 8741 auszugsweise nach St. Petersburg mitgeteilt.

Nr. 8764. Tel. des Legationsrates Wilhelm Ritter von Storck aus Belgrad, 1. Okt. 1913 Nr. 634 (eing. 6 U. 30 M. p. m.).[a] Entziff.

Ad Telegramm Nr. 290[b] von heute. Habe heute $^1/_2$12 Uhr Mittag die anbefohlene Demarche wegen Albanien bei Herrn Spalajković allein unternommen. Derselbe gab mir an der Hand der Herrn Rinella gemachten Eröffnungen (mein Telegramm Nr. 626 vom 28. v. M.) identische Erklärungen ab und beteuerte, „qu'il peut me confirmer intégralement ce qu'il avait déclaré à Monsieur Rinella et ce qu'il vient d'exprimer ce matin encore à mon collègue de Russie". Um Herrn Spalajković zur Abgabe einer ganz identischen Erklärung, wie er sie meinem italienischen Kollegen gemacht hatte, zu verhalten, habe ich den bekannten Text mitgebracht, in welchem ich allerdings den Passus „que la Serbie fera preuve de sa grande modération" supprimiert habe, weil der Begriff „modération" meiner Ansicht nach ein sehr relativer ist und die sonstige Dezidiertheit der Erklärung eher abzuschwächen geeignet erscheint. Fortsetzung folgt. Storck.

[a] Oe. U. Balkan 446 Nr. 891. Vgl. n. 8743, 8765, 8766. — [b] Mit Tel. Nr. 290, 30. Sept. 1913 (chiffr. 10 U. p. m.) wurde n. 8757 auszugsweise nach Belgrad mit dem Beifügen mitgeteilt, daß die aufgetragene Demarche jedenfalls sofort auszuführen sei und Storck sich hiebei durch eine eventuelle Verspätung der Instruktionen seiner Dreibundkollegen nicht aufhalten lassen solle.

Nr. 8765. Tel. des Legationsrates Wilhelm Ritter von Storck aus Belgrad, 1. Okt. 1913 Nr. 635 (eing. 2. Okt. 9 U. a. m.).[a] Entziff.

Fortsetzung zu Telegramm Nr. 634. Von seinen Erklärungen bat mich Herr Spalajković, auch dem russischen Geschäftsträger Mitteilung zu machen. Ich bin diesem Wunsche auch nachgekommen. Mein Mitredner bat mich weiters, die Aufmerksamkeit „du haut gouvernement de la monarchie" auf die unklaren Verhältnisse in Albanien mit der Bitte zu lenken, auch bei den anderen Mächten sich dahin zu verwenden, dass der serbischen Regierung möglichst bald eine albanesische Stelle bekanntgegeben werde, mit welcher die königliche Regierung verhandeln und auch ihre Reklamationen (!) vorbringen könne. Während der mehr als halbstündigen Unterredung, zu Beginn welcher ich Herrn Spalajković den auf Grund des Telegrammes Nr. 285 vom 30. v. M. konzipierten Text zwar nicht überreicht, aber vorgelesen habe, kam Herr Spalajković darauf zu sprechen, dass das Zurückdrängen der Arnauten vielleicht ein Überschreiten der Grenzen notwendig machen dürfte oder doch könnte, [eine] Massnahme, deren Ergreifen den militärischen Faktoren überlassen bleiben müsste. Ich reagierte sofort auf diese Andeutung und erklärte, dass, wenn es sich dabei bloss um „quelques mètres", wie er sagte, handeln sollte, solchen Vorkommnissen seiner Auffassung entsprechend kaum übertriebene politische Tragweite beigelegt werden dürfte, obwohl — soviel mir bekannt — einige meiner Kollegen gerade in dieser Hinsicht sehr präzise Instruktionen haben dürften, die ein Überschreiten der albanesischen Grenze absolut perhorreszieren. Ich müsste ihm auch ganz freundschaftlich sagen, dass Serbien, welches über eine grosse ausgezeichnete Armee verfüge, seine Grenzen auch ohne Ingression fremden Gebietes jetzt und in aller Zukunft

verteidigen können müsste. Er selbst hätte mir gesagt, „que le but de l'action militaire n'était autre que de chasser les Albanais agresseurs du territoire serbe." Anknüpfend daran fragte ich ihn, ob es richtig sei, dass Essad Pascha ein Schreiben an die serbische Regierung gerichtet hätte, worin er die Invasion des albanesischen Territoriums als casus belli erkläre. Auf die bejahende Antwort meines Mitredners erklärte ich ihm sohin, dass ich ihn schon auf Grund dessen vor militärischen Aktionen auf dem albanesischen Gebiete sehr ernst warnen müsse, car toute pareille action menerait forcément à la guerre. Essad habe gewiss grossen Einfluss unter seinen Landsleuten, verfüge anscheinend auch über gediente Soldaten, Geschütze und Waffen. Der Losbruch einer allgemeinen Bewegung unter den Albanesen könnte unabsehbare Folgen auch für Serbien mit sich bringen, dessen Bevölkerung des Krieges müde sei. Ich wolle mich nicht in Dinge mengen, die mich nichts angingen, die Erscheinungen bei der Mobilisierung des 7. Regiments müssten aber doch der serbischen Regierung zu denken geben. Ein neuer Krieg jetzt, nachdem kaum Handel und Wandel wieder begonnen hätten, könne gewiss auch Serbien nicht passen. Was uns betreffe, so wisse er ebenso gut wie ich, dass wir in Albanien nur den Frieden und Ruhe und Ordnung wünschen können und es für dieses kaum geborene Kind unserer Sorge auch wünschen müssen. Es wäre daher geradezu idiotenhaft, uns und unsere angeblichen Agenten zu bezichtigen, die albanesische Bevölkerung gegen Serbien aufzuhetzen. Was seine so positiv vorgebrachten Anschuldigungen gegen Bulgarien beträfe, so entzögen sich dieselben vollkommen meiner Kenntnis und Beurteilung. Als alter, langjähriger Balkanicus müsste ich ihm aber schon sagen, dass ich mich nur darüber gewundert habe, dass die exarchistische Bevölkerung Mazedoniens auch ohne irgend eine Aufstachelung von irgend einer Seite sich nicht schon lange und noch ganz anders empört hätte als die Albanesen. Unsere Unterredung hatte einen durchaus freundschaftlichen Charakter. Mein Mitredner machte mir heute auch den Eindruck grösserer Aufrichtigkeit. Nach den gemachten Erfahrungen und nach den Erklärungen, die Herr Pašić eben jetzt einem Mitarbeiter des „Temps" gegenüber in Paris gemacht hat, werden wir trotz alledem gut daran tun, auch weiterhin die allergrösste Vorsicht zu beobachten. Auch Herrn Pašić gegenüber, der nur deshalb weniger lügt, weil er weniger spricht. Reklamationsforderungen Serbiens an Albanien stehen meiner Ansicht nach jedenfalls zu gewärtigen. Storck.

[a]) Vgl. n. 8766.

Nr. 8766. Bericht des Legationsrates Wilhelm Ritter von Storck aus Belgrad, 1. Okt. 1913 Nr. 203 A (eing. 3. Okt.).[a]) Ausfert.

Wie ich bereits mit meinen ergebensten Telegrammen vom Heutigen Nr. 634 und 635 ausführlich zu melden die Ehre hatte, habe ich heute den mir aufgetragenen freundschaftlichen Schritt wegen der Aktion Serbiens gegen Albanien bei dem interimistischen Minister des Äußern, Herrn Spalajković, unternommen. Als Basis für meine Démarche bediente ich mich des angefalteten Textes,[b]) den ich auf Grund der hohen telegraphischen Weisung vom 30. v. Mts. Nro. 285, sowie der mir gnädigst mitgeteilten

Instruktion an Grafen Ambrózy[c]) vom 24. September l. Js. Nr. 1092 möglichst sinngemäß zusammengestellt habe. Herr Spalajković hat sich darnach auch eine Aufzeichnung in serbischer Sprache gemacht. Zum Muster für die von der königlich serbischen Regierung erbetenen Versicherungen habe ich den ebenfalls anverwahrten Text[d]) jener Erklärungen genommen, die Herr Spalajković kürzlich meinem italienischen Kollegen abgegeben hatte. Diesen Text überließ ich auch meinem Mitredner. Ich habe den Passus „que la Serbie fera preuve de sa grande modération" wie schon telegraphisch berichtet, dabei supprimiert, da der Begriff „modération" sehr dehnbar ist und mir die Präzision der restlichen Erklärungen eher abzuschwächen schien. Ich erinnere nur an die japanischen Erklärungen nach dem russischen Feldzug, in welchen es hieß, daß Japan durch seine Mäßigung die Welt in Erstaunen setzen würde, dann aber die ganze Südmandschurei praktisch verschlungen hat. Herr Spalajković erklärte mir, daß er die meinem italienischen Kollegen abgegebenen Versicherungen mit bestem Gewissen und wortwörtlich auch mir gegenüber wiederholen könne. Ich möchte hoffen, daß er seine Erklärungen nicht nur dem Wortlaute, sondern auch dem Geiste nach zu halten beabsichtigt. Möglich ist aber auch das Gegenteil, obwohl mir meine eindringliche und vom Brustton der Aufrichtigkeit imprägnierte Sprache immerhin einigen Eindruck auf meinen Mitredner zu machen schien. Mein italienischer Kollege kam in, wie ich annehmen möchte, aufrichtiger Bestürzung noch gestern abends zu mir, um mir die Mitteilung zu machen, daß ihm Marquis di San Giuliano entgegen seinen (Herrn Rinellas) Anträgen noch keine Spezialinstruktion gegeben hätte und den Plan einer Kollektivdémarche weiter verfolge. Mein englischer Kollege suchte mich noch um $^1/_2$10 Uhr abends auf, um mir nicht ohne eine gewisse Selbstgefälligkeit mitzuteilen, daß er über einen Schritt des römischen Kabinetts in London beauftragt wäre, sich einer Kollektivdémarche — si omnes — anzuschließen. Ich erwiderte ihm darauf mit der Frage, ob er die Geschichte der polnischen Konstitution, respektive des liberum veto kenne. (Er hat scheinbar nie etwas davon gehört, dürfte sich aber darüber erkundigen.) Ganz den gleichen Eindruck fuhr ich fort, wie die polnischen Abgeordneten, machten mir die Mächte mit ihren Beschlüssen, deren Ausführung durch die Klausel „si omnes" jedesmal scheiterte, wenn auch nur ein Einziger unter uns sich der Teilnahme an einem Kollektivschritt zu entziehen wüßte. Den deutschen Gesandten ließ ich — to give him a chance — heute Früh noch einmal wissen, daß ich um 11 Uhr den Schritt unternehmen würde. Er hat aber nur die Instruktion, die Démarche zu machen, wenn seine beiden Dreibund-Kollegen selbe ausführen sollten. Der russische Kollege hatte offenbar ohne mein Vorwissen schon vor mir Herrn Spalajković aufgesucht und ihm über die Lage und die militärische Aktion gesprochen. Ich dächte, es müßte in beruhigendem Sinne gewesen sein, sonst hätte es wohl keinen Sinn gehabt, daß mich Herr Spalajković ersuchte, Herrn von Strandtman zu wiederholen, daß er mir ähnlich beruhigende Versicherungen gegeben hätte wie Herrn Rinella. Von Ereignissen an der Grenze hätte ich ergebenst zu melden, dass Dibra und Ochrida sich wieder in serbischen Händen befinden,

und Pogradac (serbisches Zollamt) laut einem Telegramme des englischen Konsuls in Monastir nach dem Rückzuge der Serben sofort von griechischen Truppen okkupiert worden sein soll. Storck.

[a]) Vgl. n. 8828. — [b]) Erste Beilage. — [c]) Nach Rom = n. 8696. — [d]) Zweite Beilage.

Erste Beilage zu n. 8766.

Le Gouvernement Imperial et Royal d'Autriche-Hongrie attire l'attention du Gouvernement Serbe sur les conséquences très sérieuses d'une action militaire contre l'Albanie qui porterait atteinte aux décisions de la conférence de Londres et mettrait la Serbie, le cas échéant, en désaccord avec les arrêts de cette conférence. Le Gouvernement Royal pourrait facilement éviter ces conséquences en respectant rigoureusement les décisions de Londres.

Zweite Beilage zu n. 8766.

La Serbie n'entreprendra qu'une action défensive contre ses agresseurs albanais, elle ne pense pas à s'emparer des territoires de l'Albanie et elle est fermement décidée à respecter les décisions prises à la réunion des Ambassadeurs à Londres.

Nr. 8767. Tel. des Legationsrates Franz Freiherrn von Haymerle aus Bukarest-Sinaia, 1. Okt. 1913 Nr. 354 (eing. 6 U. 30 M. p. m.). Entziff.

Verfolg Telegrammes Nr. 353 vom 30.[a]) v. M. Serbisch-albanesischer Konflikt. Minister des Äussern teilt mir mit, „dass er gestern abends nach Einholung der Befehle Seiner Majestät des Königs mit dem serbischen Gesandten in dem von Euer Exzellenz gewünschten Sinne gesprochen und ihn gebeten habe, demgemäß nach Belgrad zu berichten." Ministerpräsident hat also den gewünschten Druck auf serbische Regierung nicht durch Geschäftsträger in Belgrad, sondern von hier aus durch serbischen Gesandten ausgeübt. Haymerle.

[a]) Richtig 29. = n. 8747.

Nr. 8768. Tel. an den Legationsrat Grafen Ludwig Ambrózy in Rom, 1. Okt. 1913 Nr. 1139 (chiffr. 11 U. 10 M. p. m.). Konz. (S. Berger; V. Rappaport; G. Forgách).

Die in Euer Hochgeboren Telegramm Nr. 702 von gestern reproduzierten Ideen Marquis di San Giulianos weisen in den wesentlichsten Punkten eine erfreuliche Übereinstimmung mit meinen bezüglichen Anschauungen auf, wie Euer Hochgeboren übrigens aus den Weisungen der letzten Tage ersehen haben werden. Was die vom Herrn Minister in betracht gezogene Unterstützung der mir nunmehr vorliegenden telegrafischen Bitte der provisorischen Regierung Albaniens zwecks Vermeidung von Blutvergießen und Schlichtung des Konfliktes betrifft, so bin ich gegebenenfalls gerne bereit, an einer derartigen Aktion bei den Großmächten theilzunehmen und sehe den bezüglichen konkreten Anträgen der königlich italienischen Regierung entgegen. Vorstehendes zur Mittheilung an Marquis di San Giuliano. Berchtold.

Nr. 8769. Tel. aus Sofia, 1. Okt. 1913 Nr. 1156 (eing. 6 U. 40 M. p. m.).[a] *Entziff.*

Vertraulich. Albanesische Bewegung wirkt auf hiesige Stimmung elektrisierend; alle Zeitungen bezeichnen albanische Erhebung als Gelegenheit, die Regierung, ohne patriotische Pflichten zu verletzen, nicht vorübergehen lassen dürfe. Kabinettsmitglieder sind von albanesischer Erhebung auch impressioniert. Was sie mir aber bis jetzt darüber sagten, war nur Bedauern, dass Bulgarien momentan keiner Aktion fähig. Minister des Äussern sagte mir dies auch heute, meinte aber zugleich, dass, falls auch zwischen Türkei und Griechenland Krieg entstehe, Bulgarien nicht neutral bleiben könnte. Auf meine Einwendungen antwortend, sagte Mitredner, es würde von Haltung Serbiens abhängen, ob Krieg auch gegen dieses — Serbien sei nicht weniger erschöpft als Bulgarien — geführt würde. Rumänien bilde heikelsten Punkt. Man müsse sich seine Neutralität sichern, was ohne Kompensationen möglich sein dürfte, da doch Bulgarien halb Thrazien und Adrianopel verloren. Bulgarien hätte nur 50.000 Mann unter den Fahnen, wenn aber — ohne Reservisteneinberufung — nur verlautbart würde, dass Freiwillige genommen werden, würden sich gewiss 100.000 melden. Bulgarien könne selbstredend vor einigen Jahren an keine Revanche denken und jetzt keine kriegerischen Konflikte wünschen, sollte es aber zu solchen zwischen Türkei und Griechenland kommen, könnte Bulgarien nicht umhin, Türkei zu unterstützen, um Anspruch auf Salonik zu haben. Dass Bulgarien Revision Bukarester Vertrages formell verlange, sagte Herr Ghenadiew nicht ausdrücklich. Aus seinen Äusserungen ging hervor, dass weitere Entschlüsse der bulgarischen Regierung von Haltung der Türkei abhängen würden. In Konversationen betreffend Entente hätten Türken zuerst eine gemeinsame Aktion erst nach vier Jahren in Betracht gezogen; jetzt spreche manches dafür, dass sie auch mit Möglichkeit sofortigen Krieges gegen Griechenland rechnen, falls ihre Forderungen bezüglich Inseln und andere nicht befriedigt. Bezeichnend wäre, dass Talaat Bey an türkische Bevölkerung in Griechisch- und Serbisch-Mazedonien Rat erteilt, sich in allem mit Bulgarien zu solidarisieren. Während von Regierung zu Regierung und zwischen Delegierten in Konstantinopel verhandelt werde, gingen dort parallel damit auch inoffizielle Verhandlungen zwischen jungtürkischem Komité und Mazedobulgaren vor sich. Die Absichten der Türkei wären noch nicht ganz durchsichtig, bald würde man aber in denselben klar sehen können. Als ich Minister des Äussern gesprächsweise erwähnte, ich möchte, sobald Verhandlungen betreffend Entente konkretes Resultat ergeben, Urlaub antreten, um im Dezember während Sobranjewahlen wieder hier zu sein, ersuchte er mich dringend, nicht abzureisen, bis in Situation entscheidende Wendung eingetreten, was binnen acht Tagen erfolgen dürfte. Tarnowski.

[a] Vgl. n. 8752, 8782, 8791, 8801.

Nr. 8770. Tel. des Legationsrates Franz Freiherrn von Haymerle aus Bukarest-Sinaia, 2. Okt. 1913 Nr. 356 (eing. 5 U. 30 M. p. m.).[a] *Entziff.*

Antwort auf Telegramm Nr. 436[b] von gestern. Türkisch-griechischer Konflikt. Glaube, daß im Falle aktiver bulgarischer Beihilfe an einem

türkisch-griechischen Kriege Rumänien, prinzipiell genommen, nicht neutral bleiben könnte, da es auch bei seinem letzten Eingreifen nicht nur billigen Landzuwachs im Auge hatte, sondern vor allem von der Idee ausging, daß ein zu starkes Bulgarien, auch wenn es zur Zeit mit Rumänien auf bestem Fuße stünde, sich später doch gegen Rumänien wegen Erwerbung der Dobrutscha wahrscheinlich wenden würde. Daher könne Rumänien, und von dieser Idee ist es vorläufig nicht abzubringen, kein Übergewicht Bulgariens zulassen. Im in Rede stehendem Falle glaube ich aber nicht an ein aktives Eingreifen Rumäniens, da es unbedingt Ruhe haben will und Cholera sehr ernüchternd gewirkt hat. Würde aber Bulgarien eventuell größere Siege und Erfolge haben, würde es selbst gegen seinen Wunsch in Berücksichtigung eingangs erwähnter Auffassung doch nicht neutral bleiben können. Ministerpräsident sagte mir übrigens soeben, er glaube nicht an türkisch-griechischen Konflikt, da allseitig auf Griechenland gedrückt werde, es wahrhaftig genug bekommen habe und Herr Venizelos ein vernünftiger Mann, der zuerst das Erlangte „verdauen" wolle und König selbst von seiner Europa-Reise etwas gedrückt und weniger tatendurstig heimkehre. Ein Konflikt mit Griechenland würde übrigens auch Serbien, als für solchen Fall mit Griechenland verbündet, mit in den Krieg ziehen und Bulgarien sei doch zu geschwächt, um neuen Krieg zu wollen. Haymerle.

a) Vgl. n. 8909. — b) Mit Tel. Nr. 436, 30. Sept. 1913 (chiffr. 8 U. p. m.) wurde n. 8742 mit dem Bemerken, die gegenständliche Ansicht Baron Haymerles kennenlernen zu wollen, nach Bukarest mitgeteilt.

Nr. 8771. Tel. aus Konstantinopel-Jeniköj, 2. Okt. 1913 Nr. 529 (eing. 10 U. 45 M. p. m.). Entziff.

Aus einem vertraulichen Gespräche mit Talaat Bey konnte ich entnehmen, dass die türkische Regierung nicht die Absicht hat, im gegenwärtigen Momente die Inselfrage zu forcieren; man will bis zum Frühjahre warten. Vorläufig wird man trachten, mit Griechenland einen möglichst günstigen Frieden bezüglich der anderen Fragen abzuschliessen. Übermorgen soll teilweise Demobilisierung der Armee in Thracien beginnen; allerdings werden nun die Kriegsgefangenen aus Bulgarien zurückkehren. Pallavicini.

Nr. 8772. Bericht aus Konstantinopel-Jeniköj, 2. Okt. 1913 Nr. 58 A (eing. 4. Okt.). Ausfert.

Streng vertraulich. Meine Beziehungen zu Herrn von Giers sind, wie Euer Excellenz bekannt, sehr gute. Wir sehen uns häufig und sprechen uns, soweit es die Verhältnisse erlauben, offen gegeneinander aus. Vor einigen Tagen nahm mein russischer College bei mir das Frühstück. Wir konnten bei dieser Gelegenheit, da wir ausser einigen Herrn und Damen der Botschaft allein waren, ungestört eine längere Conversation führen. Die Rede kam unter anderem auch auf die armenische Frage und die Zukunft Kleinasiens. Herr von Giers liess hiebei die Bemerkung fallen, dass seiner Überzeugung nach die deutsche Politik dahin gehe, auf einen Teil Anatoliens die Hand zu legen. Er fügte noch hinzu, Baron Wangenheim verfolge trotz seiner Türkenfreundlichkeit unentwegt dieses Ziel. Der

russische Botschafter bemerkte weiter, dass Russland, falls Deutschland seine Pläne ausführen sollte, gezwungen wäre, mit allen ihm zu Gebote stehenden Mitteln Constantinopel unter seine Herrschaft zu bringen. Dies würde aber ohne Zweifel in Europa grosse Erschütterungen zur Folge haben, was man in Petersburg vermeiden möchte. Man sei daher entschlossen, so lange als möglich der Türkei gegenüber eine conservative Politik zu beobachten und man hoffe, dass auch von anderer Seite dieses Beispiel befolgt werden würde. Einige Tage später sah ich meinen französischen Collegen bei mir. Herr Bompard sprach sich über die deutsche Politik in Asien in ähnlicher Weise aus wie Herr von Giers. Er betonte hiebei, dass es eine gefährliche Methode sei, jene Gebiete des türkischen Reiches, in welchen man Eisenbahn- oder andere Concessionen erworben hat, so zu sagen als sein Erbteil zu betrachten, was deutscherseits geschehe. Frankreich habe in allen Teilen des türkischen Reiches Eisenbahnen gebaut, ohne dass es ihm eingefallen wäre, auf diese Gebiete Ansprüche in anderer Beziehung zu erheben. Diese Sprache meiner Collegen von Russland und Frankreich ist namentlich auch deshalb interessant, weil gerade sie vor nicht langer Zeit am meisten von der bevorstehenden Aufteilung des türkischen Reiches gesprochen haben. Nun, da sie fürchten, dass vielleicht von anderer Seite Ernst gemacht werden könnte, sind sie es, welche eine conservative Politik gegenüber der Türkei empfehlen, da es ihnen selbstverständlich lieber ist, es mit den Türken als mit den Deutschen zu tun zu haben. Ob und inwieferne die deutschen massgebenden Kreise die Aufteilung Kleinasiens anstreben, kann ich von hier aus natürlich nicht beurteilen; so viel scheint mir aber sicher zu sein, dass es in Deutschland gewisse Kreise gibt, welche mit dem baldigen Eintritt dieser Eventualität rechnen und vielleicht wünschen würden, dass dies je früher geschehe. Ich weiss nicht, ob diese Kreise auf Kaiser Wilhelm einen Einfluss auszuüben vermögen. Auffallend scheint mir jedoch die grosse Griechenfreundlichkeit zu sein, welche man jetzt in Berlin an den Tag legt und die ich nicht ganz mit der früheren türkenfreundlichen Tendenz der deutschen Politik in Einklang zu bringen vermag. Jeder, der die hiesigen Verhältnisse nur halbwegs kennt, muss sich sagen, dass sich das Griechentum mit der Zeit als die grösste Gefahr für das türkische Reich, namentlich für Constantinopel, erweisen könnte. Ich möchte mir erlauben, die hohe Aufmerksamkeit Euer Excellenz auf den interessanten Bericht des Generalconsulates in Smyrna Nr. 49 vom 8. September l. J.*a)* zu lenken. Aus diesem Berichte ist ersichtlich, wie sehr sich das griechische Element in Klein-Asien ausbreitet. Dasselbe muss daher schon jetzt als der gefährlichste Feind der Türkei in Constantinopel und an der westlichen Küste Kleinasiens betrachtet werden. Man hat mir erzählt, Kaiser Wilhelm hätte sich kürzlich jemandem gegenüber dahin ausgesprochen, er hoffe, seine Schwester einmal als Kaiserin von Byzanz begrüssen zu können. Ich kann allerdings die Richtigkeit dieser Erzählung keineswegs verbürgen; so viel ist aber sicher, dass man jetzt in Berlin mit einer gewissen Leidenschaftlichkeit eine griechenfreundliche Politik verfolgt. Es scheint sogar, dass man Baron Wangenheim Vorwürfe macht, weil es ihm nicht gelingen will, die in Berlin gewünschte Annäherung zwischen der Türkei und Griechen-

land zustande zu bringen. Mein deutscher College bemüht sich redlich seinen Instructionen nachzukommen, er gibt sich aber, glaube ich, über die Erfolglosigkeit dieser seiner Bemühungen keiner Täuschung hin. Wenn auch die Politik Deutschlands in dieser Richtung kaum einen Erfolg haben dürfte und wenn man sich in Berlin bald darüber klar sein wird, dass man einen falschen Weg eingeschlagen hat, ist es immerhin interessant zu constatieren, dass Kaiser Wilhelm überhaupt dieses Ziel ins Auge gefasst hat. Ich kann nicht recht glauben, dass hiebei nur die Liebe zur Schwester massgebend war. Es muss doch, denke ich, ein tieferer Gedanke dieser Politik zugrunde liegen. Vielleicht denkt man in Berlin, dass, wenn einmal die türkische Herrschaft hier ihr Ende nimmt, es in Deutschlands Interesse liegen würde, an Stelle der Türken die Griechen in Constantinopel zu haben. Dieser Gedanke hätte allerdings auch von unserem Standpunkte Manches für sich, da es jedenfalls besser wäre, dass das türkische Erbe in Constantinopel durch die Griechen und nicht durch die Russen angetreten werde. Meiner Überzeugung nach ist es aber noch gar nicht notwendig, an diese Eventualität zu denken. Gerade die oben erwähnte Concurrenz der Mächte und die Thatsache, dass eben jetzt Russland und Frankreich anfangen, der Türkei gegenüber eine conservative Richtung einzuschlagen, lässt es verfrüht erscheinen, das Problem der Teilung Klein-Asiens auf die Tagesordnung zu setzen. Die asiatische Türkei ist für alle Mächte Europas ein ungeheueres Feld der Tätigkeit und eine Quelle des Reichtums. Dieses Gebiet bleibt aber nur dann allen Mächten zugänglich, wenn die Türken dort herrschen. Im entgegengesetzten Falle wird Klein-Asien die Domäne einiger Mächte werden, die übrigen würden hingegen mehr oder weniger von der Ausbeutung dieses reichen Gebietes ausgeschlossen sein. Eine conservative Politik gegenüber der Türkei würde demnach meines Erachtens im wohlverstandenen Interesse aller Mächte liegen. Die türkischen Staatsmänner scheinen jetzt den für die Türkei allein richtigen Weg einschlagen zu wollen, nämlich jenen der offenen Thür. Sie sind zur Überzeugung gekommen, dass es im Interesse der Erhaltung der türkischen Herrschaft liege, je mehr Mächte an der wirtschaftlichen Entwicklung dieses Reiches teilnehmen zu lassen. Wenn sich die Dinge tatsächlich in der oben geschilderten Richtung entwickeln sollten und wenn die russische Politik wirklich, wie Herr von Giers behauptet, eine conservative der Türkei gegenüber werden sollte, so wäre dies ein Ereignis von der größten Wichtigkeit. In diesem Falle könnten, glaube ich, die Beziehungen der Monarchie zu Russland in eine ganz neue Phase treten. Von diesem Gesichtspunkte aus betrachtet, könnte eine Allianz zwischen der Türkei und Bulgarien, wie Euer Excellenz hohes Privatschreiben vom 12. September[b]) bemerkt, auch eine Brücke für unsere Beziehungen zu Russland bilden. Pallavicini.

[a]) Der Bericht Nr. 49, 8. Sept. 1913 (eing. 16. Sept.) des Generalkonsulates Smyrna gibt eine ausführliche, mit statistischen Daten reich belegte Darstellung der Ausbreitung des griechischen Elementes in Anatolien. — [b]) Privatschreiben nach Konstantinopel vom 12. Sept. 1913 behandelt die Teilnahme Österreich-Ungarns an der wirtschaftlichen Erschließung Kleinasiens, eine Aktion, die aus Raummangel und weil bei Ausbruch des Krieges noch resultatlos, in die vorliegende Publikation nicht aufgenommen wurde.

Nr. 8773. Bericht aus Konstantinopel-Jeniköj, 2. Okt. 1913 Nr. 58 B (eing. 4. Okt.).[a] Ausfert.

Geheim. Anlässlich eines Diners, welches ich vorgestern zu Ehren des Grossvezirs gab und an welchem auch Talaat Bey teilnahm, sagte mir der Letztere, dass die Verständigung mit Bulgarien jedenfalls in den nächsten Tagen, also noch vor der Abreise der bulgarischen Delegierten, perfekt werden dürfte. Es handle sich vorläufig um einen Defensivvertrag. Aus weiteren Äusserungen Talaat Beys konnte ich entnehmen, dass man im Einvernehmen mit Bulgarien an die Schaffung eines autonomen Macedoniens denkt. Diese Pläne dürften vorderhand ziemlich vager Natur sein.

Pallavicini.

[a] Vgl. n. 8685, 8758, 8777.

Nr. 8774. Tel. nach London Nr. 738 (1) und Rom Nr. 1145 (2), 2. Okt. 1913 (chiffr. 10 U. 20 M. p. m.). Konz. (S. Berger u. Berchtold; G. Forgách).

1. Die k. und k. und königlich italienische Regierung haben ihren in der Frage der Kontrollkommission wie in jener der Auflösung des Admiralsrates eingenommenen Standpunkt einvernehmlich wie folgt festgelegt: „Les deux Gouvernements sont favorables à l'idée de réunir la commission internationale de contrôle au plus tôt et si c'est possible le quinze octobre. Ils sont également favorables à l'intention de faire élaborer un programme de travaux par la commission aussitôt qu'elle sera réunie. Ils sont d'avis que les pouvoirs militaires de la commission des amiraux soient confiés aux commandements des détachements militaires et que les pouvoirs administratifs soient attribués au Gouvernement provisoire." Euer Exzellenz wollen dortiger Regierung von Vorstehendem im Einvernehmen mit Ihrem italienischen Kollegen Kenntnis geben, der eine analoge Instruktion erhält.

2. Auf Grund einer Besprechung mit Herzog Avarna telegraphiere ich an Grafen Mensdorff wie folgt: (Inseratur Telegramm sub 1. in extenso.) Vorstehendes zur Mitteilung an Marquis di San Giuliano. Berchtold.

Tel. nach Rom, 2. Okt. 1913 Nr. 1145 (chiffr. 10 U. 20 M. p. m.). Siehe n. 8774.

Nr. 8775. Tel. aus Sofia, 2. Okt. 1913 Nr. 1157 (eing. 10 U. 45 M. p. m.).[a] Entziff.

Geheim. Im Verlaufe freundschaftlicher Unterredung mit Ministerpräsidenten sprach er mit Befriedigung von Unterzeichnung Friedens in Konstantinopel. Ich beglückwünschte ihn mit dem Bemerken, dadurch sei erster Grundstein zur neuen Politik Bulgariens gelegt. Ministerpräsident dankte mir für Unterstützung und meinte, auf Grundlage Friedens werde hoffentlich gleich Allianz mit Türkei aufgebaut. Auf diese Weise werde — fügte er hinzu — die Entente mit der Türkei vor jener mit Monarchie zustande kommen und fragte, ob bezüglich der letzteren Frage nichts Neues aus Wien gehört. Ich antwortete, dass ich vorläufig keine Nachrichten im

fraglichen Belange erwarte, da ich gerade kürzlich ermächtigt worden, bulgarischer Regierung zu eröffnen, dass wir aktives Interesse der Angelegenheit zuwenden, die aber bis jetzt — bemerkte ich — mit Rücksicht auf politische Lage in kein concretes Stadium noch treten hätte können, zumal eine so wichtige Sache diplomatischer Vorbereitung bedürfe. Ministerpräsident sprach Hoffnung aus, dass Frage bald in Fluss kommen werde und dass meine mündliche Berichterstattung in Wien dazu beitragen würde. Wie Euer Exzellenz aus meinen Telegrammen ersehen, ist dies nicht das erste Mal, dass bulgarische Staatsmänner der Ungeduld Ausdruck geben, mit der sie Perfektionierung Anschlusses Bulgariens an Monarchie erwarten.

Tarnowski.

[a]) Vgl. n. 8735, 8751, 8781.

Unterredung mit dem serbischen Ministerpräsidenten Nikolaus Pašić, 3. Okt. 1913. Siehe n. 8813.

Nr. 8776. Tel. des Legationsrates Franz Freiherrn von Haymerle aus Bukarest-Sinaia, 3. Okt. 1913 Nr. 357 (eing. 4 U. p. m.).[a]) Entziff.

Ministerpräsident teilt mir mit, er habe griechischer Regierung sagen lassen, sie solle doch mit Türkei Frieden schließen und sich mit dem begnügen, was sie habe. Desgleichen habe er heute durch hiesigen französischen Geschäftsträger französische Regierung ersuchen lassen, gleichen Druck auf Griechenland auszuüben.

Haymerle.

[a]) Vgl. n. 8839.

Nr. 8777. Tel. aus Konstantinopel-Jeniköj, 3. Okt. 1913 Nr. 533 (eing. 4. Okt. 12 U. 10 M. p. m.).[a]) Entziff.

Geheim. Türkisch-bulgarische Allianz. Für heute hatte ich General Savow, Toscheff und Natschowitsch zu einem Lunch, zu welchem ich nur das Botschaftspersonale einlud. Dies bot mir Gelegenheit zu eingehender Besprechung mit den bulgarischen Delegierten. Toscheff sagte mir über die Allianzverhandlungen, dass nur er und Savow, nicht aber Natschowitsch davon wissen. Er und Savow haben gestern nachts eine einschlägige Besprechung mit Talaat und Djemal gehabt, bei welcher der Entwurf eines defensive, aber auch offensive Eventualitäten einbegreifenden Bündnisses fertiggestellt worden sei. Dieser Entwurf werde demnächst nach Sofia vorgelegt werden. Den Aktionsplan legte mir Toscheff folgendermassen dar: Der als türkischer Unterhändler heute nach Athen abgehende Armenier Herant Abro werde dafür sorgen, dass sich die Verhandlungen über die Nationalitätenfrage und dergleichen circa zwei Monate in die Länge ziehen. Danach werde die Pforte Inselfrage aufrollen und darauf Bulgarien, an die russische Deklaration in Bukarest anknüpfend, bezüglich Kavallas und Dramas die Revision des Bukarester Friedens beantragen. Die weitere Entwicklung werde von der Haltung Rumäniens abhängen. Erste Alternative: Sei Bulgarien rumänischer Neutralität nicht sicher, so werde Türkei allein gegen Griechenland vorgehen. Passierung bulgarischen Gebietes denke man sich etwa in der Weise, dass ein mohammedanischer Aufstand inszeniert werde und Bulgarien

sich ausser Stande erkläre, den Ein- und Durchmarsch der Türken zu verhindern. (Toscheff hegt auch den etwas abenteuerlichen Plan, dass Bulgarien, was der Türkei wegen des Kriegszustandes nicht möglich ist, ein Kriegsschiff — ich glaube in Italien — erwerbe, welches die Türken beschlagnahmen würden, um dank demselben Griechenland maritim überlegen zu sein.) Bei diesem Vorgehen wolle die Pforte die Abtretung von Kavalla und Drama an Bulgarien erzwingen, welches ihr dafür Westthrakien bis zur Mesta zurückgeben würde. Fortsetzung folgt. Pallavicini.

a) Vgl. n. 8773, 8778, 8780, 8785 Anm. b, 8822, 8830.

Nr. 8778. Tel. aus Konstantinopel-Jeniköj, 3. Okt. 1913 Nr. 534 (eing. 4. Okt. 12 U. 40 M. p. m.).a) Entziff.

Fortsetzung des geheimen Telegrammes Nr. 533, bulgarisch-türkische Allianz. Zweite Alternative: Wenn Bulgarien hingegen rumänischer Neutralität versichert sei, so würden Türkei und Bulgarien Griechenland und Serbien angreifen, worauf die Türkei alles Gebiet bis zur Struma, Bulgarien Salonik und die Linie Egri Palanka—Monastir erhalten solle. Die übrigen albanesischen Aquisitionen von Serbien und Griechenland sollen Albanien zufallen, ob darunter Üsküb, sei noch zweifelhaft. Toscheff betont, dass nach seiner Ansicht Bulgarien in allen diesen Eventualitäten nur im Einverständnis mit Österreich-Ungarn vorgehen und womöglich eine vorgängige Verständigung mit Rumänien erzielen sollte. Pallavicini.

a) Vgl. n. 8785 Anm. b.

Nr. 8779. „Protokoll des zu Wien am 3. Okt. 1913 abgehaltenen Ministerrates für gemeinsame Angelegenheiten, unter dem Vorsitze des Ministers des k. u. k. Hauses und des Äußern Grafen Berchtold". K. Z. 62, G. M. K. P. Z. 508.a) Konz. (S. Schreibmaschine; V. Günther, Stürgkh, Berchtold; G. Hoyos) u. Ausfert.

Gegenwärtige: Der k. k. Ministerpräsident Graf Stürgkh, der königl. ungar. Ministerpräsident Graf Tisza, der k. u. k. gemeinsame Finanzminister Ritter von Bilinski, der k. u. k. Kriegsminister FZM. Ritter von Krobatin, der k. k. Minister für Landesverteidigung G. d. I. Freiherr von Georgi, der königl. ungar. Landesverteidigungsminister FML. Baron Hazai, der k. k. Finanzminister Ritter von Zaleski, der königl. ungar. Finanzminister Dr. Teleszky, der k. u. k. Chef des Generalstabs G. d. I. Freiherr Conrad von Hötzendorf, der k. u. k. Marinekommandant Admiral Haus.

Protokollführer: Hof- und Ministerialrat Ritter von Günther.b)

Gegenstand: Der gemeinsame Voranschlag für das I. Semester 1914.

Der Vorsitzende eröffnet um $11^1/_4$ Uhr vormittag die Sitzung mit dem nachfolgenden Exposé: Bevor wir in die Besprechung des Verhandlungsgegenstandes der heutigen Sitzung eingehen, möchte ich mir erlauben, einige Aufklärungen über die derzeitige auswärtige Lage zu geben und, daran anknüpfend, die Ausblicke zu besprechen, welche dieselbe für die Zukunft zu bieten imstande ist. Der Abschluss der türkisch-bulgarischen

Verhandlungen hat nicht nur die territoriale Abgrenzung zwischen der Türkei und Bulgarien definitiv festgelegt und mit dieser Neuordnung in Konnex stehende Fragen bereinigt, sondern auch ein engeres Verhältnis zwischen den beiden genannten Staaten hergestellt, das für die nächsten Jahre richtunggebend sein dürfte. Auf der anderen Seite ist der türkisch-griechische Gegensatz, der in den Ansprüchen Griechenlands auf die dem kleinasiatischen Festlande vorgelagerten, bisher türkischen Inseln seine wesentliche Nahrung findet, bisnun nicht ausgeglichen, so dass heute mit der Möglichkeit eines türkisch-griechischen Waffenganges gerechnet werden muss. Unmittelbarer als durch diese Vorgänge werden wir durch die gleichzeitig sich vollziehende albanesische Aufstandsbewegung betroffen, die gegenwärtig die serbische Regierung in Atem hält und die Möglichkeit weiterer Komplikationen in sich birgt. Wir haben uns dieser Bewegung gegenüber auf den Standpunkt gestellt, dass es zwar Serbien zusteht, auf dem eigenen Gebiete nach Gutdünken die nötigen Repressivmassregeln zu ergreifen und durchzuführen, dass aber die von der Londoner Botschafterréunion gezogene Grenzlinie nicht überschritten und die dem neuen Staatswesen zugesicherte Neutralität nicht verletzt werden dürfe. Von diesem Gedanken ausgehend, haben wir in freundschaftlicher Form die serbische Regierung auf die ernsten Folgen aufmerksam gemacht, die eine Ignorierung der Londoner Beschlüsse nach sich ziehen müsste. Wenn auch die Belgrader Machthaber es in dieser Richtung an Versicherungen nicht fehlen lassen und bei den von allen Seiten in Belgrad gegebenen Ratschlägen nicht anzunehmen ist, dass man es serbischerseits zum äussersten wird ankommen lassen, so muss immerhin mit der Möglichkeit einer serbischen Besetzung strategisch wichtiger Punkte jenseits der von den Mächten fixierten Grenzlinie gerechnet werden. Wir werden uns, im Falle dieses Ereignis eintreten sollte, vor die Alternative gestellt sehen: entweder die Schaffung eines fait accomplis, welches die erste und wohl auch letzte Etappe der Absorbierung Albaniens durch Serbien bilden würde, stillschweigend zu dulden oder ein Ultimatum betreffs Evakuierung des autonomen Albaniens durch die serbischen Truppen an die Belgrader Adresse zu richten. Wir haben stets die Schaffung eines selbständigen Albaniens als eine schwierige diplomatische Arbeit angesehen aber auch als das einzige Mittel, einer Verschiebung des Kräfteverhältnisses in der Adria zu unseren Ungunsten vorzubeugen. Dadurch, dass wir dieses Ziel auf friedlichem Wege erreichen wollten und uns daher mit den anderen Mächten ins Einvernehmen setzen mussten, ist das von uns intendierte albanesische Staatswesen im Kompromisswege auf das Minimum der Existenzfähigkeit reduziert worden. Unter diesen Umständen scheint es wohl nicht möglich, Serbien gegenüber auf Konzessionen einzugehen. Es würde dies nicht nur unserem Prestige schweren Eintrag tun, sondern auch die Zukunft Albaniens noch prekärer gestalten, als es derzeit bereits der Fall ist, und müsste dadurch das Adria-Problem in bedenkliche Nähe gerückt werden. Schon aus diesen Ausführungen über die momentane Lage können die beiden hohen Regierungen ersehen, auf was für eine labile Basis der Balkanfriede durch die Friedenstraktate von Bukarest und Konstantinopel und die Londoner Botschafterréunionsbeschlüsse

gestellt ist. Wir werden in der Zukunft nicht mehr mit einer ohnmächtig hinsiechenden Türkei und verhältnismässig kleinen und schwachen christlichen Staatengebilden am Balkan zu rechnen haben, sondern mit kraftvollen, nationalgeeinten Militärstaaten, von denen die beiden an uns angrenzenden mit ihren ethnischen Wurzeln weit in die Monarchie hineinreichen und mehr oder minder eingestandene Aspirationen auf die betreffenden Gebiete hegen, indes der Bestand des von uns und Italien geschaffenen albanesischen Staatswesens gleichfalls von zwei der Balkanstaaten bedroht erscheint. Für die nächste Zukunft ist allerdings infolge der starken Beschneidung Bulgariens im Bukarester Frieden ein kaum zu überbrückender Gegensatz zwischen diesem Staate einer-, Serbien und Griechenland andererseits gegeben, der unsere neue unruhige Nachbarschaft bis zu einem gewissen Grade neutralisieren dürfte. Mit der Möglichkeit wird aber immerhin fortan gerechnet werden müssen, dass sich einmal der Balkanbund mit einer Spitze gegen uns rekonstruieren könnte, etwa in der Weise, dass Serbien für eine Schadloshaltung auf Kosten der Monarchie mazedonische Gebietsteile Bulgarien in Aussicht stellen könnte.

Wenn wir vom Balkan absehen, wo — wie gesagt — die Verhältnisse an unserer Grenze wesentlich unsicherer geworden sind, als es früher der Fall war, haben die Grundlagen unserer auswärtigen Politik in letzter Zeit keine einschneidenderen Änderungen erfahren. Durch die im vorigen Jahre erfolgte Erneuerung des Dreibundes ist die bisherige Orientierung unserer Aussenpolitik auf eine weitere, längere Periode sichergestellt worden. Innerhalb des Dreibundes sind im Laufe der Orientkrise bisweilen allerdings gewisse Unterschiede zwischen uns und Berlin wahrnehmbar geworden: eine ernstere oder dauernde Bedeutung ist denselben jedoch nicht beizumessen. Andererseits hat das Zusammenarbeiten mit Italien in der albanesischen Politik neue Berührungspunkte zwischen uns und dem italienischen Verbündeten geschaffen, die unseren Beziehungen zum Vorteile gereicht haben. Bedauerlicherweise ist durch die bekannten Triester Erlässe wieder ein Schatten auf diese Beziehungen geworfen worden, wobei die übermässige Empfindlichkeit, mit welcher diese interne Massnahme der österreichischen Regierung in der ganzen öffentlichen Meinung Italiens aufgenommen wurde, dargetan hat, dass den Belastungsproben dieses Allianzverhältnisses gewisse Grenzen gezogen sind.

In unserem Verhältnisse zu den Mächten der Tripelentente ist insoferne eine Besserung zu verzeichnen, als England während der ganzen Orientkrise uns gegenüber eine loyale Haltung eingenommen und wiederholt unseren Anschauungen zum Durchbruch verholfen hat, womit gebesserte Beziehungen zwischen Berlin und London Hand in Hand gehen. Die Konfliktmöglichkeit, die aus dem früher bestandenen gespannten Verhältnisse zwischen Deutschland und England gegeben war, ist daher nicht unbedeutend abgeschwächt. Russland und Frankreich sind momentan anscheinend friedensbedürftig. Das Rüstungsfieber aber, das vor wenigen Monaten Frankreich ergriffen hatte und in der Wiedereinführung der dreijährigen[c]) Dienstpflicht konkrete Gestalt angenommen hat, wie dessen Parallelerscheinung, die Neuausgestaltung der deutschen Wehrmacht, lassen unzwei-

deutig erkennen, dass der Tag der Abrechnung nur aufgeschoben ist und die zielbewusste Tätigkeit, die sich das französische Kapital anschickt, am Balkan zu entfalten, um daselbst den Boden wirtschaftlich und politisch zu erobern, deuten den Weg an, der bis dahin zurückgelegt werden soll, um in der entscheidenden Stunde unsere Kraft zu binden. Resumierend möchte ich betonen, dass zwar Aussicht vorhanden ist, aus der diesmaligen schweren Krise ohne blutigen Waffengang herauszukommen und für die nächste Zukunft keine grössere Konflagration zu gewärtigen ist, die uns in Mitleidenschaft ziehen könnte, dass aber die dauernde Erhaltung der Integrität der Monarchie es angesichts der veränderten Verhältnisse mit zwingender Notwendigkeit fortdert, die Wehrkraft bis an die Grenze des wirtschaftlich Möglichen auszugestalten und insbesondere einen adäquaten Schutz der Süd- und Ostgrenze vorzusehen.

Der königlich ungarische Ministerpräsident möchte zu dieser Darstellung nur eine Bemerkung, betreffend die serbisch-albanische Frage, machen. Er stimme mit Graf Berchtold vollkommen überein und freue sich über den jüngsten, von uns in Belgrad gemachten Schritt, welcher in freundlicher nicht provozierender Weise erfolgt sei. Man müsse unseren Standpunkt nicht nur Serbien, sondern auch den Grossmächten gegenüber betonen, damit man nicht vor ein fait accompli gestellt werde. Je offener und entschiedener unsere Erklärung ist, dass wir eine Abänderung der in London festgesetzten Grenze Albaniens nicht dulden werden, umso besser werde dies im Interesse einer friedlichen Lösung sein, welche die Grossmächte wohl nicht hintanhalten werden wollen. Wenn man die Ereignisse des letzten Jahres überblicke, so trete eine Erscheinung ganz konsequent hervor: Die Blamierung der Grossmächte auf der ganzen Linie hinsichtlich allem, was im Namen Europas gesprochen worden sei. Wenn hingegen eine Macht sage, dass sie vor der äussersten Konsequenz nicht zurückschrecke, so mache das einen sichtlichen Eindruck. Er bitte daher, kein Hehl daraus zu machen, dass wir eventuell bereit seien, bezüglich der Durchführung der Beschlüsse der Londoner Botschafterréunion auch allein vorzugehen.

Der Vorsitzende teilt die Ansicht des Grafen Tisza und ist in der Lage bekanntzugeben, dass bereits einzelne Mächte in unserem Sinne freundliche Ratschläge in Belgrad gegeben haben.

Der k. k. Ministerpräsident stimmt seinerseits den Ausführungen des Vorsitzenden und des königlich ungarischen Ministerpräsidenten vollkommen bei. Es gäbe eine gewisse Grenze, über die nicht hinausgegangen werden dürfe. Wenn wir uns auch keiner Schuld bewusst seien, so müsse doch konstatiert werden, dass die Schwerbeweglichkeit des europäischen Konzertes dessen geringe Autorität zur Folge gehabt habe. Man habe in London ein Albanien geschaffen, welches dessen wirtschaftlichen Interessen zuwiderlaufe und seine natürliche Bewegungsmöglichkeit einschränke. Er weise dabei auf die Erschwerung beziehungsweise Unmöglichkeit des Besuches gewisser Märkte seitens der Albaner hin. Die Delimitationskommissionen kommen mit ihren Arbeiten nicht weiter, ebenso langsam vollziehe sich die Wahl des Fürsten, die Einsetzung der Exekutivgewalt usw. Dies erzeuge in Albanien alle möglichen Bewegungen über die

Grenze hinaus. Er erlaube sich, den Wunsch zu äussern, dass man mit allem Nachdrucke die Konstituierung Albaniens beschleunige. Solange man dieses Land als res nullius bestehen lasse, müsse man auf alles gefasst sein.

Der Vorsitzende führt aus, dass man, um überhaupt zu einem Resultate zu gelangen, gewisse Konzessionen hinsichtlich des Umfanges Albaniens habe machen müssen. Die Beschlüsse der Londoner Konferenz einschliesslich jenes, betreffend die Freizügigkeit der Märkte auf serbischem Gebiete, seien in Belgrad notifiziert worden. Man wende auch dort nichts dagegen ein, sondern stelle nur die Sache so dar, als ob die Albaner den Besuch der Märkte dazu benützen, um die Bevölkerung aufzuhetzen. Das Verbot des Märktebesuches wäre daher nicht die Ursache des Aufstandes, sondern die Folge des Benehmens der Albaner. Der Kandidat auf den Thron Albaniens ist bereits unterwegs und wenn es gelingen werde, ihn zur Annahme zu bewegen, so sei alles andere von geringerer Bedeutung.

Der Chef des Generalstabes hebt zwei schwierigste Punkte der Monarchie, das Verhältnis zu Serbien und Montenegro, hervor, die sicher unsere nächsten Gegner sein werden und nur den Moment abwarten, bis die Monarchie anderwärts engagiert sei. Was unsere Bundesgenossen betreffe, so stehe wohl Deutschland zu uns, die Hilfe Italiens komme aber eigentlich nur Deutschland zugute. Die Wurzel des Übels sei das Anwachsen Serbiens und seine Bestrebungen, Frankreich, Russland und Rumänien für sich zu gewinnen. Nach seiner Ansicht müsse man da klare Verhältnisse schaffen, insbesondere auch hinsichtlich Rumäniens. Er stelle sich das so vor, dass sich entweder Serbien uns loyal komplett angliedere in einem Verhältnis wie etwa Bayern zum Deutschen Reiche, oder dass man zur offenen Feindschaft übergehe, wozu jetzt der günstigste Moment sei. Eine bloss äussere Regelung des serbisch-albanischen Konfliktes sowie des Verhältnisses zu Serbien überhaupt werde nichts nutzen. Serbien werde nur Zeit gelassen, sich zu stärken. Es handle sich nicht bloss um die ziffermässige Anzahl unserer Gegner, die Gefahr liege vielmehr in einem Grosserbien, welches eine Verseuchung unserer südlichen Gebiete durch eine Irredenta zur Folge haben werde. Man müsse Serbien sofort fragen und eine umgehende Antwort ja oder nein, verlangen, ohne ihm oder den Grossmächten Zeit zu lassen.

Der Vorsitzende gibt dem Chef des Generalstabs ganz recht. Es ist aber zu bedenken, dass in einem solchen Falle unsere Verbündeten kaum hinter uns stehen, vielmehr uns in den Arm fallen würden. Dann wäre nicht nur nichts gewonnen, sondern unsere Beziehungen zu Serbien wären noch schlechter. Der serbische Ministerpräsident Pašić habe ihm gerade heute die Versicherung erteilt, dass es Serbiens Wunsch sei, mit uns ein freundliches Verhältnis anzubahnen, wobei er von Dezennien eines freundlichen Auskommens sprach. Der Vorsitzende möchte zwar keine Garantie für die Länge und Aufrichtigkeit dieser Beziehungen übernehmen, jedenfalls bestünden aber obige Bedenken hinsichtlich der von Baron Conrad gemachten Anregung.

Der königlich ungarische Ministerpräsident nimmt ganz entschieden Stellung gegen eine staatsrechtliche Angliederung Serbiens an die Monarchie und zwar, weil die Sache praktisch unmöglich sei und sich ganz Europa auf Seite Serbiens stellen würde. Die Sache wäre aber auch von Nachteil für die Monarchie. Serbien sei ein unangenehmer Nachbar, damit müsse man sich eben abfinden, aber man brauche es nicht gleich zu verschlucken. Serbien habe sich durch seine Vergrösserung auch grosse Schwierigkeiten bereitet. Es gäbe viele Reibungspunkte, namentlich sein Verhältnis zu Albanien und Bulgarien. Er komme auf das zurück, was er schon früher gesagt habe, dass man die Gelegenheit benützen müsse, der Welt zu zeigen, dass man entschlossen sei, Serbien ein entschiedenes Halt zuzurufen, wenn es seine Versprechungen nicht halte. Wenn ein energischer Protest nicht helfe, müsse man ein Ultimatum stellen, um Serbien eine diplomatische, eventuell eine militärische Niederlage zu bereiten. Da dürfe man nicht schwanken und sich nicht aufhalten lassen.

Der gemeinsame Finanzminister macht darauf aufmerksam, dass die Agitation in Bosnien und der Herzegowina von Serbien aus ganz gewaltig betrieben werde. Darunter werden wir Jahre leiden müssen, weil der politisch vorgeschrittenste und relativ grösste Teil der Bevölkerung in den annektierten Ländern die Serben seien. Die Idee des Chefs des Generalstabs halte er für nicht erfüllbar. Vielleicht hätte man diese Idee früher verwirklichen können; wollten wir dies jetzt tun, so würde Europa, das uns bisher mit Unrecht als Friedensstörer bezeichnete, dies dann mit Recht behaupten können. Der Plan des Chefs des Generalstabs habe aber überdies eine staatsrechtliche Bedeutung, weil darüber auch die Parlamente zu entscheiden hätten und deren Zustimmung nicht zu erwarten sei. Man könnte wohl, wenn sich die Verhältnisse darnach gestalten, aktiv gegen Serbien vorgehen und es der Monarchie mit Gewalt einverleiben, aber dessen Angliederung an die Monarchie, wie sich dies Baron Conrad vorstelle, sei unmöglich. Unter welchem Drucke sollte dies denn jetzt geschehen, wo Serbien ein Grosstaat geworden ist? Leider könne Redner aber auch die Hoffnung des Grafen Tisza nicht teilen, dass wir Gelegenheit haben werden, der Welt unseren Willen zu zeigen, Serbien werde uns nämlich keine Gelegenheit dazu geben, in einem Momente, wo ganz Europa den Frieden will. Was Pašić heute gesagt habe, sei sicher wahr, denn Serbien brauche Zeit, um sich zu konsolidieren. Dass die Serben für einen späteren Zeitpunkt die Ansicht haben, uns unsere südlichen Provinzen streitig zu machen, darüber bestünde natürlich kein Zweifel. Wir müssen uns auf diesen grossen Kampf vorbereiten und daher ohne Rücksicht auf die allerdings sehr geschwächten Finanzen und die sehr prekäre wirtschaftliche Lage schon heute die Armee entsprechend verstärken.

Der k. k. Ministerpräsident führt folgendes aus. Die erste von Baron Conrad erwähnte Eventualität könne wohl nicht in Betracht kommen. Graf Stürgkh betrachtet als eine Voraussetzung einer Aktion gegen Serbien, dass wir von Serbien offenkundig verletzt werden, da es dann zu einer Auseinandersetzung kommen müsste, die wohl eine capitis diminutio Serbiens mit sich brächte. Heute bilde Serbien eine grosse Attraktion, weil man sehe,

dass sein Prestige auf Kosten des unsrigen gewachsen. Nähme der Aufschwung Serbiens weiter zu, so würden sich unsere Südslawen noch mehr hinzugezogen fühlen, da nütze die beste innere Politik nichts. Er denke so wie der gemeinsame Finanzminister und auch er glaube, dass man sich auf das intensivste vorbereiten müsse. Jeder Tag bringe neue bedenkliche Symptome. So habe erst gestern der serbische Gesandte in einem Interview die Frage der Verstaatlichung der serbischen Bahnen ventiliert, trotz der angeblichen Garantien in der Konzessionsurkunde und trotz der Londoner Formel. Eine Auseinandersetzung mit Serbien und eine Demütigung desselben sei die Lebensbedingung der Monarchie. Wenn dieselbe heute nicht erfolgen könne, so müsse man sich doch gründlich darauf vorbereiten.

Der Chef des Generalstabes erwidert, dass er nur der Vollständigkeit wegen zwei Alternativen aufgestellt habe. Er freue sich darüber, dass der friedliche Weg von so kompetenten Stellen als ausgeschlossen hingestellt wird, dass daher nur der gewaltsame erübrigt, aber er glaube, dass man den Krieg führen müsse, sobald die Chancen günstig seien. Die meisten Kriege werden verloren von denjenigen, welche diese Chancen verpassen. Jedes Hinausschieben verschlimmere, von rein militärischem Standpunkte betrachtet, die Lage. Wenn wir zuwarten, so bedinge dies die extreme Ausgestaltung unserer Wehrmacht. Darauf müsse er den grössten Wert legen.

... Verhandlungen über den Voranschlag für das erste Halbjahr 1914 ...

Berchtold. Günther, Protokollführer.

Auf der Ausfertigung:

Ich habe den Inhalt dieses Protokolls zur Kenntnis genommen. Wien, 20. November 1913. Franz Joseph.

a) Conrad a. a. O. III 724. — *b)* Die Teilnehmer haben die Einsichtnahme in dieses Protokoll durch ihre Unterschrift bestätigt. — *c)* Von Kaiser Franz Josef eigenhändig verbessert aus „zweijährigen".

Nr. 8780. Tel. aus Konstantinopel-Jeniköj, 4. Okt. 1913 Nr. 537 (eing. 11 U. p. m.). Entziff.

Geheim. Zu meinem Telegramme Nr. 533 von gestern, bulgarisch-türkische Allianz. General Savow erwähnte mir auch den Gedanken, ein autonomes Macedonien zu schaffen, wobei aber Kavalla Bulgarien zufallen solle. Herr Toscheff sagte dazu, dass es ihm angesichts der Risikos eines Krieges praktischer schiene, dann schon konkreten Erwerbungen nachzugehen. Pallavicini.

Nr. 8781. Tel. aus Sofia, 4. Okt. 1913 Nr. 1163 (eing. 5. Okt. 8 U. a. m.).a) Entziff.

Geheim. Durch beständigen Kontakt mit Mitgliedern Regierung arbeite ich unaufhörlich methodisch an Vertiefung Vertrauens in Politik, die ich zu vertreten habe. Außer täglichen Konversationen mit Minister des Aeußern besuche ich auch fast jeden Tag Ministerrat, wo ich Gelegenheit zu freundschaftlichem politischen Meinungsaustausch mit Ministerpräsidenten und einzelnen Ressortministern finde. Ich muß sagen, daß ich mir kein

besseres Verhältnis eines Diplomaten zu einer fremden Regierung vorstellen kann wie das meinige zu dem jetzigen Kabinett gegenwärtig ist. Diese Leute sehen in mir ihren Freund, vertrauen sich mir an und neigen entschiedenst und vorbehaltlos zu uns. Letztere Zeit lassen mir die führenden Minister keine Ruhe mehr mit der Frage der Allianz mit uns. Die Gründe, die ich dafür anführe, warum bis jetzt keine formelle Abmachung möglich gewesen, sehen sie zwar ein, nunmehr aber, nachdem Krise überwunden und nachdem — wie sie sicher rechnen — es zum Bündnis mit Türkei kommen werde, finden sie, daß Moment für definitive Festlegung bulgarischer Politik gekommen und insistieren, daß nach meiner Ankunft in Wien die Frage konkrete Form annehmen möge. Da König übermorgen abreist und mich vorher empfangen soll, wollen Ministerpräsident und Minister des Aeußern Seine Majestät morgen sehen und König veranlassen, mit mir unzweideutig zu reden. Minister des Aeußern sagte mir, Seine Majestät der König sei für Politik Regierung ganz gewonnen und Schwierigkeit bestünde nur darin, den krankhaft zaghaften König zu einer bindenden Erklärung zu bewegen und außerdem noch dächte Seine Majestät jetzt nur mehr an seine Auslandreise. Sollte mir König eine Erklärung im Sinne des Allianzvorschlages[b]) machen, schien mir längeres Inschwebelassen Angelegenheit kaum möglich. Tarnowski.

[a]) Vgl. n. 8775, 8786. — [b]) Vgl. n. 7937.

Nr. 8782. Tel. aus Sofia, 4. Okt. 1913 Nr. 1165 (eing. 5. Okt. 9 U. a. m.).[a]) Entziff.

Geheim. Ich erkundige mich täglich bei Minister des Aeussern nach Fortgang der türkisch-bulgarischen Verhandlungen über Entente und seit einigen Tagen antwortet mir Herr Ghenadieff, er sei ohne Nachrichten, was ihn aber durchaus nicht beunruhige. Auch heute abends richtete ich an Minister gesprächsweise dieselbe Frage und, nachdem er wieder ohne Nachricht zu sein mir sagte, bemerkte ich, mir gebe Stillstand in Verhandlungen zu denken, da man doch bis vor kurzem beiderseits empressiert gewesen abzuschliessen. Minister des Aeussern antwortete, ihn hätte diese Pause bis jetzt nicht präokkupiert, nachdem ich ihn aber darauf aufmerksam gemacht, frage er sich, ob dieselbe nicht allenfalls damit zusammenhänge, dass König bereits vor einigen Tagen erfolgte Anregung General Savows, dem Sultan zuerst anlässlich Friedensschlusses zu telegrafieren nicht Folge geleistet. Unter Anführung Argumente für Wichtigkeit sofortigen Abschlusses Accords riet ich Minister nachdrücklich, nicht zuzugeben, dass wegen einer Formalität Pourparlers stocken und eventuell Froissement entstehe. Minister zeigte Verständnis für meine Auffassung und sagte, er würde, falls er bis morgen keine Nachrichten aus Konstantinopel über Fortgang der Verhandlungen erhalten sollte, Gelegenheit der Ratifikation Friedensinstrumentes, das König vor Abreise nach Ungarn unterzeichnen werde, benützen, um Seine Majestät zur Absendung Telegrammes an Sultan zu bewegen. Tarnowski.

[a]) Vgl. n. 8769, 8785, 8791.

Nr. 8783. Bericht des Legationsrates Wilhelm Ritter von Storck aus Belgrad, 5. Okt. 1913 Nr. 209 (eing. 7. Okt.).[a] Ausfert.

Mit meinem ergebensten Telegramme von Heute Nr. 642[b] habe ich bereits Gelegenheit genommen, meine heutige Unterredung im Auswärtigen Amte kurz zu skizzieren. Herrn Pašić, der noch ermüdet von der Reise und wegen des heutigen Sonntags nicht ins Ministerium gekommen war, werde ich erst morgen zu sprechen Gelegenheit suchen.[c] Die Impressionen, die ich von meiner Unterredung mit dem stellvertretenden Generalsekretär Dr. Šajnović empfangen habe, geben übrigens vielleicht ein richtigeres Bild der momentanen Situation, als aus kurzen Aussprüchen des wortkargen Herrn Pašić zu gewinnen sein wird. Wie schon berichtet, wurde ich überaus liebenswürdig aufgenommen. Wenn wir vorgestern in Wien ein Schutz- und Trutzbündnis mit Serbien vereinbart haben würden, hätte mir kein lieberer Empfang bereitet werden können. Hier bewegt sich eben Alles in Extremen. Zur Einleitung unserer Konversation erklärte mir Herr Šajnović, er hoffe, daß die Ära der Mißverständnisse nunmehr definitiv vorüber sei. Ich erwiderte ihm ganz offen, daß unsere bisherigen Beziehungen in der Tat schon so schlechte gewesen wären, daß es nicht so hätte weiter gehen können. Entweder es hätte ganz schlecht werden oder aber zu einer Besserung unseres Verhältnisses kommen müssen. Zu meiner aufrichtigen Freude könne ich aus seinen Worten entnehmen, daß das Letztere der Fall zu sein scheine. Es wäre nach Bereinigung der politischen Fragen auch ein Unding, daß wir nicht auch in wirtschaftlicher Hinsicht ins Reine kommen sollten. Diese Auffassung seines durchaus staatsmännisch denkenden Chefs würde, wie ich zu meiner Freude sähe, also auch von ihm und der serbischen Öffentlichkeit geteilt. Auf das Thema Albanien übergehend, ließ mein Mitredner hierauf spontan die Bemerkung fallen, daß Herr Pašić in Unkenntnis der Situation in Paris tatsächlich die Frage einer Grenzregulierung zu Gunsten Serbiens berührt hätte, doch wäre dies mehr in der Form eines frommen Wunsches aufzufassen, dessen Erfüllungsmöglichkeit, wie Serbien ganz gut wüßte, nur bei uns, respektive bei den Mächten stünde. Ich habe hierauf Herrn Šajnović in zwei, drei kurzen Sätzen die Unmöglichkeit erklärt, diese pia desideria zu realisieren, und ihn in aller Freundschaft befragt, was sich denn Serbien von ein paar weiteren kahlen Gebirgszügen eigentlich für einen Gewinn verspräche? Meine Bemerkungen schienen meinem Mitredner auch einzuleuchten. Vage Hoffnungen, daß für Serbien schließlich doch noch etwas herauszuschlagen sein werde, dürfte man insgeheim trotz alledem noch immer haben. Herr Dr. Šajnović fühlte sich dann auch verpflichtet, mich mit einigen an meine persönliche Adresse gerichteten Komplimenten zu regalieren, wobei er unter anderm bemerkte, daß man in diesem Hause jetzt davon abgekommen sei, mich allein für die Demarchen verantwortlich zu machen, die doch auch seitens meiner fremden Kollegen, wenn auch stets unter einem böswilligen Hinweis auf mich und meine angebliche Insistenz unternommen worden wären. Ich entgegnete meinem Mitredner, daß mich diese Erklärung umsomehr erfreuen müßte, als mir Herr Spalajković noch vor acht Tagen vorgeworfen hätte, daß ich die „Seele aller gegen Serbien gerichteten Démarchen wäre." Herr Dr.

Šajnović glaubte, von ohnehin nicht mißzuverstehenden Andeutungen abgesehen, dann auch noch deutlicher werden und meinen italienischen Kollegen ausdrücklich bezichtigen zu sollen, daß dieser bei jedem seiner Schritte mich vorgeschoben hätte, um das Odium seiner eigenen Démarchen von sich auf mich abzuwälzen. Ich glaubte diese „Anschwärzung" Herrn Rinellas, mit dem ich die besten Beziehungen unterhalte, überhören zu sollen, da die damit bezweckte Absicht, uns auseinander zu bringen, doch zu deutlich zu Tage lag, und ich überdies nicht vollständig davon überzeugt bin, daß man nicht meinem italienischen Kollegen — allerdings ganz zu Unrecht — das Gleiche von mir erzählen wird. Ich halte Herrn Rinella gewiß für vollkommen fähig, mich als Deckschild bei seinen Démarchen benützt zu haben; dies würde zum guten Teil auch das Rätsel lösen, wieso er trotz seines mit mir ganz identischen Vorgehens bisher nicht angegriffen wurde und sich mit den Serben brillant stand. Nachdem man ihm aber nunmehr auf seine Schliche gekommen zu sein scheint, sehe ich wirklich keinen Grund, deshalb in meinen, im Interesse der Sache sorgsam gepflegten Beziehungen zu ihm einen Wechsel eintreten zu lassen. Daß die Italiener das Intriguieren nicht lassen können und uns darin über sind, ist ja hinlänglich bekannt. Daß der serbischen Regierung anscheinend nunmehr die Augen aufgegangen sind, daran dürfte Marquis di San Giuliano mit seiner gegen unseren Rat ergriffenen Initiative bei den Mächten die Schuld tragen, einen Kollektivschritt wegen Albanien à tout prix zu Stande zu bringen. Dieses Bestreben konnte der serbischen Regierung auf die Dauer selbstredend nicht verborgen bleiben und hat jetzt wenig freundliche Gefühle für Italien ausgelöst. Dies hätte man sich ersparen können; denn zu Kollektivschritten der Mächte wird es ohnehin gewiß noch kommen müssen, um die Serben nach Niederwerfung des Arnautenaufstandes von einer dauernden Etablierung jenseits ihrer Grenzen abzuhalten. Storck.

a) Vgl. n. 8796, 8813. — *b)* Kurzer Vorbericht über die hier ausführlich mitgeteilte Unterredung. — *c)* Vgl. n. 8797.

Nr. 8784. Tel. des Legationsrates Franz Freiherrn von Haymerle aus Bukarest-Sinaia, 5. Okt. 1913 Nr. 361 (eing. 6. Okt. 7 U. a. m.).[a] Entziff.

Streng vertraulich. Seine Majestät der König erklärte mir bei heutiger Hoftafel, Prinz Wied würde in ungefähr einer Woche eintreffen, aber privatim Euer Exzellenz aufsuchen. Seine Majestät der König läßt Euer Exzellenz ersuchen, Besuch des Prinzen geheimzuhalten und, wenn in Zeitungen gemeldet würde, dementieren zu lassen. Deutscher Kaiser sei jetzt direkt ablehnend zu Kandidatur des Prinzen Wied und wolle König von Rumänien daher nicht, daß man in Berlin erfahre, daß der Prinz vor Sinaia mit Euer Exzellenz unterhandelt habe. König meinte, albanesische Unruhen würden Annahme etwas verzögern. Königin ist sehr für Annahme, Prinzessin Wied auch, aber sehr ängstlich. Prinz selbst soll besonders wegen Widerstand deutschen Kaisers, den er unbedingt sehen wollte, was ihm aber, da Kaiser auf Jagd, nicht gelang, etwas schwankend geworden sein. Alles würde von Aussprache mit Euer Exzellenz abhängen, sodann Königin und Prinzessin.

Versuchte entsprechend der hohen Weisung bestärkend und beruhigend zu wirken. Persönliche Unterredung mit Baron Bornemisza wird von Majestäten und Prinzessin gewünscht. Haymerle.

[a]) Vgl. n. 8788.

Nr. 8785. Tel. aus Sofia, 5. Okt. 1913 Nr. 1166 (eing. 11 U. p. m.).[a]) Entziff.

Geheim. Bezug auf mein Telegramm Nr. 1165 von heute nacht. Minister des Aeussern sagte mir, er habe noch immer keine Nachrichten aus Konstantinopel, denke aber, dass angekündigter Spezialkurier, der heute Sofia eintreffen soll, gewünschte Informationen, die Savoff, wie begreiflich, nicht telegraphieren wollte, bringen würde. Nachdem ich, ohne Inhalt heute erhaltenen hohen Telegrammes Nr. 596[b]) vom 5. d. M. Minister bekanntzugeben, bloss erwähnt hatte, dass laut einer mir zugegangenen Information Allianzentwurf bereits ausgearbeitet wäre, zeigte sich Minister des Aeussern sehr unangenehm überrascht und meinte, Delegierte hätten dies nicht angezeigt, sondern bloss Ankunft Spezialkuriers, der „traité" bringen würde, angekündigt, worunter Ghenadieff Friedensinstrument verstand. Minister des Aeussern bemerkte, er werde König heute sehen, hätte aber bereits durch Dobrovič Schritte unternommen, damit Seine Majestät aus Anlass Unterzeichnung Friedens an Sultan Depesche absende. Tarnowski.

[a]) Vgl. n. 8789, 8791. — [b]) Mit Tel. Nr. 596, 4. Okt. 1913 (chiffr. 11 U. 50 M. p. m.) wurde n. 8777 und n. 8778 auszugsweise nach Sofia mitgeteilt.

Nr. 8786. Tel. aus Sofia, 5. Okt. 1913 Nr. 1167 (eing. 6. Okt. 9 U. a. m.).[a]) Entziff.

Geheim. Dobrovič verständigt mich, dass ich von Seiner Majestät heute 11 Uhr abends empfangen werde. Minister des Aeussern sprach bei mir soeben vor und sagte, er komme von dreistündiger Audienz, in der er Grundlage Politik Kabinettes mit König ausführlich besprochen und erneuert konstatiert hätte, dass Seine Majestät der König mit Regierung ganz solidarisch. Nachdem dies festgestellt worden und König sich mit Allianz mit Türkei, mit Gravitation zum Dreibunde und absolutem Ausschlusse Zusammengehens mit Russland einverstanden erklärt, legte Minister des Aeussern Seiner Majestät dar, es sei unumgänglich notwendig, dass König mir vor meiner Abreise nach Wien Erklärung abgebe, aus welcher hervorginge, dass Annäherung an Oesterreich-Ungarn nicht nur Politik gegenwärtigen Kabinettes, woran ich nicht zweifeln könne, sondern jene bulgarischen Staates und dessen Souveräns sei. König antwortete mit einigen Bemerkungen über Divergenz, die seit einiger Zeit zwischen unserer und Deutschlands Balkanpolitik zu Tage tritt. Auf meine Frage, welche Konklusion Seine Majestät daraus gezogen, antwortete Mitredner gar keine; hingegen habe Minister des Äussern König gegenüber ausgeführt, dass gerade infolge Allianz mit Türkei und vorbehaltsloser Neigung zu Oesterreich-Ungarn Deutschlands Politik jener Oesterreich-Ungarns sich wieder werde anpassen müssen, zumal zwischen Deutschland und Bulgarien gar

keine Interessengegensätze bestehen und Deutschland in Türkei und Kleinasien Interessen habe, die mit momentanem Philhellenismus Kaiser Wilhelms in gar keinem Verhältnisse stünden. Seine Majestät hätte sich bereit erklärt, mir die vom Minister suggerierte Erklärung in heutiger Audienz abzugeben. Minister fügte hinzu, er habe es taktisch für richtig gehalten, heute Seiner Majestät gegenüber noch nicht weiter zu gehen und obwohl Ministerpräsident unbedingt gewünscht habe, dass König von der uns gemachten Proposition[b]) heute schon informiert werde, hätte Minister des Aeussern mit Rücksicht darauf, dass König knapp vor Abreise hiedurch zu sehr impressioniert worden wäre, im Interesse der Sache davon diesmal noch Abstand nehmen zu sollen geglaubt. Minister werde übrigens nächstens Seine Majestät den König in Ungarn besuchen und dort Gelegenheit finden, um auch von formeller Proposition der Regierung König zu informieren. Aus meiner Unterredung mit Minister hatte Eindruck, dass er bei Seiner Majestät vielleicht mehr Bedenken gefunden haben dürfte, als er mir zugestanden. Umstand, dass Regierung König nicht ganz eingeweiht, wird uns ermöglichen, wenn wir wünschen, mit konkreter Antwort auf Allianzproposition[b]) noch zuzuwarten. Tarnowski.

[a]) Vgl. n. 8734, 8781, 8789, 8790, 8804. — [b]) Vgl. n. 7937.

Nr. 8787. Tel. des Legationssekretärs Prinzen Emil Fürstenberg aus Athen, 6. Okt. 1913 Nr. 742 (eing. 7. Okt. 8 U. a. m.).[a]) Entziff.

Griechisch-türkische Spannung. Nach Eintreffen des türkischen Delegierten, Abro Bey, wurde noch gestern der türkische Gegenvorschläge enthaltende Vertragsentwurf hiesiger Regierung übermittelt. Erster Eindruck desselben auf Herrn Venizelos nach flüchtiger Durchsicht soll nicht ungünstig gewesen sein. Inselfrage bleibt ausgeschaltet. Heute nachmittags findet erste Konferenz statt. Man hofft, dass in zwei bis drei Tagen Minister des Äussern Detailbericht über türkisches Vertragsprojekt dem Ministerrate wird unterbreiten können. Verhandlungen, an denen Ministerpräsident nicht teilnimmt, werden griechischerseits von Herren Panas und Skassis geführt. Ankunft Königs hat calmierend auf öffentliche Meinung gewirkt, deren Nervosität sichtlich nachgelassen hat. Sprache der Presse jedoch noch immer intransigent. Regierung wird davor gewarnt, Concessionen zu machen. In Armeekreisen herrscht, wie ich höre, diesmal noch grössere Siegeszuversicht als vor dem zweiten Balkankriege. Emil Fürstenberg.

[a]) Vgl. n. 8795.

Nr. 8788. Tel. an den Legationsrat Franz Freiherrn von Haymerle in Bukarest-Sinaia, 6. Okt. 1913 Nr. 444 (chiffr. 10 U. 30 M. p. m.). Konz. (S. Berger; V. Rappaport; G. Berchtold).

Antwort auf Euer Hochwohlgeboren Telegramm Nr. 361 von gestern. Ich werde dem Wunsche König Carols gemäß den morgen erfolgenden Besuch des Prinzen Wied geheimhalten, mache jedoch darauf aufmerksam, daß ich in einem früheren Stadium der Sache, wo mir dieser Wunsch Seiner Majestät noch nicht bekanntgegeben worden war, die italienische Regierung

von der Absicht des Prinzen, mich auf der Durchreise zu besuchen, vertraulich verständigt hatte. Prinz Wied reist mit morgigem Nachmittagszuge nach Bukarest weiter. Berchtold.

Nr. 8789. Tel. nach Sofia, 6. Okt. 1913 Nr. 602 (chiffr. 10 U. 20 M. p. m.).[a] Konz. (S. Rappaport; V. Forgách; G. Berchtold).

Streng geheim. Erhalten Euer Hochgeboren Telegramme Nr. 1166 bis 1169 von gestern. Es ist mir gegenwärtig noch nicht möglich, zu den bulgarischen Allianzanträgen eine präzise Stellung zu nehmen und über die Euer Hochgeboren bereits bekannte sympathische Aufnahme, welche diese Idee bei uns findet, hinausgehende konkrete Erklärungen abzugeben. Solche Allianzfragen bedürfen überhaupt einer reiflichen Erwägung auch im Hinblicke auf die Anpassung an die Bestimmungen unserer Verträge. Auch lege ich Wert darauf, vor jeder weiteren Stellungnahme mit Euer Hochgeboren mündliche Rücksprache zu pflegen. Es ist mir daher sehr willkommen, daß Euer Hochgeboren im Schlußalinea[b] Ihres Telegrammes Nr. 1167 einen Umstand anführen, welcher unsere zuwartende Haltung auch in den Augen der bulgarischen Staatsmänner gerechtfertigt erscheinen läßt. Die Verwertung dieses Argumentes dürfte Ihnen die Beobachtung einer zwar freundlichen, aber doch rezeptiven Haltung in dieser Frage erleichtern, auf welche ich aus obigen Gründen gegenwärtig den größten Wert legen muß. Euer Hochgeboren mir soeben zugekommenen telegraphischen Meldungen Nr. 1168 und 1169 von heute bestärken mich in meiner Absicht, bei Behandlung dieser Angelegenheit jede Überstürzung zu vermeiden. Berchtold.

[a] Vgl. n. 8804, 8947. — [b] Schlußalinea von n. 8786 beginnt mit „Umstand, dass Regierung ...“.

Nr. 8790. Tel. aus Sofia, 6. Okt. 1913 Nr. 1168 (eing. 3 U. 15 M. p. m.).[a] Entziff.

Geheim. Bevor ich Verlauf zweieinhalbstündiger Audienz, die nachts bei König gehabt, heute noch telegrafisch kurz schildern werde, möchte gleich anzeigen, dass mir Seine Majestät gar keine formelle Erklärung abgegeben hat. Ohne in seiner Sprache positiv und deutlich zu sein, stellte sich König Ferdinand gewissermassen auf Standpunkt, wonach es selbstverständlich wäre und gar keiner Begründung bedürfe, dass Bulgarien keine andere Politik machen könne und werde, als die eines in seinem Charakter und Grade von Seiner Majestät dem Könige nicht näher definierten engeren Verhältnisses zu uns. Tarnowski.

[a] Vgl. n. 8786, 8789, 8792.

Nr. 8791. Tel. aus Sofia, 6. Okt. 1913 Nr. 1169 (eing. 4 U. p. m.).[a] Entziff.

Geheim. Bezug auf meine Telegramme Nr. 1165 und 1166 vom 5. d. M. Ich halte es nicht für ausgeschlossen, dass Regierung trotz der Offenheit, mit der sie mit mir verkehrt, puncto Entente mit Türkei in

letzteren Tagen, da sie vielleicht befürchtet, uns durch Perspective neuer Verwicklungen stutzig zu machen, reserviert war. Es kommt mir nämlich unwahrscheinlich vor, dass Savow Fertigstellung des Bündnisentwurfes nicht sofort angezeigt hätte. Anderseits ist es nicht unmöglich, dass er darüber — da auch Herr Natschowitsch nicht eingeweiht sein soll — kein Chiffretelegramm absenden konnte und sonderbar wäre auch, das Regierung mir das verheimlicht, was Toscheff dem Markgrafen Pallavicini anvertraute, zumal Minister des Aeussern mir laut meines Telegrammes Nr. 1156 vom 1. d. M. noch kürzlich und auch seither ganz offen über Sinn angestrebter Entente gesprochen. Der erwartete Spezialkurier ist heute angekommen; aus der Sprache, die Minister des Aeussern jetzt nach Ankunft des Kurieres mir gegenüber führen wird, werde ich erst mit Gewissheit ersehen, ob er ganz aufrichtig. Der König sprach mir nur ganz allgemein von Verständigung mit Türkei, die im Begriffe wäre, zustande zu kommen. Tarnowski.

a) Vgl. n. 8789, 8793.

Nr. 8792. Tel. aus Sofia, 6. Okt. 1913 Nr. 1172 (eing. 7. Okt. 9 U. a. m.).a) Entziff.

Geheim. Bezug auf mein Telegramm Nr. 1168 vom 6. dieses Monats. Meine Audienz bei König Ferdinand verlief ungefähr wie folgt: König gedachte zuerst in warmen Worten Seiner k. u. k. Apostolischen Majestät und des Telegrammes, das er von unserem Allergnädigsten Herrn in der Stunde höchster Not erhalten. Dann sprach der König von seiner bevorstehenden Reise und ersuchte mich, seinen Dank für Hofsalonwaggons erneuert an Allerhöchster Adresse zu vermitteln. Nach ausgestandenen unsagbaren Qualen sei Seine Majestät physisch und moralisch erschöpft, brauche Ruhe und bitte, dass wir ihm Asyl gewähren. Hoffentlich werde sein Aufenthalt in Grenzen der Monarchie nicht lästig. Er verspreche, nicht störend zu sein und bloss in Abgeschlossenheit in seinen Wäldern Erholung zu suchen und trachten, die vielen Feinde, die sich gegen ihn verschworen und gegen die er von Hass erfüllt, vorübergehend zu vergessen. Nun passierte der König en revue seine Feinde, zuerst seine Nachbarn, dann einzelne Grossmächte und Monarchen und am vehementesten war die Sortie Seiner Majestät gegen Kaiser Wilhelm, dessen Politik „niederträchtig"; Deutschland hätte Bulgarien mehr geschadet als selbst Russland. Es folgten anzügliche Bemerkungen über unsere Friedfertigkeit und über unsere Schwäche Serbien gegenüber, dessen Ausrottungspolitik wir die Albanesen, die natürliche Stütze der Monarchie und Bulgariens, nicht ausliefern sollten. Dem Prinzen Wied als vermutlichen Fürsten Albaniens und dessen rumänischer Verwandtschaft wurde ein Seitenhieb versetzt, wonach Seine Majestät einige Sarkasmen dem Wiener Besuch Herrn Pašić' widmete, zugleich aber bemerkte, er finde es begreiflich, dass wir mit Serbien modus vivendi suchten. Nach diesen Boutaden kamen lange retrospektive Betrachtungen über Schicksalsschläge, die König getroffen. Allmählich kam der König auf aktuelle Lage zu sprechen und gedachte mit Dankbarkeit unserer für bulgarische Regierung leider — da wir ganz

vereinsamt gewesen — wenig erfolgreichen Unterstützung, zuletzt in türkischer Frage. Seine Majestät anerkannte, dass wir was möglich getan hätten, bedauerte aber, dass wir Bulgarien keinen eklatanten Dienst erweisen hätten können, der von Öffentlichkeit gewürdigt wäre. König Ferdinand versuchte dann, mich sprechen zu machen und stellte Fragen, ob ich ihm keine Mitteilung zu machen hätte, ob und was wir von Seiner Majestät verlangen, wie wir Situation auffassen, was unsere Absichten wären und so weiter. Ich beschränkte mich darauf, dass ich auf unsere unwandelbare Bulgarophilie, auf unsere Unterstützung in allem und jedem und auf Parallelismus der Interessen hinwies. Seine Majestät bemerkte, dass es ihn freue, dies zu hören und sprach ganz allgemein und vag von schwierigen Aufgaben, die Bulgariens harren, von grosser Vorsicht, die geboten und von Notwendigkeit Entwerfung eines gemeinsamen politischen Planes. Ich erwähnte, dass Seine Majestät während des Aufenthaltes in Ungarn vielleicht Wien besuchen würde, was der König als nicht ganz sicher, aber doch als möglich bezeichnete und meinte, dass es ihm dort leicht sein werde, in der gewohnten unauffälligen Weise mit massgebenden Persönlichkeiten und auch mit Baron Conrad Fühlung zu nehmen. Seine Majestät der König sprach auch von Rumänien und betonte wiederholt, er hoffe, dass wir dortiger Politik nicht mehr trauen. Über Frieden mit Türkei drückte sich König Ferdinand mit Befriedigung aus, vom Accord sprach er aber nur flüchtig, wie von etwas noch nicht Perfektem und fragte, was ich von Möglichkeit türkischen Angriffes gegen Griechenland meinte und was Frankreich und England dazu sagen würden. Die Rancune gegen Serbien und Griechenland und die Revanchelust kam in Äusserungen Seiner Majestät deutlich zum Ausdruck. Gegen Ende der Audienz besprach König mit mir die inneren Verhältnisse und tauschten wir Gedanken über Regierung, einzelne Minister, die innere Politik aus, wobei Seine Majestät Sorge ausdrückte, dass Kabinett — welches unersetzlich — Fehler, die dessen Stellung schaden könnten, begehe. Ich hatte Gelegenheit, mich zu meinen Beziehungen zu der gegenwärtigen Regierung und deren Loyalität zu beglückwünschen und spielte auf frühere Schaukelpolitik an. Seine Majestät erwiderte, dass er vor dem Krieg mit Russland zu rechnen gehabt hätte, que nous avons eu aussi des embrassades avec les Russes, dass aber nunmehr für Bulgarien nur ein Weg offen wäre. Einige Äusserungen König Ferdinands werde ich Euer Exzellenz mündlich zu melden die Ehre haben. Tarnowski.

a) Vgl. n. 8803.

Nr. 8793. Tel. aus Sofia, 6. Okt. 1913 Nr. 1173 (eing. 7. Okt. 9 U. a. m.).a) Entziff.

Geheim. Im Verfolge meines Telegrammes Nr. 1169 vom 6. d. M. Ich habe mich mit Freuden überzeugt, dass meine Supposition, die Regierung hätte mich in ihre wahren Absichten bezüglich Entente mit Türkei nicht einweihen wollen, falsch war. Minister des Aeussern sagte mir, Kurier, der heute angekommen, habe nur Friedensinstrument und Informationen über Entente-Pourparlers, nicht aber Entwurf Accords, der erst Mittwoch

durch Spezialkurier von Konstantinopel abgehen würde, gebracht. Mitredner informierte mich spontan über Inhalt Entente, der im grossen ganzen konform hohem Telegramme Nr. 596.[b]) Auch entwickelte Minister ausführlich Gründe, die ihn zwingen, derartiges Abkommen zu wünschen. Werde Ausführungen Ministers des Aeussern morgen detailliert telegrafieren. Tarnowski.

[a]) Vgl. n. 8801. — [b]) Vgl. n. 8785 Anm. b.

Nr. 8794. Bericht aus Sofia, 6. Okt. 1913 Nr. 63 (eing. 9. Okt.).[a]) Entziff.

Dobrovič besuchte mich und sagte im Auftrage König Ferdinands, bulgarischer Militärattaché in Wien hätte Seiner Majestät gemeldet, dass General Fitchew, der sich dort aufhält, von Baron Conrad empfangen worden. General Fitchew hätte mit unserem Generalstabschef fünfstündige Unterredung gehabt, wobei er auch politische Fragen berührt hätte. Der König liesse mir sagen, dass er von der Entrevue General Fitchews mit Baron Conrad unangenehm berührt sei. Es sei eine Taktlosigkeit seitens General Fitchews gewesen, dass er als aktiver General und derzeit noch nomineller Chef des Generalstabes ohne Ermächtigung Seiner Majestät mit Baron Conrad Kontakt gesucht habe. General Fitchew hätte sich in den zwei Kriegen mit Türken durchaus nicht ausgezeichnet und vor Ausbruch Krieges mit Serbien und Griechenland hätte er unter Vorwand Krankheit seinen Posten ganz einfach desertiert. Fitchew hätte sich feige benommen, er sei ein Intrigant und dürfte sicherlich Baron Conrad tendenziöse Informationen, wahrscheinlich auch mit Spitze gegen General Sawow, erteilt haben. Alles, was General Fitchew, und schon gar politisch, gesagt haben mag, wozu er nicht ermächtigt und gar nicht berufen, hätte nur Wert seiner persönlichen Ansicht. Ich hatte Eindruck, dass vorstehende Mitteilung der persönlichen Susceptibilität des Königs entspringt und habe von Schritt Dobrovič' bei mir Minister des Äussern gegenüber vertraulich Erwähnung gemacht. Ghenadiew sagte, Dobrovič sei auch bei ihm mit derselben Angelegenheit gewesen, die lächerlich wäre. König fürchte, dass Fitchew mit Baron Conrad offen gesprochen und ihm Informationen über Krieg gegeben, die für Seine Majestät nicht schmeichelhaft. Es hätten sich nämlich zwischen König und Generalstabschef wiederholt Meinungsverschiedenheiten ergeben, wonach sich gezeigt habe, dass General Fitchew jedesmal recht gehabt hätte. Fitchew sei gegen Forcierung Čataldjas, der König, der nach Konstantinopel gewollt hätte, sei dafür gewesen; Fitchew habe zu Beginn der ersten Waffenstillstandsverhandlungen gleich Frieden mit Türkei schliessen wollen, der König habe es nicht gewollt; Fitchew sei gegen zweiten Krieg mit Türkei gewesen, König habe es darauf ankommen lassen. Fitchew habe Posten nicht dersertiert, sondern sei ihm Leben durch Seine Majestät so hart gemacht worden, dass er schliesslich erkrankte und dégoutiert sich zurückgezogen. Es sei eine Ehre für bulgarische Armee, dass ihr Generalstabschef mit dem unsrigen in kollegialen Meinungsaustausch getreten und es sei ebenso begreiflich, dass es General Fitchew gefreut habe, Baron Conrad den

Krieg persönlich schildern zu können, wie es natürlich erscheint, dass es letzteren interessiert haben müsse, die in Betracht kommenden Informationen direkt vom bulgarischen Generalstabschef zu erhalten. General Fitchew sei Stambulowist und russophob und habe, wenn er Politik berührte, gewiss nichts gesagt, was desavouiert werden müsste. Dass er nur im eigenen Namen gesprochen, sei selbstverständlich. Tarnowski.

[a]) Vgl. n. 9294.

Nr. 8795. Tel. des Legationssekretärs Prinzen Emil Fürstenberg aus Athen, 7. Okt. 1913 Nr. 743 (eing. 8. Okt. 9 U. a. m.).[a]) Entziff.

Griechisch-türkische Verhandlungen. Deutscher Kollege teilt mir mit der Bitte um vertrauliche Behandlung mit, dass Herr Panas ihm heute gesagt, der türkische Vertragsentwurf sei mit türkisch-bulgarischem Friedensinstrument nahezu identisch. Von seinerzeitigem griechischen Projekt ist nichts mehr übrig. Man müsste wieder von vorne anfangen. Minister des Äussern schien eher verstimmt. Gestrige Reunion der Delegierten galt nur formellen Fragen. Meritorische Behandlung erst nach Studium und Prüfung des Entwurfes durch Ministerrat zu gewärtigen. Emil Fürstenberg.

[a]) Vgl. n. 8787.

Nr. 8796. Tel. an den Legationsrat Wilhelm Ritter von Storck in Belgrad, 7. Okt. 1913 Nr. 296 (chiffr. 11 U. 45 M. p. m.).[a]) Konz. (S. Berger; V. u. G. Forgách.)[b])

Streng vertraulich. Erhalten Euer Hochwohlgeboren Telegramm Nr. 642[c]) vom 5. d. M. und billige ich vollkommen die von Euer Hochwohlgeboren Herrn Schainović gegenüber geführte Sprache. Euer Hochwohlgeboren wollen sich zu Herrn Pašić begeben und dem Herrn Ministerpräsidenten folgende Message von mir übermitteln, wobei Dieselben vorausschicken wollen, daß ich mit Rücksicht auf Herrn Pašić diesen Schritt in einer streng vertraulichen Form unternehmen lasse und — die Gegenseitigkeit vorausgesetzt — von jeder Bekanntmachung oder Mittheilung desselben an andere Mächte Abstand nehme. Es lägen mir übereinstimmende Meldungen darüber vor, daß die Niederwerfung des albanischen Aufstandes soweit vorgeschritten sei, daß die serbische Armee an der in London festgelegten Grenze Albaniens oder doch hart an derselben stehe. Ich müßte daher, wie ich dies bereits gelegentlich des Wiener Aufenthaltes Herrn Pašić' getan hätte, den Herrn Ministerpräsidenten dringendst warnen, von einer Überschreitung dieser Grenzen durch die serbischen Truppen Abstand zu nehmen und auf die ernsten Folgen hinweisen, die eine solche nach sich ziehen könnte. Serbien verfüge über eine genügend starke und disziplinierte Armee, um von einer Überschreitung der Grenze und einer dauernden oder auch nur zeitweisen Okkupierung albanischen Territoriums, beziehungsweise der so oft genannten strategischen Linie absehen zu können. Wenn die in London gezogene Grenze vielleicht in manchen Punkten militärisch nicht gerade vortheilhaft sei, so befänden sich auch andere Staaten in einer analogen

Lage, ohne sich durch militärische Schwierigkeiten abhalten zu lassen, bestehende Grenzen zu respektieren. Letzteren Hinweis könnten Euer Hochwohlgeboren gesprächsweise, und ohne sich auf einen Auftrag zu berufen, durch die Beispiele unserer Grenzen bei Cattaro und in der Herzegowina illustrieren. Berchtold.

a) Oe. U. Balkan 449 Nr. 898. Vgl. n. 8783, 8805, 8808, 8845. — *b)* Amtsvermerk: Über Auftrag mit Genehmigung des Herrn Ministers. — *c)* Kurzer Vorbericht zu n. 8783.

Nr. 8797. Tel. des Legationsrates Wilhelm Ritter von Storck aus Belgrad, 7. Okt. 1913 Nr. 650 (eing. 8. Okt. 9 U. a. m.).a) Entziff.

Gespräch mit Herrn Pašić. Ministerpräsident hat mich heute auf das Allerliebenswürdigste empfangen und lange mit mir konferiert. Er bitte mich, Euer Exzellenz seinen ergebensten Dank für die gastliche Aufnahme und das in Wien allenthalben gefundene Entgegenkommen zu vermitteln. Er hätte bei uns die Überzeugung gewonnen, dass man Serbien tatsächlich die besten Dispositionen entgegenbringe und da ein Gleiches auch hier der Fall wäre, würden wir nach dem nunmehrigen Abschlusse aller politischen Fragen sehr rasch ins Reine kommen. Ein Prosperieren unseres Handels und Verkehrs mit Serbien werde notgedrungen auch seinem Lande zu gute kommen müssen. Was Albanien betreffe, so werde die Vorrückung der serbischen Streitkräfte lediglich provisorischen Charakter haben und Serbien, welches keine neuen Gebietserwerbungen anstrebe, werde sich alsbald wieder zurückziehen, sowie die internationale Kommission die Grenze fixiert und die Mächte in Albanien Ruhe und Ordnung getroffen haben würden. Die Grenzkommission werde bei ihren Arbeiten vielleicht auch einen besser und leichter zu verteidigenden Grenzzug ermitteln können. Hier unterbrach ich meinen Mitredner und wiederholte ihm, dass die Grenze wohl genau nach der in London fixierten Linie gezogen werden müsse. Wir könnten uns in dieser Hinsicht auf keinerlei Transigieren einlassen, da sonst auch Griechen und Montenegriner mit ähnlichen Wünschen kommen würden. (In Cetinje soll man bereits mit solchen Forderungen hervorgetreten sein.) Hinsichtlich Griechenlands und der Türkei erklärte mir über mein Befragen Pašić Folgendes: Er müsse annehmen, dass es zu einer Verständigung kommen würde, da die Inselfrage der Entscheidung der Mächte vorbehalten wäre und man es wegen der blossen Vakufs und anderer kleinen Fragen doch wohl nicht zu einem neuen Krieg kommen lassen würde; er machte mir aber doch den Eindruck, als ob er seiner Sache nicht absolut sicher wäre und mit allen Eventualitäten rechne. In einem Nachsatze erklärte er, dass die Balkanmächte Rumänien, Serbien und Griechenland fest entschlossen wären, sich ihre in Bukarest besiegelten Errungenschaften nicht mehr streitig machen zu lassen. Auf diesem festen Entschlusse Serbiens und der Möglichkeit, dass es zur Durchsetzung desselben eines Appells an die Waffen bedürfen könnte, scheinen mir auch die weitgehenden serbischen Mobilisierungsmassnahmen hinzudeuten. Fortsetzung*a)* folgt. Storck.

a) Vgl. n. 8783, 8798.

Nr. 8798. Tel. des Legationsrates Wilhelm Ritter von Storck aus Belgrad, 7. Okt. 1913 Nr. 651 (eing. 8. Okt. 9 U. a. m.).[a]) Entziff.

Fortsetzung des Telegrammes Nr. 650. Bezüglich Podgradać hat Herr Pašić dem deutschen Gesandten erklärt, dass er nicht gewusst hätte, dass sich die alte türkische Kazagrenze mit der neuen albanesischen decke. Er werde die Frage aber studieren und könnte dann das serbische Zollamt vielleicht auch anders wohin verlegt werden. Baron Griesinger gewann den Eindruck, als ob Serbien zur Vermeidung von Demarchen der Mächte das Prävenire spielen und sich freiwillig zurückziehen könnte. Zum Schlusse bemerkte Herr Pašić, daß es sein Bestreben sein würde, alle Reibungsflächen aus der Welt zu schaffen, um sowohl mit uns als mit Albanien jede Konfliktsmöglichkeit in Hinkunft zu vermeiden. Ich meine, dass der Ministerpräsident es für jetzt und selbst die nächste Zukunft ehrlich meint. Die grosse Linie der serbischen Politik wird durch eine zeitweilige Besserung unseres Verhältnisses kaum sonderlich tangiert werden. Storck.

[a]) Vgl. n. 8756.

Nr. 8799. Zeitungsauszüge des Pressedepartements. Serbische Blätter. 7. Okt. 1913.[a]) Abschrift.

Serbische Angriffe gegen Österreich-Ungarn.

„Mali Žurnal" setzt die scharfe Sprache gegen Österreich-Ungarn fort. An leitender Stelle bringt das Blatt einen Artikel, in welchem Österreich-Ungarn die staatliche Existenzberechtigung abgesprochen wird und die slavischen Nationalitäten aufgefordert werden, den Angriffskampf, den Serbien zu unternehmen gedenke, zu unterstützen. Aus der ganzen Tätigkeit der unglückseligen österreichisch-ungarischen Monarchie — so heisst es im Artikel — geht deutlich hervor, dass die Nachbarmonarchie sich nach Kräften bemüht, Serbien und das Serbentum von der geographischen Karte zu löschen. Gegen diese Tätigkeit müssen sich nicht nur die Serben, sondern auch alle übrigen slavischen Völker auf das Entschiedenste wehren. Zwischen Österreich-Ungarn und Serbien ist die Wahl nicht schwer, denn Österreich ist ein Staat ohne Nation und ein Land ohne Dynastie. Mit welchem Rechte verlangen die österreichischen „Schwabas", dass sie existieren und über 50 Millionen anderer Nationalitäten herrschen dürfen? Und wenn sich diese Elemente, die jeder Existenzberechtigung entbehren, zur Aufgabe gestellt haben, uns von der Oberfläche verschwinden zu lassen, so erwächst auch uns die Pflicht, den österreichischen Staat zu kassieren.

An anderer Stelle bringt das Blatt anlässlich der bevorstehenden Londoner Reise des Erzherzog Thronfolgers Franz Ferdinand einen die Person des Thronfolgers beleidigenden Aufsatz in dem es heisst: Der österreichisch-ungarische Thronfolger Franz Ferdinand war so übermütig und aufgeblasen, dass ihn die ganze Welt nicht leiden konnte. Zum Schlusse mussten ihn auch die Herrscher meiden und seine Besuche ablehnen. So hat ihn der russische Zar zweimal nicht empfangen wollen. In London durfte er das Glück nicht einmal versuchen, weil der englische König Georg ihn direkt gehasst hat. Dieser, im übrigen begründete Hass

war so stark, dass der König die Teilnahme des Erzherzog Franz Ferdinand an den letzten Hochzeitsfeierlichkeiten in Berlin verhindert hat. Seit einem halben Jahre hat der Erzherzog auch die Sympathien seines einzigen Freundes, des Kaisers Wilhelm, eingebüsst. Und jetzt plötzlich wird er vom englischen König eingeladen! Viele verstehen nicht diesen Wechsel in den Ansichten des englischen Königs, andere wieder glauben, dass der König dem Einflusse der englischen Diplomatie unterliegen musste, welche der Ansicht ist, dass jetzt der günstige Moment ist, um den vom Kaiser Wilhelm abgestossenen Erzherzog Franz Ferdinand für sich zu gewinnen und auf diese Weise Deutschland zu isolieren. Wenn die Engländer damit rechnen, so täuschen sie sich sehr, weil Franz Ferdinand kein Vertrauen einflösst. Vor einem Mann, dessen Spezialität die Dokumentenfälschung ist, muß man auf der Hut sein. Mit einem Mann, der Bureaus und Kanzleien eröffnet, nur um einzelne und ganze Völker zu verleumden, kann kein vernünftiger und korrekter Mann verkehren.

a) Vgl. Beilage 1m zur Beilage zu n. 10654.

Nr. 8800. Tel. aus Konstantinopel-Jeniköj, 7. Okt. 1913 Nr. 539 (eing. 8. Okt. 7 U. a. m.).a) Entziff.

Großvezier sagte mir gestern, bulgarische Regierung habe für Herrn Toscheff Agrément als bulgarischen Gesandten in Konstantinopel verlangt. Wie mir Letzterer streng vertraulich mitteilte, beabsichtigt man, Fethi Bey, den früheren Militärattaché in Paris, gegenwärtig Generalsekretär des Comité Union et Progrès, zum Gesandten in Sofia zu ernennen. Toscheff bezeichnete mir gegenüber diese Wahl als eine sehr gute. Hier wird die Sache vorläufig noch streng geheim behandelt. Pallavicini.

a) Vgl. n. 8822.

Nr. 8801. Tel. aus Sofia, 7. Okt. 1913 Nr. 1175 (eing. 7 U. p. m.).a) Entziff.

Geheim. Bezug auf Telegramm Nr. 1173 von heute Nacht. Aus Sprache Ministers des Äussern verstand ich, dass Aktionsplan, wie ihn laut hohen Telegrammes Nr. 596b) Herr Toscheff vor Markgrafen Pallavicini geschildert, seither modifiziert sein dürfte. Da ich ausdrücklich Auftrag hatte, Inhalt vorzitierten hohen Telegrammes für mich zu behalten, konnte ich mich nicht informiert zeigen und nicht Fragen stellen, die verraten hätten, dass ich es war. Minister sagte nichts von Mission Herant Abro oder von Absicht Ankaufes von Kriegsschiffen und sprach auch nicht von zwei Alternativen. Mitredner bezog sich darauf, was er mir kürzlich laut meiner Telegramme 1141 und 1156 ausgeführt hatte und meinte, er habe seit Beginn der Konversationen mit Türken Eindruck, dass dieselben nicht nur Eventualität Krieges gegen Griechenland nach vier Jahren — wie sie dies zuerst sagten — in Betracht zogen, sondern auch an einen sofortigen Konflikt mit Griechenland dachten. Minister des Äussern habe damit rechnen müssen und zog daraus diese Konklusion, dass er in Allianzentwurf Klausel aufnehmen habe lassen, laut welcher Bulgarien sich auch in dem

Fall zur Cooperation mit Türkei verpflichtet, wenn Krieg zwischen Türken und Griechen gleich ausbrechen sollte. Würde sich Bulgarien darauf beschränken Durchmarsch türkischer Truppen zu gestatten, respektive dulden und neutral bleiben, so würde es riskieren, dass Türken Land, das sie Griechen abnehmen würden (wie Cavalla, Salonik) behalten und Bulgarien eventuell vom ägäischen Meer ganz abschneiden. Ich machte eine von Sympathie diktierte Bemerkung, dass mir dies Eindruck gefährlichen Unternehmens mache, auf das Bulgarien gar nicht vorbereitet, worauf Mitredner erwiderte, ich möchte nicht glauben, dass Minister leichtsinnig; es sei ein schrecklicher Entschluss, unter jetzigen Umständen sich in Krieg hineinziehen zu lassen, es gehe aber um Existenz Bulgariens und habe es keine Wahl, sondern falls türkisch-griechischer Krieg ausbreche, müsse Bulgarien auf Seite Türkei aktiv kämpfen. Wenn es von Bulgarien abhinge, wünsche es keinen Krieg vor einigen Jahren, da es dann erholt wäre und statt, wie jetzt, türkische Bedingungen annehmen zu müssen, solche den Türken stellen könnte. Minister hoffe, dass sich Krieg hinausschieben lassen werde, unter gegebenen Umständen könne er aber ohne sich dupieren zu lassen, keine andere Allianz mit Türkei schliessen. Jedenfalls dürfte, da Türkei Geld brauche und Anlehen perfektionieren wolle, eventueller Krieg von Türken selbst um ein paar Monate hinausgeschoben werden. Es sei ein Beweis grenzenlosen Vertrauens, das Minister in meine persönliche Freundschaft und Loyalität wie auch in Politik Wiener Kabinetts habe, dass er mir seine geheimsten Pläne und Intentionen anvertraue, die niemand kenne und in die nicht einmal Herr Natschewitsch eingeweiht. Seitdem jetzige Regierung ans Ruder gekommen, habe sie Annäherung an Monarchie zur Grundlage ihrer Politik gemacht und dabei bleibe es und müsse es bleiben, da, ohne Stütze bei uns zu haben, Bulgarien nicht existieren könne und falls von uns abgewiesen, es sich unter Schutz Russlands stellen und demselben infeodieren müsste, was nach Begriffen Ministers des Äussern Ende Bulgariens bedeuten würde. Zu so einer Politik sei er als Stambulowist, der in Russland grössten Feind seiner Heimat erblicke, nie zu haben. Ich beruhigte Mitredner, dass er auf unsere Diskretion rechnen könne und er meinte, Bulgarien könne in seiner schwierigen Lage Gang der Ereignisse nicht bestimmen und wolle nur auf Hut seiner Existenz sein. Wir selbst hätten Annäherung Bulgariens an Türkei gewünscht und erleichtert. Bulgarien wolle ganz in unserem Fahrwasser schwimmen und mache auch — was wir wünschen — Möglichstes um sich Rumänien zu nähern. Fortsetzung folgt. Tarnowski.

[a]) Vgl. n. 8802, 8807, 8811. — [b]) Vgl. n. 8785 Anm. b.

Nr. 8802. Tel. aus Sofia, 7. Okt. 1913 Nr. 1176 (eing. 7 U. p. m.).[a]) Entziff.

Geheim. Fortsetzung des Telegrammes Nr. 1175. Die Politik Rumäniens sei nicht ganz klar, immerhin aber zeige rumänische Regierung der bulgarischen Entgegenkommen und sowohl König als Majoresco hätten wiederholt erklärt, dass sie für Bulgarien Cavalla und Vardargrenze gewünscht haben. Minister hoffe, dass es ihm gelingen werde, sich für Fall Krieges Neutralität Rumäniens zu sichern und sollte sich dies nicht erreichen lassen,

so glaube er jedenfalls daran, dass Rumänien in keinem Falle eine neue Invasion bulgarischen Territoriums unternehmen würde. Es würde dies nicht wagen, da es diesmal — so schwach Bulgarien erscheinen möge — kein Spaziergang mehr wäre. Wie die bisherigen dürfte auch eventueller nächster Krieg lokalisiert bleiben und Russland werde nicht in der Lage sein, Türkei und Rumänien Bulgarien auf Hals zu jagen. Sollte es dieses Spiel mit Rumänien versuchen, — was nicht gelingen dürfte — so würde dies doch entsprechende Stellungnahme anderer Kabinette zur Folge haben, die Intriguen Russlands vereiteln würden. Eine der Bemerkungen, die ich, während Minister sprach, gemacht, war Hinweis auf finanzielle Lage Bulgariens, worauf Minister erwiderte, dass er sich diesbezüglicher Schwierigkeiten bewusst; er wolle ja jetzt keinen Krieg, wenn es aber dazu kommen werde, könne er finanzieller Rücksichten halber nicht falsche Politik machen und durch In-Aktion Existenz Landes aufs Spiel setzen. An Lebensmitteln werde es nicht fehlen und es handle sich nur darum, genügende Mittel für Anschaffung Munition aufzubringen. Sollte es Regierung nicht möglich sein, unter teuren Bedingungen auch nur 20 Millionen zu finden, würde daraus allerdings grosse Verlegenheit entstehen. Tarnowski.

a) Vgl. n. 8807.

Nr. 8803. Tel. aus Sofia, 7. Okt. 1913 Nr. 1178 (eing. 11 U. 30 M. p. m.) Entziff.

In meinem Telegramme Nr. 1172 von heute nachts über Audienz habe ich nur Wichtigstes angeführt. Ergänzend möchte ich noch melden, dass König mit gewisser Insistenz von Serbophilie gewisser Wiener Blätter sprach, speciell über Albanophobie der „Zeit" entrüstet war und auch bemerkte, dass serbenfreundlich jene unserer Zeitungen seien, die sich von Berlin inspirieren liessen. Ich antwortete, dass inoffiziöse Presse schreiben könne, was ihr beliebe, Seine Majestät meinte aber, dass man dies, wenn man in Wien wollte, verhindern könnte, worauf ich erwiderte, dass König unseren Standpunkt Serbien gegenüber gut kenne und er nicht zu befürchten brauche, dass wir uns gegen ihn mit Serbien alliieren. Diese Bemerkung brachte König Ferdinand auf bulgarisch-serbischen Vertrag, der eine abscheuliche Frucht wäre, die Geschoff, Danew, Pašić und Spalajković geboren. Seine Majestät führte aus, dass in dem Momente, wo er seine Unterschrift unter diesen Pakt habe setzen müssen, er schon Plan gehabt hätte, wie derselbe zerrissen würde. König fügte hinzu, er wisse, dass ich daran nicht glaube, dies wäre aber ein Irrtum meinerseits. Tarnowski.

Nr. 8804. Tel. aus Sofia, 7. Okt. 1913 Nr. 1179 (eing. 11 U. 50 M. p. m.).a) Entziff.

Streng geheim. Euer Exzellenz Telegramm Nr. 602 vom 7. d. M. erhalten. Meine erste Bemerkung Minister des Äussern gegenüber, als er mir sagte, dass der König über Allianzproposition, die uns Regierung gemacht, nicht informiert (mein Telegramm Nr. 1167 vom 5. d. M.), war, dass mit Rücksicht darauf Minister auch keine konkrete Antwort von uns gleich nach

unserer Ankunft in Wien erwarten könne. Meine Regierung dürfte — bemerkte ich — jedenfalls abwarten wollen, dass sich Seine Majestät äussere und Proposition formell anschliesse. Herrn Ghenadieff schien dies ganz selbstverständlich, er meinte aber, dass er den König nächstens in Ungarn besuchen und ihn dann in alles einweihen würde. Im Verlaufe der Unterredung, die ich heute nachts mit Minister hatte, erkundigte er sich nach meiner Audienz bei Seiner Majestät dem König und ich meinte, dass König viel und wenig zugleich gesagt. Nachdem ich einige Äusserungen König Ferdinands wiedergegeben, bemerkte Mitredner, dass sich Seine Majestät immer gewundener und unklarer Redeweise bediene, dass er mir aber — wenn ich bedacht, dass König von Allianzproposition nichts wisse — doch ganz deutlich zu verstehen gegeben, dass er mit Politik der Regierung einverstanden. Minister erzählte, dass gestern vor Abreise des Königs Kronrat stattgefunden, in dem König Ferdinand alle Vorschläge des Kabinettes bezüglich innerer Angelegenheiten, insbesonders auch Besetzung von noch drei vacant gebliebenen Ministerportefeuilles durch zwei Stambulowisten und einen Radoslawowisten genehmigt hätte. Minister des Äussern hätte ein Exposé über seine bisherige Politik gehalten und vorbehaltlos austrophile Richtung als sein Programm entwickelt. Ministerpräsident und andere Minister hätten Wort ergriffen, um radical-russophobe Richtung zu vertreten und Österreich-Ungarn als einzigen natürlichen Freund Bulgariens zu bezeichnen. König hätte formell erklärt, dass er sich mit Politik des Kabinettes vollkommen solidarisiere, wonach Seine Majestät Minister des Äussern in Gegenwart aller anderen zur Verständigung mit Türkei beglückwünscht hätte. Herr Ghenadieff sagte, sobald Ende dieser Woche Kurier Allianzentwurf aus Konstantinopel bringen werde, würde er sich nach Ungarn zum Könige begeben und Seine Majestät von dem uns gemachten Bündnisvorschlage informieren. Ich möchte erwähnen, dass ich, Abneigung Euer Exzellenz gegen sofortige konkrete Antwort an Bulgarien vermutend, in meinen Unterredungen mit bulgarischen Ministern auch darauf hingewiesen, dass Euer Exzellenz vielleicht Resultat Sobranjewahlen abwarten werden wollen. Sollte auch bulgarische Regierung weiter urgieren, wird es meiner Ansicht nach möglich sein, ohne sie zu froissieren, konkrete Erledigung einige Zeit noch hinauszuschieben. Bevor sich König zur Reise nach Wien entschliesst und dort — wenn überhaupt — deutlich spricht, dürften einige Wochen vergehen. Dann wird man noch auf Notwendigkeit, meine Rückkehr vom Urlaube abzuwarten, hinweisen können. Durch Hinausziehen der Sache in diesem Maße werden wir hier nicht verstimmen, nur müssen wir unbedingt vermeiden, hier Eindruck aufkommen zu lassen, als ob wir wegen Entente mit Türkei weniger geneigt wären, bulgarischer Regierung Anlehen von 30 Millionen zu gewähren. Welche immer die weiteren Entschlüsse Euer Exzellenz sein werden, bitte ich inständig, dass Euer Exzellenz Zustandekommen des Anlehens möglichst erleichtern. Schwierigkeiten in diesem Punkte müssten Vertrauen in unsere Freundschaft erschüttern und meine ganze Arbeit zunichte machen.

Tarnowski.

a) Vgl. n. 8807.

Nr. 8805. Bericht des Legationsrates Wilhelm Ritter von Storck aus Belgrad, 8. Okt. 1913 Nr. 214 (eing. 10. Okt.). Ausfert.

Streng vertraulich. Sofort nach Dechiffrierung der hohen Weisung vom heutigen Nr. 296 habe ich im Ministerium des Äußern anfragen lassen, ob mich Herr Pašić empfangen könne. Die Antwort lautete dahin, daß der Ministerpräsident derart mit wichtigen und dringlichen Arbeiten überhäuft wäre, daß er selbst den griechischen Gesandten abgewiesen hätte und die nächsten drei Tage überhaupt niemanden zu sehen vermöchte. Daraufhin bin ich selbst ins Ministerium gegangen und habe zu Herrn Pašić vorzudringen versucht; leider erfolglos, da er bereits im Weggehen begriffen war. Man sagte mir, er würde um vier Uhr wiederkommen. Ich fand mich daher zur gedachten Stunde abermals ein, aber ohne Seine Exzellenz zu finden. Immerhin habe ich durchgesetzt, daß Herr Pašić mir für morgen elf Uhr Rendez-vous gab. Was die mir gnädigst vorgezeichnete Sprache und den Hinweis darauf betrifft, daß Serbien ebenso wie wir auch eine ungünstige Grenze, wie beispielsweise unsere Reichsgrenze bei Cattaro, verteidigen können müßte, so hatte ich mich vorahnend auch schon seinerzeit Dr. Šajnović gegenüber dieses Argumentes bedient und ihm unter Anspielung auf meine mehrjährige Tätigkeit in Cetinje und die dortigen alltäglichen Grenzzwischenfälle bemerkt, daß auch wir unsere schlechte Grenze gegen fremde Incursionen stets zu decken hätten, ohne deshalb gleich ganze Bataillone zu mobilisieren, respektive über die Grenze schicken zu müssen. Sofort nach gehorsamster Überbringung Euer Exzellenz gnädiger Message an Herrn Pašić werde ich über die Aufnahme, die dieselbe finden wird, telegraphisch berichten. Jetzt schon glaube ich Euer Exzellenz aber melden zu sollen, daß es, meiner ganz unvorgreiflichen Ansicht nach, einen harten Strauß kosten wird, die Serben am Überschreiten der Grenze und der provisorischen Besetzung der Grenzgebiete zu hindern. Sollte ich mich irren — tant mieux!

Storck.

Nr. 8806. Tel. nach Bukarest-Sinaia Nr. 445 (1) und Rom Nr. 1173 (2), 8. Okt. 1913 (chiffr. 11 U. 15 M. p. m.).[a]) Abschrift. (Kein Konz. vorhanden).

1. u. 2. Streng vertraulich.

1. Prinz Wilhelm zu Wied, welcher gestern auf der Durchreise nach Sinaia im strengsten Inkognito hier weilte, hat mich vormittags aufgesucht. Nachdem der Prinz und auch die deutsche Regierung seinen Besuch mit Rücksicht darauf, daß Prinz Wied jetzt nicht auch nach Rom gefahren ist, streng geheim behandelt sehen wollte, habe ich die in die Öffentlichkeit gedrungenen Nachrichten über seine Anwesenheit in Wien dementieren lassen und beabsichtige, falls die Presse wieder darauf zurückkommen sollte, die Version verbreiten zu lassen, daß eine Verwechslung mit seinem Bruder Viktor, der sich gestern mit seiner Gemahlin auf der Reise nach Rumänien einige Stunden in Wien aufgehalten habe, vorliege. Dagegen werde ich dem Herzog Avarna in streng vertraulicher Weise mitteilen, daß Prinz Wied gestern auf der Fahrt nach Sinaia sich einige Stunden hier aufhielt und den ihm von Berlin her bekannten Grafen Hoyos im Ministerium aufsuchte.

Graf Hoyos habe die Gelegenheit benützt, um mir den Prinzen vorzustellen, worauf wir einige Zeit in unverbindlicher Weise über Albanien gesprochen hätten. Der Besuch sei ein ganz privater und zufälliger gewesen und habe der Prinz Wert darauf gelegt, daß sein Hiersein nicht bekannt werde. Ich ersuche Euer Hochwohlgeboren, dies dem Prinzen Wied vertraulich mitzuteilen. Aus meiner Unterredung mit dem Prinzen habe ich den Eindruck gewonnen, daß er noch starke Bedenken gegen den albanischen Plan hegt und sich, obwohl er der Kandidatur nicht abgeneigt ist, insbesondere wegen der finanziellen Schwierigkeiten nicht leicht entschließen kann. Ich habe mein Möglichstes getan, um die Bedenken des Prinzen zu zerstreuen. Desgleichen hat Generalkonsul Rappaport ihn auf Grund seiner langjährigen Erfahrung über die finanzielle Seite der Frage beruhigt. Am Schlusse unserer Unterredung hatte ich den Eindruck, daß meine Ausführungen auf den Prinzen nicht ohne Eindruck geblieben seien und daß er, falls er rumänischerseits in entsprechender Weise aufgemuntert und unterstützt wird, seine Bedenken überwinden wird. Ich habe ihn nicht im Zweifel darüber gelassen, daß ein rascher Entschluß unter den gegebenen Verhältnissen unerläßlich sei und daß sein langes Zuwarten der Sache bereits empfindlichen Schaden zugefügt hat. Dies schien der Prinz, der, wie ich höre, mit dem Widerstande seiner Brüder rechnen muß, vollkommen einzusehen. Vorstehendes zu Euer Hochwohlgeboren streng vertraulicher Information. Falls Euer Hochwohlgeboren Gelegenheit haben sollten, mit dem Prinzen über die albanesische Frage eingehender zu sprechen, so könnten Sie auch Ihrerseits auf die unbedingte Notwendigkeit raschen Handelns hinweisen und die Bedenken des Prinzen zu zerstreuen suchen.

2. Ich telegraphiere Nachstehendes an Baron Haymerle: (Inseratur Telegramm sub 1. in extenso.) Falls Marquis di San Giuliano, welcher vom hiesigen italienischen Botschafter über den Besuch des Prinzen Wied unterrichtet werden dürfte, Euer Hochgeboren gegenüber diese Angelegenheit erwähnen sollte, so wollen Sie sich im gleichen Sinne, wie ich dem Herzog Avarna gegenüber, äußern. Berchtold.

[a]) Vgl. n. 8838.

Tel. nach Rom, 8. Okt. 1913 Nr. 1173 (chiffr. 11 U. 15 M. p. m.). Siehe n. 8806.

Nr. 8807. Tel. aus Sofia, 8. Okt. 1913 Nr. 1180 (eing. 4 U. p. m.).[a]) Entziff.

Geheim. Hatte längere freundschaftliche Unterredung mit Ministerpräsidenten. Er sprach mir jubilierend von Accord mit Türkei, der fertiggestellt wäre, und von Meldungen Delegierter aus Konstantinopel über dort herrschende ausgezeichnete Stimmung für Bulgarien. Ich bemerkte ganz unverbindlich, dass Allianz mit Türkei sehr erfreulich, dass ich es aber als aufrichtiger Freund Bulgariens sehr bedauern würde, wenn es — wie ich dies nach meiner letzten Konversation mit Minister des Äussern (meine Telegramme Nr. 1175 und 1176 vom 7. dieses Monats) befürchten müsse — einen Accord geschlossen hätte, durch welchen es — erschöpft wie es sei —

jetzt oder nächstens in kriegerische Abenteuer hineingezogen werden könnte. Mitredner meinte, dass ihm Text Ententeentwurfes vollinhaltlich noch unbekannt. Es seien in demselben für alle Fälle gewisse Konfliktseventualitäten in Betracht gezogen worden, diese Eventualitäten müssten sich aber nicht ergeben. Solange Westthracien von Militär nicht besetzt, wären seitens Türken, die dort zahlreiche Truppen hätten, Überraschungen möglich. Wenn einmal Occupation durchgeführt, werde es Bulgarien leichter, Türkei zu beruhigen und Krieg zu verhindern. Mitredner betonte mit noch mehr Nachdruck als gestern Minister des Äussern, dass Bulgarien Möglichstes tun müsse, um es vor einigen Jahren auf keinen Krieg ankommen zu lassen. Ministerpräsident erwähnte auch, dass Türken mit Demobilisierung in Adrianopel begonnen. Im Verlaufe der Unterredung kam Konseilspräsident auf meine Audienz bei König zu sprechen und betonte auch diesmal, dass sein sehnlichster Wunsch nach Fertigstellung Entente mit Türkei, jene mit Monarchie baldigst zustandezubringen. Ich machte einige Bemerkungen über wichtige Fragen, die sich ohne diplomatische Vorbereitungen im Handumdrehen nicht erledigen liessen, und bemerkte, dass formelle Erklärung seitens Königs unentbehrlich. Ministerpräsident sah dies vollkommen ein und meinte, dass Regierung dafür sorgen würde, dass sich König möglichst bald klar ausspreche. Tarnowski.

a) Vgl. n. 8804, 8811, 8931.

Nr. 8808. Tel. des Legationsrates Wilhelm Ritter von Storck aus Belgrad, 9. Okt. 1913 Nr. 654 (eing. 8 U. 30 M. p. m.).[a] Entziff.

Ad hohe Zifferweisung von gestern Nr. 296. Überbringung Euer Exzellenz Message an Herrn Pašić. Zu obigem Zwecke war ich soeben bei dem Herrn Ministerpräsidenten, dem ich in, wie ich glaube, überzeugender Weise im Gegenstande Vortrag hielt und dann auch den entsprechend variierten und gekürzten Text des eingangszitierten Ziffertelegrammes vorlas. Herr Pašić, der mir mitteilte, auch schon im Besitze eines privaten Schreibens[b]) Euer Exzellenz zu sein, hat erklärt, er würde sofort über die Stellungen der serbischen Truppen Bericht einfordern und für die strikte Respektierung der Grenze eintreten. Ich solle Euer Exzellenz aber nochmals melden, dass, selbst wenn das serbische Militär zu seiner Sicherung den einen oder den anderen Punkt knapp jenseits der Grenze occupiert haben sollte, eine solche Besetzung lediglich und ausschliesslich provisorischen Charakter haben würde. Auf den Brief Euer Exzellenz würde er noch direkte antworten. Was den streng vertraulichen Charakter unserer Aussprache beträfe, wäre er mit der Geheimhaltung vollkommen einverstanden und würde seinerseits nichts transpirieren. Ich bitte Euer Exzellenz gnädigst versichert zu sein, dass ich meine besten Kräfte eingesetzt und die mir an die Hand gegebenen Argumente und alle nur möglichen anderen in der überzeugendsten Form vorgebracht habe, um Herrn Pašić zu einer noch präciseren Erklärung hinsichtlich einer schon derzeitigen absoluten Respektierung der Grenze zu vermögen. Hiezu wäre aber erst bei dem dermaligen wenig exacten Kartenmateriale eine genaue Grenzabsteckung nötig! Herr Pašić gab mir auch das Versprechen, dass Serbien die von der internationalen Grenz-

kommission zu bestimmende Linie strikte achten würde, wobei der Umstand, ob diese Grenze für Serbien günstig oder ungünstig wäre, angesichts der serbischerseits abgegebenen Erklärung gar nicht mehr in Betracht komme. Schliesslich bat mich mein Mitredner, Euer Exzellenz Aufmerksamkeit auf ihm signalisierte bulgarische Komitatschis zu lenken, die auf dem Donauwege und sohin per mare sich nach Albanien begeben wollen. Präcisere Daten würde er später zur Verfügung stellen können. Storck.

[a]) Oe. U. Balkan 450 Nr. 899. Vgl. n. 8828, 8857. — [b]) Liegt weder im Konzept noch in Abschrift vor. Vgl. n. 8813.

Nr. 8809. Tel. des Legationsrates Wilhelm Ritter von Storck aus Belgrad, 9. Okt. 1913 Nr. 655 (eing. 5 U. p. m.).[a]) Entziff.

Serbisches Zollamt in Pogradez. Mit Entschliessung des Finanzministers von gestern Nr. 14.263 (publiziert im soeben erschienenen Amtsblatt Nr. 211) ist das serbische Grenzzollamt in Pogradez aufgehoben respective seine Eröffnung mit dem Beifügen abbefohlen worden, dass besagtes Amt noch nicht zu functionieren begonnen hätte. Storck.

[a]) Vgl. n. 8657.

Nr. 8810. Tel. an den Legationsrat Grafen Ludwig Ambrózy in Rom, 9. Okt. 1913 Nr. 1182 (chiffr. 10 U. 30 M. p. m.).[a]) Konz. (S. Berger; V. u. G. Forgách).

K. und k. Konsulat Valona telegrafiert unterm gestrigen: „Laut offiziellen Nachrichten aus Elbassan wurden serbischerseits folgende Dörfer südwestlich Dibras auf albanesischem Gebiete niedergebrannt: Zabzan, Klenje, Steblieno, Borova, Sebište, Ostren, Okestun." K. und k. Konsulat Durazzo telegrafiert unterm 8. d. M.: „Essad Pascha teilt uns mit, daß die Serben vor drei Tagen auf albanesischem Territorium folgende Punkte besetzt haben: Čafa Murta (Karte Prisren), dort Hauptquartier (7 bis 8 Regimenter, Kanonen, Maschinengewehre) und Prak — bei Selište — 3 bis 4 Regimenter; Čafa Sane (westlich Ochridasee)." Aus einer Meldung des k. und k. Geschäftsträgers in Belgrad ist ferner zu entnehmen, daß serbische Truppen auch in die Luma eingedrungen sind, welches Gebiet von der Londoner Réunion in unzweifelhafter Weise dem autonomen Albanien zugesprochen wurde. Vorstehendes zur Mittheilung an Marquis di San Giuliano. Euer Hochgeboren wollen den Herrn Minister fragen, ob er geneigt wäre, diese eklatanten serbischen Übergriffe zum Gegenstande von ernsten Vorstellungen bei der königlich serbischen Regierung zu machen.
Berchtold.

[a]) Vgl. n. 8816, 8819.

Nr. 8811. Tel. aus Sofia, 9. Okt. 1913 Nr. 1186 (eing. 10 U. p. m.).[a]) Entziff.

Geheim. Nach längerer vertraulicher Unterredung, die soeben mit Konseilspräsidenten hatte, stehe unter Eindruck, dass er, der er Französisch ganz schlecht und Deutsch nur unvollkommen beherrscht, anlässlich

vorgestriger, mit meinem Telegramm Nr. 1180 vom 8. d. M. wiedergegebenen Konversation, seine Gedanken offenbar nicht klar ausgedrückt. Heute sagte er ganz positiv, dass Kooperation Bulgariens und Türkei, falls letztere Krieg mit Griechenland hervorrufen würde, jetzt und überhaupt vor drei oder vier Jahren ausgeschlossen sei. Als ich ihn an seine vorgestrigen Aeusserungen, die anders lauteten, erinnerte, stellte er dieselben richtig und meinte, ich hätte ihn nicht gut verstanden; wenn die Delegierten ein Ententeprojekt mit Türkei ausgearbeitet, welches Bulgarien jetzt in ein Abenteuer hineinziehen könnte, werde die Regierung einen solchen Entwurf unter keiner Bedingung annehmen. Ich machte Mitredner darauf aufmerksam, dass Minister des Aeussern (mein Telegramm Nr. 1175 vom 7. d. M.) einen anderen Standpunkt vor mir entwickelt hätte, worauf Konseilspräsident antwortete, dass dies persönliche Auffassung Herrn Ghenadieffs, die in Theorie vielleicht richtig, mit der er aber im Ministerrate in keinem Falle durchdringen würde. Konseilspräsident und ganzes Kabinett seien entschieden dagegen, dass Bulgarien, das jetzt kein Geld und keine Armee habe, vor einigen Jahren in Krieg verwickelt werde. Es sei lächerlich, an Krieg zu denken, für den Bulgarien jetzt ganz unfähig. Aus Aeusserungen des Ministerpräsidenten ging hervor, dass er nicht ganz sicher, ob Savow unter Einfluss Konstantinopeler Atmosphäre sich nicht etwas emballiert. Eine andere Verpflichtung als die Neutralität und Durchmarschgestattung, falls Türken jetzt oder in einigen Monaten Griechenland angreifen sollten, werde Bulgarien nicht übernehmen. Allianzentwurf dürfte heute aus Konstantinopel kommen und Ministerpräsident werde mich über Inhalt desselben und über Stellungnahme Kabinetts zu demselben vor meiner Abreise nach Wien unterrichten. Es sei selbstverständlich, meinte Konseilspräsident, dass man in Wien, bevor man auf die Allianzpropositionen Bulgariens antworten werde, werde wissen wollen, welche Engagements bulgarische Regierung der Pforte gegenüber übernommen und Ministerpräsident lege grössten Wert darauf, dass ich Euer Exzellenz versichern könne, Bulgarien werde sich in kein Abenteuer einlassen. Tarnowski.

a) Vgl. n. 8812, 8830 Anm. a.

Nr. 8812. Tel. aus Sofia, 9. Okt. 1913 Nr. 1187 (eing. 10. Okt. 9 U. 50 M. a. m.).a) Entziff.

Geheim. Konseilspräsident telephonierte mir abends, es seien nur die Adjoints der Delegierten zurückgekehrt, Herr Natschowitsch noch nicht. Den Allianzentwurf hätten sie nicht gebracht, sondern werde mit demselben Savoff selbst ungefähr in einer Woche kommen. Ministerpräsident sagte mir für morgen seinen, des Ministers des Aeußern und des Finanzministers Besuch an, wonach Samstag früh abreisen werde. Umstand, daß Regierung Allianzentwurf aus Konstantinopel später erhalten wird, wird zur Folge haben, daß Minister des Aeußern später zu König reisen wird, wodurch wir Zeit für Erteilung Antwort auf uns gemachten Bündnisvorschlag gewinnen werden. Tarnowski.

a) Vgl. n. 8811, 8821.

Nr. 8813. Aufzeichnung über eine am 3. Okt. 1913 geführte Unterredung mit dem serbischen Ministerpräsidenten Nik. Pašić, (10./11.) Okt.[a] 1913.[b] Konz. (S. Berchtold).

Der Besuch des Herrn Pachitsch in Wien gab mir Gelegenheit zu einer längeren Aussprache mit dem serbischen Minister-Präsidenten, die ihren Ausgangspunkt in der Versicherung des Genannten hatte, die Beziehungen Serbiens zu Oesterreich-Ungarn in der Zukunft möglichst freundschaftlich und vertrauensvoll zu gestalten. Herr Pachitsch betonte, der Verzicht Oesterreich-Ungarns auf den Sandschak von Nowy Bazar habe den Weg für eine Annäherung gegeben, da damit die Hauptursache des serbischen Argwohns gegen die Monarchie in Wegfall komme. Es werden nun zahlreiche Fragen ökonomischer, verkehrspolitischer und juridischer Art zu regeln sein, an welche er in entgegenkommendster Weise herantreten wolle. Auf mein Bemerken, daß meinerseits gleichfalls die besten Dispositionen bestünden, sobald einmal die serbisch-albanesischen Kämpfe ausgetragen sein werden, versicherte Herr Pachitsch, daß der Aufstand bald niedergeschlagen sein werde und Serbien, welches keine Eroberung albanesischen Territoriums beabsichtige, die besten Intentionen habe, sich mit den albanesischen Nachbarn auszugleichen und in Frieden mit denselben zu leben. Ich betonte, daß nach allen uns zugekommenen Informationen aus dem autonomen Albanien daselbst keine feindseligen Absichten gegen Serbien bestehen und die provisorische Regierung mit der Aufstandsbewegung jenseits der Grenze nichts gemein habe, — eine Bemerkung, der gegenüber sich Herr Pachitsch skeptisch verhielt. Wir kamen dann auf die zwischen der Monarchie und Serbien noch auszutragenden wirtschaftspolitischen Fragen zu sprechen, von denen namentlich die zollpolitische einen breiten Raum in unserer Conversation einnahm. Herr Pachitsch erblickt in einer beiderseits befriedigenden Bereinigung dieses Problems den Schlüßel zur Herstellung guter Beziehung zwischen Wien und Belgrad. Es scheine dies umso leichter zu erreichen zu sein, als Serbien derzeit weniger Gewicht auf den Umfang des Exportes von Lebendvieh nach der Monarchie lege, als auf die Ermöglichung eines unbehinderten Transites durch unser Gebiet, um auf diesem Wege zum italienischen Absatzmarkt zu gelangen. Im übrigen begegnet sich der serbische Staatsmann mit uns in der Auffassung von der Nützlichkeit einer Revision des bestehenden Handelsvertrages unter Zurückgreifung auf die Stipulationen des Handelsvertrages vom Jahre 1908. Auf die Ausgestaltung des Verkehrswesens übergehend, bemerkte Herr Pachitsch, daß Serbien bereit sei, den herzustellenden Eisenbahnanschlüssen in vollem Umfange zuzustimmen und zwar sowohl bezüglich der geplanten Verbindungen im Süden (Uvac-Mitrowitza und Užica-Vardište) als auch bezüglich der Herstellung eines Anschlusses zwischen den serbischen und bosnischen Bahnen im Norden bei Bjelina. In den für uns politisch und ökonomisch wichtigen Fragen des künftigen Betriebes der Orientbahnlinien vertrat Herr Pachitsch anfangs den Standpunkt, daß Serbien an dem Principe des Staatsbetriebes auch bezüglich dieser Linien werde festhalten müssen. Ich entgegnete dem Minister, daß diese Frage erst Gegenstand von Verhandlungen bilden werde. Vor allem hätte die Gesellschaft im Sinne des Punktes II der international festgelegten

Normen bezüglich der Rechtsverhältnisse der an die Stelle der Türkei getretenen Staaten wieder in den Betrieb eingesetzt zu werden, aus dem sie durch die Beschlagnahme der Linien seitens der serbischen Militärverwaltung entfernt worden ist. Erst dann könne weiter verhandelt werden, wobei ich ihn jedoch darauf aufmerksam machen müsse, daß wir ein besonderes Gewicht auf die Aufrechthaltung des Privatbetriebes legen, was durchaus nicht ausschließe, daß diese serbischerseits geltend gemachten Bedenken militärischer und betriebspolizeilicher Art in Rechnung gezogen und diesfalls Garantien geschaffen werden könnten. Der Bemerkung Herrn Pachitschs, daß es ohnehin fraglich erscheine, ob Serbien die große finanzielle Last der Erwerbung dieser Bahnlinien derzeit werde übernehmen können, konnte ich entnehmen, daß auch in Belgrad die Akten über diese Angelegenheit noch nicht geschlossen sind. Weiters brachte ich die Frage der 1911 abgelaufenen und seither nicht erneuerten Schiffahrts-Convention zur Sprache und betonte die Wichtigkeit bezüglich der Cabotage längs des serbischen Ufers zu einer Einigung zu gelangen. Der serbische Vorbehalt, die Küstenschiffahrt blos unter der serbischen Flagge zu gestatten, stehe im Widerspruche zu den internationalen Grundsätzen über die Freiheit der Schiffahrt auf internationalen Strömen. Der serbische Ministerpräsident betonte zwar das Interesse Serbiens an der Ausübung dieses Schiffahrtszweiges, ohne aber dem Gedanken der Anbahnung einer Verständigung aus dem Wege zu gehen Nachdem ich noch die Notwendigkeit einer Regelung der Fragen des Bezugs von Rohtabak aus den mazedonischen Produktionsgebieten durch unsere Staatsangehörigen und der Besteuerung unserer Nationalen und unseres Handels in den eroberten Gebieten erörtert und diesfalls eine entgegenkommende Haltung beim serbischen Ministerpräsidenten constatiren konnte, gieng ich auf das Thema der uns bisher zugestandenen, auf den Kapitulationen begründeten Rechte über. Wie vorauszusehen, vertrat Herr Pachitsch die Ansicht, daß das System der Capitulationen durch die serbische Annexion hinfällig geworden sei. Demgegenüber machte ich geltend, daß vorerst diesfalls verhandelt werden müßte, da wir die unseren Staatsangehörigen im Allgemeinen und unseren Consularfunktionären und Schutzgenossen im Besonderen derzeit zustehenden Vorrechte nicht ohne gewisse Sicherstellungen, namentlich auch während der Uebergangsperiode, aufgeben könnten. Herr Pachitsch verschloß sich keineswegs dieser Auffassung und drückte auch in diesem Belange den Wunsch aus, mit uns zu einem gütlichen Einvernehmen zu gelangen. Zum Schlusse unserer Unterredung versicherte mich der serbische Staatsmann spontan in formeller Weise, daß Serbien, wie immer sich unsere internen Regierungsmethoden gegenüber den Südslaven gestalten mögen, keinerlei Einfluß auf letztere nehmen und sich einer vollkommen correkten Haltung befleißigen zu wollen.*c)* „Sie können den Croaten und Serben mehr oder weniger Freiheiten geben, uns wird das nicht berühren und auch unsere Beziehungen zur Monarchie werden dadurch nicht tangirt werden.“ — Da in den Nachmittagsblättern desselben Tages ein Interview des serbischen Ministerpräsidenten zu lesen war, worin dessen Stellungnahme zu dem serbisch-albanesischen Grenzkonflikte in einer Weise dargestellt erschien, welche

zu Zweideutigkeiten Anlaß geben konnte, fand ich mich veranlaßt, noch am selben Tage ein Privatschreiben an Herrn Pachitsch *d)* zu richten, in welchem ich, „um Mißverständnissen vorzubeugen", unseren Standpunkt bezüglich dieser Vorgänge präcisirte. Ich machte hierin geltend, daß wir selbstverständlich auf die ergriffenen Maßregeln außerhalb des autonomen Albaniens keinen Einfluß nehmen wollen, daß wir aber andererseits die Grenzen des autonomen Albaniens nach Maßgabe der Londoner Beschlüsse als unantastbar betrachten und daher nur warten, daß dieselben von den serbischen Truppen respektirt würden, wobei ich auf die in analogem Sinne seitens unseres Geschäftsträgers in Belgrad abgegebene Erklärung verwies. Seither hat Herr Pachitsch in Belgrad unserem Geschäftsträger gegenüber — Telegramm Herrn von Storcks vom 9. d. M. *d)* — den Erhalt dieses Schreibens bestätigt und erklärt, er würde sofort über die Stellungen der serbischen Truppen Bericht einfordern und für die strikte Respektirung der Grenze eintreten. Es solle mir aber nochmals gemeldet werden, daß, selbst wenn das serbische Militär zu seiner Sicherung den einen oder den anderen Punkt knapp jenseits der Grenze occupirt haben sollte, eine solche Besetzung „lediglich und ausschließlich" provisorischen Character haben würde.

a) Berchtold selbst hat keine Datierung hinzugefügt. Von der Hand des ausfertigenden Kanzleibeamten wurde die Datierung „4. Okt. 1913" eingetragen. Der Besuch fand jedoch am 3. Oktober statt (G. P. XXXVI Nr. 14148, 14151, 14157 und 14168). Die Niederschrift des Konzeptes erfolgte in der Zwischenzeit zwischen der Ankunft des am Schlusse zitierten Tel. Storcks aus Belgrad vom 9. Okt. Nr. 654 und der laut Amtsvermerk am 11. Okt. erfolgten Abschriftnahme der Aufzeichnung für den Kaiser. — *b)* Vgl. n. 8783. — *c)* So! — *d)* Vgl. n. 8808 Anm. b.

*Nr. **8814**. Tel. des Legationsrates Wilhelm Ritter von Storck aus Belgrad, 10. Okt. 1913 Nr. 659 (eing. 11. Okt. 9 U. a. m.).a) Entziff.*

Übertretung der albanesischen Grenze durch serbische Truppen. Wenn letzten Meldungen der heutigen „Politika" Glauben beizumessen ist, stünden die verfolgenden serbischen Truppen bereits wieder an der Drin-Adria-Wasserscheide auf albanesischem Gebiet. Eine amtliche Bestätigung dieser Meldung liegt natürlich nicht vor. Storck.

a) Vgl. n. 8815.

*Nr. **8815**. Tel. des Legationsrates Wilhelm Ritter von Storck aus Belgrad, 10. Okt. 1913 Nr. 660 (eing. 11. Okt. 9 U. a. m.). Entziff.*

Überschreitungen der albanesischen Grenze durch die serbische Armee. Diese wird seitens des serbischen Pressbureaus in dem mit meinem Telegramme Nr. 659 von heute gemeldeten Ausmasse zwar in Abrede gestellt, wobei aber zugegeben wird, dass die serbischen Truppen bereits auf albanesischem Boden stehen. Herr v. Hartwig, der gestern längere Unterredung mit Herrn Pašić hatte, äusserte sich Kollegen gegenüber, dass der serbischerseits in der albanesischen Frage eingenommene Standpunkt vollkommen korrekt und es an den Mächten wäre, dafür zu sorgen, dass das serbische Grenzgebiet nicht weiter von den mörderischen Arnautenbanden heimgesucht würde. Storck.

Nr. 8816. Tel. an den Gesandten Ludwig Freiherrn von Flotow in Berlin, 10. Okt. 1913 Nr. 682 (chiffr. 9 U. 10 M. p. m.).[a] *Konz. (S. Rappaport; V. u. G. Forgách).*

Es kommen mir immer weitere Nachrichten darüber zu, daß die serbischen Truppen — entgegen den von der Belgrader Regierung gegebenen Versicherungen — fortfahren, die in London bestimmte Grenze Albaniens zu überschreiten und dem autonomen Fürstentume zugesprochene Landschaften zu besetzen. Da dieses Vorgehen Serbiens geeignet erscheint, höchst ernste und unerwünschte Konsequenzen nach sich zu ziehen, wäre es meiner Ansicht nach angezeigt, daß — ohne zu dem Mittel gemeinschaftlicher Demarchen zu greifen — jede Großmacht für sich Serbien vor den Folgen eines solchen Vorgehens warne und zur Einschränkung ihrer militärischen Action auf ihr eigenes Gebiet und zur strikten Respectirung der Londoner Beschlüsse auffordere. Ich ersuche Euer Hochwohlgeboren, im vorstehenden Sinne im Auswärtigen Amte vorstellig zu werden und bemerken zu wollen, daß ich für die ehebaldigste Erlassung einer diesbezüglichen telegrafischen Instruction an den kaiserlich deutschen Gesandten in Belgrad sehr verbunden wäre. Berchtold.

[a] Oe. U. Balkan 451 Nr. 901. Vgl. n. 8810.

Nr. 8817. Bericht aus Cetinje, 10. Okt. 1913 Nr. 95 A (eing. 14. Okt.). Ausfert.

Streng vertraulich. Mein italienischer Kollege machte mir gestern eine streng vertrauliche Mitteilung über eine Unterredung des politischen Direktors, Herrn Paléologue, in Paris mit dem italienischen Geschäftsträger daselbst und fügte die Bitte bei, Hochdieselben mögen von derselben auch dem Herzog von Avarna gegenüber keinen Gebrauch machen, um Baron Squitti nicht zu kompromittieren. Herr Paléologue empfing dieser Tage den italienischen Geschäftsträger mit der Frage, ob man in Italien denn wisse, was in Montenegro vorgehe. Die französische Regierung sei dahin genau informiert, dass eine sehr hochstehende österreichische Persönlichkeit für Montenegro in Wien verhandle, um ein enges Bündnis auf politischem, militärischem und handelspolitischem Gebiete zwischen Wien und Cetinje zum Abschlusse zu bringen. Die Anwesenheit Baron Giesls in Wien stehe damit auch im Zusammenhange, jedoch sei es nicht er, sondern eine viel höher gestellte Persönlichkeit, welche die Verhandlungen führe. Der montenegrinische Hofmarschall, Herr Gregović, habe aber mit der Sache nichts zu tun, dieser sei nach Wien gekommen, um eine Anleihe einzuleiten. Der Vertrag zwischen Wien und Cetinje sei schon, oder beinahe, perfekt; Österreich-Ungarn treibe jetzt Montenegro in kriegerische Abenteuer und unterstütze dessen Aktion gegen Albanien. Eine grosse Zahl moderner österreichischer Gewehre und Munition sei nicht nur schon in Montenegro angekommen, sondern auch bereits unter den Truppen verteilt (!). Unter diesen Umständen würde sich Frankreich hüten, Montenegro durch die 6 Millionen-Anleihe noch das Geld für seine politischen Abenteuer zu liefern. Herr Paléologue schloss mit der Mitteilung, dass König Nikolaus in den letzten Tagen sich zu dem französischen Gesandten Delaroche-

Vernet dahin geäussert habe, er sei der russischen und österreichischen Sklaverei müde und wolle auch von Italien nichts wissen, deshalb suche er einen engen Anschluss an Frankreich. Herr Delaroche habe sich aber, da er von dem bevorstehenden Bündnisse zwischen Österreich-Ungarn und Montenegro schon wusste, sehr reserviert verhalten, und die französische Regierung billige vollkommen dessen Haltung. Baron Squitti erhielt den telegrafischen Auftrag seiner Regierung, über die der Unterredung zugrunde liegenden Vorgänge zu berichten und dementierte die abenteuerlichen Informationen Herrn Paléologues in energischer Weise. Dieselben hatten aber genügt, um den Abschluss der 6 Millionen-Anleihe zu verzögern, und musste sich Herr Delaroche ausserdem noch bequemen, seine eigenen Situationsberichte in Paris zu dementieren, um die Finalisierung der Anleihe zu ermöglichen. Der montenegrinische Generalkonsul in Paris hatte hieher telegrafiert, dass die französische Regierung auf Grund von Berichten aus Cetinje über Rüstungen die Perfektionierung der Anleihe verweigere. Auf Grund dieses Telegrammes verlangte der Minister des Äussern, Plamenac, von Herrn Delaroche, dass derselbe die Situation der Wahrheit gemäss schildere und die beunruhigenden Meldungen dementiere, was der französische Gesandte schliesslich auch tat, worauf die Anleihe abgeschlossen werden konnte. Mein französischer Kollege, welcher, gleich dem deutschen Gesandten, Herrn von Eckardt, mit welchem er auch sonst gut harmoniert, die krankhafte Sucht hat, politisch eine führende Rolle zu spielen und mit epochalen Ideen zu brillieren, hat in kurzer Zeit seine Regierung wiederholt in eine lächerliche Rolle gedrängt, aus welcher sie dann schleunigst den Rückzug antreten musste. Gründlichkeit ist zwar keine französische Tugend, dennoch muss man über die Oberflächlichkeit und den Leichtsinn staunen, mit welchem politische Informationen von berufsmässigen Diplomaten gegeben und geglaubt werden, ganz abgesehen von dem Widersinne, der in dem Anwurfe liegt, Österreich-Ungarn unterstütze eine montenegrinische Aktion in Albanien. Baron Squitti leistete sich noch den Spass, König Nikolaus mit scheinbarem Ernste über das Bündnis mit Österreich-Ungarn zu interpellieren und Seiner Majestät den Vorwurf zu machen, dass Höchstderselbe seine Vertrauensseligkeit getäuscht habe. König Nikolaus rief alle Heiligen zu Zeugen an, dass an der Sache kein wahres Wort sei und er leider in Wien keine hohe oder höchste Persönlichkeit habe, die ihm das Wort rede, — und diesmal sprach er die Wahrheit. Giesl.

Nr. 8818. Bericht aus London, 10. Okt. 1913 Nr. 81 A (eing. 13. Okt.). Ausfert.

Streng vertraulich. Während meines Aufenthaltes in Balmoral, von wo ich Dienstag zurückkehrte, sprach mir König Georg mehrmals von der auswärtigen Lage, ohne jedoch diesmal mir irgend etwas besonders Bemerkenswertes zu sagen. Seine Majestät, Höchstdessen lebhafte Sympatien für die griechische Königsfamilie bekannt sind, zeigte sich um das künftige Schicksal Griechenlands besorgt. Der höchste Herr befürchtete eine griechische *a)* Agression, der sich die griechische Wehrmacht nicht gewachsen zeigen würde, wodurch alle hellenischen Träume auf Erwerbung der Inseln vereitelt werden könnten. Es ist eine der Eigentümlichkeiten

König Georgs, bei Besprechung politischer Fragen stets eine ausgesprochen pessimistische Auffassung zu zeigen, und so sprach denn auch jetzt Seine Majestät von Vereitlung aller Hoffnungen, welche während des Balkankrieges erweckt worden waren, von der Renaissance der türkischen Macht in Europa, der Wahrscheinlichkeit nichtendenwollender Zwistigkeiten und sich häufig erneuernder Kämpfe, und schilderte die Lage in eher düsteren Farben. Dabei wurde König Ferdinand, für den König Georg bedauerlicher Weise seit jeher nichts weniger als gnädige Gesinnungen hegt, auf das strengste kritisiert und demselben die Hauptverantwortung an der unerquicklichen Situation am Balkan zugeschrieben. Immer wieder bekam ich zu hören, dass „mein Freund" sich selbst, sein Land und den ganzen Balkan in eine unmögliche Situation gebracht und den Karren gründlich verfahren habe. „Your friend Ferdinand with all his cleverness and intrigues has made a fine mess of it", war die Kritik, die häufig wiederholt wurde. Auf meine Einwendung, dass die unglückliche Politik Herrn Daneffs die Hauptschuld trägt, entgegnete der höchste Herr immer wieder, „warum hat sich aber Ferdinand von ihm leiten lassen?" König Georg ist übrigens mit den gegenwärtigen Schwierigkeiten der inneren Politik — Irland — und den Verantwortungen, die von beiden Parteien der Krone aufgebürdet werden, so sehr beschäftigt, dass Seine Majestät sich momentan weniger intensiv mit auswärtigen Fragen zu beschäftigen scheint. Der höchste Herr klagte mir wiederholt über die unendlich heikle Lage, in welche Er gebracht werde und über die Entschlüsse, die Höchstdemselben zugemutet werden. Kein englischer Monarch sei noch vor so schwierige Probleme gestellt worden wie Er. Seine Majestät scheint aber erfreulicher Weise fest entschlossen, einen streng konstitutionellen Standpunkt zu bewahren und den Zumutungen, eine persönliche Ingerenz zu nehmen, die namentlich von oppositioneller Seite immer wieder suggerirt wird, zu widerstehen.

Mensdorff.

a) So; richtig wohl: „türkische".

Nr. 8819. Tel. des Legationsrates Grafen Ludwig Ambrózy aus Rom, 10. Okt. 1913 Nr. 749 (eing. 11. Okt. 8 U. a. m.).a) Entziff.

Streng vertraulich. Serbische Schritte. Antwort auf Telegramm Nr. 1182 von gestern. Minister des Äußern ist bereit, in Belgrad ernste Vorstellungen wegen der von den serbischen Truppen begangenen Exzesse machen zu lassen. Man könnte hiebei in freundschaftlicher Weise an die Versprechungen der serbischen Regierung erinnern, laut welcher Besetzung einzelner Teile des albanesischen Territoriums nur provisorisch wäre und Serbien die Londoner Beschlüsse respektieren würde. Als ich diese Antwort mit der Begründung notierte, daß in Belgrad Nichtübereinstimmung der Instruktionen unserer Vertreter ausgebeutet werde, gab er zu, die serbisch-italienischen Beziehungen seien nicht durch das Maß der Sympathien charakterisiert, welches unser Verhältnis zu Serbien kennzeichne. Er fügte unverblümt hinzu, daß er seine albanophile Politik durch sorgsame Pflege der Beziehungen zu Serbien in den Grenzen, die die Existenz Albaniens zulasse, wettmachen wolle und müsse. Hiezu sei er gezwungen, seitdem er

erkannt habe, daß unser Verhältnis zu Italien durch Maßnahmen unserer inneren Politik ständig bedroht sei. Auf meine Bemerkung, daß eine wahre Freundschaft der Serben und Italiener mir auf die Dauer undenkbar scheine, stimmte er mir lebhaft zu und entwickelte seine bekannte Theorie, daß ein starkes Österreich-Ungarn für Italien als Bollwerk gegen die Südslaven und Germanen nötig sei. Umsomehr sei es zu bedauern, dass in unsere Beziehungen, abgesehen von der Verschlechterung der Stimmung, ein Element der Unsicherheit getreten sei. Ambrózy.

[a]) Vgl. n. 8823, 8832, 8875.

Nr. 8820. Erlaß an den Gesandten Grafen Moritz Pálffy in Rom-Vatikan, 10. Okt. 1913 Nr. 4823. Konz. (S. Hohenlohe; V. Rappaport; G. Forgách).

Streng vertraulich. Euer Hochgeboren Bericht Nr. 26 A vom 14. VIII. l. J. habe ich mit Interesse zur Kenntnis genommen und billige ich vollkommen Ihre Kardinal Agliardi gegenüber geführte Sprache. Zu Euer Hochgeboren rein persönlichen Information, teile ich Euer Hochgeboren mit, dass die Kandidatur Fuad Paschas auf den Tron von Albanien uns schon deshalb nicht genehm ist, weil sie mit den Anschauungen und Wünschen der meisten albanischen Patrioten im Widerspruche stünde. Die grösste Wahrscheinlichkeit spricht viel mehr dafür, dass die 6 Mächte sich dazu entschliessen dürften, einen Protestanten zum Fürsten dieses Landes zu machen. Es wird Euer Hochgeboren Aufgabe sein, die Kurie beziehungsweise Cardinal Agliardi auf letztere Eventualität allmählich vorzubereiten, was ja durch die von Ihnen am 12. August d. J. geführte Sprache bereits eingeleitet wurde.

Nr. 8821. Tel. aus Sofia, 10. Okt. 1913 Nr. 1189 (eing. 7 U. 10 M. p. m.).[a]) Entziff.

Streng geheim. Bezug auf mein gestriges Telegramm Nr. 1187. Allianzentwurf ist, wie sich heute zeigt, doch gekommen, nur hatten davon nicht nur die aus Konstantinopel zurückgekehrten Adjoints der Delegierten keine Ahnung, sondern wusste es auch gestern Ministerpräsident nicht. Minister des Aeussern, der gestern tagsüber nicht in der Stadt war, besuchte mich soeben zusammen mit Konseilspräsidenten und las mir Entwurf vor. Es ist eine Militärkonvention. Ich fragte, ob Delegierte diesen definitiven Text dem Markgrafen Pallavicini bekanntgegeben und nachdem Minister des Aeussern dies mit dem Bemerken verneint, dass er sich vorbehalte, Mitteilung nur mir zu machen, ersuchte ich ihn, mir wichtigste Artikel, bezüglich deren ich mich nicht auf mein Gedächtnis verlassen wollte, zu diktieren, was er bereitwilligst getan und werde ich Euer Excellenz diese Aufzeichnung bringen. Ueber heutige Unterredung mit Ministern, von der ich sehr befriedigt, werde ich Euer Excellenz ebenfalls mündlich berichten. Während Besuches las mir Minister des Aeussern einige heute erhaltene Telegramme vor, unter anderem eines des bulgarischen Gesandten in Rom, dem dortiger türkischer Botschafter gesagt hätte, que l'Italie pousse la Turquie à la guerre contre la Grèce. Tarnowski.

[a]) Vgl. n. 8827, 8858.

Nr. 8822. Bericht aus Konstantinopel-Jeniköj, 11. Okt. 1913 Nr. 61 A (eing. 14. Okt.).[a] Ausfert.

Geheim. Wie ich Euer Exzellenz bereits zu melden[b] die Ehre hatte, bleibt Herr Toschew als bulgarischer Gesandter in Konstantinopel. General Savow wird sich einige Tage auf der Insel Prinkipo aufhalten, angeblich um sich auszuruhen, in Wirklichkeit aber um die Verhandlungen über den geheimen Vertrag fortzusetzen. Aus den diesbezüglichen Aeusserungen des Grossveziers entnehme ich, dass man bis jetzt noch zu keinem positiven Resultate gekommen ist. Er sagte mir nämlich vorgestern, er werde mich, sobald etwas Positives vorliegt, hievon in Kenntnis setzen. Ich habe den Eindruck, dass es jedenfalls zu einer Entente kommen dürfte. Ob aber diese Entente blos den Charakter einer Defensiv-Allianz tragen oder ob es zu einem Offensiv- und Defensiv-Bündnis kommen wird, scheint mir noch nicht sicher zu sein. Aus der Unterredung die ich mit Herrn Toschew hatte, und über welche ich Euer Exzellenz mit Telegramm Nr. 533 vom 3. d. M. berichtet habe, geht hervor, dass für Bulgarien Alles davon abhängt, wie sich in Zukunft Rumänien verhalten wird. Der bulgarische Gesandte sagte mir damals, dass Rumänien jede Aktion Bulgariens paralysieren könnte. Es scheint mir nun, dass gerade in der letzten Zeit von Bukarest aus ziemlich deutliche Winke mit dem Zaunpfahl gegeben wurden, welche es erschweren, dass in Bezug auf gewisse Eventualitäten zwischen Bulgarien und der Türkei schon jetzt eine Einigung zustandekomme. Meiner Auffassung nach dürfte sich die momentane Lage also folgendermassen präcisieren lassen: Die Türkei wird dahin trachten, mit Griechenland Frieden zu schliessen. Sodann wird man den Schiedsspruch der Mächte in Betreff der Inseln abwarten. Wenn derselbe für die Türkei günstig ausfallen sollte, so kann mit einer Ruhepause gerechnet werden. Im entgegengesetzten Falle dürfte die Türkei ihre Aktion gegen Griechenland aufschieben, bis ihre Flotte stark genug ist, um der griechischen die Stirne bieten zu können. Dieser Moment wird voraussichtlich im Monate Februar des nächsten Jahres eintreten, wo der in England gebaute Dreadnought von der türkischen Regierung übernommen werden dürfte. Ausserdem rechnet man hier damit, dass man aus Italien zwei Schlachtschiffe und mehrere Torpedoboote in Bälde erwerben wird Wenn also die Inselfrage in den nächsten Monaten nicht in einem der Türkei günstigen Sinne gelöst werden sollte, so muss, meiner Ansicht nach, mit der Eventualität eines neuen Krieges gerechnet werden. Ob sich Bulgarien an diesem Kriege beteiligen wird, dürfte hauptsächlich, wie schon oben erwähnt, von der Haltung Rumäniens abhängen. Pallavicini.

[a] Vgl. n. 8830. — [b] n. 8800.

Nr. 8823. Tel. an den Legationsrat Grafen Ludwig Ambrózy in Rom, 11. Okt. 1913 Nr. 1190 (chiffr. 11 U. 30 M. p. m.).[a] Konz. (S. Berger; V. Forgách; G. Berchtold).

Erhalten Euer Hochgeboren Telegramm Nr. 752[b] von gestern. Ich ersuche Euer Hochgeboren, Marquis di San Giuliano zu sagen, daß ich seine Absicht, seine Stimme in Belgrad neuerlich warnend erheben zu lassen, begrüße. Mit Rücksicht auf die auch ihm sattsam bekannten Schwierig-

keiten, welchen die Ausführung von collectiven oder identischen Demarchen in Belgrad stets begegnet, hätte ich es unterlassen, bezüglich einer solchen Vorschläge zu machen. Nach meiner Auffassung müßte man es nunmehr jeder einzelnen Macht überlassen, die auf Respektierung der Londoner Beschlüsse abzielenden Schritte in Belgrad in der ihr geeignet erscheinenden Weise auszuführen. Berchtold.

[a]) Oe. U. Balkan 452 Nr. 904. — [b]) Irrtümlich statt 749 = n. 8819. Nr. 752 behandelt Vorgänge im Admiralsrate.

Nr. 8824. Bericht des Legationsrates Grafen Otto Czernin aus St. Petersburg, 28. Sept./11. Okt. 1913 Nr. 37 B (eing. 13. Okt.).[a]) Ausfert.

Vertraulich. Ich hatte dieser Tage mehrfach Gelegenheit, mit dem künftigen russischen Botschafter am Allerhöchsten Hofe, Herrn Schebeko, zu sprechen, wobei sich derselbe sehr freimütig über die künftige Politik des Zarenreiches der Monarchie gegenüber äusserte. Vor Allem konstatierte Herr Schebeko mit grosser Überzeugung, Herr Sazonow habe die ernstesten Absichten, eine Politik der Annäherung an Österreich-Ungarn zu pflegen, und habe ihm dies noch vor ganz kurzer Zeit sehr klar und eindringlich gesagt. Herr Schebeko sagte mir, er habe unter diesen Umständen die ihm anvertraute Mission mit umso mehr Freude übernommen, als er überzeugt sei, dass bei nüchterner Beurteilung der Lage diesem Ziele keine unüberwindlichen Schwierigkeiten entgegenstünden. Mehr als durch faktische Interessen-Gegensätze hätten die Beziehungen der beiden Nachbarmonarchien in letzter Zeit durch die Press-Verhetzungen gelitten. Die Rolle, die hiebei die panslavistischen Zeitungen und namentlich die „Nowoje Wremja" gespielt hätten, sei ihm genau bekannt. Und wenn auch dieses Blatt mit der Regierung nicht in Beziehungen stehe, was ja am klarsten durch die heftigen Angriffe gegen die Herren Sazonow und Kokowzow dokumentiert werde, so verschliesse er sich nicht der verhetzenden Wirkung, welche dieses Blatt bei dem russischen Publikum zeitige, das die ihm aufgetischten Nachrichten gedankenlos hinnehme. Er sehe daher eines der wirksamsten Mittel zur Anbahnung vertrauensvoller Beziehungen zur Monarchie nebst aufrichtiger Aussprache über alle Fragen, welche irgendwie den Keim zu Meinungs-Divergenzen haben, in einer kontinuierlichen, aufklärenden Beeinflussung der hiesigen nationalistischen Presse durch die Wiener russische Botschaft. Durch dauernde Fühlung derselben mit den hiesigen panslavistischen Presskreisen, durch Aufklärung derselben über den wahren Sachverhalt in den verschiedenen heiklen Fragen, hoffe er nach und nach sein Ziel zu erreichen. Auch habe er ja hier viele nahe Beziehungen zu den verschiedensten Gesellschaftskreisen und einflussreichen Duma-Mitgliedern, auf welche er im gewünschten Sinne einwirken zu können hoffe. Erleichtert werde ihm seine Aufgabe auch dadurch werden, dass der Panslavismus hier seit dem 2ten Balkankriege eine ganz erhebliche Ernüchterung erfahren habe. Anlässlich der Bukarester Friedensverhandlungen habe er sich persönlich überzeugen können, wie tief die Kluft zwischen den slavischen Balkanstaaten noch auf Jahre hinaus bleiben dürfte und die Missachtung der hiesigen Ratschläge habe die Panslavisten stark enttäuscht. Mehr und mehr müsse

man hier einsehen, dass man die Balkanvölker am besten ihrem eigenen Schicksal zu überlassen habe. Die heikelste Frage werde zweifellos die der Ruthenen in Galizien und der Bukowina bleiben und ihr werde die grösste Aufmerksamkeit gewidmet werden müssen. Er verkenne durchaus nicht die Hindernisse, welche seiner künftigen Mission durch das gar zu intensive Interesse bereitet werden dürften, das die Clique des Grafen Bobrinsky mit ihrem einflussreichen Anhang der „sogenannten Unterdrückung" der Ruthenen und der Orthodoxie in der Monarchie entgegenbringe. Er fürchte allerdings, dass diesfalls sich ein entgegengesetzter Einfluss der Regierung werde schwer durchführen lassen und er müsse offen sagen, dass er glaube, die betreffenden Männer seien tatsächlich von dem Faktum der Unterdrückungspolitik überzeugt und ihr Interesse an der Sache sei rein akademisch-defensiv ohne aggressive Tendenzen. Nachdem Herr Schebeko selbst sagte, er sei überzeugt, dass die „Unterdrückung" eine Erfindung sei, konnte ich mich darauf beschränken, ihn daran zu erinnern, dass erst in letzter Zeit die orthodoxen Kirchenfürsten in der Monarchie aus eigener Initiative den diesfälligen Behauptungen einiger russischer Blätter mit einer solchen Entschiedenheit entgegengetreten seien, dass sich wohl jeder unparteiisch Denkende das richtige Urteil gebildet haben dürfte. Meiner unmassgeblichen Meinung nach hat Herr Schebeko dank seinen persönlichen und verwandtschaftlichen Beziehungen zu hiesigen einflussreichen nationalistischen Zirkeln und dank seinem jedenfalls zweifellos bestehenden ernsten Willen, durch Herbeiführung vertrauensvoller Beziehungen zur Monarchie einen persönlichen Erfolg zu erzielen, das Zeug in sich, auf dem Wiener Posten Erspriessliches zu leisten. Auf alle Fälle ist er ein Anhänger des Prinzips der offenen Aussprachen. Mit besonderer Wärme und in Worten aufrichtiger Verehrung sprach schliesslich Herr Schebeko über die Person Euer Exzellenz. Otto Czernin.

a) Vgl. n. 9154.

Nr. 8825. Bericht des Legationsrates Grafen Otto Czernin aus St. Petersburg, 28. Sept./11. Okt. 1913 Nr. 37 F (eing. 13. Okt.). Ausfert.

Wie verlautet, soll jetzt auch in der rumänischen Gesandtschaft ein Wechsel stattfinden und Herr Diamandy aus Rom an Stelle Herrn Nanos treten. Herr Diamandy ist mir gut bekannt und ich halte ihn für einen der rührigsten rumänischen Diplomaten, der sich zweifellos seiner hiesigen Aufgabe mit mehr Geschick und Eifer annehmen dürfte als sein Vorgänger. Nachdem er — jedenfalls äusserlich — bisher stets sehr entschieden dreibundfreundlich auftrat, so hoffe ich, dass sich die Gelegenheit bieten wird, ihn über manche gewollt oder ungewollt irrige Auffassungen seines Vorgängers aufzuklären. Andererseits darf nicht übersehen werden, dass Herr Diamandy, welchen ich für sehr ambitiös halte, jedenfalls hier einen Erfolg zu erringen trachten dürfte. Ob es zu dem vielventilierten Brautschaubesuche der rumänischen Thronfolger-Familie in Livadia kommen wird, konnte ich nicht sicher konstatieren. Herr Schebeko, der gegenwärtig hier weilt, bezeichnete die Reise nach Livadia — seine redseligere Gemahlin sogar eine eventuelle Verlobung des Prinzen Carol mit einer der Zarentöchter — als im Bereiche der Möglichkeit gelegen. Otto Czernin.

Nr. 8826. Tel. des Legationssekretärs Prinzen Emil Fürstenberg aus Athen, 13. Okt. 1913 Nr. 755 (eing. 14. Okt. 9 U. a. m.).[a] Entziff.

Haltung Rumäniens. In letzter Zeit sich mehrende Entrevuen meines rumänischen Kollegen mit hiesigen Staatsmännern lassen mich vermuten, dass zwischen Bukarest und Athen lebhafter Gedankenaustausch über Balkansituation im Gange, wie sie durch griechisch-türkische Spannung geschaffen. Der mir gegenüber sonst recht mitteilsame Herr Djuvara in obigem Belange merklich reserviert. Herr Take Jonescu wird nächster Tage hier erwartet. Emil Fürstenberg.

[a] Vgl. n. 8839 Anm. a.

Nr. 8827. Tel. des Legationsrates Rudolf Freiherrn von Mittag aus Sofia, 13. Okt. 1913 Nr. 1193 (eing. 6 U. p. m.).[a] Entziff.

Streng geheim. Bezug auf Telegramm Nr. 1189 des Herrn Gesandten vom 10. d. M. Minister des Aeussern sagte mir, er habe gestern langen Bericht mit von ihm gründlich umgearbeiteten Projekt bulgarisch-türkischer Militärkonvention an Seine Majestät den König gesendet. Er erwarte noch Telegramm des Königs hierüber und hoffe dann Mittwoch, längstens Donnerstag, bulgarisches Contre-Projekt nach Konstantinopel absenden zu können. Minister versprach mir, wichtigste Bestimmungen desselben behufs Meldung an Euer Exzellenz mitzuteilen. Mittag.

[a] Vgl. n. 8841.

Nr. 8828. Tel. an den Legationsrat Wilhelm Ritter von Storck in Belgrad, 14. Okt. 1913 Nr. 299 (chiffr. 1 U. p. m.).[a] Konz. (S. Schreibmaschine und Rappaport; G. Berchtold).

Euer Hochwohlgeboren wollen sich zu Herrn Pašić folgendermaßen aussprechen: Die serbische Regierung hat uns durch Herrn Spalaiković die Erklärung abgegeben,[b] daß Serbien bei der Niederwerfung des albanesischen Aufstandes die Londoner Beschlüsse strikte respektieren und sich rein defensiv verhalten werde. Im Gegensatze hiezu hat der Herr Ministerpräsident Euer Hochwohlgeboren von der Eventualität einer „provisorischen" Besetzung albanesischen Territoriums durch serbische Truppen gesprochen.[c] Auch nach den mir vorliegenden Meldungen sind serbische Truppen tatsächlich im Begriffe, albanesisches Gebiet zu besetzen oder haben dies bereits getan. Da eine auch nur zeitweilige Okkupation mit der uns zugesagten unbedingten Respektierung der Londoner Beschlüsse, auf der wir bestehen müssen, im Widerspruch stünde, müssen wir an die serbische Regierung die Frage stellen, ob sie bereit ist, die militärischen Vorbereitungen für ein Eindringen in Albanien zu sistieren, beziehungsweise die bereits auf albanesischem Gebiete befindlichen Truppen binnen einer bestimmten kurzen Frist zurückzubeordern. Von der Beantwortung dieser Frage und der Einhaltung der früheren serbischen Erklärungen müßte die Monarchie ihr weiteres Verhalten Serbien gegenüber abhängig machen, indem wir entschlossen seien, die unbedingte Respektierung der Londoner Beschlüsse mit allen uns geeignet erscheinenden Mitteln sicherzustellen.

P. S. Da laut eines inzwischen in Belgrad publizirten Communiqués, mit welchem eine Meldung aus Monastir übereinstimmt, den serbischen Truppen der Befehl zur Einstellung des Vormarsches nach Albanien ertheilt worden sein soll, ist es möglich, daß Euer Hochwohlgeboren bei der Ihnen aufgetragenen, wenn irgend möglich noch heute auszuführenden Demarche der oben erwähnte Befehl an die serbischen Truppen entgegengehalten wird. In diesem Falle hätten Euer Hochwohlgeboren das Hauptgewicht nicht auf die Einstellung des Vormarsches, sondern auf die Rückbeorderung der bereits auf albanesischem Gebiete befindlichen Truppen zu legen. Berchtold.

[a]) Oe. U. Balkan 453 Nr. 906. Vgl. n. 8829, 8834, 8835, 8836, 8837 Anm. b, 8843, 8845, 8846, 8847, 8848 Anm. b. — [b]) Zweite Beilage zu n. 8766. — [c]) n. 8808.

Nr. 8829. Tagesbericht über eine Unterredung mit dem serbischen Gesandten, 14. Okt. 1913 Nr. 4880. Konz. (S. u. G. Berchtold).

Am 14. Oktober habe ich den serbischen Gesandten zu mir citirt, um ihm von der an Herrn von Storck ergangenen Weisung[a]) in Betreff der Forderung einer bestimmten Erklärung seitens der serbischen Regierung wegen Räumung des autonomen Albaniens Mittheilung zu machen. Ich habe diesen Anlaß benützt, um Herrn Jovanović auseinanderzusetzen, wie sehr es mich befremde, nach dem durchaus befriedigenden Gedankenaustausch mit Herrn Pašić und den bündigen Erklärungen Herrn Spalaikovic', nunmehr constatiren zu müssen, daß serbischerseits im Gegensatze zu unseren Forderungen die Grenzen des autonomen Albaniens mißachtet und sogenannte strategische Punkte besetzt werden, die innerhalb der von den Mächten festgesetzten albanesischen Grenzen gelegen, für Serbien nicht in Betracht kommen können. Ich läge Werth darauf, daß keine Mißverständnisse zwischen uns aufkommen und müsse ihm daher jetzt schon sagen, daß wir an unserem Verlangen, von serbischer Seite eine bindende Erklärung in Betreff Respektirung der in London bestimmten Grenze zu erhalten, festhalten und entschlossen seien, diesem Standpunkte unter allen Umständen Geltung zu verschaffen. Beide Regierungen seien sich hierüber völlig im Klaren und müsse Serbien mit dieser unabänderlichen Stellungnahme rechnen. Ich hielte mich für verpflichtet, ihn hierauf aufmerksam zu machen und ihn zu ersuchen, auch seinerseits seine Regierung demgemäß zu informiren, damit nicht nachträglich, wenn das Unheil eintreten sollte, mir vorgeworfen werden könnte, nicht bei Zeiten die serbische Regierung avisirt zu haben. Herr Jovanović schien durch den Ernst meiner Sprache impressionirt und versprach, seiner Regierung unsere Auffassung getreu wiederzugeben. Was das Meritum anbelangt, wollte er über die militärischen Operationen seines Landes nicht informirt sein. Er glaubte aber, versichern zu können, daß seine Regierung an keinerlei Eroberung albanesischen Territoriums denke. Wenn tatsächlich eine geringfügige Abänderung der in London fixirten Grenze angestrebt würde, so könne es sich nur um eine unwesentliche Rektifikation zwecks Sicherung der Grenze gegen albanesische Überfälle handeln. Jedenfalls benötige das Land jetzt Ruhe und wolle die Mehrzahl der Bevölkerung keine neuerlichen Complikationen.

Indem ich nicht ermangelte, Herrn Jovanović auf die Unmöglichkeit zu verweisen, Serbien selbst eine geringfügige Rectifizirung der Grenze zuzugeben, wo einerseits bereits die derzeit bestehende Grenze durchaus zum Nachtheile des schwächeren Albaniens und zum Vortheile des stärkeren Serbiens gezogen sei, andererseits ein Abgehen von der Londoner Grenze das ganze mühsam aufgerichtete Gebäude wieder ins Wanken bringen müßte, verabschiedete ich den Gesandten unter nochmaliger Betonung, daß man in Belgrad nicht vergessen möge, welchen Gefahren man sich aussetzen möchte, wenn man in dieser Angelegenheit unseren Wünschen nicht volle Rechnung tragen würde.

a) n. 8828.

Nr. 8830. Bericht aus Konstantinopel-Jeniköj, 14. Okt. 1913 Nr. 62 A (eing. 17. Okt.). Ausfert.

Geheim. Weitere Unterredungen, die ich anlässlich meines bevorstehenden Urlaubsantrittes mit dem Grossvezier hatte, bestärkten die in meinem geheimen Berichte vom 11. d. M. Nr 61 A gemeldeten Eindrücke. Die vor einigen Tagen offiziell angekündigte Demobilisierung der türkischen Armee anlangend, erklärte der Grossvezier auf mein Befragen, dass sie nicht etwa — wie hier vielfach vermutet — bloss zum Scheine, sondern ernstlich erfolge. Allerdings werde auch nach ihrer Durchführung noch eine ansehnliche, dem Friedensstand entsprechende Truppenmacht [sich] erübrigen. Natürlich sei man sich — dies in Beantwortung einer weiteren Frage — darüber klar, dass man die Armee, wenn einmal demobilisiert, in nächster Zeit nicht wieder auf Kriegsfuss bringen könne. Über die griechische Armee äusserte sich der Grossvezier höchst verächtlich, überhaupt über die Griechen sehr aigriert; die Anzeichen kriegerischer Absichten (wie die Verlegung des griechischen Hauptquartiers nach Cavalla) betrachte er als Bluff. Die derzeitigen Verhandlungsgegenstände (Indigenat, Vakufs etc.) seien ihrer Natur nach nicht darnach, als dass es ihretwegen zum Kriege kommen könnte; so zum Beispiele handle es sich in der Vakuf-Frage, in der man griechischerseits besondere Schwierigkeiten erblicke, um einen Capitalswert von circa 300.000 türkischen Pfund. Der Grossvezier deutete an, dass die Türkei in der Behandlung der auf ihrem Gebiete lebenden Griechen (eventuell Ausweisungen) Zwangsmittel in der Hand habe, um Griechenland mürbe zu machen und den Friedensschluss zu ihr genehmen Bedingungen durchzusetzen. (Auf das formelle Zustandekommen desselben legt die Pforte vielleicht deshalb Wert, um nicht durch ihre Eigenschaft als kriegsführende Macht in der Erwerbung von Kriegsschiffen behindert zu sein.) Die Inselfrage, erklärte der Grossvezier wieder, werde er in diesen Verhandlungen mit Griechenland nicht aufwerfen; er motivierte dies speziell damit, dass er einsehe, dass König und Regierung es in Griechenland nicht wagen dürften, sich durch ein Nachgeben in dieser Frage mit der vox populi in Widerspruch zu setzen. Darum scheine es ihm besser, zunächst das Verdict der Mächte abzuwarten, von welchen er hoffe, dass sie den Lebensnotwendigkeiten der Türkei diesmal hinlänglich Rechnung tragen werden. Eine für die Türkei günstige Entscheidung der Mächte

werde Griechenland respectieren müssen; auf die Frage aber, wie sich die Türkei im Falle eines sie nicht befriedigenden Mächtebeschlusses stellen würde, antwortete er mit der Andeutung, dass die Türkei wohl auch dann Wege finden werde, eine ihren Interessen gerecht werdende Lösung zu erzielen. Die territorialen Ergebnisse des Londoner wie des Bukarester Friedens bezeichnete der Grossvezier als unhaltbare, die sehr bald eine Remedur erfahren müssten. Auf eine Zwischenfrage präzisierte er dieses „Bald" als zwar nicht in allernächster Zeit, aber doch vielleicht schon im nächsten, längstens im zweitnächsten Jahre; länger dürfe nach seiner Ansicht Bulgarien nicht zuwarten, da sich sonst Serbien und Griechenland aus den neuerworbenen Gebieten militärisch zu stärken Zeit hätten. Ich erkundigte mich nach dem Stande der Verhandlungen mit Bulgarien. Der Grossvezier erwähnte mir, dass bezüglich des Friedensvertrages der Austausch der Ratificationen erfolgt ist. Die geheimen Verhandlungen hätten bisher nur zu mündlichen Vereinbarungen geführt; ein schriftliches Abkommen sei vorläufig nicht erfolgt. Weiteren Äusserungen war zu entnehmen, dass der Grossvezier für den Fall eines türkischen Krieges mit Griechenland der Zustimmung Bulgariens zum Durchmarsche durch Westhrazien sicher ist und dass er die bulgarischerseits verlautbarten wirtschaftlichen Projekte bezüglich Westthraziens (Bahnen, Canäle etc.) — die auf eine dauernde Besitzergreifung dieses, nach den Äusserungen des Herrn Toscheff eventuell an die Türkei zurückfallenden Gebietes schliessen lassen würden — nicht für ernst hält, sondern lediglich „pour la galérie". Da General Savow noch in Prinkipo weilt, habe ich allen Grund anzunehmen, dass die geheimen Verhandlungen mit der oben erwähnten mündlichen Vereinbarung noch nicht beendet sind. Wenn ich übrigens Herrn Toscheffs in meinem geheimen Telegramme vom 3. d. M. Nr. 533 gemeldete Äusserungen einerseits mit der mir mit Euer Excellenz Telegramm vom 10. d. M. Nr. 506[a]) mitgeteilten Sprache des bulgarischen Ministerpräsidenten, andrerseits mit jener des Grossveziers vergleiche, so ergeben sich Unterschiede, die darauf hindeuten, dass sowohl bulgarischer- als auch türkischerseits eine ungestümere (Savow, Talaat) und eine vorsichtigere (Conseilspräsident, Grossvezier) Taktik ihre Anhänger hat. Pallavicini.

[a]) Mit Tel. Nr. 506, 10. Okt. 1913 (chiffr. 8 U. 30 M. p. m.) wurde n. 8811 auszugsweise nach Konstantinopel mitgeteilt.

Nr. 8831. Bericht des Legationsrates Grafen Ludwig Ambrózy aus Rom, 14. Okt. 1913 Nr. 63 A (eing. 17. Okt.). Ausfert.

Streng vertraulich. Angesichts der Wichtigkeit der zwischen Spanien und Frankreich eingetretenen Annäherung für die Mittelmeerinteressen Italiens habe ich den Minister des Äussern um seine Ansicht über dieses Ereignis befragt. Marquis San Giuliano teilte mir hierauf den Inhalt eines vom italienischen Botschafter in Madrid anlässlich des Besuches Herrn Poincarés erstatteten Berichtes mit, den ich im nachstehenden resumiere: Wenn bei der Annäherung zwischen Spanien und Frankreich die Wünsche König Alfonsos durchgedrungen wären, so hätten die Verhandlungen der beiden Länder zum Abschlusse eines förmlichen Bündnisses geführt, welches

Frankreich die Möglichkeit geboten hätte, im Kriegsfalle seine Truppen auf dem Landwege über Cartagena und spanisches Territorium nach Frankreich zu befördern. Die Regierung des Grafen Romanones habe aber diesen Wunsch des Königs zu weitgehend gefunden und sich auf den Abschluss einer Entente beschränkt, welche vermutlich nur gegenseitige Schutzmassnahmen zur Erhaltung des Besitzstandes beider Länder in Marokko und die finanzielle Förderung Spaniens durch den Pariser Geldmarkt zum Gegenstande habe. Das Cabinet Romanones stehe auf schwachen Füssen. Sein Sturz sei noch im Lauf dieses Jahres zu gewärtigen. Die konservative Partei, welche sodann ans Ruder kommen dürfte, sei in noch viel höherem Masse gegen ein Bündnis mit Frankreich eingenommen als das Cabinet Romanones. Die Gefahr einer Umwandlung der bestehenden Entente in eine Allianz sei daher trotz der Haltung des Königs in dieser Frage bis auf weiteres nicht actuell. Die inneren Triebfedern der spanischen Ententepolitik seien mehrfache. Allen voran stehe die Inpopularität des spanischen Landerwerbes in Marokko bei der Bevölkerung des Königreiches; dann folgen die militärischen und financiellen Schwierigkeiten, unter welchen derselbe vor sich gehe. Spanien hoffe durch eine wohlwollende militärische Haltung Frankreichs an der Grenze der beiderseitigen marokkanischen Besitzungen, sowie durch die Erschliessung des französischen Geldmarktes die Niederwerfung der widerspenstigen Stämme militärisch und financiell leichter bewältigen zu können und hiemit die Bevölkerung der Halbinsel mit dem Unternehmen zu versöhnen. Hiezu komme die Erwägung, dass die Stellung der Dynastie in Spanien durch gute Beziehungen mit Frankreich gestärkt wird, während eine Verschlechterung des Verhältnisses zur Nachbarrepublik den republicanischen Strömungen in der Halbinsel Vorschub leisten würde. Endlich habe die spanische Regierung sich noch sagen müssen, dass die weitere Erhaltung ihres spärlichen Inselbesitzes nur durch Anlehnung an eine starke Seemacht gewährleistet werden könne. Die Nachbarschaft mit Frankreich und alte Bande der Freundschaft mit England haben sie daher auf die beiden Seemächte der Triple-Entente gewiesen. Angesichts der hiedurch für Italien eingetretenen Situation beantrage der italienische Botschafter in Madrid die sorgfältigste Pflege der Beziehungen Italiens zu Spanien und deren Förderung durch den baldigsten Abschluss der seit mehr als einem Jahre in der Schwebe befindlichen Handelsvertragsverhandlungen. Marquis San Giuliano ist sich zwar darüber vollkommen im klaren, dass der Abschluss des Handelsvertrages kein genügendes Gegengewicht gegen die politischen Folgen der spanisch-französischen Entente bilden kann, hat aber — wie er mir sagte — gegenüber seinem Collegen vom Handelsressort darauf bestanden, dass die Hindernisse, die den Abschluss des Vertrages behindert haben, aus dem Wege geräumt werden. In der Weinfrage (Berichte Nr. 31 und 76 A vom 14. Mai und 29. August l. J.)[a] müsse allerdings Italien intransigent bleiben. Dies wisse man aber schon in Madrid, und hoffe er, dass ein Vertrag trotzdem zustande kommen werde. An diese Ausführungen knüpfte der Minister die Reflexion, dass der Dreibund Spanien sehr vernachlässigt habe. Insbesondere sei es Deutschland gewesen, welches hiebei ein gewisses Verschulden treffe. Spanien

habe in den letzten Jahren dreimal in Berlin Anerbietungen wegen eines engeren Anschlusses gemacht, sei aber jedesmal und zuletzt von Herrn Kiderlen-Waechter abgewiesen worden. Ambrózy.

a) Wurden nicht abgedruckt.

Nr. 8832. Bericht des Legationsrates Grafen Ludwig Ambrózy aus Rom, 14. Okt. 1913 Nr. 63 B (eing. 17. Okt.). Ausfert.

Geheim. Die in meinem gehorsamsten Telegramme vom 10. l. M. Nr. 749 weitergegebene Konversation mit Marquis San Giuliano ist unzweifelhaft von symptomatischem Interesse. Unsere Beziehungen mit Serbien haben sich seit der Abdankung König Milans mit verschiedenen Schwankungen wesentlich verschlechtert. Parallel hiemit ist seit dem Ableben des Königs Humbert in unser Verhältnis zu Italien ein Element des Misstrauens und eine Ära gegenseitiger Rüstungen getreten, welche unsere südlichen Nachbarn gewissermassen automatisch dazu führte, der Pflege ihrer Freundschaft besondere Sorgfalt zu widmen. Diese Bemühungen haben auf italienischer Seite eine Unterbrechung erfahren, als mit dem Ausbruche der Balkankrise unsere albanesischen Accords in die Tat umgesetzt werden mussten und hiedurch Italien gezwungen wurde, zu Gunsten Albaniens eine Haltung einzunehmen, welche das Königreich mit den Bestrebungen Serbiens in diametralen Gegensatz brachte. So gross auch das Geschick der italienischen Staatsmänner in der Kunst ist, gleichzeitig mit erbitterten Feinden gut zu stehen, waren sie der Aufgabe nicht gewachsen, die Antipathien, welche sie in Serbien wachgerufen hatten, ganz zu unterdrücken. Es ist zwar mit Bestimmtheit darauf zu rechnen, dass Italien, welches sich von der Eisenbahnverbindung zwischen der Adria und Serbien eine grosse Entwicklung seines Handelsverkehrs und mit der Verbesserung seiner wirtschaftlichen Beziehungen auch die seines politischen Verhältnisses zu Serbien erwartet, unter allen Umständen sein Möglichstes getan haben würde, um in Belgrad vergessen zu machen, was es gegen Serbien im Interesse Albaniens tun musste. Durch die Triester Statthaltereierlässe sind indessen diese Bemühungen in ein schärferes Tempo gekommen. Die hiesige Regierung weiss, dass unsere innere Politik die durch unsere loyale Mitarbeit an der Schaffung Albaniens wesentlich gebesserte Stimmung des italienischen Volkes uns gegenüber gründlichst verdorben hat und ist deshalb gegen uns verstimmt, mitunter gereizt. Sie befürchtet, dass der Erlass des Prinzen Hohenlohe a) nur ein erster Schritt in der Anwendung eines neuen Systems ist und dass ihr noch härtere Überraschungen bevorstehen. Aus Angst vor Isolirung wendet sie ihre Blicke nach Belgrad, obgleich das militärisch und finanziell geschwächte Serbien im gegenwärtigen Augenblick wahrlich keine wertvolle Stütze darstellt. Das für uns Besorgnis Erregende dieser Situation liegt weder in dieser Tatsache selbst, noch auch darin, dass der italienische Minister des Äussern sich dem Geschäftsträger des verbündeten Nachbarlandes hierüber mit unverblümter Offenheit ausspricht. Es liegt — meiner Ansicht nach — darin, dass unsere innere Politik Italien das Gefühl der Möglichkeit seiner Isolierung und die Angst beigebracht hat, dass

wir trotz unserem Bündnisvertrag ihm gegenüber eine aggressive Politik vorbereiten. Hiemit sind ähnliche psychologische Voraussetzungen geschaffen wie in der Ära Prinetti. Es muss daher, wenn nicht Italien Grund für einen neuerlichen Wechsel der Stimmung zu unseren Gunsten gegeben wird, mit analogen Folgeerscheinungen gerechnet werden. Heute scheinen die Kontraste zwischen Frankreich und Italien in der Inselfrage noch schwer überbrückbar, und in den italienischen Staatsmännern zittert noch die Erregung über die Haltung Herrn Poincarés bei den Manouba- und Carthage-Inzidenzfällen nach. Aber Frankreich hat schon in seiner Presse Sirenenklänge ertönen lassen und der kürzlich vom Urlaube zurückgekehrte Herr Barrère mag schon konkrete Anerbietungen mitgebracht haben. Erwägt man, dass der Antagonismus zwischen unseren und den italienischen kleinasiatischen Bestrebungen, zwar noch in latenter Form, aber jedenfalls schon besteht, dass ein italienischer Accord mit Frankreich über Kleinasien denkbar ist, dass Frankreich anscheinend durch eine Entente mit Spanien eine gewisse Stärkung erfahren haben dürfte, dass wir und Italien in Albanien ein ständiges Feld von Reibungsflächen haben, und dass über unseren Beziehungen der Schatten der Interpellationsbeantwortung über die Triester Erlässe in einer neuen Deputiertenkammer liegt, so muss man sich darüber klar werden, dass unsere Beziehungen zu Italien mehrere dunkle Punkte aufweisen. Ich glaube zwar noch immer daran, dass sowohl in dem Falle, als Marquis San Giuliano über seine Antwort in der Kammer stürzen sollte, als wenn er eine uns unerwünschte Antwort erteilen sollte, und wir darüber nicht die Nervenruhe verlieren, unsere Beziehungen zu Italien heilbar sind. Ich bin sogar davon überzeugt, dass, bei beiderseitigem ehrlichen Bemühen, eine restitutio in integrum erfolgen kann. Hiezu schiene mir aber ein konsequenter Einklang zwischen unserer inneren und äusseren Politik unerlässlich. Wird aber die Politik der Nadelstiche und Ausweisungen fortgesetzt und die Slavisierung unseres Küstenlandes zum System erhoben, so drängen wir Italien zu jener Politik mittlerer Linie zurück, die uns die Erhaltung des Friedens nur durch kostspielige Rüstungen gegen unseren Verbündeten ermöglicht und die die hiesige Regierung seit der Konstatierung unserer loyalen Haltung während des lybischen Feldzuges und des Balkankrieges endgiltig aufzugeben bereit schien. Ambrózy.

a) Pol. Chron. d. ö.-u. Mon. 1913, 318.

Nr. 8833. Note des Kriegsministeriums-Marinesektion, 14. Okt. 1913 O. K./M. S. Nr. 22/G. V.a) Ausfert.

Ich habe die Ehre, Eurer Exzellenz zur geneigten Kenntnis zu bringen, daß — wie bereits durch einen Seestabsoffizier mitgeteilt wurde — zwischen den Dreibundstaaten ein Marineübereinkommen abgeschlossen worden ist und dieses, da die Allerhöchste Genehmigung, sowie die Genehmigung der Souveräne Deutschlands und Italiens vorliegt, mit 1. November l. J. in Kraft tritt. Indem ich mir gestatte, die anliegende Abschrift[b]) des Marineübereinkommens samt Zusatz zur geneigten vertraulichen Kenntnis zu überreichen, bitte ich Eure Exzellenz, diese Geheimschriften nach Einsicht-

nahme in gesicherter Weise an den k. u. k. Linienschiffskapitän Alfred Cicoli im k. u. k. Kriegsministerium, Marinesektion, gelangen lassen zu wollen. C. Kailer, Kontreadmiral.

a) Vgl. n. 6609, 6832, 8245, 8384, 8939. — b) A. F. Pribram, a. a. O. I 308; Martens N. R. G. 3. S. X 101.

Nr. 8834. Tel. des Legationsrates Wilhelm Ritter von Storck aus Belgrad, 15. Okt. 1913 Nr. 671 (eing. 6 U. p. m.).a) Entziff.

Antwort auf Telegramm Nr. 299. Diese ist durchaus unbefriedigend und wurde zum Teile auch in einem Tone abgegeben, der mir beweist, dass Herr Pašić auf die Unterstützung einzelner Mächte absolut zählen zu können glaubt. Ich habe an der Hand des Textes der hohen Weisung Herrn Pašić die relevanten Stellen vorgelesen, worauf mir der Herr königlich serbische Ministerpräsident folgende Erklärungen abgegeben hat: „Der Befehl zur Einstellung eines weiteren Vormarsches der serbischen Truppen nach Albanien sei bereits erteilt. Die Frage, wann die auf albanesischem Territorium stehenden serbischen Truppen zurückgezogen werden sollen, würde von der Entwicklung der Verhältnisse in Albanien abhängen." Fortsetzung folgt. Storck.

a) Oe. U. Balkan 454 Nr. 907. Vgl. n. 8835, 8836, 8848, 8850, 8853.

Nr. 8835. Tel. des Legationsrates Wilhelm Ritter von Storck aus Belgrad, 15. Okt. 1913 Nr. 672 (eing. 16. Okt. 8 U. a. m.).a) Entziff.

Fortsetzung ad Telegramm Nr. 671. Solange den serbischen Positionen kampfbereite Arnautenbanden gegenüberstünden, werde diese Räumung nicht erfolgen. Weder die Mächte noch die Monarchie hätten eine Garantie übernommen, für den Serbien albanesischerseits verursachten Schaden aufzukommen. Die Erklärung, dass wir entschlossen sind, die absolute Respektierung der Londoner Beschlüsse mit allen uns geeignet erscheinenden Mitteln sicherzustellen, nehme er zur Kenntnis. Die Grenze Albaniens würde von den Mitgliedern der internationalen Kommission erst bestimmt werden; heute wäre sie es noch nicht. Dies wäre auch der Grund für die Entsendung einer Kommission, die ja sonst gar keinen Zweck hätte. Es werde bei den Mächten beziehungsweise bei den Grenzkommissären liegen, die Grenze so festzulegen, dass die Erhaltung dauernder Ruhe gegen Albanien möglich werde. Die serbische Regierung bereite übrigens auch in diesem Sinne eine Note an die Mächte vor. Meinen Vorhalt, dass Herr Spalajković uns völlig anders lautende Erklärungen abgegeben hätte und auch er (mein Mitredner) noch vor wenigen Tagen seinerseits durchaus anders gesprochen und ausdrücklich bemerkt habe, dass, ob nun die Londoner Grenzen günstig oder ungünstig sind, diese unter allen Umständen respektiert werden würden, beantwortete Herr Pašić zum Teil gar nicht, zum Teil durch die vage Bemerkung, dass es jeder Nation freistünde, auf die Verbesserung ihrer Landesgrenze abzielende Wünsche zu äussern. Wir hätten übrigens auch zu viel aus den Zeitungen herausgelesen und unser Vorgehen wäre offenbar darauf zurückzuführen. Falls Serbien seine Versprechungen nicht gehalten hätte, so stünde die serbische Armee nicht dort,

wo sie heute steht, sondern ganz wo anders! Überdies hätte er sich unserseits die Behandlung der Frage ganz anders gedacht. Was den Ausfall auf die Zeitungslektüre betrifft, bemerkte ich Herrn Pašić bloss nebenbei, dass aus der allen serbischerseits abgegebenen Versicherungen zuwiderlaufenden Sprache der Belgrader Presse, zumal der „Samouprava", für jedermann erhellen müsste, dass die serbische Regierung ihren Standpunkt in der Grenzfrage durchaus geändert habe. Die „Samouprava" wäre aber jenes Blatt, welches mir in diesem Hause wiederholt als das offiziöse Organ der königlichen Regierung bezeichnet worden wäre. Nur en parenthèse machte ich Herrn Pašić weiters darauf aufmerksam, welchen Eindruck es hervorrufen werde, wenn er morgen oder übermorgen in der Skupschtina eine ähnliche Sprache führen sollte wie das Regierungsorgan. Seiner Auffassung, dass die Grenzkommission zur Trassierung neuer Grenze bestimmt oder auch nur befugt wäre, bin ich entschiedenst entgegengetreten. Diese Kommission habe, wie ich meinem Mitredner erklärte, keine andere Aufgabe, als die Grenze, die übrigens fast ausnahmslos klar und deutlich beschrieben und vorgezeichnet sei, im Terrain zu fixieren und sozusagen nur mehr die Grenzpfähle einzuschlagen. Die mir erteilte ganz unbestimmte und daher unbefriedigende Antwort auf unsere Frage über den Zeitpunkt der Räumung der serbischerseits besetzten strategischen Positionen, würde ich sofort nach Wien melden; ich könnte dazu nur bemerken, dass, von allen anderen schon wiederholt erörterten Konsiderationen abgesehen, die Albanesen nach meinen der Belgrader Regierungspresse entnommenen Informationen aufs Haupt geschlagen wären und gar nicht daran dächten, Serbien anzufallen. Wenn mich nicht alles täuscht und nicht noch andere Gründe vorliegen, so haben die serbischen Wünsche nach der sogenannten strategischen Grenze dem wohlerwogenen Plan des Ministerpräsidenten zu dienen, die Regierung vor oppositionellen Kammerangriffen wegen des durch die serbische Schreckensherrschaft hervorgerufenen Arnautenaufstandes decken zu helfen. Die Regierung will der Bevölkerung weismachen können, dass Mobilisierung und Feldzug gegen Albanien zur Erwirkung dieser strategischen Grenze oder anderer gewichtiger Vorteile nötig und die dadurch verursachten Opfer nicht umsonst gebracht waren. Storck.

a) Oe. U. Balkan 454 Nr. 907. Vgl. n. 8828, 8836, 8844, 8848, 8850.

Nr. 8836. Bericht des Legationsrates Wilhelm Ritter von Storck aus Belgrad, 15. Okt. 1913 Nr. 219 A (eing. 17. Okt.).a) Ausfert.

Mit meinen ergebensten Ziffertelegrammen vom heutigen Nr. 671 und 672 hatte ich die Ehre, den Verlauf der auf Grund der hohen telegraphischen Weisung vom gestrigen Nr. 299 von mir heute 12 Uhr mittags bei Herrn Pašić unternommenen Démarche in Angelegenheit der albanischen Grenze zu melden. Unsere Unterredung war trotz der meinerseits niemals aus dem Auge verlorenenen Maxime: fortiter in re, suaviter in modo, recht unerquicklich. Ich mußte mich schließlich in höflichster Form empfehlen, nicht ohne Herrn Pašić angetragen zu haben, ihm den entsprechend umstilisierten Text Euerer Exzellenz hohen Ziffernweisung nochmals in extenso vorzulesen. Herr Pašić verwies mich hiezu an den Generalsekretär Stefanović,

der indes nicht allein war und auf den auch noch andere Herren warteten. So fand ich heute keine Gelegenheit mehr, den Gegenstand auch ihm vorzutragen. Es wäre im Übrigen auch überflüssig gewesen, denn Herr Pašić hat mich wohl verstanden. Die hier zuliegenden Artikel[b]) der heutigen „Samouprava", von denen der eine in Kommuniquéform erschienen ist, lassen auch nicht mehr den leisesten Zweifel zu, wie es um die Wahrhaftigkeit, Tragweite und Verläßlichkeit serbischer Versprechungen und offiziellster Regierungserklärungen bestellt ist. Ich berichte nichts Neues, wenn ich melde, daß man hier wieder einmal einfach gelogen hat, denn das hat man hier ja immer getan. Ich darf jetzt auch auf den wohl begründeten Pessimismus hinweisen, der meine ergebenste Berichterstattung vom Anbeginne an durchzogen hat. Ich befürchte, daß Serbien so leicht nicht nachgeben wird. Dazu wäre ein einstimmiges „quos ego" der Mächte an Serbien erforderlich, wozu Rußland und vielleicht auch Frankreich kaum zu haben sein werden. Hoffen wir, daß wenigstens England, dessen Stimme den Ausschlag geben würde, sich für die absolute Respektierung der unter seiner Ägide zustandegekommenen albanischen Grenze entsprechend einsetzt. Falls wir allein vorgehen müßten, wird uns die Durchsetzung unseres Willens so viel kosten wie bisher alles, was wir Serbien gegenüber erreicht haben. Ohne physischen Zwang oder einer Drohung damit wird es kaum abgehen. Käme es so weit, so würde Serbien wie bisher allerdings sofort nachgeben und damit zufrieden sein, die Monarchie abermals in schwere Unruhe und materielle Opfer gestürzt zu haben. Storck.

[a]) Vgl. n. 8853. — [b]) Beilage.

Beilage zu n. 8836.

„Samouprava" vom 2./15. Oktober 1913 führt an leitender Stelle aus, daß Serbien durch den Arnauteneinfall gezwungen gewesen wäre, jene strategischen Positionen, welche es seinerzeit über Wunsch der Großmächte preisgab, im Interesse der Ruhe und Ordnung an seiner Grenze wiederzubesetzen und solange besetzt zu halten, bis seitens der Großmächte über die albanesischen Grenzen definitive Entscheidungen gefällt sein würden. Für den erlittenen Schaden müßten nun eigentlich die Schöpfer Albaniens aufkommen. Da aber diese aus dem Völkerrechte hervorgehende Methode eine undurchführbare wäre, könne es nur zwei andere Wege geben: 1.) Man gibt den durch die Arnauteneinfälle bedrohten Nachbarn gute ökonomische, geographische und strategische Grenzen, wodurch dem Hauptbedürfnis — dem Balkanfrieden — unzweifelhaft am Besten gedient wäre, oder 2.) es würden sich die Großmächte zum Ersatze der durch die Arnauteneinfälle entstandenen und noch entstehenden Schäden formell verpflichten. Serbien weiß nicht, welchen dieser beiden Wege die Großmächte einschlagen werden; der bestehende Wunsch Serbiens nach gewissen Friedensgarantien für die Zukunft, ist aber umso berechtigter, als Serbien bei einer unrationellen Lösung zum Selbstschutze gezwungen wäre. ...[a])

„Samouprava' vom 2./15. Oktober 1913 veröffentlicht nachstehendes — wörtlich übersetztes — Communiqué: Das königlich serbische Heer hat, nachdem es die feindlichen Arnautenmassen vom serbischen Territorium

verdrängt und jene wichtigsten strategischen Positionen besetzt hat, von welchen es eventuelle neue albanesische Einfälle auf serbisches Territorium leichter abwehren kann, den Befehl erhalten, gegen Albanien nicht weiter vorzurücken. In diesen Positionen wird es provisorisch solange verbleiben, bis Garantien für den weiteren Frieden an der Grenze geschaffen sein werden und die Grenzfrage endgiltig gelöst sein wird. Da in Albanien aufrührerische Gährung herrscht und nicht genügend starke und anerkannte Behörden bestehen, dieselbe zu dämpfen, somit die Möglichkeit neuer Einfälle in Serbien nicht ausgeschlossen erscheint, wurde unserem Heere angeordnet, sich in solchen Fällen auf die Abwehr zu beschränken.

[a]) Punkte in der Beilage.

Nr. 8837. Tel. nach Berlin Nr. 693 (1), Rom Nr. 1204 (2) und Bukarest Nr. 450 (3), 15. Okt. 1913 (chiffr. 11 U. 5 M. a. m.).[a]) Konz. (S. Rappaport; G. Berchtold).

1.—3. Bei Ausführung der Euer etc. mit meinem gestrigen Telegramme
1. Nr. 690[b])
2. Nr. 1200[b])
3. Nr. 449[b])
1.—3. aufgetragenen Mittheilung an die dortige Regierung wäre
3. von einer vollinhaltlichen Verlesung meiner Depesche an Herrn von Storck oder der Hinterlassung einer diesbezüglichen Aufzeichnung Abstand zu nehmen und
1.—3. unser Schritt in Belgrad folgendermaßen zu erläutern: Wir seien nicht in der Lage, die auf Kosten des autonomen Albaniens erfolgenden serbischen Übergriffe weiter ruhig hinzunehmen. Wir wollten aber Serbien durch unsere Demarche noch einmal die Gelegenheit geben, diese Übergriffe spontan rückgängig zu machen und hoffen, daß das Belgrader Kabinet sich hiezu freiwillig entschließen werde. Sollte dies wider Erwarten nicht der Fall sein, so wären wir allerdings genöthigt, in Belgrad in einer weit kathegorischeren Weise aufzutreten. Berchtold.

[a]) Vgl. n. 8840, 8848 Anm. b. — [b]) Mit Tel. Nr. 690 nach Berlin (1), Nr. 1200 nach Rom (2), Nr. 449 nach Bukarest (6), 14. Okt. 1913 (chiffr. 11 U. p. m.) wurde n. 8828 vom Anfange bis „Mitteln sicherzustellen" mit dem Beifügen mitgeteilt, von dem Inhalte dieser Weisung der dortigen Regierung vertraulich Kenntnis zu geben.

Tel. nach Bukarest, 15. Okt. 1913 Nr. 450 (chiffr. 11 U. 5 M. a. m.). Siehe n. 8837.

Nr. 8838. Tel. nach Bukarest Nr. 451 (1) und Rom Nr. 1208 (2), 15. Okt. 1913 (chiffr. 4 U. p. m.).[a]) Konz. (S. Rappaport; G. Berchtold).

1. Laut einer telegrafischen Meldung aus Durazzo hat Essad Pascha eine Maßnahme (Constituirung eines Senates für Zentralalbanien) ergriffen, welche die factische Unabhängigkeit Mittelalbaniens von der Valonaer Regierung bedeutet, gleichzeitig uns jedoch seiner Loyalität gegenüber dem künftigen Fürsten und den in der Kontrollkommission vertretenen Mächten versichert. Eine weitere Meldung aus Antivari besagt, daß der egyptische

Prinz und Prätendent Ahmed Fuad Pascha demnächst eine Agitationsreise nach Albanien anzutreten beabsichtige. Euer Hochwohlgeboren wollen Vorstehendes zur Kenntnis des Prinzen Wied und, bei sich ergebender Gelegenheit, auch zu jener Seiner Majestät König Karols bringen und zu dem Zwecke verwerthen, um darzuthun, daß es hoch an der Zeit ist, daß Prinz Wied sich nunmehr zur Aufstellung seiner Candidatur entschließe. Hiedurch und durch ein rasches Handeln der nächstinteressirten Mächte müsse der drohenden Zersplitterung der Albanesen, welche sich übereinstimmenden Äußerungen der Konsuln und der Landesnotablen gemäß als eine traurige Folge des „fürstenlosen" Zustandes darstelle, vorgebeugt werden.

2. Ich telegraphiere nach Bukarest wie folgt: (Inseratur Telegramm sub 1. in extenso). Vorstehendes zur streng vertraulichen Mittheilung an Marquis di San Giuliano. Berchtold.

[a]) Vgl. n. 8806, 8886.

Nr. 8839. Tel. des Legationsrates Franz Freiherrn von Haymerle aus Bukarest-Sinaia, 15. Okt. 1913 Nr. 368 (eing. 16. Okt. 8 U. a. m.). Entziff.

Bezug auf Telegramm Nr. 448[a]) von heute betreffs Meldung Geschäftsträgers in Athen über rumänisch-griechischen Gedankenaustausch. Wie bereits gemeldet, sucht man von hier aus auf griechische Regierung im Sinne Nachgiebigkeit zu wirken (hieramtliches Telegramm Nr. 357 vom 3. d. M.) und hat Seine Majestät der König, wie er mir gegenüber erwähnte, zu diesem Zwecke den Athener Gesandten, der hier auf Urlaub war, vor einer Woche Athen zurückgesendet. Sowohl Seine Majestät der König, wie Minister des Äussern äusserten sich mir gegenüber fast gleichlautend zu wiederholten Malen: „Griechenland hat genug erhalten und soll sich jetzt zufrieden geben." Dies ist auch die hier allgemein verbreitete Ansicht. Reise Take Jonescos nach Athen, die projektiert gewesen sein dürfte, wurde vor zwei Tagen von allen Zeitungen mit Begründung griechischer ...[b]) formell als nicht stattfindend erklärt. Seine Majestät äusserte sich in der ganzen letzten Zeit allen hiesigen Vertretern gegenüber über Lage äusserst beruhigt und glaube ich, dass dies auch Höchstdessen Meinung und die seiner Regierung ist, wenn auch ...[b]) des Abschlusses einer Anleihe Notwendigkeit beruhigender Erklärungen ...[b]) ergibt. Haymerle.

[a]) Mit Tel. Nr. 448, 14. Okt. 1913 (chiffr. 6 U. 30 M. p. m.) wurde n. 8826 nach Bukarest mitgeteilt. — [b]) Chiffre verstümmelt.

Tel. nach Rom, 15. Okt. 1913 Nr. 1204 (chiffr. 11 U. 5 M. a. m.). Siehe n. 8837.

Tel. nach Rom, 15. Okt. 1913 Nr. 1208 (chiffr. 4 U. p. m.). Siehe n. 8838.

Nr. 8840. Tel. des Legationsrates Grafen Ludwig Ambrózy aus Rom, 15. Okt. 1913 Nr. 770 (eing. 16. Okt. 8 U. a. m.).[a]) Entziff.

Serbische Übergriffe. Marquis di San Giuliano, durch Mitteilung des Inhaltes hoher Telegramme vom 14. d. M. Nr. 1200[b]) und von heute

Nr. 1204 sehr impressioniert, sagte mir, er müsse Gegenstand mit Ministerpräsidenten besprechen, bevor er über Stellungnahme der italienischen Regierung etwas mitteilen könne. Ambrózy.

[a]) Vgl. n. 8849. — [b]) Vgl. n. 8837 Anm. b.

Nr. 8841. Tel. des Legationsrates Rudolf Freiherrn von Mittag aus Sofia, 15. Okt. 1913 Nr. 1198 (eing. 5 U. 25 M. p. m.).[a]) Entziff.

Streng geheim. Bezug auf mein Telegramm Nr. 1193 vom 13. d. M. Ministerpräsident sagte mir spontan, Absendung bulgarischen Contreprojektes türkisch-bulgarischer Militärkonvention nach Konstantinopel werde erst in einigen Tagen erfolgen, da Wichtigkeit Sache keine Übereilung zulasse. Minister des Äussern teilt mir ebenfalls mit, ursprünglich beabsichtigter Termin Abschickung sei etwas hinausgeschoben. Mittag.

[a]) Vgl. n. 8858.

Nr. 8842. Note an das Kriegsministerium, 15. Okt. 1913 Nr. 4888.[a]) Konz. (S. Matscheko; V. u. G. Berchtold).

Es hat sich die Notwendigkeit ergeben, in unzweifelhafter Weise festzustellen, ob und wie weit serbische Truppen in das Gebiet Albaniens eingedrungen sind. Während nämlich nach Meldungen unserer Konsularämter und aus albanesischen Quellen fast mit Gewißheit anzunehmen ist, daß eine solche Okkupation stattgefunden hat, wird dies von der serbischen Regierung zwar nicht gänzlich abgeleugnet, aber doch nur in ganz minimalem Ausmaß zugegeben, ohne daß wir in der Lage wären, hiegegen authentische Tatsachen anzuführen. Da k. u. k. Konsulate, welche aus eigener Anschauung Feststellungen in dieser Hinsicht vornehmen könnten, in den in Frage kommenden Gebieten nicht bestehen und auch die tatsächliche Machtsphäre der provisorischen albanesischen Regierung nicht bis in jene Gegenden reicht, so würde es das k. u. k. Ministerium des Äußern für angezeigt halten, daß drei oder vier Offiziere (soviel Offiziere als Hauptsaumpfade von der albanesisch-serbischen Grenze in der Meeresrichtung führen) des k. u. k. Detachements in Skutari angewiesen werden, sich ehestens einzeln in Civilkleidung in die in Betracht kommenden Gebiete zu begeben. Was die Frage der Eskorte anbelangt, so ist das k. u. k. Ministerium des Äußern aus verschiedenen gewichtigen Gründen der Ansicht, daß von der Begleitung des betreffenden Offiziers durch eine Patrouille oder ein kleines Bedeckungsdetachement des k. u. k. Heeres abgesehen werden muß. Für die persönliche Sicherheit des betreffenden Offiziers könnte in der Weise gesorgt werden, daß er in Begleitung von hiezu anzuwerbenden Albanesen reist und durch Empfehlungsschreiben an die lokalen Gewalthaber (Stammeshäupter, Bajraktars, die Geistlichkeit) vor Angriffen der einheimischen Bevölkerung gesichert wird. Es wäre nach hierortigem Dafürhalten dem k. u. k. Detachements-Kommando in Skutari zu überlassen, im Einvernehmen mit dem dortigen k. u. k. Generalkonsulate diesbezüglich das Nähere zu bestimmen. Die Mission der zu entsendenden Offiziere würde sich selbstverständlich auf das Gebiet Albaniens innerhalb der in London fixierten

Grenzen beschränken. Ihre Aufgabe bestünde darin festzustellen, ob diese Grenzen von serbischen Truppenteilen überschritten wurden und albanesisches Gebiet somit von ihnen besetzt ist. Sobald sie auf serbische Truppen stoßen, hätten sie sich zurückzuziehen, für eine möglichst rasche und gesicherte Meldung im Wege des nächstgelegenen k. u. k. Konsularamtes oder des Detachementskommandos in Skutari zu sorgen und bis zum Eintreffen weiterer Weisungen ihre Beobachtungen fortzusetzen. In erster Linie würde es sich darum handeln zu konstatieren, ob in Oroshi sowie im Drintale (soweit es zu Albanien gehört, also nördlich von Dibra bis zum Zusammenfluß des schwarzen und des weißen Drin), endlich im östlich hievon gelegenen Gebiet der Lumesen serbische Truppen sich befinden. Das k. u. k. Ministerium des Äußern darf an das k. u. k. Kriegsministerium daher das Ersuchen stellen, eine in diesem Sinne lautende Weisung, wenn möglich, auf telegraphischem Wege ehestens an das k. u. k. Detachementskommando in Skutari zu richten. Das dortige k. u. k. Generalkonsulat wird nach Einlangen der Rückäußerung des k. u. k. Kriegsministeriums entsprechend verständigt werden. Ferner wird das k. u. k. Ministerium des Äußern auch die provisorische Regierung in Valona und Essad Pascha, den faktischen Machthaber in der Gegend von Tirana, von der bevorstehenden Informationsreise von k. u. k. Offizieren in die bezeichneten Gebiete verständigen und beide zur tunlichsten Unterstützung veranlassen.

[a]) Vgl. n. 8891.

Nr. 8843. Tel. des ungarischen Ministerpräsidenten Grafen Stephan Tisza aus Budapest, 15. Okt. 1913 o. Nr. (eing. 3 U. 30 M. p. m.).[a]) Entziff.

Gratuliere zum Belgrader Telegramm;[a]) ich erlaube mir nur aufmerksam zu machen, wie misslich es wäre, wenn Berlin und Rom diese Demarche von den Serben und nicht direkt von uns erfahren würden. Tisza.

[a]) Vgl. n. 8828.

Nr. 8844. Tel. des Legationsrates Wilhelm Ritter von Storck aus Belgrad, 16. Okt. 1913 Nr. 673 (eing. 7 U. p. m.). Entziff.

Im Nachhange Telegrammes Nr. 672 von gestern. Wie ich vertraulich erfahre, soll der Befehl zur Einstellung des serbischen Vormarsches in Albanien erst auf die Meldung hin erfolgt sein, dass die serbischen Truppen bereits den Marsch nach Elbassan anzutreten im Begriffe stünden. Darauf bezieht sich offenbar die Bemerkung Herrn Pašić', dass ohne die Einhaltung der serbischerseits gegebenen Versicherungen die Truppen heute wo anders stünden als sie tatsächlich stehen. Storck.

Nr. 8845. Tel. des Legationsrates Wilhelm Ritter von Storck aus Belgrad, 16. Okt. 1913 Nr. 674 (eing. 7 U. p. m.).[a]) Entziff.

Mit Bezug auf Telegramm Euer Exzellenz vom 14. d. M. Nr. 299. Anlässlich Mitteilung des für den Gebrauch Herrn Stefanović' ins Französische übertragenen Textes der mir anbefohlenen Demarche konnte ich konstatieren, dass unsere Sprache immerhin Eindruck gemacht zu haben

scheint. Der Trotz, der in der gestrigen Antwort Herrn Pašić' zum Ausdrucke kam, ist scheinbar (?) der Erkenntnis des Ernstes der Situation gewichen. Herr Stefanović spielte wenigstens heute mir gegenüber eher den gekränkten Melancholiker als den erbosten Patrioten. In den Text der Herrn Stefanović überlassenen Aufzeichnung habe ich den Passus, der sich auf die Erklärungen Herrn Pašić' mir gegenüber bezieht, nicht aufgenommen, respective in anderer Form zum Ausdrucke gebracht, weil die Message Euer Exzellenz, beziehungsweise meine damalige Aussprache mit dem Herrn Ministerpräsidenten vertraulichen Charakter hatte (vide Telegramm Euer Exzellenz vom 8. d. M. Nr. 296). Storck.

[a]) Vgl. n. 8846, 8851.

Nr. 8846. Bericht des Legationsrates Wilhelm Ritter von Storck aus Belgrad, 16. Okt. 1913 Nr. 220 A (eing. 18. Okt.). Ausfert.

Streng vertraulich. Im Nachhange zu meinem ergebensten Zifferntelegramm Nr. 674 vom Heutigen beehre ich mich, Euer Exzellenz anbei den Text[a]) unserer jüngsten Démarche bei Herrn Pašić, respektive der mir hiebei zuteil gewordenen Antwort[a]) in jener Redaktion ergebenst vorzulegen, in welcher ich denselben dem Generalsekretär, Herrn Stefanović, über Ersuchen Herrn Pašić' nachträglich überlassen habe. Dem Herrn Ministerpräsidenten hatte ich deutsch gesprochen und ihm den deutschen Originaltext Euerer Exzellenz hochgeneigter Zifferweisung vom Vorgestrigen Nr. 299 selbstredend nur mit geringfügigen, durch den gebotenen Schutz des Chiffregeheimnisses notwendig gewordenen, sachlich belanglosen Umstellungen in extenso vorgetragen. Die Überlassung meiner einschlägigen Aufzeichnungen an Herrn Stefanović erschien mir für alle Fälle doch empfehlenswert, weil Herr Pašić vaguement von einer Publizierung unserer Unterredung gesprochen hatte und ich es nicht darauf ankommen lassen durfte, heute oder morgen ganz etwas anderes in den serbischen Zeitungen zu lesen, als was tatsächlich gesprochen worden war. Angesichts des angeblich unmittelbar bevorstehenden Beginnes der Handelsvertragsverhandlungen mit Serbien sowie der angebahnten Herstellung vertrauensvollerer Beziehungen zum Königreiche hatte ich mich in den letzten 8 Tagen der königlichen Regierung gegenüber, trotz oft stundenlangen und durch die Verhältnisse durchaus nicht gerechtfertigten Antichambrierenmüssens sowie des geringen Empressements, welches man in der Beantwortung unserer amtlichen Anfragen und Wünsche an den Tag legte, der allergrößten Geduld und der delikatesten Sprache befleißigt, um die zarten Triebe unseres angeblich aufkeimenden besseren Verhältnisses zu Serbien zu hegen und zu schonen. Angesichts des unsererseits nunmehr angeschlagenen energischeren Tones war aber auch für mich der erwünschte Moment gekommen, Herrn Stefanović gegenüber einmal frei von der Leber weg zu sprechen. Ich erwiderte ihm daher auch heute auf seine erneute Beschwerde, daß Serbien durch unsere Haltung jeder Möglichkeit beraubt würde, sich für den Arnauteneinfall regressieren und gegen eine Wiederholung solcher Angriffe decken zu können, daß es einmal heraus müsse, daß von einem

„Einfall" der Arnauten überhaupt keine Rede sei, sondern nur davon, daß sich die unter serbische Herrschaft geratene albanesische Bevölkerung gegen das rücksichtslose serbische Régime erhoben, respektive mit der Waffe in der Hand in ihre alten Heimstätten zurück zu dringen versucht hätte. Dafür wäre sie serbischerseits mehr als genügend bestraft worden und Serbien könne sein Mütchen wohl mehr als gekühlt betrachten. Auf seinen lächerlichen Einwurf, daß die Albanesen auf serbischem Gebiete gegen die eindringenden Arnauten selbst Partei ergriffen hätten und mit der serbischen Regierung durchaus einverstanden wären, erwiderte ich mit dem glatten Hinweis auf die Füsilierung der Notablen in den serbisch gewordenen albanischen Grenzstädten und lehnte jedes weitere Eingehen auf dieses Thema ab. Ich mußte in dieser Hinsicht deutlich werden, weil auch Herr Pašić mir gestern von einem „Plébiscite" der albanesischen Bevölkerung im derzeit von Serbien okkupierten autonomen Albanien gefaselt hatte, eine vox populi, die angeblich ergeben würde, dass die Grenzbevölkerung selbst die Annexion durch Serbien wünsche. Ich nahm keinen Anstand meinem Mitredner auch anzudeuten, daß Serbien bisher nur negative Beweise für seine Administrationstalente erbracht hätte und anstatt neue Gebiete unter seine Verwaltung bekommen zu wollen, lieber bestrebt sein sollte, in Neuserbien ein besseres Verhältnis herzustellen. Auch habe ich dem Herrn Generalsekretär heute auf den Kopf hin zugesagt, daß die Serben nicht, wie er mir weiß machen wolle, bloß einen oder zwei Kilometer über der Grenze, sondern in Oroschi, das heißt wieder in der Mitte von Albanien, stünden. Sein Lamento, daß die Mächte doch selbst einsehen müßten, daß sie die Grenze für Serbien ungünstig gezogen hätten und sie berichtigen sollten, habe ich mit der kurzen Bemerkung abgetan, daß er ganz genau wüßte, wie diese Grenze zustande gekommen sei, und daß die rein albanischen Städte, wie Djakova, Dibra und andere, niemals bestimmt waren, an Serbien zu fallen. Wenn dies unter dem Zwange der Verhältnisse dennoch geschehen wäre, so könne Serbien mehr als zufrieden sein. Jedenfalls wäre diese für das autonome Albanien ungünstige Entscheidung für die Mächte kein Grund, Albanien noch weitere Territorien zu entziehen. Herr Stefanović wird nicht verfehlen, diese Äußerungen brühwarm Herrn von Hartwig zu hinterbringen. Dies kann uns und schließlich auch mir vollkommen gleichgiltig sein; denn es wird immer klarer, daß die ebenso unverschämte wie zweideutige Haltung der serbischen Regierung in der albanischen Frage erst nach der Rückkehr des russischen Gesandten jene Dimensionen angenommen hat, die uns bewegen mußten, wiederum uns, und uns allein, für Albanien in die Bresche zu stellen. Die verlogenen und perfiden Versicherungen, mit denen mich Herr von Hartwig, unter Berufung auf seinen kürzlichen Besuch am Ballplatz und seine angeblich so freundschaftlichen Beziehungen zu Euer Exzellenz, irrezuführen und zu beruhigen bestrebt war, sind die reine Bauernfängerei gewesen, ein Vorgang der in der mitteleuropäischen Diplomatie heutzutage nicht mehr als „fair" gilt. Ich kann offen gestehen, daß ich nach Kräften bestrebt war, dem Vertreter Rußlands, dem wie er mir sagte, Euer Exzellenz von einer direkten russisch-österreichisch-ungarischen Verständigung über Albanien gesprochen haben sollten, näher

zu treten und ein besseres Verhältnis zu ihm anzubahnen. Es hieße aber einfältig sein, diesen Versuch zu wiederholen, und es wäre naiv gewesen, seinen Versicherungen vollen Glauben zu schenken. Gott sei Dank wurde ich davor durch die warnenden Stimmen meines englischen und auch italienischen Kollegen bewahrt. Storck.

a) Wurde weil inhaltlich Wiederholung von n. 8828, sowie von n. 8834, 8835 nicht aufgenommen.

Nr. 8847. Tel. an den Gesandten Ludwig Freiherrn von Flotow in Berlin, 16. Okt. 1913 Nr. 696 (chiffr. 3 U. p. m.). Konz. (S. Schreibmaschine; V. Rappaport; G. Berchtold).

Streng vertraulich. Um unseren Standpunkt gegenüber der serbischen Okkupation strategischer Punkte in Albanien, wie derselbe in dem Telegramme an Herrn von Storck vom 14. Oktober l. J.a) niedergelegt erscheint, auch dem hiesigen deutschen Geschäftsträger zum Ausdruck zu bringen, habe ich Prinzen Stolberg am 15. Oktober zu mir beschieden und ihm von dem nach Belgrad ergangenen Auftrage (mein Telegramm Nr. 690b) vom 14. d. M.) Mitteilung gemacht. Ich habe hiebei betont, daß wir die serbische Darstellungsweise — es handle sich um eine bloß provisorische Okkupation — nicht akzeptieren können, da nach den uns zur Verfügung stehenden Informationen dies ein bloßer Prätext sei, um unter dessen Deckmantel ein fait accompli zu schaffen, welches Serbien in den faktischen Besitz der betreffenden Grenzlinie setzen soll. Die serbische Regierung habe sich unter dem Einflusse und mit der Rückendeckung der Hartwig-Iswolsky-Exponenten der Tripelentente einen Plan zurechtgelegt, nach welchem den Arbeiten der Delimitierungskommission ein neues Element — der faktische Besitz der angestrebten Grenzlinie durch die erfolgte Okkupierung — zu Grunde gelegt werden soll. Eine solche Vorgangsweise sei zu durchsichtig, um von uns ignoriert werden zu können. Wir würden, indem wir uns in das uns gelegte Netz fangen lassen, nicht nur unser mühsames Werk der Schaffung eines selbstständigen Albaniens preisgeben, sondern auch unser Ansehen am Balkan und speziell in der südslavischen Welt kompromittieren. Was das erstere anbelangt, so ist es evident, daß die nunmehr serbischerseits in Aussicht genommene Grenzlinie eine Bedrohung des restlichen Albaniens bilden würde und durchaus ungerechtfertigt sei, da wohl das schwache Albanien eine Besserung seiner Grenzlinie gegen das starke Serbien — nicht aber umgekehrt — zu beanspruchen gerechtfertigt sei. Daß aber unser Ansehen gegenüber der südslavischen Welt durch ein neuerliches Zurückweichen vor den diplomatischen Exponenten des Großserbentums empfindlichen Schaden leiden müßte, sei ebensowenig bestreitbar wie die Unmöglichkeit für uns, mit Rücksicht auf unsere eigenen Südslaven uns einem solchen Prestigeverlust auszusetzen. Wir hätten Serbien gegenüber in dieser letzten Phase, namentlich auch anläßlich des Besuches des Herrn Pašić in Wien, die freundschaftlichsten Dispositionen und den Wunsch an den Tag gelegt, in Hinkunft bessere und engere Beziehungen zu pflegen. Wenn aber serbischerseits in dieser Weise geantwortet werde, so zeige dies, daß dort die abgegebene Versicherung nicht ernstlich gemeint und nur ein

Manöver sei, um weiter ungestraft die Interessen der Monarchie unterwühlen zu können. Unsere beiden Regierungen seien entschlossen, unseren Standpunkt unverrückt durchzuhalten und Seine Majestät habe diese Stellungnahme zu billigen geruht. Vorstehendes zu Euer Hochwohlgeboren Kenntnisnahme und Regelung Ihrer Sprache gegenüber dem Herrn Unterstaatssekretär.

[a]) Nr. 299 = n. 8828. — [b]) Vgl. n. 8837 Anm. b.

Nr. 8848. Tel. an den Sektionschef Grafen Johann Forgách in Dresden, 16. Okt. 1913 Nr. 28 (chiffr. 1 U. 15 M. p. m.).[a]) Konz. (S. u. G. Rappaport).

Fortsetzung meines Telegrammes Nr. 27[b]) von heute: Die Antwort Herrn von Storcks vom 15. d. M. lautet: ... *wie n. 8834 und n. 8835* ... Um Euer Exzellenz in die Lage zu versetzen, in eventuellen Unterredungen mit Seiner Majestät Kaiser Wilhelm und den deutschen Staatsmännern den von uns Serbien gegenüber eingenommenen Standpunkt vertreten zu können, werde ich nicht ermangeln, Hochdenselben die nächste Weisung nach Belgrad, eventuell auch andere im Gegenstande belangreiche Piècen telegraphisch mitzutheilen. Berchtold.

[a]) Vgl. n. 8873. — [b]) Mit Tel. Nr. 27, 16. Okt. 1913 (chiffr. 11 U. 15 p. m.) wurden n. 8828 und n. 8837 nach Dresden mitgeteilt.

Nr. 8849. Tel. des Legationsrates Grafen Ludwig Ambrózy aus Rom, 16. Okt. 1913 Nr. 774 (eing. 17. Okt. 8 U. a. m.).[a]) Entziff.

Serbische Übergriffe. Im Verfolge meines gestrigen Telegrammes Nr. 770. Marquis San Giuliano sagte mir, er habe Ministerpräsidenten heute eigens wegen obiger Angelegenheit aufgesucht, sei aber nicht dazu gekommen, mit ihm darüber zu sprechen. Seiner Ansicht nach müsste positiv erhoben werden, wo serbische Armee stehe. Wenn es wahr sei, dass sie Territorium des autonomen Albaniens ...[b]), müsse in Belgrad offene Sprache geführt werden. Minister hatte eben zu Ende gesprochen, als eine beim Kabinettschef abgegebene Note des serbischen Geschäftsträgers hereingebracht wurde. In derselben heisst es unter anderem, dass serbische Armee Vormarsch gegen Albanien sistiert habe und nur noch einige strategische Punkte besetzt halte, deren provisorische Okkupation angesichts der Ohnmacht der albanesischen Regierung, Ordnung in Grenzgebieten zu erhalten, zum Schutze des serbischen Territoriums nötig sei. Auch diese würden nur solange besetzt bleiben, bis Grenzkommission ihre Aufgabe gelöst habe. Haltung der serbischen Armee sei rein defensiv. Als ich Marquis San Giuliano unter Hinweis auf erwähnte strategische Punkte an seine Erklärung über Notwendigkeit offener Sprache erinnerte, wich er Diskussion unter Hinweis auf Notwendigkeit einer Rücksprache mit dem Ministerpräsidenten aus. Ich habe Überzeugung, dass italienische Regierung wünscht, dass wir ihr Kastanien aus dem Feuer holen. Aus vertraulicher Quelle höre ich, dass in hiesigen politischen Kreisen Zusammengehen Italiens mit uns in dieser Frage nicht gebilligt würde. Auf der einen Seite werde gesagt, Italien habe sichs wegen Albanien schon mit Griechenland und Montenegro

verdorben und würde Gefahr laufen, Zukunft seiner politischen und kommerziellen Beziehungen mit Serbien aufs Spiel zu setzen. Auf der anderen Seite werde hervorgehoben, dass, wenn italienische Regierung sich von uns in diesem Zeitpunkte ins Schlepptau nehmen lasse, wir mit Reichsitalienern und mit den unsrigen machen können, was wir wollen, ohne unsere Beziehungen zum Königreich zu gefährden. Der Agenzia Stefani sei Auftrag erteilt worden, bei den Depeschen aus Belgrad freundschaftlichen Charakter der italienischen Demarchen zu unterstreichen. Ambrózy.

[a]) Vgl. n. 8856. — [b]) Chiffres fehlen.

Tel. nach Athen, 17. Okt. 1913 Nr. 224 (chiffr. 18. Okt. 1 U. 30 M. a. m.). Siehe n. 8854.

Nr. 8850. Tel. an den Legationsrat Wilhelm Ritter von Storck in Belgrad, 17. Okt. 1913 Nr. 303 (chiffr. 18. Okt. 12 U. 10 M. a. m.).[a]) Konz. (S. Matscheko; V. Rappaport; G. Berchtold).

Euer Hochwohlgeboren Telegramme Nr. 671 und 672 vom 15. d. M. erhalten. Ich bin mit der Art, wie Euer Hochwohlgeboren den Auftrag ausgeführt haben und den Bemerkungen Herrn Pašić' entgegengetreten sind, durchaus einverstanden. Euer Hochwohlgeboren wollen an die königlich serbische Regierung nachstehende Verbalnote richten: „La Légation Impériale et Royale à Belgrade a eu l'honneur d'attirer, plus d'une fois, par ordre de son Gouvernement, l'attention du Ministère Royal des Affaires Etrangères sur la nécessité de respecter strictement les décisions de la réunion des Ambassadeurs à Londres et de s'abstenir de toute action militaire dans le territoire attribué par la volonté des Puissances à l'Albanie. Ce point de vue du Gouvernement Impérial et Royal est d'autant plus justifié que la réunion de Londres a déjà tenu compte, dans une mesure très large et au détriment de l'Albanie, des désirs formulés par la Serbie au sujet de la délimitation en question. L'Autriche-Hongrie ne saurait donc consentir en aucun cas à ce que la décision internationale sur les confins de l'Albanie fût modifiée ultérieurement en faveur de la Serbie. La dernière réponse donnée à ce sujet par le Gouvernement Royal serbe à la Légation Impériale et Royale est tout aussi peu satisfaisante que le contenu de la Notice remise au Ministère Impérial et Royal des Affaires Etrangères par Monsieur le Ministre de Serbie. En effet l'ordre qui enjoint aux troupes serbes d'arrêter leur marche ne saurait être considéré comme suffisant. Il est indispensable aux yeux du Gouvernement Impérial et Royal que le Gouvernement serbe procède au rappel immédiat des troupes qui ont dépassé les frontières fixées par la réunion de Londres et qui occupent par conséquent des territoires faisant partie de l'Albanie. Le Gouvernement Impérial et Royal se plaît à espérer que le Gouvernement serbe ne tardera pas à procéder à l'évacuation intégrale du territoire albanais dans un délai de huit jours. Au cas contraire, le Gouvernement Impérial et Royal se verrait à son grand regret dans la nécessité d'avoir recours aux moyens propres à assurer la réalisation de sa demande." Berchtold.

[a]) Oe. U. Balkan 456 Nr. 912. Vgl. n. 8854, 8859, 8878, 8879, 8893.

Nr. 8851. Tel. des Legationsrates Wilhelm Ritter von Storck aus Belgrad, 17. Okt. 1913 Nr. 676 (eing. 6 U. 30 M. p. m.).[a] Entziff.

Zu unserer jüngsten Demarche wegen Albaniens. Obwohl unsere Demarche wegen Albaniens, nach Bemerkung Herrn Pašić' zu schliessen, sogleich publiziert werden sollte und die königliche Regierung im Besitze des authentischen Textes der unsererseits geführten Sprache ist, hat man hier bisher von jeder Veröffentlichung Abstand genommen. In der heutigen Thronrede[b]) wurde bezüglich Albaniens nur bemerkt, dass, „die aus dem autonomen Albanien nach Serbien eingefallenen" Arnautenbanden zurückgeworfen wurden. Storck.

[a]) Vgl. n. 8845, 8853. — [b]) Pol. Chron. d. ö.-u. Mon. 1913, 425.

Nr. 8852. Tel. des Legationsrates Wilhelm Ritter von Storck aus Belgrad, 17. Okt. 1913 Nr. 677 (eing. 18. Okt. 7 U. a. m.).[a] Entziff.

Heute folgendes Telegramm aus Nisch eingelangt: Von hohen serbischen Offizierskreisen gehen hiesigen Österreichern vielfach glaubwürdige und auch schon in die Öffentlichkeit dringende Nachrichten zu, daß Serbien, Griechenland und Montenegro allen Ernstes an eine Okkupation von ganz Albanien denken und diesbezüglich überraschend eine Tatsache schaffen wollen. Im Zusammenhange damit verlautet, daß in Serbien die Mobilisierung des gesamten zweiten Aufgebotes geplant ist und an den Vorbereitungen stetig sehr intensiv gearbeitet wird. Storck.

[a]) Vgl. n. 8896 Anm. a.

Nr. 8853. Tel. des Legationsrates Wilhelm Ritter von Storck aus Belgrad, 17. Okt. 1913 Nr. 678 (eing. 18. Okt. 9 U. a. m.).[a] Entziff.

Zu unserer Demarche wegen beschleunigter Räumung Albaniens. Deutscher Gesandter hat gestern telegrafische Instruktion erhalten, unsere Demarche betreffend die baldigste Räumung Albaniens (mein ergebenstes Telegramm Nr. 671 vom 15. d. M.) in nachdrücklicher Weise zu unterstützen. In Befolgung dieser Weisung war Baron Griesinger heute nachmittags bei Herrn Pašić, welcher ihm beiläufig Folgendes antwortete: Er verstünde unsere Nervosität nicht und man möge doch dem Umstande Rechnung tragen, dass bis jetzt auf jede Zurückziehung der serbischen Truppen ein albanesischer Angriff erfolgt sei. Dies wäre der Grund, aus dem es für Serbien erforderlich ist, an gewissen strategischen Punkten festzuhalten. Sobald die internationale Grenzkommission die Grenze festgelegt haben werde, würden die serbischen Truppen hinter diese Linie zurückgehen. Der Herr Ministerpräsident bemerkte sohin, dass Serbien an die Mächte die Bitte um eine kleine, im Interesse sowohl Serbiens als auch Albaniens gelegene Grenzrektifikation richten würde. Baron Griesinger hat daraufhin nichts erwidert, will aber an seine Regierung berichten, dass er darin einen Versuch Serbiens erblicke, die Arbeit der internationalen Kommission hinauszuschieben. Auch teilte mir der Herr kaiserlich deutsche Gesandte mit, dass nach seinen, auch nach Berlin gemeldeten Wahrnehmungen die recalcitrante Haltung der serbischen Regierung in der

albanesischen Frage erst seit Rückkehr Herrn v. Hartwigs in Zunahme begriffen ist, worauf ich ihm nur bemerken konnte, dass ich denselben Eindruck hätte und schon gestern im gleichen Sinne nach Wien berichtet habe. Mein italienischer Kollege hat schon gestern nachmittags über Auftrag seiner Regierung im Auswärtigen Amte vorgesprochen, um der serbischen Regierung freundschaftlich zu raten, die Londoner Beschlüsse zu achten und anknüpfend daran Herrn Pašić nahezulegen, dem billigen Verlangen Österreich-Ungarns nachzukommen. Herr Pašić lehnte es ab, Herrn Rinella zu empfangen, der sonach seinem Auftrage beim Generalsekretär Stefanović nachkommen musste. Dieser letztere verwies ihn an Stelle einer Antwort auf das in der „Samouprava" vom 15. d. M. veröffentlichte Communiqué, das ich mit meinem ergebensten Berichte vom gleichen Datum Nr. 219 A unterbreitet habe. Wie bereits gemeldet, wurden auch von der „Samouprava" unsere Demarchen bisher totgeschwiegen, offenbar, um die öffentliche Meinung nicht zu beunruhigen. Die Regierung selbst soll bereits wieder viel weniger impressioniert sein, da sie auf die Unterstützung der Triple-Entente bestimmt hoffen zu dürfen glaubt und es für unwahrscheinlich hält, dass wir doch einmal Ernst machen könnten. Die Belgrader Blätter beginnen aber trotzdem schon, sich des Themas zu bemächtigen. Storck.

[a]) Oe. U. Balkan 455 Nr. 910. Vgl. n. 8851, 8860.

Nr. 8854. Tel. nach Berlin Nr. 699 (1), Rom Nr. 1219 (2), St. Petersburg Nr. 546 (3), London Nr. 755 (4), Paris Nr. 482 (5), Konstantinopel Nr. 519 (6), Bukarest Nr. 456 (7), Sofia Nr. 617 (8), Athen Nr. 224 (9), Cetinje Nr. 233 (10) und Valona (Generalkonsul Petrović) Nr. 142 (11), 17. Okt. 1913 (chiffr. 1—10: 18. Okt. 1 U. 30 M. a. m.; 11: 18. Okt. 1 U. p. m.).[a]) Konz. (S. Matscheko und Schreibmaschine; V. Rappaport, Pogatscher u. Berchtold; G. Berchtold).

1.—5. Euer etc. wollen die nachstehende Mitteilung, welche ich gleichzeitig an alle Kabinette der Großmächte richte, der dortigen Regierung unter Hinterlassung einer Abschrift zur Kenntnis bringen. „Dès le commencement des hostilités entre les Etats balcaniques et la Turquie, l'Autriche-Hongrie, proche voisine des Balcans, a fait preuve de dispositions éminemment pacifiques. S'abstenant de toute immixtion dans les évènements belliqueux et de toute aspiration à une acquisition territoriale, elle s'est bornée à coopérer avec les Puissances au rétablissement de la paix et, en ce qui concerne l'Adriatique, à la création d'un Etat albanais. C'est aussi dans ce but que l'Autriche-Hongrie s'était décidée à prendre part aux travaux de la réunion des Ambassadeurs à Londres, où la question albanaise devait être discutée avec les autres problèmes réservés au verdict des Grandes Puissances. Il est évident, que pour répondre aux intentions de l'Autriche-Hongrie et des autres Cabinets, la question albanaise devait être résolue de façon à ce que le nouvel Etat fût rendu viable A cet effet il était de toute nécessité que, au moins, les territoires purement albanais soient compris dans la limite de ses frontières. Si l'Autriche-Hongrie a consenti à faire sur ce point des concessions très importantes, notamment en acceptant que des villes essentiellement albanaises comme Dibra et Diacova soient détachées de l'Albanie, c'était

uniquement pour ne pas se séparer des autres Puissances et assurer une solution pacifique du problème. Toutes ces concessions austro-hongroises n'ont pas empêché la Serbie de retarder pendant des mois le départ de ses troupes de l'Albanie. Même en face de démarches concertées des Grandes Puissances la Serbie s'est refusée jusqu'à ce jour de mener à bout l'évacuation du territoire en question. D'autre part la Serbie n'a pas laissée subsister de doute qu'elle n'avait nullement l'intention de considérer l'évacuation de l'Albanie en tant qu'elle s'était produite comme une mesure définitive. C'est ainsi que le Gouvernement serbe avance que les limites albanaises fixées par la réunion de Londres sont défavorables au point de vue stratégique. Il faut cependant noter que c'est précisément pour satisfaire aux exigences serbes que les Puissances ont adopté la frontière actuelle qui laisse en dehors de l'Albanie des villes et des territoires qui devraient en faire partie au point de vue géographique et éthnographique. Il est donc évident que ce n'est pas la Serbie qui aurait à se plaindre de la frontière fixée à Londres. Quant à la situation actuelle, les troubles albanais ne se présentent nullement comme une invasion en territoire serbe organisée systématiquement en Albanie, ainsi que cela a été représenté du côté serbe. Il est, en effet, notoire que la population albanaise, tant dans les contrées nouvellement acquises par la Serbie que dans celles de l'Albanie autonome occupées illicitement par les Serbes, a été exaspérée par des procédés vexatoires sans fin de la part des Serbes. Le soulèvement qui en résulta a fourni à la Serbie le prétexte pour sévir à main armée contre les Albanais. La quantité considérable de troupes mobilisées à cet effet démontre du reste clairement que les cercles dirigeants à Belgrade n'ont pas l'intention de se borner à réprimer un soulèvement, mais qu'ils visent bien au contraire l'occupation du territoire albanais autonome. Le Cabinet de Vienne n'a pas cessé de donner à Belgrade des conseils de sagesse. Mais il lui est impossible de suivre le Gouvernement serbe sur le terrain d'une distinction subtile entre „occupation définitive" et „occupation provisoire". Il est d'autant moins possible d'admettre les procédés serbes, que cet exemple ne manquerait pas d'être suivi par les autres voisins de l'Albanie, et que de cette façon les résultats de la réunion de Londres acquis avec tant de peine seraient compromis au grand danger de la paix générale. En plus puisque la Serbie continue à être recalcitrante vis-à-vis des décisions prises par l'Europe entière, le Gouvernement Impérial et Royal se voit dans la nécessité de prendre en main la sauvegarde des intérêts de la paix. La Légation Impériale et Royale à Belgrade a, par conséquent, reçu l'ordre de remettre au Gouvernement Royal serbe une note conçue dans les termes suivants: ... *wie n. 8850 von „La Légation Impériale et Royale à Belgrade a eu l'honneur" bis zum Schluß* ...

1. u. 2. Die Verlesung des vorstehenden Zirkulares wollen Euer etc. mit der Bemerkung einleiten, daß wir, wie der dortigen Regierung ja bekannt ist, zu wiederholten Malen in Belgrad in ernster aber freundschaftlicher Weise Vorstellungen wegen der Räumung beziehungsweise Respektierung des albanesischen Territoriums durch die serbischen Truppen erhoben haben. Die Tatsache, daß nicht etwa kleine Streifen an der Grenze, sondern ganze Landschaften Albaniens immer noch von Serbien militärisch okkupiert

sind und die serbische Regierung nicht gesonnen zu sein scheint, dieser angeblich „provisorischen" Okkupation ein Ende zu machen, nötigt uns, in Belgrad eine sehr ernste Sprache zu führen und dies den Mächten zu notifizieren. Wir rechnen mit Sicherheit darauf, daß die verbündeten Kabinette von Berlin und Rom die für ein solches Vorgehen maßgebenden Gründe voll würdigen werden.

6.—10. Ich beauftrage die k. u. k. Botschaften bei den Signatarmächten mit folgender Mitteilung an die Kabinette: (Inseratur aus Telegramm sub 1. von „Dès le commencement des hostilités" bis „la réalisation de sa demande.")

11. La Légation Impériale et Royale à Belgrade a reçu l'ordre de remettre au Gouvernement Royal serbe une Note conçue dans les termes suivants: (Inseratur aus Telegramm sub 1. von „La Légation Impériale et Royale à Belgrade a eu l'honneur" bis „la réalisation de sa demande.")

6.—11. Euer etc. wollen die dortige Regierung hievon mündlich in Kenntnis setzen.

8. Sollten Euer Hochwohlgeboren bei Ihrer Unterredung mit Herrn Ghenadiew den Eindruck gewinnen, daß die bulgarische Regierung unseren Schritt in Belgrad als ein Signal zu einer von uns gar nicht gewünschten Aktion ihrerseits auffaßt, so wollen Sie bemerken, daß wir erwarten zu können glauben, Serbien werde sich angesichts unseres ernsten Entschlusses, mit allen Mitteln für die Respektierung der Londoner Grenzen Albaniens zu sorgen, zum Nachgeben veranlaßt sehen.

11. und eine Abschrift dieser Pièce den k. u. k. Konsulaten in Valona, Durazzo und Skutari zukommen lassen.

[a] Oe. U. Balkan 457 Nr. 913. Vgl. n. 8862, 8864, 8866, 8871, 8872, 8874.

Unterredung mit dem deutschen Geschäftsträger, 17. Okt. 1913 Nr. 4916. Siehe n. 8860.

Tel. nach Bukarest, 17. Okt. 1913 Nr. 456 (chiffr. 18. Okt. 1 U. 30 M. a. m.). Siehe n. 8854.

Nr. 8855. Tel. nach Cetinje Nr. 231 (1) und Rom Nr. 1217 (2), 17. Okt. 1913 (chiffr. 11 U. p.m.). Konz. (S. Hohenlohe; V. Rappaport; G. Macchio).

1.—2. Generalkonsulat Skutari telegraphiert unterm 16. d. M.: Chefs von Nikai, Merturi und Krasnici (auf Čafa Kolschit versammelt) haben Abgesandte an Generalkonsulat mit folgender Meldung (vom 14. l. M.) entsendet. Serben und Montenegriner sind bereits über Valbona bis unmittelbar vor Čafa Kolschit vorgedrungen. Über 600 Albanesen (auch Nichtkombattanten) niedergemacht, zahlreiche Dörfer verbrannt. Über 5000 Weiber und Kinder nach Nikai und Merturi geflüchtet; Hungersnot. Bajraktars verlangen Intervention und Instruktionen. Ich versprach, Euer Exzellenz hievon Meldung zu erstatten und um diplomatische Vorkehrungen gegen weiteren Vormarsch zu bitten. Ferner riet ich zur Entsendung von Deputation an montenegrinische Behörden in Gusinje (da eine direkte Kommunikation mit den Truppen, welche alles niedermachen, unmöglich), um vollständig friedliche Haltung der betreffenden Stämme zu betonen. Allerdings besteht Gefahr, daß Montenegro letzteren Schritt als Optionserklärung

darstellen könnte; da aber dieser Interpretation die Einwendung des Zwanges entgegengehalten werden kann, erscheint dies immer noch der weiteren Ausdehnung der Kämpfe und der Ausrottung ganzer Stämme vorzuziehen. Abgesandte versprachen, meinen Rat zu befolgen und bewaffnetes Eingreifen ihrer Leute zu verhindern.

1. Zur streng vertraulichen Orientierung bemerke ich, daß ich Euer Hochwohlgeboren von Vorstehendem hauptsächlich zu dem Zwecke in Kenntnis setze, damit Sie gegebenenfalls in der Lage seien, eine montenegrinische Behauptung von einer Option der Malissoren für Montenegro zu widerlegen. Hingegen ist es vorläufig nicht meine Absicht, die Initiative zu einer Aktion gegen die eventuelle Okkupation seitens Montenegros zu ergreifen, sondern zöge ich es vor, dies Italien zu überlassen.

2. Vorstehendes zur Mitteilung an die dortige Regierung. Zu Ihrer ausschließlich persönlichen Orientierung bemerke ich, daß ich der analogen Mittheilung an Freiherrn von Giesl folgende Erläuterung beifüge: (Inseratur ex Telegramm sub 1. von „Zur streng vertraulichen Orientierung" bis „Italien zu überlassen.")

Tel. nach Cetinje, 17. Okt. 1913 Nr. 233 (chiffr. 18. Okt. 1 U. 30 M. a. m.). Siehe n. 8854.

Tel. nach Konstantinopel, 17. Okt. 1913 Nr. 519 (chiffr. 18. Okt. 1 U. 30 M. a. m.). Siehe n. 8854.

Tel. nach London, 17. Okt. 1913 Nr. 755 (chiffr. 18. Okt. 1 U. 30 M. a. m.). Siehe n. 8854.

Tel. nach Paris, 17. Okt. 1913 Nr. 482 (chiffr. 18. Okt. 1 U. 30 M. a. m.). Siehe n. 8854.

Tel. nach Rom, 17. Okt. 1913 Nr. 1217 (chiffr. 11 U. p. m.). Siehe n. 8855.

Tel. nach Rom, 17. Okt. 1913 Nr. 1219 (chiffr. 18. Okt. 1 U. 30 M. a. m.). Siehe n. 8854.

Nr. 8856. Tel. des Legationsrates Grafen Ludwig Ambrózy aus Rom, 17. Okt. 1913 Nr. 775 (eing. 18. Okt. 8 U. a. m.).[a] Entziff.

Serbische Übergriffe. Im Verfolge meines Telegrammes Nr. 774 vom 16. d. M. Marquis di San Giuliano sagte mir, er habe Herrn Giolitti noch gesprochen und machte mir dann folgende Mitteilungen: Er habe heute vormittags längeres Gespräch mit dem serbischen Geschäftsträger gehabt und aus dessen Äußerungen entnommen, daß die Belgrader Regierung Hoffnung auf günstige Grenzrektifikation nicht aufgegeben habe, weil sie hoffe, hiebei Unterstützung einzelner Großmächte zu finden. Sie wünscht vorderhand strategische Punkte nur solange zu halten, bis Grenzkommission ihre Aufgabe erfüllt habe. Minister des Äußern fügte bei, er habe Herrn Michailović jede Illusion darüber benommen, daß Serbien von den Mächten irgend eine andere als rein diplomatische Unterstützung erhalten würde, was Geschäftsträger auch hinsichtlich Russlands einzusehen behauptet habe. Marquis di San Giuliano erging sich hierauf in einer Exkursion über ungleiche Behandlung Griechenlands und Serbiens. Ersterem gestatte man, Ortschaften besetzt zu halten, die unzweifelhaft Albanien zugesprochen

seien, letzterem gegenüber führe man drohende Sprache, obwohl es eigentlich nur Schutzmaßnahmen für sein Gebiet wünsche. Auf seine Bemerkung, man könnte eigentlich mit kategorischen Schritten warten, bis Nordostgrenze fixiert sei, erwiderte ich, daß ich es auf Grund Tones der dem k. u. k. Geschäftsträger in Belgrad erteilten Aufträge für ausgeschlossen halten müsse, daß wir solange zuwarten. Minister sagte hierauf, er höre, daß Stimmungswechsel in Serbien genau mit der Rückkehr des Herrn von Hartwig nach Belgrad koinzidiere, welcher während der Balkankrise öfters und auch schon vorher in Persien Politik auf eigene Faust gemacht habe. Er habe Botschafter in Petersburg, London und Paris beauftragt, vorzuschlagen, daß die betreffenden Regierungen auf Herrn Pašić einwirken lassen. Prinz Ruspoli sei auch angewiesen worden, an den in Paris weilenden Herrn Sazonow in diesem Sinne heranzutreten. Auch das Bukarester Kabinett habe er ersuchen lassen, in Belgrad im Geiste der Nachgiebigkeit zu arbeiten und habe hierüber Zusage erhalten. Er stehe mit uns ganz im Einklange, denn seiner Ansicht nach müsse Serbien zum Nachgeben bewogen werden. Er frage sich, ob die Ungeduld und anscheinende Nervosität, mit welcher die Frage unserseits angepackt werde, nicht schädlich sei. Es schiene ihm, daß mindestens die Aufnahme, die seine Schritte in den vorgenannten Hauptstädten gefunden haben, abgewartet werden sollten, bevor kategorisch eingeschritten wird, was natürlich in Belgrad erbittern würde. Es handle sich hiebei nur um zwei bis drei Tage. Sprache des Ministers war im ganzen so nuanciert, daß darin Wille Italiens, Londoner Beschlüsse respektiert zu sehen und Übereinstimmung seiner Endziele mit den unserigen stärker zum Ausdruck kam als vorher und daß nur mehr eine allerdings nicht unerhebliche Divergenz zwischen Tempo und Mittel zur Erreichung dieses Zieles erübrigt. Ambrózy.

[a]) Vgl. n. 8863, 8865, 8875.

Tel. nach St. Petersburg, 17. Okt. 1913 Nr. 546 (chiffr. 18. Okt. 1 U. 30 M. a. m.). Siehe n. 8854.

Nr. 8857. Tel. des Legationsrates Grafen Otto Czernin aus St. Petersburg, 17. Okt. 1913 Nr. 341 (eing. 18. Okt. 9 U. a. m.).[a]) Entziff.

Serbische Truppen in Albanien. In heutiger Unterredung mit Herrn Neratow vermied ich, obiges Thema anzuschneiden, da ich die gütigst in Aussicht gestellte Weisung betreffs der weiteren Entwicklung dieser Frage abwarten wollte. Hingegen begann Neratow die Konversation darüber, indem er sagte, der serbische Gesandte habe ihm soeben Mitteilung von einer anscheinend in Circularform ergangenen serbischen Note gemacht, die er als sehr befriedigend bezeichnete. Auf meine Frage nach dem Inhalte erhielt ich die Antwort, serbische Regierung erkläre, sie sei zwar gezwungen, zwecks Vermeidung neuerlicher albanesischer Attacken einige strategische Punkte jenseits der Grenze besetzt zu halten, doch habe diese Massregel nur provisorischen Charakter und werde nach Festsetzung der Grenze und Etablierung geordneter Verhältnisse wieder annulliert werden. Ich liess Herrn Neratow nicht im Zweifel, dass diese Mitteilung, ebenso wie die in den letzten Tagen dem k. u. k. Geschäftsträger in Belgrad vis-à-vis geführte Sprache Herrn Pašić'[b]), welche im Widerspruche stünde mit den klaren

serbischen Versprechungen, bei uns durchaus nicht als „befriedigend" betrachtet werden dürfte, dass man bei uns Serbien keineswegs das Recht einräumen werde, auf albanesischem Gebiete „Ordnung zu schaffen", wofür ihm jede Rechtsbasis abgehe und wodurch höchstens ein neuerlicher verzweifelter Gegenangriff der Albanesen provoziert würde. Herr Neratow macht sonach kein Hehl daraus, dass die „provisorische Besetzung von strategischen Grenzpunkten zwecks Sicherung der serbischen Grenze" hier als berechtigt betrachtet wird. Dies dürfte Herr v. Hartwig nach Belgrad mitgebracht haben. Im Übrigen trachtete Gerent, serbische Massregeln zu bagatellisieren und wiederholte mehrmals, an eine Abänderung der Londoner Beschlüsse sei, selbst wenn es Serbien vorschlüge, natürlich nicht zu denken. Heutige Stellungnahme Herrn Neratows ist die Fortsetzung seiner mir 30. v. M. gemachten Äusserungen, welche ich damals ausführlich einberichtete (Telegramm Nr. 322). Bericht[a] folgt mit morgiger Gelegenheit.

Otto Czernin.

[a]) Vgl. n. 8865, 8866, 8867. — [b]) Vgl. n. 8808.

Tel. nach Sofia, 17. Okt. 1913 Nr. 617 (chiffr. 18. Okt. 1 U. 30 M. a. m.). Siehe n. 8854.

Nr. 8858. Tel. des Legationsrates Rudolf Freiherrn von Mittag aus Sofia, 17. Okt. 1913 Nr. 1207 (eing. 18. Okt. 8 U. a. m.).[a]) Entziff.

Streng geheim. Bulgarisch-türkische Militärkonvention. Bezug auf mein Telegramm 1198 vom 15. d. M. Minister des Äussern sagt mir, dass hinsichtlich bulgarisch-türkischer Militärkonvention — Türken drängen — bulgarisches Contreprojekt vielleicht Mitte nächster Woche nach Constantinopel abgehen werde können. Minister hätte türkischerseits Modifikationsvorschläge erhalten, die seinen eigenen Wünschen zuvorkommen. Herr Ghenadiew las mir stellenweise betreffendes Telegramm General Sawows vor, dass ausser nicht wesentlichen Modifikationen in Betreff eventueller territorialer Aufteilungen folgende, mir vom Minister des Äussern diktierte Änderung des Schlusses der Euer Exzellenz vom Grafen Tarnowski überbrachten Notiz[b]) enthält: „Sans l'assentiment de l'autre partie contractante aucune des parties contractantes ne pourra conclure une convention militaire ou un traité d'alliance ayant pour objet la péninsule des Balkans du point de vue des Etats balkaniques, inclusivement la Roumanie." Minister meinte, diese Stilisierung sei schon viel erwünschter als ursprüngliche, in oberwähnter Notiz enthaltene; ohne diesbezüglich sich detaillierter zu äussern, sagte Minister nur: „Or si nous voulions jamais reprendre les territoires occupés par la Roumanie, nous ne le pourrions pas." Ich habe Eindruck, dass Minister — ohne seine Gedanken klar auszuführen — durchleuchten lassen wollte, türkisch-bulgarische Militärkonvention schliesse in dieser Form ausdrücklich jede Spitze gegen Rumänien aus und könne daher weder letzteres beunruhigen, noch engem Anschlusse Bulgariens an uns im Wege stehen.

Mittag.

[a]) Vgl. n. 8890, 8904 Anm. c, 8905. — [b]) Vgl. n. 8821.

Tel. nach Valona (Generalkonsul Petrović), 17. Okt. 1913 Nr. 142 (chiffr. 18. Okt. 1 U. p. m.). Siehe n. 8854.

Nr. 8859. Tel. des Legationsrates Wilhelm Ritter von Storck aus Belgrad, 18. Okt. 1913 Nr. 679 (eing. 6 U. 20 M. p. m.).[a] Entziff.

Mit Bezug auf Telegramm Nr. 303 vom 18. d. M. Habe Verbalnote sofort angefertigt und wollte sie Herrn Generalsekretär Stefanović heute 12 Uhr mittags persönlich überreichen. Da Generalsekretär zu obiger Zeit nicht zu sprechen war und ich anderseits die Stunde der Überreichung nicht verschieben wollte, habe ich die Note dem rangsältesten Beamten nach ihm, Herrn Magazinović, der auch als Sekretär des Ministerpräsidenten fungiert, ohne Kommentar bloss mit der Bitte ausgefolgt, dieselbe sogleich an Herrn Pašić gelangen zu lassen, da sie wegen einer in ihr enthaltenen Fallfrist dringlich wäre. Storck.

[a] Vgl. n. 8871, 8882 Beilage.

Nr. 8860. Tagesbericht über einen Besuch des deutschen Geschäftsträgers, 18. Okt. 1913 Nr. 4916.[a] Konz. (S. u. G. Berchtold).

Prinz Stolberg sprach am 17. Oktober bei mir vor, um mir auftragsgemäß — mit Bezugnahme auf meine kürzliche Unterredung über unsere Belgrader Demarche vom 14. d. M. — zu eröffnen, daß das Berliner Cabinet in allen die Sicherung der Lebensfähigkeit Albaniens betreffenden Fragen enge hinter uns stehe und daher auch den Auftrag an den deutschen Vertreter in Belgrad ertheilt habe,[b] unseren dortigen Schritt zu unterstützen. Indem ich den Geschäftsträger ersuchte, meinen verbindlichsten Dank für diese Mittheilung seiner Regierung zukommen zu lassen, nahm ich Anlaß, denselben von unserem neuerlichen, für den morgigen Tag in Aussicht genommenen Schritte in Kenntnis zu setzen, beifügend, daß wir nur von einem solchen energischen Auftreten mit zeitlicher Befristung eine ernüchternde Wirkung auf Serbien erwarten.

[a] Vgl. n. 8949. — [b] Vgl. n. 8853.

Nr. 8861. Tagesbericht über einen Besuch des deutschen Geschäftsträgers, 18. Okt. 1913 Nr. 4940.[a] Konz. (S. u. G. Berchtold).

Der deutsche Geschäftsträger hat mich am 18. Oktober aufgesucht, um mir auftraggemäß mitzutheilen, daß Seiner Majestät dem Kaiser Wilhelm Vortrag erstattet worden sei über meine kürzliche Unterredung mit Prinzen Stolberg in Betreff unserer Stellungnahme zu den serbischen Übergriffen. Seine Majestät der Kaiser habe hievon mit dem Bemerken Kenntnis zu nehmen geruht, es gereiche ihm zur besonderen Befriedigung zu hören, daß wir fest entschlossen seien, Serbien nicht nachzugeben, beifügend, daß er „selbstverständlich" in dieser Sache vollkommen mit uns gehe. Ich dankte dem Prinzen Stolberg für diese Mittheilung, indem ich ihm meine herzliche Freude über die Worte seines höchsten Herrn aussprach, welche ich nicht ermangeln wolle, sofort zur Allerhöchsten Kenntnis zu bringen.

[a] Vgl. n. 8894, 8949.

Nr. 8862. Tel. aus London, 18. Okt. 1913 Nr. 671 (eing. 10 U. p. m.).[a] Entziff.

Erhalten Euer Exzellenz Telegramm Nr. 755 vom 18. dieses Monats. Mitteilung auftraggemäss im Foreign Office abgegeben. In Abwesenheit

Sir E. Greys und Sir A. Nicolsons versprach mir Unterstaatssekretär Crowe, die Note Sir E. Grey zu übergeben. Er teilte mir gleichzeitig mit, dass der englische Vertreter in Belgrad gestern angewiesen worden sei, der serbischen Regierung den dringenden Rat zu geben, Beschlüsse der Grossmächte bezüglich albanesischer Grenze zu respektieren und eine formelle Garantie zu bieten, ihre Truppen aus den von ihnen derzeit noch besetzten Punkten in Albanien sobald als möglich zurückzuziehen. Crowe schien durch unsere Mitteilung betroffen. Ich werde Sir E. Grey Montag sehen. Ich fürchte, dass er unseren Schritt in Belgrad als eine isolierte Aktion ansehen wird. Ich habe immer den Eindruck, dass wir auf Unterstützung des Staatssekretärs nur rechnen können, wenn eine gemeinschaftliche Aktion der Mächte zur Durchführung der Londoner Beschlüsse stattfindet. Erbitte telegraphische Verständigung, von wann an die Serbien gestellte achttägige Frist läuft. Mensdorff.

a) Vgl. n. 8884, 8885.

Nr. 8863. Tel. an den Legationsrat Grafen Ludwig Ambrózy in Rom, 18. Okt. 1913 Nr. 1221 (chiffr. 10 U. p. m.).a) Konz. (S. Hohenlohe; G. Berchtold).

Erhalten Euer Hochgeboren Telegramm Nr. 775 vom 17. d. M. Der von Euer Hochgeboren aus Ihrem Gespräch mit Marquis di San Giuliano gewonnene Eindruck, daß Italien den Willen habe, die Londoner Beschlüsse respektiert zu sehen, und daß hiebei eine Übereinstimmung der italienischen mit unseren Endzielen stärker zum Ausdrucke komme, hat mich sehr befriedigt. Ich ersuche Euer Hochgeboren daher, dem Herrn Minister meinen Dank dafür auszusprechen, daß er die italienischen Botschafter in Petersburg, London und Paris beauftragt habe vorzuschlagen, die betreffenden Regierungen sollten auf Herrn Pašić einwirken lassen; weiters dafür, daß er Prinz Ruspoli angewiesen habe, an Herrn Sazonow in diesem Sinne heranzutreten. Was die von Marquis di San Giuliano erwähnte ungleiche Behandlung der Serben und Griechen betrifft, so wollen Euer Hochgeboren demselben mitteilen, ich hätte Herzog Avarna, der eine analoge Bemerkung fallen ließ, dahin aufgeklärt, daß dieser Vorwurf nicht uns, sondern die Londoner Botschafterréunion treffe. Letztere habe unter dem Einflusse Herrn Cambons beschlossen, daß die Evakuirung Albaniens seitens der Griechen erst einen Monat nach Beendigung der Arbeiten der Grenzkommission stattzufinden habe. Hingegen liege bezüglich Serbiens seit Monaten ein Evakuirungsbeschluß vor, welcher übrigens auch zu den Bedingungen gehört habe, unter denen wir der Ausscheidung Dibras und Djakovas aus Albanien zugestimmt hatten. Berchtold.

a) Oe. U. Balkan 459 Nr. 915. Vgl. n. 8875.

Nr. 8864. Tel. des Legationsrates Grafen Ludwig Ambrózy aus Rom, 18. Okt. 1913 Nr. 781 (eing. 19. Okt. 9 U. a. m.). Entziff.

Serbien. Da Marquis di San Giuliano von Rom abgereist ist und erst Montag zurückkehrt, habe ich den mit gestrigem Telegramme 1219

erhaltenen Auftrag beim Generalsekretär ausgeführt. Als ich Circular zu Ende gelesen hatte, bemerkte Herr de Martino, dass letzter Satz desselben wohl kaum anders gedeutet werden könnte denn als Drohung mit militärischen Operationen, was ich bejahen zu dürfen glaubte. Er erwiderte, dass hiemit meine Mitteilung sehr ernsten Charakter annehme, denn keine Massnahme berge solche Gefahren von Complicationen im Schosse als ein etwaiges Einschreiten unserseits in Serbien. Auf meine Bemerkung, daß man hoffentlich in Belgrad zur Vernunft kommen werde und daß es nicht so weit gekommen wäre, wenn die Mächte, statt Serbien durch Betonung des freundschaftlichen Charakters ihrer Schritte irre zu machen, gleich uns nachdrückliche Sprache geführt hätten, antwortete er, daß die neuesten Aufträge an den italienischen Geschäftsträger in Belgrad sehr eindringlich lauten.[a] Übrigens rechne Minister des Äußern auf die Wirkung der von ihm angeregten Demarchen der Großmächte bei der serbischen Regierung. Als er auf die differenzielle Behandlung Serbiens und Griechenlands zu sprechen kam, setzte ich ihm auseinander, daß die Lage gegenüber den zwei Ländern eine verschiedene sei. Nordostgrenze sei schon festgelegt und müsse nur noch im Terrain ausgesteckt werden. Südgrenze sei es nur im Prinzipe und ihr genauer Zug müsse erst festgestellt werden. Es werde nichts helfen, wenn die Griechen Stylos und Koritza evakuieren und man ihnen nicht sagen könne, wo die Grenze zwischen diesen Orten laufen würde. Generalsekretär gab Richtigkeit dieses Argumentes zu und meinte, sein Chef habe nur dagegen Bedenken, daß wir die Sache so schnell forcieren wollen. Vertraulich. Von journalistischer Seite höre ich, daß Herr Giolitti darüber verdrossen, daß diese Aktion in die Wahlbewegungen fällt und ungünstige Wirkung auf dieselben befürchtet. Anderseits fällt aber in Betracht, daß die Absorbiertheit der italienischen Politiker und Blätter mit den Wahlen das Gute für sich hat, daß die Aktion und der Parallelismus unserer Interessen, welche infolge der allgemeinen Verstimmung gegen uns wegen der Triester Erlässe[b] wenig Sympathien und Anerkennung finden, nicht soviel besprochen wird, als dies der Fall wäre, wenn das Parlament schon gewählt wäre. Ambrózy.

[a] Vgl. n. 8865, 8870. — [b] Pol. Chron. d. ö.-u. Mon. 1913, 318.

Nr. 8865. Tel. des Legationsrates Grafen Otto Czernin aus St. Petersburg, 18. Okt. 1913 Nr. 342 (eing. 19. Okt. 9 U. a. m.).[a] Entziff.

Italienische Demarche in Petersburg. Mein italienischer Kollege hat gestern auftraggemäss Herrn Neratow auf die unbefriedigende Antwort hingewiesen, welche dem k. u. k. Geschäftsträger in Belgrad gegeben wurde, den schlechten Eindruck betont, den sie bei Euer Excellenz hervorgerufen habe und der Hoffnung Ausdruck gegeben, russische Regierung werde in Belgrad zum Einlenken einraten. Italienische Regierung würde den Standpunkt Euer Excellenz unterstützen. Herr Neratow hätte sich mit der letzten serbischen Erklärung identifiziert, jedoch beigefügt, er sei im fortwährenden Kontakt mit der hiesigen serbischen Gesandtschaft und dank diesem Umstande habe die serbische Regierung sich mit den Londoner Grenzen als Definitivum abgefunden. Die Befürchtung des italienischen Geschäftsträgers,

als sei der bekannte Einfluss Herrn von Hartwigs neuerlich im Spiele,[b] habe Herr Neratow als unbegründet bezeichnet. Otto Czernin.

[a] Vgl. n. 8857, 8864, 8875. — [b] Vgl. n. 8856.

Nr. 8866. Tel. des Legationsrates Grafen Otto Czernin aus St. Petersburg, 18. Okt. 1913 Nr. 343 (eing. 19. Okt. 9 U. a. m.).[a] Entziff.

Serbische Evakuation Albaniens. Habe soeben Herrn Neratow die mit telegrafischer Weisung von gestern Nr. 546 anbefohlene Mitteilung gemacht und Kopie hinterlassen. Die Gegenäusserungen Neratows lassen keinen Zweifel darüber, dass die russische Regierung den heutigen serbischen Standpunkt approbiert und dass die Entscheidung über die weiteren Beschlüsse Serbiens hier fallen werde. Der Leiter des Ministeriums des Äussern zeigte sich durch die Mitteilung, die ihm anscheinend in dieser Form unerwartet kam, im ersten Augenblick konsterniert und begann hierauf sofort Alles ins Treffen zu führen, was er zur Rechtfertigung des serbischen Standpunktes auf „provisorische" Besetzung albanesischer Grenzpunkte „anzuführen" wusste, als da ist, Gründe der Selbstverteidigung gegen wilde albanesische Stämme, Mangel einer dem serbischen und albanesischen Volke klar bekannten Grenze, zweifellose Unterwerfung Serbiens unter die europäischen Delimitierungsbeschlüsse, sobald die Kommission ihre Arbeiten beendigt hätte, schwierige Lage Herrn Pašić' in Serbien etc. Ich antwortete, das Schwergewicht liege in der jetzt deutlich erwiesenen Unzuverlässigkeit serbischer Deklaration und in dem Faktum, dass, wie immer man es darstelle, Albanien in gewissen Teilen seines Gebietes von feindseligen, terrorisirenden Truppen besetzt sei, wodurch automatisch ein neuer verzweifelter Ausbruch resultieren müsste. Diesem zwischen Terrorismus und immer wieder Lügen gestraften serbischen Regierungserklärungen schwankenden Zustande müsse ein Ende gesetzt werden. Was die Unklarheit der Grenze anlange, sei sie der serbischen Regierung bekannt, welche auf ihrer Seite die nötigen Aufklärungen geben könne, und auf albanesischer Seite sei sie nicht zuletzt durch die Absperrungsmassregeln gegen die albanesischen Marktbesucher und überhaupt durch viele andere serbische Massregeln bekannt; übrigens stehe es ja Serbien frei, einen Grenzkordon zu bilden. Bezüglich der Wiener Erklärungen Herrn Pašić' insistierte Herr Neratow, es müsse sich da um ein „malentendu" handeln, da ihm stets von allen Seiten gemeldet worden sei, der serbische Ministerpräsident hätte Euer Excellenz lediglich erklärt, Serbien unterwerfe sich den Londoner Beschlüssen, ohne die provisorische Okkupation zu erwähnen. Ich erwiderte, gerade aus dieser, mit offenbarer mala fides verbreiteten Version könne man sich hier das richtige Urteil bilden. Ich wisse, dass Herrn Pašić' Wiener Erklärungen mit denen in Belgrad im Widerspruche stünden, dass er dies dem k. u. k. Geschäftsträger in Belgrad vis-à-vis auch nicht zu entkräften vermochte und dass er im Gegenteile, wenn er bona fide gehandelt hätte, beim Besuche bei Euer Excellenz Gelegenheit gefunden hätte, die angeblich so unumgänglich notwendige Okkupierungsaktion eingehend zu motivieren. In diesem Falle hätte er in Wien sofort Antwort erhalten, die ein solcher Plan provozieren müsste. Herr Neratow beklagte dann die so kurze Frist,

die Serbien gelassen werde, und begann Möglichkeit einer Lösung zu ventilieren, wobei er zu dem Schlusse kam, dass dieselbe in acht Tagen kaum zu finden sein werde. Ich erwiderte, dass von einer wirklichen Bedrohung eines militärisch organisierten Staates durch einige „wilde Berghorden", wie er sie bezeichne, die ohnehin bereits geschlagen und dezimiert seien, keine Rede sein könne und dass daher bei nüchterner Auffassung und im Falle Serbien keine Hintergedanken habe und nicht auf fremde Unterstützung hoffen könne, kein Grund vorliege, um die Forderung des k. u. k. Kabinetts nicht sofort zu erfüllen. Herr Neratow brachte jetzt Plan vor, ob es nicht möglich wäre, in der Weise einen Ausweg zu finden, dass die serbische Regierung binnen Wochenfrist erkläre, dass sie albanesische Punkte sofort nach Festsetzung der Grenze durch die Kommission räumen werde. Es wäre sogar möglich, serbische Regierung dazu zu veranlassen, an den jeweilig festgesetzten Punkten der Grenze Truppen sofort zurückzuziehen, so dass allmähliche Räumung schon in einigen Tagen beginnen könnte. Ich verwies auf den ihm vorliegenden Text, welcher mit einem weiteren Zögern unvereinbar sei und bemerkte, dass es sich ja nicht um strittiges Territorium, sondern um beiderseits als albanesisch bekannte Punkte handle. Übrigens sei keine Gewähr für einen so schleunigen Fortgang der Delimitierungsarbeiten vorhanden und an uns liege Schuld am letzten, wenn diese nicht im August begonnen und jetzt beendigt seien. Wenn es der serbischen Regierung an einem Pretext zum Nachgeben liege, so würde, wie ich als persönliche Meinung hinzufügte, das Eintreffen der Delimitationskommission am Ochridasee, welches in einigen Tagen zu gewärtigen sei, hiefür vollkommen genügen. Herr Neratow kam mehrmals auf seinen Plan der erfolgten Delimitierung als Frist zurück, wobei er deutlich zeigte, dass Alles, was in Petersburg akzeptiert würde, auch in Belgrad zur Annahme gelangen würde. Vor Allem beweist seine Sprache, dass er hauptsächlich Zeit gewinnen und die Frage wieder in das chronische Stadium zurücklenken will. Zum Schlusse bedauerte Neratow lebhaft, dass Angelegenheit in ein so akutes Stadium geraten, wo doch alle Mächte dasselbe Ziel, Anerkennung Londoner Beschlüsse, anstreben. Hier werde der Entschluss der k. u. k. Regierung zweifellos wieder einen Sturm wecken und die zwischen Wien und Petersburg angebahnte Annäherung kompromittieren. Herr Neratow ist bekanntlich in seinen Äusserungen stets zurückhaltend. Er hat auch heute streng vermieden, irgend eine Andeutung über die Rolle zu machen, welche Russland eventuell im weiteren Verlaufe der Frage spielen würde. Otto Czernin.

a) Vgl. n. 8857, 8889.

Nr. 8867. Bericht des Legationsrates Grafen Otto Czernin aus St. Petersburg, 5./18. Okt. 1913 Nr. 39 (eing. 20. Okt.). Ausfert.

Im Nachstehenden beehre ich mich meine gestrige telegraphische Meldung Nr. 341 gehorsamst zu ergänzen, in welcher die Ansichten Herrn Neratows über die Besetzung albanesischer Punkte durch serbische Truppen wiedergegeben waren. Vor Allem habe ich den bestimmten Eindruck, dass der Umschwung in der Sprache der serbischen Politiker hier einen

neuerlichen Rückhalt gefunden hat und dass man sich in Belgrad der hiesigen Zustimmung im Vorhinein versichert haben dürfte. Die Londoner Beschlüsse abzuändern ist man zwar mit Rücksicht auf die Stellungnahme der anderen Kabinette hier gewiss nicht geneigt und ich glaube, dass man dies in Belgrad auch wissen liess. Die Möglichkeit einer vorübergehenden Besetzung albanesischer Grenz-Gebiete hingegen bezeichnet Herr Neratow als berechtigte Schutz-Massregel Serbiens, insolange keine wirksame Gendarmerie in Albanien existiert, und darauf dürfte die serbische Regierung pochen, wenn sie neuerdings in die Megalomanie verfällt. Bezeichnend ist übrigens, dass mir gestern der englische Geschäftsträger gesprächsweise dieselben Argumente für den serbischen Standpunkt ausführte, als ich sie kurz vorher von Herrn Neratow anhören musste. Wie ich bereits mit meinem gestrigen Telegramm zu melden die Ehre hatte, trachtete übrigens Herr Neratow mir gegenüber die provisorische Besetzung albanesischer Punkte als eine wenig bedeutende Frage hinzustellen und verwies auf die korrekte Haltung Serbiens bei Gelegenheit der ersten Evacuation und bei der Abolition der Zollämter in Albanien. Er meinte, es sei die Pflicht Europas, welches Albanien geschaffen habe, dort möglichst rasch solche Zustände zu sichern, welche Serbien von der Notwendigkeit der Sicherung seiner Grenzen entheben würde.[1]) Die Kontroll-Kommission hätte seiner Ansicht nach sofort daran zu gehen, wenigstens an der Grenze für die Schaffung einer als Grenzwache fungierenden Gendarmerie zu sorgen, worauf die serbische Besetzung ein Ende zu finden hätte. Ich halte es nicht für ausgeschlossen, dass die russische Regierung, wenn sie in die Kenntnis der von Euer Exzellenz geplanten Massregeln kommen wird, welche die ablehnende Haltung Serbiens zu beantworten bestimmt sein werden, abermals — wie schon so oft — eine recht entschiedene Schwenkung ausführen wird. Vorläufig scheint man hier die Frage noch nicht recht ernst aufzufassen. In der von Herrn Neratow über den Gegenstand begonnenen Diskussion habe ich selbstverständlich alle mir von Euer Exzellenz gütigst zur Verfügung gestellten Argumente zum Ausdrucke gebracht und namentlich darauf hingewiesen, dass das Nicht-Einhalten der unzweideutigsten Zusagen sowohl seitens Herrn Pašić' als Herrn Spalaiković' auch dann bei uns mit berechtigtem Befremden beurteilt werden müsste, wenn es sich um tatsächlich von der Staats-raison gebotene Massnahmen handeln würde. Im vorliegenden Falle treffe aber auch dies nicht zu, da ja der Grenzkonflikt blutig niedergeschlagen sei und das Recht zur Schaffung „der Ordnung hinter der Grenze" von uns auf alle Fälle Serbien nicht zugestanden werde, eine neuerliche Besetzung der evakuierten Posten überdies nur den Hass der Albanesen gegen den serbischen Nachbar noch mehr anfachen würde. Selbst wenn man im gegenwärtigen Augenblicke eine Berechtigung Serbiens erblicken könnte, mit seinen Truppen in Albanien zu verbleiben, so würde dies nur dazu führen, dass die serbische Regierung auch noch in einem späteren Zeitpunkte irgend einen Vorwand finden würde, um ihre Grenzen noch immer nicht für genügend gesichert zu erklären, und geradezu grotesk würde es doch wirken, wenn im Verlaufe der nun allmählich perfekt werdenden Konstituierung des albanesischen Staates, Gebiete desselben unter serbischer

Truppenbewachung stünden. Nach der jetzt so krass zu Tage tretenden Unverlässlichkeit serbischer offizieller Erklärungen würde sohin die Evakuierungsfrage, je länger sie hinausgeschoben werde, nur an Konflikts-Stoff gewinnen. Übrigens sei es gar nicht notwendig, die verschiedenen serbischerseits angeführten Gründe einzeln zu wiederlegen, da das serbische Vorgehen bei Besetzung albanesischen Territoriums, in mehr oder minder dauernder Form, den Londoner Beschlüssen direkt zuwider laufe. Diese zur Geltung zu bringen, sei Recht und Pflicht der europäischen Kabinette. Wie weit es der russischen Regierung mit der Vertretung des serbischen Standpunktes ernst ist, wird sich erst zeigen, bis sie die Gegenmassregeln der pro-albanesischen Mächte in Erfahrung bringt; vorläufig genügt es ihr, eine billige Popularität in Belgrad zu erlangen und vielleicht auch eine mögliche Entspannung des Verhältnisses Serbiens zur Monarchie zu durchqueren. Otto Czernin.

[1]) Das sollten sie uns überlassen!

Tel. nach Athen, 19. Okt. 1913 Nr. 226 (chiffr. 4 U. p. m.). Siehe n. 8871.

Tel. nach Belgrad, 19. Okt. 1913 Nr. 304 (chiffr. 4 U. p. m.). Siehe n. 8871.

Nr. 8868. Tel. des Legationsrates Wilhelm Ritter von Storck aus Belgrad, 19. Okt. 1913 Nr. 680 (eing. 6 U. 30 M. p. m.).[a]) Entziff.

Zu meinem auf dem Wege befindlichen Bericht Nr. 222 A.[b]) Mein englischer Kollege teilt mir mit, dass er soeben neue Instruktionen wegen Albaniens erhalten hat, die diesmal mit Weglassung der Klausel si omnes lautet: „La Légation d'Angleterre est chargée de conseiller au Gouvernement Royal serbe de donner une assurance que la frontière tracée à Londres sera respectée et que les troupes serbes ne l'ont dépassée qu'en vue de circonstances exceptionelles et seront retirées le plus tôt possible." Der englische Geschäftsträger wird morgen die Démarche bei Herrn Pašić selbst ausführen. Er war schon heute trotz des Sonntags bei Herrn Stefanović, welcher ihm erklärte, dass Serbien jetzt die Grenzabsteckung abwarte. Hierauf würden die serbischen Vertreter angewiesen werden, bei den Mächten um eine kleine Grenzrektifikation nachzusuchen. Auf die Frage des englischen Vertreters, ob Serbien nach erfolgter Grenzfixierung seine Truppen zurückziehen würde, gab Herr Stefanović unter dem Hinweis, dass die englische Démarche erst morgen offiziell erfolgen soll, keine bestimmte Antwort. Auf unsere gestrige Note bezugnehmend bemerkte der Generalsekretär dem englischen Vertreter schliesslich, dass die serbische Regierung seiner persönlichen Ansicht nach wohl nicht umhin können würde, nachzugeben. Die offenbar inspirierte heutige „Politika" scheint im Gegensatze zu ihrem gestrigen Artikel auf den möglichen Fall eines Einlenkens Serbiens vorbereiten zu wollen. So soll wenigstens ihre Haltung nach hierortiger Ansicht aufzufassen sein. Storck.

[a]) Vgl. n. 8869. — [b]) Der Bericht Nr. 222 A, 18. Okt. 1913 (eing. 20. Okt.) enthält Erörterungen über die Instruktionen des englischen, italienischen und russischen Vertreters und die Vorlage eines Artikels der „Samouprava" vom 18. Oktober.

Nr. 8869. Tel. des Legationsrates Wilhelm Ritter von Storck aus Belgrad, 19. Okt. 1913 Nr. 681 (eing. 6 U. 30 M. p. m.).[a] Entziff.

Streng vertraulich. Im Nachhange zu meinem Telegramme von heute Nr. 680. Deutscher Gesandter hat soeben telegraphisch (neuerliche)[b] Instruktion erhalten, die Unterstützung unserer Démarchen wegen Evakuierung Albaniens energisch fortzusetzen. Er las mir einen ihm telegrafisch zugekommenen Bericht der Wiener deutschen Botschaft vor, aus dem erhellt, dass Euer Excellenz bei Seiner k. u. k. Apostolischen Majestät die Stellung der achttägigen Fallfrist an Serbien erbeten haben, worauf unser Allergnädigster Herr diesen Antrag sofort Allergnädigst zu genehmigen geruhten. Ich kann nicht beschreiben, welche tief empfundenen Gefühle patriotischer Rührung und alleruntertänigster Dankbarkeit diese Mitteilung Baron Griesingers in mir ausgelöst hat. Storck.

[a]) Vgl. n. 8882. — [b]) Chiffre verstümmelt.

Nr. 8870. Tel. des Legationsrates Wilhelm Ritter von Storck aus Belgrad, 19. Okt. 1913 Nr. 682 (eing. 20. Okt. 9 U. a. m.).[a] Entziff.

Zur albanesischen Frage. Da mir die Démarche meines italienischen Kollegen doch etwas zu wenig energisch schien, habe ich Herrn Rinella heute nachmittags aufgesucht, um ihm dies vorzuhalten, den Ernst der Lage klarzumachen und ihm unter Hinweis darauf, dass wir uns für ein gemeinsames Interesse sozusagen allein in die Bresche gestellt hätten, zu befragen, ob er es für angezeigt erachten würde, neue und schärfere Instruktionen zu erbitten. Mein italienischer Kollege teilte mir daraufhin mit, dass man ihn bereits von Rom aus telegraphisch verständigt hätte, dass nach den von Graf Ambrózy dort abgegebenen Erklärungen unter den „moyens propres à assurer la réalisation de sa demande" eine „militärische Aktion" zu verstehen wäre und dass er dem Ernst der Lage entsprechend gestern abends Herrn Pašić selbst aufgesucht und ihm unter Hinweis auf die schweren Gefahren, welche Serbien drohen, in ernstester Weise wiederum nahegelegt hätte, die Londoner Grenzbeschlüsse zu respektieren. Ich bitte trotz alledem in Rom schärfere und meinem Auftrag analogere Instruktion für Herrn Rinella direkt zu verlangen. Während ich mit meinem italienischen Kollegen konferierte, liess sich der französische Geschäftsträger melden, um mich zu sehen. Er machte einen sehr bestürzten Eindruck und befragte mich, ob es denn wirklich wahr wäre, dass ich wegen der Evacuierung Albaniens eine befristete Note abgegeben hätte. Nachdem unser Vorgehen bereits in den Zeitungen steht, nahm ich keinen Anstand, ihm zu bestätigen, dass die Serben binnen einer Frist von acht Tagen Albanien zu räumen oder die unausbleiblichen Folgen zu gewärtigen hätten. Worin diese Folgen bestehen würden, könnte er sich selbst denken. Ich könne nur hinzufügen, dass [für] die Monarchie, wenn sie ein drittes Mal zur Bereitstellung ihrer Armee gezwungen und dadurch abermals beunruhigt und materiell schwer geschädigt werden sollte, Serbien diesmal die Kosten zu tragen haben wird. Mein französischer Kollege schien vom Tenor meiner Sprache sehr bestürzt und augenscheinlich für die in Serbien engagierte französische Milliarde schwer besorgt. Seinen Einwand, dass ihm die unsererseits den Serben

gestellte achttägige Frist viel zu kurz erscheine, beantwortete ich in ziemlich cassantem Tone dahin, dass die Serben in vier Tagen den Marsch an die sogenannte strategische Grenze zurückgelegt hätten, so dass acht Tage für den Rückmarsch mehr als genügend sind! Im übrigen wären wir keine Geldverleiher, die mit sich handeln liessen. Herr Simon beteuerte dann, dass er auch ohne Instruktionen wiederholt Serbien vor Abenteuer gewarnt hätte, worauf ich ihm den Vorwurf nicht erspart habe, dass gerade er und der russische Vertreter es gewesen wären, die jedes Zustandekommen einer ernsten Kollektivdémarche verhindert hätten. Mein italienischer Kollege fügte meinem Ausfall auf Herrn Simon seinerseits die Bemerkung bei, dass er (Herr Simon) wenigstens jetzt eine Weisung seiner Regierung zu einer ernsten Verwarnung an Serbien provozieren möge. Unser Mitredner suchte sich hierauf auf den k. u. k. Geschäftsträger in Paris auszureden, welcher der französischen Regierung den Ernst der Situation offenbar nicht deutlich genug dargelegt haben müsste, da er (Herr Simon) sonst gewiss entsprechende Weisungen erhalten hätte. Man wünsche in Paris im Interesse Serbiens den Frieden unter allen Umständen zu erhalten. Herr Simon erkundigte sich schliesslich noch bei Herrn Rinella darüber, ob hier gleichzeitig auch ein italienischer und deutscher Schritt erfolgt wäre, eine Frage, die angesichts der Ängstlichkeit meines italienischen Kollegen ich und zwar dahin beantwortete, dass meine Dreibundkollegen von ihren Regierungen den Auftrag haben, unsere Démarche auf das energischeste zu unterstützen. Unser französischer Kollege verliess uns hierauf in aller Eile, augenscheinlich um nach Paris zu berichten. Ich sowie Herr Rinella hoffen, dass meine scharfe Sprache unseren französischen Kollegen stark impressioniert hat und ihn veranlassen dürfte, der serbischen Regierung den Ernst der Situation wenigstens inoffiziell vor Augen zu führen. Storck.

a) Vgl. n. 8864, 8874, 8877, 8882.

Nr. 8871. Tel. nach Berlin Nr. 703 (1), Rom Nr. 1228 (2), St. Petersburg Nr. 547 (3), London Nr. 756 (4), Paris Nr. 483 (5), Konstantinopel Nr. 520 (6), Bukarest Nr. 457 (7), Sofia Nr. 619 (8), Athen Nr. 226 (9), Cetinje Nr. 235 (10), Valona (Generalkonsul Petrović) Nr. 2 (11) und Belgrad Nr. 304 (12), 19. Okt. 1913 (chiffr. 4 U. p. m.).a) Konz. (S. Hohenlohe; V. Rappaport; G. Berchtold).

1.—11. Im Verfolge meines Telegrammes vom 18. d. M. Nr. 699 (beziehungsweise 1219, 546, 755, 482, 519, 456, 617, 224, 233, 142).

12. Erhalten Euer Hochwohlgeboren Telegramm Nr. 679 vom 18. d. M.

1.—5. Nachdem Herr von Storck unsere Note gestern mittags im Belgrader Ministerium des Äußern überreicht hat, läuft von demselben Zeitpunkte an die Serbien zur vollen Räumung Albaniens gestellte achttägige Frist. Die Evakuirung müßte daher Sonntag den 26. d. M. abgeschlossen sein. Euer etc. wollen Vorstehendes der dortigen Regierung mitteilen und bemerken, daß gewisse Zeitungsmeldungen, wonach wir Serbien eine achttägige Bedenkfrist gestellt hätten, irrig sind, es handle sich vielmehr ausschließlich um die Frist, innerhalb welcher die Evakuirung abgeschlossen sein muß.

6.—12. Ich richte nachstehendes Zirkulartelegramm an die k. u. k. Botschaften bei den Signatarmächten: (Inseratur ex Telegramm sub 1.—5. von „Nachdem Herr von Storck“ bis „abgeschlossen sein muß.“) Zu vorstehendem Zirkulartelegramme bemerke ich, daß ich besonderen Wert darauf lege, daß auch Euer etc. in der Ihnen geeignet erscheinenden, jedoch jeden Zweifel ausschließenden Weise der irrigen Auffassung, als ob es sich bloß um eine Bedenkfrist handle, sowohl bei der dortigen Regierung als auch im Kreise Ihrer Kollegen entgegentreten. Berchtold.

[a]) Oe. U. Balkan 459 Nr. 917. Vgl. n. 8885, 8888, 8889.

Nr. 8872. Tel. des Gesandten Ludwig Freiherrn von Flotow aus Berlin, 19. Okt. 1913 Nr. 445 (eing. 7 U. p. m.).[a]) Entziff.

Mit Bezug auf Euer Excellenz Telegramm Nr. 699 vom 17. d. M., betreffend Ultimatum an Serbien. Unterstaatssekretär wiederholte mir, was er Euer Excellenz durch den deutschen Geschäftsträger bereits hat mitteilen lassen, dass die deutsche Regierung voll und ganz auf unserem Standpunkte stehe und dies auch in Rom und in London in entsprechender Weise zum Ausdrucke gebracht habe; sie habe sich neuerdings in Belgrad sehr eindringlich vernehmen lassen und habe auch für gut befunden, in Athen vor einer Konnivenz mit Serbien zu warnen. Flotow.

[a]) Oe. U. Balkan 459 Nr. 916.

Tel. nach Bukarest, 19. Okt. 1913 Nr. 457 (chiffr. 4 U. p. m.). Siehe n. 8871.

Tel. nach Cetinje, 19. Okt. 1913 Nr. 235 (chiffr. 4 U. p. m.). Siehe n. 8871.

Nr. 8873. Tel. des Sektionschefs Grafen Johann Forgách aus Dresden, 19. Okt. 1913 Nr. 30 (eing. 5 U. p. m.). Entziff.

Bezug auf Telegramm Nr. 28 vom 17.[a]) d. M. Reichskanzler ersuchte mich, Euer Excellenz mitzuteilen, dass er unsere Démarche in Belgrad gerne in energischer Weise unterstützt habe und hoffe, dass Serbien die Ratschläge des Dreibundes befolgen werde. Forgách.

[a]) Richtig 16. = n. 8848.

Tel. nach Konstantinopel, 19. Okt. 1913 Nr. 520 (chiffr. 4 U. p. m.). Siehe n. 8871.

Tel. nach London, 19. Okt. 1913 Nr. 756 (chiffr. 4 U. p. m.). Siehe n. 8871.

Tel. nach Paris, 19. Okt. 1913 Nr. 483 (chiffr. 4 U. p. m.). Siehe n. 8871.

Nr. 8874. Tel. des Gesandten Grafen Josef Somssich aus Paris, 19. Okt. 1913 Nr. 221 (eing. 8 U. p. m.).[a]) Entziff.

Antwort auf Telegramm Nr. 482 vom 17. d. M. Demarche in Belgrad. Da Minister des Äussern gestern, heute und möglicherweise auch morgen von Paris abwesend, habe ich mich des erhaltenen Auftrages gestern abends unter Hinterlassung schriftlicher Aufzeichnung bei politischem Direktor entledigt. Herr Paléologue wird meine Mitteilung zur Kenntnis des Ministers bringen, bemerkte aber, dass er zu unserer Darstellung über albanesischen

Aufstand schon jetzt seine Reserven machen müsse, da die dem hiesigen Auswärtigen Amte zugekommenen Informationen über Einbruch von Albanesen in serbisches Gebiet mit unserer Schilderung über den Aufstand nicht übereinstimmen. Er möchte daher meinen, dass unser so gewichtiger Schritt von den gegebenen Umständen vielleicht nicht ganz gerechtfertigt sei. In meiner Erwiderung betonte ich (und mein Mitredner stimmte dem vollkommen bei), dass ich mich in eine Erörterung über die Opportunität unseres Schrittes umsoweniger einlassen könne, als die Beurteilung dessen, inwieweit es mit unserer Würde vereinbar sei, uns von Serbien noch länger zum Besten halten zu lassen, uns allein zustehe. Serbien habe erklärt, Londoner Beschlüsse zu respektieren; wenn es fortsetze, seinen Erklärungen zuwiderzuhandeln, so müsse eben unsere Geduld einmal ein Ende nehmen. Ich hätte übrigens erwartet, dass französische Regierung, welche doch bei Londoner Beschlüssen mitgewirkt habe, unser auf die Durchführung dieser Beschlüsse und auf die Herstellung friedlicher Zustände gerichtetes Vorgehen mit Befriedigung aufnehmen werde. Ich habe auch bemerkt, dass ich ungezählte Konsularberichte gelesen habe, welche albanesischen Aufstand in der in unserer Mitteilung niedergelegten Darstellung schildern, während die hiesigen Informationen wohl ausschliesslich aus serbischen Quellen stammen, da Frankreich in jenen Gegenden keine Konsularämter besitze. Auf die Frage Herrn Paléologues, ob wir eine Garantie für den Frieden übernehmen könnten, falls Serbien das albanesische Gebiet räume, antwortete ich mit dem Bemerken, dass das längere Verweilen serbischer Truppen im autonomen Albanien den Frieden zweifellos in viel höherem Grade gefährden würde. Ich schloss die in durchaus freundschaftlichem Tone gehaltene Unterredung, indem ich der Hoffnung Ausdruck verlieh, dass die serbische Regierung sich endlich eines Besseren besinnen werde, worauf Herr Paléologue bemerkte, dass französische Regierung fortfahre, Serbien Ratschläge zur Mässigung zu geben. Mein italienischer Kollege erzählte mir, Herr Paléologue habe ihm erzählt, dass erst gestern eine derartige Instruktion an französischen Vertreter in Belgrad ergangen sei.

Somssich.

a) Vgl. n. 8870, 8901.

Tel. nach Rom, 19. Okt. 1913 Nr. 1228 (chiffr. 4 U. p. m.). Siehe n. 8871.

Nr. 8875. Tel. des Legationsrates Grafen Ludwig Ambrózy aus Rom, 19. Okt. 1913 Nr. 785 (eing. 20. Okt. 8 U. a. m.). Entziff.

Serben in Albanien. Zu Euer Exzellenz Telegramm Nr. 1221 vom 19. d. M. Generalsekretär liess mich im Klub zu sich bitten, um mir im Auftrage noch abwesenden Ministers des Äussern zu sagen, dass den italienischen Botschaftern in Paris, London und Petersburg Auftrag erteilt werde, die in meinem Telegramme Nr. 775 vom 17. d. M. erwähnte Demarche mit dem grössten Nachdrucke zu wiederholen. Um die Wirkung dieser Schritte zu erhöhen, werden die italienischen Botschafter in London und in Petersburg beauftragt, auf ihre Posten zurückzukehren. Auch für den Geschäftsträger in Belgrad sei eine sehr energische Instruktion in

Ausarbeitung, welche dem morgen nachmittags heimkehrenden Minister unterbreitet würde. Auf meine Bemerkung, dass es sich darum handelt, Serben jeden Schimmer von Hoffnung auf Grenzrektifikation zu nehmen, stimmte Herr de Martino entschieden zu. Er fügte bei, dass, wenn er auch Art und Weise unseres Vorgehens nicht opportun finden könne, seiner persönlichen Ansicht nach Italien zeigen müsse, dass es an der Seite seiner Verbündeten stehe. Dies sei nicht nur im Interesse unseres Bündnisses nötig, welches durch Kundwerden von Divergenzen der Auffassungen geschwächt würde, sondern auch aus praktischen Gründen. Denn die Grossmächte würden auf Serbien stärkeren Druck üben und dieses eher nachgeben, wenn der Dreibund geschlossen auftrete. Vertraulich fügte er bei, dass während Herr Neratow noch vor einigen Tagen im eigenen Namen von der Billigkeit des serbischen Wunsches nach Grenzregulierung gesprochen habe, er dies anlässlich der jüngsten italienischen Demarche nicht wiederholt habe. Neratow habe auch die Anspielungen des italienischen Geschäftsträgers in Petersburg auf die eigentümliche Rolle Herrn von Hartwigs dahin beantwortet, dass die dem Letzteren erteilten Instruktionen ganz klar und nicht misszuverstehen seien.[a] Ich dankte Herrn de Martino für seine Mitteilungen und bat ihn, unter Hinweis auf das in meinem Telegramme Nr. 749 vom 10. d. M. geführte Gespräch, nachdrücklich auf Marquis di San Giuliano einzuwirken, damit er ganz und offen auf unsere Seite trete. Hieran anknüpfend brachte ich die wässerigen Entrefilets der „Tribuna" von gestern und heute zur Sprache. In ersterem wird noch immer von der Freundschaft Italiens zu Serbien, in letzterem von verschiedenen Lösungsmodalitäten gesprochen, während es nur eine, nämlich die sofortige Evakuation Albaniens, gebe. Fortsetzung[b] folgt.

Ambrózy.

[a] Vgl. n. 8865, 8887. — [b] Mit Tel. Nr. 786, 19. Okt. 1913 (eing. 20. Okt. 8 U. a. m.) berichtete Ambrózy, daß de Martino offiziösen Ursprung des oben genannten Entrefilets in der „Tribuna" bestritt und versprach, womöglich in der morgigen Nummer des „Popolo Romano" eine Enuntiation der Solidarität Italiens mit seinen Verbündeten erscheinen zu lassen. Das Weitere betrifft nur Vorschläge über die geographische Richtung, welche die Grenzkommission in Albanien einschlagen solle.

Tel. nach St. Petersburg, 19. Okt. 1913 Nr. 547 (chiffr. 4 U. p. m.). Siehe n. 8871.

Nr. 8876. Tel. des Legationsrates Grafen Otto Czernin aus St. Petersburg, 19. Okt. 1913 Nr. 344 (eing. 11 U. 30 M. p. m.).[a] Entziff.

Gestrige „Wetschernaja Wremja" bringt ein Telegramm ihres Vertreters in Paris, welches Interview Herrn Sazonows mit einem französischen Journalisten wiedergibt. Hienach hätte russischer Minister des Äussern am Schlusse geäussert: „Wenn in Petersburg Trommeln zum Feldzuge schlagen, dann wird französische Armee unter die Waffen treten." Auf der hiesigen deutschen Botschaft hat diese Fassung recht unangenehm berührt, namentlich als sich Sazonow auf seiner Heimreise in Berlin aufhalten soll. Es bleibt übrigens abzuwarten, ob die Äusserung tatsächlich in dieser Form erfolgte.

Otto Czernin.

[a] Vgl. n. 8913, 8914.

Tel. nach Sofia, 19. Okt. 1913 Nr. 619 (chiffr. 4 U. p. m.). Siehe n. 8871.

Tel. nach Valona (Generalkonsul Petrović), 19. Okt. 1913 Nr. 2 (chiffr. 4 U. p. m.). Siehe n. 8871.

Tel. nach Athen, 20. Okt. 1913 Nr. 227 (chiffr. 11 U. 50 M. p. m.). Siehe n. 8883.

Nr. 8877. Tel. an den Legationsrat Wilhelm Ritter von Storck in Belgrad, 20. Okt. 1913 Nr. 305 (chiffr. 10 U. p. m.).[a] Konz. (S. Matscheko nach eigh. Entwurf Berchtolds; V. Rappaport; G. Berchtold).

Euer Hochwohlgeboren Telegramm Nr. 682 erhalten. Ich bin mit Ihrer Sprache gegenüber Ihrem italienischen und französischen Kollegen vollkommen einverstanden, insbesondere mit der Bemerkung, daß Serbien die Kosten zu tragen hätte, falls es uns neuerlich zu einer Mobilisierung nötigen sollte. Dies deckt sich durchaus mit den Intentionen der k. u. k. Regierung, da wir, wenn Serbien uns durch sein Zögern auch nur die Kosten bloßer militärischer Vorbereitungsmaßregeln auferlegen würde, gezwungen wären, uns hiefür an Serbien schadlos zu halten. Euer Hochwohlgeboren wollen zwar eine neuerliche Demarche ad hoc vermeiden, jedoch bei jedem passenden Anlasse auch den serbischen Staatsmännern darüber keinen Zweifel lassen, daß die k. u. k. Regierung auf diesem Standpunkte steht.

Berchtold.

[a] Vgl. n. 8898.

Tel. nach Belgrad, 20. Okt. 1913 Nr. 306 (chiffr. 11 U. 50 M. p. m.). Siehe n. 8883.

Nr. 8878. Tagesbericht über einen Besuch des serbischen Gesandten, 20. Okt. 1913 Nr. 4970.[a] Konz. (S. u. G. Hoyos).

Der serbische Gesandte hat heute Abend bei mir vorgesprochen und mir im Auftrage seiner Regierung Nachstehendes mitgeteilt: Die serbische Regierung sei überrascht darüber gewesen, daß wir trotz ihrer bündigen Versicherung, die Londoner Grenze Albaniens respectiren zu wollen, für notwendig befunden hätten, eine so pressante Demarche in Belgrad zu unternehmen. Wenn sie die provisorische Besetzung gewisser strategischer Punkte in Albanien für nöthig befunden habe, so sei diese in der Absicht geschehen, von den Mächten eine kleine Rektifizirung der Grenzen zu erreichen, welche nicht nur im Interesse Serbiens, sondern auch in jenem Albaniens gelegen wäre. Um aber gegenüber unseren eindringlichen Vorstellungen ihre Concilianz zu beweisen, habe die serbische Regierung noch gestern, am 19. d. M., ihren Truppen in Albanien den Befehl ertheilt, die besetzten Positionen zu räumen und sich auf die in der Londoner Botschafterkonferenz festgesetzten Grenzen zurückzuziehen. Ich habe dem Herrn Gesandten erwidert, daß ich diese erfreuliche Mittheilung zur Kenntnis nehme, ihn jedoch auch darauf aufmerksam mache, daß, einer mir soeben zugekommenen Meldung[b] des k. u. k. Geschäftsträgers in Belgrad zufolge, der General-

sekretär Stefanović Herrn von Storck bei Mitteilung dieses Entschlusses der serbischen Regierung auch die Erklärung abgegeben habe, daß die Evakuirung innerhalb der 8 Fristtage erfolgen werde. Ich vermißte eine ähnliche Zusicherung in seiner Mittheilung und müsse ihn, um jedes Mißverständnis zu vermeiden, ersuchen, seiner Regierung mitzutheilen, daß ich von dieser, dem k. u. k. Geschäftsträger gegenüber gemachten Erklärung Akt nehme und darauf bestehen müsse, daß die vollständige Räumung vor Ablauf der von uns gesetzten Frist erfolgt sei. Auch müsse ich mir, ohne den guten Glauben der serbischen Regierung in Frage stellen zu wollen, vorbehalten, die thatsächliche Durchführung unseres Verlangens durch Augenzeugen constatiren zu lassen.

[a]) Vgl. n. 8850, 8879, 8918. — [b]) n. 8880.

Nr. 8879. Tagesbericht über einen Besuch des serbischen Gesandten, 20. Okt. 1913 Nr. 4972.[a]) Konz. (S. Berchtold).

Der serbische Gesandte ist am 20. d. M. bei mir erschienen, um sich auftraggemäß ungefähr in folgender Weise auszusprechen: „Nous avons été surpris qu'après nos déclarations formelles de respecter les frontières établies à Londres, l'Autriche-Hongrie s'est vu obligée de faire auprès de nous la démarche pressante du 17 octobre. Si la Serbie s'était trouvé dans la nécessité d'occuper certains points stratégiques, c'était pour le fait que la frontière n'avait pas été définitivement fixée et que nous attendions de la part des Grandes Puissances lors de la délimitation actuellement envisagée des rectifications tant dans l'intérêt de la Serbie que de celui de l'Albanie. Cependant pour démontrer notre esprit conciliant le Gouvernement s'est décidé à rappeler dès à présent les troupes sur la ligne frontière fixée par la conférence de Londres." — Ich habe dem Gesandten geantwortet, daß unser letzter Schritt vollkommen gerechtfertigt war, nachdem sich die serbische Regierung mit ihren früheren Erklärungen hinsichtlich Respektirung der Londoner Grenze in Widerspruch gesetzt hatte und wir einer „Rectification" dieser Grenze niemals unsere Zustimmung gegeben hätten. Im Übrigen wolle ich gerne von der nunmehr abgegebenen Erklärung Akt nehmen und hiebei die Hoffnung aussprechen, daß damit diese Trübung unserer Beziehungen der Vergangenheit angehöre. Nach dieser Unterredung traf das Telegramm Herrn von Storcks[b]) mit der Nachricht ein, daß Generalsekretär Stefanović ihm erklärt hätte, der Befehl zur Evakuirung sei bereits gestern beschlossen und heute früh hinausgegeben worden. Die Räumung werde innerhalb der acht Fristtage erfolgen. Da in der Erklärung Herrn Jovanović' letzterer Zusatz gefehlt hatte, ließ ich den Genannten nochmals zu mir kommen und ersuchte ihn, die Aufmerksamkeit seiner Regierung auf diesen Umstand zu lenken und beizufügen, daß ich keinen Zweifel hege, die Evakuirung werde innerhalb der von uns limitirten Frist vollzogen sein, daß ich mir aber reserviren müsse, mir über die Thatsache der durchgeführten Räumung am bezeichneten End-Termine Rechenschaft zu geben, da unsere diesbezügliche Forderung natürlich aufrecht bleibe.

[a]) Vgl. n. 8850, 8878, 8883. — [b]) n. 8880.

Nr. 8880. Tel. des Legationsrates Wilhelm Ritter von Storck aus Belgrad, 20. Okt. 1913 Nr. 684 (eing. 5 U. 30 M. p. m.).[a] Entziff.

Wenn serbischen Regierungserklärungen überhaupt noch Glauben beizumessen ist, habe ich heute einen vollen Erfolg zu melden. Generalsekretär Stefanović, dem ich soeben unter Rücklassung eines Aide-Mémoires notifizierte, dass am 26. d. M. kein serbischer Soldat mehr auf dem Gebiete des autonomen Albaniens zu stehen habe, erklärte mir, dass der Befehl zur Evakuierung bereits gestern beschlossen und heute früh hinausgegeben worden sei. Die Räumung werde innerhalb der acht Fristtage erfolgen. (Ich konstatiere, dass der Räumungsbefehl sohin auf unsere ernste Demarche hin erfolgt, und nicht so sehr auf die Unterstützung des deutschen und italienischen Vertreters, die erst heute energischer einsetzen sollte, zurückzuführen ist.) Die Bemerkung Herrn Stefanović', dass die unserseits Serbien bewilligte Frist etwas kurz ausgefallen wäre, quittierte ich mit der Antwort, dass, falls es wahr ist, dass, wie er mir in diesem Hause so oft versichert habe, die serbischen Truppen nur wenige Kilometer über der Grenze stünden, unsere Frist zur Zurücklegung dieser kurzen Strecke weitaus genügen müsse. Beim Abschiede versicherte mir Herr Stefanović, dass von nun an unsere wirklich guten Beziehungen tatsächlich beginnen! Herr Jovanović hat Auftrag, diese Erklärungen, allerdings, wie es mir scheint, in recht weitläufiger Form Euer Excellenz noch heute abzugeben. Storck.

[a]) Vgl. n. 8878, 8879, 8881, 8882, 8883.

Nr. 8881. Tel. des Legationsrates Wilhelm Ritter von Storck aus Belgrad, 20. Okt. 1913 Nr. 685 (eing. 8 U. 40 M. p. m.).[a] Entziff.

Räumung Albaniens. Die soeben erschienene bezügliche Verlautbarung des serbischen Pressbureaus entspricht nicht der mir heute mündlich gemachten Zusicherung der vollständigen Räumung Albaniens innerhalb von 8 Tagen. Ich mache darauf aufmerksam, dass es im erwähnten Communiqué bloss heisst, que le gouvernement serbe a ordonné aux troupes serbes de se retirer vers les frontières fixées par la conférence des ambassadeurs à Londres. Storck.

[a]) Vgl. n. 8880.

Nr. 8882. Bericht des Legationsrates Wilhelm Ritter von Storck aus Belgrad, 20. Okt. 1913 Nr. 224 A (eing. 22. Okt.).[a] Ausfert.

Streng vertraulich. Serbien gibt nach! Bis nächsten Sonntag wird, soweit Belgrader Regierungserklärungen zu trauen ist (?), kein serbischer Soldat mehr auf albanischem Territorium stehen. Vederemo! Das zur Unterstützung des serbischen Gedächtnisses heute von mir im auswärtigen Amte übergebene Aide-mémoire[b]) liegt in der Falte bei. Unter dem 24. September l. Js. sub Nr. 197 A, hatte ich die Ehre, meiner unvorgreiflichen Ansicht dahin Ausdruck zu geben, dass es gegenüber von Montenegro erst einer Kriegsdrohung bedurfte, um es zur Räumung Skutaris zu bewegen, und dass es Serbien gegenüber voraussichtlich ähnlich drastischer Mittel bedürfen werde, um es aus Albanien herauszubringen. Nun hat es tatsächlich auch so weit kommen müssen. Als mir der deutsche Gesandte

gestern den in meinem ergebensten Chiffretelegramm Nro. 681 erwähnten Botschaftsbericht vorlas, aus welchem hervorging, dass Seine k. und k. Apostolische Majestät unser Allergnädigster Herr selbst eingreifen und mit jugendlicher Energie eine schwere Entscheidung fällen musste, überkam mich einerseits solche Rührung, andererseits eine solche Erregung über das serbischerseits mit uns und unserem Allerhöchsten Herrn getriebene Spiel, dass mir — ich nehme keinen Anstand es einzugestehen — das Wasser in die Augen stieg. In dieser Gemütsverfassung lief mir bei Herrn Rinella mein französischer Kollege in die Arme. Herr Simon war mir offenbar von Herrn von Hartwig nachgeschickt worden, nachdem der Herr kaiserlich russische Gesandte, der mir gestern — gerade gestern! — zum ersten Mal die hohe Ehre seines Besuches schenken wollte, mich versäumt hatte. Welchen Hagel von Anspielungen und Vorwürfen ich auf Herrn Clément Simon vor einem Zeugen, das heisst in Gegenwart meines italienischen Kollegen, niederprasseln liess, habe ich schon mit meinem gestrigen Ziffertelegramm Nro. 682 gemeldet. Zum Schlusse hatte ich Herrn Simon, um ihm den Ernst der Situation klar zu machen zugerufen: „Nous donnons aux Serbes un délai de 8 jours pour déguerpir; qu'ils déguerpissent, car déguerpir, ils le doivent!" Herr Simon soll darnach sofort seinen, wie ich von den verschiedensten Seiten höre, diesmal nur sehr mangelhaft informiert gewesenen russischen Mentor aufgesucht haben, der daraufhin noch in den Abendstunden des Gestrigen eine $1^1/_2$ stündige Unterredung mit Herrn Pašić hatte, worauf sich dieser in den Ministerrat begab. Dort wurde auch schon der Beschluss zur Räumung Albaniens gefasst. Wenn Serbien nachgegeben hat, so ist dies ausschliesslich uns, das heisst der Initiative Euer Exzellenz respektive der Allerhöchsten Schlussfassung unseres Allergnädigsten Herrn zuzuschreiben, und nicht oder wenigstens nicht in annähernd solchem Masse auf das Konto der Unterstützung unserer Verbündeten zu setzen. Dass das Nachgeben Serbiens schon so rasch erfolgt ist, möchte ich zum Teil auf Rechnung der mir anbefohlenen Sprache setzen, deren Schärfe durch den Zustand der Gemütserregung, in welcher ich mich nach Kenntnis der Allerhöchsten Schlussfassung begreiflicherweise befinden musste, nur gewinnen konnte. Für den russischen Vertreter ist die lächerliche Tournüre, die das albanische Abenteuer für Serbien genommen hat, eine ausgesprochene Blamage, die lebhaft an jene erinnert, die der russische Gesandte in Sofia nach Ausbruch des serbisch-bulgarischen Krieges davongetragen hat. Wenn Serbien sich von Herrn von Hartwig und dessen Verhetzungspolitik zu einem weiteren Widerstande hätte verleiten lassen, so hätte es tatsächlich zu einem Kriege kommen müssen, der voraussichtlich nicht auf eine österreichisch-ungarische Strafexpedition beschränkt geblieben wäre. Aller Wahrscheinlichkeit nach würde in diesem Falle die Türkei gegen Griechenland und Bulgarien gegen Serbien losgeschlagen haben, und Rumänien wäre mit seiner Garantie des Bukarester Friedens auf dem Sande gesessen. Obige Konsiderationen werden, von allem anderen abgesehen, Herrn von Hartwig bewogen haben noch in der dreizehnten Stunde etwas beizudrehen. Serbien, welches infolge der russischen Verhetzung diese Blamage erleidet, kann froh sein, mit einem blauen Auge wegzukommen und nicht seine Existenz auf das Spiel gesetzt

zu haben. Ich hoffe, dass bei uns daheim Euer Exzellenz energisches Eingreifen volle Würdigung und entsprechenden Dank ernten wird und dass es nicht wieder Industrielle gibt, die da glauben, dass unser Vorgehen unserem angeblich blühender Entfaltung entgegengehenden Handel mit Serbien geschadet hat. Der Handel richtet sich nicht nach Sympathien oder Antipathien, sondern folgt ehernen Gesetzen. Wenn der Kattun bei uns um $^1/_2$ Heller die Elle billiger ist als wo anders, so wird der serbische Kaufmann ihn bei uns und nirgends anderswo beziehen, selbst wenn wir noch fünfmal Serbien wegen Albanien in den Arm fallen müssten. Storck.

[a]) Vgl. n. 8880. — [b]) Beilage.

Beilage zu n. 8882. Aide-Mémoire der Gesandtschaft in Belgrad für die serbische Regierung; 20. Okt. 1913. Abschrift.

Das Territorium des autonomen Albaniens hat innerhalb der Frist von 8 (acht) Tagen, von der Stunde der Überreichung der Verbalnote der k. und k. Gesandtschaft vom 18. l. Mts. n. St. Nr. 677 res.[a]) an gerechnet, von den serbischen Truppen vollkommen geräumt zu sein. Nachdem obige Fallfrist am verflossenen Samstage, den 18-ten Oktober n. St. 12 Uhr mittags (zu welcher Stunde zitierte Note dem königlich serbischen Ministerium des Äussern überreicht worden ist) zu laufen begonnen hat, so hat die Evakuierung des autonomen Albaniens von den königlichen Truppen am nächsten Sonntage d. i. den 26-ten Oktober 1913 n. St. abgeschlossen zu sein.

[a]) Vgl. n. 8859.

Nr. 8883. Tel. nach Berlin Nr. 705 (1), Rom Nr. 1233 (2), St. Petersburg Nr. 548 (3), London Nr. 758 (4), Paris Nr. 484 (5), Konstantinopel Nr. 524 (6), Bukarest-Sinaia Nr. 458 (7), Sofia Nr. 622 (8), Athen Nr. 227 (9), Cetinje Nr. 238 (10), Valona (Generalkonsul Petrović) Nr. 4 (11), Monastir Nr. 34 (12), Üsküb Nr. 37 (13), und Belgrad Nr. 306 (14), 20. Okt. 1913 (chiffr. 11 U. 50 M. p. m.).[a]) Konz. (S. Hohenlohe; V. Rappaport; G. Berchtold).

1.—11. K. u. k. Geschäftsträger in Belgrad telegraphiert unterm 20. d. M.: „Generalsekretär Stefanović erklärte mir soeben, ... *wie n. 8880 von „daß der Befehl" bis „acht Fristtage erfolgen"* ... Der serbische Gesandte, Herr Jovanović hat heute eine den bereits erteilten Räumungsbefehl betreffende Erklärung[b]) mir gegenüber abgegeben. Euer etc. wollen Vorstehendes der dortigen Regierung mit dem Beifügen mitteilen, daß ich von der serbischen Erklärung Akt nehme und der Durchführung der Evakuierung innerhalb der am 26. d. M. ablaufenden Frist entgegensehe.

11. Euer Hochwohlgeboren wollen von Vorstehendem die Konsulate in Durazzo und Skutari telegraphisch in Kenntnis setzen und das Konsulat Valona verständigen.

12. u. 13. Ich telegraphiere an die Botschaften bei den Signatarmächten: (Inseratur Telegramm sub 1.—11. von „K. u. k. Geschäftsträger in Belgrad" bis „entgegensehe.")

14. Erhalten Euer Hochwohlgeboren Telegramm Nr. 684 vom 20. d. M. (Inseratur Telegramm sub 12. von „Ich telegraphiere" bis „entgegen-

sehe.“) Euer Hochwohlgeboren wollen sich im letzteren Sinne bei der serbischen Regierung aussprechen. Wie ich zu Euer Hochwohlgeboren vertraulicher Orientirung beifüge, lege ich hierauf umso größeren Werth, als Herr Jovanović mir gegenüber nicht ausdrücklich von der 8tägigen Räumungsfrist sprach, was ich selbstverständlich mit dem Beifügen relevirte, daß unsere diesbezügliche Forderung aufrechtbliebe. Berchtold.

[a]) Oe. U. Balkan 460 Nr. 918. Vgl. n. 8898, 8901. — [b]) n. 8879.

Tel. nach Bukarest-Sinaia, 20. Okt. 1913 Nr. 458 (chiffr. 11 U. 59 M. p. m.). Siehe n. 8883.

Tel. nach Cetinje, 20. Okt. 1913 Nr. 238 (chiffr. 11 U. 50 M. p. m.). Siehe n. 8883.

Tel. nach Konstantinopel, 20. Okt. 1913 Nr. 524 (chiffr. 11 U. 50 M. p. m.). Siehe n. 8883.

Tel. nach London, 20. Okt. 1913 Nr. 758 (chiffr. 11 U. 50 M. p. m.). Siehe n. 8883.

Nr. 8884. Tagesbericht über einen Besuch des englischen Botschafters, 20. Okt. 1913 Nr. 4985.[a]) Konz. (S. Kinsky; V. u. G. Hoyos).

Der englische Botschafter hat mir heute im Auftrage seiner Regierung mitgeteilt, Sir E. Grey besitze zwar volles Verständnis für den Zweck, den wir mit unserem in Belgrad unternommenen Schritte anstreben; er könne jedoch dem von uns gewählten modus procedendi nicht ganz zustimmen. Seiner Ansicht nach hätten wir nach vorherigem Einvernehmen gemeinsam mit den übrigen Mächten vorgehen sollen, wodurch die Schärfe der an Serbien gerichteten Aufforderung, da es sich dann nicht um die isolirte Aktion einer einzelnen Macht gehandelt hätte, erheblich gemildert worden wäre. Ich habe dem Herrn Botschafter zunächst meine Befriedigung darüber ausgesprochen, mich mit seiner Regierung hinsichtlich des Endzieles unserer Aktion in Übereinstimmung zu wissen. Was die Einwendungen Sir E. Greys gegen die Art und Weise unseres Vorgehens anbelangt, bemerkte ich, daß hiefür der Wunsch maßgebend gewesen sei, dem Zustande der Beunruhigung im serbisch-albanesischen Grenzgebiete tunlichst rasch ein Ende zu bereiten. Zur Erreichung dieses Zweckes schien uns eine gemeinsame Aktion der Mächte nicht das geeignetste Mittel, da eine solche erfahrungsgemäß zeitraubende Pourparlers erfordert hätte. Überdies wäre zu befürchten gewesen, daß die gemeinsamen Schritte der Mächte in Belgrad von ihren Vertretern nicht in einer derart übereinstimmenden Weise zur Ausführung gelangt wären, daß die serbische Regierung den Eindruck voller Einmütigkeit der Kabinette erhalten hätte.

[a]) Vgl. n. 8862, 8899.

Nr. 8885. Tel. aus London, 20. Okt. 1913 Nr. 673 (eing. 21. Okt. 9 U. a. m.). Entziff.

Erhalten Euer Excellenz Telegramm Nr. 756 von gestern. Mit etwas Fieber zu Bett, empfing ich den Besuch des Kabinettschefs Sir E. Greys und hoffe, Staatssekretär morgen oder übermorgen zu sprechen. Tyrrell wiederholte mir, dass englischer Vertreter in Belgrad Ratschläge betreffs

Respektierung der Beschlüsse der Mächte gegeben hätte (mein Telegramm Nr. 671 vom 18. d. M.). Er glaubt, dass andere Mächte ebenso gesprochen hätten. Bezüglich unserer Demarche in Belgrad vom 18. d. M. schien Tyrrell zu meinen, unsere Stellung wäre stärker gewesen, wenn wir die Mitwirkung der anderen Mächte zu dieser Demarche eingeholt hätten. Ich machte ihn darauf aufmerksam, dass wir auch in diesem Falle nur einen „einmütigen Beschluss der Mächte" durchsetzen wollen und bat ihn, dies auch Sir E. Grey zu wiederholen. Er sagte, Serbien mache sein Möglichstes, um unseren Schritt als ein „scharfes Ultimatum" darzustellen, wodurch es bedrückt werde. Hauptsache, nach seiner Meinung, bleibe, möglichst rasche Fixierung der Grenze durch Kommission und Schaffung von Autoritäten, um die Ordnung aufrechtzuerhalten. Mensdorff.

Tel. nach Monastir, 20. Okt. 1913 Nr. 34 (chiffr. 11 U. 50 M. p. m.). Siehe n. 8883.

Tel. nach Paris, 20. Okt. 1913 Nr. 484 (chiffr. 11 U. 50 M. p. m.). Siehe n. 8883.

Nr. 8886. Tel. an den Legationsrat Grafen Ludwig Ambrózy in Rom, 20. Okt. 1913 Nr. 1232 (chiffr. 10 U. 30 M. p. m.).[a] Konz. (S. Matscheko; G. Berchtold).

Im Verfolge meines Telegrammes Nr. 1208 vom 15. d. M. Meldungen Baron Haymerles entnehme ich, daß Prinz Wilhelm von Wied seine Kandidatur für den Thron von Albanien unter gewissen Bedingungen annehmen dürfte und daß er auch zur Einsicht gekommen ist, ein rascher Entschluß seinerseits sei nötig, sollen die Schwierigkeiten sich nicht noch vermehren. Nach Andeutungen, die Baron Haymerle gemacht wurden, dürfte es sich Prinzen zu Wied darum handeln, daß ihm eine gewisse pekuniäre Unterstützung zugesichert würde, daß er Garantien für die baldige tatsächliche Fixierung der Grenzen Albaniens erhält und daß seine Berufung in irgend einer Form von Albanien selbst (Wahl, Deputationen, Telegramme) ausgehend erscheint. Ich bin der Ansicht, daß es keinen zu großen Schwierigkeiten begegnen dürfte, die Erfüllung der zwei letzten Wünsche des Prinzen sicherzustellen. Was den ersten Punkt anbelangt, so glaube ich, daß die vom Prinzen zu Wied gewünschten Voraussetzungen dadurch geschaffen werden könnten, daß wir und Italien ihm eine Zivilliste, ungefähr in der Höhe von 500.000 Kronen jährlich, aussetzen, die von den beiden Regierungen je zur Hälfte zu bestreiten wäre. Ich habe mich in diesem Sinne zu Herzog Avarna geäußert, welcher hierüber nach Rom telegrafieren wird. Euer Hochgeboren wollen sich in gleicher Weise zu Marquis di San Giuliano aussprechen. Berchtold.

[a] Vgl. n. 8897.

Tel. nach Rom, 20. Okt. 1913 Nr. 1233 (chiffr. 11 U. 50 M. p. m.). Siehe n. 8883.

Nr. 8887. Tel. des Legationsrates Grafen Ludwig Ambrózy aus Rom, 20. Okt. 1913 Nr. 789 (eing. 8 U. p. m.).[a] Entziff.

Geheim. Ultimatum an Serbien. Generalssekretär versuchte gestern aus mir herauszubringen, was wir machen würden, wenn — wider Erwarten —

Serbien nicht nachgeben würde. Ob wir etwa nach Albanien einmarschieren würden. Ich antwortete, dass ich hierüber nicht orientiert sei, aber nicht glaube, dass wir — ohne vorherige Rücksprache mit Italien — albanesisches Gebiet besetzen würden, was mit unserem Accord kaum vereinbar wäre. „Also würden Sie in Serbien einmarschieren oder einen Krieg machen?" Ich erwiderte, dass mir über unsere weiteren Intentionen nichts bekannt und ich der Ansicht sei, dass es sich in derlei Situationen nicht empfehle, zu viel Beamte in die innersten Absichten einer Regierung einzuweihen.

Ambrózy.

[a]) Vgl. n. 8875.

Nr. 8888. Tel. des Legationsrates Grafen Ludwig Ambrózy aus Rom, 20. Okt. 1913 Nr. 790 (eing. 21. Okt. 9 U. a. m.). Entziff.

Evacuation Albaniens. Als ich heute Minister des Äussern aufsuchte, um mich im Sinne des hohen Telegrammes Nr. 1228 vom 19. dieses Monats auszusprechen, begrüsste er mich mit der Mitteilung, dass laut einer soeben gemachten Erklärung des hiesigen serbischen Geschäftsträgers und eines analogen Telegrammes des italienischen Geschäftsträgers in Belgrad Serbien erklärt habe, sich unserem Wunsche nach vollständiger Räumung Albaniens innerhalb acht Tagen zu fügen. Marquis di San Giuliano bemerkte hiezu, dass seiner Ansicht nach die von uns benützte imperiose Methode in Serbien grosse Verbitterung erzeugen und den Interessen des Dreibundes, insbesondere auch denen der Monarchie, schaden werde. Auch sei es für unsere Verbündeten unangenehm gewesen, plötzlich vor eine so ernste Situation gestellt zu werden. Ich erwiderte, dass wir gegenüber Serbien eine übermenschliche Geduld bewiesen hätten und dass Italien uns und Deutschland vom lybischen Feldzug auch nicht vorher verständigt habe. Er replizierte, dass das italienische Vorgehen im Jahre 1911 den casus foederis nicht habe schaffen können, der jetzt hätte eintreten können und der Italien zu loyaler Einhaltung seiner Verpflichtungen veranlasst hätte. Marquis San Giuliano machte mich schliesslich auf den Artikel des „Popolo Romano" aufmerksam,[a]) für welchen ich ihm und den Herren de Martino und Garbasso (letzterer hat ihn zum Teile diktiert) wärmstens dankte. Meiner unmassgeblichen Ansicht nach würde es sich empfehlen, die in dem Artikel zum Ausdrucke gebrachte loyale Haltung Italiens durch unsere Presse quittieren zu lassen. Wenn man erwägt, dass er kaum sieben Wochen nach den Triester Statthaltereierlässen[b]) und inmitten Wahlen erschien und dass er gegen das von der italienischen öffentlichen Meinung verhätschelte Serbien gerichtet ist, muss man zugeben, dass er einen wertvollen Indiz dafür bietet, dass die italienische Regierung trotz der schwierigen Lage, in der sie sich uns gegenüber zu befinden glaubt, an der Dreibundpolitik festhalten will.

Ambrózy.

[a]) Vgl. n. 8875 Anm. b. — [b]) Pol. Chron. d. ö.-u. Mon. 1913, 318.

Tel. nach St. Petersburg, 20. Okt. 1913 Nr. 548 (chiffr. 11 U. 50 M. p. m.). Siehe n. 8883.

Nr. 8889. Tel. des Legationsrates Grafen Otto Czernin aus St. Petersburg, 20. Okt. 1913 Nr. 346 (eing. 21. Okt. 8 U. a. m.).[a] Entziff.

Als ich heute bei Herrn Neratow erschien, um ihm die mit telegrafischer Weisung von heute Nr. 547 anbefohlene Mitteilung zu machen, teilte er mir mit, er habe soeben Meldung erhalten, serbische Regierung habe sich der Forderung des k. u. k. Kabinetts unterworfen. Er habe sofort Herrn Pašić zu diesem weisen Entschlusse beglückwünscht. Zwischenfall sei somit glücklich erledigt, und er wolle daher auch nicht darauf eingehen, ob nicht Rechtsfrage des getrennten Vorgehens der Monarchie strittig sei. Ich erwiderte, auch ich hielte unter diesen Umständen eine Diskussion für überflüssig, müsse aber konstatieren, dass das Recht einer Grossmacht, die ihr gegebenen offiziellen Zusagen verwirklicht zu sehen, nicht in Frage gestellt werden könne und dass unsere Interessen den eingeschlagenen Weg wiesen. Man habe in Wien oft genug Willen gezeigt, Serbien vis-à-vis Politik Wohlwollens einzuschlagen, und dem würden jetzt hoffentlich keine weiteren Hindernisse bereitet werden. Hiesige Presse scheint beschwichtigenden Wink erhalten zu haben. Selbst „Nowoje Wremja" verhält sich bisher passiv und „Retsch" verteidigt sogar unseren Standpunkt. Otto Czernin.

[a] Vgl. n. 8866, 8912, 8914.

Tel. nach Sofia, 20. Okt. 1913 Nr. 622 (chiffr. 11 U. 50 M. p. m.). Siehe n. 8883.

Nr. 8890. Tel. des Legationsrates Rudolf Freiherrn von Mittag aus Sofia, 20. Okt. 1913 Nr. 1217 (eing. 10 U. p. m.).[a] Entziff.

Streng geheim. Bezug auf mein Telegramm Nr. 1207 vom 17. dieses Monats. Minister des Äussern sagte mir, er beabsichtige, modifizierten Text bulgarisch-türkischer Militärkonvention Mittwoch nach Konstantinopel abzusenden. Türken schienen zu wünschen, Angelegenheit vor Vollendung Occupation Thraciens zum Abschlusse zu bringen. Mittag.

[a] Vgl. n. 8904.

Tel. nach Üsküb, 20. Okt. 1913 Nr. 37 (chiffr. 11 U. 50 M. p. m.). Siehe n. 8883.

Tel. nach Valona (Generalkonsul Petrović), 20. Okt. 1913 Nr. 4 (chiffr. 11 U. 50 M. p. m.). Siehe n. 8883.

Nr. 8891. Tel. an den Legationsrat Wilhelm Ritter von Storck in Belgrad, 21. Okt. 1913 Nr. 308 (chiffr. 11 U. 30 M. p. m.).[a] Konz. (S. Matscheko; G. Berchtold).

Euer Hochwohlgeboren Telegramm Nr. 686 von heute erhalten. Es liegt nicht in meiner Absicht, von der serbischen Regierung nun nachträglich noch eine schriftliche Antwort zu verlangen, dies umso weniger, als unsere Forderung nicht auf eine serbische Erklärung, sondern auf die tatsächliche Räumung Albaniens innerhalb einer bestimmten Frist gerichtet war und ich mir dem serbischen Gesandten gegenüber ausdrücklich vorbehalten habe, die Durchführung der Evakuierung zu konstatieren. Zu Euer Hochwohlgeboren vertraulicher Orientierung bemerke ich, daß diese Konstatierung

einerseits durch die am Wege von Elbassan an den Ochridasee befindliche Grenzkommission, andererseits durch vier k. u. k. Offiziere erfolgen wird, welche sich in den allernächsten Tagen in Zivil von Skutari beziehungsweise Durazzo aus in das albanische Grenzgebiet begeben.[b] Berchtold.

[a] Vgl. n. 8898. — [b] Vgl. n. 8842.

Nr. 8892. Erlaß an den Legationsrat Wilhelm Ritter von Storck in Belgrad, 21. Okt. 1913 Nr. 75791/2. Konz. (S. Schreibmaschine; V. Schlechta; G. Macchio).

Streng geheim. Obwohl nach den Erklärungen der serbischen Regierung die Eventualität einer kriegerischen Verwicklung mit Serbien im hohen Masse unwahrscheinlich geworden ist, glaube ich doch Euer Hochwohlgeboren ersuchen zu sollen, sich für alle Fälle den hierortigen Erlass vom 28. November v. Js. Nr. 80215/7,[a] der die Direktiven hinsichtlich des Verhaltens der Gesandtschaft und der Konsularämter in Serbien im Kriegsfalle enthält, in Erinnerung zu bringen und auch die betreffenden Konsularämter vertraulich mittels Postchiffres anzuweisen, sich die diesfälligen Bestimmungen ins Gedächtniss zu rufen.

[a] Vgl. oben Anm. a zu n. 4710.

Nr. 8893. Tel. des Legationsrates Wilhelm Ritter von Storck aus Belgrad, 21. Okt. 1913 Nr. 686 (eing. 6 U. p. m.).[a] Entziff.

Im Nachhange zu meinem gestern abgegangenen Bericht Nr. 224 B.[b] Wenn nicht der Artikel der „Samouprava“ und das Communiqué des serbischen Pressbureaus bloss für die serbische Öffentlichkeit bestimmt waren, so hielte ich eine schriftliche Erklärung der serbischen Regierung über den Evacuierungsbefehl und die innerhalb von acht Tagen zugesicherte Räumung des ganzen autonomen albanesischen Territoriums für ebenso wünschenswert, wie eine Kontrolle der tatsächlich erfolgten Ausführung dieser Versprechung. Ich erfahre nämlich vom deutschen Gesandten, dass man ihm zwar auch, ebenso wie dem Engländer und Italiener, die bevorstehende Räumung innerhalb von acht Tagen bestätigt hat, jedoch durchscheinen liess, dass an gewissen Stellen die Grenze noch unbestimmt wäre, so dass das Evacuierungsversprechen an jenen „strittigen“ Grenzstellen wohl nicht ad verbum zu verstehen sein dürfte. Diese Bemerkung läuft der mir erteilten positiven Zusicherung einer totalen Evacuierung ganz Albaniens zuwider und bestärkt mich in dem Verdachte, dass wir rücksichtlich jener Grenzpunkte mit weiteren serbischen Hinterhältigkeiten zu rechnen haben könnten. Sollten Euer Exzellenz diese Annahme teilen und Hochdieselben nicht im Besitze einer vollbefriedigenden schriftlichen Erklärung des serbischen Vertreters in Wien sein, so würde ich den Auftrag erbitten, im serbischen Auswärtigen Amte namens der k. u. k. Regierung hier eine schriftliche Antwort auf unsere Verbalnote vom 18. d. M.[c] zu fordern. Storck.

[a] Vgl. n. 8891. — [b] Der Bericht Nr. 224 B, 20. Okt. 1913 (eing. 22. Okt.) erörtert einen Leitartikel der „Samouprava“ vom 20. Oktober sowie ein Communiqué des serbischen Preßbureaus. — [c] n. 8850.

Nr. 8894. Privatschreiben des Gesandten Ludwig Freiherrn von Flotow aus Berlin, 21. Okt. 1913 (eing. 23. Okt.).[a] *Ausfert.*

Aus den Mitteilungen des deutschen Geschäftsträgers ist Euer Excellenz bereits bekannt, dass das Berliner Cabinett sich anlässlich unserer letzten Action in Belgrad sehr energisch und ganz und voll an unsere Seite stellte, was auch in der Euer Excellenz bekannt gegebenen Willensäusserung Seiner Majestät Kaiser Wilhelms zum Ausdruck kam. Der Herr Unterstaatssecretär gab mir Einsicht in die Depesche, in der Prinz Stolberg über die betreffende Unterredung mit Euer Excellenz berichtete und von Hochderen Befriedigung über die deutscherseits abgegebenen Erklärungen Kenntnis gab. Herr Zimmermann sagte mir: „Wir arbeiten mit Hochdruck!" Besonderes Gewicht schien er darauf zu legen, durch die Londoner Regierung eine Einflussnahme auf Russland und Frankreich zu bewirken und die italienische Regierung ebenfalls auf diesen Weg zu weisen. Er hatte, wie er mir sagte, auch den hiesigen englischen Botschafter dazu vermocht, sowohl den serbischen wie den griechischen Geschäftsträger zu sich zu bitten und ihnen sehr ernste Vorstellungen zu machen. Den Unterstaatssekretär bedrückt, wie er mir unlängst versicherte, manchmal der Gedanke, dass bei uns ein gewisses Misstrauen gegen Deutschland noch bestehe. Er ging noch einmal die Zeiten der letzten Balkankrise durch und suchte die Haltung Deutschlands vom Gesichtspunkt des Bundesgenossen zu erklären und zu rechtfertigen. Ich glaube Herrn Zimmermann keine Zweifel darüber gelassen zu haben, dass das enge Bündnisverhältnis Österreich-Ungarns zu Deutschland nach wie vor an Euer Excellenz eine aufrichtige und überzeugte Stütze habe. Der Unterstaatssekretär meinte schliesslich, der Jagdséjour Seiner Majestät des deutschen Kaisers bei Seiner kaiserlichen und königlichen Hoheit dem durchlauchtigsten Herrn Erzherzog Franz Ferdinand und der darauf folgende Besuch bei Seiner k. u. k. Apostolischen Majestät unserem Allergnädigsten Herrn sei auf jeden Fall ein politisch hocherfreuliches Ereignis. Die erneute Documentierung der engen freundschaftlichen Bande, die die höchsten massgebenden Factoren in beiden Reichen verbinden, werde auch gewiss auf die gesamte Öffentlichkeit eine heilsame Wirkung ausüben. ... *Folgen Erörterungen über den deutschen Kronprinzen und die braunschweigische Thronfolgefrage.* ... Flotow.

[a] Vgl. n. 8861.

Nr. 8895. Tel. des Legationsrates Franz Freiherrn von Haymerle aus Bukarest-Sinaia, 21. Okt. 1913 Nr. 378 (eing. 11 U. p. m.). Entziff.

Seine Majestät der König hat gestern abends gleichlautende Mitteilung bekommen wie im hohen Telegramm Nr. 458 von gestern enthaltene. Seine Majestät erklärte bei Erhalt dieser Nachricht, dass Russland derzeit den Frieden unbedingt wolle und auch jetzt von Serbien verlangt habe, unsere Wünsche zu erfüllen. — Haymerle.

Nr. 8896. Bericht aus Cetinje, 21. Okt. 1913 Nr. 100 A (eing. 25. Okt.). Ausfert.

Streng vertraulich. Mit dem hohen Telegramme Nr. 234[a] vom 19. l. M. erhielt ich von Eurer Exzellenz den Auftrag, über allfällige Wahr-

nehmungen bezüglich der prätendierten Absicht Serbiens, Montenegros und Griechenlands, das autonome Albanien zu okkupieren und Europa vor eine vollendete Tatsache zu stellen, zu berichten. Der hohe Auftrag erledigt sich eigentlich schon durch mein ergebenstes Telegramm Nr. 284*b*) von gestern, welches meldet, dass der hiesige serbische Gesandte von seiner Regierung die offizielle Verständigung erhielt, dass die serbischen Truppen angewiesen seien, die kontestierten Positionen in Albanien unverzüglich zu räumen. Des weiteren war ich in der Lage, Hochdieselben telegrafisch zu informieren, dass der montenegrinische Ministerpräsident, General Janko Vukotić, sofort nach dem Bekanntwerden des österreichisch-ungarischen Ultimatums an Serbien und ehe die Entschliessung der serbischen Regierung auf sofortige Evakuierung hieher gelangt war, spontan erklärte, Montenegro werde etwaige, nunmehr an seine Adresse gelangende Reklamationen Österreich-Ungarns nicht erst abwarten, sondern die montenegrinischen Truppen, die sich (im Gebiete der Klementi und Nikaj) südlich der albanischen Grenze befänden, zurückzuziehen.*c*) Selbst wenn Serbien der österreichisch-ungarischen Forderung nicht nachkommen sollte, würde Montenegro seine Sache von jener seines Verbündeten trennen und freiwillig tun, wozu es später doch gezwungen würde. In gleichem Sinne äusserte sich General Vukotić gestern Abends zu dem k. u. k. Militär-Attaché. Als nach meiner offiziellen Mitteilung an die montenegrinische Regierung am 18. l. M. die österreichisch-ungarische Forderung an Serbien hier bekannt wurde, wirkte dieselbe einschüchternd, ohne den Geist eines möglichen Widerstandes auszulösen. Die offiziösen Regierungskreise bemühten sich, der Presse zu beweisen, dass von einer Okkupation von Positionen innerhalb des autonomen Albaniens seitens Montenegros eigentlich nicht die Rede sein könne und dass man, wenn sich einzelne Abteilungen jenseits der Grenze befänden, nicht auf der Belassung derselben beharren werde. Der Ministerpräsident ging dann weiter und teilte den Entschluss der Regierung mit, diese Abteilungen, ehe noch von Seite der k. u. k. Regierung das Verlangen gestellt würde, zurückzuziehen. Ich habe auch das Gefühl, dass dem König Nikolaus der dem serbischen Chauvinismus durch die Monarchie aufgesetzte Dämpfer gar nicht unwillkommen war, weil der voraussichtliche Rückzug Serbiens seine Situation stärken müsse. Schon aus diesem Verhalten der montenegrinischen Regierung ist der Schluss abzuleiten gestattet, dass man hier auch vor der radikalen Klärung der Atmosphäre durch das österreichisch-ungarische Ultimatum nie ernst an die Möglichkeit einer Okkupation Albaniens gedacht hat. Ich habe in der ganzen Zeit der Krise keine Andeutung wahrgenommen, welche auf das Bestehen dieser Absicht hinweisen könnte, und dies gilt nicht nur von Montenegro, sondern auch von vertraulichen Äusserungen des griechischen und serbischen Gesandten, die mir zur Kenntnis kamen. Das Maximum an Ansprüchen, die man auf offene Weise und über Hintertreppen durchzubringen sich bemühte, bestand in der Forderung auf Zuerkennung des Cijevnatales und der Bojana als Grenze. Für Montenegro lagen die Verhältnisse diesbezüglich vielleicht noch ungünstiger als für Serbien und Griechenland, da es als erstes Objekt im Falle seiner Aktion auf das international besetzte

Skutari gestossen wäre, während ihm die Entwicklung der Skutari-Krise noch in allen Knochen liegt. Nach Vorstehendem bin ich geneigt, anzunehmen, dass der Gedanke einer Besetzung Albaniens wohl in den Köpfen radikaler serbischer Heissporne, vornehmlich der Militärpartei, der sogenannten „Schwarzen Hand", spuken mag, aber hier, wo man das solidarische Vorgehen Europas — wenn auch durch Österreich-Ungarn ertrotzt — am eigenen Leibe gespürt hat, keine Wurzel zu fassen vermochte.

Giesl.

[a]) Mit Tel. Nr. 234, 19. Okt. 1913 (chiffr. 10 U. a. m.) wurde n. 8852 nach Cetinje mitgeteilt. — [b]) Mit Tel. Nr. 284, 20. Okt. 1913 (eing. 11 U. 10 M. p. m.) wurde aus Cetinje gemeldet, serbischer Gesandter habe Mitteilung erhalten, daß serbische Truppen Befehl bekommen, Positionen in Albanien unverzüglich zu räumen. Montenegrinischer Ministerpräsident habe schon früher erklärt, daß montenegrinische Truppen selbst im Falle Widerstandes Serbiens gegen österr.-ung. Ultimatum vom albanesischen Territorium zurückgezogen würden. — [c]) So!

Nr. 8897. Tel. des Legationsrates Grafen Ludwig Ambrózy aus Rom, 21. Okt. 1913 Nr. 793 (eing. 9 U. a. m.).[a]) Entziff.

Subvention für den Prinzen Wied. Zu Euer Excellenz Telegramm von gestern Nr. 1232 sagte mir Marquis San Giuliano, er finde die von Euer Excellenz als Zivilliste vorgeschlagene Summe zwar etwas hoch, habe aber schon Herrn Giolitti fragen lassen, ob er zusagend antworten könne. Der Dispositionsfond der Consulta sei so klein, daß eine Auslage von einer Viertelmillion daraus nicht entnommen werden könne. Er werde mir Antwort sobald als möglich geben.

Ambrózy.

[a]) Vgl. n. 8903.

Nr. 8898. Tel. des Legationsrates Wilhelm Ritter von Storck aus Belgrad, 22. Okt. 1913 Nr. 691 (eing. 23. Okt. 9 U. a. m.). Entziff.

Euer Exzellenz hohe Weisung vom gestrigen Nr. 308 mit tiefgefühltem Dank erhalten. Es hat sich mir mittlerweile Gelegenheit geboten, anlässlich einer Reklamation neuerlich mit Herrn Stefanović zu sprechen, bei welchem Anlasse ich auch die mir mit dem hohen Telegramm Nr. 305 aufgetragene Sprache führte und auch der hohen telegrafischen Weisung vom 21. d. M. Nr. 306 nachkommen konnte. Nach Bereinigung der erwähnten laufenden Angelegenheit (Konflikt mit den Fischern in Adakaleh), in welchem uns volle Satisfaktion versprochen wurde, leitete ich meine Konversation mit der Bemerkung ein, dass ich nur zu dem Zwecke in Belgrad sei, um möglichst gute Beziehungen mit Serbien zu unterhalten. Es wäre mir daher ein persönliches Bedürfnis, alle Komplikationen hintanzuhalten. In diesem Bestreben wolle ich, soweit ich dazu beitragen könne, der serbischen Regierung Überraschungen ersparen. Darum dürfe ich ihr den Ernst der Lage nicht verhehlen und müsse offen der Befürchtung Ausdruck geben, dass, falls die Räumungsfrist nicht eingehalten werden sollte, es dann selbstredend zu Koërzitivmassregeln komme, die Kosten hiefür von Serbien getragen werden müssen. Es hätte mich schon befremdet, dass im amtlichen Communiqué über den serbischen Räumungsbefehl die Fallfrist mit keinem

Worte erwähnt worden wäre und auch die Textierung sonst zu wünschen übrig gelassen hätte. Generalsekretär erklärte mir daraufhin, dass Herr Jovanović den Auftrag gehabt hätte, Euer Exzellenz ebenso bündige Erklärungen abzugeben, wie er mir, das heisst, dass der Zurückziehungsbefehl gegeben und Albanien in acht Tagen geräumt sein werde. Wenn Herr Jovanović die letztere Versicherung nicht mit abgegeben hätte, so wäre dies sein Fehler, denn die Instruktion wäre in diesem Sinne zu verstehen gewesen. Wenn auch die eingangs der Weisung an Herrn Jovanović erwähnte Fallfrist am Schluss der Instruktion nicht nochmals ausdrücklich wiederholt worden wäre, so hätte man hier doch angenommen, dass Herr Jovanović den Sinn richtig erfasst und die Erklärung abgegeben haben würde, dass die Frist eingehalten werden wird. Herr Stefanović trug sich mir an, die Erklärung expliciter nochmals durch den Wiener serbischen Gesandten wiederholen zu lassen, was ich mit dem Beifügen dankend ablehnte, dass es sich ja nicht mehr um Erklärungen, sondern um die Tatsache der am nächsten Sonntag abzuschliessenden Evakuierung Albaniens handle! Mein Mitredner gab mir die erneuerte Versicherung, dass das albanesische Gebiet zeitgerecht geräumt sein werde. Der Befehl an die serbischen Truppenkommandanten in Albanien hätte unter Mitteilung der achttägigen Fallfrist ausdrücklich besagt, dass die Truppen zeitgerecht auf die Grenze zurückgezogen sein müssen. Ob den Aufklärungen Herrn Stefanović' voller Glaube gebührt, lasse ich dahingestellt. Es kommt ja nur darauf an, dass Albanien am Sonntag tatsächlich geräumt ist. Storck.

Nr. 8899. Tel. nach London, 22. Okt. 1913 Nr. 762 (chiffr. 1 U. p. m.).[a] Konz. (S. u. G. Berchtold).

Am 20. Oktober erschien der englische Botschafter bei mir, um mir auftraggemäß mitzutheilen, seine Regierung anerkenne die Berechtigung unseres Vorgehens gegenüber Serbien in dessen Endzweck, müsse aber bezüglich der Form des Vorgehens Reserven machen. Man finde es in London bedauerlich, daß wir uns in diesem Falle von den Mächten getrennt hätten und selbständig vorgegangen seien und hätte es lieber gesehen, wenn wir uns vorerst an die Mächte gewendet hätten. In meiner Erwiederung betonte ich dem Botschafter, daß es mir ferne gelegen sei, mich von den Mächten trennen zu wollen; ganz im Gegentheile sei der Zweck unseres Schrittes in Belgrad gewesen, dem einstimmigen Beschluße der Mächte Geltung zu verschaffen. Wenn wir hiebei den Weg selbständigen Einwirkens auf die Regierung in Belgrad gewählt hätten, so sei dies auf den Wunsch zurückzuführen, rasch und sicher zum Ziele zu gelangen, da nach den Erfahrungen der letzten Zeit ein einvernehmliches Auftreten der Mächte in Belgrad schwer zu erzielen und noch schwerer auf ein und denselben Ton zu stimmen sei, was der Erreichung des angestrebten Zweckes nur zum Nachtheile gereiche. Auf der anderen Seite könne angenommen werden, daß ein nachdrückliches Auftreten unsererseits die serbische Regierung ohne Verzug zum Einlenken bringen werde, wodurch eine neuerliche Krise mit allen ihren unheilvollen Consequenzen für das Wirthschaftsleben verhindert würde. Sir Fairfax Cartwright nahm meine Ausführungen, deren Richtigkeit

er nicht anzuzweifeln schien, ohne weitere Gegenbemerkung entgegen. Vorstehendes zu Euer Exzellenz Kenntnisnahme und Regelung Ihrer Sprache.

[a] Vgl. n. 8884, 8900.

Nr. 8900. Tel. aus London, 22. Okt. 1913 Nr. 764 (eing. 23. Okt. 9 U. a. m.).[a] Entziff.

Ich habe soeben Sir E. Grey gesprochen und mich ihm gegenüber in demselben Sinne geäussert, wie Euer Exzellenz laut Telegramm Nr. 762 von heute gegenüber Sir F. L. Cartwright. Der Staatssekretär sieht unsere Demarche in Belgrad jetzt als glücklich erledigt an. Er habe das Bedenken gehabt, dass, wenn eine Macht eine isolierte Aktion zur Erzwingung eines Beschlusses unternehme, es sie möglicherweise in Kollision mit einer anderen Macht — natürlich nicht England — bringen könnte. Dies sei glücklicherweise jetzt nicht geschehen. Die Argumente Serbiens seien — auf dem Papier — ziemlich stark, wenn es Garantien gegen Angriffe und Grenzüberschreitungen seitens Albaniens verlange. Es wäre nützlich, sich darüber klar zu sein, was man Serbien antworten wird, wenn es diese Frage vor die Mächte bringe. Sir E. Grey gibt zu, dass, was er von serbischem Vorgehen auf den annektierten Territorien hört, seine persönliche Sympathie für die serbische Sache nicht vermehre. Das Wichtigste scheint jetzt dem Staatssekretär, dass in der Kontrollkommission keine Schwierigkeiten entstehen. Soviel er hört, habe die Regierung Ismail Kemal Beys nur in Valona Autorität, nicht sonst in Albanien. Es schiene ihm ein Fehler, die Autorität der provisorischen Regierung dort aufzwingen zu wollen, wo sie nicht existiert. Rolle der Kontrollkommission schiene ihm darin zu liegen, überall mit den de facto-Autoritäten, „avec les autorités existantes", zu arbeiten. Englischer Vertreter Lamb melde, das Wichtigste sei ehebaldigste Wahl eines Fürsten, nur dann könne Regierung beginnen. Staatssekretär hält das für ganz richtig. Nachdem er aber keinen Prinzen vorgeschlagen hätte, schiene es ihm am besten, wenn Euer Exzellenz sich mit russischer und italienischer Regierung ins Einvernehmen setzen. Wenn Wien, Petersburg und Rom sich über einen Fürsten einigen, werde er gewiss keine Einwendung dagegen erheben. In ganz gleicher Weise hat sich Sir E. Grey dem deutschen Geschäftsträger ausgesprochen, wobei er noch Bemerkung machte, die Verzögerungen, die bezüglich Kommissionen etc. in letzter Zeit stattgefunden hätten, schienen ihm nicht im österreichisch-ungarischen Interesse. Mensdorff.

[a] Vgl. n. 8910.

Nr. 8901. Tel. des Gesandten Grafen Josef Somssich aus Paris, 22. Okt. 1913 Nr. 226 (eing. 11 U. p. m.).[a] Entziff.

Inhalt Euer Exzellenz Telegrammes Nr. 433[b] vom 21. d. M., betreffend Evakuierung Albaniens durch serbische Truppen, Minister des Äussern mitgeteilt. Herr Pichon sagte mir, dass er den so raschen Erfolg unseres energischen Einschreitens mit Befriedigung begrüsse, dass er aber nicht umhin könne, sein Bedauern darüber auszudrücken, dass wir die Demarche ohne vorhergehendes Einvernehmen mit den Mächten unternommen hätten. Er sei übrigens von den freundschaftlichsten Gefühlen

zu Österreich-Ungarn beseelt und gehöre es zu seinem politischen Bekenntnisse, eine Annäherung Frankreichs zu uns anzubahnen. Somssich.

[a]) Vgl. n. 8874. — [b]) Richtig 484 = n. 8883.

Nr. 8902. Tel. des Legationsrates Franz Freiherrn von Haymerle aus Bukarest-Sinaia, 23. Okt. 1913 Nr. 379 (eing. 24. Okt. 9 U. 45 M. a. m.).[a]) Entziff.

Seine Majestät der König haben heute den königlich italienischen Geschäftsträger und mich zur Hoftafel gebeten. Seine Majestät bedeutete uns sofort, daß er uns gemeinsam eingeladen habe, damit der Prinz Wilhelm zu Wied uns seine Bedingungen betreffs der Annahme des Thrones von Albanien behufs Mitteilung an unsere respektiven Regierungen mitteilen könne. Der Prinz gab uns Nachstehendes, dessen französischer Teil von Seiner Majestät dem König selbst geschrieben war, zur Abschrift: „Von der k. u. k. österreichisch-ungarischen und von der königlich italienischen Regierung ist mir die Kandidatur für den Thron von Albanien angeboten worden. Ich habe mich in keiner Weise darum beworben oder irgendwie versucht, für mich Stimmung zu machen, sondern ich verhielt mich den Propositionen gegenüber von Anfang an ablehnend, denn ich verkenne nicht die Schwierigkeiten, die meiner harren werden. Ob es mir möglich sein wird, die mir gestellten Aufgaben zu erfüllen, vermag ich nicht zu sagen. Auf wiederholte Bitte (?) und Drängen von Seiten der beiden am meisten interessierten Regierungen, Österreich-Ungarns und Italiens, und um zur Beruhigung des neu errichteten albanesischen Staates und hiemit des Balkans beizutragen, habe ich mich entschlossen, unter den nachfolgenden Bedingungen die Kandidatur für den Thron von Albanien anzunehmen: J'accepte de poser ma candidature au trône de l'Albanie sous les conditions suivantes: I) Comme le premier article du protocole de Londres concernant l'organisation de l'Albanie prévoit que le Prince sera désigné par les six Puissances, il faut d'abord obtenir leur consentement pour ma candidature; il est donc nécessaire de s'assurer d'avance qu'elle ne soulèvera pas d'objection de la part de certains cabinets. II) Approbation de la nation albanaise par l'organe du gouvernement provisoire. III) Garantie que Essad Pacha reconnaisse la volonté des Grandes Puissances et se soumette à la décision du gouvernement provisoire concernant l'élection. IV) Les Grandes Puissances ou une partie d'elles garantiront un emprunt à 4% de 75 millions de francs qui pourra être payé en rates (?). V) Le Prince reçoit une liste civile de 200000 francs qui seront payés par l'emprunt jusqu'à l'établissement d'un budget régulier. VI) Promesse que l[a] durée des pouvoirs de la commission internationale pourra être abrégée si l'administration de l'Albanie donne des garanties suffisantes à cet effet. VII) Le projet d'organisation de l'administration de l'Albanie doit être approuvé par le Prince, le système parlementaire ne peut pas être admis. VIII) La maison régnante est exempte d'impôts. IX) La frontière du sud de l'Albanie doit être tracée dans les points principaux afin que toute contestation soit exclue. Wir haben Nachstehendes betreffs der Anfangsdeklaration und der Bedingungen dem Prinzen gegenüber vorgebracht. Was die Deklaration anbelangt, haben wir

Gegenvorstellungen betreffs des von ihm gewünschten modus procedendi seiner Nominierung ebenso wie betreffs des Zusammenhanges zwischen dieser und den Bedingungen vorgebracht, desgleichen, daß gewisse Ausdrücke, wie „Bitte" etc., nicht ganz glücklich gewählt seien. Bezüglich der Bedingungen haben wir bemerkt, daß außer den Schwierigkeiten, die wahrscheinlich dadurch entstehen würden, daß im Punkte III eine Unterordnung Essad Paschas unter den Beschluß der provisorischen Regierung verlangt wird, der Satz des Artikels VII „système ... admis" und des Artikels IX "afin ... exclue" nicht klar ist. Wir wollten den Prinzen dazu bewegen, diese beiden Sätze zu ändern, doch stießen wir auf seinen positiven Widerstand, begründet durch die Bemerkung, daß Seine Majestät der König selbst diese Sätze stilisiert habe. Infolgedessen haben wir bei Beibehaltung des Textes nur folgende vom Prinzen erweiterte Erklärungen dieser Sätze erhalten können. VII soll bedeuten, „daß der Prinz weder will, daß in dem Organisationsprojekt der Institution eines Parlamentes Erwähnung getan wird, noch daß — wenigstens für den Anfang — ein Parlament geschaffen werde". IX soll bedeuten: „Ce tracé doit être garanti par les Grandes Puissances contre toute contestation de la part d'un autre Etat, parce que le Prince ne veut pas être mêlé dans les questions de la délimitation de la frontière méridionale". Aus unserer Besprechung erhellt des weiteren, daß König Carol unter den angeführten Bedingungen für die Annahme des Thrones seitens des Prinzen ist, daß aber auch der Prinz nichts unternehmen dürfte, ohne die Zustimmung des Königs. Seine Majestät der König hob uns gegenüber besonders die Bedingungen über die Zustimmung der Großmächte hervor. Zu ersteren möchte ich melden, daß Herr Marghiloman mir gestern sagte, daß der russische, französische und belgische Geschäftsträger, letzterer wohl nur aus Neugier, ersterer aber im Auftrage seiner Regierung, ihn gefragt hätten, wie sich Seine Majestät der König zu der Wied-Kandidatur stelle. Er habe darauf geantwortet: „Sa Majesté est très portée à cette candidature". Er habe Eindruck gewonnen, daß Russland und Frankreich je nach der Stellungnahme des Königs ihre eigene richten würden. Prinz Wied bleibt vorläufig hier. Haymerle.

a) Oe. U. Balkan 460 Nr. 919. Vgl. n. 8907, 8908, 8922, 8953, 9179.

Nr. 8903. Tel. des Legationsrates Grafen Ludwig Ambrózy aus Rom, 23. Okt. 1913 Nr. 796 (eing. 24. Okt. 8 U. a. m.).a) Entziff.

Civilliste für Prinzen Wied. Im Verfolge meines Telegrammes von vorgestern Nr. 793. Nachdem ich Marquis di San Giuliano etwas gedrängt hatte, ermächtigte er mich, Euer Exzellenz zu melden, dass italienische Regierung bereit sei, für Subventionierung des Prinzen 250.000 Lire jährlich auszugeben. Es müsse aber noch die interne Frage erwogen werden, wie diese Unterstützung nach innen und aussen in die Erscheinung trete. Als akademischen Vorschlag gebe er Euer Exzellenz die Idee zu erwägen, dass sich für unsere beiden Regierungen die Notwendigkeit ergeben werde, den albanesischen Staat zu subventionieren. Hiezu werden Summen in Betracht kommen, die aus dem italienischen Dispositionsfonds gewiss nicht, vielleicht auch aus dem unsrigen nicht ohne weiters bestritten werden können

und deren parlamentarische Bewilligung daher, wenigstens hierlands, unvermeidlich wäre. Er denke daher daran, die beiderseitigen Quoten unserer Regierungen für die Civilliste des künftigen Fürsten Albaniens in die globalen, von unseren Regierungen nach aussen einzubekennenden Subventionen des albanesischen Staates einzubegreifen, wobei vertrauliches Einverständnis darüber zu treffen wäre, dass Civilliste nur in dem albanesischen Budget als solche angeführt werde. Diese Vorgangsweise böte den Vorteil, dass man damit vor die Parlamente treten könne, ohne dem Prestige des Fürsten nahezutreten. Letzteres würde darunter leiden, wenn derselbe als unser Söldling erscheinen würde. Bericht[b] durch die Post. Ambrózy.

[a] Vgl. n. 8922, 8923. — [b] Wurde nicht aufgenommen.

Nr. 8904. Tel. des Legationsrates Rudolf Freiherrn von Mittag aus Sofia, 23. Okt. 1913 Nr. 1225 (eing. 6 U. 50 M. p. m.).[a] Entziff.

Streng geheim. Minister des Aeussern sagte mir heute nachts spontan, sein Gegenprojekt türkisch-bulgarischer Militärkonvention sei (mein Telegramm Nr. 1217 vom 20. d.) wie beabsichtigt gestern Mittwoch nach Konstantinopel abgegangen. Er wolle mir dasselbe vor seiner Abreise unbedingt vorlesen und hat Minister dies soeben von erster bis zur letzten Zeile getan. Wichtigsten Inhalt bitte, soweit mir dies bei einmaligem Hören sehr umfangreichen Schriftstückes möglich, — Minister las überdies in Anbetracht seines in einer Stunde abgehenden Zuges eilig und sehr rasch — in separatem Telegramm[a], melden zu dürfen. Hier möchte nur berichten, dass Minister...[b], Passus, auf den sich meine Telegramme Nr. 1207 und 1218[c] bezogen, aufzuschreiben, und der nunmehr, wie folgt lautet: „Aucun des Etats contractants ne pourra conclure sans l'assentiment de l'autre Etat contractant une convention militaire ou un traité d'alliance avec un tiers Etat touchant à la Péninsule des Balkans au point de vue territorial ou le territoire des Etats balkaniques, la Roumanie inclusivement." Ich habe Minister aufmerksam gemacht, dass obige Stilisierung mit jener mir vor einigen Tagen diktierten und von mir Euer Exzellenz gemeldeten nicht übereinstimmt, was Minister zugab, bemerkend, die mir ursprünglich gegebene Textierung sei unklar gewesen, deshalb habe er sie umgeändert. Der an obigen französischen Passus sich anschliessende Absatz der Konvention wahrt das Recht, mit einem dritten Staate Militärkonvention oder Allianz abzuschliessen, insoferne sie nicht mit Bestimmungen der türkisch-bulgarischen Militärkonvention im Widerspruche steht. Mittag.

[a] Vgl. n. 8905. — [b] Chiffre fehlt. — [c] Mit Tel. Nr. 1218, 19. Okt. 1913 (eing. 8 U. 30 M. a. m.) wurde auf Weisung aus Wien die Stelle „Sans l'assentiment" bis „inclusivement la Roumanie" von n. 8858 wiederholt.

Nr. 8905. Tel. des Legationsrates Rudolf Freiherrn von Mittag aus Sofia, 23. Okt. 1913 Nr. 1227 (eing. 24. Okt. 10 U. a. m.).[a] Entziff.

Streng geheim. Bezug auf mein Telegramm 1225 von heute. Soviel bei einmaligem Vorlesen durch Minister des Aeussern der sehr umfangreichen türkisch-bulgarischen Militärkonvention beurteilen konnte, folgt das von Herrn Ghenadiew ausgearbeitete Kontreprojekt in grossen Zügen

der Euer Exzellenz durch Grafen Tarnowski überbrachten bezüglichen Aufzeichnung. Neu schien mir folgendes: Im Falle einer von Bulgarien oder Türkei ausgehenden Offensive steht es jedem der vertragschliessenden Teile zu, allein Krieg zu erklären. Angreifer kann in diesem Falle Compaciscenten auffordern, mit ihm zu kooperieren, und muss Antwort auf diese Aufforderung innerhalb drei Tagen erfolgen. Möglichkeit successiver Kriegserklärung seitens Vertragsschliessender ist auch ohne obige Aufforderung vorgesehen. Artikel Albanien betreffend bleibt unverändert, nur wird ausdrücklich hinzugefügt, dass Vertragsschliessende sich Recht vorbehalten, mit demselben politische Abmachungen jeder Art zu schliessen. Minister meinte Bestimmung, die sich auf mohammedanischen Fürsten für Albanien bezieht (obzitierte Notiz), habe keine praktische Bedeutung, da ja Mächte darüber zu entscheiden. Am interessantesten schien mir Bestimmung betreffend Rumänien, dem Türkei Krieg zu erklären verpflichtet, falls Rumänien in Konflikt, in welchen Bulgarien verwickelt, aktiv eingreifen würde. Auf meine Frage, ob Minister annehme, dass Türkei auf diese Verpflichtung eingehen werde, antwortete er, er habe jedenfalls versuchen müssen, in Konvention, die ja (mein Telegramm 1207 vorletztes Alinea[b]) und 1225) jede Aggression gegen Rumänien ausschliesse, diese Bestimmung rein defensiver Natur aufzunehmen. Vertrag soll zehn Jahre mit einjähriger Revision der rein militärischen Bestimmungen desselben Giltigkeit haben. Mittag.

[a]) Vgl. n. 8930, 8986. — [b]) Vorletztes Alinea von n. 8858 reicht von „Or si nous voulions“ bis „ne le pourrions pas“.

Nr. 8906. Tagesbericht über einen Besuch des deutschen Geschäftsträgers, 24. Okt. 1913 Nr. 5049.[a]) Konz. (S. u. G. Berchtold).

Der deutsche Geschäftsträger hat mir am 24. d. M. auftraggemäß eine Depesche seiner Regierung über die Begegnung Herrn Sazonoffs mit dem deutschen Unter-Staatssekretär verlesen. Herr Sazonoff habe seiner Genugtuung über das Einlenken Serbiens Ausdruck gegeben, gleichzeitig aber auch sein Bedauern darüber ausgesprochen, daß Oesterreich-Ungarn in diesem Falle selbständig gegen Serbien vorgegangen sei und sich nicht an die Mächte um gemeinsames Einwirken auf die Belgrader Regierung gewendet habe. In Serbien sei jetzt ein Gefühl der Verbitterung gegen Oesterreich-Ungarn zurückgeblieben, das Gefahren für die Zukunft in sich schließt. Herr von Zimmermann hätte Herrn Sazonoff geantwortet, daß er dessen Anschauungen in diesem Belange nicht teile. Wenn Oesterreich-Ungarn selbständig vorgegangen sei, so sei dies auf den Umstand zurückzuführen, daß erfahrungsgemäß ein internationales Vorgehen zeitraubend und bisweilen auch minder wirkungsvoll sei, in diesem Falle aber eine tunlichst rasche Beendigung des Zustandes der Unsicherheit im Interesse aller Mächte gelegen war. Der Verlauf der Krise habe der österreichisch-ungarischen Taktik Recht gegeben. Im weiteren Verlaufe der Konversation hätte sich der russische Staatsmann über das armenische Problem ausgesprochen und betont, Rußland wolle seine Politik der Erhaltung der Türkei fortsetzen und perhorresziere den Gedanken einer Expansion in

Kleinasien, weil dies die Inkorporierung armenischen Elementes in das russische Reich bedeuten würde, eines revolutionären Elementes, von welchem Rußland im Kaukasus bereits übrig genug habe. Diese Auffassung schließe nicht aus, daß Rußland die Einführung von Reformen in Armenien anstrebe, denn gerade in einer administrativen Neuordnung des fraglichen Gebietes müsse man die beste Garantie für die Konsolidierung der türkischen Herrschaft erblicken. Das deutsch-russische Reformprojekt zeige hiefür den geeigneten Weg. Hinsichtlich der türkisch-griechischen Differenzen habe sich Herr Sazonoff optimistisch geäußert. Ueber die gegenwärtigen Schwierigkeiten in betreff Vakuf- und Indigenatfragen werde man wohl hinwegkommen und die Inselfrage falle gegenwärtig weg. Was die letztere anbelangt, sollten — nach Ansicht des russischen Staatsmannes — alle türkischen Inseln des Aegäischen Meeres mit alleiniger Ausnahme von Imbros und Tenedos den Griechen zufallen. Zum Schlusse der Depesche heißt es, daß Herrn Sazonoffs ruhiges, sachliches und offenes Auftreten in Berlin sympathisch berührt habe.

a) Vgl. n. 8911, 8927.

Nr. 8907. Tel. an den Legationsrat Franz Freiherrn von Haymerle in Bukarest-Sinaia, 24. Okt. 1913 Nr. 459 (chiffr. 11 U. 30 M. p. m.). Konz. (S. Hohenlohe; G. Berchtold).

Erhalten Euer Hochwohlgeboren Telegramm Nr. 379 vom 23. d. M. Euer Hochwohlgeboren wollen Seiner Majestät König Carol und dem Prinzen Wilhelm zu Wied für die Bemühungen zugunsten der Lösung der albanischen Fürstenfrage, beziehungsweise für die prinzipielle Annahme der Fürstenwürde meinen Dank aussprechen und hinzufügen, daß die uns bekanntgegebenen Annahmebedingungen im großen und ganzen einen günstigen Eindruck machen, daß wir aber die Details derselben noch mit der italienischen Regierung besprechen müßten. Berchtold.

Nr. 8908. Bericht des Legationsrates Franz Freiherrn von Haymerle aus Bukarest-Sinaia, 24. Okt. 1913 Nr. 83 A (eing. 26. Okt.). Ausfert.

Vertraulich. Im Laufe des Gespräches, das Seine Majestät König Carol gestern mit mir über Albanien zu führen die Gnade hatte (Anfang meines Telegrammes Nr. 379 von gestern), erwähnte Seine Majestät auch, daß Er aus Belgrad als ganz bestimmt erfahren habe, Serbien und Griechenland hätten bei Abschluß des Üsküber Vertrages in denselben eine Bestimmung aufgenommen, laut der sie Albanien in genau bestimmte Interessensphären unter sich aufteilen für den Fall, als in kürzester Zeit keine geregelten Zustände dortselbst eintreten würden. Herr Marghiloman machte mir eine gleichlautende Eröffnung — als vom englischen Geschäftsträger in Belgrad stammend — tags vorher. Ich glaube nicht fehlzugehen, wenn ich vermute, daß die hiesigen Regierungskreise das letzte aggressive Vorgehen Serbiens gegen Albanien teilweise auf diesen, ihnen erst ganz kürzlich zur Kenntnis gekommenen Teilungsvertrag zurückführen und daraus neuerlich die Notwendigkeit der Beschleunigung der Lösung der Fürstenfrage ersehen haben. Haymerle.

Nr. 8909. Bericht des Legationsrates Franz Freiherrn von Haymerle aus Bukarest-Sinaia, 24. Okt. 1913 Nr. 83 B (eing. 26. Okt.). Ausfert.

Gestern hatte ich eine längere Unterredung mit dem hiesigen königlich bulgarischen Gesandten Herrn Radew. Herr Radew begann das Gespräch mit der Bemerkung, er wolle mit mir in rein akademischer Weise die gegenwärtige politische Lage besprechen und sei dazu speziell durch unsere Vertretung in Sofia ermuntert worden, auf welcher man ihm gesagt habe, er könne mit mir wie mit dem Diplomaten einer alliierten Macht sprechen. Es würde zu weit führen, wollte ich Euer Excellenz allzu ausführlich über alle mir vom Herrn Gesandten entwickelten Gedanken genau berichten. Der Schlusseindruck, den ich aber aus unserer Unterredung hatte, war der, dass man in Bulgarien schon jetzt wieder darüber nachdenkt, ob nicht bereits der Augenblick gekommen sei, gemeinsam mit der Türkei, die wie Herr Radew meinte, durch die weise Politik der jetzigen bulgarischen Regierung zu ihr in ein eng freundschaftliches Verhältnis gebracht worden sei, über Griechenland und Serbien herzufallen. Anschliessend an diese Prämisse holte mich der Herr Gesandte über meine Ansicht aus, wie sich in einem solchen Falle Rumänien verhalten würde. Ich hoffe in den Intentionen Euer Excellenz gehandelt zu haben, wenn ich meiner, in meinem ergebensten Telegramm vom 2. Oktober 1913 Nr. 356 einberichteten innersten Überzeugung Ausdruck gab, dass Rumänien bei diesem neuerlichen Kriege, umsomehr als Bulgarien dieses Mal gestützt durch die Türkei sicher nicht auf halbem Weg stehen bleiben werde, unbedingt nicht neutral bleiben würde, so wenig enthusiastisch es sich auch zu diesem Schritte entschliessen würde. Man sei hier in Rumänien eben nicht wegen einer Vergrösserung des eigenen Territoriums, die erst in zweiter Linie, quasi als Folgeerscheinung, sich herauskristallisiert habe, in den Krieg gezogen, sondern weil man hier von der Ansicht ausgehe, dass ein vergrössertes Bulgarien in der Folge doch eine Gefahr für Rumänien werden könne. Bei einem neuerlichen Kriege müsse also konsequenter Weise Rumänien, trotz der erfolgten Besitzergreifung des bulgarischen Gebietes wiederum in den Krieg ziehen. Vorläufig müsse man einige Jahre Ruhe halten, diese Zeit solle Bulgarien benützen, um sich enger an Rumänien zu schliessen und dieses an sich zu binden, dann könne eventuell für Bulgarien der Moment gekommen sein, um, ohne ein Eingreifen Rumäniens fürchten zu müssen, seine Ansprüche durchzusetzen. Darauf fragte mich der Herr königlich bulgarische Gesandte, was wohl die Stellung Rumäniens in dem Falle sein würde, wenn Bulgarien und die Türkei für die Gründung einer „Autonomie Mazedoniens" eintreten würden. Ich konnte Herrn Radew darauf nur antworten, dass ich für diese Eventualität zwar keine so überzeugte Antwort geben könne, dass ich aber glaube, dass Rumänien jetzt vor Allem Ruhe auf dem Balkan brauche und ihm jede Störung derselben mehr als unerwünscht wäre. Ich hätte nicht gewagt, Euer Excellenz über Vorstehendes zu berichten, wenn mir diese „rein akademische", mit dem besonderen Vertrauensmann Herrn Ghenadieffs geführte Unterredung nicht den entschiedenen Eindruck zurückgelassen hätte, dass Bulgarien sich noch absolut nicht dazu entschlossen hat, auch nur für den jetzigen Augenblick, die

Bestimmungen des Bukarester Friedens als für das Königreich endgiltige zu acceptieren. Haymerle.

Nr. 8910. Tel. nach London Nr. 764 (1) und Rom Nr. 1248 (2), 24. Okt. 1913 (chiffr. 11 U. p. m.). Konz. (S. Hohenlohe; V. u. G. Berchtold).

1. Erhalten Euer Exzellenz Telegramm Nr. 674 vom 22. d. M.

2. Graf Mensdorff telegraphiert unterm 22. d. M.: Sir Edward Grey sagte mir heute, ... *wie n. 8900 von „die Argumente Serbiens" bis „Mächte bringe" und von „In ganz gleicher Weise" bis zum Schluß* ...

1. u. 2. Zu den serbischen Wünschen nach Garantien wäre Nachstehendes zu bemerken: Garantien gegen Wiedervorkommen von Grenzschwierigkeiten müssen wohl nicht nur auf albanesischer, sondern auch auf serbischer Seite geschaffen werden. Auf letzterer Seite bestünden sie in militärischen Maßregeln (Blockhauskordon), wie sie so mancher Staat an Gebirgsgrenzen (zum Beispiel wir an der montenegrinischen Grenze) schaffen müßte; dann aber in der Vermeidung von Provokationen gegen Albanesen. Diese Vermeidung sei übrigens Serbien durch Beschlüsse der Londoner Botschafterréunion (Minoritätenschutz, Freihalten der Märkte von Dibra und Diakova) ohnehin auferlegt und müßte seitens der Mächte auf die strikte Einhaltung dieser Bestimmungen gedrungen werden. Albanesischerseits können die Garantien durch Beschleunigung der Gendarmerie-Reorganisation, vor allem aber durch die Einsetzung des Fürsten geschaffen werden. Die Begründung einer soliden Staatsgewalt und einer nationalen Wehrmacht werde die beste Gewähr für die strikte Einhaltung der Neutralität Albaniens bilden. Wir begrüßen es daher freudigst, daß auch Sir Edward Grey hinsichtlich der Dringlichkeit der Fürstenwahl mit uns übereinstimmt. Was die Bemerkung Sir Edwards zu Fürsten Lichnowsky über eine angebliche Verzögerung der Tätigkeit der Kommission unsererseits betrifft, so wäre zu bemerken, daß von den in Albanien tätigen drei Kommissionen gewiß der verspätete Zusammentritt der nordalbanesischen Grenzkommission mit den kürzlichen Wirren im nächsten Zusammenhang steht. Wenn diese Kommission ihre Tätigkeit programmgemäß im August begonnen hätte, wäre der serbisch-albanesische Konflikt überhaupt nicht möglich gewesen. Die fast dreimonatige Verzögerung der Tätigkeit dieser Kommission falle aber bekanntlich nicht uns, sondern vor allem Frankreich zur Last. Vorstehendes zu Euer etc. vertraulichen Orientierung und Regelung Ihrer Sprache.

Tel. nach Rom, 24. Okt. 1913 Nr. 1248 (chiffr. 11 U. p. m.). Siehe n. 8910.

Nr. 8911. Bericht des Legationsrates Grafen Otto Czernin aus St. Petersburg, 11./24. Okt. 1913 Nr. 40 A (eing. 27. Okt.).a) Ausfert.

Herr Sazonow soll dieser Tage nach St. Petersburg zurückkehren. Über den Besuch des Herrn Ministers des Äussern in Berlin sagte mir mein deutscher Kollege folgendes: Das Resultat der Besprechungen sei natürlich bisher unbekannt, doch habe man absichtlich eine gewisse reservierte Kühle an den Tag legen wollen, was sich auch äusserlich darin zeige, dass Herr Sazonow nicht von seiner Majestät dem deutschen Kaiser empfangen wurde

und dass Herr von Jagow seinen Landaufenthalt zu diesem Zwecke nicht unterbrochen habe. Herrn Sazonows Besuche in Berlin seien im Vergleiche zu denen in Paris so kurz und eilig, überdies stets durch irgend eine pro-französische Demonstration gefolgt, dass man sich nicht sehr empressiert zeigen wolle. Herr von Kiderlen habe dies in seiner bekannten Offenheit einmal gelegentlich dem russischen Minister des Äussern recht deutlich ins Gesicht gesagt. Seiner Majestät dem deutschen Kaiser sei übrigens der russische Minister des Äussern persönlich unsympathisch und Höchstderselbe sei momentan durch die braunschweiger Affaire sehr irritiert. Diesfalls machte Herr von Lucius kein Hehl daraus, dass der Reichskanzler und das offizielle Deutschland über die verschiedenen Meinungsäusserungen des deutschen Kronprinzen höchlichst aufgebracht seien. Einen herzlicheren Empfang dürfte der Herr Ministerpräsident in Rom finden. Mein italienischer Kollege bestätigt mir die in meinem gehorsamsten Berichte Nr. 35 B vom 27./14. September l. J. gemeldete Tatsache,[b]) dass Herr Kokowzow ursprünglich nicht die Absicht hatte, in Rom mit den offiziellen Persönlichkeiten zusammenzutreffen, und dass er sogar eine inoffizielle Einladung hiezu mit der Begründung dankend abgelehnt habe, er vermeide politische Gespräche im Auslande, die er dem Ressort-Minister überlasse. Nun habe er den Beschluss zur Aussprache mit den italienischen Ministern plötzlich getroffen. Aus den Äusserungen meines italienischen Kollegen über unsere Evakuierungsforderung — so vorsichtig er sie auch fasste — konnte ich mit ziemlicher Sicherheit entnehmen, dass man in Rom sich nicht rückhaltslos auf unseren Standpunkt stellte und es ist daher wahrscheinlich, dass Herr Kokowzow diesen Eindruck nach Haus mitbringen wird. Otto Czernin.

[a]) Vgl. n. 8906. — [b]) Wurde nicht aufgenommen. Die zitierte Stelle im Berichte 35 B vom 14./27. Sept. 1913, St. Petersburg, lautet: „Auf alle Fälle beabsichtige er (Kokowcow, persönliche Mitteilung an Czernin) seine Automobiltour durch Italien als Privatmann zu machen und in Rom keine politische Persönlichkeit aufzusuchen."

Nr. 8912. Bericht des Legationsrates Grafen Otto Czernin aus St. Petersburg, 11./24. Okt. 1913 Nr. 40 B (eing. 27. Okt.).[a]) Ausfert.

Herr Neratow hat mir die Mitteilung vom Nachgeben Serbiens auf das von Euer Exzellenz gestellte Ultimatum mit einem Gesichtsausdruck gemacht, der mich überzeugen sollte, dass man sich hier über den „weisen Entschluss" der serbischen Regierung freue. Als Bestätigung dieser Gemütsverfassung erwähnte er sein Glückwunsch-Telegramm an Herrn Pašić. Auch die Sprache der hiesigen Presse ist relativ vernünftig, zwar verbissen aber fast europäisch. Es wäre aber meiner unmassgeblichen Meinung nach ein Irrtum, wollte man in obigen Indizien eine Sinnes-Änderung in der Richtung zu uns erblicken. Sie scheinen mir vielmehr eine Bemäntelung der Ohnmacht in dieser Lage darzustellen und die Tendenz aufzuweisen, bonne mine à mauvais jeu zu machen. Eine Identifizierung mit dem serbischen Standpunkte nach aussen hin hätte den Eindruck der Niederlage des Slaven-Protektors noch mehr bestärkt. Der russische Einfluss auf dem Balkan war wohl kaum je dem Nullpunkt so nahe als jetzt. Die Hoffnungen

auf Anköderung Rumäniens stehen auf schwachen Füssen, Bulgarien ist tief vergrämt, Griechenland und Montenegro entfremdet und Serbien hat zum so und so vielten Male die bittere Erfahrung gemacht, dass von Worten zu Taten ein weiter Weg ist. Nachdem Russland den Fortbestand der serbischen Okkupation in Albanien nicht mit Waffengewalt erzwingen wollte und konnte, so bleibt ihm nichts übrig als den serbischen Entschluss „weise" zu nennen. Otto Czernin.

a) Vgl. n. 8889.

Nr. 8913. Bericht des Legationsrates Grafen Otto Czernin aus St. Petersburg, 11./24. Okt. 1913 Nr. 40 D (eing. 27. Okt.). Ausfert.

Im Nachhange zu meinem einschlägigen gehorsamsten Telegramme a) beehre ich mich Euer Exzellenz anbei den von der „Wetschernoe Wremja" reproduzierten Wortlaut der angeblich von Herrn Sazonow in Paris gemachten Äusserungen gehorsamst zu unterbreiten. b) Seither wurde auf Veranlassung des hiesigen deutschen Geschäftsträgers bei Herrn Sazonow telegraphisch angefragt, ob denn das Interview richtig wiedergegeben war. Auf die verneinende Antwort des Herrn Ministers des Äussern ist dann hier in den Blättern ein Dementi erfolgt, in dem konstatiert wurde, die Äusserungen Herrn Sazonows seien nicht in dieser Form erfolgt und hätten namentlich keine Spitze gegen irgend ein Land gehabt. Otto Czernin.

a) Vgl. n. 8876. — b) Beilage.

Beilage zu n. 8913.

Herr Sazonow sagte: „Der politische Horizont ist noch nicht so frei, dass man sagen könnte, die Gefahr ist vorbei. Dennoch ist Hoffnung vorhanden, dass weitgehende Komplikationen nicht entstehen werden und ich bin überzeugt, dass was auch geschehen möge, Frankreich stets mit uns zusammenhalten wird." Der Journalist fragte: „Und Kavala?" Herr Sazonow antwortete: „Das ist ein blosser Versuch der Feinde der Ententegruppe, die Frage aufzubauschen. Wir haben auf Kavala für Bulgarien nicht besonders bestanden. Wenn wir es dringend verlangt hätten, hätte sich uns Frankreich angeschlossen. Wir hatten aber keinen Grund hiezu, nachdem die russischen Interessen durch die nunmehrige Lösung der Frage gar nicht leiden. Wenn aber jetzt die Frage der Revision des Bukarester Friedens aufs Tapet käme, so würde Frankreich nicht opponieren. (?? dieser Passus ist der ganzen Sachlage nach nicht recht verständlich.) a) Der Journalist: „Finden Sie, dass die Sympathien Griechenlands zu Frankreich eine Schwächung erfahren haben?" Herr Sazonow: „Bedeutend. Im Übrigen ist Frankreich, soweit ich aus den Unterredungen mit den hiesigen Staatsmännern schliessen kann, Russland sehr dankbar dafür, dass wir die Spannung während der Balkankriege nicht auf die Spitze trieben und es wird umso sicherer, wenn es die russischen vitalen Interessen erfordern, uns mit voller Bereitwilligkeit seine ganze Hilfe leihen." Der Journalist: „Wenn also in Petersburg die Trommel zum Feldzug schlägt?"... Herr Sazonow: „Dann wird die französische Armee mit dem Gewehr antreten."

a) Anmerkung Otto Czernins.

Nr. 8914. Bericht des Legationsrates Grafen Otto Czernin aus St. Petersburg, 11./24. Okt. 1913 Nr. 40 E (eing. 27. Okt.). Ausfert.

In der Anlage beehre ich mich den Bericht des Grafen Somssich d. d. Paris, 27. v. M. Nr. 89 B *a)* nach Kenntnisnahme mit gehorsamstem Danke rückzuschliessen. Die Vermutung, dass zwischen Frankreich und Russland in letzter Zeit nicht immer Alles so ging, wie es nach aussen dargestellt wurde, kann ich von meinem Standpunkte nur vollinhaltlich bestätigen. In diesen Rahmen passt auch eine Wahrnehmung, die ich vor einigen Wochen machte, als mich der französische Geschäftsträger besuchte, wobei seine Visite augenscheinlich den Zweck verfolgte, herauszufinden, wie weit die Blätternachrichten über die russisch-österreichisch-ungarische Annäherung der Wahrheit entsprächen. Rechnet man hiezu die Äusserung Herrn Kokowzows über die eventuelle Haltung Russlands in einem französischen Kriegsfall (vide Bericht Nr. 34 H vom 12. September/30. August l. J.), den Besuch Herrn Sazonows in Berlin, den Herrn Kokowzows in Rom und gleichzeitig die in- und ausländische Feier des Leipziger Jubiläums, so findet man immerhin einigen Stoff für französische Beunruhigung. Das Interview Herrn Sazonows in Paris (gehorsamstes Telegramm Nr. 344 vom 19./6. l. M.) mag vorübergehend wieder im entgegengesetzten Sinne gewirkt haben, es folgte ihm aber bald aus Berlin eine „autorisierte Erklärung aus kompetenter Quelle" in der „St. Petersburger Zeitung", wonach die Unterredung und namentlich der Passus, der eine Spitze gegen Deutschland haben könnte, als unrichtig dargestellt bezeichnet wurde. Die hiesigen Blätter registrieren die Nachricht, das französische Auswärtige Amt hätte bei Überreichung der Mitteilung über unsere befristete Evakuierungsforderung an Serbien den Standpunkt geltend gemacht, ein Albanien betreffender Beschluss könne nur im Einvernehmen aller Mächte erfolgen. Herrn Neratow ist, wie Euer Exzellenz aus meiner einschlägigen telegraphischen Berichterstattung *b)* hochgeneigtest entnommen haben dürften, dieses Argument erst eingefallen, als die Serben sich unterworfen hatten, und auch da hat er es in die Form einer theoretischen, nicht mehr aktuellen Frage gekleidet. Nachdem ich dem Herrn Leiter des Ministeriums des Äussern darauf die nach meinem unmassgeblichen Ermessen selbstverständliche Antwort erteilte, eine Grossmacht habe das Recht, die ihr gemachten Zusagen verwirklicht zu sehen und mich im übrigen seiner Ansicht anschloss, dass es kaum mehr aktuell sei, über die Frage zu diskutieren, so dürfte die Sache bis zur Rückkehr Herrn Sazonows nicht mehr aufs Tapet kommen. Der Herr Minister des Äussern selbst hingegen dürfte in seiner etwas impulsiven Art und falls der französische Einfluss den Besuch in Berlin überdauert hat, einen neuerlichen Versuch im vorerwähnten Sinne machen. Ich würde ihm in diesem Falle obige Antwort wiederholen und hinzufügen, dass auch abgesehen hievon vom theoretischen Standpunkte die Politik einer Grossmacht, welche europäische Beschlüsse der Verwirklichung zuführt, einwandsfreier sein dürfte, als die, welche in praxi zum Gegenteil führt.

Otto Czernin.

a) Liegt nicht bei den Akten; Inhalt laut Einlaufsprotokoll „französisch-russische Courtoisien". — *b)* n. 8889.

Nr. 8915. Bericht des Legationsrates Grafen Otto Czernin aus St. Petersburg, 11./24. Okt. 1913 Nr. 40 F (eing. 27. Okt.). Ausfert.

Vertraulich. Die fortlaufend seitens des k. u. k. Generalkonsulates in Odessa Euer Exzellenz gleichlautend gemeldeten Nachrichten über militärische Vorbereitungen im dortigen Amtsbezirk haben mich veranlasst, in vertraulicher Weise Erkundigungen einzuholen und mich zu überzeugen, ob tatsächlich irgendwelche ausserordentliche militärische Massnahmen in Bessarabien ergriffen oder geplant werden. Ich konnte jedoch hiefür keine greifbaren Anhaltspunkte ausfindig machen. Auch die derzeitige politische Lage ist nicht so gestaltet, dass man annehmen könnte, Russland bereite sich für eine Aktion in jener Richtung vor. Eine vertrauliche Anfrage bei meinem deutschen Kollegen ergab überdies, dass das kaiserlich deutsche Konsularamt, dessen Chef als auf jenem Posten sehr erfahren bezeichnet wird, keine aussergewöhnliche militärische Tätigkeit wahrnehmen konnte. Allerdings ist wohl mit Rücksicht auf die grösseren Militärvorlagen der meisten europäischen Mächte und die allgemeine europäische Lage kürzlich der Beschluss gefasst worden, die ausgedienten Mannschaften heuer erst mit 1. Jänner (und nicht wie gewohnheitsmässig am 1. Oktober) zu entlassen, und wie ich vernehme, soll eine Vorlage vorbereitet werden, auf Grund welcher die aktive Dienstzeit für die Armee wie für die Flotte ein für allemal um 3 Monate, das ist also bis 1. April verlängert wird. (Nominell dehnte sich die Dienstzeit bisher bis zum 1. Jänner aus.) Hiedurch würde das Heer und die Flotte in der Periode der Rekruten-Einstellung über eine vermehrte Zahl geschulter Truppen verfügen. Die Entlassung in die Reserve würde erst erfolgen, wenn die Abrichtung der Rekruten beendet ist. Der diesfällige Beschluss scheint erst nach Fertigstellung des Budgets-Entwurfes pro 1914 gefasst worden zu sein, so dass hiefür Ergänzungskredite gefordert werden dürften. Im laufenden Budget werden für die Zwecke der Reichsverteidigung circa 30% der Ausgaben (166 Millionen Rubel)[a] verwendet, während der Prozentsatz im vorigen Jahre 25% betrug. Russland rangiert schon jetzt unter allen Militär-Staaten mit seinen militärischen Ausgaben perzentuell an erster Stelle. Otto Czernin.

[a] Laut „Jahrbuch der Zeitung Rečj für 1914" (russ.) S. 145 betrugen die präliminierten Ausgaben für Landesverteidigung im russischen Budget für 1914 974·5 Mill. Rubel oder 27·4% der Gesamtausgaben.

Nr. 8916. Bericht des Legationsrates Grafen Otto Czernin aus St. Petersburg, 11./24. Okt. 1913 Nr. 40 M (eing. 27. Okt.).[a] Ausfert.

Die hiesigen Blätter bringen die Nachricht, Herr Delcassé werde dieser Tage nach St. Petersburg zurückkehren und sich hierauf nach Livadia zu Seiner Majestät dem Zaren begeben. Letztere Nachricht muss vorläufig als zweifelhaft bezeichnet werden, da Seine Majestät Kaiser Nikolaus in der Krim bisher ähnliche Audienzen nicht zu erteilen pflegte und überdies der Abgang Herrn Delcassés noch nicht so nahe bevorstehend zu sein scheint. Es wäre denn, dass der Herr französische Botschafter diese Ausnahme von der Regel im Interesse einer neuerlichen russisch-französischen Demonstration durchzusetzen wusste. Zu konstatieren wäre hingegen, dass Herr Delcassé

ungefähr gleichzeitig mit Herrn Sazonow nach Frankreich abgereist ist und dass auch die Rückkehr der beiden Herren ungefähr zusammenfällt. Er dürfte also auch während seines Urlaubes nicht müssig gewesen sein.

Otto Czernin.

[a]) Vgl. n. 8614, 9125.

Nr. 8917. Bericht des Legationssekretärs Prinzen Emil Fürstenberg aus Athen, 25. Okt. 1913 Nr. 48 B (eing. 31. Okt.).[a]) Ausfert.

Der rumänische Gesandte ist vor einigen Tagen auf seinen Posten hierher zurückgekehrt. Er sagte mir, es hätte ihm zur besonderen Freude gereicht, während seines Urlaubes in Rumänien dortselbst konstatieren zu können, dass man in allen Kreisen, bei der Regierung sowohl wie in der Opposition, nichts aufrichtiger wünsche, als die integrale Aufrechterhaltung der erprobten innigen Beziehungen zum Dreibund und in erster Linie zur Monarchie. Herr Filidor[b]) knüpfte daran ein Exposé über den Kurs, den seine Regierung zu verfolgen beabsichtige. Ich möchte auf die Gefahr hin, Euer Excellenz längst Bekanntes zu wiederholen, doch in zwei Worten auf seine Ausführungen, wie folgt, reflektieren: Die Ereignisse des vergangenen Sommers haben, meinem Mitredner zufolge, zeitweise Divergenzen zwischen uns und Rumänien zu Tage gefördert, die aber keineswegs prinzipieller Natur waren, vielmehr in der Auffassung über gewisse im Laufe der Begebenheiten aufgetauchte Probleme bestanden. Dies gehört aber der Geschichte an, denn man habe sich sehr bald davon überzeugen können, dass die beiderseitigen vitalen Interessen eine Rückkehr zum früheren Verhältnis ungetrübter Harmonie gebieterisch erheischen. Rumänien denkt also nicht daran, die Basis seiner Aussenpolitik zu ändern. Gleichzeitig ist es aber entschlossen, jene Stellung am Balkan zu wahren, die es sich jüngst zu erringen verstand und dieselbe im Interesse des Friedens auszunützen. Zu diesem Zwecke soll der Bukarester Friede in Zukunft unangetastet aufrechterhalten bleiben. Damit ist aber nicht gesagt, dass Rumänien sich in die Balkanwirren in der Weise hineinziehen lässt, dass es für diesen oder jenen heute schon Partei ergreift. Im Gegenteil. Es will sich in dieser Hinsicht, wie bisher, vollkommen freie Hand wahren und Herr seiner Entschlüsse bleiben. Hand in Hand damit geht das Bestreben, mit allen Balkanstaaten auf gleich gutem Fuss zu leben, insbesondere auch gutnachbarliche Beziehungen mit Bulgarien zu unterhalten. Herr Filidor wies zum Schluss darauf hin, dass es sicherlich keinen einzigen Punkt des obigen Programmes gäbe, der nicht auch den Intentionen des k. u. k. Kabinettes entsprechen würde. Es fragt sich nun, ob der Herr Gesandte in dieser Beziehung in seinem Optimismus nicht doch vielleicht zu weit geht. Was derselbe sagt, klingt ja ganz schön und plausibel; einer einigermassen kritischen Analyse dürfte jedoch obiges Konzept der Bukarester Regierung kaum standhalten. Es ist einerseits nicht erschöpfend und ist andrerseits von inneren Widersprüchen nicht ganz freizusprechen. Vor allem scheint das Programm Rumäniens zu sehr auf den Frieden zugeschnitten zu sein und die fundamentale Frage offen zu lassen, was geschieht, wenn das auf denkbar schwächsten Füssen stehende Gleichgewicht in Südosteuropa abermals ins Wanken gerät. Es

hiesse die Rechnung ohne den Wirt machen, wollte man die lebendige Kraft übersehen, die im bulgarischen Revanchegedanken steckt, oder Vogel Strauss-Politik spielen, wenn man das Gefahrmoment übersieht, welches gewissen territorialen Ambitionen Griechenlands und der Türkei innewohnt, die den schönsten Verträgen zum Trotz jeden Moment einen Konflikt provozieren können. Was Rumänien im Falle kriegerischer Verwicklungen zu tun gedenkt, darauf enthält, wie gesagt, das rumänische Programm keine Antwort, vielleicht wäre die Regierung in Verlegenheit, schon heute einen diesfälligen Entschluss zu fassen. Es ist schwer auszudenken, wie es Rumänien gelingen wird, die doppelte Rolle eines Garanten des Friedens von Bukarest und eines von Balkantrubeln losgelösten Faktors in der europäischen Grossmachtpolitik zu spielen. Es würde schon ein fast übermenschliches Mass von Geschicklichkeit dazu gehören, diesen beiden Prinzipien in zeitlich getrennten Perioden gerecht zu werden. Fast ausgeschlossen erscheint dies aber, wenn das Königreich vor die Wahl gestellt würde, sein volles diplomatisches oder militärisches Gewicht in die eine oder die andere Wagschale zu werfen. Der Herr rumänische Gesandte dürfte sich, wie ich annehmen kann, seinen Instruktionen gemäss Seiner Majestät dem König sowie der griechischen Regierung in einem ähnlichen Sinne vernehmen lassen, wie er es mir gegenüber getan hat. Man wird hier in den leitenden Kreisen wohl vornehmlich jenen Passus seiner Ausführungen verständnisvoll auffassen, der von der festen Absicht Rumäniens spricht, den Bukarester Vertrag als ein Noli me tangere zu betrachten, oder wie hier vielmehr obige Formel interpretiert wird: dass nämlich für absehbare Zeit Bulgarien jede Möglichkeit einer territorialen Expansion benommen werde. Eine jede in dieser Hinsicht rumänischerseits gemachte Zusage ist sicher, mit Begeisterung von Herrn Venizelos aufgenommen zu werden, der bekanntlich keinen sehnlicheren Wunsch hat, als einen eisernen Ring um Bulgarien zu schmieden, der, „zur Erhaltung des Balkan-Gleichgewichtes“ bestimmt, allerdings ein Fragment bleiben muss, solange die Türkei sich demselben nicht anschliesst. Der Herr Ministerpräsident, der schon im vergangenen Frühjahr Rumänien eine Militärkonvention antrug, dem dann im Laufe des Sommers die Früchte der so gelungenen militärischen Kooperation in den Schoss fielen, arbeitet zielbewusst darauf hinaus, Bukarest für seine Zwecke dauernd zu kaptivieren. Während seines dortigen Aufenthaltes lud er Herrn Take Jonescu ein, nach Athen zu kommen, ein Plan, der vor kurzem fast zustande gekommen wäre und nur aus innerpolitischen Gründen vertagt wurde, was vom griechischen Standpunkt umso mehr zu bedauern ist, als der Verkehr mit der faszinierenden Persönlichkeit des Herrn Venizelos sicher nicht ohne Einfluss auf den genannten rumänischen Staatsmann geblieben wäre. Dass es ersterem an dem nötigen Encouragement zur Bildung und Befestigung eines neuen Balkanbundes nicht fehlt, braucht nicht erst gesagt zu werden. In Petersburg wie in Paris konnte man nur schwer das „Ende mit Schrecken“ der ersten Allianz verwinden und immer sucht man da und dort Trost in dem Gedanken, dass dieselbe durch ein neues, dauerhafteres Gebilde ersetzt werden wird, das als sicheres Bollwerk dienen soll, um die Monarchie mit ihren „den Frieden ewig bedrohenden, machiavellistischen Balkanintriguen“

in Schach zu halten. Die in der Entstehung begriffene neue Koalition enthält, wie de part et d'autre versichert wird, beileibe keine Spitze gegen Österreich. Das mag ja bis zu einem gewissen Grade stichhältig sein, doch würde sie sich jedenfalls naturgemäss gegen Bulgarien richten, dasselbe einschnüren und eine Verständigung Rumäniens mit ihm ausschliessen, dagegen zur Erstarkung Serbiens beitragen und schliesslich auch, wenn es in Zukunft zu einem Waffengange kommen sollte, eventuell der Sache der Tripleentente in derselben Weise dienen, wie dies jüngst beim zweiten Balkankriege geschah. Emil Fürstenberg.

[a]) Vgl. n. 8993. — [b]) Richtig „Filodor".

*Nr. **8918**. Tagesbericht über einen Besuch des serbischen Gesandten, 25. Okt. 1913 Nr. 5058.[a]) Konz. (S. Hohenlohe; G. Berchtold).*

Der königlich serbische Gesandte ist heute hier erschienen und hat im Auftrage seiner Regierung mitgeteilt, daß die serbischen Truppen sich aus albanischem Gebiete bereits auf die von der Londoner Botschafterréunion fixierte Grenze zurückgezogen haben. Es wurde dem Herrn Gesandten erwidert, daß von dieser seiner Mitteilung der Herr Minister in Kenntnis gesetzt werden würde.

[a]) Vgl. n. 8878, 8919.

*Nr. **8919**. Tel. des Legationsrates Wilhelm Ritter von Storck aus Belgrad, 25. Okt. 1913 Nr. 697 (eing. 26. Okt. 12 U. 50 M. a. m.).[a]) Entziff.*

Herr Doktor Schajnović teilt mir soeben namens der königlich serbischen Regierung mit, dass laut Meldung der serbischen Truppenkommandanten die Evacuierung des autonomen albanesischen Territoriums vollkommen durchgeführt sei. Ich erwiderte Herrn Schajnović, dass ich seine Eröffnungen zur Kenntnis nehme und dieselben sogleich an Euer Exzellenz weitermelden würde. Ich fügte bei, dass ich mich aufrichtig über das Nachgeben Serbiens freue und gab der Hoffnung Ausdruck, dass nunmehr der Entwicklung guter Beziehungen in der Tat nichts mehr im Wege stehe. Soeben teilt mir auch noch der Generalsekretär die angeblich schon heute mittags vollendete Zurückziehung der serbischen Truppen schriftlich mit der Bitte mit, dieselbe auch der k. u. k. Regierung zu vermelden. Storck.

[a]) Vgl. n. 8918, 8920.

*Nr. **8920**. Bericht des Legationsrates Wilhelm Ritter von Storck aus Belgrad, 25. Okt. 1913 Nr. 230 (eing. 27. Okt.).[a]) Ausfert.*

Ich habe geglaubt, in den letzten Tagen nicht auf das Auswärtige Amt gehen zu sollen. Ich ging hiebei von dem Standpunkte aus, daß die königlich serbische Regierung mich aufzusuchen hat, wenn sie uns etwas mitzuteilen hätte. Wohl aber habe ich auch heute noch meinen fremden Kollegen gegenüber mich dahin geäußert, daß es ernst wird, wenn morgen Albanien nicht geräumt ist. Diese Äußerung ist zweifellos den Serben sofort hinterbracht worden, und da der Berg nicht zum Propheten gekommen ist,

entschloß sich der Prophet zum Berge zu kommen. Zuerst teilte mir schon Dr. Šajnović die vollzogene Evakuierung des albanischen Territoriums mündlich mit, und — doppelt genäht hält besser — jetzt schreibt mir in diesem Sinne auch der Generalsekretär Herr Stefanović mit der Bitte, von der heute mittags erfolgten Räumung Albaniens seitens der serbischen Truppen die k. und k. Regierung verständigen zu wollen. Der bezügliche Brief[b]) liegt in der Falte bei. Hoffen wir, daß das arme drangsalierte Albanien morgen wirklich einen guten Sonntag hat; den ersten nach wochenlangen blutigen Verfolgungen, Brandschatzungen, Mord und Raub. Hoffen wir auch, daß sich noch die Kindeskinder der heutigen Albaner an diesen Freudentag erinnern und im Gedächtnisse behalten werden, wessen Allerhöchster Gnade sie es zu danken haben, wenn sie am Leben sind. Storck.

[a]) Oe. U. Balkan 460 Nr. 920. Vgl. n. 8919. — [b]) Beilage.

*Beilage zu n. **8920**. Privatschreiben des Generalsekretärs des serbischen Ministeriums des Äußern an den Geschäftsträger in Belgrad, 12./25. Okt. 1913. Ausfert.*

Je m'empresse de Vous communiquer que le Ministère de la Guerre nous a informé que les troupes serbes ont evacué l'Albanie et qu'elles se sont rétirées sur la[a]) frontières fixées par les ambassadeurs à Londres. L'évacuation et le retrait a été terminé aujourd'hui à midi. Je vous prie de communiquer cette nouvelle à Votre Gouvernement. Stéfanovich.

[a]) Amtsvermerk: sic!

*Nr. **8921**. Bericht des Legationsrates Heinrich Ritter von Löwenthal aus Konstantinopel, 25. Okt. 1913 Nr. 63 A (eing. 29. Okt.).[a]) Ausfert.*

Geheim. Die griechisch-türkischen Verhandlungen scheinen sich dem Abschlusse zu nähern. ... *finanzielle Fragen* ... Herr Toscheff meint, dass die Pforte, solange die finanziellen Verhandlungen dauern, mit der Inselfrage zurückhalten werde, um den französischen Markt nicht zu verstimmen. Inzwischen trachte sie sich durch Verstärkung ihrer Flotte Griechenland gegenüber eine maritime Überlegenheit zu sichern, um dann — also etwa im Frühjahr 1914 — die von ihr beanspruchten Inseln durch einen Handstreich zu besetzen und ein fait accompli zu schaffen, das Europa acceptieren und Griechenland nicht umstossen können werde. In dieser Darstellung enthielte das nächste Actionsprogramm der Türkei nichts, was auf die intendierte Rückerlangung Westthraziens, auf eine Unterstützung der bulgarischen Revanchebestrebungen, auf die Schaffung eines autonomen Macedoniens oder auf die vom Grossvezier präkonisierte Erweiterung Albaniens hinausliefe. Nach anderen Äusserungen Herrn Toscheffs scheint er aber doch die Hoffnung noch nicht aufgegeben zu haben, eine baldige Action auch in diesen Richtungen einsetzen zu sehen. Er betonte sehr, dass Westthrazien der überwiegenden Mehrzahl seiner Bewohner nach gar nicht bulgarisch ist; er sprach über die den dortigen Mohammedanern bulgarischerseits eingeräumten Privilegien in einer Weise, welche die Deutung nahelegte: auf die Dauer bleiben sie ja ohnehin nicht bulgarisch. Herr Toscheff

trachtete angelegentlichst herauszufinden, ob diese Botschaft Anhaltspunkte dafür habe, wie sich Rumänien im Falle eines bulgarischen Revanchekrieges gegen Serbien verhalten würde. „Wenn uns Österreich-Ungarn der Neutralität Rumäniens versichert", sagte er, „so können wir gleich losgehen". General Savow gab dagegen der Ansicht Ausdruck, dass Bulgarien sich zunächst ruhig dem Wiederaufbau seiner Armee und seiner Finanzen widmen sollte; er fürchte aber, dass im gegebenen Momente doch die ungestümeren Elemente das Land in ein Abenteuer zerren würden. Im Zusammenhalte erlaube ich mir, eine mir vor einigen Tagen vertraulich hinterbrachte Nachricht zu erwähnen, wonach der Plan bestünde, in den Serbien und Griechenland zufallenden Gebieten, nach dem in Mazedonien stets angewandten Rezepte, durch bulgarische und albanesische Banden Unruhen zu schaffen, um Europa die Unhaltbarkeit des gegenwärtigen Zustandes vor Augen zu führen und dem Begehren einer Neuregelung zu präludieren. Auch Herr Toscheff schien von der Sache Kenntnis zu haben; sie stimmt auch mit einigen Andeutungen des Grossveziers. Ich dürfte in einigen Tagen Näheres erfahren und werde selbstverständlich hierüber zu berichten nicht ermangeln. Auf eine Frage über den Fortgang der geheimen Allianzverhandlungen gab mir Herr Toscheff eine ausweichende Antwort: General Savow und er hätten durch die die Occupation Westthraziens vorbereitenden Verhandlungen mit den türkischen Staatsmännern und den Delegierten von Gümüldjina so viel zu tun gehabt, dass sie sich mit der Allianzfrage kaum beschäftigen konnten. Ich zog es vor, nicht weiter zu insistieren. Herrn Toscheffs Ernennung zum hiesigen Gesandten Bulgariens ist, wie er mir mitteilte, schon perfect, doch hat er seine Accreditive noch nicht erhalten; er hofft sie im Laufe der nächsten Woche überreichen zu können. Löwenthal.

[a] Vgl. n. 8928.

Nr. 8922. Tel. an den Legationsrat Grafen Ludwig Ambrózy in Rom, 25. Okt. 1913 Nr. 1251 (chiffr. 10 U. 30 M. p. m.).[a] *Konz. (S. Schreibmaschine; G. Rappaport).*

Erhalten Euer Hochgeboren Telegramm Nr. 796 vom 23. l. M. Unterm gleichen Datum telegraphiert Baron Haymerle wie folgt: ... *wie n. 8902 vom Anfang bis „contestation soit exclue"* ... Der k. u. k. Geschäftsträger schließt hieran eine längere Schilderung seiner Konversation mit König Carol und dem Prinzen, welche Euer Hochgeboren aus der analogen Meldung des italienischen Vertreters auf der Consulta zugänglich sein dürfte. Fortsetzung[a] folgt.

[a] Vgl. n. 8923.

Nr. 8923. Tel. an den Legationsrat Grafen Ludwig Ambrózy in Rom, 25. Okt. 1913 Nr. 1253 (chiffr. 9 U. p. m.).[a] *Konz. (S. Schreibmaschine; V. Rappaport; G. Berchtold).*

Fortsetzung meines heutigen Telegrammes Nr. 1251. Ich ersuche Euer Hochgeboren, meine Stellungnahme zu vorstehenden neun Punkten Marquis di San Giuliano gegenüber folgendermaßen zu präzisieren: Ad 1) Nach unserer Ansicht dürfte es von Vortheil sein, wenn nicht die

Cabinete von Wien und Rom, sondern König Carol an die Entente-Mächte betreffs der Candidatur Wied vertraulich herantreten würde. Das offizielle Ansuchen um die Anerkennung aller Mächte würde dann seinerzeit von Prinz Wied selbst ausgehen. Ad 2 und 3) Wir sind selbstverständlich bereit, nicht nur in Valona und Tirana, sondern überhaupt im ganzen Lande für die Proklamierung des Fürsten Stimmung zu machen. Ad 4) Die Höhe der Anleihe wird am besten von dem Investitionsprogramm abhängig zu machen sein, welches sich aus den Berichten der Fachkommission ergeben wird. Abhängig von diesem Programme könnte die Summe von 75 Millionen als Maximum angesehen werden, innerhalb welcher je nach Bedarf Echelons zu bestimmen wären. Vorerst schiene uns der Betrag von 20 Millionen genügend und zwar 10 Millionen für Investitionen und 10 Millionen als Budget-Reserve für die ersten Verwaltungsjahre. Mit dieser Einschränkung und Verteilung wäre wohl die aus naheliegenden Gründen wünschenswerte alleinige Übernahme der Garantie durch Österreich-Ungarn und Italien — selbstverständlich unter der Verpflichtung Albaniens, die Staatslieferungen unseren respektiven Industrien zuzuwenden — unschwer durchführbar. Ad 5) Die von Prinz Wied bezifferte Zivilliste bleibt hinter den in dem kürzlichen Meinungsaustausche mit Rom genannten Zahlen zurück und trägt der Vorschlag des Prinzen auch den in Euer Hochgeboren Telegramme vom 23. d. M., Nr. 796, wiedergegebenen Ideen Marquis di San Giulianos Rechnung. Dieser Punkt wäre daher gänzlich einwandfrei. Ad 6) In Anbetracht des bekannten Verlaufes der Londoner Verhandlungen erschiene der Wunsch des Prinzen nach Einschränkung der Mandatsdauer der Kontrollkommission gegenwärtig bei den Kabinetten kaum durchsetzbar, wohl aber könnten Österreich-Ungarn und Italien eventuell, sobald die von Prinz Wied erwähnten Voraussetzungen gegeben erscheinen, ihre beiderseitigen Vertreter abberufen, was die anderen Mächte zu einem gleichen Vorgehen veranlassen dürfte. Ad 7 und 8) Diese Bedingungen sind zwar sachlich durchaus begründet, doch erschiene es uns im Interesse des Kandidaten selbst nicht opportun, hiemit vorzeitig sei es den anderen Mächten, sei es den Albanesen gegenüber hervorzutreten. Die Durchsetzung dieser Forderungen wäre Sache der fürstlichen Regierung, die wir hiebei gerne unterstützen würden. Ad 9) Da Österreich-Ungarn und Italien jedenfalls an den Londoner Reunionsbeschlüssen bezüglich der Südgrenze und der Räumung Südalbaniens festhalten, entfällt für den Prinzen jede Notwendigkeit, in diesen Fragen besonders hervorzutreten.

a) Vgl. n. 8925, 8975.

Nr. 8924. Bericht des Legationsrates Grafen Otto Czernin aus St. Petersburg, 12./25. Okt. 1913 Nr. 267 P (eing. 27. Okt.). Ausfert.

Streng geheim. Nachdem sich die politischen Verhältnisse nunmehr so gestaltet haben, dass die im hohen Erlass vom 29. November 1912 Zl. 80215/7, streng geheim, ins Auge gefassten Eventualitäten derzeit als ausgeschaltet betrachtet werden können, beehre ich mich Euer Exzellenz gehorsamst zu ersuchen, hochgeneigtest anordnen zu wollen, dass die laut hieramtlichem Bericht vom 7. Dezember v. J. Nr. XCVIII A a) an das hohe

k. und k. Ministerium des Äussern expedierten Akten des hieramtlichen politischen Archives nunmehr bei sich bietender Gelegenheit wieder rückgeleitet werden. Otto Czernin.

a) Liegt nicht bei den politischen Akten.

Unterredung mit dem deutschen Kaiser, 26. Okt. 1913 Nr. 5097. *Siehe n. 8934.*

Nr. 8925. Tel. des Legationsrates Grafen Ludwig Ambrózy aus Rom, 26. Okt. 1913 Nr. 808 (eing. 27. Okt. 8 U. a. m.).a) Entziff.

Bedingungen des Prinzen Wied. Zu Euer Exzellenz Telegramm Nr. 1253 von gestern. Minister des Äußern stimmt Euer Exzellenz Bemerkungen zu den Punkten 1, 5 und 9 vorbehaltlos zu. Zu Punkt 2 und 3 fragte er mich, ob Euer Exzellenz meinen, daß Proklamierung der Kandidatur des Prinzen in Albanien vor oder erst nach erfolgreicher Sondierung der Mächte stattfinden sollte. Für letzteren Fall würde er zustimmen. Zu Punkt 4 bemerkte er, daß derselbe noch studiert werden müsse und er sich mit Euer Exzellenz insoweit in Übereinstimmung befinde, als auch Hochdieselben zu einer Beschränkung der staatsfinanziellen Wünsche des Prinzen tendieren. Ernste, auch vom Ministerpräsidenten geteilte Bedenken flößen ihm vorgeschlagene Garantie zu zwei ein. Hiedurch würde Italien Risiko schwerer finanzieller Belastung auf sich nehmen, die beim Parlamente nicht leicht durchzusetzen wäre. Auf den ersten Blick schiene ihm Garantie durch die sechs Großmächte richtiger. Auf meine Erwiderung, daß hiemit unsere wirtschaftliche Vorzugsstellung gefährdet würde, sagte er, daß, wenn nur wir und Italien Zinsen der Anleihe garantieren, wir von der Kontrollkommission nie erreichen würden, daß dieselbe der Zuweisung der Einkünfte des albanesischen Staates zur Deckung des Zinsendienstes zustimme. Verzichten wir aber auf die Zustimmung der Kontrollkommission, so machen wir Albanien ein verhältnismäßig großes Geschenk. Die Frage der Höhe des Maximums der Anleihe und der Echelonierung desselben müßte er gleichfalls noch studieren. Zu Punkt 6 möchte Marquis di San Giuliano keine Verpflichtung dafür übernehmen, italienischen Kommissär abzuberufen, sobald es der Prinz wünsche. Meiner Ansicht nach ließe sich dieses Bedenken des Ministers durch eine genauere, in ihrer Tendenz aber vagere Formulierung unseres Standpunktes zerstreuen. Fortsetzung folgt. Ambrózy.

a) Vgl. n. 8926, 8929.

Nr. 8926. Tel. des Legationsrates Grafen Ludwig Ambrózy aus Rom, 26. Okt. 1913 Nr. 809 (eing. 27. Okt. 8 U. a. m.).a) Entziff.

Fortsetzung meines heutigen Telegrammes Nr. 808. Was die Punkte 7 und 8 betrifft, teilt Minister Euer Exzellenz Ansicht, daß die Vorbringung der Frage der Steuerfreiheit der fürstlichen Familie und des Wegfalles parlamentarischer Einrichtungen inopportun sei. Kein Mensch bezweifle, daß Albanien für den Parlamentarismus reif sei.b) Eine Erörterung dieser Fragen im Sinne der Idee des Prinzen würde aber öffentliche Meinung der

liberalen Länder England, Frankreich und Italien vor den Kopf stossen. Übrigens meint er, daß eine Art Volksvertretung oder Nationalversammlung mit sehr beschränkten Rechten selbst in Albanien ...c) und sogar wünschenswert sei. Gewisse Ansätze hiezu seien ja schon vorhanden. Schließlich teilte mir der Minister mit, daß er aus Bukarest die Nachricht erhalten habe, daß Prinz Wied Aussicht habe, von allen Mächten anerkannt zu werden, wenn ihn König Carol vorschlägt, „dem alle Mächte den Hof machen". Mein Gesamteindruck geht dahin, daß nur in Betreff des Punktes 4 eine ernstere ...c) der Ansichten besteht, wobei ich mir heute noch nicht darüber klar bin, ob der Minister sich des taktischen Mittels des Vorschiebens Herrn Giolittis bedient, weil ihm tatsächlich staatsfinanzielle Bedenken vorschweben oder weil hiebei auch das politische Moment der Angst vor den Einwendungen der Triple-Entente-Mächte in die Sorge über das tête à tête mit uns hineinspielt. Ein hinsichtlich seiner politisch-wirtschaftlichen Folgen allerdings reiflichst zu überlegendes und wohl jedenfalls in letzter Instanz empfehlenswertes Pressionsmittel würde darin liegen, daß wir auf unsere eventuelle Bereitwilligkeit hindeuten, gegebenenfalls Anleihe an Albanien allein finanzieren zu lassen und zu garantieren. Ambrózy.

a) Vgl. n. 8929. — b) Amtsvermerk: sic! — c) Chiffre fehlt.

Nr. 8927. Bericht des Gesandten Ludwig Freiherrn von Flotow aus Berlin, 27. Okt. 1913 Nr. 38 C (eing. 30. Okt.).a) Ausfert.

Streng vertraulich. Wie mir der Herr Unterstaatssekretär sagte, hat er durch Prinz Stolberg Euer Excellenz Mitteilung machen lassen von dem Ergebnisse der anlässlich der kurzen Anwesenheit des Herrn russischen Ministers des Äussern in Berlin mit ihm gepflogenen politischen Unterredungen. Herr Sasonow habe sich, so erzählt mir Herr Zimmermann, vor Allem sehr heftig gegen unsere letzte Action in Be grad ausgesprochen; der Minister habe sie als einen Bruch des Concertes der Grossmächte hingestellt. Er — Zimmermann — hätte entgegnet, dass Österreich-Ungarn durchaus nicht das europäische Concert stören wollte, sondern im Gegenteil an demselben festhielte, nur hätte es als die nächstinteressierte Macht die Londoner Beschlüsse endlich zur Ausführung gebracht sehen wollen. Wie recht Österreich-Ungarn mit seinem Vorgehen gehabt, beweise schon der Umstand, dass Italien, das doch bekanntlich für Serbien stets starke Sympathien gezeigt, hier wiederholt zum Ausdruck gebracht habe, dass es angesichts der unerhörten serbischen Übergriffe die Action des Wiener Cabinettes rückhaltlos billige und unterstütze. Der Herr russische Minister hätte darauf erwidert, wenn man in Petersburg vorher informiert worden wäre, hätte alles ohne diesen Eclat in Ordnung gebracht werden können! (An der Stichhältigkeit dieser Äusserung hegt der Unterstaatssekretär begründeten Zweifel!) Herr Sasonow habe im Allgemeinen die serbische Tüchtigkeit und Serbiens gemässigte Politik gelobt, während er sich über Bulgarien eher wegwerfend äusserte. Bezüglich der griechisch-türkischen Verhandlungen hätten sie sich beide in der Überzeugung gefunden, dass eine Verständigung auf dem Wege sei. In Betreff der Inselfrage habe der Herr russische Minister ihn — Zimmermann — direct gefragt, welchen Stand-

punkt die deutsche Regierung darin einnehme. Er habe geantwortet, das Berliner Cabinet sei darüber noch nicht schlüssig; er — Zimmermann — würde in directen Auseinandersetzungen zwischen Griechenland und der Türkei die beste Lösung sehen, denn die Mächte würden es ja doch keinem von beiden Recht machen können. Übrigens habe die deutsche Regierung — wie gesagt — in der Frage noch nicht Stellung genommen. Auf die gleiche directe Gegenfrage an Herrn Sasonow hätte dieser geantwortet, ihm wäre au fond jede Lösung der Frage recht, insoweit nur die den Dardanellen vorgelagerten Inseln in türkischem Besitze blieben. Der Herr Minister hätte zwar hinzugefügt, wenn Chios und Mytilene der Türkei zugesprochen würden, so bestünde die Gefahr, daß damit zwei neue Kreta geschaffen würden, die à la longue für die Türkei doch nicht zu halten wären. Sehr deutlich hätte sich aber Herr Sasonow darüber nicht ausgesprochen und er — Zimmermann — hätte den Eindruck gehabt, dass der Herr russische Minister des Äussern seinen, im vorigen Jahre noch sehr intransigenten, die Abtretung der Inseln an Griechenland fordernden Standpunkt wohl unter dem Einfluss der letzten Unterredungen mit den französischen Staatsmännern etwas geändert habe. (Der Herr Unterstaatssekretär meint, man rechne bei den Tripleententemächten damit, dass Deutschland sich sehr für Griechenland einsetzen werde, und wolle daher Chios und Mytilene jetzt lieber der Türkei zuweisen!) Über die armenische Frage, so fuhr mein Mitredner fort, hätte sich Herr Sasonow sehr eingehend geäussert. Der Herr Minister hätte darauf hingewiesen, dass Russland auf die Einführung von Reformen in Armenien nicht nur aus eigenem Interesse, — mit Rücksicht auf die vielen zum russischen Reiche gehörenden Armenier, die ein sehr gefährliches revolutionäres Element darstellen — sondern auch im Interesse der Erhaltung der Türkei dringen müsse. Russland befolge der Türkei gegenüber eine conservative Politik und deshalb glaube es den grössten Wert darauf legen zu müssen, dass für Armenien etwas geschehe. Er — Zimmermann — habe geantwortet, dass auch Deutschland der Türkei gegenüber eine conservative Politik führe; er begrüsse die vertrauensvollen Aussprachen, die in der Frage der Reformen für Armenien zwischen Freiherrn von Wangenheim und Herrn von Giers stattgefunden, und wolle gern der Anwendung des von ihnen gemeinsam ausgearbeiteten Programmes zustimmen, doch müssten ihm alle Mächte beitreten und es dürfe nicht eine Verletzung der souveränen Rechte des Sultans involvieren. Er — Zimmermann — halte ja an und für sich wenig von Reformen in der Türkei, diese Lehre habe er aus den mazedonischen Reformen gezogen. Herr Sasonow hätte aber dazu bemerkt, in Mazedonien hätten die Verhältnisse anders gelegen, denn Hilmi Pascha sei nur ein Machtträger des Sultans gewesen, dies müsse aber in Armenien anders werden, es dürfe dort die Ausführung der Reformen nicht der Türkei in der Hand belassen bleiben, sondern es müssten die Mächte dafür Sorge tragen. Er — Zimmermann — hätte darauf den Wunsch geäussert, dass die Eigenliebe der Türkei dabei geschont und ihr nicht etwas aufoktroyiert werde, das in ihr Misstrauen gegen die Mächte erzeugen würde. Schliesslich meinte Herr Sasonow, die Form, wie man dem Sultan und der Pforte die Sache beibringe, sei ihm gleichgültig, er

müsse nur an der Sache selbst festhalten. Der Herr Minister besprach — so schloss Herr Zimmermann seine Mitteilung — die Eindrücke, die er unlängst in Frankreich gewonnen. Er meinte, Frankreich sei durchaus friedliebend, man beschäftige sich dort momentan ausschliesslich mit Finanzoperationen. Für die Herren Barthou und Pichon hatte Herr Sasonow lobende Worte der Anerkennung, ebenso für Herrn Delcassé, von dem er versicherte, er hätte während der ganzen Zeit seiner Petersburger Tätigkeit sich absolut correct benommen und Beweise von Tact gegeben. Herr Zimmermann sagte mir, die Sprache Herrn Sasonows sei so offen gewesen und hätte derart den Stempel der Aufrichtigkeit getragen, dass er beinahe stutzig geworden sei! Er müsse aber gestehen, dass der Herr russische Minister des Äussern einen ausgezeichneten Eindruck auf ihn gemacht habe. Zum Besuche Herr Sasonows in Berlin wird heute von deutscher Seite offiziös Folgendes verlautbart: „Durch das feste Zusammenstehen der Dreibundmächte in Einzelfragen der Balkanpolitik, das noch vor kurzem abermals erprobt worden ist, wird der allgemeinen europäischen Friedenspolitik kein Abbruch getan. Das durch alle Wechselfälle der Orientkrisis glücklich hindurchgesteuerte Einvernehmen zwischen den Grossmächten ist Gegenstand unausgesetzter Pflege. Wertvoll hiefür war der Besuch des kaiserlich russischen Ministers des Äussern Herrn Sasonow in Berlin und sein Verkehr mit deutschen Staatsmännern, wobei die auf der diplomatischen Tagesordnung stehenden Fragen eingehend, mit Offenheit und unter befriedigenden Eindrücken durchgesprochen worden sind." Flotow.

a) Vgl. n. 8906, 8937, 8951.

Nr. 8928. Tel. des Legationsrates Heinrich Ritter von Löwenthal aus Konstantinopel-Pera, 27. Okt. 1913 Nr. 560 (eing. 28. Okt. 9 U. a. m.).[a] Entziff.

Geheim. Zu dem im vorgestrigen Bericht Nr. 63 A erwähnten Plan einer Bandenaktion. Diese Nachricht wurde Herrn von Parcher vor einigen Tagen durch den im Vilajet Monastir begüterten, von Generalkonsul Kral empfohlenen bosnischen Landesangehörigen Selami Bey Tafro überbracht, angeblich nur aus patriotischem Motiv. Heute erschien derselbe wieder und machte Herrn von Parcher weitere Mitteilungen, denen zufolge die Sache von Talaat und dem General Savow verabredet sei; mit ihrer Durchführung, speziell in der Gegend von Grevena (Vilajet Monastir), sei ein türkischer Offizier albanesischer Abstammung namens Bekir betraut, der im ersten Balkankrieg als Freischärler tätig war. Selber habe bisher 240 Mann ausgerüstet, die er partieweise (anscheinend via Brindisi) expediert und auf lokalen Zuwachs rechnet. Einige bulgarische Bandenchefs seien hier gewesen, um analoges Vorgehen in der Gegend von Ištib und Kotschana zu besprechen. Aktion ziele darauf hin, eine Erweiterung Albaniens und Kreierung eines autonomen Macedoniens, letzteres eventuell unter türkischer Oberhoheit, vorzubereiten. Tafro (der also anscheinend nicht aus eigener Initiative handelt) fragte, wie sich k. u. k. Regierung zu diesem Gedanken stellen würde, und äusserte den Wunsch, dass unsere Presse veranlasst werden möge, die sich beim Auftauchen von Banden ergebenden Nachrichten als Symptome serbischer und griechischer Oppression zu

besprechen und auf die Unhaltbarkeit gegenwärtiger Einteilung zu konkludieren. Um zunächst Näheres zu erfahren, hat Herr von Parcher, den ich in diesem Sinne instruiert hatte, vorläufig geantwortet, dass er mir die Sache erst dann zur Kenntnis bringen könnte, wenn ihm Genaueres über Umfang und Modalitäten der geplanten Aktion bekannt würde, worauf Tafro Absicht äusserte, bald wieder vorzusprechen; er warf dabei Frage auf, ob er nicht auch die italienische Botschaft informieren solle. Wenn Euer Exzellenz nichts anderes verfügen, beabsichtige ich, Tafro nach möglichster Feststellung des Sachverhaltes dankend erklären zu lassen, dass zwar unsere Presse vielleicht spontan in der von ihm angegebenen Weise vorgehen würde, dass ich mich aber nur dann veranlasst sehen würde, Euer Exzellenz Weisungen über dieses ziemlich abenteuerlich scheinende Projekt einzuholen, wenn ich von offizieller Seite damit befasst würde. Meinem italienischen Kollegen mache ich vorläufig keine Mitteilung. Löwenthal.

[a]) Vgl. n. 8963, 9162, 9322, 9467, 9582, 9588, 9955.

Nr. 8929. Tel. an den Legationsrat Grafen Ludwig Ambrózy in Rom, 27. Okt. 1913 Nr. 1261 (chiffr. 10 U. 30 M. p. m.).[a]) Konz. (S. Rappaport; G. Berchtold).

Aus Euer Hochgeboren Telegrammen vom 26. d. M. Nr. 808 und 809 ersehe ich mit besonderer Befriedigung, daß zwischen meiner und Marquis di San Giulianos Stellungnahme zu den Bedingungen, unter welchen Prinz Wied seine Candidatur auf den albanischen Fürstenthron aufstellen würde, keine tiefergehenden Unterschiede, sondern bloß kleinere Divergenzen bestehen. Letztere betreffen vor allem die Anleihefragen, indem ich gegen eine internationale Lösung letzterer das Bedenken hätte, daß Österreich-Ungarn und Italien sich eines der wirksamsten Mittel zur Erhaltung des präponderanten Einflusses der Albanien freundlich gesinnten Mächte begeben würden. Diese financielle Frage wird übrigens hierorts gegenwärtig einem eingehenden Studium unterzogen, wobei insbesondere das griechische Analogon von 1833 herangezogen wird. Wir behalten uns hierüber eine weitere Mittheilung an Italien vor. Da es auf alle Fälle wünschenswerth erschiene, daß die beiden Regierungen ehethunlichst Prinzen Wied, beziehungsweise König Carl eine identische Antwort auf die in Rede stehenden Bedingungen erteilen, würde ich bezüglich des weiteren modus procedendi beantragen, daß italienischerseits ein diesbezüglicher concreter Entwurf vorbereitet werde, welcher als Basis zu dienen hätte, um, sei es durch Herzog Avarna, sei es durch Euer Hochgeboren Vermittlung den Text einer gemeinsamen Antwort vereinbaren zu können. Euer Hochgeboren wollen sich im vorstehenden Sinne zu Marquis di San Giuliano aussprechen.

[a]) Vgl. n. 8935.

Nr. 8930. Tel. des Legationsrates Rudolf Freiherrn von Mittag aus Sofia, 27. Okt. 1913 Nr. 1236 (eing. 5 U. 30 M. p. m.).[a]) Entziff.

Streng geheim. Türkisch-bulgarische Militärkonvention betreffend (mein Telegramm Nr. 1227 vom 23. d. Mts.), sagte mir Ministerpräsident spontan, er sei gerade daran, die soeben aus Konstantinopel eingelangte

türkische Antwort auf bulgarisches Kontreprojekt zu studieren. Im grossen ganzen — meinte Konseilspräsident — nähmen Türken die bulgarischerseits gemachten Gegenvorschläge an. Auf meine Frage, ob Türkei auf die im Projekte Ghenadiews enthaltene Verpflichtung eingehe, an Rumänien Krieg zu erklären, falls dieses in einen Konflikt, in welchen Bulgarien verwickelt, aktiv eingreife, antwortete Ministerpräsident bejahend. Er versprach mir, Text, sobald dieser festgesetzt, vorzulesen. Er glaube und hoffe, dass man in Bälde werde unterschreiben können, zumal dies auch Türkei sehr wünsche. Mittag.

a) Vgl. n. 8932, 8942, 8986.

Nr. 8931. Bericht des Legationsrates Ludwig Freiherrn von Mittag aus Sofia, 27. Okt. 1913 Nr. 70 A (eing. 29. Okt.). Ausfert.

Die Haltung Bulgariens gegenüber der griechisch-türkischen Spannung hat eine Evolution durchgemacht, die in mehr als einer Richtung bemerkenswert erscheint. Als vor einigen Wochen das griechisch-türkische Verhältniss an einem kritischen Punkt angelangt war, machte sich hier durch einige Tage wenigstens eine Bewegung geltend, die einen Conflict zwischen Griechenland und der Türkei geradezu herbeiwünschte, um in denselben eingreifen zu können. Euer Excellenz ist durch die telegrafische Berichterstattung des Herrn Gesandten a) aus jener Zeit bekannt, welche Mühe es Grafen Tarnowski kostete, die bulgarischen Staatsmänner von den Gefahren dieser Auffassung zu überzeugen, welche, wie wenige Monate früher, die politische Blindheit Herrn Daneffs und dessen fanatisches Vertrauen zu Russland, jetzt abermals die Existenz des momentan an Geld, Soldaten und allem Kriegsmaterial fast erschöpften Landes hätte aufs Spiel setzen können. Bald jedoch brachen sich nüchterne Auffassung und kühle Überlegung, die man als bulgarische National-Eigenschaften bezeichnen kann, Bahn und trotzdem der Constantinopeler Friedensschluss und die Anbahnung einer Annäherung an die Türkei dem bis dahin ganz isolierten Bulgarien einen durch die an der thracischen Grenze stehende, schlagfertige türkische Armee ganz gewaltig gestärkten politischen Rückhalt gab, ging das Bestreben der bulgarischen Regierung dahin, den Ausbruch eines griechisch-türkischen Conflictes im gegenwärtigen Momente möglichst zu vermeiden. Man war zur Überzeugung gelangt, dass Bulgarien jetzt unfähig wäre, aus demselben irgendwie Nutzen zu ziehen. Der rasche Entschluss zur sofortigen Occupation Thraciens so wie die Gewährung von Concessionen an die dortige türkische Bevölkerung zwecks einer möglichst raschen Durchführung dieser Besetzung waren ausser durch den Wunsch, die Besitzergreifung der durch den Bukarester und den Constantinopeler Frieden belassenen Gebiete mit Rücksicht auf die bevorstehenden Wahlen vollendet zu haben, wohl hauptsächlich durch die Erwägung hervorgerufen, dass die vollzogene Occupation den Ausbruch eines türkisch-griechischen Conflictes zumindest erschweren würde. Der Wunsch nach Ausbruch des Conflictes hat sich — für den jetzigen Moment — in das gerade Gegenteil verkehrt. Es hat sich einerseits die Überzeugung durchgerungen, dass das Land jetzt eine Pause der Erholung braucht, andererseits — und der Herr

Minister des Äussern sagte es mir in einer unserer letzten Unterredungen ausdrücklich — wäre es Bulgarien ungemein schwer gewesen, im Falle eines griechisch-türkischen Krieges blosser Zuschauer zu bleiben; aus diesem Dilemma kam man folgerichtig zu dem Schluss, dass es im eigensten bulgarischen Interesse gelegen ist, wenn der Ausbruch eines griechisch-türkischen Conflictes für den Moment vermieden wird. Wenn man, gestützt auf zahlreiche Aussprüche der Minister und Parteichefs, die Gefühle Bulgariens seinem westlichen und seinem südlichen Nachbar gegenüber resümiren will, so kann man sagen, dass es gegen Serbien Hass, Griechenland gegenüber mit Verachtung gemischte Erbitterung ist. Man weigert sich hier den militärischen Wert des letzteren anzuerkennen; man kann nicht vergessen, dass die Bulgaren der griechischen Armee, wäre in Bukarest der Waffenstillstand nur 24 Stunden später dictirt worden, im Kresta-Défilé ein zweites Sedan hätten bereiten können, und Euer Excellenz ist aus den Meldungen des Herrn Gesandten und des k. u. k. Militär-Attachés das Begründete dieser Ansicht bekannt. Beherrscht von diesen Gefühlen Serbien und Griechenland gegenüber kann die Politik Bulgariens in der nächsten Zukunft nur von einem Gedanken geleitet sein: dem der Revanche. Mittag.

a) Vgl. n. 8807.

Nr. 8932. Bericht des Legationsrates Rudolf Freiherrn von Mittag aus Sofia, 27. Okt. 1913 Nr. 71 (eing. 29. Okt.).a) Ausfert.

Streng geheim. Um meine gehorsamste telegraphische Berichterstattung[a] über das bulgarische Contreproject der bulgarisch-türkischen Militärconvention nicht über Gebühr auszudehnen, habe ich geglaubt, die in demselben enthaltenen Bestimmungen über die territoriale Aufteilung einer ergebensten Berichterstattung durch den k. u. k. Kurier vorbehalten zu dürfen. So viel ich bei einem einmaligen Hören des, wie bereits telegrafisch gemeldet, mir vom Herrn Minister des Äussern infolge seiner knapp bevorstehenden Abreise sehr rasch vorgelesenen umfangreichen Schriftstückes verstehen konnte, sind für den Fall der territorialen Aufteilung zwei Alternativen vorgesehen: jene des Krieges gegen Griechenland allein und jene des Krieges gegen Griechenland und Serbien. In der ersten dieser Alternativen bekäme Bulgarien Kavalla, Drama, Serres gegen Abtretung seinerseits an die Türkei eines Teiles der aegaeischen Küste samt Teilen im Süden West-Thraciens. In der zweiten Alternative würde Bulgarien die ganze aegaeische Küste (Kavalla und Serres inclusive glaube ich) der Türkei, die auch alle Inseln, Thasos ausgenommen, erhielte, überlassen; dagegen bekäme Bulgarien Salonik und den grössten Teil Macedoniens mit einer bulgarisch-albanischen Grenze. Mittag.

a) Vgl. n. 8930.

Nr. 8933. Tel. an den Gesandten Ludwig Freiherrn von Flotow in Berlin, 28. Okt. 1913 Nr. 714 (chiffr. 9 U. 50 M. p. m.).a) Konz. (S. Biegeleben; G. Berchtold).

Geheim. Herzog Avarna hat mir heute mitgeteilt, Botschafter Barrère habe der italienischen Regierung ein Abkommen vorgeschlagen, wonach

sich Frankreich und Italien verpflichten sollen, ohne vorhergehenden Gedankenaustausch keinerlei auf den territorialen Status am Mittelmeer bezügliche Resolution zu treffen oder Initiative zu ergreifen. Ich ersuche Euer Hochwohlgeboren, sich maßgebenden Ortes darüber zu informieren, ob auch an die deutsche Regierung italienischerseits mit einer analogen Mitteilung herangetreten worden ist. Hiebei wollen Euer Hochwohlgeboren beifügen, daß die vage Form, in der mir diese Nachricht vorliegt, eine genügende Beurteilung ihrer Tragweite noch nicht zuläßt, daß ich aber — bevor ich hiezu Stellung nehme — jedenfalls Wert darauf lege, hierüber mit dem deutschen Kabinette einen Meinungsaustausch zu pflegen. Über das Ergebnis dieser sofort vorzunehmenden Démarche wollen Euer Hochwohlgeboren telegraphisch berichten. Berchtold.

a) Vgl. n. 8938, 8940, 8974.

Nr. 8934. Tagesbericht über eine am 26. Okt. 1913 mit dem deutschen Kaiser Wilhelm II. geführte Unterredung, 28. Okt. 1913 Nr. 5097.a) Konz. (S. Berchtold).

Seine Majestät der deutsche Kaiser geruhte mich beim Tee auf der deutschen Botschaft am 26. Oktober in ein längeres politisches Gespräch zu ziehen, dessen wesentlicher Inhalt sich im Nachstehenden zusammenfassen läßt. Nach Erörterung der nun überstandenen serbisch-albanesischen Krise und Anerkennung der Richtigkeit unseres Vorgehens während derselben warf der Kaiser die Frage auf, was zu tun wäre, um in Hinkunft solchen Übergriffen Serbiens vorzubeugen. Ich setzte Seiner Majestät auseinander, daß unsere Bemühungen daraufhin gerichtet seien, die Balkanstaaten gegen einander auszuspielen, damit sie sich untereinander in Schach halten. Gegenwärtig sei der von dem zweiten Balkankriege zurückgebliebene Gegensatz zwischen Serbien und Bulgarien hiefür von maßgebender Bedeutung und müsse verhindert werden, daß sich diese beiden Balkanstaaten ausgleichen, was nur auf unsere Kosten erfolgen könnte. Bulgarien versuche schon seit längerer Zeit, sich uns anzuschließen, nachdem die russische Politik dort gründlich abgewirtschaftet habe; wir könnten uns aber in eine solche Orientierung nur einlassen, wenn unser Verhältnis zu Rumänien dadurch nicht tangiert würde. Die Lösung dieser Frage scheine bis auf weiteres eine große Schwierigkeit, beinahe die Quadratur des Zirkels. Eine Schwierigkeit sei aber, nach Bismarck, dazu da, um überwunden zu werden. Die deutsche Politik werde uns vielleicht dabei helfend zur Seite stehen. Kaiser Wilhelm fragte mich, ob ich nichts dagegen hätte, wenn Er mir freimütig Seine Ansicht über die Frage unserer künftigen Stellung am Balkan auseinandersetze. Auf meine Versicherung, daß ich Seiner Majestät hiefür zu besonderem Danke verpflichtet wäre, führte der Kaiser in beredter Weise den Gedanken aus, daß es sich derzeit nicht um vorübergehende Erscheinungen handle, die durch Diplomaten-Arbeit geschaffen und gestaltet worden sind, sondern um einen weltgeschichtlichen Prozeß, in die Kategorie der Völkerwanderungen einzureihen, in diesem Falle [um] ein mächtiges Vordringen der Slavenmacht, wenn auch nicht ganz nach den Wünschen der

Panslavisten. Der Panslavismus und mit ihm Rußland haben allerdings am Balkan abgewirtschaftet, aber gleichzeitig seien die dortigen slavischen Staaten in einer Weise erstarkt, die Deutschland und Österreich-Ungarn zu denken gibt. Der Krieg zwischen Ost und West sei auf die Dauer unvermeidlich und wenn dann Österreich-Ungarn in seiner Flanke der Invasion einer respektablen Militärmacht ausgesetzt sei, so könne dies für den Ausgang des Völkerringens verhängnisvoll werden. Seine Majestät habe jetzt Gelegenheit gehabt, in Konopischt mit zahlreichen Vertretern unseres Hochadels — des böhmischen und des ungarischen — zusammenzutreffen und alle seien einig gewesen in der Klage über die zunehmende Präpotenz der slavischen Völkerschaften in der Monarchie, die nach diesen Schilderungen geradezu unleidlich sein müsse. Die Slaven seien nicht zum Herrschen geboren, sondern zum Dienen, dies müsse ihnen beigebracht werden. Und wenn sie glauben, daß ihr Heil von Belgrad zu erwarten sei, dann müsse ihnen dieser Glaube benommen werden. Mit Serbien könne es für Österreich-Ungarn kein anderes Verhältnis geben, als jenes der Abhängigkeit des Kleineren vom Größeren nach dem Planetensysteme, wie überhaupt sich der Kaiser keine andere Orientierung am Balkan denken könne, als die Vormachtstellung der Monarchie gegenüber allen dortigen Staatswesen. Seine Majestät stelle sich die Lösung des Problemes in der Weise vor, daß wir Serbien an uns heranziehen durch alles, was sie dort brauchen, das ist 1.) Geld (vom König angefangen seien alle für Geld zu haben); 2.) Militärische Ausbildung; 3.) Handelsbegünstigungen. Auf der anderen Seite müßte Serbien der Monarchie botmäßig gemacht werden, seine Truppen, die im Kriege gezeigt haben, daß sie etwas leisten können, Österreich-Ungarn zur Verfügung stellen und dadurch die nötige Garantie schaffen, daß an der Südgrenze der Monarchie keine Überraschungen zu besorgen sind. Meinem diesen Ausführungen entgegengestellten Zweifel über die Realisierbarkeit der einzelnen Punkte dieses gewiß sehr verführerischen Programmes begegnete Seine Majestät mit dem Hinweise darauf, daß die derzeitige Geldknappheit der zentraleuropäischen Mächte allerdings störend sei, andererseits aber Frankreich auch nicht übermäßig viel Geld für die Balkanstaaten erübrigen werde, da es $1^1/_2$ Milliarden für den inneren Bedarf aufzubringen habe und nach den letzten, ihm zugekommenen Informationen mit einem Defizit von über 800 Millionen zu rechnen habe. Auch wisse Er wohl, daß die serbischen Exportinteressen mit den Ansprüchen unserer Agrarier in Widerspruch stünden, diesfalls sollten aber die höheren politischen Interessen ausschlaggebend sein. Was die weiters von mir betonte unüberwindliche Animosität der serbischen Rasse gegen die Monarchie anbelangt, die dem Abschlusse einer Militär-Konvention im Wege stehen dürfte, meinte Seine Majestät, daß man in diesem Belange nicht viel fragen dürfte. Kaiser Wilhelm stellt sich vor, daß Serbien für den Schutz, den ihm unsere Armee gegen fremde Übergriffe bieten würde, bereit wäre, uns seine Armee zur Verfügung zu stellen, letztere sozusagen uns unterzuordnen. Sollten sie dies verweigern, so müßte eben Gewalt angewendet werden, denn „wenn Seine Majestät der Kaiser Franz Joseph etwas verlangt, so muß die serbische Regierung sich beugen und tut sie es nicht, so wird Belgrad bombardiert

und solange okkupiert, bis der Wille Seiner Majestät erfüllt ist.“ Und das können Sie sicher sein, daß ich hinter Ihnen stehe und bereit bin, den Säbel zu ziehen, wann immer Ihr Vorgehen es nötig machen wird. (Seine Majestät begleitete diese Worte mit einer Handbewegung nach dem Säbel.) Ich verhehlte Seiner Majestät nicht meine Bedenken gegen eine bedingungslose Deckung Serbiens durch unsere Armee, was uns in allerhand Händel am Balkan implizieren könnte, durch die unsere Interessen eventuell gar nicht tangiert werden. Als ich die verschiedenen Fragen anführte, die speziell zwischen uns und Serbien jetzt zur Verhandlung kommen werden (Handelsbeziehungen, Minoritätenschutz, Kapitulationen, Orientbahn) und speziell die Wichtigkeit betonte, die die Frage der Beibehaltung des Privatbetriebes auf den Linien der Orientbahngesellschaft für uns habe, meinte Seine Majestät, diese Bahn sollten wir uns unbedingt reservieren, eventuell in der Art der russischen Bahn durch die Mandschurei. Nach Ansicht Seiner Majestät sollte Rumänien dazu herangezogen werden, auf Serbien zu drücken, damit Letzteres auf die unsererseits zu stellenden Forderungen eingehe. Der deutsche Gesandte in Bukarest werde den Auftrag erhalten, enge Fühlung mit seinem österreichisch-ungarischen Kollegen in dieser Richtung zu pflegen. Einen breiten Raum in der Unterredung mit dem höchsten Herrn nahm die Frage der Zukunft der Türkei ein. Seine Majestät habe das Zusammentreffen mit den Monarchen Rußlands und Englands bei der Cumberlandschen Hochzeitsfeier dazu benützt, um sich über deren Intentionen gegenüber der Türkei Rechenschaft zu geben. Beide Souveräne hätten sich für die Erhaltung der Türkei ausgesprochen und speziell der Zar habe betont, er wolle kein armenisches Gebiet okkupieren, welches bei seiner revolutionären Bevölkerung für Rußland von sehr problematischem Werte wäre. Auch sei er unbedingt dafür, daß Konstantinopel türkisch bleibe, „da die Pforte die beste Wächterin der Dardanellen sei“. Der König von England hätte erwähnt, daß die türkische Regierung sich an England gewendet habe wegen Formierung der türkischen Gendarmerie. Kaiser Wilhelm habe diese Gelegenheit benützt, um der weiteren Ausbildung der türkischen Armee durch deutsche Instruktoren[b]) Erwähnung zu tun, wogegen weder von König Georg noch von Kaiser Nikolaus Einwand erhoben worden sei. „Es habe sich nur darum gehandelt,“ — meinte der Kaiser — „den Russen auch noch mundgerecht zu machen, daß wir Konstantinopel für die Türken befestigen wollen!“ Seine Majestät hätte dies so tourniert, daß Er sagte, die Pforte habe sich auch um Pioniere nach Berlin gewendet wegen der Befestigung der Tschataldja-Linie. Es handle sich darum, die Türkei gegen Bulgarien zu schützen. Da hätte der Zar sofort eingewilligt — auch dann zugestimmt, als Seine Majestät hinzufügte, daß man bei dieser Gelegenheit auch an Schutzvorrichtungen für Konstantinopel werde denken müssen! Auf das Thema unseres Verhältnisses zu Bulgarien ließ sich Seine Majestät nicht näher ein; dagegen nahm Er Anlaß, en passant dem König Ferdinand Einiges anzuhängen, und zwar dessen Hervortreten, um in den Besitz Samothrakes zu gelangen (dem Kaiser Wilhelm hätte er versichert, er benötige die Insel zum Schutze seiner Küste, dem Zaren habe er weismachen wollen, er habe keine andere Absicht, als dort Weinberge anzu-

legen und König Georg sei gefaßt gewesen auf eine Verständigung, daß die Insel der richtige Ort wäre, um die exotischen Vögel Ferdinands unterzubringen), und weiters die Tatsache, daß König Ferdinand den Besitz Konstantinopels Rußland angetragen habe. (Er habe den Kaiser Nikolaus um Erlaubnis gebeten, die Stadt einzunehmen, sich bereit erklärend, dieselbe dem Zaren zu Füßen zu legen.) Was Rußland anbelangt, hält Seine Majestät eine Rückkehr zu den Überlieferungen der heiligen Allianz und dem Dreikaiserbündnisse für ausgeschlossen. Er sei in diesen Traditionen auferzogen, habe aber erkennen müssen, daß man seit Alexander III. mit einem anderen Rußland zu rechnen habe, mit einer uns feindseligen, auf unseren Untergang ausgehenden Macht, in welcher ganz andere Elemente regieren als der Kaiser. Vorläufig flöße Rußland dem Kaiser Wilhelm noch keine Besorgnis ein; für die nächsten sechs Jahre könne man von der Seite sicher sein. Er habe es im März erfahren, als nach einem in Zarskoe Selo abgehaltenen Kriegsrate ein ihm persönlich bekannter Deutscher aus den baltischen Provinzen den Ausspruch des Kaisers Nikolaus wiedergegeben habe: „Dieu soit loué, nous ne ferons pas de guerre, avant six ans c'est impossible!" Bis dahin sei die Armee nicht schlagbereit und nebenher spuke das Gespenst der Revolution. Auf meine Bemerkung, daß mit Letzterem wohl nach Ablauf von sechs Jahren auch zu rechnen sein werde und zwar wahrscheinlich noch mehr als jetzt, daß dies aber eine zweischneidende Waffe sei, daß darüber das monarchische Prinzip eine bedenkliche Erschütterung erfahren könnte, versicherte Seine Majestät in temperamentvoller Weise, daß, wenn es einmal zum Äußersten komme, Ihm solche Konsiderationen ganz schnuppe wären, denn dann werde es ein Existenzkampf sein um Leben und Tod, wo wir beide zusammenstehen werden gegen einen gemeinsamen Gegner und da sei es schließlich gleichgiltig, auf welche Weise der Gegner zugrunde gehe. Die Haut bleibe uns immer näher als der Rock! So oft sich während der fünfviertelstündigen Unterredung die Gelegenheit ergab, das Bundesverhältnis zu streifen, benützte Seine Majestät ostentativ den Anlaß, um zu versichern, daß wir voll und ganz auf Ihn zählen können. Dies war der rote Faden, der sich durch die Äußerungen des höchsten Herrn durchzog und als ich beim Abschiede dies hervorhob und dankend quittierte, geruhten mich Seine Majestät zu versichern, daß, was immer vom Wiener Auswärtigen Amte komme, für Ihn Befehl sei. ...*c)*

a) Vgl. n. 8946, 8948, 8951, 8980, 9086, 9096, 9114. — *b)* Vgl. n. 8951 Anm. d. — *c)* Punkte in Konz.

Nr. 8935. Tel. des Legationsrates Grafen Ludwig Ambrózy aus Rom, 28. Okt. 1913 Nr. 813 (eing. 29. Okt. 9 U. a. m.).a) Entziff.

Bedingungen des Prinzen Wied. Minister des Äußern, welchen ich vom Inhalte des hohen Telegrammes Nr. 1261 vom 27. d. Mts. in Kenntnis setzte, antwortete, daß er sofort ein Projekt der dem Prinzen zu erteilenden Antwort entwerfen lassen werde. In der Frage des Anlehens zu zweien war seine Sprache heute weniger bestimmt ablehnend als vorgestern. Er gab zwar unumwunden zu, daß nebst den Bedenken des Ministerpräsidenten

gegen die parlamentarische Behandlung der Zinsengarantie für ihn auch die Besorgnis maßgebend sei, daß wir, wenn wir einander allein gegenüber stehen, leichter in Interessengegensätze geraten, als wenn wir gezwungen sind, uns gegen die anderen Mächte aneinanderzuschließen. Anderseits räumte er ein, daß seine vorgestern geäußerten Bedenken, daß die Mächte sich weigern könnten, dem Anlehen oder der Zuweisung der Einnahmen Albaniens für die Zinsen des Anlehens zuzustimmen, bei Aufwand entsprechender Energie nicht gerechtfertigt erscheinen. Ich bemühte mich, seine Angst vor dem tête-à-tête mit uns zu besänftigen, und verwies als Beispiel für die Unrichtigkeit seiner These auf die Drinabrücken-Angelegenheit,[b] die wir zu zweien sicher schon früher und einfacher freundschaftlich gelöst hätten, wenn nicht durch den beiderseitigen Appell an England in die Frage Momente des Prestiges der Admirale hineingezogen worden wären. Auch rechnete ich ihm vor, daß selbst bei sehr ungünstigen Bedingungen und bei sofortiger Bewilligung des Maximums von 75,000.000 die Zinsenlast, die wir zur Hälfte zu garantieren, kaum über 4·2 ginge, selbst wenn Albanien zu deren Deckung nichts beitragen würde, woran nicht zu denken sei. Marquis di San Giuliano berief sich nochmals auf den Ministerpräsidenten, sprach aber in einer Weise, als ob Herrn Giolittis Bedenken zerstreut werden könnten. Obwohl in dieser Frage ohne Zweifel die die Regierung präokkupierende Lage der italienischen Staatsfinanzen hineinspielt, habe ich Eindruck, daß bei einiger Zähigkeit unserseits bei weiterer Fortführung der Verhandlung in . . .[c] und wenn es gelingt, dem Minister unsere Überzeugung beizubringen, daß wir ernstlich entschlossen, Politik vollster Loyalität in albanesischen Fragen fortzusetzen, sein Widerstand zu überwinden sein wird. Herr De Martino, den ich gestern in unserem Sinne eifrig bearbeitet habe, scheint mir für unsere Anschauungsweise schon gewonnen zu sein. Ich werde ihm morgens nochmals in der Sache zureden. Eine nachdrückliche und freundschaftliche Einwirkung im obigen Sinne auf Herzog Avarna dürfte sich gleichfalls empfehlen. Ambrózy.

[a] Vgl. n. 8953. — [b] Die Akten über diese Angelegenheit, die in das Gebiet der handelspolitischen Rivalität in Albanien zwischen Österreich-Ungarn und Italien gehört, wurden nicht abgedruckt. — [c] Chiffre verstümmelt.

Nr. 8936. Tel. des Legationsrates Grafen Otto Czernin aus St. Petersburg, 28. Okt. 1913 Nr. 348 (eing. 29. Okt. 9 U. a. m.).[a] Entziff.

Albanien. Habe heute seit seiner Rückkehr Herrn Sazonow zum ersten Mal gesprochen. Er lenkte Konversation auf Albanien und fragte mich, wie weit es mit der Wahl des Fürsten stehe. Ismail Kemal habe ihn telegrafisch gebeten, Fürstenernennung zu betreiben. Eine Antwort hierauf halte er für überflüssig, da er Ismail Kemal nicht mehr als Essad Pascha oder einen andern für einen verantwortlichen Staatsmann Albaniens halte. Er höre von den Chancen des Prinzen Wied. Russische Regierung sei nicht in erster Linie interessiert und würde diese Wahl sowie jede andere von den Mächten kommende akzeptieren. In Berlin habe man Herrn Sazonow zu verstehen gegeben, dass man diese Kandidatur wie die jedes deutschen Anwärters nicht poussieren, aber auch nicht dagegen arbeiten werde. Herzog

Montpensier habe sich an die russische Regierung gewendet und um Unterstützung seiner Kandidatur gebeten. Minister habe ihm geantwortet, er halte ihn für „zu gut für diese undankbare Aufgabe". Überhaupt zeigt Sazonow mehr denn je Tendenz, an der Lebensfähigkeit Albaniens zu zweifeln und fragte mich, wie wir uns nächste Zukunft vorstellen. Ich erwiderte, Hauptsache sei die rascheste Beendigung Delimitation und Organisierung Gendarmerie. Letzterem stimmte Minister zu und zu ersterem bemerkte er, es gab eben viele Schwierigkeiten, da das ethnographische Prinzip gerade von den Albanesen nicht angerufen werden könne. An der Südgrenze seien den Meldungen russischen Grenzdelegierten zufolge alle strittigen Dörfer griechischsprachig. Auf meine Frage, welche Instruktionen denn also russischer Delegierter bei der Südkommission habe, antwortete Herr Sazonow, dies wisse er nicht und fügte dann bei: „de marcher d'accord avec l'Anglais et le Français." Ich betonte, dass der lange Aufschub des Beginnes der Grenzdelimitation mit beigetragen habe, alle anderen Massregeln zu verzögern, worauf Minister sogar uns Schuld hiefür beilegen zu können glaubte. Hierauf erwiderte ich sehr entschieden, dass das Gegenteil zutreffe, dass man wochenlang auf die französischen Vertreter gewartet habe und ich diesen Vorwurf als ganz unberechtigt bezeichnen müsse. Herr Sazonow musste schliesslich seinen Irrtum einsehen. Aus Vorstehendem ist zu ersehen, dass man hier vor Allem Einigkeit der Ententevertreter aufrechterhalten will und dass allen ehrlichen Organisationsbestrebungen in Albanien durch die interessierten Mächte russischerseits Schwierigkeiten drohen. Alle ungünstigen Nachrichten aus Albanien werden Herrn Sazonow in seiner Überzeugung bestärken und ihm willkommen sein. Ein nicht lebensfähiges Albanien ist vielleicht das modernste Kompensations-Trugbild, das man dem enttäuschten Serbien vorhalten will. Otto Czernin.

a) Vgl. n. 8937, 8941.

Nr. 8937. Tel. des Legationsrates Grafen Otto Czernin aus St. Petersburg, 28. Okt. 1913 Nr. 349 (eing. 29. Okt. 8 U. a. m.).a) Entziff.

Serbische Evakuierung. Bei heutiger Unterredung vermied Herr Sazonow, irgendwie unsere Evakuationsforderung an Serbien zu berühren. Deutscher Geschäftsträger, der heute gleichfalls beim Minister des Äussern vorsprach, sagte mir, er habe ihm gegenüber die Befürchtung ausgesprochen, ähnliche energische Forderungen seitens des Wiener Kabinettes könnten sich bei anderer Gelegenheit wiederholen. Serbien sei sehr gegen uns und er sähe daher nicht ohne Beunruhigung in die Zukunft. Auf die Frage meines deutschen Kollegen, welche die nächsten Ursachen weiterer energischer Schritte unserseits gegen Serbien sein könnten, habe der Minister auf die Bahnfragen hingewiesen. In Berlin soll Herr Sazonow angeblich seine Bedenken gegen die von Euer Exzellenz in der Evakuierungsfrage eingeschlagene energische Taktik offen ausgesprochen haben.*b)* Selbstverständlich ist die einzige wahre Befürchtung des Ministers des Äussern ein weiteres Abnehmen des russischen Prestiges am Balkan. Otto Czernin.

a) Vgl. n. 8936, 8941. — *b)* Vgl. n. 8927.

Nr. 8938. Tel. aus Berlin, 29. Okt. 1913 Nr. 451 (eing. 30. Okt. 9 U. a. m.).[a] Entziff.

Bezug auf Telegramm Nr. 714 geheim von gestern, geplantes italienisch-französisches Mittelmeer-Abkommen betreffend. Unterstaatssekretär sagte mir, er hätte auf analoge Mitteilung erwidert, dass ein Eingehen Italiens auf den Vorschlag Barrères deutscher Regierung höchst bedenklich erscheinen müsste. Ein solches Abkommen würde nicht geheim bleiben können und müsste von den nachteiligsten Rückwirkungen auf das Prestige des Dreibundes begleitet sein, der gerade jetzt wie nie zuvor geeinigt dastehe und so erfolgreich zusammenarbeite. In Frankreich würde der Revanchegedanke hiedurch nur neue Nahrung finden und die daraus resultierenden Folgen könnten von Italien nur nachteilig empfunden werden. Überhaupt könne er nicht einsehen, nach welcher Richtung Italien sich einen Vorteil verspreche; etwaige italienische Expansionsgelüste könnten gegebenenfalls doch nur auf Kosten Frankreichs befriedigt werden (Tunis)!. Herr Zimmermann bat mich Vorstehendes zu Euer Excellenz hochgeneigter Kenntnis mit dem Beifügen zu bringen, dass er den Eindruck gewonnen habe, Marquis San Giuliano stehe der französischen Proposition nicht unsympathisch gegenüber; er, Unterstaatssekretär, habe es für angebracht gehalten, dem italienischen Kabinette keinen Zweifel darüber zu lassen, wie ungern man in Berlin eine derartige französisch-italienische Annäherung sehen würde. Im gleichen Sinne wurde deutscher Botschafter in Rom instruiert. Szögyény.

[a] Vgl. n. 8939, 8940, 8944.

Nr. 8939. Tel. nach Berlin, 30. Okt. 1913 Nr. 718 (chiffr. 11 U. p. m.).[a] Konz. (S. u. G. Berchtold).

Der italienische Botschafter hat mir am 30. d. M. mitgetheilt, daß er von unserer kürzlichen Unterredung betreffs der Proposition Herrn Barrère's, einen Mittelmeerakkord mit Italien abzuschließen, seiner Regierung Meldung erstattet habe. Er habe insbesondere erwähnt, daß ich bemerkt hätte, eine Veränderung des status quo im Mittelmeere sei nur von Frankreich und Italien zu besorgen, und zu wissen wünschen würde, in welcher Weise der italienische Minister des Äussern diese Anfrage beantwortet hätte. In Bezug auf meine erstere Bemerkung könne mir Herzog Avarna nicht verhehlen, daß sie in Rom etwas unangenehm berührt habe, da darin ein gewißes Misstrauen zum Ausdruck komme, was völlig unbegründet sei. Was die Antwort des Marchese di San Giuliano anbelange, hätte sie dahin gelautet, das Projekt möge vorerst klarer formuliert werden, um dann Herrn Giolitti vorgelegt zu werden. Ich versicherte den Botschafter von meinem Vertrauen in die Loyalität der italienischen Regierung, was aber nicht hindere, daß mir die Idee des Abschlußes eines franco-italienischen Mittelmeer-Accords, der unwillkürlich den Eindruck erwecken müßte, eine Spitze gegen uns in sich zu bergen, nicht gefallen könne. Mir scheine, daß ein solches Abkommen mit unserem bestehenden Allianzverhältnisse im Widerspruche stehe und insbesondere auch mit unserem eben erst abgeschlossenen Mittelmeerabkommen,[b] welches eine engere Ausgestaltung unseres Allianzverhältnisses bedeute und ganz die gleiche Geltungssphäre habe, nicht

vereinbar sei. Auch müße mit der Möglichkeit gerechnet werden, daß durch eine Indiskretion der eventuelle Accord zwischen Italien und Frankreich publik werden könnte, was die Oeffentlichkeit in dem Glauben an die Stabilität des Dreibundes irre machen müßte, gerade im Momente, wo derselbe sich erfreulich consolidirt hat und kraftvoll in Erscheinung getreten ist. Schließlich gab ich dem Botschafter zu verstehen, daß mir die Redaktion des Accords von ganz untergeordneter Bedeutung erscheine, nachdem die Thatsache selbst des Abschlußes eines Separatabkommens zwischen Italien und Frankreich Misstrauen und Unruhe zu zeitigen geeignet ist. Der Botschafter, welcher immer wieder betonte, daß noch nichts redigirt und auch nichts vereinbart sei, wollte seine Regierung im Sinne meiner Ausführungen in Kenntnis setzen. Vorstehendes unter Bezugnahme auf Euer Excellenz Telegramm ddo. Berlin 29. Oktober Nr. 451 zur Mitteilung an den Unterstaatssekretär, wobei erwähnt werden könnte, daß wir in der Realisirung des Barrère'schen Projektes, wie immer die Faßung lauten möge, insoferne die Verbündeten nicht zum Beitritt aufgefordert werden, eine Gefährdung unserer Mittelmeerstellung erblicken müßen.

a) Vgl. n. 8940, 8944. — *b)* Vgl. n. 8833.

Nr. 8940. Tel. an den Legationsrat Grafen Ludwig Ambrózy in Rom, 31. Okt. 1913 Nr. 1270 (chiffr. 11 U. p. m.). Konz. (S. Biegeleben; G. Berchtold).

Geheim. ... *Auszug von n. 8933, n. 8938 und n. 8939* ... Hievon setze ich Euer Hochgeboren zu Ihrer persönlichen Information und nur dann zur entsprechenden Verwertung in Kenntniss, wenn die Angelegenheit Ihnen gegenüber zur Sprache gebracht werden sollte. In diesem Falle können Euer Hochgeboren auch darauf hinweisen, dass wir uns lebhaft der schwierigen Stellung erinnern, in die Italien auf der Conferenz von Algeciras geraten war, als es sich für dasselbe darum handelte, pflichtgemäss den deutschen Standpunkt zu vertreten und ihn mit den Frankreich gegenüber im Jahre 1900 eingegangenen Engagements *a)* in Einklang zu bringen — eine Reminiscenz, die nicht darnach angethan ist, uns den Gedanken eines franco-italienischen Accords über Mittelmeerfragen sympathischer zu machen. Berchtold.

a) Vgl. G. P. XVIII 713.

Nr. 8941. Tel. des Legationsrates Grafen Otto Czernin aus St. Petersburg, 31. Okt. 1913 Nr. 351 (eing. 1. Nov. 10 U. a. m.).a) Entziff.

Südgrenze Albaniens. Nach Einlangen gleicher Instruktion für meinen italienischen Kollegen habe ich die mit telegraphischer Weisung vom 27. d. Mts. Nr. 553*b)* angeordnete Mitteilung heute Herrn Sazonow gegenüber gemacht. Nachdem er sich bezüglich des Votums über die Sprachenmajorität in den strittigen Dörfern sofort wieder auf den Standpunkt stellte, unser und italienischer Delegierter seien frei, zu stimmen, wie sie wollten, russischer Delegierter werde sich mit seinen Freunden und Alliierten halten, sprach ich mein Bedauern aus, dass in einer Frage, in

welcher wir uns strikte auf die Londoner Beschlüsse stellen und wo nebenbei das Ansehen der gesamten internationalen Kommission tangiert sei, überhaupt divergierende Ansichten aufkommen können. Dies schiene mir unvereinbar mit dem von allen Kabinetten oft wiederholten Wunsche, die Organisierung Albaniens rasch zu Ende zu führen. Herr Sazonow lenkte daraufhin ein, indem er mir formell in Aussicht stellte, der russische Delegierte bei der Südgrenzkommission werde nochmals den Befehl erhalten, sich allen Einschüchterungs- und Obstruktions-Versuchen entschieden zu widersetzen. Die Abstimmungsfreiheit des russischen Kommissionsmitgliedes werde dadurch aber natürlich nicht beeinträchtigt. Was die Frist für die Beendigung der Südabgrenzung und die Evakuierung anlangt, meinte der Minister, er habe die einschlägigen Londoner Beschlüsse nicht im Gedächtnisse, doch werde man auch hier auf der Londoner Basis bleiben. Bei der Gelegenheit hielt es Herr Sazonow für nötig, die Hoffnung auszusprechen, dass die Kabinette von Rom und Wien sich nicht, wie wir es jüngst gegenüber Serbien getan hätten, von dem europäischen Konzerte trennen mögen. Auf das serbische Evakuierungs-Ultimatum wolle er nicht zurückkommen, doch müsse er mir sagen, dass unser Vorgehen bei allen Kabinetten, inklusive dem Berliner, Befremden erweckt habe. Ich erwiderte diesfalls, dass auch ich keinen Auftrag habe und keinen Grund sehe, unsere Beziehungen zu Serbien zu diskutieren, dass übrigens Herr Neratow seinerzeit eine ausführliche Motivierung erhalten habe und dass wir, wie jede Grossmacht, stets auf Erfüllung der uns gemachten Zusagen bestehen werden. Was die bevorstehende griechische Evakuierung anlangt, so könne ich nur konstatieren, dass wir und Italien diesfalls strikte auf der Basis Londoner Beschlüsse[c]) stehen (Sitzung 12. August) und diese zweifellos realisiert werden dürften. Jetzt schon an eventuelle Zwangsmassregeln zu denken, schiene mir verfrüht und darüber sei ich auch nicht orientiert. Diejenigen Kabinette, welche eine solche Eventualität ausschalten wollen, hätten hiezu übrigens nach meiner heutigen Erklärung zwei Monate Zeit, nachdem der einmütige europäische Wille die Respektierung der Beschlüsse leicht erzwingen könne. Zum Schlusse wiederholte Herr Sazonow, auch er wolle die albanesische Organisierung tunlichst bald abgetan wissen, und betonte, er werde die Londoner Basis nicht verlassen. Meinem italienischen Kollegen, der den Minister nach mir sprach, hat derselbe die beiden Zusagen hierauf wiederholt.

Otto Czernin.

[a]) Vgl. n. 8936, 8937, 8949. — [b]) Mit Tel. Nr. 553, 27. Okt. 1913 (chiffr. 5 U. 30 M. p. m.) wurde nach St. Petersburg mitgeteilt, daß, für den Fall als durch die griechischen Umtriebe sich die Arbeiten der albanischen Süd-Grenzkommission über den in London festgesetzten Termin vom 30. November verzögern sollten, die Kabinette von Wien und Rom keinesfalls einem Aufschube des für die Räumung Albaniens seitens der Griechen festgesetzten Zeitpunktes (31. Dez. 1913) zustimmen könnten, vielmehr an diesem Zeitpunkte festhalten. Vgl. n. 8950. — [c]) n. 8353.

Nr. 8942. Tel. des Legationsrates Rudolf Freiherrn von Mittag aus Sofia, 31. Okt. 1913 Nr. 1243 (eing. 4 U. p. m.).[a]) Entziff.

Streng geheim. Ministerpräsident sagte mir, der von ihm umgearbeitete Text bulgarisch-türkischer Militärkonvention (mein Telegramm Nr. 1236

vom 27. dieses Monats) gehe heute nach Konstantinopel ab. Konseilspräsident habe mit dem gestern hier durchgefahrenen Djavid Bey auf Bahnhof diesbezüglich Unterredung gehabt, von der Radoslavow sehr befriedigt. Ministerpräsident wiederholte sein Versprechen, mir von einmal definitiv festgesetztem Text Kenntnis zu geben. Mittag.

a) Vgl. n. 8959, 8986.

Nr. 8943. Privatschreiben aus Belgrad, 1. Nov. 1913 (eing. 3. Nov.). Ausfert.

Geheim. In meinem heutigen Berichte Nr. 237a) habe ich die Ehre gehabt, Euer Exzellenz hohe Aufmerksamkeit auf die hier immer markanter auftretende deutschfreundliche Stimmung zu lenken. Ich erlaube mir noch hinzuzufügen, daß die hiesige deutsche Gesandtschaft mit großem Nachdruck bemüht war und ist, diese Stimmung zu fördern, ohne aber dabei die uns gebührenden Rücksichten außer Acht zu lassen. Über die Tätigkeit meines deutschen Kollegen habe ich mich bis jetzt keineswegs zu beklagen gehab , da er während der ganzen Krise sich stets als loyaler, aufrichtiger Bundesgenosse bewährt hat. In den Instruktionen, die er erhalten und mir vielfach gezeigt hat, hieß es immer, daß er unsere Demarchen unterstützen solle, was er auch tat. In letzter Zeit scheint aber diese Unterstützung doch vielleicht etwas lauer geworden zu sein. Ganz besonders aufgefallen ist mir eine Bemerkung, die Baron Griesinger mir gegenüber heute fallen ließ. Wir besprachen die Ereignisse während meines Urlaubes und kamen auch auf das von uns gestellte Ultimatum zu sprechen, wobei er mich frug, ob „wir überhaupt künftighin eine schärfere Tonart Serbien gegenüber anschlagen wollen, da er befürchtet, daß in diesem Falle die deutsche Reichsregierung nicht wird unter allen Umständen mithalten können oder wollen". Da ich diese Bemerkung für sehr charakteristisch halte, glaube ich dieselbe Euer Exzellenz streng vertraulich einberichten zu müssen, möchte aber ergebenst bitten, meine Meldung in Berlin nicht verwerten zu wollen. Ugron.

a) Im Bericht Nr. 237 A, 1. Nov. 1913 (eing. 3. Nov.) wurde gelegentlich allgemeiner Bemerkungen über die antiösterreichische Stimmung aus Belgrad berichtet, daß, entgegen der ebenso feindlichen Stellungnahme Serbiens gegen Italien, Deutschland mit großer Sympathie behandelt werde und man voll zarter Aufmerksamkeit gegen dieses sei. Bei allen Lieferungen wird die deutsche Industrie auffallend bevorzugt. „Man gibt sich den Anschein, als ob man der deutschen Sympathien ganz sicher sei und will wissen, daß Deutschland nur ungern und pro forma die Demarchen seiner Verbündeten unterstützt und ihre Haltung Serbien gegenüber eigentlich nicht billigt. Man sagt, Deutschland werde nie zugeben, daß Bulgarien aggressiv gegen Serbien auftrete und hofft, daß Kaiser Wilhelm zur Befestigung der guten Beziehungen zwischen Belgrad und Bukarest seinen ganzen Einfluß aufwenden werde."

Nr. 8944. Tel. aus Berlin, 1. Nov. 1913 Nr. 456 (eing. 2. Nov. 8 U. a. m.). Entziff.

Geheim. Erhalten Euer Exzellenz Telegramm vom 30. v. M. Nr. 718, betreffend geplantes französisch-italienisches Mittelmeerabkommen. Unterstaatssekretär, dem ich Inhalt bezogenen Telegrammes mitgeteilt, wiederholte mir heute (vide Telegramm Nr. 451 vom 29. v. M.), dass er mit dem von

Euer Exzellenz eingenommenen Standpunkt vollkommen einverstanden sei. Er habe noch gestern neuerdings dem italienischen Geschäftsträger sehr eindringlich versichert, dass der Abschluss eines Separatabkommens zwischen Italien und Frankreich mit dem Allianzverhältnis Italiens zu Oesterreich-Ungarn und Deutschland im Widerspruche stehen würde und dass die Realisierung des Barrèreschen Projektes nicht einmal im Interesse Italiens liegen würde. Szögyény.

Nr. 8945. Privatschreiben des Legationsrates Franz Freiherrn von Haymerle aus Bukarest-Sinaia, 1. Nov. 1913 (eing. 3. Nov.).[a]) Ausfert.

Geheim. Cabinetschef Graf Hoyos hatte nach seinen Eindrücken jedenfalls recht, wenn er als Resumé seines hiesigen dreitägigen Aufenthaltes Euer Excellenz unter dem 21. Juli lf. J. hieramtlich Nr. 244 telegraphirte: „Die Stimmung für uns ist hier wieder günstig und man anerkennt unsere entschiedene Stellungnahme für Rumänien.“ Graf Hoyos war von Wien gerade in dem Augenblick abgereist, als die Telegramme von hier in allen Zeitungen publiciert wurden, laut denen grössere Strassendemonstrationen in ganz Rumänien und speciell in der Hauptstadt, selbst vor dem königlichen Palais, gegen die Monarchie stattgefunden hatten. Wie er dann hier ankam, waren die Demonstrationen vorbei, die Stimmung natürlich wie nach jedem allzu vehementen Ausbruch abgeflaut und sogar eine gewisse kurz dauernde Stimmung entstanden, die diese ganz ungerechtfertigten und höchst unpassenden Strassendemonstrationen verdammte und daher eher den Eindruck erweckte, dass neuerlich eine gewisse Strömung für uns das Oberwasser gewonnen hätte. Auch musste Graf Hoyos aus seiner ausführlichen Unterredung mit dem Herrn königlich rumänischen Ministerpräsidenten den Eindruck gewinnen, dass „man unsere entschiedene Stellungnahme für Rumänien anerkenne“; eine Tatsache, die ja sowohl von Seiner Majestät dem König als auch speciell von seinem Mitredner Herrn Maioresco immer gewürdigt wurde. Betrachtet man also nach dem ergebenst Vorhergesagten die psychologische Entwicklung des Ausspruches des Grafen Hoyos, so muss man zu dem Schlusse kommen, dass er, in der kurzen Zeit seines hiesigen Aufenthaltes, kein anderes Urteil abgeben konnte. Was nun den letzten Teil seiner Behauptung betrifft, so war und ist derselbe als Ansicht eines Teiles der Regierung wohl richtig, sie wird aber von der durch russisch-französische Intriguen und Zeitungen belogenen und verhetzten öffentlichen Meinung keineswegs anerkannt und dies umso weniger, als es dieser k. u. k. Gesandtschaft, da der Schein gegen uns sprach, auf Grund des Aktenmaterials, das ihr zur Verfügung gestellt werden konnte (geheime Sitzungen ohne Protokoll in Petersburg, Mitteilungen über die Action unserer Gesandtschaft in Sofia), nicht möglich war, mit Erfolg den gefälschten Mitteilungen vorgenannter Interessengruppe entgegenzutreten. Was aber die Meldung betrifft, „dass die Stimmung für uns hier wieder günstig sei“, so hat sich dieselbe in der Folgezeit leider nicht bestätigt. Die Stimmung gegen uns ist mit Ausnahme der höchsten Regierungskreise eine unbedingt ungünstige. Was damals durch Strassendemonstrationen öffentlich kundgegeben wurde, das denkt sich hier noch fast jeder. Die

Sprache der Zeitungen der letzten Monate gibt dafür ein beredtes Zeugnis. Die Stimmung im Offizierskorps, aus dem doch ein so grosses Contingent Jahre hindurch seine Ausbildung in der k. u. k. Armee gefunden hat, ist uns direct feindlich. Anlässlich der Mobilisirung gegen Bulgarien wurden — wie Euer Excellenz bekannt — an vielen Orten die Bauern mit dem Stichwort, dass der Krieg zur Befreiung ihrer in der Monarchie schmachtenden Brüder geführt werde, in eine künstliche Begeisterung hineingehetzt und bei Entlassung der einberufenen Soldaten wurde ihnen des öftern auf unzweideutige Weise diese Erlösung als Zweck des in Bälde zu erwartenden nächsten Krieges in Aussicht gestellt. Unverhohlen wird hier in Militärkreisen dieser Zukunftskrieg besprochen und sogar gutgeheissen. Selbst die der Monarchie aus innerer Überzeugung Bestgesinnten warnen uns vor dieser Strömung, geben ihr tiefes Bedauern darüber zum Ausdruck, setzen aber fast immer hinzu, dass dabei doch auch uns eine gewisse Schuld treffe. Ich will damit absolut nicht behaupten, dass die Stimmung gegen uns sich hierlands nicht wieder bessern wird — (die jetzige Genugtuung über die Ernennung des Grafen Ottokar Czernin zum Nachfolger des hier als Exponenten der rumänen-freundlichen Politik der Monarchie verehrten Prinzen Fürstenberg, ist mehr ein Ausbruch der Freude, dass ein Mann mit den gleichen Ideen, wie Prinz Fürstenberg, der neue k. u. k. Gesandte werde, als ein Beweis eines bereits beginnenden Umschwunges der hiesigen Ansichten) — ich bin davon sogar überzeugt; denn bei all der neuen Pose, dass Rumänien von jetzt an nur mehr eine Politik ihrer *b)* eigensten Interessen verfolgen werde, weiss doch Jeder, dass das Königreich auf die Dauer die derzeitige Schaukelpolitik zwischen Dreibund und Triple-Entente nicht durchhalten wird können und dass es seine Politik wieder nach einer der beiden Mächtegruppen wird orientiren müssen. Da hier niemand ernstlich mit Russland gehen will, so wird man, selbst eventuell contre coeur, mit dem Dreibund sein müssen. Um aber Letzteres wieder zum anerkannten, gegebenenfalls auch für uns positive Resultate erzeugenden Axiom der hiesigen Auswärtigen Politik zu machen, wird es jahrelanger, andauernder systematischer Kleinarbeit bedürfen. Auf ziemlich lange Zeit hinaus können wir aber — und dies ist meine, allerdings unmassgebliche aber feste Überzeugung — auf eine active Unterstützung von Seite Rumäniens nicht rechnen. Rumänien wird trotz unseres Vertrages gegebenenfalls die nötigen Ausflüchte finden, um zuerst bei Beginn eines Krieges uns gar nicht und später erst dann zu unterstützen, wenn es darin seinen offenkundigen Vorteil sieht. Es wird vielleicht sogar Seiner Majestät dem König schwer fallen, bei eventuellem Ausbruch eines Krieges der Monarchie gegen Russland die rumänische Armee zurückzuhalten, gegen uns zu marschiren, unmöglich dürfte es dem König aber sein, bei der jetzigen Stimmung von Anfang an das Volk und die Armee dazu zu bringen, mit uns zu gehen. Tief eingewurzelt ist das allerdings ungerechtfertigte Misstrauen gegen uns. Ich erlaube mir, den auf den ersten Anwurf vielleicht unberechtigt erscheinenden Ausdruck „tief eingewurzelt“ zu gebrauchen. Derselbe findet aber darin seine zeitliche Berechtigung, als die für uns unstreitig vor der Krisis bestehenden weitverzweigten Sympathien eigentlich

mehr künstlich fundirte waren, basirt auf das sichere Gefühl, dass wir Rumänien in jedem Momente unbedingt unterstützen würden; innerlich dagegen neigt doch der grösste Teil der politisch massgebenden Factoren Rumäniens zu Frankreich (also im gegebenen Falle gegen uns), während gleichzeitig wegen der Nationalitäten-Frage eine grosse Animosität gegen uns, speciell gegen Ungarn, in jedem Rumänen schlummert, die — wie ich bereits im März und dann wieder im Juni lf. J. im hohen k. u. k. Ministerium vorauszusagen mir erlaubte — jetzt neuerdings, da man nichts mehr von uns zu erhoffen glaubt, in vehementester Form hervorgebrochen ist. Und damit komme ich nun zu dem zweiten Zweck dieses meines gehorsamsten Privatschreibens, nämlich zu versuchen, soweit es in meinen schwachen Kräften steht, nach getreulicher Schilderung der hiesigen Stimmung, auf diejenigen Hauptmittel ergebenst hinzuweisen, die vielleicht das Verhältnis Rumäniens zur Monarchie in die alten, neuerlich zu beginnenden Bahnen leiten könnten: 1.) Regelung der rumänischen Nationalitätenfrage, 2.) Veröffentlichung unseres Bündnisvertrages. — Was den ersten Punkt anbelangt, so liegt es mir selbstredend vollkommen ferne, über die Möglichkeit oder innerpolitische Opportunität diesbezüglicher Aenderungen im rumänischen Sinne ein Urteil abzugeben, ich halte es nur für meine Pflicht, Euer Excellenz ergebenst einzuberichten, dass zur Zeit der Angelpunkt einer rumänofreundlichen Politik in einer, im hier erhofften Geiste erfolgenden Lösung dieser Frage gipfelt. Ist dieselbe durchführbar, so wird dies unsere Politik in Rumänien nicht nur erleichtern, sondern wir werden an dem Königreich einen Freund uns erwerben, viel zuverlässiger als vor der Krisis. Ist eine derartige Lösung undurchführbar, dann wird in den nächsten Jahren eine vehemente irredentistische Agitation von hier aus in unseren rumänischen Provinzen geführt werden, die umso erfolgreicher und gefahrdrohender werden könnte, als ihr bedeutende pecuniäre Unterstützung aus den Kreisen der rumänischen Intelligenz des Königreiches für jeden die hiesige Stimmung kennenden gesichert erscheint. Die königliche Regierung wird sich allerdings daran nicht beteiligen, sie wird ihr aber als „Privatangelegenheit" auch nicht energisch genug entgegentreten. Rumänien wird sich die frühere Politik Italiens zum Vorbilde nehmen. Eine mir eigene Ansicht, die mir gegenüber übrigens bereits vollkommen ernst zu nehmende rumänische Politiker geäussert haben. Was den zweiten Punkt, die Veröffentlichung unseres geheimen Bündnisvertrages anbelangt, so glaube ich, dass eine solche auf die hiesigen politischen Ansichten eine entschieden reinigende Wirkung ausüben würde. Wie ich bereits im Vorstehenden zu melden die Ehre hatte, wissen alle vernünftigen Menschen hier, dass Rumänien nicht isoliert bleiben kann, dass der höchst prekäre, wenn überhaupt mögliche Anschluss an die Balkanländer für Rumänien von ephemerem Erfolg sein und es nur in unerwünschte Streitigkeiten stürzen könnte und dass ein Bündnis mit Russland es in eine, durch die neuen hiesigen Erfolge noch ungewolltere Abhängigkeit zu diesem Nachbar-Kolosse bringen würde. Also bleibt nur der zur Zeit allerdings sehr unerwünschte Anschluss an den Dreibund. Wird nun unser bereits bestehender Vertrag veröffentlicht, so weiss Jeder, wie er dran ist, und nimmt

das kleinste der Uebel als bereits bestehend an und lässt von den jetzigen, gegen uns gerichteten für einen noch undefinirbaren Zweck verfolgten Hetzereien ab, einsehend, dass man sich festen Tatsachen gegenüber fügen müsse und im Grunde froh, endlich einmal zu wissen, wohin er sich zu orientiren habe. In der „Minerva" vom 14./27. dieses habe ich zum ersten Male gelesen, dass ein hiesiges, uns noch dazu nicht freundlich gesinntes Blatt einen Vertrag und eine Convention mit der Monarchie zur Klärung des ausserpolitischen Verhältnisses Rumäniens wünscht. Ein Beweis, dass man hier der politischen Ungewissheit müde ist. Seine Majestät der König wird allerdings unbedingt gegen die Veröffentlichung unseres Vertrages Stellung nehmen. Höchstderselbe ist aber ein viel zu kluger Politiker, um es nicht — wenn dies zur Erhaltung seiner jahrelang befolgten äusseren Politik durchaus nötig wäre — auf Sich zu nehmen, dem anfänglichen Ausbruch der Unzufriedenheit der hiesigen öffentlichen Meinung Stand zu halten. Wenn es mir, nachdem ich schon so lange die kostbare Zeit Euer Excellenz in Anspruch zu nehmen mich unterfing, zum Schlusse noch erlaubt ist, Vorstehendes kurz zusammenzufassen, so gienge dies dahin, dass die Stimmung gegen die Monarchie in Rumänien noch immer eine sehr schlechte ist, ohne aber dadurch zu Russland hinzuneigen, sondern mit der Wirkung, dass auf eine active Hilfe des Königreiches für uns nicht zu rechnen ist, und dass ausser systematischer Kleinarbeit, ein Entgegenkommen in unserer rumänischen Nationalitätenpolitik und die Veröffentlichung unseres geheimen Bündnisvertrages, der geeignete Weg sein könnten, um das alte Verhältnis Rumäniens zur Monarchie neuerlich herzustellen und uns unseren östlichen Bundesgenossen wieder in dem Masse zurückzugewinnen, dass es uns ermöglicht wäre, unsere ganze Aufmerksamkeit auf die südliche und nord-östliche Grenze zu concentriren. Haymerle.

a) Vgl. n. 8961, 9032. — *b)* So!

Nr. 8946. Tel. aus Berlin, 2. Nov. 1913 Nr. 457 (eing. 11 U. p. m.).[a] Entziff.

Vertraulich. Gleich nach meinem Wiedereintreffen in Berlin hat der Reichskanzler mich gestern zu einem kleinen Diner eingeladen. Bei diesem Anlasse erzählte mir Herr von Bethmann Hollweg, Kaiser Wilhelm habe sich ihm und dem Unterstaatssekretär gegenüber über seinen letzten kurzen Besuch in Wien ganz ausserordentlich befriedigt ausgesprochen. Seine Majestät habe mit grosser Genugtuung konstatiert, dass die langen Unterredungen, welche Höchstderselbe mit Euer Exzellenz gepflogen, ihn überzeugt hätten, dass ein einvernehmliches Vorgehen der österreichisch-ungarischen und der deutschen Regierung in den ...*b)* gesichert sei; mit den diesbezüglichen Auseinandersetzungen Euer Exzellenz sei er ganz einverstanden gewesen und sei überzeugt, dass ebenso wie er selbst, auch Euer Exzellenz grosses Gewicht darauf legen, dass die Orientierung unserer Politik auf die Basis vertraulichen Zusammenwirkens mit Rumänien und Griechenland gestellt werde. Seine Majestät habe diesbezüglich wiederholt mit grossem Nachdruck darauf hingewiesen, dass nach seiner Meinung vertrauliche Beziehungen zu Rumänien und Griechenland einzig und allein im Stande sein werden, den Gefahren der slavischen Bestrebungen, die uns

am Balkan bedrohen, mit Erfolg zu begegnen und sogar die Herstellung eines erspriesslichen modus vivendi mit Serbien erreichbar zu machen. Er (Kaiser Wilhelm) hatte Eindruck, dass Euer Exzellenz diese seine Ausführungen billigen. Ueberhaupt sei Höchstderselbe von der offenen, vertrauensvollen Art und Weise, mit welcher sich Euer Exzellenz über alle aktuellen Fragen ihm gegenüber ausgesprochen haben, in jeder Weise in hohem Grade befriedigt gewesen und rechne sicher darauf, dass die in letzter Zeit aufgetauchten, eher als Missverständnisse zu bezeichnenden Differenzen in der Methode unserer bisher befolgten Politik sich nunmehr nicht erneuern werden. Szögyény.

[a]) Vgl. n. 8934, 8948, 8951. — [b]) Chiffre fehlt.

Nr. 8947. Tel. des Legationsrates Rudolf Freiherrn von Mittag aus Sofia, 2. Nov. 1913 Nr. 1248 (eing. 3. Nov. 8 U. a. m.).[a]) Entziff.

Ministerpräsident sagte mir, aus den sehr spärlichen Nachrichten — blos zwei kurze Telegramme —, die er bisher von Herrn Ghenadieff erhalten, habe er eher Eindruck, dass Stimmung in Paris in für Bulgarien günstigem Sinne umgeschlagen. Herr Radoslawow fragte mich, ob mir — er selbst sei noch ohne Nachricht — etwas über Verlauf Euer Exzellenz Unterredung mit Herrn Tontscheff bekannt, was verneinte. Streng geheim. Herr Radoslawow scheint an diese Unterredung Euer Exzellenz mit Finanzminister, an Anwesenheit Grafen Tarnowskis in Wien, an baldige Durchreise Herrn Ghenadieffs (Minister des Aeussern hat — wie Ministerpräsident mir sagt — den noch hier sich aufhaltenden, zu Gerenz in Berlin bestimmten bulgarischen Legationsrat Stanciow telegraphisch angewiesen, ihn [in] Wien zu erwarten) sowie an Anwesenheit Seiner Majestät des Königs in Ebental Hoffnung zu knüpfen, es könnte sein Lieblingsgedanke — Allianz mit Monarchie — durch Zusammentreffen obiger Umstände einen Schritt weiter kommen. Habe im Sinne Euer Exzellenz Telegrammes Nr. 602 vom 7. v. M. zu handeln geglaubt, indem ich mich lediglich rezeptiv verhielt und mich nur auf wahrheitsgetreue Bemerkung beschränkte, ich wüsste überhaupt nicht, ob Graf Tarnowski noch in Wien. Mittag.

[a]) Vgl. n. 8947 Anm. b, 8954.

Tel. nach Berlin, 3. Nov. 1913 Nr. 723 (chiffr. 4. Nov. 12 U. 10 M. a. m.). Siehe n. 8949.

Nr. 8948. Tel. nach Berlin, 3. Nov. 1913 Nr. 724 (chiffr. 4. Nov. 11 U. a. m.).[a]) Konz.[b]) (S. Forgách; G. Berchtold).

Streng vertraulich. Erhalten Telegramm Euer Exzellenz Nr. 457. Ich ersuche Euer Exzellenz, sich zum Reichskanzler zu begeben und denselben mit Bezug auf seine vorgestrige Mitteilung meine Freude und Genugtuung darüber auszusprechen, daß Kaiser Wilhelm Sich persönlich so befriedigt über Höchstseinen Wiener Besuch und so gnädig über Seine Aussprache mit mir geäußert haben. Auch wollen Euer Exzellenz den Herrn Reichskanzler versichern, daß die Festlegung gleichartiger Richtlinien für unsere und die deutsche Politik gegenüber den Balkanstaaten,

in der Zukunft wie in der Vergangenheit, unseren Wünschen entspricht. Immerhin zwingt Euer Exzellenz Telegramm mich zu einigen rektifizierenden Bemerkungen, welche Euer Exzellenz in streng vertraulicher Weise möglichst umgehend Herrn Bethmann Hollweg vorbringen wollen. In einem Gespräche mit Seiner Majestät war der beiderseitige Wunsch eines vertraulichen Zusammenwirkens mit Rumänien wiederholt berührt, dagegen wurde Griechenland kaum erwähnt. Solange Griechenland in der südalbanesischen Grenzfrage sich so unklug und intolerant verhält und sein Bündnis mit dem uns so feindlichen Serbien aufrechthält, ist meines Erachtens der Gedanke einer Annäherung an Griechenland zum mindesten verfrüht. Ebenso sind die Vorgänge an der serbisch-albanesischen Grenze sowie die letzte Rede[c]) des Herrn Pašić' genügend klare Beweise der noch immer andauernden Schwierigkeiten unseres Verhältnisses zu Serbien. Auf Grund meiner mündlichen Besprechungen mit Euer Exzellenz sind Hochdenselben meine bezüglichen Ansichten bekannt und hoffe ich, daß Euer Exzellenz dieselben im letzten Gespräche mit dem Reichskanzler mit Nachdruck vertreten haben und in allen weiteren Unterredungen mit deutschen Staatsmännern vertreten werden. Euer Exzellenz wollen besonders deutlich hervorheben, daß ich es sowohl in unserem als in deutschem Interesse für sehr wichtig halte, das an uns Anschluß suchende Königreich Bulgarien nicht abzustoßen. In Anbetracht der serbischen Feindschaft gegen uns, des griechisch-serbischen Bündnisses, der Aspirationen dieser zwei Staaten auf albanesisches Gebiet, sowie der zweifelhaften, nicht immer einwandfreien und für die Zukunft trotz unserer besten Absichten besorgniserregenden Haltung Rumäniens betrachte ich ein möglichst gutes Verhältnis der Dreibundstaaten zu Bulgarien, welches eine Verständigung mit der Türkei abzuschließen scheint, sowohl in unserem als in Deutschlands Interesse für geboten. Ich beabsichtige, mich morgen noch in diesem Sinne Herrn von Tschirschky gegenüber auszusprechen. Berchtold.

[a]) Vgl. n. 8934, 8951, 8960, 8990. — [b]) Randbemerkung des Kaisers: Sehr gut. Franz Josef. — [c]) Vom 29. Okt. 1913. Pol. Chron. d. ö.-u. Mon. 1913, 428.

Nr. 8949. Tel. nach St. Petersburg Nr. 558 (1) und Berlin Nr. 723 (2), 3. Nov. 1913 (chiffr. 4. Nov. 12 U. 10 M. a. m.).[a]) *Konz. (S. Rappaport; V. u. G. Berchtold).*

1. Laut Euer etc. Telegramm Nr. 351 vom 31. v. M.
2. Laut einer Meldung Grafen Czernins vom 31. d.

1.—2. hat Herr Sazonow in einer kürzlichen Unterredung mit

1. Euer etc.
2. dem k. u. k. Geschäftsträger

1.—2. die Bemerkung fallen lassen: ... *wie n. 8941 von „Auf das serbische" bis „erweckt habe* ...

1. Um Euer etc. in die Lage zu versetzen, vorkommenden Falles derartigen Behauptungen entsprechend entgegentreten zu können, theile ich Ihnen nachstehend eine Aufzeichnung über die Mittheilung mit, welche der hiesige deutsche Geschäftsträger mir am 17. v. Mts. auftragsgemäss gemacht hat: ... *wie n. 8860* ...

2. Um Graf Czernin in die Lage zu versetzen, derartigen Behauptungen nachdrücklichst entgegentreten zu können, theile ich ihm den Inhalt meines an Baron Flotow gerichteten Telegrammes Nr. 700[b]) vom 18. v. M. mit.

1.—2. Auch verweise ich

1. Euer etc.

2. ihn

1.—2. auf die per Kurier zur rein persönlichen Orientierung übermittelte Aufzeichnung (Nr. 4940)[c]) vom 18. v. M. über die mir durch Prinzen Stolberg zugekommene Message Seiner Majestät Kaiser Wilhelms.

2. Vorstehendes zur eventuellen Regelung Ihrer Sprache.

[a]) Vgl. n. 8957. — [b]) Mitteilung von n. 8860. — [c]) n. 8861.

Nr. 8950. Tel. des Legationssekretärs Prinzen Emil Fürstenberg aus Athen, 4. Nov. 1913 Nr. 795 (eing. 6 U. p. m.).[a]) Entziff.

Demarche Adria-Mächte. Minister des Äussern machte gestern meinen deutschen Kollegen darauf aufmerksam, dass unser Schritt Beschlüsse Botschafterreunion überschreite. In London sei 31. Dezember als Räumungstermin für die Albanien zugesprochenen Gebiete festgelegt worden, während Österreich-Ungarn und Italien jetzt verlangen, dass an obigem Datum auch das etwa vermutlich strittige Territorium evakuiert werde. Herr Panas schien über Vorstehendes mit französischem Gesandten, den er knapp vor deutschem Geschäftsträger empfing, eingehenden Gedankenaustausch gepflogen zu haben. Emil Fürstenberg.

[a]) Vgl. n. 8353, 8941 Anm. b, 8955.

Nr. 8951. Privatschreiben aus Berlin, 4. Nov. 1913 (eing. 6. Nov.).[a]) Ausfert.

Kaiser Wilhelm ist von seinem Jagdbesuch in Konopischt und seinem darauf folgenden kurzen Aufenthalte in Wien, wie ich Euer Exzellenz bereits kurz telegrafisch berichtet habe, in jeder Beziehung sehr befriedigt hieher zurückgekehrt. Seine Majestät versicherte dem Reichskanzler und dem Unterstaatssekretär, dass er auch diesmal die gewohnte gnädige Aufnahme bei Seiner Majestät, unserm Allergnädigsten Herrn, gefunden habe, Allerhöchstwelcher über alle, sogar kleinsten Details der letzten internationalen Vorkommnisse auf das genaueste unterrichtet erschien und zu Seiner grossen Genugtuung Ihm die Versicherung gab, dass auch nach Allerhöchstseiner Ueberzeugung die Endziele der von den beiden verbündeten Reiche verfolgten Politik ganz identisch geblieben seien. Wenn in der Methode der Behandlung der Fragen des Balkans in letzter Zeit ab und zu Abweichungen zutage getreten seien, so sei nach Ansicht Kaiser Wilhelms alle Hoffnung vorhanden, dass nunmehr ein vollkommen einheitliches Vorgehen zwischen Oesterreich-Ungarn und Deutschland zu konstatieren sein werde. Den Unterschied in der gegenseitigen Auffassung der Beziehungen zu Bulgarien habe Er — Kaiser Wilhelm — geflissentlich in den Unterredungen mit Euer Exzellenz nicht besonders betont und Er habe nur darauf hingewiesen, wie sehr es Ihm notwendig erschiene, angesichts der Gefahr des Zusammenschliessens aller slavischen Elemente auf dem Balkan, zu einem vertrauensvollen, engeren Verhältnisse mit den nicht slavischen Balkanstaaten zu

gelangen. Es liege auf der Hand, dass in dieser Beziehung Rumänien und Griechenland in erster Linie in Betracht zu ziehen seien. Serbien würde sich dann uns nolens volens anschliessen müssen, wobei der Satz Geltung hätte: Und bist du nicht willig, so brauch' ich Gewalt! Kaiser Wilhelm schmeichelt Sich, dass Seine diesbezüglichen Auseinandersetzungen entsprechenden Eindruck auf Euere Exzellenz ausgeübt und dass auch Seine k. u. k. Hoheit, der Herr Erzherzog Franz Ferdinand, mit Höchstwelchem Er diese Fragen wiederholt erörtert hatte, Seiner Ansicht beipflichte. Seine Unterredung mit Euer Exzellenz besprechend, hob Seine Majestät dem Reichskanzler gegenüber hervor, wie sehr Höchstderselbe von der sympathischen und klaren Sprache, welche Euer Exzellenz geführt, entzückt war. Was unsere Beziehungen zu Bulgarien betrifft, sagte mir der Reichskanzler, er verstehe vollkommen, dass uns daran gelegen sei, das gute Verhältnis zu diesem Lande zu unterhalten und weiter auszugestalten. Er habe allerdings nur andeutungsweise von bulgarischen Angeboten, mit Oesterreich-Ungarn in eine Art Vertragsverhältnis zu treten[b], Nachricht erhalten. Da ich nicht ermächtigt war, über die diesbezüglichen Pourparlers mit der bulgarischen Regierung, über welche ich übrigens nur sehr ungenau informiert bin, mich zu äussern, habe ich mich darauf beschränkt, dem Reichskanzler gegenüber mit grossem Nachdrucke hinzuweisen, welches grosse Gewicht das k. u. k. Kabinett nicht nur im Interesse Oesterreich-Ungarns, sondern auch Deutschlands darauf lege, dass die Annäherungsversuche Bulgariens entgegenkommend aufgenommen werden. Ueber die Unterredungen, die Herr Sazonow während seines kurzen Aufenthaltes in Berlin mit dem Reichskanzler und dem Unterstaatssekretär hatte, machte mir Herr von Bethmann Hollweg nur einige kurze Bemerkungen, die sich (auch hinsichtlich der schroffen Sprache, die der russische Minister des Aeussern gegen uns wegen des in Belgrad gestellten Ultimatums führte) mit den Mitteilungen des Unterstaatssekretärs an Baron Flotow, über welche dieser an Euer Exzellenz berichtet hat,[c] vollkommen decken. Auch er bestätigte mir den ausserordentlich günstigen Eindruck, den Herr Sazonow auf ihn machte, und gab seiner Meinung Ausdruck, dass dieser ein unbedingt verlässlicher, friedfertiger Politiker sei und dass es im allgemeinen Interesse wünschenswert wäre, wenn er noch längere Zeit auf seinem verantwortungsvollen Posten bliebe. Dschavid Bey befindet sich seit einigen Tagen in Berlin; er hat den Unterstaatssekretär schon aufgesucht und gedenkt noch mehrere Wochen hier zu bleiben. Der Grund seines hiesigen Aufenthaltes ist hauptsächlich in den Besprechungen über die Bagdadbahnfrage gelegen, die er mit der Deutschen Bank führt. Wie Euer Exzellenz bekannt, hat die türkische Regierung seinerzeit hier das Ansuchen gestellt, wegen Reorganisation der türkischen Armee eine grössere Militärmission nach Konstantinopel zu entsenden[d]. Diese, bestehend aus 42 (?) Offizieren, wird sich — wie mir Herr Zimmermann sagt — unter Führung des königlich preussischen Generalleutnants Liman v. Sanders, bisher Kommandeurs der 22. Division in Cassel, demnächst nach Konstantinopel begeben. Ueber die Details der dieser Mission obliegenden Arbeit ist angeblich bisher nichts Näheres bestimmt. Szögyény.

P. S. Euer Exzellenz streng vertrauliches Telegramm Nr. 724 vom 4. d. Mts. habe ich erst nach Fertigstellung dieses Briefes gestern spät abends erhalten. Ich werde nicht ermangeln, Euer Exzellenz Bemerkungen dem Reichskanzler demnächst vorzubringen und möchte mir erlauben zu erwähnen, dass ich schon in meinen bisherigen Besprechungen mit Hrn. v. Bethmann-Hollweg und Hrn. Zimmermann den von Euer Exzellenz eingenommenen Standpunkt und Euer Exzellenz Ansichten, die mir auf Grund meiner letzten mündlichen Besprechungen in Wien bekannt waren, mit Nachdruck vertreten habe. Insbesondere habe ich hervorgehoben, wie sehr ein möglichst gutes Verhältnis der Dreibundmächte zu Bulgarien in unserm und der Dreibundmächte Interesse gelegen sei. Ich werde bei jeder sich mir darbietenden Gelegenheit den deutschen Staatsmännern gegenüber auf diesen Gegenstand im obigen Sinne zurückkommen. Szögyény.

a) Vgl. n. 8934, 8946. — *b)* n. 8947, 8965. — *c)* n. 8927. — *d)* Vgl. n. 8934 Anm. b. 18980.

Nr. 8952. Bericht aus Cetinje, 4. Nov. 1913 Nr. 105 (eing. 7. Nov.).[a] Ausfert.

Streng vertraulich. Der gegenwärtige Geschäftsträger Russlands, Herr Obnorsky, besuchte mich dieser Tage, um, wie er betonte, mir über die Motive und Ziele der russischen Politik in Montenegro, wie sich dieselben angesichts der geänderten Sachlage am Balkan seiner Ansicht nach darstellen, und welche er in St. Petersburg vertritt, Aufklärung zu geben. Herr Obnorsky verhehlte dabei nicht, dass er diesbezüglich mit seinem auf längerem Urlaube befindlichen Chef, Herrn von Giers, nicht ganz d'accord sei, und Letzterer das Terrain in St. Petersburg auch schon in einem den Obnorskyschen Anschauungen nicht günstigem Sinne beeinflusst habe. Herr von Giers sei der Meinung, dass die nunmehr im Montenegro von Russland [zu] befolgende Politik nur eine vollkommen passive sein könne, oder, wie er sich drastisch ausdrückte, „que le diable emporte le Monténégro". Er, Obnorsky, teile diese Ansicht keineswegs bedingungslos. Es wäre wohl immer seine politische Überzeugung gewesen, jedes Ränkespiel und feindselige Rivalität gegen Österreich-Ungarn aus der russischen Politik in Montenegro auszuschalten, und heute, nach Ablauf der Balkankriege und nach dem, wahrscheinlich endgiltigen Zerfall des Balkanbundes, müsse sich diese Überzeugung bei jedem vordenkenden Politiker zum Axiom steigern. Durch die Scheidung der Balkanstaaten in zwei einander feindlich gegenüber stehende Gruppen, welche sich so ziemlich die Waage hielten, sei das Interesse Russlands — keinen der Balkanstaaten übermächtig oder in die Abhängigkeit Österreich-Ungarns kommen zu lassen — am besten gewahrt. Hier in Montenegro bereite sich aber unzweifelhaft die Union mit Serbien vor, respektive Regierung, Parteien und Land steuern derselben zu. Der König und die Dynastie seien kompromittiert und würden diese natürliche Entwicklung der Dinge kaum aufhalten können. Eine Realunion zwischen Serbien und Montenegro, welche sicherlich ein Eingreifen Österreich-Ungarns und in weiterer Folge eine Umwälzung der Machtverhältnisse nach sich ziehen würde, könne aber Russland in keinem Falle passen, weshalb eine vernünftige russische Politik sich dieser Union widersetzen müsse. Das einzige Mittel,

die bezügliche Bewegung zu arretieren, sieht Herr Obnorsky darin, Montenegro die materielle Möglichkeit zu geben, den Kampf um seine politische und ökonomische Selbständigkeit mit Aussicht auf Erfolg aufzunehmen. Russland dürfe seine schützende und spendende Hand nicht ganz von Montenegro abziehen, — müsse der Armee die erbetenen Instruktoren geben und, wenn nötig, auch das Defizit seines durch die notwendige Aufstellung stabiler Garnisonen erhöhten Budgets decken. Diese greifbare Fürsorge und der moralische Schutz Russlands würden es unbedingt ausschliessen, dass Serbien oder Montenegro es wagen könnten, gegen den Willen Russlands ferner auf die Union hinzuarbeiten. Herr Obnorsky gab mir noch eine Anzahl Details über die Kautelen, unter welchen Russland diese Hilfe bewilligen dürfe, darunter die Abberufung des russischen Militär-Agenten, da die Militär-Attachés allerorts Politik trieben, während die Instruktoren eine rein technische Tätigkeit — frei von jeder Politik — zu entfalten hätten, die sofortige Zurückziehung dieser Instruktoren im Falle eines Konfliktes mit Österreich-Ungarn, etc. Herr Obnorsky schloss mit den Worten, dass er im Sinne dieser Ideen bei seiner Regierung tätig sei, natürlich aber nicht voraussagen könne, ob er reussieren würde. Er hätte darauf gehalten, mir seine Ansichten zu entwickeln, um jedes Missverständnis über diese Politik und ihre Ziele zu vermeiden. Ich bemerkte meinem Mitredner, dass ich diese Argumentierung von seinem Standpunkte ganz wohl einzusehen vermöge, dass sie mir aber keine Gewähr zu bieten scheine, die Union endgiltig zu hintertreiben. Ich hätte den Eindruck gehabt und derselbe basiere sich vornehmlich auf die Haltung des russischen Vertreters in Belgrad, Herrn von Hartwig, dass Russland wenigstens daselbst die fragliche Union propagiere und im gegebenen Momente, statt eines desorganisierten und militärisch leistungsunfähigen Staatswesens ein administrativ und militärisch vorbereitetes Montenegro Serbien in die Arme führen könnte. Herr Obnorsky verwahrte sich entschieden gegen eine solche Auslegung seiner Ideen und musste ich ihm zugeben, dass seine bisherige Haltung und genügsam bewiesene Gesinnung, welche alles eher als eine der serbo-montenegrinischen Nation freundliche ist, was seine Person betrifft, jeden Verdacht auf Illoyalität oder Intrige ausschliesst. Im übrigen hätte ich diese Entwicklung der Dinge ziemlich zutreffend vorausgesehen. Tatsächlich decken sich die Ausführungen des russischen Geschäftsträgers mit jenen meines ergebensten Berichtes Nr. 103 A[b]) vom 28. v. M., vertraulich. Giesl.

[a]) Vgl. n. 7321, 8976, 9006, 9248, 9445. — [b]) Mit Bericht Nr. 103 A, 28. Okt. 1913 (eing. 2. Nov.) wurde aus Cetinje gemeldet, daß die montenegrinische Regierung wiederum das Ansuchen an Rußland um Armee-Instruktoren stellen werde, wobei sie die Abreise des Gesandten von Giers abwarten wollte, weil sie mit dem Geschäftsträger Obnorsky, der für Belassung der derzeit auf unbestimmte Zeit beurlaubten russischen Instruktoren sei, eher zu einem Einvernehmen zu gelangen hoffe. Giesl schließt: „So dürfte in absehbarer Zeit der status quo ante diesbezüglich wieder hergestellt werden, und damit ein Beweis mehr geliefert sein, daß Montenegro nichts gelernt und nichts vergessen hat und alle hochtönenden Beteuerungen vom Losmachen aus den Sklavenketten Rußlands und von der Annäherung an Österreich-Ungarn nur leere und tendenziöse Phrasen sind, als welche sie von Anfang an eingeschätzt wurden."

Nr. 8953. Promemoria des ital. Ministeriums des Äußern; Rom, 4. Nov. 1913.[a]) Abschrift (vorgelegt mit Bericht aus Rom, 4. Nov. 1913 Nr. 69, eing. 6. Nov.).

Le Gouvernement Royal a pris note avec une vive satisfaction de la détermination que le Prince de Wied a bien voulu prendre au sujet de Sa candidature au trône d'Albanie.

Après un mûr examen du pro-mémoria dans lequel le Prince s'est plu à préciser son point de vue sur les modalités qui devraient précéder Sa candidature officielle et Son acceptation définitive du trône, il croit devoir Lui exposer sa manière de voir à ce sujet.

Pour ce qui concerne le premier point: il paraîtrait préférable qu'au lieu des Cabinets de Rome et de Vienne ce fût Sa Majesté, le Roi Charles de Roumanie à s'adresser, en personne et confidentiellement, au Cabinets de la Triple-Entente, sauf au Prince de Wied d'envoyer Lui-même en temps opportun une communication officielle à ce sujet. On pourrait aussi prier Sir E. Grey de faire une démarche, dans le même sens auprès des autres deux Cabinets de la Triple-Entente.

Pour ce qui concerne le second et le troisième point: il paraîtrait opportun de ne pas faire mention du Gouvernement Provisoire, attendu que quelques Puissances ont déjà fait la remarque que le dit Gouvernement n'a pas encore été reconnu officiellement par l'Europe. Des représentants de toutes les régions de l'Albanie pourraient être invités à offrir au Prince de Wied le trône; et quant à Essad Pacha, il suffirait d'obtenir de lui un engagement à faire acte de soumission au Prince de Wied.

En ce qui concerne la quatrième condition: le montant total de l'emprunt devrait être fixé en tenant compte des ressources de l'Albanie, et être limité au stricte nécessaire. Le chiffre de 75 millions de Francs pourrait être adopté comme maximum. La commission de contrôle pourra en établir le montant total. Le payement devrait se faire par versements partiels, dont le premier pourrait être fixé à 20 millions de Francs. On examinera la question de savoir si le total de l'emprunt devra être garanti par les six Puissances comme l'Italie le préfère, ou bien par l'Italie et l'Autriche, en cas de refus des autres Grandes Puissances.

Pour ce qui concerne le cinquième point: il n'y aurait rien à observer.

Pour ce qui concerne le sixième point: la durée de la commission de contrôle ayant été fixée par la Réunion de Londres, il ne conviendrait pas d'en demander l'abrogation en vue des difficultés de principe qui pourraient être soulevées à cet égard. Lorsque le Prince jugera opportun de mettre un terme au fonctionnement de la commission internationale de contrôle, l'Italie et l'Autriche-Hongrie étudieront cette question, sans toutefois pouvoir prendre dès maintenant aucun engagement.

Pour ce qui concerne le septième point: le projet d'organisation de l'administration devra être approuvé par le Prince, et toute déclaration de principe contraire à l'adoption d'une forme de régime parlementaire devra être évitée, par égard soit aux principes libéraux et démocratiques constituant la base de plusieurs des Gouvernements européens entre lesquels figure le Gouvernement italien, soit à l'opinion publique d'une grande partie du peuple albanais.

Pour ce qui concerne le huitième point: il ne donnerait lieu à aucune remarque.

Pour ce qui concerne le neuvième et dernier point: il pourrait être accepté, quoiqu'on puisse le considérer comme superflu, car les Gouvernements de Rome et de Vienne sont résolus à obtenir que les décisions de l'Europe pour les frontières d'Albanie soient respectées.

Le Gouvernement Royal d'Italie ne doute pas que cette manière de voir donnera pleine satisfaction aux désirs exprimés par le Prince; et il s'appliquera à en interpréter l'exécution de la façon qui corresponde le plus fidèlement possible aux intérêts solidaires de l'Albanie, de son futur Souverain et de la paix européenne.

a) Vgl. n. 8935, 8902, 8966, 8968, 8970, 9092.

Nr. 8954. Tel. an den Legationsrat Rudolf Freiherrn von Mittag in Sofia, 4. Nov. 1913 Nr. 632 (chiffr. 10 U. 30 M. p. m.). Konz. (S. Hohenlohe; G. Forgách).

Erhalten Euer Hochwohlgeboren Telegramm Nr. 1248 vom 2. d. M. In meiner Unterredung mit Herrn Tontschew wurde zwar ganz allgemein von den sehr freundschaftlichen Beziehungen zwischen Oesterreich-Ungarn und Bulgarien gesprochen, im übrigen aber blos wirtschaftliche Fragen behandelt. Vorstehendes zur Regelung Ihrer Sprache gegenüber dem Herrn Ministerpräsidenten. Berchtold.

Nr. 8955. Tel. des Legationssekretärs Prinzen Emil Fürstenberg aus Athen, 5. Nov. 1913 Nr. 799 (eing. 6. Nov. 8 U. a. m.). Entziff.

Streng vertraulich. Mein deutscher Kollege wurde heute von König Konstantin behufs Ueberreichung der Epauletten des Seiner Majestät kürzlich verliehenen preussischen Infanterieregimentes in Audienz empfangen. Ueber politische Tagesfragen äußerte sich Seine Majestät der König wie folgt:

Epirus. In der jüngsten Demarche der Adriamächte enthaltener, gegen griechische Regierung erhobener Vorwurf ist vollkommen ungerechtfertigt. Aus allen Seiner Majestät vorliegenden Berichten, die König für bare Münze zu halten scheint, geht hervor, dass nur das Verhalten der Kommission (insbesondere Labias und Bilińskis) daran Schuld sei, wenn Arbeiten behindert wurden. Auch Vorgehen des deutschen Delegierten nicht einwandfrei. Tiefen Eindruck hat auf Seine Majestät Empfang der unter Führung des Metropoliten von Korica erschienenen Deputation epirotischer Bischöfe gemacht. Patriotische Gesinnung dortiger Bevölkerung ist echt. Demarche Oesterreich-Ungarns und Italiens steht im Widerspruche zu Londoner Beschlüssen, weil dieselbe Räumung strittigen Territoriums vorsieht (mein Telegramm Nr. 795 vom 4. d. M.). Zum Unterschiede von Höchstseinen Aeusserungen Ende August (mein Telegramm Nr. 663 vom 29. August) erwähnte Seine Majestät diesmal mit keinem Worte, dass er gegen Durchführung der Beschlüsse Europas Widerstand leisten wolle.

Griechenland und die beiden Mächtegruppen. So ...a) und erwünscht ihm auch Anschluss Griechenlands an Dreibund wäre, kann Seine Majestät der König mit bestem Willen angesichts Haltung der Adriamächte

nicht dafür eintreten. Er werde geradezu mit Gewalt in das andere Lager gedrängt. An eine der beiden Gruppen muss er sich schließlich anlehnen, denn „sonst geht Griechenland unter!"

Türkei. Ueber Stillstand der Verhandlungen ist König nicht beunruhigt. Landgrenze mit der Türkei gibt es seit der Besetzung Westthraziens durch die Bulgaren keine Griechenland steht also kein Pressionsmittel zur Verfügung, da mit der Flotte etwa durch Dardanellensperre oder Beschießung von Küstenpunkten nur Neutrale geschädigt werden. Dies macht aber nichts. Es liegt nicht viel daran, wenn auch heutiger Schwebezustand noch fortdauere.

Rumänien. Seine Majestät hatte Absicht, sich zur Feier des Jahrestages der Uebergabe Saloniks am 8. d. M. nach Salonik zu begeben, gab jedoch Plan auf (Kronprinz geht in Höchstseiner Vertretung dorthin), um während des Aufenthaltes Herrn Take Jonescos in Athen hier zu sein (derselbe trifft Samstag ein).[b] Aussprache mit rumänischem Staatsmann wird Seine Majestät dazu benützen, um sich Klarheit darüber zu verschaffen, ob und inwieferne Griechenland auf Rumänien im Falle eines bulgarisch-türkischen Angriffes zählen kann. Insbesondere wird es sich darum handeln, ob Bukarester Kabinett Durchmarsch türkischer Truppen durch Westthrazien als Neutralitätsbruch und in weiterer Folge als casus belli auffasst. Falls diesfällige Haltung Rumäniens griechischen Intentionen entspricht, ist kein Grund mehr vorhanden, griechische Armee auf Kriegsfuss zu erhalten. Demobilisierung kann dann sofort, selbst vor Abschluss der Verhandlungen mit Türkei, erfolgen.

Von Griechenland besetzte Inseln. Gelegentlich Rundreise wurde Seiner Majestät Union sowohl in Paris und London als auch in Berlin versprochen. Jetzt steht aber Frage weniger günstig, denn Berichte Vizekönigs von Indien, in denen Gährung unter Mohammedanern wegen turkophober Haltung Englands geschildert wird, veranlassten Sir E. Grey, seinen einschlägigen Standpunkt zu Ungunsten Griechenlands zu modifizieren.

Ueber französische Militärmission sprach sich König in gereiztem Tone aus. Mitglieder sind nichts anderes als politische Agenten und Intriganten gegen Seine Majestät. Französischer Gesandter musste sie gestern versammeln und ihnen diesfalls Leviten lesen Ueberhaupt schien Seine Majestät auf Frankreich besonders deswegen nicht gut zu sprechen, weil Rancune über Berliner Ansprache auch nach seiner Tischrede im Elysée nicht nachließ.

Seine Majestät der König klagte über Schwierigkeiten, [denen] die Aufnahme einer Anleihe begegne. Griechenland brauche mindestens 350 Millionen. Neben französischen wurden auch auf amerikanischen Geldmarkt Hoffnungen gesetzt Bisher ist es aber zu nichts gekommen. Emil Fürstenberg.

[a] Chiffre verstümmelt. — [b] Vgl. n. 8973.

Nr. 8956. Tel. aus Belgrad, 5. Nov. 1913 Nr. 717 (eing. 6 U. p. m.).
Entziff.

Erklärungen des Herrn Pašić. Anlässlich meiner gestrigen Unterredung hat der Ministerpräsident neuerlich die schon ganz abgenützte

Phrase über seine auf die Besserung unserer Beziehungen gerichtete Politik wiederholt Ich erwiderte, dass ich seinen guten Intentionen keinen Zweifel entgegenbringe, dass aber die Tatsachen mit denselben leider nicht ganz in Übereinstimmung zu bringen sind. Ich fände zu meinem Bedauern weder in seiner politischen Richtung noch in der öffentlichen Meinung greifbare Beweise für eine zunehmende Sympathie gegen die Monarchie. Jetzt sei der Zeitpunkt da, wo die Worte endlich in Taten umgesetzt werden müssen, und ich erwarte, dass dies nunmehr sowohl auf politischem als auf kommerziellem Gebiete der Fall sein wird, wozu sich auch bei den bevorstehenden Konzessionen, staatlichen Lieferungen etc. Gelegenheit bieten wird. Herr Pašić versprach mir nachdrücklichst, dass sich die serbische Regierung künftighin bei Vergebung nur durch sachliche und finanzielle Erwägungen wird leiten lassen, wobei er auf die bevorstehende grosse Waffenlieferung anspielte. „Es wird von nun an anders sein, als es früher war", fügte er lachend hinzu. Wie wenig aber diesen Versicherungen zu trauen ist, geht aus dem Umstande hervor, dass ich von vertraulicher Seite verständigt werde, dass die Lieferung Steyr trotz aller Versicherungen nicht sehr grosse Chancen haben dürfte. Ugron.

Nr. 8957. Tel. aus Berlin, 5. Nov. 1913 Nr. 459 (eing. 11 U. p. m.). Entziff.

Antwort auf Telegramm Nr. 723 vom 3. d. M. Unterstaatssekretär versicherte mir, Reichskanzler und er selbst hätten Herrn Sazonow betreffs unseres in Belgrad gestellten Ultimatums nur soviel gesagt, dass die deutsche Regierung allerdings nicht zu Rate gezogen worden sei, die Demarche aber nachträglich vollkommen gebilligt habe. Szögyény.

Nr. 8958. Tel. des Legationsrates Heinrich Ritter von Löwenthal aus Konstantinopel-Pera, 5. Nov. 1913 Nr. 587 (eing. 6. Nov. 7 U. 50 M. a. m.).[a] Entziff.

Mit rumänischem Dampfer heute nach Athen durchgereister Take Jonescu wurde vom hiesigen Senator Batzaria bewogen, Talaat an Bord zu empfangen. Sprach mit letzterem eine Stunde. Löwenthal.

[a] Vgl. n. 8971.

Nr. 8959. Bericht des Legationsrates Heinrich Ritter von Löwenthal aus Konstantinopel, 5. Nov. 1913 Nr. 66 A (eing. 7. Nov.).[a] Ausfert.

Geheim. Wie Euer Exzellenz bekannt, weilt General Savow noch immer hier, woraus ziemlich allgemein auf eine Fortdauer geheimer Verhandlungen geschlossen wird. Auf der deutschen Botschaft scheint man der Ueberzeugung, dass unsere Botschaft vollständig au courant sei; ein Mitglied ersterer versuchte mich unlängst in sehr durchsichtiger Weise auszuholen. Baron Wangenheim äusserte sich zu mir (im Laufe eines Gespräches über die Inselfrage, die türkischen Flottenpläne etc.), dass „augenscheinlich" eine Militärkonvention zwischen der Türkei und Bulgarien verhandelt werde; dies habe ihm auch der Grossvezier zugestanden (?). Entschieden bestehe seitens beider Staaten die Absicht, im Frühjahre 1914 Griechenland

anzugreifen; dies sage auch General Savow (?). In Bulgarien treibe das mazedonische Komité zum Kriege und stehe mit dem jungtürkischen Komité in enger Fühlung. Auf meine Bemerkung, dass Bulgarien zu erschöpft sein dürfte, um so bald einen Revanche-Krieg gegen Griechenland und Serbien führen zu wollen, äusserte Baron Wangenheim die Ansicht, dass Serbien — eventuell mit Salonik geködert — Griechenland wohl im Stiche lassen werde Schon jetzt seien ja Reibungen zwischen diesen beiden Staaten zu verzeichnen, zum Beispiele in Gevgeli. Wie in der Berichterstattung Seiner Exzellenz des Markgrafen Pallavicini des öftern bemerkt, ist Baron Wangenheim sehr turkophil und mit der vor einiger Zeit in Berlin eingeschlagenen griechenfreundlichen Richtung durchaus nicht einverstanden; es schien mir, als ob er jetzt wieder freier spräche, also der ihm vorgezeichnete Kurs sich wieder mehr dem ihm vorschwebenden nähere. Jedenfalls sprach er von dem zu gewärtigenden Konflikt eher im Tone der Hoffnung als in jenem der Befürchtung. Mir bot sich in letzter Zeit keine Gelegenheit, mit bulgarischen oder türkischen Staatsmännern über den Stand der geheimen Verhandlungen zu sprechen, und glaube ich öftere Erkundigungen umso eher unterlassen zu sollen, als Euer Exzellenz durch die k. u. k. Gesandtschaft in Sofia über alles wesentliche unterrichtet sein dürften. Ich erlaube mir noch eine aus verlässlicher Quelle stammende, nur in der Wiedergabe vielleicht entstellte Information zu verzeichnen, wonach der türkische Botschafter in Paris seiner Regierung meldete, dass französische Politiker auf den Abschluss einer förmlichen Allianz (?) zwischen der Türkei und Griechenland drängen. In der Form „auf Nicht-Abschluss einer Allianz mit Bulgarien und auf volle Verständigung mit Griechenland" ist diese Nachricht auch sehr wahrscheinlich. Löwenthal.

a) Vgl. n. 8942, 8971, 8993.

Nr. 8960. Tel. aus Berlin, 6. Nov. 1913 Nr. 463 (eing. 4 U. 45 M. p. m.).a) Entziff.

Mit Bezug auf Euer Exzellenz Telegramm Nr. 724 vom 4. d. Mts. Ich habe erhaltenem Auftrage entsprechend Euer Exzellenz Freude und Genugtuung darüber zur Kenntnis des Reichskanzlers gebracht, dass Kaiser Wilhelm sich neuerlich so befriedigt über Höchstdessen Wiener Besuch und über seine Besprechung mit Euer Exzellenz geäussert hat. Zugleich habe ich Herrn von Bethmann-Hollweg versichert, dass die Festsetzung gleichartiger Richtlinien für die österreichisch-ungarische und die deutsche Politik gegenüber den Balkanstaaten nach wie vor Euer Exzellenz Wünschen entspreche. Bei diesem Anlasse habe ich nachdrücklich wiederholt, dass es Hochdenselben sowohl in unserem als im deutschen Interesse angezeigt erschiene, dass Bulgarien, welches Anschluss an uns anstrebe, entgegenkommend behandelt werde. Ich habe neuerdings darauf hingewiesen, wie sehr angesichts der feindseligen Stellungnahme Serbiens, des griechisch-serbischen Bündnisses und der besorgniserregenden Haltung Rumäniens ein möglichst gutes Verhältnis der Dreibundmächte zu Bulgarien wünschenswert wäre. Hiebei betonte ich die griechischen Umtriebe in der südalbanesischen Grenzfrage und die von Rumänien auch in neuester Zeit

befolgte, nicht einwandfreie Politik. Reichskanzler bat mich, Euer Exzellenz zu versichern, dass er vollkommenes Verständnis für unsere entgegenkommende Haltung Bulgarien gegenüber habe und dass es ihm nicht einfalle, uns in dieser Beziehung Schwierigkeiten zu machen. Doch müsse er immer und wieder darauf aufmerksam machen, dass unser Bundesverhältnis zu Rumänien uns grosse Vorsicht bezüglich unserer Beziehungen zu Bulgarien auferlege. Nach den neuesten aus Bukarest eingetroffenen Nachrichten sei man dort mehr denn je überzeugt, dass Bulgarien, welches in den Bukarester Frieden nur zähneknirschend eingewilligt habe, schon jetzt Vorbereitungen treffe, mit Waffen in der Hand eine Revanche zu nehmen.

Szögyény.

a) Vgl. n. 8965.

Nr. 8961. Privatschreiben des Chefs des Kabinetts des Ministers, Legationsrates Grafen Alexander Hoyos, an den Legationsrat Franz Freiherrn von Haymerle in Bukarest, 6. Nov. 1913. Konz. (S. u. G. Hoyos).

Streng geheim. Dein langes und hoch politisches Privatschreiben an den Herrn Minister vom 1. d. M. hat allerseits Interesse erweckt. Persönlich war ich Dir für die Mühe dankbar, mit welcher Du in den ersten 4 Bögen den Versuch machtest, meine Berichterstattung aus Bukarest zu rechtfertigen. Ich konnte natürlich während der 7 Tage in Bukarest nur eine ganz oberflächliche Impression gewinnen, habe aber auch schon damals daran gezweifelt, dass die momentane Besserung anhalten würde. Das bischen friedlicher Mobilisirungsbegeisterung hat schon genügt, um den in 20 Jahren mit grosser Selbstentsagung herangezogenen vernis der Dreibund- und Monarchiefreundlichkeit Rumäniens gründlich zu beseitigen und die auf Siebenbürgen bedachte rumänische Seele bloszulegen. Damit werden wir jetzt zu rechnen haben und ich bin ganz Deiner Ansicht, dass wir in einem europäischen Kriege bestenfalls auf die Neutralität Rumäniens rechnen dürfen, falls wir nicht eklatante Erfolge gleich am Beginne der Campagne aufweisen können; in einem Kriege, wo wir für unsere Balkaninteressen einstehen müssen, dagegen wahrscheinlich auf die Gegnerschaft Rumäniens. Im letzten Grunde war unser Verhältnis zu Rumänien immer ein unnathürliches und beruhte wohl in erster Linie auf dem Wunsche König Karols, seine deutschen Beziehungen zu pflegen. In diesem Verhältnis ist, was uns betrifft, nunmehr durch die jüngsten Ereignisse insoferne eine Verschlechterung eingetreten, als man in Rumänien die Divergenzen in der Balkanpolitik der Monarchie und jener Deutschlands kennt und nunmehr glaubt, in der Zukunft auch über uns hinweg deutsch-italienische Dreibund-Politik in antislawischem Sinne bei Aufrechterhaltung der serbischen Freundschaft treiben zu können. Wir sollen dabei gegen unsere Interessen in dieser Richtung nolens volens mit fortgerissen werden. Es wäre meiner Ansicht nach unsererseits eine wahre Vogelstrausspolitik, wollte man sich dieser Thatsache verschliessen. Den Rumänen kann eine weitere Aussprache hierüber nur unbequem sein, sie möchten jede Klärung der trüben Verhältnisse vermeiden und uns gradatim immer mehr in die Zwangslage versetzen, unsererseits Concessionen machen zu müssen, um den thatsächlichen

Riss, den unser Verhältnis zu Bukarest aufweist, zu verkleistern. Wir sollen uns Mühe geben, den verlorenen Anschluss an sie wieder zu gewinnen, wogegen sie ihre Berliner Politik beharrlich fortsetzen wollen. Daher die Drohungen mit der Nationalitätenfrage in Ungarn, die Freude über Czernin und die Beharrlichkeit des Königs, sein Verbleiben bei der Dreibundpolitik zu betheuern. Ich stimme ganz mit Dir überein, dass ihnen für das Alltagsleben die russische Allianz unbequem wäre und sie daher lieber beim Dreibund bleiben; die russisch-französische Unterstützung für ihre Balkanpolitik, die sich in letzter Linie gegen uns richtet, werden sie, wie die Sachen jetzt stehen, auch ohne Allianz erhalten können. Nach dem Vorherigen wird es Dir klar sein, dass ich von den beiden Vorschlägen, die Du zur Sanirung der Lage anempfiehlst, nur den zweiten für gangbar halten kann. Es erschiene mir thatsächlich sehr nützlich, die Rumänen durch ihre Zustimmung zur Veröffentlichung des Vertrages zu nöthigen, ihr unbedingtes Festhalten an der Allianz zu dokumentieren. Es ist auch möglich, dass, wie Du sagst, sich schwankende Politiker in Rumänien hiedurch in ihrer Orientirung befestigen würden und die öffentliche Meinung beeinflusst werden könnte. Auch wenn, wie zu erwarten steht, die Rumänen die Publikation ablehnen, kann diese nichts schaden, es wäre vielmehr ein weiterer Fingerzeig dafür, wie der Wind in Bukarest weht. Dagegen kann ich Dir nicht verhehlen, dass ich Deinen zweiten Antrag, die Rumänen durch Entgegenkommen in der ungarischen Politik wieder zu gewinnen, nicht nur für aussichtslos, sondern geradezu für höchst gefährlich halten würde. Wenn wir einmal bei unseren Nachbarn den Glauben grossziehen, dass wir ihre Freundschaft selbst auf Kosten der inländischen Politik zu erkaufen bereit sind, so hiesse dies meiner Ansicht nach geradezu eine Prämie für den Irredentismus aussetzen. Die Rumänenfrage in Ungarn muss gewiss einmal ihrer Lösung zugeführt werden, ebenso wie die croatische, und ich bin überzeugt, dass sich in dieser Hinsicht vieles ohne Gefährdung der Monarchie machen liesse. Aber doch nur um unsere Nationalitäten im Inland zu befriedigen und nicht ihre Connationalen im Ausland, die, falls sie nur die leiseste Andeutung spüren, unsere innere Politik durch ihre Haltung uns gegenüber beeinflussen zu können, doch naturgemäss nur immer mehr verlangen würden. Wenn Dein Plan zur Ausführung gelangte, würden wir dem rumänischen Irredentismus in Ungarn Thür und Thore öffnen. Es würde möglicherweise momentan eine kleine Besserung in der Stimmung uns gegenüber in Bukarest eintreten, aber an den Verhältnissen würde gar nichts geändert, denn die rumänischen Balkaninteressen würden von den unsrigen ebenso divergirende bleiben wie sie es jetzt sind. Seit 30 Jahren haben wir mit Hochdruck dahin gearbeitet, die Rumänen durch die ihnen gebotenen Vortheile der westeuropäischen Anlehnung dazu zu bringen, trotz der rumänischen Frage mit uns zu gehen. Wenn wir jetzt diese Frage zum Angelpunkt unserer Beziehungen machen wollten, so wäre dies meiner Ansicht nach die Inaugurierung einer Politik, die in ihrer letzten Folge für Österreich-Ungarn zur Auflösung der Monarchie führen muss. Ich habe während der ganzen Krise das Gefühl gehabt, dass Ihr in Bukarest auf momentane Stimmungen und Misstimmungen mehr Gewicht gelegt habt

als auf die thatsächlichen Interessengegensätze in der Balkanpolitik, die uns von Rumänien trennten und die im Verlaufe der Krise eben nicht mehr verschleiert werden konnten. Diese Interessengegensätze können Rumänien allerdings in der Zukunft in eine imperialistische Expansionspolitik gegen uns treiben, daran wird aber die Behandlung der Rumänen in Ungarn nichts ändern, im Gegenteil, das leiseste Anzeichen eines Nachgebens unsererseits gegenüber rumänischen Drohungen müsste diesen Prozess nur beschleunigen. Resumirend möchte ich betonen, dass ich alles, was zu einer Klärung unseres Verhältnisses zu Rumänien beitragen kann, begrüssen würde, dass unser Bestreben aber meiner Ansicht nach darauf hinauslaufen muss, die Rumänen durch Festhalten an bestimmten, unseren Interessen entsprechenden Richtlinien davon zu überzeugen, dass sie ihre Balkanpolitik ändern müssen, wenn sie die Anlehnung an uns fortsetzen wollen. Wir dürfen unter keinen Umständen durch Concessionen an ihre Eitelkeit und ihren Chauvinismus einen Zustand künstlich verlängern, der uns für den Ernstfall gar keine Garantien bietet, vielmehr die Gefahren einer feindseligen Haltung Rumäniens im entscheidenden Momente nur erhöhen kann. Es wäre sehr bedauerlich, wenn man jetzt vom Wunsche beseelt, alles wieder gut zu machen, in Rumänien Hoffnungen erwecken würde, die, selbst wenn sie erfüllt würden, an den thatsächlichen Verhältnissen nichts ändern könnten, vielmehr den dortigen Chauvinismus nur bestärken müssen.

P. S. Dieser Brief gibt selbstverständlich nur meine persönliche Ansicht wieder und erhebt keinen Anspruch darauf, die Auffassung des Herrn Ministers oder des Grauen Hauses zu verdolmetschen. Ich habe mit Klein angefangen, weil ich Dir für Deine wohlwollende Vertheidigung meiner Berichterstattung danken wollte und kam dann in den Schwung. Bitte verzeih daher, wenn ich mich zu weit ausgebreitet habe.

Nr. 8962. Tel. des Legationsrates Franz Freiherrn von Haymerle aus Bukarest-Sinaia, 6. Nov. 1913 Nr. 381 (eing. 7. Nov. 8 U. a. m.).[a] Entziff.

Wied-Kandidatur. Seine Majestät der König sagte heute dem kaiserlich deutschen Gesandten, dass nicht nur alle Mächte inklusive Frankreich, sondern auch Griechenland mit der Wahl Prinzen Wied vollkommen einverstanden seien. Der Prinz, der noch vor einiger Zeit gar nicht an die Annahme der Kandidatur, so sagte mir Herr von Waldthausen, gedacht habe, mache ihm jetzt einen sehr zufriedenen Eindruck, desgleichen sei Seine Majestät sehr froh über das Gelingen der Wied-Kandidatur. Prinz Wied erwähnte auch in anerkennendster und dankbarer Weise die ihm durch Baron Bornemisza gegebenen Auskünfte. Prinzessin Wied sagte, ihr Gemahl bleibe noch neun bis zehn Tage hier. Haymerle.

[a] Vgl. n. 8968 Anm. c, 8975.

Nr. 8963. Tel. des Legationsrates Heinrich Ritter von Löwenthal aus Konstantinopel-Pera, 6. Nov. 1913 Nr. 590 (eing. 7. Nov. 8 U. 45 M. a. m.).[a] Entziff.

Geheim. Herr Toscheff sagte mir, den Winter über werde kontinuierlich daran gearbeitet werden, Europas Aufmerksamkeit auf die unhaltbaren

Zustände in Mazedonien zu lenken, und zwar werden dies die Mazedonier selbst besorgen (vgl. mein Telegramm Nr. 560 vom 27. v. Mts.; Tafro ist seither nicht wieder erschienen). Bulgarischer Gesandter fügte hinzu, diese Campagne werde unter der Losung „Autonomie Mazedoniens" geführt werden, welch' letztere er aber nicht für realisierbar halte. Löwenthal.

[a]) Vgl. n. 9010.

Unterredung mit König Ferdinand von Bulgarien, 6. Nov. 1913 Nr. 5262. Siehe n. 8969.

Nr. 8964. Tel. aus Belgrad, 7. Nov. 1913 Nr. 721 (eing. 5 U. p. m.). Entziff.

Serbische Besorgnisse. In serbischen Regierungskreisen ist man sehr besorgt wegen des schleppenden Ganges der türkisch-griechischen Verhandlungen. Man nimmt an, dass eine Verständigung zwischen Bulgarien und Türkei für einen neuerlichen Kriegsfall bereits stattgefunden hätte und befürchtet ein aggressives Auftreten des Ersteren gegen Serbien, wenn es zwischen Türken und Griechen zum Konflikt kommen sollte. Das Verhalten der Türkei flösst hier grosse Besorgnis ein. Ugron.

Nr. 8965. Tel. aus Berlin, 7. Nov. 1913 Nr. 464 (eing. 8 U. 15 M. p. m.).[a]) Entziff.

Vertraulich. Zu meinem Telegramme Nr. 463 von gestern. Reichskanzler, den ich heute nochmals zu sprechen Gelegenheit hatte, wiederholte mir, dass der deutschen Regierung ein gutes Verhältnis der Dreibundmächte zu Bulgarien ebenso wie Euer Exzellenz ganz erwünscht sei. Doch müsse er neuerdings darauf hinweisen, wie sehr in dieser Beziehung mit Rücksicht auf unser Verhältnis zu Rumänien grosse Vorsicht geboten sei. Rumänien, das mehr denn je von Frankreich und Russland umworben werde, würde mit grossem Misstrauen ein engeres Verhältnis zwischen Österreich-Ungarn und Bulgarien wahrnehmen und könnte die Orientierung seiner Politik dem Dreibund gegenüber ändern. Herr von Bethmann-Hollweg teilt vollkommen Euer Exzellenz Ansicht, dass unter den gegebenen Verhältnissen eine Annäherung der Dreibundmächte an Griechenland verfrüht wäre, und sieht es auch vollständig ein, dass die Besserung unseres Verhältnisses zu Serbien grossen Schwierigkeiten begegne; dennoch gibt er sich der Hoffnung hin, dass in dieser Beziehung noch eine Änderung eintreten werde. Szögyény.

[a]) Vgl. n. 8951 Anm. b, 8969, 8990.

Nr. 8966. Erlaß an den Legationsrat Franz Freiherrn von Haymerle in Bukarest-Sinaia, 7. Nov. 1913 Nr. 5245.[a]) Konz. (S. Berger; V. Matscheko; G. Forgách).

Ich beehre mich, Euer Hochwohlgeboren in der Anlage einen auf der Consulta auf Grund der bisherigen Pourparlers zwischen Wien und Rom ausgearbeiteten Entwurf[b]) einer Antwort auf die Bedingungen des Prinzen Wied für seine Kandidatur auf den albanischen Thron zu übermitteln.

Die bezüglichen Verhandlungen mit dem Kabinete von Rom sind zwar noch nicht abgeschlossen, doch dürfte der vorliegende Entwurf, der bis auf weiteres als geheim zu behandeln wäre, nur geringfügige Veränderungen erfahren, welche ich mir vorbehalte, Euer Hochwohlgeboren seinerzeit telegrafisch bekanntzugeben.

[a]) Vgl. n. 8970. — [b]) n. 8953.

Nr. 8967. Tel. aus London, 7. Nov. 1913 Nr. 684 (eing. 8. Nov. 9 U. a. m.).[a]) Entziff.

Sir E. Grey fragte mich, ob wir die Kandidatur des Prinzen Wied als Fürsten Albaniens vorschlagen werden. Ich antwortete, dass ich nicht unterrichtet sei, und fragte, ob er gegebenenfalls zustimmen würde. Er erwiderte bejahend mit dem Beifügen, dass von keiner Seite Einwendungen gegen den Prinzen erhoben werden würden, aber „er muss von jemandem vorgeschlagen werden". Staatssekretär schien sicher, dass auch Russland und Frankreich zustimmen würden. Mensdorff.

[a]) Vgl. n. 8975, 8982.

Nr. 8968. Tel. an den Gesandten Grafen Ludwig Ambrózy in Rom, 7. Nov. 1913 Nr. 1306 (chiffr. 11 U. 50 M. p. m.).[a]) Konz. (S. Matscheko; V. Forgách; G. Berchtold).

Der mir mit Bericht Nr. 69 vorgelegte italienische Entwurf[b]) einer Antwort an Prinzen Wied ist mir zugekommen. Euer Hochgeboren wollen Marquis di San Giuliano sagen, daß ich mit dem Entwurf im allgemeinen durchaus einverstanden bin und sich sodann folgendermaßen aussprechen. Die Erzielung eines vollen Einverständnisses über jene wenigen Punkte, über welche wir — wie über die Frage der Garantie des Anlehens — derzeit noch nicht ganz übereinstimmen, müßte angesichts der inneren Verhältnisse Albaniens und der dringend notwendigen raschesten Lösung der Fürstenfrage einem späteren Moment vorbehalten bleiben. Aus naheliegenden Gründen möchte ich es aber auch vermieden sehen, daß in unserer Antwort diese später zu behebende Diskrepanz zum Ausdruck komme oder der von uns oder von Italien bevorzugten Modalität präjudiziert werde. Von diesem Gesichtspunkte aus möchte ich folgende Änderungen, beziehungsweise Auslassungen des italienischen Entwurfes beantragen: Im Alinea 5 wäre der Satz: „La commission de contrôle pourra en établir le montant total" auszulassen, da wir die Festsetzung der Anlehenssumme wohl nicht der Kontrollkommission überlassen könnten, wenn es zur Garantie à deux käme. Ebenso hätten im letzten Satz desselben Alineas die Zusätze: „comme l'Italie le préfère" und „en cas de refus des autres Grandes Puissances" zu entfallen, so daß dieser Satz mit der von Marquis di San Giuliano ursprünglich ins Auge gefaßten Formel übereinstimmen würde. Im Alinea 8 wäre die italienische Fassung, welche speziell auf Italien zugeschnitten ist, dadurch farbloser zu machen, daß es nach „régime parlementaire" zu heißen hätte: „est donc considérée par le Gouvernement Impérial et Royal (beziehungsweise Royal) comme superflue et même inopportune".

Der Rest des Alineas fiele weg. Nach Alinea 9 des Entwurfes würden wir gegen die vom Prinzen Wied gewünschte ausdrückliche Stipulierung der Steuerfreiheit keine Einwendung erheben. Ich bin jedoch der Ansicht — und Marquis di San Giuliano hat mir zugestimmt — daß eine solche Bestimmung weder gegenüber den Mächten noch gegenüber den Albanesen opportun wäre. Ich schlage daher folgende Fassung dieses Alineas vor: „Pour ce qui concerne le huitième point, l'exemption d'impôts nous semble inhérente à la qualité de souverain, mais il nous paraît préférable de ne pas en faire une condition explicite de l'acceptation du trône." Ferner würde ich es vorziehen, daß der etwas unklare Schluß des Alineas 11 ausbliebe, so daß die Worte: „pleine satisfaction aux désirs exprimés par le Prince" den Schluß bilden würden. Schließlich möchte ich im Hinblick auf die Euer Hochgeboren mit meinem heutigen Telegramm 1298*c*) mitgeteilte Meldung aus Bukarest, wonach die Zustimmung aller Mächte zur Kandidatur Wied zu erwarten sei, beantragen, daß der letzte Satz des Alineas 3: „On pourrait aussi prier Sir E. Grey" etc. weggelassen werde, da er in Bukarest nur verwirren könnte. Sobald eine Übereinstimmung über den Text erzielt ist, könnten die beiden Vertreter in Bukarest telegraphisch beauftragt werden, identische Antworten Prinzen Wied zu überreichen.

Berchtold.

a) Vgl. n. 8975, 8977. — *b*) n. 8953. — *c*) Mit Tel. Nr. 1298, 7. Nov. 1913 (chiffr. 8. Nov. 11 U. 30 M. a. m.) wurde n. 8962 nach Rom mitgeteilt.

Nr. 8969. Tagesbericht über eine am 6. Nov. geführte Unterredung mit König Ferdinand von Bulgarien, 8. Nov. 1913 Nr. 5262.[1])*a*) *(S. Berchtold).*

Geheim. Seine Majestät der König von Bulgarien geruhte, mich am 6. November vormittags im Palais Coburg zu empfangen und am Nachmittage desselben im Ministerium des Aeußern zu besuchen, bei welchen Gelegenheiten der höchste Herr die durch die Balkanereignisse geschaffene Situation in eingehender Weise besprach, die sich für Bulgarien daraus ergebenden politischen Consequenzen hervorhob und die Rückwirkung erörterte, welche sich daraus für die Beziehungen des Königreiches zur Monarchie ergeben.

Nach Ansicht des höchsten Herrn können Oesterreich-Ungarn und Bulgarien mit dem Endergebnisse der Umgestaltung gleichmäßig unzufrieden sein. Bulgarien habe den Krieg (Er meinte offenbar den zweiten Balkankrieg) nicht nur für Bulgarien, sondern auch für die Monarchie geführt. Wenn es nach seinen Intentionen gegangen wäre, hätten wir den Weg nach Saloniki freibekommen sollen. Statt dessen sei ein Großserbien geschaffen worden, das uns die Handelsstraße versperre und von Haß gegen uns erfüllt sei ebenso wie gegen Bulgarien. Die ganze serbische Armee denke nur an den Zukunftskrieg gegen Oesterreich-Ungarn und keinen Serben gebe es, der nicht die Gewinnung Bosniens und der Herzegowina als das nächste Ziel der serbischen Politik betrachte. Albanien sei in unerhörter Weise beschnitten worden und die schaudererregenden Grausamkeiten der Serben gegen die Albanesen im occupierten Gebiete spotten jeder Beschreibung. Nach authentischen Informationen seien dem Gemetzel

des vorigen Spätherbstes über 20.000 Albanesen zum Opfer gefallen und in den letzten Kämpfen circa 27.000 hingeschlachtet worden. Serbien gehe auf die Ausrottung dieses edlen, tapferen und glaubensstarken Stammes aus. Wie anders wäre es gekommen, wenn es nach den Intentionen des Königs Ferdinand gegangen wäre!

Ich bemerkte, daß mir diese Intentionen unbekannt gewesen seien und ich nicht begreifen könne, warum dann Seine Majestät eine Allianz mit Serbien geschlossen hätte. Bei uns mußte der Balkanbund anders ausgelegt werden und konnte man sich des Eindruckes nicht erwehren, daß derselbe auch eine Spitze gegen die Monarchie habe.

„Je sais d'où ça vient", warf der König ein. „Je connais bien ces infames calomnies qui toutes viennent de la même source. C'est la vengeance de la Russie qui ne veut pas me pardonner que j'ai détruit les rêves panslavistes."

Der König ließ sich dann in längere Auseinandersetzungen über die Unzuverlässigkeit Rußlands ein, das Bulgarien zugrunde gerichtet habe. Man sei aber in Bulgarien für immer bekehrt von der unseligen Russenpolitik und wünsche nur Eines: Anlehnung an die Monarchie! „Helfen Sie uns, wir werden Ihnen Dank wissen!"

Als Seine Majestät deutlicher wurde und direkt die Frage stellte, ob ich eine Annäherung Bulgariens an Oesterreich-Ungarn für durchführbar hielte, entgegnete ich, daß eine solche Orientierung bei unseren Beziehungen zu Rumänien nur in einer diesem Verhältnisse Rechnung tragenden Weise möglich wäre.

Diese Einwendung schien auf Seine Majestät einen ungünstigen Eindruck zu machen. Er bezeichnete es als „sehr sonderbar", daß ein freundschaftliches Verhältnis zwischen Oesterreich-Ungarn und Bulgarien nur über Bukarest herzustellen sei.

Ich betonte, daß ein „freundschaftliches Verhältnis" bereits derzeit bestehe Darum handle es sich nicht. Eine Vertiefung oder Konkretisierung dieses freundschaftlichen Verhältnisses aber verlange besondere Rücksichtnahmen, worunter jene auf Rumänien an erste Stelle zu setzen sei. Ich sehe übrigens nicht ein, warum dieser Weg nicht gangbar gemacht werden könnte. Das Verhältnis zwischen Bulgarien und Rumänien sei ja wesentlich gebessert und werde dies vielleicht gestatten.

Ich hatte damit ein heikles Thema berührt. König Ferdinand hat noch den Bukarester Frieden — „cette boucherie cruelle" — zu lebhaft in Erinnerung, um auf diesem Ohre willig zu hören. In bitteren Worten führte er Klage über das erpresserische Vorgehen Rumäniens gegenüber dem zu Boden geworfenen Bulgarien. König Carol selbst habe sich nur widerwillig zu einem Schritte entschlossen, der für immer die Geschichte Rumäniens beflecke. Nur mit Ekel könne er an diese Episode denken, um mit Abscheu dieses Geschichtsblatt umzuwenden. Bulgarien habe sein reichstes Gebiet geopfert und Rumänien die Hand zur Freundschaft gereicht. Die Haltung des Nachbarkönigreiches sei deshalb trotzdem kühl und reserviert. Es sei nicht anzunehmen, daß man sich unter diesen Umständen verstehen werde.

Als das Ziel der Wünsche Bulgariens bezeichnete König Ferdinand den Besitz von Kawalla und Drama. Seit Jahrzehnten sei der Blick Bulgariens auf dieses Gebiet gerichtet gewesen und Rußland habe es in dieser Richtung unterstützt. Es sei eine Lebensfrage für Bulgarien, von dort nicht verdrängt zu werden.

Auf meine Bemerkung, daß dies ohne Krieg mit Griechenland nicht denkbar sei, wo sich dann Serbien dem Gegner Bulgariens anschließen würde, meinte Seine Majestät, daß es vielleicht doch im Wege der Revision des Bukarester Vertrages zu erreichen wäre, wobei er auf unsere Unterstützung rechnen möchte.

Ich verwies den König auf die Erfahrungen, die wir in dieser Richtung gewonnen, wie auf die wohl auch derzeit bestehende Abneigung des europäischen Areopags, sich mit dieser Sache zu befassen.*b)*

Im weiteren Verlaufe der Konversation frug mich der König, wie wir uns zur Uniatenbewegung in Macedonien stellen. Es sei ein starker Zug unter den Mazedo-Bulgaren nach Vereinigung mit der römischen Kirche wahrnehmbar, der auch in Bulgarien Widerhall finde. Dies sei von größter Bedeutung für die Zukunft Bulgariens, das dadurch vom Untergange im Orthodoxismus gerettet werden könne. Die griechische Orthodoxie müsse „zerschmettert" werden und Bulgarien auf lateinischer Grundlage groß und unabhängig werden. König Ferdinand verfolge dies mit Sympathie, wenn er sich auch wegen Rußland nicht exponieren könne. Er sei der einzige katholische Monarch am Balkan, denn König Carol, der nie seiner religiösen Pflicht nachkomme, müsse als Renegat angesehen werden. Um ihn — König Ferdinand — als den Brennpunkt der katholischen Idee konzentriere sich die religiöse Bewegung. Es sei unbegreiflich, daß sich der päpstliche Stuhl bisher dieser Erscheinung gegenüber passiv verhalten. Auch für uns wäre es von großer Wichtigkeit, dieselbe im Auge zu behalten und einvernehmlich mit Rom zu fördern.

Ich entgegnete Seiner Majestät, daß wir mit Interesse die Symptome, deren er gedacht, verfolgt haben und auch weiterhin verfolgen werden. Es wäre jedenfalls wünschenswert, wenn sich auch die Kurie der Sache annehmen würde. Daß Seine Majestät sich so lebhaft für die Konvertierung der bulgarischen Nation zum Katholizismus interessiere, sei für mich ein Novum, welches mich aber mit lebhafter Befriedigung erfülle. Gewiß wäre es uns sehr sympathisch, wenn die Vereinigung der bulgarischen Kirche mit der römischen zur Tatsache würde. Eine Fühlungnahme unsererseits mit Rom könne vielleicht der Sache förderlich werden.

Der König sprach mir seinen Wunsch aus, mit Seiner k. u. k. Hoheit dem Herrn Erzherzog Franz Ferdinand eine Begegnung haben zu können. Er lege hierauf einen besonderen Wert, da er wünsche, daß in Bulgarien der Eindruck gewonnen werde, das gegenwärtige „austrophile" Regime finde ungeteilten Rückhalt in der Monarchie.

Bei dem Besuche, welchen mir dann König Ferdinand am Nachmittage machte, drückte sich der höchste Herr in warmen Worten über den gnädigen Empfang aus, den er bei Seiner Majestät, unserem Allergnädigsten Herrn, in Schönbrunn gefunden. Nur Eines habe ihn stutzig gemacht und

„beunruhigt". Es sei die Rede gewesen von der Eventualität zukünftiger „militärischer Kooperation" Bulgariens mit der Monarchie und da habe Seine Majestät die Bemerkung gemacht, einer solchen müßte eine Verständigung mit Rumänien vorausgehen. Dies sei so viel wie eine Ablehnung. Denn bei der Stimmung, die trotz allen Entgegenkommens bulgarischerseits noch immer in Rumänien gegen Bulgarien herrsche, sei an ein Einvernehmen derzeit nicht zu denken.

Trotz dieser skeptischen Auffassung sprach der höchste Herr die Absicht aus, hier eventuell mit maßgebenden militärischen Persönlichkeiten Kontakt zu nehmen. Er beklagte sich, unter dem Eindrucke zu stehen, seine Eröffnungen seien bisher mit kühler Reserve von uns aufgenommen worden. Es sei unbedingt zu vermeiden, daß die gleiche Impression in Sofia gemacht werde.*c)* Sollten hierüber Zweifel aufkommen, und in Sofia die Impression geweckt werden, Bulgarien könne nicht auf die Freundschaft der Monarchie zählen, so müsste dies zum Verhängnis werden.*d)* Es würde dies das gegenwärtige Regime unmöglich machen und ihm — dem Könige — der sich bedingungslos mit demselben identifiziert habe, würde nichts übrig bleiben, als zu abdizieren. Dies wäre aber gleichbedeutend mit dem Untergange des selbständigen Bulgariens und dessen Unterordnung unter Rußland. Berchtold.

1) Nebenstehende Aufzeichnung wäre in vier Exemplaren fertigzustellen. In zwei Exemplaren wären die mit Blaustift bezeichneten Stellen, in den andern zwei Exemplaren die mit Rotstift bezeichnete Stelle aufzunehmen. Berchtold. — *Es handelt sich hier um verschiedene, augenscheinlich mit Rücksicht auf die Empfänger vorgenommene Auslassungen. Vgl. Anm. b, c u. d.*

a) Vgl. n. 8965, 8972, 8981, 8990, 9080. — *b)* Die vorhergehenden drei Absätze: „Als das Ziel" bis „befassen" mit Blaustift bezeichnet; siehe Anm. 1. — *c)* Von „Bei dem Besuche" bis „Impression in Sofia gemacht werde" mit Blaustift bezeichnet; siehe Anm. 1. — *d)* „Sollten hierüber Zweifel" bis „Verhängnis werden" mit Rotstift bezeichnet, siehe Anm. 1.

Nr. 8970. Tel. des Legationsrates Franz Freiherrn von Haymerle aus Bukarest-Sinaia, 9. Nov. 1913 Nr. 382 (eing. 10. Nov. 9 U. a. m.).a) Entziff.

Geheim. Prinz Wied sagte mir heute, er gedenke 15. d. Mts. abends von hier Potsdam zurückzukehren. Ich glaube, es wäre vorteilhaft, wenn Antwort auf Bedingungen des Prinzen (zweites Alinea hoher Weisung vom 7. d. Mts. Nr. 5245) bis dahin hier eintreffen könnte, damit der Prinz dieselben noch mit Seiner Majestät dem Könige durchberaten könnte. Meiner unmaßgeblichen Meinung nach glaube nicht, daß König Carol den von Consulta vorgeschlagenen Weg zu Punkt 1, daß Höchstderselbe sich an die Kabinette der Triple-Entente wenden solle,*b)* annehmen wird, da sich Seine Majestät die ganze Zeit offenkundig bestrebt gezeigt hat, bei Verhandlungen über Wiedkandidatur nicht hervorzutreten. Haymerle.

a) Vgl. n. 8975. — *b)* Vgl. n. 8953.

Nr. 8971. Tel. des Legationsrates Heinrich Ritter von Löwenthal aus Konstantinopel-Pera, 9. Nov. 1913 Nr. 594 (eing. 9 U. p. m.).a) Entziff.

Streng geheim. Über eine mit meinem Telegramme Nr. 587 vom 5. d. M. gemeldete Unterredung mit Jonescu erzählte Talaat Bey Herrn

Toscheff Folgendes: Als Motiv seiner Reise nach Athen bezeichnete Jonescu seinen persönlichen Wunsch, zum Frieden beizutragen; zu diesem Zwecke benütze er eine ihm von Herrn Venizelos in Bukarest ausgesprochene Einladung. Er versicherte, dass kein geheimer Vertrag zwischen Rumänien und anderen Balkanstaaten bestehe und fragte Talaat nach der türkisch-bulgarischen Allianz, worauf dieser antwortete: „Jusqu'ici il n'y a rien de signé" und hinzufügte, dass sich schon ein aufrichtig freundschaftliches Verhältnis entwickelt habe, „l'idéal serait si la Roumanie s'y joignait." Jonescu schwieg lächelnd. Über die Inselfrage sprach er ähnlich wie die Gewährsmänner des in meinem Telegramme Nr. 593[b]) von heute genannten Midhat. Löwenthal.

[a]) Vgl. n. 8959, 8986, 8993. — [b]) Mit Tel. Nr. 593, 9. Nov. 1913 (eing. 10. Nov. 9 U. a. m.) wurde aus Konstantinopel gemeldet, Talaat habe Toscheff den Bericht seines Vertrauensmannes Midhat Schükri, Generalsekretärs des Komités, gezeigt, der die Stimmung in Bukarest zu sondieren hatte. Er berichtete von großer Ausbreitung russischen Einflusses und serbischer Sympathie. Man versicherte ihm, keine Allianz mit Serbien und Griechenland zu haben, doch sich moralisch verpflichtet zu fühlen, am Bukarester Frieden nicht rütteln zu lassen. Bezüglich der kleinasiatischen Inseln sei man eher dafür, daß sie türkisch werden. In einem Konflikte ihretwegen zwischen Griechenland und Türkei werde sich Rumänien nicht einmischen, wenn aber Bulgarien eingreife, könne Rumänien nicht indifferent bleiben. (Vgl. n. 8993 Anm. b, 9008 Anm. c.)

Nr. 8972. Tel. des Legationsrates Grafen Otto Czernin aus St. Petersburg, 9. Nov. 1913 Nr. 358 (eing. 10. Nov. 8 U. a. m.). Entziff.

Mein italienischer Kollege sprach serbischen Gesandten, der sich über den Zweck des Besuches des Königs Ferdinand in Wien[a]) beunruhigt zeigte und die Ansicht aussprach, es handle sich hiebei um den Abschluss eines Übereinkommens zwischen der Monarchie mit der Türkei und Bulgarien mit Spitze gegen Serbien und der Absicht, Bukarester Frieden umzustoßen. Herr Popović behauptete, daß auch russische Regierung beunruhigt sei, doch liegen mir hiefür keine Anzeichen vor. Otto Czernin.

[a]) n. 8969.

Nr. 8973. Tel. des Legationssekretärs Prinzen Emil Fürstenberg aus Athen, 10. Nov. 1913 Nr. 808 (eing. 11. Nov. 8 U. a. m.).[a]) Entziff.

Delimitation Südalbaniens. Wie Herr Take Jonescu italienischem Gesandten anvertraut, wurde rumänischer Minister des Innern von seinem königlichen Herrn ausdrücklich damit beauftragt, sowohl König Constantin als Herrn Venizelos dringend nahezulegen, in Bezug auf die Abgrenzung Südalbaniens dem Willen Europas, sobald einmal derselbe Griechenland bekanntgegeben werden sollte, keinen Widerstand entgegenzustellen.

Emil Fürstenberg.

[a]) Vgl. n. 8955, 8978.

Tel. nach Bukarest, 10. Nov. 1913 Nr. 464 (chiffr. 10 U. 30 M. p. m.). Siehe n. 8975.

Nr. 8974. Tel. aus Paris, 10. Nov. 1913 Nr. 235 (eing. 6 U. p. m.). Entziff.

Streng vertraulich. Ich habe Herrn Tittoni gegenüber die vertraulichen Mitteilungen erwähnt, die Herzog von Avarna Euer Excellenz über gewisse

französische Vorschläge, das Mittelländische Meer betreffend, machte.[a] Mein italienischer Kollege meinte, diese Vorschläge seien bisher so unklar gehalten, dass man sie nicht ernstlich in Erwägung ziehen könne. Nach seiner Ansicht handle es sich um einen Versuch Herrn Barrères irgend ein, wenn auch praktisch ganz belangloses Abkommen mit Italien zu treffen, nur um sagen zu können, dass Frankreich mit Italien ein Separatabkommen getroffen habe. Herr Tittoni behauptet, dass Barrère'sche Vorschläge ihm gegenüber hier gar nicht erwähnt wurden, er habe sich natürlich gehütet, die Sache bei Herrn Pichon zur Sprache zu bringen. Er will Marquis San Giuliano geraten haben, die Angelegenheit dilatorisch zu behandeln; solange man nicht wisse, um was es sich eigentlich handele, könne man aber Besprechung nicht direkt ablehnen. Da europäischer Besitzstand im Mittelmeere nicht in Frage kommen könne, Frage der afrikanischen Besitzungen bereits durch frühere Abkommen geregelt erscheint, Inselfrage der Entscheidung der Mächte vorbehalten ist, könne es sich eigentlich nur um Kleinasien handeln. Herr Tittoni meint, man solle in Rom weitere Eröffnungen Barrères abwarten, es könne von Interesse sein, die französischen Aspirationen in jenen Gegenden kennen zu lernen. Italien müsse sich aber nach seiner Ansicht auf den Standpunkt stellen, dass es solche Fragen nur im Einvernehmen mit seinen Verbündeten besprechen könne. Szécsen.

[a] Vgl. n. 8933, 9003.

Nr. 8975. Tel. nach Rom Nr. 1315 (1) und Bukarest Nr. 464 (2), 10. Nov. 1913 (chiffr. 10 U. 30 M. p. m.).[a] Konz. (S. Berger; V. Matscheko; G. Berchtold).

1. Baron Haymerle telegraphiert unterm gestrigen: ... *wie n. 8970 vom Anfang bis „durchberaten könnte“* ... Vorstehendes zur Mittheilung an Marquis di San Giuliano mit dem Beifügen, daß ich im Interesse einer je früheren Antwortertheilung an Prinzen Wied auf eine ehestbaldige Rückäußerung des römischen Kabinetes auf die in meinem Telegramme Nr. 1253 vom 25. v. M. präzisierte Stellungnahme der k. u. k. Regierung zum bezüglichen italienischen Entwurfe den größten Wert legen würde.

2. Erhalten Euer Hochwohlgeboren Telegramm Nr. 382 von gestern. Im Interesse einer baldigen Antwort an Prinzen Wied urgiere ich die noch ausständige Rückäußerung des römischen Kabinettes auf unsere Bemerkungen zum italienischen Entwurf. Zum letzten Alinea[b] Euer Hochwohlgeboren eingangs citierten Telegrammes bemerke ich, daß der dort erwähnte Vorschlag von uns ausgegangen ist und daß hiefür die Erwartung maßgebend war, daß bei dem allgemeinen Bestreben, die Sympathien Rumäniens zu gewinnen, eine von König Carol ausgehende vertrauliche Sondierung betreffs der Kandidatur Wied speziell bei den Ententemächten eine günstigere Aufnahme finden würde als ein bezüglicher gemeinsamer österreichisch-ungarisch-italienischer Vorschlag. Nach den uns vorliegenden letzten Nachrichten (auch Euer Hochwohlgeboren Telegramm Nr. 381 vom 6. d. M.) scheint übrigens diese vertrauliche Fühlungnahme König Carols tatsächlich bereits erfolgt zu sein und die Kandidatur Wied nirgends auf Widerspruch zu stoßen.[c] Aus

diesen Gründen sehe ich von einem Abänderungsvorschlag in Rom ab, der die Erteilung der Antwort an Prinzen Wied nur verzögern müßte.

Berchtold.

a) Vgl. n. 8968, 8989, 8995. — b) Letztes Alinea von n. 8970 beginnt mit „Meiner unmaßgeblichen Meinung ...“ — c) Vgl. n. 8967.

Nr. 8976. Erlaß nach Rom, 10. Nov. 1913 Nr. 5292.a) Konz. (S. Matscheko; V. Forgách; G. Berchtold).

Streng vertraulich. Die eben ausklingende Krise am Balkan hat für die beiden serbischen Staaten ein wesentlich verschiedenes Resultat ergeben. Serbien hat nach einer Reihe bedeutender militärischer Erfolge sein Gebiet verdoppelt, seine Bevölkerung auf das anderthalbfache vermehrt. Durch den Gewinn reicher und fruchtbarer Gegenden wird es befähigt sein, die wirtschaftlichen Schäden des Krieges bald zu beseitigen. Im Gegensatz hiezu war Montenegro militärisch wenig erfolgreich, — den einzigen bedeutenderen Erfolg, den Fall von Skutari, verdankt es der Unterstützung Serbiens — sein Gebiets- und Bevölkerungszuwachs ist im Vergleiche zu dem Serbiens ein geringer und seine finanzielle Situation ist heute noch trostloser als vor dem Kriege, ohne daß Aussicht auf baldige Besserung bestünde. Es ist nicht erstaunlich, daß diese Entwicklung, durch die das Mißverhältnis zwischen der Macht und dem Ansehen Serbiens und Montenegros zu Ungunsten des letzteren erheblich gesteigert wurde, dem oft ventilierten Gedanken der Vereinigung dieser beiden serbischen Staaten unter der Führung Serbiens erhöhte Kraft verliehen und neue Anhänger zugeführt hat. Tatsächlich mehren sich auch die Anzeichen, die die Eventualität einer solchen Union, wenn auch nicht als unmittelbar bevorstehend, so doch als entschieden näher gerückt und im Bereiche der Möglichkeit — laut einzelnen uns zukommenden Nachrichten sogar der Wahrscheinlichkeit — liegend erscheinen lassen. Unter diesen Umständen ist es wohl nicht verfrüht, über die Haltung klar zu werden, die wir gegenüber der eventuellen Vereinigung Montenegros mit Serbien einzunehmen hätten, und da dieses Ereignis auch die Interessen Italiens tangieren würde, mit dem Kabinette von Rom hierüber einen vertraulichen Gedankenaustausch zu pflegen. Was unsere Haltung anbelangt, so wäre sie durch das Prinzip vorgezeichnet, an dem wir in der letzten Krise konsequent festgehalten haben, das Prinzip nämlich, daß ein Vordringen Serbiens an die Adria eine Störung des Gleichgewichtes in diesem Meere bedeuten würde und deshalb von uns nicht zugelassen werden könnte. Ich glaube bestimmt annehmen zu können, daß Italien, welches im letzten Jahre solidarisch mit uns vorgegangen ist, um die Besitzergreifung der albanesischen Küste durch Serbien zu verhindern, ebenso wie wir auch die Angliederung Montenegros an Serbien mit Entschiedenheit perhorreszieren würde. Unser beiderseitiges Interesse verlangt, daß wir einer auf die Union mit Serbien gerichteten Entwicklung zunächst dadurch entgegenwirken, daß wir die Stellung der Dynastie Njeguš im eigenen Lande nach Möglichkeit stärken und auch die wirtschaftliche Lage Montenegros zu verbessern trachten. Eine derartige Unterstützung Montenegros und seiner Dynastie könnte sich allerdings, soweit wir in Frage kommen, angesichts

der hostilen Haltung, die Montenegro uns gegenüber in den letzten Jahren wiederholt eingenommen hat, mit Rücksicht auf unsere öffentliche Meinung nur in bestimmten Grenzen bewegen und müßte überdies von einem gründlichen Wechsel in der politischen Orientierung Montenegros abhängig gemacht werden. Sollte trotz unserer Unterstützung, zu der wir unter den eben erwähnten Voraussetzungen bereit sind, König Nikolaus oder sein Nachfolger gegen die Unionsbestrebungen nicht aufkommen können und früher oder später das fait accompli der Union geschaffen werden, so müßten wir aus den früher erwähnten Gründen zur Wahrung unserer adriatischen Interessen entschieden dagegen Stellung nehmen und meines Erachtens unbedingt wenigstens darauf bestehen, daß das montenegrinische Küstengebiet samt Dulcigno und Antivari nicht an Serbien falle, sondern an Albanien angegliedert werde, eine Lösung, die in der früheren Zugehörigkeit dieser Gebiete zur Türkei und in der albanesischen Nationalität fast der gesamten Bevölkerung ihre volle Begründung besäße. Ich ersuche Euer Exzellenz, sich im Sinne der vorstehenden Ausführungen bei Euer Exzellenz passend scheinender Gelegenheit zu Marquis di San Giuliano auszusprechen und mir über dessen einschlägige Auffassung zu berichten. Streng geheim. Zu Euer Exzellenz rein persönlicher Orientierung füge ich hinzu, daß es mir nicht erwünscht scheint, wenn bei den Besprechungen über dieses Thema die Frage des Lovčen aufs Tapet gebracht würde, da ich nicht in der Lage wäre, in diesem Punkte dem italienischen Kabinette jene Zusagen zu machen, die es aller Voraussicht nach von uns zu erlangen suchen wird, eine ausdrückliche Ablehnung unsererseits aber den von mir angestrebten Akkord über den restlichen Fragenkomplex wohl vereiteln würde. Überhaupt will ich es dem bewährten Geschick und der Beurteilung Euer Exzellenz überlassen, ob die Conversationen mit der italienischen Regierung vorläufig nur im Allgemeinen über die Frage der serbisch-montenegrinischen Union zu führen wären, oder ob der Gedanke der eventuellen Zutheilung des montenegrinischen Litorale an Albanien sofort aufgeworfen werden sollte.

[a]) Vgl. n. 8952.

Nr. 8977. Tel. des Gesandten Grafen Ludwig Ambrózy aus Rom, 10. Nov. 1913 Nr. 842 (eing. 11. Nov. 8 U. a. m.). Entziff.

Entwurf der Antwort an Prinzen Wied. Antwort auf Telegramm Nr. 1306 vom 7. d. Mts. Minister des Äußern ist mit allen von Euer Exzellenz vorgeschlagenen Änderungen am Text des Entwurfes der Antwort einverstanden und wird italienischen Vertreter entsprechend instruieren.

Ambrózy.

Tel. nach Athen, 11. Nov. 1913 Nr. 239 (chiffr. 10 U. p. m.). Siehe n. 8981.

Nr. 8978. Tel. des Legationssekretärs Prinzen Emil Fürstenberg aus Athen, 11. Nov. 1913 Nr. 809 (eing. 6 U. 40 M. p. m.).[a]) Entziff.

Streng vertraulich. Besuch Take Jonescus. Im Verlaufe eines längeren Gespräches, das ich gestern abends mit rumänischem Minister des Innern

hatte, bemerkte er unter anderem, welch' grosse Gefahr für den Balkan-Frieden die bulgarische Revanche-Idee bedeute. Auf meine Frage, was geschehen würde, wenn sich Bulgarien wirklich rühren sollte, erwiderte mir Minister bündig, dass dann Rumänien eben abermals auch seinerseits losgehen würde, fügte aber ausdrücklich hinzu, es sei diesbezüglich Griechenland gegenüber zu nichts verpflichtet. Es bestünden diesfalls keinerlei bindende Abmachungen. Der ganze Tenor der Ausführungen Take Jonescus berechtigt mich zur Annahme, dass schon eine Neutralitätsverletzung bulgarischen Territoriums durch die Türkei behufs Angriffes auf Griechenland genügen würde, um für Rumänien den casus belli herbeizuführen. Herr Take Jonescu prophezeit übrigens der derzeit bestehenden türkisch-bulgarischen Intimität keine allzu lange Dauer. „Flitterwochen" werden wohl bald ihr Ende erreichen! Stellung nicht nur König Ferdinands sondern auch der Dynastie hält Minister für gefährdet. In Bulgarien seien jetzt leider auch republikanische Tendenzen wahrnehmbar. Was im Falle Sturzes der Dynastie geschehen solle, sei schwer zu sagen. Nur eine Grossmacht könne Bulgarien okkupieren, Nachbarn seien zu schwach dazu. Minister betonte, es sei auffallend, dass Russland daran arbeite, Pariser Geldmarkt für Bulgarien zu öffnen. Russlands Bemühungen werde es auch zweifellos gelingen, Frankreich dazu zu veranlassen, Bulgarien eine grössere Anleihe (250 Millionen) (?) zu gewähren. Was Rolle anbelangt, die hier Take Jonescu als Vermittler in türkisch-griechischen Verhandlungen spielt, zeigte sich dieser eher reserviert, sagte mir aber soviel, dass er Einigung als bald bevorstehend betrachte. Wenn es sich hier nicht speziell um Türkei handeln würde, die ja ganz unberechenbar sei und deren Benehmen vis-à-vis Griechenland er als „se ficher du monde" qualifizierte, hielte er sogar Friedensschluss für so gut wie ein fait accompli. Auch mir gegenüber versicherte Take Jonescu, dass er bezüglich Albaniens hier ernste Sprache geführt habe (mein gestriges Telegramm Nr. 808). Minister hätte massgebendenorts betont, man solle, wenn griechischerseits immer wieder davon gesprochen werde, dass Albanien nicht lebensfähig wäre, sich hier doch überlegen, was dann nachkommen würde. Sei Griechenland vielleicht dortselbst ein Condominium der Monarchie und Italiens lieber? Mein Mitredner, der, wie er mir ausdrücklich sagte, mit König und Regierung über alles gesprochen und dieselben auf Herz und Nieren geprüft habe, hat Impression, dass Mächte Evakuierung Süd-Albaniens ohne Schwierigkeiten durchsetzen können, wenn sie nur einig sind. Take Jonescu reist heute abends direkt nach Bukarest zurück. Darüber befragt, ob er sich in Konstantinopel aufhalten werde, erwiderte Minister — sehr bezeichnend — „ja, wenn sich Talaat Bey gut aufführt."

Emil Fürstenberg.

a) Vgl. n. 8979, 9000.

Nr. 8979. Tel. des Legationssekretärs Prinzen Emil Fürstenberg aus Athen, 11. Nov. 1913 Nr. 810 (eing. 12. Nov. 9 U. a. m.).a) Entziff.

Streng vertraulich. Besuch Take Jonescos. Ich glaube nicht fehlzugehen, wenn ich auf Grund Ensembles meiner Wahrnehmungen und unter Hinweis auf meine bisherige gehorsame telegraphische Bericht-

erstattung im Gegenstande Verlauf der Mission Take Jonescos nachstehend resümiere: Hersendung desselben erfolgte zu dem Zwecke, um Einigung zwischen Türkei und Griechenland herbeizuführen. Nach Kenntnisnahme beiderseitigen Standpunktes (in Konstantinopel durch bereits vorher vereinbarte Fühlungnahme mit Talaat Bey) hat rumänischer Staatsmann in Ausführung seines Vermittleramtes durch Stellungnahme zugunsten Griechenlands entscheidenden Umschwung herbeigeführt. Für Einlenken der Pforte war bei dieser Intervention ausschlaggebend bewusste Erklärung Take Jonescos, dass nämlich im Ernstfalle — sei es, dass Türkei mit Konnivenz Bulgariens (Durchzug türkischer Truppen durch Westthrazien und Neutralitätsverletzung) oder aber unter direkter Beteiligung dieses letzteren Griechenland zu Land angriffe — Rumänien gegen Bulgarien und Türkei aktiv vorgehen würde. Besitze Anhaltspunkte dafür, dass Seine Majestät der König sich zu meinem deutschen Kollegen in obigem Sinne aussprach, der sich diesmal jedoch nicht für berechtigt zu halten schien, mir hievon expressis verbis Mitteilung zu machen. Emil Fürstenberg.

[a]) Vgl. n. 8978.

Tel. nach Belgrad, 11. Nov. 1913 Nr. 324 (chiffr. 10 U. p. m.). Siehe n. 8981.

Tel. nach Berlin, 11. Nov. 1913 Nr. 735 (chiffr. 10 U. p. m.). Siehe n. 8981.

Tel. nach Bukarest, 11. Nov. 1913 Nr. 465 (chiffr. 10 U. p. m.). Siehe n. 8981.

Tel. nach Cetinje, 11. Nov. 1913 Nr. 244 (chiffr. 10 U. p. m.). Siehe n. 8981.

Tel. nach Konstantinopel, 11. Nov. 1913 Nr. 549 (chiffr. 10 U. p. m.). Siehe n. 8981.

*Nr. **8980.** Tel. des Legationsrates Heinrich Ritter von Löwenthal aus Konstantinopel-Pera, 11. Nov. 1913 Nr. 598 (eing. 12. Nov. 9 U. a. m.).[a]) Entziff.*

Deutsche Militärmission. Streng vertraulich. Deutscher Botschafter sagte mir, daß sein russischer Kollege durch ihm absichtlich angedeutete Einzelheiten (insbesonders deutsches Kommando des hiesigen Korps) sehr peinlich berührt schien. Löwenthal.

[a]) Vgl. n. 8934, 8951 Anm. c, 8984, 9069.

*Nr. **8981.** Tel. nach London Nr. 781 (1), Paris Nr. 500 (2), Rom Nr. 1316 (3), Berlin Nr. 735 (4), St. Petersburg Nr. 566 (5), Konstantinopel Nr. 549 (6), Bukarest Nr. 465 (7), Sofia Nr. 636 (8), Athen Nr. 239 (9), Belgrad Nr. 324 (10) und Cetinje Nr. 244 (11), 11. Nov. 1913 (chiffr. 10 U. p. m.).[a]) Konz. (S. Hohenlohe; V. Matscheko u. Berchtold; G. Forgách).*

1.—11. Der König der Bulgaren, der, von seinen Besitzungen in Ungarn kommend, inkognito in Wien weilt, hat Seiner Majestät dem Kaiser und König seine Aufwartung gemacht. Während seiner Anwesenheit in Wien wurde auch ich von König Ferdinand empfangen. Bei beiden Anlässen

stand der Gesichtspunkt im Vordergrund der Konversation, daß Bulgarien nach den schweren Opfern, die ihm die Ereignisse des letzten Jahres auferlegt haben, seine ganze Kraft und Aufmerksamkeit auf eine Erholung und wirtschaftliche Erstarkung richten solle, was von der Monarchie, die stets mit Wohlwollen die Entwicklung Bulgariens verfolgt habe, mit Sympathie begleitet würde. Sollte der Aufenthalt des Königs in Wien Euer etc. gegenüber zur Sprache gebracht werden, so wollen Sie sich dahin äußern, daß Ihre Nachrichten aus Wien in vorstehendem Sinne lauten.

3., 4., 7. und 8. Streng geheim. Der König hat hier in ganz allgemeiner Form auch den Gedanken des Abschlusses eines förmlichen Akkords zwischen Österreich-Ungarn und Bulgarien zur Sprache gebracht. Ohne mich direkt ablehnend zu verhalten, habe ich bemerkt, daß dieser Gedanke noch Gegenstand eingehender Erwägungen bilden müßte und unsererseits jedenfalls zur Voraussetzung hätte, daß unsere Beziehungen zu Rumänien dadurch nicht tangiert würden. Berchtold.

[a] Vgl. n. 8969, 8985, 8987, 8991.

Tel. nach Paris, 11. Nov. 1913 Nr. 500 (chiffr. 10 U. p. m.). Siehe n. 8981.

Nr. 8982. Tel. aus Paris, 11. Nov. 1913 Nr. 237 (eing. 6 U. 40 M. p. m.).[a] Entziff.

Albanesischer Thron. Aus spontaner Bemerkung Herrn Pichons ersehe ich, dass man hier gegen Kandidatur des Prinzen Wied keine Einwendungen erhebt und Zustimmung Russlands und Englands als (sicher)[b] betrachtet. Szécsen.

[a] Vgl. n. 8967. — [b] Chiffre fehlt.

Tel. nach Rom, 11. Nov. 1913 Nr. 1316 (chiffr. 10 U. p. m.). Siehe n. 8981.

Nr. 8983. Tel. des Gesandten Grafen Ludwig Ambrózy aus Rom, 11. Nov. 1913 Nr. 846 (eing. 12. Nov. 9 U. a. m.). Entziff.

Streng vertraulich. Einberufung der Londoner Konferenz. Aus verlässlicher Quelle höre ich, dass das sehr bestimmte Communiqué der „Agenzia Stefani", mit welchem obigem Gedanken nachdrücklichst entgegengetreten wird, dazu bestimmt ist, der von Herrn Barrère seit zwei Wochen mit größter Zähigkeit und allen ihm zugänglichen Mitteln betriebenen Bearbeitung der italienischen Presse im Sinne Einberufung der Konferenz entgegenzuwirken. Es ist für die Methoden des französischen Botschafters bezeichnend, dass eines seiner Botschaftsmitglieder nicht weniger als sechsmal bei der Redaktion des „Popolo Romano" vorsprach, um dieses Blatt mürbe zu machen.

Ambrózy.

Tel. nach St. Petersburg, 11. Nov. 1913 Nr. 566 (chiffr. 10 U. p. m.). Siehe n. 8981.

Nr. 8984. Tel. des Legationsrates Grafen Otto Czernin aus St. Petersburg, 11. Nov. 1913 Nr. 364 (eing. 12. Nov. 9 U. a. m.).[a] Entziff.

Vermehrung der Zahl der deutschen Militärinstruktoren für die Türkei beunruhigt russische Regierung, was dem hiesigen deutschen Geschäfts-

träger durch Herrn Neratow mitgeteilt wurde. Auftraggemäß hat gestern mein deutscher Kollege versucht, Beunruhigung zu zerstreuen, indem er auf die Analogie bezüglich englischer Instruktoren und darauf hinwies, dass selbst eine verbesserte türkische Armee für Russland ungefährlich, ausserdem Stärkung der Türkei in diesem Rahmen Gewähr für europäischen Frieden sei. Neratow schien Dardanellenbefestigung und im allgemeinen Erhöhung Selbstbewusstseins der Türkei im gegenwärtigen Moment zu fürchten.

Otto Czernin.

[a]) Vgl. n. 8980, 9036.

Tel. nach Sofia, 11. Nov. 1913 Nr. 636 (chiffr. 10 U. p. m.). Siehe n. 8981.

Nr. 8985. Tel. des Legationsrates Rudolf Freiherrn von Mittag aus Sofia, 11. Nov. 1913 Nr. 1265 (eing. 6 U. 50 M. p. m.).[a]) Entziff.

Minister des Äussern ist — dies geht aus allen seinen Aeusserungen klar hervor — in entschieden gehobener Stimmung aus Paris zurückgekehrt. Nicht nur, dass er hofft, französische Öffentlichkeit in Bulgarien günstigerem Sinne beeinflusst und für Anlehen gute Vorbedingungen geschaffen zu haben, hat er aus seinen Gesprächen mit dortigen Staatsmännern bestimmten Eindruck erhalten, dass man französischerseits mit Bulgarien als sehr gewichtigem Faktor rechne. Geheim. Alle Minister, mit denen er verkehrte, — sagte mir Herr Genadiew — hätten sich mit Insistenz bei ihm erkundigt, ob Bulgarien mit Monarchie Abkommen getroffen, welche Fragen Minister des Äussern dahin beantwortet hätte, dass zwar Bulgarien Österreich-Ungarn zu grossem Danke verpflichtet, jedoch mit allen Mächten gleich gute Beziehungen zu unterhalten wünsche. Auch Präsident der Republik hätte Herrn Genadiew über angebliches Abkommen mit Monarchie befragt und dabei durchleuchten lassen, dass Bulgarien an Ententemächte stets Anschluss finden könnte. Aber auch für den Fall, als Bulgarien diesen Anschluss nicht suchen sollte, könnte es auf Frankreichs Unterstützung unter der Voraussetzung rechnen, dass das Königreich sich nicht anderweitig engagiere. Konfidenziell erfahre ich, dass diese mir vom Minister des Äussern gemachte Mitteilung mit der Darlegung übereinstimmt, welche Herr Genadiew im Ministerrate über seine Entrevue mit Herrn Poincaré gegeben hat. Mittag.

[a]) Vgl. n. 8981, 8987.

Nr. 8986. Tel. des Legationsrates Rudolf Freiherrn von Mittag aus Sofia, 11. Nov. 1913 Nr. 1266 (eing. 12. Nov. 9 U. a. m.).[a]) Entziff.

Geheim. Minister des Aeussern sagte mir, General Sawow werde heute, von ihm berufen, aus Konstantinopel hier eintreffen, um letzte Details türkisch-bulgarischer Militärkonvention zu besprechen. Artikel Rumänien betreffend (meine Telegramme Nr. 1227 und 1236 vom 23. und 27. v. Mts.) sei von Türkei akzeptiert; er sei für Bulgarien unumgänglich notwendig gewesen. Minister hofft, dass Konvention in Bälde werde unterzeichnet werden können, zumal Türkei dies wünsche. Mittag.

[a]) Vgl. n. 8942, 8971, 8992, 9065.

Nr. 8987. Tel. nach Berlin, 12. Nov. 1913 Nr. 741 (chiffr. 9 U. 30 M. p. m.).[a] Konz. (S. u. G. Forgách).

Euer Exzellenz sind ermächtigt streng geheimen Nachsatz[b] meines Telegrammes Nr. 735 vom 11. d. M. deutscher Regierung bei sich bietendem Anlasse mitzuteilen. Berchtold.

[a] Vgl. n. 8985, 8990, 8991. — [b] Vgl. n. 8981 von „Streng Geheim. Der König" bis Schluß.

Nr. 8988. Tel. aus Paris, 12. Nov. 1913 Nr. 238 (eing. 9 U. 30 M. p. m.). Entziff.

In längerer Konversation, die ich mit Herrn Kokowzoff hatte, führte derselbe recht friedliche und versöhnliche Sprache. Er betonte die Notwendigkeit eines steten gemeinsamen Vorgehens der Grossmächte und sprach sich gegen jede Separataktion einzelner Mächte aus. Von unserem Ultimatum an Serbien meinte er, dasselbe sei unnötig gewesen, da sämtliche Mächte, Russland in erster Linie, bereit gewesen wären, energisch in Belgrad einzuwirken, damit Serbien die von der Londoner Konferenz Albanien zugesprochenen Territorien sofort räume. Er sei überzeugt, dass Serbien diesem Wunsche schleunigst nachgekommen wäre. Ich habe natürlich unseren Standpunkt entsprechend vertreten und hatte den Eindruck, dass Minister den Zwischenfall als abgetan betrachtet. Ich betonte nachdrücklichst, dass die Beschlüsse der Londoner Konferenz als definitiv zu betrachten seien. Kokowzoff stimmte dem zu und meinte, an dem so mühsam erreichten Einverständnisse müsse man unbedingt festhalten, jeder Versuch einer Korrektur würde die erzielten Resultate in Frage stellen. In diesem Falle sei wirklich das Bessere der Feind des Guten. Minister wünscht baldmöglichsten Wiederzusammentritt Londoner Konferenz, die bereits entschiedenen Fragen dürften aber nicht mehr zur Diskussion gestellt werden; gewisse Angelegenheiten, wie zum Beispiel die Inselfrage, könnten aber leichter auf der (Konferenz)[a] als von Kabinett zu Kabinett geregelt werden, leider scheine aber Sir E. Grey gar keine Lust zu haben, die Konferenz neuerlich einzuberufen. Ich sagte dem Minister, dass Euer Excellenz unter den gegenwärtigen Verhältnissen die diesbezügliche Ansicht Sir E. Greys teilen dürften. Kokowzoff bleibt bis Sonntag hier und begibt sich dann auf zwei Tage nach Berlin, wo er von Seiner Majestät dem Kaiser von Deutschland empfangen zu werden hofft. Szécsen.

[a] Chiffre fehlt.

Nr. 8989. Tel. nach Rom Nr. 1327 (1) und Valona (Generalkonsul Petrović) Nr. 53 (2), 12. Nov. 1913 (chiffr. 11 U. p. m.).[a] Konz. (S. Berger; V. Matscheko und Berchtold; G. Berchtold).

1. Ich ersuche Euer Hochgeboren, sich zu Marquis di San Giuliano zu begeben und ihm folgendes zu sagen: Durch den unseren Vertretern in Bukarest ertheilten Auftrag, unsere identische Antwort Prinz Wied zu überreichen, hätte die albanische Fürstenfrage einen bedeutenden Schritt nach vorwärts gemacht. Im Hinblick auf die einer Kandidatur des genannten

Prinzen nicht abgeneigte Haltung der übrigen Kabinete dürfte ihre Lösung in allernächster Zeit in dem von uns gewünschten Sinne erfolgen, zumal auch zu erwarten stehe, daß seitens des Prinzen selbst keine weiteren Schwierigkeiten mehr erwachsen würden. Die weitere Entwicklung stelle ich mir so vor, daß dem Prinzen Wied von albanischer Seite der Thron angetragen werden und er nach Annahme desselben wegen seiner Anerkennung in offizieller Form an die einzelnen Kabinete herantreten würde. Ich hielte es jedoch für geboten, schon jetzt und selbst vor der offiziellen Annahme der Kandidatur durch Prinz Wied in Albanien das Terrain vorzubereiten, und zwar hauptsächlich im Hinblick auf die für 20. d. M. projektierte Versammlung von Delegierten aus allen Teilen Albaniens in Skutari. Es ist fraglich, ob diese Zusammenkunft, die von den Gegnern der Kandidatur Wied zu ihren Zwecken ausgenützt werden könnte, noch zu hintertreiben ist, während sie andererseits im Falle richtiger Vorbereitung dazu dienen könnte, für Wied Stimmung zu machen. Nach meinem Dafürhalten sollten wir und Italien unsere beiderseitigen Vertreter in der Kontrollkommission daher unverzüglich anweisen, im Einvernehmen untereinander und unter Mitwirkung der k. u. k. und königlich italienischen Konsuln in Valona, Skutari und Durazzo auf die maßgebenden Faktoren in Albanien zugunsten der Kandidatur Wied einzuwirken. Als solche kämen vor allem in Betracht, die provisorische Regierung beziehungsweise Ismail Kemal, dann Essad Pascha und schließlich die angesehensten Notabeln Süd-, Mittel- und Nordalbaniens. Was speziell Essad Pascha anlange, so entnähme ich einer Meldung Generalkonsul Petrović' von gestern, daß derselbe derzeit nicht abgeneigt sein soll, die ihm seinerzeit von uns und Italien angebotene Entschädigungssumme anzunehmen. Ich sei der Meinung, daß wir diese Geneigtheit dazu benützen sollten, um die definitive Zuwendung dieser Aushilfe von Essads Haltung gegenüber der Kandidatur Wied abhängig zu machen. Ich hätte daher die Absicht, Herrn von Rudnay, der sich in den nächsten Tagen in Privatangelegenheiten nach Durazzo begibt, anzuweisen, im Einvernehmen mit dem dortigen italienischen Konsul in diesem Sinne bei Essad Pascha zu sondieren. Im Hinblicke auf die Dringlichkeit der Angelegenheit wäre ich Marquis di San Giuliano für eine ehestgefällige Rückäußerung im Gegenstande sehr verbunden.

2. Ich telegraphiere an Grafen Ambrózy wie folgt: (Inseratur Text der Erledigung sub 1. in extenso.) Vorstehendes vorläufig zu Euer Hochwohlgeboren vertraulicher Information und Regelung Ihrer Sprache gegenüber Herrn Leoni. Berchtold.

a) Vgl. n. 8975, 8994.

Tel. nach Valona 12. Nov. 1913 Nr. 53 (chiffr. 11 U. p. m.). Siehe n. 8989.

Nr. 8990. Privatschreiben nach Berlin, 13. Nov. 1913 Nr. 5341.a) Konz. (S. u. G. Berchtold).

Streng geheim. Bezugnehmend auf Euer Exzellenz geschätztes Telegramm vom 7. l. M. Nr. 464 ersuche ich Hochdieselben, dem Herrn Reichskanzler wie dem Herrn Staatssekretär gelegentlich mitzuteilen, daß ich mit

den in dem bezogenen Telegramme gekennzeichneten Ansichten Herrn von Bethmann Hollwegs einverstanden bin und der Hoffnung Raum gebe, daß auch in Hinkunft keine Meinungsverschiedenheiten zwischen unseren Anschauungen hinsichtlich der im nahen Oriente zu befolgenden Politik sich ergeben werden. Wir betrachten nach wie vor ein engeres freundschaftliches Verhältnis zu Rumänien als den Angelpunkt unserer Balkapolitikn und wollen den uns aus Bukarest vielfach gemeldeten irredentistischen Strömungen kein übertriebenes Gewicht beilegen, ebensowenig den in letzter Zeit ziemlich unverblümt zutage tretenden rumänisch-serbischen Anbiederungen, von denen das Exposé Herrn Pašić' einen Widerhall in der etwas ominös klingenden Phrase bringt: „Nous sommes animés des mêmes amitiés, des mêmes sentiments et des mêmes aspirations." Auf der anderen Seite wünschen wir bis auf weiteres zu vermeiden, daß Bulgarien, dessen gegenwärtige Regierung Anlehnung an den Dreibund sucht, ins andere Lager getrieben werde, worauf die Bemühungen der russischen und französischen Diplomatie gerichtet sind. Geschieht dies, so wäre der Balkanbund wieder perfekt, denn der Uebertritt Bulgariens könnte nur durch einen Wechsel auf Serbien erkauft werden, der in Hartwigschem Sinne bei uns einzulösen wäre. Den ziemlich deutlichen Sondierungen König Ferdinands auf Herstellung engerer Beziehungen habe ich mit dem Hinweise darauf geantwortet, daß dies den Gegenstand reiflicher Erwägung bilden müßte und uns nicht in Widerspruch mit unserem Verhältnisse zu Rumänien bringen dürfte.[b] Ein Eingehen auf diese Anregungen könnte ich mir in der Tat nur in der Weise vorstellen, daß unser bestehendes Vertragsverhältnis dadurch nicht nur nicht tangiert, sondern weiter ausgestaltet würde, etwa in der Weise, daß dem Königreiche die nötige Rückendeckung gegen Bulgarien gesichert werde für den Fall, auf welchen sich unser Bündnis mit Rumänien bezieht. Aus meinen letzten Unterredungen mit Euer Exzellenz hatte ich ersehen, daß Hochdieselben über den gegenwärtigen Wert Rumäniens für den Dreibund sehr besorgt sind. Es schiene mir nützlich, wenn Euer Exzellenz die deutsche Diplomatie bei sich ergebender Gelegenheit von Ihren diesbezüglichen Besorgnissen informieren und an der Hand derselben die Notwendigkeit betonen würden, daß die deutsche Diplomatie ihren großen Einfluß in Bukarest in dem Sinne betätige, einer weiteren Ausgestaltung der Intimität mit der Belgrader Regierung entgegenzuarbeiten. Serbien ist und bleibt der Exponent Rußlands und Frankreichs an unserer Flanke, dessen Verbrüderung mit Rumänien zwar vorerst nur gegen Bulgarien gerichtet sein mag, in der Zukunft aber sich gegen die Monarchie wenden und der militärischen und politischen Machtentfaltung des Dreibundes einen verhängnisvollen Abbruch tun könnte.

[a] Vgl. n. 8948, 8987, 8991, 9009, 9025. — [b] n. 8969.

Nr. 8991. Tel. aus Berlin, 13. Nov. 1913 Nr. 473 (eing. 14. Nov. 9 U. a. m.). Entziff.

Vertraulich. Erhalten Euer Exzellenz Telegramme Nr. 735 und 741 von gestern, betreffend Besuch König Ferdinands in Wien. Unterstaatssekretär sagte mir, Herr von Tschirschky habe schon telegraphisch gemeldet,

dass der König von Bulgarien den Abschluss eines förmlichen Akkords zwischen Oesterreich-Ungarn und Bulgarien zur Sprache gebracht, dass aber Euer Exzellenz hiezu bemerkt hätten, dass ein derartiger Akkord nur unter der Bedingung zustandekommen könnte, wenn unsere Beziehungen zu Rumänien hiedurch nicht beeinträchtigt würden. Herr Zimmermann ersucht mich, Euer Exzellenz zu melden, dass die von Hochdenselben gemachten Reserven der deutschen Regierung zur lebhaften Genugtuung gereichen.

Szögyény.

Nr. 8992. Tel. des Legationsrates Heinrich Ritter von Löwenthal aus Konstantinopel-Pera, 13. Nov. 1913 Nr. 605 (eing. 14. Nov. 9 U. a. m.).[a] Entziff.

Geheim. Bulgarisch-türkische Allianzverhandlungen. Ueber die vor mehreren Tagen erfolgte Abreise General Sawows (von dem mir Großvezier heute sagte, dass er in einigen Tagen zurückkehre) teilt mir Herr Toscheff im strengsten Vertrauen mit, Sawow sei, weil zu gesprächig, abberufen worden und an seine Stelle komme ein Oberst — Namen nannte er nicht. Toscheff erwähnte in sehr vager Weise, dass das vorliegende anderweitige Bundeswerben (mein heutiges Telegramm Nr. 608) die Türkei schon zu exorbitanten Forderungen an Bulgarien veranlasse; er bemerkte gesprächsweise, dass eine intensive Einwirkung Oesterreich-Ungarns auf die Türkei zwecks Zustandekommens der Allianz not täte. Trotz meiner Entgegnung, dass dies wohl nur bei näherer Kenntnis der Verhandlungsdétails möglich wäre, ging er auf keine Einzelheiten ein und sagte nur im allgemeinen, dass die Verhandlungen nicht recht von der Stelle kommen; es sei türkische Art, wenn man sie zu halten glaube, gewissermaßen durch die Finger zu schlüpfen. Er äußerte Absicht, sich an Markgrafen Pallavicini zu wenden.

Löwenthal.

[a] Vgl. n. 8986, 8993, 8996, 9004 Anm. b, 9010.

Nr. 8993. Tel. des Legationsrates Heinrich Ritter von Löwenthal aus Konstantinopel-Pera, 13. Nov. 1913 Nr. 608 (eing. 14. Nov. 9 U. a. m.).[a] Entziff.

Streng geheim. Panbalkanische Allianz. Herr Toscheff erzählt mir, dass Talaat Bey ihm gestern in Ergänzung seiner in meinem Telegramme Nr. 594 vom 9. d. M. gemeldeten Mitteilungen sagte, Take Jonescu habe ihm bei seiner Durchreise nach Athen seine bons offices als Friedensvermittler angetragen, die er angenommen habe. Auch habe infolge französischerseits angedrohter Geldsperre der erst in 14 Tagen intendierte Friedensabschluss beschleunigt werden müssen. Talaat Bey habe ihm weiters erzählt, dass Jonescu auch auf einen Beitritt der Türkei zur rumänisch-serbisch-griechischen Entente hinarbeite, ebenso Frankreich unter Androhung Anleiheverweigerung. Hier kursiert letzter Tage Gerücht über solche Bestrebungen, wobei bald von Beitritt nur der Türkei, bald auch von jenem Bulgariens gesprochen wird. Einschlägige Konfidentenmeldung: Unterhändler Ghalib Bey habe aus Athen nach erster Unterredung mit Take Jonescu telegrafisch raschen Friedensschluss mit dem Beifügen

angeraten, dass Türkei und Bulgarien doch mit der Zeit in die neue Balkanallianz eintreten müssten. Vergleiche auch Pašić' Anträge in meinem Telegramme Nr. 593 *b)* vom 9. d. M. und Schluss meines Berichtes Nr. 66 A vom 5. d. M. sowie jenen des Geschäftsträgers in Athen Nr. 48 B vom 25. v. M. Grossvezier sagte mir heute ex abrupto: „Et la Roumanie, elle se détache donc tout à fait de vous?" Auf die Frage, ob er auf Take Jonescu's Tätigkeit anspiele und ob er ihn und Rumänien als identischen Begriff auffasse, äusserte er die Meinung, dass der Genannte wohl nur der Exponent der russischen Partei sei. Herr Toscheff gibt sich sehr besorgt und will wissen, dass Russland mit Hochdruck auf eine Bulgarien erdrückende und dadurch in ihr Gefüge hineinzwängende Panbalkan-Allianz hinarbeitet. Er glaubt, dass dies auch Deutschland (worauf eine enigmatische Bemerkung Baron Wangenheims zu mir allerdings schliessen liesse) und Italien gerne sehen würden. Löwenthal.

a) Vgl. n. 8992, 8996. — *b)* Mit Tel. Nr. 593, 9. Nov. 1913 (eing. 10. Nov. 9 U. a. m.) [vgl. n. 8971 Anm. b] wurde aus Konstantinopel auch gemeldet, Herr Pašić habe durch den serbischen Delegierten Pavlović der Pforte bezüglich der Inseln sagen lassen, er glaube, daß Griechenland sie abtreten werde. Weiters habe Pašić eine serbisch-türkische Allianz vorgeschlagen. Die Türkei möge ganz Thracien okkupieren und könne auch in Bulgarien einrücken; er garantiere für Geschehenlassen seitens Rußlands wie es dies hinsichtlich der Rückeroberung Adrianopels getan habe. Herr Toscheff beurteile dies als serbischen Versuch zu sondieren, wie weit türkisch-bulgarische Abmachungen gediehen seien.

Nr. 8994. Tel. des Gesandten Grafen Ludwig Ambrózy aus Rom, 13. Nov. 1913 Nr. 858 (eing. 5 U. 30 M. p. m.). Entziff.

Aktion in Albanien zugunsten Kandidatur des Prinzen Wied. Marquis di San Giuliano ist mit den im hohen Telegramme Nr. 1327 vom 12. d. Mts. enthaltenen Vorschlägen einverstanden und wird an italienische Vertreter in Albanien entsprechende Weisungen erlassen. Ambrózy.

Nr. 8995. Tel. des Legationsrates Franz Freiherrn von Haymerle aus Bukarest, 14. Nov. 1913 Nr. 386 (eing. 6 U. p. m.).[a] Entziff.

Geheim. Wied-Kandidatur. Bei gestriger Überreichung des Großkreuzes des Stefansordens an Prinzen Carol hatte ich Gelegenheit, Seine Majestät den König zu sprechen, Höchstwelcher mir die bereits in Arbeit befindlichen Porträt-Plaquettes des Prinzen Wied zeigte. Ich benützte diesen Anlaß, unter Hervorhebung, daß offizielle Antwort erst heute gemeinsam mit italienischem Gesandten erfolgen würde, über einige Punkte unserer Antwort mit Seiner Majestät Vorfühlung zu nehmen. König Karl fragte zuerst nach Regelung der Anleihefrage und schien mit der Lösung sehr einverstanden. Ich regte dann Lösung ersten Punktes in dem von Euer Excellenz vorgeschlagenen Sinne „durch König selbst bei den Ententemächten" an; Seine Majestät schien — da ja eigentlich alle Mächte mit Wied-Kandidatur einverstanden — nicht abgeneigt und meiner Argumentation, daß es für Prinzen Wied in Augen der Ententemächte besser sei, wenn nicht alles durch uns und Italien angeregt werde, zugänglich: „Nur habe er immer Prinzip in dieser Frage gewahrt, sich nicht zu stark zu

exponieren, da es jetzt aber eigentlich nur mehr Formsache wäre, könne es vielleicht in dieser Weise durch ihn gemacht werden". Bezüglich der Einwendung gegen die provisorische Regierung, meinte Seine Majestät, sei dieselbe von russischer Seite gemacht worden; provisorische Regierung würde aber doch bei Wahl nicht ganz zu umgehen sein. Seine Majestät hatte die Gnade, mir zuzusagen, daß er italienischem Gesandten gegenüber meine Vormitteilung nicht erwähnen werde. Fortsetzung[a] folgt. Haymerle.

[a] Vgl. n. 8975, 9001.

Nr. 8996. Bericht des Legationsrates Heinrich Ritter von Löwenthal aus Konstantinopel, 14. Nov. 1913 Nr. 71 (eing. 19. Nov.).[a] Ausfert.

Geheim. Ich habe mich für verpflichtet gehalten, Euer Exzellenz über die hier konstatierbaren Symptome panbalkanischer Anregungen gestern sub Nr. 608 telegraphisch zu berichten, zumal das Wiederauftauchen der Tscharykow'schen Idee durch die anscheinend recht pronocierte Gönnerschaft Frankreichs und die hiebei zu Gebote stehenden finanziellen Pressionsmittel (Anleihe-Verweigerung) eine ernstere Bedeutung gewinnen könnte. Ich erfahre inzwischen noch von vertraulicher Quelle, dass Talaat Bey, dessen Einfluss auch in der äussern Politik maßgebend ist, die Sache noch für ganz bedeutungslos erklärt. Ob er bei diesem Standpunkte bleiben wird, ist eine andere Frage. Ob und welchen Einfluss die heutige Anwesenheit Take Jonescu's ausübt, wird, bis dieser Bericht einlangt, Euer Exzellenz vielleicht schon bekannt sein; ebenso vielleicht die Auffassung Seiner Exzellenz des Herrn Botschafters. Immerhin glaube ich es nicht unterlassen zu sollen, mein einschlägiges, im zitierten Telegramme angedeutetes Gespräch mit Herrn Toscheff ausführlicher wiederzugeben. Substrat dieses Gespräches waren die im erwähnten Telegramme angegebenen Nachrichten, sowie die publizistisch verlautenden Aeusserungen König Konstantins und — authentisch oder nicht — Herrn von Hartwigs (dass Serbien, wenn es Bosnien erhalte, Mazedonien an Bulgarien abgeben würde). Was zunächst die beiden gerüchtweise verlautenden Varianten (panbalkanische Konföderation mit oder ohne Bulgarien) betrifft, meinte Herr Toscheff, dass deren zweite (eine rumänisch-türkisch-serbisch-griechische Entente) entweder auf eine Zerstückelung seines Vaterlandes oder auf dessen Beitritts-Erzwingung hinausliefe. Eine Einkreisung Bulgariens müsse den russischen Einflüssen wieder die Thüre öffnen, König Ferdinand würde man das Weiter-Regieren zu verleiden wissen und das Land würde, unter einem Herrscher von Russlands Gnaden, in die panbalkanische, nur auf Kosten Oesterreich-Ungarns zu saturierende Konföderation eintreten. Das alles hänge — wenn sich Rumänien nicht zurückhalten lasse — nur davon ab, wie sich die Türkei zu diesen Werbungen stelle, wenn sie ihr als Brautgeschenk eine reichliche Anleihe und die Inseln bringen; vielleicht noch eine Promesse auf West-Thrazien. In wohlverstandenem Interesse der Türkei wäre es nach seiner Ansicht auch dann nicht, sich in diese Kombination einzulassen, die ihr in späterer Entscheidungsstunde keinen sichern Rückhalt gegen panhellenische Tendenzen gebe; der Besitz Konstantinopels balanciere dann nur mehr auf der russisch-griechischen Rivalität. Talaat

scheine dies derzeit noch einzusehen und bezeichne die panbalkanische Entente, Allianz oder wie immer man diese Kreation nennen will, als unannehmbar (vergleiche den zweiten Absatz dieses Berichtes)[b]. Aber der türkischen Staatsmänner sei man nie sicher; sie schlüpften einem durch die Finger. Sie seien wie die Kinder, die sich in einem Laden für kein Spielzeug entscheiden können, jedes in die Hand nehmen und ausprobieren wollen. Sie werden auch mit dieser Idee spielen und man könne nicht wissen, ob sie nicht schliesslich doch der Versuchung unterliegen, soviel Geld als sie verlangen zu erhalten, dazu die Inseln (wenn auch vielleicht unter dem Zugeständnisse der Autonomie) und den Nimbus einer grossen politischen Tat. Unter den jetzigen Lenkern der türkischen Politik sei keiner, der nicht blos auf Augenblicks-Erfolge hinarbeite; sie wollen die Früchte ihrer Tätigkeit selbst noch ernten, auf eine spätere Zukunft nehme keiner Bedacht. Leider seien die bulgarisch-türkischen Beziehungen noch nicht über eine unbestreitbar freundschaftliche Athmosphäre zu konkreten bindenden Abmachungen hinausgediehen, die den panbalkanischen Tendenzen einen Riegel vorschieben würden (vergl. mein gestriges Telegramm Nr. 605; zu Markgraf Pallavicini wird Herr Toscheff vielleicht rückhaltloser sprechen. Er fragte viel nach dem persönlich enEinfluss Seiner Exzellenz des Botschafters auf die türkischen Staatsmänner; ich habe den Eindruck, dass er sich noch in Sofia Direktiven holen will, wie weit er mit der Sprache herausdarf). Herr Toscheff, der übrigens recht schwarz aufzutragen bestrebt schien, betonte, dass ausser Oesterreich-Ungarn alle andern Mächte der panbalkanischen Idee wenn nicht positiv fördernd, so doch sympathisch gegenüberstünden; Deutschland, um seines Herrschers Griechenfreundlichkeit mit der Türkenfreundlichkeit seiner Regierung in Einklang zu bringen. Was Italien anbelangt, will der bulgarische Diplomat wissen, dass es hier ganz in russischem Sinne arbeite, was man ja schon aus den politisch intimen Beziehungen des italienischen Geschäftsträgers zur russischen Botschaft sehen könne. Uebrigens trachte Italien auch anderwärts (dies soll wohl heissen: in Sofia) ganz im russischen Sinne auf eine bulgarisch-serbische Aussöhnung hinzuwirken; ihn selbst habe kürzlich, von Belgrad kommend und von Pašić'schen Ideen durchdrungen, ein (angeblich einflussreicher) Mitarbeiter der „Tribuna" namens Todeschi für diese Aussöhnung gewinnen wollen. Eine solche Aussöhnung (es wäre denn zwangsweise durch panbalkanische Einkreisung) bezeichnete mir Herr Toscheff als ganz undenkbar; solange die jetzige Generation lebe, werde sie nie über den Hass gegen Serbien hinwegkommen (?). Aber selbst von diesen Gefühlsmomenten abgesehen: wie wenig ernst die serbischen Vorspiegelungen von eventueller Rückgabe mazedonischer Territorien zu nehmen seien, gehe schon aus den dort angewandten Serbisierungs-Methoden hervor. Soweit Herr Toscheff. Was die von ihm vermuteten Tendenzen des italienischen Geschäftsträgers, Grafen Nani Mocenigo, anbelangt, so macht mir dieser von seiner politischen Wichtigkeit sehr überzeugte Diplomat allerdings den Eindruck, nichts weniger als ein aufrichtiger Triplizist und speziell für russische Einflüsterungen sehr zugänglich zu sein. Doch sollte es mich wundern, wenn er in diesem Augenblicke in griechisch-türkischer

Verbrüderung arbeiten wollte. Vor kurzer Zeit sagte er mir, dass er anfangs auf das Zustandekommen des griechisch-türkischen Friedens hingewirkt, auf seine Meldung darüber aber den Auftrag bekommen habe, sich ganz passiv zu verhalten. Was Deutschlands Stellungnahme betrifft, so hatte ich kurz vor meinem Gespräche mit Herrn Toscheff Baron Wangenheim nach seiner Meinung über die panbalkanischen Gerüchte befragt und hatte hiebei — wie oft bei abenteuerlichen Tagesnachrichten — eine bagatellisierende Antwort erwartet. Der deutsche Botschafter gab mir aber die etwas enigmatische Antwort, er habe Markgraf Pallavicini immer gesagt, dieser hätte den Auftrag, für Bulgarien, er für Griechenland zu wirken; das sei wie eine Kartenpartie und dürfe es, wer immer in dieser Partie gewinne, die bundesfreundlichen Gefühle nicht beeinflussen. Dass die griechenfreundliche Politik Baron Wangenheim persönlich gegen den Strich geht und dass er eine Abkehr davon erhofft, hatte ich erst kürzlich wieder (10. d. M.) sehr deutlich zu konstatieren Gelegenheit. Sollte inzwischen die panbalkanische Idee in Berlin schon angeklopft und Gefallen gefunden haben? Ich erlaube mir die Bitte, den Baron Wangenheim betreffenden Teil dieses Berichtes streng reserviert behandeln zu wollen, da wohl auch eine blosse Andeutung in Berlin ihm schaden und den ausgezeichneten Beziehungen zwischen ihm und Markgrafen Pallavicini höchst abträglich sein könnte. Loewenthal.

[a]) Vgl. n. 9008, 9010, 9025. — [b]) Zweiter Absatz dieses Berichtes reicht oben von „Ich erfahre inzwischen“ bis „ausführlicher wiederzugeben.“

Nr. 8997. Tel. aus Paris, 14. Nov. 1913 Nr. 242 (eing. 10 U. p. m.).[a]) Entziff.

Heutiger „Matin“ greift in offenbar offiziösem Artikel italienische Regierung sehr heftig wegen angeblich Franzosen feindlicher Haltung der italienischen Presse an, für die Kabinett von Rom verantwortlich gemacht wird. „Temps“ und „Echo de Paris“ bringen gleichfalls sehr feindselige Artikel. Natürlich bekommen wir dabei auch unseren Teil ab. Die fragliche Presshetze wurde hauptsächlich durch „Temps“ (Tardieu) und „Echo de Paris“ (Jean Herbette), die beide in griechischem Solde stehen, angefangen und verschärft. Es scheint mir angezeigt, bei allfälliger Erörterung in unserer Presse zwischen den zwei genannten Journalen und der übrigen französischen Presse, die lange nicht so gehässig ist, einen Unterschied zu machen, denn Kritik der französischen Presse en bloc ruft natürlich hier Widerspruch hervor. Szécsen.

[a]) Vgl. n. 9003.

Nr. 8998. Tel. des Legationsrates Rudolf Freiherrn von Mittag aus Sofia, 14. Nov. 1913 Nr. 1275 (eing. 10 U. 45 M. p. m.).[a]) Entziff.

Reise Herrn Ghenadieffs nach Wien. Bezug auf mein Telegramm Nr. 1262[b]) vom 11. d. Mts. Minister des Aeußern ersucht mich, Euer Exzellenz zu melden, daß er — Seine Majestät der König wünsche ihn absolut zu sehen — Montag oder Dienstag nach Wien abreisen und vermutlich gleich ohne Aufenthalt sich Ebental begeben werde. Minister des Aeußern bittet Euer Exzellenz, ihn — sobald er König Ferdinand gesehen —

zu empfangen und erlaubt sich gleich jetzt zu Euer Exzellenz Kenntnis zu bringen, daß er spätestens Freitag 21. d. Mts. abends mit Orient-Express Wien verlassen müsse, da er Sonntag wieder grosse Wahlrede halte. Geheim. Minister des Aeußern läßt Euer Exzellenz auch melden, er müsse so rasch wieder zurückfahren, da er nächsten Dienstag 25. d. Mts. mit Talaat Bey eine geheime Zusammenkunft an türkisch-bulgarischer Grenze haben werde, um letzte Details türkisch-bulgarischer Militärkonvention festzusetzen.

Mittag.

a) Vgl. n. 9004, 9024. — b) Mit Tel. Nr. 1262, 11. Nov. 1913 (eing. 3 U. 40 M. p. m.) wurde aus Sofia gemeldet, Ghenadieff habe seine Absicht, auf der Rückreise aus Paris in Wien sich aufzuhalten aufgeben müssen, weil der französische Ministerpräsident Barthou und Izwolsky in Paris alles Mögliche versucht haben, ihn zwecks Zusammenkunft mit Kokowzow in Paris zurückzuhalten. Er sei unter Vorwand unaufschiebbarer Wahlkampagne aus Paris direkt nach Sofia gefahren, halte sich jedoch bereit, in einer Woche zu König Ferdinand nach Ebenthal und dann nach Wien zu reisen.

Nr. 8999. Bericht des Legationssekretärs Prinzen Emil Fürstenberg aus Athen, 15. Nov. 1913 Nr. 51 A (eing. 22. Nov.). Ausfert.

Vertraulich. Zu Ehren Herrn Take Jonescus und seiner Gemahlin gab letzten Sonntag der Marineminister einen Tee an Bord des nebst einer Anzahl von Zerstörern und Torpedobooten in Phaleron verankerten Panzerkreuzers „Averoff", zu welchem ausser dem diplomatischen Korps, den Kabinettsmitgliedern und anderen Würdenträgern auch ein grosser Teil der Athener Gesellschaft geladen war. Ihre Majestäten der König und die Königin in Begleitung der Prinzessin Helene und des Prinzen Alexander beehrten den Empfang durch Ihr Erscheinen. König Konstantin, Höchstwelcher mich in ein längeres Gespräch zog, erwähnte unter andern auch den Besuch König Ferdinands in Wien. Der König sagte, Seine k. u. k. Apostolische Majestät habe jedesmal, wenn Sein hochseliger Vater nach Wien gekommen wäre, Letzterem stets den ersten Besuch gemacht. Bei dem König der Bulgaren wäre dies aber jetzt nicht der Fall gewesen, sondern König Ferdinand hätte erst darum angesucht, von unserem Allergnädigsten Herrn empfangen zu werden, was dann später allerdings geschehen sei. König Konstantin schien darüber eine gewisse Genugtuung zu empfinden und fügte hinzu, unser Allergnädigster Herr habe aus dem Grunde gezögert, König Ferdinand zu sehen, weil Derselbe im vergangenen Jahre Seine Zustimmung dazu gegeben habe, dass in dem bulgarisch-serbischen Bündnisvertrag die bewusste, gegen die Monarchie gerichtete Klausel Aufnahme finde. König Konstantin schien der Auffassung zu sein, dass, im Gegensatz zu einer weitverbreiteten Ansicht, Russland in Unkenntnis obiger gegen uns gerichteter Stipulation gelassen wurde. Was die griechisch-bulgarische Militärkonvention vom Mai 1912 aber anbelange, so versicherte mich Seine Majestät, dass man vor Ausbruch des ersten Balkankrieges in Petersburg von deren Existenz keine Ahnung gehabt habe. Mit Vorliebe kommt Seine Majestät auf Seine siegreiche Armee zu sprechen. Höchstderselbe machte mich auf die überraschende Entwicklung, welche die Wehrkraft des Landes seit Beginn des Feldzuges durchlaufen habe, aufmerksam.

Vor dreizehn Monaten gab es bloss vier vollwertige Divisionen, jetzt seien deren elf, und eine zwölfte in Aufstellung begriffen. Dabei ergänzten sich dieselben insgesammt lediglich aus Alt-Griechenland; nicht ein Mann stamme aus den eroberten Gebieten. Sobald aber jetzt mit der Türkei Friede geschlossen würde, so könnte in den neuen Territorien die Aushebung des Jahrganges 1913 durchgeführt werden. Seine Majestät sagte schliesslich, Er erhoffe, dass nunmehr eine Friedensära von langer Dauer anbrechen werde. Ich betonte, dass auch die Monarchie nichts aufrichtiger wünsche, als dass alle Balkanstaaten ohne Unterschied sich nunmehr ihrer friedlichen Entwicklung widmen, worauf der König lächelnd bemerkte: „das wollen wir lieber nicht so genau untersuchen, was dort (offenbar in Wien) hinter den Kulissen vorgeht." Dieser Ausspruch Seiner Majestät konnte sich wohl nur auf die jüngste Anwesenheit des Königs der Bulgaren in der Monarchie beziehen und dürfte darauf zurückzuführen sein, dass Höchstderselbe aus der Tatsache dieses Aufenthaltes vielleicht doch zu weitgehende Konklusionen zu ziehen geneigt ist. Emil Fürstenberg.

Nr. 9000. Bericht des Legationssekretärs Prinzen Emil Fürstenberg aus Athen, 15. Nov. 1913 Nr. 51 F (eing. 22. Nov. 1913).[a] Ausfert.

Vertraulich. In meiner gehorsamen telegraphischen Berichterstattung[b] war ich in dem Falle, eine Konversation, die ich mit Herrn Take Jonescu hatte, in kurzem zu resumieren. In Ergänzung meiner diesbezüglichen ergebensten Meldung möchte ich hier nochmals auf seine damaligen Ausführungen reflektieren, welche mir in mehr als einem Punkte für die Tendenzen des genannten rumänischen Staatsmannes charakteristisch erscheinen. Nach Erörterung der einzelnen Phasen der Balkankrise und nach einem Rückblick auf die jüngsten Umwälzungen — eine Diskussion, die lediglich ein historisches Interesse beanspruchen kann — ging Herr Take Jonescu mit einem gewissen Empressement auf das Thema „Bulgarien" ein. Ich erzählte ihm, es hätte sich kürzlich ein hier durchgereister deutscher Journalist, der aus Bulgarien kam, dahin geäussert, dass dort die Revanche-Idee sich nicht, wie allgemein angenommen wird, in erster Linie gegen Griechenland, beziehungsweise Serbien, sondern vielmehr gegen Rumänien richte. Die Bulgaren betrachteten den Umstand, dass ihnen Mazedonien entgangen wäre, als lucrum cessans, während sie den teritorialen Verlust im Norden als damnum emergens ansehen. Mein Mitredner erwiderte, er sähe in diesem Punkte noch nicht genügend klar, bestätigte mir aber, dass in Bulgarien nicht nur der Gebietsverlust an Rumänien einen bitteren Nachgeschmack hinterlassen habe, sondern dass auch die Bulgaren es nicht verzeihen könnten, dass die rumänische Armee ihre heimatliche Scholle zum grössten Teile besetzt gehalten hätte. Durch diese Invasion, so fügte der Herr Minister selbstgefällig hinzu, sei eben die Widerstandskraft Bulgariens gebrochen worden. „Nous leur avons brisé leur orgueil!" Ohne an dieser Stelle die bereits gemeldeten Bemerkungen Take Jonescus über die Gefahren, welche angeblich der Dynastie König Ferdinands drohen, und über das seiner Auffassung nach nur vorübergehende Rapprochement Bulgariens zur Türkei rekapitulieren zu wollen, sei mir gestattet, den Eindruck, welchen

ich aus dem Kontakt mit dem Herrn Minister gewann, dahin zusammenzufassen, dass derselbe vor allem nicht der Mann sein dürfte, um, wenigstens wie die Dinge heute liegen, eine Annäherung zwischen Bukarest und Sofia zu präkonisieren. Wie ein roter Faden ging durch jedes Wort, welches er über Bulgarien fallen liess, eine nicht zu verkennende, mit tiefem Misstrauen gepaarte Animosität gegen Bulgarien hervor. Gewiss nicht ohne Absicht erwähnte er die Versuche, die russischerseits in Paris gemacht würden, um Bulgarien Geld zu verschaffen, als Beweis dafür, dass es selbst jetzt noch, unter einem ausgesprochen antirussischen Regime, nicht ganz aufgehört habe, auf russischen Beistand zu rechnen. Das bekannte Doppelspiel sei eben nach wie vor in Sofia an der Tagesordnung. Auf das Ultimatum der Monarchie an Serbien übergehend, betonte Herr Take Jonescu, dass rumänischerseits eine sehr entschiedene Sprache im Sinne einer ehebaldigen Evakuierung Albaniens in Belgrad geführt worden sei. Als dann die serbische Regierung darauf hinwies, dass es ihr nötig erscheine, Garantien gegen die Wiederholung albanesischer Angriffe zu erhalten, wurde ihr von Bukarest die sehr bündige Auskunft zu teil, dass sie sich derartige Gedanken aus dem Kopfe schlagen solle. Wie bereits gemeldet, hat Herr Take Jonescu hier massgebenden Ortes im speziellen Auftrage König Carols bezüglich der südalbanesischen Grenzfrage sehr eindringlich gesprochen und den hiesigen Staatsmännern die Gefahren vor Augen geführt, welchen sie sich im Falle einer Auflehnung gegen die Wünsche Europas und speziell der Adriamächte aussetzen würden. In diesem Zusammenhange lenkte ich das Gespräch auf das unlängst aufgetauchte Gerücht von einer eventuellen Invasion und Aufteilung Albaniens unter seine Nachbarn. Mein Mitredner leugnete, dass je ein derartiger Plan bestanden habe. Hätte man jemals hier daran gedacht, so würde ihm Herr Venizelos dies sicherlich nicht vorenthalten haben, nachdem er mit dem Ministerpräsidenten ganz offen gesprochen und alle Griechenlands Politik betreffenden Fragen erschöpfend durchberaten hätte. Übrigens halte er Venizelos nicht für fähig, auch nur einen Augenblick einen solchen abenteuerlichen Plan in Erwägung zu ziehen. An meine Bemerkung über die uns gegenüber in der albanesischen Frage seitens Frankreichs beobachtete oppositionelle, oft geradezu provokatorische Haltung anknüpfend, sagte mir Herr Take Jonescu, es sei ihm dies umso unverständlicher, als ihm gelegentlich seines Pariser Aufenthaltes im September Herr Pichon sehr ruhig und vernünftig über Österreich-Ungarn gesprochen habe und damals der Anbahnung eines vertrauensvolleren Verhältnisses zur Monarchie nicht abgeneigt schien. Der Herr Minister versicherte mich, er habe damals den Eindruck gewonnen, Frankreich sei sehr friedfertig gesinnt, Herr Poincaré mitinbegriffen, obwohl man von letzterem oft das Gegenteil behauptet habe. Emil Fürstenberg.

[a]) Vgl. n. 9008. — [b]) n. 8978.

*Nr. **9001.** Tel. des Legationsrates Franz Freiherrn von Haymerle aus Bukarest, 15. Nov. 1913 Nr. 389 (eing. 5 U. p. m.).[a]) Entziff.*

Fortsetzung des Telegrammes von gestern Nr. 386. Italienischer Gesandter und ich überreichten gestern in Sinaia gemeinsam Prinzen Wied

Antwortnoten unserer Regierungen. Prinz erklärte, dass er diese Antworten als Annahme seiner Bedingungen betrachte und uns seine formelle Antwort nach der auch durch die Ententemächte erfolgten ausdrücklichen Annahme seiner Kandidatur bekanntgeben werde. Er müsse nur König Karl fragen, ob Höchstderselbe bei denselben intervenieren wolle. Er bitte uns aber schon jetzt unseren respektiven hohen Regierungen seinen aufrichtigsten Dank für ihre Bemühungen übermitteln zu wollen. Ministerpräsident erklärte uns dann in Gegenwart Seiner Majestät des Königs und des Prinzen, er könne nun glücklicherweise über Auftrag Seiner Majestät aus seiner Reserve heraustreten und würde beim nächsten Diplomatenempfang am 18. dieses Monats den Vertretern der Ententemächte nahelegen, die Kandidatur des Prinzen Wilhelm zu Wied auch offiziell zu der ihrigen zu machen. Sobald Antwort der Ententemächte eingelangt sei, würde er, da er die Annahme durch den Dreibund als vorhanden betrachte, dem Prinzen mitteilen, dass seine Kandidatur von allen sechs Grossmächten angenommen sei. Dann müssten wohl die Grossmächte laut dem Londoner Protokoll Albanien den Prinzen als Fürsten designieren. (Auf meine Anregung, diesen Schritt doch noch vor dem 18. dieses Monats zu unternehmen, erklärte Herr Majoresco, dies sei nicht gut tunlich, da Rumänien bisher vollkommene Reserve gezeigt habe und daher nicht auf einmal zu viel Empressement an den Tag legen wolle; dagegen könne beim allwöchentlichen Diplomatenempfang dies sich von selbst machen lassen.) Seine Majestät und der Prinz meinten, dass wenn das Vorentwickelte durchgeführt sei, eine Deputation der Notablen Albaniens, inbegriffen Mitglieder der provisorischen Regierung, die wohl nicht ganz zu übergehen sei, zum Prinzen Wied kommen müsste, um ihm den Thron im Namen des albanesischen Volkes anzubieten. Der Prinz erklärte, ohne auch vom Lande gerufen zu sein, wollte er nicht nach Albanien gehen. König Karl und der Prinz sind aber jetzt beide für eine möglichst baldige Finalisierung der ganzen Angelegenheit, umsomehr als Ferid Pascha (?), der hier und in Wien gewesen sei, dem König durch den rumänischen Geschäftsträger in Wien, Herrn Carp, sagen liess, der Prinz müsse unbedingt bis Jänner nach Albanien kommen, sonst sei Bürgerkrieg zu befürchten. Seine Majestät und der Prinz waren durch diese Mitteilung entschieden impressioniert. Letzterer sagte mir, er glaube im Jänner Albanien zu reisen. Prinz Wied hat seine Abreise auf den 19. dieses Monats verschoben, da er noch die Rückkehr Take Jonescos abwarten will. Haymerle.

a) Vgl. n. 9015, 9049.

Nr. 9002. Bericht des Gerenten des Vizekonsulates in Nisch, Konsulatskanzleisekretär Heinrich Hoflehner, an den Gesandten von Ugron in Belgrad, 15. Nov. 1913 Nr. 151 res. (eing. mit Bericht Nr. 255 vom 20. Nov. 1913 aus Belgrad am 21. Nov.).a) Ausfert.

In der serbischen Presse war kürzlich von einer seitens des russischen Gesandten in Belgrad Herrn Hartwig an den „Pester Lloyd“ gerichteten telegraphischen Berichtigung zu lesen. Der genannte Funktionär stellte in seiner Berichtigung in Abrede, daß er mit der im „Pester Lloyd“ verlaut-

barten, aus Sofia stammenden Nachricht, Serbien würde an Bulgarien in dem Momente Mazedonien zurückgeben, als es Bosnien-Herzegovina erhalten hat, in irgend einem Zusammenhange steht. Hiezu gestatte ich mir ergebenst anzuführen, daß zur Zeit, als Serbien sich anschickte, den geschlagenen aufständischen Arnauten auf das Gebiet des autonomen Albanien nachzufolgen, und hier sehr viel von einer Occupation Albaniens durch Serbien und Griechenland gesprochen wurde, in gewissen hiesigen politischen Kreisen ganz ernstlich von der Absicht Serbiens verlautete, mit Bulgarien wieder auf besseren Fuß zu kommen. Als geeignetes Mittel hiezu wurde die Abtretung von Ištip, Kočana und Radovište an Bulgarien genannt, falls letzteres nämlich sich angesichts der Occupierung Albaniens durch Serbien ruhig verhalten sollte. Da aber die vorerwähnten hiesigen politischen Kreise überzeugte Anhänger Russlands sind und des öftern sich als gut informiert über die durch die Vertreter Russlands der serbischen Regierung erteilten Ratschläge zeigten, könnte vielleicht doch darauf geschlossen werden, daß der vom Pester Lloyd gebrachten Nachricht eine Tatsache zu Grunde liegt und der Belgrader russische Gesandte hievon mehr weiß, als er zugibt. Daran zweifelt hier Niemand, auch nicht Angehörige der serbischen Oppositionsparteien, welche die Einflußnahme Herrn Hartwigs auf die serbische Politik richtig zu beurteilen vermögen. Hoflehner.

[a]) Vgl. n. 9005, 9022.

Nr. 9003. Tel. aus Paris, 15. Nov. 1913 Nr. 243 (eing. 8 U. p. m.).[a]) *Entziff.*

Geheim. Zu meinem Telegramm Nr. 242 von gestern. Französisch-italienische Beziehungen. Herr Paléologue sprach sich ziemlich gereizt über Haltung italienischer Presse aus, die, wie er glaubt, von italienischer Regierung inspiriert ist. Gestriger „Matin"-Artikel war offiziös; Herr Paléologue meinte, es wäre notwendig gewesen, auf die Bedenklichkeit dieser Presshetze aufmerksam zu machen. Er gebe zu, dass gewisse hiesige Zeitungen infolge griechischer Sympathien zu scharf gegen italienische Politik aufgetreten seien, doch dürfe man nicht gesamte öffentliche Meinung, noch weniger hiesige Regierung hiefür verantwortlich machen. Streng vertraulich. Paléologue bemerkte, Haltung italienischer Regierung sei ihm unverständlich. „Il y a quelques semaines, le gouvernement italien nous a fait certaines propositions très vagues au sujet d'une entente au sujet de la Méditerranée, nous n'avons pas bien compris de quoi il s'agit, mais nous nous sommes déclarés tout prêts à causer. Le cabinet de Rome n'a pas précisé ses idées et l'affaire en est restée là. Nous ne savons pas quel était le but de cette conversation, mais après les bonnes dispositions dont nous avons fait preuve je ne m'explique pas l'attitude du gouvernement italien." Diese Aeußerungen scheinen die Vermutung zu bestätigen, dass die ganzen Ententeverhandlungen zwischen Rom und Paris einer Initiative Herrn Barrères entsprungen sein dürften, der in Rom auf eigene Faust vielleicht gewisse vage Propositionen gemacht hat, und als selbe dort nicht direkt abgelehnt wurden, sie hieher als italienische Wünsche gemeldet haben dürfte. Szécsen.

[a]) Vgl. n. 8974.

*Nr. **9004**. Tel. des Legationsrates Rudolf Freiherrn von Mittag aus Sofia, 16. Nov. 1913 Nr. 1282 (eing. 17. Nov. 9 U. a. m.).[a] Entziff.*

Geheim. Minister des Äussern sagte mir, er erfahre aus Konstantinopel, Take Jonescu habe Talaat griechisch-türkische Entente proponiert. Talaat hätte geantwortet, Türkei sei im Begriffe, enge Verständigung mit Bulgarien zu suchen und Vorschlag Beitritt Rumäniens zu derselben gemacht. Auf Einwurf Take Jonescus, Rumänien müsse zwecks Aufrechterhaltung Bukarester Friedens sich freie Hand wahren, soll Talaat geantwortet haben, bestes Mittel, Frieden aufrecht zu erhalten, wäre eine türkisch-bulgarisch-rumänische Verständigung. Minister des Äußern äußerte sich über „diese rumänischen Intriguen" sehr ungehalten; offenbar befürchtet er von ihnen etwaige Verzögerung Abschlusses türkisch-bulgarischer Allianz (hohes Telegramm Nr. 643[b]) von gestern). Minister sprach mir auch neuerlich spontan von seiner bevorstehenden Entrevue mit Talaat und sagte mir, an Stelle General Sawows werde er wahrscheinlich Oberst Jekow oder Oberst Jostow nach Konstantinopel entsenden. Mittag.

[a]) Vgl. n. 8998, 9064, 9090. — [b]) Mit Tel. Nr. 643, 15. Nov. 1913 (chiffr. 11 U. 30 M. p. m.) wurde n. 8992 nach Sofia mitgeteilt.

*Nr. **9005**. Bericht aus Belgrad, 17. Nov. 1913 Nr. 252 A (eing. 19. Nov.).[a] Ausfert.*

Euer Exzellenz dürfte die im „Pester Lloyd" ziemlich breitgetretene Angelegenheit einer der ungezählten, gegen die Monarchie gerichteten Äußerungen des Herrn von Hartwig bekannt sein. Erklärungen und Gegenerklärungen wurden publiziert; der Versuch aber, sich rein zu waschen, ist meinem russischen Kollegen nicht gelungen. Herr von Hartwig hat in seinem, an die Redaktion des „Pester Lloyd" eingesendeten Dementi einfach behauptet, daß er keine Journalisten empfängt und keine Interviews gibt; hat aber nicht erklärt, daß er die ihm imputierte Äußerung nicht getan habe. Die in den bulgarischen Zeitungen publizierte Unterredung soll tatsächlich nicht mit einem Journalisten, sondern mit Herrn Dantscheff, dem früheren Professor an der Sofioter Kriegsschule, stattgefunden haben. In diesem sehr interessanten Gespräch[b]) — das ich in extenso Euer Exzellenz in Vorlage zu bringen mir erlaube — ist der ganze Ideenkreis des Herrn von Hartwig getreu wiedergegeben. So ist er und so denkt er. Sollte aber auch mein russischer Kollege tatsächlich diese Aussprache Herrn Dantscheff gegenüber nicht getan haben, so reproduziert der Artikel doch seine innersten Empfindungen und geheimsten Gefühle. In ähnlichem Sinne hat er sich auch hier öfters geäussert, worauf ich im Laufe meiner Berichterstattung schon öfters hingewiesen habe. „Daß nach der Türkei die Reihe nunmehr an die Monarchie käme" ist eine seiner beliebten Thesen, die er auch dem rumänischen Gesandten gegenüber öfters vertreten hat. Ihm hat er bei der großen Abrechnung Siebenbürgen und die Bukowina versprochen gehabt. Daß er den Bulgaren Mazedonien in Aussicht stellt, sobald Serbien sich — woran er nicht zu zweifeln scheint — Bosnien und die Herzegowina nehmen wird, entspricht ganz seiner verhetzenden agitatorischen

Tätigkeit, die er hier mit so großem Erfolge stets betrieben hat und noch betreibt. Ugron.

a) Vgl. n. 9002, 9022, 9118. — b) Die auf Österreich-Ungarn bezügliche Stelle in Beilage zu n. 9022.

*Nr. **9006**. Bericht aus Cetinje, 17. Nov. 1913 Nr. 110 A (eing. 21. Nov.).[a]*
Ausfert.

Streng vertraulich. Gelegentlich des Abschiedsbesuches, welchen ich heute dem russischen Geschäftsträger, Herrn Obnorsky, abstattete, frug ich denselben über den Stand der zwischen Russland und Montenegro bezüglich der Wiederaufnahme der Zahlung der Armee-Subvention und der sonstigen materiellen Unterstützung Montenegros (Deckung des Defizites), der Delegierung russischer Armee-Instruktoren und der Wiedereröffnung des russischen Mädchen-Institutes, schwebenden Verhandlungen. Herr Obnorsky machte mir, mit dem an ihm gewohnten Freimute, folgende Eröffnungen: „Die Ideen, die ich über die hier einzuschlagende Politik Russlands habe, sind ihnen genau bekannt." (Vgl. diesbezüglich meinen ergebensten Bericht Nr. 105 vom 4. l. M., streng vertraulich). „Montenegro steuert der Union mit Serbien zu, welche, wenn sie sich gewaltsam und ohne Regulativ vollzieht, eine Intervention Österreich-Ungarns und wahrscheinlich auch Italiens in Serbien und in Montenegro provozieren, vielleicht aber auch europäische Komplikationen, ich meine einen Konflikt zwischen Russland und Österreich-Ungarn, zur Folge haben würde. Davor will ich mein Land bewahren, und da Montenegro ohne materielle Hilfe von auswärts den politischen und ökonomischen Kampf mit Serbien nicht aufnehmen kann und ein anderes Mittel, die erwähnte Union wirksam zu verhindern, mir nicht bekannt ist, trete ich dafür ein, dass Russland hier insoweit Prestigepolitik treibe, um durch die Bewilligung der Armee-Instruktoren, die militärische und zwar erhöhte Subvention und eine ausgiebige Beihilfe zum Budget (circa 6 Millionen Kronen), den Status quo ante wieder herzustellen und durch seine physische und moralische Anwesenheit jeden Versuch Serbiens und Montenegros, sich unter anderer als der von Russland sanktionierten Form zu nähern, zu verhindern. Bei dem einige Milliarden betragenden Budget Russlands dürfen so minime Beträge keine Rolle spielen." „Ich wiederhole, betonte mein Mitredner, dass diese Politik keine militante sein könne und in erster Linie dem Frieden und den guten Beziehungen zwischen Russland und Österreich-Ungarn dienen soll. Heute ist eben nur Russland imstande, seinen Einfluss der serbischen Strömung in Montenegro entgegenzustellen." Ich bemerkte hier Herrn Obnorsky, wie auch schon in einer früheren Unterredung, dass diese Pläne mir recht gut und schön zu sein scheinen, ganz gewiss aber Russland die Mittel an die Hand geben, zur gegebenen Zeit die Vereinigung eines stärkeren Montenegros mit Serbien durchzuführen. Herr Obnorsky wehrte sich entschieden gegen eine solche Unterstellung, und was seine Person betrifft, habe ich keinen Grund, an seiner Loyalität und bonne foi zu zweifeln. Mein Mitredner teilte mir mit, dass er bereits gute Hoffnung habe, mit seinen Ideen in St. Petersburg durchzudringen und die entgegengesetzten Anschauungen des beurlaubten

Gesandten, Herrn von Giers, welchen er als „génie nefaste" bezeichnete, der den springenden Punkt der Sache nicht erfasst habe, aus dem Felde zu schlagen. Die an montenegrinische Prinzessinnen verheirateten Grossfürsten hätten am Zarenhofe vollkommen ausgespielt und es würde niemand eine Hand rühren, wenn das Volk „cette dynastie de chenapans" verjagen würde, — aber es dürfe nicht zur Revolution und damit zur Intervention Österreich-Ungarns kommen — sondern die Sache müsse friedlich und als Evolution (lies: unter der Ägide und Leitung Russlands) vor sich gehen. Er, Obnorsky, denke dabei, da die Karagjorgjević aus den oben angeführten Gründen nicht in Frage kämen, an den früheren Thronerben, Božo Petrović, womit die Dynastie Petrović erhalten bleiben könnte und nur die in Haupt und Gliedern kompromittierte gegenwärtig regierende Linie ausgeschaltet würde. Ich frug meinen Kollegen, wie sich der König zu den eingangs erwähnten russischen Plänen stelle und antwortete mir Herr Obnorsky, dass Seine Majestät ihn seit der Abreise Herrn von Giers' bereits dreimal rufen liess und dass Höchstderselbe seine Stellungnahme selbst mit den Worten präzisiert habe: „Je ne demande rien, mais j'espère beaucoup." Ich kam dann darauf zu sprechen, dass Russland bis jetzt sich weigere, das seit Monatsfrist begehrte agrément für Herrn Popović, der als Gesandter nach St. Petersburg bestimmt sei, zu geben. Herr Obnorsky gab mir die Aufklärung, dass er die Kreierung einer montenegrinischen Gesandtschaft in Petersburg überhaupt und ohne Rücksicht auf die Person bekämpfe. Ich warf hier ein, dass ich diese Mitteilung dahin auffasse, dass Montenegro als Vasall Russlands nicht das Recht zuerkannt erhalten würde, seine Selbständigung durch Unterhaltung einer Gesandtschaft zu markieren. Herr Obnorsky meinte, es sei etwas Wahres an dieser Argumentation und fügte bei, dass, von seinem Standpunkte aus, er vorerst seine Ideen zum Siege bringen wolle, was ihm durch mögliche Intrigen eines Gesandten erschwert werden würde. Dringe er nicht durch, dann möge man wen immer als Gesandten schicken, im Gegenfalle müsse aber die Kontrolle (lies: Leitung der montenegrinischen Angelegenheiten) der russischen Gesandtschaft in Cetinje gewahrt bleiben. Eine neue Konklusion habe ich aus diesen Ausführungen meines russischen Kollegen nicht zu ziehen; wenn seine Argumente und Richtlinien, was ich fürchte, sich bei der russischen Regierung durchsetzen, werden wir mit einem in völligem Vasallentum gegenüber Russland befindlichen Montenegro, und statt mit einer serbischen, mit der russischen Vormundschaft, und zwar in stark verbesserter Auflage, rechnen müssen. Die heute vielleicht noch loyale Politik des gegenwärtigen russischen Vertreters kann und wird wahrscheinlich bei einem Personenwechsel in die alte Richtung propagandistischen[b)] und gegen die Monarchie feindlichen[b)] Intrigen ausarten. Bei einem allfälligen Ableben des Königs könnte zwar in sehr beschränktem Sinne mit einer Umkehr seitens des künftigen Königs Danilo gerechnet werden, doch ist es sehr die Frage, ob derselbe, an Händen und Füssen geknebelt und aller Machtmittel beraubt, seine Selbständigkeit noch zurückgewinnen könnte, — endlich scheint man durch die ins Auge gefasste Berufung der Seitenlinie, Božo Petrović, auf den Thron, auch diese Eventualität schon in Rechnung gezogen zu haben. Dennoch wird kaum

etwas Anders übrig bleiben, als die Erneuerung des russischen Einflusses als ein gewohntes und kleineres Übel hinzunehmen und sich auf die Erhaltung der kommerziellen Einflusssphäre, welche von Russland kaum angegriffen werden wird, zu beschränken. Russland wird sich besten Falles erst nach einer Reihe von Jahren so stark fühlen, um eine gewaltsame Lösung der Frage gegen Österreich-Ungarn riskieren zu können. Im übrigen wird die voraussichtlich nicht zu schnell einsetzende und durch das Eingreifen Russlands verzögerte Entwicklung der Dinge in Serbien und hier abzuwarten und, falls Russland die endliche Vereinigung der beiden Länder nicht mehr hindern könnte oder wollte, mit der Wahrung der eigenen Interessen durch Besetzung eines angemessen breiten Küstenstriches von Cattaro bis Albanien vorzugehen und so das vergrösserte Serbien von der Adria abzuschliessen sein. Giesl.

[a]) Vgl. n. 9045, 9445. — [b]) So!

Nr. 9007. Bericht aus Cetinje, 17. Nov. 1913 Nr. 110 B (eing. 21. Nov.). Ausfert.

Vertraulich. Ich habe instruktionsgemäss gestern vom Minister des Äussern eine Abschiedsaudienz bei Seiner Majestät König Nikolaus verlangt. Ich zweifle nicht, dass mir dieselbe in den nächsten Tagen, respektive vor meiner für den 20. l. M. fixierten Abreise bewilligt werden wird, indem ich annehme, dass der König die Gelegenheit, durch eine liebenswürdige Verabschiedung alle von Seite des Hofes uns widerfahrenen Zurücksetzungen und Beleidigungen zu verwischen, mit beiden Händen ergreifen und uns dadurch die Möglichkeit nehmen wird, auf dieselben in irgend einer Weise zurückzukommen. Diese absichtlichen Zeichen der Missachtung haben übrigens gestern ihre Fortsetzung gefunden. Es wurde die Jahrhundertfeier des Vladika Petar in solenneller Weise begangen und erhielten auch die fremden Vertreter Einladungen, der Feier im Regierungsgebäude beizuwohnen. Als ich mit den beiden Herren der Gesandtschaft (dem Legationsrat und dem Militär-Attaché) in den Festsaal eintrat, war der königliche Hof bereits versammelt, da das diplomatische Korps für eine spätere Stunde geladen war. Auf unsere Verbeugung vor dem Königspaare dankte der König mit einem leichten Kopfnicken, die Königin jedoch, wie von mehreren Seiten konstatiert wurde, mit keiner Geste. Beim Auszuge des Hofes würdigte derselbe das diplomatische Korps überhaupt keines Blickes. Ich konnte aber weiters konstatieren, dass von den montenegrinischen Funktionären und Offizieren, den Prinzen Peter an der Spitze, keiner die innehabenden österreichisch-ungarischen Auszeichnungen, dagegen ausser den montenegrinischen auch sämmtliche fremdländischen Dekorationen angelegt hatten, — was ich nur auf ein mot d'ordre zurückführen kann. Da Prinz Peter beispielsweise sogar einen türkischen Stern trug, obwohl Montenegro den Frieden mit der Türkei noch nicht gezeichnet hat, so sollte mit dem Boykott der österr.-ungarischen Orden wohl demonstriert werden, dass es für Montenegro nur einen Feind, Österreich-Ungarn, gäbe. Auf diese Manifestation konnte ich nur durch Fernbleiben der Mitglieder der Gesandtschaft von der abendlichen Feier im Theater erwidern, nachdem wir hiezu

die montenegrinischen Orden hätten anlegen müssen, welche Kourtoisie ich mit Hinblick auf die den österreichischen-ungarischen Auszeichnungen wiederfahrene Behandlung als ganz unangebracht fand. Giesl.

Nr. 9008. Bericht aus Konstantinopel, 17. Nov. 1913 Nr. 72 A (eing. 19. Nov.).[a]) Ausfert.

Streng vertraulich. In Gemäßheit der mir von Euer Exzellenz in Wien erteilten Weisung habe ich nicht ermangelt, im Gespräche mit meinem deutschen Kollegen die Bemerkung einfliessen zu lassen, dass es anläßlich des von König Ferdinand in Wien abgestatteten Besuches zu keinerlei Abmachungen gekommen ist, da wir uns hinsichtlich unseres Verhältnisses zu Bulgarien vom Gesichtspunkte unserer Beziehungen zu Rumänien leiten lassen und alles zu vermeiden entschlossen sind, was diesen abträglich sein könnte. Baron Wangenheim nahm diese Mitteilung mit sichtlicher Genugtuung entgegen. Ich habe aus dieser und andern, zum grössten Teile auf Spezialfragen bezüglichen Unterredungen mit ihm noch keinen ganz klaren Eindruck gewonnen, wie er und seine Regierung die jetzige Phase der Balkan-Politik beurteilen; einiges, was er sagte, klang an die Möglichkeiten einer türkischen Annäherung an Rumänien (Serbien?) und Griechenland an und liess eher vermuten, dass dieser Gedanke in Berlin Gefallen finde. Den Grossvezier habe ich vorgestern gleich nach meiner Rückkehr besucht und des längern gesprochen. Ich habe den Eindruck, dass seine Ansichten über die weitere Gestaltung der Balkan-Politik und die von der Türkei hiebei einzunehmende Haltung nicht mehr so feststehende sind als zur Zeit meines Urlaubsantrittes. Ich konnte dies aus einigen seiner Bemerkungen über die spätere Gestaltung der Verhältnisse zwischen den Balkanstaaten entnehmen, wobei seine Gedanken immer wieder auf Rumänien zurückkehrten. Er betonte wiederholt, dass man in Bukarest befürchte, Bulgarien würde, wenn erstarkt, seine Waffen auch gegen Rumänien kehren; seiner Ansicht nach wäre Österreich-Ungarn in der Lage, Rumänien diesbezüglich zu beruhigen. Diese Äusserungen liefen, aber in weniger zuversichtlicher Weise als vor Monatsfrist, auf den Gedanken einer rumänisch-bulgarisch-türkischen Entente hinaus. Bulgarien anlangend, bemerkte er des öftern, ein schriftliches Abkommen sei eigentlich nicht nötig, die Hauptsache sei die tatsächlich bestehende Interessen-Gemeinschaft. Einigen Äusserungen war zu entnehmen, dass er sich auch mit der Idee einer Annäherung an Rumänien und Griechenland (einer Nennung Serbiens wich er wohl absichtlich aus) beschäftige. Er sagte übrigens, dass ihm von den Botschaftern niemand von dieser Idee gesprochen hätte. Was die Inseln betrifft, betonte er mit Nachdruck, dass die Türkei auf Chios und Mytilene nicht verzichten und sich keinesfalls mit einer Scheinsouveränität à la Samos begnügen könne, sondern den status quo ante bellum beanspruchen müsse. Also Spuren des alten Aktions-Planes mit neuen Orientierungsmöglichkeiten untermischt: ich führe diese Änderung auf den Eindruck des eben abgeschlossenen Friedens mit Griechenland und auf Take Jonescu zurück. Mit dem letzteren, der vorgestern abends seine Rückreise nach Bukarest fortsetzte, hatte ich bei dem vom rumänischen Gesandten für ihn veranstalteten Rout ein längeres

Gespräch. Wie Euer Exzellenz bereits telegraphisch[b]) gemeldet, behauptete er, seine ursprüngliche und offizielle Mission habe darin bestanden, Herrn Venizelos zu Nachgiebigkeit in der südalbanesischen Grenz-Frage zu bestimmen, zumal Euer Exzellenz ihm (Jonescu) gesagt hätten, Österreich-Ungarn würde erforderlichen Falles in dieser Sache bis ans äusserste gehen. Er habe denn auch Herrn Venizelos vorgestellt, dass Griechenland eventuell eine italienische und österreichisch-ungarische Okkupation der in Frage stehenden Gebiete riskiere. Herr Venizelos habe ihm zwar gesagt, dass er durch ein Nachgeben seine ganze Popularität auf Spiel setze, habe aber doch schliesslich eingesehen, dass es für Griechenland am besten sei, einzulenken. Take Jonescu will einen ähnlichen Einfluss auch auf Serbien hinsichtlich der Erlaubnis der Viehweide und des Märkte-Zugangs für die Bewohner des unabhängigen Albaniens ausgeübt und auch schon vor unserer Belgrader Sommation auf die Evakuierung hingewirkt haben. Es war aus seiner Sprache zu ersehen, wie sehr er sich in der Rolle eines Friedens-Stifters gefällt; er sprach auch mit grosser Genugtuung von seiner — als rein zufällig bezeichneten — Mitwirkung am Zustandekommen des Athener Friedens. Unser Gespräch gieng dann auf die Balkanlage über, wobei Take Jonescu trotz der vielen Verherrlichungen des Bukarester Friedens zugab, dass sie noch nicht als definitiv stabilisiert betrachtet werden könne. Die grösste Gefahr erklärte er in Bulgarien zu erblicken und zwar hauptsächlich in dessen Revanche-Tendenzen gegen Serbien, nicht so sehr gegen Griechenland. Was speziell Rumäniens Beziehungen zu Bulgarien anbelange, so halte er aus psychologischen Gründen in nächster Zukunft eine Annäherung kaum für möglich; es bestehe beiderseits ein grosses Misstrauen, welches, wie er einfliessen liess, auch Herr Bratianu, der demnächst zur Regierung gelangen dürfte, teile. Herr Jonescu frug nach meiner Ansicht über die beste Art der weitern Entwicklung. Ich verwies darauf, dass Rumänien meiner Meinung nach ein vitales Interesse habe, dass Konstantinopel und damit die Beherrschung der Meerengen in türkischen Händen bleibe, und dass daher ein gutes Verhältnis Rumäniens zur Türkei von grösster Wichtigkeit sei; er stimmte mir zu und sagte, es wäre der Tod Rumäniens, wenn Konstantinopel in russische oder griechische Hände käme. Ich gab im Anschlusse hieran dem Gedanken Ausdruck, dass auch Bulgariens Interesse in dieser wichtigsten Frage mit jenen Rumäniens und der Türkei identisch sei und dass mir daher ein Zusammengehen dieser drei Staaten unter Anlehnung an den Dreibund das Erspriesslichste scheine. Auf die Frage, ob ich damit einverstanden sei, dass er dies Seiner Majestät dem Könige vortrage, ersuchte ich ihn, es als meine rein persönliche Ansicht zu bezeichnen. Herr Jonescu erwähnte mir noch, russischerseits werde daran gearbeitet, den vorjährigen Balkanbund unter Beitritt Rumäniens und der Türkei wieder zustandezubringen[l]) (vgl. Spuren solcher Tätigkeit im hieramtlichen Telegramme vom 6. d. M., Nr. 589[c])); er zweifle aber an der Möglichkeit, über den in Bulgarien gegen Serbien bestehenden Hass hinwegzukommen. Er glaube nicht, dass Russland auf eine Bulgarien nicht von Anfang an einbeziehende panbalkanische Entente, also auf eine Einkreisung Bulgariens, hinarbeiten könne, da dies auf ein zum grössten Teile aus nichtslavischen

Staaten bestehendes Bündnis gegen einen Slaven-Staat hinauskäme. Zu meinen Kollegen scheint Herr Take Jonescu in einer der vermuteten Denkungsart jedes einzelnen angepassten und dementsprechend variierenden Weise gesprochen zu haben. Pallavicini.

1) !

a) Vgl. n. 8996, 9000, 9033. — b) Tel. Nr. 615, 15. Nov. 1913 (eing. 16. Nov. 10 U. a. m.) aus Konstantinopel enthält nur kurzen Vorbericht vorliegenden Berichtes. — c) Tel. Nr. 589, 6. Nov. 1913 (eing. 7. Nov. 9 U. a. m.) aus Konstantinopel behandelt Konfidentenmeldung über Angebot der Pforte an Serbien für Neutralität in einem griechisch-türkischen Kriege, wobei Serbien an Bulgarien Ištip und Kočana und dieses dafür Westthrazien an die Türkei abgeben solle. Auch solle ein Vertrauensmann der Pforte die Stellungnahme Rumäniens für den Fall eines griechisch-türkischen Krieges erkundet haben. (Vgl. n. 8971 Anm. b).

Tel. nach Berlin, 19. Nov. 1913 Nr. 748 (chiffr. 11 U. 50 M. p. m.). Siehe n. 9011.

*Nr. **9009**. Privatschreiben aus Berlin, 19. Nov. 1913 (eing. 21. Nov.).a) Ausfert.*

Der Reichskanzler, den ich nach Erhalt Euer Exzellenz Privatschreiben vom 13. l. Mts. neuerdings zu sprechen Gelegenheit hatte, sowie der Unterstaatssekretär, bei dem ich zur Ausführung der mir erteilten Aufträge sozusagen täglich vorspreche, versichern mich bei jedem Anlasse, dass sie ihrerseits nichts unterlassen werden, damit sich auch in Hinkunft keine Meinungsverschiedenheiten zwischen unseren beiderseitigen Anschauungen über die im nahen Orient zu befolgende Politik ergeben. Ils abondent dans ce sens und geben sich tatsächlich grosse Mühe in allen jetzt schwebenden Fragen, wie in der Abgrenzung Albaniens, unseren Wünschen entgegenzukommen und ihre Vertreter im gleichen Sinne zu instruieren wie wir. Mit grosser Befriedigung nahmen Herr von Bethmann Hollweg und Herr Zimmermann meine auftraggemäss neuerdings abgegebene Versicherung entgegen, dass ein engeres freundschaftliches Verhältnis zu Rumänien den Angelpunkt unserer Balkanpolitik bilde und dass wir den leider wahrnehmbaren irredentistischen Strömungen in Bukarest und auch den rumänisch-serbischen Freundschaftsbezeugungen keine übertriebene Bedeutung beilegen. Beide deutschen Staatsmänner gaben mir vollkommen recht, als ich ihnen wiederholt auseinandersetzte, wie sehr es ebenso in unserem als im deutschen Interesse liege, Alles zu vermeiden, Bulgarien nicht in das Lager der Tripleentente treiben zu lassen. Aus diesem Grunde billigen der Reichskanzler und der Unterstaatssekretär vollkommen, dass Hochdieselben König Ferdinand gegenüber eine entgegenkommende Sprache geführt, zugleich aber erklärt hätten, dass die Herstellung engerer Beziehungen zwischen Oesterreich-Ungarn und Bulgarien nur unter der Voraussetzung möglich wäre, wenn dieselben nicht im Widerspruche zu unserem Verhältnis zu Rumänien träten.b) Nach allen hier eintreffenden Nachrichten aus Bukarest sei es bis auf Weiteres ausgeschlossen, dass Rumänien sich mit Bulgarien aussöhne. König Carol sowie Seine Ratgeber seien fest überzeugt, dass Bulgarien kaum den Augenblick erwarten könne, um mit Waffen in der Hand blutige Revanche an Rumänien zu nehmen und in erster Linie Silistria zurückzuerobern. Der

von seinem Urlaube hierher zurückgekehrte rumänische Gesandte Herr Beldiman sprach sich mir gegenüber kürzlich ganz in demselben Sinne aus. Unter diesen Umständen ist es wohl begreiflich, dass die deutsche Regierung, Bulgarien betreffend, in Bukarest mit guten Ratschlägen wenig auszurichten imstande wäre. Hingegen ist sie — wie mir der Reichskanzler versicherte — fortwährend bestrebt, in Bukarest dahin zu wirken, dass die Intimität mit der Belgrader Regierung nicht weiter ausgestaltet werde. Allerdings habe er — der Reichskanzler — darüber keine genügenden Anhaltspunkte, dass ein formelles Abkommen zwischen Serbien und Rumänien existiere. Was Serbien betrifft, kommen Herr von Bethmann-Hollweg und insbesondere Herr Zimmermann immer darauf zurück, wie sehr es im Interesse Oesterreich-Ungarns liegen würde, die bestehenden Differenzen mit Serbien in irgend einer Weise auszugleichen. Auf meine Erwiderung, dass gewiss auch Euer Exzellenz Bestreben daraufhin gerichtet sei, dass aber unter den bestehenden Umständen angesichts der fortwährenden feindseligen Haltung Serbiens (wie auch das letzte Exposé Herrn Pašić' beweise) es für Oesterreich-Ungarn nicht möglich sei, das erste Wort zu sprechen, antworteten die deutschen Staatsmänner, sie sähen dies vollkommen ein, immerhin glaubten sie, dass ein Entgegenkommen Oesterreich-Ungarns in wirtschaftlichen und Eisenbahnfragen zur Ausgestaltung besserer Beziehungen führen könnte. Den griechisch-türkischen Friedensschluss begrüsst der Unterstaatssekretär mit Genugtuung und ist der Meinung, dass auf diese Art ein weiterer Schritt zur Pazifizierung des Balkans gemacht worden ist. Nach seinen Informationen habe hiebei der rumänische Minister Take Jonescu, der im Auftrage König Carols sich in Athen und in Konstantinopel für die Sache sehr eingesetzt habe, ein grosses Verdienst. Ueber die Haltung Griechenlands spricht man sich hier im Allgemeinen ganz zufriedengestellt aus. Die Annäherungsversuche Griechenlands an den Dreibund scheinen jetzt allerdings etwas zurückgestellt, da, wie mir der Reichskanzler sagte, nicht nur Herr Venizelos, sondern wie es scheint nunmehr auch König Konstantin eingesehen habe, dass Griechenland bis auf Weiteres mit der Geldhilfe Frankreichs rechnen müsse und daher für die nächste Zeit nicht in der Lage sei, seine Politik nach der Dreibundseite hin festzulegen.

Der russische Ministerpräsident Kokowzow befindet sich seit gestern in Berlin; er ist gleich nach seiner Ankunft bei der k. u. k. Botschaft vorgefahren und hat mir in meiner Abwesenheit eine Karte gelassen; diesen Besuch habe ich sofort erwidert, aber Herrn Kokowzow ebenfalls nicht angetroffen. Gestern hat, ihm zu Ehren, beim Reichskanzler ein grösseres Diner stattgefunden, zu welchem aber ausser der russischen Botschaft niemand vom diplomatischen Corps eine Einladung erhalten hat. Heute ist Herr Kokowzow, der am Abend Berlin verlässt, zur Frühstückstafel Gast Kaiser Wilhelms, Höchstwelcher Sich — da der russische Ministerpräsident seinen hiesigen Aufenthalt nicht mehr verlängern konnte entschlossen hat, denselben trotz des hier herrschenden grossen protestantischen Feiertages (Bitt- und Busstag) noch heute zu empfangen. Herr Kokowzow hat — wie Euer Exzellenz aus den Zeitungen ersehen haben dürften — mehreren hiesigen Journalisten Interviews gewährt; im Laufe derselben

berührte er auch, insbesondere dem Korrespondenten der „Neuen Freien Presse" gegenüber, die Beziehungen Russlands zu Österreich-Ungarn. Über das Ergebnis der Besprechungen des russischen Ministerpräsidenten mit dem Reichskanzler und dem Unterstaatssekretär werde ich, wie mir dies in Aussicht gestellt wurde, demnächst benachrichtigt werden und Euer Exzellenz dann sofort berichten. Einen der Hauptgegenstände dieser Unterredungen werde wohl — wie mir der Unterstaatssekretär versichert — das armenische Reformprojekt gebildet haben, für welches man sich russischerseits ganz besonders interessiere. Die diesbezüglichen bisherigen Verhandlungen, die hauptsächlich zwischen den Botschaftern Deutschlands und Russlands in Konstantinopel geführt wurden, haben bisher zu keinem endgiltigen Resultat geführt.

Dschavid Bey befindet sich noch immer in Berlin und verhandelt mit der Deutschen Bank und auch mit der deutschen Regierung in Angelegenheit der Bagdadbahn. Sobald ich hierüber Näheres erfahre, werde ich selbstverständlich nicht ermangeln, hierüber zu berichten. ... *Hofnachrichten.* ... Szögyény.

a) Vgl. n. 9014. — *b)* So!

*Nr. **9010.** Tel. aus Konstantinopel-Pera, 19. Nov. 1913 Nr. 624 (eing. 3 U. 15 M. p. m.).a) Entziff.*

Geheim. Bulgarisch-türkische Allianz. Bulgarischer Gesandter sagte mir, dass an Stelle (auch seiner zu grossen Auffälligkeit wegen) abberufenen General Savows ein Generalstabsoberst hier ist und im Vereine mit ihm selbst die geheimen Verhandlungen mit Talaat und Djemal fortsetzt. Diese beiden seien ungemein aktionslustig; er (Toscheff) trachte, in den Vertrag die Klausel aufnehmen zu lassen, dass die nächsten vier Jahre kein Krieg unternommen werden soll, wenn man nicht der Neutralität Rumäniens sicher sei; später würde Bulgarien im Bunde mit der Türkei auch ohnedem stark genug sein, es mit allen anderen Balkanstaaten aufzunehmen. Er befürchte aber, dass Talaat und Djemal schon früher, eventuell nächstes Frühjahr, losschlagen wollen. Er legte mir nahe, beim Grossvezier auf Annahme ebenerwähnter Klausel hinzuwirken, worauf ich, um mich überhaupt nicht hineinzumischen, ausweichend auf dessen ohnehin viel gemässigtere Tendenz verwies. Bulgarischer Gesandter äusserte auch die Hoffnung, dass, wenn in Rumänien die Liberalen ans Ruder kommen, eine Neutralitätszusage erreicht werden könnte. Das Beste wäre nach seiner Ansicht, ein Bündnis zwischen Rumänien, Bulgarien und der Türkei. Der zwischen Bulgarien und der Türkei verhandelte Teilungsplan sei nach wie vor, dass die Türkei Westthracien bis zur Mesta, Bulgaren unter anderem Cavalla erhalten würden; Toscheff wittert aber jungtürkische Absichten auf Salonik etwa in autonomer Form. Ganz bestimmt sprach er von der schon für diesen Winter organisierten Bandenaktion in ähnlicher Weise wie im Telegramm Nr. 590 vom 6. dieses Monats und im Bericht Nr. 68 B*b)* vom 8. dieses Monats angegeben; sie erstreckt sich auch auf die Albania irredenta (dies stimmt mit mir gemachten Bemerkungen des Grossveziers und Talaats, dass im serbischen Albanien im Frühjahr bestimmt neuerlich Aufstand

stattfinden wird — eine meines Erachtens dem unabhängigen Albanien gefährliche Sache). Über die Idee einer serbisch-bulgarischen Aussöhnung sprach Toscheff ganz wie im Botschaftsbericht Nr. 71 vom 14. dieses Monats angeführt. Pallavicini.

a) Vgl. n. 8992, 9026, 9209. — b) Im Berichte Nr. 68 B, 8. Nov. 1913 (eing. 11. Nov.) wurde aus Konstantinopel gemeldet, Toschew habe gesagt, die mazedonische Aktion werde auf jede nur mögliche Art die öffentliche Meinung in Atem halten. Er habe von dieser Aktion in ganz bestimmtem Tone gesprochen. Durch diese Bewegung sollen Griechenland und Serbien genötigt werden, eine große Truppenanzahl in den eroberten Gebieten zu halten, was sie finanziell derangieren und ihre Armeeorganisation schädigen werde.

*Nr. **9011**. Tel. nach London Nr. 800 (1), St. Petersburg Nr. 575 (2), Paris Nr. 509 (3), Berlin Nr. 748 (4) und Rom Nr. 1355 (5), 19. Nov. 1913 (chiffr. 11 U. 50 M. p. m.). Konz. (S. Matscheko; G. Forgách).*

1.—3. Ich ersuche Euer etc. der dortigen Regierung folgende schriftliche Mitteilung zukommen zu lassen. Durch den übereinstimmenden Beschluss der Mächte wurde die Grenze Albaniens im Norden und Nordosten in London in grossen Zügen festgelegt, während die Grenzabsteckung im Terrain selbst nach dem Wortlaut und Geist des Londoner Beschlusses von der hiezu entsendeten internationalen Delimitierungskommission durchzuführen ist. Angesichts der vorgeschrittenen Jahreszeit ist es als ausgeschlossen zu betrachten, dass die Delimitierungskommission diese Aufgabe noch vor dem Eintritt des Winters und der dadurch bedingten Unterbrechung ganz vollende. Unter diesen Umständen muss die k. u. k. Regierung Wert darauf legen, ihren Standpunkt dahin zu präzisieren, dass die seinerzeitige tatsächliche Grenzabsteckung mit ausschliesslicher Zugrundelegung der Londoner Beschlüsse zu erfolgen haben wird. Wenn es daher beispielsweise in dem bezüglichen Londoner Text heisst, dass die Grenze zwischen den Bezirken von Prisren und Luma zu laufen hat, so wird die internationale Delimitierungskommission lediglich zu konstatieren haben, welchen Umfang zur Zeit der türkischen Herrschaft diese beiden Bezirke hatten und danach die Abgrenzung vornehmen. Die k. u. k. Regierung behält sich vor, ihre diesbezügliche Auffassung auf Grund der Erhebungen seinerzeit vorzubringen, muss aber heute schon dagegen Verwahrung einlegen, dass aus der etwaigen von ihr nicht relevierten Anwesenheit serbischer oder montenegrinischer Truppen jenseits jenes Teiles des Grenzzuges, der in London nicht im Detail (wie zum Beispiel durch die Bezeichnung eines Flusslaufes als Grenze) fixiert wurde, irgend welche Konklusionen zu Ungunsten Albaniens für die spätere Durchführung der Delimitierung gezogen werde.

4.—5. Ich telegraphiere an die k. u. k. Botschaften bei den Ententekabinetten wie folgt: (Inseratur Telegramm sub 1.—3. in extenso.) Euer etc. wollen die dortige Regierung unter Hinterlassung einer Notiz von dem Vorstehenden in Kenntnis setzen. Berchtold.

Tel. nach Paris, 19. Nov. 1913 Nr. 509 (chiffr. 11 U. 50 M. p. m.). Siehe n. 9011.

Tel. nach Rom, 19. Nov. 1913 Nr. 1355 (chiffr. 11 U. 50 M. p. m.). Siehe n. 9011.

Tel. nach St. Petersburg, 19. Nov. 1913 Nr. 575 (chiffr. 11 U. 50 M. p. m.). Siehe n. 9011.

*Nr. **9012**. Tel. des Legationsrates Grafen Otto Czernin aus St. Petersburg, 19. Nov. 1913 Nr. 367 (eing. 6 U. p. m.).[a] Entziff.*

Albanesischer Thron. Herr Sazonow bittet, Euer Excellenz zu melden, dass er der Ansicht sei, dass laut Londoner Beschlüssen wir als Protektoren Albaniens Initiative zur Wahl des Fürsten von Albanien zu ergreifen hätten. Seiner Ansicht nach wäre es das Einfachste, wenn eine der Grossmächte, zum Beispiel Österreich-Ungarn, Kandidaten den anderen Mächten vorschlüge, was ja umso unbedenklicher wäre, als gegen die Kandidatur des Prinzen Wied von keiner Seite Hindernisse vorliegen. Die zweite Möglichkeit wäre nach Sazonow die, dass sich Grossmächte durch simultane Telegramme über die Person des künftigen Fürsten einigten. Die dritte schliesslich, dass die neuerlich ad hoc zusammentretende Botschafterkonferenz in London einen einschlägigen Beschluss fasse. Allerdings seien mehrere der Botschafter momentan von London abwesend. Ich erwiderte, ich werde Euer Excellenz Vorstehendes telegrafisch einberichten, glaube übrigens, dass der rumänische Minister des Äussern Absicht habe, die Grossmächtevertreter dieser Tage mit der Kandidatur des Prinzen Wied, der ja augenblicklich in Rumänien weile, zu befassen. Herr Sazonow sagte, Herr Majoresco habe Herrn Schebeko bereits mehrmals von dieser Kandidatur gesprochen und sei nicht im Zweifel gelassen, dass russischerseits Geneigtheit zu seiner Akzeptierung bestehe. Die formelle Finalisierung stellt sich jedoch Sazonow in einer der drei eingangserwähnten Formen vor, da er es für wichtig hält, dass die Initiative der Mächte bei Besetzung des albanesischen Thrones klar dokumentiert werde. Er ersuchte mich, ihm wo möglich die Ansicht Euer Excellenz über den einzuschlagenden Modus bekanntzugeben. Otto Czernin.

[a] Vgl. n. 9016.

*Nr. **9013**. Tel. des Legationsrates Rudolf Freiherrn von Mittag aus Sofia, 19. Nov. 1913 Nr. 1286 (eing. 6 U. p. m.).[a] Entziff.*

Ich erfahre aus sicherer Quelle, dass russische und französische Gesandtschaft Instruktionen erhalten haben, mit allen möglichen (Mitteln)[b] Stellung jetziger Regierung zu erschweren und Kabinet Radoslawow zu diskreditieren. Hauptmittel: Schwierigkeiten in Deckung Anlehensbedarfes bereiten. Im Zusammenhange hiemit gestatte ich mir Gespräch zu melden, das Kabinettsmitglied gestern abends mit zuverlässigem Vertrauensmanne gehabt. Minister äusserte, Regierung kämpfe bei Wahlen nicht nur um eigene, sondern auch um Existenz Seiner Majestät des Königs, den Russland zur Abdikation zwingen will. Äusserungen Ministers scheinen mir umso bemerkenswerter, als derselbe bei König nicht in Gunst steht und dessen Ernennung Seiner Majestät nur mühsam abgerungen werden konnte. Tatsache ist, dass russophile Presskampagne gegen König Ferdinand von Tag zu Tag an Heftigkeit zunimmt. Mittag.

[a] Vgl. n. 9025. — [b] Chiffre fehlt.

Tel. nach Berlin, 20. Nov. 1913 Nr. 751 (chiffr. 11 U. p. m.). Siehe n. 9015.

Tel. nach Berlin, 20. Nov. 1913 Nr. 752 (chiffr. 21. Nov. 12 U. 20 M. a. m.). Siehe n. 9016.

*Nr. **9014**. Bericht aus Berlin, 20. Nov. 1913 Nr. 42 (eing. 21. Nov.).[a] Ausfert.*

Vertraulich. Die wiederholten Unterredungen des russischen Ministerpräsidenten mit dem Reichskanzler und dem Unterstaatssekretär haben, wie letzterer mir versichert, einen ganz zufriedenstellenden Verlauf genommen. Herr Kokowzow hat hier keine besonderen Wünsche ausgesprochen und keine wie immer gearteten Vorschläge gemacht; nach seiner Meinung habe der Verlauf der Balkankrise den erfreulichen Beweis erbracht, dass zwischen den interessierten Mächten keine tiefgehenden Differenzen bestehen, was sich auch hoffentlich in der Folge bewähren werde. In Betreff der griechisch-türkischen Friedensverhandlungen konstatierte Herr Kokowzow, dass dieselben nach den bisher eingelangten Nachrichten einen günstigen Verlauf genommen hätten, dass aber hiebei die große Frage der Zuteilung der ägäischen Inseln noch keineswegs gelöst wäre. In dieser Beziehung äusserte sich der russische Ministerpräsident entschieden türkenfreundlicher als es vor Kurzem Herr Sazonow getan, und meinte, dass füglich die Mächte einwilligen werden müssten, dass die den Dardanellen vorliegenden Inseln der Türkei zugesprochen werden. Er würde es vorziehen, diese Frage nicht durch eine neuerliche Botschafterreunion in London, sondern durch direkte Verhandlungen zwischen Athen und Konstantinopel zu regeln, deren Ergebnis die Mächte nachträglich ihre Zustimmung erteilen könnten. Über Serbien und Bulgarien habe sich Herr Kokowzow nicht eingehend ausgesprochen und sich auch über das Verhältnis Russlands zu Österreich-Ungarn sehr zurückhaltend geäussert. Bezüglich der letzteren Frage habe übrigens der russische Ministerpräsident, wie mir Herr Zimmermann sagte, in verschiedenen Interviews, die er hiesigen Journalisten gewährte, viel mehr Andeutungen gemacht als ihm und Herrn Bethmann Hollweg gegenüber. Die armenische Reformfrage betreffend wiederholte Herr Kokowzow den lebhaften Wunsch, zu einem diesbezüglichen Abkommen mit der Türkei zu gelangen. Hoffentlich würden die Verhandlungen der Botschafter Deutschlands und Russlands in Konstantinopel, welche vor Allem auf die Erhaltung der ungeschmälerten Hoheitsrechte der Pforte bedacht sein müssten, zu einem günstigen Ergebnis führen. Von seinem Aufenthalte in Paris und seinen Besprechungen mit den dortigen leitenden Staatsmännern erklärte sich der russische Ministerpräsident ganz zufrieden; er glaube dafür einstehen zu können, dass alle massgebenden Faktoren in Frankreich durchwegs friedlich gesinnte wären und es auch in Hinkunft bleiben würden. Der definitive Abschluss einer grossen russischen Anleihe in Paris im Betrage von 500 Millionen francs sei bisher noch nicht perfect, doch alle Aussicht vorhanden, dass dieselbe demnächst zustande komme. Szögyény.

[a] Vgl. n. 9009.

Tel. nach Bukarest, 20. Nov. 1913 Nr. 476 (chiffr. 11 U. p. m.). Siehe n. 9015.

Tel. nach Bukarest, 20. Nov. 1913 Nr. 477 (chiffr. 21. Nov. 12 U. 20 M. a. m.). Siehe n. 9016.

Tel. nach London, 20. Nov. 1913 Nr. 805 (chiffr. 11 U. p. m.). Siehe n. 9015.

Tel. nach London, 20. Nov. 1913 Nr. 806 (chiffr. 21. Nov. 12 U. 20 M. a. m.). Siehe n. 9016.

Tel. nach Paris, 20. Nov. 1913 Nr. 512 (chiffr. 11 U. p. m.). Siehe n. 9015.

Tel. nach Paris, 20. Nov. 1913 Nr. 513 (chiffr. 21. Nov. 12 U. 20 M. a. m.). Siehe n. 9016.

*Nr. **9015**. Tel. nach Rom Nr. 1362 (1), London Nr. 805 (2), St. Petersburg Nr. 578 (3), Bukarest Nr. 476 (4), Valona (Generalkonsul Petrović) Nr. 72 (5), Berlin Nr. 751 (6) und Paris Nr. 512 (7), 20. Nov. 1913 (chiffr. 11 U. p. m.).[a]) Konz. (S. Berger; G. Forgách).*

1.—7. Der königlich großbritannische Geschäftsträger hat heute hier mitgetheilt, daß Herr Majoresco dem englischen Gesandten in Bukarest die Kandidatur des Prinzen Wied notifiziert habe. Das Kabinett von St. James hätte hierauf sein Einverständnis mit dieser Kandidatur erklären lassen. Die Anfrage des Herrn Geschäftsträgers, ob diese Kandidatur auch uns genehm sei, wurde bejahend beantwortet.

2., 3., 4., 5., 7. Vorstehendes zur Regelung Ihrer Sprache.

1., 6. Vorstehendes zur Mittheilung an die dortige Regierung.

1.—7. Fortsetzung folgt. Berchtold.

[a]) Vgl. n. 9001, 9016.

*Nr. **9016**. Tel. nach Rom Nr. 1363 (1), London Nr. 806 (2), St. Petersburg Nr. 579 (3), Bukarest Nr. 477 (4), Valona (Generalkonsul Petrović) Nr. 73 (5), Berlin Nr. 752 (6) und Paris Nr. 513 (7), 20. Nov. 1913 (chiffr. 21. Nov. 12 U. 20 M. a. m.).[a]) Konz. (S. Berger; V. Rappaport; G. Forgách).*

1.—7. Fortsetzung zu meinem heutigen Telegramme Nr. 1362 (beziehungsweise 805, 578, 476, 72, 751, 512).

1. Euer Hochgeboren wollen Marquis di San Giuliano sagen, daß ich aus diesem Schritte des englischen Geschäftsträgers wie auch aus anderen Anzeichen folgere, daß die Kandidatur Wied nicht nur England, sondern auch den anderen Ententemächten genehm ist. Es werde sich daher jetzt nur darum handeln, daß sich keine Verschleppung durch Discussion über die Form der Designierung ergebe. Ich glaubte daher, daß es das beste wäre, wenn Sir E. Grey die Sache in die Hand nähme und zwar entweder in der Form, daß er nomine der übrigen Kabinete dem Prinzen Wied seine durch die Großmächte erfolgte Designierung notifiziere oder aber bei den Regierungen anrege, daß an einem vom Herrn Staatssekretär zu bestimmenden Datum sämtliche sechs Minister des Äußern dem Prinzen Wied seine Designierung telegrafisch nach Potsdam anzeigen. Ich würde Werth darauf legen, im Einvernehmen mit der königlich italienischen Regierung einen diesbezüglichen Schritt bei Sir E. Grey zu unternehmen und weise

Grafen Mensdorff unter einem an, dies zu tun, sobald Marquis Imperiali eine analoge Instruktion erhält.

2.—7. Bei Mittheilung dieses Schrittes des englischen Geschäftsträgers nach Rom füge ich bei: (Inseratur ex Telegramm sub 1. von „Euer Hochgeboren wollen Marquis di San Giuliano sagen" bis zum Schluß.)

2. Euer Exzellenz wollen daher diese Demarche beim Herrn Staatssekretär unternehmen, sobald Ihr italienischer Kollege im Besitze der entsprechenden Weisung sein wird.

3.—7. Vorstehendes

3. mit Bezug auf Euer Hochgeboren Telegramm Nr. 367 von gestern

3.—7. vorläufig zu Euer etc. streng vertraulicher Information.

Berchtold.

a) Vgl. n. 9018, 9028.

Tel. nach St. Petersburg, 20. Nov. 1913 Nr. 578 (chiffr. 11 U. p. m.). Siehe n. 9015.

Tel. nach St. Petersburg, 20. Nov. 1913 Nr. 579 (chiffr. 21. Nov. 12 U. 20 M. a. m.). Siehe n. 9016.

Tel. nach Valona, 20. Nov. 1913 Nr. 72 (chiffr. 11 U. p. m.). Siehe n. 9015.

Tel. nach Valona, 20. Nov. 1913 Nr. 73 (chiffr. 21. Nov. 12 U. 20 M. a. m.). Siehe n. 9016.

*Nr. **9017**. Bericht aus London-Windsor, 21. Nov. 1913 Nr. 91 E (eing. 24. Nov.). Ausfert.*

Vertraulich. Vor einigen Tagen traf ich bei einem Dejeuner bei Königin Alexandra den Prinzen Andreas von Griechenland, der eben im Begriffe war, nach Athen zurückzureisen. Er sprach mir viel von den Ereignissen des verflossenen Jahres und berührte auch die Beziehungen seines Landes zur Monarchie, dabei die Meinung aussprechend, dass uns keinerlei Interessengegensätze trennen und man in Griechenland stets wünsche, auf dem freundschaftlichsten Fusse mit Österreich-Ungarn zu stehn. Ich erwiderte Seiner königlichen Hoheit, dass ich ganz seine Ansicht teile. Gewisse Fragen, in welchen leider die griechische Regierung sich im Gegensatze zu uns stelle, müssten jedoch geregelt werden. Sobald dies geschehen sei, sehe ich aber keinen Grund, warum nicht zu einer Politik aufrichtiger Freundschaft — die auch von weiland König Georg, dem Vater des Prinzen, stets befolgt wurde — zurückgekehrt werden sollte. Ich habe mich in diesem Sinne im Laufe dieses Jahres sowohl Herrn Streit als Herrn Venizelos gegenüber ausgesprochen und, wenn ich die Ehre gehabt hätte, König Constantin während Höchstdessen kurzem Aufenthalt in England im Herbste zu sehn, hätte ich es auch Höchstdemselben gegenüber getan. Aber — so schloss ich — die albanesische Frage müsse geregelt werden. Der Prinz erwiderte mir, er werde gewiss seinem königlichen Bruder von unserer Konversation erzählen und er sehe vollständig ein, dass Griechenland ein zu kleiner Staat sei, um sich den Mächten zu widersetzen. Er gab auch zu, dass man Albanien gegenüber hart vorgegangen sei, indem man Djakova

und Dibra davon ausgeschaltet habe — „aber, sollen wir dafür leiden?“ Ich liess ihm keinen Zweifel, dass die Südgrenzfrage im Sinne der Londoner Beschlüsse geregelt werden müsse, sobald dies aber geschehen sei, bei uns die besten Dispositionen für Griechenland bestehen würden. Über die slavischen Bundesgenossen sprach sich der Prinz in nichts weniger als schmeichelhafter Weise aus und ich konnte seinen Äusserungen entnehmen, dass er über Serben und Montenegriner wenig Illusionen habe. Die Bulgaren bezeichnete er als absolute Barbaren „savages“. Mensdorff.

*Nr. **9018.** Tel. des Gesandten Grafen Ludwig Ambrózy aus Rom, 21. Nov. 1913 Nr. 884 (eing. 22. Nov. 9 U. a. m.). Entziff.*

Form der Designierung des Prinzen Wied. Antwort auf Telegramm vom 20. d. Mts. Nr. 1363. Minister des Äußern wird Marquis Imperiali identischen Auftrag erteilen. Ambrózy.

*Nr. **9019.** Tel. des Gesandten Grafen Ludwig Ambrózy aus Rom, 21. Nov. 1913 Nr. 890 (eing. 22. Nov. 9 U. a. m.). Entziff.*

Vertraulich. Spanisch-französischer Akkord. Marquis di San Giuliano teilte mir mit, dass ihm spanischer Botschafter gesagt habe, Bedeutung dieses Abkommens werde sehr überschätzt. Dasselbe erstrecke sich ausschliesslich auf Marokko. Es sei nicht wahr, dass Durchzug französischer Truppen durch spanisches Territorium für den Kriegsfall darin vorgesehen sei. Ambrózy.

*Nr. **9020.** Bericht des Legationsrates Grafen Otto Czernin aus St. Petersburg, 8./21. Nov. 1913 Nr. 43 D (eing. 24. Nov.). Ausfert.*

Wie verschieden in Russland die reziproke Einwirkung der inneren auf die äussere Politik beurteilt wird, geht aus den folgenden Äusserungen der markanten rechtsseitigen Politiker Durnowo und Trepow einem Dreibund-Diplomaten gegenüber hervor. Dass die beiden Herrn an der Reichsduma die schärfste Kritik übten, braucht nicht speziell hervorgehoben zu werden, da sich dies ohneweiters aus ihrer politischen Parteirichtung ergibt. Hingegen wurde die Regierungspolitik der Duma gegenüber als zu schwach und als wenig zielbewusst bezeichnet. An Stelle eines chronischen wäre ein akuter Konflikt mit Ausschliessung des Abgeordneten Markow von mehreren Sitzungen angebrachter gewesen. Bemerkenswerter ist die Äusserung des Ex-Ministers Durnowo, nach welcher Russland den besten Ausweg aus der Revolutionsgefahr in einem Kriege finden würde. Selbst in einem ungünstig verlaufenden Kriege werde die Gelegenheit gefunden werden können, die Verfassung, für die Russland noch längst nicht reif sei, aufzuheben und zum Absolutismus zurückzukehren. Die einzige Erklärung für eine solche, sowohl dem richtigen Staatsinteresse als der überwiegenden Meinung in Russland widersprechende Auffassung ist darin zu finden, dass die Anhänger der radikalen rechten Partei ihre Spezialinteressen über die der Allgemeinheit setzen. In der Überzeugung, dass ein Riesenreich wie das russische selbst durch die stärksten Erschütterungen nicht in seinem Lebensnerv getroffen werden kann, und in der Erwartung, dass Thron und Hauptstadt auf alle Fälle durch das Garde-Corps genügend geschützt

sind (?), glauben die Herren von Schlage Durnowos, dass sie hinter diesem sicheren Wall unbekümmert um die Vorgänge im übrigen Reich alle Stürme überdauern könnten. Derlei Ansichten entsprechen gewiss nicht den hiesigen derzeit massgebenden Stimmungen und speziell den an höchster Stelle herrschenden Prinzipien. Im Gegenteile ist die gegenteilige Auffassung, wonach eine äussere Verwicklung die grössten Gefahren in sich bergen würde, weil sie automatisch von einer inneren gefolgt wäre, die weitverbreiteste, weil begründetste. Immerhin sind die Äusserungen Herrn Durnowos charakteristisch und entbehren namentlich in einem Augenblicke nicht des Interesses, wo sein Name vielfach unter den möglichen Kandidaten für die seinerzeitige Nachfolgerschaft Herrn Kokowzows genannt wird.

Otto Czernin.

Nr. 9021. Bericht des Legationsrates Grafen Otto Czernin aus St. Petersburg, 8./21. Nov. 1913 Nr. 43 J (eing. 24. Nov.). Ausfert.

Ich hatte neulich eine Unterredung mit dem Leiter der Balkan-Sektion im russischen Ministerium des Äussern, Fürsten Trubetzkoi. Derselbe trachtete mich davon zu überzeugen, dass Russland gegenwärtig ebenso wie alle anderen Mächte höchst balkanmüde sei und nichts sehnlicher wünsche, als baldigst über alle noch pendenten Fragen hinüberzukommen. Seit letztem Frühjahre, bemerkte Fürst Trubetzkoi scherzend, gibt es eine 7te Grossmacht im europäischen Konzert mit Namen: „Balkanmüdigkeit", worauf ich entgegnete: wenn es nach unserem Wunsche gehe, werde diese neue Grossmacht Recht behalten, da es sich uns darum handle, längst feststehende europäische Beschlüsse endlich zu verwirklichen. Bemerkenswert war auch das Bedauern, mit welchem der Leiter der Balkan-Sektion über das ungerechte Los Bulgariens sprach, dem nicht einmal Kavala zugesprochen worden sei, worin er meine Zustimmung fand. Sodann wiederholte er mir die Worte Herrn Neratows, dass der russische Delegierte in der Kontrollkommission die strikte Instruktion habe, seine Aufgabe lediglich „geschäftlich" und nicht „politisch" aufzufassen, und zeigte überhaupt im Allgemeinen eine konziliante Tendenz. Das Gespräch fand einige Tage nach der stürmischen (einseitigen) Aussprache Herrn Sazonows mit dem italienischen Geschäftsträger über unsere Demarche in Athen statt. Die Wogen hatten sich also rasch geglättet und man konnte daraus nochmals die Überzeugung gewinnen, dass die Erregungs-Ausbrüche des Herrn Ministers des Äussern weder dauernd, noch für den Gang seiner Politik bestimmend zu sein scheinen. Das Ultimatum an Serbien und die Demarche in Athen haben ohne allen Zweifel hier den Erfolg gehabt, ad oculos zu demonstrieren, dass die interessierten Mächte fest entschlossen sind, ihren Weg zu gehen, und dass es besser ist, mitzulaufen als sich überrennen zu assen.

Otto Czernin.

Nr. 9022. Bericht des Legationsrates Grafen Otto Czernin aus St. Petersburg, 8./21. Nov. 1913 Nr. 43 N (eing. 24. Nov.).[a] Ausfert.

„L'Echo de Bulgarie" bringt am 3./16. November in extenso ein Gespräch des russischen Gesandten Herrn Hartwig mit einem bulgarischen

Schriftsteller namens Dantschew, dessen Inhalt zweifellos bereits zur hohen Kenntnis Euer Exzellenz gelangt sein dürfte. Der Passus, in welchem Herr Hartwig erklärt, nach der Türkei komme die Reihe an Österreich-Ungarn und für diesen Moment brauche Russland ein starkes Serbien etc.,[b] ist im Munde eines hohen aktiven Diplomaten so unerhört, dass ich nicht umhin kann, die hohe Ermächtigung Euer Exzellenz gehorsamst zu erbitten, die Angelegenheit gelegentlich in geeigneter Form bei Herrn Sazonow zur Sprache bringen zu dürfen. Wiewohl zu erwarten steht, dass man die Richtigkeit der Auslassungen Herrn Hartwigs hier in Zweifel ziehen dürfte, ist hiedurch der Mangel jeglichen Dementis nicht behoben. Nachdem die fragliche Unterredung bereits vor längerer Zeit stattgefunden hat und meines Wissens ein offizielles Dementi nirgends erschien, so ist es ohne Bedeutung, wie sich im konkreten Falle der russische Gesandte de facto ausdrückte; für die breite Öffentlichkeit hat er so gesprochen. Der Fall scheint mir umso krasser, als man hier gerade in letzter Zeit mit viel weniger Grund übertriebene Empfindlichkeit dokumentiert hat (grosspolnische Befürchtungen). Otto Czernin.

[a] Vgl. n. 9002, 9005, 9037, 9154. — [b] Beilage.

Beilage zu n. 9022.

... Comprenez, qu'il nous faut à nous une forte Serbie. Après la Turquie, c'est la question autrichienne qui se posera! La Serbie sera notre meilleur instrument. Vous recevrez la Macédonie le jour où la Serbie reprendra sa Bosnie et Herzégovine ...

Nr. 9023. Tel. aus Paris, 22. Nov. 1913 Nr. 248 (eing. 23. Nov. 10 U. 45 M. a. m.).[a] Entziff.

Ich wurde heute von Herrn Poincaré empfangen, der mich sehr liebenswürdig aufnahm. Präsident beurteilt die Lage im Orient ziemlich optimistisch. Das schwerste, meinte er, haben wir überstanden, doch seien noch immer Reibungen zu befürchten. So höre er, dass in den neuen bulgarischen Gebieten die Griechen sehr argen Vexationen ausgesetzt seien. Ich bemerkte, dass die Albanesen in Neuserbien noch schlechter daran sein dürften. Herr Poincaré meinte, es müsse die Aufgabe der Grossmächte sein, eventuelle Konflikte zwischen den Balkanstaaten im Keime zu unterdrücken, dazu sei absolute Einigkeit notwendig. Unsere Separataktion erwähnte er aber nicht. Der Präsident sagte mir: „Graf Berchtold hat uns in seinem Exposé nicht gut behandelt." Auf meine Einwendung, dass Euer Exzellenz ja nur von der französischen Presse gesprochen hätten, deren Haltung bei uns mit Recht verstimmen musste, sagte er: „Es wäre mir lieber gewesen, wenn Graf Berchtold seine Reserven zugunsten der Regierung im positiven und nicht im negativen Sinne gemacht hätte. Er konnte ganz gut sagen, ich weiss bestimmt, dass die französische Regierung diese feindselige Haltung der Presse nicht billige".[b] Ich trachtete dem Präsidenten zu beweisen, dass Euer Exzellenz in negativer Form ziemlich dasselbe gesagt hätten. In längerer Erörterung hiesiger Pressverhältnisse betonte Poincaré, die Regierung selbst sei immer bemüht gewesen, das

beste Einvernehmen mit uns aufrechtzuerhalten. Im Laufe der Krise hätten sich allerdings Momente ergeben, wo Frankreich mit Rücksicht auf den russischen Alliierten gezwungen war, unserer Politik entgegenzutreten, man habe aber hier stets getrachtet, vermittelnd einzuwirken. Jetzt, wo die Krise so ziemlich überstanden ist, werden sich hoffentlich gar keine Gegensätze zwischen unseren beiden Kabinetten ergeben. Der Präsident war sichtlich bemüht, grosses Entgegenkommen zu zeigen. Er erzählte mir, er habe den König von Spanien gebeten, gelegentlich seines Aufenthaltes in Wien Seiner Majestät unserem Allergnädigsten Herrn zu sagen, welch' grossen Wert man hier auf die besten Beziehungen zu Österreich-Ungarn lege. Szécsen.

[a]) Vgl. n. 9027, 9035. — [b]) Parlament. Chron., Beilage zur Pol. Chron. d. ö.-u. Mon. 1913, 609 (Exposé Berchtolds).

Nr. 9024. Tel. des Legationsrates Rudolf Freiherrn von Mittag aus Sofia, 22. Nov. 1913 Nr. 1291 (eing. 23. Nov. 9 U. a. m.). Entziff.

Minister des Äussern, der mit großer Verspätung hier angekommen, telephonierte mir soeben, er wolle wenige Stunden seines Aufenthaltes — er fährt heute nachts nach Widdin, wo er morgen Wahlrede hält — nicht vorbeigehen lassen, ohne mir zu sagen, wie sehr ihn Unterredung mit Euer Exzellenz befriedigt und welch ausgezeichneten Eindruck er von derselben empfangen. Er sei glücklich gewesen, mit faszinierender Persönlichkeit Euer Exzellenz in Berührung haben treten und Hochderen tiefes Verständnis „pour les affaires" bewundern zu können. Minister sagte noch, er werde gleich nach seiner Rückkehr (Dienstag oder Mittwoch) mich berufen, um mir Details Wiener Aufenthaltes mitzuteilen. Geheim. Minister deutete auch an, es bleibe bei seiner geheimen Zusammenkunft mit Talaat Bey (mein Telegramm Nr. 1275 vom 14. d. M.). Letzterer befindet sich laut hier eingelangter Konstantinopler Depeschen seit gestern in Adrianopel. Mittag.

Nr. 9025. Privatschreiben nach Berlin, 24. Nov. 1913 Nr. 5478.[a]) Konz. (S. Hohenlohe; G. Berchtold).

Streng geheim. Im Nachhange zu meinem Privatschreiben vom 13. d. M. möchte ich Euer Exzellenz noch nachstehende Meldungen aus Konstantinopel[b]) und Sofia[c]) zur streng vertraulichen Verwertung in der Wilhelmstraße mitteilen. Laut ersterer kursiert am goldenen Horn in letzter Zeit das Gerücht über Bestrebungen, die auf eine panbalkanische Konföderation hinzielen, wobei Frankreich und Rußland entweder auf eine Zerstückelung Bulgariens oder auf einen Beitritt dieses Staates zu dieser Konföderation hinarbeiten sollen. In Sofia müßten die russischen Einflüsse hiedurch wieder an Boden gewinnen, dem König Ferdinand würde das Weiterregieren verleidet werden und das Land würde unter einem Herrscher von Rußlands Gnaden in die panbalkanische, nur auf Kosten Österreich-Ungarns zu saturierende Konföderation eintreten. Die Türkei sei diesbezüglich ganz unsicher, man könne nicht wissen, ob sie nicht zum Beitritt zu einer derartigen Vereinigung gegen entsprechenden, besonders finanziellen

Entgelt zu haben sei. Aus der zweiten Meldung, der aus Sofia, geht hervor, daß Rußland und Frankreich alles aufbieten, um die Stellung des jetzigen bulgarischen Kabinettes zu erschweren. Hiebei spielen Anleihefragen eine Hauptrolle. Die Sofioter Regierung gibt sich diesbezüglich keinen Illusionen hin und ist sich darüber klar, daß sie bei der jetzigen Wahlkampagne um die eigene Existenz und um die König Ferdinands zu kämpfen habe. Die russophile Preßkampagne gegen den König nimmt in Bulgarien auch von Tag zu Tag an Heftigkeit zu.

[a]) Vgl. n. 9031, 9044. — [b]) n. 8996. — [c]) n. 9013.

Nr. 9026. Tel. aus Konstantinopel-Pera, 24. Nov. 1913 Nr. 633 (eing. 25. Nov. 9 U. a. m.). Entziff.

Geheim. Türkisch-bulgarische Allianz. Zu meinem Telegramme Nr. 624 vom 19. dieses Monats. Bulgarischer Gesandter sagte mir, dass es ihm gelungen ist, bei den türkischen Staatsmännern durchzusetzen, dass in den noch zu genehmigenden Entwurf die Klausel aufgenommen wurde, der casus foederis sei während der nächsten vier Jahre an die Voraussetzung gebunden, dass eine Neutralitätserklärung Rumäniens vorliege. Pallavicini.

Nr. 9027. Tel. nach Paris, 24. Nov. 1913 Nr. 518 (chiffr. 10 U. p. m.).[a]) Konz. (S. Biegeleben; G. Berchtold).

Telegramm Nr. 248 erhalten. Im Allerhöchsten Auftrage beehre ich mich Euer Exzellenz zu ersuchen, den Herrn Präsidenten Poincaré in der Ihnen geeignet erscheinenden Weise davon zu benachrichtigen, daß der König von Spanien sich Seiner Majestät gegenüber in dem von Herrn Poincaré gewünschten Sinne geäußert habe und daß Allerhöchstdieselben über diese freundliche, den Allerhöchsten eigenen Gesinnungen vollkommen entsprechende Message sehr befriedigt und erfreut gewesen sei. Berchtold.

[a]) Vgl. n. 9029.

Nr. 9028. Tel. des Legationsrates Grafen Karl Trauttmansdorff aus London, 25. Nov. 1913 Nr. 702 (eing. 26. Nov. 9 U. a. m.).[a]) Entziff.

Mit Bezug auf Euer Exzellenz Telegramm Nr. 806 vom 20. d. M. und mein Telegramm von gestern Nr. 699[b]) betreffend Notifizierung an Prinzen Wied. Italienischer Botschafter hat soeben Sir E. Grey gesprochen, der ihm erklärte, er sei „aus verschiedenen Gründen" nicht in der Lage, einem der von Euer Exzellenz und Marquis di San Giuliano gemachten Vorschläge entsprechend, eine führende Rolle in der Angelegenheit zu übernehmen. Staatssekretär ließ Bemerkung fallen, es hätte bei den Reunionen doch immer als einverständlich gegolten, dass der Fürst von Albanien von Österreich-Ungarn und Italien den Mächten proponiert würde. Er meinte, dass ein solcher modus procedendi jedenfalls der beste gewesen wäre. Marquis Imperiali versuchte die Bedenken Greys, welche offenbar auf die Intervention Rumäniens zurückzuführen und durch Einfluss aus Paris — wo dieser Vorgang als Formfehler angesehen zu werden scheint — verstärkt sind, zu zerstreuen und wies darauf hin, dass eine Proposition durch Österreich-Ungarn und Italien immerhin einige Zeit in Anspruch nehmen würde

und somit kostbare Zeit in einer an sich doch nicht so wichtigen Formfrage verloren gehen würde. Sir E. Grey suggerierte dann folgenden modus procedendi: Da Prinz Wied preußischer Offizier sei, wäre es nur recht und natürlich, dass deutsche Regierung Führung übernehme. Deutscher Staatssekretär könnte Angelegenheit der Notifizierung der Designierung den Botschaftern in Berlin gegenüber zur Sprache bringen, welche ihrerseits Instruktionen seitens ihrer respektiven Regierungen provozieren würden. Die einzuschlagende Vorgangsweise könnte auf diese Weise zwischen dem deutschen Staatssekretär und den Berliner Botschaftern einverständlich festgesetzt werden. Sir E. Grey fügte hinzu, er werde mir gleiche Antwort geben und er habe im vorstehenden Sinne an englische Botschafter bei den Großmächten telegraphiert. Grey wiederholte, dass er gegen Kandidatur des Prinzen Wied nichts einzuwenden habe, wie er dies auch allen Kabinetten der Großmächte hätte wissen lassen. In Bukarest hat er, wie ich erfahre, keine Antwort erteilt. Trauttmansdorff.

[a]) Vgl. n. 9030. — [b]) Mit Tel. Nr. 699, 24. Nov. 1913 (eing. 25. Nov. 9 U. a. m.) wurde nur die Tatsache der mit n. 9016 aufgetragenen Demarche bei Hilfsunterstaatssekretär gemeldet.

Nr. 9029. Tel. aus Paris, 25. Nov. 1913 Nr. 249 (eing. 26. Nov. 10 U. a. m.).[a]) Entziff.

Je me suis acquitté auprès du Président de la République des ordres Souverains transmis par télégramme de Votre Excellence n. 518 du 25 courant. Monsieur Poincaré, très sensible au message de Sa Majesté, m'a prié de transmettre ses meilleurs remerciements. Il m'a dit qu'il avait été heureux de trouver cette occasion pour exprimer à Sa Majesté, notre Auguste Maître, ses sentiments très sincères lesquels sont entièrement partagés par le Gouvernement de la République et l'opinion publique. Ich nahm diese Gelegenheit wahr, um Herrn Poincaré auf einige in letzter Zeit erschienene sehr unfreundliche Zeitungsartikel aufmerksam zu machen. Es sei unvermeidlich, dass wenn offiziöse, ernste Zeitungen in einem solchen Tone schreiben und dieser Hetzerei nicht entgegengetreten wird, die öffentliche Meinung bei uns an den Intentionen der französischen Regierung irre werde. Natürlich blieben unsere Zeitungen die Antwort nicht schuldig, was für die beiderseits gewünschten freundschaftlichen Beziehungen abträglich sei. Präsident bedauert ganz offen den Ton der hiesigen Presse, die leider schwer zu beeinflussen sei. Er will über den Gegenstand mit Herrn Pichon sprechen. Bei eingehender Besprechung der politischen Haltung konstatierte Herr Poincaré ausdrücklich, dass keinerlei Meinungsverschiedenheit welcher Art immer zwischen uns bestände. Auch in griechischer Delimitationsfrage betrachtet er Einvernehmen als gesichert. Französischer Vertreter in Athen soll Instruktionen erhalten, dort mässigend einzuwirken und neuerlich zu erklären, dass Frankreich in vollem Einvernehmen mit den übrigen Mächten Londoner Basis nicht verlassen wird. Er soll auch erklären, dass die zufällige Anwesenheit eines französischen Geschwaders keineswegs als Ermutigung griechischen Widerstandes aufgefasst werden darf. Szécsen.

[a]) Vgl. n. 9035.

*Nr. **9030.** Tel. nach Berlin Nr. 763 (1), Rom Nr. 1392 (2), London Nr. 816 (3), St. Petersburg Nr. 583 (4), Paris Nr. 519 (5), Bukarest Nr. 478 (6) und Valona (Generalkonsul Petrović) Nr. 84 (7), 26. Nov. 1913 (chiffr. 10 U. 20 M. p. m.).[a]) Konz. (S. Berger; V. Rappaport; G. Forgách).*

1., 4.—7. Die Frage der Form, in welcher die Designierung des Prinzen Wied seitens Europas zum Fürsten von Albanien am raschesten erfolgen könnte, hat den Gegenstand eines Gedankenaustausches zwischen den Kabineten von Wien und Rom und jenem von London gebildet. Laut einer Mittheilung des hiesigen englischen Botschafters hat nun Sir E. Grey in einer Unterredung mit Marquis Imperiali folgenden Vorschlag gemacht.

2. u. 3. Im Gegenstande Euer Exzellenz Telegrammes Nr. 884 vom 20. d. M. (beziehungsweise Nr. 702 vom 25. d. M.) hat mir heute hiesiger englischer Botschafter mitgetheilt, daß Sir E. Grey in einer Unterredung mit Marquis Imperiali Letzterem folgenden Vorschlag gemacht habe.

1.—7. Die Botschafter Österreich-Ungarns, Italiens, Englands, Frankreichs und Rußlands in Berlin sollten den Auftrag erhalten, sich zu Herrn von Jagow zu begeben und ihn um Nachstehendes zu ersuchen, der Herr Staatssekretär wolle den Prinzen Wied in Kenntnis setzen, daß ihn die Mächte zum Fürsten von Albanien designiert und gleichzeitig der Hoffnung Ausdruck gegeben hätten, daß er diesen Thron annehmen werde.

1. Ich akzeptiere diesen Vorschlag Sir E. Greys. Euer Exzellenz wollen daher, sobald Ihr italienischer Kollege von der Zustimmung seiner Regierung zu diesem englischen Vorschlag in Kenntnis sein wird, im Vereine mit den Botschaftern der übrigen Mächte den gedachten Schritt bei Herrn von Jagow ausführen. Von dieser an Euer Exzellenz ergehenden Weisung wurde hiesiger englischer Botschafter verständigt.

2.—7. Ich telegraphiere darüber an Grafen Szögyény: (Inseratur aus Telegramm sub 1. von „Ich akzeptiere“ bis „englischer Botschafter verständigt.“)

2. Vorstehendes zur Mittheilung an Marquis di San Giuliano mit dem Beifügen, daß mich zur sofortigen Annahme des englischen Vorschlages vor allem das Interesse an einer möglichst baldigen Designierung des Prinzen Wied bewogen hat und daß ich annehme, daß das italienische Kabinet aus ebendenselben Gründen die gleiche Haltung beobachten wird.

3.—6. Vorstehendes zur Regelung Ihrer Sprache.

7. Vorstehendes vorläufig zu Euer Hochwohlgeboren vertraulicher Information. Berchtold.

[a]) Vgl. n. 9043 Anm. b.

*Nr. **9031.** Tel. aus Berlin, 26. Nov. 1913 Nr. 490 (eing. 10 U. 15 M. p. m.).[a]) Entziff.*

Streng geheim. Bezugnehmend auf Euer Exzellenz streng geheimes Privatschreiben vom 24. dieses Monats. Gerücht über Bestrebungen Frankreichs und Russlands zur Konstituierung einer panbalkanischen Konföderation hat hiesige Regierung — wie mir Staatssekretär versichert — nur durch

Berichterstattung des deutschen Botschafters in Wien erhalten. Eine Abdankung König Ferdinands, an die er übrigens nicht glauben könne, wäre nach Herrn von Jagows Ansicht auch im Interesse des Dreibundes sehr bedauerlich. Szögyény.

a) Vgl. n. 9034.

Tel. nach Bukarest, 26. Nov. 1913 Nr. 478 (chiffr. 10 U. 20 M. p. m.). Siehe n. 9030.

Nr. 9032. Erlaß an den Gesandten Grafen Ottokar Czernin in Bukarest, 26. Nov. 1913 Nr. 5520.a) Konz. (S. Matscheko; V. u. G. Berchtold).

Geheim. Durch die Berufung auf den Bukarester Gesandtenposten fällt Euer Exzellenz eine ebenso schwierige als für unsere künftigen Beziehungen zu Rumänien, ja unsere Balkanpolitik überhaupt, bedeutsame Aufgabe zu. In ihre Hauptelemente aufgelöst besteht diese Aufgabe darin, die zwischen Wien und Bukarest entstandenen Mißverständnisse durch die richtige Beleuchtung des Wesens und der Motive unserer Haltung in der letzten Balkankrise aufzuklären, auf die leitenden Faktoren und die Öffentlichkeit Rumäniens im Sinne der Wiederaufnahme der Politik des engen Zusammengehens mit Österreich-Ungarn einzuwirken und auf jeden Fall eine baldige volle Klarstellung unseres Verhältnisses zu Rumänien herbeizuführen. Da ich das Tatsächliche als bekannt voraussetzen darf, so kann ich mich im folgenden darauf beschränken, Euer Exzellenz durch einige erläuternde Bemerkungen über meine einschlägige Auffassung zu orientieren. Was zunächst den 1. Punkt anbelangt, so datieren die entstandenen Unstimmigkeiten bekanntlich von unserer Haltung in der rumänisch-bulgarischen Kontroverse. Es ist in weiten Kreisen Rumäniens das Schlagwort verbreitet worden, die Monarchie habe die rumänischen Ansprüche auf eine Entschädigung seitens Bulgariens nicht mit dem nötigen Nachdrucke unterstützt, Rumänien „im Stiche gelassen". Dieser Vorwurf greift zum Teil auf den Beginn des ersten Balkankrieges, auf jene Zeit zurück, da der Balkanbund mit der Türkei im Kampfe begriffen war. Damals hätten wir Rumänien am aktiven Eingreifen verhindert. Dem muß vor allem entgegengehalten werden, daß von einer solchen Einschränkung der Aktionsfreiheit Rumäniens unsererseits keine Rede gewesen ist. Wenn wir aber, in der Tat, und zwar im vollen Einvernehmen mit dem Berliner Kabinette, Rumänien in dem Entschlusse, eine abwartende Haltung einzunehmen, bestärkt haben, so glauben wir uns dadurch um das Königreich nur verdient gemacht zu haben. Hat doch Herr Majoresco selbst vor kurzem öffentlich erklärt, daß ein solches Vorgehen durchaus verfehlt gewesen wäre und diese Erkenntnis dürfte heute in Rumänien so ziemlich vorherrschend sein. Ebensowenig kann unsere spätere Haltung zur Begründung jenes Vorwurfes angeführt werden. Wir haben in Sofia unaufhörlich Nachgiebigkeit gepredigt und sind in den Petersburger Konferenzen nachdrücklich für die rumänischen Desiderata eingetreten. Ihre volle Berücksichtigung ist lediglich an dem kategorischen Widerspruch der Ententemächte gescheitert. Allerdings haben wir, als sich Rumänien mit dem Ergebnisse der Petersburger

Verhandlungen nicht zufrieden geben wollte und die ersten Anzeichen des herannahenden zweiten Balkankrieges sichtbar wurden, einem Ausgleich auf gütlichem Wege in Bukarest wie in Sofia das Wort geredet. Hiefür war jedoch vor allem die Erwägung maßgebend, daß uns dies die einzige Möglichkeit schien, die Rumänien das Dilemma erspart hätte, entweder im neuen Kriege passiver Zuseher zu bleiben und sich mit dem in Petersburg Erreichten zu begnügen oder durch ein aktives Zusammengehen mit Serbien zum mindesten die Kontinuität seiner bisherigen Politik zu unterbrechen und der Zukunft zu präjudizieren. Im Interesse einer gütlichen Verständigung mit Bulgarien waren wir aber andererseits auch deshalb tätig, weil nur ein freundschaftliches Verhältnis zu seinem südlichen Nachbar Rumänien in die Lage versetzen kann, seine Bundespflichten dem Dreibunde gegenüber im casus foederis voll und ganz zu erfüllen, indes von einem gewaltsamen Vorgehen Rumäniens gegen Bulgarien eine dauernde Entfremdung zwischen den beiden Staaten zu befürchten war. Wir sind in diesem Zusammenhange von rumänischer Seite auch vielfach für die hinhaltende Taktik und die „Halsstarrigkeit" Bulgariens verantwortlich gemacht worden. Ohne gewisse Zusicherungen von unserer Seite hätte Bulgarien ein derartiges Vorgehen nie gewagt, so lautete eine in Rumänien stark verbreitete Version. Tatsächlich lagen die Dinge ganz anders. Die Sprache des k. u. k. Gesandten in Sofia war zu klar und bestimmt, unser Freundschaftsverhältnis zu Rumänien war von uns der bulgarischen Regierung gegenüber zu oft und nachdrücklich betont worden, als daß selbst ein so grenzenloser Optimist wie Herr Danew hätte hoffen können, die Monarchie würde Rumänien in den Arm fallen, wenn dieses sich zu einer gewaltsamen Realisierung seiner Ansprüche anschicken sollte. Nicht auf uns baute Herr Danew, sondern darauf, daß Rußland eine rumänische Aktion gegen Bulgarien nicht zulassen würde. Dieser Irrtum erklärt das sonst so unbegreifliche Verhalten der bulgarischen Regierung, das nur durch ein entschiedenes Wort aus Petersburg nicht aber aus Wien hätte modifiziert werden können. Übrigens darf nicht übersehen werden, daß in den letzten Wochen vor dem Ausbruche des zweiten Balkankrieges nicht mehr Bulgarien sondern Rumänien es war, das sich gegenüber allen Versuchen, durch Verhandlungen eine Verständigung herbeizuführen, dilatorisch und ablehnend verhielt. Daß man in Bukarest die letzte Möglichkeit eines friedlichen Ausgleiches nicht erschöpft, sondern den Einmarsch in Bulgarien Schulter an Schulter mit Serbien vorgezogen hat, mag vom Standpunkte der spezifischen Interessen Rumäniens aus gerechtfertigt erscheinen. Man konnte in Rumänien aber füglich nicht erwarten, daß ein Vorgehen, welches zur weiteren Stärkung Serbiens führen mußte und somit den Interessen der Monarchie direkt zuwiderlief, unsere Billigung finden werde. Wir haben dessenungeachtet in weitestgehender Berücksichtigung des Bundesverhältnisses gegenüber diesem Vorgehen Rumäniens eine durchaus wohlwollende Haltung eingenommen und auch später diente die prinzipielle Anmeldung des Überprüfungsrechtes der Mächte bezüglich des Resultates der Friedensverhandlungen — eine Vorgangsweise, die bekanntlich auf eine Anregung Herrn Majorescos zurückzuführen ist — zunächst

dem Zwecke, das Zustandekommen des Friedens zu fördern, an dem Rumänien nach der vollen Befriedigung seiner Ansprüche sehr gelegen war. Nach alledem kann wohl Rumänien nicht die Berechtigung zu einer Beschwerde über unsere Haltung zuerkannt werden, während im Gegenteile wir mit vollem Rechte uns darüber beklagen könnten, daß man in Bukarest bei der Verfolgung seiner Ziele, den Einflüssen Rußlands und der Ententemächte gehorchend, wenig Rücksicht auf die Interessen der verbündeten Nachbarmonarchie bewiesen und zu einem erheblichen Machtzuwachse unseres notorischen Gegners, Serbiens, in entscheidender Weise beigetragen hat. Nur nebenbei sei bemerkt, daß Rumänien auch insoferne das Spiel Rußlands gespielt hat, als sein Vorgehen gewissermaßen zu einer Bestrafung Bulgariens für seine Unbotmäßigkeit gegenüber Petersburg führte. Die vorstehenden Ausführungen sind jedoch nicht dazu bestimmt, in Bukarest zu Rekriminationen über die Vergangenheit verwendet zu werden, sie sollen lediglich, und zwar nach dem freien Ermessen Euer Exzellenz, zur Widerlegung etwaiger rumänischer Klagen über unser Vorgehen in der jüngstverflossenen Periode dienen. Überhaupt werden Euer Exzellenz in Ihren Konversationen mit Seiner Majestät dem Könige sowie mit den rumänischen Staatsmännern das Hauptgewicht darauf zu legen haben, daß wir in der jüngsten Vergangenheit Rumänien nicht nur keinen Grund zu Klagen gegeben, sondern im Gegenteil unter Umständen, die ein großes Maß von Selbstverleugnung erheischten, den vollen Beweis unserer Bündnistreue erbracht haben. Was die Zukunft anbelangt, so müssen die Bemühungen Euer Exzellenz darauf gerichtet sein, den maßgebenden Kreisen Rumäniens klar zu machen, daß wir zwar fest entschlossen sind, am Bündnisse festzuhalten, daß wir aber hiebei auf vollste Gegenseitigkeit rechnen. Rumänien sollte sich dessen bewußt werden, daß die Vorteile des bestehenden Bundesverhältnisses immer noch in erster Linie auf seiner Seite liegen. Um dies zu illustrieren, genügt der Hinweis auf die geographische Lage Rumäniens und auf die Gefahren, die ihm in dem ja immerhin möglichen Falle des Zusammenschlusses der slavischen Balkanstaaten drohen würden, wenn ihm die heute durch das Bündnis gewährte Rückendeckung gegen Rußland fehlt. Für Rumänien, das sich heute schon von dem Anwachsen des slavischen Elementes am Balkan bedroht fühlt, ist der enge Anschluß an Österreich-Ungarn, das, ohne ein Gegner der Slaven als solche zu sein, gegen den Panslavismus jederzeit Front machen muß, ein Gebot politischer Notwendigkeit. Denn von Seite Rußlands kann Rumänien, selbst wenn es sich ganz in seine Arme werfen wollte, auf die Dauer nicht auf Schutz rechnen und eine rumänische Politik, die mit russischer Unterstützung auf die Einigung der Balkanslaven hinausliefe, müßte in ihren letzten Konsequenzen zu einer vollkommenen Isolierung Rumäniens führen. Die Struktur Österreich-Ungarns bringt es mit sich, daß zwischen unseren auswärtigen Beziehungen zu fast allen Nachbarn und den korrespondierenden nationalen Fragen im Inneren eine automatische Wechselwirkung besteht. Auf diese Wechselwirkung werden die beiden Regierungen der Monarchie, soweit Rumänien in Betracht kommt, sicherlich Rücksicht nehmen und dafür sorgen, daß Konflikte und Reibungen, die in Rumänien Empfindlichkeit

und Erregung hervorrufen könnten, möglichst vermieden werden. Wie Graf Tisza Euer Exzellenz zu Ihrer persönlichen Orientierung ja bereits mitgeteilt hat, ist die königlich ungarische Regierung übrigens eifrigst bemüht, einen Ausgleich der auf diesem Gebiete in Ungarn bestehenden Gegensätze und Schwierigkeiten herbeizuführen; daß die Rumänen in der Bukowina keinen Grund zu berechtigten Klagen besitzen, ist bekannt und bedarf keines speziellen Hinweises. Aber schon aus prinzipiellen Gründen können wir Rumänien ebensowenig wie einer anderen auswärtigen Macht das Recht zugestehen, durch einen Druck auf den Hebel unseres außenpolitischen Verhältnisses die politische Stellung seiner Konnationalen in der Monarchie zu beeinflussen. Hiedurch würden wir uns nicht nur eines Teiles unserer Selbständigkeit begeben, sondern auch eine gefährliche schiefe Bahn betreten, da das Beispiel und der etwaige Erfolg des einen Nachbars im Sinne einer Lizitation auf den anderen wirken müßte. Tatsächlich ist es auch zum Beispiel dem deutschen Kabinette in den dreiundeinhalb Jahrzehnten unseres Bündnisses niemals in den Sinn gekommen, unsere außenpolitischen innigen Beziehungen auszunützen, um auf das Verhalten der österreichischen oder ungarischen Regierung gegenüber den Deutschen in den beiden Staaten der Monarchie Einfluß zu nehmen. Euer Exzellenz wollen die beiden eben entwickelten Gesichtspunkte, falls das Thema Ihnen gegenüber in Bukarest berührt würde, in Ihren Erwiderungen berücksichtigen und nötigenfalls auch zum Ausdrucke bringen. Bei einem solchen Anlasse könnten Euer Exzellenz auch darauf hinweisen, daß die politische und ökonomische Situation der Rumänen in der Bukowina wie in Ungarn um vieles günstiger ist als diejenige ihrer Volksgenossen in Bessarabien und in Serbien und daß Rumänien seine nationale und kulturelle Fürsorge für die Stammesbrüder daher in erster Linie in jene beiden Richtungen lenken sollte. Im allgemeinen hat die notwendige Übereinstimmung der Orientierung unserer und der rumänischen Politik durch Jahrzehnte hindurch in erfreulicher Weise bestanden. In der jüngsten Vergangenheit hat sich jedoch — und zwar auf rumänischer Seite — eine Diskrepanz ergeben, ob vorübergehender oder dauernder Natur, wird erst die Zukunft lehren. Diese Diskrepanz betrifft Serbien und damit komme ich zu einem der wichtigsten, jedenfalls aber zum aktuellsten Punkte unserer Beziehungen zu Rumänien, der, wenn auch schon früher gestreift, hier noch eingehender erörtert werden muß. Rumänien hat es als ein imperatives Gebot seiner Interessen angesehen, in den zweiten Balkankrieg einzugreifen, um ein Übermächtigwerden Bulgariens zu verhindern. Man war sich in Bukarest unseres Interessengegensatzes zu Serbien bewußt und hat uns daher die Erklärung abgegeben, daß das Zusammengehen mit Serbien nur ad hoc stattfinde und mit der Niederringung Bulgariens als abgeschlossen anzusehen sei. Da uns an der Erhaltung der rumänischen Freundschaft gelegen war und da es sich vorläufig nur um ein Zwischenstadium handelte, konnten wir uns damit abfinden und die aus dem Vorgehen Rumäniens resultierende weitere bedeutende Stärkung Serbiens, wenn auch schweren Herzens, in den Kauf nehmen. In den Monaten, die seit dem Bukarester Frieden verflossen sind, hat sich die Haltung Rumäniens aber keineswegs in dem Sinne

einer Lockerung der Beziehungen zu Serbien akzentuiert. Im Gegenteile, aus der scheinbar rein tatsächlichen und zufälligen Kooperation gegen Bulgarien hat sich eine Art von Solidarhaftung für die gemeinsamen Errungenschaften dieses Feldzuges entwickelt. Allerdings richtet sich diese Solidarität zunächst gegen Bulgarien. Immerhin ergibt sich daraus ein faktisches, wenn auch spezialisiertes Bundesverhältnis zwischen den beiden Staaten, das naturgemäß auch auf ihre allgemeine Politik zurückwirken muß. In Bukarest scheint man zu glauben, daß dieses dauernde Zusammengehen mit Serbien, das sich auch in mancherlei kleinen Anzeichen kundgibt, mit der Aufrechterhaltung des Bündnisses mit Österreich-Ungarn kompatibel sei und von uns auch nicht beanständet werden würde. Diese Ansicht beruht auf einem Irrtume. Vor allem verkennt man in Bukarest — wenigstens gibt man sich den Anschein, es zu tun — das Wesen und den Grad unseres Gegensatzes zu Serbien. Man empfiehlt uns Mäßigung, Wohlwollen, wirtschaftliches und politisches Entgegenkommen. Solche Palliativmittel sind jedoch ungeeignet, unser Verhältnis zu Serbien dauernd zu sanieren. Zwischen uns und dem heutigen serbischen Staate steht das große südslavische Problem, das eine definitive Lösung fordert und immer dringender fordern wird. Diese Lösung — nach menschlicher Voraussicht kann sie angesichts der Zähigkeit, Konsequenz und Zuversicht, mit der Serbien auf die Realisierung der großserbischen Idee hinwirkt, nur eine gewaltsame sein — wird entweder von der heutigen staatlichen Gestalt Serbiens nur geringe Spuren zurücklassen oder Österreich-Ungarn in seinen Grundfesten erschüttern. Daß sich unser Gegensatz zu Serbien im Laufe der Zeit mildern oder ausgleichen könnte, — woran man vielleicht in Bukarest denkt — davon kann bei dieser Lage der Dinge keine Rede sein. Und wenn man dort etwa glaubt, daß Rumänien einem solchen Konflikte trotz des Bündnisses mit der Monarchie und der gegen Bulgarien gerichteten Entente mit Serbien als unbeteiligter Zuseher gegenüberstehen könnte, so übersieht man, daß Serbien zur Lösung des großserbischen Problems sicherlich nicht allein, sondern erst dann schreiten wird, wenn es der aktiven Unterstützung Rußlands sicher ist oder wenn es einen aus anderen Gründen zwischen uns und Rußland entstandenen Zusammenstoß hiezu benützen kann, — beides Fälle, die nach dem Wortlaute des Bündnisvertrages den casus foederis darstellen und Rumänien zur Erfüllung seiner Bundespflicht nötigen würden. Man vergißt in Bukarest ferner, daß andererseits auch Bulgarien — nach der heutigen Situation zu schließen — eine so günstige Chance, wie sie ihm ein Konflikt zwischen uns und Serbien bieten würde, schwerlich vorübergehen ließe, ohne die Wiedereroberung Mazedoniens zu versuchen. Die Fortführung des neuesten Systems der Bündnispolitik mit der Monarchie und der Ententepolitik mit Serbien würde somit Rumänien im Falle eines Konfliktes zwischen uns und Serbien in eine schwere Interessen- und Pflichtenkollision versetzen und überhaupt an dem unlösbaren inneren Widerspruche kranken, daß das Königreich das ganze Gewicht seines politischen Einflusses durch Jahre hindurch zugunsten eines Staates einsetzen würde, gegen den es sich nach dem Wortlaute eines geheimen Bündnisses in einem gegebenen Augenblicke — zur nicht geringen Überraschung seiner eigenen Öffentlichkeit — mit den Waffen in der Hand

wenden müßte. Wir dürfen uns nicht der Tatsache verschließen, daß die Fortsetzung einer solchen Politik seitens Rumäniens den Wert unseres geheimen Bündnisvertrages schließlich in Frage stellen könnte. Denn, ganz abgesehen davon, daß unsere und die rumänischen Tendenzen in allen Fragen, die Serbien betreffen, immer wieder aufeinander stoßen und fortwährende Reibungen erzeugen müßten, würden wir Gefahr laufen, um der Erhaltung der Freundschaft Rumäniens willen lange Zeit hindurch Opfer zu bringen, eventuelle Freunde zurückzuweisen, die Erstarkung offenkundiger Gegner zuzulassen, ohne eine wirklich sichere Gewähr dafür zu besitzen, daß die wahren oder vermeintlichen Interessen Rumänien in der Stunde der Entscheidung nicht einen Weg weisen, der sich von dem unseren trennt. Eine solche Garantie bietet uns nämlich der Bündnisvertrag nicht, solange die Tatsache der Allianz Rumäniens mit uns geheim gehalten wird und solange die öffentliche Meinung Rumäniens durch die als offizieller Programmpunkt der rumänischen Politik figurierende Solidarität mit Serbien hinsichtlich des Bukarester Friedens geradezu in die entgegengesetzte Richtung gedrängt wird. Ich will die persönliche Loyalität und Bündnistreue des deutschen Fürsten, der seit Jahrzehnten die Geschicke Rumäniens mit kluger und starker Hand lenkt, gewiß nicht in Zweifel ziehen. Aber in Rumänien mehr als in einem anderen Lande ist der Monarch, schon mit Rücksicht auf die fremde Herkunft der Dynastie, genötigt, in folgenschweren Entscheidungen der äußeren Politik auf die Stimme der großen Öffentlichkeit zu hören. Daß die Stimmung des rumänischen Volkes für uns nur dem äußeren Anstriche nach freundlich war, hat die jüngste Vergangenheit bewiesen. Solange eine solche Stimmung in der öffentlichen Meinung Rumäniens, speziell auch im Heere, vorherrscht, können wir nicht erwarten, daß die Kraft des Königs im gegebenen Augenblicke ausreichen werde, das rumänische Volk zur Erfüllung seiner Bundespflicht und zur Waffenbrüderschaft mit uns zu bewegen. Es würde wenig nützen, wenn wir vor diesen Erscheinungen die Augen schließen wollten. Wir müssen vielmehr in Bukarest eine offene Sprache führen und darauf dringen, daß das rumänische Volk über das bestehende Bundesverhältnis zur Monarchie und sohin darüber aufgeklärt werde, auf welcher Seite Rumänien im Falle großer Entscheidungen stehen wird und welche unüberschreitbaren Grenzen der Interessengemeinschaft mit Serbien gezogen sind. Erst wenn Seine Majestät der König und die rumänische Regierung durch ihre Zustimmung zu einer diesbezüglichen offiziellen Publikation den festen Entschluß, am Bündnisse mit uns unbedingt festzuhalten, bewiesen haben und die öffentliche Meinung Rumäniens diesen Entschluß durch ihr Einverständnis gewissermaßen ratifiziert hat, können wir in unseren Beziehungen zu Rumänien jene volle Gegenseitigkeit als hergestellt ansehen, die allein es uns ermöglichen würde, mit Beruhigung auf die Allianz mit Rumänien zu vertrauen und sie zum Pivot unserer Balkanpolitik zu machen. Ich bin mir vollkommen klar darüber, daß es nicht leicht sein, sondern des größten Nachdruckes bedürfen wird, dem Verlangen nach einer solchen Bekanntmachung in Bukarest zum Durchbruche zu verhelfen, da es in Rumänien sicherlich Elemente gibt, die es für vorteilhafter halten würden, von dem Allianzverhältnisse zu

benefizieren, ohne dessen Lasten zu tragen und sich vor aller Welt dazu zu bekennen, ganz abgesehen von jenen, die in einer uns feindlichen Orientierung der rumänischen Politik das Heil Rumäniens erblicken. Es ist eben der Zweck unseres Verlangens, das Kräfteverhältnis dieser Strömungen klar festzustellen und selbst wenn wir Rumänien zum offenen Bekenntnisse des Anschlusses an uns nicht bewegen könnten, wird auch die negative Entscheidung den Vorteil haben, daß wir über den tatsächlichen Wert der rumänischen Allianz orientiert und in die Lage versetzt werden, dementsprechend rechtzeitig unsere Maßnahmen zu treffen. Es liegt natürlich nicht in meinen Intentionen, daß Euer Exzellenz sofort nach der Übernahme der Geschäfte mit einem auf die Publikation des Bündnisses bezüglichen Petit an die rumänische Regierung herantreten. Auch habe ich selbstverständlich nicht die Veröffentlichung des Wortlautes oder des ganzen Inhaltes des Bündnisvertrages im Sinne, sondern die authentische Bekanntmachung der Tatsache, daß Rumänien seit beinahe dreißig Jahren mit der Monarchie und dem Dreibunde durch eine Defensivallianz verbunden ist, der es seine Ruhe, Sicherheit und ungestörte Entwicklung zu danken hat und daß dieses Bündnis erst vor kurzer Zeit für eine weitere Reihe von Jahren verlängert wurde. Euer Exzellenz werden sonach zunächst das Terrain dadurch entsprechend vorbereiten, daß Sie im Sinne meiner früher entwickelten Ansichten, was unsere Haltung in der letzten Krise anbelangt, aufklärend wirken und auf die großen Vorteile hinweisen, die das Bundesverhältnis zur Monarchie Rumänien sichert. Euer Exzellenz werden zu diesem Zwecke sich die Herstellung und Pflege eines vertrauensvollen persönlichen Verhältnisses zu Seiner Majestät dem Könige ebenso angelegen sein lassen, als andererseits bemüht sein, durch eine offene Aussprache mit den leitenden Staatsmännern und durch Einflußnahme auf die rumänische Publizistik eine möglichst günstige Atmosphäre zu schaffen. Sobald diese Vorbereitungen getroffen sind, wollen Euer Exzellenz unter Verwertung jenes Teiles der zuletzt dargelegten Konsiderationen, der Ihnen geeignet und wirksam erscheint, speziell aber unter Hinweis auf unseren unüberbrückbaren Gegensatz zu Serbien, den leitenden Faktoren Rumäniens gegenüber auf das Thema der Publikation des Bündnisses zu sprechen kommen und unser Verlangen in freundschaftlichster Weise, aber mit allem Nachdrucke vertreten. Indem ich bei der Durchführung dieser ebenso schwierigen als wichtigen Mission in die hohe staatsmännische Begabung und den großen politischen Takt Euer Exzellenz voll vertraue, erneuere ich etc.

[a]) Vgl. n. 8945, 9039, 9052, 9074, 9077, 9103, 9521.

*Nr. **9033**. Bericht aus Konstantinopel, 26. Nov. 1913 Nr. 75 A (eing. 29. Nov.).[a]) Ausfert.*

Streng vertraulich. Wie Euer Exzellenz aus meinem ergebensten Berichte vom 17. d. M., Nr. 72 A, ersehen haben werden, schien mir die politische Orientierung des Grossveziers unmittelbar nach dem Abschlusse des Athener Friedens und nach dem Besuche Take Jonescus schwankender als früher. In meinen seitherigen Unterredungen hatte ich jedoch den

Eindruck, dass Said Halim Pascha wieder ganz auf den Boden seines früheren Aktionsplanes (türkisch-bulgarische Entente) zurückgekehrt ist. Symptomatisch ist die vom komitégewaltigen Djemal Bey verfügte Suspendierung fast aller hier erscheinenden griechischen Zeitungen. Sie erfolgte, weil diese durch tendenziöse Nachrichten über Verfolgungen des mohammedanischen Elementes im bulgarischen West-Thrazien gegen die türkisch-bulgarische Intimität Stimmung zu machen trachteten. Im Zusammenhange beehre ich mich eine den Botschaften vom ökumenischen Patriarchate zugekommene, als „Note" überschriebene Aufzeichnung[b]) ergebenst zu unterbreiten, worin gleichfalls über „bulgarian atrocities" aber gegen Griechen Klage geführt wird. Hier kursierte die — als Indiz einer griechisch-türkischen Annäherung aufgefasste — Nachricht, dass Herr Venizelos selbst demnächst nach Konstantinopel kommen werde. Der Grossvezier sagte mir, er wisse nichts von diesem Projekte. Auch verlautet, dass Talaat Bey, gewissermassen als Erwiderung für Take Jonescu, einen Besuch in Bukarest abstatten werde. Das wäre, wenn er Zeit findet, an sich nicht unwahrscheinlich, wäre aber politisch kaum aufs Konto panbalkanischer Tendenzen zu setzen; eher könnte es auf die Sicherung rumänischer Neutralität für die den türkischen Staatsmännern augenscheinlich schon fürs Frühjahr 1914 vorschwebende bulgarisch-türkische Aktion abzielen. Der Grossvezier wird sich, wie er selbst mir sagte, nächstens nach Adrianopel begeben; wohl nur als eine Art Triumphzug. Pallavicini.

a) Vgl. n. 9067. — b) Wurde nicht abgedruckt.

Tel. nach London, 26. Nov. 1913 Nr. 816 (chiffr. 10 U. 20 M. p. m.). Siehe n. 9030.

Tel. nach Paris, 26. Nov. 1913 Nr. 519 (chiffr. 10 U. 20 M. p. m.). Siehe n. 9030.

Tel. nach Rom, 26. Nov. 1913 Nr. 1392 (chiffr. 10 U. 20 M. p. m.). Siehe n. 9030.

Tel. nach St. Petersburg, 26. Nov. 1913 Nr. 583 (chiffr. 10 U. 20 U. p. m.). Siehe n. 9030.

*Nr. **9034**. Tel. des Legationsrates Grafen Otto Czernin aus St. Petersburg, 26. Nov. 1913 Nr. 373 (eing. 11 U. p. m.).[a]) Entziff.*

Italienischer Geschäftsträger teilt mir vertraulich mit, dass laut der in der Consulta eingetroffenen Nachrichten russischer und französischer Kollege in Sofia mit allen Mitteln arbeiten, um Bulgarien zur russophilen Politik zurückzuführen. Hiesige französische Botschaft verbreitet Nachricht von bevorstehender Abdankung König Ferdinands. Dagegen soll Herr Sazonow gestern einem hiesigen diplomatischen Vertreter geäussert haben, er halte Stellung des Königs der Bulgaren nicht für ernstlich gefährdet. Otto Czernin.

a) Vgl. n. 9031, 9038.

Tel. nach Valona, 26. Nov. 1913 Nr. 84 (chiffr. 10 U. 20 M. p. m.). Siehe n. 9030.

Nr. 9035. Bericht aus Paris, 27. Nov. 1913 Nr. 103 A (eing. 29. Nov.). Ausfert.

Beim gestrigen Diplomaten-Empfang erwähnte ich Herrn Pichon gegenüber die beiden Unterredungen, die ich mit dem Präsidenten der Republik hatte und über welche ich mit meinen gehorsamsten Telegrammen vom 22. und 25. l. Mts. sub Nr. 248 und 249 berichtet habe. Herr Pichon versicherte mich, er könne mir Namens der Regierung die Erklärungen Herrn Poincarés vollinhaltlich bestätigen. Seitdem er wieder die Leitung des Ministeriums des Äussern übernommen habe, sei es sein Bestreben, die Beziehungen zwischen Frankreich und der Monarchie thunlichst freundschaftlich zu gestalten. Die Interessen Österreich-Ungarns und Frankreichs stünden nirgends im Gegensatz, beide Staaten verfolgen friedliche Zwecke und seien aus diesen Gründen, obwohl verschiedenen Staaten-Gruppierungen angehörend, gewissermassen naturgemäss berufen zwischen diesen zwei Gruppen eine vermittelnde Thätigkeit auszuüben. Ich dankte dem Minister für diese Worte, wies aber darauf hin, dass, wie ich dies schon öfters erwähnt hätte, die Haltung der französischen Presse nicht im Einklange mit den Versicherungen der massgebenden Persönlichkeiten steht. Ich wolle es gern glauben, wenn mir gesagt werde, dass gewisse Zeitungen und gewisse Journalisten sich nicht beeinflussen lassen. Es sei aber bedauerlich, dass dies gerade jene Pressorgane sind, denen man im Ausland am meisten Bedeutung beimisst. Dass der Temps nicht bewogen werden kann, seine Hetz-Campagne gegen uns einzustellen, wolle ich nicht in Zweifel ziehen, was ich aber mit Bedauern constatire, ist, dass in anderen, der Regierung zugänglichen Zeitungen dieser Campagne nicht entgegengetreten wird. Herr Pichon zeigte sich diesmal für meine Bemerkungen ziemlich empfänglich; er sagte mir: „Vous avez raison, il serait temps que cette campagne de certains journaux prit fin. Je cherche et je trouverai le moyen pour préparer un revirement de l'opinion publique, mais il faut du temps pour celà." Aus einigen hingeworfenen Bemerkungen Herrn Pichons hatte ich die Impression, dass er nicht abgeneigt wäre bei passender Gelegenheit in der Kammer gegen die gegen uns gerichteten systematischen Angriffe Stellung zu nehmen. Eine Zusage in dieser Richtung hat er mir aber nicht gemacht und hielt ich es für vorsichtiger meinerseits keinen diesbezüglichen direkten Wunsch auszusprechen. Szécsen.

Nr. 9036. Tel. des Legationsrates Grafen Otto Czernin aus St. Petersburg, 27. Nov. 1913 Nr. 374 (eing. 28. Nov. 9 U. a. m.).a) Entziff.

Deutsche Militärmission in Konstantinopel. Streng vertraulich teilt mir mein deutscher Kollege mit, dass russische Regierung auf diesen Gegenstand immer wieder zurückkommt und kürzlich Wunsch aussprach, der zu entsendende General solle nicht in Konstantinopel, sondern in einer anderen türkischen Stadt, zum Beispiel Adrianopel, residieren. Es sei für die Stellung russischen Botschafters in Konstantinopel peinlich, wenn die Hauptstadt de facto von einem deutschen General kommandiert sei. Deutscher Geschäftsträger hat die Antwort aus Berlin erhalten, dass man von dem Plan, Konstantinopel als Residenz der Mission in Aussicht zu nehmen,

nicht abgehen könne. Dies wird Herr von Lucius morgen Herrn Sazonow mitteilen und erwartet daher eine bewegte Auseinandersetzung. Mein Kollege ist der Ansicht, dass Sazonow innerpolitische Angriffe gegen seine ...[b] befürchtet. Otto Czernin.

[a] Vgl. n. 8984, 9041 Anm. b, 9155. — [b] Chiffre fehlt.

Nr. 9037. Tel. an den Legationsrat Grafen Otto Czernin in St. Petersburg, 28. Nov. 1913 Nr. 586 (chiffr. 7 U. p. m.).[a] Konz. (S. Hohenlohe; V. Rappaport u. Forgách; G. Forgách).

Erhalten Euer Hochgeboren Bericht Nr. 43 N vom 21. d. M. Ich ermächtige Euer Hochgeboren, die in Rede stehenden Äußerungen Herrn von Hartwigs gelegentlich bei Herrn Sazonow in der Ihnen geeignet erscheinenden, freundschaftlichen Form und ohne sich auf einen hieramtlichen Auftrag zu berufen, zur Sprache zu bringen. Berchtold.

[a] Vgl. n. 9060.

Nr. 9038. Tel. des Legationsrates Grafen Otto Czernin aus St. Petersburg, 28. Nov. 1913 Nr. 375 (eing. 29. Nov. 9 U. a. m.).[a] Entziff.

Bei heutiger Unterredung sagte mir Herr Sazonow, Pressnachrichten über die bedrohte Stellung König Ferdinands nehme er nicht ernst. Zweifellos sei der König zwar sehr unpopulär und verdiene es, denn er habe die Hauptschuld an dem zweiten Balkankrieg. Die alarmierenden Gerüchte über Abdikation stammten von den jetzigen Ministern selbst her, welche den Beweis erbringen wollten, dass sie einzige Stützen Thrones seien. Überhaupt äusserte sich der Herr Minister über die Mitglieder jetzigen bulgarischen Kabinettes mit kaum wiederzugebenden Worten. Was den König anlange, so sei sein Charakter überall hinlänglich bekannt, immerhin sei es vorzuziehen, wenn es zu keinem gewaltsamen Thronwechsel komme. Aus der Sprache Sazonows ist das tiefe Misstrauen gegen die gegenwärtige Politik Königs klar ersichtlich und gewiss wird man hier alle möglichen Mittel anwenden, um ihn zu einer Kursänderung zu veranlassen.

Otto Czernin.

[a] Vgl. n. 9034, 9059.

Nr. 9039. Bericht aus Bukarest, 30. Nov. 1913 Nr. 96 (eing. 3. Dez.).[a] Ausfert.

Im Verfolge meines Telegrammes vom Gestrigen Nr. 400[b] beehre ich mich ergebenst über meine erste Privataudienz bei Seiner Majestät Nachstehendes zu berichten. Seine Majestät begann damit, mir in einer äußerst huldreichen Form Seine Genugtuung über meine Ernennung auszusprechen und erwähnte im Zusammenhange damit die Angriffe der ungarischen Opposition gegen meine Wenigkeit, welche Allerhöchstdemselben unverständlich erschienen, da das Faktum, daß man die Nationalitätenpolitik der „Coalition“ nicht bewundert, noch kein Grund zu solchen Attaken sei. Seine Majestät erwähnte, Graf Tisza selber sei ja in dieser Beziehung ganz anderer Ansicht als Graf Apponyi und Andrássy und beweise dies durch seine Anstrengungen, einen kroatischen und rumänischen

Ausgleich zu Stande zu bringen. Im Zusammenhange damit kam der König auf die Détails des projektierten Tisza'ischen Ausgleiches zu sprechen, über welche Er verschiedene Aufklärungen verlangte, die ich Ihm zu geben in der angenehmen Lage war, mich dabei erbietend, Ihm dieselben noch schriftlich zu überreichen — ein Angebot, das Seine Majestät bereitwilligst akzeptierte. Der König erwähnte bei dieser Gelegenheit eine Unterredung, welche Er vor einigen Jahren mit dem Grafen Julius Andrássy in Sinaia gehabt hatte und staunte über die intransigente Haltung, welche dieser in der Nationalitätenfrage an den Tag gelegt hatte; wiederholt bemerkte Seine Majestät, Er verstehe diesen schroffen Standpunkt der damaligen Coalition und heutigen Opposition nicht, und zwar insbesondere vom „ungarischen" Standpunkte nicht, denn mit der Unzufriedenheit der Nationalitäten steigere sich doch naturgemäß deren sträflicher Wunsch, nach dem Ausland zu blicken. Nach Ansicht Seiner Majestät wäre die Realisierung des alten Déak'schen Ausgleiches die richtige Form, doch fügte Er hinzu, Er sei der Ansicht, daß auch ein Ausgleich zwischen Ungarn und Rumänen, der wenigstens einen Waffenstillstand bedeute, von eminentem Vorteile sei, da man immer hoffen könne, es würden dies die Präludien eines endgiltigen Friedens sein. Er, der König, wünsche diesen ungarisch-rumänischen Friedensschluß, weil in den breiten Massen Rumäniens ein starkes Solidaritätsgefühl mit den ungarischen Stammesbrüdern herrsche, welches sich bei der gegenwärtigen Situation gegen unsere Monarchie auflehne. In den maßgebenden Kreisen spielt diese Reflektion selbstverständlich keine Rolle, aber Seine Majestät deutete an, daß Er doch mit den Stimmungen des Volkes rechnen müsse und daß die ungelöste ungarisch-rumänische Frage sich wie ein Keil zwischen Rumänien und uns schiebe. Der König betonte, daß Er in früheren Jahren Gelegenheit gehabt habe, rumänischen Ungarn zu erklären, daß sie absolut auf keine Unterstützung irredentistischer Bestrebungen seitens Rumäniens rechnen könnten und bezweifelt auch — mit vollem Rechte — nicht, daß dies in allen maßgebenden Kreisen Österreich-Ungarns bekannt sei. „Wenn ich", fügte Seine Majestät wörtlich bei, „einen anderen Standpunkt einnehmen würde, müßte Ich mich ja über die Unzufriedenheit der ungarischen Rumänen freuen, und gerade der Umstand, daß Ich ihre Zufriedenheit in Ungarn wünsche, beweist die Lauterkeit Meiner Absichten." Ich erwiderte, daß kein vernünftiger Mensch in der ganzen Monarchie an den edlen, selbstlosen Absichten Seiner Majestät Zweifel hegt und konnte im Übrigen den ausgesprochenen Ansichten des Königs nur zustimmen, da sie meine eigenen unmaßgeblichen Anschauungen genau widerspiegeln. Auch die rumänische Frage der Bukowina streifte der König und berührte den bekannten episcopalen, rumänisch-ruthenischen Streitfall. Zu Seiner Genugtuung konnte ich Ihm auf Grund der vom Grafen Stürgkh erhaltenen Informationen mitteilen, daß diese Angelegenheit in befriedigender Weise durch die Euer Excellenz bekannte Doppel-Creierung erledigt werden werde. Seine Majestät kam sodann auf die serbische Frage zu sprechen, wobei Allerhöchstderselbe, wie mir scheint, die Serben etwas zu nachsichtig beurteilt, indem Er die Ansicht zwar nicht aussprach, aber andeutete, daß es in unserer Macht liege, ein freundnachbarliches Verhältnis

herzustellen. Meine Einwendung gieng dahin, daß die Serben immer und immer wieder als ruhestörendes Element auftreten, erstens durch ihre Einfälle in Albanien und zweitens durch ihre systematische Unterstützung der großserbischen Irredenta bei unseren Südslaven, eine Entgegnung, die des Längeren entwickelt und mit Beispielen belegt, nicht ganz ohne Eindruck auf Seine Majestät zu bleiben schien. Speziell aber bei dem letzten serbischen Incidenzfall, der durch das Ultimatum Euer Excellenz so rasch beendigt wurde, stellt der König die serbische Regierung als unschuldig dar. Er meinte sicher zu wissen, daß die provisorische albanesische Regierung absichtlich Bandeneinfälle nach Serbien organisiert hätte, um Essad Pascha, der sich neuerdings unbequem bemerkbar machte, entgegenzuarbeiten, und die serbische Aktion sei daher defensiven Charakters gewesen. Ich wies darauf hin, daß die Serben 30 bis 40 Kilometer weit über die Grenze nach Albanien eingedrungen seien, ein Vorgehen, welches doch den defensiven Charakter der Maßregel in einem eigentümlichen Lichte erscheinen ließe und fügte hinzu, daß, wie immer dem sei, es doch wohl unbedingt nötig erscheine, diese störenden Incidenzfälle endlich einmal definitiv zu beenden. Seine Majestät stimmte mir darin vollständig zu und wiederholte nochmals, „Er wünsche, Österreich-Ungarn und Rumänien möchten darin Hand in Hand vorgehen". Er, der König, sei bereit, bei der ersten sich ergebenden Gelegenheit, die uns Anlaß zur Klage gegen Serbien böte, auf das Energischeste in Belgrad zu intervenieren und Er zweifle nicht, daß dies von Erfolg begleitet sein werde, wir möchten aber doch andrerseits den Serben handelspolitisch entgegenkommen.[1]) In dieser Frage scheint es mir, daß Seine Majestät unsere internen Schwierigkeiten, welche auf die ungarischen und agrarischen Widerstände zurückzuführen sind, unterschätzt,[1]) worauf ich hinzuweisen nicht unterließ, sowie auf den Umstand, daß wir den Serben erst dann Vorteile anzubieten in der Lage sind, bis dieselben ihrerseits durch Taten zeigen, daß sie ihr provokatorisches Auftreten aufgeben. Obwohl ich nicht daran zweifle, daß Seine Majestät der König die freundschaftlichsten Gefühle für unsere Monarchie hegt, so habe ich doch sehr stark den Eindruck gewonnen, daß Allerhöchstderselbe die Rolle eines „Schiedsrichters auf dem Balkan" anstrebt, — eine Ambition, die in der speziellen serbischen Frage für uns unter Umständen ja ganz nützlich sein kann, jedoch die weiteren Intentionen Euer Excellenz gewiß wesentlich erschwert. Denn in dieser Rolle wird Seine Majestät sehr schwer dazu zu bewegen sein, den Schleier, der heute noch über unseren Beziehungen zu Rumänien liegt, vollständig vor der Öffentlichkeit zu lüften. Seine Majestät kam dann auf die innere Politik Rumäniens zu sprechen und gab Seiner Freude über den großen Enthusiasmus aller Kreise bei der vorgestrigen Kammereröffnung Ausdruck, beklagte sich jedoch bitter über die Haltung der Opposition und der Presse in der Zeit des Krieges. In der Presse wie auch in der Kammer sei nicht nur die Regierung in einer unerlaubten Weise angegriffen worden, auch Er selbst sei heftig kritisiert und Ihm die Fähigkeit, die äußere Politik des Landes zu leiten, abgesprochen worden. Sein bekanntes Wort „Rumänien werde gehört werden" sei durch Monate die Zielscheibe anzüglicher Reden gewesen und erst nach den

großen Erfolgen habe die Stimmung umgeschlagen. Er habe es in der letzten Zeit manchmal bitter empfunden, wie leicht sich die breiten Massen durch Hetzer und Agitatoren verleiten ließen, um so größer sei allerdings jetzt Seine Befriedigung, da das ganze Land anerkennen müsse, wie richtig Seine Politik gewesen sei. Über die albanesische Frage und die Kandidatur des Prinzen Wied sprach Seine Majestät ebenfalls sehr eingehend, doch brachten Seine diesbezüglichen Äußerungen nichts anderes, als Euer Excellenz bereits aus den Berichten des Prinzen Fürstenberg und Baron Haymerles entnommen haben. Am Schluße der Unterredung erst kam Seine Majestät auf Bulgarien und den Besuch des Königs Ferdinand in Wien zu sprechen. Allerhöchstderselbe war durch die Unterredungen, welche Er mit Baron Haymerle diesbezüglich gehabt hatte, vollständig über den Tatbestand informiert und sehr befriedigt über den Standpunkt Euer Excellenz, daß eine „Annäherung an Bulgarien nur über Rumänien führen könne". Er wiederholte im Laufe dieses Themas mit auffallender und beabsichtigter Betonung, „Rumänien könne niemals ein Großbulgarien an seiner Seite dulden", eine Bemerkung, deren Richtigkeit ich vollständig anerkannte, jedoch erwähnte, daß wir uns mit „Großserbien" in einer ähnlichen Lage befänden — wenigstens so lange, als wir nicht die Überzeugung gewonnen hätten, daß in Belgrad alle weiteren expansiven Hoffnungen erloschen wären und die österreichfeindlichen Gefühle einer objektiven Beurteilung Platz gemacht hätten. Der König gab eine gewisse Ähnlichkeit der beiden Fälle zwar zu, fand jedoch den Unterschied darin, daß Serbien „befriedigt"[1] und durch interne Angelegenheiten für viele Jahre dermaßen gebunden sei, daß dies allein ein gewichtiges Moment der Ruhe verbürge, — während in Bulgarien die Dinge bekanntlich ganz anders lägen. „Wie Europa in 25 Jahren aussehen werde, könne man überhaupt nicht wissen, für das nächste Jahrzehnt hoffe Er, daß sich die österreichisch-serbische Frage in der eingangs geschilderten Weise friedlich werde ordnen lassen. Er für Seine Person mache Sich allerdings darauf gefaßt, daß in 5 bis 6 Jahren eine neuerliche Auseinandersetzung mit Bulgarien notwendig werden werde, Rumänien werde jedoch diese Zeit benützen und im gegebenen Augenblicke bereit sein". Ich habe in dieser ersten, so überaus huldvollen Audienz Seiner Majestät, welche über zwei Stunden dauerte, die Taktik verfolgt, Allerhöchstdemselben möglichst wenig zu widersprechen, weil mir vor Allem daran liegt, einen möglichst wenig ungünstigen ersten Eindruck hervorzurufen, damit ich jenen permanenten direkten Kontakt erreichen kann, welchen mein Vorgänger in so überaus kluger und geschickter Weise herzustellen verstanden hat. Ich war daher auch sehr erfreut, als Seine Majestät am Ende der langen Audienz ohne Zutun meinerseits die Aufforderung an mich richtete, „mich von keinem der Bukarester Politiker influenzieren zu lassen, sondern mich in allen, mir wichtig erscheinenden Fragen direct an Ihn Selbst zu wenden". Ottokar Czernin.

[1]) ?

[a]) Vgl. n. 9032, 9052, 9566, 9600. — [b]) Mit Tel. Nr. 400, 29. Nov. 1913 (eing. 30. Nov. 9 U. a. m.) wurde aus Bukarest ein kurzer Vorbericht über die Audienz gegeben, der hier ausführlich wiederholt wird.

Nr. 9040. Tel. des Legationsrates Rudolf Freiherrn von Mittag aus Sofia, 30. Nov. 1913 Nr. 1313 (eing. 5 U. 30 M. p. m.).[a] Entziff.

Dobrovič teilt mir vertraulich mit, Seine Majestät hätte ihm gesagt, König habe ganz deutlich gefühlt, wie seine Stellung bei Wiener Publikum durch Veröffentlichung Balkanbündnisverträge unmöglich geworden. Er sei daher über ungemein gnädige Aufnahme, die er bei Seiner k. und k. Apostolischen Majestät anlässlich Abschiedsaufwartung gefunden, umsomehr gerührt und tief dankbar gewesen. Mittag.

[a] Vgl. n. 9044, 9057, 9080 Anm. b.

Nr. 9041. Tel. aus Konstantinopel-Pera, 1. Dez. 1913 Nr. 648 (eing. 2. Dez. 9 U. a. m.).[a] Entziff.

Zu Euer Exzellenz Telegramm Nr. 563[b] vom 28. v. M., deutsche Militärmission. Französischer Botschafter erzählt mir, nach ihm aus Berlin vorliegenden Nachrichten könne Frage des beabsichtigten deutschen Kommandos über das in der Hauptstadt stehende, den Bosporus beherrschende Korps unangenehme Dimensionen annehmen. Großvezier sagte mir, dass der russische Botschafter ihn mit dieser Frage, in welcher ein Nachgeben türkischerseits ausgeschlossen sei, bisher nicht saisiert habe. Pallavicini.

[a] Vgl. n. 9044, 9048, 9069. — [b] Mitteilung von n. 9036.

Nr. 9042. Tel. des Legationssekretärs Prinzen Emil Fürstenberg aus Athen, 2. Dez. 1913 Nr. 847 (eing. 3. Dez. 9 U. a. m.).[a] Entziff.

Streng vertraulich. Unterredung mit König Konstantin. Gelegentlich gestrigen Empfanges auf französischer Gesandtschaft eröffnete mir Seine Majestät der König, er habe vor ungefähr acht Tagen Herrn Venizelos gefragt, was letzterer tun würde, falls er — der König — sich weigere, den in Epirus stehenden Truppen Räumungsbefehl zu erteilen. Venizelos erwiderte, er würde seine Demission geben. Daraufhin habe der König ihm gesagt, er hätte sich angesichts der jüngsten Entscheidung der Mächte, die er nicht akzeptieren könne, folgenden Plan zurechtgelegt: Er wolle zu Gunsten seines Sohnes abdanken, nach dem Epirus gehen und sich dort nach der Evakuierung durch die griechische Armee an die Spitze der Freischaren stellen, um das Land gegen das fremde Joch zu verteidigen. Herr Venizelos, im Bestreben, Seine Majestät von dieser Idee abzubringen, habe ihn auch darauf aufmerksam gemacht, dass nicht nur unabsehbare Komplikationen am Balkan, Eingreifen Serbiens etc., sondern schliesslich ein europäischer Krieg daraus resultieren könnte. Seine Majestät sagte mir, dass er wohl wisse, ein derartiges Projekt wäre nicht das eines Realpolitikers, auch würde es ihm ein harter Entschluss sein, alles, Familie und Thron im Stiche zu lassen; aber seinen Gefühlen und seiner innersten Ueberzeugung würde es entsprechen, dem Epirus zu Hilfe zu eilen. Mit bedeutend überlegenem italienischen Landungskorps glaubt er unschwer fertig zu werden, während König an österreichisch-ungarische Intervention in Südalbanien überhaupt nicht glauben will. Ausser Venizelos habe er obigen Plan nur noch zwei Personen erwähnt, die ihm beide Recht gegeben hätten. Es fiel mir nicht schwer, König Konstantin an der Hand sehr plausibler

Argumente nachzuweisen, dass er durch eine unter solchen Umständen erfolgte Abdankung eine gefahrdrohende Situation schaffen und vor Allem das Schicksal Griechenlands aufs Spiel setzen würde. Seine Majestät meinte, er werde sich die Sache noch überlegen. Nach Ansicht König Konstantins wird die Einverleibung von circa 130.000 Hellenen (diese Ziffer nach seiner eigenen Berechnung, nach anderen Daten noch mehr) in unvergleichlich weiterem Masse eine ständige Gefahr für Griechenland bilden als bisher Kretafrage. Durch Austritt von Offizieren werde Armee desorganisiert, durch Bandenbildung, die nicht zu hindern sei, werde man nicht zur Ruhe kommen etc. Cap Stylos und Koritza hätte er eventuell noch verschmerzen können, jetzige Grenzlinie, die im Grunde genommen, schon bei Sajada anfange, wäre eine neue Enttäuschung und geradezu ein Unglück. (Zur Illustrierung übersandte mir heute Seine Majestät eine Karte mit der bezüglichen Einzeichnung.) Ärger als alle anderen habe sich zuletzt England benommen. König vertraute mir an, er halte nicht viel von der Widerstandskraft der sogenannten epirotischen „heiligen Scharen" (25 bis 30.000 Mann), sobald denselben Anlehnung an reguläre Armee fehle, ausgenommen natürlich, wenn König selbst in ihrer Mitte erscheine. Seine Majestät setzte mir neuerlich auseinander, wie tief er Haltung Adriamächte beklage, die ihm unmöglich machen, seinen Wunsch nach Anschluss Griechenlands an den Dreibund zu realisieren. Wenn heute oder morgen — was König nicht für ausgeschlossen zu halten scheint — Herr Venizelos mit dem Antrag an ihn herantrete, sich nach der anderen Gruppe hin zu orientieren, so bliebe ihm nichts anderes übrig, als mit der Tripleentente zu gehen, was ihm aufs tiefste widerstrebe und im innersten seiner Seele zuwider sei. Auf Italien ist Seine Majestät sehr schlecht zu sprechen. Von Oesterreich-Ungarn sei es ihm nach wie vor unverständlich, warum es in dieser Weise gegen Griechenland auftrete, welches sich der Monarchie gegenüber stets loyal benommen habe, was jüngste Publizierung der Balkangeheimverträge neuerlich beweise. Von vorstehendem Inhalt der sehr langen und eingehenden Konversation, in deren Verlauf Seine Majestät auf verschiedenste Themen von weniger aktuellem Interesse zu sprechen kam, beabsichtige ich meine Kollegen vom Dreibund nicht in Kenntnis zu setzen.

Emil Fürstenberg.

[a] Vgl. n. 9046.

*Nr. **9043**. Tel. aus Berlin, 2. Dez. 1913 Nr. 494 (eing. 3. Dez. 9 U. a. m.).[a] Entziff.*

Zu meinem Telegramm Nr. 491[b] vom 29. v. M., betreffend Designierung des Prinzen Wied zum Fürsten von Albanien. Da auch mein russischer Kollege heute entsprechenden Auftrag von seiner Regierung erhalten hat, habe ich nunmehr mit den Vertretern Italiens, Frankreichs, Englands und Russlands den mir aufgetragenen Schritt beim Staatssekretär ausgeführt. Herr von Jagow versichert mir, das er im Laufe der allernächsten Tage den Prinzen Wied im gewünschten Sinne verständigen werde. Szögyény.

[a] Vgl. n. 9092. — [b] Mit Tel. Nr. 491, 29. Nov. 1913 (eing. 4 U. 15 M. p. m.) wurde mit Bezug auf n. 9030 aus Berlin gemeldet, daß russischer Botschafter noch keinen Auftrag erhalten habe und Démarche deshalb noch nicht ausgeführt werden konnte.

Nr. 9044. Privatschreiben aus Berlin, 2. Dez. 1913 (eing. 4. Dez.).[a] Ausfert.

... *Vorfälle in Zabern* ... Mit dem durch den „Matin" veröffentlichten Geheimvertrag und der Militärkonvention zwischen Bulgarien und Serbien sowie mit den angeblich geheimen Abmachungen zwischen Russland und dem nunmehr in Brüche gegangenen Balkanbund hat sich die hiesige Presse viel weniger beschäftigt, als es die unsere begreiflicherweise getan hat. Herr von Jagow versichert mir, dass ihm seinerzeit in dieser Beziehung so zu sagen gar keine authentischen Nachrichten zugekommen wären, doch zweifle er nicht daran, dass König Ferdinand bei seiner bekannten Unverlässlichkeit bei dem Abschlusse des bulgarisch-serbischen Geheimvertrages hauptsächlich Österreich-Ungarn und auch dem Dreibunde gegenüber eine äusserst incorrecte Haltung eingenommen habe. Die nachträglichen Entschuldigungsversuche, die der König in Wien gewiss unternommen habe, hätten wohl nach Ansicht Herrn von Jagows wenig Wert. Die in Deinem streng geheimen Privatschreiben vom 24. v. M. erwähnten Meldungen aus Constantinopel und Sofia, denen zufolge Frankreich und Russland durch verschiedenartige Intriguen die Wiederherstellung einer panbalkanischen Konföderation erstreben, haben den Staatssekretär sehr interessiert. Bisher habe er diesbezüglich — nur via Wien — Nachrichten erhalten, doch zweifle er nicht daran, dass ähnliche Bestrebungen vorhanden sind und befürchtet, dass hiebei die Türkei, insbesondere auf finanzielles Entgelt rechnend, zum Beitritt zu einer derartigen Vereinigung eventuell gewonnen werden könnte. Die Wahlkampagne in Bulgarien werde in einigen Tagen beendet sein und werde hoffentlich — wie dies auch der hiesige bulgarische Gesandte versichert — die jetzige Regierung dort die notwendige Majorität erhalten. In der Angelegenheit der nach der Türkei zu entsendenden deutschen Militärmission scheinen von Seiten Russlands und auch von Seiten Frankreichs und Englands Schwierigkeiten erhoben zu werden. Der Staatssekretär hat mir diesbezüglich nur so viel gesagt, dass die Militärmission noch im Laufe dieses Monates sich nach Constantinopel begeben solle. Dieselbe werde den stricten Auftrag erhalten, sich dort nur mit militärischen Fragen zu beschäftigen und sich von jedweder Einflussnahme auf Politik fernhalten. Szögyény.

[a] Vgl. n. 9040, 9041, 9050.

Nr. 9045. Bericht des Generalkonsuls Rudolf Weinzetl aus Cetinje, 2. Dez. 1913 Nr. 115 (eing. 5. Dez.).[a] Ausfert.

Geheim. Während ich im ergebensten Berichte Nr. 89[b] vom 19. September d. J. Eurer Exzellenz zu melden die Ehre hatte, dass Serbien geneigt wäre, für den Fehlbetrag des montenegrinischen Budgets gegen dem aufzukommen, dass Montenegro mit Serbien eine Zollunion eingehe, scheint nunmehr, wie ich vertraulich erfahre, diese Disposition in Belgrad nicht weiter zu bestehen. Man rechne dort vielmehr damit, dass Montenegro auch ohne irgend welche Zugeständnisse serbischerseits, sozusagen automatisch der Union mit Serbien zutreibe. Dass diese Letztere nur eine Frage der Zeit sei, darüber sind sich die beiderseitigen Politiker aller Parteischattierungen so ziemlich einig; dass dieselbe jedoch infolge der desolaten

Finanzlage Montenegros in unheimliche Nähe gerückt werden könnte, dürfte gegenwärtig die grosse Sorge König Nikolaus' und seiner wenigen Getreuen bilden. Die Letzteren, von der Unabwendbarkeit dieser Eventualität durchdrungen, arbeiten, nach einer streng vertraulichen Information, darauf hin, dass die Union unter dem Szepter der Dynastie Petrović-Njegoš zustande komme und sind eifrig bemüht, mit den politischen Gegnern der serbischen Radikalen, darunter Männern wie Vladan Georgević, Ribarać, Peric und Velković, sowie mit den serbischen Malkontenten überhaupt, behufs einer gemeinsamen Aktion in Fühlung zu treten, die nichts Geringeres anstrebt, als die Vertreibung der Karagjorgjević und Proklamierung König Nikolaus' zum Zaren eines neuen Grossserbiens. Weder das gesunkene Prestige des alternden Gospodars noch der gänzliche Mangel an Popularität des Thronfolgers machen sie in ihren Plänen irre. Sie vertrauen im kritischen Moment auf die unbezähmbare Neuerungssucht der serbischen Demagogen und den grossen Tross der Unzufriedenen im serbischen Heere. König Nikolaus selbst, wohl in richtiger Einschätzung der Abenteuerlichkeit dieser Pläne, beobachtet der Sache gegenüber eine gewisse, wenn auch wohlwollende Zurückhaltung. „Die Idee ist gut," hätte der Gospodar zu einem der Wortführer bemerkt, „aber die Zeit ihrer Ausführung liegt noch in weiter Ferne". Wenn sich auch die Agitatoren den Anschein geben, auf einen unblutigen Putsch hinzuarbeiten, so steht doch bezeichnender Weise Jovan Plamenac, der frühere Minister des Inneren, ein Individuum, das mehr als einen politischen Mord auf dem Gewissen haben soll, an der Spitze der Agitation in Montenegro. Der Erbprinz soll mit Plamenac und Anderen geheime Konventikel in diesem Belange abhalten und sich gegen seine sonstige schläfrige Art für diese Idee angeblich mit Feuereifer einsetzen. Im allgemeinen kann mit Fug und Recht behauptet werden, dass solche Machenschaften recht eigentlich der Atmosphäre eines Hofes zusagen, der seit jeher seine Hauptbeschäftigung auf dem Gebiete der Intrigen gesucht und auch gefunden hat. König Nikolaus, der sich, wie erwähnt, vorläufig noch reserviert verhält und in der Behebung der schweren Finanznot des Landes das sicherste Mittel sieht, mehr oder weniger gefährlichen Kombinationen so lange als möglich aus dem Wege zu gehen, erwartet den Abschluss der 30 Millionenanleihe mit Ungeduld. Die mit ergebenstem Telegramme Nr. 291*c)* vom 27. v. M. gemeldete Auslandsreise des Herrn Ministers des Äussern verfolgt, wie mir aus verlässlicher Quelle bestätigt wird, tatsächlich als Hauptzweck, Mittel und Wege für ein möglichst rasches Zustandekommen dieses Finanzgeschäftes ausfindig zu machen. Die Staatsfinanzen sind denn auch, wie Eurer Exzellenz aus der hieramtlichen Berichterstattung bekannt, in der kläglichsten Verfassung und die Verwaltung arbeitet grossenteils mit Provisorien, indem sowohl Löhnung als Gagen der Militärpersonen seit 14 Monaten nur in kleinen à compte Beträgen erfolgt und die Armeelieferanten gleichfalls durch Teilzahlungen und Versprechungen hingehalten werden. Das erbärmliche Flickwerk dieses Staatshaushaltes wird durch die Zolleingänge und die Erträgnisse des Salzmonopols als einzigen Einnahmsquellen gerade noch mühsam zusammengehalten. Trotz mehrfacher, in letzter Zeit erfolgter Annäherungsversuche

Seiner Majestät des Königs an Russland und trotz der diese Bestrebungen unterstützenden Berichterstattung des russischen Geschäftsträgers Obnorsky, der sich hiemit in offenen Gegensatz zu dem auf Urlaub weilenden Gesandten Herrn von Giers gesetzt hat, zeigt man in St. Petersburg bisher keine Lust, die alte Subventionspolitik in Montenegro wieder zu inaugurieren, geschweige denn für das 6 Millionendefizit seines Budgets aufzukommen. Es scheint vielmehr, dass Russland die von Serbien Montenegro gegenüber beobachtete Taktik des Aushungerns unterstützen will, jenem Serbien, das jüngst die ihm angetragene Zession Djakovas wohl in der sicheren Erwartung zurückwies, dass sich Montenegro an dieser Stadt, deren Einwohnerzahl jene des Haupt- und Residenzdorfes Cetinje um das Zehnfache übertrifft, verbluten werde. In diesem Zusammenhange möchte ich auch eine mir gegenüber seitens eines hervorragenden montenegrinischen Politikers kürzlich gemachte Äusserung anführen: „Djakova wird unser Grab sein." Zu sehr hat meiner unvorgreiflichen Ansicht nach das brüske Vorgehen des Königs in der Frage des russischen Instituts und dem russischen Gesandten gegenüber die berechtigte Empfindlichkeit des Zaren verletzt und zu genau ist der wetterwendische Charakter des Gospodar und sein tötlicher Hass gegen die Karagjorgjević in St. Petersburg bekannt, als dass man seinen Loyalitätsbeteuerungen Glauben schenken und durch eine Stärkung seiner Position die Union der beiden serbischen Königreiche in Frage stellen sollte. Das von Herrn Obnorsky empfohlene radikale Mittel der Proklamierung Božo Petrović' zum Gospodar wird schon wegen der verwandtschaftlichen Beziehungen König Nikolaus' zum russischen Kaiserhause — so tief auch gegenwärtig die „montenegrinische Koterie" am russischen Hofe gewertet sein mag — in Petersburg voraussichtlich wenig Anklang finden und dürfte man es dortselbst wahrscheinlich vorziehen, in die natürliche Evolution der Dinge nicht einzugreifen und die Verantwortung für einen Wechsel der Dynastie dem montenegrinischen Volke allein zu überlassen. Auch die Perspektive, dass eine Union der beiden Länder ein bewaffnetes Einschreiten Österreich-Ungarns zur unvermeidlichen Folge haben wird, dürfte, entgegen der von Herrn Obnorsky ausgesprochenen Ansicht, in Russland insolange nicht abschreckend wirken, als man sich der Hoffnung wird hingeben können, dass die Monarchie sich für diesen Fall mit einer Absperrung des also vergrösserten Serbiens von der Adria begnügen wird; denn schon der Zusammenschluss der beiden serbischen Reiche allein würde für die russische Politik einen ungeheuren Gewinn bedeuten. Zusammenfassend möchte ich bemerken, dass das weitere Ausbleiben der russischen Subvention wohl als untrügliches Zeichen angesehen werden kann, dass Russland die von Serbien Montenegro gegenüber befolgte Politik billigt und in dieselbe nicht störend eingreifen will. Wenn also dergestalt diese Geldquelle, deren Montenegro gegenwärtig, wo es starke Garnisonen in den neu erworbenen Gebieten unterhalten muss, mehr denn je bedarf, versiegt, wenn ferner die Hoffnung auf Bedeckung des budgetären Defizits von russischer oder serbischer Seite schwinden muss, so dürfte Seiner Majestät dem König, wenn ihn nicht etwa eine unter aussergewöhnlich vorteilhaften Bedingungen zu gewährende Anleihe für einige Jahre aus

der Verlegenheit reissen sollte, und wenn die eingangs erwähnte abenteuerliche Kombination ausser Rechnung gesetzt wird, wohl nichts anderes übrig bleiben, als demnächst eine energische Schwenkung gegen Österreich-Ungarn hin zu vollziehen. Mit Rücksicht jedoch auf die mächtige serbophile Strömung wird der Gospodar anfangs mit der grössten Vorsicht zu Werke gehen müssen; die Entfernung der gegenwärtigen Regierung von der Macht wäre der erste Schritt in dieser Richtung. Weinzetl.

a) Vgl. n. 9006. — b) Mit Bericht Nr. 89, 19. Sept. 1913 (eing. 22. Sept.) wurde auf Grund vertraulicher Angaben des Chefs der montenegrinischen Finanzkontrolle Philipp Jergović ausführlich über das montenegrinische Budget und die Bereitwilligkeit Serbiens, bei einer Zollunion für den Fehlbetrag aufzukommen, berichtet. — c) Mit Tel. Nr. 291, 27. Nov. 1913 (eing. 28. Nov. 9 U. a. m.) wurde aus Cetinje gemeldet, daß der Minister des Äußern einen zwanzigtägigen Urlaub antrete, in dessen Verlauf er mit Sir E. Grey und vielleicht auch anderen europäischen Politikern in Fühlung treten wolle.

*Nr. **9046**. Tel. an den Legationssekretär Prinzen Emil Fürstenberg in Athen, 4. Dez. 1913 Nr. 257 (chiffr. 9 U. 30 M. p. m.).a) Konz. (S. Berger; G. Berchtold).*

Erhalten Euer Durchlaucht Telegramm Nr. 847 vom 2. d. M. Ich bin mit der von Euer Durchlaucht gegenüber König Constantin geführten Sprache einverstanden und billige vollkommen Ihre Diskretion hinsichtlich der Äusserungen Seiner Majestät, welche auch hierseits beobachtet werden wird. Berchtold.

a) Vgl. n. 9055.

*Nr. **9047**. Erlaß nach Berlin Nr. 5666 (1), St. Petersburg Nr. 5667 (2), London Nr. 5668 (3) und Paris Nr. 5669 (4), 4. Dez. 1913. Konz. (S. Matscheko; G. Forgách).*

1.—4. Ich beehre mich, Euer etc. anverwahrt den Entwurf[a] einer internationalen Vereinbarung über die in der Londoner Réunion im Prinzipe beschlossene Neutralisierung des Kanals von Corfu zu übermitteln, auf welchen wir uns mit der königlich italienischen Regierung geeinigt haben. Sobald Ihr italienischer Kollege im Besitze einer analogen Weisung ist, wollen Euer Exzellenz im Einvernehmen mit ihm diesen Entwurf der dortigen Regierung zukommen lassen und um ihre Zustimmung hiezu ersuchen.

a) Beilage.

*Beilage zu n. **9047**.*

Projet concernant la neutralisation du Canal de Corfou.

Article I^er^.

Seront neutralisés sous la garantie des Grandes Puissances Européennes:

1°. Les îles de Corfou et de Paxo, ainsi que leurs dépendances, y compris leurs eaux territoriales s'étendant vers la haute mer dans une distance de 6 milles marines.

2°. Le canal de Corfou compris entre 39° 5′ et 40° de latitude Nord.

3°. Une zone de la côte de la terre ferme, large de 6 milles marines et longeant le canal de Corfou dans toute son étendue neutralisée.

Article II.

Aucune force armée, soit navale ou terrestre, ne pourra donc jamais être réunie ou stationnée dans les eaux ou sur les territoires susmentionnés, au délà du nombre strictement nécessaire pour maintenir l'ordre public et pour assurer la perception des revenus de l'Etat.

Article III.

Est interdite la construction de toute oeuvre de fortification, de ports militaires, arsenaux et en général de toute oeuvre de caractère militaire sur les territoires énumérés à l'article I[er].

Article IV.

Est interdit tout acte d'hostilité dans les eaux et sur les territoires dont il est question à l'article I[er]. Ne pourront être mises en état de blocus ni les côtes des îles et de la terre ferme neutralisées, ni les deux embouchures nord et sud du Canal de Corfou. Est également interdit de fermer le canal de Corfou par des barrages, obstructions, torpilles, mines etc. En cas de guerre, les Puissances belligérantes ne pourront ni embarquer ni débarquer des troupes ou du matérial de guerre dans les eaux et sur les territoires visés à l'article I[er].

Article V.

En temps de paix, les eaux neutralisées seront ouvertes à la libre navigation des navires de tous les Etats. Elles seront ouvertes, en temps de guerre, aux navires de commerce ne transportant ni troupes, ni contrebande de guerre.

Tel. nach Durazzo, 4. Dez. 1913 Nr. 169 (chiffr. 5. Dez. 11 U. 30 M. a. m. Siehe n. 9049.

*Nr. **9048.** Tel. aus Konstantinopel-Pera, 4. Dez. 1913 Nr. 658 (eing. 5. Dez. 9 U. a. m.).[a] Entziff.*

Zu meinem Telegramme Nr. 648 vom 1. d. Mts. Deutsche Militärmission. Grossvezir sagte mir heute, daß das General Liman von Sanders zum Kommandanten des Armeekorps in Konstantinopel ernennende Iradé erflossen ist und daß mein russischer Kollege, der ihn kurz vor mir besucht hatte, Sache ihm gegenüber noch nicht zur Sprache gebracht habe. Grossvezir äußerte mir mit einiger Erregung den Standpunkt, daß die türkische Regierung in dieser Angelegenheit nicht nachgeben könne. Pallavicini.

[a] Vgl. n. 9050, 9054, 9069.

Erlaß nach London, 4. Dez. 1913 Nr. 5668. Siehe n. 9047.

Erlaß nach Paris, 4. Dez. 1913 Nr. 5669. Siehe n. 9047.

*Nr. **9049.** Tel. nach Rom Nr. 1442 (1), Valona (Generalkonsul Petrović) Nr. 94 (2), Skutari Nr. 269 (3) und Durazzo Nr. 169 (4), 4. Dez. 1913 (chiffr. 5. Dez. 11 U. 30 M. a. m.).[a] Konz. (S. Berger; V. Rappaport; G. Berchtold).*

1. Im Hinblick auf den gegenwärtigen Stand der Angelegenheit der Kandidatur des Prinzen Wied, sowie mit Rücksicht auf die Haltung Englands, welches es abgelehnt hat, in der Frage der Entsendung von albanischen

Deputationen nach Potsdam die Initiative zu ergreifen, bin ich der Ansicht, daß nunmehr die Durchführung letzteren Projektes an der Zeit wäre; diese Deputationen hätten von der provisorischen Regierung in Valona, von Essad Pascha und dem Klerus und den Notablen Skutaris auszugehen. Der Vorschlag der gleichzeitigen Entsendung dreier Deputationen nach Potsdam gründet sich auf die gegenwärtige innerpolitische Lage Albaniens, welche nicht annehmen läßt, daß sich die verschiedenen Machtfaktoren im Lande bei der Zusammenstellung einer Abordnung einigen könnten. Um nun die Kosten dieser Deputationen, welche voraussichtlich uns und Italien zur Last fallen dürften, möglichst herabzusetzen, beabsichtige ich noch die vorerwähnten k. und k. Vertreter anzuweisen, dahin zu wirken, daß die Zahl der Teilnehmer an diesen drei Abordnungen jene von je 10—12 nicht übersteige. Vorstehendes zur Besprechung mit Marquis di San Giuliano.

2.—4. Ich telegraphiere an Herrn von Mérey: (Inseratur Telegramm sub 1. in extenso.) Ich ersuche Euer etc.

2. sowie Herrn Thimcziuk, den Sie entsprechend informieren wollen,

2.—4. mit der in Rede stehenden Aktion im Einvernehmen mit Ihrem italienischen Kollegen zu beginnen, sobald letzterer analoge Instruktionen erhalten haben wird. Berchtold.

[a]) Vgl. n. 9001.

Erlaß nach St. Petersburg, 4. Dez. 1913 Nr. 5667. Siehe n. 9047.

Tel. nach Skutari, 4. Dez. 1913 Nr. 269 (chiffr. 5. Dez. 11 U. 30 M. a. m.). Siehe n. 9049.

Tel. nach Valona, 4. Dez. 1913 Nr. 94 (chiffr. 5. Dez. 11 U. 30 M. a. m.). Siehe n. 9049.

*Nr. **9050.** Tel. aus Berlin, 5. Dez. 1913 Nr. 502 (eing. 6. Dez. 9 U. a. m.).[a]) Entziff.*

Vertraulich. Bezug auf mein Privatschreiben vom 2. d. Mts. Staatssekretär teilt mir heute mit, dass hier in betreff der deutschen Militärmission in Konstantinopel durch den russischen Botschafter im Auftrage seiner Regierung, allerdings in äusserst freundschaftlicher Weise, sehr ernste Bedenken geltend gemacht worden seien. Hauptsächlich werde gegen die Bestellung des Generals von Liman zum Kommandanten des Armeekorps in Konstantinopel remonstriert. Staatssekretär meint, dass man deutscherseits mit der Ernennung des Genannten zum Korpskommandanten auf einen anderen Posten in der Nähe Konstantinopels, allenfalls Adrianopel, einverstanden wäre. Dies sei übrigens eine Frage, welche von der türkischen Regierung entschieden werden müsste. Szögyény.

[a]) Vgl. n. 9048.

*Nr. **9051.** Tel. aus Bukarest, 5. Dez. 1913 Nr. 403 (eing. 6. Dez. 11 U. 30 M. a. m.).[a]) Entziff.*

Gespräch mit Herrn Bratiano über das Bündnis. Mein deutscher Kollege teilte mir gestern mit, dass Bratiano ihm gesagt habe, unser Bündnis

mit Rumänien sei unter den obwaltenden Verhältnissen ein Ding der Unmöglichkeit. Da Herr Bratiano in einigen Wochen möglicherweise Chef des Cabinetts sein dürfte, so hat seine Ansicht einen grossen Wert. Ich hatte heute eine lange Unterredung mit Bratiano, wobei ich sehr vorsichtig vorgehen musste, da ich glaube, dass er von der Verlängerung des Bündnisses noch nichts weiss. Er drückte sich mir gegenüber nicht so bestimmt aus, betonte jedoch, dass infolge gewisser Missverständnisse auf dem Gebiete der äusseren Politik und gewisser Vorfälle der inneren Politik die Stimmung in Rumänien dermassen gegen uns aufgebracht sei, „dass hier Abhilfe geschaffen werden müsse, wenn gewisse frühere Abmachungen ihren vollen Wert behalten sollten". Ich erklärte ihm die unrichtige Auffassung Rumäniens in der Revisionsfrage und wies auf die grosse Hilfe hin, die unsere Monarchie den Rumänen in den letzten Jahren geleistet hatte. Er gab dies auch schliesslich einigermassen zu, blieb aber dabei, dass die ungarische Rumänenfrage in ihrem heutigen Zustande sehr störend einwirke. Ich betonte Herrn Bratiano gegenüber, dass diese Frage eine rein interne Angelegenheit von uns sei, die ausser uns niemand zu kümmern habe — ich kann jedoch Euer Exzellenz nicht verschweigen, dass ich glaube, dass Bratiano richtig urteilt, wenn er behauptet, dass die öffentliche Meinung aus angeführten Gründen sehr gegen uns ist. Ottokar Czernin.

[a]) Vgl. n. 9056, 9063.

Nr. 9052. Bericht aus Bukarest, 5. Dez. 1913 Nr. 100 (eing. 8. Dez.).[a]) Ausfert.

Geheim. Es wäre wohl mehr als vermessen, wollte ich nach den wenigen Tagen, die ich hier bin, ein ausschließlich auf eigene Anschauung begründetes Urteil über die Kohärenz der innerpolitischen Rumänenfrage mit der außerpolitischen von mir geben. Es liegt dies auch nicht in meiner Absicht, aber ich habe doch schon in diesen wenigen Tagen Gelegenheit gehabt, mit einigen wenigen aber sehr maßgebenden Herren diese Frage zu besprechen und die Resultierende dieser entgegengenommenen Anschauungen bildet die Basis dieses Berichtes. Vor allem sei es mir gestattet zu bemerken, daß die drei Herren unserer Vertretung, welche zweifellos die genaueste Kenntnis der hiesigen Verhältnisse besitzen: mein Vorgänger Prinz Fürstenberg, Baron Haymerle und Militär-Attaché Oberst von Hranilovich, in dieser Frage einen vollständig gleichen Standpunkt einnehmen, den Standpunkt: daß die innerpolitische Rumänenfrage von der außerpolitischen absolut nicht zu trennen ist. Ich brauche wohl nicht daran zu erinnern, daß speziell diese drei Herren mir kompetentesten Ortes in Wien als maßgebend bezeichnet worden sind mit dem Bemerken, ihr politisches Urteil sei sehr hoch einzuschätzen und ich kann trotz des erst kurzen Kontaktes mit meinen hiesigen Kollegen, diesem Urteil nur vollständig zustimmen. Bevor ich jedoch des Näheren die kongruenten Anschauungen meiner Kollegen so wie die damit übereinstimmende Auffassung Seiner Majestät des Königs und hervorragender hiesiger Politiker erörtere, wollen mir Euer Exzellenz gestatten, ein eventuell mögliches Mißverständnis a priori aufzuklären: Bei dem, was ich entwickeln werde, handelt es sich nicht um

die maßgebenden Kreise in erster Linie. Alle maßgebenden Faktoren hierorts haben mir gegenüber in loyalster Weise erklärt, daß sie eine österreichisch-ungarische innerpolitische Frage niemals in den Kreis jener Betrachtungen ziehen würden, welche das Verhältnis unserer Monarchie zu Rumänien tangieren, — aber eben so klar haben sie mir alle zwar nicht gesagt aber angedeutet, daß sie gezwungen sind, auf die Volksstimmung Rücksicht zu nehmen und daß diese Volksstimmung mit tausend Fasern und Nerven an alles das gefesselt ist, was sich jenseits der Grenze zuträgt. Es ist dies ja auch so natürlich und menschlich, daß eine gegenteilige Argumentation im vorhinein den Stempel der Unwahrscheinlichkeit an sich tragen würde, — leben wir doch in einer Zeit der nationalen Verbrüderung und wird doch unser ganzes politisches Leben von dem nationalen Geiste durchweht. Nun fragt es sich, was man eigentlich will. Will man nichts anderes, als die Aufrechterhaltung des heutigen Zustandes mit Rumänien — will man nichts anderes, als den Schein eines Bündnisses erhalten, eines Bündnisses, dessen Veröffentlichung allein den wenigen Rumänen, die davon wissen, einen Schrecken einjagt, weil sie die Reaktion der öffentlichen Meinung fürchten, begnügt man sich mit diesem Schein, dann kann man allerdings den heutigen Status ohne irgend eine Änderung aufrecht erhalten, nur hat er den Nachteil, daß wir, gezwungen durch das Bündnis, eventuell einen Krieg für rumänische Interessen führen werden müssen, während mir die Reziprozität als nicht erwiesen erscheint. Denn hierin liegt ja der große Unterschied zwischen einem nationalen Einheitsstaat und unserer Monarchie. Im nationalen Einheitsstaat gibt es zu Zeiten eine Volksstimmung, während bei uns immer deren zahlreiche sind, die sich gegenseitig aufheben und paralysieren. Wir haben niemals und wir werden niemals einen Krieg führen, hinter dem die Sympathien der ganzen Monarchie stehen; wir werden in ungefähr jeder Situation einige unserer Völker für uns und andere gegen uns haben; wir sind gezwungen, die Stimmungen der Völker mehr oder weniger zu ignorieren, wenn wir eine aktive äußere Politik machen wollen. Im nationalen Einheitsstaate, wo es zu Zeiten nur einen Willen des ganzen Volkes gibt, wird kein Monarch einen Krieg gegen den Willen dieses seines Volkes führen können, mögen auch noch so viele geschriebene Verträge ihn moralisch binden. Versucht er es, so wird er seinen Thron und seine Dynastie in Frage stellen und dennoch nichts dabei erreichen. Und nun sei mir die Frage gestattet: Wenn die Veröffentlichung des Bündnisvertrages allein hier als eine Unmöglichkeit betrachtet wird — weil die Stimmung des Volkes dies niemals vertragen würde, wie kann man glauben, daß eine kriegerische Aufführung denkbar sei? In der Zeit der allgemeinen Wehrpflicht, wo die Armee gar nichts anderes ist, als das ganze Volk in Waffen, in einer Zeit, wo die Japaner und die Balkanvölker bewiesen haben, daß der Geist der Armee mehr wert ist als alles, was an Eisen und Blut in ihr verkörpert ist? Gibt man dies aber zu, dann kommt man doch wohl mit eiserner Logik zu dem Schlusse, daß nur eine zweifache Eventualität möglich ist: Entweder unser Bündnis, das uns große Lasten auferlegt, ohne uns Vorteile zu bringen, ist nicht in unserem Interesse, das heißt, die Aufrechterhaltung des gegenwärtigen Zustandes ist von zweifelhaftem Erfolge —

oder man muß trachten, jene Bedingungen zu schaffen, die das Bündnis lebensfähig machen, man muß es nicht nur auf dem Papier, sondern in der Seele des rumänischen Volkes verbürgt haben, man muß eine Atmosphäre schaffen, die uns wenigstens die Wahrscheinlichkeit gibt, daß der Vertrag nicht im Ernstfalle uns zwar zwingt, Hilfe zu leisten, das Gegenteil aber nicht erwarten zu können, — man muß mit anderen Worten jene Vorbedingungen schaffen, die die Veröffentlichung des Bündnisses ermöglichen. Und damit komme ich auf die Zeilen zurück, mit denen ich diesen Bericht begonnen habe: man muß eine austrophile Stimmung in den Kreisen des rumänischen Volkes erzeugen, man muß erkennen, daß Seine Majestät der König hier niemals gegen die gesamte öffentliche Meinung vorgehen wird. Gewisse Vorfälle der Zeit auf dem Gebiete der äußeren Politik haben die Sympathien für die Monarchie hier nicht verstärkt, aber der große Stachel, der in der Seele des Volkes sitzt, ist nicht die Frage der „Revision", ist nicht die äußere Politik des letzten Jahres, es sind vielmehr die Sünden früherer ungarischer Regierungen, die jetzt ihre Früchte tragen. Seine Majestät der König hat schaudernd von der Politik der Koalition gesprochen, Er hat mir zu verstehen gegeben, daß Er, der Er die rumänische Irredenta niemals unterstützen wird, dieses Gespenst jenseits der Berge im Norden aufsteigen sieht; der Minister des Innern, Herr Take Jonescu, gewiß einer der besten Köpfe des Reiches, hat mir gesagt, „kein Mensch, der Augen im Kopfe habe, könne übersehen, daß hier der wunde Punkt unseres ganzen Verhältnisses liege". Ein anderes Mitglied des Kabinetts hat seine erste Unterredung mit mir damit begonnen zu sagen, „man freue sich in Rumänien deshalb über meine Ernennung, weil ich mich lange mit der österreichisch-ungarischen Nationalitätenfrage beschäftigt hätte, das heißt mit jener Frage, die so störend auf das rumänische Volk einwirke". Ich muß hier eine Erklärung einschalten: Die lächerlich übertriebenen Angriffe der ungarischen Opposition, welche meine Wenigkeit und deren Bedeutung so maßlos überschätzen, haben den Erfolg gehabt, mir hier eine ganz ungewöhnliche Reklame zu verschaffen; die Schilderungen meiner „Gefährlichkeit für die ungarische Nation" haben hier — wo die Ungarn gerade nicht besonders beliebt sind — natürlich eine gewaltige Resonanz gefunden und das ist der Grund, warum fast alle Politiker Bukarests in erster Reihe unser innerpolitisches Problem mit mir zu besprechen wünschen. Ich muß aber wiederholen, daß sie sich dabei alle eines großen Taktes befleißen und mir stets wiederholen, sie wüßten die Auffassung der maßgebenden offiziellen Kreise — welche jede Einmischung perhorreszieren — und die des Volkes streng zu unterscheiden. Nur daß eben die offiziellen Kreise mit der Volksstimmung rechnen müssen — sagen sie zwar nicht offen heraus, aber es gibt ja auch unausgesprochene Dinge, die man versteht. Natürlich werfen sich die Demagogen und die professionellen Hetzer auf diesen wunden Punkt, um ihn für ihre Zwecke zu verwenden, natürlich benützt die Opposition diese schwache Seite, um der Majorität Schwierigkeiten zu machen, aber ebenso natürlich sollten wir dieser anti-österreichisch-ungarischen Hetze den Wind aus den Segeln nehmen und durch ein larges Entgegenkommen gegenüber den ungarischen Rumänen die hiesige Stimmung zu unseren Gunsten wenden. Und dies wäre heute noch ganz gut

möglich, weil die rumänische Irredenta noch nicht besteht, weil sie erst im Entstehen begriffen ist, weil man heute noch Dinge machen kann, die man in einigen Jahren vergebens versuchen wird. Die Weltgeschichte ist doch nur eine stete Wiederholung. Was sich heute an der rumänischen Grenze vorbereitet, ist dasselbe Schauspiel, das sich an der serbischen Grenze bereits vollzogen hat, weil hier der entscheidende Moment versäumt wurde. Ist die rumänische Irredenta einmal da, hat sie Wurzel gefaßt in den Herzen der Bevölkerung, dann wird man vergebens versuchen, sie herauszureißen und es ist die zwölfte Stunde, wenn wir noch etwas erreichen wollen. Es ist dies meine feste ganz unumstößliche Überzeugung; ich beschäftige mich ja nicht erst seit acht Tagen mit der rumänischen Frage; ich habe seit zehn Jahren das österreichisch-ungarische Nationalitätenproblem studiert und die wenigen Tage hier haben mir nur bestätigt, was seit langem meine Ansicht war. Die Namen der Grafen Andrássy und Apponyi werden hier nur schaudernd genannt und die Ravagen, welche die ungarische Koalition seinerzeit in der rumänischen Frage angerichtet hat, spiegeln sich in dem Gedankengange aller einsichtigen hiesigen Politiker. Und der ungarische Herr Ministerpräsident selber, dem gewiß niemand wird vorwerfen können, daß in seinem Herzen kein Platz für sein Volk sei, arbeitet ja an der fast übermenschlichen Aufgabe, die Fehler der Koalition wieder gut zu machen und beweist damit, daß er die rumänische Frage auf eine ganz andere Basis stellen will, wie recht die hiesige Volksstimmung hat, wenn sie die Stellung der ungarischen Rumänen als unrichtig und unwürdig bezeichnet. Die Gegner dieses Gedankenganges sagen: „Die Rumänen werden nie befriedigt sein; je mehr man ihnen gibt, desto mehr werden sie verlangen, l'appétit vient en mangeant". Ist dieses Sprichwort richtig, dann könnte man ebensogut die Konklusion daraus ziehen, „man könne die Leute verhungern lassen, denn gibt man ihnen zu essen, so werden sie doch den nächsten Tag wieder Nahrung verlangen." Natürlich, ein jedes Volk kämpft für sich, wird immer für sich kämpfen, aber je kleiner der Unterschied der Lage zwischen der eigenen Situation und der des stammverwandten Nachbarreiches ist, destoweniger werden sie den Unterschied empfinden, destoweniger sich hinaussehnen. Einen Stillstand in der Entwicklung eines Volkes gibt es genau so wenig, wie in der des einzelnen Individuums. Natürlich werden die Rumänen in einiger Zeit auch nach einem ungarischen Ausgleich an einer weiteren Verbesserung ihrer Lage zu arbeiten beginnen, keines der Völker unserer Monarchie wird zufrieden sein, so lange es nicht einen equilibrierten Zustand der Ruhe gefunden hat, welcher ihm die denkbarst freie Entwicklung ermöglicht. Diesen Naturtrieb in Einklang zu bringen mit der staatlichen Integrität der Monarchie — das ist ja das furchtbar schwere Nationalitätenproblem unseres Reiches, das Problem, welches sich nur ganz allmählig, schrittweise im Laufe der Jahrzehnte lösen läßt; aber lösen läßt nicht dadurch, daß man sich in blindem Wunsch der Unterdrückung, diesem Naturtrieb entgegenstellt. Dieser Naturtrieb ist tausendmal stärker als alle Regierungen — man kann die latenten Kräfte des Volkes weder schaffen noch bannen, man kann sie nur klug und vorsichtig leiten. Der reißende Strom, der den unbarmherzig niederwirft, der sich ihm

entgegenstellt — ist zugleich die Kraftwelle, die dem geschickten Schiffer seinen Kahn zum Hafen treibt. Und leugnet man denn, daß es das A und das Z einer jeden Regierungskunst ist, die Regierten zufrieden zu machen? Gibt es immer noch Menschen, die glauben, man könne die Rumänen Ungarns mit Apponyischen Schulgesetzen und mit Gendarmen regieren? Hat das fürchterliche Fiasko der „Koalitionspolitik" noch immer nicht den Erfolg des Beweises gehabt, daß Ungarn selbst die Brutstätte des erwachenden rumänischen Irredentismus ist? Daß die Bemühungen der Koalition es endlich erreicht haben, daß der Samen hochverräterischer Tendenzen in den Herzen unserer Rumänen zu fangen beginnt? Man sagt mir, „man dürfe die äußere und die innere Politik nicht verquicken" — es fragt sich aber eben nur, ob die Völker dieselbe Meinung haben und ob sie nicht ihrerseits trotz des obrigkeitlichen Verbotes das verquicken, was tatsächlich unzerreißbar ist. Den staatlichen Organismus in ein getrenntes Gebiet des „inneren" und des „äußeren" zu zerlegen, ginge vielleicht, wenn unsere Monarchie abgeschieden auf einer Insel liegen würde; aber wie dies im Herzen Europas gemacht werden soll, verstehe ich nicht — „wir dürfen den Rumänen nicht nachlaufen" — wird manchen Ortes in Wien und vielleicht noch mehr in Budapest behauptet. Niemand will dies und ich werde gewiß niemals eine Gelegenheit vorübergehen lassen, ohne den ausländischen Staatsmännern gegenüber sehr deutlich zu betonen, daß wir in unserer internen Politik autonom sind und keine Direktiven akzeptieren, aber Euer Exzellenz habe ich pflichtmäßig meine Überzeugung zu melden, ich habe Hochdenselben gegenüber nicht das Recht, meine innersten Anschauungen zu verheimlichen und ich muß daher meiner Ansicht Ausdruck geben, meiner Ansicht, die dahin geht, daß das Ziel Euer Exzellenz und der mir konform erteilte Auftrag,[b)] die Veröffentlichung des geheimen Bündnisses zu erreichen, die Veränderung der Volksstimmung und daher der innerpolitischen Frage als unbedingte Voraussetzung hat. Gegen die Stimmung des ganzen rumänischen Volkes geht es nicht und diese Stimmung ist abhängig von dem, was in Ungarn vorgeht. Ich weiß, daß die schwere Aufgabe eines rumänisch-ungarischen Ausgleiches nicht über Nacht gemacht werden kann. Aber der offizielle öffentliche Anfang allein — der Beweis eines entgegenkommenden Willens seitens der ungarischen Regierung — wird seinen Eindruck nicht verfehlen. Man müßte — meiner unmaßgeblichen Meinung nach — mehr als bisher auf die Presse einwirken, die Hetzereien einzuschränken trachten, den Versuch unternehmen, eine mildere Atmosphäre zu schaffen und vor allem so bald als irgend möglich, ernstlich mit den ungarisch-rumänischen Ausgleichsarbeiten beginnen. Der ernste Wille der ungarischen Regierung, einen für die Rumänen akzeptablen Frieden zu schließen, wird, — wenn es bekannt wird — die Stimmung bessern, der Friede selbst einen Umschwung hervorrufen und ohne diesen Umschwung der öffentlichen Meinung ist nicht daran zu denken, daß Seine Majestät der König dem Gedanken der Veröffentlichung des Bündnisses auch nur nähertreten würde. Man muß das eine oder das andere wollen und resolut auf das Ziel losgehen, das man gewählt hat. Es wäre meiner Stellung nicht angemessen, wollte ich es mir herausnehmen, Euer Exzellenz einen Rat zu

erteilen. Ich bin auch gewiß weit entfernt davon, ich reagiere nur auf den von Euer Exzellenz erhaltenen Befehl und beleuchte pflichtschuldigst jene Prämissen, die geschaffen werden müssen, wenn dieser Befehl ausführbar sein soll. Wenn unsere beiden Herren Ministerpräsidenten auf dem Standpunkte stehen, daß es ihre verfassungsmäßige Pflicht ist, „auf die äußere Politik kontrollierend einzuwirken", dann hat dieses Recht doch jedenfalls auch die Kehrseite, daß Euer Exzellenz Ihrerseits berechtigt sind, die innere Politik zu beeinflußen, wenn die äußere Lage es erfordert — und dieser Fall ist hier vorhanden. Der Befehl Euer Exzellenz, die Veröffentlichung des Bündnisses zu erreichen, ist ohne Lösung der ungarisch-rumänischen Frage und ohne vollständige Änderung der hiesigen öffentlichen Meinung ein Ding der Unmöglichkeit. Will oder kann man diese interne Wandlung nicht erreichen, dann muß man eben die Konsequenzen in der äußeren Politik daraus ziehen und andere Richtungen einschlagen, — die zu besprechen außerhalb meiner Kompetenz liegen. Der Zweck dieses ergebensten Berichtes war nur der Versuch zu erklären, daß in dem Falle der rumänischen Frage die innere und die äußere Politik ein Ganzes bilden, daß sie nicht trennbar sind und daß die Entscheidung über unser zukünftiges Verhältnis zu Rumänien weniger in Wien oder Bukarest, sondern in Budapest gefällt werden wird. Dabei lasse ich die oft betonte Frage, ob eine freundlichere Nationalitätenpolitik in Ungarn andere störende interne Folgen haben könnte, vorerst ganz unberührt. Es würde mich der versuchte Gegenbeweis zu weit abführen von dem Wesen dieses Berichtes. Aber ich halte mich da nur an den Satz, den mir Seine Majestät König Carol neulich gesagt hat, den Satz: „Man könne keine Politik auf unbestimmte Zeit machen, wie Europa in zehn Jahren aussehen werde, könne man überhaupt nicht wissen". Ist dies für Europa wahr, dann gilt es doppelt und dreifach für die habsburgische Monarchie. Ottokar Czernin.

[a]) Vgl. n. 9039, 9063, 9103. — [b]) n. 9032.

Nr. 9053. Tel. aus Konstantinopel-Pera, 5. Dez. 1913 Nr. 660 (eing. 4 U. 30 M. p. m.).[a]) Entziff.

Wie mir Großvezir gestern mitteilte wurde der Vertrag mit Armstrong, Maxien, Vickers und Compagnie über den Bau eines Arsenals mit Docks in Ismid vorgestern unterzeichnet. Bericht[a]) folgt. Pallavicini.

[a]) Vgl. Zweite Beilage zu n. 9069, 9070.

Nr. 9054. Tel. aus Konstantinopel-Pera, 5. Dez. 1913 Nr. 661 (eing. 6. Dez. 11 U. 45 M. a. m.).[a]) Entziff.

Streng vertraulich. Zu meinem Telegramm Nr. 658 von gestern, deutsche Militärmission. Mein russischer Kollege bestätigte mir gestern abends, dass er noch keine gegenständliche Demarche bei der Pforte gemacht habe, sagt jedoch, dass er stündlich bezügliche Instruktionen erwarte. Er betonte mir, dass er Übernahme des hiesigen Korpskommandos für einen großen Fehler Deutschlands halte; öffentliche Meinung Russlands sei in allem, was den Bosporus touchiere, sehr empfindlich. Auch verüble man es den Deutschen, Russland erst informiert zu haben, als die Sache schon

so gut wie perfekt war, und auch dann nur in ganz vager Weise. Ich erfahre aus sicherer Quelle, dass mein deutscher Kollege heute telegraphische Nachricht erhielt, dass Russland in Berlin seine freundschaftlichen Bemühungen fortsetze, den Sitz der deutschen Militärmission in eine andere Stadt verlegen zu lassen. Ferner höre er, dass man deutscherseits schon anlässlich der Berliner Anwesenheit Herrn Kokowzews die Geneigtheit angedeutet habe, den deutschen General hiesiges Korpskommando nur einige Monate bekleiden und dann andere Funktionen übernehmen zu lassen. Pallavicini.

a) Vgl. n. 9069.

Nr. 9055. Bericht des Legationssekretärs Prinzen Emil Fürstenberg aus Athen, 6. Dez. 1913 Nr. 55 A (eing. 13. Dez.).a) Ausfert.

Streng vertraulich. Die in meiner ergebensten Depesche vom 2. d. M. Nr. 847 auszugsweise wiedergegebene Unterredung mit König Konstantin drehte sich hauptsächlich um Albanien. Neben den zunächst interessierten Mächten trägt Seiner Majestät zufolge England die Hauptschuld an der für Griechenland so desaströsen Fixierung der albanesischen Südgrenze. Sir Edward Grey, dieser Frage überdrüssig, habe eben die Geduld verloren und um jeden Preis ein Ende machen wollen. An der Grenzlinie hat der König vor allem die parallel mit der Küste laufende starke Ausbuchtung nach Süden auszusetzen, eine Trassierung, die, wie sich Seine Majestät ausdrückte, beiweitem ungünstiger sei als die seinerzeitigen Londoner Beschlüsse. Seine Majestät, Höchstwelcher Wert darauf zu legen schien, mich davon zu überzeugen, wie „ungerecht" die neue Grenze wäre, sandte mir tags darauf einen Adjutanten, der mir eine Karte des Epirus mit den entsprechenden Einzeichnungen überbrachte und noch die Situation im Auftrage des Königs mündlich erläuterte. Auf die während Seiner Tourné in den europäischen Zentren gewonnenen Eindrücke zurückgreifend, erzählte mir Seine Majestät, man habe ihn wiederholt auf die schlechten Erfahrungen aufmerksam gemacht, welche die Mächte bezüglich Albaniens mit Serbien gemacht hätten. Letzteres habe erklärt, es könne ohne Ipek und Djakova nicht existieren und, als es diese Orte dann erhielt, wurden sie Montenegro abgetreten. Ein zweites Mal würden sich die Mächte hüten, sich in dieser Weise zum Narren halten zu lassen. Daher wurde Albanien auf Kosten Griechenlands im Süden vergrössert, ohne dass man bedacht hätte, dass hier die Sache ganz anders liege. Kaiser Wilhelm habe Seine Majestät damit trösten wollen, dass Er Ihm sagte, was liege daran, dass ein paar griechische Dörfer diesseits oder jenseits der Grenze lägen. Jetzt handle es sich aber nicht mehr um ein paar Dörfer, sondern um ein ausgedehntes Gebiet rein griechischen Charakters. Was den Kanal von Korfu anbelange, so entbehre die bekannte italienische Theorie vollkommen der Stichhältigkeit. Komme es zum Kriege, so nütze es ohnehin nichts, dass die Festlandsküste albanesisch sei, denn letztere könne sofort besetzt und die Meerenge durch Minen gesperrt werden. Die Legende, Koritza sei ein albanesisches intellektuelles Zentrum, stamme von San Giuliano. Leider habe sich Oesterreich-Ungarn dann diese ganz falsche Theorie zu eigen gemacht. Es würde mich zu weit führen, wollte ich alle Argumente

aufzählen, die Seine Majestät gegen die in Aussicht genommene Delimitierung anführte. Meinen Einwand, dass, wie es scheine, das ganze Pindusgebiet Griechenland zugesprochen werden würde und dies eine nicht zu unterschätzende Konzession bedeute, wollte der König nicht gelten lassen und bemerkte, es liege ihm nicht viel an diesen paar walachischen Dörfern. Seine Majestät sagte, König Carol habe Ihm durch Take Jonescu nahe legen lassen, Er möge die Kandidatur des Prinzen Wilhelm von Wied unterstützen und letzterem seine Aufgabe erleichtern. „Wie kann man aber das von mir verlangen", setzte der König hinzu, „wenn die Epirusfrage als ewiger Zankapfel zwischen den beiden Ländern bestehen bleibt!" In meinem eingangszitierten gehorsamen Telegramm erlaubte ich mir darauf hinzuweisen, dass Seine Majestät befürchtet, die Epirusfrage werde, ähnlich wie ehedem Kreta oder Mazedonien, eine perniciose Rückwirkung auf die interne Entwicklung des Königreiches verursachen und das Land nicht zur Ruhe kommen lassen, eine Auffassung, der ich mit dem Hinweis auf einen Vergleich des jetzigen Griechenland mit der verhältnismässig geringeren Ausdehnung des im Epirus griechischerseits beanspruchten Territoriums entgegentrat, welches, wie ich betonte, unseren Informationen zufolge nur zum geringsten Teile von Hellenen bewohnt wäre, worauf mir Seine Majestät erwiderte, wir wollten uns eben vom wahren Sachverhalt nicht überzeugen lassen. Wie bereits erwähnt, hat der König kein allzu grosses Vertrauen in die Widerstandskraft und in eine erfolgreiche Tätigkeit der epirotischen Freikorps, welche dazu bestimmt sind, das Land nach Abzug der griechischen Truppen zu verteidigen. „Unter uns gesagt", bemerkte Seine Majestät, „bilden von den sogenannten Heiligen Bataillonen nur die Leute von Delvino ein wirklich tüchtiges Kontingent." Dass der König Sich von dieser revolutionären Organisation wenig verspricht, liegt wohl weniger an dem Umstande, dass ihr der Rückhalt an der regulären Armee fehlen wird, als vielmehr daran, dass Seine Majestät Sich, obwohl uneingestanden, dessen bewußt ist, dass mit der vollzogenen Evakuierung das im Grunde genommen doch nur künstlich gezüchtete Hellenentum jener Gebiete von selbst in sich zusammenbrechen wird. In welcher Weise sich das dornenvolle Epirusproblem entwickeln werde, liegt im Schosse der Zukunft. Tatsache ist es aber, dass, so unwahrscheinlich es auch klingen mag, König Konstantin, wie Höchstderselbe mir auseinandersetzte, ganz ernstlich mit dem Gedanken umgeht, dem Throne zu entsagen und Sich an die Spitze der epirotischen Verteidigung zu stellen. Seine Majestät sprach mit solcher Wärme, ich möchte beinahe sagen Begeisterung von diesem Projekt, dass man hätte glauben können, Er sei überhaupt von demselben nicht mehr abzubringen. Trotzdem kann ich selbstverständlich auch nicht einen Augenblick daran zweifeln, dass eine Realisierung dieses Planes ausgeschlossen ist. Abgesehen von allen anderen Einflüssen, die sich im entgegengesetzten Falle geltend machen würden, ist anzunehmen, dass schon Herr Venizelos Himmel und Erde in Bewegung setzen würde, um eine solche namenlose Kalamität von Griechenland abzuwenden. In der ersten Aufwallung über die zu Ungunsten Griechenlands gefallene Entscheidung in der Grenzfrage ist es ja schließlich, wenn man das durch seine Ueberzeugungstreue und ein gutes Stück

Optimismus charakterisierte Naturell Seiner Majestät in Betracht zieht, wenn nicht verständlich so doch bis zu einem gewissen Grade begreiflich, dass Höchstderselbe kein Mittel unerwogen lassen will, bevor Er sich der force majeure beugt; ebenso wenig kann aber angenommen werden, dass der König nicht bei ruhiger Ueberlegung schliesslich das Unausführbare Seines Abdankungsplanes einsieht. Auf meine übrigens auf der Hand liegenden Gegenargumente — unter anderen gab ich Seiner Majestät zu bedenken, dass Höchstsein Platz doch eher an der Spitze der Nation als in den unwirtlichen Gebirgen des Epirus wäre, — erwiderte der König, niemand sei schliesslich unersetzlich, auch Er nicht. Seine Majestät kam nach der Reihe auf die Haltung der Grossmächte Griechenland gegenüber zu sprechen, wobei Höchstderselbe eigentlich für keine derselben etwas übrig hatte. Am schlechtesten kam, wie gewöhnlich, Italien weg. Willkommenen Anlass zu einer scharfen Kritik bot das Erscheinen des italienischen Kreuzers „Saint Bon" in Piräus gerade während der Anwesenheit der Flotten Frankreichs und Englands. Der König wollte Sich nicht davon abbringen lassen, dass dies absichtlich geschehen sei, obwohl doch das genannte Kriegsschiff lediglich behufs Anstellung einer Enquête auf einem italienischen Kauffahrer hierher instradiert wurde. Uebrigens schien Seine Majestät von dem jüngsten Besuch der Flotten der Westmächte nicht sonderlich erbaut. Das sogenannte „Zeigen der Flagge" sei im Grunde genommen ganz überflüssig, denn, wenn man wissen wolle, wie viele Dreadnoughts die betreffenden Mächte besässen, brauche man nur in einem beliebigen Marinealmanach nachzusehen. Schließlich berührte der König auch die Inselfrage. Seine Majestät bedauert sehr, dass der Plan eines Junktims mit der Epirusfrage scheiterte. Jetzt hätten die Mächte letztere gegen Griechenland entschieden; nun könne man dessen gewärtig sein, dass auch die erstere in ähnlicher Weise geregelt werde und auf diese Weise werde das Land um eine Frucht seiner blutig errungenen Siege nach der anderen gebracht. Zu guter Letzt werde ihm noch eine unverhältnismässig grosse Quote der türkischen Staatsschuld aufgebürdet. Emil Fürstenberg.

[a]) Vgl. n. 9046.

Nr. 9056. Tel. aus Bukarest, 6. Dez. 1913 Nr. 404 (eing. 7. Dez. 9 U. a. m.).[a]) Entziff.

Geheim. König Karl über das Bündnis. Mein deutscher Kollege hat gestern eine Privataudienz bei Seiner Majestät dem Könige gehabt, deren Inhalt er mir soeben mitteilte. Seine Majestät sprach genau wie Herr Bratiano[b]): Bei einem Kriege werde das rumänische Volk nicht an der Seite Oesterreich-Ungarns kämpfen wollen, er hoffe, es werde in nächster Zeit zu keinem Kriege kommen, aber im Falle es in absehbarer Zeit zu einem kriegerischen Konflikt käme, sei die Situation sehr ernst. Auch die Offiziere — sagte der König — seien sehr gegen unsere Monarchie aufgebracht und die jüngeren Herren sprächen gerne und oft davon, dass Siebenbürgen an Rumänien fallen müsse. Seine Majestät der König soll hinzugefügt haben, wenn das ungarische Ministerium bald eine den Rumänen freundlichere Politik einschlagen würde, könnte sich die Stimmung des Volkes noch recht-

zeitig bessern, denn ebenso rasch als die Feindschaft gegen uns entstanden sei, könne dann die Volksstimmung wieder zu unseren Gunsten umschlagen. Der deutsche Gesandte sieht ein, dass diese Worte des Königs Berlin ebenso tangieren als uns und hat angeblich in diesem Sinne nach Berlin berichtet. Morgen abends bin ich zu Privataudienz bei Seiner Majestät befohlen und werde sodann telegraphisch berichten. Ottokar Czernin.

[a]) Vgl. n. 9062. — [b]) Vgl. n. 9051.

Nr. 9057. Bericht aus Paris, 6. Dez. 1913 Nr. 105 C (eing. 8. Dez.).[a]) Ausfert.

Vertraulich. Die Veröffentlichung der Geheim-Verträge der Balkan-Staaten durch den „Matin" hat hier verhältnissmässig nicht viel Aufsehen erregt. Die Existenz derselben war ja schon lange bekannt und auch über den Inhalt hatte man bereits verschiedene Andeutungen erhalten. Das französische Publicum hat schon seit Beginn des Krieges mit der „Million Bajonette" des Balkanbundes als einem Macht-Factor gerechnet, der jederzeit der Triple-Entente zur Verfügung stehe. Es dürfte hierzulande sehr viele Leute geben, die noch auf die Veröffentlichung des Allianz-Vertrages des Balkanbundes mit Frankreich und Russland zählen. Ich hatte jüngst Gelegenheit mit Herrn Paléologue über die Veröffentlichungen des Matin zu reden. Derselbe meinte, dass der Text ganz authentisch zu sein scheine. Auf meine Bemerkung, dass er diess sicher gut zu beurtheilen in der Lage sein müsse, da die erwähnten Verträge der französischen Regierung wohl jedenfalls mitgetheilt wurden, sagte Herr Paléologue, der Wortlaut dieser Verträge sei hier nicht bekannt gewesen. Beiläufig zwei Monate vor Ausbruch des Balkan-Krieges sei der Inhalt der Verträge zur Kenntnis der französischen Regierung gelangt. (Offenbar wurde derselbe durch die russische Regierung hier mitgetheilt.) „Ich habe", sagte mir Herr Paléologue, „gleich damals den Eindruck gehabt, dass diese Verträge la guerre à courte échéance bedeuten, aber russischerseits wollte man denselben nur einen defensiven Charakter beimessen." Ich bemerkte hierauf, dass ein Vertrag, der sich eingehend mit der Auftheilung eines fremden Territoriums beschäftige, wohl kaum als Defensiv-Vertrag bezeichnet werden könne. „Diess war auch meine Meinung, sagte mein Mitredner, in St. Petersburg war man aber anderer Ansicht; man wollte dort den Krieg nicht und glaubte offenbar die Balkanstaaten viel mehr in der Hand zu haben als diess thatsächlich der Fall war. Ich erinnere mich noch sehr genau, wie die Gesandten Bulgariens, Serbiens und Griechenlands, très penauds, eines Tages bei mir erschienen, um von der erfolgten Kriegs-Erklärung Mittheilung zu machen. Herr Sazonow war damals in Paris und befand sich gerade bei Herrn Poincaré, der zu jener Zeit Minister des Äussern war. Ich führte die drei Gesandten sogleich zum Minister, Herr Sazonow hat ihnen dort in meiner Gegenwart die heftigsten Vorwürfe gemacht, er sagte ihnen, dass diese Kriegs-Erklärung ganz gegen den Willen Russlands sei, dass ihre Regierungen sich à leur risque et péril in ein solches Abenteuer stürzen und auf keinerlei Unterstützung Russlands rechnen können. Damals wurde auch die bekannte Erklärung, dass die Balkanstaaten auch im Falle eines

Sieges auf keinen Territorial-Zuwachs rechnen dürfen zwischen Herrn Poincaré und Sazonow besprochen." Diese Mittheilungen Herrn Paléologues haben zwar nur mehr retrospectives Interesse, ich glaube aber doch sie einberichten zu sollen.

Szécsen.

a) Vgl. n. 9040, 9080 Anm. b.

Nr. 9058. Bericht des Legationsrates Grafen Otto Czernin aus St. Petersburg, 23. Nov./6. Dez. 1913 Nr. 46 D (eing. 8. Dez.). Ausfert.

Bei einem meiner letzten Besuche (hieramtliches Telegramm Nr. 376a) vom 28. v. M.) sprach der Herr Minister des Äussern über die allgemeine Lage am Balkan und charakterisierte die sittliche Höhe der die Halbinsel bewohnenden Völker in einer Weise, die mit den Traditionen des Balkan-Protektors kaum mehr in Einklang zu bringen sind. Die Serben seien durchaus nicht die einzigen und auch nicht die ärgsten Barbaren. Der ottomanische Fanatismus beginne unter den Jungtürken seit dem Bukarester Frieden immer ärgere Dimensionen anzunehmen. In dem Gebiete, welches durch den unglücklichen 2ten Krieg zur Türkei zurückgefallen sei, werde jetzt mit allen Mitteln und skrupellos ottomanisiert. Was sich nicht füge, werde vernichtet. Ich fragte den Herrn Minister, ob er vielleicht Kenntnis habe von den jüngst publizierten Verfügungen, mit deren Hilfe die serbische Regierung daran gehe, die „befreiten" Gebiete einer höheren Zivilisation zuzuführen. Der Herr Minister verneinte dies und glitt darüber hinweg. Ich sagte, es lohne sich der Mühe diese Verordnungen zu lesen. Es sei kein Wunder, dass im Schatten solcher mittelalterlicher Regierungsformen auch andere Staaten zu ähnlicher Taktik aufgemuntert würden. Herr Sazonow verbreitete sich hierauf über die Schrecken des Krieges im Allgemeinen und sagte, es müsse das Ziel aller Länder sein, dem Ideal des ewigen Friedens zuzustreben. Welch' unschätzbare Werte würden hiedurch den Völkern gesichert werden! Der Zeitpunkt sei vielleicht nicht mehr fern, wo sich alle Regierungen auf dem Gebiete der Abwehr des sozialen Umsturzes näherkommen würden, denn dies sei die Frage der Zukunft. Ich stimmte dem bei und fügte hinzu, dass speziell die Monarchien ein mächtiges einigendes Band finden sollten, was leider nicht immer genügend beachtet werde. Die Worte Herrn Sazonows bestätigen, dass man die Revolution vom Jahre 1905 hier noch in allen Gliedern spürt und dass die Zunahme der oppositionellen Strömungen im Reiche nicht unbeachtet bleibt.

Otto Czernin.

a) Mit Tel. Nr. 376, 28. Nov. 1913 (eing. 29. Nov. 9 U. a. m.) wurde aus St. Petersburg über eine Unterredung mit Sazonow eine kurze Meldung erstattet, worüber oben ausführlich berichtet wird. Es fehlt hier nur die Äußerung Sazonows: „Die Bulgaren seien übrigens noch barbarischer als die anderen".

Nr. 9059. Bericht des Legationsrates Grafen Otto Czernin aus St. Petersburg, 23. Nov./6. Dez. 1913 Nr. 46 E (eing. 8. Dez.). Ausfert.

Die tiefgehende russische Verstimmung gegen die jetzigen bulgarischen Machthaber, welche sich zu erkühnen scheinen, zeitweise auch ihr eigenes Interesse wahrzunehmen, ist vor Allem in den Äusserungen hervorgetreten,

die Herr Sazonow mir gegenüber fallen liess (gehorsamstes Telegramm vom 28. v. M. Nr. 375). Die jetzigen bulgarischen Minister sind nach der Ansicht des Herrn Ministers des Äussern lauter Diebe. Herr Genadiew, der zur Zeit der Ermordung des Ministerpräsidenten Petkow Mitglied seines Kabinetts war, habe ja bekanntlich sofort nach dem Attentat nichts Eiligeres zu tun gehabt, als dem zusammensinkenden Premier 20.000 Francs aus der Tasche zu nehmen, die dieser am selben Tage von einer liefernden Firma erhalten habe. Es sei hoch an der Zeit, dass der König würdigere Ratgeber beriefe. Ich war über diese Eröffnung erstaunt, da, wie ich Herrn Sazonow erwiderte, ich zu jener Zeit in Sofia weilte, daher zufällig über dieses Ereignis orientiert sei und nur wisse, dass Herr Genadiew damals selbst nicht unbedenklich verwundet wurde. Persönlich und politisch intakt sind nach Ansicht des Herrn Ministers nur die Geschowisten und die eigentlichen Russophilen. Der Herr Minister des Äussern glaubt auch daran, dass König Ferdinand selbst die Initiative zum Angriff auf Serbien ergriffen habe, und ist überzeugt, dass die Unpopularität des Königs einen bedenklichen Grad erreicht hat. Um den Schein zu wahren fügte er allerdings hinzu, es sei zu hoffen, dass es zu keinem gewaltsamen Umsturz kommen werde, deutete aber an, dass ihm persönlich an einer langen Regierungszeit König Ferdinands nichts gelegen sei, dessen Charakter ja überall hinlänglich bekannt wäre. Der Artikel der „Reichspost" vom 28. v. M. „das Geheimnis der russischen Probemobilisierung" findet in der „Rossija" vom 30. v. M. bereits eine ausführliche Entgegnung. Das offiziöse Blatt erwähnt eingangs den erbitterten Parteikampf, der gegenwärtig in Bulgarien zur Feststellung der an der Katastrophe des Landes Schuldigen geführt werde. Das Bestreben, die Ursache der Niederlage des Landes zu ergründen, könne, so erklärt die „Rossija", insofern nur begrüsst werden, als dann die Sünden, die Bulgarien an den Rand des Abgrundes gebracht hätten, in Zukunft vermieden werden würden. Jedoch werde in der Hitze der Leidenschaften und in dem Wunsche sich rein zu waschen von vielen von denen, die wirklich an der Katastrophe schuld seien, zur Verleumdung gegriffen in der Hoffnung, Uneingeweihte zu täuschen. Der Name Russland werde hierbei von erbitterten Abenteurern und Pechvögeln hineingezerrt. In wahnwitziger Verblendung seien die Männer bereit, die ganze Vergangenheit zu leugnen, die Bande von Blut und Opfern zwischen Russland und dem von ihm geschaffenen Bulgarien geschaffen haben. Zu dem Artikel der „Reichspost" übergehend, schreibt die „Rossija": „Von der Weisheit der höchsten Lenker Bulgariens hängt es ab, ob sie für ihr Land die Aera eines gefährlichen Abenteurertums meiden oder in diesem letzteren ihre persönliche Festigung suchen wollen. Wenn das Wiener Blatt Recht hat in seinem Hinweise auf die Quelle seiner Informierung, so kann man sich nur Gedanken darüber machen, wie die Personen sind, die in der nächsten Zukunft berufen sind, dem Zaren Ferdinand bei der nicht leichten Aufgabe der Beruhigung des Landes zu helfen. In dem Bestreben, ihren Monarchen zu „verteidigen", handeln sie wie seine Feinde, da sie nicht einsehen, dass eine solche Verteidigung zwecks Erlangung des Wohlwollens eines ausländischen Auditoriums nicht mit der Würde eines Herrschers des freien

Bulgariens rechnet. Wir weigern uns zu glauben, dass dem bulgarischen Zaren der lügnerische Hinweis angenehm sein könnte, dass er angeblich unter dem Gefühle einer persönlichen Furcht gehandelt habe, und nicht aus der Überzeugung vom Nutzen des Landes, das für ihn zu einer neuen Heimat geworden ist. Was die Rolle Russlands anbetrifft, das angeblich Bulgarien zur Abschliessung der Militär-Konvention mit Serbien gezwungen hat, und den Zusammenhang der bulgarischen Mobilisation mit unserer Probemobilisation, muss da überhaupt noch gesagt werden, dass dies alles vom ersten bis zum letzten Wort die reinste Erfindung ist, wie auch die Berufung auf eine nie vom russischen Kriegsminister gehaltene Rede, deren Meldung ihrerzeit kategorisch dementiert worden war. Uns liegt der Gedanke fern, mit dem Wiener Blatte zu sagen: „Kann wirklich für all dieses Zar Ferdinand verantwortlich gemacht werden?" Nein, er kann nicht für die verantworten, die so ungewandt und in so grober Weise die Wahrheit entstellen und ihren Monarchen fälschlich beschuldigen, indem sie ihm die Schwierigkeiten auf seinem ohnehin schweren Wege bereiten, der eine neue Aufgabe vormerkt, die Notwendigkeit genau die Grenze zwischen den Interessen Bulgariens und einem Häufchen von Männern zu ziehen, die im Namen Bulgariens sprechen wollen. Was uns betrifft, so braucht wohl nicht noch gesagt zu werden, dass wir uns mit vollkommener Ruhe und Kaltblütigkeit zu der gegenwärtigen antirussischen Agitation in Bulgarien verhalten, da wir fest sowohl von ihrer künstlichen Entstehung wie auch von der Unmöglichkeit dessen, dass politische Intriganten das bulgarische Volk auf lange von uns losreissen können, überzeugt sind."

Otto Czernin.

*Nr. **9060.** Bericht des Legationsrates Grafen Otto Czernin aus St. Petersburg, 23. Nov./6. Dez. 1913 Nr. 46 N (eing. 8. Dez.).[a]) Ausfert.*

Die mir mit hoher telegraphischer Weisung vom 28. v. M. Nr. 586 erteilte Ermächtigung benutzend, habe ich gestern die Aufmerksamkeit Herrn Neratows auf die Nummer des „Echo de Bulgarie" vom 16./3. November l. J. gelenkt, welche eine Konversation Herrn von Hartwigs mit dem bulgarischen Publizisten Dantscheff wiedergibt, worin sich der Herr russische Gesandte in unqualifizierbarer Weise über Österreich-Ungarn geäussert hätte. Ich las dem Herrn Minister-Gehilfen die gravierendste Stelle aus dem Artikel vor und gab meiner Verwunderung Ausdruck, dass seither kein Dementi erfolgt sei. Herr Neratow zeigte sich über meine Mitteilung sehr überrascht, versicherte mich, dass es ausgeschlossen sei, dass ein so kluger Mann wie Hartwig derlei Äusserungen machen könnte und dass ihm bisher über das Interview von keiner Seite irgend eine Mitteilung gemacht worden sei. Er müsse sich daher vorerst von verschiedenen Seiten orientieren lassen. Er fragte mich auch noch, ob ausser dem „Echo de Bulgarie", das er allerdings nicht lese, noch andere Blätter sich mit der Sache beschäftigt hätten, was ich bejahte, indem ich konstatierte, dass seinerzeit auch die Wiener Blätter die Worte wiedergegeben hätten und dass ein sehr vagues und schwaches Dementi im „Pester Lloyd" kaum den Zweck erfüllt habe. In extenso sei mir das Interview allerdings erst durch das

„Echo de Bulgarie" bekannt geworden und darauf sei meines Wissens kein Dementi erfolgt. Herr Neratow versprach mir, sich zu orientieren und seinerzeit auf die Sache zurückzukommen. Otto Czernin.

a) Vgl. n. 9072, 9106.

*Nr. **9061**. Bericht des Legationsrates Rudolf Freiherrn von Mittag aus Sofia, 6. Dez. 1913 Nr. 78 D (eing. 10. Dez.).a) Ausfert.*

Im Nachhange zu meinem gehorsamsten Berichte Nr. 76 F*b)* vom 18. v. Mts. beehre ich mich, Euer Excellenz in der Anlage*c)* die Inhaltsangabe eines im „Utro" erschienenen Briefes des bulgarischen Exdeputirten Dobri Dantschew ganz gehorsamst zu unterbreiten. In diesem Schreiben hält Herr Dantschew — trotz des im „Pester Lloyd" erschienenen Dementis Herrn von Hartwigs — jene Wiedergabe seines Gespräches mit dem russischen Gesandten in Belgrad, sie noch mit Détails ergänzend, aufrecht, die ich Euer Excellenz mit meinem eingangscitirten gehorsamsten Berichte zu unterbreiten die Ehre hatte. Mittag.

a) Vgl. n. 9106, 9154. — *b)* Mit Bericht Nr. 76 F, 18. Nov. 1913 (eing. 19. Nov.) wurde das Gespräch des bulgarischen Publizisten Professor Dantschew im „Echo de Bulgarie" vom 16. Nov. im Zeitungsausschnitte vorgelegt. — *c)* Beilage.

*Beilage zu n. **9061**.*

Der Ex-Deputirte Dobri Dantscheff, welcher bekanntlich eine Unterredung mit dem Belgrader russischen Gesandten Hartwig veröffentlicht hatte, die dann von Hartwig unvollständig dementiert wurde, veröffentlicht jetzt im „Utro" einen Brief, in welchem er auf das Dementi Hartwigs antwortet. Dantscheff sagt darin, er habe erst jetzt das Dementi Hartwigs im Pester Lloyd gelesen und könne nur erklären, dass die im „Swobodno Mnenje" und „Utro" publizierte Unterredung vollständig der Wahrheit entspreche. Nichts sei darin hinzugefügt, noch auch daraus weggelassen worden. Höchstens einzelne Details seien ausgelassen worden; er wolle die jetzige Gelegenheit benützen, um auch diese dem bulgarischen Publikum zur Kenntnis zu bringen; denn diese Details seien zur Beurteilung der jetzigen russisch-bulgarischen Beziehungen interessant. Dantscheff meint, wahrscheinlich werde der Name Hartwigs dem künftigen Geschichtsschreiber öfter zu tun geben, wenn es sich darum handeln wird, der Nachkommenschaft zu erklären, wie es kam, dass Bulgarien, das mit Strömen russischen Blutes geschaffen worden war, dann von Russland und dem Slaventum entfremdet werden konnte, wenigstens auf lange Jahre hinaus. Nikolaj Henrikowitsch Hartwig war — wie er versicherte — ein grosser Freund der Bulgaren. Als Beweis dafür behauptete er, dass Bulgarien nur ihm zu verdanken habe, wenn sich Russland mit der Abtretung Adrianopels an Bulgarien einverstanden erklärte. Ohne sein Zutun wäre in London Adrianopel niemals Bulgarien zugesprochen worden. Dantscheff fährt fort: Ich war nicht so neugierig, Hartwig zu fragen, ob er sich aus blosser Liebe für die Bulgaren diese Mühe gegeben habe, oder vielleicht, um damit die Prätentionen der Serben auf Mazedonien zu erleichtern? Wozu hätte ich ihn auch zu fragen brauchen? Es ist doch so klar. Man erinnert sich noch,

wie die serbische Presse im Winter des vorigen Jahres auf das Thema zu sprechen kam, im Vertrage existiere keine Verpflichtung für Serben, sich für Thrazien zu schlagen. Alle Belgrader Zeitungen begannen wie auf ein Kommando dasselbe zu behaupten! In der Unterredung hat Herr Hartwig auch mit einer anderen Bemühung für das Wohl Bulgariens geprahlt. Er habe die Serben überredet, die Maleschewa-Planina den Bulgaren abzutreten und dafür das Strumitzatal zu behalten. Dadurch würde die Grenze nicht so krumm verlaufen, wie jetzt. Die fruchtbare Strumitzaniederung mit einer rein bulgarischen Stadt für die kahlen Hügel der Maleschewa-Planina einzutauschen! Daraus sieht man schon, wie sehr das Wohl Bulgariens Herrn Hartwig am Herzen lag! Aus der Unterredung mit Nikolaj Henrikowitsch konnte ich aber noch eine charakteristische Eigentümlichkeit entnehmen. Auf die wiederholten Angriffe Hartwigs gegen die bulgarische Diplomatie, besonders gegen Herrn Daneff, dass er mit den Serben keine Verhandlungen zwecks einer Verständigung eingehen wolle, entgegnete ich ihm, dass doch Geschoff nach Nisch gegangen sei, um mit Pašitsch zu verhandeln. „Ja, ja" — antwortete Hartwig — „in der Tat ist dieser gute alte Mann gekommen, aber in Begleitung zweier Komitatschis, nämlich Toscheffs und Risoffs" (Belgrader und Römer Gesandten). Es ist doch bezeichnend für einen russischen Gesandten, bulgarische Diplomaten als Komitatschis zu bezeichnen! Als ob ein serbischer Chauvinist aus ihm sprechen würde! Trotz aller seiner Verstellungskünste merkte man doch allen Worten Hartwigs stets an, dass er nur für die Serben Sympathien hege. Ich sah nicht einen russischen Gesandten in ihm, sondern blos eine guten serbischen Patrioten. In den russischen Blättern begegnet man häufig die Behauptung, die russische Diplomatie auf dem Balkan habe eine völlige Niederlage erlitten und nur ihr sei es zu verdanken, wenn der Balkan heute nicht mehr slavisch sei, wie vor dem Kriege, sondern rumänisch-griechisch. Ob Herr Hartwig hieran keine Verdienste hat? Zweifellos. Dafür aber hat er doch ein Grossserbien geschaffen! Ich schliesse diesen Brief, indem ich mein Erstaunen ausdrücke, was Herr Hartwig veranlasst haben mag, das Gespräch mit mir zu dementieren? Vielleicht jene kleine Dosis Balsam, welches er in das bulgarische Herz träufeln wollte, als er versprach, dass Mazedonien einmal Bulgarien zurückgegeben würde, wenn Russland Österreich-Ungarn zerstört haben würde? Warum hat uns Nikolaj Henrikowitsch nicht wenigstens diesen kleinen Trost belassen wollen? Nun, ich behaupte, dass er dieses Versprechen gegeben hat, nämlich dass, wenn einmal Österreich-Ungarn zerstört sein würde, Serbien Bosnien und die Herzegowina erhalten und Mazedonien den Bulgaren zurückgegeben würde."

Nr. 9062. Tel. aus Bukarest, 7. Dez. 1913 Nr. 405 (eing. 8. Dez. 9 U. a. m.).[a]) Entziff.

Geheim. Ich wurde soeben von Seiner Majestät dem König in $1^1/_2$stündiger Audienz empfangen. Nach weniger wesentlichen Dingen kam Seine Majestät auf das Thema unseres Bündnisses zu sprechen und meinte, die Stimmung in Rumänien sei momentan derart gegen unsere Monarchie eingenommen, dass man nur hoffen könne, ein grosser Krieg käme nicht

dazwischen, denn wenn Rumänien auch gewiss nicht gegen Österreich-Ungarn gehen werde, so könne bei der heutigen Stimmung doch an ein Zusammengehen der beiden Armeen kaum gedacht werden. Zum Glück sei ja kein Krieg wahrscheinlich, die Stimmungen der Völker ändern sich und wenn in Ungarn eine andere Politik eingeschlagen würde, so hoffe er bestimmt, dass mit der Zeit wieder normale Verhältnisse eintreten würden. Im entgegengesetzten Falle allerdings sei seine Auffassung über das Zukunftsverhältnis zwischen Rumänien und uns äusserst pessimistisch. Dem König war diese lange Auseinandersetzung sichtlich sehr peinlich und er betonte immer wieder, er wünsche sehnlichst, dass die Situation geändert werde und das alte Bündnis jene Sicherheit wieder erhalte, die es noch vor kurzer Zeit gehabt hatte. Auf meine direkte Frage: „Was höchstseiner Ansicht nach alles geändert werden müsse," — erwiderte er mir, die ungarischrumänische Frage versperre den Ausweg. Wenn den Rumänen Konzessionen gemacht würden, würde die Stimmung sich ändern. Er betonte sodann, er wolle über die Details dieser Frage nicht als König von Rumänien, sondern nur als Privatmann sprechen, was er darauf des längeren ausführte. Ich habe in der ganzen Audienz nicht viel mehr als zehn Sätze gesprochen. Ottokar Czernin.

a) Vgl. n. 9056, 9066, 9918, 10195 Anm. b.

Nr. 9063. Bericht aus Bukarest, 7. Dez. 1913 Nr. 101 (eing. 10. Dez.).a) Ausfert.

Geheim. Im Nachhange zu meinem ergebensten Telegramm vom 5. d. M. Nr. 403 beehre ich mich Euer Exzellenz mitzuteilen, daß Herr Bratiano mir vorerst in lebhaften Farben den Eindruck geschildert hat, welchen die Politik des letzten Jahres hier auf die breite Öffentlichkeit angeblich gemacht hat. Darnach sei kein einzelner bestimmter Fall hervorzuheben, welcher hier befremdet hätte, — auch die Revisionsfrage allein nicht — sondern aus vielen kleinen Fällen, welche eine Protektion Bulgariens durchschimmern liessen, sei hier der Eindruck entstanden, „Alles sei gegen Oesterreich-Ungarn erreicht worden." Mein Gewährsmann, der sich sehr gerne sprechen hört und nicht leicht zu unterbrechen ist, vertiefte sich lange in die Details dieses Themas, dessen roter Faden der war, daß Bulgarien der Todfeind Rumäniens sei und wir die Protektoren Bulgariens gewesen wären. Ich versuchte nicht ganz ohne Erfolg ihm zu beweisen, daß diese Auffassung in mehr als einer Beziehung total falsch sei, und erreichte wenigstens, daß er zugab, daß diese Auffassung nicht in den offiziellen Kreisen, sondern nur im Volke bestünde, machte ihn aber aufmerksam, daß es doch eigentlich die Sache der rumänischen Politiker gewesen wäre, durch die Presse das Volk aufzuklären, — eine Bemerkung, die den Führer der Opposition zu einem Lächeln nötigte, da er jedenfalls fortwährend das Gegenteil besorgt hatte, um der Regierungspartei möglichst viele Unannehmlichkeiten zu bereiten. Schließlich gab mir Bratiano zu, daß dies Alles mehr oder weniger der Vergangenheit angehöre, und schien in Anbetracht des erwarteten Minister-Portefeuilles geneigt, unsere Monarchie wohlwollender zu beurteilen. Ernster, meinte mein Gewährsmann, sei die ungarisch-rumänische Frage, und sprach darüber ganz in dem Sinne, in

dem mein letzter ergebenster Bericht Nr. 100 vom 5. d. Mts. abgefaßt ist. Ich erklärte ihm, „eine interne Frage dürfe niemals in den Kreis der äusseren Politik gezogen werden," (— eine Bemerkung, die mir recht schwer fiel, weil ich sie direkt für widersinnig finde, —) worauf mir Herr Bratiano lächelnd antwortete, ich hätte in meiner letzten Herrenhausrede anders über diese Frage gesprochen, und erklärte, schließlich handle es sich ja um die allgemeine vox populi, deren Gründe er mir erklären wolle, und nicht um ihn oder um mich. Auf das spezielle Thema des Bündnisses war er nicht zu bringen und ich war genötigt, hiebei sehr vorsichtig vorzugehen, da ich nicht weiß, wie weit er eingeweiht ist, und mir vorkommt, als ob er von der Erneuerung des Bündnisvertrages nichts wisse. Mein deutscher Kollege jedoch hält die kategorische absprechende Art, mit der sich Bratiano über dieses Thema geäussert haben soll, vollinhaltlich aufrecht. Interessant waren seine Ausführungen über die hiesige innere Politik und die mögliche Veränderung der Regierung, respektive seine eigene Kandidatur. Bratiano behauptet, daß die konservative Partei von persönlichen Interessen erfüllt und daher zerklüftet sei. Er, Bratiano, werde als eine Art „Revolutionär" von den Konservativen bekämpft (wegen seines allerdings etwas zu sehr „fortschrittlichen" Grund-Enteignungsgesetzes) — dennoch aber habe ihm die eine konservative Fraktion unter der Hand ein Bündnis angetragen, wenn er gegen Take Jonescu Front machen wolle. Es scheint, daß hier Alles noch im Fluß ist, und Niemand kann heute voraussagen, ob Maiorescu sich halten, oder bald durch die liberale Partei verdrängt werden wird. Take Jonescu, den ich darauf sprach, komplettierte die Ausführungen Bratianos in klarerer Form. Nach ihm zu urteilen, sehnt sich Bratiano nach der Macht und versucht nun, sein radikales Programm mit den konservativen Anschauungen Seiner Majestät des Königs in Einklang zu bringen. Tatsächlich wurde Bratiano gestern Abend in zweistündiger Privataudienz von Seiner Majestät empfangen, über das Resultat jedoch konnte ich bis jetzt nichts genaues erfahren. Mir scheint, hier liegt der Schwerpunkt der Frage: Gelingt es, Bratianus Programm auf den Standpunkt des Königs zu reduzieren, das heißt läßt sich eine mittlere Linie finden, die Seine Majestät akzeptiert, so dürfte sich sein Ministerium im Laufe des Jänner gründen, — mißlingt dies, so dürfte Maiorescu dennoch bis auf weiteres im Amte bleiben. Obwohl Bratianu gewiß viel Wasser in seinen oppositionellen Wein giessen wird, bis er selbst Chef des Kabinetts ist, so habe ich dennoch sehr lebhaft das Gefühl, daß es für uns und unsere zukünftigen Beziehungen zu Rumänien besser wäre, wenn Maiorescu vorerst noch im Amte bliebe. Ottokar Czernin.

a) Vgl. n. 9066.

Nr. 9064. Tel. des Legationsrates Rudolf Freiherrn von Mittag aus Sofia, 7. Dez. 1913 Nr. 1326 (eing. 8. Dez. 9 U. a. m.). Entziff.

Geheim. Reise Take Jonescos. Minister des Äussern sagte mir, Talaat Bey habe ihm die mir von Herrn Ghenadieff seinerzeit gemachte Mitteilung (mein Telegramm Nr. 1282 vom 18. v. Mts.) über die Allianzproposition Take Jonescos dahin ergänzt, dass Jonesco in Konstantinopel eine rumänisch-türkisch-griechisch-serbische Allianz vorgeschlagen habe. Auf ablehnende

Antwort Talaats und Anregung desselben, eine rumänisch-türkisch-bulgarische Allianz zu bilden, hätte Jonesco zwar nicht direkt nein gesagt, jedoch gemeint „il est encore trop tôt de penser à cela". Mittag.

Nr. 9065. Tel. des Legationsrates Rudolf Freiherrn von Mittag aus Sofia, 7. Dez. 1913 Nr. 1327 (eing. 8. Dez. 9 U. a. m.).[a] Entziff.

Minister des Äussern sagte mir, er sei von seiner Zusammenkunft mit Talaat Bey, bei der ganzer Komplex bulgarisch-türkischer Politik durchgesprochen worden sei (mein Telegramm Nr. 1309[b] vom 29. v. Mts.), ungemein befriedigt. Er wäre, da er Absicht habe, eventuell Konstantinopel zu fahren, sehr dankbar, durch Güte Euer Exzellenz vorher erfahren zu können, ob Talaat Beys Eindruck über Entrevue ebenso günstig wie sein eigener. Geheim. Türkisch-bulgarische Allianz betreffend sagte mir Minister, seine Besprechungen hierüber mit Talaat hätten ihn besonders befriedigt. Talaat hätte versprochen, noch einige in Schwebe befindliche bulgarische Desiderata mit seinem ganzen Einfluss in Konstantinopel zu unterstützen. Minister hofft, in einigen Tagen an definitive Redaktion Allianztextes schreiten zu können. Mittag.

[a] Vgl. n. 8986, 9095, 9129. — [b] Mit Tel. Nr. 1309, 29. Nov. 1913 (eing. 30. Nov. 9 U. a. m.) wurde aus Sofia das offizielle Communiqué über die Zusammenkunft Genadiew-Talaat in Mustafa Pascha mitgeteilt.

Nr. 9066. Privatschreiben aus Bukarest, 8. Dez. 1913 (eing. 11. Dez.).[a] Ausfert.

Geheim. Ich weiss nicht, ob es in den competenten Kreisen der Monarchie Jemanden giebt, der sich über die momentane Tragfähigkeit unseres Bündnisses mit Rumänien Illusionen hingiebt, aber wenn dies der Fall wäre, so halte ich es für meine Pflicht das meinige dazu beizutragen, um einen Dämmerzustand zu beenden, der unter Umständen durch ein trauriges Erwachen gestört werden könnte. — Die gestrige Audienz bei Seiner Majestät dem König hatte entschieden den Zweck, mir klaren Wein über die Auffassung Seiner Majestät einzuschenken, und es war nicht schwer zu bemerken, wie peinlich dem König das beabsichtigte Thema sei. — Er begann damit zu fragen, „wie ich mich mit Bratiano verstanden hätte",[b] und auf meine Antwort: „ich hätte die so pessimistische Beurteilung Bratianos über unser Verhältnis zu Rumänien bedauert, wäre aber nicht näher darauf eingegangen, weil ich nicht wisse, inwieweit Bratiano über unser Bündnis orientiert sei", meinte der König, Bratiano wisse von der Verlängerung des Bündnisses tatsächlich nichts, glaube jedoch, dass der alte Vertrag noch weiterlaufe, und habe nur sagen wollen, dass das Bündnis, bei der momentanen Situation, der öffentlichen Meinung ganz Rumäniens derart widerspreche, dass es nicht effectuirbar sei, und darin müsse Er — der König — Bratiano recht geben. Rumänien werde gewiss niemals gegen die Monarchie die Waffen ergreifen, aber ein Schulter an Schulter Kämpfen sei bei der momentanen Stimmung wohl unmöglich. Der greise König sprach diese Worte mit sichtlicher Überwindung und es war Ihm deutlich anzusehen, wie peinlich Ihm das Geständnis sei. Rasch fügte Er denn auch hinzu, Er habe reiche Erfahrungen in den Stimmungen der Völker, die austrophobe Haltung Rumäniens könnte binnen

wenigen Monaten einer besseren Stimmung gewichen sein, Er wünsche sehnlichst den Vertrag in Einklang mit den Gefühlen seines Volkes zu bringen, aber wenn man in Wien nichts dazu tue, so sei Ihm dies unmöglich. Es sei ja fast ausgeschlossen, dass in nächster Zeit ein Krieg entstünde, und Er hoffe sehnlichst, es möge während der erwarteten nächsten Friedensjahre gelingen, die Gefühle Rumäniens für unsere Monarchie zu ändern. Ich könne mir nicht vorstellen, wie verletzend der seinerzeitige Ausspruch des Prinzen Fürstenberg gewesen wäre, der im Auftrage Euer Excellenz dem Ministerpräsidenten zu dem „provisorischen" Frieden gratulirt hätte, und wie peinlich das ganze Volk das Gefühl empfunden hätte, dass es gegen den „Freund" verteidigen müsse, was es dem „Feinde" abgenommen habe. Meine, der Auffassung Euer Excellenz conforme Antwort und Erklärung des „Revisions-Gedankens" liess Seine Majestät nicht gelten, fügte aber bei, diese Wunde werde vernarben, wenn nur der Stachel der ungarisch-rumänischen Frage aus der Seele des Volkes gezogen werden könnte. So aber seien die Dinge unhaltbar, und wenn die Rumänen Ungarns nicht befriedigt würden, so würde der Antagonismus ein unüberbrückbarer werden. Immer wieder kam dabei der König auf Bratiano zu sprechen. Er wiederholte, Bratiano wisse noch gar nichts von der Verlängerung des Bündnisses, wie auch, ausser Maioresco, keiner der Minister, und es werde eine „unangenehme Stunde" sein, wenn Er — der König — ihm dies werde mitteilen müssen (Der König schien mit dem fait accompli zu rechnen, dass Bratiano demnächst der Chef Seines Cabinets sein werde). Auch in der Auffassung der ungarisch-rumänischen Frage spiegelte sich die Anschauung Bratianos deutlicher, als bei meiner ersten Unterredung mit Seiner Majestät, wieder. Der König wiederholte mehrmals Seine Auffassung, Er wolle und könne nicht als König über eine interne ungarische Frage sprechen, aber als Privatmann sage Er mir, der Sitz des ganzen Uebels liege in Siebenbürgen. Das rumänische Volk könne und werde nie begreifen, dass der Block von $3^1/_2$ Millionen ungarischer Rumänen mit den Rumänen Serbiens, Griechenlands oder Russlands verglichen werde, da sie an Zahl und an culturellem Niveau ungleich höher ständen. Er citierte Beispiele der Behandlung der Rumänen, Er erwähnte die „bekannte Verhaftung" der Gemahlin Take Jonescus, Er citierte Fälle, wo angeblich jungen rumänischen Mädchen ihre dreifärbigen Gürtel (die einen Teil des Nationalcostüms bilden) von ungarischen Gendarmen entrissen worden seien, Er schilderte Seine eigenen Automobilfahrten, wo Er einige Kilometer über die Grenze gefahren und sodann von ungarischen Blättern verdächtigt worden sei. Gewiss, fügte Er hinzu, könne man dafür nicht die ungarische Regierung direct verantwortlich machen, — hätte sich dieselbe doch in dem Ihn betreffenden Falle, sowie in dem Falle Take Jonescos, sofort sehr loyal entschuldigt, — aber der antirumänische Geist, der aus dem Betragen aller subalternen ungarischen Beamten spräche, verletze und kränke Rumänien immer und immer wieder. Seine Majestät meinte, Er habe eine sehr hohe Meinung von dem Character und den staatsmännischen Eigenschaften des Grafen Tisza, — deshalb hoffe Er, der Herr ungarische Ministerpräsident werde die Sachlage richtig einschätzen und durch ein weitgehendes

Entgegenkommen die Situation ändern. Wenn er auf das alte Deáksche Nationalitätengesetz zurückgreifen würde, wenn er gleichzeitig anordnen würde, dass die früher erwähnten Secaturen und Taktlosigkeiten ungarischer Obergespäne streng geahndet würden, — so sei er im Stande, binnen wenigen Monaten eine andere Atmosphäre zu schaffen. Aber, fügte Seine Majestät hinzu, ich möchte Ihn nicht missverstehen, nicht als Souverain dem Gesandten gegenüber spreche Er, sondern als Privatmann, Jemandem gegenüber, von dem Er wisse, dass er nur den einen Wunsch habe, das Hindernis zu entfernen, das sich zwischen unsere beiden Reiche schiebt. Als die Audienz beendet und ich bereits bei der Türe im Weggehen begriffen war, rief mich Seine Majestät nochmals zurück und ersuchte mich, ich möchte alle meine Kräfte aufwenden, um einen Zustand beenden zu helfen, der Ihm so furchtbar peinlich und für beide Reiche so schädlich sei. Seine Majestät erwähnte nochmals in einer äusserst huldreichen Form meine Ihm bekannten ausgleichsfreundlichen Absichten und fügte hinzu: „Ich habe das volle Vertrauen, dass Sie mir eine Hilfe sein werden." Und nun wollen Euer Excellenz mir gestatten, die Conclusionen aus dem Wiedergegebenen zu ziehen, denn ich stehe auf dem Standpunkt, dass ein Gesandter nicht nur als Gramophon zu figuriren hat, der Gehörtes mechanisch wiedergiebt, sondern dass es ihm gestattet sein muss, den dominierenden Eindruck entgegengenommener Ansichten von sich zu geben. Ich habe zwei stundenlange Audienzen bei Seiner Majestät gehabt und ich habe einen ganzen Vormittag mit Bratiano discutirt, ich habe stundenlange Unterredungen mit fast allen Ministern gehabt. Und von allen Herren habe ich dasselbe gehört: dass es die zwölfte Stunde sei, wenn wir noch wünschen, mit Rumänien auf den alten Freundschaftsfuss zu gelangen, und dass die Conditio sine qua non hiefür die rascheste und gründliche Lösung der ungarisch-rumänischen Frage ist. Und ich wiederhole hiebei nochmals ausdrücklich, dass die Herren anerkannt haben, dass sie sich nicht in unsere innerpolitischen Fragen einzumengen haben, dass aber das Volk anders denke und dass man hier nicht gegen die gesammte öffentliche Meinung Politik machen könne. Ich weiss sehr wohl, dass diese Ansicht der competenten Meinung sehr massgebender Herren unserer Monarchie widerspricht, — ich verlege mich auch hier gar nicht auf eine Controverse, ob sie begründet ist oder nicht — aber ich constatiere das Vorhandensein dieser Ansicht in Rumänien, ich constatiere das Factum und ich erwarte, dass Euer Excellenz mir das Vertrauen entgegenbringen, dass ich nicht so dumm oder gewissenlos bin, meine Berichte zu färben, sondern dass ich melde, was ich vernommen habe, — ganz einerlei, ob es irgendwo Wohlgefallen oder das Gegenteil erregt. Ich constatiere das Factum, dass der Bundesvertrag zur Zeit nicht viel mehr wert ist als die Tinte und das Papier, auf das er geschrieben ist, dass wir momentan auf keine militärische Unterstützung Rumäniens rechnen können und dass die Entfremdung reissende Fortschritte machen wird, wenn die ungarisch-rumänische Frage nicht bald und gründlich gelöst wird. Und ich ziehe daraus die Conclusion, dass wir an einem Scheidewege stehen und uns entscheiden müssen, ob wir rechts oder links gehen wollen. Wir müssen entweder Rumänien wiederzugewinnen trachten — oder wir müssen es

aufgeben; im ersteren Falle müssen wir jene innerpolitischen Consequenzen ziehen, die ich anzuführen mir erlaubt habe, im letzteren Falle brauchen wir auf Rumänien keine Rücksicht zu nehmen und können allerdings darauf vergessen, dass unsere $3^1/_2$ Millionen Rumänen die Nachbaren des Königreichs Rumänien sind. Dass ich den ersteren Weg gehen würde, habe ich Euer Excellenz zu wiederholten Malen zu melden mir erlaubt — aber vielleicht täusche ich mich und die entgegengesetzte Stimmung ist die richtige. Eines jedoch wäre bestimmt falsch; wenn wir uns weder für das eine noch das andere entscheiden könnten und auf diese Weise alte Freunde verlören, ohne neue zu gewinnen, wenn wir eine „Vogel-Strauss" Politik spielen und unser Schicksal an Rumänien ketten würden, ohne dasselbe gleichzeitig an das unsere zu binden. Das wäre meiner unmassgeblichen Meinung nach eine Politik, vor der uns Gott der Allmächtige bewahren möge. Ottokar Czernin.

[a]) Vgl. n. 9062, 9544, 9600, 9918, 10195. — [b]) Vgl. n. 9063.

Nr. 9067. Bericht aus Konstantinopel, 8. Dez. 1913 Nr. 77 B (eing. 10. Dez.).[a]) Ausfert.

Gelegentlich eines Besuches bei Herrn Toscheff (6. d. M.) sagte mir dieser, die Anregung zu der anlässlich der Adrianopler Reise des Grossveziers stattgehabten Begegnung Herrn Ghenadievs mit Talaat sei von ihm ausgegangen: die beiden Staatsmänner, die in Mustafa Pascha in vierstündiger Unterredung alle actuellen Fragen besprachen, seien beide von dieser Begegnung sehr befriedigt gewesen. Eine Aufzeichnung Herrn Ghenadievs über diese Besprechung werde ihm — Toscheff — dieser Tage durch Generalsekretär Passarov des bulgarischen Auswärtigen Amtes überbracht werden, der den bulgarischen Exarchen abholen komme — eine bei einem so hohen Beamten etwas ungewöhnliche Verwendung, die mir eher auf eine geheime Mission zu deuten scheint. Die Reise Talaats nach Bukarest, erwähnte Herr Toscheff, sei unwahrscheinlich geworden, da Herr Majorescu abgewinkt habe — wohl um Take Jonescu nicht diese neuerliche Auréole zu gönnen. Es sei dies übrigens auch insofern besser, als ein Besuch Talaats den rumänischen Hochmut noch gesteigert hätte. Über die Allianzfrage sagte mir der bulgarische Gesandte (mit meinen Eindrücken ganz übereinstimmend), zur Zeit der Reise Take Jonescus habe er bei den türkischen Staatsmännern schwankende Tendenzen (panbalkanische Idee) wahrgenommen, bald darnach seien dieselben aber wieder ganz zu ihrer früheren Orientierung zurückgekehrt und jetzt von den besten Dispositionen beseelt. Die Allianzverhandlungen seien zwar nicht abgeschlossen; dies liege aber nicht an den Türken, sondern daran, dass die Aufmerksamkeit der bulgarischen Regierung derzeit ganz von den Wahlen absorbiert wird. Über die macedo-albanische Action befragt, sagte Herr Toscheff, eine solche sei allerdings im Zuge, und bestehe enge Fühlung zwischen den Albanesen und den Macedo-Bulgaren, von welch' letzteren sich viele aus der Monastirer Gegend nach Albanien geflüchtet haben. Die bulgarische Regierung trachte mässigend einzuwirken; wohl werde es notwendig sein, eine Revision des Bukarester Friedens und der unbilligen Aufteilung des Balkans durchzusetzen, und zwar nicht später als in 2—3 Jahren, sonst habe Serbien zu viel Zeit, sich zu verstärken; sehr

gefährlich aber wäre es, diese Bemühungen zu früh — 1914 — und mit noch ungenügenden Kräften zu beginnen. Die türkischen Staatsmänner allerdings seien sehr aktionslustig. Vom bulgarischen Standpunkte — äusserte sich Herr Toscheff auch — wäre es eigentlich das beste, wenn die Inselfrage zunächst in einer Weise gelöst würde, die weder die Türkei noch Griechenland zufriedenstellen würde und den Gegensatz bis zur definitiven Balkanabrechnung fortbestehen liesse. Über den Prinzen von Wied liess der bulgarische Gesandte die Bemerkung fallen, er höre derselbe sei „très timide", was seiner Autorität nicht zustatten kommen werde. Nach seiner Ansicht laufe derselbe grosse Gefahr, wenn nicht einer organisierten Bewegung oder einem Complot, so dem coup de tête eines Einzelnen zum Opfer zu fallen. Seine Mitteilungen über Transporte nach Albanien habe ich in meinem gleichzeitigen Berichte litt. A[b]) zu erwähnen Gelegenheit. Pallavicini.

[a]) Vgl. n. 9033, 9090. — [b]) Mit Bericht Nr. 77 A, 8. Dez. 1913 (eing. 10. Dez.) wurde aus Konstantinopel berichtet, daß der bulgarische Gesandte vermute, ein bulgarisches Schiff habe für die Bandenaktion bestimmte Vorräte nach Albanien geführt, was auch vom Generalagenten des österreichischen Lloyd bestätigt werde.

Nr. 9068. Bericht aus Konstantinopel, 8. Dez. 1913 Nr. 77 E (eing. 10. Dez.).[a]) Ausfert.

Streng vertraulich. In meinem ergebensten Berichte v. 26. v. M. Nr. 75 C[b]) die armenische Reformfrage betreffend, hatte ich Gelegenheit, den türkischen Argwohn auf Russland und Deutschland zu erwähnen, dass sie au fond auf eine (politische) Aufteilung Kleinasiens hinarbeiten. Ein ähnlicher an einige nicht näher bezeichnete Mächte gerichteter Vorwurf ward, wenn ich mich recht erinnere, in einer vor vielleicht Monatsfrist gehaltenen Rede des englischen Premiers ausgesprochen. In der mir mit hohem Erlasse v. 18. v. M. Nr. 5379 streng geheim mitgeteilten Berliner Aufzeichnung Herrn v. Szilassys[c]) sehe ich, dass Unterstaatssekretär Dr. Zimmermann den Zusammenbruch der asiatischen Türkei als wahrscheinlich erklärte und eine dieselbe unter den Mächten in farbigen Zonen aufteilende Karte (wohl könnten in dieser Weise auch die Bahnzonen übersichtlicher dargestellt sein) vor sich hatte. Diese Ansicht Dr. Zimmermanns frappiert mich insoferne, als ich von meinem deutschen Collegen gelegentlich gehört hatte, Herr v. Jagow betrachte die Zukunft der Türkei sehr pessimistisch und rechne mit ihrer Aufteilung, Herr Zimmermann dagegen vertraue ihrer Lebensfähigkeit. Mein deutscher College (der wirtschaftlich den Standpunkt ganz exclusiver Interessensphäre markiert) gibt sich politisch als ein von der Lebensfähigkeit der Türkei überzeugter Feind colonialer Teilungspläne, deren Berliner Auftreten er dem Drängen der Banken zuschreibt. (Dass diese, deren Unternehmungen wohl viel mit speziell türkischen Missständen zu kämpfen haben, eine geregelte deutsche Verwaltung vorzögen, ist ja begreiflich.) So zum Beispiel äussert sich Baron Wangenheim über die Frankreich im Norden Kleinasiens zufallende Bahnzone sehr befriedigt; an eine politische Acquisition dieser Gegend könne Frankreich nicht denken; wie sich aber dort wichtige commerzielle Interessen Frankreichs entwickelt haben werden, sei diese französische Zone als der sicherste Wall gegen

Russland zu begrüssen, welch' letzterem hiemit ein Vorstoss bis zum Bosporus unmöglich gemacht sei. Es sei dann die Gefahr beseitigt, dass Russland eine Aufteilung Kleinasiens ins Rollen bringe; für Armenien allein werde es dies nicht tun; dieses Gebiet sei für Russland nur dann von Wert, wenn es eine Etappe auf noch freiem Wege nach Konstantinopel darstelle. Dass aber bei der Abgrenzung der französischen und russischen von der deutschen Bahn-Zone nicht etwa nur auf wirtschaftliche Interessen, sondern in hohem Grade auch auf militärisch-politische Momente gesehen wurde, dafür bot mir eine gelegentliche Äusserung meines deutschen Kollegen ein sicheres Indiz: er zeigte mir nämlich die Anschluss-Stellen des französischen und russischen an das deutsche Bahnnetz in Kleinasien mit der Bemerkung, dort seien die Pässe, die das ganze Becken von Diarbekir beherrschen; diese habe natürlich Deutschland in Händen behalten müssen, da seine Stellung dadurch militärisch unangreifbar sei. Der wirtschaftliche Teilungs-Plan ist also augenscheinlich auch vom militär-politischen Standpunkte bearbeitet worden. Im Zusammenhalte erlaube ich mir, auch an die in meinem ergebensten Berichte v. 2. September d. J. Nr. 50 C[d]), wiedergegebenen Äusserungen Wangenheims über die aus der deutschen Armee-Reform eventuell resultierende deutsche Kolonial-Armee zu erinnern. Meinerseits bin ich nach wie vor der Überzeugung, dass die asiatische Türkei in absehbarer Zeit nicht zu zerfallen braucht, wenn die Mächte nicht ihrerseits eine Teilung herbeizuführen bestrebt sind. Die Rückerwerbung Adrianopels hat das Prestige der Regierung sehr gehoben und lässt den Staatsgedanken — wie Konsularberichten zu entnehmen — auch in den entlegeneren Landesteilen feste Wurzel schlagen. Allerdings können unvorsichtige Abenteuer, wie die für nächstes Jahr geplante Neuregelung der Balkankarte (Autonomie Mazedoniens) im Falle ihres Misslingens dem Fortbestande auch in Asien sehr gefährlich werden. Pallavicini.

[a]) Vgl. n. 8531. — [b]) Der Bericht Nr. 75 C, 26. Nov. 1913 (eing. 29. Nov.), der nur ausführliche Darlegungen zur armenischen Reformfrage enthält, wurde nicht aufgenommen. — [c]) Die „Aufzeichnung des Herrn von Szilassy über zwei Unterredungen mit Unterstaatssekretär Dr. Zimmermann am 30. und am 31. Oktober 1913" behandelt nur die Frage der Beteiligung Österreich-Ungarns an der wirtschaftlichen Erschließung Anatoliens und wurde deshalb nicht aufgenommen. Die Stelle, auf die hier angespielt wird, lautet: „... er zweifle aber nicht daran, daß es zum Zusammenbruche der asiatischen Türkei kommen werde. Eine Karte lag vor ihm, wo die ganze asiatische Türkei (also auch Syrien) unter den Mächten in farbigen Zonen aufgeteilt erscheint. Nur eben das Gebiet von Adalia erscheint herrenlos! ..." — [d]) Bericht aus Konstantinopel Nr. 50 C, 2. Sept. 1913, behandelt die Frage der Heranziehung von österreichisch-ungarischen Offizieren als Instruktoren für die türkische Armee, die durch das prononcierte Auftreten der österreichisch-ungarischen Politik zugunsten Bulgariens in der Adrianopler Frage kaum derzeit durchführbar sei. Der deutsche Botschafter aber habe Pallavicini von einer durchgreifenden Reform der türkischen Armee durch deutsche Offiziere gesprochen, in deren Rahmen die Eingliederung anderer, zum Beispiel österreichisch-ungarischer Offiziere kaum durchführbar wäre. Es scheine die Idee verfolgt zu werden, die ganze Armee, ähnlich wie die griechische durch die Mission Eydoux, unter deutscher Leitung neu zu organisieren. „Nebenbei gesagt, würde sich Deutschland hiedurch auch für die Eventualität eines gänzlichen Verfalles der Türkei ein starkes Machtmittel — gewissermaßen eine schon deutscher Leitung unterstehende wohlorganisierte anatolische Colonialarmee — sichern."

Nr. 9069. Bericht aus Konstantinopel, 8. Dez. 1913 Nr. 77 G (eing. 10. Dez.).[a]) Ausfert.

Im Anbuge beehre ich mich, Euer Exzellenz Abschriften[b]) zweier vom k. u. k. Militärattaché heute nach Wien gerichteter Berichte über die deutsche Militärmission vorzulegen. Zu meiner gegenständlichen telegraphischen Berichterstattung (1., 4. und 5. d. M. Nr. 648, 658 und 661) kann ich auf Grund gesprächsweiser Mitteilungen meines deutschen Kollegen und einiger von andrer Seite erhaltenen Informationen noch folgendes nachtragen: Herr Kokowzew äusserte bei seiner Anwesenheit in Berlin sein Befremden darüber, dass man nicht schon Herrn Sassonow gelegentlich dessen Durchreise informiert habe. Herr von Bethmann bezeichnete dies als eine keineswegs absichtliche Unterlassung; er habe einfach darauf vergessen, auch diese Sache zu erwähnen. Im weiteren Verlaufe des Gespräches schien sich Herr Kokowzew mit den deutscherseits vorgebrachten Erklärungen zufrieden zu geben, kam aber in einer zweiten Unterredung wieder darauf zurück, dass es doch nicht wohl angehe, den deutschen General das Kommando in der türkischen Hauptstadt führen zu lassen. Ganz ablehnend scheint sich der Reichskanzler hiezu nicht verhalten zu haben: Ideen, wie dass das hiesige Kommando vielleicht nur einige Monate dauern würde (letztzitiertes Telegramm), oder dass der General die Notwendigkeit zunächst an Ort und Stelle prüfen soll, scheinen in dieser Konversation gefallen zu sein. Jedenfalls sah sich Herr von Bethmann (vielleicht in Retraktierung zuweitgehenden Entgegenkommens) am 30. v. M. veranlasst, Herrn Kokowzew persönlich zu schreiben, dass als Korpskommando für den deutschen General kein anderes als das hiesige, wo sich alle militärische Zentralstellen befinden, in Betracht kommen könne. Die russische Regierung hat darauf, wie gleichfalls im letztzitierten Telegramme erwähnt, „ihre freundschaftlichen Bemühungen in Berlin fortgesetzt." Beim Grossvezier hat der russische Botschafter in dieser Angelegenheit noch keine Démarche gemacht; in Gesprächen mit ihm konnte ich feststellen, dass ihm die einschlägigen Instruktionen schon vor mehreren Tagen zukamen, dass er jedoch zunächst das Resultat der Berliner Pourparlers abzuwarten hat. Die Haltung der Westmächte anlangend, antwortete mir der Grossvezier auf eine von mir hingeworfene Bemerkung, dass man sich in Paris sehr aufzuregen scheine, mit ziemlicher Bestimmtheit „mais pas à Londres". Dagegen will der italienische Geschäftsträger durch die russische Botschaft erfahren haben, mein englischer Kollege habe von seiner Regierung schon seit mehreren Tagen die Weisung, sich an einer schriftlichen Protestdémarche zu beteiligen, während die Instruktionen des französischen Botschafters nicht ausdrücklich auf „schriftliche Démarche" gelautet hätten. Herr Bompard habe sich daher an einer von Herrn von Giers proponierten schriftlichen Démarche nicht beteiligen wollen, vielmehr in Paris angefragt und darauf hingewiesen, dass seiner Ansicht nach keine Rechtsbasis für einen Protest vorliege. Vom Quai d'Orsay aus habe man darauf mit der englischen Regierung Fühlung genommen, welche nun auch ihrerseits von dem schon eingenommenen Standpunkte abrücken möchte. Herr Bompard werde mit seiner Ansicht wahrscheinlich durchdringen und die geplante Démarche der Triple-Entente

demgemäß unterbleiben. Es sind dies Informationen, die in einigen Punkten mit den mir sonst vorliegenden Nachrichten nicht recht stimmen; sie deuten jedenfalls darauf, dass sich Herr von Giers seiner Entente-Kollegen in dieser Sache wenig sicher fühlt: was umso begreiflicher wäre, wenn, wie verlautet, Russland Kompensationen in der Meerengen-Frage vindiziert. In mir gemachten Bemerkungen führt mein russischer Kollege die durch diese Angelegenheit verursachte Verstimmung Russlands gegen Deutschland hauptsächlich darauf zurück, dass man es deutscherseits vernachlässigt habe, Petersburg rechtzeitig und genau zu informieren.*1)* Viel Schuld trage speziell Baron Wangenheim, der ihm in der Sache immer nur ganz vag gesprochen habe (vergl. das hieramtliche Telegramm vom 11. v. M. Nr. 598) und der ihn übrigens auch in der armenischen Reformsache nur sehr lax unterstützte. Herr von Giers scheint mir zu befürchten, dass ihm die Sache in Verbindung mit andern Misserfolgen in Petersburg persönlich schaden könne; vielleicht macht man ihm den Vorwurf, nicht früher informiert gewesen zu sein. Mein deutscher Kollege teilte mir vorgestern mit, dass er über Auftrag seiner Regierung derselben eine Abschrift des von der Pforte mit dem englischen Admiral Limpus abgeschlossenen Kontraktes vorgelegt habe, worin dem englischen Admiral hinsichtlich der türkischen Flotte noch viel weitgehendere Pouvoirs (Herr von Giers bestreitet dies) zugestanden sind, als General Liman hinsichtlich der Armee. Baron Wangenheim sagt mir auch, Deutschland könne seines Erachtens in der Frage des hiesigen Korpskommandos nicht nachgeben; die Sache habe schon zuviel Staub aufgewirbelt, als dass das deutsche Volk dies dulden könnte; es sei jetzt eine Prestige-Sache, ähnlich wie die Hohenzollern-Kandidatur vor dem Kriege 1870. Immerhin äusserte er sich auch, man könne ja vielleicht sagen, dass der General zunächst an Ort und Stelle die Notwendigkeit prüfen solle; dies werde aber nicht viel ändern, da General Liman schon zu Beginn der Verhandlungen mit der Türkei auf die Notwendigkeit hingewiesen habe, die türkische Armee durch Bekleidung eines effektiven Kommandos — als welches der Zentralstellen wegen nur das hiesige Korpskommando in Betracht kommen könne — kennen zu lernen. Eine Wangenheim nahestehende Persönlichkeit spricht weniger unnachgiebig und meint, es sei ja eigentlich Sache nicht Deutschlands, sondern der Türkei, wie sie sich zu einem russischen Protest gegen die von ihr bestimmte Art der Verwendung des Reformgenerals stellen wolle. Dies käme darauf hinaus, dass wieder einmal die Türken „les pots cassés" zu zahlen hätten. Den eigentlichen Grund der russischen Aufregung sehe ich in der auch im Berichte des Herrn k. u. k. Militärattachés erwähnten Befürchtung Russlands, dass es der deutschen Armee-Reform tatsächlich gelingen könnte, die türkische Armee sehr zu kräftigen. Die Engagierung des bekannten Fortifikators Generals Weber wird, wenn sie auch angeblich nicht auf eine bessere Befestigung des Bosporus abzielt, die russische Aufregung wahrscheinlich noch steigern. Der Ansicht Oberst Pomiankowskis, dass unter den vorliegenden Umständen der jetzige Moment für eine Russland und wohl auch Frankreich noch mehr aufregende Heranziehung österreichisch-ungarischer Offiziere kein geeigneter wäre, pflichte ich vollkommen bei*c)* (vergl. auch mein Telegramm vom 2. d. M.

Nr. 652 *d)* und darf mir vorbehalten, je nach weiterer Entwicklung der Angelegenheit zu einem späteren Zeitpunkte auf diese Frage zurückzukommen. Pallavicini.

1) !

a) Vgl. n. 9075. — *b)* Erste und Zweite Beilage. — *c)* Randbemerkung Kaiser Franz Josephs: sehr richtig. — *d)* Mit Tel. Nr. 652, 2. Dez. 1913 (eing. 3. Dez. 9 U. a. m.) wurde aus Konstantinopel gemeldet, man sei in Berlin geneigt, österreichisch-ungarische Instruktionsoffiziere heranzuziehen; doch glaube Baron Wangenheim, es wäre besser, einige Wochen zu warten, bis sich die Aufregung Rußlands über die deutsche Aktion gelegt habe. (Vgl. n. 9068 Anm. d.)

Erste Beilage zu n. **9069.** *Bericht des Militärattachés in Konstantinopel, Oberst Josef Pomiankowski, an den Chef des Generalstabs, 8. Dez. 1913 Res. Nr. 287. Abschrift.*

Der zum Chef der neuen deutschen Militärmission bestimmte preussische Generalleutenant Liman von Sanders soll am 9. oder 10. d. M. in Konstantinopel eintreffen. Mit ihm kommen 4 bis 5 andere deutsche Offiziere, unter denselben zwei Generale, von denen der eine, Bronsart von Schellendorf, als Stellvertreter Limans, der andere, Weber, als Fachmann für Fortifikationswesen und technische Truppen fungieren soll. Das Iradé, mittelst welchem General Liman, unter Bestätigung des mit ihm abgeschlossenen Vertrages zum kaiserlich ottomanischen Ersten Ferik (General der Infanterie) und zum Kommandanten des 1. Korps in Konstantinopel ernannt wurde, ist bereits vor einigen Tagen vom Sultan unterzeichnet worden. Dasselbe wurde zwar am 4. Dezember nachmittags der deutschen Botschaft zugestellt, jedoch bisher noch nicht veröffentlicht. Mein Kollege Major von Strempel zeigte sich noch am 4. früh mir gegenüber lebhaft beunruhigt und witterte bereits Intrigen behufs Einschränkung der Machtbefugnisse seines zukünftigen Chefs. Die am 2. d. M. erfolgte Beförderung des Kriegsministers Izzet Pascha zum Ersten Ferik, im Zusammenhange mit der späten Zustellung des Liman betreffenden Iradés, ist seiner Ansicht nach nur auf die Absicht zurückzuführen Izzet Pascha einen höheren Rang zu geben und ihn dadurch zum Vorgesetzten Limans zu machen. Strempel wusste damals noch nicht, dass Marschall Osman Pascha (früher Armeeinspektor in Erzinchian) vor Kurzem zum Armeeinspektor in Konstantinopel ernannt worden ist, wodurch General Liman auch diesem faktisch unterstellt sein wird. ... *Einzelheiten über den Charakter der neuen deutschen Armeereform.* ...

Zweite Beilage zu n. **9069.** *Bericht des Militärattachés in Konstantinopel, Oberst Josef Pomiankowski, an den Chef des Generalstabs, 8. Dez. 1913 Res. Nr. 288. Abschrift.*

Die Nachricht von der Engagierung einer neuen deutschen Militärmission, welcher im Vergleiche zur alten erweiterte Machtbefugnisse eingeräumt werden sollen, wurde in der türkischen Armee mir recht gemischten Empfindungen aufgenommen. Die in Frankreich ausgebildeten und sonst antideutsch gesinnten Offiziere sind selbstverständlich von Haus aus erbitterte Feinde der Instruktionsoffiziere und werden auch der neuen Mission nach

Möglichkeit Schwierigkeiten und Hindernisse bereiten. Aber auch viele sonst deutschfreundlich gesinnte Offiziere können sich mit dem Gedanken einer effektiven Kommandoführung durch Deutsche nur schwer abfinden. Dass nun das Bewusstsein in Zukunft auch bezüglich Beförderung, Dienstposten und Garnison das heisst bezüglich der ganzen Existenz von dem Urteil eines Fremden abzuhängen dazu beitragen muss, speziell bei den höheren Offizieren Unbehagen und Beunruhigung zu erzeugen ist nur begreiflich und natürlich. Der gegenwärtige Kommandant des 1. Korps und Stadtkommandant in Konstantinopel Oberst Dschemal Bey — ein sehr tüchtiger, im letzten Kriege bewährter Offizier und nebenbei eines der energischesten und einflussreichsten Mitglieder des jungtürkischen Komités — sagte mir vor einigen Tagen, dass die Ernennung des Generals Liman zum Kommandanten des 1. Korps eine verfehlte Massregel sei. Er erkenne zwar vollkommen die Notwendigkeit der Reorganisation der Armee durch deutsche Offiziere an; die effektive Kommandoführung durch Deutsche müsse jedoch gefährliche Strömungen erzeugen, welche der Reorganisationstätigkeit zum Mindesten wesentliche Schwierigkeiten bereiten werden. Mit der Verwendung Major Strempels als Generalstabschef des Generals Liman ist Dschemal direkte unzufrieden. Strempel sei militärisch nicht auf der Höhe, überdies aber wegen seines wenig liebenswürdigen, zu Intrigen und Gehässigkeiten neigenden Charakters auch in türkischen Offizierskreisen sehr unbeliebt. Nach Ansicht Dschemals sollte man vor Allem den türkischen Generalstab reorganisieren. General Liman wäre zum Chef des Generalstabes zu ernennen gewesen, ferner hätte man in jedes Generalstabsbureau, zu jedem Armeeinspektor und jedem Korpskommando je einen höheren deutschen Generalstabsoffizier einteilen sollen. Überdies sollte das gesammte Schulwesen durch Deutsche reorganisiert und geleitet werden. Hätte man dieses Programm angenommen und die Kommandogewalt wenigstens nominell überall Türken gelassen, so wären nicht allein zukünftige Reibungen zwischen deutschen und türkischen Offizieren, sondern auch Konflikte mit dem Auslande vermieden worden! Dschemal Bey könne selbstverständlich keinen Gehilfenposten bei General Liman annehmen; er wird demnach im Jänner das Korpskommando übergeben und eine andere seiner Position entsprechende Verwendung erhalten. Auffallender als die in der Natur der Sache gelegenen inneren Schwierigkeiten und Widerstände sind die Protestationen, welche von russischer Seite gegen die neue deutsche Militärmission und besonders gegen die Ernennung des Generals Liman zum Kommandanten des 1. Korps in Konstantinopel erhoben werden. Herr von Giers bezeichnet speziell letztere Massnahme als direkte Bedrohung des Status quo an den Meerengen und glaubt, dass Russland diese Schädigung seiner Interessen nicht zugeben könne. Er befürchtet weiters, dass die Berufung Limans mit dem Plane einer umfassenden Befestigung des in der russischen Einflusssphäre gelegenen Rayons von Konstantinopel zusammenhänge und stellt die Entsendung der neuen deutschen Mission geradezu als Besitzergreifung der türkischen Armee durch Deutschland dar. Es ist nun gewiss richtig, dass eine wirksame Reorganisation des ottomanischen Heeres keine Förderung der russischen Absichten und Interessen in der Türkei

bedeuten würde. Anderseits jedoch ist schwer einzusehen mit welchen auf internationalen Rechtsbegriffen basierenden Argumenten Russland gegen die neue deutsche Militärmission protestieren könnte. Die Einwendungen gegen die Ernennung des Generals Liman zum Kommandanten des 1. Korps sind sachlich und formell ganz unstichhältig, da das 1. Korps, ebenso wie die einen speziellen vom 1. Korpskommando unabhängigen Befehlsbereich bildenden Bosporus-Befestigungen dem in Konstantinopel residierenden Armeeinspektor Marschall Osman Pascha unterstehen. Russland müsste unter dem Titel der Bedrohung des Status quo an den Meerengen vielmehr gegen den englischen Admiral Limpus protestieren, weil dieser als Kommandant der Flotte an der eventuellen Verteidigung des Bosporus jedenfalls einen unmittelbareren Anteil nehmen müsste als der Kommandant des 1. Korps. Es scheint mir übrigens recht zweifelhaft, ob es Russland gelingen wird England und Frankreich zu einer gemeinsamen Aktion gegen die deutsche Militärmission zu veranlassen. England wird schon wegen seiner Marinemission in der Türkei, dann mit Rücksicht auf die soeben erhaltene, ausserordentlich wichtige Konzession zum Bau von Marineetablissements und Werften im Marmara-Meere *a)* für einen Protest nicht leicht zu haben sein. Frankreich dagegen dürfte mit Rücksicht auf seine Militärmission in Griechenland kaum Lust haben die Kompetenz und den Wirkungskreis militärischer Reformaktionen einer internationalen Diskussion auszusetzen. Im Hinblick auf die in Verhandlung stehenden einträglichen Konzessionen in Kleinasien dürfte sich Frankreich auch kaum entschliessen im Interesse Russlands eine Pression auf die Türkei in der Anleihefrage auszuüben. Es ist demnach nicht unwahrscheinlich, dass die ganze Protestintrige der Petersburger Regierung mit einer neuerlichen diplomatischen Niederlage Russlands am goldenen Horn enden könnte. Baron Wangenheim ist übrigens der Ansicht, dass es in Wirklichkeit gar nicht die Ernennung des Generals Liman zum Korpskommandanten in Konstantinopel ist, welche die Russen beunruhigt. Ihre eigentliche Sorge liegt vielmehr darin, dass die neue deutsche Mission alle Aussicht zu haben scheint die türkische Armee wirklich zu reorganisieren und hiedurch die Türkei und besonders die jungtürkische Partei zu stärken. Dazu kommt noch, dass Herr von Giers die deutsche Militärmission — von deren Vorbereitung er übrigens bis zum letzten Moment keine Ahnung hatte — als einen Erfolg des Baron Wangenheim und eine neue Schlappe seiner ohnehin nicht sehr glücklichen Botschaftertätigkeit empfindet. Es ist nun selbstverständlich, dass unter diesen Verhältnissen im jetzigen Momente an eine Heranziehung von österreichisch-ungarischen Offizieren zur Dienstleistung in der Türkei schwerlich gedacht werden kann. Selbst das Bekanntwerden einer solchen Absicht würde die Aufregung in Russland gewiss noch verstärken und könnte auch Frankreich veranlassen sich trotz allen Bedenken in dieser Frage Russland anzuschliessen. Mit Rücksicht auf diese Situation ist Baron Wangenheim der Ansicht, dass man vor der Heranziehung von Offizieren unserer Armee die volle Beruhigung der russischen Regierung und der Tripleentente-Presse abwarten müsse. Wenn Ruhe eingetreten sein wird — was voraussichtlich in 3 Monaten der Fall sein dürfte —, dann wird es möglich sein, zuerst einen und dann

nach und nach weitere österreichisch-ungarische Offiziere zu engagieren. Man wird hiebei unter allen Verhältnissen mit grösster Vorsicht vorgehen müssen, da eine Übereilung zu gefährlichen Komplikationen Anlass geben könnte. Auf der deutschen Botschaft ist man schliesslich darauf vorbereitet, dass das Bekanntwerden der Engagierung des Generals Weber auf der russischen Botschaft und in Petersburg einen viel stärkeren Entrüstungssturm hervorrufen dürfte als die Ernennung des Generals Liman zum Kommandanten des 1. Korps verursacht hat. Baron Wangenheim erklärt allerdings offiziell, dass General Weber nur die Befestigung der Linie Demotika—Adrianopel—Kirkkilisse leiten wird. Es scheint jedoch viel wahrscheinlicher zu sein, dass die Aufgabe dieses Generals in der Befestigung von Konstantinopel in Verbindung mit jener des Bosporus, dann vielleicht auch in der Befestigung der kaukasischen Grenze bestehen dürfte.

[a]) Vgl. n. 9053.

Nr. 9070. Bericht aus Konstantinopel, 8. Dez. 1913 Nr. 77 H (eing. 10. Dez.). Ausfert.

Wie ich Euer Exzellenz telegrafisch meldete,[a]) hat die türkische Regierung mit der englischen Gruppe Armstrong, Maxim, Vickers & Co. einen Vertrag über den Bau von Werkstätten mit Docks im Golfe von Ismid und die Bildung einer ottomanischen Actiengesellschaft zur Reorganisation und den Betrieb des Marinearsenals im Goldenen Horn sowie der neuen Installationen in Ismidt abgeschlossen. Über die Détails des Vertrages berichte ich unter Einem sub. Nr. 136/H. P., B.[b]) Die Übernahme des Marinearsenals im Goldenen Horn und der Bau der Werkstätten und Docks in Ismidt durch die englische Werfte ist vom politischen Standpunkte von grösster Bedeutung, weil die türkische Regierung dadurch in die Lage versetzt sein wird, im eigenen Lande Kriegsschiffe bauen und selbst ihre grössten Panzerschiffe zu docken und reparieren zu lassen. Abgesehen von der Unabhängigkeit vom Auslande, welche die türkische Kriegsmarine dadurch im Krieg und im Frieden erlangt, liegt in der an Armstrong vergebenen Concession für die Pforte eine gewisse Gewähr für die dauernde Unterstützung und Förderung ihrer Interessen seitens Englands. Dass der Einfluss dieser Macht, welche jetzt nicht nur die Reorganisation der türkischen Kriegsmarine durch ihre Marineoffiziere übernimmt, sondern auch am Ausbau der türkischen Flotte allein beteiligt sein wird, dadurch hier stark zunehmen wird, liegt auf der Hand. Mein deutscher College ist der Meinung, dass England nach diesem bedeutenden Erfolge sich kaum mehr den russisch-französischen Vorstellungen gegen die Betrauung des deutschen Generals mit dem Commando des I. Armeecorps associieren werde. Ich theile diese Ansicht umsomehr, als England dadurch, dass es die ganze Reorganisation der türkischen Flotte in die Hand bekommt und alle Werften, Arsenals und Docks in der Hauptstadt und im Marmarameere unter der Leitung des englischen Hauses Armstrong stehen werden, hier eine ungleich stärkere Position haben wird, als sie sich Deutschland durch seine Reformoffiziere und Übernahme des Commandos des hauptstädtischen Armeecorps durch einen deutschen General zu machen vermöchte. Ausserdem soll der mit

dem englischen Admiral Limpus abgeschlossene Vertrag die Übertragung des effectiven Flottencommandos an denselben vorsehen und dürfte der englische Admiral jetzt, wo die Reorganisierung der ganzen Kriegsmarine in englischen Händen ruht, und das bis vor kurzem bestandene Hindernis des Kriegszustandes mit den Balkanstaaten in Wegfall gekommen ist, an die Spitze der türkischen Flotte treten. Für die Türkei ist es entschieden sehr wertvoll, dass ein englisches Haus hier so bedeutende Investitionen macht, weil darin ein Beweis dafür liegt, dass England Interesse an der Erhaltung und Erstarkung der Türkei hat. Pallavicini.

a) Vgl. n. 9053. — *b)* Wurde nicht aufgenommen.

Nr. 9071. Bericht aus Konstantinopel, 8. Dez. 1913 Nr. 77 I (eing. 10. Dez.).[a] Ausfert.

In der letzten Zeit hat sich hier ein Inzidenzfall ereignet, der die russische Botschaft eine Woche lang in Atem hielt und dessen bisheriger Ausgang dem Prestige der fremden Vertretungsbehörden in der Türkei und in weiterer Folge den von denselben zu schützenden Interessen, speciell was deren Sicherung gegen gelegentliche Handstreiche türkischerseits betrifft, nicht gerade förderlich sein dürfte. Es handelte sich um die Verhaftung eines gewissen Kavakli Mustafa, eines der Mörder Mahmud Schefket Paschas, welcher in Angelegenheiten der Ententistenpartei auf einem russischen Schiffe von Piräus nach Odessa reisend, Konstantinopel passierte. Die türkische Polizei hatte sich unter Vorweis eines auf den Namen Galatali Mustafa lautenden und als Tatbestand schlechthin „Mord" anführenden Verhaftsbefehls vom 19. Dezember v. J. an das hiesige russische Generalkonsulat mit dem Ersuchen um Assistenz bei der Verhaftung eines derartigen Individuums gewendet. Das Generalkonsulat war so unvorsichtig, diesem Begehren ohne nähere Prüfung Folge zu leisten und als es sich herausstellte, um wen es sich in Wirklichkeit gehandelt habe, befand sich Kavakli Mustafa bereits in türkischem Gewahrsam. Die von der russischen Botschaft sofort eingeleiteten Schritte wegen seiner Rücküberstellung begegneten zunächst dem türkischen Anbote einer Bestrafung desselben statt mit dem Tode, zu dem er in Kontumaz bereits verurteilt war, mit einer bloss 3—4jährigen Gefängnisstrafe; gleichzeitig wurde der Polizeipräsident Azmi Bey, um einem eventuellen Absetzungsbegehren seitens der Botschaft zuvorzukommen, seines Postens enthoben und zum Vali in Adana ernannt. Als die russische Botschaft sich damit nicht zufriedengestellt erklärte und auf der Rückauslieferung Kavakli Mustafas bestand, scheint man sich türkischerseits entschlossen zu haben, es auf eine Kraftprobe ankommen zu lassen: das Verfahren gegen ihn wurde wieder aufgenommen, das seinerzeit in Kontumaz erflossene Todesurteil bestätigt, das reguläre nachrichterliche Verfahren indessen durch die Inszenierung eines „Selbstmordes" des Delinquenten ersetzt. Wie es heisst, wurde derselbe bevor man ihn auf die eine oder die andere Art ins Jenseits beförderte (es kursieren hierüber die verschiedensten Versionen) auch gefoltert, um von ihm Angaben über die Organisation und die Pläne der Ententistenpartei zu erpressen. Tags darauf (30. v. M.) sprach der Grossvezier persönlich auf der russischen Botschaft vor, um mitzuteilen,

dass er ihrem Begehren infolge des inzwischen von Kavakli verübten Selbstmordes nicht entsprechen könne, und um gleichzeitig die Entschuldigungen seiner Regierung vorzubringen; der Botschafter erklärte, auf schriftliche Entschuldigung sowie auf Absetzung Azmi Beys bestehen zu müssen, und auch diese Satisfaktionen nur ad referendum annehmen zu können. Beiden Verlangen wurde von türkischer Seite binnen weniger Stunden entsprochen. Soweit bis jetzt beurteilt werden kann, scheint sich auch die russische Regierung mit diesen schwachen Genugtuungen abgefunden zu haben. Mein russischer Kollege ist begreiflicherweise über das Vorgehen der Türken in dieser Angelegenheit sehr verstimmt; „ils vont me le payer", sagte er mir. Es scheint, dass er im Laufe der Verhandlungen damit drohte, das fraudulose Verhaftungsbegehren zu veröffentlichen, dass dem aber mit der Gegen-Drohung geantwortet wurde, diesfalls auch die in meinem Berichte vom 26. v. M. Nr. 75 C*b)* incidentaliter erwähnte Sinope-Affaire (ententistische Umtriebe durch die russische Botschaft begünstigt) vor die Öffentlichkeit zu bringen. Pallavicini.

a) Vgl. n. 7417. — *b)* Vgl. n. 9068 Anm. b.

Nr. 9072. Tel. des Legationsrates Grafen Otto Czernin aus St. Petersburg, 8. Dez. 1913 Nr. 383 (eing. 9. Dez. 8 U. a. m.).a) Entziff.

Interview Herrn von Hartwigs. Bei heutiger Unterredung kam die Rede auf obiges Thema, worüber der Minister inzwischen von Herrn Neratow informiert worden war. Herr Sazonow bezeichnete es als ausgeschlossen, dass ein so kluger Diplomat wie Herr von Hartwig derlei Äusserungen machen und namentlich Serbien als „instrument russe" bezeichnen konnte, was ja in Belgrad ebenso wie anderswo verstimmen müsste. Ich erwiderte, er dürfte, falls er die Äusserungen getan, wohl nicht mit einer Veröffentlichung gerechnet haben. Auf alle Fälle hätte der Gesandte den Inhalt Interviews dementieren können, anstatt sich darauf zu beschränken, zu konstatieren, er habe keinem „Journalisten" in Wien eine Unterredung gewährt. Dies, fügte ich bei, sei ja vielleicht richtig, da Professor Dantschew kein Journalist sei, die fraglichen Äusserungen seien aber dadurch nicht annulliert. Herr Sazonow sagte darauf, er werde sofort Herrn von Hartwig telegraphieren, dass er ein entsprechendes Dementi herausgeben müsse. Er trachtete der Sache einen heiteren Beigeschmack abzugewinnen, dürfte aber im Innern keinesfalls sicher sein, ob nicht das „Echo de Bulgarie" die (Wahrheit)*b)* sagte. Otto Czernin.

a) Vgl. n. 9060, 9106, 9118, 9154. — *b)* Chiffre fehlt.

Nr. 9073. Tel. aus Berlin, 9. Dez. 1913 Nr. 509 (eing. 11 U. 50 M. p. m.).a) Entziff.

Gleich zu Anfang der heutigen Reichstagssitzung ergriff Reichskanzler das Wort und besprach in eingehender Weise die deutsche auswärtige Politik.*b)* Im Laufe seiner Rede erwähnte er, dass Österreich-Ungarn anfangs Erwägungen darüber anstellte, ob die Revision des Bukarester Friedensvertrages zweckmässig sei, habe in der öffentlichen Meinung vielfach Ansicht entstehen lassen, dass dies das Bundesverhältnis zwischen Deutschland

und Österreich-Ungarn ungünstig beeinflusst hätte; dem müsse er mit Entschiedenheit entgegentreten und nehme hiebei Bezug auf die von Euer Excellenz in den Delegationen gemachten Erklärungen.[c] Herr von Bethmann Hollweg versicherte, dass das Bundesverhältnis beider Mächte unerschütterlich gefestigt sei, welche Worte vom Reichstage mit grossem Beifalle aufgenommen wurden. Szögyény.

[a] Vgl. n. 9088. — [b] Pol. Chron. d. ö.-u. Mon. 1913, 496. — [c] Parlament. Chron., Beilage zur Pol. Chron. d. ö.-u. Mon. 1913, 608 (Exposé Berchtolds).

Nr. 9074. Erlaß nach Rom, 9. Dez. 1913 Nr. 5735.[a] Konz. (S. Matscheko; V. Forgách u. Berchtold; G. Forgách).

Geheim. Ich beehre mich, Euer Exzellenz in der Anlage die Abschrift einer geheimen Instruktion[b] an den k. u. k. Gesandten in Bukarest sowie mehrerer einschlägiger telegraphischer Meldungen des Grafen Ottokar Czernin zu Ihrer rein persönlichen Orientierung zu übermitteln. Ich bemerke hiezu, daß ich das in der obigen Instruktion erörterte Thema der öffentlichen Bekanntmachung des Allianzverhältnisses Rumäniens zur Monarchie und zum Dreibunde überhaupt vor kurzem in einer Unterredung mit Herrn von Tschirschky berührt und ihm meinen Standpunkt in dieser Frage entwickelt habe. Der deutsche Botschafter, welcher meinen Ansichten vollkommen beipflichtete und über den jetzigen politischen und militärischen Wert Rumäniens für den Dreibund äußerst besorgt ist, hat Herrn von Jagow in einem Privatschreiben informiert und wird mich von der erhaltenen Antwort seinerzeit in Kenntnis setzen. Ich hielte es noch für verfrüht, dieses Thema jetzt schon auch bei Marquis di San Giuliano zur Sprache zu bringen, insbesondere da die derzeitige Stimmung in Bukarest für eine solche Aktion nicht geeignet zu sein scheint. Da aber, um seinerzeit die Zustimmung Rumäniens zur fraglichen Bekanntmachung zu erreichen, nicht nur das Einverständnis der Kabinette von Berlin und Rom, sondern eine übereinstimmende Aktion aller Dreibundmächte in Bukarest sicherlich erforderlich sein wird, würde ich auf jeden Fall großen Wert darauf legen, die Ansicht Euer Exzellenz darüber kennen zu lernen, ob es uns gelingen dürfte, im gegebenen Zeitpunkte Marquis di San Giuliano für den Gedanken der Veröffentlichung wie der Teilnahme an einer hierauf abzielenden Aktion bei der rumänischen Regierung zu gewinnen.

[a] Vgl. n. 9084, 9105. — [b] n. 9032.

Nr. 9075. Tel. aus Konstantinopel-Pera, 10. Dez. 1913 Nr. 663 (eing. 11. Dez. 9 U. a. m.).[a] Entziff.

Vertraulich. Deutsche Militärmission. Im Gegensatze zu den in meinem Berichte Nr. 77 G vom 8. d. M. erwähnten Informationen des italienischen Geschäftsträgers über vom russischen Standpunkt abweichende Tendenz des französischen Botschafters sagte mir letzterer gestern, dass Frankreich und England in dieser Frage ganz russischen Standpunkt teilen. Er erwähnte, dass man Russland in Berlin auf eine Auseinandersetzung mit der Türkei verweise. Pallavicini.

[a] Vgl. n. 9086.

Nr. 9076. Tel. des Legationssekretärs Prinzen Emil Fürstenberg aus Athen, 11. Dez. 1913 Nr. 856 (eing. 11 U. p. m.).[a] Entziff.

Seine Majestät der König begibt sich Samstag in Begleitung Herrn Venizelos' und eines Teiles der Flotte nach Kreta, um Annexionsfeierlichkeiten beizuwohnen. Emil Fürstenberg.

[a] Vgl. n. 9085.

Nr. 9077. Bericht aus Bukarest, 11. Dez. 1913 Nr. 104 A (eing. 14. Dez.).[a] Ausfert.

Geheim. Meine gestrige längere Unterredung mit dem wiedergenesenen Ministerpräsidenten Maioresco hat in mir vor Allem den Eindruck hinterlassen, daß derselbe mit einer längeren Dauer seines Amtes nicht mehr zu rechnen scheint. Ob das Ruhebedürfnis allein oder die schwierige Situation seines Kabinetts das Hauptmotiv sind, kann ich nicht beurteilen, wahrscheinlich spielen beide Momente eine Rolle — wenigstens habe ich aus guter Quelle gehört, daß Herr Maioresco sich mit der Absicht trägt, seinen Lebensabend dazu zu verwenden, eine „Geschichte Rumänien's" zu schreiben. Dieses Moment seiner Amtsmüdigkeit dürfte auf seinen politischen Gedankengang, insbesondere, was die Zukunft Rumäniens zu unserer Monarchie betrifft, rejaillieren und ich glaube darin eine Erklärung zu finden für gewisse seine Aeusserungen, die von denen des Königs abweichen. Herr Maioresco meinte nämlich, die antiösterreichische Volksstimmung bestände zwar, würde aber gewiß bald wieder vorübergehen, insbesonders wenn die maßgebenden Kreise Wiens den gleichen Wunsch hätten, wie die Rumäniens, den Wunsch, stattgefundene Mißverständnisse endgültig zu begraben und auch die erwachende rumänische Irredenta dadurch zu bekämpfen, daß man ihr in Siebenbürgen den Wind aus den Segeln nimmt. Das Bündnis, meinte der Minister, werde durch die austrophobe Stimmung der Bevölkerung nicht berührt und „im Ernstfalle würde der Augenblick der Veröffentlichung von Kammer, Senat und Strasse mit grösster Freude begrüsst werden." Ich erlaubte mir zu erwidern, dass mich diese Auffassung sehr freue und wenn der Minister glaube, dass dieser Enthousiasmus Rumäniens auch im Falle eines zu Gunsten Oesterreich-Ungarns geführten Krieges bestünde, so wäre ja eigentlich gegen die Veröffentlichung des Vertrages nicht nur nichts einzuwenden, sondern die Verlautbarung in Friedenszeiten sogar noch bedeutend erleichtert, — denn jetzt wäre ja die Frage, ob der Vertrag mehr zugunsten Rumäniens oder dem der Monarchie sei, mindestens doch noch vollständig offen. Das eben meinte der Herr Ministerpräsident — bezeichnenderweise — sei ganz unmöglich. Der Wert der Bündnisse würde dadurch verlieren, weil die anderen Mächte mit dieser Combination rechnen würden und das Bündnis dadurch als Friedensbollwerk gedacht sei, dass es im Moment der Gefahr veröffentlicht, wie ein Donnerschlag wirken und die Gegner entmutigen würde. Ich glaube, ich kann es unterlassen, diese Auslegung einer Kritik zu unterziehen, Euer Excellenz werden wohl meiner Meinung sein, dass die Ausrede eine sehr durchsichtige ist. Mein Eindruck ist, dass Herr

Maioresco genau ebenso wenig wie der König selbst die Veröffentlichung unter den momentanen Verhältnissen zugeben würde, aber in anbetracht des Umstandes, dass er selbst bald wohl von der politischen Bildfläche verschwinden dürfte, keine Lust mehr hat, viel darüber nachzudenken oder gar zu sprechen, was die Zukunft bringen wird. Maioresco war und ist ein aufrichtiger Anhänger des Dreibundes und wenn er sich jetzt zurückzieht, so will er nicht selbst noch mit Hand anlegen, wenn eines der größten Werke seines Lebens zu Grabe getragen wird — und er fürchtet wohl, dass es zu Grabe getragen würde, wenn man es der Belastungsprobe der Publizierung unterzöge. Ottokar Czernin.

a) Vgl. n. 9032.

Nr. 9078. Tel. aus Paris, 11. Dez. 1913 Nr. 258 (eing. 5 U. 30 M. p. m.). Entziff.

Neuer Ministerpräsident hat mir gestern Antrittsbesuch gemacht. Er versicherte mich, sein Bestreben werde sein, die bestehenden guten Beziehungen zwischen Österreich-Ungarn und Frankreich im Sinne seiner Vorgänger weiter zu pflegen und womöglich noch inniger zu gestalten. Ich antwortete ihm, dass er bei diesem Bestreben auf die bereitwilligste Unterstützung der k. u. k. Regierung rechnen könne. Herr Doumergue hob hervor, dass zwischen unseren Ländern keinerlei Interessengegensätze bestehen und beide Regierungen die gleichen friedlichen Ziele verfolgen. Der Umstand, sagte der Ministerpräsident, dass Österreich-Ungarn und Frankreich verschiedenen politischen Gruppierungen angehören, könne auf unsere Beziehungen keinen störenden Einfluss ausüben, denn Dreibund ebenso wie Tripelentente hätten rein friedlichen, defensiven Charakter. Szécsen.

Nr. 9079. Tel. nach Sofia, 11. Dez. 1913 Nr. 660 (chiffr. 12 U. p. m.).a) Konz. (S. Matscheko; G. Berchtold).

Euer Hochgeboren Telegramm Nr. 1333b) vom 10. d. M. erhalten. Ich ersuche Euer Hochgeboren, dem Herrn Conseilspräsidenten sowie Herrn Ghenadiew in meinem Namen zu sagen, ich vertraue darauf, daß sie trotz der nicht allzu günstigen Wahlergebnissec) den Mut nicht sinken lassen und in der eingeschlagenen Richtung beharren werden, welche eine Wiedererstarkung Bulgariens mit Sicherheit erwarten läßt. Ich gebe mich der bestimmten Hoffnung hin, daß es der jetzigen Regierung gelingen werde, über alle inneren Schwierigkeiten hinüberzukommen. Denn nur eine stetige und stabile Politik im Innern und nach außen könne Bulgarien die nötige Ruhe finden lassen, um die unter dem früheren Regime erlittenen Schäden allmählich wieder wettzumachen. Was unsere Haltung anbelangt, so wollen Euer Hochgeboren die beiden Staatsmänner versichern, daß wir fest entschlossen sind, unsere vertrauensvollen Beziehungen und unsere offene Aussprache mit ihnen fortzusetzen. Von dieser mündlichen Message an die beiden Minister wollen Euer Hochgeboren gleichfalls mündlich Herrn Dobrovič in Kenntnis setzen, da mir — wie ich zu Ihrer persönlichen Orientierung beifüge — sehr daran gelegen ist, auf König Ferdinand einzuwirken,

daß er die Zuversicht und das Vertrauen in seine gegenwärtigen Berater nicht verliere. Berchtold.

a) Vgl. n. 9095, 9098. — b) Mit Tel. Nr. 1333, 10. Dez. 1913 (eing. 11. Dez. 9 U. a. m.) wurde aus Sofia gemeldet, Minister des Äußern und Finanzminister meinten, daß Regierung Ausweg finden könne, um sich die bei den Wahlen nicht erlangte Majorität zu verschaffen, wenn der König sich mit der Regierung solidarisch erkläre. Während sie sich des Königs nicht ganz sicher glaubten, habe der Ministerpräsident Radoslawow spät abends telefonisch angedeutet, daß er von der Haltung des Königs ganz befriedigt sei. — c) Die bulgarische Regierung konnte bei den am 7. Dez. 1913 stattgefundenen Sobraniewahlen keine Mehrheit erreichen. (Pol. Chron. d. ö.-u. Mon. 1913, 512 f.)

Nr. 9080. Bericht aus Sofia, 11. Dez. 1913 Nr. 80 (eing. 15. Dez.).a) Entziff.

Im Verlaufe der Konversationen, die ich seit meiner Ankunft in Sofia mit bulgarischen Ministern gehabt, lenkten auch Mitredner Gespräch auf auswärtige Politik und insbesondere Bulgariens Verhältnis zur Monarchie. Nach Fragen zu urteilen, die Ministerpräsident, Minister des Aeußern und Finanzminister gleich bei erster Begegnung an mich richteten und seither wiederholten, scheint man sich hier letzter Zeit ein wenig desorientiert gefühlt und Beruhigung bedurft zu haben, dass sich in unseren Dispositionen nichts geändert. Aus Aeusserungen der Minister ging hervor, dass sie unter dem Eindrucke davon standen, was sie von König Ferdinand über „kühlen" Empfang in Wien erfahren, und dass sie ausserdem befürchten, dass etwa unsere Haltung, von der König Ferdinand wegen der ihm auf Proposition schriftlichen Abkommens gewordenen Antwort gleich nach Ankunft in Wien enttäuscht war, sich seither nach den Revelationen des „Matin" b) nicht noch ungünstiger für Bulgarien gestaltet habe. Fast noch stärker als letzterwähnte Besorgnis, die es mir nicht schwer fiel zu zerstreuen, war bei meinen Mitrednern Präokkupation, dass König Ferdinand nunmehr bei uns ganz diskreditiert, was Seine Majestät fühle und was geeignet, seinen Glauben in Möglichkeit bei Politik jetziger Regierung zu verharren, zu erschüttern. Im Zusammenhange mit Erwähnung, dass Antwort, die König in Wien auf Ouverturen erhalten, ihn nicht befriedigt, liess Ministerpräsident mit Ausdruck Bedauerns Bemerkung über „noch immer nicht zustande gekommenes formelles Abkommen" zwischen uns und Bulgarien fallen, „was Stellung Regierung erschwere". Finanzminister machte mir gegenüber in Gegenwart Ministers des Aeussern eine Anspielung auf dieses Thema, in der ein gewisses Misstrauen zu entdecken war in dem Sinne, dass wir Wunsch Bulgariens nach formellen Arrangement dilatorisch behandeln. Wie auf jede Bemerkung und Frage meiner Mitredner habe ich auch auf letzterwähnte Aeusserung Finanzministers sofort entsprechend reagiert und in meiner Erwiderung unter anderem den anwesenden Minister des Aeussern apostrophiert, dass er doch Euer Exzellenz gesehen und sich mit Hochdenselben ausgesprochen; Herr Ghenadieff antwortete, er habe in seinen Gesprächen mit Euer Exzellenz von unserer, ihm durch mich erteilten Antwort auf Allianzvorschlag Bulgariens ausgehen zu sollen geglaubt, in welcher Antwort gewisse Reserven enthalten wären und zwar betreffend

Annäherung Bulgariens an Rumänien und Gewinnung unserer Allierten für Gedanken Anschlusses Bulgariens an Dreibund. Ghenadieff wollte mir zu verstehen geben, dass er in solchem Sinne mit Euer Exzellenz sprechen zu sollen geglaubt, lieber aber anders gesprochen hätte. Als ich erwidernd unter anderem bemerkte, dass es mit Rücksicht auf in Paris zu kontrahierende Anleihe für bulgarische Regierung opportuner, wenn Abschluss Abkommens, mit dem bis nach den Sobranjewahlen unter allen Umständen hätte abgewartet werden müssen, hinausgeschoben, antwortete Mitredner, dass eine „geheime" Abmachung auf Anlehensaussichten ohne ungünstige Rückwirkung bleiben würde. Er fügte Ersuchen hinzu, dass ich Euer Exzellenz, falls Hochdieselben gegenteiliger Meinung wären, benachrichtige, dass dies Irrtum und dass die Anlehensfrage für die bulgarische Regierung keinen Grund bilde, eine Hinausschiebung des angestrebten schriftlichen Abkommens mit uns zu wünschen. Nachdem die bulgarische Regierung nach wie vor bei ihrem Wunsche nach formellem Anschluss an uns bleibt und mir die Minister dies so deutlich zu verstehen gegeben, habe ich vermeiden zu sollen geglaubt, ihnen die Hoffnung, dass dieser Wunsch in Erfüllung gehen kann, zu nehmen oder ihnen crûment zu sagen, dass „formelles Arrangement überflüssig" und dass „wir für unsere Freundschaft keine Austrophilie, sondern blos rein bulgarische Politik von Bulgarien verlangten". Ich hätte dadurch die ohnehin ein wenig depaysierten Minister noch mehr desorientieren und ihnen wie auch dem König in schwieriger Stunde Muth nehmen können. Ich habe in freundlichster Weise durch ganzes Repertoire mir zur Verfügung stehender Argumente die Minister zu beruhigen getrachtet. Unter Betonung Parallelität der Interessen, welche uns mit Bulgarien auch ohne formelle Engagements gegebenenfalls von selbst zusammenbringen würden, habe ich Frage Abkommens auseinandergesetzt und hervorgehoben, dass sie sowohl unseren wie Bulgariens Interessen und Politik angepasst werden müsste, dass Situation am Balkan noch nicht konsolidiert und Politik Balkanstaaten nicht endgültig orientiert, dass bulgarische Regierung uns noch überhaupt auch nicht annähernd bekanntgegeben, wie sich Abkommen mit uns vorstelle, dass gewisse Vorbedingungen, von welchen wir von Anfang an gesprochen, wie Besserung Beziehungen zwischen Rumänien und Bulgarien, wie auch Gewinnung unserer Verbündeten für Gedanken Anschlusses Bulgariens an Dreibund noch nicht erfüllt und so weiter. Auch bemerkte ich, dass Accord Bulgariens mit Türkei nicht perfect, von dem auch wir erwarteten, dass er günstige Rückwirkung auf Haltung Rumäniens haben würde, wonach beide Staaten sich Monarchie anschliessen könnten. Auf Bedenken der Minister betreffend König übergehend bemerkte ich, dass Antwort, die König in Wien erhalten, durchaus nicht evasiv, sondern im letzterwähnten Sinne gehalten worden. Es sei nicht unsere Schuld — meinte ich — wenn Bombe mit Revelationen des „Matin" eben jetzt geplatzt,*b)* wodurch begreifliche Verstimmung in unserer öffentlichen Meinung und ein nicht ganz sympathischer Eindruck Allerhöchsten Ortes, bei Hof und überhaupt in Wien hervorgerufen, man müsse es Zeit überlassen, Verstimmung unserer öffentlichen Meinung zu verwischen. Für Ballplatz hätte fragliche Revelation keine Überraschung gebildet und habe nur zur

Folge gehabt, dass sich Euer Exzellenz vor Delegationen gewisse Reserven hatten auferlegen müssen. An unserer Politik Bulgarien gegenüber hätte dies gar nichts geändert und meine Instruktionen seien nach wie vor dieselben. König Ferdinand hätte keinen Grund mit Empfang in Wien unzufrieden zu sein, — sagte ich — nachdem er doch unmittelbar nach Veröffentlichung serbisch-bulgarischen Vertrages von Seiner k. und k. Apostolischen Majestät, wie dies König Ferdinand selbst und die Minister anerkennen, in freundschaftlichster Weise empfangen worden. Ich fügte hinzu, dass ich seither von unserem Allerhöchsten Herrn empfangen worden und aus dem Mund Seiner k. und k. Apostolischen Majestät gehört habe, dass unsere Dispositionen Bulgarien gegenüber unverändert, wofür — sagte ich — König eklatanten Beweis in erwähnter Audienz erhalten hätte. Die Minister zeigten sich durch meine Ausführungen beruhigt und sahen ein, dass Abschluss Abkommens bis jetzt und nunmehr nach Ausgang Wahlen bis auf weiteres unmöglich. Wenn meine Mitredner — wie ich befürchte — nicht völlig befriedigt, so ist es deswegen, da ihnen — wie es Finanzminister angedeutet — der Glaube an Möglichkeit Annäherung an Rumänien fehlt und sie Weg von Sofia nach Wien via Bukarest nicht für gangbar halten. In dieser Hinsicht konnte ich nicht viel sagen und meinte nur, dass Zustandekommen bulgarisch-türkischen Akkords günstigen Einfluss auf Rumänien üben dürfte. Ghenadieff will dies auch hoffen; sobald Entente mit Türkei perfect, würde er uns Text mitteilen. Minister des Aeussern sprach erbittert von Take Jonesco, meinte aber, dass Majoresco gute Absichten hätte; leider stünde zu befürchten, dass Bratiano, der ausgesprochen bulgarophob, bald ans Ruder kommen werde. Bulgarien wünsche Annäherung an Rumänien und werde es keine Anstrengungen fehlen lassen. Minister meinte, dass unsere Unterstützung in dieser Hinsicht nötig wäre, und bat um dieselbe, war aber von Ersprießlichkeit derselben nicht recht überzeugt.

Tarnowski.

P. S. Sofia, le 11 décembre 1913. Habe vergessen zu erwähnen, dass, als ich hervorhob, dass Abkommen gründlich durchdacht und Interessen beider Staaten genau angepasst werden müsste, „da es beispielsweise für Bulgarien nicht von Vorteil wäre, in Politik und etwaige Konflikte der Großmächte hineingezogen zu werden", Minister des Aeussern antwortete, Bulgarien wünsche intimsten Anschluss an uns und würde nicht zögern, Engagements zu übernehmen, die es eventuell zur militärischen Kooperation im Falle Krieges Monarchie mit anderen Großmächten verpflichten würde; allerdings könnte Bulgarien — fügte Ghenadieff hinzu — aus geographischen Gründen keine Verpflichtung übernehmen, Truppen an französische Grenze zu schicken.

Tarnowski.

a) Vgl. n. 8969, 9081, 9095, 9098, 9102, 9108, 9109, 9136. — *b)* Der „Matin" veröffentlichte am 24. Nov. 1913 den serbisch-bulgarischen Bündnisvertrag vom 29. Feb./13. März 1912 und die darauf basierende serbisch-bulgarische Militärkonvention, während König Ferdinand am 27. November 1913 von Kaiser Franz Josef in Schönbrunn neuerlich empfangen wurde. Der erste Empfang fand ebenda am 6. Nov. statt. (Pol. Chron. d. ö.-u. Mon. 1913, 435 und 467 f. Vgl. n. 9040 u. 9057).

Nr. 9081. Bericht aus Sofia, 11. Dez. 1913 Nr. 81 (eing. 15. Dez.).[a] *Entziff.*

Streng geheim. Mein Chiffrebericht Nr. 80 von heute über Gespräche mit Ministern dürfte lückenhaft erscheinen. Die Redaktion desselben war dadurch erschwert, dass ich darin von einer der wichtigsten Präokkupationen der bulgarischen Staatsmänner, nämlich der, die das Verhältnis König Ferdinands zu Seiner k. und k. Hoheit dem Erzherzog Franz Ferdinand betrifft, nicht sprechen konnte. Die Minister bestürmten mich mit diesfälligen Fragen und erkundigten sich, was in Wien vorgefallen. Ich habe zuerst versucht, Unterbleiben des Empfanges König Ferdinands durch Erzherzog Thronfolger durch zufällige Umstände zu erklären und stellte unfreundliche Tendenz in Abrede. Die Minister zeigten sich informiert und wollten nur wissen, ob Abneigung persönliche oder — was sie befürchteten — politische Gründe habe. Sie meinten, dass König tief gekränkt und in Person Erzherzog Thronfolgers Feind zu haben glaubt. Ich setzte auseinander, dass Politik hiebei nur pro präterito, nicht für gegenwärtig und Zukunft in Betracht käme; die höchsten Herren hätten miteinander nie sehr sympathisiert und Seine k. und k. Hoheit hätte Seiner Majestät auch Schaukelpolitik verübelt; voriges Jahr, anlässlich Besuches König Ferdinands in Wien, sei alles ausgeglichen worden, seither ereigneten sich aber leider Dinge, für die wir nicht verantwortlich und die — wie dies jedermann begreiflich erscheinen müsste — den Herrn Erzherzog wiederverstimmt haben müssen. Durch diese und ähnliche Ausführungen habe ich meinen Mitrednern Sache zu erklären und sie zu beruhigen getrachtet, sie meinten aber, dass Frage äußerst wichtig und etwas geschehen müsste, da Überzeugung Königs, dass er in Erzherzog Thronfolger Feind habe, Seine Majestät sehr beunruhigt und ihm, wenn nicht behoben, Glaube in Möglichkeit austrophiler Politik nehmen müsste. Minister wiesen auf hohes Alter Seiner k. und k. Apostolischen Majestät hin. Ich betonte, dass ich Seine k. und k. Hoheit in Wien gesehen und mich erneuert überzeugt, dass er durchaus bulgarenfreundlich und mit unserer Politik Bulgarien gegenüber einverstanden bis auf die einzige Nuance, dass Herr Erzherzog vielleicht mehr als Ballplatz darauf Wert lege, von Bulgaren vorerst Beweise für Stabilität hiesiger Politik zu erhalten. Die Minister und König müssten doch einsehen, dass dies gründlich berechtigt. Mitredner schienen meine Ausführungen zu beruhigen, sie bezeichneten aber doch als sehr erwünscht, dass dem König eine Manifestation zugehe, die ihn beruhigen würde, was speziell mit Rücksicht auf momentane innere Lage nötig wäre. Ich machte die Minister aufmerksam, dass sich derlei Dinge überhaupt und schon gar in diesem Momente nicht forcieren ließen und man dies Zeit überlassen solle. Das Vorgefallene werde allmählich vergessen werden und, wenn Bulgarien in seiner jetzigen Politik verharre, werde sich auch Gelegenheit ergeben, die in Frage stehende Misstimmung zu beheben. Tarnowski.

[a] Vgl. n. 9108, 10556.

Nr. 9082. Bericht des Legationssekretärs Prinzen Emil Fürstenberg aus Athen, 12. Dez. 1913 Nr. 56 A (eing. 19. Dez.). Ausfert.

Vertraulich. Seit dem Tage, wo griechische Bevölkerungsfragmente unter das serbische Joch gelangten, hat es an Zwischenfällen nie gefehlt,

die immer wieder daran erinnerten, dass zwischen den beiden Nationalitäten Konfliktsstoff in Hülle und Fülle vorhanden sei. Bald waren es Grenzreibungen, bald Streitigkeiten wegen Schulen und Kirchen, welche der griechischen Regierung in die Quere kamen. Von letzterer sorgsam vertuscht, von der Presse geflissentlich ignoriert, ist man an hiesiger leitender Stelle nach wie vor bemüht, derartigen Inzidenzfällen jegliche Bedeutung abzusprechen und das Einvernehmen mit dem serbischen Verbündeten als ein über jeden Zweifel erhabenes und in den beiderseitigen Interessen wohlfundiertes hinzustellen. Dies hindert aber nicht, dass man hier in objektiv denkenden Kreisen nicht ohne Besorgnis der Weiterentwicklung der Dinge im Hinblick auf das Verhältnis zu Serbien entgegensieht. Eine nicht zu den zünftigen Politikern gehörende Persönlichkeit gab mir gegenüber kürzlich der Anschauung Ausdruck, dass die unmittelbarste Gefahr für Griechenland weniger im bulgarischen Revanchegedanken als eher in dem serbischen Drang zum ägäischen Meere läge, von welchem Serbien leider nur mehr durch einen verhältnismässig engen Landgürtel getrennt sei. Während Bulgarien sicher noch eine Reihe von Jahren zu seiner Erholung brauche, müsse damit gerechnet werden, dass das Bestreben Serbiens, ans offene Meer zu gelangen, trotz den ernstesten Bemühungen des Belgrader Kabinetts, derartigen Velleitäten Einhalt zu tun, früher oder später greifbare Gestalt annehmen könnte. Ein serbischer Durchbruch nach Salonik sei allerdings ohne vorherige Verständigung mit Bulgarien kaum durchführbar, doch liege eine Versöhnung der beiden slavischen Schwesternationen stets im Bereiche der Möglichkeit, wobei dann Kavalla, Serres etz. Bulgarien als Siegespreis zufallen würde. Mein Mitredner erblickt in einer neuen slavischen Balkanallianz unter russischer Ägyde die grösste, wenn nicht einzige Gefährdung der territorialen Integrität Griechenlands und betonte, dass diese seine Auffassung insbesondere von Leuten, welche in nüchterner Abschätzung der Situation die landläufigen politischen Schlagworte nicht gedankenlos nachplappern, vielfach geteilt wird. Ebenso sehr als Herr Venizelos heute darauf bedacht ist, die serbische Allianz intakt zu erhalten, weil eine derartige Orientierung, durch einen möglichst innigen Anschluss an Rumänien ergänzt, seinen Ideen über das Balkanéquilibre, das heisst Schutz gegen einen bulgarischen Angriff, gleichzeitig aber auch gegen serbische Expansionsgelüste, am besten entspricht, ebenso wenig dürfte der griechische Premier sich der Illusion hingeben, dass Athen und Belgrad für alle Zeiten Hand in Hand gehen könnten. Das Bündnis mit Serbien hat sich nie einer wahren Popularität erfreut, dagegen würde — darüber kann kaum mehr ein Zweifel bestehen — Rumänien als Bundesgenosse vom gesammten Hellenismus mit hellem Jubel begrüsst werden. Das hat Herr Venizelos schon längst erkannt und will sich Rumänien für alle Fälle, und was auch immer in Zukunft geschehen möge, warm halten. Wenn andrerseits König Konstantin zum Dreibund hinneigt, so geschieht dies, abgesehen von Seinen verwandtschaftlichen Beziehungen zum Berliner Hofe und anderen Ursachen, vielleicht nicht zum geringsten Teile aus dem Grunde, weil Er in einer solchen Politik eine geeignete Sicherung Griechenlands gegen einen gemeinsamen Angriff der slavischen Balkanstaaten

erblickt. Dabei wäre natürlich in erster Linie Österreich-Ungarn eine aktive Rolle zugedacht, da es doch auch keineswegs in den Intentionen der Monarchie liegen könne, eine weitere Expansion Serbiens widerspruchslos hinzunehmen. Wie oft habe ich — und dies insbesondere seit dem Akutwerden der Epirusfrage — aus griechischem Munde hören müssen, dass gerade Griechenland dazu prädestiniert erscheine, uns in der Bekämpfung der vermeintlichen „slavischen Gefahr" zu unterstützen. Auf derartige Anwürfe konnte ich eben nur immer wieder bemerken, dass es gewiss nicht unsere Schuld sei, wenn Griechenland während der ganzen Krise sich im gegnerischen Lager befand und uns auch heute noch in gewisser Hinsicht auf das schärfste Opposition macht. Emil Fürstenberg.

Nr. 9083. Tel. Sir E. Greys an den englischen Botschafter in Wien; London, 12. Dez. 1913 (vom englischen Botschafter übergeben am 13. Dez.). a) Abschrift.

1. We may now expect to hear any day that the South Albanian Boundary Commission has agreed upon a line and has thus terminated its labours. A serious situation will then arise in view of the evident determination of the Christian population in the border districts to resist incorporation in Albania. 2. Under these circumstances it is essential that same force should be available on the withdrawal of the Greek troops and administration to prevent sanguinary disorder. His Majesty's Government share what they understand to be the general reluctance to employ the international contingents for such a purpose. 3. The Austro-Hungarian Government have put forward a suggestion that a local militia of sufficient strength might be rapidly be formed and, according to reports received from the British Delegate on the Commission of Control, the Dutch officers appear to consider it possible to organize 1.000 Gendarmerie in three weeks at a cost estimated roughly at £ 6.000 per month. It is difficult to form an opinion as to the feasibility and sufficiency of these plans on the scanty information to hand, but everything points to the necessity of allowing sufficient time to make suitable preparations before the date of the Greek evacuation. 4. According to the formal resolution of the Ambassadors' Conference such evacuation could not rightly be demanded until one month after the termination of the Frontier Commission's labours, that is in the present case not before the middle, or possibly end of January, and His Majesty's Government consider that the Powers are formally bound to allow no less than this one month's grace. 5. When the moment for evacuation does come the Powers will be faced with the question of the islands with wich that of the South Albanien frontier was deliberately linked during the discussions at the Ambassadors' Conference. It will be remembered that the inclusion in Albania of Koritza and Stylos was only agreed to on an understanding between the Powers that islands except Tenedos and Imbros should go to Greece. Apart from the justice of now giving effect to this honourable understanding this course will afford the best means of obtaining the cooperation of the Greek Government in a general settlement which will among other things go a long way to dispose of the difficulties in southern Albania. 6. Failing such a settlement there will clearly be trouble in Greece

itself and the danger of further trouble between Greece and Turkey that may re-open larger questions. It is to the interest of all the Powers including Turkey that the peace now finally concluded in the Balkans should not now again be broken. A general settlement on the basis outlined in the following paragraphs seems both equitable and practical and His Majesty's Government hope that the six Powers will agree to co-operate for its immediate realization. 7. With this view the Powers should, as soon as possible after the southern Albania boundary is settled, communicate it to Greece with an intimation that it must be definitely accepted and with a request for a definite pledge that in due course all the districts incorporated in Albania will be evacuated by the Greek forces at the date named. At the same time the Greek and Turkish Governments would have to be informed that the Powers have decided not to deprive the Greeks of the islands entirely inhabited by Greeks which they have conquered in the late war except Tenedos and Imbros, which for strategical reasons should be handed back to Turkey. Satisfactory guarantees would have to be given by Greece to Turkey that the islands will not be fortified or used for any naval or military purposes and that effective measures will be taken for the prevention of smuggling between the islands and the Turkish mainland, and the Powers should in fairness to Turkey undertake some responsibility to the extent of promising to use their influence with Greece to secure that these conditions are effectively carried out and maintained. 8. In order to make this decision as easy and palatable as possible to Turkey it is essential that definite arrangements should now be agreed upon by the Powers and communicated to the Porte respecting the fate of the islands in Italian occupation. Italy having given the most solemn and unqualified assurances of her determination to withdraw from the islands as soon as the conditions of the Treaty of Lausanne had been fulfilled, the Porte could now be informed, if the Powers were to accept this solution, that they have decided that all these islands should revert to Turkey subject to the introduction of a suitable form of autonomous administration under the Sultan's sovereignty and to provisions regarding fortifications etc. similar to those to be enforced in respect of the Greek islands. 9. His Majesty's government trust that the Powers will appreciate the conciliatory nature of this compromise to which, contrary to their previously expressed strong preference for allotting of all the Aegean islands to Greece, they now assent in the interest of an amicable understanding between the Powers and which the Greek Government may be urged to accept. 10. You should make a communication in the above sense to the Austro-Hungarian Government and urge upon them most earnestly the adoption of the course indicated as the only one, so far as His Majesty's Government can conceive, that is likely to lead to the settlement of a question which, so long as it remains open, will be a standing menace to the peace of Europe and may even precipitate untoward events. It is this apprehension that is the sole motive of His Majesty's Government in making a suggestion to the Powers and urging it upon their consideration at this moment.

a) Vgl. n. 9091, 9107 Anm. c, 9112, 9124, 9127, 9128, 9134, 9141, 9145, 9146, 9147, 9167, 9175, 9193.

Nr. 9084. Tel. nach Rom, 12. Dez. 1913 Nr. 1497 (chiffr. 11 U. 15 M. p. m.).[a] Konz. (S. Matscheko; G. Forgách).

Geheim. Im Verfolge meines Erlasses vom 9. d. M. Nr. 5735. Herr von Tschirschky hat mich verständigt, daß Herr von Jagow dem Gedanken, in Bukarest auf eine Publikation des Bundesverhältnisses hinzuwirken, durchaus zustimmt, nur müßte — was sich mit meiner Ansicht deckt — ein diesbezüglicher Schritt nicht jetzt, sondern erst dann unternommen werden, bis die gegenwärtige Spannung zwischen uns und Rumänien, die nur auf die jüngsten Mißverständnisse auf dem Gebiete der äußeren Politik zurückzuführen sei, nachgelassen hätte. Nach Ansicht des deutschen Staatssekretärs könnte zur Unterstützung eines solchen Petits Rumänien gegenüber seinerzeit der Umstand ins Treffen geführt werden, daß Herr Carp vor einigen Monaten in einem Interview das Allianzverhältnis als feststehende und bekannte Tatsache erwähnt hätte. Vorstehendes zu Euer Exzellenz rein persönlicher Information. Berchtold.

[a] Vgl. n. 9103, 9105.

Nr. 9085. Tel. nach Athen Nr. 261 (1), Rom Nr. 1503 (2) und Berlin Nr. 796 (3), 13. Dez. 1913 (chiffr. 11 U. p. m.). Konz. (S. Berger; V. Flotow u. Ippen; G. Forgách).

1. Laut einer Mittheilung des hiesigen königlich großbritannischen Botschafters hat Sir E. Grey im Hinblick auf die nahe bevorstehende Reise König Constantins nach Creta (Euer Durchlaucht Telegramm Nr. 856 von gestern[a]) angeregt, die Vertreter der Großmächte in Athen sollten angewiesen werden, der dortigen Regierung zu eröffnen, daß die Mächte bereit seien, die Annexion der Insel sofort anzuerkennen, wenn Griechenland befriedigende Erklärungen hinsichtlich der noch zu zahlenden Indemnitäten sowie der Rückzahlung der von den Protektoratsmächten im Jahre 1901 gewährten 4 Millionen-Anleihe abgeben würde. Ich ermächtige Euer Durchlaucht, sich bei der dortigen Regierung — si omnes — im vorstehenden Sinne vernehmen zu lassen, wobei Euer Durchlaucht beifügen wollen, daß speziell wir von Griechenland noch die Zusicherung erhalten müßten, daß es den österreichischen und ungarischen Schiffen auch in Hinkunft freistehen solle, wie bisher den Schiffsverkehr zwischen dem griechischen Küstengebiete und den Häfen von Kreta zu betreiben.

2. Zur Mittheilung an Marquis di San Giuliano: Ich telegrafiere an den k. u. k. Geschäftsträger in Athen: ... *wie Tel. sub 1. in extenso* ...

3. Zur Mittheilung an Herrn von Jagow: Ich telegraphire an den k. u. k. Geschäftsträger in Athen: ... *wie Tel. sub 1. in extenso.* ...

[a] n. 9076.

Tel. nach Berlin, 13. Dez. 1913 Nr. 796 (chiffr. 11 U. p. m.). Siehe n. 9085.

Nr. 9086. Tel. aus Konstantinopel-Pera, 13. Dez. 1913 Nr. 666 (eing. 7 U. p. m.).[a] Entziff.

Deutsche Militärmission. Mein russischer Kollege hat mir vor einigen Tagen mitgeteilt, seiner Ansicht nach könne strittige Frage der deutschen

Militärmission derart gelöst werden, dass General Liman seine Residenz in Konstantinopel aufschlägt und ohne Truppenkommando die oberste Leitung der Militärmission inne habe, während der zweite mit ihm herauskommende deutsche General ein Korpskommando, etwa in Smyrna oder Adrianopel, erhalte. Herr von Giers bezeichnete diese Idee als rein persönlich und sagte mir, dass er hierüber nach Petersburg berichtet, jedoch keine Antwort erhalten habe. Er bat mich, diesbezüglich Baron Wangenheim zu sondieren. Letzterer sagte mir, er persönlich habe gegen diese Idee nichts einzuwenden, sei aber der Ansicht, dass diese Frage nicht so sehr vom politischen als vom rein militärischen Standpunkt zu beurteilen sei, weshalb man erst Ankunft Limans abwarten müsse, welcher allein diesfalls kompetent sei. Mein deutscher Kollege fügte hinzu, es sei nicht wahr, dass Ausland über die Frage der Militärmission früher nicht unterrichtet gewesen sei. Kaiser Wilhelm habe schon anlässlich der Hochzeitsfeierlichkeiten in Berlin dem Zaren hievon Mitteilung gemacht[b]) und habe letzterer sich damals einverstanden erklärt, indem er noch hinzufügte, „ich hoffe, Ihr werdet die Tschataldjalinie gut befestigen"; (in jenem Zeitpunkt war Adrianopel noch in bulgarischem Besitz). Ich habe Eindruck, dass sowohl Baron Wangenheim als Herr von Giers sehr wünschen würden, Sache möglichst bald gütlich beizulegen, letzterer hauptsächlich auch deshalb, weil er befürchtet, bei seinem französischen Kollegen eventuell keine genügende Unterstützung zu finden.

Pallavicini.

[a]) Vgl. n. 9075, 9089. — [b]) Vgl. n. 8934.

Tel. nach Rom, 13. Dez. 1913 Nr. 1503 (chiffr. 11 U. p. m.). Siehe n. 9085.

Nr. 9087. Tel. aus Athen, 14. Dez. 1913 Nr. 861 (eing. 15. Dez. 9 U. a. m.). Entziff.

Streng vertraulich. Der deutsche Gesandte, den ich früher nicht kannte, zeigte mir bei meinem heutigen Besuch einen Bericht nach Berlin, wo er die Lage im Epirus, wo 100.000 und mehr Griechen an Albanien zugeschlagen werden, äußerst kritisch schildert und den Ausbruch eines Konfliktes zwischen den zwei Nationalitäten sowie Schwierigkeiten bei der Evakuierung vorausgesagt. Graf Quadt sagte mir, man sei hier mehr denn je gegen Italien aber auch gegen Oesterreich-Ungarn erbittert und habe ihm der König dieser Tage sich bitter beklagt und gesagt, daß Herr Venizelos nunmehr ganz ins Fahrwasser der Tripleentente getrieben worden sei. Mein Kollege besprach und vertrat die Frage einer Annäherung Griechenlands an den Dreibund und meinte, der Moment sei höchst kritisch, wenn jetzt nichts geschähe, so liefen wir Gefahr, Griechenland definitiv ins andere Lager zu treiben. Ich entgegnete, dass in Oesterreich-Ungarn an Allerhöchster, Höchster und hoher Stelle für Griechenland und seine Dynastie nur die besten Dispositionen vorlägen, dass es aber selbstredend sei, dass wir wegen dieser Sympathien unsere und unserer Verbündeten Interessen nicht opfern könnten. Hoffentlich werde aber nach Bereinigung pendenter Fragen tatsächlich eine Annäherung Griechenlands an den Dreibund erfolgen. Da Graf Quadt die Billigkeit der in Aussicht genommenen südalbanesischen Delimitationen nicht anerkennen wollte, führte ich die mit

Exzellenz Pogatscher vereinbarten allgemeinen Argumente ins Treffen. Dies alles habe ich aus dem Grund getan, weil ich überzeugt bin, daß der Graf König Konstantin, welcher schon so gnädig war, sich über mich zu erkundigen, über unsere Konversation referieren wird und weil ich auch anderseits höre, daß Seine Majestät den gegenwärtigen Moment als kritisch betrachte. Der italienische Gesandte sagte mir, er könne nicht feststellen, inwiefern Unruhen im Epirus und hier bei der eventuellen Evakuierung zu gewärtigen seien, doch bezeichnet er die Stimmung hier gegen uns „comme à son apogée". Ich bitte obige Aeusserungen meines deutschen Kollegen streng vertraulich zu behandeln. Szilassy.

Nr. 9088. Tel. aus Berlin, 14. Dez. 1913 Nr. 512 (eing. 6 U. p. m.). Entziff.

Vertraulich. Auf eine Bemerkung, die ich dem Staatssekretär gegenüber mit Bezug auf die vom Reichskanzler in der Etatsdebatte des deutschen Reichstages gehaltene Rede über auswärtige Politik gestern abends machte, indem ich darauf hinwies, dass die Äusserungen Herrn von Bethmann Hollwegs in der Revisionsfrage des Bukarester Friedensvertrages *a)* nach meiner persönlichen Auffassung in der öffentlichen Meinung Österreich-Ungarns (vide zum Beispiel betreffenden Leitartikel der „Neuen Freien Presse") zu manchen Missverständnissen Anlass gegeben hätten, erwiderte der Staatssekretär, dass der Reichskanzler es für notwendig erachtet habe, diese Frage in seiner Rede zu berühren, da nach sicheren Nachrichten im Reichstag die Absicht bestanden hätte, von verschiedenen Seiten diesbezügliche Anfragen an ihn zu stellen. Aus diesem Grunde habe er das Prävenire gespielt und bei diesem Anlasse ganz besonders mit Berufung auf die Äusserungen Euer Exzellenz in den Delegationen erklärt, dass das Bundesverhältnis zwischen Deutschland und Österreich-Ungarn in den grossen Lebensinteressen beider Reiche allzu unerschütterlich wurzle, um durch etwaige Meinungsverschiedenheiten in einem Incidenzpunkt des Balkanproblems, an dem Österreich-Ungarn vielmehr interessiert sei als Deutschland, getrübt werden zu können. Auf diese Weise sei es Herrn von Bethmann Hollweg gelungen, einer Diskussion im Reichstag, die sonst jedenfalls stattgefunden hätte, vorzubeugen. ... *Blätterstimmen.* ... Szögyény.

a) Vgl. n. 9073.

Nr. 9089. Tel. aus Konstantinopel-Pera, 14. Dez. 1913 Nr. 667 (eing. 4 U. 30 M. p. m.).a) Entziff.

Deutsche Militärmission. Gestern haben die Botschafter Russlands, Frankreichs, Englands, gleichzeitig aber einzeln eine Anfrage bezüglich der deutschen Militärmission an den Grossvezir gerichtet. Letzterer hat den Botschaftern erwidert, er werde Montag gewünschte Aufschlüsse erteilen. Vor dieser (Demarche)*b)* hatte Grossvezir bereits deutschem Botschafter erklärt, dass er auf eine eventuelle derartige Anfrage alle sachlichen Aufklärungen geben werde, jedoch fest entschlossen sei, eine jegliche Einmischung anderer Mächte in dieser rein internen Frage energisch zurückzuweisen. Pallavicini.

a) Vgl. n. 9086, 9093. — *b)* Chiffre fehlt.

Nr. 9090. Tel. aus Konstantinopel-Pera, 14. Dez. 1913 Nr. 670 (eing. 5 U. p. m.).[a] *Entziff.*

Geheim. Bulgarisch-türkische Allianz. Bulgarischer Gesandter teilte mir gestern mit, dass sich bulgaro-türkische Verhandlungen dem Abschlusse nähern und es sich nur noch um die Regelung einiger weniger Punkte handle. Auf meine Frage, welche diese seien, entgegnete Herr Toscheff, Bulgarien sei es vor allem darum zu tun, im Vertrag eine Sicherung dagegen zu erhalten, dass es seitens der Türkei in Abenteuer vorschnell hineingezogen werde. In diesem Zusammenhange möchte ich erwähnen, dass der im Telegramme de dato Sofia 16. vorigen Monats Nr. 1282, geheim, erwähnte Oberst Jekow seit drei Wochen hier weilt und noch circa zehn Tage bleiben dürfte. Herr Toscheff sagt, dass derselbe zum Nachfolger des Generals Fitscheff als Chef des bulgarischen Generalstabs ausersehen sei. Pallavicini.

[a] Vgl. n. 9067, 9116.

Nr. 9091. Tel. nach Berlin Nr. 797 (1), Rom Nr. 1505 (2), St. Petersburg Nr. 601 (3), Paris Nr. 535 (4) und London Nr. 849 (5), 15. Dez. 1913 (chiffr. 7 U. p. m.).[a] *Konz. (S. Schreibmaschine; V. Berger; G. Forgách).*

1.—5. Der hiesige englische Botschafter hat hier gestern die Kopie einer Zirkulardepesche Sir Edward Greys[b] überreicht, durch welche eine gleichzeitige Lösung der südalbanesischen Evakuierungs- und der Inselfrage vorgesehen wird. Das Wesen dieses Vorschlages, dessen Text Euer etc. per Post zugeht, besteht darin, daß behufs Durchführung der von den holländischen Offizieren proponierten Aufstellung von 1000 Gendarmen im südalbanischen Grenzgebiete der Evakuierungstermin etwa bis Mitte oder Ende Jänner prolongiert werde; ferner, daß alle ägäischen Inseln außer Imbros und Tenedos Griechenland zufallen, jedoch griechischerseits diese Inseln weder befestigt noch als Operations- oder Flottenbasis benützt werden dürfen. Schließlich hätten die italienischerseits besetzten Inseln nach Erfüllung der Lausanner Friedensbedingungen der Türkei gegen Gewährung eines autonomen Regimes und ähnlicher Beschränkungen, wie sie Griechenland bezüglich der anderen Inseln auferlegt werden, zuzufallen. Es wurde dem Herrn Botschafter erwidert, daß ihm eine unmittelbare Antwort auf seine Demarche nicht erteilt werden könne, da wir uns erst mit den Kabinetten der verbündeten Regierungen ins Einvernehmen setzen müßten.

1. u. 2. Ich ersuche Euer Exzellenz, Vorstehendes mit

1. Herrn von Jagow

2. Marquis di San Giuliano in Fortsetzung der mit Euer Exzellenz Telegramm Nr. 982[c] und 983[c] wiedergegebenen Konversationen

1. u. 2. zu besprechen, um deren gegenständliche Auffassung kennen zu lernen. Euer Exzellenz wollen sich hiebei wie folgt vernehmen lassen: Die Motivierung der englischerseits proponierten Fristerstreckung erscheine mir unstichhältig, weil die Nichteinhaltung des 30. Novembers für die Beendigung der Kommissionsarbeiten vor allem durch das verspätete Eintreffen des französischen Delegierten und weiters durch die maßlose Agitation Griechenlands im Epirus verschuldet worden sei, welch letztere zu den bekannten zeitraubenden Zwischenfällen geführt habe.

2. Mit Rücksicht auf die mit Euer Exzellenz Telegramm Nr. 983 *c)* gemeldete Äußerung Marquis di San Giulianos würde ich eine Fristerstreckung bis 20. Jänner akzeptieren.

1. u. 2. Was die Inselfrage anlange, so erscheine uns die Berechtigung des englischerseits behaupteten Junktims zwischen dieser und der südalbanischen Grenzfrage zumindest zweifelhaft. Bezüglich der italienischerseits besetzten Inseln müßten wir natürlich Italien das erste Wort lassen, fänden es aber nicht ganz billig, der Türkei einerseits fast alle Inseln wegzunehmen und ihr andererseits hinsichtlich der wenigen ihr verbleibenden Beschränkungen aufzuerlegen. In letzterem Belange würde übrigens das Faktum gänzlich ignoriert, daß speziell Chios und Mytilene durchaus nicht bloß von Griechen bewohnt seien, sondern eine starke mohammedanische Bevölkerung aufwiesen, für deren Existenzbedingungen wohl auch Garantien notwendig wären.

3.—5. Vorstehendes zur Regelung Ihrer Sprache. Zu Euer etc. rein persönlicher Information. Ich teile englische Demarche Grafen Szögyény und Herrn von Mérey mit und füge bei: Ich ersuche Euer Exzellenz, Vorstehendes mit Herrn von Jagow beziehungsweise Marquis di San Giuliano zu besprechen, um deren gegenständliche Auffassung kennen zu lernen. (Inseratur aus Telegramm sub 1.—2. von „Euer Exzellenz wollen" bis „notwendig wären.") Berchtold.

a) Vgl. n. 9094. — *b)* n. 9083. — *c)* Mit Tel. Nr. 982 und 983, 14. Dez. 1913 (eing. 15. Dez. 8 U. a. m.) wurde aus Rom Mitteilung über eine Konversation mit San Giuliano über den englischen Vorschlag gemacht.

Tel. nach Berlin, 15. Dez. 1913 Nr. 800 (chiffr. 11 U. p. m.). Siehe n. 9094.

Nr. 9092. Tel. aus Berlin, 15. Dez. 1913 Nr. 516 (eing. 16. Dez. 9 U. a. m.).a) Entziff.

Streng vertraulich. Soeben verlässt mich Prinz Wied, der mich ersuchte, Euer Exzellenz zu melden, daß er bereit sei, die ihm von den Mächten angebotene Kandidatur für den Thron von Albanien anzunehmen, sobald er die Mitteilung erhält, daß das in Aussicht gestellte Anlehen von 75,000.000 Francs von den sechs Mächten oder von Österreich-Ungarn und Italien allein garantiert werde.*b)* Es wäre sein Wunsch, daß von dieser Summe 20,000.000 ihm gleich zur Verfügung gestellt würden. Sobald die Anleihefrage geregelt sei, werde er sofort Herrn von Jagow auf seine Anfrage die schriftliche Antwort offiziell erteilen, daß er die ihm angebotene Kandidatur annehme. Zugleich ersuchte mich der Prinz, der k. u. k. Regierung seinen verbindlichsten Dank für die Aufstellung seiner Kandidatur auszusprechen. Der Prinz beabsichtigt, heute über acht Tage mit seiner Gattin nach Neuwied zu fahren, von dort aber noch vor Neujahr nach Potsdam zurückzukehren. Gleich nach Neujahr möchte er, vorausgesetzt, daß die Anleihefrage bis dahin geregelt sein würde, nach Wien und Rom fahren, dann hieher zurückkehren und womöglich noch im Laufe der ersten Hälfte Jänner die Reise nach Albanien samt Familie antreten. Szögyény.

a) Vgl. n. 9043, 9120, 9121, 9122, 9123, 9168. — *b)* Vgl. n. 8953.

Nr. 9093. Tel. aus Konstantinopel-Pera, 15. Dez. 1913 Nr. 672 (eing. 16. Dez. 9 U. a. m.).[a] *Entziff.*

Deutsche Militärmission. Ad Telegramm Nr. 667 von gestern. Großvezier teilte mir heute mit, daß die drei Botschafter der Ententemächte vorgestern folgende Anfrage an ihn gerichtet hätten: 1.) Ob durch den Kontrakt mit der deutschen Mission etwas am status quo der Meerengenfrage geändert worden sei; 2.) ob durch diese Militärmission nicht etwa Unabhängigkeit der Türkei gefährdet sei. Said Halim hat heute dem russischen Botschafter ad Punkt 1 geantwortet, daß die längs der beiden Meerengen dislozierten Truppen überhaupt nicht unter dem Kommando des deutschen Generals stehen. Was den Punkt 2 der Anfrage anbelange, so könne er niemandem das Recht einräumen, vorauszusetzen, daß sich eine türkische Regierung finden könnte, die die Unabhängigkeit des Reiches preisgeben würde; er sei daher nicht in der Lage, diesbezüglich eine Antwort zu erteilen. Viel eher scheine ihm diese Anfrage selbst einen Versuch darzustellen, türkische Unabhängigkeit anzutasten. Großvezier konnte mir nicht sagen, welchen Eindruck diese Antwort auf russischen Botschafter gemacht habe, betonte aber, daß die Türkei unter keiner Bedingung nachgeben werde. Deutscher General sei heute von Seiner Majestät dem Sultan in Audienz empfangen worden und werde morgen sein Kommando antreten. Mein Mitredner fügte noch hinzu, daß Regierung sich auch dem deutschen Kaiser gegenüber, welcher in dieser Frage großes Entgegenkommen gezeigt habe, verpflichtet fühle, nicht nachzugeben. Pallavicini.

[a] Vgl. n. 9100.

Tel. nach London, 15. Dez. 1913 Nr. 849 (chiffr. 7 U. p. m.). Siehe n. 9091.

Tel. nach Paris, 15. Dez. 1913 Nr. 535 (chiffr. 7 U. p. m.). Siehe n. 9091.

Tel. nach Rom, 15. Dez. 1913 Nr. 1505 (chiffr. 7 U. p. m.). Siehe n. 9091.

Nr. 9094. Tel. nach Rom Nr. 1512 (1) und Berlin Nr. 800 (2), 15. Dez. 1913 (chiffr. 11 U. p. m.). Konz. (S. Schreibmaschine; V. Rappaport; G. Forgách).

1. Im Verfolge meines heutigen Telegrammes Nr. 1505. Conte Aldrovandi hat hier heute mitgeteilt, daß Marquis di San Giuliano bezüglich des Schicksales der von den Griechen besetzten Inseln Wert darauf legt, im Einvernehmen mit den verbündeten Mächten vorzugehen; der Herr Minister glaube jedoch, daß, wenn man Griechenland überhaupt in dieser Hinsicht Kompensationen gewähren wollte, dieselben erst nach erfolgter Räumung Südalbaniens durch die griechischen Truppen und nach dem Aufhören jedes Widerstandes der dortigen Bevölkerung gegen die albanesiche Regierung zur Durchführung gelangen beziehungsweise endgiltig in Kraft gesetzt werden sollte. Marquis di San Giuliano weise in seiner Depesche darauf hin, daß jener Widerstand seitens des Athener Kabinettes, sei es direkt, sei es durch Komitees oder private Mittelspersonen organisiert werde. Ich ersuche Euer Exzellenz, dem Herrn Minister zu sagen, daß ich auch in

diesem Punkte mit ihm durchaus übereinstimme und der Ansicht wäre, daß in die zu vereinbarende Antwort der Dreibundmächte auf den Vorschlag Sir Edward Greys ein Passus aufgenommen werde, welcher alle Griechenland zu gewährenden Vorteile von der vorherigen zeitgerechten Räumung und Beruhigung Südalbaniens abhängig macht.

2. Im Verfolge meines heutigen Telegrammes Nr. 797. Ich telegraphiere an Herrn von Mérey wie folgt: (Inseratur Telegramm sub 1. von „Conte Aldrovandi" bis zum Schlusse.) Vorstehendes zur vertraulichen Mittheilung an Herrn von Jagow.

Tel. nach St. Petersburg, 15. Dez. 1913 Nr. 601 (chiffr. 7 U. p. m.).
Siehe n. 9091.

*Nr. **9095.** Bericht aus Sofia, 15. Dez. 1913 Nr. 84 A (eing. 16. Dez.).[a])*
Entziff.

Vertraulich. Ich wurde heute durch Besuch des Ministerpräsidenten in Begleitung des Ministers des Aeußern überrascht. Konseilspräsident sagte, er spreche vor, um mir nochmals offiziell für die gütigen und ermutigenden Worte zu danken, die ich im Namen Euer Exzellenz (vide hohes Telegramm Nr. 660 vom 12. d. M.) an ihn gerichtet; die Regierung sei über Message erfreut und bitte, dass ich Euer Exzellenz ihre tiefe Dankbarkeit ausspreche. Ich dankte für Besuch und sagte, es freue mich, dass Regierung spontanen Schritt Euer Exzellenz zu würdigen wisse. Faktum Besuches und gewisse Aeußerungen, die heute von Ministern gehört, beweisen, dass Eindrücke, von denen in meinem Berichte Nr. 80 vom 11. d. M. die Rede war, verwischt. Im Verlaufe der Unterredung, die vertraulichen Charakter annahm, kam Sprache auf König. Es sei ein Glück, erwähnte Minister des Aeußern, dass Seine k. und k. Apostolische Majestät den König in zweiter Audienz empfangen, die ihm allerbesten Eindruck gemacht und mit Dank erfüllt hat. König habe sich nach Revelationen „Matins" in peinlicher Lage befunden und es wäre bedauerlich, wenn er in solcher Verfassung Wien verlassen hätte. Die Minister versicherten mir, sie seien Haltung Königs ganz sicher. Minister des Aeußern sprach dann von Pourparlers mit Türkei und meinte, man sei bis auf einen Punkt, der keine Schwierigkeiten bereiten würde, einig und Unterzeichnung stünde bevor. Ghenadieff erwähnte, dass Rumänien (Take Jonesco) weiter intrigiert und Talaat zur Reise nach Bukarest zu bewegen trachtet, wovon Ghenadieff letzteren jetzt wegen Eindruckes hier abrate. In einem späteren Zeitpunkte werde er Talaat sogar zureden, Bukarest zu besuchen. Minister des Aeußern werde mir Text des Abkommens mit Türkei zeigen, da, was selbstverständlich, in Politik Bulgariens uns nichts unbekannt sein dürfte. Markgraf Pallavicini interesiere sich sehr für Stand der Verhandlungen und Toscheff bittet um Ermächtigung, k. und k. Botschafter über Inhalt der Allianz zu informieren, wenn ich dafür. Ich empfahl Aufrichtigkeit unserem Botschafter gegenüber. Gespräch kam auf Aussichten großen Anlehens in Paris. Minister des Aeußern erwähnte mir seine Unterredungen mit französischen Staatsmännern, die ihm damals gesagt, dass von Herrn Sazonow keine Opposition.

Herr Poincaré und Pichon hätten auch versprochen, keine Schwierigkeiten zu machen unter Bedingung, dass Bulgarien in keine Allianz mit Dreibund eintrete; Anschluss Bulgariens an Ententegruppe hätten Franzosen nicht verlangt. Minister des Aeußern bemerkte in einem Zuge, dass „Allianz" mit uns geheim sein würde et qu'on n'irait pas le raconter à Paris. Übrigens verstünden Franzosen unter Dreibund Deutschland und nicht Oesterreich-Ungarn und ausserdem dürfte es noch einige Zeit dauern, bevor Abkommen mit uns geschlossen, so dass Anlehen vermutlich früher zustande kommen werde. Ministerpräsident ergänzte letzte Aeusserung durch Bemerkung, welche dahin zu verstehen war, dass bulgarische Regierung vernünftig, dass sie Unmöglichkeit sofortiger Perfektionierung Anschlusses an uns einsehe und sich weiter gedulden werde. Ich quittierte alle diese Anspielungen durch freundliches Lächeln. Daraus, was die Minister noch weiter über Chancen Anlehens in Paris sagten, ging hervor, dass sie Erfolges nicht absolut sicher seien, sondern Eventualität nicht ausschließen, dass Russland, um Regierung in Verlegenheit zu versetzen, Anleihe in Frankreich vereiteln könnte. Über innere Lage sprachen meine Mitredner zuversichtlich; sie hätten konstitutionelle Mittel, um Einberufung der Kammer länger als zwei Monate hinauszuschieben, wodurch sie Zeit für nötige Maßnahmen gewinnen würden. Für Beurteilung der Haltung des Kabinettes ist von gewisser Bedeutung, dass, wie Euer Exzellenz wissen, Besuche der bulgarischen Minister bei mir nicht unbekannt bleiben, sondern von Tagespresse registriert werden. Tarnowski.

a) Vgl. n. 9065, 9098, 9108, 9136.

Nr. 9096. Privatschreiben aus München, 16. Dez. 1913 (eing. 17. Dez.).a) Ausfert.

Confidentiell. Gestern abends während der Opernpause empfiengen die Deutschen Majestäten die Aufwartung des diplomatischen Korps. Kaiser Wilhelm, der die Missionschefs einzeln zu sich bitten liess, sprach mich als langjährigen Bekannten an und sagte mir, er sei glücklich gewesen, jüngst in Schönbrunn konstatieren zu können, wie Seine Majestät, unser Allergnädigster Herr, auch nach den langen, ermüdenden Krisenmonaten Sich grösster Frische und Rüstigkeit erfreuen, und wie Allerhöchst dieselben alle Fragen des so verwickelten Balkanproblems in geradezu bewunderungswürdiger Weise beherrschen. Der Kaiser fuhr dann fort: Ich hatte auch mehrmals die Ehre, meinen Freund, Ihren Herrn Thronfolger, zu sehen und durch ihn mit vielen österreichischen Politikern zusammenzukommen. Diesen letzteren gegenüber hatte ich öfter gegen einen in schädlicher Weise sich vordrängenden Pessimismus anzukämpfen. Denn wenn auch heute niemand dem Frieden im südöstlichen Europa eine Dauer verbürgen könne, so wäre doch gerade auf diesem Felde Schwarzseherei am wenigsten am Platze. Im Gegensatze zu der einst beliebten Politik, „der versäumten Gelegenheiten", können wir ja und kann die Monarchie als angrenzende Grossmacht, eine aktive Politik vis-à-vis den Balkanländern treiben und sie ihre Macht sowohl, sowie ihre Freundschaft in den richtigen Momenten fühlen lassen. Einst zur Zeit der Finanznöte des serbischen Hofes, wäre

dort wohl mit wenigen Mitteln ein dauernder Einfluss für Wien zu erlangen gewesen; aber auch heute könnte Graf Berchtold meines Erachtens dort festen Fuss fassen, wenn er etliche Millionen flott opfert und den Serben das Theresianum, sowie Akademien und Anstalten und sonstige Gunstgelegenheiten, die der Zukunft vorarbeiten, breit öffnet. Denn eins steht für mich fest, — so fuhr Kaiser Wilhelm fort, — die Serben müssen vor den Wagen der Monarchie gespannt werden, — so oder so; sie müssen auch dessen bewusst bleiben, dass sie durch einen festen Willen in Respekt gehalten werden, der ihnen wohl eine mächtige Freundschaft anbietet, aber auch prompt bereit ist, bei der ersten feindseligen Provokation seine Truppen marschieren zu lassen. Die endgiltige Entscheidung im Südosten Europas mag ja, früher oder später, einen ernsten Waffengang erheischen, und wir Deutsche stehen dann mit Ihnen und hinter Ihnen, aber es kann uns keineswegs gleichgiltig sein, ob zwanzig Divisionen Ihrer Wehrmacht für den Aufmarsch gegen das Südslaventum festgelegt sind oder nicht. Kaiser Wilhelm fuhr fort, er sei dessen gewiss, dass man dieser Zukunftsaufgabe auch bei uns die grösste Wichtigkeit zuerkenne und dass vorschauende Massnahmen Baron Hötzendorfs und anderer Berufener die richtige Würdigung finden. Auch hoffe er zuversichtlich, dass die Serben in irgendwelcher geeigneten Art sich fester an Österreich-Ungarn und dessen Mächtegruppe angliedern werden, als wie bis jetzt. Nach allen seinen Informationen seien die Serben kein zu verachtender Faktor; sie haben eine gute Armee und haben auch den Feldzug gut geführt; ihre besten Offiziere sprechen deutsch und sind stolz auf ihren Anschluss an deutsche Art und Kultur. Freilich seien zur Zeit noch wichtige wirtschaftliche Fragen mit Serbien ungelöst, und sehr viel werde dabei auf die Haltung der Ungarn ankommen; Graf Tisza werde das Verständnis und die Zustimmung seiner Landsleute für diese wichtigen Aufgaben zu gewinnen haben. Leider kenne er (Kaiser Wilhelm) bis jetzt nur wenig den ungarischen Ministerpräsidenten, nach den Erfolgen jedoch, die derselbe in anderen Fragen aufzuweisen habe, hoffe er auch hierin auf ein gutes Endresultat. Bedenken, die von Seite der ungarischen Agrarier gegen die serbischen Vertragswünsche vorlägen, würden sich füglich durch billigen Entgelt auf anderen Gebieten beseitigen lassen. Auch die Stimmungen und Wünsche, die bei den Czechen und anderen Slaven der Monarchie gegenüber dem Serbentum nun zu Tage träten, seien ja immerhin sehr zu beachten, aber allen voran sei zu hoffen, dass auch diese die Vorteile eines Rassenkampfes würden zurücksetzen wollen dort, wo es gilt, grosse Zukunftsinteressen der Monarchie zu sichern und speziell das Serbentum in deren natürliche Einflusssphäre zu ziehen. Kaiser Wilhelm schloss damit, ihm scheine eine wichtigere und erfolgreichere Aufgabe für uns in Serbien zu winken als wie bei den Bulgaren, deren unverlässlicher und stets zu Intrigue geneigter König sich auch in der letzten Krise als solcher erwiesen habe. Wohl scheine König Ferdinand seither in Wien eine Aufnahme voll Nachsicht und Güte gefunden zu haben; wenn es aber ihm (Kaiser Wilhelm) gestattet sei, einem alten Bekannten frei seine Ansicht zu äussern, so möchte er sagen, dass König Ferdinand in Berlin in dem gleichen Falle den Rat erhalten hätte, „schleunigst die Lokomotive zur Abreise heizen zu lassen."

Während des ganzen Gesprächs konnte ich, wiewohl Seine Majestät mehrere aufklärende Bemerkungen meinerseits sehr wohlwollend aufnahm, doch aus höchstdessen nachdrucksvoller und konzentrierter Sprache den Eindruck gewinnen, dass die berührten Probleme in letzterer Zeit Kaiser Wilhelm und dessen Ratgeber aufs eingehendste beschäftigt hatten. Velics.

a) Vgl. n. 8934.

Nr. 9097. Bericht des Gerenten des Vizekonsulates Kanzleisekretär Heinrich Hoflehner aus Nisch an die Gesandtschaft in Belgrad, 16. Dez. 1913 Nr. 176 res. (eing. Belgrad, 19. Dez.). Ausfert.a)

Vertraulich. Der serbische Kronprinz Alexander hielt sich auf der Rückreise von Monastir, wo er der Erinnerungsfeier an die Einnahme der Stadt durch die serbische Armee beigewohnt hatte, in Nisch auf, um einige Stunden dem Jagdvergnügen zu widmen. Sein Führer hiebei war der Direktor des hiesigen Strafhauses, Jaša Nenadović, ein Angehöriger der dem serbischen Königshause verwandten Familie dieses Namens. Der Kronprinz besuchte auch das noch im Bau befindliche ausserhalb von Nisch gelegene neue Strafhaus, zu dem eine kleine Landwirtschaft gehört, die unter der Leitung eines vor Kurzem vom Strafhausdirektor angestellten jungen tschechischen Oekonomen steht. Wie ich nun aus ganz verlässlicher Quelle erfahren habe, wurde Letzterer dem Kronprinzen vorgestellt, welcher sich mit ihm in ein Gespräch einliess, in dessen Verlaufe er die Frage stellte, was die Tschechen machen würden, wenn es zu einem Kriege zwischen Oesterreich-Ungarn und Serbien kommen sollte. Eine solche aus so hohem Munde kommende Frage bedarf wohl keines weiteren Kommentars. Jedenfalls ist sie ein schlagender Beweis dafür, wie sehr die auch in Diskussionen hiesiger politischer und militärischer Kreise oft schon zu Tage getretene Auffassung, dass Serbien im Falle eines militärischen Konfliktes mit Oesterreich-Ungarn auf die Sympathie ja sogar werktätige Hilfe der in letzterem Staate wohnenden Slawen zählen darf, in führenden und massgebenden Kreisen Wurzel gefasst hat. Dass man aber einen solchen Kalkul nicht ohneweiters in Rechnung setzt und dafür triftige Anhaltspunkte hat, liegt auf der Hand. Die serbische Propaganda in der Monarchie wird eben nach wie vor eifrig betrieben und die Verbindungen mit den österreichischen und ungarischen Stammesbrüdern werden ständig sorgsam aufrecht erhalten. Allerdings wird in diesem Belange derzeit hier ungemein vorsichtig gearbeitet und sehr schwer und selten nur sind darüber Daten in Erfahrung zu bringen. Eben der vorhin erwähnte Jaša Nenadović, dessen in der hieramtlichen Berichterstattung schon oft Erwähnung getan wurde, kann als einer der eifrigsten und erfolgreichsten Propaganda-Führer bezeichnet werden, der auch vor dem serbisch-türkischen Kriege das Terrain im damaligen Altserbien gründlichst vorbereitet hatte. Er tritt als Politiker nie allzusehr in der Oeffentlichkeit hervor, ist gleich fanatisch wie energisch und hat zahlreiche persönliche Verbindungen mit slawischen Kreisen unserer Monarchie, darunter auch mit dortigen hervorragenderen Parteiführern und Volksvertretern angeknüpft, wozu ihm seine Stellung als einer der Führer der serbischen Sokolisten besonders dienlich war. Als solcher spielte er bei den seinerzeit

in Bulgarien und in der Monarchie veranstalteten Sokolisten-Festlichkeiten eine hervorragende Rolle. Wie mir von demselben Gewährsmanne, der die Nachricht über die vorangeführte kronprinzliche Aeusserung brachte, weiters mitgeteilt wurde, finden bei Jaša Nenadović regelmässig Zusammenkünfte statt, denen zu seinen Intimen gehörige Politiker aller Parteien und höhere Offiziere beiwohnen. In letzterer Zeit wurde dort besonders darüber Diskussion geführt, dass sehr zu befürchten wäre, Oesterreich-Ungarn werde die infolge der Kriege zweifellos derzeit bestehende Schwäche Serbiens ausnützen und darauf ausgehen, einen Vorwand zum militärischen Angriff zu finden. Alle Sorge Serbiens muss daher darauf gerichtet sein, in militärischer Beziehung so viel als nur möglich schlagbereit zu bleiben und dabei alle Kräfte der militärischen Rüstung zu widmen. Hoflehner.

a) Aus dem Archiv der Gesandtschaft Belgrad.

Nr. 9098. Tel. aus Sofia, 16. Dez. 1913 Nr. 1339 (eing. 17. Dez. 10 U. a. m.).a) Entziff.

Wie Euer Exzellenz meinen Berichten Nr. 80 und 84 A vom 11. d. M. und 15. d. M. entnommen, sind bulgarische Staatsmänner gleich nach meiner Rückkehr nach Sofia auf Frage des vom Kabinett Radoslawow angestrebten Anschlusses an Monarchie zurückgekommen und haben mir deutlich zu verstehen gegeben, daß der Abschluß der „Allianz" mit uns (wie sie sich stets auszudrücken pflegen) nach wie vor Kern und Zweck ihrer Politik bilde. Die bulgarischen Minister haben mich vor doppelte Aufgabe gestellt: Einerseits hatte ich gewisse Unsicherheit, die ich bei ihnen bezüglich unserer Dispositionen vorfand, zu zerstreuen, was mit Rücksicht auf schwierige Stellung Kabinettes nach Sobranjewahlen besonders wichtig war und anderseits mußte ich, ohne jedoch zu verstimmen und zu entmutigen, in Aussichten, die ich vor bulgarischen Staatsmännern eröffnete, äußerst vorsichtig sein, gar keine Zusage machen und ihnen zugleich in überzeugender Weise beibringen, daß formeller Anschluß an uns bis jetzt und gegenwärtig undenkbar und daß Bulgarien nicht ungeduldig sein dürfte. Diese Aufgabe zu lösen ist mir gelungen; ich hätte sie aber nicht gelöst, wenn ich anders gesprochen und insbesondere bei Regierung Gedanken hätte aufkommen lassen, daß sie das von ihr angestrebte Ziel allmählich und unter gewissen Voraussetzungen nur erreichen würde. Der Anschluß an uns scheint die raison d'être dieser Regierung zu sein und man darf, glaube ich, nicht hoffen, daß sie darauf verzichtet. Nicht ausgeschlossen ist es aber, daß dieses Kabinett gleich oder später durch innere Lage (eventuell auch durch Unmöglichkeit, Anlehen zu bekommen) zur Demission oder seiner Rekonstruktion gezwungen wird, was Kursänderung zur Folge haben und Frage Entente Bulgariens mit uns ausschalten würde. Da Euer Exzellenz, wie ich das auch aus hohem Telegramme Nr. 660 vom 12. d. M. erfahre, nicht wünschen würden, daß sich König Ferdinand von seinen dermaligen Beratern trenne, ist meine Aufgabe, Radoslawow, solange er am Ruder, nach Möglichkeit zu stützen. Ein anderes Mittel gibt es gegenwärtig dazu nicht, als subjektives Vertrauen Kabinettes zu uns zu erhalten und ihm Möglichkeit zu geben, sich vor dem König durch unser Wohlwollen und

Aussichten auf Annäherung zu uns auszuweisen. Ich frage mich, ob in letzterer Hinsicht bei König Ferdinand nicht bereits (vielleicht in Wien) Zweifel entstanden und ob er nicht nur aus Rücksichten innerer Lage von Radoslawow nicht scheidet? Sollte dies der Fall sein, dann wären Tage jetziger auswärtiger Politik Bulgariens gezählt. Da gegenwärtig Radoslawow noch bleibt und sich länger [zu] halten und sogar [zu] stabilisieren hofft, wäre es für meinen weiteren Verkehr mit diesem Kabinette — zumal ich ohne präzise Instruktionen — von großem Werte, zu wissen, ob meine Haltung und Sprache, die ich seit Rückkehr vom Urlaube geführt, hohen Intentionen entspricht. Tarnowski.

a) Vgl. n. 9108.

Nr. 9099. Bericht aus Konstantinopel, 17. Dez. 1913 Nr. 79 C (eing. 19. Dez.). Ausfert.

Streng vertraulich. Der bis vor kurzem hier als Militärbevollmächtigter in Verwendung gestandene russische General Holmsen hat sich, von seinem jetzigen Garnisonsorte Moskau kommend, einige Tage hier aufgehalten. Er befand sich auf der Durchreise nach Sofia und Belgrad, wo er als Schiedsrichter bei der Tracierung der neuen serbisch-bulgarischen Grenze fungieren wird. Der genannte General sagte mir, dass er seine Aufgabe für eine sehr leichte halte und dass er voraussichtlich nur einige wenige Tage an Ort und Stelle werde verbringen müssen. Der hiesige bulgarische Gesandte hat dem k. u. k. Militärattaché über die Vorgeschichte der Mission Holmsen folgendes mitgeteilt: Im Bukarester Frieden sei ein schwedischer Offizier für das in Rede stehende Schiedsrichteramt in Aussicht genommen gewesen, jedoch sei durch ein unbegreifliches Versehen (sic!) eines Beamten des bulgarischen Auswärtigen Amtes die bezügliche Bitte um Delegierung dieses Offizieres statt nach Stockholm nach Petersburg geschickt worden. Als man dann den Irrtum in Sofia erkannt und das Verlangen in Petersburg zurückgezogen habe, sei russischerseits die Antwort erteilt worden, dass die Ernennung Holmsens bereits erfolgt und nicht mehr rückgängig zu machen sei. Herr Toscheff glaubt, dass General Holmsen auch noch mit der geheimen Mission betraut ist, in Belgrad und Sofia auf eine Verständigung hinzuwirken. In dieser Richtung sei auch die hiesige russische Botschaft ihm gegenüber tätig. Dass sowohl mein russischer Kollege als vor allem dessen Botschaftsrat zu wiederholtenmalen stundenlange eindringliche Auseinandersetzungen mit Herrn Toscheff hatten, konnte ich aus eigener Anschauung konstatieren. Der bulgarische Gesandte sagte mir, dass er diese Bemühungen jetzt für fruchtlos halte, da an eine Versöhnung zwischen Serbien und Bulgarien zu Lebzeiten der jetzigen Generation nicht zu denken sei. Pallavicini.

Nr. 9100. Bericht aus Konstantinopel, 17. Dez. 1913 Nr. 79 D (eing. 19. Dez.).a) Ausfert.

General Liman von Sanders, der Chef der deutschen Militärmission, ist in Begleitung der deutschen Generale Bronsart von Schellendorf und Weber, sowie noch einiger Stabsoffiziere, welche zur Militärmission gehören,

am Sonntag hier eingetroffen. Am Bahnhofe wurden die deutschen Offiziere, welche sämmtlich in türkischer Uniform dem Zuge entstiegen, vom Kriegsminister, dem Generalstabschef, dem interimistischen Corpscommandanten und vielen höheren türkischen Offizieren empfangen. Von Seite der deutschen Botschaft war niemand erschienen, da mein deutscher College, wie er mir sagte, besonders pointieren wollte, dass die Militärmission in gar keinem Zusammenhange mit der Botschaft stehe. Am Montag wurde General von Liman von Seiner Majestät dem Sultan in Audienz empfangen und hat bereits das Commando des hiesigen ersten Armeecorps übernommen. Über die Demarche, welche meine Collegen der Ententemächte bezüglich der Militärmission bei der Pforte unternommen haben, hatte ich bereits Gelegenheit, Euer Excellenz telegrafisch *a)* zu berichten. Ich möchte meinen diesbezüglichen Drahtmeldungen nur noch nachtragen, dass der Grossvezier den drei Botschaftern zu verstehen gegeben hat, im Falle der Verhängung des Belagerungszustandes über Constantinopel würde das Commando der Stadt einem türkischen General übertragen werden, welcher unmittelbar dem Kriegsminister unterstellt und vom deutschen Corpscommandanten ganz unabhängig sein werde. Ob sich die Botschafter mit der ihnen vom Grossvezier erteilten Antwort begnügen werden, konnte ich noch nicht autentisch feststellen, es wurde mir aber gemeldet, ein Mitglied der russischen Botschaft habe sich dahin ausgesprochen, dass für Russland kein Grund zu einem Proteste vorliege, sobald darüber Gewissheit bestehe, dass die Truppen am Bosporus nicht unter das Commando des deutschen Generals gestellt würden. Mein englischer College hat mir gesagt, er habe den Schritt überhaupt nur sehr ungerne mitgemacht, da er die Überzeugung gehabt habe, dass derselbe nur zu einem Echec führen könne. Er wäre sehr erfreut zu erfahren, dass sich Herr von Giers mit der Antwort des Grossveziers zufriedengebe. Baron Wangenheim erzählte einem Mitgliede dieser Botschaft, dass Kaiser Wilhelm ein ganz aussergewöhnliches persönliches Interesse für die Militärmission an den Tag lege. Auch in deutschen Armeekreisen sei die Mission sehr populär und hätten sich bisher bereits über 300 Offiziere spontan zur Teilnahme an derselben gemeldet. General von Liman, so fuhr der deutsche Botschafter fort, habe es sich zur ersten Aufgabe gestellt, sein Armeecorps von allen politisierenden Offizieren zu säubern und werde ein jeder Offizier, der auch nur den leisesten Schein einer politischen Tätigkeit erwecke, unnachsichtlich entlassen oder nach dem Innern Kleinasiens versetzt werden. Der Anfang werde mit dem bisherigen interimistischen Corpscommandanten von Constantinopel, Djemal Bey, gemacht werden, welcher, wie ich Euer Excellenz an anderer Stelle zu berichten die Ehre hatte, die Armee verlassen und als Minister ins Cabinet eintreten wird. Derselbe hat anlässlich der Übergabe des I. Corpscommandos an General von Liman am 15. d. M. einen Tagesbefehl erlassen, in welchem er die ihm unterstehenden Truppen auffordert, dem genannten deutschen Generale in jeder Beziehung Folge zu leisten und ihre ganze Kraft zur Durchführung der nötigen Reformen aufzuwenden. Am Schlusse des Tagesbefehles gibt er der Überzeugung Ausdruck, dass diese Bemühungen von Erfolg gekrönt sein werden und spricht die Hoffnung aus, dass es ihm dann gegönnt sein werde,

an der Spitze desselben Corps die dunklen Flecke in der Kriegsgeschichte der Türken auszulöschen. Wie ich von verschiedenen Seiten höre, soll in gewissen Offizierskreisen eine starke Animosität und Bewegung gegen die deutsche Militärmission herrschen und dies naturgemäss hauptsächlich bei jenen, welche im Gefühle ihrer Inferiorität für ihre Stellung fürchten. Pallavicini.

a) Vgl. n. 9093, 9101, 9104.

Nr. 9101. Bericht aus London, 17. Dez. 1913 Nr. 97 A (eing. 19.Dez.).a) Ausfert.

Während meines gestrigen Abschiedsbesuches bei Sir E. Grey berührten wir auch im Laufe der Conversation die Frage der deutschen Militärmission in Constantinopel. Der Staatssekretär sagte mir, diese sehr heikle Angelegenheit beschäftige ihn in intensivster Weise — „it is one of the most uncomfortable questions we have to deal with." In Russland sei man ganz ungewöhnlich erregt. Sir E. Grey sagte mir, bei Beurtheilung dieser Frage handle es sich für ihn darum, festzustellen, ob eine wesentliche Änderung des Verhältnisses der gegenwärtigen deutschen Militärmission zu der früheren besteht. Ist die Stellung des Generals Liman von Sanders genau dieselbe wie seinerzeit die des Feldmarschalls von der Goltz, so könne man nichts einwenden. Im entgegengesetzten Falle könne man dem russischen Standpunkte eine Berechtigung nicht absprechen (dass derjenige, der über das Armeecorps von Constantinopel verfügt, das Schicksal der Hauptstadt und somit des Ottomanischen Reiches in Händen hat). Der Staatssekretär hat Sir L. Mallet beauftragt, ihm über diesen Punkt genaue Daten zu verschaffen. Die gegenwärtige englische Marinemission steht in genau demselben Verhältnisse wie seinerzeit diejenige des Admirals Gamble. Dies habe Sir Edward ganz zweifellos constatieren lassen. Diese Frage der deutschen Militärmission scheint somit offenbar dem Staatssekretär viel Sorge zu bereiten und es lässt sich denken, dass sie von russischer Seite benützt wird, um hier die Unterstützung der englischen Regierung gegen deutsche Aspirationen zu fordern. Der Cabinetschef Sir E. Greys, der eben aus Amerika zurückgekehrte Sir W. Tyrrell sagte mir, er erinnere sich kaum jemals, die russische Regierung so aufgeregt gesehen zu haben. Nach seiner Ansicht sei man deutscherseits nicht geschickt vorgegangen. Die Deutschen hätten „alles, was sie wollen, in Constantinopel erreichen können, warum etwas tun, von dem sie wissen mussten, dass es in Russland nie und nimmer ruhig hingenommen werden würde? Constantinopel ist der empfindlichste Punkt für die russische Politik, warum dann unnöthiger Weise die Empfindlichkeit reizen?" Mensdorff.

a) Vgl. n. 9100.

Nr. 9102. Bericht aus Sofia, 17. Dez. 1913 Nr. 85 C (eing. 19. Dez.).a) Ausfert.

Euer Excellenz haben mich gelegentlich in Wien nach meiner Ansicht bezüglich des Ursprungs der Veröffentlichung des serbisch-bulgarischen Geheimvertrages gefragt und ich hatte die Ehre zu antworten, dass die bulgarische Regierung dabei ihre Hand nicht im Spiele gehabt haben, sondern dass die in Rede stehende Revelation der Absicht, König Ferdinand und

der Politik des Cabinettes Radoslawow Schwierigkeiten zu bereiten, entsprungen und daher von einer anderen Seite ausgegangen sein dürfte. Die Stimmung, die ich nach meiner kürzlichen Rückkehr nach Sofia bei den bulgarischen Ministern vorgefunden habe und die — wie Euer Excellenz aus meinem gehorsamen Berichte Nr. 80 vom 11. d. Mts. ersehen haben — grossen Teils in der Befürchtung bestand, dass das Bekanntwerden des fraglichen Geheimvertrages eine ungünstige Rückwirkung auf unsere Dispositionen geübt hat, muss ich — zumal zu dem Verdacht, dass diese Besorgniss simulirt war, nicht der geringste Grund vorliegt — als eine Bestätigung für die Richtigkeit meiner oberwähnten Auffassung ansehen. Die bulgarischen Staatsmänner ihrerseits neigen zu der Ansicht, dass die fragliche Revelation von den hiesigen Russophilen oder serbisch-russischer Seite ausgegangen ist. Tarnowski.

a) Vgl. n. 9080.

Nr. 9103. Erlaß nach Bukarest, 18. Dez. 1913 Nr. 5856.a) Konz. (S. Matscheko; V. u. G. Berchtold).b)

Geheim. In dem Berichte Nr. 100 vom 5. d. M. haben Euer Exzellenz auf die gegenwärtige, für uns wenig günstige Stimmung in Rumänien hingewiesen und die Überzeugung ausgedrückt, daß dieser Umstand der von uns angestrebten öffentlichen Feststellung des Bundesverhältnisses Rumäniens zur Monarchie hindernd im Wege stehe. Ich bin mir der Schwierigkeiten vollkommen bewußt, auf die wir mit einem solchen Verlangen in Bukarest stoßen werden und habe in meinem Erlasse vom 26. v. M.c) deshalb auch ausdrücklich betont, daß mit einer auf die Publikation des Allianzverhältnisses bezüglichen Anregung erst dann an die kompetenten rumänischen Faktoren heranzutreten wäre, wenn Euer Exzellenz durch eine offene Aussprache und entsprechende Einwirkung die Situation in Bukarest im günstigen Sinne beeinflußt und das Terrain vorbereitet haben würden. Ich habe in der erwähnten Instruktion auch zum Ausdrucke gebracht, in welcher Weise ich mir eine solche vorbereitende Aktion Euer Exzellenz durchgeführt denke, indem ich Hochdieselben auf jene Argumente verwies, mit welchen eventuellen rumänischen Griefs gegen unsere außenpolitische Haltung in der letzten Krise begegnet werden kann. Was die politische Situation der Rumänen in der Monarchie und speziell in Ungarn anbelangt, auf die Euer Exzellenz vor allem die Mißstimmung in Rumänien gegen uns zurückführen, so habe ich mich auch hierüber ausführlich ausgesprochen. Ich möchte dem damals Gesagten nur noch das Eine hinzufügen, daß ich die in Bukarest zutage tretende Tendenz, eine etwaige wenig freundliche und mit dem Bundesverhältnisse nicht im Einklange stehende außenpolitische Haltung Rumäniens uns gegenüber gewissermaßen anticipando mit innerpolitischen Verhältnissen der Monarchie begründen oder entschuldigen zu wollen, schon deshalb nicht als berechtigt anerkennen könne, da die Situation der Rumänen in Österreich-Ungarn sich seit der vor Jahresfrist erfolgten Erneuerung des Bündnisses gewiß nicht ungünstiger gestaltet hat, sondern im Gegenteile speziell in Ungarn, wie Euer Exzellenz bekannt, seither die eifrigsten Bemühungen zur Herbeiführung einer Verständigung

initiiert wurden und mit zielbewußter Konsequenz fortgeführt werden. Trotz der von Euer Exzellenz angeführten ungünstigen Momente will ich daher die Hoffnung nicht aufgeben, daß es Ihren fortgesetzten Bemühungen, wenn auch erst nach einiger Zeit, gelingen werde, die Vorbedingungen zu schaffen, um im gegebenen Momente das Thema der Veröffentlichung der Allianz in Bukarest mit Aussicht auf Erfolg zur Sprache bringen zu können. Ich habe in dieser Frage inzwischen durch Herrn von Tschirschky mit dem deutschen Kabinette streng vertraulich Fühlung genommen und gedenke, auch die italienische Regierung in einem späteren Zeitpunkte mit demselben Gegenstande zu befassen. Wie mir der deutsche Botschafter mitteilt,[d] hat Herr von Jagow dem Gedanken einer Publikation des Allianzverhältnisses durchaus zugestimmt und darauf hingewiesen, es könnte zur Unterstützung unserer Anregung in Bukarest auch der Umstand verwertet werden, daß Herr Carp, also einer der maßgebendsten rumänischen Staatsmänner, vor nicht sehr langer Zeit in einem Interview von dem Bündnisverhältnisse wie von einer feststehenden und bekannten Tatsache gesprochen hätte. Wie ich aus den Mitteilungen Herrn von Tschirschkys weiters entnehme, hält übrigens der deutsche Staatssekretär — und diese Ansicht deckt sich mit meiner Auffassung — gegenwärtig den Augenblick noch nicht für gekommen, um diesbezüglich in Bukarest einen Schritt zu unternehmen. Es müßte abgewartet werden, bis die momentane Spannung in unseren Beziehungen zu Rumänien, die nach Ansicht Herrn von Jagows nur vorübergehender Natur sein dürfte, nachgelassen hätte oder ganz gewichen wäre.

[a] Vgl. n. 9137, 9521. — [b] Amtsvermerk (Forgách): Erlaß am 18. 12. Grafen Czernin übergeben. — [c] Nr. 5520 = n. 9032. — [d] Vgl. n. 9084.

*Nr. **9104**. Tel. aus Konstantinopel-Pera, 18. Dez. 1913 Nr. 675 (eing. 19. Dez. 9 U. a. m.).[a] Entziff.*

Osman Nizami Pascha ließ gestern im Laufe eines Gespräches, welches ich mit ihm hatte, Bemerkung fallen, türkische Regierung werde in der Frage der deutschen Militärmission auf ihrem Standpunkt verharren, es sei denn, daß Russland der Türkei Krieg erkläre. In diesem Falle müßte die Pforte nachgeben und müßte sich dann Deutschland gegenüber darauf berufen, daß sie der Gewalt weichen müsse. Mein deutscher Kollege hat mir heute gesagt, man sei in Berlin bestrebt, den russischen Wünschen soweit als möglich entgegen zu kommen. Man habe der türkischen Regierung Idee suggeriert, ob es nicht tunlich wäre, Modellkorps nach Adrianopel zu verlegen, General Liman hingegen mit der Residenz Konstantinopel zum Inspektor der drei Korps Konstantinopel, Adrianopel und Smyrna zu ernennen. Baron Wangenheim erzählte mir, daß diese Kombination von der türkischen Regierung rundweg abgewiesen worden sei. Pallavicini.

[a] Vgl. n. 9100, 9111.

*Nr. **9105**. Bericht aus Rom, 18. Dez. 1913 Nr. 77 D (eing. 20. Dez.).[a] Ausfert.*

Geheim. Der Umstand, daß die von jeher sehr umfangreichen und complicierten Aufgaben dieser Botschaft seit Beginn der Balkankrise und

vollends seit der Schaffung Albaniens, schon wegen unseres diesbezüglichen Parallelismus mit Italien, sich ganz enorm vermehrt, ich kann ruhig sagen, verdreifacht haben und daß trotz Marchese di San Giulianos und meiner wiederholten gegenteiligen Bitten mindestens 90% aller einschlägigen Verhandlungen — deren ich zum Beispiel jetzt eine endlose Liste anlegen könnte — dieser Botschaft übertragen werden, hat zur Folge, dass ich bei einem 10—12stündigen Arbeitstage alle Mühe habe, das tägliche laufende Pensum zu erledigen. Ein solcher permanenter Zustand von Überlastung und Hetze ist der ruhigen Erwägung und Approfondierung wichtiger Probleme nicht förderlich. Ich bitte es daher diesem allerdings schon seit langer Zeit zur Regel gewordenen Ausnahmszustande zuschreiben zu wollen, wenn ich den hohen Erlaß vom 9. l. M. Nr. 5735 über die Frage der öffentlichen Bekanntmachung unseres Bundesverhältnisses mit Rumänien nicht mit jener Ausführlichkeit beantworte, wie ich es sonst angesichts der Importanz dieses Themas zu tun den Antrieb und die Verpflichtung fühlen würde. Es ist mir bekannt, daß König Carol von jeher den Allianzvertrag nur einem winzigen Kreise seiner speciellen Vertrauensmänner mitteilte und ihn der großen Mehrzahl der politischen Persönlichkeiten gegenüber geheim hielt. Wenn der König, der seine Leute genau kennt, selbst in den Zeiten, wo unsere Beziehungen keinerlei Trübung ausgesetzt waren, diese weitgehende Vorsicht beobachtete, so muss er dazu seine guten Gründe gehabt haben. Er hatte offenbar die Überzeugung, daß dieser Bund nicht nur nicht dem Volksbewußtsein entsprochen, sondern auch in den Kreisen der leitenden Politiker mehr Widerspruch als Billigung gefunden hätte. Gewiss haben so manche Vorfälle in diesem Krisenjahre unser Verhältnis zu Rumänien stark alteriert, aber die Explosion der Abneigung gegen uns, wie sie sich zum Beispiel bei der rumänischen Mobilisierung zeigte, machte ausserdem die latente hostile Stimmung gegen die Monarchie manifest, welche in Rumänien schon früher bestanden hatte und nur von König und Regierung künstlich niedergehalten war. Mein Eindruck nach der Lecture des obcitierten hohen Erlasses war daher zunächst der, dass, wenn unsere Allianz mit Rumänien nach dem Urteile des besten Kenners dieses Landes, nämlich seines Königs, durch lange Jahre und in ruhigen Zeiten selbst den rumänischen Politikern mit wenigen Ausnahmen verheimlicht werden musste, dermalen wohl noch neue und gewichtige Gründe dazugetreten sind, diesen Schleier nicht zu lüften. Einen ungünstigeren Moment als den jetzigen, könnte ich mir für die Publicierung dieser Allianz gar nicht denken. Ich würde annehmen, daß ihrer öffentlichen Bekanntmachung ihr — zwar nicht formelles, aber virtuelles — Ende auf dem Fusse folgen würde. Ich glaube daher auch nicht, daß König Carol sich jetzt oder in absehbarer Zeit zu einem solchen Schritte entschlöße. Allerdings lässt sich dieser Auffassung entgegenhalten, was denn dann der Wert dieser Allianz für uns sei und ob es nicht besser wäre, eine solche Klärung der Lage je eher herbeizuführen. Ich gebe zu, daß dies eine ganz zutreffende Erwägung wäre, nämlich in dem wohl nicht gegebenen Falle, wenn wir überhaupt an eine gänzlich veränderte Orientierung unserer bisherigen Balkanpolitik denken würden. Setzen wir aber — wie es mir der Fall zu sein scheint —

die letztere im großen und ganzen fort, dann hätte diese negative Constatierung nur einen momentanen Wert, würde aber das Bundesverhältnis wohl ein für allemale definitiv compromittieren. Dagegen kann es uns — eventuell im Zusammenhange mit gewissen Correcturen der früheren inneren Politik in Ungarn — mit der Zeit gelingen, uns in Rumänien wirkliche Sympathien zu gewinnen und dem Bundesvertrage auch die ihm bisher und vollends jetzt fehlende populäre Basis zu schaffen.[1] Sehr bestärkt in dieser meiner unvorgreiflichen Meinung hat mich das mir seither zugekommene hohe Telegramm vom 12. l. M. Nr. 1497, aus dem ich ersehe, dass man auch in Berlin analoge Bedenken gegen eine baldige Veröffentlichung des Bundesverhältnisses hegt. Der Aufschub den man diesbezüglich deutscherseits anrät, ist zwar nicht limitiert, dürfte aber in der Praxis ein recht erheblicher sein. Was die Frage anlangt, wie sich Marchese di San Giuliano zu dieser Idee stellen dürfte, so geht meine Vermutung dahin, daß er vom italienischen Standpunkte kaum einen Einwand zu erheben finden wird. Die Beziehungen zwischen Italien und Rumänien waren nie so gut, wie jetzt, die öffentliche Meinung Italiens ist ausnahmslos für Rumänien sehr günstig gestimmt, hierzulande würde also das Bekanntwerden der Allianz mit Rumänien voraussichtlich ein sehr freundliches Echo finden. Wohl aber frage ich mich, ob nicht auch der hiesige Minister des Äussern meine Skrupel darüber teilen wird, daß in Rumänien dermalen und wohl auch noch für längere Zeit die Voraussetzungen fehlen, welche die in Frage stehende Maßregel als opportun oder doch als ungefährlich erscheinen ließen. Mérey.

[1] Sehr richtig.
[a] Vgl. n. 9138, 9140.

Nr. 9106. Erlaß an den Legationsrat Grafen Otto Czernin in St. Petersburg, 18. Dez. 1913 Nr. 5877.[a] Konz. (S. Gautsch; G. Flotow).

Bezugnehmend auf den dortämtlichen Bericht vom 6. Dezember/23. November d. J. Nr. 46 N, betreffend Äußerungen Herrn Hartwigs gegenüber Herrn Dantschew, beehre ich mich, Euer Hochgeboren eine einschlägige Relation des k. u. k. Geschäftsträgers in Sofia[b] gegen seinerzeitigen Rückschluß zu übermitteln. Ich überlasse es Ihrem Ermessen, die Veröffentlichung des „Utro"[b] bei Herrn Neratow entsprechend zu verwerten.

[a] Vgl. n. 9072, 9118. — [b] Vgl. n. 9061.

Nr. 9107. Tel. des Legationsrates Grafen Otto Czernin aus St. Petersburg, 18. Dez. 1913 Nr. 388 (eing. 19. Dez. 9 U. a. m.).[a] Entziff.

Demarche in Athen. Bezug auf Telegramm Nr. 603[b] vom 15. d. M. Bei heutiger Unterredung sagte mir Herr Sazonow, obige Demarche sei nach seiner Auffassung durchaus nicht getrennt von der englischen Proposition (telegraphische Weisung vom 15. d. M. Nr. 601)[c] aufzufassen, sondern es bestehe nach Ansicht der Tripleentente-Mächte ein Junctim zwischen den beiden Vorschlägen. Man könne Griechenland nicht mit

einer Demarche wegen Agitationen im Epirus kommen, ohne sie durch Ausführung des englischen Vorschlages über die Inselfrage zu versüßen. Der englische Vorschlag habe hier sofort die volle Zustimmung gefunden, speziell auch die Prolongierung des Evakuierungstermines bis Mitte oder Ende Jänner scheine dem Herrn Minister zwecks Verhütung der Anarchie sehr geraten. Ich beschränkte mich meinen Instruktionen gemäß darauf, zu sagen, daß der englische Vorschlag derzeit von den Dreibundkabinetten geprüft werde und daß mir bisher nichts bekannt sei, was mich darauf schliessen lasse, daß Euer Exzellenz eine Verlängerung des Evakuierungstermines akzeptieren. Otto Czernin.

[a]) Vgl. n. 9124. — [b]) Mit Tel. Nr. 603, 15. Dez. 1913 (chiffr. 7 U. p. m.) wurde eine Meldung aus Rom nach St. Petersburg mitgeteilt, derzufolge San Giuliano die französisch-russische Anregung einer Demarche der Mächte in Athen gegen die griechische Agitation in Epirus für sehr nützlich halte und italienischen Gesandten entsprechend instruiert habe. — [c]) Mit Tel. Nr. 601, 15. Dez. 1913 (chiffr. 7 U. p. m.) wurde n. 9083 nach St. Petersburg mitgeteilt.

*Nr. **9108**. Tel. nach Sofia, 19. Dez. 1913 Nr. 666 (chiffr. 4 U. 30 M. p. m.).[a]) Konz. (S. Matscheko; G. Berchtold).*

Euer Hochgeboren Telegramm Nr. 1339 vom 16. d. M., sowie Ihre auf denselben Gegenstand bezüglichen drei Chiffreberichte[a]) erhalten. Ich bin mit Euer Hochgeboren Sprache gegenüber den bulgarischen Ministern vollkommen einverstanden und billige es durchaus, daß Euer Hochgeboren bemüht sind, ohne bezüglich unserer Bereitwilligkeit zum Abschlusse eines Bündnisvertrages Zusagen zu machen, das Vertrauen der leitenden Männer Bulgariens in das fortdauernde Wohlwollen unserer Politik zu erhalten und zu festigen.

[a]) Vgl. n. 9080, 9081, 9095, 9136.

*Nr. **9109**. Tel. aus Athen, 20. Dez. 1913 Nr. 871 (eing. 21. Dez. 9 U. a. m.). Entziff.*

Vertraulich. Bei meinem heutigen ersten Besuch beim Ministerpräsidenten lenkte dieser Gespräch auf unsere Beziehungen und sagte, er sei von der Notwendigkeit einer Intimität mit Monarchie so durchdrungen, dass er dieses Ziel verfolgen werde trotz des geringen Wohlwollens, welches Monarchie Griechenland bewiesen habe. Dies wurde in entsprechender Form ausgedrückt. Nach Konversation über südalbanesische Grenze und meiner Argumentation gab er schliesslich zu, dass unser Standpunkt darin verständlich sei. Er wünsche übrigens ein starkes Albanien auch. Er prophezeie, es werde der Moment noch kommen, wo die Monarchie zusammen mit Griechenland werde für die Autonomie Albaniens kämpfen müssen!! Wegen Cavalla war er verstimmt, wobei ich in grossen Zügen bemerkte, dass unsere Politik im Sinne einer equitablen Verteilung gewirkt habe, aber nie eine Spitze gegen Griechenland gehabt habe. Er schien sehr erfreut zu hören, dass die k. und k. Regierung für Griechenland nur gute Dispositionen hege und wollte meine Bemerkung billigen, dass wir natürlich deshalb unsere Interessen nicht opfern könnten. Er war auch erfreut zu

hören, dass Euer Excellenz mit Genugtuung die Textierung des griechisch-bulgarischen Vertrages *a)* gegenüber dem bulgarisch-serbischen differenziert haben. Als ich den Vertrag zwischen Griechenland und Serbien erwähnte, sagte mir Mitredner, dieser sei nur ad hoc geschlossen und werde wohl in Zukunft keine Wirkung haben. Inzidentaliter bemerkte Herr Venizelos, dass griechische öffentliche Meinung nur gegen Italien, nicht aber gegen die Monarchie gereizt sei. Unsere lange, sehr herzliche Unterredung schloss damit, dass ich Minister auf seine Bitte meine Kooperation zwecks einer Annäherung für den Fall versprach, dass die pendenten Angelegenheiten ohne Beschädigung unserer Interessen erledigt werden, denn, wie ich ihm sagte, „wir hätten in der jetzigen Krise eine solche Abnegation gezeigt, dass wir wohl erwarten könnten, dass wir nicht materiell geschädigt werden." Ich kenne Verhältnisse zu wenig zur Beurteilung, ob auf diese Unterredung hin eine optimistische Beurteilung berechtigt ist. Sowohl Ministerpräsident wie Finanzminister hoffen baldigen Abschluss eines für beide Teile günstigen Handelsvertrages, welcher Basis für Entwicklung guter Beziehungen abgeben würde. Szilássy.

a) Vgl. n. 9080 Anm. b.

Nr. 9110. Bericht des Militärattachés in Belgrad, 20. Dez. 1913 Res. Nr. 363 (eing. als Einsichtsstück des Kriegsministeriums vom 15. Jan. 1914 Nr. 260 am 17. Jan. 1914). Abschrift.

Politische Ansichten und Stimmungen im Offizierskorps. Jetzt, wo man bei der allgemeinen Abspannung den ganzen Rest an Energie zusammen nehmen muß, um sich der Bewältigung der in Neuserbien entstandenen Aufgabe zu widmen, hat die gehässige Zeitungskampagne gegen die Monarchie sichtlich abgenommen. Nur die Offizierspartei verkündet, ohne Rücksicht auf die schwierige innere und äußere Lage des Landes, nach wie vor ganz offen ihr unversöhnliches Programm gegenüber der Monarchie. Unter dem Titel „Ist eine Verständigung mit Österreich-Ungarn möglich" bringt das Blatt der Militärpartei, der „Piemont", in seinem heutigen Leitartikel ganz eindeutig die Ansichten des Offizierskorps. Nach einer tendenziösen Kritik der historischen Ambitionen der Monarchie auf dem Balkan, endet der Artikel mit nachstehend übersetzter Folgerung: „Eine aufrichtige und bleibende Verständigung zwischen Serbien und Österreich-Ungarn ist unmöglich (gesperrt gedruckt). Wir wollen die Monarchie weder tadeln noch loben, sondern nur friedlich konstatieren, daß nach ihrem inneren Wesen, nach ihrem Geiste und Bestreben sie ein ganz verschiedenes Wesen darstellt, welches schon nach seiner Natur dem serbischen Staate und dem Bestreben der serbischen Nation entgegengesetzt und feindselig ist, so daß sich diese zwei Existenzen gegenseitig ausschließen. Sie können sich durch den Zwang der äußeren Verhältnisse gegenseitig dulden, aber sie werden sich nie einigen können. Serbien und Österreich-Ungarn sind 2 körperlich verbundene Staatswesen, von denen das eine nur auf Kosten des anderen zum Frieden und zur Reife gelangen kann. Nachdem es nicht in unserer Macht steht, Österreich-Ungarn zu ändern, ist es unsere wichtigste Pflicht, unsere Wehrmacht bis auf das Höchstmaß zu steigern. Es muß nicht zu

einem Kriege kommen, aber wir müssen bereit sein, ihn jederzeit beginnen zu können und unser Pulver trocken halten." Der Artikel, dem der übliche gehässige Ton fehlt, erscheint gerade deswegen bemerkenswert.

Nr. 9111. Tel. aus Konstantinopel-Pera, 20. Dez. 1913 Nr. 678 (eing. 21. Dez. 9 U. a. m.).[a]) Entziff.

Streng vertraulich. Mein deutscher Kollege hat mir heute gesagt, er habe gestern Herrn von Giers erklärt, sowohl deutscher Kaiser als seine Regierung hätten den Wunsch, Russland in der Frage der Mission möglichst entgegenzukommen. In Berlin habe man diesbezüglich einzig und allein die Frage der Zweckmäßigkeit und die Erreichung des Zieles der Reorganisation der Armee im Auge. Wenn man Sache nicht über das Knie breche und ihr ihren ruhigen Lauf lasse, werde es gewiss bald gelingen, im Einverständnis mit General Liman einen Ausweg zu finden, der beide Teile befriedige. Er (Baron Wangenheim) stelle sich Regelung etwa so vor, dass General Liman mit dem Sitz in Konstantinopel das Kommando über sämtliche Militärschulen und die Oberleitung der Mission beibehält. Ausserdem müssten seinem Kommando Truppen in genügender Anzahl unterstellt werden, um seine Ausbildungsprinzipien praktisch betätigen zu können. Sitz des von einem deutschen General zu kommandierenden Modell-Armeekorps könne aber nach Adrianopel verlegt werden. Mein deutscher Kollege hat in diesem Sinne nach Berlin telegraphiert und mir auch erklärt, dass Herr von Giers die eben angedeutete Lösung der Frage für akzeptabel hält. Weiters sagte mir Baron Wangenheim, er habe gleichzeitig auf die Türkei in dem Sinne eingewirkt, dass sie in der armenischen Frage nachgeben möge, und erwarte die diesbezügliche Entscheidung bis Montag. Er habe dem Großvezier sagen lassen, dass Russland, wenn es einen Coup gegen die Türkei planen sollte, sich lieber der armenischen Frage bedienen werde, wo es im Vereine mit Deutschland vorgehe, als der Frage der Militärmission, wo es sich im Gegensatz zu Deutschland befinde. Heute nachmittags besuchte mich russischer Botschafter und sagte mir, er habe obigen Plan Baron Wangenheims mit dem Bemerken seiner Regierung unterbreitet, dass derselbe seines Erachtens akzeptabel wäre, vorausgesetzt, dass die Sache schnell durchgeführt werde. Baron Wangenheim wünscht Übergangsstadium von ein bis zwei Monaten; dies sei jedoch seiner (Herrn von Giers) Meinung nach unmöglich, da die Frage bereits in ein akutes Stadium getreten sei, man müsse sich also spätestens binnen acht Tagen entscheiden. Mein französischer Kollege, der morgen für einige Wochen nach Paris reist, sagte mir heute, die Erregung in Frankreich wegen der deutschen Militärmission sei eine sehr große. Für seine Person werde er in Paris raten, der Türkei in finanzieller Hinsicht entgegenzukommen, er fürchte aber bei der gegenwärtig herrschenden Stimmung, dass ihm dies nicht gelingen werde. Türkei sei jetzt am Ende ihrer finanziellen Kräfte angelangt und, wenn man ihr in absehbarer Zeit nicht zu Hilfe komme, so müsse ihr finanzieller Zusammenbruch erfolgen, welcher dann auch die Frage des Weiterbestandes des Osmanenreiches ins Rollen bringen könnte. Pallavicini.

[a]) Vgl. n. 9104, 9114, 9115, 9132.

Nr. 9112. Tel. aus Rom, 21. Dez. 1913 Nr. 1012 (eing. 22. Dez. 9 U. a. m.).[a] Entziff.

Proposition Englands. Aus einem Gespräch mit englischem Botschafter gewann Minister des Äußern Eindruck, daß derselbe — eventuell auch seine Regierung — angesichts des Heranrückens des 31. Dezembers darüber besorgt ist, ob wir an diesem Evacuationstermin festhalten. Dies hat den Minister auf den Gedanken gebracht, vorläufig ersten auf die albanesischen Grenzen bezüglichen Teil englischen Vorschlages zu beantworten und beizufügen, daß der zweite auf die Inselfrage bezügliche Teil eine reiflichere (Überlegung)[b] erfordere. In ersterer Hinsicht geht Idee Marquis San Giulianos dahin, unter Betonung dieses außerordentlichen Entgegenkommens Verschiebung der Evacuation bis 20. oder Ende Jänner zuzugestehen unter der Bedingung, daß alle sechs Mächte sich verpflichten, diesen verlängerten Termin in Athen als unabänderliches, von ihnen allen gefordertes Datum der Evacuierung zu notifizieren und gleichzeitig Griechenland für den eventuellen Eintritt nachfolgender Unruhen im Epirus verantwortlich zu machen. Vorteile dieser Prozedur wären definitiv befriedigende Lösung der Grenzfrage unter Engagement aller Großmächte. Nachteil wäre, daß eine Diskussion der Inselfrage noch erschwert wäre, da wir nichts mehr zu bieten hätten und unsere Gegenkonzession — Verschiebung des Termines vom 31. Dezember — schon eskomptiert wäre. Der Minister meinte allerdings Lösung der Inselfrage wäre anderseits auch erleichtert, da Griechenland nicht mehr in der Lage wäre, die Grenzfrage als Pression in der Inselfrage zu verwerten. Marquis San Giuliano beabsichtigt, im vorstehenden skizzierte Anregung in Wien und Berlin vorzubringen. Da ich Zweifel äußerte, ob Westmächte einer solchen Auflösung des Junktims zwischen Grenz- und Inselfrage zustimmen würden, meinte er, Sache wäre des Versuches wert. Ich möchte nicht ausschließen, daß für ihn der projektierte Ausweg — abgesehen von der für die hiesige öffentliche Meinung wichtigen Grenzfrage — auch deshalb verlockend erscheint, weil damit Inselproblem etwas hinausgeschoben würde und England gegenüber in der kleinasiatischen Frage noch verwertet werden könnte. Mérey.

[a] Vgl. n. 9083, 9113. — [b] Chiffre fehlt.

Nr. 9113. Tel. nach Berlin Nr. 809 (1) und Rom Nr. 1531 (2), 22. Dez. 1913 (chiffr. 11 U. 30 M. p. m.). Konz. (S. Matscheko; G. Berchtold).

1. Herr von Mérey telegraphiert mir unterm 21. d. M.: ... *wie n. 9112 in extenso* ... Der italienische Geschäftsträger hat sich für morgen bei mir angemeldet, offenbar um die Anregung Marquis di San Giulianos vorzubringen. Ich beabsichtige ihm zu sagen, daß ich dieser Proposition im Prinzipe vollkommen zustimme, jedoch Wert auf eine identische Antwort aller Dreibundmächte legen würde. Euer Exzellenz wollen sich in diesem Sinne zu Herrn von Jagow äußern und bemerken, es sei mir ebenso wie dem italienischen Kabinette sehr daran gelegen, in unserer Antwort das außerordentliche Entgegenkommen zu unterstreichen, zu dem wir in der Evakuierungsfrage bereit seien.

2. Euer Exzellenz Telegramm Nr. 1012 vom 21. d. M. teile ich Grafen Szögyény mit folgendem Zusatz mit: (Inseratur aus Telegramm sub 1. von „Der italienische Geschäftsträger" bis „bereit seien.") Vorstehendes vorläufig zu Euer Exzellenz Information. Berchtold.

*Nr. **9114.** Bericht des Militärattachés in Berlin, 22. Dez. 1913 Res. Nr. 298 (eing. als Einsichtsstück des Chefs des Generalstabs vom 2. Jan. 1914 Nr. 5268 am 13. Jan. 1914).[a]) Abschrift.*

Seine k. u. k. Majestät geruhten mir gelegentlich meiner Audienz am 8. Dezember im Schlosse zu Schönbrunn Allerhöchst seine Grüsse an Seine Majestät den Deutschen Kaiser und König von Preussen aufzutragen, sobald ich Seine Majestät das nächste Mal sehen würde. Ich machte hievon im Militärkabinett Erwähnung, welches hievon Seine Majestät den Kaiser in Kenntnis setzte. Seine Majestät der Kaiser geruhten nunmehr, mich für den 19. d. M. zur Allerhöchsten Frühstückstafel zuzuziehen. An der Tafel nahmen ausser Ihren Majestäten nur noch die beiden Flügeladjutanten vom Dienst, der Hausmarschall, eine Hofdame und der Kammerherr Ihrer Majestät teil. Mir wurde die Auszeichnung zuteil, neben Seiner Majestät placiert zu werden. Über die Grüsse waren Seine Majestät sehr erfreut. Allerhöchstderselbe geruhten mich zu beauftragen, Allerhöchst seinen Dank hiefür zu übermitteln und zugleich dieselben auf das allerherzlichste zu erwidern. Seine Majestät und auch Ihre Majestät erkundigten sich eingehend über das Befinden Seiner k. u. k. Majestät und waren sehr erfreut, als ich das beste berichten konnte. Bei Tisch bildete die deutsche Militärmission in der Türkei das hauptsächlichste Gesprächsthema. Seine Majestät führte aus, dass er gelegentlich der Hochzeitsfeierlichkeiten Ihrer kgl. Hoheit der Prinzessin Victoria Louise eine Unterredung mit den anwesenden Kaiser von Russland und König von England gehabt habe. Bei dieser habe er die beiden Majestäten gerade heraus gefragt, welches ihre Absichten hinsichtlich der Türkei seien, ob deren Aufteilung erfolgen solle oder dieselbe erhalten werden solle. Beide Majestäten hatten sich ganz klar ausgesprochen, dass die Türkei in ihrem Restbestande unbedingt zu erhalten sei. Seine Majestät der Kaiser von Russland führte aus, dass es sein Interesse sei, wenn Konstantinopel und die Dardanellen möglichst stark befestigt würden, um jedem den Zutritt zum Schwarzen Meere zu verwehren. Die Landbefestigung sei zum Schutze gegen die Bulgaren gedacht, welchen er die Möglichkeit einer erneuerten Bedrohung Konstantinopels unbedingt nehmen möchte. Seine Majestät der Kaiser von Russland gebrauchte den Ausdruck: „Der Sultan müsse der Portier der Dardanellen bleiben."[b]) So wie ich Seine Majestät verstanden habe, wurde schon bei dieser Gelegenheit von der Entsendung der deutschen Militärmission gesprochen, während England die Reorganisation der Flotte und Frankreich jene der Gendarmerie übernehmen sollte. Hinsichtlich der Befestigung der Dardanellen glaubte ich zuerst, dass ich Seine Majestät missverstanden hätte, daher ich Seine Majestät darüber um Aufklärung gebeten hatte. Seine Majestät sagten darauf, dass er selbst gerade so erstaunt gewesen sei, wie ich jetzt, da sich dies doch nur gegen England richten

könne, ein Zeichen der Sicherheit der Tripleentente. Seine Majestät habe die deutsche Militärmission vor ihrer Abreise nach der Türkei empfangen. Bei dieser Gelegenheit habe er den Mitgliedern die strikteste Weisung gegeben, sich absolut nicht mit Politik zu befassen und auch der Presse gegenüber sich der grössten Reserve zu befleissigen. Auch sei es anzustreben, dass das türkische Offizierskorps sich von der Politik ferne halte. General von Liman solle ferners sich mit dem englischen Admiral und Reorganisator Limpus auf einen möglichst guten Fuss stellen und im engen Kontakt mit diesem vorgehen. Weiters solle er die Schaffung eines verlässlichen Unteroffizierskorps ins Auge fassen, welches dem Sultan treuergeben bleibe, da leider dieses ganz aufgehört habe — ebenso wie die aus dem Unteroffizierskorps hervorgegangenen Offiziere, welche zwar wenig Bildung hatten, dafür aber verlässlich waren. Über das jetzige energische Auftreten des Grossveziers den Botschaftern der Tripleentente gegenüber äusserte Seine Majestät die grösste Freude. Die Stellungnahme Russlands habe er schon gelegentlich des Besuches des russischen Ministerpräsidenten Kokowzews (am 19. November 1913) in Berlin erkannt. Dieser habe angefangen, darüber zu sprechen. Seine Majestät habe aber erwidert, dass er dies als eine rein innere Angelegenheit der Türkei betrachten müsse. Dieser Tage habe der russische Minister des Äussern gleichfalls dieses Thema dem deutschen Botschafter in Petersburg gegenüber berührt mit dem Hinweise, warum Deutschland in dieser Weise gegen Russland auftrete. Darauf habe der Botschafter erwidert, dass dies gar nicht in der Absicht Deutschlands läge, welches dies als eine interne Angelegenheit der Türkei betrachte. Und überdies seien die Kontrakte mit der deutschen Mission lange nicht so weitgehende wie jene mit den Engländern, Admiral Limpus, hinsichtlich der Flotte, wo diese und die ganzen Arsenale den Engländern auf eine lange Reihe von Jahren ganz ausgeliefert seien. Hierüber sei Minister von Sasonow sehr erstaunt gewesen und habe geantwortet, dass er die Details der Kontrakte nicht kenne. „Da seien ja die Engländer fest in den Dardanellen und in Konstantinopel", was der Botschafter bestätigte. Seine Majestät äusserte ferners, dass er das Vorgehen Russlands nicht verstehe, da dieses ja doch nicht imstande sei, etwas ernstliches gegen die Türkei zu unternehmen, umsoweniger, da England dies gewiss nicht unterstützen würde, schon auch wegen der Sorge um Indien, wo die Verhältnisse doch recht bedenkliche zu sein scheinen. ... *Empfang der deutschen Militärmission in Konstantinopel.* ... Bienerth.

[a]) Vgl. n. 9111. — [b]) Vgl. n. 8934.

Nr. 9115. Tel. aus Konstantinopel-Pera, 22. Dez. 1913 Nr. 682 (eing. 23. Dez. 9 U. a. m.).[a]) *Entziff.*

Großvezier hat mir heute gesagt, die Pforte sei fest entschlossen, in der Frage der deutschen Militärmission nicht nachzugeben. Wenn man einmal eine Modifikation in der Organisation dieser Mission finden könnte, welche den Zweck derselben nicht gefährdet, so könnte dieselbe mit der Zeit vielleicht durchgeführt werden. Pallavicini.

[a]) Vgl. n. 9111, 9117, 9132.

Nr. 9116. Tel. aus Konstantinopel-Pera, 22. Dez. 1913 Nr. 683 (eing. 23. Dez. 9 U. a. m.).[a] Entziff.

Geheim. Geheimvertrag mit Bulgarien. Oberst Djemal Bey sagte mir heute, dass die geheime Militärkonvention zwischen der Türkei und Bulgarien heute oder morgen unterzeichnet werden dürfte. Pallavicini.

[a] Vgl. n. 9090, 9131.

Tel. nach Rom, 22. Dez. 1913 Nr. 1531 (chiffr. 11 U. 30 M. p. m.). Siehe n. 9113.

Nr. 9117. Bericht des Legationsrates Grafen Otto Czernin aus St. Petersburg, 9./22. Dez. 1913 Nr. 48 C (eing. 24. Dez.).[a] Ausfert.

Ich habe dieser Tage den Herrn Ministerpräsidenten besucht, den ich seit seiner Rückkehr aus dem Auslande und aus Livadia nicht gesehen hatte. Herr Kokowzow begann damit mir zu sagen, dass sich seit seiner letzten Zusammenkunft mit mir weder im Innern noch im Äussern viel Erfreuliches zugetragen habe. Die albanesische Abgrenzung mache allerdings günstige Fortschritte und darin werde es bald zu einem Abschlusse kommen. Die verschiedenen Erklärungen der leitenden Staatsmänner in Wien, Berlin und London hätten Grund zur Annahme gegeben, dass der Friedenswunsch ein allgemeiner sei. Es habe sich aber in jüngster Zeit eine neue ernste Frage gezeigt, und dies sei die der deutschen Militär-Mission in Konstantinopel. „Nous tâchons de traiter cette question avec du calme, mais c'est une question sérieuse." Ohne auf die Détails der Sache näher einzugehen, zeigte mir der Herr Ministerpräsident in der Art, wie er sie streifte, dass die Frage jetzt hier ganz im Vordergrunde des Interesses steht. Der Herr Minister des Äussern hat die deutsche Militär-Mission mir gegenüber bisher nie erwähnt. ... *Folgen Ausführungen über die Dumaparteien.* ... Otto Czernin.

[a] Vgl. n. 9115.

Nr. 9118. Bericht des Legationsrates Grafen Otto Czernin aus St. Petersburg, 9./22. Dez. 1913 Nr. 48 G (eing. 24. Dez.).[a] Ausfert.

In der Anlage beehre ich mich mit gehorsamstem Danke den mir gütigst zur Verfügung gestellten Bericht Herrn von Ugrons d. d. Belgrad, 17. v. M. Nr. 252 A, betreffend Äusserungen Herrn von Hartwigs, in Rückvorlage zu bringen. Über diesen Gegenstand sagte mir Herr Sazonow unlängst noch folgendes. Auf meine Mitteilung hin habe er Herrn von Hartwig eingeladen, zu der Publizierung im „Echo de Bulgarie" Stellung zu nehmen, respective sie entsprechend zu dementieren. Das Dementi sei nun seither in der serbischen Presse erfolgt und der Herr Gesandte habe überdies berichtet, dass er tatsächlich seinerzeit in Wien ein Gespräch mit Herrn Dantschew gehabt habe, dass aber die fraglichen Äusserungen, welche unser berechtigtes Befremden erregt hätten, nicht von ihm (Hartwig), sondern von seinem Mitredner (Dantschew) gemacht worden seien (!). Ich nahm die Mitteilung des Dementis zur Kenntnis und beschränkte mich darauf

zu konstatieren, dass mir im Allgemeinen Interviews mit Persönlichkeiten, in deren Wahrhaftigkeit man kein Vertrauen habe, gewagt schienen.

Otto Czernin.

[a]) Vgl. n. 9072, 9106, 9154.

*Nr. **9119.** Bericht des Legationsrates Grafen Otto Czernin aus St. Petersburg, 9./22. Dez. 1913 Nr. 48 L (eing. 24. Dez.). Ausfert.*

Über den plötzlichen Abgang des türkischen Botschafters Turkhan Pascha (confer. heutigen Bericht lit. K)[a]) erfahre ich vom Herrn Minister des Äussern noch folgende Details. Nach der Auffassung Herrn Sazonows sei Turkhan Pascha für die jetzigen jungtürkischen Machthaber „qui ne sont que des polissons" viel zu anständig und sie arbeiteten daher schon lange an seinem Sturz. Vor Jahresfrist, als man ihn durch Haki Pascha ersetzen wollte, habe Herr Sazonow in Konstantinopel wissen lassen, er werde weder diesem, noch einem anderen gleichgesinnten das Agrèment erteilen. Darauf sei Turkhan Pascha auf seinem Posten belassen worden. Nun sei der Botschafter nach Konstantinopel zitiert worden um „gewisse Aufklärungen zu geben." Dem hat Turkhan Pascha vorgebeugt, indem er telegraphisch seine Demission einreichte, die Geschäfte gleichzeitig dem Botschaftsrate übertrug und seine Abreise auf letzten Freitag festsetzte ohne die Annahme seiner Demission abzuwarten. Er wird dieser Tage in Livadia von Seiner Majestät dem Czaren in Abschiedsaudienz empfangen werden. Es scheint mir, dass dem scheidenden Botschafter seitens der Pforte vorgeworfen wird, dass er namentlich zur Zeit der Wiedereroberung Adrianopels die drohende Sprache Herrn Sazonows zu ernst nahm und hierauf durch die Entwicklung der Ereignisse desavouiert wurde. Turkhan Pascha beschliesst eine 45 jährige Carrière, die ihn auf verschiedene hohe Posten gestellt hat.

Otto Czernin.

[a]) Wurde nicht aufgenommen; betrifft nur Mitteilungen über Wechsel der Tituläre auf fünf Botschaften in St. Petersburg.

*Nr. **9120.** Tel. des Legationsrates Grafen Karl Trauttmansdorff aus London, 23. Dez. 1913 Nr. 726 (eing. 7 U. 30 M. p. m.).[a]) Entziff.*

Streng vertraulich. Staatssekretär ist über Weihnachten und Neujahr auf dem Lande, Sir A. Nicolson auf Urlaub. Ich hatte gestern längere Unterredung mit Crowe, welcher mir unter anderem sagte, italienischer Botschafter habe hier Bedingungen des Prinzen Wied an die Mächte mit der Bemerkung mitgeteilt, dass derselbe diese Punkte mit Wiener und Römer Kabinett aufgestellt. Hiesige Regierung könne Vorgang formell nicht richtig finden, dass sich Wied in einer alle Mächte angehenden und sie überdies finanziell verpflichtenden Angelegenheit mit zweien von ihnen ins Einvernehmen setzt und durch diese an die übrigen herantritt. Englische Regierung habe Prinzen wissen lassen, dass, falls er von englischer Regierung etwas wünsche, er sich direkt an sie wenden möge. Ich erklärte, über die Angelegenheit nicht informiert zu sein, bemerkte nur rein persönlich, dass ein engeres Einvernehmen des Fürsten mit Österreich-Ungarn und Italien, die doch unleugbar die meistinteressierten Mächte seien, vielleicht nicht zu

sehr Wunder nehmen sollte. Ein Verkehr des Prinzen mit allen Kabinetten wäre zweifellos ein sehr komplizierter. Diese Frage würde sich übrigens von selbst lösen, wenn er einmal in Albanien sein werde, woselbst die Kontrollkommission ein Bindeglied zwischen dem Fürsten und den Mächten sein werde. Trauttmansdorff.

[a]) Vgl. n. 9092, 9122.

Nr. 9121. Tel. aus Berlin, 24. Dez. 1913 Nr. 529 (eing. 25. Dez. 9 U. a. m.).[a]) Entziff.

Antwort auf Telegramm Nr. 810[b]) vom 23. d. M. Im Einvernehmen mit meinem italienischen Kollegen habe ich heute die mir aufgetragene Demarche ausgeführt. Staatssekretär ersuchte mich, Euer Exzellenz zu melden, dass er zu seinem ganz ausserordentlichen Bedauern nicht in der Lage sei, deutscherseits die Garantie für die albanesische 75 Millionen-Anleihe in Aussicht zu stellen. Es sei ganz zweifellos, dass diesbezüglich die Zustimmung des Reichstages notwendig sei, welche nach der Sachlage ausgeschlossen erschiene. Zum Schlusse wiederholte mir der Staatssekretär sein aufrichtigstes Bedauern, unserem Wunsche nicht entsprechen zu können, und sagte mir, dass, falls alle Mächte an der Garantie teilnehmen würden, es allenfalls möglich wäre, mit dieser Angelegenheit an den Reichstag heranzutreten, welcher am 13. künftigen Monats wieder zusammentritt, doch sei er der Überzeugung, dass auch dann ein Erfolg nicht zu erwarten sei.
Szögyény.

[a]) Vgl. n. 9092, 9142. — [b]) Mit Tel. Nr. 854 nach London (vgl. n. 9122 Anm. b) erging identische Weisung.

Nr. 9122. Tel. des Legationsrates Grafen Karl Trauttmansdorff aus London, 24. Dez. 1913 Nr. 728 (eing. 25. Dez. 9 U. a. m.).[a]) Entziff.

Nachdem, wie ich mit Telegramm Nr. 726 von gestern gemeldet, italienischer Botschafter Demarche in Angelegenheit der Garantierung der 75 Millionenanleihe Albaniens bereits gemacht hatte, habe ich heute den mir mit hohem Telegramm Nr. 854[b]) vom 23. dieses Monats aufgetragenen Schritt ausgeführt. Hilfsunterstaatssekretär gab mir gleiche Antwort wie Marquis Imperiali; englische Regierung könne Form nicht richtig finden, dass Prinz Wied in dieser alle Mächte interessierenden Angelegenheit mit uns und Italien vorher Details vereinbare und sich dann durch diese zwei Mächte an die übrigen wende. Englische Regierung habe, als der Prinz von diesen Verhandlungen Sir E. Goschen sprach, ihn durch den genannten Botschafter wissen lassen, er möge sich direkt, beziehungsweise durch Sir E. Goschen an die englische Regierung wenden, wenn er etwas von ihr wolle. Als ich Dringlichkeit der Angelegenheit betonte und darauf hinwies, wie wichtig es wäre, dass Prinz um die von ihm beabsichtigte Zeit nach Albanien gehe, sagte mir Hilfsunterstaatssekretär zu, Prüfung der Angelegenheit wegen der Formfrage, deren prinzipielle Wichtigkeit er mir aber immer wieder betonte, nicht verzögern zu wollen; er werde sich sofort mit dem Schatzkanzleramt ins Einvernehmen setzen, fürchte aber, dass infolge Weihnachtszeit eine sehr rasche Prüfung nicht zu erwarten ist. Aus meiner Unter-

redung konnte ich entnehmen, dass in der Frage zwischen London und Paris schon vor italienischer Demarche ein Meinungsaustausch stattgefunden hat. Es scheint in demselben die Frage der Kontrolle durch die Kontrollkommission sowie eine gewisse Feststellung der Ressourcen ventiliert zu sein. Ausserdem glaube ich, dass in Paris und (vielleicht deshalb) auch in London Absicht bestehe, es so einzurichten, dass Nationalbank bei dieser Anleihe aus dem Spiele bleibe. Ich halte es auch nicht für ausgeschlossen, dass mit der Frage der Garantierung der Anleihe Frage der Konzession der Nationalbank verquickt werden wird. Trauttmansdorff.

a) Vgl. n. 9092. — *b)* Mit Tel. Nr. 854, 23. Dez. 1913 (chiffr. 10 U. 20 M. a. m.) wurde nach London die Weisung erteilt, mit Rücksicht auf die Erklärung des Prinzen Wied den albanischen Thron anzunehmen, wenn die sechs Großmächte oder einige derselben die Garantie für die 75-Millionen-Anleihe übernehmen, im Einvernehmen mit italienischem Kollegen bei der englischen Regierung dringlich zu intervenieren, damit diese die Garantie gleichfalls übernehme und sofortiger Emission erster Serie von 20 Millionen zustimme.

Nr. 9123. Tel. des Legationsrates Grafen Otto Czernin aus St. Petersburg, 24. Dez. 1913 Nr. 392 (eing. 25. Dez. 9 U. a. m.).a) Entziff.

Prinz Wied. Bezug auf Telegramm Nr. 606*b)* vom 23. d. Herr Sazonow scheint im Prinzipe geneigt, dass russischerseits Garantie für die 75 Millionen Anleihe mitübernommen werde. Sowohl meinem italienischen Kollegen als mir sagte er, es wäre nötig, dass das betreffende Ansuchen des Prinzen Wied formell auch an die russische Regierung gerichtet werde. Ich erwiderte als persönliche Vermutung, dass der Prinz seine Bedingungen direkt auch dem Berliner Kabinett mitgeteilt haben dürfte, und dass dieses mit Rücksicht auf die Vermittlung bei der Designierung wohl auch in diesem Falle zur Entgegennahme der Bedingungen geeignet sei. Minister versprach, sich telegrafisch mit den Kabinetten von Paris und London ins Einvernehmen zu setzen und mir seine Antwort in einigen Tagen zu geben. Nachdem Herr Sazonow im Verlaufe des Gespräches angebliche neuerliche Anzeichen von Parteienantagonismus in Albanien erwähnte, benützte ich dies, um darauf hinzuweisen, dass in diesem Falle die baldige Ankunft Herrschers umso notwendiger erscheine. Otto Czernin.

a) Vgl. n. 9092, 9126. — *b)* Mit Tel. Nr. 606, 23. Dez. 1913 (chiffr. 10 U. 20 M. a. m.) wurde nach St. Petersburg mitgeteilt, Prinz Wied sei bereit, den Thron Albaniens anzunehmen, wenn die Großmächte die Garantie einer Anleihe für Albanien übernehmen.

Nr. 9124. Tel. des Legationsrates Grafen Otto Czernin aus St. Petersburg, 24. Dez. 1913 Nr. 393 (eing. 9 U. a. m.).a) Entziff.

Einer Äusserung des französischen Geschäftsträgers entnehme ich, dass seiner Auffassung nach die französische Regierung die auf Grund des englischen Süddelimitationsvorschlages erfolgte Einigung über die Südgrenze in Albanien erst dann als definitiv betrachte, wenn auch der englische Vorschlag*b)* über das Schicksal der ägäischen Inseln akzeptiert sei; dies entspreche den Entschlüssen der Londoner Reunion. Als Herr Sazonow heute auf die Inselfrage zu sprechen kam, schien er auf demselben Standpunkte

zu stehen. Ich ging auf dieses Thema nicht näher ein und beschränkte mich zu sagen, dass meines Wissens über die Inselfrage zwischen den Dreibundmächten noch gesprochen werde. Wie wenig gründlich übrigens der Herr Minister manchmal derlei Fragen behandelt, geht aus seiner heutigen Bemerkung hervor, auch die italienischerseits besetzten Inseln würden seinerzeit an Griechenland fallen müssen. Ich war hierüber etwas erstaunt und verwies auf den englischen Vorschlag, den, wie er mir selbst gesagt hätte, die russische Regierung sofort akzeptiert habe und laut welchem diese Inseln mit einer gewissen Autonomie der Türkei verbleiben würden. Minister sah seinen Irrtum ein und sagte, dies werde wohl allerdings das Resultat des schliesslichen Kompromisses zwischen den Mächtegruppen sein. Übrigens sehe er schon jetzt voraus, dass auch diese Inseln, falls sie unter türkischer Herrschaft blieben, früher oder später durch spontane Willensäusserung der griechischen Bevölkerung sich mit Griechenland vereinigen werden. Das Beispiel Kretas werde sich wiederholen. Otto Czernin.

[a]) Vgl. n. 9107. — [b]) n. 9083.

*Nr. **9125**. Bericht des Legationsrates Grafen Otto Czernin aus St. Petersburg, 12./25. Dez. 1913 Nr. 49 A (eing. 29. Dez.).[a]) Ausfert.*

Herr Sazonow sprach unlängst mit mir über den hiesigen französischen Botschafter Herrn Delcassé, dessen baldiges Scheiden zwar noch nicht definitiv festgesetzt, „leider aber sehr wahrscheinlich" sei. Selbstverständlich wären die Gründe hiefür ausschliesslich innerpolitischer Natur, indem Herr Delcassé bei einem Kabinetswechsel wohl eines der wichtigeren Portefeuilles erhalten dürfte (Äusseres, Krieg oder Marine). Über die Person des Botschafters seien namentlich in Deutschland gänzlich falsche Ansichten verbreitet worden. Er sei einer der ruhigsten und dabei klügsten Politiker Frankreichs. Während der ganzen Zeit der Balkankrise habe Herr Delcassé nicht nur Russland, sondern auch dem europäischen Frieden grosse Dienste geleistet und er werde schwer zu ersetzen sein. Es waren hier Gerüchte verbreitet, nach welchen der gegenwärtige Politische Direktor Herr Paléologue Chancen hätte zum Botschafter am Zarenhofe ausersehen zu werden. Bei Herrn Sazonow ist derselbe jedoch wegen des bei ihm herrschenden Übergewichtes der Phantasie über die Logik nicht sonderlich gut angeschrieben. Er bezeichnete Herrn Paléologue als einen gänzlich unpolitischen Kopf, der sich nicht zum Botschafter eigne. Dies habe er nicht nur in seinen früheren Stellungen, sondern auch in seiner jetzigen Verwendung bewiesen.

Otto Czernin.

[a]) Vgl. n. 8916, 9201, 9293.

*Nr. **9126**. Tel. des Legationsrates Grafen Otto Czernin aus St. Petersburg, 26. Dez. 1913 Nr. 394 (eing. 27. Dez. 9 U. a. m.).[a]) Entziff.*

Albanesische Anleihe. Nachhang zu meinem Telegramme Nr. 392 vom 24. d. M. In Beantwortung einer auf Wunsch Ministers des Äussern übergebenen Notiz, welche den Inhalt telegraphischer Weisung Nr. 606[b]) vom 23. d. Mts. wiedergab, erhalte ich soeben aide-mémoire folgenden Inhaltes: „D'après l'avis du gouvernement Impérial la question de l'emprunt

pour l'Albanie qui serait garanti par les six Puissances, rentre dans la compétence de la commission de contrôle en stricte conformité avec la décision adoptée par les Puissances à Londres de charger la commission du „contrôle" de l'administration et des finances de l'Albanie. Tout en étant prêt à un échange de vues entre les cabinets sur la somme totale de l'emprunt et les conditions de sa garantie par les Puissances, le ministère Imperial a l'honneur d'informer l'ambassade Impériale et Royale qu'il n'a pas encore reçu de la part du Prince Wied une réponse précisant les conditions auxquelles il voudrait subordonner son acceptation de la proposition qui lui a été faite par les Puissances." Original folgt mit heutigem Bericht. Otto Czernin.

[a]) Vgl. n. 9185. — [b]) Vgl. n. 9123 Anm. b.

Nr. 9127. Bericht des Legationsrates Grafen Karl Trauttmansdorff aus London, 27. Dez. 1913 Nr. 100 C (eing. 30. Dez.).[a]) Ausfert.

Streng vertraulich. Zur Vorgeschichte des Compromissvorschlages Sir E. Greys, betreffs der südalbanesischen Grenze und der Ägäischen Inseln erzählte mir neulich Hilfs-Unterstaatssekretär Sir Eyre Crowe einige Détails, die ich Euer Exzellenz zur Kenntnis zu bringen mir gestatten will. Seit einiger Zeit sei die griechische Regierung immer wieder darauf zurückgekommen, wie schwer es für sie sei, die öffentliche Meinung in Griechenland sowie die Stimmung im Epirus niederzuhalten, wenn so weite von Griechen bewohnte Territorien — wie sie zu befürchten müssen glaube — von den Mächten Albanien zugesprochen würden und von den siegreichen griechischen Truppen geräumt werden müssten. Das Cabinet und speziell Herr Venizelos selbst, könnte diesen Schlag nur überwinden, wenn es sich darauf berufen könnte, dass als Entschädigung Griechenland sämtliche Inseln im ägäischen Meere zugesprochen würden. Diese fortwährenden griechischen Klagen einerseits sowie die unter den Grossmächten aus Anlass der beiden in Rede stehenden Fragen andauernd bestehenden Schwierigkeiten hätten beim Staatssekretär den Entschluss zur Reife gebracht, mit dem bekannten Compromissvorschlage an die Cabinete der Grossmächte hervorzutreten. Sir E. Grey sei der Meinung gewesen, dass sowohl Griechenland als auch die Türkei, vor ein fait accompli gestellt, sich dem Willen der Mächte fügen würden. Er sagte mir, der Staatssekretär habe einen Augenblick die Idee ventiliert, die Pforte vielleicht schonend vorzubereiten und ihr den wohlmeinenden Rat zu geben, sich in das Unvermeidliche zu fügen, sei aber davon abgekommen und habe sich dazu entschlossen, die Pforte gleich Griechenland vor ein fait accompli zu stellen. Es ist nach dem Vorstehenden begreiflich, dass die Indiscretion, durch welche der Greysche Compromissvorschlag in Paris der Presse bekannt wurde, hier auf das unangenehmste berührt hat. Recriminationen seitens Griechenlands und die energischen Proteste der Pforte gegen das geplante Arrangement bezüglich der Inseln sind die natürliche Folge des Bekanntwerdens gewesen. Der englische Botschafter in Paris ist von Sir E. Grey beauftragt worden, seiner Verwunderung über diese Indiscretion unumwunden Ausdruck zu geben und der französischen Regierung den peinlichen Eindruck nicht zu verhehlen, den dieselbe in London hervorgerufen hat. Sir E. Crowe erzählte

mir streng vertraulich, er habe in dieser Beziehung eine sehr offene Aussprache mit Herrn Cambon gehabt, in welcher er die Bemerkung habe fallen lassen, dass das Foreign Office, welches jetzt die Gewohnheit habe, alle Fragen im Vorhinein mit Paris zu besprechen, von dieser Vorgangsweise abgehen müsse, wenn man vor so crassen Indiscretionen nicht sicher sein könne. Der Herr französische Botschafter konnte nicht anders, als den Hilfs-Unterstaatssekretär bitten, kein Blatt vor den Mund zu nehmen, er werde alles wortgetreu nach Paris melden! Bei der Erörterung der Beweggründe, welche bei Sir E. Greys Entschlusse zu seiner jüngsten Initiative mitgespielt haben, hat der Hilfs-Unterstaatssekretär — meiner unmassgeblichen Meinung nach — den wichtigsten nicht erwähnt. Seit dem tripolitanischen Kriege war man hier über die endlichen Absichten Italiens mit Bezug auf die Inseln nervos und während der ganzen vorjährigen Krise hat, ausser der Gefahr eines europäischen Krieges, nur eine Frage die englische Regierung direkt und intensiv interessiert, und diese Frage war die Frage der Inseln des ägäischen Meeres. Sir E. Grey möchte dieselbe je eher je lieber endgiltig geregelt sehen; trotz aller Versicherungen der italienischen Regierung, alle besetzten Inseln herausgeben zu wollen, ist hier das Misstrauen nicht völlig geschwunden und es besteht die Besorgnis, dass bei einem längeren Hinausziehen der Occupation sich für Italien doch vielleicht eine günstige Gelegenheit bieten könnte, die es nicht unbenützt vorübergehen lassen würde. Durch die Verquickungen der südalbanesischen mit der Inselfrage glaubt Sir E. Grey offenbar auf Italien einen Druck ausüben zu können, den Frieden von Lausanne als erfüllt erklären und an die Herausgabe der Inseln schreiten zu müssen. Ich sollte aus diesem Grunde aber auch glauben, dass Sir E. Grey nicht leicht zu bewegen sein wird, die Frage Südalbaniens beziehungsweise der Evacuation durch Griechenland zu beenden, ohne dass gleichzeitig auch die zweite ihm weit mehr am Herzen liegende der Inseln ihrer Erledigung zugeführt wird. Trauttmansdorff.

a) Vgl. n. 9083.

Nr. 9128. Tagesbericht über einen Besuch des ital. Geschäftsträgers, 27. Dez. 1913 Nr. 6024.a) Konz. (S. Gautsch; G. Berchtold).

Streng vertraulich. Der königlich italienische Geschäftsträger hat heute auftraggemäß bei mir vorgesprochen, um mir die Ansichten Marquis di San Giulianos in der Inselfrage darzulegen, die er in folgende drei Punkte zusammenfaßte: 1.) Was zunächst das in der englischen Proposition aufgestellte Junktim zwischen der Evakuation Südalbaniens und der Inselfrage betreffe, so stehe Marquis di San Giuliano nach wie vor auf dem Standpunkte, daß ein solches Junktim nicht annehmbar sei. Erst nach definitiv befriedigender Lösung der Grenzfrage, Räumung Südalbaniens durch Griechenland und völligem Aufhören jeglichen Widerstandes daselbst könnten die Dreibund-Mächte dem Gedanken nähertreten, sich Griechenland in der Inselfrage entgegenkommend zu zeigen. (Conte Aldrovandi betonte bei diesem Anlasse neuerlich die Notwendigkeit, den vereinbarten Evakuationstermin durch die Vertreter aller sechs Mächte in Athen zu notifizieren und Griechenland für

spätere Unruhen im Epirus verantwortlich zu machen.) 2.) Bezüglich der von Griechenland besetzten Inseln sei Marquis di San Giuliano noch zu keiner endgiltigen Auffassung gelangt, würde sich aber, falls die Kabinette von Wien und Berlin der Belassung von Chios und Mytilene in griechischem Besitz zuneigen, einem solchen Vorgehen mit der Anregung anschließen, daß in diesem Falle Lemnos und Samothraki wohl der Türkei verbleiben sollten, was aber jedenfalls und selbstverständlich auch von Kasteloryzo zu gelten hätte. Voraussetzung eines solchen Entgegenkommens der Dreibund-Mächte sei die von Griechenland zu leistende formelle Garantie, auf den neuerworbenen Inseln keine Befestigungen zu errichten und den muselmanischen Minoritäten daselbst entsprechenden Schutz zu gewähren. 3.) In der Frage der gegenwärtig von Italien besetzten Inseln erhoffe und erbitte Marquis di San Giuliano die wirksamste Unterstützung Österreich-Ungarns und Deutschlands. — Italien sei bereit, der von ihm übernommenen Verpflichtung zur Rückgabe der Inseln an die Türkei nachzukommen. Dies entspräche seinem Grundsatze, daß keine Großmacht territoriale Vorteile aus der Balkankrise erlangen dürfe, einem Grundsatze, der seines Erachtens auch in der England zu erteilenden Antwort entsprechenden Ausdruck finden müßte. Was jedoch die Form und den Zeitpunkt der Übergabe anbelange, so könne sich Italien heute nicht binden. Es handle sich hier um eine bloß Italien und die Türkei betreffende Angelegenheit und Italien müsse es sich vorbehalten, den ihm hiefür passend erscheinenden Zeitpunkt selbst zu wählen, um bei diesem Anlasse von der Türkei als Ersatz für die mangelhafte Einhaltung des Lausanner Friedensvertrages Konzessionen auf wirtschaftlichem Gebiete zu erlangen. Auch könne Italien keinerlei Verpflichtung dafür übernehmen, daß die Inseln nach ihrer Rückgabe an die Türkei in den Genuß der von England angeregten Autonomie treten. — Ich habe Conte Aldrovandi für seine Ausführungen gedankt und ihn ersucht, Marquis di San Giuliano als meine vorläufige Antwort Nachstehendes mitzuteilen: Punkt 1 betreffend teile ich vollkommen die Ansicht des Herrn Ministers und halte auch meinerseits daran fest, daß die Evacuationsfrage nicht in ein Junktim mit dem Inselproblem gebracht werden sollte. Über Punkt 2 — die von Griechenland besetzten Inseln — müsse ich, ehe ich den Anregungen Marquis di San Giulianos nähertrete, erst mit dem Berliner Cabinett Fühlung nehmen. Dem sub 3.) geäußerten Wunsche Marquis di San Giulianos, in der Frage der von Italien besetzten Inseln auf die vereinte Mitwirkung der Verbündeten rechnen zu können, sei ich mit Vergnügen bereit zu entsprechen und könne ihn in seiner Auffassung der vollsten Unterstützung des Wiener Cabinettes versichern. Auch nehme ich gleichzeitig von der Erklärung der italienischen Regierung Akt, daß keine Großmacht, also auch nicht Italien, aus der Krise territoriale Vorteile erlangen dürfe. Was schließlich die Formulierung der England zu erteilenden Antwort anbelange, so hielte auch ich es im Interesse eines rascheren und vereinfachten Vorgehens angezeigt, die Redigierung des Textes nicht im Wege eines Meinungsaustausches zwischen den Cabinetten, sondern in einer der Dreibundhauptstädte vorzunehmen, wofür mir Rom am geeignetsten erschiene.

[a]) Vgl. n. 9083, 9130, 9134, 9135, 9143, 9144.

*Nr. **9129.** Tel. aus Sofia, 27. Dez. 1913 Nr. 1350 (eing. 28. Dez. 9 U. a. m.).[a] Entziff.*

Minister des Aeussern las mir heute Telegramm des bulgarischen Gesandten in Konstantinopel vor, dass Abkommen mit Türkei perfekt und er Text zur Unterzeichnung herschicke. Tarnowski.

[a] Vgl. n. 9065, 9131, 9163.

*Nr. **9130.** Tel. nach Berlin Nr. 819 (1) und Rom Nr. 1547 (2), 28. Dez. 1913 (chiffr. 6 U. p. m.).[a] Konz. (S. Berger; V. Forgách; G. Berchtold).*

1. u. 2. Euer Exzellenz erhalten per Post eine Aufzeichnung über meine gestrige Unterredung mit dem königlich italienischen Geschäftsträger betreffend die Inselfrage.[b] Diese Aufzeichnung ist zur Regelung Ihrer Sprache gegenüber dem dortigen Auswärtigen Amte

1. und Einholung der Ansicht der kaiserlich deutschen Regierung über den darin skizzierten Punkt 2 der italienischen Proposition

1. u. 2. bestimmt.

2. Da ich Euer Exzellenz Telegramm Nr. 1014[c] vom 26. d. M. entnehme, daß Hochderselben die drei Punkte des betreffenden Auftrages Marquis di San Giulianos an Conte Aldrovandi bekannt sind, bemerke ich zu Euer Exzellenz vorläufigen Orientierung, daß ich mich zu derselben im Wesen wie folgt geäußert habe: ad 1. Mit italienischer Auffassung einverstanden. Junktim zwischen Evakuierungsfrage und Inselproblem ist möglichst zu vermeiden. ad 2. Vorbehalt des Meinungsaustausches mit dem Berliner Kabinet. ad 3. Ich könne Marquis di San Giuliano der vollsten Unterstützung des Wiener Kabinetes versichern und nähme von der Erklärung Akt, daß keine Großmacht aus der gegenwärtigen Krise territoriale Vorteile ziehen dürfe. Schließlich stimme ich auch darin mit Rom überein, daß aus Zweckmäßigkeitsgründen die Redaktion der Antwort der Dreibundmächte an die englische Regierung nicht im Wege eines Meinungsaustausches zwischen den Kabineten, sondern in einer der drei Hauptstädte vorzunehmen wäre, wofür mir Rom am geeignetsten erscheine. Ich stelle es Euer Exzellenz Ermessen anheim, meine Antwort ad Punkt 3 im Sinne Ihres vorzitierten Telegrammes zugunsten unserer südkleinasiatischen Wünsche[c] zu verwerthen. Berchtold.

[a] Vgl. n. 9143, 9147. — [b] n. 9128. — [c] Betrifft Alaja-Frage und wurde daher nicht aufgenommen. Vgl. n. 9068 Anm. c.

*Nr. **9131.** Bericht aus Konstantinopel, 29. Dez. 1913 Nr. 82 A (eing. 1. Jan. 1914).[a] Ausfert.*

Geheim. Der hiesige bulgarische Gesandte hat mich vorgestern aufgesucht und mir mitgeteilt, dass der türkisch-bulgarische Geheimvertrag wahrscheinlich in den nächsten Tagen unterzeichnet werden dürfte. Aus den weiteren Äusserungen Herrn Toscheffs konnte ich entnehmen, dass man bulgarischerseits noch gewisse Bedenken hegt. Der genannte Diplomat sagte mir nämlich, dass der in Rede stehende Geheimvertrag nur dann

seinen vollen Wert hätte, wenn sich die beiden vertragschliessenden Länder in irgend einer Form an die Triple-Allianz anschliessen könnten. Der Gedanke, der Herrn Toscheff hiebei vorschweben dürfte, ist zweifellos der, dass durch eine solche Anlehnung die Gefahr, welche Bulgarien seitens Rumänien droht, eliminiert werden würde. Er frug mich um meine Meinung bezüglich der Durchführbarkeit eines solchen Anschlusses Bulgariens und der Türkei an die Dreibundmächte. Hiebei liess er durchblicken, dass man russischerseits in Bulgarien stark für eine Annäherung an Serbien agitiere. Die letzten bulgarischen Kammerwahlen hätten zwar gezeigt, dass sich das bulgarische Volk von den russischen Sympathien abgewendet habe, immerhin aber bestehe die Gefahr, dass man, wenn man sich in Bulgarien vom Dreibunde nicht genügend unterstützt fühlen würde, doch ins andere Lager übergehen könnte. Ich antwortete meinem Mitredner, dass die Politik Österreich-Ungarns, wie er ja wisse, während der ganzen Krise sehr bulgarenfreundlich gewesen sei, dass aber, meiner persönlichen Ansicht nach, der Augenblick jetzt nicht gekommen sei, um den von ihm angeregten Gedanken des formellen Anschlusses an den Dreibund näher zu treten. Ich fügte jedoch hinzu, es sei in der Politik die Hauptsache, faits accomplis zu schaffen, welche dann von selbst auf den Gang der Ereignisse bestimmend einwirken. Ein solches fait accompli würde ich eben darin sehen, dass sich Bulgarien mit der Türkei verbindet und dass beide Länder vorläufig sich zum Ziele setzen würden, ihre militärischen Kräfte zu entwickeln. Wenn einmal diese beiden Staaten eine militärische Macht von circa einer Million Streitern repräsentieren werden, was ja gewiss erreichbar sei, so würde schon diese Tatsache in der allgemeinen politischen Constellation schwer ins Gewicht fallen. Herrn Toscheff schien diese meine Argumentation einzuleuchten. Er machte mir sodann einige nähere Mitteilungen über den Inhalt des in Aussicht genommenen und textlich bereits festgestellten Vertrages und erklärte mir, dieser Vertrag sei eigentlich defensiver Natur, enthalte aber auch einen Artikel, welcher den Fall einer eventuellen Offensive ins Auge fasst. Der Inhalt dieses Artikels, den mir Herr Toscheff auch vorgelesen hat, geht dahin, dass in gewissen Fällen auch zur Offensive gegen Serbien und Griechenland geschritten werden könne, jedoch nur unter der ausdrücklichen Voraussetzung, dass die Neutralität Rumäniens sichergestellt und in formeller Weise garantiert werde. Diese eventuelle Offensivaction ist für einen Zeitpunkt erst nach Ablauf von 4 Jahren ins Auge gefasst. Immerhin wird aber auch die Möglichkeit nicht ganz ausgeschlossen, dass die Alliierten zur Wahrung ihrer vitalen Interessen gezwungen werden könnten, schon vor Ablauf der oben erwähnten Frist von 4 Jahren die Offensive zu ergreifen, immer aber unter der Voraussetzung der Neutralität Rumäniens. Durch diese letztere Klausel wollte die bulgarische Regierung auch erreichen, dass sie nicht etwa durch einen coup de tête der türkischen Staatsmänner vorzeitig und gegen ihren Willen in einen Krieg hineingezogen werden könne. In diesem Zusammenhang möchte ich einer Bemerkung des neuen Bautenministers Djemal Bey Erwähnung thun, welche derselbe anlässlich eines Gespräches dem K. u. K. Militärattaché gegenüber fallen liess und die dahin ging, dass wohl für die

nächste Zukunft kaum eine türkiche Offensive gegen Griechenland denkbar sei. Djemal Bey kann hiemit gemeint haben, dass der jetzige Zustand der türkischen Armee kein genügend guter sei; wahrscheinlich dürfte ihm aber die früher besprochene Vertragsklausel vor Augen geschwebt haben. Im weiteren Verlaufe meines Gespräches mit Herrn Toscheff sagte mir derselbe, dass er den in Rede stehenden Geheimvertrag als une „affaire baclée" ansehe und dass jeden Tag die Unterfertigung stattfinden könne. Die Verhandlungen seien auf türkischer Seite von Talaat und Djemal Bey geführt worden, welche auch den Vertrag unterzeichnen werden. Schliesslich teilte mir der bulgarische Gesandte noch vertraulich mit, dass er vorgestern früh Baron Wangenheim vor dessen Abreise nach Berlin über die zwischen Bulgarien und der Türkei bestehenden Beziehungen nähere Aufschlüsse gegeben habe, ohne ihm aber zu sagen, dass der Abschluss eines geheimen Vertrages bevorstehe. Der Deutsche Botschafter hätte ihm geantwortet, er persönlich würde eine Annäherung zwischen diesen beiden Ländern mit Freude begrüssen und glaube, dass man auch in Berlin diese Ansicht teilen dürfte; namentlich wenn es gelingen würde, auch Rumänien für den Anschluss an diese Allianz zu gewinnen. Baron Wangenheim soll hinzugesetzt haben, dass die gräcophile Stimmung in Berlin seiner Anschauung nach im Abflauen begriffen sei. Pallavicini.

a) Vgl. n. 9116, 9129, 9166, 9213, 9224.

Nr. 9132. Bericht aus Konstantinopel, 29. Dez. 1913 Nr. 82 B (eing. 1. Jan. 1914).a) Ausfert.

Vertraulich. Wie ich aus guter Quelle höre, soll Seine Majestät der Czar in der Frage der hiesigen deutschen Militärmission an KaiserWilhelm einen Brief geschrieben haben, in welchem Er erklärte, es habe Ihn schmerzlich berührt, dass man als Sitz des deutschen Corpscommandanten gerade Konstantinopel gewählt habe, da ja die Mächte immer an dem Prinzipe festgehalten hätten, dass in Konstantinopel keine Macht eine präponderante Stellung einnehmen dürfe. Aus den Mitteilungen des deutschen Botschafters in den letzten Tagen entnehme ich, dass man deutscherseits noch vor kurzer Zeit eher in der Lage gewesen wäre dem russischen Standpunkte entgegenzukommen als jetzt. Über die conciliante Haltung des deutschen Kaisers sowohl, als auch der Berliner Regierung sowie über die damaligen Vorschläge meines deutschen Collegen hatte ich die Ehre unter Nr. 678 am 20. d. M. telegrafisch zu berichten. Nunmehr hat sich die Frage der deutschen Militärmission infolge der in den französischen Zeitungen eingeleiteten Hetze in eine Prestigefrage zugespitzt, so dass man in Berlin heute auf dem Standpunkt zu stehen scheint, an den bisherigen Dispositionen wenigstens vorläufig nichts ändern zu lassen. Baron Wangenheim sagt mir diesbezüglich, dass die öffentliche Meinung in Deutschland an dieser Frage ein äusserst reges Interesse nehme, man könne sagen, dass überhaupt in dieser Beziehung in der Auffassung des gesammten deutschen Volkes vollkommene Einigkeit herrsche; es sei also ganz ausgeschlossen, auf diesem Gebiete jetzt von Concessionen zu sprechen. Hiebei müsse man auch noch die Aversion der leitenden türkischen Kreise gegen eine Änderung der Dispositionen und

endlich die persönliche Ansicht des Leiters der Mission selbst in Betracht ziehen, welch' letzterer augenblicklich wenigstens der Meinung zu sein scheint, dass er der Sache als Commandant des hiesigen Armeecorps am besten dienen könne. Immerhin gibt der deutsche Botschafter zu, dass vielleicht nach Ablauf von einigen Monaten ein Ausweg gefunden werden könnte, um den russischen Wünschen vielleicht etwas entgegenzukommen; und zwar dadurch, dass man dem General von Liman einen höheren Rang und etwa ein Armeeinspectorat geben würde. Unter allen Umständen heisst es aber vorläufig abwarten. Herr von Giers, mit dem ich auch über diese Frage sprach, sagte mir neulich, dass er dieselbe als eine sehr ernste betrachte und dass man russischerseits darauf bestehen müsse, in absehbarer Zeit wenigstens eine Zusicherung über die in Aussicht genommene Abänderung des Sitzes des deutschen Corpscommandanten zu erhalten. Er würde sich mit einer Erklärung Baron Wangenheims begnügen, in welcher letzterer diese Verlegung des Corpscommandos für die Zukunft, allerdings für einen bestimmten Zeitpunkt in Aussicht stellen würde. Vergleicht man diese Äusserung meines russischen Collegen mit jenen, welche ich die Ehre hatte mit meinem bereits citierten Telegramm einzuberichten, wo er von einer Maximalfrist von 8 Tagen sprach, so ergiebt sich daraus der Schluss, dass Herr von Giers in den letzten Tagen viel Wasser in seinen Wein gegossen hat. Überhaupt glaube ich ein Abflauen der ganzen Angelegenheit constatieren zu können, welche nach meinem Dafürhalten nunmehr aus dem acuten Stadium herausgetreten sein dürfte. Ich möchte hier noch beifügen, dass ich unlängst Gelegenheit hatte, General von Liman persönlich kennen zu lernen, und dass derselbe mit seinem geraden soldatischen Wesen auf mich den besten Eindruck hervorgerufen hat. Auch höre ich, dass er sich bereits viele Sympathien in türkischen Kreisen zu erwerben verstanden hat.

Pallavicini.

a) Vgl. n. 9115, 9155, 9183, 9436.

Nr. 9133. Bericht aus Konstantinopel, 29. Dez. 1913 Nr. 82 H (eing. 1. Jan. 1914).a) Ausfert.

Streng vertraulich. Seit dem türkisch-italienischen Kriege ist das alte — für einige Jahre durch die konstitutionelle Aera in der Türkei unterbrochene — System wieder aufgelebt, die Geschicke des Osmanischen Reiches mit einigen Schlagworten abzuthun. Nun ist nichts geeigneter die Beurteilung der wirklichen Lage der Dinge so falsch zu beeinflussen und die Begriffe zu verwirren, wie das Prägen solcher Schlagworte, die bald allgemein als Axiome angesehen werden, wenn sie auch noch so sehr der faktischen Lage der Dinge widersprechen. Solch eine beliebte Phrase ist die des Zusammenbruches der europäischen Türkei. Immer wieder wird davon gesprochen und man gibt sich schon keine Mühe mehr, zu untersuchen, ob die türkische Macht in Europa wirklich zusammengebrochen ist oder nicht. Ja nicht einmal der Vormarsch der türkischen Truppen nach Adrianopel und die Friedensschlüsse der Türkei mit den Balkanstaaten vermochten an dieser Überzeugung der gesammten Presse, ich möchte fast sagen, an der Überzeugung Europas etwas zu ändern. Nun ist aber selten ein unrichtigeres

Wort in Umlauf gesetzt worden als gerade dieses. Vor Allem kann von einem Zusammenbruch nur bei einem Organismus die Rede sein und als solchen konnte man die europäische Türkei, wie sie vor dem Kriege bestand, beim besten Willen nicht ansehen. Der Erfolg des Krieges war durchaus kein Zusammenbruch, sondern nur eine Abtrennung von Provinzen, welche noch immer, trotz der Jahrhunderte langen türkischen Herrschaft, den Charakter von unterjochten fremden Gebieten bewahrt hatten, vom beherrschenden Organismus — ich will gleich hinzufügen, zu seinem aber nicht zu unserem Heile. Albanien und die jetzt griechischen, serbischen und bulgarischen Provinzen der Türkei waren für dieselbe passive, nur durch Entfaltung einer grossen Militärmacht zu behauptende Gebiete und ist meiner Ansicht nach, durch die Abtrennung derselben, aus der europäischen Türkei im Vereine mit dem eigentlichen Anatolien ein Organismus entstanden, der sich kräftiger entwickeln kann als das frühere Gebilde. Auch als Faktor auf dem Balkan wird die in Europa auf Konstantinopel, die Meerengen und Adrianopel sich stützende türkische Militärmacht viel wichtiger und ausschlaggebender werden, als sie es in dem rings von Feinden umgebenen und zum grossen Teil von feindlicher Bevölkerung bewohnten Macedonien sein konnte. Nachdem in der europäischen Öffentlichkeit mit dem oben besprochenen Schlagworte die europäische Türkei vorläufig begraben wurde, glaubte man dabei nicht stehen bleiben zu können und es entstand das zweite Schlagwort von der Aufteilung des asiatischen Besitzstandes des Reiches. Man hat in Europa seit einigen Jahren zu viel von europäischen Influenzsphären in Kleinasien gesprochen und glaubt nun, dass diese nicht mehr wirtschaftliches Arbeitsfeld bleiben können, sondern mit Naturnotwendigkeit zu einer Aufteilung der ganzen Türkei führen müssen. Dieser Gedankengang ist aber genau so falsch, wie derjenige, welcher zur irrigen Auffassung über den Zusammenbruch der europäischen Türkei geführt hat. Es besteht sogar eine gewisse Analogie in den Verhältnissen der asiatischen Türkei und der europäischen vor dem Kriege: hier wie dort ein mohammedanisch-türkisches noyau, in beiden Weltteilen eine Gruppierung von zum grossen Teile von nicht-türkischen Elementen bewohnten Provinzen an den äusseren Grenzen dieses Kernes. Ebenso wie es in Europa geschah, ist es deshalb auch leicht möglich, dass in Asien mit der Zeit eine Abbröckelung dieser Provinzen und eine Aufteilung derselben unter die europäischen Mächte eintreten werde. Wenn aber die Türkei in Asien einst Armenien, Arabien, Mesopotamien, Syrien und Palestina, alle überwiegend von fremden, das heißt nicht-türkischen Elementen bewohnten Provinzen verlieren sollte, so bliebe das eigentliche Anatolien, die ganze kleinasiatische Halbinsel als gewissermassen homogener Kern bestehen, der sich nicht recht aufteilen lässt, weil er eben kein Konglomerat aus verschiedenen Provinzen ist, sondern das eigentliche Reich der osmanischen Türken, in welchem jeder Teil zum anderen gehört und wo zentrifugale Kräfte nicht existieren. Abgesehen von der nationalen Eigenheit und Zusammengehörigkeit des eigentlichen Kleinasiens greifen auch die dortigen Interessensphären der europäischen Mächte so sehr ineinander, dass an eine Repartierung dieses Gebietes an dieselben, etwa

nach den von Eisenbahnen des betreffenden Staates durchzogenen Interessensphären, nicht zu denken wäre. Natürlich wäre es teoretisch möglich, das Land etwa so zu teilen, wie man solche Operationen in Zentral-Afrika durchgeführt hat, aber in die Praxis umsetzen liessen sich hier solche Pläne nicht, da es sich nicht wie in Afrika um wilde, ganz unzivilisierte Gegenden, sondern um die Wiege des Osmanentums handelt, um das Land mit welchem die Geschicke des osmanischen Volkes seit einem Jahrtausend eng verbunden sind. Wenn in Kiel Herr v. Jagow, nach der Erzählung meines italienischen Kollegen, mit dem Bleistift auf der Karte die Grenze zwischen der deutschen und italienischen Sphäre in Süd-Anatolien gezogen hat, so kann es sich dabei nur um eine Grenze für die wirtschaftliche Betätigung, nicht aber um eine Zukunftslinie für politische Teilung gehandelt haben. Gerade Deutschland, dessen Hauptinteressen doch in der Türkei durch die Bagdadbahn repräsentiert werden, kann doch keinen Nutzen aus der gewaltsamen Aufteilung des Landes erhoffen. Die Bagdadbahn durchzieht von Konstantinopel ausgehend wie ein Rückgrat die ganze Türkei, von rechts und links greifen englische, französische, italienische und russische Interessen an diese Linie hinein.[b)] Da sollte man doch denken, dass Deutschland sich mit allen Mitteln gegen die Aufteilung des eigentlichen Anatoliens wehren müsste, welche der Bagdadbahn alle möglichen Alimentationsgebiete entziehen würde. Es gibt unstreitig auch in Berlin eine Strömung, und zwar hauptsächlich in Bankkreisen, welche in der Aufteilung der ganzen Türkei das anstrebenswerte Ziel sieht, aber es scheint mir, dass diese Tendenzen den wahren Interessen Deutschlands kaum entsprechen dürften. So weist denn auch die offizielle deutsche Politik eher auf ein ganz anderes Ziel. Wenn die Aufteilung des Osmanischen Reiches in Deutschlands Sinne läge, hätte es doch nicht die Reorganisierung der türkischen Armee wieder in die Hände genommen. Die Entsendung der Militärmission lässt darauf schliessen, dass Deutschland ein Interesse an der Reorganisation und Erstarkung der türkischen Militärmacht hat, dabei aber dieselbe auch vollständig in die Hand bekommen will. Anderseits deutet die Nachgiebigkeit des Berliner Kabinettes gegenüber den russischen Reformplänen für Armenien darauf hin, dass man deutscherseits mit einer zukünftigen Abbröckelung der armenischen Provinzen zu rechnen scheint, da durch die Acceptierung der russischen Forderungen für Armenien eine solche entschieden vorbereitet wird. Das Interesse Deutschlands scheint mir eben darin zu liegen, in der asiatischen Türkei einen ähnlichen Process zu fördern, wie er sich in Europa soeben abgespielt hat, nämlich die Abstossung der nicht-türkischen Provinzen. Dadurch würde dann ein homogener mohammedanisch-türkischer Staat geschaffen werden, der ganz Kleinasien und Thrazien umfassen würde und in welchem die Armee, das staatserhaltende Element, in deutschen Händen wäre. Diesen Staat zu erhalten und sich jeder Theilung desselben zu widersetzen, ist das wahre Interesse Deutschlands und dürfte dem Berliner Kabinet wohl der Gedanke vorschweben, dass sich mit der Zeit in dieser verkleinerten aber lebensfähigeren Türkei eine Art deutschen Protektorates einführen liesse, wodurch etwaigen Gelüsten der Mächte auf eine Aufteilung Anatoliens ein Ziel gesetzt würde. In Frankreich scheint man auch eine

solche Entwicklung der Dinge in der Zukunft zu befürchten; nur dadurch lässt sich die Aufregung über die deutsche Militärmission, welche in Frankreich viel grösser zu sein scheint, als selbst in Petersburg, erklären. Man legt sich in Paris darüber Rechenschaft, dass die Armee in der Türkei der alles beherrschende Faktor ist und dass derjenige, der die türkische Armee in der Hand hat, der Herr über die Geschicke des Reiches ist. Dass Deutschland bei Verfolgung eines solchen Zieles den französischen Aspirationen auf Syrien und Palästina nicht hindernd in den Weg treten, und der Lostrennung Mesopotamiens, Arabiens und Armeniens sich nicht widersetzen werde, dürfte man in Paris wahrscheinlich voraussetzen, aber gerade deshalb glaubt man die wirklichen Absichten Deutschlands darin finden zu sollen, aus der eigentlichen Türkei ein deutsches Schutzgebiet zu machen. Es frägt sich nun, ob sich Deutschland allein stark genug fühlt, um dieses Ziel der Errichtung eines deutschen Protektorates unter Beherrschung der Armee, also quasi nach englischem Muster in Aegypten, zu erreichen. Meiner Ansicht nach würde es dabei schon deshalb eine kräftige Unterstützung brauchen, weil seine Politik in Folge der russischen Aspirationen auf Konstantinopel und der Aufrollung der Meerengen-Frage einen Konflikt mit Russland herbeiführen müsste. Den nöthigen Rückhalt in Europa kann aber Deutschland nur bei uns und Italien finden, wenn sich die ganze Sache auf einen Konflikt der Tripelallianz mit den Ententemächten zupitzen würde. Aus diesem Grunde wäre Deutschland zu schwach um allein die verkleinerte Türkei unter sein Protektorat zu bringen. Aus der dann notwendigen Cooperation der Monarchie und Italiens mit Deutschland würde sich dann vielleicht die Idee eines Protektorates der Tripelallianz über die Türkei herauskristalisieren, wobei die Ententemächte durch die Annektierung der nicht-türkischen Provinzen der asiatischen Türkei entschädigt würden. Ich glaube, dass auch wir ein eminentes Interesse an der Verwirklichung der besprochenen Idee hätten und dass eine Konsolidierung der türkischen Macht durch Abtrennung der nicht-türkischen Provinzen und die Schaffung einer Art Protektorates der Tripelallianz über die verbleibende Türkei das anstrebenswerte Endziel unserer Politik sein sollte. Wirtschaftlich wäre dann Thrazien mit Konstantinopel in Europa und ganz Kleinasien ein einheitliches Exploitationsgebiet für Deutschland, Italien und für uns. Politisch hätte die Verwirklichung dieser Idee für uns noch eine unmittelbarere Bedeutung als für Deutschland. Diese verkleinerte, aber als Militärmacht ungleich stärkere Türkei, welche den südlichen Exponenten des Dreibundes am Balkan darstellen würde, wäre für die Balkanstaaten eine derartige Bedrohung, dass wir von etwaigen Expansionslüsten Serbiens und Rumäniens kaum mehr etwas zu befürchten hätten.

Pallavicini.

a) Vgl. n. 9503. — *b)* So!

*Nr. **9134.** Note der türkischen Botschaft, 29. Dez. 1913 (eing. 30. Dez. 1913).[a] Ausfert.*

Pour préciser une fois de plus son point de vue en ce qui concerne la question des Iles, le Gouvernement Impérial Ottoman tient à déclarer qu'l

ne saurait en aucun cas admettre que les Iles détenues provisoirement par l'Italie soient assimilées à celles occupées par la Grèce et soumises à une discussion en même temps que ces dernières. Le Gouvernement Impérial Ottoman exige du Gouvernement Italien, conformément au Traité de Lausanne, la restitution pure et simple des Iles détenues par lui, et se réserve de faire bénéficier leurs populations des stipulations du Firman Impérial faisant partie dudit Traité. Il n'y a par conséquent pas lieu d'envisager l'octroi d'une autonomie à ces Iles, étant donné que leurs sort et régime sont définis et ne prêtent à aucune discussion. D'un autre côté, les Puissances semblent vouloir établir une certaine corrélation entre la question des Iles et celle de la frontière sud de l'Albanie. Une telle combinaison, destinée à satisfaire les aspirations politiques de certaines Puissances intéressées, ne saurait être prise en considération par le Gouvernement Impérial Ottoman, qui ne tient nullement à céder de ses droits sur les Iles au profit d'Etat tiers.

[a]) Vgl. n. 9128, 9135.

*Nr. **9135**. Note der türkischen Botschaft, 29. Dez. 1913 (eing. 30. Dez.).[a]) Ausfert.*

Le Gouvernement Impérial Ottoman ne saurait admettre le mode d'arrangement découlant de la proposition anglaise.[b]) Au cas où les Puissances viendraient à adopter, malgré les protestations de la Sublime Porte, une décision contraire au point de vue du Gouvernement Impérial Ottoman, celui-ci déploiera toute son activité et usera de tous les moyens en son pouvoir pour reprendre aux grecs les Iles indispensables à l'Empire Ottoman pour la sécurité de ses possessions asiatiques. Il importe par conséquent de faire connaître aux Puissances la décision inébranlable du Gouvernement Impérial Ottoman, de rester en possession des Iles avoisinant les côtes de l'Empire.

[a]) Vgl. n. 9128, 9134, 9144. — [b]) n. 9083.

*Nr. **9136**. Bericht aus Sofia, 29. Dez. 1913 Nr. 91 (eing. 1. Jan. 1914).[a]) Ausfert.*

Geheim. Nach den Euer Excellenz aus meinen Berichten Nr. 80 und 84 A vom 11. und 15. d. Mts. bekannten Konversationen, die ich mit den bulgarischen Ministern gleich nach meiner Rückkehr von meinem Urlaube gehabt habe und in welchen ich — da ich mit Insistenz durch Fragen gedrängt wurde — zum Teile ein wenig gewundene Antworten geben musste, war ich nicht ganz überzeugt, dass meine Sprache einen durchaus befriedigenden Eindruck bei meinen Mitrednern zurückgelassen hat. Ich habe nach diesen Unterredungen die Empfindung gehabt, dass es gut wäre, wenn ich den bulgarischen Staatsmännern, ohne mich näher einzulassen, noch etwas beruhigendes sagen könnte. Das hohe Telegramm Nr. 666 vom 19. d. Mts., mit dem Euer Excellenz die Güte gehabt haben meine Haltung zu approbieren, hat mir dazu — wohl nur nach dem System des faire flèche de tout bois — die von mir gesuchte Gelegenheit geboten.

Gleich nach Erhalt dieses Telegrammes bin ich zu Radoslawow gegangen und habe ihm gesagt, ich hätte eine Depesche aus Wien erhalten, die mir sehr angenehm wäre und deren Inhalt er gewiss auch gerne erfahren werde. Euer Excellenz hätten — so drückte ich mich aus — mir den Empfang meiner Berichte über meine Konversationen mit ihm (Radoslawow), mit Ghenadieff und Tontcheff durch die Bemerkung bestätigt, dass Hochdieselben mit meinen Äusserungen und insbesondere mit allen Versicherungen, die ich den Ministern gegeben, vollkommen einverstanden wären. Diese Approbation Euer Excellenz wäre — meinte ich weiter — eine neue Bestätigung dessen, was ich dem Konseilspräsidenten und seinen Kollegen gesagt hätte, nämlich dass Bulgarien auf den Anschluss an uns bestimmt rechnen könne und dass die Erreichung dieses Zieles nur von der bulgarischen Regierung und ihrer Politik abhänge. „Si votre cabinet s'affermit, si vous continuez à faire la politique que vous avez faite jusqu'à présent et si l'attitude du Gouvernement et du Roi ne donnent lieu à aucune méfiance, vous ne pourrez pas ne pas aboutir" bemerkte ich zum Schlusse. Diese ganz allgemein gehaltene, zeitlich nicht präzisierte und nur dem Klange nach klare Äusserung schien dem Konseilspräsidenten einen angenehmen Eindruck zu machen; er wiederholte sie brühwarm den Herrn Ghenadieff und Tontcheff, die mir nachträglich befriedigt Anspielungen darauf gemacht haben. Seither wurde das Theme des Anschlusses Bulgariens an die Monarchie bulgarischerseits nicht mehr berührt und solange dies nicht geschehen wird, dürfte auch ich keinen Grund mehr haben, darauf zurückzukommen. Ich frage mich, ob die Zweifel, die bei den bulgarischen Staatsmännern bezüglich unseres Standpunktes zu ihrem Wunsche nach einem Anschluss an uns seit dem Besuche König Ferdinands in Wien entstanden sind, durch meine vielen Versicherungen beseitigt wurden oder ob diese Zweifel dadurch, was in meinen Ausführungen lückenhaft erscheinen musste, nicht vielleicht in die Gewissheit umgewandelt wurden, dass wir ein Bündnis mit Bulgarien nicht wünschen. Diese letztere Supposition drängt sich mir deswegen auf, da die bulgarischen Staatsmänner unsere Bedingung einer vorherigen Entente mit Rumänien als unerfüllbar betrachten. Es könnte auch sein, dass die bulgarischen Minister darauf rechnen, dass unsere Bedingung betreffend Rumänien wegen etwaiger uns nicht freundlichen Orientierung der rumänischen Politik mit der Zeit fallen gelassen wird. Unter andern Suppositionen schwebt mir auch die vor, ob sich in der Auffassung der bulgarischen Minister nicht eine Evolution vollzieht dahingehend, dass es für Bulgarien günstiger sei, sich — wenigstens in absehbarer Zeit — an uns formell nicht zu binden, sondern sich mit dem Bündnis mit der Türkei zu begnügen und sich sonst auf die Parallelität der bulgarischen und unserer Interessen, speziell punkto Serbien zu verlassen. Es ist aber nicht ausgeschlossen, dass die bulgarischen Staatsmänner durch meine Versicherungen wirklich beruhigt wurden und erwarten, dass, wenn die innere Lage geklärt und die Regierung stabilisiert wird, sie mit Erfolg ihre Proposition erneuern werden. Solange ich für die anderen Suppositionen keine Anhaltspunkte besitze, muss ich annehmen, dass nur die letzterwähnte Vermutung die richtige ist. Welch' immer die innersten Gedanken der bulgarischen Staatsmänner bezüglich

unseres in Rede stehenden Standpunktes nunmehr sein mögen, wurde, glaube ich, ihr Vertrauen in unsere Politik bis jetzt nicht erschüttert. Allerdings dürften zur Erhaltung dieses Vertrauens meine ausgezeichneten persönlichen Beziehungen zu den bulgarischen Staatsmännern das ihrige beitragen. Auf die Frage, wie lange es gelingen wird, die jetzige so sympathische Atmosphäre ganz ungetrübt zu erhalten, möchte ich mich im gegenwärtigen Moment einer Antwort enthalten. Wenn einmal die Sobranje tagen wird, können trotz der absolut aufrichtigen Neigung der leitenden Staatsmänner zu uns verschiedenartige Stimmungen entstehen und wer weiss, ob und wie schwer der Umstand, dass es uns nicht möglich war, Bulgarien neben der stillen diplomatischen Unterstützung auch einen greifbaren (eklatanten) Dienst zu erweisen, in die Wagschale fallen mag. Ausserdem wird unsere hiesige Politik, wie bis jetzt, auch weiterhin an zwei Schwächen leiden, von denen die eine Rumänien heisst und die andere darin besteht, dass Bulgarien bezüglich seines Geldbedarfes auf Paris angewiesen ist. Daran, dass die erstgenannte Schwäche beseitigt werden kann, denke ich überhaupt nicht, da ich überzeugt bin, dass es ein viel grösseres Übel ist, dass unsere Politik Bulgarien gegenüber uns in Rumänien schadet, als dass sie unter unserer dortigen Politik zu leiden hat, aus welchem Grunde allein schon unsere hiesige Politik jener in Rumänien — hoffentlich nicht vergeblich untergeordnet sein muss. Die Möglichkeit, die zweiterwähnte Schwäche zu beseitigen, ist es auch schwer sich vorzustellen; wenn ich an dem Gedanken trotzdem laboriere, so ist es deswegen, da es sich schliesslich um keine absolute und prinzipielle Unmöglichkeit handelt und es andererseits von einer entscheidenden Wichtigkeit wäre, Bulgarien aus den Klauen der französischen Finance zu befreien. Von verschiedenen berufenen Seiten höre ich und der deutsche Kollege bestätigt es mir, dass es in Deutschland nach Neujahr viel disponibles Kapital geben wird, das nach Placement würde suchen müssen. Liesse sich da nichts tun? Die bulgarische Regierung hat letzter Zeit sehr bedeutende Bestellungen an Kriegsmaterial in Deutschland gemacht, was auf die Dispositionen des dortigen Marktes für Bulgarien günstig gewirkt haben dürfte. Wenn Bulgarien auch diesmal trotz der französischen Bulgarophobie wieder in Paris um Geld betteln wird müssen und eventuell wohl nur unter den schwersten Bedingungen das Anlehen bekommt, wird es unausbleiblich in immer grössere Abhängigkeit von einem Markte geraten, zu dem der natürliche Weg über Petersburg führt.

Tarnowski.

[a]) Vgl. n. 9545.

Tel. nach Berlin, 30. Dez. 1913 Nr. 820 (chiffr. 11 U. p. m.). Siehe n. 9141.

Nr. 9137. Tel. aus Bukarest, 30. Dez. 1913 Nr. 420 (eing. 6 U. 30 M. p. m.).[a]) Entziff.

Geheim. Ueber unser Bündnis mit Rumänien. Ich erlaube mir Euer Exzellenz aufmerksam zu machen, dass ein Gespräch mit Marquis San Giuliano über die Publizierung unseres Bündnisses zur Zeit sehr gefährlich wäre, da der hiesige italienische Gesandte keinesfalls vorzeitig von

unseren Plänen erfahren dürfte; natürlich ist an eine Publizierung nicht zu denken, bevor nicht der ungarisch-rumänische Ausgleich geschlossen und die Wirkung beobachtet worden. Ottokar Czernin.

a) Vgl. n. 9103, 9138, 9140, 9169.

Nr. 9138. Bericht aus Bukarest, 30. Dez. 1913 Nr. 111 A (eing. 2. Jan. 1914).a) Ausfert.

Geheim. Wenn ich in der Beilage den interessanten Bericht Seiner Excellenz des Herrn von Mérey[b]) retourniere, so kann ich dies nicht ohne einige Bemerkungen daran zu knüpfen tun, weil es mir scheint, daß ein politisches Gutachten, das aus einer so bemerkenswerten Feder stammt, besprochen werden soll, insbesonders dann, wenn es, wie im vorliegenden Fall, gewisse Ansichten enthält, die ich für meine Person nicht vollständig zu teilen im Stande bin. Bei Zergliederung dieses Gutachtens kommt man zu drei markanten Punkten: Erstens erklärt Herr von Mérey, daß „er sich keinen ungünstigeren Moment, als den jetzigen zur Publizierung der Allianz denken kann, weil die Publizierung das zwar nicht formelle, aber virtuelle Ende des Vertrages wäre". Selbstverständlich. In dem jetzigen Moment beabsichtigt dies auch, so viel ich weiss, niemand. Es handelt sich momentan nur darum, das Terrain für diesen Augenblick vorzubereiten; hingegen scheint mir der Schlussatz unrichtig; denn ich glaube, daß dieser Zustand des „zwar nicht formellen, aber virtuellen Endes" bereits eingetreten ist, respektive, ich behaupte, daß die Rumänen, rebus sic stantibus, den Vertrag nicht einhalten werden, und ich habe dafür in der Person des Königs und des Ministerpräsidenten ziemlich vollwertige Zeugen. Die Frage steht also so: zur Zeit ist das Bündnis nicht mehr vorhanden, es besteht nur auf dem Papier, — wollen wir abwarten, ob eine gütige Vorsehung uns in Zukunft die Unterstützung der Rumänen wieder schenkt, oder wollen wir mit Peitsche und Hafer arbeiten, um die Situation zu klären und das Bündnis entweder zu erzwingen oder bei Zerstörung dessen Scheines eine neue Balkanpolitik zu inaugurieren. Ersterer Standpunkt ist, wie mir scheint, jedenfalls kein solcher, den man als den einer aktiven Politik bezeichnen kann, und er hat nebenbei den Nachteil, den Seine Exzellenz selbst so schlagend als zweiten markanten Punkt hervorhebt, indem er sagt: „Allerdings läßt sich dieser Auffassung entgegenhalten, was denn dann der Wert dieser Allianz für uns sei und ob es nicht besser wäre, eine solche Klärung der Lage je eher herbeizuführen", — einen Satz, den ich au pied de la lettre unterschreibe. Der dritte markante Punkt des Exposés Seiner Exzellenz beruht, wie mir scheint, auf einer irrtümlichen Auffassung des ministeriellen Standpunktes, welcher ja zum Teile ein Ergebnis meines Vortrages bei Euer Exzellenz ist; denn, wenn Herr von Mérey meint, man müsse „gewisse Korrekturen der früheren inneren Politik Ungarns abwarten" — „die unser Verhältnis zu Rumänien bessern", so ist dies gerade das, was Euere Exzellenz mir als richtigen Gedankengang zugegeben haben. Nun meine ich allerdings nicht, daß man dies einfach „abwarten", sondern daß man es „schaffen" soll, ich meine, daß hier ein Schulbeispiel vorliegt, wie

die innere Politik zuweilen die äußere influenziert und ich wiederhole daher meine Auffassung, daß Euere Exzellenz das Recht haben, auf die interne ungarische Politik jenen Einfluß zu nehmen, den die eiserne Logik der Dinge verlangt. Euere Exzellenz haben dies ja auch, wie ich weiß, getan und der ungarisch-rumänische Ausgleich befindet sich in dem denkbarst günstigsten Fahrwasser. Die Prämisse, die Seine Exzellenz Herr von Mérey verlangt, ist, dank des Zusammenarbeitens aller kompetenten Faktoren, auf dem Wege geschaffen zu werden und es ist daher an der Zeit, darüber nachzudenken, was man tun wird und tun will, wenn dieser Ausgleich perfekt geworden ist. Dieser Ausgleich wird die Situation momentan bedeutend bessern, das heißt eine sehr bemerkbare Entspannung hervorrufen, er wird dies um so mehr machen, je besser es gelingt, die Presse Oesterreich-Ungarns und Rumäniens in günstigem Sinne zu beeinflußen; es wird ein dem Bündnis günstiger Wind entstehen, der uns, geschickt ausgenützt, vielleicht ein gutes Stück vorwärts treiben kann. Ewig anhalten aber wird diese günstigere Volksstimmung nicht und es ist sogar wahrscheinlich, dass sie nach einigen Monaten wieder abflauen wird. Die Ungarn und Rumänen werden sich nicht für immer brüderlich in den Armen liegen und wenn der Zustand sich auch gewiss dauernd bessern wird und man hier, Gott sei Dank, anfangen wird, die Namen Andrássy, Apponyi und Kossuth etwas zu vergessen — so werden sich doch immer wieder kleine Reibereien zwischen Ungarn und Rumänien ergeben und alle jene Katastrophenpolitiker, die vom politischen Skandale und der Unordnung leben — womit ich in erster Linie die oben erwähnten Herren meine — werden schon dafür sorgen, daß immer wieder recht viel frisches Oel ins Feuer gegossen werde. Man wird also dieses psychologische Moment des Ausgleichssieges ausnützen müssen. Dabei ist es fast einerlei, ob dieser heute bestehende ungarisch-rumänische grief wirklich die rumänische Psyche beeinflußt, wie ich behaupte, oder ob er nur als Paravent dient, um andere Intentionen zu verstecken. Es entspricht im Gegenteile meiner hiesigen Taktik, sowohl den König als die maßgebenden Politiker Rumäniens sich möglichst fest in dieses Moment hineinrennen zu lassen; der Augenblick wird kommen, wo dieses Moment wegfällt und es wird den Herren dann recht schwer werden zu erklären, warum das Bündnis immer noch nicht effectuierbar ist und keinesfalls veröffentlicht werden darf. Ich will es ihnen doch möglichst erschweren, eine Hintertüre zu finden, durch welche sie uns nachher entwischen könnten. Für sehr bedenklich halte ich es, dass Herr von Mérey im Auftrage Eurer Exzellenz mit San Giuliano die ganze Angelegenheit zu besprechen beabsichtigt. San Giuliano scheint in sehr regem Verkehr mit seinem hiesigen Gesandten Baron Fasciotti zu stehen und dürfte diesem kein Geheimnis aus dieser Angelegenheit machen. Dieser Baron Fasciotti aber ist ein äußerst kluger, mit allen Salben geriebener und uns absolut nicht wohlgesinnter Mann, der in seinem Programme Alles eher haben dürfte, als eine Kräftigung unserer Monarchie. Ich würde es für sehr wichtig halten, daß Fasciotti nicht in unsere Pläne eingeweiht würde, in der festen Überzeugung, daß seine „Mitarbeit" keine segensreiche wäre. Ich kann aber diese Zeilen nicht ohne eine kurze persönliche Bemerkung schließen.

Ich bin nicht unerfahren oder naiv genug, um nicht zu wissen, daß das energische Experiment, zu dem ich rate, bei seinem Mißlingen primo loco auf mich persönlich rejaillieren wird. Verlieren wir Rumänien formell und mit einer gewissen unvermeidlichen europäischen Oeffentlichkeit, so wird intra et extra muros der Verdacht, daß dies in erster Linie meiner Ungeschicklichkeit zuzuschreiben sei, selbstverständlich vorherrschen. Schon jeder Berufsdiplomat würde mit diesem Vorwurf rechnen müssen, vielmehr ein eingeschobener „outsider", dem das kollegiale Wohlwollen vielleicht in weniger unbeschränktem Maße zugute kommt. Darüber gebe ich mich gar keinen Illusionen hin, ebensowenig wie über das Faktum, daß der Versuch leicht mißlingen kann, daß es eine Operation ist, die zwar notwendig, aber sehr gefährlich ist. Wenn ich trotzdem dazu rate, so glaube ich dadurch den Beweis zu erbringen, daß ich von jener kindischen Eitelkeit frei bin, die einen persönlichen Erfolg sucht, sondern jene Schritte anempfehle, die ich für das Wohl der Monarchie als notwendig erachte, ganz einerlei, welche Rolle ich persönlich dabei spiele. Würde ich die Ansicht vertreten, man möchte hier ungefähr Alles beim Alten lassen und den Bündniszustand akzeptieren, der uns bindet, ohne uns zu helfen, so würde der größten Wahrscheinlichkeit nach noch eine Reihe von Jahren vergehen, ohne daß ein Unglück eintritt; denn in Friedenszeiten schadet ja ein solcher somnolenter Zustand noch nicht. Ich hätte also vielleicht die Hoffnung, meine hiesige Aufgabe ohne greifbaren Mißerfolg zu beenden, während ich bei der von mir vorgeschlagenen Richtung ein bei weitem größeres persönliches Risiko laufe. Ich würde mich aber selbst verachten, wollte ich solchen persönlichen Reflexionen Raum geben. Ich bin überzeugt, daß es für die Zukunft der Monarchie unerläßlich ist, das rumänische Verhältnis zu klären, das tatsächlich gesprengte Bündnis entweder neu zu schliessen oder Rumänien aufzugeben, und muss daher bei meiner Ansicht verharren, daß die günstigsten Prämissen vorerst geschaffen (ungarisch-rumänischer Ausgleich), dann aber rücksichtslos auf das Ziel der vollständigen Klärung losgegangen werden sollte. Es muß probiert werden, ob das rumänische Volk die Belastungsprobe der Publizierung unseres Vertrages aushält; hält sie es aus, so wird das Bundesverhältnis nach und nach in das Fleisch und Blut Rumäniens übergehen, sie werden sich gewöhnen, damit zu rechnen und es wird ungefähr das Verhältnis eintreten wie mit Italien, welches auch nicht aus reiner Liebe zu uns hält, aber durch die Klammern der Publizität an uns geschmiedet ist. Hält es sie, wie leicht möglich, nicht aus, so beweist dies sonnenklar, daß uns Rumänien auch im Kriegsfall gar nichts genützt hätte, es beweist, daß der König nicht mehr der Herr im Lande ist, dass das Bündnis ein Phantom geworden ist, das zerrinnt, wenn man es ergreifen will — dann hat dieses Experiment das Bündnis nicht zerstört, sondern nur den Beweis erbracht, dass es zerstört war. Das Wichtigste hiebei wird die Art und Weise sein, wie man diese Publizierung erzwingt. Ich habe die Ehre gehabt, Euer Exzellenz mündlich und vertraulich meine unmaßgebliche Meinung hierüber zu melden. Es wird erst in einigen Wochen oder Monaten an der Zeit sein, hierüber schlüßig zu werden. Ottokar Czernin.

[a]) Vgl. n. 9137. — [b]) n. 9105.

Nr. 9139. Bericht aus Cetinje, 30. Dez. 1913 Nr. 122 A (eing. 3. Jan. 1914). Ausfert.

Am 27. d. M. erhielt ich eine Berufung zum König. Seine Majestät empfieng mich in Seinem Arbeitszimmer und behielt mich über eine halbe Stunde bei Sich. Die von Seiner Majestät sehr impulsiv, bald französisch, bald italienisch geführte Konversation, bei der der Höchste Herr mit, ich möchte sagen, jugendlicher Lebhaftigkeit von einem Thema zum anderen übersprang, betraf zumeist private Verhältnisse und Erlebnisse. Ich glaube daher bei allem Interesse, welches die einschlägigen Äusserungen des Königs für mich persönlich als Neuling in diesem Lande hatten, es unterlassen zu dürfen, hierüber in extenso zu berichten und will mich mithin auf die Wiedergabe nur jener wenigen Bemerkungen beschränken, mit welchen der König unser politisches Verhältnis zu Montenegro und die gegenwärtig im Königreiche im Vordergrunde stehende Frage des grossen Anlehens, wenn auch bloss ganz nebenher, streifte. Nachdem der König zu Beginn des Gespräches in Worten der grössten Verehrung der Allerhöchsten Person unseres Allergnädigsten Herrn gedacht hatte, gieng Er nochmals auf Seinen bereits gelegentlich meiner Antrittsaudienz berührten letzten Aufenthalt in Wien über. Er stehe wegen der zahlreichen Beweise von Wohlwollen und Freundschaft, deren Er bei jenem Anlasse teilhaftig geworden sei, bei Seiner Majestät in tiefster Dankesschuld. Der König fuhr dann textuell fort: „Votre vénéré Empereur, comme il a été bon pour Moi et avec quels espoirs Je suis parti de Vienne! Et après? ...*a)* Je sais, s'il n'y avait que l'Empereur, mais voilà, il y a aussi les diplomates. Et puis, vous savez, ces petits gens de Cattaro et autrepart en Dalmatie m'ont fait un grand tort. Mais ne parlons plus de tout cela. C'est fini, c'est oublié." Der resigniert versöhnliche Schluss dieses teilweise etwas enigmatischen Ausspruches des Königs enthob mich der Notwendigkeit, auf denselben irgendwie zu reagieren. Übrigens hätte ich dazu auch gar nicht die Zeit gehabt, da sich Seine Majestät sofort einem anderen Gegenstande zuwandte. Die zweite Bemerkung des Königs, die ich erwähnen möchte, galt, wie bereits gesagt, der Frage des Anlehens. „Plamenac doit déjà être parti de Paris et Je l'attends d'un jour à l'autre. Je crois qu'il rapporte un bon résultat. Pourvu que les Puissances ne nous fassent pas trop longtemps attendre cet argent, dont nous avons absolument besoin." Da der König mich nach dieser Äusserung fragend anblickte, sprach ich mich zu diesem Punkte ähnlich, wenn auch viel kürzer, wie unlängst dem früheren Finanzminister Jergović gegenüber aus. In dieser Angelegenheit hätten sechs Mächte mitzusprechen, die wieder, jede einzelne für sich, auf das eigene Land Rücksicht nehmen müssten. Daraus ergäben sich unvermeidliche Längen, die man geduldig abwarten müsse. An den guten Dispositionen der Mächte zu zweifeln, liege, meiner persönlichen Ansicht nach, kein Grund vor. Der beste Beweis hiefür liege übrigens in dem Umstande, dass die Mächte sich zur Übernahme der Garantie des Anlehens im Prinzipe bereit erklärt hätten. Seine Majestät nahm diese meine Bemerkung widerspruchslos entgegen und redete sogleich von etwas Anderem. Als Er mich dann mit wiederholtem Händedrucke entliess, forderte Er mich auf, Ihn doch öfters zwanglos aufzusuchen.

Der König war bei dieser Gelegenheit ebenso wie bei den vorausgegangenen, (Antrittsaudienz, meine Gratulationsaufwartung aus Anlass Seines Namenstages, zufälliges Zusammentreffen auf der russischen Gesandtschaft am orthodoxen Nikolaustage) mir gegenüber von der bestrickendsten Liebenswürdigkeit. Er erinnerte mich in dieser Beziehung und namentlich auch, was die angewandten Methoden betrifft, lebhaft an den Charme, welchen Ex-Sultan Abdul-Hamid, wenn Er wollte, auf Jedermann auszuüben verstand, der Ihm näherzutreten in die Lage kam. Überrascht wurde ich dadurch keineswegs, denn ich war von vornherein überzeugt, dass Seine Majestät, gerade deshalb, weil Seine Beziehungen zur k. u. k. Gesandtschaft in der letzten Zeit Einiges hatten zu wünschen übrig lassen, dem neuen Vertreter, ohne Rücksicht auf die Person und unter allen Umständen, auf das freundlichste entgegenkommen würde. Wie lange dies dauern wird, ist eine andere Frage. Otto.

a) Punkte in der Ausfert.

Tel. nach London, 30. Dez. 1913 Nr. 862 (chiffr. 11 U. p. m.). Siehe n. 9141.

*Nr. **9140**. Tel. nach Rom, 30. Dez. 1913 Nr. 1555 (chiffr. 9 U. 30 M. p. m.).[a] Konz. (S. u. G. Flotow).*

Der k. u. k. Gesandte in Bukarest telegraphiert unterm 30: ... *wie n. 9137 von „Geheim" bis „erfahren dürfte"* ... Vorstehendes zu Ihrer rein persönlichen Information. Im gleichen Gegenstand folgt Privatbrief mit nächstem Kurier.[b] Berchtold.

a) Vgl. n. 9105. — b) Liegt nicht bei den Akten.

*Nr. **9141**. Tel. nach Rom Nr. 1557 (1), Berlin Nr. 820 (2) und London Nr. 862 (3), 30. Dez. 1913 (chiffr. 11 U. p. m.).[a] Konz. (S. Gautsch; V. u. G. Forgách).*

1.—2. Graf Trauttmansdorff telegrafiert mir unterm 29. d. M. Nr. 731: „Deutscher Botschafter hat heute Mitteilung aus Berlin erhalten, daß seine Instruktionen, betreffend englischen Kompromißvorschlag, unterwegs."

3. Erhalten Euer Hochgeboren Telegramm vom 29. d. M. Nr. 731, betreffend englischen Kompromißvorschlag.

1.—3. Im gleichen Gegenstande hat hier englischer Botschafter am 29. d. M. nachstehendes Aidemémoire überreicht: „Sir Edward Grey relève encore une fois le fait que ses propositions pour un règlement général des deux questions pendantes reposaient sur la base d'un règlement simultané des dites questions, et il rappelle que, pendant la Conférence des Ambassadeurs, ces deux questions ont été envisagées comme étant liées l'une à l'autre, de sorte qu'une entente, à l'heure qu'il est, sur l'une d'elles seulement n'offre aucune garantie d'efficacité. Par conséquent, si la question des îles doit être remise pour un temps indéfini, le règlement de la frontière sud-albanaise sera mise en danger. En effet, ce fut sous condition que la Grèce retiendrait possession des îles occupées par elle, avec exception de Tenedos et Imbros, que les Ambassadeurs sont arrivés à la décision d'adjuger Koritza et Stylos à l'Albanie."

3. Ich teile Vorstehendes nach Berlin und Rom mit folgendem Auftrage mit:

1.—3. Ich ersuche Euer Exzellenz, Vorstehendes zur vertraulichen Kenntnis der dortigen Regierung zu bringen und sich hiezu in nachstehendem Sinne vernehmen zu lassen: Wir seien der Ansicht, daß wir uns durch das englische Memorandum in der von uns beschlossenen Antwort an die englische Regierung nicht beirren lassen sollen. Höchstens wäre darin der Umstand entsprechend hervorzuheben, daß seitens der Dreibundmächte nicht die Absicht bestehe, ihre Stellungnahme zur Inselfrage auf unbestimmte Zeit zu verschieben, sondern daß hierüber bereits ein vertraulicher Meinungsaustausch zwischen den drei Kabinetten im Zuge sei.

3. Vorstehendes zur Regelung Ihrer Sprache. Berchtold.

[a] Vgl. n. 9083, 9145.

Nr. 9142. Tel. nach Berlin, 31. Dez. 1913 Nr. 821 (chiffr. 10 U. p. m.).[a] Konz. (S. Gautsch; G. Forgách).

Mit Bezugnahme auf Euer Exzellenz Telegramm Nr. 535[b] vom 30. d. M. Ich habe mit Befriedigung von der Erklärung Herrn von Jagows Kenntnis genommen, wonach er — falls alle anderen in Rede stehenden Großmächte bereit sein würden, an der Garantie des albanischen Anlehens teilzunehmen — die diesbezügliche Zustimmung des deutschen Reichstages zu erlangen trachten würde. Ich bitte Euer Exzellenz, dem Staatssekretär für diesen entgegenkommenden Schritt meinen Dank zu übermitteln.

Berchtold.

[a] Vgl. n. 9121. — [b] Betrifft laut Protokoll albanesische Anleihe und 10 Millionen Vorschuß auf dieselbe; liegt nicht bei den polit. Akten.

Nr. 9143. Tel. aus Berlin, 31. Dez. 1913 Nr. 536 (eing. 5 U. p. m.).[a] Entziff.

Streng vertraulich. Erhalten Euer Exzellenz Telegramm Nr. 819 vom 28. d. Mts. und Aufzeichnung vom 27. d. Mts. über Hochderen Unterredung mit italienischem Geschäftsträger.[b] Staatssekretär ersuchte mich gestern abends, Euer Exzellenz zu melden, dass er in betreff des Punktes 2 der Inselproposition der Ansicht sei, dass Chios und Mytilene im griechischen Besitz zu verbleiben hätten. Ebenso Lemnos und Samothrake, deren Besitz der Türkei ohnedies keine besonderen Vorteile böte. Selbstverständlich müsste in diesem Falle Griechenland sich bindend verpflichten, auf den neuerworbenen Inseln keine Befestigungen zu errichten und den dortigen muselmännischen Minoritäten entsprechenden Schutz zu gewähren. Übrigens habe griechische Regierung schon in dieser Beziehung entsprechende Garantien in Aussicht gestellt. Fortsetzung folgt. Szögyény.

[a] Vgl. n. 9144, 9148 Anm. b, 9149, 9167. — [b] n. 9128.

Nr. 9144. Tel. aus Berlin, 31. Dez. 1913 Nr. 537 (eing. 9 U. 45 M. p. m.).[a] Entziff.

Fortsetzung meines Telegrammes Nr. 536 von heute. Was die von Marquis di San Giuliano aufgestellten drei Punkte (Euer Exzellenz Aufzeichnung vom 27. d. M. über Hochderen Unterredung mit dem italienischen

Geschäftsträger,[b]) welche ich zur Kenntnis des Staatssekretärs brachte) anlangt, so machte dieser hiezu folgende Bemerkungen: Ad. 1.) Staatssekretär teilt im Prinzipe die Ansicht Euer Exzellenz und Marquis di San Giulianos, dass die Evakuationsfrage nicht in ein Junktim mit dem Inselproblem gebracht werden sollte. Doch könne nicht geleugnet werden, dass seitens der Dreibundmächte schon bei früheren Anlässen erklärt wurde, dass ihre Stellungnahme zu der Inselfrage nicht auf unbestimmte Zeit verschoben werden könnte. Ad 2.) Er — Staatssekretär — habe nach eingehender Rücksprache mit dem soeben hier eingetroffenen Botschafter in Konstantinopel die Überzeugung gewonnen, dass die türkische Regierung zwar gegen die Belassung von Chios und Mytilene in griechischem Besitz ihren heftigen Protest fortsetzen werde, dass aber ihre Androhung mit einem Krieg[c]) nicht ernst genommen werden könnte. Lemnos und Samothrake seien für die Türkei tatsächlich von keiner ernsten Bedeutung. Aus diesem Grunde sei er der Ansicht, dass auch diese zwei Inseln Griechenland zugesprochen werden sollten. Die diesfällige Entscheidung jedoch sollte nach gepflogenen Verhandlungen mit der englischen Regierung den Botschaftern der Dreibundmächte überlassen werden. Ad 3.) Dem geäusserten Wunsch Marquis di San Giulianos entsprechend ist Staatssekretär ebensowie Euer Exzellenz bereit, Italien in der Frage der gegenwärtig von diesem besetzten Inseln seine Unterstützung zu gewähren. — Was die Formulierung der England zu erteilenden Antwort betrifft, so ist Herr von Jagow vollkommen damit einverstanden, dass die Redigierung des betreffenden Textes in einer der Dreibundhauptstädte vorgenommen werde und wäre bereit zuzustimmen, dass diese, wie es der italienische Botschafter im Auftrage seiner Regierung angedeutet hat, hier in Berlin erfolge. Szögyény.

[a]) Vgl. n. 9148, 9149, 9150, 9167. — [b]) n. 9128. — [c]) Vgl. n. 9135.

*Nr. **9145**. Tel. des Legationsrates Grafen Karl Trauttmansdorff aus London, 31. Dez. 1913 Nr. 734 (eing. 1. Jan. 1914 11 U. a. m.).[a]) Entziff.*

Antwort auf Kompromißvorschlag Sir E. Greys. Ich erhielt Euer Exzellenz Telegramm Nr. 862 von heute, gerade als ich mich zur Überreichung des gestern mit Telegramm Nr. 733[b]) gemeldeten identischen Memorandums ins Foreign Office begab. In der Meinung, daß ein neuerlicher Aufschub der Beantwortung nicht in den Intentionen Euer Exzellenz liegen würde und da der italienische und der deutsche Botschafter gleich mir bereits sich im Auswärtigen Amt angesagt hatten, habe ich Memorandum[c]) in gestern beschlossener Fassung übergeben und auch (im Sinne Euer Exzellenz Telegrammes vom 27. d. M. Nr. 859)[d]) mündlich erwähnt, daß die jetzige Antwort nicht ein Hinausschieben der Inselfrage ad calendas graecas bedeuten solle und daß Meinungsaustausch zwischen den Dreibund-Kabinetten im Zuge sei. Sir E. Crowe wird Memorandum unverzüglich an Sir E. Grey leiten. Ohne dessen Entscheidung vorgreifen zu wollen, meinte er nach der ersten Durchsicht, folgende zwei Bemerkungen machen zu sollen: Englische Regierung könne Aufschub des Evakuierungstermines bis 18. Jänner nicht als eine Konzession anerkennen, da es ja schon von der Botschafterréunion abgemacht gewesen sei, daß Evakuierung einen Monat nach Fest-

stellung der Grenze stattfinden solle, der 30. d. M. daher doch nicht aufrecht zu erhalten war. Ich erlaubte mir zu bemerken, daß die Botschafter seinerzeit die Evakuierung auf „un mois au plus tard après la termination des travaux de la commission" festgesetzt hätten, also der 30. Dezember auch in diesen Zeitraum gefallen wäre. Ich sei vielmehr der Ansicht und bitte ihn, es zu glauben, daß dieser Aufschub aus naheliegenden Gründen eine sehr große Konzession unser- und italienischerseits sei. Die zweite Bemerkung sei die, daß Sir E. Grey schwerlich an die griechische Regierung herantreten werde, solange nicht auch der zweite Teil seines Vorschlages geregelt sei, da — mit einem Wort gesagt — ja sonst das ganze Kompromiß in sich zusammenfalle. Hilfs-Unterstaatssekretär sprach schließlich Hoffnung aus, daß Meinungsaustausch unter Dreibundmächten ehebaldigst Resultat ergebe, welches Regelung der beiden Fragen ermöglichen würde. Im weiteren Verlaufe unserer sich ergebenden Konversation meinte Crowe, er sehe nicht recht ein, warum Italien Sir E. Greys Vorschlag nicht annehmen könnte. Es werde ja nicht die Räumung der besetzten Inseln verlangt; wenn Italien über „Kompensationen" verhandeln wolle, könnte dies ja auch nachher geschehen; wenn aber Italien nur aus dem Grunde mit einer Erklärung der prinzipiellen Überlassung der okkupierten Inseln an Türkei und der übrigen bis auf Imbros und Tenedos an Griechenland zurückhalte, um dadurch in seinen Privatverhandlungen und Sonderaspirationen auf die Türkei einen Druck ausüben zu können, so sei ein solches Vorgehen gegenüber den anderen Großmächten, welche eine baldigste Lösung der schwebenden Fragen anstreben und einen eventuellen neuerlichen türkisch-griechischen Krieg vermeiden wollen, nicht fair. Trauttmansdorff.

[a]) Vgl. n. 9083, 9151, 9175, 9193. — [b]) Mit Tel. Nr. 733, 30. Dez. 1913 (eing. 31. Dez. 8 U. a. m.) wurde der in der Besprechung mit dem deutschen und italienischen Botschafter vereinbarte Text der identischen Antwort der Dreibundmächte auf den Greyschen Kompromißvorschlag nach Wien mitgeteilt. — [c]) Vgl. n. 9146. — [d]) Mit Tel. Nr. 859, 27. Dez. 1913 (chiffr. 10 U. p. m.) wurde nach London mitgeteilt, „daß die vorläufige Ausschaltung der Inselfrage aus der dem Foreign Office zu erteilenden Antwort nicht etwa den Zweck verfolge, die Stellungnahme der Dreibundmächte zu diesem Problem ad calendas graecas zu verschieben, es finden vielmehr bereits zwischen den drei Kabinetten pourparlers über das Meritum dieser Frage statt."

Nr. 9146. Memorandum übergeben durch den k. u. k. Geschäftsträger im Foreign Office in London am 31. Dez. 1913 (eing. mit Bericht aus London, 2. Jan. 1914 Nr. 1 A am 5. Jan.).[a]) Abschrift.

Ayant pris connaissance de la proposition de Sir E. Grey datée du 12 décembre le Cabinet de Vienne, pour faire preuve de l'esprit de conciliation dont il est animé, se déclare disposé à consentir à ce que le terme de l'évacuation du territoire albanais par les troupes grecques soit prorogé au 18 janvier prochain c'est à dire a trente jours après la conclusion des travaux de la commission de délimitation de la frontière méridionale. Toutefois il ne saurait se dissimuler les dangers que pourrait entraîner cette prorogation du terme de l'évacuation, vu que ce nouveau laps de temps pourrait faciliter aux agitateurs l'organisation de troubles dangereux dans les contrées en

question. Partant le Gouvernement d'Autriche-Hongrie juge indispensable que les six Grandes Puissances adressent une communication au Gouvernement Royal Grec pour lui enjoindre l'évacuation du territoire albanais à la date susmentionnée et le rendre responsable des éventuels désordres qui pourraient s'y produire. Les Puissances pourraient à cette occasion faire savoir au Gouvernement hellénique que dans le cas où celui-ci s'empresserait de se conformer à ces décisions, il sera tenu compte avec bienveillance de son attitude dans l'examen des différentes questions dans lesquelles des intérêts helléniques se trouvent engagés. Vu l'urgence d'un accord sur le terme de l'évacuation le Gouvernement I. et R. attache du prix à faire connaître dès maintenant au Cabinet de Londres son point de vue ci-dessus exposé qui va à l'encontre de la proposition de Sir E. Grey et se réserve de revenir sur la question des îles.

[a]) Vgl. n. 9083, 9145, 9151, 9175.

*Nr. **9147**. Tel. nach Athen, 1. Jan. 1914 Nr. 1 (chiffr. 6 U. p. m.).[a]) Konz. (S. Gautsch; V. Forgách u. Berchtold; G. Berchtold).*

Streng geheim. Ich würde großen Werth darauf legen, wenn es Euer Hochwohlgeboren ehestens möglich wäre, Herrn Venizelos, auch eventuell Herrn Streit unter der Bedingung strengster Geheimhaltung und in Form einer von Ihnen begangenen Indiskretion mitzuteilen, daß wir im Kreise der Dreibundmächte eine Griechenland günstige Lösung der Frage der von den hellenischen Truppen besetzten Inseln vertreten, welche sich ganz im Sinne des englischen Vorschlages [b]) bewegt und daß wir von unserer Stellungnahme den besten Erfolg erhoffen. Ihren Dreibundkollegen gegenüber wollen Euer Hochwohlgeboren diese Instruction geheim halten, ihnen jedoch in Gesprächen nicht verhehlen, daß wir diesen Theil des englischen Vorschlages vollständig acceptabel finden. Zu Ihrer vertraulichen Information füge ich noch bei, daß wir hoffen, daß die identische Antwort der Dreibundmächte in der Inselfrage in allernächster Zeit zustande kommt.

[a]) Vgl. n. 9130. — [b]) n. 9083.

*Nr. **9148**. Tel. nach Rom, 1. Jan. 1914 Nr. 2 (chiffr. 10 U. p. m.).[a]) Konz. (S. Hohenlohe; G. Berchtold).*

Euer Exzellenz erhalten heute ein längeres Telegramm,[b]) in welchem Graf Szögyény über die Stellungnahme der deutschen Regierung berichtet. Das Wesentlichste dieses Standpunktes besteht darin, daß man in Berlin trotz des zu gewärtigenden Protestes der Pforte nicht davon überzeugt ist, daß dieselbe wegen Chios und Mytilene oder gar wegen Lemnos und Samothrake es auf einen Krieg wird ankommen lassen. Herr von Jagow ist daher der Ansicht, daß diese Inseln Griechenland zugesprochen werden sollten und diesbezüglich die Entscheidung nach gepflogenen Verhandlungen mit der englischen Regierung den Botschaftern der Dreibundmächte zu überlassen wäre. Betreffs Formulirung der England zu erteilenden Antwort acceptirt Herr von Jagow die Anregung Herrn Bolattis, wonach die Redigirung in Berlin vorzunehmen wäre. Euer Exzellenz wollen Vorstehendes Marquis di San Giuliano mit dem Bemerken mitteilen, daß ich den deutschen

Standpunkt in der Frage der von Griechenland besetzten Inseln acceptire und auch mit der Wahl Berlins einverstanden bin, nachdem die italienische Regierung dies der Redigirung in Rom vorzuziehen scheint. Berchtold.

[a]) Vgl. n. 9149. — [b]) Mit Tel. Nr. 1, 1. Jan. 1914 (chiffr. 10 U. p. m.) wurden n. 9143 und n. 9144 gekürzt nach Rom mitgeteilt.

*Nr. **9149.** Tel. nach Berlin, 2. Jan. 1914 Nr. 2 (chiffr. 9 U. p. m.).[a]) Konz. (S. Gautsch; V. u. G. Forgách).*

Erhalten Euer Exzellenz Telegramme Nr. 536 und 537 vom 31. v. M. Euer Exzellenz wollen dem Herrn Staatssekretär mitteilen, daß ich den deutschen Standpunkt in der Frage der von Griechenland besetzten Inseln theile und auch mit der Wahl Berlins für die Redigirung der Antwortnote einverstanden bin. Ich habe Herrn von Mérey beauftragt,[b]) sich Marquis di San Giuliano gegenüber im gleichen Sinne zu äußern. Berchtold.

[a]) Vgl. n. 9150. — [b]) n. 9148.

*Nr. **9150.** Tel. nach Konstantinopel, 2. Jan. 1914 Nr. 3 (chiffr. 9 U. 15 M. p. m.).[a]) Konz. (S. Rappaport; G. Forgách).*

Streng vertraulich. Infolge einer von Deutschland ausgehenden Anregung, welche auf Grund einer Rücksprache des Staatssecretärs mit Baron Wangenheim[b]) erfolgt zu sein scheint, dürften sich die Dreibundmächte dafür aussprechen, daß die griechischerseits occupirten Inseln (mit Ausnahme von Imbros und Tenedos) an Griechenland überlassen werden. Vorstehendes zu Euer Exzellenz ausschließlich persönlicher Information. Berchtold.

[a]) Vgl. n. 9149. — [b]) Vgl. n. 9144.

*Nr. **9151.** Bericht des Legationsrates Grafen Karl Trauttmansdorff aus London, 2. Jan. 1914 Nr. 1 B (eing. 5. Jan.).[a]) Ausfert.*

Streng vertraulich. Ich habe vor wenigen Tagen Sir William Tyrrell aufgesucht, der vor kurzem erst von einem Urlaube wieder zurückgekehrt ist. Es ergab sich von selbst eine Besprechung der momentanen Situation in Albanien und in der Inselfrage. In diesem Zusammenhange sagte mir Sir W. Tyrrell ganz spontan, er verfolge die letzten Phasen in der Behandlung der schwebenden Fragen mit dem grössten Bedauern, weil er den Eindruck habe, dass die von der k. u. k. Regierung beobachtete Vorgangsweise auf die Beziehungen der Monarchie zu England seiner Meinung nach von sehr ungünstigem Einflusse sein müssten. Diese Beziehungen hätten sich seit dem Beginne der Balkankrise und während der ganzen Dauer derselben auf eine natürliche Art und Weise immer besser und intimer gestaltet; er müsse gegenwärtig aber in dieser erfreulichen Entwicklung einen sehr starken Rückschlag befürchten. Auf meine befremdete Frage, wieso nach seiner Ansicht unsere Politik den Beziehungen zwischen Wien und London nicht günstig sein sollte, führte Sir William seinen Gedankengang folgendermassen aus: Sir E. Greys Politik und sein ganzes Trachten sei von Anbeginn darauf hinausgegangen, den Accord unter den Mächten wieder herzustellen und zu erhalten, sowie ein Prononcieren der verschiedenen Standpunkte zwischen Dreibund und Triple Entente möglichst zu vermeiden. In jüngster

Zeit habe sich Dreibund gegenüber Triple Entente wieder vielmehr und öfter prononciert, und jetzt bei der Beantwortung des Greyschen Compromissvorschlages trete der Dreibund betreffs Südalbanien geschlossen mit identischen Noten hervor und werde wohl voraussichtlich in der Inselfrage den gleichen Modus beobachten. Ausserdem könne er für seine Person unser so enges Zusammengehen mit Italien in allen albanesischen Fragen nicht verstehen. Er sei vielmehr der Ansicht, dass es gerade im Interesse der Monarchie gelegen wäre, dass alle Mächte so viel als nur möglich als Garantie-Mächte an Albanien interessiert bleiben.*1)* Österreich-Ungarn und Italien würden ohnehin immer schon durch die geographische Lage die präponderierenden Mächte bleiben und eine zu starke und zu lästig werdende Einmischung der übrigen Mächte sei nicht zu befürchten. Russland habe sich von Albanien sofort nach Erledigung der Skutariaffaire ganz auffallend desinteressiert, und Frankreich*2)* werde voraussichtlich das Gleiche tun, sobald einmal die südalbanische Frage geregelt und für den, wie er sich ausdrückte, lächerlichen und ganz übertriebenen Philhellenismus Frankreichs kein Raum mehr wäre. England habe seinerseits wohl zur Genüge bewiesen, dass es jederzeit bereit war, die auf Albanien und die Adria-Politik der Monarchie bezüglichen einzelnen Fragen objectiv und sachlich zu betrachten. Er sollte annehmen können, dass die Mitarbeit Englands in Albanien auch in Zukunft für die Monarchie nur ein Vorteil sein könnte, da sich noch genügend Schwierigkeiten ergeben würden, über welche England als ausgleichendes neutrales Element hinwegzuhelfen in der Lage sein werde. Er wolle mir nicht verhehlen, dass unser so inniges und einvernehmliches Vorgehen mit Italien in den albanesischen Fragen hier insoferne einen unangenehmen Eindruck hervorrufe, als — im Vergleiche mit der bisherigen stets offenen und aufrichtigen Aussprache zwischen Wien und London über die actuellen Fragen Albaniens — man jetzt hier das Gefühl haben müsse, dass das Cabinet von London beiseite gesetzt, und gleich den übrigen Ententecabineten vor faits accomplis gestellt und zur Anerkennung derselben nachträglich quasi gezwungen werde. In dieser Beziehung denke er vor allem an die Frage der Concession zur Errichtung der albanischen Nationalbank.*3)* Nicht nur dass man hier im Sinne des Strebens nach weiterer Erhaltung des Accords unter allen Mächten, die Gründung einer internationalen Bank für den richtigen Weg halten würde, müssten bei der Regierung und in der englischen öffentlichen Meinung sowohl die in der Concession enthaltenen Bedingungen als auch die Art und Weise der Erteilung der Concession die grössten Bedenken hervorrufen. Es scheine ihm zum Beispiel sehr schwierig, vor dem englischen Parlamente die Garantierung einer albanischen Anleihe seitens Englands zu rechtfertigen, welche — wie dies zwischen Österreich-Ungarn und Italien im vorhinein und gewissermassen hinter dem Rücken Englands ausgemacht worden sei — durch diese Nationalbank geschehen solle. Was Frankreich betreffe, so seien die Modalitäten der in Rede stehenden Concession eine starke Waffe in der Hand der öffentlichen Meinung und der französischen Publicistik, welche — wenn auch nicht mit völliger Übereinstimmung mit der französischen Regierung selbst — die Gelegenheit nicht vorübergehen lassen dürfte, die österreichisch-ungarisch-italienische

Politik in Albanien nach Kräften zu discreditieren. Schliesslich brachte Sir W. Tyrrell noch ein Gravamen vor. Er habe den Eindruck, dass die Monarchie grosses Gewicht darauf lege, auch in der Inselfrage in engem Einvernehmen mit Italien vorzugehen und sich vielleicht so in eine italienische Politik hineinziehen lassen könnte, welche mit der englischen Auffassung der Frage nicht in Einklang zu bringen wäre. Er könne in dieser Frage keinen Unterschied der Interessen zwischen Österreich-Ungarn und England sehen und er hätte gehofft, dass das Wiener Cabinet sich in der Lage sehen würde, in der Inselfrage eine ähnliche Stellung einzunehmen wie das Londoner Cabinet in den schwierigen Momenten der albanischen Fragen auf der Réunion, das heisst die Inselfrage von einem neutralen, sachlich objectiven Standpunkte aus zu betrachten und den Bundesgenossen durch nachdrücklichen starken Einfluss zur Vernunft zu bringen. Sollte sich in den Verhandlungen über den Greyschen Compromiss-Vorschlag eine ernste Divergenz in den Anschauungen der Entente-Mächte (Frankreich und Russland hätten ihre Zustimmung gegeben) einerseits und den Dreibund-Mächten (beziehungsweise eventuell Österreich-Ungarn und Italien) andererseits manifestieren, so fürchte er, dass dies in London eine bittere Enttäuschung und das Gefühl hervorrufen könnte, dass das Wiener Cabinet auf die englischerseits der Monarchie in sie tangierenden Fragen geleistete, zweifellos sehr grosse Unterstützung jetzt vergessen habe, wo die einzige England interessierende Frage[4]) zur Erledigung gelangen soll. Da Sir W. Tyrrell mich darauf aufmerksam machte, dass er zu dieser offenen Aussprache mit mir keineswegs autorisiert sei, und mich bat, diese Unterredung als eine private und seine Anschauungsweise als eine rein persönliche zu betrachten, sicherte ich ihm dies zu, bat ihn aber mir zu erlauben, ebenso offen und rein persönlich auf einzelne seiner gravamina reflectieren zu dürfen. Ich möchte Eurer Exzellenz Zeit mit meinen Gegenausführungen nicht in Anspruch nehmen, sondern nur kurz hervorheben, dass ich darauf verwies, es könne für eine angeblich stärkere Prononcierung des Dreibundes nicht uns die Schuld treffen; gerade um die Zeit bevor Sir Edward mit seinem Vorschlage hervortrat, habe man immerwährend vom Standpunkte der Triple-Entente zu hören bekommen, die französische Presse hätte hiezu auch das ihrige beigetragen. Ich erlaubte mir ferner die Bemerkung, Euere Exzellenz würden sich in allen Fragen ausschliesslich von den Interessen der Monarchie leiten lassen und daher von einer „Führung" durch Italien oder durch wen immer keine Rede sein könne. Wenn er an unserem engen Einvernehmen mit Italien etwas auszusetzen findet, so möchte ich nicht verschweigen, dass wir es in so manchen Fragen mit einem heftigen französischen Widerstande zu tun hatten, der nur zu oft von England aus secundiert wurde. Ein enges Einvernehmen zwischen den zwei in Albanien meistinteressierten und überdies verbündeten Staaten, sei übrigens doch nur etwas ganz natürliches. Ich versicherte Sir William schliesslich, dass ich überzeugt sei, Euere Exzellenz legten nach wie vor den grössten Wert auf die Pflege der intimeren Gestaltung der Beziehungen zwischen der Monarchie und England, und dass ich mich der festen Hoffnung hingebe, das Londoner Cabinet werde alle auf Albanien bezüglichen Fragen stets vom Standpunkte einer dort nicht direkt inter-

essierten Macht sachlich, neutral und objectiv betrachten. Die Ausführungen Sir Williams habe ich mir hauptsächlich aus zwei Gründen erlaubt eingehender wiederzugeben. Erstens beweisen sie, dass Sir E. Grey auf die intimere Gestaltung der Beziehungen der Monarchie zu England grosses Gewicht legt, und zweitens ist aus denselben zu entnehmen, in wie hohem Grade die englische Regierung sich an der Inselfrage direkt interessiert betrachtet und wie sehr es ihr daran liegt, dass diese Frage ehestens und im Sinne des jüngsten Greyschen Vorschlages gelöst werde. Trauttmansdorff.

1) Wie anders sprach Sir Fairfax Cartwright! — 2) ? — 3) !!! — 4) !?
a) Vgl. n. 9145, 9146, 9159, 9160.

Nr. 9152. Bericht des Vizekonsuls Heinrich von Zitkovszky aus Monastir, 3. Jan. 1914 Nr. 1 (eing. 8. Jan.).a) Ausfert.

Da in unseren Zeitungen vielfach eine politische Annäherung an Serbien verlangt wird, so möchte ich mir erlauben Eurer Exzellenz einige Beobachtungen zu melden, welche darin gipfeln, dass bei der übergrossen Mehrheit der gebildeten Serben die „Befreiung der slavischen Brüder" in Österreich und Ungarn das politische Ideal bildet. In zahlreichen Privatgesprächen mit Offizieren, vom Divisionär bis zum Leutnant, mit Beamten und anderen Zivilisten habe ich dies konstatieren können und fast nirgends ein Verständnis für realere Politik gefunden. In Monastir sind den Strassen Namen gegeben worden. Darunter befinden sich eine Splitska (Spalato), Dubrovačka (Ragusa), Zadarska (Zara), Ljubljanska (Laibach), Zagrebačka (Agram) und Banjalučka Ulica. In Reden, die nicht in Gegenwart des Konsularkorps gehalten werden — so bei der kürzlich erfolgten Inaugurierung der serbischen Schulen — fallen stets Andeutungen über die „noch unerlösten" Brüder. Gestern hat sich sogar ein Zwischenfall ereignet, der mein Einschreiten veranlasste. Im Theater, das sich im Hôtel „Bosna" (früher Schark-Hôtel) befindet, gastiert seit einiger Zeit eine serbische Truppe, welche gestern zum ersten Mal das Stück „Der Fall Monastirs" gab. Dieses richtet sich viel weniger gegen die Türken als gegen die „Schwabas". Es wird häufig damit gedroht, diese „zu Paaren zu treiben", die „unterjochten Brüder zu erlösen" etc., was man ja noch hinnehmen könnte. Unzulässig schien mir jedoch die Rolle, welche ein Instruktionsoffizier der Türken in österr.-ungar. Husarenuniform spielt. Derselbe wird auf der Bühne infolge seiner Handlungen aufs unflätigste beschimpft, misshandelt und lächerlich gemacht. Der Präfekt wohnte der Vorstellung bis zu Ende bei. Ich glaubte da denn doch einschreiten zu müssen und verlangte kategorisch die Absetzung des Stückes vom Spielplan, sowie Aufklärungen vom Präfekten über seine Anwesenheit im Theater. Der Präfekt versprach, das Weiterspielen des Stückes zu verbieten und entschuldigte sein Benehmen damit, dass er das Stück nicht gekannt habe. Wenn diese Entschuldigung auch eine lahme ist, so scheint mir doch in formeller Beziehung die Sache erledigt, falls der Präfekt sein Wort hält. Wenn nicht, werde ich nicht ermangeln die Intervention Eurer Exzellenz zu erbitten. Abschriftlich berichte ich unter einem sub gleicher Nummer nach Belgrad. Zitkovszky.

a) Vgl. n. 9189.

Nr. 9153. Tel. aus Rom, 3. Jan. 1914 Nr. 8 (eing. 3 U. 30 M. p. m.).[a] *Entziff.*

Deutscher Standpunkt in der Inselfrage (hohe Telegramme Nr. 1[b] und 2 vom 1. d. Mts.) auch hiesiger Regierung bereits bekannt. Da sich Euer Exzellenz demselben anschliessen, will Marquis di San Giuliano dasselbe tun. Nur will er trachten, Lemnos, welches für die Dardanellen grosse Wichtigkeit besitze, der Türkei zu erhalten. Auch möchte er durchsetzen, dass die Inseln erst dann Griechenland zuerkannt werden, wenn dasselbe in der albanesischen Grenzfrage sich unseren Wünschen gefügt haben wird. Da ich auf nahen Termin des 18. Jänner hinwies, meinte der Minister, man sollte die — in Berlin zu redigierende — Note an die englische Regierung über das Inselproblem sehr beschleunigen. Die Junktim-Frage betreffend sagte er mir vertraulich, er ersehe aus einem Bericht Marquis Imperialis, dass derselbe und Graf Mensdorff tatsächlich gegen das Ende der Londoner Reunion die Verquickung der beiden Fragen admittiert haben.

Mérey.

[a] Vgl. n. 9157. — [b] Vgl. n. 9148 Anm. b.

Nr. 9154. Bericht aus St. Petersburg, 21. Dez. 1913/3. Jan. 1914 Nr. 1 A (eing. 5. Jan.). Ausfert.

Am Tage nach meiner Ankunft in St. Petersburg suchte ich Herrn Sazonow auf, um mich über den Zeitpunkt der Rückkehr Seiner Majestät des Zaren zu informieren und ihn zu bitten, auf eine möglichst beschleunigte Ansetzung meiner Abschieds-Audienz hinzuwirken. Nachdem mir Herr Sazonow dies zugesagt und in Aussicht gestellt hatte, dass Seine Majestät mich voraussichtlich am 21. Dezember/3. Jänner empfangen dürfte, sprach er mir sein Bedauern aus, mich von hier scheiden zu sehen, welches, wie er sagte, umso grösser sei, als es den vortrefflichen persönlichen Beziehungen, welche wir selbst in den Momenten gefährlichster politischer Krise bewahrt hätten, nicht zum geringsten Teile zu danken sei, dass in jenen ernsten Tagen der Faden zwischen den Kabinetten von Wien und Petersburg nie ganz zerrissen sei. Hiedurch wäre die Möglichkeit gegeben gewesen die Konversation immer wieder fortzusetzen, welche namentlich in den letzten Phasen der Orientkrise bei verschiedenen konkreten Anlässen sogar eine Analogie der beiderseitigen Auffassungen und Interessen habe konstatieren lassen. Besonders bemerkenswert schien mir die im Laufe des Gespräches fallen gelassene Bemerkung des Herrn Ministers, er sehe eigentlich nicht ein, warum jetzt, nach Liquidierung der Balkanfragen, durch welche die meisten der bisherigen Interessengegensätze zwischen Österreich-Ungarn und Russland aus der Welt geschafft seien, das gegenseitige Verhältnis nicht einen mehr als blos korrekten („plus que correcte") Charakter annehmen sollte. Wie Euer Exzellenz sich aus meiner Berichterstattung des verflossenen Sommers[a] entsinnen werden, ist es nicht das erste Mal, dass Herr Sazonow mir ähnliche Andeutungen gemacht hat. Bisher ist es allerdings bei diesen sporadisch hingeworfenen Bemerkungen geblieben, ohne dass Herr Sazonow den Versuch gemacht hätte, auf dieses Thema näher einzugehen oder irgendwie zu präzisieren, was er sich eigentlich hierunter denke. Auch waren seine

Avancen — wenn seine bezüglichen Äusserungen überhaupt als solche gemeint waren — zu wenig deutlich und namentlich nicht konsequent genug, als dass unsererseits darauf hätte ernstlich reagiert werden können. Der Umstand aber, dass Herr Sazonow nunmehr abermals sich in diesem selben Sinne äusserte, lässt vielleicht die Vermutung zu, dass er nur deshalb in seinen Avancen so tastend und zurückhaltend war, weil er fürchtete bei uns einer fin de non recevoir zu begegnen. Vielleicht dürfte aber jetzt, wo die Erinnerung an unsere schroffen Differenzen des vergangenen Winters doch etwas abzuflauen und auch die allgemeine Erregung sich zu legen beginnt, und auch der Personenwechsel hier und in Wien als äusserer Anlass dienen könnte, der Moment gekommen sein, wo die von Herrn Sazonow so vorsichtig angeregte Konversation nunmehr ernsthaft und mit begründeter Aussicht aufgenommen werden könnte, zu einem wenn auch vorläufig bescheidenen, aber doch konkreten Resultat zu gelangen. Dass hiezu tatsächlich russischerseits günstige Dispositionen vorliegen dürften, scheint mir auch aus gewissen Äusserungen Herrn Schebekos hervorzugehen, der gegenwärtig hier weilt und der mir anlässlich eines Besuches, den er mir machte, seine Intentionen per longum et latum auseinandersetzte, ähnlich wie er dies bereits seinerzeit dem Grafen Czernin gegenüber getan hatte (vide hieramtlicher Bericht vom 11. Oktober 1913 Nr. 37 B). Auch mir gegenüber betonte Herr Schebeko wieder, dass jetzt, nachdem die Balkankrise im Grossen und Ganzen als liquidiert gelten könne, eigentlich keine so weitgehenden Interessengegensätze zwischen Österreich-Ungarn und Russland mehr bestehen, dass sie nicht durch eine offene Aussprache beseitigt werden könnten, soferne nur beiderseits der ernste Wille hiezu vorhanden sei und das gegenseitig noch bestehende, aber gewiss unbegründete Misstrauen überwunden werden könnte. Namentlich auf letzteres hinzuwirken betrachte er als seine erste und wichtigste Aufgabe. Zu diesem Zweck wäre, wie er sagte, insbesondere auch eine entsprechende Beeinflussung der in den Blättern — oft in unrichtiger und übertriebener Weise — zum Ausdruck kommenden öffentlichen Meinung erforderlich. Dies sei — wie er zugeben müsse — hier, wo die Sprache der Presse im allgemeinen eine noch unfreundlichere gewesen sei als in Wien, besonders nötig, so dass er seine Aufgabe, wie er sich ausdrückte, beinahe noch mehr hier als in Wien sähe. Gerade hiezu aber stünden ihm durch seine Attachen an die conservative — id est nationalistische — Partei vielleicht mehr Möglichkeiten zu Gebote als einem Anderen. Es ist wohl nicht anzunehmen, dass Herr Schebeko mir gegenüber diese Sprache führen würde, wenn sie sich nicht mit den Intentionen Herrn Sazonows decken und nicht auch dieser eine eingehendere Konversation wünschen würde. Ich kehre nun zu meinem Gespräch mit dem Herrn Minister des Äussern zurück: Im weiteren Verlaufe unserer Konversation kam die Rede auch auf die noch pendenten Fragen, darunter auch auf jene der Orientbahnen. Ich nahm die Gelegenheit wahr, im Sinne Euer Exzellenz mir mündlich erteilten Weisung, auf das grosse Entgegenkommen und den Beweis besonderen Vertrauens hinzuweisen, welchen die k. u. k. Regierung dadurch gegeben hätte, dass sie so bereitwillig auf die Beteiligung Russlands an dem Pariser Eisenbahn-Trust eingegangen sei. Herr Sazonow erkannte dies bereit-

willigst an und fügte hinzu, die russische Regierung hege den aufrichtigsten Wunsch, dass die Beziehungen zwischen Serbien und der Monarchie möglichst gute werden, in welcher Richtung sich auch ihre der serbischen Regierung stets gegebenen Ratschläge bewegen. Ich benützt diesen Anlass, um den Herrn Minister darauf aufmerksam zu machen, wie wenig die Haltung und Sprache des russischen Vertreters in Belgrad mit diesem Wunsche der kaiserlichen Regierung zu konkordieren scheine und wies auf das bekannte Interwiew Herrn Hartwigs mit dem bulgarischen Professor Gantschew[b]) hin, welches zwar von ersterem in der serbischen Presse dementiert worden sei, während letzterer in einer zweiten Publikation[c]), aus der ich dem Minister die gravierendsten Stellen vorlas, seine Behauptung ausdrücklich aufrecht erhält. Herr Sazonow erwiderte mir, er habe Herrn Hartwig, sobald er von der Publikation im „Echo de Bulgarie" Kenntnis erlangt habe, zu einer Äusserung aufgefordert und die bündige Versicherung erhalten, dass er die ihm in den Mund gelegten Worte nicht gebraucht hätte. Es entbehre dies überdies auch jeder inneren Wahrscheinlichkeit, da Herr Hartwig ein viel zu kluger Mann sei, um so ungereimtes Zeug zu sagen. Ich erwiderte, dass mir, nach Allem, was ich von Herr Hartwig wisse, eine solche Sprache in seinem Munde durchaus nicht gar so unwahrscheinlich vorkomme und dass sie ganz wohl seinen intimen Gedanken entsprechen könnte. Ich hätte übrigens keinerlei Auftrag diese Angelegenheit bei ihm zur Sprache zu bringen und dies nur deshalb getan, weil mir der Gegensatz zwischen seinem mir eben ausgesprochenen Wunsche nach besseren Beziehungen zur Monarchie und der Sprache eines aktiven russischen Diplomaten, der von dem Wunsche nach Vernichtung eben dieser Monarchie beseelt zu sein scheine, allzu frappant vorkomme. Herr Sazonow beteuerte aufs Neue die Unmöglichkeit der Herrn Hartwig in den Mund gelegten Worte, da ihre Verwirklichung nicht einmal im Interesse Russlands gelegen wäre. Thurn.

[a]) Vgl. n. 7832. — [b]) Richtig Dantschew, vgl. n. 9022, 9072, 9118. — [c]) Vgl. m. 9061.

Nr. 9155. Bericht aus St. Petersburg, 21. Dez. 1913/3. Jan. 1914 Nr. 1 B (eing. 5. Jan.).[a]) Ausfert.

Aus einer Unterredung, die ich anlässlich meines Abschiedsbesuches bei dem Herrn Ministerpräsidenten mit diesem hatte, konnte ich entnehmen, dass die Verstimmung über die deutsche Militärmission in Konstantinopel noch keineswegs gewichen sei. So erwähnte er gelegentlich einer Schilderung seiner jüngsten Urlaubsreise, sein Aufenthalt in Berlin sei ihm durch „cette maudite affaire", die gerade während seines Sejours in der deutschen Reichshauptstadt bekannt geworden sei, ganz verdorben worden. Er fügte hinzu, es könne doch Russland unmöglich gleichgiltig sein, wenn die türkische Armee, welche doch in erster Linie einmal gegen Russland gerichtet sein werde, in den Händen Deutschlands sei! Allerdings hätte Russland formell keinerlei Anhaltspunkt dagegen Stellung zu nehmen, da es schliesslich der Türkei frei stehe, wenn sie auf diese Weise selbst ihre Souverainität untergrabe. Immerhin könne er es nichts anders als eine Unfreundlichkeit von deutscher Seite betrachten. Besonders peinlich habe

aber auf ihn das Geheimnis gewirkt, mit dem die bezüglichen Verhandlungen umgeben worden waren, so dass sich Russland ganz unversehens vor einem fait accompli befunden habe. Herr Kokowzow ergieng sich sodann in heftigen Angriffen gegen die Indiskretionen der Pariser Presse, welche die Sache noch verschlimmert und eine Aussprache mit Deutschland wesentlich erschwert hätten. Ich hielt mich diesen Äusserungen des Herrn Ministerpräsidenten gegenüber sehr reserviert und benützte seine Ausfälle gegen die französischen Zeitungsindiskretionen, um das Gesprächsthema zu wechseln, indem ich darauf hinwies, dass diese unerquicklichen Zeitungsverhältnisse in Paris, welche jede vertrauliche Besprechung mit der dortigen Regierung nahezu unmöglich machten, einer der Hauptgründe gewesen seien, weshalb Euer Exzellenz seinerzeit dagegen gewesen wären, dass die Botschafter-Réunion in Paris tage. Herr Kokowzow erwiderte, er habe dies gleich verstanden und könne Euer Exzellenz nur vollständig beipflichten, dass eine Botschafter-Réunion in Paris bei der Unmöglichkeit dort irgend etwas vor der Presse geheim zu halten niemals die günstigen Resultate gezeigt hätte, welche in London erzielt wurden. Thurn.

[a]) Vgl. n. 9036, 9132, 9202.

Nr. 9156. Bericht aus St. Petersburg, 21. Dez. 1913/3. Jan. 1914 Nr. 1 D (eing. 5. Jan.). Ausfert.

Durch kaiserlichen Ukas ist die Entlassung der ausgedienten Mannschaften in die Reserve bis zum 1. April 1914 verschoben worden. Nach Wiederzusammentritt der Duma soll diese Massregel für die Zukunft gesetzlich eingeführt werden. Begründet wird die verlängerte Dienstzeit mit den Rücksichten auf die Ausbildung der Rekruten und die Standeserhöhungen in den Heeren der anderen Grossmächte. Immerhin scheint es nicht ausgeschlossen, dass auch Gründe der äusseren Politik mitspielen. Solange die Durchführung der armenischen Reformen nicht gesichert erscheint, wird hier mit der Möglichkeit stärkerer armenischer Unruhen gerechnet. Herr Sazonow hat in letzter Zeit bekanntlich wiederholt die Vermutung geäussert, dass die armenische Bewegung im Frühjahr wieder aufleben dürfte. Allerdings hat schon im vorigen Winter Herr Kokowzow mir gelegentlich gesagt, dass die Zurückhaltung der Mannschaften bis zum 1. Jänner zur Regel werden könnte. Thurn.

Nr. 9157. Tel. nach Berlin Nr. 8 (1) und Rom Nr. 17 (2), 5. Jan. 1914 (chiffr. 11 U. 50 U. p. m.). Konz. (S. Hohenlohe; V. Rappaport, Pogatscher u. Berchtold; G. Berchtold).

1. Im Verfolge meines Telegrammes Nr. 6[a]) vom 3. d. M. Bei Abfassung der Antwortnote an die englische Regierung wollen Euer Exzellenz nach folgenden Gesichtspunkten vorgehen. 1. Wir stimmen mit Italien darin überein, daß die Zuerkennung der griechischerseits besetzten Inseln an Griechenland (vide nachfolgendes Alinea)[b]) erst dann in Kraft trete, bis die Räumung aller durch die Londoner Réunion, beziehungsweise die südalbanesische Delimitirungscommission dem autonomen Albanien zuge-

sprochenen Gebiete seitens der griechischen Truppen erfolgt sei und daß daselbst jeder Widerstand gegen die albanische Verwaltung aufgehört haben wird. 2. Bezüglich der von Griechenland besetzten Inseln stimmen wir dem englischen Vorschlag zu, wonach dieselben mit Ausnahme von Imbros und Tenedos Griechenland zufallen sollen. Außer den englischerseits aufgestellten Bedingungen wäre jedoch diese Zuerkennung noch vom Eintritte der beiden sub 1. angeführten Voraussetzungen abhängig zu machen. Auf die von Italien vorgeschlagene Cedirung von Lemnos an die Türkei legen wir zwar keinen besonderen Wert, doch wollen Euer Exzellenz in Ihren Conversationen mit dem Staatssekretär und Ihrem italienischen Collegen dieses Detail noch erwägen. Auch wären wir, wenn Deutschland zustimmt, bereit, die Aufnahme von Garantien für die mohammedanischen Minoritäten in Mytilene und Chios zu begehren. 3. Bezüglich des Dodekanes unterstützen wir vollauf den italienischen Standpunkt, wonach es sich hierbei um eine durch den Vertrag von Lausanne geregelte Angelegenheit handelt, welche im gegenwärtigen Stadium ausschließlich die beiden Kontrahenten, Italien und die Türkei, angeht. Was die Frage der von Italien beanspruchten Compensationen für die Räumung des Dodekanes anbelangt, so scheint uns, daß dies eine zwischen Italien und der Türkei zu regelnde Detailsache sei, deren Austragung diesen beiden Mächten zu überlassen wäre.

2. Erhalten Euer Exzellenz Telegramm Nr. 8 vom 3. d. M. Ich telegraphire unter einem an Grafen Szögyény: (Inseratur aus Telegramm sub 1. von „Bei Abfassung" bis „Türkei angeht.") Vorstehendes zu Euer Exzellenz vertraulicher Information und eventueller Regelung Ihrer Sprache gegenüber Marquis di San Giuliano und Ihrem deutschen Kollegen.

Berchtold.

[a]) Mit Tel. Nr. 6, 3. Jan. 1914 (chiffr. 10 U. 50 M. p. m.) wurde n. 9153 nach Berlin mitgeteilt. — [b]) Nachfolgendes Alinea reicht von „2.) Bezüglich" bis „zu begehren".

Nr. 9158. Tel. aus Konstantinopel-Pera, 5. Jan. 1914 Nr. 10 (eing. 6. Jan. 9 U. a. m.).[a]) Entziff.

Italienischer Botschafter sagte mir heute, er habe gehört, dass der demissionierte Kriegsminister Izzet Pascha nach Albanien reisen werde, um dort gegen die Kandidatur des Prinzen Wied zu agitieren. Mir ist vorläufig hierüber nichts Näheres bekannt. Pallavicini.

[a]) Vgl. n. 9164.

Nr. 9159. Tel. an den Legationsrat Grafen Karl Trauttmansdorff in London, 5. Jan. 1914 Nr. 7 (chiffr. 11 U. 40 M. p. m.).[a]) Konz. (S. Schreibmaschine; V. Pogatscher; G. Berchtold).

Streng vertraulich! Ich habe mit Interesse von Ihrem Berichte Nr. 1 B vom 2. d. M. Kenntnis genommen und bin mit der von Euer Hochgeboren Sir William Tyrrell gegenüber geführten Sprache einverstanden. Zu Ihrer ausschließlich persönlichen Information teile ich Ihnen mit, daß wir uns bei der Behandlung des letzten Vorschlages Sir Edward Greys über die Regelung der Inselfrage und jener der griechischen Evakuierung Südalbaniens

von dem Gesichtspunkte leiten ließen, daß es praktisch gegenwärtig am wichtigsten wäre, die südalbanische Grenzfrage erledigt zu sehen, da ein Hinziehen dieses für alle Teile unbefriedigenden Zustandes große Gefahren — gerade für das Verhältnis der Mächte zu einander — in sich birgt. (Unsere Haltung ist also in dieser Frage von den gleichen Gesichtspunkten inspiriert, von denen sich — wie Sir William Tyrrell Ihnen gegenüber zum Ausdruck brachte — die englische Regierung leiten läßt.) Wir haben stets die objektive Haltung der großbritannischen Regierung in den Albanien betreffenden Fragen dankbar anerkannt und rechnen auch zuversichtlich auf ihr weiteres gewiß segensreiches Wirken auf diesem Gebiete. Wir möchten aber auch unsererseits eine Anerkennung unseres Verhaltens seitens Englands beanspruchen, da wir, wie oben angedeutet, uns nicht nur in der Evakuierungsfrage begegnen, sondern auch dem englischen Vorschlage in der Inselfrage, was die von Griechenland besetzten Inseln anlangt, im allgemeinen zustimmen wollen und uns unseren Bundesgenossen gegenüber in diesem Sinne vernehmen lassen, wie Euer Hochgeboren aus meinem gleichzeitigen Telegramme Nr. 8 von heute entnehmen. Was die Räumung des Dodekanes durch die Italiener betrifft, so liegt es auf der Hand, daß wir die Sache unserer Bundesgenossen vertreten und daß es nicht uns zugemutet werden kann, die Italiener zum Verlassen dieser Inseln anzuhalten, über deren Rückstellung sie übrigens wiederholt die bündigsten Versicherungen abgegeben haben. Berchtold.

[a]) Vgl. n. 9160.

*Nr. **9160.** Tel. nach London Nr. 8 (1), Paris Nr. 2 (2) und St. Petersburg Nr. 4 (3), 5. Jan. 1914 (chiffr. 9 U. 30 M. p. m.).[a]) Konz. (S. Gautsch; G. Forgách).*

1.—3. Zur Ihrer persönlichen Information: Die zwischen den Kabinetten der Dreibundmächte im Zuge befindlichen Pourparlers über die der englischen Regierung in der Inselfrage zu erteilende Antwort sind so weit gediehen, daß die Fertigstellung der bezüglichen Note in kürzester Zeit erfolgen wird. Wir acceptieren im allgemeinen den Vorschlag Sir E. Greys über die von Griechenland besetzten Inseln, haben auch in diesem Sinne auf unsere Alliierten eingewirkt und glauben, ihre zustimmende Haltung bestimmt erhoffen zu können. Was die von Italien besetzten Inseln anlangt, so teilen wir ganz die Auffassung der italienischen Regierung, wonach diese Frage in Gemäßheit des Lausanner Friedensvertrages zwischen Italien und der Türkei zu regeln sei. Berchtold.

[a]) Vgl. n. 9151, 9159.

Tel. nach Paris, 5. Jan. 1914 Nr. 2 (chiffr. 9 U. 30 M. p. m.). Siehe n. 9160.

Tel. nach Rom, 5. Jan. 1914 Nr. 17 (chiffr. 11 U. 50 M. p. m.). Siehe n. 9157.

Tel. nach St. Petersburg, 5. Jan. 1914 Nr. 4 (chiffr. 9 U. 30 M. p. m.). Siehe n. 9160.

Nr. 9161. Tel. aus St. Petersburg, 5. Jan. 1914 Nr. 2 (eing. 6. Jan. 9 U. a. m.). Entziff.

Ich habe heute Seiner Majestät Kaiser Nikolaus in feierlicher Abschiedsaudienz mein Abberufungsschreiben überreicht und die Gelegenheit benützt, um Höchstdemselben meinen ehrfurchtsvollsten Dank für die Verleihung des mir tagszuvor übermittelten Alexander Newski-Ordens auszusprechen. Seine Majestät der Zar sprach in außerordentlich gnädigen Worten Höchstdessen Bedauern aus, mich von hier scheiden zu sehen, indem er betonte, er wisse mir besonderen Dank dafür, daß ich „par le dévouement dont j'avais fait preuve pour le service de mon Auguste Maître et le tact avec lequel j'avais mené les affaires" viel dazu beigetragen habe, daß die durch die großen Schwierigkeiten der verflossenen Krise wiederholt bedrohten Beziehungen zwischen den beiden Regierungen, wenn sie auch vorübergehenden Schwankungen ausgesetzt gewesen sein mögen, doch niemals ernstlich gestört worden sind; Seine Majestät hob insbesonders mit sichtlicher Befriedigung hervor, „que vous laissez maintenant la situation beaucoup meilleure qu'elle ne l'était." Aus der ganzen Tonart der überaus gnädigen kaiserlichen Worte klang deutlich die Befriedigung durch, daß es gelungen ist, die Orientkrise ohne irreparable Erschütterung der gegenseitigen Beziehungen zu überwinden, sowie der Wunsch, dieselben sich noch weiter bessern zu sehen. Letzteres schien mir auch aus der Bemerkung Kaiser Nikolaus' hervorzugehen, mein Nachfolger finde ein wohl vorbereitetes Terrain vor. Im weiteren Verlaufe der Audienz fand Seine Majestät der Zar sehr warme und freundschaftliche Worte für die Allerhöchste Person unseres Allergnädigsten Herrn, nach Allerhöchstdessen Befinden er sich in der angelegentlichsten Weise erkundigte. Auch verweilte er mit sichtlicher Befriedigung in Reminiszenzen an Höchstseinen letzten Aufenthalt in Mürzsteg, der, wie er äußerte, ihm unvergeßlich bleiben werde. Schließlich verabschiedete mich Kaiser Nikolaus, indem er mir sagte, er freue sich, mich am nächsten Donnerstag noch einmal bei sich zu Tisch sehen zu können.[a] Ich wurde auch von Ihrer Majestät der Kaiserin empfangen, welche vortrefflich aussieht und mir sagte, der lange Aufenthalt in der Krim habe sowohl ihr als insbesondere dem Großfürsten-Thronfolger außerordentlich wohl getan, welch' Letzterer nun Gottlob von seiner vorjährigen schweren Erkrankung gänzlich wiederhergestellt sei. Ihre Majestät entließ mich, indem sie mich beauftragte, der Dolmetsch ihrer wärmsten und herzlichsten Grüße bei Seiner k. u. k. Apostolischen Majestät unserem Allergnädigsten Herrn zu sein. Ihre Majestät, die Kaiserin-Mutter, wird mich Donnerstag nachmittags oder Freitag vormittags empfangen, worauf ich Freitag abends abzureisen gedenke. Thurn.

[a] Vgl. n. 9177.

Nr. 9162. Tel. des Generalkonsuls Aristoteles Petrović aus Valona, 5. Jan. 1914 Nr. 5 (eing. 8 U. p. m.).[a] Entziff.

Jungtürkische Umtriebe. Der aus seiner Agitationsreise nach Skutari und Durazzo bekannte Bekir Effendi befindet sich seit einigen Tagen in

Valona. Er hat hier die Bildung eines Komitees zur Agitation für einen mohammedanischen Fürsten versucht. Als die Kontrollkommission die Sache erfuhr, machte sie Ismail Kemal auf diese Umtriebe aufmerksam (uns waren auch glaubwürdige Nachrichten zugekommen, dass Ismail Kemal Bekirs Treiben im Geheimen begünstige). Der Kommission gegenüber suchte Ismail Kemal zuerst mit Ausflüchten zu erwidern, musste aber schliesslich eingestehen, dass ihm der Agitator bekannt sei; nur wisse er nicht genau, um was es sich handle. Er suchte die Schuld ausschliesslich auf Essad Pascha zu wälzen. Auf unsere Frage, was er gegen Bekir zu unternehmen gedenke, antwortete er, dass eine Ausweisung unnötig sei, da derselbe morgen Valona verlassen wolle. Letzteres entspricht den Tatsachen; Bekirs Reiseziel soll Brindisi sein, wohin laut zweier angeblich von Ismail Kemal interzepierter, mit Izzet unterfertigter, aus Konstantinopel datierter Telegramme „10 Jacketts und alle Schuhe" expediert wurden, um nach Albanien umgeladen zu werden. Jene Worte wahrscheinlich Offiziere und Waffen. Alle Kommissäre berichten in der Sache an ihre Regierungen. Meiner Meinung nach müsste türkische Regierung ernstlich ermahnt werden, sich aller Umtriebe in Albanien zu enthalten. Es steht nach den uns zugekommenen Nachrichten ausser Frage, dass Talaat Bey Agitation unterstützt. Als Zweck wird auch die Autonomie Mazedoniens unter türkischer Oberhoheit mit einem Bruder Grossvezirs, Prinzen Halim, als Generalgouverneur genannt. Zweifellos ist aber eigentliches Ziel Einsetzung Izzet Paschas zum albanesischen Fürsten. Mir persönlich ist noch folgende vertrauliche Ismail Kemal unbekannte Äusserung Bekirs von glaubwürdiger Seite erzählt worden: „Die Jungtürken hoffen Essad Pascha durch Geld und mit Unterstützung seiner in Konstantinopel lebenden Frau, die sich weigert, nach Albanien zurückzukehren, nach Konstantinopel zu locken. In Essads jetzige Machtbefugnisse würde Izzet Pascha treten und von Durazzo aus seine Wahl zum Fürsten betreiben". Ismail Kemal dagegen ist verletzt, dass Prinz von Wied nach Durazzo gehen will und sucht Anschluss an die Jungtürken im falschen Glauben, dass er diese auch für ihn gefährliche Bewegung für seine Machtinteressen wird ausnützen können. Petrović.

[a] Vgl. n. 8928, 9164, 9182, 9184.

Nr. 9163. Tel. aus Sofia, 6. Jan. 1914 Nr. 13 (eing. 7. Jan. 9 U. a. m.).[a] Entziff.

Bezug auf mein Telegramm Nr. 1350 vom 28. v. Mts. Konseilspräsident sagte mir, Text Abkommens mit Türkei habe er noch nicht erhalten. Da Akkord perfekt, hätte Text schon vor einiger Zeit zur Unterschrift hergeschickt werden sollen, es sei aber Wechsel im türkischen Kriegsministerium dazwischen gekommen und Operat Vertrages habe — wie Toscheff anher gemeldet — Enver Bey vorgelegt werden müssen.

Tarnowski.

[a] Vgl. n. 9166, 9194.

Tel. nach Berlin, 7. Jan. 1914 Nr. 15 (chiffr. 11 U. 50 M. p. m.). Siehe n. 9164.

Nr. 9164. Tel. nach Konstantinopel Nr. 7 (1), Rom Nr. 24 (2) und Berlin Nr. 15 (3), 7. Jan. 1914 (chiffr. 11 U. 50 M. p. m.).a) Konz. (S. Schreibmaschine; V. Rappaport, Flotow u. Forgách; G. Forgách).

1. Erhalten Euer Exzellenz Telegramm Nr. 10 vom 5. d. M. Die jungtürkischen Umtriebe in Albanien sowie die zwar noch unbestätigten, aber leider recht wahrscheinlich klingenden Pressenachrichten über die Proklamierung des Belagerungszustandes in Valona und die angebliche Designierung Izzet Paschas zum Staatsoberhaupte Albaniens haben mich veranlaßt, den türkischen Botschafter zu mir zu bitten und mich ihm gegenüber in nachstehender Weise auszusprechen: Albanien, in welchem ein großer Teil der von der Türkei abgetretenen mohammedanischen Bevölkerung lebe, sollte sich nach den Beschlüssen der Mächte einer selbständigen staatlichen Existenz erfreuen, zu deren dauernder Aufrechterhaltung die Einsetzung eines europäischen Souverains, über dessen Person sich die Kabinette bereits geeinigt hätten, unbedingt erforderlich sei. Statt diese Lösung zu fördern, welche die einzige sei, die die mohammedanische Bevölkerung Albaniens vor dem traurigen Schicksale bewahren könne, das ihre Glaubensgenossen in den Balkanstaaten teils bereits getroffen habe, teils noch erwarte, habe man in Konstantinopel den wahnwitzigen Plan gefaßt, durch Berufung eines albanesischen Mohammedaners auf den Fürstenthron die Pläne der Mächte zu konterkarrieren und durch Ausnützung des Egoismus einzelner Chefs und der Ignoranz und des Fanatismus der untersten Volksschichten Wirren hervorzurufen. Falls die Mächte diesem unüberlegten Treiben nicht entgegentreten sollten, so bestünde dessen Folge darin, daß volle Anarchie in Albanien einreißen würde und die für die Mohammedaner dort erreichten Vortheile aufs Spiel gesetzt würden. Ich müsse dem Herrn Botschafter offen erklären, daß ich die Ausführung dieses phantastischen Abenteuers, welches einige jungtürkische Hitzköpfe ausgeheckt hätten und das leider sich einer zum mindesten wohlwollenden Duldung seitens der Pforte erfreut, um keinen Preis ruhig hinnehmen könne. Hilmi Pascha möge daher seine warnende Stimme in Konstantinopel erheben, damit die Pforte jenen Intrigen ein Ziel setze und die Verpflichtung zur Nichteinmischung in albanesische Angelegenheiten, die sie in London übernommen habe, auf das pünktlichste einhalte. Sollte dies nicht geschehen und der jungtürkischerseits inszenierte Unfug in Albanien nicht unverzüglich aufhören, so könne ich dem Herrn Botschafter nicht verhehlen, daß, ganz abgesehen von den Maßnahmen, die wir gemeinsam mit den anderen Mächten zur Hintanhaltung jenes unerhörten Treibens ergreifen werden, nicht nur die Beziehungen Oesterreich-Ungarns zur Pforte sehr in Mitleidenschaft gezogen werden müßten, sondern wir auch in Hinkunft unsere bisher türkenfreundliche Politik in der armenischen und einer Reihe anderer die Pforte interessierender internationaler Fragen einer fundamentalen Revision unterziehen müßten. Obzwar Hilmi Pascha den Versuch machte, die Complicität der Pforte an den in Rede stehenden Umtrieben vollständig in Abrede zu stellen, erklärte er doch, daß er meine Warnung sofort telegrafisch zur Kenntnis seiner Regierung bringen werde. Ich ersuche Euer Exzellenz, sich in ähnlichem Sinne den türkischen Staatsmännern gegenüber aussprechen zu wollen.

2. u. 3. Ich telegraphiere an Markgrafen Pallavicini wie folgt: (Inseratur ex Telegramm sub 1. von „Die jungtürkischen Umtriebe in Albanien" bis „ergreifen werden,") die Beziehungen Oesterreich-Ungarns zur Pforte sehr in Mitleidenschaft gezogen werden müßten. (Inseratur ex Telegramm sub 1. von „Obzwar Hilmi Pascha" bis „aussprechen zu wollen.") Euer Exzellenz wollen der dortigen Regierung insinuiren, eine analoge Sprache in Konstantinopel zu führen. Berchtold.

a) Vgl. n. 9162, 9170, 9171, 9212.

Nr. 9165. Bericht aus Konstantinopel, 7. Jan. 1914 Nr. 4 B (eing. 10. Jan.).a) Ausfert.

Die Ernennung Enver Beys zum Kriegsministerb) unter gleichzeitiger Verleihung der Charge eines Generalmajors und hiemit des Paschatitels ist ohne Zweifel ein Ereignis von grosser politischer Bedeutung. Es wird sich erst zeigen, ob Enver Pascha, der erst in seinem 35. Lebensjahre steht, genügend Erfahrung besitzt, um den Anforderungen seines neuen verantwortungsvollen Postens gerecht zu werden. Die grosse politische Bedeutung der Ernennung Enver Paschas liegt darin, dass er von Anfang der neuen Aera unentwegt in der jungtürkischen Partei eine führende Rolle gespielt hat. Dadurch, dass er an die Spitze der Armee gestellt worden ist und dass Talaat Bey und Djemal Bey (letzterer ist jetzt ebenfalls zum Generalmajor mit dem Titel Pascha befördert worden), die beide zu den einflussreichsten Mitgliedern des Comités gehören, ebenfalls im Ministerrate sitzen, ist die Partei des Comités „Union et Progrès" augenblicklich in der Regierung derartig mächtig geworden, wie dies bisher noch niemals der Fall war. Es ist nun abzuwarten, ob nicht eben dieser allzugrosse Machtzuwachs wieder in nächster Zukunft eine Reaction hervorrufen wird, wie dies in der Türkei schon zu wiederholten Malen vorgekommen ist. In diesem Falle könnte es dann eventuell zu einem neuerlichen gewaltsamen Umsturze kommen. Die öffentliche Meinung Europas wird die Ernennung Enver Paschas zum Kriegsminister wahrscheinlich dahin deuten, dass man hierzulande an eine Revanchepolitik denkt. Ich glaube nicht, dass diese Auffassung den Thatsachen ganz entspricht, immerhin bin ich mir darüber klar, dass die Männer, welche heute an der Spitze der Regierung stehen, alles daran setzen werden, um wenigstens in der Inselfrage den türkischen Standpunkt mit aller Energie zu verteidigen und dass sie hiebei auch nicht vor einem Kriege mit Griechenland zurückschrecken werden. Sollte die diesbezügliche Entscheidung der Mächte gegen die Türkei ausfallen, so wird man wahrscheinlich hier ruhig abwarten, bis man in die Lage kommt, den Krieg mit Griechenland unter günstigen Bedingungen aufzunehmen, und dann losschlagen. Ich bin nicht der Meinung, dass die heutigen Machthaber an eine Wiedereroberung der verloren gegangenen Provinzen denken, aber immerhin dürften sie sich als Ziel gesetzt haben, dem Zustande auf der Balkanhalbinsel, wie er durch den Bucarester Vertrag geschaffen wurde, ein Ende zu bereiten und eine Verschiebung der politischen Lage zu ihren Gunsten durchzusetzen. Was die Persönlichkeit Enver Paschas anbelangt, so habe ich ihn in der letzten Zeit nicht gesehen. Vor einigen Jahren hatte ich Gelegenheit, mit ihm des öfteren

längere und eingehende Gespräche zu führen. Er hat mir damals einen sehr guten Eindruck gemacht. Pallavicini.

[a]) Vgl. n. 9203 Anm. a. — [b]) Bereits gemeldet mit Tel. vom 3. Jan. 1914 Nr. 6 (eing. 4. Jan. 9 U. a. m.).

Nr. 9166. Bericht aus Konstantinopel, 7. Jan. 1914 Nr. 4 C (eing. 10. Jan.).[a]) Ausfert.

Geheim. Der bulgarische Gesandte hat mich heute aufgesucht und mir mitgeteilt, dass die geheimen türkisch-bulgarischen Vertragsverhandlungen in der letzten Zeit durch die parziellen Ministerkrisen hier und in Sofia eine Verzögerung erfahren hätten. Er werde dieser Tage den hier fertiggestellten Vertragsentwurf seiner Regierung vorlegen und hoffe, dass derselbe in Sofia vielleicht mit einigen redactionellen Aenderungen werde angenommen werden. Bei dieser Gelegenheit wiederholte mir Herr Toscheff seine in meinem Berichte vom 29. v. M. Nr. 82 A enthaltene Bemerkung, dass, seiner Meinung nach, der ganze Vertrag ohne Sicherung der Neutralität Rumäniens keinen praktischen Wert hätte. Er sprach auch neuerlich über die Gefahr, welche seinem Vaterlande dadurch drohen könnte, wenn die türkische Regierung es gegen seinen Willen in ein Abenteuer hineinziehen würde, und betonte, dass Bulgarien sich gegen derartige Velläitäten[b]) der hiesigen Machthaber sicherstellen müsse. Bezüglich dieser eben angedeuteten Möglichkeit zeigte sich Herr Toscheff etwas beunruhigt und liess durchblicken, dass er einen coup de tête seitens der augenblicklich an der Spitze des türkischen Staatswesens stehenden Kreise nicht für ausgeschlossen halte. Was die Demission des bulgarischen Ministers des Aeussern anbelangt, so gab Herr Toscheff seiner Ueberzeugung Ausdruck, dass derselbe wahrscheinlich bereits nach Ablauf einiger Wochen und nach Beendigung seines jetzt schwebenden Processes wieder an die Spitze der bulgarischen äusseren Politik werde berufen werden. Pallavicini.

[a]) Vgl. n. 9163, 9208, 9213, 9224. — [b]) So!

Tel. nach Rom, 7. Jan. 1914 Nr. 24 (chiffr. 11 U. 50 M. p. m.). Siehe n. 9164.

Nr. 9167. Tel. nach Berlin Nr. 17 (1) und Rom Nr. 30 (2), 8. Jan. 1914 (chiffr. 11 U. p. m.).[a]) Konz. (S. Matscheko; V. u. G. Forgách).

1. Der italienische Geschäftsträger hat mir heute den Wortlaut der von Euer Exzellenz im Verein mit Herrn von Jagow und Herrn Bollati entworfenen Antwort auf den Vorschlag Sir E. Greys auf Grund eines Telegrammes aus Rom zur Kenntnis gebracht. Aus den weiteren Mitteilungen des italienischen Geschäftsträgers hat sich ergeben, daß Marquis di San Giuliano mit meiner Ansicht ganz übereinstimmt, daß nämlich die Antwort der Dreibundkabinette nicht mündlich, sondern durch identische Noten der englischen Regierung bekanntzugeben sein wird. Wie italienischer Geschäftsträger ferner bemerkte, hat Marquis di San Giuliano sich nicht damit einverstanden erklärt, daß die der griechischen Regierung aufzuerlegende Verpflichtung, jeden Widerstand gegen den von den Mächten in Südalbanien geschaffenen Zustand aufzugeben, durch den Zusatz „soweit

ihr dies möglich ist" eingeschränkt werde. Dieser Zusatz hätte daher zu entfallen. Auch in diesem Punkte stimmt meine Ansicht mit der des italienischen Ministers ganz überein, wie ich überhaupt besonderen Wert darauf legen würde, daß in präziser Weise zum Ausdruck gebracht werde, das große Entgegenkommen, zu dem wir Griechenland gegenüber in der Inselfrage bereit seien, müsse davon abhängig gemacht werden, daß die Incorporirung der südalbanesischen Gebiete glatt vor sich gehe, was zu ermöglichen in der Hand der griechischen Regierung liegt. Was den Dodekanes anbelangt, so stimme ich nachstehendem, von Marquis di San Giuliano vorgeschlagenen Passus zu: „Quant à la dernière proposition de Sir E. Grey,[b] concernant le Dodécanèse, le Gouvernement italien maintient sa déclaration qu'il sera prêt à rendre ces îles à la Turquie, mais il déclare que la date et les conditions de la restitution doivent former l'objet d'un accord ultérieur entre les deux Gouvernements. Le Gouvernement austro-hongrois (allemand) adhère à ce point de vue." Schließlich sei bemerkt, daß ich ebenso wie Marquis di San Giuliano der deutschen Anregung hinsichtlich Lemnos[c] zustimme. Es wären demnach die drei Botschafter in London zu beauftragen, vor der Abfassung der Antwortnote bei Sir E. Grey anzufragen, ob er damit einverstanden wäre, daß Lemnos der Türkei zugewiesen wird. Nur im bejahenden Falle wäre in die Note ein Passus in diesem Sinne aufzunehmen. Andernfalls hätte dagegen Lemnos in der Note überhaupt nicht erwähnt zu werden. Euer Exzellenz wollen Vorstehendes ehestens zur Kenntnis Herrn von Jagows bringen.

2. Ich telegrafiere wie folgt an Grafen Szögyény: (Inseratur Telegramm sub 1. in extenso.) Vorstehendes zur Regelung Ihrer Sprache. Berchtold.

[a] Vgl. n. 9172, 9174, 9175. — [b] n. 9083. — [c] Vgl. n. 9143, 9144.

Nr. 9168. Tel. nach Bukarest, 8. Jan. 1914 Nr. 6 (chiffr. 11 U. 45 M. p. m.).[a] Konz. (S. Berger; V. Forgách; G. Berchtold).

Prinz Wied hatte uns vor wenigen Tagen durch Herrn von Jagow verschiedene Bedingungen für die Annahme des albanischen Thrones, in sieben Punkten formuliert, bekanntgeben lassen. Bei Durchsicht dieser Desiderata konnten wir konstatieren, daß alle derselben eigentlich bereits erledigt sind, wovon wir dem Prinzen durch den kaiserlich deutschen Staatssekretär Antwort geben ließen. In der den zukünftigen Herrscher von Albanien speziell interessierenden Anleihefrage ist es uns gelungen, eine Lösung zu finden, die den bezüglichen Wünschen des Prinzen in weitestem Maße entgegenkommt, indem wir und Italien uns bereit erklärten, diese Anleihe allein zu übernehmen, falls dieselbe bei den anderen Mächten auf Schwierigkeiten stoßen sollte. Es erschiene nun aber angezeigt, daß sich Prinz Wied ehestens zu der Annahme des Thrones entschließe und sich möglichst bald nach Albanien begebe. Wenn er abwarten wollte, bis alle Mächte jeder einzelnen der von ihm aufgestellten Bedingungen zugestimmt hätten, würde hiedurch kostbare Zeit verloren gehen und sich die Situation in Albanien nur komplizieren. Ein rascher Entschluß erscheint aber auch im Hinblick auf die von jungtürkischer Seite einsetzenden Umtriebe in Albanien geboten, welche mit jedem Tag Zögerns des Prinzen an Terrain

nur gewinnen könnten. Ich ersuche Euer Exzellenz, sich in vorstehendem Sinne bei Herrn Majoresco, eventuell bei König Carol vernehmen zu lassen und dahin zu wirken, daß dem Prinzen Wied auch von rumänischer Seite eine je raschere Annahme des Thrones empfohlen werde. Berchtold.

[a]) Vgl. n. 9092, 9173, 9179.

Nr. 9169. Bericht aus Bukarest, 8. Jan. 1914 Nr. 4 (eing. 11. Jan.).[a]) *Ausfert.*

Geheim. ... *Rückblick auf die politische Lage* ... Die zwei grossen Karten jedoch, welche Euer Exzellenz in der Hand haben und die sich mit Erfolg ausspielen liessen, sind: Bulgarien und Italien und zum Verständnis des Gesagten ist wieder die richtige Einschätzung der rumänischen Volkspsyche unerlässlich. Die Angst vor Bulgarien liegt hier allen Leuten in den Gliedern. Die offenen Köpfe Bucarests — und es giebt deren sehr viele — zweifeln nicht an dem Zukunftskriege mit Bulgarien und die Meinungsverschiedenheiten beziehen sich nur auf den Termin des Ausbruches. Dass sich Rumänien rüsten müsse für diesen nächsten, wohl entscheidenden Krieg, das weiss der König, das wissen alle Politiker, das weiss jeder Mann aus dem Volke — und da sollte man nun meinen, dass ganz Rumänien logischerweise rasch einen möglichst festen Anschluss an Wien suchen müsste, um sich diese wichtige Allianz zu sichern. Wenn dies vorerst so gar nicht der Fall ist, so erklärt sich dies abgesehen von dem früher erwähnten Grössenwahn dadurch, dass man hier weder glaubt, dass wir gute Freunde noch dass wir gefährliche Feinde sein können, — dass man offenbar hier meint, wir würden bei einem nächsten Balkankriege eine mehr passive Rolle spielen, die Rumänien zwar nichts nützen aber auch nicht schaden werde — dass man uns kurzum unterschätzt, fast als eine quantité négligeable betrachtet, für einen Factor, um den man sich nicht erst viel bemühen muss, den man nicht lieben kann und nicht zu fürchten braucht. Diesen doppelten Irrtum müssten wir den Rumänen nehmen; wir müssten ihnen erstens beweisen, dass ihr enger Anschluss an uns nicht nur möglich ist (ungarisch-rumänischer Ausgleich) sondern für sie ein Lebensbedürfnis, weil wir unsererseits Jemanden auf dem Balkan haben müssen und, wenn es nicht die Rumänen sind, es die Bulgaren sein werden. Sehen die Rumänen, dass wir wirklich im Stande sind, ein Bündnis mit Bulgarien abzuschliessen, so werden sie sich sehr beeilen unseren Wünschen zuvorzukommen. Damit sie aber an unseren Ernst glauben, müsste mir durch unsere bulgarische Gesandtschaft etwas Material geliefert werden — Wünsche der Annäherung Bulgariens —, welche ich dann hier gelegentlich ausspielen könnte. Wenn es gelänge, hier in den maassgebenden Kreisen den Glauben zu erwecken, dass Bulgarien sehnlichst eine Allianz mit uns wünscht, dass wir vorerst darauf nicht eingehen, weil wir erst wissen wollen wie sich unsere Zukunft zu Rumänien gestalten wird, so würde dies meine bescheidenen Kräfte gewaltig unterstützen. Selbstverständlich müsste eine solche Aktion so eingeleitet werden, dass sie von Bulgarien ausgeht und wir anscheinend noch widerstreben — das Umgekehrte würde hier nur Argwohn erwecken und sehr verstimmen, also schaden. Und Italien! Was die italienische Regierung

denkt, weiss ich nicht, aber ich weiss, was ihr hiesiger Vertreter plant, und dieser Mann darf nicht unterschätzt werden. Er ist von einer erschreckenden Lebendigkeit und blickt weiter als auf die nächsten Monate, indem er dabei eine — wie ich glaube — von seinem Standpunkt sehr richtige Politik verfolgt: Er will Oesterreich-Ungarns sichere Freundschaft und Waffenbrüderschaft garantiert bekommen oder uns dermassen schwächen, dass wir bei der von ihm erwarteten grossen europäischen Auseinandersetzung nicht mehr gefährlich sind, — mit anderen Worten und auf die hiesigen Verhältnisse projicirt: er will uns entweder fest an Rom ketten oder uns Rumänien abspänstig machen und er versucht beides zugleich. Seine stundenlangen Unterredungen mit mir, wobei er von südländischer Beredsamkeit strotzt, haben mir deutlich bewiesen, dass er eine Annäherung Wiens an Rom wünscht. Gleichzeitig glaube ich aus Andeutungen Take Jonescos, dessen Freund er ist, und aus anderen Anzeichen darauf schliessen zu können, dass er ein zweites Eisen im Feuer hat und für den Fall, dass dies misslingen sollte, das endgiltige Losreissen Rumäniens von uns und dessen Anschluss an Italien zu planen scheint. Dass die eitlen Rumänen entzückt sind, dass auch Italien um ihre Gunst buhlt, ist wohl begreiflich. Aber kommen wir ihm zuvor. Machen wir wenigstens einen ersten Schritt in dieser Hinsicht, nehmen wir den Rumänen Italien fort und zwingen wir sie, mit uns zu rechnen. Ich erwarte mir sehr viel von dem Gelingen des ungarisch-rumänischen Ausgleiches, ich hoffe, dass meine Einwirkung auf Maioresco und seine darauf in der Kammer gehaltene Rede dauernd nachwirken wird, ich verdopple meine Anstrengungen in der uns bisher feindlichen hiesigen Presse — aber alles das wird nicht genügen. Wir dürfen den Rumänen nicht verheimlichen, dass hinter allem Entgegenkommen und hinter allen Liebenswürdigkeiten ernst und drohend der eiserne Wille steht, wenn es nicht mit ihnen geht, gegen sie zu handeln, und wir müssen das Terrain vorbereiten, damit sie an diesen eisernen Willen glauben. Ottokar Czernin.

[a]) Vgl. n. 9137.

Nr. 9170. Tel. aus Konstantinopel-Pera, 8. Jan. 1914 Nr. 17 (eing. 9. Jan. 4 U. 20 M. p. m.).[a]) Entziff.

Albanien. Gleich nach Empfang Euer Exzellenz Telegrammes Nr. 7 sprach ich Grossvezier. Er hatte bereits Depesche Hilmi Paschas erhalten. Grossvezier wollte mich zuerst mit der Erklärung abfinden, dass die Regierung von der angeblichen Kandidatur Izzet Paschas keinerlei Kenntnis habe und sich überhaupt mit Albanien nicht befasse. Ich antwortete, diese Erklärung hätte er mir schon gegeben, ich wisse jedoch, dass sich Mitglieder des Kabinetts — ich nannte Minister des Innern und Minister der öffentlichen Arbeiten — an den Intriguen in Albanien beteiligten; ich hätte beide ernstlich gewarnt, es scheine aber, dass meine Ratschläge nicht beachtet wurden. Grossmächte würden gewiss die Macht haben, ihren Beschlüssen Geltung zu verschaffen, anderseits sei aber ernstliche Gefahr, dass die Beziehungen der Monarchie zur Türkei, wenn diese irgendwie gegen die Beschlüsse der Mächte agitieren sollte, kompromittiert werden könnten. Grossvezier erwiderte, es sei ihm an den guten Beziehungen zu Oesterreich-

Ungarn viel mehr gelegen als am Schicksal Albaniens, und versicherte, dass ottomanische Regierung nicht nur allen Intriguen ferne stehe, sondern auch etwaige Waffensendungen nach Albanien verhindern werde. Von der angeblichen Kandidatur Izzet Paschas sei ihm nichts bekannt; soviel könne er versichern, dass, solange Izzet der Armee angehöre, von seiner Kandidatur keine Rede sein könne, falls derselbe aber aus der Armee austrete und die Türkei verlasse, so könnte er gewesenen Kriegsminister nicht hindern, Berufung nach Albanien Folge zu leisten. Grossvezier meinte, er werde nach Einholung näherer Informationen an Hilmi Pascha telegrafieren. Grossvezier liess auch Bemerkung fallen, dass er vollständig überzeugt ist, Prinz Wied gehe grossen Gefahren entgegen. Wenn ihm etwas geschehe, möge nicht türkische Regierung hiefür verantwortlich gemacht werden. Pallavicini.

[a]) Vgl. n. 9180, 9212.

Tel. nach Rom, 8. Jan. 1914 Nr. 30 (chiffr. 11 U. p. m.). Siehe n. 9167.

Nr. 9171. Tel. aus Rom, 8. Jan. 1914 Nr. 22 (eing. 9. Jan. 9 U. a. m.). Entziff.

Jungtürkische Umtriebe in Albanien. Auf Grund hohen Telegrammes vom 7. d. Mts. Nr. 24 habe ich dem Minister des Äussern von der ernsten und warnenden Sprache Euer Exzellenz gegenüber Hilmi Pascha Kenntnis gegeben. Marquis di San Giuliano, welcher von dem jungtürkischen Coup in Albanien — vor welchem er ja wiederholt gewarnt hatte — zwar nicht überrascht, aber doch impressioniert ist, sagte mir, er habe bereits hiesigem türkischen Botschafter gegenüber sehr eindringlich Unzulässigkeit und Aussichtslosigkeit solcher Umtriebe dargelegt und Marquis Garroni beauftragt, sich in Konstantinopel in gleichem Sinne auszusprechen. Die letzten von mir in der Konsulta eingesehenen Telegramme aus Valona enthalten als weitere Details noch die Konstatierung der Auffindung einer beträchtlichen Geldsumme bei den verhafteten türkischen Offizieren. Ferner wird in diesen Telegrammen die in dieser ganzen Angelegenheit nicht nur von Essad Pascha, sondern auch Ismail Kemal Bey gespielte Rolle als zum mindesten äusserst dubios bezeichnet. Mérey.

Nr. 9172. Tel. nach Berlin Nr. 19 (1) und Rom Nr. 31 (2), 9. Jan. 1914 (chiffr. 10. Jan. 12 U. 10 M. a. m.). Konz. (S. Matscheko; V. Forgách; G. Berchtold).

1.—2. Da die Nähe des für die Evakuierung Südalbaniens festgesetzten Termines die baldigste Überreichung unserer Antwort an Sir E. Grey dringend erfordert, da ferner die endgiltige Redaktion dieser Antwort von dem Ergebnisse der in meinem gestrigen Telegramme Nr. 17 (beziehungsweise 30) besprochenen vertraulichen Sondierung wegen Lemnos abhängt und da ich endlich annehme, daß die deutsche Regierung den von mir und Marquis di San Giuliano beantragten Abänderungen und Zusätzen zu den in Berlin entworfenen Grundzügen unserer identischen Antwort zustimmen wird, hielte ich es nun für das beste, die Dreibundvertreter in London mit der Finalisirung der zu überreichenden Antwortnote zu betrauen. Ich teile daher Grafen Trauttmansdorff unter einem den Inhalt

der in Berlin entworfenen Grundzüge sowie meines citierten gestrigen Telegrammes mit dem Auftrage mit, sobald die beiden anderen Dreibundvertreter analoge Instruktionen erhalten haben, im Einvernehmen mit diesen mit möglichster Beschleunigung identische Antwortnoten auf Grund des von den Regierungen prinzipiell vereinbarten Gedankenganges auszuarbeiten und Sir E. Grey zu übergeben. Graf Trauttmansdorff wird gleichzeitig angewiesen,[a] noch vorher im Einvernehmen mit den anderen Dreibundvertretern die oben erwähnte Sondierung wegen Lemnos vorzunehmen und deren Ergebnis bei der Redaction der Note entsprechend zu berücksichtigen. Euer Exzellenz wollen

1. Herrn von Jagow
2. Marquis di San Giuliano

1.—2. hievon in Kenntnis setzen und auf die ehetunliche Erlassung entsprechender Weisungen an

1. Prinzen Lichnowsky
2. Marquis Imperiali

1.—2. hinwirken. Eine analoge Weisung ergeht an

1. Herrn von Mérey.
2. Grafen Szögyény.

Berchtold.

[a] Vgl. n. 9175.

Nr. 9173. Tel. aus Berlin, 9. Jan. 1914 Nr. 14 (eing. 11 U. 45 M. p. m.).[a] Entziff.

Kandidatur des Prinzen Wied. Zu meinem Telegramm Nr. 12[b] von gestern. Prinz Wied, der soeben lange bei mir war, erklärte, er könne nach reiflicher Ueberlegung die ihm angebotene Kandidatur erst dann annehmen, wenn von sämtlichen sechs Grossmächten eine (Erklärung)[c] erfolgt sei, ob sie sich an der Garantie für die albanesische Anleihe beteiligen wollten. Auf meine Einwendung, dass im äussersten Falle Oesterreich-Ungarn und Italien bereit wären, allein Garantie zu übernehmen und er somit das albanesische Anlehen bis zur Höhe von 75 Millionen Francs als gesichert betrachten könne, antwortete Prinz, dass — nachdem er sich mit seinem an Staatssekretär gerichteten Schreiben de dato Neuwied 31. v. M. an sämtliche sechs Grossmächte gewendet hätte — er jedenfalls vor seiner definitiven Entschliessung diese Antwort abwarten müsse, um nicht mit sich selbst in Widerspruch zu geraten. Prinz Wied hat, wie er mir sagte, das obzitierte Schreiben durch Herrn von Jagow den in Betracht kommenden Mächten mitteilen lassen, weil die hiesigen Vertreter der Ententemächte ihm versichert hätten, ihre Regierungen hätten von den von ihm aufgestellten Bedingungen keine offizielle Kenntnis. Meinem italienischen Kollegen, der inzwischen gleiche Instruktion wie ich erhielt, hat Prinz Wied dieselbe Antwort gegeben und ihn sowie mich ersucht, unseren Regierungen seinen verbindlichsten Dank für ihre bisherigen Bemühungen in dieser Angelegenheit auszusprechen.

Szögyény.

[a] Vgl. n. 9168, 9179, 9185. — [b] Mit Tel. Nr. 12, 8. Jan. 1914 (eing. 9 U. p. m.) wurde aus Berlin gemeldet, Prinz Wied habe für 9. Jan. seine definitive Antwort versprochen. — [c] Chiffre fehlt.

Nr. 9174. Tel. aus Berlin, 9. Jan. 1914 Nr. 15 (eing. 10. Jan. 9 U. a. m.).[a] Entziff.

Inhalt Euer Exzellenz Telegrammes vom 8. d. M. Nr. 17 betreffend englischen Inselvorschlag Staatssekretär mitgeteilt. Herr von Jagow ist mit schriftlicher Beantwortung des englischen Vorschlages ganz einverstanden, wünscht aber, dass die drei Antwortnoten zwar inhaltlich identisch seien, nicht aber textuell, um jeden Schein eines Kollektivschrittes zu vermeiden. Was die Weglassung des Zusatzes in der Verpflichtung der griechischen Regierung „soweit ihr dies möglich ist" betrifft, ist Staatssekretär nicht in der Lage, diesem zu entsprechen, da es nach seiner Ansicht nicht billig wäre, von der griechischen Regierung einerseits die Räumung der besetzten Gebiete zu verlangen, anderseits sie für etwaige Vorkommnisse dort nach der Evacuation verantwortlich zu machen. Bezüglich des Dodekanes ist der Staatssekretär mit dem von Marquis di San Giuliano vorgeschlagenen Passus ganz einverstanden. Lemnos anlangend wird Herr von Jagow deutschen Botschafter in London anweisen, Angelegenheit im Einvernehmen mit seinen Dreibundkollegen mit Sir E. Grey zu besprechen und nur, wenn dieser sich damit einverstanden erklärt, dass Lemnos der Türkei zugewiesen werde, einen entsprechenden Passus in die Note aufzunehmen. Szögyény.

[a] Vgl. n. 9178.

Nr. 9175. Tel. an den Legationsrat Grafen Karl Trauttmansdorff in London, 9. Jan. 1914 Nr. 15 (chiffr. 10 U. 50 M. p. m.).[a] Konz. (S. Matscheko; V. Forgách; G. Berchtold).

Herr von Jagow hat mit unserem und dem italienischen Botschafter die Grundzüge der Antwort der Dreibundkabinette auf den zweiten Teil des englischen Vorschlages (Inselfrage) vereinbart. Im Einvernehmen mit dem italienischen Kabinett habe ich Grafen Szögyény gestern beauftragt, in Berlin einige Amendements und Zusätze hiezu zu beantragen. Nach den bisherigen Besprechungen ist mit Sicherheit zu erwarten, daß die deutsche Regierung diesen Vorschlägen zustimmen und ein volles Einverständnis der Dreibundmächte demnächst erzielt werden wird. Da die baldigste Überreichung unserer Antwort angesichts des nahe bevorstehenden Räumungstermines dringend geboten ist, ersuche ich Euer Hochgeboren, sich mit den beiden anderen Dreibundvertretern, sobald denselben analoge Instruktionen zugekommen sein werden, sofort ins Einvernehmen zu setzen und im Sinne des nachstehenden Gedankenganges die identische Antwortnote auf den englischen Vorschlag mit möglichster Beschleunigung auszuarbeiten: Die k. und k. Regierung erklärt sich damit einverstanden, daß die von den Griechen besetzten Inseln des Ägäischen Meeres mit Ausnahme von Imbros und Tenedos, die an die Türkei zurückzufallen hätten, Griechenland zugewiesen werden, sie macht ihre Zustimmung jedoch davon abhängig, daß Griechenland, dem Verlangen der Mächte entsprechend, die Albanien zugesprochenen Territorien bis zum 18. Jänner tatsächlich räumt und die Verpflichtung übernimmt, jeden Widerstand gegen den von den Mächten

in Südalbanien geschaffenen Zustand aufzugeben. (An dieser Stelle müßte präzise zum Ausdruck gebracht werden, daß wir zu dem großen Entgegenkommen Griechenland gegenüber nur dann bereit seien, wenn die Inkorporierung der südalbanischen Gebiete glatt vor sich geht, was zu ermöglichen in der Hand der griechischen Regierung liege.) Von Griechenland wären ferner die von Sir E. Grey vorgeschlagenen Garantien zu verlangen. Die k. und k. Regierung würde aber überdies Wert darauf legen, daß bezüglich der mohammedanischen Minoritäten auf Chios und Mytilene von Griechenland bestimmte Zusicherungen erteilt werden. Über den Dodekanes wäre folgender Passus aufzunehmen: ... *wie n. 9167 von „Quant à la dernière" bis „point de vue"* ... Vor der endgiltigen Redaktion und Überreichung der Antwortnote wollen Euer Hochgeboren im Einvernehmen mit dem deutschen und italienischen Vertreter bei Sir E. Grey vertraulich anfragen, ob er nicht gewillt wäre, darauf einzugehen, daß aus den für Imbros und Tenedos maßgebenden, sehr gewichtigen Gründen auch Lemnos der Türkei zugewiesen werde. Im bejahenden Falle wäre ein Passus, in dem dies verlangt wird, in die Note aufzunehmen, andernfalls aber Lemnos nicht speziell zu erwähnen. Berchtold.

[a]) Vgl. n. 9083, 9145, 9146, 9172, 9239.

Tel. nach Rom, 9. Jan. 1914 Nr. 31 (chiffr. 10. Jan. 12 U. 10 M. a. m.). Siehe n. 9172.

Nr. 9176. Tel. aus Rom, 9. Jan. 1914 Nr. 27 (eing. 10. Jan. 9 U. a. m.).[a]) Entziff.

Gestern hier eingetroffener griechischer Ministerpräsident hat mich heute aufgesucht. Längere Unterredung, die für mich ein intellektueller Genuss war, bezog sich auf albanesische Grenze, Inseln und allgemeine Politik Griechenlands. Bericht durch den Kurier vorbehaltend, resumiere ich:

Grenze. Griechenland werde Entscheidung der Mächte unbedingt respektieren. Offizielle Mitteilung in Athen stehe aber noch aus. Evakuierung werde — wenn gewünscht — am 18. d. Mts. erfolgen, aber seine Autorität reiche nicht hin, späteren Widerstand der Bevölkerung zu verhindern. Nicht als Petit, aber als Suggestion proponiert er staffelweise Evakuierung, was lokalen Aufstand fast unmöglich machen würde. Ausserdem und hauptsächlich schlage er aber eine Sache vor, die er ohneweiters als einen Handel bezeichnet, nämlich eine Änderung des beabsichtigten Grenzzuges, so dass zwei rein griechische (nicht gräcisierte albanesische) Enklaven im unteren Drinatale im Gesamtausmasse von zirka 100 Quadratkilometern an Griechenland fielen, welches dafür einerseits als moralische Kompensation den Küstenstrich bis Kap Pagania, anderseits 5 Millionen Francs Albanien (zum Beispiel zur Gründung einer Agrarbank für Südalbanien) geben würde. Dieses Arrangement würde ihm seiner eigenen öffentlichen Meinung gegenüber den Verzicht auf die übrigen Teile des Epirus erleichtern.

Inseln. Nur markant die Insistenz wegen Lemnos und Samothrake. Lemnos habe 35.000 Einwohner, die ausnahmslos Griechen seien. Griechenland habe die Inseln erobert. Recht und Macht sprechen also zugunsten

Griechenlands. Sicherheit der Dardanellen sei besser garantiert, wenn Griechenland Lemnos bekäme und dort keine militärischen Vorkehrungen treffen dürfe, als wenn es in einer späteren Konflagration die Insel neu erobere.

Allgemeine Politik. Griechenland werde sich hüten, sich einer der Mächtegruppen anzuschliessen. Es werde eine rein balkanische Politik machen und sich seine Alliierten auf dem Balkan (Rumänien, Albanien, eventuell Türkei) suchen. Die Armeen der Grossmächte seien weit, jene der Balkanstaaten nahe.

Herr Venizelos fährt Sonntag früh nach Paris, wo er in der Anleihefrage verhandeln will, dann nach London und Berlin, von dort — Reihenfolge noch unbestimmt — nach Petersburg und Wien, schliesslich nach Bukarest, wo Kabinettswechsel bevorstehend. Mérey.

a) Vgl. n. 9181, 9196, 9200, 9220, 9272.

Nr. 9177. Tel. aus St. Petersburg, 9. Jan. 1914 Nr. 3 (eing. 7 U. p. m.).a) Entziff.

Beim gestrigen Hofdiner konversierte Seine Majestät Kaiser Nikolaus in der gnädigsten und anregendsten Weise mit mir über die diversesten Themen, besprach auch in akademischer Weise verschiedene Angelegenheiten der äusseren und inneren Politik, ohne jedoch speziell aktuelle Fragen zu berühren. Von den Äusserungen Seiner Majestät des Zaren über innere Politik scheint mir eine Bemerkung erwähnenswert, welche Höchstderselbe über den Niedergang des Parlamentarismus, selbst in den klassischen parlamentarischen Staaten, fallen liess, woran anknüpfend Seine Majestät sagte: „Et avec cela il se trouve encore des personnes qui me conseillent de continuer dans la voie des réformes! Il me semble au contraire que j'ai déjà donné bien assez à mon peuple qui aura besoin de plusieurs générations pour tout bien digérer. En tous les cas je suis bien décidé pendant mon règne de ne pas accorder davantage." Nach Tisch zog Kaiser Nikolaus mich und die Herren der Botschaft nochmals in ein längeres Gespräch, diesmal unpolitischen Inhalts. Beim Abschied ersuchte mich Seine Majestät der Zar in ausserordentlich warmen Worten Seiner k. u. k. Apostolischen Majestät unserem Allergnädigsten Herrn seine freundschaftlichsten Grüsse und herzlichsten Wünsche für das neue Jahr zu entbieten, „que je souhaite à Sa Majesté heureux, calme et pacifique."Ich reise heute abends ab. Thurn.

a) Vgl. n. 9161.

Nr. 9178. Tel. nach Berlin Nr. 21 (1), Rom Nr. 38 (2) und London Nr. 16 (3), 10. Jan. 1914 (chiffr. 11 U. 40 M. p. m.).a) Konz. (S. Hohenlohe; V. Forgách; G. Berchtold).

1. Erhalten Euer Exzellenz Telegramm Nr. 15 vom 9. d. M. Ich ersuche Euer Exzellenz, dem Herrn Staatssekretär gegenüber nochmals auf die Frage unserer Antwort auf den englischen Inselvorschlag zurückzukommen und zu betonen, daß wir, namentlich was die Weglassung des Zusatzes in der Verpflichtung der griechischen Regierung „soweit ihr dies

möglich ist" betrifft, großen Wert auf eine ganz identische Textirung legen würden, weil eine nicht völlige Übereinstimmung der Dreibundmächte in der Evacuirungsfrage geeignet erscheint, der Triple-Entente, beziehungsweise Griechenland die Möglichkeit zu bieten, trotz unserer Konzessionen in der Inselfrage hinsichtlich der Räumung nachträglich Schwierigkeiten zu bereiten. Nur für den Fall als Herr von Jagow sich hiezu ganz unnachgiebig zeigen sollte, wollen Euer Exzellenz ihm sagen, daß das Berliner Kabinett es mit Rücksicht auf das spezielle Interesse der beiden Adriamächte an der Evacuirungsfrage begreiflich finden werde, wenn wir Wert darauf legen, wenigstens mit Italien zusammen in ganz identischer Form zu antworten. Anschließend daran wollen Euer Exzellenz den Herrn Staatssekretär bitten, den kaiserlich deutschen Vertreter in London telegrafisch anzuweisen, die Antwort seiner Regierung nach Rücksprache mit seinen Dreibundkollegen und gleichzeitig mit denselben ehetunlichst dem englischen Kabinette zukommen zu lassen.

2. Graf Szögyény telegraphirt unterm 9. d. M.: ... *wie n. 9174* ... Ich antworte darauf unter einem: (Inseratur aus Telegramm sub 1. von „Ich ersuche" bis „zu lassen."). Vorstehendes zur Mitteilung an Marquis di San Giuliano mit Ersuchen, Marquis Imperiali sofort zu beauftragen, eine identische Antwort mit dem österreichisch-ungarischen Geschäftsträger vorzubereiten, welche gleichzeitig mit der des deutschen Vertreters abzugeben wäre.

3. Ich telegraphire unter einem an Herrn von Mérey: (Inseratur Telegramm sub 2. in extenso.) Berchtold.

[a] Vgl. n. 9193.

Nr. 9179. Tel. nach Berlin Nr. 22 (1) und Rom Nr. 39 (2), 10. Jan. 1914 (chiffr. 11. Jan. 12 U. 30 M. a. m.).[a] Konz. (S. Gautsch; V. Forgách; G. Berchtold).

1. Der in Euer Exzellenz Telegramm Nr. 14 vom 9. l. M. wiedergegebene Standpunkt des Prinzen Wied erscheint mir deshalb nicht ganz begreiflich, weil der Prinz bereits in seinen am 23. Oktober v. J. in Bukarest gestellten Bedingungen[b] sub Punkt IV die Garantie aller oder eines Teiles der Mächte verlangt hat. Wenn er jetzt, wo ihm die Garantie Oesterreich-Ungarns und Italiens geboten wird und für sein Abgehen nach Albanien die dringlichsten Momente sprechen,[c] erst die Antwort aller Mächte in der Garantiefrage abwarten will, so ist diese seine Haltung unseres Erachtens nicht frei von einem gewissen Widerspruch. Ich ersuche Euer Exzellenz daher, bei Prinz Wied neuerdings unter besonderer Betonung der Dringlichkeit seines Erscheinens in Albanien auf die Sache zurückzukommen und zu versuchen, ihn zu einem raschen Entschluß zu bewegen. Ich würde auch Wert darauf legen, in Euer Exzellenz Meldung über Ihre mit Prinz Wied zu führende Konversation von dem persönlichen Eindruck informiert zu werden, den Hochdieselben aus dem Verhalten des Prinzen empfangen haben, da es für unsere weitere Stellungnahme nicht gleichgiltig sein könnte, wenn seine zögernde Haltung etwa auf die Absicht der Zurückziehung seiner

Kandidatur oder auf Einwirkungen der Triple-Entente zurückzuführen wäre, welche mit deren Aktion gegen das austro-italienische Bankprojekt zusammenhängen könnten. Weiters ersuche ich Euer Exzellenz, die obigen Argumente für ein rasches Erscheinen des Prinzen in Albanien auch Herrn Jagow gegenüber vorzubringen und seine Unterstützung zu erbitten, damit der Prinz zu einem raschen Entschlusse gebracht werde. Bei dieser Gelegenheit wollen Euer Exzellenz auch festzustellen trachten, ob und wann der Herr Staatssekretär die Beilage Ihres Berichtes vom 3. d. M. Nr. 1[d]) auch zur Kenntnis der anderen Kabinette gebracht hat und ob sich letztere hiezu geäußert haben.

2. Graf Szögyény telegraphiert mir unterm 9. l. M.: ... *wie n. 9173* ... Ich antworte dem k. u. k. Botschafter in Berlin wie folgt: (Inseratur Telegramm sub 1. in extenso.) Vorstehendes zur vertraulichen Mitteilung an Marquis di San Giuliano mit dem Bemerken, daß das Zögern des Prinzen auf uns einen unangenehmen Eindruck mache, ja daß wir bereits mit der uns sehr unerwünschten Eventualität eines Zurückziehens seiner Kandidatur zu rechnen beginnen müssen, was natürlich die Einleitung einer neuen Konversation mit Rom über einen Ersatzkandidaten zur notwendigen Folge hätte. Berchtold.

[a]) Vgl. n. 9191, 9197. — [b]) n. 8902. — [c]) Vgl. n. 9168. — [d]) Diese Beilage enthielt die 7 Bedingungen des Prinzen Wied, von denen er die Annahme des albanischen Thrones abhängig machte.

*Nr. **9180.** Tel. nach Konstantinopel, 10. Jan. 1914 Nr. 13 (chiffr. 9 U. 30 M. p. m.).[a]) Konz. (S. Matscheko; G. Forgách).*

Generalkonsul Petrović telegraphiert unterm 10. d. M.: ... *wie n. 9182* ... Vorstehendes können Euer Exzellenz gegenüber den türkischen Staatsmännern verwerten und auf Grund dieser Meldung insbesondere der Behauptung des Großveziers (Euer Exzellenz Telegramm Nr. 17 vom 8. d. M.) nachdrücklichst entgegentreten, die türkische Regierung könnte nicht verantwortlich gemacht werden, falls dem Prinzen von Wied in Albanien etwas zustoßen sollte. Berchtold.

[a]) Vgl. n. 9212.

Tel. nach London, 10. Jan. 1914 Nr. 16 (chiffr. 11 U. 40 M. p. m.). Siehe n. 9178.

Tel. nach Rom, 10. Jan. 1914 Nr. 38 (chiffr. 11 U. 40 M. p. m.). Siehe n. 9178.

Tel. nach Rom, 10. Jan. 1914 Nr. 39 (chiffr. 11. Jan. 11 U. 30 M. a. m.). Siehe n. 9179.

*Nr. **9181.** Tagesbericht über einen Besuch des ital. Geschäftsträgers, 10. Jan. 1914 Nr. 162.[a]) Konz. (S. Matscheko; V. u. G. Forgách).*

Der italienische Geschäftsträger hat heute im Auftrage seiner Regierung folgendes hier mitgeteilt: Herr Venizelos hat die südalbanesische Frage mit Marquis di San Giuliano eingehend besprochen und erklärt, Griechenland

werde die von den Mächten fixierte Grenze bedingungslos akzeptieren. Nicht als eine Bedingung seiner Unterwerfung unter die Entscheidung der Mächte, sondern lediglich als Wunsch Griechenlands hat Herr Venizelos sodann angeregt, die Mächte sollten Griechenland 1. gestatten, die Räumung des albanesischen Territoriums sukzessive zu vollziehen. Hiedurch würde Unruhen am ehesten vorgebeugt werden. 2. gegen gewisse Kompensationen eine Berichtigung des beschlossenen Grenzzuges zugestehen. — Diese Berichtigung bestünde in folgender Abweichung von der von den Mächten fixierten Grenze: Von Tumba würde die Grenze nach Norden und dann nach Westen laufen so zwar, daß die drei Ortschaften, Polićani, Skoriaze und Sopiki an Griechenland kämen. Sich nach Süden wendend würde die Grenze sodann südöstlich von Selečke den Ljumi Suhos überschreiten, weiter die Wasserscheide zwischen dem Oberlauf des Ljumi Suhos und Palrno (?) folgen, dann die Richtung nach Südwesten nehmen und unmittelbar nördlich von Episkopi vorübergehen, welches griechisch bliebe. Die Grenze würde sodann südlich der Straßengabel von Ilan Gjorgucat, das an Albanien käme, einen Bogen machen und den Kamm von Platovuni erreichen und diesem Kamm bis zum Berge Stugara folgen, von wo an sie wieder den von der Delimitierungskommission bestimmten weiteren Verlauf nehmen würde. Was die Kompensationen für diese Grenzberichtigung anbelangt, so erklärte Herr Venizelos, Griechenland wäre bereit, 1. auf den Küstenstreifen von Phtelia bis zum Kap Pagania zugunsten Albaniens zu verzichten (jedoch würde Griechenland die kleine Hilda-Bai behalten), 2. an Albanien fünf Millionen Francs zugunsten der Bevölkerung Südalbaniens zu entrichten. Diese Summe könnte zum Beispiel zur Errichtung einer Agrarbank verwendet werden. — Diesen Mitteilungen über die Eröffnungen Herrn Venizelos fügte der italienische Geschäftsträger hinzu, Marquis di San Giuliano halte die Vorschläge des griechischen Premiers dem ersten Eindrucke nach für akzeptabel, müsse sich jedoch eine eingehendere Prüfung vorbehalten und würde wünschen, die Ansicht der k. u. k. Regierung kennen zu lernen. Es wurde Conte Aldrovandi erwidert, die Sprache Herrn Venizelos sei jedenfalls sehr raisonable und seine Propositionen schienen, so weit sich dies auf den ersten Blick beurteilen ließe, diskutabel. Einer definitiven Stellungnahme hiezu müßte natürlich ein sorgfältiges Studium vorangehen.

[a]) Vgl. n. 9176, 9196, 9198, 9200.

Nr. 9182. Tel. des Generalkonsuls Aristoteles Petrović aus Valona, 10. Jan. 1914 Nr. 18 (eing. 5 U. p. m.).[a]) Entziff.

Bezug auf mein Telegramm Nr. 16[b]) von heute. Die Durchsicht der bei Bekir gefundenen Korrespondenz hat zur Evidenz ergeben, dass es sich um ein Komplott zur Proklamation Izzet Paschas handelt und dass die ganze Sache von der jungtürkischen Regierung patronisiert wurde. Details folgen.

Petrović.

[a]) Vgl. n. 9162, 9180, 9184, 9186. — [b]) Mit Tel. Nr. 16, 10. Jan. 1914 (eing. 4 U. p. m.) wurde aus Valona gemeldet, daß die holländischen Offiziere provisorisch in albanische Dienste übertreten.

Nr. 9183. Tel. aus Konstantinopel-Pera, 11. Jan. 1914 Nr. 27 (eing. 12. Jan. 9 U. a. m.).[a] Entziff.

Es verlautet, dass General Liman Kommando des 1. Korps abgeben und Armeeinspektor werden wird, ferner soll General Bronsart erster Souschef des Generalstabes werden. Ich habe den Eindruck, dass diese Enthebung Limans vom Kommando das Ergebnis von Verhandlungen sein dürfte, die in den letzten Tagen zwischen der Pforte und dem russischen Botschafter gepflogen wurden. Ich konnte konstatieren, dass auch Djavid Bey, der wegen der Anlehensfrage heute nach Paris abreisen soll, jüngst längere Unterredung mit Herrn von Giers hatte. Letzterer hat seinen für heute in Aussicht genommenen Urlaubsantritt wieder verschoben; er beabsichtigt, einige Tage in Paris zu verbringen und sich dann nach Petersburg zu begeben. Pallavicini.

[a] Vgl. n. 9132, 9195.

Nr. 9184. Tagesbericht über einen Besuch des französischen Botschafters, 11. Jan. 1914 Nr. 163.[a] Konz. (S. Schreibmaschine; G. Macchio).

Der französische Botschafter hat hier mitgeteilt, der Delegierte seiner Regierung in der Kontrollkommission hätte nach Paris gemeldet, daß sein österreichisch-ungarischer Kollege mit Rücksicht auf den jüngsten türkischen Putschversuch die Entsendung von Kriegsschiffen nach Durazzo beziehungsweise Medua angeregt habe. Da Herr Krajewski in seiner bezüglichen Meldung die Situation als gefahrdrohend bezeichnete, wäre die französische Regierung geneigt, ein Kriegsfahrzeug in die albanischen Gewässer zu dirigieren, vorausgesetzt, daß sich auch die anderen fünf Mächte zu derselben Maßregel entschlößen. Herr Dumaine sei beauftragt worden, sich über unsere Auffassung und unsere Absichten zu orientieren. Es wurde dem Herrn Botschafter geantwortet, daß Generalkonsul Petrović tatsächlich in dem von ihm erwähnten Sinne anher berichtet habe,[a] daß aber unsere Funktionäre in Albanien in der gegenwärtigen Lage keine so imminente Gefahr erblicken und daß wir in der Frage einer eventuellen Entsendung von Kriegsschiffen nach Albanien noch keinen Entschluß gefaßt hätten. Die k. u. k. Regierung verhandle über diesen Gegenstand gegenwärtig mit dem Kabinette von Rom und würde das Ergebnis dieser Pourparlers seinerzeit gewiß Herrn Dumaine bekanntgegeben werden.

[a] Vgl. n. 9162, 9182, 9190.

Nr. 9185. Tel. des Legationsrates Grafen Otto Czernin aus St. Petersburg, 11. Jan. 1914 Nr. 5 (eing. 6 U. 30 M. p. m.).[a] Entziff.

Albanische Anleihe und Titel des Souveräns. Betreffend ersteren Punkt sagte mir heute Herr Sazonow, Russland werde gewiss keine Schwierigkeiten machen. Auf meine Frage, wie es mit der formellen Seite dieser Frage stünde, worüber er mir neulich sprach (mein Telegramm Nr. 394 vom 26. v. Mts.), sprach sich der Minister des Aeussern heute weniger formalistisch aus und meinte, der Umstand, dass der Prinz Wied seine Wünsche im Wege des Berliner Auswärtigen Amtes formuliert habe, könne

eventuell, wie wir es unlängst unverbindlich besprachen, als Ersatz einer direkten Demarche bei allen Mächten interpretiert werden. Im Uebrigen sei die betreffende Antwort des Prinzen Wied an Herrn Jagow in jeder Beziehung sehr mäßig und „bescheiden" gehalten und habe hier den besten Eindruck gemacht. Namentlich der Wunsch nach einer Zivilliste von bloß 200.000 Francs sei erstaunlich mäßig. Sazonow ist der Ansicht, dass der Prinz, um zu reüssieren, bedeutende finanzielle Hilfsquellen benötigen werde. Nur auf diese Weise werde er die einflußreichen Politiker gewinnen können. Der Herr Minister erwähnte auch, dass in der vorerwähnten Mitteilung an Herrn Jagow ...[b] künftiger Titel des Prinzen mit „Fürst" bezeichnet sei. Hier würde man, wie der Minister sagte, aber auch keine Bedenken gegen die Annahme Königstitels geltend machen. Allerdings müsste sich die Stellung des Souveräns in Albanien vorher etwas konsolidieren. Otto Czernin.

[a]) Vgl. n. 9173. — [b]) Chiffre verstümmelt.

Nr. 9186. Tel. des Generalkonsuls Aristoteles Petrović aus Valona, 11. Jan. 1914 Nr. 21 (eing. 12. Jan. 9 U. a. m.).[a]) Entziff.

Bezug auf Telegramm Nr. 20.[b]) In der saisierten Korrespondenz des Bekir wurde auch ein Wortchiffre gefunden, was uns ermöglichte, den chiffrierten Teil seiner Korrespondenz zu entziffern. Folgende Stücke sind besonders interessant: 1. Ein Telegramm aus Konstantinopel an Bekir, unterzeichnet „Izzet", daß die Entsendung Izzet Paschas nicht mehr verzögert werden kann, 2. hierauf die Antwort Bekirs aus Valona vom 6. d. M. an Izzet, Hôtel Messeret, Konstantinopel: „Wartet in Betreff Izzet Paschas auf meine Depesche, die aus Brindisi der Regierung zukommen wird." 3. Der Brouillon einer Depesche, die offenbar aus Brindisi im Wege des dortigen türkischen Konsularamtes expediert wurde: „Großvezierat Konstantinopel. Dringend. Albanien ist in Betreff unserer Vorschläge einig. Es ist absolut nötig, daß Izzet Pascha und Ismail Kemal in Europa zusammentreffen. Da die Frage sehr heikel ist, muß Zusammenkunft im Geheimen stattfinden. Bitte Datum zu bestimmen. Erwarte dringend Antwort durch Konsul in Brindisi." 4. Ein längeres, mit Hussein Husni unterzeichnetes Schreiben vom 26. Dezember an Bekir aus Konstantinopel. In diesem werden Details über die Urlaube der für Albanien bestimmten Offiziere, über die Banden und so weiter gegeben. An einer Stelle heißt es: „Jetzt, wo in der Frage Izzet Paschas der Süden und der Norden einig sind" und so weiter, woraus hervorgeht, daß man in Konstantinopel sowohl Ismail Kemal als auch Essad Pascha für Izzet gewonnen hielt. 5. Eine Empfangsbestätigung des türkischen Konsuls in Triest, datiert vom 6. Dezember, daß er von Bekir 5 Checks à auf 500 Napoleons'd'or an die Banca Commerciale Triestina erhalten habe. — Aus der Korrespondenz ist ferner ersichtlich, daß Bekir zuerst die Hälfte der für Albanien bestimmten Mannschaft nach Durazzo, die andere Hälfte nach Valona zu dirigieren bat, später aber alles für Valona verlangte. Unaufgeklärt ist noch, wieso Bekir glauben konnte, daß Lloyddampfer, mit welchem die Mannschaften am 29. Dezember von Konstantinopel abgingen, nicht Valona direkt berühren, sondern

über Brindisi fahren wird. Vielleicht liegt darin eine Nachlässigkeit der Konstantinopeler Leitung. Petrović.

[a]) Vgl. n. 9182, 9187, 9188. — [b]) Mit Tel. Nr. 20, 10. Jan. 1914 (eing. 11. Jan. 9 U. a. m.) wurde aus Valona gemeldet, daß die bei den jungtürkischen Offizieren an Bord des Lloyddampfers „Meran" vorgefundenen Listen 200 Namen enthielten. Unter den Eingeschifften wurden 5 Offiziere und 4 Bandenchefs agnosziert, ausgeschifft und arretiert. Der Rest — 167 Mann — wurde nach Triest eskortiert.

Nr. 9187. Tagesbericht über einen Besuch des deutschen Botschafters, 12. Jan. 1914 Nr. 196.[a]) Konz. (S. Gautsch; V. u. G. Forgách).

Der kaiserlich deutsche Botschafter hat heute hier mitgeteilt, daß laut Meldung des deutschen Vertreters in der internationalen Kontrollkommission die Durchsicht der bei Bekir vorgefundenen Papiere den Beweis dafür erbracht hat, daß nicht blos der Großvezier und die türkische Regierung, sondern auch Ismail Kemal und Essad Pascha in vorheriger Kenntnis des jüngsten Putschversuches in Albanien waren. Die Lage in Albanien sei derzeit so kritisch, daß an eine Ankunft des Prinzen Wied daselbst kaum zu denken sei. Zur Aufrechterhaltung der Ordnung schienen dem deutschen Vertreter größere Sicherheitsmaßnahmen erforderlich, auch halte er die Entfernung sowohl Ismail Kemals als auch Essad Paschas für geboten. Es wurde dem Herrn Botschafter geantwortet, daß die hier über die gegenwärtige Lage in Albanien eingelangten Meldungen nicht so pessimistisch lauten und daß nach hiesiger Auffassung das baldige Eintreffen des Prinzen Wied das sicherste Mittel sei, um Ruhe und Ordnung im Lande wiederherzustellen. Die Durchführung größerer Sicherheitsmaßnahmen könnte wohl nur im Wege einer internationalen Besetzung erfolgen, welche Maßregel wir möglichst zu vermeiden wünschen.

[a]) Vgl. n. 9186, 9191.

Nr. 9188. Tel. nach Konstantinopel, 12. Jan. 1914 Nr. 15 (chiffr. 13. Jan. 10 U. 15 M. a. m.).[a]) Konz. (S. Gautsch; V. u. G. Forgách).

Herr Petrović telegraphiert mir unterm 11. d. M. aus Valona: ... *wie n. 9186* ... Ich ersuche Euer Exzellenz, Vorstehendes auf der Pforte, deren Connivenz mit dem Putschversuche erwiesen ist, entsprechend zu verwerten und ihr keinen Zweifel darüber zu lassen, daß, im Falle sich Betätigungen türkischer Consularfunktionäre gleich der sub Punkt 5 angeführten wiederholen sollten, wir nicht zögern würden, dem betreffenden türkischen Beamten das Exequatur zu entziehen. Euer Exzellenz wollen beifügen, wir hofften, daß die dortige Regierung unverweilt die nötigen Verfügungen treffen werde, um derartigen Uebergriffen in der Zukunft zu steuern.

Berchtold.

[a]) Vgl. n. 9192, 9212.

Nr. 9189. Bericht des Vizekonsuls Heinrich von Zitkovszky aus Monastir, 13. Jan. 1914 Nr. 2 (eing. 19. Jan.). Ausfert.

Kürzlich hat vor diesem k. u. k. Konsulat eine allerdings an sich unbedeutende monarchiefeindliche Demonstration stattgefunden. Eine kleine

Menge aus Serbien zugereister Leute, der sich auch einige Soldaten zugesellten, hatte sich vor dem Konsulat angesammelt und gefiel sich darin „Nieder mit Oesterreich" zu rufen. Ich glaubte den allerdings bedeutungslosen Vorfall aus prinzipiellen Gründen nicht ohne Protest hinnehmen zu sollen und erhielt auch die Satisfaktion, dass zwei der Rädelsführer mit je 10 Tagen Arrest bestraft wurden. Ein Einschreiten meinerseits hielt ich für umsomehr am Platze, als sich in der letzten Zeit die Angriffe gegen die Monarchie, welche, falls sie stillschweigend hingenommen würden, unser Ansehen bei der Lokalbevölkerung herabzusetzen geeignet wären, gemehrt haben. Nebst dem durch die Aufführung eines allerdings seither verbotenen aufreizenden Theaterstückes Eurer Exzellenz bereits gemeldeten Inzidenzfalle[a]) käme auch ein Artikel der serbischen Zeitung „Balkan" in Betracht, worin dieses Konsulat der Aufwiegelung der bulgarischen und albanesischen Bevölkerung beschuldigt wird. Eindruck machen derartige Hetzereien am meisten in Offizierskreisen, wo sie auf einen äusserst aufnahmsfähigen Boden fallen. Wiewohl ich mich von einer Ueberschätzung solcher lokalpolitischer Erscheinungen fernhalten möchte, muss ich im Zusammenhang hiemit doch die Anstrengungen erwähnen, mit welchen sich der hiesige russische Konsul mit den Offizierskreisen in Fühlung zu halten sucht. Sein Einfluss, namentlich auf die jüngeren Offiziere, die bei Herrn Kokhmansky ein offenes Haus finden, ist tatsächlich ein grosser. Zur Zeit der Unterdrückung des albanesischen Aufstandes bezeichnete man den russischen Konsul allgemein als denjenigen, welcher zu einem Vordringen nach Albanien, selbst im Gegensatz zur Regierung, drängte. Falls dieser russische Versuch zur direkten Einflussnahme auf die serbischen Offizierskreise vereinzelt ist, wäre er gewiss nur der notorischen Undisziplinierheit russischer Konsuln zuzuschreiben; ich habe mir auch nur erlaubt, der Erscheinung Erwähnung zu tun, in der Annahme, dass sie im Falle ähnliche Beobachtungen auch anderwärts gemacht worden wären, eventuell einen Schluss auf den russischen Vertretern in Serbien erteilte Instruktionen zuliessen. Gleichlautend berichte ich nach Belgrad sub Nr. 2. Zitkovszky.

[a]) n. 9152.

*Nr. **9190.** Tagesbericht über einen Besuch des ital. Geschäftsträgers, 13. Jan. 1914 Nr. 198.[a]) Konz. (S. Gautsch; G. Forgách).*

Der italienische Geschäftsträger hat heute hier angefragt, ob wir angesichts der Vorgänge in Albanien Kriegsschiffe nach Durazzo zu senden beabsichtigten. Bejahenden Falles würde Italien eine gleiche Maßregel ergreifen. Marquis di San Giuliano wolle jedoch die Entscheidung dieser Frage uns überlassen. Es wurde Conte Aldrovandi geantwortet, daß wir eine analoge Anfrage nach Rom gerichtet hätten. Die Absicht Marquis di San Giulianos, sich unserer Entscheidung anzuschließen, würde hier dem Herrn Minister mitgeteilt werden und unsere Antwort dem Herrn Geschäftsträger morgen zukommen.

[a]) Vgl. n. 9184, 9204.

Nr. 9191. Erlaß nach Berlin, 14. Jan. 1914 Nr. 197.a) Konz. (S. Matscheko; V. Flotow; G. Forgách).

Wie Euer Exzellenz aus dem zuliegenden Tagesberichte[b]) entnehmen wollen, hat Herr von Tschirschky hier die Ansicht vertreten, daß bei der kritischen Lage in Albanien gegenwärtig an die Ankunft des Prinzen von Wied kaum zu denken sei und daß zur Aufrechterhaltung der Ordnung Sicherheitsmaßnahmen getroffen werden müßten. Ich ersuche Euer Exzellenz, das Thema bei Herrn von Jagow zur Sprache zu bringen und die Argumente für die Notwendigkeit der baldigen Abreise des Prinzen von Wied, die auch hier dem deutschen Botschafter entgegengehalten wurden, zu verwerten. Mit Nachdruck wollen Euer Exzellenz insbesondere darauf verweisen, daß die lange Verzögerung, die sich in der Fürstenfrage leider ergeben habe, zum größten Teile Schuld an der unklaren Situation in Albanien trage und daß ein weiteres Hinausschieben der Uebernahme der Regierung seitens des Prinzen die Lage nur noch schwieriger gestalten sowie lediglich den Machenschaften der Gegner seiner Kandidatur und einer ruhigen Entwicklung der Dinge in Albanien zugute kommen müßte. Was die Sicherheitsmaßnahmen anbelangt, so wollen Euer Exzellenz darauf verweisen, daß in einem im Entstehen begriffenen Staatswesen, das noch keine feste Organisation und keine allgemein anerkannte Zentralgewalt besitze, eine gewisse Labilität der öffentlichen Zustände eine selbstverständliche Erscheinung sei. Man dürfe ja nicht vergessen, daß Albanien seit fast anderthalb Jahren ohne einheitliche Regierung sich selbst überlassen sei. Uebrigens schreite die Organisierung der Gendarmerie unter der Leitung der holländischen Offiziere in erfreulicher Weise fort. Das rasche und entschlossene Vorgehen der Offiziere und Gendarmen bei der Vereitlung des Putschversuches in Valona lasse erwarten, daß sich diese Institution bald zu einer sicheren Grundlage der öffentlichen Ordnung in Albanien entwickeln werde. Unserer Ansicht nach sollte es daher, wenn nicht unvorhergesehene zwingende Umstände eintreten, der internationalen Gendarmerie überlassen bleiben, für die Aufrechterhaltung der Ordnung zu sorgen. Dem Gedanken einer Ausdehnung der internationalen Besetzung seien wir durchaus abgeneigt, da dies die Entwicklung der Selbständigkeit Albaniens nur hemmen müßte und zu Verwicklungen interner und internationaler Natur führen könnte. Alles hänge aber jetzt davon ab, daß sich Prinz von Wied ohne längeres Zögern zur definitiven Annahme des albanesischen Thrones entschließe, sich baldigst nach Albanien begebe und die Zügel der Regierung ergreife. Ein rascher Entschluß und tatkräftiges Handeln von seiner Seite würde die Situation mit einem Schlage günstiger gestalten, das hiedurch geschaffene fait accompli den verschiedenen sich durchkreuzenden Einflüssen und Umtrieben, denen das Land jetzt preisgegeben sei, Einhalt gebieten. Allerdings sei aber keine Zeit mehr zu verlieren. Ein weiteres Zögern des Prinzen würde in Albanien den Glauben an den Ernst seines Entschlusses erschüttern und jene Elemente, die entgegen dem Beschlusse der Mächte auf die Einsetzung eines mohammedanischen Fürsten hinarbeiten, veranlassen, ihre Anstrengungen zu verdoppeln. Es braucht wohl keines besonderen Beweises, daß Albanien unter einem mohammedanischen Herrscher nicht existenzfähig wäre. Als letzter

Ueberrest der Herrschaft des Islam am westlichen Balkan müßte sich sein Schicksal wol in wenigen Jahren erfüllen. Abgesehen hievon würde ein Scheitern der Kandidatur Wied allein genügen, das Land in volle Anarchie zu stürzen und das ganze albanesische Problem mit allen seinen Gefahren und Schwierigkeiten von neuem aufrollen. Bei dieser Sachlage, so wollen Euer Exzellenz schließlich bemerken, glauben wir erwarten zu können, daß die deutsche Regierung, welche uns bei der Erreichung eines der Kardinalpunkte unserer Politik, der Schaffung Albaniens, bisher so wirksam unterstützt hat, auch in dieser sicherlich bedeutungsvollen Phase auf unser eminentes Interesse an der baldigen definitiven Regelung der Fürstenfrage Rücksicht nehmen und all ihren Einfluß auf den Prinzen Wied in diesem Sinne aufbieten wird. Zum Schlusse bemerke ich zu Euer Exzellenz persönlicher Orientierung, daß ich mit Rücksicht auf die Bedeutung, die diese Frage nicht nur für uns allein, sondern für die ganze internationale Stellung des Dreibundes hat, Wert darauf lege, daß Euer Exzellenz durch die Eindringlichkeit Ihrer Sprache Herrn von Jagow die Tragweite der Sache deutlich vor Augen führen.

[a]) Vgl. n. 9179. — [b]) n. 9187.

Nr. 9192. Tel. aus Konstantinopel-Pera, 14. Jan. 1914 Nr. 32 (eing. 15. Jan. 9 U. a. m.).[a]) Entziff.

Putsch-Versuch Valona. Ich habe dem Großvezir von den bei Bekir aufgefundenen Korrespondenzen, welche türkische Regierung stark kompromittieren, zum Teile Kenntnis gegeben; Großvezir behauptet, von einem aus Brindisi an das Großvezirat gerichteten Telegramme nichts zu wissen und es sei ausgeschlossen, daß Izzet Pascha direkt mit Bekir verkehrte. Das angeblich an Izzet adressierte Telegramm könne nicht an den gewesenen Kriegsminister, der niemals im Hotel Messeret gewohnt, gerichtet sein. Im übrigen mußte Großvezir zugeben, daß hiesige einflußreiche Kreise an dem Putschversuch beteiligt seien. Er sei nach wie vor — fügte er hinzu — der Überzeugung, daß der Prinz in Albanien nicht reussieren könne, anderseits stehe er aber auf dem Standpunkt, daß es im Interesse der Türkei sei, sich jeder Einmischung in Albanien zu enthalten. Er werde auch alles tun, um derlei gefährlichen Tendenzen entgegenzutreten. Bezüglich türkischen Konsuls in Triest sagte mir Großvezir, er wolle sich über die Sache erkundigen und dem betreffenden Konsul strenge auftragen, jeden Kontakt mit Personen zu vermeiden, die sich in albanesische Angelegenheiten mengen. Die angedrohte Entziehung des Exequaturs hat Großvezir stark impressioniert.

Pallavicini.

[a]) Vgl. n. 9188, 9209, 9212.

Nr. 9193. Bericht des Legationsrates Grafen Karl Trauttmansdorff aus London, 14. Jan. 1914 Nr. 3 (eing. 17. Jan.).[a]) Ausfert.

Ich beehre mich Euer Exzellenz im Anbuge[b]) den Text des Memorandums zu unterbreiten, welches ich heute Sir A. Nicolson überreicht habe. Der Wortlaut des italienischen Aidemémoires ist mit dem

vorliegenden absolut identisch. Der Text der deutschen Antwort unterscheidet sich von den beiden anderen nur dadurch, dass in den Sätzen der ersten zwei Alineas einige Wort-Umstellungen vorgenommen worden sind.

Trauttmansdorff.

a) Vgl. n. 9083, 9145, 9178. — b) Beilage.

Beilage zu n. 9193.a) Abschrift.

Le Gouvernement Austro-Hongrois consent à ce que les îles de la mer Egée occupées par la Grèce soient attribuées à cette dernière, exception faite d'Imbros et Ténédos ainsi que de Castellorizzo, et à la condition que les troupes grecques aient evacué jusqu'à la date du 18 janvier les territoires attribués à l'Albanie y compris l'île de Sasséno et que le Gouvernement Hellénique assume l'engagement de faire cesser toute résistance contre l'ordre des choses qui a été établi par les Puissances dans l'Albanie méridionale. Il s'en suit que l'attribution des îles à la Grèce n'entrera en vigueur qu'après l'accomplissement des conditions ci-dessus. Le Gouvernement Impérial et Royal accepte toutes les garanties demandées par la proposition anglaise à l'égard de ces îles et il propose encore que d'autres garanties soient données par la Grèce pour les minorités musulmanes. Quant à la dernière proposition de Sir E. Grey concernant le Dodecanèse, le Gouvernement Italien maintient sa déclaration qu'il sera prêt à rendre ces îles à la Turquie, mais il déclare que la date et les conditions de la restitution doivent former l'objet d'un accord ultérieur entre les deux Gouvernements conformément au traité de Lausanne. Le Gouvernement Austro-Hongrois et le Gouvernement Allemand adhèrent à ce point de vue.

a) Vgl. n. 9239.

Nr. 9194. Tel. aus Sofia, 14. Jan. 1914 Nr. 21 (eing. 6 U. 30 M. p. m.).a) Entziff.

Vertraulich. Während Sobranje-Sitzungspause lud mich Ghenadieff ins Bureau Konseilspräsidenten ein und erzählte, Regierung habe aus Konstantinopel Konfidentennachricht erhalten, dass Türkei Griechenland Ausgleich proponieren wolle, laut welches Inseln bei Dardanellen, Mytilene und Chios Türkei zufallen würden und Griechenland die übrigen Inseln behalten und alle jene, die von Italien okkupiert, bekommen würde. Türkischer Botschafter der Hauptstadt, in der sich momentan Herr Venizelos aufhält, wäre beauftragt, diesem obigen Vorschlag zu machen. Ghenadieff schiene es unwahrscheinlich, dass Griechen auf Mytilene und Chios verzichten, immerhin sei Nachricht sehr interessant und Regierung wäre mir sehr dankbar, wenn ich Euer Exzellenz darüber telegraphieren und fragen würde, ob wahr. Ich bemerkte, dass mir Misstrauen bulgarischen Ministers gegen Pforte im Momente, wo Allianzvertrag unterzeichnet werden sollte, sonderbaren Eindruck mache und fügte Frage hinzu, ob sich in Beziehungen etwas verdorben. Mitredner antwortete, dass Text Bündnisses — nachdem ihn auch Enver Pascha mit ganz kleinen Modifikationen, die Bulgarien annehmen könne, akzeptiert hätte — bereits in Sofia sei; in dieser Hinsicht sei alles in Ordnung und Vertrag solle nächstens unterzeichnet werden. Nur in Handelsvertragsverhandlungen hätten die Türken Attitude geändert;

anfangs hätten sie grosses Empressement gezeigt, abzuschließen und wünschten Arrangement auf sehr breiter Basis, wogegen sie jetzt diese Grundlage mehr einschränkten und Schwierigkeiten machten. Ob diese Haltungsveränderung politischen Dispositionen der Pforte entspringe oder — was wahrscheinlicher — nur in einem geänderten, rein ökonomischen Standpunkte ihren Grund habe, sei Herrn Ghenadieff bis jetzt nicht klar. Mitredner wiederholte Bitte, dass ich zu erfahren trachte, ob eingangs besagte Nachricht, die doch auch für Wien und Rom von Interesse, wahr sei. Tarnowski.

a) Vgl. n. 9163, 9206.

*Nr. **9195**. Tel. aus Konstantinopel-Pera, 15. Jan. 1914 Nr. 34 (eing. 9 U. p. m.).a) Entziff.*

Bezug auf Telegramm vom 11. d. M. Nr. 27. Russland hat, wie es mir scheint, in der Frage der deutschen Militärmission einen vollen Erfolg errungen. Die anfänglich ins Auge gefasste Lösung, dass General von Liman Generalinspektor der Armee werden sollte, scheint nun fallen gelassen. Derselbe dürfte bloss Chef der Militärmission und Inspektor sämtlicher Militärschulen bleiben. Es würde also das eintreten, was Russland von Anfang an wünschte. Um der Enthebung Limans vom hiesigen Korpskommando eine plausible Erklärung zu geben, wurde er zum deutschen General der Kavallerie und im Zusammenhange hiemit zum türkischen Marschall ernannt. General von Bronsart ist zum ersten Souschef des Generalstabs der ottomanischen Armee ernannt worden. Generalstabschef ist Kriegsminister Enver Pascha.
Pallavicini.

a) Vgl. n. 9210.

*Nr. **9196**. Tel. nach Athen Nr. 12 (1), Rom Nr. 73 (2), Berlin Nr. 33 (3) und Paris Nr. 13 (4), 16. Jan. 1914 (chiffr. 10 U. 50 M. p. m.).a) Konz. (S. Matscheko; V. Rappaport u. Forgách; G. Berchtold).*

1. Sobald Ihr italienischer Kollege analoge Instruktionen erhalten hat, wollen Euer Hochwohlgeboren im Einvernehmen mit ihm der dortigen Regierung folgendes mitteilen: Herr Venizelos hat sowohl Marquis di San Giuliano b) erklärt, als wie durch Herrn von Mérey c) mir sagen lassen, daß die griechische Regierung sich den Bestimmungen Europas über die Südgrenze Albaniens unbedingt füge. Den nicht als Bedingung, sondern als Wunsch geäußerten Anwurf des Ministerpräsidenten, es möge Griechenland konzediert werden, die Evakuierung der Albanien zugesprochenen Territorien staffelweise zu vollziehen, beabsichtigen wir, in wohlwollende Berücksichtigung zu nehmen. Die Vorbedingung hiezu ist jedoch, daß Griechenland sich entschließe, mit der Zurückziehung seiner Truppen aus jenen Gebieten schon am 18. d. M., dem den Londoner Beschlüssen entsprechenden Räumungstermine, zu beginnen. Ich ersuche gleichzeitig das Berliner Kabinet, sich in Athen in analoger Weise auszusprechen.

2.—4. Im Hinblicke darauf, daß der für die Räumung Südalbaniens in unserer Antwort auf den englischen Vorschlag in Aussicht genommene Termin des 18. Jänners unmittelbar bevorsteht, telegraphiere ich an Herrn von Szilassy, wie folgt: (Inseratur Telegramm sub 1. in extenso.)

2. Der Inhalt dieser Instruktion wurde heute hier mit dem italienischen Geschäftsträger besprochen, der hierüber nach Rom telegraphiert. Gleichzeitig beauftrage ich Grafen Szécsen, sich im Einvernehmen mit Herrn Tittoni zu Herrn Venizelos in gleichem Sinne auszusprechen. Ferner lasse ich das Berliner Kabinet um die Ertheilung analoger Rathschläge an die griechische Regierung ersuchen und theile die Weisung an Herrn von Szilassy auch den Tripleentente-Mächten mit dem Bemerken mit, daß es mir nützlich erschiene, wenn sie eine ähnliche Sprache in Athen führen würden.

3. Euer Exzellenz wollen von dem Vorstehenden Herrn von Jagow in Kenntnis setzen und darauf hinwirken, daß von deutscher Seite der griechischen Regierung analoge Ratschläge erteilt werden.

4. Im Einvernehmen mit Herrn Tittoni, der von Rom analoge Instruktionen erhalten dürfte, wollen Euer Exzellenz sich im Sinne des Vorstehenden zu Herrn Venizelos und zur französischen Regierung aussprechen, und zwar zu letzterer mit dem Bemerken, daß es mir nützlich erschiene, wenn sie eine ähnliche Sprache in Athen führen würde. Berchtold.

a) Dieses Tel. wurde am 16. Jan. 1914 unter Nr. 25 nach London und unter Nr. 8 nach St. Petersburg im Auszuge mitgeteilt. Vgl. n. 9199. — *b)* Vgl. n. 9181. — *c)* n. 9176.

Tel. nach Athen, 17. Jan. 1914 Nr. 13 (chiffr. 6 U. 15 M. p. m.). Siehe n. 9198.

Nr. 9197. Tel. aus Berlin, 17. Jan. 1914 Nr. 30 (eing. 18. Jan. 9 U. a. m.).a) Entziff.

Prinz Wied, mit dem ich heute neuerdings eine längere Unterredung hatte, ersuchte mich, Euer Exzellenz seine Bitte vorzutragen, ihm den k. und k. Vizekonsul (Buchberger)*b)* für sein Zivil-Privatkabinett zu überlassen. Dieselbe Bitte um Ueberlassung des Hauptmannes Castoldi hat Prinz Wied durch meinen italienischen Kollegen an Marquis di San Giuliano richten lassen. Mitglied des in Aussicht genommenen Zivil-Privatkabinetts soll außer den beiden obbenannten Herren noch der Privatsekretär des Prinzen, ein Engländer, Mr. Armstrong, sein. Oberstleutnant Thierry, der mich ebenfalls heute aufsuchte, hat — wie er mir sagte — den Prinzen in seinem Vorhaben, ein solches Privatkabinett zu bilden, sehr bestärkt und ihm den Rat erteilt, in dasselbe vor allem einen Vertreter Oesterreich-Ungarns [und] Italiens aufzunehmen. Die Wahl Buchbergers und Castoldis hält Oberstleutnant Thierry schon im Interesse von Oesterreich-Ungarn und Italien für sehr gut; beide wären ausgezeichnete Kenner albanesischer Verhältnisse und unterhielten miteinander die besten Beziehungen. Auf die Garantiefrage zurückkommend, wiederholte Prinz Wied seine Bitte, Euer Exzellenz möchten die Ententemächte dringend auffordern, ihre Stellungnahme zu derselben zu präzisieren; sollten dieselben sich an der Garantie nicht beteiligen wollen, so ginge die Bitte des Prinzen dahin, dass Oesterreich-Ungarn und Italien den Kabinetten von London, Paris und Petersburg formell erklärten, dass die k. und k. und die italienische Regierung allein die Garantie übernehmen. Szögyény.

a) Vgl. n. 9179, 9222, 9227. — *b)* Chiffres fehlen.

Nr. 9198. Tel. nach Rom Nr. 74 (1) und Athen Nr. 13 (2), 17. Jan. 1914 (chiffr. 6 U. 15 M. p. m.). Konz. (S. Rappaport; V. u. G. Forgách.)

1.—2. Italienischer Geschäftsträger teilte gestern mit, der griechische Gesandte in Rom habe sich zu Marquis di San Giuliano dahin geäußert, Österreich-Ungarn habe die von Herrn Venizelos vorgeschlagene Grenzberichtigung an der südalbanesischen Grenze[a] acceptirt. Weiters regte der Gesandte an, es sollte der Chimara und anderen Albanien zugesprochenen, aber von Griechen bewohnten Landschaften als Sicherung gegen Bedrückung durch die Albanesen eine gewisse Autonomie gewährt werden. Es wurde Conte Aldrovandi erwiedert, daß wir in der Frage der Grenzrectification nur im Einvernehmen mit Italien vorzugehen beabsichtigen und hier (wie in Rom) diese Angelegenheit einem Studium unterzogen werde. Die seinerzeitigen Grenzdelegirten hätten bekanntlich einige Bedenken gegen die Anregung Herrn Venizelos vorgebracht und von einer bereits unsererseits erfolgten Zustimmung sei keine Rede. Wir stimmten auch der Ansicht des italienischen Ministers des Äußern bei, daß dem Vorschlage Venizelos überhaupt erst nach vollzogener Evakuirung nähergetreten werden könne. Was die Autonomisirung der von Griechen bewohnten Landschaften Südalbaniens betreffe, so sei man mit Marquis di San Giuliano darin eines Sinnes, daß eine solche Maßnahme die Einheit Albaniens gefährden [würde] und daher abzulehnen wäre. Die internationale Kontrollkommission und die holländischen Offiziere stellen eine hinlängliche Garantie für die griechische Bevölkerung dar. Vorstehendes zur Regelung Ihrer Sprache. Berchtold.

[a] Vgl. n. 9181.

Nr. 9199. Tel. aus Rom, 17. Jan. 1914 Nr. 49 (eing. 18. Jan. 9 U. a. m.).[a] Entziff.

Evakuierung Südalbaniens. Gegenüber den im Telegramm Euer Exzellenz vom 16. d. M. Nr. 73 entwickelten Vorschlägen macht hiesige Regierung einerseits das zu nahe Bevorstehen des Termines des 18. Jänners, anderseits die Erwägung geltend, dass Abzug der griechischen Truppen vor Organisation der zur Übernahme und Verteidigung betreffender Gebiete bestimmten albanischen Streitkräfte und Behörden inopportun wäre und Gefahr einer Autonomieerklärung jener Distrikte nach sich ziehen könnte. Man schlägt daher hier Verlängerung des Termins bis 31. Jänner vor. Mir schiene es, wie ich auch von mir aus in der Consulta erwähnte, nachgerade dringend nötig, ehestens im Einvernehmen zwischen Rom, Wien, Valona und Athen ein (vermutlich auf einige Wochen berechnetes) detailliertes Programm der staffelweisen Evakuierung festzustellen. Labia und Buchberger könnten die (vielleicht drei) Zonen und zeitlichen Intervalle (etwa je 10 Tage) bestimmen, die Kontrollkommission müsste für deren fallweise Besetzung durch die Miliz, die holländischen Offiziere und die albanesischerseits einzusetzenden Behörden sorgen und die griechische Regierung müsste auf dieses Programm verpflichtet werden. Ohne ein solches System wird meines Erachtens Räumung nicht durchzusetzen und wir wie bisher genötigt sein, durch stete Hinausschiebung des Termins unsere Schwäche einzubekennen. Mérey.

[a] Vgl. n. 9205, 9214.

Nr. 9200. Tel. aus Rom, 17. Jan. 1914 Nr. 50 (eing. 18. Jan. 9 U. a. m.).[a] Entziff.

Griechisch-albanesische Grenze. Ich bemerke bei dem Minister des Äußern zunehmende Skrupeln über die Vorschläge Venizelos'. Hiezu tragen die Nachrichten über fortgesetztes Zuströmen griechischen Militärs in die Grenzbezirke und der Umstand bei, daß griechischer Gesandter in der Consulta — übrigens (auch)[b] mir gegenüber — immer deutlicher Forderung einer Autonomie oder doch von Privilegien der christlichen Bevölkerung Südalbaniens ankündigt. Marquis di San Giuliano scheint zu besorgen, daß Venizelos die Grenzmodifikation einstecke und daß deshalb die Situation in der Grenzregion sich doch nicht besser gestalten werde. Der Minister — dessen Entscheidung aber noch nicht feststeht — scheint zu hoffen, daß dem Vorschlage Venizelos nur hinsichtlich des südlichen Teiles des fraglichen Terrains stattgegeben, auch diese Konzession ausdrücklich an die vorherige klaglose Evakuierung und Pazifikation der Grenzdistrikte geknüpft und jede, einer Autonomie auch nur nahe kommende Forderung unbedingt abgewiesen werde. Mérey.

[a] Vgl. n. 9176, 9181, 9214. — [b] Chiffre fehlt.

Nr. 9201. Bericht des Legationsrates Grafen Otto Czernin aus St. Petersburg, 4./17. Jan. 1914 Nr. 3 C (eing. 21. Jan.). Ausfert.

Hier wird allgemein mit der Wahrscheinlichkeit eines Sommerbesuches des Präsidenten der französischen Republik gerechnet. Dass der repräsentationslustige Herr Poincaré eine solche Ambition hegt, ist ebenso wahrscheinlich wie dass man ihn hier auch als Präsidenten gern sehen wird und dass der neue französische Botschafter Herr Paléologue hierin einen günstigen Beginn seiner Tätigkeit erblicken dürfte. Soweit mir der künftige französische Botschafter von seiner Gesandtenzeit in Sofia bekannt ist, wird er hier ein Element der Unruhe abgeben. Seine nie ermüdende Phantasie und sein Talent aus Mücken Elephanten zu fabrizieren, wird er wohl auch hierher mitbringen. Von dieser Seite ist er übrigens überall genügend bekannt und ernstere Männer werden ihn wohl hier mit einer gewissen vorsichtigen Reserve behandeln. Es wird nicht uninteressant sein zu beobachten, wie sich Herr Sazonow zum fait accompli seiner Ernennung stellen wird, nachdem er ihn mir kürzlich, wie gemeldet,[a] als unpolitischen Kopf und für einen Botschafterposten ungeeignet bezeichnete. Auch der englische Botschafter Sir George Buchanan hielt die Kandidatur noch vor wenigen Tagen für unmöglich und nannte diese Eventualität direkt ein „Calamity". Soweit das Urteil der hiesigen massgebenden Vertreter der Entente. In gesellschaftlicher Beziehung wird die Republik allerdings nach dem Botschafterwechsel besser vertreten sein. Herr Delcassé führte ein Einsiedlerleben und war in der Gesellschaft fast unbekannt. Er trieb seine Abgeschlossenheit so weit, dass er nicht einmal die Bekanntschaft der Gattin seines eigenen Botschaftsrates machte, obgleich sie längere Zeit zugleich in St. Petersburg anwesend waren. Das unter den letzten französischen Botschaftern fehlende Band zur massgebenden russischen Gesellschaft wird Herr Paléologue gewiss schnell anknüpfen. Otto Czernin.

P. S. Bei meinem heutigen Besuche sagte mir Herr Sazonow, der Kandidat der russischen Regierung für den hiesigen französischen Botschafterposten sei Herr Margerie gewesen. Er bedauere, dass dieser Wunsch nicht durchgedrungen sei. Der genannte Diplomat habe seine Designierung nach St. Petersburg aus finanziellen Rücksichten abgelehnt. Otto Czernin.

[a]) n. 9125.

Nr. 9202. Bericht des Legationsrates Grafen Otto Czernin aus St. Petersburg, 4./17. Jan. 1914 Nr. 3 F (eing. 21. Jan.).[a]) Ausfert.

Ich hatte bereits die Ehre Euer Exzellenz über die Aeusserung Seiner Majestät des Zaren dem kaiserlich deutschen Botschafter gegenüber telegraphisch zu berichten (Nr. 10 vom 15. l. M.)[b]), wonach die deutsch-russischen Meinungsverschiedenheiten in betreff der deutschen Militär-Mission in der Türkei durch die Betrauung des Generals von Sanders als glücklich applaniert zu betrachten seien. Herr Sazonow, dem Graf Pourtalès von dieser höchsten Bemerkung gleich beim Neujahrsempfange Mitteilung machte, soll jedoch ausweichend geantwortet und bemerkt haben, er habe bisher keine diesfällige Meldung aus Konstantinopel erhalten, „peut être l'Empereur est mieux informé que moi". Die Nachricht von der Betrauung des Generals von Sanders mit der Generalsinspektion des türkischen Heeres anstatt mit dem Kommando des Konstantinopler Armeekorps war in der hiesigen Presse durch ein Telegramm der St. Petersburger Agentur verbreitet worden, hat jedoch bis zu diesem Augenblicke keine authentische Bestätigung gefunden. Es bleibt sonach auch nicht klargestellt, auf welche Quelle sich Seine Majestät der Zar bei Seiner Äusserung stützte. Auf alle Fälle scheint dieselbe nicht im Einvernehmen mit dem Minister des Äussern gefallen zu sein. Graf Pourtalès sagte mir vertraulich, er habe kürzlich eine so bewegte Auseinandersetzung über dieses Thema mit Herrn Sazonow gehabt, dass er es seither vermeide, bei ihm vorzusprechen. Es habe übrigens — nach Ansicht des deutschen Botschafters — den Anschein, als ob Russland seine Missstimmung gegen die Türkei in einer zunehmenden Intransigenz in der Frage der armenischen Reformen dokumentieren wollte. Herr Sazonow habe dies allerdings in Abrede gestellt und gemeint, dass es sich ihm lediglich darum handle, alle künftigen Ausfluchtsmöglichkeiten des türkischen Kabinetts — in welchem Mörder Sitz und Stimme hätten — bei Zeiten zu verriegeln. Die deutsch-russischen Beziehungen haben auf alle Fälle durch die Frage der Militär-Mission eine merkliche Abkühlung erfahren, die vielleicht noch einige Zeit nachwirken dürfte. Auf beiden Seiten, sowohl bei Herrn Sazonow als beim Grafen Pourtalès, scheinen recht verdriessliche Worte gefallen zu sein, wie ich dies aus der Wiedergabe der Gespräche des kaiserlich deutschen Botschafters entnehme. So will Graf Pourtalès den Herrn Minister des Äussern darauf aufmerksam gemacht haben, dass die Verstimmung infolge eines so geringfügigen Anlasses einerseits beweise, wie schwer es sei, eine dauernde deutsch-russische Annäherung zu sichern und dass andererseits die hiesige Nervosität dokumentiere, dass Russland entgegen seinen Versicherungen die Erhaltung der türkischen Ohnmacht bezwecke. In der deutscherseits angewandten Argumentierung

wird auch namentlich darauf hingewiesen, dass die türkische Flotten-Reorganisation durch England ein bei Weitem ernsteres Moment darstelle. Zur Reorganisierung der Armee bedürfe man sowohl mehr Zeit als besonders des entsprechenden Mannschafts-Materials. Während die Flotte mit der nötigen Geldhilfe und nach Ankauf einiger Dreadnoughts unter dem Kommando fremder Offiziere in kurzer Zeit zu einem bedeutenden Machtfaktor gemacht werden könne. Otto Czernin.

a) Vgl. n. 9155, 9229. — b) Tel. Nr. 10 vom 15. Jan. 1914 (eing. 6 U. 30 M. p. m.) aus St. Petersburg enthält außer der Äußerung des Caren zum deutschen Botschafter noch die Meldung, Kokowcow habe gegenüber dem italienischen Botschafter Zweifel geäußert, ob die Betrauung Limans von Sanders mit de Armeeinspektion anstatt des Kommandos des Konstantinopeler Korps als befriedigende Lösung zu betrachten sei.

Nr. 9203. Tel. aus Berlin, 18. Jan. 1914 Nr. 32 (eing. 4 U. p. m.). Entziff.

Vertraulich. Unterstaatssekretär sprach mir gestern sehr besorgt über Enver Pascha,a) von dem jede gefährliche Verzweiflungspolitik zu erwarten sei. Zimmermann scheint einen türkischen Handstreich auf Chios und Mytilene zu befürchten. Szögyény.

a) Über dessen Ernennung zum türkischen Kriegsminister liegt auch ein Bericht aus Berlin ähnlichen Inhalts vom 13. Jan. 1914 Nr. 3 E vor. Vgl. auch n. 9165.

Nr. 9204. Tagesbericht über einen Besuch des englischen Botschafters, 18. Jan. 1914 Nr. 266.a) Konz. (S. Hohenlohe; V. u. G. Forgách).

Der königlich englische Botschafter ist heute hier erschienen und hat auftragsgemäß mitgeteilt, daß seine Regierung auf Grund des telegraphischen Ersuchens der internationalen albanischen Kontrollkommission bereit sei, ein oder mehrere Kriegsschiffe in die albanischen Gewässer zu entsenden, wenn alle anderen Mächte dasselbe tun. Es wurde dem Herrn Botschafter für seine Mitteilung gedankt und ihm mitgeteilt, daß wir zu einem gleichen Vorgange bereit seien, jedoch dafür hielten, daß eine sofortige Entsendung von Kriegsschiffen nicht notwendig sei. Ein k. u. k. Kriegsfahrzeug sei jedoch bereits in die Bucht von Cattaro beordert worden mit der Weisung, sich bereit zu halten, um nach Erhalt eines bezüglichen Befehles sofort nach Albanien abgehen zu können.

a) Vgl. n. 9190.

Nr. 9205. Tel. nach Rom, 18. Jan. 1914 Nr. 78 (chiffr. 5 U. p. m.).a) Konz. (S. u. G. Forgách).

Erhalten Telegramm Euer Exzellenz Nr. 49. Die Anregung Euer Exzellenz findet meine volle Zustimmung. Euer Exzellenz wollen auf der Consulta sagen, daß wir einem detaillirten Programme der staffelweisen Evacuirung gerne nähertreten werden. Sobald Consul Labia seiner Regierung eine bezügliche Proposition unterbreitet, ersuchen wir um deren Uebermittlung. Berchtold.

a) Vgl. n. 9215.

Nr. 9206. Tel. aus Sofia, 18. Jan. 1914 Nr. 30 (eing. 19. Jan. 9 U. a. m.).[a]) Entziff.

Vertraulich. Am 6. d. M. unter Zahl 2 E[b]) habe ich über ruhigere Auffassung meines türkischen Kollegen bezüglich Pomakenfrage[c]) berichtet. Vor einigen Tagen fand ich Fethi Bey wieder gereizt, er meinte, die bulgarische Regierung mache Versprechen, halte aber dieselben nicht ein; man könne Radoslawow und Ghenadiew nicht trauen und Schwierigkeiten, die sie angeblich seitens Klerus, der von Russland gehetzt würde, zu haben behaupten, seien nur Prätext. Wenn Verfolgung Pomaken nicht bald aufhöre, würde Türkei Repressalien üben. Er ersuchte mich, Radoslawow auf Ernst Frage aufmerksam zu machen, was ich auch getan und Antwort erhielt, daß Regierung Möglichstes tue, um Pforte zu befriedigen, im Handumdrehen ließe sich aber Abhilfe nicht schaffen. Als ich heute Radoslawow besuchte, erzählte er mir, daß türkischer Gesandter vorgestern bei ihm vorgesprochen und in so unkonzilianter Weise Vorstellungen betreffend Pomaken erhoben, daß Konseilspräsident nicht mehr wisse, was davon denken und sich frage, ob dies nur Fanatismus dieses jungen türkischen Offiziers, der auch in Konstantinopel hetzen dürfte, oder ob Pomakenfrage nicht bloß Vorwand, dessen sich Pforte bedienen wolle, um Politik zu ändern. Radoslawow müsse letzteres umsomehr befürchten, als auch Großvezier und Talaat Bey mit bulgarischem Gesandten dieser Tage so intransigent gesprochen, daß Tocheff anher telegraphiert habe, daß in Pomakenfrage Türkei sofort eine Satisfaktion gegeben werden müßte. Regierung sei in sehr schwieriger Lage: Einseits die Türken, anderseits die hiesigen Bischöfe, die Kabinett beschuldigen, Orthodoxie nicht zu schützen, was auch Russland gegen Radoslawow ausnützen werde. Regierung sei bestrebt gewesen und sei weiterhin bestrebt, alles zu tun, um Türken zu beruhigen, ohne Versöhnlichkeit und Vernunft seitens türkischen Gesandten könne es aber kein Auskommen geben. Fethi Bey wolle keinen Versicherungen Radoslawows glauben und scheine auch hier von Gegnern des Kabinetts in dem Sinne aufgewiegelt worden zu sein, daß Radoslawisten und Stambulowisten gegen Mohammedaner speziell intolerant. Meine Frage, wie es mit Allianzvertrag stünde, beantwortete Radoslawow dahin, daß Vertrag und auch Militärkonvention fertiggestellt; daß Enver Pascha einige Modifikationen darin gebracht, die bulgarische Regierung akzeptierte und Texte seien bereits nach Konstantinopel zurückgesendet, wo Unterzeichnung nächstens erfolgen sollte. Ich meinte, daß mir Absicht der Türkei, Politik Zusammengehens mit Bulgarien plötzlich fallen zu lassen, unwahrscheinlich erschiene, und daß Haltung der Pforte und türkischen Gesandten nur Taktik, um bessere Behandlung Pomaken raschest durch[zu]setzen. Radoslawow erwiderte, daß er diese Anschauung teilen möchte, dennoch aber nicht ganz ruhig sei, da man seitens Elemente wie Jungtürken auf alles gefaßt sein müßte. Sollte Türkei abschwenken, wäre dies Niederbruch der Politik jetziger bulgarischer Regierung, da Bulgarien dann nichts übrig bliebe, als Freundschaft Serbiens und Griechenlands zu suchen, was Triumph Russlands wäre. Sollte es sich aber auch um keine Unaufrichtigkeit seitens Türkei handeln, sondern bloß um Intransigenz Fethi Beys, so sei es doch sehr bedenklich, wenn er in

Konstantinopel gegen Kabinett Radoslawow Stimmung mache, da dies Stellung der Regierung sehr erschwere und die Folge haben könne, daß bei nächsten Wahlen Türken in Thrazien nicht für Regierungslisten stimmen würden. Konseilspräsident, der vor wenigen Tagen sehr zuversichtlich gewesen, war heute dermaßen präokkupiert, wie ich ihn noch selten so gesehen; er meinte, Fethi Bey fahre heute „auf kurzen Urlaub" nach Konstantinopel, und es wäre sehr interessant, Grund und Zweck dieser Reise zu erfahren. Radoslawow verfüge nicht über genügende Informationen über Strömungen in maßgebenden türkischen Kreisen; vielleicht könnte Markgraf Pallavicini Authentisches erfahren. Ministerpräsident wäre mir sehr verbunden, wenn ich meine Unterredung mit ihm Euer Exzellenz melden und bitten würde, daß sich unser Botschafter zu informieren trachte, wobei er Pforte beruhigen möchte, daß bulgarische Regierung entschlossen, Pomakenfrage der Freundschaft mit Türkei unterordnen. Es sei nur unmöglich, Sache brüskieren, da dies Agitation des Klerus gegen Kabinett hervorrufen würde, die ungünstigen Ausgang der Wahlen nach sich ziehen könnte. Jede andere bulgarische Regierung wäre aber Einflüssen russischer Orthodoxer zugänglich und schon deswegen viel intoleranter wie jetziges Kabinett.

Tarnowski.

a) Vgl. n. 9194, 9224 Anm. b, 9241, 9242 Anm. b, 9281. — *b)* Mit Bericht Nr. 2 E, 6. Jan. 1914 (eing. 10. Jan.) wurde aus Sofia berichtet, Fethi Bey habe Tarnowski für seine freundschaftliche Einflußnahme in der Pomakenfrage auf die bulgarische Regierung gedankt und gesagt, daß die bulgarische Regierung sich korrekt benehme. — *c)* „Pomaken" sind zum Islam übergetretene Bulgaren.

Tel. nach Athen, 19. Jan. 1914 Nr. 16 (chiffr. 11 U. 40 M. p. m.). Siehe n. 9214.

Tel. nach Berlin, 19. Jan. 1914 Nr. 37 (chiffr. 11 U. 40 M. p. m.). Siehe n. 9214.

Nr. 9207. Tel. aus Bukarest, 19. Jan. 1914 Nr. 21 (eing. 4 U. p. m.).a) Entziff.

Bin für allernächste Tage zum König in Audienz befohlen. Ich bitte um Instruktionen, wie ich mich zum angeblich geplanten Besuch des serbischen Königs in Bukarest verhalten soll. Ottokar Czernin.

a) Vgl. n. 9217.

Nr. 9208. Bericht aus Konstantinopel, 19. Jan. 1914 Nr. 7 A (eing. 22. Jan.).a) Ausfert.

Geheim. Wie ich dies schon zu bemerken Gelegenheit hatte, steht der hiesige bulgarische Gesandte mit den Machthabern in der Türkei, namentlich mit Talaat Bey und Djemal Pascha, in enger Verbindung. Durch die Vermittlung des ersteren hatte er auch Gelegenheit, Enver Pascha näherzutreten. Herr Toscheff erzählte mir gestern, dass der neue Kriegsminister, welcher sich sonst von allen Diplomaten fern hält und nicht einmal den Botschaftern Besuche abgestattet hat, neulich zu ihm gekommen sei, allerdings nachdem er selbst ihm vorher über Intervention Talaat Beys

einen Besuch gemacht hatte. Über das Gespräch, welches Herr Toscheff und Enver Pascha hatten, sagte mir ersterer Folgendes: Bezüglich der Ägäischen Inseln habe ihn der Kriegsminister versichert, die Türkei werde unter allen Umständen trachten, die den Dardanellen vorgelagerten Inseln, sowie Chios und Mytilene wieder zu gewinnen und zwar ohne Rücksicht darauf, was die Mächte in dieser Frage bestimmen sollten. Herr Toscheff meinte diesbezüglich, es sei zwar möglich, dass sich die Türkei vorderhand dem Spruche der Mächte füge und sich sogar geneigt zeigen werde, sich mit Griechenland abzufinden; dies werde aber nur zum Scheine geschehen. Djemal Pascha habe ihm nämlich im strengsten Vertrauen mitgeteilt, dass ein hiesiger griechischer Bankier jetzt behufs Anknüpfung von geheimen Verhandlungen nach Athen geschickt worden sei. Die Basis, auf welcher diese Verhandlungen geführt würden, sei die, dass die Türkei bereit wäre, alle jetzt von den Italienern besetzten Inseln, wahrscheinlich selbst Rhodus inbegriffen, den Griechen gegen die obenerwähnten Inseln einzutauschen. Herr Toscheff setzte hinzu, er höre, dass man diesen Anträgen vorläufig in Athen ablehnend gegenüberstehe. Über den türkisch-bulgarischen Geheimvertrag behauptet Herr Toscheff mit Enver Pascha nicht gesprochen zu haben; derselbe sei aber nach seiner Meinung so gut wie abgeschlossen. Vorläufig könne zwar die Unterfertigung nicht stattfinden, weil man erst den Ausgang der Wahlen in Bulgarien abwarten wolle. Diesem Umstande lege er aber keine besondere Bedeutung bei. Er sehe die Entente auch ohne offizielle Finalisierung dennoch als perfect an, da eine tatsächliche Interessengemeinschaft vorhanden sei: auch ein geschriebener Vertrag habe nur solange practischen Werth, als eine derartige Interessengemeinschaft bestehe. Heutzutage, so fügte Herr Toscheff halb scherzend bei, würden ja Verträge nicht gemacht, um gehalten zu werden. Im weiteren Verlaufe des Gespräches sagte mir der bulgarische Gesandte, dass der bekannte türkische Senator Bazaria Effendi, welcher seiner Nationalität nach ein Kutzowalache ist, kürzlich in Bukarest gewesen und dort auch vom Könige empfangen worden sei. Der genannte Senator behaupte, dort ein ziemliches Verständnis für die Idee der Annäherung zwischen Bulgarien und der Türkei einerseits und Rumänien andererseits gefunden zu haben. Bekanntlich sieht Herr Toscheff, wie dies auch aus meiner bisherigen Berichterstattung *b)* hervorgeht, eine bulgarisch-rumänische Verständigung als das anzustrebende Endziel an. Er glaubt, Rumänien würde sich hiezu entschliessen können, wenn bulgarischerseits die feste Versicherung abgegeben werde, dass man vollständig und aufrichtig auf die jetzt abgetretenen Gebiete verzichte; was immer auch geschehen möge. Ich erwiderte meinem Mitredner, dass mir diese Zusicherung nicht genügend erscheine. Meiner Ansicht nach und so weit ich die rumänischen Politiker kenne, würden sie sich nur dann für eine Allianz mit Bulgarien entscheiden, wenn sie die Gewissheit hätten, dass sie für den Fall der Vergrösserung Bulgariens in Mazedonien das Festungsviereck mit Varna und Burgas erhielten. Hierauf bemerkte Herr Toscheff mit sichtlicher Erregung, dies würde Bulgarien niemals zugeben können, selbst dann nicht, wenn Monastir bulgarisch würde. Varna und Burgas könnten unter keinen Umständen rumänisch werden; dann noch

eher russisch. Bezüglich der Entwicklung der Dinge in der nächsten Zukunft glaubt Herr Toscheff, dass es im kommenden Frühjahre noch nicht zu kriegerischen Verwicklungen auf der Balkanhalbinsel kommen werde, da keiner der in Betracht kommenden Staaten jetzt den Krieg wünsche. Nach Ablauf eines Jahres würden die Dinge voraussichtlich allerdings anders stehen. Enver Pascha hoffe bis dahin die türkische Armee genügend organisieren zu können, um wenigstens Griechenland mit Erfolg die Spitze zu bieten. Zu diesem Zeitpunkte könne man hier auch schon auf die Mitwirkung der neuerworbenen Kriegsschiffe rechnen. Allerdings meint Herr Toscheff, dass man auch auf Zufälligkeiten gefasst sein müsse und dass es sogar gegen die Absicht aller Betheiligten zum Kriege kommen könnte. Der letzte Putschversuch in Valona sei ein Beispiel dafür, wie leicht die Dinge hier eine gefährliche Wendung nehmen können. Diesbezüglich erwähnte mir der bulgarische Gesandte, dass man hier für diesen Putschversuch etwa 30.000 Pfund auszugeben gewillt war. Enver Pascha habe ihm gegenüber seinem Unwillen über Izzet Pascha Ausdruck verliehen und erklärt, letzterer hätte einen grossen Mangel an Energie bewiesen. Wenn man einen Fürstentron anstrebe, sagte der Kriegsminister, müsse man vor allem handelnd eingreifen und zeitgerecht an Ort und Stelle sein.

Pallavicini.

[a]) Vgl. n. 9244, 9257. — [b]) n. 9166.

Nr. 9209. Bericht aus Konstantinopel, 19. Jan. 1914 Nr. 7 B (eing. 22. Jan.).[a]) Ausfert.

Aus meiner Berichterstattung ist es Euer Exzellenz bekannt, daß die türkische Regierung zur Zeit, als Mahmud Schefket Pascha Großvezier war, also im Laufe des verflossenen Frühjahres, sich auf dem Standpunkt befand, die Türkei müsse sich jeder Ingerenz auf die Entwicklung der Dinge in Albanien enthalten und dieser Frage möglichst ferne bleiben. Erst nach der Wiedereinnahme Adrianopels, besonders aber nach dem Abschlusse des türkisch-bulgarischen Friedensvertrages hat sich in dieser Auffassung bei den hiesigen leitenden Kreisen eine Änderung vollzogen. Schon im Monate September hatte ich Gelegenheit, zu wiederholten Malen darüber Bericht zu erstatten, daß der Großvezier anläßlich von Gesprächen, die ich mit ihm hatte, häufig auf die albanesische Frage zurückkam und mir gegenüber Bedenken über die Zweckmäßigkeit der Wahl eines christlichen Fürsten für dieses Land äußerte, indem er ausführte, ein solcher würde sich in Albanien unter keinen Umständen auf die Dauer halten können. In gleichem Sinne haben sich dann auch andere türkische Staatsmänner ausgesprochen. Im weiteren Verlaufe der Ereignisse habe ich über die Entsendung von türkischen Offizieren behufs Bandenbildung in Macedonien und Albanien Meldung erstattet und später berichtete ich über Gespräche, welche ich mit Talaat Bey und Djemal Pascha hatte, aus denen hervorging, daß die Intentionen des jungtürkischen Komitees dahin gingen, Albanien vorläufig wenigstens nicht zur Ruhe kommen zu lassen. Ich glaube nicht fehlzugehen, wenn ich annehme, daß diese letztangedeuteten Tendenzen zum großen Teil auf bulgarischen Einfluß zurückzuführen sind und daß

Herr Toschew und früher auch General Sawow hiebei eine nicht unbedeutende Rolle gespielt haben. Man dürfte von dem Gedanken ausgehen, daß es in absehbarer Zeit zu neuen Wirren am Balkan kommen werde, welche den Umsturz der jetzigen Lage bezwecken und eventuell auch im Gefolge haben würden. Von diesem Standpunkte aus wäre ein von Constantinopel, respektive Sofia abhängiges Albanien ein sehr gutes Werkzeug, um einen Teil der griechischen oder serbischen Streitkräfte zu binden. Dies scheinen mir die hier maßgebenden Considerationen zu sein, nicht aber religiöser Fanatismus oder das Streben, aus Albanien neuerdings eine türkische Provinz zu machen. Was den letzten Putschversuch anlangt, glaube ich, daß derselbe hauptsächlich den Zweck verfolgte, den Prinzen von Wied abzuschrecken und durch Aufstellung der Kandidatur Izzets einen großen Teil der in Albanien maßgebenden Männer um diese, den türkischen Wünschen willfährige Persönlichkeit zu scharen. Auf jeden Fall war die Inscenierung dieses Coups sehr ungeschickt vorbereitet und scheint mir vor allem ganz unverständlich, warum die Hinaussendung der bewußten Mannschaft auf einem Lloydschiff erfolgte. Man mußte sich doch Rechenschaft darüber ablegen, daß wir dies erfahren würden. Tatsächlich habe ich auch Gelegenheit gehabt, deren Abgang zeitgerecht zu melden. Obwohl nun dieser Versuch mißglückt ist und obwohl Talaat Bey mir gegenüber erklärt hat, daß die Leute jetzt abgeschreckt seien und an keine neuerlichen Versuche in dieser Richtung denken, darf man meiner Ansicht nach nicht glauben, daß man hier alle diesbezüglichen Pläne endgiltig aufgegeben habe. Es ist hiebei nicht zu übersehen, daß sich zwischen Constantinopel und Albanien tausend Fäden spinnen, die in der Religionsgemeinschaft oder in verwandtschaftlichen Banden ihren Ursprung haben und so gut wie unmöglich abgeschnitten werden könnten. Vermöge dieser Verbindungen wird es den hiesigen Machthabern immer möglich sein, in irgend einer Weise in Albanien zu intriguieren und die dortigen Verhältnisse in ihrem Sinne zu beeinflussen. Schon von diesem Standpunkte aus wird die Stellung des Prinzen von Wied oder eines jeden anderen Fürsten, sei er nun Christ oder Mohammedaner, immer eine schwierige sein. Hiezu kommt dann noch die Schwierigkeit, welche in dem Umstande liegt, daß es dem in Rede stehenden Lande an jeglicher Organisation der Staatsgewalt gebricht und daß dasselbe durch eine Reihe von localen Machthabern beherrscht wird, die man nur äußerst schwer unter eine einheitliche Regierungsgewalt wird vereinigen können. Der in der Wiener Presse gegen den Prinzen von Wied erhobene Vorwurf des Mangels an Energie und der Unentschlossenheit scheint mir daher ein ungerechter. Vor allem aber sind die in diesem Zusammenhange aufgestellten Vergleiche zwischen ihm und dem Könige von Rumänien ganz und gar unzutreffend, da die eben geschilderten Verhältnisse des jetzigen Albaniens keinerlei Analogie mit jenen aufweisen, welche der damalige Fürst Karl zur Zeit seiner Thronbesteigung in Rumänien vorgefunden hat, wo schon damals eine einheitliche staatliche Organisation vorhanden war. Wenn man aber schon Vergleiche zwischen Albanien und anderen Ländern ziehen will, welche im Laufe des letzten Jahrhunderts der Türkei verlorengegangen sind, so kann man dies höchstens mit Bosnien

und der Herzegowina tun und ich glaube nicht, daß ein Landesfürst vor unserer Okkupation, oder falls wir nach Durchführung derselben unsere Truppen gleich zurückgezogen hätten, nach dieser Evacuierung sich dort auf die Dauer hätte halten können. Die Schwierigkeiten, mit denen der zukünftige Fürst von Albanien zu kämpfen haben wird, sind meiner Ansicht nach auch keine geringeren. Er müßte vor allem stark genug sein, um die oben erwähnten lokalen Machthaber, wie Ismail Kemal, Essad Pascha, Prenk Bib Doda, Sureya Bey und so weiter, zu beseitigen und dann die Bevölkerung gründlich zu entwaffnen. Hiezu aber gehört eine genügend starke Militärmacht und glaube ich, wie ich die Verhältnisse kenne, daß dies mit einer einheimischen Gendarmerie kaum durchzuführen sein wird, sondern daß sich die Notwendigkeit der Zuziehung fremder Truppen ergeben dürfte. Pallavicini.

a) Vgl. n. 9010, 9192, 9212, 9322.

Nr. 9210. Bericht aus Konstantinopel, 19. Jan. 1914 Nr. 7 E (eing. 22. Jan.).a) Ausfert.

Mit meinem Telegramm vom 15. d. M. Nr. 34, habe ich über die Veränderung in der Stellung des Chefs der deutschen Militärmission Bericht erstattet und auch angedeutet, dass diese Neugestaltung der Dinge als ein Erfolg der russischen Politik anzusehen ist. Der deutsche Geschäftsträger wollte den Rücktritt des Generals von Liman vom hiesigen Corpscommando anfänglich auf die Weise erklären, dass derselbe nur eine natürliche Folge der Beförderung des genannten Generals zum deutschen General der Cavallerie und zum türkischen Marschall gewesen sei, da er hiedurch einen für den Commandierenden eines Corps zu hohen militärischen Rang erhalten habe. Dies umsomehr, als durch die massenhaften Pensionierungen unter den höheren Offizieren in der türkischen Armee jetzt Generalmajore an die Spitze einzelner Corps gestellt worden seien. Diese Erklärung ist jedoch keinesfalls zutreffend, da Herr von Giers gar kein Hehl aus der Rolle macht, welche er bei dieser Neugestaltung der Dinge gespielt hat, ja in selbstgefälliger Weise immer wieder hierauf zurückkommt. Es ist also zweifellos, dass die früher erwähnte Beförderung eben nur eine Folge von Unterhandlungen zwischen hier, Berlin und Petersburg war, um die Sache zu verschleiern. Was die anfänglich in Umlauf gesetzte Nachricht der Ernennung Limans zum Generalinspektor der türkischen Armee anbelangt, so scheint sich auch diese nicht zu bewahrheiten; wenigstens ist dieselbe bis heute noch nicht erfolgt und so ist augenblicklich General von Liman lediglich Chef der Militärmission. Pallavicini.

a) Vgl. n. 9211.

Nr. 9211. Bericht des Militärattachés in Konstantinopel an den Chef des Generalstabs, 19. Jan. 1914 Res. Nr. 16 (eing. als Einsichtsstück des Chefs des Generalstabs vom 23. Jan. Nr. 211 am 28. Jan.).a) Abschrift.

Unmittelbar nach der Übernahme des Kriegsministeriums durch Enver Pascha und der durch denselben angeordneten Verjüngung des

höheren Offizierskorps der türkischen Armee erfolgten auch wichtige Veränderungen von Dienstesbestimmungen der deutschen Instruktionsoffiziere. ... *Folgen Einzelheiten* ... Die wichtigste Veränderung erfolgte jedoch mit Marschall Liman, welcher nunmehr demnächst das 1. Korpskommando an einen türkischen General abgeben wird. Ein diesbezügliches sehr charakteristisches Kommunikee wurde von der offiziellen Agence ottomane am 10. d. M. spät abends den hiesigen Vertretern der ausländischen Telegrafenagenturen zugestellt. Dieses sowohl der Form als auch dem Wesen nach der Stellung des Generals Liman sehr abträgliche Kommunikee, dessen Authentizität am nächsten Tage sowohl vom Grossvezier als auch vom Kriegsminister abgeleugnet wurde, hat in der deutschen Botschaft eine beträchtliche Aufregung hervorgerufen. Sowohl der deutsche Geschäftsträger als auch mehrere Instruktionsoffiziere, mit denen ich darüber sprach, konnten hiebei ihre äussere Ruhe nicht bewahren. General Liman selbst sagte mir im Laufe eines längeren Gespräches, dass er nicht Korpskommandant bleiben könne, weil er am Geburtstage des Kaisers Wilhelm, das ist am 27. Jänner, zum preussischen General der Kavallerie und infolgedessen zum türkischen Marschall befördert zu werden hoffe. Diese Erklärung stimmt aber gar nicht mit dem Inhalte des Kommunikees, da in dem letzteren der Kriegsminister selbst die Überbürdung des Generals Liman als Ursache bezeichnet, warum er denselben vom Korpskommando zu entheben beabsichtigt. Inzwischen ist Liman telegrafisch zum preussischen General der Kavallerie und hierauf zum türkischen Müschir befördert worden. Der Iradé bezüglich seiner Enthebung vom 1. Korpskommando und Neuregelung seiner Funktionen ist aber bisher nicht erschienen. Die Stellung des Generals Liman in Konstantinopel ist infolge des Kriegsministerwechsels sehr schwierig geworden. Es gehörte für einen preussischen Generalleutnant schon viel Überwindung dazu, das Kommando des 1. Korps von einem türkischen Oberst zu übernehmen und so dessen Nachfolger zu werden. Jetzt, wo ein 30jähriger Jüngling Kriegsminister geworden ist und erst vor einigen Monaten zu Livas beförderte Offiziere zu Armeeinspektoren ernannt wurden, ist die Position Limans als Korpskommandant vollkommen unhaltbar geworden. Noch bedenklicher aber ist der Umstand, dass die jüngsten Massenpensionierungen nicht allein ohne Zustimmung, sondern direkt gegen den Willen Limans erfolgt sind. Es ist mir aus guter Quelle bekannt, dass Izzet Pascha über die Angelegenheit mit Liman gesprochen und dass sich der letztere gegen eine brutale Massenpensionierung ausgesprochen hat. Überdies ist zu beachten, dass die Pensionierungen auch gegen den Inhalt des Kontraktes des Generals Liman zu verstossen scheinen. Derselbe ist mir zwar nicht verlässlich bekannt, doch höre ich von gut informierter Seite, dass darin eine Bestimmung vorkommt, laut welcher ohne Zustimmung des deutschen Missionschefs keine Personalveränderung in der Armee erfolgen dürfe! Die durch die Pensionierungen erfolgte offenbare Verletzung des Kontraktes, sowie die durch dieselben hervorgerufene allgemeine Lage haben die Stellung des Generals Liman in einen krisenhaften Zustand versetzt. Deutscherseits glaubt man nun in der raschen Beförderung des Generals und in seiner Ernennung zum Generalinspektor

der Armee das Mittel gefunden zu haben, um diese Krisis in einer für das eigene Prestige befriedigenden Weise zu lösen. Es scheint mir jedoch sehr zweifelhaft zu sein, dass das gewünschte Resultat erreicht werden wird. Ganz abgesehen davon, dass sich Russland und Frankreich mit der Ernennung Limans zum Generalinspektor der Armee kaum einverstanden erklären werden, habe ich den Eindruck, dass auch Enver nicht geneigt ist, dem fremden General so ausgedehnte Machtbefugnisse einzuräumen oder vielmehr zu belassen. Denn das früher erwähnte Kommunikee lässt vermuten, dass General Liman die Stellung des Armeegeneralinspektors kontraktlich schon besessen hat. Die Bestimmung, wonach ohne Zustimmung des Generals keine Personalveränderung in der Armee vorgenommen werden dürfe, die Besichtigungen Limans in Adrianopel und Kirkilisse, dann seine mir mitgeteilte Absicht, demnächst behufs Inspizierung nach Kleinasien und Syrien zu reisen, bilden Beweise für die Richtigkeit dieser Vermutung. Schon Izzet Pascha, welcher den von Oberstleutnant Strempel im Vereine mit dem damaligen interimistischen Kriegsminister verfassten Kontrakt nur widerwillig unterzeichnet hat, liess sich kurz vor Eintreffen Limans in Konstantinopel zum ersten Ferik befördern, offenbar um rangälter zu sein als der deutsche Missionschef. Auch die Ernennung des Marschalls Osman Pascha zum Armeeinspektor in Konstantinopel konnte nur den Zweck haben, die Machtbefugnisse Limans einzuschränken. Enver tritt viel dezidierter auf als der ängstliche Izzet. Er brüskierte Liman durch die Massenpensionierungen und erklärte ihm hierauf klipp und klar, dass er das Korpskommando und wahrscheinlich auch die Generalinspektion in seinen Händen nicht belassen könne. Hiemit trägt er seinen persönlichen Ambitionen sowie der Stimmung des jungtürkischen Komitees Rechnung, befriedigt Russland und erleichtert das Zustandekommen der bereits dringend notwendigen französischen Anleihe. Mit Rücksicht auf die vielfältigen Einflüsse, welche sich auf den Gang der Liman-Krise geltend machen, ist es vorläufig nicht möglich, vorauszusehen, welche Lösung dieselbe schliesslich finden wird. Die Entstehung derselben ist umso bedauerlicher, als Enver durch die Überlassung der Reform des Generalstabes an die deutschen Offiziere anscheinend seine Absicht bewiesen hat, die deutsche Mission zur Reorganisation der Armee in weitestem Masse zu verwenden. Die Ursache der Krisis liegt eben in der zu hohen Charge des Generals Liman sowie in den den türkischen Verhältnissen nicht Rechnung tragenden Machtbefugnissen desselben. Wäre zum Chef der Mission ein rangjüngerer deutscher General ernannt worden und hätte sich derselbe mit der Stellung als Missionschef und Berater des türkischen Kriegsministeriums begnügt, so hätte sich dessen Aufgabe wesentlich einfacher und leichter gestaltet. Bei der Wahl des Missionschefs wäre es rationell gewesen, den Schwerpunkt nicht in den Chargengrad und das Alter, sondern vielmehr in die Persönlichkeit, militärische Begabung und Kenntnisse des Kandidaten zu verlegen. Allerdings wäre jedoch dann die Stellung des Generalstabschefs des Missionschefs überflüssig gewesen und hätte somit auch Oberstleutnant von Strempel nicht die Möglichkeit erhalten, noch 3 Jahre in der Türkei zuzubringen. Pomiankowski.

a) Vgl. n. 9210, 9259.

Nr. 9212. Bericht des Militärattachés in Konstantinopel an den Chef des Generalstabs, 19. Jan. 1914 Res. Nr. 18 (eing. als Einsichtsstück des Chefs des Generalstabs vom 29. Jan. 1914 Nr. 213 am 10. Feb.).[a]) Abschrift.

In einem meiner letzten Berichte habe ich die Überzeugung ausgesprochen, daß Izzet Pascha seiner ganzen Charakteranlage nach kaum geneigt sein würde, nach Albanien zu reisen, um dort im Gegensatze zum Willen der Mächte als Thronkandidat aufzutreten. Die nachgefolgten Ereignisse haben nun — so befremdend dies im ersten Momente auch klingen mag — diese meine Ansicht bestätigt. Wie Euer Exzellenz bereits bekannt sein dürfte, hat Seine Exzellenz Graf Berchtold sofort nach Eintreffen der ersten Nachrichten über den mißlungenen Putsch von Valona den Herrn k. u. k. Botschafter Markgrafen Pallavicini beauftragt, bei der Pforte gegen die Treibereien Izzets die energischesten Vorstellungen zu erheben. Bei der hierauf erfolgten Unterredung führte nun der Großvezir in seiner Antwort die Vorfälle in Albanien auf Ismail Kemal selbst und dessen Kreaturen zurück, stellte jede Mitschuld der türkischen Regierung und Izzets in Abrede und verwahrte sich im voraus dagegen, daß im Falle dem Prinzen von Wied nach seiner Ankunft in Albanien ein Unglück geschehen sollte, die Türkei hiefür verantwortlich gemacht werde. Am nächsten Tage kam Izzet Pascha selbst zum Markgrafen Pallavicini um dem Herrn Botschafter die nötigen Aufklärungen zu geben. Vor Beginn seiner Mitteilungen verpfändete Izzet Pascha sein Soldatenehrenwort, daß alles, was er sagen werde, die reine Wahrheit sei. Er habe betreffs seiner eventuellen Thronkandidatur im ganzen nur zweimal mit Albanesen verkehrt. Das erste Mal seien vor zirka zwei Monaten einige hiesige Albanesen zu ihm gekommen und hätten ihn gefragt, ob er bereit wäre, die Krone Albaniens anzunehmen. Izzet habe damals geantwortet, daß hiezu die Zustimmung der Mächte, vor allem Österreich-Ungarns und Italiens, notwendig sei und ohne derselben in Albanien überhaupt nichts gemacht werden könne. Das zweite Mal war es, als Izzet Pascha vor zirka 14 Tagen einen Brief von Essad Pascha erhielt, welcher ihm mitteilte, daß in Albanien alles zu seinem Empfange bereit sei und ihn aufforderte, so bald als möglich nach Albanien zu kommen. Der frühere Kriegsminister hat darauf wieder geantwortet, daß er nur dann etwas tun könne, wenn Österreich-Ungarn und Italien vorher ihre Zustimmung geben würden. Außer diesen beiden Malen hat Izzet Pascha über seine Kandidatur in Albanien niemals und mit niemand (auch mit der türkischen Regierung nicht) etwas gesprochen, noch diesbezüglich irgend etwas getan oder angeregt. Er habe in der Türkei eine gesicherte Stellung, habe vor dem Feinde die türkische Armee kommandiert und würde — falls ein Krieg wieder ausbrechen sollte — wieder das Oberkommando erhalten. Er sei demnach Soldat und nicht Abenteurer und würde sich niemals in irgendwelche, mit dem Willen der Großmächte im Widerspruche stehende Unternehmungen einlassen. Den Vorgängen in Albanien stehe er vollkommen ferne und sei sein Name dortselbst ohne seiner Zustimmung und seinem Zutun mißbraucht worden. Auf die Frage des Herrn Botschafters, ob er gegebenenfalls den Thron Albaniens annehmen würde, antwortete Izzet, daß falls Österreich-Ungarn und Italien damit

einverstanden wären, er wohl bereit sein würde, seine Kräfte für sein engeres Vaterland einzusetzen. Seine Demission als Kriegsminister stände aber mit Albanien in keinem Zusammenhange und sei ausschließlich die Folge seiner Weigerung die vom jüngtürkischen Komitee geforderten Massenpensionierungen vorzunehmen. Das schlichte, aufrichtige und soldatische Wesen des gewesenen Kriegsministers machte auf den Herrn k. u. k Botschafter den günstigsten Eindruck. Seine Exzellenz ist nun im Gegensatze zu seiner früheren Ansicht vollkommen überzeugt daß Izzet persönlich den Vorgängen in Albanien ferne stehe und daß der letzte Putsch ohne seiner Beteiligung von dem sogenannten albanesischen Komitee in Konstantinopel, in welchem bezeichnenderweise auch die Minister Talaat und Dzemal Hauptrollen spielen, inszeniert worden ist. Es ist nicht unmöglich, daß der Putsch, abgesehen von der gewiß beabsichtigten Verhinderung der Ankunft des Prinzen Wied in Albanien, auch den Zweck hatte, die öffentliche Aufmerksamkeit in der Türkei von den Massenpensionierungen in der Armee abzulenken. Wie ich bereits angedeutet habe, ist für die Beurteilung der Rolle Izzets bei den Vorgängen in Albanien dessen Charakter von ausschlaggebender Bedeutung. Izzet ist ein ehrlicher, tüchtiger Soldat und guter Armeeführer, in politischer Beziehung aber von ängstlichem und unentschlossenem Charakter. Er würde den Thron Albaniens gewiß gerne annehmen, jedoch dabei nichts riskieren wollen und könnte sich deshalb nur dann hiezu entschließen, wenn die Wege in Albanien selbst für ihn geebnet wären und die beiden Schutzmächte ihre Zustimmung dazu geben würden. Izzet hält es nicht für unmöglich und hofft es sogar vielleicht, daß diese Situation in Zukunft tatsächlich eintreten könnte und läßt das Komitee und seine sonstigen Anhänger für sich arbeiten, ohne aber selbst mitzutun und sich zu kompromittieren. Die Gründe, welche das jungtürkische Komitee veranlassen gegen die Kandidatur des Prinzen von Wied zu agitieren, sind nicht schwer zu erraten. Die Sorge für das albanische Volk und die panislamitischen Tendenzen sind hiebei natürlich nur Mittel zum Zweck, welcher trotz alles Leugnen in letzter Linie doch darin besteht, die verlorenen rumelischen Provinzen in Zukunft wiederzugewinnen. Vorläufig sehen die Türken für die nächste Zeit einen neuen Konflikt auf der Balkanhalbinsel voraus und wollen sich für diesen Fall die volle Mitwirkung Albaniens sowie der Albanesen im Kossovo und im Sandschak Novibazar sichern. Da aber die letzteren nur einem Mohammedaner folgen würden und überdies der Prinz von Wied als ein gefügiges Werkzeug Rumäniens betrachtet wird, so trachtet das Komitee dessen Ankunft und Installierung in Albanien zu verhindern. Zu bemerken ist, daß fast alle Mitglieder des Konstantinopler albanischen Komitees aus dem Kossovo stammen und Mohammedaner sind. Pomiankowski.

a) Vgl. n. 9164, 9170, 9180, 9188, 9192, 9209.

Nr. 9213. Bericht des Militärattachés in Konstantinopel an den Chef des Generalstabs, 19. Jan. 1914 Res. Nr. 21 (eing. als Einsichtsstück des Chefs des Generalstabs vom 23. Jan. Nr. 214 am 28. Jan.).a) Abschrift.

Die Antwort der Tripleallianz auf die von der Tripleentente angenommene englische Proposition betreffend die epirotische und die Insel-

frage hat die jungtürkische Partei und die öffentliche Meinung im ottomanischen Reiche mit tiefem Grolle erfüllt. Trotzdem man sich jedoch jetzt von ganz Europa verlassen sieht, denkt niemand daran in der Inselfrage nachzugeben und Mitylene sowie Chios den Griechen zu überlassen. Man sieht den Besitz derselben als eine Frage von Leben und Tod an und glaubt nach dem gelungenen Kauf des „Rio de Janeiro" auch das Recht der Macht in Anspruch nehmen zu können, um diese Inseln wiederzuerlangen. Weit davon entfernt, sich mit den erreichten Vorteilen zu begnügen, richtet jetzt die Pforte alle ihre Bemühungen darauf, es den Griechen unmöglich zu machen, durch Ankauf von Grosskampfschiffen das Gleichgewicht zur See wiederherzustellen. Gerüchtweise verlautet seit 3 Tagen, dass die Pforte den argentinischen Dreadnought „Moreno" gekauft habe und der Vertrag bereits unterzeichnet worden sei. Man behauptet sogar, dass das neue Schiff nach dem Eroberer von Konstantinopel den Namen „Sultan Mohammed" erhalten soll. Wenn es sich hiebei vielleicht auch noch um keinen definitiven Kauf, sondern vermutlich um einen Optionsvertrag handeln dürfte, so erscheint es doch nunmehr sehr zweifelhaft, ob die Griechen im Stande sein werden, den türkischen Dreadnoughts „Reschadie" und „Sultan Osman" bereits im Sommer d. J. eine ebenbürtige Kraft entgegenzustellen. Unter diesen Umständen muss aber ernstlich mit der Eventualität gerechnet werden, dass Griechenland, um die Ankunft der beiden Schiffe im Ägäischen Meere zu verhindern, der Türkei im Frühjahre den Krieg erklären könnte. Dass die gereizte Stimmung auf griechischer Seite bereits einen hohen Grad erreicht hat, beweist die Nachricht über die Entsendung von griechischen Torpedofahrzeugen nach den Gewässern von Mitylene, Chios und Samos. Welche Erwägungen die Athener Regierung zu dieser Massregel veranlasst haben, ist gegenwärtig noch nicht klar zu erkennen. Auch am Balkan gärt es in bedenklicher Weise. Bulgarische Komitadschis bereiten sich vor, im Frühjahre den Bandenkrieg in Mazedonien zu eröffnen. Die Albanesen im Kossovo wollen zu gleicher Zeit losschlagen und auch im ehemaligen Sandschak soll ein Aufstand gegen das montenegrinisch-serbische Joch beabsichtigt sein. Das jungtürkische, im Verein mit dem albanischen Komitee in Konstantinopel wollen sich für den voraussichtlichen Konflikt mit Griechenland und Serbien die ausgiebige Unterstützung des gesamten albanischen Volkes sichern, versuchen in dieser Absicht die Thronbesteigung des Prinzen von Wied zu verhindern und die Wahl eines Mohammedaners zum Fürsten von Albanien zu erzwingen. Ob es Bulgarien in diesem Chaos möglich sein wird, seine Neutralität zu bewahren und den Ausbruch einer neuen allgemeinen Balkankonflagration zu vermeiden, kann heute noch nicht vorausgesehen werden. Der bulgarisch-türkische Geheimvertrag, dessen Inhalt ich bereits in früheren Berichten angedeutet habe, ist zwar fertig, aber noch immer nicht unterzeichnet; der bulgarische Unterhändler, Oberst Dschekoff, befindet sich noch immer in Konstantinopel. Die Verzögerung ist offenbar eine Folge der Ministerkrise in Sofia, sowie des Kriegsministerwechsels in Konstantinopel. Das gefährlichste Moment in der ganzen Situation ist jedoch die Haltung Russlands. Ich habe bereits in einem früheren Berichte darauf hingewiesen, dass man in Petersburg durch die türkischen Schiffskäufe sehr beunruhigt ist. Gelingt

es tatsächlich der Türkei, die beiden Dreadnoughts im Juni heranzuziehen, so hätte Russland hiemit für den immerhin möglichen Fall eines europäischen Konfliktes im Sommer eine wesentliche Chance verloren. Die Einbusse wäre nicht allein für Russland, sondern für die ganze Tripleentente so empfindlich, dass es kaum glaublich erscheint, dass England das Auslaufen der beiden Dreadnoughts aus seinen Häfen wirklich gestatten könnte. In Russland schwankt man offenbar noch, was man tun soll. Dass eine starke Partei unter Hinweis auf die gefahrdrohende innere Lage zum Kriege drängt, ist sicher. Es ist mir auch verlässlich bekannt, dass der hiesige Militärattaché General Leontiew in allen seinen Berichten den baldigen Krieg gegen die Türkei als unbedingt notwendig bezeichnet, da sonst ein gefährliches Erstarken derselben befürchtet werden müsse. Viele ernste Anzeichen deuten darauf hin, dass auch die Petersburger Regierung einen Konflikt im Frühjahre nicht für ausgeschlossen hält und schon jetzt deutliche Vorbereitungen für denselben trifft. Ich führe an: die Zurückhaltung des ausgedienten Jahrganges bei den Fahnen, das Verbot an die Presse, militärische Nachrichten zu veröffentlichen, die angebliche Verstärkung der Truppen an der kaukasischen Grenze, die Zurückziehung der russischen Garnison aus Kasvin und anderes mehr. Die Verhandlungen über die Reformen in Armenien kommen zu keinem Ende, weil Herr von Giers fortwährend neue Forderungen stellt. Man hat den Eindruck, dass es Russland nur darum zu tun ist, die Verhandlungen zu verschleppen, wobei allerdings auch die Frage der deutschen Militärmission eine wichtige Rolle spielt. Bezüglich dieser letzteren erklärte mir der Gendarmerieinspektor General Baumann (ein Franzose), dass die Tripleentente die schwerwiegensten Gründe habe, auf der Abberufung des Generals Liman zu bestehen. Mit Rücksicht darauf nämlich, dass die grosse europäische Abrechnung nicht mehr lange auf sich warten lassen kann, könne es Frankreich nicht gleichgiltig sein, wenn eine halbe Million Russen durch die unter deutscher Führung stehende türkische Armee gebunden werden. Unter diesen Umständen könne Frankreich auch kein Geld für die Türkei hergeben! Die Pforte scheint aber nun am Ende ihrer finanziellen Mittel angelangt zu sein. Der Grossvezier teilte vor einigen Tagen dem Herrn k. u. k. Botschafter mit, dass er keine Hoffnung mehr habe, die grosse Anleihe in nächster Zeit in Frankreich zu realisieren. Dschavid Bey unterhandelt demnach gegenwärtig in Paris bloss über einen Vorschuss von 8 Millionen Pfund, mit welchen man dann bis zur Effektuierung der Anleihe das Auslangen finden könnte. Sollte auch dieser Vorschuss verweigert werden, dann werde die Pforte, ohne die Zustimmung der Mächte nachzusuchen, die Besteuerung der Fremden, die 4%ige Zollerhöhung und die Einführung neuer Monopole anordnen! Wie aus dieser Darstellung zu ersehen, befindet sich die Türkei momentan in einer äusserst komplizierten und gefährlichen Lage. Hiezu kommt noch, dass sich die Regierung in den Händen von Leuten befindet, welchen ein gewisser abenteuerlicher Charakter nicht abgesprochen werden kann. Unter diesen Umständen dürfte es nicht übertrieben sein, wenn man behauptet, dass die Erhaltung des Friedens im kommenden Frühjahre sehr gefährdet erscheint. Pomiankowski.

a) Vgl. n. 9131, 9166.

Tel. nach London, 19. Jan. 1914 Nr. 29 (chiffr. 11 U. 40 M. p. m.). Siehe n. 9214.

Tel. nach Paris, 19. Jan. 1914 Nr. 16 (chiffr. 11 U. 40 M. p. m.). Siehe n. 9214.

*Nr. **9214**. Tel. nach Rom Nr. 79 (1), Berlin Nr. 37 (2), St. Petersburg Nr. 13 (3), London Nr. 29 (4), Paris Nr. 16 (5) und Athen Nr. 16 (6), 19. Jan. 1914 (chiffr. 11 U. 40 M. p. m.).[a]) Konz. (S. Matscheko; V. Forgách; G. Berchtold).*

1. Zu Euer Exzellenz Telegrammen Nr. 49 und 50 vom 17. laufenden Monats. Ich wäre damit einverstanden, daß wir den Mächten nachträglich vorschlagen, Griechenland den 31. d. M. als den Termin zu fixieren, an welchem die Räumung Südalbaniens zu erfolgen hätte und möchte anregen, daß Italien und wir eine in diesem Sinne gehaltene Mitteilung an die vier Mächte richten. Gleichzeitig sollten wir meiner Ansicht nach nochmals ausdrücklich hervorheben, daß unsere Zustimmung zu der für Griechenland günstigen Lösung der Inselfrage erst dann als erfolgt anzusehen ist, wenn sich die Räumung und Pazifizierung Südalbaniens anstandslos und termingemäß vollzogen hat. Was die Vorschläge Herrn Venizelos' und zwar zunächst die staffelweise Evakuierung anbelangt, so entnehme ich einer Meldung des Grafen Szécsen über eine Unterredung mit dem griechischen Minister, daß dieser an zeitlich sehr ausgedehnte Staffeln denkt und die endgiltige Räumung von der Konsolidierung der Verwaltung in Albanien abhängig machen will. Eine solche Lösung scheine mir unzulässig, weil sie die Räumung unabsehbar hinausschieben und Griechenland eine Handhabe bieten würde, sich in die inneren Zustände Albaniens einzumischen. Nach meinem Dafürhalten sollten wir daher 1. zunächst darauf dringen, daß die Mächte Griechenland zur Räumung Südalbaniens bis zum Termin des 31. d. M. ehestens auffordern. Nach einer Meldung Herrn von Szilassys erwartet man in Athen eine solche Aufforderung, die im Falle einer gleichzeitigen Mitteilung der Entscheidung in der Inselfrage der griechischen Regierung eine nachgiebige Haltung erleichtern würde, 2. erst wenn dies geschehen ist, eventuell mit Griechenland darüber in Verhandlung treten, ob und unter welchen Bedingungen wir und Italien den Griechen eine staffelweise Räumung konzedieren. Unsere Zustimmung hiezu möchte ich an folgende Bedingungen knüpfen: 1. daß die Räumung nach einem genau vereinbarten Programm erfolgt, welches die einzelnen Zwischentermine und die zu räumenden Gebiete bestimmt, 2. daß die schon in London Albanien zugesprochenen Territorien (Kaza Korica, das Küstengebiet bis Phtelia und die Insel Saseno) sofort und jedenfalls bis zum 31. d. M. evakuiert werden. Falls Marquis di San Giuliano diesem Gedanken zustimmt, würden wir es ihm überlassen, nach Anhörung Herrn Labias ein detailliertes Programm auszuarbeiten, das als Basis unserer Pourparlers mit der griechischen Regierung zu dienen hätte. Die weiteren Vorschläge Herrn Venizelos' (Grenzrektifikation) würden eine spätere Sorge bilden, doch kann auch ich die von Marquis di San Giuliano geäußerten Bedenken und Zweifel nur theilen. Euer Exzellenz wollen sich in vorstehendem Sinne zu Marquis di San Giuliano aussprechen. Zu Euer Exzellenz rein persönlicher Information:

Ich lege Wert darauf, daß auch in der gegenwärtigen Phase der südalbanischen Frage nicht wir, sondern Italien die führende Rolle — wenigstens nach außen hin — spiele.

2.—6. Ich telegrafiere an Herrn von Mérey: (Inseratur aus Telegramm sub 1. von „Ich wäre damit einverstanden" bis „zu Marquis di San Giuliano aussprechen.") Vorstehendes zu Euer etc. rein persönlicher Information. Berchtold.

a) Vgl. n. 9218.

Nr. 9215. Tel. aus Rom, 19. Jan. 1914 Nr. 53 (eing. 20. Jan. 9 U. a. m.).a) Entziff.

Albanesisch-griechische Grenze. Meine von Euer Exzellenz laut Telegramm vom 18. d. M. Nr. 78 gebilligte Anregung ist durch einen mittlerweile von der Consulta ausgegangenen Vorschlag überholt, wonach 1) Evakuation am 1. Februar und am 28. Februar beendigt sein soll; 2) Prinzip der staffelweisen Räumung angenommen, Vereinbarung über Zonen und zeitliche Intervalle aber direktem Einvernehmen zwischen Albanien und Griechenland (ich frage mich, auf welchem Weg?) überlassen wird; 3) Autonomie oder jede derselben ähnliche Situation der Grenzdistrikte abzulehnen wäre; 4) hinsichtlich der Anträge Herr Venizelos' Abtretung der nördlichen Enklave zu verweigern, jene der südlichen Enclave und außerdem des ganzen Gebietes von Konispolis zuzugestehen wäre; 5) Bedingung dieser Konzession die vorherige Durchführung der Evakuation (einschließlich der Insel Saseno) und Übernahme der betreffenden Distrikte durch die albanesischen Behörden sein soll; 6) den griechischen Besorgnissen hinsichtlich der Gefahren, welche der orthodoxen Bevölkerung im Grenzgebiete seitens der Mohammedaner drohen, durch den Hinweis auf die Gegenwart der holländischen Offiziere und eventuell von Delegierten der Kontrollkommission zu begegnen wäre. — Nach Auffassung hiesiger Regierung sollte jedenfalls von uns und Italien, womöglich auch von den anderen Mächten, eine Erklärung im vorstehenden Sinne in Athen abgegeben werden. Mérey.

a) Vgl. n. 9218.

Tel. nach St. Petersburg, 19. Jan. 1914 Nr. 13 (chiffr. 11 U. 40 M. p. m.). Siehe n. 9214.

Tel. nach Athen, 20. Jan. 1914 Nr. 18 (chiffr. 11 U. 30 M. p. m.). Siehe n. 9218.

Nr. 9216. Bericht aus Belgrad, 20. Jan. 1914 Nr. 11 B (eing. 23. Jan.).a) Ausfert.

Vertraulich. Durch die Ernennung des Oberst Stefanović zum Kriegsminister wurde die partielle Ministerkrise und, wie man glaubt, nicht nur provisorisch, sondern wahrscheinlich für längere Zeit beendet. Stefanović zählt zu den jüngsten Obersten der serbischen Armee, gehört dem Generalstabe an und gilt als tüchtig und energisch. Vor kurzem zum Militär-Attaché in Bukarest ernannt, hatte er diesen Posten noch gar nicht

angetreten. In Folge des Strikes sämmtlicher Generale und der älteren Oberste, das Kriegsportefeuille mit einem gekürzten Militär-Budget zu übernehmen, sah sich die Regierung, die nicht wagte, der Armee einen Zivilisten als Kriegsminister zu oktroyiren, gezwungen, auf einen verhältnismäßig jungen Offizier zu greifen und ihm zudem das vom früheren Kriegsminister als Minimum bezeichnete Budget von 56 Millionen, wenn auch in veränderter Form, zu bewilligen. Wie ich höre, erhält Stefanović 52 Millionen als ordinäres Budget und 4 Millionen als außerordentlichen Kredit. Stefanović gehört der Verschwörergruppe an, wenn er sich auch nicht aktiv am Königsmorde beteiligte, und darin liegt das Interessante seiner Ernennung. Sie beweist, ebenso wie die in letzter Zeit wieder stattfindenden geheimen Konventikel der Offiziere, gegen welche die Regierung keinerlei Maßnahmen trifft, daß die „crna ruka" wieder im Vollbesitze ihres Einflusses ist und daß alle Versuche der Regierung, respektive der Radikalen sich von demselben zu befreien, scheitern und immer wieder zur Kapitulation vor den Verschwörern führen. Giesl.

a) Vgl. n. 3680, 9260.

Tel. nach Berlin, 20. Jan. 1914 Nr. 39 (chiffr. 11 U. 30 M. p. m.). Siehe n. 9218.

Nr. 9217. Tel. nach Bukarest, 20. Jan. 1914 Nr. 16 (chiffr. 10 U. p. m.). Konz. (S. Matscheko; V. Flotow u. Forgách; G. Berchtold).

Streng vertraulich. Euer Exzellenz Telegramm Nr. 21 vom 19. d. erhalten. Von dem bevorstehenden Besuche König Peters in Bukarest ist hier nichts bekannt. Ich hielte es für angezeigt, wenn Euer Exzellenz in dieser Frage grosse Reserve beobachten. Falls dieselbe aber von König Karol oder einem der rumänischen Minister Euer Exzellenz gegenüber zur Sprache gebracht würde und Sie etwa befragt würden, welchen Eindruck in Wien der Besuch König Peters am rumänischen Hofe hervorrufen dürfte, wollen Euer Exzellenz sich bereit erklären, hierüber eine Anfrage nach Wien zu richten und als Ihre rein persönliche Ansicht beifügen, dass ein solcher Besuch bei der heutigen politischen Situation von unserer öffentlichen Meinung wol als eine Demonstration aufgefasst werden dürfte und geeignet wäre, die aufgetauchten Gerüchte von einem serbisch-rumänischen Bündnis glaubwürdiger erscheinen zu lassen. Berchtold.

Tel. nach London, 20. Jan. 1914 Nr. 31 (chiffr. 11 U. 30 M. p. m.). Siehe n. 9218.

Tel. nach Paris, 20. Jan. 1914 Nr. 17 (chiffr. 11 U. 30 M. p. m.). Siehe n. 9218.

Nr. 9218. Tel. nach Rom Nr. 83 (1), Berlin Nr. 39 (2), St. Petersburg Nr. 14 (3), London Nr. 31 (4), Paris Nr. 17 (5) und Athen Nr. 18 (6), 20. Jan. 1914 (chiffr. 11 U. 30 M. p. m.).a) Konz. (S. Matscheko; V. u. G. Berchtold).

1. Euer Exzellenz Telegramm Nr. 53 vom 19. d. erhalten. Durch die darin wiedergegebenen Vorschläge des italienischen Kabinettes, denen ich

in meiner morgigen Unterredung mit Herzog Avarna unter gewissen Restrictionen zuzustimmen gedenke, ist mein gestriges Telegramm Nr. 79, das sich mit Ihrer Depesche gekreuzt hat, gegenstandslos geworden.

2.—6. Mit meiner in meinem gestrigen Telegramm Nr. 37 (respektive 13, 29, 16, 16) Euer etc. mitgeteilten Weisung an Herrn von Mérey, hat sich nachstehende Meldung aus Rom gekreuzt: ... *wie n. 9215 mit Korrekturen* ... Durch diesen Vorschlag, dem ich in morgiger Unterredung mit Herzog Avarna unter gewissen Restrictionen zuzustimmen gedenke, ist meine erwähnte gestrige Weisung an Herrn von Mérey gegenstandslos geworden. Vorstehendes zu Euer etc. rein persönlicher Information. Berchtold.

[a]) Vgl. n. 9221.

Tel. nach St. Petersburg, 20. Jan. 1914 Nr. 14 (chiffr. 11 U. 30 M. p. m.). Siehe n. 9218.

Nr. 9219. Denkschrift des Botschafters in St. Petersburg Grafen Friedrich Szápáry über die österreichisch-ungarisch-russischen Beziehungen. Wien, 20.[a]) Jan. 1914. Konz. (S. Szápáry).

Streng geheim. Auf die Erschütterungen, welchen die Beziehungen der europäischen Mächte im Verlaufe der Balkanwirren ausgesetzt waren, ist mit dem Eintritte einer friedlicheren Phase der balkanischen Entwicklung eine allgemeine Tendenz zur Entspannung der politischen Situation eingetreten. Die Ursachen dieser Tendenz sind in der fast allenthalben durch den Verlauf der Balkanereignisse in der einen oder anderen Richtung hervorgerufenen Enttäuschung, in den durch die Krise erzeugten wirtschaftlichen Schäden und dem allgemeinen Friedensbedürfnisse gelegen. Für die Gestaltung der Beziehungen der österreichisch-ungarischen Monarchie zum russischen Reiche sind sowohl diese Faktoren allgemeiner Natur, als auch gewisse aus der augenblicklichen politischen Situation hervorgehende besondere Momente von Bedeutung. Unter den Mächten, welche sich durch den Verlauf der Balkanereignisse enttäuscht sehen, steht Rußland gewiß nicht an letzter Stelle. Wir werden kaum fehlgehen wenn wir die Aggressivität der russischen Orientpolitik der letzten fünf Jahre gegen Oesterreich-Ungarn auf das Konto der früher im Zarenreiche maßgebenden Persönlichkeiten und speziell Herrn Iswolskys setzen, welcher in dem Bestreben, sich für eine als persönlich empfundene diplomatische Niederlage um jeden Preis zu revanchieren, sich ein politisches System zurechtgelegt hatte, dessen um und auf die Konzentrierung aller durch die Annexionskampagne am Balkan hervorgerufenen Stimmungen und Reizungen gegen Oesterreich-Ungarn bildete. Es mißlang zwar, alle Balkanstaaten einschließlich der Türkei gegen Oesterreich-Ungarn zu ralliieren und die Monarchie auf diese Weise für die Zukunft vom Balkan auszuschließen, aber es kam zu dem russischerseits schon lange angestrebten serbisch-bulgarischen Bündnisse. Dieser partielle Erfolg der Balkanbundbestrebungen hat sich im weiteren Verlaufe der Dinge nicht als Vorteil, sondern als schwere Gefahr für Rußland herausgestellt. Der gegen den österreichisch-ungarischen Einfluß vereinigte südslavische Block begann sich gegen die Türkei zu wenden und

bildete den Kern jenes Netzwerkes von Verträgen, aus welchen der neue, von den Balkanstaaten selbst ins Leben gerufene, gegen die Integrität der europäischen Türkei gerichtete Balkanbund entstand. Diese Entwicklung konnte keineswegs nach Rußlands Geschmack sein und es ist wohl zweifellos, daß Rußland zu derselben mehr oder weniger erst als fait accompli Stellung zu nehmen hatte. Die wenig beneidenswerten Liquidatoren des Iswolskyschen politischen Inventars, als welche die heutigen leitenden Staatsmänner in Rußland anzusehen waren, standen nun der bedenklichen Tatsache gegenüber, daß die in der früheren Aera in die Balkanlage versenkten Keime eine höchst gefährliche Entfaltung nach der Seite der Türkei gewonnen hatten. Russischerseits war man nun ehrlich bestrebt, den Ausbruch eines Balkankrieges hintanzuhalten, denn man wurde mit Schrecken gewahr, daß ein Plan, welcher nichts mehr als ein diplomatisches Ränkespiel gegen den Einfluß Oesterreich-Ungarns am Balkan bedeutet hatte, nun bis zur Aufrollung der orientalischen Frage durch die Balkanstaaten selbst gediehen war! Man wurde gewahr, daß man das Schicksal Rußlands durch Iswolskys unbedachte Zündeleien in die Hände der Pašić, Danew und Konsorten gelegt hatte; denn kam es zum Kriege und intervenierte Oesterreich-Ungarn, so stand Rußland vor der wenig beneidenswerten Wahl, entweder für fremde Interessen in einem Momente, den es nicht selbst gewählt hatte, einen Krieg zu führen, auf den es nicht vorbereitet war, oder Oesterreich-Ungarn gewähren zu lassen und damit ein Gutteil seiner Stellung am Balkan und als slavische Vormacht einzubüßen. Wie sehr die Entwicklung der Dinge Rußland über den Kopf gewachsen war, beweist am besten die Planlosigkeit und das Widerspruchsvolle der russichen diplomatischen Maßnahmen zur Zeit des Kriegsausbruches, welche ziemlich deutlich den Stempel sogenannter „Angstmanöver" trugen. Eine gemeinsame österreichisch-ungarisch-russische Demarche im Sinne der Erhaltung des Status quo, den Balkanstaaten ertheilte energische Douchen, welche bis zur ausdrücklichen Erklärung gingen, daß Rußland auch im Falle einer Intervention keinen Finger für die Balkanstaaten rühren werde (Sazonow gegenüber dem bulgarischen Vertreter in London am 23. September 1912), eine intensive Fühlungnahme mit Paris und Berlin behufs Verhinderung eines Eingreifens der Monarchie, dann wieder Mobilisierungsmaßnahmen an der Westgrenze, drohende Vorhaltungen an die rumänische Adresse bezeichnen die Etappen, welche die russische Diplomatie in ihrem peinlichen Dilemma zurücklegte. Ja, die Verlegenheit war so groß, daß anfänglich deutliche Anwürfe zu einer Aussprache mit Oesterreich-Ungarn fielen, welche gewiß bis zu einer Auseinandersetzung gediehen wären, wenn das gleichzeitig russischerseits versuchte Mittel, Berlin gegen die österreichisch-ungarischen Orientinteressen zu enrôlieren (Lokalisierung), nicht so prompten und durchschlagenden Erfolg gehabt hätte. Nach Sicherstellung dieser internationalen Gefolgschaft konnte man erleichtert aufatmen, die Gefahr der Demaskierung durch eine österreichisch-ungarische Intervention schien gebannt, es entfiel jede Veranlassung, mit dem österreichisch-ungarischen Rivalen zu unterhandeln, der Krieg konnte unter den Auspizien des mächtigen Protektors und unter dem theatralischen „Schutze" russischer

Bataillone an der österreichisch-ungarischen Grenze beginnen. Für den Fall der Niederlage war Oesterreich-Ungarn an die Wiederherstellung des Status quo gebunden, für den Fall des Sieges stand es einer durch Deutschland verstärkten europäischen Koalition gegenüber, die jedes Eingreifen für unzulässig hielt. So hatte man sich in Petersburg für den Augenblick leidlich aus der Affaire gezogen und mußte nur mehr darauf bedacht sein, den europäischen Freibrief, welchen man für die Balkanstaaten gegen die Türkei erwirkt hatte, vor österreichisch-ungarischen Einschränkungsgelüsten nach Tunlichkeit zu schützen, um seiner Protektorrolle keinen Eintrag tun zu lassen. Dieser Schutz wurde den Balkanstaaten unter energischer Animierung durch die von Iswolsky inspirierte französische Politik auch tatsächlich immer bis zu jener Grenze zuteil, an welcher Oesterreich-Ungarn sich zu einer sogenannten „Sonderaktion" geneigt zeigte. Dieser von der Monarchie unter den allerungünstigsten Umständen geführte Kampf, bei welchem es sich um die Erreichung eines Zieles (Albanien) handelte, das nur auf europäischem Wege in einer den Interessen der Monarchie entsprechenden Weise realisiert werden konnte, dessen Durchsetzung aber in letzter Linie immer durch Oesterreich-Ungarns alleiniges Machtgebot errungen werden mußte, verlief so lange für uns erfolgreich, als man in Petersburg an Oesterreich-Ungarns Entschlossenheit wirklich glaubte. Trotz mehrfachen Zurückweichens gelang es aber Rußland dennoch, seine Protektorrolle leidlich zu Ende zu spielen, die Ungunst des Schicksals sollte ihm jedoch den Lohn für die ausgestandenen Sorgen nicht gewähren. Es kam zum zweiten Balkankriege. So wie sich die geeinigten Balkanstaaten gegen Rußlands Willen auf die Türkei geworfen hatten, wandten sie sich nun, dem russischen Verbote trotzend, gegen einander. Die Kombination, welche bereits gesichert schien, um vorkommenden Falles den russischen Interessen dienstbar gemacht zu werden und das die Mächte des Zweibundes belastende militärische Kräftedefizit wettzumachen, ging in Rauch und Feuer auf. Das unbotmäßige Bulgarien mußte durch Nichtslaven, Griechen und Rumänen, zu Paaren getrieben werden und das in allen seinen Berechnungen getäuschte Rußland kam sogar in die beschämende Lage, den Anschein der Ohnmacht gegen die totgeglaubte und wiedererwachte Türkei erwecken zu müssen. So wurde nicht nur der erhoffte Hauptgewinn, sondern auch der noch winkende Nebengewinn der Balkanpolitik, der erwartete mächtige Impuls, den die allslavische Idee hätte erzielen müssen, wenn der Zusammenbruch der Türkei in erster Linie als Werk des durch Rußland geeinten Südslaventums figuriert hätte, vollständig zunichte. Die Hoffnungen der russischen Balkanpolitik waren einstweilen wieder auf Serbien reduziert, den einzigen Balkanstaat, der für die Realisierung seiner nationalen Aspirationen keine Wahl der Wege hat. Ob diese ernüchternden Erfahrungen auf dem Gebiete der Balkanpolitik, ob die infolge unbedachter Zettelungen durchgemachten Sorgen die Balkanbundidee als politisches Werkzeug Rußlands auf die Dauer kompromittiert haben, steht dahin. Aber wir können uns der Hoffnung hingeben, daß eine Wiederaufnahme dieses Gedankens zumindest in so aktiver und erfolgreicher Form vorläufig vielleicht nicht zu gewärtigen ist. Jedenfalls konnte man sich russischerseits

überzeugen, daß, wenn es auch gelingen mag, die Balkanstaaten zu einigen, es keineswegs leicht ist, dieselben so in der Hand zu behalten, daß sie der russischen Politik dienen, nicht aber umgekehrt, die russische Macht den Zielen der Balkanpolitiker dienstbar machen. Es scheint die Annahme gestattet, daß die heutigen Lenker der russischen Politik in erster Linie die wirtschaftliche und kulturelle Entfaltung Rußlands anstreben, welche den russischen Nationalstaat durch Milderung des die Beherrschung erschwerenden geistigen und materiellen Mißverhältnisses zwischen dem Großrussentum und den westlichen Fremdvölkern stärken und Rußland mit der Zeit auch nach außen hin aktionsfähiger machen soll. Wenn auch die russische Volkswirtschaft bei deren primitiven Charakter durch die Rückschläge des Kriegsjahres viel weniger empfindlich getroffen wurde als die anderer, materiell entwickelterer Staaten, stimmt doch das aus den oben angeführten Gründen vorhandene Streben nach wirtschaftlicher Konsolidierung mit den Bedürfnissen der wirtschaftlichen Faktoren in den anderen europäischen Staaten überein und können wir somit annehmen, daß auch ökonomische Gründe in nächster Zukunft dazu beitragen werden, den russischen Staatslenkern den Wunsch nach politischer Detente nahezulegen. Den in Rußland vorhandenen Elementen, welche in einer aktiven äußeren Politik das beste Mittel erblicken, um über die vorhandenen inneren Schwierigkeiten hinwegzukommen und welche daher sogar einen Krieg willkommen heißen würden, um die Gemüter von den nationalen und sozialen Problemen des Reiches abzulenken, darf wohl derzeit kaum ernste Bedeutung zugesprochen werden. Es ist kaum anzunehmen, daß die Velleitäten dieser Kreise sich in weitergehenden Aktionen Luft machen dürften als in relativ ungefährlichen Vorstößen wie etwa gegen Armenien. Dem auf das Umsichgreifen der pazifistischen Geistesrichtung zurückzuführenden allgemeinen Friedensbedürfnisse entspricht zwar in Rußland kaum eine analoge soziale Erscheinung, wohl aber zeitigen der russische Nationalcharakter mit seiner Unentschiedenheit und Abneigung gegen heroische Entschlüsse, sowie die Desorganisation der höheren und die Apathie der niederen Bevölkerungsschichten dem Pazifismus der höher kultivierten Staaten ähnlich wirkende Hemmungen für die Leitung der russischen Staatspolitik. Wir können also damit rechnen, daß die allgemeinen Gründe der gegenwärtig in Europa herrschenden Friedenstendenz auch im russischen Reiche Geltung haben. Diese Friedenstendenz dürfte in erster Linie den österreichisch-ungarisch-russischen Beziehungen zugute kommen, zumal auch einige im Laufe der jüngsten Krise gezeitigte spezifische Momente hinzutreten, welche Rußland nahelegen könnten, ein besseres Verhältnis zu Oesterreich-Ungarn anzustreben. Zu diesen Momenten zählt in erster Linie die weitgehende Emanzipation der Balkanstaaten vom Einflusse der Großmächte. Mit dem Unterbleiben der Revision des Bukarester Friedens wurde die Verdrängung der Großmächte vom Balkan endgiltig besiegelt und diese Verdrängung war so gründlich, daß Rumänien in die Lage versetzt wurde, sich die Rolle eines Arbiters am Balkan anzumaßen. Wenn diese Funktion Rumäniens auch mehr nach dem Geschmacke Rußlands ausgeübt wurde, indem das Protektoratsland und der Vorposten Rußlands, Serbien, daraus Nutzen zog, so darf nicht

übersehen werden, daß sich Rumänien derzeit an die Stelle gesetzt hat, welche zwar Oesterreich-Ungarn gebühren würde, nach welcher zu streben Rußland jedoch niemals aufgegeben hat. Und wenn Rußland, wie erwähnt, augenblicklich auch keine Ursache hat, sich über die politische Tätigkeit Rumäniens zu beklagen, so könnte ihm doch die rumänische Vorherrschaft auf dem Balkan unter Umständen recht unbequem werden, denn die russische Politik muß letzten Endes doch auf die Einigung der slavischen Balkanvölker gerichtet sein, will sie dem Panslavismus wieder auf die Beine helfen und in Zukunft ein Uebergreifen der griechischen Aspirationen auf die russische Interessensphäre an den Meerengen verhindern. So empfindlich es Oesterreich-Ungarn trifft, vor die Wahl zwischen Rumänien und Bulgarien gestellt zu sein, so mißlich ist es für Rußland, sich in der gleichen Lage zu befinden. Die rumänischerseits derzeit befolgte und vom Dreibunde geduldete Politik der Einkreisung Bulgariens kann also auch den russischen Interessen nicht nach allen Richtungen entsprechen. Auch kann das System des politischen Schaukelspiels, zu welchem sich seit der Liquidierung der europäischen Türkei auch Rumänien bekennt, der russischen Politik nicht willkommener sein als der österreichisch-ungarischen. Es liegt daher nahe, daß Rußland es vorziehen könnte, durch Besserung seiner Beziehungen zu Oesterreich-Ungarn den nun auch um Rumänien vermehrten Elementen, welche sich das Ausspielen der beiden Reiche gegeneinander zur Aufgabe machen, einigermaßen das Handwerk zu legen, ganz abgesehen davon, daß erst die Zukunft lehren muß, ob die Demokratien am Balkan nicht etwa in dynastischer und sozialer Hinsicht einer Evolution zutreiben, die vom Standpunkte der russischen Staatsprinzipien nur als höchst bedenklich angesehen werden könnte. In der Tat hat sich seit dem Abschlusse des zweiten Balkankrieges russischerseits die ausgesprochene Tendenz manifestiert, mit Oesterreich-Ungarn bessere Beziehungen zu pflegen, indem wiederholt der Wunsch nach freundschaftlicher Besprechung der Balkan- und anderer beide Reiche gemeinsam interessierender Fragen zum Ausdrucke kam. Wenn auch die politische Situation Rußlands heute keine solche ist, daß dieses gezwungen wäre, ein Einvernehmen mit Oesterreich-Ungarn über Balkanangelegenheiten zu suchen, bietet uns die Geneigtheit, mit uns in solchen Angelegenheiten in Fühlung zu bleiben, dennoch die Gelegenheit, die Bildung einer besseren Atmosphäre in unseren Beziehungen anzustreben, um für den Fall, als die besonderen Verhältnisse Rußlands dieses zu einem Verständigungsversuch über konkrete Fragen veranlassen sollten, günstigere Vorbedingungen für eine Aussprache zu schaffen. Es wird unsere Aufgabe sein, diese Dispositionen nach Tunlichkeit zu entwickeln, ohne freilich auf russischer Seite den Eindruck zu erwecken, als ob das Bedürfnis, in Balkanangelegenheiten Hand in Hand zu gehen, bei uns ein dringenderes wäre, als dies in Rußland der Fall ist. Neben den balkanischen Fragen könnten auch andere Probleme des nahen Ostens Gelegenheit bieten, um mit Rußland im beiderseitigen Interesse Fühlung zu nehmen. Obwohl die in großen Zügen bereits erfolgte Auseinandersetzung der in Kleinasien meistinteressierten Mächte über ihre respektiven Interessensphären und der anscheinende Verzicht Deutschlands auf das

Eintreten für die Erhaltung der territorialen Integrität der asiatischen Türkei es vorläufig nicht wahrscheinlich macht, daß Rußland in die Lage kommen könnte, auf die Unterstützung Oesterreich-Ungarns in kleinasiatischen Fragen besonderen Wert zu legen, ließe sich immerhin eine Entwicklung denken, bei welcher Rußland Oesterreich-Ungarns Opposition unbequem, seine Unterstützung hingegen von Belang sein könnte. Ebenso könnte Rußland, wenn es auch trachten wird, für die Lösung der Meerengenfragen einen Augenblick zu wählen, in welchem die meistinteressierten Mächte durch anderweitige Engagierung außerstande wären, sich dieser Angelegenheit mit Nachdruck zu widmen, dennoch durch die Verhältnisse gezwungen werden, sich zu einer ihm weniger gelegenen Zeit mit diesem Probleme zu beschäftigen und sich somit der Anlaß zu einer Transaktion mit Oesterreich-Ungarn ergeben. Allerdings darf man sich darüber keiner Täuschung hingeben, daß für Gefälligkeiten auf den eben bezeichneten Gebieten eine weitergehende Aktionsfreiheit auf dem Balkan für Oesterreich-Ungarn nicht zu erlangen sein wird, was uns aber nicht hindern kann, solche Anlässe so weit auszunützen, als dies nach der Bedeutung der russischerseits auf dem Spiele stehenden Interessen und des damit im Zusammenhange österreichisch-ungarischerseits zu zeigenden Entgegenkommens eben tunlich ist. Maßgebend wird hiebei das Bestreben sein müssen, die Selbständigkeit und Unmittelbarkeit unserer Berührung mit Rußland gegenüber Berlin zu entwickeln, umsomehr als die Unklarheit und der Mangel an Zielbewußtsein der deutschen Politik derzeit jeden Versuch solidarischen Vorgehens mit dem deutschen Kabinett ungemein erschwert. Einer Politik, welche stets auf Kompromisse ausgeht, Gefolgschaft zu leisten, würde uns nur in die Gefahr bringen, daß diese Kompromisse auf unsere Kosten zustande kommen. In der Verfolgung der uns in den nächsten Jahrzehnten obliegenden politischen Aufgaben, welche sich im wesentlichen in der Lösung der serbischen Frage und einer entsprechenden Beherrschung der Balkanlage gegenüber Rumänien zusammenfassen lassen, werden wir wohl kaum einen entscheidenden Schritt nach vorwärts machen können, solange die Weltinteressen des russischen Riesenreiches nicht dessen ganze Kraft anderweitig in Anspruch nehmen oder diese Kraft durch die innere Evolution des Reiches nicht zeitweilig erheblich herabgesetzt erscheint. Umsomehr werden wir es uns aber angelegen sein lassen müssen, die gegenwärtige Periode verminderter Balkanfriktionen zur Erzielung einer zeitweiligen Entspannung unserer Beziehungen zu benützen, um in verhältnismäßiger Ruhe die militärische Kräftigung, die innere Konsolidierung und finanzielle Erstarkung der Monarchie zu betreiben, damit wir im richtigen Augenblicke furchtlos an die radikale Lösung der bewußten Existenzfragen schreiten können. Eine solche Politik des Abwartens der günstigen Gelegenheit hätte, da wir im Sinne der im Vorstehenden entwickelten Argumente einen russischen Angriff einstweilen wohl nicht zu erwarten haben, günstige Aussichten, soferne nicht störende Momente in unserem Verhältnisse zu Rußland auftreten. Das eine Moment dieser Art, welches bereits im Eingange einer näheren Erörterung unterzogen wurde, wäre die erfolgreiche Wiederaufnahme des Balkanbundgedankens, etwa in der Form einer Aus-

gleichung der inneren Balkangegensätze durch Zusicherungen auf unsere Kosten. So wenig wahrscheinlich das Verfangen einer so waghalsigen Kombination erscheinen mag, so darf sie bei dem ihr angesichts der heutigen zweideutigen Politik Rumäniens innewohnenden besonders gefährlichen Charakter nicht außeracht gelassen werden, umsomehr als solche Tendenzen der tatkräftigsten Unterstützung Frankreichs durch dessen Anleihepolitik sicher sind und sich die Balkanstaaten vielfach in einer finanziellen Zwangslage befinden. Eine Entwicklung in dieser Richtung würde eine Störung des europäischen Gleichgewichtes bedeuten, welche schon deshalb höchst bedenklich wäre, weil eine Kräfteverschiebung dieser Art einen starken Anreiz für Frankreich bilden müßte, den Versuch zu wagen, sich aus seiner sinkenden politischen Position emporzuarbeiten. Nach den Erfahrungen der jüngsten Krise, welche den Beweis für das Vorhandensein einer allgemeinen Kriegsfurcht in bisher noch nicht dagewesenem Maße erbracht hat, ist jedoch nicht anzunehmen, daß Frankreich und auf dessen Betreiben Rußland so leicht den Mut finden würden, einen solchen Anschlag in die Praxis umzusetzen. Wohl aber könnte der Angriff von den uns benachbarten Raubstaaten ausgehen, sobald die Monarchie denselben nicht genügend achtunggebietend gegenüberstünde und deren innere Verhältnisse als Invite zu einem solchen Wagnis wirken würden. Wenn wir uns jedoch militärisch genügend vorsehen und den gegenwärtig bei uns vorhandenen politischen und finanziellen Mißständen rechtzeitig ein Ziel setzen, dürften unsere kleinen Nachbarn kaum Neigung verspüren, sich an uns heranzuwagen und die Monarchie die nötige Zeit und die erforderlichen Mittel finden, um einer solchen Balkanverschwörung diplomatisch entgegenzuwirken. Die zweite, die österreichisch-ungarisch-russischen Beziehungen ernstlich gefährdende Störung könnte sich aus den nationalen und religiösen Verhältnissen in Galizien ergeben, insoferne die russischen Wühlereien unter der ruthenischen Bevölkerung an Intensität zunehmen und ein Maß erreichen würden, welches neben der energischesten Repression auf unserem Territorium auch diplomatische Rekriminationen ernsterer Natur erforderlich machen würde. Es ist jedoch nicht anzunehmen, daß die russische Regierung sich mit der in Galizien im Gange befindlichen Wühlarbeit im gegenwärtigen Stadium irgendwie identifizieren würde. Es müßten bedeutendere Erfolge der russophilen Propaganda vorliegen und die vorbereitende Arbeit für den Kriegsfall weiter gediehen sein, damit man russischerseits riskiere, wegen dieser Aktion jetzt schon in Konflikte zu geraten. Diplomatischen Einwirkungen in dieser Richtung dürfte die russische Regierung unter Berufung auf den rein privaten und kulturellen Charakter der russophilen Agitation auszuweichen suchen und es wird uns nach wie vor nichts erübrigen, als durch energische Förderung des Ukrainertums innerhalb unserer Grenzen den Boden für russische Hetzereien wirksam einzuengen. Ob die Sorge wegen einer von Oesterreich-Ungarn unterstützten großpolnischen Bewegung mit genügender Schwere auf den russischen Gemütern lastet, um dieses Moment zu einem Handel in der Richtung zu verwenden, daß man gegen eine strengere Ueberwachung revolutionärer Agitationen in Galizien russischerseits die Unterstützung moskalophiler Umtriebe unter den österreichischen

Ruthenen unterlasse, erscheint fraglich, umsomehr als leider Russentum und Polentum in der Bekämpfung der Ukrainer in weitgehendem Maße gemeinsame Sache machen. Angelegenheiten kleineren Maßstabes, in serbischen, montenegrinischen, bulgarischen, albanesischen Dingen werden wohl so manchesmal zu Reibungen, ja zu Rückschlägen in den Beziehungen der beiden Reiche führen, ohne daß bei entsprechend nachdrücklichem Auftreten der Monarchie mehr als eine vorübergehende Bouderie russischerseits zu befürchten wäre. In diese Kategorie von Angelegenheiten wären trotz größerer Tragweite auch die serbisch-montenegrinischen Einigungsbestrebungen einzureihen, bezüglich welcher man russischerseits noch keine einheitliche Stellungnahme gefunden zu haben scheint. Wenn wir Rußland bei jeder sich bietenden Gelegenheit vor Augen halten, daß die Monarchie (wie übrigens auch Rußland) an dem Schicksale der Balkandynastien interessiert ist und überdies im Falle einer serbisch-montenegrinischen Vereinigung ihre Adriainteressen zu wahren wissen wird, dürfte an der Newa die Neigung zur Förderung solcher Projekte erheblich abnehmen. Uebrigens dürfte die Anwendung der bisher in Balkanangelegenheiten mit Vorliebe eingeschlagenen Taktik, die russische Regierung als die korrekte und friedliebende, aber von der erregten öffentlichen Meinung wider ihren Willen geschobene, ja mit dem Sturze bedrohte hinzustellen, in Zukunft durch den Hinweis auf die stoische Ruhe leichter zu bekämpfen sein, mit welcher dieselbe russische öffentliche Meinung die Besetzung altbulgarischen Bodens durch Rumänien, das Eintreffen rumänischer Truppen vor Sofia, die Besetzung weiter slavischer Ländergebiete durch Griechenland und die Wiedereroberung des vom Halbmonde befreiten Adrianopel durch die Türkei hingenommen hat. Resumierend ließe sich feststellen, daß, wenn auch heute für Rußland keine zwingenden Gründe vorliegen, Oesterreich-Ungarns Freundschaft zu suchen, andererseits gewiß in St. Petersburg auch keinerlei Neigung besteht, ernste Konflikte heraufzubeschwören. Wenn auch mit einer Einstellung der die Schädigung Oesterreich-Ungarns auf dem Gebiete seiner äußeren und inneren Politik bezweckenden Aktionen durchaus nicht gerechnet werden kann, dürfte es sich hiebei für Rußland mehr um eine Arbeit für alle Fälle, sozusagen „auf Lager" handeln, welche aus dem Unterbewußtsein der Gegensätzlichkeit der beiderseitigen Staatsideen mit instinktiver Konsequenz verfolgt wird, als um die planmäßige Vorbereitung einer für später ins Auge gefaßten Abrechnung. Je mehr wir durch die Entwicklung unserer militärischen Machtmittel und durch unsere politische und wirtschaftliche Konsolidierung Rußland das Betreiben einer slavophilen Politik und einer Balkanpolitik auf unsere Kosten erschweren, desto mehr wird das Zarenreich mit uns als politischem Machtfaktor rechnen und seine Ambitionen nach einer Linie geringeren Widerstandes richten. In diesem Sinne dürfte für die Zukunft die Entwicklung unseres Verhältnisses zu Rußland in nicht geringem Maße den Charakter eines Problems der inneren Reichspolitik annehmen.

[a]) Nur „Jänner 1914" datiert. Umschlag enthält jedoch folgenden Amtsvermerk (Szápárys): Ersuche höflichst dieses streng geheime Mémoire durch jemand Verläßlichen in einigen Exemplaren abklopfen zu lassen. 20. 1. 1914.

Tel. nach Athen, 21. Jan. 1914 Nr. 19 (chiffr. 11 U. p. m.). Siehe n. 9223.

Nr. 9220. Tel. aus Athen, 21. Jan. 1914 Nr. 30 (eing. 22. Jan. 9 U. a. m.).[a] Entziff.

Geheim. Deutscher Botschafter in Rom hat nach Berlin gemeldet: „Marquis di San Giuliano findet Vorschläge Herrn Venizelos' (Grenzmodifikation und fünf Millionen Francs) akzeptabel. Italienischer Generalstab macht aber Schwierigkeiten aus strategischen Gründen. Marquis di San Giuliano will König Viktor Emanuel bewegen, Generalstab zum Nachgeben zu überreden. Als Kommentar hiezu bemerke ich, dass mir vor einigen Tagen aus sehr guter Quelle gesagt wurde, Graf Bosdari habe Auftrag, Österreich-Ungarn hier vorzuschieben und zu erklären, dass Italien auf seinem Standpunkt aus Bundespflichten beharren müsse." Ich bitte um Sekretierung. Szilássy.

[a]) Vgl. n. 9176, 9226, 9232.

Nr. 9221. Tel. aus Athen, 21. Jan. 1914 Nr. 31 (eing. 22. Jan. 9 U. a. m.).[a] Entziff.

Streng vertraulich. Ich danke für Euer Exzellenz Telegramm Nr. 18 von gestern. In Anbetracht der dortigen[b]) materiellen und persönlichen Interessen aus dem Epirus stammender griechischer Familien würde es wohl hiesiger Regierung sehr erwünscht sein, erklären zu können, dass sie trotz Evakuierungszwang diese Interessen gewahrt habe. Ich frage mich daher, ob irgend ein Minoritätenschutz (wie in Serbien) für Griechen (orthodoxe) dort nicht stipuliert werden könnte. Dieser könnte so verklausuliert werden, um Einmischung in interne albanesische Angelegenheiten zu verhindern und vielleicht darin bestehen, dass in griechischen Gemeinden griechische Gemeindevorstände gewählt werden und so weiter — rein lokaler Natur. Wenn fremde Organe Albaniens in der Lage sind, Ordnung zu schaffen, so wäre diese Verfügung nur natürlich. Wenn aber nicht, würden sie vielleicht Unruhen verhindern. Eine solche Anregung seitens Euer Exzellenz würde hier einen ausgezeichneten Eindruck machen. Es erscheint mir auch möglich, dass Russland sonst diese Anregung „für die Orthodoxen" macht, was ihm hier zugute kommen würde. Ich erlaube mir auch, Euer Exzellenz anheimzustellen, dass bei seinerzeitiger Aufforderung zur Evakuation (mit eventueller Angabe der genauen Grenze) an Griechenland ihm zugleich günstiger Beschluss (wenn auch nur unter obiger Bedingung) in Inselfrage mitgeteilt werde. Szilássy.

[a]) Vgl. n. 9231. — [b]) Gemeint ist Südalbanien.

Nr. 9222. Tel. nach Berlin, 21. Jan. 1914 Nr. 42 (chiffr. 9 U. 10 M. p. m.). Konz. (S. Hohenlohe; V. Flotow; G. Forgách).

Erhalten Euer Exzellenz Telegramm Nr. 30 vom 17. d. M. Euer Exzellenz wollen Prinzen Wied bekanntgeben, daß ich geneigt bin, seinen Wunsch, Herrn Buchberger betreffend, zu erfüllen. Letzterer trifft dieser Tage hier ein und würde ich — falls er zustimmt — ihn zur Reise nach Potsdam ermächtigen, um ihm die Besprechung der näheren Modalitäten seiner in Aussicht genommenen Anstellung zu ermöglichen. Berchtold.

Nr. 9223. Tel. nach Berlin Nr. 43 (1), Rom Nr. 90 (2), London Nr. 32 (3), St. Petersburg Nr. 16 (4), Paris Nr. 18 (5), Konstantinopel Nr. 26 (6) und Athen Nr. 19 (7), 21. Jan. 1914 (chiffr. 11 U. p. m.). Konz. (S. Matscheko; G. Berchtold).

1.—7. Nach einer Mitteilung, die mir der englische Botschafter gestern zukommen ließ, meint Sir E. Grey, daß die Vertreter der Mächte in Athen und Konstantinopel angewiesen werden sollten, auf Grund der Antwort der Dreibundkabinette auf den englischen Vorschlag in der Frage der ägäischen Inseln und der albanischen Südgrenze eine Mitteilung an die griechische und türkische Regierung zu richten. Sir E. Grey setzt sich jedoch vorerst mit den Kabinetten von Paris und Petersburg diesbezüglich ins Einvernehmen und behält sich vor, mit einem offiziellen Vorschlage seinerzeit an die Dreibundmächte heranzutreten. Vorstehendes zu Euer etc. Information und Regelung Ihrer Sprache. Berchtold.

Tel. nach Konstantinopel, 21. Jan. 1914 Nr. 26 (chiffr. 11 U. p. m.). Siehe n. 9223.

Nr. 9224. Tel. aus Konstantinopel-Pera, 21. Jan. 1914 Nr. 41 (eing. 22. Jan. 9 U. a. m.).[a] Entziff.

Türkisch-bulgarische Beziehungen. Mit Bezug auf Euer Excellenz Telegramm vom 19. d. M.[b] Soweit ich mich bisher orientieren konnte, scheint die Herreise Fethi Beys, der bekanntlich eines der einflussreichsten Komiteemitglieder ist, hauptsächlich aus persönlichen Gründen erfolgt zu sein. Er soll hier einen Ministerposten ambitionieren. Man spricht vom Bautenministerium. Immerhin wäre es aber möglich, dass Anwesenheit Fethi Beys auch mit Fragen der äusseren Politik zusammenhängt. Bulgarischer Gesandter sagte mir, Djemal Pascha hätte ihn kürzlich besucht und ihm wegen der Pomakenfrage Vorwürfe gemacht; einige Tage später erhielt Herr Toscheff einen Brief vom „früheren Chef der provisorischen Regierung Westthraciens", in welchem erklärt wird, dass wenn Bulgarien die im Konstantinopler Frieden übernommenen Verpflichtungen dortiger Bevölkerung gegenüber auch weiter nicht einhalten würde, letztere sich selbst Recht schaffen müsste. Briefschreiber spricht von einem 5—10tägigen Termin. Ferner sagte mir bulgarischer Gesandter, dass türkische Staatsmänner bei ihm auf Unterfertigung geheimen Vertrages in letzten Tagen besonders insistierten. Seines Erachtens wäre es daher möglich, dass Pomakenfrage nur Pressionsmittel und dass Türkei, wenn Vertrag einmal unterzeichnet, einen Krieg mit Griechenland vom Zaune brechen könnte, in welchen dann Bulgarien hineingezogen werden würde. Toscheff will daher seiner Regierung vorschlagen, geheimen Vertrag nur in dem Falle zu unterzeichnen, wenn Klausel angenommen würde, dass vertragsschliessende Teile während nächster zwei Jahre freie Hand hätten und sich gegenseitig bloss wohlwollende Neutralität zusichern. Es scheint nicht ausgeschlossen, dass türkische Machthaber (beabsichtigen),[c] falls (Verständigung)[c] mit Bulgarien nicht gelingt, sich mit Griechenland zu verständigen, eventuell sich sogar Serbien zu nähern. Herr Toscheff meint, dass die jungtürkische Regierung

eigentlich mehr Westthracien als die Inseln im Auge habe. Bei Beurteilung gegenwärtiger Lage muss auch in Rechnung gezogen werden, dass Stellung der Regierung infolge letzter Massnahmen in der Armee eine schwierige ist und sie eine Diversion nach aussen suchen könnte. Ich werde morgen in anderer Angelegenheit Grossvezir und Talaat Bey sprechen und hiebei trachten, mich genau zu informieren. Mit Rücksicht auf Ernst der Lage bitte ich um präzise Instruktionen, ob und in welchem Sinne ich auf türkische Staatsmänner einzuwirken hätte. Pallavicini.

a) Vgl. n. 9131, 9166, 9235, 9236, 9242 Anm. b, 9252, 9258. — b) Mit Tel. Nr. 23, 19. Jan. 1914 (chiffr. 11 U. 20 M. p. m.) wurde n. 9206 auszugsweise mit dem Bemerken, in der ihm als geeignet erscheinenden Weise vorzugehen und zu berichten, Pallavicini mitgeteilt. — c) Chiffre fehlt.

Tel. nach London, 21. Jan. 1914 Nr. 32 (chiffr. 11 U. p. m.). Siehe n. 9223.

Tel. nach Paris, 21. Jan. 1914 Nr. 18 (chiffr. 11 U. p. m.). Siehe n. 9223.

Tel. nach Rom, 21. Jan. 1914 Nr. 90 (chiffr. 11 U. p. m.). Siehe n. 9223.

Tel. nach St. Petersburg, 21. Jan. 1914 Nr. 16 (chiffr. 11 U. p. m.). Siehe n. 9223.

Nr. 9225. Notiz der russ. Botschaft, 21. Jan. 1914 (eing. 21. Jan.).a) Ausfert.

Le Gouvernement Impérial serait désireux de savoir si le Comte Wladimir Bobrinsky peut se rendre à Marmaros-Sziget où sa présence en qualité de témoin à décharge est instamment réclamée dans le procès en cours, sans encourir le risque d'être soit empêché d'entrer sur le territoire austro-hongrois soit d'être arrêté. Il est évident qu'un nouvel incident se rapportant à cette affaire serait fort regrettable car il tendrait à enrayer l'amélioration dans les rapports entre les deux Empires.

a) Vgl. n. 9230, 9237, 9238 Beilage, 9246, 9264, 9279, 9313.

Nr. 9226. Tel. aus Athen, 22. Jan. 1914 Nr. 35 (eing. 23. Jan. 9 U. a. m.).a) Entziff.

Geheim. Mein Telegramm Nr. 30 von gestern. Äußerungen des deutschen Botschafters in Rom wurden ihm von Marquis di San Giuliano selbst gemacht. Herr Streit sagte mir heute, griechischer Geschäftsträger in Wien habe Eindruck telegraphiert, dass Euer Exzellenz die Vorschläge Herrn Venizelos' bezüglich Grenzrektifikation sympathisch prüfen. Graf Bosdari hat heute Telegramm Marquis di San Giulianos erhalten, wonach italienisches Kabinett gegen diese Vorschläge nichts einzuwenden hätte, aber Wiener Kabinett auf intransigentem Standpunkt verharre. Italienischer Gesandter äußerte sich einem sicheren Gewährsmanne gegenüber dahin, dass Marquis di San Giuliano sicher nicht die Wahrheit sage. Ich bitte um geheimste Behandlung. Szilássy.

a) Vgl. n. 9232.

Nr. 9227. Tel. aus Bukarest, 22. Jan. 1914 Nr. 23 (eing. 6 U. 30 M. p. m.).[a] Entziff.

Audienz bei Seiner Majestät. Ich wurde in einstündiger Audienz empfangen. Seine Majestät sieht gut aus, behauptet, noch zu husten, und soll wenig sprechen, hielt sich aber nicht an dieses Gebot. Der König begann sofort von Albanien. Prinz Wied brenne der Boden unter den Füßen, er wolle sobald als möglich hinunter, könne aber nicht, weil wir und Italien die Anleihegarantie geheim halten. Wied habe seinerzeit erklärt, „er verlange die Garantie aller oder eines Teiles der Großmächte", bei der Geheimhaltung durch Italien und uns würde er bei den anderen Großmächten den Eindruck erwecken, als ob er auf das Geld zu verzichten gesonnen wäre. Der König fügte bei, er glaube, Prinz Wied werde sofort abreisen, wenn wir und Italien öffentlich erklären, dass wir die Anleihe übernehmen. Der König betonte absichtlich mehrmals, Prinz Wied sehne sich sehr darnach, endlich abreisen zu können, begreife die Geheimhaltung nicht und meint, es müßten börsentechnische Gründe sein, die uns dazu veranlaßten. Fasciotti, den ich nachher sprach, ist anderer Ansicht. Er ist von Rom aus über die Befürchtung Euer Exzellenz, dass Prinz Wied einen Vorwand suche, um überhaupt nicht nach Albanien zu gehen, unterrichtet und glaubt, diese Garantiefrage sei ein solcher Prätext. Fasciotti ist jedoch meiner Ansicht, dass die Geheimhaltung der Garantie aus dem Grunde erfolge, damit die anderen Großmächte doch vielleicht noch bewogen werden, mitzuhalten und meint auch, dass dies nicht viel Zweck hat, da die anderen Großmächte bereits davon wissen dürften. Er will nach Rom telegraphieren und raten, man möchte die Anleihegarantie öffentlich erklären und so Prinz Wied den eventuellen Prätext einer Verzögerung nehmen. Fortsetzung folgt.

Ottokar Czernin.

[a] Vgl. n. 9197, 9228, 9234.

Nr. 9228. Tel. aus Bukarest, 22. Jan. 1914 Nr. 24 (eing. 11 U. p. m.).[a] Entziff.

Fortsetzung des Telegrammes Nr. 23 von heute. König möchte gerne wissen, wann unser Gesandter nach Albanien geht, fügte bei, rumänischer Gesandter sei bisher noch nicht geschickt worden, weil man nicht wisse, wem er eigentlich Beglaubigungsschreiben übergeben solle, wenn er vor Prinz Wied ankomme und wünschte zu erfahren, wie Euer Exzellenz diese Frage auffassen. Auf meine Frage, wo Prinz Wied Residenz aufschlagen würde, erklärte König, Prinz werde voraussichtlich vorerst auf einer Yacht wohnen, vor Valona ankernd, dann eine Weile vor Durazzo bleiben und erst mit der Zeit Residenz wählen. Es schien mir aber, als ob dies auch noch nicht völlig bestimmt, sondern vielmehr eine ziemlich vage Idee sei. Seine Majestät betonte wiederholt, wie ungemein schwierig die Stellung des Prinzen sein werde und fürchtet vor allem die immer stärker werdende jungtürkische Agitation. Trotzdem habe ich Eindruck, daß König nicht nur ernstlich will, daß Prinz Wied die Kandidatur annehme, sondern auch glaubt, daß dies geschehen werde. Sehr beschäftigt ist Seine Majestät mit der Inselfrage. Rumänien werde sich gewiß nicht einmischen, aber die Situation

sei diesbezüglich sehr ungeklärt. Auch auf Enver Bey und seine Agitation in Albanien kam König wiederholt zurück und deutete an, er sei überzeugt, daß Türkei und Bulgarien beide Interesse hätten, neue Unruhen hervorzurufen. König fragte voll Interesse nach Stand ungarisch-rumänischer Frage und wiederholte, er wünsche sehr ein befriedigendes Ergebnis. Ich hielt es für besser, ihm keine genaue Mitteilung über Details des Ausgleichswerkes zu geben, bevor Sache nicht völlig feststeht. Seine Majestät betonte, „selbstverständlich werde Rumänien sich über jeden Ausgleich freuen, den die ungarischen Rumänen akzeptabel finden." Schließlich erzählte mir König noch, daß Herr Venizelos nächstens und später auch der griechische Kronprinz zum Besuche hieher kämen, vom Gerücht beabsichtigten Besuches des Königs von Serbien erwähnte er nichts. Ottokar Czernin.

a) Vgl. n. 9254.

Nr. 9229. Tel. des Legationsrates Grafen Otto Czernin aus St. Petersburg, 22. Jan. 1914 Nr. 18 (eing. 23. Jan. 9 U. a. m.).a) Entziff.

Deutsche Militärmission. Herr Sazonow hat mir heute zum ersten Male spontan hievon gesprochen und den gefundenen Ausweg als befriedigend bezeichnet. Von nationalistischer Seite werde er zwar nach wie vor heftig angegriffen, worüber er sich aber nicht kümmere. Die Frage sei von Anfang weniger militärisch als politisch gewesen. Russland könne es nicht zugeben, dass ein fremder Offizier in einer Hauptstadt kommandiere, wo ein russischer Botschafter residiere. Alle anderen Kombinationen beruhen auf Erfindung. Russland wünsche die Erhaltung der Türkei mehr als andere Staaten. (Herr Minister vermied es natürlich zu sagen: die Erhaltung einer gestärkten Türkei.) Ich gewann den Eindruck, dass Herr Sazonow die Überzeugung habe, dass weniger als die türkische die deutsche Initiative zu diesem Ausweg geführt hat und dass er sich ihn daher als Erfolg auch gegenüber Deutschland buche. Otto Czernin.

a) Vgl. n. 9202, 9233.

Nr. 9230. Aufzeichnung über eine Unterredung des Legationsrates Grafen Alexander Hoyos mit dem russ. Botschaftsrate Fürsten Kudaschew, 22. Jan. 1914.a) Konz. (S.u. G. Hoyos).

Streng vertraulich. Ich habe heute mit dem russischen Botschaftsrath eine längere Unterredung gehabt, in deren Verlaufe er auch seine gestrige Demarche in Angelegenheit des freien Geleites für den Grafen Bobrinsky zur Sprache brachte. Er bemerkte, diese Angelegenheit eigne sich eigentlich nicht zu einer diplomatischen Intervention, nichtsdestoweniger habe seine Regierung für nöthig befunden, die bekannte Anfrage an uns zu richten, weil sie befürchte, daß diese Angelegenheit in der russischen Öffentlichkeit Beunruhigung hervorrufen würde, zumal sich dort im Falle der Ausschließung des Grafen Bobrinsky die Ansicht verbreiten würde, daß dessen Fernhaltung vom Prozesse durch die ungarische Regierung zur Verurtheilung unschuldiger Bauern führen müsse. Ich erwiderte dem Prinzen Koudascheff, daß ich diese Unterredung nur als eine private und freundschaftliche betrachten könne und daher offen mit ihm sprechen wolle. Vor allem könne

ich ihm nicht verhehlen, daß der Tenor seiner Notiz (deren Abschrift hier beiliegt[1])) im Ministerium des Äußern großes Befremden erregt habe. In formeller Hinsicht sei der darin zum Ausdruck kommende comminatorische Ton meiner Ansicht nach durchaus nicht geeignet, die Fortentwicklung der freundschaftlichen Stimmung zwischen den beiden Regierungen zu fördern, was aber die Sache selbst betreffe, so könne ich mich der Besorgnis nicht verschließen, daß gerade die Anwesenheit des Grafen Bobrinsky in Marmaros-Szigeth geeignet wäre, zu den Incidenzfällen zu führen, welche die russische Regierung vermeiden möchte. Der russische Botschaftsrath gab zu, daß bei Erhalt der betreffenden Weisung seiner Regierung ähnliche Bedenken in ihm erweckt wurden. Er betonte, daß er sich streng an den Wortlaut der ihm erteilten Instruction gehalten und die Weisung telle quelle weitergegeben habe. Er meinte, man habe in Petersburg zwar gewiß nicht die Absicht gehabt, uns zu bedrohen, sei aber mit Rücksicht auf den Ernst dieser Angelegenheit bestrebt gewesen, uns zu warnen,[2]) um so rechtzeitig einen gefährlichen Reibungsstoff aus dem Weg zu räumen. Graf Bobrinsky sei ein fanatischer Schwärmer auf religiösem Gebiete und durchaus kein Politiker.[3]) Die von ihm betriebene Propaganda sei eine rein religiöse und könne schon deshalb keinen politischen Hintergrund haben, weil doch niemand annehmen könne, daß man in Rußland den abentheuerlichen Plan verfolge, mit napoleonischer Geste in Ungarn Eroberungspolitik treiben zu wollen. Ich erwiderte, daß wenn auch gewiß keine solchen Eroberungspläne vorliegen dürften, doch immerhin die Annahme naheliege, daß gewisse Kreise in Rußland ein Interesse darin suchten, im Innern der Monarchie Unfrieden zu stiften, um uns auf diese Weise zu schwächen. Ich könne ihm auch nicht verhehlen, daß die russischerseits consequent betriebene Propaganda in Galizien und Ungarn hier den Eindruck erwecke, als werde sie auch an maßgebender Stelle in Rußland deshalb geduldet, weil man die Beschäftigung der unruhigen Elemente des Reichs mit nationaler Propaganda im Auslande gerne sehe. Prinz Koudascheff suchte mir nun nachzuweisen, daß die ganze slavophile Propaganda nur auf religiösen Motiven beruhe und keinen politischen Charakter habe. Ich antwortete, daß es meiner Erfahrung nach in orthodoxen Ländern fast unmöglich sei, das religiöse Moment von dem politischen zu trennen und daß ich beispielsweise in Serbien immer wieder constatiren konnte, welch eine große einigende Kraft die orthodoxe Religion für alle Slawen auch auf politischem Gebiete in sich enthalte. Am Schlusse unserer Unterredung bemerkte der russische Botschaftsrath, er würde eine ideale Lösung der vorliegenden Frage darin erblicken, daß Graf Bobrinsky zwar nicht nach Marmaros-Szigeth fahre, daß aber das Urtheil in dem Ruthenen-Processe wenn möglich freisprechend für die Angeklagten oder den größten Teil derselben lauten sollte. Ich erwiderte, daß dies Sache der ungarischen Richter sei und daß selbstverständlich deren Entschließungen in keiner Weise beeinflußt werden könnten.

[1]) Wo ist diese Notiz? *(Vgl. n. 9225).* — [2]) Wir konnten sie warnen! — [3]) Dann soll er keine politischen Agitationsreisen unternehmen und Versammlungen veranstalten!

[a]) Vgl. n. 9238.

Nr. 9231. Tel. nach Athen, 23. Jan. 1914 Nr. 20 (chiffr. 4 U. 40 M. p. m.). Konz. (S. Rappaport; V. Flotow; G. Berchtold).

Ich bin nicht in der Lage, der in Euer Hochwohlgeboren Telegramme Nr. 31 vom 21. d. M. enthaltenen Anregung näherzutreten. Was den von Euer Hochwohlgeboren herangezogenen Vergleich mit Serbien betrifft, so stellt der in London beschlossene Minoritätenschutz eine nothwendige Kautel gegen die Übergriffe der intoleranten orthodoxen Staatsgewalt dar, während hiefür in dem von einem protestantischen Fürsten zu regierenden und überdies durch eine internationale Kommission controlirten Albanien keine raison d'être vorhanden ist. Überdies gingen Ihre Vorschläge weit über das Maß des für Serbien und Montenegro beschlossenen Minoritätenschutzes hinaus. Sie würden eine — wenn auch nur locale — Autonomie der gräcisirenden Elemente bedeuten, ganz ähnlich wie sie Herr Coromilas kürzlich von Marquis di San Giuliano verlangt hat. Ich bin darin mit dem römischen Kabinete eines Sinnes, daß griechische Autonomien innerhalb Albaniens absolut auszuschließen sind. Unser Bestreben nach einem guten Verhältnisse zu Griechenland muß (und kann wol auch ohne Schaden) so eingerichtet werden, daß hiedurch weder die Lebensfähigkeit Albaniens, noch unser diesbezügliches Zusammengehen mit Italien in Mitleidenschaft gezogen wird. Was die im letzten Alinea[a]) Ihres Telegrammes angeregte Vorgangsweise betrifft, so ist dieselbe von den Großmächten bereits in Erwägung gezogen und dürfte auch angenommen werden. Berchtold.

[a]) Letztes Alinea von n. 9221 beginnt mit „Ich erlaube mir auch ..."

Nr. 9232. Tel. nach Athen, 23. Jan. 1914 Nr. 22 (chiffr. 10 U. 15 M. p. m.). Konz. (S. Gautsch; V. Rappaport; G. Berchtold).

Erhalten Euer Hochwohlgeboren Telegramme Nr. 30 und 35 vom 21. beziehungsweise 22. d. M. Die sachlichen Einwendungen gegen die von Herrn Venizelos vorgeschlagene Grenzrektifikation rühren keineswegs von uns allein her, sondern beruhen auf übereinstimmenden Äußerungen der Delegierten der Dreibundmächte bei der Südkommission sowie des italienischen Generalstabes. Die Kabinette von Wien und Rom sind bei allem Wohlwollen, womit sie den Vorschlägen Herrn Venizelos' gegenüberstehen, doch darin einig, daß die Grenzrektifikationswünsche des Herrn griechischen Ministerpräsidenten einer wesentlichen Reduktion unterzogen werden müssen. Über das Maß dieser Einschränkungen findet gegenwärtig ein Meinungsaustausch zwischen Wien und Rom statt. Auf alle Fälle ist diese ganze Frage viel zu unbedeutend, daß sie irgend welchen Einfluß auf unser Verhältnis zu Italien haben könnte. Schließlich bemerke ich, daß Euer Hochwohlgeboren unsere Bemühungen in der Inselfrage den griechischen Staatsmännern gegenüber entsprechend verwerthen mögen, da ich den Eindruck habe, daß man unser diesbezügliches Entgegenkommen nun in Athen zu ignoriren bestrebt ist. Berchtold.

Nr. 9233. Privatschreiben aus Berlin, 23. Jan. 1914 (eing. 24. Jan.).[a]) Ausfert.

... Gespräch mit Kaiser Wilhelm II., Innere deutsche Angelegenheiten ... Die Fragen der äusseren Politik berührte Seine Majestät nur

ziemlich flüchtig. Inbetreff der deutschen Militärmission in der Türkei äusserte sich Höchstderselbe in recht erregtem Tone über die Haltung Russlands. Bei der letzten Anwesenheit Herrn Kokowzows im Monat November in Berlin sei diese Angelegenheit eingehend besprochen und, wie man annehmen durfte, auch vollständig geregelt worden. Nachträglich wurden aber von russischer Seite Recriminationen und Forderungen gestellt, die ganz im Gegensatze mit den seinerzeitigen Enunciationen des russischen Ministerpräsidenten stünden. In Abwesenheit des Staatssekretärs habe Unterstaatssekretär Zimmermann in Seinem, des Kaisers, Auftrage dem russischen Botschafter gegenüber eine sehr scharfe Sprache geführt, die scheinbar in Petersburg einen Eindruck hervorgerufen und die dortigen massgebenden Kreise überzeugt habe, dass die Entsendung der Militärmission nicht auf Wunsch Deutschlands, sondern auf directe Bitten der Türkei erfolgt sei und dass die nähere Bestimmung über den Wirkungskreis dieser Mission als eine rein innere Angelegenheit der Türkei, diesem Lande allein überlassen werden müsse. Wie es scheint, ist Kaiser Wilhelm nunmehr damit einverstanden, dass man deutscherseits „bonne mine au mauvais jeu" mache. Auf den Prinzen Wied übergehend, erwähnte Seine Majestät nur, dass Er den Prinzen schon längere Zeit nicht gesprochen habe; soviel wisse Er, dass der Prinz und insbesondere die Prinzessin „Feuer und Flamme" wären, den Thron von Albanien ehestens zu besteigen. Er — Kaiser Wilhelm — wünsche ihm aus ganzem Herzen viel Glück zu seinem Unternehmen, doch müsse Er mir offen gestehen, dass Er den Prinzen für wenig geeignet halte, die ihm gestellte schwierige Mission zu erfüllen. Da aber die Dinge jetzt soweit gediehen wären, sei es notwendig, dass der Prinz seine endgiltige Zustimmung zu seiner Candidatur erteile. Szögyény.

a) Vgl. n. 9229.

Nr. 9234. Tel. nach Bukarest, 23. Jan. 1914 Nr. 19 (chiffr. 11 U. p. m.).a) Konz. (S. Matscheko; V. Flotow u. Forgách; G. Forgách).

Mit Bezugnahme auf Euer Exzellenz Telegramm Nr. 23 vom 22. d. M. Ich würde Werth darauf legen, daß Euer Exzellenz König Carol streng vertraulich wissen ließen, daß nicht wir, sondern das römische Kabinett sich bisher der Veröffentlichung dessen widersetzte, daß Oesterreich-Ungarn und Italien bereit sind, die albanesische Anleihe nötigenfalls zu zweit zu garantieren. Auf unser wiederholtes Drängen hat sich das italienische Kabinett schließlich bereit erklärt, einer Veröffentlichung zuzustimmen, falls Deutschland zusagt, sich an der Garantie auch dann zu beteiligen, wenn die übrigen Mächte dies ablehnen. Nach einer eben eingelangten Meldung aus Berlin ist Herr von Jagow aber nicht in der Lage, uns eine solche Zusage zu machen, da er auf die erforderliche Zustimmung des Reichstages nur rechnen könne, wenn alle anderen Mächte das Anlehen garantieren. Ich werde mich nun bemühen, das italienische Kabinet unter Hinweis auf die dringende Notwendigkeit der raschesten Finalisierung der Fürstenfrage zu bestimmen, in die in Rede stehende Veröffentlichung auch ohne jene Zusage Deutschlands einzuwilligen. Berchtold.

a) Vgl. n. 9309.

Nr. 9235. Tel. nach Konstantinopel, 23. Jan. 1914 Nr. 28 (chiffr. 9 U. p. m.). Konz. (S. Matscheko; V. Flotow; G. Berchtold).

Streng vertraulich. Euer Exzellenz Telegramm Nr. 41 vom 21. d. M. erhalten. Ich würde es auch vom türkischen Standpunkte aus für gefährlich ansehen, wenn sich die Türkei neuerlich in kriegerische Abenteuer stürzen würde. Durch die Ernennung Enver Beys und die sich daran schließenden Maßnahmen in der Armee schienen mir aber — diese Auffassung ist nach den mir vorliegenden Nachrichten eine ziemlich allgemeine — die Chancen für eine aggressive Politik in Konstantinopel zugenommen zu haben. Wir müssen wünschen, daß die Türkei sich jeder Friedensstörung enthalte und sich ganz ihrer inneren Konsolidierung widme. Insbesondere würde ein etwaiger Versuch der Türkei, Westthrazien von Bulgarien zurückzuerobern für uns eine schwere Verlegenheit bedeuten und zu höchst unerwünschten Konsequenzen führen. Vorstehendes zu Euer Exzellenz rein persönlicher Information. Euer Exzellenz wollen sich daher gegenüber den türkischen Ministern für eine Friedenspolitik aussprechen, im übrigen aber sich nach Maßgabe der Verhältnisse im Sinne der oben angeführten Gesichtspunkte vernehmen lassen. Zur eventuellen Regelung Ihrer Sprache bemerke ich schließlich, daß mir die Aufnahme der von Herrn Toscheff erwähnten Klausel ein glücklicher Gedanke zu sein scheint. Berchtold.

Nr. 9236. Tel. aus Konstantinopel-Pera, 23. Jan. 1914 Nr. 44 (eing. 3 U. p. m.).[a] Entziff.

Bulgarisch-türkische Beziehungen. Im Verfolge meines gestrigen Telegrammes.[b] Ich habe heute mit Grossvezier und Talaat Bey längere Besprechung gehabt. Ersterer sagte mir, er habe bulgarischen Gesandten zu sich bitten lassen und wollte mit ihm sehr ernst reden. Zustände in Thracien seien höchst unbefriedigend, man zwinge Mohammedaner, in christliche Kirchen zu gehen und ihre Namen zu bulgarisieren. Erregung nehme stetig zu und könnte leicht zu Aufstand kommen. Aehnlich sprach mir auch Talaat Bey. Ich setzte den Ministern auseinander, wie schwierig Lage des Kabinettes Radoslawow ist und fügte hinzu, dass dessen Fall unzweifelhaft ein russophiles Kabinett zur Macht bringen müsste, was für die Türkei ungünstig wäre. Beide schienen dies einzusehen. Die Konversation mit beiden Ministern liess bei mir den Eindruck zurück, dass dieselben vorläufig keine kriegerischen Pläne für die nächste Zukunft haben; Talaat Bey sagte mir sogar ausdrücklich, Türkei müsse in den nächsten Jahren eine Campagne führen und zwar im Innern des Reiches. Da sei sehr viel zu tun. Aus dem habe ich den Eindruck, dass die Türkei, wenn sich ihr in der nächsten Zukunft eine gute Gelegenheit bieten sollte, nicht zögern würde, dieselbe auszunützen. Herr Toscheff, welcher nach mir den Grossvezier besuchte, kam hierauf zu mir und er erklärte, er habe Eindruck, Grossvezier wäre ruhiger gestimmt gewesen als er sich erwartet hätte. Er führe dies auf meine vorhergegangene Unterredung zurück. Grossvezier schien, wie bulgarischer Gesandter weiter sagte, die Ausführungen des letzteren über die Schwierigkeiten, mit denen das Kabinett Radoslavow zu kämpfen hat,

einzusehen. Er bat aber den Gesandten, in Sofia dahin zu wirken, dass man gegenüber den Pomaken in der Zukunft milder vorgehe. Bulgarischer Gesandter hält dieses Begehren für gerechtfertigt und meint, es wäre gut, wenn auch Graf Tarnowski in diesem Sinne auf bulgarische Regierung einwirken würde. Derselbe sagte mir weiter, er hätte heute Brief von Herrn Dobrovič erhalten, aus welchem hervorgehe, dass König von Bulgarien die Unterfertigung des geheimen Vertrages sehr wünsche. Herr Toscheff glaubt jedoch, dass die im citierten Telegramm erwähnte Klausel unbedingt aufgenommen werden müsse, um der Gefahr auszuweichen, von Türkei in einen Krieg hineingezogen zu werden. Er meinte, dass es vielleicht gut wäre, wenn k. u. k. Gesandter in Sofia auch im selben Sinne auf bulgarische Staatsmänner einwirken würde. Pallavicini.

[a]) Vgl. n. 9241, 9245, 9268. — [b]) n. 9224.

Nr. 9237. Tel. an den Legationsrat Grafen Otto Czernin in St. Petersburg, 23. Jan. 1914 Nr. 17 (chiffr. 24. Jan. 12 U. 20 M. a. m.).[a]) Konz. (S. Hoyos; V. u. G. Berchtold).

Vertraulich. Bezug auf Euer Hochgeboren Telegramm Nr. 16[b]) vom 21. d. Mts. Der hiesige russische Botschaftsrath hat mir vorgestern im Auftrage seiner Regierung eine Notiz übermittelt, wonach die russische Regierung erfahren möchte, ob Graf Bobrinsky sich nach Marmaros-Sziget begeben könne, ohne Gefahr zu laufen, am Betreten ungarischen Territoriums verhindert oder dort verhaftet zu werden. In einem zweiten Alinea heißt es: ... *wie n. 9225 von „Il est évident" bis Schluß* ... Ich habe der russischen Botschaft in einer Notiz wie folgt geantwortet: ... *wie Beilage zu n. 9238* ... Vorstehendes zu Euer Hochgeboren Information; sollte Herr Sazonoff diese Angelegenheit Euer Hochgeboren gegenüber zur Sprache bringen, so wollen Sie sich über die Anfrage der russischen Botschaft und die ihr ertheilte Antwort informiert zeigen und Herrn Sazonoff, ohne sich auf einen Auftrag zu berufen, nicht verhelen,[c]) daß der im zweiten Alinea der Notiz des Prinzen Koudascheff angeschlagene Ton mich mit Befremden erfüllt hat. Was das Meritum der Sache betrifft, können Euer Hochgeboren darauf hinweisen, daß wir, ebenso wie dies die russische Regierung in einem analogen Falle angesichts der Staatsgefährlichkeit solcher Umtriebe jedenfalls auch thun würde, entschlossen seien, den uns wohl bekannten Treibereien des Grafen Bobrinsky und seiner Anhänger auf dem Gebiete der Monarchie mit allen uns zu Gebote stehenden Mitteln entgegenzutreten und der Ansicht seien, daß die Besserung in den Beziehungen der beiden Reiche viel leichter zu erreichen wäre, wenn auch die dortige Regierung ihren Einfluß geltend machen würde, um die hochverrätherische Propaganda einiger unverantwortlicher Factoren in Rußland zu unterdrücken. Dem Praesidenten der Nationalistenpartei, Herrn Balascheff, wollen Euer Hochgeboren auf seine gegenständliche Demarche antworten, daß die königlich ungarische Regierung zu ihrem Bedauern nicht in der Lage sei, dem Grafen Bobrinsky freies Geleite zuzusichern, da derselbe wegen einer in Österreich begangenen strafbaren Handlung steckbrieflich verfolgt werde

und seine Verhaftung und Auslieferung an die österreichischen Justizbehörden daher unbedingt erfolgen müßte, sobald er das ungarische Territorium betrete.

a) Vgl. n. 9238, 9240, 9246, 9278. — b) Mit Tel. Nr. 16, 21. Jan. 1914 (eing. 22. Jan. 9 U. a. m.) wurde aus Petersburg gemeldet, der Präsident der Nationalistenpartei und Chef dieser Fraktion in der Duma, Herr Balaschew, habe die Bitte vorgebracht, Graf Bobrinsky die Möglichkeit zu geben, ohne zurückgewiesen oder auf ungarischem Territorium verhaftet zu werden, beim Ruthenenprozeß in Marmaros-Szigeth als Zeuge erscheinen zu können. — c) So!

Nr. 9238. Privatschreiben des Ersten Sektionschefs Karl Freiherrn von Macchio an den russ. Botschaftsrat Fürsten Kudaschew, 23. Jan. 1914.a) Konz. (S. u. G. Hoyos).

En faisant suite à notre dernière conversation je Vous envoie ci-joint une notice b) ayant trait à l'affaire du Comte Bobrinsky et Vous prie de bien vouloir la porter à la connaissance de Votre Gouvernement.

a) Vgl. n. 9230, 9237, 9247. — b) Beilage.

Beilage zu n. 9238.

Notice. En réponse à la notice remise au Baron Macchio par le Prince Koudascheff le 21 courant a) le Ministère Impérial et Royal des Affaires Etrangères a l'honneur de porter à la connaissance de l'Ambassade Impériale de Russie que le Comte Wladimir Bobrinsky ne pourrait pas se rendre à Marmaros Sziget sans encourir le risque d'être arrêté à son entrée en Hongrie, un mandat d'arrêt lancé en 1910 contre sa personne par les autorités autrichiennes pour le crime prévu dans l'Art. 65a du code pénal étant encore en vigueur. Tout en partageant l'avis de l'Ambassade Impériale qu'un nouvel incident se rapportant à cette affaire sérait bien regrettable le Ministère Impérial et Royal croit devoir de Lui faire remarquer que cette affaire n'est qu'une suite des agissements du Comte Bobrinsky et de ses partisans qui ne sont certainement pas de nature à faciliter les bons rapports entre les deux Empires.

a) Vgl. n. 9225.

Nr. 9239. Bericht des Legationsrates Grafen Karl Trauttmansdorff aus London, 24. Jan. 1914 Nr. 5 (eing. 26. Jan.).a) Ausfert.

Beiliegende Note b) Sir E. Greys ist mir heute früh zugekommen. Sie bildet die Antwort der englischen Regierung auf das von mir am 14. Jänner l. J. im Foreign Office übergebene Memorandum.c) Der Staatssekretär spricht vor allem seine Befriedigung über den Tenor unserer Antwort auf seinen Kompromißvorschlag aus und sieht sich dann zu einigen Bemerkungen veranlaßt. Da der 18. Jänner bereits verstrichen sei, müßte dieses Datum etwa durch die Worte „aussitôt que possible" oder durch die Angabe eines neuen Datums oder Termines ersetzt werden. Die unsererseits aufgestellte Bedingung, daß Griechenland sich verpflichte, jeden Widerstand gegen den von den Mächten in Südalbanien getroffenen Zustand aufzugeben, sollte nach Ansicht des Staatssekretärs in folgender Weise ausgedrückt werden: „que le Gouvernement Hellénique s'engage à n'opposer aucune résistance et à n'appuyer ou encourager d'une manière directe ou indirecte, aucune résistance, quelle qu'en soit la forme, à l'ordre des choses qui a été établi

par les Puissances en Albanie méridionale." Diese Änderung wird damit begründet, daß die griechische Regierung billigerweise nicht für etwaige Wirren verantwortlich gemacht werden könnte, welche aus Ursachen entstehen, die sich ihrer Kontrolle entziehen, wie zum Beispiel innere Zwistigkeiten oder Handlungen eines selbständigen Abenteurers. Die englische Regierung ist damit einverstanden, daß die Zuerkennung der Inseln an Griechenland erst in Kraft trete, wenn die oberwähnten Bedingungen erfüllt sind. Ebenso stimmt sie dem Wunsche nach Garantien für die mohammedanischen Minoritäten seitens Griechenlands zu. Von der im vorletzten Alinea[d]) enthaltenen Erklärung der italienischen Regierung bezüglich des Dodekanes nimmt die englische Regierung Akt. Die Note sagt aber dann: „Ich möchte hervorheben, daß, solange eine der Großmächte diese ägäischen Inseln besetzt hält, die Situation eine abnormale bleiben wird und daß, während es in erster Linie Sache Italiens und der Türkei ist, die Rückgabe dieser Inseln an die letztere Macht in Übereinstimmung mit den Bestimmungen des Lausanner Friedens zu vereinbaren, doch alle Großmächte, in deren Händen auf Grund des späteren Übereinkommens vom August v. J. die endgiltige Entscheidung über diese Inseln liegt, ein Interesse an deren Schicksal haben." Sir E. Grey sendet mir schließlich je einen Entwurf der in Athen[e]) und in Konstantinopel[f]) von den Mächten abzugebenden Erklärungen und knüpft an die Abgabe derselben die Bedingung, daß es von den Mächten formell anerkannt werde, daß sie in gemeinsamer Übereinstimmung, wenn nötig, Schritte unternehmen werden, um ihre Entschlüsse durch die beiden in Frage kommenden Staaten respektiert zu sehen. Da es heute Samstag ist und ich Sir A. Nicolson nicht sehen konnte, habe ich beim Referenten im Foreign Office vorgesprochen und ihn darauf aufmerksam gemacht, daß, obwohl Sir E. Grey in seiner Note von der Notwendigkeit einer Abänderung des Evakuationsdatums spreche, in dem Entwurfe der in Athen zu machenden Erklärung von einem Evakuationstermine überhaupt nicht die Rede sei. Mr. Clerk sagte mir, daß dies absichtlich geschehen sei, weil man erwarte und voraussetze, daß die Dreibundmächte, mit Rücksicht darauf, daß der von ihnen genannte Termin verstrichen sei, ein anderes Datum namhaft machen werden. Ich sagte ihm ferner, daß meines Wissens die von den Mächten festgesetzte Süd- und Südostgrenze Albaniens der griechischen Regierung noch nicht mitgeteilt worden sei und es mir doch nötig schiene, daß man, wenn man von Evakuation Albaniens spreche, man auch sagen müsse, was das albanische Territorium sei. Der Referent sagte mir, er glaube nicht, daß es hier auf Schwierigkeiten stoßen würde, daß die Mitteilung der Grenze entweder in derselben Erklärung oder in einer gleichzeitigen erfolge und meinte, man sollte aber jedenfalls die Grenzlinie so mitteilen, wie sie heute festgelegt sei und es Herrn Venizelos überlassen, daraufhin mit den von ihm ausgesprochenen „Wünschen" nach Grenzrektifikationen formell an die Mächte heranzutreten. Trauttmansdorff.

[a]) Vgl. n. 9175, 9262, 9263, 9267 Anm. a, 9276, 9286, 9304. — [b]) Erste Beilage. — [c]) Beilage zu n. 9193. — [d]) Vorletztes Alinea von Beilage zu n. 9193 reicht von „Quant à la dernière proposition" bis „Traité de Lausanne". — [e]) Beilage A zu Erster Beilage. — [f]) Beilage B zu Erster Beilage.

Erste Beilage zu n. 9239. Note des Foreign Office an den Legationsrat Grafen Karl Trauttmansdorff; London, 23. Jan. 1914 Nr. 1929/14. Ausfert.

I have the honour to acknowledge the receipt of the Note, dated January 14th communicated to me by order of your Government on the subject of the Aegean islands and the southern frontier of Albania, and to express my gratification at the terms of the reply of the Austrian Government to the suggestions of His Majesty's Government for the solution of these questions. I have now the honour to offer the following observations upon the above mentioned note. In regard to paragraph 1 thereof, in which your Government agrees that the Aegean islands in Greek occupation — except Imbros, Tenedos and Kasteloriso — should be retained by Greece on condition that she should evacuate the territories allotted to Albania by January 18th it is necessary to observe that, as the date in question is already past, the words „jusqu'à la date du 18 janvier" must be replaced by some other expression such as „aussitôt que possible" or the mention of a new date or dates. As a further condition to such assent it is also proposed by the Austrian Government „que le Gouvernment hellénique assume l'engagement de faire cesser toute résistance contre l'ordre des choses qui a été établi par les Puissances en Albanie méridionale". The wording of this condition appears to His Majesty's Government to require some modification, in as much as the Greek Government could not justly be held responsible for eventual troubles in those regions that might be due to causes over which it has no control, such as internal rivalries or the acts of some independent adventurer. I would therefore propose that the sentence above quoted be replaced by some such wording as „que le Gouvernement hellénique s'engage à n'opposer aucune résistance et à n'appuyer ou encourager d'une manière directe ou indirecte, aucune résistance, quelle qu'en soit la forme, à l'ordre des choses qui a été établi par les Puissances en Albanie méridionale." His Majesty's Government agree in the stipulation of your Government that the definitive allocation to Greece of the islands in question should only take effect on the fulfilment of the above mentioned conditions. His Majesty's Government also concur in the proposal of the Austrian Government that guarantees should be given by Greece for the protection of Musulman minorities. His Majesty's Government take note of the declaration of the Italian Government that they are ready to restore the Dodecanese to Turkey, but that the date and conditions of this restitution must form the object of an ulterior agreement between those two Governments in conformity with the treaty of Lausanne. I would, however, point out that, as long as one of the Great Powers remains in occupation of these Aegean islands, the situation will remain abnormal, and that, while it is primarily a matter for Italy and Turkey to arrange the return of these islands to the latter in accordance with the provisions of the Treaty of Lausanne, yet all the Powers with whom, by the subsequent agreement of last August, it rested to decide the ultimate destination of the islands have an interest in their fate. In conclusion I would propose that two declarations the texts of which are enclosed herewith and which are based on the above mentioned note of January 14th and modified in the sense that I have suggested, should be communicated by the six Powers at Athens*a)* and

Constantinople[b]) respectively, on condition that it is formally acknowledged by the Powers that they will in common accord take steps, if necessary, to make their decision respected by each of the two countries concerned. E. Grey.

[a]) Vgl. Beilage A zu Erster Beilage. — [b]) Vgl. Beilage B zu Erster Beilage.

Beilage A zu Erster Beilage zu n. 9239. Entwurf einer Kollektivnote an die griechische Regierung. Abschrift.

Under Article 5 of the Treaty of London of May 17st (30st) 1913, between Turkey and the Allied Balkan States, and also by Article 15 of the Treaty signed at Athens between Turkey and Greece on November 1st 1913, the Hellenic Government agreed to leave to the six Powers the decision as to the destiny of the Aegean islands. The six Powers have consequently decided to allocate to Greece all the Aegean islands at present in Greek occupation with the exception of Tenedos and Imbros which must be restored to Turkey, as also the island of Kastelorizo. The Powers have further decided that as regards the islands assigned to Greece, satisfactory guarantees should be given by the Hellenic Government to the Powers and to Turkey that these islands should not be fortified or used for any naval or military purposes; and that effective measures will be taken for the prevention of smuggling between the islands and the Turkish mainland. The six Powers have engaged to use their influence with the Hellenic Government to secure that these conditions are faithfully carried out and maintained. They also request that Greece will give satisfactory guarantees for the protection of musulman minorities in the islands which she has acquired under the above mentioned decision of the six Powers. The definitive allocation to Greece of the islands which the Powers have decided should be left in her possession will only become effective after the Greek troops have evacuated the territories assigned to Albania as well as the island of Sasseno and when the Greek Government have formally undertaken to offer no resistance, and not to support or encourage, directly or indirectly, resistance of any kind to the order of things which has been established by the Powers in Southern Albania. The six Powers confidently trust that the above decisions will be faithfully respected by the Hellenic Government.

Beilage B zu Erster Beilage zu n. 9239. Entwurf einer Kollektivnote an die türkische Regierung. Abschrift.

The Sublime Porte undertook by Article 5 of the Treaty of London of May 17st (30th) 1913, between Turkey and the Allied Balkan States, and also by Article 15 of the Treaty signed at Athens between Turkey and Greece on November 1st 1913, to leave to the six Powers the decision as to the destiny of the Aegean islands. The six Powers consequently took the matter into their careful consideration, and, after interchange of views, have decided that Greece should restore to Turkey the island of Tenedos and Imbros and should retain definite possession of the other Aegean islands which she at present holds in occupation. The island of Kastelorizo will also be restored to Turkey. The six Powers have also decided that satisfactory guarantees shall be given by Greece to the Powers and to Turkey that the islands,

possession of which she will retain, shall not be fortified or used for any naval or military purposes, and that she will take effective measures for the prevention of smuggling between the islands and the Turkish mainland. The six Powers also engage to use their influence with Greece to secure that these conditions are effectively carried out and maintained. The six Powers will further require from Greece satisfactory guarantees for the protection of musulman minorities in the islands which she acquires. The six Powers confidently trust that the above decisions will be faithfully respected by the Ottoman Government.

Nr. 9240. Tel. des Legationsrates Grafen Otto Czernin aus St. Petersburg, 24. Jan. 1914 Nr. 23 (eing. 25. Jan. 9 U. a. m.).[a] Entziff.

Soeben verlässt mich Herr Balaschoff, dem ich die Antwort im Sinne telegraphischer Weisung Nr. 17 vom 23. d. M. erteilt. Der Nationalistenführer erwiderte mir, Graf Bobrinsky sei entschlossen, trotz der Folgen, die das Betreten des Bodens der Monarchie für ihn haben werde, die Reise anzutreten und sofort nach seiner zu gewärtigenden Verhaftung das Ersuchen zu stellen, im Marmaros Szigeter-Prozess vernommen zu werden. Er schulde dies den Angeklagten, deren Schicksal von seinen Aussagen in eminenter Weise beeinflusst werden müsse. Die Folgen der steckbrieflichen Verfolgung fürchte der Graf nicht, da er sicher sei, seine Unschuld erweisen zu können. Er sei selbst überzeugter Monarchist und habe daher auch nie die Ehrfurcht vor fremden gekrönten Häuptern verletzt. Der Umstand, dass der betreffende k. k. Komissär, welcher bei der seinerzeit inkriminierten Rede Bobrinskys wegen Nichtauflösung der Versammlung angeklagt gewesen wäre, seither freigesprochen wurde, bestärkt ihn in seiner Überzeugung. Ich erwiderte Herrn Balaschoff, dass ich nach Klarlegung der zu erwartenden Folgen keine Ursache habe, eine Ansicht über die Beschlüsse Bobrinskys zu äußern, dass es aber nach meiner persönlichen Meinung höchst unwahrscheinlich sei, dass es ihm gelingen werde, seinen Zweck zu erreichen und die geplante Zeugenaussage zu machen. Die Reise scheint indes beschlossene Sache und dürfte in den nächsten Tagen direkt nach Österreich oder über Deutschland ebendahin erfolgen. Zeitungsnachrichten nach sollen den Grafen mehrere andere Nationalisten begleiten. Falls nicht der Minister des Äussern, der angeblich noch heute von dem Plan Bobrinskys unterrichtet werden soll, die Abreise zu verhindern weiss, dürften die Folgen derselben sich in einem Sturm in der hiesigen Öffentlichkeit äußern. Hiemit rechnen wohl die Nationalisten in erster Linie. Otto Czernin.

[a] Vgl. n. 9246.

Nr. 9241. Tel. nach Sofia, 24. Jan. 1914 Nr. 17 (chiffr. 11 U. 50 M. p. m.).[a] Konz. (S. Rappaport; G. Forgách).

Markgraf Pallavicini telegraphiert unterm 23. d. M. wie folgt: ... *wie n. 9236* ... Vorstehendes zu Euer Hochgeboren vertraulicher Information. Ich stelle es Ihrem Ermessen anheim, in der Ihnen geeignet erscheinenden Form den Wünschen Herrn Toscheffs zu entsprechen. Berchtold.

[a] Vgl. n. 9206, 9242.

Nr. 9242. Tel. aus Sofia, 25. Jan. 1914 Nr. 37 (eing. 26. Jan. 9 U. a. m.).[a] Entziff.

Geheim. Hohes Telegramm Nr. 17 vom 25. d. Mts. mit Meldung Markgrafen Pallavicinis wie auch die mit Euer Exzellenz Telegramm Nr. 15[b] vom 24. d. Mts. angekündigte Information aus Konstantinopel erhalten. Diese Mitteilungen brachten Licht in Dunkelheit, in der ich letzter Tage herumgetappt, und ich sehe, dass Situation, die mich vaguement beunruhigte, tatsächlich keine ungefährliche ist. Meine Desorientiertheit war umso grösser, als ich von Radoslawow — da er offenbar vor Ankunft Toscheffs selbst nicht gut orientiert war — keine befriedigenden Auskünfte erhalten konnte. Soeben habe Konseilspräsidenten wieder gesprochen und er erzählte mir alles, was ihm Toscheff berichtet und was mit Meldungen Markgrafen Pallavicinis übereinstimmte. Ich brachte Gespräch auf Pomakenfrage, in der ich, wie Euer Exzellenz bekannt, aus eigener Initiative wiederholt Regierung Ratschläge gegeben. Heute tat ich es mit besonderem Nachdruck und betonte, dass Ministerpräsident mir bekannten Unfug nicht länger leugnen, sondern unbedingt Abhilfe schaffen solle. Konseilspräsident versicherte mir, Regierung habe entsprechende Massnahmen bereits beschlossen. Mit Rücksicht auf öffentliche Meinung und Wahlen sei es unmöglich, alle Wünsche Pomaken (Umwandlung Kirchen in Moscheen und so weiter) sofort zu erfüllen, die Massregeln, die ergriffen werden, würden aber Pforte befriedigen. Fethi Bey käme morgen nach Sofia zurück und Radoslawow werde gleich mit ihm sprechen. Ministerpräsident fürchtete ein wenig, ob türkischer Gesandter nicht absichtlich Schwierigkeiten erfinden werde. Bezüglich Haltung der Jungtürken teilt Radoslawow Bedenken Toscheffs und fürchtet nicht nur, dass Türkei Krieg mit Griechenland vom Zaun brechen und Bulgarien hineinreissen könnte, sondern auch, dass türkische Truppen, wenn ihnen, während Bulgarien so schwach wie jetzt, Durchmarsch gewährt werden müsste, aus Südwestthrazien nicht mehr herauskommen. Konseilspräsident sei auch nicht frei von Besorgnis, ob Enver nicht direkte Absichten auf Westthrazien habe. Sollten Jungtürken Allianzvertrag unterzeichnen und zugleich solche verräterische Pläne (eventuell Verständigung mit Griechenland) haben, so gäbe es dagegen keine Präventivmassregel. Es sei eben ein Unglück, dass solche unberechenbare Elemente in Konstantinopel am Ruder. Dagegen, dass Türkei Krieg mit Griechenland vor Ablauf von vier Jahren und insbesondere, bevor Bulgarien militärisch und sonst erholt, hervorrief, böte eine gewisse Gewähr Vertragsklausel über Rumänien, auf die Radoslawow von Anfang an bestanden hätte; bulgarische Regierung wolle aber noch eine weitere Klausel hineinnehmen, um sich gegen Überraschungen zu schützen, und darin müsse auch speziell griechischer Angriff berücksichtigt werden, da Griechenland Interesse hätte, Türkei zur See gleich anzugreifen, in welchem Falle Bulgarien neutral bleiben möchte. Konseilspräsident betonte, Toscheff geniesse absolutes Vertrauen der Regierung und habe plein pouvoir in jeder Hinsicht. Radoslawow freut sich über aufrichtigen Verkehr Toscheffs mit Markgrafen Pallavicini. Die Vertragsklausel über Neutralität Rumäniens gab mir Anlass, auf Notwendigkeit intensiver Pflege der Beziehungen zu Bukarest hinzuweisen, wo Schaffung

guter Atmosphäre von grösster Wichtigkeit für Bulgarien. Ich gab Mitredner einige entsprechende Informationen über meine Unterredungen mit Herrn Derussi und empfahl regeren politischen Verkehr mit letzterem. Ministerpräsident hat dies sehr interessiert und würde er meinen Rat befolgen. Herr Toscheff wird morgen bei mir lunchen und werde ich von ihm erfahren, ob er wünscht, dass ich noch Ministerpräsidenten in irgend einem Sinne bearbeite. Tarnowski.

[a]) Vgl. n. 9252. — [b]) Mit Tel. Nr. 15, 23. Jan. 1914 (chiffr. 9 U. p. m.) wurde nach Sofia mitgeteilt, daß n. 9206 nach Konstantinopel zur Kenntnis gebracht und die darauf erfolgte Antwort Pallavicinis (vgl. n. 9224) mit Kourier nach Sofia abgeht.

Nr. 9243. Bericht des Militärattachés in Belgrad, 26. Jan. 1914 Res. Nr. 18 (eing. als Einsichtsstück des Chefs des Generalstabs vom 30. Jan. Nr. 301 am 10. Feb.).[a]) Abschrift.

Der serbische Konseilspräsident hat die Geburt eines Sohnes der Prinzessin Helene, Tochter des Königs Peter, Gattin des Prinzen Ivan Konstantinović, zum Anlass genommen, um sich zur Beglückwünschung nach Petersburg zu begeben. Es ist für Serbien gewiss ein Ereignis von nicht zu unterschätzender Bedeutung, dass die serbische Königstochter mit einem Sohne niedergekommen ist, denn dies wird einerseits ihre Stellung am Czarenhofe festigen, anderseits wird ihr Sohn einst eine der grössten Erbschaften im russischen Reiche antreten. Dies sollte jedoch nicht genügend Grund sein, dass der leitende Staatsmann sein Land in einem Chaos von inneren Schwierigkeiten und ungelösten Fragen, unmittelbar vor der Wiedereröffnung der Skupschtina, verlässt. Es scheint vielmehr, Herr Pašić benütze nur eine willkommene Gelegenheit, um in Petersburg persönlich Fühlung zu nehmen. Die Gründe, die ihn hiezu veranlassen, können nur ganz spezieller Natur sein, denn an seiner allgemeinen politischen Richtung hält Serbien konsequent fest und schwimmt mehr denn je im russischen Fahrwasser. Möglich, dass die hier allgemein gestellte pessimistische Prognose für das kommende Frühjahr die Ursache dieser Reise bedeutet. Man fürchtet hier, dass die Differenzen zwischen Griechenland und der Türkei auch den anderen Balkanstaaten den so nötigen Frieden rauben, und dass speziell Serbien im Frühjahre durch eine in grossem Stile einsetzende bulgarische Bandenbewegung zu ausserordentlichen militärischen Vorkehrungen gezwungen sein wird. (Über die letztere Möglichkeit kursieren hier bereits die abenteuerlichsten Gerüchte.) Dem Lande ist jedoch ein ungestörter Friede in den nächsten Jahren unumgänglich notwendig. Der beabsichtigte Ausbau des serbischen Heerwesens hat kaum begonnen; kriegerische Verwicklungen würden jedoch vor allem in wirtschaftlichen Fragen eine geradezu katastrophale Wirkung ausüben. Da steht es ausser Zweifel, dass Herr Pašić — im Vereine mit Herrn Venizelos — bei seinen russischen Gönnern alle Hebel in Bewegung setzen wird, damit deren mächtiger Einfluss aggressiven Tendenzen der Türken und Bulgaren hemmend entgegentritt. Herr Pašić dürfte da williges Gehör finden, denn sein Programm läuft mit dem russischen vollkommen parallel: Wiederaufbau des gegen die Monarchie gerichteten Balkanbundes mit Rumänien an der Spitze Ob es hingegen

Russland gelingen wird, eventuelle Verwicklungen auf dem Balkan zu verhindern, ist mehr wie zweifelhaft; das verflossene Kriegsjahr hat wiederholt bewiesen, dass die Balkanstaaten blossen Aufforderungen selbst der vereinten Grossmächte kein Gehör schenken und nur eine Drohung mit dem Schwerte ihren Willen zu ändern vermag. ... *Innerpolitische Fragen* ... Noch ein 3. Gesichtspunkt ist in der hiesigen Öffentlichkeit bezüglich der Reise Herrn Pašić' aufgetreten: Er solle im Namen des serbischen Hofes für den Kronprinzen Alexander am Czarenhofe um eine Braut werben! Man muss es Herrn Hartwig zutrauen, auch diesen heissen serbischen Wunsch in Petersburg durchzusetzen. Ändern würde dieses Ereignis an den bestehenden politischen Verhältnissen nahezu nichts, denn der serbische Hof steht vollkommen und unwiderruflich in russischem Banne. Aber für die Zukunft würde eine wesentliche Schwierigkeit für die Monarchie hieraus resultieren. Denn zu guter Letzt wird eine radikale Sanierung unseres Verhältnisses zu Serbien doch nur durch eine Vernichtung des jetzigen Königreiches als selbständiges Staatswesen und durch eine Vertreibung der Karagjeorgjević erreicht werden; diese Notwendigkeit wird naturgemäss schwieriger durchzuführen sein, wenn eine Prinzessin aus dem Hause Romanow auf dem serbischen Königsthron sitzt.

[a]) Vgl. n. 9360.

Nr. 9244. Tel. nach Konstantinopel Nr. 33 (1) und Sofia Nr. 20 (2), 26. Jan. 1914 (chiffr. 10 U. 20 M. p. m.).[a]) *Konz. (S. Matscheko; G. Berchtold).*

1. Aus dem interessanten Berichte Nr. 7 A vom 19. d. M. entnehme ich, daß Euer Exzellenz auf einschlägige Äußerungen Herrn Toscheffs erwidert haben, Rumänien dürfte sich zu einer Allianz mit Bulgarien, Ihrer persönlichen Ansicht nach, nur dann entschließen, wenn es die Sicherheit erhielte, daß ihm im Falle einer Vergrößerung Bulgariens in Mazedonien das Festungsviereck mit Varna und Burgas abgetreten werden würde. Angesichts der Erwähnung des Festungsviereckes frage ich mich, ob es in dem Berichte nicht statt Burgas richtig Schumla heißen sollte und ersuche Euer Exzellenz diesbezüglich um Aufklärung. Abgesehen hievon, möchte ich aber konstatieren, daß uns bis jetzt über die rumänischen Vorbedingungen eines Bündnisses mit Bulgarien keinerlei Informationen vorliegen. Es wäre mir auch höchst unerwünscht, wenn man in Sofia den Eindruck erhielte, daß wir solche Informationen besitzen. Wenn Euer Exzellenz auch Herrn Toscheff gegenüber nur einer persönlichen Ansicht Ausdruck gegeben haben, so würde ich doch großen Wert darauf legen, wenn Hochdieselben ihn noch ausdrücklich darauf aufmerksam machen wollten, daß Ihren Äußerungen weder direkte noch indirekte Nachrichten aus Bukarest zugrunde liegen. Berchtold.

2. Ich telegraphiere an Markgrafen Pallavicini: (Inseratur Telegramm sub 1. in extenso). Vorstehendes zu Euer Hochgeboren rein persönlicher Information. Nur wenn Herr Toscheff oder einer der bulgarischen Minister Ihnen gegenüber auf die Äußerungen des Markgrafen Pallavicini zu sprechen kommen sollte, wollen Euer Hochgeboren sich im Sinne des Vorstehenden aussprechen. Berchtold.

[a]) Vgl. n. 9257.

Nr. 9245. Tel. aus Konstantinopel-Pera, 26. Jan. 1914 Nr. 47 (eing. 27. Jan. 9 U. a. m.).[a] Entziff.

Grossvezir sagte mir heute gesprächsweise, seinen Informationen nach werde russischerseits in Bulgarien stark gegen König Ferdinand intrigiert. Ich benützte diese Gelegenheit, um Said Halim Pascha nochmals nahezulegen, wie sehr es im Interesse der Türkei gelegen sei, alles zu vermeiden, was die Stellung des jetzigen bulgarischen Kabinettes schädigen könne, und verwies hiebei auf die Zustände in Westthrazien. Ich wisse, so fuhr ich fort, dass die türkische Regierung auf die dortigen Mohammedaner grossen Einfluss besitze und es daher in ihrer Macht stehe, dieselben von Ausschreitungen zurückzuhalten. Grossvezir leugnete dies nicht, sagte aber, wenn bulgarische Regierung ihrerseits gar nichts zur Beruhigung der Mohammedaner in Westthrazien tue, werde schliesslich Bevölkerung auch auf hiesige Ratschläge nicht mehr hören. Bezüglich der hauptsächlich in Athen verbreitet gewesenen Gerüchte, dass türkische Truppen in Dedeagatsch eingerückt sein sollen, sagte mir Grossvezir, dass dies vollkommen erfunden und seines Wissens nicht einmal von Unruhen dortselbst die Rede sei.

Pallavicini.

[a] Vgl. n. 9236.

Nr. 9246. Tel. des Legationsrates Grafen Otto Czernin aus St. Petersburg, 26. Jan. 1914 Nr. 24 (eing. 27. Jan. 9 U. a. m.).[a] Entziff.

Graf Bobrinski betreffend. Ich sprach heute Herrn Sazonow, der von dem Plan des Genannten, sich in der Monarchie verhaften zu lassen, unterrichtet war. Er habe ihn gestern gesehen und ihm privatim entschieden abgeraten. Bobrinski beharrt auf seinem Entschluss, den er als Pflichterfüllung gegenüber den Angeklagten in Marmaros-Sziget bezeichnet. Sein Name sei in der Presse so oft genannt worden, dass er glaube, gehört werden zu müssen, sei es auch als Häftling. Nachdem der Minister auch die in seinem Auftrag gemachte Anfrage[b] der Wiener russischen Botschaft erwähnte, benützte ich die Gelegenheit, um mich im Sinne der telegraphischen Weisung vom 24. d. M. Nr. 17 auszusprechen. Herr Sazonow sagte, der Text der Notiz[b] sei durch den Geschäftsträger in Wien redigiert worden. Als ich ihm das zweite Alinea desselben wiederholte, schien der Herr Minister zwar etwas unangenehm berührt, meinte jedoch, Prinz Kudascheff dürfte damit den zu gewärtigenden Sturm in der russischen Presse gemeint haben, was auch zutreffen werde. Ich liess Sazonow nicht im Zweifel darüber, dass meine Regierung entschlossen sei, allen einschlägigen Agitationen in der Monarchie mit allen Mitteln entgegenzutreten, und die Besserung der Beziehungen sei gewiss sehr wünschenswert, aber nicht um den Preis der Duldung der Agitation im Sinne Bobrinskis. Warum liesse sich nicht hier in Russland der Hebel ansetzen, um dem Störenfried entgegenzuarbeiten? „Je vous assure que vous êtes sur une fausse piste", sagte Minister des Äussern und beteuerte, wie so oft, dass Bobrinski keine politischen Ziele verfolge etc. Wenn dem so wäre, so müsste der Graf ein höchst unkluger Kopf sein, erwiderte ich, da so viele der von Hass gegen die Monarchie erfüllten Reden, die in Russland losgelassen würden, irgendwie mit seinem Namen, meist

mit seiner Präsidentschaft, verbunden seien. Am Schlusse der Unterredung war ein Widerspruch in der Argumentation des Ministers zu konstatieren, indem er mir sagte, alle slawischen Diners, galizisch-russische Wohltätigkeitsvereine etc. mit ihren Reden seien für mich viel weniger lästig als für ihn. „Vous le lisez et c'est tout, tandis que moi j'ai chaque fois des histoires sans fin avec ces messieurs." Eine weitere wichtige Bemerkung des Ministers bestand darin, dass er die Agitation des Grafen Bobrinski und Genossen mit der Existenz der ukrainischen Klubs in Galizien verglich. Ich erwiderte darauf, diese Klubs hätten gewiss keine gefährliche Tendenz, aber wenn er sie schon — wie er hervorhob, unoffiziell — erwähne, so erlaube ich mir die Frage, wie es dem gewiss viel weniger aggressiven Präsidenten eines solchen Klubs erginge, wenn er als Gegenstück zu Bobrinski in Warschau Versammlungen abhielte, worauf Herr Sazonow natürlich nur ausweichend antwortete. Ich traf heute zufällig auch Herrn Schebeko, der mir sagte, er habe auf den Nationalistenführer Balascheff eingewirkt, um die Abreise Bobrinskis zu verhindern und hiebei auch Verständnis gefunden; morgen werde er den Grafen persönlich zu beeinflussen trachten, doch glaubt er nicht durchzudringen. Otto Czernin.

[a]) Vgl. n. 9240, 9313. — [b]) n. 9225.

Nr. 9247. Privatschreiben des russ. Botschaftsrates Fürsten Kudaschew an den Ersten Sektionschef Karl Freiherrn von Macchio, 26. Jan. 1914 (eing. 26. Jan.).[a]) Ausfert.

J'ai bien reçu Votre aimable lettre du 23 courant à laquelle était jointe une notice répondant à celle que je Vous avais remise. Permettez moi de joindre ci-près un aide-mémoire[b]) répondant à un passage de la notice de Votre Excellence, et veuillez agréer, mon cher Baron, les assurances renouvelées de ma haute considération. Koudacheff.

[a]) Vgl. n. 9278. — [b]) Beilage.

Beilage zu n. 9247.[a])

Aide-mémoire. L'ambassade Impériale n'a pas manqué de porter à la connaissance du Comte Bobrinsky, à toute fin utile le contenu de l'aide-mémoire du Ministère Impérial et Royal en date du 23 janvier ct., mais n'étant pas à même d'exercer une influence sur les décisions du Comte, elle ignore le parti qu'il croira devoir prendre en cette occurrence. S'interdisant toute discussion sur le fond de la question actuellement en litige à Marmaros-Sziget, l'Ambassade Impériale ne saurait toutefois s'abstenir de relever[1]) la remarque consignée à la fin de l'aide-mémoire précité, à savoir que l'affaire en cause[2]) ne serait „qu'une suite des agissements du Comte Bobrinsky et de ses partisans". L'Ambassade ne peut s'empêcher de croire que cette assertion serait probablement invalidée si le Comte Bobrinsky n'était pas privé de la possibilité de faire les dépositions par lesquelles il affirme pouvoir refuter l'opinion émise dans les lignes mentionnées à la fin du texte.

[1]) ! — [2]) Maßnahmen gegen Bobrinsky.
[a]) Vgl. n. 9264.

Tel. nach Sofia, 26. Jan. 1914 Nr. 20 (chiffr. 10 U. 20 M. p. m.). Siehe n. 9244.

Nr. 9248. Bericht aus Cetinje, 27. Jan. 1914 Nr. 6 B (eing. 31. Jan.).[a] Ausfert.

Der russische Geschäftsträger nahm einen längeren Besuch, welchen er mir kürzlich abstattete, zum Anlass, um sich ganz aus eigener Initiative über seine Ideen betreffs der von Russland Montenegro gegenüber zu befolgenden Politik auszusprechen. Er verband seine bezüglichen Äusserungen mit der Versicherung, dass er „Russe" sei und nicht „Slave" und dass er die panslavistischen Träumereien von einem Gross-Serbien im allgemeinen, sowie insbesondere von einem solchen, welches auch unsere serbischen Länder in sich begreifen würde, ebenso verurteile, wie jene anderen, die ihr Ziel noch weiter steckten und an ein Reich „Slavia" dächten, welches unter dem Szepter der Romanow überhaupt alle Slaven, also auch unsere vorwiegend katholischen Nordslaven, zu vereinigen hätte. Im übrigen definierte er die Politik, welcher er in Petersburg, speziell mit Bezug auf Montenegro, schon seit längerer Zeit das Wort rede, genau in demselben Sinne, wie seinerzeit meinem Amtsvorgänger gegenüber (vergl. Bericht ddo. Cetinje, 4. November 1913 Nr. 105). Während er aber damals sagen musste, dass er noch nicht wisse, ob er mit dieser seiner Politik — Rückkehr zum Régime der Subventionen, militärischen Instruktionen etc. als Mittel zur Wahrung der politischen und ökonomischen Selbständigkeit des Königreiches gegenüber den Unionstendenzen — durchdringen werde, sprach er diesmal in dieser Beziehung ziemlich zuversichtlich. Er könne nicht behaupten, dass seine Regierung diese seine Politik, die ganz das Gegenteil dessen sei, was der abwesende Gesandte Herr von Giers und der russische Militäragent Potapoff empfehle, ausdrücklich gutgeheissen habe. Allein andererseits sei er bisher auch nicht désavouiert worden; man lasse ihn vielmehr gewähren und so sei es ihm denn auch gelungen, zum mindesten die Beziehungen der hiesigen russischen Gesandtschaft zu König Nikolaus wieder zu korrekten zu gestalten. Ich habe Herrn Obnorski gefragt, wie es mit dem Verhältnis des Königs zu Seiner Majestät dem Zaren und zur russischen Regierung stehe und was an den Gerüchten über die angeblich nahe bevorstehende Hersendung einer grösseren russischen Militärmission und der Wiedergewährung der Subventionen für montenegrinische Heereszwecke wahr sei. Der Geschäftsträger antwortete mehr weniger ausweichend; immerhin empfing ich aus seinen Äusserungen den Eindruck, dass Jene im Rechte sein dürften, die wissen wollen, dass die „Versöhnung" auf diesem Gebiete, wenn nicht perfekt, so doch im Zuge sei. Zu diesem Kapitel wäre noch zu bemerken, dass die Entsendung einer montenegrinischen Militärdeputation zur Enthüllung des Denkmals des Grossfürsten Nikolaus Nikolajevitch nach den mir vorliegenden, aus guter Quelle stammenden Informationen in erster Linie als eines der Mittel gedacht war, welches die Wege zur Wiederherstellung der früheren Beziehungen zu Russland und namentlich zum russischen Hofe ebnen könnte. Denselben Zweck würde nach der gleichen Quelle die von mir unlängst einberichtete Auslandsreise des Kronprinzenpaares verfolgen, deren Ziel nicht, wie mir angegeben

wurde, Deutschland sondern Petersburg sei. Kronprinz Danilo und Kronprinzessin Militza halten sich seit einiger Zeit in Abbazia auf und sollen dort nur auf das erlösende Wort warten, welches ihnen die Weiterreise an die Newa gestatten würde. Zu dem „Vortrage" zurückkehrend, welchen mir der russische Geschäftsträger gehalten hat, möchte ich noch erwähnen, dass er im Verlauf desselben wiederholt Ausdrücke gebrauchte, wie „cette union serait prématurée à l'heure qu'il est; il s'agit au moins pour le moment de l'empêcher" etc., während er nach dem oben zitiertem Berichte Baron Giesl's zu urteilen, ähnliche restriktive Andeutungen damals nicht hat fallen lassen. Schliesslich sagte mir Obnorski, er glaube nicht, dass Herr von Giers, dessen Politik, wie er bereits bemerkt, mit der seinigen nicht übereinstimme, seinen hiesigen Posten noch auf längere Zeit behalten werde. Er habe einen unbeschränkten Urlaub und werde wohl kaum vor April dieses Jahres in Cetinje wieder eintreffen. Otto.

a) Vgl. n. 9355.

Nr. 9249. Tel. aus Paris, 27. Jan. 1914 Nr. 9 (eing. 28. Jan. 9 U. a. m.). Entziff.

Herr Poincaré, den ich gestern abends sah, sprach sich über die Lage im Orient eher pessimistisch aus. Er scheint einen Widerstand der Pforte in der Inselfrage zu befürchten. Nach hier eingelaufenen Informationen sollen schon jetzt Zusammenstösse zwischen türkischen und griechischen Truppen stattfinden, was natürlich nur mit Konnivenz Bulgariens möglich sei. Auf meine Bemerkung, dass mir ein Durchzug türkischer Truppen durch bulgarisches Territorium sehr unwahrscheinlich scheine und es sich wohl nur um Banden handeln könne, für welche weder die Türken, noch Bulgaren verantwortlich seien, sagte der Präsident, er könne nicht bestimmt behaupten, dass türkische reguläre Truppen beteiligt seien, es stehe aber fest, dass an der griechischen Grenze Kämpfe stattfinden. Herr Poincaré lenkte hierauf das Gespräch auf die maritimen Rüstungen der Türkei. Ich bemerkte, dass sich selbe meines Wissens auf Ankauf eines Dreadnoughts beschränken, der erst in einigen Monaten fertig sein dürfte. Die praktische Indienststellung desselben, Abrichtung der Mannschaft und so weiter, dürfte auch einige Zeit dauern. Herr Poincaré sagte, er höre, dass Deutschland zwei Panzerschiffe an die Türkei verkaufen wolle. Dies wäre sehr bedauerlich und käme einer direkten Unterstützung der kriegerischen Absichten der Türkei gleich. Der Präsident bezeichnet die Lage in Albanien als besorgniserregend; die Ankunft des Prinzen Wied scheine sich zu verzögern. Ich sagte, dass der Prinz seine Mission nur antreten könne, wenn die Mächte das Anlehen garantieren. Hiezu sei Frankreich bereit, sagte der Präsident, unter der Bedingung, dass die albanesische Staatsbank internationalen Charakter erhalte. Szécsen.

Nr. 9250. Bericht des Vizekonsuls Rudolf Kohlruss aus Prisren, 27. Jan. 1914 Nr. 21 (eing. 31. Jan.). Ausfert.

Als die Serben vor mehr als Jahresfrist in Prisren einzogen, verkündeten sie den „befreiten" Bewohnern dieser Gegenden die volle Gleichberechtigung

aller Nationalitäten und Religionen; Ruhe, Ordnung und Gerechtigkeit sollten von nun an in dem neueroberten Lande walten. Sie haben keines dieser Versprechen gehalten; die Mohammedaner werden überall zurückgesetzt; von den 32 in Prisren bestehenden Moscheen wurden nur 2 zu religiösen Funktionen freigegeben, die restlichen dienen als Ställe, Heuschober, Kasernen, Magazine; selbst in diesen 2 Djamien können die Mohammedaner nicht immer ihre religiösen Zeremonien abhalten, denn sie müssen sie oft mitten im Gebete verlassen, um serbischen Soldaten, die bei Platzmangel auch hier einquartiert werden, das Feld zu räumen. Die Muezins trauen sich nicht mehr die „Gläubigen" vom Minarete zum Gebete aufzufordern, da ihre Rufe von serbischen Soldaten und Passanten mit Hohngelächter aufgenommen werden würden; es heisst auch, dass bald die vielen Minarete der Stadt demoliert werden sollen. Die Katholiken haben es nur der Protektion der Schutzmacht zu verdanken, wenn sie ungestört ihre Kirchen und Geistlichen aufsuchen können. — Die Korruption der Beamtenschaft, welche sich nicht zum geringsten Teile aus gewesenen Komitadjis rekrutiert, (zum Beispiel früherer hiesiger Kreissekretär Studić, jetzt Načalnik von Mitrovitza, welcher vor den Balkankriegen Chef der politischen Organisationen in Neuserbien war) und das Bakschischwesen lässt alles, was in dieser Beziehung unter den Türken geleistet wurde, weit hinter sich. Folgender Vorfall ist typisch für die auch unter höheren Funktionären herrschende Geldgier und Zugänglichkeit für „Bakschische": Als der Gemeindesekretär von Gjonaj ermordet wurde und die von den Serben eingeleitete Untersuchung in unzweifelhafter Weise ergab, dass der Mord von einigen Bewohnern dieses Dorfes verübt wurde, hatten die Militärbehörden beschlossen, dieses Dorf in Brand zu stecken; — wenige Tage vorher wurden wegen eines ähnlichen Vorfalles die Dörfer Ujzi und Fshaj von den Truppen zerstört; — 200 türkische Pfund, welche die Bewohner von Fshaj *a)* dem hiesigen Kreispräfekten überbrachten, hatten zur Folge, dass Gjonaj *a)* verschont wurde. Die infolge der Militärrequisitionen des Kriegsjahres ohnehin verarmte mohammedanische Land- und Stadtbevölkerung wird zu Abgaben herangezogen, die sie aufzubringen nicht im Stande ist und die nur zum Teile in die Staatskassen, zum grösseren aber in die Taschen der Staatsfunktionäre fliessen. Die traurige Lage, in der sich die Mohammedaner dieser Gegenden befinden, bringt es mit sich, dass sich diese mit dem Gedanken tragen, nach Kleinasien, Albanien, Bosnien auszuwandern; allerdings glaubt auch jetzt noch der grösste Teil der mohammedanischen Albanesen fest, dass diese Gebiete nicht mehr lange den Serben verbleiben werden, und sehen die serbische Herrschaft nur als einen Sturm an, der, ähnlich wie seinerzeit die Expedition Thorgut Paschas, bald vorübergehen wird. Sobald aber auch diese Hoffnung geschwunden sein wird, dürfte eine Massenauswanderung des nichtserbischen Elementes erfolgen; dies würde zwar ein politischer Schaden für die Albanesen, zugleich aber auch ein nicht geringerer ökonomischer Nachteil für die Serben sein, welchen zur Neubesiedelung dieser Gebiete kaum genügendes Menschenmaterial zur Verfügung stehen dürfte. — Im Übrigen werden auch unter den eingeborenen Serben selbst Stimmen der Unzufriedenheit über das neue

Régime laut; sie erhofften von der politischen Umgestaltung dieser Gebiete einen wirtschaftlichen Aufschwung der Stadt und materielle Vorteile; statt dessen wurden höhere Zölle und Abgaben eingeführt, die auch die Orthodoxen, wenn auch nicht in so hohem Masse wie Mohammedaner und Katholiken, zahlen müssen; ausserdem ging für Prisren der grösste Teil seines Absatzgebietes, welcher zu Montenegro beziehungsweise Albanien geschlagen wurde, verloren, da sich dieser den entlegeneren, aber billigeren Märkten von Skutari beziehungsweise Antivari zuwendete. Dazu raubt den Serben die übertriebene Furcht vor Einfällen aus dem nahen Albanien — die Grenze ist stellenweise (Drin) in wenig mehr als einer Gehstunde zu erreichen — Ruhe und Schlaf und die Regierung muss öfters, um die furchtsamen Serben der Stadt zu beruhigen, Gerüchte lancieren, dass die Grossmächte beschlossen hätten, die Grenze gegen Albanien bis zur Vezirbrücke vorzuschieben. Gleichlautend berichte ich sub Nr. 11 nach Belgrad.

Kohlruss.

a) So!

Nr. 9251. Tel. an den Legationsrat Grafen Otto Czernin in St. Petersburg, 27. Jan. 1914 Nr. 21 (chiffr. 11 U. p. m.).a) Konz. (S. Flotow; G. Forgách).

Geheim. Anlässlich der — wie es scheint — voraussichtlichen gemeinsamen Anwesenheit des griechischen und serbischen Premierministers in St. Petersburg möchte ich Euer Hochgeboren ersuchen, soweit als thunlich etwaige Wahrnehmungen über deren Verkehr mit dem dortigen rumänischen Gesandten einberichten zu wollen. Berchtold.

a) Vgl. n. 9279, 9292, 9300, 9306, 9311.

Nr. 9252. Bericht aus Sofia, 27. Jan. 1914 Nr. 11 (eing. 31. Jan.).a) Entziff.

Geheim. Im Verfolge meiner Telegramme Nr. 37 vom 26. und 38b) vom 27. d. M. Herr Toscheff informierte mich genau über Lage in Konstantinopel und über seine Appréhensionen. Seitdem er hier sei, habe er seinen Standpunkt insoferne geändert, als er auch mit bewusster, in Vertrag aufzunehmender Klausel betreffend Frist von zwei Jahren (Telegramm Markgrafen Pallavicinis Nr. 41 vom 22.c) d. M.) Konvention vor Sobranjewahlen unbedingt vermeiden wolle. Sobald Jungtürken durch Unterzeichnung Konvention Bulgarien Hände binden würden, würden sie Griechenland provozieren oder sich provozieren lassen und in Westthrazien einmarschieren und dort bleiben. Zugleich könnten Türken Allianzvertrag, der Türkei Land bis Mesta und Bulgarien übriges Macedonien zuspreche, veröffentlichen, wonach Bulgarien Serbien, Griechenland und Rumänien hilflos gegenüber stünde; Kabinett Radoslawow wäre kompromittiert und gestürzt und Bulgarien Russophilen und Russland ausgeliefert. Nach Sobranjewahlen hält Toscheff Unterzeichnung Vertrages für viel weniger bedenklich; Lage Regierung werde dann nach innen und nach aussen hin eine andere; jetzt könne sich weder Wien noch Berlin mit in Luft

hängendem Kabinett einlassen und mit Rumänien sei auch positive Konversation unmöglich; wenn Radoslawow — wie Toscheff sicher erwarte — mit Majorität aus Wahlen hervorgehe und seine Existenz und ausgesprochen austrophile Richtung zumindest auf vier Jahre gesichert werde, werde man mit Bulgarien — so hoffe Herr Toscheff — sprechen wollen und ihm sowohl von Wien wie Berlin ein Interesse entgegenbringen, das einerseits auf Dispositionen Rumäniens günstigen Einfluss haben und andererseits Jungtürken zur Vernunft veranlassen werde. Bulgarien müsse unter allen Umständen Zeit zu gewinnen trachten. Toscheff hoffe, dass sich Pforte von Zwecklosigkeit, Allianzvertrag mit einer Regierung zu schliessen, die vor Wahlen stehe, überzeugen lassen werde und wenn nicht, so werde sie sich dadurch demaskieren. Daran, dass sich Türken mit Griechenland oder Serbien verständigen und gegen Bulgarien verbinden, glaube Herr Toscheff nicht; dessen aber, dass mit Rücksicht auf Mentalität jungtürkischer Abenteuerer praktisch keine absolute Gewähr zu erlangen, dass sie nicht gleich oder später einen Handstreich gegen Westthrazien unternehmen, sei er sich bewusst. Durch Hinausschiebung Unterzeichnung Vertrages solle auch nur eine relative Garantie geschaffen und von möglichen Übeln das kleinere gewählt werden. Denn nach Unterzeichnung des Vertrages jetzt, hätte Bulgarien Türken in Westthrazien und zugleich alle Nachbarn gegen sich, was Ruin gleich, eventuell russische Intervention herbeiführen würde; vor Unterzeichnung sei zwar Überraschung seitens Türkei nicht ganz ausgeschlossen, in diesem Falle hätte aber Bulgarien wenigstens nicht auch mit Serbien, Griechenland und Rumänien zu tun. Mitredner neige zur Ansicht, dass Türken, ohne sich auf unterzeichnete Allianz berufen zu können, in Westthrazien nicht einmarschieren werden, das wäre ein Überfall, den sich Türkei überlegen dürfte; ausserdem sei sie auch momentan militärisch nicht bereit. Als Basis hiesiger Politik und des auf Allianz mit Türkei aufgebauten Programms, das erst nach vier Jahren zur Ausführung kommen würde, betrachte Herr Toscheff Verständigung mit Rumänien. Dies sei conditio sine qua non. Mitredner sprach lange über Rumänien, wo er keine guten Dispositionen befürchte, die leider auch wir nicht ändern könnten, „vu que la Roumanie vous échappe". Herr Toscheff erkundigte sich nach meinen Impressionen und ich zitierte einige relativ nicht ganz ungünstig klingende Äusserungen des rumänischen Gesandten. Toscheff bemerkte, Rumänien würde mit sich nur unter Bedingung reden lassen, dass ihm für den Fall der Vergrösserung Bulgariens Varna abgetreten würde. Ich erwiderte, dass ich dies zum erstenmale höre und dass speziell rumänischer Gesandter mir nie davon gesprochen. Mitredner meinte, dass mir rumänischer Kollege nicht ganze Wahrheit sage; dass Rumänien Varna verlangen würde, sei bekannt. Wie immer dem sei, solle Weg zur Verständigung mit Rumänien gesucht werden, meinte Mitredner. Besser wäre es, wenn sich Bulgarien zuerst mit Rumänien und erst dann mit Türkei verbinden könnte; Umstände zwingen leider bulgarische Regierung, den umgekehrten Weg zu betreten, was wegen Unverlässlichkeit Jungtürken riskiert; mit allen Mitteln müsse verhindert werden, dass gesundes und Erfolg versprechendes politisches Programm Bulgariens durch etwaige Abenteuer

der Türken zunichte gemacht werde. Wenigstens drei Jahre brauche Bulgarien unbedingt, um sich zu erholen, dann könne es aber eine stärkere Armee haben als vor türkischem Krieg. Über Pomakenfrage sagte Toscheff, Radoslawow hätte bereits, soweit möglich, energische Maßregeln angeordnet, die Türkei beschwichtigen dürften; Mitredner fürchte ein wenig, dass Fethi Bey aus persönlichen Gründen Verhältnisse zu komplizieren trachten könnte. Nach Konversation mit Toscheff sprach ich mit Ghenadieff, der in jeder Hinsicht Ansichten bulgarischen Gesandten in Konstantinopel teilt und insbesondere in überzeugtem Ton von Notwendigkeit Verständigung mit Rumänien sprach. Nur sehr langsam und etappenweise könne [es] zu Entente kommen; für unmöglich halte sie Herr Ghenadieff nicht. Tarnowski.

a) Vgl. n. 9258, 9265. — b) Mit Tel. Nr. 38, 26. Jan. 1914 (eing. 27. Jan. 9 U. a. m.) wurde aus Sofia die Absendung des vorliegenden Ziffernberichtes per Post angekündigt. — c) Richtig 21. = n. 9224.

Nr. 9253. Bericht aus Sofia, 27. Jan. 1914 Nr. 12 D (eing. 31. Jan.).[a] *Ausfert.*

Ich kann nicht sehr viel tun, was aber möglich ist, tue ich, um zu einer guten Stimmung zwischen dem rumänischen Gesandten und den bulgarischen Ministern zu verhelfen. Mit Herrn Derussi bin ich bis jetzt äusserst vorsichtig; nicht nur schlage ich mit ihm prinzipiell einen Ton an, der den Eindruck geben muss, dass ich mit dem rumänischen Gesandten viel vertrauensvoller als mit den Bulgaren verkehre, sondern vermeide ich auch die Impression, als ob ich den Zweck verfolgen würde, Derussi, coûte que coûte, zum Bulgarophilismus zu bekehren. Wenn ich über die bulgarische Politik oder Regierung eine Anschauung ausspreche und der rumänische Kollege einer anderen Ansicht ist als ich, insistiere ich nicht, sondern lasse ihn bei seiner Auffassung, bis er sich selbst von ihrer Unrichtigkeit überzeugt, was bereits einmal vorgefallen und was Derussi offen eingestanden. Leichter ist meine Aufgabe mit den bulgarischen Staatsmännern, die aufrichtig eine Annäherung an Rumänien wünschen. Wenn ich ihnen aus meinen Unterredungen mit dem rumänischen Gesandten einen Orientierungspunkt oder einen guten Rat geben kann, unterlasse ich es nicht. Dadurch helfe ich der Sache selbst und zugleich trage ich zur Vertiefung des Vertrauens in unsere Absichten und in meine persönlichen Intentionen bei. So habe ich kürzlich Radoslavoff und Ghenadieff vertraulich aufmerksam gemacht, dass ich bei dem rumänischen Gesandten eine Empfindlichkeit und ein gewisses Misstrauen bezüglich der Strömungen in der bulgarischen Bevölkerung in der Dobrudja constatiert hätte, welche Strömungen er auf eine von hier ausgehende Agitation zurückzuführen schiene. Die beiden Staatsmänner dankten mir für diese Information und fassten es auch als einen Freundschaftsdienst auf, als ich sie verständigte, dass Derussi den Eindruck einer grossen Reserve ihm gegenüber seitens Radoslavoffs und speziell Ghenadieffs bekommen hätte. Der rumänische Kollege hat mir tatsächlich Bemerkungen in diesem Sinne gemacht und ich ermahnte meine bulgarischen Freunde, den erwähnten Eindruck vor der bevorstehenden Abreise Derussis nach Bucarest zu verwischen. Sowohl Radoslavoff als

Ghenadieff sagten mir, sie würden nach Gelegenheit suchen, den rumänischen Gesandten vor dessen Reise gut zu disponieren. Tarnowski.

P. S. Am 29. Januar. Herr Derussi erzählte mir gesprächsweise, er hätte vorgestern den Besuch Ghenadieffs und eine interessante Conversation mit ihm gehabt. Man hätte auch von den rumänisch-bulgarischen Beziehungen gesprochen und Ghenadieff habe gefragt, welche Garantien Rumänien verlangen würde, um an die Loyalität der Absichten Bulgariens zu glauben. Derussi hätte geantwortet, „der formelle Beitritt Bulgariens zum Dreibund" dürfte Rumänien genügen, worauf Ghenadieff keine Antwort gegeben hätte. Ich möchte mir erlauben, die Aufmerksamkeit Euer Excellenz darauf zu lenken, dass ich den Gedanken, wonach ein formeller Anschluss Bulgariens an den Dreibund den Weg zur Verständigung mit Rumänien ebnen würde, nicht zum erstenmal von dem rumänischen Gesandten höre (vide letztes Alinea meines Berichtes Nr. 9 *b)* vom 24. Januar l. J.). Tarnowski.

a) Vgl. n. 9280, 9319. — *b)* Mit Bericht Nr. 9, 24. Jan. 1914 (eing. 26. Jan.) wurde ausführlich über zwei Unterredungen mit dem neuen rumänischen Gesandten Derussi berichtet, bei denen dieser sich dahin äußerte, daß mit Rücksicht auf das in Rumänien herrschende Mißtrauen gegen Bulgarien eine baldige politische Annäherung der beiden Staaten wenig wahrscheinlich sei und dieselbe eventuell nur dadurch erleichtert werden könnte, daß sich Bulgarien gleich Rumänien dem Dreibunde formell anschließe.

Nr. 9254. Bericht aus Berlin, 28. Jan. 1914 Nr. 8 A (eing. 29. Jan.).a) Ausfert.

Prinz Wied hat mich gestern durch den k. u. k. Legationsrat Grafen Larisch ersuchen lassen, Euer Exzellenz Vermittlung zu erbitten, damit ihm für seine Reise von Triest nach Albanien — wenn möglich — ein Fahrzeug der k. u. k. Marine zur Verfügung gestellt werde. Der Prinz meinte, daß es ihm zur Festigung seiner Stellung und zur Hebung seines Ansehens den Albanesen gegenüber sehr zweckmäßig erschiene, wenn er seinen feierlichen Einzug in Albanien auf einem Schiff der k. u. k. oder der königlich italienischen Marine halten könnte. Ueber den von der deutschen Regierung hiezu eingenommenen Standpunkt will sich Prinz Wied bei Herrn von Jagow informieren. Welcher von den beiden obgenannten Staaten ihm das Fahrzeug liefert, sollte nach seiner Meinung von den beiden Regierungen unter einander ausgemacht werden. Wie Graf Larisch mir meldet, schien dem Prinzen auch die Idee vorzuschweben, als könnte er auf dem Schiff eines Staates fahren, indes das Schiff des anderen ihm als Begleitschiff dienen sollte. Prinz Wied würde zu seiner Reise sowie zu der seiner Familie und Begleitung ein Fahrzeug mit mindestens 10 bis 12 besseren Kabinen benötigen. Seine weitere Bitte geht dahin, dieses oder ein anderes ähnliches Schiff nach seiner Landung in Albanien noch für einige Monate zur Bereisung der Küste in den albanesischen Gewässern zurückzubehalten, das heißt zu einem möglichst billigen Preise zu mieten. Der k. u. k. Marine-Attaché Graf Colloredo-Mannsfeld, den Prinz Wied ebenfalls im Gegenstande gesprochen hat, berichtet darüber direkt an die Marinesektion. Szögyény.

a) Vgl. n. 9228, 9277.

Nr. 9255. Bericht aus Bukarest, 28. Jan. 1914 Nr. 7 (eing. 31. Jan.).[a] Ausfert.

Streng geheim. Soeben verlässt mich der Ministerpräsident, Herr Bratianu, nach anderthalbstündigem Besuche. Um den Charakter unserer streng geheimen Unterredung richtig zu beleuchten, muss ich vorausschicken, dass ich mit Bratianu auf einer Art Freundschaftsfuss stehe. Ich sehe ihn sehr häufig, er bringt mir ein besonderes Wohlwollen entgegen und unsere Unterredungen tragen den Stempel einer gewissen ungezwungenen Offenheit; wenigstens erklärte mir Bratianu, nicht diesmal, aber schon wiederholt, dass er mit mir anders reden könne, als mit den anderen Gesandten, weil er weiss, dass ich freundliche Absichten gegen Rumänien hege und absichtlich nichts machen würde, was Rumänien von der Monarchie abstösst. Der angebliche Grund seiner unangesagten Visite war seine Bitte, mit dem Herrn Minister des Aeussern nicht über weitergehende politische Fragen zu sprechen, sondern mich stets an ihn selbst zu wenden, da Porumbaru nichts von unserem Bündnisse wisse, daher nicht geeignet sei für solche Gespräche. Ich erwiderte lachend, dass ein Minister des Aeussern, der über die fundamentalsten Dinge seiner eigenen äusseren Politik nicht unterrichtet werden dürfe, doch eigentlich eine merkwürdige Erscheinung sei, was Bratianu, in meine Heiterkeit einstimmend, vollständig zugab, das Faktum jedoch mit dem direkten Befehle des Königs erklärte. Bald jedoch gieng Bratianu in medias res ein und erklärte, er habe die allerschlechtesten Nachrichten über den Fortgang der ungarisch-rumänischen Verhandlungen, der Abbruch stehe unmittelbar bevor. Ich erwähnte, dass ich seit längeren Tagen nichts Positives mehr gehört hätte, dass aber meine letzten Nachrichten nicht so hoffnungslos gelautet hätten. Der Herr Ministerpräsident blieb bei seiner Auffassung, die er als vollständig sicher bezeichnete und liess meine Einwendung, dass bei Ausgleichsverhandlungen oft aus taktischen Gründen im letzten Moment pessimistische Gerüchte lanciert werden, nicht gelten, behauptete vielmehr, wir stünden unmittelbar vor dem Abbruch der Verhandlungen und damit an dem Beginne einer vollständig neuen Phase der Politik überhaupt. Denn die öffentliche Meinung ganz Rumäniens werde sich mit elementarer Gewalt gegen uns kehren und unser Bündnis sei damit, wenn auch nicht de jure, so doch de facto wertlos geworden. Es würden sich antiösterreichische Demonstrationen wiederholen wie im Vorjahre und an ein Zusammengehen sei dann nicht mehr zu denken. Der Herr Ministerpräsident schloss seine lange Rede mit der direkten Bitte an mich, ich möchte nochmals beim Grafen Tisza sowie bei den Rumänen intervenieren, um dieses „Unglück" für unsere Monarchie abzuwenden. Ich erwiderte, ich bedauere nicht mehr intervenieren zu können. Ich hätte bei den wiederholten — ihm bekannten, da teilweise durch ihn vermittelten — Besuchen der Rumänenführer auf das Energischeste im Sinne des Friedens gesprochen, wenn sie sich nicht daran kehren, so könne ich nicht helfen. Auf Grafen Tisza hätte ich absolut keinen Einfluss. Ich sei auch der Meinung, dass der Abbruch der Verhandlungen ein sehr unerfreuliches Ergebnis wäre, müsste ihn aber aufmerksam machen, dass eine erneuerte feindliche Haltung des hiesigen Volkes vor Allem gefährlich für Rumänien selber wäre. Das

Bündnis sei nicht wertvoller für uns als für Rumänien. Dass wir freundschaftliche Intentionen hätten, hätten wir, glaube ich, in letzter Zeit zur Genüge bewiesen — nachlaufen würde die Habsburgische Monarchie Niemandem auf der Welt und wir könnten ja auch eine andere Politik machen, ebenso gut wie die Rumänen. Der Herr Ministerpräsident war während meiner Ausführungen aufgestanden und gieng mit grossen Schritten im Zimmer auf und ab. Dann änderte er plötzlich den Ton und sagte: „Ce n'est pas au Ministre d'Autriche-Hongrie que je parle, mais à mon collaborateur; nous avons les mêmes intentions, nous désirons que les liens qui unissent nos deux patries soient resserrés — nous savons que c'est pour cette raison qu'on Vous a envoyé, aidez donc pour que ce malheur n'arrive pas. Nous travaillerons pour nos deux pays à la fois". Ich erwiderte, er renne offene Türen ein, wenn er mir beweisen wolle, dass der ungarische Ausgleich notwendig sei, ich sei felsenfest davon durchdrungen, ich hätte es tausendmal gesagt und geschrieben, ich könne es aber nicht ändern, wenn es nicht gehe. Wenn es zum Krach komme, müsse man eben die Konsequenzen abwarten und seine Politik darnach richten. Bratianu meinte, man solle kämpfen, bis zum letzten Momente. In grosser Ueberschätzung meiner bescheidenen Tätigkeit sagte er, ich hätte den Ausgleich mehr geschoben als irgend ein Anderer; ich solle die Flinte nicht in das Korn werfen. Ich solle bedenken, dass Russland und Frankreich deutlich auf das Scheitern hinarbeiten, der russische Gesandte habe ihm vor Kurzem gesagt: „Nous le savons vous n'êtes pas libre" mit dem Hinweis, er hoffe, diese „Freiheit" werde bald eintreten. Dann kam Bratianu auf die ganzen Vorgänge des letzten Jahres zu sprechen, um mir zu verstehen zu geben, wie furchtbar schwer seine Position werden würde, wenn der Ausgleich scheitere. Er sei nie ein Gegner Oesterreichs gewesen, er habe Gołuchowski und später Aehrenthal die Beweise geliefert, aber der grosse Irrtum des letzten Jahres sei gewesen, dass die Monarchie nicht eingesehen hätte, dass bei dem grossen Umsturz am Balkan Rumänien etwas erhalten müsse, um weiterexistieren zu können. Wenn alle andern Staaten sich vergrössern und Rumänien nichts erhalte, so falle es in diesem Rennen zurück, es bleibe damit nicht stehen, sondern verliere an Terrain. Ich erwiderte, Oesterreich habe nie etwas dagegen gehabt, dass sich Rumänien auch einen Fetzen aus dem türkischen Kadaver herausreisse, aber die Rumänen selbst hätten ja doch gar nicht gewusst, was sie eigentlich wollten, sie hätten niemals ihre Aspirationen in Wien klar formuliert und man könne nicht verlangen, dass wir uns für sie den Kopf zerbrechen und ihnen sagen, was sie eigentlich wollen sollen. Das ist völlig richtig, erwiderte Bratianu, und dies sei die grosse Schuld Maiorescos, aber auch des Königs, keiner von Beiden wäre sich klar gewesen, was zu ambitionieren sei, sie hätten das Gefühl gehabt, „es müsse etwas für Rumänien herausgeschlagen werden" — aber wie, wann und was sei nie entschieden worden. Er — Bratianu — habe damals (bei Beginn des Balkankrieges) so gewünscht, dass Majorescu entfernt werde, damit er selbst klar und offen in Wien sagen könne, wie man sich die Unterstützung Rumäniens durch die Monarchie eigentlich denke. „Enfin", erwiderte ich — „je crois que sur ce point-là nous sommes d'accord; ce n'était

pas la faute de Vienne si Votre Gouvernement ne savait pas ce qu'il voulait, mais ne parlons pas du passé, ni Vous ni moi nous pouvons le changer — parlons de l'avenir." Nochmals wiederholte Bratianu darauf seine direkte Bitte, ich möchte in Wien und Pest intervenieren, um den Krach des Ausgleichs zu verhindern „pour empêcher une catastrophe" — und nochmals erklärte ich ihm, ich sei ausser Stande, dies zu tun. Ich sei so wie so schon viel weitergegangen, als meine bescheidene Stellung hier eigentlich gestatte; ich hätte die Rumänen bearbeitet, ich hätte dem Grafen Tisza den ganzen Ernst der Situation völlig offen gesagt, — wenn der Ausgleich trotz alledem nicht zu Stande komme, so könne ich daran nichts ändern. Niemand könne mir vorwerfen, ich sei dem Ausgleichswerke passiv gegenübergestanden, — ich könne nicht mehr machen, als ich gemacht hätte, man müsse jetzt einfach abwarten, was geschieht. Und da machte Bratianu eine sehr symptomatische Bemerkung, die ich wörtlich zitiere: „Mais mon cher ami, dites-moi, est-ce qu'un traité, qui est tellement contre l'opinion publique du peuple roumain, qu'il ne peut être exécuté, a de la valeur pour Vous?" Ich erwiderte, ich sei Gesandter und nicht Minister des Aeussern und könne diese Frage nicht beantworten, deren Entscheidung am Ballhausplatz fallen müsse, — man müsse aber meiner Ansicht nach erst abwarten, was überhaupt geschieht. Zum Schlusse spielte der Herr Ministerpräsident auf eine Sache an, die ich hier bereits gehört hatte, von der ich aber nichts weiss und der ich keine Bedeutung beimesse. Er meinte zu wissen, die Ungarn, denen meine Ernennung ein Dorn im Auge sei, verlangten meine Abberufung, um so mit dem Scheitern der Ausgleichsverhandlungen und meiner gleichzeitigen Abberufung den Beweis zu liefern, dass der Curs in ungarischem Sinne geändert werde. Der Minister meinte — mit freundlichen Phrasen für mich — er könne dies nicht glauben, denn „er und ich" wir würden doch wohl einen Weg finden, die Sache wieder irgendwie einzurenken, — während meine Abberufung eine Deutung erfahren müsste, die kritisch sei. Ich erwiderte lachend, meine Wenigkeit sei mir ein Detail der ganzen Sache, ich glaube ihn aber über diesen Punkt beruhigen zu können. Auch in Rumänien werde vieles geschwätzt, was nicht ernst genommen werden dürfe. Ottokar Czernin.

[a]) Vgl. n. 9273.

Nr. 9256. Bericht aus Konstantinopel, 28. Jan. 1914 Nr. 8 A (eing. 31. Jan.). Ausfert.

In letzter Zeit sind in der hiesigen Presse vielfach Artikel mit dreibundfeindlicher Tendenz erschienen; und zwar auch in Blättern, welche dem Komitee sehr nahe stehen. Der Grund für diese Richtung ist meiner Ansicht nach in erster Linie in dem Gefühle der Enttäuschung zu suchen, welches bei den hiesigen maßgebenden Kreisen die Haltung der Dreibundmächte in der Inselfrage hervorgerufen hat. In dieser Beziehung mißt man hier die Hauptschuld Deutschland zu und glaubt, daß die beiden anderen Dreibundmächte mehr oder weniger unter dem deutschen Drucke der Proposition Sir Edward Greys zugestimmt hätten. Namentlich gilt dies für Italien, von welchem man hier zu wissen glaubt, daß es bezüglich Chios

und Mytilene sehr lange den türkischen Standpunkt vertreten habe. Aus Kreisen der hiesigen italienischen Botschaft erfahre ich, daß die Engländer den Türken gegenüber die Inselfrage in dem Lichte darstellen, als seien die von Italien besetzten Inseln des Dodecanèse erst durch die Proposition Sir Edward Greys der Türkei gerettet worden, da sich die Großmächte in London darüber geeinigt hätten, daß alle ägäischen Inseln Griechenland zufallen würden. Auch die schwache Haltung der deutschen Regierung in der Frage der Militärmission hat hier sehr verstimmt und wird die Schuld daran, daß man diesbezüglich Rußland nachgeben mußte, unserem deutschen Verbündeten in die Schuhe geschoben. Wenn man nun auch einen großen Teil der Ententefreundlichkeit der hiesigen Blätter darauf zurückführen kann, daß durch dieselbe die jetzigen Anleiheverhandlungen in Paris vorteilhaft beeinflußt werden sollen, so ist trotzdem die sich jetzt geltendmachende Tendenz der Abwendung vom Dreibunde symptomatisch. Es mag hiezu eventuell auch die scharfe Sprache beigetragen haben, welche ich über Auftrag Euer Exzellenz nach dem Putschversuch in Valona hier geführt habe. Mir persönlich ließen die türkischen Staatsmänner dies allerdings nicht fühlen, jedoch hat sich der überhaupt eher franzosenfreundliche Djemal Pascha dem k. und k. Militärattaché gegenüber in solcher Weise ausgesprochen, daß Oberst Pomiankovski den Eindruck hatte, es müsse in den Komitee- und Regierungskreisen eine starke Verbitterung gegen uns herrschen. Zur Illustrierung des Tones, welchen die hiesige Presse jetzt anschlägt, möchte ich eines vor wenigen Tagen im extremunionistischen Blatte Tasfir-Eskiar erschienenen Artikels Erwähnung tun, welcher in ziemlich unflätiger Weise gegen die europäische Politik der Türkei gegenüber loszog. An der Spitze dieses Artikels war das Bild der Dreibundssouveräne und ihrer hiesigen Botschafter abgedruckt. Ich habe diesen Artikel dem Grossvezier gegenüber zur Sprache gebracht, welcher mir versicherte, daß die hiesigen leitenden Kreise mit diesen Auslassungen durchaus nicht einverstanden seien. Übrigens habe man das genannte Blatt wegen dieses Artikels bereits suspendiert. Pallavicini.

Nr. 9257. Bericht aus Konstantinopel, 28. Jan. 1914 Nr. 8 C (eing. 31. Jan.). Ausfert.

Geheim. Der in meinem Berichte vom 19. d. M. Nr. 7 A enthaltene Namen Burgas hat sich tatsächlich durch einen lapsus calami eingeschlichen und ist richtig durch Namen Schumla zu ersetzen. Was nun die Form anbelangt, in welcher ich Herrn Toscheff die in Euer Exzellenz Telegramm Nr. 33*a)* erwähnte Bemerkung machte, so möchte ich hier nochmals wiederholen, dass ich dieselbe ausdrücklich als meine rein persönliche Ansicht vorbrachte. Schon die Art und Weise, wie die Sache zur Sprache kam, musste bei Herrn Toscheff diesen Eindruck zurücklassen. Meine Bemerkung erfolgte nämlich als Antwort auf die in meinem citierten Berichte erwähnten Ausführungen des bulgarischen Gesandten, dass seiner Ansicht nach Rumänien sich mit einer Erklärung Bulgariens begnügen könnte, dass letzteres ein für allemal auf die Rumänien abgetretenen Gebiete verzichten wolle. Ich berief mich übrigens in meiner Antwort ausdrücklich auf meine Kenntnisse der rumänischen Verhältnisse und Personen, so dass mein Mitredner

durchaus nicht den Eindruck gewinnen konnte, dass es sich um Aeusserungen handelt, welche irgendwie auf Mitteilungen sei es aus Wien sei es aus Bukarest zurückzuführen wären. Herr Toscheff befindet sich augenblicklich in Sofia; ich werde jedoch je nach seiner Rückkehr Gelegenheit nehmen ihn aufzuklären, falls ich bemerken sollte, dass er mich irgendwie missverstanden hat.

Pallavicini.

[a]) Vom 26. Jan. = n. 9244.

Nr. 9258. Bericht aus Konstantinopel, 28. Jan. 1914 Nr. 8 D (eing. 31. Jan.).[a]) Ausfert.

Die Beziehungen zwischen der Türkei und Bulgarien, welche unmittelbar nach dem Friedensschlusse so günstige waren, haben sich, wie Euer Exzellenz bekannt, im Laufe der letzten Wochen minder gut gestaltet. Der nächste Grund hiezu scheint in der Behandlung der Mohammedaner in Westthrazien durch die bulgarischen Behörden zu liegen. Von hier aus ist es sehr schwer festzustellen, inwieferne die diesbezüglichen Klagen der Türken auf Wahrheit beruhen. Es wäre nämlich auch gar nicht ausgeschlossen, dass die Türken jetzt in Thracien gerade dieselbe Taktik bezüglich der dortigen Mohammedaner befolgen wollen, welche seiner Zeit seitens der Bulgaren gegenüber den Christen in Macedonien mit so viel Erfolg zur Anwendung gelangte, nämlich die, dass die Klagen über die schlechte Behandlung der Bevölkerung nur einen Vorwand zur Erreichung anderer Ziele bieten sollen. Die Ziele, welche die türkischen Staatsmänner hiebei im Auge haben könnten, können zweifacher Natur sein. Entweder will man, wie ich dies bereits telegrafisch[b]) anzudeuten Gelegenheit hatte, einfach auf die Bulgaren einen Druck ausüben, um sie zur Unterzeichnung des Geheim-Vertrages zu bewegen, oder aber wollen die Türken nach dem Beispiele, welches ihnen von den christlichen Staaten am Balkan am eigenen Leibe gegeben wurde, die Pomaken-Frage dazu benützen, um gegebenen Falles immer eine Handhabe zum Eingreifen zu besitzen. Ich hatte vorgestern mit dem Grossvezir eine längere Unterredung, während welcher ich ihm meine Befürchtungen aussprach, dass vielleicht gewisse Kreise hier Phantomen nachjagen und auf diese Weise die Türkei eventuell in eine sehr schwierige Lage bringen könnten. Hierauf antwortete mir der Grossvezir, dass er die Sache vollkommen in seiner Hand habe. Er sei der festen Ueberzeugung, dass die Türkei jetzt Ruhe brauche, um sich von den schweren Schlägen, welche sie im Laufe des letzten Jahres getroffen haben, zu erholen. Deshalb werde er sich jedweder abenteuerlichen Velleität in der äusseren Politik auf das entschiedenste widersetzen. Das einzige, was er anstrebe, dies gebe er ganz offen zu, sei, die Inselfrage in einer für die Türkei günstigen Weise zu lösen. Ich erwiderte hierauf, es sei mir bekannt, dass sehr einflussreiche Persönlichkeiten (hiebei spielte ich auf Leute an, welche sich jetzt im Cabinete befinden) sich noch mit viel weitergehenden Plänen trügen und zwar hätte ich schon von verschiedenen Seiten von der „Mesta-Linie“ reden gehört, welche früher oder später wieder die türkische Grenze in Thracien bilden müsse. Said Halim Pascha konnte diese in so bestimmter Form von mir vorgebrachte Behauptung nicht in Abrede stellen und antwortete blos

mit einer allgemeinen Frase, dass man ja ideale Hoffnungen haben könne und auch in allen Ländern habe. Uebrigens könne er mich versichern, dass denjenigen, welche an die „Mesta-Linie" denken, die Erreichung derselben nur im Vereine mit Bulgarien, niemals aber gegen Bulgarien vorschwebe. Ich verhehlte dem Grossvezir nicht, dass diese seine Aeusserungen nicht darnach angetan seien, um mich zu beruhigen und liess durchblicken, dass er selbst, vielleicht sogar gegen seinen Willen, durch unruhige Elemente mitgerissen werden könnte. Said Halim Pascha versicherte hierauf nochmals, dass er vollkommen Herr der Situation und fest überzeugt sei, dass in der nächsten Zukunft, wenigstens während der kommenden Monate, nichts zu befürchten sei. Die Dinge stünden seiner Ansicht nach heute so, dass die Wahrscheinlichkeit der Erhaltung des Friedens 80% betrage. In diesem Zusammenhange möchte ich noch erwähnen, dass mich der hiesige bulgarische Gesandte vor seiner Abreise nach Sofia aufsuchte und mir bei dieser Gelegenheit die Lage in Bulgarien als eine kritische bezeichnet hat. Herr Toscheff sagte mir, es müsse mit der Möglichkeit gerechnet werden, dass eine russophile Regierung ans Ruder kommen könnte, welche dann eventuell sogar den König zwingen würde, zu Gunsten des Kronprinzen abzudanken. Dann würden, wie der bulgarische Gesandte sagte, nach Bulgarien russische Offiziere kommen, sowie jetzt hierher deutsche, jedoch in viel grösserer Anzahl. Russische Ingenieure und Unternehmer jeglicher Art würden dann das Land überschwemmen und dasselbe in kürzester Zeit zu einer Art russischen Provinz machen. Herr Toscheff will dies auch dem Grossvezier gesagt haben, auf welchen diese Aeusserungen einen sichtlichen Eindruck gemacht hätten. Pallavicini.

[a]) Vgl. n. 9252, 9265, 9268, 9274. — [b]) n. 9224.

Nr. 9259. Bericht des Militärattachés in Konstantinopel, 28. Jan. 1914 Res. Nr. 29 (eing. als Einsichtsstück des Chefs des Generalstabs vom 4. Feb. Nr. 315/I am 10. Feb.).[a]) Abschrift.

Die Verhandlungen behufs Festsetzung der neuen Attributionen des Marschalls Liman scheinen zwar nach längeren Bemühungen zu Ende gelangt zu sein, doch werden die Resultate derselben streng geheim gehalten. Wie aus sicherer Quelle verlautet, wird diesbezüglich weder ein Iradé erscheinen, noch irgend etwas offiziell verlautbart werden. Es kann jedoch als sicher angenommen werden, dass Liman in Zukunft nur die Funktion des Chefs der deutschen Mission sowie jene des Generalinspektors des gesamten Schulwesens der Armee ausüben und vielleicht auch ein beschränktes Inspizierungsrecht über die Armee besitzen wird. Nachdem nun, wie aus den letzten Vorgängen zu ersehen, Enver Pascha dem Marschall in Bezug auf Personalien keine Ingerenz gestattet, so hängt die Wirksamkeit der Limanschen Inspizierungen ausschliesslich vom guten Willen des Kriegsministers ab. Hieraus folgt, dass sich die Rolle des Marschalls auf seine Stellung als Ratgeber des Kriegsministers beschränkt und von irgend welchen effektiven Machtbefugnissen desselben keine Rede mehr sein kann. Der Einfluss des deutschen Missionschefs auf die Reorganisation und Entwicklung der ottomanischen Armee hängt hiemit hauptsächlich von dem persönlichen

Verhältnis desselben zu Enver Pascha ab. Dasselbe kann zwar nach den Vorgängen der letzten drei Wochen nicht sehr herzlich sein. Es ist jedoch zu erwarten, dass Marschall Liman — so schwer es ihm fallen dürfte — doch vorläufig alles vermeiden wird, was einen Bruch herbeiführen und seine Stellung gefährden könnte. ... *Verwendung der deutschen Militärmission.* ... Pomiankowski.

[a] Vgl. n. 9211, 9323.

Nr. 9260. Bericht des Gerenten des Vizekonsulates Kanzleisekretär Heinrich Hoflehner aus Nisch, 28. Jan. 1914 Nr. 12 (eing. Belgrad, 2. Feb.). Ausfert.[a]

Ein Vertrauensmann, welcher sich kürzlich in Belgrad aufgehalten hatte, brachte von dort einige Mitteilungen betreffend den Geheimbund „Crna ruka" mit. Letzterer soll heute bereits eine sehr starke Position einnehmen und ausser den zahlreichen Anhängern im Offizierskorps auch solche in politischen Kreisen haben. Dem Bunde soll auch der kürzlich abgetretene Kriegsminister General Božanović angehören, der ihn gegenüber der Regierung in Schutz nahm. Als es darob zu einem gespannten Verhältnis zwischen dem General und den anderen Mitgliedern des Kabinettes kam, besorgte die Regierung sogar eine durch den Geheimbund geplante Aktion, nachdem erhoben worden war, dass die der „Crna ruka" angehörenden Offiziere in der Nacht vom 15. auf den 16. d. M. beim Stabe der Donau-Division eine Sitzung abgehalten hatten. Die genannte und die darauf folgenden zwei Nächte herrschte dann in Belgrad strenge Polizei- und Gendarmeriebereitschaft und wurde auch der Konak scharf bewacht. Der neue Kriegsminister gehört dem Geheimbunde nicht an und glaubt man daher, dass es zu Zusammenstössen zwischen ihm und den Mitgliedern des Bundes kommen wird. Die Begnadigung des Majors Vemić, die in Offizierskreisen im Allgemeinen grosse Genugtuung hervorrief, wird auf die Initiative der „Schwarzen Hand" zurückgeführt. Der Geheimbund soll mit der Ausarbeitung einer neuen Offiziers-Einteilung beschäftigt sein. Falls dieser vom Kriegsminister nicht zugestimmt werden sollte, würde der Bund alle Hebel in Bewegung setzen, um den Minister aus seiner Stellung zu bringen. Hoflehner.

[a] Aus dem Archiv der Gesandtschaft Belgrad. Vgl. n. 9216, 9485.

Nr. 9261. Bericht aus Paris, 28. Jan. 1914 Nr. 8 A (eing. 31. Jan.). Ausfert.

Die Revelationen in der Presse über einen angeblichen serbisch-rumänischen Geheimvertrag vom 10./23. Juni 1913 wollen nicht verstummen. Euer Excellenz dürften wahrscheinlich direkt von dem Interview des ehemaligen russischen Militärattachés in Paris, Grafen Mouravieff-Amoursky, das im „Petit Niçois" vom 6. l. M.[a] erschienen war, Kenntnis erhalten haben. Diese sensationellen Enthüllungen waren in den Pariser Blättern signalisiert worden, doch dauerte es längere Zeit, bis ich mir die betreffende Nummer beschaffen konnte, die ich nunmehr anruhend unterbreite. In dem

mitfolgenden Artikel der „Petite République“ vom 26.1. M.*b)* wird dieses Thema neuerlich erörtert. Obschon der Verfasser, Herr Nolay, jeden Hinweis auf die zahlreichen früheren Publikationen in der Angelegenheit vermeidet, so handelt es sich doch nur um eine Wiederholung der schon öfters aufgetauchten Nachrichten. Auch die Behauptung, dass die deutsche Regierung von diesem auf Zerstückelung der Monarchie abzielenden Vertrage Kenntnis gehabt hätte, ist nicht neu. Vielleicht hegen gewisse hiesige Kreise die naive Hoffnung durch Wiederholung solcher sensationeller Nachrichten Mistrauen zwischen Berlin und Wien zu säen? Szécsen.

a) Beilage. — *b)* Nicht aufgenommen, nur Paraphrase des Artikels des „Le Petit Niçois“.

*Beilage zu n. **9261.** Artikel des „Le Petit Niçois“ vom 9. Januar 1913.*

Un Document Diplomatique. Texte intégral du Traité secret entre la Serbie et la Roumanie (signé le 10 juin 1913).

Ce traité prévoit l'éventualité d'une guerre contre l'Autriche, et, au cas de résultat heureux, le partage de la Hongrie et de diverses provinces danubiennes.

Commentaires d'un diplomate russe.

Le général comte Mouravieff Amoursky, ancien attaché militaire de Russie à Paris, a bien voulu nous communiquer le texte intégral du traité secret signé le 10 juin 1913 entre la Serbie et la Roumanie. C'est un document diplomatique de la plus haute importance, et dont la portée internationale est très grave. Les clauses de ce traité offensif et défensif prévoient, en effet, l'éventualité d'une guerre des deux états balkaniques alliés contre l'Autriche, et le partage entre eux d'une grande partie de la Hongrie et de certaines provinces danubiennes. Enfin, ce document prévoit également l'intervention diplomatique et même militaire de la Russie. Voici d'ailleurs ce texte, dont la simple lecture montrera le puissant intérêt:

Traité secret conclu entre la Roumanie et la Serbie à la date du 10 juin 1913.

Article premier. Le Gouvernement de S. M. le Roi de Roumanie et le Gouvernement de S. M. le Roi de Serbie sont arrivés à la conviction que l'affermissement et le développement des relations amicales existant jusqu'à présent entre les royaumes de Leurs Majestés présentent une importance extraordinaire.

Art. 2. Les deux Hautes Parties contractantes se garantissent réciproquement leurs possessions actuelles et futures.

Art. 3. En exécution des engagements contractés par les deux Hautes Parties dans l'art. 2, les Hautes Parties déclarent que toutes les questions litigieuses concernant leurs droits de souveraineté et de possession seront réciproquement réglées par un mutuel accord.

Art. 4. S. M. le Roi de Roumanie s'engage, dans le cas où une puissance étrangère menacerait les possessions de S. M. le Roi de Serbie ou que les possessions seraient attaquées par la dite puissance, à prêter une aide armée à S. M. le Roi de Serbie dans la mesure qui sera nécessaire pour l'exécution des engagements pris dans l'article 2 du présent traité.

Art. 5. S. M. le Roi de Serbie s'engage, dans le cas où une puissance étrangère menacerait les possessions de S. M. le Roi de Roumanie, ou que ces possessions seraient attaquées par la dite puissance, à prêter à S. M. le Roi de Roumanie une aide armée de 200.000 hommes au maximum.

Art. 6. Les engagements réciproquement pris par les deux Hautes Parties contractantes par les articles 4 et 5 sont exécutoires aussitôt que l'une ou l'autre des deux Hautes Parties ou les deux Hautes Parties simultanément seront attaquées par une puissance plus forte.

Art. 7. En cas d'un conflit armé de l'une ou de l'autre des deux Hautes Parties avec un Etat d'une force égale, l'autre partie déclare une neutralité amicale. Les engagements pris aux articles 4 et 5 ne sont exécutoires qu'au cas où le principe établi par l'article 2 se trouverait menacé.

Art. 8. Pendant l'exécution des engagements pris dans les articles 4 et 5, les deux Hautes Parties conservent le commandement de leurs troupes respectives. Le commandement supérieur des troupes alliées est assumé par celui des commandants qui, — à grade égal — aura sous ses ordres le plus de troupes. L'exécution des opérations militaires s'effectue avec l'assentiment mutuel des Etats-majors des deux armées. Pourtant, en cas de divergence, c'est le sage avis de S. M. le Roi de Roumanie qui décide.

Art. 9. En cas de mobilisation, les Gouvernements des deux Hautes Parties assurent respectivement l'armement, le ravitaillement et la solde de leurs troupes. Dans les Etats des deux Hautes Parties, les troupes seules de chacune d'elles ont le droit de réquisitionner. Néanmoins, les contributions de guerre peuvent être levées par les troupes des deux Hautes Parties dans le cas seulement où les opérations militaires s'effectueraient en dehors des limites des deux Etats contractants — la Roumanie et la Serbie.

Art. 10. Dans le cas où les troupes alliées auraient besoin de se fournir mutuellement d'armes de munitions, de vivres ou des soldes, cette fourniture fera l'objet d'un examen et d'un compte spéciaux de la part des Gouvernements des deux Hautes parties contractantes.

Art. 11. S. M. le Roi de Serbie déclare qu'il reconnaîtra tous les territoires situés au Nord du Danube et des Alpes Transylvaniennes et habités par des Roumains ou ayant une population roumaine prépondérante comme se trouvant dans la sphère des intérêts du Roi de Roumanie.

Art. 12. S. M. le Roi de Roumanie déclare qu'il reconnaîtra tous les territoires situés au Nord du Danube et à l'Ouest de la Tisza comme se trouvant dans la sphère des intérêts du Roi de Serbie.

Art. 13. Au cas où, au cours des opérations militaires, les troupes de l'une des deux Hautes Parties occuperaient les territoires rentrant dans la sphère des intérêts de l'autre Partie, ces régions seront, à la conclusion de la paix, évacuées au profit de la Partie dans la sphère des intérêts de laquelle entrent ces régions.

Art. 14. Dans les cas où les engagements exprimés dans les articles 4 et 5 entrent en exécution, la paix ne peut être conclue qu'avec l'assentiment mutuel des deux Hautes Parties.

Art. 15. Dans les cas de divergence ainsi que dans le cas où le Gouvernement Impérial Russe prêterait à l'une des deux Parties ou aux deux une

aide diplomatique ou militaire, dans l'éventualité d'opérations extérieures, la décision définitive dépend de S. M. l'Empereur de toutes les Russies.

Art. 16. Le présent traité, valable pendant dix ans, entre en vigueur immédiatement après sa signature et peut être renouvelé un an avant l'expiration de ce délai.

Des conventions spéciales découlant du présent traité peuvent être conclues par les deux Hautes Parties contractantes. Signé à Bucarest, le 10 juin 1913 (V. S.) Signé: Majoresco, Ministre des Affaires Etrangères; Avarescu, Chef du Grand Etat-Major; Christescu, Lieutenant-colonel. Signé à Belgrade, le 10 juin 1913 (V. S.) Signé: Pachitch, Premier Ministre; Putnik, Chef du Grand Etat-Major.

Commentaires du général comte Mouravieff Amoursky.

Nous avons prié le général comte Mouravieff Amoursky de traduire, pour nos lecteurs, la signification, la portée et les conséquences de ce document, plus ou moins cachées sous le langage conventionnel de la diplomatie. Le général Mouravieff Amoursky est bien qualifié pour donner cette interprétation. Il a été mêlé intimement, en effet, aux actes diplomatiques de son pays. Il est resté pendant deux ans attaché militaire de l'ambassade de Russie à Paris, et a pris la part la plus active à la préparation d'une coopération éventuelle des armées des deux nations amies et alliées. Par ses déclarations claires et précises, on verra que le traité entre la Serbie et la Roumanie intéresse toute la politique européenne et le jeu des alliances qui en sont la base. Voici le texte fidèlement respecté de ces déclarations: „Le document que je me fais un plaisir de soumettre aux lecteurs et aux amis du Petit Niçois constitue — par son existence intrinsèque — la meilleure réponse à faire aux accusations d'indifférence et d'indolence dirigées par certaine presse contre la diplomatie russe. Le traité serbo-roumain du 10 juin 1913 porte l'estampille du Gouvernement de Saint-Pétersbourg. Sans son consentement ou plus simplement d'une manière générale, sans lui, la Serbie et la Roumanie n'auraient pas déclaré virtuellement ouverte la succession de l'Autriche sous les auspices de S. M. l'empereur de toutes les Russies. En reconnaissant à la Serbie et à la Roumanie les titres et qualités d'héritières à la succession, la Russie n'a pas agi à l'insu de la plus fidèle alliée de l'Autriche. Aussi — sans risquer d'extrapoler — suis-je contraint de soupçonner comme corollaires de ce traité un acte d'une essence analogue entre la Russie et l'Allemagne et un autre entre cette dernière et l'Italie. Quant à la signification géographique de l'accord serbo-roumain, on devrait en cette occurrence, plus qu'en aucune autre, tenir compte de l'élasticité extensive de l'expression „population prépondérante". Dès lors, on devrait considérer comme adjugées à la Serbie non seulement les régions de la Bosnie et de la Croatie, mais encore, d'après la lettre du traité, une grande partie de la Hongrie méridionale, tandis qu'à la Roumanie écherrait la partie de la Hongrie méridionale depuis la Tisza jusqu'à la frontière russe."

Nous n'ajouterons rien à ce commentaire. Il tire sa valeur et son autorité de la personnalité même du général Mouravieff Amoursky. La famille du général a joué un rôle considérable dans l'histoire de ces dernières

années en Russie. Rappelons simplement, en terminant, que le général est le cousin du comte M. Mouravieff, ministre des Affaires Etrangères de Russie de 1897 à 1900, qui signa le traité d'alliance avec la France.

Le général Mouravieff Amoursky.

Le général comte V. Mouravieff-Amoursky est né en 1861, à Pokof. Le Comte V. Mouravieff-Amoursky a commencé sa carrière militaire dans le régiment de la Garde de Finlande et dans le régiment Préobragensky. Après avoir complété ses études militaires à l'Académie de l'Etat-major, il fut nommé capitaine d'état-major. En 1899, il reçut le poste d'attaché militaire à Paris. Des divergences avec le ministre de la Guerre d'alors, le général André, déterminèrent le comte Mouravieff à résigner ses fonctions en 1901. Depuis quelques années, le général Mouravieff a pris sa retraite.

Nr. 9262. Tel. nach Rom, 28. Jan. 1914 Nr. 104 (chiffr. 10 U. 45 M. p. m.).[a] Konz. (S. Rappaport; V. u. G. Forgách).

Die mit dem Inhalte Euer Exzellenz Telegrammes Nr. 74 vom 28. d. übereinstimmenden Ausführungen Herzog Avarnas habe ich wie folgt beantwortet: Der Zeitpunkt der Räumung Südalbaniens könne auch nach meiner Ansicht nicht durch den vagen Ausdruck „aussitôt que possible", sondern nur durch präcise Daten für den Beginn und das Ende der Evacuirung bestimmt werden; hinsichtlich der Griechenland für das Aufhören des Widerstandes in Südalbanien auferlegten Verpflichtung acceptire auch ich die englische Formulierung. Zu Punkt III verhielt ich mich den Anwürfen des Botschafters gegenüber insoferne zurückhaltend, als ich betonte, es sei dies Sache Italiens, welches ich zwar unterstützen, in seinen einschlägigen Entschließungen aber nicht beeinflussen möchte. Ad IV verhielt ich mich zwar dem italienischen Standpunkt gegenüber nicht ablehnend, bemerkte aber, daß ich mich vor allem mit dem Berliner Kabinete ins Einvernehmen setzen möchte. Vorstehendes zur Regelung Ihrer Sprache. Laut Meldung des Grafen Trauttmansdorff[a] erwartet man im Foreign Office, daß wir und Italien einen Termin für Beginn und Ende der Evacuirung vorschlagen. Euer Exzellenz wollen die Festsetzung dieses Termines seitens Marquis di San Giulianos provociren.

[a] n. 9239, 9263.

Nr. 9263. Tel. aus Rom, 28. Jan. 1914 Nr. 74 (eing. 5 U. p. m.).[a] Entziff.

Südalbanesische und Inselfrage. Bezug auf Telegramm Nr. 93[b] vom 24. d. Mts. Minister des Äussern gab mir gestern Einsicht in ausführliches Telegramm des Botschafters in London mit Analyse englischer Note[c] und in seine vorläufige telegraphische Antwort. Hauptpunkte der letzteren: I.) Für Evakuierung wäre gefährliche Wendung „so bald als möglich" abzulehnen und neuer fixer Termin zu bestimmen. II.) Gegen Passus betreffend Aufgeben des griechischen Widerstandes keine Einwendung. Bezüglich Punktes I und II Einvernehmen mit uns vorbehalten. III.) Dodekanes. Lebhafte Polemik gegen Ausdruck „anormal", auf dessen Geheimhaltung Marquis di San Giuliano, wie er mir sagte, hofft. Sein

Telegramm führt beinahe drohend aus, dass hiedurch Okkupation nur verlängert werden könnte. Wenn bekannt, würde nämlich dieser Passus Widerstand der Türkei gegen ökonomische Konzessionen, welche Voraussetzung der Räumung sind, ermutigen und öffentliche Meinung in Italien irritieren. Infolge letzteren Umstandes müsste Italien Räumungshinausschiebung wegen wichtiger wirtschaftlicher Konzessionen ansprechen und im Sinne des Artikels 4 des Annexes 3 des Vertrages von Lausanne verlangen, dass italienischer Inspektor mit gleichen Attributionen wie die europäischen Inspektoren für Armenien einige Zeit auf Rhodus bleibe. Dass alle Mächte ein Interesse an dem Schicksal der Inseln haben, sei selbstverständlich, aber darunter befinde sich auch Italien. Auch könne man nicht von „Akkords vom August" sprechen, da damals keine Vereinbarungen, sondern nur Konstatierungen stattfanden. IV.) Junktim zwischen Massregeln gegen Griechenland und Türkei sei bedenklich. Ob Italien an eventuellen Massnahmen gegen Türkei teilnehme, werde es seinerzeit gemeinsam mit seinen Alliierten überlegen. Gedankenaustausch zwischen den Mächten hierüber könne aber erst stattfinden, wenn Griechenland freiwillig oder gezwungen Epirus evakuiert und albanesische Behörden davon Besitz ergriffen haben werden. Griechenland solle ja auch nach englischem Vorschlag Inseln erst nach Erfüllung dieser Bedingungen definitiv zugewiesen erhalten. Mérey.

a) Vgl. n. 9262. — *b)* Mit Tel. Nr. 93, 24. Jan. 1914 (chiffr. 10 U. p. m.) wurde eine vorläufige Mitteilung aus London über die Antwortnote Greys (vgl. n. 9239) nach Rom weitergegeben. — *c)* n. 9239.

Nr. 9264. Tagesbericht über einen Besuch des russ. Botschaftsrates Fürsten Kudaschew, 28. Jan. 1914 Nr. 399.a) Konz. (S. u. G. Berchtold).

Über meine Aufforderung ist Fürst Kudacheff am 28. bei mir erschienen. Ich habe dem russischen Geschäftsträger bemerkt, daß das von ihm dem Baron Macchio am 26. d. M. zugemittelte Memorandum*b)* mich unangenehm berührt habe, da darin der im Zuge befindliche Mármaros-Szigeter Prozeß in Discussion gezogen werde, eine Vorgangsweise, die ich als Einmengung in eine innere Angelegenheit absolut nicht zulassen könne. Es heiße nämlich in dem gedachten Memorandum, unsere Behauptung, daß die „affaire en cause" blos eine Folge der Agitationen des Grafen Bobrinsky sei, würde wahrscheinlich hinfällig gemacht werden können, wenn Bobrinsky die Möglichkeit nicht entzogen würde, bei diesem Processe als Zeuge auszusagen. Aus dieser Darstellung glaubte ich entnehmen zu müssen, daß Fürst Kudacheff bereits in seiner ersten, denselben Gegenstand betreffenden Aufzeichnung — de dato 21. d. M.*c)* —, wo von der Möglichkeit eines „nouvel incident se rapportant à cette affaire" die Rede gewesen sei, an das fragliche Rechtsverfahren angespielt habe, wogegen nach unserer Auffassung doch nur die Stellungnahme unserer Behörden zu dem Verlangen Bobrinskys nach freiem Geleite zwischen der Botschaft und dem Ministerium zu diskutiren war und diskutirt werden konnte. Der russische Geschäftsträger betheuerte, daß ihm der Gedanke ferne gelegen sei, mit der gedachten Notiz Kritik an dem im Zuge befindlichen Proceß, welcher selbstverständlich eine interne Angelegenheit der Monarchie bilde, üben zu wollen.

Wenn der Gedanke aufkommen konnte, daß er in dem betreffenden Schriftstück auf diesen Proceß anspielen wollte, so sei dies der im Drange der Geschäfte erfolgten etwas flüchtigen Stilisierung zuzuschreiben, welchen Umstand er aufrichtig bedauere. Was aber das Memorandum vom 26. d. M. anbelange, so müsse er ein Mißverständnis feststellen, indem er unsere Mitteilung „que l'affaire en cause n'était qu'une suite des agissements du Comte Bobrinsky" dahin interpretiert habe, daß wir unter der „affaire en cause" den Proceß gemeint hätten. Ich benützte diesen Anlaß, um dem Geschäftsträger nicht nur volle Klarheit über die Unzulässigkeit einer Diskussion letzteren Themas zu verschaffen, sondern auch denselben darüber außer Zweifel zu setzen, daß uns die politischen Umtriebe des Grafen Bobrinsky sattsam bekannt sind und die russischerseits unternommenen Versuche, dieselben mit dem Gewande religiöser Propaganda zu verhüllen, hier nicht verfangen können.

[a]) Vgl. n. 9278. — [b]) Beilage zu n. 9247. — [c]) n. 9225.

Nr. 9265. Tel. aus Sofia, 28. Jan. 1914 Nr. 40 (eing. 5 U. p. m.).[a]) *Entziff.*

Geheim. Finanzminister, den in administrativer Angelegenheit soeben besuchte, sagt mir, Regierung diskutiere seit Ankunft Toscheffs Lage vom Standpunkte türkischer Gefahr, die er, Finanzminister, als äusserst ernst betrachte. Die Informationen, die Toscheff aus Konstantinopel gebracht und jene, die man hier über militärische Dislokationen und Vorbereitungen der Türkei bei Adrianopel, Dimotika und so weiter habe, gestatten keinen Zweifel über türkische Absichten auf Westthrazien. Finanzminister sei überzeugt, dass Türkei entschlossen sei, Westthrazien unter allen Umständen zurückzunehmen. Allianzvertrag mit Bulgarien werde Türkei nur zur Vereinfachung dieses Unternehmens dienen. Türken werden in Thrazien einmarschieren, bis Mesta vorrücken und dort Griechenland Bedingungen bezüglich Inseln stellen. Griechen werden nachgeben und Türkei werde Chios und Mytilene bekommen und zugleich Westthrazien behalten. Situation Bulgariens betrachtet Finanzminister als verzweifelt und es sei Moment gekommen, wo Bulgarien erfahren müsse, ob es auf Schutz Oesterreich-Ungarns und Deutschlands rechnen könne. Es sei unmöglich, dass bulgarische Regierung Allianz mit Türkei unterzeichne, ohne vorher vom Dreibund Zusicherungen zu erhalten. Durch Allianz mit Türkei, die zum Zwecke hätte, sowohl von Griechenland als auch von Serbien Stück Land zurückzugewinnen, würde sich Bulgarien zugleich in Kontradiktion mit Russland und Deutschland stellen. Bulgarien müsse daher unbedingt vor Unterzeichnung Allianz Sicherheit haben, dass Deutschland mit Zurücknahme Kavallas Griechen einverstanden. Finanzminister entwickelte diesen Gedankengang und fragte dann um meine Meinung und ob ich dächte, dass wir und Deutschland Türkei im Zaume halten werden. Ich sagte, dass wir uns in Konstantinopel verwenden, loyales Zusammengehen mit Bulgarien empfehlen, von jeder Aktion, die Bulgarien Verlegenheiten bereiten würde, nachdrücklichst abraten und dergleichen mehr. Finanzminister meinte, dass dies nicht genügen könne und Sicherheit notwendig, dass Deutschland unsere Politik nicht durchkreuzen werde. Finanzminister

bemerkte, dass Konseilspräsident gerade Audienz bei König habe, wonach Regierung zu einer Konklusion gelangen müsste. Ohne formellen Anschluss an uns und Deutschland hänge Bulgarien in Luft und Politik Kabinettes drohe Schiffbruch. Finanzminister sei Ansicht, dass Radoslawow mit formeller Frage an mich werde herantreten müssen, ob wir Bulgarien Schutz vor jungtürkischen Abenteurern garantieren können. Tarnowski.

a) Vgl. n. 9252, 9258, 9268, 9281, 9283.

Nr. 9266. Bericht aus Sofia, 28. Jan. 1914 Nr. 12 C (eing. 31. Jan.). Ausfert.

Mein rumänischer Kollege hat mir schon wiederholt von der Möglichkeit gesprochen, dass sich Serbien und Bulgarien wieder verständigen. Es sei dies — meint er — eine ernste Gefahr, mit der Österreich-Ungarn und Rumänien zu rechnen hätten. Russland arbeite eifrigst in diesem Sinne und dies genüge, um keinen Zweifel zu gestatten, dass es über kurz oder lang dazu kommen werde. Herr Derussi habe verlässliche Informationen von rumänischen Geschäftsleuten, die Serbien bereisen, dass bei der dortigen Bevölkerung sich eine entschiedene Neigung zur Verständigung mit Bulgarien constatieren liesse. Derussi wolle zugeben, dass in Bulgarien eine ähnliche Tendenz nicht bestehe und dass das jetzige Kabinett für die von Russland preconisierte Politik der Entente mit Serbien nicht zu haben wäre, Radoslavoff könnte aber die nächsten Sobranje-Wahlen nicht überleben und sein Nachfolger, der nur Malinoff sein könnte, werde sich gewiss den russischen Ratschlägen nicht unzugänglich zeigen. Herr Derussi erwähnte den bekannten Plan Russlands, laut dessen die Versöhnung Serbiens und Bulgariens auf Kosten Griechenlands herbeizuführen wäre. Bis jetzt sei alles nur im Werden begriffen und es sei unmöglich vorherzusehen, mit welchen Mitteln und in welcher Weise dieser Plan realisiert werden würde, jedenfalls verdiene aber die Frage die grösste Aufmerksamkeit und speziell solle man sich auch die Folgen vor Augen halten, die entstehen müssten, wenn Bulgarien die Vermehrung seines Besitzes in Macedonien (Cavalla) Russland verdanken würde. Das einzige, was dieser Politik entgegengesetzt werden könnte, sei — so sprach der rumänische Gesandte — das seinerzeitige Programm Goluchowskis, nämlich eine Entente zwischen Rumänien und Griechenland. Venizelos, der ein Freund dieser Politik sei, dürfte sich zwar nicht mehr lange halten, nach ihm könnte aber nur Theotokis kommen, der zu Deutschland gravitieren werde, welcher Umstand der Politik der rumänisch-griechischen Annäherung nur förderlich sein könnte. Tarnowski.

P. S. Ich begegnete nach Fertigstellung dieses Berichtes Herrn Derussi und constatierte bei ihm eine ruhigere Auffassung bezüglich der serbisch-bulgarischen Annäherung; er hätte mit dem serbischen Geschäftsträger gesprochen, der ihm gesagt habe, dass in Serbien nicht die geringste Neigung bestünde, von den annektierten Gebieten irgend etwas an Bulgarien abzutreten (vide Bericht Nr. 12 B a) von heute über Propaganda General Holmsens und dessen Versicherungen betreffend Bereitwilligkeit Serbiens zu territorialen Concessionen in Macedonien an Bulgarien). Tarnowski.

a) Nicht aufgenommen.

Nr. 9267. Notiz für die deutsche Botschaft, 29. Jan. 1914 Nr. 451. Konz. (S. Rappaport; V. Forgách u. Berchtold; G. Forgách).

In Beantwortung der sehr geschätzten Notiz[a] vom 26. l. M., beehrt sich das k. u. k. Ministerium des Äußern, der kaiserlich deutschen Botschaft höflichst mitzuteilen, daß es zur Note Sir Edward Greys vom 23. d. M. folgenden Standpunkt einzunehmen gedenkt: Die englische Textirung der in Athen und Konstantinopel vorzunehmenden Demarchen erscheint uns unbedenklich, doch müßte der Zeitpunkt der Räumung nicht durch die Worte „aussitôt que possible" sondern jedenfalls durch ein Anfangs- und Enddatum präcisirt werden, über welches sich die k. u. k. Regierung mit dem italienischen Kabinete ins Einvernehmen setzen wird. Die Bezeichnung der jetzigen Situation des Dodekanes als anormal, erscheint dem Wiener Kabinete nicht ganz glücklich gewählt, doch wäre ein eventueller Einwurf natürlich Sache Italiens, welches in merito wohl auf die Unterstützung seiner Bundesgenossen zählen könnte. Was die von Sir Edward Grey im Schlußabsatze seiner Note aufgeworfene Frage der Maßnahmen betrifft, durch welche die Großmächte dafür sorgen würden, daß ihre Entscheidungen seitens Griechenlands und der Türkei respectirt werden, so würde die k. u. k. Regierung vor allem Werth darauf legen, den Standpunkt der kaiserlich deutschen Regierung kennen zu lernen und wurde daher Graf Szögyény mit einer diesbezüglichen Anfrage betraut.

[a] Mit Notiz der deutschen Botschaft vom 26. Jan. 1914 (eing. 27. Jan.) wurde nach einer Meldung des deutschen Botschafters in London ein kurzer Auszug der englischen Antwortnote Sir E. Greys (vgl. n. 9239) mitgeteilt und auftraggemäß gebeten, ihr tunlichst bald den Standpunkt der k. u. k. Regierung in dieser Frage mitteilen zu wollen.

Nr. 9268. Tel. nach Konstantinopel Nr. 35 (1) und Sofia Nr. 24 (2), 29. Jan. 1914 (chiffr. 11 U. 40 M. p. m.).[a] Konz. (S. Matscheko; V. Flotow u. Pogatscher; G. Berchtold).

1. Geheim. Graf Tarnowski telegraphiert mir unterm 28. d. M.: *... wie n. 9265 von „Finanzminister, den in administrativer Angelegenheit" bis „drohe Schiffbruch"* ... Vorstehendes zu Euer Exzellenz rein persönlicher Information. Euer Exzellenz haben bereits in Uebereinstimmung mit meinen Intentionen den türkischen Ministern dargelegt, daß die Türkei lebhaft daran interessiert sei, daß das gegenwärtige Kabinett in Bulgarien an der Macht bleibe und nicht durch ein russophiles abgelöst werde. Ich möchte sohin Euer Exzellenz ersuchen, [daß Sie], falls Sie bei den türkischen Staatsmännern faktisch Velleitäten in dem vom bulgarischen Finanzminister erörterten Sinne begegnen sollten, — ohne von der in Sofia diesbezüglich herrschenden Stimmung Erwähnung zu tun — denselben vor Augen führen wollten, daß die Türkei die gegenwärtige, für sie nicht ungünstige Situation auf dem Balkan aufs höchste gefährden würde, wenn sie daran dächte, etwas gegen Bulgarien — in Westthrazien — zu unternehmen. Dies müßte zum Sturze der heutigen bulgarischen Regierung und zu einer völlig neuen Orientierung der auswärtigen Politik Bulgariens führen, derart, daß Rußland bei jedem gegen die Türkei gerichteten Unternehmen auf Bulgarien, dem

es Adrianopel in Aussicht stellen würde, als Alliierten rechnen könnte; schließlich könnte sich auch in letzter Konsequenz ein Wiederaufleben der Balkankonföderation unter russischer Leitung ergeben. Die türkische Regierung sollte doch reiflich erwägen, ob es im Interesse der Türkei liegt, durch ein Vorgehen in Westthrazien eine solche Entwicklung absichtlich herbeizuführen und auf diese Art das Spiel Rußlands zu spielen.

2. Erhalten Euer Hochgeboren Telegramm vom 28. d. M., Nr. 40. Unter Mitteilung des ersten Teiles desselben telegraphiere ich an Markgrafen Pallavicini wie folgt: (Inseratur aus Telegramm sub 1. von „Euer Exzellenz haben bereits in Uebereinstimmung“ bis zum Schluß.) Vorstehendes zu Euer Hochgeboren persönlicher Information.

[a]) Vgl. n. 9236, 9258, 9274.

Nr. 9269. Bericht des Gerenten des Vizekonsulates Kanzleisekretärs Heinrich Hoflehner aus Nisch, 29. Jan. 1914 Nr. 15 (eing. 3. Feb.). Ausfert.

Ein Vertrauensmann überbrachte die Nachricht, er hätte in Belgrad erfahren, dass serbischerseits beschlossen worden ist, durch Vertrauensmänner in Oesterreich-Ungarn und speziell durch Vermittlung der studentischen Vereinigung „Zora“ in Wien mit Offizieren (Reserveoffizieren?) slawischer Nationalität der österr.-ung. Armee und ganz besonders mit jenen, die wegen ihrer politischen Gesinnung ihrer Charge verlustig erklärt wurden, in Verbindung zu treten und sich ihrer als Agenten der serbischen Propaganda zu bedienen. Für diesen Zweck sei unter Anderen auch der Journalist Petar Kočić aus Bosnien, welcher sich in Belgrad aufhält, gewonnen worden und werde dieser nach seiner Rückkehr in die Heimat diesbezüglich sich betätigen. Gleichlautend berichte ich unter Einem nach Belgrad.

Hoflehner.

Nr. 9270. Tel. des Legationsrates Grafen Otto Czernin aus St. Petersburg, 29. Jan. 1914 Nr. 25 (eing. 10 U. p. m.). Entziff.

Herr Sazonow ist, wie er mir sagte, über seine Aussprache mit Herrn Pašić sehr befriedigt. „C'est un homme intelligent et, ce qui est plus rare, raisonnable“, keine chauvinistischen Ideen und Pläne, ruhige, vernünftige Ansichten. Betreffs Albanien sei Pašić allerdings „natürlich“, wie er selbst, höchst pessimistisch und fürchte diese unruhige Nachbarschaft. Nach den serbischen Erfahrungen sei das verständlich etc. Auf meinen Einwurf, ob Pašić' versöhnliche Stimmung aufrichtig, erhielt ich die recht unterhaltende Antwort: „Mais avec moi! Certainement, il n'aurait pas de raison pour le contraire.“ Der serbische Ministerpräsident werde entgegen den Zeitungsnachrichten wahrscheinlich noch vor Ankunft seines griechischen Kollegen abreisen, daher die Gerüchte über ihre Konferenz unbegründet seien. (Falls Herr Pašić seine Abreise trotzdem solange hinausschiebt, so wird er also seine guten Gründe haben.) Die in Umlauf befindlichen Nachrichten über einen türkisch-bulgarischen Vertrag finden beim Minister keinen Glauben und auch der serbische Ministerpräsident glaubt (nicht)[a]) daran. Der jetzigen bulgarischen Regierung und auch dem König Ferdinand, der, wie sich Herr Sazonow ausdrückte, in den Fußstapfen des Königs Milan

wandelt (!), sei zwar alles zuzutrauen, aber das Volk sei doch zu vernünftig und auch zu ermüdet und die Tage der jetzigen Regierung gezählt. Sie stütze sich ja ohnehin bloß noch auf Stockhiebe. Otto Czernin.

a) Chiffre fehlt.

Nr. 9271. Tel. der Legationsrates Grafen Otto Czernin aus St. Petersburg, 29. Jan. 1914 Nr. 27 (eing. 10 U. p. m.). Entziff.

Minister des Äußern fragte mich gestern, ob die Nachrichten zutreffen, daß in Bosnien unserseits und in Süditalien italienischerseits Vorbereitungen getroffen werden, um eventuell Truppen nach Albanien zu entsenden. Ich antwortete, mir sei nichts darüber bekannt und ich hielte das Gerücht für umso unbegründeter, als mir schiene, daß die Lage in Albanien an Ernst verloren habe. Italienischer Botschafter, den Herr Sazonow auch fragte, hat, wie mir Letzterer sagte, in demselben Sinne geantwortet. Otto Czernin.

Tel. nach Sofia, 29. Jan. 1914 Nr. 24 (chiffr. 11 U. 40 M. p. m.). Siehe n. 9268.

Nr. 9272. Tagesbericht über eine Unterredung mit dem griechischen Ministerpräsidenten Eleutheros Veniselos, 30. Jan. 1914 Nr. 506.a) Konz. (S. u. G. Berchtold).

Die Anwesenheit des griechischen Ministerpräsidenten Eleutheros Veniselos in Wien hat mir Gelegenheit geboten, alle aktuellen Fragen der Balkanpolitik mit dem leitenden griechischen Staatsmanne zu besprechen und dessen Ideen betreffend die zukünftige politische Orientirung Griechenlands kennen zu lernen. Herr Veniselos brachte gleich zu Beginn der Conversation die Sprache auf die Evacuationsfrage. Er betonte in nachdrücklicher, beinahe feierlicher Weise, daß er sich der Entscheidung der Mächte bezüglich der südlichen Abgrenzung Albaniens bedingungslos fügen wolle. Man müße sich jedoch auf eine leidenschaftliche Erregung gefaßt machen, die angesichts der Evakuirung in Griechenland auflodern werde. Nur um dieser Bewegung Herr werden zu können, habe er die dem italienischen Minister des Äußern mündlich vorgebrachte und durch Mérey[b]) an mich gerichtete Proposition den Mächten unterbreitet. Es sei — er gebe es zu — ein „Marktgeschäft", welches ihm aber die Möglichkeit biete, der Bevölkerung auf wenigstens theilweise Berücksichtigung ihrer Wünsche hinweisen zu können. Ich bemerkte, daß das gedachte Projekt anscheinend Wandlungen durchgemacht habe, da mir seit jener ersten Mittheilung Informationen aus Paris zugegangen seien, wonach die griechischerseits reclamirte Gebietserweiterung östlich von Argyrocastro wieder in Wegfall zu kommen hätte und dafür eine geringere Summe an Albanien herausgezahlt würde. Herr Veniselos, der dies Anfangs leugnete, gab schließlich zu, daß im Laufe seiner Unterredungen mit Herrn Tittoni von Letzterem Erwähnung gethan worden sei, daß der italienische Generalstab gegen die fragliche Grenzverrückung Bedenken erhoben habe, worauf Veniselos diesen Entgang auf die Hälfte des reclamierten Gebietszuwachses bewerthet und somit die Hälfte der angebotenen Entschädigungssumme (5 Millionen) somit $2^1/_2$ Millionen in

Abschlag gerechnet habe. Ich lenkte hierauf die Aufmerksamkeit des griechischen Ministerpräsidenten auf den Umstand, daß der von ihm offerirte Küstenstreifen Kap Stilos bis Kap Pagania vollkommen werthloses unfruchtbares und unbewohntes Felsland sei, was Veniselos rückhaltlos zugab. Er habe aber in dieser Cession ein Mittel erblickt, auf die italienische öffentliche Meinung Eindruck zu machen, da dadurch die albanische Küste verlängert werde. Meiner Bemerkung, daß dieser Abtretung nur dann ein gewißer praktischer Werth zukommen würde, wenn noch die daran anschließende Hilda-Bai hinzugeschlagen werden könnte und dadurch die albanische Stadt Konispolis einen direkten Zugang zum Meere erhielte, begegnete mein Mitredner mit dem Hinweise auf die Unmöglichkeit für Griechenland zuzugeben, daß die Grenze so nahe zur Sajada-Bai gerückt werde, wo der Endpunkt einer griechischen Eisenbahnlinie projektirt sei. Hieran anknüpfend bemerkte ich, daß an einer anderen Stelle für eine albanische Communicationslinie die griechische Grenze allzu nahe tracirt erscheine, nämlich im nördlichen Theile des Laka Muktar Thales, wo die von Delvino kommende albanesische Straße hart an der griechischen Grenze vorbeiführe. Ich hätte überhaupt Bedenken, daß der größte Theil des Laka Muktar-Gebietes, wo Colonen (Kmeten) der Beys von Argyrocastro angesiedelt seien, politisch von ihrem natürlichen Marktgebiete getrennt werden, was wohl geeignet erscheine, zu Unzufriedenheiten und Reibereien Anlaß zu geben. Ich wolle aber diesfalls nicht insistiren, um Griechenland unser Entgegenkommen zu bezeigen und der Regierung die glatte Durchführung der Evacuirung zu erleichtern. Die Rückverlegung der Grenze hinter die dem Straßenzuge nächstgelegenen Ortschaften werde aber wohl keine sonderlichen Schwierigkeiten verursachen. Herr Veniselos gab dies zu unter der Voraussetzung, daß es sich um albanesische Ortschaften handle, und meinte speciell, daß die zunächstgelegene Ortschaft Gjorgucati nach Albanien einbezogen werden könnte. Wir kamen dann auf das anschließende, vom italienischen Generalstabe reklamirte Gebiet zu sprechen, deßen westliche Grenzlinie mir von der italienischen Regierung nicht genau präcisirt wurde. Nach den Äußerungen des griechischen Ministerpräsidenten hätte Herr Tittoni die Ortschaften Episkopi und Klisa nicht reklamirt, so daß dieselben von Herrn Veniselos für Griechenland beansprucht werden. Wir einigten uns schließlich auf eine Grenzlinie, die nachher auch vom italienischen Botschafter gutgeheißen wurde, wobei ich ausdrücklich betonte, daß die Entschädigungssumme von $2^1/_2$ Millionen dem albanesischen Staate bedingungslos — ohne Namhaftmachung eines bestimmten Zweckes — zu überlassen wäre. Bezüglich des Termines für die Evakuirung sagte ich Herrn Veniselos, daß mich die italienische Regierung ermächtigt hätte, auch in ihrem Namen den Anfangstermin für die staffelweise Räumung im Einvernehmen mit ihm festzusetzen und daß ich diesfalls zu großem Entgegenkommen bereit sei und vorschlagen möchte, diesen Zeitpunkt auf den ersten März anzusetzen, von welchem Tage an eine vierwöchentliche Frist für die Durchführung der Evakuirung zu laufen hätte, die somit am 1. April vollendet sein müßte. Herr Veniselos dankte mir für diese Mittheilung, erklärte sich bereit, die Räumung eventuell auch früher anzusetzen, fügte jedoch bei, daß ihm der

von mir gewählte Termin geeigneter erscheine, da ihm dadurch Möglichkeit geboten würde, nach seiner Rückkehr nach Griechenland persönlich die Sache in die Hand zu nehmen und entsprechend in die Wege zu leiten. Bezüglich der Sicherstellung der glatten Durchführung der Räumung sprach Herr Veniselos seinen Zweifel aus, daß man mit 1500 albanesischen Gendarmen sein Auskommen finden könne. Er möchte gerne das Seinige dazu beitragen, damit Albanien diesfalls in keine Verlegenheit gerathe, und brachte die Idee zum Ausdrucke, nach termingemäß erfolgter Übergabe der öffentlichen Ämter an die albanesischen Autoritäten eventuell an einzelnen exponirten Punkten noch griechische Truppentheile zur Aufrechterhaltung der Ordnung insolange zu belaßen, bis die albanesische Gendarmerie soweit ausgestaltet sein würde, ihrer Aufgabe vollkommen gerecht zu werden. Als ich darauf verwies, daß dies wegen der falschen Begriffe, die eine solche Vorgangsweise in der Bevölkerung erwecken könnte, doch nicht unbedenklich wäre, empfahl mein Mitredner ein anderes Auskunftsmittel, nämlich die Aufnahme verwendbarer Elemente der sogenannten „Bataillons sacrés" in den Verband der albanesischen Gendarmerie. Demgegenüber bemerkte ich, daß vor Allem diese streitbaren Organisationen aufgelöst werden müßten; im Übrigen werde es Sache der holländischen Offiziere sein, darüber schlüßig zu werden, ob sich aus diesem Materiale etwas für die Sicherung des neuen Staatswesens gewinnen ließe, was mir ziemlich fraglich erscheine. Herr Veniselos versuchte auch, mir die Idee der Sicherung einer entsprechenden Autonomie für die orthodoxen Albanesen plausibel zu machen, worauf ich jedoch nicht eingehen zu sollen glaubte, dem Ministerpräsidenten zu verstehen gebend, daß die Fragen der Organisation der inneren Verwaltung Albaniens dem Landesfürsten überlassen werden müße, was er auch nicht in Abrede stellte.

Wir giengen dann auf das Problem der aegeischen Inseln über, wobei ich unser Eintreten für die Überlassung von Chios und Mytilene an Griechenland in den Vordergrund rückte, was der griechische Staatsmann dankend quittirte, indem er gleichzeitig betonte, daß ihm unsere diesfällige Stellungnahme innerhalb des Dreibundes bereits zur Kenntnis gelangt sei und er dies zu Hause „verwerthen" wolle. Eine Sorge bilde ihm der Gedanke, daß seitens der Mächte von Griechenland verlangt werde, die Inseln nicht zu befestigen und die Letzteren dadurch der türkischen Invasion ausgesetzt erscheinen. Er habe bereits Sir Edward Grey den Gedanken entwickelt, daß bei dieser Sachlage die Mächte die Haftung für den Inselbesitz übernehmen sollten. Auf meine Entgegnung, daß es etwas viel von uns verlangt wäre, militärische Maaßnahmen wegen dieser außerhalb unserer Interessensphäre gelegenen Frage zu ergreifen, versicherte Herr Veniselos, daß er dies vollkommen einsehe, daß aber schon ein gemeinsames diplomatisches Auftreten der Mächte in Constantinopel daselbst Eindruck machen würde und daher für Griechenland werthvoll wäre. Den weiteren Verlauf der gegenwärtig im Fluße befindlichen diplomatischen Aktion stellt sich der griechische Staatsmann in der Weise vor, daß nach Überreichung der die Epirus-Grenzfrage und das Aegeische Insel-Problem betreffenden Note der Mächte griechischerseits die daran geknüpften Wünsche, schriftlich

zusammengefaßt, zur Kenntnis der Mächte gebracht zu werden hätten. Als ich hiezu bemerkte, daß die Cession von Chios und Mytilene de jure erst dann zu erfolgen hätte, wenn die Evakuirung durchgeführt sein werde, ebenso wie auch dann erst das Veniselos'sche Tauschprojekt greifbare Gestalt annehmen könne, meinte mein Mitredner, daß die einschlägigen diplomatischen Correspondenzen auch noch eine gewiße Zeit in Anspruch nehmen dürften, ausdrücklich betonend, daß er obigen Standpunkt nach der einen wie der anderen Richtung vollkommen acceptire.

Von besonderem Interesse waren die Äußerungen des Herrn Veniselos in Bezug auf die in der Zukunft von Griechenland zu befolgende Politik. Wie schon Herrn von Mérey[b]) gegenüber, betonte der griechische Staatsmann auch in unserer Conversation das Interesse Griechenlands, sich von der Politik der Großmächte fernzuhalten und seine Orientierung lediglich vom Standpunkte des Balkansystems inspirieren zu laßen. Griechenland könne sich nicht dem Risiko aussetzen, durch Angliederung an eine oder die andere Mächtegruppe in den Strudel der Weltpolitik hineingezogen zu werden. Mit seiner langgestreckten und reichgegliederten Meeresküste in erster Linie auf den Seehandel angewiesen, werde es die Interessen des Letzteren am Besten wahren, wenn es im Falle eines Conflictes der Großmächte neutral bleibe. Am Balkan sei es sein Wunsch, möglichst enge freundschaftliche Beziehungen mit Rumänien und Albanien zu unterhalten. Dadurch, daß die Kutzowallachenfrage nunmehr bereinigt sei, stehe einem innigeren Verhältnisse mit Rumänien nichts mehr im Wege. Ebenso verhalte es sich mit Albanien vom Momente, wo die Abgrenzung perfekt sein werde, was unmittelbar bevorstehe. In diesem Sinne habe er mit dem Prinzen zu Wied gesprochen und volles Verständnis bei demselben gefunden. Er wolle nun — auf der Rückreise von St. Petersburg — auch in Bukarest trachten, diese Politik durchzusetzen. Meine Bemerkung, daß eine solche Orientirung bei uns lebhaftem Verständniße begegne und wir unter diesen Umständen in Hinkunft gewiß die besten Beziehungen zu Griechenland unterhalten werden, nahm Herr Veniselos mit sichtlicher Befriedigung und warmem Danke entgegen. Er habe sich stets gewundert, daß wir, die wir keinen Interessengegensatz, dafür das gleiche Interesse hätten, daß dem Heranwachsen der „Marée slave" entgegengewirkt werde, eine Zeit lang keine freundliche Haltung Griechenland gegenüber eingenommen hätten. In der Stärkung des griechischen Elementes erblicke er einen Schutzwall gegen die Ausbreitung des Panslawismus, was unseren Interessen jedenfalls entsprechen dürfte. Ich machte den Minister darauf aufmerksam, daß das Bündnis, welches Griechenland mit Serbien geschloßen, dessen unversöhnlich gehäßige Haltung gegenüber der Monarchie ihm wohl bekannt sei, bei uns verstimmt habe und daß überdies die Schwierigkeiten, welche griechischerseits Schritt für Schritt der Schaffung eines lebensfähigen Albaniens in den Weg gelegt wurden, hier unangenehm empfunden worden seien. Letzteres sei allerdings nun so ziemlich als geregelt zu betrachten und zwar in der Weise, daß, wie ich hoffe, Albanien von nun nicht mehr einen Streitgegenstand, sondern ein Bindeglied zwischen uns bilden werde. Da ich in diesem Zusammenhange auch Erwähnung that, daß seinerzeit von einem Theilungsvertrage zwischen

Serbien und Griechenland betreffs Albaniens die Rede gewesen sei, verwahrte sich Herr Veniselos gegen die Richtigkeit dieser Ausstreuung. Er gebe zu, daß Griechenland es gerne gesehen hätte, wenn Serbien der Zugang zur Adria concediert worden wäre, weil dadurch Serbien von dem Drange nach dem ägäischen Meere abgelenkt worden wäre. Auch machte er kein Hehl daraus, daß Griechenlands Aspirationen bis hinauf zur Vojussa-Linie gerichtet gewesen seien. Die Theilung Albaniens mit Zugrundelegung der Grenzlinie des Zumbi-Flusses habe er rundweg abgeschlagen, da er rein albanesisches Territorium nicht antasten wolle. Was aber das Bündnisverhältnis mit Serbien anbelange, sei es lediglich auf einen bestimmten, enge umschriebenen Zweck — die gemeinsame Vertheidigung gegen bulgarische Übergriffe — geschloßen und werde auch über diesen Rahmen nicht hinausgehen, am Allerwenigsten im Widerspruch zu Interessen der Monarchie. Im Anschluße an diese Äußerungen des Ministerpräsidenten erlaubte ich mir einige Reflexionen — ausdrücklich bemerkend, rein akademisch zu sprechen — über das griechisch-serbische Freundschaftsverhältnis, welches mir bei der Disparität des Volkscharacters, Culturniveaus und so weiter, wie bei dem Vorhandensein offensichtlicher Reibungsflächen nicht den Eindruck großer Stabilität und Widerstandskraft machen könne. Der griechische Staatsmann stellte dies nicht nur nicht in Abrede sondern ergänzte meine Ausführungen durch eine Äußerung, die er mich bat, als streng vertraulich betrachten zu wollen. Nach Lage der Dinge sei Herr Veniselos überzeugt, daß Serbien mit allen Mitteln nach dem Zugange zum Aegeischen Meere und dem Besitze von Salonik strebe und daß, bei dem Wunsche Bulgariens, den Hafen von Kavalla zu gewinnen, in absehbarer Zeit die beiden slawischen Balkanstaaten sich wieder aneinanderschließen werden „pour conquérir la côte au-deçà et au-delà de la Struma". Für diesen Fall, den er bereits in seinen Calcule eingestellt habe, müße er sich decken und diesem Gedanken Rechnung tragend habe er das System ausgedacht, Griechenland mit Albanien und Rumänien als Gegengewicht gegen Serbien und Bulgarien bereit zu halten. Es dürften diese beiden Gruppen sich ungefähr die Waage halten, wenn nicht das Verhältnis geradezu zum Vorteile des Ersteren sei. Die derzeitige Ohnmacht und innere Zerfahrenheit Bulgariens wie die von dem unberechenbaren jungtürkischen Systeme in Constantinopel drohenden Gefahren erörternd, lenkte ich die Aufmerksamkeit meines Mitredners auf die Möglichkeit eines türkischen Eroberungszuges in West-Thracien und sprach die Besorgnis aus, daß aus einem solchen Vorgehen größere Complicationen entstehen könnten. Herr Veniselos, der mehr die Eventualität eines türkisch-bulgarischen Zusammengehens gegen Griechenland vor Augen hatte, schien über die Möglichkeit einer solchen Wendung der Dinge überrascht, paßte sich aber sofort derselben an, indem er bemerkte, gegebenen Falles bereit zu sein, einen Defensivbund mit Bulgarien gegen die Türkei zu schließen!

Den Schluß unserer Unterredung bildete eine eingehende Erörterung der künftigen wirtschafts- und handelspolitischen Beziehungen der Monarchie zu Griechenland. Herr Veniselos erklärte sich bereit, die Handelsvertragsverhandlungen aufzunehmen, ersuchend, bei dem Mangel an griechischen Funktionären, die ins Ausland geschickt werden könnten, daß dieselben in

Athen stattfinden mögen, wogegen ich keinen Einwand erhob. Als Termin des Zusammentrittes der Negotiatoren wurde der 1. März festgestellt. Ich benützte die gebotene Gelegenheit, um für die Interessen unserer Cabotage einzutreten, welche durch den Übergang Kretas in griechischen Besitz gefährdet erscheine. Herr Veniselos sicherte mir sechsmonatliche Verlängerung des bisherigen Zustandes zu, beifügend, daß man sich nach Ablauf dieser Zeit über weitere Verlängerung verständigen könnte, falls Handelsvertrag bis dahin nicht zustande gekommen. Bei den Vertragsverhandlungen allerdings werde man über diese für Griechenlands Schiffahrt sehr bedeutsame Frage nicht ohne Compensation — eventuell Reciprocitäts-Zusicherung wie es italienischerseits erfolgt sei — hinwegkommen, da es anderenfalls parlamentarisch nicht vertretbar wäre. Sehr entgegenkommend zeigte sich Herr Veniselos hinsichtlich der Wahrung unserer großen wirtschaftlichen Interessen in den annektierten Gebietstheilen, insbesondere auch in Saloniki und erklärte sich bereit, in weitestgehendem Maaße unseren, von mir detaillirt vorgebrachten diesfälligen Desideratas Rechnung zu tragen. Resümierend möchte ich meine Eindrücke dahin zusammenfaßen, daß die Sorge um die Erhaltung des vergrößerten griechischen Besitzstandes ebensosehr richtunggebend für die Politik des Herrn Veniselos sein wird, wie das Bestreben den wirtschaftlichen Aufschwung des Landes mit allen Mitteln zu fördern und daß er in freundschaftlichen und vertrauensvollen Beziehungen zur Monarchie in dem einen wie in dem anderen Belange eine Gewähr für das Gelingen seines Friedenswerkes zu erblicken glaubt. Der griechische Staatsmann dürfte sich bei seinem hiesigen Aufenthalte überzeugt haben, daß ein solches Programm bei uns Verständnis findet und alle gegenteiligen Ausstreuungen einer positiven Grundlage entbehren.

[a]) Vgl. n. 9290, 9295, 9394, 9413. — [b]) n. 9176.

Nr. 9273. Tel. aus Bukarest, 30. Jan. 1914 Nr. 34 (eing. 8 U. 30 M. p. m.).[a]) Entziff.

Unterredung mit Herrn Bratiano. Im Nachhange zu meinem Bericht Nr. 7 geheim von gestern. Bratiano ersuchte nochmals um meine Intervention in Angelegenheit des ungarisch-rumänischen Ausgleiches, der unmittelbar vor dem Bruche stehe, mit Hinweis auf die unvermeidlichen Konsequenzen auf dem Gebiete der äußeren Politik. Ich lehnte diese Aufforderung neuerdings ab unter Hinweis auf die Gründe meines gestrigen Berichtes Nr. 7. Auf meine Frage, was an den Gerüchten einer griechisch-rumänischen Allianz wahr sei, sagte mir Herr Bratiano, er lege Wert darauf, mir die Wahrheit zu sagen: Griechenland und Rumänien wollen beide den status quo am Balkan erhalten und eine neue Konflagration verhindern — von einem Bündnis sei keine Rede. Rumänien wolle den Frieden erhalten und hoffe, dass bei erwarteten Ruhestörungen seitens Bulgariens und Türkei Griechenland helfen werde, kriegerische Verwicklung zu verhindern. Der griechische Kronprinz werde sehr wahrscheinlich nach Bukarest kommen, dürfte Heiratsabsichten mit Prinzessin Elisabeth haben. Bratiano meint aber, dass diese Absicht nur bei ihm bestehe und weder Kronprinzenpaar noch Tochter daran denken. Die Reise des Kronprinzen nach Petersburg

sei schon ein altes Projekt von Majoresco gewesen; es werde wahrscheinlich auch dazu kommen, aber keinesfalls jetzt von Berlin aus, da Höchstderselbe nächster Tage hieher zurückkehre. Herr Bratiano behauptet, diese Reise habe keine politische Bedeutung. Bericht[b]) folgt. Ottokar Czernin.

[a]) Vgl. n. 9315. — [b]) Bericht Nr. 8 A, 31. Jan. 1914 (eing. 3. Feb.) enthält nur eine ausführlichere Darlegung der im vorliegenden Telegramme behandelten Unterredung mit Bratiano.

Nr. 9274. Tel. aus Konstantinopel-Pera, 30. Jan. 1914 Nr. 49 (eing. 1 U. p. m.).[a]) Entziff.

Geheim. Türkisch-bulgarische Beziehungen. Erhalten Euer Exzellenz Telegramm Nr. 35 vom 29. d. Mts. Es kann wohl keinem Zweifel unterliegen, dass den hiesigen Machthabern die Wiedereroberung Westthraziens als das anzustrebende Ziel vorschwebt. Aus meinem heute in Wien eintreffenden Berichte Nr. 8 D werden Euer Exzellenz entnommen haben, dass sich Grossvezir letzten Montag mir gegenüber in ziemlich beruhigender Weise ausgesprochen hat. Ich habe damals schon die mir im eingangserwähnten Telegramme an die Hand gegebenen Argumente gegen eine Politik, welche die jetzige bulgarische Regierung in Schwierigkeiten bringen könnte, geltend gemacht und speziell auf die Gefahr der Erneuerung des Balkanbundes hingewiesen. Grossvezir schien dies einzusehen; es fragt sich aber, ob er tatsächlich Herr der Situation ist. Wie ich von verschiedenen Seiten höre, soll übrigens türkische Armee jetzt gar nicht in der Lage sein, sich in kriegerische Unternehmungen einzulassen. Ich glaube daher, dass die vom bulgarischen Finanzminister gehegten Befürchtungen nicht begründet sind. Ich werde morgen Gelegenheit haben, Grossvezir und vielleicht auch Talaat Bey zu sprechen und werde nochmals im Sinne Euer Exzellenz Instruktionen auf sie einzuwirken trachten. Pallavicini.

[a]) Vgl. n. 9288, 9320.

Nr. 9275. Bericht aus London, 30. Jan. 1914 Nr. 6 A (eing. 2. Feb.). Ausfert.

Streng vertraulich. Nach meiner Rückkehr vom Urlaube hatte ich die Ehre, mich zu Ihren Majestäten auf einige Tage nach Windsor zu begeben, von wo ich gestern zurückgekehrt bin. ... *Hofnachrichten* ... Am letzten Abende meines Aufenthaltes in Windsor nahm mich der König noch beiseite, um über die internationale Situation zu sprechen. Seine Majestät meinte, es handle sich jetzt, wo man ja hoffentlich über Albanien und die Inseln zu einer Verständigung gelangt sei, hauptsächlich darum, dass die Mächte zusammenwirken, um neue Complikationen zu verhindern, wobei Seine Majestät an die Möglichkeit eines türkisch-griechischen Conflictes denkt, der durch eine Action der Türkei herbeigeführt werden könnte. Die einzelnen Balkanstaaten seien jetzt, so meinte König Georg, durch die Ereignisse des letzten Jahres teils zu sehr geschwächt, teils zu sehr mit der Assimilierung der neu erworbenen Gebiete beschäftigt, um sich in neue Abenteuer zu stürzen. Man könne also wohl annehmen, dass von dieser Seite für die nächsten Jahre keine Gefahr drohe. Anders stehe es um die Türkei. Die jetzigen Machthaber in Constantinopel, vor allem Enver Pascha,

scheinen zu den riskiertesten Abenteuern fähig. Sie wollen nach ihrem Erfolge in der Frage Adrianopels nunmehr auch Salonich und alle Inseln zurückerobern. Ein Angriff auf Griechenland erscheine somit durchaus nicht ausgeschlossen und nach Ansicht des Königs sei es Aufgabe der Mächte einem solchen vorzubeugen. „Prevention is better than cure". Ist einmal ein neuer kriegerischer Conflict da, so bestehe auch wieder die Gefahr für das gute Einvernehmen zwischen den Mächten, welches trotz aller Gefahren, dank der Londoner Botschafterkonferenz, aufrecht erhalten worden ist. „Euere monatelange so unendlich mühsame Arbeit würde aber wieder zu Nichte gemacht werden" — so rief Seine Majestät aus — „wenn der Türkei gestattet würde, eine Agression auf Griechenland zu unternehmen." Auf die Türkei könne man, so führte der König aus, durch Flottenmassnahmen stets einen starken Druck ausüben, nur sei es wichtig, dass derselbe gemeinsam ausgeführt werde. Übrigens werde es nie dazu kommen, wenn in Constantinopel darüber Klarheit herrscht, dass die Mächte einig sind. Eine Pression auf die Türkei durch nur eine oder einzelne Mächte sei viel schwieriger, erstens weil sie weniger wirkungsvoll wäre und zweitens weil es sehr peinlich für eine einzelne Macht sei, das Odium auf sich zu nehmen, gegen die Türkei Coercitivmassregeln anzuwenden. Für England speziell sei es nahezu unmöglich wegen des Widerhalles, den eine derartige Action in der Welt des Islams finden würde. „Meine achtzig Millionen mohammedanische Untertanen in Indien, auf die wir Rücksicht nehmen müssen, ohne von Egypten und anderen Orten zu reden" — rief der König aus! Als ich die Frage einwarf, ob tatsächlich eine Action gegen die Türkei eine so starke Rückwirkung in Indien haben würde, meinte Seine Majestät, eine scharfe Pression auf die Türkei die von England allein ausgeführt würde, könnte direkt zu einem Aufstande in Indien führen! König Georg ist offenbar, ebenso wie Sir E. Grey, von der Notwendigkeit durchdrungen, dass die Einmütigkeit der Mächte in den voraussichtlich sehr heiklen und schwierigen Fragen zwischen Griechenland und der Türkei gewahrt werden muss. Persönlich spielt bei Seiner Majestät auch das ausserordentlich warme und freundschaftliche Interesse eine Rolle, das der Höchste Herr dem nahe verwandten griechischen Königshause entgegenbringt. Der Besuch des Herrn Venizelos hat auch die englischen Sympathien für Griechenland noch gekräftigt und überdies erblickt man in dem Premierminister des Königs der Hellenen den einzigen Staatsmann in den Balkanstaaten, der wirkliche Bedeutung besitzt und mit dem gerechnet werden kann und muss. Im Laufe unserer Unterredung wiederholte ich Seiner Majestät, dass unserseits ein Zusammengehen der Mächte stets gewünscht würde, dass aber gewisse unvernünftige und übertriebene Prätensionen der kleinen Staaten nicht — blos weil sie von diesen Ländern ausgehen — von Frankreich und Russland oder wenigstens von gewissen Agenten dieser beiden Grossmächte — encouragiert werden sollten. Ich erklärte ferner, dass man in Wien stets der Entwicklung Griechenlands Verständniss und Sympathie entgegenbringe, dass nach meiner unmassgeblichen Ansicht ein starkes und blühendes Griechenland in keiner Weise den permanenten Interessen der Monarchie entgegenstehe, dass aber vor allem die albanische Frage bereinigt werden

müsse. Ich nahm noch Anlass einzuflechten, dass wir in der ganzen gegenwärtigen Krise in loyalster Weise mit Italien zusammengewirkt hätten und auf die Stellung und die Wünsche dieses Bundesgenossen gewisse Rücksicht nehmen müssten. Dies hindere aber nicht, dass wir — wie übrigens auch Italien — den aufrichtigsten Wunsch hätten, die heute noch etwa pendenten Fragen in vollem Einverständnisse mit allen Mächten zu regeln. König Georg erzählte mir noch vertraulich, der König von Italien habe sich dahin ausgesprochen, dass Er nicht erwarte, Montenegro werde nach dem Ableben Höchstseines Schwiegervaters als unabhängiger Staat weiterbestehen. Nach dem Tode des König Nikolaus werde es zur Vereinigung Montenegros mit Serbien kommen. Von Bulgarien hört König Georg, die Bewegung gegen König Ferdinand sei im Zunehmen und es müsse mit der Wahrscheinlichkeit der Absetzung des Königs in nächster Zeit gerechnet werden. Ob diese Nachricht Seiner Majestät aus Bulgarien oder von russischer Quelle zugekommen ist, sagte Er mir nicht. Mensdorff.

Nr. 9276. Verbalnote des englischen Botschafters, 30. Jan. 1914 (eing. 31. Jan.).[a] Ausfert.

The British Ambassador has received a telegram from Sir Edward Grey to the following effect: Southern Albanian frontier and Aegean Islands. It will be necessary soon after, or as annex to communication to be made at Athens, to furnish description of frontier line as signed by International Commission at Florence on December 17th last. As a preliminary to this it seems to me proper that Powers should place on formal record their acceptance of that line. Your Excellency should approach Minister of Foreign Affairs accordingly and ask whether his Government has definitely accepted it. A similar telegram has been addressed to His Majesty's Embassies at Paris, Berlin, Rome and St. Petersburg. Sir Maurice de Bunsen would be grateful if His Excellency Count Berchtold will kindly enable him to reply to Sir Edward Grey's inquiry.

[a] Vgl. n. 9239, 9290, 9305.

Nr. 9277. Tel. nach Rom, 30. Jan. 1914 Nr. 108 (chiffr. 1 U. p. m.).[a] Konz. (S. Rappaport; V. u. G. Berchtold).

Graf Szögyény meldet unterm 28. d. Mts. wie folgt: ... *wie n. 9254 gekürzt* ... Nach Rücksprache mit k. u. k. Marine-Sektion käme für Reise des Prinzen selbst Sr. Majestät Schiff „Taurus", als eventuelles Begleitschiff Sr. Majestät Schiff „Szigetvár" in Betracht. Hinsichtlich der Frage, welche Macht das den Prinzen führende Schiff und welche das Begleitschiff beizustellen hätte, sind wir der Ansicht, daß dies je nach dem Einschiffungshafen zu entscheiden wäre, dessen Wahl natürlich dem Prinzen freistünde. Sollte der Prinz einen österreichischen oder ungarischen Hafen wählen, so hätte er sich auf ein k. u. k. Schiff einzuschiffen und wäre das Begleitschiff von Italien beizustellen; sollte die Abreise zum Beispiel von Venedig erfolgen, so wäre die Vorgangsweise umgekehrt. Ich ersuche Euer Exzellenz auf der Consulta auf die Annahme dieses modus procedendi hinzuwirken.

[a] Vgl. n. 9296.

Nr. 9278. Erlaß an den Legationsrat Grafen Otto Czernin in St. Petersburg, 30. Jan. 1914 Nr. 83 C. d. M.[a]) Konz. (S. u. G. Hoyos).

In Beantwortung der Euer Hochgeboren telegrafisch mitgetheilten Notiz des Ministeriums des Äussern an die hiesige russische Botschaft in der Affaire Bobrinsky hat letztere das in Abschrift beigeschlossene Aide Mémoire[b]) anhergelangen lassen. Nach Erhalt desselben habe ich den Prinzen Koudascheff zu mir gebeten und ihm bedeutet, dass dieses Memorandum ... *wie n. 9264 von „mich unangenehm berührt habe" bis Schluß* ... Nachdem Prinz Koudascheff somit jede Absicht, durch seine gegenständlichen Demarchen auf den Gang des Processes in Marmaros-Sziget Einfluss üben zu wollen, in Abrede gestellt und sein Bedauern über die von mir beanständete Stylisirung seiner Notiz ausgesprochen hat, werde ich diesen Zwischenfall als erledigt betrachten, zumal ich da nicht beabsichtige, mich über den Prinzen Koudascheff, der sich bisher während seines Aufenthaltes in Wien immer sehr correkt benommen hat, bei seiner Regierung zu beschweren. Ich lege aber Werth darauf, Euer Hochgeboren von meiner letzten Unterredung mit dem russischen Botschaftsrath in Kenntnis zu setzen, damit Euer Hochgeboren, falls Herr Sazonoff seinerseits auf den Gegenstand zurückkommt, sich ihm gegenüber im gleichen Sinne aussprechen und ihn von den durch Prinz Koudascheff mir gegenüber vorgebrachten Entschuldigungen in Kenntnis setzen können.

[a]) Vgl. n. 9237. — [b]) Beigeschlossen wurde Beilage zu n. 9247.

Nr. 9279. Bericht des Legationsrates Grafen Otto Czernin aus St. Petersburg, 17./30. Jan. 1914 Nr. 4 C (eing. 2. Feb.).[a]) Ausfert.

In Petersburg wimmeln jetzt die Balkangrössen. Der Kronprinz von Serbien ist hier um der Taufe seines Neffen, des Sohnes des Prinzen Johann Konstantinowitsch und der Prinzessin Helene von Serbien, beizuwohnen, dessen Taufpate Seine Majestät Kaiser Nikolaus ist. Mit ihm kam der serbische Minister-Präsident. Die Gerüchte über eine mögliche Verbindung des Kronprinzen mit einer Tochter des Zaren dürften wohl kaum wahrscheinlich sein. Immerhin wurden sie mir vom deutschen Botschafter erwähnt. Die Ankunft Herrn Venizelos steht bevor. Rumänische, bulgarische und serbische Militär-Deputationen sind hier, haben der feierlichen Enthüllung des Denkmals des Grossfürsten Nikolaus Nikolajewitsch beigewohnt und wurden von Seiner Majestät dem Kaiser empfangen. Herr Pasitsch hat mit dem Minister des Äussern und dem Minister-Präsidenten lange Unterredungen gehabt, und die Presse zeigt sich in diesen Tagen besonders serbophil und erinnert an die unentwegt russische Politik Serbiens im Gegensatz zu anderen Balkanländern. Der Kronprinz wird hingegen von der Petersburger Presse wenig beachtet und die „Nowoje Wremja" war das einzige Blatt, welches ihm und seiner russischen Erziehung einen längeren Artikel widmete. Die „Rjetsch" spricht von russisch-serbisch-griechischen Verhandlungen über Albanien, andere Blätter widersprechen dem und führen an, dass Pasitsch vor der Ankunft Venizelos bereits wieder abzureisen gedenke. Auch die bevorstehende Ankunft des Kronprinzen von Rumänien

wurde verbreitet, scheint sich jedoch auch diesmal nicht zu bewahrheiten. Nach Aussen hin werden alle diese Momente wieder ein erhöhtes Interesse Russlands für die Balkanländer dokumentieren, was hinter den Kulissen vorgeht oder vorbereitet wird, lässt sich heute noch nicht mit Sicherheit annehmen. Trotz der in letzter Zeit vorsichtigeren Ausdrucksweise Herrn Sazonows konnte ich doch zwei wichtige Gedanken bei ihm festnageln: die Freude am Pessimismus in Punkto Albanien und die Prophezeiung eines künftigen Zankapfels zwischen Österreich-Ungarn und Italien. Daraus liesse sich konkludieren, dass die russische Politik sich auch in Hinkunft im Vereine mit Frankreich zum Ziele setzen wird, eine reelle Gesundung der Lage in Albanien durch Obstruktionsmittel zu verhindern. Der komplizierte Apparat der Kontroll-Kommission bietet dafür eine herrliche Handhabe. Bei der Frage der Anleihe-Garantie sehen wir bereits die ersten wirksamen Anfänge dieser Taktik. Je schlechter es in Albanien geht, mit umso mehr Berechtigung wird Russland die unersättlichen Balkananrainer auf die zukünftige mögliche Erbschaft hinweisen können. Und je mehr Wahrheit der Wahrsagung innewohnt, dass Albanien schliesslich zum Konfliktsgrund zwischen uns und Italien werden muss, umso günstiger steht die Sache des Panslavismus. Duobus certantibus tertius gaudet. Deshalb ist Albanien in den Augen Herrn Sazonows nicht lebensfähig und deshalb glaubt und hofft er, dass darüber der Dreibund in Brüche gehen wird. Der Wunsch ist einfach hiebei der Vater des Gedankens. Graf Pourtalès hat mir streng vertraulich erzählt, Herr Sazonow habe dem italienischen Botschafter halb im Scherz (aber wohl in seiner bekannten Tendenz auch halb im Ernst) als Ausweg aus den albanesischen Wirren die italienische Besetzung Valonas bezeichnet. Mir gegenüber hat Marquis Carlotti diese Äusserung verschwiegen. Sie bestätigt aber die Vermutung, wie willkommen der russischen Politik eine austro-italienische Divergenz wäre. Das Wichtige an der Anwesenheit der serbischen und griechischen Politiker ist somit, dass sie mit Wonne den „Pessimismus" der russischen Regierung in Betreff Albaniens einsaugen werden. Sie kommen überdies in dem Augenblicke, wo durch die Affaire Bobrinsky[b)] die Stimmung gegen uns wieder eine allgemein recht gereizte ist, wo also die gemeinsame Antipathie manche neue willkommene Anhaltspunkte liefern kann. Überdies bin ich überzeugt, dass der freundliche Empfang des serbischen Kronprinzen dem König der Bulgaren manche Stunde der Nachtruhe rauben und ihn anfeuern wird, einen geschlängelten Weg ausfindig zu machen, um hier wieder in Gnaden aufgenommen zu werden. Ich würde mich wundern, wenn er nicht durch den General Dimitriew, der ihn hier vertritt und der der Überzeugung nach mehr Russe als Bulgare ist, schon einleitende Schritte gemacht hätte. Der bulgarische Gesandte leugnete kürzlich einem Fragesteller blos den „baldigen Besuch" des Königs, da jetzt die innere Lage ihm keine Zeit lasse. Ob aber nach den Wahlen in Bulgarien der Frage nicht näher getreten werden wird, bleibt abzuwarten. Momentan ist die Stimmung gegen den König von Bulgarien hier noch eine sehr wenig freundliche und sie wird wohl so bleiben, insolange die russophile Partei in Bulgarien von der Regierung gänzlich ausgeschlossen bleibt. Die allgemeine politische Lage am Balkan

ist wohl derzeit nicht geeignet, Russland in den Stand zu setzen eine aktive, ergebnisvolle Politik zur Wiedereinrichtung des Balkanbundes zu inaugurieren. Sie scheint mir mehr vorbereitend und defensiv. Vorbereitend in dem Sinne, dass die albanesische Frage mit möglichstem Pessimismus behandelt und auf Divergenz zwischen den meistbeteiligten Mächten hingearbeitet wird. Defensiv insoferne, als durch ein freundliches Verhältnis zu den übrigen Balkanstaaten und die Heranziehung ihrer leitenden Staatsmänner auf Bulgarien einschüchternd eingewirkt wird. Die Verhinderung einer dauernden Abschwenkung Bulgariens ist jetzt das Leitmotiv der russischen Politik. Herr Sazonow selbst hat mir kürzlich gesagt, den jetzigen bulgarischen Machthabern sei alles zuzutrauen, selbst dass sie entgegen den bulgarischen Traditionen sich von den slavischen Balkanstaaten absondern und sich an den ehemaligen Erbfeind, die Türkei, anschliessen. (Selbstverständlich wäre ihm ein näherer Anschluss an die Monarchie noch viel unerwünschter). Als nicht uninteressant möchte ich zum Schlusse noch einer Äusserung des neuen serbischen Gesandten Herrn Spalaiković Erwähnung tun, die dieser kürzlich einigen russischen Herren vis-à-vis machte, von denen einer so gefällig war, sie dem deutschen Botschaftsrat zu wiederholen: Herr Spalaiković habe sich bitter beklagt, dass man in Russland so wenig Verständnis für die serbischen Interessen zeige. Im Momente eines tatsächlichen reellen Erfolges Herrn Pasitschs hätte der Gesandte diese Worte, an deren Authentizität ich nicht zweifle, nicht gebrauchen können.

Otto Czernin.

P. S. Nach Fertigstellung dieses Berichtes erfahre ich, dass Herr Pasitsch erkrankt ist und das Zimmer hüten muss. Es wird sich bald zeigen, ob sich dahinter der Zweck versteckt die Ankunft Herrn Venizelos' abzuwarten.

Otto Czernin.

[a]) Vgl. n. 9251. — [b]) Vgl. n. 9225, 9292.

Nr. 9280. Tel. aus Sofia, 30. Jan. 1914 Nr. 43 (eing. 31. Jan. 9 U. a. m.). Entziff.

Zu dem Postskripte meines Berichtes vom 27. d. M. Nr. 12 D. Ghenadieff erzählte mir spontan, er habe meinen Rat befolgt, rumänischen Gesandten besucht und lange beansprucht. Derussi hatte — auf Ausführungen Ghenadieffs reagierend — gesagt, dass Bulgarien sich formell Dreibund anschließen müsste, damit Rumänien in bulgarische Politik Vertrauen haben könne. Ghenadieff meinte, er habe mit rumänischem Gesandten auf dieses Sujet nicht ganz offen eingehen wollen und habe nur durch Frage geantwortet, ob Bulgarien sicher sein könnte, dass Rumänien sich in diesem Falle nicht in gegnerisches Lager begeben werde. Herr Derussi hätte keine Antwort darauf gegeben. Gesamteindruck Herrn Ghenadieffs, dass rumänischer Gesandter wenig intelligent, was bedauerlich sei. Tarnowski.

Nr. 9281. Tel. aus Sofia, 30. Jan. 1914 Nr. 44 (eing. 31. Jan. 9 U. a. m.).[a]) Entziff.

Aus Konstantinopel zurückgekehrter Fethi Bey war bei mir und ich begrüßte ihn durch freundschaftlichen Vorwurf, dass er, nachdem er sich meiner Vermittlung bei bulgarischer Regierung in Pomakenfrage bedient

hatte, dann sans crier gare aus der Angelegenheit eine Affaire gemacht und plötzlich nach Konstantinopel abgereist ist. Türkischer Kollege antwortete, die Situation sei wegen Behandlung der Pomaken untolerabel geworden und bulgarische Regierung habe Ernst Frage vor Augen geführt werden müssen. Abreise Fethis nach Konstantinopel hätte gewirkt und nunmehr sei er nach Sofia zurückgekehrt, da bulgarische Regierung Beweise gegeben, dass sie Unfug, der mit Pomaken getrieben, Ende machen wolle. Meine Frage, ob Pforte mit Maßnahmen, die bulgarische Regierung ergriffen, vollkommen zufrieden, beantwortete türkischer Gesandter bejahend; Verwaltungsorgane und Geistliche, die an Verfolgung Pomaken schuldig gewesen, seien entfernt worden und dies sei erster ernster Schritt. Ich betonte, dass ich von guten Absichten Radoslawows überzeugt, dass aber seine Schwierigkeiten auch berücksichtigt zu werden verdienen, worauf Fethi antwortete, dass Unmögliches nicht verlangen wolle und nunmehr Regierung bei Sobranjewahlen in Thrazien unterstützen werde. (Konseilspräsident habe ich seit drei Tagen nicht gesehen, Herrn Toscheff, der unwohl, auch nicht.) Finanzminister und Ghenadieff zeigten sich gestern infolge Entspannung in Pomakenfrage ruhiger. Ich bemerkte Finanzminister, dass er vorgestern (mein Telegramm Nr. 40 vom 28. d. M.) furchtbar alarmiert war, wozu eigentlich kein rechter Grund gewesen. Mitredner antwortete, Situation sei nur insoferne gebessert, als sich Türkei punkto Pomaken beruhigte und Fethi Unterstützung bei Wahlen versprach. Dies sei für Regierung günstig, ändere aber nichts an prinzipieller Gefahr, mit der wegen unberechenbarer Politik Triumvirats Enver, Talaat, Djemal Bulgarien zu rechnen habe. Truppenanhäufung seitens Türkei entlang thrazischer Grenze sei ein Faktum; wer könne voraussehen, wie sich Dinge in Konstantinopel entwickeln werden? Finanzminister könne davon, was er mir vorgestern gesagt, nichts zurücknehmen (und ich müsste doch zugeben, dass er Recht habe, wenn behaupte, dass Bulgarien Allianzvertrag mit Türkei nicht unterzeichnen könne, solange es an Dreibund nicht angelehnt sei, sondern zwischen diesem und Entente in der Luft hänge.) Tarnowski.

[a]) Vgl. n. 9206, 9283.

Nr. 9282. Tel. aus Sofia, 30. Jan. 1914 Nr. 45 (eing. 31. Jan. 9 U. a. m.). Entziff.

Geheim. Mit meinem deutschen Kollegen verkehre ich aus selbstverständlichen Gründen und auch deswegen, da mir das Gelegenheit gibt, ihn — was mir punkto Friedfertigkeit gewissermassen bereits gelungen — für Bulgarien vertrauensvoller zu stimmen, in einer Weise, die ihm Eindruck meiner absoluten Offenheit geben muss. Ich habe auch faktisch vor Herrn Michahelles keine politischen Geheimnisse bis auf türkisch-bulgarischen Allianzvertrag, worüber ich ihm bis jetzt selbstredend nicht die Wahrheit sagte. Heute versetzte mich Herr Michahelles in Verlegenheit. Nachdem er gestern abends lange mit mir gesprochen, stattete er mir wieder heute nur deswegen Besuch ab, um von mir positiv zu erfahren, ob Bulgarien und Türkei Bündnis geschlossen. Deutscher Gesandter las mir zwei Telegramme vor, eines enthaltend Meldung Herrn von Tschirschkys, dass laut englischem Botschafter und griechischem Geschäftsträger in Wien Allianz

zwischen Türkei und Bulgarien geschlossen wäre, und ein zweites des deutschen Gesandten in Athen, dem unser Gesandter Depesche Generalkonsuls Kral mitgeteilt hätte, in der von bulgarisch-türkischem Abkommen betreffend Durchmarsch türkischer Truppen durch Thrazien und betreffend Bildung Baschi-Bozuks-Banden mit Einverständnis Bulgariens in ganz positiver Weise die Rede. Deutscher Gesandter war weniger vom Telegramm Herrn von Tschirschkys, dem griechische Lügen zu Grunde liegen könnten, impressioniert, als vom Telegramm unseres Generalkonsuls in Salonik. Er erkundigte sich, ob Kral ernst zu nehmen und so weiter. Ich antwortete im Wesentlichen, ich könne nur wiederholen, dass mir sowohl bulgarische Minister als Herr Toscheff positiv gesagt hätten, es bestehe bis jetzt zwischen Türkei und Bulgarien keine formelle Abmachung. Mit Rücksicht darauf, dass die bulgarische Regierung — wovon ich überzeugt — vor allem anderen Frieden wünsche, um jeden Preis vermeiden wolle, in ein Abenteuer verwickelt zu werden, und da sie in letzterer Hinsicht vor Jungtürken grössten Respekt habe, könnte ich nicht zweifeln, dass die Versicherung bulgarischer Staatsmänner, dass sie keine formellen Engagements der Türkei gegenüber übernommen, wahr sei. Herr Michahelles meinte, er möchte Nachricht betreffend Abschluss Allianzvertrages nach Berlin dementieren, habe aber noch einmal meine Erwiderung hören wollen. Tarnowski.

Nr. 9283. Tel. aus Sofia, 30. Jan. 1914 Nr. 46 (eing. 31. Jan. 9 U. a. m.).[a]) *Entziff.*

Im Verfolge meiner Telegramme Nr. 40 vom 28. d. M. und Nr. 44 vom 30. d. M. Sprach lange mit Konseilspräsidenten, der meine Fragen beantwortend, sich im Wesentlichen, wie folgt, äusserte: Seit Rückkehr Fethi Beys Lage gebessert. Türkei sei mit Massnahmen betreffs Pomaken zufrieden und habe Unterstützung bei Wahlen in Thrazien zugesagt. Gefahr von Ueberraschungen seitens Jungtürken sei nicht ganz geschwunden, Radoslawow fasse aber Lage viel ruhiger auf, seitdem er sich überzeugt, dass Türkei in Pomakenfrage aufrichtig und sich ihrer nicht als Prätext bedienen wolle, um Friktionen zu schaffen. Fethi Bey führe seit Rückkehr ganz andere Sprache; er dränge nicht auf sofortige Unterzeichnung des Vertrages, auch habe er Konseilspräsidenten selbst gesagt, Grossvezier hätte dafür speziell Entgegenkommen bulgarischer Regierung gegenüber aufgetragen, „um Gelangen eines russophilen Kabinettes ans Ruder nicht zuzulassen." Ich unterliess nicht, Verdienst Markgrafen Pallavicinis bei Umstimmung Grossveziers zu unterstreichen. Konseilspräsident meinte weiter, jetzt werde er von Türken verlangen, dass bekannte Klausel in Vertrag aufgenommen werde, wonach er nicht zögern würde, Abkommen zu unterzeichnen, eventuell sogar vor Wahlen noch. Jetzt handle es sich darum, bei Wahlen gut abzuschneiden, wonach bulgarische Regierung sofort in ernste Verhandlungen mit Rumänien treten und dann seine internationale Lage im allgemeinen regeln würde. Es sei für Bulgarien sehr schwer, noch immer in Luft hängen zu müssen, Ministerpräsident begreife aber, dass unmöglich, von fremden Regierungen zu verlangen, dass sie sich mit Kabinett vor Wahlen einlassen. Tarnowski.

[a]) Vgl. n. 9297.

Nr. 9284. Bericht aus Athen, 31. Jan. 1914 Nr. 9 A (eing. 7. Feb.). Ausfert.

Geheim. Im Verlaufe meines gestrigen Gespräches mit Herrn Streit sagte er mir, die Allianz mit Serbien berührend, dass dieselbe jederzeit gekündigt werden könnte, wenn die von ihm präkonisierte Annäherung an Rumänien und Albanien dies erforderlich machen würde, oder wenn die Monarchie Griechenland ihren Schutz gegen Bulgarien gewähren würde. Als ich darauf mit der Frage antwortete, ob denn diese Allianz nur gegen einen bulgarischerseits zu erfolgenden Angriff gerichtet sei, erwiderte mein Mitredner mit sichtlicher Verlegenheit: „Peut être aussi contre la Turquie" — als Ergänzung fügte er dann ganz spontan und mit grosser Insistenz hinzu, dass es kein allgemeines Defensivbündnis sei und in keinem Falle gegen Österreich-Ungarn eine Anwendung finden könnte. Wegen dieser Verlegenheit des Herrn Streit glaubte ich, nicht weiter insistieren zu sollen, und beschränke mich nun darauf, diese Äusserung telle quelle wiederzugeben. Herr Streit sagte mir, er hoffe, zuerst zu einem konkreten Abkommen mit Rumänien zu gelangen und möchte dann mit der Zeit auch die Türkei in diese Kombination hereinbeziehen. Er habe vor kurzem dem türkischen Gesandten die Vorteile einer Intimität mit Griechenland auseinanderzusetzen getrachtet und ihm gesagt, dass die Schaffung eines auf dem nationalen Prinzipe fussenden definitiven Zustandes in der Inselfrage bessere Beziehungen zwischen den beiden Ländern für die Zukunft ermöglichen würde. Auch habe er in diesem ordre d'idées geltend gemacht, dass es viel besser sei, die Entscheidung in dieser Frage den Mächten zu überlassen, denn direkte Verhandlungen zwischen Konstantinopel und Athen könnten die Stimmung der beiden Völker nur verbittern. Der Herr Minister hatte bessere Nachrichten aus Konstantinopel. Man wolle dort dem antihellenischen Boykott entgegentreten und habe ihm beruhigende Versicherungen gegeben, dass die ottomanischen Griechen nicht mehr zur Zwangskontribution für die türkische Flotte herangezogen werden und dass die vor kurzem aus Smyrna ausgewiesenen Griechen wieder in die Heimat zurückgelassen werden würden. Griechenland müsse, schloss der Herr Minister, in Anlehnung an den mächtigen österreichisch-ungarischen Nachbar eine Balkanpolitik machen, welche eine innere Konsolidierung des nun ausgedehnten Königreiches ermöglicht. Szilássy.

Nr. 9285. Privatschreiben aus Berlin, 31. Jan. 1914. Ausfert.

Seine Majestät Kaiser Wilhelm hat gestern die Gnade gehabt — wie alljährlich am Todestage weiland des Kronprinzen Rudolf — mir einen Besuch zu machen. Höchstderselbe kam eben aus dem Parke des Schlosses Bellevue, wo er Sich Seiner Gesundheit halber nahezu täglich der Arbeit des Baumfällens widmet. Kaiser Wilhelm erschien bei mir in der Uniform eines k. u. k. Feldmarschalls. Unsere mehr als einstündige Unterredung begann damit, daß Seine Majestät mich über den Eindruck befragte, den der kürzlich hier gewesene griechische Ministerpräsident auf mich gemacht hatte. Als ich Kaiser Wilhelm versicherte, daß ich aus der Unterhaltung, welche ich mit Herrn Venizelos hatte, den besten Eindruck von ihm gewann,

erwiderte mir der Kaiser, daß dies auch bei Ihm in hohem Maße der Fall gewesen war. Geradezu überrascht hätte es Ihn, konstatieren zu können, mit welchem weiten staatsmännischen Blicke Herr Venizelos die Lage beurteile, in der sich Griechenland seit den letzten Balkankriegen befinde. Es sei für Ihn, den Kaiser, gar nicht notwendig gewesen, besonders darauf hinzuweisen, wie sehr es für Griechenland jetzt angezeigt sei, sich ruhig zu verhalten, sich mit seinen großen territorialen Errungenschaften zu begnügen und darauf hinzuarbeiten, daß sich der nunmehr so vergrößerte griechische Staat in jeder Hinsicht konsolidiere und sich als verläßlicher und nützlicher Faktor am Balkan bewähre. Bevor Er — Kaiser Wilhelm — diese wohlgemeinten Ratschläge, die Er auch stets, und besonders in allerletzter Zeit, seiner Schwester, der Königin von Griechenland, erteile, Herrn Venizelos gegenüber vorbrachte, versicherte letzterer mit großer, Vertrauen erweckender Entschiedenheit, daß er in vollem Einverständnis mit seinem königlichen Herrn es als die Haupt- und vorläufig als die einzige Aufgabe Griechenlands betrachte, sich ganz friedlich zu verhalten, sich den Entscheidungen der Mächte zu fügen und hiebei die wirtschaftlichen und kulturellen Interessen Griechenlands, welche leider in letzter Zeit recht ins Arge geraten wären, zu heben. In der Frage der griechisch-albanesischen Grenze hätte sich Herr Venizelos den Wünschen der Mächte gegenüber sehr entgegenkommend ausgesprochen und wiederholt auf das entschiedenste versichert, daß Griechenland bereit sei, die Evakuation sofort zu vollziehen. Hieran anknüpfend äußerte sich der griechische Ministerpräsident sehr skeptisch über die Lebensfähigkeit des künftigen albanesischen Staates und gab seiner Befürchtung Ausdruck, daß nach der Evakuation sich die dortige christliche Bevölkerung scharenweise nach Griechenland flüchten werde, was ihm und der griechischen Regierung so manche schier unüberwindliche Schwierigkeiten bereiten könnte. Im ganzen genommen — so resumierte Seine Majestät — habe sich Herr Venizelos offenbar bemüht, hier den Eindruck hervorzurufen, daß er ein ruhiger Mann und ein besonnener Politiker sei, mit dem es nicht nur für Deutschland, sondern vor allem für die meistinteressierten beiden Adriamächte, Österreich-Ungarn und Italien, nicht schwer sein werde, ihr Auskommen zu finden. Auf das Verhältnis Deutschlands zu Rußland übergehend, äußerte Sich Seine Majestät sehr aufgebracht über die in St. Petersburg befolgte Politik. Aus Berichten und anderen Informationen, die Ihm zukämen, ersehe Er mit großem Befremden, daß Kaiser Nikolaus Sich in manchen Fragen mehreren Botschaftern gegenüber ganz anders ausgesprochen habe als Herr Sazonow; Er könne Sich der Befürchtung nicht verschließen, daß man russischerseits nicht eingestandene Pläne verfolge (vermutlich Kleinasien), die mit dem jetzigen Besitzstande der Türkei nicht in Einklang zu bringen wären. Offenbar kenne man diese Pläne in Paris, doch schweige man selbstredend hierüber. In London, wo dieselben kaum gekannt sein dürften, scheine man auch in dieser Beziehung Befürchtungen zu hegen. ... *Klagen Szögyénys über mangelndes deutsches Entgegenkommen bezüglich einer österreichisch-ungarischen Interessensphäre in Südanatolien (Alaya)*[a] ... *Innere deutsche Angelegenheiten* ... Zum Schlusse möchte ich noch

erwähnen, daß Herr von Jagow, als ich ihn heute aufsuchte, mich mit den Worten empfing: „Sie haben mich bei meinem Allergnädigsten Herrn beschuldigt, daß ich in der kleinasiatischen Frage[a] eine Österreich-Ungarn unfreundliche Haltung einnehme." Dies sei — so fügte er hinzu — keineswegs der Fall, doch müsse er zu seinem großen Bedauern wiederholen, daß er nach nochmaliger eingehender Prüfung unserer Wünsche kaum in der Lage sein werde, unserem Begehren zu entsprechen. Szögyény.

[a] Alle auf die Teilnahme Österreich-Ungarns an der wirtschaftlichen Erschließung Kleinasiens bezüglichen Akten wurden, wie schon früher bemerkt, aus Raummangel nicht aufgenommen. Übrigens befand sich diese Aktion bei Kriegsausbruch noch im Anfangsstadium.

Nr. 9286. Tel. nach Rom, 31. Jan. 1914 Nr. 113 (chiffr. 10 U. p. m.).[a] Konz. (S. Gautsch; V. Rappaport u. Schreibmaschine; G. Berchtold).

Herzog von Avarna hatte mich am 29. d. M. im Namen Marquis di San Giulianos ersucht, den Termin zum Beginne der im Laufe eines Monates durchzuführenden Räumung Südalbaniens durch die griechischen Truppen gemeinschaftlich mit Herrn Venizelos festzustellen. Ich ersuche Euer Exzellenz, dem Herrn Minister als das Ergebnis meines bezüglichen Gespräches mit dem griechischen Ministerpräsidenten mitzuteilen, wir hätten uns dahin geeinigt, daß als dieser Termin der 1. März zu gelten habe. Für die Bestimmung dieses Datums war bei mir die doppelte Erwägung maßgebend, einerseits behufs endgiltiger Einhaltung des nunmehrigen Termines die für die einschlägigen Verhandlungen unter den Kabineten nöthige Zeit zu gewinnen, andererseits Herrn Venizelos zu ermöglichen, seine Rundreise schon etwas vor Eintritt des Termines zu beenden, damit die mit der Räumung verbundenen Maßnahmen und Einwirkungen auf die öffentliche Meinung Griechenlands von ihm persönlich durchgeführt werden können. Den weiteren Modus procedendi würde ich mir nun folgendermaßen vorstellen: Von einer schriftlichen Beantwortung der Note Sir Edward Greys vom 23. d. M.[b] wäre vorläufig deshalb abzusehen, weil, wie mir Graf Szögyény meldet, das deutsche Kabinett gegen die gemeinsamen Schritte, deren eventuelle Ergreifung gegen die Türkei und Griechenland behufs Durchsetzung der Beschlüsse der Mächte Sir Edward Grey am Schlusse seiner Note proponiert hat, Bedenken hegt. Unter diesen Umständen stimme ich der mir durch Herzog Avarna gemachten Proposition Marquis di San Giulianos zu, wonach Österreich-Ungarn und Italien dem englischen Staatssekretär vorläufig mündlich antworten lassen, daß wir bereit seien, die vorgeschlagenen Schritte in Athen und Konstantinopel zu unternehmen, und daß nach Einlangen der Antwort der griechischen und türkischen Regierung je nach deren Inhalte die weitere Vorgangsweise zu diskutieren wäre. Die für die hellenische Regierung bestimmte Deklaration müßte natürlich durch die Mitteilung der Florenzer Kommissionsbeschlüsse sowie durch Aufnahme eines Passus über den Räumungstermin ergänzt werden. Letzterer Passus könnte etwa lauten: „L'évacuation commencera le 1er mars par la retraite des troupes grecques du Kaza de Koritza et de l'île de Sasseno et procèdera successivement jusqu'au 31 mars, date à laquelle

elle prendra fin par le départ des troupes helléniques du Kaza de Delvino." Sollte es das italienische Kabinett wünschen, so könnten auch weitere Detailbestimmungen im Sinne der per Post expedierten Erlässe vom 29. und 30. d. M., Nr. 450 *c)* und 460, *c)* aufgenommen werden. Aus letzteren werden Euer Exzellenz auch ersehen, daß meine (in Ihrem Telegramme Nr. 81 *d)* vom 30. d. M. erwähnten) Bedenken gegen die Teilnahme von Kontrollkommissionsmitgliedern an der Übernahme der von den Griechen geräumten Gebiete nicht prinzipieller Natur sind, sondern daß ich nur an der praktischen Durchführbarkeit zweifle. Sollte die Kommission hiezu wider Erwarten im Stande sein, so habe ich hiegegen nichts einzuwenden, vorausgesetzt, daß vom Momente der Ankunft des Fürsten angefangen die Übernahme nicht mehr im Namen der Kontrollkommission, sondern in jenem der fürstlichen Regierung erfolgt. Berchtold.

a) Vgl. n. 9291, 9299, 9304. — *b)* n. 9239. — *c)* Diese Erlässe betreffen die staffelweise Evakuierung Südalbaniens durch die Griechen und wurden nicht aufgenommen. — *d)* Tel. Nr. 81, 30. Jan. 1914 (chiffr. 4 U. p. m.) behandelt gleichfalls die Modalitäten bei der Evakuierung Südalbaniens durch die Griechen und wurde nicht aufgenommen.

Nr. 9287. Bericht aus Sofia, 31. Jan. 1914 Nr. 13 (eing. 3. Feb.). *a)*
Entziff.

Radoslawoff und Ghenadieff erzählten mir gestern spontan ihre ersten Unterredungen mit soeben nach Sofia gekommenem neuen russischen Gesandten. Radoslawoff habe Besuch Herrn Savinskis gehabt, der zuerst — wie dies immer Gewohnheit russischer Diplomaten gewesen — einen Ton von oben herab angeschlagen. Russischer Gesandter hätte Konversation durch Frage eröffnet, wie die gegenwärtige Situation wäre, worauf Ministerpräsident geantwortet habe, dass Lage Bulgariens, wenn auch immer sehr schwierig, sich doch seit der Zeit der rumänischen Invasion wesentlich gebessert hätte. ... *b)* Herr Savinski habe bemerkt, dass Bulgarien nur sich selbst traurige Folgen seiner Politik — die man in Russland bedauere — zuschreiben müsste, die daraus entstanden, dass Ratschläge Russlands nicht befolgt worden wären. Die Antwort des Konseilspräsidenten hätte gelautet, dass letzteren Vorwurf nur Herr Geschoff und speziell Herr Daneff verdienen, der sich in Livadia und Petersburg persönlich Rat geholt; was ihn selbst anbelangt, so hätte er gewiss wiederholt guten Rat gebraucht, den er aber von Russland nie erhalten. Bulgarische Regierung — hätte russischer Gesandter erwidert — halte sich von Russland ferne und habe direkt antirussische Attitude. Radoslawoff habe dies verneint und gesagt, dass Bulgarien kleiner Staat, der sich seiner Schwäche bewusst und daher Gunst aller Grossmächte, darunter gewiss auch jene Russlands, wünsche; die Politik Radoslawoffs sei absolut nicht antirussisch, sondern nur patriotisch und rein bulgarisch. Herr Savinski hätte repliziert, dass liberales Kabinett gegen Russland intriguiere und antirussische Stimmung im Lande propagiere; Konseilspräsident antwortete wieder verneinend und habe zugleich bemerkt, dass Invasion der Rumänen zu solcher Stimmung am meisten beigetragen, da rumänische Soldaten überall, wo [hin] sie gekommen, bulgarischer

Bevölkerung erzählt hätten, dass sie vom russischen Zaren geschickt worden seien. Russischer Vertreter hätte auf letztere Bemerkung nicht reagiert, sondern auf gegenwärtige Politik Bulgariens, mit der man in Petersburg nicht einverstanden wäre, Gespräch gelenkt und sich nach Verhältnis Bulgariens zu Österreich-Ungarn und Türkei erkundigt, worauf Konseilspräsident im wesentlichen durch Versicherung geantwortet hätte, dass Bulgarien nach allen Seiten hin freie Hand behält. Herr Savinski habe gegen Ende der Konversation bemerkt, dass Bulgarien wieder mit Serbien gute Beziehungen anknüpfen sollte, wodurch es Russland Beweis der Loyalität geben würde. Bulgarien hätte diesbezüglich gute Intentionen bekundet — sei Antwort des Ministerpräsidenten gewesen — und diplomatische Beziehungen mit Belgrad seien bereits hergestellt. Russischer Gesandter habe gemeint, dass formelle diplomatische Beziehungen nicht genügen und es sich um politische Annäherung handeln werde, worauf Radoslawoff geantwortet, dass Herr Savinski sich hier selbst allmählich überzeugen würde, wie eng Bulgarien und Mazedonien verknüpft. Man wüsste hier, dass Serbien gegen Mazedo-Bulgaren Ausrottungspolitik führe, man sei aber über Fortschritt derselben nicht informiert und jeder Bulgare frage sich, ob seine Angehörigen in Mazedonien noch am Leben. Russischer Gesandter hätte zum Schlusse Frage gestellt, welches nun das politische Programm des Kabinettes sei, worauf Radoslawoff erwidert hätte, patriotische Politik mit Vermeidung jeder Intrigue. Herr Savinski hätte beim Abschied Hoffnung ausgesprochen, dass seine Beziehungen zum Kabinette gute sein würden, und Radoslawoff habe um Wohlwollen ersucht. Konseilspräsident sagte mir, russischer Gesandter habe im Verlaufe der Unterredung herrischen Ton aufgegeben und sei zum Schlusse sanfter geworden. Aus Haltung Russlands und speziell auch aus ganzer Sprache Savinskis ginge hervor, dass man sich in Petersburg bewusst, wie viel man in Bulgarien verloren; man möchte dies wieder gut machen, um sich Bulgariens bedienen zu können, man finde aber keine Mittel und Wege dazu. Ghenadieff, den ich selbst in Soirée auf k. u. k. Gesandtschaft russischem Gesandten vorgestellt und der dann mit letzterem lang konversierte, erzählte mir darüber, Savinski hätte ihm unter anderem gesagt, dass Besuch Ghenadieffs in Paris und Konversation mit Herrn Isvolsky in Petersburg mehr oder weniger Eindruck gemacht, der dann aber durch Reise nach Wien und Besuch bei Euer Exzellenz, wo gewiss nicht von schönem Wetter gesprochen worden, ganz verdorben. Ghenadieff hätte geantwortet, dass er über Aufforderung König Ferdinands sich als Minister zur Berichterstattung nach Wien begeben; dass er bei diesem Anlasse Euer Exzellenz besucht, sei selbstverständlich und an Gesprächsstoff mit Hochdemselben hätte es ihm bei Bedeutung ökonomischer Beziehungen Bulgariens mit Monarchie nicht gefehlt. Russischer Gesandter hätte auch bemerkt, dass Bulgarien sich mit Türkei alliiert habe, was Politik Russlands zuwiderliefe; Ghenadieff hätte formelles Bündnis kategorisch in Abrede gestellt, zugleich aber gemeint, dass Russland Politik Bulgariens nicht erleichtere, und Besuch Herrn Pašić' in Petersburg und Reise Herrn Venizelos' dorthin hätten Grund nur in bulgarienfeindlichen Absichten. Bulgarien sei von Feinden umgeben und müsse trachten, wenigstens

Freundschaft der Türkei zu besitzen, um nicht umzingelt zu werden. Es sei Russland, das Türken als Hüter Bosporus und Dardanellen habe behalten wollen. Ghenadieff fand russischen Gesandten ebenfalls zuerst präpotent, dann freundlich. Tarnowski.

[a]) Vgl. n. 9326, 9537. — [b]) Punkte in der Entziff.

Nr. 9288. Tel. aus Konstantinopel-Pera, 2. Feb. 1914 Nr. 53 (eing. 3. Feb. 9 U. a. m.).[a]) Entziff.

Habe heute in einer Reklamationsangelegenheit mit Kriegsminister gesprochen. Bei diesem Anlasse kam auch die momentane politische Lage zur Sprache. Genannter sagte mir, er hätte aus Gümüldjina Nachrichten, laut welchen bulgarische Regierung in der Pomakenfrage sich ernstlich bemühe, türkischen Wünschen nachzukommen. Kriegsminister, welcher von der Notwendigkeit, das jetzige bulgarische Kabinett zu stützen, überzeugt ist, sprach sich weiter dahin aus, türkische Regierung werde bei den bevorstehenden bulgarischen Wahlen die Mohammedaner in Westthrazien im Interesse der Regierung beeinflussen. Grossvezier, den ich gleichfalls heute sah, sprach sich in ähnlicher Weise aus und sagte mir, Mohammedaner von Westthrazien würden mit Bestimmtheit für die Regierung stimmen. Pallavicini.

[a]) Vgl. n. 9274, 9321.

Nr. 9289. Tel. aus Konstantinopel-Pera, 2. Feb. 1914 Nr. 54 (eing. 3. Feb. 9 U. a. m.).[a]) Entziff.

Inselfrage. Grossvezir sagte mir heute, es sei nicht richtig, vorauszusetzen, Türkei werde, wenn die Inselfrage von den Mächten in für sie ungünstigem Sinne gelöst werden sollte, Beziehungen zu Griechenland abbrechen. Hievon könne keine Rede sein, denn Türkei brauche Frieden. Nichtsdestoweniger müsse damit gerechnet werden, dass die Beziehungen zu Griechenland niemals normal sein werden, solange Mytilene und Chios griechisch bleiben. Nach Ansicht des Grossvezirs wäre es im Interesse des Friedens gelegen, wenn die Mächte selbst die Idee des Austausches dieser beiden Inseln gegen die durch Italien besetzten Inseln aufgreifen würden. Auf diese Weise würde es auch den griechischen Machthabern erleichtert werden, nachzugeben. Enver Pascha sowie Talaat Bey haben sich heute mir gegenüber ganz im gleichen Sinne geäussert. Ersterer hat mir deutlich zu verstehen gegeben, dass, wenn auch Türkei sich momentan fügen würde, die Beziehungen zu Griechenland so schlecht werden könnten, dass es früher oder später doch zum Kriege kommen müsste, da der Besitz dieser Inseln seiner Ansicht nach für Türkei eine Lebensfrage sei. Pallavicini.

[a]) Vgl. n. 9321.

Nr. 9290. Tel. nach Rom, 2. Feb. 1914 Nr. 119 (chiffr. 7 U. 15 M. p. m.). Konz. (S. Rappaport; G. Forgách).

Englische Botschaft frägt an,[a]) ob wir (beziehungsweise andere Mächte) die Florenzer Beschlüsse[b]) über die Südgrenze Albaniens definitiv anerkennen,

nachdem selbe im Zusammenhange mit der Evacuirungs- und Inselfrage in Athen notificirt werden müßten. Wir wären, falls Italien zustimmt, geneigt, diese Frage zu bejahen, da die Venizelossche Rectification, über welche hier mit dem griechischen Ministerpräsidenten ein Einvernehmen im Sinne der italienischen Vorschläge erzielt wurde,[c] erst nach Notificirung der Beschlüsse der Mächte, dem sich das Athener Kabinet unbedingt fügen wird, als ein Wunsch des letzteren vorgebracht werden soll. Ersuche um Drahtantwort, ob Marquis di San Giuliano diesen Standpunkt teilt.

Berchtold.

[a] n. 9276, 9299, 9305. — [b] Pol. Chron. d. ö.-u. Mon. 1913, 512. — [c] n. 9272.

*Nr. **9291.** Tel. aus Rom, 2. Feb. 1914 Nr. 89 (eing. 4 U. p. m.).[a] Entziff.*

Räumung Südalbaniens. Bezug auf Telegramm Nr. 113 vom 31. vorigen Monats. Hiesige Regierung ist mit 1. März als Anfangstermin und 31. März als Endtermin der Evacuierung, mit der mündlichen Antwort unserer Botschafter unmittelbar an Sir E. Grey und mit dem von Euer Exzellenz skizzierten Inhalt der in Athen abzugebenden Erklärung einverstanden und behält sich vor, eine Redaktion dieser Note zu entwerfen. Mérey.

[a] Vgl. n. 9299.

*Nr. **9292.** Tel. des Legationsrates Grafen Otto Czernin aus St. Petersburg, 2. Feb. 1914 Nr. 31 (eing. 9 U. p. m.).[a] Entziff.*

Heute soll, wie Euer Exzellenz bekannt, der griechische Ministerpräsident zu mehrtägigem Aufenthalte hier eintreffen. Das angebliche Unwohlsein Herrn Pašić' und die Verschiebung seiner Abreise sichern eine Aussprache der beiden Politiker. Der neuernannte rumänische Gesandte, Herr Diamandy, ist in diesen Tagen hier eingetroffen, hat sich aber bisher bei den fremden Missionen nicht gezeigt. Allen diesen Vorbereitungen haftet eine gewisse Geheimtuerei an. Ein hoher General der kaiserlich russischen Suite bestätigte gestern den bevorstehenden Besuch des Kronprinzen von Rumänien sowie des Prinzen Karl. Ob dies feststeht und für wann, bisher nicht eruiert. Graf Witte sagte gestern einem der hiesigen Botschafter, er sei von dem Bestehen türkisch-bulgarischen Abkommens — nicht gerade für die nächste Zukunft, aber für einen geeigneten Zeitpunkt — überzeugt. Falls in den nächsten Tagen hier Verhandlungen zwischen den übrigen Balkanstaaten gepflogen werden, so dürfte obige Frage gewiss eine Hauptrolle spielen. Ein von Russland patronisiertes Defensivabkommen zwischen Rumänien, Griechenland und Serbien zur Erhaltung Bukarester Friedensbestimmungen, recte Sicherung eines starken Serbien, würde der ganzen Stimmung, die jetzt hier herrscht, am besten entsprechen und die versteckten Pourparlers vielleicht auch eine einschüchternde Wirkung auf Bulgarien ausüben. Vorstehendes kann natürlich nur unmassgebliche Vermutung sein.

Otto Czernin.

[a] Vgl. n. 9251, 9279, 9298.

Nr. 9293. Bericht des Legationsrates Grafen Otto Czernin aus St. Petersburg, 20. Jan./2. Feb. 1914 Nr. 6 (eing. 5. Feb.).[a] Ausfert.

Gestern ist Herr Delcassé endgiltig von hier abgereist. Er hat unter den Diplomaten des Dreibundes wenig persönliche Sympathien hinterlassen. In seiner politischen Abneigung ging er so weit, dass er dem deutschen Botschafter, der jetzt der Doyen des diplomatischen Korps ist, nicht einmal einen persönlichen Abschiedsbesuch machte, ja er hat nicht einmal den Versuch unternommen, dem Botschafter zum Abschied die Hand zu drücken. Auch die Gräfin Pourtalès hat ihn in diesem Winter nicht zu Gesicht bekommen, er hat sie nie besucht. Dieses wenig urbane Verhalten ist um so auffallender, als es sich der deutsche Botschafter ganz speziell angelegen sein liess, ein persönlich normales Verhältnis herzustellen. Als ich vor einigen Wochen, wie allgemein usuell, auch in der französischen Botschaft anfragen liess, wann mich Seine Exzellenz empfangen könnte, erhielt ich vorerst durch 2 Tage gar keine und dann eine evasiv entschuldigende Antwort. Dem Herrn Delcassé wird allgemein aussergewöhnliche Begabung nachgerühmt. Wie gross muss daher der Mangel an „guter Kinderstube" sein, wenn er eine solche Begabung so glänzend niederringt! Beim italienischen Botschafter versuchte Herr Delcassé persönlich vorzusprechen, traf denselben aber nicht an. Nachdem beim Abgang des Grafen Thurn weder der französische Botschafter noch der Botschaftsrat oder einer der Sekretäre auf der Bahn erschienen waren und Herrn Delcassé anscheinend der Anblick eines österreichisch-ungarischen oder deutschen Diplomaten peinlich berührt, so hatte ich und die Herren der k. u. k. Botschaft genügend Zartgefühl, um nicht am Bahnhof zu erscheinen. Auch der kaiserlich deutsche Botschafter und das gesamte Personal der Botschaft fehlten, was natürlich bemerkt aber mit Obigem bestens motiviert wurde. Otto Czernin.

[a] Vgl. n. 9125.

Nr. 9294. Bericht aus Sofia, 2. Feb. 1914 Nr. 15 A (eing. 4. Feb.).[a] Entziff.

K. u. k. Militärattaché sagt mir, bisheriger Chef des Generalstabes, General Fičew, der nunmehr als Inspektor der dritten Armee nach Rustschuk versetzt wurde, hat ihm über wiederholte Audienzen, die er kürzlich bei Seiner Majestät dem König gehabt, Folgendes erzählt: General Fičew hätte Gelegenheit gehabt, sich zu überzeugen, dass er — nachdem er wegen seiner Opposition gegen den zweiten Krieg mit Türkei und speziell gegen jenen mit Serbien ohne vorherigen Anschluss an die Monarchie und Verständigung mit Rumänien, die Gunst seines königlichen Herrn verloren hätte — nunmehr wieder in Gnade sei. Der König hätte General Fičew in politisches Gespräch gezogen und dessen Ansicht über Politik, die für Bulgarien die richtige wäre, hören wollen. Der General hätte sich dahin geäussert, dass er das Heil Bulgariens nur im Zusammengehen mit Oesterreich-Ungarn, beziehungsweise dem Dreibund erblicke; er sei auch von Notwendigkeit Entente mit Türkei und Rumänien überzeugt, jedoch unter Führung Dreibundes, da Bulgarien sonst weder Jungtürken noch Rumänien

trauen könne. Der König habe dieser Anschauung General Fičews vollkommen beigepflichtet und soll wörtlich gesagt haben: „Ich gehe nur mit Oesterreich-Ungarn, für Politik mit Russland bin ich nicht mehr zu haben, lieber danke ich ab." Tarnowski.

[a]) Vgl. n. 8794.

Nr. 9295. Erlaß nach Rom, 3. Feb. 1914 Nr. 516. Konz. (S. Schreibmaschine; V. Rappaport; G. Berchtold).

Vertraulich. Während der hiesigen Anwesenheit Herrn Venizelos'[a]) habe ich mit dem Herrn griechischen Ministerpräsidenten ein volles Einvernehmen hinsichtlich der Frage des von ihm gewünschten Gebietsaustausches an der südalbanischen Grenze und zwar auf Basis der in seinen Besprechungen mit Marquis di San Giuliano und Herrn Tittoni erzielten Reduktion seiner Desiderata erreicht. Der Gebietsaustausch wird sich daher auf die Ebene Laka Mukhtar erstrecken und zwar im Norden bis zu einer Linie, welche die Ortschaft Episcopi bei Griechenland, hingegen den Punkt Han Gorgutschati sowie das gleichnamige Dorf bei Albanien beläßt. Als Kompensation hiefür erhält Albanien die Küste von Phtelia bis zum Kap Pagania (ausschließlich der Hilda-Bai) sowie eine griechischerseits zu zahlende Indemnität von $2^1/_2$ Millionen Francs, welche Zahlung an keinerlei Bedingungen geknüpft ist. Die Forderungen nach Autonomie der griechischen Gemeinden in Albanien wurden auch meinerseits abgelehnt. Ich kam mit Herrn Venizelos dahin überein, daß dieses Arrangement von Griechenland erst dann und zwar als Wunsch vorzubringen sein wird, wenn die Beschlüsse der Mächte in der Grenz-, Evakuierungs- und Inselfrage, denen sich das Athener Kabinett unbedingt fügen wird, demselben seitens der Vertreter der Großmächte notifiziert sein werden. Herzog Avarna wurde von dem Verlaufe meiner Konversationen mit Herrn Venizelos in Kenntnis gesetzt. Vorstehendes ist zur Regelung Euer Exzellenz Sprache bestimmt.

[a]) n. 9272.

Nr. 9296. Tel. aus Rom, 3. Feb. 1914 Nr. 92 (eing. 4. Feb. 8 U. a. m.).[a]) *Entziff.*

Reise des Prinzen Wied. Aussprache auf Grund Euer Exzellenz Telegrammes Nr. 108 vom 30. v. M. hat ergeben, dass hiesige Regierung den Vorschlag annimmt, wonach Reiseschiff des Prinzen von der Territorialmacht des Einschiffungshafens, Begleitschiff von der anderen Macht beizustellen wäre. Um jedoch unliebsamer Kritik in der Presse vorzubeugen, proponiert man hier, dass etwa eine Woche vor der Reise in Wien und in Rom obige Vereinbarung offiziös mit einem Kommentar veröffentlicht werde, welcher ausführen würde, dass angesichts vollständiger Harmonie zwischen den beiden Cabinetten diese Verabredung getroffen und Wahl des Schiffes hiedurch dem Prinzen überlassen werden konnte. Mir scheint, dass falls der Prinz die projektierten Besuche in Wien und Rom macht, infolge geographischer Lage letzterer Stadt Einschiffung in Italien sozusagen sicher ist. Mérey.

[a]) Vgl. n. 9317, 9324.

Nr. 9297. Tel. aus Sofia, 3. Feb. 1914 Nr. 54 (eing. 4. Feb. 9 U. a. m.).[a] *Entziff.*

Geheim. Ministerpräsident und auch Toscheff sagen mir, Nachrichten aus Konstantinopel seien gut; Regierung wisse, dass unsere der Pforte erteilten Ratschläge dazu beigetragen, und man sei mir dankbar, dass ich durch meine Berichterstattung entsprechende Instruktionen an Markgrafen Pallavicini hervorgerufen. Unterzeichnung der Konvention mit Türkei werde man möglichst hinauszuschieben trachten, da dies einerseits gewisse Garantien gegen etwaige Abenteuer der Jungtürken böte und da andererseits, wie sich internationale Lage gestalte, keine Gefahr, dass sich Türkei mit Griechenland verständige und von Bulgarien abwende. Tarnowski.

[a] Vgl. n. 9283, 9340.

Nr. 9298. Bericht aus Belgrad, 4. Feb. 1914 Nr. 18 (eing. 5. Feb.).[a] *Ausfert.*

Die Reisen und der verlängerte Aufenthalt des Kronprinzen Alexander und des Ministerpräsidenten Pašić in St. Petersburg intrigieren und, wie mir scheint, nicht mit Unrecht, die hiesigen politischen Kreise auf das Lebhafteste. Diesbezüglich ist man hier noch immer auf Combinationen und Vermutungen angewiesen. Von den serbischen Funktionären dürften nur sehr wenige in die Pläne des Herrn Pašić eingeweiht sein und aus den Gesprächen meiner Collegen entnehme ich mit ziemlicher Sicherheit, daß die wenigen Anhaltspunkte und auf ein richtiges Raisonnement basierten Informationen gegenüber dem Bestreben, über den Reisezweck des serbischen Premiers etwas zu erfahren und die herrschende Unklarheit zu bannen, kaum ins Gewicht fallen. Herr von Hartwig, wahrscheinlich der Einzige der hiesigen Vertreter, der bestimmte Auskunft geben könnte, hat mir in längerer Rede auseinander gesetzt, dass Herr Pašić ganz gegen seinen Willen und nur auf speciellen Wunsch des Kronprinzen denselben nach St. Petersburg begleitet hat, — politische Gründe lägen der Reise ferne — eine Aufklärung, die ebenso plump wie lügenhaft scheint. Der serbische Ministerpräsident hat nun schon zweimal seinen Aufenthalt in Russland verlängert und ist ein abermaliger Aufschub des Zusammentrittes der Skupština — dermalen für den 10. l. M. einberufen — sehr wahrscheinlich. Herr Pašić will offenbar die Verhandlungen mit Venizelos noch in der russischen Hauptstadt, unter dem Drucke und der Patronanz der russischen Regierung führen. Die Nachricht, dass auch Herr von Hartwig in St. Petersburg eingetroffen, erwies sich als falsch, — derselbe war als „Kurier" nur 2 oder 3 Tage in Wien und kehrte schon am 1. l. M. hieher zurück. Die zahlreichen und außergewöhnlichen Ehren, welche der serbische Kronprinz von Seite der russischen Kaiserfamilie erfährt und dessen intimes Zusammenleben mit derselben geben der Vermutung, dass es sich um ein Heiratsprojekt mit einer der Zarentöchter handelt, eine ziemlich grosse Wahrscheinlichkeit. Sollte sie sich realisieren, so müsste man darin einen gelungenen russisch-serbischen Schachzug sehen, dessen Consequenzen recht schwerwiegende wären und sich der Monarchie auf Schritt und Tritt fühlbar machen würden. Die Finalisierung dieses

Planes, welcher über die diplomatischen Vorverhandlungen schon hinausgekommen und bei der Unterstützung, welche ihm das Zarenpaar leiht, nur mehr von persönlichen Empfindungen abzuhängen scheint, würde einen grossen Erfolg Pašić' bedeuten und dessen verlängerte Anwesenheit in St. Petersburg zur Genüge rechtfertigen. Nicht so bestimmt umschrieben scheinen für die Aussenwelt die weiteren politischen Pläne Pašić'; bisher spricht Nichts dagegen, dass, nebst den kürzlich erwähnten Gründen innerer Parteipolitik, es seine Absicht ist, die Lage Serbiens zwischen dessen Gegnern Albanien und Bulgarien-Türkei und die daraus zu erwartenden Gefahren zu schildern und unter Mithilfe und Aegide Russlands mit Griechenland, wahrscheinlich auch mit Rumänien, die Sicherung gegen allfällige Angriffe dieser Gegner zu besprechen und in bindenden Abmachungen festzulegen. In einem solchen neuen Bunde wäre für Bulgarien kein Platz, es wäre denn, dass es den russischen Intriguen gelänge, die Dynastie zu vertreiben. Dass, und wahrscheinlich in Folge der Befestigung der serbischen Stellung in St. Petersburg, diesbezüglich ein Umschwung eingetreten ist, beweist ein gestriger Artikel der offiziösen „Samouprava", der eine sehr scharfe Absage an Bulgarien enthält, während bis jetzt Tendenzen der Regierung wahrnehmbar waren, mit Bulgarien zu einem normalen Verhältnisse zu kommen, selbst mit dem Opfer territorialer Zugeständnisse. Die Stellung Pašić' erscheint durch seine persönlichen Erfolge, insbesondere durch die guten Aussichten in der Heiratsangelegenheit, auf unbestimmte Zeit gefestigt. Die eben vollzogenen Gemeindewahlen haben in ganz Serbien der altradikalen Regierung einen in diesem Masse unvorhergesehenen Erfolg gebracht, an 1000 Gemeinden gegenüber circa 500 aller Oppositionsparteien; die Opposition wird in diesem Jahre sich kaum zur Geltung bringen können. Gelingt zudem noch das Heiratsprojekt, und man beginnt schon damit zu rechnen, so wird ein Freudentaumel ganz Serbien ergreifen und diese Allianz als Freibrief für die Erfüllung aller großserbischen Wünsche angesehen werden. Nebst der Realisierung des Heiratsprojektes befürchte ich, dass in St. Petersburg Abmachungen getroffen werden, welche nicht nur die Solidarität Serbiens und Griechenlands, sondern unter gewissen Voraussetzungen auch Rumäniens für die Zukunft festlegen, wenn nicht der noch schlimmere Fall eintritt, dass auch Bulgarien unter einer neuen Regierungsform in diesen Bund gepresst wird. Ohne befürchten zu müssen, durch eine nahe Zukunft désavouirt zu werden, kann man von den gegenwärtigen Petersburger Verhandlungen und Machenschaften voraussehen, dass sie wahrscheinlich politisch schwerwiegende und der Monarchie nicht sonderlich freundliche Entschlüsse zeitigen oder wenigstens vorbereiten dürften. Giesl.

[a]) Vgl. n. 9292, 9308, 9412.

Nr. 9299. Tel. aus Rom, 4. Feb. 1914 Nr. 90 (eing. 9 U. a. m.).[a]) *Entziff.*

Räumung des Epirus. Im Verfolge meines Telegrammes vom 2. d. M. Nr. 89. Im Interesse der Beschleunigung des Vorganges hat hiesige Regierung Redaktion der an griechische Regierung zu richtenden Erklärung dem Gesandten in Athen im Einvernehmen mit seinem österreichisch-

ungarischen Kollegen überlassen. Als Basis dient der von Sir E. Grey proponierte Text, in welchem die Beschlüsse der Florentiner Kommission[b] und der in dem Telegramm Euer Exzellenz vom 31. d. M. Nr. 113 vorgeschlagene Passus aufzunehmen sind. Übergabe der Note dürfte unmittelbar bevorstehen. Analogen Vorgang hat Consulta hinsichtlich der an die Pforte zu richtenden Note gewählt. Mérey.

[a] Vgl. n. 9304. — [b] Vgl. n. 9290 Anm. b.

Nr. 9300. Tel. des Legationsrates Grafen Otto Czernin aus St. Petersburg, 4. Feb. 1914 Nr. 34 (eing. 5. Feb. 9 U. a. m.).[a] Entziff.

Herr Venizelos, der gestern vom Zaren empfangen wurde und lange Unterredung mit Herrn Sazonow und Herrn Pašić hatte, reist heute abends nach Bukarest. Der italienische Botschafter, der Venizelos von Athen aus gut kennt, sagte mir, derselbe erklärte sich von seinem hiesigen Besuch sehr befriedigt. Carlotti glaubt indes, dass dies kaum ganz aufrichtig sei und dass es den Anschein habe, als habe man dem griechischen Ministerpräsidenten sowohl in puncto bulgarischer Kriegsgefangener, wie Wiederaufnahme der Beziehungen mit Bulgarien und in anderen Punkten mäßigende Ratschläge gegeben, was ihm weniger sympathisch gewesen sein dürfte. Herr Sazonow lobte mir die Intelligenz und Ruhe des Griechen, sagte sonst nur Allgemeinheiten und erwähnte die Zusammenkünfte Pašić-Venizelos überhaupt nicht. Hingegen hob er hervor, der griechische Ministerpräsident sei von seinem Aufenthalt in Wien, von den dort gefundenen Dispositionen und namentlich der Geneigtheit, den gewünschten Gebietsumtausch zu bewilligen, angenehm berührt. Die allgemeine Zukunft Albaniens betrachte er „natürlich" auch pessimistisch. Der bulgarische Gesandte, der mich heute besuchte, meinte, er habe nicht feststellen können, ob ein griechisch-serbisches Bündnis bestehe, ob darüber hier verhandelt werde und ob Rumänien daran beteiligt sei, de facto liege die Sache so, dass alle drei Staaten sich zweifellos jedem, der einen Finger rühren würde, geeint entgegenstellen würden. Bulgarien habe, soviel er wisse, mit der Türkei keinen Vertrag, derselbe wäre auch zwecklos, da 1.) man nicht wüsste, an wen man sich in Konstantinopel halten sollte, 2.) Bulgarien aktiv jetzt nichts machen könne, 3.) man bei Durchzugsbewilligung entweder die Türken nicht wieder herausbekäme oder die Rumänen im Rücken hätte. Nach Ansicht des Generals hätten die Verhandlungen hauptsächlich Albanien betroffen. (Dies scheint man ihm hier gesagt zu haben und deshalb ist vielleicht das Gegenteil wahr.) Ich glaube nach wie vor, dass die Balkandemonstration unter russischer Ägide mit Ausschluss des ungetreuen Bulgariens der Hauptzweck der letzten Tage war. Ein teilweises Resultat sehe ich auch in einer Äusserung des bulgarischen Gesandten, der mir heute über die bulgarische Isolierung klagte, ausführend, Bulgarien sei am Scheideweg, die bulgarische öffentliche Meinung neige wieder mehr der Triple-Entente zu und falls Bulgarien bei uns nicht sicheren Rückhalt finde, werde es sich ja zweifellos in absehbarer Zeit mit Serbien verständigen und einem neuen Balkanbund anschließen müssen. Betreffs der noch immer in gewissen bulgarischen Kreisen herrschenden Hoffnungen auf Revision des Bukarester Vertrages sagte mir Herr Sazonow, die Bulgaren

müssten wissen, dass dies nur im Wege der Verständigung mit Serbien geschehen könne. Heute sei es zu früh, in einigen Jahren werde es wohl gelingen. Über aktive Teilnahme des hiesigen rumänischen Gesandten an den Pourparlers ist mir bisher nichts bekannt, werde diesen Punkt noch weiter verfolgen. Betreffs Äußerung bulgarischen Gesandten folgt detaillierter Bericht[b]) mit nächster Gelegenheit. Otto Czernin.

[a]) Vgl. n. 9251, 9303. — [b]) n. 9314.

*Nr. **9301.** Bericht aus Sofia, 4. Feb. 1914 Nr. 16 A (eing. 7. Feb.). Entziff.*

Ministerpräsident sagte mir gesprächsweise, Russland gebe hier für Wahlagitation sehr viel Geld aus. Russische Gesandtschaft verfüge über dieses Geld und bulgarische Polizei sei über Beträge, die verteilt werden und an wen sie gelangen, genau informiert. Dieser Tage sei von russischer Gesandtschaft an Herrn Danew telephoniert worden, dass er grössere Summe gleich beheben könne und heute habe sich ein russischer Sekretär bei einer Bank erkundigt, ob sie Geld nach Gümüldjina überweisen könnte. Für letzte Wahlen dürfte Russland ungefähr zwei Millionen Francs ausgegeben haben. Tarnowski.

*Nr. **9302.** Tel. des ungarischen Ministerpäsidenten Grafen Stephan Tisza; Budapest, 4. Feb. 1914 Nr. 23 t (eing. 3 U. 30 M. p. m.).[a]) Entziff.*

Streng vertraulich. Wir können im Ruthenenprozess objektiven Beweis liefern, dass russische Konsulate in Budapest, Wien und Königsberg bewusst falsche Pässe lieferten, um panslavistische Agitation zu fördern. Ich glaube, solche Zeugenaussagen hintanhalten zu sollen, könnte aber auf Wunsch Euer Exzellenz sofort veranlassen, dass unser Gewährsmann diesbezügliche Zeugenaussage mache und Beweis dem Gericht einreiche. Tisza.

[a]) Vgl. n. 9307.

Tel. nach Athen, 5. Feb. 1914 Nr. 33 (chiffr. 12 U. 10 M. a. m.). Siehe n. 9304.

*Nr. **9303.** Tel. aus Athen, 5. Feb. 1914 Nr. 67 (eing. 6. Feb. 9 U. a. m.).[a]) Entziff.*

Streng vertraulich. Aufenthalt Herrn Venizelos in Petersburg. Herr Streit sagte mir heute, Ministerpräsident sei über seinen Empfang sehr zufrieden, habe aber nichts Meritorisches telegraphiert. Ministerpräsident habe sicher nicht über Athosfrage Verhandlungen angefangen. Es sei an der russischen Regierung, wenn sie diesbezüglich Wünsche habe, dieselben der griechischen bekanntzugeben. Herr Streit ist wegen Koinzidenz mit Besuch Herrn Pašić, wodurch Anschein Balkanbundbestrebungen erweckt, irritiert und sagte mir, Herr Venizelos habe seinen Reiseplan gerade in der Hoffnung geändert, Herrn Pašić nicht mehr in Petersburg zu treffen. Minister des Äussern ist übrigens überzeugt, dass russische Diplomatie Gelegenheit benützen wird, um Balkanbund wieder aufleben lassen zu trachten, wozu sich Griechenland keineswegs hergeben werde. Er habe Nachricht, Herr Sazonow habe wieder Herrn Pašić nahegelegt, Bulgarien Ištib und Kočana

abzutreten. Hiesiger serbischer Gesandter habe ihm diese Nachricht für wahrscheinlich erklärt. Szilássy.

[a]) Vgl. n. 9300.

Tel. nach Berlin, 5. Feb. 1914 Nr. 64 (chiffr. 12 U. 10 M. a. m.). Siehe n. 9304.

*Nr. **9304.** Tel. nach Konstantinopel Nr. 42 (1), Athen Nr. 33 (2), London Nr. 38 (3), Rom Nr. 128 (4), Berlin Nr. 64 (5), St. Petersburg Nr. 28 (6) und Paris Nr. 21 (7), 5. Feb. 1914 (chiffr. 12 U. 10 M. a. m.).[a]) Konz. (S. Hohenlohe; V. Rappaport; G. Forgách).*

1., 2. u. 5.—7. Im Gegenstande des Euer etc. per Post mitgeteilten Berichtes ddo. London, 24. Jänner 1914 Nr. 5.

3. Im Gegenstande des Berichtes Nr. 5 vom 24. v. M.

4. Im Gegenstande Euer Exzellenz Telegrammes Nr. 90 vom 4. d. M.

1.—3. u. 5.—7. Ich habe am 31. v. M. Herrn von Mérey telegraphirt: ... *wie n. 9286 bis „Kaza de Delvino“* ... Herr von Mérey telegraphirt mir unterm 3. d. M.: ... *wie n. 9299* ...

1. Euer Exzellenz wollen den Greyschen Text — si omnes — auf der Pforte überreichen.

2. Euer Hochwohlgeboren wollen im Einvernehmen mit Ihrem italienischen und deutschen Kollegen Ergänzung der Greyschen Note in dem zwischen Wien und Rom vereinbarten Sinne vornehmen, mir die vereinbarte Formulirung melden und, sobald die Gesandten aller übrigen Mächte eine einschlägige Instruktion erhalten haben werden, die Note im Auswärtigen Amte überreichen.

3. Euer Exzellenz wollen, sobald Marquis Imperiali gegenständliche Instruction hat, die in Aussicht genommene mündliche Antwort im Foreign Office abgeben.

1. Ich telegraphiere unter einem an Herrn von Szilassy: (Inseratur aus Telegramm sub 2. von „Euer Hochwohlgeboren wollen im Einvernehmen“ bis „im Auswärtigen Amte überreichen.“) und an Grafen Mensdorff: (Inseratur aus Telegramm sub 3. von „Euer Exzellenz wollen, sobald Marquis Imperiali“ bis „abgeben.“)

2. Ich telegraphire unter einem an Markgrafen Pallavicini: (Inseratur aus Telegramm sub 1. von „Euer Exzellenz wollen den Greyschen Text“ bis „auf der Pforte überreichen.“) und an Grafen Mensdorff: (Inseratur aus Telegramm sub 3. von „Euer Exzellenz wollen, sobald Marquis Imperiali“ bis „abgeben.“)

3. Ich telegraphire unter einem an Markgrafen Pallavicini: (Inseratur aus Telegramm sub 1. von „Euer Exzellenz wollen den Greyschen Text“ bis „auf der Pforte überreichen.“) und an Herrn von Szilassy: (Inseratur aus Telegramm sub 2. von „Euer Hochwohlgeboren wollen im Einvernehmen“ bis „im Auswärtigen Amte überreichen.“)

4.—7. Ich telegraphire unter einem an Markgrafen Pallavicini: (Inseratur aus Telegramm sub 1. von „Euer Exzellenz wollen den Greyschen Text“ bis „auf der Pforte überreichen.“) und an Herrn von Szilassy: (Inseratur aus Telegramm sub 2. von „Euer Hochwohlgeboren wollen im

Einvernehmen" bis „im Auswärtigen Amte überreichen.") und an Grafen Mensdorff: (Inseratur aus Telegramm sub 3. von „Euer Exzellenz wollen, sobald Marquis Imperiali" bis „abgeben.")

1.—7. Vorstehendes zu Euer etc. Information und Regelung Ihrer Sprache. Berchtold.

[a]) Vgl. n. 9310, 9332, 9350.

Tel. nach London, 5. Feb. 1914 Nr. 38 (chiffr. 12 U. 10 M. a. m.). Siehe n. 9304.

*Nr. **9305**. Verbalnote an die englische Botschaft, 5. Feb. 1914 Nr. 549.[a]) Konz. (S. Gautsch; V. u. G. Forgách).*

In Beantwortung der sehr geschätzten Verbalnote vom 30. v. M. beehrt sich das k. u. k. Ministerium des Äußern der königlich großbritannischen Botschaft ergebenst mitzuteilen, daß die k. u. k. Regierung den Florentiner Beschlüssen[b]) über die Südgrenze Albaniens zustimmt.

[a]) Vgl. n. 9276. — [b]) Vgl. n. 9290 Anm. b.

Tel. nach Paris, 5. Feb. 1914 Nr. 21 (chiffr. 12 U. 10 M. a. m.). Siehe n. 9304.

Tel. nach Rom, 5. Feb. 1914 Nr. 128 (chiffr. 12 U. 10 M. a. m.). Siehe n. 9304.

Tel. nach St. Petersburg, 5. Feb. 1914 Nr. 28 (chiffr. 12 U. 10 M. a. m.). Siehe n. 9304.

*Nr. **9306**. Tel. des Legationsrates Grafen Otto Czernin aus St. Petersburg, 5. Feb. 1914 Nr. 41 (eing. 6. Feb. 9 U. a. m.).[a]) Entziff.*

Herr Pašić reist heute abends nach Bukarest, wo er also neuerlich mit Herrn Venizelos zusammentrifft. Aus guter Quelle erfahre ich, daß dieser Plan dem serbischen Ministerpräsidenten erst hier suggeriert wurde, wie es ja ganz in die hiesige Politik passen dürfte, die serbisch-rumänische Annäherung zu fördern und gleichzeitig hiedurch auf Bulgarien neuerlich einschüchternd zu wirken. Ich höre ferner, daß Pašić hier die Absicht verfolge, Russland zu bewegen, im Falle einer neuerlichen kriegerischen Konflagration am Balkan die armenische Frage akut werden zu lassen und so die türkische Armee zu binden. Hier hätte sich der Serbe ein Refüs geholt und sowohl Seine Majestät der Zar als Herr Sazonow hätten klar gesagt, Russland brauche Ruhe und werde sich in einen Balkan-Kleinkrieg nicht hineinziehen lassen. In weiterer Folge scheint es mir sehr wahrscheinlich, daß man Herrn Pašić nach Bukarest geschickt hat, um sich dort die nötigen Defensivgarantien zu holen und gleichzeitig die Demonstration fortzusetzen. Je näher sich Serbien an Rumänien anschließt, umso grösser wird die russische Hoffnung sein, uns von unserem bisherigen Freunde zu entfremden. Herr Pašić soll angeblich enttäuscht von hier abreisen. Der bulgarische Gesandte dementierte kategorisch in den Blättern den von Herrn Pašić in seinem Interview behaupteten geheimen bulgarisch-türkischen Vertrag. Otto Czernin.

[a]) Vgl. n. 9251.

Nr. 9307. Tel. an den ungarischen Ministerpräsidenten Grafen Stephan Tisza, 5. Feb. 1914 Nr. 7 (chiffr. 6 U. 30 M. p. m.).[a] *Konz. (S. Oppenheimer; V. u. G. Forgách).*

Streng vertraulich. Bezug auf Euer Exzellenz Telegramm Nr. 23 t von gestern. Auch ich halte es nicht für opportun, dass die Tätigkeit der genannten russischen Konsularämter vor Gericht erörtert werde, bitte aber Euer Exzellenz mir das ganze Beweismateriale, welches sich auf diese mir seinerzeit vom königlichen Ministerium des Innern bekannt gegebene Angelegenheit bezieht, behufs Beschlussfassung über eventuelle Einleitung diplomatischer Schritte zur Verfügung stellen zu wollen. Berchtold.

[a] Vgl. n. 9312.

Nr. 9308. Bericht aus Belgrad, 6. Feb. 1914 Nr. 19 A (eing. 7. Feb.).[a] *Ausfert.*

Streng vertraulich. Im ergebensten Berichte Nr. 18 vom 4. l. M. „Geheim" habe ich der Befürchtung Ausdruck gegeben, dass die gegenseitigen Verhandlungen in St. Petersburg zu schwerwiegenden und in Summa der Monarchie nicht freundlichen Abmachungen zwischen den Balkanstaaten — unter der Patronanz Russlands — führen könnten. Wie ich constatieren konnte, ist auch in den hiesigen politischen Kreisen dieser Eindruck vorherrschend und nur modificiert durch die politische oder Parteirichtung der betreffenden Persönlichkeit. Der Commentar, welcher die Vorgänge in St. Petersburg begleitet, lässt sich dahin umschreiben, dass niemand an der Wichtigkeit der dortigen Besprechungen oder an der Notwendigkeit der Herstellung normaler Beziehungen zwischen Serbien und Bulgarien zweifelt. Gleichzeitig wird aber dieses letztere, auch von Russland unterstützte Bestreben als Utopie bezeichnet und zugegeben, dass Bulgarien sich mit dem gegenwärtigen Stand der Dinge niemals versöhnen und auf Macedonien nicht verzichten könne. Daraus ergibt sich schon die Gefahr, von welcher Serbien und Griechenland konstant bedroht würden und gegen welche es als Sicherung nur den Zusammenschluß dieser Staaten, unter Einbezug Montenegros und Rumäniens, behufs Garantie des Status quo, resp. des durch den Bukarester Frieden geschaffenen Besitzstandes, gäbe. Dieses Ziel soll in St. Petersburg erreicht werden. Ein Interview des Herrn Pašić mit einem Redacteur der „Novoje Vremja," welches von St. Petersburg telegrafiert und gestern auch von der offiziösen „Samouprava" publiciert wird, bestätigt das „beschlossene" gemeinsame Vorgehen Serbiens, Montenegros und Griechenlands und weist überdies deutlich daraufhin, dass auch Rumänien die gleichen Interessen an der Erhaltung des Gleichgewichtes am Balkan habe. Die auf Albanien Bezug habenden Äusserungen des Herrn Pašić sind desgleichen nicht ohne Interesse; der serbische Ministerpräsident zweifelt an einer Consolidierung der Verhältnisse in Albanien und bezeichnet eine eventuelle austro-italienische Occupation oder die privilegierte Stellung einzelner Mächte in Albanien als nicht wünschenswert und befürchtet in diesem Falle Complicationen. An ein bulgarisch-türkisches Bündnis glaubt Herr Pašić, hält aber dafür, dass dasselbe für die Contrahenten unheilvoll

sein werde. Bezüglich der Frage der Orientbahnen hofft der serbische Staatsmann, dass die Bahnen neutralisiert werden würden. Aus specieller Quelle höre ich, dass die Werbung um die Gunst Rumäniens von Athen aus sehr eifrig betrieben werde, — man jedoch in Bukarest noch zögere, sich zu binden. Dagegen wird das Heiratsprojekt zwischen dem Diadoch und der Prinzessin Elisabet als aussichtsreich bezeichnet. König Constantin hat mit dem Vorbehalte zugestimmt, dass das Prinzenpaar selbst aneinander Gefallen fände und nicht durch die Politik zu diesem Bunde gezwungen würde. In den hiesigen Offizierskreisen ist man der Ansicht, dass im Falle eines Conflictes zwischen der Türkei und Griechenland Serbien — ohne die Haltung Bulgariens abzuwarten — über dieses herfallen müsse, um sich die Vorteile der Offensive zu sichern. Giesl.

a) Vgl. n. 9328.

Nr. 9309. Tel. aus Berlin, 6. Feb. 1914 Nr. 62 (eing. 7. Feb. 9 U. a. m.).a) Entziff.

Kandidatur Wied. Antwort auf Telegramm Nr. 65b) von gestern. Mein italienischer Kollege und ich haben heute nachmittags dem Prinzen Wied schriftlich die Ermächtigung unserer Regierungen erteilt, wonach er den Kabinetten der übrigen Großmächte von dem ihm von Österreich-Ungarn und Italien gewährten Vorschuss von 10 Millionen Francs auf die albanesische Anleihe von 75 Millionen Mitteilung machen dürfe. Prinz Wied nahm diese Mitteilung dankend zur Kenntnis und erklärte, er würde nunmehr unverzüglich dem Staatssekretär, sowie den hiesigen Vertretern der Ententemächte direkt einen definitiven Entschluß, den Thron von Albanien zu besteigen, notifizieren. Szögyény.

a) Vgl. n. 9234. — b) Betrifft albanische Anleihe und 10 Millionen Vorschuß auf dieselbe; Aktenstück nicht mehr vorhanden.

Nr. 9310. Tel. aus London, 6. Feb. 1914 Nr. 29 (eing. 7. Feb. 9 U. a. m.).a) Entziff.

Antwort auf Note Sir E. Greys. Erhalten Euer Exzellenz Telegramm Nr. 38 vom 5. d. Mts. In Abwesenheit Greys habe ich Sir A. Nicolson heute mündlich instruktionsgemäss die Mitteilung gemacht. Mein deutscher und italienischer Kollege sollten heute abends dasselbe tun. Unterstaatssekretär nahm meine Mitteilung zur Kenntnis, wird sie Sir E. Grey melden und weiss noch nicht, welche Stellung hiezu derselbe nehmen wird. Er wiederholte, dass sein Chef grössten Wert auf die von ihm gestellte Bedingung legt, dass sich Mächte einigen sollten, ihre Beschlüsse durchzusetzen. Zunächst wird Foreign Office die russische und die französische Regierung von Antwort der Dreibundmächte in Kenntnis setzen. Sir A. Nicolson, der natürlich weiss, dass ...b) zur Bedingung Greys von Berlin komme, betonte, es werde für Griechenland sehr schwer sein, sich den Beschlüssen der Mächte zu fügen, wenn es nicht gegen einen türkischen Angriff gesichert ist. Wenn also die vorgeschlagene Aktion der Mächte stattfindet, wird man doch irgendwie Griechenland den Besitz der Inseln garantieren müssen, es wäre aber wohl besser, wenn sich die Mächte schon jetzt auf Sir E. Greysche Bedingung

geeinigt hätten. Unsere vorgeschlagenen Ergänzungen der Mitteilung an Griechenland waren ihm neu, er notierte sie, ohne sich darüber auszusprechen. Erklärung des Grossvezirs an englischen Botschafter über „Rettung der Türkei vor Zwangsmassregeln durch Dreibund" haben natürlich hier sehr üblen Eindruck gemacht. Man scheint im Foreign Office zu glauben, dass Türkei sehr unbefriedigende Antwort geben wird, sobald sie weiss, dass Mächte nicht über Durchführung ihrer Beschlüsse einig sind. In meiner Bemerkung wies ich darauf hin, dass wir ja nirgends sagen, dass wir keine Massregeln ergreifen, sondern dass wir nur zunächst die Antwort abwarten wollen. Sir E. Grey kehrt Montag nach London zurück. Mensdorff.

[a]) Vgl. n. 9316. — [b]) Chiffre fehlt.

Nr. 9311. Tel. des Legationsrates Grafen Otto Czernin aus St. Petersburg, 6. Feb. 1914 Nr. 42 (eing. 7. Feb. 9 U. a. m.).[a]) Entziff.

Herr Neratow hat gestern auf eine einschlägige Frage des italienischen Botschafters erwidert, es bestehe allerdings zwischen Griechenland und Serbien ein Übereinkommen für „gewisse Eventualitäten". Mit Rücksicht darauf, dass die Türkei heute de facto von Männern à la Enver Bey regiert werde, sei eine solche Vorsichtsmaßregel ja auch ganz begreiflich. Auf die Frage Marquis Carlottis, ob der hiesige rumänische Gesandte an den Besprechungen teilgenommen habe, erwiderte der Ministergehilfe etwas gespitzelt mit Nein und dass die Rumänen die Verhandlungen „ignoriert" hätten. Nachdem die beiden Staatsmänner sich in Bukarest schon dieser Tage wieder vereinigen sollen, so ist es klar, dass Rumänien mit ihnen nur in seiner Hauptstadt sprechen und die Balkanpatronanz dadurch unterstreichen will. Russischerseits dürfte man es zwar natürlich vorgezogen haben, wenn sich alles hier abgespielt hätte, der Hauptzweck Russlands bleibt aber doch die möglichste Annäherung Serbiens an Rumänien, weil das unser Verhältnis zum letzteren Land erschweren muss und Bulgarien die Abkehr von Russland unangenehm fühlbar macht. Otto Czernin.

[a]) Vgl. n. 9251.

Nr. 9312. Tel. des ungarischen Ministerpräsidenten Grafen Stephan Tisza aus Budapest; 6. Feb. 1914 Nr. 25 t (eing. 1 U. p. m.).[a]) Entziff.

Streng vertraulich. Verhör Bobrinskys glimpflich abgelaufen, seine Konfrontation mit unserem Konfidenten hat ihn in Verlegenheit gebracht, wobei er Vorgehen russischen Konsuls Königsberg mit falschen Pässen selbst zur Sprache brachte. Diesbezügliche Zeugenaussage sowie Beweismaterial wird Euer Exzellenz nächstens mitgeteilt werden. Tisza.

[a]) Vgl. n. 9307, 9313.

Nr. 9313. Tel. des Legationsrates Grafen Otto Czernin aus St. Petersburg, 7. Feb. 1914 Nr. 46 (eing. 8. Feb. 9 U. a. m.).[a]) Entziff.

Ich sprach heute Herrn Sasonow, dem ich die milde Behandlung Bobrinskys in der Monarchie als ein Zeichen besonderen Wohlwollens und als Beweis darstellte, wie aufrichtig bei uns alles vermieden werde, was als

Gehässigkeit interpretiert werden könnte. Ich hoffte, dass die hiesige Öffentlichkeit den Wert unserer Vorgangsweise entsprechend würdigen werde. Minister sprach mir seine Freude aus, dass die Sache so günstig abgelaufen sei. Er habe sich es, offen gestanden, nicht erwartet. Im weiteren Gespräche jedoch kam er neuerlich auf seine Theorie der Schuldlosigkeit Bobrinskys, seine unpolitischen Absichten etc. zu sprechen und begann sogar einen unangenehmen Ton anzuschlagen, indem er es begreiflich fand, dass sich die Öffentlichkeit hier für das traurige Los der Konnationalen jenseits der Grenze interessiere. Er spreche selbstverständlich nur ganz unoffiziell, da er ja auch das Thema nur in dieser Weise berühren könne, aber er müsse Vorstehendes offen sagen, wenn er die Affaire Bobrinsky streife. Ich erwiderte hierauf mit nicht verstecktem Erstaunen, dass ich mich wundere, dass der Minister, in welcher Form immer, an dem Tage über diese Dinge zu reden anfange, wo ich mit Rücksicht auf unser besonderes Entgegenkommen ganz andere Worte erwartet hätte. Herr Sazonow wurde darauf wieder sehr verbindlich und bat mich, ihn nicht misszuverstehen. Niemand freue sich mehr als er selbst, dass die Opposition in der Reise Bobrinskys keine Waffe finden werde, er wolle nur feststellen, dass man im 20. Jahrhundert den Leuten nicht ihre Ansichten vorschreiben könne und dass die Reibungsflächen nicht verschwinden werden, bevor den Leuten hier nicht der Vorwand genommen werde, sich mit dem Schicksal der Konnationalen hinter der Grenze zu befassen. Wieder kam auch die Idee zum Vorschein, dass sich die Opposition nicht gegen das Österreichertum, sondern gegen das Polentum kehre. Dass überdies die ukrainische Propaganda ein ernstes Sorgenkind Russlands sei, wisse ich ja aus seiner seinerzeitigen Mitteilung. Ich lehnte es dankend ab, mich in eine weitere Diskussion einzulassen, beschränkte mich darauf, zu sagen, dass eben das zu große Interesse der Völker, und zwar beiderseitig, unerwünscht wäre und dass zu hoffen sei, dass es eher erstickt, als angefacht werde. Darauf wechselte ich das Konversationsthema. Am Schlusse war Minister dann besonders liebenswürdig. Otto Czernin.

a) Vgl. n. 9225, 9246, 9312, 9325.

Nr. 9314. Bericht des Legationsrates Grafen Otto Czernin aus St. Petersburg, 25. Jan./7. Feb. 1914 Nr. 7 B (eing. 9. Feb.). Ausfert.

Mein Telegramm vom 4. d. M. Nr. 34 erlaube ich mir im Folgenden zu ergänzen. Der bulgarische Gesandte, den ich längere Zeit nicht gesprochen hatte, sagte sich bei mir an und fing nach kurzer Einleitung über die Möglichkeit einer Revision des Bukarester Friedens zu sprechen an. Als ich mein Erstaunen nicht verbergen konnte von einer solchen Eventualität sprechen zu hören, entwickelte General Dimitriew ausführlich seine Ansicht über die jetzige Lage seines Vaterlandes: Bulgarien sei heute ganz vereinsamt, sozusagen von Feinden umgeben und am Scheidewege zwischen den zwei grossen Mächtegruppen. Diese Situation könne nicht andauern und der Zeitpunkt nahe, wo sich Bulgarien entscheiden müsse. Die anti-russische Stimmung in Bulgarien sei ja zweifellos sehr verbreitet, aber die Gegner der Monarchie seien nicht weniger zahlreich und darüber dürfe man sich keiner Illusion hingeben. Die Ansicht, Oesterreich-Ungarn hätte Bulgarien

zum 2ten Balkankrieg encouragiert und es dann dem Rückenangriff Rumäniens überlassen, sei sehr weit verbreitet, nicht nur unter den Anhängern der russophilen sondern auch in den jungen sozialistischen Parteien. (Russland scheint seine Zeit nicht verloren und eifrig agitiert zu haben). Wenn also heute ein streng konstitutioneller König wie Zar Ferdinand sich zu einer eigentlich unpopulären Politik entschlösse, so müsste hiefür ein die Massen überzeugendes Schlagwort gefunden werden. (Diese Worte erinnerten mich lebhaft an die Ausdrucksweise des hohen Herrn des Generals). Oesterreich-Ungarn müsste die wenn auch vielleicht aussichtslose Initiative zum neuerlichen Aufwerfen der Revisionsfrage unternehmen (Kavala) oder wenigstens die Initiative zur Besserung der Lage der Bulgaren in Serbisch- und Griechisch-Mazedonien ergreifen. Russland werde sich heute vielleicht anschliessen und auf alle Fälle würde ein österreichisch-ungarischer Vorschlag auf die Stimmung in Bulgarien eine ungeahnte Wirkung haben. Ich bin mir selbstverständlich bewusst, dass man diese Anregungen — speziell betreffs der Revision des Bukarester Friedens — kaum einer ernsten Betrachtung unterziehen kann, sie müssen aber im Zusammenhang dieses Berichtes erwähnt werden. Bulgarien müsse also, so fuhr der Gesandte fort, in Bälde über seine politischen Zukunftspläne schlüssig werden und zwar brauche es reelle Garantien, keine wertlosen Phrasen, und eine klare Situation. Gelinge es nicht, zu einem Abkommen mit der Monarchie auf greifbarer Basis zu gelangen, so bleibe für Bulgarien kein anderer Ausweg, als sich mit den Balkanländern irgendwie auseinanderzusetzen und in einen neuen Balkanbund einzutreten. Der fortgesetzten Isolierung sei dies vorzuziehen und in Ermangelung eines anderen sicheren Hafens, werde sich Bulgarien für diesen entscheiden. Dies sei dann höchstens eine Frage der Zeit. Bisher habe Bulgarien den russischen Versuchen eine Wiederaussöhnung der slavischen Balkanstaaten herbeizuführen, widerstanden, aber wie lange dies so bleiben werde, sei nicht sicher. Der General deutete an, dass die territoriale Belohnung für ein so generöses Vergessen und den Wiedereintritt in den vergrösserten Balkanbund nicht ausbliebe. General Dimitriew sprach mit viel Insistenz, wiederholte die wichtigen Passagen mehrmals und stellte ausdrücklich die Bitte, ich möge Euer Exzellenz seine Aeusserungen einberichten. Ich hatte den Eindruck, als ob er — und vielleicht andere bulgarische Gesandte auf anderen Posten ebenso — direkt einen Auftrag ausführe. Wie weit übrigens die russische Verhetzungspolitik Zeit hatte sich zu entwickeln, beweist mir eine Aeusserung Herrn Sazonows, der mir kürzlich ins Gesicht sagte, die Abtretung Kavalas an Bulgarien wäre vielleicht durchführbar gewesen, allein Oesterreich-Ungarn hätte dies nur im Verein mit einer serbisch-bulgarischen Grenzänderung unternehmen wollen und daran sei der Plan gescheitert. Ich hielt dem Minister natürlich sehr entschieden die historische Entwicklung dieser Frage entgegen, welche das Gegenteil seiner Behauptung beweist und wies besonders auf die französisch-russische Press-Campagne jener Zeit hin, welche wohl so manches erkläre. Es ist begreiflich, dass derartige Ausstreuungen in Bulgarien nicht in unserem Sinne wirken und dass sie en gros fabriziert werden, ist wohl wahrscheinlich. Der bulgarische Gesandte sprach schliesslich auch noch über die Gerüchte

eines bulgarisch-türkischen Geheim-Abkommens, die er als gänzlich unbegründet bezeichnete (siehe mein Eingangs erwähntes Telegramm). Ein solches Abkommen wäre politisch wie militärisch wertlos. Die türkischen Machthaber von heute seien vielleicht morgen verfolgte Flüchtlinge und den geringen militärischen Wert der Türkei könne er selbst wohl mit einiger Berechtigung kritisieren. Meine Frage nach seiner Ansicht über den voraussichtlichen Erfolg der deutschen Militär-Mission beantwortete General Dimitriew entschieden pessimistisch. Ebenso wie von der Goltz Pascha werde auch General Liman nichts ausrichten. Die Hauptschwäche der türkischen Armee liege im Offiziersmaterial, davon habe er sich selbst überzeugt. „Die Offiziere waren immer die ersten, die das Zeichen zur Flucht gaben." Er habe jetzt Kenntnis von den Plänen der kommandierenden türkischen Generale, diese seien vollkommen vernünftig gewesen, der türkische gemeine Soldat sei der denkbar beste und auch die Organisationsmängel seien nicht so ins Gewicht gefallen, „das Offiziersmaterial, das die Vorzüge des alttürkischen Offiziers eingebüsst und die des europäischen Offiziers nicht erworben hat, hat die türkischen Niederlagen verschuldet". Daran werde auch der neue Organisator nichts ändern können. Otto Czernin.

Nr. 9315. Tel. aus Bukarest, 8. Feb. 1914 Nr. 43 (eing. 10 U. p. m.).[a] *Entziff.*

Unterredung mit Herrn Bratiano. Bratiano teilte mir seinen angeblichen Ideenaustausch mit Herrn Venizelos mit. Darnach stehen beide Ministerpräsidenten auf dem Standpunkt, die Türken und Bulgaren bemühten sich, eine neue Konflagration auf dem Balkan hervorzurufen. Die Inselfrage, worin die Türken von den Bulgaren geschoben würden, bezwecke in letzter Linie, eine Revision Bukarester Friedens zu erreichen. Die Interessen Rumäniens und Griechenlands seien die gleichen, dies zu verhindern, und es sei natürlich, daß sie beide den status quo erhalten wollen. Von einem Bündnis mit Griechenland sei aber keine Rede, noch weniger, fügte er bei, mit Serbien. Herr Venizelos sei jedoch optimistisch und glaube, die türkisch-bulgarische Wühlarbeit werde keinen Erfolg haben. Herr Bratiano scheint dennoch die nächste Zukunft sehr ungeklärt zu finden. Was speziell die Monarchie anbelangt, so werde seine Stellung eine furchtbar schwierige werden, wenn der ungarische Ausgleich mit einem Mißerfolg enden und die allgemeine Antipathie gegen Ungarn das Übergewicht gewinnen sollte. Die Rede des Grafen Tisza[b]) habe hier einen sehr schlechten Eindruck gemacht, weil man mancherorts glaube, zwischen den Zeilen lesen zu sollen, daß wir mit Bulgarien bereits verhandeln, daher gewännen jene Stimmen an Gewicht und an Zahl, die vor der Politik der Monarchie warnen. Ich erklärte Bratiano, Tisza habe nur sagen wollen, daß wir in Zukunft ebensogut eine andere Politik machen könnten als Rumänien, nicht aber, daß Ungarn auf einen Bruch hinarbeite und schon gar nicht, daß wir bereits eine andere Politik machen. Der Ministerpräsident betonte, daß sein Kampf gegen die antiösterreichischen Elemente erschwert werde, wenn Reden wie die des Grafen Tisza den Glauben erwecken, wir bereiteten einen Frontwechsel vor. Mein Totaleindruck der heutigen Unter-

redung ist neuerdings der, daß man sich hier für die Eventualität vorbereitet, daß eine neuerliche Verschlechterung der Beziehungen zu Österreich eintreten sollte — eine Arbeit, bei der Russland jedenfalls eifrig hilft ... *Über Verlobung der Prinzessin Elisabeth mit griechischem Kronprinzen....*

Ottokar Czernin.

[a]) Vgl. n. 9273, 9331, 9334. — [b]) 31. Jan. 1914. Parlam. Chron. d. ö.-u. Mon. 1914, 82.

Nr. 9316. Tel. nach London, 8. Feb. 1914 Nr. 42 (chiffr. 1 U. p. m.). Konz. (S. Flotow; G. Forgách).

Mit Bezug auf Euer Exzellenz Telegramm Nr. 29 vom 6. d. M. Großbritannischer Botschafter hat hier in Form einer Notiz den von Euer Exzellenz im 7. Alinea[a]) Ihres Telegrammes erwähnten Anwurf des Großveziers releviert. Ich habe Sir M. de Bunsen mündlich geantwortet, daß wir umsoweniger in der Lage waren, eine derartige Mittheilung der Pforte zu machen, als die bezüglichen Verhandlungen zwischen den Dreibundmächten noch gar nicht abgeschlossen seien.

[a]) 7. Alinea von n. 9310 reicht von „Erklärung des Großveziers" bis „Eindruck gemacht".

Nr. 9317. Tel. nach Rom, 8. Feb. 1914 Nr. 142 (chiffr. 9 U. 30 M. p. m.).[a]) Konz. (S. Hohenlohe; V. Flotow u. Forgách; G. Forgách).

Der italienische Botschafter hat soeben hier vorgesprochen und auf Grund mehrerer Telegramme Marquis di San Giulianos nachstehende Vorschläge des Letzteren, betreffend die Reise des Prinzen Wied nach Albanien, vorgetragen. Der Prinz solle sich weder auf einem österreichisch-ungarischen, noch auf einem italienischen Schiffe nach Albanien begeben, sondern auf einer in Malta zu beschaffenden englischen Yacht. Wenn dieser Vorschlag bei uns nicht durchdringe, solle der Prinz, entgegen den bisherigen Dispositionen, entweder von einem italienischen Hafen aus auf einem österreichisch-ungarischen oder von einem österreichisch-ungarischen Hafen aus auf einem italienischen Schiffe reisen; das Begleitschiff wäre im ersten Falle ein italienisches, im zweiten ein österreichisch-ungarisches. Diese Vorschläge motivirte Herzog Avarna auftragsgemäß mit der zu schonenden Susceptibilität der beiderseitigen öffentlichen Meinungen. Ich habe mich diesen Ausführungen gegenüber ablehnend verhalten und zwar mit dem Bemerken, daß es einerseits jetzt wohl schwer und umständlich wäre, eine englische Yacht in Malta zu beschaffen, daß es mir aber auch andererseits durchaus nicht richtig erscheine, im letzten Augenblick die zwischen uns getroffenen Abmachungen zu ändern oder etwa wegen einer Aenderung der vom Prinzen Wied ganz selbstständig gefaßten Dispositionen betreffend den Ausgangspunkt seiner Reise auf ihn einzuwirken. Wir hätten unsererseits davon abgesehen, bezüglich des Umstandes, daß der Prinz zuerst dem König von Italien und erst dann unserem Allergnädigsten Herrn, dem Senior der europäischen Monarchen, seinen Besuch abstattet, eine Bemerkung zu machen. Ich ersuche Euer Exzellenz, sich Marquis di San Giuliano gegenüber in vorstehendem Sinne auszusprechen und dem Herrn Minister

zu sagen, wir seien der Ansicht, daß, nachdem Prinz Wied dem Könige von Italien den ersten Besuch mache, es auch bei den übrigen Dispositionen des Prinzen unter den von uns vereinbarten Modalitäten zu bleiben hätte. Euer Exzellenz wollen auch, sobald sich die Gelegenheit dazu ergeben wird, dem Prinzen Wied gegenüber von seiner bevorstehenden Ausreise aus Triest (oder Pola) auf einem österreichisch-ungarischen Schiffe als von einer festgesetzten Thatsache sprechen. Berchtold.

[a]) Vgl. n. 9296, 9324.

Nr. 9318. Tel. des Legationsrates Grafen Otto Czernin aus St. Petersburg, 8. Feb. 1914 Nr. 48 (eing. 9. Feb. 9 U. a. m.).[a]) Entziff.

Anläßlich gestriger Beratung des Etats des auswärtigen Ressorts erklärte Minister des Äußern in Beantwortung einer bezüglichen Anfrage, er teile die Befürchtungen des Anfragestellers, wonach Deutschland aus Anlaß der im Jahre 1917 bevorstehenden Erneuerung deutsch-russischen Handelsvertrages Russland internationale Schwierigkeiten bereiten könnte, um daraus Nutzen zu ziehen. Diese Frage würde im Ministerrat aufgeworfen werden. Im weiteren Verlaufe der Beratungen erklärte Minister des Äußern, Russland habe hauptsächlich gegen Wahl General Limans zum Kommandanten des Konstantinopler Armeekorps protestiert. Die Stellungnahme Russlands in der Inselfrage präzisierte der Minister dahin, daß alle Inseln mit Ausnahme Tenedos' und jener, welche unmittelbar an das kleinasiatische Ufer grenzen, Griechenland zufallen müssen. Das Verhältnis Griechenlands zu Bulgarien betreffend, äußerte sich Herr Sazonow dahin, daß er aus den Äußerungen Herrn Venizelos den Eindruck gewonnen habe, daß mit einer baldigen vollständigen Aussöhnung zwischen den beiden Völkern noch nicht gerechnet werden könne. Griechenland könne unerwarteten Angriff Bulgariens nicht vergessen. Serbisch-griechische Beziehungen seien vollkommen normal und sei auch zwischen diesen Staaten Einvernehmen betreffend Schulfrage in Mazedonien erzielt worden. Otto Czernin.

[a]) Vgl. n. 9346, 9417.

Nr. 9319. Bericht aus Sofia, 8. Feb. 1914 Nr. 17 D (eing. 12. Feb.). Ausfert.

Der rumänische Gesandte ist gestern nach dem Auslande, wie er mir sagte, zuerst nach Pest und dann nach Bucarest abgereist und dürfte zwei bis drei Wochen von Bulgarien fernbleiben. Am Abend vor seiner Abreise wohnte noch Herr Derussi einem Empfange auf dieser Gesandtschaft bei, wo er sich — wie ich gesehen habe — mit den anwesenden bulgarischen Staatsmännern viel unterhielt. Beim Abschied sagte mir der rumänische Kollege: „les Bulgares sont impatients; ils me font des ouvertures et des reproches que la Roumanie ne répond pas aux avances de la Bulgarie; ils oublient qu'ils sont à la veille des élections et qu'à Bucarest le Cabinet est à peine constitué et qu'il a d'autres soucis pour le moment que de s'occuper de la Bulgarie". Ich antwortete, dass die bulgarischen Staatsmänner Herrn Derussi offenbar ihre guten Intentionen manifestieren wollen, welche sie nach meiner Überzeugung tatsächlich hätten. Herr Passaroff sagte mir dieser Tage gesprächsweise, die Beziehungen mit Rumänien gestalteten sich nicht

schlecht; Herr Derussi scheine vernünftig und gut intentioniert zu sein und der bulgarische Gesandte in Bucarest berichte, dass er bei dem gegenwärtigen Kabinett bessere Dispositionen finde, als bei der früheren Regierung, in der Majorescu und Take Jonescu verschiedene Wege gingen. Der Generalsekretär erwähnte die Gerüchte über die Möglichkeit einer Heirat zwischen dem griechischen Thronfolger und der rumänischen Prinzessin, die von Berlin aus gefördert würde. Der soeben aus Bucarest eingetroffene rumänische Geschäftsträger hätte Herrn Passaroff das Zustandekommen dieser Heirat als wahrscheinlich bezeichnet. Interessant schien es mir, dass der Generalsekretär im Verlaufe derselben Conversation die Bemerkung fallen liess, die Verständigung Bulgariens mit Serbien wäre ausgeschlossen und trotz der gegenwärtigen schlechten Beziehungen zwischen Sofia und Athen könnte sich Bulgarien viel eher mit Griechenland verständigen. Ich möchte auch nicht unerwähnt lassen, was ich kürzlich von meinem italienischen Kollegen gehört habe. Herr Cucchi-Boasso vertraute mir an, der rumänische Gesandte habe sich ihm gegenüber über die künftigen bulgarisch-rumänischen Beziehungen dahin geäussert, dass es zu einer politischen Entente zwischen den beiden Staaten nur unter der Bedingung des formellen Anschlusses Bulgariens an den Dreibund kommen könnte. Dass sich Herr Derussi ganz in demselben Sinne zu mir und zu Herrn Ghenadieff ausgesprochen hat, ist Euer Excellenz aus meinen Berichten 9[a]) und 12 D vom 24. bezw. 28.[b]) Januar l. J. bekannt. Tarnowski.

[a]) Vgl. n. 9253 Anm. b. — [b]) Richtig 27. = n. 9253.

Nr. 9320. Tel. aus Konstantinopel-Pera, 9. Feb. 1914 Nr. 64 (eing. 10. Feb. 9 U. a. m.).[a]) Entziff.

Geheim. Türkisch-bulgarische Allianz. Großvezier sagte mir, daß nach den ihm zugekommenen Nachrichten an der Schaffung eines neuen Balkanbundes unter der Aegide Russlands gearbeitet wird. Vorläufig soll dieser Bund sich auf Griechenland, Rumänien und Serbien beschränken; für die weitere Zukunft sei auch der Anschluß Bulgariens ins Auge gefaßt. Als einziges Mittel gegen diese Bestrebungen bezeichnete Großvezier Abschluß türkisch-bulgarischer Allianz. Als seine rein persönliche Ansicht sagte er mir aber, er könne, selbst wenn Bulgarien mit der Türkei ein Bündnis schließen würde, kein unbedingtes Vertrauen in die bulgarischen Staatsmänner hegen. Pallavicini.

[a]) Vgl. n. 9274, 9340.

Nr. 9321. Bericht aus Konstantinopel, 9. Feb. 1914 Nr. 10 A (eing. 12. Feb.). Ausfert.

Aus meiner telegrafischen Berichterstattung[a]) haben Euer Exzellenz ersehen können, dass die türkischen Staatsmänner in letzter Zeit bedeutend friedlichere Allüren angenommen haben. In den Gesprächen, welche ich im Laufe der letzten Woche mit dem Grossvezir, Enver Pascha und Talaat Bey hatte, ist diese Tendenz klar zum Ausdrucke gekommen und alle drei Staatsmänner sprachen sich einhellig dahin aus, dass die Türkei jetzt nicht im Stande sei, einen Krieg zu führen. Sowohl der herrschende Geldmangel

als auch der augenblickliche Zustand von Armee und Flotte schlössen jeden Gedanken an kriegerische Abenteuer aus. Meiner Meinung nach liegt der Hauptgrund für diese Änderung in der Sprache der türkischen Machthaber darin, dass dieselben durch ihre friedlichen Äusserungen in Paris einen günstigen Eindruck hervorrufen und auf diese Weise die dortige Stimmung für die Aufnahme der grossen türkischen Anleihe günstiger gestalten wollen. Eventuell mag auch die frühere kriegerische Sprache, namentlich des Grossvezirs, nur ein Bluff gewesen sein, welcher den Zweck verfolgte, die Entscheidung der Mächte in der Inselfrage in einem den türkischen Wünschen günstigen Sinne zu beeinflussen. Jetzt, nachdem es bereits bekannt ist, wie diese Entscheidung ausgefallen ist, hat sich auch diese Attitude der türkischen Staatsmänner geändert. Ich will nicht sagen, dass die Männer, welche hier an der Spitze stehen, ihr Endziel bezüglich der Inseln und gewisser Gebiete auf der Balkanhalbinsel aufgegeben haben; vielmehr bin ich der Überzeugung, dass die Erreichung desselben nur hinausgeschoben worden ist. Als Antwort auf die Note, welche die Mächte in der Insel-Frage überreichen werden, wird die türkische Regierung wahrscheinlich eine mehr oder weniger befriedigende Erklärung abgeben, so dass meiner Ansicht nach irgendwelche coercitiven Massregeln, vorläufig wenigstens, gegenstandslos sein werden, da die Türkei bestimmt erklären wird, dass sie nicht die Absicht hätte, Griechenland anzugreifen. Was dann später geschehen wird, wenn sich einmal die türkische Regierung zur See genügend stark fühlen wird, das ist freilich eine andere Frage. Ich bin der Überzeugung, dass die friedlichen Versicherungen der türkischen Staatsmänner auch bezüglich eines Landkrieges in der nächsten Zukunft aufrichtig gemeint sind. Nichtsdestoweniger scheint es mir ganz sicher, dass man schon in allernächster Zeit mit der Organisation von Banden in ganz Macedonien rechnen muss. (Über diesen Punkt berichte ich ausführlicher unter litt. C). Diese Bandentätigkeit wird, wie ich sehe, vorläufig Hand in Hand mit Bulgarien in Scene gesetzt werden. Was dann die weitere Entwicklung der Dinge anbelangt, so ist es allerdings schwer, sich schon jetzt ein klares Bild über die spätere Zukunft zu bilden. Vorderhand scheint es mir klar, dass die Türkei, falls sie gegen Griechenland vorgehen sollte, dies nur im Einvernehmen mit Bulgarien tun würde. Allerdings kann man bei den jetzt hier an der Spitze stehenden Persönlichkeiten auch keine andere wie immer geartete Entwicklungsmöglichkeit a limine ausschliessen.

Pallavicini.

[a]) n. 9288, 9289.

Nr. 9322. Bericht aus Konstantinopel, 9. Feb. 1914 Nr. 10 C (eing. 12. Feb.).[a]) Ausfert.

Geheim. Zum Chiffre-Telegramm vom 27. October Nr. 560. Wie Euer Exzellenz aus dem obbezogenen hieramtlichen Chiffre-Telegramm bekannt, wird hier für das Frühjahr eine Bandenaction in Macedonien geplant. Der Zweck derselben ist, dort Unruhen zu schaffen und Macedonien auf diese Weise die Autonomie zu erwirken. Ein Vertrauensmann, der Mitglied des Comités „Union et progrès“ ist und mit den Leitern des gedachten Unter-

nehmens enge Fühlung besitzt, meldet über deren Organisation folgendes: Der Gedanke Macedonien der Türkei wieder zu gewinnen oder doch autonom und auf diese Weise zu einem Stützpunkt der Türkei auf dem Balkan zu machen, stammt eigentlich von den rumeliotischen Angehörigen des Comités „Union et progrés". Mit Hilfe einer intensiven Bandenaction sollten in Macedonien eben Zustände geschaffen werden, welche die Mächte zum Eingreifen und zur Schaffung eines autonomen Macedonien veranlassen sollten. Die erwähnten Comitémitglieder, mit Dr. Nazim Bey an der Spitze, constituierten sich in der Folge gewissermassen unter der Patronanz des Comités „Union et progrès" als „Verband der rumeliotischen mohammedanischen Auswanderer" und Dependenz des „Comité de la Defense Nationale", das eine Art Subcommission des Jungtürkischen Comités ist. Die Modalitäten einer gemeinsamen türkisch-bulgarischen Bandenaction in Macedonien unter dem Schlagworte Autonomie wurden grosso modo bereits anlässlich der Anwesenheit General Savows in Constantinopel festgelegt und seither ist das Actionsprogramm einvernehmlich mit den Bulgaren im Détail ausgearbeitet worden. Panče Doreff, der ehemalige bulgarische Abgeordnete im türkischen Parlamente, sowie zeitweise hier auftauchende Mitglieder des bulgarischen Actionscomités halten eine enge Fühlung zwischen der hiesigen und der bulgarischen Organisation aufrecht. Wie dies auch aus anderen hier vorliegenden confidentiellen Informationen hervorgeht, weilten kürzlich wieder mehrere bulgarische Bandenführer in Constantinopel, darunter auch Tschernopeyeff, der sich seinerzeit in Macedonien einer gewissen Berühmtheit erfreute. Das türkische Actionscomité hat, wie ich einer anderen ebenfalls confidentiellen Meldung entnehme, bereits an 1000 Mann für die Action in Macedonien ausgerüstet und sind dieselben von hier bis Gümüldjina bereitgestellt. Die Anwerbungen von Freischärlern dauern hier und in Kleinasien fort; gleichzeitig organisieren türkische und bulgarische Emissäre in Macedonien die Bezirke der einzelnen Banden. Nach den letzten, dem Comité zugekommenen Informationen ist die Organisation im Kreise Grebena sowie Kajalar beendet und sind die dortigen Bandencadres mit Waffen und Munition versorgt. Was die Verteilung der Banden anbelangt, so werden die türkischen in dem Gebiete von Gümüldjina westwärts bis in die Gegend von Jenidjé eingesetzt; die bulgarischen Banden operieren vom nordöstlichen Macedonien aus — nördlich Jenidjé hinweg in das ehemalige Vilajet Monastir hinein — während im seinerzeitigen griechisch-türkischen Grenzgebiete sowohl türkisch-albanesische als bulgarische Banden in Tätigkeit treten sollen. Die Bandenmitglieder werden mit Legitimationskarten nach beiliegendem Muster[b] beteilt werden, nur erhalten diese Karten bei ihrer Ausgabe noch den Siegel des Actionscomités. Diese Karten zeigen das verlorene Rumelien. Die Aufschrift über dem Bilde besagt „Mohammedaner vergesset Rumelien nicht"; beiderseits des Bildes steht das Wort „Rache" und die Inschrift unterhalb des Bildes besagt „Der Verband der mohammedanischen Auswanderer aus Rumelien". Die Gegend von Jenidjé ist beiderseits gewissermassen als Stabsstation in Aussicht genommen. Pallavicini.

[a] Vgl. n. 9209, 9321, 9467. — [b] Wurde nicht abgedruckt.

Nr. 9323. Bericht aus Konstantinopel, 9. Feb. 1914 Nr. 10 F (eing. 12. Feb.).[a] *Ausfert.*

Wie ich aus sehr guter Quelle höre, sollen im Schosse der deutschen Militärmission recht bedeutende Zwistigkeiten entstanden sein. Insbesondere soll das Verhältnis zwischen den Generalen Liman von Sanders und Bronsart von Schellendorf ein recht gespanntes sein. Es scheint mir überhaupt, dass der Chef der Militärmission seiner Stellung nicht ganz gewachsen ist und dass General von Liman nicht im Stande sein dürfte auf die Dauer seinen Standpunkt dem zwar jungen, aber sehr energischen und selbstbewussten Kriegsminister gegenüber mit Erfolg zu wahren. Es dürfte daher wahrscheinlich früher oder später auch zwischen diesen beiden Männern zu Schwierigkeiten kommen. Ich kann den Eindruck nicht von der Hand weisen, dass die ganze Institution der deutschen Militärmission von Anfang an verfehlt in Scene gesetzt worden ist. Es war schon ein Fehler, General von Liman anfänglich mit dem Commando des Constantinopler Armeecorps zu betrauen, weil diese Massregel gegenüber der Opposition anderer Mächte nicht aufrechterhalten werden konnte, was natürlich den Eindruck einer diplomatischen Niederlage machte. Nun aber scheint Russland, durch diesen unleugbaren Erfolg ermutigt, noch weiter gehen zu wollen. Die 3. Division in Scutari wird nämlich durch den deutschen Oberst Nicolai commandiert, was scheinbar ebenfalls das Missfallen der russischen Botschaft erregt, so dass man mit der Möglichkeit rechnen muss, dass früher oder später auch hiegegen russischerseits remonstriert werden könnte. Es ist auch gar nicht ausgeschlossen, dass die Schwierigkeiten, welche sich in der letzten Zeit bezüglich der armenischen Reformen ergeben haben, mit dieser letzten Frage in einem gewissen Zusammenhange stehen.

Pallavicini.

[a] Vgl. n. 9259, 9436.

Nr. 9324. Tel. aus Rom, 9. Feb. 1914 Nr. 104 (eing. 10. Feb. 9 U. a. m.). Entziff.

Reise des Prinzen Wied. Ich habe mich im Sinne Telegrammes Nr. 142 vom 8. d. M. ausgesprochen und hiebei umso energischere Töne angeschlagen, als ich diesen nachträglichen Versuch einer Abänderung unserer einschlägigen Abmachung durchaus unfair finde und sonst Prinz nicht nur den ersten Besuch in Rom machen, sondern außerdem auch noch auf einem italienischen Schiffe in Albanien ankommen würde. Man lenkte hier sofort ein und rechtfertigte sich damit, letzter italienischer Vorschlag sei durch die der Consulta zugekommene Nachricht motiviert gewesen, daß der Prinz sich in Venedig einschiffen wolle. Mir ist diese Nachricht unbekannt und ich frage mich, ob sie hier nicht ad hoc erfunden wurde. Da der Prinz heute abends hier eintrifft und die Presse bereits von Verhandlungen über die Modalitäten seiner Reise nach Albanien faselt, hat hiesige Regierung — wie sie mir erst jetzt bei obigem Anlasse mitteilt — in heute abends erscheinender „Tribuna" offiziöses Communiqué im Sinne meines Telegrammes Nr. 92 vom 3. d. M. veröffentlicht. Ich relevierte Umstand, daß diese Publikation gleichzeitig hier und in Wien hätte erfolgen sollen, worauf man erwiderte, Sache sei aus obigen Gründen dringend geworden. Mérey.

Nr. 9325. Tel. an den Legationsrat Grafen Otto Czernin in St. Petersburg, 9. Feb. 1914 Nr. 36 (chiffr. 9 U. 30 M. p. m.).[a] *Konz. (S. Pogatscher; G. Berchtold).*

Erhalten Euer Hochgeboren Telegramm vom 7. d. M. Nr. 46. Auch ich bin von der Sprache Herrn Sazonows unmittelbar nach unserer so concilianten Haltung in der Affaire Bobrinsky unangenehm berührt und ich billige es vollkommen, daß Euer Hochgeboren Ihr Erstaunen hierüber zu erkennen gegeben und es abgelehnt haben, sich mit dem Herrn Minister in eine weitere Discussion einzulassen. Sollte jedoch Herr Sazonow neuerlich derartige Bemerkungen fallen lassen, wie: er finde es begreiflich, daß sich die russische Öffentlichkeit für das traurige Los der „Connationalen" jenseits der Grenze interessire, oder sich in ähnlicher Weise äußern, so wollen Euer Hochgeboren erwidern, es sei zum Mindesten ebenso natürlich, daß die nach Millionen zählenden polnischen und ukrainisch-ruthenischen Angehörigen der Monarchie, die in derselben den Schutz ihrer Sprache und nationalen Eigenart gefunden haben, sich in Klagen über das Schicksal ihrer zahlreichen nahen Stammverwandten im Nachbarreiche ergehen, welche weit davon entfernt seien, dieselben religiösen, nationalen und politischen Rechte zu genießen. Euer Hochgeboren hätten sich zu dieser abwehrenden Bemerkung bemüßigt gefunden, hielten es aber im Übrigen für besser, dem Herrn Minister auf dieses Gebiet der inneren Fragen beider Reiche nicht zu folgen. Berchtold.

[a] Vgl. n. 9529.

Nr. 9326. Bericht aus Sofia, 9. Feb. 1914 Nr. 17 C (eing. 12. Feb.).[a] *Ausfert.*

Ich habe dafür Sorge getragen, über die faits et gestes des neuen russischen Gesandten seit seiner Ankunft in Sofia genaue und sichere Informationen zu haben. Herr Savinsky scheint es offenbar für verlorene Mühe zu halten, sich um die Pflege seiner Beziehungen zu der gegenwärtigen Regierung zu bemühen. Er verkehrt bis jetzt mit den Kabinettsmitgliedern so gut wie gar nicht und widmet seine kostbare Zeit ausschliesslich der Tätigkeit, durch die er die liberale Regierung bei den nächsten Wahlen durch eine russophile ersetzen möchte. Herr Savinsky ist bereits mit allen russophilen Führern und notorischen panslavistischen Agitatoren in Kontakt getreten und unterlässt es auch nicht, einerseits mit dem höheren Klerus, insbesondere dem Synode, und andererseits mit den Führern der extremen Parteien in Fühlung zu bleiben. Herrn Daneff, den der frühere russische Gesandte seit dem Ausbruche des serbisch-bulgarischen Krieges gänzlich ignoriert hatte, scheint Herr Savinsky wieder adoptiert zu haben. Durch einen verlässlichen Konfidenten habe ich festgestellt, dass Daneff seit der Ankunft meines neuen russischen Kollegen wiederholt auf der russischen Gesandtschaft vorgesprochen und auch am Abend vor der in meinem Bericht 17 B[b] von heute geschilderten Wahlversammlung einen langen Besuch Herrn Savinsky abgestattet hat. Ein Kabinettsmitglied erzählt mir, der Geheimpolizei sei es gelungen, in die Korrespondenz Daneffs mit Russland

Einblick zu bekommen. Ein Brief, den er gleich nach der Auflösung der letzten Kammer von einem panslavistischen Politiker in Petersburg (des Namens konnte sich mein Mitredner nicht erinnern) erhalten hätte, wie auch die Antwort Daneffs seien von der hiesigen Polizei eröffnet und unter anderen auch dem König gezeigt worden. Der Brief an Daneff habe die Frage enthalten, auf welche Weise der antirussischen Stimmung in Bulgarien — welche für die öffentliche Meinung in Russland unerträglich wäre — ein Ende gemacht werden könnte. Die Antwort Daneffs habe dahin gelautet, dass Russland Fehler begangen habe und die Erbitterung in Bulgarien zu tief sei, als dass gewöhnliche Mittel und Agitation genügen könnten, um die Verstimmung zu verwischen. Das einzige, was helfen könnte, wäre sehr viel Geld, dessen sich nicht nur die russophilen Führer bei der bevorstehenden Wahl-Kampagne bedienen würden, sondern mit dem auch die Agitation der Socialisten und Radikalen unterstützt werden könnte. Auf diese Weise wäre der erste Erfolg erreichbar, nämlich ein Echec des liberalen Kabinetts bei den nächsten Wahlen. Der Brief Daneffs soll damit schliessen, dass der Sturz Radoslavoffs nicht genügen könne und dass die Beseitigung König Ferdinands eine conditio sine qua non für das Einlenken Bulgariens zu Russland sei. Allen Anzeichen nach scheint der neue russische Gesandte, wenigstens insoferne das System des rollenden Rubels in Betracht kommt, nach dem Rezept Daneffs vorgehen zu wollen. Im Vertrauen in die Wirksamkeit dieser bewährten Methode hat sich Herr Savinsky bei seiner Ankunft die Sache etwas leichter vorgestellt, als sie es ist. Ich habe erfahren, dass er — um gleich mit einem Succès anzufangen — schon bei seiner Antrittsaudienz sich durch eine bezahlte russophile Demonstration hat überraschen lassen wollen. Diese Manifestation, durch welche Herr Savinsky auf der Fahrt nach und von dem Palais begrüsst werden wollte, wurde im letzten Moment abbestellt, da die Befürchtung vorlag, dass — obwohl zwischen 8 und 10 Tausend Francs dafür ausgegeben wurden — sich nicht genug Manifestanten einfinden würden und dass der neue russische Vertreter durch die Hurrarufe bloss einiger Gassenbuben — die noch dazu eine Gegendemonstration hätten hervorrufen können — bloss lächerlich gemacht werden würde. In der letzten Zeit sollen hier — was von der Polizei festgestellt werden konnte — seitens der russischen Gesandtschaft ungefähr 500.000 Francs verteilt worden sein. Auf der von der Polizei zusammengestellten der Regierung bekannten Liste der Beschenkten figurieren mit grösseren, zwischen 30 und 60.000 Francs variierenden Beträgen, der Socialistenführer Sakazoff, der socialistische Agitator und russische Agent-Provocateur Torlakoff, die Redaktion der „Balkanska Tribuna", Daneff und andere mehr. Ein Kabinettsmitglied sagt mir, dass sich Daneff und die Guechoffisten für die Wahlkampagne vereinigt haben und Hand in Hand mit den Socialisten und Radikal-Demokraten arbeiten, wobei nicht nur Wahlagitation getrieben, sondern vornehmlich der Zweck verfolgt werde, mit Hilfe des russischen Geldes und unter Mitwirkung zahlreicher serbischer Agenten Ruhestörungen im Lande hervorrufen. Da die einfache russophile Propaganda gar nicht mehr wirke, wolle man durch rücksichtslose antimonarchische und anarchistische Agitation ein Chaos herbeiführen. Die Regierung sei aber auf

ihrer Hut; obwohl nur von gesetzlichen Mitteln Gebrauch gemacht werde, sei [es] bis jetzt in Wahlversammlungen und auch sonst nirgends zu grösseren Excessen gekommen. Unmittelbar vor den Wahlen werde aber die Regierung so strenge und radikale Massnahmen ergreifen, dass jeder Versuch einer Ruhestörung vereitelt werde. Der Minister, welcher sich in dieser Weise äusserte, wie auch andere und Herr Passaroff zeigen sich bezüglich der Wahlkampagne nach wie vor absolut zuversichtlich. Der Generalsekretär des Auswärtigen Amtes meinte unter anderen, die russische Diplomatie versuche hier dadurch zu impressionieren, dass Bulgarien ohne Russland weder politisch noch finanziell existenzfähig sei. Es werde sich aber nach den Wahlen zeigen, — sagte Herr Passaroff — dass Bulgarien politisch non seulement sans la Russie, mais même contre elle existieren könne. Was die Finanzen anbelangen, so sei es unwahrscheinlich, dass sich für Bulgarien ausserhalb Frankreichs gar keine Anleihe finde und sollte sich auch keine finden, so werde sich das arbeitsame und nüchterne bulgarische Volk doch mit eigenen Ressourcen emporarbeiten können. Ich möchte bei diesem Anlasse — da ich von dem russischen Gesandten gesprochen habe — betonen, dass meine gesellschaftlichen Beziehungen zu Herrn Savinsky und der ganzen russischen Gesandtschaft die allerbesten sind. Tarnowski.

[a]) Vgl. n. 9287. — [b]) Mit Bericht Nr. 17 B, 9. Feb. 1914 (eing. 12. Feb.) wurde aus Sofia über eine Wählerversammlung der Zankowisten und Narodniaken berichtet, bei der Danew durch Rufe „Nieder mit dem Verräter", „Weg mit dem russischen Gelde" begrüßt wurde.

Nr. 9327. Bericht aus Sofia, 9. Feb. 1914 Nr. 17 G (eing. 12. Feb.). Ausfert.

Der bulgarische General Todoroff, der unlängst mit einer militärischen Mission zu der Enthüllungsfeier eines russischen Denkmals nach Petersburg entsendet wurde, soll — wie mir versichert wird — nach seiner Rückkehr nach Sofia gemeldet haben, dass er von Herrn Sazonoff eher scharf und mit Insistenz bezüglich der bulgarisch-türkischen Beziehungen interpelliert wurde. Der russische Minister des Aeussern habe wissen wollen, ob ein formelles Abkommen geschlossen wurde. General Todoroff soll geantwortet haben, dass er als Militär in die Politik gar nicht eingeweiht sei. Herr Sazonoff hätte mit dieser Antwort nicht fürlieb nehmen wollen, sondern habe über die significative Entrevue Ghenadiews mit Talaat Bey Bemerkungen gemacht. Tarnowski.

Nr. 9328. Bericht aus Belgrad, 10. Feb. 1914 Nr. 22 (eing. 11. Feb.).[a]) Ausfert.

Streng vertraulich. Über den Inhalt und das Ergebnis der Besprechungen in St. Petersburg ist man, wie dies ja in der Natur der Sache liegt, noch immer auf Vermutungen und Combinationen angewiesen. In hiesigen politischen und auch diplomatischen Kreisen wird als wahrscheinlich angenommen, dass die Besprechungen in St. Petersburg kein abschließendes Ergebnis zeitigten und dass Pašić und Venizelos alle Anstrengungen machen dürften, um die Finalisierung in Bukarest zu erzielen.

Bezüglich des Inhaltes ist man darüber einig, dass nachdem eine Aufnahme Bulgariens in den Ring der Balkanstaaten gegenwärtig unmöglich erscheint, dasselbe, wie auch dessen prätendierter Verbündeter, die Türkei, als Feind betrachtet werde, gegen welche die Bestimmungen des Bukarester Friedens zu sichern sind. Diese Sicherung soll durch die Unterschrift Rumäniens gekrönt werden, — ich hege aber starke Zweifel, dass die geschickte und voraussehende diplomatische Leitung Rumäniens die mit solchem Erfolge bisher verfolgte Politik der freien Hand aufgeben und sich in Abmachungen festlegen würde, welche für Rumänien keinen, für Serbien alle Vorteile bieten müssten. Rumänien hat heute Bulgarien nicht zu fürchten und ist der ausschlaggebende Factor in dem Ringen um die Übermacht zwischen den zwei Staatengruppen des Balkans. Es wird, wenn es sich jetzt reserviert verhält, seine Freundschaft einmal sehr teuer verkaufen können. Dass die serbischen Politiker und jene der Tripleentente dieses Axiom nicht gelten lassen wollen und den bevorstehenden Anschluss Rumäniens an die neue Balkan-Confederation verkünden, ist nur natürlich. Der Ministerpräsident Pašić soll, zusammen mit Herrn Venizelos, am 14. l. M. hier eintreffen. In den obgenannten Kreisen hat man die jüngsten Demonstrationen in Schweden[b]) mit grossem Missbehagen aufgenommen und sieht Schweden schon als überzeugtes und starkes Mitglied des Dreibundes. Man befürchtet, und ich möchte hoffen, mit Recht, dass der Dreibund aus Schweden im Norden das machen könnte, was Russland im Süden aus Serbien gemacht, — eine stete Flankendrohung für die Mächte der gegnerischen Gruppe. Über den Stand des Heiratsprojektes zwischen dem Kronprinzen Alexander und Einer der Töchter des Zaren verlautet noch Nichts Verlässliches, man hofft nach wie vor, dass es sich, und damit alle chauvinistischen Pläne Serbiens, realisieren werde. Es gibt aber doch ruhiger denkende Köpfe, welche daran zweifeln, dass der Zar einer so prononcierten Geste gegen Österreich-Ungarn zustimmen und aus der bisher im Allgemeinen beobachteten Reserve, bezüglich der Bewilligung an russische Prinzessinnen zur Heirat mit fremden Prinzen, zu Gunsten eines Hofes heraustreten werde, der noch nicht als völlig stabilisiert gelten kann und an welchem durch zwei Generationen die Anklage des Mordes haftet. Anderseits rechnet man wohl mit der Ambition der ältesten Zarentochter, der Grossfürstin Olga, welche selbst dem Projecte geneigt sein soll. Giesl.

[a]) Vgl. n. 9308, 9335, 9342. — [b]) Pol. Chron. d. ö.-u. Mon. 1914, 64 ff.

Nr. 9329. Bericht aus Berlin, 10. Feb. 1914 Nr. 11 B (eing. 12. Feb.). Ausfert.

Wie mir der Staatssekretär vor Kurzem streng vertraulich erzählte, finden zwischen der deutschen und der englischen Regierung Verhandlungen über den portugiesischen Colonialbesitz statt. Diese Verhandlungen, welche ganz geheim geführt würden, bezweckten das Zustandekommen eines Abschlusses, der den Fall voraussehe, wenn Portugal nicht mehr in der Lage sein sollte, seine Kolonien zu behaupten. In diesem Fall soll eine Teilung derselben stattfinden; ob eine materielle oder eine Teilung in wirtschaftliche Interessensphären, ist noch nicht bestimmt. Vor allem dürfte es sich um Angola, Mozambique und Laurenzo Marques handeln. Szögyény.

Nr. 9330. Bericht aus Berlin, 10. Feb. 1914 Nr. 11 D (eing. 12. Feb.). Ausfert.

In der Budgetkommission des Reichstags regte bei der vor wenigen Tagen stattgefundenen Beratung des Etats für die deutsche Marine der Referent an, in eine Generaldebatte einzutreten und das Verhältnis Deutschlands zu England zu besprechen. Der Staatssekretär des Reichsmarineamtes, Grossadmiral von Tirpitz, betonte, dass die von England im Vorjahre angebotene Schiffsrelation von 16 : 10 auch heute noch annehmbar sei, dass aber der Feierjahr-Gedanke nicht verwirklicht werden könne. Staatssekretär von Jagow erklärte in seinen Ausführungen, dass das Verhältnis Deutschlands zu England als ein recht gutes bezeichnet werden könne; die Entspannung und Annäherung schritten fort; die Beziehungen der beiden Kabinette seien durchaus vertrauensvolle und loyale, von gegenseitigem Entgegenkommen getragen. Der Grundton in der öffentlichen Meinung sei ein anderer geworden als vor Jahren; in beiden Ländern habe die Erkenntnis an Boden gewonnen, dass sie in vielen Punkten und Fragen mit- und nebeneinander arbeiten können und dass sich ihre Interessen vielfach berühren. Im weiteren Verlaufe seiner Ausführungen erwähnte Herr von Jagow, dass bekanntlich zwischen der deutschen und der englischen Regierung Verhandlungen über Einzelfragen geführt würden; diese Verhandlungen, welche von dem Wunsche geleitet seien, auf dem Gebiete des wirtschaftlichen und kolonialpolitischen Wettbewerbes Interessengegensätze zu vermeiden, nähmen ihren Fortgang, seien aber noch nicht zu Ende geführt. Es seien viele Wünsche und Gegenwünsche abzuwägen, es spielten auch Interessen anderer Staaten hinein. Man dürfe erwarten, dass das Ergebnis, wenn es auch nicht gegen jede Kritik gefeit sein werde, in beiden Ländern mit Befriedigung werde aufgenommen werden. Tatsache ist, dass, wenn man heute an die noch gar nicht weit zurück liegende Zeit denkt, da die deutsch-englischen Pressfehden ohne Unterlass hinüber und herüber gingen und die beiden stammverwandten Nationen in unleidliche Konflikte zu verwickeln drohten, man deutscherseits mit Befriedigung und Genugtuung eine wesentliche und seit zwei Jahren stetig fortschreitende Besserung der Beziehungen zu England konstatieren kann; vergleicht man die jetzigen Beziehungen mit denen des Sommers 1911, wo England sich in der Marokkofrage mit aller Entschiedenheit an Frankreichs Seite stellte und das Gespenst eines Krieges in unmittelbare Nähe gerückt war, so kann man in Deutschland zur Zeit erleichtert aufatmen. Eine andere Frage ist es, ob die Reichsregierung in dem aufrichtigen Bestreben, sich mit England möglichst gut zu stellen, nicht ab und zu seine alten Freunde — wenn auch nicht gerade vernachlässigt — so doch etwas links liegen lässt und für die Wünsche und Interessen derselben nicht mit der Entschlossenheit und dem Nachdrucke eintritt, wie es oft wünschenswert wäre. Szögyény.

Nr. 9331. Tel. nach Bukarest, 10. Feb. 1914 Nr. 34 (chiffr. 10 U. 30 M. p. m.).[a] Konz. (S. u. G. Forgách).

Streng vertraulich. Zu Telegramm Euer Exzellenz Nr. 43.[b] Graf Tisza telegrafirt: „Ich möchte Mißdeutung meiner Rede, wie sie Herr

Bratiano zum Besten gab, entschieden zurückweisen". ... *wie n. 9334 von „Ich habe betont" bis „Bemerkungen gemacht werden"* ... Euer Exzellenz wollen im Sinne von Graf Tiszas Ausführungen und eventuell an der Hand des im „Pester Lloyd" enthaltenen Textes seiner Rede Herrn Bratiano aufklären und seine Bemerkungen freundschaftlich, aber entschieden wiederlegen.

[a]) Vgl. n. 9336. — [b]) Vom 8. Feb. = n. 9315.

Nr. 9332. Memorandum des englischen Botschafters, 10. Feb. 1914 (übergeben vom engl. Botschafter, 11. Feb.).[a]) Ausfert.

His Britannic Majesty's Ambassador has been instructed to make a communication to the following effect to the Austro-Hungarian Government. Sir Edward Grey agrees to the terms now suggested for the communications at Athens and Constantinople, but before definitely deciding to make these communications he thinks that the Powers ought to consider the position in which they will be placed if Greece, which is the State required to take positive action to comply with the decision of the Powers, refuses to accept that decision, or makes its acceptance conditional on an undertaking by the Powers to secure to her peaceable possession of the islands after the evacuation of Epirus is complete. In this event the Powers will have either to give the undertaking required, or to ressort to coercive measures against Greece, or to allow their decision about the Albanian frontier to be ineffectual. His Britannic Majesty's Government would be prepared to join in measures to make the decision about the Southern Albanian frontier effective if all the Powers did the same, but only on the understanding that all the Powers would also join, if necessary later on, in making their decision about the islands respected. It seems to Sir Edward Grey that the Powers risk being placed in a difficult position if they communicate officially to other States decisions without any agreement between themselves as to whether they will insist on those decisions being respected. Whilst pointing out this difficulty to Count Berchtold and asking for his views, His Britannic Majesty's Ambassador is further instructed to inform His Excellency that Sir Edward Grey dœs not desire to preclude either a voluntary arrangement between Turkey and Greece by way of an exchange of islands, such as he believes has been suggested in some quarters, or some rectification of the Southern Albanian frontier after the communication of the Powers at Athens, by a voluntary agreement between Austria-Hungary, Italy and Greece, such as Sir Edward Grey understands the Greek Prime Minister to have mentioned at Athenes and elsewhere.

Eigenhändige Bemerkung Berchtolds auf der Rückseite:

Ich habe dem englischen Botschafter bei Entgegennahme dieses Memorandums gesagt, daß es mir vor Allem wünschenswerth schiene, den Schritt in Athen und in Constantinopel ohne weiteren Aufschub zu thun. Venizelos habe hier die nachdrückliche Versicherung gegeben, daß Griechenland innerhalb der von uns und Italien festgesetzten Frist (1.—31. März) den albanesischen Epirus räumen werde. Vorläufig sei kein Grund, diese Versicherung in Zweifel zu ziehen. Andererseits scheine mir keine Notwendigkeit vorzuliegen, jetzt schon drohend in Constantinopel aufzutreten.

Die Idee der eventuellen Anwendung von Coercitivmaßregeln liesse sich immer noch nachträglich erörtern auf Grund der Aufnahme, die unsere Schritte gefunden haben werden, doch müsse ich mich fragen, wieso es möglich wäre, Griechenland dauernde Garantien für den Inselbesitz zu geben. Schließlich stellte ich dem Botschafter eine Beantwortung des Memorandums nach eingehendem Studium desselben in Aussicht.

a) Vgl. n. 9304, 9344, 9345.

Nr. 9333. Bericht des Gerenten des Vizekonsulates Kanzleisekretärs Heinrich Hoflehner aus Nisch an die Gesandtschaft in Belgrad, 10. Feb. 1914 Nr. 18 (eing. Belgrad, 11. Feb.). Ausfert.[a]

Anlässlich der am 1. Februar l. J. stattgehabten Eidesleistung der Rekruten, welche in der hiesigen Festung stattfand, hielt der Oberst Voja Milojević eine Ansprache, in der er nach dem Hinweise auf die Bedeutsamkeit des geleisteten Eides den jungen Soldaten vor Augen führte, dass ihnen eine noch schwerere Aufgabe zufallen wird als in den jüngsten Kriegen ihren Kameraden, die Kossovo befreit und dort die serbische Fahne aufgepflanzt haben. „Denn", schloss der Oberst seine Rede, „Ihr sollt wissen, dass Bosnien nach uns schmachtet!" — Am 30. Jänner fand die letzte Wahlversammlung der Radikalen vor den Gemeindewahlen statt. Hiezu waren aus Belgrad als Abgesandte des Parteihauptausschusses die gewesenen Minister Kosta Stojanović und Ivan Pavičević erschienen, die beide in der Versammlung sprachen. Hiebei kam in der Rede des Erstgenannten nachstehender Passus vor: „Brüder, wenn auch die Radikalen unter der weisen Führung unseres Königs die grosse historische Tat der Befreiung Altserbiens und Mazedoniens vollbracht haben, so obliegt ihnen doch noch eine schwierige Arbeit — die Erlösung des noch unbefreiten Serbentumes. Die radikale Partei wird auch diese Aufgabe zu Ende führen, wenn nur das Volk auch weiterhin ihr Vertrauen entgegenbringt." Beide vorangeführten Aeusserungen sind neuerliche Illustrationen dafür, welche Ziele die derzeit in Serbien führenden Kreise sich gesteckt haben und wie keine Gelegenheit versäumt wird, um das Volk für diese Pläne zu gewinnen. In letzterem Belange sind zweifellos bereits die besten Erfolge erzielt worden, denn die Schlagworte des „Zuges nach Bosnien" und der „Befreiung aller Serben" sind heute auch dem serbischen Bauer sehr geläufig und vertraut geworden.

Hoflehner.

a) Aus dem Archiv der Gesandtschaft Belgrad.

Nr. 9334. Tel. des ungarischen Ministerpräsidenten Grafen Stephan Tisza aus Budapest, 10. Feb. 1914 Nr. 28 t (eing. 4 U. 30 M. p. m.).[a] *Entziff.*

Streng vertraulich. Mit Bezug auf Telegramm des Grafen Ottokar Czernin Nr. 43 bitte ich den Grafen anzuweisen, Missdeutung meiner Rede, wie sie Herr Bratiano zum besten gab, entschieden zurückzuweisen. Ich habe betont, dass ich Freundschaft mit Rumänien für die beste Kombination am Balkan halte, und mich über Rumänien und dortige Regierung sympathisch geäussert. Nach den Äusserungen dortiger leitender Politiker war es das Wenigste, zu konstatieren, dass andere Kombinationen möglich

wären, falls die Haltung Rumäniens Aufrechterhaltung jetzigen Verhältnisses unmöglich machen würde. Es ist ein komischer Beweis dortigen Grössenwahns, dass solche Erklärungen zum Gegenstande missliebiger Bemerkungen gemacht werden, und es wäre sehr erwünscht, dass Graf Czernin an der Hand des Textes meiner Rede solche impertinente Bemerkungen freundschaftlich aber entschieden widerlege. Tisza.

a) Vgl. n. 9331.

Nr. 9335. Tel. aus Bukarest, 11. Feb. 1914 Nr. 45 (eing. 5 U. p. m.).a) Entziff.

Herr Pašić und Herr Venizelos. Beide Ministerpräsidenten sind abgereist. Aus guter Quelle erfahre ich über das Ergebnis ...b) Folgendes: Pašić soll die türkisch-bulgarische Konvention als bestehend annehmen und der Zweck seines Besuches war, dagegen Vorkehrungen zu treffen. Beide Minister haben vom König die Antwort erhalten: Rumänien werde sich absolut freie Hand vorbehalten, der Bukarester Friede sei jedoch ganz unumstösslich und eine gemeinsame Aktion der Türkei und Bulgariens gegen einen anderen Balkanstaat werde unter Umständen eine militärische Intervention Rumäniens auslösen. Eine isolierte Aktion der Türkei aber werde, selbst wenn türkische Armee bulgarisches Gebiet betreten sollte, Rumänien nicht berühren. Es scheint mir, daß keine irgendwelche bindenden schriftlichen Abmachungen hier getroffen worden sind, dass aber aus der Antwort des Königs erhellt, dass ein vereinigtes Vorgehen der Türkei und Bulgariens Rumänien veranlassen müsste, einzugreifen. Angeblich sollen beide Minister über das Ergebnis ziemlich befriedigt sein. Griechischer Kronprinz reist heute ab, ohne sich bisher verlobt zu haben. Gerüchtweise verlautet, dass er im April wiederkehren soll, um um die Hand der Prinzessin anzuhalten.

Ottokar Czernin.

a) Vgl. n. 9328, 9337. — b) Scheinen Chiffres zu fehlen.

Nr. 9336. Tel. aus Bukarest, 11. Feb. 1914 Nr. 46 (eing. 12. Feb. 9 U. a. m.). Entziff.

Antwort auf Telegramm Nr. 34 von gestern. Dem erhaltenen Auftrage folgend, habe ich Herrn Bratiano freundschaftlich, aber entschieden, über den wahren Inhalt und Sinn der Rede des Grafen Tisza neuerdings aufgeklärt. Es war dies umso leichter zu machen, als mir Bratiano einen längeren Besuch abgestattet hat. Ich habe betont, dass der ungarische Ministerpräsident sich sympathisch über Rumänen und deren Regierung geäussert, dass er Freundschaft mit Rumänien für die beste Kombination am Balkan halte und nur gesagt hätte, dass für uns auch eine andere Politik möglich wäre, wenn die Haltung Rumäniens dies erfordere. Ich machte aufmerksam, dass hiesige Zeitungen Grafen Tiszas Rede doch nicht in extenso gebracht haben und dadurch leicht falscher Eindruck erweckt werden könne. Herr Bratiano gab zu, Pester Lloyd, den ich vorlegte, bisher nicht gelesen zu haben, liess sich von mir die auf äussere Politik bezügliche Stelle übersetzen und gab zu, dass es etwas anders klinge, als hiesige Zeitungen

reproduziert haben. Ministerpräsident dankt Euer Exzellenz für die im eigenen sowie im Namen des Grafen Tisza gegebenen Aufklärungen, dahin gehend, dass wir gar nicht die Absicht haben, uns von Rumänien abzuwenden, und Tisza den gewissen Passus nur für den Fall gesprochen hat, dass Rumänien seinerseits uns dazu zwingt. Herr Bratiano fügte Hoffnung bei, es möchte in nächster Zeit hier wie bei uns alles vermieden werden, wodurch die allgemeine Stimmung gegen uns Nahrung bekäme. Ich glaube, damit ist Missverständnis im Sinne Euer Exzellenz in freundschaftlicher Form aufgeklärt, welches eben nur dadurch entstanden ist, dass ein gewisses Misstrauen immer den Grundton der rumänischen Psyche bildet.

Ottokar Czernin.

Nr. 9337. Tel. aus Bukarest, 11. Feb. 1914 Nr. 47 (eing. 12. Feb. 10 U. a. m.).[a]) Entziff.

Streng vertraulich. Herr Bratiano über Besuch von Herrn Pašić und Herrn Venizelos. Ministerpräsident erklärte, der gleichzeitige Besuch der beiden fremden Minister sei zweifellos in Petersburg arrangiert worden, obwohl der Schein eines Zufalles vorgeschützt worden sei, weil man in Petersburg die führende Rolle zu spielen beabsichtigt. Zweck des Besuches seien die Beratungen über die Massnahmen, den Frieden am Balkan und den status quo zu erhalten. Vertrag sei keiner geschlossen worden, aber ein doppelter Erfolg dennoch erzielt worden. Erstens der moralische Erfolg, der ganzen Welt zu zeigen, dass Rumänien mit Griechenland und Serbien einig sei, jede Ruhestörung zu verhindern, und zweitens sei die klare Stellungnahme Rumäniens präzisiert worden. Rumänien habe sich vollständig freie Hand vorbehalten, jedoch keinen Zweifel darüber gelassen, dass es mit allen friedlichen Mitteln vorerst jede Konflagration zu verhindern trachten, bei Kriegsausbruch aber auch mit Waffengewalt die Stipulationen des Bukarester Friedens verteidigen werde. Die Version, Rumänien werde den Durchmarsch türkischer Truppen durch Bulgarien als Kriegsfall betrachten, bezeichnete mein Gewährsmann als falsch und betonte wiederholt, „bestimmte konkrete Abmachungen seien weder schriftlich noch mündlich getroffen worden, nur im Prinzipe sei man übereingekommen, den Frieden womöglich zu erhalten und im Kriegsfall die Bukarester Stipulationen unbedingt zu verteidigen.“ Schon vor Ankunft Ministers habe sich türkische Regierung an Herrn Bratiano gewendet, er möchte bei Herrn Venizelos vermitteln, damit Chios und Mytilene türkisch bleiben. Bratiano habe dies tatsächlich versucht, jedoch einen direkten Refus von Venizelos erhalten und sei auch von ihm überzeugt worden, dass dies tatsächlich für Griechenland unmöglich sei. Ministerpräsident ersuchte mich, Euer Exzellenz zu bitten, das Wiener Kabinett möge in Gemeinschaft mit den übrigen Grossmächten in Konstantinopel einwirken, damit Türkei alle weiteren Aspirationen auf diese Inseln aufgebe, weil hier die grösste Gefahr neuer Komplikationen schlummere. Herr Venizelos soll erklärt haben, er sei dafür bereit, lokale Wünsche der Türken auf den Inseln dankbarst zu berücksichtigen. Herr Pašić soll in sehr freundlichen Ausdrücken von der Monarchie gesprochen haben und immer wieder betonte er Wunsch, wirklich

gute Beziehungen anzubahnen. Über Albanien sollen ebenfalls beide Minister wohlwollend urteilen, obwohl Venizelos die südliche Grenze bedauere. Herr Bratiano behauptet, überzeugt zu sein, dass Prinz Wied von diesen Seiten keine Schwierigkeiten gemacht werden würde.[b]) Der Kronprinz von Griechenland ist mit der Frage abgereist, „ob er im Frühjahr wieder kommen könne", da dies bejaht wurde, so glaubt Ministerpräsident die Verlobung als gesichert. Bratiano ersuchte mich ausdrücklichst, Euer Exzellenz zu bitten, diese verschiedenen Nachrichten streng vertraulich behandeln zu lassen. Ottokar Czernin.

[a]) Vgl. n. 9335, 9341, 9343, 9352, 9358. — [b]) Amtsvermerk: sic!

Nr. 9338. Bericht des Militärattachés in Bukarest, 11. Feb. 1914 Res. Nr. 16 (eing. als Einsichtsstück des Chefs des Generalstabs vom 27. Feb. Nr. 555 am 6. März). Abschrift.

Mit Präs. No. 579 von 1914 des k. u. k. Kriegsministeriums wurde mir Kenntnis von einem Berichte[a]) des k. k. Landesgendarmeriekommandos Nr. 13 über die grossrumänische Propaganda gegeben, dessen Ausführungen manches Richtige enthalten, aber doch vielfach der Reduzierung auf ein geringeres Mass bedürfen. Dass die grossrumänische Propaganda der Kulturliga während des letzten Jahres an In- und Extensität gewonnen hat, unterliegt keinem Zweifel, doch ist dem insolange keine allzugrosse Gefahr beizumessen, als die rumänische Regierung selbst die Tätigkeit dieser Vereinigung nicht fördert und leitet. Die Liga zählt unter ihren aktiven Mitgliedern heute noch keine Persönlichkeiten, die im Staatsleben eine markante Rolle spielen würden oder gespielt hätten; im Gegenteil hält sich alles, was „ministrable" ist oder werden will, öffentlich von ihr ferne. Sogar der bekannte Heißsporn Jorga legte unlängst seine Sekretärwürde nieder, weil er eingesehen hat, dass sein prononziertes Hervortreten seinem politischen Ehrgeize nicht zum Vorteile gereiche. Würden hingegen die Beziehungen zwischen der Monarchie und dem Königreiche eine weitere Trübung bis zu dem Masse erleiden, dass die Regierung es gut fände, zu uns eine feindselige Haltung einzunehmen, dann könnte die Liga allerdings vermöge ihrer das ganze Land umspannenden guten Organisation ein gefährlicher Faktor werden. Ob Offiziere zu deren Mitgliedern zählen, ist mir nicht bekannt; ich zweifle aber, dass sich aktive darunter befinden. Pensionierte Offiziere mischen sich hier wohl oft in Politik, mögen daher wohl auch in der Liga vertreten sein. Was die im Berichte erwähnten konkreten militärischen Vorsorgen anbelangt, so kann man sie nicht als Vorbereitung eines Krieges gegen uns deuten. Unmittelbar nach der Demobilisierung begann im September 1913 schon die Überprüfung der Mobilisierungsvorbereitungen im allgemeinen, unter Verwertung der gelegentlich der Kampagne gewonnenen Erfahrungen, deren erstes sichtbares Resultat eine neue Pferde- und Fuhrwerkskonskription war, da hierin die grösste Unordnung konstatiert worden war. Die Besitzer erhielten eine Art Widmungskarte, auf welcher die Zahl und Art der bei einer Mobilisierung beizustellenden Fuhrwerke und Tiere sowie der Preis ersichtlich war, den der Staat hiefür bezahlen werde. Auch der Mannschaftsevidenz wurde grösseres

Augenmerk geschenkt, weil es vorgekommen ist, dass Leute zu den aktiven Truppen einrückten, statt zur Reserve und umgekehrt. Von einer zwecks seinerzeitigen Insurgierung von Siebenbürgen vorgenommenen Aufstapelung von Gewehren in Turn-Severin oder anderswo ist mir nichts bekannt. Heute besitzt Rumänien kaum genug Gewehre, um seine organisierten Formationen zu bewaffnen und hat alle, mit Ausnahme eines Stocks von vielleicht 80.000 bis 100.000 Stücke älterer Modelle (8 *mm* Mannlicher und Henry-Martini) in Tergoviste, in den 5 Korpsbereichen verteilt. Erst nach dem Anlangen der im Vorjahre in Steyr bestellten 200.000 Gewehre, deren Lieferungsstand sich durch eine Anfrage bei der Fabrik leicht bestimmen lässt, könnten einige Tausend Stück ausserhalb der Armee Verwendung finden. Bezüglich der austrophoben Ansprachen an die im September entlassenen Reservisten scheinen mir die Angaben des Berichtes entschieden übers Ziel zu schiessen; es sollen derartige vereinzelte Fälle wohl vorgekommen sein, doch kann man daraus noch nicht schliessen, dass die Armee gegen uns feindseliger gestimmt ist als die Allgemeinheit des Volkes, dessen wenig freundschaftliche Gesinnung ich mit möglichster Präzision schon wiederholt charakterisiert habe. Übrigens hat in letzter Zeit die Presshetze gegen die Monarchie abgeflaut und dürfte erst wieder — allerdings mit verdoppelter Vehemenz — einsetzen, wenn neue Klagen über Bedrückungen aus Siebenbürgen oder der Bukowina herübertönen. Ein Anschwellen russophiler Strömungen liess sich in der letzten Zeit nicht beobachten, soweit die Hauptstadt und die Walachei in Betracht kommen; ob derartiges in der Moldau bemerkbar, kann ich nicht kontrollieren. Deshalb ersuchte ich den k. u. k. Gesandten die Konsulate zu einschlägiger Berichterstattung anzuweisen. Wenn sich auch nach vorstehendem die alarmierenden Nachrichten der Gendarmeriemeldung in wesentlich anderem Lichte zeigen, halte ich es doch für meine Pflicht, neuerdings mit allem Nachdrucke auf das tiefe Misstrauen, das man der Politik der Monarchie entgegenbringt und auf die alle Kreise ohne Ausnahme durchsetzende unfreundliche Stimmung gegen Österreich-Ungarn hinzuweisen, sowie dringend zu warnen, für irgendeinen künftigen schwierigen Fall auf die aktive Mithilfe Rumäniens zu zählen, — bevor nicht eklatante Beweise vorliegen, dass man hier anders zu denken beginnt. Ich kann heute noch nicht so weit gehen, anzunehmen, Rumänien werde im nächsten Kriege gegen uns Stellung nehmen; dazu fehlen noch die Anhaltspunkte. Mit uns aber würde es unter den gegenwärtigen Verhältnissen nur gehen, wenn der eiserne Zwang der Umstände es erforderte; und dieser Zwang besteht hiesiger Auffassung nach nicht. Hranilović.

a) Liegt nicht bei den Akten.

Nr. 9339. Tel. aus Konstantinopel-Pera, 11. Feb. 1914 Nr. 67 (eing. 12. Feb. 9 U. a. m.).a) Entziff.

Talaat Bey hat gestern deutschem Geschäftsträger gesagt, die Truppeneinberufungen in Serbien stünden mit dem Plan der Vereinigung Montenegros mit Serbien im Zusammenhang. Pallavicini.

a) Vgl. n. 9355 Anm. b.

Nr. 9340. Tel. aus Sofia, 11. Feb. 1914 Nr. 59 (eing. 12. Feb. 10 U. a. m.).[a] Entziff.

Aus Thrazien zurückgekehrten Ministerpräsidenten und Finanzminister gesprochen. Haltung Türkei beunruhigt sie wieder. Türkische Bevölkerung bereitete Ministern äußerlich gute Aufnahme, in Gümüldjina ließ sich aber doch merken, dass man dort Annexion Thraziens durch Bulgarien nicht als endgültig betrachte. Emissäre aus Konstantinopel erhielten diese Stimmung. Radoslawow stand auch unter sehr unangenehmen Eindruck einer Note, die Fethi Bey heute im auswärtigen Amte übergeben, in der er erklärt, dass, wenn Pomakenfrage 20 Tage nach Sobranjewahlen nicht gänzlich bereinigt, Türkei als Repressalie bulgarische Einfuhr mit 50%igem Zoll belegen werde. Dem Generalsekretär, welcher Note übernommen, habe türkischer Gesandter gesagt, dass er zwar nicht mehr aus Thrazien, aber immer noch aus gewissen Distrikten Altbulgariens Klagen über Behandlung Pomaken erhielte. Radoslawow, der heute angekommen und morgen wieder nach Strumnitza abreist, habe Fethi nicht gesehen, ihm aber Note sofort dahin beantworten lassen, dass Pomakenfrage in Thrazien, wie das türkischerseits anerkannt worden, gänzlich geregelt und nicht mehr existiert. Fethi Bey sei unmöglich; seine Note, während bulgarische Regierung ihr Möglichstes tue, um Türkei Satisfaktion zu geben, sei direkt hostiler Akt. Jungtürken suchten nach Prätexten, versuchten Bulgarien zu terrorisieren, um es zur Unterzeichnung des Vertrages zu zwingen. Finanzminister zitierte Äusserungen Fethis, die für Ungeduld Türkei bezeichnend wären. Charakteristisch sei auch, dass Enver während Tournée bulgarischer Minister in Thrazien Inspektionsreise nach Adrianopel unternommen, offenbar, um zu impressionieren, welchen Zweck auch beständige Truppenverschiebungen zwischen Demotika, Adrianopel und so weiter hätten. Es sei damit zu rechnen, dass sich Jungtürken, enttäuscht punkto Inseln, tatsächlich und unter allen Umständen durch Besetzung Westthraziens kompensieren wollen. Bulgarien werde dieses Land nicht hergeben, sondern würde baldigst, sobald Wahlen glücklich bestanden, an Volk appellieren und trotz schwieriger Lage gegen Türkei mobilisieren. Sollten aber auch Dinge nicht diese schlimmste Wendung nehmen, so bilde zweideutige Haltung Türkei schon wegen innerer Lage größte Komplikation, da, wenn Fethi nicht aufrichtig, werde Regierung auch auf in Thrazien gewählte 24 türkische Deputierte nicht rechnen können und Majorität werde problematisch. Minister ersuchte mich, türkischen Gesandten gelegentlich zu sondieren und ihm Informationen aus Konstantinopel zu geben. Tarnowski.

[a] Vgl. n. 9297, 9320, 9348, 9349, 9352, 9358, 9359, 9363, 9370.

Nr. 9341. Tel. aus Athen, 12. Feb. 1914 Nr. 82 (eing. 13. Feb. 9 U. a. m.).[a] Entziff.

Vertraulich. Als Herr Streit mir heute wieder versicherte, Herr Venizelos habe ursprünglich Herrn Pašić nicht treffen wollen, lenkte ich Gespräch auf Zusammentreffen der beiden Premiers in Bukarest und Gerücht eines Balkandreibundes. Minister sagte mir, dass in Bukarest zwar keine

konkreten Abmachungen getroffen wurden, dass aber, ob formell oder nicht sei gleichgiltig, der griechisch-serbisch-rumänische Dreibund tatsächlich in Kraft treten würde im Augenblicke eines bulgarischen oder türkischen Angriffes. Er habe „Grund zu glauben", dass rumänische Regierung sich in diesem Sinne in Konstantinopel geäussert habe. Auswärtiger Kurs Griechenlands, sagte der Minister, bleibe aber derselbe und strebe vor allem eine Annäherung an Rumänien und wenn nur möglich auch an Albanien und Türkei an. Die Beziehungen zu Serbien seien aus momentaner Notwehr gegeben, es bestünden aber zu viel ...[b] mit diesem Lande und werde es sicherlich Russlands intensiven Bemühungen einmal gelingen, Serbien mit Bulgarien auszusöhnen. Soviel ich beurteilen kann, neige ich zur Ansicht, dass die griechisch-serbisch-rumänische Demonstration vornehmlich eine Antwort auf den angeblichen bulgarisch-türkischen Akkord ist. Szilássy.

[a]) Vgl. n. 9337. — [b]) Chiffre fehlt.

Nr. 9342. Tel. aus Belgrad, 12. Feb. 1914 Nr. 24 (eing. 7 U. p. m.).[a]) Entziff.

Rückkehr des Ministerpräsidenten. Herr Pašić und Herr Venizelos heute nachts eingetroffen. Mittags bei ersterem Frühstück, zu welchem russischer Gesandter, Vertreter der Balkanstaaten inklusive Rumäniens, exklusive Bulgariens, geladen. Abends Diner bei Hof, nach diesem offizieller Empfang des mit Abendzug ankommenden serbischen und griechischen Kronprinzen, während Herr Venizelos gleichzeitig Belgrad verlässt. Giesl.

[a]) Vgl. n. 9328.

Nr. 9343. Tel. aus Bukarest, 12. Feb. 1914 Nr. 48 (eing. 13. Feb. 9 U. a. m.).[a]) Entziff.

Streng vertraulich. Nachtrag zu Telegramm Nr. 47 von heute. Herr Bratiano teilt mir soeben Folgendes mit: Er sei gestern direkt von mir zum König gegangen und habe ihm unsere Konversation erzählt. Seine Majestät sei sehr einverstanden gewesen, dass er so offen gesprochen, da er wisse, dass Euer Exzellenz mir den Auftrag gegeben, im Sinne guter Beziehungen zu Rumänien und des allgemeinen Friedens zu arbeiten. In einem Punkte jedoch müsse er seine gestrigen Ausführungen etwas korrigieren. Es sei möglich, dass der Durchmarsch türkischer Truppen durch Bulgarien dennoch nicht von Rumänien gestattet werden könne. Bulgarien hetze die Türken gegen Griechenland auf und erkläre gleichzeitig, es sei zu schwach, um den Durchmarsch der türkischen Truppen zu hindern. Das sei ein sehr durchsichtiges falsches Spiel, um einen neuen Balkankrieg zu provozieren, und das könne Rumänien nicht dulden. Der König habe ihn, Bratiano, beauftragt, mir dies zu sagen. Auf meine Frage, ob man in Sofia diesen Standpunkt der rumänischen Regierung kenne, antwortete Ministerpräsident verneinend, da dies wie eine Drohung klingen würde, die Rumänien vorerst noch vermeiden wolle. Bratiano wünsche, Euer Exzellenz möchten nicht nur in Konstantinopel, sondern auch in Sofia energische Vorstellungen machen, um die fortwährenden kriegerischen Intriguen daselbst zu beendigen. Ich erklärte, ohne in die Sache einzugehen, dass ich selbstverständlich bereit

sei, diesen Wunsch Euer Exzellenz zu übermitteln. Über die Sache selbst ist mein persönlicher Eindruck folgender: Erstens macht nicht Herr Bratiano, noch weniger Porumbaro, sondern der König selbst die äußere Politik — Bratiano war daher heute besser informiert als gestern. Zweitens aber bin ich nicht überzeugt, dass der Entschluss Rumäniens, sofort zu mobilisieren, wenn die Türken bulgarisches Gebiet betreten, vollständig der Wahrheit entspricht. Der König und die Regierung wünschen die moralische Unterstützung der Monarchie und malen daher die bulgarisch-türkischen Umtriebe möglichst schwarz, um Euer Exzellenz zu bewegen, einzuwirken. Drittens scheint es mir wahr, dass hier keine konkreten Abmachungen mit Serbien oder Griechenland getroffen worden sind, sondern Rumänien sich freie Hand behalten hat, um einzugreifen oder nicht, je nachdem wie der Moment es erfordert. Herr Bratiano ersuchte mich, den König in meinem Telegramm an Euer Exzellenz nicht zu erwähnen, ich halte es jedoch für meine Pflicht, dies dennoch zu tun, da das Bild dieser Unterredung für Euer Exzellenz sonst kein vollständiges wäre. Ottokar Czernin.

[a]) Vgl. n. 9352, 9358.

Nr. 9344. Tel. aus London, 12. Feb. 1914 Nr. 33 (eing. 13. Feb. 9° U. a. m.).[a]) Entziff.

Streng vertraulich. Demarche der Mächte in Konstantinopel und Athen. Sir E. Grey wird in einer neuen Zirkulardepesche seine Einwilligung erklären, die Mitteilungen in Konstantinopel und Athen zu machen, si omnes. Gleichzeitig betont er darin, daß albanesische Grenzfrage und Inselfrage im Zusammenhange stehen, daß dabei keine direkten englischen Interessen im Spiele sind, er also an künftigen Maßnahmen nur teilnehmen könnte, wenn alle Mächte es tun. Er reserviert sich somit volle Freiheit der Aktion. Aus dieser neuen Erklärung des Staatssekretärs geht hervor, daß, nachdem seine Bedingung wegen vorheriger Verständigung der Mächte bezüglich Durchsetzung ihrer Beschlüsse nicht angenommen wurde, er sich im Falle unbefriedigender Antworten aus Konstantinopel und Athen volle Freiheit bewahren will und künftighin kaum geneigt sein wird, mit Vorschlägen heranzutreten und eine führende Rolle zu übernehmen. Vorstehender Inhalt Zirkulardepesche wurde mir streng vertraulich mitgeteilt. Bitte dringend, englischen Botschafter nicht wissen zu lassen, daß ich Euer Exzellenz darüber berichtet habe. Mensdorff.

[a]) Vgl. n. 9332, 9345, 9354, 9366.

Nr. 9345. Privatschreiben des englischen Botschafters, 12. Feb. 1914.[a]) Eigh. Ausfert.

With reference to our conversation of the day before yesterday, I am glad to be able to send you the indosed copy of a telegram[b]) I have juste received from Sir Edward Grey, showing that His Majestys Government agree, for their part, to the proposed communication being made immediately both at Athens and Constantinople. I am glad to think that this is in accordance with your own views on the subject. Maurice de Bunsen.

[a]) Vgl. n. 9332, 9344, 9354, 9366. — [b]) Beilage.

Beilage zu n. 9345. Memorandum des englischen Botschafters, 12. Feb. 1914. Ausfert.

His Britannic Majesty's Ambassador has been instructed by Sir Edward Grey to make a communication to Counte Berchtold to the following effect: As it is the desire of all the Powers to make a communication at Athens and Constantinople immediately, His Majesty's Government, who are reluctant to separate from the Powers, have instructed the British Ambassador at Constantinople and the British Minister at Athens, to join in these communications when all their colleagues are similarly instructed. His Majesty's Government do not however feel that British interests are involved either in securing the evacuation of Epirus by Greece or in deciding as between Greek and Turkish ownership of the islands. The object of His Majesty's Government in promoting this settlement, of which they regard the two parts as interdependent, has been to secure unity between the Powers. Should there be any difficulty in getting either the decision about the Albanian frontier or that about the islands accepted, His Majesty's Government must not be regarded as committed by the communications now made at Athens and Constantinople to any further steps unless there be agreement between all the Powers to share the responsibility of making both the decisions respected; and failing such agreement His Majesty's Government must reserve their future attitude with regard to these decisions.

Nr. 9346. Tel. des Legationsrates Grafen Otto Czernin aus St. Petersburg, 12. Feb. 1914 Nr. 51 (eing. 13. Feb. 9 U. a. m.).[a] Entziff.

Im Nachhange zu Telegramm Nr. 48 vom 8. d. Mts. Der deutsche Botschafter hat Herrn Sazonow wegen des höchst merkwürdigen auf Deutschland bezüglichen Passus' seiner Rede interpelliert, worauf der Minister angab, die Wiedergabe seiner Mitteilung nicht zu Gesicht bekommen zu haben. Selbstverständlich habe er sie in dieser Form nicht getan. Nunmehr hat auf dieses Einschreiten des deutschen Botschafters die Petersburger Telegraphen-Agentur im Wege der deutschen Presse ein Dementi erfolgen lassen, hingegen ist ein solches, wie Graf Pourtalès mir mit Befremden sagte, weder hier noch in Frankreich erschienen. Das in der deutschen Presse erschienene Dementi sagt, der Minister des Äussern habe lediglich erklärt, dass er sich der grossen Wichtigkeit der Erneuerung des deutsch-russischen Handelsvertrages bewusst sei und die Regierung werde dafür sorgen, dass dieselbe unter für Russland günstigen Bedingungen erfolge. Es ist charakteristisch, dass man aus Rücksicht auf die hiesigen Nationalisten und die französische öffentliche Meinung das Dementi lediglich in Deutschland lancierte.

Otto Czernin.

[a] Vgl. n. 9376.

Nr. 9347. Tel. des Legationsrates Grafen Otto Czernin aus St. Petersburg, 12. Feb. 1914 Nr. 53 (eing. 13. Feb. 9 U. a. m.). Entziff.

Herr Sazonow bezeichnet mir heute den Abgang Herrn Kokowzows als fait accompli, einem anderen Diplomaten die Berufung Herrn Goremykins

zum Präsidenten als wahrscheinlich, ebenso die des Herrn Ba[r]ck zum Finanzminister. Als Hauptursache des Wechsels nannte der Minister des Äussern den Umstand, dass Kokowzow als strenger Finanzmann sich fast alle Kabinettsmitglieder durch grosse Abstriche in dem Budget entfremdet habe. Ich gewann den sicheren Eindruck, dass Herr Sazonow vorläufig durch den Wechsel in Präsidium nicht tangiert wird. Seine Beziehungen zur Rechten und zu den Nationalisten, denen Herr Kokowzow seinen Sturz in erster Linie verdankt, hat er übrigens in letzter Zeit offensichtlich gepflegt.

Otto Czernin.

Nr. 9348. Tel. aus Sofia, 12. Feb. 1914 Nr. 60 (eing. 2 U. 45 M. p. m.).[a] Entziff.

Im Verlaufe heutiger Unterredung mit Konseilspräsidenten und Finanzminister (vide heutiges[b] Telegramm 59) zeigten sich Mitredner auch wegen Besuches Herrn Venizelos' und Herrn Pašić' in Bukarest präokkupiert. Sie fragten, was wir eigentlich von Haltung Rumäniens meinten, da doch Intimität oder gar Entente Rumäniens mit Serbien mit aufrichtiger Politik uns gegenüber unvereinbar. Bulgarien wünschte Verständigung mit Rumänien, in einer Kombination, der Serbien angehöre, gebe es aber für Bulgarien keinen Raum. Einer der Mitredner hob Situation ohne Ausweg hervor: einerseits drängen Jungtürken auf Unterzeichnung Vertrages und (andererseits türkische Gefahr),[c] Bukarester Zusammenkunft und offiziöses Communiqué rumänischen Präsidenten, dass Rumänien nicht ruhig bleiben würde, wenn Bulgarien bei Konflikt Türkei mit Griechenland nicht ganz neutral (Durchmarschgewährung) bliebe. Minister ersuche mich um Informationen aus Bukarest, da für bulgarischen Gesandten dort sehr schwer, Wahrheit zu erfahren. Wenn man ausserdem russische Intrigue berücksichtigt, muss man sich wirklich wundern, dass Radoslawow noch Mut habe, am Ruder zu bleiben.

Tarnowski.

[a] Vgl. n. 9358. — [b] n. 9340, datiert vom 11., aufgegeben aber am 12. Feb. 2 U. 40 M a. m. — [c] Entzifferung der Wörter „andererseits türkische Gefahr" zweifelhaft.

Nr. 9349. Tel. aus Sofia, 12. Feb. 1914 Nr. 63 (eing. 13. Feb. 9 U. a. m.).[a] Entziff.

Generalsekretär im Auswärtigen Amte sagte mir im Verlaufe heutiger Unterredung, Situation sei jüngster Zeit unklar und unerfreulich geworden. Haltung Rumäniens, Griechenlands und Serbiens sei seit Zusammenkunft Venizelos' und Pašić' in Petersburg und speziell in Bukarest anders geworden. Rumänische Regierung, nachdem sie Wunsch nach Einsetzung gemeinsamer Kommission zur Regelung verschiedener Angelegenheiten geäussert hätte, worauf Bulgarien gleich eingegangen und seinerseits Kommission ernannt, tue ihrerseits nicht dasselbe, was wenig freundlich und bezeichnend. Griechenland, das selbst auf Wiederaufnahme der Beziehungen gedrängt und Freilassung Kriegsgefangener vorgeschlagen hätte, mache jetzt, nachdem Bulgarien alle griechischen Gefangenen freigelassen, nichts mehr dergleichen. In Serbien sei Ton offizieller Presse plötzlich agressiver geworden. Zugleich

setze auch russische Wühlarbeit in Bulgarien in letzten Tagen stärker ein. Unter Aegide Russlands scheine sich etwas gegen Bulgarien vorzubereiten und während letzteres Allianz mit Türkei verdächtigt werde, habe es in Wirklichkeit jungtürkische Abenteurer nur zu fürchten und bekomme vom türkischen Gesandten Ultimatums, nämlich gestrige Note (mein Telegramm Nr. 59 von heute nachts), die auch Mitteilung enthalten habe, dass Handelsvertragsverhandlungen in Konstantinopel eingestellt worden. Fethi Bey, junger, beschränkter, intransigenter Offizier, sei als Gesandter Unglück. Herr Passarow führte aus, dass Bulgarien Absichten Rumäniens nicht trauen könne und befürchten müsse, dass Kabinett Bratiano, um gleich Majoresco auch Erfolg zu haben, es auf Varna und Rustschuk abgesehen. Mitredner erwähnte auch, russisch-serbische Heirat sei dementiert, die griechisch-rumänische werde aber zustandekommen. Wie gestern die Minister, war auch Generalsekretär äusserst deprimiert und wie sie wollte auch er etwas Beruhigendes von mir hören. Tarnowski.

[a]) Vgl. n. 9352, 9358, 9363.

Nr. 9350. Bericht aus Athen, 13. Feb. 1914 Nr. 14 B (eing. 20. Feb.).[a]) *Ausfert.*

In der Anlage[b]) beehre ich mich Euer Exzellenz den Text der heute an die griechische Regierung gerichteten Kollektivnote in der Epirus- und Inselfrage zu unterbreiten. Szilássy.

[a]) Vgl. n. 9304, 9447, 9473. — [b]) Beilage.

Beilage zu n. 9350.

Athènes, le 31 janvier/13 février 1914. Les soussignés, Ministres d'Allemagne, d'Autriche-Hongrie, de France, de Grande Bretagne, d'Italie et de Russie, ont l'honneur de faire au Gouvernement Royal Hellénique, de la part de leurs Gouvernements, la déclaration suivante: „D'après l'Article 5 du Traité de Londres du 17/30 mai 1913 entre la Turquie et les Etats alliés Balkaniques, ainsi que par l'Article 15 du Traité signé à Athènes entre la Turquie et la Grèce le 1/14 novembre 1913, le Gouvernement Grec s'est engagé à laisser aux six Puissances le soin de décider du sort des îles de la Mer Egée. En conséquence, les six Puissances ont décidé de remettre à la Grèce toutes les îles de la Mer Egée actuellement occupées par elle, à l'exception de Ténédos et d'Imbros ainsi que de l'île de Castellorizo, qui doivent être restituées à la Turquie. Les Puissances ont, en outre, décidé que, en ce qui concerne les îles assignées à la Grèce, des garanties satisfaisantes devront leur être données ainsi qu'à la Turquie par le Gouvernement Grec que ces îles ne seront ni fortifiées ni utilisées pour aucun but naval ou militaire et que des mesures effectives seront prises en vue de prévenir la contrebande entre les îles et le continent ottoman. Les six Puissances se sont engagées à user de leur influence sur le Gouvernement Grec en vue d'assurer l'exécution loyale et le maintien de ces conditions. Elles demandent aussi à la Grèce de donner des garanties satisfaisantes pour la protection des minorités musulmanes dans les îles

qu'elle acquiert en vertu de la décision des six Puissances mentionnée ci-dessus. L'attribution définitive à la Grèce des îles que les six Puissances ont décidé de laisser en sa possession ne deviendra effective que lorsque les troupes grecques auront évacué les territoires assignés à l'Albanie en vertu du protocole de Florence du 17 décembre 1913 ci-annexé[a]) de même que l'île de Saséno, et lorsque le Gouvernement Grec se sera formellement engagé à n'opposer aucune résistance et à ne soutenir ni encourager directement ou indirectement aucune résistance d'aucun genre à l'état des choses établi par les six Puissances dans l'Albanie du Sud. L'évacuation commencera le 1er mars n. s. par retrait des troupes grecques du Caza de Koritza et de l'île de Saseno, et procédera successivement jusqu'au 31 mars n. s. date à laquelle elle devra prendre fin par le départ des troupes helléniques du Caza de Delvino. Les six Puissances ont la confiance que les décisions cidessus seront loyalement respectées par le Gouvernement Grec."

[a]) Vgl. n. 9290 Anm. b.

Nr. 9351. Tel. aus Berlin, 13. Feb. 1914 Nr. 71 (eing. 6 U. 40 M. p. m.). Entziff.

Auf meine Frage, was er von den Gerüchten neuer Balkanbündnisse halte, meinte Staatssekretär, Bündnis zwischen Serbien und Griechenland stehe wohl fest; was Rumänien anbelange, so könne ein solches mit Serbien niemals eine Spitze gegen die Monarchie haben, dazu sei König Karl viel zu loyal; wenn ein solches bestünde, könne es höchstens defensiver Natur gegen Bulgarien zur Wahrung Bukarester Friedens sein, worauf ich Herrn von Jagow antwortete, dass jedwede politische vertragsähnliche Abmachung mit Serbien schon an und für sich eine Spitze gegen uns enthalte, da es Serbien stärke. Unterstaatssekretär, mit dem ich gleiches Thema besprach, war der Ansicht, dass Rumänien zur Zeit keine bindende Verpflichtung eingehen wolle, ihm aber alle diesbezüglichen Gerüchte nicht ungelegen seien, da sie ohne weiterer rumänischer Verpflichtung Serbien angenehm seien und Bulgarien schreckten. Weiters teilt Unterstaatssekretär meine Ansicht, dass eventueller Schritt Rumäniens in Konstantinopel wohl nur Friedensmahnung, kaum aber auch Drohung enthalten haben dürfte.

Szögyény.

Nr. 9352. Tel. nach Bukarest, 13. Feb. 1914 Nr. 36 (chiffr. 11 U. p. m.).[a]) Konz. (S. Hohenlohe; V. Forgách; G. Berchtold).

Streng vertraulich. Erhalten Euer Exzellenz Telegramme Nr. 47 und 48 vom 12.[b]) d. M. Euer Exzellenz wollen dem König Carl beziehungsweise Herrn Bratianu für die in beiden Telegrammen enthaltenen Mittheilungen meinen besten Dank übermitteln und sagen, dass wir, wie bisher, stets bemüht sein werden, sowohl in Sofia wie in Constantinopel in friedlichem und beruhigendem Sinne einzuwirken; dass wir übrigens die Überzeugung haben, dass bulgarischerseits weder die Absicht noch die Möglichkeit eines kriegerischen Auftretens gegen Griechenland besteht. Zum Beweise dessen

sind Euer Exzellenz ermächtigt, dem König und Herrn Bratianu von nachstehenden Meldungen Grafen Tarnowskis vom 11. d. M. streng vertraulich Kenntnis zu geben: ... *wie n. 9340 und n. 9349 auszugsweise.* ...

Berchtold.

[a]) Vgl. n. 9361, 9385. — [b]) Richtig vom 11. und 12. = n. 9337 u. 9343.

Nr. 9353. Tel. aus Bukarest, 13. Feb. 1914 Nr. 50 (eing. 14. Feb. 9 U. a. m.).[a]) Entziff.

Vertraulich. Türkisch-bulgarische Beziehungen. Der Minister des Äussern macht mir im allgemeinen einen besorgten Eindruck, er glaubt an ein türkisch-bulgarisches Abkommen, obwohl der bulgarische Gesandte dies kategorisch läugnen soll. Er fürchtet, dass die Türken auf bulgarisches Gebiet vordringen und wollte wissen, was Euer Exzellenz zu tun gedenken, falls dies eintritt. Ich erwiderte, dass ich dies nicht wisse, dass es aber vielleicht Euer Exzellenz interessieren würde, zu erfahren, was Rumänien in diesem Falle täte. Porumbaro erwiderte, Rumänien habe sich ganz freie Hand vorbehalten, es sei jedoch sehr leicht möglich, dass man in Bukarest eine solche Vereinigung türkisch-bulgarischer Kräfte nicht zulassen könne; positive Details könnten jetzt nicht vorausgesagt werden, das hänge von der ganzen übrigen Konstellation ab. Vor allem aber sei es der heisse Wunsch Rumäniens, den Frieden zu erhalten und daher die Inselfrage einer Lösung zuzuführen. Der Minister meint, wenn es gelänge, dass Griechenland und die Türkei in direkte Verhandlungen mit einander eintreten, so wäre viel gewonnen. Er glaubt, die Griechen wären auf Basis bestehenden Zustandes zu gewissen Konzessionen bereit, zum Beispiel eine Art Neutralitätserklärung der Inseln unter griechischer Souveränität oder das Verbot, dort eine Armee und Festungen zu halten, und so weiter und wünscht, Euer Exzellenz möchten entweder selbst oder durch Berlin zunächst in diesem Sinne einwirken. Ich verhielt mich vorerst sehr reserviert, weil ich über die Intentionen Euer Exzellenz nicht genau informiert bin und weil ich nicht weiss, ob nicht vielleicht der Augenblick näherrückt, wo man der hiesigen Regierung nahelegen könnte, dass man für unsere Dienste auch Gegendienste verlangen kann. Bitte aber um genaue Weisungen, da ich nächster Tage vom König empfangen werde. Ottokar Czernin.

[a]) Vgl. n. 9361.

Unterredungen mit dem Prinzen zu Wied, 13. und 14. Feb. 1914. Siehe n. 9399.

Tel. nach Konstantinopel, 13. Feb. 1914 Nr. 50 (chiffr. 12 U. p. m.). Siehe n. 9358.

Nr. 9354. Bericht aus London, 13. Feb. 1914 Nr. 9 A (eing. 16. Feb.).[a]) Ausfert.

Mit streng vertraulichem Telegramm Nr. 33 von gestern habe ich die neueste Zirkulardepesche Sir E. Greys angesagt, deren Inhalt Euer Exzellenz wohl heute durch Sir Maurice de Bunsen mitgeteilt werden wird. Der Staatssekretär stimmt also bei, dass die Demarchen in Konstantinopel und Athen gemeinsam gemacht werden, will sich aber für die Zukunft

seine Aktionsfreiheit wahren, falls — wie er erwartet — die Antworten nicht befriedigend sein sollten. Er betont, dass die Fragen der Grenzen Albaniens und der Inseln „interdependent" und nicht von einander zu trennen sind und dass englische Interessen hiebei nicht direkt berührt sind. Sir E. Grey hatte bisher den Standpunkt eingenommen, im europäischen Interesse sich dafür einzusetzen, dass die Beschlüsse der Londoner Konferenz durchgesetzt werden und hatte sich bemüht Vorschläge zu machen, um dieses Ziel zu erreichen. Auch in der Thronrede, mit welcher Seine Majestät der König am 10. d. M. die Parlamentssession eröffnet hat,*b)* wird erklärt, die Regierung Seiner Majestät stehe in Beratung mit den anderen Mächten, damit bezüglich Albaniens und der Ägäischen Inseln die Beschlüsse der Botschafterkonferenz durchgeführt werden (give effect). Die Nichtannahme der Bedingung Sir E. Greys — die Mächte sollten sich darüber einigen, dass ihre Beschlüsse auch durchgeführt werden — hat ihn, wie ich Euer Exzellenz wiederholt meldete, verstimmt und er will sich nun die Freiheit reservieren, gegebenenfalls „die Flöte niederzulegen", wie wir und Deutschland es seinerzeit bezüglich Kretas getan haben. Der bemerkenswerte Leitartikel der „Times" vom 11. d. M. über europäische „Responsibilitäten", auf den gewiss die Aufmerksamkeit Euer Exzellenz gelenkt worden ist, gibt schon zu verstehen, dass unter gewissen Umständen England sich frei von jeder weiteren Verantwortung fühlen und seine weitere Haltung ernstlich erwägen würde, jedenfalls aber nicht europäischer als Europa sein könnte. Ich würde dieses Zurückziehen Englands unvorgreiflich für sehr bedauerlich halten, denn wenn Sir E. Grey sich ganz von der albanischen Frage desinteressiert und sein objektiver und mässigender Einfluss ausgeschaltet wird, so wird man sich wohl auf eine noch viel unfreundlichere und intransigentere Haltung Frankreichs und Russlands gefasst machen müssen. Der Widerstand der deutschen Regierung auf die Greysche Bedingung einzugehen, ist im Foreign Office unangenehm empfunden worden. Man erblickt darin wieder den Wunsch, deutscherseits in Konstantinopel England als den Feind und Bedrücker, Deutschland als den treuen Freund und Retter in der Not darzustellen. Dies ist ein sehr heikler Punkt, nachdem Sir E. Grey mit den mohammedanischen Empfindlichkeiten zu rechnen hat, ebensowie mit den Vorwürfen, die ihm von den englischen Türkenfreunden und von den an britischen Unternehmungen im ottomanischen Reiche interessierten Kreisen gemacht werden. Die bekannte Äusserung des Grossvezirs an den englischen Botschafter, die britische Regierung habe Zwangsmassregeln gegen die Türkei anwenden wollen, glücklicherweise aber habe die Tripel Allianz dieses Vorhaben verhindert, hat hier starken Eindruck gemacht. Nachdem seither in Wien, Berlin und Rom erklärt worden ist, dass eine derartige Mitteilung von keinem der drei Botschafter in Konstantinopel gemacht werden konnte, brachte Sir Lewis Mallet die Angelegenheit beim Grossvezir wieder zur Sprache, indem er bemerkte, derselbe habe sich offenbar nur auf Grund von Pressmeldungen zu seiner bekannten Äusserung verleiten lassen können, worauf der Grossvezir erwiderte, er lese keine Zeitungen und was er damals gesagt habe, sei auf sehr verlässlicher Information basiert gewesen. Die Verstimmung über die Konstantinopler

Vorgänge sowie eine gewisse Müdigkeit der ganzen Sache *c)* mögen Sir E. Grey in den letzten Tagen bestimmt haben, die Eventualität zu erwägen, sich zu desinteressieren und sich die Möglichkeit dazu offen zu halten. Ich bemerkte seit meiner Rückkehr eine zunehmende „lassitude" des Herrn Staatssekretärs. Äusserungen wie „I am sick to death of the whole thing" häufen sich. Die innerpolitische Frage, sowie manche andere Angelegenheiten nehmen ihn stark in Anspruch und ich glaube, er hatte jetzt die Hoffnung und Absicht mit seiner letzten Proposition die Frage Albaniens und der Inseln — soweit die Mächte in Betracht kommen — zu erledigen. An eine befriedigende Antwort von Konstantinopel und Athen, wenn die Mächte nicht über die weiteren Massnahmen einig sind, glaubt er offenbar nicht. Er sagte mir vor einigen Tagen, es scheine ihm, dass man viel zu sicher darauf rechne (it seems to be taken for granted), dass Griechenland jedenfalls eine zusagende Antwort geben werde. Griechenland sei in der Lage, dass es auf Weisung der Mächte Gebiete evacuieren soll, die von seinen Truppen besetzt sind und als Äquivalent dafür Inseln erhalte, die es aber schon besetzt hat. Die griechische Regierung dürfte also jedenfalls eine Sicherstellung verlangen, dass diese Inseln, welche es nach Beschluss der Mächte nicht befestigen dürfe, nicht einem türkischen Angriffe ausgesetzt bleiben. Welche Garantien würden nun die Mächte schaffen und wie lange würde es dauern, bevor man sich darüber verständigt? Wäre es nicht besser gewesen vorher sich über die eventuellen Massnahmen zu einigen, wie er es vorgeschlagen hatte? Der Staatssekretär wiederholte mir stets, er habe es als seine Aufgabe betrachtet, als Präsident der Botschafter-Konferenz die Beschlüsse derselben durchzusetzen. Deshalb habe er es auch Herrn Venizelos gegenüber abgelehnt, irgendwelche Vorschläge, die eine Modifikation der Londoner Beschlüsse enthalten, vorzubringen. Er habe aber dem griechischen Ministerpräsidenten gesagt, dass, wenn er sich über Grenzrektifikationen mit Wien und Rom einigen könne, — was seither geschehen ist — Sir E. Grey seinerseits gewiss nichts dagegen einwenden werde. Ebenso sagte mir der Staatssekretär, würde er persönlich nichts dagegen einzuwenden haben, wenn die Türkei und Griechenland späterhin im direkten Wege einen Austausch von Inseln machen sollten. (Chios und Mytilene gegen Rhodos und andere). Aus den Gesprächen, die ich gestern mit Sir A. Nicolson und Sir W. Tyrrell hatte, entnehme ich, dass man erwartet, die Türkei werde vorerst versuchen, Zeit zu gewinnen, um dann späterhin sich in Abenteuer zu stürzen, welche die grössten Gefahren für das ottomanische Reich selbst und für den allgemeinen Frieden bringen könnten. Namentlich Tyrrell schien der Ansicht, die Ermunterung, welche die Türkei jetzt vielleicht durch die Haltung der deutschen Regierung erhalte, könne für die Zukunft verhängisvoll werden. Noch ein Krieg würde das Los der Türkei besiegeln und Europa vor die Fragen stellen, die Jedermann noch hinausschieben möchte, den Zusammenbruch des ottomanischen Reiches in Kleinasien und die Frage von Konstantinopel. Für den Moment ist das Wichtigste die Art, wie die Demarche der Mächte in Konstantinopel und Athen aufgenommen werden wird. Sind die Antworten günstig oder verständigen sich die Mächte doch noch darüber, was sie unternehmen,

wenn sie ungünstig sind, so wird hoffentlich Sir E. Grey seine Drohung, sich zu desinteressieren, nicht ausführen. Er wird aber an dem vom europäischen Standpunkte unanfechtbaren Prinzipe festhalten, dass das Odium, welches die Mächte durch Anwendung von Zwangsmassregeln nach der einen oder anderen Seite auf sich nehmen müssten, gleichmässig von allen Mitgliedern des europäischen Konzertes getragen werde. Mensdorff.

a) Vgl. n. 9345. — b) Pol. Chron. d. ö.-u. Mon. 1914, 62. — c) So!

Nr. 9355. Tel. nach Rom, 13. Feb. 1914 Nr. 152 (chiffr. 10 U. 30 M. p. m.).a) Konz. (S. Forgách; V. und G. Berchtold).

Geheim. Im Nachhange zu meinem gestrigen Telegramme Nr. 151.b) Laut Bericht des Grafen Tarnowski und unseren Nachrichten aus geheimen Quellen scheint bulgarische Regierung auch anzunehmen, daß serbische militärische Vorbereitungen mit Unionsplänen in Verbindung stehen. Italienischer Botschafter hat gestern hier im Auftrage Marquis San Giulianos Telegramme des italienischen Gesandten in Cetinje vorgelesen, wonach der Panserbismus in Montenegro anwachse und die Entfremdung Rußlands gegenüber der montenegrinischen Dynastie im Zunehmen begriffen sei und Gefahr drohende Symptome zeitige. Herzog Avarna frug, ob uns ähnliche Nachrichten zugekommen seien. Es wurde ihm erwidert, daß in Montenegro zweifellos eine starke Strömung für die Union mit Serbien herrsche, daß uns aber keine direkten russischen, auf die Vertreibung der montenegrinischen Dynastie bezüglichen Wühlereien bekannt seien. Im Gegenteil hätten wir Nachrichten, wonach der montenegrinische Hof mit Unterstützung des russischen Geschäftsträgers bestrebt sei, seine im Vorjahre gestörten Beziehungen zu Rußland und zum kaiserlichen Hofe nach Möglichkeit zu verbessern.c) Der italienische Botschafter erwähnte weiter, daß seine Regierung nicht an den Sturz des Königs Nikolaus glaube, aber starke Befürchtungen wegen des Schicksales seiner Nachfolge hege, da die Söhne des Königs ein so geringes Ansehen besitzen und verdienen. Herzog Avarna versuchte, unsere Stellungnahme zu den Unionsbestrebungen zu sondieren. In der allgemein gehaltenen Antwort wurde dem Botschafter eröffnet, daß wir uns des Ernstes der Frage bewußt seien und Euer Exzellenz bereits im Herbst die Ermächtigung erhalten hätten, gegebenen Falles mit dem italienischen Kabinette in Fühlung zu treten. Der Botschafter schien über unsere eventuelle Absicht einer Aussprache mit Rom sehr erfreut, besonders da, wie er sagte, die Unionsfrage doch eine „adriatische" Frage sei. Der letzteren Bemerkung des Botschafters wurde zugestimmt und ihm gesagt, daß wir eine eventuelle Union der zwei serbischen Königreiche in erster Reihe vom adriatischen Standpunkte aus beurteilten. Ich stelle es Euer Exzellenz anheim, ob Hochdieselben den jetzigen Zeitpunkt für geeignet erachten, den Anwurf des italienischen Botschafters zu einer vorläufig akademischen und vorsichtigen Aussprache mit Marquis di San Giuliano über montenegrinisch-serbische Unionspläne und deren eventuelle Folgen zu benützen.

a) Vgl. n. 9364. — b) Mit Tel. Nr. 151, 12. Feb. 1914 (chiffr. 10 U. 30 M. p. m.) wurde n. 9339 nach Rom mitgeteilt. — c) n. 9248.

Nr. 9356. Tel. nach Rom-Vatikan, 13. Feb. 1914 Nr. 4 (chiffr. 11 U. p. m.).[a] Konz. (S. Berger; V. u. G. Berchtold).

Ich habe heute in meiner Konversation mit Prinzen Wied auch die Frage der Unterlassung seines Besuches beim Heiligen Vater in ganz freundschaftlicher Weise zur Sprache gebracht. Der Prinz bemerkte, seine gegenwärtige Reise sei nicht als eine offizielle Besuchstournee aufzufassen, sondern habe nur den Zweck gehabt, mit jenen beiden Regierungen Fühlung zu nehmen, denen Albanien seine Schaffung zu verdanken hätte. Es sei ihm überhaupt nicht der Gedanke gekommen, daß bei dieser Gelegenheit seitens der Kurie von ihm ein Besuch erwartet würde. Als er dies später in Rom erfahren habe, hätten ihn Bedenken, die Gefühle der albanischen Mohammedaner zu froissieren, davon abgehalten, sich bei Seiner Heiligkeit um eine Audienz zu bewerben. Wenn er seinerzeit seine offiziellen Antrittsbesuche bei den europäischen Höfen mache, werde er gewiß nicht ermangeln, auch dem Heiligen Vater seine Aufwartung zu machen. Ich habe dem Prinzen nahegelegt, gelegentlich seiner hiesigen Visiten-Tournee auch den Apostolischen Nuntius aufzusuchen und ihm — wenn er ihn antreffe — die mir gegebene Aufklärung zu wiederholen. Prinz Wied dürfte dieser Anregung Folge geben. Vorstehendes zu der Euer Durchlaucht eventuell geeignet erscheinenden Verwerthung bei der Kurie. Ersuche Abschrift dieses Telegrammes Herrn von Mérey zu übermitteln. Berchtold.

[a] Vgl. n. 9399. — Mit Tel. Nr. 11 vom 12. Feb. 1914 (eing. 13. Feb. 9 U. a. m.) wurde aus Rom-Vatikan der üble Eindruck gemeldet, den das Unterbleiben eines Papstbesuches durch Prinzen Wied hervorgerufen hat.

Nr. 9357. Bericht des Legationsrates Grafen Otto Czernin aus St. Petersburg, 31. Jan./13. Feb. 1914 Nr. 8 E (eing. 17. Feb.).[a] Ausfert.

Herr Sazonow hat sich dem deutschen Botschafter gegenüber wiederholt gereizt gezeigt, dass die europäische Solidarität gegenüber der Türkei speziell in der Frage der Entscheidung über die ägäischen Inseln auslasse. Schon jetzt sei es klar, dass Deutschland, dadurch dass es für keine eventuellen Pressionsmittel zu haben sei, den Widerstand der Türkei festige. Graf Pourtalès hat darauf, wie er mir sagte, erwidert, die Willenlosigkeit Europas habe sich viel nachhaltiger im Laufe des 1. Balkankrieges gezeigt. Die leere Formel vom „status quo", die dann so leichthin aufgegeben wurde, habe dem „europäischen Prestige" den grössten Schaden zugefügt. Darauf soll Herr Sazonow in seiner oft geradezu kindlichen Naivität geantwortet haben, diese Formel sei seinerzeit von ihm und Herrn Poincaré erdacht und lanciert worden, er schöpfe also aus bester Quelle, wenn er konstatiere, dass sie stets nur für den Fall eines türkischen Sieges gemeint war. Otto Czernin.

[a] Vgl. n. 4077.

Nr. 9358. Tel. nach Sofia Nr. 39 (1) und Konstantinopel Nr. 50 (2), 13. Feb. 1914 (chiffr. 12 U. p. m.).[a] Konz. (S. Forgách; G. Berchtold).

1. Streng vertraulich. Erhalten Telegramme Euer Hochgeboren Nr. 59, 60, 63. Euer Hochgeboren sind ermächtigt, Herrn Radoslawoff mitzutheilen, daß laut unseren Informationen aus Bucarest[b] ein förmlicher Vertrag

zwischen Rumänien, Griechenland und Serbien nicht geschlossen wurde, da Rumänien sich freie Hand vorbehielt; jedoch seien die drei Regierungen einig, jede Conflagration am Balkan zu verhindern und die Ergebnisse des Bucarester Friedens zu schützen. Ob Rumänien den bloßen Durchmarsch türkischer Truppen durch West-Thracien unter passiver Assistenz Bulgariens bereits als casus belli betrachten würde, wurde nicht festgesetzt. Rumänien scheint seine diesbezügliche Haltung im Dunkeln belassen zu haben, um in Constantinopel und Sofia zu impressionieren und beide Staaten von kriegerischen Unternehmungen zurückzuhalten. Euer Hochgeboren wollen auf den Ministerpräsidenten beruhigend einwirken und ihm vorstellen, daß die rumänische Stellungnahme in Constantinopel für Bulgarien, welches in seinem eigenen Interesse bestrebt ist, den Frieden zu erhalten und türkische Abenteuer gegenwärtig nicht zuzulassen, willkommen sein dürfte. Einschlägige, ausschließlich für Euer Hochgeboren persönlich bestimmte Telegramme[b]) des k. u. k. Gesandten aus Bucarest kommen Euer Hochgeboren mit Courrier zu.

2. Ich telegrafire an Graf Tarnowski: (Inseratur Telegramm sub 1. in extenso.) Die Bucarester und Sofioter Telegramme kommen Euer Exzellenz mittelst Courrier zu. Berchtold.

[a]) Vgl. n. 9365, 9388, 9392, 9401, 9406. — [b]) n. 9337, 9343.

Nr. 9359. Tel. aus Sofia, 13. Feb. 1914 Nr. 66 (eing. 14. Feb. 9 U. a. m.).[a]) Entziff.

Fethi Bey sagte gestern nach Diner bei mir spontan, er möchte mich sprechen, worauf ich erwiderte, dass seine Mitteilungen mich umsomehr interessieren würden, als ich gehört, dass er Haltung bulgarischer Regierung gegenüber vollkommen geändert und sogar Ultimatum gestellt. Auf diese Bemerkung hin fing türkischer Gesandter Konversation sofort an und meinte, Bulgaren seien Lügner, keine Zusage Radoslawows Pomaken betreffend sei eingehalten worden, er könne nicht anders vorgehen und solange Muselmänner verfolgt werden, sei Freundschaft unmöglich. ... *Pomakenfrage* ... Gegen Ende der Unterredung erklärte Mitredner, dass er meiner Argumentation beipflichte, russophile Gefahr sehe, Pomakenangelegenheit, die Beziehungen trübe, bedauere, andererseits aber, solange Unfug bestehe, bulgarische Regierung pressen müsse. Ich antwortete, türkischer Gesandter möge insistieren, nicht aber Politik aufs Spiel setzen; durch gegenseitige Konzilianz sollte unbedingt getrachtet werden, modus vivendi bezüglich Pomaken zu schaffen. Ich empfahl Fethi, dass er sich an Dobrovič wende, welcher Schritt in jeder Beziehung nützlich wäre; einerseits werde man hier erwünschten Eindruck bekommen, dass sich Fethi loyal um die Regelung der Frage bemühe, und andererseits sei Aussicht vorhanden, dass König radikalere Maßregeln anordnen werde. Fethi Bey gefiel Gedanke, er schien aber anfangs vorzuziehen, dass ich mit Dobrovič spreche, was ich als nicht angemessen bezeichnete und bemerkte, dass Dobrovič Eindruck spontanen Schrittes türkischen Gesandten haben müsste. Mitredner echauffierte sich allmählich für Idee Demarche bei Dobrovič, erbat sich Informationen über Verkehr mit ihm und sagte, er würde ihn noch heute besuchen. Ich versprach Fethi Bey, meine Unterredung mit ihm bei bulgari-

schen Staatsmännern entsprechend zu verwerten. Fethi Bey dankte sehr und sprach Hoffnung aus, dass es uns zusammen gelingen würde, eine Besserung in Frage herbeizuführen. Tarnowski.

[a]) Vgl. n. 9340, 9373.

Nr. 9360. Bericht des Militärattachés in Belgrad, 14. Feb. 1914 Res. Nr. 28 (eing. als Einsichtsstück des Chefs des Generalstabs vom 20. Feb. 1914 Nr. 520 am 3. März). Abschrift.

Der Bericht Res. Nr. 18 vom 26. Jänner l. J. behandelte die hiesige Auffassung der Ursachen, die Herrn Pašić veranlassten, nach Petersburg zu reisen: Anrufung der russischen Hilfe im Vereine mit Griechenland zur Garantierung des Friedens für die nächste Zukunft und Förderung der Heiratspläne des Kronprinzen. Wenn auch über die Details der Petersburger Verhandlungen und deren Fortsetzung in Bukarest strenge Diskretion bewahrt wird, — in der Hauptsache haben sich diese beiden wesentlichen Zwecke der Reise des Ministerpräsidenten als stichhältig erwiesen. Die Resultate scheinen hinter den gehegten Erwartungen zurückzustehen. Die nächstliegende Garantie für den dringend nötigen Frieden, die Verständigung mit Bulgarien, konnte auch mit russischer Hilfe bisher nicht geschaffen werden, obwohl die russischen und die serbischen Wünsche da vollkommen parallel laufen. In Serbien strebt man ganz offenkundig eine Aussöhnung mit Bulgarien an. Man hat hier das Gefühl, sich im Bukarester Frieden ins Unrecht gesetzt zu haben und fürchtet nun die Rache des hiedurch entstandenen erbitterten Gegners. Schon im Frieden droht die bulgarische Bandenbewegung, die es den Serben fast unmöglich machen kann, in Mazedonien geordnete Zustände herzustellen und die dortige, grösstenteils bulgarische Bevölkerung niederzuhalten. Bei einer offiziellen Aussöhnung bestünde zumindest die Hoffnung, dass diese Bandenaktionen, wenn auch nicht verhindert, so doch nicht von der bulgarischen Regierung organisiert würden. Wie auch aus den Zeitungen hervorgeht, hat man hier das richtige Empfinden, durch die in Bukarest geschaffene Lage in die Hinterhand gedrängt und auf Jahre hinaus gezwungen zu sein, durch kostspielige militärische Massnahmen die neueroberten Gebiete vor dem bulgarischen Einflusse zu schützen. Die Verständigung mit Bulgarien dachte man sich hier allerdings auf der Basis des Bukarester Friedens; territoriale Konzessionen wurden als ausgeschlossen bezeichnet. Es gab jedoch auch Stimmen, welche da weiter gingen; so warnte das Blatt der Sozialdemokraten die Regierung vor dem in Bukarest geschaffenen „Kartenhaus"; es wäre besser, selbst mit Bulgarien Verhandlungen anzuknüpfen, als dies Enver Pascha zu überlassen; es wäre vernünftiger, auf friedlichem Wege den Bukarester Frieden zu revidieren, als einmal, von Bulgaren und Türken vereint, mit Feuer und Schwert hiezu gezwungen zu werden. Dass die russischen Wünsche dahin gerichtet sind, Bulgarien wieder in den Balkanbund hineinzuziehen, steht ausser Zweifel. Charakteristisch hiefür ist das Bestreben Herrn Hartwigs, zwischen den hier neuernannten bulgarischen Vertretern und dem offiziellen Serbien die Entente cordiale rasch wieder herzustellen. Der bulgarische Geschäftsträger (der Gesandte hat sein Beglaubigungs-

schreiben noch nicht überreicht) erzählte mir, Herr Hartwig wollte ihn bei seinem Antrittsbesuche sofort ins Auswärtige Amt begleiten; auf dem slavischen Balle, den er über Bitte der Russen besuchte, habe ihn Herr Hartwig, trotz seines Einwandes, von seiner Regierung beauftragt zu sein, offiziell nicht aufzutreten, „mit Gewalt" dem serbischen Kronprinzen vorgestellt. Bisher sind die serbisch-russischen Bestrebungen, eine Aussöhnung mit Bulgarien zustande zu bringen, ohne Erfolg geblieben. Dies beweisen nicht nur die Stimmen der offiziösen bulgarischen Presse (Richtigstellung der Äusserungen des Petersburger Gesandten Radko Dimitrief im „Dnevnik"), sondern auch das diesbezügliche bedauernde Eingeständnis von Seiten der serbischen Politiker; der heutige Leitartikel des serbischen Regierungsorganes spricht sich hierüber ganz eindeutig aus. Nach der Ansicht des hiesigen bulgarischen Geschäftsträgers ist ein Anschluss Bulgariens an den rumänisch-serbisch-griechischen „Block" ausgeschlossen. Man würde sich zwecklos die Hände binden lassen. Auf meine Frage, ob dies im Hinblicke auf die Bandenbewegung gemeint sei, erwiderte Herr Mintschef: Vorläufig nur auf diese! Die Regierung habe keine Ursache, es zu verhindern, wenn aus den 400.000 Flüchtlingen aus Mazedonien sich Banden bilden, die, ebenso wie zur Türkenzeit, für die bulgarischen Interessen auf fremdem Territorium kämpfen; die Bandenkämpfe dürften im April übermächtig einsetzen. War es also nicht gelungen, dem serbischen Friedensbedürfnisse durch eine Verständigung mit Bulgarien Rechnung zu tragen, so trachtete Herr Pašić zumindest durch ein neuerliches Betonen der Solidarität der 3 Gegner Bulgariens dieses einzuschüchtern und von einer eventuellen Einmischung in den noch immer nicht beendeten türkisch-griechischen Konflikt fernzuhalten. In diesem Sinne erklärt man hier den gemeinsamen Aufenthalt der Ministerpräsidenten Serbiens und Griechenlands in Bukarest; eine neue politische Situation wurde dort gewiss nicht geschaffen, nur die im August 1913 dokumentierte Interessengemeinschaft neuerdings konstatiert. Ob und inwieweit speziell die serbisch-rumänischen Verhandlungen ihre Spitze auch gegen die Monarchie gerichtet haben, ist hier nicht festzustellen. Es muss zugegeben werden, dass seit einem halben Jahre in den Beziehungen zwischen den beiden Staaten eine durchgreifende Änderung eingetreten ist. Hier spricht man offen von der serbisch-rumänischen Interessengemeinschaft, sowohl gegenüber Bulgarien als auch gegenüber der Monarchie; die Temes werde dereinst die Grenze zwischen Serbien und Rumänien bilden! Welches Echo derartige Auslassungen in Rumänien finden, ist hier unbekannt; verschiedene Anzeichen sprechen jedoch dafür, dass sie eher gerne gehört, wie zurückgewiesen werden. Von nicht zu unterschätzender Bedeutung erscheint der 2. Zweck der Petersburger Reise, das Streben der serbischen Königsfamilie und der Regierung, den Kronprinzen mit einer russischen Prinzessin zu vermählen. Der Empfang, den der jugendliche Kronprinz am Czarenhofe gefunden hat, sollte darauf schliessen lassen, dass der Czar diesem Wunsche Serbiens nicht ablehnend gegenüberstand; die Version, der Czar habe eine etwaige Verlobung des Kronprinzen mit seiner ältesten Tochter ausschliesslich von deren Willen abhängig gemacht, würde hingegen auf eine höfliche Ablehnung hindeuten.

In Belgrad wurde, über strengste Weisung des Pressbureaus, in den Zeitungen über dieses delikate Thema vollkommen geschwiegen; auch jetzt, nachdem der Kronprinz wieder rückgekehrt ist, verlautet noch nichts über den Erfolg seiner Werbung. Eine russische Prinzessin auf dem serbischen Throne würde unser Verhältnis zu Serbien keineswegs bessern. An unserer Südostgrenze würde sich eine russische Satrapie bilden — falls dies nicht schon heute der Fall ist — und die Wahrscheinlichkeit, dass ein bewaffneter Konflikt zwischen der Monarchie und Serbien auch einen Krieg mit Russland zur Folge hätte, würde fast zur Gewissheit gesteigert, überdies eine Beseitigung der in historischer Gegnerschaft zur Monarchie stehenden Dynastie Karagjeorgjević wesentlich erschwert. Vorläufig liegt noch kein Anhaltspunkt vor, dass der schon in den Jugendjahren König Milans aufgetauchte Wunsch, eine russische Prinzessin auf dem serbischen Throne zu sehen, diesmal in Erfüllung gehen wird. Auch das Verhalten Herrn Pašić' lässt nicht auf ein günstiges Gesamtresultat seiner Petersburger Reise schliessen. Der Ministerpräsident wurde noch vor seinem Eintreffen in Belgrad von ihm entgegengereisten Journalisten interviewt; sein kategorisches Verweigern jeder Auskunft über den Erfolg seiner Reise lässt eher vermuten, dass er tatsächlich nicht viel Erfreuliches zu erzählen hat. Abgesehen von der Petersburger Reise des Kronprinzen und des Ministerpräsidenten ist in der letzten Zeit noch eine andere, die Monarchie in Mitleidenschaft ziehende Frage aufgetaucht: Die Vereinigung Montenegros mit Serbien. Allerdings hat man hievon jetzt mehr im Auslande gesprochen, wie in Serbien selbst; in Bulgarien und in der Türkei suchte man in dieser Absicht Serbiens die Ursache für die vermeintliche Mobilisierung des 1. Aufgebotes. Doch ebenso wie die Mobilisierungsgerüchte sich als nicht stichhältig erwiesen, so wird auch der Anschluss Montenegros an Serbien hier jetzt nicht als akute Frage betrachtet. Die Absicht hiezu besteht zweifellos; dies bewies schon das auffallende Entgegenkommen Serbiens bei der Grenzbestimmung gegenüber Montenegro, denn man rechnet damit, ohnedies alles wieder zurückzuerhalten. Doch scheint der Zeitpunkt hiefür noch nicht gekommen zu sein. Diesbezüglich machte der König dem italienischen Militärattaché gegenüber bei dessen Abschiedsaudienz einige charakteristische Bemerkungen: Die Montenegriner seien dasselbe Volk wie die Serben und würden sich selbstverständlich bald an Serbien anschliessen; nur insolange König Nikolaus lebe, wolle man serbischerseits diese Frage nicht anschneiden! Ob es nun König Peter übersehen hat, dass diese Frage auch die Nachbarmonarchie interessieren wird, oder ob diese Selbständigkeit auch der Standpunkt seiner Regierung ist, muss dahingestellt bleiben. Man muss da auf etwaige Überraschungen gefasst sein, denen vielleicht durch eine rechtzeitige Klarstellung des Standpunktes der Monarchie vorgebeugt werden könnte. Von den innerpolitischen Ereignissen der letzten Zeit verdient nur eines erwähnt zu werden, als charakteristisch für das Verhältnis Serbiens zur Monarchie: Der Versuch der Bildung einer konservativen Partei, welche, auf den Dreibund gestützt, vor allem eine austrophile Partei vorstellen würde. Man hat diesen Versuch hier überhaupt nicht ernst genommen. Alle politischen Parteien Serbiens, alle Zeitungen verfolgen eine extrem austrophobe

Richtung; sie taten dies schon vor dem Kriege und haben keine Ursache, nach dem siegreichen Feldzuge, während welchem nach ihrer Auffassung dem Lande von Seiten der Monarchie nur Schwierigkeiten bereitet wurden, ihre Ansichten zu ändern. Zu dem Hasse gegen die Monarchie gesellte sich, insbesondere seit dem Kriege, eine unglaubliche Geringschätzung unserer politischen und militärischen Stärke. Täglich kann man in den Zeitungen Äusserungen lesen, dass „wie ganz Europa weiss, die Monarchie ihrem Zerfalle entgegengeht und ihrem Ende schon sehr nahegekommen ist", oder zum Beispiel, dass in einem europäischen Kriege Deutschland allein mit Russland und Frankreich wird kämpfen müssen, da zum Niederwerfen der „zweiten Türkei" Rumänien, Serbien und Montenegro vollauf genügen. Es handelt sich hiebei nicht vielleicht um Ausbrüche einer lebhaften Phantasie einzelner Hitzköpfe, sondern um allgemein verbreitete Ansichten, die systematisch grossgezogen wurden und täglich durch die Presse neue Nahrung erhalten. „Die Serben sehen sich schon vor Wien," sagte mir vor wenigen Tagen der hiesige englische Geschäftsträger. Bei diesem vollständigen Mangel an Prestige ist es heute viel weniger zu erwarten denn je, dass sich in Serbien eine austrophile Gruppe bildet. In der Wiener Zeitschrift „Die Wage" ist ein diesbezüglicher, aus serbischer Feder stammender Artikel erschienen, der die Unmöglichkeit einer austrophilen Strömung in Serbien beweist, insolange es die Monarchie nicht zuwegebringt, sich die serbischen Sympathien zu erwerben! Dass diese aber nur um den Preis unserer ganzen südslavischen Provinzen zu haben sind, das würde selbst der Propagator der austrophilen Partei, Universitätsprofessor Perić, nicht in Abrede stellen. Das Verhältnis Serbiens zur Monarchie lässt an Klarheit nichts mehr zu wünschen übrig und es ist bezeichnend, dass nur ein Mann, der hier als nicht ganz normal gilt, die Idee der Gründung einer austrophilen Partei aufgegriffen hat.

*Nr. **9361.** Tel. nach Bukarest, 14. Feb. 1914 Nr. 38 (chiffr. 10 U. p. m.). Konz. (S. Flotow; V. u. G. Berchtold).*

Mit Bezugnahme auf Telegramm Nr. 50 vom 13. d. M. Euer Exzellenz wollen dem Herrn Minister des Äußern sagen, daß ich mit Interesse von seinen, Euer Exzellenz gegenüber gemachten Äusserungen Kenntnis genommen habe und, dem Gedankengange meines gestrigen Telegrammes Nr. 36 folgend, hinzufügen, daß wir sowohl in Constantinopel wie in Sofia unsere Bemühungen fortsetzen, in beruhigendem und friedlichem Sinne einzuwirken. Durch die Thatsache der inzwischen in Athen und Constantinopel erfolgten Übergabe der Noten durch die Vertreter der sechs Großmächte erscheine eine Erörterung der Inselfrage in der von Herrn Porumbaro angedeuteten Form momentan noch kaum thunlich; vorderhand liege der Schwerpunkt der Frage in der Evakuirung Südalbaniens durch die Griechen. Euer Exzellenz können aber den Herrn Minister versichern, daß ich gerne bereit sei, mit der königlich rumänischen Regierung in einem fortlaufenden Gedankenaustausche über die beide Reiche so nahe berührenden Balkan-Fragen zu bleiben. Euer Exzellenz sind ermächtigt, von Vorstehendem Seiner Majestät dem Könige Mittheilung zu machen.

Nr. 9362. Tel. nach Bukarest Nr. 40 (1) und Rom Nr. 156 (2), 14. Feb. 1914 (chiffr. 11 U. p. m.).[a]) Konz. (S. Hohenlohe; V. u. G. Flotow).

1. Euer Exzellenz sind ermächtigt, Ihren Majestäten dem König Carol und der Königin Elisabeth streng vertraulich zu melden, daß Höchstderen Neffe, Prinz Wilhelm zu Wied, hier sowohl bei Seiner k. und k. Apostolischen Majestät als auch im allgemeinen einen sehr guten Eindruck gemacht hat.

2. Zu Euer Exzellenz Information und eventueller Mitteilung an Marquis San Giuliano: Prinz Wilhelm zu Wied hat ... *wie sub 1. von „hier sowohl" bis Schluß.* ... Berchtold.

[a]) Vgl. n. 9385, 9399.

Nr. 9363. Tel. nach Konstantinopel Nr. 52 (1) und Sofia Nr. 42 (2), 14. Feb. 1914 (chiffr. 10 U. 50 M. p. m.).[a]) Konz. (S. Gautsch; G. Berchtold).

1. Wie Euer Exzellenz den mit gestrigem Kurier an Sie expedierten Telegrammen Grafen Tarnowskis[b]) entnehmen werden, hat der ottomanische Gesandte in Sofia der bulgarischen Regierung in der Pomakenfrage eine drohende Note überreicht, worin ihr eine zwanzigtägige Frist zur Bereinigung gestellt wird. Diese Vorgangsweise wurde sowohl vom bulgarischen Ministerpräsidenten dem Grafen Tarnowski als auch vom hiesigen bulgarischen Gesandten mir gegenüber zur Sprache gebracht. Sobald Euer Exzellenz die erwähnten Telegramme vorliegen, wollen Hochdieselben die Angelegenheit mit den dortigen Staatsmännern erörtern und darauf hinweisen, daß das Verhalten Fethi Beys die Beziehungen zwischen seinem Lande und Bulgarien unnötig zu trüben drohe, was gewiß nicht im Interesse der Türkei gelegen erscheint, nachdem die Erhaltung eines freundnachbarlichen Verhältnisses zwischen Konstantinopel und Sofia die beste Rückendeckung für die äußere und innere Neuerstarkung des ottomanischen Reiches sei. Ich habe mich heute auch in diesem Sinne zum türkischen Botschafter ausgesprochen.[c])

2. Bulgarischer Gesandter hat sich mir gegenüber über türkisches Vorgehen in Pomakenfrage im gleichen Sinne geäußert, wie dortige Staatsmänner zu Euer Hochgeboren. Ich teile Inhalt Euer Hochgeboren bezüglicher Telegramme Markgrafen Pallavicini mit und füge bei: „Ich ersuche Euer Exzellenz, die Angelegenheit mit den dortigen Staatsmännern zu erörtern und darauf hinzuweisen, (inseratur ex Telegramm sub 1. von „daß das Verhalten Fethi Beys" bis zum Schlusse.) Vorstehendes zur Regelung Ihrer Sprache. Berchtold.

[a]) Vgl. n. 9379. — [b]) n. 9340, 9349. — [c]) Vgl. n. 9364.

Nr. 9364. Tagesbericht über eine Unterredung mit dem türkischen Botschafter, 14. Feb. 1914 Nr. 731.[a]) Konz. (S. und G. Berchtold).

Am 14. Februar empfing ich Hilmi Pascha, der mich um eine Unterredung ersucht hatte. Ich leitete die Konversation damit ein, daß ich das komminatorische Vorgehen der Türkei gegen die Sofioter Regierung, welches

in den letzten Tagen in Erscheinung getreten ist, als höchst unklug bezeichnete und dem Botschafter nahelegte, seine Regierung auf die Gefahren aufmerksam zu machen, welche eine solche aggressive Haltung heraufbeschwören könne. Es sei die gegenwärtige bulgarische Regierung, wie wir wohl wissen, von dem Wunsche erfüllt, sich von Rußland unabhängig zu stellen und gute Beziehungen mit der Pforte zu unterhalten. In der Pomakenfrage tue sie ihr möglichstes, habe aber mit großen Schwierigkeiten bei ihrem eigenen Klerus und der radikalen Opposition zu kämpfen, die sie angesichts der bevorstehenden Wahlen schonen müsse. Würde die türkische Regierung mit Sommationen, wirtschaftlichen Drohungen und dergleichen die Stellung des Kabinettes Radoslavoff unmöglich machen, könne mit mathematischer Sicherheit vorhergesagt werden, daß der russische Einfluß in Bulgarien wieder an Einfluß gewinnen und der Balkanbund unter russischer Patronanz gegen die Türkei neuerdings auferstehen werde. Indem mir Hilmi Pascha für diese Ratschläge dankte und die Stichhältigkeit derselben zugab, versicherte er mich, daß sich seine Regierung der freundschaftlichen Gesinnung des Kabinettes Radoslavoff wohl bewußt sei und zu keinem coup de tête gegen dasselbe sich hinreißen lassen werde. Es seien ihm aber in dieser letzten Zeit Informationen zugekommen, denen zufolge es nicht ausgeschlossen erscheine, daß in nächster Zeit ein Wandel auf der Balkanhalbinsel eintreten könne und er habe Auftrag erhalten, mir diesfalls Mitteilung zu machen und meine gegenständliche Anschauung nach Konstantinopel einzuberichten. Den fraglichen Informationen zufolge würde man in nicht ferner Zukunft mit der Union Serbiens und Montenegros zu rechnen haben. Die neue montenegrinische Skupschtina sei in ihrer Majorität für die Union eingenommen und werde ein in diesem Sinne lautendes Votum abgeben. Der König, welcher in den letzten Tagen eine symptomatische, das Serbentum Montenegros hervorhebende Rede[b]) gehalten, habe sich bereits mit dem Gedanken vertraut gemacht, gegen Zusicherung einer verdoppelten Apanage von Montenegro zu verschwinden und zu ständigem Aufenthalte nach St. Petersburg zu übersiedeln. Von seinen Söhnen sei der eine krank und am Vorabende einer Operation, der andere finanziell zusammengebrochen, beide zur Regierung unfähig. Die andauernd signalisierten serbischen Rüstungen seien für den Eintritt der oben verzeichneten Eventualität vorgesehen, auch müsse die Zurückbehaltung des dem Uniongedanken ergebenen serbischen Gesandten in Cetinje, Gavrilović, der bereits nach Rom ernannt war, auf seinem gegenwärtigen Posten in gleichem Sinne gedeutet werden. Nach dem russischen Plane sollte Serbien, im Falle es sich durch die Union im Westen beträchtlich vergrößern und bis zur Adriaküste vordringen würde, Ištib und Kotschana an Bulgarien abtreten, wodurch die Aussöhnung zwischen den beiden Nachbarstaaten herbeigeführt werden könnte. Dies würde Bulgarien auch die Möglichkeit geben, im weiteren Verlaufe Kawalla auf Kosten Griechenlands zu gewinnen. Nach Ansicht Hilmi Paschas würde ein angesichts dieser Verschiebung zu gewärtigender engerer Anschluß Griechenlands an Rumänien nicht genügen, um letzteres zum Losschlagen gegen die beiden slavischen Staaten zu ermutigen. Doch gab der Botschafter zu verstehen,

daß in diesem Falle für die Türkei eine neue Situation geschaffen wäre und dann die Interessen der Türkei mit jenen Oesterreich-Ungarns parallel laufen würden. Ich dankte Hilmi Pascha für seine interessanten Mitteilungen, fügte aber gleich bei, daß vor allem die Türkei nicht den Lauf der Dinge durch vorzeitiges, unüberlegtes Vorgehen gegen Bulgarien in ungünstigem Sinne präjudizieren solle, denn dann könnte statt der von ihm kontemplierten, für die Türkei nicht unvorteilhaften Spaltung der Balkanmächte eine Zusammenschweißung derselben Platz greifen, bei der die Pforte jede Bewegungsfreiheit einbüßen müßte.

[a]) Vgl. n. 9355, 9363, 9368. — [b]) Pol. Chron. d. ö.-u. Mon. 1914, 72.

Nr. 9365. Tel. aus Konstantinopel-Pera, 14. Feb. 1914 Nr. 74 (eing. 15. Feb. 9 U. a. m.).[a]) Entziff.

Grossvezir sagte mir heute, er habe aus Bukarest Nachricht, dass es dort zu keinem Vertrag zwischen Rumänien, Griechenland und Serbien gekommen sei, dass man sich aber dahin geeinigt hätte, die Bestimmungen Bukarester Vertrages unter allen Umständen zu verteidigen. Dieses Resultat, fügte Grossvezir hinzu, stehe allerdings nicht im Verhältnis zu dem in Anwendung gebrachten Apparat. Denn schon vor der Reise des Herrn Venizelos und Herrn Pašić nach Bukarest wären die in Betracht kommenden Regierungen in letzterer Beziehung bereits einig gewesen. Die Bukarester Besprechungen dürften also des Grossvezirs Meinung nach hauptsächlich den Zweck verfolgt haben, Bulgarien zu impressionieren und es vor einer Allianz mit der Türkei zu warnen. Pallavicini.

[a]) Vgl. n. 9358.

Nr. 9366. Tel. nach London, 14. Feb. 1914 Nr. 46 (chiffr. 11 U. 30 M. p. m.). Konz. (S. Hohenlohe; V. Forgách; G. Berchtold).

Die in Euer Exzellenz Telegramm Nr. 33 vom 12. d. M. angekündigte Note Sir E. Greys wurde mir heute von Sir M. de Bunsen übergeben.[a]) Ich ersuche Euer Exzellenz, dem Herrn Staatssekretär zu sagen, daß ich für den von der englischen Regierung eingenommenen Standpunkt volles Verständnis habe. Ich sei darüber sehr befriedigt, daß durch die Haltung Sir Edwards die Demarchen in Konstantinopel und Athen ermöglicht wurden und eine Stockung in der diplomatischen Konversation vermieden wurde. Auch begrüßte ich es, daß, wie schon oft in den laufenden Balkanangelegenheiten, auch in dieser Frage eine Einmütigkeit des Londoner und Wiener Kabinettes zustande gekommen ist. Berchtold.

[a]) Vgl. n. 9345.

Tel. nach Rom, 14. Feb. 1914 Nr. 156 (chiffr. 11 U. p. m.). Siehe n. 9362.

Nr. 9367. Tel. des Legationsrates Grafen Otto Czernin aus St. Petersburg, 14. Feb. 1914 Nr. 57 (eing. 5 U. 30 M. p. m.). Entziff.

Einer der hier akkreditierten Gesandten erzählte mir vertraulich, Herr Sazonow habe ihm dieser Tage gesagt, Rumänien mache derzeit eine sehr kluge und vorsichtige Politik und wolle sich nach keiner Richtung hin binden. Otto Czernin.

Tel. nach Sofia, 14. Feb. 1914 Nr. 42 (chiffr. 10 U. 50 M. p. m.). Siehe n. 9363.

Nr. 9368. Tel. nach Konstantinopel, 15. Feb. 1914 Nr. 55 (chiffr. 11 U. 40 M. p. m.).[a] Konz. (S. Berchtold).

... *Wie n. 9364* ... Indem ich Euer Exzellenz von vorstehender Unterredung Kenntnis gebe, kann ich angesichts der aus Sofia gemeldeten andauernden türkischen Truppenbewegungen gegen die bulgarische Grenze[b] im Zusammenhalte mit der aggressiven Sprache Fethi Beys die Befürchtung nicht abweisen, daß die Ausführungen Hilmi Paschas dazu bestimmt sein mochten, einem türkischen Vorstoße in Thracien in unseren Augen zur Rechtfertigung zu dienen. Euer Exzellenz wollen keinen Anlaß vorübergehen lassen, ohne maßgebenden Ortes auf die verhängnisvollen Folgen hinzuweisen, welche eine solche den Ereignissen vorlaufende Katastrofenpolitik nach sich ziehen müßte, und gleichzeitig den türkischen Machthabern zu verstehen geben, daß eben mit Rücksicht auf die aus Montenegro kommenden Nachrichten, deren Tragweite wir uns hier keineswegs verschließen, die Aufgabe einer vorausschauenden Diplomatie darin gelegen sein müsse, die Situation ausreifen zu lassen und nicht durch unzeitgemäßes Eingreifen vorwegs zu kompromittiren. Berchtold.

[a] Vgl. n. 9379, 9380. — [b] Vgl. n. 9373.

Nr. 9369. Tel. aus Konstantinopel-Pera, 15. Feb. 1914 Nr. 77 (eing. 16. Feb. 9 U. a. m.).[a] Entziff.

Streng vertraulich. Ich höre streng vertraulich, dass Herr Bratiano Talaat Bey eingeladen haben soll, nach Bukarest zu kommen. Es dürfte sich um Vermittlung in der Inselfrage handeln. Talaat scheint noch nicht schlüssig zu sein, ob er dieser Einladung folgen soll. Pallavicini.

[a] Vgl. n. 9379.

Nr. 9370. Tel. aus Konstantinopel-Pera, 15. Feb. 1914 Nr. 78 (eing. 16. Feb. 11 U. a. m.).[a] Entziff.

Herr Toscheff hat seit seiner Rückkehr aus Sofia bloß mit Talaat Bey gesprochen. Ersterer teilt mir hierüber mit, er habe dem Minister des Innern gesagt, dass, wenn das von Fethi Bey in der Pomakenfrage in Sofia gestellte Ultimatum[b] über Befehl der Pforte erfolgt sein sollte, ihm (Toscheff) nichts anderes übrig bleiben würde, als von hier abzureisen. Talaat Bey habe sich bemüht, Sache so hinzustellen, als ob es sich um ein ganz eigenmächtiges Vorgehen Fethi Beys handelte. Er sagte nämlich, Fethi wolle durchaus Sofia verlassen und mit einem gewissen Eklat hieher zurückkehren. Dies wolle man aber in den hiesigen leitenden Kreisen auf jeden Fall vermeiden. Man denke sogar daran, Fethi Bey nach Bukarest zu versetzen. Herr Toscheff will dieser Äußerung Talaat Beys nicht unbedingt Glauben schenken und zwar deshalb, weil letzterer ihm keinen genügenden Aufschluss über die Gründe der Zusammenziehung von 10.000 Mann bei Demotika geben konnte. Bulgarischer Gesandter ist umsomehr besorgt, weil er bei seiner kürzlichen Reise in Westthrazien zu konstatieren Gelegenheit

hatte, dass die dortige mohammedanische Bevölkerung ganz offen von der baldigen Rückkehr der Türken spricht. Ich werde morgen mit dem Großvezier und wenn möglich auch Minister des Innern ein ernstes Wort reden. Bei den hiesigen Verhältnissen muss man aber damit rechnen, dass auch die besten Argumente wirkungslos bleiben; umsomehr als die Stellung des Großveziers, welche sich allerdings in der letzten Zeit wieder etwas befestigt hat, keine absolut sichere ist. Pallavicini.

[a]) Vgl. n. 9379. — [b]) Vgl. n. 9340.

Nr. 9371. Tel. aus Paris, 15. Feb. 1914 Nr. 23 (eing. 16. Feb. 9 U. a. m.).[a]) Entziff.

Herr Poincaré sprach mir gestern mit einiger Besorgnis von der albanesischen Frage, deren Regelung wegen unserer Wünsche in der Bankfrage zu stocken drohe. Frankreich müsse unbedingt auf Internationalisierung der Bank bei voller Parität bestehen und würden diese Wünsche auch von anderen Mächten geteilt. Im Laufe des Gespräches gebrauchte der Präsident auch die Wendung von der Notwendigkeit, Albanien zu internationalisieren, wogegen ich Einsprache erhob. Poincaré lenkte sofort ein und sagte, ich habe ganz recht, Albanien sei ein souveräner unabhängiger Staat. Wenn es sich aber um die internationale Garantie eines Anlehens handle, müssten alle Mächte gleiche Rechte haben und könne man nicht für einzelne Staaten, die sowieso durch ihre geographische Lage einen präponderanten Einfluß dort ausüben, eine privilegierte Stellung schaffen. Der Präsident erinnerte mich daran, dass, als über die Schaffung Albaniens diskutiert wurde, wir immer erklärt hätten, dass wir nichts für uns verlangen, wogegen wir jetzt spezielle Vorrechte beanspruchen. Ich sagte ihm, dass die Erklärungen, auf die er sich berufe, sich auf die territoriale Frage bezogen hätten. Im Laufe der Konversation versuchte ich alle jene Argumente zur Geltung zu bringen, die zugunsten unserer Wünsche angeführt werden können, fand aber Präsidenten ganz unnachgiebig. Als ich zuletzt die Hoffnung aussprach, dass eine Einigung in der Bankfrage doch erzielt werden würde, meinte Herr Poincaré: „Ce serait très désirable, car si nous n'arrivons pas à nous entendre, cela pourrait avoir des suites fâcheuses pour l'Albanie."[1]) Herr Poincaré zeigte sich über unsere Forderungen genau unterrichtet. Ich fürchte, dass unsere ziemlich weitgehenden Wünsche das Misstrauen der hiesigen Regierung erregt haben dürften und dieselbe von der Forderung nach voller Parität in der Bank schwer abzubringen sein wird. Szécsen.

[1]) Frechheit. *Am Kopfe des Telegrammes:* Frechheit Poincarés.
[a]) Vgl. n. 9397.

Nr. 9372. Tel. aus St. Petersburg, 15. Feb. 1914 Nr. 58 (eing. 16. Feb. 9 U. a. m.).[a]) Entziff.

Im wesentlichen gleichlautend mit n. 9409, wurde daher nicht aufgenommen.

[a]) Vgl. n. 9390.

Nr. 9373. Tel. aus Sofia, 15. Feb. 1914 Nr. 69 (eing. 8 U. p. m.).[a]) *Entziff.*

Hatte Besuch Dobrovič', der sofort von türkischer Gefahr zu sprechen anfing. Türkische Bevölkerung in Thrakien habe arrogante Haltung und betrachte bulgarisches Regime als Provisorium. Thrakien sei voll türkischer Emissäre (Offiziere, die in direktem Kontakt mit Konstantinopel stünden). Gestern erhaltene Nachrichten über Konzentration türkischer Truppen bei Demotika liessen Gefahr noch ernster erscheinen. Ich sagte Mitredner, welche Ratschläge wir seit Wochen in Konstantinopel erteilt. Er meinte, wenn Türkei einen Coup gegen Thrakien unternehme, wäre dies nicht nur Sturz Radoslawows, sondern überhaupt Ende von Allem. Was Pomaken anbelangt, so war Dobrovič auf Grund von Informationen von Radoslawow der Meinung, dass bulgarischerseits alles getan, um Satisfaktion zu geben, und dass türkischer Gesandter Schwierigkeiten rein nur erfinde. Ich erwähnte mein Gespräch mit Fethi Bey und sagte, dass wenn türkischer Gesandter gewiss übertreibe, so seien auch bulgarischerseits vielleicht ungenügende Massnahmen ergriffen und türkische Suszeptibilität nicht mit gebotener Vorsicht geschont, was unter gegebenen Umständen sehr unpolitisch. Wir besprachen Frage ausführlich und Dobrovič schien auch unsicher, ob Radoslawow in Konzessionen nicht weiter gehen könnte. Mitredner würde König Meldung erstatten und mich ersuchte er, dass, sobald Radoslawow morgen zurückkehren werde, ich mit ihm ernst rede, da Konseilspräsident mir vertraue und am ehesten auf meinen Rat hören würde. Auch Ghenadieff ersuchte mich, Radoslawow zu energischeren Massregeln, wäre es auch auf Kosten innerer Schwierigkeiten, zuzureden. Sowohl Dobrovič als auch Ghenadieff sind Ansicht, dass in Pomakenfrage, soweit innere Politik gestattet, möglichste Satisfaktion Türken gegeben werden soll, dass aber anderseits alles umsonst, wenn Türken schlechten Glaubens und Thrakien konvoitieren. Türkischen Gesandten habe Dobrovič noch nicht gesehen. Tarnowski.

[a]) Vgl. n. 9359, 9368, 9374, 9377.

Nr. 9374. Tel. aus Sofia, 15. Feb. 1914 Nr. 72 (eing. 16. Feb. 10 U. a. m.).[a]) *Entziff.*

Bezug auf meine letzten Telegramme betreffend Türkei. Bevor ich mit Radoslawow morgen nach seiner Rückkehr sprechen werde, habe inzwischen Passaroff und Ghenadieff und, was schwieriger war, türkischen Gesandten weiter bearbeitet. Bulgaren versprachen mir, jede vernünftige konkrete Forderung sofort zu berücksichtigen und jeden Unfug zu beseitigen, wenn nur Fethi Bey, statt allgemeine Klagen vorzubringen und zu drohen, seine Wünsche genau formuliere. Türkischer Gesandter hat mir heute nach langem Bohren, wobei ich ihm unumwunden sein undiplomatisches Vorgehen, schwere Verantwortung, die er auf sich lade, und vieles andere vorgehalten, folgendes Versprechen gegeben: Wenn gewisse Popen entfernt und Pomaken in bestimmten Ortschaften mit muselmännischen Namen in Wahlregister eingetragen werden, werde Fethi seine Note mit Androhung Retorsion zurückziehen, werde in Konstantinopel Ermächtigung erbitten, hier offizielle Erklärung abzugeben, die Bulgarien bezüglich türkischer

Absichten beruhigen würde, und werde Abberufung aller türkischen Emissäre aus Thrazien in Konstantinopel beantragen. Ausserdem versprach mir Fethi, mit Radoslawow nicht mehr in komminatorischem Tone, sondern freundschaftlich zu verkehren. Ich habe vorstehende Zusage des türkischen Gesandten — wozu er mich formell ermächtigt — Herrn Passaroff bereits mitgeteilt und dieser sagte, er werde noch heute mit Fethi sprechen. Bei Dobrovič hatte eigensinniger Türke, als ich ihn heute besuchte, noch nicht vorgesprochen gehabt, weswegen ich ihm unter entsprechendem Kommentar Vorwurf gemacht, wonach er versprochen, Dobrovič heute noch zu sehen. Abends besuchte mich Dobrovič, der mir mit grosser Befriedigung mitgeteilt, dass er soeben Fethi Bey zum erstenmale bei sich gehabt und sich mit ihm gründlich ausgesprochen. Dobrovič dankte mir sehr und meinte, dies bedeute Detente und grossen Gewinn. Er werde jetzt selbst zwischen Regierung und Fethi intervenieren und im Namen des Königs sprechen können. Herr Passaroff hat mir heute Depesche aus Konstantinopel vorgelesen, wonach Talaat Bey bulgarischem Gesandten gesagt hätte, dass Pforte mit intransigentem Debut Fethis nicht einverstanden. Dieser handle hier auf eigene Faust und man würde trachten, ihn von hier zu versetzen. Passaroff erwähnte auch mit Bedauern, dass bewusste Note Fethis in Wiener Presse veröffentlicht. Ich sagte, Veröffentlichung sei selbstredend nicht von uns ausgegangen. Passaroff glaubt, dass türkischer Gesandter selbst seine Note Zeitungskorrespondenz gegeben. Bezügliche Meldung sei von hier dementiert worden. Tarnowski.

[a]) Vgl. n. 9373, 9383, 9391.

Nr. 9375. Tel. aus Sofia, 15. Feb. 1914 Nr. 74 (eing. 16. Feb. 9 U. a. m.).[a]) Entziff.

Herr Passarow sagte mir, Talaat Bey habe Herrn Toscheff mitgeteilt, daß er von Herrn Bratiano nach Bukarest eingeladen. Talaat hätte bulgarischen Gesandten gefragt, ob dieser Besuch mit Rücksicht auf Eindruck in Bulgarien im gegenwärtigen Momente angezeigt. Passarow wollte, daß ich ihm meine Meinung sage. Ich erwiderte, nur bulgarische Staatsmänner wären in der Lage und berufen zu urteilen. Tarnowski.

[a]) Vgl. n. 9387.

Nr. 9376. Bericht aus Berlin, 16. Feb. 1914 Nr. 12 C (eing. 19. Feb.).[a]) Ausfert.

Streng vertraulich. Wie Euer Exzellenz jedenfalls bereits bekannt, haben die russischen Zeitungen vor einiger Zeit die Nachricht gebracht, Herr Sazonow habe erklärt, Deutschland sei zur Zeit bestrebt, Russland auf politischem Gebiete Schwierigkeiten zu machen, damit bei Erneuerung des deutsch-russischen Handelsvertrages im Jahre 1917 Russland durch aussenpolitische Misshelligkeiten in eine so schlechte Position gebracht sei, dass es auf handelspolitischem Gebiete Deutschland Konzessionen zu machen gezwungen sein würde. Wie ich im hiesigen Auswärtigen Amte in Erfahrung bringen konnte, hat diese Zeitungsnachricht hier selbstverständlicher Weise sehr verstimmt und wurde der kaiserlich deutsche Bot-

schafter in St. Petersburg beauftragt, Herrn Sazonow das Erstaunen der deutschen Regierung über seine Auslassungen auszudrücken für den Fall, dass er dieselben tatsächlich gemacht habe; sollten dieselben aber erfunden sein, ihn zu ersuchen, sie dementieren zu lassen. Letzteres ist auch erfolgt, aber nur in der russischen offiziellen Telegrafenagentur und nicht auch in der russischen inländischen Presse. Graf Pourtalès wurde daher vor 2 Tagen von hier aus beauftragt, den kaiserlich russischen Minister des Äussern auf diese, dem Dementi — in Russland wenigstens — jeden Wert nehmende Unterlassung aufmerksam zu machen. Worauf heute die kaiserlich deutsche Botschaft telegrafiert hat, dass nunmehr — wenn auch etwas stark verspätet, wie mein Mitredner im Auswärtigen Amte hinzufügte — dem Wunsche der deutschen Regierung in vollem Umfange Rechnung getragen und das in Rede stehende Dementi auch in die russische Presse übernommen wurde.

Szögyény.

[a]) Vgl. n. 9346.

Nr. 9377. Tel. nach Bukarest, 16. Feb. 1914 Nr. 43 (chiffr. 9 U. 30 M. p. m.). Konz. (S. Hohenlohe; V. u. G. Flotow).

Graf Tarnowski telegraphiert unterm 15. d. M.: ... *wie n. 9373 vom Anfang bis „Ende von allem“* ... Vorstehendes zu Euer Exzellenz persönlichen Information dienendes Telegramm zeigt von Neuem, wie einseitig die Auffassung der leitenden rumänischen Kreise ist, die Bulgarien als das die Türkei zu einem kriegerischen Abenteuer treibende Element hinstellen.

Berchtold.

Nr. 9378. Tel. aus Bukarest, 16. Feb. 1914 Nr. 53 (eing. 17. Feb. 9 U. a. m.).[a]) Entziff.

Audienz bei Seiner Majestät. Der König teilte mir mit, daß tatsächlich zwischen Serbien und Griechenland ein Bündnis besteht, welches jeden Staat zwingt, dem anderen zu Hilfe zu kommen, wenn er angegriffen wird. Rumänien sei nicht beigetreten, König ließ jedoch durchblicken, daß Herr Pašić und Herr Venizelos dies gewünscht hätten. Rumänien habe sich ganz freie Hand vorbehalten und wolle nichts anderes, als die Aufrechterhaltung des Bukarester Friedens, diese allerdings um jeden Preis. Seine Majestät ist überzeugt, daß Bulgarien ein falsches Spiel spielt und den Einmarsch türkischer Truppen auf das Gebiet wünsche. Schon im Dezember vorigen Jahres alten Stils habe in Konstantinopel Konferenz stattgefunden, bei welcher ein bulgarischer General, dessen Namen er vergessen, ferner Albanesen und Jungtürken versammelt gewesen wären. Rumänien habe einen Spion bei derselben gehabt und durch ihn erfahren, was verabredet worden sei. Dort sei nichts als Putsch von Valona vorbereitet worden, der dann tatsächlich ausgeführt wurde, ferner der jetzt geplante Einmarsch türkischer Truppen nach Bulgarien; es habe sich darum gehandelt, eine Form zu finden, die Rumänien hindere, gegen Bulgarien aufzutreten, und da sei nichts als [der] Ausweg gefunden worden, zu erklären, „es sei zu schwach, um den Einmarsch zu hindern“, und sich auf den passiven Standpunkt des laisser faire zurückzuziehen. König betonte, das alles sei ein abgekartetes Spiel zwischen

Bulgarien und Türkei und der Glaube Euer Exzellenz an eine gewisse bona fides und Friedenswunsch Bulgariens nicht berechtigt. Seine Majestät der König wiederholte seine Ansicht, es handle sich in letzter Instanz gar nicht um die Inselfrage, sondern um Thrazien. Er stellt sich den weiteren Verlauf der Sache folgendermaßen vor: Entweder die Türkei erreicht bloß durch drohendes Auftreten, daß ihr die Mächte in der Inselfrage weitere Konzessionen machen, oder sie marschiert in Bulgarien ein. Hat sie keine Erfolge, so wird Bulgarien ruhig bleiben, siegt sie, so wird es sich anschließen und ein dritter Balkankrieg ist die Folge. König würde daher wünschen, daß Dreibund in Sofia und in Konstantinopel energische Vorstellungen mache, um den Beginn des Brandes im Keime zu ersticken. Bericht[a]) folgt. Ottokar Czernin.

[a]) Vgl. n. 9385, 9406.

Nr. 9379. Tel. aus Konstantinopel-Pera, 16. Feb. 1914 Nr. 80 (eing. 17. Feb. 9 U. a. m.).[a]) Entziff.

Erhalten Euer Exzellenz Telegramme vom 14. und 15. d. M. Nr. 52 und 55. Ich habe heute mit Großvezier, Talaat Bey und Enver Pascha gesprochen. Großvezier gab mir die bündigste Erklärung, daß, solange er an der Spitze der Regierung stehen werde, keinerlei abenteuerliche Unternehmungen zu befürchten seien, er könne mir versichern, daß er vollkommen Herr der Situation sei und sich in seiner Stellung sehr stark fühle. Das quasi Ultimatum, welches Fethi Bey in Sofia gestellt hat, sei überhaupt nicht ernst zu nehmen und hätte bloß den Zweck gehabt, dem Kabinette Radoslawow ein energisches Auftreten gegen die Russophilen zu erleichtern. Er (Großvezier) sei der festen Überzeugung, daß es im Interesse der Türkei liege, jetzige bulgarische Regierung zu stützen, was er auch dadurch tue, daß er die mohammedanische Bevölkerung in Thrazien beeinflussen werde, bei den kommenden Wahlen für die Regierung zu stimmen. Großvezier schloß mit der nochmaligen Versicherung, daß er gegen Bulgarien überhaupt, aber im gegenwärtigen Moment auch gegen Griechenland keinerlei feindliche Absichten hege. Er gebe sich jedoch der Hoffnung hin, mit letzterem in Bezug auf die Inselfrage zu einem Einverständnis zu kommen. Talaat Bey sprach mir in ähnlichem Sinne und versicherte gleichfalls, türkische Regierung wolle und könne überhaupt jetzt keinen Krieg führen. Der Minister erwähnte seine eventuelle Reise nach Bukarest und gab mir zu verstehen, daß ihn Herr Bratiano eingeladen habe. Vorläufig sei diesbezüglich noch keine Entscheidung gefallen. Talaat Bey erwähnte hiebei, Türkei könnte für den Fall einer Vergrößerung Bulgariens den Rumänen eine Rückendeckung gegen eventuelle bulgarische Angriffe in Aussicht stellen. Es scheine nämlich, daß man sich in Bukarest noch immer vor einer Erstarkung Bulgariens fürchte. Diese Idee halte ich angesichts der dermaligen Lage praktisch nicht für durchführbar. Kriegsminister sprach sich im großen und ganzen in ähnlichem Sinne aus, wie seine beiden Ministerkollegen, indem er mir gleichfalls versicherte, daß es der türkischen Regierung ferne liege, Bulgarien in eine unangenehme Situation zu bringen und daß, wenn überhaupt in der weiteren Zukunft von einem Krieg mit Griechenland die

Rede wäre, ein solcher nur in Gemeinschaft mit Bulgarien denkbar sei. Er leugnete nicht, daß augenblicklich um Demotika 10.000 ...[b]), vielleicht auch mehr stehen, dies könne aber keineswegs mit einer geplanten Aktion in Zusammenhang gebracht werden. Der Eindruck, welchen ich aus diesen Gesprächen erhielt, war der, daß die türkischen Staatsmänner momentan tatsächlich nicht die Absicht haben, sich in ein Abenteuer zu stürzen. Immerhin müßte aber im Hinblicke auf Inselfrage damit gerechnet werden, daß die Dinge auch politisch eine andere Wendung nehmen könnten, wenn sich hiefür eine günstige Konstellation bieten würde. Pallavicini.

[a]) Vgl. n. 9369, 9370, 9387, 9388, 9408, 9433. — [b]) Chiffre verstümmelt.

Nr. 9380. Tel. aus Konstantinopel-Pera, 16. Feb. 1914 Nr. 81 (eing. 17. Feb. 9 U. a. m.). Entziff.

Mit Bezug auf Euer Exzellenz Telegramm Nr. 55 vom 15. d. Mts. Die Nachricht über die eventuelle Angliederung Montenegros an Serbien stammt aus Sofia. Talaat Bey sagte mir heute gesprächsweise, bulgarischer Geschäftsträger hätte ihm während der Abwesenheit des Gesandten hievon gesprochen und die in letzter Zeit in Serbien stattgehabten militärischen Vorkehrungen hiemit in Verbindung gebracht. Der Geschäftsträger habe auch behauptet, dass sich Erbprinz Danilo um Hilfe nach Wien gewendet hätte. Talaat Bey fügte hinzu, man habe hier über die Sache von anderer Seite keine Nachrichten. Pallavicini.

Nr. 9381. Tel. aus London, 16. Feb. 1914 Nr. 35 (eing. 17. Feb. 9 U. a. m.).[a]) Entziff.

Ankunft des Prinzen Wied in London. Sir E. Grey sagte mir soeben, er habe heute früh erfahren, daß Prinz Wied Mittwoch auf einen bis zwei Tage hier eintrifft und Mittwoch bei König von England frühstücken wird. Staatssekretär sagte mir, er habe nicht die Absicht, mit dem Prinzen eingehende politische Konversation zu haben. Er bemerkte aber, daß bezüglich des Anlehens er auf dem Standpunkt stehe, daß, wenn der von Oesterreich-Ungarn und Italien gegebene Vorschuß aus dem von den Mächten zu garantierenden Anlehen refundiert werden soll, die Ausgaben aus diesem Vorschuß unter die Kontrolle der Kontrollkommission gestellt werden müßten. In diesem Sinne wird er sich dem Prinzen gegenüber aussprechen. Mensdorff.

[a]) Vgl. n. 9396.

Nr. 9382. Tel. nach Rom, 16. Feb. 1914 Nr. 158 (chiffr. 6 U. p. m.). Konz. (S. Gautsch; V. u. G. Forgách).

Herzog Avarna teilte mir auftraggemäß mit, Marquis di San Giuliano hätte zwar anfänglich einen wenig befriedigenden Eindruck von der Person des Prinzen zu Wied empfangen, sei jedoch im Verlaufe des Besuches zu einer weitaus freundlicheren Beurteilung der Fähigkeiten und Eigenschaften des künftigen Herrschers von Albanien gelangt. Ich erwiderte, daß der Prinz auch bei mir einen wesentlich günstigeren Eindruck hinterlassen habe als bei unserer ersten Unterredung. Berchtold.

Nr. 9383. Tel. nach Sofia, 16. Feb. 1914 Nr. 43 (chiffr. 6 U. 30 M. p. m.).[a] Konz. (S. und G. Montlong).

Bezug auf Schlusspassus Euer Hochgeboren Telegrammes Nr. 72. Zu Euer Hochgeboren Information: Fragliche Veröffentlichung, der wir selbstverständlich vollkommen ferne stehen, erfolgte auf unmittelbare Veranlassung hiesigen bulgarischen Gesandten, der auch die Erwiderung der „Wiener Allgemeinen Zeitung“[b] auf das von allen hiesigen Blättern gebrachte Démenti der bulgarischen Regierung inspiriert hat. Hiesige türkische Botschaft war Journalisten gegenüber sichtlich bestrebt, Eindruck der Publication der Note Fethis abzuschwächen. Berchtold.

[a] Vgl. n. 9384. — [b] Vom 14. Feb. 1914 Nr. 10755.

Nr. 9384. Tel. aus Sofia, 17. Feb. 1914 Nr. 75 (eing. 18. Feb. 9 U. a. m.).[a] Entziff.

Bezug auf hohes Telegramm Nr. 43 vom 17. d. M. Generalsekretär des Auswärtigen Amtes konnte nicht glauben, dass es bulgarischer Gesandter war, der Veröffentlichung Note Fethi Beys in Wiener Presse veranlasst. Bulgarisches Auswärtiges Amt habe Note, deren Eindruck auf öffentliche Meinung ein für Regierung abträglicher hätte sein müssen, geheim gehalten. Salabascheff sei bei Veröffentlichung von schlechter Absicht gegen Kabinett Radoslawow geleitet worden. Es sei ein Glück, dass er nunmehr seines Amtes enthoben; Herr Passarow werde vermutlich übermorgen Wien reisen und Leitung der Gesandtschaft übernehmen. Tarnowski.

[a] Vgl. n. 9402.

Nr. 9385. Bericht aus Bukarest, 18. Feb. 1914 Nr. 12 A (eing. 21. Feb.).[a] Ausfert.

Im Nachtrage zu meinem Telegramme Nr. 53 von gestern[b] erlaube ich mir über meine Audienz bei Seiner Majestät noch Folgendes zu melden. Auftraggemäss[c] richtete ich Seiner Majestät aus, welchen günstigen Eindruck der Prinz Wied auf Seine kaiserliche und königliche Apostolische Majestät und auch im Allgemeinen gemacht habe, eine Nachricht, die den König sichtlich sehr angenehm berührte. Der König begann sodann sofort die politische Lage zu erörtern und erwähnte das Telegramm Euer Exzellenz Nr. 36 vom 14. Februar laufenden Jahres, dessen Inhalt ich Ihm — dem Befehle folgend — streng vertraulich zur Kenntnis gebracht hatte. Ich habe bereits in dem erwähnten Telegramme von gestern Nr. 53 Euer Exzellenz gemeldet, dass Seine Majestät die Ueberzeugung vertritt, dass Bulgarien nicht bona fide vorgeht, sondern im Gegenteil dahin arbeitet, türkische Truppen in das eigene Land zu bekommen, und ich habe die Gründe, die den König zu diesem Glauben veranlassen, erklärt. Seine Majestät sieht infolgedessen die Lage ziemlich ernst, obwohl Er mehrmals erwähnte, es könne ja auch sein, dass die Türken nur drohen, in der Hoffnung, durch diese Pression in der Inselfrage etwas herauszuschlagen, wobei Er allerdings zugab, dass die Grossmächte ihre Entschlüsse doch schwer auf eine Drohung der Türkei hin wieder über Bord werfen könnten. Die Bulgaren, meinte der König, argumentieren folgendermassen: Sie würden die türkischen Truppen in ihr Land hereinlassen unter dem Vorwand, sie seien zu schwach, dies zu hindern, und den weiteren Fortgang abwarten. Siegen die Griechen-Serben, so würde

Bulgarien passiv bleiben und nichts riskieren, siegen dagegen die Türken, so würden sie sich sofort anschliessen und ihrerseits versuchen, den Bukarester Frieden umzustossen. Ich habe nicht verfehlt, Seine Majestät nachdrücklichst aufmerksam zu machen, dass diese Auffassung von Euer Exzellenz absolut nicht geteilt wird, sondern dass nach Hochihren Informationen der Glaube berechtigt scheint, dass Bulgarien tatsächlich ehrlich den Frieden will.[1]) Meine Privatmeinung anzudeuten habe ich natürlich unterlassen. Euer Exzellenz muss ich sie jedoch melden, und dieselbe geht dahin, dass die Rumänen sich tatsächlich vor bulgarischen Ueberraschungen fürchten, also wohl gewisse Gründe haben dürften, an ein bulgarisches Doppelspiel zu glauben, — dass man es aber nebenbei in Bukarest begrüssen dürfte, wenn wir durch ein energisches Auftreten in Sofia[2]) verstimmen. Der Gedanken, wir könnten eines schönen Tages Bulgarien für Rumänien eintauschen, ist doch latent vorhanden, und die hiesigen Politiker würden daher eine Entfremdung zwischen Wien und Sofia freudigst akzeptieren. Man glaubt also wohl hier zwei Fliegen auf einen Schlag zu treffen, wenn Euer Exzellenz die antirumänische Gefahr in Sofia bannen und gleichzeitig dadurch die Bulgaren verstimmen. Ich kann nicht glauben, dass der König mir die ganze Geschichte des konstantinopolitanischen Komplotts erzählt hätte, wenn Er nicht Selbst daran glauben würde — wohl aber gebe ich gerne zu, dass Seine Majestät die Nebenwirkung einer österreichisch-bulgarischen Entfremdung gerne mit in den Kauf nehmen würde. Der König gab ferner offen zu, dass Serbien und Griechenland ein Bündnis geschlossen hätten, versicherte mir aber, dass Rumänien selbstverständlich nicht beigetreten sei, „da dies ja schon in Anbetracht unseres Bündnisses unmöglich sei" — aber die Situation Rumäniens werde unendlich schwierig werden, wenn ein III-ter Balkankrieg ausbräche, und den Bukarester Frieden müsse und werde Rumänien mit allen Mitteln verteidigen. Seine Majestät meinte, der Schwerpunkt der ganzen momentanen Situation liege darin, dass der Dreibund konform mit der Triple-Entente vorgehe und dass das vereinte „Europa" eine energische Sprache in Konstantinopel und Sofia spräche. Allerdings, meinte der König, sei dies wohl wegen Deutschland sehr erschwert, da man in Berlin keine Lust habe, die grossen kommerziellen Interessen in der Türkei zu gefährden und daher die Türkei sehr ängstlich behandle. Er Selbst, der König, habe übrigens Venizelos verschiedene Vorschläge gemacht, wie die Inselfrage zu lösen sei. Den Inseln könnte eine Stellung eingeräumt werden, wie zum Beispiel Samos, oder ein Tausch mit anderen Inseln durchgeführt, oder schliesslich könnte Griechenland 30—40 Millionen an die Türkei zahlen, — was „immer noch billiger sei, als ein III-ter Balkankrieg" — alle diese Vorschläge aber seien von Venizelos als undurchführbar abgelehnt worden. Nichtsdestoweniger meinte mein höchster Gewährsmann, es liesse sich gewiss eine Lösung finden, wenn nicht die ganze Inselfrage nur ein Pretext zu einem neuen geplanten Umsturz auf dem Balkan sei — dann allerdings sei die Situation bedeutend ernster. Der Wunsch des Königs geht — wie ich bereits telegraphiert — dahin, die Grossmächte möchten rechtzeitig einwirken und in Konstantinopel und Sofia zur Ruhe mahnen.[3]) Von Passitsch erzählte der König, er habe sich geäussert, sein Wunsch sei es,

mit Oesterreich-Ungarn auf einen guten Fuss zu gelangen, es werde dies jedoch erschwert durch die Haltung der Monarchie beispielsweise in der aktuellen Eisenbahnfrage. Ich klärte Seine Majestät, soweit ich orientiert bin, dahin auf, dass Passitsch sich ganz im Unrecht befindet, dass wir überhaupt Serbien gegenüber eine sehr wohlwollende Politik befolgen und selbst viel mehr Grund über sie zu klagen haben als sie über uns; ich verwies auf die immer noch bestehende serbische Irredenta in Bosnien, die viel zu wenig von Belgrad bekämpft würde, und sagte Seiner Majestät, Er möchte Passitsch gelegentlich nur darauf aufmerksam machen, wie unberechtigt seine Klagen seien. Passitsch soll dann erzählt haben, die Bulgaren „würden von Oesterreich aus mit Waffen und Munition versehen" — eine Nachricht, die mir vollkommen neu ist und die ich als mir unglaubwürdig bezeichnete. Der König kam dann auf die ungarisch-rumänische Frage zu sprechen und meinte, alles was jetzt noch zu erhoffen sei, sei ein sanfter Abbruch der Verhandlungen mit der Hoffnung auf eine gewisse détente.[4]) Ueber die hieran geknüpfte Besprechung der gegenwärtigen unheilstiftenden Tätigkeit der Bukarester Presse berichte ich Euer Exzellenz an anderer Stelle.[d]) Sehr anerkennend äusserte Sich Seine Majestät über den Grafen Meran, der Ihm sehr gut gefallen hatte; die Nachrichten einer gewissen österreichischen Presse, dass Graf Meran mit bestimmten politischen Zwecken hierher gekommen sei, ärgerten den König und Er meinte wohl richtig, dass dies wieder ein Beispiel sei, wie die Presse das Verhältnis zwischen beiden Staaten zu vergiften trachtet. Ueber den Kronprinz von Griechenland äusserte Sich Seine Majestät sehr lobend und gab der bestimmten Hoffnung Ausdruck, im Frühjahr die Verlobung mit Prinzessin Elisabeth feiern zu können. Wenn es mir nunmehr gestattet ist, nach Anführung des Gespräches mit Seiner Majestät in wenigen Worten den Totaleindruck zu berichten, den diese über zwei Stunden dauernde Konversation auf mich gemacht hat, so muss ich offen erklären, dass mir der König genau wie Bratianu und Porumbaru besorgt erscheinen. Vielleicht dämmert in dem Kopfe manches hiesigen Politikers in trüben Stunden aufsteigender Sorgen der wahre Gedanke, dass es für Rumänien doch nur eine vernünftige Politik gibt: ein festes Bündnis mit der Habsburgischen Monarchie, und vielleicht kann eine weitere Verschärfung der Situation am Balkan dahin führen, dass unsere Hilfe hier noch dringender gewünscht wird,[5]) und es ist immerhin möglich, dass der Augenblick naht, wo man Rumänien erinnern müsste, dass wir selbst zwar aufrichtige ehrliche Freunde sind, aber auch nur solche Freunde haben wollen und dass wir für zu leistende Dienste den Gegendienst zu fordern berechtigt sind, der darin bestände, den Schleier des Geheimnisses zu lüften und sich offen für jene zu bekennen, die man so gerne anruft, wenn Gefahr im Anzuge ist. Es wäre wohl schade, wenn wir unsererseits eine Gelegenheit unbenützt verstreichen liessen,[6]) die es uns ermöglichen würde, Rumänien offen an den Dreibund zu schmieden. Ottokar Czernin.

[1]) Kann nichts anderes wollen. — [2]) Was sollen wir in Sofia verlangen? — [3]) Weder Deutschland noch Italien dafür zu haben, England nur si omnes. — [4]) Verlaufen im Sande. — [5]) Wozu? — [6]) Wieso? Worin besteht Gelegenheit?

[a]) Vgl. n. 9413. — [b]) Weil am 17. Feb. 1 U. 10 M. a. m. aufgegeben = n. 9378. — [c]) Vgl. n. 9362. — [d]) Wurde nicht abgedruckt.

Nr. 9386. Bericht des Militärattachés in Cetinje, 18. Feb. 1914 Res. Nr. 24 (eing. als Einsichtsstück des Chefs des Generalstabs vom 21. Feb. Nr. 577 am 3. März). Abschrift.

In Ergänzung meiner telegraphischen Meldungen berichte ich nachstehend über die jüngsten militärischen Massnahmen in Montenegro. Die seit dem Beginne des Balkankrieges getrübten Beziehungen Montenegros zu Russland sind in der letzten Woche durch ein gnädiges Handschreiben des Czaren an den König Nikolaus wiederhergestellt worden. Im Zusammenhange hiemit steht die Überweisung eines bedeutenden Geldbetrages und die Zusicherung der Entsendung russischer Instruktionsoffiziere nach Montenegro; auch sollen politische Zugeständnisse gemacht worden sein, doch fehlen hierüber konkrete Anhaltspunkte. Der in Rijeka weilende König Nikolaus berief wenige Stunden nach dem Empfange der Botschaft des Czaren sämtliche Minister zu sich und unmittelbar darauf erfolgte die Einberufung mehrerer Tausend Mann zu den Waffen. In der Nacht zum 16. fand ein militärischer Kriegsrat statt; der Postautomobilverkehr wurde eingestellt, um Offiziere, Munition, Telegraphenmaterial und anderes über Podgorica abzutransportieren, gleichzeitig wurden grosse Mengen Mehl, Heu und dergleichen requiriert. Es war offenkundig, dass besondere Massnahmen im Zuge seien. Nichtsdestoweniger versicherte der Ministerpräsident und Kriegsminister, dass die Mannschaftseinberufungen nur zum Zwecke des periodischen Mannschaftswechsels in den Grenzgarnisonen erfolgen, er versicherte ferner, dass keine Mobilisierung stattfinde, hingegen verschwieg er, dass nebst den zugegebenen Einberufungen älterer Mannschaft auch jüngere Altersklassen angewiesen wurden, sich für die Einrückung nach Podgorica, Kolašin und Andrijevica — also in der Richtung gegen die albanische Grenze — bereitzuhalten. Auf die Vorstellungen auswärtiger Vertreter, dass nicht bloss die Eile, sondern noch viel mehr die Heimlichkeit, mit der die Vorkehrungen für einen angeblich durchaus harmlosen Mannschaftswechsel betrieben werden, im Auslande unbedingt auffallen und die Geneigtheit der Mächte in der Anleihefrage zweifellos herabmindern müsse, beeilte sich die montenegrinische Regierung zu erklären, daß ihr jede aggressive Absicht völlig ferne liege, dass man in Montenegro dringend der Ruhe bedürfe und dass man nichts unternehmen wolle, was das Vertrauen in die Friedensliebe Montenegros schwächen könnte. Inoffiziell und vertraulich wurde jedoch zugegeben, dass Nachrichten über eine bevorstehende allgemeine Erhebung der mohammedanischen Elemente in Albanien gegen einen christlichen Fürsten vorliegen, dass sich Montenegro somit — in rein defensiver Absicht — gegen bestimmte Eventualitäten an seinen Grenzen sichern müsse. Mit dieser Version stimmt auch eine vor kurzem zum deutschen Gesandten gemachte Äusserung des Königs überein, dass er mit den Hoti und Gruda „nur noch bis Ende des Monats“ (Jänner alten Stils) Geduld haben wolle. Damals mass man dieser Äusserung in diplomatischen Kreisen keine Bedeutung bei, von der Voraussetzung ausgehend, dass Montenegro bis zur Liquidierung der sehnsüchtig erwarteten Anleihe keinerlei Experimente wagen werde. Diese Anschauung überwiegt auch heute und man beurteilt dementsprechend die geschilderten

militärischen Vorkehrungen nur als Vorsichtsmassregeln, die auf Weisungen aus Belgrad zurückzuführen sind. Nebstbei mochte es dem König wohl auch darum zu tun gewesen sein, die Aufmerksamkeit Europas wieder einmal auf sich und auf sein Land zu lenken, in der Hoffnung, durch die der Alarmierung folgenden Friedensbeteuerungen auf die Beschleunigung der Anleiheverhandlungen zu wirken. Tatsache jedoch ist, dass für die angebliche Ablösung von 3800 Mann bis heute 6000 Wehrfähige einberufen worden sind, so dass in der nächsten Zeit rund 10.000 Montenegriner an der albanischen Grenze stehen werden.

Nr. 9387. Bericht aus Konstantinopel, 18. Feb. 1914 Nr. 13 A (eing. 21. Feb.).a) Ausfert.

Geheim. In meinem Telegramme vom 16. d. M. Nr. 80 habe ich bereits einer eventuellen Reise Talaat Beys nach Bukarest Erwähnung getan. Schon Take Jonescu hatte anlässlich seiner Anwesenheit in Konstantinopel im Laufe des vergangenen Spätherbstes Talaat Bey zu einem Besuch nach Bukarest eingeladen. Damals kam jedoch der türkische Minister des Innern aus verschiedenen Gründen dieser Einladung nicht nach. In erster Linie wahrscheinlich darum, weil schon zu jener Zeit der baldige Sturz der conservativen Partei in Rumänien vorauszusehen war. Nun hat scheinbar der neue Ministerpräsident Bratianu diese Einladung erneuert und zwar durch Vermittlung des türkischen Senators Bazaria Effendi. Dieser ist, wie Euer Exzellenz wohl bekannt, kutzowallachischer Herkunft und verkehrt sehr häufig mit Bukarest, wo er auch bereits wiederholt von König Carol in Audienz empfangen wurde. Sein politisches Streben geht nach einer gegenseitigen Annäherung der Türkei und Rumäniens; auch besitzt er gewisse Beziehungen zu Bulgarien, ist jedoch als Kutzowallache Griechenland feindlich gesinnt. Sein Plan dürfte also der sein, das Zustandekommen des Dreibundes, Türkei, Rumänien und Bulgarien, in die Wege zu leiten. Talaat Bey hat mir, wie gemeldet, von seiner eventuellen Bukarester Reise gesprochen, ich konnte aber aus seinen Äusserungen entnehmen, dass die Ausführung der Sache noch ganz unbestimmt ist, da, wie ich glaube, hauptsächlich der Grossvezir vorläufig Bedenken hegt. Meines Erachtens wäre diese Reise Talaat Beys im gegenwärtigen Augenblicke dem angestrebten Zwecke kaum förderlich. Bei den heutigen Beziehungen zwischen Rumänien und Griechenland ist es kaum anzunehmen, dass ersteres gewillt wäre, in der Inselfrage auf Griechenland einen Druck auszuüben, damit dieselbe in einer den türkischen Staatsmännern genehmen Weise gelöst werde. Ferner scheinen mir auch die jetzigen Beziehungen Rumäniens zu Serbien derartige, dass man kaum glauben kann, Rumänien werde diese Freundschaft aufgeben, um bulgarischen Wünschen in Mazedonien auf Kosten Serbiens entgegenzukommen. Hier würde es sich ja gerade um eine Revision des Bukarester Friedens handeln, also eben das Gegenteil von dem, was heute jedenfalls das Ziel der rumänischen Politik sein dürfte. Der hiesige bulgarische Gesandte, welchem als Endziel seiner Politik auch die Idee vorschwebt, einen Zusammenschluss zwischen Rumänien, Bulgarien und der Türkei zu erreichen, ist gleichfalls der Ansicht, dass die Reise Talaat Beys im gegenwärtigen Momente der

Verwirklichung seines Planes nicht dienlich sein könnte. Herr Toscheff meint, man müsse erst abwarten, ob sich nicht in einem späteren Zeitpunkte vielleicht günstigere Chancen hiefür ergeben würden. In einem Gespräche, welches ich mit dem bulgarischen Gesandten kürzlich hatte, kam derselbe auch auf die geheime türkisch-bulgarische Convention zu sprechen. Herr Toscheff glaubt, dass es gefährlich wäre, wie die Dinge jetzt liegen, diese Convention tatsächlich zu unterzeichnen. Er habe nämlich jetzt viel geringeres Vertrauen in die heutigen türkischen Machthaber als noch vor Kurzem und befürchte, diese letzteren könnten im Stande sein, den Vertrag, wenn er einmal unterzeichnet sei, zu veröffentlichen. Dies wäre aber, so führte der bulgarische Gesandte aus, vom bulgarischen Standpunkte unter den jetzigen Verhältnissen geradezu eine Katastrophe. Russland und die russophile Partei in Bulgarien würden diesen Vertrag als unter der Ägide Österreich-Ungarns abgeschlossen hinstellen und als gefährliche Waffe gegen das Cabinet Radoslavow benützen. Herr Toscheff ist der Ansicht, man solle die Sache hinziehen, ohne jedoch die Verhandlungen abzubrechen. Ich teile die Auffassung des bulgarischen Gesandten und bin auch meinerseits der Meinung, dass augenblicklich die grösste Vorsicht geboten ist. Pallavicini.

a) Vgl. n. 9375, 9393, 9400.

Nr. 9388. Bericht aus Konstantinopel, 18. Feb. 1914 Nr. 13 B (eing. 21. Feb.).a) Ausfert.

Streng vertraulich. Die Begegnung der Herren Venizelos und Pašić in Bukarest wurde begreiflicherweise auch hier mit grossem Interesse verfolgt. Die diesbezüglich aus Bukarest hieher gelangten Nachrichten stimmen vollkommen mit jenen überein, welche Euer Exzellenz im Gegenstande zugekommen sind. Der Grossvezir sagte mir in diesem Belange, er sei überzeugt, dass es in Bukarest zu keinerlei schriftlichen Abmachungen gekommen sei, dass man sich aber dahin geeinigt habe, unter allen Umständen die Bestimmungen des Bukarester Friedens aufrecht zu erhalten. Seiner Ansicht nach sei es also eigentlich die Furcht vor einer eventuellen gewaltsamen Abänderung des Vertrages, welche diese Herren zu einer Zusammenkunft in Bukarest vereinigt habe. Immerhin sei es aber, so fügte Said Halim Pascha bei, ein Factum von sehr grosser Bedeutung, dass sich diese Staaten so offen und auffällig zur Erreichung dieses Zweckes verbunden haben. Es wäre nicht unmöglich, und hierin stimme auch ich dem Grossvezir vollkommen bei, dass ein solches, allerdings nur für einen bestimmten Zweck geschlossenes Bündniss im weiteren Laufe der politischen Ereignisse auch noch viel weitgehendere Folgen haben könnte. In Anbetracht dieses Umstandes, namentlich aber mit Rücksicht darauf, dass die in Rede stehende Annäherung offenbar unter der Ägide Russlands zustandegekommen ist, ist der Grossvezir von der Notwendigkeit durchdrungen, dass die Türkei wenigstens mit dem bulgarischen Nachbar gute Beziehungen unterhalten müsse. Diesen Gedanken hat mir auch Talaat Bey unlängst entwickelt (vergl. mein Telegramm v. 16. d. M. Nr. 80), nur mit dem Unterschiede, dass ich bei letzterem mehr als bei Said Halim Pascha die Tendenz constatieren konnte, sich auch Rumänien zu nähern. Dem Minister des Innern

schwebt offenbar die Idée vor, eine Art Dreibund zwischen der Türkei, Rumänien und Bulgarien zustande zu bringen und zwar in dieser Weise, dass Rumänien der Türkei in der Inselfrage Griechenland gegenüber freie Hand liesse und das Risiko einer eventuellen territorialen Vergrösserung Bulgariens auf Kosten Griechenlands durch eine Art Rückendeckung Rumäniens seitens der Türkei compensiert würde. Talaat Bey übersieht aber hiebei meiner Ansicht nach ganz, dass sich Rumänien bis zu einem gewissen Grade, wenn auch nicht durch eine förmliche Allianz, Griechenland gegenüber gebunden haben dürfte. Überhaupt scheint mir die Characteristik der gegenwärtigen Situation am Balkan die zu sein, dass sich Rumänien in der Rolle eines Arbiters auf der Balkanhalbinsel gefällt und immer mehr die Führerschaft an sich zu reissen trachtet, so dass es seine jetzigen Beziehungen zu Griechenland und Serbien der Türkei zuliebe aufzugeben gewiss nicht gesonnen sein wird. Man dürfte vielmehr, meines Erachtens, in Bukarest damit rechnen, dass Bulgarien immer mehr isoliert und schliesslich dazu gezwungen sein wird, in den Balkanblock unter Führerschaft Rumäniens einzutreten. Pallavicini.

[a]) Vgl. n. 9358.

Nr. 9389. Bericht des Gerenten des Vizekonsulates Kanzleisekretärs Heinrich Hoflehner aus Nisch, 18. Feb. 1914 Nr. 21 (eing. 21. Feb.). Ausfert.

Selbst die aus den neuen serbischen Gebieten hieher kommenden Offiziere bezeichnen das Vorgehen der in Neuserbien angestellten Zivilbeamten gegenüber der Bevölkerung als ein geradezu skandalöses, das nicht genug scharf verurteilt werden kann. Besonders haben Jene zu leiden, die man für bulgarenfreundlicher Gesinnung verdächtig hält. Auch mit den Mohammedanern wird unglimpflich verfahren. Durch Schikanen der Beamten werden viele in materieller Beziehung stark geschädigt. Ausschreitungen gegen Frauen, auch gegen solche mohammedanischer Religion kommen häufig vor. Allerorten versucht man, Deputationen zusammenzustellen und durch diese in Belgrad Beschwerde zu führen, doch werden solche Bestrebungen oft genug durch Terrorisierung seitens der Beamten vereitelt. Abschrift nach Belgrad vorgelegt. Hoflehner.

Nr. 9390. Tel. nach St. Petersburg, 18. Feb. 1914 Nr. 40 (chiffr. 4 U. 40 M. p. m.).[a]) Konz. (S. Matscheko; V. und G. Berchtold).

Euer Exzellenz Telegramm Nr. 58 vom 15. d. M. erhalten. Ich bin von der entgegenkommenden Sprache, die Herr Sazonow Euer Exzellenz gegenüber geführt hat, angenehm berührt, wenn ich auch vorläufig der Tragweite dieser Kundgebung keine übertriebene Bedeutung beimessen möchte. Euer Exzellenz wollen dem Herrn Minister meine Befriedigung zum Ausdruck bringen, daß die konziliante Haltung, die wir in der letzten Krise eingenommen haben, von ihm anerkannt und gewürdigt worden sei. Mit Genugtuung hätte ich ferner davon Akt genommen, daß, ebenso wie bei uns, auch beim russischen Kabinette in Bezug auf unser gegenseitiges Verhältnis günstige Dispositionen bestehen. Da nun, wie Herr Sazonow selbst betonte, alle trennenden Momente weggefallen seien, sei zu hoffen,

daß sich unsere Beziehungen immer vertrauensvoller und freundschaftlicher gestalten würden und daß sich diese im Interesse beider Theile gelegene Auffassung allmählich auch in der öffentlichen Meinung bei uns wie in Rußland einbürgern werde. Berchtold.

a) Vgl. n. 9409.

Nr. 9391. Bericht aus Sofia, 18. Feb. 1914 Nr. 18 A (eing. 21. Feb.).[a] *Ausfert.*

Vertraulich. Als ich den Conseilspräsidenten nach seiner vorgestrigen Rückkehr nach Sofia sprach, fand ich ihn bezüglich der Türkei viel ruhiger. Er stand unter dem Eindrucke von Berichten aus Constantinopel, die er hier vorgefunden hatte und die beruhigende Versicherungen enthalten haben, welche Herr Toscheff vom Grossvezier, Talaat Bey und Enver Pascha erhalten hätte. Sämtliche türkische Staatsmänner sollen dem bulgarischen Gesandten gesagt haben, dass Fethi Bey hier auf eigene Faust Politik treibe und dass er auch die bewusste Note mit dem Ultimatum ohne Instruktion an die bulgarische Regierung gerichtet hätte. Herr Radoslavoff dankte mir sehr für meine Bemühungen, den türkischen Gesandten versöhnlicher und vernünftiger zu stimmen, und versicherte mir zugleich, dass er dem letzteren jede mögliche Satisfaction in der Pomakenfrage geben würde. Zugleich sprach der Ministerpräsident die Befürchtung aus, dass es für die Dauer nicht möglich sein dürfte, mit Fethi Bey ruhig auszukommen. Er sei ein Fanatiker, er habe nicht den geringsten Begriff, was im diplomatischen Verkehr zulässig sei oder nicht und wie es scheine, trachte er absichtlich, da er von Sofia abberufen werden möchte, die Beziehungen zu trüben. Herr Radoslavoff erzählte mir als einen besonders krassen Beweis der Taktlosigkeit Fethi Beys, dass dieser mit dem hiesigen Grossmufti korrespondiert und ihm — einem bulgarischen Funktionär! — Instruktionen gegeben hätte, die gegen die Regierung gerichtet worden seien. Es wäre ein Glück — meinte der Ministerpräsident — wenn Fethi versetzt werden würde; wenn Markgraf Pallavicini sich in diesem Sinne bei der Pforte verwenden könnte, wäre Radoslavoff sehr dankbar. Anlässlich des Besuches, den mir der Generalsekretär des Auswärtigen Amtes heute abstattete, sagte er mir gesprächsweise, der Ministerpräsident liesse mir mitteilen, dass er den Besuch Fethi Beys gehabt und dass Letzterer sich diesmal viel ruhiger und vernünftiger gezeigt hätte; Herr Radoslavoff habe aber zu ihm kein Vertrauen und würde sehr bitten, dass wir ihm helfen, von dem gegenwärtigen Titulär der türkischen Gesandtschaft befreit zu werden. Es sei direkt unheimlich, einen so unberechenbaren Menschen hier zu haben; durch sein Ultimatum habe er nicht nur die Regierung und die bulgarische Diplomatie alarmiert, sondern auch in den bulgarischen und türkischen Handelskreisen eine Art Panik hervorgerufen, unter der der Grenzverkehr der beiden Staaten noch immer leide. Dem bulgarischen Vertreter in Constantinopel sei es schwer, die Versetzung Fethi Beys zu verlangen; Markgraf Pallavicini wäre es aber sehr leicht, diesen Rat der Pforte zu erteilen. Herr Radoslavoff bat mich, sein Ersuchen betreffend die Abberufung Fethi Beys vertraulich zu behandeln.

Tarnowski.

a) Vgl. n. 9374, 9453, 9507, 9569, 9575.

Nr. 9392. Bericht aus Sofia, 18. Feb. 1914 Nr. 18 B (eing. 21. Feb.).[a] *Ausfert.*

Geheim. Euer Excellenz hatten die Güte mich telegrafisch[b] zu einer vertraulichen Mitteilung über die Ergebnisse des Besuches des griechischen und serbischen Ministerpräsidenten in Bucarest an Herrn Radoslavoff zu ermächtigen. Ich habe mich instruktionsgemäss zum Conseilspräsidenten ausgesprochen. Da Herr Dobrovitch, als er mich dieser Tage besuchte, mir gesagt hat, dass der König wissen möchte, was mir über die Abmachungen zwischen Rumänien, Serbien und Griechenland bekannt sei, glaubte ich mich in derselben Weise äussern zu sollen, als ich dies dem Conseilspräsidenten gegenüber zu tun ermächtigt war. Die Information, die für Radoslavoff bestimmt war, würde unter allen Umständen durch den letzteren Seiner Majestät gemeldet werden. Der unbeabsichtigte Dienst, den Rumänien den Bulgaren dadurch erweist, dass es durch seine Haltung auf die Türkei kalmierend wirkt, wird hier verstanden, ändert aber selbstredend nichts an dem kränkenden Eindruck, den die von der Bucarester Regierung in einer für Bulgarien unfreundlichen Weise übernommene „Gendarme-Rolle am Balkan" hier hervorruft. Dass die rumänische Haltung und die urbi et orbi verkündete Interessengemeinschaft Rumäniens mit Serbien und Griechenland unsere hiesige Politik gefährdet, versteht sich von selbst. Tarnowski.

[a]) Vgl. n. 9401. — [b]) n. 9358.

Nr. 9393. Bericht aus Sofia, 18. Feb. 1914 Nr. 18 C (eing. 21. Feb.).[a] *Ausfert.*

Geheim. Es wäre unbegreiflich, wenn sich König Ferdinand und den bulgarischen Staatsmännern letzter Zeit nicht die ernstesten Betrachtungen über die auswärtige Politik Bulgariens aufgedrängt hätten. Ich glaube nicht, dass der König und seine Minister bei dieser Prüfung der politischen Situation zu so positiven Conclusionen gelangt sind, dass sie bereits Consequenzen ins Auge gefasst hätten, die daraus gleich zu ziehen wären. Man dürfte vorderhand nur zu dem Schluss gekommen sein, dass Bulgarien vorsichtiger sein und in anbetracht der Haltung Rumäniens und der Politik Deutschlands mit der Eventualität rechnen soll, dass sich das sogenannte austrophile Programm als undurchführbar erweisen wird und dass mit Rücksicht darauf gewisse andere Wege, die Radoslavoff so gern ein für allemal für Bulgarien versperrt hätte, offen gehalten werden müssen. Im Zusammenhang damit dürfte eine Frage erörtert worden sein, die den russischen Gesandten und mich in diametral entgegengesetztem Sinne in gleich hohem Masse interessiert. Seitdem man sich hier zu den oberwähnten Betrachtungen veranlasst sah, dürfte man die Auffassung über das türkisch-bulgarische Verhältnis in einer Weise geändert haben, die ich, da mir der Abschluss des Bündnisses als Garantie gegen die russophile Richtung erwünscht schien, bedauern müsste und die Herrn Savinsky, der die Allianz perhorresciert, zur Befriedigung gereichen würde. Vor kurzem noch war König Ferdinand ungeduldig, das Abkommen mit der Türkei zu perfectionieren; nunmehr dürfte es ihm passen, dass seine Unterschrift noch nicht darunter und der

Weg nach Petersburg und Paris dadurch nicht verlegt ist. Ich glaube, die Allianz mit der Türkei wird jetzt solange nicht unterzeichnet werden, bis sich die Situation für Bulgarien endgültig klärt, und sollten die Bulgaren die Unmöglichkeit ihres Anschlusses an den Dreibund definitiv einsehen, dürfte es zu der Unterzeichnung der türkisch-bulgarischen Convention überhaupt nicht kommen. Tarnowski.

[a]) Vgl. n. 9387.

Nr. 9394. Tel. aus Athen, 19. Feb. 1914 Nr. 91 (eing. 20. Feb. 9 U. a. m.).[a]) Entziff.

Streng vertraulich. Ich machte heute Herrn Streit Krankenbesuch. Minister sagte mir, Herr Venizelos sei geradezu gerührt gewesen von seinem Wiener Aufenthalt. Als ich darauf nichts antwortete, sagte mir Minister, er bedauere sehr, dass unsere Presse die Entrevue des Ministerpräsidenten mit Herrn Pašić missdeutet habe. Minister bat mich, Euer Exzellenz feierlich zu erklären, dass die griechische Regierung nach wie vor sowohl bezüglich der Evakuierung des Epirus wie bezüglich des Kurses ihrer auswärtigen Politik den von ihm Euer Exzellenz gemachten Erklärungen loyal bleibe. Ich entgegnete, man könne wohl unserer öffentlichen Meinung es nicht verargen, wenn ihr diese demonstrative Verbrüderung mit Serbien nicht gefalle, und als Mitredner mir wiederholte, Herr Venizelos habe ursprünglich Herrn Pašić nicht treffen wollen, bemerkte ich sarkastisch, er habe wohl seine Meinung geändert und Gelegenheit genug gehabt, sich an seine Gesellschaft zu gewöhnen. Herr Streit sagte mir hierauf: „Die Serben sind ekelhafte Leute, aber was wollen Sie, wir brauchen sie." Er sagte mir weiters, er habe ein Defensivbündnis mit Rumänien angestrebt, doch bis jetzt sei keines geschlossen. Herr Venizelos und Herr Pašić hätten nach Bukarest fahren müssen, weil man dort die Möglichkeit eines türkisch-bulgarischen Angriffes besprechen musste, welche Besprechung erfolgreich gewesen, da in einem solchen Falle die Kooperation der drei Staaten in Kraft treten würde. „On a dû travailler à cela à Bucarest", sagte mir Minister und behauptete, in Belgrad seien nur Höflichkeitsbesuche gemacht worden. Minister erbat vertrauliche Behandlung dieser Äusserungen, welche er mir nur mache, um seine Loyalität zu beweisen. Szilássy.

[a]) Vgl. n. 9272.

Nr. 9395. Bericht aus Bukarest, 19. Feb. 1914 Nr. 13 (eing. 21. Feb.).[a]) Ausfert.

Vertraulich. Mein bulgarischer Kollege erzählte mir gestern einige immerhin nicht ganz uninteressante Details, welche Streiflichter auf die momentane Krise werfen. Er beklagte sich, daß man von Bulgarien Unmögliches verlange. Man wolle, „sie sollten mit der Türkei Krieg führen, um ihre friedlichen Absichten zu beweisen", und auf meinen Einwurf, wer dies verlange, meinte Herr Radeff, nicht die offiziellen Kreise der Rumänen, aber alle anderen, er höre diese Aufforderung tag-täglich, und auch in anderen Ländern werde der Vorwurf erhoben, sie seien nicht ehrlich,

weil sie nicht „Krieg führen, um den Frieden zu erhalten". Bulgarien wolle zur Zeit keinen neuen Krieg, es würde ihm nicht einfallen, geschwächt wie es sei, einen Krieg anzufangen, nur um die Türkei von den Griechen abzuhalten. Es würde, wenn die türkischen Truppen auf sein Gebiet kommen, protestieren und sich an die Mächte wenden. Ich erwiderte, vor Allem müsse ich ihm sagen, daß, soweit meine Informationen reichen, in Wien der Verdacht an ein unaufrichtiges Vorgehen der Bulgaren gar nicht vorhanden sei, daß ich aber glaube, daß ein bulgarischer Protest, wenn die Türken bereits auf ihrem Boden stehen, verspätet sei, denn dann habe der Krieg bereits begonnen und werde nicht mehr aufzuhalten sein. Radeff gab dies zu, erklärte jedoch, ein Protest vorher sei unmöglich, weil die Türken mit gutem Recht erwidern könnten, sie hätten keinen Anlaß zu demselben gegeben. Soviel er wisse, habe seine Regierung bereits allen Mächten vertraulich mitgeteilt, daß sie den Einmarsch türkischer Truppen nicht dulden wollen, jedoch zu schwach sind, ihn aufzuhalten. Im Übrigen habe ihm ein Vertreter der Triple-Entente erst heute gesagt, „Österreich wolle à tout prix einen neuen Balkankrieg provozieren" — (da der Russe abwesend und der Engländer krank ist, war dies natürlich der Franzose, der überhaupt alles macht, um uns hier denkbarst zu schaden). Ich erwiderte denn auch, ich sei über die Intentionen Herrn Blondels vollkommen im Klaren, könne aber meine Verwunderung nicht verhehlen, daß er solche absurde Mittel benützt, die bei einem vernünftigen Menschen unmöglich verfangen könnten, ich hätte ihn für gescheidter gehalten, als daß er solche Märchen auftischt. Radeff suchte vorerst zu leugnen, daß es sich hier um den französischen Kollegen handle, und ersuchte mich sodann, — als ich ihm nachwies, daß es sich nur um diesen handeln könne — Herrn Blondel gegenüber keinen weiteren Gebrauch davon zu machen. Im Übrigen blieb er dabei, die österreichisch-ungarische Diplomatie habe das Renommé, stets diabolische Ränke zu spinnen, und er selbst wisse, daß uns der erste Balkankrieg sehr gelegen gekommen sei, den zweiten allerdings hätten Euer Exzellenz, wenn auch vergeblich, zu verhindern versucht. Ich antwortete, der erste Balkankrieg habe uns an direkten und indirekten Auslagen ungefähr eine Milliarde gekostet, ohne uns irgendeinen Vorteil zu bringen, es wäre doch also schwer verständlich, warum wir ihn herbeigesehnt hätten, — im Übrigen hätten wir — angenommen, aber nicht zugegeben, es wäre dies der Fall — doch dann sehr in bulgarischem Interesse gearbeitet, denn der erste Krieg wäre ja ihr Vorteil gewesen, daß sie den zweiten so kopflos begonnen hätten, sei, wie er selbst zugäbe, gegen den Rat Wiens geschehen; sein Vorwurf sei also erstens falsch, aber auch wenn er berechtigt wäre, in seinem Munde undankbar. Mein Gewährsmann kam sodann auf unsere, wie er meinte, verfehlte rumänische Politik zu sprechen und betonte, wir hätten doch die gleichen Interessen mit Bulgarien den Serben gegenüber, im Übrigen seien die hiesigen Verhandlungen mit Passitsch und Venizelos wohl nicht sehr günstig für uns. Sein offensichtlicher Wunsch, von mir Näheres über diese Verhandlungen zu erfahren, mißglückte natürlich. Eine, meiner Ansicht nach, richtige Bemerkung machte Radeff über Russland, indem er meinte, „die ganze russische Politik richte in neuester Zeit

ihre Spitze ausschließlich gegen uns", — man wolle Bulgarien beweisen, dass es gar nichts erreichen könne, solange es nach Wien blickt. Dabei gab Herr Radeff mit einer mich erstaunenden Offenheit zu, daß der Bukarester Friede in Sofia niemals als ein definitiver betrachtet werden könne und daß nur der Moment seiner Rektifizierung noch nicht gekommen erschiene.

Ottokar Czernin.

[a]) Vgl. n. 9413.

Nr. 9396. Tel. aus London, 19. Feb. 1914 Nr. 39 (eing. 20. Feb. 9 U. a. m.).[a]) Entziff.

Prinz Wied betreffend. Prinz hat hier vorzüglichen Eindruck gemacht. König Georg sagte mir, Fürst habe ihm besonders gut gefallen, und Sir E. Grey wiederholte heute nochmals mit einer bei ihm ungewöhnlichen Wärme, wie sympathisch ihm der Prinz sei. Staatssekretär erzählte, er habe dem Prinzen gesagt, dass alle Mächte seinen Regierungsantritt mit Wohlwollen und besten Wünschen begleiten. In den finanziellen Fragen bestünden noch Schwierigkeiten, diese wolle er aber nicht mit ihm besprechen, nachdem die Mächte untereinander darüber verhandeln. Sir E. Grey sprach lebhafte Befriedigung aus, dass Fürst nach London und Paris kam. Mensdorff.

[a]) Vgl. n. 9381.

Nr. 9397. Tel. aus Paris, 19. Feb. 1914 Nr. 29 (eing. 20. Feb. 9 U. a. m.).[a]) Entziff.

Prinz Wied, der heute aus London hier eintraf und abends weiter reist, besuchte Herrn Doumergue und dejeunierte beim Präsidenten der französischen Republik. Wied erzählte mir, daß er von den beiden Genannten sehr gut empfangen worden sei. Doumergue erwähnte die Schwierigkeiten wegen Bankfrage, die auch Herr Poincaré in ziemlich intransigenter Weise zur Sprache brachte.[b]) Es wurde dem Prinzen französischerseits dringend nahegelegt, auch Petersburg einen Besuch zu machen, doch meinte er, daß er hiezu kaum Zeit haben dürfte. Den Tag seiner Abreise von Triest hat der Prinz noch nicht bestimmt; er erwähnte mit Befriedigung, daß auch ein englisches und ein französisches Kriegsschiff ihm das Geleite geben werden.

Szécsen.

[a]) Vgl. n. 9424. — [b]) Vgl. n. 9371.

Nr. 9398. Tel. aus St. Petersburg, 19. Feb. 1914 Nr. 61 (eing. 20. Feb. 9 U. a. m.).[a]) Entziff.

Ich wurde soeben von Kaiser Nikolaus in Zarskoeselo mit dem üblichen Gepränge in Antrittsaudienz empfangen. Nach Übergabe des Allerhöchsten Beglaubigungsschreibens nahm ich sofort Gelegenheit, die mir von Seiner k. u. k. Apostolischen Majestät aufgetragenen freundschaftlichen Grüße zu verdolmetschen. Kaiser Nikolaus erkundigte sich mit lebhaftem Interesse nach dem Befinden unseres Allergnädigsten Herrn und war sichtlich erfreut, von mir so gute Nachrichten hierüber zu vernehmen. Seine Majestät unterhielt sich dann in der gnädigsten Weise über die persönlichen Verhältnisse, welche die Verzögerung meines Dienstantrittes in Petersburg verursacht

hatten, fragte nach dem Aufenthaltsort meiner Familie und knüpfte daran Reminiszenz an seinen letzten Aufenthalt in Österreich. Auf das politische Gebiet übergehend sprach Seine Majestät mit Nachdruck die Hoffnung aus, daß nun, wo die Schwierigkeiten und Mißverständnisse, welche sich zwischen den beiden Reichen ergeben hätten, beseitigt seien, unsere Beziehungen eine günstige Entwicklung nehmen werden. Ich erwiderte, daß erfreulicherweise selbst in den schwierigsten Momenten der Krise der Kontakt zwischen den beiden Kabinetten aufrechterhalten werden konnte und daß es nunmehr meine Aufgabe sein werde, zur Entwicklung dieser so wichtigen Beziehungen soviel nur möglich beizutragen. Ich gebrauchte den Ausdruck „développer". „Oui, raffermir nos relations", fiel mir Kaiser Nikolaus ins Wort. Seine Majestät griff sodann das Thema Albanien auf, erkundigte sich nach dem Reiseprogramm des Prinzen Wied und machte einige, wenn auch nicht gerade unwohlwollende, so doch etwas skeptische Bemerkungen. Ich erwiderte, daß ganz Albanien die Ankunft des Fürsten ersehne und seine Landung den inneren Zwistigkeiten wohl bald ein Ende machen werde. Kaiser Nikolaus ließ sich hierauf die Herren der Botschaft vorstellen, zog dieselben, wie ich höre, länger als sonst bei solchen Anlässen üblich, ins Gespräch und entließ mich sodann in huldreichster Weise. Szápáry.

[a]) Vgl. n. 9409 Anm. e, 9417.

Nr. 9399. Aufzeichnung über die am 13. u. 14. Feb. 1914 geführten Unterredungen mit dem Prinzen zu Wied, 20. Feb. 1914 Nr. 838.[a]) Konz. (S. u. G. Berchtold).

Der zweitägige Aufenthalt des Prinzen Wilhelm zu Wied in Wien[b]), hat mir Gelegenheit zu wiederholten Aussprachen mit dem designirten Fürsten des neugeschaffenen albanesischen Staatswesens gegeben und konnte ich auf diese Weise in mündlichem Verkehre einerseits dem Prinzen unsere Anschauungen über dessen Mission im Allgemeinen und Speziellen entwickeln, andererseits die Dispositionen des Prinzen in Bezug auf die Lösung der nunmehr an ihn herantretenden ebenso erhabenen wie schwierigen Aufgabe kennen lernen. Es schien mir von besonderer Wichtigkeit, dem Prinzen in verschiedenen Tonarten auseinanderzusetzen, daß er sich nur dann werde behaupten können und seiner Bestimmung gerecht werden, wenn er sich auf eigene Füße stelle und die Zügel der Regierung in seine Hand nehme, nicht aber der gegenwärtig mit der Versehung der Regierungsgeschäfte betrauten internationalen Controllscommission die Möglichkeit gewähre, eine über ihre überwachende Thätigkeit hinausreichende Competenz auszuüben. Ich machte ihn darauf aufmerksam, daß dies schon deshalb notwendig sei, weil die Mitglieder der fraglichen Commission — die zwei einander entgegenarbeitende Staatengruppen repräsentiren — von grundverschiedenen Anschauungen über die Zukunft Albaniens ausgehen, so daß eine ersprießliche constructive Arbeit von dieser Stelle nicht erwartet werden könne. Im Lande aber, wo er sozusagen als Messias erwartet werde, würde er seine Rolle bald ausgespielt haben, wenn die Albanesen wahrzunehmen Gelegenheit erhielten, daß er sich nicht mit seiner ganzen Persönlichkeit für ihre Interessen einsetze, sondern zur Drahtfigur der rivalisirenden Groß-

mächte werde. Um dieser Aufgabe gewachsen zu sein, müsse er sich ein Verwaltungsprogramm zurechtlegen und einige Vertrauensmänner des Landes um sich gruppiren, denen die Aufgabe zufiele, die Organisirung des Landes auszuarbeiten. Wir seien bereit, ihm in dieser Richtung mit Rath und That beizustehen, wozu uns die in Bosnien und der Herzegowina gewonnene Erfahrung von Nutzen wäre, da in den von uns annektirten türkischen Provinzen in geographischer, ethnographischer, confessioneller und ökonomischer Beziehung vielfach analoge Zustände wie in Albanien in Betracht kommen. Auch stellte ich dem Prinzen in Aussicht, die von unseren bereits aus Albanien zurückgekehrten Fachberichterstattern — über Land- und Forstwirtschaft, Straßen- und Hafenbau — zu liefernden Denkschriften ihm zur Verfügung zu stellen. Indem der Prinz dieses Anerbieten dankend zur Kenntnis nahm und die Nützlichkeit einer solchen Vorgangsweise anerkannte, sprach er von den Schwierigkeiten, mit denen er in Bezug auf den Mangel von geeigneten albanesischen Elementen für die Central-Verwaltung zu rechnen habe. Die von ihm nach Potsdam berufenen Albanesen hätten sich bis auf Ekrem Bey Vlora — gegen welchen er nichts vorzubringen wußte — nicht bewährt. Auch Essad Pascha, welcher gegenwärtig im Vordergrunde stehe oder wenigstens alles daran setze, sich zur Geltung zu bringen, flöße ihm kein Vertrauen ein und frage er sich, wie er es anstellen sollte, denselben zu „beschäftigen", ohne ihm maßgebenden Einfluß einzuräumen. Sehr befriedigt schien Prinz Wied über die Zutheilung des Vizekonsuls Buchberger, wobei er besonders betonte, daß Letzterer mit dem italienischerseits beigestellten Hauptmann Castoldi bisher vollkommen einträchtig zusammenarbeite. Meinerseits hob ich hervor, daß dies unseren Intentionen vollkommen entspreche und es überhaupt unser Wille sei, nicht gegen sondern mit Italien für die Interessen Albaniens wirken zu wollen. Es werde gewiß viel in dem Sinne intriguirt werden, die eine Adriamacht gegen die andere in des Prinzen Augen auszuspielen. Ich müsse ihn von vorneherein darauf aufmerksam machen, daß wir mit solchen Manövern, die in letzter Linie gegen den Bestand Albaniens gerichtet sind, nichts zu thun haben wollen und daß meines Wissens die leitenden Staatsmänner Italiens derselben Ansicht sind. Der Prinz bestätigte dies, bemerkend, daß sich Marchese di San Giuliano ihm gegenüber ganz in analogem Sinne geäußert habe. Im Laufe der Conversation habe ich auch dem Prinzen deutlich zu verstehen gegeben, daß es für ihn von Wichtigkeit sei, sich mit dem Vatikan gut zu stellen, und ich es von diesem Gesichtspunkte aus bedauerlich finde, daß er während seines Aufenthaltes in Rom keine Audienz beim Heiligen Vater genommen habe. Der Prinz entgegnete, daß er nicht daran gedacht habe, weil er noch nicht die Regierung angetreten habe und jetzt bloß in Rom weilte, um sich beim Könige und der Regierung für die Unterstützung zu bedanken, die seine Candidatur bei diesen Faktoren gefunden hatte. Ein Besuch im Vatikan hätte, seiner Ansicht nach, unter diesen Umständen Aufsehen erregt und wäre ihm wahrscheinlich von den Mohammedanern verübelt worden. Wenn er dereinst als Souverain seine Visitentournée bei den einzelnen Höfen abstatten werde, wolle er auch sich beim Papste melden. Der Prinz

zeigte sich meinem Hinweise, daß sein gegenwärtiges Vorgehen in katholischen Kreisen Befremden hervorgerufen habe und aus Rücksicht für seine künftigen katholischen Unterthanen wieder gutgemacht werden sollte, zugänglich und erklärte sich bereit, beim hiesigen Apostolischen Nuntius einen Besuch abzustatten und seine Auffassungsweise zu definiren.*c)* Einen breiten Raum in unseren Unterredungen nahmen die finanziellen Probleme ein. Ich setzte den Prinzen au courant aller die internationale Anleihe, die Constituirung der albanesischen Bank und das Vorschußgeschäft betreffenden Fragen, von welchen er besonders dem Letztgenannten Interesse entgegenbrachte. Ich legte ihm hiebei nahe, nach Fertigung des den Zehnmillionenvorschuß betreffenden Vertrages sich wegen Errichtung einer Geschäftsstelle des Bankvereines in Durazzo an uns zu wenden, was der Prinz als zweckmäßig anerkannte. Indem ich ferner erwähnte, daß Italien bereits von alters her eine Cabelverbindung Brindisi-Valona besitzt und gegenwärtig eine solche zwischen Brindisi und Medua herstelle, konnte ich dem Prinzen unser Interesse an der Schaffung einer analogen direkten Verbindung unserer dalmatinischen Küstenplätze mit Durazzo und Valona begreiflich machen und kündigte ihm unsere Absicht an, im Mai l. J. ein solches Cabel legen zu lassen, was der künftige Landesherr von Albanien zur Kenntnis nahm. Ich nahm auch Gelegenheit, den Prinzen darüber zu sondiren, wie sich derselbe die Ausgestaltung einer albanesischen Armee vorstelle. Nach den diesfalls vernommenen Aeußerungen meines Mitredners hätte sich derselbe bisher mit dieser Frage nicht befaßt. Ganz im Allgemeinen gab er zu, daß unsere auf militärischem Gebiete in Bosnien und der Herzegowina gewonnenen Erfahrungen ihm mit Rücksicht auf die Analogie der Verhältnisse von Nutzen sein könnten, und lehnte auch den aufgeworfenen Gedanken der eventuellen Beistellung von Instructionsorganen nicht ab. In Bezug auf das Verhältnis zu den Mächten der Triple-Entente sprach sich Prinz Wied sowohl mir gegenüber als zum deutschen Botschafter dahin aus, daß er dieselben nicht vor den Kopf stoßen, sondern ihnen eine gewisse Rücksichtnahme zuteil werden lassen wolle, um ihrerseits nicht auf Schritt und Tritt Schwierigkeiten zu begegnen. Speziell meinte er, daß es ihm wichtig schiene, sich mit England gut zu stellen. Herr von Tschirschky will dem Prinzen daraufhin erwidert haben, daß ihm England wohl von keinem sonderlichen Nutzen sein könnte und daß es viel zweckentsprechender wäre, wenn er sich in zweifelhaften Fällen Rath bei uns suchen würde. Auch hätte er ihm nahegelegt, sich gelegentlich mittels Privatschreibens direkt an mich zu wenden. Thatsache ist, daß mir Prinz Wied beim Abschiede die Bitte aussprach, sich in Zukunft, wenn er Rath brauche, an mich wenden zu dürfen, was ich ihm selbstverständlich bereitwillig zusagte. Der Eindruck, den Prinz Wied bei diesen Gesprächen auf mich ausübte, war kein absolut ungünstiger. Er ist entschlossen, trotz allen Schwierigkeiten und Widerwärtigkeiten sein Wort einzulösen, und bringt nebst einem vornehmen Wesen ein ruhiges, leidenschaftsloses Urtheil und den redlichen Willen mit, sich den neuen Verhältnissen mit kluger Zurückhaltung und aufmerksamer Beobachtung anzupassen. Dabei verfügt er über die unbedingte Unterstützung seines Oheims des Königs Carol, was

bei der gegenwärtigen Configuration am Balkan von nicht zu unterschätzendem Werthe ist. Vergeblich wird man allerdings bei ihm die rücksichtslose Willenskraft und Energie suchen, die beim Beherrscher eines undisciplinirten, in sich zerklüfteten, halbwilden Volkes wünschenswert wäre, vergeblich auch die volkswirtschaftliche Ausbildung und politische Schulung, ohne die ein autoritatives Auftreten des neuen Landesherrn gegenüber der internationalen Controlls-Commission schwer denkbar ist. Unter den gedachten Umständen wird den Männern, welche die unmittelbare Umgebung des jungen Souverains bilden werden, wohl eine entscheidende Rolle in der Führung des neuen Staatswesens beschieden sein und daher die Entscheidung der Frage, ob sich der Versuch des Prinzen Wied, eine albanesische Dynastie zu gründen, bewähren werde, in erster Linie von der Auswahl dieser Berater abhängen.

a) Vgl. n. 9362. — *b)* Pol. Chron. d. ö.-u. Mon. 1914, 43. — *c)* Vgl. n. 9356.

*Nr. **9400**. Tel. aus Konstantinopel-Pera, 20. Feb. 1914 Nr. 88 (eing. 21. Feb. 9 U. a. m.).a) Entziff.*

Geheim. Bulgarisch-türkische Beziehungen. Bulgarischer Gesandter sagte mir, er habe aus Sofia Mitteilung bekommen, dass Fethi Bey bisher sein Ultimatum nicht zurückgezogen habe. Es hätten sich vielmehr in der Pomakenfrage neue Schwierigkeiten ergeben, und zwar bezüglich der Auswanderung derselben nach der Türkei. Türkischerseits werde nämlich behauptet, dass die bulgarische Regierung Auswanderung zu behindern trachte, was der Wahrheit nicht entspreche. Bulgarischer Gesandter hat gestern Talaat und Djemal aufgesucht, die beiden Minister haben ihn in dringender Weise aufgefordert, die Unterfertigung des Geheimvertrages möglichst zu beschleunigen. Der Gesandte wies auf die zwischen den beiden Regierungen in diesem Augenblicke bestehenden Unstimmigkeiten und betonte, dass solange diese nicht behoben und solange als die Handelsvertragsverhandlungen nicht wieder aufgenommen sein würden, von Abschluss dieser Konvention nicht die Rede sein könne. Beide Minister insistierten dennoch weiter, namentlich Djemal, der ihm in diesem Zusammenhange sogar von der Eventualität seiner Demission sprach. Bulgarischer Gesandter bleibt bei seiner Auffassung, die ich auch vollständig teile, dass es unter den gegenwärtigen Verhältnissen bedenklich wäre, die Konvention abzuschliessen. Er möchte um jeden Preis Zeit gewinnen und zu diesem Behufe seiner Regierung vorschlagen, ihn durch eine andere Persönlichkeit hier zu ersetzen. Aus den Mitteilungen bulgarischen Gesandten über seine Unterredungen mit türkischen Ministern gewinne ich den Eindruck, dass man hier trotz aller gegenteiligen Versicherungen doch schon für die nächste Zukunft an ein aktives Vorgehen denkt. Ich stelle mir nämlich die Sache so vor, dass man vorerst versuchen wird, in der Inselfrage mit Griechenland zu einem Einvernehmen zu kommen. Sollte dies jedoch nicht gelingen, so würde man, glaube ich, in West-Thracien einrücken und die Bulgaren auf Grund der mittlerweile abzuschliessenden Konvention zwingen, sich wenigstens neutral zu verhalten. Wahrscheinlich würde man sich dann damit begnügen, bis an die Mesta vorzurücken, um auf diese Art unmittelbarer

Nachbar Griechenlands zu werden und es dann direkt bedrohen zu können. In diesem Falle wäre es nach meiner Meinung höchst unwahrscheinlich, dass die Türken West-Thracien wieder räumen würden, selbst wenn es mit Griechenland zu keinem Kriege käme. Man muss daher mit der Eventualität rechnen, daß die Türkei plötzlich ein fait accompli schaffen wird. Ich erhalte auch von verschiedenen Seiten Nachricht, dass man auf der Bahnstrecke Konstantinopel—Adrianopel Vorkehrungen trifft, welche auf Vorbereitungen einer Mobilisierung schliessen lassen. Es sollen auch wieder Pferde requiriert werden. Pallavicini.

[a]) Vgl. n. 9387, 9404, 9405, 9433.

*Nr. **9401**. Tel. aus Sofia, 20. Feb. 1914 Nr. 79 (eing. 21. Feb. 9 U. a. m.).[a]) Entziff.*

Vertraulich. Bezug auf meinen Bericht vom 18. d. Mts. Nr. 18 B. Im Verlaufe längeren Gespräches mit Konseilspräsidenten bemerkte er spontan, ich hätte ihm gesagt, dass zwischen Rumänien und Serbien kein formelles Abkommen, dem entgegen sprechen aber gewisse andere Informationen, die Radoslawow erhalten, in ganz positiver Weise davon, dass am 17. d. Mts. in Bukarest Militärkonvention zwischen Rumänien und Serbien unterzeichnet worden. Ich erwiderte, dass ich Ministerpräsidenten unsere eigenen Informationen bekannt gebe, zu welchen mich Euer Exzellenz ermächtigen und die ich ernst und verlässlich hielte. Radoslawow ersuchte um Wiederholung Information, was ich im Sinne hohen Telegrammes[b]) getan. Konseilspräsident bemerkte, unsere Auskünfte hätten gewiss Anspruch auf Authenticität, seine Information verdiene aber auch Beachtung. Mitredner dachte nach und fügte dann hinzu, Interessengemeinschaft bilde übrigens noch festere Bande als Vertrag. Tarnowski.

[a]) Vgl. n. 9406. — [b]) n. 9358.

*Nr. **9402**. Bericht aus Sofia, 20. Feb. 1914 Nr. 19 B (eing. 23. Feb.). Entziff.*

Zu meinem Telegramme Nr. 75 betreffend durch Salabascheff veranlasste Veröffentlichung türkischer Note. Radoslawow hat sich in schärfster Weise und sehr erregt über Salabascheff zu mir ausgesprochen, der in böswilliger Absicht Amtsgeheimnis verraten. Ich könne mich überzeugen, welcher Art Diplomaten die bulgarischen Vertreter im Auslande seien; Herr Geschoff in Berlin hätte auch gegen Regierung intriguiert und manche andere, die abgeschafft werden müssten, wären nicht besser. Tarnowski.

*Nr. **9403**. Tel. aus Berlin, 21. Feb. 1914 Nr. 80 (eing. 5 U. 50 M. p. m.).[a]) Entziff.*

Vertraulich. Prinz Wied. Hiesiger rumänischer Gesandter erzählt mir soeben, er habe von König Karl telegraphischen Auftrag erhalten, dem Prinzen nahezulegen, er solle — wenn irgendwie möglich — jedenfalls noch vor seiner Abreise nach Albanien einen Besuch auch in Petersburg machen. Herr Beldiman hat das dem Prinzen nach Neuwied telegraphiert. Der Prinz soll heute in Neuwied die albanesischen Huldigungsdeputationen empfangen und gedenkt morgen mit seiner Frau zu seinem Schwager nach

Waldenburg zu fahren, wohin sich auch die albanesischen Deputationen begeben. Bisher hätte, wie mir rumänischer Gesandter sagt, der Prinz die Absicht, von Waldenburg via Triest direkt nach Albanien zu reisen. Szögyény.

[a]) Vgl. n. 9424.

Tel. nach Bukarest, 21. Feb. 1914 Nr. 46 (chiffr. 10 U. 40 M. p. m.). Siehe n. 9406.

*Nr. **9404**. Tel. nach Konstantinopel, 21. Feb. 1914 Nr. 61 (chiffr. 9 U. 40 M. p. m.).[a]) Konz. (S. Hohenlohe; G. Berchtold).*

Erhalten Euer Exzellenz Telegramm Nr. 88 und 89. Sollten die türkischen Staatsmänner im Gespräche mit Euer Exzellenz wieder beruhigende Erklärungen bezüglich ihrer Absichten gegenüber Bulgarien abgeben, wie bereits des öfteren, so wollen Hochdieselben darauf hinweisen, daß gewisse Umstände und Wahrnehmungen sowohl in Konstantinopel als auch in Sofia (Haltung Fethi Beys) mit solchen Erklärungen nicht übereinstimmen. Euer Exzellenz könnten nachstehendes hinzufügen: Wir hätten der Türkei in ihrem eigenen Interesse schon immer geraten, ein freundschaftliches Verhältnis mit Bulgarien herzustellen, dessen leitende Staatsmänner gegenwärtig sich ihr zu nähern wünschen. Sehr bedenklich wäre es dagegen, wenn man in Konstantinopel darnach trachten würde, Bulgarien zu einem gemeinsamen kriegerischen Vorgehen zu zwingen. Euer Exzellenz hielten sich für bemüßigt, nochmals auf die Gefahr aufmerksam zu machen, welche ein Einmarsch in Thrazien, wie er leider einzelnen Politikern am Goldenen Horn vorzuschweben scheine, in sich schließe. Bulgarien sei heute noch nicht aktionsfähig. Ein solches Vorgehen hätte daher nur die Wirkung, daß die Regierung, die jetzt in Sofia am Ruder ist, sich nicht länger würde halten können. Das Königreich würde dann veranlaßt sein, Rettung im engsten Anschlusse an Russland zu suchen, nicht aber in einem guten Verhältnisse zur benachbarten Türkei. Letztere befände sich dann zwischen einem russischen Armenien und einem russischen Bulgarien wie zwischen Hammer und Amboß. Russland würde eine derartige Situation wohl jedenfalls dazu benützen, um einen neuen Balkanbund zustande zu bringen. Der Einmarsch in Thrazien würde möglicherweise anfangs leicht und einfach erscheinen; die weitere Entwicklung der Dinge sei aber unabsehbar. Es sei nur zu wahrscheinlich, daß aus denselben eine Konflagration entstehe, welche vitale Existenzfragen des türkischen Reiches tangiere. Dem Großvezier persönlich gegenüber wollen Euer Exzellenz der Hoffnung Ausdruck geben, daß er, wie bisher, überlegt und besonnen sich die Tragweite der zu fassenden Entschlüsse in dieser Angelegenheit vor Augen halten werde. Berchtold.

[a]) Vgl. n. 9405, 9408, 9415, 9433.

*Nr. **9405**. Tel. aus Konstantinopel-Pera, 21. Feb. 1914 Nr. 89 (eing. 6 U. 30 M. p. m.).[a]) Entziff.*

Im Nachhange zu meinem gestrigen Telegramme Nr. 88. Bulgarischer Gesandter teilt mir soeben mit, dass Fethi Bey die bekannte Note in der Pomakenfrage zurückgezogen und erklärt habe, dass er sich mit den bul-

garischerseits diesbezüglich getroffenen Massnahmen zufrieden gebe. Meiner gestrigen Meldung möchte ich noch nachtragen, dass Herr Toscheff aus seinen Gesprächen mit Talaat und Djemal den Eindruck gewann, den türkischen Ministern sei es hauptsächlich darum zu tun, in den Besitz eines von König Ferdinand ratifizierten Vertragsinstrumentes zu gelangen, dass sie aber auf die einzelnen Klauseln des Vertrages weniger Gewicht legen. Bulgarischer Gesandter hält es nicht für ausgeschlossen, dass türkische Regierung, wenn es ihr passen sollte, den mit der Unterschrift versehenen Vertrag in Petersburg mitteilen würde. Wie bereits in meiner Berichterstattung erwähnt, ist seit einiger Zeit eine Tripleentente freundliche Tendenz bemerkbar, speziell was die Beziehungen zu Russland anbelangt.

Pallavicini.

[a]) Vgl. n. 9404, 9414, 9433.

*Nr. **9406**. Tel. nach Sofia Nr. 46 (1) und Bukarest Nr. 46 (2), 21. Feb. 1914 (chiffr. 10 U. 40 M. p. m.).[a]) Konz. (S. Matscheko; G. Berchtold).*

1. Euer Hochgeboren Telegramm Nr. 79 vom 20. d. M. erhalten. Die Euer Hochgeboren mit meinem Telegramm Nr. 39 vom 13. d. M. mitgeteilten Informationen haben seither eine weitere Bestätigung erfahren. Nach ganz zuverlässigen Nachrichten[b]) hätten Herr Venizelos und Herr Pašić die rumänische Regierung in Bukarest zum Abschluss einer förmlichen Allianz gedrängt. Dies sei aber von Rumänien mit der ausdrücklichen Motivierung abgelehnt worden, daß ein solches Abkommen eine Spitze gegen Bulgarien hätte. Wenn auch hinsichtlich der Aufrechterhaltung des durch den Bukarester Frieden geschaffenen Zustandes Rumänien mit Serbien und Griechenland solidarisch sein dürfte, so scheint mir aus obigem doch hervorzugehen, daß man in Bukarest eine direct hostile Haltung Bulgarien gegenüber zu vermeiden wünscht. Vorstehendes zur streng vertraulichen Verwertung bei Herrn Radoslavow.

2. Graf Tarnowski telegrafiert mir unterm 20. d. M.: ... *wie n. 9401 mit Auslassung von „Ich erwiderte" bis „getan"* ... Vorstehendes zu Euer Exzellenz rein persönlicher Information. Berchtold.

[a]) Vgl. n. 9407. — [b]) Vgl. n. 9378.

*Nr. **9407**. Tel. aus Athen, 22. Feb. 1914 Nr. 101 (eing. 23. Feb. 9 U. a. m.).[a]) Entziff.*

Vertraulich. Griechisch-rumänische Beziehungen. Mein deutscher Kollege sagte mir, Herr Venizelos habe ihm gesagt, dass er und Herr Pašić in Bukarest den Abschluss eines Defensivbündnisses der drei Königreiche beantragt hätten. Dieser Antrag sei rumänischerseits mit der Begründung abgelehnt worden, dass ein solches Abkommen eine zu direkte Spitze gegen Bulgarien hätte, was in Sofia froissieren würde. Der Zweck sei aber erreicht worden, meinte Ministerpräsident, denn die Kooperation der drei Staaten sei in dem Falle eines türkisch-bulgarischen Angriffes gesichert. Genaues, was die rumänische Regierung in Konstantinopel hat sagen lassen, scheint mein Kollege nicht ermittelt zu haben. Szilássy.

[a]) Vgl. n. 9406, 9412.

Nr. 9408. Tel. aus Konstantinopel-Pera, 22. Feb. 1914 Nr. 94 (eing. 6 U. p. m.). Entziff.

Türkisch-bulgarische Beziehungen. Erhalten Euer Exzellenz Telegramm Nr. 61 vom 21. d. M. Trotz der beruhigend klingenden und von mir mit Telegramm Nr. 80 berichteten Erklärungen des Ministers des Innern, des Kriegsministers und des Grossveziers habe ich in meinen Gesprächen mit denselben die im eingangs erwähnten Telegramme enthaltenen Argumente bereits mehr oder weniger verwendet, da — wie ich am Ende meines Telegrammes erwähnte — ich schon damals an der Aufrichtigkeit der Erklärungen Zweifel hegte. Ich werde morgen Gelegenheit haben, mit Grossvezier, Minister des Innern und eventuell auch mit Djemal Pascha zu sprechen und hiebei erwähnte Argumente neuerlich und zwar eingehend und mit noch mehr Nachdruck zu verwerten. Pallavicini.

Nr. 9409. Bericht aus St. Petersburg, 9./22. Feb. 1914 Nr. 10 B (eing. 25. Feb.).[a] Ausfert.

Ich hatte bereits Gelegenheit, Euer Exzellenz telegraphisch[b] den Verlauf und wesentlichsten Inhalt meiner ersten Unterredung mit Herrn Sazonow zu schildern. Der Minister, welcher mich sehr herzlich als alten Bekannten begrüsste, begann, nachdem wir einige Phrasen persönlicher Natur gewechselt hatten, sofort in längerer Rede seine Auffassung von dem zukünftigen Verhältnisse Österreich-Ungarns und Russlands darzulegen. Herr Sazonow war sichtlich bemüht, die augenblickliche Situation als eine für die Entwicklung der gegenseitigen Beziehungen besonders günstige hinzustellen. „Maintenant nous avons doublé le cap", meinte er; und nachdem er der Koncilianz der von Euer Exzellenz befolgten Politik anerkennende Worte gewidmet hatte, fuhr er fort: „Nous nous sommes chamaillés de temps en temps, mais maintenant les difficultés et les malentendus ont disparu et je ne vois vraiment aucun point qui pourrait nous séparer". Mit Lebhaftigkeit versicherte der Herr Minister, dass die Dispositionen für eine freundschaftliche Entwicklung der Beziehungen beider Reiche die allerbesten seien, und dies gelte nicht nur von ihm, sondern insbesondere von seinem kaiserlichen Herrn, wovon ich mich ja alsbald würde überzeugen können. Den unfreundlichen Preßstimmen, welche hie und da noch laut würden, messe er keine allzugrosse Bedeutung bei, und man dürfe sich von diesen nicht beeinflussen lassen. Er verbreitete sich sodann über die grossen inneren Aufgaben, welchen Russland sich widmen müsse. Man beabsichtige nicht weniger als 15.000 (?) Kilometer Eisenbahnen zu bauen, dazu bedürfe es einer langen Zeit. Übrigens scheine ihm die europäische Lage im allgemeinen eine günstige zu sein, denn abgesehen von der bekannten Friedensliebe Englands, habe er sich auch gelegentlich seiner letzten Reise nach Paris davon überzeugen können, dass man dort weit davon entfernt sei, eine Abenteuerpolitik befolgen zu wollen. „La France est le banquier de l'Europe, elle veut faire des affaires, voilà tout," meinte der Minister. Diese von Herrn Sazonow ergriffene Initiative versetzte mich in die angenehme Lage, meine Ausführungen den seinigen entsprechend

anpassen und nuancieren zu können. Ich konnte darauf verweisen, dass auch unsere Dispositionen die gleichen seien und dass wir ebenso wie Russland in Ruhe der Entwicklung unserer wirtschaftlichen Kräfte nachgehen wollen. Übrigens hätten die Folgen der Balkankriege neben dem Bedürfnisse nach produktiver Arbeit fast allenthalben sozialpolitische Probleme in den Vordergrund gerückt, deren zukünftige Entwicklung nicht vorhergesehen werden könne, welchen gegenüber aber jedenfalls Österreich-Ungarn wie Russland wichtige gemeinsame Interessen zu vertreten hätten. Der Minister stimmte mir lebhaft bei und das Gespräch wendete sich der Balkanlage zu, welche betreffend Herr Sazonow gleichfalls einen weitgehenden Optimismus zur Schau trug. Selbst die Zukunft Albaniens schien ihm diesmal keine Besorgnisse einzuflössen, denn er sah sich veranlasst zu konstatieren, dass die mit der Schaffung Albaniens zusammenhängenden Fragen, für welche man sich in Russland übrigens nicht übermässig interessiere, sozusagen gelöst seien, bis auf die eine geringere Bedeutung aufweisende Bankfrage, über die man sich schon einigen werde. Der Minister schloss seine Ausführungen mit einer sein Vertrauen in die friedliche Entwicklung der näheren Zukunft bekundenden Redewendung. Wie Euer Exzellenz dem eben beschriebenen Verlaufe dieser ersten Unterredung hochgeneigtest entnehmen werden, vermied es Herr Sazonow bei diesem Anlasse sorgfältig irgendwelche Rekriminationen, etwa über die ukrainische Bewegung, die Haltung unserer Presse und dergleichen zu erheben. Neben der Erwägung, dass gerade jetzt Russland in beiden Richtungen stark vor der eigenen Türe zu kehren hat, mag wohl die offensichtliche Tendenz des Ministers, mir einen möglichst freundlichen Empfang zu bereiten, hiefür massgebend gewesen sein. Selbstverständlich nahm auch ich davon Umgang, bei dieser ersten Begegnung schon in politische Details einzugehen oder gar Rekriminationen anzustellen. Infolgedessen bewahrte das Gespräch zwar einen allgemeinen, aber äusserst entgegenkommenden Charakter. Als ich im Sinne des mir zuteilgewordenen telegraphischen Auftrages *c)* einige Tage später Gelegenheit nahm, die eben näher ausgeführten Äusserungen Herrn Sazonows im Namen Euer Exzellenz mit einigen zustimmenden Worten zu quittieren, unterbrach mich der Herr Minister, als ich der Befriedigung Euer Exzellenz über die Anerkennung gedachte, welche er dem concilianten Charakter der Politik Euer Exzellenz gezollt hatte. Herr Sazonow schien sich viel darauf zugute zu tun, dass er schon im Vorjahre in einer Rede die Mässigung und Versöhnlichkeit Österreich-Ungarns gewürdigt hatte. Die im Antrage *d)* Euer Exzellenz von mir zum Ausdruck gebrachte Hoffnung, dass die bei beiden Regierungen vorhandene Auffassung des beiderseitigen Verhältnisses allmählich auch in der öffentlichen Meinung sich einbürgern werde, veranlasste den Herrn Minister die russischen Pressverhältnisse zu besprechen und darüber Klage zu führen, dass die russische Regierung wenig Einfluss auf die Haltung der Presse besitze. Als ich ihn auf die der Regierung zustehenden Mittel der Geldstrafe und Konfiskation verwies, versuchte er beide als unwirksam hinzustellen, indem so reiche und unabhängige Journale wie „Nowoje Wremja“ und „Swjet“ Geldstrafen nicht empfänden, Konfiskationen jedoch zu Reklamezwecken benützten. Es

wäre gewiss übers Ziel geschossen, wenn man aus dem Verlaufe meiner, den Gegenstand meines heutigen Berichtes lit. A[e]) bildenden Antrittsaudienz bei Kaiser Nikolaus und den angenehmen Formen, in welchen sich mein erster Verkehr mit dem russischen Minister des Äussern abspielte, irgendwelche weitergehende Schlüsse ziehen wollte. Für die augenblicklichen Tendenzen der russischen Politik dürfte der mir bei Antritt meines Postens bereitete Empfang jedoch insoferne der symptomatischen Bedeutung nicht entbehren, als der Zufall mein Eintreffen mit einem innerpolitischen Wechsel koinzidieren liess, welchem vielfach tiefgehende Bedeutung auch für die äussere Politik Russlands zugeschrieben wurde, und dessen treibende Kräfte auch heute nicht völlig klar zu Tage liegen. Die mir zuteilgewordene Aufnahme könnte als Beweis dafür anzusehen sein, dass man in den leitenden Kreisen Russlands bis auf weiteres, wenn auch vielleicht auf anderen Wegen, noch immer die innere wirtschaftliche und nationale Erstarkung des Reiches als nächste Aufgabe zu betrachten scheint. Szápáry.

[a]) Vgl. n. 9417. — [b]) n. 9372. — [c]) n. 9390. — [d]) Amtsvermerk: sic! — [e]) Bericht Nr. 10 A vom 22. Feb. 1914 (eing. 25. Feb.) aus St. Petersburg ist nur eine ausführlichere Wiederholung von n. 9398.

*Nr. **9410**. Bericht aus St. Petersburg, 9./22. Feb. 1914 Nr. 10 D (eing. 25. Feb.).[a]) Ausfert.*

Der neuernannte Ministerpräsident, Herr Goremykin, welchem ich nach Übergabe meines Beglaubigungsschreibens den üblichen ersten Besuch machte, ohne ihn zuhause anzutreffen, fuhr gestern bei mir vor, um mir seinen Gegenbesuch abzustatten. Der alte Herr, dem hier vielfach ebenso die geistige wie die physische Frische abgesprochen wird, machte auf mich durchaus keinen ermüdeten Eindruck, trotz der zweifellos grossen Anforderungen, die gegenwärtig durch die Übernahme der Geschäfte an ihn gestellt werden. Herr Goremykin führte sich in der liebenswürdigsten Weise ein und als im Gespräch seine frühere Tätigkeit als Minister des Innern gestreift wurde, nahm auch er, wie unlängst Herr Sazonow, Gelegenheit, mich auf die Ohnmacht der russischen Regierung gegenüber der Presse aufmerksam zu machen. Als ich erwiderte, dass es dennoch sehr wünschenswert wäre, wenn die russische Regierung behufs Erzielung der im beiderseitigen Interesse gelegenen Wandlung in der hiesigen öffentlichen Meinung Mittel und Wege finden würde, den Ausschreitungen gewisser Blätter ein Ziel zu setzen, meinte Herr Goremykin, dass hiezu fast jede Handhabe fehle, dass man aber gut daran tue, die Bedeutung dieser Presserzeugnisse nicht zu überschätzen. Ich benützte diesen Anlass um dem Herrn Ministerpräsidenten auseinanderzusetzen, dass ich ihm darin vollkommen zustimmen könne, dass den Auslassungen der panslavistischen Presse an sich wenig Bedeutung zukomme. Was aber deren Gewicht in unseren Augen wesentlich vermehren müsse, sei der Umstand, dass diese Presse nach den in fast jeder ihrer Nummern vorkommenden reichlichen und zweifellos inspirierten politischen Nachrichten mit den Regierungsstellen in engen Beziehungen zu stehen scheine. Es sei daher nicht verwunderlich, wenn man im Auslande diese Blätter trotz ihrer gelegentlichen

Ausfälle gegen die Regierung als sozusagen offiziös und ihre Hetzartikel als von regierungswegen zum mindesten wohlwollend geduldet ansehe. Herr Goremykin verabschiedete sich, indem er sich in der entgegenkommendsten Weise zur Verfügung stellte, für den Fall als mir ein Anlass vorzuliegen scheine, seine Intervention in Anspruch zu nehmen. Wenn dem Verkehr mit dem neuen Ministerpräsidenten im Hinblick auf das geringere Gewicht, welches seiner Person im Ministerrate zufallen dürfte, vielleicht auch nicht die politische Bedeutung zukommt, welche der Kontakt mit Herrn Kokowzow hatte, kann ich es dennoch nur begrüssen, dass mir gleich meinen Vorgängern erforderlichen Falls der Weg zum Kabinetschef so wie bisher offen steht. Szápáry.

a) Vgl. n. 9475.

*Nr. **9411**. Bericht des Militärattachés in St. Petersburg, 9./22. Feb. 1914 Res. Nr. 21 (eing. als Einsichtsstück des Chefs des Generalstabes vom 26. Feb. Nr. 630 am 13. März). Abschrift.*

Seit meiner Rückkehr auf den hiesigen Posten hat sich so manches geklärt, so dass man in Zusammenfassung aller politischen und militärischen Erscheinungen und Vorgänge der letzten Zeit für die Tätigkeit russischer Politik im heurigen Frühjahre einen eher ruhigen Verlauf prognostizieren kann. Während man im Herbst und auch noch in den ersten Wintertagen durch verschiedene Meldungen über Vorkehrungen im Süden des Reiches mit der Möglichkeit eines aktiven Vorgehens in kleinasiatischen Fragen gegenüber der Türkei rechnen musste, so scheint jetzt trotz aller gegenteiliger Gerüchte, welche sogar von Vorkehrungen an der Westgrenze sprechen, wobei die geplante und zum Teile bereits in bescheidenem Masse in Durchführung begriffene Heeresvermehrung sowie die nunmehr gesetzlich normierte Rückbehaltung des 3. Jahrganges als ein allzugewichtiger Beweis für eine aktive Politik Russlands im Frühjahre angesehen werden, — dennoch wenig Aussicht für ein aggressives Hervortreten nach irgendeiner Richtung zu bestehen. Die Gründe hiefür sind meiner Meinung nach einerseits durch den von den beiden Tripelententegenossen Russland fixierten der Türkei gegenüber einzuhaltenden Kurs, anderseits durch den Verlauf der Besprechungen mit den Balkandiplomaten in St. Petersburg gegeben. Der mir gegenüber seitens eines französischen Diplomaten getane Ausspruch: „Le sacrifice que la Russie a dû faire de nouveau pour la Triple-entente c'est de ne pas toucher à la Turquie," — scheint zur Genüge zu beweisen, dass Russland von Zeit zu Zeit immer wieder mit seiner, wenn auch schüchtern vorgebrachten Lieblingsidee, das ist der Regelung der kleinasiatischen Fragen an die Ententegenossen herangetreten ist, ohne dabei jedoch die erhoffte Geneigtheit derselben zu dieser Extratour gefunden zu haben. Die Besprechungen mit den Balkandiplomaten scheinen auch, wiewohl nur die allerspärlichsten Nachrichten über die mutmasslichen Resultate bisher bekannt wurden, keine vollständig befriedigenden gewesen zu sein. Was man trotz aller Gerüchte und Dementis mit einiger Berechtigung annehmen kann, ist, dass Bulgarien dem Balkanbunde nicht beigetreten ist, dass vielmehr zwischen der Türkei und dem genannten Königreiche Verhandlungen noch nicht ganz definierter Art geführt und lockere

und lückenhafte, wenn auch freundschaftliche Abmachungen zwischen ihnen zustande gebracht wurden. Rumänien hält vorläufig an der Politik der freien Hand fest, die, wenn es hochgeht, in der Neutralität bei einem eventuellen Konflikte zwischen der Monarchie und Russland ihren Höhepunkt erreichen dürfte. Somit kennzeichnet sich das für die nächste Zeit, zu erwartende Verhalten Russlands, das sich durch die Haltung der Ententemächte doch wieder nur zu wenig fruchtbarem Prestigeaufbau am Balkan genötigt sieht, als die Verlegenheitspolitik katexochen, welche sie zur Zeit vor und während des Balkankrieges gewesen ist. Zwei Momente sind jedoch hiebei von der letzten Vergangenheit verschieden, das ist das Verhältnis zu den beiden Nachbargrossmächten, Deutschland und Österreich-Ungarn. Diese zwei Momente sind untereinander im Zusammenhange und werden sich daher auch in Hinkunft gegenseitig beeinflussen. Die Entsendung der deutschen Militärmission nach Konstantinopel hat, trotz der milderen Form, in welcher dieselbe nunmehr ihre Tätigkeit dort entfaltet, nicht verfehlt, die Beziehungen zwischen Russland und Deutschland wesentlich zu verschärfen. Dagegen scheint sich in der Atmosphäre der Stimmung gegen die k. u. k. Monarchie ein etwas milderer Luftzug fühlbar zu machen. Es ist dies allerdings noch recht wenig und ein Hauch, der bei der ersten Schwierigkeit ebenso rasch verfliegen kann, ist aber symptomatisch in dem vielleicht über Erwarten entgegenkommenden Empfange, den Seine Exzellenz der Herr Botschafter hier gefunden hat, zum Ausdrucke gekommen. Wegen dieser Äusserlichkeiten allein auf eine bereits erfolgte Verbesserung der Beziehungen zu bauen, hiesse die Verhältnisse und den russischen Charakter völlig verkennen; doch bilden sie im Zusammenhange mit Äusserungen, welche Herr Schebeko „einer hochstehenden russischen Persönlichkeit" gegenüber getan hat, gewissermassen ein Barometer. Herr Schebeko äusserte sich nämlich dahin, dass die Balkanverhältnisse nunmehr eine sekundäre Bedeutung für das Verhältnis Russlands zur Monarchie besässen und dass er die Absicht habe, auch in der ruthenischen Frage bei ganz loyaler Nichteinmengung in die internen Angelegenheiten der Monarchie für die Weckung des Gefühles eines berechtigten Vertrauens zwischen den beiden Reichen hinzuwirken. Wie weit diese Aussprüche tatsächlich erfolgten oder für mich „appretiert" wurden, kann ich nicht sagen, — ich bin aber eher geneigt zu glauben, dass man hier massgebenden Ortes die Verschärfung der Beziehungen zu Deutschland durch die Vermeidung von Schwierigkeiten gegenüber der Monarchie ausbalancieren möchte. Ob in dieser andeutungsweise fühlbaren Entspannung für die fernere Zukunft der Keim zu einer Klärung der Beziehungen zwischen der Monarchie und dem Czarenreiche enthalten ist, entzieht sich meiner Beurteilung. Wie weit die inneren Verhältnisse auf die äussere Politik und auf militärpolitische Entwicklung von Einfluss sein werden, lässt sich heute noch nicht bestimmen. Der Premierwechsel hat ein Interim geschaffen, aus welchem ein Start nach den verschiedensten Richtungen hin erfolgen kann. Der kommende Mann, der den farblosen Platzhalter ersetzen soll, muss erst gefunden werden. Es kann aber auch dieses Übergangsstadium sich in die Länge ziehen. Über die Heeresvermehrung hört man nichts Authentisches;

der Kriegsminister, bei dem ich neulich vorzusprechen Gelegenheit hatte, erklärte, dass sich dieselbe im Rahmen des grossen Planes vollziehe, über den er „naturgemäss" nicht sprechen könne. — Der Ausbau des strategischen Bahnnetzes nach Westen ist auf ausdrückliches Verlangen des französischen Generalstabes in der grossen Eisenbahnanleihe mit einer ziemlich beträchtlichen Summe eingestellt.

Nr. 9412. Bericht aus Belgrad, 23. Feb. 1914 Nr. 28 A (eing. 24. Feb.).[a] *Ausfert.*

Vertraulich. Mein italienischer College Baron Squitti hat es vor einigen Tagen, nach oftmaligem nutzlosen Antichambrieren, wieder einmal durchgesetzt, dass ihn Herr Pašić, dessen die Gesandten der Großmächte, von Herrn von Hartwig natürlich abgesehen, gewöhnlich nur durch List oder Gewalt habhaft werden können, wieder einmal empfing. Baron Squitti war von seiner Regierung beauftragt worden, zahlreiche Reclamationen der italienischen Consuln in Neuserbien, insbesondere des Consuls in Monastir, über rechtswidrige Beschränkung ihrer Amtstätigkeit durch die serbischen Lokalbehörden, welche bis jetzt ohne Erfolg geblieben waren, nochmals und nachdrücklichst zur Sprache zu bringen. Baron Squitti wollte die seltene Gelegenheit einer Aussprache mit dem Minister-Präsidenten dazu benützen, um von demselben etwas über die Ziele und Resultate seiner letzten Reise zu erfahren. Diesbezüglich war der Erfolg Baron Squittis ein geringer; Herr Pašić gab auf bestimmt gestellte Fragen nur ausweichende Antworten oder schien die Frage ganz zu überhören, bewegte sich in Gemeinplätzen und wiederholte im Allgemeinen nur das bereits in allen Interwiews mit Journalisten in St. Petersburg und Bukarest Gesagte und allgemein Bekannte. Als erreichtes Resultat seiner Reise bezeichnete Herr Pašić die volle Solidarität Rumäniens, Griechenlands und Serbiens zur Aufrechthaltung der Bestimmungen des Bukarester Friedens, — eine heute von niemand mehr bezweifelte Tatsache. Die Frage Baron Squittis, ob diese gemeinsame Stellungnahme in einer schriftlichen Convention zum Ausdrucke gebracht worden wäre, versuchte der serbische Minister-Präsident vorerst zu überhören, bequemte sich aber dann zur Antwort: „Nein, denn es bestanden schon von früher her schriftliche Abmachungen." Über die Frage der Orientbahnen meinte Herr Pašić, daß kein neues Faktum vorliege und die Angelegenheit sich gegenwärtig „in suspenso" befinde. Von der Existenz türkisch-bulgarischer Abmachungen scheint Herr Pašić überzeugt zu sein. Als einzig bemerkenswerte, weil offenbar mit Absicht vorgebrachte und betonte Äußerung des Herrn Pašić möchte ich dessen in bestimmter Weise ausgedrückte Versicherung bezeichnen, dass Serbien vor Allem den Frieden dringend brauche und deshalb auch den Frieden wolle. Giesl.

[a] Vgl. n. 9298, 9407.

Nr. 9413. Privatschreiben nach Bukarest, 23. Feb. 1914. Abschriftlicher Auszug.

Sehr interessiert hat mich Dein Bericht vom 18. d. M. Nr. 12 A—C über Deine Unterredung mit König Carol. Man glaubte zu träumen, wenn man die Bukarester Auffassung über die bulgarisch-türkischen Beziehungen

liest! Du sagst, Deine Privatmeinung gehe dahin, daß sich die Rumänen tatsächlich vor „bulgarischen Überraschungen" fürchten. Wir wiederum besitzen nicht eine einzige Information, die darauf schließen ließe, daß das total zusammengebrochene Bulgarien mit den kläglichen Überresten einer bis zur Vernichtung geschlagenen Armee, ohne finanzielle Ressourcen und innerpolitisch desorganisiert, derzeit an irgendwelche aktive Politik denken könnte oder wollte. Worin sollen unter diesen Umständen die „Überraschungen" bestehen? Ebensowenig vermag ich dem Gedankengange zu folgen, daß Bulgarien den Einmarsch türkischer Truppen in Bulgarien wünsche! Woher sollen die Bulgaren plötzlich so großes Vertrauen in die traditionell macchiavellistische türkische Politik im allgemeinen und die stets nur von egoistischen Motiven geleitete jungtürkische Politik im Besonderen gewonnen haben, daß sie bei eigener Ohnmacht und Aktionsunfähigkeit einem türkischen Einmarsch vertrauensselig entgegenblicken können! Da läge doch der Gedanke viel zu nahe, daß die türkischen Truppen, einmal in Thrazien einmarschiert, auch dort verbleiben und Bulgarien vom Ägäischen Meere wieder absperren werden. Das Gesetz des locus minoris resistentiae trifft auch in der Politik zu. Ein energisches Auftreten in Sofia, wo sich alles vor einer türkischen Aktionspolitik fürchtet, hätte unter diesen Umständen keinen Sinn. Allenfalls ließe sich ein Schritt in dem Sinne denken, Bulgarien gegen die türkischen Versuche, das Sofioter Kabinett mit hineinzureißen, en garde zu setzen: dies hieße aber offene Türen einrennen. Anders verhält es sich mit der Türkei. Die jetzigen Machthaber scheinen alles daran setzen zu sollen, einen Erfolg einzuheimsen, und da dies mit Griechenland bei Vorhandensein des eisernen Ringes: Griechenland, Serbien, Rumänien, derzeit wenig aussichtsvoll erscheint, würde eher Bulgarien angezapft werden, welches am Balkan isoliert ist. Dies könnte uns, trotz austrophiler Regierung in Sofia, schließlich noch gleichgiltig lassen, es müßte aber zu besorgen sein, daß daraus weitere Komplikationen, wie russische Intervention, Aufrollung der Dardanellenfrage und dergleichen entstehen können, die bedenkliche Verschiebungen nach sich ziehen würden. Wie soll aber der Pforte in den Arm gefallen werden? Ein einseitiges Vorgehen unsererseits wäre ein Schlag ins Wasser, der nur unserer Stellung in Konstantinopel und unseren Interessen in der Türkei zum Nachteile gereichen würde. Eine Initiative zu gemeinsamem Vorgehen der Mächte aber würde unfehlbar — nach den bisherigen Erfahrungen — zu einem Mißerfolge führen, da weder Deutschland noch Italien mittun würden und auch England, das jüngst eine Anregung in diesem Sinne versucht hat, nur zustimmen könnte, wenn alle anderen an der Demarche teilnehmen würden. Ich sehe in dieser Situation momentan keine andere Aktionsmöglichkeit für uns, als in Konstantinopel in freundschaftlicher Form auf die Gefahren einer aggressiven Politik hinzuweisen, welche zu einem Eingreifen Rußlands führen und die Pforte zwischen ein russisches Bulgarien und ein russisches Armenien placieren könnte. Dies impliziert natürlich auch die Eventualität eines aggressiven Vorgehens der Türkei gegen Griechenland, an welches wir aber — nach dem Vorhergehenden — nicht ernstlich glauben können. Den rumänischen Staatsmännern gegenüber kannst Du dieses Eintreten des verlästerten Ballplatzes

für die Erhaltung des Balkanfriedens entsprechend verwerten. Von einer noch nicht ausgereiften Idee, unser gebessertes Verhältnis zu Griechenland in dieser Krise zu einer unserer Stellung am Balkan förderlichen Rolle heranzuziehen und unseren Zielen dienstbar zu machen, will ich heute noch nicht reden, da dies noch Zukunftsmusik ist und erst gründlich überdacht und vorbereitet werden muss. Äußerungen des griechischen Premiers im Laufe seiner Unterredungen mit mir[a] haben mich auf solche Gedanken gebracht. Eben erhalte ich Dein Schreiben,[b] betreffs Blondels. Ich habe nie daran gezweifelt, daß er unser Feind ist, wäre für etwas konkretere Daten dankbar.

[a] n. 9272. — [b] n. 9395.

Nr. 9414. Tel. aus Konstantinopel-Pera, 23. Feb. 1914 Nr. 95 (eing. 8 U. p. m.).[a] Entziff.

Geheim. Grossvezier hat gestern den bulgarischen Gesandten rufen lassen und ihm eröffnet, dass die Schwierigkeiten in der Pomakenfrage nunmehr beigelegt seien und es an der Zeit wäre, die Verhandlungen wegen Handelsvertrages und Postkonvention wieder aufzunehmen. Herr Toscheff hat dies nach Sofia gemeldet und glaubt, dass Unterhändler hier bald eintreffen werden. Wie mir Toscheff weiter mitteilt, hat sich Grossvezier bei diesem Anlass in durchaus bulgarenfreundlichem Sinne ausgesprochen, ohne aber die geheime Konvention zu erwähnen. ...[b] ist auf die wohlwollenden Anwürfe des Grossveziers eingegangen, wies jedoch darauf hin, dass ein intimes Verhältnis zwischen Bulgarien und der Türkei nur dann einen wirklich praktischen Wert hätte, wenn sich eine Annäherung dieser beiden Mächte an Rumänien vollziehen würde. Grossvezier habe hierauf erwidert, dass dies vollkommen seinen Ideen entspreche und dass er sogar Absicht habe, in vertraulicher Weise, eventuell auch via Bukarest, massgebende Kreise darüber sondieren zu lassen, welche Garantien Rumänien verlangen würde, um sich der Türkei und Bulgarien anzuschliessen. Dem Grossvezier schwebt der Gedanke vor, dass dieser Balkandreibund unter der Ägide der Tripleallianz zustandezukommen hätte. Bulgarischer Gesandter ist der Ansicht, dass der Grossvezier vollkommen aufrichtig ist und dass er persönlich momentan nicht so wie Djemal Pascha auf sofortige Unterzeichnung des geheimen Vertrages dringe, hingegen hegt Toscheff Befürchtung, dass Grossvezir einer starken Opposition gegenüberstehe. Toscheffs Auffassung nach hänge am meisten von der Haltung Talaats ab. Ich werde heute wahrscheinlich Gelegenheit haben, mit letzterem zu sprechen und versuchen, auf ihn im Sinne Bestrebungen des Grossveziers und bulgarischen Gesandten einzuwirken. Pallavicini.

[a] Vgl. n. 9405, 9435. — [b] Chiffre fehlt.

Nr. 9415. Tel. aus Konstantinopel-Pera, 23. Feb. 1914 Nr. 97 (eing. 24. Feb. 9 U. a. m.).[a] Entziff.

Ich habe mit Großvezier, Talaat Bey und Djemal Pascha im Sinne Euer Exzellenz Telegrammes Nr. 61 vom 21. d. M. gesprochen. Großvezier hat mir wieder in bündigster Form erklärt, daß, solange er auf seinem Posten verbleibe, Türkei keinerlei abenteuerliche Pläne, wie es der Einmarsch in

Westthrazien wäre, verfolgen werde. Bezüglich der Inselfrage habe er begründete Hoffnung, sich mit Griechenland direkt zu verständigen. Er sei der Überzeugung, daß die Erhaltung des jetzigen bulgarischen Kabinettes im Interesse der Türkei liege. Deshalb werde er auch dieses Kabinett bei den Wahlen in Thrazien soviel als möglich unterstützen. Auch würden die Handelsvertragsverhandlungen in den nächsten Tagen wieder beginnen. Großvezier fügte hinzu, sein Streben gehe nunmehr dahin, zwischen Rumänien und Bulgarien gute Beziehungen herzustellen. Er habe gestern seinen Gesandten in Bukarest beauftragt, die dortige Regierung zu sondieren, welche Kompensationen Rumänien beanspruchen würde, falls Bulgarien sich gegen Südwesten ausdehnen sollte. Großvezier gab hiebei seiner Hoffnung Ausdruck, daß diese seine Bestrebungen in Bukarest sowie in Sofia den Intentionen der k. u. k. Regierung entsprechen. Die Nachrichten, welche der Großvezier aus Bukarest erhalten hat, gehen dahin, daß die rumänische Regierung bisher in keiner Richtung gegenüber den Balkanländern formell gebunden sei. Allerdings habe er aber vorgestern eine Meldung aus Sofia erhalten, welche ihm jedoch nicht glaubwürdig erscheine, daß Rumänien mit Serbien eine Militärkonvention abgeschlossen hätte. Dieselbe Nachricht ist auch bulgarischem Gesandten hier von seiner Regierung zugekommen. Talaat Bey hat sich in ähnlichem Sinne wie der Großvezier ausgesprochen. Er versicherte mir, daß die Türkei an keine Aktion denke, fügte aber hinzu, er wolle hiemit nicht gesagt haben, daß Türkei jetzt ein für allemal auf jegliche aktive Politik in der Zukunft verzichte. Vorläufig müsse jedoch vor allem, um nicht die Geschäfte Russlands zu machen, dahin getrachtet werden, unter keiner Bedingung der jetzigen bulgarischen Regierung Schwierigkeiten zu bereiten, um die Dinge nicht zu brüskieren. Minister des Innern sprach gleichfalls von der Idee einer Annäherung zwischen Bulgarien und Rumänien, sagte aber, er werde vorläufig noch nicht nach Bukarest reisen, sondern zuwarten, bis man sich hier über die dortige Situation ein klareres Bild gemacht haben wird. Bezüglich des Abschlusses der geheimen Konvention gab Talaat zu, daß es besser sei, augenblicklich noch zuzuwarten. Djemal sagte mir, er wäre in der letzten Zeit bezüglich Bulgariens mißtrauisch geworden; dies sei der Grund, warum (man auf)[b] Unterzeichnung der Konvention bestanden habe. Auch er versicherte mir, daß alle beunruhigenden Nachrichten über eine hier geplante Aktion gegen Westthrazien vollkommen grundlos seien. Türkei müsse jedenfalls einige Jahre warten, bis sie etwas unternehmen könne. Auch Djemal gab mir schließlich zu, daß der jetzige Moment nicht günstig wäre, Bulgarien in der Frage der Geheimkonvention allzusehr zu drängen. Er warf dabei den Gedanken auf, ob es nicht praktisch wäre, vorderhand nur einen geheimen Notenaustausch, durch welchen sich beide Teile verpflichten würden, keiner anderen Mächtegruppe am Balkan ohne die Zustimmung des anderen Teiles beizutreten, ...[c] Toscheff, den ich nach den obigen Unterredungen sprach, zeigte sich über das Resultat derselben sehr befriedigt und meinte, daß die Anregung Djemals ihm selbst berücksichtigungswürdig erscheine. Pallavicini.

[a] Vgl. n. 9433. — [b] Chiffre verstümmelt. — [c] Chiffre fehlt.

Nr. 9416. Tel. aus St. Petersburg, 23. Feb. 1914 Nr. 66 (eing. 24. Feb. 9 U. a. m.).[a] Entziff.

Russisches Orangebuch. Verfolg meines Telegrammes vom 22. d. M. Nr. 64.[b] Russisches Orangebuch heute im Buchhandel erschienen. Am Schlusse meiner heutigen Unterredung mit Herrn Sazonow brachte ich die Publikation mit dem Bemerken zur Sprache, daß ich das Unterbleiben vorangegangenen Einvernehmens bedauere. Der Minister schien etwas betreten und bat mich, Euer Exzellenz zu versichern, daß er es sehr unangenehm empfinden würde, wenn sein Vorgehen bei Hochdenselben einen schlechten Eindruck gemacht hätte. Er nehme die Schuld auf sich, denn seine Bureaux hätten ihm die Frage vorgelegt, ob ein Einvernehmen nötig, er habe aber angesichts der Geringfügigkeit und des für Österreich-Ungarn keineswegs anstößigen Charakters der betreffenden Stücke geglaubt, hievon absehen zu wollen. Ich erwiderte, daß ich bei dem von mir genommenen flüchtigen Einblick über die Tragweite der Publikation nicht diskutieren könne, daß es sich aber, wie immer dem sei, um eine Prinzipienfrage handle und bemerkte, daß meine Regierung bei dem bei uns bevorstehenden analogen Anlaß jedenfalls von der gleichen Freiheit Gebrauch machen werde. Ich habe den Eindruck, daß es sich weniger um Absicht, als um einen der hiesigen Rücksichtslosigkeit entspringenden Schlendrian handelt. Wie ich höre, wurden Rumänien befragt, Bulgaren nicht. Szápáry.

[a] Vgl. n. 9460. — [b] Mit Tel. Nr. 64, 22. Feb. 1914 (eing. 23. Feb. 9 U. a. m.) meldete Szápáry, er habe sich bemüht, festzustellen, ob das Orangebuch schon der Öffentlichkeit übergeben worden sei. Vom Kabinette des Außenministers wurde ihm die Auskunft zuteil, daß seine Ausgabe noch für einige Zeit nicht zu gewärtigen sei; er erhielt aber wie der deutsche Botschafter dann ein Exemplar des Orangebuches übermittelt.

Nr. 9417. Privatschreiben aus St. Petersburg, 10./23. Feb. 1914 (eing. 25. Feb.)[a] Ausfert.

Streng vertraulich. Meine heutige Berichterstattung beschränkt sich im Wesentlichen auf eine erweiterte Paraphrase meiner ziemlich ausführlichen Telegramme über meine Antrittsaudienz und ersten Unterredungen mit Herrn Sazonow, sowie einen Versuch der Darstellung der durch den Regierungswechsel geschaffenen Lage, bezüglich dessen ich Dich um die Anwendung jener Nachsicht bitte, auf welche ich als vollkommener Neuling auf dem hiesigen Terrain Anspruch machen muss. Ich möchte diesen Relationen noch einiges über meine ersten Eindrücke und Erfahrungen hinzufügen, das für Dich vielleicht von Interesse sein könnte. Es herrscht ganz entschieden hier die Absicht vor, to turn over a new leaf, und man scheut sich nicht hiezu in ziemlich markierter Weise die Initiative zu ergreifen. Der Kaiser war ausserordentlich gnädig und Seine Dispositionen kommen auch in Kleinigkeiten zum Ausdruck. So war ich ursprünglich für Samstag den 21. Februar n. St. zur Audienz befohlen. Als aber Seine Majestät von Sazonow hörte, dass ich eventuell einer telegraphischen Heimberufung gewärtig sei, sagte er die bereits festgesetzte Audienz des türkischen Gesandten und Chargé d'Affaires am Donnerstag ab und empfieng mich gleich an

diesem Tage. Wie sehr Sazonow den Wunsch nach guten Beziehungen zu erkennen gab, habe ich telegraphisch und schriftlich einberichtet Auch der alte Goremykin, sonst nicht gerade unser Freund, sass, als er mich besuchte, den eben anwesenden französischen Botschafter aus, um sich mir in liebenswürdiger Weise zur Verfügung zu stellen. Ich habe mich trotz dieser Avancen insoferne reservierter verhalten, als ich den Eindruck vermeiden wollte, als sei mir ein Stein vom Herzen gefallen oder als hätte ich einen weniger freundlichen Empfang erwartet. Auch wollte ich nicht verwischen lassen, dass die Russen es sind, die viel gegen uns am Kerbholz haben. Endlich möchte ich es darauf anlegen, dass wenn möglich sie mit Wünschen oder Propositionen an uns herantreten. Soviel ist sicher, dass momentan hier eine nicht ungünstige Atmosphäre herrscht. Ich gebe mich aber keiner Illusion darüber hin, dass so lange es sich nur um eine Atmosphäre handelt, diese sich über das erste beste Incident über Nacht verflüchtigen kann. Mit Phrasen allein werden wir unser Verhältnis nicht dauernd verbessern. Wenn wir aber in der Lage wären, mit irgend einer positiven Frage, und sei sie noch so unbedeutend, den Anfang zu machen, könnte vielleicht von kleinerem zu größerem fortgeschritten werden. Die einzige verhandlungsreifere Frage, die polnisch-ukrainische, ist zu heikel, um an dieselbe ohne Not heranzutreten, bevor eine weniger misstrauische Stimmung hier platzgegriffen hat. Ich bezeichne diese Frage deshalb als „verhandlungsreifer", weil ich glaube, dass sie, die ja vom ausserpolitischen Standpunkte nie eine andere Bedeutung hatte als die eines Druckmittels und Gegenstosses gegen Russland (denn nach Kiew wollen und können wir nie gehen), ihre Wirkung hier nicht verfehlt hat, denn die Russen fürchten sie. Wenn man nun mit der Zeit dahin gelangen könnte, sich mit den Russen darin zu finden, dass selbstverständlich jeder von uns innerhalb seiner Grenzen nach seinem Gutdünken schaltet, dass keiner von beiden aber zu Agitationen über die Grenze Hand bieten wird (was heute bei uns richtig, bei Russland aber nicht wahr ist), so wäre der Boden gefunden, auf dem wir uns an der galizischen Grenze ohne Misstrauen betrachten könnten, ohne dabei das geringste österreichische Interesse preiszugeben. Wie weit der Weg zu solchen Transaktionen heute hier noch sein mag, und ob je genügend Ehrlichkeit und guter Wille dazu hier aufzutreiben sein wird, kann ich heute nicht abschätzen. Von nicht geringem Einfluss auf das hier mir gegenüber zur Schau getragene Entgegenkommen mag auch das russisch-deutsche Verhältnis sein. Als ich vor acht Tagen hier eintraf, fand ich die deutsche Botschaft in heller Aufregung. Wenn ich nicht in der Lage gewesen wäre, mir schon vor dem Betreten russischen Bodens ein gewisses, wenn auch vielleicht recht lückenhaftes Urteil über russische Politik zu bilden, so hätte ich aus den Ausführungen meines deutschen Kollegen und seines Stabes den Schluss ziehen müssen, dass der hiesige Regierungswechsel nichts weniger bedeute als den demnächstigen Aufbruch Bobrinskys und seiner Schaaren behufs Aufpflanzung des russischen Adlers auf den Karpathenhöhen. Der deutsche Botschaftsrat von Lucius, dem im Hinblick auf seine langjährige St. Petersburger Dienstzeit immerhin eine ziemlich genaue Kenntnis hiesiger Verhältnisse zugemutet werden darf, hielt mir

einen Vortrag, laut welchem das von der „Nowoje Wremja“ unter der wohlwollenden Patronanz einer nationalistischen Regierung verspritzte Gift die Bevölkerung Russlands in absehbarer Zeit in ein unbezähmbares Kriegsfieber versetzen müsse. Er schien fast erstaunt, als ich ihm in meiner Eigenschaft als Neuling erwiderte, ein Angriff auf Deutschland sei selbst für das gefürchtete Russland ein grosses Unternehmen und in Armenien oder China sei das Kriegführen bequemer. Ich rechnete mit einer ruhigen Zeit und hoffe, dass mich die Ereignisse nicht dementieren werden. Gross war auf der deutschen Botschaft die Neugierde, welche Aufnahme meine Wenigkeit hier finden würde. Ich war um 1 Uhr von meinem ersten Besuche an der Sängerbrücke heimgekehrt und um 3 Uhr war Lucius schon da. Ich liess mich wenig mit ihm ein und sagte später auch Graf Pourtalès nur, dass mich meine erste Unterredung recht befriedigt habe. Ich hatte nicht den Eindruck, dass ich meinem, im übrigen so liebenswürdigen und wohlwollenden deutschen Kollegen mit dieser Mitteilung eine allzugrosse Freude bereitet hätte. „Glauben Sie mir, Sie werden hier noch grosse Schwierigkeiten zu überwinden haben“, sagte er mir warnend. Dasselbe schmeichelhafte Interesse wendete sich deutscherseits auch meiner Audienz in Zarskoe Selo zu, und auch von dem mit der Botschaft, wie ich höre, nicht gerade in enger Fühlung stehenden General Grafen Dohna bekam ich neben düsteren Appreciationen über die Entwicklung der nächsten Zukunft encouragierende Bemerkungen über die Schwierigkeit meiner Lage zu hören. Es ist kein Zweifel, seit der Affaire Liman-Sanders und den Äusserungen Sazonows über den deutschen Handelsvertrag in der Duma-Kommission[b] steht es nicht besonders gut um die russisch-deutschen Beziehungen und selbst mein intelligenter und wie mir scheint gut beobachtender italienischer Kollege bemerkte mir, dass dies für unser Verhältnis zu Russland eine Entlastung bedeute. Die Deutschen aber haben Angst — wie immer. Die schönen Tage von Potsdam[c] sind — bis auf weiteres — vorbei! So ganz unrecht hätten die Deutschen allerdings mit ihrem Pessimismus nicht, wenn an dem macchiavellistischen, aber nicht ganz unplausiblen Plane etwas Wahres sein sollte, dass Russland Deutschland politisch und militärisch unter Druck zu setzen sucht, um ihm eine Wiederholung der angeblichen Ausnützung der Schwäche Russlands bei den Handelsvertragsverhandlungen wie 1905 unmöglich zu machen. Dies sei die wahre Bedeutung der bewussten Vorgänge in der Duma-Kommission, soll Graf Witte einem Gewährsmann gesagt haben. In Wahrheit würde sich dahinter wohl der Gedanke verbergen, sich die Wiederherstellung der russischen Freundschaft durch einen für Russland günstigen Handelsvertrag bezahlen zu lassen. Sazonows Stellung scheint einstweilen ebenso wie die der anderen Minister unerschüttert. Die hier am meisten genannten Kandidaten für die Nachfolge sind der Konstantinopler Giers, Schebeko — und Herr Hartwig. Dass die Minister-Kandidaten die Aktualität ihrer eventuellen Berufung nicht sehr hoch einschätzen, bewies mir handgreiflich folgende kleine Episode: Ich hatte eben in einer Wiener Korrespondenz die Petersburger Nachricht gelesen, dass Schebeko mehrstündige Besprechungen mit Goremykin hatte. Als mich der Ministerpräsident besuchte und ich ihn hinausgeleitete, wurde

Herr Schebeko angemeldet und trat eben ein, als ich mit Goremykin durch die Tür kam. Ich erwartete eine freundliche Begrüssung und sah nur ein fragendes Gesicht bei Schebeko, so dass ich im Begriffe war, ihn Goremykin vorzustellen, als Letzterer, der die Anmeldung gehört hatte, die Initiative ergriff und Schebeko ansprach: „Sie erkennen mich nicht, wir haben uns lange nicht gesehen". Für den Fall eines Wechsels gilt hier Giers als der aussichtsreichste Kandidat. Er soll ein ruhiger Mann, aber von weniger freiem angenehmen Verkehr sein als Sazonow. Morgen empfängt mich die Kaiserin-Mutter, von einem Empfang durch die junge Kaiserin habe ich noch nichts gehört, obwohl Ihre Majestät Freitag und Sonntag je eine von den gewissen stundenlange dauernden russischen Hochzeiten stehend mitgemacht hat. Am 28. d. M. oder 1. kommenden Monats gedenke ich den mir Allergnädigst bewilligten Urlaub anlässlich der zu gewärtigenden Niederkunft meiner Frau anzutreten und werde nicht verfehlen, mich behufs mündlicher Berichterstattung bei Dir zu melden. Szápáry.

[a]) Vgl. n. 9398, 9409, 9426, 9573. — [b]) Vgl. n. 9318. — [c]) Vgl. n. 2313.

Nr. 9418. Bericht aus Belgrad, 24. Feb. 1914 Nr. 29 A (eing. 25. Feb.).[a]) *Ausfert.*

Streng vertraulich. Ich benützte meine gestrige Unterredung mit Herrn Pašić, um denselben über die mir von verschiedenen Seiten zugekommenen Gerüchte, die serbischen Einberufungen wären zur Sicherheit einer in Bälde durchzuführenden Union mit Montenegro oder, nach einer anderen Version, zu einem durch Grenzzwischenfälle zu provocierenden Vorgehen gegen Albanien bestimmt, direkte zu interpelliren. Die Frage der Eventualität einer Union mit Montenegro beantwortete der Herr Minister-Präsident in ziemlich befriedigender Weise. Er führte aus, dass für dieselbe eine Anzahl Bedingungen und Faktoren gegeben sei, welche diese Vereinigung seinerzeit rechtfertigen, ja selbst zur Notwendigkeit machen könnten. Die Durchführung und selbst die Vorbereitung müsse aber der Zukunft überlassen werden, und heute glaube wohl kein vernünftiger Politiker, dass dieser Zeitpunkt schon gekommen wäre. Serbien sei bereit, im engen Einvernehmen mit Montenegro in allen Fragen gemeinsamen Interesses vorzugehen, doch gälte diese Gemeinsamkeit fast ausschließlich von Fragen volkswirtschaftlicher Natur. Ich verwies meinen Mitredner auf die Thronrede König Nikolaus'[b]), welche einen Passus über eine identische Organisation der beiden Armeen enthalte. Herr Pašić beurteilt angeblich diese Äußerung sehr skeptisch und glaubt nicht an die praktische Möglichkeit der Durchführung — im Hinblick auf „andere, äussere Faktoren" — wobei er vielleicht die russischen Instruktoren in Montenegro im Auge hatte. Der Herr Minister schloss dieses Thema mit den Worten, daß für derartige Abenteuer jetzt nicht der Zeitpunkt sei, — Serbien brauche nur eines, den Frieden. Etwas weniger bestimmt, aber immerhin befriedigend, waren die Äußerungen Herrn Pašić' über das Verhältnis zu Albanien. Serbien habe immer für einen christlichen Fürsten gestimmt, und das Gelingen des Putschversuches eines Izzet-Pascha etc. wäre auch für Serbien eine neue Quelle der Gefahr geworden. Serbien werde trachten, in gutem

Einvernehmen mit Albanien zu leben, welches es schon mit Rücksicht auf seinen Handelsweg zur Adria brauche, — Kinderkrankheiten müsse eben jedes neue Staatswesen durchmachen. Er, Pašić, könne sich sehr wohl denken, dass sich die Verhältnisse mit der Ankunft des Fürsten und der Formierung einer zielbewußten Regierung ziemlich rasch consolidieren könnten. Ein grosser Übelstand sei die Tätigkeit zahlreicher bulgarischer Komitadschis in Albanien, welche je eher unschädlich gemacht werden sollten. Ich verwies meinen Mitredner auf den Umstand, daß, wenn diese Komitadschis tatsächlich existiren, sie sich aus der aus Ochrida und Dibra vor den Serben geflüchteten bulgarischen Bevölkerung rekrutieren dürften, und dass der albanischen Regierung noch keine zulängliche bewaffnete Macht zur Verfügung stünde, — was Herr Pašić zugab. Ich bin weit entfernt, den Versicherungen des serbischen Minister-Präsidenten den Wert der vollen Aufrichtigkeit zuzuerkennen, und stütze mich eher auf die gegenwärtigen militärischen und finanziellen Verhältnisse im Königreiche, welche das Verfolgen einer Abenteurerpolitik automatisch und wirksam verhindern sollten. Diese Umstände allein lassen die friedlichen Äußerungen Herrn Pašić' als der gegenwärtigen Lage entsprechend und deshalb genügend glaubwürdig erscheinen. Giesl.

[a]) Vgl. n. 9426, 9440, 9445. — [b]) Pol. Chron. d. ö.-u. Mon. 1914, 72.

Nr. 9419. Bericht aus Berlin, 25. Feb. 1914 Nr. 14 A (eing. 26. Feb.). Ausfert.

Vorgestern holte ich im Auswärtigen Amt Erkundigungen darüber ein, welches die hiesigen Informationen betreffs der von den Zeitungen angekündigten türkischen Absicht eines eventuellen Einmarsches in Westthrazien seien. Sowohl der Staats- wie der Unterstaatssekretär erklärten, dass sie über eine solche Absicht der Türkei absolut keine Nachrichten hätten; ersterer versicherte, er sei im Gegenteil überzeugt, dass die Türkei sich zur Zeit nur mit der Inselfrage beschäftige und daher sicherlich nicht durch eine derartige Aktion die spätere Erfüllung ihrer Inselwünsche kompromittieren werde. Dies bot zu dem Einwurf Gelegenheit, dass, gerade weil die Türkei einerseits nicht die jetzige Regelung der Inselfrage als eine definitive ansehen wolle, anderseits aber doch einsehe, dass sie momentan sich schwer gegen die Entscheidung der Mächte auflehnen könne, die Befürchtung naheliege, dass sie bereits jetzt die Schwäche Bulgariens ausnützen und sich eine neuerliche Grenze mit Griechenland am Festland schaffen wolle, um in einem späteren Augenblick die Regelung der Inselfrage durch eine stärkere direkte Pression auf Griechenland durchführen zu können. Auf diesen Einwand wurde mir erwidert, dass nach allen, dem Auswärtigen Amte zugekommenen Nachrichten die Türkei, für einige Zeit wenigstens, keine kriegerischen Velleitäten habe. Die Nachrichten über den Zustand der türkischen Armee seien so unbefriedigend, dass Enver Pascha, der bei all seinem Draufgehertum doch kein unverständiger Soldat sei, einen solchen coup de tête sicherlich nicht unternehmen würde. . . . *Blätterstimmen über die deutsche Militärmission in Konstantinopel.* . . . Szögyény.

Nr. 9420. Bericht aus Berlin, 25. Feb. 1914 Nr. 14 B (eing. 26. Feb.). Ausfert.

Herr von Jagow, den ich über die Bedeutung, die er der Aufstellung neuer russischer Korps an der westlichen Grenze beimesse, befragte, erzählte mir, dass der kaiserlich deutsche Militärattaché in St. Petersburg diese Neuaufstellungen mit grosser Ruhe betrachte und dass sowohl die hiesigen militärischen Kreise als auch das Auswärtige Amt dieselben als eine natürliche Folge der allgemeinen Heeresvermehrungen ansehen und ihr keinen aggressiven Charakter beimessen. Szögyény.

Nr. 9421. Privatschreiben aus Berlin, 25. Feb. 1914 (eing. 26. Feb.). Ausfert.

Bei dem gestrigen Fastnachtsballe im königlichen Schlosse sagte mir Kaiser Wilhelm, er habe den deutschen Botschafter in Wien beauftragt, Euer Excellenz mitzuteilen, dass Er nunmehr entschlossen sei, im Laufe der zweiten Hälfte des Monats März auf einige Wochen nach Korfu zu reisen. Voraussichtlich werde Er die Reise via Wien und Venedig bald nach dem 20. des kommenden Monats antreten, Sich in Wien ganz kurz aufhalten und — wenn dies Seiner k. u. k. Apostolischen Majestät, Unserem Allergnädigsten Herrn genehm wäre — Allerhöchstdemselben einen kurzen Besuch in Schönbrunn abstatten. Von Wien beabsichtigt Kaiser Wilhelm direct nach Venedig zu fahren und sich dort einige Tage aufzuhalten. Hoffentlich werden — so meinte der Kaiser — die Zustände in Albanien Ihm gestatten, in Korfu einige Wochen der Ihm so notwendigen Erholung zu pflegen. Die bevorstehende Thronbesteigung des Prinzen zu Wied in Albanien beurteilt Seine Majestät nunmehr günstiger als zuvor. Er hege zwar noch immer ernste Bedenken, ob der Prinz tatsächlich im Stande sein werde, der seiner harrenden grossen Schwierigkeiten Herr zu werden. Nach Seiner Ansicht wäre die erste Aufgabe des neuen Fürsten, sich Essad Paschas irgendwie „sogar mit Gewalt" baldmöglichst zu entledigen, da es zweifellos sei, dass dieser trotz aller seiner in letzter Zeit geleisteten Treuschwüre nur auf den Augenblick warte, um sich selbst an des Fürsten Stelle zu setzen. Szögyény.

Nr. 9422. Erlaß nach Berlin, 27. Feb. 1914 Nr. 909.a) Konz. (S. Flotow; V. Forgách u. Berchtold; G. Berchtold).

Streng vertraulich. Es ist Euer Exzellenz bekannt, daß ich Herrn von Tschirschky wiederholt auf die Gründe aufmerksam gemacht habe, die es wünschenswert erscheinen ließen, wenn Bulgarien seinen dringenden Geldbedarf durch die Placierung einer Anleihe in Deutschland befriedigen könnte. Der Herr Botschafter versprach mir, hierüber nach Berlin zu berichten. Neuere, mir bezüglich dieser Frage zugekommene Nachrichten veranlassen mich, auf den Gegenstand zurückzukommen und Euer Exzellenz zu ersuchen, auch Ihrerseits im Auswärtigen Amte die Angelegenheit zur Sprache zu bringen. Bulgarischerseits wurden nämlich, wie ich erfahre, bezüglich der Aufnahme einer Anleihe bei deutschen Finanzinstituten

bereits Schritte unternommen. Andererseits kommt mir von zuverlässiger (nicht bulgarischer) Seite die Mitteilung zu, daß die französische Regierung in Sofia wissen hat lassen, sie wäre bereit, die Placierung eines bulgarischen Anlehens in Frankreich zu ermöglichen, unter der Voraussetzung, daß Bulgarien mit Rußland eine Militärkonvention abschließe. Ich ersuche Euer Exzellenz, Vorstehendes in streng vertraulicher Weise zur Kenntnis des Herrn Staatssekretärs zu bringen und zu bemerken, es schiene mir im Interesse aller Dreibundmächte gelegen, wenn diesem Versuch, durch eine finanzielle Pression Bulgarien zum Wiederanschluß an die Ententemächte zu nötigen, dadurch entgegengewirkt würde, daß die deutsche Regierung durch entsprechende Einflußnahme auf die dortigen Finanzkreise dem Abschlusse einer bulgarischen Anleihe in Deutschland die Wege ebnet. Österreichische und ungarische Banken würden sich auch an einer solchen Finanzaktion beteiligen. Die Placierung eines bulgarischen Anlehens in Deutschland und Österreich-Ungarn brächte es mit sich, daß diesen Ländern auch ein Anrecht auf die daraus resultierenden wirtschaftlichen Vorteile (Lieferungen) zukäme, wodurch — hauptsächlich wohl der deutschen Industrie — nicht nur eine nicht zu unterschätzende Erweiterung ihres Absatzgebietes zustatten käme, sondern auch die beinahe zwangsweise wirtschaftliche Fesselung Bulgariens an Frankreich vorderhand zum wenigsten gelockert werden könnte. Ohne diesbezüglich in Détails eingehen zu wollen, glaube ich beispielsweise nur einen Fall herausgreifen zu sollen, und zwar die französische Kontrolle in der Frage der Banderolesteuer. Nachdem das neue bulgarische Anlehen seine Garantie in den aus obiger Steuer sich ergebenden Überschüssen finden würde, so sollte sich eine Mitkontrolle Deutschlands (und Österreich-Ungarns) daran von selbst ergeben, was schon an und für sich eine Stärkung seiner wirtschaftlichen Position in Bulgarien bedeuten würde. Falls dagegen geltend gemacht würde, Bulgarien könnte durch den Erlös der Anleihe in den Stand gesetzt werden, eine aggressive Politik zu verfolgen, wollen Euer Exzellenz darauf hinweisen, daß die Frage sich nicht in der Weise stelle, ob Bulgarien finanziell ausgerüstet werde, sondern durch wen dies zu geschehen habe und in wessen Abhängigkeitsverhältnis es dadurch gelangen werde, da es außer Zweifel stehe, daß, falls die bulgarischen Anlehenswünsche von der deutschen Regierung in keiner Weise berücksichtigt werden, dieselben schließlich in Frankreich gegen Unterstellung Bulgariens unter die politische Vormundschaft des Zweibundes ihre Befriedigung finden werden. Ich hielte es für sehr bedauerlich, wenn seitens der deutschen Regierung in dem Augenblicke, da das Kabinett Radoslavoff die größten Anstrengungen macht, um Bulgarien von der ökonomischen und im übertragenen Sinne von der politischen Abhängigkeit Frankreichs beziehungsweise Rußlands zu befreien, diesem Bestreben keinerlei Verständnis entgegengebracht würde. Es kann uns nicht gleichgiltig lassen, wenn der Sofioter Regierung schon die Hoffnung auf eine Annäherung an die Monarchie und den Dreibund immer wieder zunichte gemacht wird. Auch ist zu bedenken, daß wir es als ein Axiom unserer Politik betrachten, daß der Weg Bulgariens nach Wien nur über Bukarest führen kann. In der ablehnenden Haltung, die das

Berliner Kabinett Sofia gegenüber unzweifelhaft einnimmt, wird aber die rumänische Regierung immer wieder einen Fingerzeig sehen, der sie von der Herstellung besserer Beziehungen zu Bulgarien abhalten wird. Andererseits dürfte es der deutschen Diplomatie nicht schwer fallen, bei Vergebung der Anleihe eine Formel über die Haltung Bulgariens gegen Rumänien festzulegen, welche etwaigem Mißtrauen in Bukarest den Boden zu entziehen imstande wäre. Über das Ergebnis Ihrer Aussprache mit Herrn von Jagow wollen Euer Exzellenz mir telegraphisch berichten. Zu Euer Exzellenz Information füge ich hinzu, daß Sondierungen der bulgarischen Regierung bei einer deutschen Bankgruppe ergeben haben, daß finanziell keine besonderen Schwierigkeiten gegen die Placierung der Anleihe in Deutschland bestehen würden.

a) Vgl. n. 9428.

Nr. 9423. Bericht aus London, 27. Feb. 1914 Nr. 10 A (eing. 2. März). Ausfert.

Die in manchen continentalen Blättern erschienenen Meldungen von einer Art permanenten Konferenz Sir E. Greys mit dem hiesigen französischen und russischen Botschafter zur Besprechung aller auftauchenden Fragen vom Standpunkte der Triple-Entente haben meinen deutschen und italienischen Kollegen etwas beunruhigt. Sowohl Fürst Lichnowsky als Marquis Imperiali fragten mich, was ich darüber dächte und ob ich näheres darüber gehört hätte. Mein italienischer Kollege hatte aus einem ihm von seiner Regierung mitgeteilten Petersburger Telegramm sogar entnommen, dass Sir E. Grey sich gegen dieses Projekt zuerst gewehrt, schliesslich aber dem Drängen Herrn Sazonows nachgegeben hätte. Ich sagte meinen zwei Kollegen, dass mir — so wie ich den Staatssekretär kenne — die Nachricht etwas märchenhaft klinge. Dass M. Cambon und Graf Benckendorff sehr intim sind und sich fortwährend sehen und dass mein französischer Kollege fast täglich im Foreign Office erscheint, sei mir wohl bekannt und ich zweifle nicht, dass fortlaufend ein reger Gedankenaustausch zwischen M. Cambon, Grafen Benckendorff und Sir A. Nicolson (den sie viel häufiger als Sir E. Grey sehen) stattfindet. Doch scheine es mir unwahrscheinlich, dass Sir Edward seine Zustimmung zur Schaffung einer Art inneren Rates der Triple-Entente erteile, der in London tagen würde und dadurch den Entschlüssen der Triple-Entente den Stempel der Persönlichkeit des verantwortlichen Leiters der britischen auswärtigen Politik erteilen würde. Ich habe seither Gelegenheit gehabt, in Privatgesprächen mit Sir W. Tyrrell diese Frage zu berühren. Die Äusserungen des Cabinetschefs des Herrn Staatssekretärs bestätigten meine Vermutungen. Er sagte mir, das Gerücht sei ursprünglich vom „Temps“ lanciert, dann von der „Novoje Wremja“ aufgegriffen worden und habe dann die Consecration des bekannten Dr. Dillon erhalten, der von Petersburg oder Moscau aus dem „Daily Telegraph“ darüber meldete, wobei er nicht unterliess, zu insinuieren, der vorzügliche Plan dieses Conclaves sei zuerst von ihm — Dillon — erfunden worden. „Erfunden“ — so meinte Tyrrell — sei hier tatsächlich der richtige Ausdruck, allerdings nicht in dem von Dr. Dillon gemeinten Sinne. Sir W. Tyrrell

sei von Journalisten — in erster Linie Pariser Correspondenten — bestürmt worden, diese Nachricht zu bestätigen, habe es aber abgelehnt, irgendeine Äusserung abzugeben und habe es auch nicht für der Mühe wert gehalten, ein Démenti erscheinen zu lassen. Das Gerücht werde von selbst wieder verschwinden. Er bemerkte, — wie ich es Lichnowsky und Imperiali gegenüber getan hatte — dass M. Cambon beinahe täglich bei Sir A. Nicolson vorspreche und wahrscheinlich auch täglich Grafen Benckendorff sehe, dass aber Sir E. Grey gewiss nicht darauf eingehen würde, eine Art von permanenter Conferenz der Triple-Entente in London zu schaffen.

Mensdorff.

P. S. Fürst Lichnowsky hat unseren russischen Kollegen direkt befragt, was an der Nachricht von diesen Konferenzen wahr sei. Graf Benckendorff antwortete, es sei ja nichts Neues, die wichtigen Fragen würden schon seit geraumer Zeit hier zwischen dem Foreign Office, M. Cambon und ihm fortlaufend besprochen. Dies bestätigt nur meinen oben gemeldeten Eindruck. Fortwährender Gedankenaustausch und grosse Intimität, aber keine neue Entwicklung im Sinne spezieller Konferenzen. Ich zweifle nicht, dass von französischer und russischer Seite gewünscht wird, diesen Besprechungen die grösstmöglichste Bedeutung zu geben, und dass Sir A. Nicolson diese Bestrebungen unterstützt, ich glaube aber nicht, dass Sir E. Grey persönlich auf etwas eingehen würde, das über den Rahmen eines regelmässigen und intimen Verkehres eines Ministers des Äussern mit den Botschaftern zweier befreundeter Mächte hinausgehen würde.

Mensdorff.

Nr. 9424. Tel. aus St. Petersburg, 27. Feb. 1914 Nr. 68 (eing. 28. Feb. 9 U. a. m.).[a] Entziff.

Prinz Wied, welcher heute früh zu zweitägigem Aufenthalte hier eingetroffen ist, wurde heute von Kaiser Nikolaus in Audienz empfangen und sodann der Familienfrühstückstafel beigezogen. Der Prinz äusserte sich mir gegenüber von der Aufnahme, die er gefunden, sehr befriedigt. Kaiser Nikolaus habe lebhaftes Interesse für albanesische Angelegenheiten gezeigt und ihm besten Erfolg gewünscht. Mit Herrn Sazonow hatte Prinz Wied eine längere Besprechung, in deren Verlauf der russische Minister bemüht war, den Internationalisierungsgedanken zu unterstreichen. Der Prinz sagte mir, er habe es vermieden, in dieser Frage allzusehr Stellung zu nehmen. Im übrigen habe Sazonow auch ihm gegenüber das geringere Interesse Russlands an Albanien betont und ihm zum Schlusse das Schicksal der Orthodoxen ans Herz gelegt, worauf er auf die bekannte Toleranz der albanesischen Mohammedaner hingewiesen habe. Szápáry.

[a] Vgl. n. 9397, 9403, 9425.

Nr. 9425. Tel. aus St. Petersburg, 28. Feb. 1914 Nr. 70 (eing. 1. März 9 U. a. m.).[a] Entziff.

Abreise des Prinzen Wied. Der Prinz Wied ist heute abends nach Berlin abgereist. Bei Verabschiedung auf dem Bahnhofe zeigte sich der Prinz sehr impressioniert von den mir nur aus den Zeitungen bekannten,

von meinem italienischen Kollegen jedoch auf Grund von aus Rom erhaltenen Nachrichten bestätigten Gerüchten über griechischen Aufstand der Epiroten. Prinz frug um Rat, ob angesichts dessen nicht ein Aufschub seiner Reise platzgreifen sollte. Ich widerriet entschiedenst, betonte ausschlaggebende Bedeutung der Ankunft des Herrschers und lokale Begrenzung der Bewegung. Auf Einwendung, dass albanesische Regierung machtlos, verwies ich auf internationalen Charakter der Angelegenheit und sagte ihm weiters, dass bei Abwarten nur immer neue und vielleicht ernstere Zwischenfälle zu gewärtigen wären. Mein italienischer Kollege empfahl dem Prinzen wärmstens Wahl Turkhan Paschas als Premierminister. Szápáry.

[a]) Vgl. n. 9424, 9431.

Nr. 9426. Bericht aus St. Petersburg, 15./28. Feb. 1914 Nr. 11 C (eing. 3. März).[a]) Ausfert.

Streng vertraulich. Ich suchte heute den Herrn Minister des Äussern auf, um mich vor meiner Abreise von ihm zu verabschieden und hatte bei dieser Gelegenheit ein längeres Gespräch mit ihm über die Lage auf dem Balkan. Herr Sazonow beurteilt zwar die balkanische Gesammtlage für die nächste Zeit recht ruhig, zeigte sich aber diesmal insoferne weniger optimistisch, als er, wenn auch nicht unmittelbar, so doch für späterhin Besorgnisse über die Entwicklung der Inselfrage äusserte. Er verwies auf die türkischen Schiffskäufe und auf die Unberechenbarkeit der heutigen türkischen Machthaber, welchen jedes Abenteuer zuzutrauen sei. Zudem behauptete Herr Sazonow eben Nachrichten erhalten zu haben, dass man italienischerseits nicht gesonnen sei, die Übernahme des Dodekanesos durch Griechenland ins Auge zu fassen, wodurch das Zustandekommen einer direkten Transaktion zwischen der Türkei und Griechenland ziemlich aussichtslos erscheine. Er habe zwar nie viel von dieser Möglichkeit gehalten, da Griechenland von einem Umtausch von Chios und Mytilene gegen die Zwölfinselgruppe bisher nichts wissen wollte, nun aber scheine selbst die erste Voraussetzung eines solchen Tauschgeschäftes geschwunden zu sein. Dies erzeuge umsomehr eine ernste Situation, als die Türken die Uneinigkeit der Mächte eskomptierten und sich, sobald die im Zuge befindlichen Schiffskäufe perfekt und ihr maritimes Übergewicht gesichert sei, als die Herren der Lage fühlen würden. Es entzieht sich meiner Beurteilung, wieweit die Nachrichten des Herrn Ministers, der es liebt, gelegentlich diskrete Brunnenvergiftungsversuche unter den Dreibundmächten anzustellen, und die eine bei der anderen anzuschwärzen, den Tatsachen entsprechen, und ob er nicht bloss insinuieren wollte, dass Italien sich den Dodekanesos schliesslich doch für eigene Rechnung reservieren möchte. Jedenfalls trug er Besorgnisse zur Schau und versuchte mit einer Bemerkung nicht nur Deutschland sondern auch uns in die Schuhe zu schieben, dass für eine allenfalls nötig werdende Koerzitivaktion gegen die Türkei auf die Einigkeit der Mächte nicht zu rechnen sei. Ich sah mich daher bemüssigt richtigzustellen, dass wir zwar nicht in die Lage gekommen seien, uns über die Frage der Koerzitivaktion konkrete Gedanken zu machen, da die Angelegenheit der Aktualität entbehrte, dass wir uns aber im Prinzipe solchen

Massnahmen nicht verschlossen hätten. Dass Griechenland die reichen Inseln Chios und Mytilene den Felseneilanden des Dodekanesos vorziehe, erscheine begreiflich, umsomehr als die geographische Lage der ersteren zugleich günstige Aussichten für ein allmähliges Übergreifen griechischen Einflusses auf das asiatische Festland eröffne. Im Übrigen scheine mir ein türkisch-griechischer Krieg, dessen erfolgreicher Verlauf für die Türkei von der Erringung der absoluten Seeherrschaft im ägaeischen Meere abhänge, angesichts der maritimen Unbeholfenheit der Türken bei aller Abenteuerlust, die in Konstantinopel herrschen möge, doch ein gewagtes Unternehmen. Ich nahm diese Gelegenheit wahr, um das Gespräch auf die Thronrede zu bringen, welche König Nikolaus von Montenegro unlängst an die Skuptschina gerichtet hat. Ich bemerkte, dass der König wohl mit einer starken Strömung zugunsten einer serbisch-montenegrinischen Union zu rechnen scheine, denn seine Thronrede mache den Eindruck, als ob er bestrebt wäre, mit diesen Tendenzen ein Auskommen zu finden. Sollten dieselben wirklich ernst zu nehmen sein, so sei dies eine Angelegenheit, die ebenso Österreich-Ungarn wie Russland angehe, denn beide Mächte könnten sich weder an dem Schicksale der montenegrinischen Dynastie desinteressieren, noch wäre es erwünscht, dass turbulente Vorgänge in jenen kleinen Staaten Anlass zu neuerlichen Reibungen zwischen den beiden grossen Monarchien bieten könnten. Aus den Gegenäusserungen Herrn Sazonows konnte ich entnehmen, dass man hier über die montenegrinische Herrscherfamilie ganz den Stab gebrochen zu haben scheint. Dem König billigt der Herr Minister wenigstens eine Vergangenheit zu, wenn er auch seine Popularität als aufs tiefste gesunken bezeichnete. Was er aber für unmöglich halte, sei, dass man in Montenegro die Herrschaft einer Persönlichkeit wie jene des Kronprinzen Danilo akzeptieren werde. Aber auch an den übrigen Prinzen der Familie Petrović-Njeguš liess der Herr Minister kein gutes Haar, und schien die Chancen der dauernden Erhaltung ihrer Herrschaft auf das niedrigste einzuschätzen. Die Frage sei zwar nicht aktuell, meinte er weiter, komme es aber zu einer dynastischen Krise in Montenegro, würde wohl nichts übrig bleiben, als die Leute gewähren zu lassen, da man sie doch zur Duldung einer nicht nur unpopulären, sondern wenig geachteten Dynastie nicht zwingen könne. Ich erwiderte, dass ich hierüber nur meine persönliche Ansicht äussern könne, dass mir, der ich natürlich unter dem Eindrucke der eben abgeführten grossen diplomatischen Kämpfe um Albanien stehe, jedoch scheine, es würden unter solchen Umständen Interessen Österreich-Ungarns in Frage kommen, für welche dasselbe eben erst mit unbeugsamem Nachdruck eingetreten sei. Übrigens sei zu hoffen, dass solche Entwicklungen, wenn sie überhaupt platzgreifen sollten, in weiter Ferne lägen, und dass wir dann jedenfalls in der Lage sein würden, mit Russland darüber in Fühlung zu bleiben. Der Herr Minister ergieng sich hierauf in Betrachtungen über die Wandlung politischer Anschauungen, die sich ja im Laufe der Jahre auch bei uns einstellen könnte, besonders wenn Serbien, wie es ja in der Natur der Dinge liege, mit uns in ein freundschaftliches Verhältnis getreten sein werde. Auch verwies er auf die nach seiner Ansicht analoge Entwicklung im Schwarzen Meere und in der Adria

und versuchte — diesmal ohne den zumeist beliebten Seitenhieb auf Italien — eine Parallele zwischen den Meerengen und der Strasse von Otranto zu konstruieren.[1]) Da mir nur daran gelegen gewesen war, die St. Petersburger Gesinnungen gegenüber Montenegro und dessen Dynastie festzustellen, durch Andeutung zu gewärtigender Schwierigkeiten auf die, wie es scheint, vorhandenen Neigungen zur Begünstigung des Uniongedankens womöglich dämpfend zu wirken, und durch Berührung einer konkreten, uns interessierenden Frage unsere Bereitwilligkeit zu einem ungezwungenen Gedankenaustausch zu dokumentieren, sah ich mich nicht veranlasst,[2]) den Erörterungen Herrn Sazonows weiter zu folgen. Szápáry.

[1]) ? — [2]) ?

[a]) Vgl. n. 9417, 9418, 9427, 9440, 9445, 9890.

Nr. 9427. Privatschreiben aus St. Petersburg, 15./28. Feb. 1914 (eing. 3. März).[a]) Ausfert.

Streng vertraulich. Meiner heutigen Expedition möchte ich hiemit noch diese Zeilen anfügen, um Dir einiges von meinen Erlebnissen und Impressionen zur Kenntnis zu bringen, das sich entweder seiner Bedeutung oder seiner Natur nach nicht zur formellen Berichterstattung eignet. ... *Galizische Angelegenheiten; Bobrinskij* ... Wie Du aus einem anderen Berichte[a]) meiner heutigen Expedition ersehen wirst, habe ich auch einen Versuch unternommen festzustellen, wie weit heute hier die Neigung und Möglichkeit über konkrete Balkanfragen Fühlung zu nehmen, vorhanden ist. Ich habe zu diesem Zwecke die Frage der serbisch-montenegrinischen Unionsbestrebungen angeschnitten, weil diese, abgesehen von der ihr innewohnenden hohen Wichtigkeit, für unsere Interessen die Gelegenheit bot, sich über die bezüglichen hiesigen Tendenzen zu orientieren. Ich bin jetzt überzeugt, dass man die Sache von hier aus ohne viel zu reden, zum mindesten ihren Gang gehen lassen, wenn nicht gar betreiben wird, es sei denn, dass wir in Petersburg rechtzeitig der Überzeugung Raum verschaffen, dass eine solche Umwälzung von uns nicht ohne weiters hingenommen werden würde. Wie Du aus eigener Erfahrung weisst, sind die ersten Lebenstage eines Botschafters auf einem neuen Posten, und besonders in Petersburg, durch Curialien und gesellschaftliche Anforderungen so ausgefüllt, dass ich um Entschuldigung bitten muss, wenn meine Berichterstattung einen mehr rhapsodischen Charakter aufweist. Andererseits hat sich hieraus der Vorteil für mich ergeben, dass ich im Hinblick auf den jetzigen Höhepunkt der hiesigen Saison immerhin in der Lage war, einige Leute kennen zu lernen. Der Wärmegrad, mit welchem man hier einem normalen Ankömmling entgegentritt, ist mir natürlich unbekannt, ich habe aber nicht das Gefühl, dass von den gesellschaftlichen Rankünen, welche das politisch so bewegte Vorjahr hier gegen uns ausgelöst hat, heute noch viel übrig ist. Von Seiten des Hofes glaube ich sogar einer besonders freundlichen Aufnahme teilhaftig geworden zu sein. Unlängst hatte ich meine Antrittsaudienz bei der Kaiserin-Mutter. Die höchste Frau, welcher ich allerdings durch das mit meiner Familie seit vielen Jahren benachbarte und befreundete Haus Cumberland empfohlen war, bereitete mir einen äusserst gnädigen

Empfang. Im Verlaufe der Audienz geriet das Gespräch auf dem Wege über die schweren Verluste, welche die Kaiserin in ihrem Familienkreise erlitten hat, auch auf das politische Gebiet. Ich war frappiert von der tiefgehenden Abneigung gegen alles, was bulgarisch ist, welche hiebei zum Ausdruck kam. Die Kaiserin ist überzeugt, dass der Mörder ihres Bruders ein Bulgare war, und konnte Sich nicht daran genugtun, die politische Hinterlist der Bulgaren und ihres Königs („der Ferdinand mit der langen Nase") zu brandmarken. Aber auch gegen Rumänien schien die höchste Frau nicht auf das allerbeste gestimmt, denn es fiel ein Hieb auf die Königin Elisabeth ab, von welcher die Kaiserin meinte, sie habe wohl dem Prinzenpaar Wied den (ironisch) guten Rat gegeben, nach Albanien zu gehen. Die Albanesen bezeichnete die höchste Frau überhaupt nur als Räuber. Bei dem grossen Einfluss, welchen die Kaiserin auf Ihren kaiserlichen Sohn ausübt, glaubte ich Dir diese Stimmungssymptome aus dem Kreise der kaiserlichen Familie immerhin vermelden zu sollen. — Über die innerpolitische Situation kann ich Dir nichts berichten, was sich der Mühe verlohnte. Aus dem üppig in die Halme schiessenden diplomatischen Tratsch so vieler Leute, die nichts wissen, lässt sich kein anderes Bild gewinnen als das der Konfusion. Aus wirklich guter Quelle soll die Nachricht stammen, dass Kaiser Nikolaus schon bei der Abschiedsaudienz Kokowzows, welcher Ihm die Undurchführbarkeit des in dem Reskripte an den neuen Finanzminister Bark enthaltenen Programmes vorstellte und darauf verwies, dass aus diesem Grund seine drei Gehilfen alle um ihre Enthebung ansuchen würden, so umgefallen sein soll,[1]) dass Er in Tränen ausbrach und nicht nur Kokowzow zum Grafen machte, sondern auch alle drei Ministergehilfen zu Reichsratsmitgliedern (!) ernannte und Kokowzow ausdrücklich ermächtigte, kundzutun, diese Ernennungen seien eine Anerkennung für das ganze Finanzressort. Nun soll der Kaiser anlässlich eines am 23./10. d. M. abgehaltenen Ministerrates zur allgemeinen Überraschung auf die Notwendigkeit verwiesen haben, die Reformen des Oktobermanifestes durchzuführen! Ich habe den Eindruck, dass nunmehr, wo eine widernatürliche Koalition von Rechtsnationalisten und Liberalen, von Agrariern und Merkantilisten den auf einer Zick-zack-Mittellinie pendelnden Kokowzow beseitigt hat, die Koalierten sich nun gegenseitig hineinzulegen trachten, wobei Witte jetzt etwas die Oberhand zu gewinnen scheint. Mit der äusseren Politik dürfte dies Alles insoferne zusammenhängen, als sich der ganze Reigen gegen Deutschland wendet, welches bis zum Beginn der nächsten Handelsvertragsverhandlungen möglichst isoliert und dann ausgepresst werden soll. Die Agrarier möchten ihre Produkte billig nach Deutschland hineinbringen, die Merkantilisten die deutsche Ware durch hohe Zölle aus Russland ausschliessen, also finden sich alle zusammen, um gegen Deutschland zu bluffen. Diesem Streben nach politischer Isolierung Deutschlands entspringt auch zum Gutteile das zur Schau getragene Entgegenkommen gegen uns. Denn was die Russen heute sonst von uns wollen könnten, ist mir unerfindlich und wäre wohl auch schon im Verlaufe der Monate, durch welche uns Avancen gemacht werden, zum Vorschein gekommen. Morgen trete ich den mir Allergnädigst bewilligten Urlaub an und werde nicht verfehlen, mich tunlichst bald zur

mündlichen Berichterstattung zu melden. Ich muss aber vorerst um die Erlaubnis bitten, mich von den bei meiner Frau obwaltenden Verhältnissen zu überzeugen, um zu sehen, ob ich mich noch mit Beruhigung auf einen Tag entfernen kann. Szápáry.

[1]) ! ?

[a]) Vgl. n. 9426, 9573.

Nr. 9428. Tel. aus Berlin, 1. März 1914 Nr. 90 (eing. 2. März 9 U. a. m.).[a]) Entziff.

Streng vertraulich. Bulgarische Anleihe. Inhalt Erlasses vom 27. v. M. Nr. 909 mit Staatssekretär besprochen und ihm nahegelegt, dass abgesehen von politischer Bedeutung der bulgarischen Anleihe in Deutschland und Österreich-Ungarn, auch die daraus resultierenden wirtschaftlichen Vorteile (Lieferungen) für unsere Länder wertvoll seien. Herr von Jagow erwiderte, dass er dies vollkommen einsehe, und gab zu, dass die Euer Exzellenz zugekommene Nachricht, dass französische Regierung in Sofia wissen liess, sie wäre bereit, die Placierung eines bulgarischen Anlehens in Frankreich unter der Voraussetzung, dass Bulgarien mit Russland eine Militärkonvention abschliesse, zu ermöglichen, von grosser Bedeutung sei. Trotz alledem müsse er wiederholen, dass der finanzielle Markt Deutschlands schon jetzt und in nächster Zeit derart in Anspruch genommen sein werde, dass eine entsprechende Einflussnahme im Interesse einer bulgarischen Anleihe auf die Berliner Finanzkreise mit den allergrössten Schwierigkeiten verbunden sein werde. Insbesonders seien die preussischen Handelsminister Sydow und Finanzminister Lentze für den Abschluss einer bulgarischen Anleihe in Deutschland nicht zu gewinnen. Sogar beim letzten rumänischen Abschluss wäre es dem Auswärtigen Amte sehr schwer gelungen, diese beiden für finanzielle Fragen massgebenden Minister dazu zu überreden. Die bedeutende Überzeichnung der letzten in Deutschland abgeschlossenen Anleihe sei kein Beweis, dass Geld auch für andere Länder hierzulande zu haben sei. Von bulgarischerseits eingeleiteten Schritten bei deutschen Finanzinstituten sei der kaiserlichen Regierung nur so viel streng vertraulich bekannt, dass die bulgarische Regierung bei einer Hamburger Bankgruppe Sondierung unternommen habe. Auf die Anfrage letzterer Bankgruppe, deren Namen mir der Staatssekretär nicht nennen wollte, sei von der deutschen Regierung geantwortet worden, dass sie mit dem Abschlusse dieses Anlehens einverstanden sei. Ob aber diese Gruppe über genügende Mittel verfüge, erschien ihm sehr fraglich. Herr von Jagow versicherte mich, dass gegen die Placierung einer bulgarischen Anleihe in Deutschland einzig und allein finanzielle Schwierigkeiten obwalten und dass man die Annäherung Bulgariens an den Dreibund sehr gerne unterstützen würde. Auf Wunsch des Staatssekretärs habe ich ihm eine Notiz über den meritorischen Inhalt des obzitierten Erlasses übergeben. Es wäre vielleicht vorteilhaft, auch die Grossindustriellenkreise Deutschlands auf die bulgarischen Anlehensabsichten und die daraus erfolgenden industriellen Bestellungen aufmerksam zu machen, damit sie eventuell ebenfalls eine Pression auf deutsche Regierung aus eigenem Interesse ausüben würden. Ich habe Marineattaché Graf Colloredo

ersucht, vertraulich beim Staatssekretär des Reichsmarineamtes Andeutungen betreffs Eventualität Zuteilung derartiger Bestellungen für den Fall Abschlusses bulgarischen Anlehens an deutsche Werke zu geben. Szögyény.

[a]) Vgl. n. 9432, 9442.

Nr. 9429. Tel. aus Bukarest, 1. März 1914 Nr. 80 (eing. 2. März 9 U. a. m.). Entziff.

Militärische Vorkehrungen in Russland. Konsulat Jassy berichtet soeben über auffällige kriegerische Vorbereitungen an österreichisch-russischer und rumänisch-russischer Grenze: Ersetzung der Grenzwache durch Kosaken und Gendarmerie aus Warschau, Einberufung vieler Reservisten auch der Marine der Schwarzen Meer-Flotte, grosse Ankäufe von Vieh und Fourageartikel. In Leovo am Pruth sollen Quartiermacher eingetroffen sein, die für Unterbringung grösserer Infanterie- und Pionierabteilungen vorzusorgen hätten. Nach Jassy aus Russland kommende Kaufleute berichten über wachsende Gährung der Kleinrussen in der Ukraine. Die Bevölkerung lehnt sich gegen die panslawistische Propagande auf und sei für Anschluss an die Polen. Angeblich dabei starke Propaganda der österreichischen Ruthenen und Polen. Bericht[a]) aus Jassy folgt.[b]) Ottokar Czernin.

[a]) Wurde mit Bericht Nr. 16, 2. März 1914 (eing. 4. März) aus Bukarest vorgelegt, dessen Inhalt aber durch obiges Telegramm erschöpfend wiedergegeben ist. — [b]) Randbemerkung des Grafen Alexander Hoyos: Das Kriegsministerium hat im Sinne dieser Meldung Erkundigungen eingezogen und festgestellt, dass die Nachrichten unbegründet sind.

Nr. 9430. Tel. nach Rom, 1. März 1914 Nr. 188 (chiffr. 9 U. 30 M. a. m.). Konz. (S. Flotow; V. u. G. Berchtold).

Streng vertraulich. Wir haben sichere Anhaltspunkte dafür, daß man italienischerseits darauf bedacht ist, die Ankunft des für Albanien neuernannten italienischen Gesandten in Durazzo so einzurichten, daß er als Erster dem Fürsten sein Beglaubigungsschreiben überreicht und dadurch das Dekanat im dortigen fremden diplomatischen Corps erlangt. Die Gründe, die solches der italienischen Regierung als wünschenswerth erscheinen lassen, bestünden auch für uns. Es schiene uns aber unwürdig, es diesbezüglich gleichsam auf ein Wettlaufen unserer beiderseitigen Gesandten ankommen zu lassen. Um einer derartigen Eventualität auszuweichen, hielte ich den Gedanken für erwägenswerth, daß wir und Italien uns freundschaftlich dahin einigen, den Vortritt dem von der rumänischen Regierung bereits designierten rumänischen Gesandten zu lassen. In diesem Vorgehen läge gleichzeitig eine Aufmerksamkeit für König Carol, welche durch Höchstdessen verwandtschaftlichen Bande zum Herrscher Albaniens gewissermaßen motivirt erschiene. Sollten Euer Exzellenz keine Bedenken gegen diesen Ausweg geltend zu machen haben, ersuche ich Hochdieselben, die fragliche Lösung bei Marquis di San Giuliano anzuregen und ihn womöglich zu einer sofortigen Antwort zu vermögen, da wir einen Aufschub in der Entsendung des k. und k. Gesandten auf jeden Fall vermieden sehen wollen, gegebenen Falles auch die entsprechenden Schritte in Bukarest ungesäumt unternehmen müßten. Berchtold.

Nr. 9431. Tel. nach Berlin Nr. 86 (1) und Rom Nr. 189 (2), 2. März 1914 (chiffr. 3 U. p. m.). Konz. (S. Hohenlohe; V. u. G. Macchio).

1. Statim. Graf Szápáry telegraphiert unterm 28. v. M. aus St. Petersburg: ... *wie n. 9425* ... Unterm gleichen Datum telegraphiert aus Athen Herr von Szilassy (Nr. 117): „Epirusbewegung. Habe mit Herrn Streit und Herrn Venizelos länger gesprochen. Nach ihren letzten Nachrichten ist bisher nur in der Chimara (6 bis 7000 Einwohner) unter Spiromilios Unabhängigkeit proklamiert worden, im übrigen Teile des Epirus aber gähre es. Morgen soll in Argyrocastro von Zographos Unabhängigkeit proklamiert werden. Beide Minister befürchten Ausdehnung größerer Unruhen und eventuelle Massakers, wenn keine Garantien wenigstens für Existenz des griechischen Elementes durch Antwort Europas gegeben werden und wenn albanesische Truppen nicht durch holländische Offiziere im Zaum gehalten werden. Morgen werde nun Evakuierung bei Kaza Koritza beginnen, dies sei ein Glück, denn dort sei Bevölkerung am ruhigsten, wenn dort alles glatt vor sich gehe, würden andere Teile sich wohl beruhigen. Truppen hätten Befehl, albanesische Truppen beim Einmarsch militärisch zu begrüßen. Sehr wichtig sei, meinten beide Minister, daß der Fürst raschestens seinen Thron besteige. Truppen würden bleiben, um womöglich Ordnung zu halten, Chimara allein habe man evakuiert, weil es ein Gebirgsland sei, eigentlich nie vollständig okkupiert, und es lohne sich nicht, dagegen Expedition zu machen, was auch nicht Sache der hiesigen Regierung sei." Euer Exzellenz wollen vom Telegramm aus Athen Fürsten von Albanien verständigen und Ihm sagen, daß auch ich es für äußerst wünschenswert und wichtig halte, daß Er jede Verzögerung in seinem Reiseplan vermeide, um ehestens in Albanien einzutreffen und die Regierung zu übernehmen.

2. Ich telegraphiere unter einem an Grafen Szögyény: (Inseratur Telegramm sub 1. in extenso.) Ich ersuche Euer Exzellenz, Marquis di San Giuliano Vorstehendes mitzuteilen und ihn zu bitten, dem italienischen Botschafter in Berlin einen analogen Auftrag zu erteilen. Berchtold.

Nr. 9432. Tel. aus Berlin, 2. März 1914 Nr. 92 (eing. 3. März 9 U. a. m.).[a] Entziff.

Streng vertraulich. Bulgarische Anleihe. Zu meinem gestrigen Telegramm Nr. 90. In Abwesenheit des Staatssekretärs, der sich auf kurzen Urlaub begeben hat, sagte mir Unterstaatssekretär, dass das im obzitierten Telegramme erwähnte Hamburger Bankhaus M. Warburg und Cie. sei. Herr Zimmermann wiederholte mir, dass auf die Anfrage dieser Bank vom Auswärtigen Amte die (Antwort)[b] erteilt wurde, dass die deutsche Regierung ganz einverstanden damit sei, wenn durch Vermittlung dieses Bankhauses die in Rede stehende Anleihe abgeschlossen würde. Aus hiesigen zuverlässigen Bankhäusern verlautet, dass Warburg die Absicht habe, diese Anleihe mit schweizerischer, holländischer, englischer und auch amerikanischer Hilfe in Verbindung mit Londoner Firma Schröder und New-Yorker Bank Loeb durchzuführen. Diese Art Anleihe würde anscheinend Bedenken hiesiger Bankhäuser abschwächen, da Anlehen dann in Hamburg statt

Berlin cotiert würde. Auch würde noch so geringe Beteiligung Englands Kauflust deutschen Publikums erhöhen. Szögyény.

[a]) Vgl. n. 9442. — [b]) Chiffre fehlt.

Nr. 9433. Bericht aus Konstantinopel, 2. März 1914 Nr. 15 A (eing. 5. März). Ausfert.

Geheim. Der hiesige bulgarische Gesandte welcher, wie Euer Exzellenz aus meinen telegrafischen Berichten[a]) der letzten 14 Tage bekannt, nach seiner Rückkehr aus Sofia die Lage äusserst pessimistisch beurteilte, scheint nunmehr im Grossen und Ganzen beruhigter zu sein. Herr Toscheff hatte von seiner Reise in Bulgarien recht schlechte Eindrücke mitgebracht und machte damals mir gegenüber gar kein Hehl daraus, dass die Russophilen und namentlich die orthodoxe Geistlichkeit in seinem Vaterlande eine äusserst heftige Agitation im russischen Sinne entwickelten. Besonders den bulgarischen Exarchen, welcher, wie Euer Exzellenz bekannt, jetzt in Sofia residiert, bezeichnete Herr Toscheff geradezu als einen politischen Agitator im Dienste Russlands. Auch über die Wahrnehmungen, welche Herr Toscheff während seiner Reise durch Westtracien gemacht hatte, schien derselbe höchst beunruhigt. Er kam mit dem Eindrucke von dort zurück, dass die türkische Regierung in dieser Provinz die Sachen mehr oder weniger vollständig in ihrer Hand habe und dass es in ihrer Macht stünde, dieses Land von heute auf morgen zu occupieren. Die Besprechungen, welche Herr Toscheff gleich nach seiner Rückkehr mit den hiesigen Ministern hatte, bestärkten ihn noch in dieser Auffassung. Er konnte namentlich bei Talaat Bey und Djemal Pascha constatieren, dass sie grosses Misstrauen gegenüber Bulgarien hegten und dass diese Staatsmänner dahin trachteten, Bulgarien in eine Zwangslage zu bringen, ja es eventuell sogar gegenüber Russland zu compromittieren. So erklärte sich nämlich Herr Toscheff, wie in meinem Telegramm vom 20. v. Mts. Nr. 88 ausgeführt, das Drängen Djemal Paschas auf sofortige Unterfertigung der geheimen Convention. Überhaupt glaubte der bulgarische Gesandte aus seinen Gesprächen mit Djemal Pascha sowie auch aus verschiedenen anderen Anzeichen den Schluss ziehen zu können, dass ein grosser Teil der hiesigen Machthaber sich von der bisherigen Dreibund-freundlichen Richtung abwenden und ins andere Lager abschwenken wolle. Wie ich Euer Exzellenz telegrafisch[a]) berichtet habe, suchte mich Herr Toscheff wiederholt auf und sagte mir, dass er sich in der unangenehmen Lage befinde, wahrscheinlich Constantinopel verlassen zu müssen, da er sich persönlich in der Frage der geheimen Convention den türkischen Staatsmännern gegenüber zu sehr engagiert fühle. Meine Unterredungen mit dem Grossvezier, Talaat Bey und Enver Pascha, über welche ich in meinem Telegramm vom 16. v. M. Nr. 80 berichtet habe, scheinen nicht ohne Eindruck auf die hiesigen Minister geblieben zu sein. Einige Tage später erhielt Fethi Bey von hier Instructionen, infolge deren er seine bekannte Note in der Pomakenfrage zurückzog. Bald darauf gab der Grossvezier dem bulgarischen Gesandten von dieser Tatsache Kenntnis und auf diese Weise kamen die Dinge wieder in ein besseres Fahrwasser. Auch meine Besprechungen am letzten Montag mit dem Gross-

vezier, Talaat Bey und Djemal Pascha, über die ich mit meinem Telegramm vom 23. v. M. Nr. 97 Meldung erstattet habe und in welchem ich die mir in Euer Exzellenz Telegramm Nr. 61 vom 21. v. M. an die Hand gegebenen Argumente verwertete, scheinen noch weiter dazu beigetragen zu haben, die Situation zu klären. Herr Toscheff, welcher damals unmittelbar nach mir Gelegenheit hatte mit dem Grossvezier und Talaat Bey zu sprechen, suchte mich hierauf sofort auf, um mir zu sagen, er hätte constatieren können, dass meine letzte Unterredung von der besten Wirkung auf diese beiden Staatsmänner gewesen sei. Er sei gekommen, um mir hiefür seinen Dank auszusprechen. Ich teilte bei dieser Gelegenheit dem Herrn Gesandten auch mein Gespräch mit Djemal mit, über welches sich Herr Toscheff sehr befriedigt zeigte. Namentlich beruhigte ihn meine Mitteilung, dass Djemal vorläufig auf der sofortigen Unterfertigung des geheimen Abkommens nicht weiter bestehen wolle, da diese Forderung Herrn Toscheff am meisten beunruhigt hatte. Die Idée Djemals, das gedachte Abkommen in die Form eines einfachen Notenaustausches zu kleiden, welche ich in meinem letztcitierten Telegramme erwähnt habe, fand bei Herrn Toscheff Anklang und sagte er mir, er werde sich die Sache überlegen und eventuell seiner Regierung einen diesbezüglichen Vorschlag machen. Was meine persönliche Auffassung der Lage anbelangt, so möchte ich vor Allem constatieren, dass die Versicherungen, welche der Grossvezier mir gegenüber gemacht hat, bei mir den Eindruck der Aufrichtigkeit hervorgerufen haben. Ich habe auch nicht verfehlt, ihm bei dieser Gelegenheit zu sagen, dass man in Europa Vertrauen in seine Person hätte und dass speciell sich Euer Exzellenz der Hoffnung hingeben, er werde nach wie vor im bisherigen beruhigenden Sinne wirken. Said Halim Pascha ist für derartige Anerkennungsäusserungen seines persönlichen Einflusses sehr empfänglich und versicherte er mich wiederholt, man könne wenigstens für die nächste Zukunft völlig beruhigt sein. Es werde gewiss, dafür stehe er gut, keine abenteuerliche Politik verfolgt werden. Nach den Erfahrungen, welche ich hier zu machen Gelegenheit hatte, bin ich trotzdem, auch was die Versicherungen des Grossveziers anbelangt, etwas skeptisch. Wenn man auch in seinen guten Willen volles Vertrauen hat, ist immer noch die Frage, ob im entscheidenden Momente nicht Andere mächtiger sein werden als er. Ein Beispiel, wie wenig man auf Versicherungen hiesiger Staatsmänner bauen kann, ist der bekannte Fall mit der italienischen Concession in Süd-Anatolien, wo, wie es scheint, in einer so wichtigen Angelegenheit hinter dem Rücken des Grossveziers eine Entscheidung getroffen wurde. Was die Beteuerungen der anderen Minister anbelangt, so glaube ich, dass dieselben, vielleicht für den Augenblick wenigstens, ebenfalls aufrichtig gemeint sein können. Es ist aber die Frage, ob sich nicht in der nächsten Zukunft schon eventuell eine Gelegenheit bieten werde, welche diesen Herren günstig erscheinen könnte, sich in irgend ein Abenteuer zu stürzen. Darüber muss man sich jedenfalls klar sein, dass alle türkischen Staatsmänner, inclusive des Grossveziers, das Ziel vor Augen haben, erstens die Inseln und zweitens Westtracien der Türkei wieder anzugliedern. Ich möchte sogar sagen, dass ihnen Westtracien noch mehr am Herzen liegt als die Inseln, weil ersteres doch mehr

oder weniger als ein mohammedanisches Land zu betrachten ist. Mehr als die Versicherungen der türkischen Staatsmänner beruhigen mich aber die Erklärungen, welche General von Liman kürzlich meinem deutschen Collegen gegenüber abgegeben hat. Derselbe behauptet, dass es der türkischen Armee heute an Allem fehle und es absolut unmöglich sei, mit dieser Armee im gegenwärtigen Augenblick irgendeine grössere Action zu unternehmen. Ausserdem versicherte der genannte General Baron Wangenheim, dass ihm und den übrigen deutschen Offizieren von irgendwelchen Massnahmen, welche auf Vorbereitungen zu einem Kriege schliessen liessen, gar nichts bekannt sei, und wäre es bei der Stellung, welche die deutsche Militär-Mission in dem türkischen Heere jetzt einnehme, ausgeschlossen, dass man vor ihr derartige Vorbereitungen, wenn sie bestünden, verheimlichen könnte. Die auch von mir Euer Exzellenz gemeldeten Vorkehrungen auf den Orient-Bahnen wurden allerdings ins Werk gesetzt, dieselben seien aber durchaus nicht solcher Natur, dass sie auf eine bevorstehende Mobilisierung hindeuteten. Es handle sich vielmehr um Dispositionen, die vom militärischen Standpunkte aus in jedem Falle notwendig seien und deren Mangel eben einer der Gründe für den unglücklichen Ausgang des letzten Krieges gewesen sei. Pallavicini.

a) n. 9400, 9405.

Nr. 9434. Bericht aus Konstantinopel, 2. März 1914 Nr. 15 B (eing. 5. März). Ausfert.

Streng vertraulich. Vor einiger Zeit war in den Zeitungen die Nachricht verbreitet, die rumänische Regierung habe hier die Erklärung abgeben lassen, dass Rumänien nicht unthätig bleiben könnte, falls die Türkei und Bulgarien etwas unternehmen würden, um die durch den Bukarester Frieden geschaffene Lage zu ändern. Ich habe hierüber den Grossvezier befragt, welcher mich versicherte, dass diese Nachricht vollkommen aus der Luft gegriffen sei. Auch der rumänische Gesandte sagte mir, dass er keinen derartigen Auftrag aus Bukarest erhalten habe. Herr Mano fügte aber hinzu, dass über die thatsächliche Haltung Rumäniens in einem solchen Falle, nach allem was hierüber bisher in die Öffentlichkeit gedrungen sei, wohl kein Zweifel obwalten könne. Pallavicini.

Nr. 9435. Bericht aus Konstantinopel, 2. März 1914 Nr. 15 C (eing. 5. März).a) Ausfert.

Streng vertraulich. Bei meinem letzten Pfortenbesuche sprach mir der Grossvezier, wie mit meinem Telegramme vom 23. v. M. Nr. 95 bereits gemeldet, von der Idée, zwischen der Türkei, Rumänien und Bulgarien eine Art Entente herzustellen. Der Gedanke Said Halim Paschas geht dahin, vorläufig in Bukarest sondieren zu lassen, ob man dort geneigt wäre, unter gewissen Umständen einer Änderung des Bukarester Friedens zu Gunsten Bulgariens zuzustimmen. Der Grossvezier möchte wissen, welche Bedingungen Rumänien in diesem Falle stellen würde. Seiner Ansicht nach sollte Bulgarien vorläufig ganz aus dem Spiele gelassen werden, jedoch hat er Herrn Toscheff von dieser Idée gesprochen. Letzterer ist, wie Euer Exzellenz

bekannt, von jeher ein Anhänger dieses Gedankens gewesen und sieht in der Verwirklichung desselben die Grundbedingung zum Abschlusse der bulgarisch-türkischen Alliance. Der bulgarische Gesandte denkt hiebei blos an gewisse Garantien, welche sein Vaterland den Rumänen bezüglich der kutzo-vallachischen Bevölkerung in Macedonien bieten könnte; ferner müsste nach Herrn Toscheffs Ansicht Rumänien ein freier Weg ans Ägäische Meer zugesichert werden. Der Grossvezier hingegen ist der Meinung, dass Rumänien jedenfalls territoriale Compensationen auf Kosten Bulgariens fordern werde. Selbstverständlich ist die Idée, welche diesem Plane zugrundeliegt, die, dass Bulgarien Cavalla und vielleicht noch mehr in Macedonien bekommen solle, wogegen der Türkei Westtracien zufiele und die Inselfrage in türkischem Sinne geregelt werden würde. Nach Ansicht des Grossveziers wäre diese Combination nur dann durchführbar, wenn die ganze Sache sozusagen unter der Ägide Österreich-Ungarns ins Werk gesetzt würde. Von rumänischer Seite sind, wie Euer Exzellenz bekannt, gewisse Annäherungsversuche an die Türkei gemacht worden. Der türkische Senator Bazaria Effendi hat dem bulgarischen Gesandten diesbezüglich mitgeteilt, dass er im Briefwechsel mit Herrn Bratianu stehe. Der ebengenannte türkische Senator hat sich ferner einem hiesigen Journalisten gegenüber dahin geäussert, dass Herr Bratianu die Absicht habe, in die Lösung der Inselfrage vermittelnd einzugreifen und dass ihm die Idée vorschwebe, den beiden Teilen den Vorschlag zu machen, dass Mytilene an die Türkei, Chios an Griechenland kommen solle. Es ist dies meiner Ansicht nach ein Vorschlag, der, wenn er wirklich gemacht werden sollte, keine Aussicht auf irgendeinen Erfolg haben würde, da er weder den einen noch den anderen Teil befriedigt. Ich kann hier nicht beurteilen, ob und inwieferne in Bukarest daran gedacht wird, sich nicht allein der Türkei, sondern auch Bulgarien zu nähern. Vorläufig scheint mir eine Entwicklung in dieser Richtung unwahrscheinlich. Rumänien dürfte sich schon viel zu weit mit Griechenland und Serbien eingelassen haben, als dass es in diesem Augenblicke gewillt sein könnte, den Kurs seiner Politik ganz zu ändern; umso weniger als ja heute Rumänien die Aufrechterhaltung des Bukarester Friedens als sein hauptsächliches politisches Ziel hinstellt. Ich bin immer der Meinung gewesen, dass eine Allianz Rumäniens mit Bulgarien nicht erreichbar ist, solange letzteres dahin strebt, auf der Balkanhalbinsel eine präponderante Rolle zu spielen, was ja der Fall wäre, wenn die bulgarischen Aspirationen verwirklicht würden. Obwohl ich also die Pläne Said Halim Paschas mit grosser Skepsis beurteile, glaubte ich doch, ihn in seinem Vorhaben eher bestärken zu sollen, da es mir jedenfalls besser erscheint, wenn die türkischen Staatsmänner mit dieser politischen Idée beschäftigt sind, als wenn sie auf andere abenteuerliche Pläne verfallen. Pallavicini.

[a]) Vgl. n. 9437, 9443.

Nr. 9436. Bericht aus Konstantinopel, 2. März 1914 Nr. 15 D (eing. 5. März).[a]) Ausfert.

Streng vertraulich. Baron Wangenheim, der vor einigen Tagen vom Urlaube zurückgekehrt ist, sprach mir bei seinem ersten Besuche ziemlich

viel von der deutschen Militär-Mission. Wie Euer Exzellenz aus meiner Berichterstattung[a]) bekannt, hat sich der deutsche Botschafter vor seiner Abreise mir gegenüber wiederholt dahin ausgesprochen, dass Deutschland in der Frage der Militär-Mission nicht nachgeben könne; dies sei mit Rücksicht auf die Stimmung in der deutschen Armee und im deutschen Volke nicht möglich. Infolge dessen befand sich nun Baron Wangenheim mir gegenüber in einer unangenehmen Lage und will er jetzt die Sache so darstellen, als sei der Rücktritt des Generals Liman von Sanders vom Corpscommando des 1. Armeecorps vom Standpunkte der erspriesslichen Tätigkeit der Militär-Mission nur ein Vorteil. Es wäre blos ein sachlicher Fehler gewesen, dass man von Anfang an dem genannten deutschen General das Corpscommando übergeben habe. Trotz dieser Auseinandersetzungen meines deutschen Collegen konnte ich doch den weiteren Äusserungen desselben entnehmen, dass man in Berlin sich dessen wohl bewusst ist, in dieser Frage Russland nachgegeben zu haben. Baron Wangenheim sagte mir nämlich, der deutsche Kaiser habe in Petersburg erklären lassen, er wolle von der ganzen Angelegenheit nichts mehr hören und würde ein Zurückkommen hierauf russischerseits als eine unfreundliche Handlung ansehen. Es wurden nämlich (vergl. meinen Bericht v. 9. v. M. Nr. 10 F) von Russland noch kürzlich mit Beziehung auf das Commando der Division in Scutari, welches ein deutscher Offizier innehat, gewisse Bedenken geltend gemacht. Von verschiedenen Seiten höre ich, dass die hiesige Stellung der Militär-Mission, speciell Limans, dem Kriegsminister Enver Pascha gegenüber keine sehr gute sein soll. Man erzählt sich und ich habe Grund anzunehmen, dass es wahr ist, dass der Chef der deutschen Militär-Mission sich mit Enver Pascha nicht ganz verstehe. Baron Wangenheim behauptet freilich, dass diese Gerüchte völlig unbegründet seien. Es bestehe das beste Verhältnis zwischen diesen beiden Generalen und Enver Pascha tue nichts, ohne vorher Herrn von Liman zu fragen. Ferner sollen, wie bereits in meinem Berichte vom 9. v. M. Nr. 10 F erwähnt, auch Misshelligkeiten im Schosse der Militär-Mission selbst entstanden sein, welche unter anderem auch zur Folge hatten, dass der Adjutant des deutschen Generals, Oberstleutnant von Strempel, plötzlich Constantinopel verliess und angeblich aus Gesundheitsrücksichten in die Heimat abgereist ist. Pallavicini.

[a]) Vgl. n. 9132, 9437, 9505.

Nr. 9437. Privatschreiben an den Sektionschef Grafen Johann Forgách aus Konstantinopel, 2. März 1914.[a]) Abschrift.

Deinem freundlichen Briefe vom 24. v. M.,[b]) für welchen ich Dir bestens danke, entnehme ich, dass die Lage in Konstantinopel Euch viel Sorgen macht. Es kann keinem Zweifel unterliegen, daß man mit der Eventualität eines plötzlichen coup de main rechnen muß. Ich will dies durchaus nicht in Abrede stellen, aber vorderhand und, wenn nicht inzwischen auf dem Balkan Komplikationen eintreten sollten, glaube ich nicht, daß dies zu befürchten wäre. Die Männer, die heute an der Spitze stehen, sind allerdings junge, ehrgeizige Leute, aber ein Angriff auf Bulgarien scheint mir

doch nicht wahrscheinlich zu sein, namentlich in Anbetracht des Umstandes, daß es den türkischen Machthabern vor allem darum zu tun ist, baldmöglichst die Anleihe in Paris abzuschließen. Außerdem ist auch die Armee kaum in der Lage, eine ernste Aktion zu riskieren. Ich begreife vollkommen, wie unangenehm es von unserem Standpunkte wäre, wenn türkischerseits ein Angriff auf Bulgarien einsetzen sollte, aber wie gesagt, dies scheint mir nicht wahrscheinlich, namentlich solange der jetzige Großvezier die Dinge einigermaßen in den Händen behält. Ich arbeite mit Hochdruck und habe, glaube ich, doch einen gewissen Einfluß, namentlich auf Talaat Bey, von dem vieles abhängt. An die Realisierbarkeit der Idee des Grossveziers glaube ich nicht; ich führe dies in einem meiner heutigen Berichte*c)* aus. Meine Ansicht ging immer dahin, daß man Rumänien und Bulgarien nicht zusammenspannen kann. Ich glaube, darauf Anspruch machen zu können, daß ich mich in rumänischen Dingen etwas auskenne. Rumänien wird immer in Bulgarien einen Feind und Rivalen erblicken und wird nie zugeben, daß Bulgarien zu stark werde. Auch scheint mir Rumänien schon zu sehr mit Serbien und Griechenland engagiert zu sein, gleichgültig, ob eine geschriebene Alliance besteht oder nicht. Wenn eine solche bestehen sollte, wird man dies ja doch geheim halten und niemand könnte deshalb unseren Vertretern in Bukarest, Athen und Belgrad einen Vorwurf machen, wenn sie hievon nichts wüßten. Aber wie gesagt, das ist auch ganz gleichgültig, nachdem doch alle Welt weiß, daß diese drei Staaten gemeinsame Interessen haben und gewillt sind, dieselben gemeinsam zu vertreten. Meiner Meinung nach ist es vergebene Mühe, Rumänien gewinnen zu wollen, aber es ist ganz gut, wenn die türkischen Staatsmänner sich mit der Idee beschäftigen, dies hält sie vielleicht von anderen minder harmlosen Plänen und Beschäftigungen ab, man muß sie daher, meines Erachtens nach, in ihren Bemühungen unterstützen. Wie ich Dir schon wiederholt gesagt habe, ist für mich der schwärzeste Punkt Rumänien. Es ist ein großer Irrtum, wenn man sich einbildet, daß unsere rumänische Politik im Innern irgend einen Einfluß auf unser Verhältnis zum Königreiche haben könnte. Die Sorge um das Schicksal der Brüder jenseits der Berge ist und war immer für die rumänischen Politiker ein bloßer Vorwand. Ganz dasselbe wie seinerzeit bei den Bulgaren, Griechen und Serben in Bezug auf die Brüder in Mazedonien. Heute können ja nur politische Kinder mehr glauben, daß ihr Zweck die Befreiung dieser Brüder war; ebenso ist es mit den Rumänen; jeder Rumäne, und ich nehme nicht einmal den König aus, strebt nach dem Besitze Siebenbürgens und der Bukowina. Wenn es sich herausstellen sollte, daß die Höllenmaschine von Debreczin aus Rumänien gekommen ist, so müßte dies sehr zu denken geben. A propos ich bitte Dich, veranlassen zu wollen, daß man bei Mitteilungen hieramtlicher Berichte, in welchen vertrauliche Informationen von Wangenheim enthalten sind, an unsere Botschaft in Berlin vorsichtig sein soll, da Szögyény, wie ich höre, im Auswärtigen Amte manches erzählt, was eben nicht notwendig ist und Wangenheim unangenehm sein könnte.

Pallavicini.

P. S. Soeben meldet mir Oberst Pomiankowski, er habe eine vertrauliche Mitteilung erhalten, laut welcher Kaiser Wilhelm der hiesigen deutschen

Militärmission den Befehl zugehen ließ, daß sie alles vermeiden möge, was irgendwie in Petersburg unangenehm berühren könnte. Namentlich hätte sie nicht zu weiteren Befestigungen am Bosporus zu raten. Infolgedessen hätten General Liman und die anderen deutschen Generale die Befestigung der Linie Kirkilisse, Adrianopel, Dimotika ins Auge gefaßt und zu diesem Zwecke einen Plan ausgearbeitet. Dieser Plan soll jedoch Enver Pascha nicht genehm sein, da letzterer vor allem die Hauptstadt schützen will und daher die Notwendigkeit einer weiteren Befestigung der Tschataldscha-Linie und der Stellung bei Bulair ins Treffen führt. Nachdem jedoch das nötige Artilleriematerial fehlt, um sowohl diese beiden Stellungen sowie die Linie Kirkilisse, Adrianopel, Dimotika zu befestigen, so will Enver auf die letztere wenigstens vorläufig verzichten. Diese Nachricht, wenn sie richtig ist, wäre in doppelter Hinsicht interessant: erstens würde sie zeigen, daß Kaiser Wilhelm aus Furcht vor Rußland selbst Konstantinopel opfern würde und zweitens, daß Enver Pascha wenigstens in diesem Augenblicke an keine Offensive gegen Bulgarien zu denken scheint. Die Nachricht stammt aus guter Quelle. Pallavicini.

[a]) Vgl. n. 9436, 9607. — [b]) Liegt nicht bei den Akten. — [c]) Vgl. n. 9435.

Tel. nach Rom, 2. März 1914 Nr. 189 (chiffr. 3 U. p. m.). Siehe n. 9431.

Nr. 9438. Bericht des Legationssekretärs Grafen August Demblin aus Sofia, 2. März 1914 Nr. 22 C (eing. 5. März). Ausfert.

Der Herr Ministerpräsident kam mir gegenüber heute auf den bekannten, kürzlich erschienenen Artikel der „Samouprava" zu sprechen und sagte, er habe dem hiesigen serbischen Gesandten vor einigen Tagen über den Ton, den das serbische Regierungsblatt gegen Bulgarien angeschlagen habe, Vorstellungen gemacht. Herr Antić habe mit einer verlegenen Phrase geantwortet, die ungefähr dahin lautete, dass doch auch offiziöse Organe oft Dinge schrieben, die den Intentionen der Regierung nicht entsprächen. Seitdem habe nun — erzählte mir Herr Radoslavoff — die serbische Regierung der bulgarischen gegenüber ausdrücklich ihr Bedauern wegen des Artikels aussprechen lassen, jedoch nicht etwa durch ihren hiesigen berufenen Vertreter, sondern durch Herrn Savinsky, der, ohne dass Herr Radoslavoff mit ihm schon früher über die Angelegenheit gesprochen hätte, gestern speziell zu dem Zwecke zum Ministerpräsidenten gekommen sei, um ihm zu sagen, Herr Pašić hätte Hartwig ausdrücklich gebeten, der bulgarischen Regierung durch den hiesigen russischen Gesandten, sein (Pašić') Bedauern über den Inhalt jenes Artikels aussprechen zu lassen. Herr Radoslavoff meinte, der fragliche Artikel habe ja allerdings der russischen Politik, die doch die Aussöhnung zwischen Serbien und Bulgarien predige, am wenigsten gelegen kommen müssen, so dass das Interesse Herrn Hartwigs für die Applanierung der Angelegenheit verständlich sei; dass aber auch der, jedenfalls auf Hartwigs Vorstellungen hin, beschlossene Schritt der serbischen Regierung Bulgarien gegenüber durch den russischen Gesandten erfolgt ist, sei doch bezeichnend. Demblin.

Nr. 9439. Tagesbericht über einen Besuch des deutschen Botschaftsrates, 3. März 1914 Nr. 947. Konz. (S. und G. Hoyos).

Der kaiserlich deutsche Botschaftsrath hat heute einen Bericht des kaiserlich deutschen Gesandten in Athen hieramts zur Verlesung gebracht, worin Graf Quadt über eine Unterredung mit König Konstantin Meldung erstattet, in deren Verlaufe Seine Majestät dem Gesandten mittheilte, er beabsichtige den Fürsten von Albanien bei seiner Ankunft in Durazzo telegrafisch zu begrüßen. Der König habe sein Bedauern darüber geäußert, daß die albanesische Gendarmerie noch so schwach sei und daß der holländische Commandant derselben derzeit in Durazzo weile. Seine Majestät fürchte Blutvergießen im Epirus, habe aber dem Grafen Quadt versichert, daß die griechische Regierung alles thun werde, um Ruhestörungen hintanzuhalten.

Nr. 9440. Bericht des Gerenten des Vizekonsulates Kanzleisekretärs Heinrich Hoflehner aus Nisch, 3. März 1914 Nr. 26 (eing. 5. März).[a] Ausfert.

Das Interesse für die Frage einer ganz engen Föderation zwischen Serbien und Montenegro ist in hiesigen politischen Kreisen anhaltend ein sehr reges. Man versichert, daß das Projekt auf dem besten Wege zur Verwirklichung ist. Mit der Feststellung der Details seien schon seit längerer Zeit Spezialdelegierte beschäftigt, die in aller Heimlichkeit tätig sind. Vielleicht schon in sehr naher Zeit werde die zur Tatsache gewordene Union der zwei serbischen Staaten, die jener zwischen Österreich und Ungarn gleicht, dem überraschten Europa sich präsentieren. Das in Montenegro sich hie und da noch zeigende Widerstreben werde dadurch gebrochen, daß dem in materieller Beziehung total erschöpften Land nur dann eine Hilfe in Aussicht gestellt wird, wenn es sich den von Russland protegierten Fusionsplänen fügt. Serbischerseits ist man übrigens der sicheren Überzeugung, daß nach König Nikola die vereinigten Staaten nur mehr einen Herrscher haben werden. Abschrift nach Belgrad vorgelegt. Hoflehner.

[a]) Vgl. n. 9418, 9426.

Nr. 9441. Bericht des Gerenten des Vizekonsulates Kanzleisekretärs Heinrich Hoflehner aus Nisch, 3. März 1914 Nr. 28. Abschrift.[a]

Ein Skupschtina-Abgeordneter äusserte sich gegenüber seinen hiesigen Parteigenossen, dass die neuerliche Anleihe Serbiens im Betrage von einer halben Milliarde bereits so gut als gesichert ist. Angeblich wird dieses Geld für Eisenbahnarbeiten benötigt, in Wirklichkeit aber kommt es zum weitaus grösseren Teile für militärische Zwecke zur Verwendung. Frankreich weiss dies wohl und ist damit vollkommen einverstanden. Abschrift nach Belgrad vorgelegt. Hoflehner.

[a]) Aus dem Archive der Gesandtschaft Belgrad (eing. 5. März). Der Originalbericht fehlt.

Nr. 9442. Bericht aus Berlin, 4. März 1914 Nr. 16 (eing. 5. März.).[a] Ausfert.

Streng vertraulich. Im Nachhange zu meiner telegrafischen Berichterstattung[b]) lege ich Euer Exzellenz die Antwortnotiz[c]) des Auswärtigen

Amtes über die Möglichkeit der Placierung einer bulgarischen Anleihe am deutschen Markte vor. Der Inhalt derselben deckt sich vollkommen mit dem von mir bisher auch aus hiesigen Bankkreisen in Erfahrung Gebrachten, dass nämlich das Auswärtige Amt den politischen Gründen, die für den Abschluss einer solchen Anleihe sprechen, sich nicht verschliesst, der königliche preussische Handelsminister Herr Sydow sich aber unbedingt weigert, die Erlaubnis zu irgendeiner auswärtigen Anleihe (eine eventuell uns zu gewährende ausgenommen) zu erteilen. Ich habe übrigens von verschiedenen, höchst einflussreichen hiesigen Finanzleuten erfahren, dass ganz abgesehen von der vorerwähnten kategorischen Einwilligungsverweigerung des preussischen Handelsministers man in den hiesigen Bankkreisen wohl wenig Lust finden würde, ein bulgarisches Anlehen zu übernehmen. Der Gesamtgeldbedarf Bulgariens, nur für die allernächsten paar Jahre berechnet, belaufe sich auf mindestens 500 Millionen Fcs. (abgesehen von ungefähr 200 Millionen Fcs. zur Rückzahlung der Requisitionsbons). Würde man nun Bulgarien 250 Millionen Fcs. geben, so würde es damit vor allem die jederzeit rückforderbaren Schatzscheine in der Höhe von 100 Millionen Fcs. an Frankreich zurückzahlen müssen, eine Entlastung des französischen, momentan in einer für Deutschland sehr günstigen Weise stark überspannten Geldmarktes, die sicherlich nicht im Interesse der hiesigen Finanzkreise gelegen sein könne. In kürzester Zeit müsste Bulgarien, da es mit den restanten 150 Millionen nur die allerdringendsten Bedürfnisse decken könne, eine weitere Anleihe von 200—250 Millionen eingehen und diese zweite Anleihe könne dann ganz sicherlich nicht mehr in Deutschland placiert werden. Bulgarien würde dann also doch an Frankreich herantreten müssen und würde dann die daraus resultierende politische Situation ganz dieselbe sein wie derzeit. Auf meine Einwendungen, dass die letztjährigen Ereignisse doch zur Genüge bewiesen hätten, wie wenig man die Vorgänge am Balkan voraussehen könne, und dass es daher vor allem darauf ankäme, Bulgarien nicht schon jetzt mit Gewalt in die französisch-russischen Arme zurückzuzwängen, erhielt ich die stereotype Antwort: wolle man jetzt Bulgarien finanziell helfen, so sei das nur dann möglich und verspreche nur dann politischen Nutzen, wenn man den Entschluss gefasst habe, die vollständige Finanzierung des Königreiches in die Hand zu nehmen; und dazu reichten die hiesigen Mittel unbedingt nicht. Als Beweis, dass die deutsche Weigerung, das jetzige Geldbedürfniss Bulgariens zu befriedigen, nicht speziell gegen dieses Land gerichtet ist, möchte ich erwähnen, dass gestern ein hier auf kurze Zeit weilender Bukarester Bankier Legationsrat Baron Haymerle erzählte, er sei hier, um zu versuchen, eine Bukarester Stadtanleihe zu placieren, doch hätte man ihm allgemein erklärt, für auswärtige Anleihen sei in Deutschland derzeit kein Geld zu haben. Desgleichen habe der rumänische Staat die Absicht, demnächst ein Anlehen von 200 Millionen Fcs. für Expropriationszwecke in Form von staatlich garantierten Obligationen auf die Casa rurale aufzunehmen, doch sehe sich selbst die rumänische Regierung infolge der Erklärung des preussischen Handelsministers, keine ausländischen Anleihen zu gestatten, gezwungen, wegen Abschlusses dieser Finanzoperation an Frankreich heranzutreten. Wenn es nach dem Vorgesagten also wohl

kaum möglich sein wird, die in Rede stehende bulgarische Anleihe hier in Berlin zu placieren, so scheint es doch nicht ausgeschlossen, dass, wie ich bereits telegrafisch Euer Exzellenz zu melden die Ehre hatte, das bestens bekannte Hamburger Bankhaus M. M. Warburg und Co. mit Beihilfe des Hauses Schröder in London und Loeb und Co. in New York, bei beabsichtigter Heranziehung englischen, amerikanischen, holländischen und schweizerischen Kapitals dem bulgarischen Geldbedürfnisse abzuhelfen gesonnen ist.

Szögyény.

a) Über den weiteren Fortgang der bulgarischen Anleiheverhandlungen unterrichten die Tel. nach Berlin, 26. März 1914 Nr. 96, 27. März Nr. 97, aus Berlin 28. März Nr. 106, 30. März Nr. 107, 31. März Nr. 109, aus Rom 29. März Nr. 199, nach Berlin 30. März Nr. 99, aus Berlin 3. April Nr. 113, 6. April Nr. 119, nach Berlin 8. April Nr. 111 und aus Berlin 9. April Nr. 122, die sich mehr mit rein finanziellen und volkswirtschaftlichen Erwägungen beschäftigen und daher nicht aufgenommen wurden. Über das Scheitern der Verhandlungen trotz der Bemühungen Berchtolds siehe n. 9517, 9520, 9522, 9676, 9739, 9832. — b) n. 9428, 9432. — c) Beilage.

Beilage zu 9442. Notiz des deutschen Auswärtigen Amtes; Berlin, 3. März 1914. Ausfert.

Die Kaiserliche Regierung teilt die Auffassung der K. u. K. Österreichisch-Ungarischen Regierung, dass die Dreibundmächte etwaigen Versuchen der Französischen Regierung, durch finanzielle Pression Bulgarien in die wirtschaftliche Abhängigkeit der Ententemächte zu bringen und zum politischen Anschluss an den Zweibund zu nötigen, durch tunlichste Berücksichtigung der bulgarischen Anleihewünsche entgegenwirken sollten. Das Auswärtige Amt ist zu diesem Zwecke schon vor einiger Zeit mit dem Königlich Preussischen Herrn Handelsminister ins Benehmen getreten und hat hierbei im wesentlichen die Gesichtspunkte geltendgemacht, die auch von Seiner Exzellenz dem Herrn Grafen Berchtold für die Befriedigung des bulgarischen Geldbedarfs angeführt werden. Der Herr Handelsminister hat sich jedoch unter Hinweis auf die gegenwärtige Marktlage in Preussen mit Entschiedenheit gegen die Zulassung einer bulgarischen Anleihe ausgesprochen. Er hob unter anderem hervor, dass der preussische Markt, abgesehen von den erheblichen Bedürfnissen des Reichs und Preussens, auch von den Gemeinden und Industriegesellschaften fortgesetzt stark in Anspruch genommen werde und dass neben der rumänischen und der kürzlich emittierten ungarischen Anleihe in naher Zukunft voraussichtlich auch mit neuem österreichischen Anleihebedarf zu rechnen sei. Gerade um den Markt für die Anforderungen der verbündeten Monarchie leistungsfähig zu erhalten, glaubt der Minister gegenüber anderweitigen ausländischen Anleihewünschen bis auf weiteres Zurückhaltung beobachten zu müssen. Die Kaiserliche Regierung muss hiernach weitere Versuche, den preussischen Markt für eine Anleihe zu gewinnen, zu ihrem lebhaften Bedauern vorderhand als aussichtslos betrachten. Das Auswärtige Amt hat jedoch, in Würdigung der von Graf Berchtold geltend gemachten Gesichtspunkte, einem namhaften Hamburger Bankhaus seine Zustimmung zu Verhandlungen über eine bulgarische Anleihe ausgesprochen und wird zu gegebener Zeit für die Zulassung einer solchen Anleihe an der Hamburger Börse eintreten.

Nr. 9443. Tel. aus Konstantinopel-Pera, 4. März 1914 Nr. 104 (eing. 7 U. p. m.).[a] Entziff.

Annäherungsversuche zwischen Türkei, Bulgarien und Rumänien. Mit Bezug auf meinen Bericht vom 2. d. M. Nr. 15 C. Grossvezir hat mir vorgestern mitgeteilt, er habe auf seine Sondierung in Bukarest wegen eventueller Annäherung Rumäniens auch an Bulgarien noch keine Antwort erhalten. Bulgarischer Gesandter hat mir diesbezüglich gesagt, er sei der Meinung, man müsse im Falle einer rumänisch-bulgarischen Verständigung die Eventualität einer Änderung des Bukarester Vertrages ganz aus dem Spiele lassen, da König Karl denselben als sein persönliches Werk ansehe und nicht daran rütteln lassen werde. Man müsse sich vorläufig darauf beschränken, auf kommerziellem und verkehrspolitischem Gebiete eine Annäherung herzustellen, und dann den Rumänen durch entgegenkommende und freundschaftliche Haltung im Laufe der Jahre die Nützlichkeit der bulgarischen Freundschaft vor Augen führen. Auf diese Weise könnten erstere vielleicht mit der Zeit den bulgarischen Aspirationen günstiger gestimmt werden.

Pallavicini.

[a] Vgl. n. 9464.

Nr. 9444. Tel. des Legationsrates Grafen Otto Czernin aus St. Petersburg, 4. März 1914 Nr. 73 (eing. 6 U. 15 M. p. m.).[a] Entziff.

Geheim. Laut geheimer Konfidentenmeldung beschloss Ministerrat auf Grund Vorschlages des Marineministers und „in Anbetracht der gegenwärtigen schwankenden politischen Lage sowie der raschen Verstärkung der türkischen Seekräfte", einen Ergänzungskredit für eilige Instandsetzung und Erhöhung der Kampffähigkeit der Schwarzen Meer-Flotte zu sichern. Der gesamte Ergänzungskredit belaufe sich auf 7,200.000 Rubel. Hievon sollen 2,730.000 Rubel sofort disponibel gemacht werden, während der Rest sich auf die Jahre 1915 und 1916 verteilen und durch die Kammern bewilligt werden soll. Die dringendsten Auslagen wären nach meinen Informationen Anschaffung von Whitehead- und Sperrminen sowie komplettierende Armierung und Ausrüstung der Schiffe. Zur Lieferung soll mit Rücksicht auf Dringlichkeit auch das Ausland herangezogen werden. Otto Czernin.

[a] Vgl. n. 9488.

Nr. 9445. Bericht aus Belgrad, 6. März 1914 Nr. 36 (eing. 7. März).[a] Ausfert.

Streng vertraulich. Auch die hiesige Presse (so die „Stampa" vom 1. l. M.) beschäftigt sich nunmehr, gleich den Blättern fast aller Länder, mit der Ehescheidung des Prinzen Mirko von Montenegro und mein italienischer College wurde von Rom aus darüber informiert, dass in San Remo eine Zusammenkunft der Königin von Italien mit den Prinzen Danilo und Mirko und den Eltern der Prinzessin Natalie stattgefunden habe, um womöglich einen öffentlichen Skandal zu vermeiden und nochmal eine Aussöhnung herbeizuführen. Die Ursache der schon im Herbste vorigen Jahres durch

die Abreise der Prinzessin Natalie nach Italien de facto erfolgten Trennung wird in der Presse meist unrichtig dargestellt und bestand in der Hauptsache darin, dass Prinz Mirko vor einigen Jahren eine Lehrerin am russischen Institut in Cetinje, die Schweizerin Mlle. Fritsch, verführte, welche später über Einschreiten des Königs Nicolaus aus Montenegro abgeschoben wurde. Zu Beginn des Balkankrieges, im Herbst 1912, erschien Mlle. Fritsch abermals, diesmal als „barmherzige Schwester" in Cetinje und es begann ihr Zusammenleben mit dem Prinzen Mirko im Feldlager, mit täglichen Champagnergelagen, welches das öffentliche Aergernis in höchstem Maße erregte und zu lauten Verwünschungen des Paares seitens der Offiziere und Mannschaften, welche neben dem Prinzlichen Zelte hungern und frieren mussten, führte. Die Affaire mit der Frau des Eigenthümers des Hôtel „Marina" in Antivari liegt in der Zeit um Vieles zurück. Diese Details verblassen übrigens gänzlich angesichts der Tragweite, welche diese Affaire für die weitere und definitive Discreditierung der Königlichen Familie und folgerichtig für den Bestand der Dynastie gewinnen kann. Erbprinz Danilo hatte niemals einen nennenswerten Anhang im Lande, er gilt mit Recht als weich, ränkesüchtig, verlogen und geizig. Seine notorische Feigheit im letzten Kriege hat ihn um den letzten Rest von Sympathien gebracht und trifft ihn zum grössten Teile die Schuld, dass Skutari nicht in den ersten Wochen des Feldzuges, als die Verteidigung noch nicht organisiert war, genommen wurde. Prinz Mirko, der durch seine affichierte Schneidigkeit, Hass gegen Oesterreich und Unterwerfung unter Russland, immer auf Sympathien im Volke und der Armee zählen konnte und, diese benützend, die Stellung seines Bruders systematisch und mit Erfolg untergrub, — kann in Folge seines Charakters und der wiederholten Familienskandale als Candidat für die Erbfolge gleichfalls nicht mehr ernst genommen werden. Es kann wohl Niemand, der die Entwicklung der beiden serbischen Staaten in den letzten Jahren verfolgt hat, daran zweifeln, dass die Union Serbiens mit Montenegro kommen muss oder wenigstens zum gelegenen Momente versucht werden wird. Als Zeitpunkt für die Durchführung wurde — im gegenseitigen stillschweigenden Einvernehmen — allgemein das Ableben König Nicolaus' angenommen, — selbstredend unter der Voraussetzung, dass die Herrschaft über die vereinigten Länder auf die Dynastie Karageorgević übergehen sollte. Diese Fristbestimmung wurde von den zur Union treibenden Kräften beider Länder in das Programm aufgenommen und, wenn nicht alle Zeichen trügen, auch von Russland sanktioniert. Wie aus meinen Berichten[b]) aus Cetinje vom Vorjahre vielleicht noch erinnerlich, hat Russland, welches damals alle Beziehungen zu Montenegro abgebrochen hat, vornehmlich aus dem Grunde eingelenkt, sich erbötig gemacht die Armeesubvention wieder zu bezahlen, das Deficit zu decken und Instruktoren zu entsenden, weil es die Intervention Oesterreich-Ungarns im Unionsfalle fürchtete und erwartete und die Bewegung nach seinem Gutdünken regeln und in der Hand behalten wollte. Der Niederbruch des Prestige der Dynastie Petrović-Njeguš, der durch den Ehezwist des Prinzen Mirko einen neuen Impuls erhält, könnte, wenn er sich rascher als vorausgesehen vollzieht, die Berechnungen und die Absicht, einen natürlichen Abschluss

abzuwarten, umstossen und — wenigstens in Montenegro — die am Werke befindlichen Kräfte zu raschem Handeln anregen. In diesen möglichen Folgen und deren Rückwirkung auf unsere Stellungnahme zur Union scheint mir die Bedeutung der Vorgänge in der Königlichen Familie zu liegen. Ich empfing gestern den Besuch des Herrn von Hartwig, der, entgegen seiner sonstigen Gepflogenheit, das Gespräch über die politische Lage eröffnete und dabei auch die Unionsbestrebungen erörterte. Die Ausführungen meines russischen Collegen bestärkten mich in der Ueberzeugung, dass man in Russland wohl die montenegrinische Dynastie, nicht aber das Land fallen gelassen habe, und seinen Einfluss durch Geld und Instruktoren verstärkt aufleben lässt. Herr von Hartwig ist auch der Ansicht, dass der Zeitpunkt für die Durchführung der Union noch nicht gekommen (wahrscheinlich weil die russischen Rüstungen noch nicht beendet) und diesbezüglich von Seite Serbiens keine Ueberraschung zu fürchten sei, — eher könnten die Montenegriner übereilt vorgehen, und habe er den hiesigen montenegrinischen Minister Miušković eindringlich gewarnt, eine Dummheit zu begehen. Ich warf leichthin und als ob diese Worte nicht an die Adresse meines Mitredners gerichtet wären, ein, dass auch ich nicht annehmen könne, Serbien würde eine Provokation jetzt versuchen, welche die Intervention der interessierten Mächte todsicher nach sich ziehen müsste. Der russische Gesandte erwähnte bei dieser Gelegenheit, dass unser Botschafter in St. Petersburg eine bezügliche Anfrage an Herrn Sasonow gerichtet habe und von der Antwort, welche das Vorgehen Russlands in Montenegro mit den obenangeführten Raisonnements begründe, befriedigt gewesen sei.[c] Giesl.

[a] Vgl. n. 9418, 9486. — [b] n. 8952, 9006. — [c] Vgl. n. 9426.

*Nr. **9446**. Tel. aus Berlin, 6. März 1914 Nr. 99 (eing. 11 U. 50 M. p. m.).[a] Entziff.*

Artikel der „Kölnischen Zeitung" über deutsch-russische Beziehungen. Im Nachhange zu meinem Berichte vom 4. l. M. Nr. 17.[b] Russischer Botschafter hat auftraggemäss dem Staatssekretär gegenüber das Befremden seiner Regierung über den in Rede stehenden Artikel der dem Auswärtigen Amte nahestehenden „Kölnischen Zeitung" ausgesprochen. Herr von Jagow hat dem Botschafter geantwortet, dass den betreffenden Auslassungen des genannten Blattes das hiesige Auswärtige Amt ebenso wie die deutsche Botschaft in Petersburg vollkommen fernstünden und dass dieselben durchaus nicht gebilligt würden. Streng vertraulich. Trotz aller Ableugnungsversuche lässt sich nicht leugnen, dass in hiesigen massgebenden Kreisen über die getroffenen militärischen Massnahmen Russlands ziemliche Beunruhigung herrscht und fällt es schwer, daran zu glauben, dass die „Kölnische Zeitung" den in Rede stehenden Artikel ganz ohne vorherige Fühlungnahme mit deutschen massgebenden Kreisen erscheinen liess. Szögyény.

[a] Vgl. n. 9470. — [b] Mit Bericht Nr. 17, 4. März 1914 (eing. 7. März) wurde der bekannte Artikel der „Kölnischen Zeitung" vom 2. März 1914 (Petersburger Korrespondenz) und eine offiziöse Kundgebung dazu im „Lokalanzeiger" vom 3. März 1914 aus Berlin auszugsweise mitgeteilt.

Nr. 9447. Tel. nach Rom Nr. 205 (1) und Athen Nr. 61 (2), 7. März 1914 (chiffr. 8. März 12 U. 15 M. a. m.).[a] *Konz. (S. Matscheko; V. Flotow u. Forgách; G. Berchtold).*

1. Herzog Avarna hat mir vor einigen Tagen sehr umfangreiche Anmerkungen Marquis di San Giulianos[b] zur letzten griechischen Note[c] in der südalbanesischen und Inselfrage mündlich vorgebracht. Andererseits wurde auch von deutscher und englischer Seite die Frage an mich gerichtet, ob wir die Beantwortung der griechischen Note in Aussicht genommen hätten. Ich bin der Ansicht, daß von einer schriftlichen Antwort der Mächte an Griechenland abzusehen wäre, da dies zeitraubende Pourparlers zwischen den sechs Kabinetten zur Voraussetzung hätte und mit Rücksicht darauf, daß die Inselfrage nicht übergangen werden könnte, inopportun erschiene. Meines Erachtens sollten wir und Italien uns darauf beschränken, durch unsere Gesandten in Athen der griechischen Regierung folgendes mündlich erklären zu lassen: 1. Einem unserer Initiative entsprungenen Vorschlage zufolge hat die Kontrollkommission in Valona den Beschluß gefaßt und protokollarisch niedergelegt, daß in Albanien die volle Gleichberechtigung der Konfessionen und der Gebrauch aller gegenwärtig dort ortsüblichen Sprachen gewährleistet werde. Wir werden ebenso wie Italien diesem Beschlusse die größte Publicität verleihen. Die beiden Kabinette erklären der griechischen Regierung, daß sie ganz auf dem Standpunkte dieses Beschlusses stehen und ihren Einfluß zugunsten einer integralen Durchführung aufbieten werden. 2. Die beiden Kabinette halten an den Vereinbarungen mit Herrn Venizelos über die Grenzberichtigung fest. Der Realisierung dieser Grenzrektifikation werden die beiden Kabinette nähertreten, sobald die griechischen Truppen das Albanien zugesprochene Territorium geräumt haben werden. 3. Die von Griechenland gewünschte Rektifikation der Grenzen des Kaza Koritza ist im Widerspruche mit den Londoner Beschlüssen und wäre ausschließlich zum Nachteile Albaniens. Die beiden Regierungen sind daher nicht in der Lage, hiezu ihre Zustimmung zu geben und müssen auf der integralen Räumung auch dieses Distriktes im Sinne des internationalen Beschlusses bestehen. 4. Was die Detailwünsche Griechenlands anbelangt, wie zum Beispiel die Aufnahme geeigneter Elemente aus Südalbanien in die albanesische Gendarmerie, so sind die beiden Regierungen im Allgemeinen bereit, sie in Berücksichtigung zu ziehen und sie beim Fürsten von Albanien zu befürworten. Euer Exzellenz wollen Vorstehendes Marquis di San Giuliano mitteilen und hinzufügen, daß unser Vertreter in Athen beauftragt ist, sobald sein italienischer Kollege analoge Instruktionen erhalten hat, im Einvernehmen mit ihm der griechischen Regierung mündliche Erklärungen im obigen Sinne abzugeben und hinzuzufügen, wir hofften, daß diese freundschaftlichen Aufklärungen ihr es erleichtern dürften, die Evakuirung in loyaler Weise fortzusetzen und innerhalb der festgesetzten Frist zu beendigen.

2. Ich telegraphiere an Herrn von Mérey wie folgt: (Inseratur Telegramm sub 1. von „Herzog Avarna hat mir vor einigen Tagen" bis „zu befürworten.") Euer Hochwohlgeboren wollen, sobald Ihr ... *wie sub 1. von „italienischer Kollege" bis Schluß. ...* Berchtold.

[a] Vgl. n. 9448, 9450, 9454. — [b] Werden im Hinblick auf obiges Tel. nicht abgedruckt. — [c] Antwort auf Beilage zu n. 9350.

*Nr. **9448**. Tel. aus Athen, 8. März 1914 Nr. 124 (eing. 9. März 9 U. a. m.).[a] Entziff.*

Erhalten Euer Exzellenz Telegramm Nr. 61 von gestern. Mündliche Erklärungen genau nach Euer Exzellenz Instruktionen sind heute von mir und beiden Dreibundkollegen Herrn Streit gemacht worden. Minister dankt Euer Exzellenz für schleunige Erledigung seines Ansuchens und, da er diese mündlichen Erklärungen Ministerrat mitteilen wird, behält sich meritorische Bemerkungen vor. Ich erwiderte, dass meiner Ansicht nach eine Antwort nicht nötig sei. Nach privaten Äußerungen des Ministers scheint mir, dass er mit Demarche zwar zufrieden, aber eventuell mehr erwartet hätte. Ich habe nicht unterlassen, ihn auf den Wert der in Punkt 1 enthaltenen Zusicherung aufmerksam zu machen, unseren Standpunkt neuerlich präzisiert und der Erwartung Ausdruck gegeben, daß die Evakuierung nunmehr loyal fortgesetzt und zu festgesetztem Termine beendet werde. Szilássy.

[a] Vgl. n. 9454.

*Nr. **9449**. Tel. aus Bukarest, 8. März 1914 Nr. 87 (eing. 10 U. 30 M. p. m.).[a] Entziff.*

Meldung über rumänische Kriegsvorbereitungen. Vizekonsulat Crajova meldet aus angeblich verlässlicher Quelle über „fieberhafte" Mobilisierungsvorbereitungen in der rumänischen Armee. Reserveoffiziere seien für 1. März a. St. bereit zur Einrückung, in allen Militärwerkstätten herrsche grösste Tätigkeit, viel kommentiert werde telegrafische Berufung des Generals Averescu nach Bukarest. Vizekonsulat fügt bei, in militärischen Kreisen würden Vorbereitungen als gegen Russland oder Bulgarien gerichtet erklärt, in der Bevölkerung jedoch zweifle man nicht, dass es sich um einen Krieg gegen unsere Monarchie handle, die Bewegung werde durch russische Agenten geschürt. Bericht[b] folgt per Post. Ottokar Czernin.

[a] Vgl. n. 9457, erste Beilage zu n. 9463. — [b] Sein Inhalt durch obiges Tel. erschöpfend wiedergegeben.

*Nr. **9450**. Tel. aus Rom, 8. März 1914 Nr. 163 (eing. 9. März 9 U. a. m.).[a] Entziff.*

Antwort auf griechische Note. Marquis di San Giuliano ist mit der im Telegramme Nr. 205 vom 7. d. Mts. ...[b] mündlichen Antwort unserer Gesandten in Athen einverstanden. Der Minister glaubt zwar, daß diese Antwort nicht genügen und speziell der Punkt vier eine Erweiterung oder doch eine Praezisierung erfordern wird, um den Herren Venizelos und Zographos wenigstens eine scheinbare Errungenschaft zu bieten, meint aber, daß man es vorläufig mit der von Euer Exzellenz proponierten Antwort versuchen könne. Mérey.

[a] Vgl. n. 9454. — [b] Chiffre fehlt.

*Nr. **9451**. Bericht aus Sofia, 8. März 1914 Nr. 23 A (eing. 12. März).[a] Entziff.*

Möchte aus langer Unterredung, die nach meiner gestrigen Rückkehr mit Konseilspräsidenten gepflogen, einiges melden: Radoslavow fragte, ob

ich ihm gute Nachrichten aus Wien brächte, worauf ich bejahend antwortete und betonte, ich hätte mich neuerdings von dem Wohlwollen überzeugt, von dem man bei uns für Bulgarien erfüllt; Radoslavow könne Zweckmässigkeit seiner Politik sicher sein; Wiener Kabinett wolle liberale Regierung in allem und jedem unterstützen; speziell hob ich unsere Bemühungen um Anlehen hervor. Ministerpräsident sagte, Passaroff hätte über sehr freundliche Dispositionen, die er in Wien überall gefunden, berichtet. Radoslavow meinte, dass ich zu denselben beigetragen und erging sich in Ausdrücken der Dankbarkeit. Des weiteren zitierte Mitredner Verschiedenes aus Berichten Passaroffs über Gespräche mit Euer Exzellenz, Herrn von Tschirschky und anderen und kommentierte. Ich nahm dies zum Anlass, um unter Anwendung entsprechender Argumente aber in sehr vorsichtiger Weise Gedanken auszuführen, dass bulgarische Regierung nur langsam und etappenweise Ziel ihrer Politik näher kommen könne. Bulgarien solle auf Parallelismus unserer und bulgarischer Interessen (Serbien) bauen, nichts forcieren wollen, mit Rücksichten höherer Politik (Deutschland und Rumänien) rechnen und geduldig vorbereitende Arbeit machen. Mitredner meinte, Etappenpolitik sei sein Programm. Er erwähnte „befriedigende bessere" Dispositionen für Bulgarien in Berlin. Dann besprach er länger Verhältnis zu Rumänien und schien sagen zu wollen, dass er sich trotz aufrichtigen Wunsches nach Annäherung diesbezüglich keinen Illusionen hingebe. Spuren dessen, was vorgefallen, liessen sich leider nicht leicht verwischen. Mitredner gelangte zu keiner Konklusion und sagte nicht, welche Etappe er sich in seiner Politik als die erste vorstelle. Er bemerkte nur zum Schlusse, gleich nach den Wahlen werde er mich als Chef gefestigter Regierung besuchen und Konversation aufnehmen. Im Verlaufe der Unterredung erwähnte Ministerpräsident eine Äusserung Herrn von Tschirschkys an Passaroff, aus der Misstrauen gegen König Ferdinand zu erkennen wäre. Mitredner fand Misstrauen begreiflich, bedauere es aber. Ich schloss mich Bedauern an, betonte aber, dass wir Erhaltung und Festigung des Thrones König Ferdinands im Interesse Bulgariens unbedingt wünschen. Radoslavow sagte, er würde dies König wiederholen und meinte, liberale Regierung sei feste Stütze des Königs. Heute begegnete ich Ghenadieff, der sich ebenfalls nach meinen Eindrücken aus Wien erkundigte. Ich trachtete, ihm dieselben als die besten und für Bulgarien befriedigendsten zu schildern. Er sagte nichts; ich fürchte, er fand meine Worte leer und vermisste in denselben das, was nach seiner Auffassung befriedigend wäre. Tarnowski.

a) Vgl. n. 9494.

Nr. 9452. Bericht aus Sofia, 8. März 1914 Nr. 23 B (eing. 12. März).a) Entziff.

Hatte unverbindliche Unterredung mit rumänischem Gesandten, der sehr offenen und vertrauensvollen Ton anschlug und mir sogar einige Berichte vorlas, in welchen er über seine Unterredungen mit bulgarischen Ministern und hiesige Stimmungen Meldung erstattet. Das, was ich von rumänischem Kollegen gehört, lässt sich dahin resumieren, dass er bulgarisch-

rumänische Annäherung für erwünscht hält, von ihrer Unmöglichkeit aber absolut überzeugt ist. Mehr als äusserlich korrekte Beziehungen werden sich nicht erreichen lassen; zuerst habe man sich in Rumänien gewissen Illusionen hingegeben, nunmehr aber sehe ganz Rumänien ein, dass Bulgarien Feind Rumäniens sei und sein müsse, da doch Rumänien allein an Unglück Bulgariens Schuld; nicht nur für Verlust der Dobrutscha, sondern auch Macedoniens und Prestiges müsse Bulgarien Rumänien verantwortlich machen. Kein rumänischer Staatsmann könnte Politik verantworten, die zum Resultate hätte, dass Bulgarien zuerst mit Serbien, dann mit Griechenland abrechnen und schliesslich gekräftigt sich gegen Rumänien wenden würde. Wir sollten uns auch bezüglich Bulgariens nicht länger täuschen und es nicht in unser Calcul stellen. Womit wollen wir denn Bulgarien an uns fesseln, wir könnten ihm ja gar nichts bieten, nicht einmal Geld. Früher oder später, nach Ansicht Herrn Derussis sehr bald, werde Bulgarien seinem natürlichen Drange folgend wieder zu Russland abschwenken. Die einzig richtige Politik für uns sei Combination Rumänien-Griechenland und dazu werde es kommen, nur sollten wir noch intensiver arbeiten, um gutzumachen, was in Rumänien während Krise verdorben und verdorben sei viel worden. Ich führte aus, dass bessere und speziell auch für Rumänien vorteilhaftere Politik die wäre, auch Bulgarien, welches in einigen Jahren wieder stark sein werde, auf unserer Seite zu haben und es nicht wegzustossen, während es sein Heil im bleibenden Anschlusse an Rumänien und Dreibund suchen wolle. Rumänischer Gesandter pflichtete bei, wiederholte aber mit Nachdruck, dass es aussichtslos, Entente zwischen Rumänien und Bulgarien anzustreben. Zum Schlusse meinte er (diesen Gedanken habe ich von ihm bereits zweimal gehört), daß einzig und allein vorheriger formeller Anschluß Bulgariens an Dreibund Misstrauen Rumäniens gegen Bulgarien beseitigen und Entente erleichtern könnte. Da wir aber Bulgarien uns nur unter Bedingung anschliessen wollten, dass es sich vorerst Rumänien nähere, wäre — schloss Derussi — in praxi keine Combination möglich. Tarnowski.

a) Vgl. n. 9660.

Nr. 9453. Erlaß nach Konstantinopel, 9. März 1914 Nr. 1040.a) Konz. (S. Kiss; G. Forgách).

Vertraulich. Wie Euer Exzellenz dem beiliegenden Berichte aus Sofia vom 18. v. M. Nr. 18 A entnehmen werden, ist Herr Radoslavoff an Grafen Tarnowski mit dem Ersuchen herangetreten, er möge vermitteln, daß Hochdieselben instruiert würden, sich bei der Pforte dahin zu verwenden, daß Fethi Bey von Bulgarien abberufen werde. Nachdem es mir schwer möglich ist, von hier aus zu beurteilen, welchen Erfolg und welchen Eindruck ein solcher Schritt in Konstantinopel hervorrufen würde, muß ich es ganz Ihrem Ermessen anheimstellen, ob Euer Exzellenz es für opportun halten, in dem vom bulgarischen Ministerpräsidenten gewünschten Sinne bei der Pforte einzuschreiten. Der einschlägigen Berichterstattung unter Rückvorlage des angeschlossenen Berichtes aus Sofia sehe ich mit Interesse entgegen.

a) Vgl. n. 9507.

Nr. 9454. Tel. nach London Nr. 51 (1) und Rom Nr. 210 (2), 9. März 1914 (chiffr. 10. März 12 U. 20 M. a. m.).[a] Konz. (S. Gautsch; V. Forgách; G. Berchtold).

1. Im Verfolge meines Telegrammes Nr. 50[b] vom 7. d. M. In der Erwägung, daß eine schriftliche Beantwortung der griechischen Note durch die sechs Mächte langwierige Verhandlungen zur Voraussetzung haben würde, bin ich vor kurzem an den italienischen Minister des Äußern mit der Anregung herangetreten, der griechischen Regierung im Namen der beiden Kabinette die nachstehende mündliche Erklärung abzugeben. ... *wie n. 9447 von „1.) Einem unserer Initiative" bis „zu befürworten"* ... Marquis di San Giuliano äußerte seine Bereitwilligkeit, auf meine Anregung einzugehen. Wie ich heute einer Meldung Herrn von Szilassys entnehme, hat diese von uns und Italien projektierte Demarche, über deren Text unser Vertreter instruiert worden war, bei der griechischen Regierung bereits gestern stattgefunden. An dieser Demarche nahm auch der Vertreter Deutschlands teil. Die Dreibundvertreter gaben hiebei der Hoffnung Ausdruck, daß diese freundschaftlichen Aufklärungen es der griechischen Regierung erleichtern dürften, die Evakuierung in loyaler Weise fortzusetzen und innerhalb der festgesetzten Frist zu beendigen. Herr von Szilassy fügt seiner Meldung noch bei, griechischer Minister des Äußern habe vorstehende Erklärung dankend entgegengenommen und sich meritorische Bemerkungen nach Rücksprache mit seinen Kollegen vorbehalten. Ich ersuche Euer Exzellenz, Inhalt dieses Telegrammes Sir E. Grey mitzuteilen und beizufügen, daß durch den von uns und Italien im Vereine mit Deutschland beobachteten Modus procedendi wohl am besten der Ansicht des Herrn Staatssekretärs entsprochen wurde, daß in der epirotischen Frage keine Zeit zu verlieren sei. Wir wären erfreut, wenn unsere Demarche den Beifall der englischen Regierung finden würde.

2. Zu Euer Exzellenz Telegramm Nr. 163 vom 8. d. M. Herr von Szilassy telegraphiert mir unterm gestrigen: ... *wie n. 9448.* ...

Berchtold.

[a] Vgl. n. 9473. — [b] Mit Tel. Nr. 50, 7. März 1914 (chiffr. 9 U. 30 M. p. m.) wurde nach London mitgeteilt, daß eine teilweise mündliche Beantwortung der letzten griechischen Note zwischen den Kabinetten von Wien und Rom in Erwägung gezogen wird.

Tel. nach Rom, 9. März 1914 Nr. 210 (chiffr. 10. März 12 U. 20 M. a. m.). Siehe n. 9454.

Nr. 9455. Tel. aus Bukarest, 10. März 1914 Nr. 89 (eing. 4 U. 40 M. p. m.).[a] Entziff.

Russische Kriegsvorbereitungen. Konsulat Jassy telegrafiert unterm gestrigen: Bei Balta sollen circa 200.000[b] Kavalleristen konzentriert sein und bringen Militärzüge aus Innerem Truppen nach Russisch-Polen. Festung Kowno besonders stark in Stand gesetzt, mit sehr grossen Vorräten, ebenso Hotin in Bessarabien. Polnische Regimenter werden an Grenze Rumäniens und der Bukowina transferiert. Zur Zeit fieberhafte Beschaffung von Proviant und Fourage. In der Moldau auffallend viele Russen sichtbar, an-

geblich Kaufleute. In Rumänien soll zweite Rekruten-Abrichtung dieses Jahr schon Anfang April statt wie sonst Ende Juli durchgeführt sein.
Ottokar Czernin.

a) Vgl. n. 9462. — b) Mit Bericht Nr. 20 B, 16. März 1914 (eing. 19. März) aus Bukarest nach einer neuerlichen Meldung aus Jassy dahin richtiggestellt, daß sich nicht so starke russische Truppenmassen in Balta befinden. Konsul Götz habe diese Meldung auf Grund der Aussprüche verschiedener rumänischer Offiziere erstattet, eine Nachricht, die ihm von reisenden Kaufleuten bestätigt worden war; er halte aber daran fest, daß sehr umfassende kriegerische Vorbereitungen Rußlands an der Grenze stattfinden.

Nr. 9456. Tel. aus Bukarest, 10. März 1914 Nr. 90 (eing. 6 U. p. m.).a) Entziff.

Demonstrationen gegen die Monarchie. In dem hiesigen, von der Regierung subventionierten Nationaltheater wird seit einiger Zeit ein Stück von Goga gegeben namens „Der Herr Notar". Dasselbe hat eine ausgesprochen ungarnfeindliche Tendenz, behandelt Wahlen in Siebenbürgen, ungarische Gendarmen massakrieren die Rumänen und so weiter. Gestern kam es zum ersten Male zu grossen Demonstrationen während der Vorstellung. Das ganze Publikum stimmte ein Lied an „Zu den Waffen", welches im Vorjahre gegen die Bulgaren komponiert wurde. Da das Stück fortgesetzt gegeben werden soll, sprach ich heute freundschaftlich, aber sehr ernst mit Bratiano; ich wies darauf hin, dass die kommenden Delegationen Euer Exzellenz eine sehr schwere Stellung bereiten werden, wenn unter anscheinender Patronanz der Regierung solche Dinge geschehen. Niemand könne die Regierung in diesem Falle von der Mitschuld freisprechen. Ministerpräsident erwiderte, dem Könige wie ihm sei Sache äusserst peinlich. Schon Majoresco habe die Erlaubnis zu der Aufführung dieses Stückes gegeben. Er, Bratiano, habe, um die Sache aus der Welt zu schaffen verlangt, dass die Hauptdarsteller des Stückes sich krank melden. Durch Indiskretion sei dies bekannt geworden und Philippesco habe erklärt, er werde Strassendemonstrationen als Antwort arrangieren. Mein Gewährsmann betonte immer wieder, ein Einschreiten der Regierung im jetzigen Momente werde ernste Konflikte auf der Strasse auslösen, welche noch schädlicher wirken würden als die Theaterskandale. Ich bestritt dies und legte Hauptgewicht darauf, dass im vorliegenden Falle die Regierung mitschuldig ist, während dies bei Strassendemonstrationen nicht der Fall zu sein braucht. Bratiano will heute noch zum König gehen, die Frage besprechen. Ich glaube jedoch, die Regierung wird aus Furcht vor der Strasse nichts unternehmen. Ich bezweifle nicht, dass dieser unliebsame Vorfall nur der Anfang ist und weitere Inzidenzfälle zu erwarten sind, da allgemeine Stimmung seit Scheitern der Pester Verhandlungen täglich schlechter wird. Ottokar Czernin.

a) Vgl. n. 9479, 9525, 9533.

Nr. 9457. Bericht des Militärattachés in Bukarest, 10. März 1914 Res. Nr. 28 (eing. als Einsichtsstück des Chefs des Generalstabs vom 16. März 1914 Nr. 851 am 24. März).a) Abschrift.

Seit einigen Tagen laufen bei der k. u. k. Gesandtschaft Meldungen der Konsulate über eine auffallende Eile in den Mobilisierungsvorarbeiten,

Transporten von Munition etc. ein. In den Territorien des I. Korps (Crajova) und des V. Korps (Konstantza) wird die Evidenz der Reservisten überprüft, die Vorräte an Monturen, Sattelzeug, Konserven werden ergänzt und dergleichen. Als Termin für die Beendigung aller Vorarbeiten soll vom Kriegsministerium der 31. März angegeben worden sein. Die Bevölkerung in der Provinz bespricht diese allem Anscheine nach ungewohnt rege Tätigkeit ziemlich aufgeregt und schließt daraus angesichts der fortgesetzt ungünstigen eigenen Stimmung gegen Ungarn auf einen baldigen Krieg gegen die Monarchie. Sachlich und objektiv betrachtet können weder die bisherigen Vorarbeiten noch die Fixierung eines Termines für deren Beendigung als etwas Besonderes bezeichnet werden. Es wird wohl vermutlich intensiver gearbeitet, als man es vor der bulgarischen Kampagne getan hat, aber das läßt sich leicht mit den aus letzterer gewonnenen Erfahrungen erklären. Bei der Bestimmung des Termines dürfte dem Kriegsministerium eine Konfliktsmöglichkeit im Frühjahre vorgeschwebt haben, da die Nachrichten über die russischen Rüstungen, über aggressive Absichten der Türken etc. hier sehr alarmierend wirkten, ein anderes Ziel jedoch als für alle Eventualitäten fertig zu sein, ist hiebei nicht erkennbar. Hier in der Hauptstadt selbst ist übrigens von „fieberhafter Tätigkeit" nichts zu merken; die militärische Ausbildung geht ihren normalen Gang und kein Moment läßt auf eine Absicht einer baldigen Mobilisierung folgern. Daß hingegen in den Rahmen der Mobilisierungsvorsorgen heuer auch der Kriegsfall gegen die Monarchie einbezogen wird, was früher niemals geschah, wird durch Anzeichen und Mitteilungen von verschiedener Seite bestätigt. Aus Eisenbahnerkreisen wird mir erzählt, es würde der Aufmarsch gegen Serbien ausgearbeitet und die Konsulate von Crajova und Constanza melden, Offiziere befaßten sich eifrigst mit dem Studium der ungarischen Sprache. Hranilović.

[a]) Vgl. n. 9449, 9471.

Nr. 9458. Erlaß nach London, 10. März 1914 Nr. 1081.[a]) Konz. (S. Schreibmaschine; G. Forgách).

Dringend. Ich beabsichtige, den schon in nächster Zeit neuerlich zusammentretenden Delegationen ein Rotbuch vorzulegen, welches eine Reihe von diplomatischen Aktenstücken, die Ereignisse am Balkan in der Zeit vom 13. August 1912 bis zum 6. November 1913 betreffend, enthalten wird. In der Anlage werden Euer Exzellenz Abdrücke jener Piècen übermittelt, deren Inhalt mir vor ihrer Veröffentlichung eine Rücksprache mit dem dortigen Auswärtigen Amte wünschenswert erscheinen läßt. Euer Exzellenz wollen dieselben dem Herrn Minister des Äußern zur vertraulichen Einsichtnahme vorlegen und mir ehetunlichst telegraphisch berichten, ob irgend welche Bedenken gegen deren Publikation erhoben werden. Bei Übermittlung der Aktenstücke an Sir E. Grey wollen Euer Exzellenz bemerken, daß es für das richtige Verständnis der Ereignisse und für die Erklärung der unsererseits befolgten Politik unerlässlich erscheint, einzelne Meldungen Euer Exzellenz über die Londoner Botschafterreunion in die

Zahl der zu publizierenden Stücke aufzunehmen. Der Herr Staatssekretär wird sich bei deren Durchsicht überzeugen können, daß unter den ausgewählten Pièces sich nur solche befinden, deren Inhalt teils durch die zur Ausführung gelangten Demarchen, teils durch die Besprechungen in der internationalen Presse bereits den Weg in die Öffentlichkeit gefunden haben. Ich sehe der Rückvorlage der beigeschlossenen Pièces entgegen.

a) Vgl. n. 9459, 9460, 9516.

Nr. 9459. Erlaß nach Paris, 10. März 1914 Nr. 1078.a) Konz. (S. Schreibmaschine; G. Forgách).

... *Wie n. 9458 bis „Publikation erhoben werden"* ... Ich sehe der Rückvorlage der beigeschlossenen Piécen entgegen.

a) Vgl. n. 9474.

Nr. 9460. Erlaß an den Legationsrat Grafen Otto Czernin in St. Petersburg, 10. März 1914 Nr. 1089 (chiffr. 10. März).a) Konz. (S. Nemes; G. Forgách).

Dringend. Ich beabsichtige, den schon in nächster Zeit neuerlich zusammentretenden Delegationen ein Rotbuch vorzulegen, welches eine Reihe von diplomatischen Aktenstücken, die Ereignisse am Balkan in der Zeit vom 13. August 1912 bis zum 6. November 1913 betreffend enthalten wird. Da die russische Regierung bei der Publikation ihres letzten Orangebuches es überraschender Weise unterlassen hat, uns irgend eine Gelegenheit zu geben, bezüglich der die Monarchie betreffenden Piecen etwaige Bedenken geltend zu machen, so wären wir zweifelsohne berechtigt in gleicher Weise von einer bezüglichen Mitteilung abzusehen. In Anbetracht der Aussprache Herrn Sazonows, vide dortiges Telegramm Nr. 66 vom 23. Februar l. Js., und von dem Gedanken geleitet, eine berechtigte diplomatische Tradition nicht ganz bei Seite zu schieben, habe ich mich veranlasst gesehen, Euer Hochgeboren diejenigen Piecen in der Anlage zu übermitteln, deren Inhalt das dortige Auswärtige Amt berühren. Euer Hochgeboren wollen unter Verwertung vorstehender Konsiderationen dem Herrn Minister von diesen Piecen vertraulich Einsicht geben und mir ehetunlichst telegrafisch berichten, ob irgendwelche Bedenken gegen deren Publikation erhoben werden. Zu Euer Hochgeboren vertraulicher Information füge ich bei, dass ich darauf rechne, dass angesichts der vorsichtigen und für das Petersburger Kabinet durchaus rücksichtsvollen Auswahl der zur Veröffentlichung gelangenden Piecen keinerlei Einwände geltend gemacht werden. Sollte dies dennoch der Fall sein, wollen Euer Hochgeboren unter Hinweis auf die unsererseits beobachtete Rücksicht den erhobenen Einwänden tunlichst entgegentreten und bemerken, dass das jüngste Orangebuch denn doch einzelne pointierte Piecen enthält, die uns zu viel begründeteren Einwendungen Anlass geboten hätten. Ich sehe der Rückvorlage der beigeschlossenen Piecen entgegen. Berchtold.

a) Vgl. n. 9458, 9487.

Nr. 9461. Tel. aus Sofia, 10. März 1914 Nr. 94 (eing. 11. März 11 U. a. m.). Entziff.

Geheim. Hatte zwei längere unverbindliche Gespräche mit deutschem Gesandten. Herr Michahelles war zwar nie bulgarophob, aber doch immer kühl und mißtrauisch. Jetzt finde ich ihn von wohlwollendem und warmem Interesse für Bulgarien erfüllt. Er sagte unter anderem, Abneigung, die sich in Berlin seit Krieg gegen Bulgarien manifestiert, sei eigentlich nur von Kaiser Wilhelm ausgegangen. Oeffentliche Meinung in Deutschland habe für starke Rasse der Bulgaren Sympathie nie verloren. Kaiser würde gewiß Auffassung ändern und dieser Umschwung scheint sich bereits zum Teile vollzogen und insbesondere Hellenophilie des Kaisers bedeutend abgenommen zu haben. Herr Michahelles, der von Unmöglichkeit Trennung Griechenlands von Frankreich fest überzeugt, hält es für notwendig, zum Dreibund gravitierende bulgarische Regierung zu unterstützen und heranzuziehen, was umso notwendiger, als Rußland gewiß große Aktivität entwickeln werde, um hier verlorenes Terrain wieder zu gewinnen. Placierung Anleihe in Deutschland sei schwierig, da durch ungarische und rumänische Anleihe bereits in Anspruch genommener deutscher Markt sich noch für unseren Bedarf reservieren müsse. Herr Michahelles zweifle aber nicht, dass sich in Deutschland, respektive unter deutscher Führung nötiges Geld für Bulgarien finden werde; wenn nur Kabinett Radoslawow mit Majorität aus Wahlen hervorgehen werde, werde man in Deutschland ganz anders Bulgarien betrachten. Wir kamen auf König Ferdinand zu sprechen. Stimmten überein, daß Mißtrauen, mit dem man ihm in Berlin und Wien begegnet, Politik mit Bulgarien kompliziert. Deutscher Gesandter meinte aber, daß Unverläßlichkeit Königs doch kein Hindernis bilden dürfe, da Höchstderselbe gut wisse, daß er in Petersburg Kredit gänzlich verloren und Russland seinen Sturz wünsche, was genügende Garantie böte, daß König vom Dreibund nicht abschwenken würde. Ich finde die guten Dispositionen meines deutschen Kollegen äußerst erfreulich und hoffe nur, daß dieselben in Berlin wirklich Echo finden werden. Sollte Deutschland Anschluß Bulgariens an Dreibund wirklich wünschen und daraus Konsequenzen ziehen wollen, so hätte dies nicht nur absolut genommen größte Bedeutung, sondern wäre auch dadurch unsere dilatorische Taktik gegenüber dem Wunsche bulgarischer Regierung nach formellem Abkommen — insoferne eine solche fortgesetzt werden müßte — wesentlich erleichtert. Wenn Bulgarien nicht nur von uns, sondern auch von Berlin konsequent Freundschaftsbeweise erhalten sollte, würde Kabinett Radoslawow in Vertrauen in seine Politik gekräftigt und etwa notwendige dilatorische Antworten auf Drängen Bulgariens auf formelle Abmachungen hätten, wenn sie einvernehmlich von uns und von Berlin kommen würden, anderen Charakter und wären mit viel weniger Risiko verbunden, hier stutzig zu machen. Tarnowski.

Nr. 9462. Tel. aus Bukarest, 11. März 1914 Nr. 91 (eing. 12. März 9 U. a. m.).[a] Entziff.

Konsulat Jassy telegraphiert heute: Russischer Grenzwachdienst reorganisiert und sehr verschärft. An der Grenze stehen in allen Orten

starke Militärabteilungen. Technische Truppen mit Anlegen von Gräben, Wällen, Minen beschäftigt, detto viele Kavallerieregimenter aus dem Innern an der Grenze. Strengste Zensur der Zeitungen und Korrespondenzen.

Ottokar Czernin.

a) Vgl. n. 9455.

Nr. 9463. Bericht aus Bukarest, 11. März 1914 Nr. 18 A (eing. 14. März).a) Ausfert.

Streng geheim. Ich habe allen der hiesigen k. u. k. Gesandtschaft unterstehenden Konsulaten den Auftrag erteilt, Berichte über die Stimmung einzusenden, die in der rumänischen Armee und Bevölkerung der Monarchie gegenüber herrschen. Indem ich dieselben in der Beilage[b]) unterbreite, füge ich bei, dass meine ursprüngliche Intention gar nicht dahin ging, diese Stimmungsbilder Euer Excellenz zu übermitteln, sondern dass sie blos als Controlle für mich gedacht waren, weil ich erforschen wollte, ob meine aeusserst pessimistische Auffassung über die hiesige Entwicklung der Dinge nicht vielleicht doch eine subjective und irrtümliche sei. Diese Befürchtung haben mir die Berichte genommen. Sie sprechen für sich selbst und ein jeder weiterer erläuternder Commentar derselben erscheint wohl als überflüssig. Diese Zeilen verfolgen daher auch nicht so sehr den Zweck, nochmals eindringlichst auf die immer ungünstiger werdenden Verhältnisse in Rumänien hinzuweisen, — diese Tatsache ist nur die Basis des Berichtes — sondern ziehen vielmehr gewisse Conclusionen aus diesen Verhältnissen, sie stellen ein vages allgemeines Bild jener geistigen Reflexerscheinungen dar, welche durch die hier herrschenden Eindrücke geweckt und ausgelöst werden und befassen sich mit den Constellationen, welche eintreten könnten an Stelle eines, wie ich glaube, unhaltbaren Verhältnisses. Es liesse sich vor allem wohl gewiss eine Constellation denken, die zum Beispiel Rumänien, Bulgarien und Griechenland umfasst,[1]) und diese drei Staaten an den Dreibund anschliesst — wenn die Form dieses Anschlusses wohl vorerst auch nur eine etwas vage wäre, und wenn auch eine gründliche Klärung des speziellen Verhältnisses zwischen Rumänien und uns mir die Voraussetzung scheint. Ich glaube aber nicht, dass diese Allianz dauernd möglich wäre, ohne die bulgarischen Ansprüche irgendwie zu befriedigen, was in diesem Falle wohl auf Kosten Serbiens geschehen müsste, also friedlich nicht zu machen wäre. Gegenüber Bulgarien hat man hier entschieden friedliche Wünsche, wenn dieser Frieden die Garantie der neuerworbenen Provinz sichert,[2]) und mit Griechenland ist ja die Annäherung auch ersichtlich und wird durch die Heirat der Prinzessin Elisabeth noch verstärkt werden. Andererseits scheint mir zwischen uns und Serbien die Sache anders zu stehen. Hier sind die Verhältnisse bereits zu weit fortgeschritten. Der „grosserbische Gedanke" ist bereits zu stark Wirklichkeit geworden, als dass man hoffen könnte, es werde gelingen, ein dauernd freundnachbarliches Verhältnis anzubahnen, bei dem wir nichts von ihnen und sie nichts von uns wollen. Ich habe, und nicht erst seit gestern, das sehr lebhafte Gefühl, dass wir mit dem heutigen Serbien aufräumen müssen, wenn wir endlich einmal

Ruhe auf dem Balkan bekommen wollen. Das oft gehörte Argument „ein serbischer Krieg sei zwecklos, wir könnten Serbien nicht annektieren, denn wir hätten so wie so schon genug von dieser Sorte" halte ich nicht für richtig, obwohl ich den Nachsatz au pied de la lettre unterschreibe. Nach „noch mehr Serben" verlangt wohl niemand in der Monarchie; aber man könnte nach einem gelungenen Feldzug Bulgarien und Griechenland aus serbischem Territorium befriedigen — damit indirekt auch Rumänien[3] —, man könnte Albanien abrunden und zu einem Grenzstaate der Monarchie machen und Serbien auf ein Minimum reduzieren. Ich glaube, man darf in der Politik eine kriegerische Präventiv-Massregel nicht ausschliesslich vom Standpunkt des „Verspeisens" betrachten. Man hat Serbien den „europäischen Blinddarm" genannt; bleiben wir bei diesem treffenden Beispiel; auch einen Blinddarm lässt sich niemand aus gastronomischen Rücksichten operieren, — man operiert nicht um ihn weiter zu verwerten, sondern um endlich Ruhe zu bekommen. Ich will damit nicht sagen, dass meine unmassgebliche Meinung dahin geht, heute oder morgen einen Krieg mit Serbien, vom Zaun zu brechen. Aber ich glaube, es wäre in unserem Interesse, den Serben die Verdauung ihrer neuen Ländereien — vor allem Mazedoniens — etwas zu erschweren. Wenn wir die grosse Unzufriedenheit der Mazedonier unterstützen, so werden wir erstens erreichen, dass die Serben, durch ihre eigenen Angelegenheiten beschäftigt, keine Möglichkeit haben, uns mit ihrer Irredenta zu molestieren, und zweitens, dass die Consolidierung ihres neuen Staates sich viel langsamer und schwieriger gestaltet. Beides hätte wohl einen grossen Wert für uns; denn unser feindseliger kleiner Nachbar wäre damit auf Jahre gebunden. Es lassen sich wohl noch andere Combinationen denken, die für Rumänien acceptabel und für uns günstig wären. Am Balkan ist ja alles noch im Flusse, alles noch im Werden begriffen, und eine gesunde Initiative könnte hier so manches erreichen. Noch weitergehend sind Projekte und Gedanken, welche direkt eine Änderung des Verhältnisses zwischen der Habsburgischen Monarchie und Rumänien selbst anstreben. Der mit vielem Grund bei uns angefeindete frühere Minister Philippesco (hat er doch bei seinen Aktionen nicht immer das Wohl seines Landes als ausschliessliche Richtschnur) — dieser Mann hat politische Ideen, die über die nächsten Wochen hinausreichen und sein Programm kann keinesfalls im Vorhinein als eine Utopie bezeichnet werden. Er steht auf dem Standpunkte, dass das heutige Verhältnis zwischen der Monarchie und Rumänien ein völlig unhaltbares ist, eine Prämisse, die ich vollständig teile. Es muss viel besser werden oder wir müssen auseinandergehen, ein drittes gibt es nicht. Nun ist der Mann viel zu klug, um nicht einzusehen, dass die Zukunft Rumäniens eine bedeutend gesichertere wäre, wenn es gelänge, sein Land fest an uns zu ketten. Da steht nun vor allem die siebenbürgische Frage trennend dazwischen, wie ich Euer Excellenz bereits in ungefähr jedem meiner Berichte zu melden mir erlaubte. Wenn wir aber ganz Rumänien der Monarchie angliedern würden, so würde dieses Hindernis entfallen.[4] Philippesco stellt sich die Sache nun folgendermassen in friedlicher Lösung vor, dass wir Siebenbürgen an Rumänien abtreten würden, dafür aber das ganze Rumänien der Monarchie staatsrechtlich einverleiben und die hiesigen Hohenzollern unter unsere

Dynastie kämen — also nach dem Muster Bayerns oder Sachsens mit dem Deutschen Reiche. Das mag im ersten Moment wie eine Utopie klingen, aber es ist jedenfalls ein politischer Gedanke, der weiter blickt als auf morgen oder übermorgen, und jede grosse Frage bietet vorerst fast unübersteigbar scheinende Hindernisse. Ich habe übrigens diese Idee — die gar nicht Anspruch auf besondere Originalität erheben kann — vor einigen Jahren selbst bei meinen damaligen Abgeordnetenkollegen vertreten und sehr wenig Widerspruch dabei gefunden. Dass in Ungarn der Gedanke sympathisch aufgenommen werden würde, scheint wohl allerdings nicht wahrscheinlich. Dass ein Mann wie Philippesco solche Ideen in seinem Kopfe wälzt, — wenn er sie mir auch nicht erzählt, so weiss ich doch, dass er sie hat — ist wohl jedenfalls bezeichnend und Philippesco ist nicht der einzige hier, der an fernere Zeiten denkt. Ich habe den bestimmten Eindruck, — ohne dies durch Facta beweisen zu können — dass Seine Majestät der König ursprünglich dachte, ich sei mit gewissen, die Zukunft betreffenden Vorschlägen ausgerüstet worden. Mehr als einmal machte Er wie zufällig eine Bemerkung — ein hingeworfenes Stichwort — welches mir anscheinend die Gelegenheit geben sollte, über das kleinliche politische Alltagsgetriebe hinaus über die Zukunft der beiden Reiche[5]) zu sprechen. Ich weiss aus einer der competentesten Quellen, von einer Seiner Majestät sehr nahe stehenden Seite, dass der König oft düstere Gedanken hat und nicht ohne Sorge denkt, was mit Seinem Reiche nach Seinem Tode geschehen wird; erst kürzlich bei Seinem recht heftigen Unwohlsein revidierte Er Sein politisches Testament und liess den Thronfolger, der Sich damals bei Seiner sterbenden Mutter befand, einige letzte Wünsche übermitteln. Ich habe natürlich Gelegenheiten, wo Seine Majestät zu solchen Gesprächen geneigt schien, ungenützt vorübergehen lassen müssen, da ich keine weitergehenden Instruktionen in dieser Richtung besitze. Aber ich bitte Euer Excellenz mir zu glauben, dass es kein verlorener Versuch sein müsste, wenn Euer Excellenz mir Aufträge erteilen würden, die über das Mass der täglichen Kleinarbeit hinausreichen und mir die Erlaubnis geben würden, einmal offen mit Seiner Majestät dem König über die Zukunft beider Reiche sprechen zu dürfen. Natürlich müsste ich dafür etwas genauer jene Pläne und Absichten kennen lernen, die Euer Excellenz bezüglich einer eventuellen staatsrechtlichen Änderung wie auch zukünftiger Bündnisse[6]) unserer Monarchie überhaupt für richtig, möglich und daher discussionsfähig betrachten. Aber ich wiederhole: das Eine ist sicher. So wie es momentan hier steht, kann es nicht bleiben, — dieser gänzlich ungeklärte, vage, krankhafte Zustand, der zwischen uns und Rumänien herrscht, kann nur ein Stadium sein, wie eben jede Krankheit, dem entweder der Tod oder die Genesung folgt, das heißt wir müssen uns wiederfinden, oder das Bündnis geht vollständig in die Brüche, und damit entstehen vollständig neue Combinationen am Balkan.[7]) Dass uns die fünf rumänischen Armeekorps in einem eventuellen russischen Kriege fehlen werden, ist vielleicht nicht einmal die Hauptsache.[8]) Aber die unbedingt notwendige Befestigung der siebenbürgischen Grenze gegen Rumänien, die Hunderte von Millionen kosten wird,[9]) wird unvermeidlich sein; denn die sich stets an sich selbst entzündende und daher zunehmende austrophobe

Stimmung wird Rumänien vom Bundesgenossen zum Gegner machen. Rumäniens Staatsmänner wissen genau so gut wie ich, dass dieser Zustand ein unhaltbarer ist, und dass er durch etwas anderes verdrängt werden muss und verdrängt werden wird, — nur ist der Unterschied aber der, dass es in dem hiesigen Interesse liegt, diesen Moment noch hinauszuschieben.*10)* Für Rumänien ist ja die momentane Rolle sehr bequem; hier ist man unsrer sicher, man weiss, dass wir durch den Vertrag gebunden tatsächlich Bundesgenossen sind und schliesslich besteht ja doch die Möglichkeit, dass in den nächsten Jahren ein russischer Conflict entsteht und für diesen Fall kann es in Bukarest nur sehr angenehm berühren, durch die Habsburgische Monarchie gedeckt zu sein. Rechte ohne Pflichten sind ja wohl von jeher der Idealzustand des menschlichen Egoismus gewesen und vom rumänischen Standpunkte ist es also sehr begreiflich, dass sie diesen Zustand aufrechterhalten wollen. Und doch bitte ich Euere Excellenz mich nicht misszuverstehen. Ich bin überzeugt, dass die massgebenden Factoren hier genau ebenso wenig — oder noch weniger — gern in ein intimes Bundes- und daher Abhängigkeitsverhältnis zu Russland kämen, ich bin ferner überzeugt, dass man hier viel zu klug ist, um nicht ganz genau zu verstehen, dass Rumänien nicht in einer „splendid isolation" — ohne Bundesgenossen — bestehen kann, ich glaube also garnicht, dass sie au fond die Allianz mit uns aufheben oder gegen etwas anderes eintauschen wollen,*11)* — ich behaupte nur, dass ihnen das Dunkel, das unser Vertrag einhüllt, sehr zu Statten kommt und daher sehr lieb ist, weil es ihnen die Vorteile des Vertrages sichert, ohne seine Nachteile zu bringen. Gewiss sind die Herren Bratianu und Co. sehr erfreut und vielleicht etwas erstaunt, wenn sie sehen, dass wir trotz ihrer Versicherungen, sie könnten das Bündnis zur Zeit nicht effectuieren, dennoch so zähe an seiner heutigen Form festhalten, welche ihnen selbst alle Vorteile und uns alle Nachteile bringt, und sicher wünschen sie vorerst garnichts anderes als die Aufrechterhaltung eines Zustandes, der sie selbst frei lässt und uns gleichzeitig bindet. Nun wird bei alledem allerdings von competenter rumänischer Seite stets betont, „die Stimmung des Volkes sei ja wandelbar", „man hoffe eine austrophile Strömung werde doch mit der Zeit durchbrechen" — und ähnliche schöne Trostesworte mehr. Ich habe diesen Worten eine gewisse Bedeutung beigelegt, solange die Hoffnung auf ein Gelingen des ungarisch-rumänischen Ausgleiches bestand, welches zweifellos eine sehr bedeutende Detente hervorgerufen hätte — aber ich halte sie im gegenwärtigen Momente für leere Phrasen, weil ich gar keinen Grund mehr für eine Besserung der Volksstimmung erblicken kann.*12)* Kommt nicht ein äusserer Anlass hinzu — ein Anschwellen der gefürchteten bulgarischen Gefahr oder dergleichen — welcher uns allerdings die Handhabe bieten könnte, für geforderte Leistungen Gegenleistungen zu verlangen, so wird diese austrophobe Stimmung, welche unausgesetzt geschürt wird, nur noch zunehmen. Und mit einer solchen äusseren Complication, welche Rumänien bedrängt und uns dadurch hilft, kann man doch schwer rechnen. Wie wird sich also die Situation hier mit Naturnotwendigkeit weiterentwickeln? Auf der einen Seite das Misslingen des ungarisch-rumänischen Ausgleiches und die Wühlereien der hiesigen panrumänischen Gesellschaft, die durch die

ungarische Opposition und ihr Rumänien feindliches Verhalten fortgesetzt neue Nahrung erhält, alles das verstärkt und benützt durch die russisch-französischen Intrigen — auf der anderen Seite das Anwachsen der hostilen Stimmung gegen uns, der zukünftige König, wahrscheinlich an der Seite einer Zarentochter, der rumänisch-serbische Flirt in stetem Wachsen begriffen, mit einem Wort ein Anwachsen aller ungünstigen Momente und ein rapides Abnehmen der vorteilhaften Chancen. Bratiano wiederholt mir täglich, „ich sei sein wirklicher Freund" — „noch nie habe er mit einem fremden Gesandten so offen reden können wie mit mir" und was dergleichen süsse Worte mehr sind. Er hält mich für dümmer, als ich es tatsächlich bin. Dieser durchtriebene, mit allen Salben geriebene Premier Rumäniens wünscht natürlich, dass ich gerührte Berichte über die „freundliche Stellung Rumäniens" einsende, weil er eben will, dass ich dazu beitrage, den jetzigen unklaren Zustand zu erhalten. Ich mache dergleichen, an seine persönliche Freundschaft zu glauben, weil ich es für praktisch halte, einen persönlichen Contact mit ihm zu pflegen, — aber ich traue ihm nicht über den Weg und ich glaube seine Intentionen ganz genau zu kennen. Diese Intentionen sind mit einem Worte: uns als Rückendeckung und Sicherheitsventil so lange zu benützen, bis man uns nicht mehr braucht. Und nun wollen Euer Excellenz mir gestatten, kurz zu resümieren, worin meine unmassgebliche Ansicht culminiert: Es ist ein vitales unabweisbares Bedürfnis der Monarchie, unser Verhältnis zu Rumänien zu klären und wenn ich dies versuche, so folge ich einem direkten Befehle Seiner Majestät des Kaisers. Es liesse sich dies vorerst versuchen, indem vertrauliche Aussprachen mit Seiner Majestät dem König über die Zukunftkonstellationen zu entamieren wären,[13] — wozu mir aber natürlich von Euer Excellenz Instructionen erteilt werden müssten, in welchem Sinne und in welcher Richtung dies geschehen dürfte. Vielleicht gelingt es doch, durch solche Gespräche die dicken Nebel etwas zu zerstreuen und klarer zu sehen. Sehr viel Hoffnung auf ein greifbares erfreuliches Ergebnis habe ich diesbezüglich ja gewiss nicht.[14] Aber ich glaube doch, dass Seine Majestät persönlich — zum Unterschiede von seinen Ratgebern — unter dem Gefühle leidet, dass er eine Politik befolgt, die vielleicht im momentanen Interesse seines Volkes, aber doch nicht ganz im Einklang mit dem von Ihm geschlossenen Vertrage ist. Gelingt es nicht, etwas zu erreichen, und erbringen diese Gespräche im Gegenteil den Beweis, dass Rumänien das Dunkel haben will, weil es ihm passt, eine Politik zu machen, die zwar in ihrem Endziel gegen uns gerichtet ist, bei der wir aber als Schutzmann daneben stehen sollen, damit es nicht bei der Arbeit gestört werde, dass es also unter unserer Patronanz, Rückendeckung und Protektion genügend erstarken will, um uns dann als Dank im gegebenen Moment diplomatisch oder militärisch in den Rücken zu fallen, — erweisen offene Aussprachen dieses Resultat — dann glaube ich, sollte unsere Langmut nicht so weit gehen, als interessierter Zuschauer dabei zu stehen, sondern dann wäre wohl der Moment gekommen, zu handeln.[15] Und dieses Handeln bestünde einfach darin, dem König klipp und klar zu sagen, dass wir diesen einseitigen Bündnisszustand nicht dulden können und verlangen, dass Rumänien sich entweder offen an den Dreibund

anschliesst oder wir das Bukarester Vorbild nachahmen und auch unbekümmert um diesen, von ihnen zuerst verletzten Bündnisvertrag handeln und uns andere Bundesgenossen suchen werden.[16] Wollen Euer Excellenz diese kategorische Form nicht, so bliebe noch immer der andere Ausweg, den ich Euer Excellenz bereits mündlich zu entwickeln die Ehre hatte und der darin bestände, die Veröffentlichung des Vertrages durch eine Indiskretion[17] irgend wo im Auslande zu erzwingen und Rumänien vor die Wahl zu stellen, sich mit diesem Factum abzufinden oder sich offen von uns abzuwenden.[18] In Italien geniessen wir wohl auch nicht mehr Sympathien wie hier; dennoch ist es mir nicht bekannt, dass die Tendenz des gesammten bewaffneten und unbewaffneten Volkes jenseits der Alpen sich in ähnlich hostiler Stimmung gegen die Monarchie äussern würde, als dies hier der Fall ist. Warum nicht? Weil dort die Öffentlichkeit unseres Bündnisses Millionen von vernünftigen Menschen abhält, eine Politik zu encouragieren, die — wie sie eben wissen — nicht die momentane der Regierung sein kann, weil die Klammern der Publizität das ersetzen, was ihm an Volkstümlichkeit fehlt. Dazu kommt noch Eines: wie Euer Excellenz bekannt ist, weiss ausser dem König, Bratiano und Majoresco Niemand in ganz Rumänien die Verlängerung unseres Bundesvertrages. Alle die im Auslande accreditierten rumänischen Beamten beispielsweise glauben garnicht gegen die Intentionen ihres Königs zu handeln, wenn sie eine Politik vertreten, die Rumänien der Triple-Entente in die Arme treibt. Viele sind darunter, welche die Ententemächte dem Dreibunde vorziehen, und da sie ihren König, ihre Regierung und ihr Vaterland frei glauben, so handeln sie danach. Nun werden Euer Excellenz mir gewiss einen anscheinend sehr berechtigten Einwurf machen und mir sagen: „der König könne das alles ändern, — wenn Er wolle — ohne zur Veröffentlichung des Vertrages zu schreiten,[19] Er brauche ja nur Seiner Armee und Seinen Beamten unzweideutig zu sagen, dass Er — obwohl durch keinen Vertrag gebunden — an der Seite Österreich-Ungarns und des Dreibundes stehen wolle“ — gewiss das wäre der Fall, wenn Seine Majestät der König noch der Mann wäre, der Er vor wenigen Jahren gewesen zu sein scheint: der unbedingte Herr in Seinem Lande.[20] Das ist aber der König meiner Ansicht nach nicht mehr. Seine Majestät ist älter als Seine Jahre, gegen den Strom zu schwimmen ist nicht mehr Sein Verlangen, die vorjährige hostile Stimmung Seines eigenen Volkes gegen Ihn — ward Er doch ganz allgemein als der „Ausländer“ und „Verräter am Volke“ bezeichnet — diese Stimmung hat Ihn erschreckt und Er traut Sich nicht mehr, gegen das Volksempfinden aufzutreten. Ein Monarch, der allzuängstlich lauscht, was das Volk schwätzt, beweist aber damit immer, dass er mehr getrieben wird, als selber führt.[21] Der König fühlt, dass ein offenes Einbekenntnis zu einer austrophilen Politik — ob mit oder ohne Erwähnung des Vertrages — zu einer Kraftprobe werden würde zwischen Ihm und Seinem Volke, und diese Kraftprobe scheut Er, — und freiwillig wird Er Sich ihr sehr ungern unterziehen. Vielleicht herrscht bei Euer Excellenz die Ansicht vor, auch die Veröffentlichung des Vertrages werde keine Garantie für seine Einhaltung geben,[22] und ich will das Gegenteil garnicht apodiktisch behaupten — ich frage jedoch, welch' andere Möglichkeit dann

noch besteht, um uns eine grössere Sicherung des rumänischen Bündnisses zu erzwingen, und ich behaupte, dass auch ein mangelhaftes Mittel so lange das beste ist, als kein besseres gefunden wird.[23]) Und nun nehme ich an, durch einen „glücklichen Zufall" würde das Bundesverhältnis und das Factum eines geschlossenen Vertrages mit Rumänien öffentlich bekannt und die jedenfalls sofort von hier geforderte Desavouierung der Nachricht würde in einer Form erfolgen, die Dank ihrer Abfassung eine Bestätigung und nicht eine Widerlegung der Sachlage wäre. Welche wären die Folgen? Das Ereignis wäre jedenfalls derart, dass es wohl von der gesammten europäischen Presse gründlich erörtert werden würde, und speziell hier in Rumänien wäre der Widerhall ein ungeheuerer.[24]) Nun sind meiner unmassgeblichen Meinung nach nur zwei Fälle möglich: entweder der Sturm der öffentlichen Meinung bewegt die massgebenden Factoren hier, das Bündnis zu eliminieren[25]) und uns die volle Aktionsfreiheit zurückzugeben, — oder der König und Sein Ministerium überstehen den Sturm und die Öffentlichkeit gewöhnt sich nach und nach daran, das heisst, es tritt ein Zustand ein, der ungefähr an das Verhältnis mit Italien erinnert, in beiden Fällen aber würde sich die Situation klären. Es kann nicht meines Amtes sein, Euer Excellenz einen Rat zu erteilen und ich bin weit davon entfernt. Aber ich muss Hochdieselben pflichtgemäss darauf aufmerksam machen, dass wir hier mit erschreckender Schnelligkeit auf einer schiefen Ebene bergab gleiten und dass keine Zeit mehr zu verlieren ist, — dass es eine „Vogel-Strauss"-Politik wäre, wollte man die Dinge hier lassen, wie sie sind, denn auf die Gefahr hin, einer hundertfachen Wiederholung beschuldigt zu werden, muss ich es nochmals eindringlichst und nachdrücklichst melden: das österreichisch-rumänische Bündnis ist zur Zeit ein wertloser Fetzen Papier, Rumänien wird bei einem kriegerischen Conflict nicht auf Seite der Monarchie stehen, der heutige Zustand ist der für uns denkbarst ungünstigste, da er uns bindet, ohne irgend wie zu helfen. Ein „Abwarten", ein passives sich „treiben lassen" ein „laisser faire, laisser aller" wird diesen Zustand nicht ändern; nur ein zielbewusstes, aktives Auftreten der Monarchie, der eiserne unbeugsame Wille, Rumänien zu zwingen,[26]) Farbe zu bekennen, kann in zwölfter Stunde unberechenbares Unheil abwenden.

Ottokar Czernin.

[1]) Derzeit unmögliche Combination. Kaleidoskop. Wir und Rumänien. Das Übrige hingestellt lassen. — [2]) Auf dieser Basis können wir uns finden. — [3]) ? — [4]) Unmögliche Anregung. — [5]) Das soll er nur tun. — [6]) Nonsens. Abwarten bis Situation günstig mit Rumänien. Im Uebrigen nicht binden. Situation ergibt sich von selbst (Serb.-Bulg.). — [7]) Jedenfalls zu vermeiden. — [8]) Selbstverständlich unnütze Considerationen. — [9]) 20 Millionen. — [10]) Es wird intensiv gearbeitet, für diesen Moment vorzusorgen. — [11]) Oho! Balkanbund unter rumän. Patronanz auch gegen Monarchie. — [12]) Es gab wiederholt solche Perioden. — [13]) Ja. — [14]) ! — [15]) ? — [16]) Aber wo?? — [17]) Auch nicht gangbar. — [18]) Was hätten wir davon? — [19]) Man soll ihm wenigstens die Möglichkeit dazu lassen. Vorher Mißtrauen bannen. — [20]) Würde er Veröffentlichung durchsetzen können? — [21]) Wird im solchen Moment Veröffentlichung des Vertrages wagen? — [22]) Nicht nur das! Katastrophale Wirkung! — [23]) Es ist aber kein Mittel. — [24]) Aber ein schlechter. — [25]) Wozu? — [26]) Woher die Zwangsmittel nehmen?

[a]) Vgl. n. 9471, 9521, 9544. — [b]) In den folgenden Beilagen teilweise abgedruckt.

*Erste Beilage zu n. **9463**. Bericht des Vizekonsulats in Craiova an den Gesandten in Bukarest, 16. Feb. 1914 Nr. 2256/Res.[a] Ausfert.*

Zum Telegramm v. 11. Februar l. J.[b] und hieramtlichen Bericht vom 12. Februar 1914 Nr. 2121/res.[c] Die Stimmung der Bevölkerung gegen Ungarn ist anhaltend feindlich. Ob und in wie weit gegenwärtig agitiert wird und von wem, lässt sich nicht mit Sicherheit feststellen. Tatsache ist, dass, trotzdem die Bevölkerung mit den Wahlen präokupiert ist, wieder mehr von dem magyarisch-rumänischen Ausgleich und dem bevorstehenden Krieg gegen Ungarn, besonders in den unteren Kreisen gesprochen wird. Es wird sogar herumerzählt, dass die Grenzen gegen Ungarn, auch für ungarländische Rumänen, wegen des nahen Krieges gesperrt worden seien. Heute waren einige ungarische Staatsangehörige im Amte, welche diesbezügliche Erkundigungen einholten. Ich habe den Leuten in der entschiedensten Weise erklärt, dass alle derartigen Nachrichten nichts als leeres Geschwätz müssiger Leute seien und sie zugleich ersucht, dies gegebenen Falles auch ihren Landsleuten mitzuteilen. Wie ich aus verlässlicher Quelle erfahren habe, bildet die Generalkarte Siebenbürgens und des Banates den Gegenstand eingehenden Studiums seitens der Offiziere aller Grade. Mein Gewährsmann, welcher viel in Offizierskreisen verkehrt, sagte mir wörtlich: „Die Generalkarte wird auswendig gelernt." Die Offizierskriegsspiele, welche übrigens seit 5 bis 6 Tagen eingestellt wurden, sollen meistens Themen aus den Karpathen gehabt haben. Die übliche Konskription der Pferde für den Mobilisierungsfall ist im ganzen hiesigen Amtsbereiche schon durchgeführt worden. Hiebei ist jedem Besitzer ein Gattung, Zahl und Wort der zu requirierenden Tiere enthaltender Bon eingehändigt worden, welchem seinerzeit bloss die Unterschrift des requirierenden Organes beigesetzt zu werden braucht.

Georg Batschi.

[a] Vgl. n. 9449, zweite Beilage zu n. 9463. — [b] Liegt nicht bei den Akten (wurde der Zentrale nicht vorgelegt und fehlt auch im Gesandtschaftsarchive Bukarest). — [c] Mit diesem Berichte (eing. Bukarest 13. Feb. 1914 laut Akten der Gesandtschaft Bukarest) wurde über die ungarnfeindliche Stimmung im Konsulatsbezirke berichtet. Das Bestehen eines Balkanbündnisses mit der Spitze gegen die Monarchie werde trotz aller Dementis behauptet und in militärischen Kreisen scheint man mit der nahen Möglichkeit eines Einmarsches nach Ungarn zu rechnen, wofür als Beweis dienen könne, daß Subalternoffiziere, angeblich über Befehl, eifrig ungarische Sprachstudien treiben.

*Zweite Beilage zu n. **9463**. Bericht des Vizekonsulats in Craiova an den Gesandten in Bukarest, 6. März 1914 Nr. 3268/Res. Ausfert.*

Zum Telegramm vom 11. Februar 1914[a] und hieramtlichen Bericht vom 16. Februar 1914 Nr. 2256/res.[b] Auf Grund verlässlicher Informationen bin ich in der Lage melden zu können, dass die hiesigen Reserveoffiziere in vertraulicher Weise den Auftrag erhalten haben, sich für den 1. März a. St. für eine eventuelle Einberufung bereit zu halten. Wie ich weiters erfahren habe, sind in der letzten Zeit die Militärkanzleien fieberhaft mit der Fertigstellung der verschiedenen Tabellen, Behelfe und Einberufungskarten für den Mobilisierungsfall beschäftigt. Die Arbeit soll binnen 5 Tagen zu beenden sein. Dieselbe fieberhafte Tätigkeit herrscht

auch in den Militärwerkstätten, wo an der Ergänzung der Ausrüstung gearbeitet wird. In den Kasernen werden die stumpfen Bajonette und Säbel der Augmentationsmagazine geschliffen. In der vorigen Woche sollen über Konstantza aus Italien mehrere Waggons mit Uniformtuchen gekommen sein und täglich treffen aus Bukarest Transporte von Waffen, Ausrüstungs-Gegenständen, Munition, Sanitätsmaterial für die hiesige Garnison ein. Viel kommentiert wird die telegraphische Berufung des hiesigen Korpskommandanten, General Averescu, sowie eines zweiten Generalen, dessen Namen ich nicht erfahren konnte, nach Bukarest. Man spricht hier ganz offen von Kriegsvorbereitungen. In Militärkreisen werden die Vorbereitungen als gegen Russland — eventuell gegen Bulgarien — bestimmt dargestellt, während die Bevölkerung einen Krieg mit der Monarchie für unausbleiblich hält. Auch auf dem Lande wird nur von diesen Themen gesprochen. Wie mir von einigen Getreidehändlern versichert wurde, wollen die Bauern weder verkaufen noch kaufen, weil sie bald in den Krieg ziehen werden. Die Kriegsfurcht unserer Konnationalen wächst an und es häufen sich hieramts in der letzten Zeit die diesbezüglichen Anfragen, besonders seitens der unteren Klassen. Ein diesem k. u. k. Amte aus der Provinz zugegangenes gegenständliches Schreiben[a]) lege ich im Originale vor. Seit dem Debreczener Attentate und nach den seitens der ungarischen oppositionellen Presse, besonders aber seit dem Bekanntwerden der durch den Abgeordneten Polónyi im ungarischen Reichstag gegen die Rumänen erhobenen Beschuldigungen, ist die antimagyarische Stimmung noch mehr gewachsen. Wie mir von verschiedenen Seiten gesagt wurde, wird die antimagyarische Hetze neben den Mitgliedern der Culturliga auch von bezahlten russischen Agenten und Spionen, von welchen das Land angeblich wimmelt, betrieben. Nur so sei es zu erklären, dass auch unter der Landbevölkerung, welche wenig Zeitungen liest und zwar nicht nur in einzelnen Orten, sondern überall und nahezu unvermittelt und gleichzeitig das Gerücht über den nahen Krieg gegen Ungarn verbreitet wurde. Georg Batschi.

[a]) Liegt nicht bei den Akten (wurde der Zentrale nicht vorgelegt und fehlt auch im Gesandtschaftsarchive Bukarest). — [b]) Erste Beil. zu n. 9463.

*Dritte Beilage zu n. **9463**. Bericht des Konsulats in Constantza an den Gesandten in Bukarest, 22. Feb. 1914 Nr. 632/Res.[a]) Ausfert.*

Da der grösste Teil der sehr gemischten Bevölkerung der Dobrudscha erst in den letzten Jahren politische Rechte erlangt hat und speziell die Nichtrumänen (Türken, Tartaren, Russen und Deutschen) sich im allgemeinen von jeder politschen Äusserung fernhalten, schliesslich die Nähe Bulgariens die Aufmerksamkeit mehr nach dem nächsten Westen lenkt, ist die grossrumänische Propaganda hier nicht so verallgemeinert wie in dem transdanubischen Rumänien und bleibt zumeist auf die Militär-Beamten und jene rumänischen Kreise beschränkt, die hier teils lange, teils seit kurzem ansässig sind und zumeist aus Siebenbürgen stammen, oder als rumänische Veteranen nach der Okkupation in der Dobrudscha mit Land beteilt wurden. In Militärkreisen, in welchen infolge der letzten politischen und „militärischen" Erfolge eine masslose Selbstüberschätzung platz-

gegriffen hat, wird mit der, in „nächster" Zeit in Aussicht stehenden „Aufteilung der Monarchie" zwischen den verbündeten Slaven und Romanen (Italiener mit inbegriffen) als mit einem fait accompli gerechnet und stellt man sich gerne diese Campagne so wie die Okkupation des Quadrilaters vor, voraussetzend, dass die „Nationalitäten" in der — schon in völliger Auflösung befindlichen — Monarchie nur das Zeichen zu gemeinsamer Revolte erwarten. In Beamten- und sonstigen rumänischen Kreisen ist die Stimmung ähnlich und wird speziell durch rumänische Lehrer — die zum grössten Teil aus Siebenbürgen stammen — wach erhalten. Gelegentlich der Feier der Vereinigung der Fürstentümer wurden in dem hiesigen Kasino mehrere patriotische Reden gehalten, von welchen die erste, gemässigte, sich mehr um die historischen Details der Vereinigung der Moldau mit der Walachei drehende, vom hiesigen Advokaten Roman (einem ehemaligen Siebenbürger) [gehalten wurde]. Die zweite, in der bekannten Tendenz (Befreiung der Brüder in Siebenbürgen etz.) gehaltene Rede, die in ziemlich leidenschaftlicher Weise gesprochen wurde, war eine patriotische Äusserung des hiesigen Gymnasialdirektors C. Negulescu, des Präsidenten der Liga Culturala Sektion Constantza. Besonders bemerkenswert ist jedoch ein sich gestern den 21. Februar l. J. zugetragener Fall, welcher sich nach Beendigung der zu Gunsten der liberalen (Regierungspartei) abgelaufenen Wahlen ereignete. Als die siegreichen Wähler in der üblichen turbulenten Art vor dem liberal-nationalen Club erschienen, hielt der hiesige liberale Primar Virgil Andronescu, ein gewesener Lyzealdirektor, vom Balkone dieses Clubs eine Rede, in welcher er mit besonderer Begeisterung hervorhob, dass nunmehr nach günstigen Wahlergebnissen die Zeit gekommen sei, wo man die Bauernschaft des Landes durch die in die Wege geleitete Verteilung der Latifundien stärken werde, um dann mit diesen die unter magyarischem Joche schmachtenden 4 Millionen Stammesbrüder, nach der Monarchie eindringend — zu befreien. Diese Rede wurde mit grosser Begeisterung und unter Horatanz und Absingung des Liedes „Deşteapta te Romanul" aufgenommen. In meinen vorjährigen Berichten Zl. 58 Res*b)* vom 13. Juni und Zl. 87 Res.*b)* vom 21. September habe ich bereits auf die herrschende Stimmung hinzuweisen Gelegenheit gehabt. Da die hiesige Post Dienstschreiben dieses Amtes zur Beförderung als rekommandierte Sendungen nicht annimmt, bin ich gezwungen, vertrauliche Berichte als Geldsendung zu expedieren. Helf.

a) Vgl. Vierte Beilage zu n. 9463. — *b)* Liegt nicht bei den Akten (wurde der Zentrale nicht vorgelegt und liegt auch nicht im Gesandtschaftsarchive Bukarest).

Vierte Beilage zu n. **9463.** *Bericht des Konsulats in Constantza an den Gesandten in Bukarest, 9. März 1914 Nr. 889/Res. Ausfert.*

In letzterer Zeit wird in militärischen Kreisen fieberhaft an den Vorbereitungen für eine Mobilisierung gearbeitet, indem in erster Linie die Evidenthaltung berichtigt und ergänzt, die Vorbereitungen für eine Einberufung der Reserven und sonstigen Dienstpflichtigen selbst auf die Jahrgänge 92—93 zurückgreifend durchgeführt werden. Bei den Truppen werden Monturen, Riemen und Sattelzeug, Konserven sowie Armatur

ergänzt. In wie weit diese Massnahmen als logische Folge der vorjährigen Aktion in der Richtung der Wiederherstellung eines normalen Bereitschaftsgrades oder als Vorbereitung für eine baldig bevorstehende Mobilisierung aufzufassen sind, ist umso schwerer zu beurteilen als angesichts der im Vorberichte (Nr. 632 vom 22. Februar l. J.) gemeldeten Stimmung alle möglichen nicht kontrollierbaren Ansichten und Gerüchte kursieren. Zu erwähnen wäre diesbezüglich, dass sich Offiziere mit dem Studium der ungarischen Sprache befassen sollen, dass für die endgiltige Bereitstellung aller Vorbereitungen ein sehr kurzer Termin — angeblich Ende März — angesetzt sein soll und in letzterer Zeit auffallend viele Übungen mit gemischten Waffen und Märsche durchgeführt werden. Das Fremdengesetz wird in letzter Zeit sehr strenge gehandhabt und alle Ausländer bis zum 46. Jahre zur Ausweisleistung über ihre in der Heimat erfüllte Militärpflicht verhalten. Helf.

*Fünfte Beilage zu n. **9463**. Bericht des Vizekonsulats in Giurgevo an den Gesandten in Bukarest, 7. März 1914 Nr. 2. Ausfert.*

Im Zusammenhange mit meinem Berichte vom 14. Februar 1914, Z. 1[a]) kann ich Euerer Exzellenz die Meldung erstatten, dass hierorts die Gespräche über einen bevorstehenden Krieg im Frühjahre gegen die Monarchie noch immer nicht verstummt sind. So haben heute früh, als die Maschinengewehrabteilung durch die Stadt Giurgevo zu den Übungen marschierte, vorbeigehende Zivilpersonen die laute Äusserung zum Ausdrucke gebracht: „Auf diese Art ausgerüstet werden wir im Frühjahre im Vereine mit den Griechen und Serben nach Ungarn ziehen." Auch haben bulgarische Deserteure, welche vor 2 Wochen die damals noch zugefrorene Donau zu Fuss überschritten, in Giurgevo die Äusserung getan, in Bulgarien herrsche die allgemeine Ansicht, dass es im Frühjahre zu einem bulgarischen Kriege kommen werde. Diese Deserteure wurden hierorts wegen Nichteinhaltung der Passvorschriften in Haft genommen und nach Abbüssung einer fünftägigen Arrestsrafe in verschiedene Gegenden Rumäniens abtransportiert. Wie im vorigen ist auch in diesem Jahre hierorts eine Militärkommission zusammengesetzt worden, welche ein Verzeichnis der in den hierortigen Geschäften vorhandenen, für den Mobilisierungsfall nötigen Artikel aufstellt und die Geschäftsleute zur Bereithaltung dieser Artikel verpflichtet. Diesen in 2 Exemplaren verfassten Bericht beehre ich mich blos Euerer Exzellenz zu unterbreiten. Jaworowski.

[a]) Mit diesem Berichte (eing. in Bukarest 16. Febr. laut Akten der Gesandtschaft Bukarest) wurde aus Giurgevo gemeldet, daß sowohl unter dem Volke in den Städten als auch unter den Bauern am Lande sich die Meinung erhalte, daß zur Befreiung der in Ungarn unterjochten Brüder im Frühjahr ein Feldzug Rumäniens gegen Österreich-Ungarn ausbrechen werde.

*Nr. **9464**. Bericht aus Konstantinopel, 11. März 1914 Nr. 16 B (eing. 14. März). Ausfert.*

Geheim. Anknüpfend an mein Telegramm vom 4. l. M. Nr. 104, betreffend die Fühlungnahme seitens der Pforte in Bukarest wegen einer

Annäherung Rumäniens an die Türkei und Bulgarien, beehre ich mich zu berichten, dass der Grossvezir anlässlich meines letzten Pfortenbesuches auf diesen Gegenstand zu sprechen kam. Wie ich aus den Äusserungen Said Halim Paschas entnehmen konnte, ist das Resultat dieser Versuche ein negatives geblieben. Man sei wohl, so meinte der Grossvezir, in Bukarest auf die Anregung eingegangen, jedoch habe man zu verstehen gegeben, dass keine der Concessionen, welche Bulgarien eventuell machen könnte, dazu angetan wäre, Rumänien zu befriedigen. Selbst für den Fall als Bulgarien sich bereit erklären würde, einen grösseren Streifen Landes, etwa bis Varna abzutreten, müsste man doch immer in Erwägung ziehen, dass dieses Gebiet ausschliesslich von Bulgaren bewohnt sei und daher dessen Besitz für Rumänien niemals sicher wäre, man vielmehr immer mit der Wahrscheinlichkeit rechnen müsste, Bulgarien werde ihn, sobald es sich wieder genügend stark fühlen würde, zurückzunehmen trachten. Der Grossvezir glaubt, man könnte die angestrebte Verständigung eventuell auf die Weise erzielen, wenn man sich darauf beschränken würde, türkischerseits Rumänien die formelle Garantie zu bieten, dass Bulgarien dasselbe nicht angreifen werde. Immerhin scheint Said Halim Pascha zur Überzeugung gelangt zu sein, dass jetzt nicht der richtige Moment sei, um diese Sache in Bukarest zu verfolgen. Er glaubt, dass später einmal warscheinlich der Augenblick kommen werde, wo Rumänien von selbst sich darüber Rechenschaft ablegen werde, dass ein zu grosses Serbien und ein zu starkes Griechenland ihm nicht erwünscht sein könne und dass es dann selbst eine Annäherung an die Türkei und Bulgarien aus eigenem Antrieb suchen werde. Wie Euer Exzellenz bekannt, stand ich von Anfang an der in Rede stehenden Liebeswerbung der Türkei in Bukarest skeptisch gegenüber, da es ja, wie bekannt, den Rumänen jetzt hauptsächlich darum zu thun ist, den status quo, wie ihn der Bukarester Frieden geschaffen hat, zu erhalten und man daher schwer voraussetzen kann, dass sie in irgendwelche Combinationen eingehen würden, durch welche dieser status quo zu Gunsten Bulgariens abgeändert werden würde. Nichtsdestoweniger habe ich geglaubt, bei dieser Gelegenheit wieder den Grossvezir in seinem Plane bestärken zu sollen und ihm nahegelegt, auch fernerhin dem einmal gesteckten Ziele wenigstens im Principe nachzustreben. Allerdings, so fügte ich bei, müsse man dies mit einer gewissen Vorsicht tun, denn es müsse vor allem vermieden werden, in Sofia Misstrauen zu erregen, da hiedurch in Bulgarien leicht das Gefühl der vollkommenen Isoliertheit erweckt werden könnte, welches in Sofia die Annäherung Bulgariens an Serbien und Griechenland und hiemit die Wiedererstehung der alten Balkanallianz als eine Notwendigkeit erscheinen liesse. Auf diese Weise würde man gerade die Arbeit Russlands machen. Dem Grossvezir schien dieser Gedankengang einzuleuchten und sagte er mir, er werde die Angelegenheit für den Moment nicht weiter verfolgen, dieselbe jedoch nicht ganz aus dem Auge verlieren. Talaat Bey, mit dem ich auch vorgestern eine Unterredung hatte, erzählte mir, seine in Aussicht genommene Bukarester Reise sei auf einen späteren Zeitpunkt verschoben worden, jedoch habe er die Absicht, nach Sofia zu fahren und zwar auf Wunsch Herrn Radoslavows erst nach den bulgarischen Parlamentswahlen.

Meiner Ansicht nach wäre diese letztere Reise jetzt nicht wünschenswert, da sie nur neuen Stoff für die Combinationen über die türkisch-bulgarische Allianz geben würde, was dann nur einen noch näheren Zusammenschluss der übrigen Balkanstaaten zur natürlichen Folge hätte. Ich habe diese meine Bedenken Talaat Bey gegenüber nicht erwähnt, beabsichtige aber, über die Sache mit Herrn Toscheff zu sprechen. Pallavicini.

Nr. 9465. Bericht aus Konstantinopel, 11. März 1914 Nr. 16 C (eing. 14. März). Ausfert.

Streng vertraulich. Mein russischer College ist vor circa 10 Tagen von seinem einmonatlichen Urlaube hierher zurückgekehrt. Vor seiner Rückkehr war hier vielfach das Gerücht verbreitet, dass Herr von Giers nur mehr für kurze Zeit herkommen werde und dass derselbe als Nachfolger Herrn Sasonows in Aussicht genommen sei. Ich habe meinen Collegen direct über die Richtigkeit dieser Gerüchte befragt. Derselbe sagte mir, seiner Ansicht nach werde Sasonow im Cabinet verbleiben, jedenfalls wenigstens so lange, als Goremykin die Präsidentschaft innehabe. Allerdings sei das Cabinet Goremykin als ein Übergangsministerium gedacht. Als dessen Nachfolger sei Herr Krivoschein in Aussicht genommen, welcher sich augenblicklich in Europa einer Kur unterziehen müsse. Herr von Giers sagte mir wohl nicht ausdrücklich, dass er im Falle der Genesung Herrn Krivoscheins und dessen Betrauung mit der Ministerpräsidentschaft in das russische Cabinet eintreten werde, aber ich weiss, dass diese beiden Herren nahe befreundet sind. Auch hat Herr Krivoschein im Laufe des vorigen Jahres Herrn von Giers hier einen Besuch abgestattet. Ich halte also die obige Combination nicht für ausgeschlossen. Der russische Botschafter erklärte mir allerdings, er werde sich gegen seine Ernennung zum Minister des Äussern sträuben, es könnten jedoch Umstände eintreten, welche die Annahme dieses Postens als eine Notwendigkeit erscheinen liessen. Ich bin, wie Euer Exzellenz bekannt, mit Herrn von Giers seit vielen Jahren befreundet. Soweit ich ihn kenne, scheint er mir nicht das Zeug zu einem Staatsmanne in sich zu haben; ja, er ist vielleicht nicht einmal ein besonders hervorragender Diplomat, jedoch ist er unzweifelhaft ein Mann von grossem Pflichteifer, Ausdauer und Zähigkeit. Was seine politische Richtung anbelangt, so halte ich dieselbe nicht gerade für eine panslavistische, aber jedenfalls für eine ausgesprochen russischnationale. Hiebei spielt der persönliche Einfluss seiner Frau eine grosse Rolle, die aus einer alten russischen Familie stammt. Herr von Giers gehört auch nicht zu jenen russischen Politikern, welche principielle Feinde Deutschlands oder unserer Monarchie sind oder eine absolute Bewunderung für alles Französische hegen. Als Endziel der russischen Politik betrachtet er, wie ich weiss, Constantinopel um jeden Preis unter den directen Einfluss Russlands zu bringen. Sei es mit oder auch ohne Aufrechterhaltung der türkischen Herrschaft. Ferner dürfte auch eine seiner hauptsächlichsten Bestrebungen dahin gehen, Rumänien ganz für Russland zu gewinnen. Wie Euer Exzellenz bekannt, war er lange Jahre in Bukarest als Gesandter tätig und besitzt dort viele und wertvolle Verbindungen. Pallavicini.

Nr. 9466. Bericht aus Konstantinopel, 11. März 1914 Nr. 16 D (eing. 14. März). Ausfert.

Streng vertraulich. Im Laufe eines Gespräches, welches ich vorgestern mit dem Grossvezier hatte, kam auch die Rede auf die nunmehr erfolgte glückliche Installierung des Fürsten von Albanien in Durazzo. Said Halim Pascha musste zwar zugeben, dass die Thronbesteigung unter günstigen Auspicien vor sich gegangen sei, konnte es aber auch bei dieser Gelegenheit nicht über sich bringen, seine Zweifel über den künftigen Erfolg der Mission des neuen Landesfürsten zu verschweigen. Mit einem gewissen Beigeschmack von Bitterkeit sagte er mir, die Türkei müsse vorläufig noch zuwarten, bis sie zum neuen Staate Stellung nehme. Man könne eben nicht so schnell vergessen, wie gross der Anteil Albaniens an den Ereignissen gewesen sei, welche die letzten Unglücke der Türkei verschuldet hätten. Es bestünde hier für die nächste Zeit nicht die Absicht, einen türkischen Vertreter nach Durazzo zu entsenden. Dies werde jedoch geschehen, wenn es sich einmal herausstellen sollte, dass das neue Land wirklich lebensfähig sei. Bei dieser Gelegenheit liess der Grossvezier eine Bemerkung fallen, er wisse zwar nicht, ob der Fürst von Albanien überhaupt die Absicht habe in Constantinopel einen Besuch abzustatten; ein solcher würde ihm aber unter den heutigen Verhältnissen noch verfrüht erscheinen. Pallavicini.

Nr. 9467. Bericht aus Konstantinopel, 11. März 1914 Nr. 16 L (eing. 14. März).[a]) Ausfert.

Geheim. Ad hieramtlichen Bericht Nr. 10 C vom 9. Feber 1914. Die Organisation der in meinem obbezogenen Berichte besprochenen, für Macedonien ins Auge gefassten Bandenaction ist nach den mir vorliegenden Confidentenmeldungen türkischerseite bereits beendet. Die Mannschaften sind nicht nur gerüstet und zwischen Tschorlu und Gümüldjina bereitgestellt, sondern in der letzten Zeit auch bereits mit Verbandmaterial versehen worden; überdies erhielt jede Bande einen sogenannten Wundarzt zugeteilt. Wie der im vorzitierten hieramtlichen Berichte erwähnte Vertrauensmann meldet, war er dieser Tage vom Comité nach Gümüldjina exmittiert, um dort eine interne Komitadjiangelegenheit im Einvernehmen mit den bulgarischen Factoren zu regeln und hatte hiebei Gelegenheit, sich von dem absoluten Zusammengehen der in Betracht kommenden bulgarischen und türkischen Leaders der Action zu überzeugen. Die Oberleitung des türkischen Teiles des Unternehmens liegt nach den Ausführungen dieses Vertrauensmannes nunmehr ausschliesslich in den Händen Enver Paschas und Talaat Beys, die bei allen einschlägigen Fragen mit grösster Vorsicht zu Werke gehen, damit die Anleiheverhandlungen durch ein Bekanntwerden der geplanten Action nicht erschwert werden. Auf Erwägungen dieser Art sei auch zurückzuführen, dass der noch hier befindliche Teil des für Neugriechenland bestimmten Bandenmaterials, etwas über 100 Mann, jüngst bei der hiesigen Polizei, ferner als Zollwächter etc. angestellt wurde, nachdem die hiesige griechische Gesandtschaft hinsichtlich dieser Leute Verdacht geschöpft hatte. Was den Beginn der Bandenaction in Macedonien anbelangt, so war für denselben der Eintritt der günstigen Jahreszeit in

Aussicht genommen, doch soll derselbe nun mit Rücksicht auf die Anleihe-Verhandlungen noch etwas verzögert werden. Pallavicini.

[a]) Vgl. n. 8928, 9588.

Nr. 9468. Bericht des Gerenten des Vizekonsulates Kanzleisekretärs Heinrich Hoflehner aus Nisch, 11. März 1914 Nr. 31 (eing. 14. März). Ausfert.

Die unlängst in der serbischen Presse erschienenen Erklärungen des pensionierten Generals Mišić, betreffend den vorigjährigen Einfall der Arnauten in serbisches Gebiet, wirkten in hiesigen politischen und militärischen Kreisen geradezu sensationell. Hervorragendere hiesige Politiker, darunter auch Abgeordnete und höhere Offiziere, äußern sich zu diesem Thema übereinstimmend dahin, daß nun als zweifellos erhoben gelten kann, daß die Regierung und besonders deren Chef zur kritischen Zeit darüber wohl informiert war, welche Stimmung unter den Arnauten herrschte. Hierüber gab auch das Armeeoberkommando sich keinem Zweifel hin, worauf die von ihm damals der Regierung gemachten bezüglichen Vorschläge deuten. Absichtlich aber und zwar auf Anraten des russischen Gesandten in Belgrad wußte es Pašić zu verhindern, daß an der Grenze gegen Albanien irgendwelche Vorbeugungsmaßregeln getroffen wurden, dies mit der bewußten Absicht, die Arnauten zu einem Angriffe auf serbisches Territorium förmlich herauszufordern. Pašić und Hartwig hofften so, den Großmächten die Notwendigkeit einer Grenzverlegung zu Gunsten Serbiens vor Augen zu führen, eventuell sogar ernstliche Bedenken gegen die Schaffung eines selbstständigen Albanien noch im letzten Momente hervorzurufen. Schließlich machte aber das Ultimatum Oesterreich-Ungarns dem Ränkespiel der beiden Vorgenannten gründlich ein Ende. Für die dadurch dem Ansehen und den Finanzen Serbiens zugefügte schwere Schädigung und die dem serbischen Volke auferlegten neuerlichen großen Blutopfer muß daher die Regierung und vor allem ihr Chef verantwortlich gemacht werden. Abschrift nach Belgrad vorgelegt. Hoflehner.

Nr. 9469. Bericht aus Sofia, 11. März 1914 Nr. 24 (eing. 13. März). Entziff.

Geheim. Deutscher Gesandter fragt mich, ob ich nicht gehört, dass König Karol geistig nachliesse und sein Einfluss auf Politik vermindert. Ich antwortete verneinend und Herr Michahelles vertraute mir an, deutscher Militärattaché in Bukarest, der hier kürzlich geweilt, hätte ihm gesagt, bei König Karol mache sich Geistesschwäche bemerkbar; der König gefiele sich nur in Redensarten über seine persönlichen politischen Erfolge und über seine führende Rolle, bilde sich auch jetzt ein „zu führen", de facto sehe aber König Karol vieles nicht, sein Einfluss werde immer illusorischer und dies erkläre so Manches. Tarnowski.

Nr. 9470. Bericht aus Berlin, 12. März 1914 Nr. 21 A (eing. 13. März).[a]) Ausfert.

Streng vertraulich. Die Konversation, welche ich gestern nach dem Diner auf der k. u. k. Botschaft mit Kaiser Wilhelm hatte, begann damit,

dass Sich Höchstderselbe über die Presscampagne in Angelegenheit der deutsch-russischen Beziehungen recht ungehalten aussprach. Leider sei es eine Tatsache, dass die Beziehungen zwischen Berlin und St. Petersburg viel zu wünschen übrig liessen; immerhin sei es bedauerlich, dass auch in der deutschen Presse mit dem Feuer gespielt und dass die Möglichkeit eines kriegerischen Zusammenstosses zwischen Deutschland und Russland in Erwägung gezogen werde. In St. Petersburg und in Paris würden ähnliche journalistische Ausfälle in eigenem Interesse kommentiert und die Eventualität eines Krieges zwischen Deutschland und Russland in nahe Aussicht gestellt. Er brauche mich nicht zu versichern, dass dies alles heller Unsinn sei; Russland könne für geraume Zeit nicht an einen Krieg denken, was es jedoch nicht hindere, sich bei jeder Gelegenheit Deutschland gegenüber recht unfreundlich zu erweisen. Die „turmhohe" Freundschaft zwischen Deutschland und Russland war schon zu Bismarcks Zeiten trotz dessen gegenteiligen Behauptungen eine Lüge, und seit Seiner 25 jährigen Regierungszeit habe es sich für Ihn nur darum gehandelt, freundschaftliche Beziehungen zwischen den beiden Reichen nach aussenhin zu unterhalten. Der Antagonismus zwischen Slaven- und Deutschtum bestünde hiebei fort; die Hauptsache sei daher, wenn nicht intime, so doch korrekte Beziehungen zwischen den beiden Ländern zu unterhalten. In diesem Sinne habe Er Sich bereits seinerzeit dem Fürsten Lobanow gleich nach dessen Übernahme der Regierungsgeschäfte in St. Petersburg ausgesprochen und hätte konstatieren können, dass dieser hierüber sehr impressioniert gewesen wäre, da der russische Staatsmann zum vollen Bewusstsein gekommen sei, dass Er — Kaiser Wilhelm — Sich vor Russland nicht fürchte und in keiner Weise gesonnen sei, Sich um Russlands Gunst zu bewerben. Mit Kaiser Nikolaus stehe Er — der Kaiser — in regem Briefwechsel, wobei jedoch politische Fragen nur oberflächlich berührt würden. Auch unlängst sei ein an Ihn gerichtetes Schreiben des Zaren eingetroffen, in welchem jedoch nur vom Ersatze des nunmehr von St. Petersburg abberufenen deutschen Militärbevollmächtigten, Grafen Dohna, durch den Generalleutnant von Chelius Erwähnung getan worden sei. Auf unser Verhältnis zu Rumänien übergehend erwähnte Seine Majestät, Er lege selbstredend — ebenso wie wir — den grössten Wert darauf, dass die Beziehungen zwischen uns und Rumänien sich möglichst günstig gestalten, und habe Er deshalb den dortigen deutschen Gesandten, Baron Waldhausen, beauftragt, die diesbezüglichen Bestrebungen des Grafen Czernin nach Möglichkeit zu unterstützen. Über Bulgarien und Serbien sprach Sich Kaiser Wilhelm auch diesmal ganz so aus, wie Er es schon früher in wiederholten Fällen getan hat. Das Misstrauen gegen König Ferdinand ist bei Ihm nicht geringer geworden, und was Serbien betrifft, so bemerkte Kaiser Wilhelm, dass dieses geldbedürftige Land kaum werde imstande sein, seine Geldbedürfnisse auch weiterhin in Paris — wie es gehofft hatte — zu decken. Aus ganz sicherer Quelle wisse Er, dass Frankreich trotz seines Reichtums in finanzieller Beziehung sehr bedrängt sei und in nächster Zeit nicht in der Lage sein würde, den Balkanstaaten die von ihnen gewünschten Anlehen zu gewähren; es müsse zufrieden sein, wenn es imstande sein würde, seine weitgehenden eigenen und

Russlands Geldbedürfnisse zu decken. Albanien anlangend hat Kaiser Wilhelm — wie Er mir sagte — unlängst in einem Ihm vom deutschen Militärattaché in Wien übersendeten hochinteressanten Bericht des k. u. k. Generalstabshauptmanns Milan Ulmansky und des Hauptmanns Heinrich Ritter Clanner von Engelshofen Einsicht genommen und dem Prinzen Wied geraten, sich ganz an die in dem Berichte gemachten Vorschläge zu halten. Der neue Fürst von Albanien werde wohl auf lange Zeit hinaus noch viel Geld brauchen; denn aus Albanien selbst sei vorläufig nichts zu holen.

Szögyény.

[a]) Vgl. n. 9446.

Nr. 9471. Tel. des Militärattachés in Bukarest, 12. März 1914 (eing. mit Zuschrift des Chefs des Generalstabs vom 13. März Evb. Nr. 792 am 15. März).[a]) Abschrift.

In Rumänien sind keine besonderen militärischen Maßnahmen getroffen, alles bis jetzt normal. Nachrichten über russische Konzentrierung nicht zu kontrollieren. Für ein Einvernehmen Rumäniens mit Rußland dermalen absolut keine Anzeichen sichtbar. Hranilović.

[a]) Vgl. n. 9457, 9463.

Nr. 9472. Bericht aus Bukarest, 12. März 1914 Nr. 19 A (eing. 17. März). Ausfert.

Aus absolut verlässlicher Quelle bin ich über folgendes Zwiegespräch Seiner Majestät des Königs und Ihrer königlichen Hoheit der Frau Kronprinzessin informiert. Seine Majestät ersuchte die Kronprinzessin, welche der Mittelpunkt der hiesigen Gesellschaft ist, sie möge dafür sorgen, dass die Herren der österreichisch-ungarischen Gesandtschaft überall freundlich aufgenommen werden, da Ihm sehr viel daran gelegen sei, dass wir die grosse politische Verstimmung nicht auch social entgelten. Ihre königliche Hoheit antwortete darauf: „Sie werde ihr möglichstes thun, es sei aber zur Zeit furchtbar schwer, einen Österreicher momentan hier populär zu machen." Ich melde dieses kleine, anscheinend nebensächliche Detail nur, weil es beweist, wie richtig in den obersten Kreisen die rapide Verschlechterung der Situation hier aufgefasst und beurteilt wird. Ottokar Czernin.

Nr. 9473. Tagesbericht über eine Unterredung mit dem deutschen Botschafter, 14. März 1914 Nr. 1141.[a]) Konz. (S. u. G. Berchtold).

Der deutsche Botschafter hat mir am 14. März auftraggemäß mitgetheilt, daß Sir Edward Grey dem deutschen Botschafter in London bei Besprechung der seitens der Dreibundvertreter in Athen gemachten Demarche die Dringlichkeit erwähnt habe, auf die seinerzeitige griechische Antwortnote schriftlich zurückzukommen, da, den Versicherungen der griechischen Regierung zufolge, unsere mündlichen Erklärungen nicht ausgereicht hätten, die wünschenswerthe Beruhigung der Aufständischen herbeizuführen. Gleichzeitig habe der britische Staatssekretär bemerkt, daß er gegen die Fassung dieser Erklärungen nichts einzuwenden habe, dieselben müßten nur durch einen Passus über die griechischerseits geltend gemachten

Wünsche in Bezug auf die Inselfrage ergänzt werden. Angesichts dieser Äußerungen Sir Edward Greys hat sich, nach Mittheilung Herrn von Tschirschkys, die deutsche Regierung bereit gefunden, die griechische Note schriftlich zu beantworten und zwar in der Weise, daß nach Wiederholung der bereits von uns der griechischen Regierung mündlich mitgetheilten vier Punkte Folgendes zu erklären wäre: „Die Griechenland zugesprochenen Inseln gehen nach Erfüllung der für Albanien gestellten Bedingungen automatisch in das griechische Eigenthum über. Wenn in Athen darüber hinaus dauernder türkischer Verzicht auf kriegerische Maßnahmen gegen Inseln oder Zusicherung endgiltiger Unterwerfung unter die Entscheidung der Mächte gewünscht wird, so ist es Griechenlands Sache, solches in Constantinopel zu erwirken. Das Gleiche gilt für die von Griechenland gewünschten Garantien wegen der griechischen Bevölkerung auf den türkischen Inseln. Ebenso wie die Mächte sich in der Note vom 13. Februar[b]) anheischig machen, in Athen auf Einhaltung der für die griechischen Inseln gestellten Bedingungen hinzuwirken, werden sie erforderlichen Falles auch in Constantinopel durch freundschaftliche Rathschläge für Beachtung ihrer Entscheidung eintreten." Sollten sich die Cabinete von Wien und Rom mit der Beantwortung der griechischen Note im Sinne der vorstehenden Ausführungen einverstanden erklären, würde die deutsche Regierung den fraglichen Text der englischen Regierung vorschlagen. Ich präcisirte meinen Standpunkt dahin, daß wir mit Rücksicht auf die unsererseits erfolgte mündliche Mittheilung in Athen und die günstige Aufnahme, die dieselbe bei der griechischen Regierung gefunden hat, keine Notwendigkeit für eine schriftliche Kundgebung in derselben Angelegenheit erkennen können, umsomehr als sich Griechenland diesfalls nicht an uns gewendet hat. Sollte aber eine solche Kundgebung seitens der anderen Mächte in Aussicht genommen werden, würden wir keinen Anstand nehmen, uns anzuschließen und den deutscherseits vorgeschlagenen Zusatz zu unseren vier Punkten zu acceptiren. Es würde aber jedenfalls Sache des Berliner Cabinetes sein, vorerst die Zustimmung der italienischen Regierung hiezu einzuholen.

[a]) Vgl. n. 9454, 9483. — [b]) Beilage zu n. 9350.

Nr. 9474. Bericht des Gesandten Grafen Josef Somssich aus Paris, 14. März 1914 Nr. 17 C (eing. 16. März).[a]) Ausfert.

Zum Erlaß vom 10. März 1914 Nr. 1078. Anruhend beehre ich mich die mittels obigen Erlasses herabgelangten Piècen wieder in Rückvorlage zu bringen. Der Präsident der Republik, welchem dieselben unterbreitet worden waren, hat drei derselben mit eigenhändigen Bemerkungen versehen, welche ich ebenfalls beifüge. Zu Nr. 34[b]) wünscht Herr Poincaré, dass die darin entwickelte Idee einer Intervention Österreich-Ungarns und Russlands nicht als seine sondern als eine (sozusagen in der Luft schwebende) Idee dargestellt werde. Zu Nr. 489[c]) hat er den Wunsch ausgesprochen, dass sein Name nicht genannt werde, da er zu der Zeit bereits Staatsoberhaupt war. Bei Nr. 63[d]) steht die Bemerkung: „M. Dumaine a répondu dans cette même conversation qu'il s'agissait de désinterèssement territorial." Der Präsident wünscht, dass eine bezügliche Bemerkung in den Text der

Depesche aufgenommen werde. Ich verfehlte nicht Herrn Margerie gegenüber, welcher mir die Wünsche Herrn Poincarés übermittelte, zu bemerken, dass dies gerade der springende Punkt sei, da ja meines Wissens gerade die Zumutung bezüglich eines désintèressement absolu der Ausgangspunkt der späteren Meinungsverschiedenheiten war. Somssich.

[a]) Vgl. n. 9484. — [b]) n. 3949. — [c]) n. 6838. — [d]) n. 4210.

Nr. 9475. Bericht des Legationsrates Grafen Otto Czernin aus St. Petersburg, 1./14. März 1914 Nr. 14 B (eing. 16. März).[a]) Ausfert.

Ich habe dieser Tage dem Herrn Minister-Präsidenten meinen Antrittsbesuch gemacht. Herr Goremykin hatte gerade ein mehrtägiges Unwohlsein überstanden und schien noch etwas geschwächt. Er konstatierte die relative allgemeine und erfreuliche politische Ruhe, die nur leider durch Zeitungshetzereien gestört werde. Und zwar sei dies zwischen uns auf beiden Seiten der Fall. Ich erlaubte mir festzustellen, dass unsere Presse hierin immerhin viel mässiger wäre und dass die Sprache der hiesigen nationalistischen Zeitungen kaum mehr an Schärfe zu überbieten sei. Der Herr Minister-Präsident entgegnete, er lege auf die Presse kein besonderes Gewicht und man dürfe ihr keine übertriebene Beachtung schenken; worauf ich noch erwiderte, dass dies gewiss für den einzelnen Fall zutreffe, dass aber eine systematische tägliche Hetze doch schliesslich die Leser beeinflussen müsse. „Oui, mais seulement ceux qui ne sont pas bien informés." Nach dieser anfechtbaren Bemerkung wurde das Thema gewechselt. Der Herr Minister-Präsident sprach sodann in liebenswürdiger Weise über Fragen allgemeinen Interesses, erkundigte sich nach dem Befinden des Herrn Botschafters und gab der Hoffnung Ausdruck, dass derselbe von der ihm hier bereiteten Aufnahme befriedigt sei, was ich bejahen konnte. Otto Czernin.

[a]) Vgl. n. 9410.

Nr. 9476. Bericht des Legationsrates Grafen Otto Czernin aus St. Petersburg, 1./14. März 1914 Nr. 14 F (eing. 16. März). Ausfert.

Der „Börsenzeitung" zufolge (Abendblatt vom 6. März/21. Februar) soll der hiesige bulgarische Gesandte General Radko Dimitrieff einem Journalisten ein Interview gegeben haben. Der Herr Gesandte sagte unter anderem, in Bulgarien stritten sich jetzt die in Russland ausgebildeten Offiziere mit jenen, die ihre Ausbildung anderswo genossen haben. Das sei eine Frage der Austro- und der Russophilie. Er, der General, werde das Erscheinen seines Buches über die Balkankriege beschleunigen, um zur Entscheidung der obigen Frage auch seinerseits beizutragen. Mit Serbien auf gutem Fusse zu leben, — behauptete weiter der Herr General — sei ein Lebensinteresse Bulgariens. Aber den ersten Schritt zur Verständigung müssten die Serben tun. Was die serbisch-montenegrinische Union anbelangt, so habe er keine Nachrichten darüber, ob sich Bulgarien dieser Union widersetzen würde. Vom allgemeinen slavischen Standpunkte aus, sei der Gedanke dieser Union jedenfalls zu begrüssen. Albanien interessiere Bulgarien wenig. Mit Griechenland mache die Besserung der gegenseitigen Beziehungen nur langsame Fortschritte. Otto Czernin.

Nr. 9477. Bericht des Legationsrates Grafen Otto Czernin aus St. Petersburg, 1./14. März 1914 Nr. 14 G (eing. 16. März). Ausfert.

Der hiesige rumänische Gesandte, der im Gegensatz zu seinem Vorgänger Wert darauf legt, mit der k. u. k. Botschaft in Kontakt zu bleiben, der aber doch mit einiger Vorsicht zu behandeln ist, hat mir gegenüber grosses Interesse für die Gestaltung unserer Beziehungen zu Russland an den Tag gelegt. Ich hatte schon auf diesen Augenblick gewartet, um Herrn Diamandy unser Verhältnis zu dem offiziellen Russland in übertrieben optimistischem Sinne darzustellen. Die erwartete Wirkung blieb nicht aus, der Herr Gesandte „zeichnete" stark auf meinen Schuss. Ich wurde hiedurch noch mehr in meiner Überzeugung bestärkt, dass ein Hauptposten im jetzigen rumänischen Kalkül ein vergrämtes russisch-österreichisch-ungarisches Verhältnis sei. Nur im Schatten eines solchen Verhältnisses kann die rumänische Megalomanie am Balkan weiterblühen und Früchte bringen. Meiner unmassgeblichen Ansicht nach kann es nur vorteilhaft für uns wirken, wenn wir die Bukarester Politiker an die Möglichkeit einer russisch-österreichisch-ungarischen Annäherung glauben machen. Was die Eventualität einer serbisch-bulgarischen Verständigung anlangt, so erklärte Herr Diamandy überzeugt zu sein, dass hiemit auf absehbare Zeit nicht zu rechnen sei. Ich gab hingegen meiner Meinung dahin Ausdruck, dass ein solcher Schritt in Bulgarien gewiss direkt eckelerregend wirken müsste, dass aber auf der anderen Seite zu bedenken sei, dass Bulgarien nicht in ewiger Isolierung zwischen Todfeinden leben könne und dass es schliesslich seine Anlehnung dort suchen werde, wo es sie finde. Otto Czernin.

Nr. 9478. Tel. nach Sofia, 14. März 1914 Nr. 50 (chiffr. 11 U. p. m.).[a] Konz. (S. Gautsch; V. Flotow; G. Berchtold).

Ich habe mit lebhafter Befriedigung vom Ergebnis der Sobranjewahlen[b] Kenntnis genommen und ersuche Euer Hochgeboren, die dortigen leitenden Staatsmänner in meinem Namen hiezu wärmstens zu beglückwünschen. Euer Hochgeboren können beifügen, wir hofften, daß das Cabinett Radoslawow nunmehr in der Lage sein werde, an einer von ihm als richtig erkannten, stetigen und stabilen Politik im Innern und nach Außen festzuhalten.

Berchtold.

[a] Vgl. n. 9480. — [b] Pol. Chron. d. ö.-u. Mon. 1914, 125.

Nr. 9479. Tel. aus Bukarest, 15. März 1914 Nr. 97 (eing. 10 U. 45 M. p. m.).[a] Entziff.

Antiösterreichische Demonstration. Am 29. d. Mts. veranstaltet Kulturliga grosse ...[b] in Bukarest, in welcher ausschliesslich über österreichisch-ungarische Frage gesprochen werden soll. Redner noch nicht bekannt, doch dürfte sehr heftige Kritik unserer Angelegenheit zu erwarten sein. Ich beabsichtige Herrn Bratiano zu sagen, dass ich zwar einsehe, dass er dies nicht ändern kann, jedoch verlange, dass er in seiner Presse energisch gegen diese Einmischung Stellung nimmt und Verdacht widerlege, als ob Regierung solche Vorgänge protegieren würde. Ich bitte Euer Exzellenz

um sofortige telegrafische Weisung, ob dieses mein Vorgehen entsprechen würde. Ottokar Czernin.

[a]) Vgl. n. 9456, 9489, 9496, 9525, 9532. — [b]) Chiffre fehlt.

Nr. 9480. Bericht aus Sofia, 15. März 1914 Nr. 28 A (eing. 20. März).[a]) *Ausfert.*

Der eigentliche Grund, warum die Regierung mit einer so kleinen Majorität von 12 Stimmen und eventuell auch weniger aus den letzten Wahlen hervorgegangen ist, liegt in dem Proportionalwahlsystem. Der Umstand, dass die Politik Radoslavoffs bis jetzt keine Erfolge aufzuweisen und das Land kein Vertrauen in dieselbe gewonnen hat, blieb gewiss auch nicht ohne Einfluss auf die Chancen der liberalen Partei, war aber nicht ausschlaggebend und wäre es mit der Politik des „austrophilen" Kabinettes anders bestellt und das letztere ausserdem bei den Wahlen vom Glück begünstigt worden, was nicht der Fall gewesen ist, so hätte zwar das Resultat besser, mit dem gegenwärtigen Wahlsystem aber, welches starke Majoritäten ausschliesst, auch den schwächsten Parteien die Vertretung sichert und in einem Lande, wo es viele politische Gruppen gibt, wie in Bulgarien, naturgemäss nur Coalitionsregierungen gestattet, in keinem Falle überwältigend sein können. Der Conseilspräsident sagte mir, wenn alles nach Wunsch gegangen wäre, hätte er 10 Sitze mehr haben können; Ghenadieff, der grosse Optimist, hoffte auf eine Majorität von 30 und Dobrowitch, wie er mir bereits vor den Wahlen anvertraute, erwartete im besten Falle eine Majorität für die Regierung von 15 bis 20 Mandaten. Nach der Zahl der für die Regierungscandidaten abgegebenen Stimmen zu urteilen, hat das liberale Kabinett eigentlich ganz gut abgeschnitten. Die Zahl dieser Stimmen war so gross, dass — wäre noch das frühere Wahlgesetz in Kraft, bei dem die relative Stimmenmehrheit entscheidend und die Stimmen-Minderheiten gar nicht berücksichtigt wurden, — die Regierung ungefähr $^3/_4$ der Gesamtsitze der Kammer bekommen hätte. Auch war jetzt die Summe der für die Regierung in Altbulgarien abgegebenen Stimmen grösser als anlässlich der vorletzten Sobranje-Wahlen. Dieser Stimmenzuwachs war allerdings nicht gross, eine Regierung aber, die in der inneren Politik — da bis jetzt nur mit Parlamentskrisen beschäftigt — nichts zu leisten und in der auswärtigen weder auf greifbare Erfolge, noch auf sichere Aussichten in der Zukunft hinzuweisen in der Lage war, konnte schwerlich eine stärkere Anziehungskraft üben. In Thracien waren die Stimmen der Türken von grosser Wichtigkeit, die auch alle der Regierung zugefallen sind, wozu — was mir auch der Conseilspräsident bestätigt — die hiesige türkische Gesandtschaft das meiste beigetragen hat, deren Secretäre sich sogar persönlich in die verschiedenen Wahlbezirke begeben haben, um für die Regierung zu agitieren. Mit der christlichen Wählerschaft ist [es] in den neuen Gebieten weniger gut gegangen als mit der türkischen, und zwar sind der Regierung in dem Kreise von Stroumitza sechs Mandate, auf welche Radoslavoff gerechnet hatte, verloren gegangen, da der in dortiger Gegend allmächtige gewesene Bandenführer Sandansky im letzten Moment russisches Geld angenommen und durch Terror die Bevölkerung gezwungen hätte, gegen

die Regierungscandidaten zu stimmen. Die zweitgrösste Anzahl der Stimmen entfiel bei den letzten Wahlen auf die Bauernbündler, die 50 Mandate, somit um vier mehr als bei den vorletzten Wahlen, eroberten. Mehr als ein Fünftel der Kammer wird aus einer compacten Masse einfacher, ganz ungebildeter Bauern bestehen, welche bis jetzt durch kein politisches Programm im wahren Sinne des Wortes, sondern nur durch ihren stumpfen Eigensinn und ihr Misstrauen gegen die Intelligenz und die Städtler verbunden sind. In welch' immer Richtung diese, bis jetzt mehr zur Negation neigende, ganz confusen, zum Teile naiv radikalen, zum Teil ultrarückschrittlichen Schlagworten folgende Partei evoluiren wird, sicher ist es bereits, dass sie aus einer Bewegung hervorgeht, deren Bedeutung nicht unterschätzt werden darf. Die raschen, zugleich aber nachhaltigen und consequent steigenden Fortschritte der Bauernbündler beweisen zur Genüge, welch grossen Anhang sie bereits gewonnen haben und welch starke Anziehungskraft auf die Landbevölkerung sie ausüben. Alle bulgarischen Politiker, mit welchen ich über die Bauernbündler gesprochen habe, sind der Meinung, dass sich diese Partei immer weiter vermehren wird. Man freut sich hier über diese Perspective nicht, glaubt aber andererseits, dass die Bauernpartei nur durch ihre Passivität schädlich, nie aber für den Staat gefährlich sein dürfte, da sie ihrem Wesen nach conservativ und nicht umstürzlerisch wäre. Die drittstärkste Partei der neuen Kammer wird die der Demokraten sein, welche die Zahl ihrer Mandate verdoppelt haben und über ungefähr 30 Sitze verfügen werden. Zu dem grossen Erfolge der Partei Herrn Malinoffs hat der Umstand viel beigetragen, dass dieser Leader nach dem Bankrott Geschoffs und Daneffs als der einzige mögliche Regierungschef neben Radoslavoff angesehen wird und als eventueller Candidat des Königs im Falle, wenn Radoslavoff keine Majorität erlangt hätte, galt. Auch sollen die Chancen der Demokraten — wie mir das der Conseilspräsident sagt — mit russischem Gelde ausgiebig unterstützt worden sein. Auffallend und bezeichnend war der Misserfolg der Socialisten, deren beide Fractionen, sowohl die Doktrinären, als auch die sogenannten breiten Socialisten — obwohl sie ebenfalls von Russland Geld erhielten — die Hälfte der in den vorletzten Wahlen errungenen Mandate verloren haben und in der neuen Kammer nur mehr 21 Sitze innehaben werden. Die drei schwächsten Gruppen sind die der Narodniaken (Geschoff-Partei) mit 9, der Radikaldemokraten mit 5 und der Danewisten mit 3 Mandaten. Diese Parteien und die breiten Socialisten sind diejenigen, die mit ausgesprochenem russophilen Programm in die Wahlcampagne gegangen sind. Wenn man den ganzen Apparat der russischen Agitation und das Geld, welches für Wahlzwecke aus Russland geflossen ist, berücksichtigt, muss das Resultat dieser äussersten Anstrengungen und zwar 26 Mandate, somit ungefähr nur ein Zehntel der Kammer, recht mässig erscheinen. Immerhin aber gelang es den Geschovisten, die nur über 4 Mandate in der letzten Sobranje verfügt hatten, weitere 5 zu gewinnen und ausserdem darf nicht übersehen werden, dass die Demokraten, denen es am allerbesten gegangen ist, wenn auch ein abgeschwächtes, doch ein russophiles Programm haben, und dass Malinoff sich persönlich grossen Vertrauens in Russland erfreut. Die Demokraten

verwerfen nämlich die ausschliesslich zum Dreibund gravitierende Politik Radoslavoffs und empfehlen eine nationale Richtung, die sich in erster Reihe auf Russland zugleich aber auch, nach Massgabe der Bedürfnisse auf Österreich-Ungarn stützen würde. Die Erfolge der russischen Agitation blieben zwar hinter den Anstrengungen, die gemacht wurden, zurück, dennoch hat aber Russland, welches hier den Boden ganz verloren hatte, etwas davon zurückgewonnen. Wie ich die Lage sehe, fangen die Bulgaren noch nicht an, den Verrat, den Russland an ihnen geübt hat, zu vergessen und Vertrauen in die russischen Absichten wieder zu gewinnen, sondern beginnen sie — da im Glauben an die „austrophile" Politik erschüttert und in Befürchtung, dass Radoslavoff Bulgarien aus dessen Vereinsamung nicht herausbringen wird, die zwingende Notwendigkeit, sich für alle Fälle Russland zu nähern, einzusehen. Bei der Analyse des Ausganges der Wahlen vom Standpunkte der auswärtigen Politik habe ich vor allem den Eindruck, dass sich dieses unglückliche Land ganz desorientiert fühlt. Wie die Lage Bulgariens unklar und seine Zukunft unsicher ist, war auch die Art, in welcher sich die Wählerschaft über die äussere Politik ausgesprochen hat, eine confuse und zögernde. Einerseits haben die Wähler von den Regierungscandidaten kein politisches Programm erfahren können, welches bestimmte Aussichten eröffnen würde, andererseits konnten sie auch in der von russophiler Seite empfohlenen Richtung keine Vorteile entdecken und zwar deswegen nicht, da niemand hier erwartet, dass Russland Serbien je Bulgarien opfert. Mit Rücksicht darauf fand noch bei den Wählern am meisten Anklang das sorgfältig als rein national geschilderte russophile Programm der Demokraten, und wenn sich die Wählerschaft auch mit der Politik Radoslavoffs einverstanden erklärt hat, so war es ebenfalls deswegen, da dieselbe als rein bulgarische, ohne dass hiebei auf ihren austrophilen Charakter insistiert worden sei, hingestellt wurde. Dass die Regierung, würde sie den Anschluss Bulgariens an den Dreibund in positiver Weise als möglich bezeichnen und im Zusammenhalt damit ihr wahres Programm vor den Wählern entwickeln können, damit mehr Erfolg gehabt und der russophilen Agitation viel wirksamer hätte entgegentreten können, habe ich bereits am Anfang dieses Berichtes hervorgehoben und versteht sich dies übrigens von selbst. Ein der Regierungspartei angehörender Politiker sagte mir kürzlich: „la situation de notre parti et, ce qui est plus grave, celle de notre pays devient tragique. D'un côté nous devons nous méfier de la Russie et nous trouvons qu'un régime russophile serait néfaste et signifierait la fin des aspirations bulgares et de l'autre nous devons nous demander si les russophiles n'ont pas raison quand ils nous disent de ne pas nous fier à l'Autriche-Hongrie, qui, ne pouvant pas faire sa propre politique dans les Balkans, ne pourra jamais non plus rien faire pour la Bulgarie qu'elle lâchera dès que les combinaisons convenant à l'Allemagne seront assurées." Wenn man mir in dieser Weise vorjammert, trachte ich meine Mitredner durch den Hinweis auf den gemeinsamen serbischen Feind zu beruhigen. So gerechtfertigt die Erwartung erscheinen muss, dass dieses letztere, so absolut richtige Argument für die Politik Bulgariens auch weiterhin bestimmend sein werde, möchte ich denn doch dafür keine Verantwortung übernehmen und zwar deswegen nicht,

als es zweifelhaft erscheinen muss, dass Bulgarien umgeben von Feinden, wie es ist, für die Dauer isoliert bleiben will. Von meinen Gewährsmännern höre ich, dass man ähnlichen Bedenken, wie die vorerwähnten, welche ein liberaler Politiker mir gegenüber ausgesprochen hat, hier letzter Zeit immer häufiger begegnet. Hiebei soll die Auffassung an Anhängern gewinnen, dass Bulgarien sicheren Rückhalt bei einer der Grossmächte-Gruppen dringend braucht und der Situation, in der es nicht nur seines jetzigen Besitzes sondern sogar seiner Existenz nicht sicher sein kann, um jeden, auch um den Preis seiner Aspirationen, ein Ende machen muss.

Tarnowski.

[a]) Vgl. n. 9478, 9493, 9494.

Nr. 9481. Bericht aus Sofia, 15. März 1914 Nr. 28 B (eing. 20. März). Ausfert.

Aus meinem Berichte Nr. 26 B[a]) vom 11. dieses Monates ist es Euer Exzellenz bekannt, dass der rumänische Gesandte mir die scharfen Massregeln, die in der Dobrudja gegen die Bulgaren ergriffen werden, spontan und ganz offen zugegeben und dieses Regime — welches übrigens immer grössere Misstimmung hier hervorruft — durch das gegen Bulgarien in Bucarest herrschende Misstrauen erklärt. Einer Conversation mit Herrn Cucchi-Boasso entnehme ich, dass sich Herr Derussi ihm gegenüber ähnlich wie zu mir ausgesprochen und unter anderen gesagt hätte, in Rumänien sei jetzt das Misstrauen und der Hass gegen die Bulgaren viel grösser denn je, laut rumänischem Gesandten stärker als vor den Balkankriegen und vor dem Bucarester Frieden. Psychologisch ist mir das sehr gut erklärlich, car on en veut toujours à celui auquel on a fait du tort. Tarnowski.

[a]) Mit Bericht Nr. 26 B, 11. März 1914 (eing. 14. März) wurde aus Sofia gemeldet, daß die Assimilationspolitik Rumäniens in dem neu-annektierten Teile der Dobrudja böses Blut in Bulgarien mache und der Ministerpräsident ihm davon gesprochen, wie schwer die Lage der bulgarischen Regierung sei, die einerseits jede Friction mit Rumänien vermeiden möchte, andererseits aber mit der öffentlichen Meinung in Bulgarien rechnen müsse.

Nr. 9482. Denkschrift des ungarischen Ministerpräsidenten Grafen Stephan Tisza; Budapest, 15. März 1914.[a]) Ausfert.

Zur auswärtigen Lage. Die grossen Ereignisse des Vorjahres haben an unserer Ost- und Südgrenze eine Situation geschaffen, welche Besonnenheit, kaltes Blut und ruhiges, aber consequentes und zähes Vorgehen von unserer Seite erheischt. Der bukarester Frieden hat einen ganz unbefriedigenden Zustand geschaffen, ohne deren[b]) Berichtigung kein wirklicher, dauernder Friede möglich ist. Andererseits aber ist die allgemeine Erschöpfung sowie die störende Nachwirkung der Ereignisse in den Geistern und Gemütern zu gross, um irgendwelche erspriessliche Action für die unmittelbare Zukunft zu erlauben. Es haben sich Gegensätze und Leidenschaften angehäuft, die einer sachlich richtigen Beurteilung eigener und fremder Interessen den Weg verlegen. Die Selbstüberhebung des Siegers trübt das richtige Urteil ebenso sehr wie die Erbitterung des Besiegten. Speziell unsere Monarchie

kann auf eine richtige Einschätzung ihres Wertes und auf eine entsprechende Würdigung ihrer Interessen und ihres Rates seitens der Balkanstaaten solange nicht rechnen, bis der Rausch nicht vergangen und die kühle Vernunft nicht Oberhand gewonnen hat.[1] Es wäre ein arger Fehler, die Sache überstürzen und eine Entwicklung vorzeitig erzwingen zu wollen, welche nur das Ergebnis der Zeit und die Folge unserer selbstbewussten, aber ruhigen Haltung und geduldigen, aber zielbewussten Politik sein kann. Ich will fürwahr nicht einer Politik der apathischen Resignation oder des passiven Abwartens das Wort reden. Im Gegenteil. Wir müssen unsere Ziele klar ausstecken und unentwegt auf dieselben lossteuern, aber darüber im Klaren sein, dass Übereilung und Nervosität dieselben nur kompromitieren würden, und dass wir den Erfolg ruhig und sorgfältig vorbereiten müssen, bis endlich die Stunde der entscheidenden Action schlagen wird. Wir brauchen eine weit vorausblickende Politique de longue main, welche die Gegensätze ebnet, die Hindernisse aus dem Wege schafft und eine uns genehme Gruppierung der Kräfte in Südost-Europa zu Wege bringt. Zu diesem Zwecke müssen wir aber nicht nur mit unseren eigenen Absichten sondern auch mit Deutschland ins Reine kommen. Es ist eine gründliche Aussprache mit dieser Macht unbedingt notwendig. Unsere Aufgabe ist an und für sich schwierig; von einem Erfolg kann keine Rede sein, wenn wir nicht die volle Gewähr haben, von Deutschland verstanden, gewürdigt und unterstützt zu werden. Deutschland muss einsehen, dass der Balkan nicht nur für uns, sondern auch für das deutsche Reich von entscheidender Wichtigkeit ist,[2] und dass auch Deutschland die Gefährdung der eigenen Machtstellung und Sicherheit nur dann abwehren kann, wenn wir beide mit vereinten Kräften an einer uns genehmen Constellation am Balkan consequent und harmonisch arbeiten. Die Haltung Russlands ist wahrlich darnach angetan, jeden diesbezüglichen Zweifel zu zerstören. Ich teile die Ansicht, dass das jetzige Säbelrasseln keine momentanen kriegerischen Absichten zur Ursache hat; jedenfalls ist aber diese aggressive Stellungnahme des russischen Reiches geeignet, seine Kriegslust und Kriegsbereitschaft vor den Balkanvölkern zu bezeugen und dieselben zum Anschluss an die Entente-Mächte zu bewegen. Es ist diese militärische Stellungnahme eine sehr wesentliche Unterstützung der russischen Diplomatie, welche unermüdlich auf einen gegen uns gerichteten Bund der Balkanstaaten hinarbeitet. Zu diesem Behuf kommt der russischen Politik der rumänische und serbische Grössenwahn gerade so gut zur Hilfe wie die gefährdete Stellung Bulgariens.[3] Unzweifelhaft hat sich dieser Staat durch die eigene wahnsinnige Politik und durch das Nichtbefolgen unserer Ratschläge in diese verzweifelte Lage gebracht und sich eines jeden Rechtes beraubt, uns deswegen Vorwürfe zu machen. Nichtsdestoweniger steht es fest, dass es von den Klammern der rumänischen, serbischen und griechischen Entente umfasst und von der türkischen Regierung beunruhigt, sich in die Arme Russlands werfen muss, wenn wir nicht in die Lage kommen, ihm sichern Rückhalt zu geben. Eine Combination, welche Bulgarien mit den übrigen christlichen Staaten unter russischer Patronanz versöhnt, und als Folge eines gegen die Monarchie gerichteten glücklichen Eroberungskrieges Macedonien an Bulgarien

zusichert, würde den uns umgebenden eisernen Ring,[4] an dem Russland[5] so zäh und zielbewusst arbeitet, fertig schmieden und die militärische Überlegenheit der Entente am Continent verwirklichen. Damit wäre der lang ersehnte Moment gekommen, wo Russland und Frankreich den Weltkrieg mit Aussicht auf Erfolg anfachen und Deutschland mit überlegenen Kräften angreifen könnten.[6] Es ist meine feste Überzeugung, dass Deutschlands zwei Nachbarn die militärischen Vorbereitungen sorgfältig fortsetzen, den Krieg jedoch solange nicht anfangen werden, bis sie nicht eine gegen uns gerichtete Gruppierung der Balkanvölker erreicht haben, welche die Monarchie einem Angriff von drei Seiten aussetzt und den grössten Teil unserer Streitkräfte an unserer Ost- und Südgrenze bindet. Der Schwerpunkt der europäischen Politik liegt also — auch vom deutschen Standpunkt — am Balkan, und es ist gerade so gut ein deutsches, wie ein oesterreichisch-ungarisches Lebensinteresse, der zielbewussten und auf Frankreich gestützten russischen Balkan-Politik eine ebenso zielbewusste, harmonische deutsch-oesterreichische Politik entgegen zu stellen. Die an und für sich grossen Schwierigkeiten haben sich durch die Erfahrungen des letzten Sommers verdoppelt. Eine Divergenz zwischen unseren und den deutschen Absichten ist in manchen Fragen zu Tage getreten, wodurch das Gewicht unserer Aeusserungen, sowie der Glaube an der[b] Festigkeit und Actionsfähigkeit des Dreibundes arg erschüttert wurde. Es ist ganz unmöglich etwas zu erreichen, wenn die vollständige Harmonie unserer Politik mit der deutschen in Wort und Tat nicht auf der ganzen Linie zu Tage tritt. Es wäre höchste Zeit, unsere Absichten Rumänien, Bulgarien, der Türkei und Griechenland gegenüber mit denjenigen Deutschlands in Einklang zu bringen und die gegenseitige Unterstützung unserer Action zu sichern. Nur ein festes Zusammengehen mit Deutschland kann unsere Beziehungen zu Rumänien wieder befestigen.[7] Für dieses Land bleibt die Eroberung Siebenbürgens immer der grösste Köder, ein Gross-Rumänien bis zur Theiss der schönste Traum rumänischer Chauvinisten. Es gehört Selbstbeherrschung und starke, nüchterne Urteilskraft dazu, um diesem Fantasiegebilde zu entsagen, in einem Bündnis mit uns den jetzigen Besitzstand und die wahre Unabhängigkeit zu sichern und die Gefahr russischen Protektorates abzuwehren. In den ersten Monaten des Vorjahres hat sich Rumänien in seinen Erwartungen getäuscht gesehen und glaubte von uns vernachlässigt und im Stiche gelassen zu sein. Plötzlich folgte dann der glänzende, nach der allgemeinen dortigen Meinung, gegen unseren Willen erfochtene Erfolg. Der Kamm wuchs ihnen gross; ihr Unwille äusserte sich keck; die russische Intrigue schien freie Bahn bekommen zu haben. Wir sollen uns keinen Illusionen hingeben. Auch heute ist die dortige Stimmung nichts weniger als günstig. C'est un mauvais quart d'heure à passer. Ich glaube aber fest, dass wir diese unangenehme Übergangsperiode glücklich bestehen werden, wenn wir vereint mit Deutschland vorgehen, die eigenen Kräfte sammeln und mit kaltblütig' wolwollender, gelassener Haltung abwarten, bis der Rausch vergeht und die die eigenen Interessen richtig abschätzende Real-Politik die Oberhand gewinnt. Die Sache braucht Zeit. Nicht nur weil eine richtige Einschätzung unserer Kraft und unserer Intentionen ein-

treten muss, sondern und hauptsächlich darum, weil die jetzt überwiegende kindische Auffassung, welche in einer jeden Aenderung des bukarester Friedens eine persönliche Beleidigung sieht, einer ruhigeren Beurteilung Platz machen muss.[8] Es ist dies ein mühsamer Prozess, bei welchen sich jede Übereilung rächen würde. Die bessere Überzeugung, dass eine gewisse Modification des jetzigen Zustandes zu Gunsten Bulgariens für den dauernden Frieden am Balkan unbedingt notwendig und für die Interessen Rumäniens ungefährlich sei, braucht Zeit und kann überhaupt nur dann Raum greifen, wenn dieselbe von unserer und von der deutschen Diplomatie mit Sorgfalt vorbereitet und im gegebenen Momente mit Nachdruck vertreten wird.[9] Es ist dies die einzige Möglichkeit[10] Bulgarien dauernd in unserer Gravitations-Sphäre zu erhalten. Für Bulgarien ist eine Ausdehnung in Macedonien eine Lebensfrage. Kann sie[b] dies im Bunde mit uns nicht erreichen, so wird sie[b] sich unbedingt Russland in die Arme werfen, und die gegen uns gerichtete Eroberungs-Politik unterstützen. Wir hätten dann dasjenige Balkan-Volk zu unserem Feinde gemacht, welches von jeher die grösste Widerstandskraft der russischen Präpotenz gegenüber bewiesen, die eigene Unabhängigkeit mit Heldenmut erkämpft hat und mit uns absolut keinen Interessen-Gegensatz aufweist. Der Dreibund könnte keinen verhängnisvolleren Fehler machen, als Bulgarien von sich zu stossen. Der richtige Sinn für die eigenen Interessen sollte Deutschland bewegen, uns in einer wohldurchdachten bulgarofilen Politik zu unterstützen.[11] Die erste Aufgabe dieses hart geprüften Landes wäre freilich, die Kräfte zu sammeln und die eigenen Wunden zu heilen. Es ist dies eine Arbeit mehrerer Jahre, während dessen ein jeder aggressiver Schritt frevelhafter Leichtsinn wäre. Einstweilen kann die bulgarische Diplomatie keinen andern Zweck verfolgen, als den Frieden aufrecht zu erhalten und mit unserer und Deutschlands Hilfe bessere Beziehungen mit Rumänien einzuleiten. Diese Politik ergibt sich von selbst, kann jedoch durch die Ereignisse in Konstantinopel gestört werden. Wenn auch momentan die Situation etwas beruhigender erscheint, so kann sich die in Konstantinopel herrschende Clique wann immer in ein Abenteuer in Thracien stürzen und damit eine jähe Krise auf Bulgarien heraufbeschwören. Wir müssen bedacht sein, diese Gefahr von Bulgarien und vom europäischen Frieden abzuwenden; womöglich gute, intime Beziehungen zwischen Sofia und Konstantinopel auf friedlicher Basis zu Wege bringen, für den schlimmsten Fall jedoch uns für eine Befreiung Bulgariens aus dieser Gefahr in geeigneter Weise einsetzen.[12] Sollte die Türkei versuchen, Bulgarien zu überrumpeln und in einen Conflict mit Griechenland mit sich zu reissen, so müssten wir eine Verständigung zwischen Athen und Sofia anbahnen und die zwei Länder in gemeinsamer Verteidigung gegen den türkischen Angriff verbinden. Unsere Auseinandersetzung mit Deutschland müsste also in Bezug auf Bulgarien die Folge haben, dass[13] Deutschland[14] ein freundliches Vorgehen Bulgarien gegenüber bekundet, unsere friedlichen Ratschläge dort unterstützt, einer Combination für die fernere Zukunft in Bukarest die Wege ebnet, laut welcher in einem gegebenen Moment, jedenfalls aber in einer relativ fernen Zukunft,[15] Bulgarien sich in Macedonien entschädigen könne, ohne hiefür von Rumänien angegriffen

zu werden,[16]) und schliesslich in Konstantinopel und in Athen seinen Einfluss einsetzt, um zu verhüten, dass[17]) ein eventueller türkisch-griechischer Conflict verhängnisvolle Folgen für Bulgarien haben könne. Diese wäre wohl der complicierteste und heiklichste Punkt unserer vereinten Action mit Deutschland. Wir müssen aber diese Basis zu einer einheitlichen Action finden, wenn wir dem planmässigen Vorgehen der Entente-Mächte gegenüber einer ganz sicheren Niederlage nicht entgegengehen wollen. Wäre Deutschland nicht zu bewegen, eine Bulgarien freundliche Politik in diesem bescheidenen Rahmen mitzumachen, so müsste ich dies allerdings auch vom Standpunkt der deutschen Interessen für einen Fehler halten. Wir müssten uns jedoch damit abfinden und eine Verbindung mit Rumänien und Griechenland gegen Serbien und eventuell Bulgarien ins Auge fassen.[18]) Es wäre dann die Loslösung Rumäniens und Griechenlands von Serbien die wesentliche Aufgabe und es müsste sich Deutschland mit ganzem Nachdruck in diesem Sinne einsetzen. Was Griechenland[19]) betrifft, so haben wir Grund, auch unsererseits eine freundliche Stellung diesem Lande gegenüber einzunehmen. Es fiele uns leicht, unsere Haltung in Athen in Einklang mit der Haltung Deutschlands zu bringen. Es müsste nur auf eine allmähliche Lösung der griechisch-serbischen Beziehungen mit vereinter Kraft hingearbeitet werden. Ich reassumiere: wir müssen vor Allem die eigenen Kräfte sammeln und durch selbstbewusstes, ruhiges Verhalten imponieren und Vertrauen einflössen. Diesbezüglich begrüsse ich mit grosser Freude, dass wir gar nicht auf die russischen militärischen Massnahmen reagieren. Es muss dies überall als ein Beweis von Kraft und Selbstbewustsein aufgefasst werden. Am Balkan müssen wir vorerst den Frieden wahren und eine uns genehme Entwicklung vorbereiten. Die Ziele unserer Balkan-Politik müssen wir vereint mit Deutschland festsetzen und unsere Action mit dem Vorgehen Deutschlands in Einklang bringen. Wir müssen vereint mit Deutschland auf eine uns genehme Gruppierung der Balkanstaaten hinarbeiten, wobei eine Loslösung Rumäniens und Griechenlands von Serbien die erste Aufgabe bilden würde und auf eine Versöhnung jener zwei Staaten mit Bulgarien auf Basis einer natürlichen Vergrösserung Bulgariens auf Kosten Serbiens hinzuarbeiten wäre. Freilich müsste dieses Vorgehen Hand in Hand mit einer Politik in Konstantinopel gehen, welche die Türken von jedem europäischen Abenteuer zurückhält und ihnen ihren asiatischen Besitz zu sichern trachtet. Kommt es dann zu einer Conflagration, so wird die Türkei gewiss im antislawischen Lager zu finden sein. Diese Denkschrift ist im Bewusstsein verfasst, dass wir schwere Zeiten durchleben, grossen Ereignissen und Gefahren entgegengehen, wobei wir die Hoffnung einer erfolgreichen Bekämpfung dieser Gefahren nicht aufgeben müssen, wenn wir die Kräfte sammeln und die Entwicklung der Dinge vereint mit Deutschland rechtzeitig vorbereiten. Apathisches Zusehen oder planloses Herumtasten nach momentan wechselnden Eindrücken und Einfällen würde aber sowohl für uns, wie für Deutschland mit verhängnisvollen Folgen verbunden sein. Es ist keine Zeit zu verlieren. Wir alle, die für die Orientierung der oesterreichisch-ungarischen oder der deutschen Politik mitzutragen haben, laden die schwerste Verantwortlichkeit auf uns,

wenn wir ein planmässiges, zielbewusstes, einmütiges Vorgehen nicht rechtzeitig in Angriff nehmen.[20] Tisza.

[1] Sehr richtig. — [2] Das beginnt Deutschland — etwas verspätet — einzusehen! — [3] Sehr gut! — [4] Das predige ich Tschirschky seit einem Jahre! — [5] sekundiert von Frankreich. — [6] Nicht der Angriff auf Deutschland ist es, was die russische Politik verfolgt, sondern die einseitige Regelung des orientalischen Problems. — [7] A. Deutschland soll 1.) in Bukarest begreiflich machen, was Rumänien für vitale Interessen hat, Anlehnung an den Dreibund zu bewahren, und was es riskiert, wenn Österreich-Ungarn sich von ihm abwendet. Preisgegeben der russischen Politik würde es in der slawischen Hochflut untergehen. 2.) in Bukarest zu verstehen geben, daß es von Bulgarien nichts zu fürchten hat und unsere Beziehungen zu Letzterem von seinem Verhalten gegen Rumänien abhängig sind. Im weiteren Verlauf Sicherstellung gegen bulgarische Vergrößerung. — [8] Auch andere Ursachen! Bulgarien!? — [9] Was soll man dafür Rumänien versprechen? — [10] B. — [11] Vorausgesetzt, daß dadurch Rumänien nicht abgestoßen wird zu einer Zeit, wo Bulgarien noch als eine militärische non-valeur einzuschätzen ist. — [12] ? — [13] I. Alternative. — [14] 1.) — [15] 2.) — [16] Quadratur des Cirkels. — [17] 3.) — [18] II. Alternative. — [19] C. — [20] Auf dem Umschlag: Im Verlaufe der grossen Balkanumwälzung 1913/1914 haben sich wiederholt Verschiedenheiten in der Auffassung und Beurteilung der Lage zwischen Wien und Berlin gezeigt, welche dem gedeihlichen Zusammenwirken der verbündeten Centralmächte Eintrag gethan, deren diplomatische Thätigkeit zeitweilig in Widerspruch gebracht und die gemeinsamen grossen Interessen geschädigt. Diese Erscheinung ist hauptsächlich darauf zurückzuführen, daß das Berliner Kabinet sich in den ersten Phasen der Krise anscheinend über die Bedeutung derselben hinwegzutäuschen beflissen war, absichtlich oder unabsichtlich eine Vogel Straußpolitik verfolgt hat und augenfällig im Banne des doppelten Gedankens stand, eine Ausbreitung des Konfliktes zu verhindern und England nicht zu verstimmen. Das war ein Wideraufleben der Bismarck'schen Theorie von dem Knochen des Pommer'schen Grenadiers, verbunden mit der Sorge um die neugeschaffene und noch nicht vollwertig ausgestaltete deutsche Flotte.

[a] Vgl. n. 8474, 9627, 9918. — [b] So!

Nr. 9483. Tel. aus Rom, 16. März 1914 Nr. 175 (eing. 17. März 9 U. a. m.).[a] Entziff.

Mit Bezug auf Euer Excellenz Telegramm vom 15. d. M. Nr. 227.[b] Antwort auf griechische Note. Deutscher Zusatz zu unseren vier Punkten wurde auch hier proponiert, wobei Herr von Jagow in dem betreffenden Telegramm an den hiesigen deutschen Botschafter die in Athen zu machende Mitteilung dahin präzisiert zu haben scheint, dass die Mächte zwar gewisse Entscheidungen in der Epirus- und der Inselfrage getroffen, für die Durchführung derselben aber nicht einzutreten haben. Dieser Gedankengang erscheint dem Marquis San Giuliano sehr gefährlich, da dies als ein Freibrief für die Nichteinhaltung der griechischen Verpflichtungen hinsichtlich Südalbaniens verwertet werden könnte. Auch wäre mit diesem Standpunkt, dessen sich die Opposition in Griechenland sofort bemächtigen würde, Herrn Venizelos ein schlechter Dienst erwiesen. Schliesslich sieht der Minister voraus, dass selbst die in dem obzitierten Telegramm Euer Excellenz reproduzierte, im Vergleiche mit der Weisung an Herrn von Flotow schon etwas abgeschwächte Formulierung weder die Tripleentente noch die griechische Regierung befriedigen wird. Der Minister ...[c] also eigentlich an die

allseitige Annahme dieser Formulierung, ist aber nicht dagegen, dass man mit derselben anfangs sein Glück versuche. Mérey.

a) Vgl. n. 9473, 9534. — b) Mit Tel. Nr. 227, 15. März 1914 (chiffr. 9 U. 30 M. p. m.) wurde n. 9473 nach Rom mitgeteilt. — c) Chiffre verstümmelt.

Nr. 9484. Tel. an den Gesandten Grafen Josef Somssich in Paris, 17. März 1914 Nr. 41 (chiffr. 11 U. p. m.).a) Konz. (S. Ugron; V. Pogatscher; G. Berchtold).

Bericht vom 14. l. M. Nr. 17 C erhalten. Den Wünschen der französischen Regierung werden wir bei den Piècen Nr. Nr. 34b) und 489c) Rechnung tragen und dieselben im angedeuteten Sinne abändern. Bezüglich Nr. 63d) wollen Euer Hochgeboren dem Herrn Minister des Äussern gegenüber bemerken, dass wir auch in diesem Belange seinen Wünschen nachkommen möchten, jedoch nicht in der Lage sind, einer Mittheilung, welche wir der deutschen Regierung gemacht haben, jetzt nachträglich etwas Neues hinzuzufügen. Ich rechne darauf, dass die französische Regierung dies vollkommen würdigen und auf ihrem Verlangen nicht bestehen wird. Der Text der fraglichen, mit obcitiertem Bericht zurückgestellten Pièce wird Euer Hochgeboren mit einem separaten Telegramm neuerlich übermittelt.

Berchtold.

a) Vgl. n. 9490. — b) n. 3949. — c) n. 6838. — d) n. 4210.

Nr. 9485. Konfidentenbericht aus Belgrad, 18. März 1914 Nr. 207.a) Abschrift.

Paschić und die „Schwarze Hand". Wie ich aus verlässlicher Quelle erfahre, wird die Skupschtina gleich nach der Budgetdebatte aufgelöst werden. Wie die Angelegenheiten heute stehen, ist es sicher, dass die Regierung als Siegerin aus den Neuwahlen hervorgehen wird. Trotzdem befindet sich Paschić in keiner guten Situation. Die „Schwarze Hand" ist wieder gegen ihn und gegen die Regierung aufgetreten. Die Regierung unternimmt direkte und indirekte Schritte gegen diese Organisation der Offiziere, mit der sie zwei Jahre Hand in Hand ging. Aus dieser Organisation wurde Kriegsminister General Božanović entnommen, der in nächster Zeit pensioniert werden soll. Auch die Direktion und die Verwaltung des Offiziers-Konsumvereins ist heute ganz in der Gewalt der „Schwarzen Hand". Die Regierung ordnete eine sechsgliedrige Kommission zur Untersuchung der Verwaltung dieses Konsumvereins an, da Unterschleife — angeblich in der Höhe von 300.000 D — vorgekommen sein sollen. Es heisst nun, dass diese Gelder zur Erhaltung des Blattes „Piemont" verwendet wurden, welches die Regierung rücksichtslos angreift, besonders wenn es sich um militärische Angelegenheiten handelt. Demgegenüber wird aber darauf hingewiesen, dass das Blatt „Piemont" 14.000 Abonnenten hat, folglich sich selbst erhalten kann. Wenn die Kommission Unregelmässigkeiten in der wirtschaftlichen Gebahrung des genannten Vereines finden sollte, so wird die Regierung diese Gelegenheit benützen, um den Verein dem Einfluss der „Schwarzen Hand" wieder zu entziehen.

a) Vgl. n. 9260, 9649.

Nr. 9486. Bericht aus Cetinje, 18. März 1914 Nr. 18 B (eing. 21. März).[a] Ausfert.

Geheim. Ich hatte den Präsidenten des Rechnungshofes Jergović, dem es anscheinend lieber ist, mich auf der k. u. k. Gesandtschaft zu sprechen, als in seinem Bureau oder seiner Wohnung, am letzten Sonntag zu mir gebeten, um ihn betreffs seines Neffen Drakulić im Sinne des Erlasses Nr. 971[b] vom 5. d. M. zu verständigen. Nachdem Herr Jergović seinen Dank für die bezügliche Verwendung Eurer Exzellenz zum Ausdruck gebracht hatte, dem ich meinen eigenen beizufügen mir erlaube, erkundigte er sich nach dem Stande der Angelegenheit des Grenzzwischenfalles.[c] Derselbe dürfte von den Klubaši gegen den König und für ihre eigenen unionistischen Treibereien ausgenützt werden. Wäre es denn wirklich ganz unmöglich, der Regierung irgendwie entgegenzukommen wie etwa durch die Einwilligung in eine gemischte kommissionelle Untersuchung, von der wir ja, da wir unseres Rechtes auf das strittige Gebiet so sicher zu sein schienen, nichts zu befürchten hätten? Ich ging auf das Thema nicht näher ein, sondern bemerkte bloss, dass nach meinen Informationen von einem strittigen Gebiet nicht die Rede sein könne und dass man daher meiner Regierung nicht zumuten dürfe, ihr unzweifelhaftes Recht — noch dazu durch den Eindringling — überprüfen zu lassen. Herr Jergović schien betroffen, insistierte aber nicht weiter und erwähnte nur noch, dass er im übrigen, wie er seine Landsleute kenne, es allerdings für sehr unwahrscheinlich halte, dass die montenegrinischen Posten nicht geschossen haben sollten. Der Umstand, dass auf unserer Seite Niemand getroffen worden sei, beweise natürlich gar nichts, es wäre denn, dass die betreffenden Montenegriner schlechte Schützen seien. Sodann ging mein Mitredner auf die allgemeine Situation im Lande und die daselbst für die nächste Zeit zu gewärtigende Entwicklung der Dinge über. Massgebend sei in dieser Hinsicht vor allem die Politik Russlands. Dieselbe gehe, seiner festen Überzeugung nach, dahin, die Stellung der Dynastie in Montenegro oder richtiger des allein in Betracht kommenden Königs Nikolaus, der in Petersburg vollkommen ausgespielt habe, in langsamer und vorsichtiger, zugleich aber konsequenter Arbeit nach und nach immer mehr zu untergraben, bis Er schliesslich selbst einsehen werde, dass Er nichts Besseres tun könne, als vom Schauplatze zu verschwinden, um damit den Weg für eine gewissermassen automatische Vereinigung der beiden Königreiche, welche auch nach seiner — Jergović' — Ansicht nur mehr eine Frage der Zeit sei, freizumachen. Als Beleg für diese seine Auffassung führte Herr Jergović zunächst das eigentümliche Verhalten Russlands in der Frage der „Versöhnung" an. Seit Monaten schon heisse es, dass dieselbe unmittelbar bevorstehe oder schon perfekt sei und demnächst durch Entsendung einer grösseren russischen Offiziersmission nach Cetinje, sowie durch Wiederbewilligung der eingestellten Subvention für Heereszwecke etc. dokumentiert werden würde; in Wahrheit stehe aber die Angelegenheit heute nicht um ein Haar besser als gestern oder vorgestern. Zweck dieses Manövers sei, hier den Eindruck hervorzurufen, als ob Russland gern helfen würde, daran jedoch durch den Mangel an Vertrauen in die hiesige Höchste Stelle sich verhindert sehe. Als die Regierung vor einiger Zeit in Petersburg um das

Agrément für Popović, einen der montenegrinischen Delegierten bei den Londoner Friedensunterhandlungen, als Gesandten ansuchte, sei ihr die bisher streng geheim gehaltene Antwort erteilt worden, ein montenegrinischer Gesandte in Petersburg sei ganz überflüssig. Bei der Identität der Interessen der beiden Königreiche genüge ein Gesandter — der serbische — für beide Länder vollkommen. Unlängst tauchte hier nach längerer Abwesenheit ein gewisser Marković, montenegrinischer Staatsangehöriger, auf. Derselbe hat, wie mir Herr Jergović erzählt, an die Skupština eine Eingabe gerichtet, in welcher er daran erinnert, dass im Jahre 1879 ein wohlhabender Russe sein gesamtes Vermögen testamentarisch dem Könige hinterliess und zwar mit der Widmung, dass aus dem Zinserträgnisse unbemittelte montenegrinische Mädchen mit Ausstattung und Mitgift zu beteilen wären. Dieses Vermögen habe 250.000 Rubel betragen, die dem Könige bar ausgezahlt worden seien. Was sei mit diesem Geld geschehen? Weitere Enthüllungen über russische Zuwendungen an Montenegro, die ganz anderen als den widmungsgemässen Zwecken zugeführt wurden, — so schliesse die Eingabe — würden demnächst folgen. Herr Jergović meint, dass Marković, der sich ursprünglich um eine Anstellung im montenegrinischen Staatsdienste beworben hatte, ganz sicher von Russland ausgeschickt sei. Die Nationalradikalen ihrerseits einschliesslich der der gegenwärtigen Regierung, auf ein bestimmtes Arbeitsprogramm eingeschworenen gemässigteren Elemente unter ihnen blieben auch nicht müssig, um im Vereine mit ihren serbischen Gesinnungsgenossen, mit denen sie unausgesetzt in Fühlung stünden, das Terrain für die Union nach Kräften vorzubereiten. Sie erblickten ihre nächste Aufgabe darin, jedes Missgeschick, welches Montenegro treffe, wie beispielsweise den Grenzzwischenfall,c) möglichst aufzubauschen und als eine Folge seiner Schwäche, der gegenüber der Stärkere sich alles erlauben zu können glaube, hinzustellen. Auch seien sie insbesondere in den neu erworbenen Gebieten, deren Bevölkerung ohnedies von der Einverleibung in Montenegro nichts weniger als erbaut sei, durch ihre Emissäre unablässig bemüht, den dortigen Serben vor Augen zu führen, wie viel besser ihr Los wäre, wenn sie zu Serbien kämen. Die eben jetzt in Belgrad und hier zur parlamentarischen Verabschiedung gelangten Gesetze, betreffend die Besiedlung der neuen Territorien, hätten ihnen bei ihren Machenschaften gute Dienste geleistet, da das serbische Gesetz den Ansiedlern viel bessere Perspektiven eröffne als das montenegrinische. In der Tat habe auch bereits eine ziemlich starke Auswanderung nach Neuserbien eingesetzt, wozu noch die Auswanderung nach Amerika komme, die infolge der aufreizenden Sprache, Erzählungen und Schilderungen der aus Anlass des Krieges von dort eingerückten Montenegrinern, in der jüngsten Zeit bedeutend zugenommen habe. Die letzten militärischen Massnahmen in Serbien seien natürlich nicht mit der Unionsidee in Zusammenhang gestanden. Weder in Belgrad noch in Petersburg denke man an eine gewaltsame Herbeiführung der Vereinigung; da und dort rechne man vielmehr auf eine friedliche Lösung von und aus sich selbst heraus als natürlichen Abschluss eines Prozesses, der von Niemandem werde aufgehalten werden können. Im Notfalle werde — so glaube man in Russland und Serbien — eine gewisse militärische Bereitschaft an den Grenzen dieser beiden Länder genügen, um jede

fremde Einmischung zu verhüten.[1] Herr Jergović erwähnte noch die jüngsten Affairen des Prinzen Mirko sowie die unerträgliche Finanzmisère und kam sodann zu dem Schlusse, dass es so nicht weiter gehen könne[2] und dass die Situation nachgerade eine solche geworden sei, aus der es für den König nur einen Ausweg gebe, das ist den die Union mit Serbien in dem mir unlängst auseinandergesetzten Sinne (Bericht Nr. 6 A, geheim, vom 27. Jänner d. J.)[d] selbst in die Hand zu nehmen. Anderenfalls würde Er sich kaum länger als höchstens noch ein Jahr halten können. Der König wisse dies sehr genau und sei auch, allen Anzeichen nach, nunmehr entschlossen, zu diesem Mittel, welches Seine letzte Karte bilde, zu greifen! Er — Jergović — sei daher überzeugt, und ich würde sehen, dass ihm die Ereignisse recht geben — dass in den nächsten Wochen Nachstehendes eintreten werde: Der König warte mit Ungeduld auf die parlamentarische Verabschiedung des Finanzgesetzes pro 1914 mit der in demselben vorgesehenen namhaften Erhöhung der Zivilliste (von 240.000 auf 360.000 Perper pro Jahr) und der Apanagen der drei Prinzen. Die Erledigung der betreffenden Vorlage sei durch die von den Nationalradikalen verlangte und von der Regierung in letzter Stunde zugestandene Umarbeitung des gegenwärtig in Kraft stehenden Beamtengesetzes verzögert worden. Sobald dieses Hindernis in Wegfall gekommen und die Skupština sohin das Budget votiert haben werde, werde der König die Kammer auflösen oder, was wahrscheinlicher sei, unter irgend einem Vorwand, „sine die" vertagen und zugleich Jovan Plamenac und General Martinović zur Regierung berufen. Diese seien die einzigen Männer im Lande, die imstande wären, mit unserer, zum mindesten „moralischen" Unterstützung die Union mit Serbien unter der Dynastie Petrović bei engster Anlehnung an die Monarchie[3] in die Wege zu leiten. Jovan Plamenac verfüge über die hiezu erforderliche rücksichtslose Energie und Tatkraft sowie über den nötigen Einfluss bei den für diesen Plan gewonnenen Freunden in Serbien und der dem Könige blind ergebene General Martinović habe die Armee vollständig in der Hand. Ich habe mich diesen Auslassungen Herrn Jergović gegenüber noch reservierter verhalten wie das erste Mal, als er mir von der Sache sprach und hielt es ferner für angezeigt, seiner Schilderung der macchiavellistischen Politik Russlands, insoferne er damit die dortige Regierung meinte, entgegenzutreten. Der Umstand, dass der König mich schon des Öfteren, so letzthin neuerlich, zu sich berufen hat, ohne jedoch jemals, abgesehen von ganz nebenher hingeworfenen Bemerkungen, von Politik und Geschäften zu reden, während Jergović schon wiederholt und ausführlich bei mir Gegenstände aufs Tapet brachte, von denen ich weiss, dass sie Seine Majestät präokkupieren, lässt mich vermuten, dass Höchstderselbe wohl aus Scheu vor eigener Kompromittierung mich auf diesem sozusagen anonymen Umwege in Seine Sorgen, Schmerzen und Pläne fortlaufend einweihen will. Umsomehr halte ich es für ein Gebot der Vorsicht, auf derlei Konfidenzen so wenig als möglich zu reagieren und sie nur mit Vorbehalten entgegenzunehmen. Im übrigen muss ich gestehen, dass Herr Jergović bei allen Begegnungen, die ich bisher mit ihm hatte, auf mich stets den Eindruck eines über alle wichtigeren Vorgänge genau informierten, ernst zu nehmenden und zugleich vertrauenswürdigen,

ruhigen und besonnenen Mannes machte, mit dem sich sachlich sehr gut reden lässt. Otto.

1) !! — 2) Auch dort nicht! — 3) ?

a) Vgl. n. 9445, 9559. — b) Mit Erl. Nr. 971, 5. März 1914, wurde nach Cetinje die Bereitwilligkeit des Banus von Kroatien, einen Neffen des Jergović anzustellen, mitgeteilt. — c) Ein am 8. März 1914 erfolgter Zusammenstoß zwischen österr.-ung. und montenegr. Grenztruppen bei Metalka. — d) Mit Bericht Nr. 6 A, 27. Jan. 1914 (eing. 31. Jan.) wurde aus Cetinje gemeldet, Jergović habe von einem Plane des Anschlusses des unter der Dynastie Petrović vereinigten Serbien-Montenegro als trialistischer Staat an Österreich gesprochen, wobei dem Beherrscher desselben die Stellung eines deutschen Bundesfürsten eingeräumt werden sollte. Voraussetzung sei Sturz der radikalen Partei in Serbien und des damit automatisch verknüpften Sturzes der Karagjorgjević. Auf serbischer Seite werde dieser Plan von Vladan Gjorgjević, Ribarac, Velković, auf montenegrinischer von Jovan Plamenac vertreten.

Nr. 9487. Bericht des Legationsrates Grafen Otto Czernin aus St. Petersburg, 5./18. März 1914 Nr. 16 A (eing. 20. März).a) Ausfert.

Zum Erlass No. 1089 vom 10. März 1914. Auftragsgemäss habe ich dem Herrn Minister des Äussern die mit dem obgenannten Erlasse herabgelangten Pièces zur Einsichtnahme übergeben und mich dem erhaltenen Befehle gemäss ausgesprochen. Heute hat mich nun der Direktor der Balkan-Abteilung im Ministerium des Äussern, Fürst Trubetzkoy, zu einer Besprechung gebeten. Er sagte mir hiebei im Auftrage des Herrn Ministers des Äussern Folgendes: Die russische Regierung wisse die Attention Euer Exzellenz, die darin bestand, dass die Russland betreffenden Teile des Rotbuches zur Einsichtnahme übermittelt wurden, voll zu schätzen und man sei hier namentlich auch für die Art der Zusammenstellung des Rotbuches sehr erkenntlich, da daraus für die Öffentlichkeit ersichtlich werde, dass die beiden Reiche in schwierigen Tagen beiderseits eifrig und aufrichtig daran gearbeitet hätten, ein Kompromiss zwischen den manchmal divergierenden Ansichten zu finden. Dies sei ja auch gelungen und werde stets ein gutes Omen für alle zukünftigen Fälle bleiben. Überhaupt sei es wichtig zu konstatieren, dass im Verlaufe der Krise, so namentlich in der Revisionsfrage, die Standpunkte Österreich-Ungarns und Russlands sich oft näher kamen als die der einzelnen Staaten einer der Mächtegruppe. Was nun die zu veröffentlichenden Pièces anlange, so sei er vom Minister beauftragt durch mich die Bitte an Euer Exzellenz zu stellen, in 6 der vorgelegten Telegramme meist geringfügige Änderungen vornehmen lassen zu wollen, während er um die Streichung eines Telegrammes (nämlich der telegraphischen Weisung an Freiherr von Flotow in Berlin vom 1. Oktober 1912 Nr. 31)b) bat. Wir besprachen diese Wünsche vorerst im Allgemeinen und ich sagte, dass man bei uns — wie ich früher bereits bemerkt — mit Sicherheit gerechnet habe, dass man aus verschiedenen Gründen hier keine Einwände gegen die geplanten Publikationen erheben dürfte. Es sei daher schwer für mich eine immerhin ziemlich grosse Zahl von Änderungswünschen einzuberichten. Fürst Trubetzkoy erwiderte, indem er die gewünschten Korrekturen bagatellisierte und hervorhob, man wolle hier nur vermeiden, dass die Öffentlichkeit anlässlich der Publizierung des Rotbuches eine neue Campagne gegen das nicht genügend „slavophile" Ministerium des Äussern beginne. Dies schade

schliesslich auch den Beziehungen der beiden Reiche und müsse womöglich vermieden werden. Sodann bat ich ihn auf die Details einzugehen und mir die Gründe der Korrekturswünsche mitzuteilen. Es ergab sich hiebei Folgendes:

Zu Pièce 27 (Graf Mensdorff an Graf Berchtold, London 30. September 1912)*c)*: Der letzte Satz wäre nach dem Wunsche Herrn Sazonows zu unterdrücken, da seine Publizierung ohne ausdrückliche Explizierung der Tatsache, dass Russland bei Aufrechterhaltung des territorialen status quo sich die Einführung wirksamer Reformen in Mazedonien zum Ziele setzte, die Sachlage nicht richtig darstellen würde. Herr Sazonow habe diese zwei Fragen stets als unter einander verbunden betrachtet.

Ad Pièce 170 (Graf Mensdorff an Graf Berchtold, London 17. Dezember 1912)*d)*: Der gestrichene Satz über eine Äusserung des russischen Botschafters in der Londoner Réunion sei schwer mit dem Prinzip vereinbar, dass alle Diskussionen, die in einer geheimen Réunion gepflogen würden, nicht zur Veröffentlichung gelangen dürfen und dass dies im Gegenteil nur für die schliesslichen Beschlüsse tunlich sei.

Zu Pièce 31*b)* (Graf Berchtold an Freiherrn von Flotow, Wien 1. Oktober 1912) wurde derselbe Einwurf erhoben wie bei Pièce 27 und die Hoffnung auf vollständige Unterdrückung dieses Telegrammes ausgedrückt.

Zu Pièce 248 (Graf Thurn an Graf Berchtold, St. Petersburg 22. Jänner 1913)*e)* „betreffs der Stadt Scutari schien er weniger ernste Differenzen zu befürchten": Dies sei zwar allerdings der Standpunkt Herrn Sazonows gewesen und er habe dies auch sicher geäussert. Die so aus dem ganzen Zusammenhang herausgenommene Phrase würde jedoch — nach Ansicht des Herrn Ministers — einen falschen Eindruck erwecken und namentlich die Slavophilen zu dem Angriffe reizen, Russland habe Scutari leichthin an Albanien preisgegeben.

Bei Pièce 471 (Graf Thurn an Graf Berchtold, St. Petersburg 25. April 1913)*f)* schienen die gestrichenen zwei Sätze „Er sagte, dass seiner Ansicht nach ein sehr wirksames Mittel in der Androhung und Verhängung des finanziellen und wirtschaftlichen Boykotts liegen würde. Das Land sei ohnehin schon am Rande einer Hungersnot und könne ohne Hilfe von aussen nicht mehr lange existieren" besonders unangenehme Bedenken aufkommen zu lassen. Auch diese Äusserung habe der Herr Minister ja sicher gemacht, doch habe ihm dabei vorgeschwebt, „d'éviter des moyens plus sérieux", was aus dem knappen Text nicht hervorgehe.

Ad Pièce 573 (Graf Thurn an Graf Berchtold, St. Petersburg 27. Mai 1913)*g)*: Auch hier könne der gestrichene Schlusspassus zu falschen Auslegungen führen. Tatsache sei, dass Russland vertragsmässig das Urteil über die sogenannte „strittige Zone" vorbehalten war und dass laut der Militär-Konvention der beiden Balkanstaaten Russland auch in allen anderen aus derselben entstehenden Fragen als Schiedsrichter zu fungieren hatte. So zum Beispiel habe bekanntlich Serbien bei der Belagerung Adrianopels Bulgarien mit Artillerie unterstützt. Bulgarien habe hiefür später Serbien eine finanzielle Entschädigung angetragen; dies sei zwar von Serbien abgelehnt worden, aber das Faktum, dass Bulgarien sich seiner Schuld an Serbien bewusst war, sei hiedurch erwiesen. Es sei daher im Geiste der Abmachungen für Russland die Möglichkeit vorgelegen, auch ausserhalb

der „strittigen Zone“ zu entscheiden. (Hier scheint sonach hauptsächlich die Absicht vorzuliegen, zu vermeiden in Bulgarien einen schlechten Eindruck zu erwecken. Denn wenn Russland frei und abgesehen von den serbischen Diensten bei Adrianopel die ganze territoriale Frage entscheiden konnte, so hat es ja Bulgarien vollkommen im Stich gelassen.)

Bei Pièce 818 (Graf Berchtold an Markgraf Pallavicini, Wien 16. August 1913)*h)* schliesslich meinte Fürst Trubetzkoy, der Passus „Les assurances les plus formelles cessent d'inspirer confiance“ sei zwar zutreffend und im Gespräch zwischen den Cabinetten gebraucht worden, doch seien diese Worte nicht zur Veröffentlichung geeignet und der Minister habe die Hoffnung ausgedrückt, dass auch dieser Passus mit Rücksicht auf die internationale Courtoisie gestrichen werde.

Ich habe nach Anhörung aller dieser Wünsche meinen Mitredner nochmals darauf aufmerksam gemacht, dass mit Rücksicht auf das russische Vorgehen meine Regierung ein besonderes Entgegenkommen bewiesen habe, indem sie an dem diplomatischen Usus festhielt, das Einvernehmen mit dem russischen Kabinette vor Publizierung der diplomatischen Korrespondenzen herzustellen. Die russische Regierung scheine mir davon einen sehr weitgehenden Gebrauch zu machen und ich müsse sagen, dass Euer Exzellenz mit Rücksicht auf die genaue Auswahl der Piècen darauf gerechnet haben dürften, dass keine Bedenken geäussert würden. Fürst Trubetzkoy versicherte mich wiederholt, dass man hier die Attention des k. u. k. Kabinetts sehr zu schätzen wisse und, wie gesagt, sehr erfreut sei über die rücksichtsvolle Auswahl der Stücke und dass es sich nur um Kleinigkeiten handle, deren Änderung hier wünschenswert erscheine. Selbstverständlich sei man sich bewusst, dass es dem Wiener Kabinette freistehe, von diesen Wünschen keine Notiz zu nehmen, man wolle hier nur jeder weiteren Polemik den Boden entziehen, die sich eventuell noch über nicht mehr aktuelle Themata entwickeln könnte. Was die einzelnen Punkte anbelangt und namentlich die Stellungnahme Herrn Sazonows in der Scutari-Frage, sagte ich, dass ich nicht ganz verstehe, warum diesfalls eine Verheimlichung wünschenswert erscheine. Es sei selbstverständlich, dass der Standpunkt Russlands nicht auf der ganzen Linie durchdringen konnte, nachdem es sich um ein Kompromiss handelte, und das Faktum, dass man hier auf Diakowa und Prisren grösseres Gewicht gelegt habe als auf Scutari, sei ja schliesslich durch das Resultat erhärtet worden. (Die Erklärung dürfte weniger in allgemein slavophilen Rücksichten, als in der Furcht vor montenegrinischen Familien-Einflüssen am hiesigen Hofe zu suchen sein.)

Die Beilagen des Eingangs erwähnten Erlasses folgen anbei zurück. Herr Sazonow liess mich schliesslich bitten, dem hiesigen Auswärtigen Amt seinerzeit 2—3 Exemplare des Rotbuches zur Verfügung zu stellen. Czernin.

a) Vgl. n. 9498. — *b)* n. 3890. — *c)* n. 3879. Es betrifft den Satz: „Peut-être pourrait-on répéter encore une fois aux Etats balkaniques que n'importe ce qui arrivera, on ne tolérerait pas de changement territorial“. — *d)* n. 4944. Verlangt wurde die Streichung des Satzes: „Russischer Botschafter erklärte das wichtige Prinzip“ bis „endgiltig beseitigt ist.“ — *e)* n. 5491. — *f)* n. 6768. Die von St. Petersburg gewünschte Streichung betrifft die Stelle „Er wiederholte, daß seiner Ansicht nach“ bis „nicht mehr lange existieren“. — *g)* n. 7185. Verlangt wurde die Streichung der Stelle: „Auf meine Frage, ob sich der Schiedsspruch“ bis zum Schlusse. — *h)* n. 8404.

Nr. 9488. Bericht des Legationsrates Grafen Otto Czernin aus St. Petersburg, 5./18. März 1914 Nr. 16 B (eing. 20. März).[a]) Ausfert.

Geheim. Ich erhalte soeben eine Konfidentenmeldung über Zweck und Verlauf der jüngsten geheimen Duma-Sitzung (Telegramm Nr. 79 vom 15./2. d. M.), die mir wahrscheinlich erscheint, für deren absolute Richtigkeit und Vollständigkeit ich jedoch nicht einstehen könnte. Darnach hätte der Minister-Präsident den Abgeordneten eröffnet, es sei der Wunsch Seiner Majestät des Zaren, die Reichsverteidigung auf ein höheres Niveau zu bringen und darin sehe Er die Hauptaufgabe der Duma. Die vorhandenen Barbestände (500 Millionen Rubel) müssten für die militärischen Zwecke gewahrt bleiben, die einzelnen Ressorts hätten sich einzuschränken, um desto grössere Summen für die militärischen Zwecke zu sichern. Zur Begründung dieses kaiserlichen Wunsches hätten der Kriegsminister und der Minister des Äussern aufklärende Exposés gesprochen. Was speziell die Erklärungen Herrn Sazonows anlangt, so seien dieselben, insoferne die momentane politische Lage in Betracht kommt, durchaus befriedigend und friedlich gewesen, immerhin sei von allen Seiten auf die Notwendigkeit hingewiesen worden, mit Rücksicht auf die militärischen Mehr-Anstrengungen der anderen Grossmächte, mit diesen Schritt zu halten. Der ganze grosse Plan scheint nach Allem darauf hinauszugehen, um im Jahr 1917 für alle Eventualitäten bereit zu sein und ringsum einen anderen Ton anschlagen zu können. Darnach würde nicht so sehr in etwaigen Angriffsplänen der Ernst der Lage zu suchen sein als in dem natürlich ganz bedeutend gesteigerten Selbstbewusstsein, welches die militärische Stärkung zeitigen würde. Die Politik Herrn Delcassés und ihre Erfolge treten allmählich aus dem Nebel heraus, in den sie bisher gehüllt waren. Gesteigerte Rüstungen, Ausbau der Eisenbahnen und namentlich der strategischen, wogegen die französische Geldquelle geöffnet bleibt. Der eigentliche aktuelle Scharfmacher im jetzigen Kabinett ist meinen Informationen zufolge der Marine-Minister. Teilweise gibt der Zustand der Schwarze-Meer-Flotte von selbst die Erklärung hiezu. Es fehlt aber nicht an Stimmen, nach welchen der Marine-Minister finanziell an den Lieferungen interessiert wäre. In einer Sitzung des Minister-Rates, welche vor einigen Wochen tagte, wurde — wie ich derselben geheimen Quelle entnehme — beschlossen, eine Kommission von Beamten des Marine-Ministeriums nach England zu entsenden zwecks Ankauf von Ausrüstungsgegenständen für die Schwarze-Meer-Flotte. Diese Kommission (Vorsitzender Kapitän Nechajew) befindet sich derzeit noch in England. Dieser Tage wäre nun ein Bericht eingelangt, laut welchem sie bereits 6 Bugsier-Dampfer von 800 und 850 Tonnen erworben hätte und sich nunmehr mit dem Ankauf von Transportschiffen befasst. Gegenwärtig wurden ferner für das Schwarze Meer zwei leichte Kreuzer bestellt und zwar einer bei der Nikolajewer Schiffsbauwerft, der andere bei der russischen Aktien-Schiffsbaugesellschaft. Die vertrauliche Mitteilung Dr. Pollys (Telegramm Nr. 79 vom 16./2. d. M.)[b]) betreffs des schleunigen Baues zweier Dreadnoughts ausserhalb des grossen Schiffbauprogrammes scheint sich — wie ich gleich vermutete — nicht zu bewahrheiten, beziehungsweise scheint sie auf die genannten 2 Kreuzer zu reduzieren zu sein. Umsomehr werde ich in meiner Annahme bestärkt, dass

Dr. Polly beauftragt war, uns und der deutschen Botschaft die fragliche Mitteilung zu machen, um keine Beunruhigung wegen allgemeiner Rüstungs-Tendenzen aufkommen zu lassen. Ein weiteres Projekt des Marine-Ministers behandelt die Errichtung einer neuen Pulver-Fabrik in Russland, die in einem Jahre vollendet sein muss, deren Bau binnen zwei Monaten nach der Bestätigung des Kontraktes beginnen muss und deren Jahresproduktion 200,000 Pud betragen soll. Ausländer und Juden dürfen weder in die Verwaltung noch Betriebsleitung aufgenommen werden. Weiters werden sofort 165,700 Pud Pulver bestellt, wovon 87,500 Pud für Kanonen bis 1. November 1915, 78,200 Pud bis 15. Mai 1916. Otto Czernin.

[a]) Vgl. n. 9444, 9574. — [b]) Tel. aus St. Petersburg, 16. März 1914 Nr. 79 (eing. 9 U. a. m.) enthält einen kurzen Vorbericht aus St. Petersburg über die geheime Konferenz in der Duma, an der ein Ausschuß von 65 Volksvertretern und der Ministerpräsident, Kriegsminister und Minister des Äußern teilnahmen, von der Czernin augenscheinlich im amtlichen Auftrage durch Dr. Polly telefonisch verständigt wurde.

*Nr. **9489**. Tel. aus Bukarest, 19. März 1914 Nr. 103 (eing. 4 U. 15 M. p. m.).[a]) Entziff.*

Bevorstehende antiösterreichische Demonstration. Im Verfolge meines Telegrammes Nr. 97 vom 15. d. Mts. beehre ich mich, Euer Exzellenz mitzuteilen, dass Herr Bratiano ein offenes Vorgehen gegen die Kulturliga scheut. Er vergleicht die Bewegung mit einem Strom, der nur noch höher anschwillt, wenn man ihn eindämmen will, hingegen hätte Sache nur wenig Bedeutung, wenn man sie ignoriere. Ich kann diese Ansicht absolut nicht teilen, woraus ich Bratiano auch kein Hehl gemacht habe. Es beweist dieses Beispiel nur wieder, wie abhängig die Regierung hier von der Volksstimmung ist. Ottokar Czernin.

[a]) Vgl. n. 9491, 9496, 9525, 9532.

*Nr. **9490**. Tel. aus Paris, 19. März 1914 Nr. 38 (eing. 7 U. 10 M. p. m.).[a]) Entziff.*

Bezug auf Telegramm Euer Excellenz von gestern Nr. 41. Herr Margerie, dem ich Auffassung Euer Excellenz bezüglich Nr. 63[b]) mitteilte, sagte mir, Herr Poincaré lege grossen Wert darauf, dass in fraglicher Depesche konstatiert werde, dass Herr Dumaine Euer Excellenz sofort erklärt habe, es handle sich nur um territoriales Desinteressement. Ich erwiderte ihm, dass selbst, wenn dies der Fall gewesen wäre, Euer Excellenz in dem betreffenden Telegramm an Grafen Szögyény nicht die mündlichen Kommentare Dumaines, sondern den Text der französischerseits vorgeschlagenen Formel besprochen hätten und es nicht möglich sei, in ein amtliches Dokument nachträglich etwas Neues hinein zu schreiben. Mein Mitredner insistierte auf der Notwendigkeit, mit Hinsicht auf „geschichtliche Wahrheit" die Bemerkung Dumaines zu erwähnen und sagte mir, er müsse über die Angelegenheit Poincaré Bericht erstatten. Szécsen.

[a]) Vgl. n. 9497. — [b]) n. 4210.

*Nr. **9491**. Tel. aus Bukarest, 20. März 1914 Nr. 105 (eing. 10 U. p. m.).[a] Entziff.*

Kulturliga. Habe neuerdings bei Herrn Bratiano insistiert, in der Kammer einige Worte über bekannte beabsichtigte Einmischung der hiesigen Kulturliga in unsere Angelegenheiten zu sprechen. Ministerpräsident will dies nicht machen, hat jedoch einen Führer zitiert und ersucht, für „massvolles" Auftreten zu sorgen. Habe Herrn Bratiano erklärt, dass ich Erfolg dieses Schrittes für sehr zweifelhaft und passive Rolle der Regierung für unrichtig halte. Ottokar Czernin.

[a] Vgl. n. 9489, 9495, 9496, 9525, 9532.

*Nr. **9492**. Tel. aus Durazzo, 20. März 1914 Nr. 34 (eing. 21. März 11 U. a. m.). Entziff.*

Bezug auf mein Telegramm Nr. 10[a] vom 15. dieses Monats. Fürst und Turkhan Pascha sagten mir, dass fürstliche Kinder am 25. dieses Monats über Brindisi auf „Misurata" (nicht über Triest auf „Taurus") nach Durazzo kommen werden. Fürst äußerte bei heutiger Hoftafel Absicht, in nächster Zeit auf „Taurus" Reise nach Skutari zu unternehmen, meinte aber, daß er dies einerseits nicht vor dem 25. dieses Monats (seinem Geburtstage) tun könne, anderseits nicht durch längere Inanspruchnahme dieses Schiffes Pläne Markgrafen Pallavicini durchkreuzen möchte. Falls „Taurus" daher hiesigen Aufenthalt nicht verlängern könnte, würde er ebenfalls „Misurata" benützen, werde mich aber jedenfalls noch nächster Tage über seine Absichten und Zeitpunkt Skutari-Reise informieren. Streng vertraulich. Wie ich durch Buchberger erfahre, ist Entschluß Fürstenpaares, ihre Kinder von italienischer Yacht abholen zu lassen, auf Drängen meines italienischen Kollegen zurückzuführen, der daraus Kabinettsfrage machte. Löwenthal.

[a] Mit Tel. Nr. 10, 15. März 1914 (eing. 16. März 10 U. a. m.) wurde aus Durazzo gemeldet, daß der Fürst seine Kinder durch den „Taurus" in Triest abholen zu lassen gedenke.

*Nr. **9493**. Tel. des Legationsrates Grafen Otto Czernin aus St. Petersburg, 20. März 1914 Nr. 81 (eing. 21. März 9 U. a. m.).[a] Entziff.*

Hiesiger bulgarischer Gesandter hat ebenso wie Herr Sazonow einem hier akkreditierten Missionschef gesagt, der Ausfall der bulgarischen Wahlen lasse baldigen Rücktritt Regierung als sehr wahrscheinlich erscheinen. De facto könne sie auf zirka 40 der ihr gutgeschriebenen Stimmen nicht zählen, so dass keine Majorität vorhanden sei. Bulgarischer Gesandter erwartet mit unverhüllter Freude baldiges Erscheinen Kabinettes Malinow-Geschoff. Otto Czernin.

[a] Vgl. n. 9480.

*Nr. **9494**. Bericht aus Sofia, 20. März 1914 Nr. 30 (eing. 23. März).[a] Entziff.*

Konseilspräsident kam mit mir erneuert[b] auf seine kürzliche Audienz beim Könige zu sprechen und erzählte, er habe im Verlaufe derselben placiert, was er nach meiner kürzlichen Rückkehr aus Wien von mir darüber

gehört, dass wir uns für Erhaltung und Festigung Throns König Ferdinands lebhaftest interessierten. Seine Majestät hätte sich über diese Nachricht sehr gefreut und sie als politisch sehr wichtig bezeichnet. Tarnowski.

[a]) Vgl. n. 9451, 9480. — [b]) Mit Tel. Nr. 98, 12. März 1914 (eing. 13. März 9 U. a. m.) wurde aus Sofia berichtet, Radoslawow sei sehr zufrieden über Audienz, in der ihn König gnädigst empfangen, ermutigt und seines absoluten Vertrauens versichert; Tarnowski sehe mit Rücksicht auf Solidarität des Königs mit Regierung gar keinen Grund, an Lebensfähigkeit des Kabinettes Radoslawow zu zweifeln.

*Nr. **9495**. Tel. nach Bukarest, 21. März 1914 Nr. 76 (chiffr. 11 U. 30 M. p. m.). Konz. (S. Flotow; V. u. G. Berchtold).*

Mit Bezugnahme auf Euer Exzellenz Telegramme Nr. 105 und 107 vom 20. und 21. d. Kulturliga. Ich bin damit ganz einverstanden, daß Euer Exzellenz die Angelegenheit bei Herrn Bratianu zur Sprache gebracht; es wäre aber zu vermeiden, Seine Majestät den König mit der Sache zu befassen. Die Tendenzen der Culturliga und deren Treibereien haben schon in früheren Jahren wiederholt eine unerfreuliche Seite unserer Beziehungen zu Rumänien gebildet; die jeweiligen rumänischen Regierungen haben den Manifestationen der Liga gegenüber meist dieselbe schwächliche Haltung eingenommen, die bei Herrn Bratianu zu beobachten ist. Euer Exzellenz wollen dem Ministerpräsidenten — ohne sich auf einen Auftrag zu berufen — sagen, daß Sie es für Ihre Pflicht gehalten, ihn auf die aller internationaler Courtoisie widersprechende Tendenz der beabsichtigten Einmischung in unsere Angelegenheiten der Kulturliga aufmerksam zu machen[a]) und daß die rumänische Regierung die Verantwortung zu tragen hätte, wenn aus den Kundgebungen der Liga peinliche Folgen resultiren sollten.

[a]) Im Konzept ursprünglich irrtümlich „aufmerksam gemacht".

*Nr. **9496**. Tel. aus Bukarest, 21. März 1914 Nr. 107 (eing. 2 U. 30 M. p. m.).[a]) Entziff.*

Kulturliga. Wie ich in meinen Telegrammen Nr. 97, 103 und 105 gemeldet habe, halte ich die für den 29. d. M. geplante Versammlung der Kulturliga und ihre beabsichtigte Einmischung in unsere Angelegenheiten für äusserst schädlich, und die ängstliche, passive Rolle der Regierung für sehr gefährlich. Da ich bei Ministerpräsidenten nichts erreichen kann, so bitte ich um sofortigen Auftrag, ob ich direkt bei Seiner Majestät dem Könige intervenieren soll, um ihm zu bewegen, Seiner Regierung Befehl zu erteilen, öffentlich dagegen Stellung zu nehmen. Ich mache Euer Exzellenz aufmerksam, dass diese allen Regeln der internationalen Courtoisie widersprechende Einmischung in unsere Angelegenheiten, welche anscheinend unter der Protektion der Regierung vor sich geht, in ihren Consequenzen sehr störend auf das Verhältnis beider Reiche einwirken dürfte und es dringend erwünscht scheint, rechtzeitig möglichst stark entgegenzuarbeiten. Bei eventuellem diesbezüglichen Auftrag bitte ich um Instruktion, ob ich mich auf Euer Exzellenz berufen darf, oder Anschein aufrechterhalten soll, nur im eigenen Namen zu sprechen. Da Angelegenheit äusserst dringend, bitte ich sofort um telegraphischen Auftrag. Ottokar Czernin.

[a]) Vgl. n. 9495, 9525, 9566.

*Nr. **9497**. Tel. nach Paris, 21. März 1914 Nr. 43 (chiffr. 9 U. 50 M. p. m.).[a] Konz. (S. Ugron; V. Pogatscher; G. Berchtold).*

Euer Exzellenz Telegramm Nr. 38 vom 19. l. M. erhalten. Die in Alinea 2 [b]) wiedergegebenen Bemerkungen entsprechen vollkommen meinen Intentionen und ich ersuche Euer Exzellenz, nochmals auf die Unmöglichkeit hinzuweisen, in der wir uns, bei allem guten Willen, den Wünschen der französischen Regierung nachzukommen, befinden, in eine an die deutsche Regierung ergangene Mitteilung nachträglich etwas ganz Neues hineinzunehmen. Um aber dem von der französischen Regierung und dem Herrn Präsidenten der Republik ausgesprochenen Wunsche möglichstes Entgegenkommen zu zeigen, sind wir bereit, in fraglichem Telegramme Nr. 63 die Alineas 4, 5 und 6 [c]) wegzulassen, so dass die Pièce nur den Wortlaut der vom Herrn Botschafter vorgeschlagenen Formel enthalten wird, ohne auf die zwischen Herrn Dumaine und mir stattgehabte Konversation einzugehen. Wir geben uns der zuversichtlichen Erwartung hin, dass unser Entgegenkommen französischerseits gewürdigt wird und dass jede weitere Kontroverse, sei es zwischen den beiden Kabinetten, sei es in der beiderseitigen Presse, hiedurch vermieden werden wird. Zu Euer Exzellenz Information und eventuellen Verwertung füge ich noch bei, dass Herr Dumaine erst am Schlusse einer längeren Diskussion in ganz akademischer Weise die Frage an mich gerichtet hat, ob mir die vorgeschlagene Formel annehmbar erscheinen würde, wenn in derselben von einem désintéressement territorial die Rede sein würde. Berchtold.

[a]) Vgl. n. 9510. — [b]) Vgl. n. 9490 von „Ich erwiderte ihm“ bis „zu schreiben“ — [c]) Es betrifft dies folgenden Auszug aus n. 4210, beziehungsweise n. 4216: Ich habe Herrn Dumaine gegenüber bemerkt, daß es mir nicht möglich sei, der Ausdrucksweise „absolu désintéressement“ zuzustimmen, da wir als unmittelbare Nachbarn der Balkanhalbinsel daselbst begreiflicherweise Interessen hätten. Es müßte einen eigentümlichen Eindruck machen, wenn ich als Minister der nächstsituierten Großmacht ein protocole de désintéressement ausstellen würde. Ich würde gewiß eine Mediation mitmachen, könnte jedoch der beigebrachten Formel in der gegenwärtigen Fassung nicht zustimmen und müsse mir vorbehalten, dieselbe einer redaktionellen Änderung zu unterziehen.“

*Nr. **9498**. Tel. an den Legationsrat Grafen Otto Czernin in St. Petersburg, 21. März 1914 Nr. 58 (chiffr. 10 U. 45 M. p. m.).[a] Konz. (S. Ugron; V. Pogatscher; G. Berchtold).*

Bericht vom 18. l. M. Nr. 16 A erhalten. Ich constatiere mit Befriedigung, dass russische Regierung unsere rücksichtsvolle Vorgangsweise bei Publication des Rotbuches sowie Art der Zusammenstellung der Pièces gebührend würdigt. Euer Hochgeboren wollen aber daran knüpfend die Bemerkung machen, dass wir allerdings vielleicht mehr Anlass gehabt hätten im Orangebuch gewisse Modificationen zu beantragen als das Petersburger Cabinett im Rotbuch, nichtsdestoweniger wollen wir ein noch weitergehendes Entgegenkommen zeigen und alle beantragten Streichungen vornehmen. Nur bei Telegramm Nr. 31 [b]) nach Berlin sind wir aus technischen Gründen nicht mehr in der Lage die ganze Pièce zu unterdrücken, werden aber dem Wunsche des Petersburger Cabinettes doch Rechnung tragen,

indem wir das ganze Alinea, welches sich auf die Äusserung Herrn Sazonows in London, betreffend die Aufrechterhaltung des territorialen Status-quo bezieht, weglassen. Berchtold.

a) Vgl. n. 9509. — b) n. 3890. Weggelassen wurde die Stelle: „Im Anschlusse hieran" bis „zuzulassen erwähnt hätte".

*Nr. **9499**. Bericht aus Sofia, 21. März 1914 Nr. 33 A (eing. 26. März). Ausfert.*

Baron Mittag, der sich hier auf der Durchreise nach Constantinopel aufgehalten hat, erzählte mir über die Abschiedsaudienz, die er gestern bei König Ferdinand hatte, im Wesentlichsten folgendes: Über die innere Lage sagte der König, er und das Ministerium Radoslavoff, mit dem Seine Majestät sich identifiziert, kämpften einen Verzweiflungskampf. Die Anleihe sei eine Lebensfrage für den König und die Regierung; von den Russophilen, „die gegen die katholische Dynastie einen Vernichtungskampf führen" könne man fortwährend hören, dass Radoslavoff wegen seiner austrophilen Politik nicht einen Kreuzer bekommen könne, da Frankreich blind den russischen Befehlen gehorche. Baron Mittag antwortete, er wisse von mir, dass die Anlehensaussichten in Deutschland, Dank unserer Bemühungen, nicht ungünstig stünden. Russland behandle Bulgarien geradezu als Satrapie. Niemals habe es so peremptorisch gesprochen. Alle Augenblicke bekomme der König von Petersburg Dinge zu hören, wie: L'Empereur attend de la Bulgarie" oder „L'Empereur désire que le bloc slave, brisé par les évènements malheureux du passé, soit resoudé", und so weiter. Savinsky arbeite mit Hochdruck (die letzten Wahlen hätten es bewiesen) und mit allen erlaubten und unerlaubten Mitteln. Man habe in Savinsky einen der gefährlichsten russischen Diplomaten hergeschickt. Die Encyklika des früher königstreuen Exarchen, „dieser Partherpfeil", sei unter russischem Einflusse verfasst worden. Nach Informationen des Königs — auch „cette canaille de Radko Dimitrieff" spreche in jedem seiner Berichte davon — steige in Petersburg beständig der geradezu fanatische Hass gegen Österreich-Ungarn. Noch sei Russland nicht fertig, aber mit jedem Tag gewinne es an Kraft. Frankreich, dem russischen mot d'ordre blind ergeben, sei für manche politische Katastrophe, die drohe, verantwortlich. Bezeichnend sei die wütende französische Presscampagne gegen uns und den König. Seine Majestät hätte gefragt, ob man in Wien auf Rumänien noch rechne und meinte, obwohl König Carol immer derselbe wäre, sei Rumänien für uns verloren; der Kronprinz und die öffentliche Meinung wären ganz russisch. Die projektierte Heirat beweise dies auch. Mit Serbien trachte der König, entsprechend dem Rate Seiner kaiserlichen und königlich Apostolischen Majestät, auszukommen. Er habe den intelligenten, „aber nicht ganz waschechten" Tschapraschikoff nach Belgrad senden müssen. Es liege Seiner Majestät am Herzen, Baron Giesl zu warnen, mit Tschapraschikoff, wie er aus dessen Berichten ersehe, nicht zu offen, sondern vorsichtig zu sein. Der König fürchte, dass alles, was Baron Giesl Tschapraschikoff anvertraue, zu Hartwig wandere. Er frage sich, wie er Baron Giesl einen Wink zukommen lassen könnte, worauf Baron Mittag antwortete, der König könne

sich diesfalls an mich wenden. Mit den Türken habe der König aufrichtigstes Bestreben, sich so gut als möglich zu stellen. Doch sei wegen immer möglicher Überraschungen in Constantinopel, speziell mit Heisspornen wie Enver Pascha, Vorsicht nötig: Bulgarien brauche Ruhe, es könne und werde sich nicht rühren, da der König ja sehr gut wisse, dass es — abgesehen von allem andern — beim geringsten Anlass Rumänien wieder im Rücken haben werde. Übrigens scheine sich in Constantinopel die Überzeugung durchzuringen, dass der wahre Feind der Türkei das ganz an Frankreich attachierte Griechenland sei. Albanien betrachte der König als Euer Excellenz — und da er Hochdieselben seinerzeit auf die Albaner aufmerksam gemacht hätte — auch als sein Werk. Seine Majestät hat die Ansicht ausgesprochen, dass wir Albanien um jeden Preis halten und schützen sollen. Tarnowski.

Nr. 9500. Tel. nach London, 22. März 1914 Nr. 57 (chiffr. 11 U. 30 M. p. m.).[a] Konz. (S. Ugron; V. Pogatscher; G. Forgách).

Ad Tel. vom 20. März Nr. 47.[b] Obgleich die Vornahme der englischerseits verlangten zahlreichen Abänderungen mit nicht unbedeutenden technischen Schwierigkeiten verbunden ist, werden wir, um Sir E. Grey unser Entgegenkommen zu zeigen, sämmtliche gewünschten Streichungen vornehmen. Berchtold.

[a] Vgl. n. 9516. — [b] Vgl. n. 9516 Anm. b.

Nr. 9501. Bericht des Kommissärs bei der internationalen Kontrollkommission für Albanien Generalkonsuls August Kral aus Valona, 22. März 1914 Nr. 50 (eing. 30. März).[a] Ausfert.

In einer der letzten Sitzungen der Kontrollkommission gab es lebhafte Debatten darüber, ob in das Statut für Albanien ein Abschnitt über Miliz aufgenommen werden soll. Die Vertreter der Triple Entente wollten Albanien das Recht absprechen, eine Miliz zu halten, weil die Londoner Konferenz nur von Gendarmerie gesprochen habe. Ich erklärte, daß die Neutralisierung das Land der Berechtigung und Verpflichtung nicht enthebe, für seine Verteidigung zu sorgen; Herr Leoni und ganz schwach auch Herr Lamb unterstützten mich, und so kam es nach langwierigen Debatten schließlich zu dem einschlägigen Kapitel im Statut. Der Artikel 7 über die Beschränkung der Verwendung fremder Offiziere stand nicht in dem von dem französischen Delegierten und mir ausgearbeiteten Entwurf, mußte indessen über Drängen der Delegierten Russlands und Englands, denen sich jener Frankreichs und halb und halb auch der Italiens anschloss, in der angeführten Fassung aufgenommen werden. Die Genannten wollten, daß ausdrücklich ausgesprochen werde, Instruktoren dürfen nur von Holland kommen. Ich vertrat das Prinzip, daß das Londoner Protokoll die Verwendung holländischer Offiziere nur für die Gendarmerie vorschreibe und daß man dem Fürsten bezüglich der Miliz freie Hand lassen müsse. Eine Anwerbung von Offizieren der Großmächte komme bei der diesbezüglich ablehnenden Haltung der Mächte ja kaum in Betracht. Dagegen solle man dem Fürsten einen gewissen Spielraum lassen, Instruktoren auch

aus anderen Klein- oder Mittelstaaten zu berufen, umsomehr als Holland gar nicht in der Lage sein würde, noch mehr Offiziere als die jetzt in Albanien verwendeten zu entbehren. Mein Antrag, von Instruktionsoffizieren überhaupt nicht zu sprechen, da dies nicht in das Grundgesetz gehöre und es ja nicht ausgemacht sei, ob solche jemals notwendig sein würden, drang nicht durch. Abschriftlich nach Rom und Durazzo sub Nr. 609/Res. Kral.

a) Vgl. n. 9568.

Nr. 9502. Tel. aus Durazzo, 23. März 1914 Nr. 48 (eing. 24. März 9 U. a. m.). Entziff.

Heute in Anwesenheit des Fürstenpaares mit Hofstaat und Ministerium Tedeum in der katholischen Kirche. Feier verlief sehr würdevoll und unter Äußerungen von großem Enthusiasmus. Streng vertraulich. Zu meinem Telegramm vom 21. d. M. Nr. 40.a) Ich hatte Kirche nahegelegt, andere Gesandte nicht einzuladen. In elfter Stunde sandte ihnen aber Hof eine Art Einladung. Rumänischer Gesandter kam sich mit mir besprechen und war mit für mich reservierten Spezialplatz im Presbyterium ganz einverstanden. Kommunikation mit italienischem Kollegen war, wie jetzt oft, wegen Seegang unmöglich. Zur Feier erschien außer der österreichisch-ungarischen nur die rumänische Gesandtschaft. Italienischer Gesandter besuchte mich nachher in großer Erbitterung, wie er versicherte, nur gegen den Hof, dessen Vorgehen ihn in sehr peinliche Lage gebracht habe, bestand darauf, er werde sich noch heute beim Fürsten beschweren. Nahm nachmittags Audienz. Turkhan Pascha sagte mir, er habe Fürsten geraten, alles auf ihn als Minister des Äußern zu schieben; er werde Sache dilatorisch behandeln. Schien ganz vernünftig aufzufassen. Löwenthal.

a) Mit Tel. Nr. 40, 21. März 1914 (eing. 22. März 1 U. 30 M. p. m.) wurde aus Durazzo gemeldet, daß am 22. März feierliches Tedeum in katholischer Kirche stattfinden werde, dem Fürst und Fürstin beiwohnen werden. Diplomatisches Korps als solches wird nicht zur Teilnahme aufgefordert, nur k. u. k. Gesandtschaft als Vertreterin der Protektoratsmacht. Nach Rücksprache mit Aliotti bat Löwenthal, um Eifersucht der italienischen öffentlichen Meinung hinsichtlich Protektorates zu schonen, daß in den Berichten der österreichisch-ungarischen Zeitungen die Anwesenheit lediglich der k. u. k. Gesandtschaft nicht ausdrücklich erwähnt werde.

Nr. 9503. Bericht aus Konstantinopel, 23. März 1914 Nr. 20 A (eing. 26. März).a) Ausfert.

Streng vertraulich. Schon vor einiger Zeit hat sich in Petersburg ein türkisch-russisches Comité gebildet, welches sich die Ausgestaltung der Handelsbeziehungen zwischen den beiden Nachbarstaaten zur Aufgabe gesetzt hat. Nun wurde auch hier in Konstantinopel ein solches Comité ins Leben gerufen, dessen Zusammensetzung aus beiliegender Liste[b]) ersichtlich ist. Wie Euer Exzellenz aus derselben ersehen werden, gehören sowohl der russische Generalkonsul als auch höhere Beamte der russischen Botschaft und türkischerseits sehr ernst zu nehmende Leute wie der ehemalige Finanzminister Nail Bey und der einflussreiche Abgeordnete, ehemalige Redacteur des „Tanin" und Freund Djavid Beys, Hussein Djahid diesem Comité an. Von Letzterem waren schon seit langer Zeit Gerüchte

im Umlaufe, dass er in russischem Solde stehen soll. Ich bin der Ansicht, dass die Belebung der Handelsbeziehungen zwischen den beiden Staaten nur die äussere Etiquette dieser neuen Institution und dass derselben eine viel weitergehende politische Bedeutung beizumessen ist. Russland arbeitet seit längerer Zeit mit französischer Unterstützung daran, einen Umschwung in der türkischen Politik herbeizuführen und sind diese Anstrengungen, wie ich aus verschiedenen Anzeichen in der letzten Zeit entnehmen konnte, nicht ohne Erfolg geblieben. Es macht sich hier mehr und mehr ein Einschwenken der Regierung zur Gruppe der Ententemächte bemerkbar. An diesem Umschwung der türkischen Politik dürfte zum grossen Teile die Haltung Deutschlands Schuld tragen, welche bei der Pforte das Gefühl wachgerufen hat, sie sei in allen vitalen Fragen der letzten Zeit von Deutschland im Stich gelassen worden. Ich habe den Eindruck, dass man sich türkischerseits von der deutschen Freundschaft mehr erwartet hat und über die Haltung des Dreibundes und speciell Deutschlands in der Inselfrage sehr enttäuscht war. Die türkischen Sympathien für das deutsche Reich dürften auch durch das zu starke Betonen der Interessensphärenpolitik in Berlin abgekühlt worden sein. Dazu kam noch das ungeschickte Vorgehen Italiens in der Frage der Etablierung einer italienischen Influenzsphäre in Südanatolien. Es ist begreiflich, dass das Selbstgefühl der Türken dadurch verletzt wurde, dass man fortwährend nur von deutschen, italienischen, englischen und französischen Interessensphären sprach und das Land in fremde Arbeitsfelder teilte, ohne sich dabei um die türkische Regierung zu kümmern. Dieser Kampf um die Sicherung der Influenzsphären und um die Escomptierung der Anteile der Mächte an dem türkischen Besitze in Asien scheint von französischer und russischer Seite geschickt ausgenützt worden zu sein und dürfte man den türkischen Machthabern die Überzeugung beigebracht haben, dass Russland der einzige Staat sei, der kein Interesse an einer Aufteilung Anatoliens habe und der auch die Kraft besitze, den deutschen Tendenzen entgegenzutreten, wenn einmal die Frage der Aufteilung der Türkei aufgerollt würde. Es ist wohl klar, dass hier niemand an uneigennützige Absichten Russlands glaubt, aber es wäre anderseits natürlich, wenn die Türkei, welche bei allen Mächten dieselben destructiven Tendenzen constatiert, ihre einzige Rettung darin erblicken würde, dass sie sich ihrem mächtigen Nachbar in die Arme wirft und sich seinem Schutze überlässt. Ich habe in meinem Berichte vom 29. December v. J. Nr. 82 H erschöpfend auseinandergesetzt, welches die Ziele der Dreibundpolitik in der Türkei sein sollten. Dieselben wären aber nur durch Verfolgung einer aufrichtigen staatserhaltenden Politik zu erreichen gewesen, wobei jeder Anschein, dass man sich für eine seinerzeitige Aufteilung des Reiches vorbereite, hätte vermieden werden müssen. Durch schönklingende Erklärungen über rein wirtschaftliche Arbeit, jedoch gleichzeitige Vorbereitung des Démembrements durch Etablierung und Abgrenzung von Influenzsphären konnten die Türken sich auf die Dauer nicht dupieren lassen und kann es kaum Wunder nehmen, dass sie in der fortwährenden Betonung der Exclusivität der Interessensphären, in der sich besonders die deutsche Bank gefällt, eine Gefahr für den Bestand des Reiches erblicken.

Es ist auch sicher nicht von Russland unterlassen worden, hier fortwährend auf die deutsche Gefahr hinzuweisen. Ich halte es daher nicht für ausgeschlossen, dass die russischen Werbungen ein williges Ohr finden und die Türkei vielleicht in absehbarer Zeit im Anschlusse an den bisherigen Erbfeind die einzige Rettung erblicken werde. Dabei ist auch zu bedenken, dass Russland, sobald die Türkei sich der Tripleentente zuwendet, hier gegen die Aufteilung ihres Besitzstandes arbeiten und dabei doch alles erreichen könnte, was für das Zarenreich von Wert wäre, nämlich eine seine Wünsche befriedigende Lösung der Meerengenfrage und einen Einfluss auf die innere Politik der Türkei, die ihm bei voller Erhaltung der Souveränität des Sultans die Rolle einer Schutzmacht sichern würde. Ich glaube, dass man deutscherseits die Gefahren, welche die neue Richtung in der türkischen Politik in sich bergen könnte, zu erkennen beginnt; wenigstens zeigt sich mein deutscher College darüber ziemlich beunruhigt. Wenn einmal wirklich die Türkei sich der Entente anschliessen und mit Russland in ein engeres Verhältnis treten sollte, so könnte diess auch für uns unliebsame Folgen haben, da die russische Position am Balkan dadurch wesentlich gestärkt und das Zustandekommen eines Balkanbundes mit der Türkei unter russischer Ägyde in den Bereich der Möglichkeit rücken würde.

Pallavicini.

P. S. Streng geheim. Nach Schluss des Berichtes hatte ich eine Unterredung mit meinem deutschen Collegen, welche die in meinem Berichte auseinandergesetzten Idéen zu bestärken geeignet ist. Baron Wangenheim teilte mir mit, Herr von Giers habe ihn vor einigen Tagen aufgesucht und ihm ganz offen erklärt, dass die in Europa immer offener ventilierten Teilungspläne der asiatischen Türkei das Petersburger Cabinet zu einer vollständigen Änderung seiner Haltung gegenüber der Türkei bewogen hätten. Russland könne eine Teilung der Türkei überhaupt nicht zugeben, da es in einem solchen Falle unbedingt auf Constantinopel Anspruch erheben müsste und der Moment zur Realisierung so weitgehender Pläne noch nicht gekommen wäre. Ausserdem könnte es Russland nicht passen, in Asien Deutschland als Nachbar zu haben. Daher wolle jetzt die russische Regierung aufrichtig an der Erhaltung und Erstarkung der Türkei arbeiten. Herr von Giers sagte auch dem deutschen Botschafter, man werde von Petersburg aus in der Frage der deutschen Militär-Mission keine Schwierigkeiten mehr machen, denn es sei jetzt im Interesse Russlands, dass die türkische Armee gut reorganisiert werde. Baron Wangenheim hatte den Eindruck, dass russischer Botschafter in seinen Äusserungen vollkommen aufrichtig war und dass er Deutschland zu einer Collaboration in dieser neuen Orientierung der russischen Politik gewinnen wolle. Pallavicini.

[a]) Vgl. n. 9515, 9550. — [b]) Liste nicht abgedruckt.

Nr. 9504. Bericht aus Konstantinopel, 23. März 1914 Nr. 20 B (eing. 26. März). Ausfert.

Der bulgarische Gesandte hat mir erzählt, Herr von Giers habe seit seiner Rückkehr vom Urlaube zu wiederholten Malen ihm gegenüber das Gespräch auf die Serbisch-Bulgarischen Beziehungen gebracht und trachte

ihn von der Notwendigkeit einer Verständigung dieser beiden Staaten zu überzeugen. Herr Toscheff will dem russischen Botschafter geantwortet haben, dass eine solche im gegenwärtigen Augenblicke unmöglich sei. Trotzdem habe Herr von Giers weiter insistiert, so dass der bulgarische Gesandte schliesslich die Frage stellte, auf welcher Basis sich ersterer eine derartige Annäherung denke. Der russische Botschafter sei auf diese Frage nicht näher eingegangen und hätte nur gemeint, man müsse sich zuerst gegenseitig nähern, alles übrige werde sich schon später im Laufe der Ereignisse von selbst finden. Mein italienischer College erzählt mir, er habe von zwei Seiten gehört, Russland trachte jetzt hauptsächlich in dem Sinne auf Serbien einzuwirken, dass dieses die Serbisierung der bulgarischen Bevölkerung der neuerworbenen Gebiete nicht allzusehr forciere. Auf diese Weise hoffe man Bulgarien zu gewinnen. Im weiteren Verlaufe habe man russischerseits den Plan, eine Verständigung der beiden Slavenstaaten auf Kosten Griechenlands in die Wege zu leiten. Und zwar denke man daran, dass Bulgarien Cavalla, Serbien Saloniki bekomme. Ich selbst habe hierüber von anderer Seite nichts gehört und kann nicht beurtheilen, ob diese Informationen meines italienischen Collegen auf Wahrheit beruhen.

Pallavicini.

Nr. 9505. Bericht aus Konstantinopel, 23. März 1914 Nr. 20 D (eing. 26. März).a) Ausfert.

Wie ich von verschiedenen Seiten höre, soll die deutsche Militär-Mission sehr eifrig an der Erfüllung ihrer Aufgaben arbeiten und seien auch bereits gewisse Erfolge ihrer Tätigkeit wahrnehmbar. Trotzdem spricht General von Liman vorläufig recht pessimistisch über die Verhältnisse in der türkischen Armee. Nach seinen Äusserungen sei es zwar hier in der Hauptstadt selbst nicht gar so schlecht um das Militär bestellt, aber in der Provinz hätten die Soldaten keine Schuhe, keine Uniformen, ja nicht einmal Wäsche zum Wechseln: mit einem Worte, es fehle vorläufig noch so ziemlich an allem Nötigsten, was natürlich die Aufgabe der Mission sehr erschwere. Auch sonst hat die Militär-Mission mit vielen Schwierigkeiten zu kämpfen. So habe ich Grund anzunehmen, dass ihr Verhältniss zu der deutschen Botschaft nicht das allerbeste ist. Auch deuten gewisse Anzeichen darauf hin, dass die persönlichen Beziehungen Limans zu Enver Pascha zu wünschen übrig lassen, obwohl dieselben deutscherseits mit auffallender Insistenz als „besonders gute" bezeichnet werden. Ferner ist Liman mit dem ihm von den Türken zuerkannten persönlichen Range — nach den Cabinetsministern — nicht zufrieden und hat dies bei sociellen Veranstaltungen mehrfach zu Erörterungen Anlass gegeben.... *Raubanfall gegen die Töchter Limans* ... Alle diese angeführten Umstände liessen es begreiflich erscheinen, wenn General Liman schon jetzt die Lust an der Sache verloren hätte, trotzdem kann aber, wie ich von gutunterrichteter Seite erfahre, von einer Abdankung seinerseits vorläufig wenigstens nicht die Rede sein, weil dies dem ausdrücklichen Befehle des deutschen Kaisers zuwiderlaufen würde. Es wäre jedoch, wie ich höre, nicht ausgeschlossen, dass Umstände eintreten könnten, welche die deutsche Regierung bewegen würden, die Mission

überhaupt von hier abzuberufen. So ein Umstand wäre zum Beispiel, wenn die türkische Heeresleitung ihren zukünftigen Bedarf an Artilleriematerialе, namentlich an Feldgeschützen in Frankreich decken würde. Pallavicini.

a) Vgl. n. 9436.

Nr. 9506. Bericht aus Konstantinopel, 23. März 1914 Nr. 20 E (eing. 26. März). Ausfert.

Seit Ankunft Sir Louis Mallets hat sich das Verhältnis der englischen Botschaft zu den leitenden Männern des jungtürkischen Comités ganz geändert. Während nämlich Sir Gerald Lowther aus seiner Abneigung den Jungtürken gegenüber gar kein Hehl machte, bemüht sich sein Nachfolger, die besten persönlichen Beziehungen mit den jetzigen hiesigen Machthabern aufrecht zu erhalten. Ein äusseres Zeichen für diese Coursänderung auf der englischen Botschaft ist darin zu erblicken, dass der langjährige erste Dragoman Herr Fitzmaurice Constantinopel verlassen habe und, wie ich höre, nicht mehr auf seinen Posten zurückkehren soll. Pallavicini.

Nr. 9507. Bericht aus Konstantinopel, 23. März 1914 Nr. 20 F (eing. 26. März).a) Ausfert.

Unter Rückschluss des mit bezogenem Erlasse*b)* herabgelangten Berichtes aus Sofia vom 18. II. d. J. Nr. 18 A-K beehre ich mich Euer Exzellenz zu melden, dass ich einen Schritt meinerseits bei der hiesigen Regierung behufs Abberufung Fethi Beys vom türkischen Gesandtenposten in Sofia im gegenwärtigen Augenblicke nicht für opportun halte; jedenfalls aber wäre derselbe nur mit der allergrössten Vorsicht zu unternehmen. Wie bekannt, ist nämlich Fethi Bey eines der einflussreichsten Mitglieder der Comitépartei und strebt ein Ministerportefeuille im jetzigen Cabinete an, für welches der Eintritt dieses eher unruhigen Geistes auf keinem Falle ein Gewinn wäre. Jedenfalls würde durch dieses Ereigniss die extremistische Tendenz im türkischen Ministerium eine Stärkung erfahren, was ich um jeden Preis vermieden wissen möchte. Eine andere Combination, welche im Bereiche der Wahrscheinlichkeit liegt, ist die Versetzung Fethis nach Bukarest. Es scheint mir aber, dass derselbe in letzter Stadt noch viel mehr Unheil anrichten könnte als in Sofia. Um also nicht etwa eine der beiden obangedeuteten Lösungen der Versetzungsfrage Fethis heraufzubeschwören, kann nur mit äusserster Vorsicht im angedeuteten Sinne gearbeitet werden. Pallavicini.

a) Vgl. n. 9575. — b) n. 9453. Eine Anführung dieses Erlasses findet sich in der Ausfertigung nicht.

Nr. 9508. Bericht aus Konstantinopel, 23. März 1914 Nr. 20 K (eing. 26. März). Ausfert.

Mit meinem Telegramme v. 14. III. l. J. Nr. 112*a)* hatte ich berichtet, dass wahrscheinlich Herr Stefanovich für den serbischen Gesandtenposten in Constantinopel ausersehen sei. Ich habe diese Mitteilung auf Grund von Eindrücken gemacht, welche ich aus einer Unterredung mit dem genannten Diplomaten geschöpft hatte. Derselbe sagte mir nämlich, er glaube nicht, dass der Türkei die Person Herrn Nenadovich', welcher bei

Ausbruch des Balkankrieges den hiesigen Gesandtenposten innehatte, genehm wäre und hieran anknüpfend hat er mir zu verstehen gegeben, dass ausser diesem der einzige noch in Betracht kommende Candidat wohl nur er selbst sein könne. In ähnlichem Sinne sprach mir auch der jetzige serbische Geschäftsträger, Herr Georgievich. Mittlerweile hatte mir Herr Toscheff gelegentlich über Herrn Stefanovich gesagt, dass derselbe einer ganz ähnlichen politischen Richtung angehöre, wie Herr Spalaikovich, und dass jener gleich diesem vor Allem ein erbitterter politischer Gegner der österreichisch-ungarischen Monarchie sei. Als mir nun der Grossvezier vor einigen Tagen mitteilte, die serbische Regierung habe gegen alle sonstigen Gepflogenheiten gleichzeitig das Agrément für Stefanovich und Nenadovich verlangt und er (der Grossvezier) habe die Absicht ersterem den Vorzug zu geben, habe ich Said Halim Pascha die Bemerkung des bulgarischen Gesandten wiederholt, indem ich ausdrücklich beifügte, dass mir von Stefanovich nichts Nachteiliges bekannt sei. Nun höre ich, dass die türkische Regierung gegen alle Erwartung Herrn Nenadovich das Agrément erteilt hat. Es scheint mir, dass bei dieser Entscheidung der Pforte meine obige dem Grossvezier gemachte Äusserung nicht ohne Einfluss gewesen sein dürfte. Pallavicini.

a) Mit Tel. Nr. 112, 14. März 1914 wurde aus Konstantinopel mitgeteilt, daß der serbisch-türkische Friedensvertrag am selben Tage unterzeichnet und mit der Vertretung der serbischen Interessen vorläufig Gjorgjević betraut werde. Pallavicini glaube aber, daß später Stefanović für den serbischen Gesandtschaftsposten in Konstantinopel ausersehen sei.

Nr. 9509. Tel. des Legationsrates Grafen Otto Czernin aus St. Petersburg, 23. März 1914 Nr. 84 (eing. 24. März 9 U. a. m.). Entziff.

Rotbuch. Habe mich heute im Sinne telegraphischer Weisung vom 21. d. M. Nr. 58 ausgesprochen. Auf meine einleitende Bemerkung, dass unserseits vielleicht mehr Anlass vorhanden gewesen wäre, gewisse Modifikationen im Orangebuch zu beantragen, zeigte sich der Herr Minister zurückhaltend und meinte, man habe hier streng vermieden, das zu publizieren, was irgendwie unserseits anfechtbar wäre, und von den Konversationen mit Grafen Thurn seien ja fast gar keine und jedenfalls nur ganz gleichgiltige veröffentlicht. Ich gab dem Minister zu verstehen, dass ich bei der Vorlage nach Wien doch eine ganze Reihe von Piècen bezeichnete, die sich auf uns bezogen und sich zur Diskussion geeignet hätten. Als ich meinen Auftrag zu Ende geführt hatte, zeigte sich Sazonow auf das Angenehmste überrascht und bat mich, Euer Exzellenz seinen Dank für das gezeigte besondere Entgegenkommen zu unterbreiten. Er wiederholte dies später nochmals. Was die Beibehaltung des ersten Teiles der Depesche Nr. 31a) nach Berlin anlangt, so wurde darin begreiflicherweise kein Hindernis gefunden. Minister des Äussern meinte nur im Allgemeinen, er habe die Streichung des ganzen Telegrammes in Antrag gebracht, weil er der Ansicht war, dass es weder für uns, noch für die Russen wünschenswert sei, ein Programm zu publizieren, welches später von allen Seiten fallen gelassen wurde. Dies sei aber natürlich eine Frage ohne Belang. Otto Czernin.

a) Vgl. n. 3890.

Nr. 9510. Tel. aus Paris, 24. März 1914 Nr. 43 (eing. 4 U. 30 M. p. m.). Entziff.

Herr von Margerie, dem ich den Inhalt des Telegrammes Euer Exzellenz vom 22. d. Mts. Nr. 43 mitteilte, lässt mir sagen, dass Herr Poincaré zwar vorgezogen hätte, wenn es Euer Exzellenz möglich gewesen wäre, seinen Wünschen Rechnung zu tragen, dass er aber gegen die Veröffentlichung des fraglichen Telegrammes Nr. 63[a]) weiter keine Einwendung erhebe, falls, dem Vorschlag Euer Exzellenz entsprechend, die Alineas 4, 5 und 6[b]) weggelassen werden. In meiner Konversation mit Margerie habe ich das grosse Entgegenkommen Euer Exzellenz in der Sache hervorgehoben und die bestimmte Hoffnung ausgesprochen, dass nunmehr anlässlich dieser Publikation jede weitere Kontroverse auch in der Presse ausgeschlossen sein wird. Szécsen.

[a]) n. 4210. — [b]) Vgl. n. 9497 Anm. c.

Nr. 9511. Tel. aus Bukarest, 25. März 1914 Nr. 116 (eing. 9 U. p. m.).[a]) Entziff.

Russische Pläne. Vor einigen Tagen entschlüpfte Herrn Bratiano mir gegenüber die Äußerung, „die momentane Aktion des eben zurückgekehrten russischen Gesandten nehme ihm sehr viel Zeit." Der Ministerpräsident bedauerte hierauf sofort sichtlich die nicht für mich bestimmte Äußerung und suchte den Eindruck zu verwischen. Der bulgarische Gesandte äußerte sich heute einem unbedingt verlässlichen Herrn gegenüber, Russland arbeite neuerdings mit Hochdruck an der Kombination „Rumänien-Bulgarien-Serbien" gegen die Monarchie. Speziell Bulgarien gegenüber sei die heutige Phase die, den Beweis zu erbringen, dass es mit Hilfe des Dreibunds kein Geld erhalten und überhaupt nichts erreichen könne. Wenn es sich hierauf der Tripleentente angeschlossen haben werde, werde folgende Länderkorrektur beabsichtigt: Bulgarien werde aus serbischem Territorium befriedigt werden, Serbien bekäme unsere südlichen Provinzen und Rumänien erhielte seinen jetzigen Besitzstand garantiert.
Ottokar Czernin.

[a]) Vgl. n. 9520.

Nr. 9512. Bericht aus Bukarest, 25. März 1914 Nr. 23 (eing. 28. März). Ausfert.

Ich hatte gestern den Besuch des mir seit vielen Jahren bekannten Schriftstellers und Zeitungsredakteurs Herrn Aurel Popovici. Derselbe gab mir ein Bild jener Eindrücke, die er hier im Umgange „mit Senatoren, Deputierten, Männern der Regierung und Leuten aus dem Volke" gewonnen habe, welches insoferne lehrreich ist, als es von einer Seite kommt, die unbedingt rumänenfreundlich und à tout prix magyarenfeindlich ist. Dieser Herr nun sprach mit Entsetzen von der zunehmend feindlichen Stimmung hier und bemerkte, „man sei in Wien mit Blindheit geschlagen, wenn man glaube, dass Rumänien noch auf der Seite der Monarchie stehe." Er constatierte aus freien Stücken, die Taktlosigkeiten und Fehler,

die hier begangen werden und die — unterstützt von der Regierung — dazu führen müssen, das Volk immer mehr und mehr in das feindliche Lager zu treiben. Ich verhielt mich rein zuhörend, kann aber Euer Excellenz nicht verschweigen, dass dieser zweifellos offene Kopf die Situation ganz richtig beurteilt. Auch seine Argumentation, dass die „Revisionsfrage" und die Vorgänge des Vorjahres keinen Grund zu dieser Verschlechterung bieten, sondern dass das Scheitern der ungarischen Verhandlungen und überhaupt die siebenbürgische Frage sich wie ein Keil zwischen die Monarchie und Rumänien schiebt, wurde von mir ohne jeden Commentar entgegengenommen. Es scheint mir, dass Popovici aus den Reden seiner zahlreichen hiesigen Freunde den Eindruck gewonnen hat, den auch ich erhalten habe: dass die rumänische Politik dahin geht, bei einem früher oder später erwarteten Krieg zwischen uns und Russland vorerst abwartend daneben zu stehen und sich dann gegen den zu kehren, der unterliegt, um ihm „den Todesstoss zu geben"; das heisst nach vorjährigem Muster, andere kämpfen zu lassen und sich selbst dann mühelos einen Profit aus diesem Kriege zu sichern. Ob sie auf diesem Wege Bessarabien oder Siebenbürgen erhalten, scheint ihnen hier noch nicht ganz klar, daß aber eines dieser Länder der Preis sein wird, daran zweifeln sie nicht und im Allgemeinen glaubt man eher an einen Sieg Russlands über die „sterbende Habsburgische Monarchie".

Ottokar Czernin.

Nr. 9513. Bericht aus Durazzo, 25. März 1914 Nr. 9 A (eing. 1. April).[a] Ausfert.

Geheim. Es sind nur flüchtige Eindrücke, die ich in meinen heutigen Berichten A und B wiedergebe und die im Wesentlichen nur dazu bestimmt sind, ein ungefähres Bild der primitiven Anfänge des neuen Staatswesens zu geben und meine sonstige Berichterstattung in diesem Punkte zu ergänzen. Seine Hoheit der Fürst lebt sehr zurückgezogen. Die Diplomaten haben bis jetzt nur bei offiziellen Anlässen Gelegenheit ihn zu sprechen. Es scheint mir, dass er vorerst den Eindruck scheut, sich von ihnen leiten zu lassen und ihre Mission mehr in zeremoniellem Sinne auffasst. Er empfängt zahlreiche Albanesen und beschränkt sich dabei fast ausschliesslich aufs Zuhören. Seinen neuen Untertanen imponiert er nur wenig. So sehr diese zu unberechtigten Kritiken geneigt sind, so scheinen sie mit jener, dass er keine eigene Meinung und Energie besitze, vorläufig leider im Rechte zu sein. Er gefällt sich in der für ihn relativ bequemen Rolle eines „konstitutionellen" Herrschers, der alle Regierungstätigkeit seinen Ministern überlässt. Von den ihn umgebenden Persönlichkeiten hat noch am ehesten Captain Heaton-Armstrong sein Ohr, versteht aber von Politik nichts und scheint sich in nichts hineinmischen zu wollen; scheut jede Arbeit. Herr von Trotha, Typus des korrekten preussischen Offiziers, bekümmert sich nur um Haushalt und Zeremoniell: beides für die sehr schwierigen Verhältnisse erstaunlich gut organisiert. Buchberger und Castoldi erzählen, dass sie — was Politik anbelangt — ganz beiseite geschoben sind und nie um ihre Meinung gefragt werden. Bei Buchberger ist dies tatsächlich der Fall, der zweite scheint hingegen hinter dem Rücken seines Kollegen doch vielfach

das Gebiet der politischen Intrigue zu betreten. Von den Einheimischen wurde bisher nur Essads Schwiegersohn Sami Bey Vrioni — politisch eine Null — zum Kammerherrn, Ekrem Bey Libohova und Haschin Bey zu Adjutanten Seiner Hoheit des Fürsten ernannt. Für ein reges politisches Interesse Ihrer Hoheit der Fürstin liegen derzeit noch keine Indizien vor. Sie scheint hauptsächlich an Wohltätigkeitsveranstaltungen, Spitalsgründungen und dergleichen zu denken, wobei Ihr bei Allem und Jedem rumänische Beispiele vorschweben. Auch sie wird hier stark kritisiert, zum Beispiel wird übel vermerkt, dass sie bei einer Mondscheinfahrt am Meer nahe dem Ufer zur Laute gesungen habe. Unlängst beabsichtigte sie auch, die albanischen Damen zu empfangen. Durch irgendwelche Ungeschicklichkeit geschah es, dass die Munizipalität die betreffenden Häuser hievon — obendrein knapp vor der festgesetzten Stunde — durch Gendarmen verständigen liess. Darauf kam von den Mohammedanerinnen eine einzige und alles bekritelte die seitens der Fürstin begangene „Taktlosigkeit". Morgen scheint dieser missglückte Empfang neuerlich veranstaltet zu werden, diesmal hoffentlich besser vorbereitet. Das Gefolge der Fürstin besteht aus zwei deutschen Hofdamen, die sich sehr effacieren. Die durch wiederholte Zeitungsartikel über Albanien bekannte Baronin Godin hatte sich umsonst bemüht, eine Hofdamenstelle für sich zu erlangen. Dieser Misserfolg trägt wahrscheinlich zur nicht sehr rücksichtsvollen Kritik bei, die die Baronin an den Handlungen der Fürstin ausübt und gerne in weitere Kreise verbreitet. Die Idee der Bestellung der Frau Djemil Bey Vloras als Palastdame soll, wie ich höre, wieder fallen gelassen worden sein. Das Palais ist ausserordentlich streng bewacht und Einlaßsuchende lässt man lange im Vorhof warten. Das Fürstenpaar hat, bis auf drei Besuche religiöser Zeremonien, die oberwähnte Mondscheinfahrt und ein oder zwei halb heimliche Spaziergänge, das Palais noch nicht verlassen. Man scheint ihnen grosse Angst vor Attentaten gemacht zu haben. Essad Pascha soll — laut Turkhan — erklärt haben, dass der Fürst ohne Besorgnis durch die Strassen gehen könne, jedoch nur in seiner Begleitung. Er selbst — Essad — trifft auch für sich vor jedem seiner Gänge Vorsichtsmassregeln. Löwenthal.

a) Vgl. n. 9514, 10201.

Nr. 9514. Bericht aus Durazzo, 25. März 1914 Nr. 9 B (eing. 1. April).[a] *Ausfert.*

Geheim. Die erste albanische Regierung steht — von politischen Gesichtspunkten abgesehen — unter dem Zeichen totalen Mangels an technischer Qualifikation und Verständnis für ihre Aufgaben, wobei ihr Wirken noch überdies durch die denkbarst primitiven Unterkunftsmöglichkeiten erschwert wird. So wohnt Turkhan Pascha im Hause Essads, in dessen Salon. Auf der Plattform des kleinen Stiegenhauses empfangen er und Essad ihre Besuche. In einem Nebenraum tagte bisher der Ministerrat. An einem Tische, der zugleich als Garderobe dient, sitzt ein Schreiber. Ich hatte in der Anleihefrage zufällig Gelegenheit, einer dieser Ministerberatungen beizuwohnen, wobei die erstaunlichsten Argumente laut wurden

und ihre Verfechter gleich mit der Androhung ihrer Demission zur Hand waren. Turkhan Pascha hat viele Mühe, offene Konflikte unter seinen Ministerkollegen durch gütliches Zureden zu vermeiden. Dank seines Alters und seiner Erfahrung geniesst er unter ihnen eine gewisse Autorität. Ausschlaggebend ist aber immer die Ansicht Essad Paschas, von der zu differieren Turkhan Pascha prinzipiell evitiert. Er — Turkhan — versichert, dass er an eine volle Loyalität des Kriegsministers glaube und ohne ihn nicht an der Spitze der Regierung bleiben könnte. Ich sehe den Ministerpräsidenten sehr häufig auch bei mir. Er betont immer den Standpunkt, dass sich Albanien in Allem bei den beiden Adriamächten Rat holen müsste; wie weit er ihn dann befolgt, steht bei Essad. Durch die ungewohnt primitiven Verhältnisse und die keine Ruhepause gestattende Art der Tätigkeit scheint Turkhan sehr angegriffen. Er wiederholt sich so oft, dass es schwer ist, selbst relativ einfache Fragen mit ihm durchzusprechen. Als sein Kabinettschef figuriert Ekrem Bey Vlora, dessen Berufung in die unmittelbare Umgebung des Fürsten (ebenso wie die Aufnahme Surejas ins Kabinett) angeblich italienischerseits hintertrieben wurde. Dass Turkhan selbst stark unter italienischem Einfluss stünde, kommt mir nicht wahrscheinlich vor. Wenigstens hatte ich zu konstatieren Gelegenheit, dass er sich in etlichen Details mir gegenüber rückhaltloser aussprach als meinem italienischen Kollegen. Hingegen scheint mir Essad dem italienischen Einfluss sehr zugänglich. Inwieweit Italien ein Interesse darin finden mag, seinen persönlichen Ambitionen in die Hand zu arbeiten, ist eine Frage, die über den Rahmen der vorliegenden Betrachtungen weit hinausgienge. Wenn wirklich — wie hier alles behauptet — Italien einen starken Einfluss auf die Zusammensetzung des Kabinettes genommen hat, so glaube ich, dass dies im Wege Essads geschah. Im Umgang trägt Essad eine kindliche Freude über seine Generaluniform und über jede ihm erwiesene Höflichkeit zur Schau. Er, wie die übrigen Minister, haben von dem Inhalt und den Grenzen ihrer Ressorts nur ganz verschwommene Vorstellungen. Die Geschäftsbehandlung vollzieht sich in den primitivsten Formen völliger Unordnung. In den Bezügen, die es sich und seinen Angestellten zubilligte, war das Ministerium von bedauerlicher Generosität. Ich hatte Euer Exzellenz schon zu melden die Ehre, dass der Ministerpräsident 38,000, die anderen 7 Minister je 20,000 Francs jährlich beziehen; die Sekretäre erhalten 7,200, einfache Schreiber 3,600 Francs Jahresgehalt. Nach Ekrems Berechnung würden die Gehalte ohne die noch nicht einbezogenen Bezirke das Jahresbudget bereits mit $3^1/_2$ Millionen belasten! Es ist fast zu hoffen, dass die Kontrollkommission in diesem Belange ihr Kontrollrecht vindizieren wird. Soweit mir bekannt, sieht ja auch das von ihr entworfene Statut nur vier Ministerien vor. Auf meine Frage, warum so viele Portefeuilles geschaffen wurden, sagte mir Turkhan Pascha, dass es anders nicht möglich gewesen wäre, die vorhandenen Ambitionen bei entsprechender Hereinziehung des christlichen Elementes zu befriedigen. Ueber die dem hohen Ministerium noch nicht näher bekannten Regierungsmitglieder — Aziz Pascha Vrioni und Dr. Adamides (der einen relativ sehr guten Eindruck macht) — werde ich bei nächster Gelegenheit biographische Notizen vorlegen. Bei den vorgeschilderten Eigen-

schaften des Ministeriums und den sattsam bekannten Eigentümlichkeiten des albanischen Nationalcharakters (Geldgier, Misstrauen und Eigendünkel) kann es nicht wundernehmen, wenn dieses Ministerium nach allen Seiten hin anrempelt; die Minister sind schwer davon abzuhalten, sich der Kontrollkommission gegenüber in manifestes Unrecht zu setzen; die holländischen Offiziere sind ihnen ein Greuel; in fremden Unternehmern sehen sie — solange ihre eigene Tasche nicht bedacht ist — nur Ausbeuter, die sich an den Schätzen Albaniens bereichern wollen; von den Adriamächten verlangen sie bei allen Dankbarkeitsversicherungen nur Geschenke und wieder Geschenke und sehen dies fast als ihr gutes Recht an, betrachten es aber au fond als ein besonderes Entgegenkommen, auf deren Rat zu hören. Sie wollen eben die Herren im Hause sein, die Miete soll man ihnen zahlen. Abschriftlich nach Rom sub No. 29 von heute. Löwenthal.

a) Vgl. n. 9513.

Nr. 9515. Tel. aus Konstantinopel-Pera, 25. März 1914 Nr. 121 (eing. 26. März 9 U. a. m.).a) Entziff.

Zu meinem heute einlangenden Berichte Nr. 20 A vom 23. d. M. Grossvezir bestätigt mir, dass Bestrebungen zwecks türkisch-russischer Annäherung bestehen, die von Russland ausgehen. Von anderer zuverlässiger Seite höre ich, dass mein russischer Kollege bei seiner Rückkehr vom Urlaub im Namen des Zaren den Grossvezir der freundschaftlichen Gefühle Russlands für die Türkei versichert habe. Herr von Giers soll noch hinzugefügt haben, Russland müsse unter allen Umständen es vermeiden, auch noch in Asien der Nachbar Deutschlands zu werden. Gestern fand, recht bezeichnender Weise im Parlamentsgebäude, erste Versammlung des Komitees für türkisch-russische Annäherung statt, worüber näheres durch die Post. Pallavicini.

a) Vgl. n. 9519, 9551 Anm. c, 9560, 9580.

Nr. 9516. Bericht aus London, 25. März 1914 Nr. 14 C (eing. 28. März).a) Ausfert.

Zum Erlaß Nr. 1081 vom 10. März 1914. In der Anlage beehre ich mich Euer Exzellenz die Abdrücke der im Rotbuch zu publicierenden Piecen in Rückvorlage zu bringen. Wie ich bereits mit meinem Telegramm vom 20. d. Mts. Nr. 47b) meldete, hat Sir Edward Grey den Wunsch ausgesprochen, nachstehende Abänderungen vornehmen zu lassen: Nr. 7.c) Weglassung des letzten Alineas. Nr. 129.d) Weglassung des letzten Alineas. Nr. 156e) lasse die Meinung aufkommen, als ob Sir Edward Grey selbst London als Ort der Botschafterkonferenz vorgeschlagen hätte. Nach den Aufzeichnungen im Foreign Office hätte der Staatssekretär gesagt, dass er Paris suggeriere, aber auch bereit wäre, London zu acceptieren, falls dieser Ort allgemein vorgezogen würde. Nr. 213.f) Weglassung jeglicher Erwähnung der suggerierten Flottendemonstration. Nr. 219.g) Detto. Nr. 225.h) Weglassung des ganzen Telegrammes aus demselben Grunde. Nr. 406.i) Zweites Alinea: Ersetzung des Wortes Kabinettschef durch

Privatsekretär. Weglassung des dritten Alineas. Nr. 773.*k)* Weglassung von „englischer Geschäftsträger hat etc." angefangen. Mensdorff.

a) Vgl. n. 9458, 9500. — *b)* Nicht aufgenommen. Vorbericht zu vorliegendem Berichte. — *c)* n. 3717. Es handelt sich um die Stelle: „Mallet hat heute Tewfik Pascha" bis „sehr beunruhigt scheint". — *d)* n. 4611. Es handelt sich um die Stelle: „Der Privatsekretär Sir E. Greys sagte mir" bis „mitzureden hätten". — *e)* n. 4839. Es handelt sich um die Stelle „Was den Ort betrifft, so deute" bis „mit Herrn Cambon sprechen", die auch weggelassen wurde. — *f)* n. 5206 bezw. die inserierte n. 5188. Verlangt wurde die Streichung der Stelle „Les ambassadeurs pensent" bis „de nos intérêts". — *g)* n. 5242. Verlangt wurde die Streichung der Stelle „Ferner bin ich auch der Ansicht" bis „in Verwendung kommen sollten". — *h)* n. 5267. Unter Nr. 225 war ursprünglich dieser Bericht gekürzt aufgenommen; auf englischen Wunsch hin wurde aber diese Nummer weggelassen. In Oe. U. Balkan erscheint S. 123 unter Nr. 225 ein Tel. aus Sofia vom 8. Jan. 1913, das, weil ohne Bedeutung, hier nicht aufgenommen wurde. — *i)* n. 6536. Drittes Alinea beginnt mit „Tyrrell sagte mir". — *k)* n. 8182. Verlangt wurde die Streichung der Stelle „Der Englische Geschäftsträger sagt mir, daß ihm Said Halim Pascha" bis „identischen Schritt beziehen würden", die den wesentlichen Inhalt der ursprünglichen Fassung des Rotbuches bildete.

Nr. 9517. Tel. aus Sofia, 25. März 1914 Nr. 116 (eing. 10 U. p. m.).[a] Entziff.

Anlehen betreffend. Finanzminister sagt mir, deutscher Gesandter besuchte ihn gestern und empfahl, italienischen Gesandten ersuchen, daß sich auch italienische Regierung zugunsten Anlehens in Berlin verwende. Finanzminister habe Schritt bei Cuchi-Boasso gemacht, der bereitwilligst sofort warmes Telegramm nach Rom abschickte. Deutscher Kollege besuchte mich soeben, um mir Vorstehendes mitzuteilen und meinte, es erscheine ihm wichtig, daß man in Berlin Eindruck habe, es handle sich um politisches Interesse ganzen Dreibunds. Auswärtiges Amt in Berlin brauche diesen Eindruck, da es sonst zögern werde, innere preußische Ressorts zu pressen. Tarnowski.

a) Vgl. n. 9442, 9518, 9522.

Nr. 9518. Bericht aus Sofia, 25. März 1914 Nr. 35 (eing. 27. März).[a] Entziff.

Streng vertraulich. In unverbindlichen Unterredungen mit mir kommen deutscher und italienischer Kollege oft auf Rumänien zu sprechen. Herr Cucchi-Boasso, der rumänische Politik seit ...*b)* mit Misstrauen betrachtete, sei jetzt Überzeugung, die er mir gegenüber wiederholt peremptorisch ausgesprochen, dass Dreibund auf Rumänien nicht mehr rechnen könne. Bauen auf den König Karl sei seiner Ansicht nach Täuschung, da König Politik gegen öffentliche Meinung nicht machen könne. Italienischer Gesandter beklage hellenophile Politik Deutschlands und befürchte, dass, wenn Dreibund Bulgarien nicht bald entschlossen heranziehe, hier Rückkehr zum russophilen Kurs unvermeidlich. Herr Michahelles war noch bis vor einiger Zeit weniger pessimistisch bezüglich Rumäniens, vieles schien ihm zu denken zu geben, er tröstete sich aber durch Treue König Karls und meinte, Rumänien werde Deutschland gegenüber loyal bleiben. Letzter Zeit habe ich Eindruck, als ob deutscher Gesandter in letzterwähnten Erwägungen keine genügende Beruhigung finden würde, und gleichzeitig konstatierte ich bei ihm ein viel grösseres, nunmehr aufrichtiges und sehr

lebhaftes Interesse für Placierung bulgarischen Anlehens in Deutschland. Wenn obgenannter Kollege sich nach meiner und meiner Regierung Ansicht oder nach Resultaten unserer Avancen in Bukarest erkundigt, zeige ich mich — wie ich es übrigens bin — uninformiert und sage, in Wien müsse man wissen, was man tue. Tarnowski.

[a]) Vgl. n. 9517. — [b]) Chiffre fehlt.

*Nr. **9519.** Tel. nach Berlin, 26. März 1914 Nr. 95 (chiffr. 10 U. p. m.). Konz. (S. Gautsch; G. Flotow).*

Zur vertraulichen Mitteilung an Herrn von Jagow. Markgraf Pallavicini telegraphiert mir am 25. d. M.: ... *wie n. 9515.* ... Berchtold.

*Nr. **9520.** Tel. nach Berlin, 26. März 1914 Nr. 96 (chiffr. 11 U. 40 M. p. m.).[a]) Konz. (S. Matscheko; V. Flotow; G. Forgách).*

K. u. k. Gesandter in Bukarest telegraphiert mir unterm 25. d. M.: ... *wie n. 9511 von „Russische Pläne" bis „nichts erreichen könne"* ... Vorstehendes zu Euer Exzellenz Information und zur Verwertung bei dem im Sinne meines gestrigen Erlasses[b]) betreffend die bulgarische Anleihe zu unternehmenden Schritte. Berchtold.

[a]) Vgl. n. 9442, 9522. — [b]) Liegt nicht bei den Akten.

*Nr. **9521.** Erlaß nach Bukarest, 26. März 1914 Nr. 1286.[a]) Konz. (S. Matscheko; V. Pogatscher, Forgách und Berchtold; G. Berchtold).*

Die Ausführungen Euer Exzellenz Berichtes vom 11. d. M., Nr. 18 A, veranlassen mich, Euer Exzellenz meine Auffassung über unser gegenwärtiges Verhältnis zu Rumänien und meine Absichten über die dem Königreich gegenüber in der nächsten Zeit zu befolgende Taktik im Nachstehenden darzulegen. Ich kann Euer Exzellenz darin nur beipflichten, daß wir uns über die allgemeine Stimmung des rumänischen Volkes uns gegenüber sowie über den realen Wert des Bündnisses mit Rumänien im gegenwärtigen Momente keinen Illusionen hingeben dürfen. Eben im Hinblicke auf diese Tatsachen habe ich in meiner allgemeinen Instruktion an Euer Exzellenz von Ende November v. J.[b]) die Notwendigkeit erörtert, eine Klärung unserer Beziehungen zu Rumänien dadurch herbeizuführen, daß wir in Bukarest im gegebenen Zeitpunkte auf die öffentliche Bekanntmachung des Bundesverhältnisses dringen. Ohne diesen Gedanken aufgeben zu wollen, kann ich mich doch nicht der von Euer Exzellenz mit Nachdruck vertretenen Ansicht anschließen. daß wir einen solchen Schritt jetzt unternehmen sollten und daß ein weiteres Zuwarten bedenklich und schädlich wäre. Ich habe schon in meiner eben erwähnten Instruktion sowie auch in einer zweiten ergänzenden Weisung[c]) betont, daß wir uns zu einem solchen Schritte erst dann entschließen sollten, bis in Rumänien eine richtigere und sachlichere Beurteilung unseres Verhaltens in der letzten Krise zum Durchbruche gelangt und die Stimmung in der großen Öffentlichkeit für uns günstiger geworden ist. In ersterer Hinsicht hatten wir insoferne einen gewissen Erfolg zu verzeichnen, als die frühere rumänische Regierung durch Herrn Majoresco vor der großen

Öffentlichkeit,[d]) im Parlamente, unser loyales Verhalten ausdrücklich anerkannt hat. Dagegen läßt sich leider nicht leugnen, daß die öffentliche Meinung in Rumänien uns noch immer wenig freundlich, zum Teile sogar hostil gesinnt ist. Auch in der Sprache Herrn Bratianos kann die Rückwirkung dieser gegen uns gerichteten Stimmung konstatiert werden, der er mehr als Herr Majoresco Rechnung zu tragen scheint. Unter diesen Umständen wäre das Ergebnis eines auf die Bekanntmachung des Bundesverhältnisses abzielenden Schrittes höchst zweifelhaft, das heißt es würde uns derzeit kaum gelingen zu erreichen, daß König Carol und Seine Regierung unserem Begehren willfahren und daß die große Öffentlichkeit Rumäniens den bisher geheim gehaltenen Bündnisvertrag durch ihre Zustimmung gewissermaßen ratifiziert. Denn so wie Euer Exzellenz selbst die Situation in Rumänien schildern, würden wir entweder auf unsere Anfrage schon von der Regierung eine ausweichende, wenn nicht direkt ablehnende Antwort erhalten, oder die rumänische Regierung würde, wenn sie unserem Wunsche entsprechen sollte, sich der Eventualität aussetzen, von einem großen Teile der öffentlichen Meinung des Landes desavouiert zu werden. In beiden Fällen hätten wir nichts gewonnen: im Falle eines Refus seitens der rumänischen Regierung müßte eine gewisse Spannung zurückbleiben, die, ohne eine wesentliche Klärung zu bringen, unsere Beziehungen nur nachteilig beeinflussen möchte; im zweiten Falle aber könnte leicht eine Situation eintreten, darnach angetan, nicht nur unser Verhältnis zu Rumänien vor der Außenwelt zu diskreditieren, sondern auch die Wiederherstellung enger Beziehungen zwischen uns und dem Königreiche auf Jahre hinaus zu vereiteln. Auf die Wiederherstellung eines vertrauensvollen Verhältnisses zu Rumänien müssen wir aber trotz aller Schwierigkeiten konsequent hinwirken, solange wir nicht zur Gewißheit der Aussichtslosigkeit unserer Bemühungen gelangt und andererseits nicht in der Lage sind, den Verlust Rumäniens durch einen vollwertigen Ersatz wettzumachen. Gewiß hätte eine volle Klarstellung unseres Verhältnisses zu Rumänien, selbst wenn sie negativ ausfiele, — wie ich schon in meiner Weisung vom November v. J.[b]) bemerkt habe — den Vorteil, daß wir nicht durch den Fortbestand eines geheimen und fiktiven Bündnisses daran gehindert würden, auf Anerbieten von anderer Seite einzugehen. Wir würden mit anderen Worten durch den offenen Bruch mit Rumänien die volle Freiheit erlangen, uns eventuell mit Bulgarien zu verständigen. Dieser Vorteil wäre aber einstweilen deshalb illusorisch, weil Bulgarien, welches noch längere Zeit brauchen wird, um sich von den schweren Schicksalsschlägen des vergangenen Jahres zu erholen, vorläufig militärisch nicht hoch eingeschätzt werden kann, überdies das gegenwärtig daselbst herrschende austrophile Regime, nach dem Ausgange der letzten Sobranjewahlen zu urteilen, keineswegs so fest fundiert ist, daß Abmachungen mit diesem Staate uns heute schon die erforderliche Sicherheit bieten würden, endlich eine solche Orientierung, insolange in Berlin die allerdings langsam nachlassende Abneigung gegen Bulgarien nicht einer objektiveren Beurteilung gewichen ist, sich in den Rahmen der Dreibundpolitik kaum hineinfügen ließe. Aus diesen Gründen halte ich es nicht für opportun, im gegenwärtigen Momente in Bukarest auf die Bekannt-

machung des Bundesverhältnisses zu drängen. Ähnliche Erwägungen bestimmen mich auch, dem von Euer Exzellenz angeregten, zu einem späteren Zeitpunkte vielleicht erwägenswerten Gedanken einer anonymen Publikation des Bundesvertrages im Auslande derzeit nicht näher zu treten. Wenn ich somit der Ansicht bin, daß wir heute die Klärung unseres Verhältnisses zu Rumänien nicht forcieren sollten, so bin ich doch entschlossen, auf dieses Ziel fortgesetzt hinzuwirken, da ich in Übereinstimmung mit Euer Exzellenz den gegenwärtigen Zustand als ein sehr ungünstiges, ja bedenkliches Moment der politischen Konstellation betrachte. Ich bin daher auch kürzlich wieder in dieser Frage mit dem deutschen Kabinette in Fühlung getreten und habe den Eindruck gewonnen, daß man auch in Berlin die Gefahr der jetzigen Stellung Rumäniens zur Monarchie und zum Dreibund überhaupt nicht unterschätzt. Ich habe Anhaltspunkte, welche mich erkennen lassen, daß man von deutscher Seite bestrebt ist, die maßgebenden rumänischenFaktoren von der vollen Loyalität unserer Politik zu überzeugen und dieselben auf die Notwendigkeit der Klarstellung der gegenwärtigen zweideutigen Situation aufmerksam zu machen. Angesichts der intimen Beziehungen zwischen Berlin und Bukarest ist die deutsche Regierung in der Lage, einen solchen Schritt in der freundschaftlichsten Form zu unternehmen und kann dies bei der Natur des Gegenstandes mit größerer Unbefangenheit tun als wir. Auch scheinen mir die Aussichten eines positiven Erfolges unter diesen Umständen günstigere zu sein, wenn eine Einwirkung von Berlin aus auf die rumänische Regierung oder König Carol ausgeübt wird, als wenn wir in diesem Sinne in Bukarest Vorstellungen erheben würden. Hiemit soll nicht gesagt werden, daß wir uns angesichts einer uns ungünstigen Entwicklung in Rumänien passiv verhalten sollen. Euer Exzellenz wollen vielmehr, ohne derzeit die Veröffentlichung des Bundesverhältnisses direkt zu fordern, in Ihren Unterredungen mit Seiner Majestät dem König sowie den leitenden Staatsmännern Rumäniens mit unverdrossener ruhiger Beharrlichkeit immer wieder auf die Vorteile des möglichst offenen und ehrlichen Anschlusses Rumäniens an die Dreibundmächte hinweisen und betonen, daß diese Politik, so wie in der Vergangenheit auch in Zukunft die einzige sei, welche die volle Unabhängigkeit Rumäniens zu schützen und das Land vor auswärtigen Gefahren zu bewahren im Stande sei. Wenn das durch die jüngsten Erfolge stark gesteigerte Selbstgefühl nüchterner Erwägung gewichen sein wird, dürfte man in Bukarest für das Argument zugänglich sein, daß sowohl eine isolierte Stellung als das Zusammengehen mit Rußland Rumänien schließlich trotz vorübergehender Vorteile doch nur in ein drückendes Abhängigkeitsverhältnis zum großen Nachbar im Norden bringen kann und daß für Rumänien die Freundschaft der Monarchie und des Dreibundes als Gegengewicht gegen die russische Übermacht unentbehrlich ist. Auf den etwaigen Einwurf, daß die allgemeine Volksstimmung in Rumänien einer Politik des offenen und ehrlichen Anschlusses an Österreich-Ungarn im Wege stehe, könnten Euer Exzellenz erwidern, daß die offizielle Politik Rumäniens während der langen Regierung König Carols schon mehrmals mit Schwierigkeiten zu kämpfen hatte, die ihr solche populäre Strömungen bereitet haben und daß es stets gelungen sei, über diese Hinder-

nisse hinwegzukommen. Übrigens wäre es eben die Pflicht und die Aufgabe der leitenden Männer eines Landes, unter Umständen auch gegen den Strom zu schwimmen, die weiten Kreise der Bevölkerung über die Politik, die im Interesse des Landes zu verfolgen sei, aufzuklären und sie dafür zu gewinnen. Wenn Euer Exzellenz gegenüber von rumänischer Seite neuerlich das Verhältnis der Rumänen in Ungarn zur ungarischen Regierung in nicht offizieller Weise zur Sprache gebracht wird, wollen Hochdieselben auf die eben abgeschlossene Debatte[e] hinweisen, die im ungarischen Abgeordnetenhause über die Nationalitätenfrage geführt wurde. Die ruhige Sachlichkeit und Objektivität dieser Diskussion habe bewiesen, daß die Aktion des Grafen Tisza, wenn sie auch diesmal noch nicht zu einer vollen Verständigung geführt habe, doch eine Milderung der Gegensätze und eine merkliche Détente zur Folge gehabt habe. Das ernste Bestreben der ungarischen Regierung sei nach wie vor darauf gerichtet, einen Ausgleich der Gegensätze herbeizuführen und die Situation sei keineswegs danach, daß man an dem schließlichen Erfolge dieser Bemühungen verzweifeln müßte. Die besprochene Debatte bot — wie ich hier einschalten möchte — auch das interessante, von Euer Exzellenz vielleicht zu verwertende Moment, daß einer der bekanntesten Wortführer der rumänischen Nationalisten[f] in sehr entschiedener und rückhaltloser Weise für die Solidarität des Rumänentums mit dem gesamten Dreibunde gegenüber der russischen Gefahr eintrat, was mir doch zu beweisen scheint, daß im Bewußtsein des rumänischen Volkes das Verständnis für diese dem Nationalinteresse einzig entsprechende Politik nicht fehlt und bloß der Pflege bedürfte. Dagegen wollen Euer Exzellenz in Ihren Besprechungen mit dem Könige und Herrn Bratiano es auch weiterhin vermeiden, Fragen der inneren staatsrechtlichen Struktur der Monarchie oder einer Änderung des staatsrechtlichen Verhältnisses zu Rumänien zu erörtern. Zum Schlusse möchte ich Euer Exzellenz noch streng geheim dahin informieren, daß mir Seine Majestät der Kaiser Wilhelm bei seiner jüngsten Anwesenheit in Wien von Gesprächen Erwähnung getan hat, die Er kürzlich mit dem Prinzen Carol sowie einem besonderen Vertrauensmanne des Königs Carol gehabt habe, denen zufolge auch weiterhin auf das Festhalten Rumäniens an seiner bisherigen Dreibundpolitik trotz der im Lande derzeit wahrnehmbaren Animosität gegen die Monarchie unbedingt gerechnet werden könne. König Carol fühle sich vollkommen Herr der Situation, die Armee gehorche niemandem als nur Ihm und Er sei unentwegt entschlossen, Seinen Verpflichtungen gegen den Dreibund nachzukommen, wann immer es sich als notwendig erweisen sollte.

[a] Vgl. n. 9544, 9565. — [b] n. 9032. — [c] n. 9103. — [d] Amtsvermerk: pro domo: Majoresco sprach am 3. Jänner 1914. Vgl. Pol. Chron. d. ö.-u. Mon. 1914, 36. — [e] Parlam. Chron. d. ö.-u. Mon. 1914, 243. — [f] Abgeordneter Alexander Vajda. Ebenda.

Nr. 9522. Tel. nach Rom, 26. März 1914 Nr. 247 (chiffr. 9 U. 30 M. p. m.).[a] Konz. (S. Flotow; G. Forgách).

Die bulgarische Regierung hat sich wiederholt und eindringlich mit der Bitte an uns gewendet, ihr zu einem größeren Anlehen in Deutschland

zu verhelfen; die dabei vom Kabinett Radoslawow vorgebrachte Erwägung, es dürfte im Interesse des Dreibundes gelegen sein, die finanzielle und wirtschaftliche Abhängigkeit Bulgariens von Frankreich zu lockern, entspricht vollkommen meiner Auffassung. Ich habe auch sowohl durch Grafen Szögyény wie durch Herrn von Tschirschky versucht, in diesem Sinne auf das Nachdrücklichste auf das Berliner Kabinett zu wirken und hiebei den Umstand besonders hervorgehoben, daß es uns vom politischen Standpunkte aus sehr bedenklich schiene, wenn wir Bulgarien in diesem Augenblick Frankreich und dadurch politisch auch Rußland gewissermaßen in die Arme stoßen würden, denn es handelte sich ja nicht darum, ob, sondern doch schließlich nur von wem Bulgarien Geld bekäme. Herr von Jagow ließ mir antworten, er verschlöße sich durchaus nicht unseren Anschauungen, mit Rücksicht auf den absolut ablehnenden Standpunkt des preußischen Handelsministers Sydow könnte aber Bulgarien ein Anlehen in Berlin nicht gewährt werden, doch würde die deutsche Regierung sich mit der in die Wege geleiteten Kombination eines durch eine Hamburger Gruppe zu gewährenden Anlehens einverstanden erklären. Nach den letzten Nachrichten verspricht nun diese Kombination nur für den Fall Erfolg, als die Kotierung dieses, wie gesagt, in Hamburg zu kontrahierenden Anlehens auch an der Berliner und Frankfurter Börse gewährt wird. Diesbezüglich würde es sich darum handeln, den Widerstand der preußischen Regierung zu brechen. Bei der eminent politischen Seite, die diese Frage für uns und den Dreibund hat, würde ich Wert darauf legen, daß auch seitens der italienischen Regierung zu Gunsten des bulgarischen Petits ein warmes Wort eingelegt würde. Graf Tarnowski telegraphiert mir unterm 25. d. M. in der Angelegenheit: ... *wie n. 9517* ... Ich wäre Euer Exzellenz verbunden, wenn Sie Marquis di San Giuliano vermögen würden, in diesem Sinne den italienischen Botschafter in Berlin anzuweisen. Berchtold.

[a]) Vgl. n. 9442, 9520, 9537.

Nr. 9523. Bericht aus Sofia, 26. März 1914 Nr. 37 (eing. 31. März). Entziff.

Streng vertraulich. Anlässlich meines letzten Aufenthaltes in Wien habe ich gehört, dass vielfach auch von ernster Seite Ansicht bei uns vertreten werde, wir sollten Bulgarien ganz fallen lassen, da wir sonst unsere Beziehungen zu Rumänien nie befriedigend gestalten werden. So wenig sympathisch mir — der ich an Heranziehung Bulgariens seit Jahren arbeite — solche Anschauung sein musste, hat mich dieselbe dennoch wegen des ihr innewohnenden prinzipiell richtigen Gedankens interessiert, laut dessen Sitzen auf zwei Sesseln nicht ratsam. Es tat mir um Bulgarien ...[a]), ich erwog aber gewissenhaft die in Rede stehende Ansicht. Es kann sein, dass ich Problem nicht vollkommen überblicke, jedenfalls bin ich bis jetzt nicht zur Überzeugung gelangt, dass Richtigkeit der Prämisse fraglicher Ansicht, nämlich, dass das Aufgeben Bulgariens Bedingung für Gewinnung Rumäniens bilde und dass nach Fallenlassen Bulgariens wir Rumäniens absolut und bleibend sicher sein können werden, über jeden Zweifel erhaben. Dass Bulgarien, wenn es von uns und Dreibund fallengelassen — da es aus tausend

Gründen nicht auf sich selbst angewiesen und isoliert bleiben könnte — unausbleiblich unter russischen Einfluss geraten und sich dann auch mit Serbien in der oder jener Weise verständigen würde, muss unbedingt in Betracht gezogen werden und ist, was mein Urteil anbelangt, ganz sicher. Diejenigen, die Bulgarien zu dieser Politik zwingen wollen, dürften vermutlich über sehr überzeugende Argumente dafür verfügen, dass uns dies überhaupt zum Vorteil gereichen und insbesondere zur Folge haben würde, dass Rumänien dann automatisch in unsere Arme fallen und nur mehr uns angeschmiegt leben würde. Vielleicht weil ich diese Argumente nicht kenne, kann ich mir sehr gut vorstellen, dass man auch die entgegengesetzte Ansicht vertrete, und zwar die, dass, wenn wir Bulgarien verloren haben, sich auch Rumänien im Ernstfalle unseren Feinden anschliessen würde. Da wir Bulgarien nicht wegstossen, sondern es uns warm zu halten konsequent trachten, hat Frage derzeit keine praktische Bedeutung; immerhin schon wegen einer flauen Haltung, die Dreibund Bulgarien gegenüber einnehmen könnte, würde es mich interessieren, von Anhängern des Fallenlassens Bulgariens Argumente zu erfahren, die Annahme völlig entkräften vermöchten, dass im Falle unter Ägide Russlands Zustandekommens einer serbisch-bulgarischen Annäherung Rumänien voraussichtlich Anziehungskraft der dann wichtigeren Kombination nicht widerstehen könnte und, wenn auch vielleicht mit Misstrauen und Apprehensionen, den bulgarisch-serbisch-montenegrinischen Block durch seinen Beitritt komplettieren würde.

Tarnowski.

a) Chiffre verstümmelt.

Nr. 9524. Tel. nach Bukarest, 27. März 1914 Nr. 82 (chiffr. 11 U. 40 M. a. m.).a) Konz. (S. Matscheko; V. u. G. Flotow).

Euer Exzellenz Telegramm Nr. 121 vom 27. d. M. erhalten. Euer Exzellenz wollen Herrn Bratiano oder dem Minister des Äußern sagen, daß Sie mir von der bevorstehenden Aufführung im Nationaltheater sowie vom Aufruf im „Viitorul" Meldung erstattet haben und daß ich Euer Exzellenz ersucht hätte, ihm in meinem Namen zu bemerken, daß mich das Vorgehen der hiefür verantwortlichen rumänischen Behörden peinlich berühre und daß es nicht im Einklange stehe mit den zwischen uns und der rumänischen Regierung bestehenden freundschaftlichen Beziehungen. Euer Exzellenz wollen mir ferner telegrafisch berichten, ob das dortige Nationaltheater ein staatliches oder nur ein staatlich subventioniertes Institut ist beziehungsweise ob es unter einem von der Regierung ernannten Direktor oder Intendanten steht.

Berchtold.

a) Vgl. n. 9525, 9531.

Nr. 9525. Tel. aus Bukarest, 27. März 1914 Nr. 121 (eing. 4 U. p. m.).a) Entziff.

Kulturliga. Am 1. April wird das bekannte Theaterstück „Der Herr Notar" im Nationaltheater zu Gunsten der Kulturliga aufgeführt werden. Dabei sind größere Demonstrationen gegen die Monarchie wieder wahrscheinlich. Das offizielle Blatt „Viitorul" veröffentlicht heute einen Aufruf,

der zum Besuche des sonntägigen, von mir Euer Exzellenz bereits wiederholt gemeldeten[b]) Festes der Kulturliga auffordert. Herr Bratiano ist verreist.

Ottokar Czernin.

[a]) Vgl. n. 9456, 9524. — [b]) Vgl. n. 9479, 9489, 9491, 9496.

Nr. 9526. Tel. an den Legationsrat Grafen Otto Czernin in St. Petersburg, 27. März 1914 Nr. 61 (chiffr. 7 U. p. m.).[a]) Konz. (S. Oppenheimer; G. Berchtold).

Vertraulich. Zum Zwecke persönlicher Anwesenheit bei den Verhandlungen des gegenwärtig vor dem Lemberger Schwurgerichte sich abspielenden Prozesses gegen Bendasiuk und Genossen sind am 21. d. M. fünf Dumamitglieder nach Lemberg gekommen, ohne dass die k. k. Behörden ihrer Reise nach Österreich und ihrer Anwesenheit im Gerichtssaale Schwierigkeiten bereitet hätten. Dieselben haben jedoch das ihnen eingeräumte Gastrecht missbraucht, indem sie in einem unbewachten Momente, als sich der Gerichtshof zu einer Beratung zurückgezogen hatte, die Angeklagten ostentativ begrüssten, den angeklagten Geistlichen die Hände küssten, die anderen Angeklagten umarmten. Auch liessen sich die Herren vor ihrer Abreise in wenig taktvoller Weise von den russophilen Parteigängern in Lemberg ostentativ feiern. Wie nunmehr verlautet, sollen 12 andere Dumamitglieder mit dem Kadettenführer Maklakow an der Spitze zu demselben Zwecke nach Lemberg kommen. Für den Fall, als sich diese Nachricht bestätigen sollte, wird die k. k. Regierung im Hinblicke auf den vorerwähnten Gastrechtsmissbrauch die Ankommenden gleich nach ihrem Eintreffen in Lemberg darauf aufmerksam machen lassen, dass beim ersten dem Verhalten der ersten Besucher analogen Hervortreten auf sie die für die Behandlung lästiger Fremden geltenden Vorschriften Anwendung finden werden. Ich ersuche Euer Hochgeboren hievon Herrn Sazonow mündlich und in freundschaftlichem Tone in Kenntnis zu setzen. Sollte hiebei der Herr Minister die Möglichkeit einer Einwirkung seinerseits auf die in Rede stehenden Dumamitglieder im Sinne des Unterbleibens ihrer Reise erwähnen, so wollen Euer Hochgeboren antworten, dass Letzteres auch uns gewiss nur angenehm wäre, indem es uns der eventuellen Notwendigkeit der Anwendung der fremdenpolizeilichen Vorschriften gegen Parlamentarier eines befreundeten Staates entheben würde. Von einer diesbezüglichen Initiative oder Anregung wollen Euer Hochgeboren jedoch Abstand nehmen und sich, wenn Herr Sazonow sich nicht spontan im letzterwähnten Sinne äussert, auf die Mitteilung der in Rede stehenden Absichten der k. k. Regierung beschränken. Berchtold.

[a]) Vgl. n. 9527.

Nr. 9527. Tel. des Legationsrates Grafen Otto Czernin aus St. Petersburg, 28. März 1914 Nr. 87 (eing. 29. März 9 U. a. m.). Entziff.

Duma-Abgeordnete in Lemberg. Mitteilung an Herrn Sazonow im Sinne der telegrafischen Weisung von gestern Nr. 61 heute gemacht. Minister bezeichnet vor allem das Benehmen der fünf Abgeordneten in Lemberg als

höchst taktlos und inopportun. Von einem Plane des Cadettenführers Maklakow und zwölf seiner Kollegen, sich eben dahin zu begeben, war ihm nichts bekannt und er war erstaunt, dass gerade Maklakow sich da einlassen könnte, der ein überaus nüchtern denkender, derlei Gefühls-Politik abholder Mann sei. Herr Sazonow sagte sodann spontan, er werde sich über die Richtigkeit des Reiseplanes erkundigen und gegebenenfalls die Beteiligten aufmerksam machen, dass sie sich im Falle von Demonstrationen der Ausweisung aussetzen könnten. Selbstverständlich stehe ihm kein Mittel zur Verfügung, die eventuelle Abreise der Abgeordneten zu verhindern, aber die Warnung werde er ihnen gewiss zukommen lassen. Ich quittierte diese Mitteilung im Sinne erhaltenen Auftrages. Otto Czernin.

Nr. 9528. Bericht des Legationsrates Grafen Otto Czernin aus St. Petersburg, 15./28. März 1914 Nr. 17 B (eing. 30. März). Ausfert.

Herr Sazonow verbreitete sich dieser Tage anlässlich eines Gespräches über die wenig erquicklichen politischen Erscheinungen in Frankreich und England über die innere Politik im Allgemeinen. „Ich selbst", sagte er, „werde täglich konservativer" (das Kabinett also wohl nicht liberaler, was ja manche glauben). Wenn man sich in der Welt umblicke, so sehe man mit Schrecken wie die Feinde der bestehenden Ordnung, die Anti-Dynasten überall an Stärke gewinnen. Die ungesunden politischen Verhältnisse in Frankreich seien ja hinlänglich bekannt, schienen ihm aber noch immer weniger ernst als die in den lateinischen Monarchien, von der portugiesischen Republik gar nicht zu sprechen. Es sei namentlich ein grosser Fehler, aus Popularitätshascherei (à la Giolitti) mehr zu geben, als der Augenblick gebiete. Das allgemeine gleiche Wahlrecht für Italien sei eine Massnahme, die sich noch bitter rächen werde und die die dortige Dynastie direkt bedrohe. Ein schrittweises Anpassen an die Gebote des Fortschrittes sei nicht zu vermeiden, aber nur keine Vorschüsse! Hier in Russland befolge man diese Taktik und werde sich auch in Zukunft davon nicht trennen. (Ich dachte mir, wenigstens nicht freiwillig.) Was dem russischen Reiche nottue, seien übrigens nicht die politischen, sondern die wirtschaftlichen Reformen. Bahnen, Strassen, Ausgestaltung des Kreditwesens, Exploitierung der brachliegenden Schätze seien dankbare Objekte für ein russisches Kabinett. Herr Goremykin sei auf dieser Fährte. Bezüglich der Branntwein-Monopol-Frage, bekanntlich einer der äusseren Ursachen des Sturzes Herrn Kokowzows, gab mir der Minister des Äussern zu verstehen, dass man durchaus an keine radikale Änderung denke. Im Gegenteil dürfte mit einer bedeutenden weiteren Steigerung der Einnahmen aus dem Branntwein-Monopol zu rechnen sein. (!) Dies sei teilweise durch Bevölkerungszunahme, Regieverbilligung und Preislage zu erklären. Dem Nationallaster plötzlich zu steuern, liege nicht in der Macht der Regierung. Eine ganz allmähliche Preissteigerung und Erhöhung der Verkaufseinheit könne mit der Zeit die Trunksucht einschränken. Die Maske, hinter die sich die Gegner Kokowzows versteckten, wandert in die Rumpelkammer, die Wodka triumphiert. Bei dieser Gelegenheit wiederholte Herr Sazonow, was er mir schon früher einmal sagte, dass die gefährlichsten Feinde Herrn Kokowzows die Fach-

Minister waren, deren Budgete er nicht in die Höhe kommen liess. Der Minister-Präsident stürzt und in der geheimen Duma-Sitzung, die sein Nachfolger einberuft, verkündet er (wie meine geheime Information lautete), den Willen des Kaisers die militärischen Bedürfnisse reichlicher befriedigt zu sehen. Und die Detail-Meldungen zeigen, dass tatsächlich seit dem Abgang Kokowzows in militaribus nicht gespart wird. Herr Goremykin ist sicher kein Mann des Krieges, aber sein Vorgänger war ein Mann des Friedens und ein Finanzmann. Otto Czernin.

Nr. 9529. Bericht des Legationsrates Grafen Otto Czernin aus St. Petersburg, 15./28. März 1914 Nr. 17 C (eing. 30. März).[a]) Ausfert.

Vertraulich. Wie ich soeben aus vertrauenswürdiger Quelle erfahre, ist der panslavistische Hetzer Graf Bobrinsky kürzlich der Gegenstand einer ausnehmend gnädigen Behandlung seitens des Kaisers Nikolaus geworden. Anlässlich eines Regimentsfestes der Leibgarde-Husaren, dem als ehemaliger Offizier dieser Truppe auch Graf Bobrinsky anwohnte, hätte Seine Majestät denselben in ein langes Gespräch gezogen und sich über die Eindrücke Bobrinskys in Mármaros Sziget und im Allgemeinen über die Lage der Ruthenen in der Monarchie genau Bericht erstatten lassen. Der Kaiser hätte sich — wie Bobrinsky später einem seiner Freunde erzählte — sehr wohl informiert gezeigt. Am Schlusse des langen und gnädigen Gespräches hätte der Kaiser dem Grafen Bobrinsky einen neugeprägten Silber-Rubel mit dem höchsten Portrait (eine hier übliche, aber seltene Gunstbezeugung) übergeben. Die Folgen einer solchen demonstrativen höchsten Auszeichnung werden kaum auf sich warten lassen. Otto Czernin.

[a]) Vgl. n. 9325.

Nr. 9530. Bericht des Legationsrates Grafen Otto Czernin aus St. Petersburg, 15./28. März 1914 Nr. 17 K (eing. 30. März).[a]) Ausfert.

Das Agrément für den Ex-Grossvezier Hakki Pascha als türkischen Botschafter am Zarenhofe ist bereits erteilt, die offizielle Ernennung wird jedoch, wie mir der interimistische Geschäftsträger, Gesandter Fahreddin Bey erzählte, erst nach dem Abschlusse seiner Londoner Mission erfolgen. Fahreddin Bey, ein entschieden intelligenter Mann und Kenner der russischen Verhältnisse sprach eingänglich über die Situation in Russland. Er ist ebenso wie meine Wenigkeit davon überzeugt, dass Russland jetzt nach allen Seiten hin friedliebend ist, im Stillen aber mit Bienenfleiss an der Ausgestaltung seiner Wehrmacht arbeitet, so dass damit zu rechnen sei, dass das Reich in 2—3 Jahren eine andere Sprache reden werde. Mit der Türkei speziell sei momentan kein irgendwie nennenswerter Differenzpunkt zu finden. Dies betone Herr Sazonow auch in allen seinen Gesprächen mit dem türkischen Geschäftsträger. Die armenischen Reformen seien nach russischer Auffassung genügend. Auch die türkischen Konsulate in Odessa und Rostow am Don melden, wie mir Fahreddin Bey erzählte, zeitweise Truppentransporte und militärische Vorbereitungen, aus welchen sie auf aggressive Pläne schliessen. Der Geschäftsträger hält jedoch diese Meldungen für Übertreibungen oder unrichtig eingeschätzte normale Massregeln

(wie Truppenverschiebungen). Das Konsularkorps in den beiden Städten scheine in etwas nervöser Verfassung zu sein. Hingegen habe der sehr verlässliche türkische Konsul in Tiflis auf eine direkte Anfrage gemeldet, dass ihm keine aussergewöhnlichen militärischen Massregeln bekannt geworden seien. Dass momentan keine kritische Zeit bevorstehen dürfte, erhellt auch daraus, dass Seine Majestät der Kaiser mit der kaiserlichen Familie schon in wenigen Wochen wieder nach der Krim zu reisen gedenkt und dass Herr Sazonow in einem Monate eine mehrwöchige Kur in Salso maggiore absolvieren will. Die Rüstungen auf weite Sicht hält Fahreddin Bey jedoch für durchaus ernst. Er hat Russland und seine Armee zur Revolutionszeit gesehen und will jetzt schon ungeheuere Fortschritte wahrgenommen haben, und zwar besonders quantitativ. Nach seiner Ansicht ist das wichtigste Zukunftsziel der russischen Politik der eisfreie Welthafen, sei es wo immer, in Norwegen, im persischen Golf oder in der Adria über eines der slavischen Länder „die nichts sind als russische Provinzen". Nachdem nicht auszurechnen sei, auf welcher Seite schliesslich der geringste Widerstand zu treffen sein werde, so rüste Russland nach allen Fronten hin. Dies sei sehr begreiflich, denn den Wert unserer und der deutschen Armee wisse man hier gut zu schätzen. Fahreddin Bey, der früher Botschaftsrat in Berlin war, erzählte mir, im dortigen Generalstab habe er wiederholt die Ansicht aussprechen hören, dass die k. u. k. Armee allein der russischen überlegen sei. Otto Czernin.

[a]) Vgl. n. 8504.

Nr. 9531. Tel. aus Bukarest, 29. März 1914 Nr. 125 (eing. 30. März 9 U. a. m.).[a]) Entziff.

Antwort auf Telegramm Nr. 82 von gestern. Auftrag ausgerichtet. Porumbaru behauptet, nicht antworten zu können, bevor er mit Herrn Bratiano gesprochen. Dieser dürfte morgen zurückkehren. Ottokar Czernin.

[a]) Vgl. n. 9533.

Nr. 9532. Tel. aus Bukarest, 30. März 1914 Nr. 126 (eing. 5 U. p. m.).[a]) Entziff.

Demonstrationen gegen die Monarchie. Die angekündigte Versammlung der Kulturliga hat gestern unter starker Beteiligung stattgefunden. Die Redner sprachen ausschließlich über die Bukowina und Ungarn, hauptsächlich über letzteres und größtenteils sehr aggressiv. Nachher demonstrierte eine ungefähr aus 200 Menschen bestehende Pöbelmasse vor dem königlichen Palais gegen die Monarchie. Die Rufe „Nieder mit Oesterreich, nieder mit Ungarn, nieder mit der oesterreichisch-ungarischen Bagage, hoch Rußland" wurden ausgestoßen. Bericht folgt. Ottokar Czernin.

[a]) Vgl. n. 9479, 9489, 9491, 9533, 9547, 9548.

Nr. 9533. Tel. aus Bukarest, 30. März 1914 Nr. 127 (eing. 31. März 9 U. a. m.).[a]) Entziff.

Zu meinem Telegramme Nr. 125 von gestern. Minister des Aeussern, welcher mit Herrn Bratiano den ihm von mir ausgerichteten Auftrag Euer

Excellenz besprochen, erklärte mir, dass die rumänische Regierung sowohl die durch die Aufführung bewussten Theaterstückes hervorgerufenen peinlichen Zwischenfälle als auch den unglücklichen Aufruf des „Viitorul" bedauere, da ihr festes Bestreben sei, die immer bestandenen freundschaftlichen Beziehungen zur Monarchie auch in der Zukunft in derselben Weise zu pflegen. Die Stellung der Regierung gegenüber der jetzt zum Ausdrucke kommenden uns ungünstig gestimmten Gesinnung eines Teiles der öffentlichen Meinung in Rumänien sei aber eine sehr schwierige, denn diese Bewegung gehe grösstenteils von unverantwortlichen Gegnern des liberalen Regimes aus, die im Kampfe gegen die ihnen unangenehmen Reformen, welche zur Einführung gelangen sollen, jedes Mittel versuchen, um die Regierung in Verlegenheit zu bringen. Ein energisches Auftreten gegen die jetzige, Oesterreich-Ungarn gegenüber feindliche Strömung würde dieselbe nach Ansicht des Ministers des Aeussern nur stärken. Man müsse den Sturm mit Geduld vorüber gehen lassen und durch gegenseitige zielbewusste Arbeit verhindern, dass später für eine solche wieder Gründe vorhanden seien. Was gegenwärtig zu machen wäre, will die rumänische Regierung jedenfalls tun. So habe Herr Bratiano den verantwortlichen Redakteur des „Viitorul" zu sich gebeten und ihm erklärt, er würde seine Unterstützung dem Blatte entziehen, wenn es wieder solche der Regierung unerwünschte Veröffentlichungen machen würde, wie jene, die von uns beanständet wurde. In der morgigen „Indépendance Roumaine" soll ferner ein Artikel veröffentlicht werden, welcher zu beweisen berufen ist, dass die hiesige Regierung mit der gestrigen Versammlung der Culturliga nichts gemein habe. Minister des Aeussern fügte Bemerkung hinzu, dass Nichterscheinen Professor Jorgas bei dieser Versammlung auf Ersuchen Bratianos zurückzuführen sei. Minister sieht vollkommen ein, dass die meisten Reden, die beim gestrigen Meeting gehalten wurden, höchst taktlos waren und bedauert Umstand, dass sie bei uns unangenehm berühren werden. Die darauf folgende Strassendemonstration versuchte Minister des Aeussern als ganz bedeutungslos hinzustellen und versuchte, auf Grund angeblicher Meldung des Polizeipräfekten in Abrede zu stellen, dass anlässlich Vorüberziehens der Manifestanten vor dem königlichen Palais gegen uns und für Russland laute Rufe ausgebracht wurden. Diese Version, die, wie ich mit meinem heutigen Telegramme Nr. 126 meldete, der Wahrheit nicht entspricht, ist auch in der soeben herausgekommenen Ausgabe der „Indépendance Roumaine" erschienen und hiedurch die Meldung des „Viitorul" von heute früh dementiert. Ein Beweis, dass die Regierung mit ihrer Drohung diesem letzteren Blatt gegenüber es ernst meint. Betreffs der Aufführung des Goga'schen Stückes im Nationaltheater, welches, wie mit Telegramm Nr. 90 vom 10. d. M. gemeldet, vom Staate subventioniert und dessen Direktor von der Regierung ernannt wird, meinte Minister des Aeussern, es könne nicht sofort vom Repertoire abgesetzt werden, um keine neuen Demonstrationen hervorzurufen. Der Direktor wurde aber angewiesen, das Stück allmählich fallen zu lassen. Der Minister des Aeussern gab seine diesbezüglichen Erklärungen in sehr langatmigen Sätzen ab, als hätte er selbe vorher einstudiert, wiederholte aber mehrmals Bedauern der Regierung

über unliebsame Vorfälle und ihren festen Entschluss, mit uns auf bestem Fuss zu bleiben. Im ganzen kann man sagen, dass mehr schöne Worte als zu erwartende Handlungen das Resultat der Unterredung bildeten.

Ottokar Czernin.

[a]) Vgl. n. 9543, 9547, 9557, 9566, 9570.

Nr. 9534. Tagesbericht über eine Unterredung mit dem ital. Botschafter, 30. März 1914 Nr. 1349.[a]) Konz. (S. u. G. Berchtold).

Der britische Unterstaatssekretär Sir Arthur Nicolson hat sich, nach Aussage des Herzogs Avarna, dem italienischen Botschafter in London gegenüber dahin geäußert, daß der von den Cabineten der Dreibundmächte vorgeschlagene Text einer Antwort auf die griechische Note, betreffend die Epirus- und Inselfrage, nicht als Basis der projektirten Mittheilung an die Regierung in Athen genommen werden könnte. Angesichts des Umstandes, daß somit weder der ursprünglich englischerseits vorgeschlagene Text, noch die seither seitens des Berliner Cabinetes suggerierte Fassung Aussicht auf allgemeine Annahme haben, denke Marchese di San Giuliano, daß eine Formel vorgeschlagen werden könnte, welche ungefähr folgendermaßen lauten würde: „On laisse à la Grèce le choix d'élever des fortifications défensives sur Chios et Mytilène. Grèce cependant renonce aux garanties qu'elle avait demandées de la part des Puissances au sujet de ces îles." Ich beschränkte mich darauf, dem Herzog Avarna zu sagen, daß ich diese Formel an der Hand der früheren Vorschläge einem Studium unterziehen wolle und mir daher eine gegenständliche Beantwortung vorbehalten müsse.

[a]) Vgl. n. 9483.

Nr. 9535. Tagesbericht über einen Besuch des ital. Botschafters, 30. März 1914 Nr. 1353.[a]) Konz. (S. u. G. Berchtold).

Der italienische Botschafter theilte mir am 30. März mit, daß Baron Alliotti den Wunsch Turkhan Paschas nach Rom gemeldet habe, angesichts der bedrohlichen Lage in Südalbanien nach Rom zu kommen und mit Marchese di San Giuliano einen Gedankenaustausch zu pflegen, worauf auch ein Besuch des albanesischen Premierministers in Wien in Aussicht genommen sei. Marchese di San Giuliano habe dem Gesandten in Durazzo den Auftrag ertheilt, Turkhan Pascha zu antworten, daß es ihn sehr freuen werde, ihn in Rom begrüßen zu können und er eine Besprechung über Albanien im allgemeinen und die epirotische Frage im besonderen für sehr nützlich halte. Ich verhehlte dem Herzog Avarna nicht mein Erstaunen über das einseitige Vorgehen seines Ministers in dieser Angelegenheit, betonend, daß ich eine analoge Meldung Herrn von Löwenthals erhalten, jedoch noch nicht geantwortet hätte, da ich es als selbstverständlich angesehen habe, wie in allen anderen albanesischen Belangen, auch in diesem Falle einvernehmlich vorzugehen. Meritorisch schiene es mir ein wenig glücklicher Gedanke von Turkhan Pascha, in einem so bedrohlichen Momente sein Land zu verlassen und eine Auslandsreise anzutreten, wozu umsoweniger Notwendigkeit vorliege, als ja Italien, ebenso wie wir, einen Gesandten

in Durazzo angestellt habe. Abgesehen hievon sei zu bedenken, daß, wenn Turkhan Pascha sich nach Rom begebe, selbstredend verlangt werden müßte, daß der Chef der albanesischen Regierung auch nach Wien komme, wodurch dessen inopportune Absentirung von Albanien aber noch mehr verlängert würde. Herzog Avarna schien von der Richtigkeit dieser Auffassung durchdrungen und beabsichtigte, Marchese di San Giuliano in dem angedeuteten Sinne zu informiren, wobei er geltend machte, daß er seine Mittheilung ohne Auftrag gemacht habe, daher beabsichtige, meine Aeußerungen als Ausgangspunkt der Conversation hinzustellen, wogegen ich keine Einwendung erhob.

a) Vgl. n. 9621.

Nr. 9536. Tel. des Legationsrates Grafen Otto Czernin aus St. Petersburg, 30. März 1914 Nr. 90 (eing. 31. März 9 U. a. m.).a) Entziff.

Vertraulich. Die rumänische Kronprinzenfamilie weilt seit zwei Tagen in Zarskoeselo, dürfte dort bis Ende der Woche verbleiben und hierauf einige Tage als Gast der Grossfürstin Wladimir in Petersburg verbringen. Meine Frau und ich waren heute zur Kronprinzessin zur Audienz befohlen. Die Prinzessin sprach ganz offen über die Möglichkeit einer Verbindung ihres Sohnes mit einer der Zarentöchter. Sie habe dem Prinzen die Vorteile einer solchen Verbindung klar gemacht, ohne ihm besonders zuzureden, da die erbliche Krankheit des Hauses Hessen, an der der Thronfolger leide, doch immerhin ein arges Schreckgespenst sei. Im Allgemeinen ist die Kronprinzessin entschieden für die Eventualität eingenommen. Prinz Karl sei in seinem ganzen Wesen sehr jugendlich, mit den jungen Großfürstinnen bereits auf gut kameradschaftlichem Fusse, denke aber vorläufig gar nicht an die Verlobung. Die beiden ältesten Zarentöchter seien recht einnehmend und besonders die zweite aufgeweckt und sympathisch. Auf alle Fälle sei es ein Vorteil, dass sich die jungen Leute kennen gelernt hätten, und wenn nicht jetzt, könne später etwas daraus werden. Mit Rücksicht auf die kurze Anwesenheit der rumänischen Hoheiten lässt sich Endresultat des Besuches vorläufig nicht voraussehen, zumal mir noch nicht bekannt ist, welchen Eindruck der rumänische Prinz hier gemacht hat. Betreffs der geplanten Verlobung der Prinzessin Elisabeth mit dem griechischen Thronfolger sagte die Kronprinzessin, die dieses Projekt noch entschiedener unterstützt als das erstere, alles sei am besten Wege und die Wahrscheinlichkeit der Verlobung beim zweiten Besuche des griechischen Prinzen gross gewesen, als jüngst durch die „Ungeschicklichkeit des rumänischen Königspaares“ von der jungen Prinzessin eine Entscheidung vor der Festsetzung der Wiederkehr des Prinzen verlangt wurde, da man ihn nicht einem Refus aussetzen könne, wenn er nochmals komme. Darauf sei die Prinzessin Elisabeth mit ihrem eigensinnigen Charakter nicht eingegangen. Der Besuch werde daher wahrscheinlich unterbleiben und im Sommer eine Zusammenkunft in Tegernsee bei der Herzogin von Coburg vereinbart werden.

Otto Czernin.

a) Vgl. n. 9549, 9561.

Nr. 9537. Bericht aus Sofia, 30. März 1914 Nr. 38 (eing. 4. Apr.).[a] *Ausfert.*

Der Ministerpräsident sagte mir heute gesprächsweise, er sei der best gehasste Bulgare in Petersburg; man sei dort viel weniger hostil gestimmt gegen den König als gegen ihn. In der Person Radoslavoffs erblicke Russland, und zwar mit Recht, das Hindernis, in Bulgarien den verlorenen Boden zurückzugewinnen, und überhaupt das Hindernis der russischen Politik am Balkan. Herr Savinsky habe seit seinem Antrittsbesuche (mein Bericht Nr. 13 vom 31. Jänner l. J.) den Conseilspräsidenten nur ein einziges Mal besucht, als er bezüglich der Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen mit Griechenland interveniert habe. Der russische Gesandte ignoriere die Regierung und habe hier keinen anderen Verkehr als mit russischen Agenten und mit den Führern der russophilen Parteien. Der Conseilspräsident fürchte die russische Intriguen nicht, und wenn die Regierung nur das Anlehen in Deutschland und bei uns bekommen würde, werde sie Herr der Situation sein. Die russophile Agitation werde ihres stärksten Argumentes für die Annäherung an die Ententemächte beraubt und dieser Erfolg der austrophilen Politik würde das Rückgrat des Russophilismus brechen. Es würde ein Werk von grösster politischer Tragweite sein, wenn die liberale Regierung das grosse Anlehen in den Dreibundstaaten placieren würde. Herr Radoslavoff wisse, dass er in dem Falle des Gelingens dies in hohem Masse meinen Bemühungen zu verdanken haben würde, und er bitte mich, mit allen Mitteln dahin zu arbeiten, dass das grosse Werk zu gutem Ende geführt werde. Tarnowski.

[a] Vgl. n. 9522.

Nr. 9538. Tel. aus Konstantinopel-Pera, 31. März 1914 Nr. 127 (eing. 7 U. p. m.).[a] *Entziff.*

Der rumänische General Coanda befindet sich seit zwei Tagen hier. Aus sicherer Quelle kommt mir Nachricht zu, er hätte Brief Take Jonescos an Talaat überbracht. Grossvezier und Talaat sagten mir hierüber nichts und leugnen auf meine vorsichtige Sondierung hin, dass Coanda irgendwelche Mission zu erfüllen. Er sei lediglich gekommen, um sich verschiedene militärische Dinge anzusehen. Grossvezier sagte mir auch gestern, er selbst hätte bisher den General nicht gesehen, wohl aber hätte er Minister des Innern besucht. Coanda werde auch vom Sultan in Audienz empfangen werden. Die ausweichende Art, wie der Grossvezier und der Minister des Innern sich mir gegenüber ausgesprochen, bestärkt mich in der Vermutung, dass Coanda mit einer Mission hergekommen, die wohl im Versuch bestehen dürfte, in der Inselfrage zu vermitteln. Hiefür spricht auch der Umstand, dass Coanda, Zeitungsnachrichten zufolge, von hier nach Athen reisen soll und von dort zum Besuch seiner Familie nach Egypten, was offiziell als Zweck seiner Reise angegeben wird. Auf der rumänischen Gesandtschaft wird nicht geleugnet, dass Anwesenheit Coandas mit Inselfrage zusammenhänge. Von gut informierter Seite kommt mir Nachricht zu, dass rumänische Vermittlung unter russischer Patronanz erfolge; dies würde auch die mir gegenüber an den Tag gelegte Reserve der Staatsmänner erklären. Pallavicini.

[a] Vgl. n. 9539, 9552, 9601.

Nr. 9539. Tel. aus Konstantinopel-Pera, 1. April 1914 Nr. 129 (eing. 4 U. p. m.).[a] Entziff.

Es erscheint nunmehr sicher, dass General Coanda (mein gestriges Telegramm Nr. 127) in Mission betreffend Inselfrage sich hier aufhält. Derselbe hat häufige Besprechungen mit türkischen Ministern, Großvezier und griechischem Gesandten. Präsident Staatsrates äußerte sich mir gegenüber gestern dahin, dass Coanda allerdings keine offizielle Mission habe, dass aber vertrauliche Besprechungen in Inselfrage stattfänden. Halil Bey meinte, Türkei könnte allenfalls für Chios, Mytilene und Samos autonomes Regime annehmen, wie es für Samos bestand. Coanda reist voraussichtlich morgen nach Athen ab. Pallavicini.

[a] Vgl. n. 9540, 9552.

Nr. 9540. Tel. aus Konstantinopel-Pera, 1. April 1914 Nr. 130 (eing. 2. April 9 U. a. m.).[a] Entziff.

Geheim. Aus sicherster Quelle erfahre ich streng vertraulich, General Coanda hätte sich Talaat Bey gegenüber dahin geäußert, König von Rumänien und einige rumänische Staatsmänner stünden zwar noch auf dem Standpunkte der bisherigen Politik der engen Anlehnung an den Dreibund, aber die große Masse des Volkes und namentlich die rumänische Intelligenz seien bereits gänzlich im russischen Fahrwasser. Pallavicini.

[a] Vgl. n. 9539, 9541, 9552.

Nr. 9541. Tel. aus Konstantinopel-Pera, 1. April 1914 Nr. 131 (eing. 2. April 9 U. a. m.).[a] Entziff.

Inselfrage. Ich erfahre aus sicherer Quelle, Türkei hätte bereits vor circa zwei Monaten in Bukarest sondieren lassen, ob Verständigung in Inselfrage nicht auf Basis möglich, dass alle grossen Inseln (Chios, Lemnos, Samos, Rhodus, Mytilene) Türkei verbleiben, die übrigen an Griechenland fielen, eine Idee, die damals in Athen auf absoluten Widerstand gestossen wäre. Nunmehr schienen Athener Dispositionen wieder konzilianter geworden, was Reise General Coandas provoziert hätte. Letzterer stattete mir heute langen Besuch ab, leugnete zwar nicht, Talaat Brief Take Jonescus mitgebracht zu haben, war aber sichtlich bestrebt, eine spezielle Mission seinerseits in Abrede zu stellen und seine Zusammenkünfte mit türkischen Staatsmännern als rein zufällig hinzustellen. Besonders lobend hob Coanda das hier von ihm auf militärischem Gebiet Gesehene hervor. Aus Ausführungen General Coandas konnte ich entnehmen, dass er mit massgebenden Faktoren über Inselfrage gesprochen, jedoch ist der General auf Inhalt seiner Besprechungen mir gegenüber nicht näher eingegangen und sagte mir, er würde sich voraussichtlich in Athen nur wenige Stunden aufhalten und sich von dort nach Egypten zu seiner Familie begeben. Pallavicini.

[a] Vgl. n. 9540, 9552, 9593.

Nr. 9542. Tagesbericht über einen Besuch des russischen Botschafters, 1. April 1914 Nr. 1399. Konz. (S. Oppenheimer; V. Forgách; G. fehlt.).[a]

Streng vertraulich. Der hiesige kaiserliche russische Botschafter hat heute mündlich zwei mit den relativ zahlreichen, in der letzten Zeit vor

österreichischen Gerichten verhandelten Spionageprozessen zusammenhängende Angelegenheiten zur Sprache gebracht. In freundschaftlichstem Tone und unter steter Betonung des Umstandes, daß er vollkommen einsehe, daß der Anlaß zu diesen Prozessen russischerseits gegeben worden sei, hob Herr von Schebeko hervor, ob es nicht doch vermieden werden könnte, daß, falls noch ähnliche Prozesse bevorstehen sollten, der russische Militärattaché, respektive die russische Regierung expressis verbis in der Oeffentlichkeit genannt werden. Der Herr Botschafter ließ es gar nicht zu einer Formulierung von Gegenargumenten auf seine Ausführungen kommen, indem er alles, was diesbezüglich hätte gesagt werden können, antizipierte und überdies noch darauf hinwies, daß einerseits der gegenwärtige russische Militärattaché die striktesten Weisungen erhalten habe, nicht in die Fußstapfen seines Vorgängers zu treten, während anderseits er, Herr von Schebeko, bisher prinzipiell niemals an einer von ihm geleiteten Mission Spionage geduldet habe und fest entschlossen sei, an diesem Prinzipe auch in Zukunft festzuhalten. Resumierend warf der Herr Botschafter die Frage auf, ob es nicht tunlich wäre, diese peinliche Phase der Vergangenheit als gänzlich abgeschlossen zu betrachten und sie nicht auf die Gegenwart und Zukunft Einfluß nehmen zu lassen. Der Herr Botschafter ging sodann auf die zweite Angelegenheit über und erwähnte den ausgesprochen kühlen Empfang, welchen der gegenwärtige russische Militärattaché, Oberst Baron Wyneken, in Wien bei den kompetenten militärischen Stellen gefunden habe. Auch diesbezüglich erklärte Herr Schebeko spontan, unsere Haltung vollkommen begreiflich zu finden, und gab zu, daß der Anlaß hiezu russischerseits gegeben worden sei. Dennoch glaube er darauf hinweisen zu sollen, daß es für Oberst Baron Wyneken eine sehr peinliche und persönlich unverdiente Situation sei, für die Verfehlungen seines Vorgängers verantwortlich gemacht zu werden, respektive deren Folgen zu tragen. Streng vertraulich und ohne diesbezüglich rekriminieren zu wollen, fügte Herr von Schebeko bei, daß diese Sachlage schon in St. Petersburg seitens des russischen Kriegsministers dem k. u. k. Militärattaché Prinzen Hohenlohe gegenüber erwähnt worden sei, letzterer habe jedoch in seiner Erwiderung einen schroffen Ton angeschlagen, so daß die höchsten militärischen Kreise und sogar Seine Majestät der Czar, Höchstwelchem hierüber Vortrag erstattet wurde, hievon betroffen waren; daher sei eine Zeit lang der Gedanke in Erwägung gezogen worden, Baron Wyneken zu beurlauben und eine analoge Maßnahme rücksichtlich des Prinzen Hohenlohe anzuregen. Im Interesse der tatsächlich doch so guten und freundschaftlichen Beziehungen der beiden Kaiserreiche sei jedoch von der Durchführung dieses Gedankens Abstand genommen worden. Auch in diesem Belange stellte Herr von Schebeko zur Erwägung, ob man nicht das Vergangene vergangen sein lassen und dem gegenwärtigen russischen Militärattaché gegenüber ein größeres Maß von Unvoreingenommenheit Platz greifen lassen möchte. Nachdem der Herr Botschafter freimütig zugab, daß die Veranlassung zu der von ihm erwähnten Sachlage russischerseits gegeben worden sei, wurde ihm erwidert, daß seine Wünsche den kompetenten hiesigen militärischen Stellen zur Kenntnis gelangen werden.

a) Das Stück wurde jedoch laut Amtsvermerk für den Kaiser abgeschrieben.

Nr. 9543. Tel. nach Bukarest, 2. April 1914 Nr. 88 (chiffr. 8 U. 30 M. p. m.).[a] Konz. (S. Matscheko; V. Forgách; G. Berchtold).

Euer Exzellenz Telegramm Nr. 127 vom 30. v. M. erhalten. Ich habe nicht die Absicht, wegen der jüngsten gegen die Monarchie gerichteten Manifestationen und der passiven Haltung der rumänischen Regierung gegenüber diesen Vorgängen in Bukarest weitere Reklamationen zu erheben. Euer Exzellenz wollen sich darauf beschränken, Herrn Porumbaru, beziehungsweise Herrn Bratiano zu sagen, ich hätte von den Eröffnungen des Herrn Ministers des Aeußern, die er nach Rücksprache mit Herr Bratiano Euer Exzellenz gemacht hat, und insbesondere von seiner Erklärung Akt genommen, daß die rumänische Regierung die fraglichen Vorfälle bedauere und entschlossen sei, die besten Beziehungen mit der Monarchie aufrecht zu erhalten. Euer Exzellenz wollen hinzufügen, die bedauerlichen Manifestationen in Bukarest würden in der bevorstehenden Tagung der Delegationen jedenfalls zur Sprache kommen und zu Angriffen gegen unser freundschaftliches Verhältnis zu Rumänien benützt werden. Um solchen Angriffen entgegenzutreten und um den unveränderten Fortbestand unserer Beziehungen zum Königreiche zu illustrieren, werde ich dann wohl genötigt sein, von den oben erwähnten Erklärungen Gebrauch zu machen. Letzteres wollen Euer Exzellenz speciell hervorheben. Berchtold.

[a] Vgl. n. 9555.

Nr. 9544. Bericht aus Bukarest, 2. April 1914 Nr. 27 (eing. 4. April).[a] Ausfert.

Geheim. Nach Entgegennahme des Erlasses Euer Exzellenz Nr. 1286 vom 26. März laufenden Jahres, Geheim, habe ich nicht die geringste Hoffnung,[1] Euer Exzellenz von der Richtigkeit meines Standpunktes zu überzeugen. Wenn ich trotzdem nochmals auf dieses Thema zurückkomme, so geschieht dies nur deshalb, weil ich aus einigen der von Hochdenselben angeführten Argumenten den Eindruck gewonnen habe, mein Bericht Nr. 18 A vom 11. März laufenden Jahres sei zum Teile missverstanden worden und weil ich diese Diskussion nicht abschliessen lassen möchte, ohne wenigstens meinen Standpunkt unzweideutig klargestellt zu wissen. Euer Exzellenz stehen insofern auf derselben Basis wie ich, als Sie mir zugeben, „dass das gegenwärtige Verhältnis der beiden Reiche ein sehr ungünstiges ist" und dass Hochdieselben mir ausdrücklich bemerkten, dass Sie darin in „Uebereinstimmung mit mir ein sehr ungünstiges, ja bedenkliches Moment der politischen Konstellation erblicken". Euer Exzellenz lehnen jedoch alle meine Vorschläge, die eine Klärung der Situation herbeiführen könnten, ab und teilen mir Ihre Absicht mit, die ausser der erhofften deutschen Einwirkung darin besteht, abzuwarten und die Zeit wirken zu lassen. Bevor ich auf dieses Moment der erhofften automatischen Besserung und meine dieser These ganz entgegengesetzte Ansicht[2] eingehe, nur ein Wort über die eventuelle deutsche Ingerenz: Euer Exzellenz meinen, die Einwirkung von Berlin werde den gewünschten Erfolg bringen. Ich bin an und für sich nicht davon überzeugt, nachdem doch so manches in der Vergangenheit —[3] zum Beispiel das Telegramm Seiner Majestät des

deutschen Kaisers bei der Revisionsfrage — die rumänische Frage nicht sehr in österreichisch-ungarischem Sinne zu betrachten schien. Aber immerhin. Wie wird diese Einwirkung vor sich gehen? Doch wohl durch den hiesigen deutschen Gesandten, denn der vorübergehende Besuch des Herrn Beldiman wird schwerlich eine nachhaltige Wirkung haben. Nun, ich glaube, wenn Euer Exzellenz diesen meinen deutschen Kollegen näher kennen würden, würden Sie meine Ansicht teilen, dass seine Person allein die Negation jedes Erfolges bedeutet. Ich habe verschiedene seiner politischen Berichte gelesen und ich kann nur das Eine konstatieren, dass ein Fleisch und Blut gewordener Grammophon die genaueste Charakteristik seines Wesens ist. Was der König oder Bratianu ihm sagen, berichtet er wörtlich, ohne irgendeinen Kommentar, nach Berlin, und die hiesigen Staatsmänner, die ihm hundertmal überlegen sind, werden natürlich die leichte Arbeit verrichten und ihm jene Politik als die ihre suggerieren, die sie in Berlin geglaubt wissen wollen. Wenn übrigens Seine Königliche Hoheit der Prinz Carol, ein halberwachsener Jüngling, dem die Politik ein Buch mit sieben Siegeln ist, und ein Vertrauensmann Seiner Majestät des Deutschen Kaisers Höchstdemselben gesagt haben, „Rumänien halte nach wie vor an dem Dreibunde fest", so kann ich dem gegenüber erwidern, dass mir Seine Majestät der König Carol selbst gesagt hat „wie die Dinge momentan lägen, könne Rumänien in einem Kriege nicht mit der Monarchie gehen", — eine Aeusserung, die für mich schwerer wiegt, als die gegenteilige des Prinzen Carol. (Mein Privatschreiben vom 8. Dezember 1913). Nun geben Euer Exzellenz der Ueberzeugung Ausdruck, dass ich es durch „unverdrossene ruhige Beharrlichkeit" erreichen könne, den „möglichst offenen ehrlichen Anschluss Rumäniens an den Dreibund zu erreichen", denn, so argumentieren Euer Exzellenz, dieser Anschluss liegt im Interesse Rumäniens, da es die einzige Politik ist, „welche die volle Unabhängigkeit Rumäniens zu schützen und das Land vor auswärtigen Gefahren zu bewahren im Stande ist." Mit anderen Worten: Euer Exzellenz meinen, Rumänien macht momentan eine für sich unrichtige gefährliche Politik, und wenn es gelingt, die Leute hierüber aufzuklären, dann werden sie einlenken, und diese Aufklärung soll vor allem meine Aufgabe sein. Hier spitzt sich der Meinungsunterschied zwischen Euer Excellenz und meiner Wenigkeit zu.[4]) Ich behaupte, die rumänische Politik ist eine zwar recht unaufrichtige, aber eine keineswegs für sie selbst ungünstige, oder kurzsichtige. Und welche ist diese Politik? Die Wiederholung der vorjährigen Taktik in vergrössertem Masstabe. Ich habe die Aufmerksamkeit Euer Excellenz verschiedene Male auf den Umstand zu lenken versucht, dass hier zwei Richtungen mit einander kämpfen, — eine österreichfreundliche, der der König, Majorescu und eine kleine Minorität der obersten Kreise angehört und eine entgegengesetzte, welche ganz anders calculiert. Diese letztere glaubt fest an einen früher oder später ausbrechenden Krieg zwischen der Monarchie und Russland[5]) und will für diesen Fall so oder so bereit sein; das heisst, Rumänien wird erst warten, um sich sodann dem Sieger anzuschliessen und dem Besiegten „mit seiner Million Soldaten" den Todesstoss zu geben, und sich so entweder Siebenbürgen oder Bessarabien zu holen. Das schreiben hier mehr

oder weniger offen die Zeitungen tagtäglich, das spricht das Volk überall, das sagt auch das Offizierskorps, so denken auch die Deputierten und die Minister, so denkt man auch in Cotroceni, wo einmal der männliche Teil der Menage nicht die Hauptrolle spielen wird. Nun ich finde diese letztere Politik weder sehr ehrlich, noch sehr vertrauenerweckend für die Anderen, aber vom rumänischen Standpunkte kann ich sie weder für dumm noch für ungünstig halten. Wenn Euer Exzellenz nur acht Tage hier an meiner Stelle wären, so würden Sie sich von der Unmöglichkeit jener Aufgabe überzeugen, die Hochdieselben mir auftragen. Wie soll ich denn die Rumänen überzeugen, dass ein zukünftiger Krieg mit Russland ein Ding der Unmöglichkeit ist, — wo wir doch alle an diese Zukunftmöglichkeit denken, — und wie soll ich den Leuten suggerieren, dass es dann nicht ihr Vorteil wäre, vorerst zuzuschauen, dann über den schwächeren herzufallen und sich mühe- und gefahrlos die Früchte eines leichten Sieges zu holen? Die Logik dieser Politik ist viel zu scharf und viel zu klar, als dass man sie jemandem ausreden könnte, und die Erinnerungen an das vorige Jahr, wo diese Politik triumphiert hat, lässt sich nicht einfach wegwischen. Ich bin viel zu viel von dem Gefühle der Disziplin durchdrungen, um mich nicht allen Anordnungen und Befehlen Euer Exzellenz zu fügen, solange ich auf diesem Posten bin. Aber es widerspricht meinem ganzen Naturell, Hochdenselben gegenüber dergleichen zu machen, als wenn ich eine Aktion für erfolgversprechend hielte, von deren Erfolglosigkeit ich überzeugt bin[6]) und ich bin von dem Ernste meiner Aufgabe zu stark durchdrungen, als dass irgendjemand mich bewegen könnte, auch nur ein Jota anders als meiner Auffassung entsprechend zu berichten. Es ist mir vollständig gleichgiltig, ob und wem meine Berichte gefallen oder missfallen,[7]) ich habe eine viel zu hohe Auffassung von meiner Mission, um in meiner Berichterstattung gegenüber wem immer auch nur die geringste Konzession zu machen. Ich berichte einfach, was ich für wahr halte, ich tue damit meine Pflicht und warte, was darauf erfolgt. Unsere Taktik hier hat sich mit dem Augenblicke ändern müssen, wo die ungarisch-rumänischen Verhandlungen gescheitert sind. Bis dahin war die Hoffnung vorhanden, die österreichfreundliche Strömung werde die Oberhand behalten und es werde möglich sein, den antiösterreichischen Elementen den Wind aus den Segeln zu nehmen. Und wenn — wie nicht ich, aber viele glauben — diese ganze siebenbürgische Frage nur ein Vorwand war,[8]) ein Paravent, hinter dem Sich der König und Seine Ratgeber versteckt haben, um dahinter eine andere Politik treiben zu können, so wären sie, hätte man ihnen diesen Paravent fortgezogen, in eine Situation gelangt, die wir hätten für uns ausnützen können. Diese günstige Situation ist nicht geschaffen worden, der Ausgleich jenseits der Berge ist misslungen und mathematisch von diesem Tage an haben hier die antiösterreichischen Demonstrationen im Theater, der Liga, der Presse und der Strasse angefangen. Die liberale Regierung, die nicht viel Mut gehabt hat und im Grunde immer gegen uns war, hat ihn ganz verloren, seitdem sie zu bemerken glaubt, dass die gesammte öffentliche Meinung in das antiösterreichische — oder besser gesagt — ungarfeindliche Fahrwasser einschwenkt, mit andern Worten — zwischen den beiden sich hierzulande

bekämpfenden Richtungen: der österreichfreundlichen und der entgegengesetzten, hat sich in den letzten Wochen eine wesentliche Verschiebung zu Gunsten der letzteren vollzogen. Wäre Seine Majestät der König wirklich, wie Euer Exzellenz mir schreiben, „der unbedingte Herr in Seinem Lande“,*9)* so hätte das Alles nicht viel zu sagen. Bei uns zum Beispiel wäre es gewiss nicht sehr wichtig, ob ein Bündnis populär ist oder nicht; wenn von Schönbrunn aus der Befehl an die Armee ergeht, sie möge marschieren, so wird sie marschieren. Eure Excellenz behaupten, dies sei hier auch der Fall. Wenn Eure Excellenz meinen entgegengesetzten Berichten, die hierin mit jenen des Prinzen Fürstenberg, des Baron Haymerle und des Obersten von Hranilović übereinstimmen, nicht glauben — jenen Berichten, welche sich darin erschöpfen, zu erklären, dass die öffentliche Meinung hier eine leider ganz unverhältnismässig grössere Bedeutung hat,*10)* als zum Beispiel bei uns, so kann ich meinen Standpunkt natürlich nicht ziffernmässig beweisen, weil es einen solchen Beweis überhaupt nicht gibt. Aber ich möchte nur wissen, warum Seine Majestät der König so überaus ängstlich das Geheimniss unseres Vertrages gehütet wissen will, warum nicht einmal Sein Minister des Aeussern davon wissen darf, warum Er die Veröffentlichung in Friedenszeiten für ein Unglück und die Ausführung in Kriegszeiten dennoch als leicht hinstellt? Warum soll dasselbe Volk und dieselbe Armee, die das Prinzip der Sache angeblich mit einem Sturm der Entrüstung beantworten würde, die Praxis derselben voll Bereitwilligkeit auf sich nehmen?*11)* Welches sind denn die Gründe, dass niemand im ganzen Reiche ausser dem König und zwei Ministern davon wissen dürfen?*12)* Und warum hat denn Seine Majestät der König im Gegensatz zu Seinem Grossneffen mir offen erklärt „unter den momentanen Verhältnissen könne Er das Bündniss nicht effectuieren“, wenn Er die gegenteilige Ueberzeugung hat (mein Privatschreiben vom 8. XII. v. J.) zu einer Zeit, wo die Volksstimmung gegen uns ganz unvergleichlich besser war als heute? Hatte Er den einen Zweck, dem österreichisch-ungarischen Gesandten eine unwahre Mitteilung dieser Tragweite zu machen, die in Wien sehr peinlich berühren musste? Ich glaube, dass Seine Majestät persönlich ein Gentleman in des Wortes wahrster Bedeutung ist — im Gegensatze zu Bratianu — und die von dem überwiegenden und sich sehr laut äussernden Teile Rumäniens geforderte früher skizzierte Politik mehr fürchtet als wünscht, da Er ja fühlt, dass sie nicht im Einklang mit Seinem Worte ist; Ihn aber trennt ein breiter Graben von der öffentlichen Meinung und Er wird diesen Graben nicht springen, wenn man Ihn nicht dazu zwingt.*13)* Nachdem Er mir mitgeteilt hat, Er könne das Bündniss momentan nicht effectuieren, fühlt Er sich wohl auch entlastet, und meint, wenn man in Wien dazu schweigt, so sei das Weitere nicht Seine Sache. Mir wurde seinerzeit von Euer Excellenz*14)* der Auftrag erteilt, die Situation zu klären und es zu erreichen, dass wir im Ernstfalle auf die Unterstützung Rumäniens rechnen können.*15)* Und da spitzt sich die Frage zum zweitenmale zu: sind Euer Excellenz überzeugt, dass diese russische Kriegsgefahr eine Utopie ist, dass es in absehbarer Zeit nicht dazu kommt, dann natürlich hat die ganze rumänische Frage gar keine actuelle Bedeutung, — denn ob sie in Friedenszeiten hier etwas mehr oder weniger auf uns schimpfen,

ist doch schliesslich ganz einerlei, dann ist es das Klügste, mit garnichts zu rühren und alles zu lassen, wie es eben ist. Haben aber Euer Excellenz die entgegengesetzte Ansicht und stehen Hochdieselben noch auf dem Standpunkte, den Sie im November zur Zeit meiner Entsendung hierher eingenommen haben, dass ich daraufhin arbeiten soll, dass uns der wankende Bundesgenosse im Ernstfall sicher sei, dann verstehe ich meinerseits nicht, wie ein einfaches Abwarten und nichts machen die Lage bessern soll,[16] da französischer- und russischerseits nicht zugeschaut und abgewartet, sondern mit Hochdruck gearbeitet wird, um die Situation auszunützen, die über das Scheitern der Budapester Verhandlungen, das Debrecziner Attentat, und so weiter sowieso schon für sie vorbereitet ist, und die ganz zufrieden sind, wenn sie es nur erreichen, dass Rumänien ohne directen Anschluss an sie selbst definitiv von uns getrennt wird. Ich bin auf diesen Posten gestellt worden ohne mein Zutun und ohne meinen Wunsch. Dieser Posten ist der Anfang und das Ende meiner „diplomatischen Carrière", ich habe hier persönlich nichts zu gewinnen und nichts zu verlieren und dieses Moment wird mich vielleicht auch bei jenen, die mein Vorgehen nicht immer mit dem grössten Wohlwollen betrachten, über den Verdacht erheben, ich könnte jemals eine Zeile schreiben, die etwas anderes enthält als das, was ich glaube und wovon ich überzeugt bin. Man kann alle meine Berichte und Schilderungen als falsch, einseitig und unrichtig stempeln, man kann meine Vorschläge alle ablehnen — das kann ich ertragen in dem ruhigen Gefühle, einfach meine Pflicht getan zu haben. Aber niemals könnte ich es ertragen, wenn ich mir später einmal selbst den Vorwurf machen müsste, in den Stunden der Gefahr nicht rechtzeitig gewarnt zu haben.

Ottokar Czernin.

1) ? — *2)* Was für praktische Vorschläge hat Czernin gemacht? — *3)* Beldiman. — *4)* Zuspitzung Nr. I. — *5)* Falsche Voraussetzung. — *6)* Ich bin es von der von ihm angeregten Aktion. — *7)* Daran zweifelt niemand. — *8)* Das ist anzunehmen. — *9)* Das sagt Kaiser Wilhelm nicht ich! — *10)* Das glaube ich bedingungslos. — *11)* Gegenwärtig wird Praxis nicht von ihnen verlangt. — *12)* Er will aber gegenwärtig Promulgierung des Prinzips verlangen. — *13)* Womit? — *14)* Zuspitzung Nr. II. — *15)* Insoweit dies erreichbar und auf den richtigen Moment warten. — *16)* Hat man von „einfachen Abwarten und Nichtsmachen" geredet?

a) Vgl. n. 9565.

Nr. 9545. Bericht aus Sofia, 2. April 1914 Nr. 41 G (eing. 7. April). Ausfert.

Vertraulich. Anlässlich eines der vielen Gespräche die ich dieser Tage mit dem deutschen Gesandten hatte, stellte er Betrachtungen über die Wichtigkeit des Zustandekommens des bulgarischen Anlehens in Deutschland auf, constatierte hiebei das Bestreben der gegenwärtigen bulgarischen Regierung sich dem Dreibunde anzuschliessen, citierte einige Aeusserungen, die ihm gegenüber die bulgarischen Minister in diesem Sinne gemacht hätten und ohne eine directe Frage zu formulieren, trachtete er zu erfahren, ob mir seitens des Cabinettes Radoslavoff je eine concrete Proposition bezüglich eines formellen Abkommens mit uns gemacht worden wäre. Da ich auf die Erhaltung der vertrauensvollen Beziehungen zu meinem deutschen Kollegen, an deren Ausgestaltung ich seit Monaten gearbeitet habe, den

grössten Wert legen muss und da aus der Sprache Herrn Michahelles' zu ersehen war, dass ihn die bulgarischen Minister über Einiges informiert hatten, glaubte ich keine ausweichende oder eine solche Antwort geben zu sollen, die möglicher Weise damit was der deutsche Gesandte von Radoslavoff oder Tontscheff bereits erfahren haben mochte in Widerspruch stehen und ihm den Eindruck einer Unaufrichtigkeit geben könnte. Ich antwortete, dass die führenden Mitglieder des liberalen Cabinettes gleich nachdem dasselbe ans Ruder gelangt war, mir den Wunsch Bulgariens sich an uns und die Triple-Alliance formell anzuschliessen, offiziell bekanntgegeben haben, worauf wir die dilatorische Antwort erteilt hätten, dass die Monarchie den Anschluss Bulgariens an den Dreibund insofern er zusammen mit jenem Rumäniens erfolgte im Prinzipe sympathisch betrachten würde, in concreto aber die bulgarische Proposition nur in Verbindung mit ihrem Alliirten beantworten könnte. Der deutsche Gesandte meinte dass man zu Radoslavoff volles Vertrauen haben könne und besprach dann die Unverlässlichkeit König Ferdinands, wobei er erfahren wollte, ob uns die Proposition der bulgarischen Minister im Namen des Königs gemacht oder von ihm je bestätigt wurde. Da ich die Impression hatte dass Herrn Michahelles über die Ouverturen die uns König Ferdinand in Wien gemacht hatte, etwas bekannt war, (es konnte ihn davon ein bulgarischer Minister oder auch Derussi — siehe meinem Bericht Nr. 90 A[a]) vom 29. Dezember v. J. — gesprochen haben), habe ich wieder ohne Zögern gesagt, dass der König anlässlich seines Besuches in Wien auf die Proposition seiner Regierung zurückgekommen sei, und die Antwort erhalten habe, dass sich Bulgarien vorerst mit Rumänien verständigen müsste. Nicht nur die Art, wie Herr Michahelles dieses Gespräch geführt hat, sondern seine ganze Haltung mir wie auch den bulgarischen Ministern gegenüber und speziell durch sein aufrichtiges Interesse für das Gelingen des Anlehens machen mich glauben, dass seine Neugierde mit einer guten Absicht verbunden war und zwar mit der, sich zu überzeugen, ob die bulgarischen Minister mit ihm aufrichtig sind und ob der Wunsch der Regierung und des Königs sich dem Dreibund anzuschliessen ein ernster ist. Herr Michahelles sprach die Ansicht aus, dass ihm der Abschluss eines schriftlichen Abkommens mit Bulgarien jetzt schwierig erschiene; man müsste durch andere Mittel, zuerst durch die Gewährung des Anlehens, Bulgarien in die Einflusssphäre des Dreibundes hineinziehen und dadurch, dass man die Verpflichtung auferlegen würde, seinen künftigen Geldbedarf nur in Deutschland zu decken, eine Garantie gegen ein eventuelles Abschwenken schaffen. Tarnowski.

[a]) Richtig 91 = n. 9136.

Nr. 9546. Tel. nach Bukarest, 3. April 1914 Nr. 89 (chiffr. 12 U. 5 M. p. m.).[a]) Konz. (S. u. G. Flotow).

Telegramm Nr. 136 vom 3. d. M., betreffend Bogdan Duica, erhalten. Euer Exzellenz wollen die darin angeführten Tatsachen bei der rumänischen Regierung zur Sprache bringen und sie in meinem Namen fragen, welche Maßregeln sie gegen den genannten Staatsbeamten ergriffen habe.

[a]) Vgl. n. 9555, 9558.

Nr. 9547. Tel. aus Bukarest, 3. April 1914 Nr. 135 (eing. 5 U. 30 M. p. m.).[a] Entziff.

Der König über die Demonstrationen. Der König liess mir gestern abends durch den früheren Finanzminister Marghiloman sagen, „ich möchte die verschiedenen, gegen uns gerichteten Demonstrationen nicht überschätzen; er bedauere sie ebenfalls, glaube aber, ein Einschreiten werde die Erregung noch steigern, im Übrigen hoffe er auf eine baldige automatisch eintretende Beruhigung." Meine Entgegnung, „die Strasse und die Liga interessierten mich weniger als die völlig passive Rolle der Regierung," quittierte Marghiloman mit der nur im eigenen Namen abgegebenen Erklärung, „seiner Ansicht nach treibe Bratiano in der inneren wie in der äusseren Politik ein höchst gefährliches Spiel". Ottokar Czernin.

[a] Vgl. n. 9532, 9533.

Nr. 9548. Tel. aus Bukarest, 3. April 1914 Nr. 136 (eing. 5 U. 30 M. p. m.).[a] Entziff.

Kulturliga. Der gewisse Bogdan Duica, welcher in der Versammlung der Kulturliga gegen die Verwaltung in der Bukowina gesprochen und erklärt hat, „der Bauer daselbst habe nur die Wahl auszuwandern oder zu verhungern", ferner „in der Bukowina sei Beamter und Dieb dasselbe", ist in seiner Eigenschaft als Direktor des Lyzeums und Professor aktiver staatlicher Beamter. Ottokar Czernin.

[a] Vgl. n. 9532, 9546.

Nr. 9549. Tel. des Legationsrates Grafen Otto Czernin aus St. Petersburg, 3. April 1914 Nr. 94 (eing. 5 U. p. m.).[a] Entziff.

Bei einem Gespräche, das ich gestern mit dem Erzieher des Prinzen Karol von Rumänien, General Perticari, hatte, erzählte er mir, Kaiser Wilhelm habe in letzter Zeit jede Gelegenheit wahrgenommen, um ihm und „anderen Rumänen gegenüber" in seiner gewohnten energischen Art die Notwendigkeit vorzuhalten, das frühere gute Verhältnis zu Österreich-Ungarn wiederherzustellen. Der General knüpfte hieran die bekannten rumänischen Argumente von der Lage der Konnationalen in Ungarn, die die öffentliche Meinung so stark beeinflussen etc. Ich antwortete, dass mir dies heute kaum mehr ernst vorkommen könnte, wo es anscheinend zwischen Rumänien und Russland in Bessarabien so viel schlechter gehe. Der General meinte, dass dies zutreffe, dass es bald keine eigentlichen Rumänen mehr dort geben werde, dass aber die drakonischen russischen Massregeln die hetzerische Propaganda in Bessarabien verhindern, so dass die Öffentlichkeit sich weniger mit jenen Konnationalen beschäftige. Otto Czernin.

[a] Vgl. n. 9536.

Nr. 9550. Bericht aus Konstantinopel, 4. April 1914 Nr. 24 A (eing. 7. April).[a] Ausfert.

Streng vertraulich. Mit meinem Bericht 20 A, streng vertraulich, vom 23. v. M., war ich in der Lage Euer Exzellenz zu melden, in welch

klarer und decidierter Weise mein russischer College dem deutschen Botschafter sich gegen die deutschen Expansionsbestrebungen in der Türkei ausgesprochen hatte. Im ähnlichen Sinne hat sich seither — wie mir Marquis Garroni erzählt — Herr von Giers auch meinem italienischen Collegen gegenüber geäussert mit einer halb scherzenden Anspielung auf italienische Concessionsbestrebungen an der südanatolischen Küste. Diese Gespräche meines russischen Collegen mit dem deutschen und italienischen Botschafter, sowie verschiedene andere Anzeichen lassen keinen Zweifel darüber aufkommen, dass Herr von Giers seit seiner Rückkehr aus Petersburg seine Haltung geändert hat und dass die russische Politik der Türkei gegenüber eine andere Richtung als bisher einzuschlagen im Begriffe steht. Fragt man sich nach den Gründen dieser Veränderung so dürfte unter denselben hauptsächlich die in Petersburg wohl aufgetauchte Apprehension zu nennen sein, Deutschland könnte durch die Arbeit seiner Militärmission dahin kommen, die Türkische Armee zu beherrschen; auch konnte der Gedanke der Einflusssphären, welcher verschiedene Grossmächte beschäftigt und der, den Zerfall der Türkei escomptierend, bereits Ansprüche auf Teile des Reiches präcisiert, sicherlich nicht mit den Aspirationen in Einklang gebracht werden, die Russland selbst der Türkei gegenüber stets in seinem politischen Programm geführt hat. Bei dieser Sachlage lag für Russland der Gedanke nahe, durch eine — wenigstens zeitweise — Änderung seiner Haltung der Türkei gegenüber, sich gewissermassen als deren Beschützer zu zeigen und sie vor den von allen Seiten immer lauter werdenden Begehrlichkeiten der Mächte zu decken. Dieser Gedanke musste bei der Rückkehr Herrn von Giers nach Constantinopel hier ein vorbereitetes Terrain finden. Das Gefühl, isoliert zu sein, vertieft sich bei den Türken immer mehr; man hat den Eindruck, in der Frage der Militärmission von Deutschland im Stiche gelassen worden zu sein; der bisherige Glaube an dessen Allmacht ist erschüttert; die grossen russischen Rüstungen impressionieren; und das immer lauter werdende Gerede über Interessensphären macht die Türkei ängstlich, wozu auch der unglückliche italienische Gedanke zwischen Concessionen in Südanatolien und Räumung des Dodekanesos ein Junctim herstellen zu wollen, sicherlich ein gut Teil beigetragen haben mag. Aus bester Quelle erfahre ich, dass sich in Comitékreisen immer mehr die Überzeugung Bahn bricht, dass man im Falle eines russischen Angriffes auf niemand zählen könne und sich daher mit dem Gedanken befasse, Russland zu fragen, was es dafür verlangen würde, wenn es die Existenz der Türkei garantiere. Talaat Bey soll sich neulich in recht bezeichnender Weise dahin geäussert haben, die Türkei befinde sich in der Lage eines Mannes, der in einem Wald von einem Räuber angefallen wurde und der gerne seine Kleider, sein Geld und seine Habseligkeiten ausliefern werde, nur um das Leben und allenfalls ein Hemd zu behalten. Gewisse Äusserungen türkischer Staatsmänner mir gegenüber lassen darauf schliessen, dass man mit Russland auch schon in vorläufig wohl noch unverbindliche Pourparlers eingetreten ist; in diesem Zusammenhange möchte ich auch erwähnen, dass mir der Herr k. u. k. Militärattaché mittheilte, von den drei bisher an der russischen Grenze dislocierten Armeecorps, werde eines weiter nach Westen (Sivas)

verlegt. Der Präsident des Staatsrates Halil Bey sagte mir unlängst gesprächsweise, Russland mache eine sehr active Politik; wäre das gleiche von Seite der Dreibundmächte der Fall, dann wäre die Lage freilich eine ganz andere; jedoch hätten die Ereignisse der Vergangenheit die Türkei belehrt, dass auf eine decidierte Stellungnahme seitens des Dreibundes leider nicht zu rechnen sei. Auf eine sehr vorsichtige Sondierung hin, konnte ich den Äusserungen Halil Beys entnehmen, dass in der Meerengenfrage Russland bis jetzt hier seine Fühler noch nicht ausgestreckt haben dürfte; der Präsident des Staatsrates meinte auch, diese internationale Frage könnte ja niemals zwischen der Türkei und Russland allein gelöst werden, sondern nur im Einvernehmen mit den Mächten. Ich habe selbstredend getrachtet, meinen Mitredner in dieser Auffassung möglichst zu bestärken; jedoch kann ich mich dem Gedanken nicht verschliessen, dass der Abschluss eines Geheimvertrages zwischen der Türkei und Russland sehr wohl denkbar wäre, des Inhaltes etwa, dass letzteres gegen freie Bosporuspassage der ersteren den Schutz der Dardanellen garantiere. Im Vorstehenden habe ich die Situation, wie sie sich heute darstellt, kurz zu kennzeichnen versucht und kann mich der Einsicht nicht verschliessen, dass die Conclusionen daraus ein für uns sehr ungünstiges Horoskop stellen. Leider ist es bisher nicht gelungen, einen türkisch-bulgarischen Accord zu perfectionieren; die Hauptgründe hiefür sind einerseits die Haltung Rumäniens, das man hier allgemein als für den Dreibund verloren ansieht, und anderseits die wenig decidierte Politik des Dreibundes gegenüber den türkischen und bulgarischen Avancen. Man sagt sich sowohl hier als in Sofia, dass ohne sicheren, manifesten Rückhalt am Dreibund eine bulgarisch-türkische Entente eine directe Herausforderung an Russland wäre, der die beiden Länder, lediglich auf sich allein angewiesen, nicht gewachsen wären. Zögert man also hier aus Angst vor Russland und mit Rücksicht darauf, dass man auf lange Zeit wenigstens, auf ein Eintreten Rumäniens in eine bulgarisch-türkische Constellation nicht rechnen kann, sich mit Bulgarien definitiv zu binden, so mögen ähnliche Motive in Sofia gegen die Perfectionierung einer bulgarisch-türkischen Militärconvention sich fühlbar machen. Hiemit stimmt auch überein, was mir Baron Mittag über seine Abschiedsaudienz bei König Ferdinand meldet: dass nämlich seine Majestät, trotz seines Wunsches mit der Türkei das beste Verhältniss zu haben, doch zögert, die türkisch-bulgarische Convention zu perfectionieren um nicht, wie er Baron Mittag sagte, durch in Constantinopel immer mögliche Überraschungen in ein Abenteuer hineingezogen zu werden. Ich bin überzeugt, dass diese Consideration bei dem politischen Calcul des Königs eine Rolle spielt; anderseits ist es aber nur natürlich, dass Höchstderselbe, trotzdem er sich mit dem Cabinet Radoslawow zu solidarisieren erklärt, doch auch — namentlich mit Rücksicht auf die letzten Sobranje-Wahlen — die Möglichkeit ins Auge fasst, wieder eine Schwenkung ins russische Fahrwasser machen zu müssen, was ja unvermeidlich ist, wenn einmal die Türkei dem russischen Liebeswerben nicht mehr widersteht. Träte dies ein, dann wäre eine Situation gezeitigt, die mir von Gefahren aller Art voll zu sein scheint, und ich frage mich, durch welche Mittel es heute noch möglich wäre, die

Türkei und mit ihr wohl den ganzen Balkan vor den russischen Klauen zu retten. Der einzige Ausweg scheint mir eine nachdrückliche, offenkundige Unterstützung seitens der Dreibundmächte der Türkei und Bulgariens: denn dies würde diesen beiden Ländern das Gefühl der Isoliertheit nehmen und Kraft geben; wie anderseits die Politik Russlands ihnen gegenüber eine andere werden müsste, in dem Moment, wo man in Petersburg darüber keinen Zweifel mehr haben könnte, dass hinter Constantinopel und Sofia die ganze Macht des Dreibundes steht. Sollte dies nicht möglich sein, so wird sich die Frage aufwerfen, ob nicht eine Änderung in den grossen Richtlinien unserer Politik wird ins Auge gefasst werden müssen. Pallavicini.

[a]) Vgl. n. 9560, 9577, 9595.

Nr. 9551. Bericht aus Konstantinopel, 4. April 1914 Nr. 24 B (eing. 7. April).[a]) Ausfert.

Vorgestern fand hier die Gründung eines Comités für eine türkisch-französische Annäherung statt, dessen Zusammensetzung aus der Beilage[b]) ersichtlich ist. Diese Gründung ist auf die Initiative des Marine-Ministers Djemal Pascha zurückzuführen, welcher in letzter Zeit auch andere Beweise seiner grossen Francophilie gegeben hat. Der constituierenden Versammlung, die im Marine-Ministerium abgehalten wurde, wohnten Djemal Pascha und zwei Secretäre der französischen Botschaft bei. Das Comité sieht in seinem Programm die wirtschaftliche Annäherung beider Länder, sowie gegenseitige Studienreisen und Conferenzen vor. Mag auch bei der Gründung des französisch-türkischen Comités Stimmungsmacherei aus Anlass der grossen türkischen Anleihe ein gut Teil haben, so scheint mir die zeitliche Coincidenz seiner Constituierung mit jener des russisch-türkischen Annäherungscomités (mein Bericht Nr. 21 A v. 26. v. M.)[c]) immerhin bemerkenswert. Pallavicini.

[a]) Vgl. n. 9580. — [b]) Nicht abgedruckt. — [c]) Dieser hier nicht abgedruckte Bericht handelt über die erste Versammlung des Komitees für eine russisch-türkische Annäherung. Vgl. n. 9515.

Nr. 9552. Bericht aus Konstantinopel, 4. April 1914 Nr. 24 C (eing. 7. April).[a]) Ausfert.

In meiner telegrafischen Berichterstattung[b]) über die Mission General Coandas habe ich die Vermutung ausgesprochen, dass Russland bei derselben die Hand im Spiele habe. Diese Annahme musste mir durch die Art und Weise suggeriert werden, wie der Grossvezir und Talaat Bey mir gegenüber sich über den Besuch General Coandas äusserten. Während der Grossvezir sonst immer, wie Euer Exzellenz aus meiner Berichterstattung erinnerlich sein dürfte, speciell über Rumänien und seine diesbezüglichen Pläne sich sehr offen aussprach, — hat er mir doch erst kürzlich von seinen an den türkischen Gesandten in Bukarest gerichteten geheimen Instructionen gesprochen — war Said Halim Pascha, als wir auf den Besuch Coandas zu sprechen kamen, sichtlich bemüht, denselben so darzustellen, als ob er jeder politischen Bedeutung entbehre und lediglich auf private Motive und allenfalls einige militärische Besichtigungen zurückzuführen sei. Auch

Talaat Bey, der früher stets ausführlich über seine Reisepläne nach Bukarest mit mir sprach, verschanzte sich diesmal hinter allgemeinen Phrasen und erwähnte mir auch nicht den Brief Take Jonescus an ihn, den General Coanda während eines langen Besuches, den er mir abstattete, zugab, Talaat Bey überbracht zu haben. *c)* Wie ich von anderer Seite höre, war dieser Brief eine Antwort auf ein seiner Zeit von Talaat Bey an Take Jonescu gerichtetes Schreiben. Musste also die eben erwähnte so reservirte Haltung der türkischen Staatsmänner in mir den Gedanken aufkommen lassen, dass sie in der Inselfrage sich mehr von Russland als von den Dreibundmächten erwarten, so habe ich auch aus meiner Unterredung mit General Coanda den Eindruck, dass bei der ihm zugefallenen Mission Einflüsse mitspielen, die uns sicherlich nicht freundlich gesinnt sind. Trotzdem General Coanda sehr genau weiss, dass ich in hohem Masse das Vertrauen Seiner Majestät König Carols besitze, obwohl er meine ausgezeichneten Beziehungen zu Bratianu, dessen Grüsse er mir überbrachte, und zu Take Jonescu kennt, war der rumänische General mir gegenüber bestrebt, wie ich Euer Exzellenz ebenfalls telegrafisch *d)* berichtete, seine hiesige Anwesenheit als eine ganz private, seine häufigen Besprechungen mit den türkischen Staatsmännern als rein zufällige hinzustellen. Diese Version entspricht — darüber kann nunmehr kein Zweifel bestehen — nicht den Tatsachen; worin freilich die Mission des Generals Coanda besteht, war bis jetzt noch nicht zu eruiren, und auch mein russischer College, dessen häufiger Verkehr mit dem General auffallen musste, schützt mir gegenüber vor, über die faits et gestes desselben nicht informirt zu sein. Während seines langen Besuches bei mir sprach mir General Coanda ausführlichst über die inneren Verhältnisse Rumäniens; was dessen äussere Politik anlangt, zeigte er sich aber äusserst zurückhaltend; bloss über die rumänisch-bulgarischen Beziehungen liess er sich des näheren aus und ich konnte seinen Worten entnehmen, dass das Misstrauen, um nicht zu sagen, die Angst Rumäniens gegenüber Bulgarien noch ungemindert fortbesteht. Aus meinem fast zweistündigen Gespräch mit Coanda gewann ich die bestimmte Impression, dass unsere Beziehungen zu Rumänien nicht mehr die alten sind. General Coanda hat sich am 2. l. M. nach Athen eingeschifft, wo er nur einige Stunden sich aufhalten zu wollen mir sagte. Pallavicini.

a) Vgl. n. 9556. — *b)* n. 9538, 9539, 9540, 9541. — *c)* Vgl. n. 9538, 9541. — *d)* n. 9541.

Nr. 9553. Bericht aus Konstantinopel, 4. April 1914 Nr. 24 D (eing. 7. April).a) Ausfert.

Streng vertraulich. Herr Toscheff erzählte mir unlängst, Herr Bompard hätte sich ihm gegenüber, die Haltung Rumäniens betreffend, dahin geäussert, dass so lange König Carol lebe, eine Schwenkung Rumäniens zur Entente wohl nicht zu erwarten sei; jedoch werde nach dem Tode des Königs diese Änderung der auswärtigen Politik Rumäniens mit Bestimmtheit eintreten. Herr Bompard meint sogar, dass selbst König Carol, wenn ein acuter Conflictsfall eintreten sollte, nicht mehr dem Drucke der öffentlichen Meinung in seinem Lande widerstehen könnte und sich auf Seite der Tripelentente

werde stellen müssen. Diese Äusserungen meines französischen Collegen scheinen mir umso beachtenswerter, als Herr Bompard in seinen Gesprächen bekannt vorsichtig ist, und ich daher allen Grund habe anzunehmen, dass seine Ansichten über Rumänien sich mit jenen des Quai d'Orsay decken. Im Zusammenhange mit Vorstehendem möchte ich nicht unerwähnt lassen, dass der hiesige rumänische Militärattaché einem Mitglied der Botschaft gegenüber sich dahin aussprach, die griechische Heirat würde in Rumänien nie populär sein, es lägen zu viel Ereignisse in der Vergangenheit zwischen den beiden Ländern, als dass sie zu aufrichtiger Freundschaft kommen könnten, die zwischen Bulgarien und Rumänien aber mit der Zeit ganz wohl denkbar sei. Die Verlobung des Kronprinzen jedoch mit der Zarentochter werde in ganz Rumänien Jubel auslösen; denn das rumänische Volk sei russenfreundlich und namentlich die Bauern in der Moldau erblicken in Russland „la grande libératrice". Pallavicini.

a) Vgl. n. 9619.

Nr. 9554. Bericht des Militärattachés in Belgrad, 5. April 1914 Res. Nr. 61 (eing. als Einsichtsstück des Chefs des Generalstabs vom 9. April Nr. 1091 am 20. April). Abschrift.

Die politischen Bestrebungen und Wandlungen in Serbien können für die Monarchie nur mehr insoferne Interesse besitzen, als sie das Verhältnis des Königreiches zu seinen übrigen Nachbarn und seine innere Entwicklung betreffen. Denn die Beziehungen Serbiens zur Monarchie sind ja in einer über jeden Zweifel erhabenen Weise klargestellt; es würden auch nur große, durchgreifende Änderungen imstande sein, die ablehnende, feindselige Haltung des „serbischen Piemonts" zu beeinflußen. Bezüglich der Relationen Serbiens zu den anderen Balkanstaaten konnten in der letzten Zeit nur betreffs Bulgarien, Montenegro und Albanien erwähnenswerte Wahrnehmungen gemacht werden. Das Verhältnis zu Bulgarien hat sich in keiner Weise gebessert, scheint vielmehr gerade jetzt eine neuerliche Verschärfung zu erfahren. Die Ursache liegt einerseits in der von bulgarischer Seite neuerlich eingeleiteten Aktion der Banden in Makedonien, andererseits in dem rücksichtslosen, auf vollkommener Rechtslosigkeit der Nicht-Serben basierenden Auftreten der serbischen „Befreier" gegenüber den Makedo-Bulgaren. Während diese Bandenbewegung für Bulgarien keine besondere Leistung bedeutet, im Gegenteile beschäftigungslosen Flüchtlingen gewinnbringende Arbeit bietet, zwingt sie Serbien zu außerordentlichen, kostspieligen militärischen Maßnahmen. Die hiedurch bedingte Spannung wird durch die gehässigen Kommentare der beiderseitigen Presse noch geschürt. Bezüglich Montenegros scheint hier zwar allmählich, aber konsequent auf dessen Vereinigung mit Serbien hingearbeitet zu werden. In meiner bisherigen Berichterstattung wurde darauf hingewiesen, daß man von Seiten des offiziellen Serbiens diese Frage bei Lebzeiten des Königs Nikolaus nicht für akut hält; König Peter selbst hatte sich diesbezüglich rückhaltslos geäußert. Da ist anscheinend auch keine Änderung eingetreten; trotzdem unterläßt man nichts, was im Interesse einer Annäherung und

einer Vorbereitung der seinerzeitigen Vereinigung gelegen ist. Alle serbisch-montenegrinischen Fragen werden jetzt mit Samthandschuhen angefaßt und alle montenegrinischen Sorgen als die eigenen angesehen. Mit dem gleichen Interesse, als ob es sich um eigenes Territorium handeln würde, verfolgte man hier die Erledigung der Zwischenfälle an der bosnisch-herzegowinischen Grenze. Auch die Lovčen-Frage löste hier die gehässigsten Kommentare gegenüber der Monarchie aus; die aus der italienischen Presse stammende Nachricht, die Erwerbung des Lovčen würde für Italien einen casus belli bedeuten, brachten die hiesigen Zeitungen in auffallendem Drucke! Charakteristisch für den hiesigen Gedankengang war ein Leitartikel der „Stampa", in welchem dem montenegrinischen Erbprinzen bewiesen wurde, er könne sich nur durch eine rechtzeitige, freiwillige Abdankung einen würdigen Denkstein in der Geschichte setzen. Bemerkenswert erscheint schließlich auch ein im Einvernehmen mit dem auswärtigen Amte publizierter Erlaß des Kriegsministers, daß in Hinkunft in die Grenztruppe und in die Unteroffiziersschulen auch Montenegriner unter den gleichen Bedingungen wie serbische Untertanen aufgenommen werden können. Das Verhalten Serbiens gegenüber Albanien, besser gesagt gegenüber der albanischen Bevölkerung diesseits und jenseits der Grenze, ist nach wie vor von der Absicht geleitet, das albanische Element auszurotten und das Entstehen des albanischen Staatswesens zu erschweren. Was sich jetzt wieder im serbisch-albanischen Grenzgebiete abspielt, entzieht sich der europäischen Kontrolle. Doch selbst die aus serbischen Quellen stammenden Nachrichten lassen keinen Zweifel zu, daß die menschenunwürdige Ausrottungspolitik in den albanischen Distrikten fortgesetzt wird. Die serbische Unversöhnlichkeit gegenüber allem, was albanisch ist, wird selbst im Regierungsorgan offen einbekannt; man hat es noch immer nicht verschmerzt, daß die Monarchie im verflossenen Herbste durch ihr Ultimatum „Serbien in seiner Selbstverteidigung, in seinem Grenzschutze störte, dadurch, daß man es zwang, die „„„strategischen"" Positionen aufzugeben." Es dürfte nicht Wunder nehmen, wenn Serbien ähnlich wie im Herbste 1913 neue Grenzkämpfe mit den Albanesen provoziert; derzeit dürfte sie hievon vielleicht die große eigene Erschöpfung, die unter den Truppen bestehende bemerkenswerte Abneigung gegen die Kämpfe mit den Albanesen, vor allem jedoch das allgemeine Friedensbedürfnis und die Scheu der großen Masse der Bevölkerung vor jedem neuen Abenteuer abhalten ... *Innerpolitische Verhältnisse Serbiens.* ... Gellinek.

Nr. 9555. Tel. aus Bukarest, 6. April 1914 Nr. 137 (eing. 11 U. p. m.).[a] *Entziff.*

Herr Bratiano über die geplante Erklärung Euer Exzellenz. Der Auftrag Euer Exzellenz Telegrammes Nr. 88 vom 3. dieses Monats wurde von mir, wie bereits gemeldet, schriftlich vollführt und die Kopie meines diesbezüglichen Privatbriefes Hochdenselben am 3. dieses Monats sub Zahl 28 A[b]) eingesendet. Bratiano suchte mich soeben auf, um mir mitzuteilen, dass er gegen die im erwähnten Brief mitgeteilte Fassung der geplanten Erklärung Euer Exzellenz in den Delegationen die grössten Bedenken hege. Die

Regierung könne nicht ihr „Bedauern" aussprechen, da sie keine Schuld an den Vorgängen trage. Den zweiten Passus „Le gouvernement a déclaré sa ferme résolution d'entretenir les meilleures relations avec la monarchie" fand Ministerpräsident richtig. Es entwickelte sich eine ziemlich erregte Konversation, wobei ich Herrn Bratiano seine passive Rolle, die fast an eine Unterstützung streife, vorwarf und auf die volle Berechtigung der Wünsche Euer Exzellenz hinwies. Bratiano gab schliesslich die Notwendigkeit einer Erklärung Euer Exzellenz in den Delegationen zu und will mir nach Konferenz mit Porumbaro jene Fassung, die ihm richtig erscheint, senden. Ich machte ihn aufmerksam, dass eine Fassung, die so mild ist, dass sie die Tätigkeit der Demonstranten eher zu entschuldigen als zu verurteilen scheint, von Euer Exzellenz nicht akzeptiert werden könne. Herr Bratiano versprach, allernächster Tage mir die ihnen konvenierende Formel zu bringen. Betreffs Bogdan Duica[c]) will Bratiano von einer Massregelung desselben nichts wissen, da er denselben dadurch „zu dem Opfer" stempeln und neue Komplikationen hervorrufen würde. Auf meine wiederholte sehr dringliche diesbezügliche Forderung erklärte sich Ministerpräsident bereit zu erreichen, dass der erwähnte Professor eine öffentliche abschwächende Erklärung abgäbe, dass diese jedoch einen direkten Widerruf enthalte, wollte er nicht versprechen. Ottokar Czernin.

[a]) Vgl. n. 9546, 9557, 9558, 9566. — [b]) Mit Bericht Nr. 28 A, 3. April 1914 (eing. 5. April) wurde aus Bukarest eine Kopie des Privatschreibens Czernins an Porumbaro vom 3. Apr. vorgelegt. Die entscheidende Stelle der beabsichtigten Erklärung Berchtolds in den Delegationen lautet: „Que le Gouvernement Royal Roumain tout en regrettant les faits susmentionnés a déclaré sa ferme résolution d'entretenir les meilleures rélations avec la Monarchie austro-hongroise." — [c]) Vgl. n. 9546.

Nr. 9556. Tel. aus Konstantinopel-Pera, 6. April 1914 Nr. 138 (eing. 7. April 9 U. a. m.).[a]) Entziff.

Zu meinem heute eintreffenden Bericht Nr. 24.[b]) Habe heute abermals versucht, Grossvezir über die Reise Coandas auszuholen. Said Pascha stellt wieder jede Mission des rumänischen Generals in Abrede, leugnet aber nicht, dass letzterer mit ihm und türkischen Ministern Besprechungen über pendente Fragen gehabt. Über Inhalt dieser Konversationen hüllte sich Grossvezir nach wie vor in Schweigen. Habe neuerlich Impression, dass irgend ein Grund vorliegen muss, um mir wahren Zweck Reise Coandas zu verheimlichen. Pallavicini.

[a]) Vgl. n. 9562, 9563. — [b]) Richtig Nr. 24 C vom 4. April = n. 9552.

Nr. 9557. Tel. nach Bukarest, 8. April 1914 Nr. 91 (chiffr. 10 U. 30 M. p. m.).[a]) Konz. (S. Forgách; G. Berchtold).

Zu Euer Exzellenz Telegramme Nr. 137 und 139. Der Wunsch der rumänischen Regierung, das von ihr ganz spontan ausgedrückte „Bedauern" nunmehr unerwähnt zu lassen, erscheint mir unberechtigt und unannehmbar. Falls wir Anlass gehabt hätten anzunehmen, dass die rumänische Regierung an den Demonstrationen Schuld trage, hätten wir Entschuldigungen fordern

müssen und würde ich es begreifen, dass der rumänischen Regierung deren eventuelle öffentliche Erwähnung wegen der Rückwirkung in ihrem eigenen Lande unerwünscht gewesen wäre. Der Ausdruck des Bedauerns ist ein geradezu selbstverständlicher Akt internationaler Courtoisie und geschieht stets, wenn in irgend einem Lande unfreundliche Demonstrationen, Angriffe im Parlament und so weiter gegen einen befreundeten Staat stattfinden. Es ist dies einfach der Ausdruck dessen, dass sich eine Regierung nicht mit den Angriffen gegen einen anderen befreundeten Staat identificirt. Euer Exzellenz wollen in diesem Sinne persönlich mit dem Herrn Minister-Präsidenten sprechen und ihm sagen, dass, im Falle die Angelegenheit in den Delegationen zur Sprache gebracht werden würde, es das mindeste Erfordernis wäre, dass ich antworten könne, die rumänische Regierung habe selbstverständlich die Demonstrationen und die Angriffe gegen die Monarchie nicht gebilligt, sondern im Gegentheil bedauert. Durch das Unterlassen des „Bedauerns" würde die rumänische Regierung sich geradezu mit den Excessen der Culturliga indentificirt haben. Dies ist ihr sofort so einleuchtend gewesen, dass der Minister des Äußern spontan und wiederholt (Telegramm Euer Exzellenz Nr. 137) Euer Exzellenz das Bedauern ausgesprochen hat. Ich kann daher der nachträglichen Zurückziehung der Erklärungen des Ministers nicht zustimmen. Euer Exzellenz wollen meine vorstehenden Ausführungen nachdrücklichst Herrn Bratiano gegenüber verwerthen und ich nehme es als sicher an, dass Euer Exzellenz ihn von deren Berechtigung überzeugen werden. Die von Euer Exzellenz in Ihrem mit Bericht Nr. 28 A[b]) vorgelegten Schreiben benützte Wendung „les meilleurs relations" würde ich lieber durch die Euer Exzellenz Telegramm Nr. 127 conformen Worte „ferme résolution de maintenir les relations amicales existant entre l'Autriche-Hongrie et la Roumanie" ersetzt sehen. Ich ersuche um telegrafische Berichterstattung über Ihre Unterredung mit dem Minister-Präsidenten.

[a]) Vgl. n. 9566, 9567. — [b]) Vgl. n. 9555 Anm. b.

Nr. 9558. Tel. aus Bukarest, 8. April 1914 Nr. 139 (eing. 5 U. 30 M. p. m.).[a]) Entziff.

Mit Bezug auf mein Telegramm Nr. 137 vom 6. dieses Monats. Die Regierung will das Wort „Bedauern" unbedingt vermieden haben. Minister des Äussern hat mir einen an mich gerichteten Brief übergeben, worin der Standpunkt betont ist, dass die Regierung nicht mit den Trägern der Demonstration verwechselt werden dürfe und durch die freien Gesetze des Landes verhindert sei, anders vorzugehen, als sie vorgegangen ist. Gegen Betonung der Absicht, die besten Beziehungen mit der Monarchie aufrechtzuerhalten, nichts einzuwenden. Der Brief Porumbarus geht heute durch sichere Gelegenheit an Euer Exzellenz ab. Betreffs Bogdan Duica[b]) versprach mir Porumbaru auf erneuertes Verlangen meinerseits, Bogdan Duicas „entschuldigende Erklärung" werde nächster Tage in den Blättern erscheinen.

Ottokar Czernin.

[a]) Vgl. n. 9557. — [b]) Vgl. n. 9546.

Nr. 9559. Bericht aus Cetinje, 8. April 1914 Nr. 23 B (eing. 11. April).[a] Ausfert.

Vertraulich. Ich habe in meinem Berichte Nr. 21 B[b] vom 1. d. M. einen Ausspruch des russischen Geschäftsträgers zitiert, des Sinnes, dass er mit seinen Bemühungen zur Wiederherstellung der früheren guten Beziehungen Russlands zu Montenegro durchgedrungen zu sein glaube. Seither ist Herr Obnorsky, als er dieser Tage bei mir zu Gaste war, spontan auf den Gegenstand zurückgekommen, ohne mir jedoch viel Neues zu sagen. Erwähnenswert scheint mir bloss seine Bemerkung, dass er diesen seinen Erfolg einer in Petersburg mit Bezug auf die äussere Politik sehr einflussreichen Persönlichkeit im Auslande verdanke. Er nannte keinen Namen, doch bin ich sicher, dass er damit Herrn Iswolsky meinte. Der Minister des Äussern ist auf Russland schlecht zu sprechen oder scheint zum mindesten diesen Eindruck bei mir hervorrufen zu wollen. Solange er Minister sei, werde er das frühere Schaukelspiel nicht dulden und als nüchterner Realpolitiker in erster Linie und vor allem Anlehnung an die mächtige Nachbarmonarchie suchen, ohne die sein kleines, schwaches Land auf die Dauer nicht leben könne. Ich kenne Herrn Plamenac seit zu kurzer Zeit, um mir ein Urteil über die Aufrichtigkeit und den Wert seiner monarchiefreundlichen Gefühlsausbrüche, mit welchen er mir gegenüber nicht geizt, zu erlauben. Otto.

[a] Vgl. n. 9486, 9695, 9696. — [b] Mit Bericht Nr. 21 B, 1. April 1914 (eing. 4. April) wurde aus Cetinje gemeldet, der russische Geschäftsträger habe Otto gegenüber vor kurzem sich über die panslawistischen Strömungen in Petersburg beklagt, die es seiner Regierung erschwerten, sich offen zu einer montenegrinischen Politik zu bekennen, jetzt aber mit Befriedigung mitgeteilt, daß er gesiegt habe und Reaktivierung der Subventionen und die Entsendung einer russischen Offiziersmission bevorstehen.

Nr. 9560. Tel. des Legationsrates Grafen Otto Czernin aus St. Petersburg, 8. April 1914 Nr. 97 (eing. 3 U. 30 M. p. m.).[a] Entziff.

Der hiesige italienische Botschafter hat seiner Regierung gemeldet, dass er in letzter Zeit Zeichen einer Tendenz der russischen Regierung sieht, die Türken an die Entente heranzuziehen. Der italienische Botschafter in Konstantinopel hätte diese Wahrnehmung von dortaus bestätigt. Nach Ansicht Marquis Carlottis handelt es sich um eine der französischen Initiative entsprungene Idee, den durch die Militärmission zunehmenden deutschen Einfluss zu konterkarrieren. Der russisch-türkische Annäherungsverein in Konstantinopel[b] werde durch das offizielle Russland gestützt und gefördert. Meiner unmassgeblichen Meinung nach dürfte sich in der Hauptlinie der russischen Orientierung nichts geändert haben und es sich lediglich um momentane Schwankungen ohne dauernde Bedeutung handeln. Otto Czernin.

[a] Vgl. n. 9550. — [b] Vgl. n. 9515.

Nr. 9561. Bericht des Legationsrates Grafen Otto Czernin aus St. Petersburg, 26. März/8. April 1914 Nr. 18 (eing. 15. April).[a] Ausfert.

Die letzten Tage standen unter dem Zeichen des Besuches des rumänischen Thronfolger-Paares und seines Sohnes als Brautwerber. Die durch

die Presse ganz Europas etwas vorschnell verbreiteten Nachrichten einer Verlobung des Prinzen Karol mit einer der Töchter des Zaren haben sich nicht bewahrheitet. Es steht fest, dass ein solcher Plan ernstlich ventiliert, von rumänischer Seite erhofft und auch vom Minister des Äussern Herrn Sazonow unterstützt wurde. Das persönliche Moment hat jedoch den Ausschlag gegeben und die ältere der beiden Grossfürstinnen, welche diesmal in Betracht kam, hat den Plan abgelehnt. Das Refus scheint ein so dezidiertes gewesen zu sein, dass mit einer endgiltigen Begrabung des wichtigen Projektes gerechnet werden kann. Der Empfang, den die rumänischen Hoheiten hier hatten, war der denkbar freundlichste. Seine Majestät der Kaiser scheint Sich, den Äusserungen Ihrer Königlichen Hoheiten nach, ganz besonders liebenswürdig gezeigt zu haben und die Pressäusserungen lassen an Wärme nichts zu wünschen übrig. Am letzten Sonntag wohnte Seine Königliche Hoheit der Kronprinz der in der Botschafts-Kapelle gelesenen stillen Messe bei. Es war gewiss kein Zufall, wenn der Demonstrationszug der Kultur-Liga in Bukarest vor die russische Gesandtschaft zeitlich mit dem hiesigen Besuche des Thronfolgerpaares zusammenfiel. Vom Moment an, wo es sich herausstellte, dass das Heiratsprojekt missglückt sei, wurden rumänischerseits zwei Versionen als Rückzugsdeckung ausgegeben: die eine war die Angst vor der „hessischen Krankheit" und die zweite die Jugend des Prinzen Karol und sein angeblicher Wunsch, seinen mehrjährigen Aufenthalt in Berlin fortzusetzen. Die Gefahr einer dynastischen Beeinflussung der rumänischen Politik durch Russland ist heute sonach nicht mehr aktuell. Ob für uns nicht ein anderer orthodoxer Brautwerber aus dem Balkan, der sich schliesslich doch einmal mit mehr Glück einfinden könnte, ebenso unerwünscht wäre, bleibt dahingestellt. Das Thronfolger-Paar hat heute die Rückreise nach Bukarest über Ungeni angetreten. Otto Czernin.

[a]) Vgl. n. 9536.

Nr. 9562. Tel. nach Konstantinopel, 9. April 1914 Nr. 85 (chiffr. 5 U. 30 M. p. m.).[a]) Konz. (S. und G. Berchtold).

Wie mir Hilmi Pascha gelegentlich einer kürzlichen Unterredung erwähnte, hätte die Mission General Coandas bezweckt, einen Ausgleich zwischen der Türkei und Griechenland herbeizuführen. Dieses Ziel sei jedoch nicht erreicht worden, da es völlig ausgeschlossen sei, daß sich die Türkei zu einer Verständigung auf dem gedachten Gebiete bereitfinden könnte. Der Gedanke, welcher der Vermittlungsaktion zugrunde gelegen sei, erscheine daher als „Absurdität". Herr von Szilassy meldet gleichfalls, daß seinen, an kompetenter Stelle erhaltenen Informationen zufolge die Mission Coandas ergebnislos geblieben sei. Berchtold.

[a]) Vgl. n. 9556, 9563, 9571.

Nr. 9563. Tel. aus Konstantinopel-Pera, 9. April 1914 Nr. 143 (eing. 5 U. 30 M. p. m.).[a]) Entziff.

Mission Coanda und Orientierung türkischer Politik. Bulgarischer Gesandter teilt mir mit, Enver Pascha hätte ihm gesagt, General Coanda

habe mit ihm (Enver) über Inselfrage gesprochen, aber auch sondiert, ob Türkei geneigt wäre, mit Rumänien, Griechenland und dessen Verbündeten in nähere Beziehungen zu treten. Enver will geantwortet haben, dass die Türkei in keine Kombination eintreten könne, welche nicht auch Bulgarien in sich begreife, worauf Coanda meinte, zwischen Rumänien und Bulgarien bestehe noch grosse Kluft. Enver sagte dem bulgarischen Gesandten weiter, Türkei müsse unbedingt wieder in den Besitz der Inseln gelangen; er sei nach wie vor für enge Verständigung mit Bulgarien; Türkei und Bulgarien würden, falls sie sich auf Tripelallianz stützen könnten, so gewaltigen Block darstellen, dass Rumänien gezwungen wäre, sich demselben anzuschliessen Türkei könne nicht länger isoliert bleiben; Moment, sich zu entscheiden, nahe. Enver wolle mich und deutschen Botschafter demnächst besuchen und uns Situation darlegen. Pallavicini.

[a] Vgl. n. 9556, 9562, 9571, 9578.

Nr. 9564. Bericht aus Belgrad, 10. April 1914 Nr. 54 A (eing. 11. April). Ausfert.

Vertraulich. Ich habe die gestrige Demarche bei Ministerpräsident Pašić wegen der Orientbahnen benützt, um dessen Ansicht über das gegenwärtige Verhältnis Serbiens zu Albanien zu hören. Herr Pašić konnte oder wollte mir nichts neues sagen, immerhin sind seine Äusserungen eine oft direkte, manchmal eine indirekte und unschwer zu commentierende Bestätigung der bisherigen Wahrnehmungen über die unversöhnliche Ausrottungs-Politik, welche Serbien gegenüber seinen neuen albanischen und bulgarischen Unterthanen eingeschlagen hat. Der Ministerpräsident erklärte, dass er von der Stabilität der Zustände in Albanien nichts halte; das Schiessen an der Grenze höre nicht auf und Serbien musste auf den Schutz seines Territoriums und der Ruhe bedacht sein. Dies erfordere wesentliche Anstrengungen und Geldopfer, die Grenze sei aber jetzt militärisch vollkommen gesichert und man könne den Ereignissen beruhigt entgegensehen. Serbien wolle nur den Frieden. Ein grösseres Übel als die unruhige albanische Bevölkerung seien aber die bulgarischen Flüchtlinge und Banden, welchen Albanien Asyl und Unterstützung biete; die serbische Regierung sei dieserhalb auch bei der albanischen Regierung vorstellig geworden. Der Albanese habe noch keinerlei Gefühl der nationalen Zusammengehörigkeit und anerkenne nur die Solidarität des Clan; es soll bei den Kämpfen im Epirus vorgekommen sein, dass ein Stamm, der gegen die Griechen zu Felde zog, in den übrigen albanischen Kämpfern einen feindlichen Tribus erkannt habe und sich statt gegen den gemeinsamen Feind gegen denselben wandte. Der Albaner kenne weder Treue noch Glauben und Serbien musste seine albanesenfreundliche Politik, die mit Hinterhältigkeit und Undank gelohnt wurde, — in Dibra seien die Serben sogar eifersüchtig auf die den Albanesen zugewendete Bevorzugung geworden — aufgeben und zur Strenge Zuflucht nehmen. Im Kreise Prisren musste die Bewilligung zum Überschreiten des Drin zwecks Bebauung der Felder nach den jüngsten Ereignissen eingestellt oder beträchtlich eingeschränkt werden, weil dieselbe

zum Waffenschmuggel und zur Aufhetzung der Bevölkerung missbraucht wurde. Das militärische Commando habe nunmehr über die Erteilung dieser Bewilligung, welche nur ausnahmsweise erteilt werden dürfe, zu entscheiden. Die militärischen Commandanten an der Grenze hätten die Weisung erhalten, Banden, welche die Grenze überschreiten, womöglich nicht gleich an derselben zurückzuweisen, sondern zu trachten, sich dieser Leute zu bemächtigen. In der richtigen Lesart wird damit die mir schon vor längerer Zeit zugekommene Information bestätigt, dass die Grenzcommandanten Befehl erhielten, albanische oder bulgarische Banden weit in serbisches Gebiet vordringen zu lassen, ihnen den Rückzug abzuschneiden und sie zu massakrieren. Ich bemerkte meinem Mitredner, dass die grosse Zahl der auf albanischem Boden weilenden bulgarischen Flüchtlinge, welche meist aus der Gegend von Ochrida und Dibra stammen, naturgemäss auf Bedrückungen durch die serbischen Behörden zurückgeführt werden müsse, welche ja auch der Anlass zu den Unruhen von Ostrozub gewesen sein sollen. Wie zu erwarten, bestritt Herr Pašić diese Folgerung entschieden und betonte nochmals die Friedensliebe Serbiens und das correkte Vorgehen der serbischen Behörden. Die Unruhen von Ostrozub hätten allerdings zahlreiche Opfer gefordert. Bei dieser Gelegenheit erinnerte sich auch der Ministerpräsident, dass ich seinerzeit nach dem Einlangen der Alarmnachricht aus Üsküb, dass in den Dörfern um Kumanovo die albanische und bulgarische Bevölkerung massakriert würde, den Generalsekretär Gruić darüber interpelliert und zur Antwort erhalten habe, dass bei Kumanovo alles ruhig wäre. Er, Pašić, könne mir diese Antwort bestätigen, bei Kumanovo sei alles ruhig, und die dortige Bevölkerung, ohne Unterschied der Nationalität, wie übrigens in ganz Neuserbien mit den neuen Verhältnissen zufrieden. Vor längerer Zeit musste allerdings bei Kumanovo gegen einzelne Helfershelfer der Banden energisch eingeschritten werden, doch diese Strenge habe nur einzelne Hauptschuldige getroffen und diese Zwischenfälle seien längst vorüber. Herr Pašić erwähnte noch das ungeregelte Verhältnis zwischen der serbischen und der albanesischen Regierung, indem nicht einmal die Thronbesteigung des Fürsten Serbien notifiziert worden sei. Diesen scheinbar begründeten Ausführungen des Herrn Pašić, dem gewandten Meister der Unterstellung und der gewissenlosen Lüge, gegenüber präsentiert sich die Lage in Neuserbien und die innere Politik Serbiens in Wirklichkeit doch in einem anderen Lichte. Glaubhaft und aufrichtig sind wohl nur das Bedauern über die Opfer, welche Serbien trotz des eingetretenen Friedens für die Behauptung seiner neuerworbenen Gebiete bringen muss und noch lange bringen wird. Die Nachrichten aus Neuserbien lauten fortdauernd ungünstig. Die Gewalttaten der serbischen Behörden und Truppen, Plünderung, Brandlegung und Exekutionen halten die Bevölkerung in Schrecken und bewirken ein Anwachsen der Auswanderung aller nichtserbischen Elemente, der Mohammedaner, Albanesen und Bulgaren, trotzdem letztere von ihrer Regierung zum Ausharren verhalten werden. Aber auch die serbische Bevölkerung ist von Zufriedenheit weit entfernt, die Steuern sind drückend, die Teuerung masslos gestiegen. Die Propaganda zur Einwanderung aus den serbischen Gebieten der Monarchie hat bisher keinerlei nennenswerte Resultate ergeben.

Die serbische Regierung hat auch ausser Versprechungen für die Hebung der Volkswohlfahrt in Neuserbien noch fast nichts getan, wohl auch in dem Übergangsstadium nach dem Kriege und bei dem Mangel grösserer Geldmittel noch kaum erhebliches tun können. Aus diesen so wenig günstigen Verhältnissen resultiert aber eine momentan aufrichtige Friedensliebe, welche auch in der Gesamtbevölkerung und der Armee dominiert, — Serbien will Ruhe haben, weil es einen Kampf jetzt nicht führen kann; diese Tatsache und die Schwächung Serbiens durch den territorialen Zuwachs, in militärischer und ökonomischer, kurz in politischer Beziehung, noch auf Jahre hinaus und die Bindung der besten militärischen und Finanz-Kräfte Altserbiens zur Behauptung der neuen Gebiete sind beruhigende Momente bei Beurteilung der gegenwärtigen Lage Serbiens. Giesl.

Nr. 9565. Privatschreiben nach Bukarest, 10. April 1914 Nr. 1595.a) Konz. (S. Berchtold u. Kinsky; G. Berchtold).

Geheim. Den Intentionen Euer Exzellenz entsprechend hat mir Oberst Hranilović den geheimen Bericht vom 2. d. M. Nr. 27 persönlich übergeben und die Ausführungen desselben durch mündliche Erläuterungen in schätzenswerter Weise ergänzt. Wenn ich die hieraus gewonnenen Eindrücke zusammenfasse, so ließe sich die Auffassung Euer Exzellenz dahin interpretieren, daß, während wir nach wie vor unverbrüchlich auf dem Boden unserer bestehenden Verträge mit Rumänien stehen und fest entschlossen sind, denselben im Ernstfalle voll und ganz nachzukommen, auf ein gleich loyales Einstehen Rumäniens bei Eintritt des casus foederis nicht nur derzeit nicht mehr zu rechnen, vielmehr auch wahrzunehmen ist, daß sich die im Lande verbreitete feindselige Stimmung gegen die Monarchie von Tag zu Tag mehr akzentuiert, ohne daß die Regierung das Geringste tut, den Strom einzudämmen, so daß für die Zukunft Rumänien sogar als feindseliger Faktor in unser Kalkul eingestellt werden müßte. Euer Exzellenz ziehen daraus erneuert den Schluß, daß etwas geschehen müsse, um diese für Rumänien vorteilhafte, für die Monarchie gefahrdrohende Situation zu sanieren oder zum mindesten dieselbe in unzweideutiger Weise klarzulegen. Andererseits muß ich konstatieren, daß sich Euer Exzellenz — infolge teilweiser irrtümlicher Auslegung der Ausführungen des geheimen Erlasses Nr. 1286 vom 26. v. M. — anscheinend im Glauben befinden, daß wir uns von dem Ernste der Sachlage nicht hinreichend Rechenschaft geben und zur Besserung unseres Verhältnisses zu Rumänien inadaequate Mittel zur Anwendung bringen. Um weiteren Mißverständnissen vorzubeugen, möchte ich vor allem feststellen, daß wir uns über die Ungunst der in Betracht stehenden Verhältnisse vollkommen im klaren sind und der von Euer Exzellenz zitierte Passus des fraglichen Erlasses — betreffend die persönlichen Zusicherungen König Carols — nicht unsere Auffassung sondern eine Äußerung Seiner Majestät des Kaisers Wilhelm wiedergibt, welcher zwar eine gewisse Bedeutung zukommt, mit der wir uns jedoch keineswegs identifizieren. Wir sind vielmehr der Überzeugung, daß bei allen Staaten der Balkanhalbinsel die Stimme der öffentlichen Meinung in kritischer Zeit eine ausschlaggebende Rolle zu spielen berufen ist und daß Rumänien, welches hierin nach den

Erfahrungen der jüngsten Vergangenheit keine Ausnahme bildete, derzeit mit einem uns direkt mißgünstigen Volkswillen zu rechnen hat. Überdies muß bedauerlicherweise wahrgenommen werden, daß die Regierung nicht nur, wie Euer Exzellenz betonen, den Dingen freien Lauf läßt, sondern auch — ganz im russischen Geiste und bewußt oder unbewußt im Dienste panslawistischer Aspirationen — eine Einkreisungspolitik auf dem Balkan inauguriert hat, die in erster Linie gegen Bulgarien gerichtet ist, die sich aber in weiterer Folge als neuer Balkanbund unter rumänischer Patronanz gegen den Bestand der Monarchie richten würde. Kontroverser sieht sich die Frage der zu wählenden Mittel an, um eine Sanierung anzubahnen, jedoch muß betont werden, daß der von Euer Exzellenz hervorgehobene Unterschied in der Auffassung nicht so weitgehend ist, daß einer von Hochdenselben empfohlenen Aktionspolitik unsererseits die Absicht gegenüberstünde, in vollkommener Passivität die weitere Entwicklung abwarten zu wollen. Den Gegenbeweis hiefür liefern Euer Exzellenz selbst, indem sich Hochdieselben mit der Besprechung der von hier gegebenen Anregungen befassen, wobei allerdings die Anwendbarkeit derselben in Frage gestellt wird. Das wegwerfende Urteil, welches Euer Exzellenz über die Eventualität der Einwirkung der deutschen Diplomatie fällen, kann ich nur bedingt gelten lassen, indem die in Aussicht gestellte Unterstützung nicht nur auf die wenig versprechende Figur Ihres deutschen Kollegen in Bukarest beschränkt bleiben soll, sondern Kaiser Wilhelm selbst sich zur Aufgabe gesetzt hat, auf König Carol und den Kronprinzen Einfluß zu nehmen und überdies die Machthaber in der Wilhelmstraße Auftrag erhalten haben, ihr Gespräch mit Herrn Beldiman auf den gleichen Diapason zu stimmen. Wenn Euer Exzellenz hinsichtlich der Ihnen aufgetragenen Sprache Bedenken hegen, so muß darauf hingewiesen werden, daß diese Sprache lediglich dazu zu dienen hat, die von maßgebenden Rumänen selbst zugegebenen Gefahren einer Politik, welche Rußland und dadurch dem Panslawismus Vorschub leistet, im richtigen Momente immer wieder vor Augen zu führen. Die erwähnten diplomatischen Hilfsmittel habe ich stets nur als Ausgangspunkt der einzuleitenden systematischen Aktion angesehen und verschließe mich keineswegs der Auffassung, daß unter gegebenen Verhältnissen diese Aktion noch weiter auszugestalten wäre. Damit komme ich auf den eigentlichen Gegenstand meines heutigen Schreibens. Für die rumänische Politik war bis zum russisch-japanischen Feldzuge die Furcht vor Rußland der maßgebende Faktor. Seit dem Prestigeverluste Rußlands durch seinen unglücklichen Waffengang im fernen Osten ist die Furcht vor Bulgarien bestimmend geworden für die Orientierung Rumäniens. Aufs höchste gesteigert nach dem Ausgange des ersten Balkankrieges hat sich, wie es allgemein heißt, die Bulgarophobie auch durch den Verlauf des zweiten Balkankrieges nicht wesentlich verringert. Die diplomatische Hilfe, die wir während der ganzen Balkankrise außer Rumänien auch Bulgarien geleistet haben, ist in Bukarest nicht nur nicht unbemerkt geblieben, sondern hat daselbst ein zwar ungerechtfertigtes, aber trotzdem tiefgehendes Mißtrauen gezeitigt, welches auszurotten uns bisher versagt geblieben ist. Soweit sich die Situation von hier aus überblicken läßt, ist hierin die Wurzel des Übels zu suchen, welches unsere

Beziehungen zum rumänischen Nachbarstaate vergiftet. Welch gefährliche Waffe dadurch unseren Gegnern ausgeliefert wird, ist einleuchtend und mit welch meisterhafter Geschicklichkeit dieselbe von ihnen gehandhabt wird, zeigen die Erfolge der Herren Blondel und Poklewski. Die bisherigen, teils von uns, teils von unseren Bundesgenossen abgegebenen Versicherungen, daß keinerlei Abmachung zwischen uns und Bulgarien besteht, scheinen vorderhand fruchtlos geblieben zu sein, was zum Teile auf die ostentativ austrophile Haltung der neuen Sofioter Regierung, zum Teile auf gewisse kleine, den Bulgaren geleistete Liebesdienste — österreichische Anleihe, Verwendung für eine deutsche Anleihe, diplomatische Schritte in Konstantinopel wegen der Pomakenfrage und des Handelsvertrages etc. — zurückzuführen sein dürfte. Sogar König Carol soll überzeugt sein, daß ein Abkommen zwischen uns und Bulgarien existiere. Diese wie gesagt ungerechtfertigten Zweifel in unsere Loyalität gegenüber Rumänien aus der Welt zu schaffen, wäre eine Hauptaufgabe der diplomatischen Tätigkeit Euer Exzellenz. Wenn, wie Hochdieselben gelegentlich erwähnten, König Carol Ihnen gegenüber öfters politische Bemerkungen fallen läßt, welche den Eindruck erwecken, als würde Er eine Gelegenheit zu vertraulicher Aussprache suchen, können Euer Exzellenz ohne weiters darauf eingehen und von sich aus — stets bemerkend, daß es sich um Ihre persönliche Ansicht handelt — den Wunsch betonen, unser gegenseitiges Verhältnis geklärt zu sehen, auf die Unhaltbarkeit des derzeitigen Zustandes offener Hostilität Rumäniens bei Fortbestand unserer bundesmäßigen Verpflichtungen hinweisen, die Grundlosigkeit der gegen unsere Politik vorgebrachten Verdächtigungen auseinandersetzen und schließlich den Gedanken formulieren, daß ein modus procedendi gefunden werden müßte, um unsere Beziehungen wieder in ein normales Geleise zu bringen. Im weiteren Verlaufe Ihrer Gespräche könnten Euer Exzellenz bei sich ergebender passender Gelegenheit auch die Frage vorbringen, was rumänischerseits geboten werden könnte, falls wir geneigt wären, dem Königreiche seinen gegenwärtigen Besitzstand — auch die Erwerbungen des Bukarester Friedens — zu garantieren. Dies würde eventuell den Anlaß geben, die Frage der Veröffentlichung unseres Vertragsverhältnisses anzuschneiden, was jedoch bei dem heiklen Charakter des Gegenstandes und der Möglichkeit einer unliebsamen Preßindiskretion nur dem Könige gegenüber ventiliert werden sollte. Sollte der Gedanke dieser Publizierung nicht a limine abgewiesen werden, müßte jedenfalls entsprechende Sicherheit verlangt werden, daß durch systematische Vorbereitung der öffentlichen Meinung die Eventualität einer selbstredend durchaus unerwünschten hostilen Stellungnahme der öffentlichen Meinung von vorneherein als ausgeschlossen betrachtet werden könne. Den Zeitpunkt wie die Modalitäten für die Aufnahme und Fortführung dieser Konversationen überlasse ich vollkommen dem Takte und der Einsicht Euer Exzellenz, möchte nur noch erwähnen, daß es mir nicht inopportun schiene, wenn Hochdieselben in Ihren Aussprachen mit Herrn Bratianu die Tatsache der im vorigen Jahre erfolgten Vertragsverlängerung bis 1921 als ihm bekannt voraussetzen, es sei denn, daß König Carol Sie ausdrücklich ersucht hätte, von dieser Vertragsverlängerung dem Ministerpräsidenten keine Erwähnung

zu tun. Ich hoffe zuversichtlich, daß es Euer Exzellenz gelingen wird, Seine Majestät König Carol und Herrn Bratianu im Laufe Ihrer wiederholten Konversationen von der Notwendigkeit einer vertrauensvollen Aussprache mit uns zu überzeugen und daß es Hochdenselben bei dieser Gelegenheit möglich sein wird, über die nächsten konkreten Absichten des Königs und seiner Regierung Näheres in Erfahrung zu bringen.

[a]) Vgl. n. 9600, 9604, 9668.

Nr. 9566. Tel. aus Bukarest, 10. April 1914 Nr. 140 (eing. 11. April 9 U. a. m.).[a]) Entziff.

Antwort auf Telegramm Nr. 91 von gestern. Da Herrn Bratianos Schwägerin gestern gestorben und heute begraben wird, will er mich erst spät abends oder morgen empfangen. Es ist selbstverständlich, dass ich Auftrag persönlich ausführen werde. Ich habe, obwohl seit vierzehn Tagen krank, alle Aufträge persönlich ausgeführt bis auf den am 30. März, an welchem Tage ich mit hohem Fieber im Bette war. Ich fürchte sehr, dass alle die Argumente des Telegrammes Euer Exzellenz Nr. 91 Herrn Bratiano nicht veranlassen werden, seine Stellung zu ändern, da ich ihm dies alles schon aus eigenem Antrieb gesagt habe und er wegen der bevorstehenden Wahlen eine unbeschreibliche Furcht hat, die öffentliche Meinung zu reizen. Das von Euer Exzellenz im Telegramme Nr. 91 erwähnte, in meinem Telegramme Nr. 137 angeblich gemeldete, wiederholte Bedauern Porumbaros beruht auf unverständlichem Irrtum. Mein Telegramm Nr. 137 spricht nur von Herrn Bratiano und meldet seine Ansicht, er könne Vorgang nicht bedauern, da er keine Schuld daran trage, wobei er eben meint, dass das „Bedauern" wie eine „Entschuldigung" klingen würde. Herr Bratiano hat daher nichts „nachträglich zurückgezogen". Mein Telegramm Nr. 127[b]) meldet allerdings Bedauern, aber nicht Bratianos sondern Porumbaros; dieser ist aber völlig ohne Einfluss und seine Ansicht gegenstandslos. Sollte meine Befürchtung sich bewahrheiten und Herr Bratiano seinen unverzeihlichen Standpunkt aufrechterhalten, so bliebe als letztes Mittel, mit dem König selbst zu sprechen. Ich habe Euer Exzellenz bereits in meinem Telegramme Nr. 107 vom 21. v. Mts. hierum ersucht, wurde jedoch leider abschlägig beschieden. Ich erlaube mir zu erinnern, dass Seine Majestät mir bei meiner ersten Audienz am 29. November v. J. selbst spontan gesagt hat, ich möchte mich in dringenden Angelegenheiten direkt an ihn wenden (siehe meinen Bericht vom 30. November 1913 Nr. 96). Ich bitte um sofortigen telegrafischen Befehl für diese Eventualität. Ottokar Czernin.

[a]) Vgl. n. 9567. — [b]) Vom 30. März = n. 9533.

Nr. 9567. Tel. aus Bukarest, 11. April 1914 Nr. 141 (eing. 12. April 5 U. 30 M. a. m.).[a]) Entziff.

Nachtrag zu Telegramm Nr. 140 von gestern. Habe durch eine Stunde mit Herrn Bratiano verhandelt, ohne es zu erreichen, dass er mich autorisierte, dass sein Bedauern an den Demonstrationen offiziell und öffentlich

ausgesprochen werde. Er betonte, selbstverständlich bedauere er die Vorfälle, wenn er dies aber öffentlich sagen würde, so würde die Liga, Presse und Strasse über ihn herfallen, die Demonstrationen, die, wie er hofft, zu Ende seien, würden sich sofort und verstärkt wiederholen, die Situation würde dadurch nicht nur für ihn, aber vor allem für Euer Exzellenz sehr erschwert werden. Die Tripleentente mache die grössten Anstrengungen, Rumänien hinüberzuziehen und bestimmt eintretende erneuerte Demonstrationen würden ihr Werk fördern. Alle in dem Telegramme Euer Exzellenz Nr. 91 angeführten Argumente habe ich verwertet, ich habe Herrn Bratiano keinen Zweifel gelassen, dass sein Vorgehen jeder internationalen Courtoisie Hohn spreche und die bedauerlichsten Folgen haben muss. Alles war ganz umsonst. Ministerpräsident bleibt dabei, die Antwort, die Graf Tisza gegeben,*b)* sei ausgezeichnet gewesen, Euer Exzellenz möchten dasselbe antworten und sich darauf beschränken, zu betonen, dass die Demonstrationen von unverantwortlichen Elementen ausgegangen seien, die mit der Regierung nicht verwechselt werden dürften. Aber immer wieder betonte er, er könne mich nicht autorisieren, Euer Exzellenz offiziell und zur öffentlichen Verwertung sein Bedauern zu übermitteln und ausser dem folgenden zweiten Passus nichts an dem Euer Exzellenz übersendeten Brief des Ministers des Äussern ändern. Diese zweite von Euer Exzellenz verlangte Änderung: „La ferme résolution de maintenir les relations amicales existant entre l'Autriche-Hongrie et la Roumanie" fand die volle Genehmigung Herrn Bratianos. Heute hatte ich neuerdings zweistündige Konferenz mit Minister des Äussern über dasselbe Thema, mit demselben negativen Resultat. Ich bin schliesslich bis an die äussersten Grenzen gegangen, welche die normale Höflichkeit erfordert und habe Minister des Äussern Dinge gesagt, die man leitenden Ministern gewöhnlich verschweigt. Meine Drohungen hatten nicht mehr Erfolg als meine Überredungsversuche. Minister des Äussern gefällt sich in der Rolle eines Postboten, der lediglich die Befehle Bratianos überbringt und letzterer hat unterm Vorwand seiner tiefen Trauer niemand vorgelassen. Bratiano liess mir ausserdem heute spontan sagen, dass er seinen Standpunkt erst nach reiflicher Überlegung und nach gründlicher Rücksprache mit dem König eingenommen habe. Seine Majestät der König teile vollständig seine Ansicht. Ob dies wahr ist, konnte ich nicht beurteilen, doch fürchte ich, dass Herr Bratiano bereits vorgearbeitet und den König möglichst beeinflusst hat. Die Situation ist also so, dass, wenn Euer Exzellenz öffentlich erwähnen würden, „die rumänische Regierung bedauere die Demonstrationen", Sie Gefahr laufen würden, sofort von hier désavouiert zu werden. Meine Machtmittel diesen Herren gegenüber sind leider erschöpft und ich kann diesen, in der auswärtigen Politik befreundeter Staaten wohl einzig dastehenden Fall, der feig nach innen und rücksichtslos nach aussen, nicht ändern. Bericht*c)* folgt. Ottokar Czernin.

a) Vgl. n. 9570. — *b)* Parlament. Chron. d. ö.-u. Mon. 1914, 299. — *c)* Mit Bericht Nr. 33 A, 11. April 1914 (eing. 14. April) folgte aus Bukarest eine meritorisch gleichlautende, nur formell schärfere Darstellung der Vorgänge und Charakteristik Bratianos und Porumbaros.

Nr. 9568. Tel. aus Durazzo, 11. April 1914 Nr. 143 (eing. 12. April 9 U. 50 M. a. m.).[a] *Entziff.*

Milizoffiziere. Streng vertraulich. Mufid Bey sondierte mich, ob es möglich und angezeigt wäre, für die im Vereine mit der Gendarmerie zur Okkupation des Epirus aufzustellende Miliz ungefähr je 10 österreichisch-ungarische und italienische Offiziere zu engagieren. Bezügliche Absichten Essads und Fürsten scheinen noch nicht feststehend. Hierzulande disponibel scheinen nur circa 35 frühere türkische Offiziere; dazu rechnet man auf etwa 50 von Essad aus der Türkei bestellte Offiziere albanesischer Nationalität. Mufid ließ einfließen, daß sich auch viele bulgarische Offiziere angetragen hätten, an deren Berufung für den Fall gedacht würde, daß keine Offiziere der Adria-Mächte beigestellt werden. Fragte auch diesbezüglich nach meiner Ansicht. Besprechung mit italienischem Kollegen vorläufig nach Möglichkeit vermeidend, bitte ich ehebaldigst Weisung über ihm und albanesischer Regierung gegenüber einzunehmenden Standpunkt. Ich glaube, daß zu unterscheiden wäre zwischen den abenteuerlichen Elementen, die etwa à la Ghilardi in den albanesischen Dienst treten könnten und in unserem militärischen Interesse ausgewählten, speziell für Ausbildung der Miliz qualifizierten Offizieren. Letztere anlangend: Hervorragende Arbeit könnten sie in der ...[b] nach Aufstellung ...[c] Miliz kaum leisten und werden gewissermassen für deren schlechte Eigenschaften verantwortlich. Anderseits haben wir aber damit einen Fuss im Bügel und können den im Milizreglement-Projekt der Kontrollkommission der Verwendung großstaatlicher Offiziere vorgeschobenen Riegel (Bericht Generalkonsul Krals vom 22. v. M. Nr. 50) leichter als später ignorieren, weil das Projekt von den Mächten noch nicht genehmigt ist und ein wirklich dringlicher Fall vorliegt, bei dem dringende Rücksichten für die Verwendung europäischer Offiziere, finanzielle für ein Nichtherantreten an Kleinstaaten geltendgemacht werden können. Bitte auch um Euer Exzellenz Standpunkt über eventuell zu beobachtende Formalitäten (Austritt aus heimatlicher Armee oder dergleichen). Verwendung bulgarischer Offiziere schiene mir nicht rätlich, da leicht in macedonische Aktion ausarten könnte. Löwenthal.

[a] Vgl. n. 9592, 9602, 9605. — [b] Chiffre verstümmelt. — [c] 2 Chiffres verstümmelt.

Nr. 9569. Bericht aus Sofia, 11. April 1914 Nr. 46 A (eing. 14. April).[a] *Entziff.*

Vertraulich. Ministerpräsident sagte mir, in Konstantinopel scheine man für die Dauer nicht ruhiger Vernunft bleiben zu können. Konseilspräsident hätte Besuch Suleiman Askeri Beys gehabt, der im Auftrage Talaat Beys und anderer türkischer Minister nach Sofia gekommen zu sein behauptet, um sich von hiesiger Lage und politischer Richtung zu überzeugen. Der Genannte sei mit Enver Pascha in der Cyrenäika und seither Chef revolutionärer Regierung in Gümüldjina gewesen. Konseilspräsident habe ihn empfangen, da sein Besuch auch durch Herrn Toscheff angekündigt worden. Suleiman habe Ministerpräsident erklärt, in Konstantinopel wolle man wissen, ob man in Bulgarien Freund oder Feind habe; Pforte wünsche

bulgarische Freundschaft, möchte aber dieses Verhältnis durch Unterzeichnung der bereits fertiggestellten Militärkonvention regeln, sonst würde sie Politik anders orientieren müssen. Türke habe zu verstehen gegeben, dass Pforte Propositionen von Rumänien erhalten. Konseilspräsident hätte geantwortet, dass, wenn Türkei sich mit Rumänien und Griechenland gegen Bulgarien verbinden, letzteres sich auch entsprechend vorsehen würde. Bulgarien wünsche aber, seine Politik auf Freundschaft mit Türkei aufzubauen, dies verlange beiderseitiges Interesse. Unterzeichnung Konvention würde jetzt nur zur Folge haben, dass weder Türkei noch Bulgarien Anlehen bekommen würden. Solange sich Pforte von Bulgarien nicht abwende, könne sie auf loyale Freundschaft Bulgariens rechnen. Suleiman habe gesagt, er würde Konseilspräsidenten noch besuchen. Tarnowski.

[a]) Vgl. n. 9391, 9638.

Nr. 9570. Tel. nach Bukarest, 12. April 1914 Nr. 92 (chiffr. 8 U. 45 M. p. m.). Konz. (S. Matscheko; G. Forgách).

Euer Exzellenz Telegramm Nr. 141 vom 11. d. M. erhalten. Ich halte zwar an der Ansicht fest, daß die rumänische Regierung nach den elementarsten Regeln internationaler Courtoisie verpflichtet war, uns über die Demonstrationen in Bukarest das Bedauern auszusprechen und daß sie dies durch den Mund des berufenen Vertreters, des Ministers des Aeußern (Telegramm Euer Exzellenz Nr. 127), auch tatsächlich getan hat. Da die rumänische Regierung jedoch laut des mit Bericht Nr. 32[a]) eben eingelangten Schreibens Herrn Porumbaros an Euer Exzellenz vom 7. d. M. ausdrücklich jede Solidarität mit den unter dem Schutze der verfassungsmäßigen Freiheiten stattgefundenen Kundgebungen von sich weist, zugleich den festen Entschluß ausspricht, die bestehenden freundschaftlichen Beziehungen zur Monarchie zu erhalten und mit einer in diesem Sinne lautenden öffentlichen Erklärung in den Delegationen einverstanden ist, so dürfte ich in der Lage sein, von einer öffentlichen Feststellung darüber abzusehen, daß uns auch das Bedauern der rumänischen Regierung ausgesprochen wurde. Euer Exzellenz wollen daher vorläufig keinen weiteren Schritt in der Angelegenheit unternehmen.

[a]) Liegt nicht bei den Akten.

Nr. 9571. Tel. aus Konstantinopel-Pera, 12. April 1914 Nr. 146 (eing. 13. April 9 U. a. m.).[a]) Entziff.

Geheim. Mission Coanda. Bezug auf mein Telegramm Nr. 143 vom 9. d. M. Enver Pascha hat heute deutschen Kollegen besucht und ihm mitgeteilt, die eigentliche Mission Coandas habe darin bestanden, hier das Terrain zu sondieren, wie man sich zu einem Bündnis zwischen der Türkei, Rumänien und Griechenland verhalten würde, dem selbstredend auch Serbien beitreten müsste. Griechenland hätte als Preis für Allianz auf Inseln zu verzichten. Dieser Balkan-Vierbund müsste sich auf die Triple-Entente stützen, was Coanda hauptsächlich damit motiviert habe, dass wegen der „siebenbürgischen Frage" ein gutes Verhältnis zwischen Oesterreich-Ungarn und Rumänien nicht mehr aufrechtzuerhalten. Enver will Coanda

ausweichend dahin geantwortet haben, dass die Türkei sich jetzt nicht binden könnte. Meinem deutschen Kollegen jedoch sagte der Kriegsminister, die Türkei könne in kein Bündnis eintreten, das für sie ein feindliches Bulgarien in der Flanke bedeuten würde. Türkei würde sich nur durch die Verhältnisse gezwungen der von Coanda angeregten Kombination angliedern, das heisst, wenn auch Bulgarien durch Russland genötigt jenem Bund beitreten sollte. Deshalb spräche Enver dem deutschen Botschafter gegenüber die Bitte aus, die Dreibundmächte möchten den Abschluss zwischen Bulgarien und der Türkei vermitteln. Käme dies zustande, so würden in zwei bis drei Jahren die Türkei und Bulgarien vereint stark genug sein, um jede andere Balkankombination zu paralysieren. Pallavicini.

a) Vgl. n. 9562, 9576, 9578, 9579, 9585, 9635, 9640.

Nr. 9572. Bericht aus St. Petersburg, 30. März/12. April 1914 Nr. 19 A (eing. 15. April). Ausfert.

Bei dem ersten Besuche, welchen ich nach meiner Rückkehr vom Urlaube Herrn Sazonow abstattete, fand ich diesen in durchaus optimistischer Stimmung. Der Herr Minister äusserte sich sowohl über die europäische Lage im allgemeinen als über die Balkansituation im besonderen sehr befriedigt. Den epirotischen Schwierigkeiten messe er nur lokale Bedeutung bei und mit der Haltung der Türkei sei er zufrieden. Nur einen Augenblick habe er einen rechten Schreck gehabt, als die ersten Nachrichten über armenische Unruhen eingetroffen seien, und er müsse gestehen, dass er darüber eine gestörte Nacht gehabt habe. „Jetzt wo wir eben über die Balkanschwierigkeiten hinaus sind, will es wieder in Armenien losgehen!" habe er sich gedacht. Aber die Türken hätten sich gut aufgeführt und er betrachte nun die Gefahr als beschworen. Im übrigen sei die Politik Russlands auch weiterhin von dem friedlichen Geiste beseelt wie bisher. Er sei froh, in der Lage gewesen zu sein, seinem Kaiserlichen Herrn vor Höchstdessen Abreise in die Krim einen durchaus günstigen Bericht über die äusserpolitische Lage erstatten zu können und er hoffe nunmehr, von der ihm zuteilgewordenen Ermächtigung seines Souverains, einige Abstecher von St. Petersburg zu unternehmen, ausgiebigen Gebrauch machen zu können. Die deutsch-russische Pressfehde, welche bis vor Kurzem so viel Staub aufgewirbelt hatte, und das zweifellos nicht allzu befriedigende russisch-deutsche Verhältnis erwähnte der Herr Minister mit keinem Worte. Es ist begreiflich, wenn Herr Sazonow die europäische Lage mit Genugtuung betrachtet. Die durch den Bukarester Frieden geschaffene Balkansituation hat sich den russischen Interessen nicht abträglich erwiesen, so dass man sie russischerseits, so lange sie vorhält, zum mindesten ohne Sorge auf sich beruhen und von selbst fortwirken lassen kann. Seit dem Zurückweichen Deutschlands in der Frage der Konstantinopeler Militärmission und der in einem grossen Teile der deutschen und österreichisch-ungarischen öffentlichen Meinung über die blosse Ankündigung neuer russischer Rüstungen ausgebrochenen Panik fühlt man sich heute in Russland wieder als Trumpf in Europa, wie vor dem japanischen Kriege. Und zu dieser Wiederaufrichtung seines alten Prestiges hat Russland einstweilen nichts wesentliches

beigetragen als zum grössten Teil noch auf dem Papiere stehende militärische Massnahmen und die Durchführung einer hyperfiskalischen Finanzpolitik, deren Resultate von massgebender russischer Seite selbst als nicht allzu reelle eingeschätzt werden! Szápáry.

Nr. 9573. Bericht aus St. Petersburg, 30. März/12. April 1914 Nr. 19 B (eing. 15. April).[a]) Ausfert.

Streng vertraulich. Obwohl sich die vor einigen Wochen wahrnehmbare Aufregung auf der hiesigen deutschen Botschaft wesentlich beruhigt hat, ist man daselbst mit dem Stande der russisch-deutschen Beziehungen nichts weniger denn zufrieden. Der deutsche Geschäftsträger — Graf Pourtalès verbringt die Osterfeiertage auf Urlaub in Deutschland — führt lebhafte Klage über eine ganze Kette politischer und handelspolitischer Unfreundlichkeiten Russlands gegen das deutsche Reich. Während aber gerade Herr von Lucius der Hauptinspirator des auf dem Wege über Petersburger Korrespondenten deutscher Blätter nach Deutschland gedrungenen kriegerischen Alarms gewesen war, hat er sich nunmehr — wie ich konstatieren konnte — zu der von mir von Anfang an vertretenen Anschauung bekehrt, dass es sich Russland jetzt mehr darum handle, das deutsche Reich handelspolitisch zu bedrängen, während für eine klare, zielbewusste, aggressive Politik des Zarenreiches gegen Deutschland — wenn man von den jederzeit in panslavistischen und militärischen Kreisen schlummernden deutschfeindlichen Instinkten absieht — keinerlei Anzeichen vorhanden seien. Auch den unmittelbaren Ausgangspunkt des in den russisch-deutschen Beziehungen eingetretenen Umschwunges, die deutsche Militärmission nach Konstantinopel, scheint man in deutschen diplomatischen Kreisen richtig zu erfassen, wenn man sich auch vielleicht noch nicht zur Erkenntnis durchgerungen hat, dass nicht die Tatsache eines deutschen Vorstosses, sondern jene eines ziemlich kläglichen Rückzuges Russland veranlasst hat, sich für die nächste Zeit Deutschland als Prügelknaben für die russische Politik zu wählen. Wie wenig man sich in Berlin bewusst zu sein scheint, dass gerade Schwäche gegenüber Russland am wirksamsten zur Verschlechterung der Beziehungen zu diesem Reiche beiträgt, beweist die Enttäuschung, mit der man deutscherseits zu konstatieren scheint, dass die im Falle Poljakow gebotene überaus weitgehende Genugtuung, die Entlassung des Kölner Polizei-Präsidenten, in Russland so wenig gewürdigt worden sei! Die in ihrer Bedeutung nicht zu überschätzende, aber in ihren Wirkungen zum mindesten eine augenblickliche Erleichterung mit sich bringende Parallelerscheinung einer den Druck unmittelbar auf das Deutsche Reich richtenden russischen Politik — das Vorwalten einer freundlichen und entgegenkommenden Stimmung für Österreich-Ungarn — dauert an. Es äussert sich dies nicht nur im Verkehr mit der hiesigen Regierung, bei welcher man heute oft den Eindruck hat, als wolle sie die Augen vor tatsächlich vorhandenen österreichisch-ungarischen Reibungsflächen wie absichtlich schliessen. Aus journalistischen Kreisen wird mir mitgeteilt, dass auch das Verhalten der einen ziemlich verlässlichen Barometer für die an massgebender Stelle herrschende Stimmung abgebenden Peters-

burger Telegraphen-Agentur gegenüber unseren Pressvertretern auf ein uns freundliches mot d'ordre schliessen lässt. Ebenso wird mir von kaufmännischer Seite versichert, dass im Widerspruche zu den in der Presse aufgetauchten Meldungen auf wirtschaftlichem Gebiete bisher nichts zur Annahme berechtigt, dass man in die gegen das deutsche Reich geführte wirtschaftliche Kampagne Russlands auch Österreich-Ungarn einbeziehen wolle. Szápáry.

[a]) Vgl. n. 9417, 9427, 9611.

Nr. 9574. Bericht aus St. Petersburg, 30. März/12. April 1914 Nr. 19 G (eing. 15. April).[a]) Ausfert.

Im Widerspruche mit dem der russischen Presse seit dem Vorjahre auferlegten Verbote der Verbreitung militärischer Nachrichten jedweder Art durchzogen unlängst die in- und ausländische Presse Notizen, welche mit unverkennbarem Behagen verkündeten, daß in der Frage des Baues der russischen Luftflotte jetzt ein entschiedener Schritt nach Vorwärts unternommen werden soll. Es sollen insgesamt 320 gewöhnliche Aeroplane und 10 der großen Gattung des Typs „Ilja Murometz" Sikorskis bestellt werden. Von den 320 gewöhnlichen sollen je 90 den Systemen Sikorski, Duperdussin und Moran, die übrigen den Systemen Farman und Voisin angehören. Außerdem sollen noch 6 Aeroplane verschiedener Systeme als Probemodelle gebaut werden. Der Lieferungstermin soll mit Ende Oktober angegeben sein. An der Ausführung des Auftrages wären hauptsächlich beteiligt: die Luftschiffahrtsabteilung der russisch-baltischen Waggonfabrik, die Fabriken Schtschetinin, Lebedew, sowie die Moskauer Fabrik „Dux". Ferner sind 3 große Lenkballons im Bau. Zwei werden in Frankreich hergestellt, einer in Russland. Der Gesamtbetrag aller dieser Bestellungen betrüge 5 Millionen Rubel. Im Hinblick auf die Natur der in Rede stehenden Bestellungen wird sich wohl allmählig konstatieren lassen, ob diese mit soviel Redseligkeit angekündigten Massnahmen der sonst von so ängstlicher Geheimhaltung umgebenen Landesverteidigung auch in dem mitgeteilten Ausmasse durchgeführt werden. Szápáry.

[a]) Vgl. n. 9488, 9714.

Nr. 9575. Tel. aus Sofia, 12. April 1914 Nr. 145 (eing. 3 U. 30 M. p. m.).[a]) Entziff.

Habe Conseilspraesidenten gegenüber die im, mir im Originale überlassenen Berichte Markgraf Pallavicinis vom 23. v. M. Nr. 20 F enthaltenen Bedenken bezüglich Abberufung Fethi Beys erwähnt. Radoslawow sieht Standpunkt k. u. k. Regierung ein und meinte, türkischer Gesandter verhalte sich derzeit korrekt und ruhig. Tarnowski.

[a]) Vgl. n. 9391.

Nr. 9576. Tel. nach Berlin Nr. 119 (1), Bukarest Nr. 94 (2) und Sofia Nr. 71 (3), 13. April 1914 (chiffr. 10 U. 30 M. p. m.). Konz. (S. u. G. Forgách).

1.—3. Geheim. Markgraf Pallavicini telegraphiert unter dem 12. d. M.: *... wie n. 9571 von „Enver Pascha" bis „Balkankombination zu*

paralysieren" ... Vorstehendes zu Euer etc. ausschließlich persönlicher Information

1. und vorsichtiger Verwertung gelegentlich Euer Exzellenz Gesprächen mit den deutschen Staatsmännern über Rumänien und Bulgarien.

Tel. nach Bukarest, 13. April 1914 Nr. 94 (chiffr. 10 U. 30 M. p. m.). Siehe n. 9576.

Nr. 9577. Bericht aus Konstantinopel, 13. April 1914 Nr. 25 A (eing. 16. April).a) Ausfert.

Streng vertraulich. In meiner Berichterstattung der letzten Wochen war ich wiederholt bemüssigt auf die Änderung in den Beziehungen hinzuweisen, die sich im Verhältnisse der Türkei zu den Grossmächten, insondere zu Russland vorzubereiten scheint. Wirft man einen Rückblick auf jene Ereignisse, welche die gegenwärtige Situation zeitigten, so muss zunächst an den Moment erinnert werden, wo nach den türkischen Niederlagen im ersten Balkankriege die allgemeine Ansicht dahin ging, dass das Reich sich in voller Auflösung befinde. Ganz besonders in Frankreich und Russland war diese Ansicht verbreitet und ich erinnere mich an damalige Äusserungen meines französischen und russischen Collegen, welche offen aussprachen, die kleinasiatische Frage stehe vor ihrer Lösung. In jene Zeit fällt die Tischrede Baron Wangenheims am Geburtstag Kaiser Wilhelms, in welcher der Ausspruch des deutschen Botschafters, Klein-Asien bilde ein noli me tangere Aufsehen machte und als Antwort auf die allzu laut werdenden russischen und französischen Aspirationen gedeutet wurde. Bald jedoch änderte sich die Haltung meines deutschen Collegen und man konnte ihn erklären hören, dass, sollte das kleinasiatische Problem aufgerollt werden, Deutschland seinen Teil beanspruchen würde. Diese Äusserung ging Hand in Hand mit dem immer grösser werdenden Pessimismus in der deutschen öffentlichen Meinung in Bezug auf die Zukunft der Türkei und es ist Euer Excellenz gewiss noch erinnerlich, dass zu jener Zeit selbst die deutsche Regierung dem osmanischen Reiche nur mehr ein ganz kurzes Leben prognostizierte. Es wurde auch immer mehr von Interessensphären gesprochen und unsere und Italiens Expansionsbestrebungen in Süd-Anatolien traten zu Tage. Dies alles zusammengenommen hat bei den Entente-Mächten eine Reaction geweckt und sie, die die bevorstehende Auflösung der Türkei nicht genug laut hatten verkündigen können, begannen wieder Vertrauen in deren Zukunft zu zeigen: Frankreich gewährte finanzielle Hilfe in grossem Massstabe und englische Millionen wurden in Hafen- und Werftbauten investiert. Nichts ist natürlicher, als dass dieser Umschwung in der Haltung der einzelnen Grossmächte nicht ohne Wirkung auf die Türkei selbst bleiben konnte. Sie musste das Gefühl haben, dass ihr von allen Seiten Gefahren drohen und dass sie auf den jeweiligen Schutz einer Mächtegruppe weniger ihrer — der Türkei — selbst wegen als vielmehr lediglich darum rechnen könne, um die auf türkische Kosten concipierten Expansionsbestrebungen der anderen Mächtegruppe zu paralysieren. Hieraus entstand erstens die Erkenntnis, die Türkei dürfe nicht

isoliert bleiben, müsse sich auf Seite der Allianz oder Entente einen festen Rückhalt zu sichern trachten, und zweitens das jetzt zu beobachtende Schwanken, nach welcher Richtung hin man sich wenden solle. Ähnlich wie mir gegenüber, nur noch prononcierter, hat sich der Grossvezier kürzlich zu meinem deutschen Collegen dahin geäussert, man habe hier das Gefühl, dass die Türkei im Falle eines russischen Angriffes auf den Dreibund nicht zählen könne und ihr daher wohl nichts anderes übrig bleiben werde, als zu versuchen, sich mit Russland zu verständigen. Baron Wangenheim, der zuerst optimistisch war, kommt nach und nach zur Überzeugung, dass meine ihm schon vor längerer Zeit mitgeteilten Befürchtungen einer türkisch-russischen Annäherung sehr ernst zu nehmen sind und tatsächlich die Gefahr besteht, die Türkei könne sich von der der Dreibundpolitik genehmen Richtung abwenden. Der deutsche Botschafter beklagt jetzt den in Deutschland noch immer herrschenden Pessimismus in Bezug auf die Zukunft der Türkei und bestreitet die dort noch immer laute Ansicht der baldigen Auflösung des Reiches. Hiemit stösst Baron Wangenheim, wie er mir sagt, auf fortwährenden Widerstand in Berlin, und namentlich sei Seine Majestät Kaiser Wilhelm momentan auf die Türkei schlecht zu sprechen. Abgesehen von dem jetzt sehr ausgeprägten Philhellenismus des Kaisers ist derselbe über die türkische Regierung auch deshalb ungehalten, weil sie sich weigert, einen seinerzeit zwischen Kaiser Wilhelm und dem Sultan Abdul Hamid direct abgeschlossenen Geheimvertrag anzuerkennen, nach welchem den deutschen archäologischen Ausgrabungen bei Mossul gewisse Vorrechte eingeräumt wurden. Bis jetzt ist es der deutschen Botschaft auch nicht gelungen, von der türkischen Regierung die Ausfuhrbewilligung für 60 Kisten, enthaltend die Funde der Grabungen, zu erhalten, für welche Seine Majestät Kaiser Wilhelm Sich persönlich interessiert. Alle bezüglichen Schritte scheiterten hauptsächlich an dem Widerstande Enver Paschas, der sich wohl von persönlichen Gründen leiten lässt, da er weiss, dass Kaiser Wilhelm ihm — Enver — gar nicht gewogen sei. Vielleicht mag auch hieran der türkische Botschafter in Berlin ein gut Teil Schuld tragen, welcher ein Feind des Comités ist. Die persönliche Freundschaft, die Kaiser Wilhelm mit Mahmud Muktar Pascha verbindet, — beide standen seinerzeit als junge Offiziere im selben deutschen Regiment — soll auch die Ursache sein, dass wiederholte Versuche, den Botschafter von seinem Berliner Posten abzuberufen, stets gescheitert sind. Die wenig freundliche Stimmung, welche Kaiser Wilhelm jetzt sowohl der Türkei als auch der hiesigen deutschen Botschaft gegenüber hegt, hatte auch die schon längst projectierte Corfureise Baron Wangenheims in Frage gestellt. Nun scheint jedoch bei der deutschen Regierung in allerletzter Zeit in der Art und Weise, wie man die türkischen Verhältnisse beurteilt, ein Umschwung eingetreten zu sein; wie ich streng vertraulich erfahre, unternimmt mein deutscher College die Fahrt nach Corfu über directen Wunsch Herrn von Jagows; auf dem Wege dahin soll Baron Wangenheim mit dem deutschen Stationär „Loreley" den Reichskanzler in Brindisi abholen und den vereinten Bemühungen Herrn von Bethmann-Hollwegs und meines deutschen Collegen soll es vorbehalten sein, Seine Majestät Kaiser

Wilhelm über die hiesige Situation und die Gefahren allzu grosser Griechenliebe aufzuklären. Baron Wangenheim ist sich des schweren Standes bewusst, den er in Corfu haben wird; denn er werde dorten, wie er mir sagte, gegen die plötzlich erwachte Liebe des Kaisers für seine griechische Schwester, gegen König Constantin und, meinte mein deutscher College lächelnd, sogar gegen die Archäologen anzukämpfen haben. Wenn ich in meiner Berichterstattung der letzten Wochen wiederholt von der Eventualität einer türkisch-russischen Annäherung gesprochen habe, so kann natürlich nicht die Rede davon sein, dass sich die Gesinnung der Türken gegenüber Russland geändert hat; der alte Hass ist derselbe geblieben, aber die Furcht vor dem Erstarken Russlands ist dazu gekommen. Auch heute kann als sicher angenommen werden, dass die türkischen Sympathien auf Seite der Dreibundmächte stehen und dass die türkischen Staatsmänner einen Anschluss an die Triple-Alliance noch immer erstreben, vorausgesetzt, dass sie die Sicherheit hätten, geschützt zu werden. Nun hat aber in der Balkankrise die Entente zweifellos besser abgeschnitten als der Dreibund und die Activität Russlands sowie dessen grosse Rüstungen haben in den hier noch vor Kurzem unerschütterten Glauben an die deutsche Allmacht eine Bresche gelegt. Immerhin ist es möglich, dass das Coquettiren der Türkei mit einer russischen Verständigung nur als Schachzug aufzufassen wäre, um die Triple-Alliance zu bewegen, der Türkei gegenüber offen Farbe zu bekennen und Letzterer darüber volle Gewissheit zu verschaffen, ob und wie sie auf die Hilfe des Dreibundes rechnen kann. Jedoch muss meiner Überzeugung nach heute schon die Eventualität ins Auge gefasst werden, dass die Türkei ins andere Lager übergehen könnte. Pallavicini.

[a]) Vgl. n. 9550, 9579, 9593, 9636.

Nr. 9578. Bericht aus Konstantinopel, 13. April 1914 Nr. 25 B (eing. 16. April).[a]) Ausfert.

Geheim. Es kann als feststehend gelten, dass man türkischerseits mir gegenüber die Mission General Coandas mit Absicht geleugnet hat. Auffallen musste mir hiebei, dass Herr von Giers in seinen Gesprächen mit mir nahezu dieselben vaguen, ausweichenden Ausdrücke gebrauchte wie die türkischen Staatsmänner. Diese zwei Momente zusammengenommen müssen zu dem Schluss führen, dass die Mission Coandas eine gegen uns nicht freundliche Tendenz hatte, — mag sie nun auf russischen Einfluss hin oder lediglich unter Mitwissen Russlands zustandegekommen sein; diese uns nicht freundliche Tendenz würde auch aus den in meinem Telegramm Nr. 143 v. 9. l. M. wiedergegebenen Äusserungen Enver Paschas erhellen, der, wie Euer Exzellenz noch erinnerlich sein dürfte, sich dahin äusserte, Coanda habe nebst in der Inselfrage auch in dem Belange sondirt, ob die Türkei nicht geneigt wäre, mit Rumänien, Griechenland und dessen Verbündeten (also Montenegro und Serbien) in nähere Beziehungen zu treten. Wenn ich auch bestimmt glaube, dass die Reise General Coandas keinen Erfolg gehabt hat, so erscheint sie mir doch symptomatisch. Der Umstand, dass General Coanda von Seiner Majestät König Carol und Bratiano entsendet wurde, ist ein Beweis, dass der in der rumänischen öffentlichen

Meinung seit mehreren Monaten herrschende Zug gegen uns nunmehr auch die höchsten und massgebendsten Kreise influencirt. Dass das rumänische Volk, namentlich dessen intelligentester Teil, uns feindliche Gefühle hegt, wird ja schon allgemein zugegeben; jedoch tröstet man sich damit, dass, solange Seine Majestät König Carol am Leben ist, der Curs der Aussenpolitik Rumäniens derselbe bleiben wird wie bisher. Dies scheint mir aber ein schwacher Trost, denn abgesehen vom hohen Alter und der schwachen Gesundheit des rumänischen Herrschers bin ich auf Grund meines 6jährigen Aufenthaltes in Rumänien der Überzeugung, dass man die Macht des Königs überschätzt, wenn man glaubt, Seine Majestät sei der einzig massgebende Factor in der äussern Politik Rumäniens. König Carol hat es namentlich in der innern, aber auch in der äussern Politik immer mit grossem staatsmännischen Geschick verstanden, die einzelnen mächtigen Parteien des Landes gegen einander auszuspielen und so den Anschein zu erwecken, als ob die Dinge, die sich naturnotwendig, möchte ich sagen, ereigneten, vom König hervorgerufen worden wären. Gewiss lag in dem Ausspielen einer Partei gegen die andere ein Element, mit welchem Seine Majestät so manches Mal modificirend eingreifen und den Ereignissen die von ihm gewünschte Wendung geben konnte; aber wenn einmal eine Idee die Parteien ohne Unterschied ergreift und auch in der Armee populär ist, — so hielte ich es für einen verhängnisvollen Fehler damit zu rechnen, dass König Carol dem Druck der öffentlichen Meinung würde Stand halten können. Es wäre dies ein Versuch, bei dem zumindest die Existenz des Thrones in Frage käme. Ich halte es auch für ganz verfehlt, den zweifellos in der rumänischen Öffentlichkeit herrschenden Zug gegen uns auf die Nationalitätenpolitik in Ungarn zurückzuführen. Richten sich doch gewisse rumänische Aspirationen auf die Bukowina ebenso wie auf Siebenbürgen. Als ich 1899, während des ungarischen Ministeriums Banffy, nach Bukarest kam, spielte gerade damals die sogenannte siebenbürgische Frage eine grosse Rolle. Ich erinnere nur an die Brassoer Schulangelegenheit, die mehreren rumänischen Cabinetten das Leben kostete. Aber nichtsdestoweniger waren damals unsere Beziehungen zu Rumänien die besten und haben ja bekanntlich in der Folge in Bukarest zur Erneuerung jener Abmachungen geführt, die die Richtung der äusseren Politik Rumäniens festlegten. Diese Richtung blieb dieselbe bis zum Balkankrieg; dies war der Moment, wo sie umschlug. Frage ich mich nach dem Grunde hiefür, so kommt wohl in erster Linie jener zu nennen, dass Rumänien grosse Erfolge dadurch zu verzeichnen hatte, dass es einfach von den unglaublichen Fehlern der bulgarischen Politik unter Geschoff und Daneff profitierte. Diese nahezu ohne Opfer erzielten Erfolge gestalteten den seit jeher existierenden Grössenwahn Rumäniens noch intensiver, und wird er in ihm durch die Rolle eines Arbiter balcanicus, die es seither wiederholt zu spielen in die Lage kam oder doch zu spielen versuchte, nur noch bestärkt. Hiezu kommt noch die gesteigerte Activität Russlands, das — schneller und besser als man in Rumänien gedacht, aus schweren inneren und äusseren Krisen hervorgegangen — in Bukarest auch gefürchtet werden mag, und es ist eine erklärliche Folge, dass eine höhere Einschätzung Russlands rumänischer-

seits dorten den Glauben an die grosse Überlegenheit der Dreibundmächte, insondere Deutschlands, verringern muss. Ich bin mir wohl bewusst, dass die vorstehenden Considerationen, zu deren Erhärtung ich auf meinen 6jährigen Aufenthalt in Bukarest hinweisen kann, nicht in meine hiesige Competenz gehören; aber gerade im hiesigen milieu muss man immer mehr zu der festen Überzeugung kommen, dass — abgesehen davon, ob die russische Heirat zustandekommt oder nicht — der Verlust Rumäniens in unser politisches Calcul einzustellen ist. Wenn es freilich gelungen wäre oder in letzter Stunde noch gelingen könnte, eine auf den Dreibund gestützte türkisch-bulgarische Verständigung herbeizuführen, die aber zur Voraussetzung haben müsste, dass man sowohl hier als in Sofia die Gewissheit hätte, unter allen Umständen auf die Triplealliance zählen zu können — dann freilich würde ein derart gestützter türkisch-bulgarischer Block so mächtig sein, dass Rumänien über Kurz oder Lang demselben sich anzugliedern gezwungen wäre. Pallavicini.

[a]) Vgl. n. 9571, 9579, 9594.

Nr. 9579. Bericht aus Konstantinopel, 13. April 1914 Nr. 25 C (eing. 16. April). Ausfert.

Geheim. Meine beiden gleichzeitigen Berichte lit. A und B waren bereits fertig gestellt, als ich gestern abend die in meinem Telegramm Nr. 146 resumierte Unterredung mit Baron Wangenheim hatte. Mein deutscher College hat mir seine nach Berlin abgehende Depesche über die Äusserungen Enver Paschas vorgelesen, durch die er sichtlich sehr impressioniert war. Er sagte mir, er werde in Corfu Gelegenheit haben, Seine Majestät Kaiser Wilhelm die Situation, die Baron Wangenheim als eine für den Dreibund sehr schlechte bezeichnet, klar und ungeschminkt darzustellen. Baron Wangenheim machte mir gegenüber kein Hehl daraus, dass die Orientpolitik des Berliner Cabinets grosse Schuld an der gegenwärtigen Lage habe, die sich durch die Grecophilie Kaiser Wilhelms und das Betonen von Interessensphären habe leiten lassen. Der deutsche Botschafter ist der Ansicht, dass man mit dem Verluste Rumäniens bestimmt rechnen muss und so nichts übrig bleibt, als Bulgarien und mit ihm die Türkei für den Dreibund zu retten. Baron Wangenheim wolle sich auch mit seinem ganzen Einfluss dafür einsetzen, dass die bulgarisch-türkische Allianz unter der Patronanz der Triple-Allianz zustande komme und dass Rumänien gezwungen werde, Farbe zu bekennen. Diese beiden letzteren Äusserungen meines deutschen Collegen scheinen mir umso mehr ins Gewicht zu fallen, als er — wie ich aus einzelnen leisen Andeutungen seinerseits schliesse — möglicher Weise dazu berufen sein könnte, der Nachfolger Herrn von Jagows zu werden. Ich kann nicht umhin, den vorstehend skizzierten Ansichten des deutschen Botschafters vollinhaltlich beizustimmen. Freilich verkenne ich die grossen Gefahren nicht, welche die von Baron Wangenheim ins Auge gefasste Politik in sich birgt: Russland würde in erster Linie auf dieselbe wohl mit dem Versuch antworten, das gegenwärtige bulgarische Cabinet und eventuell auch König Ferdinand zu stürzen, wie es andererseits, falls das bulgarisch-türkische Bündnis perfectioniert ist, auch trachten würde in Armenien eine

Revolution anzustiften. Aber auch ich sehe kein anderes als das gewagte Mittel einer durch den Dreibund zu patronisierenden türkisch-bulgarischen Allianz, um aus der gegenwärtigen höchst ungünstigen Situation am Balkan zu retten, was noch zu retten ist. Pallavicini.

Nr. 9580. Bericht aus Konstantinopel, 13. April 1914 Nr. 25 E (eing. 16. April).[a] Ausfert.

Aus confidentieller Quelle erfahre ich, dass im Schosse des türkisch-russischen Annäherungscomités bereits Schwierigkeiten entstanden sind. Die russischen Mitglieder hatten nämlich die Absicht, in den grösseren Städten der Türkei Sub-Comités zu errichten. Die türkischen Mitglieder haben dagegen Stellung genommen und bloss die Bildung eines zweiten Comités in Odessa oder Petersburg beantragt. Auch das jung-türkische Comité hat sich — nach den Informationen meines Gewährsmannes — mit der Sache beschäftigt und den Beschluss gefasst, die Bildung türkisch-russischer Sub-Comités nicht zuzulassen. Der Grund hiezu liegt wohl hauptsächlich darin, dass man das Entstehen einer Organisation vermeiden will, die leicht zu Propagandazwecken missbraucht werden könnte. Dem französisch-türkischen Annäherungscomité (mein Bericht Nr. 21 A v. 26. v. M.)[b] soll man türkischerseits eine breitere Grundlage zu gewähren gewillt sein. Jedoch sei Djemal Pascha die Weisung gegeben worden, in diesem Belang mit grösster Vorsicht zu Werke zu gehen, um zu vermeiden, dass Zugeständnisse, die man dem französisch-türkischen Comité gemacht, etwa auch vom russisch-türkischen Comité beansprucht werden könnten. Pallavicini.

[a] Vgl. n. 9515. — [b] Dieser (hier nicht abgedruckte) Bericht handelt über die erste Versammlung des Komittees für eine russisch-türkische Annäherung. Es dürfte sich bei obigem Zitat um eine Verwechslung mit n. 9551 handeln.

Nr. 9581. Bericyt des Generalkonsuls Johann Paumgartner aus Odessa, 13. April 1914 Nr. 71 (eing. 16. April). Entziff.

Die mit besonderem Bericht via Konstantinopel vorgelegten Zeitungsnachrichten über Graf Bobrinskis Besuch in Odessa geben den offiziellen Teil der Festlichkeiten genau wieder. Im Gespräch mit dem Gouverneur Sosnowski tat sich Graf Bobrinski keinen Zwang an, erklärte als bestimmt bevorstehend den Besuch ungarischer Politiker in Petersburg, er hoffe, es gelinge Russland, den Dreibund zu sprengen, Ungarn ganz für sich zu gewinnen und, wie bereits berichtet, Deutschland von Österreich-Ungarn zu trennen. Herr von Justh habe Graf Bobrinski zugesagt, das Los der „Märtyrer" in Ungarn zu erleichtern, und stehe mit seiner Sympathie unbedingt auf Seite der russophilen Propaganda. Vorläufig seien auf deutschen Einfluss die militärischen Massnahmen Österreich-Ungarns zurückzuführen, doch hoffe man auf eine Schwenkung des Deutschen Reiches spätestens bei einem Thronwechsel in Österreich-Ungarn, der auch der letzte Moment für Ausbruch des Krieges wäre, der ja beschlossene Sache sei. In Österreich-Ungarn könne man auf die Unterstützung aller Slaven rechnen, Sorge bereite Russland das Verhalten der hiesigen Ukrainer, die man auf jede Weise

gewinnen müsse. Auf Rumänien könne man zählen, denn es wisse, Bessarabien werde Preis seiner Haltung sein. Dieses Gespräch wurde mir von einem absolut verlässlichen Festteilnehmer wiedergegeben. Pétersbourg copie 53. Paumgartner.

Tel. nach Sofia, 13. April 1914 Nr. 71 (chiffr. 10 U. 30 M. p. m.). Siehe n. 9576.

Nr. 9582. Tel. aus Durazzo, 14. April 1914 Nr. 151 (eing. 2 U. p. m.).[a] Entziff.

Geheim. Viele besonders letzter Tage konstatierte Indizien machen mich befürchten, daß mein italienischer Kollege auf ein Débâcle des selbständigen Albaniens und italienische Okkupation des Epirus hinarbeite, wobei Essad Pascha mit ihm unter einer Decke spielt, um Miliz und Waffen vielleicht der von jungtürkischer und bulgarischer Seite geplanten mazedonischen Aktion (telegrafische Berichterstattung aus Konstantinopel Herbst 1913)[b] zur Verfügung zu stellen. Derlei Indizien: I.) Nach für Miliz disponiblen Offizieren befragt, antwortete Essad Pascha stets ausweichend, italienischer Gesandter ebenso. Nach Bemerkung Mufids türkische Offiziere bestellt, bulgarische angetragen. Spende bulgarischer Geschütze, falls wir keine beistellen; II.) Italienischer Kollege sagt in letzter Zeit häufig, daß Bekir eigentlich nur gegen die Griechen kämpfen wollte: dies soll wohl Verwendung in der Miliz mundgerecht machen; III.) Seit neuestem trachten Aliotti und Essad Pascha von der Idee abzurücken, fremde Offiziere als ...[c] zu erbitten; IV.) Starker Verdacht, dass ungefähr Dutzend ...[c] hier verborgen; hierüber noch Näheres; V.) Gegen Griechenland und auch Serbien aufreizende Sprache Aliottis; früher Sturmlauf gegen jede Konzession an Epiroten ...[c], jetzt sehr ...[c] billige Konzessionen zu ...[c]; Nachdruck viel mehr auf Vermeidung jedes Paktes mit Griechenland oder Epirus und auf sofortiger Evakuation; VI.) Behandlung der Bewaffnungsaffaire; Insistenz auf sofortige Lieferung Schnellfeuer-Geschütze; VII.) auf Prenk ...[c] (heutiges Telegramm Nr. 150[d]); VIII.) seit kurzem auffallende Interesselosigkeit italienischen Kollegen für alle Fragen auf längere Sicht; IX.) Essads neuerliches Anbot, sich gegen Pachtung seiner Güter zurückzuziehen (heutiges Telegramm Nr. 153) und schriftlich zu versprechen, ausser Landes zu bleiben, was er nicht täte, wenn hier noch länger Gelegenheit, sich zu bereichern. Fortsetzung folgt. Löwenthal.

[a] Vgl. n. 9583, 9584, 9587, 9590, 9602. — [b] Vgl. n. 8928, 9588. — [c] Chiffre verstümmelt. — [d] Mit Tel. Nr. 150, 13. April 1914 (eing. 14. April 9 U. a. m.) wurde aus Durazzo gemeldet, daß Prenk Pascha jegliches Portefeuille oder Hofamt zurückgewiesen hat und in die österr.-ungarische Gesandtschaft behufs Besprechung seiner Subvention gar nicht mehr gekommen sei.

Nr. 9583. Tel. aus Durazzo, 14. April 1914 Nr. 152 (eing. 3 U. p. m.).[a] Entziff.

Fortsetzung des Telegrammes Nr. 151. X.) Mir gegenüber markiert Essad Pascha in ostentativer Weise seine Loyalität für den Fürsten und Anerkennung unseres Einflusses auf den katholischen Klerus. XI.) Unkontrollierbar, aber aus unparteiischer Quelle erfahre ich aus Koritza, daß

bei Bandenchefs Ordres (angeblich griechische Regierung, was unverständlich wäre) vorgefunden wurden, bis Starova vorzudringen, Republik zu proklamieren und da italienische Truppen abzuwarten; auf einem Andarten viele Lithographien mit Bildern des Königs von Italien. Ich entsinne mich, in Telegrammen Herrn von Szilassys hiemit stimmende Enthüllungen griechischer Regierung gelesen zu haben. XII.) Unter diese Gesichtspunkte fallen: Aversion meines italienischen Kollegen gegen Überwachung der Epirusküste und Plaidieren für Aufhebung griechischer Blockade. — Der Milizidee läßt sich unserseits nicht entgegentreten, ohne die Chancen militärischer Erfolge im Epirus zunichtezumachen; Hilfsmannschaft Gendarmerie zu minderwertig. Ebenso kann man den Fürsten nicht abhalten, das Kommando zu übernehmen ...*b)* dann aber ganz in Hände Essads, und ich fürchte, nach jungtürkischem mot d'ordre einem désastre entgegengehe, was dann auch Ende Albaniens bedeutet. Als Versuch Remedur empfehle ich: I.) Bestehen auf Zuziehung fremder Offiziere als Augenzeugen; II.) dem Fürsten offiziell österreichisch-ungarische und italienische Offiziere kostenlos für Hauptquartier zur Verfügung stellen, etwa je fünf mit zwei bis drei Dutzend handfesten Offiziersdienern und Kanzleipersonal. (Von hier bis Schluss unverständlich, Wiederholung wurde begehrt.)*c)* Löwenthal.

a) Vgl. n. 9586, 9587, 9590, 9602, 9605. — *b)* Scheinen mehrere Gruppen zu fehlen. — *c)* Dechiffrierungsvermerk.

Nr. 9584. Tel. aus Durazzo, 14. April 1914 Nr. 153 (eing. 15. April 9 U. a. m.).a) Entziff.

Geheim. Sureya Vlora sprach mir bereits wiederholt von Essad als Hindernis jedweder gedeihlichen Entwicklung in Albanien und Notwendigkeit einer Entfernung des Paschas aus dem Lande. Gestern abends trat er mit folgendem, ähnlich schon vor Monaten erfolgten Vorschlag an mich heran: Die k. und k. Regierung oder ein österreichisches und ungarisches Konsortium nimmt durch Sureya oder einen anderen Vertrauensmann als Strohmann sämtliche Güter Essads in Pacht gegen eine Jahresrente von zirka 120.000 Francs, der Pascha verpflichtet sich, das Land zu verlassen und während der Pachtjahre nach Albanien nicht zurückzukehren. Auf Wortbruch Konventionalstrafe von zwei Millionen. Verpflichtung Essads wird in dem schriftlichen Vertrag aufgenommen. Plan, der etwas abenteuerlich klingt, insofern ernster wie früherer, als Essad angeblich aus Angst vor Attentat selbst Vorschlagsidee suggeriert hat. Ich versprach Sureya, Euer Exzellenz Vorstehendes zu melden. Soweit ich hier Angelegenheit zu beurteilen vermag, kämen hiebei folgende Momente in Betracht: 1.) Essad hinderlich für jede positive Betätigung des Fürsten und ...*b)* 2.) Güter des Paschas sehr ausgedehnt, angeblich guter fruchtbarer Boden, für Pachtkolonisation in größerem Stile verwendbar, darunter Baugrund in Durazzo. 3.) Durch Unterzeichnung des Vertrages seitens Essads haben wir in Hinkunft Waffe gegen eventuelle spätere politische Velleitäten des Paschas in der Hand. 4.) Für den Fall des Zusammenbruches des gegenwärtigen Regimes oder überhaupt ...*b)* des selbständigen Albaniens hätten wir durch dieses Pachtgeschäft in Mittelalbanien eine gegenüber den Italienern

prädominierende Stellung. Anbot Essads, der durch Aktion im Epirus allein $^1/_4$ bis $^1/_2$ Million verdient haben soll, beweist wohl, daß auch er Chancen selbständigen Albaniens sehr gering einschätzt. 5.) Investitionen einer solchen größeren volkswirtschaftlichen Aktion jedenfalls produktiver — vor allem auch hinsichtlich unserer politischen Stellung in Albanien — als gleich große Ausgabe für kulturelle Zwecke. Löwenthal.

a) Vgl. n. 9582, 9590. — b) Chiffre verstümmelt.

Nr. 9585. Tel. aus Konstantinopel-Pera, 14. April 1914 Nr. 148 (eing. 6 U. 30 M. p. m.). Entziff.

Bezug auf Telegramm Nr. 146 vom 12. d. Mts. Deutscher Botschafter sagte mir, Talaat Bey habe ihn gestern besucht und ihm gegenüber ganz in demselben Sinne wie Enver Pascha, jedoch ohne sich auf die in meinem obzitierten Telegramme wiedergegebene Äusserung des Kriegsministers zu beziehen, gesprochen. Deutscher Kollege abreist heute nach Corfu. Pallavicini.

Unterredungen mit dem ital. Minister des Äußern Marchese di San Giuliano, 14.—18. April 1914. Siehe n. 9592.

Nr. 9586. Tel. aus Durazzo, 15. April 1914 Nr. 163 (eing. 5 U. 30 M. p. m.). Entziff.

Wiederholung des Telegrammes Nr. 152.a) III.) Womöglich seitens Rumäniens ein diszipliniertes Bataillon gedienter Soldaten dieser „kutzowalachischen Freiwilligen". IV.) Entgegen meinen bisherigen Anregungen, Italien (unter Hinweis auf sonstiges Froissement anderer Mächte) zu gemeinsamem Insistieren auf albanesische Regierung bestimmen, daß sie einen Globalkredit für alle zur Okkupation nötigen Auslagen (Bewaffnung $1^1/_2$ Millionen, sonstige 2 Millionen) sofort bei Kontrollkommission verlange, etwa Entscheidung binnen 14 Tagen erbitte; nötigenfalls diesen Rat auch ohne Italien geben und in Kontrollkommission analoges Verlangen stellen. V.) Mit Italien und wenn nötig auch allein verlangen, daß albanesische Regierung uns im Vorhinein — als Garantie gegen Exzesse — vollständig detaillierte Liste aller in Miliz zu verwendenden Offiziere bekanntgebe und von Anstellung solcher, gegen welche wir oder Italien Bedenken erheben, absehe. VI.) Essad Pachtung Landes sofort nähertreten und zwar ohne auffällige Untersuchung der Güter. (Zunächst)b) von Sureya genaues Verzeichnis verlangen. Glaubte trachten zu sollen, Vorstehendes, so schwer abschließendes Urteil auch möglich, Euer Exzellenz noch anläßlich Zusammenkunft mit Marquis di San Giuliano zur Kenntnis zu bringen. Löwenthal.

a) Vgl. n. 9583 Anm. c. — b) Chiffre verstümmelt.

Nr. 9587. Tel. aus Durazzo, 15. April 1914 Nr. 169 (eing. 6 U. 30 M. p. m.).a) Entziff.

Zu meinem geheimen Telegramm Nr. 151/152 von gestern. Leitgedanke Punktes 4 meiner Vorschläge: Derartige Befassung Kontrollkommission wahrt uns Möglichkeit, in elfter Stunde wenn nötig zu bremsen, beziehungsweise Italien, wenn es in Kontrollkommission nicht isoliert bleiben

will, in unserem Tempo zu halten. Zugleich, wenn wir Kredit durchsetzen wollen und Dreibund nicht solidarisch, günstige Gelegenheit, unter Berufung auf Dringlichkeit und unabweisliche Natur Präzedens einer Majorisierung zu schaffen. Majorisierung war bisher in der Kontrollkommission in wichtigen Fragen nicht üblich, vielmehr eine de facto auf ein liberum Veto hinauslaufende Praxis, stets Einstimmigkeit anzustreben. Löwenthal.

a) Vgl. n. 9590.

Nr. 9588. Bericht aus Konstantinopel, 15. April 1914 Nr. 26 B (eing. 20. April).a) Ausfert.

Zum hieramtl. Bericht Nr. 16 v. 9. März 1914.b) Ein verlässlicher Vertrauensmann, der selbst Mitglied des hiesigen Macedonischen Comités ist, meldet, dass Letzteres vor 14 Tagen 70 Mann in zwei Partien nach Durazzo expediert hat. Die Leute werden dort von dem aus den Macedonischen Kämpfen bekannten bulgarischen Bandenchef Sandansky nach den Ausrüstungsstationen der einzelnen Bandenrayons im Neugriechischen Grenzgebiete dirigiert werden, wo ihre Zuteilung zu den einzelnen Bandencaders stattfindet. Diese Freischärler stammen durchwegs aus dem gedachten Gebiet und wurden hier oder in Smyrna angeworben, wo sie nach ihrer Beurlaubung bei der Demobilisierung Verdienst suchten. Wie der genannte Vertrauensmann des Weiteren meldet, dauert die Anwerbung solcher Leute noch fort, für deren Zuweisung zu den einzelnen Bandenrayons ist die Erwägung massgebend, dass die Leute in ihrem Heimatsdistricte verwendet werden, wo denselben die genaue Kenntnis des Terrains zu Statten kommt. Engagiert werden daher fast ausschliesslich Macedonier; sie erhalten je nach der Qualification einen Monatssold bis zu 100 Francs. Die Aufgabe dieser Banden in dem von Griechenland neu erworbenen Gebiete ist unter dem Schlagworte „Autonomie für Macedonien" gegen die Griechische Bevölkerung zu wirken, Unruhen zu schaffen und auf diese Weise die Tätigkeit der bulgarischen und türkischen Banden zu unterstützen, von denen Erstere via Bulgarien im nordöstlichen Macedonien, Letztere über Gümüldjina in der Gegend Seres, Cavalla und Salonik unter dem gleichen Schlagworte in Action treten sollen. Über den voraussichtlichen Zeitpunkt des Beginnens dieser Bandenbewegung befragt, meinte der Vertrauensmann, dass ihm diesbezüglich nichts Genaues bekannt sei, man im Comité jedoch davon gesprochen habe, dass, nachdem die Anleihe gesichert sei, die Action wohl bald beginnen werde. Pallavicini.

a) Vgl. n. 8928, 9582. — b) Wohl irrig für n. 9467.

Nr. 9589. Bericht aus Sofia, 15. April 1914 Nr. 48 (eing. 20. April). Entziff.

Vertraulich. Im Verlaufe heutiger Unterredung mit Ministerpräsidenten und Finanzminister sagten sie, ihr Ziel sei und bleibe enger Anschluss Bulgariens an uns und Dreibund. Sie bedauerten, sähen aber auch Unmöglichkeit, diesen Zweck ihrer Politik jetzt zu erreichen, ein. Vorderhand müsse ihnen genügen, dass bei uns Dispositionen für Bulgarien — wie dies

Herr Passaroff (der hier weilt) bestätigt — sehr gute und freundliche seien. Die Minister wollen darauf bauen in Zuversicht, dass mit der Zeit internationale Situation sich klären und ordnen und Hindernisse verschwinden müssten, die noch jetzt Verwirklichung politischen Programmes des liberalen Kabinetts im Weg stünden. Minister sagten nicht deutlich, an welche Hindernisse sie dachten, aus Äusserungen ging aber hervor, dass sie Rumänien meinten und hoffen, dass wir uns allmählich von „Unaufrichtigkeit" rumänischer Politik überzeugen und dann Bulgarien heranziehen würden. Passaroff, der auch [mit] mir [über] Wiener Bulgarenfreundlichkeit mit grösster Befriedigung gesprochen, muss in dieser Hinsicht der Regierung äusserst günstigen Bericht erstattet haben. Die Minister sagten mir, keiner meiner Vorgänger und überhaupt kein fremder Vertreter hätte noch für Bulgarien soviel geleistet wie ich; sie dankten mit Effusion für Dienste, die ich ihnen erwiesen. Tarnowski.

Nr. 9590. Tel. nach Durazzo; Abbazia, 17. April 1914 ohne Nummer (chiffr. 11 U. p. m.). Konz. (S. Matscheko; V. Rappaport u. Berchtold; S. Berchtold).

Euer Hochwohlgeboren Telegramme Nr. 151, 152, 153 und 169 vom 14. und 15. d. M. erhalten und mit Interesse zur Kenntnis genommen. Wenn die innere Situation in Albanien auch noch sehr verworren ist und sich die weitere Entwicklung, namentlich in Südalbanien, nicht mit Sicherheit voraussehen läßt, so kann ich die von Euer Hochwohlgeboren gehegten Befürchtungen bezüglich der Pläne und des Vorgehens Italiens doch nicht teilen. Ich habe mich in meinen Unterredungen mit Marquis di San Giuliano neuerlich von dem festen Entschluß der italienischen Regierung, in aufrichtigem Einvernehmen mit uns in allen albanesischen Fragen vorzugehen, überzeugt und kann mich darin auch durch den Uebereifer, den Baron Aliotti in wirtschaftlichen Konkurrenzfragen und in seinen Werbungen um die Gunst Essad Paschas an den Tag legt, nicht beirren lassen. Auch läßt die finanzielle und militärische Lage Italiens, das die Nachwirkungen des libyschen Feldzuges noch keineswegs überwunden hat, sowie die Stimmung der öffentlichen Meinung, die einem neuerlichen kriegerischen Abenteuer durchaus abgeneigt ist, es als höchst unwahrscheinlich erscheinen, daß man in Rom ein militärisches Eingreifen Italiens in Südalbanien herbeiwünsche oder anstrebe. In Uebereinstimmung mit Marquis di San Giuliano halte ich an der Ansicht fest, daß die albanesische Regierung von uns darin zu bestärken ist, einerseits in den Vorbereitungen für ein entsprechend zahlreiches und bewaffnetes militärisches Aufgebot fortzufahren, andererseits die Verhandlungen mit den Epiroten nicht ganz abzubrechen. Wenn Albanien einmal in der Lage ist, den aufständigen Epiroten eine halbwegs respektable Truppenmacht entgegenzustellen, werden die Verhandlungen — namentlich wenn Griechenland inzwischen über Aufforderung der Mächte seine regulären Truppen aus Südalbanien zurückgezogen hat — wohl nicht mehr auf unüberwindliche Schwierigkeiten stoßen und es dürfte in Südalbanien dann kaum zu Kämpfen in größerem Stile kommen. Euer Hochwohlgeboren wollen bei Ihren Unterredungen mit Turkhan Pascha die zuletzt entwickelten

Konsiderationen verwerten und in Ihrer Sprache und Ihrem Verhalten der Thatsache Ausdruck geben, daß ich die Situation mit Ruhe beurteile und keinen Grund sehe, an einer schließlichen, befriedigenden Lösung ganz zu zweifeln. Im übrigen behalte ich mir vor, Ihre Vorschläge nach meiner Rückkehr nach Wien noch eingehender zu prüfen und darauf eventuell zurückzukommen.

Nr. 9591. Bericht aus Berlin, 18. April 1914 Nr. 33 (eing. 20. April). Ausfert.

Vertraulich. In meinem die Räumung des Epirus behandelnden Telegramm vom 8. l. M. Nr. 121[a]) habe ich die Auffassung des Unterstaatssekretärs wiedergegeben, dass alles vermieden werden sollte, wodurch die Vorgangsweise des Dreibundes en bloc im Gegensatz zu der der Tripleentente-Mächte gebracht werde. Diese mir gegenüber geäusserte Auffassung Herrn Zimmermanns ist die leitende Idee der deutschen Regierung und der innere Grund, warum in letzter Zeit das Auswärtige Amt in so manchen Fällen sich weigerte, unserer Aufforderung, gemeinsam mit Österreich-Ungarn und Italien eine Pression bei der griechischen Regierung oder einen Schritt bei der Tripleentente in der albanischen, epirotischen oder Inselfrage zu unternehmen, Folge zu leisten. Bei dieser für uns nicht sehr ermunternd scheinenden Vorgangsweise geht man nämlich hier von dem Gedanken aus, dass zwar die Vereinigung Deutschlands, Österreich-Ungarns und Italiens im Dreibunde als ein unteilbarer Block aufzufassen sei, dass bei der Verbindung der Ententemächte untereinander dies aber im gleichen Masse nur für das Verhältnis Frankreichs zu Russland gelte, England aber noch als ausserhalb dieses letzteren engeren Zweiverbandes zu betrachten und nur durch derzeitige Interessengemeinschaft demselben affiliiert sei. Würde nun, so argumentiert man hier weiter, der Dreibund in jeder, auch geringeren Frage, oder besser gesagt ohne zwingenden Grund, als geschlossenes Ganzes den drei anderen Mächten entgegentreten, so würden dadurch dieselben gezwungen, ebenfalls als Ganzes aufzutreten. Die Politik Deutschlands geht aber dahin, den deutsch-englischen Gegensatz zu überbrücken, wodurch dann in weiterer Folge das Verhältnis Englands zu dem Zweiverband gelockert würde. Diesem nicht unberechtigten und vielleicht auch durchführbaren Plan glaubt die deutsche Regierung zu schaden, wenn durch ein en bloc-Vorgehen des Dreibundes die Ententemächte gezwungen werden, auch als ein Ganzes aufzutreten. Die Deutsche Regierung bringt, wie wir und Italien, entschiedenes Interesse der Consolidierung Albaniens entgegen, nur in der für Erreichung dieses Ziels einzuschlagenden Taktik ist man hier anderer Ansicht als wir und Italien. Man sieht mit Freude, wenn die k. u. k. Regierung zusammen mit der italienischen sich auf das Energischeste für Albanien einsetzt, man ist auch jedesmal gerne bereit, solche Schritte bei den Ententemächten getrennt zu unterstützen, man lässt aber eine gewisse Unlust durchblicken oder weigert sich aus dem früher entwickelten Grunde direct, durch ein vereinigtes Vorgehen England zu einer gemeinsamen Stellungnahme mit dem Zweiverband als geschlossener Tripleentente gegenüber den Dreibunde

zu zwingen. Gestützt wird die Deutsche Regierung in ihrer Auffassung des noch trennungsmöglichen Verhältnisses der einzelnen Mächte der Entente und in der Folge in der Fortsetzung ihrer bisherigen Vorgangsweise durch die neuerlichen Versuche Russlands und Frankreichs, England in einen engeren Verband mit ihnen zu bringen; einem Vorhaben, dem nach hiesiger Ansicht durch eine zu prononcierte Gegenüberstellung der beiden derzeitigen Mächtegruppen nur Vorschub geleistet würde. Szögyény.

a) Der Inhalt von Tel. Nr. 121, 8. April 1914 (eing. 4 U. 20 M.) aus Berlin ist oben im wesentlichen zusammengefaßt wiedergegeben.

Nr. 9592. Aufzeichnung über die in der Zeit vom 14. bis 18. April 1914 mit dem ital. Minister des Äußern Marchese di San Giuliano geführten Unterredungen; Abbazia, 18. April 1914.a) Konz. (S. u. G. Berchtold).

Geheim. Die Entrevue mit Marchese di San Giuliano in Abbazia in den Tagen vom 14. bis 18. April 1914 gab Gelegenheit zur gründlichen Aussprache über die aktuellen Fragen der auswärtigen Politik, die Zukunftsprobleme des nahen Orients und die Beziehungen zwischen der österreichisch-ungarischen Monarchie und Italien. Als Ausgangspunkt unserer politischen Conversationen habe ich das glückliche Zusammenwirken der beiden Mächte während der abgelaufenen Orientkrise genommen, dem die Schaffung des selbständigen Albaniens zu danken ist. Indem ich betonte, nach wie vor überzeugt zu sein, daß die befolgte Politik die richtige war, um die Erhaltung des Gleichgewichtes in der Adria sicherzustellen, und daß es mir angezeigt schiene, auf dem betretenen Wege weiterzuschreiten, frug ich meinen italienischen Collegen, ob er gleichfalls an dieser Politik festhalte und speziell gewillt sei, den Fürsten Wilhelm in seiner schweren Aufgabe zu unterstützen, das neue Staatswesen trotz innerer und äußerer Feinde unabhängig und ungeteilt zu erhalten. Aus Berichten Baron Alliottis, von welchen mir Herzog Avarna Mittheilung gemacht, ließ sich vermuten, daß der italienische Vertreter in Durazzo unter der Suggestion von der Unhaltbarkeit der gegenwärtigen Zustände in Albanien stehe, was mir nicht unbedenklich schiene. Marchese di San Giuliano versicherte mir in nachdrücklicher Weise, daß die albanesische Politik, welche er bisher verfolgt hat, nicht nur von ihm sondern von jedem ernsteren Politiker Italiens als die einzig vernünftige betrachtet werde, so daß selbst, wenn er einmal aus der Consulta scheiden müßte, jeder der als Nachfolger in Betracht kommenden Staatsmänner diese Politik fortsetzen würde. Er sei der Ansicht, daß der Thron des Fürsten Wilhelm, welchem namentlich seine Verwandtschaft zum König Carol zu Statten komme, thunlichst zu stärken sei, und habe der italienische Gesandte in Durazzo auch den Auftrag, in diesem Sinne zu wirken. Er werde übrigens dem Baron Alliotti, der allerdings die Situation etwas zu schwarz zu sehen und zu beurteilen scheine, diese Instruktion in Erinnerung bringen, damit diesfalls kein Zweifel aufkommen könne. Die Schwierigkeiten der momentanen Lage im Epirus erörternd, constatirte ich die Gleichheit der Auffassungen der Cabinete von Wien und Rom in Bezug auf die Stellungnahme zu diesen Ereignissen. Unsere Rathschläge müßten unverändert dahin gehen, daß auf der einen Seite die Verhandlungen

zwischen der griechischen, beziehungsweise epirotischen, und der albanesischen Regierung fortgeführt werden, auf der anderen Seite die nötigen militärischen Vorbereitungen in Albanien getroffen werden und Fürst Wilhelm selbst die Führung der Truppen übernehme, um nicht Essad Pascha übermächtig werden zu laßen. In diesem Zusammenhange sprach ich dem Minister Bedenken gegen die Idee aus, daß der aus den Verhandlungen eventuell hervorgehende Ausgleich von den Mächten überprüft werde, da dadurch weitere Restriktionen der albanesischen Regierung auferlegt werden könnten. Marchese di San Giuliano meinte, man könnte diesem Uebelstande durch die Bestimmung begegnen, daß der betreffende Ausgleich einfach der Controllcommission zur formellen Ratihabirung vorzulegen wäre. Die militärischen Vorbereitungen für die Bezwingung des Aufstandes brachten mich auf die Frage der Waffenlieferung für Albanien. Den unliebsamen Zwischenfall der einseitigen Waffenlieferung Italiens besprechend, setzte ich den Minister in Kenntnis, daß wir uns nun veranlaßt gefunden haben, unsererseits eine Waffensendung nach Albanien in die Wege zu leiten, und zwar 10.000 Mausergewehre, eine Gebirgsbatterie der Firma Skoda und 12 Mitrailleusen. Letztere für die Gendarmerie, wovon sich mein Mitredner Notiz nahm. Ich brachte bei dieser Gelegenheit vor, daß das Prinzip der participation égale und der parité d'influence in allen wirthschaftlichen Unternehmungen seinerzeit beiderseits formell acceptirt worden war, wenn auch der diesbezügliche „accord économique" infolge hinziehender Haltung der Consulta bisher nicht finalisirt werden konnte. — Der Minister läugnete nicht, daß die Schuld der saumseligen Behandlung dieser wichtigen Frage die italienische Regierung treffe, berief sich auf Einwendungen technischen Characters des früheren Handelsministers und auf den eingetretenen Personenwechsel in diesem Ressort, bestätigte aber auch ausdrücklich, daß die italienische Regierung das gedachte Prinzip unbedingt aufrechthalten und danach vorgehen wolle. Ueber die definitive Erledigung des Accords werde er sich noch mit dem neuen Handelsminister ins Benehmen setzen müssen. Die Anregung Mufid Beys[b]) wegen Entsendung oesterreichisch-ungarischer und italienischer Offiziere zur Ausbildung der gegen die Epiroten aufzustellenden Miliz zur Sprache bringend, bemerkte ich, daß ich dem Gedanken näher zu treten bereit wäre, jedoch mich des heiklen Characters einer solchen parallelen Verwendung von Offizieren unserer beiderseitigen Armeen bewußt sei und jedenfalls Cautelen geschaffen werden müßten, damit keine Rivalitäten und Friktionen daraus entstehen, — gleiche Anzahl, gleiche Chargen, gleichartige Verwendung, und zwar nach Truppenkörpern gesondert und nicht nach territorialen Rayons geschieden und so weiter — lauter Dinge, die ich übrigens erst nach Einholung eines gegenständlichen Gutachtens unseres Generalstabes definitiv zu formulieren im Stande wäre. — Marchese di San Giuliano ist zwar zuversichtlich in Betreff der klaglosen Durchführung einer eventuellen Cooperation von Offizieren beider Armeen, indem er auf das Beispiel von Skutari hinweist, wo gerade die oesterreichisch-ungarischen und die italienischen Offiziere in bestem kameradschaftlichen Einvernehmen stehen, und auch geltend macht, daß sich erfahrungsgemäß Offiziere verschiedener

Staaten besser miteinander vertragen als Civilisten. Er besorgt nur, daß die Zutheilung von Offizieren unserer beiderseitigen Armeen zu den epirotischen Okkupationstruppen große Erregung bei den Mächten der Triple-Entente hervorrufen und eine Stellungnahme gegen diese Maßregel provociren würde, die die ohnehin nicht leichte Aufgabe des Herrn Venizelos gegenüber der öffentlichen Meinung noch erschweren müßte. Im Uebrigen theilte der Minister meine Anschauung, daß vorerst noch der Generalstab in dieser Frage zu consultiren wäre, und fügte den Wunsch hinzu, daß auch die beiderseitigen Vertreter in Athen und Durazzo um ihre Ansicht über die politischen Folgen der Maßnahme befragt werden sollten. Meine abschließende Bemerkung, daß man die Rückwirkung auf Griechenland vielleicht durch die Beschränkung der Verwendung der Offiziere auf die Ausbildung der Miliz neutralisiren könnte unter Ausschluß der Theilnahme an den militärischen Operationen, nahm der Minister zustimmend entgegen. Hinsichtlich der Gründung der albanesischen Nationalbank wurde festgestellt, daß im Sinne des letzten Antrages der Mailänder Banca Commerciale die französische Forderung paritätischer Betheiligung der Mächte am Capitale der Bank und paritätischer Vertretung im Verwaltungsrathe erfüllt werden, gleichzeitig aber verlangt werden sollte, daß die zwei Bankdirektoren von Oesterreich-Ungarn und Italien beizustellen wären, daß der Präsident des Verwaltungsrathes albanesischer Nationalität sein sollte und daß die beiden Vicepräsidentenstellen Oesterreich-Ungarn und Italien vorbehalten blieben. Unsere Anregung, daß, im Falle Frankreich jetzt auf letzteren Punkt nicht eingehen würde, derselbe von unseren Bankdirektoren bei den in Paris zu eröffnenden Verhandlungen über das Bankstatut zur Discussion zu stellen wäre, fand der Minister ganz zutreffend. Den Abschluß unserer Conversationen über Albanien bildete das noch ungelöste Problem der Repartirung der nach Albanien zu entsendenden Fachbeiräthe auf Oesterreich-Ungarn und Italien. Indem ich der Differenzen Erwähnung that, die sich bisher diesfalls zwischen uns ergeben hatten, und die Notwendigkeit betonte, zu einer Einigung zu gelangen, ersuchte ich den italienischen Minister einem Compromißvorschlage seine Aufmerksamkeit zu schenken, welchen wir nun im Begriffe seien, der italienischen Regierung zu unterbreiten. Nach diesem neuesten Vorschlage hätte die albanesische Regierung jetzt sechs Fachleute für sechs zu besetzende Stellen zu verlangen, welch' Letztere drei verschiedenen Ressorts angehören würden, für welche Oesterreich-Ungarn und Italien je drei Fachleute (einen Fachmann per Ressort) beizustellen hätten, und zwar: 1.) Ressort für öffentliche Arbeiten: a) Straßenbau, b) Hafenbau, wovon uns der Straßen-, Italien der Hafenbau zuzufallen hätte; 2.) Ressort für Urproduktion: a) Landwirtschaft, b) Forste und Minen, bezüglich dessen Italien die Wahl überlassen würde; 3.) Ressort für Verkehrswesen: a) Hafenverwaltung, b) Posten und Telegraphen, bezüglich dessen uns die Wahl zustehen würde. (Wir reclamiren die Hafenverwaltung.) — Der Minister theilte vollkommen unsere Anschauung, daß ein Ausgleich gefunden werden müßte, und erklärte sich bereit, unseren Vorschlag in Erwägung zu ziehen. Die Details der Frage seien ihm aber nicht bekannt und die einschlägigen Daten lägen ihm hier nicht vor, er

müsse sich daher vorbehalten, in Rom die Sache vom Fachdepartement studiren zu lassen, sobald unser Antrag der Consulta schriftlich mitgetheilt sein werde. Nach Erschöpfung des albanesischen Themas giengen wir in unseren Besprechungen auf die allgemeine Lage im nahen Oriente über, wobei wir uns in der Auffassung begegneten, daß bis nun kein definitiver Zustand auf diesem unsicheren Boden geschaffen und Alles noch in einem Gärungsprocesse begriffen sei, welcher uns die Notwendigkeit auferlege, nach wie vor auf der Wacht zu sein. Ich betonte insbesondere die Bemühungen der französischen und russischen Politik, die Balkanstaaten durch finanzielle Pressionsmittel (Anleihegewährungen, Anleiheverweigerungen, bedingte Anleihen) und politische Schachzüge (rumänische Beeinflußung, griechisch-türkische Aussöhnung, serbisch-montenegrinische Vereinigung, Einkreisung Bulgariens) in die Botmäßigkeit des Zweibundes zu bringen und als Sturmbock gegen den Dreibund zu organisiren, wie auch die immer mehr in den Kreis der Wahrscheinlichkeit tretende Eventualität eines weiteren Collapses der türkischen Macht, was die Aufrollung weltgeschichtlicher Probleme zur Folge haben müßte. Oesterreich-Ungarn und Italien haben in diesen großen Fragen vielfach parallel laufende Interessen zu wahren und könne ich es daher nur für nützlich halten, in unverbindlicher Weise darüber Meinungsaustausch zu pflegen. Marchese di San Giuliano gieng bereitwillig auf dieses Thema ein, versichernd, es sei immer ein politisches Axiom von ihm gewesen, daß Italien und Oesterreich-Ungarn große Interessen gemeinsam zu schützen hätten und daß ohne den Schutzwall der oesterreichisch-ungarischen Monarchie Italien dem Ansturme der slawischen Hochfluth preisgegeben wäre. Er könne sich nicht der unangenehmen Wahrnehmung verschließen, daß die Lage der beiden Verbündeten und überhaupt die Machtstellung des Dreibundes in der letzten Zeit Einbuße erlitten habe. Er wolle zwar bis auf Weiteres nicht an eine Aussöhnung zwischen Bulgarien und Serbien glauben und halte daher vorläufig die Gefahr einer neuen Formirung des Balkanbundes nicht für imminent. Auf der anderen Seite müsse aber in Anschlag genommen werden, daß die Volksstimmung in Rumänien der Monarchie feindselig geworden sei, was die Verläßlichkeit dieses Verbündeten einigermaßen in Frage stelle. Daneben betreibe Rußland Rüstungen zu Lande und zur See in einem bisher nicht gekannten Maße. Wenn auch einige der diesfälligen Ziffern dazu angethan sind, dem französischen Alliirten Sand in die Augen zu streuen, und bei der in Rußland unvermindert herrschenden Corruption ein Theil auf dem Papier bleiben dürfte, so muß immerhin mit einer wesentlichen militärischen Machtvermehrung Rußlands gerechnet werden. Hiezu komme der Kräfteaufwand Frankreichs durch Einführung der dreijährigen Dienstzeit, der allerdings das Maximum bedeute, was die Republik leisten könne, für die nächsten Jahre aber stark ins Gewicht falle. Schließlich sei Spanien infolge Ungeschicklichkeiten der deutschen Diplomatie immer mehr in das Fahrwaßer der Triple-Entente gerathen, so daß es im Ernstfalle als Gegner ins Calcule gestellt werden müßte. Das Kräfteverhältnis sei demnach zu Gunsten der Triple-Entente verschoben, was den Minister mit einiger Besorgnis erfülle. Den Ausführungen des Marchese di San Giuliano nur zum Theile zustimmend,

machte ich geltend, daß den in Rumänien veranstalteten Kundgebungen gegen die Monarchie keine übertriebene Bedeutung beizumessen sei. Solche chauvinistische Demonstrationen kämen dort von Zeit zu Zeit vor, die Regierung stehe denselben jedoch fremd gegenüber und habe uns auch bündige Versicherungen über ihr loyales Festhalten an dem bisherigen Verhältnisse zum Dreibunde gegeben. Unsere Politik sei daraufhin gerichtet, den systematisch betriebenen Wühlarbeiten der Entente-Mächte in Bukarest thunlichst entgegen zu wirken und so wie in der Vergangenheit auch in der Zukunft keine Balkanpolitik ohne Rumänien zu machen. In Sofia gehe unsere Bemühung dahin, soweit dies mit den rumänischen Susceptibilitäten vereinbar sei, die gegenwärtige, russischen Einflüßen unzugängliche Regierung zu stützen und es derselben zu ermöglichen, den bekannten Einkreisungsbestrebungen Stand zu halten. Die Eventualität der Bildung einer Union zwischen Serbien und Montenegro sei eine Frage, die uns nicht gleichgiltig laßen könne. Es heiße zwar, daß dieselbe erst auf die Tagesordnung kommen werde, wenn König Nikolaus seine irdische Laufbahn abgeschlossen haben werde, — welche Ansicht auch von Marchese di San Giuliano vertreten wurde — es sei aber bei dem Interesse dieses Monarchen für finanzielle Ausnützung politischer Constellationen keineswegs ausgeschlossen, daß der höchste Herr schon bei Lebzeiten regierungsmüde werden könnte gegen entsprechende Schadloshaltung in klingender Münze. Eine Vereinigung Serbiens mit Montenegro würde ersterem den Zugang zur Adria verschaffen und uns einen Riegel gegen den Balkan vorschieben. Dies wäre gleichbedeutend mit einer solchen Mächteverschiebung an unseren Grenzen zu unseren Ungunsten, daß wir nicht passiv bleiben könnten. Kein vernünftiger Politiker könne dies bezweifeln. Bei Aufrechthaltung unseres Standpunktes, keine Expansion anzustreben, würden wir in diesem Falle genötigt sein, unsere Bedingungen zu formuliren, welche zum Zwecke hätten, die Erstreckung Serbiens zur Adria zu verhindern, was eventuell durch entsprechende Vergrößerung Albaniens erreicht werden könnte. Da eine solche Maaßnahme rein defensiven Characters wäre und lediglich eine weitere Kräfteverminderung des Dreibundes hintanzuhalten hätte, müßten wir erwarten, daß Italien gegebenen Falles eine wohlwollende Haltung einnehmen würde. Der italienische Staatsmann, welcher diesen Ausführungen aufmerksam gefolgt war, zeigte sich über die Schlußfolgerung bezüglich des serbisch-montenegrinischen Unionsproblemes keineswegs überrascht. Er meinte, es ließe sich gewiß ein Einvernehmen über diese Frage herstellen, wozu es aber an uns als den Nächstinteressierten wäre, conkrete Vorschläge zu machen. Vom Standpunkte des praktischen Werthes eines solchen Einvernehmens wäre es wichtig, daß es auf italienischer Seite von einem Minister, der, wie er, über eine große persönliche Autorität verfüge, hergestellt und diesfalls ein förmlicher Accord geschlossen würde, durch welchen auch die Nachfolger des betreffenden Ministers gebunden wären. Ich vermied es auf diese Anregung einzugehen, bemerkend, daß wir uns mit einem näheren Studium des Problems und seiner Lösungsmodalitäten bisher nicht befaßt hätten, was Marchese di San Giuliano mit dem Bemerken quittirte, es wäre ohnehin nicht möglich eine so complexe

und weittragende Frage gesprächsweise erschöpfend zu behandeln und jusqu'au prochain repas zu einer endgiltigen Schlußfassung zu gelangen.

Einen ganzen Abend nahmen die Besprechungen über die Schaffung einer oesterreichisch-ungarischen Arbeitszone in Kleinasien ein. ... *Folgen Einzelheiten dieser Frage* ... Am letzten Tage der Entrevue veranlaßte mich die inzwischen erfolgte Einigung der Dreibundmächte in Bezug auf die Griechenland in der Epirus- und der Inselfrage zu ertheilende Antwort den italienischen Staatsmann zu fragen, wie er sich den weiteren Verlauf der epirotischen Evacuirungsangelegenheit vorstelle. — Indem Marchese di San Giuliano constatierte, daß sich wohl leicht ein Ausgleich der geringen Differenzen zwischen dem Texte der Antwort der Dreibundmächte und jenem der Triple-Entente bewerkstelligen ließe und auch die Wahrscheinlichkeit nicht in Abrede stellte, daß sich Griechenland dem Verlangen der Mächte fügen und den Epirus räumen werde, betonte er die Notwendigkeit, auch die Eventualität einer unbefriedigenden Rückantwort Griechenlands ins Auge zu fassen. Das beste Mittel, einer solchen vorzubeugen, scheine ihm nach wie vor, in den diplomatischen Conversationen keinen Zweifel darüber aufkommen zu lassen, daß Österreich-Ungarn und Italien in dem angedeuteten Falle vor einer militärischen Aktion nicht zurückschrecken würden. Nach längerer diesfälliger Diskussion, in welcher auch die Modalitäten einer solchen militärischen Aktion in den Kreis der Erörterungen gezogen und die Idee einer Blockade von Santi-Quaranta, eventuell von Patras oder vom Piraeus ventiliert wurde, einigte man sich dahin, durch Vermittlung der deutschen Vertreter in Wien und Rom dem in Korfu weilenden deutschen Reichskanzler die Möglichkeit des Eintrittes einer kritischen Situation möglichst ostensibel vor Augen zu führen, um ein energisches Einwirken der deutschen Diplomatie — eventuell auch Seiner Majestät des Kaisers Wilhelm — auf die maßgebenden Faktoren in Athen zu erzielen. — Mit vorstehenden Ausführungen sind die über die auswärtige Politik in den Tagen der Entrevue von Abbazia geführten Gespräche in großen Zügen skizzirt und deren wesentlicher Inhalt wiedergegeben. Mehrmals wußte der italienische Staatsmann im Zusammenhange mit Versicherungen seines auf voller Überzeugung beruhenden Einstehens für die Dreibundpolitik die Schwierigkeiten zu unterstreichen, welchen er bei der Verwirklichung dieser Politik insoferne begegne, als jede aus der Monarchie kommende Beschwerde über wirkliche oder vermeintliche Benachteiligung des italienischen Elementes in ganz Italien einen starken Widerhall finde und von Jenen, die die öffentliche Meinung ausmachen und das Parlament entscheidend beeinflußen, sofort auf das Gebiet der auswärtigen Politik übertragen und gegen die Dreibundpolitik ausgespielt werde. Diese in der Mentalität des italienischen Volkes und der Struktur des italienischen Staates begründete Erscheinung biete der Diplomatie des gegnerischen Groupements, namentlich dem rührigen französischen Botschafter am Quirinale, Gelegenheit, aus einer jeden der über die Alpen hinüberdringenden Klagen eine Waffe zu schmieden, womit Oesterreich-Ungarn im Allgemeinen und das Zusammengehen Italiens mit der Monarchie im Besonderen in den Augen des italienischen Volkes diskreditirt werden soll. Um gegen diese

inneren und äußeren Widersacher des Dreibundgedankens wirksam ankämpfen zu können, wäre es dem Minister von großem Werthe, wenn unsererseits „irgend etwas“ geschehen würde, das geeignet wäre, die öffentliche Meinung in Italien über das Los ihrer Connationalen jenseits der Landesgrenze zu beruhigen. Ich benützte diese Gelegenheit, um dem Minister mein Erstaunen über die unrichtigen Informationen zum Ausdruck zu bringen, die in der italienischen Presse über die Behandlung des italienischen Elementes in der Monarchie verbreitet sind. An der Hand concreter Daten sowohl aus dem Küstenlande wie aus Fiume konnte ich ihm darlegen, daß nur im Wege absichtlich gefälschter Darstellungen der italienischen Zeitungs-Correspondenten in der Monarchie Legenden über „Bedrückung“ und „Slavisirung“ der Italiener und so weiter in Italien Verbreitung finden, die jeglicher Grundlage in den thatsächlichen Verhältnissen entbehren. Es würde unseren Beziehungen gewiß nur zum Vortheile gereichen, wenn dieser tendenziösen Berichterstattung das Handwerk gelegt und von Regierungswegen Vorsorge für richtige Informirung des italienischen Publikums getroffen würde, was mein Mitredner zugab, beifügend, in diesem Sinne wirken zu wollen. Weiters machte ich den Minister auf das keineswegs einwandfreie Gebaren der italienischen Staatsangehörigen im Küstenlande aufmerksam, wo dieselben zum Theil subversiv gegen Staat und Gesellschaft agitiren und von der ihnen gewährten Vorzugsstellung vielfach Mißbrauch machen, wie auch auf Jene der italienischen Rappresentanza in Fiume, die sich gegen staatliche Verfügungen renitent erwiesen habe. Schließlich betonte ich, daß ich es gewiß für nützlich hielte, wenn in diesem Belange bestehende Mißverständnisse durch gelegentliche Aussprache beigelegt werden könnten, daß aber die betreffenden Conversationen nie über den Rahmen gegenseitiger Information hinausgehen dürften, da eine Ingerenz in innere Angelegenheiten selbstverständlich ausgeschlossen sei.

a) Vgl. n. 9605, 9620, 9625, 9719, 9889. — *b)* Vgl. n. 9568.

Nr. 9593. Tel. aus Athen, 20. April 1914 Nr. 202 (eing. 21. April 9 U. a. m.).[a] Entziff.

Korfubesprechung. Herr Streit sagte mir, er habe in Korfu mit Kaiser Wilhelm und Reichskanzler über allgemeine Politik Rücksprache genommen. Baron Wangenheim hat er nicht gesprochen. Bezüglich der Beziehungen zur Türkei konnte er nur wieder konstatieren, daß Türkei anscheinend sich jetzt konzilianter zeigt. Dies sei dritte solche türkische Eröffnung, zuerst durch Gesandten hier, dann General Coanda, jetzt in Korfu. Es sei aber keine konkrete Verhandlungsbasis da, vielleicht würde sich noch eine finden. Griechische Regierung würde gern in Äußerlichkeiten türkische Eitelkeit berücksichtigen, eventuell türkische Kommissäre statt Konsuln genehmigen, auf den Besitz der Inseln verzichte sie aber nicht. Die Idee eines eventuellen Tausches von Chios und Mytilene für Dodecanesos sei keine aktuelle, doch leugne Minister nicht kategorisch eine solche Möglichkeit. Letzteres war nur eine Impression, aus welcher ich übrigens keine Konklusion ziehen möchte. Szilássy.

a) Vgl. n. 9541, 9577, 9594, 9629.

Nr. 9594. Tel. aus Konstantinopel-Pera, 22. April 1914 Nr. 153 (eing. 9 U. a. m.).[a] Entziff.

General Coanda. Derselbe ist gestern abends hier eingetroffen, besuchte mich seither und sagte mir, Herr Venizelos hätte sich ihm gegenüber geäussert, er hoffe, dass schliesslich in Inselfrage eine Verständigung mit Türkei zustande kommen werde. Coanda bleibt bis Samstag hier und wird morgen von Seiner Majestät dem Sultan empfangen. Pallavicini.

[a] Vgl. n. 9578, 9593, 9622.

Nr. 9595. Bericht aus Konstantinopel, 22. April 1914 Nr. 28 A (eing. 25. April). Ausfert.

Streng vertraulich. Wie Euer Excellenz aus meinem streng vertraulichen Berichte Nr. 24 A v. 4. d. M. noch erinnerlich sein dürfte, äusserte der Präsident des Staatsrates Halil Bey sich mir gegenüber dahin, dass Russland eine sehr active Politik mache. An diesen Gedanken anknüpfend, sagte mir Halil Bey kürzlich, die russische Arbeit sei namentlich in Rumänien jetzt eine sehr intensive, wie er höre, auch von Erfolg begleitete. Sollte Rumänien einmal im russischen Fahrwasser sich befinden, so würde wohl Bulgarien dem von allen Seiten auf ihm lastenden Drucke nicht widerstehen können und werde sich Russland anschliessen müssen. Ich antwortete meinem Mitredner gesprächsweise, das Mittel dieser Eventualität vorzubeugen schiene mir der Zusammenschluss Bulgariens und der Türkei. Halil Bey gab dies zu, meinte jedoch, dieser Zusammenschluss erfordere unbedingt die Unterstützung des Dreibundes. Wäre diese — und die Ereignisse der letzten Vergangenheit liessen dies ja befürchten — nicht zu erlangen, dann wäre ein Balkan unter russischer Ägide die notwendige Folge. Es wäre damit das seinerzeitige Tscharykow'sche Projekt realisiert, gegen das sich die Türkei schon damals wehrte und auch heute noch wehren wolle. Sollten jedoch die Dreibundmächte bei ihrer bisherigen passiven Haltung verharren, werde Bulgarien dem russischen Drucke auf die Dauer nicht widerstehen können und dann werde auch der Türkei nichts übrig bleiben, als eine Verständigung mit Russland zu suchen. Pallavicini.

Nr. 9596. Bericht aus Konstantinopel, 22. April 1914 Nr. 28 E (eing. 25. April).[a] Ausfert.

Es kann keinem Zweifel unterliegen, dass zwischen der Türkei und Griechenland viel Zündstoff angehäuft ist, der in den letzten Wochen eher zu als abnimmt. In diesem Belange kommt zunächst die Auswanderung recte Verteilung[b] des griechischen Elementes nicht nur aus Ostthracien und der Küste des Marmarameeres, sondern auch aus Kleinasien in Betracht (siehe meinen Bericht Lit. H)[c], weiter häufen sich die Fälle von Ausweisungen griechischer Untertanen; die Boykottbewegung, die hier in der Hauptstadt zwar abflaut, soll nach Angabe unserer hiesigen Handelskammer in der Provinz ungeschwächt andauern, ja eher im Zunehmen begriffen sein; gerüchtweise verlautet von dem Plan einer Cooperation bulgarisch-türkischer Banden im Vilajet Salonik; und — last but not least — steht die Inselfrage nach wie vor im Vordergrunde des politischen Interesses und

drängt zur Lösung. Der griechische Gesandte, der mich unlängst besuchte, führte die vorstehend skizzirten Reibungspunkte zwischen der Türkei und Griechenland mir gegenüber im Détail aus. Zugleich aber gab Herr Panas auch der Besorgnis Ausdruck, die Türkei könnte den Moment ihrer momentanen maritimen Superiorität, der im September bei Ankunft des ersten osmanischen Dreadnoughts zweifellos gegeben wäre, dazu benützen, um gewaltsam eine ihr genehme Regelung der Inselfrage zu erzwingen. Die gleiche Befürchtung hat — wie ich vertraulich erfahre — der jüngst aus Athen hierher zurückgekehrte griechische Marineattaché geäussert und hinzugefügt, es werde, da es Griechenland unmöglich sei, bis zum September auch in den Besitz eines Dreadnoughts zu gelangen, nichts übrig bleiben, als die Einfahrt des „Sultan Osman" in die Dardanellen um jeden Preis zu verhindern.*d)* Dass man türkischerseits die Möglichkeit eines griechischen Angriffes auf das neue Schlachtschiff ins Auge fasst, geht aus einer mir in massgebenden türkischen Kreisen gemachten Äusserung hervor, wonach man daran denke, die türkische Flotte dem neuen Dreadnought ins Mittelmeer entgegenzusenden, um ihn hierher zu escortiren. Pallavicini.

a) Vgl. n. 9598. — *b)* Amtsvermerk: Vertreibung? — *c)* Nicht abgedruckt. — *d)* Vgl. n. 9626.

Nr. 9597. Bericht des Gerenten des Vizekonsulats Kanzleisekretärs Heinrich Hoflehner aus Nisch, 22. April 1914 Nr. 43 (eing. 25. April).[a] *Ausfert.*

Seit einiger Zeit schon scheinen die hiesigen Politiker auf dem Standpunkte zu stehen, daß den jetzigen Fragen außerpolitischer Natur keine aktuelle Wichtigkeit mehr innewohnt. Schließlich hat man die bereits ins Endlose gezogenen Erörterungen über die Erfolge Herrn Pašić' in Petersburg und Bukarest doch einmal einstellen und sich auch damit abfinden müssen, die so lange gehegte Hoffnung, die albanische Frage neu aufzurollen, aufzugeben. Die aus dem neuen serbischen Gebiete gekommenen Meldungen über eine arnautische Aufstandsbewegung lösten nur vorübergehendes Interesse aus und da die revolutionäre Bewegung im Epirus sich nicht im Maße, als erwartet wurde, entwickelte, ließ auch dafür die Anteilnahme stark nach. Die Ministerzusammenkunft in Abbazia ignorierte man möglichst, was hier gerne allen jenen Vorkommnissen gegenüber geübt wird, die ungerne gesehen werden. Gleich stark jedoch wie bisher hat sich nur die unfreundliche Stimmung gegenüber Österreich-Ungarn erhalten. Keinerlei Anzeichen sprechen dafür, daß diesbezüglich eine mildere Auffassung herrscht. Dem wird ja zielbewußt entgegengearbeitet, nicht nur von der Presse, die wo nur irgend möglich gegen Österreich-Ungarn hetzt, sondern auch von allen führenden Kreisen, die keine Gelegenheit versäumen, um die große Masse des Volkes mit dem Gedanken der künftigen „Abrechnung mit dem Erzfeinde der Serben" vertraut zu machen. An Kundgebungen in diesem Sinne wären nachfolgende anzuführen: Bei der vor einiger Zeit stattgehabten Slava-Feier des hiesigen Festungsartillerie-Regiments wurden einige Reden gehalten, die den bevorstehenden Kampf gegen Österreich-Ungarn behandelten; schließlich verstieg sich ein Redner zum kühnen Ausspruche, daß hoffentlich die nächste Slava-Feier in Sarajevo stattfinden

wird. Der hiesige Vladika hielt anläßlich des Empfanges der aus dem neuen Gebiete kommenden Rekruten in der Kathedrale vor einer großen Volksmenge eine Ansprache an die neuen „Rächer Kosovos", in der er auf die ihnen bevorstehende Aufgabe, an der Befreiung der noch unterjochten Brüder im Norden und Westen teilzunehmen, hinwies. Am letztvergangenen Sonntage fand die Slava-Feier des hier garnisonierenden 2. Infanterie-Regiments statt. Hiebei hielt der höchste Offizier eine Ansprache an das Regiment, in der er die Erwartung aussprach, daß nach der jüngsten Niederwerfung des türkischen Unterdrückers das Regiment auch am nächsten Zuge über die Donau und Drina ruhmreichen Anteil nehmen wird. Zur letzteren Feier war auch der Gefertigte eingeladen gewesen, der es aber in Kenntnis der bei solchen Anlässen üblichen Äußerungen serbischen Taktgefühls vorzog, schriftlich zu gratulieren. Abschrift nach Belgrad vorgelegt. Hoflehner.

a) Vgl. n. 9642.

Nr. 9598. Tel. aus Athen, 23. April 1914 Nr. 211 (eing. 24. April 9 U. a. m.).a) Entziff.

Beim heutigen Diplomatenempfange sagte mir spontan Herr Streit, daß Griechenverfolgungen in Thrazien nun in letzter Zeit einen Grad erreicht hätten, daß Herr Panas an die Pforte Note überreicht habe. Minister sagte, er erhebe noch nicht offizielle Anschuldigung, daß die türkische Regierung diese feindlichen Maßregeln (Zehntausende von Griechen werden von ihren Domizilen verjagt) selbst anordne, er mache sie aber für Vorgänge verantwortlich, welche sie wohl verhindern könnte. Tatsächlich organisiert ottomanische Regierung die ganze Bewegung, Minister will hiefür zwei Erklärungen finden. Zuerst den Wunsch, Thrazien auf diese Weise vom griechischen Element zu reinigen. Zweitens die Idee, auf Griechenland einen (Druck)b) in der Inselfrage auszuüben. Minister meinte vertraulich, daß, nachdem die Türkei eingesehen, daß weder durch die Mission Coandas, noch durch eine hier nicht bekanntgewordene Mission des hiesigen serbischen Gesandten Balugčić, noch nach Besprechungen auf Corfu griechische Regierung ihren Standpunkt bezüglich des Besitzes der Inseln nicht aufgegeben, Pforte auf die Idee, durch intensivere Mißhandlung griechischen Elementes Pression auszuüben gekommen sei. Wenn aber dies der (Fall)b) sei, meinte Herr Streit, so sei dies eine vollständig falsche Berechnung, denn öffentliche Meinung mit König an der Spitze sei dagegen empört und Konsequenzen könnten schwerwiegende sein. Minister äußerte sich über korrekte Beziehungen zu Bulgarien — mehr sei derzeit nicht denkbar — zufrieden. Szilassy.

a) Vgl. n. 9596. — b) Chiffre fehlt.

Nr. 9599. Handschreiben König Karls von Rumänien an Kaiser Franz Josef; Bukarest, 10./23. April 1914.a) Ausfert.b)

Deine liebevolle Aufmerksamkeit, mich an meinem Geburtstage mit einem so herzlichen Briefe beglückt zu haben,c) rührte mich auf das tiefste und es drängt mich, Dir meinen wärmsten Dank für Deine innigen Wünsche schriftlich zu erneuern. Es hat mir besonders wohl getan, aus Deinen gütigen Zeilen zu ersehen, dass ich auf Deine treue Freundschaft dauernd zählen

darf. Ich kann diese Gefühle Deiner mir so wertvollen Zuneigung nicht besser erwidern als mit der Versicherung meiner unwandelbaren Anhänglichkeit und Dankbarkeit, die von Jahr zu Jahr noch gewachsen sind. Trotz den unleugbaren Schwierigkeiten im Innern, die auch von aussen her systematisch genährt werden, um unsere politischen Bande zu lockern, können die so sehr im Interesse unserer Länder liegenden engen Beziehungen nicht erschüttert werden. Die seit einiger Zeit aufgetretenen unerquicklichen Strömungen, die mit den inneren Parteikämpfen zusammenhängen, müssen als eine Art von Paroxysmus betrachtet werden, der sich in jungen Ländern öfters manifestiert und von dem auch Ungarn nicht verschont geblieben ist. Diese Erscheinungen werden kaum das gute Verhältnis zwischen unseren Staaten beeinflussen, man kann dieselben mit einem reissenden Gebirgsbach vergleichen, den man nicht mit Gewalt aufhalten darf, denn dann richtet er nur grösseres Unheil an. Da unser ganzes Bestreben vor allem der Erhaltung des europäischen, von allen Völkern ersehnten Friedens gewidmet ist und jeder ernsten Verwicklung vorbeugen soll, so hoffe ich, dass auch mein Volk für diese unschätzbare Wohltat ein Verständnis haben und einsehen wird, dass ihm der Dreibund den sichersten Schutz gewährt. Wir sind hocherfreut und glücklich, dass die Nachrichten über Deine teuere Gesundheit, die uns einen Augenblick mit Sorge erfüllten, wieder so befriedigend sind, dass wir Deiner baldigen Genesung entgegensehen dürfen. Unausgesetzt bitten wir die Vorsehung, sie möge Dich beschützen und noch viele Jahre zum Wohle und Segen Deines mächtigen Reiches und zur Freude all' derer, die Dich mit inniger Liebe umgeben, erhalten. Carl.

a) Vgl. n. 9600, 9717. — *b)* Im Archiv der Kabinettskanzlei. — *c)* Dieses in der Kabinettskanzlei verfaßte Schreiben vom 15. April 1914 erliegt im Archiv der Kabinettskanzlei, wurde jedoch, da es lediglich die üblichen Höflichkeitsbezeigungen enthält, nicht aufgenommen.

*Nr. **9600**. Bericht aus Bukarest, 23. April 1914 Nr. 38 A (eing. 26. April).*[a] *Ausfert.*

Geheim. Da Seine Majestät der König wiederholt nach dem Befinden Seiner Majestät des Kaisers hatte fragen lassen und mir mitteilen liess, Er möchte gerne Détails über das Allerhöchste Befinden erhalten, so erschien ich gestern abends bei Ihm in Audienz, welche über zwei Stunden dauerte. Ich hatte ursprünglich gar nicht die Absicht, bei dieser Audienz politische Fragen anzuregen, sondern wollte mich lediglich darauf beschränken, über die Gott sei Dank eingetretene Besserung im Befinden Seiner Majestät zu referieren. Der König nahm diese Nachrichten mit grösster Freude zur Kenntnis und betonte, Er habe einen Brief Seiner Majestät erhalten, der Ihn ausnehmend freue und an dessen Beantwortung[b] Er gerade arbeite. Er berühre in Seiner Antwort auch wichtige politische Fragen und erwähne die unangenehmen Vorgänge der letzten Zeit, die so peinlich sie auch seien, dennoch nicht höher eingeschätzt werden dürfen, als sie es verdienen. Da ich diese Auffassung mit einem Schweigen quittierte, welches Seine Majestät sehr richtiger Weise als Nichtübereinstimmung deutete, frug mich Höchstderselbe, welches denn meine Ansicht über diese

Vorgänge und die politische Situation überhaupt sei. Dies gab mir den willkommenen Anlass, das bewusste Thema anzuschneiden. Ich begann damit, Seiner Majestät zu sagen, ich hätte Ihn, der momentan mit Geschäften überhäuft sei, gar nicht mit politischen Dingen behelligen wollen, da Er mich aber direkt frage, so möchte ich Ihn daran erinnern, dass Er mir in meiner ersten Audienz in so übermässig gnädiger Weise gesagt hätte, ich möchte mich, wenn ich etwas auf dem Herzen hätte, direkt an Ihn wenden und nicht an Seine Minister, und dieser Moment sei gekommen. Ich stände unter dem dominierenden Eindruck, dass das Verhältnis zwischen Rumänien und der Monarchie krankhaft sei. Er, der König, habe Recht, wenn Er jedem einzelnen der vorgefallenen Ereignisse wenig Wert beilege. Die Schreibereien der gesammten Presse, die Reden des Volkes und der Armee, die Theaterstücke, die Kulturliga, die Strassendemonstrationen, die Krawalle der Studenten, — jedes dieser Ereignisse allein und isoliert, sei eine Lappalie, in ihrer Totalität jedoch repräsentierten sie die Stimmung des gesamten rumänischen Volkes und hätten dadurch jene Bedeutung, die Er — der König — selbst ihnen zuschriebe, indem Er mir im Herbst gesagt habe, „Er könne nicht gegen die gesamte öffentliche Meinung Politik machen."*1)* Diese längere Auseinandersetzung war Seiner Majestät nicht sehr angenehm. Er wurde etwas unruhig und ohne mir zu widersprechen, frug Er, welches denn die Konsequenzen seien, die ich daraus zöge. Ich erwiderte, diese Frage setze mich insoferne in Verlegenheit, als ich bei der Beantwortung nicht mehr als „Gesandter" sprechen könne, denn ich hätte dieses Thema gar nicht mit Euer Excellenz besprochen; ich könne also nur als Privatmann meine rein persönliche Ansicht widergeben; diese aber sei allerdings ganz dezidiert und gehe dahin, dass dem Verhältnisse zwischen der Monarchie und Rumänien nichts anderes fehle als Klarheit und dass diese eben hergestellt werden müsse. „Die Rumänen" sagte ich wörtlich, „halten unsere Politik für unaufrichtig und falsch und glauben, dass wir trotz des rumänischen Bündnisses fortgesetzt die Bulgaren gegen Rumänien benützen und ausspielen; wir wieder, wir glauben, dass Rumänien das Bündnis im Ernstfalle nicht effektuieren wird, weil es sich nicht in Widerspruch mit der Volksstimmung bringen will, und daher mehren sich bei uns die Stimmen, welche gegen Rumänien laut werden. Dieses Misstrauen auf beiden Seiten wächst und wächst und eines schönen Tages werden wir beide entdecken, dass wir ‚Feinde' geworden sind, ohne eigentlich zu wissen, warum." Hier unterbrach mich der König, um mir zu sagen, solange Er lebe, werde Seine ganze Arbeit dahin gehen, zu verhindern, dass Rumänien gegen Oesterreich-Ungarn in das Feld ziehe. Ich erwiderte, dass niemand Eingeweihter daran zweifelt, dass aber das Bündnis doch mehr verlange, und ob denn Seine Majestät mir versichern könne, dass Er und Seine Armee dem Bündnisse getreu mit uns kämpfen würden gegen einen dritten. Der König umgieng diese Frage mit der Antwort, Er hoffe, es werde in absehbarer Zeit zu keinem Kriege kommen, und mit der Zeit werde sich die Volksstimmung hoffentlich bessern — aber ich möchte in meinen Ausführungen fortfahren. Bulgarien, erwiderte ich, ist der Keil, der sich immer trennend zwischen uns und Rumänien schiebt, entfernen wir diesen

Keil und nichts hindert den offenen Anschluss Rumäniens an uns. Auf die etwas erstaunte Frage Seiner Majestät, wie ich denn dies meine, antwortete ich, wenn Oesterreich-Ungarn zum Beispiel die Klausel in den Vertrag aufnehmen würde, dass es den heutigen Besitzstand Rumäniens gegen Bulgarien[2]) zu schützen bereit sei und dieses Faktum veröffentlicht würde, so könnte erstens Bulgarien wohl schwer mehr daran denken, seine Revanchegedanken gegen Rumänien[3]) zu effektuieren, zweitens würde ganz Rumänien durch diese Veröffentlichung sehen, dass wir auf rumänischem, respektive antibulgarischem Standpunkte stehen,[4]) und drittens würde durch die Schaffung eines solchen fait accompli bei uns jenen der Wind aus den Segeln genommen, welche fortgesetzt wünschen, Rumänien durch Bulgarien ersetzt zu sehen.[5]) Der König meinte vorerst, das sei eine sympatische Idee, aber man könne dies geheim[6]) machen, ohne Veröffentlichung. Ich erwiderte, dies sei ganz unmöglich, da dadurch der dreifache, soeben erwähnte Erfolg hinfällig würde; nur durch ein öffentliches Bündnis könne Bulgarien gehemmt,[7]) das Misstrauen[8]) hier und die bulgarische Strömung bei uns vernichtet werden; denn wenn die Welt nichts davon erfährt, so könne es auch keinen Einfluss auf ihren Gedankengang und ihre Taten üben. Der König gab dies zu, meinte jetzt aber, die grosse Frage hiebei sei Serbien, da ja Bulgarien sich gegen Serbien ausdehnen, Mazedonien nehmen und auf diese Art ein Grossbulgarien gründen werde, eine Kombination, die für Rumänien inakzeptabel sei. Diesen Einwurf, erlaubte ich mir zu bemerken, hätte ich wohl erwartet, und noch weniger, wie über alles andere, könnte ich hierüber der Ansicht Euer Exzellenz Ausdruck verleihen, aber meine persönliche Ansicht sei auch hier ganz fest. „Wir können", sagte ich, „mit Serbien eine doppelte Politik verfolgen, aber auch nur diese zweifache. Entweder uns mit Waffengewalt endlich einmal Ruhe schaffen, Serbien niederwerfen und wesentlich verkleinern, — oder durch ein freundschaftliches, aber offenes Verhältnis[9]) uns mit dem heutigen Serbien abfinden. Ich glaube, dass beide Wege gangbar sind und bin nur überzeugt, dass der dritte, der Mittelweg, der eines „feindlichen Friedensverhältnisses", unrichtig ist. In die gegenwärtige Proposition passt selbstverständlich nur der Weg des offenen und ehrlichen Friedens. Wenn wir also uns mit Rumänien darauf einigen, dem heutigen Serbien[10]) gemeinsam mit Rumänien seinen derzeitigen Besitzstand zu garantieren, aber auch gemeinsam mit Rumänien eine jede wie immer geartete Absicht, sich auszubreiten, bekämpfen,[11]) also einen gemeinsamen antiserbischen Wall um die albanischen und unsere eigenen Grenzen ziehen — so sehe ich nicht ein, warum Serbien dem von mir entwickelten Plan hinderlich sein sollte." Seine Majestät hörte sehr interessiert zu und meinte, dieser ganze Plan sei von einer so weitgehenden politischen Bedeutung, dass Er unmöglich[12]) sofort eine Antwort darauf geben könne. Wenn er durchführbar sei, so schiene es Ihm, dass er nicht nur die Ruhe am Balkan, sondern den europäischen Frieden zu garantieren geeignet scheine, und dies sei ein so hoher Preis, dass die Idee jedenfalls nicht a limine abgewiesen werden könne. Die Hauptschwierigkeit liege aber dabei wohl in Wien, respektive in Budapest, denn, meinte Seine Majestät, die Ungarn würden niemals zugeben, dass man eine Politik mache,

die eine direkte Einkreisung Bulgariens bezwecke und die nebenbei ein dauernd freundschaftliches Verhältnis mit Serbien anbahne.[13]) Zweitens, betonte der König, sei der Ausgleich in Siebenbürgen[14]) unbedingt notwendig, damit Er und die numerisch schwache austrophile Richtung hierzulande den Gegnern der Monarchie den Wind aus den Segeln nehmen könne. Ohne dem werde niemand stark genug sein, in Rumänien ein offenes Bündnis mit der Monarchie durchzudrücken. Drittens käme Russland in Betracht,[15]) welches „aufschäumen" und sich Bulgariens um jeden Preis annehmen werde. Das alles wolle und müsse durch einige Wochen und Monate sehr genau überlegt werden. Endlich noch Albanien. Albanien[16]) werde gewiss mit der Zeit den Drang empfinden, sich gegen Serbien zu vergrössern — nicht in nächster Zeit, aber später[17]) — und auch hierin liege eine Schwierigkeit der von mir gewünschten bündnismässig fixierten und garantierten Grenzen! Ich erwiderte punktweise: Was die von Seiner Majestät in Wien und Budapest erwarteten Schwierigkeiten anbelange, so könne ich das nicht beurteilen, das sei ja möglich. Ich spräche — wie bereits gesagt — nur im eigenen Namen, und wenn man in Wien meine Ideen verwerfe, so sei dies alles natürlich gegenstandlos. Was Siebenbürgen anbelangt, so glaubte ich, dass Graf Tisza seinerzeit wieder mit den Verhandlungen beginnen dürfte und hätte ich die Hoffnung auf einen Erfolg noch nicht aufgegeben. Das dritte Argument — Russland — käme mir nicht ganz richtig vor. Rumänien müsse eben doch auch wissen, was es wolle und könne nicht auf zwei Stühlen zugleich sitzen[18]) — Albaniens Wünsche seien wohl kein triftiges Argument, wenn man davon spräche, den europäischen Frieden sichern zu wollen, denn eine Vergrösserung dieses Landes bedeute doch Krieg und erneute Konflagrationen. Der König gab dies ungefähr zu, meinte auch speziell was Albanien anbelangt, habe Er nur eine ferne Zukunft gemeint. Eine weitere Schwierigkeit, meinte Seine Majestät, liege — wie es scheint — in der geplanten Vereinigung Serbiens und Montenegros, welche ja wieder ein neues Bild schaffen könne. Dieses Argument des Königs goss Wasser auf meine Mühle, denn, erwiderte ich, auch ich sähe in diesem geplanten Vordringen der Serben an das Meer eine grosse Gefahr, und eben deshalb[19]) wäre eine von Rumänien und uns gemeinsam festgelegte Grenze dieses Landes eine Sicherheit des Friedens mehr. Der König gab dies zu und wiederholte nochmals, der ganze Plan müsse sehr genau überlegt werden, Er hätte keinesfalls den Eindruck, dass er absolut nicht lebensfähig sei, wenn auch die grossen Schwierigkeiten nicht zu übersehen wären. Seine Majestät gieng dann selbst noch weiter und meinte, einem solchen antibulgarischen Bündnisse, welches den Status quo garantiert, würde wohl auch Griechenland beitreten — die Hauptschwierigkeit, wiederholte Er,[20]) liege in Wien respektive Budapest und in unserem Verhältnisse zu Serbien. Ferner meinte Höchstderselbe, man müsse sehr vorsichtig und streng geheim in Deutschland sondieren, wie sich das Berliner Kabinett zu solchen Schritten stellen würde[21]) und überhaupt vorerst sehr vorsichtig vorgehen. Der König kam dann nochmals auf die in der Luft liegende serbisch-montenegrinische Vereinigung zu sprechen, von der Er allerdings glaubt, dass sie wohl erst nach dem Tode des Königs

Nikita effektuiert werden werde, ausser „der König würde sich mit einer dicken Summe Geldes abfinden lassen", was auch möglich wäre. Mein hoher Gewährsmann glaubt dies aber nicht, vor allem nicht, weil Russland durch seine Verwandtschaft mit dem Cettinjer Hof nicht dafür sein dürfte, übrigens wäre es die Sache Italiens, dies zu verhindern. Der montenegrinische Kronprinz sei ein ganz schlechtes und recht unbeliebtes Subjekt und nach dem Tode des Königs werde die Frage wohl akut werden. Das kurze Resumé dieser langen Unterredung — in welche Seine Majestät noch viele andere Fragen einstreute, über welche ich in dem Berichte Z. 38 C[c]) separat berichte — ist folgendes: Ich habe die Sache in der von Euer Exzellenz gewünschten Form eingeleitet, das heisst, nur als meine persönlichen Ideen und Gedanken, und dadurch, wie ich glaube, Euer Exzellenz in keiner Weise präjudiziert. Ich habe keine Absage und keine Annahme meiner Vorschläge erhalten, aber doch sehr stark den Eindruck, dass Seine Majestät den Gedanken weiter verfolgen wird und dass er dadurch, wenn vielleicht auch mit Varianten, entwicklungsfähig ist. Bezeichnend für den Gedankengang des Monarchen war folgender Satz, den Er gelegentlich äusserte: „Solange ich lebe, wird Rumänien nie gegen Oesterreich-Ungarn marschieren, nach meinem Tode —" und dann eine vielsagende Handbewegung, die ausdrücken sollte, was dann geschehen werde, wisse allerdings niemand. Wenn Deutschland einen Gesandten hier hätte, der normal befähigt wäre, so wäre derselbe wohl eine grosse Hilfe, denn das Schwergewicht liegt gewiss darauf, dass nunmehr auch von Deutschland in demselben Sinne gearbeitet wird; wie die Dinge liegen, ist dies leider ausgeschlossen, und ich kann Euer Exzellenz daher nur ersuchen, auf anderen Wegen den wichtigen Einfluss Deutschlands hierher geltend zu machen. Um schliesslich noch die Athmosphäre zu skizzieren, welche während meiner so langen Audienz im Arbeitszimmer des Monarchen geherrscht hat, erlaube ich mir beizufügen, dass mich Seine Majestät mit den Worten entlassen hat: Unsere Konversation hätte Ihn angenehm berührt und angeregt. Ich sollte überzeugt sein, dass mir Sein besonderes Wohlwollen sicher sei, und solle stets zu Ihm direkt kommen, wenn ich etwas Wichtiges zu sprechen hätte. Solche Konversationen seien nicht nur interessant, sie seien auch unter allen Umständen vorteilhaft, denn sie klären die Situation, man trete sich dadurch näher und verstände sich besser. Ottokar Czernin.

[1]) Auch in der Zukunft nicht. — [2]) Allgemein! — [3]) Bestehen solche? Wenn ja, so würden sie dadurch zurückgedrängt und Revanche-Gedanken gegen uns Platz machen. — [4]) Es würde dadurch sehen, wie wenig Verlaß auf uns ist! Das besorgt schon die deutsche Diplomatie. — [5]) Bloß als Argument für K. Carol zu verwerten. — [6]) Wäre auch besser. — [7]) Spielt für uns nicht mit. — [8]) Das soll die Regierung besorgen. — [9]) Ist das möglich, wo es Nordalbanien und Bosnien-Herzegowina anstrebt. — [10]) Serbien wird unverwundbar gegen Bulgarien und Albanien. — [11]) Dazu werden die Rumänen nicht zu haben sein. — [12]) Auch später nicht. — [13]) Wäre dies damit erreicht? — [14]) Was versteht König Carol darunter? — [15]) Da liegt der Hund begraben. — [16]) Albanien würde dadurch von uns abgestoßen. — [17]) bis einmal der Balkanbund formiert sein wird. — [18]) Rechnung ohne den Wirt. — [19]) Wie gemeint? — [20]) Will er auf uns ablenken. — [21]) Berlin müßte auch für Integrität Serbiens eintreten.

[a]) Vgl. n. 9039, 9066, 9565, 9601, 9615, 9619, 9627, 9639, 9717, 9902, 9918. — [b]) n. 9599. — [c]) n. 9601.

Nr. 9601. Bericht aus Bukarest, 23. April 1914 Nr. 38 C (eing. 26. April).[a] *Ausfert.*

Geheim. Die lange Audienz bei Seiner Majestät, über welche ich unter Einem berichtet habe,[b] war durchwoben von zahlreichen interessanten Ausführungen des Monarchen, welche teilweise ohne direkten Zusammenhang mit dem eigentlichen Gesprächsthema von Hochdemselben eingestreut wurden. So kam mein hoher Gewährsmann darauf zu sprechen, dass Er sichere Beweise habe, dass der Zar unbedingt friedlich gesinnt sei, Frankreich jedoch erneut schüre und den alten „läppischen" Gedanken der Revanche gegen Deutschland wieder neue Nahrung zuführe; Er schien damit auf gewisse Gespräche anzuspielen, welche der Kronprinz in Petersburg gehabt hatte. In anderem Zusammenhange kam Seine Majestät auf das Debreczener Attentat und Catarau zu sprechen, von welchem Er mir mitteilte, derselbe sei voriges Jahr als russischer Spion in rumänische Dienste genommen worden (!), seitdem aber wieder entlassen und seit Jahresfrist ohne Kontakt mit der hiesigen Polizei (vielleicht liegt hierin die Erklärung für gewisse bekannte Vorgänge der letzten Zeit in Alexandrien). Dann erwähnte der König den Fall Mandaschescu und die beabsichtigten Demonstrationen der hiesigen Studenten für den Fall, als dieser nicht in Freiheit gesetzt werde, und meinte, ein Streik der Studenten lasse Ihn kühl. Zu Demonstrationen aber müsse man es nicht kommen lassen und es sei besser, rechtzeitig „einzulenken". Die Wahlen seien stets eine sehr kritische Epoche, ich werde sehen, zu welchen Mitteln man hier greife, um die Volksleidenschaften aufzupeitschen, und dieser fieberhafte Zustand müsse dadurch überwunden werden, dass man alles, was die Erregung noch erhöhen könnte, beseitigt. Seine Majestät deutete an, dass Er den Wunsch hegt, man möchte Mandaschescu, sowohl wie die beiden verhafteten Frauen laufen lassen, da sie so wie so mit dem Verbrechen nichts zu tun hätten. Bei Erwähnung Albaniens betonte der König die schwierige Stellung des Fürsten und seine Ihm übermittelte Ansicht, dass die griechische Regierung den Unruhen nicht ferne steht, eine Meinung, die Er — der König — aber absolut nicht teilen könne. Viel sprach der König naturgemäss von Bulgarien und [über] die, wie Er meinte, bei uns so zunehmende bulgarophile Stimmung. Seine Majestät sprach in sehr harten Ausdrücken von der Unzuverlässigkeit dieses Volkes, welches sich gerne die Japaner Europas nennt, aber de facto viel mehr Aehnlichkeit mit den Chinesen hat, mit dem schlauesten und falschesten Volke der Welt. Ein jeder Staat, meinte mein hoher Gewährsmann, der sich mit Bulgarien verbündet, wird früher oder später den furchtbaren Irrtum erkennen, sich an ein Volk gekettet zu haben, auf welches niemals ein Verlass ist. Obwohl ich ebenso wie Seine Majestät von der totalen Unverlässlichkeit dieses Volkes überzeugt bin, auch der Meinung bin, dass die bulgarophile Stimmung bei uns nicht so stark ist, wie der König vorgab, hielt ich es doch für klüger, Ihm die Sorge, wir könnten eventuell eines Tages nach Sofia abschwenken, nicht ganz zu nehmen, und verhielt mich mehr schweigend, in der sicheren Ueberzeugung, dass wir den Rumänen kostbarer erscheinen, wenn sie die Furcht, sie könnten uns eines Tages ganz verlieren, nicht vollständig loswerden. ... *Ungarisch-rumänische Frage* ... Betreffs der

bulgarisch-rumänischen Brücke erzählte mir Seine Majestät, dass die Verhandlungen für den Augenblick unterbrochen seien, dass Er aber sehr wünsche, dass das Projekt zustande komme, und auch daran glaube. Die Rumänen, die auf Corabia bestehen, haben die Bulgaren wissen lassen, dass sie das ganze versumpfte Terrain auf bulgarischem Gebiete noch als „Donau" betrachten, respektive die Hälfte auch dieser Brücken- und Dammauslagen zu zahlen bereit sind. Mit diesem Vorschlage sind die bulgarischen Unterhändler nach Sofia abgereist, um sich neue Instruktionen zu holen. Was die projektierte bulgarische Anleihe in Deutschland betrifft, so meinte der König, die Rumänen wünschten das Perfektwerden dieses Geschäftes, um ihre friedlichen und freundlichen Absichten zu dokumentieren, jedoch solle eine Form gefunden werden, welche die Bulgaren zwinge, das Geld nicht für neue Rüstungen, sondern für friedliche Zwecke zu verwenden.[1] Den General Coanda erwähnte Seine Majestät mehrmals, ohne jedoch auch nur das Geringste über seine Mission[c] transpirieren zu lassen. Ich glaube, dass es sich hiebei doch um eine vorsichtige Sondierung eines Terrains handelt, der die Tripleentente nicht ferne steht. Gewiss ist das alles nur Zukunftsmusik, auch in rumänischen Ohren — aber es beweist doch, dass nicht mehr viel Zeit zu verlieren ist, will man die Situation in dem Sinne klären, dass wir Rumänien zurückgewinnen.[2] Ottokar Czernin.

[1] Dann nehmen sie sich das Geld für Rüstungen von anderswo! — [2] Mit denselben Mitteln wie die Gegner.

[a] Vgl. n. 9615, 9639, 9902. — [b] n. 9600. — [c] Vgl. n. 9538.

Nr. 9602. Tel. aus Durazzo, 23. April 1914 Nr. 216 (eing. 24. April 9 U. a. m.).[a] Entziff.

Miliz, fremde Offiziere. Zu meinem Telegramm Nr. 143 vom 11. d. Mts. und vom 13.[b] d. Mts. Nr. 152. [Am] 20. d. Mts. erklärte Fürst Turkhan Pascha in Gegenwart Castoldis und Buchbergers, keine türkischen Offiziere nehmen, sondern uns und Italien um je 25 albanisch sprechende Offiziere bitten zu wollen; beabsichtigt, mich und italienischen Gesandten nächster Tage rufen zu lassen (bis jetzt nicht erfolgt), erklärte auch, er wolle statt 10.000 nur 7000 Mann Miliz einberufen und von den Adriamächten Rote Kreuz-Expedition erbitten. Auch wollte er an Seine Majestät unseren Allergnädigsten Herrn um Überlassung ärarischer Gebirgsgeschütze telegrafieren. Meinem Quirinalkollegen sprach er vorher von Wunsch, rumänische Offiziere zu erhalten und dass er diesbezüglich an König Carol telegrafieren wolle. Rumänischer Gesandter kam vorgestern zu mir zwecks freundschaftlichen Gedankenaustausches darüber. Erwähnte, daß keine albanesisch sprechenden Offiziere vorhanden und daß er sich passiv verhalte. Nach ihm kam italienischer Kollege und äusserte die Ansicht, daß es gut wäre, die Zahl auf etwa je vier österreichisch-ungarische, italienische (darunter Oberst Murichio, der, nebenbei gesagt, seine ganze Zeit im hiesigen Kriegsministerium zubringt) und rumänische Offiziere für das Hauptquartier zu beschränken. Gleichzeitig proponierte er mir, mit ihm Essad zuzureden, Expedition nicht mitzumachen, da sonst Friktion mit Holländern unvermeidlich. Wenn Aliotti bei mir diese Taktik einschlägt,

will er gewöhnlich das Gegenteil und möchte mich nur ausholen. Übrigens zeigt seine Sprache jetzt auffälligen Anklang an meine Telegramme Nr. 151 und 152 vom 13.[b]) d. Mts. Turkhan Pascha kündigte mir abends, jedoch noch nicht in offizieller Form durch den Fürsten beabsichtigte Erbittung je 25 österreichisch-ungarischer und italienischer (Offiziere)[c]) an; rumänische erwähnte er nicht. Heute keine einschlägige Mitteilung; Buchberger sagt, dass der Fürst wieder schwanke. Löwenthal.

[a]) Vgl. n. 9605. — [b]) Richtig 14. = n. 9583. — [c]) Chiffre fehlt.

Nr. 9603. Tel. aus Berlin, 24. April 1914 Nr. 140 (eing. 25. April 9 U. a. m.). Entziff.

Besuch englischen Königspaares in Paris. Herr von Jagow glaubt auch nach Berichten des deutschen Botschafters in Paris dessen sicher zu sein, dass die Entente zwischen England und Frankreich nicht zu einem engeren Bundesverhältnis ausgestaltet wurde. Staatssekretär ist daher über Pariser Besuch nicht im geringsten beunruhigt. Szögyény.

Nr. 9604. Tel. nach Bukarest, 24. April 1914 Nr. 99 (chiffr. 11 U. 50 M. p. m.).[a]) Konz. (S. u. G. Forgách).

Geheim. Deutscher Botschafter teilt mir mit, daß seine Regierung der Ansicht sei, daß im gegenwärtigen Momente Rumänien unter den gegenwärtigen Umständen auf keine Weise bewogen werden könnte, das Bundesverhältnis irgendwie zu präzisieren, geschweige, einer Veröffentlichung desselben zuzustimmen. Deutsche Regierung sei überzeugt, daß das ganze Verhältnis Rumäniens zu uns derzeit mit großer Ruhe und Vorsicht zu behandeln sei, jede Übereilung nur schädlich wäre und der geeignete Augenblick zur Einwirkung abgewartet werden müsse. Ich kann die Ueberzeugung der deutschen Regierung nicht als ganz unstichhältig betrachten und ersuche Euer Exzellenz, die in meinem letzten geheimen Privatschreiben[b]) gegebenen Direktiven bis zu meiner mündlichen Aussprache mit Euer Exzellenz nach Ablauf der Tagung der Delegationen[c]) nur in vorbereitender, vorsichtiger Weise zu verwerten.

[a]) Vgl. n. 9616. — [b]) n. 9565. — [c]) Eröffnung 29. April; Parlament. Chron. d. ö.-u. Mon. 1914, 259.

Nr. 9605. Tel. nach Durazzo, 24. April 1914 Nr. 102 (chiffr. 11 U. 50 M. p. m.).[a]) Konz. (S. Gautsch; V. Rappaport; G. Berchtold).

Im Verlaufe meiner Konversationen mit Marquis di San Giuliano in Abbazia habe ich auch die in Euer Hochwohlgeboren Telegramme vom 11. April[b]) l. J. behandelte Anregung Mufid Beys ... *wie n. 9592 von „wegen Entsendung österreichisch-ungarischer und italienischer Offiziere" bis „nahm der Minister zustimmend entgegen"* ... Soweit die Unterredung mit Marquis di San Giuliano. Indem ich Ihren Vorschlägen zu vorstehenden Fragen entgegensehe, möchte ich zu Ihrer Orientierung noch folgendes beifügen: Baron Conrad, welchen ich über die Frage zu Rate gezogen habe, stimmt mit mir darin vollkommen überein, daß bei der Organisation die

Zuweisung spezieller territorialer Rayons an die österreichisch-ungarischen, beziehungsweise italienischen Instruktoren unbedingt zu vermeiden wäre. Er wünscht, daß unseren Offizieren die Ausbildung der Infanterie ausschließlich eingeräumt werde und ist dafür bereit, die Parität mit Italien durch folgende Konzessionen zu wahren: 1.) Die Italienischen Offiziere hätten die Kavallerie und technischen Truppen auszubilden, wofür Italien besonders qualifizierte Kräfte besitzt, sowie ferner auch die Artillerie. Die Lieferung von Geschützen unsererseits läßt der Chef des Generalstabes nicht als Argument gegen die Übernahme der Artillerieorganisation durch die Italiener gelten. 2.) Die volle Parität mit Italien könnte hinsichtlich der Zahl der beiderseits zu entsendenden Instruktoren gewahrt werden, da Baron Conrad damit einverstanden ist, daß Italien ebensoviel (etwa 30) Offiziere für Artillerie, Kavallerie und technische Truppen als wir für die Infanterie beistelle. Indem ich Euer Hochwohlgeboren ersuche, diesen Wünschen des Chefs des Generalstabes bei Ihren Vorschlägen Rechnung zu tragen und wenn irgend möglich schon jetzt in dem von Baron Conrad gewünschten Sinne tätig zu sein, möchte ich Euer Hochwohlgeboren noch ersuchen, Ihr besonderes Augenmerk darauf zu richten, daß nicht etwa durch ein Arrangement zwischen den dortigen Machthabern und Baron Aliotti (der laut Euer Hochwohlgeboren Telegrammes Nr. 216 vom 23. d. M. eine diesbezügliche Aktion vorzuhaben scheint) in dieser Hinsicht ein fait accompli geschaffen wird. Dies ließe sich am besten dadurch vermeiden, wenn Euer Hochwohlgeboren tunlichst bestrebt sind, möglichst gute Beziehungen auch zu Essad Pascha zu unterhalten, der bei der gegenwärtigen Sachlage noch als der relativ stärkste Machtfaktor in Albanien angesehen werden muß und dessen Mitwirkung wir daher zur Wahrung unserer Interessen benötigen. Berchtold.

[a]) Vgl. n. 9583. — [b]) n. 9568.

*Nr. **9606**. Bericht aus Durazzo, 24. April 1914 Nr. 20 (eing. 29. April)*
Ausfert.

Streng vertraulich. Es ist eine, am besten am Ballhausplatz bekannte Tatsache, dass die politische Überzeugung jedes albanischen Politikers bisher eine mehr oder minder individuelle war. Die hierländischen „Patrioten" — und deren gibt es viele im Hinblick auf das aus diesem Titel deduzierte Recht zur „Nicht-Arbeit" — hatten sich jeder einen eigenen politischen Katechismus zurecht gelegt, dessen Befolgung Albanien gross und glücklich, sie selbst aber reich machen sollte; mit wenigen Worten ausgedrückt: Quot Albanesi tot opiniones! Die Bildung des albanischen Staatswesens und die wenn vorerst auch nur bescheidene Berufung der Bevölkerung zum Mitregieren und Mitverwalten hat nun in dieser Richtung insoferne Wandel geschaffen, als sich denn doch schon am Horizonte drei grössere politische Gruppen abzeichnen: die Konservativen, die Demokraten und die Nationalisten. Es sind dies freilich keine politischen Groupements, wie ein moderner parlamentarischer Staat sie aufweist, keine Parteien mit Programmen und anerkannten Führern, kein fixes Gefüge mit Organisation und Disziplin; es sind vorläufig vielmehr nur Richtungen, in denen sich

Träger gleicher Ideen und Verfolger gleicher Absichten begegnen, um bald länger bald kürzer denselben Weg zu gehen, bis sie der persönliche Vorteil wieder auf eine Nebenstrasse lockt. Die Konservativen — und dies liegt in der Natur der Sache — sind vor allem unter den Beys zu suchen. Die feudalen Grundherren Albaniens und ihre Schmarotzer-Klientèle bilden den Grundstock dieser Gruppe, die allein regieren will und für alle jene staatlichen Einrichtungen und Reformen zu haben ist, welche ihre Macht stärken und ihren Säckel füllen. Wenn man auf Albanien parlamentarische Ausdrücke anwenden darf, so kann man sagen, sie sind momentan am Ruder und haben sowohl die Zentralregierung wie auch die Verwaltung der verschiedenen Distrikte des Landes in ihren Händen. Sie sind gegenwärtig auch der festeste Pivot für die Politik des Fürsten, nachdem es in ihrem Interesse liegt, die Stellung des Herrschers und die Entwicklung des Landes vor Erschütterungen zu bewahren. Sache des Fürsten wird es sein, dafür zu sorgen, dass die Macht dieser Grundadeligen in ihren Stamm-Bezirken keine allzugrosse wird, da sonst jede Zentralregierung zur Ohnmacht verurteilt würde. Wahrscheinlich wird es in Albanien in späterer Zeit zu einem ähnlichen Kampfe zwischen Krone und den Reichsbaronen kommen, wie er sich in Frankreich bis ins 15. Jahrhundert hinein abgespielt hat. Im Interesse der Entwicklung des Landes ist es zu wünschen, dass dieser Kampf auch in Albanien mit der Suprematie des Herrschers endet. Die Chancen für einen solchen glücklichen Ausgang kann ich gegenwärtig nicht sehr hoch einschätzen, da sich Fürst Wilhelm durch einen ganz überraschenden Mangel an Energie- und Entschlussfähigkeit charakterisiert. Derjenige der Beys, der bereits jetzt eine so proeminente Stellung im Durazziner Bezirke erlangt hat, ist Essad Pascha. Dieser grösste Grundherr Albaniens gehört selbst keiner der von mir früher erwähnten Parteirichtungen an. Hervorgegangen aus den Nationalisten, bedient er sich gegenwärtig der am Ruder befindlichen, vor ihm und seinen Bestechungskünsten Kotau machenden Beypartei, um sich als Diktator des Landes und Majordomus des Fürsten aufzuspielen. Letzterer steht ganz unter dem Banne der eingebildeten Macht Essads und wagt es nicht, den täglich mehr überhand nehmenden Pascha in seine Schranken zurückzuweisen. Er lässt sich auch leider nicht überzeugen, dass Essad zwar ein Koloss, aber ein solcher mit tönernen Füssen ist und dass ein Anstoss seitens des Fürsten genügen würde, um ihn von dem aus Intriguen und Bestechungen aufgebauten Piedestal zu stürzen. In der eben besprochenen konservativen Partei, die hauptsächlich in Mittel- und Südalbanien wurzelt, überwiegt das mohammedanische Element; leicht erklärbar, da sich unter der christlichen — katholischen wie orthodoxen — Bevölkerung Albaniens ausser Prenk Pascha keine reichen und einflussreichen Grundherren befinden. In ihrer ausserpolitischen Gesinnung sind die Konservativen eher unverlässlich. Sie neigen bald zur Monarchie, bald zu Italien hin, weniger weil sie davon überzeugt sind, dass die Politik der einen oder anderen von ihnen gerade favorisierten Adriamacht den Interessen ihres Landes entspricht, sondern leider öfter, weil persönliche Vorteile und Rücksichten sie in dieses Lager führen. Damit scheint einzelnen aber auch ein gelegentliches Kokettieren

mit Belgrad, Konstantinopel, auch mit Athen nicht unvereinbar. Ihre Ideen sind eben türkisch wie ihr Gedankengang, was nicht wunderlich erscheint, wenn man sich vor Augen hält, dass die meisten von ihnen in der Türkei erzogen wurden oder im türkischen Staatsdienste standen. Sie laborieren an der echt orientalischen Mentalität, die sie verhindern würde, selbst einem zum Vatermord sich anbietenden Bravo ein kategorisches Nein zu sagen. Die zweite in Albanien zu signalisierende Parteirichtung ist die demokratische, gegenwärtig noch in den Kinderschuhen, da die breiten Massen der Bevölkerung, welche das Reservoir für die Führer einer solchen Partei bilden müssten, auf einem ganz niederen Kultur- und Bildungsniveau stehen. Vertreten wird diese Richtung durch einige Leute niederer Abstammung wie Poga, Mexi und so weiter, die im Auslande gereist sind und dort demokratische Ideen in sich aufgenommen haben. Sie sind die naturgemässen Gegner der konservativen oder Beypartei, deren Bekämpfung gegenwärtig ihren einzigen Programmpunkt bildet. Dieser Kampf wird aber vorläufig nur schwach geführt; denn die Demokraten sind ohne Einfluss, ohne Mittel und ohne einen geistig proeminenten Führer. Ihre Aussenpolitik beruht nicht auf dem „Geben und Nehmen" sondern einzig und allein auf dem „Nehmen". Im Hinblick auf die Bedeutungslosigkeit der Vertreter dieser Richtung wird aber für ihre Gefolgschaft kein sehr hoher Preis gezahlt. Die Anhänger der demokratischen Richtung rekrutieren sich vornehmlich aus katholischen und orthodoxen Kreisen. Die Mohammedaner findet man eigentlich nur in den Reihen der Konservativen und Nationalisten. Letztere, die sich auch Progressisten nennen, repräsentieren meiner Auffassung nach die interessanteste und bedeutendste politische Richtung in Albanien. Sie weisen vor allem eine relativ grössere politische Reife auf als die beiden zuerst erörterten Parteien. Ihre Führer rekrutieren sich aus den intelligenten Kreisen des Landes, haben eine gründlichere ausländische Bildung genossen und besitzen im allgemeinen besseres Verständnis für die Erfordernisse und Ziele eines modernen Staatswesens. Der Kardinalpunkt des noch ungeschriebenen Parteiprogrammes lautet: Albanien den Albanesen. Aus der Anwendung dieses Satzes auf die einzelnen Fragen des politischen und wirtschaftlichen Lebens ergeben sich dann die weiteren von den Nationalisten formulierten Desiderata. Von den Führern dieser Partei, die im ganzen Lande Anhänger besitzt und speziell in Korča wurzelt, sind die markantesten Gestalten: Sotir Peci aus Korča, Sabri Quteza Advokat aus Korča, Hil Mossi Redakteur der Skutariner Zeitung „Shkypenia e re", Azdren Dichter aus Korča, der Redakteur Mihail Lehova, Grammeno Herausgeber der „Koha" in Korča, Midhat Bey Frascheri, Jaschar Erebara ehemaliger Redakteur der Uesküber Zeitung „Shkup", Faik Bey Konica und der orthodoxe Priester Fannoli. Während Peci, Quteza und die anderen Progressisten die politische und wirtschaftliche Unabhängigkeit ihres Vaterlandes im allgemeinen vertreten, hat sich Fannoli ein Spezialgebiet ausgesucht, nämlich die Unabhängigkeit der orthodoxen Kirche Albaniens, mithin die Schaffung einer autokephalen orthodoxen Landeskirche. Dass die Arbeit aller dieser Patrioten nicht immer zielbewusst und nicht ohne Seitensprünge vor sich geht, ist bei den typischen Charaktereigenschaften

jedes Albanesen wohl erklärlich. Immerhin lässt sich in der nationalen Richtung bereits ein gewisser einheitlicher Zug feststellen, der durch die Abhaltung von Konferenzen wesentlich gefördert wird. Als Organ nach aussen steht den Nationalisten die Zeitung „Atdheu" Mihail Lehovas zur Verfügung; die Gründung zweier weiterer nationalistischer Zeitungen in Korča und Valona ist geplant. In ihrer ausserpolitischen Gesinnung nähern sich die Nationalisten — in deren Reihen sich sowohl Mohammedaner wie Katholiken und Orthodoxe befinden — der Monarchie, nachdem dieselbe nach ihrer Überzeugung in Albanien keine selbstsüchtigen Zwecke verfolgt. Daraus ergibt sich ein starker Gegensatz dieser Partei zu Italien, zu dessen gegenwärtig — wenigstens nach aussen hin — albano-freundlicher Politik sie das lebhafteste Misstrauen hat. Ich glaube daher, dass wir in unserem zukünftigen politischen Kalkül und natürlich unter der Voraussetzung, dass das Reich der Shkypetaren nicht früher an von interessierter Seite geförderter Misswirtschaft, an der Missgunst seiner Nachbarn und an der Unentschlossenheit seines Herrschers zugrundegeht, die Nationalistenpartei als einen Posten einstellen sollten, der das Aktivsaldo unserer Schlussbilanz günstig beeinflussen kann. Dass nicht alle gegenwärtige Führer, insbesondere Faik Bey Konica, zuverlässige Elemente sind, darüber bin ich mir klar, doch halte ich es nicht für ausgeschlossen, die nötige Einwirkung auf die meisten von ihnen zu erlangen. Von mehreren Seiten wurde bereits an die k. u. k. Gesandtschaft wegen Unterstützung der Nationalistenpartei und ihrer Ziele herangetreten. In den bezüglichen Konversationen wurde unsererseits stets betont, dass auch wir ein national starkes und einheitliches Albanien wünschen, dass daher alle Bestrebungen, welche diesem Ziele gelten, auf unsere Unterstützung rechnen könnten. Gleichzeitig wurde jedoch auch stets hervorgehoben, dass eine Antragstellung an das Ministerium des Äussern wegen Unterstützung der Partei und speziell wegen Subventionierung eines Parteiorganes nur dann erfolgen könnte, wenn die Nationalisten auch eine Gewähr dafür bieten könnten, dass sie den Fürsten unterstützen und überhaupt eine monarchische Politik treiben. Eine solche Gewähr würde am besten dadurch geleistet werden, dass ein Parteiprogramm aufgestellt würde, welches auch das oben erwähnte Desideratum enthalte. Dies nun der wunde Punkt, da die Nationalisten — wenigstens die hiesigen — mit der Politik des Fürsten, die ihnen zu wenig energisch ist und von der sie behaupten, dass sie ganz unter dem Diktate der Bey-Partei, speziell unter jenem Essads stehe, nicht sympathisieren. Da es aber nicht ausgeschlossen ist, dass die Nationalisten, denen sich infolge der allgemeinen Abneigung gegen Essad auch einige der angeseheneren Beys nähern, wie Murad Bey Toptani, Abdi Bey Toptani und andere, schliesslich dennoch in dieser Richtung Entgegenkommen zeigen, so wäre ich Euer Exzellenz sehr verbunden, wenn Hochdieselben mir behufs weiterer Regelung meines Verhaltens und meiner Sprache eine bezügliche Weisung zukommen lassen würden. Es handelt sich für mich insbesonders darüber informiert zu sein, inwieweit ich den Nationalisten, wenn sie sich an mich wegen finanzieller Unterstützungen zu Parteizwecken (insbesonders Gründung von Zeitungen) wenden, Hoffnung auf eine günstige Aufnahme dieser Bitte bei Euer Exzellenz machen darf. Löwenthal.

Nr. 9607. Tel. des Sektionschefs Grafen Johann Forgách nach Konstantinopel, 24. April 1914 Nr. 96 (chiffr. 11 U. p. m.).[a] Konz. (S. Forgách; G. Berchtold).

Streng geheim. Persönlich für Seine Exzellenz Herrn Botschafter. Zu Deinem letzten Privatschreiben.[b] Falls Du es für nützlich erachtest und es Dir convenirt, würde der Herr Minister es begrüssen, wenn Du Mitte Mai zur mündlichen Berichterstattung in Budapest eintreffen willst. In diesem Falle wäre es dem Minister sehr erwünscht, dass Du, wie schon öfters, über Constantza reisend Dich — selbstverständlich ohne Auftrag und aus eigener Initiative — in Bucarest aufhieltest, Audienz bei König ansuchst und Unterredung mit Bratianu hast. Abgesehen von dem großen Werth Deiner Einwirkung auf die dortigen competenten Factoren würden Deine Eindrücke und Aussprachen uns willkommen sein und zu unserer Orientierung beitragen. Aus streng geheimen, sicheren Quellen erfahren wir, dass in Corfu unter thätiger Mitwirkung Deines deutschen Collegen an Beilegung türkisch-griechischer Differenzen in der Inselfrage und Abschluss eines türkisch-griechischen Defensiv-Bündnisses gearbeitet wird. Auch deutscher Botschaftsrath hatte bezügliche Conversationen mit dem in der Bündnisfrage zustimmenden Grossvezier. Doch dürften die deutschen Bemühungen schwerlich den Gegensatz in der Inselfrage überbrücken können. Forgách.

[a] Vgl. n. 9617, 9691. — [b] Wahrscheinlich n. 9437. Ein anderes liegt nicht bei den Akten.

Nr. 9608. Bericht des Legationsrates Grafen Karl Trauttmansdorff aus London, 24. April 1914 Nr. 18 A (eing. 27. April).[a] Ausfert.

Dienstag früh haben sich Ihre Majestäten König Georg und Königin Mary zu offiziellem Besuche nach der französischen Hauptstadt begeben. Ihre Majestäten sind dem in Paris entfalteten Pompe entsprechend von einem grossen Gefolge begleitet, in welchem sich als Minister vom Dienste der Staatssekretär für Auswärtige Angelegenheiten befindet, der seinerseits sich seinen ersten politischen Mitarbeiter, Sir W. Tyrrell, mitgenommen hat. Dass weder der König noch die Königin mit grossem Enthusiasmus dem Besuche beim Präsidenten der französischen Republik entgegengesehen haben, ist ein offenes Geheimnis; Ihre Majestäten werden aber mit dem Ihnen beiden innewohnenden hohen Pflichtgefühle sich alle erdenkliche Mühe geben, um in Paris so freundlich als möglich zu sein und um dem Aufenthalt der britischen Majestäten in der Hauptstadt Frankreichs zu dem gewünschten Erfolge einer Documentierung der engen Freundschaft zwischen den zwei Nachbarmächten zu verhelfen. Die Tatsache, dass Sir E. Grey, der bekanntlich kein Freund rauschender Festlichkeiten ist, sich in der Begleitung Ihrer Majestäten befindet, ist sicherlich eine weitere unverkennbare Demonstration für die Entente. Ich glaube nicht fehlzugehen, wenn ich annehme, dass die Reise Sir Edward Greys nach Paris auf einen direkten und sehr deutlichen Wunsch Herrn Cambons und seiner Regierung zurückzuführen sein dürfte, dem Sir E. Grey sich nicht entziehen konnte. ... *Pressestimmen* ... Über den Verlauf der Festlichkeiten selbst und über den Inhalt der beim Staatsbankett gewechselten Toaste liegen Euer Exzellenz

zweifellos Meldungen von competenter Stelle vor. Ich möchte mir meinerseits nur folgende Bemerkungen erlauben. Mittwoch brachte der „Standard" ein angeblich autorisiertes Reuter-Telegramm, in welchem gesagt wird, dass von einem schriftlichen englisch-französischen Übereinkommen keine Rede sein könne, dass die Beziehungen zwischen den beiden Ländern fest begründet seien und auf gegenseitigen herzlichen Einvernehmen beruhen, dass eine formellere Gestaltung derselben nicht nötig sei, dass vom Pariser Besuche nicht eine Erweiterung der feststehenden Beziehungen erwartet „dass aber immerhin einer klareren Definition des bestehenden Einvernehmens entgegengesehen werden dürfe". In dem gestern herausgegebenen offiziellen Communiqué wird die Übereinstimmung der Anschauungen der beiden Minister des Äussern in allen Punkten festgestellt und dann gesagt, dass bei Constatierung der Resultate der von den beiden Regierungen im Vereine mit der russischen Regierung befolgten Politik Sir E. Grey und M. Doumergue über die Notwendigkeit einig sind, dass die drei Mächte ihre ständigen Bemühungen um die Erhaltung des Gleichgewichtes und des Friedens fortsetzen sollten. Anspielungen, dass ein Hauptzweck der Entente die Aufrechterhaltung des Gleichgewichtes ist, werden hier leicht dahin ausgelegt, dass die Entente eine Spitze gegen Deutschland haben solle und solche Auslegungen werden hier besonders in liberalen Kreisen gegenwärtig nicht gerne gehört. Das Communiqué ist in der englischen Presse bisher nicht besprochen worden; in einigen liberalen Blättern ist aber die Phrase im Toaste Herrn Poincarés releviert worden, „dass die Übereinkommen im Jahre 1904 den Anlass zu einem allgemeinen Einvernehmen gegeben haben, welches in der Gegenwart und für die Zukunft eine der sichersten Garantien für das europäische Gleichgewicht bildet". Diese Blätter betonen neuerlich, dass sie mit den Ausführungen der Rede des Herrn französischen Präsidenten sehr einverstanden sind, insoweit er von enger Freundschaft, friedlichen Zwecken der Entente und so weiter spricht, dass aber eine Auffassung, nach welcher die Entente exclusiver Natur wäre oder eine Gegenüberstellung der Mächtegruppen bezwecken sollte, in England nicht geteilt werden kann. Trauttmansdorff.

[a]) Vgl. n. 9653.

Nr. 9609. Tel. aus Paris, 24. April 1914 Nr. 57 (eing. 9 U. p. m.). Entziff.

Englische Majestäten heute abgereist. Der Besuch ist allem Anschein nach zu gegenseitiger Zufriedenheit ohne Misston verlaufen. Soviel ich bisher erfahren konnte, scheinen neue Abmachungen nicht getroffen worden zu sein; das heute veröffentlichte offizielle Communiqué über Entrevue bestätigt vollkommene Übereinstimmung der Ansichten der beiden Regierungen und die Notwendigkeit, im Vereine mit Russland für Erhaltung des europäischen Gleichgewichtes und des Friedens weiter zu wirken. Wichtiger als dieses Communiqué erscheint die gestern in London veröffentlichte offiziöse Notiz der Agence Reuter,[a]) die sich sehr entschieden gegen die Idee einer Allianz ausspricht und in der englischen Presse lebhaftes Echo gefunden hat. Szécsen.

[a]) Polit. Chron. d. ö.-u. Mon. 1914, 174. Vgl. n. 9610 Anm. a.

Nr. 9610. Bericht aus St. Petersburg, 11./24. April 1914 Nr. 20 A (eing. 27. April). Ausfert.

Im öffentlichen Leben Russlands herrschte in den beiden abgelaufenen Wochen die gewohnte österliche Stille. Schon das spärliche Erscheinen der Zeitungen bewirkte, dass der Entrevue Euer Exzellenz mit Marquis San Giuliano, den Empfängen griechischer Staatsmänner bei Kaiser Wilhelm in Korfu und der weiteren internationalen Behandlung der Epirus- und Insel-Frage kaum ein lebhafteres Interesse zugewendet wurde, als dem amerikanisch-mexikanischen Konflikte und anderen Russland weniger nahe berührenden internationalen Ereignissen. Einigermassen intensiver beschäftigte man sich in politischen Kreisen mit den von den hiesigen Zeitungen fortgesponnenen Erörterungen französischer Blätter über die Ausgestaltung der Tripleentente zu einem Bündnis. Nachdem verschiedene Blätter — „Nowoje Wremja" und „Wetschernoje Wremja" voran — auf dieses Thema mit auffallender Insistenz zurückkamen, sah sich das Auswärtige Amt schliesslich zur Verlautbarung eines Kommuniqués[a] veranlasst, dessen etwas gewundener Wortlaut den in der englischen offiziösen Presse auf die Allianz-Bestrebungen gerichteten kalten Wasserstrahl, wenigstens soweit diplomatische Verhandlungen in Frage kommen, abzuwehren sucht. Kein Rauch ohne Feuer; und wenn auch der russischen Diplomatie die Ungeschicklichkeit nicht zugemutet werden kann, zumal bei der gegenwärtig von England eingenommenen Haltung, an dieses unvermittelt mit Allianzanträgen heranzutreten, so ist es doch zweifellos, dass die russische Regierung, welche laut dem Kommuniqué „sich beständig mit grösster Sympathie zu der weiteren Festigung der Bande stellt, welche Russland, Frankreich und England verknüpfen, und die in einer engeren Annäherung der genannten Staaten ein sicheres Pfand des Friedens in Europa sieht" in den letzten Monaten wiederholt bemüht war, auf England zum mindesten im Sinne eines einheitlicheren Auftretens der Ententemächte gegenüber dem Dreibunde einzuwirken. Ob hiebei mehr das russische Auswärtige Amt oder die russisch-französische Nebenregierung Iswolskys in Paris die treibende Kraft war, ist schwer zu bestimmen. Soviel dürfte sicher sein, dass die im Februar d. J. instituierte Zentralisation der Beratungen über Angelegenheiten, welche von der Botschafter-Konferenz in London behandelt worden waren, in letzterer Hauptstadt der erste, wenn auch bescheidene und von der hiesigen Presse über Gebühr bejubelte Erfolg einer Tendenz gewesen ist, der weitere Erfolge, wie es scheint, vorläufig wohl versagt bleiben werden. Szápáry.

[a] Polit. Chron. d. ö.-u. Mon. 1914, 178. Vgl. n. 9609 Anm. a.

Nr. 9611. Bericht aus St. Petersburg, 11./24. April 1914 Nr. 20 C (eing. 27. April).[a] Ausfert.

Streng vertraulich. Wie mir der deutsche Geschäftsträger Herr von Lucius vertraulich mitteilt, erhielt er unlängst einen scharf gefassten Auftrag seiner Regierung, welcher die unbefriedigenden russisch-deutschen Beziehungen zum Gegenstande hatte. Herr von Lucius wurde angewiesen, die zahlreichen russischen Unfreundlichkeiten hervorzuheben, die in letzter

Zeit dem Deutschen Reiche gegenüber zu Tage getreten seien und der russischen Regierung vor Augen zu führen, dass die öffentliche Meinung in Deutschland infolge dieser Verhältnisse gegen Russland sehr aufgebracht sei. Da nun demnächst die Wiederaufnahme der Verhandlungen des Reichstages bevorstehe, müsse der Reichskanzler geharnischte Interpellationen gewärtigen, welche nicht nur die russisch-deutschen Beziehungen im allgemeinen, sondern auch die russischen gegen Deutschland gerichteten wirtschaftlichen Massnahmen, wie die Einführung von Agrarzöllen an der Westgrenze, den finnischen Mehlzoll, die Ausschliessung deutscher Firmen von den russischen Staatsbestellungen, ferner die Behandlung deutscher Flieger in Russland und so weiter zum Gegenstande haben würden. Der Reichskanzler müsse seine Stellungnahme zu diesen an ihn zu richtenden Fragen wesentlich davon abhängig machen, welche Aufklärungen die russische Regierung gegenüber den deutscherseits erhobenen Gravamina zu geben in der Lage sei. In Ausführung dieses Auftrages habe er — Herr von Lucius — eine einstündige, zum Teile recht bewegte Unterredung mit dem russischen Minister des Äussern gepflogen, in deren Verlaufe Herr Sazonow versicherte, dass er keinen Grund sehe, warum Herr von Bethmann-Hollweg nicht im Reichstage erklären könnte, die Beziehungen Deutschlands zum russischen Reiche seien so, wie sie immer gewesen seien, gute und freundschaftliche. Auch er würde keinen Anstand nehmen — und er würde vielleicht bald in die Lage kommen, dies zu tun — sich vor der Duma in gleichem Sinne auszusprechen. Was die einzelnen deutschen Gravamina anbelange, müsse er darauf aufmerksam machen, dass die Agrarzölle an der russischen Westgrenze durchaus nicht als eine speziell gegen Deutschland gerichtete Massnahme interpretiert werden dürften. Die anderen westlichen Nachbarn Russlands, so Österreich-Ungarn (?) und Rumänien, mit welch' letzterem Russland jetzt auf besonders gutem Fusse stehe (sic!), seien hiedurch mehr (?) geschädigt als Deutschland. Und was den finnischen Mehlzoll betreffe, werde mit dem deutschen Einfuhrschein-Systeme ein Unfug getrieben, der Russland direkt zur Abwehr nötige. Bezüglich des angeblichen Ausschlusses Deutschlands von Staatsbestellungen könne er nur wiederholen, dass eine solche Verfügung nicht getroffen worden sei. Als Herr von Lucius hieran die Frage knüpfte, ob die kompetenten russischen Stellen sich nicht etwa mit der Absicht trügen, eine solche Massnahme zu verfügen, hätte Herr Sazonow mit lebhafter Ungeduld eine direkte Antwort zu umgehen gesucht, indem er sich dagegen verwahrte, über Absichten seiner Regierung interpelliert zu werden und darauf verwies, er könne nicht heute bei Gelegenheit dieser Unterredung der russischen Regierung auf Jahre hinaus die Hände binden. Niemand könne wissen, was in einigen Jahren geschehen werde. Auf weiteres Insistieren des Geschäftsträgers sagte Herr Sazonow zu, diese Angelegenheit, die ja in erster Linie nicht ihn angehe, im nächsten Ministerrat zur Sprache zu bringen. Was die Behandlung der in Perm zurückgehaltenen Luftschiffer anbelange, wisse man in Deutschland ganz gut, dass der Luftschiffer Berliner an seinem Schicksale nur selbst schuld sei, da er in Kenntnis des Verbotes war, die russische Grenze zu überfliegen und überdies schon zum zweitenmale bei der Landung auf russischem Gebiete betreten wurde. Hieran

schloss sich eine längere, in lebhaftem Tone geführte Erörterung, in deren Verlaufe Herr Sazonow bemerkte, Herr von Bethmann-Hollweg könne sich nach allem, was deutscherseits gegen Russland Unangenehmes unternommen worden sei, nicht eben beklagen; und als Herr von Lucius wissen wollte, was man in St. Petersburg Deutschland vorwerfe, wusste Herr Sazonow nur zu sagen, er wolle nicht wieder von der deutschen Militär-Mission in Konstantinopel sprechen, doch machten die deutschen Offiziere in der Türkei auch jetzt immer wieder von sich reden! Trotz des nicht eben freundschaftlichen Tones der Auseinandersetzung und der nicht gerade in allen Punkten befriedigenden Stellungnahme Herrn Sazonows zu den deutschen Beschwerden ist der deutsche Geschäftsträger bescheiden genug, mit dem Resultate seiner Démarche insoferne zufrieden zu sein, als er hiemit einen Fortschritt in der Klärung der durch die gegenwärtige Spannung beeinträchtigten deutsch-russischen Beziehungen konstatieren zu können glaubt und sich der Hoffnung hingibt, dass das (nach seiner Ansicht vom russophoben Unterstaatssekretär Zimmermann inspirierte) nachdrücklichere Auftreten des Deutschen Reiches in St. Petersburg nicht ohne Wirkung bleiben werde. Szápáry.

[a]) Vgl. n. 9573, 9612.

Nr. 9612. Bericht aus St. Petersburg, 11./24. April 1914 Nr. 20 D (eing. 27. April).[a]) Ausfert.

Streng vertraulich. Einen nicht uninteressanten Einblick in das französisch-russische Verhältnis und die Tendenzen, welche die heutige offizielle Politik zu verfolgen scheint, erhielt der hiesige deutsche Geschäftsträger anlässlich eines Besuches, welchen er unlängst dem neuen französischen Botschafter, Herrn Paléologue, abgestattet hat. Wie mir Herr von Lucius streng vertraulich mitteilte, äusserte sich der Botschafter in der freimütigsten Weise über die russisch-deutsche Spannung und erzählte seinem Mitredner, er habe es für seine Pflicht gehalten, sich davon zu überzeugen, ob die russisch-deutschen Beziehungen wirklich so schlechte seien, wie er dies auf Grund der französischen Pressnachrichten über die deutsch-russische Zeitungsfehde annehmen müsste. Er habe daher eine förmliche Enquête über diese Frage eingeleitet und sich hintereinander bei Herrn Sazonow, dem Ministerpräsidenten Goremykin, dem Kriegsminister, dem neuen Chef des Generalstabes, dem Finanzminister Bark und dem Minister des Innern Maklakow informiert. Das Resultat dieser Umfrage habe er in einem Berichte an seine Regierung niedergelegt, welchen er vollinhaltlich vorlesen wolle. Herr Paléologue liess sodann seine letzte Depesche über die russisch-deutschen Beziehungen holen und trug Herrn von Lucius den in mustergiltigem Französisch abgefassten Bericht in extenso vor, aus dem hervorging, dass die oben genannten Herren samt und sonders die im Umlaufe befindlichen Nachrichten über eine russisch-deutsche Spannung als übertrieben bezeichneten und versicherten, dass in Russland niemand an eine aggressive Politik gegen Deutschland denke. Wahr sei, dass ernste wirtschaftliche Fragen zwischen den beiden Reichen zu lösen seien, dass dies so manche Schwierigkeiten verursachen werde, dass aber an deren schliesslicher Überwindung nicht zu zweifeln sei. Er, der Botschafter, habe sich überzeugen können,

hiess es in dem Berichte weiter, dass die russische öffentliche Meinung derzeit gegen Deutschland aufgebracht sei, dass diese Stimmung aber auf die Regierungskreise nicht übergegriffen habe. Übrigens müsse er darauf aufmerksam machen, dass, wenn sich selbst die Beziehungen zwischen den Regierungen trüben sollten, was ja im Laufe der Zeit möglich sei, dies insoferne noch keine Gefahr bedeuten würde, als der ausschlaggebende Einfluss des Kaisers auf die russische Politik in Betracht gezogen werden müsse, denn die Monarchen der beiden Reiche stünden in den engsten, freundschaftlichsten Beziehungen. Als mündlichen Kommentar zu diesem Berichte fügte Herr Paléologue hinzu, er wolle verhindern, dass die französischen Chauvinisten aus den über das russisch-deutsche Verhältnis kursierenden Nachrichten falsche Schlüsse ziehen. (Die im Hinblick auf die Persönlichkeit Herrn Paléologues wohl nicht in Betracht kommende Annahme, der französische Botschafter habe die Absendung einer solchen Depesche fingiert oder deren Inhalt ad usum Delphini abgeändert, glaubt Herr von Lucius auch deshalb ausschliessen zu können, weil zufällig einer seiner Sekretäre im selben Augenblick bei dem mit der Herbeischaffung des Schriftstückes beauftragten ersten Botschaftssekretär Comte de Chambrun zu Besuch war und beide deutsche Herren unabhängig von einander die niederschmetternde Wirkung beobachten konnten, welche dieser Auftrag auf den als Adepten seines früheren Chefs, Herrn Delcassé, bekannten französischen Diplomaten machte). Der Freimut des französischen Botschafters gegenüber dem deutschen Vertreter gestattet einige Konstatierungen, die auch für die österreichisch-ungarische Politik nicht ohne Interesse sind. Aus der Depesche Herrn Paléologues ergibt sich nicht nur eine neuerliche Bestätigung der Annahme, dass der russisch-deutschen Spannung russischerseits wirtschaftliche Momente zugrundeliegen; es lässt sich aus deren Inhalt auch der Schluss ziehen, dass die russische Animosität gegen Deutschland derzeit kaum auf französische Instigation zurückzuführen ist und dass die offizielle französische Politik eine ernste Verschlimmerung der russisch-deutschen Beziehungen sogar nicht ohne Sorge betrachten würde, so dass etwa auf dem Wege über Herrn Iswolsky nach Petersburg gelangende Einflüsse anderer Art den Intentionen französischer Regierungskreise gegenwärtig nicht entsprechen dürften. Auch scheint mir der Umstand, dass sich Herr Paléologue zu der von ihm veranstalteten Umfrage veranlasst sah, einen Masstab für die Selbstständigkeit der russischen Politik gegenüber Frankreich und einen Gradmesser für die Intimität der beiden Regierungen abzugeben. Es mag sein, dass Herr Delcassé über die wahren Absichten der russischen Staatsmänner besser informiert gewesen wäre, auch ohne eine diesbezügliche Enquête anstellen zu müssen, jedenfalls aber bedeutet der Wechsel auf dem hiesigen französischen Botschafterposten für den Dreibund einen entschiedenen Gewinn. Szápáry.

[a]) Vgl. n. 9611, 9656.

Nr. 9613. Privatschreiben aus St. Petersburg, 12./25. April 1914 (eing. 27. April). Ausfert.

Gestatte, dass ich meiner heutigen, infolge der eben abgelaufenen Osterfeiertagswochen etwas inhaltsleeren Kuriersexpedition einige Worte

hinzufüge. Die Erkrankung Seiner k. u. k. Apostolischen Majestät hat hier theilnamsvolles Interesse ausgelöst, welches sich nicht nur mir gegenüber seitens des Hofes und der Gesellschaft, sondern auch, nach den Preßstimmen zu urtheilen, in weiteren Kreisen der Bevölkerung kundgegeben hat. Was die bezüglichen Pressstimmen anbelangt, möchte ich hervorheben, daß eine allenfalls eintretende Gefahr für das Leben unseres Allergnädigsten Herrn vielfach von dem Standpunkte beurtheilt wurde, als ob ein Regierungswechsel in Österreich-Ungarn eine „aggressive" Politik zur Folge haben könnte, welche — wie es scheint — der russischen Öffentlichkeit trotz ihrer angeblichen Kriegslust nicht sehr heimlich wäre. Eventuelle aggressive Absichten gegen Russland werden dem Herrn Erzherzog Franz Ferdinand persönlich zugeschrieben. Die bedauerliche, nun aber gottlob wohl als überwunden zu betrachtende Verschlimmerung im Befinden Seiner Majestät hat der Grossfürstin Maria Pawlowna insoferne einen argen Strich durch die Rechnung gemacht, als die hohe Frau die ausgesprochene Absicht hatte, ihrem Besuche in Wien etwas politischen Anstrich zu geben. Nunmehr hoffte sie wenigstens mit dem Herrn Erzherzog Franz Ferdinand zusammenzutreffen. Wie ich aus ziemlich verlässlicher Quelle höre, soll sie ihrer Umgebung gegenüber geäussert haben, sie sei mit der Überbringung einer Message Kaiser Nikolaus' an Seine Majestät und den Thronfolger beauftragt. Mir gegenüber hat die Grossfürstin hievon keine Erwähnung gethan. Grossfürst Nikolaus Michailowitsch verfolgt, wie ich höre, die ihm seitens der Grossfürstin auf dem Gebiete der Österreich-Freundlichkeit erwachsende Konkurrenz mit scheelem Auge und verurteilt „die Taktlosigkeit und Aufdringlichkeit der Grossfürstin, welche sich in Wien habe fêtiren und offiziell empfangen lassen wollen, obwohl sie wusste, dass unser Allergnädigster Herr unwohl sei". Abgesehen von dem höchst bedauerlichen Grunde, aus welchem der Besuch der Grossfürstin bei Seiner Majestät unterbleiben muss, ist es immerhin schade, dass hiemit eine Gelegenheit vorübergeht, bei welcher öffentlich hätte dokumentiert werden können, dass die beiden Höfe in freundschaftlichem Verkehre stehen. Szápáry.

*Nr. **9614.** Bericht aus Athen, 26. April 1914 Nr. 37 (eing. 1. Mai).[a] Ausfert.*

Streng vertraulich. Gerade vor Kurier-Abgang höre ich von sehr gut informierter Seite einiges, was meine gestrigen Vermutungen über die Sondierung Russlands durch Herrn Venizelos und meine Betrachtungen über des letzteren Mentalität vollständig bestätigt. Zur Zeit der Abwesenheit Herrn Streits scheint also Herr Venizelos dem russischen Gesandten gesagt zu haben, dass die Verhältnisse im Epirus sich derart zugespitzt, dass er demissionieren müsse. Dies hätte Herr Demidow in einem Telegramme nach Petersburg gemeldet und hinzugefügt, dass es eminent geboten erschiene, diese Eventualität zu verhindern. (Letztere Bemerkung erscheint nicht weniger beachtenswert, als die Tatsache, dass ich bisher von keiner ähnlichen Klage des Ministerpräsidenten zu jener Zeit bei andern Kollegen weiss!) Dieses Telegramm soll der hiesige Korrespondent des „Daily Telegraph" zu Gesicht bekommen haben. Hinc omen! — Und zwar soll es ihm

Herr Demidow selbt gezeigt haben! Dieser Teil der Anekdote erscheint ziemlich verbürgt. Weiters glaubt mein Informant, ein befreundeter höherer griechischer Diplomat, zu wissen, dass Herr Sassonow als Entgelt eventueller Bemühungen die Erledigung der Athos-Frage in russischem Sinne verlangt habe. — Mit der Rückkehr des Königs und des Herrn Streit, welche beide für Russland wenig übrig haben, und mit der normalen Erledigung der Kollektivdemarche sei dann die ganze Sache ins Wasser gefallen. Die Sache hat also keine aktuelle Bedeutung, sie ist aber für die Mentalität des Minister-Präsidenten nicht wenig typisch, denn die Drohung mit der Demission erschien durch die Verhältnisse wenig motiviert. Mein Gewährsmann appreziiert augenscheinlich weder diese Vorgangsweise des Ministerpräsidenten noch seine gegenwärtige wirtschaftliche Anlehnung an Frankreich. Griechenlands Verhältnis zu letzterer Macht charakterisierte er selbst mit den Worten „tutelle" und „monopole" und gab der Hoffnung Ausdruck, dass die zu gewärtigenden festen und geregelten wirtschaftlichen Beziehungen zur Monarchie im Sinne einer ökonomischen Befreiung des Königreiches von Frankreich wirken würden. „Dies sehen doch auch solche Leute ein, wie die Herren Venizelos und Streit?" warf ich ein. — „Surtout Streit" war die lapidarische Antwort. Szilassy.

[a]) Vgl. n. 9628.

Nr. 9615. Bericht aus Bukarest, 26. April 1914 Nr. 40 (eing. 29. April).[a]) *Ausfert.*

Geheim. Ich stehe unter dem Eindrucke dass meine letzten zwei Berichte Nr. 38 A—C und 38 C über die inhaltsreiche Audienz bei Seiner Majestät dem König vielleicht doch nicht vollständig klar waren und will denselben daher einige erläuternde Bemerkungen nachsenden. Der Nachdruck meiner — nur im eigenen Namen und als meine persönliche Ansicht — abgegebenen Erklärungen liegt darin, dass ich der[b]) Lösung des zukünftigen — meiner Ansicht nach fortbestehenden — Balcanproblemes ausschliesslich auf Kosten Bulgariens vorschlage. Die Constellation, die ich dem König nahegelegt habe, soll einen eisernen Ring um Bulgarien ziehen, das heisst, wir und Rumänien, später wohl auch Serbien, Albanien und Griechenland, verbinden sich für den Fall einer von Bulgarien ausgehenden Ruhestörung gegen dasselbe. Die von mir dabei gewünschte und verlangte Oeffentlichkeit dieses Vertrages soll Bulgarien hindern gegen eine solche Uebermacht die Realisierung seiner Pläne zu versuchen und nebenbei den auch von Euer Excellenz gewünschten Zweck des offenen Anschlusses Rumäniens an die Monarchie erreichen. Es ist wohl klar, dass Seine Majestät den Bund gegen Bulgarien ebenso wünscht, wie Er die Veröffentlichungen an und für sich fürchtet, und dass daher zwischen diesen beiden Dingen ein unzerreissbarer Contact bestehen muss, — in dem Sinne dass die Veröffentlichung des bestehenden Vertrages allein (ohne antibulgarische Erweiterung) von Seiner Majestät niemals angenommen werden würde. Ich betone dies deshalb, weil ich Gründe habe zu glauben, dass mein deutscher College vielleicht das Thema der Veröffentlichung des bestehenden Vertrages unverbindlich im Gespräche mit dem König anschneiden dürfte und sich dabei sicherlich ein categorisches

Refus holen wird. Irgendetwas unseren Wunsch dieser Veröffentlichung berührendes muss Herr von Waldthausen von Berlin gehört haben, denn er kommt öfters äusserst geheimnißvoll auf dieses Thema zu sprechen. Ich habe es vollständig aufgegeben, ihn über die erhaltenen Orders Euer Excellenz irgendwie zu informieren, da ich mich überzeugt habe, dass er unter keinen Umständen eine Hilfe wäre. Ich resumiere: der Schwerpunkt meiner dem König gemachten Proposition liegt in einer Lösung der Balkanfrage auf bulgarische Kosten. Dass dabei grosse Schwierigkeiten zu überwinden sind und dass damit das Tischtuch zwischen Wien und Sofia für immer zerschnitten ist, weiss ich natürlich auch, ebenso dass es sehr starke und sehr energische Massregeln von Wien und Berlin bedürfen wird, um dieses Ziel zu erreichen. Eine Complication und Erschwerung der Situation liegt dabei darin, dass das Berliner Cabinet zweifellos durch die hiesige deutsche Gesandtschaft ganz falsch unterrichtet wird, — anders wäre es nicht möglich, dass die Berliner Regierung nicht einsieht dass wir durch dieses ewige Zaudern fortgesetzt an Terrain verlieren. Wie immer aber das schliessliche Ergebnis sei, ich bleibe dabei, dass diese Proposition und dieses lange eingehende Gespräch mit dem König über so weitgehende Projekte nur vorteilhaft für uns sein kann: mache ich Vorschläge, die Euer Excellenz discutabel finden, so arbeite ich in Ihrem Sinne, finden Hochdieselben meine hier gemachten Propositionen falsch, so erkläre ich einfach, dass ich die Zustimmung Euer Excellenz für meine Ideen nicht finden könnte, — und Alles bleibt beim Alten. Ich exponiere mich also nur selbst, woraus auch im schlimmsten Falle nichts resultieren kann als mein Scheiden von dem hiesigen Posten — eine Eventualität der Euer Excellenz ebenso kühl in das Antlitz schauen dürften als ich selbst. Ottokar Czernin.

[a]) Vgl. n. 9618, 9639. — [b]) So!

Nr. 9616. Tagesbericht über einen Besuch des deutschen Botschafters, 27. April 1914 Nr. 1844.[a]) Konz. (S. u. G. Berchtold).

Herr von Tschirschky hat mir heute auftraggemäß eine Depesche Herrn von Jagows zur Verlesung gebracht, die einen Bericht des deutschen Gesandten in Bukarest über den Inhalt einer Unterredung des letzteren mit Grafen Czernin zum Gegenstande hat. Graf Czernin hätte seinem deutschen Kollegen gegenüber die zunehmende feindselige Stimmung der öffentlichen Meinung in Rumänien gegen die Monarchie geschildert und auch die verhängnisvollen Konsequenzen hervorgehoben, welche der eventuelle Abfall Rumäniens vom Dreibunde für die militärische Schlagfertigkeit der Monarchie zur Folge hätte. Im Zusammenhange damit hätte unser Gesandter in Bukarest die Notwendigkeit betont, auf den König einzuwirken, damit sich derselbe mit Entschiedenheit zum Dreibunde bekenne, die Regierung die gegensätzlichen Strömungen zurückdämme und die Situation dadurch geklärt werde. In der hierüber an Herrn von Waldhausen ergangenen Instruktion wird der Standpunkt ausgeführt, daß übertriebener Pessimismus betreffs der Situation in Rumänien nicht am Platze sei und vor einem solchen gewarnt werden müsse. Nach Ansicht des Berliner Kabinettes handle es

sich um eine von der französischen und russischen Diplomatie künstlich erzeugte nationalistische Welle, die man vorüberziehen lassen sollte. Es wäre verfehlt, gegen den Strom anzukämpfen, da die öffentliche Meinung dadurch nur irritiert und völlig ins gegnerische Lager getrieben würde. Es sei dies die Ansicht König Carols und auch Herr Bratianu scheine diese Auffassung zu teilen. Andere Kenner Rumäniens hätten sich in gleichem Sinne ausgesprochen. Der zu erhoffende Stimmungswechsel dürfte sich umso eher vollziehen, je sorgsamer die Mächte des Dreibundes es vermeiden, Unruhe und Nervosität zu zeigen. Es wäre ein „irreparabler Fehler", einen so loyalen Monarchen, wie es König Carol sei, vor den Kopf zu stoßen.

a) Vgl. n. 9604, 9618, 9629, 9639.

*Nr. **9617**. Vortrag an den Kaiser, 27. April 1914 Nr. 358 C. d. M.a) Konz. (S. Walterskirchen; V. u. G. Hoyos).*

Ich nehme mir die ehrerbietigste Freiheit Euerer Majestät treugehorsamst zu melden, dass ich in Anhoffung der Allerhöchsten Genehmigung Euer Majestät Botschafter in Constantinopel Markgrafen Pallavicini aufgefordert habe, sich während der Delegationstagung für einige Tage in Budapest einzufinden, um mit mir Rücksprache zu pflegen. Auch habe ich den Markgrafen Pallavicini ersucht, sich auf seiner Reise von Constantinopel nach Ungarn in inoffizieller Eigenschaft in Bukarest aufzuhalten und um eine Audienz bei Seiner Majestät König Karol anzusuchen, da ich Wert darauf lege, dass der Botschafter sich über die Stimmung der leitenden Bukarester Kreise informire und mir über die dort gewonnenen Eindrücke Bericht erstatte.

a) Vgl. n. 9607, 9691.

*Nr. **9618**. Bericht aus Bukarest, 28. April 1914 Nr. 41 A (eing. 1. Mai).a) Ausfert.*

Geheim. Mein deutscher College hat gestern einen Bericht nach Berlin abgeschickt, worin er zu der Conclusion kommt, es sei dringend nötig, die Lage hier zu klären. Der Grund für diesen Schritt des deutschen Gesandten liegt darin, dass es ihm doch nicht verborgen geblieben ist, dass Euer Excellenz die Lage hier nicht allzurosig auffassen, und er sich fürchtet, das Berliner Cabinet könne ihm, wenn es die abweichende Wiener Auffassung erfährt, Vorwürfe machen, Alles, was hier vorfällt, verschlafen zu haben — ein Vorwurf, der allerdings der Berechtigung gar nicht entbehren würde. Genau kenne ich den Inhalt des erwähnten Berichtes nicht, ich weiss jedoch, dass dieses Werk seit circa 14 Tagen fertiggestellt, jedoch täglichen Aenderungen und Verbesserungen unterworfen wurde, da das Factum allein, dem Berliner Cabinet einen Vorschlag zu unterbreiten, Herrn von Waldthausen als ein an Disciplinlosigkeit streifendes Vorgehen erscheint. Endlich ist der Bericht also gestern abgegangen und nach einer kurzen Schilderung der hiesigen Verhältnisse ersucht mein deutscher College um die Autorisation einer „offenen Aussprache" mit Seiner Majestät dem König, — eine Aussprache, von welcher er sich eine Klärung erwartet. Meiner unmassgeblichen

Meinung nach wäre es jedenfalls von Vorteil, diese schüchternen Versuche des deutschen Gesandten durch eine directe Ingerenz in Berlin zu unterstützen, — denn die Ansicht Euer Excellenz, dass bei dem König nichts Positives ohne Hilfe Deutschlands erreicht werden dürfte, ist zweifellos richtig. Ottokar Czernin.

[a] Vgl. n. 9615, 9616, 9630.

Nr. 9619. Bericht aus Bukarest, 28. April 1914 Nr. 41 B (eing. 1. Mai). Ausfert.

Geheim. Ich kann den mir übermittelten und in der Anlage beigeschlossenen äusserst interessanten Bericht Seiner Excellenz des Herrn Botschafters in Konstantinopel[a] nicht ohne ein Geleitwort an Euer Excellenz senden. Die Ansicht des Herrn Bompard, dass sich mit dem Tode des Königs ein Frontwechsel in der äussern Politik Rumäniens vollziehen wird, ist so zweifellos richtig, dass man damit wie mit einem ganz bestimmt eintretenden Factum rechnen muss. Auch der König selbst weiss dies, wie ich Euer Excellenz in meinem Berichte Nr. 38 A—C[b] darzulegen die Ehre hatte. Die zukünftige Politik wird nicht vom Kronprinzen Ferdinand sondern von Ihrer königlichen Hoheit, der Frau Kronprinzessin gemacht werden, die unbedingt russophil und von dem Drange beseelt ist, eine Rolle in der Geschichte Europas zu spielen. Zu wiederholten Malen sprach sie mir von Katharina der Grossen und Maria Theresia als Ihren Idealen und es ist für jeden Kenner der hiesigen Verhältnisse zweifellos, dass sie nach dem Tode des Königs im Centrum des politischen Rumäniens stehen wird. Ich habe diesbezüglich noch eine andere interessante Wahrnehmung gemacht. Wiederholt klagte mir Ihre königliche Hoheit, dass Seine Majestät fast niemals mit Ihr über Politik spreche, und in letzter Zeit constatierte Sie mit grosser Befriedigung, „dass der König nunmehr doch einsehe, dass es notwendig sei, Sie mehr einzuweihen" — wobei Sie durchblicken liess, dass Ihr Einfluss im Steigen begriffen sei und dass es dieser Einfluss sei, der die Reise nach Petersburg und das dortige Heiratsproject bewirkt habe. Speciell über die Berliner und Petersburger Reise sprach mir die Kronprinzessin kürzlich durch längere Zeit und sehr eingehend, wobei Sie mehrmals absichtlich hervorhob, um wieviel sympathischer der Zar sei als Kaiser Wilhelm. Es ist unverkennbar, dass der grossartige Empfang und die vielen Liebenswürdigkeiten in Petersburg einen starken Eindruck auf dieses weibliche Gemüt hervorgerufen haben. Ueber das russische Heiratsprojekt kann ich nur soviel — aber dies ganz positiv — sagen, dass Ihre Königliche Hoheit, welche ja das treibende Moment in der ganzen Sache ist, Ihre diesbezüglichen Pläne nicht nur nicht aufgegeben hat, sondern ganz befriedigt von dem Anfange scheint und die feste Hoffnung auf ein Zustandekommen der Verlobung des Prinzen Carol hegt. Der Charakter und die Denkungsweise der Frau Kronprinzessin ist einer der wichtigsten Gründe, das Verhältniss mit Rumänien auf eine ganz andere Basis zu stellen, wenn man es uns überhaupt für die Zukunft erhalten will. Ottokar Czernin.

[a] n. 9553, 9627. — [b] Vom 23. April = n. 9600.

Nr. 9620. Tagesbericht über einen Besuch des ital. Geschäftsträgers, 28. April 1914 Nr. 1871. Konz. (S. Gautsch; V. Flotow u. Macchio; G. Macchio).

Der königlich italienische Geschäftsträger hat heute hier eine Depesche Marquis di San Giulianos mitgeteilt, wonach der bulgarische Gesandte in Rom sich beim Herrn italienischen Minister des Aeußern über die Ergebnisse der Entrevue in Abbazia[a] erkundigt und ihn gefragt hätte, ob bei diesem Anlasse nicht auch die Beziehungen Bulgariens zum Dreibunde erörtert worden seien, da der Moment gekommen sei, wo Bulgarien sich über die weitere Orientierung seiner Politik entscheiden müsse. Marquis di San Giuliano hätte Herrn Rizoff geantwortet, daß allerdings während der Abbaziaer Besprechungen auch des Verhältnisses Bulgariens zu den beiden verbündeten Mächten mit Sympathie gedacht worden sei. Auf die weitere Anfrage des bulgarischen Gesandten, ob hiebei keine Details zur Besprechung gelangt wären, hätte der italienische Minister des Aeußern erwidert, bulgarischerseits sei keine Anregung vorgelegen, die ein solches Eingehen in Details erheischt hätte.

[a] Vgl. n. 9592.

Nr. 9621. Tel. des Ersten Sektionschefs Karl Freiherrn von Macchio an den Minister des Äußern in Budapest, 28. April 1914 Nr. 1 (chiffr. 5 U. 20 M. p. m.).[a] Konz. (S. Rappaport; G. Macchio).

Italienischer Geschäftsträger theilt mit, daß laut einer Meldung Baron Aliottis Turkhan Pascha auf dem Projecte seiner Reise nach Wien und Rom bestehe und von Fürst Wilhelm und dem Ministerrathe in dieser Absicht bestärkt wird. Marchese di San Giuliano sei der Ansicht, daß es nützlich wäre, mit Turkhan Pascha zu conferiren und daß es jedenfalls nicht anginge, seinem Wunsche entgegenzutreten. Der Geschäftsträger ist beauftragt, die diesbezügliche Ansicht Euer Exzellenz einzuberichten. Mit Rücksicht auf obige Haltung des italienischen Ministers des Äußern bitte ich Euer Exzellenz um Ermächtigung, Conte Aldrovandi mitzutheilen, daß Hochdieselben den Standpunkt Marquis di San Giulianos theilen; gleichzeitig möchte ich jedoch, damit uns Italien nicht zuvorkomme, Herrn von Löwenthal telegrafiren, daß Euer Exzellenz Turkhan Paschas Besuch in Budapest genehm wäre. Macchio.

[a] Vgl. n. 9535, 9623.

Nr. 9622. Tel. aus Konstantinopel-Pera, 29. April 1914 Nr. 161 (eing. 4 U. 30 M. p. m.).[a] Entziff.

Reise Talaats nach Bukarest. Minister des Innern sagte mir, Zeitungsnachrichten über sein demnächstiges Eintreffen in Bukarest seien falsch. Er würde Bukarest fahren, jedoch erst nach Eröffnung türkischen Parlaments. Talaat fügte hinzu, dass er über Einladung Take Jonescus nach Rumänien reise, aber auch deshalb, da ihm König Karl durch General Coanda habe sagen lassen, dass ihm Besuch Ministers des Innern in Bukarest willkommen wäre. Aus einigen Äußerungen, die Talaat fallen ließ, konnte ich entnehmen,

dass er an eine Annäherung der Türkei an Rumänien und Bulgarien, die ihm vor einigen Wochen noch vorschwebte, jetzt nicht mehr denke, da, wie er sich äußerte, die gegenwärtigen rumänisch-bulgarischen Beziehungen eine Annäherung zwischen diesen beiden Ländern ausschlössen.

Pallavicini.

[a]) Vgl. n. 9594, 9633, 9640.

Nr. 9623. Tel. an den Ersten Sektionschef Karl Freiherrn von Macchio; Budapest, 29. April 1914 Nr. 1 (chiffr. 9 U. 40 M. a. m.).[a]) Konz. (S. u. G. Forgách).

Erhalten Euer Exzellenz Telegramm Nr. 1. Ich ersuche italienischen Geschäftsträger zu verständigen, dass ich dem Standpunkte Marquis di San Giulianos zustimme. Ritter von Löwenthal kann albanesischem Ministerpräsidenten mittheilen, dass mir sein Besuch in Budapest willkommen ist.

Berchtold.

[a]) Vgl. n. 9632, 9661 Anm. b.

Nr. 9624. Tel. aus Athen, 30. April 1914 Nr. 225 (eing. 1. Mai 9 U. a. m.). Entziff.

Minister des Äußern sagte mir heute, es sei infolge Versprechens Großveziers kleine Detente in Beziehung zur Pforte eingetreten. (Anwesender Herr Venizelos warf ein, dieselbe würde leider kurz dauern). Zusage Talaat Beys wolle Minister nicht ernst nehmen. Wenn auch Stimmung noch erregt, glaube nicht an aggressive Absichten der Regierung. Szilassy.

Nr. 9625. Bericht aus Bukarest, 30. April 1914 Nr. 43 A (eing. 3. Mai).[a]) Ausfert.

Mein italienischer College, der nach 2monatlichem Aufenthalt in Rom zurückgekehrt ist, besuchte mich heute. Verschiedene seiner ausgesprochenen Ansichten dürften insoferne eine grössere Bedeutung haben, als sie nicht so sehr seine eigenen Anschauungen als die in Rom massgebenden Ortes vernommenen widerspiegeln dürften. Fasciotti klagte sehr lebhaft über unsere Truppenverstärkungen an der italienischen Grenze. Er behauptet, der italienische Generalstabschef habe ihn das diesbezügliche Material gezeigt und dabei gesagt: „Regardez ce que font ces Autrichiens. Ils croient que c'est le moment d'envoyer à nos frontières des troupes de renfort."[1]) Auch Avarna bestätigt in seinen Berichten diese ihm unverständlichen Verstärkungen. Die öffentliche Meinung Italiens sei sehr günstig gewesen, werde aber durch diese militärischen Massregeln immer wieder gereizt und irritiert. Ich beschränkte mich darauf zu erklären, dass ich hievon gar nichts wisse, jedoch glaube, dies müsse auf einem Missverständnisse beruhen. Ferner klagte Fasciotti — und hier offenbar im Einverständnisse mit Rom — über die Behandlung, die wir unseren Italienern angedeihen liessen. Hierin wiedersprach ich entschieden. Ich entwickelte meinem Gewährsmanne, dass unsere Monarchie kein Volk habe, das mehr zu berechtigten Klagen Anlass gebe als seine Landsleute, und speciell Prinz Hohenlohe — von dem er sprach — sei gewiss nicht zu streng mit

diesem Volke. Fasciotti betonte sodann, dass man in den massgebenden Kreisen Roms ein grosses Vertrauen zu der Politik Euer Excellenz habe, jedoch stets fürchte, dass die bei uns angeblich existierenden „Unterströmungen“ dem Frieden gefährlich werden könnten. Ich erwiderte, diese „Unterströmungen“ seien eines jener Ammenmärchen, die immer aufgetischt werden; soviel ich wisse, wolle kein vernünftiger Mensch das gute Verhältnis zu Italien trüben, wir könnten aber nicht die italienische Irredenta bei uns systematisch züchten, damit man in Rom gnädig gesinnt sei. Auf Rumänien kommend meinte Fasciotti, am Balcan herrsche die Ruhe, die dem Gewitter vorangeht; auch wenn das Gewitter nicht unmittelbar bevorstehe, seien neue Conflagrationen doch nur eine Frage der Zeit. Er glaube nicht an die Lebensfähigkeit Albaniens und es scheint mir, dass man in Rom schon darüber gesprochen hat, was mit der Küste zu geschehen hätte, falls Albanien versagt; wenigstens meinte Fasciotti à propos der in der Luft liegenden Vereinigung Serbiens und Montenegros, man müsse sich in Wien klar sein, dass für jedes Stück, welches wir uns an der östlichen Adria nehmen, auch Italien ein Stück bekommen müsse. Meine Entgegnung war, dass man doch schwer uns die Absicht insinuieren könne, dass wir eine Eroberungspolitik treiben und dass ich dieses Thema nicht für sehr actuell hielte. Fasciotti ersuchte mich wiederholt in dringlicher Form, den Inhalt dieser Unterredung nur Euer Excellenz mitzuteilen, insbesonders den auf die verstärkten Garnisonen sich beziehenden Passus, und ich übernahm es dafür zu sorgen, dass von seinen Aeusserungen kein weiterer Gebrauch gemacht werde. Ottokar Czernin.

1) ?
a) Vgl. n. 9592, 9644.